



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

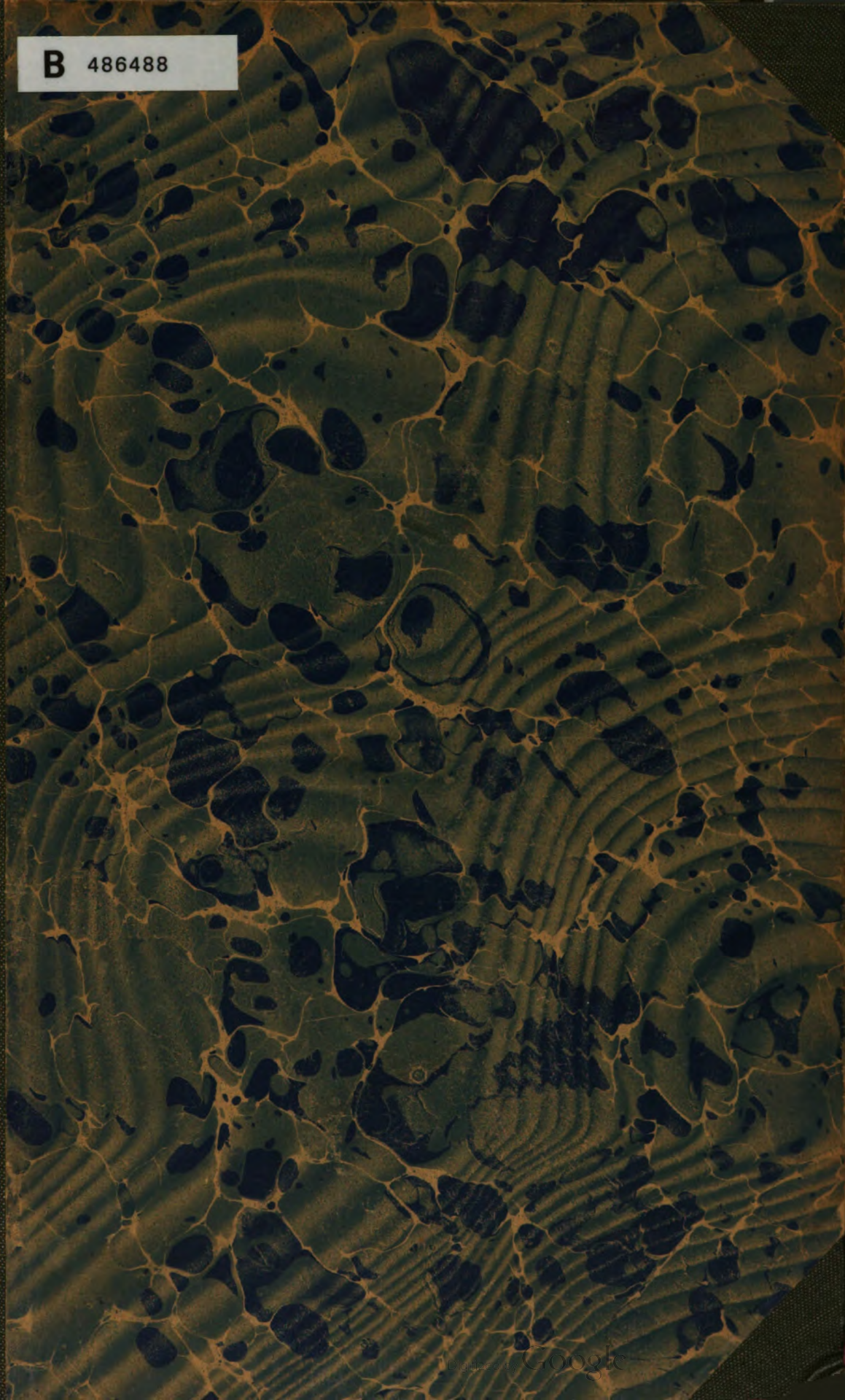
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

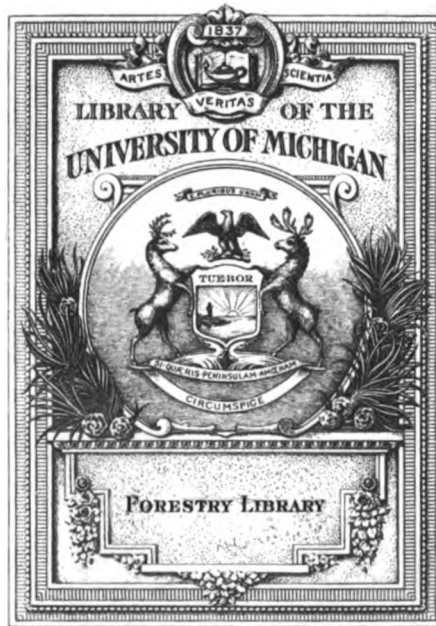
Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

B

486488





Forestry

SD

1

D5

North Carolina

FORESTY

1900

1900



Deutsche
Forst-Zeitung.

Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

27. Band * 1912.



Neudamm.

Druck und Verlag von J. Neumann.

1912.

Inhalts-Verzeichnis.

I. Persönliche Verhältnisse der Forstbeamten, Waldbesitzer und Waldarbeiter, dienstliche Verhältnisse der Beamten.

A. Allgemeine persönliche Verhältnisse.

Personalnachrichten und Verwaltungsänderungen	19, 36, 66, 86, 104, 129, 130, 149, 167, 184, 207, 234, 252, 270, 292, 315, 335, 349, 375, 396, 417, 427, 461, 478, 500, 519, 536, 556, 575, 595, 615, 634, 655, 674, 689, 709, 726, 744, 769, 790, 804, 821, 841, 867, 885, 908, 927, 946, 966, 986, 1003, 1020, 1042
Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsdienste für	
Anwärder des Jägerkorps	20, 36, 67, 105, 131, 149, 208, 253, 271, 293, 349, 501, 520, 576, 616, 635, 655, 689, 710, 727, 745, 791, 886, 908, 928, 996, 1021, 1042
Forstfiskalische Waisenhausfreistellen	101, 248
Regelung der preussischen Beamtenverhältnisse	143
Forstrat oder Oberforstmeister?	194, 590
Schutz des Forstertitels	344
Fortfall der Bezeichnung „Subalternbeamte“	368
Die grüne Farbe	411
Aus dem braunschweigischen Forstschußdienste	428, 497
Forstergastwirtschaften	518
Gegenleistung zum Nebenverdienst für pensionierte Beamte	574
Schulverhältnisse in den Forstgutsbezirken Preussens	606
Gehälter der französischen Forstbeamten	609
Was hat der Beamte für den Fall seines Todes vorzubereiten?	613
Zeugengebühren eines Forstbeamten	632
Willküranwärder bei den Reichsversicherungsämtern	633
Höhere Forstbeamte für die Kolonien	682
Neue Kolonialbeamtenmänge	682
Befegung der Gemeindeförsterstellen in Preußen	721
Bestimmungen über Ordensverleihungen an mittlere Beamte	725
Forstertitel für die königlich württembergischen Forstwärter	725
Ein Oseer beim Zusammenstoß mit Wildbienen	803
Anrechnung der außerordentlichen Dienstzeit auf das pensionsfähige Dienstalter	816
Dienstbezeichnungen und Uniformen der Forstbeamten der Landwirtschaftskammern	834
Beamtenkammern	898
Die Anwärder für den Privatforstdienst	899
Willküranwärder, Protokollführer am Gericht	922
Die Befegung der Gemeindeförsterstellen und Anstaltsforstbeamtenstellen in Preußen	951
Anwartschaft für den Kolonialdienst	958
Geschenke Privater an Beamte	964
Neue Berufsgegenstände	964
Die Verhältnisse der Angehörigen des preussischen Forsthandes	973
Zur Frage der Verwaltungsreform	983
Erweiterung der Befugnisse der badischen Landwirtschaftskammer	1018
Jubiläum und Gedenktag 36, 67, 316, 417, 596, 616, 689, 745, 770, 842, 868, 886, 987	
Jubiläumsspende für Tharandt	766
Ein Jubiläum der Forstwaldenstellung	28
Geheimer Reglerungs- und Forstrat von Benthelm 1654, 672, Dr. Vortag, Forstrat der Landwirtschaftskammer für Brandenburg	688
General Bod von Wülflingen, ein alter Jägeroffizier, in das Abgeordnetenhaus gewählt	839
Erzlebens Donner 1000	708
Oberforstrat Ehlinger in Speyer trat am 1. Oktober 1912 in den Ruhestand	708
Oberforstrat Ritter von Fürst 75 Jahre alt	864
Forstmeister Junad und Oberförster Poppe in andere Verwaltungen berufen	290, 767

Seite

Dr. Köhler, ehemaliger Präsident des Reichsgesundheitsamtes	906
Dr. Paschte Forstrat der Landwirtschaftskammer von Schlesien	864
Königlicher Förster Loorm von Wülfersheim tödlich verwundet	555
Reumann, Beileger der „Deutschen Forst-Zeitung, Geheimkommerzienrat“	743
Rey, Oberforstmeister, tritt in den Ruhestand	496
Forstassessor a. D. Schneller neuer Stadtforst in Bunsau	594

B. Verhandlungen in gesetzgebenden Körperschaften über persönliche Verhältnisse.

Preussischer Staatshaushaltsetat 1912	9, 33, 47, 50, 143, 886
Die Beipredung des Forstetats im preussischen Abgeordnetenhaus	176
Sonstige Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus:	
Verwendung der Unterstützungsgelder	159
Über den Forstetat für 1912	166
Zweite Lesung des Preussischen Forstetats, topographischer Bericht, Sonderbeilage (36 Seiten) in Nr. 8:	
Über die Forstetats, Leutungszulagen und Wohnungsgeldzuschuß	286
Besserstellung der Altpensionäre	286
Heimatsschutz und Naturdenkmäler	287, 309
Die Altpensionäre	368
Verwaltungsreform, Zwangspensionierung, Beamtenvereinsvereinigungen, Higeunernwesen	388, 415, 431
Dritte Lesung des preussischen Forstetats	413
Regelung der Bezüge der Altpensionäre	429
Beipredung der Verfassung der Angestellten	942
Die Behandlung der Forstverwaltung im Landtag	427, 497
Beipredung der Forstverwaltung im Preussischen Abgeordnetenhaus am 8. Juni 1912, Sonderbeilage (12 Seiten) in Nr. 24	
Der Forstetat im preussischen Herrenhaus	453
Verhandlungen über die Forstbeihilfsbeiträge in Braunschweig	451
Beratung des bayerischen Forstetats	836

C. Ausbildung und Anstellung.

Hochschulnachrichten:	
Professor Gädig auf den Lehrstuhl für Chemie nach München berufen	35
Marshall Dr. Osvald erhielt einen Ruf als Dozent für Chemie und Geologie nach Gießen	334
Professor Dr. Schwalbe vom 1. April 1912 Lehrer für Chemie in Gießen	148
Besuch der königlichen Forstakademie Tharandt	536
Geheimer Forstrat Dr. Martin zum Rektor der Forstakademie Tharandt bestätigt	546
Rektorswechsel an der Forstakademie in Tharandt	944
Auftrag zur Errichtung eines Denkmals für Geheimrat Prof. Dr. Karl Gayer	985, 1001
Anstellungsverhältnisse der preussischen Forstassessoren	27, 1032
Vorschriften über die Vorbereitung für den Forstverwaltungsdienst im Herzogtum Gotha	35
Forstberatungsstellen bei der pommerschen Landwirtschaftskammer	269
Prüfung der bayerischen Anwärter für den Forstverwaltungsdienst	290
Revierjägerprüfung in Meiningen-Schwertin	290
Der Nachwuchs für die unteren Stellen des Kommunalforstdienstes	306
Die Rangfrage der königlichen Preussischen Forstaufseher und Hilfsjäger	424
Ein Ausflug der Forstakademie Gießen durch die Wälder Stadtforst	611
Konkursprüfung für die Aspiranten des bayerischen Forstverwaltungsdienstes	633
Forstrat für Forstvereine Böhmens	634, 672
Besuch der Forstschule Spangenberg durch die Kaiserin	708
Besuch der Kaiserin für die Forstschule Spangenberg	725

1897	Seite
Fürstlicher Lehrgang für Waldbesitzer und Forstbeamte in Gellienstadt	740
Annahmemaß der Forstlehrlinge Preußens	735
Prüfungsergebnisse der Königlich preussischen Forstlehrlingschulen von 1912	766
Die Invalidität im Heeresdienst und die Forstverorgungs-berechtigung	795
Ausbildung und Fortbildung der Forstamwärter	811
Prüfungsergebnisse der Forstschule in Sonneberg S. M. Übung von Wildschützpatrouillen auf den Forstlehrlings-schulen	864
Fortbildung und Forterprüfung der preussischen Forst-verorgungsberechtigten	916
Fortschritte in der Ausbildung der bayerischen Forst-ferendare	942
Kapitulanten-Gebührnisse der vorchriftsmäßig gelernten Jäger	959
Staatliche Beihilfe in Mecklenburg zur Abhaltung von Förster-fortbildungsbörsen	1001
Die Fortbildung der preussischen Forstlehrlinge	1009
Annahme von Forstbesessenen in Preußen	1036
Aus den Jäger-Bataillonen:	
Veränderung in deren Standorten	595
Stand der Jägerkaserne in Culm	688
Kaiserabzeichen für 1912	769
Kronprinz Georg von Sachsen & la suite des Garde-Schützen-Bataillons	821
Eintritt von Freiwilligen bei den Garde-Jägern	866
Gunterfahrteier des Jäger-Bataillons Nr. 11	965
D. Einkommen, Pensions- und Versicherungswesen.	
Die Konserativen und die Förster	2
Die Forstfassen-Mensanten und die neue Gehaltsordnung	77
Jur Försterbefolgungsfrage	137
Gehaltsverhältnisse der Forstbeamten in Schwarzburg-Sonderhausen	144
Gehaltsverhöhung der staatlichen Forstfassen in Sachsen-Weimar-Eisenach	158
Änderungen der Ortsfassen für Bemessung des Wohn-gebäudezuschusses	180
Gehaltsverhältnisse der heftischen Domänenforstwärter	248
Gemeindefeuerrecht der preussischen Förster und Förster-amwärter	261
Befolgungsgefeß für Elßaß-Lothringen 267, 511, 898, 941, 958, 1014	
Regelung des Försterdienststandes	326, 831, 875
Unfallfürsorge für Beamte	331
Gehaltsfassen der Forstbeamten für Thüringen	368
Verbesse- rung der Lage der Gemeindeförsterbeamten in Elßaß-Lothringen	368
Die Oblbaumplanzung am Forsthaufe	383
Der Landeshaushaltsrat von Elßaß-Lothringen	385
Giehe vereinfachte Hängelplanzung	625, 646
Gnadenbewilligungen für die Hinterbliebenen der preussischen Forstfassen	629
Gehaltsregelung in Sachsen-Roburg-Gotha	650
Regelung des Försterdienststandes und der Dienstauf-wands-mischadigungen	679
Dauernde Zuwendungen an die preussischen Pensionäre und deren Hinterbliebenen	717, 998
Jur Lage der heftischen Pensionäre	835
Versicherung der Forstbeamten gegen Unfallchäden	849
Schaden durch Nichtbefolgung der Berichterungs-be-stimmungen	865
Privateamtenversicherung	879, 894, 917, 940, 955
Jur Großherzoglich heftischen Befolgungsreform	879
It eine baldige Revision der preussischen Befolgungs-ordnung zu erwarten?	898
Befolgungsaufbesserung in Ebnburg	958
Personalien der elßaß-lothringischen Forstverwaltungs-beamten	963
Jur Invalidenversicherung der Forstbeamten	978
Elßaß-Lothringischer Gemeindeförster-Verband	1019

E. Waldbarbeiter-Verhältnisse.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Waldbarbeiter	5
Vorübergehende Dienstleistungen und Invalidenversicherung	99, 245
Die erste Mitterteilung bei Verletzungen	284
Beseitigung von Zweifeln über die Invalidenversicherungs-pflicht	345
Anleitung über den Umfang der Invaliditäts- und Kranken-versicherung	575
Vom Waldbarbeiterstand in Braunschweig	688
Bildung des Königl. Försters aus der Unfallver-sicherung	699
Forstarbeiterversicherung in Sicht	713
Fürsorge für Waldbarbeiter	899

II. Waldbau.

Bezug deutschen Kiefern-samens und deutscher Kiefern-pflanzen	4
Waldanbesbegründung der Fichte	12
Einfuhr von Kiefern-sapfen aus Österreich	18
Kiefern-sapfenhandel	34, 101
Jur Samenprovenienzfrage	48
Aufforstungen und Waldgenossenschaften in Schleswig-Holstein	49, 226
Hat die Fichte im Harz Heimatsrecht?	79
Anbau von Stickstoff-sammelern im Kiefern-Hochwald	117
Lüfterungen und Durchforstungen in Buchenbänken	120
Staatsbeihilfe zur Aufforstung von Obldbereien in West-preußen	125
Wald-sapfenernte-Bericht von G. Keller Sohn in Darmstadt	129, 855
Die Ausnutzung der Eichen-sapf von 1911	157
Waldschutz- und Aufforstungsverein in Lennep	158
Nückgang der Aufforstungen in den bayerischen Privat-forsten	201
Eichen-nachwuchs in Buchenorten	224
Kiefern ausländischer Herkunft und die Dürre	225
Aufforstung der unbesiedelten Höhen im rheinischen Bergland	225
Pflanzenbezug für die babilischen Privatforsten	233
Waldbaufragen	242, 282
Künstliche Nachzucht der Eiche	266
Die Korbweide und Kanadapappel im Moergebiete	403
Aufforstung von Kahlflächen und die ungarische Forst-wirtschaft	460
Bedeutung des Wald-sapfen-Haggen für die Kulturen	471
Waldbauische Betrachtungen aus dem nördlichen Vogels-berg	547
Abgabe von Holz-pflanzen zur Förderung der Aufforstung	569
Natürlicher Schutz in Buchenbestandungs-schlägen	585
Anbau der Fichte im Regierungsbezirk Potsdam	587
Die Buchen-nachwuchs 1912	591
Beseitigung von Aufforstungen in Westfalen	595
Ernteaussichten für Wald-sapfenernte	610
Aufforstungs-genossenschaften in Schlesien	654
Eichenkulturen	663
Die Spallholz-handelsplanzung der Kiefer	681
Buchen-nachwuchs in Niederhessen	722
Neue Eichen-sapfen und Strömungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft	753
Vermehrung der Mittel für die Aufforstung bäuerlichen Oblandes	768
Die Karkenaufforstung im Triester Gebiet	786
Kapfen-sammelern und Pflanzenzucht in Privatwaldungen	800
Saat und forstliche Juchtwahl	814
Die Forstwirtschaft des Harzes	933
Eine vereinfachte Hängelplanzung	979
Künstliche Bodenbearbeitung bei natürlicher Verjüngung	993
Teuere Forst-pflanzen im Jahre 1913	999
Einfuhr fremder Kiefern-sapfen 181, 267, 368, 452, 552, 651, 702, 830, 980	

III. Forstschutz.

Das Strafmaß für Forstdiebstähle in Preußen, Bayern und Württemberg	95
Der Diebstahl an aufgearbeitetem Holze und das Straf-gesetzbuch	124
Einfluß der letzten Dürre in den oberelßaßischen Waldungen	125
Eine neue Gründung zur Verhütung von Wandschäden	125
Unter welchen Umständen darf der Polizeihund au-Wenden geholt werden?	166
Schutzvorrichtungen gegen Fäulen- und Kamindenfraß	178
Die Wirkungen der Dürre von 1911 auf den Wald 195, 263, 301, 590	
Entschädigung für Waldbrände	205
Holz-sapf und Abgabe des Verabfolgungs-sapfels	219
Hindelchäden in den Anholter Staatsforsten	226
Annahme und Freilassung a-sapfener Wädel	252
Schaden-sapf für Verwundung des Wachs-tums eines Waldes durch die Industrie	290
Schutz der italienischen Waldungen durch ein neues Forst-gesetz	291
Waldbrände am Lago Maggiore	291
Starke Ausbreitung des Fichten-sapfenerntes	309
Schutz der schweizerischen Wälder von Wäldern	313
Sturmchäden im Harz- und Harzgebiete	333
Waldschutzverband im Eichen Industriegebiet	334
Forstschuttsche Schwertelinge	356
Waldschuttsche Schwertelinge	409
Waldschuttsche Schwertelinge	416
Starke Fagel-sapfenernte am Niederrhein	434

	Seite
Diebstahl von Ästen und Zweigen	160
Russkafaseranstrichen mit schräger Wand	167, 630
Befämpfung des Russkafasers	196, 530
Ein Feind der Eichenstaaten	512
Waldverwüftung durch einen Erbau	513
Befämpfung der Blattläuse mit Petroleum	530
Bildung von Waldbrandfokusen	536
Aus meiner Forstschutzmappe	550, 567
Beobachtungen über den diesjährigen Frost der Kiefern- blattwippen	552
Schaden durch eine Windhohe in der Königlich Sächsischen Forst Kossau	552
Ein Feind des Douglasienfichtenamens	569
Konnenstraß in der Gubener Stadtförst	592
Waldbrandverlängerung in Schleswig-Holstein	595
Waldschuttschalen	595
Die Ermittlungen zu den Forstdiebstählen	633
Waldschäden von Bäumen durch Entwendung von Zweigen	634
Schältschäden	648
Auftreten der Ronne in Thüringen	651
Befämpfung des Schimmelpilzes durch Schwefel	651
Befämpfung von Kiefernplagen durch Abtrennung des Wirteltriebes	698
Die Rißliche Russkafaserfalle	701, 999
Auftreten des Eichenmehltaus in Hessen	702
Sturmschäden in der Gubener Stadtförst	702
Kauchschäden im Walde	718
Der Buchenspringrüsselsäfer auf Zittern	740
Vorkommen der Buchenwollaus im Forstrevier Lübeck	740
Bereitstellung der für die Anlage von Feuerhüttenstreifen be- nützigen Gelbbeträge	743
Verbot des Hefeluchens in Mecklenburg	743
Konnenfod	762
Sturmschäden	762
Vernichtung der Buchenmaße durch den Buchenspring- rüsselsäfer	762
Sturmschäden in Ostpreußen	787
Versuche mit Pflanzenschutzmitteln der chemischen Fabrik Hörsheim	799
Insektenschäden in der Provinz Brandenburg	817
Waldschäden in den Württembergischen Staatswaldungen	821
Schältschäden und Durchforstungen	833
Auftreten des Eichenwollers und der Eichenmehltaus in Weisfalen	835
Nachprüfung von Polizeiverordnungen	841
Waldregeln gegen die Entwaldung Frankreichs	855
Auftreten des Kiefernspanners in Bayern	856
Die Erfolgslosigkeit des Reimens gegen die Ronne	891
Schweineeintritt als Mittel gegen Kuppenfraß	922
Schneeschäden	980
Ergenreiche Folgen des Vogelschuges	980
Gemeinliches Vorgehen der preussischen und braun- schweigischen Behörden gegen die Wildbetei im Harz	1001
Verordnung zum Schutze der Stachelpalme	1001
Christbaumhandel	1019
Befämpfung des Wildschadens im Walde	1033
Waldbrände 349, 374, 395, 416, 437, 477, 500, 519, 536, 575, 614, 634, 655, 674, 688, 708, 725, 790, 803,	821

IV. Forstbenutzung.

Ästungen in Durchforstungen	
Ueberricht der Holznutzungen und der wichtigsten Ein- nahmen und Ausgaben für 1909	
Großer Holzverkauf in Ostpreußen	
Vom Holzmarkt 29, 490, 518, 781, 799, 908,	
Die Aufarbeitung des Hefliss 80, 158, 428, 633, 789,	
Müllerei in der Rheinprovinz	
Die Herstellung von Mobeln aus gebogenem Holze	
Beitrag zur Holzverwertung	
Artenbelvergütung für die preussischen Staatsforstbeamten	
Die Verpachtung der Jagden in den Staatsforsten	
Häute mit durchwechselbarem Blatt	
Spirtusgewinnung aus Holzabfälle	
Brut- und Sammelstelle für Kolonialholzer	
Holzabnutzung im Kaffischer und Wärdauer Gouvernment	
Ausbeutung der bosnischen Staatswaldungen	
Zur Frage der preussischen Holzstärken	
Gute Waldbeerenente im Eneerlande	
Großer Holzverkauf in den Forsten von Bielowiez	
Aus dem Forstetat der Stadt Lübeck	
Durchforstung in Nichtenbeiden	
Großer Holzschlag auf dem Truppenübungsplatz Bittsch	
Eichenholzvergerungen in Slavonien	
Holzverkauf in den badienischen Gemeindeväldungen	
Holzbedarf des Reichspalastes	
Waldes über fornierte Eichenmöbel?	
Staat und Holzgewerbe	
Ein billige Nummerierfarbe	

	Seite
Eichung der Kluppen und Längenmaße	953
Die Wälder Mittelchinas und deren Ausnutzung	979
Waldweide gegen Fischenot	1013
Verfeigerung von Eichenlohrinde	1019

V. Bodenkunde, Klimatologie.

Verwertung der Waldquellen zu Wasserleitungen	249
Einfluß einer Bedeckung auf den Wassergehalt der Kiefern- boden	308, 665
Wie sterben Gewässer?	362
Die Entnahme von Moorproben zur Untersuchung	365
Grundwasserfentungen und Grundwasserbeobachtungs- dienst in Sachsen	512
Was muß die Forstwirtschaft von den flüssigen Nieder- schlagsmengen und ihrer Verteilung wissen?	564
Der Nutzen der Brucher im Walde	721

VI. Forstbotanik.

Großfrüchtige amerikanische Moosbeere	34
Das leichteste Holz der Welt	346
Lehrkursus in Bromberg über Pflanzenkrankheiten	416
Die Wälder in Berlin	472
Starke Wacholder	530
Ein Tiere auffangender Bils	610
Ein Nichtenwald im Harz	666
Etwas von der Weymouthskiefer	682
Die russischen Wälder am Japanischen Meere	1036

VII. Betriebseinrichtung, Schreib- und Rechnungswesen.

Hundert Fehler des Amtsschiffs	348
Der Wäldchen-Höhen- und Gefällmeyer von G. Benjes	373
Über das Durchschreiben	426
Abbildung von Kurven	507
Deutsche Forstwirtschaft in Kautschou	736
Beschaffung von Grundlagen für die Forsteinrichtung	779
Verlängerung der Untriebszeit in Eichenmehlwaldungen	788
Verteilung des Waldbesitzes im Großherzogtum Sachsen	820
Vereinfachung des Verkehrs mit den Behörden	926
Vereinfachung der Forstverwaltung in Schwarzburg- Sonderhausen	944

VIII. Forstgeschichte.

Friedrich der Große als Forstwart	75
Rückbild auf die ostpreussische Privatforstwirtschaft	527
Die deutsche Forstwirtschaft in Kautschou	907

IX. Forstpolitik.

Frachtherabsetzung für Futterreid ein	18
Verständigung zwischen der russischen und schwedischen Holzausfuhr	66
Bau eines Hafens für russisches Holz am Njemen	85
Waldverkaufe im Rheingau	101
Güterverkauf der Rattoviner Altien-Geiellschaft	129
Holzausfuhr aus Deutsch Kongo	148
Landerwerb und -verkaufung der preussischen Staats- forstverwaltung im Etatsjahr 1910	155
Verkauf von fiskalischen Forsten im Regierungsbezirk Magdeburg	166
Ankauf von Staatsforsten durch den Berliner Zweckverband	201, 788, 979, 1011
Der Bedarf Deutschlands an ausländischem Holze im Jahre 1911	206
Stärkere Ausfuhr sibirischen Holzes nach Europa	207
Die Wirtschaftsergebnisse der preussischen Staatsforst- verwaltung im Etatsjahre 1910	300
Die deutschen Eisenbahntarife für Holz und Holzwaren	327
Verpachtung der Staatswäldchen in Thüringen	373
Vermeinte Aufteilung von Staatsdomänen zu Besiedelungs- zwecken	459
Waldbesitzer und Holzhandler	498
Verpachtung der Domänenwäldchen in Hessen	511, 820
Aus dem neuen Etat der deutschen Schutzgebiete	513
Verordliche Genehmigungs für Renaturforstungen in Bayern	571
Forderung der privaten Forstwirtschaft in Baden	595
Ankauf von fiskalischen Wäldungen in Arel	651
Ankauf der Privatforst Wirtschaft durch den Forstfiskus	653
Organisation der russischen Forstwirtschaft	654
Aus der Göttinger Stadtforstverwaltung	672

	Seite		Seite
Verkauf von forstlich-altem Besitz in der Nähe von Quedlinburg	672	Die preussische Steuernovelle	922
Sperrung der Berliner städtischen Wälder	725	Neue Gewerbenordnung für Bauern und Sachverständige in Vorbereitung	978
Ankauf der Stadtförst Scherwin a. B. durch den Fiskus	743	In dem Geleise zum Schutze des landschaftlichen Bildes	984
Verkauf des Baerlebruchs	767	Ein preussisches Barzellerungsgeizig in Vorbereitung	1000
Verhandlungen über den Ankauf eines Hauberges im Siegerlande	768	Aussonderung überflüssiger Geleise und Polizeiverordnungen	1018
Verkauf der Privatforst Schreitelhausen an den Fiskus	789		
Staatlicher Ankauf von Omland in Pommern	803		
Gründung einer Waldgenossenschaft in Hannover	820		
Wirtschaftsziele und Wirtschaftsgrundlage im baltischen Forstbetriebe	835		
Ein neuer Antrag des Grafen Döring	839		
Ablösung von Holzrechten in Hessen	865		
Erhaltung der Grünwaldseen bei Berlin	884, 942		
Walzreserve in Deutsch-Afrika	906		
Der Jucherbund Groß-Berlin und die Waldfrage	919		
Waldbau in Holstein	926		
Verkauf der Oberförsterei Kuhl in Thüringen	945		
Ankauf von Abbaugrundstücken durch den Fiskus	965		
Bereiteter Verkauf des Stadtwaldes Marburg	965		
Ausfuhr nordmandschurischen Holzes nach Belienropa	985		
Widerstand gegen die Aufforstung von landwirtschaftlichen Grundstücken in Bayern	999		
Solbanau in Sachsen-Meiningen	1003		
Ankauf des Buchberges vom Kloster in Lauban durch die Stadt Lauban	1019		
Forstverkauf in Ungarn	1019		
Ankauf des Grundhofes in Meiningen	1010		
Schweizerische Forststatistik	1040		

X. Tierkunde.

Ordnung der Räder für Prüfungs Zwecke	149
Die staatliche Sucht- und Dreifurastalt für Polizeihunde	373
Der Hagekuck	386
Bekämpfung der Rückenplage	432
Unterfuchungen über den Kiefernbläuer	495
Verhalten von Finken, Tannenhähern und Eichhörnchen zu Insekten und Baumstämmen	496
Aufreihen und Beschreibung der Lebensweise von Larentia hastata	512
Näplichkeit der Corcinenen	513
Neunter Fischelei-Vertrag in Gerswalde	555
Unterfuchungen über das Gemeinwuchstum der Girsche	555
Der Buchenpringeräffeltäfer	591, 651
Wie schöpft das Eichhörnchen?	631
Nichtentendenlaus	651
Sexu alras bei der Arbeit	673
Siencenzucht der Bahnwärter in Baden und Glask-Lotharingen	786
Erweiterung des Jagdinsituts der „Deutschen Jäger-Zeitung“ in Neubamm	789
Reipatierter Nonnenfalter	856
Nidereiuritus in Wiesbaden	861
Die Buchenmollaus	922
Sinfe bei der Ordnung einer forstlichen Käferammlung	985
Junahme der Schwarzspitze in Laubholzbeständen	1015
Eine Ehrenrettung Meiner Reines	1019
Bertilgung wilder Raunkchen durch Impfung mit Basillen	1037

XI. Geseze, Verordnungen, Erkenntnisse, Bekanntmachungen.

A. Geseze, Erlasse, Beschlüsse.

Pensionsversicherung für Privatbeamte	248
Gesez über die Jagdbarteit des Muffelwildes	249
Der Reichstag beschließt, die Ofmarkenulage abzulehnen	286, 451
Hinweis auf das Viehseuchengesez	372
Nachtrag zu den Ausführungsbestimmungen der Jagdordnung	531
Gesez betreffend Änderung des Strafgesetzbuches	553
Acordnung betreffend Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung vom 5. Juli 1912	611
Ubergangsbestimmungen für die Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung vom 10. Juli 1912	612
Erläuterung zu den Vorschriften über das Viehseuchengesez vom 20. Mai 1912	653
Stiftung einer Kolonialdenkmäule. Allgem. Verordn. vom 13. Juni 1912	683
Kaiserlicher Erlas über den Naturforschpark in der Lüneburger Heide vom 5. August 1912	707
Grundbläse über die Gewährung von Zuwendungen an die Altpensionäre und Altpensionärinnen	723
Zahlung besonderer Vergütungen an die mit Vermessungsarbeiten beschäftigten Forstförster o. N. und Forstassessoren. Verf. vom 18. Juli 1912	670
Uniform der Gemeindeförsterbeamten. Verf. vom 21. Juli 1912	802
Auslichten der Kiefernspänerne 1912/13. Verf. vom 29. Juli 1912	705
Nichtentende 1912. Verf. vom 7. August 1912	687
Nachcheidung von behördlichen Nachträgen. Verf. vom 15. August 1912	820
In Sachen des Begeistermittels an die Gemeindeförster Bescheid des Anabenmittelschulen. Verf. vom 22. August 1912	739
Teilnehmer-Fernwuchsausschüsse in Forstdienstschäften oder Wohnungen. Verf. vom 23. August 1912	765
Beitellung der vollbeschäftigten Waldarbeiter zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft. Verf. vom 3. September 1912	765
Betriebsregelungsanweisung. Verf. vom 9. September 1912	801

	Seite
Lehrgänge für Bogelschuh. Verf. vom 10. September 1912	787
Festüberweisungs- und Schederkehr. Verf. vom 10. September 1912	862
Heranziehung der Forstgrundstücke zur Gemeindesteuer. Verf. vom 11. Oktober 1912	901
Waldbärter Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft. Verf. vom 14. Oktober 1912	863
Bekämpfung der Renne durch Leimringe. Verf. vom 14. Oktober 1912	906
Anstellung von Förstern o. R. Verf. vom 16. Oktober 1912	863
Besondere Auforderungen bei Verlegungen. Verf. vom 16. Oktober 1912	906
Berordnung über die Führung des Revierförster- und Förstertitels im Privatförsterdienste des Königreichs Sachsen. Verf. vom 30. Oktober 1912	944
Bogelberingung der Vogelwarte zu Rostitten. Anschreiben an das Min. vom 31. Oktober 1912	963
Ergänzung der allgemeinen Verkaufsbedingungen. Verf. vom 7. November 1912	944
Ansprüche der staatlichen Kandidaten auf Gemeinde- und Anstaltsförsterstellen. Verf. vom 8. November 1912	962
Folzverkaufsbekanntmachungen. Verf. vom 11. November 1912	963
Berechnung der Berzugszinsen. Verf. vom 16. November 1912	982
Kulturversuche mit Rohhumusbildung. Verf. vom 30. November 1912	1038
Schulzeugnisse von Forstbesessenen. Verf. vom 7. Dezember 1912	1039

C. Erkenntnisse des Reichsgerichts.

Beanstandung einer Beurteilung wegen Vergehens gegen § 117 St.-G.-B. Urteil vom 18. Mai 1909	17
Jagdausübung auf gepachtetem Gebiet kein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb. Urteil vom 5. Juni 1909	515
Beilegung in Beziehung auf den Beruf. Urteil vom 22. Mai 1911	435
Unpändbarkeit der einem pensionierten Beamten zuzurechnenden Einnahmen. O.-L.-G.-Entsch. vom 23. November 1911	925
Verkauf von Holz auf dem Stamm. Urteil vom 4. Dezember 1911	707
Auslegung des § 117 des St.-G.-B. Urteil vom 9. Mai 1912	459
Irrtümliche Fäusung über die Nutzbarkeit veräußert Waldungen. Urteil vom 11. Mai 1912	594

D. Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts.

Rollen für die Wartung von gepändetem Vieh. Entsch. vom 21. März 1910	839
Befugnis der Polizei gegen Bienenhalter. Entsch. vom 21. Oktober 1910	1040
Entscheidungen in Wildschaden Angelegenheiten. Erf. vom 24. November 1910 — 16. Februar 1911 — 10. Juli 1911	147
Gemeindesteuerrecht der preussischen Beamten. Entsch. vom 10. Oktober 1911	906
Entscheidung über Jagdgebiet und Jagdrecht. Erf. vom 11. Dezember 1911	183
Heranziehung der Försterdienstwohnung zur Kreissteuer. Entsch. vom 21. Januar 1912	963
Entscheidung über Veranlagung zur Einkommensteuer. Erf. vom 8. Februar 1912	415
Heranziehung der Forstbesessenenhöfe zur Gebäudesteuer. Entsch. vom 18. Juni 1912	802
Festsetzung einer Jagdpachtentschädigung. Entsch. vom 20. Juni 1912	819
Die Nachprüfung der Verfügung über die Entziehung des Jagdscheines. Entsch. vom 17. November 1912	982
Entscheidung über Heranziehung zur Gemeindesteuer. Entsch. über das Gemeindesteuervorrecht der Beamten	415
Mietwert der Försterwohnungen bei der Veranlagung zur Einkommensteuer	555

E. Entscheidungen des Kammergerichts.

Gemeinschaftlich verübter Forstdiebstahl. Entsch. vom 14. September 1910	839
Aneignung von Gemeindestangen aus eingegatteten Grundstücken Vergehen gegen § 242 St.-G.-B. Entsch. vom 1. Dezember 1910	1017
Vorzeichen des Jagdscheines während der Jagdausübung. Entsch. vom 27. Juli 1911	864
Schuldhaftes Erlegen eines Rehtals während der gesetzlichen Schonzeit. Entsch. vom 21. August 1911	1039
Nächtliches Hundebellen ruhstörerndem Lärm	460
Widerstandsleistung beim Füllsammeln	589

F. Entscheidungen des Reichs-Verwaltungsamtes.

Unfall eines Arbeiters beim Übungsschießen von Forstbeamten. Entsch. vom 8. Juli 1903	706
Unfall beim Abkühlen eines Gewehres. Entsch. vom 12. Dezember 1910	834
Die Gefahr, die der Verleser durch unvorsichtiges Verhalten selbst schafft, schließt den Rentenanspruch aus. Entsch. vom 30. Januar 1912	872
Selbstmord Unfallsfolge. Entsch. vom 19. März 1912	1017
Büchner beim Stubbenroden in Königl. Forst fälliger Arbeiter. Entsch. vom 23. März 1912	594
Unfall eines Forstbeamten auf dem Heimwege von einer Besorgung in der Stadt. Entsch. vom 4. Juli 1912	889

G. Bekanntmachungen.

Vorprüfung der Forstbesessenen.	
Bekanntmachung vom 8. Januar 1912	35
Bekanntmachung vom 7. Juni 1912	498
Forstreferendarprüfung.	
Bekanntmachung der Frühjahrsprüfung	147
Ausfall der Prüfung	372
Bekanntmachung der Herbstprüfung	653
Ausfall der Prüfung	925
Forstliche Staatsprüfung.	
Bekanntmachung der Frühjahrsprüfung	147
Ausfall der Prüfung	476
Bekanntmachung der Herbstprüfung	653
Ausfall der Prüfung	1039
Sommersemester.	
Vorlesungen in Hann.-Münden 1912	183
Vorlesungen in Göttingen 1912	183
Vorlesungen in Tübingen 1912	205
Vorlesungen in Eberswalde 1912	233
Wintersemester.	
Vorlesungen in Hann.-Münden	632
Vorlesungen in Tübingen	671
Vorlesungen in Göttingen	671
Vorlesungen in Eberswalde	687
Bienenzuchtfrage der Landwirtschaftskammer für Brandenburg im Sommer 1912 auf der Forsterei Hinfentzug	232

XII. Verschiedenes aus dem Walde.

Forstfälschung und Wegenechnehung	18, 66
Neuarbündung von Moorzentralen in Hannover	85
Errichtung eines Truppenübungsplatzes bei Orb	184
Wildabschuß in den preussischen Staatsforsten im Jahre 1910	201
Gründung einer Aktiengesellschaft in Rußland von einer deutschen Holzfirma	314
Verwaltungsänderungen in Württemberg	435
Abschätzung von Wildschaden	477
Die Wälder im Munargebiete	667
Ein kleiner Naturschutzpark bei Berlin	730
Sperrung der Berliner Wälder	767
Touristentaq und Waldabschuß	767
Naturdenkmäler in der Heinerzer Stadtförst	786
Gründung einer Forstindustrie-Aktiengesellschaft in Bosnien	789
Neubau einer Kiefern Samenbarre in Klausenau	816
Ein wandernder Wald	855
Abstoßen in der Nähe des Waldes durch Jägendwanderer	866
Naturdenkmäler des Solling	899
Fahrlässigkeit mit der Schußwaffe	965
Waldkante in Sibirien	965
Naturschutzgebiet im Schwarzwald	999

XIII. Allgemeine Nachrichten.

Schneeschuhwettkampf für Forstbeamte	66, 148
Das Oberförsterdienstschachtel Könenid	104
Stadtoberförsterstelle in Brandenburg an der Havel	104
Naturschutz in der Schweiz	129
Das Preussische Forster-Jahrbuch für 1912 226, 236, 250, 269, 314, 329, 350,	436
Forst- und Jagdausstellung in Freiberg i. S.	435, 632
Der Verkauf des Schlosses Platte abgelehnt	632
Zusammenstoß österreichischer Großbankiers zwecks Ausbeutung von Waldungen	726
Ein alpenwirtschaftlicher Lehrgang österreichischer Förster	767
Günstiger Abschluß der ergebnisreichen Ausstellung in Freiberg	803
Bewertung der Raubzeugabfälle	816
Die Firma Heinrich Ernst am 1. Oktober 1912 hundert Jahre alt	821

Waldverkauf in der Gemeinde Roppenwall	Seite 821
Wildtagen und Schlegel in Braunschweig	879
Stehjährling 1912	884
Forstbeamtenstellen in Rußland	922
Honorare vor sechzig Jahren	926
Ein Feuerfestes Städtchen	1040
Rechnacht- und Neujahrsgruß	1031
Wilmartsbericht 19, 36, 66, 104, 149, 207, 234, 252, 270, 292, 315, 335, 349, 396, 417, 437, 481, 500, 519, 536, 575, 595, 634, 658, 674, 688, 706, 728, 744, 804, 821, 841, 885, 908, 926, 945, 965, 986, 1003, 1020	

XIV. Briefkasten.

Seite 20: Alters- und Invalidenrente, Angestelltenversicherung. 37: Witwengeld, Pflanzensatz. 67: Landwehrdienstauszeichnung, Anbau der lanaischen Pappel, Karboliumanstrich, Gallenwesppe. 87: Beschäftigung eines invaliden Arbeiters, Dienstaufwand für den Förstervertreter. 105: Zulagsversicherung, Berechnung des Badgiebels bei Auseinanderlegungen. 131: Nachleben von Versicherungsmarten bei Privatforstbeamten, Anrechnung der Naturalbezüge bei Festlegung der Lohnklasse. 150: Wartezeit für Altersrente, Ausfällen von Riefem und Fichten. 167: Witwengeld einer jüngeren Frau, Besoldungsdiensalter. 185: Grenzenerkennung und Bermalung, Ausübung des Jägerverordnungscheins eines invaliden Arbeiters, Beschäftigung von russischen Arbeitern, Erhöhung des Witwengeldes von Kriegsteilnehmern. 208: Halbtarmachung der Bueile von Konfirren, Uniform eines Stadtförsters, Veredlung auf das Forstdiebstahls-gesetz, Zuschuß zur Altersrente. 234: Jagdpolizeibeamte, gefundenes Bild gehört dem Jagdberechtigten, Eigenjagdbezirk, Teilung der Jagdt bei Auseinanderlegungen, Dienstaufwand für Vertretung, Durchsuchung. 253: Schweinemark bei Reifig. 271: Karpfenteilnahme, Gelfindelantheit, Altersrente, Übungen in der Wildschützwehr, Umzugslofen, Versicherungspflicht im Privatdienst, Vertreten fremder Jagdbezirke in Ausrüstung, 293: Birtenpflanzung, Rantchenfraß, Rantchenvergiftung. 316: Bildung eines Forstfereverfandes. 336: Anstellung als Förster m. R., Friedhof, ein Ort, an dem nicht geschlossen werden darf, Vertreten fremder Jagd in Ausrüstung, Besoldungsdiensalter als städtischer Forstbeamter. 350: Lohnzahlung an Dienstboten während der Krankheit, Vertretung der Jagdt bei Auseinanderlegungen, Schadenertrag für durch einen Hund ermordete Fühner. 376: Kur- und Wilegenlofen für einen Hirten, Waffenträger, Hallmalch, Kosten für Kur- und Heilmittel eines Privatbeamten, Freiwillige Forstfegung der Versicherung. 396: Unfall durch Erhaltung, Waffengebrauch und Durchsuchungsrecht der Privatforstbeamten, Invalidenversicherung im Privatdienst, Entschieden eines Grenzhundes bei Gelegenheit einer angefangenen Jagd, Rantchen-schaden an Eichenheistern. 417: Anfangsbeschäftigung bei der Invalidenversicherung, Erkrankung von Gelfinde. 438: Veriche-rungspflicht, Schöden von Faulbaumholz, Einkommensteuer-veranlagung, Kurflofen für Gelfinde, Jagdpolizeibeamte, Zeugeng-gebühren, Schulgebühren, Entschädigung für Bettelstreichen. 462: Wüß- und Infektionschaden, Wartezeit zur Altersrente. 479: Dampfzugflucht, Frosttodnis von Fichten, Wildverbis an Birten, Stodroben. 501: Entfernung von der Grenze bei Ausrufungen, Schußlofen, Liegen Erfahrungen über den Bau von Buchenknüppelbäumen vor? 520: Aufsäuen von Eichen, Tannenpflanzung. 537: Berechnung der Kolonialdienstzeit, Tragen des Revolvers als Waffe. 557: Gemeindefeuervorrecht der Beamten. 578: Abfangen von Karpfen, Aushalten von geringem Durchforstungsmaterial, Privatjagdhüter und Jagd-schein, Vertreten des Waldes, Waffengebrauch und Jagdpolizei, Säemalchine. 596: Invalidenversicherung, Verfschulen von ein-jährigen Riefem, Unterscheidung zwischen deutschen und bel-gischen Riefem, Anrechnung der außerstaatlichen Dienstzeit, Haft-pflicht für Beschädigungen durch das Gelfinde. 616: Schleikung der Weinberge, Reinigung des Riefemnamens. 636: Landwirt-schaftlicher Betriebsunfall der Hausfrau, Stellen von Tellereisen durch die Bahnverwaltung, Verendetes Rief in Grenzgraben, Wartezeit zur Invalidenrente, Entwendung eines Kanariens, Dienstlandsauseinanderlegung eines Gutsförsters, Wegebenennung. 656: Waffengebrauchsschein, Legen von Fangseilen, Taubenhaltung, Töten eines gefangenen Hundes, Wild vom Bahndamm. 674: Durchsicht eines Enslavenbesizers, Regen von Tellereisen, Gelfe-leistung des Wendenarmen bei Durchsuchungen, Gültigkeit eines Vertragsabschlusses. 689: Anrechnung der Dienstzeit bei der staatlischen Expedition, Tragen der Waldumform bei Ver-urteilungen von gelehrten Jägern. 710: Einquartierungsloft, Etadiedrath an öffentlichen Wegen, Vericherungsdämter, Dienst-aufwandentschädigung während des Anodenanwarts, Aufsäuen von Eichen, Entreichung von Forstverordnungscheinen. 727: Rauch-verbot im Walde, Begriff der Jagdausrüstung, Beschäftigung im Forsteinrichtungsbureau, Gebaltslofen der Forstverordnungs-berechtigten, Fichtenküllbläse, Reinertrag der deutschen Staatswaldungen. 745: Schutz gegen Verbeissen von Eichen- und Buchenlaaten, Jagdhüter. 770: Dienstzeitberechnung, Wild-

haben, Jagdausrüstung auf nicht öffentlichen Wegen. 791: Forst-urlauben und Gemeindefeuer. 808: Rantchenvergiftung mit Tabletten, Altersrente für einen Privatförster, Arbeiten im Nachbarschlagbezirk, Dienstübergabe und Auseinanderlegung. 823: Beurteilung bis zur Anstellung als Förster m. R. 842: Öffentliche Wege, Reinertrag in den Staatsforsten, Beauf-sichtigung von Familienchulen. 868: Unfall eines Dienstmädchens beim Hundemaischen, Unfall eines Lehrlings auf der Entenlag, Einkommensteueranlegung. 887: Gelfendhaben im Jagdbacht-vertrage, Beschlagnahme von freitrierten Rantchen, Dienst-landsverträge bei der Steueranlegung. 910: Übertritt von Forstmanmarten in das Vericherungsmarten, Tragen des Gemein-d in verpachteten Jagdbezirk, Tragen des Vorreises, Kurflofen für einen Privatforstbeamten. 928: Aushalten außerhalb der öffent-lichen Wege, Dienstwohnung bei der Steueranlegung, An-frage nach künstlichen Jagseimern. 946: Waldbrandstiftung durch Knaben, Tragen des Offizierportepes durch einen Kom-munaloberförster, Beamtenvergünstigung bei der Steuerber-anlegung. 967: Schaffung von etatmäßigen Setzdrückstellen, Unfallrente im landwirtschaftlichen Betriebe. 987: Anwendung des Vericherungsgesetzes für Angestellte, Vertretungslofen für einen zu Militärdiensten eingezogenen Anlehner, Heblmefin-unfähigkeit und Forstverlegung, Invalidenversicherung einer Arbeiterin. 1004: Penfionsfestsetzung für Angestellte. 1021: Privatdienstzeitanrechnung, Instandhaltung der Grenzen, Legung einer Telegraphenlinie. 1043: Forderung zu Anträgen auf Erhöhung der Witwenbezüge, Angestelltenversicherung und An-wärter von Staatsförstern, Angestelltenversicherung und Lebens-alter, Dienstlandsauseinanderlegung und Jagdversicherung, Krankentlofen, Betriebsunfall, Invalidenversicherung eines Re-jerweidgers der Klasse A, Invaliden und Krankentlofe.

XV. Vereinsnachrichten.

A. Forstliche Vereine.

Deutscher Forstverein.	Seite
Jagung für den 27.—31. August in Aussicht genommen	290, 545, 622
Vorläufiger Bericht	725
Bericht der Versammlung	856, 880, 900, 923, 960, 980
Forstwirtschaftsrat.	
Prüfungen für den Revierverwaltungslofen der Privaten, Gemeinden, Stiftungen usw.	888
Satzungen für die Kontrollvereinsung von Samenfleng-anstalten	1001
Märktischer Forstverein.	
Bericht über die Versammlung vom 28.—30. Mai 1911	13, 64, 81
Bekanntmachung der Versammlung vom 12. Februar 1912	139
Hauptversammlung den 2.—4. Juni 1912	348, 490
Bericht über die Winterversammlung	151, 473, 476
Bericht über die Jägerprüfung	749
Rechnung der Beiträge	814
Jahresversammlung des schweizerischen Forstvereins	89, 1015
Forstverein für Westfalen und Westpreußen.	
Bericht über die Sommerversammlung	102, 126
Bericht über die Winterversammlung	230
Winterversammlung den 6. Dezember 1912	971
Westdeutscher Forstverein.	
Bericht der 26. Versammlung	144
Reiteinteilung der Sommerversammlung	694
Ein Besuch beim böhmischen Forstverein	181
Wälschlicher Forstverein.	
Bericht über die 20. Versammlung	201
Forstverein an der eigenhässlichen Hochschule in Ffirdi, besteht 50 Jahre	233
Verband der Waldbesitzer-Vereine für Westfalen und Rheinland.	
Versammlung den 20. März 1912	234
Auffortungs-gemeinschaft des Kreises Westfalenberg	313
Altmärktischer Forstverein.	
Bericht über die Versammlung vom 4. März 1912	347
Verein Westenburgischer Forstwirte	394, 476, 708
Pommerscher Forstverein.	
Tagesordnung für den 17./18. Juni 1912	441
Bericht über die Jagung	668
Schlesischer Forstverein.	
Tagesordnung der 70. Generalversammlung	485
Bericht über die Versammlung	817
Heilsfelder Forstverein.	
Bericht über die 30. Versammlung	552, 570
Elbisch-Bohringfischer Forstverein.	
Bericht über die 32. Versammlung	592
Badischer Forstverein.	
Bericht vom 20.—22. Mai 1912	662
Westpreussischer Forstwirtschaftlicher Verein.	
Bericht vom 17. Juli 1912	658

	Seite
Vereinigung der Freunde der natürlichen Verjüngung.	
Bericht von der I. Versammlung	722
Monatlicher Fortverein.	
Bericht über die Versammlung vom 21. und 22. September 1912	742
Württembergischer Fortverein.	
Bericht über die 25. Versammlung	763
Tätigkeit des Westpreussischen Provinzial Forstwirtschaftsvereins	768
Sachlicher Fortverein.	
Winterversammlung bekannt gemacht	964
Vorberatung am 13. Dezember	1040
Zentralverband deutscher Holzinteressenten	1046

B. Versicherungs- und Unterstützungsvereine.

Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte.	
Einrichtung des Reichsverbandes	19
Aus dem Geschäftsbericht von 1911	499
Verständigung Ende April 1912	575
Hauptversammlung vom 26. August 1912	803
Preussischer Beamtenverein in Hannover.	
Verständigung Ende Januar 1912	233
Brandversicherungsverein.	
Bekanntmachung der 32. Mitgliederversammlung	218, 322
Jahresbericht für 1911	322
Versicherung gegen Unfall	436
Wahlen für den Verwaltungsrat	505
Bekanntmachung der 33. Mitgliederversammlung	1029
Sicherheitsversicherungsverein der Forstbeamten.	
Einladung zur Mitgliederversammlung	87
Jahresrechnung für 1911	190
Einladung zur Mitgliederversammlung 1913	1050
Forstwaldförderverein.	
Einladung zur Mitgliederversammlung 12. Februar 1912	135
Entwicklung von 1902 bis 1911	277
Kronprinz-Friedrich-Wilhelm-Waldforschungsinstitut macht die	
Jahresrechnung bekannt	136, 829
Burchardts-Zubehörs-Stiftung	847
Severische August- und Minchen-Stiftung.	
Hauptversammlung den 16. März 1912	136
Jahresbericht für 1912	445
Einrichtung von Gesuchen um Beihilfen und Haupt-	
versammlung den 8. Februar 1913	1030

C. Forstbeamten-Vereine.

1. Verein Königlich Preussischer Forstbeamten.

Mitgliederaufnahme 20, 38, 186, 209, 521, 578, 617, 657, 675, 690, 712, 728, 746, 771, 792, 807, 843, 911, 918, 1023, 1045	
Gesamtvorstandsitzung.	
Einladung zum 20. Januar 1912	21, 37
Bericht über die Vorstandssitzung vom 20. Januar 1912	168
Zahlung der Mitgliederbeiträge	69, 510, 557
Wirtschaftsverträge	88, 106, 351, 675
Krankenkassen-Beihilfeskasse.	
Mitgliederbewegung im Jahre 1911	88
Ergebnisse der beiden ersten Geschäftsjahre	188
Die Mitgliederzahl das erste Tausend überschritten	657
Mitgliederbewegung im Jahre 1912	989
Geschäftsbericht für 1911	316
Telegraphenversammlung für 1912	418, 463, 180, 537, 716
Die Position der Forstler im Abgeordnetenhaufe	497
Vereinsberatungen	637
Reise des Vorsitzenden	716
Steuerfreier Zunder zur Bienenfütterung	771, 786
Reisefahrtspende für Romann und Voorn	929

Bezirksgruppen-Nachrichten:	
Allenstein	502, 558, 610, 729
Altenberg	187, 337, 351, 712
Breslau	521, 843
Bromberg	89, 170, 521
Caff I Lit	106, 187, 319, 746, 1023
Caffel West	169, 320, 948
Coblenz	318, 351, 481
Cöln	70, 399, 558
Danzig	38, 106, 968
Düsseldorf	132, 274
Erfurt	132, 237
Frankfurt a. O.	21, 399, 418, 559
Hannover	23, 106, 151, 170, 251, 352, 823, 869, 969
Hildesheim	89, 378
Homburg	968, 1025
Königsberg	21, 480, 918, 968
Köln	399
Leipzig	21, 107
München	771, 792, 807, 871
Münster	712, 729, 968
Marienwerder	71, 118, 110, 579

Merseburg	151, 275, 823, 991
Minden	640, 747
Oppeln	107, 480, 869, 929
Osnabrück-Münch	70, 255
Polen	70, 887
Potsdam	418, 503
Schleswig	823, 888
Stade	89
Stettin	170, 294
Stralund	106, 399, 543, 618
Trier	106, 237, 273, 823
Wiesbaden	209, 295, 771, 669

Ortsgruppen-Nachrichten:

Allenstein	89, 337, 502, 968
Altbaum (Regb. Stettin)	89, 502, 911, 991
Altendorf (Regb. Coblenz)	273, 521, 771, 871, 1023
Altfröwe (Regb. Köslin)	441, 598
Annaburger See (Regb. Merseburg)	418, 463
Arnberger Wald (Regb. Altenberg)	70, 351, 378, 676
Bassum (Regb. Hannover)	337, 843
Battenberg (Regb. Wiesbaden)	38, 254, 792, 1046
Benrath (Regb. Düsseldorf)	558
Berent (Regb. Danzig)	70, 319, 521, 617, 887
Birnbaum-Girte (Regb. Posen)	843, 911
Büschhofen (Regb. Allenstein)	294, 597
Brieg (Regb. Breslau)	22, 107, 541, 598, 640, 676
Bromberg	72, 254, 337, 480, 558, 598, 771, 1024
Bruch (Regb. Marienwerder)	463, 870, 912, 1046
Bütow (Regb. Köslin)	23, 273, 337, 521, 579, 870, 1005
Chronkau-Malapan (Regb. Oppeln)	38, 236, 558, 617
Cleve (Regb. Düsseldorf)	807, 1024
Coblenz-Eifel (Regb. Coblenz)	541, 1024
Coblenz-Eifel (Regb. Coblenz)	351, 807
Celbin-Exelmier-Eide (Regb. Magdeburg)	502, 807, 887
Creuzburg-Eide (Regb. Oppeln)	89, 399, 558, 843, 1024
Crone a. d. Brahe (Regb. Bromberg)	22, 521
Czerst (Regb. Marienwerder)	39, 254, 440, 480, 502, 771, 1024
Darß-Zug (Regb. Danzig)	170, 418, 521, 690, 870
Deutschheide (Regb. Danzig)	38, 319, 100, 461, 521, 541, 558, 578, 640, 676, 712, 808, 870, 970
Dillenburg (Regb. Wiesbaden)	70, 274, 294, 821
Driesen (Regb. Frankfurt a. O.)	38, 133, 274, 521, 597, 792, 911
Eberswalde (Regb. Potsdam)	22, 106, 337, 502, 522, 728, 823
Eder (Regb. Cassel)	246, 823
Ederwäldchen (Regb. Merseburg)	990
End im Harz (Regb. Hildesheim)	70, 170, 823
Ernter (Regb. Potsdam)	152, 251, 464, 522, 844, 1046
Erschleben (Regb. Erfurt)	968
Eichweide (Regb. Cassel)	163, 558, 658, 712
Enna (Regb. Altenberg)	912
Ennsberg im Taunus (Regb. Wiesbaden)	399, 543, 771, 871
Frankenberg (Regb. Cassel)	70, 151, 522, 617, 771, 968, 1021
Frankfurt a. O.	22, 70, 106, 108, 255, 378, 461, 541, 771, 1016
Freudenfrier (Regb. Marienwerder)	72, 481, 617, 771, 1024
Fulda (Regb. Cassel)	187, 246, 481, 807, 1005
Friedersdorf (Regb. Königsberg)	236
Gelbhausen (Regb. Allenstein)	351, 463, 522, 541, 617, 640, 824, 912, 1024
Gelbhausen (Regb. Cassel)	22, 251, 558, 641, 657, 792
Gersleben (Regb. Trier)	89, 152, 912
Göttingen (Regb. Hildesheim)	294, 352, 418, 578, 618, 772
Grafenschaft (Regb. Breslau)	236, 578, 1046
Grafschilde-Wanda (Regb. Posen)	410, 841
Groß Lindenberg (Regb. Köslin)	72, 106, 502, 578, 640, 990
Groß Schirau (Regb. Königsberg)	210, 558
Gutshaus (Regb. Königsberg)	89, 133, 275, 440, 541, 676, 918
Hamel (Regb. Hannover)	90, 187, 772
Hammer (Regb. Stettin)	72, 541, 599
Hammerstein (Regb. Marienwerder)	824
Hannau (Regb. Cassel)	399, 541, 808
Hannover	90, 171, 210, 541, 746
Hann. Minden (Regb. Hildesheim)	251, 541, 792, 1024
Hermesfeld (Regb. Trier)	541, 968, 1017
Hersfeld (Regb. Cassel)	90, 254, 522, 772, 1021
Hertberg-Harz (Regb. Hildesheim)	38, 294, 541, 870, 1021
Hildesheim	251, 522, 772, 1025
Hintersee-Carpin (Regb. Stettin)	22, 171, 236, 295, 399, 481, 541, 641, 912, 991
Hochwald (Regb. Trier)	38, 319, 578, 821

	Seite
Holstein (Regbz. Cassel)	170, 772
Holstein (Regbz. Schleswig)	319, 379, 821, 889
Holstein (Regbz. Pommern)	399, 578, 870, 1024
Holstein (Regbz. Gumbinnen)	170, 502, 543, 805, 1018
Holstein (Regbz. Köslin)	399, 578, 821
Holstein (Regbz. Coblenz)	274, 399, 541, 792, 1024
Holstein (Regbz. Coblenz)	107, 560, 599, 746
Holstein (Regbz. Bromberg)	274, 1046
Holstein (Regbz. Cuxhaven)	254, 522, 728, 929, 948
Holstein (Regbz. Königsberg)	24, 236, 523, 541, 597, 929
Holstein (Regbz. Königsberg)	319, 378, 463, 578, 598, 844, 1005
Holstein (Regbz. Gumbinnen)	170, 338, 558
Holstein (Regbz. Gumbinnen)	22, 1046
Holstein (Regbz. Marienwerder)	151, 188, 522, 558, 580, 870, 930, 990
Holstein (Regbz. Königsberg)	70, 522, 887
Holstein (Regbz. Marienwerder)	151, 841, 949
Holstein (Regbz. Cassel)	792
Holstein (Regbz. Königsberg)	90, 678, 728, 772
Holstein (Regbz. Cassel)	71, 90, 151, 274, 319, 542, 618, 729, 792, 821, 889, 968, 1046
Holstein (Regbz. Bielefeld)	38
Holstein (Regbz. Frankfurt a. O.)	22, 72, 502, 772
Holstein (Regbz. Bielefeld)	22
Holstein (Regbz. Bielefeld)	378, 482, 792
Holstein (Regbz. Bielefeld)	254, 257, 503, 772
Holstein (Regbz. Marienwerder)	22, 254, 441, 542, 580, 617, 729, 825
Holstein (Regbz. Cassel)	522, 641, 792, 1024
Holstein (Regbz. Königsberg)	231, 337, 658, 772, 793, 930, 968, 1024
Holstein (Regbz. Danzig)	107, 294, 481, 746, 887, 1026
Holstein (Regbz. Köslin)	236, 888
Holstein (Regbz. Hannover)	22, 352, 676, 870, 970
Holstein (Regbz. Bielefeld)	712
Holstein (Regbz. Bielefeld)	22, 338, 888
Holstein (Regbz. Bielefeld)	274, 441, 598, 712, 808, 1025
Holstein (Regbz. Danzig)	38, 210, 338, 870, 930
Holstein (Regbz. Bielefeld)	39, 503, 558, 844
Holstein (Regbz. Marienwerder)	71, 133, 558, 772, 968, 990, 1046
Holstein (Regbz. Danzig)	274, 542, 580, 729, 1025
Holstein (Regbz. Bielefeld)	90, 152, 522, 580, 888
Holstein (Regbz. Bielefeld)	71, 171
Holstein (Regbz. Bielefeld)	658, 968
Holstein (Regbz. Bielefeld)	151, 888
Holstein (Regbz. Marienwerder)	210, 296, 690, 844, 949
Holstein (Regbz. Frankfurt a. O.)	579
Holstein (Regbz. Bielefeld)	22, 237, 254, 296, 441, 522, 844, 912, 825
Holstein (Regbz. Bielefeld)	71, 522, 690, 949, 1025
Holstein (Regbz. Cassel)	22, 210, 255, 399, 441, 503, 522, 559, 618, 658, 713, 747, 1025
Holstein (Regbz. Bielefeld)	23, 90, 463, 542, 658, 793, 912
Holstein (Regbz. Cuxhaven)	71, 255, 338, 522, 772
Holstein (Regbz. Trier)	108, 255, 379, 559, 713, 772, 930, 1006
Holstein (Regbz. Cuxhaven)	39, 71, 337, 1025
Holstein (Regbz. Cuxhaven)	319, 747, 793
Holstein (Regbz. Marienwerder)	39, 90, 210, 559, 729, 808, 990
Holstein (Regbz. Marienwerder und Bromberg)	39, 152, 319, 512, 808
Holstein (Regbz. Potsdam)	90, 187, 713, 844
Holstein (Regbz. Cassel)	374, 419, 559, 579, 618, 808
Holstein (Regbz. Arnberg)	237, 462, 580, 747, 872, 1005
Holstein (Regbz. Coblenz)	170, 257, 579, 598, 676, 870, 970
Holstein (Regbz. Gumbinnen)	133
Holstein (Regbz. Cassel)	23, 255, 579
Holstein (Regbz. Bielefeld)	481
Holstein (Regbz. Bielefeld)	90, 295, 441, 729, 825, 1025
Holstein (Regbz. Cassel)	237, 338, 747
Holstein (Regbz. Cassel)	151, 559, 747, 1025
Holstein (Regbz. Danzig)	109, 247, 295, 461, 542, 610, 691, 729, 821, 889, 1005
Holstein (Regbz. Bielefeld)	23, 39, 559, 618
Holstein (Regbz. Cassel)	109, 152, 237, 691, 713, 990, 1025

	Seite
Holstein (Regbz. Stettin)	152, 579, 618, 824, 870, 949, 1005
Holstein (Regbz. Gumbinnen)	109, 543, 641, 1025
Holstein (Regbz. Bielefeld)	23, 522, 1046
Holstein (Regbz. Stettin)	90, 197, 461, 523, 543, 848, 970
Holstein (Regbz. Köslin)	72
Holstein (Regbz. Bielefeld)	23, 39, 170, 255, 501, 618, 747, 912, 1047
Holstein (Regbz. Cassel)	133, 274, 543, 772, 991, 1005
Holstein (Regbz. Trier)	107, 1006
Holstein (Regbz. Marienwerder)	39, 481, 503, 522, 888, 1025
Holstein (Regbz. Bielefeld)	294, 543, 772, 1017
Holstein (Regbz. Bielefeld)	39, 151, 844
Holstein (Regbz. Bielefeld)	543, 1025
Holstein (Regbz. Bielefeld)	133, 352, 579, 824, 888
Holstein (Regbz. Gumbinnen)	255
Holstein (Regbz. Frankfurt)	878, 399, 482, 930, 992
Holstein (Regbz. Cassel)	523

2. Verein „Waldheil“

Beitragsverpflichtungen 24, 73, 91, 111, 134, 153, 173, 238, 296, 320, 339, 379, 400, 441, 483, 523, 560, 581, 599, 646, 659, 677, 713, 730, 748, 825, 844, 912, 930, 971, 1002, 1026	
Mitgliederbeiträge fanden ein 73, 111, 172, 257, 296, 321, 339, 380, 441, 483, 523, 560, 581, 599, 659, 713, 730, 749, 773, 825, 845, 872, 931, 971, 1027	
Zuwendungen, besondere 24, 73, 91, 111, 134, 216, 238, 296, 320, 380, 441, 483, 523, 560, 599, 659, 713, 730, 749, 773, 825, 844, 912, 931, 971, 1006, 1026	
Sitzungsverhandlungen des Vorstandes:	
vom 22. Januar 1912	109
vom 26. Februar 1912	211
vom 6. Mai 1912	419
vom 7. August 1912	691
vom 21. Oktober 1912	889
vom 16. Dezember 1912	1048
Mitgliederversammlung:	
Einladung zum 26. Februar 1912	133
Verhandlung der Mitgliederversammlung vom 26. Februar 1912	212
Wohlfahrtsarbeiten des Vereins „Waldheil“	110, 379, 483, 713
Stipendien für 1912	394, 400, 482, 544

3. Verein für Privatforstbeamte Deutschlands.

Mitgliederbeiträge fanden ein 25, 43, 74, 92, 116, 173, 189, 218, 249, 277, 298, 341, 381, 402, 443, 466, 484, 505, 525, 545, 584, 602, 622, 643, 660, 678, 694, 715, 733, 751, 776, 794, 810, 829, 846, 873, 913, 931, 950, 971, 992, 1004, 1028, 1049	
Eintrittsgeld, Mitgliederbeitrag und Zeitungsabgabebühren 25, 40, 44, 74, 112, 134, 189, 218, 249, 277, 298, 321, 341, 381, 466, 484, 505, 525, 545, 560, 584, 603, 622, 643, 678, 694, 715, 733, 751, 776, 794, 810, 829, 846, 873, 913, 931, 950, 971, 992, 1004, 1028, 1049	
Zuwendungen, besondere, finden ein	173, 525
Aufnahme in die Forstlehre in der Schule von Templin 25, 40, 92, 134, 188, 402, 1028	
Eintragung von Vorstandsmitgliedern in das Vereinsregister	74
Verordnung für die Fach- und Fortbildungsschule in Marienburg	40
Großer forstlicher Lehrgang 1912 in Lauterbach in Hessen 91, 112, 189, 238, 276, 297, 313, 340, 380, 730	
Bericht des Versicherungsamtes:	
für 1911	112, 275
für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juni 1912	560
Warnung vor Abonnementversicherung	603
Wintertagung 1912	217, 352
Fortbildungsschule 1912	217, 239, 259, 276, 297, 730
Stellenvermittlung, unentgeltliche Geflügelzucht 239, 380, 621, 659, 1028	
Einrichtung junger Forstleute	270, 277
Alte forstliche Lehrgänge	310, 401
Sommertagung vom 14. bis 17. August in Eisenach 380, 569, 581, 599, 619	
Waldausflug gelegentlich der Sommertagung	771
Forstlicher Lehrgang der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen	391
Forstlicher Lehrgang in Wittenberg a. O.	435
Forstlicher Lehrgang in der Provinz Sachsen	443
Unterhalt der ausgebildeten Schüler von Templin	443
Die Privatforstlichen	147, 495, 651
Forstliche und Forstwirtschaft	501, 544
Ausfall der Forstlehre in der Schule von Templin	524

	Seite		Seite
Jahresbericht vom 1. Juli 1911 bis 1. Juli 1912	601	5. Verein Walden-Yormonter Forstbeamten.	
Jahrbuch des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands für 1912	613, 622	Hauptversammlung	546, 804, 829, 914
Teilnahme an dem Lehrgang über Forsterei in Eberswalde	642	Ortsgruppe Krossen	191, 466, 706, 886
Kleiner forstlicher Lehrgang in Süddeutschland	659	Ortsgruppe Gorbach	46, 93, 280
Änderung der Prüfungsordnung für die Forsterprüfungen	750	Ortsgruppe Bismarck	218, 342
Personalauswahl	750	Ortsgruppe Bismarck	116, 279, 485, 885, 972, 1050
Forsterprüfung 1913	750	6. Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anstalts.	
Aufruf an die akademisch gebildeten Privatforstbeamten	783, 827, 873, 913, 992	Allgemeine Nachrichten	86, 321, 402, 945, 972
Wesendungen an den Verein	793, 808, 846, 913, 1007	Bezirksgruppen-Nachrichten:	
Forstlehranstalt Stargard in Mecklenburg	784	Dessau, Götzen, Herbst	173, 444, 584, 655, 777, 945
Rum Angestelltenversicherungsgelei 827, 922, 950, 958, 998, 1035		Gargenrode	93, 154, 485, 556, 694, 776, 867, 932, 972, 1003
Bezeichnungs der im Jahre 1912 eingegangenen Schenkungen an die Hehlingschule Templin	1029	7. Verschiedene.	
Bezirksgruppe I, Ost- und Westpreußen	504, 544, 659	Bezirksverein der Kommunalforstbeamten für Ost- und Westpreußen	
Bezirksgruppe II, Pommern	525, 545, 602, 714	Bericht über die Versammlung vom 21. Januar 1912	136, 842
Bezirksgruppe III, Mecklenburg	484, 582, 583	Tagungsordnung für den 18. Mai 1912	381
Bezirksgruppe IV, Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Lauenburg	544, 714	Bericht über die Tagung vom 18. Mai 1912	466
Bezirksgruppe V, Posen	484, 692, 1007	Verein der Forster und Forsterkandidaten des Königl. Sächsl. Staatsforstdienstes	
Bezirksgruppe VI, Cuxhaven	114, 524, 677, 1028	Hauptversammlung vom 10. März 1912	259
Bezirksgruppe VII, Schlesien B Breslau	321, 465, 582	Kollegiale Vereinigung der Forstbeamten von Königsberg	
Bezirksgruppe VIII, Pommern	384, 524, 583, 642	Rm. und Umgegend	466, 914, 1050
Bezirksgruppe IX, Brandenburg und Ausland	41, 134, 852, 820	Verein der Kommunal-Forstbeamten in Wiesbaden	654
Bezirksgruppe X, Hannover und Oldenburg	620, 715	Bayerischer Forsterverein	903
Bezirksgruppe XI, Rheinland-Westfalen	620, 750	D. Sonstige Vereine.	
Bezirksgruppe XII, Sachsen	774, 1007	Verein alter Garbeldner in Berlin	
Bezirksgruppe XIII, Mitteldeutschland	485, 483, 620, 809	Einladung zum Wintervergnügen	46
Bezirksgruppe XV, Vereinigung der Forstbeamten der Grafschaft Glatz	135, 188, 442, 582, 602, 693	Stiftungsfest den 15. Juni 1912	445
Bezirksgruppe XVI, Provinz Sachsen, Braunschweig und Anhalt	401, 1028	Ausstellung vom 5. November 1912	847
Bezirksgruppe Königreich Sachsen	218, 501	Bericht über diese Sitzung	972
Ortsgruppenbildung	826	Allgemeiner deutscher Jagdschützenverein	
4. Verein Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärte.		Hauptversammlung in Koblenz	536
Mitteilungen aus dem Staatshaushalts-Voranschlag	25	XVI. Beilagen.	
Einladung zur Mitgliederversammlung zum 14. Januar 1912	25	Des Forsters Feierabende, Unterhaltungsbeilage, 1912, in Nummer 1, 2, 3, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 39, 40, 41, 42, 44, 4, 44, 47, 49, 51, 52	
Berufungsbildung über die Erledigung eines Wittelschusses durch den Landtag	44, 66	Forstliche Rundschau, Monatsbeilage, Band 13, in Nr. 4, 8, 12, 16, 22, 25, 30, 34, 38, 43, 44, 50	
Vorstandsitzung zum 4. Februar 1912	116, 154	Stenographischer Bericht der zweiten Sitzung des preussischen Forsttags für 1912. Sonderbeilage in Nummer 4.	
Bericht über die Mitgliederversammlung vom 10. März 1912	341	Stenographischer Bericht über die Petition des Hegemeisters Krause und Genossen um andere Regelung der Einkommensverhältnisse. Sonderbeilage in Nummer 24.	
Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 1911	359		
Mitteilungen	421, 546, 751, 777, 846		
Nachrichten aus den Ortsgruppen:			
Erfeld	93, 584		
Meiningen	92		
Sonnenberg	92, 932		

Autorenverzeichnis.

	Seite		Seite		Seite		Seite
Anneke, Oberförster	980	Gels, Fr., Kgl. Forstmeister	652	Kramer, Baurat	625	Sacher, Kgl. Förster	490
Arnold, Dr.	5	Gondring, Kgl. Förster 512,	580	Krovis, Kgl. Forstassessor	77	Schill, Forstassessor	374
Balg, Stadt-Forstverwalter	127	Groß, Professor	767	Kornführer, Kgl. Hegemeister	452	Schmidt, Oberförster	769
Beder, Forstmeister a. D.	306	Grundner, Dr., Oberförster	933	Krebs, Otto, Oberförster	18, 779	Schneidter, Kgl. Hegemeister	1015
	527, 1013	Gule, Oberförstermeister	a. D. 27, 437, 473, 668, 1033, 1037	Kühne, Stadtförster	592	Schnobbel, Kgl. Förster	922
Berner, B., Kgl. Förster	698	Haack, Fr., Stadtförster	513	Laubinger, Stadtförster	836	Schulz, W., Forstingenieur	564
Bertou, Dr. Forstrat	75, 195	Härter, Freiherrl. Forstmeister	610, 814, 1033	Leopold, Oberförster	453	Schwappach, Prof. Dr. 4,	34, 101, 343, 753
Bester, Revierförster	705	Hahn, Kgl. Förster	665	Lind, Kgl. Förster	424, 1009	Schwarz, Forstassessor	547
Blum, Oberförster	181	Harbach, Förster	471	Luban, Kgl. Förster	907	Schwachow, Oberförster	639, 1015
von Blum, Oberförstermeister	894	Hess, Kgl. Hegemeister	395, 761	Lucas	651	v. Seydel	34
Bulle, Dr. Forstassessor	699	Herrmann, Kgl. Regierungsrat	194	Mau, Kgl. Hegemeister 12,	120	Simon, Kgl. Hegemeister	124, 331, 413, 477, 551, 568, 761, 973
Conrad, Kgl. Forstassessor	993	u. Forstrat	894	Müller	436	Sollnsh, Privatförster	1034
Dinic, Kgl. Hegemeister	585	Hering, Rechnungsrat	894	Niederstadt, Kgl. Oberförster	144	Sud., Kgl. Förster	384
Edschin, Prof. Dr. 68, 495, 513, 552, 570, 651, 856		Hentling	362	Nowotny, Kgl. Förster 199,	811	Swigenberg, Kgl. Hegemeister	467
Eide, Oberförsterkandidat	158	Hillebrand, Kgl. Förster	221	Wulke, C., Forstassessor	653	Stred, Kgl. Förster 631, 682, 762	
Eiser, Kgl. Förster	411	Hofer, Kgl. Förster	997	Otto, G.	768	Tihen	495
Eger, Kgl. Förster	199, 225, 267	Joski, Kgl. Förster 326, 646, 679		Reuster, Revierförster	496	Tige, Oberförster	447
Eufeld, Forstrat	591	Kachner, Kgl. Forstkaufseher	915	Reyde, Oberförster	856	Trost, Oberförster	241
Franz, Kgl. Forstmeister	426, 662	Kaiser, D., Kgl. Forstrat	66	Reidiger, Herzogl. Förster	513, 530, 674	Uedermann, Förster	429
Fremuth, Oberlandesgerichtsrat	589	Keller, Heinrich Sohn	129	Richtstein, Kgl. Forstmeister	333	v. Warendorf, Forstassessor	605
Gebauer, Kgl. Hegemeister	550	Keller, W., Kgl. Forstmeister a. D.	590, 610	Rolle, B.	790	Wallenberg	408
Gerdich, Kgl. Hegemeister a. D.	550			Rossmann, Kgl. Förster	80, 738, 833	Werner, Oberförster	740
						Werner, Kgl. Revierförster	383
						Wild	157



Anhang

zu Bd. XXVII der Deutschen Forst-Zeitung bzw. zu Bd. XIII der Forstlichen Rundschau.

Es wird gebeten, sich den Anhang, wie es beliebt, mit der Deutschen Forst-Zeitung oder mit der Forstlichen Rundschau zusammenbinden zu lassen.

Forstlich interessante Erscheinungen im Buchhandel während des Jahres 1912.

Botanik.

- Dengler, Alfred, Oberförster Dr.: Untersuchungen über die natürlichen und künstlichen Verbreitungsgebiete einiger forstlich und pflanzengeographisch wichtigen Holzarten in Nord- und Mittel-Deutschland. II. Die Horizontalverbreitung der Fichte (*Picea excelsa* Lk.). III. Die Horizontalverbreitung der Weißtanne (*Abies pectinata* DC.). Mit 2 Karten und mehreren Tabellen. Auf Grund amtlichen Erhebungsmaterials sowie ergänzender statistischer und forstgeschichtlicher Studien. (Mitteilungen aus dem forstlichen Versuchswesen Preußens) (IV, 131 S.) gr. 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 5 M., gebunden 5,50 M.
- Feucht, Otto, Forstassessor: Variationen mitteleuropäischer Waldbäume. (6 Taf. m. V S. 9 Pl. u. S. Text.) 1912. Aus Vegetationsbilder; herausgegeben von Prof. Dr. G. Naritzi und H. Schenk. IX. Reihe. 31,5×24 cm. Jena, G. Fischer. Jedes Heft 4 M.; Subskr.-Pr. 2,50 M.
- Jenner, Ehdr.: Benennung der im Freien aushaltenden Holzgewächse in Braunschweig und seiner weiteren Umgebung (58 S.) 8°. Braunschweig, Namdohr, 1912. 1,20 M.
- Neger, F. W., Forstakad.-Prof. Dr.: Die Nadelhölzer (Koniferen) und übrigen Gymnospermen. Neudr. (185 S. mit 85 Abbildungen, 5 Tabellen und 4 Karten.) H. 8°. Berlin, G. J. Göschen, 1912. Gebunden in Leinwand 80 Pf.
- Schneider, Camillo Karl: Illustriertes Handbuch der Laubholzkunde. Charakteristik der in Mitteleuropa heimischen und im Freien angepflanzten angiospermen Gehölzarten und Formen mit Ausschluß der Bambuseen und Palmen. II. (II. Bd. 6.) Fieierung. (II. Bd. S. 657–816 mit 95 Abbildungen.) Ver. 8°. 1911. 5 M. — 12. (Schluß-)Fieierung (S. 817 bis 1070 mit 114 Abbildungen.) Ver. 8°.

- Jena, G. Fischer, 1912. 8 M. (II. Band: 34 M., gebunden 38,50 M.).
- dasselbe. Register. (VII, 136 S.) Ver. 8°. Ebenda. 1912. 5 M., gebunden 7 M.
- Späth, Hellmut L., Dr.: Der Johannistrieb. Ein Beitrag zur Kenntnis der Periodizität und Jahresringbildung sommergrüner Holzgewächse. (XII, 91 S. mit 29 Abbildungen im Text und auf Tafeln.) Ver. 8°. Berlin, P. Parey, 1912. 4,50 M.

Fischerei.

- Friederichs, R., Dr.: Der Fischereipachtvertrag. Muster nebst Erläuterungen und Vorschlägen für Verpächter und Pächter, sowie Auszüge aus staatlichen Fischereipachtverträgen, mit einem Anhang, die Verpachtung von Fischgewässern überhaupt betreffend. (80 S.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1911. Gebunden in Halbleinwand 2 M.
- Gebhardt, Justizrat: Der neue preussische Fischereigesetzentwurf unter Berücksichtigung der Wassergesetzentwürfe. (180 S.) 16°. Neudamm, J. Neumann, 1912. Gebunden in Halbleinwand 2 M.
- Linke, Rud., und Ingenieur Frdr. Paul Böhm: Anleitung zum Bau und zur Bewirtschaftung von Teichanlagen. 2., verbesserte und vermehrte Auflage. (115 S. mit 84 Abbildungen.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. Gebunden in Halbleinwand 3 M.
- Walter, Emil, Dr.: Die Bewirtschaftung des Forellnbaches. Eine Anleitung zur Pflege der Bachforelle in freien Gewässern für Berufs- und Sportfischer, Forst- und Landwirte. (VII, 250 S. mit Abbildungen.) 8°. Neudamm J. Neumann, 1912. 6 M., gebunden 7 M.

Forstbenutzung.

- Guliesfeld, Forstrat: Das Grubenholz und der Grubenholz-Handel. (Aus: „Mitteilungen des deutschen Forstvereins.“) (52 S.) 31,5×23,5 cm. Berlin, J. Springer, 1912. 1 M.

Kanka, Gabr., Forstmeister Dr.: Eichenholz zu Efi. Mitteilung der k. k. forstl. Versuchsanstalt Mariabrunn. (Aus: Centralbl. f. d. ges. Forstwesen.) (29 S. mit 8 Figuren.) Ver. 8°. Wien, W. Frick, 1911. 1 K.

Forstlehrerführung.

Anweisung zur Ausführung der Betriebsregelungen in den preussischen Staatsforsten vom 17. 3. 1912. Betriebsregelungs-Anweisung. B. N. N. (79 S. mit 1 farbigen Tafel.) Ver. 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. Gebunden in Halbleinwand 3,50 K.

Gayer, C., Forstassessor, Assistent: Sortiments- und Wertzuwachsuntersuchungen an Tannen- und Nichtenstämmen. Mit Hilfstafeln zur Sortimentsregelung stehender Bestände. (97 S.) gr. 8°. Karlsruhe, G. Braunsche Hofbuchdruckerei. 1912. 2 K.

Milani, Oberförster Dr.: Beiträge zur Frage des Umtriebs in Fichten- und Kiefernbeständen. Vortrag. (15 S.) 8°. Wiesbaden, R. Vieweg & Co., 1912. 30 Pf.

Schwappach, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.: Ertrags-tafeln der wichtigeren Holzarten in tabellarischer und graphischer Form. (83 S. mit eingedruckt farbigen Kurven.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. Gebunden in Leinwand 4 K.

Wagner, C., Professor: Der Blendersaumschlag und sein System. (XII, 368 S. mit 73 Abbildungen und 2 farbigen Tafeln.) Ver. 8°. Tübingen, J. Neumann, 1912. 10 K., gebunden 12 K.

Forstgeschichte.

Hausrath, H., Prof. Dr.: Aus der Geschichte des deutschen Waldes. Vortrag. (18 S.) 8°. Leipzig, B. G. Teubner. 1912. 40 Pf.

Jacobi, Hans Bernh., Dr.: Die Verdrängung der Laubwälder durch die Nadelwälder in Deutschland. (VIII, 187 S.) Ver. 8°. Tübingen, J. Neumann, 1912. 6 K.

Forst- und Jagdkalender.

Forst- und Jagdkalender 1913. Begründet von Schneider und Zudersch. 63. Jahrgang. (41. Jahrgang des Zinreich-Neumanns Kalender 8.) Bearbeitet vom Geheimen Oberforstrat Oberforstmeister Dr. W. Neumeister und Rechnungsrat W. Neblaff. 2 Teile. — 1. Teil: Kalendarium, Wirtschaft, Jagd- und Fischereikalender, Hilfsbuch, verschiedene Tabellen und Notizen. Ausgabe A. Sieben Tage auf der linken Seite, die rechte Seite frei. (XXX, 14 S., Schreibkalender, 132 und 52 S.) Gebunden in Leinwand 2 K., in Leder 2,50 K. Ausgabe B. Auf jeder Seite nur zwei Tage. Gebunden in Leinwand 2,20 K., in Leder 2,70 K. — 2. Teil: Statistische Übersicht der Forsten des Deutschen Reiches und Personalstand der deutschen Forstverwaltungen auf Grund amtlicher Mitteilungen. Nachrichten über die forstlichen Unterrichtsanstalten Deutschlands und über die Forstvereine. Für die Abnehmer des 1. Teils besorgt 2 K., allein 3 K. Berlin, J. Springer.

Fromm's forstliche Kalendertafel 1913. Zugleich Kalender des Vereins für Güterbeamtete

in Wien. Redigiert von Oberforsttrat Emil Böhmere. 27., der ganzen Folge 41. Jahrgang. (VIII, 252 S. mit 45 Figuren und Zeichen-Notizbuch.) K. 8°. Wien, C. Fromme. Gebunden in Leinwand 3,20 K., Briefstaschen-Ausgabe 4,40 K.

Neumanns Taschenbuch und Notiz-Kalender für den Landwirt auf das Jahr 1913. (268 S. mit Schreibkalender und 1 Karte.) K. 8°. Neudamm, J. Neumann. Gebunden in Segelleinwand 1,20 K., stärkere Ausgabe 1,60 K.

Taschenkalender für den Forstwart für das Jahr 1913. 32. Jahrgang. Begründet von Hofrat Prof. G. Hempel. Fortgesetzt von Prof. Zul. Marchet und Forst-Domanenverwalter Dr. Fdr. Hempel. (VIII, 308 S. mit Figuren und 1 farbigen Karte.) K. 8°. Wien, W. Ferles. Gebunden in Leinwand 3 K., in Leder 5 K.

Waldheil. Kalender für deutsche Forstmänner und Jäger für das Jahr 1913. Mit einem Nummerverzeichnisse für Nadelholz oder Kiefernholz, 1000 Nummern umfassend, im Anhange, und Bleistift. Vereinskalender des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 25. Jahrgang. (243 und 48 S. mit 1 Karte.) K. 8°. Neudamm, J. Neumann. Gebunden in Segelleinwand 1,50 K., stärkere Ausgabe 1,80 K. — Auch in Ausgabe für Baden (247 und 59 S. mit 1 Karte) und für Elsaß-Lothringen (247 und 43 S. mit 1 Karte) zu gleichen Preisen.

Weidmanns Heil! Deutscher Forst- und Jagd-Kalender für das Jahr 1913. 8. Jahrgang. Herausgegeben von Forstamtsassessor H. Reisinger. (XVI, 231 S. mit 1 eingedruckt Bildnis.) K. 8°. Nürnberg, C. Koch. Gebunden in Leinwand 1,30 K.

Forst- und Jagdrecht.

Bauer, Josef, Syn. Huz.: Das in Deutschland geltende Recht, revierende Hunde und Katzen zu töten. Mitnehm den sonstigen auf Hunde und Katzen sich beziehenden und hier einschlagenden Rechtsverhältnissen. An der Hand der Rechtsprechung bearbeitet. 4., vermehrte und verbesserte Auflage. 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. Gebunden 3,50 K.

Freymuth, A., Oberlandesgerichtsrat: Das Verreten des Waldes. (54 S.) 16°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 30 Pf.

Simon, Karl, Bürgermeister a. D.: Der Wildschaden, seine rechtliche Behandlung, seine Ermittlung und Verrechnung im Gebiete des Königreichs Preußen. Ein praktisches Handbuch auf wissenschaftlicher Grundlage. (VI, 152 S.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 3,20 K., gebunden 3,60 K.

Forstpolitik.

Kautz, H., Forstmeister: Schutzwald. Forst- und wasserwirtschaftliche Gedanken. (IV, 74 S. mit 3 Figuren und 2 farbigen lith. Tafeln.) gr. 8°. Berlin, J. Springer. 1912. 2 K.

Köhler, Chr., Oberförster Dr.: Der freie Privatwald (Bauernwald) in Württemberg. (III, 59 S.) Herausgegeben von C. Wagner. gr. 8°. Tübingen, J. Neumann, 1912. 1,40 K.

Meigner, H.: Der Wald und seine Bedeutung. (VII, 92 S.) 8°. Göttingen, W. Philipp. Karl, Oberförster: Forstliche Tagesfragen, mit besonderer Berücksichtigung der badischen Waldwirtschaft besprochen. (VII, 171 S.) 8°. Freiburg i. B., Herder, 1912. 2,50 M.

Forstschuß.

Gdstein, Karl, Prof. Dr.: Der Kiefernspinner, *Dendrolimus (Lasiocampa) pini* L., seine Beschreibung und Lebensweise, als 4. Auflage (8.—10. Tausend) der Schrift: Wie findet man Parasiten in den Rauben des Kiefernspinners? (30 S. mit 18 Figuren.) 16°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 20 Pf.

Gdstein, Karl, Prof. Dr.: Die Maitäfer, ihre Bekämpfung und Bewertung. (34 S. mit 7 Figuren.) 16°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 20 Pf.

Gürst, Herrn. v., Dir. a. D., Forstbdr. Dr.: Die Lehre vom Waldschuß. Zugleich 7., neu bearbeitete Auflage von Kauschingers Lehre vom Waldschuß. (VIII, 190 S. mit 5 [4 farb.] Tafeln.) 8°. Berlin, P. Parey, 1912. Gebunden in Leinwand 4,50 M.

Boigt, Forstmeister: Der große Waldbrand zu Schwertin a. M. am 3. und 4. September 1911 sowie Vorbergungs- und Bekämpfungsmaßregeln von Waldbränden. Nach einem Vortrage. (40 S. mit 1 Plan.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 1,20 M.

Forststatistik.

Mitteilungen, Amtliche, aus der Abteilung für Forsten des Königlich Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. 1910. (IV, 51 S.) 8°. Berlin, J. Springer, 1912. 2 M.

Mitteilungen, Forststatistische, aus Württemberg für das Jahr 1910. Herausgegeben von der königlichen Forstdirektion. 29. Jahrgang. (108 S.) 8°. Stuttgart, F. Stahl, 1912. 1,20 M.

Nachweisungen, Statistische, aus der Forstverwaltung des Großherzogtums Baden für das Jahr 1910. 33. Jahrgang. (XXI, 154 S. mit eingedruckten Kurven.) 8°. Karlsruhe, C. F. Müller, 1912. 3 M.

Resultate der Forstverwaltung im Regierungsbezirk Wiesbaden. Jahrg. 1909. Herausgegeben von der königlichen Regierung zu Wiesbaden. (12 u. 54 S.) 8°. Wiesbaden, W. Plaum, 1911. 2 M.

Forstverwaltung.

Dienst-Instruktion für die königlich preussischen Förster vom 23. 10. 1868. (Unter Berücksichtigung der bis zum 1. 6. 1912 ergangenen Abändernden Bestimmungen, sowie unter teils wörtlicher, teils auszugsweiser Beigabe von Verfügungen usw., die zu den Vorschriften der Dienstinstruktion in Beziehung stehen.) (42 S.) 8°. Berlin, J. Springer, 1912. 1 M.

Flemming, P., Oberforstrat: Gesetze, Verordnungen und Dienstabweisungen, welche auf das Forstwesen Bezug haben.

1910. I. Für das Königreich Sachsen. II. Für das Deutsche Reich. (Aus: Tharandter forstliche Jahrbücher.) (43 S.) 8°. Berlin, P. Parey, 1911. 1 M.

Förster-Jahrbuch, Preussisches, für 1912. Ein Ratgeber und Adressbuch für die preussischen Kron- und Staats-Forstbeamten. Herausgegeben zum Teil nach amtlichen Quellen von der Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“. (III. Bd.) (234 S.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 3 M.

Geschäfts-Anweisung für die Oberförster der königlich preussischen Staatsforsten vom 4. Juni 1870 unter Berücksichtigung der bis zum 1. August 1912 ergangenen Änderungen. (IV, 102 S.) 40. Berlin, J. Springer, 1912. 2,50 M.

Jahrbuch des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, enthaltend dessen Einrichtungen, Mitgliederliste, Satzungen und Prüfungsordnungen. Herausgegeben von der Geschäftsstelle des Vereins, Halensee-Berlin, Karlsruher Straße 13. 8. Jahrgang nach dem Stande vom 15. 7. 1912. (152 S.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 1 M.

Liste der Elsaß-Lothringischen Staats- und Gemeinde-Forstbeamten nebst Verzeichnis der wichtigsten Privatwaldungen und deren Verwalter. Nach dem Stande vom 1. Oktober 1912. Nach amtlichen Quellen zusammengestellt und herausgegeben von der Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“. 3. Jahrgang. (66 S.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. 1,20 M.

Personal-Verzeichnis der königlich sächsischen Staats-Forstverwaltung auf das Jahr 1912. (66 S.) 8°. Dresden, C. Heinrich. 1 M.

Forstwissenschaft.

(Allgemeines.)

Böhmerle, Emil, Oberforstrat: Wirtschafts-Tabellen, und zwar: Formulare zu Vermerken über Kulturen und Forstverbesserungen, Säunungen, Altforstarbeiten, Diebstahlswidrigkeiten (Diebstähle, Frevel, Verletzungen usw.), Grenzangelegenheiten, Wildabschuß, Jagdpachtungen, Jagden, Zahlungsstermine, wirtschaftliche Aufzeichnungen, Löhne, Landwirtschaft, Glöckerei u. a. m. Ergänzungsbegabe zu Fromme's forstlicher Rechen-Tafel. 2., erweiterte und verbesserte Auflage. (164 S.) 8°. Wien, C. Fromme, 1911. Gebunden in Leinwand 2,50 M.

Gedanken und Erfahrungen aus dem heimischen Wald. Ein Festblatt zur 25. Versammlung des württembergischen Forstvereins im Jahre 1912. (109 S. mit 1 Bildnistafel.) 8°. Stuttgart, C. Schweizerbart, 1912. 2,80 M.

Handbuch der Forstwissenschaft, begründet von Prof. Dr. Theodor Böck, 3., verbesserte und erweiterte Auflage. Herausgegeben von Prof. Dr. Christof Wagner. In 4 Bänden. Mit mehreren Hundert Abbildungen im Text und 2 farbigen Tafeln. (2. Bd. XII, 641 S. mit 49 Abbildungen und 2 farbigen Tafeln, und 3. Bd. XII, 686 S. mit 209 Abbildungen.) 8°. Tübingen, H. Laupp, 1912. Vollständig

74 M., gebunden in Halbfranz 90 M.; auch in Lieferungen zu 2 M.

Jahresbericht über die Fortschritte, Veröffentlichungen und wichtigeren Ereignisse im Gebiete des Forst-, Jagd- und Fischereiwesens für das Jahr 1911. Herausgegeben von Prof. Dr. Heinrich Weber. (VIII, 186 S.) Supplement, Pr. 80. Frankfurt a. M., J. D. Sauerländer, 1912. 8 M.

Reim, H., Forstmeister: Ertragreiche Forstwirtschaft. Besonders für Landwirte, denen forstliche Beratung nicht zur Seite steht. (48 S.) Kl. 80. Leipzig, Bachmeister & Thil, 1912. 20 Pf.

Schäpfer, B., Prof. Dr.: Grundriß der Forstwissenschaft für Landwirte, Waldbesitzer und Forstleute. (VIII, 268 S. mit 53 Abbildungen.) 80. Stuttgart, E. Ulmer, 1912. Gebunden in Leinwand 6 M.

Holzmesskunde.

Dangel, Othmar, Geomet.: Vollständige Holz-Tabellen zur Berechnung runder und kantiger Hölzer nach neuen und alten Maßen, nebst Bestimmung des Kubikinhaltes stehender Bäume und verschiedenen Reduktionstabellen. 6., erweiterte Auflage. (222 S.) Kl. 80. Luzern, Briel & Co., 1912. 2 M.

Krammerr, Eug., Holzkubierer und Preisrechner für Holzhändler, Förster, Baummeister und Holzindustrie. (VIII, 176 S.) 10×15,5 cm. Budapest, W. Ráth, 1912. Gebunden in Leder 5 M.

Kunze, Max, Prof. Dr.: Untersuchungen über die Genauigkeit der Inhaltsberechnung der Stämme aus Mittendurchmesser und Länge. (54 S.) Pr. 80. Berlin, B. Parey, 1912. 2,50 M.

Müller, H. Th.: Berechnungs-Tabelle für Umrechnung von Rundhölzern, kantigen Hölzern, Brettern, Dächeln, Bohlen vom Kubikmeter auf laufende resp. Quadratmeter nebst Reduktion üblicher Preise vom Kubikmeter auf laufende und Quadratmeter. 3., erweiterte Auflage. (Anast. Neudr.) (47 S.) Kl. 80. München, J. F. Lentner, 1912. Gebunden in Leinwand 1,20 M.

Preßler, M. R., weil. Geh. Hofrat, Forstakad.-Prof. Dr.: Forstliche Kubierungstabellen. Im Auftrage des Königlich Sächsischen Finanzministeriums bearbeitet. 12., erweiterte Auflage. Herausgegeben vom Geh. Oberforstrat Oberforstmeister (fr. Forstakad.-Direktor) Dr. Max Neumeister. Taschenausgabe. (VIII, 134 S.) 19,5×11,5 cm. Wien, W. Perles, 1912. Gebunden in Halbleinwand 3,50 M.

Jagd.

C. E. Diezels Erfahrungen aus dem Gebiete der Niederjagd. 6. Auflage. Mit einem Bildnis Diezels und vielen Abbildungen, darunter 18 ganzseitige Tafeln von den Jagdmakern W. Arnold, F. Dahlem, R. v. Dombrowski, A. Endlicher, R. Feußner, Chr. Widner, A. Mallik, W. Neumeier, A. v. Neth, A. Schmitt,

G. Schulze, A. Stöck, A. Wegersitz und G. Wolters. Nach der dritten, von C. E. Diezel selbst vorbereiteten Auflage herausgegeben von der Redaktion der „Deutschen Jäger-Zeitung“. (XX, 636 S.) gr. 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. Gebunden in Leinenband 7 M., in Halbfranzband 8 M.

Heinrich Wilhelm Döbels Jäger-Practica oder Der wohlgeübte und erfahrene Jäger. Eine vollständige Anweisung zur ganzen hohen und niedern Jagd-Wissenschaft. Nach der ersten Ausgabe Leipzig 1746 herausgegeben von der Redaktion der „Deutschen Jäger-Zeitung“. (960 S. mit 16 Tafeln und einem Bildnis Döbels.) gr. 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. Gebunden in Leinenband 15 M., in Halbfranzband 16 M.

Kießling, W.: Helianthi als Garten-gewächs sowie Futterpflanze des Landwirtes und Wildhegers. (J. Neumanns landliche Büchersammlung.) (60 S. mit 9 Abbildungen.) 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. 1,60 M.

Körig, G., Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.: Wild, Jagd und Bodenkultur. Ein Handbuch für den Jäger, Landwirt und Forstmann. Mit 31 Abbildungen nach Original-Aufnahmen. (XII, 419 S.) 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. 8,50 M., gebunden 10 M.

Martenson, A.: Das Garmild Russlands, seine Verbreitung, Kennzeichen, Lebensweise, Jagd und Nutzung. 2., verbesserte Auflage. (193 S.) 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. Geheftet 4,50 M., gebunden 5 M.

Oberländer (Rheinf.-Oberländer): Das Jägerhaus am Rhein. Jugenderinnerungen eines alten Waldmannes, dem jägerischen Nachwuchs erzählt. 2. Auflage. Mit 104 Original-Abbildungen von Jagdmaler E. Schulze. (XII, 312 S.) 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. Gebunden in Leinwand 5 M.

Landwirtschaft.

Köpping, F., Königl. Kreis-Sekretär, Rechnungsrat: Das Viehsteuergesetz für das Deutsche Reich, nebst dem Ausführungsgesetz und den Ausführungsbestimmungen für Preußen sowie dem Gesetz usw. über die Befreiung der Tierkadaver. Textausgabe mit Anmerkungen und einem Sachregister. 4., gänzlich neu bearbeitete Auflage. (V, 278 S.) 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. Geheftet 4 M., gebunden 4,50 M.

Küster, A.: Das Falken des Aders, ein sicheres Mittel zum Steigern des Weinertrages. Nach eigenen Erfahrungen für den Gebrauch des Praktikers gemeinschaftlich dargestellt. Mit Vorwort von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Alb. Erh. 4., von der 3. unveränd. Auflage. (48 S. mit Abbildungen.) 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. 60 Pf.

Wendland, P., Landwirt: Der leichte Boden, seine nützbringende Bewirtschaftung ohne Jundurie unter Berücksichtigung seiner Wasserversorgung, Bearbeitung und Düngung. Aus der Praxis für die Praxis. (171 S.) 80. Neudamm, J. Neumann, 1912. 3,20 M., gebunden 4 M.

Mathematik.

Busse, Zul., Forstassessor Dr.: Die Ausgleichsrechnung und ihre Bedeutung für die Beurteilung forstlicher Fragen. (V, 58 S. mit 2 Kurventafeln.) gr. 8°. Stuttgart, G. Ulmer, 1912. 1,50 M.

Unterricht.

Fortbildungskursus der Forstakademie Eberswalde 10.—15. 7. 1911. (Aus: „Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen.“) (76 S. mit Fig.) gr. 8°. Berlin, J. Springer, 1912. 1 M.

Hufnagl, Leop., Zentral-Güterdirektor: Anleitung zur Führung des Tagebuches für die forstliche Staatsprüfung. 3., vermehrte und ergänzte Auflage. (28 S.) gr. 8°. Wien, W. Frick, 1911. 1,20 M.

Bereinsberichte.

Bericht über die XII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins (39. Versammlung deutscher Forstmänner) zu Königsberg i. Pr. vom 21.—26. 8. 1911. (IV, 201 S.) gr. 8°. Berlin, J. Springer, 1912. 3 M.

Bericht über die 55. Versammlung des Sächsischen Forstvereins, gehalten zu Freiberg vom 18.—21. 6. 1911. (VIII, 255 S.) 8°. Tharandt, Akademische Buchhandlung, 1911. 1,50 M.

Berichte des Forst-Vereins für Oberösterreich und Salzburg. Redigiert von Oberforstrat Frz. Gabriel. 1912. 51. Band. 1. Heft. (114 S. mit 1 Tafel.) gr. 8°. Gmunden, E. Wänhardt, 1912. 1,20 M.

Jahrbuch des Schlesischen Forstvereins für 1911. Herausgegeben vom Forstvereins-Präsidenten Oberforstmeister Hellwig. (VII, 198 und 38 S. mit 1 farbigen Karte.) 8°. Breslau, E. Morgenstern Verlag, 1912. Gebunden in Halbleinwand 3 M.

Verschiedenes.

Paenel, Karl, Forstamtsassessor, Sachverständiger: Der Vogelschutz. In Bayern organisiert von der staatlich autorisierten Kommission (dem Landesverband) für Vogelschutz nach den von Herrn. v. Verleisch aufgestellten Grundsätzen. (70 S. mit Abbildungen.) 8°. München, Gerber & Gelder, 1911. 25 Pf.

Rehmann-Schiller: Aus großer Zeit. Bilder aus dem Kriegeleben eines bayerischen Jägers. 2. Auflage. Mit erläuternden Abbildungen. (252 S.) 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. Geheftet 2 M., gebunden 2,60 M., hochlegant gebunden 3 M.

Oberländer (Nehfus-Oberländer): Der Leibeigene. Eine Erzählung aus der Zeit der russischen Bauernaufstände. 2. Auflage. (412 S.) Kl. 8°. Neudamm, J. Neumann, 1912. Geheftet 3 M., gebunden 4 M.

Schill, Dr.: 100 Fehler des Amtsstills. Handbuch für Behörden und Beamte. 7. Auflage. (X, 182 S.) Kl. 8°. München (19), Verlag des Handbuchs 100 Fehler des Amtsstills, 1912. Gebunden in Leinwand 2 M.

Wegweiser für Beamte. Ratgeber in beamtenrechtlichen Fragen sowie auf wichtigen Gebieten des amtlichen und bürgerlichen Rechts. Herausgegeben vom Verband deutscher Beamtenvereine. (VI, 134 S.) 8°. Frankfurt a. O., Erowitzsch & Sohn, 1912. 1,50 M.

Waldbau.

Harsch, Wilh., Forstmeister Dr.: Die Kiefer des württembergischen Schwarzwalds. (III, 126 S. mit 1 Abbildung.) gr. 8°. Tübingen, F. Laupp, 1912. 2,40 M.

Waldwertrechnung und Statistik.

Glaser, Thdr., Forstamtsassessor Dr.: Die Berechnung des Waldkapitals und ihr Einfluß auf die Forstwirtschaft in Theorie und Praxis. (VII, 131 S. mit 2 Figuren.) 8°. Berlin, J. Springer, 1912. 4 M.

Kreuzer, Ernst, Forstmeister: Die Waldwirtschaft auf statistischer Basis. (12 S.) Gr. 8°. Prag, G. Neugebauer, 1912. 90 Pf.

Ossenberg, L., Geh. Reg.-Rat: Grundzüge der Waldwertberechnung auf volkswirtschaftlicher Grundlage. Kritik der herrschenden Lehre und Änderungsvorschläge. (IV, 55 S.) gr. 8°. Berlin, P. Parey, 1912. 2 M.

Niebel, Frz., techn. Konsulent, Oberforstrat: Waldwertrechnung und Schätzung von Liegenschaften, dargestellt für Fachmänner und Studierenden. 2., verbesserte und erweiterte Auflage. (XVI, 527 S. mit 2 Diagr.) Gr. 8°. Wien, C. Fromme, 1912. 13,40 M., gebunden in Leinwand 14,60 M.



Small
Spiral
at the
end of

...
...
...
...
...
...

...
...
...

...
...

...
...

...

3

...

...

...

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.

Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Grandverversicherungs-Vereins Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaldfenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärter und des Vereins Waldeck-Hyrmontener Forstbeamten.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 3 Mf., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 1.

Neudamm, den 7. Januar 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Öffentlichlich gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Lautenburg im Regierungsbezirk Marienwerder ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Februar eingehen.

Oberförsterstelle Madenzell im Regierungsbezirk Cassel ist zum 1. Februar 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 10. Januar eingehen.

Oberförsterstelle Seelzerthum im Regierungsbezirk Hildesheim ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Februar eingehen.

Försterstelle Dammersbach in der Oberförsterei Madenzell, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. April 1912 anderweit zu besetzen.

Försterstelle Königsberg in der Oberförsterei Bodunin, Regierungsbezirk Bromberg, ist zum 1. Februar 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Januar eingehen.

Försterstelle Schwarzwald in der Oberförsterei Schwarzwald, Regierungsbezirk Osnabrück, ist voraussichtlich zum 1. Februar 1912 zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 15. Januar einzureichen.

Försterstelle Schladegau in der Oberförsterei Namslau, Regbz. Breslau, ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 2. Februar 1912 einzulenden.

Försterstelle Schmögrau in der Oberförsterei Namslau, Regierungsbezirk Breslau, ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 2. Februar 1912 einzulenden.

Försterstelle Steinberg zu Riefensbeek in der Oberförsterei Riefensbeek, Regierungsbezirk Hildesheim, ist zum 1. März 1912 neu zu besetzen.

Försterstelle Stripsok in der Oberförsterei Schwarzwald, Regierungsbezirk Osnabrück, ist voraussichtlich zum 1. Februar 1912 zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 15. Januar einzureichen.

Die Konservativen und die Förster.

Unter diesem Titel sind in den „Mitteilungen aus der konservativen Partei“, herausgegeben vom Hauptverein der Deutschkonservativen, an leitender Stelle folgende Ausführungen veröffentlicht worden:

In der Kritik der im Jahre 1909 glücklicherweise verabschiedeten Besoldungsreform der Reichs- und Staatsbeamten pflegt die liberale Agitation den Konservativen den Vorwurf zu machen, daß durch ihr Verhalten Wünsche und Forderungen einzelner Beamtenkategorien nicht in dem Maße erfüllt worden sind, wie es wünschenswert und berechtigt erscheinen mußte. Der Liberalismus rechnet mit der leider immer noch in einzelnen Kreisen der Beamenschaft verbreiteten Unkenntnis oder mit einer durch absichtliche Entstellungen liberaler Presseorgane entstandenen irrigen Auffassung und Beurteilung der damaligen tatsächlichen Vorgänge und erhebt diese Vorwürfe nicht zum wenigsten, um das Augenmerk der Beamenschaft von der eigentlichen Hauptfrage, nämlich der der Mittelaufbringung durch die Reichsfinanzreform, abzulenken. Auch die konservative Partei stand damals und steht noch heute auf dem Standpunkt, daß die Besoldungsreform keineswegs in allen Punkten den ihrer Überzeugung nach notwendigen Erfordernissen in der Aufbesserung der Gehälter, der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, der Pensionsregulierung u. a. m. restlos entsprach. Als staatsverhaltende Partei, die an jede Gesetzesarbeit mit dem für das Wohl des Ganzen erforderlichen politischen Ernst herantritt und wahltaktische wie rein agitatorische zu bewertende Machinationen weit von sich weist, durfte sie aber nicht

die Frage der Deckungsmöglichkeiten

außer acht lassen. Wohl wäre es ihr ein leichtes gewesen, mit dem Gesamtliberalismus ohne Rücksicht darauf, die Bewilligungen zum Schaden der Staats- und Reichsfinanzen weit über das selbst von der Beamenschaft geforderte Maß hinauszutreiben, oder wie der Freisinn, Beamtengruppen durch offiziellen Antrag in höhere Gehaltsklassen nachträglich hinaufzusetzen, in der sich diese nach den Beschlüssen schon längst befanden, wenn für sie der agitatorische Erfolg die alleinige Triebfeder gesetzgeberischer Arbeit gewesen wäre. Die Sprecher der konservativen Partei konnten einer solchen Politik, die der Auffassung nicht nur unserer unteren Volksklassen, sondern auch des gesamten Auslandes von dem hohen **staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl**, auf dem die Stärke Preußens und damit die des Reiches beruht, unübergefallen wäre, nicht beistimmen, und

sie mußten sich trotz aufrichtigsten Bestrebens, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel das Mögliche für die Beamenschaft zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen, leisten. Endes doch dem

Unannehmbar der königlichen Staatsregierung und der Reichsregierung fügen.

Zu den Gesichtspunkten, unter denen ihrer Pflicht gegen das Staatsinteresse bewußte Abgeordnete an eine Neuordnung von Dienst- einkommensbezügen für eine ganze Reihe von Staatsbürgern herantreten müssen, ist bei allem **Wohlwollen** auch zu berücksichtigen, daß eine Begünstigung einzelner Gruppen von Staatsdienern auf Kosten anderer nach Möglichkeit zu vermeiden ist. Es dürfte aber ebenso verständlich sein, daß die Forderung bei einem so gewaltigen Gesetzeswerk, wie es die Neuordnung der Beamtenbesoldungsverhältnisse darstellte, nicht immer restlos durchführbar war. Wir denken da an die Berufsgruppe, deren Wünsche traditionell mit unermüdlichem Nachdruck von der konservativen Partei vertreten worden sind, an

die Förster,

und können um so weniger mit unserem Verdauern zurückhalten, wenn hier und da versucht wird, dieses **harm on i s c h e V e r h ä l t n i s** durch falsche Behauptungen und dreiste Unwahrheiten zu stören. Wir brauchen nicht an die rastlosen Bemühungen konservativer Abgeordneter zu erinnern, denen es zuzuschreiben ist, daß schon im Jahre 1907 eine Erhöhung der Bezüge der Förster durchgesetzt wurde. Die Regierung brachte 1907 für die Förster in Vorschlag: 1400 bis 2100 *M.* bei 21 Dienstjahren, was auch angenommen wurde. Im Jahre 1909 schlug der Entwurf vor: 1400 bis 2400 *M.* bei 21 Dienstjahren. Die Steigerung betrug also, wie z. B. in der Kommission darauf hingewiesen wurde, im Endgehalt 600 *M.*, wenn man die Zahlen vor 1907 hier zur Geltung bringt (die mittleren Beamten wurden im Durchschnitt nur um 300 *M.* erhöht). Dieser Gegenüberstellung soll aber keineswegs unbedingte Beweiskraft gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Förster beigemessen werden. Denn die wirtschaftliche Lage der Förster war damals wenig günstig. Das Dienstland selbst ist gegen früher nur noch eine mäßige Einnahmequelle mehr für sie, denn seine Erträge kommen nicht ihnen ausschließlich zugute, sondern bei den ständig zunehmenden Löhnen und Ansprüchen der ländlichen Arbeiter und Dienstboten vor allem diesen, welche ihre ohnehin zu hohen Forderungen auf einer einsam gelegenen Försterei

noch ganz besonders zu steigern gewohnt sind. Daher ist auch kostenloser Besuch einer Volksschule bei den weiten Entfernungen Försterkindern oft völlig unmöglich. In sehr vielen Fällen muß der Förster, nur um seinen Kindern eine einfache Volksschulbildung zuteil werden zu lassen und oft nur für ein Kind, eine eigene Lehrkraft unterhalten u. a. m.

In Anbetracht dieser ungünstigen Verhältnisse hat daher der konservative Abgeordnete von Hennigs in der Kommission des Abgeordnetenhauses sich die größte Mühe gegeben, noch mehr für die Förster herauszuschlagen. Erschwert wurde dies dadurch, daß

der Eisenbahnminister ein Veto einlegte,

die 15 900 Lokomotivführer schlechter zu stellen als die Förster, da diese einen besonders gefährvollen und anstrengenden Dienst hätten und deshalb bisher wesentlich besser standen als die Förster, nämlich 1200 bis 2200 \mathcal{M} bei 15 Dienstjahren.

Jede Erhöhung der Lokomotivführer ging aber bei deren großer Zahl in die Millionen. Erreicht wurde in der 1. Lesung der Kommission nur, die Dienstjahre der Förster auf 15, die der Lokomotivführer auf 12 herabzusetzen. In der zweiten Lesung wurde es dann im Interesse der Beamten für besser befunden, das Entgelt beider Kategorien auf 2500 \mathcal{M} zu erhöhen, hingegen die Dienstjahre der Förster auf 18 (gegen 21 der Vorlage), die der Lokomotivführer auf 15 (wie in der Vorlage) festzusetzen. Dadurch wurde für die 4559 Förster ein Mehr von 650 700 \mathcal{M} über die Regierungsvorlage hinaus erreicht.

Mehr zu erzielen, war den konservativen Abgeordneten bei der ablehnenden Haltung der Staatsregierung nicht möglich.

Die Bemühungen des Abgeordneten von Hennigs gingen ferner dahin, die Nutzung des Dienstlandes pensionsfähig zu machen. Dies scheiterte bei der Regierung daran, daß kein Anspruch auf Dienstland vorliegt und viele Förster, besonders im Westen, gar kein Dienstland haben. Während der Kommissionsverhandlungen haben die konservativen Abgeordneten, namentlich Herr von Hennigs, viel mit Deputationen von Förstern verhandelt und diese haben den Bemühungen der konservativen volle Anerkennung gezollt. Wenn hier und da einzelne Förster mit dem von den Konservativen Erreichten unzufrieden sind, so kann dies nur darin seinen Grund haben, daß die Liberalen bemüht sind, jede auch nur scheinbare Disparität in den Gehaltsverhältnissen gegen die Konservativen auszunutzen. Insbesondere können die Königl-

ichen Förster sicher sein, daß sie bei der Gehaltsregulierung viel ungünstiger abgeschnitten haben würden, wenn nicht die Konservativen mit größtem Nachdruck für sie eingetreten wären. — Die Liberalen haben in der Kommission den Abg. von Hennigs nicht unterstützt, als derselbe den Antrag stellte, die Nutzung des Dienstlandes pensionsfähig zu machen. Hätten sie dies getan, dann würde sich ein Weg gefunden haben, die Nebeneinnahmen der Förster dem pensionsfähigen Gehalt zuzuschlagen,

eine ihrer vornehmlichsten Forderungen.

Die konservative Partei ist zu jeder Zeit für die Besserstellung der Förster eingetreten und ist dieser Tradition immer treu geblieben, insbesondere auch bei der letzten preußischen Beamtenbefoldungsreform. Die Haltung der konservativen Partei hierbei ist, soweit namentlich die Förster in Betracht kommen, in so unanfechtbarer und klarer Weise durch die folgenden Darlegungen der konservativen Abgeordneten Duehl präzipiert worden, daß die wenig einwandfreie Methode liberaler Organe und Agitatoren jeden Wahrheitsliebenden, gleichviel welcher Partei er angehören mag, nur mit Entrüstung erfüllen kann. Abg. Duehl führte laut amtlichen stenographischen Bericht am 28. Januar 1909 im Plenum des Abgeordnetenhauses folgendes aus: „In Klasse 9 sind die beiden viel umfrittenen Klassen der Förster und der Lokomotivführer. Beide Klassen haben sich in der Kommission außerordentlicher Sympathien (Sehr richtig!) erfreut. Besonders hat ein großer Teil meiner politischen Freunde es bedauert, daß sich in der Kommission für die Klasse der Förster nicht mehr hat erreichen lassen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sahen uns aber der bestimmten Erklärung der Staatsregierung nach dieser Richtung hin gegenüber, daß sie es für unannehmbar hielt, die Förster auf 2700 \mathcal{M} zu bringen. (Zuruf rechts: Leider!) Es hat sich auch deshalb nichts mehr erreichen lassen, weil ein Widerspruch der Herren Ressortchefs aus anderen Ministerien vorlag, die erklärten, daß eine solche Besserstellung auch auf andere Klassen Rückwirkung haben müßte. Verschiedene Parteien haben dann in der Kommission die Anregung zu geben versucht, das Gehalt der Förster von 2400 auf 2700 zu steigern und damit eine Änderung in bezug auf die

Anrechnung des Dienstlandes

eintreten zu lassen. Die königliche Staatsregierung erklärte aber, hierauf nicht eingehen zu können, weil damit eine organische Änderung verbunden sei, und diese könnte bei

Gelegenheit der Beamtenbesoldung nicht vorgenommen werden. **Wir haben uns bescheiden und zurückziehen müssen auf einen von allen Parteien in der Kommission einstimmig angenommenen Antrag**, die Förster in ihrem Endgehalt auf 2500 M. zu stellen, was immerhin gegenüber der Regierungsvorlage eine Mehrausgabe von etwa 700 000 M. bedingt. Meine Herren, es ist uns gerade bei dieser Klasse außerordentlich bedauerlich gewesen, wir müssen aber diese Beamtenklasse darauf hinweisen, daß irgendwelche Bestrebungen, an diesen Gehaltsstufen jetzt zu ändern, aussichtslos sind, und daß erst dann eine Änderung eintreten können, wenn eine organische Änderung ihrer Nebenbezüge erfolgen würde."

Besonders hervorgehoben zu werden verdient aber, daß, wie es im Vorstehenden mit Bezug auf die Aufbesserung der Förster ja auch schon angedeutet ist, die Beamtenbesoldungsreform in allen ihren Teilen auf Grund einer

Übereinkunft

sämtlicher bürgerlicher Parteien zustande gekommen ist, daß also, wenn der konservativen Partei wirklich eine Schuld an der gewiß nicht glänzenden Aufbesserung der Förster beigemessen werden könnte, was, wie wir soeben gesehen haben, in Wahrheit nicht der Fall ist, die selbe Schuld dann auch beispielsweise die national-liberale Partei treffen würde. Der Versuch, die konservative Partei ins Unrecht zu setzen, stellt sich somit nicht nur als gewissenlose Spekerei, sondern vor allem auch als eine Ungeheuerlichkeit ersten Ranges dar. Denn die sämtlichen bürgerlichen Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben damals die gedachte Übereinkunft auch in der Voraussetzung getroffen, daß eine solche Vereinbarung die gegenseitige Begleiterrscheinung zeitigen werde, daß dadurch die Besoldungsreform dem Streit der Parteien entzogen würde, und daß, wie damals selbst die „Freisinnige Zeitung“ durchaus zutreffend, wenngleich mit einem verfehlten Seitenhieb gegen die Konservativen, schrieb, „angesichts der einmütigen Beschlüsse aller bürgerlichen Parteien Versuche, eigennützigen Stimmenfang unter

den Beamten zu treiben, unmöglich gemacht werden würden.“ Das führende Freisinnigorgan hat damit ein Maß von sachlichem Urteilsvermögen an den Tag gelegt, zu dem sich manche „Rationalliberalen“ (!) auch heute noch nicht aufzuschwingen vermögen.

Trotz alledem wird es das Bestreben der Konservativen sein, auch weiterhin die Interessen der Förster energisch wahrzunehmen. In dieser Beziehung wird zunächst anzustreben sein:

1. Beibehaltung des Dienstlandes, wo ohne dieses die Existenz des Försters unmöglich ist, sonst Gewährung einer baren Stellenzulage; beides dem Umfange der Dienstgeschäfte, den Mehrkosten der Lebensunterhaltung und Kindererziehung, die durch die Lage der betreffenden Stelle bedingt sind, angemessen.

2. Gewährung des vollen, pensionsfähigen Bareinkommens der ihnen gleichwertigen Beamten, ohne jede Rücksichtnahme auf die lebighich im Interesse des Dienstes liegenden Bezüge unter Nummer 1.

3. Dort, wo Dienstländereien beibehalten werden, Gewährung des erforderlichen Einrichtung- oder Betriebskapitals als Darlehen bei niedrigster Verzinsung und wohlwollende Unterstützung in der Wirtschaftsführung, vor allen Dingen auch bei der Einrichtung der Wirtschaftsgebäude.

Wir nehmen von dieser für den Försterstand bedeutsamen Rundgebung der Konservativen Partei dankbar Kenntnis und freuen uns, daß bei dieser so großen und angesehenen Fraktion sich die Überzeugung von dem Vorhandensein der bei uns bestehenden Besoldungshärte Bahn gebrochen hat. Sicherlich wird die jetzige klare Bekanntgabe des offiziellen Parteistandpunktes in der Förstergehaltsfrage mit dazu beitragen, das traditionell gute Verhältnis, welches von jeher zwischen der Konservativen Partei und den Förstern bestand, erneut zu festigen. Der engere Vorstand des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten. Krause. Hennig. Velte. Siepe.

Bezug deutschen Kiefern Samens und deutscher Kiefern pflanzen.

Wie bekannt, bekämpft der Deutsche Forstwirtschaftsrat die Einfuhr fremden Kiefern Samens und fremder Kiefern pflanzen wegen der geradezu verheerenden Folgen, die sich hieraus für unsere Kulturen und die sich später hieraus entwickelnden Bestände ergeben. Diesen Bemühungen ist es Ende 1910 gelungen, eine Anzahl von Kleng-anstalten und Forstbaumschulen zu einer Vereinigung zusammenzufassen, die sich verpflichtete,

nur Kiefern Samens und Kiefern pflanzen deutscher Herkunft in den Handel zu bringen. Bei der Kürze der damals zur Verfügung stehenden Zeit konnten die getroffenen Vereinbarungen nur einen vorläufigen Charakter tragen, außerdem hat die Erfahrung gelehrt, daß sie nach mehrfachen Richtungen der Verbesserung und Ergänzung bedurften. Auf der Tagung des deutschen Forstwirtschaftsrates

im August 1911 sind alsdann förmliche Sitzungen einer Kontrollvereinigung ausgearbeitet und die Besitzer von Kanganstalten und Forstbaumschulen zum Eintritt eingeladen worden. Nach Abschluß der nötig gewordenen, umständlichen Verhandlungen haben nunmehr bis zum Ende des Jahres 1911 folgende Firmen ihren endgültigen Anschluß an diese Vereinigung erklärt:

A. Kanganstalten:

1. C. Appel, Darmstadt;
2. P. Schott, Knittelsheim (Rheinpfalz);
3. G. J. Steingaeßler & Co., Wittenberg a. Main;
4. H. Keller Sohn, Darmstadt;
5. C. Trumpff, Blankenburg (Harz);
6. J. M. Vint Sohn, Mubau;
7. Chr. Geigle, Nagold (Baden);
8. J. M. Helms Söhne, Großbarz;
9. Vereinigung von Kanganstaltbesitzern der Altmark, umfassend die Besitzer: F. Bismarck (Klöbe), H. Schulz (Zimmeth), H. Brune (Zeplingen), W. Pasche (Colbitz), F. Schöneke und E. Siemer (Wittingen) und H. Franke (Radenbed).

B. Forstbaumschulen:

1. Peter Schott, Knittelsheim (Rheinpfalz);
2. Chr. Geigle, Nagold;
3. W. Emmerich, Celle, und
4. Die Vereinigung der Kontrollbaumschulen in Halstenbek, bestehend aus den Firmen: H. H. Rein, J. Heins Söhne, E. F. Rein, Siebers & Heubel, Gustav Lüdemann, M. Ostermann, Th. Kullsch, M. Griem — sämtlich in Halstenbek; Rudolf Schrader, Rellingen, A. H. Rein sowie Buch und Hermannsen in Krupunder bei Halstenbek.

Hiermit ist ein wichtiger Schritt zur Erziehung besserer Kulturen und nugholzflüchtiger Bestände getan! Nicht unerwähnt darf aber bleiben, daß diese Beschränkung auf inländischen Samen, wenigstens anfangs, vor Entwicklung einer entsprechenden Organisation für die Gewinnung einheimischer Zapfen, wahrscheinlich eine Erhöhung des Samenpreises zur Folge haben dürfte. Scheiden doch nunmehr weite Gebiete mit reichlichem Zapfenertrag und billigen Arbeitslöhnen für Deutschland aus! Andererseits muß aber auch nachdrücklich betont werden, daß gerade das Streben nach möglichst billigen Samenpreisen und das hiermit zusammenhängende Submissionswesen den größten Teil der Schuld an den heute vorhandenen Mißständen trägt. Wer

in der Lage ist, diese Verhältnisse genauer zu überblicken, erschrickt über den Rückgang der Verwendung einheimischen Kiefern Samens und über das gewaltige Ansteigen der fremden Einfuhr während der letzten zwanzig Jahre!

Die Firmen, die sich der Vereinigung des deutschen Forstwirtschaftsrates angeschlossen haben, sind jedoch nur dann in der Lage, die übernommenen Verpflichtungen dauernd zu erfüllen, wenn sie für deutschen Kiefern Samen und deutsche Kiefern Pflanzen auch entsprechend Absatz finden. Die Waldbesitzer dürfen sich nicht kurzfristig durch die Rücksicht auf etwas billigeren Samenbezug oder aus Bequemlichkeit dazu verleiten lassen, auch fernerhin noch fremden Kiefern Samen oder, wie es nun neuerdings üblich wird, den ohne Angabe der Herkunft angebotenen Kiefern Samen zu kaufen. Wenn es auch nach dem gegenwärtigen Stande unserer Kenntnisse zulässig erscheint, belgischen, holländischen oder russischen Kiefern Samen wenigstens in den entsprechenden Grenzgebieten Deutschlands ohne Gefahr anzubauen, so ist doch beim Bezug derartiger Ware keinerlei Bürgschaft für ihre Herkunft und namentlich für die Beschaffenheit des Zapfenmaterials geboten. Insbesondere werden im Auslande Kiefernzapfen schon vielfach sehr frühzeitig und daher noch unreif gebrochen. Ebenso können und werden in Zukunft sicherlich auf dem Umwege über Belgien, Holland und Rußland auch die ganz gefährlichen französischen und ungarischen Kiefern Samen nach Deutschland gelangen.

An alle Waldbesitzer, namentlich die Forstverwaltungen des Staates und der Gemeinden sowie an die Landwirtschaftskammern, muß daher die dringende Aufforderung gerichtet werden, künftighin ausschließlich deutschen Kiefern Samen und aus solchem erzogene Pflanzen zu verwenden. Soweit Samen und Pflanzen nicht in der eigenen Verwaltung gewonnen werden, bietet der Bezug von den obengenannten Firmen, die sich ausdrücklich verpflichtet haben, in ihren Geschäften lediglich solche Ware zu führen, und die in dieser Hinsicht der Kontrolle des Forstwirtschaftsrates unterstehen, die größte Sicherheit hinsichtlich der deutschen Herkunft des von ihnen gelieferten Kiefern Samens und der hieraus erzeugten Pflanzen.

Dr. Schwappach.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Waldarbeiter.

Von Dr. A. B. Kenoß-Berlin.

Der Deutsche Forstverein hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, über die Lage der Waldarbeiter eine eingehende, über ganz Deutsch-

land sich erstreckende Erhebung zu veranstalten. Ihm ist das bayerische Finanzministerium im Jahre 1910 gefolgt. Außerdem ist in dem gleichen

Jahre eine private Arbeit über die Lage der Waldbarbeiter in den der Forstordnung unterworfenen Wäldungen in Elsaß-Lothringen von Dr. A. Herrmann erschienen. Alle drei Arbeiten haben einem langgefühltten Bedürfnis abgeholfen, das darin bestand, daß irgendwelche statistische Untersuchungen auf diesem Gebiete bisher völlig gefehlt hatten, und zwar um so mehr, als sich auch hier im Laufe der Jahre ähnlich wie in der Landwirtschaft große Umwälzungen vollzogen haben, die sich in vielen Forstbezirken zu einem recht fühlbaren Arbeitermangel zugespitzt haben. Es galt also vor allem, einmal ein klares, übersichtliches Bild über die wahre Sachlage der Waldbarbeiterfrage zu gewinnen, um auf Grund dessen Reformvorschläge zur Abstellung der aufgetretenen Mißstände machen zu können.

Nach der Erhebung des Deutschen Forstvereins ist der fast überall mehr oder weniger zutage tretende Waldbarbeitermangel in erster Linie auf dieselben Ursachen wie in der Landwirtschaft zurückzuführen. Die Landflucht bildet auch hier den Hauptgrund. Daneben trägt das Vordringen der Industrie auf das Land und die Ausdehnung des Fremdenverkehrs, der vor allem die Arbeiterinnen dem Walde entfremdet, nicht unerheblich dazu bei, den Nachwuchs ganz wesentlich zu vermindern. Auch die Landwirtschaft, die früher im Winter wenigstens Arbeitskräfte an den Wald abgegeben hat, kann diese infolge ihrer immer intensiveren Betriebsart heute nicht mehr entbehren. Auf der andern Seite darf man nicht vergessen, daß der Wald selbst heute bedeutend mehr Arbeit als früher verlangt. Auch hier hat die Intensität des Betriebes erhebliche Fortschritte gemacht. Insbesondere gilt dieses für die verfeinerte Aufbereitung der Nadelhölzer: an Stelle der früher üblichen kleinen Abschnitte wird heute ihre Aushaltung in tunlichster Länge vorgenommen. Dazu tritt das fast überall eingeführte und recht zeitraubende Entrinden dieser Hölzer, um sie einerseits besser erhalten, andererseits an Gewicht sparen zu können.

Der Arbeitermangel hat sich infolgedessen im Laufe der Jahre immer mehr verstärkt und vielfach zur Anwerbung von forstlichen Wanderarbeitern geführt, die, soweit es angängig war, aus der Mitte der heimischen Arbeiter der näheren oder weiteren Umgebung genommen wurden. Jedoch ließ sich auf die Dauer die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte auch in der Forstwirtschaft nicht umgehen. Im Osten, Norden, Nordwesten und in Thüringen finden Slaven, im Königreich Sachsen Böhmen, sowie im Süden und Südwesten Italiener und Südtiroler als Waldbarbeiter Beschäftigung.

Im einzelnen löst sich über den Arbeitermangel in den verschiedenen Bundesstaaten bzw. Provinzen folgendes sagen: Im Osten und vor allem im Nordosten wird in der Hälfte der Bezirke über Mangel an brauchbaren Arbeitern geklagt. Häufig müssen Stodrodungen, Läuterungen, Durchforstungen usw. entweder verschoben werden oder ganz unterbleiben. Der hierdurch den Forstverwaltungen erwachsende Schaden wird im Regierungsbezirk Gumbinnen bei 125 300 ha

Staatswald auf jährlich nicht weniger als 240 200 M berechnet. Es handelt sich also, wie man sieht, um recht erhebliche Verluste, die eine Anderrung der bestehenden Verhältnisse gebieterisch fordern. Ganz ähnlich ist die Lage im Nordwesten. In Bayern, Sachsen und Thüringen wird lebhafteste Klage über den völligen Mangel an Arbeiterinnen geführt. Abgesehen von Elsaß-Lothringen, in welchem Bundesstaat fast sämtliche Oberförstereien über zu wenig Arbeitskräfte verfügen, ist der Südwesten verhältnismäßig noch am besten gestellt. Am günstigsten gestaltet sich in dieser Beziehung die Lage im Großherzogtum Hessen, wenn sich auch in der Nähe der großen Städte zeitweise ein Mangel an Kulturarbeitern bemerkbar macht. Ähnlich verhält es sich mit Württemberg. In Baden sind die Verhältnisse nicht ganz so günstig, wiewohl auch hier immer noch die Hälfte der Oberförstereien über eine genügende Anzahl von Arbeitskräften verfügt.

Dieselben Erscheinungen, die sich in der Landwirtschaft wie in der Industrie heute bemerkbar machen, treten nunmehr auch in der Waldbwirtschaft zutage: Es ist die nicht unerhebliche Verteuerung des ganzen Betriebes infolge der Einstellung ungelernter Arbeiter. Nur zu häufig machen sich Nachpflanzungen nötig, da die Pflanzarbeiten, wie es in einem Mecklenburger Bericht treffend ausgedrückt wird, von unfundigen und ohne Liebe zum Walde arbeitenden Personen ausgeführt werden. Auch die Wertungskosten für Unterholzkreisig sind ziemlich bedeutend gestiegen. Im lothringischen Forstindustriegebiet führte ihre Erhöhung auf 10 M für das Hundert dazu, den Mittelwaldbetrieb aufzugeben und zum Hochwald überzugehen. Für das Forstamt München-Süd liegt eine Zusammenstellung über das Verhältnis zwischen Gewinnungskosten und Erlös aus den einzelnen Holzarten vor. Danach betrugen diese bei wertvollem Nuppholz 10 %, bei Derbholz-Brennholz 25 %, bei Nupphngen 20 bis 47 %, bei Nadelholzkreisig auf Reihhufen gelegt bis 67 %, bei Stodholz 85 % des Erlöses.

ber die Lohnhöhe ist nach der Erhebung des Deutschen Forstvereins so viel zu sagen, daß sie in der Mehrzahl der Fälle mit der in der Landwirtschaft übereinstimmt und vom Osten nach dem Westen, der Lebensmittelverteuerung entsprechend, zunimmt. Jedoch wird in dem angezogenen Bericht ausdrücklich darauf hingewiesen, und zwar meiner Meinung nach mit vollem Recht, daß der Waldbarbeiter zum mindesten dem gewöhnlichen Industrie- und städtischen Arbeiter an Lohn gleichgestellt werden müsse. Übrigens ist das ein Standpunkt, um dies gleich vorweg zu nehmen, der von der preussischen und hessischen Staatsforstverwaltung geteilt wird. Denn es dürfte doch wohl kaum zu bestreiten sein, daß an den Waldbarbeiter nicht nur eine bedeutend groere Geschicklichkeit, sondern auch erheblich groere körperliche Anstrengungen und Entbehrungen als an den landwirtschaftlichen Arbeiter gestellt werden. Damit nicht genug, hat der Waldbarbeiter oft infolge ungünstiger Witterung mit unfreiwilligen Arbeitsunterbrechungen, sowie mit ziemlich hohen Un-

kosten für Beschaffung und Instandhaltung seines Werkzeuges zu rechnen.

Aber auch die Lohnzahlungen selbst bedürfen einer durchgreifenden Änderung, soll es gelingen, einen seßhaften und tüchtigen Arbeiterstamm wieder zu gewinnen. Auch auf diesem Gebiete ist es nötig, mit veralteten Gebräuchen aufzuräumen und mit der Zeit fortzuschreiten. Insbesondere sollte mindestens alle 14 Tage der Lohn gezahlt werden, und nicht etwa, wie heute fast überall noch, erst nach Vollendung größerer Arbeiten. Die Abhängigkeit vom Holzhauermeister und Krämer würde damit ganz wesentlich eingeschränkt werden, wenn nicht überhaupt verschwinden. Ferner wäre seitens der Forstverwaltungen für eine möglichst gleichmäßige, das ganze Jahr hindurch anhaltende Beschäftigung der Waldarbeiter Sorge zu tragen. Dort, wo man diesen Grundsatz sich zu eigen gemacht hat, wie in Thüringen, sucht man durch Prämienverteilung die Arbeiter das ganze Jahr hindurch dem Walde zu erhalten. Kleine Erleichterungen, Fortzahlung des Lohnes bei Kontrollversammlungen, Familienfeiern, Begräbnissen, Gewährung eines Arbeitsanzeuges, Abgabe von Brenn- und Bauholz, Erlaubnis zum Beeren sammeln usw., wurden jedenfalls wesentlich dazu beitragen, das Band zwischen Forstverwaltung und Waldarbeiter enger zu knüpfen. Sehr gute praktische Erfolge sind mit den forstlichen Betriebskrankenkassen im Großherzogtum Hessen erzielt worden, deren Nachahmung sehr empfohlen werden kann. Ebenso macht es sich bezahlt, wenn durch die Forstverwaltungen die zum Teil schon uralten Einrichtungen der Holzhauer-Unterstützungskassen gefördert werden.

Von großer Wichtigkeit in diesen Bestrebungen ist ferner die Unterkunftsfraße. In der Regel sind die Arbeitsplätze weit vom Wohnort der Waldarbeiter entfernt, so daß während der Mittagspause und bei Unwettern für ein Unterkommen gesorgt werden muß. Zelte und Schutzhütten, die mit Einrichtungen zum Kochen versehen sind, haben sich für diesen Zweck auf das Beste bewährt. Dagegen macht sich für auswärtige Arbeiter die Errichtung von Arbeiterhäusern mit getrennten Schlaf- und Küchenräumen erforderlich, die den großen Vorteil haben, eine gemeinsame warme Verpflegung ihren Bewohnern bieten zu können. Hiermit auf das engste hängt die Ansiedelung von ganzen Arbeiterfamilien in denjenigen Gegenden zusammen, die bei schwacher Besiedelung dauernden Arbeitermangel aufzuweisen haben. In der Mehrzahl der Fälle dürfte die Anlage von Pachtstellen oder Rentenpächtern nötig sein. Doch hat die Erfahrung gelehrt, daß das Land nicht zu groß geschritten werden darf, soll nicht der ganze Zweck des Unternehmens verfehlt sein. Denn sonst nimmt die Bearbeitung und Bestellung des Gutes derartig viel Zeit in Anspruch, daß die Waldbarbeit darüber vernachlässigt wird.

Endlich ist noch die Organisation der Waldarbeiter kurz zu berühren. Neben dem christlichen Verbands der Staats- und Gemeindeforster Deutschlands und einigen örtlichen Ver-

einen vereinigt vor allem der freigerwerbschaftliche „Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ (1909 gegründet) viele Waldarbeiter auf sich.

Nachdem ich die Lage der deutschen Waldarbeiter im allgemeinen auf Grund der Erhebung des Deutschen Forstvereins geschildert habe, gehe ich nunmehr dazu über, Einzelheiten über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Bayern und Elsaß-Lothringen zu vermelden. Um Wiederholungen tunlichst zu vermeiden, werde ich beide Untersuchungen nebeneinander behandeln, und nur dort, wo es sich nicht vermeiden läßt, eine Sonderdarstellung vornehmen.

In beiden Bundesstaaten ist die Zahl der ständigen oder Stamarbeiter recht gering: in Bayern fallen nur 18 % der Gesamtzahl der Waldarbeiter unter diese Kategorie. In Elsaß-Lothringen haben von 64 Oberförstereien 33 überhaupt keine derartigen Arbeiter aufzuweisen; von den übrigen haben nur 10 Bezirke 100 bis 200 und mehr ständige Arbeiter, alle anderen bleiben unter diesem Maß. Insgesamt werden in den reichsständischen Oberförstereien 8430 Personen, und zwar 4620 haupt- und 3810 nebenberuflich beschäftigt. In Bayern dagegen beträgt ihre Zahl nicht weniger als 74 660, entsprechend dem fast siebenmal so großen Umfang der Staatswaldungen als in Elsaß-Lothringen. Wie der Bericht zugestehet, könnte die gesamte Arbeit bequem mit einem Fünftel der gegenwärtigen Arbeiterzahl erledigt werden, wenn die Waldbarbeit über das ganze Jahr verteilt würde. Vor allem würde dann die höchst ungesunde und für eine intensive Forstwirtschaft wenig erfreuliche Erscheinung verschwinden, daß die Waldbarbeit in Bayern in überwiegendem Maße als Nebenbeschäftigung von den Kleingütlern, und zwar im Winter ausgeführt wird. Daneben finden sich noch zahlreiche Saisonarbeiter, wie: Maurer, Zimmerer, Steinbrecher, ferner Tagelöhner, in Elsaß-Lothringen auch Handwerker. Die Halbinvaliden sind in beiden Ländern mit ca. 1 % an der Gesamtarbeiterschaft beteiligt. Während in Lothringen die Wanderarbeiter überwiegen, sind sie im Unter-Elsaß noch ganz unbekannt.

Die Anwerbung erfolgt im Auftrage der Oberförster durch die Förster. Alsdann wird durch die Arbeiterschaft eines jeden Schutzbezirk, Holzhauerarbeiterschaft genannt, ein Holzhauermeister gewählt, der die Arbeiter gegenüber der Forstverwaltung vertritt, den verdienten Lohn der zusammenarbeitenden Gruppen oder Rotten berechnet, von der Forstkasse abhebt und ihn in Anwesenheit des Försters an die einzelnen Arbeiter auszahlt. Außerdem hilft der Holzhauermeister bei der Schlagauszeichnung, übt für die Forstverwaltung die Schlagaufsicht aus und wirkt bei der Prüfung und Holzüberweisung an die Käufer mit. Für diese Tätigkeit erhält er in Bayern 1½ bis 3 %, in Elsaß-Lothringen 5 % der Gesamtlohnsumme, Meisteranteil oder „Rottenmeisterpfennig“ genannt, der in Bayern von der Staatskasse seit einigen Jahren getragen wird.

In dem bayerischen Bericht finden sich genaue zahlenmäßige Angaben über die Unterkunftsfraße.

gelegenheiten. Im Hochgebirge, das ganz regelmäßig ein Übernachten der Arbeiter wegen der großen Entfernungen vom Wohnort nötig macht, sind für diesen Zweck 816 Unterkunftshütten mit Lager- und Feuerstätten vorhanden, von denen 109 in Massivbau, 343 in Fachwerk oder als Blockhäuser, sowie 364 als Rinden-, Kobel- und Masenhütten erstellt worden sind. Außerdem sind noch 1287 Unterstandshütten und 80 Zelte über das gesamte Forstrevier ziemlich gleichmäßig verteilt.

Die Beköstigung der Walдарbeiter erfolgt in Bayern fast durchweg durch die Familienangehörigen, die auf dem Rückwege Abfallholz mitnehmen. In Elsaß-Lothringen läßt das Essen insofern manches zu wünschen übrig, als es furchtbar eintönig ist: morgens gezuckerter schwarzer Kaffee oder Suppe, mittags regelmäßig Kartoffelbratuppe und Kartoffelbrei, mit Schmalz, Butter oder Speck geschmalzt, Frühstück und Vesper bilden Brot und Zwiebeln, sowie abends Kartoffelbrei oder Kaffee. Endlich ist die Einrichtung, daß Wirtschaftserinnen morgens in den Wald kommen, die Hütten sauber halten und ein ordentliches Essen kochen, wie es in Baden und Hessen üblich ist, in den Reichslanden unbekannt. Ähnlich wie in Bayern wird auch hier nur in manchen Gegenden Brantwein, und zwar vor allem selbstbereiteter (Enzian-, Beeren- und Steinobstschnaps) getrunken. Erwähnt mag noch werden, daß lebhafteste Klage über die moderne und daher für die Walдарbeit völlig ungewöhnliche Kleidung der Frauen und Mädchen in Elsaß-Lothringen geführt wird. Dagegen haben die Männer die altbewährte einfache Tracht: Arbeiterbluse und berbe, genagelte Schuhe beibehalten.

Nach beiden Berichten überwiegt der Stüdlöhner; allerdings wird in Bayern die Holzfällung und -Bringung hauptsächlich im Afford ausgeführt, auch der Wegebau erfolgt in dieser Weise. Irdenwelche Vorschriften über die Dauer der Arbeitszeit bei der Affordarbeit finden sich nirgends; nur besteht in einigen Holzhauerordnungen die Bestimmung, daß die einmal angefangenen Fällungsarbeiten nicht ohne Not unterbrochen werden dürfen. Im allgemeinen ist der Behnstandtag mit einer zweistündigen Ruhepause das Abliche. Mehr als zehn Stunden Arbeitszeit ist nur ganz vereinzelt, dagegen bedeutend häufiger eine solche von neunehhalb, neun und acht Stunden anzutreffen. Besonders im Winter, und zwar in den Gegenden Bayerns, in denen überwiegend Kleingütler im Nebenberuf die Walдарbeit verrichten, ist die tägliche Arbeitszeit oft noch kürzer, da diese ihr Vieh besorgen müssen und deshalb morgens spät zur Arbeit kommen und abends beizeiten wieder fortgehen. Die Mehrzahl der bayerischen Oberförstereien gewährt bei längeren Wegen zur Arbeitsstätte eine besondere Entschädigung in Gestalt von Lohnzulagen. An den Vorabenden der Sonn- und Feiertage wird in der Hälfte der Oberförstereien früher Schluß gemacht. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit kommt nur in Ausnahmefällen bei Hochwasser, Waldbränden usw. vor.

Die Lohnzahlungen erfolgen bei der Mehrzahl der Forstämter alle 14 Tage. Nur in einigen Bezirken ist der sechs wöchentliche Termin

eingeführt, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeiter selbst. In einem Amt haben die Ehefrauen auf einer dreiwöchentlichen Verlängerung der Lohnzahlung bestanden, um ihren Männern das häufige Kneipen und Blaumachen abzugewöhnen. Im allgemeinen muß jedoch zur Ehre der Walдарbeiter gesagt werden, daß der früher weit verbreitete „blaue Montag“ heute nur noch recht selten gemacht wird.

Aber die Löhne selbst ist zunächst zu bemerken, daß sie nach Sommer- und Wintermonaten geschieden werden. Im Durchschnitt ist der Sommerverdienst höher als der im Winter verdiente Tagelohn; doch ist in Bayern bei der Hauptnutzung die Sommerfällung verhältnismäßig selten. Nach einer Aufstellung des Bayerischen Finanzministeriums, die auf rein rechnerischen Durchschnittsnutzen beruht, da auch beschränkt arbeitsfähige Personen in ziemlich erheblicher Anzahl eingestellt werden, schwankt der durchschnittliche Tagelohn der Rottmeister zwischen 2,36 M im Fränkischen Stufenland und 3,53 M im Hochgebirge; der Männer zwischen 2,08 und 3,00 M; der Frauen zwischen 1,41 M (Oberpf. Hügelland) und 2,17 M (Hochgebirge); der Knaben zwischen 1,32 M (Fränk. Stufenland) und 2,00 M (Hochgebirge); endlich der Mädchen zwischen 1,17 M (Oberpf. Hügelland) und 1,85 M (Hochgebirge). Dazu kommen Naturalbezüge, wie Brod- und Abfallholz, Streu und Gras, die dem Walдарbeiter selbst ohne Grundbesitz eine kleine Viehhaltung ermöglichen, häufig auch noch billige Miete und Pacht im Eigentum der Forstverwaltung befindlicher Gebäude und Grundstücke, sowie eine unentgeltliche Krankenfürsorge, die seit 1899 eingeführt ist. Daneben bestehen noch 27 private Unterstützungsvereine unter den Walдарbeitern, die heute einen Zuschuß zum staatlichen Krankengeld, Sterbegeld u. a. Unterstützungen bei außerordentlichen Fällen gewähren. Außerdem hat nun noch eine Berechnung des täglichen Stüdlöhners stattgefunden. Im Gesamtdurchschnitt, und zwar bei der Hauptnutzung für Sommer- und Winterfällung bzw. Bringung, sowie bei der Durchforstung, ist der Stüdlohn am niedrigsten mit 2,03 M im Fränk. Stufenland und am höchsten mit 4,10 M im Hochgebirge. Von den für Bayern gebildeten Waldgebieten haben die Hälfte (Hochgebirge, Rheinebene, Pfälz. Wald, Alpenvorland, Pfälz. Kohlengebirge, Frankenwald, Fichtelgebirge, Bayer. Wald) Löhnsätze über 3 M im Durchschnitt aufzuweisen; sehr nahe kommt der Speßart mit seinem Durchschnittssatz von 2,97 M.

In Elsaß-Lothringen beträgt der durchschnittliche Tagesverdienst eines Arbeiters im Frühjahr und Sommer 2,44, sowie im Herbst und Winter 2,25 M, für die Frauen schwankt er zwischen 1,38 und 1,64 M. Junge Burschen und Mädchen verdienen bei den Kulturarbeiten 1 M bis 1,60 M. Die in Bayern gezahlten Löhne sind also durchweg höher. Ähnlich wie hier sind auch in den Reichslanden die in der Hauungszeit gezahlten Löhne verchieden von den in der Kulturzeit verdienten. Nur insofern ist ein Unterschied vorhanden, als im Durchschnitt die Lohnsätze während der Hauungszeit in Elsaß-

Lothringen niedriger, in Bayern dagegen höher sind. Denn ein reichsständischer Walbarbeiter verdient in der Hauungszeit 2,32 *M.*, in der Kulturzeit dagegen, und zwar im Frühjahr, 2,39 *M.*, im Herbst 2,29 *M.* Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß bei erheblichen Arbeitsverräumnissen (militärischen Übungen) der Lohn nicht weitergezahlt wird. In Preußen dagegen wird dieser den Verheirateten und den Ernährern von Familienangehörigen, die ein Jahr ständig in Diensten der Forstverwaltung gestanden haben, bei 14tägigen Übungen zu zwei Dritteln, in allen anderen Fällen, die geringere Zeitverräumnisse umschließen, auch Unverheirateten, voll weitergezahlt.

Arbeits- (Holzhauer-) Ordnungen bestehen in sämtlichen Regierungsbezirken Bayerns und enthalten für die einzelnen Forstämter gewisse Sonderbestimmungen. In Einführung begriffen ist eine „Allgemeine Arbeitsordnung für Staatsforstarbeiter, ebenso wie die Einführung von Arbeiterausschüssen. Ordnungsstrafen und strafweise Entlassung auf Zeit oder Dauer werden auf Grund dieser Holzhauerordnungen verhängt.*)

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß für die erste Hilfe bei Unglücksfällen verhältnismäßig noch recht wenig gesorgt ist,

*) Näheres siehe in Bd. 26 Nr. 49 auf Seite 995 b. Blattes.

obwohl nach dem Gehaltentarif des Reichsversicherungsamts im Unter-Elsaß beispielsweise die Unfallgefahr in der Waldwirtschaft durchschnittlich doppelt so groß wie in der Landwirtschaft und viertel so groß wie in der Gärtnerei ist. Immerhin ist die Anschaffung von Verbandstaschen und -Taschen in einer Reihe von bayerischen Bezirken erfolgt. Auch macht die Ausbildung von Forstbeamten und Arbeitern in der Anlegung von Rotverbänden erfreuliche Fortschritte.

Alles in allem genommen, zeigt die heutige Lage der Walbarbeiter, daß sie dauernd in der Besserung begriffen ist. Insbesondere tritt dies in den verschiedenen sozialen Maßnahmen deutlich in die Erscheinung, die teils erst als Ansätze, teils jedoch dort, wo sie seit einer Reihe von Jahren Eingang gefunden haben, bereits recht erfreuliche Früchte zeitigen. Vor allem gilt dies von den Wünschen, die der Deutsche Forstverein ausgesprochen hat und die zum größten Teil bereits in Süddeutschland verwirklicht worden sind. Allerdings harren auch heute noch zwei Hauptfragen: die gleichmäßige Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr und damit die Beseitigung des Arbeitermangels, soweit er nicht schon durch die soziale Fürsorge aufgehoben ist, der Lösung. Doch auch diese dürften bei einigem guten Willen auf beiden Seiten nicht lange auf sich warten lassen.

Mitteilungen.

— **Preussischer Staatshaushaltsetat 1912.** Der preussische Finanzminister hat in diesem Jahre zum ersten Male, entsprechend dem Vorgang im Reiche, vor Beginn der Landtags-

verhandlungen einen Überblick über den Entwurf des Staatshaushaltsetats für das Etatsjahr 1912 veröffentlicht. Nachstehend teilen wir unseren Lesern die auf die Forstverwaltung bezüglichen Zahlen mit.

Einnahme oder Ausgabe	Betrag			Within für 1912			
	Wirksamkeit 1910	Etat 1911	Etat 1912	gegen 1910		gegen den Etat für 1911	
				mehr	weniger	mehr	weniger
	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>
Ordentliche Einnahmen.							
Forsten . . .	127 032 944	138 727 000	138 295 000	11 262 056	—	—	432 000
Außerordentliche Einnahmen.							
Forsten . . .	6 677 146	8 800 000	6 960 000	282 854	—	—	1 840 000
Ordentliche Ausgaben.							
Forsten . . .	67 835 001	60 908 000	62 186 000	—	5 649 001	1 278 000	—
Einmalige und außerordentliche Ausgaben.							
Forsten . . .	10 722 909	12 170 000	11 667 000	894 091	—	—	503 000

— **Aber Ästungen.** In kleineren Wirtschaften sieht man nicht selten, daß in Beständen geästet ist, und häufig in sinnloser Art. Sei es, daß man in Buchendurchforstungen zu sehr auf Gewinnung von Reissig hält oder in Nadelbeständen auf Gewinnung von Deckreissig des Guten zu viel tut usw. Man merke sich, daß die Buche es überhaupt nicht gut verträgt, geästet zu werden, und — falls keine eblernen Holzarten damit gerettet werden können, so ist das Verfahren falsch. Durch sinnlose Grünästung in den Fichtenbeständen aber wird Warenausfluß herbeigeführt, wodurch der Käfer herangelockt wird, der nun in den Beständen sein Zer-

störungswerk beginnt. Dagegen kann eine gut ausgeführte Trockenästung in den Fichtenbeständen von Vorteil sein, auch bringt eine Beseitigung von Doppelgipfeln an Eichen und Eichen einen entschiedenen Nutzen. Grundsätzlich darf keine Ästung so weit getrieben werden, daß nicht eine gesunde, arbeitsfähige Krone verbleibe, weil sonst offenbar der ganze Ernährungsprozeß gestört, der Gesamtwuchs geschwächt und der Stamm selbst leicht in krankhafte Zustände verfaßt wird. Bei den Laubhölzern führt verkehrte Ästung zu Wässer-reiern, bei den Nadelhölzern führt sie, wie bereits bemerkt, zur Käfergefahr.

—r.

Übersicht der Holznutzungen und der wichtigeren Einnahmen und Ausgaben nach Einheits- und Prozent-

Reihe Nummer	Staat oder Besitzer	Gesamte Waldfäche ha	Holznutzung (Derbholz)				
			im ganz- von 1 ha der Holz- boden- fläche fm	Verteilung nach			
				Ruh- holz	Stamm- holz	Laub- holz	Nadel- holz
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
a) Staats- und							
1	Preußen	2975407	4,08	63	37	27	73
2	Bayern ¹⁾	940394	4,32	55	45	—	—
3	Württemberg	196050	5,90	61	39	35	65
4	Sachsen	180155	5,04	84	16	4	96
5	Elfaß-Lothringen	155123	3,44	45	55	58	42
6	Baden	95532	5,78	48	52	33	67
7	Braunschweig	85600	4,34	57	43	53	47
8	Hessen						
	a) Staatsforsten	3070	3,42	67	33	24	76
	b) Domänen des Großherzoglichen Hauses	71440	4,60	39	62	60	40
9	Mecklenburg-Schwerin	109039	3,23	44	56	45	55
10	Mecklenburg-Strelitz	45362	3,08	46	54	30	70
11	Sachsen-Gotha	13835	4,43	59	41	12	88
12	Sachsen-Meiningen	44734	4,92	67	33	16	80
13	Sachsen-Weimar	46765	3,76	61	39	36	64
14	Anhalt	29720	3,18	70	30	35	65
15	Waldeck und Pyrmont	27233	2,70	32	68	77	23
16	Oldenburg						
	a) Herzogtum Oldenburg	16030	1,70	77	23	32	68
	b) Fürstentum Birkenfeld	6484	3,57	31	69	79	21
	c) Fürstentum Rüdol	4205	3,81	35	65	92	8
17	Schwarzburg-Rudolstadt	21262	3,62	75	25	14	86
18	Schwarzburg-Sondershausen	17265	3,80	67	33	26	74
19	Preußen (Kronforsten)	76857	3,08	60	40	15	85
20	Sachsen-Altenburg (Kronforsten)	11725	5,39	78	22	15	85
21	Anhalt (Kronforsten)	40062	3,85	57	43	39	61
22	Wippe (Kronforsten)	16743	3,47	46	54	80	20
b) Gemeindec							
23	Görlitz	29659	2,28	87	13	2	98
24	Regbz. Wiesbaden	164888	2,88	34	66	—	—
25	Sigmaringen	21510	4,99	38	62	47	53
26	Bayern ¹⁾	395316	2,90	50	50	33	67
27	Baden	279137	4,52	42	58	38	62
28	Hessen	94397	3,85	35	65	47	53
29	Elfaß-Lothringen	201587	3,45	40	60	53	47
c) Privat							
30	Prinzliches Forstamt Flatau	13224	3,73	63	37	23	77
31	Gräfin v. d. Schulenburg-Flehe	10932	2,53	72	28	19	81
32	Graf v. Brühl-Pforten	16849	3,61	86	14	2	98
33	Graf v. d. Schulenburg-Liebertose	11672	2,16	87	13	4	96
34	Graf Arnim-Muskau	25783	2,97	74	26	—	100
35	Fürst v. Donnersmard-Neudeck	14731	3,85	95	5	—	—
36	Graf Hendel v. Donnersmard-Beuthen	10320	3,09	90	10	5	95
37	Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen-Kochent	19536	3,33	52	48	7	93
38	Fürst zu Hohenlohe-Dehringen-Meist	37200	7,12	81	19	9	91
39	Fürst v. Pleß (im Regbz. Oppeln)	26987	2,65	91	9	5	95
40	Prinz Heinrich v. Preußen-Camenz	16534	5,56	69	31	13	87
41	Herzog v. Ratibor, Fürst v. Gortey	30337	4,52	78	22	18	82
42	Fürst zu Stolberg-Wernigerode	48089	3,71	88	32	23	77
43	Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen	39844	3,33	62	38	19	81
44	Fürst Leiningen-Almbach	14509	2,76	49	51	49	51
45	Fürst Dettingen-Wallerstein	11683	2,68	38	62	61	39
46	Fürst zu Thurn u. Taxis, Herzog zu Regensburg	44056	4,64	49	51	25	75
47	Hiedesfel, Freiherren zu Eisenbach	12121	5,15	40	60	58	42
48	Fürst Fürstenberg-Donaufchingen	31941	5,05	61	39	25	75

¹⁾ Die Angaben sind für das Wirtschaftsjahr 1908.

²⁾ Infolge Konnenstrafes in der Oberförsterei Kobier ist der Derbholzeinschlag ein so hoher.

Zahlen für die Staats-, Kron-, Gemeinde- und Privatforsten über 10000 ha im Wirtschaftsjahre 1909.

Einnahmen und Ausgaben

Einnahme für Holz von 1 ha der Gesamtfläche	Durchschnittserlös für 1 fm			Von der Ein- nahme aus Holz entfallen auf		Holz- werbungs- kosten für 1 fm	Kultur- kosten	Wegebau- kosten	Personalauf- wand f. Lokal- verwaltung u Schutz	Rein- ertrag von 1 ha	Ausgabe in Pro- zenten der Holz- einnahme
	des gesamten Ein- schlags	Nutzholz	Brenn- holz	Nutzholz	Brenn- holz						
„	„	„	„	„	„	„	für 1 ha der Gesamtfläche		„	„	„
9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.

Kronforsten:

40,61	9,27	13,11	4,98	75	25	1,34	2,06	2,19	8,81	21,88	49
54,58	12,53	18,23	7,39	69	31	1,84	2,64	2,48	8,04	32,34	44
95,99	14,30	18,31	9,70	68	32	1,83	2,78	4,53	10,65	65,06	37
86,10	14,11	18,27	5,27	88	12	2,05	2,65	4,60	14,56	51,74	42
49,29	12,34	16,72	9,64	52	48	2,36	1,74	2,03	7,50	29,39	48
89,52	12,94	19,55	8,44	61	39	2,32	2,30	4,93	8,92	52,57	43
60,71	11,25	18,52	5,51	73	27	1,72	2,30	3,48	9,73	34,82	45
47,54	10,03	13,55	6,64	66	34	1,96	2,75	1,67	8,53	24,79	49
61,87	9,93	16,31	7,46	46	54	2,34	5,48	3,02	8,49	30,70	52
34,79	8,65	—	—	—	—	1,29	5,57		7,24	18,88	51
31,58	9,94	16,94	4,91	71	29	0,99	3,24	0,52	5,36	19,12	41
73,60	13,70	20,88	6,91	74	26	2,24	2,21	2,76	8,25	48,08	36
78,38	12,69	17,25	7,75	75	25	1,92	2,05	2,53	6,44	54,24	32
62 05	12,12	18,51	7,28	66	34	1,95	3,08	3,08	9,36	37,61	41
40,00	11,14	15,91	5,04	80	20	1,35	4,29	2,06	6,89	29,22	42
27,47	7,99	—	—	—	—	1,31	1,31	1,19	6,38	15,80	46
23,13	12,43	15,15	5,48	88	12	1,02	3,61		5,92	10,56	57
36,21	9,66	13,75	8,01	41	59	1,71	3,11	1,25	6,84	19,44	48
52,76	9,91	18,38	7,14	46	54	1,55	3,58	1,90	12,22	29,50	48
59,83	13,89	18,51	6,52	82	18	1,95	1,58	2,37	6,82	41,03	34
60,31	13,09	18,31	6,92	76	24	2,13	1,17	1,86	9,04	37,84	38
35,27	9,82	13,66	5,74	72	28	0,96	1,40	0,69	5,64	21,98	36
94,83	13,15	19,74	4,54	85	15	1,48	3,49	2,07	9,19	65,22	33
42,22	10,50	—	—	—	—	1,31	3,09	2,63	5,91	27,14	48
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

forsten:

36,80	14,68	17,21	5,80	91	9	2,87	4,12	0,92	4,12	21,67	43
36,16	7,64	—	—	—	—	1,88	2,87	1,17	2,53	23,87	40
63,98	10,23	14,64	8,12	46	54	1,55	1,74	1,07	3,05	46,77	28
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
59,10	10,26	16,50	8,30	38	62	2,40	4,45	2,39	7,06	33,79	45
—	—	—	—	—	—	2,40	1,72	1,69	—	—	—

forsten:

42,30	12,17	—	—	—	—	0,72	2,72	0,16	6,49	28,84	36
25,06	7,89	10,09	3,84	83	17	1,00	2,66	0,04	1,98	19,08	37
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23,52	8,59	11,07	3,98	84	16	0,86	1,73	0,06	3,53	15,89	37
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
57,51	14,68	16,36	5,73	94	6	2,80	2,26	0,56	8,99	35,62	45
33,99	10,95	12,98	1,74	97	3	1,91	2,43	—	7,80	19,07	53
35,62	9,58	12,51	7,06	60	40	1,14	3,15	0,59	1,88	19,77	52
63,61	8,64	9,54	5,42	84	16	0,97	2,03	1,47	8,46	43,68	47
79,19	12,76	13,91	4,60	96	4	0,93	2,09	1,36	7,91	62,16	24
64,15	10,98	13,92	5,82	81	19	2,18	2,80	2,51	8,03	35,30	47
42,22	8,98	10,41	5,26	83	17	1,10	1,61	0,57	5,81	29,78	31
39,70	9,76	13,22	5,06	78	22	1,91	1,56	2,53	4,56	22,79	45
41,24	12,96	14,97	9,63	72	28	1,91	1,46	1,18	5,96	24,50	41
40,38	10,93	14,55	8,75	50	50	2,16	2,45	1,32	8,47	21,12	50
49,99	13,78	20,95	10,95	43	57	1,39	1,83	0,98	7,80	34,65	32
62,69	13,67	17,76	7,05	65	35	1,31	1,26	1,64	7,04	37,37	39
55,75	8,72	14,48	6,06	52	48	1,45	1,41	2,90	5,53	36,96	34
78,02	13,70	18,55	8,17	72	28	2,04	3,42	2,63	6,07	53,32	32

(Aus Nr. 3 der Mitteilungen des Deutschen Forstvereins.)

— In „Bestandsgründung der Fichte durch Einzelpflanzung in Löcher“ vom Königl. Förster Nowotny. In Nr. 49 der „Deutschen Forst-Zeitung“ schreibt Herr Förster Nowotny u. a.: „Die Pflanze darf nach dem Einspflanzen nicht tiefer stehen, als sie im Kamp gestanden hat.“ Das ist nach meiner Ansicht sehr richtig. Es werden eben viele Pflanzen zu tief gepflanzt, oder sie senken sich beim Setzen des Bodens in den Pflanzlöchern. Die meisten Obstbäume stehen, trotzdem deren 1 cm große Löcher im Herbst nach dem Ausheben und Mergen der Erde zum größten Teil wieder zugeworfen werden, trotz des flachen Pflanzens im Frühjahr nach dem Senken des Bodens später doch zu tief. Das ist naturwidrig, wie uns alle Waldbäume, die aus Naturbesamung entstanden sind, zeigen. Diese stehen alle mit dem oberen Wurzelknoten nicht in, sondern auf dem Boden, z. B. Eiche, Buche, Erle usw. Besonders hoch über den Boden stehen an Bruchrändern usw. die Wurzeln der Rüstern. Was aber die Fichte in Tiefpflanzen verträgt, darüber möchte ich folgenden interessanten Fall mitteilen. Im Juni des Jahres 1880 brach in meinem Schutzbezirk in einer Buchenbidung mit sehr dicht stehenden jungen Buchen ein Waldbrand von etwa 1 ha Größe aus. Ich setzte die angebrannten Buchen alle auf den Stod. Der größte Teil der Buchen schlug am Stod wieder aus. Die Fehlstellen wurden im nächsten Frühjahr mit vierjährig verschulten Fichten in 1,5 m Quadraterband bepflanzt. Unterhalb eines Osthangs ließ ich neben dem Wege einen flachen Graben aufwerfen, in welchen mit den Wurzeln nach der Bergseite zu das Pflanzmaterial, die vierjährig verschulten Fichten, wogerecht eingeschlagen wurden, unter Bedeckung der Wurzeln mit dem ausgehobenen Boden und mit abgestoßenem Boden von der Berg- und Wegeböschung, schwachlehmigem Sand. Nach Ausführung der Pflanzung an dieser Stelle wurde der übriggebliebene Rest der Fichten herausgenommen und, nachdem der Boden des flachen Grabens am Gange neben dem Wege eingeebnet war, zur nächsten Pflanzstelle getragen. Nachdem die gepflanzten Fichten am Gange oberhalb der Einschlagestelle getrieben hatten, sah ich zufällig, daß aus der Einschlagestelle auch ein junger Fichtentrieb senkrecht hervorkam. Als ich die Sache untersuchte, fand ich, daß beim Herausnehmen des Restes der Pflanzfichten eine kleine Fichtenpflanze, die wogerecht tief im losen Boden lag, übersehen und untergebannt worden war. Da mich die Sache interessierte, so ließ ich die untergebannte Fichte in ihrer wogerechten Lage und wartete die weitere Entwicklung ab. Der neue Trieb wuchs natürlich im rechten Winkel zur Lage der Pflanze, deren Wurzeln breitgedrückt und hoch mit Erde bedeckt am Gange lagen, hoch, und aus diesem Trieb ist inzwischen eine kräftige Fichtenstange I. Klasse mit sehr gut entwickelter Krone von jetzt über 15 cm Stammdurchmesser in Bruthöhe erwachsen. Diese Fichte, deren Krone nach allen Seiten freien Wachsthum hat und deren Wurzeln die ganze Wegebreite zur Verfügung steht, ist sehr viel länger und stärker als die gleichalterigen Fichten, die vorschriftsmäßig gepflanzt sind, deren

Wachsthum jetzt aber, besonders da Buchenstodausschlag reichlich dazwischen steht, schon sehr eng ist. Ich freue mich stets, wenn ich an der Fichte vorbeigehe und wenn ich dieselbe Interessenten zeigen kann, die natürlich keine Ahnung haben, wie die an der Böschung einzeln stehende schöne Fichte entstanden ist. Die unteren, nach dem Wege zu wachsenden Äste habe ich mit der Baumsäge dicht am Stamme abgesägt, der obere Kronenteil, die kräftige Lunge, bleibt natürlich unverändert. — Solche Versuchsbäume, Versuchsfächen in Pflanzungen und Durchforstungen sind sehr interessant.

Nun schreibt Kollege Nowotny: „Sind Blaggen oder Steine vorhanden, so werden diese zum Schutze gegen das Austrocknen rings um die Pflanze gelegt, jedoch nicht so nahe an das Stämmchen, weil sonst der Feuchtigkeit der Zutritt versperrt wird.“ Ich lasse nach Ausführung jeder Pflanzung von Eichenheistern, Erlen, Fichten usw., ob in Ton-, Lehm-, Sand- oder Moorboden, grundsätzlich stets um die Pflanzen ausgeschüttelte Blaggen umgelegt, Gras, Kraut, Moos, Winsen, Späne, Laub mit darüber gelegten Hölzchen gegen Verwehen usw. möglichst lose (nicht andrücken oder gar antreten) legen. Diese kleine Mehrarbeit macht sich besonders bei Fichte, wie im vergangenen Sommer, durch freudiges Wachstum der Pflanzen reichlich bezahlt. Während bei großer Hitze in den Pflanzlöchern die obere Bodenschicht von Ton- und Lehm Boden rissig und steinhart wird, Sand- und Moorboden staubt, lechterer auch reißt und die flach unter der Oberfläche befindlichen Wurzeln leicht austrocknen und die Pflanze infolgedessen eingehen muß, mindestens aber lange kränkt, ist die Oberfläche nach Abheben dieser losen Bedeckung selbst nach großer Hitze stets feucht, reißt und staubt daher nicht. Diese lose, rauhe Dede nimmt Feuchtigkeit leicht an, gibt sie aber schwer nach oben ab. Man hebe doch Steine, Späne, loses Gras, Laub usw. von sonst trockenem Boden ab, und man wird stets finden, daß der Boden darunter feucht ist und oft Regenwürmer usw. sich darunter befinden. Liegt Strauch auf der Kulturfläche, besonders an Berghängen, umher, so lasse ich ihn nach Bepflanzen eines Teils der Fläche um die Pflanzen legen. Der Strauch bildet Laubfänge und verhindert dadurch ein schnelles Abfließen von Regenwasser. Wild tritt in dem Strauch auch ungern umher. Eine Kulturfläche, die wie reingefegt ist und deren Pflanzlöcher nicht durch irgendein Deckmaterial gegen Sonnenbrand und Hitze geschützt sind, macht keinen schönen Eindruck.

Bei Nachbesserungen von Fichtenpflanzungen (auch bei anderen Pflanzungen) möchte ich dringend davor warnen, diese zu lange Jahre nach der im allgemeinen gelungenen ersten Pflanzung und vielleicht größeren Nachbesserung im nächsten Jahre bei einzeln fehlenden Pflanzen noch auszuführen, denn das ist in der Regel fortgeworfenes Geld. Schade um die Pflanzen, die bald von den in Schluß kommenden kräftigen Nachbarnpflanzen doch bestimmt unterdrückt und später erdrückt werden, wie es uns alle solche Fichtenbestände zeigen, und schade um die dazu gebrauchten

Arbeitskräfte, die sich anderwärts nützlicher machen könnten. Diese Nachbesserung hat ebensoviele Nutzen, als wenn man Bruten- (Kohlrüben-) pflanzen, die einzeln eingegangen sind, längere Zeit nach Ausführung der ersten Pflanzung durch andere Pflanzen ersetzt. Aus denselben wird doch nichts mehr, wohl aber werden die Nachbarn

desto besser. Ferner warne ich davor, Fichten und andere Pflanzen zu nahe an Wege, Feldränder, höhere Bestände und in kleine Löcher in höherem Buchenausschlag usw. zu pflanzen. Auch das ist fortgeworfenes Geld für Pflanzen und Arbeitslohn.

Ma u, Königlicher Hegemeister.

Berichte.

Bericht über die XXXVII. Versammlung des Märkischen Forstvereins
am 28., 29. und 30. Mai 1911 in Perleberg.

Die in Perleberg abgehaltene XXXVII. Versammlung des Märkischen Forstvereins wurde am Abend des 28. Mai 1911 eingeleitet durch Begrüßung und geselliges Zusammensein im Hotel „Deutscher Kaiser“.

Die Verhandlungen der Versammlung eröffnet im Saal des gleichen Hotels am 29. Mai, vormittags 8½ Uhr, der Vorsitzende des Vereins, Hofkammerpräsident von Stünzner, mit einem kräftigen Weibmannsheil an alle Erschienenen und einem dreifachen Hoch auf Seine Majestät den Kaiser und König.

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt Bürgermeister Pohl-Perleberg die Versammlung im Namen der Stadtverwaltung herzlich in Perleberg willkommen, er gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Tage in der Stadt den Teilnehmern nicht nur angenehme Stunden geselligen Verkehrs bringen, sondern daß auch mit den wissenschaftlichen Vorträgen, mit der Exkursion und dem gegenseitigen Gedankenaustausch die wirtschaftlichen Ziele des Vereins gefördert werden möchten. Nachdem der Vorsitzende den Bewohnern und Behörden der Stadt den aufrichtigen Dank des Vereins für die freundliche Aufnahme in Perleberg ausgesprochen hat, wird in die Tagesordnung eingetreten und es werden zunächst „Geschäftliche Angelegenheiten“ verhandelt. Aus ihnen ist als von allgemeinem Interesse hervorzuheben, daß der Verein zurzeit 394 Mitglieder zählt und daß als Versammlungsort für die Hauptversammlung 1912 die Stadt Eberswalde gewählt wird.

Es wird dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen: „Mitteilungen über Erfindungen, Versuche und Erfahrungen im Gebiete des forstlichen Betriebes und über sonstige wichtige Erscheinungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und Jagd.“ Hier berichtet zunächst Stadtförster Krause-Neu-Ruppin über besonders starkes Auftreten von Orchestes Fagi am Buchenunterholz im vergangenen Frühjahr. Forstmeister Dr. Kienig-Chorin und Oberförster Dr. Bertog-Galensee bestätigen seine Beobachtungen, und letzterer hebt hervor, daß nach jeder großen Buchmaß, wie sie z. B. vor zwei Jahren vorhanden war, eine starke Vermehrung des Käfers einzutreten pflege. Graf v. Schwerin-Wendisch-Bümersdorf fragt nach Erfahrungen, die mit Comfrey als Wildfutter gemacht sind, wie hoch die Pflanze wird, ob sie dicht bleibt und Düngung

und Pflege erfordert? Die Fragen werden von verschiedenen Seiten etwa in folgendem Sinne beantwortet: Comfrey ist der auf Wiesen wildwachsende Schwarzwurz, symphytum officinale, wird in einer Reihenweite von 50 bis 55 cm gebaut, muß gereinigt und gebüngt werden. Er perenniert, kann mehrmals im Jahre, wenn er 50 bis 60 cm hoch ist, geschnitten werden, darf nicht voll zur Blüte kommen, wenn er ein annehmbares Futter abgeben soll. In der Hauptsache wird er gut gestampft als Beimengung zu anderem Futter den Schweinen gegeben, vom Wilde wird er kaum angenommen, hat daher als Wildfutter keinen Wert.

Stadtrat Wienholz-Prenzlau bringt sodann die Frage zur Besprechung, wie man das bei Stodtrobung gewonnene Stodholz am besten möglichst im Walde verwenden könne? Weiten Transport lasse die Größe und Schwere der Stöcke nicht zu, Verkohlung sei mit Rücksicht auf die gleichen Eigenschaften ebenfalls ausgeschlossen, und Liegenlassen im Schlage sei auch nicht angängig. Schulze-Perleberg schlägt für größere Betriebe vor, daß man eine kleine Säge mit Motor im Walde aufstellt und das Stodholz zerfägt, was schnell vorstatten geht, um es dann als leicht transportables Brennholz zu verwenden. Er weist auch darauf hin, daß das in neuerer Zeit zur Stodtrobung empfohlene Sprengmittel Ammoncahücit die Verkleinerung der Stöcke vorbereite und wesentlich erleichtere. Über die Erfahrungen mit diesem Sprengmittel bei umfangreichen Versuchen in der Oberförsterei Biesenthal äußert sich eingehend Forstmeister Zeising-Eberswalde. Der Erfinder des Sprengstoffes, Cahut aus Nürnberg, und der mit der Vertreibung des Stoffes beauftragte Bergingenieur Eppinger aus Magdeburg haben diesen vier Tage dauernden Versuchen beigewohnt und es hat sich dabei herausgestellt, daß auf lockerem Sandboden der Sprengstoff eine ausreichende Wirkung nicht hat. Er wurde in der Weise angewendet, daß unter der Pfahlwurzel des Wurzelstodes eine kleine Höhlung angefertigt und mit den Ammoncahücit-Patronen gefüllt wurde, wobei man auf je 10 cm Stoddurchmesser eine Patrone mit 100 g Sprengstoff rechnete. Die Patronen wurden in der Höhlung auf- und nebeneinander gelegt und der an einer der Patronen angebrachte Zünder wurde durch einen Pulversaden entzündet. Die Erprobung wurde auf gutem Kiefern-Sandboden II. Güte an den Wurzelstöden eines 140 jährigen Kiefernbestandes und zum Teil ebenso alter, zum Teil jüngerer Buchen vorgenommen, wobei sich ergab, daß die Sprengungen der Buchenstöcke im all-

gemeinen günstiger ausfielen, wohl weil infolge ihrer stärkeren Verwurzelung der Boden um die Buchen herum fester war und daher die Sprengwirkung stärker zur Geltung kommen konnte. Dagegen trat bei den sehr starken Kiefernstöden allgemein die Erscheinung hervor, daß zwar durch die unter die Pfahlwurzeln gelegten Patronen die Pfahlwurzeln selbst zersplittert und herausgerissen wurden, daß aber die starken Seitenwurzeln fast unberührt im Boden stecken blieben. Es wurden daher Patronen nicht nur unter die Pfahlwurzel, sondern auch unter die Seitenwurzeln gelegt und es wurden unter möglichst gleicher Ablängung der Zündsäden diese gleichzeitig angezündet. Es war jedoch schwierig, das zeitliche Zusammenfallen der Explosion zu ermöglichen. Das eine oder das andere Patronenlager explodierte meist früher und das hierbei im Boden entstandene Loch verhinderte die Explosionswirkungen der anderen Patronenlager. Ein von Eppinger dann benutzter elektrischer Zündapparat sicherte zwar die zeitliche Zusammenwirkung der Sprengungen, jedoch ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis war nicht zu erreichen. Um die sehr starken Kiefernstöcke von 80 und mehr Zentimeter Durchmesser auf dem lockeren, kaum frischen Sandboden befriedigend zu sprengen, mußten die Ladungen so verstärkt werden, daß Eppinger selbst zugab, daß die Sprengungskosten nicht mehr wirtschaftlich gerechtfertigt erschienen, da das vollständige Herausheben und Zersplittern des Stodes und damit die Ersparung jeder Nachroddung zu großen Arbeits- und Materialaufwand erforderten. Unter den geschilderten Verhältnissen kann also die Sprengung mit Ammonachücit nicht empfohlen werden, dagegen sollen auf festem Boden und dann, wenn der Boden stark mit Wasser durchtränkt ist oder unter Wasser steht, noch stärkere Stöcke durchaus befriedigend zersprengt worden sein.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „In welchen Fällen und in welchem Umfange soll in forstlichen Betrieben des Vereinsgebietes Mineraldünger verwendet werden?“ erhält Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Schwappach-Eberswalde das Wort. Er äußert zunächst Bedenken gegen die Beschränkung des zu behandelnden Themas auf die Mineraldünger, denn sie alle in leisteten nach den vorliegenden Erfahrungen im forstlichen Großbetriebe bei weitem weniger als in der Landwirtschaft, und ihre Anwendung könne aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nur in seltenen Fällen empfohlen werden. Wesentlich anders gestalte sich dagegen das Verhältnis, wenn die Frage laute: Ist im forstlichen Betriebe die Düngung überhaupt durch die künstliche Zufuhr von Pflanzennährstoffen zu empfehlen? Bei dieser weiteren Fassung des Themas, die er sich in seinen Ausführungen zu eigen machen wolle, laute die Antwort gerade für die Mark Brandenburg mit ihrem armen bis ärmsten Sandboden entschieden bejahend.

Nedner wendet sich dann der Frage nach der Notwendigkeit künstlicher Düngung und ihrer wirtschaftlichen Zulässigkeit im Forstbetriebe zu und kommt zu folgendem Resultat: Der verhältnis-

mäßig geringe Gehalt des Holzes an Aschebestandteilen, die langen Zeiträume, die zwischen der Begründung der Bestände und ihrem Abtrieb verfließen, der Umstand, daß die Bäume während des Wachstums einen großen Teil der verbrauchten mineralischen Bestandteile durch den Abfall der Blätter und Zweige oder durch Zerfetzung der nicht geernteten Individuen dem Boden zurückgeben, und endlich die im Laufe der Zeit immer weiter fortschreitende Verwitterung der Bodenbestandteile lassen einen künstlichen Ersatz der durch die Holzernte entzogenen Mineralbestandteile nicht oder doch nur in beschränktem Umfange als notwendig erscheinen. Erfahrung und chemische Untersuchung lehren, daß die meisten alten Waldböden reich genug an Nährsalzen sind, um bei rationellem Betrieb dauernd befriedigende Erträge zu liefern. Zu diesen Erwägungen treten noch sehr gewichtige Gründe wirtschaftlicher Natur, die zurzeit wenigstens noch gegen eine umfassende Anwendung der Düngung sprechen: die künstliche Düngung bedeutet eine Steigerung der Kulturkosten um 50 bis 100 %. Derartige Beträge können aber bis zum Ende der Umtriebszeit prolongiert, die Rentabilität der Wirtschaft auf den hierfür am meisten in Betracht kommenden geringen Standorten erheblich gefährden, sogar ganz aufheben.

Aber die einzelnen Düngemittel selbst und ihre Anwendung, die Schwappach schließlich einer Besprechung unterzieht, lauten seine Ausführungen in Kürze etwa-folgendermaßen: Nach dem gegenwärtigen Stande der Kenntnisse besitzt die künstliche Düngung ihre wesentlichste Bedeutung für die Begründung und die Entwicklung der Bestände in der frühesten Jugend auf geringen Böden. Auf den hauptsächlich in Betracht kommenden Sandböden ist stets der Stickstoff im Mindestmaß vorhanden und muß in erster Linie zugeführt werden. Hieran schließt sich unmittelbar die Phosphorsäure, Kali findet sich dagegen meist in einer für Waldbäume genügenden Menge. Reine Kalidüngung bleibt in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle erfolglos oder wirkt sogar schädlich. Auch reine Phosphordüngung hat selten durchschlagenden Erfolg.

Die üblichen künstlichen Stickstoffdünger — Chilisalpeter, schwefelsaures Ammoniak usw. — sind nicht nur sehr kostspielig, sondern auch zwar von intensiver, aber nur kurzer Wirkung. Die forstlichen Kulturgewächse vermögen sie daher, und zwar namentlich in den ersten Lebensjahren, nur unvollkommen auszunutzen. Die einzelnen Holzarten verhalten sich darin verschieden: Laubhölzer reagieren ungleich stärker auf eine solche Stickstoffdüngung als Nadelhölzer. Die wichtigste Frage lautet hiernach bei Düngung auf Sandboden: Wie ist es möglich, den Kulturen Stickstoff in zwar langsam, aber längere Zeit wirksamer Form und zugleich mit dem geringsten Kostenaufwand zuzuführen? Versuche haben ergeben, daß dies am besten durch den in Pflanzenteilen enthaltenen Stickstoff geschieht. Es kommen daher in Betracht: Anbau von Leguminosen, und zwar Lupine, Alee, Akazie, Weißerle, Verwendung von Moorerde und anderen humosen Massen, ferner

Deckung mit Lupinenstroh, Kartoffelkraut, Raff, Keiserholz, Waldstreu und Zwischenbau von genügenden Holzarten mit starkem Laubabfall. Die Lupine, welche die besten Dienste leistet, kann in doppelter Form zur Anwendung kommen, nämlich als Vorbau und als Zwischenbau; zu ersterem Zweck wird die gelbe Lupine, zu letzterem die blaue Lupine, weil weniger schattend, verwendet. Der Voranbau erfolgt auf der ganzen Fläche und erfordert eine vorherige Düngung mit 400 bis 800 kg Thomaschlacke und 200 bis 400 kg Kainit. Die Impfung mit Nitragin ist empfehlenswert. Wenn die Lupine sich im ersten Jahre wegen Ungunst der Verhältnisse schlecht entwickelt, wird ihr Anbau im nächsten Jahre wiederholt. Nur gut gelungener Lupinenbau sichert den gewünschten Erfolg. Dieser ist aber auch dauernd, wie z. B. der älteste derartige Versuch im Stadtwald von Eberswalde aus den Jahren 1901 und 1902 beweist. Da diese Form des Anbaues der Lupine ungefähr 80 Mk je Hektar kostet, schiebt man zur Verminderung der Kosten zweckmäßig und ohne Beeinträchtigung des Erfolges für die Forstkultur vor dieser eine landwirtschaftliche Zwischennutzung — Roggen, Hafer oder Kartoffeln — ein. Wesentlich billiger, einfacher und auch rascher arbeitet der Zwischenbau mit blauer Lupine. Hierbei wird die Fläche im Spätherbste in der gewöhnlichen Weise durch Pflügen zur Kiefernkultur vorbereitet und dann während des Winters in den Pflugstreifen mit Thomaschlacke und Kainit gedüngt. Hierauf folgt im Frühjahr die Kiefernkultur. Um Beschädigungen der Lupine durch den Rüsselkäfer zu vermeiden, darf diese erst Ende Mai oder Anfang Juni eingebracht werden. Diese Methode hat den Vorzug größerer Billigkeit, da nur 25 bis 30 % der Fläche bearbeitet und gedüngt werden. Man reicht mit 200 kg Thomaschlacke, 100 kg Kainit und 50 kg blauer Lupine vollkommen aus und erzielt, wenn die Witterung nicht allzu trocken war, doch recht befriedigende Ergebnisse. Dabei ist es möglich, alsbald mit der forstlichen Kultur vorgehen zu können, ohne erst ein bis zwei Jahre bis nach Aberntung der Lupine und allenfalls auch des Roggens oder der Kartoffeln warten zu müssen.

Vorzügliche Erfolge liefert die Verwendung von Moorerde und anderen Humusstoffen, namentlich Trodentorf, selbst unter schwierigen Verhältnissen. Die Kiefern werden bei dieser Methode entweder in Löcher gepflanzt, die mit einer Mischung von Humus und Sand gefüllt sind, oder man bringt bei Nachdüngung diese Düngemittel in Löcher zwischen schon vorhandene Forstkulturgewächse. Bei dieser Verwendung von Humusstoffen spielt die Erhaltung eines reichlichen Feuchtigkeitsgrades die Hauptrolle, da der einmal ausgetrocknete Torf Wasser außerordentlich schwer wieder aufnimmt. Die bei Humusdüngung zu verzeichnenden Mißerfolge sind auf dieses Verhalten zurückzuführen, sie treten namentlich bei oberflächlicher Mischung von Sand und Humus hervor. Die Nachdüngung mit Humus erfordert stets mehrere Jahre, ehe ihre Wirkung voll in Erscheinung tritt, da sich die Wurzeln erst entsprechend ausbilden müssen.

Außerordentlich günstig wirkt ferner die Deckung der Kiefernkulturen mit Reisig, Lupinenstroh, Kartoffelkraut, Raff und ähnlichen Abfallstoffen. Oft werden ganz überraschende Erfolge damit erzielt.

Eine andere Form der Düngung mit Pflanzenabfällen läßt sich durch Mischung der Kiefer mit bedürfnisloseren Holzarten, die reichlich Nadeln abwerfen, erreichen. Ganz besonders günstig wirkt *Pinus rigida*. Bei ihr erzielt man noch den weiteren Vorteil, daß etwa vom zehnten Jahre ab die Kiefer sie überwächst und zum Absterben bringt. Hierdurch erhält erstere den gerade auf ärmeren Boden ihr dringend nötigen Raum zur Entwicklung, während die zusammenbrechende *Pinus rigida* noch als Dünger wirkt.

Die regelmäßige Anwendung anderer Stickstoffdünger, wie Chilisalpeter, schwefelsaures Ammoniak usw., scheitert im großen Betriebe an der Kostenfrage; außerdem setzen sie auch schon eine normale Entwicklung des Wurzelsystems voraus, um bei ihrer kurzen Wirkungsdauer voll ausgenutzt werden zu können. Sie eignen sich daher namentlich zur Anwendung als Nachdüngung, um mehrjährigen (fünf- bis zehnjährigen) Kulturen, die nicht recht vorwärts wollen, rasch über die kritische Periode hinwegzuhelfen. Bei solchen Nachdüngungen ist jedoch zu berücksichtigen, daß bei unvorsichtiger Anwendung, namentlich bei breitwürfigem Überstreuen des Düngemittels, alle Forstunkräuter oft größeren Gewinn aus der Düngung ziehen als die Forstpflanzen, und diese dann erst recht durch Überwuchern und Wasserentziehung schädigen können. In der Regel sollen daher diese Dünger nur in der Nähe der Forstpflanzen nach Beseitigung des Bodenüberzuges zur Anwendung gelangen.

Von den sonstigen Düngemitteln ist noch der Raff zu erwähnen; wirkliche Erfolge mit ihm sind selten.

Wegen der verhältnismäßig tiefen Lage der Baumwurzeln bleibt die Düngung mit den bisher erwähnten gewöhnlichen Düngstoffen vom Stangenholzalter der Bestände ab fast wirkungslos. Das beste Mittel, die Entwicklung der Bäume dann noch zu fördern, besteht in der Einwirkung auf eine günstige und rasche Fäulnis der Pflanzenabfälle, der Bodentreu und des hieraus sich entwickelnden Humus. Außerordentlich günstig wirkt in dieser Altersperiode eine Überdeckung des Bodens mit einer etwa 20 cm hohen Mulldschicht. Die Verwertung des Hausmülls bildet für alle größeren Städte eine äußerst schwer zu lösende Aufgabe. Die Stadt Berlin hat deshalb einen Versuch in der angegebenen Richtung gemacht, der schon nach ganz kurzer Zeit eine intensiv blaugraue Färbung der Kiefernadeln und üppige Entwicklung der Kronen, ferner auf dem Boden die Entfaltung einer reichen, ganz eigenartigen Flora zeitigte und daher unter geeigneten Verhältnissen zur Nachahmung nur empfohlen werden kann.

Alle bisherigen Erfahrungen beweisen unzweifelhaft, daß die Düngung auch im forstlichen Geschäftsbetriebe volle Berechtigung hat und geeignet ist, die Forstkultur auf armen Böden zu ermög-

lichen und dauernd zu fördern. Sie kann jedoch nicht einfach unter Übertragung der bei der Landwirtschaft gebräuchlichen Methoden erfolgen, sondern erfordert eine besondere Technik mit angemessener Berücksichtigung der agrarischen und allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen des forstlichen Betriebes.

Im Anschluß an vorstehende Ausführungen Professor Schwappach behandelt Forstmeister Dr. Kienitz-Chorin die Frage der Düngung der Pflanzgärten. Er stellt zunächst den Satz als unbestreitbar auf, daß jede Fläche, die für mehr als zwei Jahre als Kämp zur Pflanzenerziehung dienen soll, gedüngt werden muß. Denn die jungen Holzpflanzen, die aus dem Boden zum weiteren Verpflanzen genommen werden, bedürfen einer ganz erheblichen Menge von Mineralnährstoffen, die dem Boden dauernd entzogen werden. Entsprechende Untersuchungen haben bewiesen, daß junge Kiefern und Fichten jährlich von den wichtigsten Nährstoffen: Stickstoff, Phosphorsäure, Kali, Kalk, erheblich mehr dem Boden entnehmen als manche landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Dieser Nährstoffentzug muß also dem Boden durch Düngung ersetzt werden, und es handelt sich, wie Kiehnitz ausführt, nun darum, wie diese Düngung am zweckmäßigsten durchzuführen ist. Sie hat sich ganz allgemein nach den Ansprüchen der Pflanzen zu richten, und da ist die Feststellung von besonderer Wichtigkeit, daß die jungen Pflanzen aller Waldbäume ausgesprochene Humuspflanzen sind, die in ihrer natürlichen Entwicklung gar keine andere Gelegenheit gehabt haben, als unter dem Schirm alter Bäume auf Humusboden zu wachsen. Hieraus ergibt sich, daß die junge Holzpflanze nur dann gut wachsen wird, wenn im Boden reichlich Humus vorhanden ist, erst mit ihm kommen die übrigen Dungstoffe zur vollen Geltung. Es gilt letzteres sowohl für den animalischen Dung, wie für den Mineraldünger; für diesen beweisen es schon die ersten großen Erfolge mit seiner Anwendung in Deutschland, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Forstmeister Scott-Preston in Dobrilugt erzielte. Das Geheimnis seiner so überaus günstigen Erfolge in der Pflanzenzucht bei Düngung mit Kalisalz, phosphorsaurem Kalk, Knochenmehl usw. läßt sich nur aufklären dadurch, daß der Humus eine bedeutende Rolle dabei spielte, daß der Pflanzgarten auf moorigem Sande lag, der nach Scott-Prestons Äußerung alles zu verdauen resp. alles zu geriesen vermochte.

Die Erfahrungen, die Kienitz selbst in der Frage der Düngung der Forstgärten gemacht hat, gibt er wieder an der Hand einer Schilderung von der Bewirtschaftung des großen Choriner Forstgartens. In diesem Forstgarten, der seit 1862 hauptsächlich auf altem Ackerboden der ehemaligen Domäne Chorin angelegt wurde, mußte natürlich sehr bald gedüngt werden. Der Gartenmeister Raab brachte aus Vorpommern die Erfahrung mit, daß Buchenhumus ein vorzüglicher Dungstoff für Pflanzgärten sei. Die Entnahme der Erde aus den Beständen mußte ihm aber bald unterjagt werden, weil diese zu sehr darunter litten. Er entnahm dann die Moorerde aus Brüchern, ließ

sie durchsrieren, mischte sie zum Teil mit Pferde- dung, später mit Mergel, und verwandte sie als Mischdung. Dieser Dünger wirkte derartig günstig, daß ein Bedürfnis nach anderen Dungstoffen nicht hervortrat. Doch mußten große Mengen gebraucht werden und es wurde die Anwendung recht kostspielig durch die Arbeitslöhne, obwohl Moorerde und Mergel kostenlos zur Verfügung standen. Das Bestreben ging daher dahin, die Kosten durch Anwendung des billigen Mineraldüngers zu verringern. Die ersten Versuche damit waren nicht sehr erfolgreich, bis die Erkenntnis kam, daß die Mineraldünger auf junge Waldbäume nur dann günstig wirken, wenn eine genügende Menge von Humus im Boden ist oder ihm mit der Düngung zugeführt wird und wenn der Boden dadurch genügende Feuchtigkeit besitzt. Die Wirkung des Humusdüngers ist nämlich zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß er den Boden außerordentlich feucht hält. Er muß flach untergebracht werden, damit die lockere Sandschicht, die darüber liegt, das kapillare Aufsteigen des Wassers bis an die Oberfläche verhindern kann. Auf Grund der Erfahrungen nun, die bei den verschiedenen Versuchen gemacht wurden, wird in dem Choriner Forstgarten folgendes Verfahren eingehalten:

In einem Erlengarten auf altem Moor-Sand-Mischboden wird ausschließlich Mineraldünger (3 kg Ammonial-Superphosphat, 2,5 kg Kalisalz pro Ar) angewandt, unterstützt durch die in dem Überflutungswasser enthaltenen Stoffe. In dem übrigen Teil des Forstgartens erfolgt die Düngung mit einer Mischung aus Moorerde (0,67 cbm pro Ar), Mergel (0,33 cbm pro Ar) und Mineraldung (pro Ar 2,5 kg Kalisalz, 4,2 kg Thomasmehl), ferner unter Vorsichtsmäßigkeiten mit Unkrautmischung und ausnahmsweise Mineraldung in Verbindung mit Gründüngung.

In drei ständigen Revierkämpfen findet Verwendung: als Regel Mineraldung (2 kg Kalisalz, 4 kg Thomasmehl pro Ar) in Verbindung mit Gründüngung (0,5 kg Seradella oder 2 kg Lupinen pro Ar) und gelegentlich Anwendung von Moorerde- und Unkrautmischung. Diese drei Kämpfe gelten als Versuchsfeldchen, auf denen ermittelt werden soll, ob die billige Gründüngung (0,65 bis 0,84 M pro Ar) in Verbindung mit Mineraldüngung auf die Dauer die kostspielige Moorerde-Mergeldüngung (3 M pro Ar) ersetzen kann.

Grundsatz im Forstgarten ist, daß zu jeder Bestellung gedüngt wird. In den kleineren Kämpfen wird regelmäßig nur jedes dritte Jahr Gründüngung, aber doch häufig zwischendurch eine Moorerde- oder Mischdüngung beigegeben angewandt.

Verwandt werden in der Regel nur 40 Prozent. Kalisalz und Thomasmehl. Stickstoffdünger kann meist entbehrt werden, weil der Humus oder die Gründüngungspflanze ihn liefert. Wo diese Quelle nicht ausreicht, wird Ammonial-Superphosphat 9 : 9 gegeben, pro Ar 3 kg als Kopfdüngung im Frühjahr.

Die Kosten der Düngung richten sich nach der Menge und Art der Stoffe. Die hier gewählten Mengen haben sich als gefahrlos für alle Waldbaumpflanzen erwiesen. Eine beliebige Steigerung der Mengen ist nicht unbedingt zulässig. Namentlich

stärkere Kalisalzgaben sind bedenklich, wahrscheinlich wegen der Beimischung schädlicher Salze. Aus diesem Grunde werden Kainit, Karnallit und die anderen ärmeren Kalisalmischungen nicht mehr verwandt, da man die gleiche Kalivirkung durch Anwendung des 40 prozentigen Kalisalzes schon durch $\frac{1}{3}$ und weniger der Masse erreichen kann. Thomasmehl ist harmlos und von der Mischung von Moorerde und Kiesel kann man im Betrieb gar nicht so viel verwenden, daß sie schädlich werden könnte. Ist diese Mischung aber mit den genannten Mineralstoffen verlegt, so ist sie natürlich auch mit Vorsicht zu verwenden, über 2 ohm pro Ar darf dann nicht hinausgegangen werden.

Der Erfolg der jetzt gebräuchlichen Düngung ist der, daß die Sicherheit des Betriebes größer geworden ist gegen früher. Die Pflanzen haben ein kräftiges, reiches Wurzelsystem und gute, nicht übermäßig üppige oberirdische Entwicklung. Manche Pflanzen, wie z. B. die einjährige Kiefer, können ununterbrochen wieder an derselben Stelle bei reichlicher Moorerde-Kiesel-Mineraldüngung gezogen werden. Sie sind der Schütte seit 40 Jahren nicht erlegen, obgleich einzelne Schüttenabeln alljährlich an ihnen zu finden sind. Für andere Pflanzen, die wie z. B. Alazie, es verlangen, wird Fruchtwechsel eingehalten.

„Befindet sich ein Pflanzgarten in alter Kultur, ist sein Boden reich mit Humus gemischt und wird dafür gesorgt, daß das Humuskapital nicht aufgezehrt, sondern stets wieder ergänzt wird, so hat

die Mineraldüngung im Pflanzgartenbetrieb eine große Zukunft!“ Mit diesen Worten schließt Dr. Kienitz seine interessanten Ausführungen.

Aus der sich anschließenden Diskussion über die Düngungsfrage ist hervorzuheben, daß Oberförster Dr. Bertog-Halensee mit besonderer Wärme für den Anbau der Alazie zur Vermehrung des Stickstoffgehaltes im Boden eintritt. Er gibt zu, daß auf den ärmsten Böden der Markt allerdings ihr Anbau sich nicht rate, nichtsdestoweniger bliebe ihr aber das weite Gebiet der etwas besseren Bodenklassen offen und hier zeitige sie große Erfolge. Bertog pflanzt ein oder zwei Jahre alte Alaziensämlinge in ganz weitem Verband von 3 bis 5 m in die Kadelholzkulturen ein und läßt sie einige Jahre stehen. Je nach der Entwicklung nimmt er sie, wenn sie stufig geworden sind, als Heister heraus und verwendet sie an anderem Ort. In den Auskubslöchern bleiben dann genügend Wurzelreste zurück, um Wurzelbrut zu erzeugen. Diese kann leicht im Baum gehalten werden je nach Entwicklung des Kadelholzes. Wenn man in einer Fichtenkultur, z. B. die mit Alazie etwa zehn Jahre in Mischung gestanden hat, die Wurzeln untersucht, so findet man, daß die Fichtenwurzeln wie ein feines Netz auf den Alazienswurzeln schmarotzen. Es hat sich ein vollkommen dichtes Geflecht, das die Alazienswurzeln ganz einhüllt, gebildet: die Fichtenwurzel sucht den von der Alazienswurzel gesammelten Stickstoff!

(Schluß folgt.)

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

— **Beanstandung einer Beurteilung wegen Vergehens gegen § 117 des Strafgesetzbuchs.** (Urt. d. Reichs-Ger., St., v. 18. Mai 09.) Aus den Gründen: Der Revision konnte der Erfolg zum Teil nicht versagt werden. In materiellrechtlicher Beziehung ist die Entscheidung des Vorrichters, soweit der Angeklagte wegen gewerbsmäßigen Jagdvergehens, wegen Bedrohung und wegen Beleidigung bestraft ist, nicht zu beanstanden. Dagegen sind die Erwägungen, mit denen das Landgericht die Beurteilung aus § 117 des Strafgesetzbuchs zu begründen versucht hat, als rechtsirrtumsfrei nicht anzuerkennen. Die Vorinstanz geht davon aus, §. sei als Jagdaufscher berechtigt gewesen, den ihm verdächtig gewordenen Angeklagten auf Schlingen zu untersuchen, denn dies sei nur zu dem Zwecke geschehen, hierdurch erneute widerrechtliche Angriffe des Angeklagten in das ausschließliche Jagdrecht der Jagdberechtigten, die von ihm außerdem in Verdrängung seiner Persönlichkeit zu befürchten gewesen seien, abzuwenden. §. habe sich also hierbei in der rechtmäßigen Ausübung seines Rechtes befunden, und der Angeklagte, der ihn als Jagdaufscher gekannt, habe ihm mit Gewalt an seiner Person in der öffentlichen Absicht Widerstand geleistet, eine Durchsuchung seiner Person zu verhindern. An einer Feststellung, auf Grund welcher Gesetzesbestimmung der Jagdaufscher zur Durchsuchung des Angeklagten berechtigt war, den er zwar im Jagdrevier betroffen, aber erst auf der Straße eingeholt hatte, fehlt es in dem Urteil. Davon, daß der Jagdaufscher gemäß

§ 23 des Preussischen Forstdiebstahls-Gesetzes vom 15. April 1878 beedigt worden, daß ihm somit jagdpolizeiliche Funktionen übertragen gewesen seien (vgl. Entsch. d. Reichs-Ger., St., XI. 321, 322), ist in den Gründen nichts gesagt. Daß ein Durchsuchungsrecht des Jagdaufschers aus dem Rechte zur Pfändung zum Schutze des Jagdrechts nicht mehr hergeleitet werden kann, ist vom Reichsgericht bereits nachgewiesen (vgl. Entsch. a. a. O. XXXIV. 154). Ebenjowenig läßt sich nach dem gegenwärtig geltenden bürgerlichen Rechte eine Beschlagnahme von Schlingen, die der Angeklagte nach der Vermutung des Jagdaufschers bei sich hatte, und eine persönliche Durchsuchung danach auf § 229 des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützen (vgl. Entsch. a. a. O. XXXV. 403 ff.). Im vorliegenden Falle versagt aber auch die Bezugnahme auf § 227 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, mit der in der zuletzt erwähnten Entscheidung des Reichsgerichts die Beschlagnahme eines Gewehres des bei unberechtigter Jagdausübung Betroffenen durch den Jagdberechtigten begründet worden ist (a. a. O. S. 407); denn nach den hier getroffenen Feststellungen lag ein gegenwärtiger rechtswidriger Angriff des Angeklagten, ein Einriss in das Jagdrecht des Berechtigten nicht vor. Denn es ist weder nachgewiesen, daß der Angeklagte in dem Augenblicke, als ihn der Jagdaufscher auf die Mitführung von Schlingen durchsuchen wollte, sich noch auf dem Jagdgebiete des Berechtigten befand — es soll dies nach dem Urteil auf der Straße, ob auf einer öffentlichen, ist nicht ersichtlich, geschehen sein —, noch ist dar-

getan, daß der Angeklagte damals wirklich noch Eschlingen bei sich hatte, also zur Jagd auf fremdem Jagdgebiete ausgerüstet war. Die Verurteilung wegen Vergehens gegen § 117 des Straf-

gesetzbuchs ist sonach bis jetzt nicht ausreichend begründet. Inwieweit und hinsichtlich der Gesamtstrafe war das angefochtene Urteil mithin aufzuheben usw.

Verschiedenes.

— **Forstästhetik von H. v. Salisch und die Wegehegung.** Unter diesem Titel erschien in Nr. 50 der „Deutschen Forst-Zeitung“ eine Notiz von D. Kaiser-Trier. Welche Zwecke Kaiser mit dieser Notiz verfolgt, ist nicht recht zu erkennen. Als Spezialist in der Wegebaukunde scheint er den Versuch machen zu wollen, das 15. Kapitel der „Forstästhetik“: „Der Entwurf des Wegenetzes, Bildung und Zeichnung der Wirtschaftsfiguren“ einer Kritik zu unterziehen. Daß er dabei andere Ideen entwickelt als Salisch, kann ihm niemand verargen, um so weniger, als Kaiser das Wegenetz bzw. die Distrikteinteilung hauptsächlich nach dem Nützlichkeitswert beurteilt, während Salisch gewissermaßen das Nützliche mit dem Angenehmen verbindet und so das Zweckdienliche nach ästhetischen Rücksichten möglichst modifizieren will. Herr Kaiser teilt mit, die „Forstästhetik“ von der ersten bis letzten Seite „mit Vorsicht durchzulesen“ zu haben. Leider scheint er dabei zu vorsichtig verfahren zu sein, sonst würde er zu der Anklage nicht gekommen sein, die sich in dem Satz ausdrückt: „Die Abänderung eines geradlinigen Einteilungsnetzes nach der auf S. 215 des v. Salisch'schen Buches gezeigten Art und Weise durch krumm verlaufende Linien, wie v. Salisch es machen würde, ist unzulässig.“ Dem ist entgegenzuhalten, daß Salisch auf der betreffenden Seite 215 nur das Schema eines neu einzuteilenden Forstortes zeigt. Er will gar nichts a b ä n d e r n und sagt auf Seite 208 seiner „Forstästhetik“ ausdrücklich, daß ein großer Unterschied bestehe zwischen Wegen, die man neu anlegt und solchen, die man vorfindet; wenn diese falsch angelegt seien, so beurteile man sie milder streng, sie seien einmal da und deshalb daseinsberechtigt. Duldamer kann doch mit einem falsch angelegten Wege oder Schneisenneß nicht gut verfahren werden. — Daß ferner eine Einteilung nach dem von Salisch veranschaulichten Schema „unzulässig“ sei, ist mindestens zweifelhaft; sie scheint rein wirtschaftlich durchaus zulässig und zweckmäßig zu sein, ganz abgesehen von ihrer ästhetischen Bewertung. Nun zu dem Kaiser'schen Schlusssatz, der über die „Forstästhetik“ kurz und bindig folgendes Urteil fällt: „In dem I. Teil des Buches ist der Ästhetik volle Rechnung getragen, der II. Teil hat es nur verteuert, ohne für den Forstmann von besonderem Wert zu sein.“ Eine solche Kritik scheint mir einer Erwiderung nicht zu bedürfen. Es sei nur für die leider noch viel zu vielen Nichtkennner des Buches erwähnt, daß der II. Teil die „angewendete Forstästhetik“ behandelt. In ihm ist eine kostbare Fülle von Anregungen und Hinweisen enthalten, die dem Buche auch als Hand- und Nachschlagebuch einen hohen Wert verleihen. Es wird uns gezeigt, wie ein rationeller Wirtschaftsbetrieb sehr wohl nach ästhetischen

Gesichtspunkten mobilisiert werden kann, ohne seine Intensität zu gefährden. — Die „Forstästhetik“ ist auf den königl. preussischen Oberförstereien inventarisiert. Es wäre mit Freuden zu begrüßen, wenn die Revierverwalter das Buch auch bei den nachgeordneten Beamten turlieren ließen, um es so weiten Kreisen möglichst bekannt zu machen. Es verdient es! **Otto Krebs.**

— **Frachtherabsetzung für Futtereicheln.** Bei dem diesjährigen geringen Ausfall der Ernte, namentlich an Futtermitteln, empfiehlt es sich, die in manchen Gegenden vorzüglich geratene Eichelmaß zu Futterzwecken zu verwenden. Dieses ist bereits auch vielfach geschehen, insbesondere haben Schweinezüchtereien Eicheln in großen Mengen von weither bezogen. Da bekanntlich die Futtermittel in diesem Jahre unter den Notstandstarif fallen und von den Eisenbahndirektionen zu bedeutend ermäßigten Sätzen befördert werden, so sollte man meinen, daß auch die Futtereicheln diesen Vorzug genießen müßten. Dem ist aber nicht so! Nach einem Antrag, den einige Interessenten bei der zuständigen Eisenbahndirektion um Beförderung der Futtereicheln nach dem Notstandstarif eingebracht haben, erging von dieser der Bescheid, daß dem Ersuchen auf Grund der Entscheidung der Aufsichtsbehörde nicht entsprochen werden könne, weil bei Eicheln die Verhältnisse wesentlich anders lägen als bei Gerste und Mais! — Die Fracht für Futtereicheln mußte also voll bezahlt werden. Warum die Verhältnisse hier anders als bei den übrigen Futtermitteln liegen sollen, erscheint wenig einleuchtend, es wäre demnach bei den zuständigen Behörden nochmals der Antrag zu stellen, ob es denn wirklich nicht angängig ist, den Notstandstarif zu erweitern und die Futtereicheln den anderen, diesem Tarif unterstellten Futtermitteln gleich zu achten und zu den ermäßigten Sätzen zu befördern.

— **Einfuhr von Kiefernzapfen aus Oesterreich-Ungarn.** In Nr. 49 der „Deutschen Forst-Zeitung“ brachten wir eine Notiz über die Einfuhr fremden Kiefernzapfens und Kiefernzapfen, in welcher die Summe der aus Oesterreich-Ungarn eingeführten Kiefernzapfen mit 221 dz angegeben ist. Aus Interessentenkreisen erhalten wir daraufhin die Mitteilung, daß es sich bei Lieferung dieser Menge nicht um Zapfen handelt, die etwa von deutschen Mengen zur Samengewinnung bezogen wurden, sondern um ausgeleugte Schwarzkiefernzapfen, die sich als Christbaumschmuck besonders eignen und auch seitens der Besteller hierzu verwendet wurden.

— **Großer Holzverkauf in Ostpreußen.** Von der Berliner Holzgroßhandlung Sigmund Michalski

Müller, Assistent zu Hossleiten, ist nach Schlüßfeld verlegt.
Schick, Assistent zu Schlüßfeld, ist nach Behringersdorf verlegt.
Schmaßkerer, Aspirant zu Kirchdorf, ist zum Assistenten in Bergen befördert.
Schubler, Assistent zu Behringersdorf, ist zum Förster in Lützen, N. A. Waldmünden, befördert.
Stegler, Aspirant zu Reihelm, ist zum Assistenten in Schwarzach befördert.
Stierl, Assistent zu Bergen, ist nach Wittenwald verlegt.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Pistich, präd. Forstassessor, ist als etatmäßiger Forstassessor bei der Forsteinrichtungsanstalt angestellt.
Gumbert, Forstassessor, ist von der Forsteinrichtungsanstalt auf das Almbichener Revier unter Beauftragung mit der Verwaltung des letzteren verlegt.
Höfler, Oberförster auf Almbichener Revier, ist zum Verwalter des Breitenbunner Reviers ernannt.
Dr. Schröder, Forstassessor, ist von der Forsteinrichtungsanstalt zur forstlichen Versuchsanstalt in Tzarsand verlegt.
Pogel, präd. Forstassessor, ist als etatmäßiger Forstassessor bei der Forsteinrichtungsanstalt angestellt.
Augschke, Expedient, ist vom Forstrentamt Auerbach zur Oberforstmeisterei Schwarzenberg verlegt.
Schneider, Hilfsexpedient, ist als Expedient bei dem Forstrentamt Auerbach angestellt.
Häcker, Expedient bei der Oberforstmeisterei Schwarzenberg, ist als Bureauassistent beim Finanzministerium befördert.
Solter, Waldwärter auf Augustsburger Revier, ist pensioniert.

Elfaß-Lothringen.

Burkhardt, kommissarischer Gemeindeförster zu Gravelotte, ist zum Gemeindeförster ernannt.
Schmitt, kommissarischer Gemeindeförster zu Wallingen, ist zum Gemeindeförster ernannt.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Gemeindeförsterstelle des Forstbezirks Zell-Zell, Kreis Zell (Mosel), mit dem Wohnsitz in Zellig, ist zum 1. April d. J. zu besetzen. Das Grundgehalt beträgt 1800 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 200 M. bis zum Höchstbetrage von 2400 M., außerdem eine jährliche Brennholzentschädigung im Betrage von 100 M. und eine Winterentschädigung von 900 M. Als Dienstzeit wird bei der Pensionierung die im Reichs-, insbesondere im Militär-

dienste, im Staatsdienste oder im Dienste eines deutschen Kommunalverbandes oder einer anderen öffentlichen Korporation verbrachte Zeit angerechnet. Bewerbungen um die Stelle sind unter Beifügung des Forstverordnungsheftes (im Original oder in beglaubigter Abschrift), eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und der Zeugnisse innerhalb acht Wochen dem Bürgermeister in Zell-Land (Mosel) einzureichen. Meldungen von Forstverordnungsberechtigten und Reservistengenen der Klasse A können nur dann berücksichtigt werden, wenn ihnen die Erklärung beiliegt, daß Bewerber durch die Ausstellung als Gemeindeförster des Forstverordnungsverbandes Zell-Zellig seine Forstverordnungsansprüche als erfüllt betrachtet.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Liturgie oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 1. Anfrage: Eine Walbarbeiterin von beinahe 72 Jahren bezieht bis jetzt pro Monat 10,75 M. Invalidenrente. Würde diese Arbeiterin an Altersrente mehr beziehen können, und wieviel?

Antwort: Die Altersrente ist in den meisten Fällen niedriger als die Invalidenrente. Das trifft wahrscheinlich auch in Ihrem Falle zu, doch können wir etwas Genaueres nicht sagen, weil wir Zahl und Höhe der geklebten Marken nicht kennen.

Nr. 2. Anfrage: Ich bin Ganzinvalid und beziehe die Invalidenrente. Kommt für mich noch die Angestelltenversicherung in Betracht?

Antwort: Nein, da Sie bereits berufs-unfähig sind (§ 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte). Berufsunfähigkeit besteht, wenn die Arbeitsfähigkeit eines Angestellten auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gefunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. (§ 25 a. a. D.).

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neubamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am. Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Seltz, Försterei Kanne, Post Gröneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 0,50 M., der Halbjahresbeitrag 0,25 M. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich nach, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieder

8015. Maerker, Förster, Albrechtswalde, Post Buchthal, Am. Frankfurt a. O.
 5322. Gotsch, Hilfsjäger, Roßlaulen, Post Labbinchen, Gumbinnen.
 718a. Wenkebach, Forstassessor, Sien, Trier.
 764a. Sabel, Forstassessor, Grabholz, Post Muro, Oppeln.

- 769a. Valentin, Gm.-Förster, Gladenbach i. H., Wiesbaden.
 771a. Grebe, Förster, Sachau, Gletten.
 773a. Domscheit, Hilfsjäger, Gronitten, Allenstein.
 781a. Waternam, Förster, Guttstadt, Weissenberger Aue, Königsberg.
 782a. Bretschneider, Förster, Taiterwald, Post Wormditz, Königsberg.
 807a. Rahnner, Forstassessor, Natunischen, Post Eselbäumen, Gumbinnen.
 809a. Glatz, Hilfsjäger, Forst. Kallwellen, Post Uegbassen, Gumbinnen.

- 914a. **Josinweit**, Forstausseher, Königsbühl, Post Böbeggallen, Gumbinnen.
- 918a. **Kunze**, Förster, Nikolaihorst, Post Alt-Ulta, Allenstein.
- 917a. **Reichardt**, Först. Forstb. Lubrau, Post Drachhausen i. R.-L., Frankfurt a. O.
- 921a. **Werwath**, Förster, Pröhe, Post Groß-Schönebeck (Mark), Potsdam.
- 922a. **Stengel**, Forstausseher, Schöneiche, Post Friedrichshagen, Potsdam.
- 923a. **Klein**, Hilsfjäger, Lischwitz, Kr. Traustadt, Posen.
- 924a. **Friedrichs**, Förster, Rothenhagen, Post Greifswald, Stralsund.
- 925a. **Grimmer**, Hilsfjäger, Loth. Stralsund.
- 926a. **Schmiedele**, Forstausseher, Walbed, Magdeburg.
- 941a. **Tonke**, Förster, Rüchen, Post Harmutshausen, Cassel-Dst.
- 944a. **Wuth**, Förster, Forstb. Stölzingen, Post Schommern, Cassel-West.
- 947a. **Taubert**, a. St. Privatförster, Forstb. Rothenburg, Post Treuburg, Cassel-West.
- 951a. **Kunze**, Förster, Hagfeld a. Eber, Wiesbaden.
- 957a. **Frankenbach**, Forstausseher, Merghausen i. Taunus, Wiesbaden.
- 958a. **Beiten**, Forstausseher, Hachenburg (Post), Wiesbaden.
- 959a. **Hirschmann**, Förster o. R., Weidenstadt (Post), Wiesbaden.
- 962a. **Berner**, Förster o. R., Bicher, Km., Frankfurt a. O.
- 966a. **Müller**, Forstausseher, Ople, Post Lemte, Hannover.
- 966a. **Reimburg**, Hilsfjäger, Kleinburg, Schumannstr. 60, Hannover.
- 967a. **Rittsch**, Hegemeister, Büdthaler-Landweh, Post Reunorf, Minden.
- 910a. **Stömer**, Hegemeister, Planheide, Post Weichensdorf i. R.-L., Frankfurt a. O.
- 912a. **von Knobelsdorff**, Hilsfjäger, Rabewiese, Post Jänischwalde, Frankfurt a. O.
- 914a. **Geeger**, Hilsfjäger, Oberf. Raba b. Gorzno, Marienwerder.
- 915a. **Loersch**, Förster, Forstb. Hütten, Post Wissefel, Schleswig.
- 929a. **Harmuth**, Förster o. R., Buchholz, Post Hohenfrug, Stettin.
- 931a. **Trenkman**, Hilsfjäger, Myslen, Post Drogallen, Allenstein.
- 932a. **Wieling**, Forstausseher, Harsfeld, Stabe.
- 933a. **Wienzenburg**, a. St. Priv.-Revierförster, Forstb. Stiegelb., Post Wilmsdorf i. U.-R., Potsdam.
- 938a. **Christofel**, Forstausseher, Windenwalde, Post Biplin, Königsberg.
- 941a. **Engelbrecht**, a. St. Rgl. Leibjäger, Berlin W 56, Niederlagstr. 2, Potsdam.
- 948a. **Reichow**, Förster, Forstb. Drachhausen, Post Drachhausen i. R.-L., Frankfurt a. O.
- 949a. **Stwald**, Förster, Vohbrügge, Post Hammerstein, Marienwerder.
- 953a. **Tackert**, Förster, Hanselberbrück, Marienwerder.
- 954a. **Wian**, Forstausseher, Rottlach, Post Gollub, Marienwerder.
- 956a. **Sange**, Hilsfjäger, Gronowo, Post Dobno, Marienwerder.
- 959a. **Häcker**, Hilsfjäger, Forstb. Wilhelmstal, Post Krojanke, Marienwerder.
- 959a. **Raba**, Forstausseher, Roschütz, Post Schneidemühl, Marienwerder.
- 962a. **Heutzel**, Förster, Vohldorf, Post Altomniz, Breslau.
- 963a. **Heber**, Forstausseher, Schwarzort (Post), Königsberg.
- 962a. **Bewersdorf**, Forstausseher, Eichenberg, Post Gr.-Schirra, Königsberg.
- 957a. **Ladba**, Förster, Eschengrund, Post Mulbagen (Bez. Königsberg), Gumbinnen.
- 959a. **Stwald**, Hilsfjäger, Forstb. Gr.-Gammeln, Post Pieher Schmelze, Frankfurt a. O.
- 1000a. **Schönwald**, Otto, Forstausseher, Rabbed, Kr. Mdr., Düsseldorf.
- 1007a. **Müller**, Förster, Agilla, Post Labiau, Königsberg.
- 1019a. **Schubert**, Först. Gr.-Baum (Post), Kr. Labiau, Königsberg.
- 1020a. **Gumbinnen**, Hilsfjäger, Hingendorf, Stettin.
- 1027a. **Kraetz**, Förster, Endingen, Post Jacobsdorf, Vorpomm., Stralsund.
- 1028a. **Perrberg**, Förster, Forstb. Schützenwinkel, Post Antonswald, Posen.
- 1035a. **Guerich**, Förster, Simburg, Post Rüdowstal, Bromberg.
- 1037a. **Liske**, Forstausseher, Forstb. Gaste II, Post Gaste, Minden-Münster.
- 1044a. **Vertram**, Forstausseher, Naheburg, Post Grünwalde, Ostpr., Allenstein.
- 1045a. **Boewle**, Förster, Forstb. Rurten, Post Rurten, Ostpr., Allenstein.
- 1049a. **Sagna**, Forstausseher, Wästelmbach, Post Kempenich (Wifel), Coblenz.
- 1054a. **Brigand**, Forstausseher u. komm. Gendf., Königsfeld (Post), Wifel, Coblenz.
- 1056a. **Tilmann**, Forstausseher u. komm. Gendf., Langensfeld, Post Birneburg (Wifel), Coblenz.

1058a. **Fliegner**, a. St. städt. Hilsfjörner, Brand, Post Greifswald, Biegnitz.

1000a. **Merle**, Förster, Forstb. Kleinüber, Post Großüber, Kr. Fulda, Cassel-Dst.

1064a. **Bräcker**, Forstausseher, Odrn, Oberförsterei Gerd, Post Goltzfel, Marienwerder.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Gesamtvorstand.

Am 20. Januar 1912, soll in Berlin im Lokal „Zum Spatenbräu“ in der Friedrichstraße Nr. 173, von 8 1/2 Uhr vormittags ab, gemäß § 12b der Satzungen eine Sitzung des Gesamtvorstandes stattfinden.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches und Vorberatung über die künftige Zusammensetzung des weiteren Vorstandes, sowie die bevorstehende Wahl des Gesamtvorstandes und über das Vereinsorgan.
2. Beratung über erprießliche Weiterführung der Standesangelegenheiten und der Wohlfahrts-einrichtungen des Vereins.
3. Beratung über die Verhandlungsgegenstände der nächsten Delegiertenversammlung und Festsetzung des Termins, sowie über die Tagesordnung für diese Versammlung.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Frankfurt a. Oder. Bei allen an mich gerichteten Postsendungen bitte ich als Wohnort nur „Post Eschbruch“ auf der Adresse zu vermerken, Forstb. Robberwiese fortzulassen. Alle Geldsendungen bestellgeldfrei zu senden, also die Abtragegebühr bei Aufgabe des Geldes zu zahlen; sonst stimmt hier Coll- und Ist-Einnahme nicht überein.

Hartnid, Schatzmeister.

Königsberg. Wintervergnügen des Vereins ehemaliger Jäger und Schützen und des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten am 14. Januar 1912. Schützenhaus, Königsberg. Beginn abends 6 Uhr. Eintrittsgeld pro Person 50 M ; Gäste dürfen unter Zahlung desselben Eintrittsgeldes, aber nur von den Mitgliedern unseres Vereins in unbeschränkter Zahl eingeführt werden. Einer besonderen Anmeldung bedarf es nicht. Das gleiche gilt für die Mitglieder anderer Bezirksgruppen, die hiermit herzlichst eingeladen werden. Programm ist in Nr. 52 dieses Blattes Seite 1056 bekanntgegeben. Im Interesse beider Vereine und zur Befestigung und Hebung des alten Jäger geistes ist eine recht zahlreiche Beteiligung dringend erwünscht. Der Vorsitzende: Jost.

Biegnitz. Versammlung am 14. Januar 1912, nachmittags 1/2 2 Uhr, in Kirchberg, Hotel „Deutsches Haus“. Tagesordnung: 1. Letzter

Sitzungsbericht; 2. Kassenrevision und Entlastung des Kassierers; 3. Antrag der Ortsgruppe Ullersdorf betr. Dienstland; 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Brieg (Regbz. Breslau). Sonntag, den 14. Januar 1912, nachmittags 4 Uhr, Versammlung in Brieg, im Vereinslokal. Tagesordnung: Neuwahl des gesamten Ortsgruppenvorstandes, da die Periode abgelaufen ist. Einziehung der Beiträge. Rechnungslegung und -Prüfung. Bericht über die letzte Bezirksgruppen-sitzung. Bekanntgabe von Vereinsdrucksachen betr. Volsungsfrage und Dienstlandnutzung.

Der Vorstand.

Crone a. B. (Regbz. Bromberg). Sonnabend, den 6. Januar 1912, nachmittags 2 Uhr, Sitzung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Rechnungslegung, Entlastung des Schatzmeisters; 3. Wahl eines Schriftführers und Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung; 4. Einziehung der Beiträge; 5. Geschäftsbericht; 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Eberswalde (Regbz. Potsdam). Versammlung Sonnabend, den 13. Januar 1912, von 6 Uhr nachmittags ab, im „Kaiserbad“ zu Eberswalde. Tagesordnung: 1. Abrechnung für 1911; 2. Einzahlung der Beiträge für erstes Halbjahr 1912; 3. Erhöhung der Beiträge; 4. Kaisergeburtstagsfeier; 5. Aufnahme neuer Mitglieder, Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Damen willkommen.

Frankfurt, Ober. Nächste Versammlung am Sonnabend, dem 13. Januar 1912, nachmittags 3 Uhr, in der Aktienbrauerei Frankfurt, Ober. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Rechnungslegung. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Einziehung der Beiträge für 1912, einschließlich Forstwaisen-Verein. 4. Wintervergütungen der Ortsgruppe am 3. Februar in Müllrofe. Einladungen zu demselben bitte bis zum 20. Januar an den Vorsitzenden gelangen zu lassen. 5. Verschiedenes. — Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Kollegen als Gäste herzlich willkommen. Ein Vertreter der Firma Michovius in Cottbus wird anwesend sein. Der Vorstand.

Gelnhausen (Regbz. Cassel). Sonntag, den 21. Januar 1912, findet von nachmittags 2 Uhr ab im „Deutschen Haus“ zu Gelnhausen eine Generalversammlung statt. Es sind äußerst wichtige Vereinsangelegenheiten zu besprechen und bitte daher um vollzähliges Erscheinen.

Der Vorstand. Thomaß, Vorsitzender.

Hinterke-Carpin (Regbz. Ettlin). Die Ortsgruppe feiert den Geburtstag Sr. Majestät Sonnabend, den 3. Februar 1912, von abends 6 Uhr ab, im Vereinslokal zu Carpin, verbunden mit Konzert und Tanztränzchen, wozu die Herren Mitglieder nebst Familien hierdurch ergebenst eingeladen werden. Ebenso Kollegen, die dem Verein beitreten wollen. Gäste sind von den Mitgliedern selbst einzuladen. Um ein recht zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Lauterberg (Regbz. Hildesheim). Am Sonntag, dem 14. Januar 1912, nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Waldhaus bei Andreasberg. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung in Goslar; 2. Rechnungslegung; 3. Einziehung der halbjährigen Vereinsbeiträge und der Beiträge für den Forstwaisenverein; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Raffin (Regbz. Frankfurt a. O.). Sonnabend, den 6. Januar 1912, abends 6 Uhr, Versammlung im Rollschen Gasthof zu Raffin. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung von 1911; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Beitragszahlung; 4. Verschiedenes. Nachher gemütliches Beisammensein.

Der Vorstand.

Winden-Schaumburg (Regbz. Minden/Münster). Das diesjährige Wintervergütungen findet Sonnabend, den 20. Januar 1912, in Obernkirchen — Rathausaal — statt. Die Damen versammeln sich nachmittags 6½, die Herren um 5½ Uhr. Gäste können eingeladen werden; betr. Anträge sind zu richten an Kollegen Specht-Deckerberg oder Kollegen Bähler-Obernkirchen. Die Kollegen der Ortsgruppen Paderborn und Münster und deren Damen werden hierdurch gebeten, sich an der Feier zu beteiligen. Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge; 2. Verschiedenes.

Steig.

Neuenburg (Regbz. Marienwerber). Auf die Anfragen verschiedener Herren Kollegen zur gefälligen Benachrichtigung, daß durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 11. Juni 1911 Versammlungen nur halbjährlich abgehalten werden. Die nächste Versammlung findet im Sommer 1912 statt. Der Vorstand.

Nienburg, Weser (Regbz. Hannover). Am Sonnabend, dem 20. Januar 1912, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im „Weser-Pavillon“ zu Nienburg. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Nach der Versammlung findet Kaisergeburtstagsfeier statt. Gäste können eingeführt werden; um ungefähre Angabe der Teilnehmerzahl bittet der Unterzeichnete.

Der Vorstand. J. A. Wittig, Schriftführer.

Nothwendig (Regbz. Bromberg). Sitzung am Sonnabend, dem 13. Januar 1912, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal zu Miala. Tagesordnung: 1. Besprechung von Vereinsangelegenheiten; 2. Einziehung der Mitgliederbeiträge; 3. Verschiedenes.

Der Vorstand. J. A. Reiß, Schriftführer.

Rheinsberg, Mark (Regbz. Potsdam). Vor dem am 13. Januar 1912, abends 7 Uhr, im Vereinslokal stattfindenden Wintervergütungen findet um 5 Uhr Mitgliederversammlung statt. Die Herren Kollegen mit ihren Damen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Rotenburg a. F. (Regbz. Cassel). Die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs findet, wie am 2. Dezember 1911 anberaumt, am 3. Februar 1912 in Rotenburg, Hotel Leinhos, statt. Beginn 7 Uhr abends mit einem gemeinschaftlichen Essen. Um 12 Uhr

nachts Kaffee. Die Jüge von Malsfeld und Bebra treffen um 12 1/2 Uhr bzw. 6.50 abends in Notenburg ein. Alle Mitglieder der Ortsgruppe, sowie diejenigen Kollegen, welche ihr Kommen bereits zugesagt haben, werden nochmals aufs beste eingeladen. Durch Mitglieder und Kollegen eingeladene Gäste sind willkommen. Um das Mitbringen recht vielen Humors wird gebeten. Der Vorstand. J. A.: Schmidt.

Badgannu (Regbz. Allenstein). Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Hotel Fischer zu Alt-Ulta. 1. Rechnungslegung; 2. Bericht über die Bezirksgruppen- und Ortsgruppen; 3. Verschiedenes. Die Herren Vertrauensmänner werden ersucht, den Beitrag für das erste Halbjahr 1912 (5 M.) an den Schatzmeister, Herrn Forstausseher Löffert in Abbau Alt-Ulta, porto- und bestellgeldfrei zu senden. Die Herren Kollegen werden ersucht, recht zahlreich mit Damen an der Sitzung teilzunehmen. Gäste willkommen.

Schlüter, Vorsitzender.

Söhre (Regbz. Cassel). Sonnabend, den 20. Januar 1912, von abends 7 Uhr ab, im Gasthof „König von Preußen“ zu Hessa Kaisersgeburtstagsfeier. Die Feier beginnt mit einem Festessen um 7 Uhr, daran anschließend Vorträge und Tanz. Gäste willkommen. Anmeldungen zum Festessen (à 2 M. ohne Weinzwang) bis zum 15. Januar an den Schriftführer Königlichen Förster Fischer zu Hessa. Der Vorstand.

Steinberge (Regbz. Potsdam). Am Sonnabend, dem 13. Januar 1912, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Vereinslokale zwecks Beitrags-erhebung. Die nicht erscheinenden Mitglieder werden um Übersendung des Betrages an den Schatzmeister (Förster Kolbitz) bis zu genanntem Tage ersucht. Der Vorstand.

Torfhäus (Regbz. Merseburg). Am Sonntag, dem 14. Januar 1912, nachmittags 4 Uhr, Versammlung in Torfhäus. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Rechnungslegung; 2. Einziehung der Beiträge pro 1912; 3. Besprechung wichtiger Vereinsangelegenheiten; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Trebnitz-Militzsch (Regbz. Breslau). Die Kaisersgeburtstagsfeier soll in der bisherigen Weise am 3. Februar 1912 im Schweizerischen Gasthause zu Gr.-Vahse stattfinden. Die Namen einzuladender Gäste sind möglichst bald an den unterzeichneten Schriftführer zu senden.

Der Vorstand. J. A.: Karmrodt, Schriftf.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Vorgesetzten Krause, Resselgrund bei Gohreitz Min., vorliegen. Was für die nächste Sitzung bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Gumbinnen. Die Bezirksgruppensitzung am 4. November d. Js. in Goldap war wider Erwarten zahlreich besucht, wofür den Herren Kollegen auch an dieser Stelle herzlichster Dank ausgesprochen wird. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Der Herr Schatzmeister

wünschte pünktlicheres Abführen der Beiträge und möglichst in einer Rate für das ganze Jahr. Der Vorsitzende berichtete über die Empfänge beim Herrn Oberforstmeister. Währenddessen ging ein Telegramm von dem auf Dienststreifen sich befindenden hohen Herrn Vorgesetzten ein, das der Versammlung wohlwollend guten Erfolg bei den Beratungen wünschte. In freudiger Dankbarkeit beauftragten die Kollegen den Vorsitzenden mit der sofortigen Abstattung des Dankes. 2. Der Delegierte berichtet über die Verhandlungen der Delegiertenversammlung in Berlin. Es berührt den Försterstand schmerzhaft, daß bei der Neubefolgung 1909 das pensionsfähige Einkommen der Förster um 390 M. niedriger festgesetzt wurde als jenes der Lokomotivführer, mit denen sie in einer Befolgungsklasse stehen. 3. Ein Vortrag des Kollegen Sieg-Pfeil über Aufforstung der Nonnensträßflächen wurde mit großem Interesse verfolgt und fand allseitige Anerkennung. 4. Die Anträge der Delegiertenversammlung von 1911 wurden einstimmig gebilligt, und es wurde beschlossen, dieselben Anträge auch für 1912 zu übernehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Vorsitzenden Vollmacht zur Beantragung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung für 1912 zu erteilen. Nach Erledigung der laufenden Geschäfte der ordentlichen Delegiertenversammlung soll darüber beraten und Beschluß gefaßt werden, welche Schritte zur Beseitigung der uns treffenden Härten zukünftig einzuschlagen seien. Als Delegierte sind gewählt: Förster Puppel (Auguststuten) und Förster Sieg (Pfeil) als Stellvertreter. 5. Die Forstbeamten-Vaugenossenschaft nahm das Interesse der Versammlung besonders gefangen. Auf die Opferfreudigkeit der Kollegen — auch einige Herren Revierverwalter haben sich beteiligt — kann die grüne Gilde stolz sein. Die geeignete Haftsumme ermöglicht die Aufnahme eines genossenschaftlichen Baukapitals von annähernd 200 000 M. Die Landwirtschaftskammer in Königsberg i. Pr. hat in entgegenkommender Weise brauchbare Entwürfe hergestellt und übernimmt die Vorarbeiten und die Bauausführung zu niedrigem Prozentsatz. Der Herr Oberforstmeister des Bezirks steht der Vaugenossenschaft sympathisch gegenüber. Sobald die Genossenschaft greifbare Gestalt angenommen, gebe Näheres durch die Vereinszeitung bekannt. 6. Nach Besprechung interner Angelegenheiten, die nochmals verhandelt werden sollen, schloß die Sitzung um 6 1/2 Uhr. Nächste Tagung in Insterburg.

Der Vorstand. J. A.: Puppel, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Bütow (Regbz. Köslin). In der Versammlung am 9. Dezember wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. Vorstandswahl: An Stelle des Kollegen Förster Leben wurde der bisherige Schriftführer Förster Grusjewski, Forsthaus Gommün, zum Vorsitzenden und für diesen Forstausseher Schulze, Forsthaus Czarndammerow bei Polichen, zum Schrift- und Kassensührer einstimmig gewählt. Die anderen Mitglieder

des Vorstandes wurden sämtlich wiedergewählt. 2. Die Rechnung für 1911 wurde geprüft und für richtig befunden. 3. Es wurde beschlossen, am 9. Januar ein Vergnügen abzuhalten.

Der Vorstand.

Labian (Regbz. Königsberg). Die für den 16. Dezember v. Js. in Lautschken anberaumte Herbstversammlung war von 15 Mitgliedern besucht. Der Vorsitzende erstattete zunächst den Bericht über die in Königsberg stattgefundene Bezirksgruppenversammlung. Sodann wurde die Tagesordnung erledigt. Von allgemeinem Interesse ist hieraus der Beschluß, daß aus jeder Oberförsterei zwei Mitglieder gewählt werden sollen, welche einen ständigen Familienbeirat bilden. In der nächsten Versammlung sollen die gewählten Mitglieder namhaft ge-

macht und zugleich der Wirkungsbereich derselben näher umschrieben werden. Referent: Herr Förster Hecht in Rathsgrenz. Die Kaisergeburtstagsfeier soll am Sonnabend, dem 10. Februar d. Js., in derselben Weise wie im vorigen Jahre in Lautschken gefeiert werden. Einladungsgehefte sind bis zum 20. Januar d. Js. an Herrn Revierförster Heisterhagen in Bermanern bei Lautschken, der mit den Herren Kollegen Kretschmann und Krichfil den Vergnügungsauschuß bildet, einzusenden. Als Vereinsmitglieder sind vom 1. Januar d. Js. ab neu eingetreten die Herren: 1. königlicher Förster Seydadt in Gr.-Baum; 2. königlicher Förster Müller in Agilla; 3. königlicher Forstauffseher Augath in Neu-Sternberg. Der Vorstand. Herr Menau, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum Verein melden bei:

Bauer, H. königl. Förster, Wesser bei Schmiedefeld.
Rampa, Adalbert, Forstgehilfe, Ober-Elguth bei Kalinowitz.
Schimmelpfeng, Hans A., Berlin W 8. (Lebenslangliches Mitglied.)

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefarten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Gesammelt bei der Hubertusjagd im Bauern'er Holze; eingeleandt von Herrn A. Arnold in Kassel . . . 24,— M.
Ergebnis einer Sammlung bei der Weihnachtsfeier des Reserve- und Landwehroffiziers-Vereins Hanau; eingeleandt von Herrn R. Brünning jr. in Hanau a. M. . . 23,— „
Sammlung anlässlich der Treibjagd in Brunn bei Emskirchen; eingeleandt von Herrn Oberingenieur Barthels in Nürnberg, Sandstr. 22 . . . 12,10 „
Gesammelt auf der Treibjagd der Herren John, Gieseler und Holze zu Christendorf am 20. 12. 1911; eingeleandt von Herrn G. Dallmann in Wendisch-Bilmersdorf . . . 12,— „
Gesammelt bei der Treibjagd des Herrn Amtsrichters Schulze in Norburg auf Alsen, am Montag, dem 18. 12. 1911; eingeleandt von Herrn königl. Förster G. Großgebauer in Badertappel . . . 7,80 „
Strafgelder für Fehlschüsse; eingeleammelt bei einer Treibjagd auf dem Revier Langenstraßau; eingeleandt von Herrn Förster Giese in Langenstraßau . . . 21,10 „
Gesammelt bei der Treibjagd des Herrn Walter Langkau in Berlin auf dem Revier der Friedeburger Stadtförst, Gemeinde Gurlow und Altenhick; eingeleandt von Herrn Wildmeister a. D. Fein in Altenhick Am. . . 41,40 „

Strafgeld; eingeleandt von Herrn Rittergutsbesitzer Fuchheim in Kottwitz . . . 3,— M.
Gesammelt beim Schießtreiben nach der Fehlschüsse-Jagd; eingeleandt von Herrn Revierförster Kunze in Schler . . . 20,— „
Strafgelder bei der am 18. 12. 11 abgehaltenen Treibjagd; eingeleandt von Herrn Revierförster Krüger in Steinböfel . . . 6,— „
Gesammelt gelegentlich der am 16. 12. 11 stattgehabten Hasenjagd auf dem Jagdrevier Krafow des Herrn Hans Schimmelpfeng in Berlin; eingeleandt von Herrn Jagdverwalter H. von Lübe in Krafow . . . 127,— „
Beim Schießtreiben nach einer vergnügten Treibjagd in Doelitz, dem Herrn Frank in Stettin gehörend, gesammelt; eingeleandt von Herrn Revierförster Mundt in Doelitz, Komm. . . 27,80 „
Strafgelder von einer Jagd; eingeleandt von Herrn H. C. Rering in Wulfsdorf bei Ahrensberg . . . 3,— „
Gesammelt auf der Treibjagd des Herrn königl. Mühlverwalters Stodmann zu Grone a. Br.; eingeleandt von Herrn königl. Förster Büngel in Buchsow . . . 7,50 „
Gesammelt auf der Jagd in Charlottenhof; eingeleandt von Herrn königl. Forstmeister Graf zu Hatzfeld in Döllensradung . . . 12,— „
Spende von Herrn Polizeibeamten E. Kuh in Jahlis-Gibeon, D. S.-W.-M. . . 3,— „
Gesammelt auf der Treibjagd in Groß-Banditz; eingeleandt von Herrn W. Schulze in Metichau . . . 21,— „
Übertretungsgelder aus Warsleben. (Name des Einsenders unleserlich.) . . . 7,— „
Gesammelt von einer gemächlichen Jagdgesellschaft der Herren Fabrikbesitzer Winkler und Direktor Kraske in Halbau; eingeleandt von Herrn Förster Urban in Burau . . . 27,15 „
Verschiedene Zuwendungen von „Ungeannt“ . . . 121,23 „
Unterschied zwischen Schutzprämie und Verlustwert für einen vom Einsender auf der Jagd des Herrn Amtsgerichtsrats Lang in Straßburg, Elsass, erlegten Keiler, dessen Kopf er abtrennte und behielt; eingeleandt von Herrn Gemeindeforster Dunemann in Dienbühl bei Geberichweier . . . 2,50 „
Gesammelt auf der Treibjagd des Herrn Schweiger in Wensfeldendorf bei Berlin am 16. 12. 11; eingeleandt von Herrn Rud. Fiedler in Weisenker Berlin . . . 15,15 „

Σa: 541,83 M.

Den Gebern herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden, vertreten in seiner Abwesenheit durch General-Forst-Rat Hermann, Halensee-Berlin.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird in seinem eigenen Interesse gebeten, dem Verein beizutreten, ebenso auch jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes.

Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren für ordentliche Mitglieder aus dem Stande der Privatforstbeamten bei steuerpflichtigem Einkommen bis zu 2000 Mk. mindestens 4 Mk., bei steuerpflichtigem Einkommen über 2000 Mk. mindestens 8 Mk., Aufnahmegebühr in beiden Fällen 3 Mk.; für ordentliche Mitglieder aus dem Kreise der Waldbesitzer mindestens 10 Mk., Aufnahmegebühr 10 Mk., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 200 Mk.; für die außerordentlichen Mitglieder mindestens 8 Mk., Aufnahmegebühr 10 Mk., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 75 Mk. Satzungen des Vereins durch dessen Geschäftsstelle in Neubamm umsonst und portofrei. Das Vereinsorgan, die Deutsche Forst-Zeitung, wird an Vereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf. für ein Jahr geliefert; Bestellungen an die Geschäftsstelle des Blattes.

Aufnahme in die Forstlehrlingschule des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands.

Am 1. Juli 1912 beginnt für die Forstlehrlingschule zu Templin ein neues Schuljahr. Anmeldungen zur Aufnahme sind bis spätestens 1. März 1912 dem Unterzeichneten einzureichen, welcher auch über die Kosten des Schulbesuches und die Aufnahmebedingungen sowie auf Anfrage auch über den Entwicklungsgang des Privatförsters nähere Auskunft erteilt.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein „Waldheil“ an Privatforstbeamte, welche Mitglied des Vereins „Waldheil“ sind, zur Ausbildung ihrer Söhne eine Anzahl Stipendien zu je 100 Mk. zu vergeben hat. Etwaige Gesuche um solche sind an den Verein „Waldheil“ zu Neubamm zu richten.

Forstlehrlingschule Templin (Udermart),
Januar 1912. Jacob, Direktor.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Schell, Balthasar, Forstwart, Zb. Jüßeb d. Wegenstedt.
Riekmann, Paul, Gutsförster, Regentin d. Templin.
Riekmann, Johann, Forstauffseher, Regow b. Templin.

Hinz, Friedrich, Privatförster, Lateinerberg b. Heiligenbeil.
Böhm, Karl, Privatförster, Regenborn b. Ludwigsdorf.
Hien, Gerdwin, Jagdauffseher, Reichsb. 5. Brüm.
Schotte, Adolf, Forstakademiker, Eisenach.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnements- gebühren für das Vereinsorgan fanden ferner ein:

Rt. 198, 202, 335 je 9,20 Mk., Rt. 338 4 Mk., Rt. 353 9,20 Mk., Rt. 730 8 Mk., Rt. 769, 790, 816, 821, 833, 858, 869, 923, 1019 je 9,20 Mk., Rt. 1036 8 Mk., Rt. 1053 9,20 Mk., Rt. 1077 9,06 Mk., Rt. 1183 9,20 Mk., Rt. 1346 10 Mk., Rt. 1473, 1515 je 9,20 Mk., Rt. 1624 8 Mk., Rt. 1715, 1881 je 4 Mk., Rt. 1945 13,20 Mk., Rt. 1954 9,20 Mk., Rt. 1959 10 Mk., Rt. 1982, 2006 je 9,20 Mk., Rt. 2126 13,20 Mk., Rt. 2149, 2154 je 9,20 Mk., Rt. 2318 4 Mk., Rt. 2323, 2387, 2415 je 9,20 Mk., Rt. 2445 4 Mk., Rt. 2572, 2573 je 9,20 Mk., Rt. 2795 20 Mk., Rt. 2829, 2847 je 4 Mk., Rt. 2915 9,20 Mk., Rt. 2978 4 Mk., Rt. 2992 9,20 Mk., Rt. 3007 4 Mk., Rt. 3050, 3058, 3060, 3090, 3102 je 9,20 Mk., Rt. 3222 13,20 Mk., Rt. 3341 9,20 Mk., Rt. 3407 5 Mk., Rt. 3575 10 Mk., Rt. 3618 4 Mk., Rt. 3702 20 Mk., Rt. 3704 9,20 Mk., Rt. 3740, 3745 je 7 Mk.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshauer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwarte.

Den Mitgliedern unseres Vereins diene folgendes zur Kenntnis:

1. a) Die im Staatshaushaltsetat-Voranschlag den Forstwarten zugebuchte Aufbesserung, wie solche in Nr. 42 b. Bl. bekanntgegeben worden ist, hat nunmehr durch den Landtag in seiner Sitzung am 11. Dezember d. Js. die Genehmigung gefunden.

Die amtlichen Sitzungsprotokolle sind im Druck noch nicht fertiggestellt; ich kann deshalb diese auch erst später bekanntgeben. Für heute muß ich mich nur auf die „Dorfzeitung“ beschränken und diese lesen lassen. Es heißt da im Beiragen der Nr. 292:

„— Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Ries über Forst- und Jagdverwaltung und geht zugleich auf die Gesuche der Oberförster und der Forstwarte ein.

Erstere seien hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß Abg. Ehardt jun. hier die Einnahmen in einem zu rohen Lichte habe erscheinen lassen. Mit Rücksicht auf die erst kürzlich erfolgte Aufbesserung aller Beamten habe man beide Gesuche abgewiesen. Hinsichtlich des Gesuchs der Forstwarte sei eine große Überhebung und Übertreibung auffällig gewesen, die sich namentlich in dem Ausdruck Zurücksetzung u. dergl. gezeigt habe. Im übrigen habe man besondere Anträge nicht gestellt und den ursprünglichen Etatssatz unverändert gelassen. Zu Kapitel I Titel 1 jedoch beantragt der Ausschuß, die Nachvorlage wie folgt zu genehmigen: Den im Forsttaxationsbureau und in dem Forstbureau an Stelle von Forstassessoren beschäftigten Forstwarten kann eine nicht ruhegehaltberechtigte Vergütung bis zu je 400 Mk. gewährt werden, und zu Kapitel I

Titel 1¹⁰, statt Wohnungsgeldzuschuß zu setzen: Für Vorkhaltung eines Dienstzimmers. — — — Hierauf wurde der Finanzausschußantrag angenommen."

Den hierin ausgesprochenen, ganz und gar unverdienten Vorwurf der „großen Überhebung“ und „Übertreibung“ des Referenten Herrn Abgeordneten Ries glaubte ich so ohne weiteres nicht hinnehmen zu können. Ich gab deshalb am 20. Dezember d. Js. der „Dorfzeitung“ folgende Erwiderung mit dem Ersuchen um Veröffentlichung ab:

„Im Landtagsbericht der „Dorfzeitung“ vom 13. Dezember d. Js., Nr. 292, berichtet der Referent für Forst- und Jagdverwaltung, Herr Abgeordneter Ries, von einem Gesuch der Oberförster und der Forstwärte von S.-Meiningen und kommt dabei zu dem Schluß, daß man beide Gesuche abgewiesen habe.

Für den Fall, daß dieser Bericht genau den Tatsachen entspricht, sei darauf folgendes erwidert:

Die Forstwärte haben zur jetzigen Landtagsperiode ein Gesuch überhaupt nicht eingebracht, und es ist deshalb unerklärlich und sehr befremdend, wie Herr Abgeordneter Ries dazu kommt, von einem Gesuch der Forstwärte zu reden, selbiges zu kritisieren usw. — Wohl hatten die Forstwärte im Februar d. Js. ein Gesuch um Gehaltserhöhung dem Landtag unterbreitet, das hat aber auch bereits damals durch den Landtag seine Erledigung gefunden.

Wenn der Herr Abgeordnete Ries zu dem angeblichen Gesuch der Forstwärte bemerkt, „es sei eine große Überhebung und Übertreibung auffällig gewesen, die sich namentlich in dem Ausdruck Zurücksetzung u. dergl. gezeigt habe“, so sei demgegenüber hiermit festgestellt, daß bei dem damaligen Gesuch weder Überhebung noch Übertreibung herauszuweisen war, daß vielmehr nur bestehende Tatsachen geschildert worden sind. Besonders sei auch hervorgehoben, daß, wenn in dem Gesuch von „Zurücksetzung“ die Rede war, die Forstwärte in Anbetracht ihrer bisherigen Besoldung zu einem solchen Ausdruck berechtigte Veranlassung hatten.

Zu dieser Überzeugung hätte auch der Herr Abgeordnete Ries, wenn er die in dem Gesuch angegebenen Gründe selbst unparteiisch geprüft hätte, kommen sollen. Abgesehen würde, wenn in dem Gesuch übertrieben worden wäre, dies in erster Linie von unserer Regierung, die die Tätigkeit der Forstwärte doch genau kennt, bei der Beratung bemängelt worden sein.

Die äußerst abfällige Kritik des Herrn Abgeordneten Ries kann entweder nur auf völlige Unkenntnis der Verhältnisse — und dann wäre sie sehr leichtsinnig — oder aber auf Mitteilung bzw. Fälschung eines mit den Verhältnissen zwar bekannten Gewährsmannes, der aber gewöhnt ist, sein eigenes „Ich“ bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den Vordergrund zu setzen, das schon längst verdiente Vorwärtkommen der Forstwärte aber prinzipiell und planmäßig zu verhindern sucht, zurückzuführen sein.

Es ist fast unglaublich, daß der Herr Abgeordnete Ries, und ergebnis mit seinem Gewährsmann, den Forstwärten die Kurzsichtigkeit zutraut, in ihrer Eingabe an den Landtag und ihre vorgelegte Behörde zu übertreten, mit anderen Worten: falsche, erlogene Unterlagen zu bringen; eine Handlung, die den erwünschten Erfolg doch von vornherein in Frage stellen muß. Oder mutet andererseits der Herr Abgeordnete Ries den Forstwärten etwa zu, in einem Gesuch gerade um Gehaltserhöhung nur die Lichtseiten ihres Berufs aufzuzählen und die für sie sprechenden Umstände wegzulassen?

Die unverdienten und beleidigenden Vorwürfe des Herrn Abgeordneten Ries werden sehr lebhaft beaufert und hiermit mit aller Entschiedenheit und Entrüstung zurückgewiesen.

Steinbach, Nr. Meiningen, 20. Dez. 1911.

D. Reuter,
Vorsitzender des Vereins Herzogl. Sachs.-Mein.
Forstwärte."

Diesem Ersuchen hat die Geschäftsleitung der Dorfzeitung in ihrem Blatte Nr. 300 entsprochen.

b) Die in Nr. 42 d. Bl. angekündigten „weiteren Schritte“, die bei dem Finanzausschuß! — nicht bei der Regierung — beabsichtigt waren, sind unterblieben.

2. Anträge zur Jahres-Mitgliederversammlung seitens der Herren Gruppenvorstände erbitte ich bis zum 20. Januar 1912.

Die Gruppenversammlungen wollen also rechtzeitig genug einberufen werden.

3. Den Herren Gruppenvorständen werden in den nächsten Tagen eine Anzahl Mitglieder-Verzeichnisse zur Verteilung an die Herren Kollegen gelegentlich der Gruppenversammlungen zugehen.

Es soll jedes Mitglied ein Verzeichnis erhalten.

4. Für die Gruppe Eisfeld, die seit Oktober d. Js. ohne Führer ist — der bisherige Vorstand, Kollege Scheler, ist durch Versetzung in eine andere Gruppe ausgeschieden, und der stellvertretende Vorstand, Kollege Luther-Rauenstein, hat sein Amt niedergelegt —, ordne ich hiermit Gruppenversammlung auf Sonntag, den 14. Januar d. Js., mit Zusammenkunft 12½ Uhr nachmittags im Hotel „Deutsches Haus“ in Eisfeld an.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Gruppenvorstandes,
2. Anträge zur Jahres-Mitgliederversammlung.
3. Verschiedenes.

Ich bitte um recht zahlreiche Beteiligung.

5. Zum Schluß richte ich an jeden einzelnen werten Kollegen noch den Appell: die Kollegialität hochzuhalten und zu pflegen, unsere gemeinsame Arbeit aber in jeder Weise zu unterstützen und zu fördern. Dies ist leistungsfähig nicht immer der Fall gewesen. Darum bedenket: „Einigkeit macht stark“ und „Eintracht macht Macht“.

Steinbach, Nr. Meiningen, 25. Dezember 1911.
Der Vorstand. Reuter, Vorsitzender.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Hundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Grandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärte und des Vereins Waldeck-Hymerster Forstbeamten.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mk., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Bemerkte „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 2.

Neudamm, den 14. Januar 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Schwarzwald mit dem Amtssitz im Jagdschloß Schwarzwald, Regierungsbezirk Oppeln, ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Februar eingehen.

Oberförsterei Wassenstein im Regierungsbezirk Cassel ist voraussichtlich zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Februar eingehen.

Oberförsterei Weilmünster im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. Februar 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Januar eingehen.

Försterei Scharnebeck in der Oberförsterei Scharnebeck, Regierungsbezirk Lüneburg, ist voraussichtlich spätestens zum 1. Februar 1912 zu besetzen.

Die Anstellungsverhältnisse der preussischen Forstassessoren.

(Vgl. Jahrgang 1911 der „Deutschen Forst-Zeitung“ Nr. 1. S. 1/2).

Es waren nach dem Forst- und Jagdkalender vorhanden:

	Assessor- en und Ober- förster o. R.	Referen- dare	Be- stehende	Zu- sammen
Am Ende des Jahres 1910	206	115	129	449
Am Schluß des Jahres 1911	219	103	115	437
Mitbin- ende 1911 } mehr } vermißt	14 —	— 12	— 14	— 12

Es waren Ende 1910 vorhanden an
Assessoren und Oberförstern o. R. 206
Dazu kamen nach abgelegter Prüfung 35

Summa 240

Es sind Ende 1911 vorhanden 219

Mithin Abgang 21

gegen 25 im Vorjahr.

Von den vorhandenen 219 haben die
Prüfung bestanden:

1895	1	1906	16
1900	3	1907	15
1901	11	1908	21
1902	14	1909	24
1903	27	1910	19
1904	21	1911	35
1905	12		

Zusammen 219

Die Anzahl aller Anwärter hat sich gegen das Vorjahr um 12 verringert.

Zur Anstellung 1912 gelangen, abgesehen von drei Nachzüglern, die Assessoren, welche das Examen 1901 und 1902 bestanden haben; die Wartezeit geht also auf zehn Jahre herunter.

Auffallend groß ist die Zahl der 1911 examinierten. Vergleicht man hiermit die Abnahme der Referendare, so könnte man den Schluß ziehen, daß die jungen Herren in neuester Zeit recht fleißig gewesen sind. Nächst dem Jahrgang 1911 ist der von 1903 der stärkste. Dies dürfte zur Folge haben, daß die Wartezeit in den nächsten beiden Jahren nicht fallen wird. Der geringe Abgang im Jahre 1911 erklärt sich, zum Teil wenigstens, daraus, daß eine Anzahl von Stellen eingegangen, d. h. nicht wieder besetzt sind.

Potsdam, Dezember 1911.

G u j e.

Ein Jubiläum der Forstwaisenstiftung.

Am 17. Januar 1912 kann die Kronprinz-Friedrich-Wilhelm- und Kronprinzessin-Viktoria-Forstwaisenstiftung auf eine 25jährige segensreiche Tätigkeit zurückblicken. Kaiser Wilhelm I. hat am gleichen Tage im Jahre 1887 der Stiftung die Rechte einer juristischen Person verliehen und ihr Statut genehmigt.

Die Anregung zur Gründung einer solchen Stiftung war von dem Lehrer Kortenbeutel zu Großschönebeck in der Mark ausgegangen, dem auch die zur Unterstützung von Forstlehrlingschülern gegründete Wilhelmstiftung ihre Entstehung verdankt. Kortenbeutel war ein überaus rühriger Mann, der in den vielseitigen Lebensaufgaben, die er sich zum größten Teil selbst gestellt hatte, ganz aufging. Er war Ortschullehrer und gleichzeitig Leiter einer Präparandenanstalt, an welche die 1878 geschaffene, im Jahre 1907 eingegangene Forstlehrlings- und Fortbildungsschule ursprünglich angegliedert wurde. Auch den Unterricht an dieser Schule leitete er bis zu deren Trennung von der Präparandenanstalt, die im Jahre 1882 vorgenommen wurde. Der traurige Vorgang, daß einem Zögling der Forstschule, der schon früher die Mutter verloren hatte, der Vater starb und der Knabe nun mittellos dastand, brachte Kortenbeutel auf den Gedanken, zur Errichtung eines Waisenhauses in Großschönebeck für Kinder preussischer Forstbeamten Gelder zu sammeln. Er trat von 1881 bis zu seinem am 9. Januar 1887 im Alter von 50 Jahren erfolgten Tode mit nie ermüdendem Eifer für die gute Sache ein. Der von ihm gesammelte Grundstock von 3700 Mk wurde im Jahre 1882 dem landwirtschaftlichen Ministerium in Berlin zugeführt.

Nun begann ein neuer Abschnitt der Stiftungs-geschichte. Der damalige preussische Oberlandforstmeister Ulrici erließ am 6. Mai 1882 einen

Aufruf, in dem er mitteilte, daß beabsichtigt sei, den deutschen Kronprinzen und die Kronprinzessin aus Anlaß ihrer am 25. Januar 1883 bevorstehenden silbernen Hochzeit zu bitten, das Protektorat über die Stiftung zu übernehmen. Nunmehr gingen die Mittel reichlicher ein. Die Presse nahm sich der Angelegenheit an, besonders nachdem bekannt wurde, daß sich das Wirkungsgebiet der Stiftung über das ganze Deutsche Reich erstrecken sollte. Auch die „Deutsche Forst-Zeitung“ und die in unserem Verlage erscheinende „Deutsche Jäger-Zeitung“ veranstalteten Sammlungen, aus denen sie in den Jahren 1885 bis 1899 rund 24 300 Mk abliefern konnten. Nachdem in kurzer Zeit 50 000 Mk gesammelt waren, wurde zur Errichtung eines Statuts geschritten, das, wie eingangs erwähnt, am 17. Januar 1887 die königliche Genehmigung fand.

Dieses Statut schreibt vor, daß mindestens der vierte Teil der Zinsen zur Vermehrung des Stiftungskapitals zu verwenden ist, während der Rest Kindern verstorbener deutscher Forstbeamten des Staats-, Gemeinde- und Privatdienstes zugute kommt, die teils in Waisenhäusern untergebracht werden, teils bei ihren Angehörigen verbleiben und dann Erziehungsbeihilfen bekommen. Diese Wohltaten dürfen leider in der Regel nur bis zum Beginn des 17. Lebensjahres gewährt werden. Sobald das Stiftungskapital auf 300 000 Mk aufgelaufen ist, sollen entweder die ganzen Zinsen verwendet oder ein eigenes Waisenhaus errichtet werden. Das angelegte Kapital beträgt jetzt 194 900 Mk und bringt etwa 6600 Mk Zinsen ein, so daß es ohne die gegenwärtig sehr geringen privaten Zuwendungen zurzeit um jährlich 1650 Mk wächst. Bei dieser geringen Zunahme wird es allerdings wohl noch lange dauern, bis das im Statut bezeichnete Ziel erreicht ist.

Bisher hat die Stiftung zur Erziehung von 78 Knaben, von denen 38 in Waisenhäusern untergebracht waren, und 18 Mädchen 64 800 M aufwenden können. Von den Kindern hatten 11 Vater und Mutter verloren, die übrigen besaßen noch die Mutter. 9 hatten einen fiskalischen Oberförster, 3 einen fiskalischen Forstkassenrentanten, 50 einen fiskalischen, 11 einen Gemeinde- und 23 einen Privat-Forstschußbeamten zum Vater. Die Mehrzahl der Knaben hat den väterlichen Beruf ergriffen und verdankt es nur der Stiftung, daß sie der grünen Farbe nicht hat entsagen müssen.

Man sollte meinen, daß eine Stiftung, die so viel Gutes geschaffen hat, in den beteiligten Kreisen nicht in Vergessenheit geraten kann. Leider ist dem nicht so, wie man aus dem erheblichen Rückgang der freiwilligen Spenden ersehen kann; denn diese haben im Rechnungs-

jahre 1907/08 noch 2865 M, im Jahre 1910/11 dagegen nur 960 M betragen.

Wünschenswert ist jedenfalls, daß der Stiftung wieder größere Einnahmen zufließen, damit sie den vielen an sie herantretenden Anforderungen auch gerecht werden kann. Darum hat die „Forst-Zeitung“ mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, das erlahmende Interesse für die Stiftung wieder zu wecken, und ist gern bereit, etwaige Zuwendungen entgegenzunehmen, in sie der Zentralsammelstelle der Stiftung, Berlin W 9, Leipziger Platz 1, zuzuführen. Die Namen der Spender und die Höhe der Gaben werden wir von Zeit zu Zeit bekanntgeben.

Gesuche um Förderung der Erziehung von Forstwaisen sind an die Verwaltung der Stiftung, Berlin W 9, Leipziger Platz 7, zu richten.

Vom Holzmarkt.

Unter Hinweis auf unsere letzten Holzmarktberichte in Nr. 43 Bd. 26 lassen wir hierunter wiederum Berichte aus Ostpreußen, Brandenburg, Oberschlesien, Thüringen, Rheinland-Westfalen, dem Harz, Bayern, Sachsen, Baden, Oberhessen und Elsaß-Lothringen folgen:

Aus Ostpreußen. Die Ankündigung in Nr. 43 Bd. 26 dieser Zeitschrift über die steigende Tendenz der Preise beim Holzverkauf ist in jeder Beziehung eingetroffen. In den Nonnenstraßrevieren ist der Einschlag an Nadelholz naturgemäß geringer, so daß auch schon durch das geringere Angebot das Anziehen der Preise bedingt war. Langholz hat die Preise vor dem Nonnenstraß wieder erreicht, zum Teil schon überschritten. Grubenholz fällt im allgemeinen weniger an, auch die Qualität ist geringer als in den Nonnenstraßjahren, trotzdem sind die Preise etwa 1 bis 2 M pro Festmeter höher. Nach Zellstoffholz ist überaus rege Nachfrage. Wie wir hören, ist im Bezirk Gumbinnen das voraussichtlich anfallende Holz vor dem Einschlag im Submissionswege verkauft worden. Die Konkurrenz soll nicht unerheblich gewesen sein. Dezeichnend ist, daß Firmen aus dem Westen zum Teil höhere Preise boten als die Zellstofffabriken in Ostpreußen. Erzielt wurden bis 7 M und darüber pro Raummeter. Im Bezirk Königsberg hält man anscheinend mit dem Verkauf zurück, es soll bei der überaus schwierigen Einschlagung des Anfalles ein Verkauf nach dem Einschlag und, so weit als möglich, in geschältem Zustand geplant sein.

Die Ergebnisse der Laubholz-terminen sind durchweg überaus günstig gewesen. Weißbuchenrollen von 2 m Länge und 25 cm Mindestkopfdurchmesser brachten bis 18 M pro Raummeter, desgleichen von 2 m Länge und 16 cm Mindestkopf bis 12 M pro Raummeter; Birkenlangnutholz von 3 m Länge an und 23 cm Mindestkopf bis 18 M pro Festmeter;

Erlenlangnutholz von 4 m Länge an und 25 cm Mindestkopf bis 16 M pro Festmeter; Erlenrollen von 3 m Länge und 25 cm Mindestkopf bis 12 M pro Raummeter, desgl. mit 17 cm Mindestkopf bis 9 M pro Raummeter, desgl. von 2 m Länge und 17 cm Kopf bis 6 M pro Raummeter. Aspenlangholz von 3 m Länge an und 20 cm Mindestkopf bis 16 M pro Festmeter.

Bei Birken- und Erlenlangholz war ein fester, dunkler Kern bis 10 cm Durchmesser gestattet.

Aus Brandenburg. Der Grubenholzmarkt hat sich im Laufe des Winters noch weiter gebessert, wie aus nachstehender Übersicht hervorgeht. Es wurden als Waldpreis für ungeschälte Kiefernstempel im Durchschnitt erzielt:

Kopfhärte:	7—10 cm	10—11 cm	über 14 cm
im Winter 1910/11	rd. 5,50 M	rd. 7,75 M	rd. 8,90 M
im Herbst 1911	rd. 6,00 M	rd. 8,10 M	rd. 9,10 M
im Dezember 1911	rd. 7,50 M	rd. 8,90 M	rd. 10,00 M

Auch die übrigen Nutholzpreise ziehen an. Wirtschaftlicher Aufschwung und mangelhafte Zufuhr auf den Wasserstraßen steigern die Nachfrage, namentlich auch für das Kiefernbaum- und Schneideholz. Es kann auf eine bedeutende Preissteigerung (10 bis 20 %) gegen das Vorjahr gerechnet werden. Auch die Preise für Laubnutholz versprechen gut zu werden. Eichen sind sehr gesucht und werden teuer bezahlt.

Der Brennholzmarkt liegt noch immer darnieder.

Aus Oberschlesien. Die Bauholzverkäufe beginnen hier erst im Januar. Die ersten frühen Termine im Dezember zeigten, daß trotz der starken Steigerung, welche die Preise von 1910/1911 gegen 1909/1910 aufwiesen (2 bis 3 M pro Festmeter), eine weitere Steigerung zu erwarten ist. Grubenholz ist gegenwärtig stark begehrt, und die Preise überstürzen sich. Im Durchschnitt wird gegen das Vorjahr mit einer Steigerung von 10 bis 12 % auf den Gruben zu rechnen sein.

Kleinnußhölzer zeigen nur geringe Aufwärtsbewegung. Brennholz ist schwer absetzbar.

Aus Thüringen. Die Holzverkaufssaison in Thüringen beginnt verhältnismäßig spät; finden doch vor Ende Februar belangreiche Holzverkäufe kaum statt. Die Allfordpreise für die allerdings nur geringen Massen Laub-Nußhölzer gingen gegen die vorjährigen um 1 bis 2 M. für das Festmeter im Durchschnitt in die Höhe. Die Preise für Nadel-Nußhölzer in schwächeren Dimensionen hielten sich auf der recht beträchtlichen Höhe des Vorjahres, zum Teil gingen sie um 0,50 bis 1 M. hoch. Starke Nachfrage besteht nach starken Hölzern, sowohl in Schnit- als auch Balkenmaterial. Hierin ist für das Festmeter eine Steigerung um 1,50 bis 2 M. wohl sicher zu erwarten. Auch die Zellulosehölzer zeigen eine steigende Tendenz; Thüringer Grubenholz kommt nur in so geringen Mengen in den Handel, daß es für den allgemeinen Markt ohne Einfluß und Interesse ist. Sehr darnieder liegt der Brennholzmarkt. Die niedrigen Preise des Vorjahres gehen immer noch mehr zurück, vor allem bei dem so überaus milden Winter. Auch das außerordentlich große Quantum von Brennholz aus den Schlägen des Reichsmilitärfiskus auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf brückt unsere Brennholzpreise sehr.

Aus Rheinland-Westfalen. Für die hiesigen Holzpreise ist in erster Linie der Stand der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie ausschlaggebend. Da diese nun schon seit mehreren Monaten gut beschäftigt ist, so war auch ein steigender Kohlenbedarf vorhanden, was wieder zur Folge hatte, daß schon im November den Bechen vom Syndikat über die Verteilungsziffer hinausgehende Aufträge zugewiesen werden konnten. Ein fortschreitend zunehmender Verbrauch von Bau- und Grubenholz konnte deshalb nicht ausbleiben. Die Holzverkäufe der letzten Monate haben denn auch nicht unbedeutende Preissteigerungen für die beiden genannten Holzsortimente erzielt. Für Nadelholz-Bauholz wurden Preise erzielt, welche die vorjährigen um etwa 15 % überstiegen, die Preise für Nadelholz-Grubenholz sind um 8 bis 15 % in die Höhe gegangen, wobei die schwächeren Sortimente die größte Preissteigerung aufzuweisen hatten. Ja sogar das Eichengrubenholz machte eine Aufwärtsbewegung um etwa 5 % mit.

Die Nachfrage nach Eichenhölzern, besonders nach Qualitätshölzern von feiner, milber Struktur und einwandfreier Textur, ist ständig lebhaft. Die Preise sind infolgedessen gut und stetig steigend. Auch die Buchenholzpreise zeigten eine erfreuliche Steigerung, was wohl besonders darauf zurückzuführen ist, daß die Eisenbahnverwaltung in diesem Jahre außerordentlich umfangreiche Ausschreibungen auf Buchenschwellen herausgegeben hat. Das geringere Buchennußholz, welches für diese Zwecke geeignet ist, konnte dadurch 15 bis 20 % höhere Preise als im Vorjahre erzielen. Gleichzeitige Folge hiervon war, daß für sonstige Nutzwende Buchenholz in geringerer Menge und besserer Qualität verblieb, so daß auch für diese stärkeren und besseren Sortimente eine Aufwärtsbewegung

um etwa 10 % zu verzeichnen war. Geringes Buchennußholz, welches für Schwellen nicht mehr geeignet war, erzielte nur die gleichen Preise wie im Vorjahr.

Brennholz, besonders das schwächere, sinkt ständig in Preise. Es wird hier erst dann ein Wandel zum Besseren eintreten, wenn die kleinen Waldbesitzer zu einer intensiveren Sortierung übergehen und nicht mehr in ihrem Brennholz 60 % schwaches Gruben- und Spizenholz mit verkaufen. Bei dem immer intensiver werdenden Durchforstungsbetrieb schon vom frühen Alter der Bestände an ist bei schlechter Nußholzauslese eben das Angebot von Brennholz der Nachfrage gegenüber zu groß, und man kann in hiesiger Gegend doch schon das Holz von 4 cm an als Spizen günstig verkaufen.

Vom Harze. Aus dem neuen Einschlage liegen für Fichte noch keine Nachrichten vor. Die letzten Verkäufe aus dem abgelaufenen Wirtschaftsjahre brachten für

Fichten, Langholz	I. KL	27.09 M
	II.	25.96 "
	III.	21.07 "
	IV.	15.76 "

Da dies Holz meist aus Sammelhieben (Totalität) stammt, und weil die durch Wassermangel außer Betrieb gelegten Schleifholzfirmen mit dem Ankauf zurückhielten, ist der Rückschluß auf gute Fichtenpreise im laufenden Wirtschaftsjahre berechtigt.

Die Preise für Buchen-Nußholz sind erheblich in die Höhe gegangen:

für AI	KL bis	33.00 M
" AII	"	80.00 "
" AIII	"	25.00 "
" AIV	"	22.50 "
" AV	"	15.50 "

Beim Ankauf beteiligten sich häufiger die Versandfirmen.

Eiche erzielte in den wenigen bis jetzt erfolgten Verkäufen:

AI	70.00 M	BI	41.00 M
AII	60.00 "	BII	85.00 "
AIII	45.00 "	BIII	25.00 "
AIV	82.00 "	BIV	18.00 "
AV	24.00 "	BV	15.00 "

Aus Bayern. Der bisherige Verlauf der Lang- und Blochholzsteigerungen in den bayerischen Staatswäldungen hat denen recht gegeben, die für das Verwertungsjahr 1912 einen nicht unbedeutenden Aufschwung der Waldbholzpreise voraus sagten.

Wie in den Vorjahren, brachte die bayerische Staatsforstverwaltung auch heuer den Anfall an Handelsholz nach Befriedigung des Lokalbedarfes vor der Fällung auf großen gemeinsamen Versteigerungen zur Verwertung. Die hierbei erzielten Erlöse waren durchweg befriedigend. Im gesamten Durchschnitt ist der Preis pro Festmeter Nußholz gegen die vorjährigen Verkäufe um etwa 7 % gestiegen. Bei den oberpfälzischen Versteigerungen bewegten sich die Angebote bei Nadelholz zwischen 100 und 122 % der Forsttage, bei den fränkischen wurden durchschnittlich 6 % über die Tage erzielt, die höchsten Preise wurden in Schwaben angelegt (durchschnittlich 10 % über die Tage). So erzielte das königliche Forstamt

Simmersdorf 106,7 % der Tagen, welche betragen pro Festmeter:

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	St.
Mindestlänge	18	18	16	14	10 m	beliebig	
Sammlaloberfläche							
(Durchmesser)	30	22	17	14	12	7 cm	
Fi u. Ta Langholz	27	25	22	18	16	13 M	
Fo Langholz	20	26	22	17	14	12 M	

	I.	II.	III.	St.
Witendurchmesser	35 u. mehr	28—34	20—25 cm	
Fi u. Ta Blockholz normal	27	24	20	
Fo Blockholz normal	30	26	20	

Das oberpfälzische Forstamt Preßath erstloste 100 bis 118 %; die Tagen sind:

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	St.
Fo Langholz	28	26	22	17	13	10 M	
Fi	27	25	21	18	16	11 M	
Ta	26	24	20	17	14	10 M	

Die Anfuhrkosten pro Festmeter zur nächsten Bahnstation schwanken zwischen 1 bis 4 M.

Die von Slavonien ausgehende Aufwärtsbewegung auf dem Eichenholzmarkte wird den Verlauf der demnächst beginnenden Eichenrundholzverkäufe in den fränkischen Staatswaldungen günstig beeinflussen; der bayerische Eichenholzmarkt ist andauernd aufnahmefähig. Die Speisartforstämter werden in dieser Verwertungsperiode etwa 11 000 fm erstklassiges Eichenstammholz auf den Markt bringen.

Auf dem bayerischen Grubenholzmarkte herrschte im abgelaufenen Vierteljahr nur wenig Verkehr; erst Mitte Dezember trat eine wesentliche Besserung des Wertstandes der Grubenhölzer ein. Während bei den Grubenholzversteigerungen im Herbst die Tage um 5 bis 10 % unterboten wurde, konnte bei den gegen Schluß des Jahres 1911 abgehaltenen Grubenholzverkäufen mit beträchtlichen Tagüberbietungen abgeschlossen werden; so erzielte das Forstamt Waldbach auf Unterfranken bei einem submissionsweisen Vorverkauf von etwa 2000 fm Nadelgrubenholz I. und II. Klasse pro Festmeter 10,80 M bei einer Tage von 10 M, das Forstamt Abing (bayerischer Wald) 123 % der forstamtlichen Forsttage (9 M). Es steht zu erwarten, daß das Grubenholzgeschäft sich noch weiter befestigt; die Bergwerksindustriellen werden den Waldbesitzern entgegenkommen müssen, wenn sie ihren nächstjährigen Bedarf einzudecken beginnen.

Auf dem Papierholzmarkte herrschte trotz des Bajfermangels während der Sommer- und Herbstmonate 1911 stets große Nachfrage; die Angebote schwankten zwischen 106 und 112 % der Forsttage; letztere betrug im Durchschnitt pro Ster unentribet. Schleifholz I. St. 10 M, II. St. 9 M.

In den bayerischen Staats- wie Privatwaldungen stehen noch große Mengen Brennholz unverwertet; bei der anhaltend gelinden Witterung besteht wenig Aussicht, annehmbare Preise hierfür zu erzielen, zumal in einigen Regierungsbezirken die ländliche Bevölkerung ihren Bedarf an Brennholz durch billiges Schneedruckmaterial gedeckt hat.

Aus Sachsen. Die Holzpreise zeigen in allen Sortimenten und Stärkekassen eine gesunde und stetige Aufwärtsbewegung. Zwar erfolgt ein Aufstieg im Vorwinter alljährlich auf einen gewissen Tiefstand in der Jahresmitte, doch stellten sich die Holzpreise im 3. Vierteljahr 1911 auch höher als die im gleichen Zeitraume des Vorjahres, z. B.

bei den Stämmen (im Durchschnitt aller Forstbezirke) für 1 fm:

	1910	1911
bis mit 15 cm Mittenstärke	15,48 M	16,54 M
16 bis 22 "	18,80 M	20,70 M
23 " 29 "	21,25 M	21,25 M
30 " 36 "	25,90 M	25,79 M

Von größerer Bedeutung als die starken Kuchholzsortimente sind für den sächsischen Holzmarkt die schwachen und mittleren Stärkekassen, soweit es sich um Fichte handelt. Der große Schleifholzbedarf der heimischen Fabriken und der starke Bauholzverbrauch bei der großen Bevölkerungsdichte und dem enormen Aufschwung der gesamten Industrie erklären diese Erscheinung. Die starken Fichtenholzsortimente sind im allgemeinen nicht Handelsware, sondern werden in der Hauptsache vom Holzmarkt des engeren Produktionsgebietes konsumiert.

Die milde Witterung des Herbstes und Vorwinters hat auch hier eine rege Bautätigkeit zur Folge gehabt und unterhalten, welche sich namentlich in der Nähe größerer Städte und Industriezentren geltend macht. In auffälliger Weise tritt dies z. B. in den Stammholzpreisen im Forstbezirke Dresden (Fichte und Kiefer) in die Erscheinung. Während dort im 4. Vierteljahr 1910 für 1 fm Stammholz

bis mit 15 cm	11,8 M
16 bis 22 "	17,4 M
23 " 29 "	22,5 M
30 " 36 "	24,4 M

erzielt wurden, ergab eine Kuchholzversteigerung Anfang Dezember d. Js. die entsprechenden Erlöse von

14,6 M
22,0 M
27,3 M
30,8 M

Hierbei handelte es sich allerdings um eine sog. „Massenversteigerung“, d. i. eine solche, bei welcher für hiesige Verhältnisse außergewöhnlich umfangreiche Versteigerungsposten gebildet werden, eine Maßnahme, welche der Ringbildung entgegenwirken soll und dies in der Tat auch tut. Für Fichtenstammholz wurden insbesondere

bis mit 15 cm	16,8 M
16 bis 22 "	22,7 M
23 " 29 "	26,4 M
30 " 36 "	28,2 M

erzielt.

Die sonst wesentlich unter den entsprechenden Fichtenpreisen stehenden Kiefernpreise, auch für schwache und mittlere Stärken, wurden dabei in auffälliger Weise mit in die Höhe genommen. Die stärkeren Kiefernstämme erzielten die recht ansehnlichen Preise von 26,5 bis 30,2 M (im Durchschnitt 28 M) für 23 bis 29 cm starke und von 30,6 bis 35,3 M (im Durchschnitt 32,4 M) für 30 bis 36 cm starke Ware.

Der Grubenholz- und Laubholzhandel spielen in Sachsen — ersterer wegen der hohen Preise für schwache Fichtenfortimente, letzterer wegen geringfügigen Angebotes — eine nur untergeordnete Rolle.

Aus Baden. Zwischen dem 1. August und heute hat sich der Kuchholzmarkt nicht wesentlich geändert. Bei den Versteigerungen wurden im allgemeinen die Tage erreicht oder etwas überboten. Bei

den Domänenholzverkäufen wurden folgende Durchschnittspreise erzielt:

1 fm a) im Wald, b) frei Station:					
a) Ei	b)	Nadelstämme		Abfchnitte	
		(Fi u. Ta)			
IV. 32,3 M	33,3 M				
V. 23,7 "	27,2 "	a)	b)	a)	b)
VI. 13,6 "	17,1 "				
Bu					
I. 32,1 M	35,1 M	I. 23,8 M	27,4 M	I. 22,1 M	23,8 M
II. 27,1 "	30,1 "	II. 22,8 "	26,6 "	II. 19,4 "	23,0 "
III. 24,0 "	27,0 "	III. 22,1 "	24,5 "	III. 15,6 "	19,2 "
IV. 21,0 "	24,0 "	IV. 19,2 "	22,9 "		
V. 16,2 "	19,3 "	V. 16,2 "	19,3 "		
VI. 13,3 "	16,3 "	VI. 14,0 "	17,3 "		

1 Ster Papierholz galt durchschnittlich:

Röller mit Rinde	9,60 M	entrindet	10,20 M
Frügel	8,30 M		9,30 M

bei einem Fuhrlohn von 1,50 bis 2 M und ging meist etwas über dem Anschlag ab.

Bei einer neuerlichen Eichen Submission ergaben sich für die stärkeren Klassen gegen 1910 um 3 M höhere Angebote. (I 97,5, II 80,5, III 64,5 M.) Sonst ist vom Laubholz noch wenig verkauft. Für schwächere Ei und Bu scheint wenig Nachfrage zu sein.

Der Forsten-Grubenholz- und Röllerverhandlung zeigte lebhaftere Nachfrage und höhere Preise als im vorigen Jahr. Röllerverhandlung um etwa 50 M, Frügel um 10 bis 40 M pro Ster, Grubenstangen teilweise ebenso. Es wurden erzielt für 1 fm Grubenstangen bis zu 11,20 M, für 1 Ster Röllerverhandlung 9,00 M bis 11,80 M, Frügel I. Kl. 6,00 bis 6,10 M, II. Kl. 4,60 bis 5,00 M, Reisfrügel 3,80 bis 4,20 M, alles meist unentrindet.

Der Brennholzmarkt zeigt meist Untererlöse bis zu 10 % und mehr. Gleichwächte Kaufkraft der Landbevölkerung und fortgesetzte milde Witterung bieten ungünstige Aussichten.

Nach den letzten Berichten scheinen sich die Preise für Nadelholz aller Art nach zu heben. Die Hauptverkäufe stehen noch aus.

Aus Oberhessen. Die Submissionen und freihändigen Verkäufe haben gegen das Vorjahr für Fichtenbauholz mit Schneidholz ein Mehr von 10 % gegeben. Am gesuchtesten sind die Stämme vom mittleren Durchmesser 16 bis 19 cm, 20 bis 24 cm und 25 bis 30 cm. Bei den zwei zuerst genannten Stärteklassen kostet der Zentimeter so viele Mark, als der Durchmesser Zentimeter zählt, bei der letzteren nur 80 M. Auch die noch schwächeren Fichtenstämme sind zum gleichen Preise (der Zentimeter = 1 M) sehr gesucht. Das Fichtenholz (Kaufstämme und Schnittholz) wird während des ganzen Winters, also in der Hauptzeit der Versteigerungen, gesucht sein und gut bezahlt werden. Auch Kiefern-Schnittholz wird gut bezahlt, der Zentimeter mit 30 bis 40 M. Das Kiefernbaumholz kostet etwa 10 % weniger als das von Fichte, und zwar sinkt der Zentimeterpreis mit dem Durchmesser. Es ist das also umgekehrt wie bei der Fichte.

Das Grubenholz ist gesucht, und der Preis dafür zeigt steigende Richtung. Der Bedarf ist allgemein gestiegen, auch an schwachen Epigeneholzern.

Der Zellulosemarkt steht günstig. Damit und mit dem Ausbleiben russischer Hölzer und der ostpreussischen, die in den letzten Jahren in großer

Menge angeboten wurden, mag es zusammenhängen, daß in den letzten Wochen die Nachfrage nach sogenanntem Papierholz rege geworden ist. Der Preis für Zelluloseholz ist gestiegen und wird sich während des ganzen Winters halten. Die großen Zellulosefabriken suchen wieder Fällung mit deutschen Forstverwaltungen zu nehmen.

Schneidholz von Rothbuche erzielt befriedigende Preise, etwa 50 M für den Stärkenzentimeter, und ist gesucht. Buchenschwellenholz wird etwa mit 40 M der Stärkenzentimeter geboten. Der Schwellenholzhändler ist jetzt viel weniger heikel als sonst. Da wird mancher Abschnitt bei der Übernahme gefordert, den der Revierverwalter zurückgestellt und zum Ausschneiden zu Brennholz bestimmt hat. Auf diese Weise liefern ältere Buchenbestände 40 und mehr Prozent Kuchholz.

Auch Weißbuchenholz steht hoch im Preise. Der Stärkenzentimeter kostet 80 M, wenn über 40 cm stark, und 70 M, wenn schwächer. Der Raummeter Hainbuchenholz (über 16 cm stark) kostet 8 bis 12 M.

Der Brennholzmarkt hat wenig gute Aussicht.

Aus Elsaß-Lothringen. Das Holzverwertungs-geschäft im ablaufenden Vierteljahre bezog sich auf die nachträgliche Abbringung mehrerer Tannen- und Kiefern-Stammholzlose aus den Revieren Geweiler, St. Amarin, Rappoltsweiler, Markkirch, Haslach, Rothau, Walsch, St. Quirin, Alberschweiler aus dem Wirtschaftsjahre 1911. Der Absatz der Unterschiede von 95 bis 111 % der Lagen zeigte, stand allerdings unter dem Einflusse der bereits vollzogenen Eindeckung seitens der meisten Sägewerke und war daher manchmal schleppend; es kam weiter in Betracht, daß unter den aus-gebotenen Nadelholzstämmen und -abschnitten viel geringwertige, höhere Fuhrhöhe beanspruchende Totalitätshölzer vertreten waren. Absatzfördernd wirkte andererseits die Nachfrage nach Bauholz im nordwestlichen, lothringischen Industriegebiete bei Diedenhofen, ebenso im oberelsässischen Kalibergwerktgebiete. In diesem wachsen die Schächte, Verwaltungsgebäude und Arbeiterhäuser wie Pilze aus dem Boden. Die Aussichten für den Bauholzabsatz im kommenden Frühjahr versprechen auch für das Reichsland sich günstig zu gestalten.

Die Abbringung der 1911er Brennholzreste in den abgelegenen Gebirgsabteilungen vollzieht sich langsam und meist zu mäßigen Preisen: läßt sich doch nach den beiden letzten gelinden Wintern auch der diesmalige vorerst milde an.

Für das Wirtschaftsjahr 1912 sind für die zum Vorausverkauf vor der Fällung geeigneten Holzsortimente zahlreiche Abchlüsse bereits betätigt worden, und zwar in Lothringen und im Unterelsaß auf dem Wege öffentlichen Angebotes, im Oberelsaß vorwiegend im freihändigen Verfahren. Im ganzen genommen sind die Ergebnisse für Kuchholz günstig anzuprechen; namentlich konnte für Buchen-Werkholz und Schwellenholz sowie Nadelholz-Grubenholz gegenüber 1911 in den meisten Revieren eine Preissteigerung festgestellt werden.

Wenig gefragt waren die zu den Stammklassen V*) und VI gehörenden schwachen Eichen-Grubenhölzer; Preise für V. 15,50 bis 19, in einem Falle 22,70 \mathcal{M} ; für VI. 10,4 bis 11,60 \mathcal{M} pro Festmeter. Zwei Lose Eichen-schwellenholz (kl. IVb) brachten 28,50 bzw. 23,30 \mathcal{M} . Eichennußrollen und Nußprügel erzielten 9,50 bis 10 \mathcal{M} bzw. 5,60 bis 7 \mathcal{M} pro Raummeter.

Für Buchenwertholz lauten die aus Lothringen und aus dem Unterelsaß gemeldeten guten Preise:

Ia	27,40 bis 31,60 \mathcal{M}
IIa	21,40 " 25,50 "
IIIa	20,—" 25,90 "
IVa	16,40 " 20,20 "

Einige kleinere Abschlüsse aus höher und weitab gelegenen Buchenschlägen im oberelsässischen St. Amantale bewegten sich für Buchenwertholz bei hohen Fuhrloöhnen nur zwischen 20 \mathcal{M} (Ia) und 14 \mathcal{M} (IVa), im Sundgau zwischen 25 \mathcal{M} (Ia) und 17 \mathcal{M} (IVa).

Buchenschwellenholz (meist kl. IIb bis IVb) wurde in großen Mengen abgesetzt, zu Einheitspreisen von 13 bis 17 \mathcal{M} , je nach Stärke, Durchschnitsqualität und Abfallage. Ein Los Birken-Stämme und -Abschnitte brachte 24,50 bis 10 \mathcal{M} ; Painbuchen von 35,20 bis 13 \mathcal{M} abwärts, Ahorn von 33 bis 16 \mathcal{M} . Painbuchen-Nußrollen erzielten 8 bis 10,70 \mathcal{M} , Nußprügel: 6 bis 7,40 \mathcal{M} .

Nach Lieferengruhenholz in ent-

*) Stämme und Abschnitte beim Laubholz I. kl. 60 cm und mehr Mittelsstärke, II. kl. 50 bis 59 cm, III. kl. 40 bis 49 cm, IV. kl. 30 bis 39 cm, V. kl. 20 bis 29 cm, VI. kl. unter 20 cm.

bindeten Stämmen (teils VI. kl. der Nadelholz-Langholzlage, teils Spezialfortiment) war gute Nachfrage: die geringsten Qualitäten kamen auf 10,20 bis 12,00 \mathcal{M} , die besseren auf 12,50 bis 15,90 \mathcal{M} . Für Lieferengruhenstempel wurden geboten: für geschälte Rollen 10 bis 10,80 \mathcal{M} , geschälte Prügel 6 bis 7,50 \mathcal{M} ; für nicht entrindete Rollen 8 \mathcal{M} , für Prügel 5,50 bis 6 \mathcal{M} . Tannen- und Fichten-Nußrollen und -Prügel gingen teils als Grubenstempel, teils als Papierholz, z. B. Teil auch als Gipsplattenholz ab. Preise: geschälte Rollen 9 bis 10 \mathcal{M} , Prügel 7 bis 7,60 \mathcal{M} , ungeschälte Rollen 6,60 bis 8 \mathcal{M} , Prügel 5,50 bis 6,50 \mathcal{M} . Nadelholz-Nußreifer, schwächstes Grubenholz, sog. Tannenspißen, sind sehr in Aufnahme gekommen und brachten je nach den Bahntransportkosten 4,00 bis 4,90 \mathcal{M} pro Raummeter. Für einige Lose Lieferengruhenholz wurden folgende Preise notiert:

III. kl.	20,90 \mathcal{M}	Stämme	(auf 16 m Länge noch 17 cm Durchm.)
IV. "	14,00—15,90 "	" 14 "	" 14 "

II. kl.	21,10 \mathcal{M}	Abschnitte	(30 bis 39 cm Mittelsstärke)
III. "	16,60 "	" "	(unter 30 cm)

700 fm Lieferengruhenholz aus der Oberförsterei Weißenburg gingen zu durchschnittlich 20,60 \mathcal{M} pro Festmeter gut ab.

Aspenrollen und -Prügel erzielten als ungeschältes Papierholz 7 bis 7,50 \mathcal{M} bzw. 5,30 bis 6 \mathcal{M} .

Die bei den Vorverkäufen für Lothringen und das Unterelsaß gemachten Angebote auf 1912er Brennholz (zum Teil Kahlholz) können relativ als günstig bezeichnet werden.

Mitteilungen.

— **Preussischer Staatshaushaltsetat 1912.** Der Finanzminister hat neuerdings abermals Mitteilungen aus dem Staatshaushaltsetat für das kommende Etatsjahr veröffentlicht. Zur Ergänzung unserer Notiz auf Seite 9 der vorigen Nummer lassen wir die auf die Forstverwaltung bezüglichen Angaben hier folgen:

Rinderüberschuß der Forstverwaltung gegen den Etat für 1911: 3047000 \mathcal{M} .

Ordinarium.

Mehreinnahmen. 192000 \mathcal{M} für Nebennutzungen. 357200 \mathcal{M} verschiedene andere Einnahmen, hauptsächlich Zinsen von rückständigen Kaufgeldern.

Rindereinnahmen. 1000000 \mathcal{M} für Holz (im ganzen 129000000 \mathcal{M} . In dem vorjährigen Etatsbetrage von 130000000 \mathcal{M} waren 13000000 \mathcal{M} Holz-Mehrerlöse aus Anlaß des Nonnenfestes in Ostpreußen enthalten).

Mehrausgaben. 114405 \mathcal{M} Beisetzungen (hauptsächlich nach dem Dienstalter). 176000 \mathcal{M} Vergütungen für Forsthilfsaufseher usw. 600000 \mathcal{M} Werben und Verbringen von Holz (im ganzen 16500000 \mathcal{M}). 327807 \mathcal{M} Holzverkauf- und Verpachtungskosten und andere vermischte Ausgaben. 173000 \mathcal{M} Real- und kommunallasten. 57148 \mathcal{M} Unterstüßungen.

Mindererausgaben. Elf Beamtenstellen sind abgesetzt. 159000 \mathcal{M} Ablösungsrenten.

Extraordinarium.

Einnahme	Ausgabe	Zuschuß
für 1912 6960000 \mathcal{M}	11667000 \mathcal{M}	4707000 \mathcal{M}
" 1911 8800000 "	12170000 "	3370000 "
Einnahmen. 6960000 \mathcal{M}	Erlöse aus dem Verkauf von Forstgrundstücken (gegen 1911 — 1840000 \mathcal{M}).	

Ausgaben. 2820000 \mathcal{M} Ablösung von Forstservituten, Realkasten und Passivrenten, darunter 2620000 \mathcal{M} für die Ablösung der Schulholzgeldrenten in Ostpreußen, 2. Rate von den Gesamtkosten von 18315700 \mathcal{M} . 6147000 \mathcal{M} Anlauf und erste Einrichtung von Grundstücken zu den Forsten, Vorbereitung und Ausführung des Verkaufs von Forstgrundstücken (gegen 1911 — 1653000 \mathcal{M}). 189000 \mathcal{M} Beschaffung von Zinshäusern (wie 1911). 20000 \mathcal{M} Gewährung von Baudarlehen an Arbeiter auf forstwirtschaftlichen Pachtgrundstücken (wie 1911). 2000000 \mathcal{M} Zuschuß zum Wegebaufonds (gegen 1911 + 1000000 \mathcal{M}). 300000 \mathcal{M} Zuschuß zum Fonds für Beihilfen zu Wege- und Brückenbauten (gegen 1911 + 100000 \mathcal{M}). 200000 \mathcal{M} Herstellung von Fernsprechanlagen (gegen 1911 + 50000 \mathcal{M}).

— **Kiefern Samenhandel.** Zur Charakterisierung der auf dem Kiefern Samenmarkt drohenden Gefahren dient folgendes, soeben an eine angesehenen deutsche Klerikanenanstalt gerichtetes Schreiben einer holländischen Firma: „Im Nachgange meiner Zeilen vom 30. Dezember erlaube mir höflichst anzufragen, ob Sie kein Interesse haben für belgische Kiefernzapfen ab dem deutschen Bahnhof!“ Auf diese Weise soll also die Kontrolle umgangen werden. Wie kommt ferner eine holländische Handlung, die selbst bisher holländische Zapfen Vertrieb, zum Angebot belgischer Zapfen? Wer bürgt ferner dafür, daß letztere nicht französischen Ursprungs sind? Letztere Frage liegt um so näher, als Belgien selbst gegenwärtig nur eine mäßige, Frankreich dagegen eine gute Zapfenernte hat. Dieses Vorkommnis zeigt deutlich, daß der Kiefern Samenbezug immer in der Hauptsache auf die Zuverlässigkeit der liefernden Firma angewiesen bleibt. Andererseits weist dieser Versuch auch auf die Notwendigkeit der Gofin-Färbung nicht nur des Samens, sondern auch der Zapfen hin. Die deutschen Handlungen, welche von einem derartigen untreuen Angebot Gebrauch machen, schädigen namentlich den ehrlichen Handel gewaltig, weil sie die Waldbesitzer immer mehr zur Selbstgewinnung des Kiefern Samens oder zum Ausklengen unter unmittelbarer Aufsicht der Landwirthschaftsämtern und in fiskalischen Klergen drängen. Unzweifelhaft wird auch bei Revision der Handelsverträge die Frage eines Schutzzolles gegen fremde Kiefernzapfen und Kiefern Samen ernstlich erwogen werden.

D. R. Schwa p p a ch.

— Zu den beiden Artikeln über die amerikanische großfrüchtige Moosbeere erlaube ich mir zu bemerken, daß vor deren Anbau in Mitteldeutschland nur gewarnt werden kann. Ich selbst besitze sie seit vielen Jahren, habe aber nur selten einmal eine kleine Ernte gehabt. Die Blüte leidet zu sehr unter Nachfrösten. Aus Anbau

versuchen in hiesiger Gegend möchte ich nur zwei anführen. Der Baumschulenbesitzer Kmetzsch in Burg bei Hohenzverda führte sie in seinem Katalog vor 20 bis 30 Jahren auch, als damals viel Propaganda dafür gemacht wurde. Er hatte auch eine kleine Pflanzung davon angelegt, diese aber nach wenigen Jahren wieder eingehen lassen, und begründete das mit den Worten: „wir brauchen sie nicht, wir haben unsere deutsche Moosbeere, die viel besser ist.“ Er hatte recht. Auf ihr zugehenden Stellen trägt diese ebenso reich, wenn auch nur etwa halb so große Früchte, aber fast alljährlich, weil ihrer Blüte die Spätfröste nicht schaden, während sie die der amerikanischen häufig vernichten. Im Gasthof „Zur Sonne“ in Spremberg sah ich damals einmal einen großen Teller voll herrlicher amerikanischer Moosbeeren. Der Besitzer sagte mir, daß sie aus der Schloßgärtnerei Neuthen bei Spremberg stammten, in welcher eine mehrere Quadratruten große Anlage sei, die sehr schöne Erträge gäbe. Das ist aber nur einmal geschehen. Auf meine späteren wiederholten Anfragen in dieser Gärtnerei habe ich nur von Mißerfolgen und baldiger Aufgabe der Kultur gehört. In Nordamerika sollen die Anlagen über Winter unter Wasser stehen, zum Schutz gegen Frost. Hier scheint sie zwar winterhart zu sein, leidet aber in der Blüte sehr unter Spätfrösten. Man wird also nur nennenswerte Erträge erzielen können, wenn es gelingt, sie vor diesen zu schützen. Noch mehrere mir bekannte Anbauversuche haben womöglich noch kläglichere Resultate ergeben als die vorerwähnten, die doch ein paar mal erträgliche Ernten geliefert haben. Sollte Herr D. Koozman fortgesetzt gute Ernten erzielt haben, so wäre es sehr interessant, seine Anbaumethode kennen zu lernen. Möglicherweise liegen die klimatischen Verhältnisse in Holstein günstiger, bleiben die Spätfröste aus und gestatten dadurch eine Ernte, welche in andern Gegenden ohne besondere Schutzmaßregeln nicht mit Sicherheit zu erzielen ist.

v. Seydel.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Abgabe von Freizetteln zum Raff- und Leeseholzsammeln.

Allgemeine Verfügung Nr. 87 für 1911.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 11923.

Berlin W 9, 19. Dezember 1911.

In Erweiterung der Bestimmung unter C Nr. 16 des allgemeinen Erlasses vom 23. Dezember 1910 — III 13961 — ermächtige ich die Königliche Regierung, die ihr durch Erlass vom 31. März 1843 Nr. 17 überwiesene Befugnis zur Abgabe von Freizetteln zum Raff- und Leeseholzsammeln nach pflichtgemäßem Ermessen auf die Revierverwalter des Bezirks zu übertragen.

An die Königliche Regierung in Frankfurt a. O.

*

Abchrift zur Kenntnissnahme und Nachachtung.
J. M.: Seydel.

An sämtliche Königliche Regierungen mit Ausnahme von Frankfurt, Münster und Aachen.

Allgemeine Verfügung Nr. 36/1911.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 9261 Nr. 1. — I 17342 J. M.

Berlin W 9, 15. Dezember 1911.

Zur Beseitigung hervorgetretener Zweifel wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch diejenigen Forstverjorgungsberechtigten, die in der Charge als Oberjäger (Feldwebel usw.) nach neunjähriger aktiver Dienstzeit im Jägerkorps den Forstverjorgungsschein erhalten haben und zur forstlichen Beschäftigung zur Reserve beurlaubt werden, bis zum Ablauf einer zwölfjährigen Gesamtdienstzeit der verpflichteten Reserve des Jägerkorps angehören. Die von ihnen bis hierher zurückgelegte Dienstzeit, ganz gleich, ob im Staats-, Kommunal- usw. oder im Privatforstdienst zugebracht, ist ohne weiteres auf das pensionsfähige Dienstalter in Anrechnung zu bringen. (Vgl. §§ 14 und 37 des Regul. vom 15. Februar 1879 und §§ 17 und 26 der Best. über Vorber.

usw. vom 1. Oktober 1905, sowie Rundsch. vom 29. April 1891 — III 5812 —.)

Der Zeitraum vom Ablauf der regulativmäßigen zwölfjährigen Dienstzeit bis zur tatsächlichen Überführung zur Landwehr II. Aufgebotes kann, soweit der Anwärter während desselben nicht im Staatsdienst gestanden hat, für die Bemessung der Pension nur auf Grund des § 19 B. G. zur Anrechnung gelangen.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage: Wesener.

Der Finanzminister.

Im Auftrage: Halle.

An sämtliche Königl. Regierungen (ausschließlich Kurh. und Sigmaringen).

Allgemeine Verfügung Nr. 34/1911.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III. 11624 II — II. 9931 II.

Berlin W 9, 12. Dezember 1911.

Der dorthin gerichtete Erlaß vom 14. November 1911 — I. B Ia 6100, I A a 3131 —, betreffend Pauschvergütungen für Dienstreisen der Beamten der landwirtschaftlichen Verwaltung nach nahe gelegenen Orten, hat auch für den Geschäftsbereich der Domänen- und der Forstverwaltung Gültigkeit. Bei der Berichterstattung sind daher auch die Verhältnisse dieser beiden Verwaltungen vorkommendenfalls zu berücksichtigen.

J. A.: Wesener.

An sämtliche Königl. Regierungen.

Abchrift erhalten Sie zur Nachachtung.

Von dem angezogenen Erlasse und der zugehörigen Anlage *) wird je eine Abchrift hier beigelegt. J. A.: Wesener.

An die Herren Forstakademie-Directoren in Eberswalde und Hann.-Münden.

*) Siehe Seite 1048 des Jahrgangs 1911.

Pauschvergütungen für Dienstreisen der Beamten der landwirtschaftlichen Verwaltung nach nahe gelegenen Orten.

Abchrift zu III. 11624 II — II. 9931 II.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J.-Nr. I B Ia 6100, I A a 3131.

Berlin W 9, 14. November 1911.

Abchrift der allgemeinen Verfügung des Staatsministeriums vom 13. v. Mts. über die Festsetzung von Pauschvergütungen für Dienstreisen nach nahe gelegenen Orten wird zur gesälligen Nachachtung mitgeteilt; die Veröffentlichung durch die Gesefamml. ist erfolgt.

Die Vorschriften der Verfügung haben grund-

sätzlich überall da Anwendung zu finden, wo nicht eine von den Bestimmungen des Reisekostengesetzes vom 26. Juli 1910 abweichende Regelung der Reisekosten bereits in anderer Weise stattgefunden hat. Die Verfügung soll andererseits nicht dazu führen, daß nun im übrigen auf jede weitere Ausgestaltung des Reisekostensystems im Sinne einer Ermäßigung der Vergütungen bei Dienstreisen nach nahe gelegenen Orten verzichtet wird. Es bleibt im Gegenteil auch weiterhin notwendig, daß für einzelne Reisen, bei denen der Beamte nur unbedeutende Auslagen hat, wie bei häufigeren Amtshandlungen in einer in geringer Entfernung vom Wohnorte gelegenen, bequem mit der Eisenbahn oder auf dem Landwege zu erreichenden Anstalt, nach § 9 des Reisekostengesetzes noch niedrigere Vergütungen, als die Verfügung vorsieht, festgesetzt werden. Dabei wird die Art der Reisetätigkeit und die Besonderheit der örtlichen Verhältnisse es in einzelnen Fällen angängig erscheinen lassen, den Begriff von „Reisen nach nahe gelegenen Orten“ noch weiter als in der Verfügung geschehen ist, zu fassen, so daß eine Ermäßigung der Vergütungen unter Umständen auch dann eintritt, wenn der Geschäftsort mehr als 30 km vom Wohnort entfernt liegt. Ebenso können, auch wenn die Erledigung eines Dienstgeschäftes bei Reisen nach nahe gelegenen Orten mehr als einen Tag erfordert, in geeigneten Fällen ermäßigte Vergütungen festgesetzt werden.

Ich erlaube, mir unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte mit tunlichster Beschleunigung Vorschläge zu machen, wie im dortigen Geschäftsbereiche für bestimmte Arten von Reisen, die eine solche Sonderbehandlung rechtfertigen, die Vergütung anderweit geregelt werden kann. Dabei sind die anlässlich der betreffenden Reisen bisher üblicherweise entstehenden Auslagen zur Erläuterung mitzuteilen.

J. A.: gez. Küster.

An die Königl. Regierungen.

Bekanntmachung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Berlin W. 9, 8. Januar 1912.

Die Herren Forstbestellenden, die am Schluß des laufenden Semesters die Vorprüfung abzugeben beabsichtigen, haben die vorchriftsmäßige Meldung spätestens bis zum 1. Februar d. Js. dem Direktor der Forstakademie einzureichen, an der sie sich der Prüfung unterziehen wollen.

J. A.: Wesener.

Verschiedenes.

— **Hochschulfachrichten.** Professor Dr. Süchting von der Moorversuchstation in Bremen wurde als Nachfolger des Professors Dr. Ehrenberg auf den Lehrstuhl für Chemie und Mineralogie an die Forstakademie Münden berufen.

— **Vorschriften über die Vorbereitung für den staatlichen Forstverwaltungsdienst im**

Herzogtum Gotha. Die Vorschriften über die Vorbereitung für den staatlichen Forstverwaltungsdienst im Herzogtum Gotha sind neu geregelt worden. Voraussetzungen zur Annahme sind: Reifezeugnis eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule, fehlerfreie und kräftige Körperbeschaffenheit, tadellose sittliche Führung und Nachweis der erforderlichen Geld-

38 ha Staatswald mit einer Größe von zusammen 605 ha umfasst, ist ein Jahreseinkommen von 1000 M. steigend von der endgültigen Anstellung ab von drei zu drei Jahren um je 100 M bis zum Höchstbetrag von 1800 M. verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist. Außer dem baren Gehalte wird freie Dienstmehnung und Freibrennholz bis zu jährlich 16 rm Deckholz und 100 Wellen bzw. Geldentschädigungen hierfür von jährlich 300 M bzw. 100 M bewilligt. Die freie Dienstwohnung und das Freibrennholz bzw. die Geldentschädigungen hierfür sind mit 300 M bzw. 10 M beim Ruhegehalt anzurechnen. Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probezeit. Bewerberinnen sind bis zum 25. Februar d. Js. an den Königl. Oberförster Herrn Chelius in Battenberg zu richten. Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit sorgfältiger Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage in die Abonnement-Entscheidung oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 3. Anfrage: Bei meinem Übertritt in den Dienst der A.-Domänen-Erbschafts-Verwaltung ist meine Invalidität nach Maßgabe der für Preussische Beamten geltenden Normen geregelt. Ich beziehe eine Pension von 3500 M. Wie hoch und auf Grund welchen Gesetzes würde sich hiernach das Witwengeld meiner mich überlebenden Ehefrau belaufen?

L., Herzogl. Obf. a. D.

Antwort: Wenn in Ihrem Anstellungsvertrage festgesetzt ist, daß für Ihre Pensionierung und bezüglich der Versorgung Ihrer Hinterbleibenden die einschlägigen Preussischen Gesetze maßgebend sein sollen, so stehen Ihrer hinterbleibenden Gattin 40 % Ihrer Jahrespension oder 1400 M als Witwengeld zu, und zwar auf Grund des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen

und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 20. 5. 82 (G. S. S. 298) in der Fassung des Gesetzes vom 1. 6. 97 Art. I § 8 (G. S. S. 169). Dabei ist aber vorausgesetzt, daß Ihre Gattin nicht mehr als 15 Jahre jünger ist als Sie ihr Ehemann. Ist dies der Fall, so wird der obige Betrag an Witwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 bis einschließlich 25 Jahre um $\frac{1}{20}$ gekürzt. Nach fünfjähriger Dauer der Ehe ist für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrage $\frac{1}{20}$ des berechneten Witwengeldes (1400 M) so lange wieder hinzuzulegen, bis der volle Betrag wieder erreicht ist. Der Anspruch auf Witwengeld geht verloren, wenn die Ehe mit dem Verstorbenen innerhalb dreier Monate vor dessen Ableben und zu dem Zwecke geschlossen worden ist, um der Witwe den Bezug des Witwengeldes zu verschaffen; auch hat die Witwe keinen Anspruch auf Witwengeld, wenn die Ehe erst nach der Versetzung in den Ruhestand geschlossen sein sollte.

Nr. 4. Anfrage: Welches ist der empfehlenswerteste, vollständigste und zugleich mit möglichst naturgetreuen Abbildungen ausgestattete Wilderatslas unserer forstlich bedeutsamen Pflanzen? Insbesondere wird Wert auf gute Abbildungen von Blüten, Früchten usw. unserer Laub- und Nadelhölzer gelegt! Bitte um Verlag und Preisangabe?

M. S. in D. (Schweiz).

Antwort: Ein sehr empfehlenswertes Werk, das Sie in jeder Beziehung zufriedenstellen dürfte, ist: „Die Bäume und Sträucher des Waldes“ von Gustav Wilhelm Hempel, Wien und Olmütz, 18 Lieferungen à 2,70 M.

Für die Redaktion: J. W. Wodo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Aesfelgrund bei Hochzeit Am.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorstehenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Aesfelgrund bei Hochzeit Am.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Wette, Försterei Nämnde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorstehender.

Gesamtvorstand.

Am 20. Januar 1912 soll in Berlin im Lokal „Zum Spatenbräu“ in der Friedrichstraße Nr. 173, von 8 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags ab, gemäß § 12b der Satzungen eine Sitzung des Gesamtvorstandes stattfinden, wozu hierdurch eingeladen wird.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches und Vorberatung über die künftige Zusammenfassung des weiteren Vor-

standes, sowie die bevorstehende Wahl des Gesamtvorstandes und über das Vereinsorgan.

2. Beratung über erpfrichtliche Weiterführung der Standesangelegenheiten und der Wohlfahrts-einrichtungen des Vereins.

3. Beratung über die Verhandlungsgegenstände der nächsten Delegiertenversammlung und Festsetzung des Termins, sowie über die Tagesordnung für diese Versammlung.

4. Verschiedenes.

Am Vorabend von 6 Uhr ab Begrüßung und Vorberatung in demselben Locale.

Der Vorstand. Krause, Vorstehender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

- Mitglieder:**
 Nr. 3983. **Gieseß**, Förster, Biesenfeld, Cassel-West.
 1067a. **Wirschnidt**, Forstausseher, Hinternah, Kr. Schleusingen, Erfurt.
 1073a. **Holland**, Forstausseher, Steinbach, Post Lichtenau i. Thür., Erfurt.
 1075a. **Scholz**, Hilfsjäger, Leme, Post Liebenburg, Hildesheim.
 1078a. **Steffen**, Forstausseher, Heiberg, Post Boorde, Schleierwig.
 1079a. **Schwedhelm**, Forstausseher, Diebhausen i. Thür., Erfurt.
 1087a. **Simon**, Förster, Quentel, Oberförsterei Eiterhagen, Post Fürstenbaun, Cassel-West.
 1088a. **Seidel**, Förster, Honerwerba, Dieckh.
 1092a. **Jenrich**, Hegemeister, Tolle, Post Langerhütte, Magdeburg.
 1111a. **Piebetruß**, Förster, Dölan, Post Halle a. S., Merseburg.
 1123a. **Russe**, Hilfsjäger, Weberssa (Post), Etade.
 1126a. **Dinke**, Hilfsjäger, Bachmühlen, Post Stettin-Nemitz, Stettin.
 1129a. **Müller**, Förster, Forsthaus Eichhorst, Post Woldenberg, Nm., Frankfurt a. O.
 1135a. **Förster**, Hilfsjäger, Boycin (Post), Kr. Strelno, Posen, Bromberg.
 1141a. **Schudel**, Förster, Forsthaus Jägersburg, Post Hammerstein, Kr. Schlochau, Marienwerder.
 1142a. **Edert**, Förster, Lische, Kr. Schneb, Marienwerder.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Mendham zu senden. **Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.**

Bezirksgruppen:

Danzig. Durch den Inhalt der inzwischen an die Herren Ortsgruppen-Vorsitzenden gelangten Drucksachen ist die für Ende Januar geplante Bezirksgruppenversammlung unnötig geworden, auch hat dadurch die Stellungnahme zum Antrage Puppel ihre einstweilige Erledigung gefunden. — Es findet mithin vorläufig keine Bezirksgruppenversammlung in Danzig statt, vielmehr muß erst der Verhandlungsbeschluß des Gesamtvorstandes vom 20. Januar in Berlin abgewartet werden. — Die von den Ortsgruppen zum bewußten Zwecke gezeichneten Beträge bitte ich daher möglichst bald durch die Herren Kassensührer direkt an mich gelangen zu lassen, ebenso bitte ich um recht baldige Zusendung der noch ausstehenden Jahresberichte der Ortsgruppen.

Der stellvertretende Vorsitzende. **Tenzler.**

Ortsgruppen:

Battenberg (Regbz. Wiesbaden). Die Kaisergeburtstagsfeier findet, wie in meinem Rundschreiben vom 11. November v. Js. mitgeteilt, am Sonnabend, dem 3. Februar, gemeinsam mit der Ortsgruppe Frankenberg im Deutschen Hause zu Frankenberg statt. Anfang der Feier 9 Uhr abends. Gäste dürfen eingeführt werden. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Der Vorsitzende.

Chronstau-Malapanne (Regbz. Oppeln). Sonntag, den 14. Januar d. Js., nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal in Echodnia. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung; 2. Bericht über die letzte Bezirksgruppenversammlung;

3. Kaisergeburtstagsfeier betreffend; 4. Einziehung der Vereinsbeiträge; 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Deutscheide (Regbz. Danzig). Die hiesige Ortsgruppe feiert den Geburtstag Sr. Majestät am 20. Januar cr. von abends 6½ Uhr durch ein Festessen mit nachfolgendem Tanzkränzchen im Gasthause von „Rosenkranz“ in Decipel. Die Herren Mitglieder nebst Familien werden hierzu ergebenst eingeladen. Gäste dürfen eingeführt werden. Die Anzahl der Gedecke à 1,25 Mk. bitte bis zum 16. d. M. dem Vorsitzenden Förster Reumann in Ossau, Post Ossowo, Bez. Danzig, mitzuteilen. Vor dem Essen Erledigung einiger dringender Vereinsangelegenheiten. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Driesen (Regbz. Frankfurt a. O.). Sonnabend, den 20. Januar 1912, abends 6 Uhr: Vereinsversammlung bei Zernikow in Driesen. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung, Entlassung des Schatzmeisters, 2. Wintervergügen, 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Herzberg a. S. (Regbz. Hildesheim). Versammlung am 14. Januar, nachmittags 3½ Uhr. 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 2. Einzahlung der Beiträge; 3. Beitritt zur Krankenkasse und Entgegennahme der Beitritts-erklärungen. — Die beschlossene Feier findet auf vielseitigen Wunsch nicht am 27. Januar, sondern am 3. Februar statt.

Der Vorstand.

Hochwald (Regbz. Trier). Am Samstag, dem 20. Januar 1912, nachmittags 2 Uhr, Versammlung zu Morbach im Gasthaus Mettler-Thomas mit darauf folgender Kaisergeburtstagsfeier, wie in früheren Jahren. Meldungen zum Festessen mit Angabe der gewünschten Gedecke sind bis zum 14. d. Mts. an Förster Widelmann zu senden. Um zahlreiches Erscheinen — mit Damen — wird gebeten.

Der Vorstand.

Mauke (Regbz. Posen). Am Sonnabend, dem 3. Februar d. Js., findet in Wentichen in Adams Hotel (zwischen Hauptbahnhof und Stadt) unsere Kaisergeburtstagsfeier statt, zu welcher die Bezirksgruppe Posen hiermit höflich eingeladen wird. Von etwa 5 Uhr ab Bezirksgruppenversammlung (Programm s. Bekanntmachung der Bezirksgruppe), von 6½ Uhr ab gemeinschaftliches Essen, à Gedeck 2 Mk., danach Tanz. Die Beteiligung bitte ich bis spätestens zum 27. d. M. dem Unterzeichneten anzumelden.

Der Vorstand.

J. M.: Dreger, Schriftführer.

Neutkirchen, Kreis Ziegenhain (Regbz. Cassel). Die Ortsgruppe Treysa ladet die Kollegen zu ihrem Wintervergügen auf Sonnabend, den 13., abends 8 Uhr, im „Hotel zur Burg in Treysa“ ergebenst ein.

Der Vorsitzende.

Stonin (Regbz. Danzig). Sonntag, den 14. Januar 1912, nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Hotel zur Südbahn in Treidorf. Die Tagesordnung, welche sehr wichtige Sachen enthält, wozu das Erscheinen sämtlicher Mitglieder er-

forderlich ist, wird bei Beginn der Sitzung bekanntgegeben werden. Nach der Sitzung gemüthliches Beisammensein, wozu die Damen, ebenso dringend, ergebenst eingeladen werden.

Der Vorsitzende. Priem.

Orielburg (Regbz. Allenstein). Sonnabend, den 20. Januar 1912, nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Sperber in Schwentainen. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über die letzte Bezirksgruppenversammlung; 2. Rechnungslegung von 1911; 3. Wahl eines neuen Schriftführers; 4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Schellig-Proßlau (Regbz. Oppeln). Infolge Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 5. d. Mts. findet das diesjährige Winter-Vereinsvergnügen am 3. Februar d. Js., abends 7 Uhr, im Thomalla'schen Saale zu Eigent-Proßlau statt. Gäste sind von den Mitgliedern selbst einzuladen. Karten hierzu halten vorrätig die Kollegen Pelz und Welzel.

Der Vorsitzende. Pelz.

Schloppe (Regbz. Marienwerder). Am Sonnabend, dem 13. Januar d. Js., abends 5 Uhr, Mitgliederversammlung im Hotel Reife. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes; 2. Berichtserstattung des Kollegen Rüder über die Bezirksitzung; 3. Einziehung der Mitgliederbeiträge für das nächste Halbjahr; 4. Aussprechung über die Geburtstagsfeier Sr. Majestät. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Der Vorsitzende.

Schneidemühl (Regbz. Bromberg und Marienwerder). Am Freitag, dem 2. Februar, nachmittags 5 Uhr, Versammlung in Friedrichsgarten in Schneidemühl, Friedrich-Strasse. Tagesordnung: 1. Vorlage des letzten Protokolls; 2. Einziehung der Beiträge; 3. Verschiedenes. Im Anschluß an die Sitzung in demselben Lokal Kaisergeburtstagsfeier in der bereits bekanntgegebenen Weise. Die Kollegen, welche weder an der Sitzung noch an der Feier teilnehmen, bitte ich, ihre Beiträge pro 1. Halbjahr 1912 bis spätestens 25. Januar an mich einzusenden, und mache ich darauf aufmerksam, daß der Bezirksgruppenbeitrag für die Bromberger Kollegen jetzt halbjährlich 75 \mathfrak{M} . beträgt.

Der Vorsitzende. F u e r s t e n a u.

Steinberge (Regbz. Potsdam). Die für Sonnabend, den 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, anberaumte Versammlung ist auf den 14. d. Mts. verlegt worden.

Der Vorstand.

Trebnitz-Militzsch (Regbz. Breslau). Wie beschlossen, findet die Kaisergeburtstagsfeier am 3. Februar d. Js., von abends 7 Uhr ab, im Schweizerischen Gasthause zu Gr.-Lahje statt. — Die Einladungen der Gäste erfolgen vom Vorstande aus, und werden die Vereinsmitglieder hiermit höflichst gebeten, bis spätestens 20. Januar die Namen der einzuladenden Gäste dem Kollegen Karmrodt mitteilen zu wollen.

Der Vorstand.

Tucheler-Heide (Regbz. Marienwerder). Das diesjährige Wintervergnügen findet am 10. Februar, von 8 Uhr abends ab, im Vereinslokale statt. Die verehrten Mitglieder werden dringend gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Die Einladungen ergehen durch den Vorstand. Vorschläge hierzu sind bis zum 20. d. Mts. an den Unterzeichneten zu richten.

Brade, Kelpinerbrück b. Schüttenwalde.

Unter-Taunus (Regbz. Wiesbaden). Da die Beteiligung zur Kaisergeburtstagsfeier nicht hinreichend ist, fällt dieselbe aus. Es bleibt daher den Mitgliedern überlassen, nach Belieben zu feiern.

Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hagemeyer Krause, Kettling und der Hochzeit im. vorliegen. Was für die nächste Sitzung bestimmt ist, muß Sonntag früh in denen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Erzgruppen:

Ezerst (Regbz. Marienwerder). In der von nur sechs Kollegen besuchten Sitzung am 30. Dezember 1911 wurde zum Kassierer und Schriftführer gewählt: Königl. Forstausseher Häuer in Malachin bei Ezerst und als dessen Stellvertreter Förster Streichan in Schlachta (Post). Die Kollegen, welche an der Sitzung nicht teilnahmen, werden gebeten, den Beitrag von 5 \mathfrak{M} . für das erste Halbjahr 1912 bis spätestens zum 10. d. Mts. an den Kassierer porto- und bestellgeldfrei einsenden zu wollen.

Der Vorstand. A l o ß, Vorsitzender.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Berthg. Halenice.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird in seinem eigenen Interesse gebeten, dem Verein beizutreten, ebenso auch jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes.

Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren für **ordentliche Mitglieder** aus dem Stande der **Privatforstbeamten** bei steuerpflichtigem Einkommen bis zu 2000 \mathfrak{M} . mindestens 4 \mathfrak{M} ., bei steuerpflichtigem Einkommen über 2000 \mathfrak{M} . mindestens 8 \mathfrak{M} ., Aufnahmegebühr in beiden Fällen 3 \mathfrak{M} .; für **ordentliche Mitglieder** aus dem Kreise der **Waldbesitzer** mindestens 10 \mathfrak{M} ., Aufnahmegebühr 10 \mathfrak{M} ., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 200 \mathfrak{M} .; für die **außerordentlichen Mitglieder** mindestens 8 \mathfrak{M} ., Aufnahmegebühr 10 \mathfrak{M} ., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 75 \mathfrak{M} .. Sitzungen des Vereins durch dessen Geschäftsstelle in Neudamm unisoni und portofrei. Das Vereinsorgan, die Deutsche Forst-Zeitung, wird an Vereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 5 \mathfrak{M} . 20 Pf. für ein Jahr geliefert; Bestellungen an die Geschäftsstelle des Blattes.

Aufnahme in die Forstlehrlingschule des Vereins für Privatsforstbeamte Deutschlands.

Am 1. Juli 1912 beginnt für die Forstlehrlingschule zu Templin ein neues Schuljahr. Anmeldungen zur Aufnahme sind bis spätestens 1. März 1912 dem Unterzeichneten einzureichen, welcher auch über die Kosten des Schulbesuches und die Aufnahmebedingungen sowie auf Anfrage auch über den Entwicklungsgang des Privatsforstlers nähere Auskunft erteilt.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein „Waldheil“ an Privatsforstbeamte, welche Mitglied des Vereins „Waldheil“ sind, zur Ausbildung ihrer Söhne eine Anzahl Stipendien zu je 100 M. zu vergeben hat. Etwasige Gesuche um solche sind an den Verein „Waldheil“ zu Neubamm zu richten.

Forstlehrlingschule Templin (Udermark),
Januar 1912. Jacob, Direktor.

Zahlung der Beiträge für 1912.

Mit der Zunahme der Mitgliederzahl in unserm Verein haben sich die Arbeiten in der Geschäfts- und Kassenstelle erheblich vermehrt, so daß schon im Interesse der Sparsamkeit auf die Verringerung der Arbeitslast möglichst Bedacht genommen werden muß. Eine wesentliche Verminderung der Vereinsgeschäfte wird aber durch rechtzeitigen, d. h. möglichst frühzeitigen Eingang der fälligen Zahlungen zu Anfang des neuen Jahres herbeigeführt. Wir richten deshalb an die Vereinsmitglieder die ergebendste Bitte, die satzungsgemäß zu Anfang des Jahres fälligen Jahresbeiträge für 1912 sowie die Abonnementgebühren für das Vereinsorgan für 1912 recht bald einfinden zu wollen.

An Beiträgen haben zu entrichten:

1. **Privatsforstbeamte** bei einem Einkommen bis 2000 M. jährlich 4 M., bei einem solchen über 2000 M. jährlich 8 M.,
2. **Waldbesitzer**, die nicht einen lebenslänglichen Beitrag von mindestens 200 M. bereits geleistet haben, jährlich mindestens 10 M.,
3. **außerordentliche Mitglieder** jährlich mindestens 8 M., falls nicht ein lebenslänglicher Beitrag von mindestens 75 M. bereits gezahlt wurde.

Die **Abonnementgebühren für das Vereinsorgan**, die „Deutsche Forst-Zeitung“, betragen im Vorzugspreise (statt 8 M. 50 S.) für das Jahresabonnement 5 M. 20 S. bei Lieferung frei ins Haus.

Alle Zahlungen sind nur zu richten an die **Kassenstelle des Vereins für Privatsforstbeamte Deutschlands zu Neubamm**, aber nicht an die Geschäftsstelle in Halensee.

Die Kassenstelle.

Verordnung über Fach- und Fortbildungsschulen in Mecklenburg.

Im Großherzoglich Mecklenburgischen Offiziellen Anzeiger für Gesetzgebung und Staatsverwaltung ist 1911 (Nr. 51) eine Verordnung über Fach- und Fortbildungsschulen veröffentlicht, die ich nachstehend zur Kenntnis unserer Mitglieder bringe.

Sicherem Vernehmen nach sind auf Grund dieser neuen Verordnung in Mecklenburg schon zwei Privatschulen aufgehoben worden.

Halensee, 7. Januar 1912.

Dr. Bertog.

§ 1.

Zur Errichtung von gewerblichen oder technischen Fach- oder Fortbildungsschulen jeder Art bedarf es, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen dafür maßgebend sind, der vorgängigen Genehmigung durch Unser Ministerium, Abteilung des Innern.

§ 2.

Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung ist an Unser Ministerium, Abteilung des Innern, zu richten. In dem Antrage sind die für die Gründung und Verwaltung der Schule in Betracht kommenden Verhältnisse näher darzulegen.

Der Antrag muß enthalten:

1. Die Angabe, welchen Namen die Schule führen, welche Lehrziele sie verfolgen und in welchen Räumen sie betrieben werden soll,
2. den Nachweis, daß der Schulunternehmer die zum Betriebe der Schule erforderlichen Mittel besitzt,
3. die Bezeichnung des Schulleiters, sofern dies nicht der Schulunternehmer ist,
4. den Lebenslauf des Leiters und der Lehrkräfte der Schule, sowie die Befähigungszeugnisse derselben,
5. bei größeren Schulen ferner den Entwurf einer Schulordnung, enthaltend insbesondere die Vorschriften über die Aufnahme und Entlassung der Schüler, über das Schulgeld, über die etwaige Bildung eines Schulvorstandes usw., sowie, falls an der Anstalt Abgangsprüfungen abgehalten und über dieselben Zeugnisse erteilt werden sollen, den Entwurf einer Prüfungsordnung.

§ 3.

Die Genehmigung ist zu versagen:

1. wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme begründen, daß der Schulunternehmer oder Leiter der erforderlichen sittlichen Zuverlässigkeit ermangelt. Der Mangel der erforderlichen sittlichen Zuverlässigkeit liegt bei dem Schulunternehmer insbesondere auch dann vor, wenn er eine auf Täuschung des Publikums berechnete Reklame betreibt oder zuläßt,
2. wenn der Schulleiter nicht imstande ist, die zur Leitung der Schule erforderlichen Fähigkeiten nachzuweisen,
3. wenn die Lehrkräfte der erforderlichen sittlichen Zuverlässigkeit oder der wissenschaftlichen und technischen Befähigung entbehren,
4. wenn der Schulunternehmer nicht imstande ist, den Besitz der zum einwandfreien Betriebe der Schule erforderlichen Geldmittel nachzuweisen,
5. wenn dem Schulunternehmer ausreichende Räume zur Unterbringung der Schule nicht zur Verfügung stehen.

§ 4.

Außerdem kann die Genehmigung verweigert werden:

1. wenn für die Errichtung der Schule kein Bedürfnis vorliegt. Bei den in ihren Zielen den Fortbildungsschulen nahe stehenden Privat-

schulen (insbesondere den Schreib-, Buchführungs- und Handelschulen) ist in der Regel die Bedürfnisfrage nicht lediglich aus dem Grunde zu verneinen, weil an dem betreffenden Ort bereits öffentliche Fortbildungsschulen bestehen,

2. wenn der Schulunternehmer oder -leiter die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaat nicht besitzt.

§ 5.

Die Genehmigung wird dem Schulunternehmer erteilt und erstreckt sich auch auf dessen Rechtsnachfolger.

Jeder Wechsel in der Person des Schulunternehmers ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Wird die Anstalt von mehreren Privatpersonen gemeinschaftlich errichtet, so wird die Genehmigung auf den Namen einer derselben, welche im Antrage zu bezeichnen ist, erteilt.

Die Genehmigung erlischt, wenn die Schule nicht binnen einer Frist von sechs Monaten eröffnet wird, oder wenn der Betrieb der Schule während der Dauer von sechs Monaten geruht hat.

§ 6.

Die Aufsicht über die in § 1 genannten Anstalten wird von der Ortsobrigkeit oder, je nach Bestimmung der Schulordnung, von einer besonderen Aufsichtsbehörde, in welcher die Obrigkeit vertreten ist, die Oberaufsicht wird von Unserem Ministerium, Abteilung des Innern, geführt. Der Schulunternehmer ist verpflichtet, die Programme und andere Veröffentlichungen über seine Schule Unserem Ministerium, Abteilung des Innern, einzureichen und Anzeige zu erstatten, wenn er Lehrkräfte neu einstellt oder wenn er die Schule in andere Räume verlegt.

§ 7.

Die Genehmigung kann durch Unser Ministerium, Abteilung des Innern, zurückgenommen werden, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen auf Grund des § 3 dieser Verordnung die Genehmigung zu versagen ist, oder wenn sich ergibt, daß die Schule nicht in einem den Anforderungen einer geordneten Einrichtung und Verwaltung sowie eines geordneten Unterrichtsbetriebes entsprechenden Zustande erhalten wird.

Im Falle des Erlöschens oder der Zurücknahme der Genehmigung kann bestimmt werden, daß die Schule nicht sofort, sondern zu einem späteren Zeitpunkt zu schließen ist.

§ 8.

Sofern Körperschaften des öffentlichen Rechtes nach reichs- oder landesgesetzlicher Vorschrift die Befugnis zur Errichtung gewerblicher Fach- oder Fortbildungsschulen zusteht, bedarf es der Erteilung einer Genehmigung nicht. Von der Errichtung einer solchen Schule ist indessen spätestens vier Wochen vor der Eröffnung derselben Unserem Ministerium, Abteilung des Innern, Anzeige zu machen.

§ 9.

Auf diejenigen Anstalten der in § 1 bezeichneten Art, welche vor dem 1. Januar 1910 bereits bestanden, finden die Vorschriften dieser Verordnung

keine Anwendung, mit Ausnahme der Bestimmungen der §§ 6 und 7.

Die später entstandenen Anstalten haben die Genehmigung nach Maßgabe des § 2 binnen sechs Wochen nachzusuchen.

Die Vorschriften des Absatz 1 finden Anwendung auch bei Erweiterung bestehender Anstalten.

§ 10.

Auf wissenschaftliche und andere zu dem Geschäftsbereich Unseres Ministeriums, Abteilung für Unterrichtsangelegenheiten, gehörige Fach- und Fortbildungsschulen finden die Vorschriften dieser Verordnung mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle Unseres Ministeriums, Abteilung des Innern, Unser Ministerium, Abteilung für Unterrichtsangelegenheiten, tritt.

§ 11.

Gegen die Entscheidungen einer Ministerialabteilung, durch welche die Genehmigung zur Errichtung einer Schule versagt oder die Genehmigung zurückgenommen oder die Schließung einer Schule angeordnet wird, findet das Rechtsmittel der Beschwerde statt.

Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der beschwerenden Entscheidung in der Form einer Vorstellung bei der zuständigen Ministerialabteilung anzubringen. Über dieselbe wird auf Grund eines Beschlusses entschieden, welcher von Unserem Staatsministerium einzuholen ist.

§ 12.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Gegeben durch Unser Staatsministerium.

Neustrelitz, den 19. Juli 1911.

Adolf Friedrich.

Bossart. von Dewitz.

Bericht über die Versammlung der Bezirksgruppe Brandenburg (IX) und die Exkursion in das Stavenower Forstrevier am 9. und 10. Juni 1911.

Infolge Behinderung des Vorsitzenden der Bezirksgruppe, des Herrn Oberförsters Mehner, eröffnete Revierförster Pöpler-Kingenwalde als Stellvertreter am 9. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Eherischen Lokale in Karstädt die Versammlung mit einem dreifachen Horrido auf Se. Majestät den Kaiser und König, den obersten Schutz- und Schirmherrn des deutschen Waldes. Erhielten waren 33 Teilnehmer, darunter der Vereinsvorsitzende Herr Oberförster Dr. Bertog und Graf von Voß nebst Sohn, welche mit lebhaftem Interesse der Verhandlung folgten.

Nachdem Herr Graf von Voß in einer Ansprache die Versammlung begrüßt hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten, welche lautete:

1. Bericht über die Winterversammlung.
2. Wahl des Vertreters für die Mitgliederversammlung 1911.
3. Etwasige Anträge.
4. Vortrag des Herrn Oberförsters Dr. Bertog über die Bewirtschaftung des Stavenower Reviers.
5. Besprechung forstlicher und jagdlicher Tagesfragen.

Zu 1. Es wurde zunächst über den in Berlin von einigen Mitgliebern gestellten Antrag, aus dem Verein Waldheil auszutreten und den Waldheil-Beitrag an eine eigene Unterstützungs-kasse, welche dem Verein für Privatforstbeamte anzugliedern wäre, zu zahlen, gesprochen. Herr Oberförster Dr. Bertog brachte hiergegen schwere Bedenken zum Ausdruck, wies auf die Schwierigkeiten hin, die entstehen würden, und riet dringend, es beim alten zu belassen. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen des Redners an.

Mit besonderem Mißfallen wurde das zu viele Halten von Lehrlingen besprochen, die verchiedentlich mit mangelhafter, teils sogar ungenügender Schulbildung eingestellt würden, und es werde dadurch die schon in starkem Maße vorhandene Überfüllung in der Privatforstbeamtenlaufbahn noch bedeutend verschlimmert. Im Interesse der Hebung des Privatförsterstandes dürfte es liegen, Lehrlinge mit nicht genügender Schulbildung bei Bewerbung um eine Lehrlingsstelle ohne weiteres zurückzuweisen.

Ein trübes Bild entrollte ein Teilnehmer über eins der so viel angepriesenen Forstlehrinstitute, welches derselbe zwecks weiterer forstlicher Ausbildung besucht hatte. Es wurde allgemein bedauert, daß die gesetzlichen Maßregeln keine Handhabe bieten, einem derartigen Unternehmen ein jähes Ende zu bereiten.

Zu 2. Als Vertreter für die in Posen stattfindende Mitgliederversammlung wurde Herr Oberförster Meßner gewählt.

Zu 3. Über den Ort der nächstjährigen Versammlung soll Beschluß in der Winterversammlung in Berlin gefaßt werden. Bezüglich der sich als notwendig erweisenden Erweiterungen der Forstlehrlingschule zu Templin wurde festgestellt, daß die Bezirksgruppe Brandenburg dem Projekt sympathisch gegenübersteht.

Zu 4. Einen belehrenden und verständlichen Vortrag hielt Herr Oberförster Dr. Bertog über die Bewirtschaftung des Stavenower Reviers, in welches am nächsten Tage die Exkursion stattfinden sollte. An Hand der Revierkarte besprach derselbe die Lage, das Klima, die Bodenverhältnisse und die Wirtschaftsweise. Es sei hieraus kurz folgendes erwähnt:

Das Revier ist 970 ha groß und im Jahre 1888 eingerichtet. Im Jahre 1907 fand eine Betriebsregulierung statt. Der jährliche Derbholzertrag beträgt 2200 fm. Die Standortverhältnisse sind für Anbau von Laubholz besonders günstig. Der Boden ist in der Hauptache frischer Diluvialsand, teilweise lehmig. Die klimatischen Verhältnisse sind für den Anbau der Laubhölzer nicht besonders günstig zu nennen, weil das Revier in ausgeprochenen Frostlage liegt und daher auch große Aufmerksamkeit des Wirtschafters erfordert. Die Bestände sind teils reine Kiefern, teils Kiefern, stark mit Birke durchsetzt, und zum Teil reine Laubhölzer. Die Hauungen erstrecken sich nur auf Durchforstungen, Austrieb der Birken aus den Kiefern und auf die Besamungs- und Lichtungs-schläge. Kahlschläge werden nicht geführt. Es ist vorzuziehen, die schlechten Nadel- und Laubholzbestände in reine Laubholzbestände umzuwandeln.

Die Umwandlung erfolgt durch Saat und Pflanzung von Eiche unter Beimischung von Rot- und Hainbuche unter Vollsicht auf gutem Boden und durch forst- und gruppenweise Verjüngung. Ein Unterbau von Fichte, Douglasanne, Eitafichte, Weimouthskiefer und Koteiche findet statt je nach Bodengüte. Wie die Erfahrung gelehrt hat, kann die Umwandlung nur unter Vollsicht vorgenommen werden; lichter Schirm hat gegen Spätfrost, namentlich die der beiden letzten Jahre, gar nicht geschützt.

Herr Kollege Pöpler dankte dem Herrn Oberförster im Namen der Bezirksgruppe für den interessanten und lehrreichen Vortrag, welcher für die Teilnehmer insofern von Wichtigkeit war, als sie schon vorher einiges über die Exkursionstour, Geschichte des Waldes und das, was am nächsten Tage gezeigt werden sollte, so erfahren haben.

Nachdem zu 5. nichts zu erwähnen war, wurde die Sitzung geschlossen. Ein vom Herrn Grafen von Boß gespendetes Mahl hielt die Teilnehmer bei einem guten Trunk bis zur mitternächtlichen Stunde, Heiteres und Ernstes aus dem Forstleben austauschend, zusammen.

Die Frühe des nächsten Morgens führte die Teilnehmer in Wagen von Karstädt zum Waldausflug in das Gräfliche Revier Stavenow. Dort angelangt, wurden die Wagen verlassen und ein Fußmarsch nach den Jagen 38, 41 und 42 gemacht, wo acht- und elfjährige Eichenisaaten ohne Schirm auf Grabestreifen und Rabatten besichtigt wurden. Wie Herr Oberförster Dr. Bertog schon tags zuvor in seinem Vortrage erwähnte, liegt das Revier in der ausgesprochensten Frostlage. Diese genannten Jagen scheinen aber ganz besonders von den Spätfrosten bevorzugt zu werden, denn nicht nur die Eichen, sondern sogar die dazwischen gepflanzten Weiserlen waren in diesem Jahre teilweise total erstoren, und diese Kulturen boten ein trauriges Bild. Herr Dr. Bertog machte darauf aufmerksam, sich das Bild dieser unglücklichen, mißlungenen Kulturen besonders einzuprägen, um später einen Vergleich zwischen gleichaltrigen unter Schirm ausgeführten Eichenisaaten und -Pflanzungen anzustellen. Dann ging's weiter durch durchforstete Kiefernstangetorte, die im allgemeinen guten Wuchs zeigten, leider durch Nonnenfraß teilweise stark gelichtet waren. Die lichten Stellen sollen mit Rotbuche unterbaut, teilweise mit Douglasfichten ausgepflanzt werden. — Eine Rabattenkultur, mit Weimouthskiefern, Eitafichten und Kottannen bepflanzt, etwa fünf- bis sechsjährig, war gleichmäßig gut geschlossen und zeigte freudigen Wuchs, ein Beweis, daß auch auf saurem, schädlichem Boden, durch entsprechende Bodenbearbeitung und Durchlüftung sowie durch richtige Pflanzentwahl gute Erfolge erzielt werden können. Im großen Maßstabe würde eine derartige Pflanzung wegen der hohen Kosten (etwa 400 bis 500 M pro Hektar) sowie der besonderen Schwierigkeiten der Wegschaffung der Hölzer wohl unausführbar sein.

Nachdem im Schloßpark einige ältere, ausländische Koniferen, *Abies grandis concolor*, *Douglasii* usw., besichtigt wurden, wurde die Fahrt ins Hauptrevier fortgesetzt. Zunächst führte der

Weg an Kiefern- und Eichen-Schönungen und -Düngungen entlang, die auf abgeräumtem, ehemals meistens mit Birke bestandenen Boden durch Saat und Pflanzung entstanden sind und guten Wuchs und Schluß zeigen. Die, wohl mit Rücksicht auf landschaftliche Schönheit, als Einfassung gepflanzten Lärchen gehen leider meist an Krebs und durch die Miniermotte ein. Weiter lenkte ein etwa 80 jähriger, gut durchforsteter, glatt- und langschäftiger Kiefernbestand die Aufmerksamkeit auf sich.

An einer im Jahre 1904 unter Schirm ausgeführten Eichenfaat angelangt, wurden die Wagen wieder verlassen und diese Kultur besichtigt. Dieselbe ist als sehr gut gelungen zu bezeichnen und hat, mit Ausnahme der Stellen unter den Schirmbäumen, wo die Pflanzen infolge der Kurzgehaltkurzzeit etwas zurückgeblieben sind, eine Höhe bis 3 m und darüber. Leider sind an dieser schönen Kultur die Spuren des diesjährigen Spätfrosts sehr zum Vorschein gekommen. Froststöße, wie man sie meistens nach strengen Wintern an Eichen sieht, konnte man auch hier beobachten. Die eingeprengten Rot- und Weißbuchen sind durch Mäusefraß stark beschädigt. Der vereinzelt laut werdenden Äußerung, daß der Schirm dem Bestande zu früh genommen sei, kann wohl nicht beigeprägt werden. Aus wirtschaftlichen Gründen mußte dies geschehen, außerdem hätte, wie die Erfahrung gelehrt, der lichte Schirm den Bestand gegen 70 Celsius in keiner Weise geschützt.

Auf der weiteren Fahrt sahen wir noch verschiedene, gut gelungene Eichenfaaten und -Pflanzungen der verschiedenen Altersstufen; desgleichen in Jagd 26 einen forstweisen Unterbau von Weymouthskiefern, Fichten, Eichen, Rot- und Eistafichten, die, auf den für sie passenden Standort gebracht, vorzüglichen Wuchs zeigten. Auch hier haben die Mäuse, hauptsächlich an den Weymouthskiefern, großen Schaden angerichtet.

Ein schönes Bild bot eine aus den Jahren 1903 bis 1905 stammende Kiefernkultur auf Rabatten. Wuchs und Schluß waren gleichmäßig und gut. Die Weiterfahrt ging an einem gutwüchsigen, in jüngerer Zeit durchforsteten Kiefernflangenort entlang, durch einen Erlenbestand, welcher sehr gut zu werden verspricht. Von hier aus gelangten wir zu den in den letzten drei Jahren gestellten Schirmschlägen mit Eichenpflanzung und eingeprengten Rotbuchen. Besonderes Interesse erregte eine einjährige Eichenfaat unter Vollschirm im Jagd 35. Dieselbe ist vorzüglich gelungen und vom Frost nicht angegriffen. Die Beigabe von 1000 kg Kalk pro Hektar, welcher zwecks schnellerer Zersetzung der Humusschicht, Herbeiführung der Bodengare und Lockerheit des Bodens eingehaßt worden ist, mag zur Erwärmung des Bodens beigetragen haben. Ferner sahen wir einen plenterartig bewirtschafteten Kiefernbestand, mit Unter- und Einbau von Douglasfichte, Weymouthskiefer, Koteiche, Picea pungens und Abies pectinata, welcher ein sehr schönes Bild bot.

Alsdann interessierte ein etwa 80 jähriger Fichtenbestand, mit Lärchen durchstellt, die Teilnehmer. Der Bestand soll, mit Rücksicht auf die im Vorjahre erfolgte Bodenverwundung, in diesem

Jahre durchforstet werden. Ob die erhoffte Naturbesamung eintreffen wird, muß erst die Zukunft lehren.

Eine große Überraschung wurde uns beim Austritt aus dem Fichtenbestande zuteil. Am idyllisch gelegenen Kaffeehäuschen hatte Frau Gräfin von Voß in lebenswürdigster Weise Vorbereitungen zu einem stärkenden Imbiß getroffen. Herrlich mundete das Frühstück, und der edle Gerstenjaft belebte bald die Gemüter.

Während der Frühstückspause nahm Herr Oberförster Dr. Bertog Veranlassung, Herrn Grafen und Frau Gräfin von Voß für die lebenswürdige Aufnahme und Verpflegung der Teilnehmer den Dank der Versammlung und des Vereins zum Ausdruck zu bringen. Herr Kollege Pöppler dankte im Namen der Bezirksgruppe. Hierauf feierte Herr Graf von Voß in einer längeren Rede den Wald und seine Pfleger. Nach dem Frühstück wurde noch ein junger, durch Naturbesamung entstandener Eichenbestand gezeigt, einige starke Rotbuchen und mehrere Gruppen ausländischer Koniferen besichtigt und dann der Weg nach Stavenow angetreten, von wo die bereitstehenden Wagen die Teilnehmer zur Bahn nach Karstädt brachten. Ein Porrido wurde dem Herrschaftsbefitzer Herrn Grafen von Voß für die schönen Lehr- und genussreichen Stunden in seinem Revier bei der Abfahrt von allen Teilnehmern ausgedrückt. Der Gesamteindruck, den wohl die meisten der Forstleute gehabt, die an der Exkursion teilgenommen haben, und den ich wohl kurz wiedergeben darf, war sehr befriedigend. Weder Kosten noch Mühe und Arbeit sind gescheut worden, die Umwandlung der Bestände in das jetzige Stadium hineinzubringen. Die bitteren Wermutstropfen in Form des Spätfrosts vom 20. und 21. Mai d. Jz. und der Mäusefraß im Winter, haben manches verdorben und im Wuchs gehemmt. Dieses darf aber den Wirtschaftler nicht entmutigen, an dem angefangenen Werk mit desto größerem Eifer weiterzuarbeiten und seiner Vollenbung entgegenzuführen. Ein jeder Forstmann weiß, daß der Wald mannigfachen Gefahren, sei es durch Naturereignisse oder aus einer andern Art, ausgesetzt ist. Wenn keine besondere Kalamität eintritt, so wird die spätere Generation in dem schönen Revier Stavenow entzückende Bestandesbilder mit außerordentlichen Schätzen zu Gesicht bekommen.

Persönlich möchte ich dem lieben Kollegen Herrn Lubasser nebst Gattin für die lebenswürdige und freundliche Aufnahme, die mir in seinem Hause zu teil wurde, nochmals meinen verbindlichsten Dank aussprechen.

Dölzig, Am., 19. Dezember 1911.

Boelfe, Revierförster.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

- 3743. Land. Joseph, Leihjäger, Wörten, Runk. (B.-Gr. IX.)
- 3747. Pfäzner, Georg, Oberförsterkandidat, Wendenhof b. Ebersdorf, Kr. Gabelschwerdt. (B.-Gr. VII.)
- 3748. Hornig, Wilhelm, Förster, Landbank Saarow, Mark. (B.-Gr. IX.)
- 3749. Christoph, Paul, Hilfsjäger, Foremba b. Lechnitz, Oberschles. (B.-Gr. VI.)
- 3750. Oberhettinger, Anton, Förster, Strempt, Bez. Baden. (B.-Gr. XI.)

8751. Steffin, Richard, Privatförster, Tornow b. Dramitz, Ostpreignitz. (W.-Gr. IX.)
 8752. Scheld, Balthasar, Forstwart, H. Zillbeck b. Wengenstedt. (W.-Gr. XVI.)
 8753. Riehm, Paul, Gutsförster, Meckelshin b. Tempin. (W.-Gr. IX.)
 8754. Riehm, Johann, Forstausseher, Nekow b. Tempin. (W.-Gr. IX.)
 8755. Hinz, Friedrich, Privatförster, Latznerberg b. Heiligenbeil. (W.-Gr. I.)
 8756. Böhm, Karl, Privatförster, Kerzenberg b. Ludwigsfelde. (W.-Gr. IX.)
 8757. Bieh, Edwin, Jagdausseher, Kerscheid b. Brüm. (W.-Gr. XI.)
 8758. Schotte, Adolf, Forstakademiker, Eichenach. (W.-Gr. XIII.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Beierstrah, Ed., einjährig-freiwilliger Jäger, Jäger-Batl. 8., Schlettstadt.

Bieland, Adolf, Förster, Langenhof b. Bernstadt, Schlesien.

Schweine, Karl, Forstschlichte, Donaustauf i. Bayern.

Overschäppling, Varnard, Forstschüler, Treßden-N. A. Wernerstr. 11.

Raderich, Friedrich, Förster, Brammrau b. Vortorf, Bez. Kiel.

Cifermann, Hubert, Privatförster und Gemeindevaldwärter, Kollscheid b. Wachen.

Rehner, Emil, Hegenmeister, Hb. Rottrag b. Deutsch-Gyllen.

Siegler, Otto, Förster, Lütjenhof b. Greiffenberg i. M.

Klar, Karl, Forstleider, Hb. Walscha b. Rubau.

Barpat, Hugo, Forstsekreter, Radlitz b. Kralitzheim.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 134, 140, 172, 1013, 1014, 1318 je 4 M., Nr. 1439 10 M., Nr. 1652 4 M., Nr. 1950, 2062, 2227, 24157 je 9,20 M., Nr. 2720, 3075 je 4 M., Nr. 3079, 3236 je 8 M., Nr. 3304 3390 je 9,20 M., Nr. 3546 4 M., Nr. 3719 9,20 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle
 des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
 zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meininger Forstware.

Im Anschluß an die in Nr. 1 dieses Blattes gemachten Mitteilungen, betr. „Die beleidigenden Vorwürfe des Herrn Landtagsabgeordneten Nies“, sei noch folgendes mitgeteilt:

Herr Abgeordneter Nies hat auf meine Erklärung in Nr. 300 der „Vorzeitung“ (s. Abdruck in Nr. 1 b. Bl.) folgende Erwiderung in Nr. 303 dieser Zeitung abgegeben:

„In Nr. 300 der „Vorzeitung“ fühlt sich ein Herr Reuter in Steinbach, Vorsitzender des Vereins meiningischer Forstware, berufen, mir eine Vorlesung über den guten Ton im Landtag, insbesondere den Ton eines Richterstatlers der Forst- und Jagdverwaltung zu halten. Ich habe darauf folgendes zu erwidern: Zunächst sagt Herr Reuter, die Forstware hätten zur jetzigen Landtagsperiode ein Gesuch überhaupt nicht eingebracht, das Gesuch habe vielmehr bereits im Februar seine Erledigung gefunden. Diese seine Ansicht ist irrig. Der Landtag hat sich im März dieses Jahres lediglich mit dem Gesuch des Forstwarts Eichert in Langensfeld beschäftigt und es zur Kenntnisnahme überwiesen. Dabei ist das Gesuch des Vereins der Forstware allerdings gestreift, aber nicht erledigt worden. Über dieses letztere Gesuch konnte seinem ganzen Inhalt nach nur beim Etat beschlossen werden. Sodann entrüftet sich Herr Reuter in wirklich sehr starken Ausdrücken über meine Bemerkung im Landtag, das Gesuch der Forstware leide an Übertreibung; — meiner Erinnerung nach habe ich diesen Ausdruck gebraucht — ich kann darauf nur entgegnen, daß ich nicht allein meiner persönlichen Ansicht, sondern der Ansicht des ganzen Finanzausschusses und wahrscheinlich des gesamten Landtags Ausdruck gegeben habe, wenn ich von „Übertreibung“ in dem Gesuch sprach. Zur Illustrierung meiner Kritik möchte ich nur einige Stellen aus dem Gesuch wiedergeben: „Unsere Bezüge stehen in keinem Verhältnis zu unseren Leistungen.“ „Mit immer größerer Deutlichkeit drängt sich uns das

Gefühl eines Zurückgefallenins anderen Beamten gegenüber auf. Wir fühlen uns berechtigt, diesen unsere gesellschaftliche Stellung sehr beeinträchtigenden Titel (nämlich den Amtstitel Forstwart) als nicht zeitgemäß zu bezeichnen.“ Dabei haben, was ich betonen will, die Forstware im Jahre 1910 genau die gleiche Gehaltssteigerung wie alle anderen Beamten, nämlich reichlich 10 Prozent, erhalten und der Finanzausschuß hat ihnen durch Resolution noch eine Vergütung von 100 M. für ein Dienstzimmer zugesprochen. Diese Resolution ist vom Landtag angenommen und von der herzoglichen Staatsregierung auch berücksichtigt worden, ferner hat der Herr Staatsminister damals erklärt, daß der nächste Etat eine neue Regelung der Bezüge der Forstware bringen werde. (Dieses Versprechen ist gehalten, da nach dem neuen Etat die Forstware 1400 bis 2100 M., daneben 100 M. für Uniform, 100 M. für ein Dienstzimmer und 300 M. Stellenzulage beziehen.) Wo also ein ‚Zurückgefallen‘ der Forstware herkommen soll, ist mir unersinnlich, das Gegenteil ist eher der Fall und ich habe sonach mit dem Wort ‚Übertreibung‘ die Ansicht des Finanzausschusses in eine sehr milde Form gelehdet. Der Herr Einsender orakelt ferner von der ‚Mitteilung oder Heterei eines Gewährsmannes, der das Vorwärtskommen der Forstware zu verhindern suche‘ und der wahrscheinlich meine Kritik veranlaßt habe. Dieser Rede Sinn ist dunkel und mir völlig unverständlich. Zum Schluß kann ich eine Bemerkung nicht unterdrücken. Im Gesuch ist u. a. erwähnt, daß die Leistungen der meiningischen Forstware mit an erster Stelle ständen, daß ihre Vorbildung mit der der Förster Preußens und Bayerns mindestens auf eine Stufe zu stellen sei, ihr Gehalt aber wesentlich zurückstehe. Warum ist dann Herr Reuter nicht in den preussischen oder bayerischen Dienst getreten? Er wußte doch, was seiner wartete und mußte doch die Gehaltsverhältnisse in Meiningen kennen; der Staat Meiningen würde ihn gewiß nicht mit Gewalt festgehalten haben.

Salzfeld (Saale), 23. Dezember 1911.

Gottfr. Nies.“

Daraufhin gab ich der „Forstzeitung“ am 2. Januar 1912 folgende öffentliche Erklärung zwecks Aufnahme in diesem Blatte ab:

„In Nr. 303 der „Forstzeitung“ v. J. bringt Herr Abgeordneter Nies auf meine früher abgegebene Erklärung, betr. Gehaltsgefuche der Forstwärte, eine Erwiderung, die ihrer Eigentümlichkeit wegen einige Worte der Entgegnung erfordert.

Herr Abgeordneter Nies bezeichnet meine Ansicht — nämlich die, daß die Forstwärte zur jetzigen Landtagsperiode ein Gesuch überhaupt nicht eingebracht hätten usw. — als irrig und sagt, was ich einlich zur Begründung seiner Behauptung, daß der Landtag in vergangener Session zwar das Gesuch des Forstwarts Eichert erledigt, das Gesuch der Forstwärte dabei allerdings gestreift, aber nicht erledigt habe usw. — Es gleich man annehmen sollte, daß Herr Landtagsabgeordneter Nies auf dem laufenden ist, kann ich mich dennoch des Gefühls nicht erwehren, daß ich mich ein Zritum unterlaufen sein muß. Ich behaupte nach wie vor, daß nicht meine, sondern die Ansicht des Herrn Nies irrig ist. Der wahre Sachverhalt ist doch der:

Unter dem 12. Februar 1911 richtete der Forstwart Eichert als damaliger Vorsitzender unseres Vereins und Beauftragter Vertreter von 97 % aller Forstwärte ein Gesuch (Druckschrift als Beilage mit Begleit-schreiben hierzu) an den Landtag, das am Kopf den Abtender: „Die Herzogl. Sachj.-Mein. Forstwärte“ trug und unterschrieben war: „A. A.: Eichert.“

Dieses Gesuch ist vom Landtag in seiner 68. öffentlichen Sitzung (i. amtliches Sitzungsprotokoll vom 14. März 1911!) als nicht unbedeutend erkannt und der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen worden. Ein anderes als dieses einzige Gesuch ist ebensowenig seitens der Forstwärte eingebracht worden, als ein Gesuchsbeingang im Landtag bekanntgegeben worden ist. Wie hiernach die von Herrn Nies vertretene Auffassung: es läge ein Gesuch des Forstwarts Eichert — also in persönlichem Sinn — und ein solches der Forstwärte vor, Platz greifen kann, ist uns nach wie vor unverständlich. Meines Erachtens ist es ebenso eigentümlich, dem Forstwart Eichert, als damaligen Beauftragten, eine persönliche Absicht unterzuschreiben, wie mich jetzt bei Ausübung meiner mir obliegenden Ehrenpflichten in rücksichtsloser Weise persönlich anzugreifen.

— Was zweitens die Zitate aus unserer Druckschrift betrifft, mit denen der Herr Abgeordnete Nies seine beleidigende Kritik zu begründen sucht, will ich darauf des näheren nicht eingehen; jeder vernünftige Leser wird selbst entscheiden, ob sie die behauptete „große Überhebung und Übertreibung“ enthalten, und ob sie Herrn Nies zu seinem Vorgehen berechtigten. Denn es ist sehr leicht, Sätze aus dem Zusammenhang eines Schriftstückes zu reißern (ohne deren Begründung beizufügen!) und als maßlose Forderungen an den Landtag zu stellen; widerlegt werden dieselben dadurch trotzdem nicht. Dabei wolle man berücksichtigen, daß unser Gesuch zu einer Zeit eingereicht worden ist, wo wir in unseren pensionsfähigen Be-zügten noch alle Beamten gegenüber zurückstanden, also noch hinter der geringstbesoldeten

Im Jahre 1910 haben wir gewiß, wie alle Beamten, eine Zulage von ca. 10 %, erhalten; das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir auch dann noch allen Beamten zurückstanden, uns also mit Recht zurückgesetzt fühlen mußten. Herr Abgeordneter hat dabei eben vergessen, zu berücksichtigen, daß der heutige Forstwart nicht mehr der frühere ist — was wir eben in der Druckschrift nachgewiesen haben — und daß wir infolgedessen für uns eine besondere, mit einer allgemeinen Zulage nicht im Zusammenhang stehende Gehaltserhöhung in Anspruch nahmen; diese ist nun soeben auf Vorschlag unserer Regierung erfolgt, der beste Beweis dafür, daß wir tatsächlich zurückstanden, und daß unser Gesuch nicht übertrieben, sondern begründet war.

Damit wäre ja der gesamte Inhalt der Entgegnung des Herrn Abgeordneten Nies widerlegt, ich kann es mir aber nicht versagen, noch folgendes näher zu beleuchten: Herr Abgeordneter Nies zählt uns im weiteren unsere soeben vom Landtag genehmigten Zulagen usw. auf und sagt in Verbindung damit: „Wo also ein „Zurückgesetztsein“ der Forstwärte herkommen soll, ist mir unersichtlich usw. usw.“

Sonderbare Argumentation!

Herr Abgeordneter Nies, ist es denn wirklich notwendig, hier noch einmal feststellen zu müssen, daß die Forstwärte von Zurücksetzung nicht jezt, sondern zu einer Zeit gesprochen haben, wo sie den niedrigst besoldeten Beamten noch um 100 M nachstanden, wo ferner die Forstwärte weder von den Versprechungen Sr. Excellenz, „der nächste Etat werde diesbezügliche Vorschläge bringen“, noch von der soeben genehmigten Zulage nur eine Abnung hatten?

Wenn ferner Herr Abgeordneter Nies die Bemerkung nicht unterdrücken kann: warum ist Herr Reuter nicht in den preussischen oder bayerischen Dienst getreten usw., so haben wir bislang diese Bemerkung seitens Herrn Nies immer vermist, wenn Beamtenklagen Gesuche um Besserstellung mit Hinweisen auf andere Bundesstaaten stützen. Selbst als in letzter Sitzungsperiode Herr Staatsminister darauf hinwies, daß die Gehälter der Oberförster, z. B. anderen Staaten gegenüber, gering wären, hätte Herr Nies mit seinem ominösen Satz einfallen müssen, wenn er konsequent und vorzuziehender gegen die Forstwärte hätte sein wollen.

Weiter soll hier nichts geäußert werden, und es soll — obgleich Herrn Abgeordneten Nies auch fernerhin auf etwa noch folgende Entgegnungen ausführlich geantwortet werden könnte — auf weitere öffentliche Erklärung verzichtet werden, in der Hoffnung, daß dadurch etwaige unliebsame Erörterungen vermieden werden können, denn nicht das Bestreben, das letzte Wort haben zu wollen, veranlaßt diesen nochmaligen Schritt, sondern die Notwendigkeit, weiteren Kreisen den wirklichen Sachverhalt aufzuklären.

Steinbach (Mt. Mein.), 1. Januar 1912.

D. Reuter,
Vorsitzender des Vereins Herzogl. S.-M. Forstwärte.“

Diese Erklärung hat die Geschäftsleitung der „Dorfzeitung“ ohne stichhaltigen Grund zur Aufnahme in ihrem Blatte abgelehnt und am 4. Januar a. c. an mich zurückgegeben.

Steinbach (Kr. Mein.), 8. Januar 1912.
Der Vorstand: D. Reuter, Vorsitzender.

Verein alter Garde-Jäger zu Berlin.



Unsere diesjährige Kaisergeburtstagsfeier — verbunden mit der Erinnerungsfest an den 200 jährigen Geburtstag Friedrichs des Großen, des Stifter der Jägerwaffe (geb. am 24. Januar 1712) — wollen wir am Dienstag, dem 6. Februar 1912, im Anschluß an die Vereinsführung durch einen Fest-Kommers im Saale unseres Vereinslokals befehen.

Anzug: Gehrock, Walduniform oder Uniform mit Vereinsabzeichen und Orden.

Unser Winter-Vergnügen findet am Sonnabend, dem 10. Februar 1912, abends 8½ Uhr, im großen Festsaale des Restaurants „Tiergartenhof“, Charlottenburg, Berliner Straße 1/2 (unmittelbar am Stadtbahnhof Tiergarten), in Gestalt eines Sommerfestes („ein Pfingstfrühkonzert auf den Garde-Jäger-Schießständen“) statt, zu welchem unsere lieben Vereinsmitglieder mit ihren verehrten Familien, Verwandten und Freunden kameradschaftlich eingeladen werden. — Die Musik wird von der Kapelle des Garde-Jäger-Bataillons ausgeführt.

Von den Vereinskameraden, deren Damen und unselbständigen Familienangehörigen wird ein Eintrittsgeld nicht erhoben. Gäste und selbständige Familienmitglieder der Vereinskameraden müssen Eintrittskarten zum Preise von je 1 M. lösen, die von dem Unterzeichneten zu beziehen und auch am Festabend beim Betreten des Saales zu haben sind. — Kameraden befreundeter Vereine haben bei Anlegung des Vereinsabzeichens mit einer Dame freien Eintritt. Anzug für Herren: Überrock, Walduniform, Sommer-, Radler-, Tennis- oder Strandanzug. Vereinsabzeichen. — Fraa und schwarzer Anzug nicht erwünscht. Für Damen: Sommergarderobe!

Die nächsten Vereinschießen finden am Sonntag, dem 21. Januar (Kaisergeburtstags-Schießen),

Sonntag, dem 18. Februar, und Sonntag, dem 17. März, im Schützenhaus Schloß Schönholz statt. — Der erste Schuß fällt stets um 1 Uhr — Um rege Beteiligung wird gebeten.

Seit Übersendung des Jahresberichtes sind leider verstorben die Kameraden: Otto, Stadtförster, Bohnenland (1858, IV.), Clausius, Königl. Hegemeister, Damelang (1869, II.), Pohl, Damenschneider, Berlin (1898 I.), Schurr, Pensionär, Wilhelmstruß (1880, II.), Beglow, Königl. Förster, Langensfuhr (1877, III.), Kasper, Königl. Förster a. D., Diesenthal (1853, III.), Rosa, Königl. Hegemeister a. D., Niederlehme (1856, I.), Grothe, Städtischer Oberförster, Brandenburg (1859, I.), Steger, Mobist, Berlin (1858, II.), Denzer, Gastwirt, Proßten, Ostpr. (1880, II.), sowie unser langjähriger Kassenprüfer Döring, Königl. Kartograph im Großen Generalstab, Berlin-Schöneberg (1876, I.), bei dessen Beisehung auch unser liebes Bataillon durch eine Abordnung vertreten war. — Wir werden den lieben, treuen Kameraden ein dauerndes Gedenken bewahren.

Der Vorstand hatte die große Freude, unserem hochverehrten Ehrenmitglied, Herrn Hofprediger a. D. D. theol. Rogge zur Vollenbung des 80. Lebensjahres, sowie den Kameraden Dentler, Rüter, Lichtenberg II, Ruethnid I, Mahnkopf und Süßer zum 50jährigen Jubiläum die Glückwünsche des Vereins auszusprechen und empfing herzliche Dankschreiben von denselben.

Indem wir allen aktiven und ehemaligen Garde-Jägern, nah und fern, und ihren Familien ein recht gesundes und fröhliches Weihnachtstfest und viel Glück und Segen zum neuen Jahre 1912 wünschen, verbleiben wir mit herzlichem, kameradschaftlichem Gruß, Wald- und Weidmannsheil!

Der Vorstand
des Vereins alter Garde-Jäger.

Rechnungsrat G. Herrmann, 1. Vorsitzender,
Berlin W 8, Ryßhauer Straße 24.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

Ortsgruppe Corbach. Sonnabend, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Gasthaus „zum goldenen Engel“ zu Corbach. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes. Anschließend hieran findet die Geburtstagsfeier Sr. Durchlaucht des Fürsten statt.

Corbach, Ruhr, 7. Januar 1912.

Der Vorstand.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 27. — Die Anstellungsverhältnisse der preussischen Forstassessoren. Von Guse. 27. — Ein Jubiläum der Forstwissenschaft. 28. — Vom Holzmarkt. 29. — Preussischer Staatshaushaltsetat 1912. 33. — Kiefern Samenhandel. Von Dr. Schwappach. 34. — Zu: über die amerikanische großfruchtige Moosbeere. Von v. Seydel. 34. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 34. — Hochschulaussichten. 35. — Vorschriften über die Vorbereitung für den staatlichen Forstverwaltungsdienst im Herzogtum Vorpommern. 35. — Amtlicher Marktbericht. 38. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 38. — Offene Stellen im Gemeinde- und Forstverwaltungsdienst für Einwärtler des Jägerkorps. 38. — Brief- und Fragekasten. 37. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 37. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 39. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 44. — Inserate.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfälliger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balaunzen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Zulassendes Organ des Grandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldbund“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstfrauenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter und des Vereins Waldeck-Hymer Forstbeamten.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage: Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingelaufenen Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 3.

Neudamm, den 21. Januar 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Forstaufsichtsstelle zu Priorssege, verbunden mit klostertlicher Wohnung und Pachtländereien, in der Klosterobersforsterei Lüneburg, Regierungsbezirk Hannover, ist zum 1. April 1912 neu zu besetzen. Etwaige Bewerbungen älterer Forstaufsichtsher des Bezirks sind bis zum 1. Februar einzureichen.

Försterstelle Jorga in der Oberförsterei Hersfeld-Wipperfshain, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. April 1912 anderweit zu besetzen.

Der neue preussische Forstetat.

Der Etat der preussischen Forstverwaltung für 1912 schließt mit einem Überschuß von 71 402 000 M. ab, also mit 3 047 000 M. weniger als im Jahre vorher. Die Einnahmen in Höhe von 145 255 000 M. sind um 2 272 000 M. heruntergegangen, die auf 73 853 000 M. veranschlagten Ausgaben um 775 000 M. gewachsen. Der Überschuß im Ordinarium ist diesmal um 1 710 000 M. geringer und der Zuschuß im Extraordinarium um 1 337 000 M. höher angesetzt.

Die Einnahme für Holz wird auf 129 000 000 M., mithin um 1 000 000 M. geringer geschätzt als im vorigen Etat. Das hängt aber lediglich damit zusammen, daß in letzterem infolge

des Mehreinschlages, den der Nonnenstraß in Ostpreußen veranlaßt hat, allein 13 000 000 M. gestundete Kaufgelder eingestellt waren. Dieser Posten fällt natürlich jetzt fort. An außergewöhnlichen Einnahmen ist lediglich der Ertrag des Mehreinschlages, der in der Oberförsterei Schwerin nach dem großen Waldbrande im vorigen Jahre notwendig war, mit 2 500 000 M. zu verzeichnen. Sieht man von diesen durch Naturereignisse hervorgerufenen Erträgen ab, so zeigt doch der neue Etat ein ganz erhebliches Wachsen der Einnahme für Holz, nämlich um 9 500 000 M. Der Etat bemerkt auch ausdrücklich, daß die Holzpreise im Etatsjahr 1911 gestiegen sind und

ein weiteres Steigen für 1912 zu erwarten ist. Aus den Nebenmehungen werden 192 000 \mathcal{M} und aus der Jagd 30 000 \mathcal{M} mehr erwartet. Der Titel für verschiedene andere Einnahmen weist einen Zugang von 357 200 \mathcal{M} auf. Die Erlöse aus dem Verfaufe von Forstgrundstücken werden um 1 840 000 \mathcal{M} geringer geschätzt als im Vorjahre.

Die Zahl der Forstratsstellen ist um 5 verringert. Hier von entfallen zwei auf Cassel und je eine auf Gumbinnen, Potsdam und Wiesbaden. Die Zahl der Oberförsterstellen ist die gleiche geblieben. An Stelle der im Etatsjahre 1911 eingezogenen Reviere Lautenhausen (Cassel) und Heldringen (Merseburg) sind Schönberg (Danzig) und Großborn (Köslin) gebildet. Von den Försterstellen sollen 5 in Reviereförsterstellen umgewandelt werden, deren Zahl alsdann auf 227 steigt; im übrigen hat sich die Gesamtzahl der Beamten dieser beiden Klassen nicht geändert. Die einzige Dünenaufsicherstelle, die die Forstverwaltung in Billkoppn besitzt, wird eingezogen, die Zahl der vollbeschäftigten Waldwärtner von 59 auf 56 weiter heruntergesetzt. Ferner fällt eine Wiesenmeister- und eine Forstwärterstelle fort. Der Fonds zu außerordentlichen Remunerationen und Unterstützungen für Unterbeamte ist um 5700 \mathcal{M} , der zu außerordentlichen Unterstützungen für mittlere und höhere Beamte um 51 448 \mathcal{M} erhöht worden. Für das kommende Jahr sind nämlich bei sämtlichen Verwaltungen die Unterstützungsfonds höher bemessen. Der Finanzminister hat insgesamt 3 000 000 \mathcal{M} hierfür ausgesetzt. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Maßnahme mit der herrschenden Teuerung in Verbindung bringen, die anscheinend im Unterstützungswege gelindert werden soll. Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus werden wohl näheren Aufschluß hierüber geben. Für das Etatsjahr 1911 beabsichtigt die Staatsregierung die Mittel durch Überschreitung der Unterstützungsfonds flüssig zu machen. Da hierzu die Genehmigung des Landtages erforderlich ist, werden die Beträge nicht vor Ende Januar gezahlt werden können.

Alle übrigen Veränderungen bei den Besoldungen und anderen persönlichen Ausgaben beziehen sich im wesentlichen nur auf Schwankungen, die durch das Besoldungsdienstalter bedingt werden. Auch bei den Stellenbezügen sind fast nur Änderungen zu verzeichnen, die als notwendige Folgen bekannter Vorgänge sich ohne weiteres von selbst ergeben. Wir sehen z. B., wie die Regelung des Dienstaufwandes und des

Dienstlandes der Oberförster langsam weiter schreitet, wie infolge Vergrößerung des forstfiskalischen Besitzes die Dienstaufwandsfonds der vollbeschäftigten Forstkasienrendanten um 3000 \mathcal{M} wachsen. Außerdem werden für 7 Reviereförster- und 2 Försterstellen insgesamt 1620 \mathcal{M} Pferdehaltungszulagen mehr beansprucht.

Der Werbungskostenfonds steigt von 15 900 000 auf 16 500 000 \mathcal{M} . Die vermischten Ausgaben, die seit 1904, je nachdem bei ihnen Löhne vorkommen oder nicht, nach dem Forstwirtschaftsjahr oder Etatsjahr verrechnet wurden, werden zu einem Titel vereinigt und künftig ausschließlich nach dem Etatsjahr verrechnet. Die Ausgaben für Real- und Kommunallasten sind um 173 000 \mathcal{M} gestiegen, während die Ablösungsrenten 159 000 \mathcal{M} weniger erfordern.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben ist der Fonds, der zum Ankauf und zur ersten Einrichtung von Grundstücken und zur Anlage von Strazengängen innerhalb der zur Veräußerung bestimmten Grundstücke dient, um 1 653 000 \mathcal{M} geringer bemessen, als im Jahre vorher. Trotzdem ist die Zweckbestimmung dieses Titels erweitert worden. Es soll künftig, um den Verkauf von Land, das sich für Bebauungszwecke eignet, vorteilhafter zu gestalten, möglich sein, die Kosten für die Kanalisation, für die Unterhaltung der Anlagen bis zur Gemeindebildung oder Eingemeindung, für die Ordnung der Gemeindeverhältnisse, für Schulbauten und ähnlichem, aus diesem Titel zu bestreiten. Zwecks besserer Nutzung der günstigen Holzpreise ist beabsichtigt, mit dem Ausbau notwendiger Wege und des Fernsprechnetzes schneller vorzugehen. Um dies zu ermöglichen, ist der Zuschuß zum Wegebaufonds von 1 000 000 \mathcal{M} auf 2 000 000 \mathcal{M} , der Zuschuß zum Fonds der Beihilfen für Wegebauten von 200 000 \mathcal{M} auf 300 000 \mathcal{M} , und der Fonds zur Herstellung von Fernsprechanlagen von 150 000 \mathcal{M} auf 200 000 \mathcal{M} erhöht.

Der Fonds Kap. 62 Titel 9, der zwar auf dem Etat des Finanzministeriums steht, über den die Forstverwaltung aber zum Teil verfügen kann, ist um 500 000 \mathcal{M} erhöht worden. Der Fonds dient bekanntlich zur Unterstützung von Beamten, die zu einem vor dem 2. April 1907 liegenden Termin pensioniert worden sind, und zur Unterstützung von Witwen und Waisen dieser und der vor dem 1. April 1907 verstorbenen Beamten. Zu diesem Zwecke stehen nunmehr 3 250 000 \mathcal{M} jährlich zur Verfügung.

Den vollständigen Abdruck des Etats lassen wir auf Seite 50 folgen.

Mitteilungen.

Zur Samenprovenienzfrage. In Würdigung der Ergebnisse der Untersuchungen bezüglich der Samenprovenienz schenkt die bayerische

Staatsforstverwaltung der Beschaffung des alljährlich in großer Menge benötigten Nadelholzsamens in jüngster Zeit erhöhtes Interesse. So

wurde angeordnet, daß zur Abgabe von Lieferrungsangeboten für Kiefern Samen nur solche Firmen aufzufordern sind, welche ihre Betriebe der Kontrolle durch den Deutschen Forstwirtschaftsrat unterstellt haben. Die Lieferung von Samen deutscher Herkunft ist mit mindestens 85%iger Keimfähigkeit auszubedingen. Der gesteigerten Keimkraft ist durch entsprechende Bemessung der zu verwendenden Samenmenge Rechnung zu tragen; für Kiefern Samen genügt ein Samenquantum von 5 kg, für Kiefern Samen von 3,5 kg pro Hektar, für das Art Saatbeetfläche ein solches von 0,6 kg; nach diesen Ansätzen ist der Samenbedarf künftighin festzustellen. Wo nur ein geringerer Bedarf an Nadelholzsamen besteht, wird Selbstgewinnung zu empfehlen sein; hierbei ist besonders Rücksicht darauf zu nehmen, daß das Sammeln der Zapfen tunlichst erst von Januar ab vorgenommen wird; dadurch wird ein vollständiges Ausreifen der Samen und eine bedeutende Erleichterung des Ausklengens erreicht. Wo die Zapfengewinnung an liegenden Stämmen geschieht, was meistens der Fall sein wird, ist die Fällung der dazu bestimmten Stämme bis zu diesem Zeitpunkt zu verschieben. Die Einrichtung eines größeren ärarialischen Kiefernbetriebes ist für die nächste von verschiedener Seite in Vorschlag gebrachte Zeit nicht beabsichtigt, es soll daher die Kiefernzapfenernte in geeigneten Staatswäldern an dem Kontrollverbande angehörige Kiefernplantagen auf 6 jährige Dauer abgegeben werden. Die königl. Forstämter mit geeigneten Staatswäldern wurden zum Abschlusse von Verträgen mit Kontrollkieserfirmen des Deutschen Forstwirtschaftsrates wegen Vergebung der Ernte von Kiefernzapfen, die sich auf Schlägen gelegentlich der Fällungen ergibt, ermächtigt. Da Zapfengröße und Samenergiebigkeit nach Klima, Lage, Bestandesalter und Beschaffenheit, sowie auch nach Witterungsverhältnissen während der Fruchtbildung beträchtlichen Schwankungen unterworfen sind, ist bei Vergabung der Zapfenernte, die nach Hohlmaß (hl) erfolgen soll, auf die, den Wert des Zapfenmaterials bestimmenden Einflüsse gebührend zu achten. Durch Messen der gewonnenen Zapfen im Hohlmaße mit einfachen Hilfsmitteln und durch Wägen der hieraus für den Selbstbedarf geklengten Samenmengen sollen örtliche Erfahrungsziffern zur Beurteilung des Zapfenwertes sowie der für Sammeln der Zapfen noch rentablen Kosten ermittelt werden. Zum vorläufigen Ansatze kann die Angabe dienen, daß in Schweden unter günstigeren Verhältnissen auf den Hektoliter Zapfen eine Ausbeute von ca. 500 g Samen sich ergibt. —g—

Aufforstungen und Waldgenossenschaften in Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein, die walddärmste Provinz des Preussischen Staates, wird auf weite Strecken von ausgedehnten, ertraglosen Moor- und Heideflächen durchzogen, deren Aufforstung zwar schwierig, jedoch wenigstens teilweise möglich ist. Hierzu mag es wohl bisher an dem nötigen Interesse und den erforderlichen Anregungen gefehlt haben. Durch die Gründung eines Heidekulturbereins sind nun größere Aufforstungen veranlaßt worden, und namentlich ist in den letzten

Jahren von einzelnen Besitzern und Gemeinden der Versuch gemacht worden, jene Oblandsflächen der Forstwirtschaft zu erschließen. Um nun diesen Zweck besser zu erreichen, haben sich in verschiedenen Gemeinden die Besitzer solcher Grundstücke zu Waldgenossenschaften vereinigt und bereits ganz vorzügliche Erfolge erzielt. Namentlich die Waldgenossenschaft des Dorfes Bohmsstedt, Kreis Husum, wird wegen ihrer günstigen Resultate als nachahmenswertes Vorbild für andere Aufforstungsgenossenschaften bezeichnet. Das Vereinsblatt des Heidekulturbereins berichtet über die Bohmsstedter Waldgenossenschaft folgendes: Die Gründung erfolgte im Jahre 1896. Dreizehn, zum Teil recht bemittelte Dorfsingessene faßten den Entschluß, ihre von alten Waldflecken (Eichenkratt) durchsetzten, für landwirtschaftliche Nutzung zu entfernt liegenden Äcker und Heideländerien mit waldbähigem Boden gemeinschaftlich aufzuforsten und den forstwirtschaftlichen Betrieb für gemeinschaftliche Rechnung zu führen. Der Geschäftsanteil wurde auf 200 M festgesetzt. Die Genossenschaft besteht zurzeit aus 17 Mitgliedern mit 65 Geschäftsanteilen. Nach den Statuten ist jeder Genosse verpflichtet, ihm gehörige Grundstücke, die von der Genossenschaft als zur Aufforstung geeignet befunden werden, an diese für den von einer aus drei Mitgliedern der Genossenschaft bestehenden Schätzungskommission ermittelten Kaufpreis abzutreten. Für den Fall, daß der landabtreitende Genosse mit dem Ergebnis der Schätzung nicht zufrieden ist, steht ihm Verzug auf einen Schiedsmannspruch zu. Der Vorstand wird auf vier Jahre von der Generalversammlung gewählt, er hat die gesamten Geschäfte der Waldgenossenschaft zu führen, und ist auch befugt, ohne weitere Ermächtigung Grundstücke für die Zwecke der Genossenschaft zu erwerben. Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend ist außerdem auch ein Aufsichtsrat vorhanden. Der Reservefonds beträgt 5000 M. Von dieser Genossenschaft sind nun im Laufe der 14 Jahre ihres Bestehens 86 ha Ländereien erworben, von denen bis jetzt 77 ha aufgeforstet und mit 33 800 M Buchwert eingetragen sind. Weitere Ankäufe werden beabsichtigt. Zur Verwaltung des Waldes ist ein Forstausscher angestellt. Dieser hat sich auch persönlich an allen Kultur- und Hauungsarbeiten zu beteiligen. Werden Arbeiten und Lieferungen vergeben, so sind zunächst die Genossen zu berücksichtigen, ebenso beim Verkauf der Waldprodukte. Durch diese Maßnahmen soll das Interesse der Genossenschaft wachgehalten werden, ebenso wie auch durch jene Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach alljährlich eine Versammlung in den Aufforstungen stattzufinden hat, an der auch die Familienmitglieder und sonstige Freunde des Waldes teilnehmen können, die Freude zum Walde gewedt werden soll. Die Waldgenossenschaft Bohmsstedt ist von der Provinz durch ein Darlehn von 16 000 M zu 2½ % Zinsen und 1½ % Amortisation, und vom Heidekulturberein, dessen Mitglied sie ist, durch Beratung und unentgeltliche Abgabe von Pflanzen unterstützt worden, was im Interesse der Mehrung und Erhaltung des bäuerlichen Waldes freudig zu begrüßen ist.

Etat der Forstverwaltung für das Etatsjahr 1912.

Nr.	Einnahme und Ausgabe	Betrag für das Etatsjahr 1912	Der vorige Etat		Mitteln		Gründerungen
			fest aus	nicht	für 1912	weniger	
		1912	1912	1912	1912	1912	
2.	Einnahme.						
1.	Vollz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1911/1912	129 000 000	130 000 000	—	1 000 000	—	Die Einnahme hat betragen im Etatsjahre 1909 . . . 119 204 288 \mathcal{M} und " " 1910 . . . 118 134 456 \mathcal{M} mithin durchschnittlich für 1 Jahr . . . 118 669 472 \mathcal{M} . Die Einnahme des Etatsjahres 1911 zeigen ein Steigen der Holzpreise an. Ein weiteres Steigen ist für 1912 zu erwarten. Aus einem großen Preisrückgang in der Oberförsterei Schmörm in Mecklenburg-Vorpommern infolge eines Waldbrandes wurden außerdem etwa 2,5 Millionen Mark aufkommen. Es kann demzufolge mit einer Einnahme von 129 Millionen Mark gerechnet werden. Von der Einnahme für Holz im Etatsjahre 1910 entfallen auf Buchholz . . . 90 652 816 \mathcal{M} und auf Brennholz . . . 27 002 820 \mathcal{M} . Der Durchschnitt für die Etatsjahre 1909 und 1910 beträgt . . . 6 547 635 \mathcal{M} . Hierzu tritt infolge der Verpachtung einziehender Eigentümern der Oberförsterei (vgl. Erläuterung a zu Kap. 2 Tit. 14 der bauernden Ausg.-bem.) . . . 3 429 \mathcal{M} . Es ist inbessenen eine Einnahme von 6 564 000 \mathcal{M} zu erwarten.
2.	Nebeneinnahmen	6 564 000	6 372 000	192 000	—	—	Der Durchschnitt für die Etatsjahre 1909 und 1910 beträgt . . . 6 547 635 \mathcal{M} . Hierzu tritt infolge der Verpachtung einziehender Eigentümern der Oberförsterei (vgl. Erläuterung a zu Kap. 2 Tit. 14 der bauernden Ausg.-bem.) . . . 3 429 \mathcal{M} . Es ist inbessenen eine Einnahme von 6 564 000 \mathcal{M} zu erwarten.
3.	Zugb	680 000	650 000	30 000	—	—	Der Durchschnitt für die Etatsjahre 1909 und 1910 beträgt . . . 6 547 635 \mathcal{M} . Hierzu tritt infolge der Verpachtung einziehender Eigentümern der Oberförsterei (vgl. Erläuterung a zu Kap. 2 Tit. 14 der bauernden Ausg.-bem.) . . . 3 429 \mathcal{M} . Es ist inbessenen eine Einnahme von 6 564 000 \mathcal{M} zu erwarten.
4.	Forstgräbereien im Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1911/1912	139 000	153 000	—	14 000	—	Der Durchschnitt für die Etatsjahre 1909 und 1910 beträgt . . . 6 547 635 \mathcal{M} . Hierzu tritt infolge der Verpachtung einziehender Eigentümern der Oberförsterei (vgl. Erläuterung a zu Kap. 2 Tit. 14 der bauernden Ausg.-bem.) . . . 3 429 \mathcal{M} . Es ist inbessenen eine Einnahme von 6 564 000 \mathcal{M} zu erwarten.
5.	Rückzahlungen auf die an Forstbeamte (Oberförster, Revierförster, Förster, Meßler und Wärter) zur wirtschaftlichen Einrichtung bei Übernahme oder anderweitiger Ausbesserung einer Stelle gewährten Vorzuschüsse (vgl. Kap. 2 Tit. 13 der Ausgabe)	150 000	150 000	—	—	—	Der Durchschnitt für die Etatsjahre 1909 und 1910 beträgt . . . 6 547 635 \mathcal{M} . Hierzu tritt infolge der Verpachtung einziehender Eigentümern der Oberförsterei (vgl. Erläuterung a zu Kap. 2 Tit. 14 der bauernden Ausg.-bem.) . . . 3 429 \mathcal{M} . Es ist inbessenen eine Einnahme von 6 564 000 \mathcal{M} zu erwarten.
6.	Forstliche Gehaltsstellen	104 800	102 000	2 800	—	—	Der Durchschnitt für die Etatsjahre 1909 und 1910 beträgt . . . 6 547 635 \mathcal{M} . Hierzu tritt infolge der Verpachtung einziehender Eigentümern der Oberförsterei (vgl. Erläuterung a zu Kap. 2 Tit. 14 der bauernden Ausg.-bem.) . . . 3 429 \mathcal{M} . Es ist inbessenen eine Einnahme von 6 564 000 \mathcal{M} zu erwarten.
7.	Verstorbene andere Einnahmen (Zu einnehmende Leistungen und Verpfändungen, Beiträge für Forstbeamte, die teils im Interesse der Forstverwaltung, teils als Privatpersonen, von rüchständigen Kaufleuten — Einnahmen des vormaligen Staatschuldes Kap. 24 Tit. 4 — usw.)	1 657 200	1 300 000	357 200	—	—	Der Durchschnitt für die Etatsjahre 1909 und 1910 beträgt . . . 6 547 635 \mathcal{M} . Hierzu tritt infolge der Verpachtung einziehender Eigentümern der Oberförsterei (vgl. Erläuterung a zu Kap. 2 Tit. 14 der bauernden Ausg.-bem.) . . . 3 429 \mathcal{M} . Es ist inbessenen eine Einnahme von 6 564 000 \mathcal{M} zu erwarten.
	Gesamt der ordentlichen Einnahmen	129 295 000	139 297 000	582 000	1 014 000	432 000	

Summe der Einnahme

Verwaltung und Betrieb.

1. 33 Oberförstermeister und 92 Hegungs- und Forsträte mit (4200 bis 7200 Mk.), einschließlich der pen- sionierten Dreizehntengulden für Oberförstermeister (1200 Mk.) und der pensionierten Gulden für Hegungs- und Forsträte (600 Mk.) bis zu einem Drittel der Zahl der entsprechenden Stellen.

840 Scherförförster
Garten 77 y m

840 Überörter, davon 75 ohne Gebiet
künftig wegfallend, mit (3000 bis
7200 „)

200 Mk.) 4 394 100 Mk.

Stierau: 2 veraltende Revierförster
in den Klosterforsten der Provinz
Hannover mit (1650 bis 2700 *M*)
(Weholt)

und einer pensionfähigen Hebräer.

Portierzuhause von je 450 K . . .

Die Überformer in Eigma=

lungen für die Dauer seiner Ver-

Verordnung als Forttechnischer Beirat

des Regierung=Präsidenten in

Entnahmen eine pensionfähige
Zulage von

Range von . . .

Alle Beamten erhalten außerdem

oder Dorf gegen Erstattung der

der an Stelle der Naturlieferung

ergütung, die Oberförster ohne

un/gerade Zahlungen

Seite 1

5

1

mithin durchschnittlich für 1 Jahr	13 821 072 Mk.
oder rund	6 900 000 Mk.

23 eniger:

a) durch Abiegung von 5 entbehrlichen Stie-
perungs- und Vorstrasseilen in Gumbinnen,
Botsdam, Gaffel und Wicksboden . . .
b) nach dem Dienstalter . . .

postum, eall und Bicsaben	84 200 K.
b) nach dem Dienstalter.	900.

Aus Nebeneinkünften beziehen 2 Oberförster und 12 Regierungs- und Forsträte für Gehälter in Gemeinde-, Stifts-, Schul- u. w. Forsten 3) bis 830 \mathcal{M} , 2 Regierungs- und Forsträte als Beiräte an landwirtschaftlichen Bezirksräthen 75 und 1600 \mathcal{M} .

2025

a) nach dem Dienitalter.

b) Gewerben II Überdritter ohne Kewier weniger
außerhalb des Bereichs der Staatsforst-
verwaltung im Staatsinteresse befristet

Die als fünfte bezeichnete Basis

ohne Revier erscheinen zum ersten Male im Etat für 1908

Wohnplätze in Gemeinde, Stifts-, Kirchen-,
Oberförster für Ge-

Lehrer an forst- und landwirtschaftlichen Lehranstalten, 18 als Leiter oder

Die Beaufichtigung militärischer Flächen 100 bis 1200 μ .

1800 bis 1800 μ , 1 als Kervalter eines Hofjagdbachens

1 als Böttger

als Teichhauptleute bis 1700 K. " als Strandhauptleute 170 und 400 K.,
rechnet 200 K., 2 als

Clubräume und Kassenräume von 800 bis 900 qm, 2 als Vorheber von
einer von Meliorationsgesellschaften.

vorher von Schulverbänden 50 bis 220 μ und 4 für die
unfertige

zurückzuführen auf die Invalidenversicherung

Kap.	Zi.	Ausgabe	Betrag für das Veranschlagte 1912 M.	Der vorige Etat seht aus M.	Wittlin		Gräuerungen
					mehr M.	weniger M.	
(2.)		übertrag	5 233 950	5 225 050	46 000	37 100	
		Beamteten dagegen freie Dienstwohnung und die verwaltenden Revierförster in den Klosterforsten Nebeneinnahmen aus der Jagd. Der Wert der Nebeneinnahmen wird für die verwaltenden Revierförster in den Klosterforsten mit 150 M. als pensionsfähiges Dienstseinkommen berechnet, im übrigen aber mit 300 M. auf das Gehalt angerechnet.					
3.		116 vollbeschäftigte Forstkonfessionen mit (2100 bis 4500 M.) (5 Rentanten haben Dienstwohnung.)	403 300	403 400	—	100	<p>Weniger nach dem Diensthalter.</p> <p>Aus Nebenämtern beziehen 80 Rentanten für die Verwaltung von Gemeinde, Bau, Kirchen, Spar- u. a. m. 50 bis 190 M., 16 für die Erhebung von Zöllen, gesten und Erhebung sonstiger Zönneneinnahmen 15 bis 900 M., 1 für die Erhebung von Zönneneinnahmen und Schiffahrtsgeldern 650 M., 2 als Vorkasse 680 und 816 M., 1 als Rechner einer Pensionskassenkasse 200 M. und 1 als Forster eines Schulverbandes 580 M.</p>
4.		5157 Revierförster und Förster, davon 1200 Förster ohne Revier künftig weglassend, mit (1400 bis 2500 M.) hierunter 2 Förster, deren Gehälter bei Kap. 2 Lit. 7 wieder vereinnahmt werden, unter Vorbehalt jederzeitiger Zurückziehung, ausschließlich für die Zwecke und auf Kosten einer Privatperson. 227 pensionsfähige Revierförstergeltern von 450 M. 56 vollbeschäftigte Waldwärter mit Gehältern von 1100 bis 1300 M. Zu ganzen 10 841 050 M. 1740 "	10 839 310	10 730 485	108 825	—	<p>Weniger:</p> <p>a) nach dem Diensthalter</p> <p>b) zur Vermeidung von 5 Revierförstergeltern</p> <p>c) durch Wegfall von 3 einbezüglich anmerkten Waldwärterstellen und 1 Dienstaufsichtsstelle</p> <p>bleibt mehr 108 825 M.</p> <p>Von den als künftig weglassend bezeichneten Förstern für 1907, 600 im Etat für 1910.</p> <p>Aus Nebenämtern beziehen:</p> <p>Für Gehälter in Gemeinde, Kirchen, Pfarr-, Schul- u. m. Forsten: 17 Revierförster 10 bis 500 M., 307 Förster 4 bis 650 M., 21 Förster ohne Revier 30 bis 600 M. und 10 Waldwärter 90 bis 1450 M.</p> <p>Für die Beschäftigung von Landen, Wegen, Brücken, Zäunen, Zönnern und militärischen Anlagen, zwei königlichen Jagdhäusern, einer königlichen Kaserne, für Zönnern, Stranb- und Reichsaufsichtung 5 Revierförster 36 bis 180 M., 53 Förster 20 bis 1500 M., 1 Förster ohne Revier 80 M. und 2 Waldwärter 90 und 1450 M.</p> <p>Für die Aufsicht: 4 Revierförster 10 bis 60 M., 114 Förster 10 bis 400 M., 2 Förster ohne Revier 10 und 60 M. und 3 Waldwärter 25 bis 80 M.</p> <p>Für Wahrnehmung von Polizeiaufgaben: 1 Revierförster 30 M. und 16 Förster 90 bis 500 M., 6 Förster als Vorkasse 252 bis 492 M., als Steinbeamtete 4 Förster 60 bis 200 M. und 2 Förster ohne Revier 75 und 175 M., 1 Förster als Zeichnungsmann 150 M., 1 Revierförster als Vorsteher einer Rettungsgesellschaft 120 M., 7 Förster als Gemeindeverwalter 60 bis 300 M., 19 als Förster von Schulverbänden, 1 für Beobachtungen am magnetischen Observatorium 280 M., für die Führung von Kirchen, Schulen und Pensionskassen 1 Revierförster 85 M. und 16 Förster 20 bis 800 M., für den Unterhalt an Forst- und Landwirtschaflichen Schulen 1 Revierförster 180 M., 11 Förster 80 bis 300 M. und 2 Förster ohne Revier 75 und 175 M.</p>

5. 9 Forst-, Wiesen-, Wege-, Floss- ufm. 15 380 M.
4 Forst-, Wiesen- ufm. Wälder (sämtlich vollbeschäftigt), mit Einzelgehältern von 1100 bis 1300 M. 5 000 "

Außerdem erhalten die Meister und Wärter freie Dienstwohnung und freies Brennholz oder Torf gegen Entstattung der Nebenkosten oder an Stelle der Naturallieferung eine Geldvergütung. Der Wert der freien Feuerung wird mit 75 M als pensionsfähiges Dienstseinkommen berechnet.

6. Wohnungsgeldzuschüsse
Summe Tit. 1 bis 5
Summe Tit. 6 für sich.

Andere persönliche Ausgaben.

7. Vergütungen für Hilfsarbeiter im Forstverwaltungs-
dienste bei den Regierungen und bei den Oberförstern
(einschließlich Signalarbeiter) sowie bei den Forst-
vermessungen und Betriebsregelungen.

Den Forstassessoren in Marguninsdorf, Steinbisch,
Hachenburg und Spangenberg dürfen verfügbare
Räume in den Forstlehrschulen auf Widerruf
als mietfreie Wohnungen überwiesen werden.

8. Vergütung für die Gelderhebung und Auszahlung —
einschließlich der Dienstaufwands-Erschädigung — an
nicht voll- oder nur nebenamtlich beschäftigte Forst-
kostenrendanten und an Untererheber, sowie Stellver-
tretungskosten für Forstassessoren überhaupt.

9. Vergütungen für Forsthilfsaufseher, einschließlic für
Stellvertretungen, Vergütungen für nebenamtliche
Waldwärter und Wärter bei den Nebenbetriebs-
anstalten und Verstärkung des Forstschutzes über-
haupt, einschließlic der Besoldungsbeiträge für die
gemeinschaftlichen Forstschutzbeamten im Regierugs-
bezirke Wiesbaden.

Außer der Vergütung freies Brennholz oder
Torf gegen Entstattung der Nebenkosten oder an
Stelle der Naturallieferung eine Geldvergütung
und freie Dienstwohnung, wo solche vorhanden ist.
Den mit Betriebsregelungsarbeiten beschäftigten

Seite

Weniger:
a) durch Weglass einer außerordentlich gewordenen
Wiesenmeisterstelle 1 600 M.
und einer Forstwärterstelle 1 800 "

b) nach dem Dienstatler 820 "

Summe 3 220 M.

Aus Nebenämtern beziehen 1 Meister für Fischerei-
aufsicht 50 M. und 1 Wärter als Gartenmeister 70 M.

Weniger nach dem Dienstatler.

Mehr nach dem Dienstatler und dem vorausgesetzlichen Bedarfe.
Aus Nebenämtern beziehen 40 Forsthilfsaufseher für
Geldsätze in Gemeinden, Kirchen, Schul- und Pfarrverwaltungen
24 bis 42 M., 18 für Fischereiaufsicht 30 bis 20 M., 6 für
den Unterricht an forst- und landwirtschaftlichen Schulen 45
bis 200 M., 7 für die Beaufsichtigung von domänenwirtschaftlichen
Gütern, Säulern der Militärverwaltung, Brücken, Wegen,
Sturmkanalen und Kanälen 45 bis 380 M., 8 für die Be-
zeichnung von Holzstellen 30 bis 450 M., 1 als Staudes-
bräuer 200 M. und 1 für die Verwaltung einer Gemeinde-
kasse 300 M.

20 380	23 600	3 220
16 496 940	16 382 535	154 825
200 000	200 000	114 405
203 000	336 000	—
360 000	360 000	43 000
1 350 000	1 174 000	—
2 003 000	1 870 000	176 000
		43 000

Zug	Zit	Ausgabe	Betrag für das Staatsjahr 1912 M.	Der vorige Etat fest aus M.	Wachst sind für 1912		Gründerungen
					mehr M.	weniger M.	
(2.)		Übertrag . . .	2 003 000	1 870 000	176 000	43 000	
		Forstkaufseisen kann ein um 1 M. erhöhtes Lagegeld bewilligt werden, soweit der Höchstpreis von 1550 M. nicht überschritten wird.	42 000	36 300	5 700	—	Den hervorzuhebenden Bedürfnissen entsprechend sollen mehr Mittel zu Unterabteilungen bereitgestellt werden.
10. *)		Außerordentliche Remunerationen und Unterabteilungen für Unterbeamte	16 000	16 000	—	—	
11. *)		Außerordentliche Unterabteilungen für mittlere und höhere Beamte	166 448	115 000	51 448	—	
12. *)		Vorschüsse an Forstbeamte (Oberförster, Revierförster, Förster, Meiner und Wärter) zur wirtschaftlichen Ein- richtung bei Übernahme oder anderweiter Ausstattung einer Stelle (vgl. Kap. 2 Tit. 5 der Einnahme) . . .	150 000	150 000	—	—	
13.		Es darf nur der Betrag der wirklichen Einnahme Kap. 2 Tit. 5 verausgabt werden. — Der am Jahreschlusse nicht verwendete Betrag dieser Ein- nahme darf zur Verwendung in die folgenden Jahre übertragen werden.					
		Summe Tit. 7 bis 13	2 377 448	2 187 300	233 148	43 000	
14.		Stellenzulagen, Dienstaufwands- u. Mietent- schädigungen sowie Dienstleistungszulasse. Dienstaufwands-Entscheidungen für Oberforstmeister bis zu 3200 M., für Regierungs- und Forstärzte bis zu 2400 M. 245 000 M. für Oberförster bis zu 3900 M. und für die zwei verwaltenden Re- vierförster bis zu 900 M. 1 931 226 M. Hiervon gehen ab die in- folge der Beschäftigung von Förstern ohne Be- schränkung als Schweine- hälften der Oberförster vorausichtlich zur Ein- sparung kommenden . 206 496 M. Zurück . 1 724 730 M. Stellenzulagen für Oberförster bis zu 3900 M. 37 100 M.	2 056 890	2 059 000	—	2 170	

Wachst:

a) durch Regelung der Dienstaufwands-
entscheidungen der Oberförster für die im
Vorjahre abgenommenen 10 Stellen (für
ein halbes Jahr) 3900 M.
Der Betrag aus der Verabreichung der
eingezugenden Dienstaufwands-
Entscheidung ist auf
8421 M. berechnet und erschein bei Kap. 2
Tit. 2 in Einnahme.

b) zur Erhöhung der Dienstaufwands-
entscheidungen der Oberförster infolge Ver-
größerung der Staatsforsten 436 M.
= 4 326 M.

Wachst:

c) durch Einstellung des bei den Dienstauf-
wandsentscheidungen für Oberförster in-
folge der Verabreichung von Forstern ohne
Beschränkung als Schweinehälften der Oberförster
vorausichtlich zur Einsparung kommenden Betrages
von 206 496 M.
statt des abgerundeten von 240 000 M.

Zit.	Ausgabe	Betrag für das Gutsjahr 1912 M.	Der vorige Etat setzt aus M.	Mitteln sind für 1912		Erläuterungen
				mehr M.	weniger M.	
(2.)						
21.	Übertrag Unterhaltung und Neubau der Gebäude sowie Beschaffung fehlender Gebäude (einschließlich 300 000 M. künftige Wegallend). (Dieser Fonds überträgt sich mit dem Fonds Kap. 3 Tit. 6.)	16 500 000	15 900 000	600 000	—	Der als Pfandig verfallende Betrag von 300 000 M. erscheint zum ersten Male im Etat für 1902/03. Ein Dienstgehalt für Oberförster, Revierförster und Förster sind vorhanden: Oberförster 711, Revierförster und Förster 8838 Nach dem Etat für 1911 betrafen — 714, — — 8919 Mithin jetzt weniger Oberförster 8, mehr Revierförster und Förster 9. Größere Oberförsterstellen sind eingelegen und anderen Bezirken ausgeteilt worden. 1 Oberförstergehalt ist deshalb verlauft und 2 Gehalte sind Revierförstern übermessen worden.
22.	Unterhaltung und Neubau der öffentlichen Wege im Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1911/1912 und Beiträge zur Herstellung solcher Wege (innerhalb der Forsten). (Dem Ausgabebeleg treten diejenigen Beträge hinzu, welche von anderen Beteiligten zum gemeinschaftlichen Ausbau von öffentlichen Wegen innerhalb der Staatsforsten gewährt und bei Kap. 2 Tit. 7 dieses Etats vereinnahmt werden.)	2 800 000	2 800 000	—	—	
23. *)	Reichsten zu Wege- und Brückenbauten und zur Anlage von Eisenbahnhüter-Hotellstellen (außerhalb der Forsten), die von wesentlichem Nutzen für die Forstverwaltung sind.	2 210 000	2 210 000	—	—	
24.	Wasserbauten in den Forsten im Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1911/1912	250 000	250 000	—	—	
25. *)	Forstkulturen, Verbesserung der Forstgrundstücke, Bau und Unterhaltung der Wirtschaftswege und Eisenbahnhüter-Hotellstellen, die im Interesse der Forstverwaltung angelegt werden müssen, sowie Forstverneimungen und Betriebsregelungen im Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1911/1912. (Zgl. die Bemerkung zu Kap. 4 Tit. 7 — Allgemeine Ausgaben — dieses Etats.)	120 000	120 000	—	—	
26.	Sagbverwaltungsstellen im Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1911/1912 und Widrigadererlagelder	8 600 000	8 600 000	—	—	Es sind verausgabt worden im Staatsjahre 1909 104 467 M. und " 1910 133 755 " — 238 222 M. ober durchschneidlich für ein Jahr Der vorjährige Etatsbetrag wird indes genügen.
27.	Forstgräbereten im Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1911/1912	106 500	106 500	—	—	Es sind verausgabt worden im Staatsjahre 1909 109 690 M. und " 1910 162 473 " — 802 103 M. ober durchschneidlich für ein Jahr Ihre Berücksichtigung des neuen Preistestengesetzes wird der Bedarf auf 1 000 000 M. veranschlagt.
28.	Reisekosten	35 000	36 500	—	1 500	
29.	Umgangskosten	70 000	70 000	—	—	
30.	Bertilgung fädellicher Tiere im Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1911/1912	120 000	110 000	10 000	—	
31.	Holzverkauf- und Verpackungskosten, Forstkosten, Pregekosten, Druckkosten und andere vernünftige Ausgaben, darunter nicht abgeloste Posten.	337 000	337 000	—	—	

[illegible]

Penicillin

- | | | |
|--|------------|---------|
| a) nach dem Dienstalter . . . | Professors | 6 150 „ |
| b) durch Auscheiden eines
einer künftig wegfallenden Zulage von | mit | 450 „ |

Der aus Tübingen bezugsfähige bezeichnete Betrag entspricht zum ersten Male im Mai für 1904.

Aus Wittenbergern besteht: 1 Direktor und 1 Professor als Lehrer an der Polonialschule in Wittenhausen bei A.C.A., 1 Professor begreift für die Abhaltung von Vorträgen, lehrten 40 A., 1 anderer und 1 Gehilfe für die Verwaltung der Stadtbibliothek und 800 A. aus Tit. 4.

1 004 432	{ 180 000 350 625	327 807	1 500
32 212 932	31 278 025	906 307	—
8 571 880	3 619 140	22 740	—
2 377 448	2 187 300	190 148	—
200 000	200 000	—	—
16 406 940	16 382 535	114 405	—
54 859 200	53 595 600	1 203 600	—
117 480	123 080	—	5 600
12 000	12 000	—	—
129 480	135 080	—	5 600
11 340	11 340	—	—
57 000	57 000	—	—
57 000	57 000	—	—

Verbindungsstelle mit Schienen- und Straßenverkehr, Gefährdung und sonstigen Eingangsbedürfnisse für brennliche Gendungen

Summer Tit.	20	613	31
"	"	14	" 19
"	"	7	" 13
"	"	6	"
"	"	1	613 5
Summer Wap.	2		

**Forstwissenschaftliche und Gehrzwede.
Gefolgungen.**

- | | | | |
|----|--|------------|--|
| 1. | Vorstandemien: | | |
| | 2 Direktoren mit je 8300 Mk. | 16 600 Mk. | |
| | 14 Professoren mit (4200 bis 7200 Mk.) | 82 800 „ | |
| | 2 Erzieher mit (1650 bis 3300 Mk.) | 4 300 „ | |
| | 1 akademischer Wärter mit (1650 bis 3300 Mk.) | 2 900 „ | |
| | 2 Hausmeister mit (1100 bis 1600 Mk.) | 2 280 „ | |
| | Für 1 Professor und 5 gleichzeitig als fortschrittliche Lehrer beistellte Oberförster neben dem Einkommen als Revierverwalter auf die Dauer ihrer Verwendung als fortschrittliche Lehrer pensionsfähige Zulage, darunter 500 Mk. künftigh wegfallend . . . | 8 600 „ | |
| | Die Direktoren, 1 Professor und der Wärter haben Dienstwohnung. | | |
| | Die Hausmeister erhalten freie Wohnung und ihres Heizungsmaterial. | | |
| 2. | Vorlehrlingschulen: | | |
| | 4 Lehrer mit (1800 bis 3600 Mk.) | | |
| | 3 Lehrer haben Dienstwohnung. | | |
| | Summe Lit. 1 und 2 | | |
| 3. | Wohnungsgeldzuschüsse | | |
| | Summe Lit. 3 für sch. | | |

Andere persönliche Ausgaben.

4. Vergütungen für 2 Professoren für die Abhaltung von Vortragskursen 400 Mk und für die Verwaltung der Bibliothek 300 Mk, für Dienstboten als Leiter von Fortbildungsschulen, für Hilfskräfte und für den juristischen Unterricht bei den Jäger-Bataillonen.
- Den bei den Vorkursabenden benötigten Hilfsaufsehern kann ein um 1 Mk erhöhtes Tagesgehalt

Nr.	Ausgabe	Betrag für das Etatsjahr 1912	Der vorige Etat		Mithin sind für 1912		Erfäuerungen
			setzt aus	in	mehr	weniger	
(3.)	Übertrag	57 000	57 000	—	—	—	
5. *)	<p>geld bewilligt werden, soweit der Höchstbetrag von 1550 M nicht überschritten wird. Außer der Vergütung erhalten sie freies Brennholz oder Torf gegen Erstattung der Nebenkosten oder an Stelle der Naturalisierung eine Geldvergütung.</p> <p>Außerordentliche Remunerationen an mittlere und Unterbeamte und außerordentliche Unterhaltungen an höhere, mittlere und Unterbeamte</p> <p>Summe Tit. 4 und 5</p>	2 400	2 400	—	—	—	
6.	<p>Sonstige Ausgaben.</p> <p>Unterhaltung der Gebäude</p> <p>(Dieser Fonds überträgt sich mit dem Fonds Kap. 2 Tit. 21.)</p>	59 400	59 400	—	—	—	
7. *)	<p>Geldbedürfnisse und sonstige vermehrte Ausgaben, darunter Dienstleistungszuschüsse für Unterbeamte von 30 M, Amtszulagenvergütungen 7150 M, Reisekosten 7800 M und Unzulagskosten 800 M.</p> <p>Die Hausbater der Forstschülerschulen und 4 Arbeiter, die als Bureauarbeiter und in den Laboratorien der beiden Forstakademien ständig beschäftigt werden, erhalten freie Wohnung und freies Feuerungsmaterial.</p> <p>Summe Tit. 6 und 7</p> <p>Giergut:</p> <p>" " 4 " 5</p> <p>" " 3 " 3</p> <p>" " 1 und 2</p> <p>Summe Kap. 3</p>	195 180	195 180	—	—	—	
		207 580	207 580	—	—	—	
		59 400	59 400	—	—	—	
		11 340	11 340	—	—	—	
		129 480	135 080	—	—	5 600	
		407 800	413 400	—	—	5 600	
4.	<p>Allgemeine Ausgaben.</p> <p>Real- und Kommunallosten und Kosten der örtlichen Kommunal- und Polizeiverwaltung in fälschlichen Guts- und Amtsbezirken</p> <p>Abfertigungsgewalt und zeitweise Vergütungen an Stelle von Naturalabgaben</p> <p>Ausgaben auf Grund der Unfallversicherungsgesetze und des Unfallversicherungsgesetzes, sowie Ausgaben für die Unfallversicherung bei den</p>	3 760 000	3 587 000	173 000	—	—	<p>nach dem dem vorausgesetzten Abgabe.</p> <p>Es sind vorausgesetzt worden</p> <p>im Etatsjahre 1909 8 515 883 M.</p> <p>und " " 1910 8 981 942 "</p> <p>Es sind nach dem vorausgesetzten Abgabe.</p> <p>Es sind vorausgesetzt worden</p> <p>im Etatsjahre 1909 1 470 792 M.</p> <p>und " " 1910 1 475 170 "</p> <p>Es ist ferner auf die Wöhlung der Schulungsgeltern in</p> <p>in Entschaden werden 1 904 000 M. angesetzt.</p>
1.							
2.							
3.							

Nr.	Ausgabe	Betrag für das Staatsjahr 1912 M.	Der vorige Etat fest aus M.	Mitteln für 1912		Bemerkungen
				mehr M.	weniger M.	
(2.)	übertrag	8 967 000	10 620 000	—	1 653 000	
3.	werden, der die Summe von 1 600 000 M. übersteigt und nicht zur Erwerbung und ersten Einrichtung von Domänen und Domänengrundstücken verwendet wird. (Vgl. Annemerkung zu Kap. 1 Tit. 3 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Etats der Domänenverwaltung.)	180 000	180 000	—	—	Zur Gewährung eines dauernden Arbeiterlohnes ist es notwendig, weitere Arbeiterlöhne zu beschaffen.
4.	Verfuchtsweise Beschaffung von Zinshäusern für Arbeiter	20 000	20 000	—	—	
5.	Gewährung von Vandalen an Arbeiter auf forstfiskalischen Pachtgrundstücken	2 000 000	1 000 000	1 000 000	—	Es liegen weitere Wünsche um Gewährung von Vandalen vor.
6.	Rückentnahmen fließen dem Fonds wieder zu.	300 000	200 000	100 000	—	
7.	Außerordentlicher Zuschuß zum Wegebaufonds Kap. 2 Tit. 22 der dauernden Ausgaben	200 000	150 000	50 000	—	Mit Rücksicht auf die gesteigerten Folgeträge ist in Aussicht genommen, mit dem Ausbau notwendiger Wege und des Fernsprechnetzes schneller vorzugehen.
	Außerordentlicher Zuschuß zu Kap. 2 Tit. 23 der dauernden Ausgaben zu Beihilfen für Wegebauten usw.	11 667 000	12 170 000	—	503 000	
	Verstellung von Fernsprechanlagen	62 186 000	60 904 000	1 278 000	—	
	Zu Kap. 2. Auch bei den nicht zu den außerordentlichen Baujahren gehörigen Fonds dürfen die am Jahreschlusse verbleibenden Bestände in die folgenden Jahre übertragen werden.	73 853 000	73 078 000	775 000	—	
	Summe B. Einmalige und außerordentliche Ausgaben			1 150 000	1 653 000	
	Dazu Summe A. Dauernde Ausgaben			—	503 000	
	Summe aller Ausgaben			1 278 000	503 000	
	Zusatz.					
	Ordinarium.					
	Die ordentlichen Einnahmen betragen	138 295 000	138 727 000	—	432 000	
	Die dauernden Ausgaben betragen	62 186 000	60 904 000	1 278 000	—	
	Mitteln überschuß im Ordinarium	76 109 000	77 819 000	—	1 710 000	
	Extraordinarium.					
	Die außerordentlichen Einnahmen betragen	6 960 000	8 800 000	—	1 840 000	
	Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben betragen	11 667 000	12 170 000	—	503 000	
	Mitteln Zuschuß im Extraordinarium	47 700	3 370 000	1 817 000	—	
	Mitteln überschuß	11 402 000	74 449 000	—	13 017 000	

Übersicht

des Flächeninhaltes und des Naturertrages des staatlichen Forstbestandes, sowie der etatmäßigen ordentlichen Einnahmen und dauernden Ausgaben der Forstverwaltung für das Etatsjahr 1912.

Regierungsbezirk		Flächeninhalt						Naturertrag nach den Abmündungsstufen in Gehölzen		Einnahmen				Ausgaben					
		Befestigter Waldboden		nicht befestigter Waldboden		Summe	Material	Kontroll- fähiges	Nicht- kontroll- fähiges	Zit. 1 Holz	Zit. 2 Neben- nutzungen	Zit. 3 Jagd	Zit. 4 Forst- gräberkosten	Zit. 1 Holz	Zit. 2 Neben- nutzungen	Zit. 3 Jagd	Zit. 4 Forst- gräberkosten		
		ha	dec	ha	dec													ha	dec
		ha	dec	ha	dec													ha	dec
1.	Königsberg	100 751	85	35 590	518	136 592	369	38 981	4 095 000	427 442	18 685	81 698	4 095 000	427 442	18 685	81 698			
2.	Ostpreußen	130 388	178	86 547	889	217 045	271	87 594	4 510 000	575 582	18 707	24 411	4 510 000	575 582	18 707	24 411			
3.	Brandenburg	190 388	971	2 802	980	233 041	960	967 571	9 840 000	431 920	20 540	2 210	9 840 000	431 920	20 540	2 210			
4.	Brandenburg	124 586	763	16 476	97	141 074	742	6 819	8 800 000	191 169	9 288	8 481	8 800 000	191 169	9 288	8 481			
5.	Brandenburg	255 639	274	38 535	07	294 194	351	705 194	10 412 000	459 207	80 948	2 368	10 412 000	459 207	80 948	2 368			
6.	Brandenburg, Militär- und Rentamtsbezirk	204 418	187	21 747	891	226 165	078	472 908	12 340 000	615 831	79 789	—	12 340 000	615 831	79 789	—			
7.	Brandenburg	101 389	416	16 184	478	117 573	949	632 181	10 815 000	315 228	88 845	1 440	10 815 000	315 228	88 845	1 440			
8.	Brandenburg	107 763	783	12 238	684	119 977	477	401 189	6 818 000	267 686	23 012	1 874	6 818 000	267 686	23 012	1 874			
9.	Brandenburg	79 037	612	8 556	483	87 613	091	17 182	2 820 000	101 885	10 252	—	2 820 000	101 885	10 252	—			
10.	Brandenburg	25 021	752	8 116	083	33 137	821	80 948	1 192 000	68 315	11 011	—	1 192 000	68 315	11 011	—			
11.	Brandenburg	97 339	910	10 761	591	108 100	501	221 735	6 629 000	148 510	20 727	1 700	6 629 000	148 510	20 727	1 700			
12.	Brandenburg	120 180	756	13 842	644	134 022	400	282 219	4 400 000	250 680	17 508	810	4 400 000	250 680	17 508	810			
13.	Brandenburg	58 621	412	5 150	027	63 771	029	272 322	5 625 000	194 189	21 941	1 080	5 625 000	194 189	21 941	1 080			
14.	Brandenburg	23 474	933	1 406	416	24 880	349	759 1	1 649 000	86 770	8 840	—	1 649 000	86 770	8 840	—			
15.	Brandenburg	73 225	100	4 478	005	77 703	165	275 066	4 860 000	129 150	16 277	—	4 860 000	129 150	16 277	—			
16.	Brandenburg	61 447	517	6 147	048	67 594	566	137 235	2 711 000	238 735	42 810	—	2 711 000	238 735	42 810	—			
17.	Brandenburg	71 805	382	1 121	686	72 926	068	189 001	4 600 000	86 810	81 740	—	4 600 000	86 810	81 740	—			
18.	Brandenburg	87 610	601	1 121	686	88 731	687	189 001	4 600 000	86 810	81 740	—	4 600 000	86 810	81 740	—			
19.	Brandenburg	27 276	678	6 075	240	33 351	918	119 545	1 929 000	47 610	19 691	—	1 929 000	47 610	19 691	—			
20.	Brandenburg	27 538	697	2 605	218	30 143	885	135 385	1 691 000	47 610	19 691	—	1 691 000	47 610	19 691	—			
21.	Brandenburg	8 884	461	4 300	013	13 184	474	402 300	2 704 000	261 458	82 458	—	2 704 000	261 458	82 458	—			
22.	Brandenburg	70 251	871	7 399	76	77 650	716	139 788	2 875 000	135 780	16 910	—	2 875 000	135 780	16 910	—			
23.	Brandenburg	17 372	016	3 651	983	21 023	698	44 610	688 000	88 597	9 820	—	688 000	88 597	9 820	—			
24.	Brandenburg	13 631	418	3 672	393	17 303	811	81 016	568 000	88 597	9 820	—	568 000	88 597	9 820	—			
25.	Brandenburg	84 679	210	1 509	267	86 188	477	156 180	2 300 000	42 147	11 911	—	2 300 000	42 147	11 911	—			
26.	Brandenburg	21 216	347	899	162	22 115	509	89 019	1 479 000	23 900	8 000	—	1 479 000	23 900	8 000	—			
27.	Brandenburg	201 061	229	6 941	617	208 002	846	583 917	7 100 000	278 673	41 891	—	7 100 000	278 673	41 891	—			
28.	Brandenburg	29 012	908	1 634	916	30 646	824	184 710	2 473 000	125 401	22 255	—	2 473 000	125 401	22 255	—			
29.	Brandenburg	13 125	761	2 148	201	15 273	962	86 934	1 878 000	80 227	13 122	—	1 878 000	80 227	13 122	—			
30.	Brandenburg	13 783	577	1 013	014	14 796	631	56 347	810 000	219 510	16 410	—	810 000	219 510	16 410	—			
31.	Brandenburg	64 632	916	2 207	666	66 839	582	139 442	6 040 000	86 692	21 136	—	6 040 000	86 692	21 136	—			
32.	Brandenburg	81 251	916	1 235	367	82 486	283	221 622	8 400 000	180 420	17 210	—	8 400 000	180 420	17 210	—			
33.	Brandenburg	—	—	—	—	—	—	105 360	1 687 000	15 175	13 136	—	1 687 000	15 175	13 136	—			
34.	Brandenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
35.	Brandenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Summe		2 639 21	205	822 441	719	3 021 662	964	8 331 323	138 142 000	6 864 000	680 000	189 040	138 142 000	6 864 000	680 000	189 040			
Die Einnahmen der Generalförsterei betragen		—	—	—	—	—	—	—	7 119 000	—	—	—	7 119 000	—	—	—			
Zusammen		—	—	—	—	—	—	—	145 261 000	6 864 000	680 000	189 040	145 261 000	6 864 000	680 000	189 040			

Regierungsbezirk		Dauernde Ausgabe										Überschuß																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															
		Im ganzen		Davon entfallen auf Kap. 2:			Von den neubeziehend unter b aufgeführten Ausgaben treffen auf:																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
				a. Tit. 1—19		b. Tit. 20—31	Tit. 20	Tit. 25	Tit. 26	Bei Kap. 4 entfallen auf:																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
				„	„					Real- und Kommunalen	„		„																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																														
		„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„

Seite B.

Nachweisung von den Einnahmen und Ausgaben derjenigen der alleinigen Verfügung des Staates unterliegenden besonderen Fonds im Bereiche der Forstverwaltung, die juristische Persönlichkeit besitzen und ganz oder zum Teil zu solchen Zwecken bestimmt sind, für die auch allgemeine Staatsmittel verwendet werden.

(§ 3 Absatz 1 des Gesetzes, betreffend den Staatshaushalt, vom 11. Mai 1898 (G. G. S. 77).)

Uebe. Nr.	Bezeichnung der Fonds	E i n n a h m e			A u s g a b e		Bemerkungen
		Zinsen von Kapi- talen	Sonstige Ein- nahmen	Summe	Betrag	Bezeichnung	
1.	Kronprinz-Friedrich-Wilhelm- und Kronprinzessin-Viktoria-Först- waisen-Stiftung.	6560,63	960,00	7520,63	4920,00	Zur Unterbringung von Kindern verstorbenen deutscher Forstbeamten des Staats, Kommunal- oder Privatdienstes in Waisenhäusern oder in geeigneten Familien.	Das Vermögen der Stiftung be- trug am 31. März 1911 192 900 M.
					61,00	Verwaltungskosten.	
2.	Stipendienstiftungs- fonds für Söhne von Forstschutz- beamten in den vormals Fürst- lich Nassau-Saar- brückenschen Lan- destheilen des Re- gierungsbezirks Trier.	164,50	—	164,50	164,50	Zwei Stipendien zu gleichen Teilen für Söhne solcher Forstschutzbeamten, die in den vormals Fürstlich Nassau-Saarbrückenschen Landesteilen entweder noch dienen oder dort zuletzt angestellt waren.	Das Stiftungsvermögen beträgt 4700 M in Wertpapieren.
3.	Walter Boas-Stif- tung.	402,50	—	402,50	406,20	Zu Unterstützungen für un- bemittelte franke höhere Beamte der preussischen Staatsforst-Verwaltung zu einer Reise oder Er- holungsreise.	Die Stiftung besaß am 31. März 1911 11 600 M in Wert- papieren und 202,25 M in barem Gelde.
4.	Regler-Stiftung.	127,75	—	127,75	70,10	Zu Unterstützungen für verwaisste und unver- heiratete bedürftige Töchter von königlichen Oberförstern bürgerlichen Standes aus dem Re- gierungsbezirk Posen.	Die Stiftung besaß am 31. De- zember 1910 3550 M in Wert- papieren.
5.	Flemming-Stiftung.	406,42	—	406,42	406,42	Zu Unterstützungen und Belohnungen für Forst- beamte und Waldarbeiter der Oberförsterei Schülen- berg einschließlich der Familienangehörigen und Unterbliebenen.	Die Stiftung besaß am 31. März 1911 10 000 M in Wert- papieren und ein Sparkassen- buch über 100 M.

Seite C.

Nachweisung derjenigen der alleinigen Verfügung des Staates unterliegenden besonderen Fonds im Bereiche der Forstverwaltung, die juristische Persönlichkeit besitzen und zu solchen Zwecken bestimmt sind, für die allgemeine Staatsmittel nicht verwendet werden.

(§ 4 des Gesetzes, betreffend den Staatshaushalt, vom 11. Mai 1898 (G. G. S. 77).)

Uebe. Nr.	Bezeichnung der Fonds	Jahresbetrag	Bemerkungen
1.	Hermann-Borchert-Stiftung	1629,75	Die Stiftung hat am 31. Dezember 1910 ein Vermögen von 52 400 M in Wertpapieren und 102,95 M in barem Gelde besessen.
2.	Staatsminister von Lodenberg'sche Jubilar-Stiftung	774,95	Das Vermögen bestand am 1. März 1911 aus 19 200 M in Wert- papieren und 516,79 M in barem Gelde.
3.	Stipendien-fonds der königlichen Forstakademie Eberswalde	1231,12	Die Stiftung besaß am 31. März 1911 35 750 M in Wertpapieren und 323 M in barem Gelde.

Berichte.

Bericht über die XXXVII. Versammlung des Märkischen Forstvereins
am 28., 29. und 30. Mai 1911 in Perleberg.
(Fortsetzung.)

Es tritt sodann zum Frühstück eine Pause in den Verhandlungen ein. Nach derselben beginnt zu dem nächsten Gegenstand der Tagesordnung: „Welche Folgen hat der Nonnenfraß der letzten Jahre im Vereinsgebiet gehabt und wie sind die beschädigten Bestände zu behandeln?“ Forstmeister Zeising-Überswalde seine Ausführungen mit einer Darstellung der zeitlichen Entwicklung des letzten Nonnenfraßes. Seit der letzten, ohne wesentlichen Schaden vorübergegangenen Nonnenkalamität im Jahre 1892 hatte die Mark Brandenburg im allgemeinen Ruhe vor diesem Schädling bis zum Jahre 1904. Von diesem Jahre ab vollzog sich schnell fortschreitend von Süden und Osten her eine erneute Verfeuchung des Vereinsgebietes durch die Nonne und schon die Jahre 1906 bis 1908 konnten, in den einzelnen Gegenden in sehr verschiedenem Umfange, als die Hauptfraßjahre bezeichnet werden. Zwar hoffte man schon 1907, daß infolge des ungünstigen kalten und regnerischen Sommers der Fraß bereits seinen Höhepunkt erreicht habe, daß war jedoch nicht der Fall. Wohl wurde vielerorts ein Absterben der Raupen und eine Verjauchung des Körperinhaltes bemerkt, aber weiter verbreitete Krankheiten, die Schlafsucht und das Wipfeln blieben aus. Im Jahre 1908 setzte der Fraß daher mit unverminderter Heftigkeit ein und erst 1909 brachte für einen großen Teil des Vereinsgebietes eine Erleichterung. 1910 ging dann der Fraß überall so weit zurück, daß er kaum noch zu bemerken war.

Die Erklärung für diese allgemeine und schnelle Verbreitung der Nonne über das Vereinsgebiet hin sucht Zeising nicht in einem Fortschreiten des Schädlings von vereinzelten Brut- und Fraßherden aus, sondern darin, daß der Aufklärung noch bedürftige biologische Faktoren, die nicht unwahrscheinlich mit klimatischen Verhältnissen zusammenhängen, die Vermehrung des schon vor der Zeit, als er sich bemerkbar machte, sicher allgemein, wenn auch in geringer Zahl vorhandenen Schädlings in großer örtlicher Ausdehnung begünstigten. Er stützt diese Ansicht mit der bekannten großen Vermehrungsfähigkeit der Nonne und mit der Tatsache, daß der Falter zur Eiablage aus stark befallenen Beständen in noch weniger mitgenommene wandert.

Über die einzelnen beschädigten Holzarten äußert sich der Redner dahin, daß von der Kiefer alle Altersklassen befallen wurden, in der Regel zuerst und zumeist die Stangenholzer von deren jüngsten Altersklassen an bis zum angehenden Baumholz. Man kann annehmen, daß vom 20. Jahre an ansteigend bis zum 60. die Beschädigung zunimmt und von diesem Alter an eine Abnahme stattfindet und daß im Altholz verhältnismäßig nur seltene und geringe Beschädigungen angerichtet sind. Daneben sind auch die Eichen

und Kulturen nicht verschont geblieben, allerdings sind sie meist erst dann angegriffen worden, als schon eine gewisse Abnormität in der Auswahl der Fraßobjekte sich bemerklich machte. Nächst der Kiefer ist die Eiche stark geschädigt worden. In reinen Beständen ist sie im Vereinsgebiet nur schwach vertreten, daher auch der Schaden in solchen nicht bemerksenswert, in weit größerer Ausdehnung aber findet sie sich als Miß- und Unterholz, und hier ist sie durch die Nonne oft bis zur vollständigen Vernichtung mitgenommen worden. In Laubholzbeständen kann von einem wesentlichen Schaden nicht gesprochen werden. Der eigentliche Schaden besteht bei der Hauptholzart des Vereinsgebietes, der Kiefer, in einer mehr oder weniger starken Durchlichtung, die vielfach in forstweises Absterben übergeht, der betroffenen Stangenhölzer; eine so starke Durchlichtung, daß die übriggebliebenen Bestandteile nicht mehr erhaltungsfähig wären, ist selten. Im Altholz ist der Schaden gering. In den Wäldungen sind hauptsächlich die Ränder, bisweilen auch innere Teile beschädigt. An Stellen, wo nur einzelne Stämmchen oder kleine Gruppen betroffen sind, ist eine nachhaltige Störung in ihrer Entwicklung zu geschlossenen Beständen nicht zu befürchten, vielfach hat aber dieses forstweises Absterben solche Ausdehnung angenommen, daß der Wiedereintritt des Bestandeschlusses ausgeschlossen erscheinen muß. Die beschädigten Kulturen etwa bis zum Alter von acht Jahren werden meist mit verstärktem Nachbesserungsbedürfnis aus der Kalamität hervorgehen.

Die Frage nach der Behandlung der beschädigten Bestände, der sich Forstmeister Zeising sodann zuwendet, gliedert er in drei Teile, nämlich in die Behandlung zu Beginn, während und nach Beendigung des Fraßes. Beim ersten Teile kommt er auf die Vertilgungsmaßregeln gegen die Nonne zu sprechen und geht hier unter nebensächlicher Erwähnung der Maßregeln des Tötens der Falter durch Zerautischen, des Einsammelns der Puppen und des Fangens der Falter durch Lichtquellen in der Hauptsache auf das Leimen der Bestände ein. Seine interessantesten Ausführungen hierüber gipfeln etwa in folgendem: In der Frage des Leimens der Bestände gegen die Nonne stehen sich die Ansichten schroff gegenüber. Während die preussische Staatsforstverwaltung auf Grund der Erfahrungen, die über den Nonnenfraß in den Jahren 1896 bis 1900 in ostpreussischen Fichtenbeständen gesammelt waren, wo gegen 350 000 M für Leimen ausgegeben worden sind, ohne daß ein erheblicher Erfolg zu verzeichnen war, von allen Vertilgungsmaßregeln abgesehen hat, steht die Sächsisch Verwaltung auf dem gegenteiligen Standpunkte und hat in den fiskalischen Forsten — zum großen Teile mit Fichten bestanden — ein vollständiges Leimen durchgeführt. Ihm wird zugeschrieben, daß hier nur ein verhältnismäßig geringer Schaden angerichtet ist, da von 1908 bis 1910 nicht mehr als rund 12 000 fm Nonnenholz eingeschlagen zu werden brauchten. Die Anhänger des Leimens geben zu, daß es nicht inistande ist, eine Kalamität

zeitlich abzukürzen, wohl aber soll die damit erreichbare Verminderung des Insekts die Bestände so lange vor empfindlichem Schaden bewahren, bis der Zeitpunkt des natürlichen Erlöschens der Kalamität eintritt. In diesem Sinne ist das Leimen wesentlich als eine Vorbeugungsmaßregel, als eine Unterstützung der Natur bei Herstellung des Gleichgewichts, anzusehen, und würde diesen Charakter auch nicht verlieren, wenn es in einzelnen hervortretenden Fraßherden angewendet wird, um die Weiterverbreitung des Schädlings von ihnen aus zu verhindern. Wenn dagegen allgemein, oder wenigstens bei so weit verbreitetem Auftreten der Nonne wie in den letzten Jahren, jene ersten Fraßherde nur die Bedeutung haben, daß hier die Entwicklung des Schädlings nach Zeit und Intensität derjenigen an anderen Orten nur vorausgeeilt ist und in letzteren eine selbständige Vermehrung aus dem vorhandenen Bestande des Insekts nachfolgen wird, so ist jedes Leimen eine Vertilgungsmaßregel, deren Erfolg mit dem Fortschreiten der Verbreitung der Nonne immer mehr zurückgeht, ganz abgesehen davon, daß in großen zusammenhängenden Waldgebieten es nicht nur schwierig sein wird, die erforderlichen Arbeitskräfte zu beschaffen, sondern auch die Übersicht über die regionale Entwicklung der Kalamität verloren geht und dadurch örtlich und zeitlich das Einsetzen der Vertilgung mangelhaft funktionieren wird. In Kiefernbeständen ist sowohl als Vorbeugungs- wie als Vertilgungsmaßregel das Leimen unnötig wegen der großen Widerstandsfähigkeit dieser Holzart, die sie auch bei dem letzten Nonnenfraß im Vereinsgebiet trotz einzelner starker Schädigungen wieder bewährt hat. In Beständen der Nichte, die gegen Nonnenfraß viel empfindlicher ist als die Kiefer, kann das Leimen als Vorbeugungsmaßregel Erfolg haben, dürfte aber da, wo die Verbreitung des Schädlings nicht mehr auf ganz abgeschlossene Fraßherde beschränkt ist, als Vertilgungsmaßregel wie bei der Kiefer erfolglos bleiben. Als wirksame Vorbeugungs- und Vertilgungsmaßregel zum Schutze von Kulturen und Widungen anerkennt Zeising das Bepriesen mit Vordelaßer Brähe. Der Zusatz an Kupfervitriol zu der Mischung muß jedoch bis zu 4 kg auf 100 l verstärkt werden. Weniger zu empfehlen sei Bepriesung mit Schüttelsalz, wechselnde Erfolge weise die Verwendung von Chlorbarium, Kreolinlösung, Schmierleise mit Petroleum, Tabaksauche usw. auf.

Unter Behandlung der Bestände während des eigentlichen Fraßes begreift Zeising den Aushieb der beschädigten Bestandteile. Er bespricht hierbei in seinem Vortrag die wichtige Frage, nach welchen Kennzeichen solcher Aushieb zu regeln ist. Er stellt fest, daß bei der Kiefer die Erhaltung von $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ der normalen Benadelung unter gewöhnlichen Verhältnissen mit Sicherheit ausreichend ist, um die Erhaltung der Bestände zu ermöglichen. Wo der Nadelverlust weiter heraufgegangen ist, lauten die Nachrichten über die Folgeerscheinungen sehr verschieden. Einzelne wird auch bei völligem Kahlfraß von einer Wiederbegrünung der Kiefer berichtet, während an anderen Orten ein Absterben bei immerhin noch nicht unbeträchtlicher Be-

nadelung vorfam. Es scheint, daß es wesentlich darauf ankommt, zu welcher Zeit der Nadelverlust stattgefunden hat; fällt er in die Zeit, wo die Knospen schon ausgebildet sind, so ist eine Wiederbegrünung selbst vollständig faßl gefressener Kiefern möglich, als Regel aber kann sie nicht angesehen werden. Weiterhin kommt für die Erhaltung der Bestände in Betracht die Wiederholung des Fraßes. Die Nonne wandert; sie vermeidet, die Eier in einem schon stark durchfressenen Bestande abzulegen, es ist daher selten mit einer Beschädigung in zwei unmittelbar aufeinander folgenden Jahren zu rechnen. Die Kiefer hat also immerhin einige Zeit, ihre Fähigkeit zur Wiedererholung auszunutzen. Im großen und ganzen mag es richtig sein, nach einem Nonnenfraß das Verhalten der Bestände abzuwarten und nicht eher mit dem Aushieb des Fraßholzes zu beginnen, als bis letzteres sich durch Abfall der Rinde oder Braunfärbung der Baitschicht als abgestorben erweist. Es bleibt hierbei aber stets die drohende Käfergefahr zu berücksichtigen und daß es nicht unbedenklich ist, derartig kränkelnde Kiefern, die für schädliche Insekten aus der Gattung der Käfer das geeignetste Brutmaterial bilden, im Walde zu belassen. In Altholzbeständen, die bis zum Kahlfraß befallen sind, soll mit dem Abtrieb nicht gewartet werden, da das Blauwerden des Holzes und damit eine Verringerung seines Verkaufswertes zu befürchten ist.

Die Frage nach der Behandlung befallener Bestände nach Beendigung der Kalamität erörtert Forstmeister Zeising im letzten Teile seines Vortrages. Dieser Frage kommt die größte Bedeutung zu für die beschädigten Kiefernstangenholzer. Nur mäßig durchlichtete Bestände will Zeising sich selbst überlassen, da die volle Benadelung und damit der Zusammenschluß des Bestandes und seine normalen Zuwachsverhältnisse sich in kurzer Zeit wieder herstellen werden. Stärker durchlichtete Stangenholzer sucht Rebner, ebenso wie solche mit forstweisem Kahlfraß, möglichst durch Unterbau zu retten, wozu er in erster Linie die Buche und Weißbuche auf geeignetem Boden empfiehlt. Außerdem dürfte besonders dort, wo größere Lücken in den Beständen entstanden sind, noch immer auf die Fichte zu verweisen sein, trotzdem sie von vielen Seiten wegen der schlechten jetzt mit ihr gemachten Erfahrungen zurzeit unbedingt verworfen wird. Diesem absprechenden Urteil schließt Zeising sich nicht an, weil die Fichte wirtschaftlich große Vorteile bietet und schon in frühem Alter als Weihnachtsbaum und Schmuckreisig gut verwendbar ist und daher aus dem abkömmlichen Material die Kosten der Bestandesanlage sich rasch erstaten. Außerdem gibt sie auch im höheren Alter weit wertvollere Nutzungen als die Buche, die sich mehr zum Unterbau auf der ganzen Fläche als zur Ausfüllung von Lücken eignet. Da, wo der Boden für Fichte ausreicht, wird auch an Douglasfichte und Vermontskiefer gedacht werden können. Auf Boden, auf denen Buche und Fichte nicht mehr fortkommen, bleiben zum Lückenfällen nur Eiche und schließlich Birke übrig.

Bei allen weitgehenden Beschädigungen durch Nonnenfraß muß nach Zeising's Ansicht für die

Behandlung der Bestände entscheidend sein, ob die Wiederherstellung eines als ausreichend anzusehenden Schlusses überhaupt nicht oder erst in so später Zeit zu erwarten ist, daß die daraus folgenden Zuwachsverluste der Aufgabe des jetzigen Bestandes gegenüber als das größere Übel erscheinen. Lautet die Antwort auf diese Frage

bejahend, so muß Abtrieb erfolgen. Natürlich wird man sich hierbei auf möglichst kleine Flächen beschränken, da die Kosten der Neukulturen in der Regel sehr beträchtliche sind; alle noch haltbaren Teile der alten Bestände wird man unter Mitinkaufnahme der Nachteile der entstehenden Bestandesungleichheit überhalten. (Schluß folgt.)

Verschiedenes.

— **Dr. v. Salisch, Forstästhetik.** Ein Herr Otto Krebs sucht in Nr. 1 der „Deutschen Forst-Zeitung“ meine kurze Besprechung der v. Salisch'schen Forstästhetik zu kritisieren. Aus dem Namen allein ist nicht zu schließen, wes Geistes Kind der Herr ist. Er gehört ohne Zweifel zu den Personen, welche bei der Deutschen Forstversammlung in Danzig den Antrag von dem Herrn Dr. Walther und v. Salisch, besondere Vorlesungen über Forstästhetik einzurichten, gestellt haben. Ich dagegen rechne zu denen, die durch erdrückende Majorität diesen Antrag abgelehnt haben. Ich lasse Herrn v. Salisch alles, was ihm gebührt, ich warne aber vor allem Überschuß und der Absicht, die Ästhetik den Forstleuten mit Gewalt aufzubringen. Er kann sehr zufrieden sein, daß die Regierung sein erweitertes Buch den königlichen Oberförstern gratis gegeben hat. Die heutige Ausgabe hätte bei dem bekannten Abscheu der Forstbeamten, Bücher zu kaufen, wenige Abnehmer gefunden. Auch die Absicht des Herrn Krebs, das Buch auf diese Weise zu empfehlen, wird wenig Erfolg haben.

D. Kaiser.

— **Verständigung zwischen der russischen und schwedischen Holzansfuhr.** Da die schwedischen Holzvorräte in einer ständigen Abnahme begriffen sind, ist zu befürchten, daß die Wälder Schwedens demnächst nicht mehr den Bedarf des eigenen Landes an Holz decken werden. Um dem nun vorzubeugen, wird von der dortigen Regierung eine Einschränkung des Holzeinschlags beabsichtigt. Einzelne Holzindustrien sind demnach schon jetzt genötigt, sich nach neuen Bezugsquellen umzusehen. Zu diesem Zweck entsandte der Schwedische Holzexportverein kürzlich einen Vertreter nach den wichtigeren Holzausfuhrplätzen Rußlands, um dort die Produktionsverhältnisse zu untersuchen und gleichzeitig in Fühlung mit den russischen Ausfuhrfirmen zu treten. Ferner sollte er versuchen, diese Firmen für ein Zusammenarbeiten mit den schwedischen, finnischen und norwegischen Holzexportvereinen zu interessieren. Wie wir nun hören, ist es diesem Vertreter in Petersburg, Kronstadt und Riga gelungen, die russischen Holzexporteure für diesen Plan zu gewinnen, und es steht demnächst zu erwarten, daß die Russen mit den Schweden Mitteilungen über Holzvorräte, Ausfuhr, Umfang der Holzverkäufe und sonstige statistische Zahlen austauschen. Da das russische Holz auf allen europäischen Marktplätzen eine sehr bedeutende Rolle einnimmt, so wäre eine Verständigung der russischen Holzexportfirmen mit dem schwedischen Holzexportverein, der seinerseits jetzt schon mit den finnischen und norwegischen

Holzausfuhrfirmen Verbindungen unterhält, namentlich auf die Lage des nordeuropäischen Holzmarktes von ausschlaggebendem Einfluß.

— **Schneeschuhwettlauf für Forstbeamte.** In der Zeit vom 2. bis 6. Februar 1912 findet zu Oberhof in Thüringen das VII. Winterportfest des Thüringer Winterport-Verbandes statt. Wie in den Vorjahren, so findet auch in diesem Jahre wieder für Forstbeamte ein Hindernislanglauf auf Schneeschuhen über eine Strecke von etwa 10 km, und zwar am 3. Februar 1912, vormittags 9,15 Uhr, statt. Offen ist das Rennen einmal für forburg-gothaische Forstbeamte, zum andern für alle deutschen Forstbeamten. Über 30 Jahre alten Beamten wird für jedes Jahr über diesem Alter eine Zeit von 10 Sekunden vergütet. Meldungen sind durch die vorgelegte Behörde mit Angabe des Alters bis zum 31. Januar 1912, abends 6 Uhr, an Herrn Rechtsanwalt Dr. Welfer in Ohrdruf zu richten. Ein Einsatzzettel wird nicht erhoben. Hoffentlich finden die Rennen im Kreise der Forstbeamten rechten Anklang und eine zahlreiche Teilnahme.

— **Berein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwart.** In der in voriger Nummer enthaltenen öffentlichen Erklärung ist auf Seite 45 der Schluß des vorletzten Absatzes leider irrtümlich unrichtig abgedruckt. Es muß heißen:

Selbst als in letzter Sitzungsperiode Herr Staatsminister darauf hinwies, daß die Gehälter der Oberförster, z. B. anderen Staaten gegenüber, gering wären, hätte Herr Ries mit seinem ominösen Satz einfallen müssen, wenn er konsequent und unvoreingenommen gegen die Forstwart hätte sein wollen.

— **Aussichtiger Marktbericht.** Berlin, den 16. Januar 1912. Rohböde 0,50 bis 0,80, Rotwild 0,45 bis 0,55, Damwild 0,45 bis 0,75, Schwarzwild 0,40 bis 0,65 \mathcal{M} das Pfund, Hasen 2,75 bis 3,90, Kaninchen 0,70 bis 1,10, Stodenten 1,50 bis 1,80, Fasanenhähne 1,00 bis 2,75, Fasanenhennen 1,25 bis 1,50 \mathcal{M} das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Reichardt, Oberförster zu Primkenau, ist der Rote Adler-orden 4. Klasse verliehen.

13tägiger Dauer oder im ganzen mindestens 17 Wochen, b) von über 1 bis 2 Jahren im ganzen mindestens 52 Tage oder c) von über 2 Jahren im ganzen mindestens 38 Tage zum aktiven Dienst eingezogen gewesen sind; C. nach abgeleiteter gesetzlicher aktiver Dienstpflicht noch mindestens 4 Monate aktiv gebient haben. Da Sie nach Ableistung der gesetzlichen Dienstpflicht länger als 4 Monate im aktiven Dienst gestanden haben, habe Sie begründeten Anspruch auf die Landwehrdienstauszeichnung II. Klasse, vorausgesetzt die vorwurfsfreie Erfüllung Ihrer Gesamtdienstpflicht. Hiernach ist Ihnen anzuraten, Ihr Gesuch bei dem zuständigen Bezirkskommando zu wiederholen, darin auf die vorbemerkten Bestimmungen und namentlich auf den kriegsministeriellen Erlaß vom 16. Juni 1905 Nr. 797/5. 05. Z. 1 hinzuweisen. Sollten Sie wider Erwarten abermals ablehnend beschieden werden, so beantragen Sie auf dem vorgeschriebenen Dienstwege die Entscheidung bei der dem Bezirkskommando vorgesetzten Brigade. Auch ein Besuch an die Inspektion der Jäger und Schützen ist Erfolg versprechend.

Nr. 6. Anfrage: Im Überschwemmungsgebiet der Elbe besitze ich unter anderem etwa 2,5 ha Wiesen, von denen der sonst überstehende Ton für Ziegeleibwede vor ungefähr 30 bis 40 Jahren so weit abgefahren ist, daß nur fast reiner Sand und Kies übrig blieb. Darauf hat sich nun im Laufe der Jahre wieder eine ganz schwache Humusschicht gebildet so daß in feuchten Jahren leidliche Feuerträge gewonnen wurden. Das Grundwasser steht ungefähr auf 1 m Tiefe, wenigstens in normalen Jahren. Außerdem ist fast in jedem Jahre mit Überschwemmung zu rechnen. Der höchste Wasserstand dauert wohl selten länger als acht Tage, dagegen ist mit einer dauernden Überflutung von vier bis fünf Wochen zu rechnen. Da nun die Wiesenenerträge sehr unlicher sind, beabsichtige ich, die ganze Fläche mit kanadischer Pappel zu bepflanzen. Eignet sich diese Holzart überhaupt zur Anpflanzung auf größeren Flächen und wie weit und wann wird gepflanzt? Empfiehlt es sich, einfach Stedlinge zu pflanzen oder aus einer Baumschule bewurzelte Pflanzen zu beziehen? Ich bemerke noch, daß früher am Rande der Wiese einige Pappeln standen, die sehr wüchsig waren.

Dr. B. Schm. Nachj. in Ech.

Antwort: Die kanadische Pappel eignet sich ganz vorzüglich zur Bepflanzung der beschriebenen Wiesenfläche. Wegen der mit Sicherheit zu erwartenden Überschwemmung empfiehlt es sich, als Pflanzmaterial bewurzelte und verschulte Stedlinge von etwa 1 bis 1,40 m Höhe zu nehmen und diese in 3 m Quadratverband im Herbst zu pflanzen, da alsdann der geringe Wasserstand eine bessere Ausführung der Boden- und Pflanzarbeiten gestattet, was im Frühjahr wegen zu hohen Wasserstandes auf Schwierigkeiten stoßen dürfte.

Nr. 7. Anfrage: Wirkt der Anstrich mit Karbolineum von im August gefällttem und zu Bohlen geschnittenem Fichtenholze, welches grün zu Brückenbauten in der Forst verarbeitet wurde, günstig auf die Konservierung des Holzes ein? Soweit mir bekannt ist, tritt die volle Wirkung erst ein, wenn der Anstrich nach völliger Austrocknung des Holzes, also etwa nach Jahresfrist, vorgenommen wird. H., Revierförster in G.

Antwort: Im Karbolineum besitzen wir ein ganz vorzügliches Mittel, um die Dauerhaftigkeit des Holzes zu erhöhen und dieses gegen Fäulnis zu schützen. Da die Wirkung des Karbolineums von dem mehr oder weniger tiefen Durchdringen des Holzes mit dieser Flüssigkeit abhängt, so ist es natürlich viel vorteilhafter, erst das austrocknete Holz mit einem solchen Anstrich zu versehen, da dieses das Karbolineum besser aufnimmt, also tiefer eindringen läßt und auch dementsprechend besser schützt. Es empfiehlt sich überhaupt, das Holz zweimal mit Karbolineum zu streichen, wodurch eine bedeutende Erhöhung der Dauerhaftigkeit des Holzes garantiert wird.

Nr. 8. Anfrage: Auf der Unterseite der Eichenblätter befinden sich linsengroße Anwürfe. Ist dies eine Kalamität? Und woher rührt das? L., Förster i. N. b. B. in W.

Antwort: Die übersandten Eichenblätter sind von den Gallen einer Gallwespe, *Cynips malpighii*, befeht. Diese sind wirtschaftlich bedeutungslos. Eckstein.

Für die Redaktion: A. R. Roda Grundmann Neudamm.

Dieser Nummer liegt die Januar-Ausgabe der Forstlichen Rundschau bei. Des Försters Feierabende fällt daher diese Woche aus.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Gemeinlicher Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Nm.

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Kgl. Gemeinlicher Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Nm.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Seite, Försterei Rämde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.



Zahlung der Mitgliederbeiträge.

An die verehrten Vereinsmitglieder richten wir die ergebenste Bitte, die jetzt fälligen Beiträge für das 1. Halbjahr 1912 baldigst an die Sammelstellen (Vertrauensmänner, Ortsgruppen, Bezirksgruppen) einsenden zu wollen, indem wir zu berücksichtigen bitten, daß durch die rechtzeitige Zahlung der Beiträge viel Zeit und Geld gespart wird.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Überweisungen in eine andere Bezirksgruppe jetzt nur noch zu Beginn eines jeden Jahres erfolgen und daß die Mitglieder das ganze Jahr über der Bezirksgruppe zugeteilt bleiben, der sie am 1. Januar angehört haben. Demgemäß ist es auch unzulässig, daß ein Mitglied an zwei verschiedenen Bezirksgruppen die Halbjahresbeiträge entrichtet.

Einzelmitglieder gibt es fortan nicht mehr.

Nachstehend folgt ein Teil der Adressen der Bezirksgruppenchefsmeister unter Angabe der Beiträge, die in den betreffenden Bezirken von den Mitgliedern jährlich (J.) oder halbjährlich (H.) zu zahlen sind.

Bez. **Allenstein** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M): Lauchlin, Förster in Forstth. Hartwigswalde bei Jedwabno.

Bez. **Arnberg** (6,50 M + 1,50 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Spieß, Förster, Richtenstein bei Wredlar i. B. (Nur gültig für Mitglieder, die einer Ortsgruppe angehören.)

Bez. **Breslau** (Bezirksgruppenbeitrag 1,50 M jährlich. Also 6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M + 4,00 M): Gaffron, Förster, Peisternitz bei Ohlau.

Bez. **Bromberg** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M): Rauthe, Förster, Mülthall bei Bromberg.

Bez. **Cassel-Ort** (6,50 M + 0,50 M = J. 7,00 M, H. 3,50 M): Schneider, Hegemeister, Oppers bei Neuhaus.

Bez. **Cassel-West** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Hiege, Förster, Sielen b. Hümme.

Bez. **Coblenz** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M): Reif, Hegemeister, Woos bei Adenau (Eifel).

Bez. **Cöln** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M): Reip, Förster, Groß-Königsdorf bei Cöln.

Bez. **Danzig** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Barz, Förster, Piefelken bei Gnetzow.

Bez. **Düsseldorf** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M): Rehsler, Förster, Xanten.

Bez. **Erfurt** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Hauptfleisch, Förster, Weisenborn-Lüderode, Rt. Worbitz.

Bez. **Frankfurt a. D.** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Hartnid, Förster in Post Schbruch Nm.

Bez. **Gumbinnen** (6,50 M + 2,00 M = J. 8,50 M, H. 4,25 M): Brindmann, Förster, Senfst bei Bubbern i. Ostpr.

Bez. **Hannover** (6,50 M + 0,50 M = J. 7,00 M): Hahn, Förster, Kirchwehren bei Seelze.

Bez. **Hildesheim** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Jädel, Förster, Clausthal (S.).

Bez. **Königsberg** (6,50 M + 2,00 M = J. 8,50 M, H. 4,25 M): Hauszuss, Förster, Lindenburg bei Verschallen.

Bez. **Mörsin** (6,50 M + 2,00 M = J. 8,50 M, H. 4,25 M): Mielle, Förster, Bornluchen.

Bez. **Regnitz** (Bezirksgruppenbeitrag 1 M, nur jährlich. Also 6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 4,25 M + 3,25 M): Klammer, Förster, Burghammer.

Bez. **Lüneburg** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M): Kommer, Förster, Ebstorf (Hannover).

Bez. **Magdeburg** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Zoberbier, Förster, Welsdorf bei Wehndorf.

Bez. **Marienwerder** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Haeufler, Förster, Gulenholz bei Poln.-Gefzin.

Bez. **Merseburg** (6,50 + 1,00 M = J. 7,50 M): Binder, Förster, Dorfhaus bei Doberstüch.

Bez. **Minden-Münster** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M): Pohl, Hegemeister a. D., Bielefeld, Langenhagen 31.

Bez. **Oppeln** (6,50 M + 0,50 M = J. 7,00 M, H. 3,50 M): Bannowsky, Förster, Kralchevo (Ob.-Schles.).

Bez. **Osnabrück-Münster** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M): Pohlmann, Forstauffseher, Dissen (Leutoburgerwald).

Bez. **Potsdam** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Fuhrmann, Förster, Mauerheide bei Mauer.

Bez. **Potsdam** (6,50 M + 0,50 M = J. 7,00 M, H. 3,50 M): Purbs, Förster, Forsthaus Sirichberg bei Groß-Schönebeck i. Markt.

Bez. **Schleswig** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M): Pöpp, Förster, Forstth. Braat bei Boostedt.

Bez. **Stade** (6,50 M + 0,50 M = J. 7,00 M, H. 3,50 M): Wilfer, Förster, Forstth. Whingst bei Höttergrube.

Bez. **Stettin** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Bauer, Förster, Forstth. Grambin bei Udermünde.

Bez. **Stralsund** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M): Westphal, Förster, Poggenborn Rt. Grimmen.

Bez. **Trier** (6,50 M + 1,00 M = J. 7,50 M, H. 3,75 M): Klein, Revierförster, Forstth. Mülchen bei Zemet.

Bez. **Wiesbaden** (6,50 M + 1,50 M = J. 8,00 M, H. 4,00 M): Ufinger, Förster, Eppenheim bei Königstein (Taunus).

Für Mitglieder, die einer Ortsgruppe angehören, ermäßigt sich der Bezirksgruppenbeitrag im Bezirk

Allenstein	auf jährlich	1,00 M
Arnberg	"	0,50 "
Düsseldorf	"	1,00 "
Gumbinnen	"	1,00 "
Königsberg	"	0,50 "
Mörsin	"	1,50 "
Magdeburg	"	0,50 "

Die Postanweisungen müssen den Vermerk tragen: "Frei mit Abtrag."

Die Postanweisungen müssen den Vermerk tragen: "Frei mit Abtrag."

Nähere Angaben über die Höhe der Ortsgruppenbeiträge usw. enthält das diesjährige Mitglieberverzeichnis, in dessen Besitz eigentlich jedes Mitglied sein sollte.

Dringend erwünscht ist es, daß **volle Jahresbeiträge** gezahlt werden. Angabe der Mitgliedsnummer ist stets unbedingtes Erfordernis.

Bemerkt wird schließlich noch, daß **besondere Zahlungsaufforderungen** seitens der Orts- und Bezirksgruppen **im Vereinsorgan** fernerhin **nicht mehr erfolgen** können.

Der Vorstand.

Krause.

Wette.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen **Dienstag** früh eingehen. Die möglichst **kurz gehaltenen** Nachrichten sind **direkt** an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Weidamm zu senden. **Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.**

Bezirksgruppen:

Cöln-Nachen. Samstag, den 3. Februar 1912, nachmittags 1½ Uhr, Versammlung in Cöln, Stapelhaus. Von 5 Uhr ab Kaisergeburtstagsfeier daselbst. Bierkommers ohne Zwang, wozu alle Kollegen, insbesondere diejenigen des Bezirkes Nachen, freundlichst eingeladen werden. Wichtige Tagesordnung. Damen und Gäste willkommen. Der Vorstand.

Osnabrück-Murich. Am Sonnabend, dem 3. Februar 1912, nachmittags 2½ Uhr, findet im Bahnhofshotel W. Nave in Lingen die Vertreter- und Mitglieberversammlung der Bezirksgruppe mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftsbericht und Rechnungslegung; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Beratung über ersprießliche Weiterführung der Standesangelegenheiten und der Wohlfahrts Einrichtungen des Vereins; 4. Stellungnahme zur Tagesordnung der nächsten Delegiertenversammlung; 5. Wahl eines Delegierten; 6. Verschiedenes. Um 2 Uhr gemeinsames Mittagessen im Versammlungstotal, Gedek zu 1,75 M., wozu die Teilnehmer sich bis zum 1. Februar beim Kollegen Herrn Hegemeister Moloff in Lingen melden wollen. Der vorliegenden wichtigen Vereinsangelegenheiten wegen ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Die Mitglieder der Ortsgruppe Osnabrück werden gebeten, sich zu einer Vorbesprechung schon um 1 Uhr nachmittags im Versammlungstotal einfinden zu wollen.

Tangermann, Vorsitzender.

Posen. Sonnabend, den 3. Februar d. Js., nachmittags 5 Uhr, Vertreter- und Mitglieberversammlung in Adams Hotel in Bentzen. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Rechnungsprüfung, sowie Entlastung des Schatzmeisters; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Verschiedenes. Von 6½ Uhr ab gemeinsames Essen und Kaisergeburtstagsfeier. Näheres in der Anzeige der Ortsgruppe Mauche in voriger Nummer.

Der Vorsitzende: J a n e k t y.

Ortsgruppen:

Arnsberger-Wald (Regbz. Arnsberg). Die diesjährige Kaisergeburtstagsfeier findet am 3. Februar d. Js., von 7 Uhr abends ab, im Gasthof Stemann zu Deventrop in üblicher Weise statt. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Für Unterhaltung sorgt der Festausschuß. Der Feier voraus geht eine geschäftliche Mitglieberfestigung. Tagesordnung: Verschiedenes.

Der Vorstand.

Berent (Regbz. Danzig). Sonnabend, den 3. Februar 1912, nachmittags 5½ Uhr, Versammlung im Vereinsstotal Schmid-Lippusch. Tagesordnung: Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden; Verschiedenes. Nachdem Feier des Jahresfestes, wozu die Damen und die Angehörigen herzlich eingeladen werden.

Der Vorsitzende. Stein.

Billenburg (Regbz. Wiesbaden). Am 27. Januar, vor Beginn der Kaisergeburtstagsfeier, findet eine Besprechung der Mitglieber über einige Vereinsangelegenheiten statt.

Der Vorsitzende. Müller.

Glend im Harz (Regbz. Hildesheim). Am Mittwoch, dem 24. Januar 1912, nachmittags 1,30 Uhr, Versammlung in Braunlage — Sieglings Hotel — mit Damen. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung für 1911; 2. Einziehung der Beiträge, auch solcher zum Forstwaifenverein, sowie Eintrittsgelber zur Krankenkassen-Beihilfeskasse; 3. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 4. Verschiedenes. Wer nicht anwesend sein kann, wolle dafür Sorge tragen, daß die Beiträge pünktlich an den Schatzmeister (Förster Bierling, Königshof b. Rothehütte) abgeführt werden. Der Vorstand.

Frankenberg (Regbz. Cassel). Die Ortsgruppen Frankenberg und Battenberg beabsichtigen, den Geburtstag Sr. Majestät gemeinschaftlich festlich zu begehen. Die Feier findet am Samstag, dem 3. Februar d. Js., von abends 9 Uhr ab, im „Deutschen Haus“ zu Frankenberg statt.

Werner.

Frankfurt a. Ober. Zur Nachricht für die Mitglieder in Betreff des Wintervergnügens am 3. Februar d. Js. Beginn 8 Uhr abends. Kollegen als Gäste, Nichtmitglieder des Vereins, zahlen wie Mitglieder, andere Gäste sind frei. Wünsche von Teilnehmern am Vergnügen wegen Abholung mit Fuhrwerk vom Bahnhof Müllrose zum Total bitten wir zum 1. Februar spätestens unter Angabe der Personenzahl an Förster Banke, Forsthaus Callenberg, Post Müllrose, gelangen zu lassen. Rückständige Beiträge können bei Gelegenheit des Vergnügens entrichtet werden.

Der Vergnügungsausschuß.

Leinefelde-Worbis (Regbz. Erfurt). In der am 15. Oktober v. Js. stattgefundenen Versammlung ist die Abhaltung der diesjährigen Kaisergeburtstagsfeier auf Sonnabend, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im „Hotel Fuhrtrott“ zu Leinefelde, beschlossen. Mit Müßigkeit, daß die Feier im vorigen Jahre ausgefallen, bitten wir um rege Beteiligung, auch der nicht der Ortsgruppe angehörenden Kollegen der benach-

barten Oberförstereien, welche durch vorherige Umfrage festgestellt wird. Der Vorstand.

Marburg (Regbz. Cassel). Wie beschloffen, findet die Kaisergeburtstagsfeier Sonnabend, den 3. Februar d. Js., von 7½ Uhr abends ab, im Vereinslokal (Gasthaus Kranz) zu Cölbe durch Abhaltung eines Langtränzchens mit gemeinschaftlichem Essen und Kaffee statt. Zu letzterem werden die geehrten Damen gebeten, das Gebäck mitzubringen. Die Nachbar Kollegen, sowie das Oberjägerkorps Kurhess. Jäger-Bataillon werden zu der Feier hiermit freundlichst eingeladen. — Ferner wird gebeten, dem Vereinswirt die Anzahl der gewünschten Gedecke bis spätestens 31. Januar mitzuteilen. Wir ersuchen des Wirtes wegen recht dringend, diese Bitte nicht unbeachtet zu lassen. — Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder mit ihren Damen ersucht mit Weidmannsheil

Der Vorstand.

Neulirchen, Kreis Biegenhain (Regbz. Cassel). Die Ortsgruppe feiert ihr Wintervergnügen Sonntag, den 11. Februar 1912, von abends 7½ Uhr ab, im Vereinslokal zu Neulirchen, wozu die Herren Mitglieder nebst Familien hierdurch ergebenst eingeladen werden. Um zahlreiches Erscheinen — mit Damen — wird gebeten. Die Einladungen der Gäste erfolgen vom Vorstande aus, die Herren Kollegen werden hiermit höflichst gebeten, die Namen der einzuladenden Gäste bis spätestens 25. Januar dem Vorstande mitteilen zu wollen. Der Vorstand.

Nische (Regbz. Marienwerder). Die in der letzten Versammlung beschlossene Kaisergeburtstagsfeier in Klinger fällt aus, da der Kriegerverein Nische am 27. und 28. Januar die Tage feierlich begeht, wozu die Ortsgruppe Nische hierdurch eingeladen wird. Hauptfeier am Sonntagabend. Theater, Tanz. Der Vorstand.

Nürtingen (Regbz. Dnabrid-Nürich). Am Sonntag, dem 21. Januar, nachmittags 2½ Uhr, findet im „Schwarzen Bären“ zu Nürich die Jahresversammlung statt. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes; 2. Wahl eines Vertreters zur Versammlung der Bezirksgruppe; 3. Erhebung des Beitrages für 1912, der durch Beschluß der letzten Versammlung auf 8,50 M. festgesetzt ist. Es dürfte der praktischste und billigste Weg sein, wenn gleich der volle Beitrag gezahlt würde; 4. Besprechung der voraussichtlich zur Tagesordnung stehenden Punkte der Bezirksgruppen- und Delegierten-Versammlung und sonstige Anträge.

Der Vorstand.

Nominter Weide (Regbz. Gumbinnen). Die Kaisergeburtstagsfeier der hiesigen Ortsgruppe findet am Sonnabend, dem 27. Januar, im Kaiserhotel (Nominen) wie folgt statt: 4 Uhr nachmittags Gottesdienst in der Hubertuskapelle, 6 Uhr nachmittags Beginn der Feier durch Theater und Gesangsvorträge, nach dem gemeinsamen abendlichen Essen Tanz. Von Seiten der Vereinsmitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.

Der Vergnügungsvorstand.

Oppein (Regbz. Oppeln). Donnerstag, den 1. Februar d. Js., nachmittags 6 Uhr, Versammlung im Mainusch'schen Gasthause zu Paruschorwig. 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung in Oppeln am 6. Januar; 2. Kaisergeburtstagsfeier in der beschlossenen Weise. Möglichst vollständiges Erscheinen erbeten.

Der Vorstand.

Schellig-Preßlau (Regbz. Oppeln). Besonderer Umstände wegen muß das am 3. Februar d. Js. geplante Winter-Vereinsvergnügen auf Sonnabend, den 10. Februar d. Js., verlegt werden. Sonst bleibt es, wie in Nr. 2 der Vereinszeitung gesagt. Gleichzeitig Bericht des Delegierten über die Bezirksgruppenversammlung am 6. Januar. Vollständiges Erscheinen, besonders der verehrten Familienangehörigen, wird vorausgesetzt. Der Vorsitzende. Pelz.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Begemeister Krause, Kesselsgrund bei Dohren, vorliegen. Was nur die nächste Kasse Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Marienwerder. Die am 17. Dezember 1911 einberufene Versammlung wurde vom Vorsitzenden um 12 Uhr mittags in üblicher Weise eröffnet. Betreten waren durch 17 Kollegen 220 Stimmen. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Bericht des Delegierten über die diesjährige Versammlung in Berlin. Der Delegierte berichtet an der Hand des Stenogramms eingehend. Aus der anschließenden Diskussion ergibt sich der Wunsch, daß die vorgetragenen Wünsche recht bald in Erfüllung gehen mögen. 2. Besprechung der eingegangenen Anträge. Es werden angenommen folgende Anträge: a) alle Punkte der diesjährigen Berliner Tagesordnung; b) Rangfrage der Forst-anwärter; c) Erhöhung der Sekretärzulage, Gewährung von Dienstaufwandsgebern für Förster o. R. als Schreibgehilfen, Tagelöhner und Reiseflosten für Forsthilfsaufseher bei Wahrnehmung von Holzverkaufsterminen. 3. Verschiedenes: 1. Als Delegierter nach Berlin wird der Vorsitzende, als Stellvertreter Förster Mannow-Gilbon gewählt. 2. Als Dedung für Rechnungsausfälle wird dem Schachmeister ½ % der jährlichen Einnahmen bewilligt. 3. Bezüglich der Waldweide entwickelt sich eine lebhafteste Debatte, deren Ergebnis dahin zum Ausdruck kommt, daß wohl höheren Orts an manchen Stellen weitgehendes Wohlwollen bewiesen, dagegen auch oft dringlichen und nach Ansicht der Vortragenden berechtigten Anträgen auf Gewährung der Weide ablehnend begegnet wurde. Es wird der Wunsch ausgesprochen, die Waldweide möge wieder allgemein gewährt werden. Nachdem noch besonders zum Eintritt in die Krankenlosen-Beihilfeklasse angeregt worden war, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Horrido auf den Herrn Oberforstmeister des Bezirks geschlossen.

Seefeldt, Vorsitzender.

Ortsgruppen:**Bromberg.** Sitzung am 30. Dezember 1911.

Bericht: 1. Es wurden drei neue Mitglieder aufgenommen. 2. Als Vereinslokal wurde Hotel Langning, Bromberg, Friedrichstraße 56, gewählt. 3. Es wurde beschlossen, daß der Versammlung bis zum 1. April 1912 geeignete Kollegen als Familienbeiräte oberförstereiseigentlich vorgeschlagen werden. 4. Die Verteilung der Einladungen und die Einziehung der Beiträge fand statt. 5. Es wurden verschiedene An gelegenheiten besprochen.

Der Vorstand. Heinisch, Vorsitzender.

Freudenstier (Regbz. Marienwerder). Zu der Sitzung am 31. Dezember 1911 waren zwölf Mitglieder erschienen; entschuldigt waren die Mitglieder Nr. 3585, 3702, 4205 und 3608.

1. Es wurden die Beiträge pro 1. Halbjahr 1912 (5,75 M.) von dreizehn Mitgliedern erhoben. 2. Die Kaisergeburtstagsfeier findet Mitte Februar statt: Theater, Konzert usw., Ball. Die durch den Vorstand einzuladenden Gäste sind dem Unterzeichneten möglichst bald namhaft zu machen. Der genaue Tag der Feier wird an dieser Stelle bekannt gegeben.

Der Vorstand. J. A.: F en n e r.

Gr.-Einichen-Neuhof (Regbz. Köslin). In der Versammlung am 6. Januar wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. Die Rechnung für 1911 wurde von zwei Kollegen geprüft, für richtig befunden und dem Kassensführer Entlastung erteilt. 2. Vorstandswahl: Der Vorsitzende, der Schriftf. und Kassensführer sowie deren Stellvertreter wurden einstimmig wiedergewählt. Neu gewählt wurden zu Beisitzern die Kollegen Westphal und Dinse. 3. Von den anwesenden Kollegen wurden die Beiträge für das 1. Halbjahr 1912 eingezogen. 4. Es wurde beschlossen, am 10. Februar zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers ein Festessen, wie bisher üblich, im Vereinslokal zu veranstalten. Gedek 2 M. ohne Weinzwang. Beginn 7 Uhr abends. Die Mitglieder werden gebeten, die Anzahl der teilnehmenden Personen dem Schriftführer bis zum 27. Januar mitzuteilen, wobei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, daß einmal bestellte Gedekte unter allen Umständen zu bezahlen sind. Die Einladung von Gästen geschieht durch den Vorstand, und wollen die Mitglieder ihre diesbezüglichen Wünsche bis gleichfalls 27. Januar dem Schriftführer mitteilen. 5. Verschiedenes: Hierzu meldete sich niemand zum Wort.

Der Vorstand.

J. A.: H e n s e l, Schriftführer.

Hammer (Regbz. Stettin). Die am 6. Januar d. Js. im Vereinslokal stattgehabte Mitgliederversammlung war von neun Kollegen besucht. Die Erledigung der Tagesordnung ergab: 1. Von den anwesenden Herren wurden die Beiträge für das 1. Halbjahr 1912 eingezogen. 2. Die Jahresrechnung wurde dem Vorsitzenden übergeben. 3. Von der Wahl der Vertrauens-

männer wurde zunächst noch Abstand genommen. 4. Bezüglich der diesjährigen Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers wurde beschlossen, daß dieselbe am 10. Februar 1912 wie im Vorjahre um 7 Uhr abends im Vereinslokal zu Hammer stattfinden soll. Festeleiter sind die Kollegen Wille und Bohl. Gäste sind dem erfteren spätestens bis zum 25. Januar namhaft zu machen und werden vom Komitee eingeladen. Nach Schluß des offiziellen Teiles blieben die Mitglieder noch längere Zeit in heiterer und anregender Unterhaltung beisammen.

Der Vorstand. J. A.: R e b b i e n, Schriftf.

Raffin (Regbz. Frankfurt a. O.). Zu der Versammlung am 6. Januar waren sieben Mitglieder erschienen. Die Rechnung für 1911 wurde geprüft und für richtig befunden. Als Mitglieder sind vom 1. Januar neu eingetreten die Herren: 1. Königl. Förster Berner, Riche; 2. Königl. Forstauffseher Stibens, Raffin; 3. Königl. Hilfsjäger Erwalb, Kammin. Die Geburtstagsfeier Sr. Majestät findet am 27. Januar im Kollschän Gastschhof in Raffin statt. Tanzkränzchen mit gemeinschaftlicher Kaffeepause.

Der Vorstand. B e r g, Vorsitzender.

Treten (Regbz. Köslin). Erschienen waren fünf Mitglieder. Nach vorheriger Bekanntgabe wurde heute hier eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe abgehalten. Die Tagesordnung ist wie folgt festgelegt: 1. Rechnungslegung für 1911; 2. Einziehung der Beiträge für das erste Halbjahr 1912; 3. Anträge zur Bezirksgruppenversammlung in Köslin; 4. Wahl des Delegierten zu dieser Versammlung; 5. Verschiedenes. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden wurde die Sitzung mit einem begeistert aufgenommenen Horrido auf den Allerhöchsten Jagdherrn eröffnet. Zu Punkt 1. Gegen die Rechnung sind Einwendungen nicht gemacht, und dem Kassensführer wird Entlastung erteilt. Zu Punkt 2. Die Beiträge sind zum Teil gezahlt worden. Zu Punkt 3 werden neue Anträge nicht mehr gestellt, die Mitglieder sind aber der Ansicht, daß nunmehr in dieser Sache energischer vorgeschritten werden müsse. Zu Punkt 4: Zum Delegierten wurde der Vorsitzende und zum Stellvertreter der Kassensführer gewählt. Zu Punkt 5: Der Kollege Toboll erhebt sich zu folgenden Ausführungen: „Liebe Kollegen! Ich kann nicht umhin, hier noch einmal auf den bewegten Augenblick hinzuweisen, den heute die Entlassung unseres verletzten, langjährigen Chefs, des Herrn Oberförster Sommermeier, hervorgerufen hat. Namentlich möchte ich feststellen, daß wir mit Überreichung unseres Gruppenbildes das erreicht haben, was wir wollten — eine freundliche Überraschung und bereitwillige Aufnahme bei dem Herrn Scheidenden. Sein dankbarer Händedruck hat uns davon überzeugt. Wie der Herr Forstpat und auch der Kollege Manke bei Überreichung des Bildes schon unser Bedauern über das

Scheiden unseres verehrten seitherigen Chefs hervorgehoben haben, so möchte ich dieses Bedauern hier noch dadurch zum Ausdruck bringen, daß ich Sie auffordere, mit mir auf das fernere

Wohl desselben anzustoßen.“ — Weiter war nichts zu verhandeln, und wird die Verhandlung daher geschlossen.

Der Vorstand. No 11, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.



Die diesjährige **ordentliche Mitgliederversammlung** wird abgehalten am **Montag, dem 26. Februar d. Js., nachmittags 6 Uhr. im Hotel Prinz von Preußen zu Neubamm.**

Die Tagesordnung wird rechtzeitig bekanntgegeben. Nach der Versammlung findet ein gemeinschaftliches Essen statt. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Um zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Graf zu Rauhau, Vorsitzender,
Königlicher Forstmeister, Döllensradung.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer,
Königlicher Kommerzienrat.

Ihren Beitritt zum Verein meldeten an:

Bessel, Julius, Oberförster, Schloß b. Bempowo.
Festling, Franz, Förster, Teistimmen, Lftr.
Bergmann, Erhard, Forstlehrling, Forsthaus Plattenburg bei
Wilsnag.
Gilders, Ludwig, Königl. Forstausseher, Montjoie.
August, Emanuel, Revieradjunkt, Gisaarn bei Rischau, N.-Ostr.
Ludwig, Karl, Hilfsjäger, Martinroda b. Zimman.
Kugel, Paul, Königl. Forstausseher, Pöschschewen b. Gerwisch-
schewen.
Schumann, Hermann, Königl. Hegemeister, Forsthaus Daupe bei
Koskowig, Bez. Breslau.
Schulz, Max, Rittergutsbesitzer und Odonomierat, Semten (lebens-
längliches Mitglied).
Zirner, Paul, Hilfsjäger, Wiehe, Bez. Halle.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzufenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbearbeiter mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Einmaliger Beitrag zur Erwerbung lebenslänglicher Mitgliedschaft des Herrn Rittergutsbesizers, Odonomierat Schulz in Semten 100,— Mk.
Zur Schutzstrafen vom 27. 12. 1911: eingekandt von demselben 6,— „
Anstellige Zenden und Strafgebel, gesammelt nach der Treibjagd bei Herrn Heinrich Müller in Wethelma-
haren: eingekandt von Herrn Königl. Kommando-
jäger Berthe in Rittmunder Wald bei Rittmunder
Gehüt von einigen Herren bei der Treibjagd des
Herrn Hoflieferanten H. Burdett in Reilm am
3. 1. 1912: eingekandt von Herrn Revierförster
Kraatz in Sternhof 25,— „
Sammlungsgebel von einer Treibjagd auf der Zudower
Kraatz: eingekandt von Herrn Förster Klein in
Krechen b. Wernitz 15,50 „
Zusammenhang von einer Treibjagd bei Herrn Ritterguts-
besizer Weinberg auf Tarmen: eingekandt von Herrn
von Below 11,— „
Einkauf der Prabelschen Tafelrunde nach Treibjagd
in St. Buchholz: eingekandt von Herrn C. Mead
in Berlin W. 4,15 „

Eingekammelt für Fehlschüsse bei der Treibjagd in
Cunlofen: eingekandt von Herrn Förster Königshaus
in Feldmarschallshof bei Lanz 3,05 Mk.
Gesammelt auf einer Treibjagd des Herrn J. Helmrich
in Cassel für Strafgebel und freiwillige Beiträge:
eingekandt von Herrn Friedrich Köllmann in Cassel,
Bütelsbacher Hof 32,— „
Strafgebel von einer Treibjagd: eingekandt von
Herrn Professor H. v. Hippel in Göttingen 10,— „
Strafgebel für Fehlschüsse gelegentlich einer Treibjagd
auf Kottfeld bei Breck: Pächter: die Herren Web.
Habermann und Gude: eingekandt von Herrn
H. von Garben in Kiel 7,10 „
Strafgebel von der Treibjagd in Senheim a. Mosel:
eingekandt von Herrn Förster Weber in Mesenich 5,60 „
Strafgebel von der Treibjagd in Buttfiedt: eingekandt
von Herrn Adolf Müller in Kullstedt 7,60 „
Gesammelt für Fehlschüsse auf einer Treibjagd in
Raimwaldhauer Revier: eingekandt von Herrn M.
Strider in Raimwaldhau bei Schulbau 5,85 „
Gesammelt anlässlich einer veranlagten Treibjagd der
Herren Dr. Apel und C. Bonstedt in Göttingen:
eingekandt von Herrn cand. med. H. Hempel, zurzeit
in Waldappel 6,78 „
Strafgebel für Fehlschüsse von der Treibjagd am
29. 12. 1911: eingekandt von Herrn Förster Schüller
in Cunlofen 3,05 „
Für Fehlschüsse, gesammelt auf der Treibjagd in Raim-
waldhau: eingekandt von Herrn Forstverwalter M.
Strider in Raimwaldhau 8,60 „
Gesammelt bei Gelegenheit der Treibjagd der Cam-
phauser Jagdschenschaft: eingekandt von Herrn
H. Strasser in Steinmühle bei Mühlfort 16,15 „
Von der Treibjagd des Herrn Oberlehrers Heinrichs-
meyer: eingekandt von Herrn W. Weisgerber,
Gewehrfabrik in St. Wendel 7,50 „

Ges.: 274,93 Mk.

Den Gebern herzlichen Dank und Weid-
mannsheil!

Mitgliedsbeiträge fanden ein die Herren:

Wischhoff, Munsterlager, 5 Mk.; Wiedel, Eichhorst, 2 Mk.;
Reese, Gmund, 2 Mk.; Hartig, Forstebm, 3 Mk.; Dittlinger,
Reisen, 5 Mk.; Donner, Einquard, 2 Mk.; Engel, Wartha, 2 Mk.;
Eckardt, Heil-Edenau, 5 Mk.; Fahrenschel, Forchheim, 2 Mk.;
Frenkel, Ruradshaus, 3 Mk.; Goebel, Rottum, 2 Mk.; Gummel,
Recherbach, 2 Mk.; Grunke, Madach, 5 Mk.; Grafenreuth, Lamsau,
2 Mk.; Gulanig, Tichow, 2 Mk.; Herron, Jankmann, Lenders-
hagen, 100 Mk.; Geier, Marquand, 2 Mk.; Guder, Abenau, 2 Mk.;
Hentle, Gernsdorfer, 3 Mk.; Hirschmidt, Altmerschen, 2 Mk.;
Hunzel, Gernsdorfer, 2 Mk.; Kaiser, Armentz, 2 Mk.; Koma,
Dranzig, 2 Mk.; Kampa, Ober-Guth, 3 Mk.; Meje, Ramm,
2 Mk.; Mettner, Töllmerader, 3 Mk.; v. Murnatowski, Rodegier.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, des Vereins mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beitrags-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beitrags-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 4.

Neudamm, den 28. Januar 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Königsforst im Regierungsbezirk **Cöln** ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 10. Februar eingehen.

Försterei Bismark in der Oberförsterei Liebenwalde, Regierungsbezirk **Potsdam**, ist zum 1. April 1912 zur anderweiten Besetzung frei.

Friedrich der Große als Forstwirt.

Ein Gedenkblatt zur 200 jährigen Wiederkehr seines Geburtstags (24. Januar 1912).

Von Oberförster Dr. Bertog.

Wenn wir jetzt die 200 jährige Wiederkehr des Tages feiern, an dem Preußen sein größter König geschenkt wurde, so wollen wir Forstwirte an diesem Tage ganz besonders seiner gedenken. Kein brandenburgisch-preussischer Herrscher hat soviel für die Forstwirtschaft des Landes getan, keiner so unmittelbar auf sie eingewirkt wie er. Ja, man kann ihn den Begründer einer geordneten Forstwirtschaft in Nordostdeutschland nennen.

Freilich hat er gesagt: „Menschen sind mir lieber als Wald!“ Aber das sollte nicht Waldfeindschaft an sich sein, sondern er wollte damit eine richtige Verteilung der verschiedenen Be-

nutzungsarten des Bodens kennzeichnen: Wald sollte nicht sein, wo der Boden besser als Acker, Weide oder Wiese benutzt werden konnte (z. B. Ober- und Warthebruch, die er entwaldete und entwässerte); was sich nach Lage und Boden am besten zum Walde eignete, sollte Wald sein oder werden und gut bewirtschaftet werden. Friedrich betrachtete die Dinge mit dem nüchternen Auge des Staats- und Volkswirtes. Der Wald war ihm auch nur eines der vielen Mittel, die Einkünfte und den Wert des Volksvermögens zu erhöhen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, die Staatseinnahmen unmittelbar und mittelbar zu

bessern. Nur dieses Ziel lag seinen forstlichen Maßnahmen zugrunde, nur dieses Ziel lenkte seinen klaren Blick auf seinen Reisen durch das Land, bei seinen schriftlichen Anordnungen. Die Jagdleidenenschaft war ihm unverständlich, ja er verachtete sie.

Der Zustand der Forsten in seinen Erblanden war bei seinem Regierungsantritt nicht sehr erfreulich. Eine geordnete Wirtschaft fehlte. Wohl gab es in entlegenen, dünn bevölkerten Gegenden holzreiche, urwüchsige Bestände, aber die in der Nähe der Ortschaften liegenden Waldbteile waren holzarm, durch regellosen Plenterhieb, Diebstahl und Weide vielfach verdorben. Auf großen Flächen absoluten Holzbodens war der Wald verschwunden. Noch schlimmer sah es zum Teil in den von ihm erworbenen Ländern aus, namentlich spotteten die Zustände in Westpreußen jeder Beschreibung, als es bei der ersten Teilung Polens ihm zufiel.

Gleich nach seiner Thronbesteigung (1740) versuchte Friedrich, Ordnung in die Wirtschaft der Staatsforsten zu bringen. Der regellose Plenterhieb sollte aufhören, der Hieb sich auf bestimmte Schläge beschränken. Freilich wurde dieser Befehl nicht gleich durchgeführt, trotzdem er 1754 daran erinnerte. Die Not der schlesischen Kriege schuf andere näherliegende Aufgaben. Erst nach Abschluß des Siebenjährigen Krieges konnte Friedrich auf jene Maßregel zurückkommen. Durch eine Immediatinstruktion vom 6. Januar 1764 ordnete er an, daß in den Kiefernforsten der Umtrieb 70, in den Laubholzniederwaldungen (Erle, Birke usw.) 16 bis 20 Jahre betragen solle, in der Weise, daß die Reviere in die entsprechende Zahl von Schlägen eingeteilt werden sollten und jedes Jahr ein Schlag regelrecht verjüngt werden sollte. In den Nadelholzschlägen sollten keine Bäume stehen bleiben. Friedrich der Große war demnach bereits ein Freund niedriger Umtriebe, wie er auch in sofern „modern“ war, als er das Nadelholz auf Kosten des Laubholzes bevorzugte. So hat er z. B. in der Uckermark ausgedehnte Flächen Alteen durch reine Kiefernsonnungen ersetzt, Flächen, die heute zum Teil schon wieder in Eichen- oder in Mischbeständen von Eiche, Kiefer und Buche umgewandelt worden sind. In späteren Jahren hat er aber auch wohl erkannt, daß die Holzarten standortsgemäß sein müssen, wenigstens hat er gelegentlich für Westpreußen angeordnet, daß bei den Kulturen die Holzart ausgesät werden solle, die vorher auf der Stelle gestanden, d. h. Kiefer, wo Kiefer, und Eiche, wo Eiche gestanden.

Nebenbei sei bemerkt, daß auch der Befehl von 1764 nicht ganz im Sinne des Königs ausgeführt worden ist. Den Einwand, daß in 70 Jahren nicht genügend starkes Kiefernmußholz erwachse, fertigte er freilich damit ab, daß zehn Jahre alles

sei, was er zulegen könne. Aber seit 1783 teilte die Forstverwaltung jedes Revier in zwei Blöcke zu je 70 Schlägen, wechselte mit den Schlägen alljährlich zwischen den beiden Blöcken und kam so tatsächlich auf eine Umtriebszeit von 140 Jahren.

Wo Friedrich auf seinen Fahrten durchs Land Flugandschollen und Obland sah, ordnete er ihre Aufforstung an. Viele Tausende von Hektaren Wald sind so entstanden, zuweilen ganze Reviere. Manche Reviere zehren heute noch von Altholzvorräten, die aus solchen Aufforstungen hervorgegangen sind. So schreibt er am 17. Oktober 1782 an die Kurmärkische Kammer wegen der Anlegung neuer Dörfer und der Anlage von landwirtschaftlichen Versuchen: *)

„... aber nicht auf dem ganz schlechten Lande, als z. B. bei Lasdorf, als womit weiter nichts zu thun als es mit Kiefern Samen zu bestellen, um dadurch, wenn auch nur Krüppelholz darauf wächst, den Sand zu befestigen, daß er nicht durch den Wind auf den guten Acker getrieben wird, zugleich aber dadurch das zur Feuerung dienende kurze Holz in den Häiden zu menagieren.“

Überall regte er persönlich an, möchte es sich handeln um Schutz des Waldes gegen Feuer und Weidevieh, Übergriffe der Teerbrenner und Schneidemüller, Regelung der Berechtigungen und der Einnahme, Sparsamkeit im Holzverbrauch**) und bei Freiholzabgabe***), Aufnahme und Beschreibung aller Staatsforsten usw. Wo es ging, ließ er Schläge zur Erleichterung der Wiederansaat durch die Bauern ein Jahr adern und mit Korn bestellen. In den Jahren 1772 und 1773 setzte er u. a. folgende Prämien aus: „... 6. wer den meisten Holzamen gesammelt, 15 Thaler, 7. wer den meisten Holzamen ausgesät, oder das meiste Holz angepflanzt hat, 20 Thaler . . . 15. wer die stärkste Anzahl Lärchen oder Eichenbäume gepflanzt, 20 Thaler.“

Auch sonst regte er die Privatwaldbesitzer an. Wo er auf einem Gute einkehrte, schenkte er wohl Forstpflanzen, namentlich von noch unbekannten, ausländischen Holzarten. Die schönen Akazien in den Privatforsten der märkischen Kreise Lebus und Crossen verdanken ihm ihre Entstehung.

Bekannt ist, daß er die Lärche in Schlesien eingeführt hat. Ich möchte dies auch für die Weimouthskiefer vermuten, wenigstens für deren Aufbau in ersten kleinen Versuchen (die aus-

*) 3. B. Gründung mit „Lupinus“ (Wolfsbohne)!

**) Deshalb 1772/3 10 Thaler Prämie für den, „der die meisten lebendigen Eeden oder Bäume nach dem Ellenmaß angelegt“.

*** Die Domänenbeamten mußten zweimal im Jahre die Domänen bereisen und dabei u. a. berichten, „ob die Bauern mit dem ihnen zu stehenden Holze gut wirtschaften.“

gedehnten Albestände dieser Holzarten, die vor 15–20 Jahren in den kgl. Oberförstereien Schelitz, Rogelwitz u. a. vorhanden waren und zum Teil wohl jetzt noch sind, stammen aus der Zeit kurz nach seinem Tode).

Die häufigen Reisen (auf den un gepflegten Landstraßen, denn er war merkwürdigerweise kein Freund des Kunststraßenbaues) boten dem König auch reiche Gelegenheit, zu revidieren. Behe dem Beamten, der seine Pflicht nicht tat. So ließ er 1782 zwei neumärkische „Förster“ (also Oberförster) und den zuständigen Oberförstermeister arretieren und in Untersuchung bringen „wegen ihrer lieberlichen Wirtschaft und großen Negligence“, weil beim Aushieb alter Kiefern die Jungwüchse nicht geschont waren (die großen Bäume „haben jeder an 30 kleine Bäume niedergeschlagen“).

Die Krone aber sekte Friedrich seiner forstlichen wie überhaupt seiner staats- und volkswirtschaftlichen Tätigkeit durch den Wieder-

aufbau des unter der polnischen Herrschaft völlig verkommenen Westpreußen auf. Man lese hierüber „Die Entwicklung der staatlichen Forstwirtschaft in Westpreußen und ihre Beziehungen zur Landeskultur“ von Oberförstermeister Dr. A. König.*)

Neben vielen anderen gehören zur Forstwirtschaft drei Dinge: Geduld, Geduld, Geduld! Geduld hinsichtlich der Durchführbarkeit der Maßnahmen, Geduld hinsichtlich ihrer Wirkungen, Geduld hinsichtlich ihrer Anerkennung! Auch Friedrich der Große hat dies erfahren müssen. Wir ernten die Früchte seiner Tätigkeit. Wir wollen deshalb seiner heute ganz besonders dankbar gedenken, und uns durch sein Andenken zur Pflichterfüllung in unserem Berufe anfeuern lassen.

*) Enthalten im Bericht über die 7. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins zu Danzig-Berlin. J. Springer 1907.

Die Forstkassenrendanten und die neue Gehaltsordnung.

Die neue Gehaltsordnung, von der neben einer angemessenen Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten auch ein Ausgleich der Gehälter gleichwertiger Beamtenkategorien erwartet wurde, hat die Hoffnungen der Forstkassenrendanten nicht erfüllt. Zum großen Teil tragen allerdings die Forstkassenrendanten hieran insofern selbst schuld, als sie im Vertrauen auf die vorgelegten Instanzen in der Vertretung ihrer Interessen eine im Verhältnis zu anderen Beamtenklassen zu weitgehende Zurückhaltung geübt haben, so daß ihre berechtigten Wünsche eine genügende Würdigung nicht gefunden haben. Hierher gehört in erster Linie die Gleichstellung ihrer Gehaltsbezüge mit den Kreiskassenrendanten, denen sie in der Art und Verantwortlichkeit der Kassenverwaltung durchaus gleichwertig sind. Diese Gleichstellung ist aber nicht nur nicht erreicht, sondern der Abstand ist durch verkürzte Wartezeit für Erreichung des Höchstgehalts bei den Rentmeistern noch vergrößert worden. Auch ist dem dritten Teil der Kreiskassenverwalter eine Stellenzulage von je 300 M bewilligt, während die Forstkassenrendanten eine solche nicht erhalten, obgleich sie durch die ungünstige Lage mancher Amtsitze noch größere Berechtigung dazu hätten.

Betrachtet man, um die Berechtigung der vorbezeichneten Wünsche nachzuprüfen, den Geschäftsumfang und die Art der Geschäfte einer Durchschnittskreis- und Forstkasse, so wird jeder mit den Verhältnissen Vertraute alsbald zu der Erkenntnis kommen, daß die Tätigkeit dieser beiden Kassen im wesentlichen derart gleichartig ist, daß ein Zurückbleiben der Forstkassen-

rendanten in den Gehaltsbezügen eine Begründung nicht findet. Hier wie dort die gleichen Auftragszahlungen und die dazu gehörige Rechnungslegung, bei der Kreiskasse als Hauptverwaltung die direkten Steuern, bei der Forstkasse die Oberförstereien, deren Kassengeschäfte von Jahr zu Jahr größer werden. Es darf weiter bei einem Vergleiche der Amtstätigkeit und ihrer Pflichten zwischen Kreis- und Forstkassenrendanten nicht außer acht gelassen werden, daß für recht viele Forstkassenrendanten die Wahrnehmung der Holzversteigerungstermine sehr bedeutende Anforderungen an Gesundheit und Nervenkraft stellt und außerordentlich viel Zeit den Bureauarbeiten entzieht, während die Kreiskassenrendanten von derartigen Strapazen völlig verschont bleiben.

In den Bedingungen für die Zulassung zu beiden Laufbahnen liegt allerdings ein Unterschied, und dieser scheint ohne Rücksicht auf die Leistungen den Forstkassenrendanten bei der Regelung der Gehaltsbezüge geschadet zu haben. Wenn man die zurzeit gültigen Bestimmungen für die Notierung als Anwärter für eine Rentmeister- und eine Forstkassenrendantenstelle und deren Handhabung vergleicht, findet man, daß dort eine gewisse Erschwerung über das Maß des Notwendigen hinaus angewendet, hier dagegen oft mit einer der Bewertung des ganzen Standes nicht dienlichen Rücksicht verfahren wird.

Die Notierung als Anwärter für eine Rentmeisterstelle erfolgt stets erst nach Ableistung eines besonderen Kasseneramens, zu dessen Zulassung die Genehmigung des Herrn Finanz-

ministers notwendig ist und die nur bereits angestellten mittleren Beamten nach entsprechender Vorbereitung — mindestens dreimonatige Tätigkeit auf einer Kreiskasse — gegeben wird. Dieses Examen wird auch von den aus dem Regierungs- und Steuersekretariat hervorgehenden Anwärtern gefordert, während dies zur Notierung für eine Forstassistentenstellenstelle nicht der Fall ist. Diese letzteren Anwärter werden auf Grund ihrer für das Regierungs- oder Steuersekretariat abgelegten erfolgreichen Prüfung zur Anstellung als Forstassistentenstelle notiert. Sind diese Bestimmungen aber den späteren dienstlichen Anforderungen nach gerechtfertigt? Nein! Denn von jedem Anwärter für das Regierungs- und Steuersekretariat wird eine mindestens dreimonatige Vorbereitungsbeschäftigung auf einer Kreiskasse verlangt, auch nehmen die Kassenaufgaben bei dem Sekretariatsexamen einen ziemlich breiten Raum ein. Dementsprechend wird auch von jedem geprüften Anwärter des Regierungssekretariats erwartet, daß er eine Kreiskasse vertretungsweise verwalten kann. Ist genug treten derartige Vertretungsfälle für einen längeren Zeitraum ein, wodurch den geeigneten Anwärtern weiterhin die Möglichkeit des Einarbeitens gegeben ist. Das besondere Examen für die Zulassung bzw. Notierung als Anwärter für eine Rentmeisterstelle wäre also hier durchaus kein dringendes Bedürfnis, es würde vielmehr vollkommen genügen, bei der Ausfertigung der Prüfungszeugnisse denjenigen Anwärtern, die die Kassenaufgaben in vollkommen einwandfreier Weise erledigt und sich sonst als geeignet gezeigt haben, den Vermerk einzufügen: „eignet sich zum Kassenvorwalter“. Diese Anwärter sind mit den Geschäften der Kreiskasse in der Regel so vertraut, daß es ihnen verhältnismäßig leicht wird, sich voll und ganz in deren Verwaltung zurechtzufinden; bei Übertragung einer Forstkasse ist dies aber keineswegs der Fall. Die Eigenart der doppelten Wirtschaftsführung — Etatsjahr und Wirtschaftsjahr —, die immer umfangreicher werdenden Sicherheitsbestellungen und das Stundungswesen der Holzaufgelder sind ihnen ganz neue Gebiete, wenn sie nicht längere Zeit in der Regierungsforstabteilung oder auf einer Forstkasse tätig gewesen sind, und es bedarf mancher der guten Ratschläge und Unterstützung des Nachbarkollegen, um den an ihn heran tretenden Anforderungen gerecht zu werden. Hier ist deshalb durchaus erforderlich, daß von den aus dem Regierungs- und Steuersekretariat hervorgehenden Anwärtern vor ihrer Notierung eine etwa dreimonatige Tätigkeit auf einer Forstkasse gefordert wird, die durch eine Äußerung des betreffenden Forstassistenten zu belegen ist.

Die weiteren für eine Forstassistentenstellenstelle in Frage kommenden Anwärter — mit Anstellungsbeurteilung verabschiedete Offiziere und Forstbeamte — haben nach einer mindestens einjährigen Vorbereitungsbeschäftigung auf einer vollbeschäftigten Forstkasse eine Prüfung abzugeben, in der sie die Befähigung zur Verwaltung einer Forstkasse dartun sollen. Da die Prüfungskommissionen zurzeit am Sitze der Regierungen gebildet werden, sind die Anforderungen, die an diese Befähigung gestellt werden, nicht gleich. Es läge deshalb im Interesse einer mehr einheitlichen und gerechten Handhabung der Bestimmungen, wenn von dem Herrn Minister zu den Prüfungen ein Kommissar abgeordnet oder wenigstens die schriftlichen Aufgaben bestimmt würden. Auch wäre von diesen Anwärtern als weitere Ausbildung eine zusammen etwa viermonatige Beschäftigung bei der Regierungsförstabteilung und der Regierungshauptkasse zu fordern. Denn während den aus dem Regierungs- usw. Sekretariat hervorgehenden Anwärtern die Kenntnis der forstlichen Wirtschaftsführung meist fehlt, mangelt es den anderen Anwärtern wieder an der Kenntnis des Geschäftsganges bei der Regierung und der Regierungshauptkasse, wodurch oft neben anderem besonders der Abrechnungsverkehr in unliebsamer Weise erschwert wird. Die Zulassung zu der Laufbahn der Forstassistenten müßte, ausgenommen die ehemaligen Offiziere, weiterhin ebenfalls von der bereits erfolgten etatmäßigen Anstellung in dem früheren Berufe abhängig gemacht werden, da die umfangreiche Geldverwaltung dieser Klassen bewährte und gereifte Personen erfordert. Alsdann werden mit größter Wahrscheinlichkeit nur wirklich gut vorbereitete und geeignete Anwärter auf eine Forstassistentenstellenstelle gelangen, und die bisher noch immer übliche Anstellung auf Probe könnte auch bei den Forstassistenten fortfallen, wie dies in allen anderen Verwaltungen bei geprüften Anwärtern der Fall ist.

Die Forstassistenten, die sich nun endlich zur Wahrnehmung ihrer Interessen, Pflege der Kollegialität und Besprechung der sie interessierenden dienstlichen und persönlichen Angelegenheiten zusammengeschlossen haben, betrachten eine in obigem Sinne eintretende Verschärfung der Annahmebedingungen infolge der ständig steigenden dienstlichen Anforderungen durchaus geboten. Die Forstassistenten würden bei deren Einführung auch bezüglich ihrer Ausbildung den Kreisassistenten so dann mindestens gleichzuachten sein, so daß jeder Grund einer unterschiedlichen Behandlung in der Befolgung beseitigt wäre.

Ein dringendes Bedürfnis ist außerdem für viele Forstassistenten eine dem jetzigen Umfang der Kassengeschäfte und den heutigen

Verhältnissen angemessene Regelung der Dienstaufwandsentschädigungen. Auch wäre recht bald den unter besonders ungünstigen Verhältnissen des Amtes sitzenden Forstassistenten durch Gewährung von Stellenzulagen, ähnlich wie bei den Rentmeistern, ein kleiner Ausgleich für manche ihnen erwachenden Mehrausgaben zu schaffen. Die bevorstehende Reorganisation des Stellenwesens dürfte hierzu eine geeignete Gelegenheit bieten.

Zum Schluß seien vorstehende Ausführungen noch kurz wie folgt zusammengefaßt: „Die Anforderungen und Verantwortlichkeiten, welche Art und Umfang der Dienstgeschäfte an einen Forstassistenten stellen, sind nach dem heutigen Stande der Dinge denen des

Kreisassistenten völlig gleich und daher der Wunsch der ersteren auf pekuniäre Gleichstellung mit letzteren wohl berechtigt, namentlich unter dem Gesichtspunkt künftiger Verschärfung der Anstellungsbedingungen für die Forstassistenten, sowie gründlichere und längere Ausbildung, peinlichere und mehr einheitliche Feststellung der Befähigung durch die Prüfung usw.; außerdem besteht das Bedürfnis auf Regelung der Dienstaufwandsentschädigungen den heutigen Verhältnissen entsprechend und Gewährung von Stellenzulagen.“

Namens des Vereins Königlich Preussischer
Forstassistenten

A o p p i z, Vorsitzender.

Mitteilungen.

— **Hat die Fichte im Harze Heimatrecht?** Diese Frage ist schon mehrfach zu beantworten versucht, indes hat die Art und Weise der Beantwortung gewiß bei dem einen oder anderen Zweifel aufkommen lassen. Nunmehr hat Herr Professor Lüthmann, wie die Braunschweiger „Neueste Nachrichten“ mitteilen, in der Sitzung des Vereins für Naturwissenschaft zu Braunschweig am 2. November d. Js. in seinem Vortrage „Hat die Fichte am Harze Heimatrecht?“ ausgeführt, daß im Oberharze in der Region des sogenannten oberen Bergwaldes, d. h. oberhalb der 600-m-Linie, keine andere Baumart mit der Fichte — landläufig Tanne genannt — konkurrieren könne. Ihre Widerstandsfähigkeit gegen das rauhe und feuchte Klima sowie ihre Genügsamkeit hinsichtlich des Standortes sichere ihre forstwirtschaftliche Überlegenheit. Auch ihre ästhetische Seite berührt Redner, indem er mit Recht sagt, daß selbst in der subalpinen Bergheide die verkrüppelte Fichte noch stimmungsvoll wirke. Trotzdem habe man behauptet, daß die Fichte am Harze nicht heimisch sei. Erst kürzlich habe das eine Zeitung getan und gejagt, es sei „nachgewiesen, daß die heute den Harz bedeckende Fichte aus dem Vogtlande eingeführt sei, nachdem die früheren Laubhölzer vom Bergbau aufgebraucht wären. Die erste Behauptung dieser Art habe der Flankenburger Apotheker Ernst Hampe, der Verfasser der 1873 erschienenen „Flora herzynica“ gemacht, und zwar 1860 auf Grund von Beobachtungen des Flankenburger Oberbergmeisters Weichsel. Dieser soll nämlich am Grunde einiger Torfstiche des Oberharzes vorzugsweise Birken und in der Verzinnerung der 1350 schon verlassenen Grube „Alter Mann“ besonders Laubholz vorgefunden haben. Danach behauptet der noch weiter als Weichsel gehende Hampe, daß die Fichte erst 1350 im Harze eingeführt sei. Hampe wiederholte diese Behauptung auch, trotzdem 1862 der damalige Regierungsdirektor Sporleder in Wernigerode, der im Jahre 1868 eine gute Flora des Harzes herausgegeben und daneben aus alten Forstrechnungen und alten Bauten nachwies,

daß schon ums Jahr 1400 alte, ausgedehnte Tannenwälder im Wernigeröderseen bestanden haben müssen, in seiner Flora mit dem Zufuge, daß die Fichte aus dem Vogtlande eingeführt sei.

Daraufhin, schildert der Vortragende, habe nun Archivrat Jacobs in Wernigerode 1878 in der Zeitschrift des Harzvereins die Haltlosigkeit der Hampeschen Behauptung gründlich bewiesen. Auf alten Urkunden (aus Goslar, Wernigerode und Braunschweig) weise er nach, daß der einzelne Harzforst schon allgemein „de Damm“ bezeichnet werde, ebenso daß der Ort Tanne seinen Namen von der Hütte „so deme Damm“ erhalten habe. Aus den Abgaben, die an die Harzer Grundherren, z. B. an die Herzöge von Braunschweig und an die Grafen von Wernigerode, für die Erlaubnis, Harz, d. h. Laubholz, zu schlagen, entrichtet werden mußten, vermöge er nachzuweisen, daß im ganzen Oberharze schon derzeit das Laubholz bedeutungslos gewesen sei. Ferner habe sich aus den Funden im Rotenbruche gelegentlich der Anlegung der Brodenhauffsee ergeben, daß neben den Laubhölzern auch die Fichte in die Vorzeit zurückreiche. Redner verweist auf die Namen verschiedener Forstorte im Harz, auf die man in den verschiedenen Revieren immer wieder stößt, wie: Düstere Tannen, Finstere Tannen, Schwarze Tannen, auch „Schwarzewald!“, und von denen sich einer bis 1265 verfolgen lasse. Erwähnt wird, daß im Jahre 1888 Schulinspektor Günther in Clausthal in seinem „Harz“ *) habe hinzufügen können, daß schon 1289 im Kaiserthum zu Goslar Fichtenholz verbannt ist. Dieser habe auch zur Erklärung für den Grubenbau des „alten Mannes“ mit Laubhölzern darauf aufmerksam gemacht, daß die Grundherren fast immer nur das Hartholz an die Gewerkschaften ausgetan, das Weich- oder Tannenholz aber sich selber vorbehalten hätten. Wenn, so sagt Redner am Schluß, so die Unrichtigkeit der Hampeschen Behauptung hat urkundlich erwiesen werden können, so ergebe sich

*) „Der Harz“ in Geschichte, Kultur- und Landschaftsbildern, geschildert von F. Günther (Seite 537).

weiter die Unmöglichkeit derselben, wenn man bedenke, daß vor Beginn des 17. Jahrhunderts nirgends die Rede sein kann von einer wirklichen Forstwirtschaft mit planmäßiger Verjüngung, sondern höchstens nur von einem Forstschuß, der zudem mehr die Erhaltung der Jagd und Raft als die Gewinnung von Holz im Auge hatte. Kahlschläge habe man nur von stehengelassenen Samenbäumen aus sich wieder besamen lassen. Daß bei so unvollkommenen Zuständen, so heißt es im Vortrage, einen Waldwechsel über den ganzen Oberharz in wenigen Jahrhunderten durchzuführen eine Unmöglichkeit war, liege auf der Hand. Zu bebauern sei, daß Professor Peter in Göttingen in seine botanische Einleitung zu Hans Hoffmanns „Harz“ von 1899 die Hampelche Behauptung ohne Widerlegung aufgenommen habe. Die Wahrheit sei, daß zwar der Oberharz früher selbst bis zu 1000 m Höhe Mißwald und wohl nur reine Fichtenbestände getragen hat, daß aber der herrschende Baum von jeher schon vor der Ansiedelung des Menschen die Fichte gewesen ist. Diese sorgfältigen und gründlichen Ausführungen müssen bei jedem Harzer Befriedigung finden, und wir begrüßen dieselben mit dem Harzer Trinkspruch:

„Es grüne die Tanne,
Es wachse das Herz,
Gott schenke uns allen
Ein fröhliches Herz!“ *)

✱

— Aber die Ausarbeitung des Reissigs.

Eine der übelsten Bestandszugabe in Nadelholz-Stangenhölzern, zumal solchen, die aus Saaten hervorgegangen sind, ist das meist schwer absehbare Reissig. Teils hindert es eine rechtzeitige Inangriffnahme der Durchforstungen, teils schmälert es dem Arbeiter den Verdienst und erschwert die Bewegungsfreiheit dessen wie die des auszeichnenden Beamten im Bestande.

In holzarmen Gegenden mag es noch angehen, da sich dort für dieses Material allenfalls noch eine bescheidene Absatzmöglichkeit bieten wird, in holzreichen Gegenden dagegen ist es damit sehr mißlich bestellt, und man wird froh sein können, wenn man das schwache Material lediglich für die Arbeit des Heraus-schaffens und des Transportes los wird. Voraussetzung dazu ist jedoch, daß die Knochherde der Leute noch auf Holzfeuerung eingerichtet, d. h. mit einem großen Feuerungsraum versehen sind. Ist man in einer Gegend bereits zur Kohlenfeuerungsraum mit dem durch sie bedingten kleinen und engen Feuerungsraum übergegangen und sorgt außerdem noch ein Räder für die professionsmäßige Herstellung der Nachware, so ist das sperrige Durchforstungsreissig als Feuerungsmaterial überhaupt nicht los zu werden.

Wo die Verhältnisse günstiger liegen, sollte man jedoch dauernd bestrebt sein, die Absatzmöglichkeiten dieses Materials zu erhalten, womöglich sie noch zu vermehren. Letzteres geschieht nicht, wenn dieses Reissig in der Form von sogenanntem Gebundreissig

(Wellen) aufgearbeitet wird. Freilich sind die Leute auf dem Lande ja nicht gerade leicht an Feuerungen zu gewöhnen und haben meist hundert Gründe, sich gegen dieselben zu wehren; wo die Notwendigkeit einer Feuerung sich jedoch aus den Verhältnissen ergibt, muß man trotzdem bemüht sein, sie durchzuführen.

Für die Ausarbeitung des Durchforstungsreissigs besteht neben der Möglichkeit, es als Gebundreissig von 1 m Länge abzugeben, auch die, dieses Material, in seiner ganzen Länge erhalten, in Reissighäufen aufzusetzen. In jener Form mag es handlicher und leichter aufzuladen und zu transportieren sein; in letzterem hat es aber den Vorzug ganz erheblich größerer Verwendungsmöglichkeit, und gerade auf diese kommt es an. Wenn man das massenhaft anfallende Material in der Form von Wellen nur zu Feuerungszwecken verwenden kann, ist die Grenze der Absatzmöglichkeit natürlich eher erreicht, als wenn man ihm in der Form als Reissighäufen neben der Befriedigung des Feuerungsbedürfnisses auch noch allerlei kleine Nuthölzer entnehmen kann, so z. B. Stiele für Rechen, Forken, Naden und Besen, ferner Stangen für leichte Bergehungen an den Wegen, nicht minder Staketen oder Flechtstengel zu einfachen Dorfzäunen, auch Stangen zur Errichtung von Sommerlauben, leichten Sommernotställen für Geflügel, zu Fashinen und Uferlechtwerken und vieles andere mehr. Soweit für solche Dinge in den in der Nähe des Waldes gelegenen Dörfern Bedarf ist, wird durch die Abgabe des Reissigs in der Form als Reissighäufen zugleich der Neigung vorgebeugt, diese Bedürfnisse durch Diebstahl im Walde zu decken und so gleichzeitig die Vermehrung an den Diebstahl auch stärkeren Materials zu vermindern. Wo ein solcher Bedarf nur gering ist, läßt er sich häufig durch Anregung seitens des Forstlers vermehren. Gelegentlich der Versammlungen der Krieger, in landwirtschaftlichen und anderen Vereinen kann man in manchen Gegenden, in denen Zäune um die einzelnen Grundstücke und an den Dorfstraßen noch zu den Seltenheiten gehören, zur Anlage solcher anregen, nicht minder gelegentlich zum Bau einer Sommerlaube oder eines Geflügelnotstalles oder dergleichen, oft auch zur Erneuerung oder Reparatur solcher Anlagen, indem man die Leute je nachdem an die kostenfreie oder billige Abgabe geeigneten Materials in der Form von Reissighäufen erinnert.

Die Wirkung solcher Bemühungen kann natürlich nur eine allmähliche sein; sind aber erst einige Leute dazu gebracht, so kann man den Reiz und die Eigenliebe der andern reizen und so die Anlage von Zäunen und dergleichen noch weiter fördern. Damit dient man zugleich den Leuten wie der Gegend und nicht minder dem Walde durch vermehrten Absatz des unbequemen Materials. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Landleute meist ziemlich erfinderisch sind, und wenn sie ein Material erst für einen Zweck schäken gelernt haben, sie bald auch noch die Verwendungsmöglichkeit desselben für allerlei andere Zwecke herausfinden. Die Hauptsache ist, daß sie sich nur erst einmal entschließen, es zu werben und auf ihren Hof zu fahren.

Nun kann man freilich oft zu hören bekommen, Reissighäufen lassen sich nicht in allen Gegenden, zumal im Gebirge nicht, abfahren. Dieser Einwand

*) Verfasser dieses Trinkspruches soll der oben erwähnte Oberbergmeister Weidlich sein. Der Spruch soll aus den künizianer Jahren stammen, ist also nicht so alt, wie häufig angenommen wird.

ist aber meist ein trügerischer und nur sehr ausnahmsweise zutreffend. Als ich meine jetzige Stelle antrat, war auch hier das Einschaden des Reissigs in Gebunde im Gebrauch, ich machte dem jedoch im Laufe von zwei bis drei Jahren allmählich ein Ende zugunsten der Abgabe von Reissighaufen, freilich nicht ohne Protest der Abnehmer; denn mein Verlauf ist ein Gebirgsrevier, das von 500 m bis auf rund 1200 m Seehöhe ansteigt.

Jetzt bin ich zehn Jahre hier. In der ersten Hälfte dieser Zeit lehrte noch öfter der Wunsch nach Gebundereisig wieder, in den letzten Jahren dagegen ist er nicht mehr an mich herangetreten. Dafür sind aber eine ganze Menge einfacher Staketenzäune und Verhegungen mehr im Dorfe entstanden, als früher zu sehen waren, auch manche Laube ist gebaut, und ich denke: vivat sequens! Rosenann.

Berichte.

Bericht über die XXXVII. Versammlung des Märkischen Forstvereins
am 28., 29. und 30. Mai 1911 in Perleberg.
(Schluß.)

Als Mitberichterstatte zur Nonnenstraßfrage gibt anschließend Forstmeister Bachmann-Carzig eine eingehende Schilderung des Verlaufes der Kalamität in der Oberförsterei Carzig. Seine Ausführungen über diesen speziellen Fall des großen Fraßes und seine dabei gemachten Erfahrungen decken sich zumeist mit den mehr allgemein gehaltenen Darlegungen des Vorredners. Von besonderem Interesse sind Bachmanns Ausführungen darüber, wie weit man in Carzig mit dem Einschlag der betroffenen Stämme gegangen ist. Er sagt: „In Carzig ist dabei so verfahren worden, daß in den ersten Jahren nur die bereits abgestorbenen Stämme herausgehauen wurden, und erst in diesem Jahre sind auch die Stämme herausgenommen worden, bei denen mit Sicherheit ein alsbaldiges Absterben zu erwarten war. Nach den beiden ersten Fraßjahren, also in den Wirtschaftsjahren 1908 und 1909, kamen hierbei 30 % der gesamten bis jetzt eingeschlagenen Masse, im Jahre 1910 47 % und im Jahre 1911 23 % zum Einschlag. Da nun nicht anzunehmen ist, daß das Absterben allein infolge des Nonnenstraßes erst mehrere Jahre nach dem Fraß erfolgt, kann man wohl behaupten, daß die Borkenkäfer mehr Holz zum Absterben gebracht haben als die Nonne, und daß ohne den nachfolgenden Borkenkäferfraß der Schaden bedeutend geringer gewesen wäre. Es ist also dadurch, daß so viel kränkelnde Stämme stehen geblieben sind, welche den kästern Brutmaterial lieferten, ein großer Schaden entstanden. Wenn man aber von vornherein alle diese kränkelnden Stämme herausgehauen hätte, hätte man große Blößen geschaffen, deren Wiederaufforstung in kurzer Zeit ganz unmöglich gewesen wäre, und der Forstverwaltung wäre ganz gewiß der Vorwurf gemacht worden, daß sie mit dem Austrieb zu voreilig gewesen sei. Jetzt allerdings kann man wohl sagen, daß dieses Verschonen der Kark entnadelten Stämme keinen Zweck hatte.“

In der vom Vorsitzenden sodann eröffneten Diskussion über die Nonnenkalamität trägt u. a. Forstmeister Godbertsen-Limmritz einen Fall vor, der sich in den Grenzjagen der Oberförstereien Limmritz und Zielenzig abgespielt — es standen sich geleimte und ungeleimte Bestände gegenüber — und der deutlich bewiesen hat, daß unter Umständen das Leimen gegen die Nonne doch zweckmäßig ist und Erfolg verspricht. Godbertsen empfiehlt daher das Leimen für beschränkte Fraßherde.

Es wird nunmehr zum letzten Punkt der Tagesordnung übergegangen: „Rückblick auf das Jagdjahr 1910 mit besonderer Berücksichtigung des Reigenabschlusses.“ Die Frage des Reigenabschlusses nimmt hierbei das Interesse der Versammlung ganz besonders in Anspruch. Es wird als unzweifelhaft festgestellt, daß in einem großen Teile des Vereinsgebietes der Rehestand in dauerndem Rückgang und beständig fortschreitender Degeneration sich befindet, daß dies seinen Grund hat in einem starken Mißverhältnis zwischen der Zahl der vorhandenen Böde und der Zahl der vorhandenen Reiden und daß dies Mißverhältnis nur zu beseitigen ist durch Schonung gut veranlagter Böde bis nach der Blattzeit, durch planmäßigen Abschluß alter Reiden und vor allem und in erster Linie durch planmäßigen Reigenabschluß. Es erhebt sich nun die Frage, wie dieser Reigenabschluß zu regeln ist. Die Preussische Jagdordnung vom Jahre 1907 hat den Bezirksausschüssen die Befugnis erteilt, ihn gänzlich zu untersagen oder ihn in zeitlicher oder örtlicher Beschränkung zuzulassen. Im Vereinsgebiet hat der Bezirksausschuß für den Regierungsbezirk Potsdam in den letzten Jahren den Reigenabschluß gänzlich untersagt und alle Anträge auf örtliche Gestattung abgelehnt, der Bezirksausschuß für den Regierungsbezirk Frankfurt dagegen hat den Reigenabschluß in beschränktem Maße zugelassen. Aus der Versammlung heraus werden die Gründe, die den Bezirksausschuß Potsdam zu seinem Verhalten veranlaßt haben, nämlich die Befürchtung, daß bei allgemeiner Freigabe des Reigenabschlusses von den Berliner sogenannten Jägern wahllos jedes Reh niedergeknallt werden würde oder daß bei örtlicher Freigabe über die verschiedene Behandlung der Jagdbezirke Unzufriedenheit entstehen würde, zwar anerkannt, aber trotzdem betont, daß es den Sinn der Jagdordnung nicht richtig verstehen hieße, wenn der Reigenabschluß generell unterbunden würde, daß vielmehr überall ein beschränkter Reigenabschluß notwendig sei, um den Rehestand im Vereinsgebiet wieder hoch zu bringen. Forstmeister Graf von Bernstorff-Hinrichshagen befragt, daß für den Monat November der Abschluß weiblicher Reize freigegeben werde, während die Vordiebe streng geschont werden müßten. Er geht dabei von der Ansicht aus, daß es möglich sei, am Kopf eines im November geschossenen Reizes zu erkennen, ob es ein männliches oder weibliches Stück sei. Die zuständigen Behörden müßten mit besonderer Strenge darauf achten, daß keine Vordiebe geschossen würden, und sich die Köpfe genau daraufhin ansehen. Es wäre dann nicht schwer, durchzusetzen, daß nur ausnahms-

weise männliche Stüde geschossen würden, und die Schiesser würden sich sehr hüten, wenn sie erst einmal hereingefallen seien und Jagdscheinverlust ihnen drohe, noch einmal ein Vordlich zu schießen. Demgegenüber steht Forstrat Freiherr v. d. Büsche-Potsdam auf dem Standpunkt, daß eine Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Kiken im großen nicht durchführbar ist. Er will daher den Kikenabschuß örtlich beschränken auf solche Gebiete, wo eine weidgerechte Pflege der Jagd gewährleistet ist, also etwa auf Eigen-Jagdbezirke von 2500 ha und darüber an Größe, soweit sie nicht verpachtet sind. Zeitlich hält v. d. Büsche nicht den Monat November, sondern die zweite Hälfte des Dezember für die zum Kikenabschuß geeignete, weil sich erst dann die Kümmerer besser erkennen lassen und man dann auch in der Lage ist, diejenigen Kiken abzuschießen, die im Laufe des Jahres verwaist sind. Beide Ansichten finden in der Versammlung Anhänger. Man einigt sich dahin, daß eine Resolution aufgestellt und auf die Tagesordnung der nächsten Vereinsversammlung gesetzt werden soll.

Hiermit ist die Tagesordnung der XXXVII. Versammlung erschöpft und der Vorsitzende schließt die Verhandlungen.

Am 30. Mai führte eine interessante, anregende Waldfahrt den Verein durch einen Teil der Perleberger Stadtforst in die Gadower Forst des Grafen von Wilamowitz-Möllen-dorf. T.

Jahresversammlung des Schweizerischen Forstvereins in Zug vom 16. bis 18. Juni.

Die Verhandlungen am 16. Juni vormittags eröffnete Herr Landamtmann Merz als Präsident des Lokalkomitees mit einem herzlichen Begrüßungsworte, wobei er besonders des im 90. Lebensjahre stehenden, hochverdienten eidg. Oberforstinspektors Dr. Coaz gedachte.

Der Vermögensstand des Vereins ist günstig. Bei 10 494 Fr. betragenden Einnahmen (Bundesbeitrag 5000 Fr.) und 8040 Fr. Ausgaben (Zeitschrift 6240 Fr.) ergibt sich ein Aktivsaldo von 2454 Fr. Der Fonds Morlier hat mit Zinsen eine Höhe von 8022 Fr. erreicht. Das Vermögen für die sogenannten Waldbreservationen beträgt 1670 Fr. Defizite stehen jedoch in naher Aussicht. Für die Wahl von Solothurn zum nächstjährigen Versammlungsorte dankt der Kantonsobersorger von Arx im Namen der Regierung.

Das Referat über „Die Behandlung der Gebirgswaldungen im Bereiche von Eisenbahnen“ von Burri, Forstinspektor des Kreises V der Schweizerischen Bundesbahnen, schöpfte aus den dreizehnjährigen Erfahrungen des Forstbeamten, dessen spezielle Tätigkeit das forstliche Gebiet im Bahnbetrieb umfaßt, und war um so bedeutsamer und von großem Interesse, als weder Lehrbücher noch forstlicher Unterricht über diese für unser Land wichtige Frage orientieren. Grundlegend sind die Arbeiten und Vorkehrungen der Gotthardbahn für die Sicherung der Personen wie des Bahnverkehrs. Der Vortragende führte etwa

aus: Der Gebirgswald ist für die am Gang hindurchführende Eisenbahn sowohl ein Schutz als auch eine Gefahr. Einerseits schützt er die Bahn gegen elementare Gewalten; andererseits aber erwachen dem Bahnbetrieb aus diesem schützenden Walde Gefahren daraus, daß bei den Holzgewinnungsarbeiten, besonders beim Rücken des Holzes, Stämme und Steine herunterstürzen können. Da der Schutzwald erhalten werden muß, so erwächst der Bahnverwaltung die Aufgabe, zur Sicherung der Bahnanlage und des Zugverkehrs Maßnahmen gegen letztgenannte Gefahren zu treffen. Das ist auf zweierlei Weise möglich: einmal durch Regulierung der Holzgewinnungsarbeiten unter Belassung des Schutzwaldes im Besitze des bisherigen Eigentümers, durch Vorschriften über die Arbeiten der Holzgewinnung, durch Schutzbauten, Holzabfuhrmittel, Ausführung der Fiebe durch die Bahnverwaltung, oder sodann durch Erwerb des Schutzwaldes durch die Bahnverwaltung unter möglicher Anpassung des Wirtschaftsbetriebes an den Schutzpart des Waldes und an die Erfordernisse der Bahnsicherheit. Für die Bahnverwaltung ist eine möglichst vollkommene Sicherung des Bahnbetriebes der Hauptzweck der Wirtschaft; die Erzielung einer Rente kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Die Bewirtschaftung der Bahn-Schutzwälder soll nach der Ansicht des Referenten nach folgenden Grundsätzen erfolgen: Der Wald ist durch ein Wegnetz aufzuschließen; als Betriebsform gilt die Erzielung gemischter, ungleichartiger Bestände mit Mlenterwald-Charakter; denn diese Bestandesform allein vermag ununterbrochen die kräftigste Schutzwirkung auszuüben; die möglichst sorgfältige und sachgemäße Ausführung der Holzhauerarbeiten erfolgt durch ein ständiges, im Bahndienst stehendes Holzhauerpersonal.

An der im ganzen zustimmenden Diskussion beteiligten sich die Herren Dr. Coaz sowie die Forstinspektoren Enderlin und Jauch; der erstere erwähnte, daß bisher für die Verminderung des Waldbareals infolge von Bahnbauten kein Ersatz gefordert worden sei, entgegen der Forderung des Forstgesetzes bei anderen Waldrodungen; es habe die Ansicht obgewaltet, der Ersatz durch Erwerb von Privatwald böte zu große Schwierigkeiten.

Auch das zweite Referat „Über das Zusammenlegen von Privatwaldungen“, gehalten von Forstmeister Rüedi (Zürich), behandelte eine Materie der neueren Forstgesetzgebung. Ausgehend von den großen Nachteilen der zu starken Waldparzellierung, wie sie z. B. im Kanton Zürich, Luzern, Thurgau usw. besteht, entwarf der Referent ein Bild der mühsamen, mitunter widerwärtigen Arbeiten der Zusammenlegung von Privatparzellen zu einer einheitlich zu bewirtschaftenden Genossenschaftswaldung; der Vortragende verbreitete sich sodann über die maßgebenden Gesichtspunkte. Während man früher im Hinblick auf die eine Fläche von 250 000 ha einnehmenden Privatwaldungen den Artikel 26 als eine Perle des Forstgesetzes pries, sind bis heute nur zwei Zusammenlegungen zustande gekommen: eine kleinere mit 9 ha in Ober-

stammheim und eine bedeutendere von 60 ha in Weilen. Hierbei hat sich gezeigt, daß die Geseßgebung nach einigen Richtungen hin noch ergänzt werden muß. In Anbetracht des Umstandes, daß das Privateigentum und das freie Verfügungsrecht des einzelnen Waldbesizers mit der Zusammenlegung aufhört, ist es ein Gebot der Billigkeit, ihn von den Kosten möglichst zu entlasten. Sollen die an Artikel 26 geknüpften Hoffnungen in Erfüllung gehen, so muß die bundesrätliche Interpretation vom 22. November 1909 im Sinne der Einschränkung wieder zurückgenommen werden; es liegt in der Stellung des Forstvereins, die Wiedererwägung jener Beschlässe einzuleiten.

Oberforstinspektor Dr. Coaz beantragt aus formellen und materiellen Gründen Ablehnung dieses Antrages, da derartige Anträge Sache der Kantonsregierung seien. Nach lebhafter Diskussion, an der sich Forstinspektor Enderlin, Oberförster v. Arx, die Forstmeister Etter und Hefli beteiligten, wird die Angelegenheit zur Prüfung und etwaigen Weiterleitung dem ständigen Komitee überwiesen.

Da die bisherige Publikation der Holzpreise im Vereinsorgan zu wenig praktischen Wert für den Holzverkauf hatte — ohne indes der Redaktion hieraus einen Vorwurf zu machen — proponierte das ständige Komitee eine besser orientierende Darstellung der Verkaufsverhältnisse nach Mittelstamm, Durchmesser, Holzart, Fuhrlohn, Quantum usw.; mit einigen Ergänzungen praktischer Art werden die Vorschläge genehmigt; die eidgenössischen Forstinspektoren werden übrigens die Publikation der Holzhandelsberichte in die Hand nehmen. Das vor einigen Jahren von Flury, Adjunkt der forstlichen Zentralanstalt, angeregte Werk: „Die forstlichen Verhältnisse der Schweiz“, soll vom schweizerischen Forstverein (wenn möglich) bis zum Beginn der schweizerischen Landesausstellung in Bern (1914) herausgegeben werden. Herr Flury übernimmt die Redaktion unter der Voraussetzung, daß ihm das nötige Material von den in Frage kommenden Stellen bereitwillig zur Verfügung gestellt werde. Während die technische und redaktionelle Frage als geordnet erscheint, bedarf die finanzielle noch der Regelung. Die Redaktion und die Kommission bürgen für die Herausgabe einer gediegenen Druckschrift über die forstlichen Verhältnisse für das Schweizervolk.

Aber die Verwendung von Buchenholz zu Eisenbahnschwellen befinden sich Versuche im Gange. Laut vorläufiger Zusammenstellung sind nun rund 15 000 cbm unter Zugrundelegung eines Preises von 27 Fr. pro Kubikmeter in der nächsten Bahnstation geschlagen worden.

Aus dieser Rundholzmasse ließen sich etwa 100 000 Stüd Eisenbahnschwellen gewinnen, während der durchschnittliche Jahresbedarf der Schweizerischen Bundesbahnen in den Jahren 1907 bis 1910 nur 42 000 Stüd betragen hat. Die Produktion übersteigt den Bedarf um das Dreifache. Eine weitere Steigerung der Verwendung von buchenen Eisenbahnschwellen läge im Interesse der Forstwirtschaft. Der vor einem Jahre dem ständigen Komitee eingereichte Antrag von Professor Engler, der durch eine ökonomische Besserstellung der Forstbeamten auch eine intensivere Pflege und Bewirtschaftung der Wäldungen anstrebt, wird an ein Ausführungskomitee gewiesen, das durch eine Denkschrift und durch Artikel in der Tagespresse über die ganze Frage aufklären und orientieren soll. Mit einigen Ergänzungswahlen schlossen um 1½ Uhr die gewandt geleiteten Verhandlungen.

Ein Spaziergang führte am Dienstagmorgen durch die fruchtbare Umgebung von Zug, vorbei an modernen Villen und heimeligen Landhäusern in die Wäldungen der Korporation Zug, d. h. in den 430 ha großen Distrikt der Seewäldungen. In einer Höhenlage von 450 bis 900 m über Meer liegen sie ganz im Gebiet der Schupf-Waldzone. Die Standortverhältnisse und auch die Bestockung sind günstig. Dank einer hausfalterischen Benutzung ist der Vorrat ein genügender, dagegen entsprechen die bisher übliche Verkaufsmethode: die Holzabgabe auf dem Stock, und die Pflege nicht den gebieterischen Forderungen einer rationalen Bewirtschaftung. Vor allem fehlt ein richtiges Wegenetz; eine intensivere Bewirtschaftung wird angebahnt; ein rationelles Wegenetz, für dessen Anlage eine Periode von zwanzig Jahren in Aussicht genommen ist, wird folgen; auch hier wird die gütige Mutter Helvetia mithelfen! Nach altem Brauch wurde im Schatten eines Bestandes ein „Znüni“ verabreicht; ohne Komplimente lagerte man sich, und bald entwickelte sich jene fröhliche Stimmung, auf die das Wort paßt: „Zum Augenblicke möcht' ich sagen, verweile doch, du bist so schön!“ Noch führte die Exkursion abwechselnd durch typische Bestandesbilder und durch Neuanpflanzungen, auf wundervolle Aussichtspunkte und über den der Aufforstung harrenden kahlen Rücken des Berges; es sandte die Mittagssonne ihre brennenden Strahlen auf uns nieder, und gerne tauchten wir daher unter in den schattigen Räumen von Felsenegg. Beim Schlußbankett gedachte der abtretende Präsident, Landammann Merz, in zündender Rede der Schönheiten des Vaterlandes, der großartigen Fürsorge des Bundes und der stets werktätigen Solidarität der Schweizer bei schwerem Landesunglück.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Gesetz Nr. III 12627.

Berlin W 9, 29. Dezember 1911.

Nach § 1033 der Reichsversicherungsordnung ist für die landwirtschaftliche Unfallversicherung der Staatsbetriebe durch die Ausführungsbestimmungen

festzusetzen, wer als Sacharbeiter gilt. Unterbliebe eine solche Festsetzung, so würden die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung für Sacharbeiter nur auf diejenigen Personen Anwendung finden, die eine der im § 923 der Reichsversicherungsordnung besonders aufgeführten Beschäftigungen

haben. Damit wäre eine größere Anzahl von in Staatsbetrieben tätigen Personen in ihren Versicherungsansprüchen schlechter gestellt, als in gleicher Weise beschäftigte Angehörige anderer Betriebe.

Die königliche Regierung wolle daher binnen zwei Monaten anzeigen, welche in den Staatsforstbetrieben beschäftigten Personen etwa außer den in § 923 der Reichsversicherungsordnung angegebenen nach der Begriffsbestimmung dieses Paragraphen als Facharbeiter anzusehen sind.

Nach einer Aufstellung des Reichsversicherungsamtes werden als Facharbeiter angesehen, soweit sie nicht Betriebsbeamte sind: Rechnungsführer, Lagerverwalter, Buchhalter, Buchhalterinnen, Gutsverwalter, Wirtschaftsführer, Gutsaufseher, Vögte (Hofmeister, Statthalter, Kämmerer, Schaffer, Großpänner, Großknechte), Forstgehilfen (Wildmeister, Jäger), Forst- und Jagdaufseher (Forstschußbeamte), Holzhauermeister (Kottmeister), Oberholzhauer, Meier und Meierinnen, Molkereimeister, Schweizer, Rindvieh- und Milchkontrollassistenten, Käfer, Schafmeister, Schäfer, Viehschleußer, Mäster, Schweinemeister; Gestrützwärter, Futtermeister, herrschaftliche Kutsher, Bereiter; Fischmeister, Reichwärter, Torfmeister, Rieselmeister, Kellermeister, Küfermeister, Küfer; Wirtschaftserinnen, Mamsellen, Verwalterinnen, Haushälterinnen, Stützen; Brauer, Stärkemeister, Kraftwagenführer, Schlosser, Sägemeister, Säger, Mühlenbauer, Tischler, Sattler, sowie alle Meister und Vorarbeiter, soweit ihnen ein höheres Entgelt als den ihnen zugewiesenen Arbeitern gewährt wird, und alle diesen gleichstehenden selbständigen Arbeiter in Weidkulturen, Stroh- und Korbflechtereien

Personen dieser Art behalten ihre Sonderstellung auch bei der Ausführung von Verrichtungen gewöhnlicher land- und forstwirtschaftlicher Arbeiten, wenn sie hierzu nur vorübergehend neben ihrer besonderen Beschäftigung als Facharbeiter in dem versicherten Betriebe herangezogen werden.

Es bleibt aber mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Betriebsarten zu prüfen, ob die Inhaber solcher Beschäftigungen auch wirklich besonderer fachlicher Fertigkeiten bedürfen. In zweifelhaften Fällen wird die Höhe der Lohnbezüge im Vergleiche mit dem Arbeitsverdienste gewöhnlicher landwirtschaftlicher Arbeiter für die Beantwortung der Frage, ob es sich um Facharbeiter handelt, wesentlich sein.

J. M.: Wesener.

An sämtliche königlichen Regierungen (mit Ausnahme derer in Münster, Aachen und Sigmaringen).

Beförden im Sinne der Reichsversicherungsordnung.

Allgemeine Verfügung Nr. 2/1912
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. I A 1 a 4914, II 11579, III 13606.

Berlin W 9, 5. Januar 1912.

Anliegende Abschrift des Erlasses vom 7. v. Mts.
III. 6734 II. Aug.

— I. 7715 Min. f. Handel usw., I c 2722

Min. d. Innern, I A 1 a 4641 Min. f. Ldw. usw. —
überende ich zur Kenntnisnahme. Wegen der
Bezeichnung von nichtkreisfreien Gemeinden als

untere Verwaltungsbehörden bleibt weitere Anordnung vorbehalten.

Frhr. v. Schorlemer.

An die königlichen Regierungen, die Herren Direktoren der königlichen Forstakademien in Gerswalde und Münden.

*

Anlage.

Auf Grund der §§ 111, 499 und 526 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung wird bestimmt:

1. „Höhere Verwaltungsbehörde“ ist der Regierungspräsident. An seine Stelle tritt:
a) In den Fällen der §§ 834, 953, 1275, 1447 und 1448 der Oberpräsident, soweit es sich um Provinzialverbände und die kommunalständischen Verbände der Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden handelt.

b) Für den Stadtkreis Berlin in den Fällen der §§ 376, 834, 953, 1275, 1447 und 1448 der Oberpräsident, in denen der §§ 514, 805, 869 und der §§ 891 und 1030 (soweit darin auf § 869 verwiesen ist) der Polizeipräsident in Berlin.

c) Für den Landespolizeibezirk Berlin in den Fällen des § 883, der §§ 891 und 1030 (soweit darin auf § 883 verwiesen ist) sowie des § 1560 der Polizeipräsident in Berlin.

d) In Sachen der Unfallversicherung für Betriebe, die unter bergpolizeilicher Aufsicht stehen, das Oberbergamt.

2. „Untere Verwaltungsbehörde“ ist der Landrat (in Hohenzollern der Oberamtmann), in Stadtkreisen und den von der obersten Verwaltungsbehörde besonders bestimmten Gemeinden der Gemeindevorstand.

3. „Polizeibehörde“ ist die Ortspolizeibehörde. In Sachen der Unfallversicherung werden für Betriebe, die unter bergpolizeilicher Aufsicht stehen, die Geschäfte der Ortspolizeibehörde durch den Bergrevierbeamten wahrgenommen.

4. „Gemeindegemeinschaft (Ortsbehörde)“ ist der Gemeindevorstand.

5. „Gemeindevorstand“ ist:

a) in Städten der Magistrat; wo ein solcher nicht vorhanden ist, der Bürgermeister (Oberbürgermeister);

b) in Landgemeinden der Gemeindevorsteher (in der Rheinprovinz und in der Provinz Hessen-Nassau der Bürgermeister);

c) in selbständigen Gutsbezirken der Gutsvorsteher.

6. Als „Gemeindeverbände“ gelten, soweit nicht ein anderes bestimmt wird:

a) im Sinne der §§ 155, 169, 172, 537, 554, 628, 629, 649, 650, 823, 833, 834, 835, 892, 894, 904, 953, 1234, 1235, 1237, 1360, 1373 und 1447 sowie des Art. 53 des Einführungsgesetzes die Provinzialverbände, die Stadt- und Landkreise und die Zweckverbände (Zweckverbandsgesetz vom 19. Juli 1911, G. S. 115, und Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin vom gleichen Tage, G. S. 123), ferner in der Provinz Westfalen die Ämter, in der Rheinprovinz die Landbürgermeistereien, in der Provinz Schleswig-Holstein der Lauenburgische Landes-

- kommunalverband, in der Provinz Hessen-Rassau die kommunalständischen Verbände der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden, in Hohenzollern der Landeskommunalverband und die Oberamtsbezirke;
- b) im Sinne von Buch II der Reichsversicherungsordnung (mit Ausnahme der §§ 169 und 172) und Art. 16. des Einführungsgesetzes die Gemeinden, wenn der Bezirk der Krankenkasse nicht über den der Gemeinde hinausgeht; im übrigen die Stadt- und Landkreise (Oberamtsbezirke);
- c) im Sinne der §§ 39 und 59 die Gemeinden, für deren Bezirk ein Versicherungsamt als gemeindliche Behörde errichtet ist (Ziffer 2);
- d) im Sinne der §§ 1163, 1195 und 1196 die Provinzialverbände und die Stadt- und Landkreise;
- e) im Sinne des § 1275 die Provinzialverbände

und die Stadt- und Landkreise (für Hohenzollern der Landeskommunalverband und die Oberamtsbezirke);

- f) im Sinne der §§ 1326, 1332, 1335, 1336, 1343, 1344, 1356, 1402 und 1408 die Provinzialverbände (der Stadtkreis Berlin).

7. Die Genehmigung nach § 119 Abs. 2 erfolgt, soweit Knappschaftsvereine in Frage kommen, durch die Bergverbeamten.

Berlin, den 7. Dezember 1911.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

gez.: Dr. S h o w.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: gez. F r e u n d.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

In Vertretung: gez. R ü s t e r.

III. 8734 II. Aug. — I. 7715 W. f. S.

I c 2722 W. d. S. — I A 1 a 4641 W. f. S.

Verschiedenes.

— **Angeründung von Moorzentralen in der Provinz Hannover.** Die vorzüglichen Erfolge der in der Provinz Hannover bereits bestehenden Moorzentralen gaben Veranlassung, die Gründung weiterer Zentralen ins Auge zu fassen und hierdurch die großen Moorflächen der Kultur zu erschließen. Wie wir hören, ist vorläufig beabsichtigt, eine solche Anlage auf der größten zusammenhängenden Moorfläche, dem Burtanger Moor, die andere dagegen in der Stadter Gegend — bei Bremervörde — zu errichten. Durch den Bau dieser beiden Zentralen wird somit ein großer Teil der Provinz Hannover mit elektrischer Kraft versehen, die wiederum zur Förderung der Moorkultur in weitestem Maße ausgenützt werden dürfte. Von den bereits bestehenden Zentralen ist die Wiesmoor-Zentrale etwa zwei Jahre, die Schwoeger-Moorzentrale dagegen erst seit Ende Oktober v. Js. im Betrieb. Letztere versorgt sechs Landkreise und die Stadt Osnabrück mit elektrischem Strom, außerdem erzeugt sie nach dem Mondschen Verfahren Mondgas und gewinnt zugleich Ammoniak. Ferner wird beabsichtigt, demnächst etwa 400 ha Moorflächen mit elektrisch betriebenen Pflügen zu bearbeiten und landwirtschaftlich zu nutzen. Die Wiesmoor-Zentrale, mit deren Errichtung der Domänenfiskus vor zwei Jahren den Anfang machte, hat sich sehr gut bewährt. Sie versorgt jetzt nicht nur Ostfriesland, sondern auch das Großherzogtum Oldenburg mit Kraft. Zur Erzeugung des Strombedarfes arbeiten Dampfturbinen, die Heizung der Kessel erfolgt mit Torfsofen. Von hier aus werden alle Torfbagger, Sandbagger, Pflüge, Eggen und Walzen elektrisch betrieben. Mit elektrisch betriebenen Werkzeugen sind von dieser Zentrale bereits mehrere 100 ha Dauerweiden angelegt worden, die sich sehr gut bewährt haben und namentlich in diesem trockenen Sommer eine vorzügliche Ernte an gutem Gras lieferten.

— **Bau eines Hafens für russisches Holz am Pjemen.** Wie wir bereits in Nr. 28 Band 26

der „Deutschen Forst-Zeitung“ berichteten, ist von der Tilsiter Kaufmannschaft ein Projekt für einen Hafen an der unteren Memel entworfen worden, der in erster Linie zur Aufnahme des auf dem Wasserwege eingeführten russischen Holzes dienen sollte. In der Denkschrift, die den Bau dieses Hafens begründete, ist u. a. auch ausgeführt worden, daß die russische Regierung ihrerseits ebenfalls auf Abhilfe sinnt und bereits erwogen hat, ob nicht auf der russischen Seite des Memelstromes (Njemen) ein Holzschuhhafen errichtet werden könnte. Dieser Plan hat jetzt wiederum die Petersburger Handelskammer beschäftigt. Wir erfahren hierüber folgendes: In einer Sitzung der Forstabteilung der St. Petersburger Handelskammer wurde in diesen Tagen von einem Sachkundigen ein Bericht über den russisch-deutschen Holzhandel auf den Flüssen Njemen und Weichsel, sowie die Maßnahmen zu dessen Regelung verlesen. Der Berichterstatter hebt zunächst den Unterschied im Zustande der deutschen und russischen Wasserstraßen hervor. So ist die Memel auf der deutschen Seite von der russischen Grenze an tief und wasserreich, auf russischem Gebiet dagegen sandig und flach. Ferner sind an der Memel ausreichende Dämme und Häfen gebaut, und an der Weichsel ist ein großer Stapelplatz für Holz eingerichtet. Alle diese günstigen Umstände haben zu einer starken Entwidlung des deutschen Holzhandels in diesen Gebieten beigetragen. Die Städte Tilsit, Königsberg, Memel, Thorn und Danzig sind zu wichtigen Mittelpunkten des Holzhandels geworden. Um auch den russischen Holzhandel zu heben, der infolge der ungenügenden Schifffbarkeit der auf russischem Gebiet liegenden Teile der genannten Flüsse darniederliegt, macht der Berichterstatter den Vorschlag, den Njemen durch einen Kanal mit dem nie zufrierenden Hafen von Windau zu verbinden. — Sollte dieses Projekt der Petersburger Handelskammer zur Ausführung gelangen, so würde das die Verlegung des gesamten russischen Holzhandels von Deutschland nach Rußland und ungeheure Schwierigkeiten für die

deutsche Holzindustrie zur Folge haben, ohne jedoch den russischen Exporteuren besondere Vorteile zu bieten, vorausgesetzt, daß ein solcher Schutzhafen, wie ihn die Tilsiter Kaufmannschaft zu bauen beabsichtigt, in Deutschland angelegt wird, was sehr zu wünschen wäre.

— Ein Verein mittlerer Forstbeamten Anhalts hat sich unlängst gebildet. Zum Organ des Vereins ist unsere „Deutsche Forst-Zeitung“ gewählt. Wir werden daher fortan auch die Kundmachungen dieses Forstbeamtenvereins veröffentlichen, dem wir für sein Wirken und seine Zukunft alles Gute wünschen.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Anstalt zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Verwaltungsbezirk der Königl. Hofkammer.

Dr. Jaeger, Geheimer Hofkammerrat zu Charlottenburg, ist der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Haus fideikommiß-Verwaltung.

von Bruchhausen, Königl. Oberförster zu Rheinsberg, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Staats-Forstverwaltung.

Penzlin, Landforstmeister, vortragender Rat im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, ist der Königl. Kronenorden 2. Klasse verliehen.

von Freier, Landforstmeister, vortragender Rat im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, ist der Königl. Kronenorden 2. Klasse verliehen.

von und zur Hülßen, Oberforstmeister zu Coblenz, ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Kodegra, Oberforstmeister zu Stade, ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Radkämper, Forstmeister zu Tegel, Regbz. Potsdam, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Pecker, Forstmeister zu Anpferhütte, Regbz. Hildesheim, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Peckermann, Forstmeister zu Beven, Regbz. Stade, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Berlin, Regierungsrat, und Forstrat zu Kreuzberg, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Frösch, Forstmeister zu Gupen, Regbz. Minden, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

von Jannetti, Hauptmann im Pommerschen Jäger-Bataillon Nr. 2, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Krekel, Forstmeister zu Hofheim, Regbz. Wiesbaden, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Lehmann, Forstmeister zu Jünna, Regbz. Potsdam, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Meyer, Forstmeister zu Grumfin, Regbz. Potsdam, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Philippi, Forstmeister, Hauptmann der Landwehr a. D. zu Peitz, Regbz. Frankfurt a. D., ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Riesberg, Forstmeister zu Dippmannsdorf, Regbz. Potsdam, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Schmeller, Forstmeister zu Müllers l. W., ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Seigt, Forstmeister zu Lagow, Regbz. Frankfurt a. D., ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Sorner, Forstmeister zu Grünau, Regbz. Potsdam, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Wißel, Geheimer Regierungsrat, Regierungs- und Forstrat zu Trier, ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Wischer, Förster zu Bismard, Oberförsterei Liebenwalde, ist nach Wildfang, Oberförsterei Pechel, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. J. ab verlegt.

Grisar, Revierförster zu Schneifel, Oberförsterei Brüm, ist nach Friedrichweiler, Oberförsterei Karlbrunn, Regbz. Trier, vom 1. April d. J. ab verlegt.

Reigber, Förster o. R. zu Fischbach, Oberförsterei Fischbach, ist nach Brodorf, Oberförsterei Saarburg, Regbz. Trier, vom 1. Februar d. J. ab verlegt.

Sücker, Hegemeister zu Wildfang, Oberförsterei Pechel, Regbz. Potsdam, tritt mit dem 1. April d. J. in den Ruhestand.

Tenrich, Otto, Förster o. R. zu Stedtenberg, Oberförsterei Thale, ist als Förster m. R. nach Goltshausen, Oberförsterei Goltz, Regbz. Magdeburg, vom 1. April d. J. ab verlegt.

Wäcker, Hülfsjäger zu Riefensbeck, Oberförsterei Riefensbeck, ist nach Eszol, Oberförsterei Hardegen, Regbz. Hildesheim, vom 1. März d. J. ab verlegt.

Gerke, Förster zu Brehorn, Oberförsterei Ansebed, ist auf die Försterei Scharnebed, Oberförsterei Scharnebed, Regbz. Bielefeld, verlegt.

Schmidt, Förster o. R. zu Waldow, Oberförsterei Argentan, ist als Förster m. R. nach Königsberg, Oberförsterei Rodanin, Regbz. Bromberg, vom 1. Februar d. J. ab verlegt.

Wärtschmidt, Hülfsjäger zu Forsthaus Königsberg, Oberförsterei Dingselst, Regbz. Magdeburg, ist nach dem Regbz. Doppeln einberufen.

Das Allgemeine Ehrenzeichen wurde verliehen:

Höhn, Holzhauermeister zu Pegnitz, Oberförsterei Jakobshagen, Regbz. Stuttgart; Krieger, Holzhauermeister zu Wammolsheim, Oberaunstreis, Regbz. Wiesbaden; Lesemann, Oberholzhauer zu Ellerohe, Oberförsterei Hardegen, Regbz. Hildesheim; Peters, Waldarbeiter zu Smittheide, Kreis Altona, Regbz. Düsseldorf; Santelmann, Holzhauermeister zu Diderse, Oberförsterei Giffhorn, Regbz. Bielefeld; Schäffling, Waldarbeiter zu Oberhöja, Oberförsterei Feldrungen, Regbz. Erfurt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Horsfuh, Gräf. Oberförster, Rentant der Reserve a. D. zu Lichamer-Glunth, Kreis W.-Strehlitz, ist der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Altman, Bzngl. Förster zu Neu-Mohrau, Kreis Habelschwerdt, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Brahn, Bzngl. Förster in der Fideikommißherrschaft Opato, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Graumes, Gemeindeförster zu Erda, Kreis Wehlar, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

von Haden, Gemeindeförster zu Niederndorf, Kreis Büren, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Hoffmann, Privatförster zu Klein-Wagwitz, Kreis Dirschau, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Jarling, Privatförster zu Schönwädel, Kreis Schubin, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Langhagel, Städtischer Förster zu Graudenz, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Liese, Bzngl. Hegemeister zu Kleingrund, Kreis Habelschwerdt, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Jäger-Korps.

Bronsart von Schenkendorf, Hauptmann im Gardehülsen-Bataillon, in die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes mit der Krone des Großherzoglich Mecklenburgischen Greifenordens erteilt.

von Buchta, Oberleutnant, Kommandeur im Westfälischen Jäger-Bataillon Nr. 7, ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Käster, Hauptmann im Pommerschen Jäger-Bataillon Nr. 2, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

von Larisch, Generalmajor, Inspektor der Jäger und Schützen, ist der Rote Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Mähr, Oberleutnant, Kommandeur des hannoverschen Jäger-Bataillons Nr. 10, ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

von Wittlich und Gaffron, Hauptmann im 2. Schlesischen Jäger-Bataillon Nr. 6, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Großherzogtum Oldenburg.

Staats-Forstverwaltung.

Braß, Forstmeister zu Birkenfeld, ist zum Oberforstmeister ernannt.

Fürstentum Waldeck-Pyrmont.**Staats-Forstverwaltung.**

Altler, Forstauffseheranwärter zu Krolsen, ist zum Forstauffseher ernannt.

Homben, Reviervorsteher zu Jägerhof bei Krolsen, ist das Fürstlich Waldeckische Ehrenkreuz verliehen.

Hof, Forstauffseher zu Heringhausen, ist die Fürstlich Waldeckische Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Kranz, Forstauffseher zu Ringardshausen, ist die Fürstlich Waldeckische Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Wid, Forstauffseheranwärter zu Gersfurth, ist zum Forstauffseher ernannt.

Zu Hörkern wurden ernannt die Forstauffseher:

Artbold zu Frebershausen; **Pebes** zu Gorbach; **Emde** zu Mülthausen; **Schönweiß** zu Brannau.

Eliaß-Lothringen.

Hä, Forstmeister, Hauptmann der Landwehr I zu Weißenburg, in der Rolle Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Schroder, Forstmeister zu Weg, ist der Rolle Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Stengel, Oberforstmeister zu Straßburg i. E., ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Schick, Reviervorsteher zu Forsthaus Neuweiler, Gemeinde Sutzelbrunn, Kreis Saargemünd, ist der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Schubert, Holzhausmeister zu Weigeltthal-Philippsburg, Kreis Saargemünd, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Scherr, Gemeindeforster zu Wattweiler, Kreis Thann, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

**Brief- und Fragetasten.**

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Litteilung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 9. Anfrage: Ein Walbarbeiter ist vor drei Jahren wegen Krampfadern (offene Beine) Invalide geworden. Er hat eine zahlreiche Familie und konnte mit der Rente (160 M.) und dem gewährten Lohne nicht gut auskommen. Er hätte deshalb gern die Rente fahren lassen, um nur wieder Vollöhner werden zu können. Er ließ sich deshalb von seinem Hausarzte dumme Weise bescheinigen, daß er wieder voll erwerbsfähig sei. Als er nun wieder in die Krankentasse aufgenommen werden wollte, weigerte sich diese, ihn aufzunehmen, ließ ihn von ihrem Kassenarzt untersuchen, und dieser erklärte, der Arbeiter sei nicht voll erwerbsfähig. Nun wurde der Arbeiter

auf Anordnung der Versicherungsanstalt von deren Vertrauensarzt untersucht, und dieser pflichtete dem Kassenarzte bei. Gleichwohl wurde dem Arbeiter die Rente entzogen, da er $\frac{1}{2}$ des ortsüblichen Tagelohns noch verdienen könne. Der Mann bezieht nun seit drei Monaten keine Rente mehr, ich kann ihn aber als **Vollöhner** nicht beschäftigen, da er in keiner Krankentasse ist und der Mann trotz Beschwerde beim Landrat heute noch nicht aufgenommen ist. Ich beschäftige ihn also noch als Invalide. Ist aber dabei für mich nicht eine gewisse Gefahr vorhanden, falls dem Arbeiter ein Unglück zustoßen sollte, und bin ich nicht persönlich haftbar, wenn der Arbeiter auf Grund eines Unfalles Invalide werden sollte? Andererseits kann man den Mann auch nicht ganz ohne Arbeit lassen! Wäre das letztere aber nicht besser, um einen Druck auf die Behörde auszuüben, die Aufnahme in die Krankentasse zu veranlassen? **B., Königl. Hegemeister in N.**

Antwort: Sie können den Mann ruhig beschäftigen, da Sie keine Schadenersatzpflicht trifft, wenn er infolge seiner Gebrechlichkeit verunglückt. Die Tatsache und die Höhe der Entlohnung haben auf die Frage, ob der Mann in die Krankentasse aufgenommen werden muß, keinen ausschlaggebenden Einfluß; hierfür sind — wie auch bezüglich der Invalidenrente — in erster Linie die ärztlichen Gutachten maßgebend. — Hat der Mann gegen die Rentenentziehung Verufung beim Schiedsgericht eingelegt? **H. g.**

Nr. 10. Anfrage: Ich vertrete einen erkrankten Förster, dessen Schutzbezirk ich zugeteilt bin. Frage ergebenst an, ob ich Anspruch auf den Dienstaufwand für die Vertretungszeit habe? Ferner, ob mir der Dienstaufwand zusteht, selbst wenn ich Kommissionsdiäten beziehe? **N. in N.**

Antwort: Nach dem Ministerialerlasse vom 17. Juni 1903 III 6875 verbleibt dem erkrankten Stelleninhaber die Dienstaufwandsentschädigung. Er hat aber alle nachweisbaren Kosten zu tragen, die dem Vertreter aus der Wahrnehmung des Dienstes, beispielsweise aus der Zuziehung zu den Holzterminen, erwachsen. Ob Sie Kommissionsdiäten beziehen oder nicht, ist hierbei gegenstandslos.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Heidenau.

Viehversicherungsverein der Forstbeamten auf Gegenseitigkeit zu Perleberg.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, dem 17. Februar 1912, mittags 1 Uhr, findet im Sitzungssaale des Landwirtschaftlichen Ministeriums zu Berlin, Leipziger Straße 9, die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Geschäftslage des Vereins. 2. Genehmigung des Rechnungsabschlusses und der Bilanz für das Jahr 1911. Entlastung des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Perleberg, den 23. Januar 1912.

Der Vorstand: Krause.



Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Km.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorstehenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Km.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Bette, Försterei Kämme, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Abschluß von Wirtschaftsverträgen.

Die Firma F. Grund & Söhne, Uniformgeschäft zu Glas i. Schl., hat unterm 28. Dezember 1911 den Vertrag mit dem Verein geschlossen. Als Grund wird angegeben: Meinungsverschiedenheit mit der anderen Kundschaft, geringer Umsatz und dann das Versteigen eines Mitgliedes zu der Äußerung, daß der höhere Rabatt durch mindere Qualität herausgeholt werden sollte.

Nach § 12 erlischt der Vertrag am 28. März 1912, wovon gefälligst Notiz zu nehmen hiermit ersucht wird.

Krause, Kaufmann, Vereinsvorsitzender. Vorsitzender d. Aussch. VI.

Zur Krankenkostenbeihilfskasse.

Nachstehend werden die Namen der im Laufe des Jahres 1911 neu eingetretenen Mitglieder veröffentlicht; wo Mitgliedsnummer oder Vorname fehlt, wollen die Herren Bezirksgruppen-Schriftführer bezügliche Mitteilung an den mitunterzeichneten Ausschußvorsitzenden gelangen lassen.

Leider haben wir durch den Zugang die Zahl 1000 noch immer nicht erreicht.

Die Werbelust unter uns könnte ja auch noch etwas größer sein. Daß dies geht, zeigt uns das Beispiel von Düsseldorf, das von 75 Mitgliedern 54 schon in der Krankenkostenbeihilfskasse zählt. Im Verein bestehen 33 Bezirks- und 163 Ortsgruppen. Wenn jeder Vorsitzende im Laufe des Jahres 2 Mitglieder werben würde, müßte der Zugang fast 400 betragen. Noch besser freilich wäre es ja, jedes Mitglied der Krankenkostenbeihilfskasse macht es sich zur Aufgabe, in jedem Jahre der Kasse 1 Mitglied zuzuführen. In etwa 3 Jahren wären fast alle Vereinsmitglieder dieser Wohlfahrtseinrichtung gewonnen, und der Allgemeinheit könnte reichlich Segen zuteil werden. Darum ist allseitige rege Mitarbeit noch ferner nötig und erwünscht, denn es handelt sich um ein wirklich gutes Werk.

Für das Jahr 1912 liegen bereits eine erheblichere Anzahl neuer Meldungen vor.

Im Jahre 1911 traten der K. V. R. bei aus den Bezirksgruppen:

Aachen: —
Aachenheim: 6337 R. Boigt, 6322 H. Woelf, 4432 G. Komm. — 3.
Aussberg: 1613 W. Mepler, 2514 R. Schliephake, 877 W. Saubricht. — 3.
Breslau: 6431 C. Freudenberger, 876 J. Gütler, 5458 R. Runt, 474 P. Kleiner, 5430 C. Delsner, 2862 P. Schönlund,

392 E. Reich, 3996 D. Hein, 4367 E. Gillebrandt, 4741 M. Schöndorf, 69a H. Schöng. — 11.

Bromberg: 3379 P. Wegorke, 4012 Th. Gomoll (aus Danzig), 8497 P. Jahrmärker. — 2 + 1.

Cassel: 6306 J. Abraham, 6466 E. Bauer, 1710 J. Glos, 3444 A. Hammer, 4906 R. Hamrecht, 8244 D. Krang, R. Kühnemuth, 4747 H. Rur, 5291 W. Mainz, 3998 W. Neufhäuser, 3498 P. Nögge, 2793 J. Orlopp, 1668 W. Romann, 1366 J. Schäfer, 6805 W. Simon, 1568 D. Stiebeling, 2125 J. Tangemann, 1365 J. Hitting, 1672 V. Wege, 930 W. Amelung, 1575 W. Gehrt, 6196 R. Hellwig. — 22.

Cassel: 6378 W. Mir, 6089 S. Wollenhaupt (aus Götting), 362 R. Peters (aus Götting), 1752 J. H. Grein, 428 S. Lorenz, 1282 H. Wilsch, 824 E. Zimmermann, 6166 H. Keller, 3280 Seibel. — 7 + 2.

Coblenz: —

Cöln: 6229 W. Möller, 1927 J. Bödorf, 529 S. Sobrshardt. — 2.
Danzig: 2966 R. Hoffmann, 6212 R. Wunn, 780 D. Rantach, 3367 E. Winkelmann, 1175 W. Engelhardt, 6113 R. Hennig, 2788 H. Müller, 2177 J. Knorr, 994 R. Vogt, 4047 J. Wicht, 2463 R. Kocjinski, 4588 C. Stein, 6035 H. Niebel, 1694 S. Ritter (aus Marienw.), 627a W.

Dittow, 6737 J. Gronski, 5356 C. Geurich. — 16 + 1.

Düsseldorf: 1164 J. Weitzand, 2871 W. Bergemann, 965 H. Deutsch, 6317 J. Helten, 2022 S. Zimmermann, 8450 S. Krieger, 6096 J. Grunow (aus Cöln), 5029 E. Knoops, 6999 W. Voigt. — 8 + 1.

Erfurt: —

Frankfurt a. O.: 6265 R. Grunze, 1969 S. Drowin, 4480 G. Grude, 884 B. Garmid, 6235 W. Schimke, 138 F. Steig, 6236 J. Tüdel, 2395 S. Wackholz, 8509 D. Stedemann, 15 R. Baupel, 3800 W. Krüger, 3440 P. Grandle. — 12.

Gumbinnen: 5559 S. Tens. — 1.

Hannover: —

Hildesheim: 6083 E. Wille, 2958 W. Schelper, 727 J. Gebier. — 8.

Königsberg: 4342 W. Triebe, 3323 P. Nögge, 3739 W. Nothe, 4339 D. Böhm, 436 W. Busch, 4762 W. Tschelt. — 6.

Köln: 1915 H. Speltshöfer. — 1.

Leipzig: —

Münster: 1232 Steinemann. — 1.

Magdeburg: 2499 D. Schüle, 2799 D. Tegner. — 2.

Marienwerder: J. Broszeit, 4153 P. Kömpler, 151 R. Ruppelt. — 3.

Merseburg: —

Minden: —

Oppeln: 1849 M. Feister, 2803 P. Raboth, 6169 W. Roner, 5713 J. Schöbel, 3579 R. Schubert. — 5.

Osnabrück: —

Posen: 3707 P. Dreger, 5342 P. Goerich, 433 R. Babel. — 3.

Potsdam: 367 J. Wille, 29 W. Nischol, 1608 J. Feldt, 3598 W. Scherber, 4162 H. Krieger, 4791 J. Weirauch. — 6.

Schleswig: 646 H. Müller, 6069 H. Krieger. — 2.

Stade: 1901 H. Berndt, 2845 W. Röhm, 2408 H. Schulze, 6399 E. Schwarzer, 2445 W. Baertn. — 5.

Stettin: 2439 J. Blas, 5053 Th. Tadden, 2913 W. Krieger, 5183 R. Vange, 444 D. Wau, 2539 D. Pante, 6184 H. Töhm, 2912 J. Dine. — 8.

Stralsund: 305a H. Window. — 1.

Trier: —

Wiesbaden: 1433 J. W. Meiser, 5639 H. Meiser. — 2.

Zugang zusammen für 1911 136 Mitglieder neu

(außerdem 6 durch Ummeldung)

Bestand Ende 1910 764

zusammen 900

Der günstigste Zeitpunkt zum Beitritt ist nunmehr stets der 1. Januar i. Js.; also verpasse niemand den Termin. Die Alters-Kassenverteilung ist nach wie vor sehr günstig; es waren am 1. Juli über 50 Jahre alt 231, 50 Jahre und darunter 635 Mitglieder.

Die in Nr. 30 der „Deutschen Forst-Zeitung“ erbetenen Angaben über die Sterblichkeitsverhältnisse im Jahre 1910 sind von 16 Bezirksgruppen eingegangen. Es fehlen: Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt a. O., Stettin, Bromberg, Liegnitz, Magdeburg, Schleswig, Hannover, Osnabrück, Lüneburg, Stade, Arnberg, Trier, Aachen.

Zur genauen Beurteilung jener Verhältnisse ist die baldige Nachlieferung der Angaben dringend erwünscht. Für 1911 waren diese bis 1. Februar 1912 erbeten, und wird ersucht, unter 5: Frauen und Kinder zu trennen.

Soweit die Krankenkassenbeihilfeskasse in Betracht kommt, scheinen die Verhältnisse sehr günstig zu liegen.

H. Kesselgrund } im Dezember 1911.
Kodeland

Krause, Sacher,
Bereinsvorsitzender. Vorsitzender d. Ausschusses IV.

Nachrichten aus den Bezirke- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Bromberg. Die Delegierten- und Mitglieder-versammlung findet am Sonntag, dem 11. Februar d. Js., nachmittags 3 Uhr, in Schneidemühl, Hotel Verna, statt, wozu ich ergebenst einlade. — Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht; 2. Kassenprüfung usw.; 3. Kurzer Bericht des Delegierten über die letzte Delegiertenversammlung in Berlin; 4. Besprechung der diesjährigen Anträge der Ortsgruppen und Tagesordnung der Delegiertenversammlung des Vereins in Berlin; 5. Wahl eines Delegierten und Stellvertreters nach Berlin; 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Buga.

Hannover. Versammlung am Mittwoch, dem 14. Februar d. Js., von 3 Uhr nachmittags an, im Kasino-Restaurant zu Hannover, Artilleriestraße, im Anschluß an die Versammlung der Ortsgruppe Hannover. Tagesordnung: 1. Rechnungsabnahme und Geschäftsbericht; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden; 4. Besprechung der Tagesordnung der Delegiertenversammlung in Berlin 1912; 5. Verschiedenes. Im Anschluß hieran gemütliches Zusammensein mit Damen.

Der Vorstand.

Stade. Versammlung Sonntag, den 4. Februar, in Bremerwörde um 12 Uhr, Hotel Daeh. 1. Neuwahl des Vorstandes; 2. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Allenstein. Die diesjährige Kaisergeburtstagsfeier findet wie im vorigen Jahre (Theater, Konzert und Tanz) am 10. Februar in Allenstein — Hotel Kopernikus — statt. Anfang 7½ Uhr. Die Einladungen der Gäste ergehen durch den Vorsitzenden und werden die Vereinsmitglieder gebeten, die einzuladenden Personen bis zum 28. Januar dem Unterzeichneten namhaft zu machen. Gleichzeitig werden die verehrten Kollegen der benachbarten Ortsgruppen sowie das Oberjägerkorps des 1. Bataillons freundlichst eingeladen. Der Vorsitzende: Behnfeldt.

Alt-damm (Regbz. Stettin). Die Kaisergeburtstagsfeier der Ortsgruppe findet, gemäß Beschlusses vom 18. November 1911, am 10. Februar d. Js. im Vereinslokal — Hotel Burow in Alt-damm — statt. Gemeinsame Tafel beginnt 6 Uhr abends. Das trockene Gedeck kostet 2 M. Nach der Tafel musikalische Vorträge und Tanz. Unkosten für Musik usw. werden aus der Vereinskasse gezahlt. Die Anzahl der Teilnehmer ist von jedem Mitgliede direkt dem p. Burow, am einfachsten per Karte, mitzuteilen. Einladungskarten sind vom Schriftführer, Herrn Förster Lange in Wahrenbruch bei Karolinenhorst, zu beziehen, auch sind einzuladende Gäste ebenfalls unter Angabe genauer Adresse namhaft zu machen. Um rechtzeitiges, recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand.

Creuzburgerhütte (Regbz. Oppeln). Die auf den 3. Februar 1912 festgesetzte Feier des Geburtstages Sr. Majestät unseres Kaisers, verbunden mit Konzert und Tanzkränzchen, findet, da geeignete Musik für den genannten Tag nicht zu beschaffen war, am Sonnabend, dem 17. Februar d. Js., von 7 Uhr abends ab, im Vereinslokal (Gasthaus Sowada) in Creuzburgerhütte statt. Kollegen, die noch Einladungen machen wollen, müssen die betr. Personen alsbald dem Schriftführer, Herrn Kollegen Gastauer in Creuzburgerhütte, mitteilen. Die Kollegen der Nachbarortsgruppe Kupf nebst ihren werten Damen sind hiermit freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Gerolstein (Regbz. Trier). Sonntag, den 4. Februar d. Js., nachmittags 2 Uhr, Mitglieder-versammlung zu Gerolstein im Hotel Ged. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Besprechung der Tagesordnung der nächsten Bezirksgruppen- und der Delegiertenversammlung des Hauptvereins und Wahl eines Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung; 3. Rechnungslegung und Prüfung derselben; 4. Beschlußfassung über Abhaltung der Sommerversammlung der Ortsgruppe; 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Guttstadt (Regbz. Königsberg). Das am 17. Februar d. Js. in Guttstadt geplante Winterfest findet wegen zu geringer Beteiligung nicht statt. Die nächste Versammlung findet voraussichtlich Ende Februar in Guttstadt statt. Näheres darüber wird später bekannt gemacht. Auf vielseitigen Wunsch nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Damen.

Der Vorstand.

Hameln (Regbz. Hannover). Am Sonnabend, dem 3. Februar d. Js., nachmittags 3½ Uhr, findet eine Mitgliederversammlung mit Damen im Restaurant Krondorf in Hameln statt, wozu Gäste willkommen sind. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Rechnungslegung; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Wahl eines Delegierten zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 4. Einziehung der noch nicht gezahlten Beiträge pro 1912; 5. Vortrag des Herrn Försters Drösemeyer über Vogelschutz; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Hannover. Versammlung am Mittwoch, dem 14. Februar d. Js., von 1 Uhr nachmittags ab, im Kasino-Restaurant zu Hannover, Artilleriestraße. Tagesordnung: 1. Rechnungsabnahme und Geschäftsbericht. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vorstandswahl. 4. Besprechung über Abhalten einer dritten Versammlung im Jahre. 5. Besprechung der Tagesordnung der Bezirksgruppen-Versammlung. 6. Verschiedenes. Im Anschluß hieran, von 3 Uhr ab, findet die Versammlung der Bezirksgruppe statt. (Siehe Bekanntmachung der Bezirksgruppe Hannover.) Nach Schluß dieser Versammlung, etwa von 5³⁰ nachmittags an, gemüthliches Zusammensein mit Damen, wozu die Kollegen anderer Ortsgruppen mit ihren Damen freundlichst eingeladen werden. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand.

J. A.: Walloschek, Schriftführer.

Hersfeld (Regbz. Cassel). Das diesjährige Wintervergnügen (Kaisergeburtstagsfeier) findet am Sonntag, dem 4. Februar d. Js., im Hotel Stern zu Hersfeld statt. Beginn 6 Uhr abends. Die verehrten Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Die Kollegen der benachbarten Oberförstereien sind mit ihren verehrten Damen hierdurch freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Magdeburgerforst (Regbz. Magdeburg). Sonntag, den 4. Februar 1912, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung im Hotel „Zu den drei Linden“ in Magdeburgerforst zur Vornahme der Neuwahl des Vorstandes gemäß Versammlungsbeschluss vom 14. Januar. Der Vorstand.

Osterode, Ostfr. (Regbz. Allenstein). Am Sonnabend, dem 3. Februar 1912, von 3 Uhr ab, Versammlung im „Eisenhof“, Osterode. Tagesordnung: 1. Bericht über die letzte Bezirksgruppenversammlung zu Ortelsburg; 2. Besprechung über das abzuhaltende Vergnügen; 3. Aufnahme neuer Mitglieder; 4. Einziehung der Vereinsbeiträge; 5. Entgegennahme der Einladungen zum Vergnügen, das voraussichtlich erst am 24. Februar stattfinden wird; 6. Anträge und Mitteilungen. Wolf, Vorsitzender.

Andersjann (Regbz. Allenstein). Am Sonnabend, dem 3. Februar d. Js., findet im Hotel Fischer in Alt-Altta, von 7 Uhr abends ab, das Wintervergnügen der Ortsgruppe statt. Die Mitglieder der Ortsgruppe erhalten keine besondere Einladung. Es wird gebeten, irgendwelche Utensilien in versiegelten Päckchen mitzubringen,

zwecks eines Scherzes. Um recht zahlreiche Teilnahme bittet Der Vorstand.

Schloppe (Regbz. Marienwerder). Die Ortsgruppe feiert den Geburtstag Sr. Majestät am 3. Februar d. Js., abends 6 Uhr, durch ein gemüthliches Beisammensein mit Damen im Vereinslokal. Von Mitgliedern eingeführte Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Schorfheide (Regbz. Potsdam). Sonnabend, 10. Februar d. Js., 7½ Uhr abends, im Hotel „Drei Kronen“ zu Joachimsthal, Feier des Geburtstages Sr. Majestät. Musik vom Garde-Jäger-Bataillon. Gedek 2,50 M. Zusagen bis Montag, den 5. Februar, an Restaurateur Jost-Joachimsthal erbeten.

J. A.: Streichan.

Solling zu Nolar (Regbz. Hildesheim). Die Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers findet am Freitag, dem 2. Februar d. Js., von 8 Uhr abends ab, bei M. Höver in Nolar in der beschlossenen Weise statt. Der Vorstand.

Torgelow (Regbz. Stettin). Die bereits zum 10. Februar bekanntgegebene Kaisergeburtstagsfeier fällt vorläufig aus, da das Trompeterkorps des Kürassier-Regiments (Königin) seine gemachte Zusage erst jetzt widerrufen hat, weil der Adjutant des Regiments die Kapelle an diesem Tage anderweitig versprochen hat. Gute Musik war zu diesem Tage nicht mehr zu beschaffen, und das Fest auf einen der folgenden Sonnabende zu verlegen, ging nicht an, da das Lokal bereits vergeben war.

Der Vorstand.

Schmid. Bauer. Meier. Colell.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Segemeister Krause, Kesselgrund bei Godzeit im, vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in deinen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Marburg (Regbz. Cassel). In der Versammlung am 7. d. Mts. in Kirchhain waren 25 Mitglieder anwesend. Dieselbe wurde um 2 Uhr mit einem Kaiserhoch eröffnet. Der Vorsitzende erstattete Jahresbericht, der Kassierer gab Auskunft über die Kassenverhältnisse und legte Jahresrechnung vor. Zwei Mitglieder prüften dieselbe und beantragten Entlastung, die darauf dem Kassierer unter dem Ausdruck des Dankes für seine Mühewaltung von der Versammlung erteilt wurde. Die Anträge für die Bezirksgruppenversammlung wurden besprochen, der Delegierte wurde gewählt und erhielt Richtlinien. Über die Anträge einiger Bezirksgruppen wurde recht lebhaft unterhandelt; dabei brachten Kollegen ihre Verwunderung zum Ausdruck, daß eine Bezirksgruppe für 1912 mit neuen Anträgen bezüglich der Behandlung der Dienstlandsfrage kommen will und dafür Stimmung zu machen sucht. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch einige Punkte zur Sprache gebracht waren, wurde die Versammlung gegen 5½ Uhr geschlossen.

Der Vorstand. A u f m a n n, Vorsitzender.



Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neudamm.

Verantwortlich unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.



Die diesjährige **ordentliche Mitgliederversammlung** wird abgehalten am **Montag, dem 26. Februar d. Js., nachmittags 6 Uhr, im Hotel Prinz von Preußen zu Neudamm.**

Die Tagesordnung wird rechtzeitig bekanntgegeben. Nach der Versammlung findet ein gemeinschaftliches Essen statt. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Um zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Graf zu Rantzau, Vorsitzender,
Königlicher Forstmeister, Döllensrabung.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer,
Königlicher Kommerzienrat.

Ihren Beitritt zum Verein melden an:

Habr. Königl. Förster, Forsthaus b. Friedich, Kreis Oststernberg.
Streu. Herrn. Jagdaufsicher, Jagdhaus Remmig b. Treuenbrücken.
Träger. Förster, Carlshut b. Voldegk, Mecklenburg.
Wibel. Richard, Futsförster, Gr. Altingsted b. Ludwigsdorf.
Hermeling. Emil, Feldwibel, 3. Komp. Jäger-Batl. Nr. 7, Budeburg.
Isicht. Reinhold, Herzogl. Hirschjäger, Nieder-Kurnitz b. Nachowig, O. Schl.
Rueter. H., Gemeindeförster, Reifferscheid b. Adenau, Eifel.
Raumer. Herrn. Forstmannmeister, Gara Reznov, Rumänien.
Kommers. Hans, Revierräger, Rönventhien b. Zuhndorf, Hannover.

Warme-Lüner-Jagdverein, Kiel.
Sanig. Viktor, Königl. Förster, Forsthaus Jedlitz b. Malapane.
Sonntag. R., Förster, Marichendorf, 4. Teil, Böhmen.
Stiel. Johann, Jagdhüter, Suchten-Hagenbroich b. Greifswald.
Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Annahme Nachjuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzulösen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens **2 Mark**, für alle übrigen Personen mindestens **5 Mark**.

Anmeldesachen und Satzungen können mündlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Eingeliefert von Herrn Dr. Ammer in Steinichen, bei Hamburg 14,75 Mk.
Gesammelt bei einem Schießtreiben zur Feier des 50. Geburtstages des Herrn Alex. Blafelen in Grünberg, Schleien 21,— „
Eingeliefert von Herrn Forstassistent Prelinski in Schloß Soloth bei Schierfau für Aufstellung einer Ahnenschild seiner Trachthaarhündin „Scuta“ 3,10 „

Gesammelt beim Jagdesse in Altfennig; eingeliefert von Herrn Revierräger M. Bloegel in Vohrstein bei Schildau, Vohr 8,65 „
Gesammelt bei einer am 6. Januar 1912 stattgefundenen Treibjagd; eingeliefert von Herrn Hofmeister in Wolbe 12,— „
Gesammelt bei einer Treibjagd des Jagdvereins Dingtau (China); eingeliefert von Herrn Oberleutnant Trener in Dingtau 33,75 „
Gesammelt für Fehlschüsse auf der Jagd des Herrn Rittergutsbesizers Brennecke in Moritz; eingeliefert von Herrn G. Krug in Stettin 7,50 „
Sammlung im 1. Steiner Jagdklub; eingeliefert von Herrn G. Krug in Stettin 12,— „
Eingeliefert von Herrn Rittergutsbesizer Koeppen in Ringenwalde 10,— „
Gesammelt bei der am 10. Januar 1912 stattgefundenen Treibjagd in Hohen; eingeliefert von Herrn Forster Mätzig in Gutengermendorf 16,— „
Gesammelt auf den Treibjagden am 8. und 9. Dezember 1911 in Brunn; eingeliefert von Herrn von Mamin in Brunn 82,— „
Gesammelte Strafgebel bei den Hahnenjagden in der Oberförsterei Görlitz; eingeliefert von der Gräfl. Hedernschen Forstinspektion in Neuhäus bei Greifenberg 43,60 „
Gesammelt bei einer kleinen Treibjagd im Ollengrunder Revier; eingeliefert von Herrn G. Schube in Ollengrund bei Gottelma, Sa. 4,— „
Einde der Jagdhäute der Fürstl. Anton Radziwill'schen General-Verwaltung in Kleinheim beim Schluß der Jagdaison; eingeliefert von genannter Verwaltung 22,— „
Gesammelt beim Schießtreiben in Märkisch-Brandenburg; eingeliefert von Herrn Oberförster Schulz in Gr. Treienstein 6,— „
Sühne und Strafgebel aus der Königl. Oberförsterei Nieß; eingeliefert von Herrn Königl. Hegemeister Albrecht in Spiegel bei Döllensrabung 9,— „
Fuchselber aus der Königl. Oberförsterei Nieß; eingeliefert von Herrn Königl. Forstmeister Wohl in Nieß 15,— „

Ca. 270,35 Mk.

Den Gebem herzlichen Dank und Wieder-
mannsheil!

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halensee.

Großer forstlicher Jahrgang 1912 zu Lauterbach, Hessen.

In der Zeit vom Montag, dem 3. Juni, bis Sonnabend, dem 29. Juni, findet in Lauterbach, Hessen, der zweite große forstliche Jahrgang des Vereins statt.

Zur Teilnahme werden nur Mitglieder des Vereins zugelassen, die

und alsdann so lange im praktischen Forstdienste gestanden haben, daß diese praktische Dienstzeit, einschließlich der Lehrzeit, bis zum Beginn des Lehrganges mindestens fünf volle Jahre beträgt; 2. das 24. Lebensjahr vollendet und das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Alles weitere bleibt späterer Bekanntmachung vorbehalten.

Halensee, 14. Januar 1912.

Dr. Bertog.

Aufnahme in die Forstlehrlingschule des Vereins für Privatsorforbeamte Deutschlands.

Am 1. Juli 1912 beginnt für die Forstlehrlingschule zu Templin ein neues Schuljahr. Anmeldungen zur Aufnahme sind bis spätestens 1. März 1912 dem Unterzeichneten einzureichen, welcher auch über die Kosten des Schulbesuchs und die Aufnahmebedingungen sowie auf Anfrage auch über den Entwicklungsengang des Privatsorforbeamten nähere Auskunft erteilt.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein „Waldheil“ an Privatsorforbeamte, welche Mitglied des Vereins „Waldheil“ sind, zur Ausbildung ihrer Söhne eine Anzahl Stipendien zu je 100 M. zu vergeben hat. Etwaige Gesuche um solche sind an den Verein „Waldheil“ zu Neubamm zu richten.

Forstlehrlingschule Templin (Udermart),
Januar 1912. Jacob, Direktor.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3768. Barpart, Hugo, Forstsekretär (Graf von Strachwitz),
Rabslub b. Krascheow, D.-S. (B.-Gr. VI.)

3769. Fischer, Georg, Hilfsförster (Graf zu Stolberg), Kiondelas
b. Rubie, D.-S. (B.-Gr. VI.)
3770. Kanger, Josef, Forstausseher, Kuchanowitsch, Kreis
Lublin, D.-S. (B.-Gr. VI.)
3771. Weigel, Hans, Maschinenfabrik-Besitzer, Wüsterleben.
(B.-Gr. XVI.) A. M.*
3772. Gide, H. Siegfried, Forstingenieur, Groß-Wichterfelde-W.,
Ringstr. 83 II. (B.-Gr. IX.)
3773. Dulla, Georg, Hilfsförster (Herzog von Sagan), Pattag
b. Priebeus i. Schles. (B.-Gr. VIII.)

*) A. M. = Außerordentliches Mitglied.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Pfaßberger, Chr., Forstadjunkt, Ditzingen.
Klemann, Friedrich, Hilfsjäger, Blücher b. Malchow i. Meckl.
Kalkuhl, August, Förster, Bp. Wardenburg b. Ostrowitz, Kr.
Lobau i. Westph.

Pinde, Hans, Forstlandibat, Berlin NW 40.
Roosen, Joseph, Forstlandibat, Gröningerfeld, Westf.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über
Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden
jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt.
Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatsorforbeamte Deutschlands
zu Hakensee-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meininger Forstwirte.

Gruppe Sonneberg.

Am Sonntag, dem 14. Januar d. J., fand im „Kurhotel“ zu Köppelsdorf Gruppenversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verteilen der Mitgliederlisten. 2. Anträge zur Jahresversammlung in Coburg. 3. Verschiedenes. Die Versammlung, von 15 Kollegen besucht, wurde um 3¼ Uhr nachmittags eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1: Die Listen wurden verteilt.

Zu Punkt 2: Die Gruppe stellt den Antrag, Herzogl. Staatsministerium zu ersuchen, daß auch fernerhin dem Schützen Gehör und Gehäuf überlassen bleiben möge. Grund zu diesem Antrage gab die Verfügung Herzogl. Staatsministeriums vom 14. 12. 1911, Nr. 51,391 V.

Zu Punkt 3: Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden die Landtagsverhandlungen letzter Session sowie auch die sich hieran anschließenden Verhandlungen unseres Vereinsvorsitzenden mit dem Landtagsabgeordneten Herrn Rieß besprochen. Der Erfolg unseres Vereins in dieser Sitzungsperiode wurde mit Freude begrüßt, insbesondere aber fanden die Ausführungen unseres Vereinsvorsitzenden allseitig volle Anerkennung.

Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten besprochen worden waren, u. a. auch die Fundhaltung, wurde um 6¼ Uhr die Versammlung geschlossen.

Schleier, Gruppenführer.

Gruppe Meiningen.

Zu der am 14. Januar 1912 einberufenen Gruppenversammlung hatten sich 14 Kollegen eingefunden. Zur Tagesordnung stand: 1. Wahl

eines Gruppenführers. 2. Stellen von Anträgen zur kommenden Mitgliederversammlung. 3. Landtagsverhandlungen. 4. Gleichzeitige Entrichtung der Jahresbeiträge. 5. Verschiedenes. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf unseren Landesherren, unsere Vorgesetzten und Gönner eröffnet und sodann zur Tagesordnung geschritten.

Zu 1. Der seitherige Gruppenführer Stauch wurde einstimmig wiedergewählt.

Zu 2. a) Antrag zur Entrichtung der jährlichen Beiträge im Monat Januar, b) desgleichen Beitritt zum Deutschen Forstverein, c) Anlegung einer Stammtafel für jeden Kollegen.

Zu 3. Es wurden die Abhandlungen der Tagespresse über den Landtag in unserer Sache zur Sprache gebracht und dabei das Vorgehen unseres Vorsitzenden, Kollegen Reuter, nicht nur für gut gehalten, sondern es ist allgemeiner Wunsch der Versammlung, ihm ganz besonders für sein mutiges und unerschrockenes Vorgehen zu danken. Bedauert wurde, daß die Geschäftsleitung der Forstzeitung die letzte Abhandlung, die sich in der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 14. d. Mts. vorfindet, worin unser Vorstand sein Vorgehen klar verteidigt und begründet, abgelehnt hat, zur weiteren allgemeinen Kenntnis zu bringen. Bedauert wurde auch das Vorgehen des Landtagsabgeordneten Rieß im Landtag.

Punkt 4. Wurde erledigt.

Punkt 5. Kollege Menninger, zurzeit in Meiningen, bittet um Aufnahme in den Verein. Eine Abhandlung in der „Salzunger Zeitung“ kam noch zur Verlesung, wonach die Lehrer des Herzogtums sich mit unseren Verhältnissen beschäftigen. Mit Befriedigung ist auch die darauf erfolgte Antwort von der Versammlung aufgenommen worden. Weiter wurde die Zeit in

guter Unterhaltung verbracht, bis die Zeit zum Ausbruch mahnte.

Reiningen, den 14. Januar 1912.

Staud, Gruppenführer.

Gruppe Eisfeld.

Zu der auf heute 12½ Uhr hierher einberufenen Gruppenversammlung waren 7 Mitglieder erschienen, und zwar sämtliche der Oberförstereien Theuern und Sachsendorf. Während der Verhandlungen fanden sich noch die Herren Paffeszenbach und Neumeister-Einsiedel ein. Aus der Oberförsterei Untereubrunn kam bedauerlicherweise niemand. Die Versammlung wurde durch Herrn Kollegen Barth im Auftrage des Herrn Vereinsvorsitzenden geleitet.

Zur Tagesordnung stand: 1. Wahl eines Gruppenführers und Stellvertreters. 2. Anträge zur Jahres-Mitgliederversammlung. 3. Verschiedenes. Zunächst gelangten die neuen Mitgliedslisten zur Verteilung.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß durch die Veretzung des Gruppenführers, Herrn Scheler, die Neuwahl eines solchen, und da Herr Kollege Luther sein Amt niedergelegt hat, die Wahl eines Gruppenführer-Stellvertreters notwendig sei; die Wahl erfolgte. Gewählt wurden als Gruppenführer Herr Kollege Luther-Rauenstein, dessen Stellvertreter Herr Kollege Theer-Theuern. Beide erklärten, die Wahl anzunehmen. Der neugewählte Gruppenführer übernahm die weitere Verhandlung, die Akten und die Gruppenkasse.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde folgender Antrag eingebracht: (Referent: Herr Kollege Barth). „Die Mitgliederversammlung wolle beschließen, daß auf Kosten des Vereins durch Vermittelung des Vorstandes auf jede Oberförsterei ein Exemplar der „Deutschen Forst-Zeitung“ — zum Rundgang unter den Kollegen — geliefert werde, damit mit Hilfe der Inhalt verarbeitet und gegebenenfalls besprochen werden könne. Wir glauben, daß durch diese Maßnahme das Interesse an forstwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen gehoben wird.“ Da nach einem Überblick die Kosten für den Verein sich nicht höher als 80 bis 90 M. pro Jahr stellen werden, erachtet man im Hinblick auf die doch ziemlich hohen Mitgliederbeiträge und den günstigen Stand unserer Vermögensverhältnisse vorliegenden Antrag als nicht unbedenklich und hofft auf Gutheißung seitens der Mitgliederversammlung. Der Antrag fand von uns einstimmig Annahme.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde die Gesamtlage unseres Standes, namentlich auch hinsichtlich der jüngsten Landtagsbeschlüsse, durchgesprochen. Erfrischend gewirkt und gesteut hat

jeden, wie der Vereinsvorsitzende alle diese unberechtigten und teils kaum glaublichen Angriffe zurückgewiesen und Aufklärungen gegeben hat. Scharf verurteilt wird das Gebaren des Dorfzeitungs-Redakteurs, der die Aufnahme einer Berichtigungserklärung ohne ersichtlichen Grund verweigert hat. Anerkannt wird, mit welchen Schwierigkeiten und Widerwartigkeiten unsere Vereinsleitung zu kämpfen hat; dieser, vor allem dem Herrn Vorsitzenden, wird Anerkennung durch besonderen Antrag gezollt. Als nächster Versammlungsort wurde Rauenstein gewählt. Zeitpunkt: Ende Mai oder Anfangs Juni. Zum Schluß erklärte Herr Kollege Barth, daß er die Ausarbeitung eines Vortrages wegen Zeitmangels nicht vornehmen konnte und einen solchen, wie versprochen, nicht halten könne. Doch bekamen wir eine Vorlesung über „Die Geobotanik des Waldbodens und der Ackertrume“ von R. H. Franke-München zu hören, eine Abhandlung über neueste Forschungen auf dem Gebiete der Pflanzenenernährung. Der ziemlich schwierige Stoff wurde durch Erläuterungen verständlich gemacht und mit reichlichem Interesse aufgenommen. Leider fehlte zu einer näheren Besprechung die Zeit und trennte man sich nach kurzem, gemüthlichem Beisammensein gegen 6 Uhr abends.

Eisfeld, 14. Januar 1912.

Chr. Luther.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

Auf das im Namen des Vereins gesandte Glückwunschtelegramm an Seine Durchlaucht den Fürsten zu Höchstessens Geburtstag ist mir nachstehendes Telegramm am gestrigen Tage noch zugegangen:

„Seine Durchlaucht der Fürst haben die treuen Wünsche des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten gern entgegengenommen und lassen für dieselben aufrichtigen Dank aussprechen.“

Im Höchsten Auftrage

Freiherr von Hadeln.“

Corbach, den 21. Januar 1912.

Der Vorsitzende: Debes.

Verein mittlerer Forstbeamten Anhalts, Bezirksgruppe Harzgerode.

Am Sonnabend, dem 3. Februar 1912, nachmittags 3 Uhr, findet im Hotel Magdeburger Versammlung unserer Bezirksgruppe statt. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Besprechung über die Festsetzung unserer Satzungen. 3. Verschiedenes. Ein zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Nach Erledigung der Tagesordnung gemüthliches Beisammensein, wozu die Damen herzlichst eingeladen sind. Grimm, Vorsitzender.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 75. — Friedrich der Große als Forstwirt. Von Dr. Bering. 76. — Die Forstklassenrendanten und die neue Gehaltsordnung. 77. — Hat die Kiste im Hase Deimatsdorf? 79. — über die Ausarbeitung des Heißigs. Von Rosemann. 80. — Bericht über die XXXVII. Versammlung des Westfälischen Forstvereins am 28. und 30. Mai 1911 in Berleberg. (Schluß.) 81. — Jahresversammlung des schweizerischen Forstvereins in Zug vom 16. bis 18. Juni. 82. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlaunisse. 83. — Ausgründung von Moorgentralen in der Provinz Hannover. 85. — Plan eines Gaisens für russisches Holz am Niemen. 86. — Ein Verein mittlerer Forstbeamten Anhalts gebildet. 86. — Regional-Nachrichten und Verwaltungssänderungen. 86. — Brief- und Fragekasten. 87. — Viehveränderungsverein der Forstbeamten auf Gegenseitigkeit zu Verleberg. 87. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 88. — Nachrichten des „Waldbau“. 91. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 91. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 92.

Geschäftliche Mitteilungen.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Unseren vielgeplagten Hausfrauen

wird die Nachricht willkommen sein, daß der Wäschtag seine Schreden verloren hat, seitdem

„Profitta“ (Die Wäschfrau in der Dose)

— ein diesbezüglicher Prospekt lag der Nummer 2 der Deutschen Forst-Zeitung bei —, die hervorragendste und wirksamste Erfindung auf dem Wäschmittelgebiete, direkt in jedes Forsthaus geliefert wird.

„Profitta“ bedeutet

eine kolossale Erleichterung der Wäsche.

da ein Einseifen, Weiben, Bürsten, Wäschen vollständig fortfällt und die Wäsche nach einfachem, $\frac{1}{4}$ stündigem Kochen

schneerein und vollständig fertig

ist. Es erübrigt sich nur noch das Klarauswaschen und Aufhängen. Jede Hausfrau weiß, daß die Wäsche mehr durch das Waschen, Weiben und Bürsten leidet, als durch den Gebrauch, und ist daher der Vorteil und die Schonung bei einer „Profitta“-Wäsche, ganz abgesehen von der

enormen Arbeit, Zeit- und Geldersparnis,

in die Augen fallend. Eine Wäsche in der halben Zeit als bisher fertig zu bekommen, ist doch gewiß eine wunderbare Sache. Im Gegensatz zu anderen Wäschmitteln besteht „Profitta“ garantiert nur aus allerfeinster gemahlener Kernseife und der Hasenbläue im Wäschfessel (Sauerstoffentwicklung).

Wie „Profitta“ durchweg günstig beurteilt wird, geht aus zahlreichen Anerkennungen hervor.

Schreibt z. B. Frau Oberförster Hoffmann-Scholz, Groß-Schwein: Bin nach wie vor sehr zufrieden und habe für „Profitta“ oft und gern weiter empfohlen. Bitte senden Sie ihren Prospekt umgehend an Frau Witwat Jonas in Fürstenaue bei Metkau. Bitte senden Sie mir doch wieder für 12 Mf. „Profitta“. Frau Förster Schell, Forsthaus Corcejenborn, schreibt bei der 3. Bestellung:

Bitte um schnelle Übersendung von 12 Dosen „Profitta“ Nr. II à 50 Pf., wofür Betrag anbei. „Profitta“ ist ein ganz hervorragendes Wäschmittel, welches die weitest Verbreitung verdient, besonders unter den alleinstehenden Förstern, wo Wäschfrauen schwer zu haben sind, und wenn, nur ungemein teuer. Wir brauchen dieses Mittel schon längere Zeit, es schont geradezu die Wäsche.

Frau Revierförster Maas in Uelzen:

Mit der Probefendung „Profitta“ war ich sehr zufrieden und mache ich heute die erste Nachbestellung von Nr. 12. Die Ertragabe einer Wäscheleine nehme ich mit besonderem Dank an.

Trotz der hervorragenden Eigenschaften und Qualität ist „Profitta“ nicht teurer als andere Wäschmittel. „Profitta“ wird von dem Fabrikanten Rudolf Klein, „Profitta“-Fabrik, Berlin W 30, in 4 Größen, entsprechend der Größe der Wäschfessel: in Originalpappdosen zu 50, 50, 75 und 100 Pf. hergestellt, entsprechend für die Wäschermenge von 20, 40, 60 und 80 Liter resp. 2, 4, 6 und 8 Eimer Wasser.

Die Fabrik versendet gerne auf Wunsch Probefolgen, Prospekt und Gebrauchsanweisung gratis. Beachten Sie auch bitte auf der Seite IV der heutigen Nummer die sonstigen Vergünstigungen, die die Fabrik gewährt.

Dieser Nummer liegen bei zwei Separatbeilagen: 1. von der Firma F. Zech, Berlin O. betreffend Möbel und Polsterwaren; 2. von der Firma Wilhelm Göhlers Witwe (Jub. Albert Bernsteins), Freiberg i. Sa., betreffend Geräte und Instrumente aller Art für Forstwirtschaft und Holzhandel, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Zerben wurde neu herausgegeben:

Der neue preussische Forstetat

für 1912, amtliche Ausgabe, in der Reichsdruckerei hergestellt. Der Etat, welcher für den Sanzgebrauch in Verwaltungen unentbehrlich erscheint, ist zum Preise von 50 Pf. durch die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung erhältlich und zu beziehen gegen Einsendung des Betrages franko, unter Nachnahme mit Portozuschlag von

J. Neumann, Neudamm.

Ein wortgetreuer Abdruck des neuen preussischen Forstetats für 1912 befindet sich auch in Nr. 3 der „Deutschen Forst-Zeitung“ d. 38.

Danksagung.

Für den Beweis herzlicher und liebevoller Teilnahme bei dem herben Verlust, der uns durch den Tod unseres lieben Entschlafenen betroffen hat, sprechen wir unsern aufrichtigsten und herzlichsten Dank aus.

Frau Berta Barnick, geb. Thugut,
Wilhelm Barnick u. Frau Helene, geb. Schütz,
August Barnick u. Frau Lina, geb. Ulth,
Friedrich Barnick u. Frau Helene, geb. Brandt,
Gertrud Barnick.

Nienover bei Bodenfelde, im Januar 1912.

Margarete Schulz Willy Gransow

Verlobte.

Freienwalde a. O., Oderberg Mark
Januar 1912. (200)

Forstassessor Rudolf Schneller,

Primkenau,
Erna Schneller,
geb. Beyfuß, (214)
Vermählte.

Geburten:

Dem Kgl. Oberförster v. Salisch in Allenstein ein Sohn.

Dem Königl. Förster Kreisshmer in Großendorf ein Sohn.
Dem Königl. Forstassessor Dr. Zentsch in Dresden 2 Töchter.

Geschickungen:

Leutnant im Reitenfeldjägerkorps
Walter v. Dreßler in Berlin mit
Hl. Carola Riebel, Tochter des
Oberforstmeisters Riebel in Jilehne.

Das Forsttechnische Institut v. Oberförster Oppitz in Bunzlau, Schlesien,

übernimmt Forsteinrichtungen, ständige Inspektion von Forsten, Vermessungen aller Art, Ausarbeitung von Zeichnungen, Aufmessung ganzer Walddistrikte, Wald- und Gutswertsberechnungen, Abschätzung von Waldschäden, forstliche Gutachten aller Art und Vermittlung von An- und Verkauf von Wald und Jagdgütern im In- und Auslande.

❖❖ Bestgeschultes, sprachkundiges Personal steht zur Verfügung. ❖❖

Telegramm-Adresse: Oberförster Oppitz, Bunzlau.

Der Herr hat meinen lieben Vater, den Königl. Revierförster a. D. (211)

Friedrich Michelis

zu sich heimberufen.

Margoninsdorf, d. 19. Jan. 1912.
Oberförster Michelis.

Holz und Güter

Kaufe jeden Kasten (89)

Faulbaumholz,

auch Schiebbeerholz genannt, d. Selbstverwertung, zahle guten Preis.

Paul Becker,
Stendal-Röge, Süderiger Str. 30.

Personalia

Gesucht

wird zum 1. April 1912 gut empfohlener

Revierförster

auf circa 300 Hektar großes, forstlich eingerichtetes Privatforstrevier im Königlich-sächsischen. Selbstgeschriebener Lebenslauf und Zeugnisabschriften einzusenden an Haasenstein & Vogler A.-G., Dresden, unt. L. 144. (201)

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amliches Organ des Grandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaiservereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streichband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 5 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 8 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 5.

Mendamm, den 4. Februar 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Königsforst im Regierungsbezirk Köln ist zum 1. April 1912 zu besetzen.
Bewerbungen müssen bis zum 10. Februar eingehen.

Das Strafmaß für Forstdiebstähle in Preußen, Bayern und Württemberg und Verwandtes.

Die Bestrafung der Entwendungen von Forstprodukten in den einzelnen Staaten läßt ohne weiteres erkennen, welche Beurteilung diese Eigentumsdelikte vom größten Teil des Volkes erfahren und bei der Entstehung des betreffenden Gesetzes genossen haben; denn die Gesetze sind ja der Niederschlag der herrschenden Anschauung. Interessant erscheint nun ein Vergleich des Strafmaßstabes bei den drei größten Bundesstaaten.

Die Definition des Begriffs „Forstdiebstahl“ im preussischen Forstdiebstahlgesetz vom 15. April 1878 darf als bekannt vorausgesetzt und braucht deshalb hier nicht näher ausgeführt werden; der Forstdiebstahl wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem fünffachen Werte des Entwendeten gleichkommt und niemals unter einer Mark betragen darf. Beim Hinzutreten

von Strafverschärfungsgründen beträgt die Strafe das Doppelte. Der Versuch des Forstdiebstahls und die Teilnahme (Mittäterschaft, Anstiftung, Beihilfe) an einem Forstdiebstahl oder an einem Versuche desselben werden mit den vollen Strafen des Forstdiebstahls bestraft.

Der Begriff „Forstfrevel“ des b a y r i s c h e n Forstgesetzes vom 28. März 1852 (neue Fassung vom Jahre 1896) deckt sich im großen und ganzen mit dem Begriffe „Forstdiebstahl“ des erstgenannten Gesetzes; auch hier bildet die Entwendung von aufbereitetem oder für den Verkauf zugerichtetem Holze einen „gemeinen“ Diebstahl. Die Entwendung von gefälltem, aber noch nicht zum Verlaufe oder Verbräuche zugerichtetem Holze, oder von stehendem, grünem Holze wird neben dem Erlaß des Wertes und eines Drittels desselben für Schaden mit einer

der Summe beider Beträge gleichkommenden Geldstrafe — mindestens aber 30 \mathcal{L} — belegt. Die Bestrafung des Forstfrevels an wertvolleren Bestandesindividuen (Samenbäume, Hegereiser, Eichen, Eichen usw. unter 40 Jahren), dann an Dürchholz, Pflanzen, Rinde, Stodholz und übrigen Forstprodukten wird in verschiedenen Gesetzesartikeln geregelt, und bewegt sich die Strafe zwischen dem einfachen bis doppelten Werte neben Ersatz des Wertes und Schadens, soweit ein solcher entstanden ist. Die Wirkung eines oder mehrerer bei einem Forstfrevel zusammenfassender Strafschärfungsgründe besteht darin, daß die einfache Strafe um die Hälfte erhöht werden muß und bis zu ihrem dreifachen Betrage erhöht werden kann. Der Versuch des Forstfrevels ist nur insoweit strafbar, als hiemit Beschädigungen des Stammes stattfinden, und sind die Grenzen der hierauf treffenden Strafen 90 \mathcal{L} und 45 \mathcal{M} ; nebenbei wird noch auf den Ersatz des verursachten Schadens erkannt. Wird ein Forstfrevel durch das Zusammenwirken mehrerer Personen verübt, diese mögen als Mithelber oder als Gehilfen erscheinen, so ist die volle Strafe gegen jeden derselben auszusprechen.

Forstdiebstahl im Sinne des württembergischen Forststrafgesetzes vom 2. September 1879 ist, falls der Wert des Entwendeten 20 \mathcal{M} nicht übersteigt, der in einem Walde verübte Diebstahl an Holz, welches noch nicht vom Stock oder Boden getrennt ist, ferner an Holz, welches durch Zufall abgebrochen oder umgeworfen und mit dessen Zurichtung noch nicht der Linsang gemacht worden ist, an Schlagabraum und anderen Erzeugnissen des Waldes, soweit dieselben noch nicht eingesammelt sind. Übersteigt der Wert des Entwendeten 20 \mathcal{M} , liegt gemeiner Diebstahl vor. Der Forstdiebstahl erfährt eine Geldstrafe, welche in dem Drei- oder Vier- oder Fünffachen des Wertes des Entwendeten besteht und niemals unter 1 \mathcal{M} betragen darf; liegt ein Erschwerungsgrund vor, so ist auf eine Geldstrafe zu erkennen, welche in dem sechs- bis zehnfachen Wert des Entwendeten besteht und niemals unter 2 \mathcal{M} betragen darf. Ist der Forstdiebstahl in natürlichen oder künstlichen Verjüngungen und Kulturen begangen, oder sind Stien, Harz, Saft, Wurzeln, Rinde oder die Haupt-Mitteltriebe von stehenden Bäumen entwendet worden, oder wenn in einem Falle mehrere Erschwerungen zusammenreffen, kann als Zusatzstrafe auf eine Geldstrafe von 2 bis 50 \mathcal{M} oder auf eine verhältnismäßige Gefängnisstrafe erkannt werden. Der Versuch des Forstdiebstahls ist strafbar, und gilt hier der § 44 des Reichsstrafgesetzbuchs, wonach der versuchte Forstdiebstahl stets milder zu bestrafen ist als der vollendete, und zwar kann die Strafe

bis auf ein Viertel des Mindestbetrages der auf das vollendete Vergehen angedrohten Strafe ermäßigt werden.

Ebenso wie bezüglich der Bestrafung der Forstdiebstähle bzw. Forstfrevel gehen auch die Bestimmungen bezüglich des Rückfalls auseinander. Nach dem preussischen Forstdiebstahlsgeetze ist derjenige, welcher innerhalb der nächsten zwei Jahre nach der rechtskräftigen Verurteilung wegen Forstdiebstahls oder Versuchs eines solchen, oder wegen Teilnahme, Begünstigung oder Fehlerlei in Beziehung auf einen Forstdiebstahl abermals eine dieser Handlungen begeht, rückfällig. Der Rückfall wird mit einer Geldstrafe bestraft, wie sie bei Forstdiebstählen mit erschwerenden Momenten (§ 3) anzuwenden ist (zehnfacher statt fünffacher Wert des Entwendeten). Neben der Geldstrafe ist auf Gefängnis bis zu zwei Jahren zu erkennen, wenn der Täter sich im dritten oder ferneren Rückfall befindet; beträgt die Geldstrafe weniger als 10 \mathcal{M} , so kann statt der Gefängnisstrafe auf eine Zusatzstrafe bis zu 100 \mathcal{M} erkannt werden. Ein dritter Rückfall liegt dann vor, wenn die abzuurteilende Tat innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren seit der letzten Verurteilung liegt.

Nach dem bayerischen Forstgesetze liegt dann

1. einfacher Rückfall vor, wenn derjenige, welcher schon wegen irgend eines Forstfrevels zu einer Strafe verurteilt wurde, binnen Jahresfrist seit dieser Verurteilung einen abermaligen oder mehrere Forstfrevel von was immer für einer Art begeht; einfacher Rückfall gilt als allgemeiner Strafschärfungsgrund;
2. ausgezeichnete Rückfall vor:
 - a) wenn eine wegen Frevel an grünem, stehendem oder gefällttem, aber nicht aufbereitetem Holze, Lohrinden, Streu oder Bech (also unter Ausschluß des Frevels an Windwurf-, Dürr-, Stod- oder Fescheholz, Pflanzen, Waldbäumen, Weidefrevels u. a.) verurteilte Person im Laufe des auf diese Verurteilung folgenden Jahres wegen einem oder mehreren Freveln derselben Art zu mehr als 32 \mathcal{M} 40 \mathcal{L} an Wert- und Schadenersatz verurteilt worden ist und sich in demselben Jahre neuerdings eine oder mehrere Entwendungen der bezeichneten Art zuschulden kommen läßt, aus denen die Verbindlichkeit zu einem Wert- und Schadenersatz von wenigstens 5 \mathcal{M} 40 \mathcal{L} hervorgeht;
 - b) wenn eine wegen den vier vorgenannten Freveln im Laufe eines Jahres bereits sechsmal verurteilte Person sich im nämlichen Jahre neuerdings einer oder mehrerer solcher Entwendungen schuldig macht;
 - c) wenn eine Person, welche, weil sie Wald-erzeugnisse zum Werbsbetriebe oder zum

Handel sich durch Frevel zueignete oder veräußerte, im Laufe eines Jahres bereits dreimal verurteilt worden ist, in demselben Jahre in der einen oder anderen Bezeichnung neuerdings straffällig wird.

Beim ausgezeichneten Rückfalle wird neben Werts- und Schadenersatz auf eine Haftstrafe von 14 bis 30 Tagen erkannt. Macht sich ein wegen ausgezeichnetem Rückfalle verurteilter Frevel binnen Jahresfrist vom Tage dieser Verurteilung an neuerdings wegen den vorausgeführten Delikten straffällig, so trifft ihn ohne Rücksicht auf die Größe des Wertes und Schadens neuerdings dieselbe Strafe;

3. Gewohnheitsfrevel vor, wenn ein Frevel bereits dreimal wegen ausgezeichnetem Rückfalle zu Haftstrafe verurteilt worden ist, binnen Jahresfrist neuerdings sich in einer der genannten Art straffällig macht. Gewohnheitsfrevel ist Vergehen und mit Gefängnis von 1 bis zu 6 Monaten zu bestrafen.

Nach dem württembergischen Forststrafgesetze hat der einfache Rückfall dieselbe Straf Wirkung wie eine Erschwerung. Ist der Frevel bereits wegen Rückfalls bestraft, so beträgt die Frist für Verjährung des Rückfalles statt eines Jahres zwei Jahre. Befindet sich der Schuldige im dritten oder ferneren Rückfall, so ist zusätzlich zu der durch die neue Tat verwirkten Strafe auf Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr zu erkennen.

In leichteren Fällen kann statt der Gefängnisstrafe auf eine Zusatzstrafe in Geld bis zu einem Betrage von 100 M. erkannt werden.

In Preußen kann neben der Geldstrafe auf Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten erkannt werden, wenn der Forstdiebstahl von drei oder mehr Personen verübt wurde; in Württemberg bildet ein ebensolcher Forstdiebstahl einen Erschwerungsgrund, in Bayern wird gegen jeden der gemeinschaftlichen Forstfreveler die volle Strafe ausgesprochen, während die Freveler für Wert und Schadenersatz sowie für Auslagen samtverbündlich haften.

Wer in Preußen den Forstdiebstahl zum Zwecke der Veräußerung des Entwendeten oder daraus hergestellter Gegenstände begeht oder die Hehlerei gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betreibt, kann mit einer Zusatzstrafe bis zu 6 Monaten Gefängnis bedacht werden; in Württemberg wird die fragliche Veräußerung als Erschwerungsgrund angesehen (über Hehlerei ist im F. St. G. nichts bestimmt); das bayerische Forstgesetz sieht bereits die bei der Begehung des Forstfrevels vorhandene Absicht, die Waldserzeugnisse in Natur oder verarbeitet ganz oder teilweise zu veräußern, als Strafverschärfungsgrund an; diese Absicht wird gewöhnlich vermutet,

wenn nach Beschaffenheit der entwendeten Walderzeugnisse und der persönlichen und häuslichen Verhältnisse des Frevelers jene Gegenstände nicht wohl zur eigenen Verwendung bestimmt sein konnten. Wer Holz oder andere Waldserzeugnisse, welche er durch Frevel erlangte, veräußert, oder wer solche Walderzeugnisse, von denen er wußte oder nach Beschaffenheit der Umstände wissen konnte, daß sie durch Frevel erlangt wurden, kauft oder auf eine andere Weise erwirbt, wird mit einer Geldstrafe im Betrage des doppelten Wertes jener Gegenstände, mindestens aber von 1 M. 80 S., belegt.

Betrachtet man nun diese gesetzlichen Bestimmungen der drei Bundesstaaten und unterzieht sie einem Vergleiche, so fällt insbesondere die milde Auffassung des bayerischen Forstgesetzes ins Auge. Schon die Bezeichnung der Entwendung von Walderzeugnissen als Forstfrevel zeigt, daß derselbe nicht auf die gleiche Stufe mit dem gemeinen Diebstahl gestellt wird, und daß ein Forstfrevel keineswegs als entehrende Tat betrachtet wird; so betleidet z. B. ein ländlicher Bürgermeister, der wegen eines bedeutenden Forstfrevels zu etwa 100 M. Geldstrafe verurteilt worden ist, nach wie vor sein Amt. Bayern ist eben in der Hauptsache ein agrarischer Staat und nimmt auf die Ansichten der Landbevölkerung entsprechende Rücksicht. Den in Bayern mit 37 % der Gesamtwaldfäche vertretenen Staatswald betrachtet der steuerzahlende Bürger und Bauer als sein Miteigentum, so daß er mit einem Forstfrevel eben nur den ihm gehörenden Teil eigenmächtig nimmt. Die Landbewohner haben für Holz eine andere Lesart, nämlich: „Holt's“, was ihre Dentweise entsprechend kennzeichnet. Größere Privatwaldungen werden von Grundbesitzern ganz, von Tagelöhnern usw. in bezug auf Frevel so ziemlich verschont (wenn Staatswald zur Verfügung steht) — es sei denn, daß im Volke die überlieferte Behauptung aufgestellt ist, ein früherer Guts herr oder Kloster hätte dem Volke den Wald widerrechtlich abgenommen; in diesem Falle wird der betreffende Wald dem Staatswald gleich erachtet. Der Forstmann ist davon überzeugt, daß der gewöhnliche Mann im Weichstuhl den Forstfrevel auch als keine Sünde gegen das siebente Gebot betrachtet, denn es müßte sich dann der Gewissenswurm öfters bemerkbar machen.

Es darf freilich nicht das ganze Bayern über einen Leisten geschlagen werden, und es gibt nicht nur glücklicherweise verschiedene Landstriche, in denen die Bevölkerung von der obigen Auffassung allmählich abgetrennt ist, sondern auch in den übrigen Gegenden viele vernünftige Leute der besitzenden Klasse, welchen es einerseits wegen des intensiveren und rentableren Betriebes der Landwirtschaft an der nötigen

Zeit zum Frevel fehlt, andererseits das Freveln infolge des besseren Schutzes der Waldungen durch unbestechliches Personal zu gefährlich erscheint.

Frevel, bei denen die Bauern ohne weiteres nachts in den Wald fahren und sich durch Absagen von Bäumen eine Ladung zurechtmachen, kommen wohl auch vor, aber im großen und ganzen seltener. In der Regel wird feiner „gearbeitet“. Es muß ein Vorwand geschaffen werden, um möglichst oft in den Wald zu kommen; so wird Holz gestrichen, meistens Nadelstreu (Streuhaufen, Strauchhaufen), am liebsten aber ein Los Nadelstreu in Durchforstungen zum Selbstgewinnen (Zusammenziehen auf Haufen) erworben. Die in Betracht kommenden Leute wissen sich das Vertrauen des Forstpersonals in jeder Beziehung zu erringen, sie verraten oder verdächtigen andere Leute und sind selbstverständlich die reinste Unschuld. Um in Gebirgswaldungen die erforderliche Sauberkeit auch in Waldteilen mit schwierigen Wegeverhältnissen zu erzielen, ist es oft notwendig, einen solchen braven Mann mit der Selbstgewinnung des schwächeren Schneebruchmaterials und Dürreholzes zu betrauen; hier kann er dann ungestört schaffen: entweder wird das stärkere Holz in den Streuhaufen versteckt oder es wird erst unmittelbar vor dem Beladen des Wagens zurechtgerichtet.

Beim Freveln selbst wird sehr vorsichtig zu Werke gegangen, und dies geschieht meist in den frühesten Morgenstunden, und zwar derart, daß beim Vorübergehen an dem Latorte das Auge nicht ohne weiteres auf das Gehehene aufmerksam wird. Der Stamm wird nahezu aus dem Boden herausgesägt, das Sägemehl auf Tücher fallen gelassen, der Stod mit Humus „alt“ gerieben und mit Moos oder einem Stück filzigen Bodenüberzugs — womöglich mit etwas Fichtenunterwuchs — kunstgerecht maskiert, ebenso die oberirdische Holzmasse samt den abgebrochenen Zweigenden und dünnen Ästen peinlichst entfernt. Dies alles geschieht mit einem solchen Raffinement, daß man unwillkürlich ausruft: „Dem Kerl gäbe ich eine Maß Bier, wenn ich ihn kennen würde, weil er es so fein gemacht hat.“ Für den Forstschutzbeamten bedeutet eine derartige Unlenntlichmachung des Frevels gegenüber dem rücksichtslosen Stehenlassen eines möglichst hohen Frevelstodes oder Liegenlassen des Gipfels das bessere Teil, und er braucht sich vor einer Rüge des Vorgesetzten viel weniger fürchten. Freilich wird er den Fall genau untersuchen, wenn er Zeit übrig hat; denn schon die Absicht des Frevelers, den Beamten zu täuschen, bildet einen Ansporn zur Verfolgung und reizt das Ehrgefühl. Die Untersuchung führt aber selten zu einem greifbaren Resultat, denn der Verdacht richtet sich

meistens gegen andere Personen als den Schuldigen oder aber, wenn der Richtige getroffen wurde, läßt sich der Frevel nicht leicht am Holze, das allein als Beweis gelten könnte, nachweisen: denn die Freveler sind derart schlau, daß sie nicht so leicht gefaßt werden können. Meistens steht ihnen ein kleiner eigener Wald zur Verfügung, und sie sorgen in solchen Fällen stets für frische Stöcke in demselben. Das gestrevelte Holz wird sogleich verkaufsmäßig zubereitet und veräußert.

So fuhr ein solcher waldbesitzender Kleinbauer wochenlang gestreveltes Holz in die Stadt, ohne dabei ertappt zu werden. Zur Vorsorge fällt er in seinem Walde mehrere Bäume, ließ hohe Stöcke stehen und schnitt, sobald der Abschnitt trocken wurde, wiederholt eine Scheibe ab, so daß er längere Zeit frische Stöcke aufzuweisen vermochte.

Schafft diese Sorte von Frevelern reinliche Arbeit, so bilden diejenigen aus der beschlossenen Klasse ein lästiges Ungeziefer für den Wald, wie dies besonders in der Umgebung von Städten mit Industriebevölkerung vorkommt. Hier freveln fast durchweg die Frauen; diese fahren mit Schiebkarren nicht nur ihren gesamten Holzbedarf nach Hause, sondern sie verkaufen auch je nachdem viel Holz. Solange Dürreholz zu freveln ist, wird dieses des leichteren Transports wegen bevorzugt und sich an Stämme mit Stoddurchmessern von 30 bis 40 cm herangewagt, sonst muß grünes Holz daran glauben. Verfasser dieser Zeilen hatte einen Schutzbezirk zu beaufsichtigen, welcher an manchen Tagen von 100 bis 150 holzsuchenden und -frevelnden Leuten besucht wurde; 10 % derselben (ältere Leute) begnügten sich mit Leesholz, etwa 30 % frevelten stärkeres dürres oder 10 bis 20 cm starkes grünes Holz; der übrige Teil, der bis zu 5 bis 7 km weit in den Wald hineinsam und sich dürres, bis 10 cm starkes Gestränge aneignete, wurde noch zu den müßlichen, den Wald reinmachenden Forstfrevelern gezählt und blieb von den Paragraphen des Forstgesetzes verschont.

Wie groß die auf diese Weise der Verwertung durch den Waldbesitzer (Staat) entzogene Holzmenge war, läßt sich dann einigermaßen ersehen, wenn in Betracht gezogen wird, daß in verschiedenen, auf mittleren bis geringeren Bonitäten stehenden Kiefernbeständen keine Durchforstungen eingelegt und keine zufälligen Ergebnisse aufbereitet werden brauchten, weil die Forstfreveler genügend für einen lichten Bestockungsgrad sorgten.

Tadurch, daß der Beamte oft durch Schreibarbeit von der Ausübung des Forstschutzes abgehalten ist, und daß an einem solchen Tage das Absuchen der einzelnen Waldorte nach Frevelern oder das Abjagen derselben auf den verschiedenen Ausfuhrstraßen zu gleicher Zeit nicht

möglich ist, kommen die Frevler, die überdies auch die Nachstunden benützen und dann nur die am Waldrande gelegenen Waldteile besuchen, meistens unbelästigt durch. Und werden sie auch im Laufe eines Jahres mehrmals auf die Forststrüße geschrieben, so braucht es nach dem bairischen Gesetze viel, bis eine angezeigte Strafe wegen ausgezeichneten Rückfalls erwirkt wird. Die Praxis lehrt dies am besten, und die Fälle, in denen dieser oder der Gewohnheitsfrevler vorliegt, sind sehr selten; denn auch die Frevler sind mit den Bestimmungen des Forstgesetzes vertraut, und sobald sie verspüren, daß sie in den nächsten Fällen eine derartige Zusatzstrafe erhalten würden, nehmen sie sich außerordentlich in acht und freveln nur noch Türrholz; der Schrecken des ausgezeichneten Rückfalls existiert nicht mehr!

Diesen Mißständen ist zurzeit nur durch Aufstellung von Forstschuß-Aushilfen entgegenzutreten; wirksamer wäre aber die Aufhebung der derzeitigen Strafbestimmungen und Einführung solcher wie in Preußen oder Württemberg.

Schredlichere Zustände herrschen aber dort, wo die Flechtwarenindustrie (Korbflechterei) zuhause und der Forstfrevler von Baumwurzeln und gut spaltendem Holze die Schutzbeamten in steter Aufregung erhält. Von den vielen abgesägten, angehend haubaren Bäumen wird

nur das untere Stammstück entwendet und falls die Spaltprobe ungünstig ausfällt, der ganze Baum liegen gelassen und ein anderer gefällt. Überdies sind diese Leute (Männer) bei einer Tatbetretung sehr leicht zu Ausweichungen geneigt und lassen sich leicht zu Widerstand und Tätlichkeiten hinreißen. Auch die Flößer des Frankenwaldes benützen öfters die Gelegenheit und lassen gefrebelte Stämme neben anderen mainabwärts treiben.

Gefürchtet sind die Steigerwälder Bauern von den Holzkäufern aus weiter entfernten Ortschaften. Sobald erstere ihren Abfuhrschein in den Händen haben — sie beteiligen sich an den meisten Brennholzversteigerungen —, beginnen sie mit der teilweisen Abfuhr ihres Holzes und bringen dann die nächsten Male ihr Nummernscheit im Futterack wieder mit in den Wald und fahren das Holz anderer Käufer ab, können sich jedoch stets mit ihrer einwandfreien Nummer ausweisen und eignen sich auf diese Weise das Mehrfache des gekauften Quantum an, bis die Käufer aus den weiter entfernten Ortschaften die Holzabfuhr beendigt haben. Totalitätsstehle sind selbstverständlich für ihr Treiben günstiger als die Schläge, in denen das Holz meist der Nummer nach in Reihen aufgesetzt wird, was die Kontrolle des Schutzbeamten erleichtert.

© n.

Vorübergehende Dienstleistungen und Invalidenversicherung.*)

Die Reichsversicherungsordnung unterwirft hinsichtlich der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung alle diejenigen Personen der Versicherungspflicht, welche ihre Arbeitskraft in abhängiger Stellung gegen Entgelt (Lohn oder Gehalt) verwerten, und legt den Arbeitgebern dieser Personen die Pflicht auf, für sie durch Einkleben von Marken in die Quittungsarten die gesetzlichen Beiträge zu entrichten. Nun gibt es viele Personen, welche ihren Lebensunterhalt im wesentlichen nicht regelmäßig durch Lohnarbeit erwerben, sondern einen selbständigen Beruf haben (kleine Handwerksmeister, Landwirte u. dergl.) und nebenher gelegentlich einen Arbeitsverdienst mitnehmen, im übrigen aber von anderen Einkünften (aus Landwirtschaft, Gewerbe, Kapital usw.) leben. Für diese Personen ist die Versicherungspflicht nicht eingeführt, es ist ihnen nur unter gewissen Bedingungen das Recht gegeben, sich selbst zu versichern. Es gibt aber zahlreiche Fälle — bei wechselnder Berufsausübung —, in denen es zweifelhaft ist, ob eine Person als selbständiger Gewerbetreibender oder als unselbständiger Lohnarbeiter anzusehen ist. Für diese Fälle hat § 1232

der Reichsversicherungsordnung vorgeschrieben, daß der Bundesrat zu bestimmen habe, wie weit diese Personen versicherungspflichtig seien. Dies ist nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. Dezember 1899 (R. G. Bl. S. 725) geschehen durch einen Beschluß, der auch nach Einführung der Reichsversicherungsordnung noch gilt.

Nach diesem Beschlusse (Nr. 1) sind vorübergehende Dienstleistungen als eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung dann nicht anzusehen, wenn sie von Personen, die berufsmäßig Lohnarbeit überhaupt nicht verrichten, a) nur gelegentlich, insbesondere zu gelegentlicher Aushilfe, oder b) zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur nebenher und gegen ein geringfügiges Entgelt, das für die Dauer der Beschäftigung zum Lebensunterhalte nicht ausreicht und zu den für diese Zeit zu zahlenden Versicherungsbeiträgen nicht in entsprechendem Verhältnisse steht, verrichtet werden. Diese Bestimmung findet z. B. Anwendung auf Beamtenfrauen oder -töchter, welche, um sich ein Taschengeld zu verdienen, für Geschäfte arbeiten; auf Hausfrauen oder Hauskinder auf dem Lande, die hier und da der Gutsherrschaft bei Festlichkeiten helfen oder ein paar Tage im Walde mit Kulturarbeiten usw. beschäftigt werden, sonst aber Lohnarbeit nicht verrichten; auf Ausgebirger oder kleine

*) Mehrere Anfragen aus unserem Leserkreise geben uns Anlaß, diese Frage im Zusammenhang und ausführlich zu erörtern.

Geschäftsleute, die ein kleines Amt (als Flurhüter, Maulwurfsjäger, Gemeinbediener oder dergleichen) versehen, das nur wenig abwirft. Ob ein Entgelt als „geringfügig“ in obigem Sinne anzusehen ist, hängt von den Verhältnissen des einzelnen Falles ab. In der Regel wird ein Entgelt dann als geringfügig angesehen, wenn es ein Drittel des Ortslohnes nicht übersteigt. Bei Prüfung der Frage, ob geringfügig oder nicht, ist die Woche als Einheit zu behandeln, also mindestens der Lebensbedarf für die ganze Woche mit dem im Laufe einer Woche verdienten Entgelt zu vergleichen.

Der Bundesratsbeschluss bestimmt unter Nr. 2 weiter, daß Dienstleistungen als vorübergehend und deshalb versicherungsfrei dann anzusehen sind, wenn sie von solchen Berufsarbeitern, die in einem regelmäßigen, die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnisse zu einem bestimmten Arbeitgeber stehen, ohne Unterbrechung dieses Verhältnisses bei anderen Arbeitgebern nebenher, sei es gelegentlich zur Aushilfe, sei es regelmäßig, verrichtet werden. In diesen Fällen handelt es sich nicht, wie bei Nr. 1, um die Versicherungspflicht überhaupt, sondern nur darum, ob eine bereits infolge eines ständigen Lohnarbeitsverhältnisses versicherte Person auch in bezug auf andere, daneben verrichtete Arbeiten der Versicherungspflicht unterliegt oder lediglich bezüglich ihrer dauernden Hauptbeschäftigung zu versichern ist, also hauptsächlich darum, wer für den Arbeiter zu flehen hat. Demgemäß ist die Freilassung hier nicht aus davon abhängig gemacht, daß das Entgelt ein geringfügiges ist, sondern nur davon, daß die außerhalb des ständigen Beschäftigungsverhältnisses liegenden Arbeiten „nebenher“, gelegentlich oder regelmäßig, verrichtet werden. Wenn also ein in einem ständigen Beschäftigungsverhältnisse zum forstfiskalisch stehender Waldbarbeiter hier und da einem Forstbeamten in dessen Privatwirtschaft hilft, z. B. Deputatholz zerkleinert, so braucht der Forstbeamte für ihn selbst dann nicht zu flehen, wenn der Arbeiter am Montag bei ihm tätig ist. Dagegen würde der Forstbeamte dann zu flehen haben, wenn der Arbeiter nicht ständig im fiskalischen Walde tätig wäre, sondern seinen Erwerb in regelmäßigem Wechsel noch durch andere Lohnarbeit, z. B. in landwirtschaftlichen Betrieben oder in Privatwaldungen, fände; dann würde eben die Regel gelten, daß derjenige zu flehen hat, der einen Versicherungspflichtigen zuerst in der Woche beschäftigt („zuerst in der Woche beschäftigt“ ist auch ein Berufsarbeiter, der von Montag bis Sonnabend nichts tut und dann am Sonntag einige Stunden arbeitet, denn die Beitragswoche läuft von Montag bis Sonntag). Der Forstbeamte würde auch von den übrigen Arbeitgebern (Fiskus usw.) nicht anteiligen Ersatz beanspruchen können. Hat aber weder er noch der Versicherte den Beitrag entrichtet, so hat der nächste Arbeitgeber den Beitrag zu entrichten,

kann aber von dem ersten Ersatz beanspruchen (§ 1426 der R. B. O.). Kommt eine Tätigkeit gleichzeitig mehreren Arbeitgebern zugute, wie z. B. die eines Flurhüters, Nachwächters usw., so haften diese Arbeitgeber als Gesamtschuldner für die Beiträge (a. a. O.).

Die Bestimmungen unter Nr. 1 und 2 des Bundesratsbeschlusses gelten auch für Dienstleistungen zur schleunigen Hilfe bei Unglücksfällen oder Verheerungen durch Naturereignisse oder zur schleunigen Beseitigung von Verkehrs- oder Betriebsstörungen (Waldbbrand, Windbruch usw.), sofern diese Dienstleistungen nach ihrer Art die Dauer von zwei Arbeitstagen voraussichtlich nicht übersteigen werden.

Nun gibt es noch andere Dienstleistungen, die von nicht berufsmäßigen Lohnarbeitern gelegentlich verrichtet werden, die also auch „vorübergehend“ sind, aber länger dauern als die vorhergehenden Nebenverrichtungen und deshalb vom Gesetz besonders berücksichtigt sind. Hinsichtlich ihrer schreibt § 1239 der Reichsversicherungsordnung vor: „Auf seinen Antrag wird von der Versicherung befreit, wer im Laufe eines Kalenderjahres Lohnarbeit nur in bestimmten Jahreszeiten für nicht mehr als 12 Wochen oder überhaupt für nicht mehr als 50 Tage übernimmt, im übrigen aber seinen Unterhalt selbstständig erwirbt oder ohne Entgelt tätig ist. Die Befreiung ist nur zulässig, solange nicht 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Selbstversicherung entrichtet worden sind.“ Der Gesetzgeber hat hier an solche selbständige Personen (kleine Landwirte oder Gewerbetreibende usw.) gedacht, welche, ohne dadurch Berufsarbeiter zu werden, für mehrere Wochen in ein Lohnarbeitsverhältnis eintreten, um nach Beendigung der von ihnen übernommenen, nach Art oder Dauer vorübergehenden Arbeit für den großen Rest des Jahres wieder zu ihrer bisherigen selbständigen Beschäftigung zurückzukehren. Es handelt sich dabei regelmäßig um eine unter bestimmten örtlichen Verhältnissen zu bestimmten Jahreszeiten sich wiederholende besondere Arbeitsgelegenheit oder Arbeitshäufung, während welcher die bezeichneten, in der übrigen Zeit des Jahres selbständigen Personen nach Ortsgeohnheit die sich darbietende Gelegenheit zu einem Verdienst als Lohnarbeiter mitzunehmen pflegen (sogenannte Saisonarbeiter). Beispiele: Kleinbauern, welche in großen Forstbetrieben im Sommer Kulturarbeiten verrichten oder im Winter Holz schlagen; Personen, welche bei der Ernte aushelfen; Dienstpersonal in einzelnen Badeorten während der Saison u. a. Der Antrag auf Befreiung von der Versicherung ist bei dem Versicherungsamt (Landrat) zu stellen. Über die Befreiung ist eine Versicherungsfreikarte in grüner Farbe auszustellen, die der Befreite bei der Lohnempfangnahme vorzulegen hat. Die Befreiung gilt nur für die Dauer des Kalenderjahres und kann vom Versicherungsamt jederzeit widerrufen werden (zu

rgl. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 24. Dezember 1899 — R. G. Bl. S. 721 —). Bei Zweifeln oder Streit darüber, ob eine Beschäftigung versicherungspflichtig ist, oder wer zu leben hat, wende man sich an das Versicherungsamt (Landrat). Ggl. auch Ziffer 11 der Anleitung des Reichsversicherungsamts, betreffend den Kreis der nach dem Invalidenversicherungsgesetze versicherten Personen, vom 6. Dezember 1905, und die Verfügung des preussischen Ministers für Landwirtschaft usw. vom 19. August 1907, betreffend die Invalidenversicherung der von Unterbeamten zugezogenen Hilfspersonen („Deutsche Forst-Zeitung“ 1907, Seite 833).

Die vorstehenden Erörterungen beziehen sich nur auf die Invalidenversicherung. Bei der Unfallversicherung liegen die Dinge anders. Hier ist jeder, der dem Arbeiterstande angehört oder ihm nach seinen wirtschaftlichen usw. Verhältnissen nahesteht, ohne weiteres versichert, sobald er eine im Interesse eines versicherungspflichtigen Betriebes liegende Arbeit verrichtet, ohne Rücksicht darauf, ob er nur für diese eine Arbeit angenommen ist, ob er dafür bezahlt wird und von wem, ob er sonst noch eine gewinnbringende Beschäftigung ausübt oder etwa nur von Armenunterstützung lebt.

Sg.

Mitteilungen.

Forstfiskalische Waisenhausfreistellen. Wir machen darauf aufmerksam, daß für evangelische Kinder verstorbenen preussischer Staatsforstbeamten zu Ostern d. Jz. Freistellen in folgenden Waisenhäusern zu vergeben sind:

1. Im Zivilwaisenhaus zu Potsdam für Söhne höherer Forstbeamten oder vollbeschäftigter Forstassistenten. Aufnahmealter 8. bis 14. Lebensjahr. Unterricht im Gymnasium oder einer anderen höheren Schule bis zum Abiturium.
 2. In der Waisenverorgungs-Anstalt zu Kleinlienitz bei Potsdam für Söhne von Revierförstern, Förstern, Waldwärttern oder Försteranwärtern. Aufnahmealter 8. bis 11. Lebensjahr. Die Knaben können in der Regel bis zum 15. Lebensjahre und wenn sie Lehrer werden oder einen anderen Beruf, der eine gründliche Schulbildung erfordert, ergreifen wollen, auch über diese Zeit hinaus in der Anstalt verbleiben. Wer Förster werden will, kann bis zum 1. Oktober des Jahres, in dem er 18 Jahre alt wird, in der Anstalt bleiben, so daß der Eintritt in die Forstlehre sich unmittelbar anschließt.
 3. Im evangelischen Johanneisstift zu Spandau für Söhne von Revierförstern, Förstern, Waldwärttern oder Försteranwärtern. Aufnahmealter 4. bis 10. Lebensjahr. Die Knaben verbleiben bis zur Einsegnung in der Anstalt, können aber, wenn die Angehörigen einwilligen, nach der Einsegnung in das Lehrlingsheim des Johanneisstiftes eintreten, wo sie alsdann bis zur Beendigung der Lehrzeit verbleiben.
- Da alle diese Freistellen große Vorteile bieten, würde gewiß manche Forstbeamtenwitwe gern sehen, wenn ihr Sohn in einem dieser Waisenhäuser untergebracht werden könnte, zumal vom Ministerium eine Beihilfe zu den Ausstattungs- und Reisekosten gezahlt zu werden pflegt. Leider verhallen solche Aufrufe meist wirkungslos, da Witwen unsere Zeitung wohl nur selten lesen. Wir möchten unsere Leser daher bitten, den evangelischen Witwen ihres Bekanntenkreises, die einen Sohn unter dem zulässigen Höchstalter haben, hiervon zu benachrichtigen. Wenn der

Knabe etwa noch nicht das aufnahmefähige Alter erreicht hat, empfiehlt es sich doch, schon jetzt eine Eingabe zu machen, damit er zur späteren Einberufung vorgemerkt werden kann.

Die Gesuche sind möglichst bald an die königliche Regierung im Bezirke des Wohnortes zu richten, die dann an den Minister für Landwirtschaft berichtet. Letzterer hat das Recht, über diese Freistellen zu verfügen. Selbstverständlich müssen die aufzunehmenden Knaben völlig gesund sein.

Kiefern Samenhandel.

Einfuhr fremden Kiefern Samens und fremder Kiefernzapfen.

Kiefernzapfen (100 kg)			Kiefern Samen (100 kg)		
Herkunft	September 1911	Januar bis Dezember 1911	Herkunft	September 1911	Januar bis Dezember 1911
Im ganzen	2793	10926	Im ganzen	48	345
Hiervon aus:			Hiervon aus:		
Frankreich	—	1	Belgien	6	77
Niederlande	—	892	Frankreich	—	30
Österreich-Ung.	270	609	Österreich-Ung.	3	155
Russland	2514	934	U. S. v. Amerika	—	11
andern Ländern	9	100	andern Ländern	4	72

Die Beobachtung der Vorgänge auf dem Kiefern Samenmarkt ist mehr interessant wie erfreulich. Zunächst macht das Ausland und das Inland, soweit es den Bezug fremden Kiefern Samens vermittelt, die größte Anstrengung, den deutschen Markt für letzteren zu behaupten.

Mr. Berespon, der Besitzer einer der größten Kiegenanstalten Südfrankreichs, wirft in der „Revue des Eaux et Forêts!“ (1912 Nr. 1 S. 26) den deutschen Kiegenanstalten vor, daß die Mißerfolge mit französischem Samen lediglich eine Folge der vorzeitigen Ernte (Ende August und Anfang September!) seien, und daß man nur aus Geschäftsnähe den französischen Kiefern Samen schlecht mache, wobei die Kiegenanstalten von Professoren „ohne Kenntnis des tatsächlichen Grundes und ohne beweissträchtige Versuche durch unrichtige

Theorien“ unterstützt wurden (inconsciement et sans preuves convaincantes exposérent à ce sujet des theories inexactes) — Noch lebhafter wogt der Kampf um den fortdauernden Bezug belgischen Kiefernhamens, wobei namentlich Herr Kungesseil Griesheim, Besitzer einer in Belgien gelegenen Klenge, hervortritt. Vielleicht erzählt uns dieser Herr demnächst etwas Näheres über die Beschaffenheit der Bestände, aus denen die Zapfen stammen, und von deren Ernten. Soviel ich aus eigenen Reisen und aus amtlichen Mitteilungen weiß, sind in Belgien über 50 Jahre alte Kiefernbestände überhaupt nicht zu finden. Die frühzeitige Ernte der Zapfen, von denen Verseny für die Auvergne erzählt, besteht meines Wissens in gleicher Art auch in Belgien. Die Sammler lassen dann die

Zapfen „zu Hause nachreifen“. — Aber auch „deutscher“ Kiefernhamen wird zu Preisen (6 bis 7 M für das Kilogramm, bei 75 bis 80 % Keimkraft) angeboten, die das lebhafteste Mißtrauen erwecken müssen. — Wenn die zur Kontrollvereinigung des Deutschen Forstwirtschaftsrates gehörigen Klenge etwa 11 M für das Kilogramm fordern und die fiskalischen Klenge bis zu 8 M Sammellohn für einen Hektoliter Zapfen zahlen, so kann man wohl kaum mit gutem Gewissen zu dem Bezug derartig billigen, angeblich deutschen Kiefernhamens raten. Eine Erklärung für diesen billigen Preis liegt vielleicht darin, daß dieselbe Handlung, die 7 M für deutschen Kiefernhamen, 3,60 M für belgischen und 2,60 M für französischen Kiefernhamen berechnet.

D r. S c h w a p p a c h.

Berichte.

Die Sommerversammlung des Forstvereins für Westfalen und Niederrhein zu Arnsberg am 7. und 8. Juli 1911.

Die Ausflüge, welche am 7. und 8. Juli gelegentlich der Versammlung gemacht wurden, hatten einen Teil der königlichen Oberförsterei Obereimer und die Gräfl. von Fürstenberg'schen Forsten zum Ziel. Geologisch interessant ist das in Frage kommende Gebiet, weil hier die Grenzen der oberen Devonformation mit der Carbonischen Formation zusammenstoßen. Auf dem Verwitterungsprodukt des sogenannten „Flöbleeren“, welches in seiner petrographischen Zusammensetzung sich vom produktiven Steintohlengebirge nur dadurch unterscheidet, daß es keine Steintohlenflöße enthält, stockt der Arnsberger Wald, während sich westlich von Arnsberg, auf dem linken Ufer der Ruhr, der das Oberdevon überlagernde Culm einschiebt, der von mehr oder minder mächtigen Plattenkalkschichten durchzogen ist.

Die Verschiedenheit der mineralischen Zusammensetzung dieser Böden bedingt eine abweichende Produktivität. Am verschiedensten gestaltet sich die Produktionskraft des Bodens in den auf dem rechten Ruhrufer gelegenen Waldteilen, und aus diesem Grunde wird hier, wie an allen anderen Orten, dazu übergegangen, die Buche, wo sie nicht mehr als standortsgemäße Holzart angesehen werden kann, in Fichten überzuführen, die wesentlich höhere Erträge versprechen.

Die erste Exkursion, die am 7. Juli mittags ihren Anfang nahm, galt den Schutzbezirken Nieber- und Obereimer, unter Führung des kgl. Forstmeisters Herrn Goebel, dem Revierverwalter der Oberförsterei Obereimer, und zunächst dem Piepengraben und dem Werltetal.

Der Bedeutung des Wassers für den Wald Rechnung tragend, sind seitens der Revierverwaltung Maßnahmen getroffen worden, das auf der Talsohle sich sammelnde Wasser durch Anlegen von Teichen an geeigneten Stellen festzuhalten. Daß diese Teichanlagen nebenbei zu Fischereizwecken ausgenutzt werden können, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Wo es sich um

geeignete Standorte handelt, entsalten Buche und Eiche ein gutes Wachstum. Die erstere wird natürlich verjüngt und die letztere in der Hauptsache durch Kleinpflanzung in Bestand gebracht.

Wenn das Aufstauen des Wassers, wie es hier geschehen ist, schon aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehr empfehlenswert ist, so haben diese kleinen Waldseen aber auch eine ästhetische Bedeutung, und wie nach dieser Seite dem Schönheitsempfinden in der Oberförsterei Obereimer Rechnung getragen wird, das sollte sich auf Schritt und Tritt zeigen und erkennen lassen, daß bei der wirtschaftlichen Ausnutzung des Waldes die Waldästhetik sich wohl mit forstwirtschaftlichen Grundsätzen vereinigen läßt, deren Endziel die Erziehung hochwertvollen Nutholzes ist. Aus diesem Grunde ist es auch durchaus gerechtfertigt, daß auf den zur Umwandlung bestimmten Flächen vorhandene und gut entwickelte Fichtenhorste zum Einwachsen in den zukünftigen Bestand erhalten geblieben sind, denn es ist nicht allzu ängstlich, wenn nach dieser Richtung die Monotonie der Kahlfläche unterbrochen und der Natur Schönheit ein kleines Opfer gebracht wird, welches allenfalls dadurch entsteht, daß die Ränder derartiger Forste der jüngeren Nachbarschaft gegenüber etwas verdämmend wirken.

Für die Holzabfuhr wird durch die Anlage bequemer und gut besetzter Waldwege Sorge getragen, und besonders imponierte eine gleich beim Betreten des Waldes vorgezeigte, dem gleichen Zwecke dienende Holzbrücke, welche von Pionieren über eine ziemlich breite Schlucht geschlagen wurde. Der Wegebau stellt sich etwas teuer, weil in Ermangelung von Steinen in diesem Revierteil eine 3 m breite Steinbahn, die ungefähr 0,7 cbm Steine erfordert, die mit einer 10 cm starken Feinschlagdecke und mit KohlenSchlag als Bindematerial versehen werden, etwa 8 M pro laufender Meter kostet, Aufwendungen, die sich selbstverständlich durch Steigen der Holzpreise einbringen lassen.

Eine Eichennaturverjüngung, deren Fehlstellen auf künstlichem Wege bestockt werden, bildete den Schluß der Besichtigung dieses Waldteiles, nach

welcher die Exkursionsteilnehmer durch die bereitstehenden Wagen nach dem Schutzbezirk Obereimer gebracht wurden. Die unterwegs sichtbaren herrlichen Waldbilder ließen erkennen, daß in diesem Reviertheil, der sich durch produktiven Boden auszeichnet, weil in der Hauptsache als Standort das Verwitterungsprodukt des Plattenkalkes in Frage kommt, sich besonders Reizvolles bieten werde. Diese Erwartung sollte nicht enttäuscht werden, im Gegenteil, sie wurde übertroffen. Im Buchengrundbestand fanden sich in dem zuerst besuchten Distrikt, mit den Buchen zu gewaltiger Höhe emporstrebend, wertvolle Eichen, Fichten, Lärchen und Tannen; aber auch Kirschen und Linden, die im Wachstum mit den erstgenannten Holzarten wetteiferten und nicht hinter ihnen zurückblieben, tragen dazu bei, das Landschaftsbild abwechslungsreich zu gestalten. Wie die Eiche sich durch Naturbesamung in tadellosester Reife verjüngen läßt, und ebenso auch der Ahorn, das ließ sich an den verschiedensten Stellen erkennen, denn wo der Sturm ein Loch in den Bestand gerissen hat, ist allerorts namentlich der Eichenanflug massenhaft vorhanden, der sich, soweit er dem Geöße des Rehwildes entwachsen ist, tadellos entwickelt. Unterstützt wird diese Naturverjüngung durch die Buchenmollau, denn sie tritt an einzelnen Stellen in dem wüchsigen Bestande so außerordentlich stark auf, daß der auf die befallenen Buchen gerichtete Sieb die vorbereitende Maßregel für die kostenlose Anjüngelung von Eichen und Ahornen ist. Wenn im allgemeinen die Annahme besteht, daß die nachteiligen Wirkungen des Auftretens der Buchenmollau dort, wo günstige Wachstumsfaktoren die Bestandesgesundheit garantieren, nicht besonders zur Geltung kommen können, so scheint doch die auf dieser Standortsklasse stellenweise erhebliche in der Erscheinung tretende Kalamität, daß günstige Wachstumsverhältnisse kein Hindernis für das schlimme Auftreten der Mollau sind, das Gegenteil darzutun, da nach der Bodengüte an den in Frage kommenden Stellen die Buche wohl das Maximum an Widerstandsfähigkeit erreicht. Es bot sich auch die Gelegenheit, eine mit *Carya alba* bestandene Versuchsfeld zu besichtigen, die heute ein Alter von 28 Jahren hat. Der Bestand, welcher im vergangenen Winter nach persönlicher Anleitung durch Geheimrat Professor Dr. Schwappach stark durchforstet ist, bietet denjenigen, welche für den Anbau ausländischer Holzarten Interesse haben, einen erfreulichen Anblick, und die Beschaffenheit der Zukunftskämme läßt auch erkennen, daß das Anbauresultat auch ein befriedigendes sein wird. Die Ansichten gingen natürlich auseinander, ob es nicht zweckmäßiger wäre, unter den vorliegenden Verhältnissen den Standort durch den Anbau standortsgemäßer einheimischer Holzarten besser auszunutzen. Wer diese Frage bejaht, mag vom rein wirtschaftlichen Standpunkte wohl das Richtige getroffen haben, aber immerhin kann man *Carya alba* an geeigneter Stelle wohl ein Plätzchen gönnen, weil diese Holzart auch durch ihre schöne **Belaubung** das Auge erfreut. Was unsere heimischen **Holzarten** auf dem in Frage kommenden Standort

zu leisten vermögen, das offenbarte sich den Augen der Exkursionsteilnehmer in dem im Anschluß an die Besichtigung der Carnagruppe aufgesuchten 60-jährigen Eichenbestand, denn zu überraschender Höhe strebt der im Kronenschirm noch etwas dicht gehaltene Bestand empor. Wenn die Einzelkronen Gelegenheit erhalten haben, sich, umflößen vom Lichte, voll auszubilden, wird dieser Bestand gewaltigen Massen- und Wertzuwachs bringen, weil ein Unterstand von Hainbuchen, Hasel, Holunder usw. für die Erhaltung der Bodenkraft Sorge trägt. Nichts ist hier zu bemerken von der sonst als charakteristisch für die Eiche angeführten Zwillenbildung, denn fernzergerade sind sie emporgewachsen, und tadellos kalibrierte Stammform zeichnet die große Mehrzahl der Stämme aus. Nur im Hintergrunde ragte ein gewaltiges Exemplar mit Zwillenbildung empor. „Die Welteiche Ygdrasil“, wie unser liebenswürdiger Führer bemerkte. Sie ist die Mutter des Ganzen, die in der Hauptsache das in Frage kommende Gebiet mit ihrem Samen überstreut hat. Diesem Bestande gegenüber zeigte sich ein anderes Bild, „Waldbpflege früherer Zeiten“, wie der Exkursionsführer bemerkt; eine Mischung von Eichen und Fichten, in welche vor 20 bis 25 Jahren die Fichten zu Gunsten der Eichen geköpft wurden. Die Stummel sind heute noch vorhanden, und auch die Eichen, denen zuliebe man den wüchsigen Fichten die Köpfe abgeschnitten hat. Das Resultat besteht darin, daß die mit Wasserreisern bedeckten kümmerlichen Eichen von der Begünstigung keinen Nutzen hatten und daß auch die Fichten, die heute, wenn die Eichen seinerzeit ausgezogen worden wären, wertvolles Holz darstellten, verloren gegangen sind. Eine Mahnung, wie man es unter solchen Verhältnissen mit der Eiche zu halten hat, wenn die Mischung mit der Fichte einmal vorhanden ist. Wie die Eiche sich natürlich verjüngt, so auch der Ahorn, wie ein größerer Forst unter Lärchen-überhältern zeigte. Durch alten Buchen-Eichen-Mittelwald, der zur Überführung in Hochwald bestimmt ist, führte der Weg nach dem Teufelsfelsen. Nach dem im Schutzbezirk Niedereimer befolgten Prinzip hat auch hier die Aufspeicherung des Wassers im Interesse des Waldes stattgefunden, wodurch gleichzeitig ein herrliches Landschaftsbild geschaffen wurde. Fleißige Hände haben hier durch Begründung von Anlagen aller Art verschönernd gewirkt, und in der umsichtigsten Weise ist der schaffenden Natur zu Hilfe gekommen worden. Namentlich nimmt sich sehr schmut eine Inselanlage in dem kleinen Waldsee aus, auf welcher ein junger Grünroß einer japanischen Lärche und einigen Blaulichten ein Plätzchen angewiesen hat. Wie mitgeteilt wurde, hat eine Ente das schilf- und grasbestandene kleine Eiland zum Brutplatz auserkoren, so daß auch nach dieser Richtung durch Bereicherung der Tierwelt der Reiz des schönen Fleckchens Erde erhöht worden ist. Im Anschluß hieran konnte ein gutwüchsiger Eichenbestand mit Buchenunterholz, der im Richtungs-betriebe weiter bewirtschaftet werden soll, besichtigt werden, und daran anschließend die Umwandlung eines älteren Buchenbestandes in Eichen, wozu zweijährige Pflanzen verwendet

werden. Besonders fiel hier ins Auge der stark vertretene Anflug von Hainbuchen. Zeichenanlagen begegnen den Waldbesuchern auch auf dem weiteren Wege, der in einen plenterartigen, gemischten Altholzbestand führt. Wenn bisher überall Bilder gesehen wurden, welche Waldästhetik mit streng rationaler Forstwirtschaft gepaart zeigten, so präferierte sich jetzt der Wald als an einer Stelle zu erhaltendes Naturdenkmal in seiner vollen Schönheit. Jahrhunderte alte Eichen, mit gewaltigen Buchen und riesigen Fichten gemischt, treten hier dem Auge des Beschauers entgegen; Eichen von bizarren Formen, aber auch

solche, die schlant wie die Gerten aus dem Unterholze emporsteigen und den berühmtesten aller Eichen, den Speßarteeichen, nichts nachgeben. Es ist daher verständlich, daß man sich in diesem in der Nähe von Arnberg und auch in unmittelbarer Nähe der Oberförsterei gelegenen Revierteil dazu entschlossen hat, das Wirtschaftsprinzip ganz von der Forstästhetik beeinflussen zu lassen.

Die nun angetretene Fahrt nach Arnberg bot noch manches Schöne am Wege, unter anderem erfreute auch die zu Ehren der Gäste im Flaggen-schmud prangende Oberförsterei.

(Schluß folgt.)

Verschiedenes.

— **Die Stadt-Oberförsterei in Brandenburg a. Havel** wurde in Nr. 49 (1911) unseres Blattes ausgeschrieben. Uns wird mitgeteilt, daß sich um diese Stelle 243 Bewerber gemeldet hätten. Eine Entscheidung in der Besetzung ist unseres Wissens noch nicht erfolgt.

— **Das bisherige Oberförstereigehöft Cöpenick** ist durch den Verkauf der Ruhheide an die Stadt Berlin mit in deren Besitz übergegangen. Der Neubau der Oberförsterei, den die Stadt auszuführen übernommen hat, liegt in der Nähe des Bahnhofes Friedrichshagen und wird im Laufe des März d. J. bezugsfähig. Von diesem Zeitpunkt ab wird der Stadt Berlin das alte Gehöft zur Verfügung gestellt. Wie wir hören, besteht die Absicht, dieses als Schankwirtschaft zu verpachten. Öffentlich aber findet sich ein Käufer, der das Gehöft mit seiner Gartenanlage als Wohnsitz erwirbt, so daß der prachtvolle alte Baumbestand erhalten bleibt.

In der Nähe des Flugplatzes Johannistal, nördlich vom Zeltow-Kanal, westlich von der Görliker Bahn und südlich von der Adlerhof-Rudower Chaussee, wird ein größeres forstökalisches Gelände der Bebauung erschlossen, welches jetzt nicht mehr als Wald bewirtschaftet werden kann. Dieser Verkauf wurde notwendig, da der Wald in etwa fünf Jahren von selber abgestorben wäre. Größere Grünplätze sollen aber auch später für die Erhaltung von Luft und Licht sorgen.

— **Waldverkäufe im unteren Rheingau.** Im verfloßenen Jahre sind bereits große Waldflächen der Gemeinde Stephanshausen, im sogenannten Hinterlandswald gelegen, vom Herrn v. Eichrode käuflich erworben worden. Gleichzeitig erstand dieser Herr den angrenzenden Gräflisch v. Angelsheimischen Wald, während früher schon die Freiherrlich v. Fwielerschen Forsten im Wipertale und das Hofgut Patweierhof von diesem angekauft wurden. Neuerdings sind noch weitere Waldankäufe beabsichtigt, und zwar soll es sich um die Wälder der Gemeinden Johannisburg, Winkfel, Mittelheim, Deitrich, Hallgarten, Eltville, Nauental, Mendorf und Niederwalluf handeln, die ebenfalls im Hinterlandswald liegen. Nach Abschluß der vorstehenden Käufe würde

dann der ganze Hinterlandswald, der sich vom Hofgut Mapper bis zur Kammerberger Mühle erstreckt und vom Ernstbach und der Wipper begrenzt wird, einem einzigen Besitzer gehören. Da die Vertreter der in Frage kommenden Gemeinden den obigen Waldverkäufen sympathisch gegenüberstehen, so dürften diese demnächst vollzogen werden. Allerdings mehren sich unter der dortigen Bevölkerung auch die Stimmen gegen den bevorstehenden Waldverkauf. Wenn auch zugegeben wird, daß diese Waldungen augenblicklich keine genügende Rente abwerfen, wird jedoch von vielen Gemeindefassen gewünscht, daß die Gemeinden den Wald behalten und durch Umwandlung des Laubholzes in Nadelholz später eine größere Rentabilität zu erreichen suchen, die alsdann wohl auch als sicher angenommen werden könnte.

— **Amstlicher Marktbericht. Berlin, den 30. Januar 1912.** Rotwild 0,40 bis 0,53, Damwild 0,30 bis 0,68, Schwarzwild 0,40 bis 0,70 \mathcal{M} das Fund, Hasen 3,00 bis 4,10, Kaninchen 0,80 bis 1,00, Stodenten 1,40 bis 1,70, Fasanenhähne 1,50 bis 3,00, Fasanenhennen 1,50 bis 2,00, Waldschneppen 1,75 bis 2,00 \mathcal{M} das Stüd.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Anstalt zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Dr. Büsgen, Professor an der Forstakademie in München, in der Note Nr. 10 v. 1. Klasse verliehen.

Morbus, Wirkl. Geh. Forstverwaltungsrat, vortragender Rat im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, in der Königl. Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern verliehen.

Oberb. A., Oberförster zu Stromberg, ist die Oberförsterei des Wäldchens Hegb. Cassel, übertragen.

Reimann, Wirkl. Geh. Forstbauat, vortragender Rat im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, ist der Königl. Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern verliehen.

Fergin, Verwaltungsrat im Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, in der Note Nr. 10 v. 1. Klasse verliehen.

Brüggenmann, bisher Förster o. A. zu Hallerleben, Oberforstereier Hallerleben, ist auf die Forststelle Beckhorn, Oberförsterei Knebeck, Hegb. Emsburg, versetzt.

Schwarzpohl, Forstausseher zu Mohrbrunn, Oberförsterei Lütkebeck, Regbz. Frankfurt a. O., ist vom 1. März d. J. ab beurlaubt.

Stapf, Otto, forstverordnungsbevollmächtigter Anwärter zu Seitzers, ist nach der Oberförsterei Hothheim, Regbz. Wiesbaden, einberufen.

von Arnalowski, Förster o. R. zu Schlanbehammer, Oberförsterei Wülfroße, in nach Mohrbrunn, Oberförsterei Lütkebeck, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. März d. J. ab verlegt.

Apfen, Forstausseher zu Eadrosch, Oberförsterei Rehberg, in als Schreibgehilfe nach Hammerstein, Oberförsterei Hammerstein, Regbz. Marienwerder, verlegt.

Loth, Forstausseher zu Samosch, Oberförsterei Kronke, ist nach Altenhof, Oberförsterei Brück, Regbz. Posen, verlegt.

Reinhardt, Förster o. R. zu Giesel, Oberförsterei Giesel, in nach Kallbeck, Oberförsterei Herfeld, Regbz. Cassel, vom 1. April d. J. ab verlegt.

Scharf, Forstausseher zu Sillium, Oberförsterei Sillium, Regbz. Gildesheim, ist zum Förster o. R. ernannt.

Reichel, Förster o. R. in der Oberförsterei Sedwitz, in nach der Oberförsterei Kitzsch, Regbz. Gumbinnen, verlegt.

Das Allgemeine Ehrenzeichen wurde verliehen

Hiermann, Oberholzhauer zu Nienburger Bruch, Kreis Nienburg, Regbz. Hannover; **Brück**, Waldbarbeiter zu Kammersdorf, Oberförsterei Kammersdorf, Regbz. Potsdam; **Bäcker**, Waldbarbeiter zu Werballen, Oberförsterei Tappau, Regbz. Königsberg; **Anger**, Waldbarbeiter zu Trostin, Oberförsterei Hallsen, Regbz. Merseburg; **Kühling**, Waldbarbeiter zu Weierungen, Kreis Nienburg, Regbz. Hannover; **Falkenroth**, Oberholzhauer zu Wenden, Kreis Nienburg, Regbz. Hannover; **Sieg**, Forstschuttmann und Forstmeister zu Gersdorf, Oberförsterei Gieß, Regbz. Marienwerder; **Kieß**, Waldbarbeiter zu Kammersdorf, Oberförsterei Kammersdorf, Regbz. Potsdam.

Aus den angekauften Waldgütern Schwarzwald und Eilan im Regbz. Oppeln ist die Oberförsterei Schwarzwald gegründet worden.

Der Name des Schutzbezirks Wenden, Oberförsterei Nienburg, Regbz. Hannover, ist in Etzke geändert worden.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die 1. Forstbeamtenstelle in Groß-Strehlitz, Regbz. Oppeln, ist zum 1. April d. J. zu belegen. Das Grundgehalt beträgt 1800 M., hiervon bar 1200 M., 150 M. Wert der freien Beheizung und 150 M. Wert der Erträge von acht Morgen Acker und fünf Morgen Wiesen; außerdem freie Wohnung, Gartenungung und reichliche Wirtschaftsräume im Werte von 350 M. Das Gehalt steigt von drei zu drei Jahren in 7 Altersstufen um je 150 M. Forstverordnungs-berechtigung, bestehende Forstprüfung, Alter nicht unter 30 Jahre und verheiratet, geordnete Vermögensverhältnisse, Kenntnisse in der Fischerei (Forellen, Karpfen) erwünscht. Die Hauptförsterei liegt 7 km von der Stadt; die nächsten Körperchaften behalten es sich vor, falls es im Dienstinteresse zweckmäßig erscheint, zu verlangen, daß der 1. Forstbeamte in der Stadt Wohnung nimmt, er erhält alsdann die bei den Bezügen angegebenen Beträge in bar. Die im Staats- oder Kommunaldienst nach bestandener Forstprüfung verbrachte Forstdienstzeit kann ganz oder teilweise für die Alterszulagen in Anrechnung gebracht werden. Geeignete Bewerber wollen ihr Gesuch binnen acht Wochen an den Magistrat in Groß-Strehlitz einreichen.

Brief- und Fragelasten.

(Erschließung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortung. Annahme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Einrichtung über ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Vorbezahlung.)

Nr. 11. Anfrage: Nach Entlassung vom Militär trat ich am 1. Oktober 1904 in Privatforstdienst, blieb in demselben ein Jahr, war dann vom 1. Oktober 1905 bis Ende Juni 1907 in einer Kommunalforst beschäftigt und wurde am 1. Juli

1907 in königlichen Forstdienst einberufen. Vom 1. Oktober 1904 bis 30. Juni 1907 wurden nun für mich durch die jeweiligen Waldbesitzer die vorgeschriebenen Invalidenversicherungsmarken verwendet. Seit dieser Zeit habe ich durch Verwendung von jährlich 10 Markten I. Lohnklasse meine Versicherung aufrechterhalten. 1. War ich während der Beschäftigung in der Kommunalforstversicherungspflichtig? 2. Wenn während dieser Zeit eine Versicherungspflicht nicht bestand, konnte ich mich im Staatsdienste dann rechtskräftig freiwillig weiterversichern? Dürfte ich mich freiwillig weiterversichern, auch wenn Versicherungspflicht vorlag? 3. Falls im Kommunaldienst Versicherungspflicht nicht vorlag, haben die verwendeten Marken als freiwillige Weiterversicherung Gültigkeit? 4. Kann ich jetzt rechtskräftig mich weiterversichern und neben meiner späteren Pensionsberechtigung die Anwartschaft auf Invalidenrente usw. erwerben? Sind die bisher verwendeten Marken sämtlich anrechnungsfähig? B., Kgl. Hilfsjäger in R.

Antwort: Ihre Annahmen treffen allenthalben zu. Bleiben Sie weiter, und zwar regelmäßig jede Woche möglichst in der höchsten Lohnklasse. Auch die Zusatzversicherung empfehlen wir. Keine private Versicherung bietet so günstige Bedingungen wie die staatliche Invalidenversicherung! Hg.

Nr. 12. Anfrage: Bei meiner Anstellung als Förster am 1. Juli 1890 habe ich von meinem Vorgänger alles übernommen, und nach erfolgter Ernte am 1. Oktober 1890 sämtlichen Acker und Wiesen verpachtet. Das Pachtgeld wird mir für das ganze Jahr im voraus gezahlt. 2/3 der Ackerpacht habe ich bei der Regierungshauptkasse für die Auseinandersetzung mit meinem Nachfolger deponieren müssen. Wieviel habe ich an den einzelnen Übergabeterminen hiervon bei meinem Abgang zu beanspruchen? B., Kgl. Förster.

Antwort: Sie haben in der Zeit vom 1. Juli bis zum 1. Oktober 1890 die doppelte Nutzung aus Ihrem Dienstlande gezogen, und zwar die Naturalnutzung, die in das Wirtschaftsjahr 1. Juli 1890/91 fällt, und das Pachtgeld, das Sie für das Wirtschaftsjahr 1. Juli 1891/92 vorweg erhalten haben. Demnach müssen Sie Ihrem Nachfolger einen ziemlich hohen Betrag überlassen, nämlich am 1. Oktober 1911 außer dem alsdann fälligen Pachtgelde noch 2/12 des Pachtgeldes vom 1. Oktober 1910. Die von letzterem Pachtgelde zu zahlende Summe sinkt von Monat zu Monat um 1/12, so daß Sie von ihr am 1. Juli 1912 nichts mehr zu erstatten haben. Dagegen ist bis zu diesem Tage einschließlich das am 1. Oktober 1911 erhaltene Pachtgeld voll abzugeben, während die hiervon zu erstattende Summe in jedem weiteren Monat um 1/12 fällt. Demnach erhält Ihr Nachfolger am 1. Januar 1912, am 1. Februar 1912, am 1. März 1912, am 1. April 1912 der Jahrespacht zc., am 1. Oktober außer dem dann fälligen Betrage 9/12 am 1. November 2/12 am 1. Dezember 1912. Da Sie nur 8/12 hinterlegt haben, müssen Sie bei jedem Termin noch auszahlen.

Für die Redaktion: J. E. W. von Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorliegenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Veltz, Försterei Nännde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Mendamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorliegender.

Abschluss von Wirtschaftsverträgen.

Die Firma F. Grund & Söhne, Uniformgeschäft zu Mag. i. Schl., hat unterm 28. Dezember 1911 den Vertrag mit dem Verein geschlossen, wovon gefälligst Notiz zu nehmen hiermit ersucht wird.

Krause, Kaufmann,
Vereinsvorsitzender. Vorliegender d. Ausschuss VI.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächsttägige Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Mendamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Cassel-Ost (Zulda). Die Bezirksversammlung wird voraussichtlich Ende Februar oder Anfang März d. Jz. in Zulda stattfinden. Von den Herren Kollegen der königlichen Oberförstereien Sterbfriß und Oberzell im Kreise Schlüchtern ist eine neue Ortsgruppe „Sterbfriß“, unter dem Vorhise des Herrn Kollegen Förster Seeler zu Schwarzenfels, gebildet worden. Fischer.

Danzig. Am Sonntag, dem 18. Februar, vormittags 11 Uhr, findet in Danzig im „Lustbichten“ die jährliche Vorstands- und Vertreterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Ansprache des stellvertretenden Vorliegenden; 2. Bericht des Kollegen Simon über die Delegiertenversammlung vom 20. Januar in Berlin; 3. Jahresbericht des stellvertr. Vorliegenden und Ansprache desselben über den Gumbinner Antrag, sowie über Überkommnisse und Geschäftsführung in den Ortsgruppen; 4. Jahresbericht des Rassenführers, dessen Rechnungslegung und Prüfung; 5. Verschiedenes und Anträge aus der Versammlung; 6. Neuwahl des Vorliegenden, gegebenenfalls auch des Schrift- und Rassenführers. — Den engeren Vorstand bitte ich, sich bereits um 10½ Uhr zu einer Aussprache im Versammlungslokal einzufinden. Für den Vorstand: Tenzler.

Gumbinnen. Bezirksgruppenschatzmeister für Gumbinnen ist nicht Förster Brindmann in Senft, wie in der Bekanntmachung des Hauptvorstandes

in Nr. 2 mitgeteilt wurde, sondern Förster Reikowski in Maszkitten bei Lasbehnen.

Der Vorstand.

Stralsund. Die auf den 17. Februar festgesetzte Feier im Bismarckhotel ist zwingender Umstände wegen, die noch bekannt gegeben werden, vertagt worden. Der Vorstand.

Trier. Am Sonntag, dem 11. Februar 1912, von mittags 12 Uhr ab, Delegierten- und Mitgliederversammlung im Hotel Anker zu Trier. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Rassenprüfung; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Wahl eines Delegierten und Stellvertreters zur nächsten Delegiertenversammlung nach Berlin; 4. Durchberatung der vom Hauptverein zur diesjährigen Delegiertenversammlung aufgestellten Tagesordnung; 5. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen aus allen Ortsgruppen wird höflichst gebeten. Weyer.

Ortsgruppen:

Eberswalde (Regbg. Potsdam). Sonnabend, den 17. Februar d. Jz., findet im Vereinslokal „Kaiserbad“ zu Eberswalde das diesjährige Wintervergügen statt. Beginn 8 Uhr abends. Zwecks Einladung von Gästen durch den Vorstand erbitten wir Namen derselben bis 5. Februar an Kollegen Kiewendt, Eberswalde, Duppelstraße 1. Der Vorstand.

Frankfurt a. O. Nächste Versammlung Sonntag, den 18. Februar d. Jz., nachmittags 3 Uhr, zu Frankfurt a. O., Aktienbrauerei. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls von der letzten Sitzung; 2. Rechnungslegung des Vergnügungs-Ausschusses über die Kosten des Wintervergügens vom 3. Februar zu Kallrose; 3. Aufnahme neuer Mitglieder; 4. Verschiedenes; 5. Wahl des Vorliegenden, des Schrift- und Rassenführers und evtl. dessen Stellvertreters der Ortsgruppe. Die Herren Mitglieder werden dringend gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Soweit sie zur Sitzung nicht zur Stelle sein können, werden die Mitglieder ersucht, einem anderen schriftliche Vollmacht bzw. schriftlichen Auftrag zur Abgabe ihrer Stimme in betreff der Wahlen zu erteilen, damit die Wahlen auch wirklich den Ausdruck der Ortsgruppe darstellen. Der stellvertr. Vorliegende: Wasse.

Gr.-Einichen-Neuhof (Regbg. Coblen). Das für den 10. Februar in Aussicht genommene Winter-

vergnügen findet wegen zu geringer Beteiligung nicht statt.

Der Vorstand. J. A.: Hensel, Schriftführer.

Kirn a. d. Nahe (Regbz. Coblenz). Am Sonntag, dem 11. Februar, nachmittags 12½ Uhr, findet im Hotel Schneider in Kirn die erste diesjährige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Mancherlei Mitteilungen; 2. Besprechung der eingegangenen, im Umlauf gewesenen Resolution; 3. Vortrag; 4. Wahl eines Familienbeirates; 5. Kassenprüfung; 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Landberger Heide (Regbz. Frankfurt a. O.). Sonnabend, den 10. Februar, von abends 7 Uhr ab, Ortsgruppenversammlung in Breitenbruch bei Buxteh. Es wird dringend um recht zahlreiches Erscheinen gebeten. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über die Gesamtvorstandssitzung in Berlin; 2. Rechnungslegung und Entlastung des Vorstandes; 3. Neuwahl des Vorstandes; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Neustadt (Regbz. Danzig). Die hiesige Ortsgruppe feiert den Geburtstag Sr. Majestät am 10. Februar d. Js., abends von 7 Uhr ab, im Hotel Glaasen zu Sagorich (nicht am 12., wie auf den bereits ausgesandten Einladungen irrtümlich angegeben war). Sonst findet die Feier, wie auf den Einladungen angegeben, statt. **Sasse, Vorsitzender.**

Torgelow (Regbz. Stettin). Am Sonnabend, dem 2. März, von abends 8 Uhr ab, findet das Wintervergnügen im Vereinslokal zu Torgelow statt. — Konzert und Ball. — Die Musik stellt das Trompeterkorps des Kürassier-Regiments (Königin) in Uniform. — Die einzuladenden Gäste sind bis zum 18. Februar dem Kollegen Schmid namhaft zu machen. Um rege Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Trier. Versammlung am Sonntag, dem 4. Februar d. Js., nachmittags 3 Uhr, in Trier, Gastwirtschaft Rosenkranz, Deutschstr. 32. Tagesordnung: 1. Einziehung der Halbjahresbeiträge; 2. Wahl eines Familienbeirates für jede Oberförsterei; 3. Kassenabluß und Rechnungslegung; 4. Besprechung der neuen Vereinsorganisation und der Gegensehrift des Revierförstlers Namisch; 5. Neuwahl des gesamten Vorstandes; 6. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um rege Beteiligung gebeten. Diejenigen Herren Kollegen, welche zu der Versammlung nicht erscheinen, sind gebeten, den Mitgliederbeitrag umgehend portofrei an den Kassierer einreichen zu wollen.

Der Vorstand.

Berichte.

Die Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Gemeinster Braune, Hesselgrund bei Gochheim Hm., vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden ausgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Liegnitz. Die am 14. Januar in Liegnitz abgehaltene Vertreter- und Mitgliederversammlung,

welche vom Herrn Vorsitzenden mit einem „Horrido“ auf Sr. Majestät eröffnet wurde, war sehr gut besucht. Auch hatte ein Teil des Oberjägerkorps von dem daselbst garnisonierenden Jäger-Bataillon Nr. 5 der Einladung Folge geleistet. Die Versammlung nahm den Kassenbericht entgegen und erteilte dem Rechnungsführer Entlastung. Zur Dienstlands- bzw. Gehaltsfrage wurde einstimmig beschlossen, dem Antrage der Bezirksgruppe Münden-Münster nicht beizutreten. Als Delegierter nach Berlin wurde Kollege Höfer gewählt. Als nächster Versammlungsort wurde Liegnitz bestimmt. Der Herr Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem „Horrido“ auf den Herrn Oberforstmeister Krieger. Sämtliche Teilnehmer blieben noch lange in angeregter Unterhaltung beisammen, um teils angenehme Erinnerungen auszutauschen, teils der Freude des Wiedersehens einen Schoppen zu weihen, und fuhren mit dem angenehmen Bewußtsein, im Kreise lieber, froher Kollegen einen herrlichen Tag verlebt zu haben, ihrer Heimat zu.

Der Vorstand. J. A.: Klammer, Schriftf. **Oppeln.** Die am 6. Januar d. Js. von 28 Kollegen besuchte Versammlung wurde vom stellvert. Vorsitzenden mit einem begeistert aufgenommenen „Horrido“ auf Sr. Majestät eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Der Rechnungsführer erstattete den Geschäftsbericht für 1911, und wurde ihm hierauf Entlastung erteilt. 2. Eingehende Besprechung der eingebrachten Anträge, besonders des bekannten Dienstlands-Antrages. 3. Neuwahl des Vorsitzenden. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Klinkert, wurde Gemeinster Handel-Grabzol einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, ebenso erfolgte die Wahl des Försters Sempereu-Creuzburgerhütte zum Stellvertreter. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Die Versammlung beauftragte den nunmehrigen Vorsitzenden, Herrn Kollegen Klinkert für seine Mühewaltung den Dank der Bezirksgruppe auszusprechen. 4. Nach Besprechung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 5¼ Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Der Vorstand. Handel, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Brieg (Regbz. Breslau). Die zum 14. Januar d. Js. einberufene Versammlung war von zehn Mitgliedern besucht und wurde um 4,30 Uhr von dem Vorsitzenden in üblicher Weise eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Neuwahl des Vorstandes. Gewählt wurden als Vorsitzender: Kollege Gerstberger, Stellvertreter: Kollege Schmidchen, als Schriftführer: Kollege Bente, Stellvertreter: Kollege Alexander, Kassenführer: Kollege Behlemann, Stellvertreter: Kollege Scholz. 2. Die Jahresrechnung wurde geprüft, für richtig befunden und dem bisherigen Kassenführer der Dank für seine Mühewaltung durch den Vorsitzenden ausgesprochen. 3. Beiträge pro 1912: Hauptverein halbjährlich 3,25 M., Bezirksgruppe jährlich 1,50 M., Ortsgruppe halbjährlich 0,75 M.

4. Kollege Sacher hielt hierauf einen Vortrag über die Besoldungs- bzw. Dienstlandsfrage, weiter über diesbezügliche Druckchriften, und ging dann auf einen Einkommensvergleich mit den Lokomotivführern ein. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall; auch Kollegen Sacher wurde der Dank der Ortsgruppe durch den Vorsitzenden ausgesprochen. Schluß der Sitzung 6 Uhr. Die nicht anwesend gewesenen neugewählten Vorstandsmitglieder, Verstorger und Wenke, nahmen die Wahl an. Die Herren Stellvertreter wurden gebeten, eine Erklärung hierüber dem Vorsitzenden abzugeben. Restierende Beiträge sind an den Kassensführer, Kollegen Pehlemann, Neulimbarg bei Gr.-Döbern, bald einzufenden. Mitglieder, welche der Krankenkosten-Beihilfeklasse noch nicht angehören, werden gebeten, im Interesse der guten Sache ihren Beitritt bald anzumelden.

Der Vorstand. J. A.: Wenke, Schriftführer.

Frankfurt a. D. Bericht über die Sitzung vom 13. Januar 1912 zu Frankfurt a. D. in der Aktienbrauerei. Trotzdem Neuwahl des Gesamtvorstandes nach ordnungsmäßiger Bekanntmachung derselben in Nr. 1 der „Deutschen Forst-Zeitung“ auf der Tagesordnung stand, waren nur 13 ordentliche Mitglieder erschienen, von denen noch zwei in der Sitzung erst aufgenommen sind. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden und einem „Horrido“ auf Se. Majestät unsern allergnädigsten Kaiser wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende bekannt, daß die Ortsgruppe zu Beginn des Jahres 1911 41 Köpfe zählte neben einem außerordentlichen Mitgliede. Davon sind im Laufe des Jahres ausgeschieden: 1 Mitglied durch Verletzung und 1 Mitglied durch Übergang in einen andern Bezirk, also im ganzen 2 Mitglieder. Der Zugang betrug infolge Verletzung eines Mitgliedes, Bezug eines Pensionärs und Neuaufnahme dreier Mitglieder im ganzen 6 Köpfe, so daß die Ortsgruppe am Jahreschluß 1911 45 Mitglieder zählte. Versammlungen haben im verflossenen Jahre vier stattgefunden, ein Wintervergnügen in Müllrose und ein Scheibenschießen in Kaisermühl. Neu aufgenommen wurden ferner noch die Herren Forstausseher Runke und Meißerichmidt aus der Oberförsterei Siebichum, und als außerordentliches Mitglied Herr Poppeler, Frankfurt. Die Jahresrechnung wurde von zwei Mitgliedern geprüft und für richtig befunden, dem Herrn Kassensführer darauf Entlastung erteilt. Zu Punkt 2. Die Vorstandswahl fand statt, da kein Widerspruch erfolgte, durch Erheben der Hände. Die Wahlen erfolgten sämtlich durch Einstimmigkeit der erschienenen Mitglieder. Es wurden gewählt: zum Vorsitzenden Herr Revierförster Staender, Forsthaus Grumetich, Post Pulverfrug; zum Stellvertreter Förster Banse, Forsthaus Callinensberg; zum Schrift- und Kassensführer Herr Förster Grude, Forsthaus am Spring; zum Stellvertreter Herr Forstausseher Hinneberg, Pulverfrug; zu Beisitzern die Herren Hegemeister Stolz, Forsthaus Spreckhorst, Hegemeister Arendt,

Forsthaus Dremwiger Teerofen, und Förster Schramm, Kaisermühl. Von den Gewählten waren zur Stelle die Herren Schramm, Hinneberg und Banse, welche erklärten, die Wahl anzunehmen, Herr Hinneberg mit Vorbehalt. Der unterzeichnete stellvert. Vorsitzende übernahm darauf den Vorsitz und die Leitung der Geschäfte. Er wurde beauftragt, den nicht anwesenden Gewählten die erfolgte Wahl umgehend mitzuteilen und die Annahme derselben zu erbitten. Die Herren Staender und Grude haben leider die Wahl abgelehnt, die Herren Stolz und Arendt aber angenommen. Es ist daher eine nochmalige Wahl des Vorsitzenden und des Schriftführers erforderlich und zu diesem Zwecke eine Sitzung im Februar in Aussicht genommen. Herr Hinneberg führt bis zur Neuwahl die Geschäfte des Schrift- und Kassensführers. Zu Punkt 3. Die erschienenen Mitglieder entrichteten ihre Beiträge an den Herrn Kassensführer. Zu Punkt 4. Für das am 3. Februar d. Js. abzuhaltende Wintervergnügen wurde ein Vergnügungsausschuß gewählt, bestehend aus dem Unterzeichneten und den Herren Bugier, Schramm und Ziegler, der nach Annahme der Wahl bereits in Tätigkeit getreten ist. In Aussicht genommen ist für später ein gemüthliches Beisammensein mit Damen in Frankfurt a. D. Betreffs Ausbringung der Kosten für das Wintervergnügen wurde beschlossen, außer dem Kassensbestand von 1911 in Höhe von etwa 31 M — 50 M von den Beiträgen des ersten Halbjahres 1912 in Anspruch zu nehmen. Den überschießenden Rest der Kosten tragen gleichmäßig die Teilnehmer, soweit sie Forstbeamte sind, ganz gleichgültig ob sie Mitglieder der Ortsgruppe sind oder nicht. Ein Gesamtbetrag von 100 M wurde dem Vergnügungsausschuß zur Verwendung für das Vergnügen zur Verfügung gestellt. Zu Punkt 5. Der unterzeichnete stellvert. Vorsitzende wurde beauftragt, wegen eines Artikels mit dem Hauptvorstande sich in Verbindung zu setzen.

Der stellvert. Vorsitzende: Banse.

Saarbrücken (Regbz. Trier). Die auf den 6. Januar d. Js. anberaumte Versammlung war leider nur von 21 Mitgliedern besucht. Nach Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende zunächst in ehrenben Worten des verstorbenen Bezirksgruppen-Vorsitzenden Revierförsters Umbach; die Versammlung ehrte dessen Andenken durch Erheben von den Sitzen. Die Tagesordnung fand sodann folgende Erledigung: 1. Die Jahresrechnung wurde geprüft und für richtig befunden. 2. Bei Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender: Förster Woll, Forsthaus Fischbach bei Camphausen; Stellvertreter: Hegemeister Heißel zu Götzelborn; Schrift- und Kassensführer: Förster Christmann zu Camphausen; Stellvertreter Förster Jacoby, Friedrichweiler; Beisitzer: Hegemeister Stoll, Weislauren; Förster Nadermann, Sprengen; Förster Hemmerling, Scheidt; Förster Walzinger, Kuhaus; Hegemeister Roeder II, Zwickelböh, und Hegemeister Hoff, Ethweiler. 3. Als Delegierter für die

Bezirksgruppenversammlung in Trier wurde Kollege Nadermann gewählt. 4. a) Die Versammlung nahm Kenntnis von einem eingegangenen Vortrage. b) Zeit und Ort der nächsten Versammlung wird noch bekanntgegeben.

Der Vorsitzende. Woll.

Zangewalde (Regbz. Danzig). Am 20. Januar beging die Ortsgruppe unter zahlreicher Beteiligung von Mitgliedern und Gästen die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers in dem festlich geschmückten Saale von Neubauer in Stahlbude. Konzertstücke und ein von Fräulein Sikowski-Mallentin gesprochener Prolog eröffneten die Feier. Der Kollege Müller-Rehbof brachte hierauf das Kaiserhoch aus, gleichzeitig des 200-jährigen Geburtstages Friedrichs des Großen, des Begründers der Jägerwaffe, gedenkend. Ein flott gespieltes Theaterstück „Der wilde Jäger“, treffliche lebende Bilder und Couplets folgten, worauf die Tanzlust zu ihrem Rechte kam. Erst am frühen Morgen fand die wohlgelungene Feier ihr Ende. — Den Damen und Herren, welche sich um das Gelingen des Festes so viele Mühe gegeben haben, sei hier nochmals der Dank der Ortsgruppe ausgesprochen. Der Vorstand. J. A.: B o e d e w i g, Schriftf.

Sterbfriz (Regbz. Cassel). Am Sonntag, dem 14. Januar, wurde von Kollegen der Oberförstereien Oberzell und Sterbfriz die Gründung der obigen Ortsgruppe beschlossen. Es traten der Gruppe 12 Mitglieder bei. Nachdem die Wahl des Vorstandes stattgefunden hatte, wurden die Satzungen des Vereins beraten. — Durch inzwischen eingetroffene Anordnungen des Bezirksgruppen-Vorstandes ist es erforderlich geworden, am Sonntag, dem 4. Februar d. Js., mittags von 1/2 2 Uhr ab, eine zweite Versammlung in der Gastwirtschaft des Herrn Günther in Mottgers anzuberaumen, wozu sämtliche Mitglieder eingeladen werden. Dringend erwünscht ist es, daß der neugewählte Vorstand vollständig erscheint. Gleichzeitig wird am genannten Tage des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers gedacht werden. Die noch dem Verein fernstehenden Kollegen der Oberförstereien Sterbfriz und, soweit es möglich ist, Ratjoh werden freundlichst gebeten, an der Feier teilzunehmen.

Der Vorstand. J. A.: E m m e l u t h, Schriftf.

Tilsit-Heideltrug (Regbz. Gumbinnen). Die zum 7. Januar 1912 einberufene Mitgliederversammlung war von 14 Mitgliedern und 2 Gästen besucht. Vertreten waren fünf Oberförstereien: Wilhelmsbruch, Schneden, Tawellnigken, Dinglen und Rorkaiten. — Ibenhorst hatte des Schachtarps wegen keinen Vertreter. — Nach einem gemeinschaftlichen Mittagessen eröffnete der Vorsitzende die Sitzung um 1 1/4 Uhr unter den üblichen Formen. Erlesung der Tagesordnung wie folgt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. Es sind dem Verein beigetreten: Kollegen Fleischer, Jahn, Schöpe und Baumgardt. Die augenblickliche Mitgliederzahl der Ortsgruppe beträgt 48. 2. Geschäftsbericht und Rechnungslegung. Der Geschäftsbericht wurde von dem Schriftführer erstattet. Drei Sitzungen sind im vergangenen Jahre abgehalten worden. Die Kassenprüfung wurde von zwei Mitgliedern (Borchardt und Raujohs) ausgeführt und die Kasse für richtig befunden. Dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt und der Dank seitens der Ortsgruppe ausgesprochen. Es soll versucht werden, die restierenden — im Vorjahre erhöhten — Ortsgruppenbeiträge von drei Kollegen gütlich einzuziehen. 3. Einziehung der Beiträge. Geschloß. 4. Bericht über die Bezirksgruppen-sitzung am 4. November 1911 in Goldap. Der Vorsitzende erstattete eingehenden Bericht, worauf eine lebhafte Diskussion stattfand. 5. Vortrag. Kollege Ziebell hielt einen ausführlichen und beifällig aufgenommenen Vortrag: „Die Landwirtschaft der Förster im Osten im Interesse des Dienstes.“ 6. Wintervergnügen. Auf einstimmigen Beschluß findet im Februar das Wintervergnügen in Wilhelmsbruch statt und Kollege Niehner nimmt das Amt als Vergnügungsleiter an. — Gäste, die eingeladen werden sollen, sind dem Vorsitzenden oder dem Vergnügungsleiter bekannt zu geben. 7. Verschidenes. Nächste Sitzung soll in Tilsit abgehalten werden. — Ein Zirkular der Ortsgruppe Rienenburg-W. wurde verlesen und darüber debattiert. (Ortsgruppen-Vertrauensmänner und Arbeitsausschüsse wurden von den Anwesenden für notwendig befunden.) Schluß 6 1/2 Uhr nachmittags.

Der Vorstand.

B u c h o l z, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 22. Januar 1912.

Die Sitzung fand in Neudamm statt und begann 4 Uhr nachmittags. Anwesend waren die Herren: Bohl, Königl. Forstmeister, Zicher; Graf von Brühl, Königl. Forstmeister, Neumühl; Braemer, Herrschaftl. Förster, Rehnhil; Buller, Herrschaftl. Förster, Glüdauf; Graf Fink von Finkenstein, Rittergutsbesitzer, Troßin; Bodo

Grundmann, Neudamm; Koch, Königl. Hegemeister, Zicher; Neumann, Königl. Kommerzienrat, Neudamm; Hans Neumann, Verlagsbuchhändler, Neudamm; Bahl, Königl. Hegemeister, Neudamm; Wölke, Herrschaftl. Revierförster, Dölzig; Bierau, Vereinssekretär, Neudamm.

Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1911 11 911,58 M.; davon entfielen:

a) auf den Unterhaltungsfonds . . . 1800,58 M.
b) auf den Erziehungsfonds . . . 258,66 „

- c) auf den Darlehensfonds 3066,89 M
- d) auf den Stipendienfonds 2378,96 "
- e) auf den Begräbnisbeihilfenfonds 3331,72 "
- f) auf den Reservefonds 1074,77 "

Seit voriger Sitzung hatten sich 31 neue Mitglieder angemeldet. Davon wurden 30 durch Beschluß des Vorstandes in den Verein aufgenommen.

An Gesuchen um Unterstützung, Erziehungsbeihilfen und Darlehen lagen 28 vor.

Aus dem Unterstützungsfonds wurden bewilligt: Der alleinlebenden, unbemittelten Tochter eines verstorbenen Königl. Försters, die nur wenig zu ihrem Lebensunterhalt beitragen kann, 30 M. Der gänzlich unbemittelten Witwe eines Privatförsters, die den Unterhalt für sich und ein Kind nur notdürftig verdient, 50 M. Der kränklichen, nur auf ihren geringen Verdienst angewiesenen Witwe eines Herrschaftl. Försters 50 M. Der älteren, unbemittelten, erwerbsunfähigen Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 50 M. Der kranken, nur auf eine kleine Rente angewiesenen Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 30 M. Zwei zusammenlebenden, unbemittelten Schwestern, Töchter eines verstorbenen Königl. Försters, die von ihrem geringen Verdienst leben müssen, 60 M. Einem durch gänzliche Mißernte und Krankheitsfälle in seiner sehr großen Familie in Not geratenen Königl. Förster 100 M. Einem hochbetagten, invaliden Herrschaftl. Förster, der mit seiner ebenfalls hochbetagten Ehefrau von einer kleinen Rente notdürftig lebt, 50 M. Der gänzlich mittellosen Witwe eines Herrschaftl. Försters, die den Lebensunterhalt für sich und einen unversorgten Sohn nur kümmerlich erwirbt, 50 M. Der in Not lebenden, alleinlebenden Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 30 M. Einem durch Jahre lange, mit schwerer Operation verbunden gewesen Krankheit seiner Ehefrau in Bedrängnis geratenen Königl. Förster 60 M. Einem invaliden, nur auf eine kleine Rente angewiesenen Jagdaufseher 30 M. Der kranken, unbemittelten Witwe eines Königl. Försters als Beihilfe zur Bezahlung von Krankheitskosten 30 M. Einem durch langjährige, unheilbare, schwere Krankheit seiner Ehefrau in drückende Verhältnisse geratenen Königl. Förster 50 M.

Aus dem Erziehungsfonds wurden bewilligt: Einem unbemittelten Herrschaftl. Förster als Beihilfe zur Erziehung von neun Kindern 100 M. Der unbemittelten, kränklichen Witwe eines Königl. Forstaufsehers als Beihilfe zur Erziehung einer ebenfalls kränklichen Tochter 75 M. Der auf eine geringe Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters als Beihilfe zum Unterhalt eines dauernd kranken Kindes 50 M.

Aus dem Darlehensfonds wurden bewilligt einem durch den Tod seiner Ehefrau vorübergehend in Bedrängnis geratenen Herrschaftl. Gutsjäger gegen gute Bürgschaft 300 M.

Abgelehnt wurden fünf Gesuche um Darlehen und fünf Gesuche um Unterstützung. Der Ablehnungsgrund bestand bei einigen Gesuchen in Unzulässigkeit nach der Satzung, bei der Mehr-

zahl jedoch in mangelnder Beibringung der vorgeschriebenen Unterlagen.

Aus dem Fonds für Begräbnisbeihilfen sind seit voriger Sitzung drei Beihilfen von je 100 M., eine Beihilfe von 90 und eine von 70 M., zusammen 460 M., gezahlt.

Im ganzen wurden in dieser bzw. seit voriger Sitzung bewilligt 1655 M.; davon aus dem Unterstützungsfonds 670 M., aus dem Erziehungsfonds 225 M., aus dem Darlehensfonds 300 M., aus dem Begräbnisfonds 460 M.

Die Tagesordnung für die auf den 26. Februar d. Js., abends 6 Uhr, im Hotel „Prinz von Preußen“ zu Neubamm anberaumte Mitgliederversammlung wurde wie folgt festgelegt:

1. Erstattung des Jahresberichts.
2. Bericht über die stattgehabte Prüfung der Kasse und Jahresrechnung.
3. Entlastung des Schatzmeisters.
4. Festlegung der Höhe der Begräbnisbeihilfen für die Zeit vom 1. März 1912 bis Ende Februar 1913, gemäß § 15 d der Satzung.
5. Genehmigung des Haushaltsplans für das Jahr 1912.
6. Neuwahl des Vorstandes gemäß § 7 der Satzung.
7. Neuwahl der Rechnungsrevisoren gemäß § 12 der Satzung.
8. Verschiedenes.

Die Geschäftsstelle gab zum Schluß bekannt, daß die vom Verein vor einigen Wochen herausgegebenen Wohlfahrtsmarken guten Anhang gefunden hätten und bereits 240 Bogen à 50 Stück, zum Preise von 240 M., abgesetzt seien.

Die weitere Anschaffung von solchen Marken sei in Anbetracht des guten Zwecks, Linderung von Not im deutschen Walde, den Mitgliedern, Freunden und Gönnern des Vereins angelegentlich empfohlen. Gegen Einwendung von einer Mark wird jedermann ein Bogen mit fünfzig Marken sofort übermittle.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Der Vorstand
des Vereins „Waldheil“.

Wohlfahrtsmarken des Vereins „Waldheil“.

An unsere Mitglieder, Gönner und Freunde richten wir die herzlichste Bitte, von dem Ankauf



der Zweck, dem „Waldheil“ durch den Vertrieb dieser Marken eine neue Einnahmequelle zum Besten seiner Wohltätigkeitsbestrebungen zu verschaffen, vollauf in Erfüllung geht. Diese Wohlfahrtsmarken eignen sich besonders zum Aufkleben auf Jagdeinladungskarten oder zum Verschließen der Jagdeinladungsbriefe. Sie sind zum Preise von einer Mark

Selbst, Meierei, 2 M.; Spieser, Luggendorf, 2 M.; Schwerdtner, Malsdorf, 5 M.; Schmidt, Bischofsrode, 2 M.; Schmüder, Hammer, 2 M.; Schönwald, Brunsen, 3 M.; Schnell, Kreuzgrube, 2 M.; Schäfer, Fuchswinkel, 2 M.; Schwarz, Staffin, 2 M.; Schölkel, Sobienitz, 2 M.; Schneider, Mittelbusch, 2 M.; Schulze, Bevern, 3 M.; Schweda, Wiegendorf, 2 M.; Schmidt, Heddersdorf, 2 M.; Schöne, Weichselbe, 2 M.; Schulze, Nothmühl, 5 M.; Schubert, Tichendorf, 2 M.; Schloßarek, Herzogswalde, 2 M.; Schwenk, Daaden, 2 M.; Scherel, Strahberg, 2 M.; Schweiker, Driesen, 2 M.; Schulz, Lorgefow, 3 M.; Schwarz, Garzig, 2 M.; Schulz, Pulvermühle, 3 M.; Schmidt, Zimociagora, 2 M.; Schumann, Daupe, 2 M.; Schulz, Aufhalt, 2 M.; Schulz, Retschin, 3 M.; Schulze, Krutzwald, 2 M.; Schürdewan, Krausenhof, 5 M.; Stühr, Sternhagen, 3 M.; Stark, Eyecorffshaus, 5 M.; Striepe, Viehe, 2 M.; Störbeck, Haidenhäuser, 2 M.; Thomas, Thal der Liebe, 2 M.; Tieg, Kiehbrücke, 2 M.; Thomalla, Preemba, 2 M.; Thüraegel, Heiden, 3 M.; Tepelmann, Brunnichberg, 5 M.; Thurov, Neumert, 2 M.; Treßow, Gallenberg, 2 M.; Tzanke, Buchwald, 2 M.; Tzitz, Diedmühl, 2 M.; Tobias, Kückau, 2 M.; Thomalle, Wobau, 3 M.; Thöden, Weibach, 2 M.; Taus, Petersdorf, 2 M.; Thomas, Niederhof, 2 M.; Urie,

Krempe, 2 M.; Vogt, Göhren, 3 M.; Voigt, Stören, 2 M.; Voith, Papenhagen, 3 M.; Wartenberg, Berlin, 5 M.; Winkler, Puppen, 2 M.; Wollheim, Obergstift, 2 M.; Wegener, Soaten-Neuendorf, 3 M.; Welber, Illersdorf, 5 M.; Walter, Sacram, 2 M.; Wuttke, Goldsch, 2 M.; Winter, Altmann, 2 M.; Wierstorf, Breslau, 2 M.; Wengler, Canbrugg, 2 M.; Wittge, Freudenthal, 2 M.; Wittig, Griesellen, 3 M.; Wegewitz, Gollenbock, 2 M.; Willnow, Jellin, 2 M.; Wöhle, Argenthal, 2 M.; Wegener, Eichhorst, 2 M.; Wöhlert, Königstein, 5 M.; Wolff, Buddenhagen, 2 M.; v. Wonna, Hannover, 5 M.; Wislmann, Allager, 2 M.; Walthert, Oppersdorf, 3 M.; Würdimitz, Laura, 2 M.; Wedlich, Waldheim, 2 M.; Winkelmann, Schlag, 3 M.; Winkler, Leipe, 2 M.; Warbin, Bagowo, 2 M.; Wander, Bistitz, 2 M.; Zeller, Mühagen, 2 M.; Zach, Damerow, 2 M.; Zimmermann, Wiersbanten, 2 M.; Zielinski, Krutzwald, 2 M.; Zierau, Neudamm, 2 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten
Beiträge bescheinigt
Neumann,
Schafmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Palensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird in seinem eigenen Interesse gebeten, dem Verein beizutreten, ebenso auch jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes.

Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren für **ordentliche Mitglieder** aus dem Stande der Privatforstbeamten bei steuerpflichtigem Einkommen bis zu 2000 M. mindestens 4 M., bei steuerpflichtigem Einkommen über 2000 M. mindestens 8 M., Aufnahmegebühr in beiden Fällen 3 M.; für **ordentliche Mitglieder aus dem Kreise der Waldbesitzer** mindestens 10 M., Aufnahmegebühr 10 M., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 200 M.; für die **außerordentlichen Mitglieder** mindestens 8 M., Aufnahmegebühr 10 M., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 75 M. Satzungen des Vereins durch dessen Geschäftsstelle in Neudamm unisono und so sofort. Das Vereinsorgan, die Deutsche Forst-Zeitung, wird an Vereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 5 M. 20 Pf. für ein Jahr geliefert; Bestellungen an die Geschäftsstelle des Blattes.

Großer forstlicher Lehrgang 1912 zu Lauterbach, Hessen.

In der Zeit vom Montag, dem 3. Juni, bis Sonnabend, dem 29. Juni, findet in Lauterbach, Hessen, der zweite große forstliche Lehrgang des Vereins statt.

Zur Teilnahme werden nur Mitglieder des Vereins zugelassen, die

1. eine ordnungsmäßige Lehrzeit durchgemacht und alsdann so lange im praktischen Forstdienste gestanden haben, daß diese praktische Dienstzeit, einschließlich der Lehrzeit, bis zum Beginn des Lehrganges mindestens fünf volle Jahre beträgt;
2. das 24. Lebensjahr vollendet und das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Alles weitere bleibt späterer Bekanntmachung vorbehalten.

Palensee, 14. Januar 1912.

Dr. Bertog.

Zahlung der Beiträge für 1912.

Mit der Zunahme der Mitgliederzahl in unserm Verein haben sich die Arbeiten in der Geschäfts- und Kassenstelle erheblich vermehrt, so daß schon im Interesse der Sparsamkeit auf die Verringerung der Arbeitslast möglichst Bedacht genommen werden muß. Eine wesentliche Verminderung der Vereinsgeschäfte wird aber durch rechtzeitigen, d. h. möglichst frühzeitigen Eingang der fälligen Zahlungen zu Anfang des neuen Jahres herbeigeführt. Wir richten deshalb an die Vereins-

mitglieder die ergebenste Bitte, die **satzungsgemäß zu Anfang des Jahres fälligen Jahresbeiträge für 1912** sowie die **Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan für 1912** recht bald einsenden zu wollen.

An Beiträgen haben zu entrichten:

1. **Privatforstbeamte** bei einem Einkommen bis 2000 M. jährlich 4 M., bei einem solchen über 2000 M. jährlich 8 M.,
2. **Waldbesitzer**, die nicht einen lebenslänglichen Beitrag von mindestens 200 M. bereits geleistet haben, jährlich mindestens 10 M.,
3. **außerordentliche Mitglieder** jährlich mindestens 8 M., falls nicht ein lebenslänglicher Beitrag von mindestens 75 M. bereits gezahlt wurde.

Die **Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan**, die „Deutsche Forst-Zeitung“, betragen im Vorzugspreise (statt 8 M. 50 Pf.) für das Jahresabonnement 5 M. 20 Pf. bei Lieferung frei ins Haus.

Alle Zahlungen sind nur zu richten an die **Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Neudamm**, aber nicht an die Geschäftsstelle in Palensee.

Die Kassenstelle.

Das Versicherungsamt im Geschäftsjahr 1911.

I. Lebensversicherung.

Ende 1910 waren an Versicherungen abgeschlossen:

9 zu Tarif I mit 37 000 M.
43 „ „ II „ 160 000 „

Zusammen: 197 000 M.

Im Jahre 1911 kamen hinzu:

4 zu Tarif I mit . 12 000 . \mathcal{M}
12 " " II " . 87 000 " = 99 000 . \mathcal{M}

Zusammen also Ende 1911:
68 Versicherungen mit 296 000 . \mathcal{M}

Die geringere Zunahme in diesem Jahre darf man wohl darauf zurückführen, daß von verschiedenen Seiten, **leider recht unbegründet**, vor dem Abschluß von Lebensversicherungen gewarnt wurde, weil das Reichsgezet über die Versicherung der Privatangestellten in der Luft schwebte. Dieses Gesetz ist nun bekannt, und es wird wohl jeder Einsichtige zu der Überzeugung gekommen sein, daß er, um seine Familie vor Not und Entbehrung zu schützen, weiter zur Selbsthilfe greifen muß, und diese bietet ihm die Privatversicherung, da dort jeder nach seinen Mitteln sich beden kann. Welche Gegenleistung auf der anderen Seite, also von der Lebensversicherung, gegeben werden, möge daraus entnommen werden, daß 1911 an 87 verstorbene Mitglieder 221 500 . \mathcal{M} Versicherungsgelder gezahlt worden sind. Unter den Verstorbenen sind nicht nur alte Personen, sondern solche aus allen Lebensaltern. Memento mori! Erneut müssen wir hierbei wieder darauf hinweisen, daß wir selbstredend allen unseren Mitgliedern in erster Linie den Anschluß an die Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte empfehlen, daß wir aber auch in der Lage sind, darüber hinausgehenden Anforderungen Rechnung zu tragen. Wer daher eine höhere Lebensversicherung als 12 000 . \mathcal{M} abzuschließen wünscht, dem ist Gelegenheit geboten worden, dies durch Vermittelung des Versicherungsamtes bei der Gothaer Lebensversicherung zu tun. Die Vermittelung des Versicherungsamtes empfiehlt sich aus dem Grunde, weil dadurch der Vereinskasse Provisionen zufließen. Das Nähere darüber ist bereits in Nr. 19 der „Deutschen Forst-Zeitung“ von 1911 enthalten.

II. Unfall- und Haftpflichtversicherung. Ende 1910 waren abgeschlossen:

a) 30 Unfallversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von:

98 000 . \mathcal{M} auf Tod,
294 000 . \mathcal{M} auf bleibende Invalidität,
98 . \mathcal{M} auf tägliche Entschädigung;

es kamen hinzu 1911:

8 Unfallversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von:

16 000 . \mathcal{M} auf Todesfall,
48 000 . \mathcal{M} auf bleibende Invalidität,
16 . \mathcal{M} auf tägliche Entschädigung,

so daß also Ende 1911 abgeschlossen sind:

38 Unfallversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von:

114 000 . \mathcal{M} auf Todesfall,
342 000 . \mathcal{M} auf bleibende Invalidität,
114 . \mathcal{M} auf tägliche Entschädigung.

b) 82 Haftpflichtversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von:

3 280 000 . \mathcal{M} auf Personenschäden,
6 500 000 . \mathcal{M} auf Schadenereignisse,
410 000 . \mathcal{M} auf Sachschäden;

1911 kamen hinzu:

15 Versicherungen mit einer Gesamtsumme von:

600 000 . \mathcal{M} auf Personenschäden,
1 200 000 . \mathcal{M} auf Schadenereignisse,
75 000 . \mathcal{M} auf Sachschäden,

so daß Ende 1911 abgeschlossen sind:

97 Haftpflichtversicherungen mit einer Gesamtsumme von:

3 880 000 . \mathcal{M} auf Personenschäden,
7 760 000 . \mathcal{M} auf Schadenereignisse,
485 000 . \mathcal{M} auf Sachschäden.

Auch die in diesem Versicherungszweige geringe Zunahme läßt sich nur erklären dadurch, daß wohl mancher gehofft hat, die in der Schwebe befindlichen Gesetze werden auch in dieser Sache eine Änderung bringen. Nachdem aber nun auch in diesem Punkte die Sachlage geklärt ist, wird sich wohl jeder Einsichtige darauf besinnen, was er zur Sicherheit sich und seinen Angehörigen gegenüber schuldig ist.

Am 31. Dezember 1911 sind wir aus dem Vertragsverhältnis mit der Mannheimer ausgeschieden. Die Gründe sind bei der Hauptversammlung in Posen zur Genüge klargelegt worden, und dürfte es sich jetzt wohl erübrigen, noch weiter darauf einzugehen.

Bemerkt muß aber hierbei gleich in bezug auf die verschiedenen hierher gelangten Anfragen werden, daß alle, bis 31. Dezember 1911 durch uns mit der Mannheimer Gesellschaft abgeschlossenen Versicherungen bis zu dem im Versicherungsschein bezeichneten Termin volle Gültigkeit haben.

Vom 1. Januar 1912 ab sind wir nun in ein neues Vertragsverhältnis mit der „Zürich“ getreten, und dürfen wir wohl die bestimmte Hoffnung aussprechen, daß jeht sowohl zum Nutzen unserer Mitglieder als auch des Vereins ein recht reges Leben im Versicherungswesen sich entwickeln möge, da die Vertragsgesellschaft gleichzeitig auch das Werben für unseren Verein mit besorgt. Diese Werbetätigkeit hat vor allem darin bestanden, daß einem jeden Mitgliede unseres Vereins ein Exemplar des neuen Vertrages mit einem Anschreiben des Vorstandes als Drucksache zugestellt worden ist, so daß jeder einzelne von dieser Umwandlung Kenntnis haben muß. Dieser Druck und Versand ist auf Kosten der „Zürich“ geschehen, und scheint diese Agitation etwas Erfolg zu haben, denn die bis jeht in der kurzen Zeit der gemeinsamen Tätigkeit gezeigten Resultate lassen das Beste hoffen. Wir möchten nicht verfehlen, diejenigen Mitglieder, denen die Verwaltung einer größeren Herrschaft übertragen ist, darauf aufmerksam zu machen, daß es von außerordentlichem Vorteil ist, wenn eine solche Gesamtverwaltung sich gegen Haftpflicht versichert. Gerade für diesen wichtigen Zweig haben wir mit der „Zürich“ besondere Vereinbarungen getroffen. Den Anfang damit hat in diesem Jahre die Fürstlich v. Bismarcksche Verwaltung in Friedrichruh gemacht, welche ihren ganzen Betrieb gegen Haftpflicht versichert hat. Wir können dieses Beispiel nur zur Nachahmung empfehlen. Wir wollen auch

noch besonders darauf hinweisen, daß wir durch einen Nachtrags-Vertrag mit der „Zürich“ auch Försteranwärter (Forst-Hrlinge), welche von Vereinen wegen als solche anerkannt sind, zu den ermäßigten Sätzen zur Versicherung annehmen.

III. Viehversicherung.

Ende 1910 waren im Gange:

64 Versicherungen mit 52 Pferden, 93 Rindern, 49 Schweinen und 1 Ziege mit einem versicherten Werte von 65 630 *M*, wofür eine Versicherungsprämie von 1637,60 *M* gezahlt wurde;

1911 traten hinzu:

25 Versicherungen mit 16 Pferden, 25 Rindern, 38 Schweinen und 2 Ziegen im Werte von 21 290 *M* und einer Prämie von 365,40 *M*, so daß im Ganzen jetzt versichert sind:

89 Versicherungen mit 68 Pferden, 118 Rindern, 87 Schweinen und 3 Ziegen im Gesamtwerte von 86 920 *M*, und dafür wird eine Versicherungsprämie von 2003,00 *M* gezahlt.

An Entschädigungen sind nun gezahlt worden im Jahre 1911:

1489,— *M* für Pferde,
1283,— *M* für Rinder,
102,40 *M* für Schweine.

Zusammen also: 2854,40 *M*

Diese großen Verluste gegenüber der geringen Prämie zwingen nun leider unsere Vertragsgesellschaft, die Vorprämie um 1 % zu erhöhen.

Auf der anderen Seite muß es aber Bewunderung erregen, daß trotz der in den Viehbeständen doch unleugbar vorkommenden großen Verluste die Viehbesitzer sich nicht besser gegen diese Schäden zu sichern suchen. Sie können es doch so leicht, indem sie unserer Versicherung sich anschließen. Doch scheint die Mehrzahl lieber einen großen Schaden tragen zu wollen, als die herzlich geringe Versicherungssumme. Möchte nun jeder sich noch einmal diese klaren Zahlen, welche eine bestimmte Sprache sprechen, vor Augen führen, vielleicht überzeugen sie Manche.

IV. Brandversicherung.

Die vielen Anfragen aus den verschiedenen Kreisen unserer Mitglieder haben es zweifellos erwiesen, daß auch für diesen Zweig der Versicherung Vorsorge getroffen werden muß. Hoffentlich werden die Verhandlungen des Vorstandes im Februar, nachdem vom Versicherungsamt auch hierin ein Weg gefunden worden ist, zu einem befriedigenden Abschluß führen.

Die Einnahme des Versicherungsamtes hat im Jahre 1911 betragen:

Provision von der Unfall- und Haftpflichtversicherung	199,39 <i>M</i>
Provision von der Viehversicherung	109,56 „
Zusammen:	308,95 <i>M</i>

Die Ausgaben betragen insgesamt: 289,50 „

so daß ein Überschuß verbleibt von: 19,45 *M*

Im allgemeinen möchten wir hervorheben, daß das am 1. Januar 1910 in Kraft getretene Versicherungs-Vertrags-Gesetz die Lage des Versicherten theoretisch wohl verbessert. Auf der anderen Seite ist sie aber wieder durch die vielen Neuheiten,

welche dieses Gesetz bringt und durch deren Undurchsichtigkeiten in manchen Fällen unsicherer geworden, so daß ein Zeitraum von vielen Jahren vergehen wird, ehe durch den Neuaufbau der Rechtsprechung ganz klare Verhältnisse vorliegen werden. Wir können daher immer nur wieder auf unsere schon mehrfach bekanntgegebene Abmachung mit dem Versicherungs-Schutzverband hinweisen, und bitten unsere Mitglieder, in zweifelhaften Fällen, welcher Versicherungsweig es auch sei, davon Gebrauch zu machen. Alle Anfragen darüber müssen durch das Versicherungsamt gehen; die Kosten sind minimal und stehen in keinem Verhältnis mit den etwa zu erreichenden Vorteilen. Bei allen derartigen Anfragen wollen man eher den Versicherungsschein, sowie etwaige Briefwechsel gleich mit einbringen.

An das Gefühl der Zusammengehörigkeit unserer Mitglieder müssen wir auch noch einen Appell richten. Alle unsere Versicherungsweige sind nach langer, reiflicher Überlegung unter fachkundiger Hilfe aufgebaut worden, und es ist eigentlich betrüblich, wenn immer noch weiter aus den Kreisen der Mitglieder andere Gesellschaften, die ja an sich ganz gut sein mögen, die uns aber doch nun einmal nichts angehen, herangezogen werden. Größere Vorteile, als sie von unseren Gesellschaften geboten werden, können andere auch nicht mehr bringen, und schon um das Ganze zu heben, dürfte eigentlich kein Mitglied andere als die Vereinshilfe suchen. Lassen wir doch hier wenigstens die deutsche Eigenbrödelei, die schon so unendlichen Schaden angerichtet hat, und denken wir nur an das eine: **Einigkeit** macht stark.

Ver s i c h e r u n g s a m t
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
in Schwarawald-Bosien.



15. Bezirksgruppenversammlung

am 6. Januar 1912 in Oppeln in Krugs Hotel.

Nachmittags 3½ Uhr eröffnete der Vorsitzende der Bezirksgruppe, Herr Oberförster Trost, Dambrau, D.-S., die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen „Horrido“ auf den allerhöchsten Schützer des deutschen Weidwerks, Se. Majestät unseren Kaiser. Darauf bewillkommte er die zahlreich Erschienenen.

Die Anwesenheitsliste ergab 41 Mitglieder und 21 Gäste, in Summa 62 Personen als anwesend. Bemerkenswert ist, daß unter den Gästen die Damen mit der Zahl 17 überwiegend vertreten waren.

Der Herr Vorsitzende erörterte dann, entsprechend der Tagesordnung: „Geschäftliches aus der Gruppe“.

Daraus ist hervorzuheben, daß die Bezirksgruppe VI nach dem Jahrbuch von 1911 folgenden Mitgliederstand aufwies: 216 ordentliche Mitglieder, 14 Waldbesitzer und 11 außerordentliche Mitglieder, in Summa 241 Personen. Hierzu treten laut „Forst-Zeitung“ im Laufe des Jahres 1911 35 Personen. Nach Abzug der ersten von der letzten im verflochtenen Jahr ausgegebenen Mitgliedsnummern (3522 — 3745) ist ein Gesamt-

Zugang von 223 Personen für den Verein pro 1911 zu verzeichnen.

Der durchschnittliche Jahreszugang bei den 16 bestehenden Bezirksgruppen würde somit 14 sein, dieser wird aber nur von 5 Bezirksgruppen erreicht bzw. überschritten.

Nach den von der Geschäftsstelle im Laufe des Jahres herausgegebenen „Adressenänderungen“ sind bei der Bezirksgruppe VI zu verzeichnen: Zugang durch Verzug von Mitgliedern 12, Abgang durch Verzug von Mitgliedern 3, und ausgeschieden 4, so daß sich hieraus ein Zugang von 5 Mitgliedern ergibt.

Der Mitgliederstand der Bezirksgruppe VI am Ende des Jahres 1911 berechnet sich somit auf $241 + 35 + 5 = 281$ Personen.

Hierauf berührte der Herr Vorsitzende die Forstlehrlingsfrage und beklagte das Herandrängen ganz minderwertiger Elemente zum Forstfach.

Durch oberchleissche Zeitungen sei seine Adresse wahrscheinlich als Auskunftsstelle über den Privatforstbeamtenstand bekanntgegeben, und nun ergieße sich eine ganze Flut von Anfragen, oft der unmöglichsten Art, über ihn, aus deren wenn auch nur teilweise Beantwortung, ihm eine rechte Arbeitslast erwachse.

Er rechne es sich aber zum Verdienst an, daß er, durch möglichst hochgeschraubte Anforderungen an die Schullernutnisse bei der Auskunftsberteilung, viele solcher ungeeigneter Elemente vom Forstfach ferngehalten habe, auch sei der vom Verein gegründete Lehrlingennachweis zu Templin, Uderm., mit Freuden zu begrüßen.

Durch Zurufe aus der Versammlung entwickelte sich nun eine rege Debatte über die leider vielfach bestehende Lehrlingsschütere, wodurch der gewissenhaft und ordentlich vorgebildete Privatförsterstand furchtbar in seinem Fortkommen geschädigt werde.

Heute nenne sich jeder Kutscher, Diener, Gärtner, sobald er nur einen grünen Rod trage, und das könne ihnen niemand verwehren, „Förster“. Diese Leute treten bei Bewerbungen in Konkurrenz mit den ordnungsgemäß und richtig vorgebildeten Förstern, und nicht allen Stellenvergebern sei dieser rechtlose Zustand in unserem Verzug bekannt, um die Spreu von dem Weizen zu sondern.

Die Bezirksgruppe beschloß daher einstimmig, bei dem Vereinsvorstand folgenden Antrag einzubringen:

„Der Vereinsvorstand wird gebeten, dahin zu wirken, daß die Titel der Privatforstbeamten abhängig gemacht werden von dem Nachweis der Befähigung zu der betreffenden Stellung.“
Erläutert hierdurch werden die Herren Waldbesitzer reichlich vor der Bewerbung minderwertiger Elemente bei der Vergabung von Stellen zum Wohle ihres Forstbesitzes. Ist doch der Schaden, welcher einem Forst durch einen unfähigen, untüchtigen Beamten zugefügt wird, oft für den Laien gar nicht, für den Fachmann aber noch jahrelang erkennbar.

Was dem einfachen Handwerker durch die Stellen- und Meisterprüfung gewöhnlich gewähr-

leistet ist, muß doch auch bei nur einigermaßen ernstlichem Streben für uns Privatforstbeamte erreichbar sein!

Alsdann machte der Herr Vorsitzende diejenigen Herren, deren Forsten unter Rauchscheiden zu leiden haben, bei Geltendmachung ihrer Schadenersatzansprüche darauf aufmerksam, daß der Fürstliche Forstrat Gerlach in Waldburg in Sachsen eine anerkannte Autorität auf diesem Gebiete sei und dieser auch einen „Rauchlufanalytischen Apparat“ konstruiert habe, welcher gegebenenfalls von der Firma Franz Hegershoff in Leipzig, Carolinenstraße 13, bezogen werden könne.

Als Delegierter für die Haupt-Mitgliederversammlung in Eisenach wurde Herr Oberförster Trost gewählt.

Hierauf hielt Herr Oberförster Stiller-Turawa einen Vortrag über den Verlauf der Versammlung in Posen und erntete dafür den Dank der Versammlung.

In Erledigung des 3. Absatzes der Tagesordnung erörterte hierauf Herr Oberförster Trost-Dambrau „Forstliche Tagesfragen“. Auch dieser Vortrag wurde mit vielem Beifall aufgenommen, da aber wegen des zahlreichen darin enthaltenen statistischen Zahlenmaterials, auf Wunsch, dessen unberührte Veröffentlichung in Aussicht gestellt wurde, so erübrigt sich ein näheres Eingehen auf denselben.

Herr Bildmeister Fiebig-Krznzati sprach alsdann zu dem Thema: „Welche Bedeutung hat die in Kraft tretende Reichsversicherungsordnung für den Privatforstbeamten.“ Trotz der vorgerückten Stunde wußte er in seiner bekannten, fesselnden Redeweise die Aufmerksamkeit der Versammlung für diesen spröden Stoff zu gewinnen, und wurde ihm am Schluß durch den Vorsitzenden der Dank der Bezirksgruppe ausgesprochen.

1½ Stunde über die programmäßige Schlußzeit der Sitzung hatte sich diese ausgedehnt, und war dadurch die Gebuld der in besonderen Zimmern wartenden Damen auf eine hohe Belastungsprobe gestellt worden.

Dafür wurde es nun aber auch um so anregend lustiger. Nachdem alle Teilnehmer an verschiedenen gruppierten Tischen sich durch Speise und Trank gestärkt hatten, trat bei Flügel- und Geigenpiel der Tanz in seine Rechte.

In der neunten Abendstunde lichteten sich zwar infolge der abgehenden Züge etwas die Reihen, doch wurde trotzdem beim Tanzen des Raumes Enge hin und wieder empfunden. Zwischen 10 und 11 Uhr gab es im Saal eine separate Kinematographen-Vorstellung, bei welcher besonders das Nöreneiersammeln an der schottischen Küste, die Metamorphose einer Raupe Beifall fanden. Hierauf folgte die Verlosung der für 30 Mk. angekauften und von einigen gütigen Gebern gestifteten Geschenke, welche zu mannigfacher Heiterkeit bei den Empfängern Anlaß gaben.

Tanz und Gesellschaftsspiele verkürzten die weiteren Stunden, so daß die letzten Teilnehmer, wie man hört, in ziemlich früher Stunde nach Hause zurückgekehrt sein sollen. — Begünstigt war das

Zusammensein dadurch, daß der Versammlungstag ein Feiertag und der darauf folgende Tag ein Sonntag war.

Auf frohes Wiedersehen bei der nächsten Versammlung! Heidenreich.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieder:

3774. Pfaffenberger, Chr., k. k. Forst- und Jagdinspektor, abjunkt, Dischingen i. Würtb. (B.-Gr. XIV.)
 3775. Riemann, Friedrich, Hilsjäger, Blücher b. Malsow i. Meckl. (B.-Gr. III.)
 3776. Rallstahl, August, Förster, St. Warbengowo b. Ostrowitt, St. Libau i. Westpr. (B.-Gr. I.)
 3777. Sander, Hans, Forstlandibat, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Landwirtschaftskammer, Berlin NW 40, Kronprinzenufer 5/6. (B.-Gr. IX.)

3778. Noesen, Josef, Forstlandibat (Freiherr v. Ketteler), Eringerfeld i. Westf. (B.-Gr. XI.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Hiescher, Rudolf, Oberförster, Ahus i. Säch.-Schweden.
 Hiesler, Richard, Förster, Bissau i. Oberschlesien.
 Heßig, Karl, Förster, Heinrichau, Reg. Breslau.
 Richter, Georg, Forsthausbesitzer, Ebenitz.
 Polze, Robert, Jägersänger, Blücher b. Malsow.
 Riamroth, Gerhard, Hilsjäger, Haritz, St. Helmstedt.
 Ullrich, Arthur, Hilsjäger, Sacrau b. Heinrichau, Reg. Breslau.

Sagungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshagen Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwärte.

I. Vorstandssitzung findet statt am Sonntag, dem 4. Februar d. Js., mit Beginn 12³⁰ mittags, in Schneider's Hotel zu Bad Liebenstein.

Tagesordnung:

1. Festlegung der Jahres-(Mitglieder)-Versammlung und Aufstellung der Tagesordnung hierzu.
2. Wahl der Rechnungs-Revisoren.
3. Verschiedenes.

Die Herren Vereinsvorstände und deren Stellvertreter werden hierzu freundlichst eingeladen.

II. In den Verein neu aufgenommen wurde Mitglied Nr. 99, Herzogl. Forstwart Kenninger-Meiningen. Um Ergänzung der Mitgliederverzeichnis wird gebeten.

III. Die Verwaltung der Oberförsterei Sonneberg und die Leitung der Forstschule ist vom 1. März d. Js. ab dem Herzoglichen Oberförster, Forstmeister August Freysoldt in Troststadt, übertragen.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

Ortsgruppe Wülfungen. Die am 20. Januar d. Js. einberufene Versammlung war leider sehr schwach besucht. Erschienen waren 11 Mitglieder. Nach Eröffnung der Versammlung wurde vom Kassierer die Jahresrechnung der Ortsgruppe vorgelegt, wonach die Einnahme 322,50 Mk. und die Ausgabe 305,20 Mk. beträgt, mithin ein Kassenbestand von 17,30 Mk. bleibt.

Es wurde nun zu Ehren des Geburtstages Sr. Durchlaucht des Fürsten vom stellvertretenden Vorsitzenden eine kurze Ansprache gehalten, welche mit einem Horrido auf unsern höchsten Jagdherrn schloß. Hierauf entstand sehr bald eine recht gemüthliche Stimmung, und unter Gesang echter Jägerlieder war die Abendstunde viel zu schnell herangerückt. Mit dem Bewußtsein, einen recht vergnügten Nachmittag verlebt zu haben, trennten sich die Kollegen mit einem frohen Weidmannsheil.

Der Vorstand.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 95. — Das Strafmaß für Forstdiebstähle in Preußen, Bayern und Württemberg und Verwandtes. 95. — Vorübergehende Dienstleitungen und Invalidenversicherung. 99. — Forstskatolische Waisenhausfreizeiten. 101. — Kiefernriemenhandel. Von Dr. Schwappach. 101. — Die Sommer-versammlung des Forstvereins für Weiskalen und Niederhessen zu Arnberg am 7. und 8. Juli 1911. 102. — Die Ausschreibung der Stadt-Oberförsterei in Brandenburg a. O. d. V. betreffend. 104. — Verkauf des Oberförstereigehöfts Köpenick an die Stadt Berlin. 104. — Waldbestände im unteren Thüringen. 104. — Amtlicher Marktbericht. 104. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen. 104. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Annahmer des Jägerkorps. 105. — Brief- und Fragekasten. 105. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 106. — Nachrichten des „Waldbau“. 109. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 112. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 116. — Inserate.

Zur gest. Beachtung! Alle Beschwerden wegen Unregelmäßigkeit in der Zustellung der „Deutschen Forst-Zeitung“ sind zunächst, und zwar schriftlich, an diejenige Postanstalt zu richten, von welcher die verehrl. Postabonnenten die Zeitung abholen oder durch den Briefträger zugestellt erhalten. Nur wenn die bei der betr. Postanstalt angebrachte schriftliche Beschwerde nutzlos geblieben ist, wolle man sich unter Mitteilung des Datums der Eingabe und der betr. Postanstalt an uns wenden.

Diesigen Abonnenten, welche die „Deutsche Forst-Zeitung“ direkt unter Streifband beziehen, wollen wegen etwaiger unregelmäßiger Zustellung der Zeitung jedoch direkt an uns schreiben.

Die Expedition.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

gültiges Organ des Grandverordnungs-Bereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatsorforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenevereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Hyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Gnhalls.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beilagen-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreißband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beilagen-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verleger auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 6.

Mendamm, den 11. Februar 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Prehen in der Oberförsterei Magdeburgerforst, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Juli 1912 anderweitig zu besetzen. Bewerbungsgesuche sind uns bis zum 1. März 1912 einzureichen.

Försterstelle Meerhof in der Oberförsterei Dalheim, Regierungsbezirk Minden, ist zum 1. Mai 1912 neu zu besetzen.

Försterstelle Rammern in der Oberförsterei Minden i. W., Regierungsbezirk Minden, ist voraussichtlich zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen.

Erfahrungen mit dem Anbau von Stickstoffsammlern im Kiefern-Hochwalde.

Neuerdings macht sich überall ein erhöhtes Bestreben, die Bodenkraft im Walde, sei es durch künstliche Düngung, Anbau Stickstoff sammelnder Pflanzen oder sonstige Maßregeln zu heben, bemerkbar. Besonders gebieterisch tritt diese Aufgabe an den heran, welcher, wie Verfasser, ein fast ausschließlich der 4. und 5. Bodentklasse angehörendes größeres Kiefern-Hochwaldrevier zu bewirtschaften und daneben einen guten Wildnamentlich Rehfleisch zu versorgen hat.

Die hiesigen Versuche reichen länger als ein Dezennium zurück. Große Hoffnungen setzte ich anfangs auf die Düngung der Kulturflächen

mit Minerale Dünger, hauptsächlich Kainit, Thomasphosphate, Kalk und auch Chilealpeter. Mit Freuden begrüßte ich die von mehreren Instanzen auf ihre Kosten hier eingerichteten Forstdüngungs Versuchsflächen der mannigfaltigsten Art. Heute muß ich bekennen, daß der Erfolg ausblieb und alle Hoffnung vergebens war. Betonen möchte ich aber nochmals, daß es sich hier um humusarmen, fast durchweg trockenen Lössboden der 4. und 5. Bodentklasse für Kiefer handelt. Unter anderen Verhältnissen mag der Erfolg ein besserer sein. Beispielsweise hat auch mir der künstliche Dünger bei der Umwandlung ertrag-

lofer Moorflächen in sehr rentable Wiesen die wertvollsten Dienste geleistet und leistet sie noch.

Fast gleichzeitig mit vorerwähnten Versuchen begann ich auf eigene Verantwortung mit dem Anbau und Voranbau von Leguminosen, perennierender Lupine, gewöhnlicher gelber Lupine und Serradella auf den Kulturlflächen. Hieran schloß sich die Akazie. Heute sind diese Versuche zu einem gewissen Abschluß gelangt und, wenn ich über das Ergebnis derselben berichte, so bin ich mir dessen wohl bewußt, daß ich vielen Kollegen von der grünen Farbe nichts Neues bringe. Vielleicht aber hat es dieser oder jener noch nicht probiert, und es ist ihm von einigem Interesse, etwas von praktischen Erfahrungen über den Anbau zu erfahren, um ihn auch einmal zu versuchen. Damit wäre der Zweck meiner Zeilen erreicht.

Die perennierende Lupine gedieh nur auf humosem, frischerem, lehmigem und anlehmigem Sande, wie er hier leider nur nesterweise vorkommt. Auf der 5. und geringen 4. Bodenklasse gedieh sie, wie vorauszusehen, nicht. Auf den ihr zusagenden Stellen trieb die perennierende dagegen schon im ersten Jahre üppige, bis 1 m hohe Stengel, kam bald in vollen Schluß und zu schönster Blüte. Man traute seinen Augen kaum, wenn man mitten in öder Kiefernheide plötzlich vor einem, wenn auch kleinen, in üppigstem Grün und dunkelstem Blau prangenden Plane, wie einer Dase in der Wüste, stand. Häßelhaft ist mir immer geblieben, woher die Pflanzen ihren in den Stengeln und Blättern enthaltenen bedeutenden Wasservorrat nahmen. Trotz guten Reifstandes bedurften die Anbaustellen keiner Einzäunung. Die dazwischen gepflanzten Roteichen-Halbheister gediehen prächtig; die perennierende Lupine wirkte sichtbar fördernd auf ihren Wuchs, nicht zum wenigsten auch durch ihre Humusbildung. Vom Wilde, namentlich den Rehen, wurden die Stellen das ganze Jahr hindurch gern aufgesucht, ohne daß der Verbiß wesentlich schädete. Die Pflanzen schlugen alljährlich wieder aus, ohne der geringsten Pflege zu bedürfen. Alljährlich auch war es möglich, etwas Samen zu gewinnen, der bekanntlich sehr gesucht und sehr gut bezahlt wird. Gefährlich wird der perennierenden Lupine nur lange anhaltender und sehr tief gehender Barfrost. Immerhin überstand sie denselben noch besser, als der hier ebenfalls künstlich angebaute, und eine besonders im Winter sehr geschätzte Wildfütterung bietende Besenpfriem (*Spartium scoparium*), der wiederholt vom Barfrost gänzlich vernichtet wurde. Wer das Glück hat, auf besserem Kiefernboden zu wirtschaften, sollte den Vor- oder Zwischenanbau der perennierenden Lupine nicht veräumen.

Die gewöhnliche gelbe Lupine (*Lupus luteus*). Nach mehrfachen, noch vor 1903 zurückreichenden kleineren Versuchen mit dem Voranbau gewöhnlicher gelber Lupine wurde letzterer allmählich auf ganze Kahlschlagflächen, immer aber vierter und fünfter Bonität für Kiefer, welchen eine Bodenbereicherung am dringendsten nottut, ausgedehnt. Heute bildet er dort die Regel. Die Kahlschlagflächen werden ein Jahr nach dem Abtrieb mit Stodrohung mit kräftigem Walddpflug voll umgepflügt, je tiefer, desto besser, mit der Egge nach Möglichkeit von Wurzeln gesäubert, mit vier Zentner Lupine pro Hektar besät und diese durch Überregen und kräftiges Walzen untergebracht. Zum Anwalzen bewährt sich am besten eine dreiteilige Ringelwalze, weil sie sich den unvermeidlichen Unebenheiten des Bodens am besten anschmiegt. Auf Grund der hiesigen Erfahrungen ist ein geringeres Quantum als vier Zentner beim erstmaligen Anbau nicht zu empfehlen. Als geeignetste Saatzeit bewährte sich mit Rücksicht auf die alsdann noch wirksame Winterfeuchtigkeit und die spätere Samengewinnung das erste Drittel des April. Spätfröste bleiben allerdings manchmal nicht aus, doch ist man vor ihnen auch später nicht sicher. Gepflügt wurde fast immer erst Ende März, also ein volles Jahr nach dem Einschlage des Holzes, weil es unmöglich war, die Schläge eher geräumt zu bekommen. Vielleicht wäre es noch besser, viel früher zu pflügen oder gar den Lupinen-Voranbau unmittelbar auf den Holzeinschlag folgen zu lassen, — wo dies eben möglich ist.

Auf armem, trockenem Boden der 5. Klasse, also gerade dort, wo die Bodenaufschließung und Verbesserung am nötigsten war, versagte die Lupine leider ohne Ausnahme ganz. Auch künstliche Düngung mit Kainit und Thomaschlacke im Winter vor der Bestellung änderte daran nichts. Mit der Schilderung der einzelnen Phasen dieses Mißerfolges will ich den Leser nicht aufhalten. Hier ist eben alle Mühe vergebens.

Anders auf Kiefernboden 4. Klasse. Hier stellte sich bald ein Unterschied zwischen dieser Bonität entsprechendem aufzuerstendendem Alder- und altem Waldboden heraus. Was den ersteren betrifft, so geben die Landwirte, namentlich Parzellenpächter, den Alder meist erst dann ab, wenn auch keine Lupine mehr wachsen will. Derartige Flächen fallen nicht mehr unter 4. Bonität, und solche habe ich im folgenden nicht im Auge. Überall, wo die Bodenkraft noch nicht so tief gesunken war, zeigte schon der erste Lupinen-Anbau befriedigenden Erfolg. Sehr lästig fielen späterhin die Quecken, doch braucht man nicht ängstlich zu sein, die Kiefer ringt sich durch und wächst dann um so freudiger.

Im scharfen Gegensatz hierzu blieb die Lupine auf den Kiefern-Nahschlagflächen mit wenigen Ausnahmen im ersten Jahre kurz, lüdig, kümmerlich und verlor die ominöse, rötlich-braune Farbe nicht. Nur auf alten Holzabfuhrwegen, welche die Flächen durchkreuzten, stand sie regelmäßig dunkelgrün ziemlich geschlossen, wenn auch kurz bleibend, ein Umstand, der zu denken gibt. Derartige frühere Wege markierten sich schon von weitem aufs deutlichste.

Es lag nun nahe, unter Zuhilfenahme der Impfung einen besseren Erfolg zu erstreben. Ein einmaliger Versuch mit Samenimpfung mittels aus München bezogenem Nitragin schlug fehl. Bedingung ist wohl ein kräftigerer Boden als der hiesige. Außerdem aber erfordern die bekanntlich gegen Sonne und Licht sehr empfindlichen Bakterien eine so subtile Behandlung, daß von einer Wiederholung Abstand genommen wurde. Teuer ist diese Art der Impfung nicht, und vielleicht hat man anderwärts mehr Glück damit gehabt.

Sollen Erfolg dagegen hatte in allen Fällen bisher die nun versuchte Bodenimpfung. Von in der Nähe liegenden, gut mit Lupine bestanden gewesenen Vorkulturlächen wurde so viel Boden abgeschüfft, als zu einer dünnen Überstreuung der Impffläche erforderlich war. Auf den so geimpften Flächen gedieh die Lupine gleich beim ersten Male gut. Es machte auch keinerlei Unterschied, ob nebenbei noch mit Kainit und Thomasmehl gedüngt worden war — Notabene aber zur rechten Zeit —, und man kann auf künstliche Düngung ohne Bedenken verzichten. Die Bodenimpfung ist leider aber nur dort durchführbar, wo größere Lupinenflächen oder Felder in unmittelbarer Nähe liegen, sonst sind die Kosten doch gar zu groß. Hier, wo ausnahmslos mit 70 bis 80 m breiten Springschlägen bis höchstens 2,0 ha gewirtschaftet wird, war dies selten der Fall.

Man ging daher dazu über, im nächsten Jahre noch einmal, — also zwei Jahre hintereinander, — Lupine zu bauen. Das Pflügen ist dann etwas billiger als im ersten Jahre, auch genügten hier regelmäßig drei Zentner Ausfaat pro Hektar statt vier Zentner. Der Erfolg war mit wenigen Ausnahmen ein so vollständiger, daß diese Art der Vorkultur jetzt hier die Regel bildet. Im Herbst konnte fast stets ein großer Teil der Schoten mit der Hand geerntet werden, so daß man in der angenehmen Lage war, den Samenbedarf des nächsten Jahres größtenteils selbst decken zu können, was die Sache wesentlich verbilligt. Zur Gründüngung untergeackert wurde die Lupine also nicht, sondern blieb stehen, und im nächsten Frühjahr endlich wurde zur Aufforstung geschritten. Die Stoppeln der über Winter vom Wilde sehr mitgenommenen Lupine bilden kein großes Hindernis. Die Aufforstung erfolgte

meist mittels Pflanzung einjähriger Kiefern, in einigen Fällen und ausnahmslos mit bestem Erfolge aber auch mittels Kiefern-Streifensaat. Ob man dieselbe allgemein wagen darf, wie es aus zahlreichen Gründen erwünscht wäre, werden die weiteren Versuche ergeben.

Billig ist die geschilderte Vorkultur mit Lupine nicht. Dieselbe bietet aber so zahlreiche, nicht zu unterschätzende Vorteile, daß ein großer Teil der Kosten dadurch wieder aufgewogen wird. Der Boden wird durchlüftet, zur Tätigkeit angefaßt und erfährt eine außerordentliche Bereicherung an Stickstoff. Infolgedessen zeigen die Kiefernpflanzen durchweg gesunde Farbe, kräftige Venabelung und guten Wuchs. Die Nachbesserungen werden weniger umfangreich als früher. Das lästige Heidekraut ist in den ersten Jahren fast ganz verschwunden, dafür zeigt sich Moos. Gegen Schütte schützt der Lupinen-voranbau allerdings nicht, wohl aber werden die kräftigen Kulturen diese Krankheit leichter überstehen. —

Gar nicht hoch genug zu veranschlagen sind die Vorteile, welche der Lupinen-Voranbau der Wildhege und -Pfleger bietet. Vorausgeschickt möchte ich da gleich, daß die Lupinose bisher hier völlig unbekannt geblieben ist. Schon den ganzen Sommer hindurch treten die Hehe mit Vorliebe auf die Lupinenschläge aus, und selbst der heimlichste Bod stattet ihnen allabendlich seinen Besuch ab. Mit stiller Freude beobachtet man, daß manch guter Bod sich die saftige Lupine so lange schmecken läßt, bis völlige Dunkelheit eingetreten ist, und der böse Nachbar enttäuscht nach Hause ziehen muß. Ist der Waldbesitzer selbst Pächter der anstoßenden Bauernjagd, so wird er sehr bald eine Abnahme des leidigen Wildschadens spüren, wenn seine Lupinen-Voranbauflächen groß und zahlreich genug sind. Im Winter sieht es auf letzteren aus, als ob der Schäfer darauf gehütet hätte.

Bezüglich der *Serradella* kann ich mich kurz fassen. Dieselbe blieb meist spärlich, kurz, wurde vom Wilde sehr stark unter der Schere gehalten und verschwand meist mit Eintritt der Sommertrödenheit. Nur in einem einzigen Falle hatte der Voranbau vollen Erfolg, nämlich auf einer geimpften Stelle mit schwach anlehmigem, frischerem Boden, doch dürfte dazu der zufällig ungewöhnlich regenreiche, kühle Sommer das Meiste beigetragen haben. Auf frischem, humosem Boden dürfte indessen der Vor- und Zwischenanbau auch der *Serradella* durchaus zu empfehlen sein.

Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß ich, um nichts unversucht zu lassen, auch der Akazie größere Aufmerksamkeit widmete als bisher. Dieselbe wurde in Form von Halbhölzern bester Qualität, allerdings hauptsächlich

nur zur Komplettierung von Wurzelpilzlöchern oder sonstigen Lücken, zur Einfassung der Wege und Ränder, selten zur Zwischenpflanzung in weitständigen Reihen begründeter Kiefern-kulturen auf armem Boden, verwandt. Es stellte sich bald heraus, daß die Akazie keineswegs so bescheidene Ansprüche an den Boden stellt, wie vielfach angenommen wird. Auf Kiefernboden 5. Klasse kümmernte sie von Anfang an und war trotz aller Pflege bald rettungslos dem Tode verfallen. Auf Ackerkulturen selbst besserer Bonität zehrten die zahlreichen Melolontha-Larven sogar Wurzeln von Daumenstärke bis zum Wurzelnknoten auf. Im Walde, auf 4. Bonität für Kiefer, ging die Sache zwar etwas besser, viel Freude erlebte man aber auch hier nicht. Die Triebe verholzten nicht und erfroren fast alljährlich. Das schlimmste aber waren — die

Läuse, nämlich die Akazien-Schildläuse. Vor ihnen gab es keine Rettung. Wenn es auch mit vieler Mühe und vielem Petroleum gelang, die Akazie bis zum kräftigen Alleebaum heranzuziehen, so ließen die schlimmen Gäste auch dann noch nicht von ihr ab. Selbst ältere 25 jährige gesunde und kräftige Exemplare wurden von der Akazien-Schildlaus derart befallen, daß sie rettungslos kümmernten, ein sehr unschönes, befenförmiges Aussehen bekamen und schließlich teilweise eingingen. Zwar ist der Schutz auch stärkerer Bäume möglich, doch verursacht er unverhältnismäßig hohe Kosten. Wer mit den geschilderten Skalamitäten nicht zu kämpfen hat, mag auch den Anbau der Akazie nicht vernachlässigen, sie lohnt es ihm durch sichtliche Bodenverbesserung.

R. (Niederschlesien.)

ß., Oberförster.

Über Läuterung und Durchforstung in Buchenbeständen.

Von D. Mau, Königl. Forstmeister, Forsthaus Kolom.

In dem Artikel unter obiger Überschrift in Nr. 39 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 27. September 1908 schrieb ich u. a.: „Sind bei Durchforstungen von guten Buchenstangen, z. B. an den Südwesthängen, in derselben Abteilung sehr dicht stehende, zurückgebliebene schonungsartige Bestände, so lasse ich an diesen Stellen durch Art oder Weil die Stämme in jedem Falle, ihrer Höhe und Dichtigkeit entsprechend, vereinzeln, wenn auch der Holzertag nicht die Schlägerlöhne deckt, da ich sonst die an und für sich schon gutwüchsigen Stämme der Durchforstung durch Freistellung, Ausrieb von Sperrwäldchen, Vereinzeln in den Gruppen oder teilweisen Ausrieb von unterdrückten und eingeklemmten Stämmen und der dadurch stärkeren Bodenzerückung infolge von mäßigem Lichteinfall zum stärkeren Wachsen anrege, während diese zurückgebliebenen Stellen durch Nichtrieb des minderwertigen Materials künstlich im Wuche zurückgehalten werden. Der an und für sich schon ungleichmäßige Bestand derselben Abteilung würde dadurch künstlich noch viel ungleichmäßiger gemacht. Vor ungefähr 15 Jahren ließ ich die Buchen einer solchen kleinen zurückgebliebenen, sehr dicht bestanden Fläche in einem sonst guten Buchenstangenorte mit dem Weil mäßig stark vereinzeln. Da der Boden kieselhaltiger Lehm war und der Hang an der Südwestseite lag, so waren selbst die dominierenden Stämme fast alle kops trocken. Sie waren, da sehr viele Fresser auf engem Raum sehr wenig Nahrung hatten, dem Hungertode nahe. Die Rinde war sehr rauh, die Jahresringe sehr eng. Nach zehn Jahren konnte ich Interessenten zeigen, daß sich inzwischen infolge von Bodenzerückung und Einzelstand an allen diesen Stämmen neue gesunde, glattrindige Wipfeltriebe mit verhältnismäßig breiten Jahresringen gebildet hatten, trotzdem der

alte trockene Kops noch teilweise am Stamme war. Diese trockenen Köpfe neben neuen gesunden Höhentrieben kann man einige Jahre nach der Läuterung in fast allen zu dicht gewesenen Buchenbeständen sehen. Selbstredend darf man solche Südwesthänge nicht plötzlich zu Licht hauen, da sich sonst Moos auf dem Erdboden bildet.

Welch günstige Wirkung die Freistellung hat, zeigt ein in meinem Besitze befindlicher Stammabschnitt einer Kiefer. Als der Kollege Blod den hiesigen Pflanzgarten übernahm, fand er sehr dicht stehende Kiefern in einem Quartier vor. Eine der Kiefern hatte bei einem Alter von ungefähr 20 Jahren (die Jahrringe sind mit der Lupe gezählt) 2,3 cm Durchmesser. Durch Freistellung, Hacken usw., bekam die Kiefer, von der ich den Abschnitt besitze, in weiteren sechs Jahren einen Durchmesser von 7 cm.

Wie schädlich im Gegensatz zur Freistellung das Einengen und Überwachsen ist, zeigt ein anderer meiner Stammabschnitte. Eine Eiche war als Heister in 3-m-Quadratverband auf einer Fehlstelle im Buchenausschlag neben einem Wege gepflanzt und mit vierjährigen Fichten unterpflanzt worden. Da diese und die anderen gepflanzten Eichen im Gegensatz zu den viel zu dicht stehenden Buchen des Bestandes reichlich weiten Wachstums hatten, so haben die Eichen und Fichten den Buchenbestand in Höhe und Stärke der Stämme bald ganz bedeutend überholt. Die ersten 25 Jahrringe der Eiche haben einen Durchmesser von 28 cm. Nachdem diese Eiche aber von mehreren unterpflanzten Fichten überholt und eingeeignet war, so hatte die Eiche in den letzten 20 Jahren auf jeder Seite nur 3,5 cm = 7 cm Zuwachs. Ebenso sind die Jahresringe bei Stammabschnitten von Eichen, die von Buchen erst eingeeignet und dann überwachsen worden sind, nur werden die Jahresringe nicht so plötzlich, sondern allmählich kleiner. Man beobachte in angehenden

Buchenstangenhölzern die Eichen, Eichen, Ahorn, Fichten, Lärchen usw., die als Heister (Fichten und Lärchen drei- bis vierjährig) bei genügend, zuerst reichlich weitem, Wachsraum auf Fehlstellen im engstehenden Buchenausschlag auf Blößen und an Wegen gepflanzt sind. Welchen großen Vorsprung erhalten dieselben gegen oft viel zu spät und zu schwach geläuterten und daher zu lange zu dicht gehaltenen Buchen. Der Laie kann es gar nicht glauben, daß diese hohen starken Eichen, Fichten usw., die teilweise schon Nutzholz liefern, erst meistens viele Jahre später aus Samen hervorgegangen sind, als die bei viel zu dichtem Stand niedrigen und schwachen Buchen. Würden die Eichen, Fichten usw. ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt ebenso eng in die Fehlstellen gepflanzt als die Buchen stehen, also 20 und mehr auf den Quadratmeter, so würden dieselben auch nur ebenso langsam wachsen als diese. Nur Buchen, die an Rändern, Wegen und auf Lücken einzeln stehen, wachsen hier bei genügendem Wachsraum für Krone und Wurzel ebenso gut als die auf Fehlstellen gepflanzten Eichen usw., wie mehrere meiner Stammabschnitte durch ihre gleichmäßig starken Jahresringe zeigen. So hat ein Stammabschnitt einer Buche mit 70 fast gleichmäßigen Jahresringen 65 cm Durchmesser. Bei 4 m Länge hatte das Rundende 44 cm Durchmesser. Da die Buche eine Gabel war, so hatte dieselbe zwei starke, gut entwickelte Kronen (Zungen) und daher erklärt sich der gute gleichmäßige Zuwachs. Die durch Ausbieg der Gabel entstandene Kronenlücke kommt jetzt den eingeengt gewesenen schwachen, glatten Nachbarn zugute. Eine andere sehr hohe und breite Buche, die ich in demselben Bestande auszeichnete, lieferte bei gleichfalls 70 auffallend breiten Jahresringen ziemlich 4 rm Scheite, 1 rm Knüppel und 2 rm Reiser I Klasse. Dieselbe hatte bei sehr großem Wachsraum am Rande des Buchenbestandes zwischen Eichen auf gutem frischen Boden eine auffallend große tief besetzte Krone mit sehr großer Blattfläche, und wirkte so als Sperrwuchs für die Umgebung verdrämmend. Buchen und andere Bäume mit kleinen eingeklemmten Kronen (Pinfeln) haben nur geringen Zuwachs. Nach genügendem Freihieb der noch gut lebensfähigen Kronen entwickeln sich diese auch allmählich gut und die Stämme bekommen dann gleichmäßige stärkere Jahresringe. Ein Buchenstangenholz, welches dreimal ziemlich scharf durchforstet ist, macht durch seine langen, gleichmäßigen, starken, glatten Stämme mit guten Kronen bei genügend weitem Einzelstand einen sehr viel älteren Eindruck, als gleichaltes Stangenholz, welches nur durch einen Distriktsweg getrennt ist und welches während der Zeit aber erst zweimal schwächer durchforstet ist. Der Vorrückung kann nie wieder eingeholt werden. Nach dem Fällen einer Buche fiel es mir im vorigen Jahre auf, daß die Jahresringe an der Hiebfläche von einer bestimmten Stelle ab sehr viel breiter geworden waren. Beim Nachzählen der Ringe stellte ich fest, daß diese gleichmäßig breiten Jahresringe infolge meiner ersten hier ausgeführten Durchforstung nach meiner Anstellung im Januar 1888 im Mühlentbach Revier entstanden waren. Die alten Stubben der Buchen, wahrscheinlich Sperrwüchse, welche

diese Buche eingeengt hatten, waren noch sichtbar. Beim Begang eines stärkeren Buchenstangenholzes bei einem Kollegen sagte ich nach Besichtigung der Jahresringe der frisch gefällten Stämme dem Kollegen genau, wie viele Jahre vorher er dort die letzte Durchforstung ausgeführt hatte. Wie dankbar Erden bei günstigen Bodenverhältnissen für Licht und genügend Wachsraum zur Entwicklung der Kronen sind, zeigt ein Stammabschnitt einer Erle (die ich noch als schwache Stange kannte), der bei 30 ziemlich gleichmäßigen Jahresringen 43 cm Durchmesser hat. Eine Fichte mit 41 sehr breiten Jahresringen, die am Rande einer Fichtengruppe auf einer Lücke im Buchenstangenholz stand und deshalb eine sehr gut benadelte große Krone hatte, brachte im vorigen Jahre als Rundende bei 14 m Länge, 33 cm Durchmesser = 1,20 fm 21 M. Zwei andere gleichalterige Randfichten desselben Forstes, welche jetzt gutwüchsig Eichen und Buchen bedrängten, brachten bei 14/30 und 12/29 = 0,99 und 0,92 fm zusammen 38 M., also diese drei jungen Fichten zusammen 59 M. Der Stammabschnitt einer Eiche in demselben Distrikt, die wegen Mangel an Seitenbruch durch Buchen zu sperrig gewachsen war und daher eine viel zu große Krone hatte, hatte bei 48 Jahresringen 60 cm Durchmesser. Das Rundende brachte brachte bei 4,40 = 0,50 fm 13 M. Jeder einzelne Baum überlangt, um sich gut entwickeln zu können, für Krone und Wurzel seinem Alter und seiner Stärke entsprechend verhältnismäßig ebensoviel Raum, als man aus praktischen Gründen den Pflanzen bei genügend weitem Einzelstand in Saatbeeten und Pflanzlämpen gibt. Dort macht man keine Büschelpflanzungen oder duldet so engen Stand der Pflanzen, wie sie die Natur in den Buchenverjüngungen liefert, d. h. 20, 30 und mehr Pflanzen auf den Quadratmeter. Bei Läuterungen lasse ich der Regel nach zwei Stämmchen möglichst nicht näher als 40 bis 50 cm stehen. In Pflanzlämpen gibt man schon sehr viel jüngeren Pflanzen, z. B. Boden zur Heisterziehung, einen viel weiteren Wachsraum und vierjährige Fichten und Lärchen pflanzt man 1,5 bis 2 m auseinander. Was den jungen Kampfpflanzen und den Freipflanzungen Recht ist, ist den 20- bis 30-jährigen und älteren Buchen bei der Läuterung billig. In einem Falle liefert der Spaten, im andern die Art den richtigen Wachsraum. Der Gärtner und Forstmann als Rosenzüchter duldet neben dem Rosenstamm keine Schößlinge wegen der Nahrungsentziehung. Zwei, drei oder noch mehr Stämmchen dicht nebeneinander wachsen so langsam als Büschelpflanzungen und können sich in Krone und Wurzel nicht so gut entwickeln als ein Einzelstamm ohne Nahrungskonkurrenten. Wenn Buchen mit 140 Jahren hiebsreif werden sollen, so muß man durch möglichst frühe Einzelstellung und genügend weiten Wachsraum, auch wenn die erste Läuterung nicht die Verbauungskosten bringt, möglichst früh Stangenholz zu erziehen suchen. Denn Zeit ist Geld. 40-jährige Buchen können bei gutem Buchenboden und bei genügend früher Einzelstellung schon ein gutes langes Stangenholz liefern. Der zu dichte Stand der Bäume, sowohl des Hauptbestandes in jedem Alter als des

natürlichen oder künstlich eingepflanzt Unterstandes als Bodenschutzholz, ist ebenso schädlich für den Baumwuchs als die Quecke oder anderes Unkraut für Ackererzeugnisse oder zu dichter Stand der Ackerpflanzen untereinander. Zu dichter Baumbestand liefert ebensowenig Nutzen als ein mit Fischen stark überfüllter Karpfen- oder anderer Fischteich, zu dicht stehende Möhren, Bruckenspflanzen usw., die sich gegenseitig im Wachstum hindern. Wie schnell erholen sich dann, kräftig verzogen, zu eng stehende Möhren, Bruckenspflanzen usw. Genau so ist es mit den Waldbäumen. Es ist sehr interessant zu beobachten, wie schnell bei gutem Buchenboden ancheinend zu scharf gehauene Läuterungen und Durchforstungen zu- und dann freudig weiterwachsen. Nach drei bis vier Jahren, wenn die dominierenden Stämme und der Unterwuchs wieder kräftig belaubt sind, fällt der zuerst ancheinend zu scharf geführte Hieb gar nicht mehr auf. Einige vor vielen Jahren nach damaliger Ansicht viel zu scharf gehauene Läuterungen zeigen heute das beste Wachstum und sind inzwischen zum Teil schon wieder durchforstet. Wenn bei der Läuterung nur die Sperrwüchse herausgehauen werden, die viel zu dicht stehenden schwachen Buchenstämmchen aber nicht genügend stark vereinzelt werden, so halte ich das nur für eine halbe Bestandespflege, da der Bestand dadurch künstlich vom guten Wachsen zurückgehalten wird. Haarschneiden gibt Haarwuchs, Grasschneiden gibt Grasswuchs und Holzhauen gibt Holzwuchs. Unsere Nachfolger finden, wenn die jungen Buchen schon bei der Läuterung Einzelstand erhalten, nicht wie wir bei den Durchforstungen, die stärkeren Stangen als Gruppen mit einseitigen oder eingeeengten Kronen vor.

Da ich alle Artikel in der „Deutschen Forst-Zeitung“ mit großem Interesse lese, so sammelte ich die mich besonders interessierenden. Aus den über Bestandespflege handelnden möchte ich folgende anführen: In Nr. 5 vom 30. Januar 1910 heißt es auf Seite 80 in dem Bericht über die X. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins in Heidelberg 1909 über die Exkursion im Heidelberger Stadtwald:

Die Reinigungshiebe und Durchforstungen, welche letztere vorwiegend Erziehungshiebe sein sollen, werden zeitig und kräftig eingelegt. Mancher Anhänger der alten Durchforstungsmethoden schüttelte da ob der nach seiner Ansicht bedenklichen Stellungen in den durchforsteten Beständen zweifelnd sein Haupt. Bedenkter aber die Erträge und die Zuwachssteigerung, so dürfte auch manch einer sich bekehrt haben. Die Erträge aus der Vornutzung sind so interessant, daß sie verdienen hier wiedergegeben zu werden usw. Nach Abschluß der Schaftbildung werden alsbald die Hiebe zur Durchmesserverstärkung eingelegt, wobei zunächst alle Hauptbäume von den sie in der Entwidlung ihrer Krone beeinträchtigenden Stämmen befreit werden. Die untere Etage bleibt zum Schutze des Bodens reichlich stehen und ermöglicht einen Rarten Eingriff in das obere Kronendach.

Herr Forstirat Eulensfeld schreibt in Nr. 45 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 6. November 1910: „Infolge falscher Sparsamkeit setzt zumeist die Bestandespflege zu spät ein. Solche Sparsamkeit rächt sich später bei den Einnahmen. Auch dem Durchforstungsbetriebe wird noch lange nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet, obwohl sowohl die Wissenschaft auf Grund der Beweise durch die Versuchsanstalten und auch der ausübende Forstmann, insofern er nicht auf Befehl arbeiten muß, sondern selbst denken und demgemäß auch handeln darf, die Wichtigkeit desselben längst erkannt hat. Die Art ist das beste Mittel, den Ertrag aus dem Walde direkt zu fördern dadurch, daß abtötmliches Material genutzt wird, solange es noch den höchsten Nutzwert hat, also bevor es abstirbt, und indirekt, indem der Zuwachs der verbleibenden Bestandesglieder an Masse und am Einheitswert in beschleunigter Weise gesteigert wird. Forstmeister Michaelis zu Sameln hat es uns klar und deutlich vorgerechnet, daß der Wert des Nutholzstammes mit der Stärkenzunahme wächst usw.“

Über zu späte Bestandespflege schreibt Herr Karl Ries gelegentlich einer Exkursion der Ortsgruppe Kammin i. Pom. in Nr. 39 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 25. September 1910 sehr drastisch aber richtig: „Zuerst sahen wir ein Kiefernstangenholz, wo der Läuterungshieb spät ausgeführt war, am Rande war jedoch durch Forstdiebstahl gelichtet worden, zum Vorteil des Waldbesizers. Hier konnte man so recht sehen, daß eine rechtzeitige Bestandespflege von großer Wichtigkeit ist.“

Ich habe während meines 24 jährigen Hierseins auch die Beobachtung gemacht, daß die jungen Buchenbestände dort am besten wachsen, wo die Kaff- und Leseholzsammler schon möglichst früh in den Beständen die trockenen Stämmchen und Äste am fleißigsten herausbrechen, d. h. wo unentgeltlich gelichtet wird. Das lose, tote Laub, unter dem mit Vorliebe Mäuse sich aufhalten, wird dabei angetreten, durch vermehrte Lichtzufuhr findet eine bessere Laub- und Bodenzersehung und weitere Auscheidung der vielen überflüssigen Stämme statt. Gleichalterige Bestände bei gleichen Bodenverhältnissen, in welche die Kaff- und Leseholzsammler wegen ungünstiger Lage (hohe Berge, Täler hinter Bergen, weiter Entfernung von Dörfern usw.) gar nicht läutern, d. h. trockene Stämmchen und Äste brechen, bleiben nach meinen Beobachtungen wegen übergroßer Stammzahl, also Raumangel für Kronen und Wurzeln und Nahrungsmangel im unzersehten losen Laub dagegen bedeutend im Wachstum zurück. Im vorigen Winter führte und jetzt führe ich eine Durchforstung in einem ca. 70- bis 80 jährigen gutwüchsigem Buchenstangenholz am Feldrande eines größeren Dorfes aus. Da von dem Dorfe zu dem Distrikt sowohl eine Landstraße als ein in Tälern versteckter Weg führt, so ist in dem Bestande von Jugend an von Kaff- und Leseholzsammelern, Männern, Frauen und Kindern; stets kräftig Holz gebrochen, trockene Äste gehackt und früher auch viel Holz gestohlen worden. Um den Diebstahl, besonders an trockenen

Stangen, den ich bei meiner Befahrung hierher noch vorband, möglichst zu verhindern, habe ich den Bestand dreimal ziemlich scharf durchforstet. Wie die guten Jahresringe, die man bei jedem Hiebe beobachten soll, da man sehr viel davon lernen kann, an den Stammabschnitten der schönen langen, glatten und starken Bäume zeigen, hat dieser Bestand, der groß gebrochen, groß geköhln und groß gehauen ist, und dabei eine sehr große Zwischenutzung geliefert hat, insbesondere von Jugend an keine Buchstodung gehabt, im Gegensatz zu gleich alten Beständen im Innern des Beldaues, zu welchen aus obigen Gründen nie Raff- und Leifholzsammler hingekommen sind, die viel zu dicht bestanden blieben und wo deshalb doch bedenklich starke Buchstodungen stattfinden mußten. Ähnliche Beobachtungen werden Kollegen, die sehr viele Jahre unter ähnlichen Verhältnissen auf derselben Stelle waren, und das Wachen der verschiedenen Bestände gesehen haben, auch gemacht haben, besonders dort, wo wegen Arbeiter- und Abfahrmangel die Kauterungen nicht früh und scharf genug ausgeführt werden können. Die Holzschläger arbeiten dort, wo Raff- und Leifholzsammler das meistens für den Verkauf doch nur wertlose schwache Material herausgebrochen haben, viel bequemer und schneller. Wo Raff- und Leifholzsammler schon stärkere trodene Stämme im schwachen Stangenholz brechen, was ja nicht schon aussieht, ist es hohe Zeit zur Durchforstung. Wo Holzschläger in Widungen die langen, dünnen Buchen als Bindehanten hauen, erholen sich die jetzt einzeln stehengebliebenen stärkeren Stämmchen sehr schnell, ebenso wo schwache Stämmchen zum Wegebeihern als Fackeln usw. neben Wegen herausgehauen sind.

Im Verlag von J. Neumann, Neudamm, erschien 1910 das Buch „Der Waldbau“. Ein Leitfaden für den Unterricht und die Praxis, ein Handbuch für den Privatwaldbesitzer von Dittmar, Königl. Forstmeister, Lehrer des Waldbaus an der Forstlehrlingschule in Steinbusch. Im Vorwort schreibt der Verfasser: „Bei den Durchforstungen habe ich, unter Übergehung der zahlreichen einst üblichen Arten, nur Wert auf die eine, von mir dargestellte Form gelegt, die dem Bedürfnis des Waldes wohl am meisten entspricht und sich im wesentlichen mit der von Michaelis in seiner kleinen, wahrhaft klassischen Schrift: „Wie bringt Durchforstung die größere Stärke und Wertzunahme des Holzes?“ geschilderten Form wohl deckt. Am Schlusse des

Vorwortes heißt es: Leitend war für mich beim Niederschreiben des Werkes die Liebe zum Walde und der Wunsch, mit dazu beitragen zu dürfen, unsern schönen deutschen Wald zu erhalten, gesund zu erhalten und zu fördern und in denen, die sich des Buches bedienen, die Überzeugung zu wecken:

„Der Wald ist ein Segen, wo Gott ihn auch schuf, Den Wald zu pflegen der schönste Beruf.“

Aus dem Kapitel „Durchforstungen“ möchte ich den Lesern folgende Auszüge bringen:

Ein richtig geleiteter Durchforstungsbetrieb ist das wichtigste der ganzen Wirtschaft, durch ihn kann man am leichtesten und sichersten das eigentliche Ziel des Waldbaus erreichen: Die Erziehung von möglichst vielem und möglichst hochwertigem Holz unter möglichst geringem Aufwand an Zeit und Geld und unter steter Erhaltung der Bodenkraft.

Erst in neuerer Zeit ist die Durchforstung in gebührender Weise als eine Erziehungsmaßregel, als ein wichtiger, ja der wichtigste Teil der waldbaulichen Maßnahmen erkannt worden, und damit der Weg beschritten, der neben der Benutzung und dem Schutz auch dem Waldbau seinen Anteil, den Hauptanteil, an den Durchforstungen sicherte. Hierzu war in erster Linie nötig, daß die Scheu vor Eingriffen in den Hauptbestand vor Sprengung des Kronenschlusses abgelegt wurde, denn nur durch Freigabe eines größeren Kronenraumes ist es möglich, den Baum im Bestande zu verstärken Wachstum anzuregen. Hierdurch ist das Wesen der Durchforstung vollkommen geändert worden usw.

Erziehung von möglichst vielem Holz. Diese wird ursprünglich erreicht durch eine möglichst dichte Bestandesstellung bei der Begründung. Im Laufe der Zeit wirkt aber die dichte Stellung gerade entgegengesetzt; der erbitterte Daseinskampf schwächt alle Bestandeselemente, auch die obsiegenden, und ruft Buchstodungen hervor. Indem die Durchforstung einen Teil der Stämme fortnimmt, fördert sie den Wuchs der zurückbleibenden, und zwar unter Umständen in einem solchen Grade, daß an dem stehenbleibenden Bestande mehr Holz erzeugt wird, als ohne die Durchforstung der gesamte Bestand geliefert hätte. Das entnommene Holz ist besonderer Gewinn.

Da der Baum um so mehr Zuwachs erfährt, je mehr Organe für die Nahrungsaufnahme er besitzt, diese aber um so reichlicher sich entwickeln, je mehr Raum dem Baum zur Verfügung steht, so hängt die Zuwachsstärkung von der freien Stellung des Baumes und der damit verbundenen ausgiebigeren Bildung von Blättern und Wurzeln ab. Gleichmäßiger Wuchs hängt ab von gleichmäßiger Stärke der einzelnen Jahresringe und diese wieder von einer gleichmäßigen, allseitigen Entwicklung der Krone, sowie von einer sich gleichbleibenden Stärke der Jahresringe untereinander, einem gleichmäßigen jährlichen Zuwachs und dieser

*) „Wie bringt Durchforstung die größere Stärke und Wertzunahme des Holzes?“ Reicht der Bramwalder Anleitung zum Auszeichnen der Durchforstungen im Herrschenden. Von Michaelis, Forstmeister und Lehrer an der Forstakademie Münden. Neudamm 1907. Verlag von J. Neumann. Preis 25 Pf. In Partien billiger. Nach dem Abdruck meines Artikels „Ueber Durchforstung“ im Jahre 1908 war Herr Forstmeister Michaelis so freundlich, mir ein Exemplar seines so lehrreichen Buches mit der Bemerkung „Ueberschickt vom Verfasser“ zu senden, wofür ich demselben an dieser Stelle nochmals meinen Dank auszusprechen. Das vorzügliche kleine, billige Werk sollte jeder Forstmann, der Durchforstungen ausführen hat, im Besitze haben und dem Sinne nach auswendig lernen.

wird bedingt durch einen gleichmäßigen Licht- (Wärme- usw.)genuß.

Die Durchforstung muß so stark geführt werden, daß der zunächst sich meist vorfindende gedrängte Stand in den geschlossenen übergeführt, dieser aber auch so weit gelichtet wird, daß eine nennenswerte Zuwachsteigerung zutage tritt, und daß die unzerlegte Laubdecke in Mullboden übergeht, was durch eine leichte Begrünung des Bodens mit den bekannten Humuspflanzen, Sauerklee, Waldmeister, Leberblume, Hainjuncus usw., angezeigt wird. Die Durchforstung darf nicht so stark geführt werden, daß diese Begrünung in Verangerung ausartet.

Über Unterbauung schreibt Herr Forstmeister Dittmar: „In erster Linie verfolgt sie den Zweck, die Bodenkraft zu erhalten bzw. zu erhöhen und damit auch die Zuwachseleistung zu mehrern. Die Erziehung von Holz der untergebauten Art ist Nebenache, sie kommt nur insofern in Betracht, als durch die Unterbauung die Bodennährstoffe in Holzmasse statt in wertloses Unkraut umgesetzt werden.“

Diesen Zwecken entsprechend braucht auch nicht dafür Sorge getragen zu werden, daß durch engen Verband astreine Hölzer erzielt werden, im Gegenteil, ein dichter Einschluß des Unterholzes ist, namentlich auf geringen Böden, gar nicht erwünscht, da in diesem Fall dem Hauptbestand leicht zu viel Nahrung entzogen und er so durch den Unterbau geschädigt statt gefördert wird.“

Aus vorstehenden, wegen Raumangel nur kurzen Auszügen geht wohl schon zur Genüge hervor, wie interessant und lehrreich Herr Forstmeister Dittmar den Teil „Bestandespflege“, der uns in diesem Artikel interessiert, beschrieben hat. Ich kann daher allen Kollegen die Anschaffung des Buches „Der Waldbau“, welches auch eine vornehme Ausstattung hat, bestens empfehlen. Das Buch ist gerade hauptsächlich für uns Förster geschrieben und wäre als Festgeschenk für den Gatten, Sohn usw. sehr geeignet.

Der Diebstahl an aufgearbeitetem Holz und das Strafgesetzbuch.

Vom Königl. Regemeister a. D. Elmon.

Der Schutz der aufgearbeiteten Holzvorräte im Walde erfordert eine unausgesetzte rege Aufmerksamkeit der Forstbeamten. Es ist daher dringend zu wünschen, daß diese Tätigkeit durch die geplante Reform des Strafgesetzbuches nicht noch weiter erschwert wird. Als vor einigen Jahren eine sogenannte „bessere“ Person — in einer Notlage — sich eine geringe Holzmenge von einem Bauplatz angeeignet hatte und dafür auf Grund des § 242 des Strafgesetzbuchs zur Verantwortung gezogen wurde, erhob sich in der Tagespresse ein Sturm der Entrüstung über die Härte dieses Paragraphen. Ja, auch im Reichstage wurde dieser Fall als Ausgangspunkt benutzt, um eine mildere Fassung der Strafbestimmungen dieses Paragraphen zu begründen. Es ist ja richtig, der damals vorliegende besondere Fall mußte Mitgefühl hervorrufen. Nun mußte aber ein besonders eigenartig liegender Vorgang nicht Veranlassung geben, den Schutz des Eigentums in dem Maße zu verringern, wie es, dem Vernehmen nach, in dem Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch vorgesehen sein soll. Erhalten die Strafbestimmungen über die rechtswidrige Aneignung fremder beweglicher Sachen allgemein eine milde Form, so wird hierdurch gerade den aufgearbeiteten Holzvorräten im Walde ein bedeutender Schutz entzogen.

Tritt, wie verlautet, später für Diebstahl unter Umständen Geldstrafe als Sühne ein, so sollte diese, so weit die aufgearbeiteten Holzvorräte im Walde in Frage kommen, mindestens den zwanzigfachen Wert des Entwendeten betragen. Einen höheren Strafschub, wie ihn die unter dem Schutze des Forstdiebstahlsgegesetzes stehenden Walderzeugnisse genießen, verdienen die aufgearbeiteten Vorräte unter allen Umständen. Die Verächtlichung dieses Wunsches läßt sich schon aus den Dienst-

vorschriften folgern, die sich mit dem Forstschutze beschäftigen. Während z. B. in Preußen der Förster nach § 40 seiner Dienst-Anweisung für die Erhaltung eines befriedigenden Forstschutzes nur — allgemein gesagt — verantwortlich ist, hat er nach § 60 unter Umständen für fehlende aufgearbeitete Holzvorräte Ersatz zu leisten. Aber nicht hiermit allein ist diese Forderung begründet. Sie kann sich weiter darauf stützen, daß es sich um ein bereits in Besitz genommenes Bodenerzeugnis handelt. Ferner bleibt zu berücksichtigen, daß die Entwendung der Entwendung von aufgearbeiteten Holzvorräten sehr schwer ist, weil dabei fast keine Geräusche verursacht werden, die den Beamten aus einer gewissen Entfernung auf die Tatstelle aufmerksam machen, zur Ausführung selber auch nur eine verhältnismäßig kurze Zeit erforderlich ist. Endlich ist es für den Bestohlenen bei der Entwendung von aufgearbeiteten Holzvorräten oft nicht in dem Umfange möglich, die Herkunft des Holzes so leicht nachzuweisen, wie z. B. bei einem Forstdiebstahl, wo bei den Ermittlungen meist auf den im Walde verbliebenen Frevelstübben zurückgegangen werden kann.

Bisher wurde der erhöhte Strafschub dadurch geboten, daß die Entwendungen von aufgearbeitetem Holze nach § 242 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis bestraft wurden; das hat manchen vom Diebstahl abgehalten. Folgender Fall zeigt aber, daß manchen Frevler die Höhe der Geldstrafe empfindlicher trifft.

Bei einem Besuche wurde das Stamm- und Zapfistück einer entwendeten Kiefer gefunden. Das starke Stammende und das schwache Zapfende paßten genau auf den Frevelstübben bzw. den im Walde zurückgelassenen Wipfel. Unter Vorlage dieser Beweisstücke war ein Bestreiten des Diebstahls selber vor Gericht nicht möglich. Da es sich aber um die Entwendung einer sehr starken

Kieser handelte, so daß die Strafe nach dem Forstdiebstahlsgeß 280 M. betrug, versuchte der Täter, sich damit herauszureden, daß die Stüde im Walde in abgelegtem Zustande gelegen hätten. Er rechnete offenbar, wenn ihm geglaubt würde, mit einer Strafe wegen Diebstahls nach § 242 des Strafgesetzbuchs; dann hätte er vielleicht nur einige Tage Gefängnis erhalten, während er bei der Annahme eines Forstdiebstahls kräftig in seinen Geldbeutel greifen mußte. Sein Plan scheiterte aber, da von dem Gerichte Forstdiebstahl als erwiesen angesehen wurde. Wäre ihm aber seine List geglückt, so hätte er ein gutes Geschäft gemacht, auch dann, wenn auf die Entwendung von Holz, mit dessen Zurichtung der Anfang gemacht ist, nur eine geringe Geldstrafe stehen würde. Der Unterschied zwischen Diebstahl und Forstdiebstahl hätte ihm sicher keinen Kummer bereitet.

Man könnte nun vielleicht einwenden: „In einem Werte wie dem Strafgesetzbuche für das ganze Deutsche Reich kann auf die eigenartig liegenden

Verhältnisse in den Forstverwaltungen keine besondere Rücksicht genommen werden.“ Darauf ließe sich mit voller Berechtigung antworten: „Die alljährlich zum Einschlage kommenden Holzvorräte stellen einen ganz bedeutenden Teil des Nationalvermögens dar. Diese bedürfen deswegen eines ganz erheblichen Strafschusses, weil sie bei dem jetzigen intensiven Forstbetriebe sich auf eine größere Fläche verteilen, hier oft längere Zeit lagern müssen und daher den rechtswidrigen Angriffen sehr stark ausgesetzt sind. Der Schutz gegen Entwendungen ist also weit schwerer wie beispielsweise der der Kassenbestände in einem verschlossenen Geldschrank.“

Der Wunsch der Forstwirte, auch ihrem Eigentum bei der Bearbeitung des Strafgesetzbuchs einen ausreichenden Strafschuss einzuräumen, erscheint nach dem Gesagten vollberechtigt.

Mitteilungen.

— **Staatsbeihilfe zur Aufforstung von Ob- und Niederländen in Westpreußen.** Um die Aufforstung der vielen Ob- und Niederlände des bäuerlichen Kleingrundbesitzes und armer Gemeinden der Provinz Westpreußen wirksam fördern zu können, ist dem dortigen Provinzial-Forstwirtschaftsverein eine Staatsbeihilfe von 3000 M. gewährt worden. Diese Summe wird seitens des Vereins hauptsächlich zur Erziehung einjähriger Kiefern- und Föhrenpflanzen verwendet, welche alsdann an bedürftige Besitzer zu ermäßigten Preisen oder unentgeltlich abgegeben werden. Die Beratung in forstlichen Fragen erfolgt durch den Verein ebenfalls kostenlos.

— **Aus den oberesslächischen Wäldungen** wird berichtet, daß die vorjährige Trockenperiode durch Begünstigung von Waldbränden und erheblichen Abgang in den Jungwüchsen großen Schaden verursacht hat. Selbst ältere Bäume sind auf nachgründigen Rüden, namentlich in südlichen Hanglagen, nester- und zirkelweise abgestorben. Da diese Bäume teilweise sekundär vom trummstammigen Forstbestande besetzt worden sind, so ist gegen die Verwüsthung desselben rechtzeitig Vorkehrung zu treffen. Von 900 Gebirgswaldquellen haben nur 23 % keine Einbuße erlitten, 63 % gingen in ihrer Ergiebigkeit infolge der Trockenperiode zurück und 14 % versiegten ganz. Das Ministerium läßt die Quellen der zweiten Kategorie in diesem Herbst nochmals messen, und es sollen dann die ergiebigen in den Revierkarten eingetragen werden. In den Tagen vor Weihnachten 1911 fielen in den oberesslächischen Wäldern nahezu 30 000 fm an Windfällen und Brüchen an; es kann jedoch dieses relativ nicht bedenkliche Quantum in den Schlägen eingepart werden.

— **Eine neue Erfindung zur Verhütung von Rauchschäden.** Die großen Schäden, welche der

Land- und Forstwirtschaft als auch der menschlichen Gesundheit durch die den Fabrik- und Schornsteinen entströmenden Rauche und andere Abgase entstehen, gaben schon wiederholt Veranlassung, auf Mittel und Wege zur Beseitigung dieser Nachteile zu sinnen. Auch die Gesetzgebung hat sich bereits mehrfach mit der Rauchfrage beschäftigt, eine durchgreifende Besserung auf diesem Gebiet ist jedoch bisher noch nicht erzielt worden. Wenn es auch wohl kaum gelingen wird, dem Rauche und den sonstigen Abgasen schon innerhalb der Fabrik- und Schornsteinanlage ihre Schädlichkeit zu nehmen, so ist doch jedes Mittel, das auch nur eine Besserung hierin erzielt, schon ein großer Vorteil. Wie wir der Zeitschrift „Rauch und Staub“ entnehmen, ist es nun dem Professor Dr. H. Wälicenus in Tharandt gelungen, eine von ihm angegebene Einrichtung, einen Rauchverdünner oder „Dissipator“, an Schornsteinen anzubringen, der eine starke Verbünnung der den Schloten entströmenden Abgase herbeiführt und deshalb berufen erscheint, im Kampfe gegen Rauch und Ruß eine führende Rolle zu übernehmen, zumal da er ohne maschinelle oder chemische Hilfsmittel und ohne jede Bedienung, also ohne Betriebskosten, arbeitet. Der Dissipator besteht aus weiter nichts, als aus einer Erhöhung der Schornsteinsäule um ein Viertel bis ein Drittel ihrer eigentlichen Höhe, die aber in dem erhöhten Teile nicht geschlossen gemauert, sondern mit vielen trichter- oder schiffsförmigen Windkanälen versehen, also vollständig durchbrochen ist. Dadurch werden die Abgase gehindert, den Schornstein an seiner Mündung in einem geschlossenen Strome zu verlassen, sie treten vielmehr stark verteilt und in viele dünne Streifen zerlegt allmählich durch die zahlreichen, ihrer Masse und Strömungsgeschwindigkeit angepaßten Windkanäle aus und werden schon innerhalb des Dissipators durch den einströmenden

Wind und dann weiter während und nach dem Austritt stark mit Luft durchwirbelt, verdünnt und so für die weitere Verdünnung außerhalb des Schornsteines gut vorbereitet. Daß dabei die Zugkraft des Schornsteines nicht leidet, wird dadurch gewährleistet, daß der „Dissipator“, die Durchbrechungen der Schornsteinwand erst oberhalb der für die Zugerzeugung erforderlichen Schornsteinhöhe beginnt und die bekannte Vakuumbildung auf der Leeseite hierbei für die Zugwirkung günstig ausgenutzt wird. Eine stärkere Vermischung der Abgase mit Luft läßt sich durch eine entsprechende Form und Anlage der Kanäle erreichen. Handelt es sich nicht um Zugschornsteine,

sondern lediglich nur um Abzugschlote für giftige Gase, dann kann eine weitgehende Verdünnung dieser Gase noch dadurch erreicht werden, daß man um den ersten Dissipator-Mantel noch einen zweiten legt. Die bisher mit dem Dissipator ausgeführten Versuche haben sehr erfreuliche Resultate gezeigt. Es ist gelungen, mit dieser Vorrichtung den Rauch und die Abgase kurz nach Verlassen des Schornsteines bereits so stark mit Luft zu mischen und zu verdünnen, daß schon in ganz geringer Entfernung vom Schornsteine, trotzdem mit Zuhilfenahme von Teer ein sehr stark ruhendes Feuer unterhalten, der Rauch unsichtbar wurde.

Berichte.

Die Sommerversammlung des Forstvereins für Westfalen und Niederrhein zu Arnsberg am 7. und 8. Juli 1911.

(Schluß.)

Der ersten Tagesexkursion schloß sich in Arnsberg die Sitzung an, auf welche hier nicht näher eingegangen werden kann. In vorzüglicher Stimmung verlief das sich hieranschließende gemeinschaftliche Essen im Kasino, zu welchem sich auch Vertreter der Stadt Arnsberg eingefunden hatten, um dem Verein ein herzliches Willkommen zu entbieten, als Ergänzung des Grußes, den Herr Oberforstmeister a. D. Schmidmann schon am Morgen des Tages dargebracht hatte.

Bei herrlichstem Wetter wurde am 8. Juli, kurz nach 8 Uhr, die Fahrt in die gräf. von Fürstenberg'schen Forsten angetreten, deren Besichtigung unter Führung des gräf. Forstmeisters Herrn Wahl stattfand. Wie am gestrigen, so präsentierten sich auch an diesem Tage herrliche Waldbilder. Fichtenstangenhölzer wechselten mit Buchenbeständen gleichen Alters ab. Auch hier ist die Revierverwaltung bestrebt, die geringeren Buchenstandorte durch Überführung in Fichten ertragreicher zu machen, aber erfreulich mutete auch das Bestreben an, die Buche auf natürlichem Wege zu verjüngen. Hier wie auch außerhalb des Exkursionsgebietes konnte die Beobachtung gemacht werden, daß der Anwuchs im zweiten Jahre wesentliche Abgänge erlitten hat, obgleich die Schirmstellung eine derartige ist, daß das Gedeihen des Anfluges unter ihm als gesichert angesehen werden mußte. Die kränkenden Pflanzen sind von Blattläusen und namentlich von Milben stark befallen, und auch die Aderichmede (*Limax agrestis*) hat ihre Wintertarte in Gestalt der in den Blättern vorhandenen charakteristischen Fraßlöcher abgegeben. Absterbende Pflänzchen lassen erkennen, daß das feine Wurzelsystem nur ganz lose mit dem Mineralboden verbunden ist, und dieser Umstand kann den Eindruck erwecken, als sei auf den in Frage kommenden Böden die Zersetzung der Humusschicht noch nicht so weit vorgeschritten, daß sie genügend entläuert ist und die Saugwurzeln in so innige Berührung mit dem oberen Mineralboden kommen, wie es die genügende Wasserversorgung erfordert, wenn unter den vorliegenden schwierigen Verhältnissen die

längeren Trockenperioden nicht ungünstig einwirken sollen. Andererseits konnte sich das Auge auch an einer tadellosen älteren, natürlichen Buchenverjüngung erfreuen, denn soweit diese gegen den Wildverbiss in der kritischen Zeit geschützt war, ist sie heute ein ehrendes Zeugnis für den Betriebsleiter, der sie uns vorführte. Das gräf. Fürstenberg'sche Revier beherbergt noch einen guten Wildstand, dessen Erhaltung die Waldbirtschaft natürlich etwas Opfer bringen muß. Für die Fütterung des Rotwildes ist Sorge getragen. Interessant war die Vorführung von zwei Salzlecken, von denen die eine sehr fleißig angenommen, die zweite aber vollständig verschmäht wurde. Auf der Höhe der Berge erwartete die Exkursions Teilnehmer im Schatten uralter Buchen vor dem gräflichen Jagdhaufe ein Frühstück, welches auch die verwöhntesten Gaumen befriedigen konnte. Oberförster Kiel, Diersfordt, feierte hier den am Erscheinen verhinderten Waldeigentümer, den Herrn Grafen von Fürstenberg, dessen Vorfahren und ihm selbst zu verdanken ist, daß der Edelhirsch nach dem für die Jagd schlimmen Revolutionsjahre 1848 in den hiesigen Wäldern eine bleibende Stätte gefunden hat. Echter Jägergeist herrscht unter der gräflichen Jägerei, die sich noch in die gute alte Zeit zurückverfolgen kann, wenn im Herbst der Brunnstichrei des Hirsches von den Hängen widerhallt und zu ihr auf die Höhe des Berges hinauftönt, wenn sie vor dem Jagdhaufe um das lobende und praisende Feuer der Buchenscheite gelagert ist und den Zauber des Waldfriedens derartiger Herbstnächte genießt. Wie zu erwarten war, schwand nach dem eingenommenen nassen Imbiß das Interesse an dem Hauptzweck der Exkursion, und in langer Kette aufgelöst, zogen die Teilnehmer zu Tal, um die hier wartenden Wagen zur Besichtigung der im Bau begriffenen Wohnetalsperre zu besteigen. Hier war es wieder Herr Forstmeister Goebel, welcher an der Sperrmauer in der Hauptfache die notwendigen Erläuterungen gab. In der Talsperre wurde schon zu etwas vorgeschrittener Stunde das gemeinschaftliche Mittagessen eingenommen, das, wie die ganze Exkursion selbst, in heiterster Stimmung verlief. Die Trennungsstunde hatte geschlagen, und in dem Bewußtsein, zwei herrliche Tage verlebt zu haben, zerstreuten sich die Teilnehmer,

alle dem Gedanken Ausdruck gebend, daß selten eine Sommerversammlung das geboten hat, was in diesem Jahre vorgeführt wurde. Nur ein ganz kleiner Kreis war noch übrig geblieben, um unter Führung des Herrn Forstmeisters Goebel auf der Rückfahrt nach Arnsberg noch einen kleinen, aber außerordentlich lohnenden Abstecher zu machen. Zunächst wurde eine Arbeiterschuhhütte aufgesucht, deren Konstruktion nach den Angaben des Herrn Revierverwalters vorgenommen ist und durch ihre einfache und zweckmäßige Ausführung überrascht. Aus einfachen Fichtenstangen, welche der Wald überall in genügender Menge hergibt, ist die Schuhhütte errichtet und der Umgebung harmonisch angepaßt. Die Herstellungskosten sind gering und die sich in beschränkten Grenzen bewegendem Aufwendungen mehr als gelohnt, daß ihnen ein sozial bedeutungsvoller Zweck entgegensteht. Der Exkursionsführer sagt am Schluß, daß auf Wunsch in letzter Stunde 60- bis 70-jährige laubare Fichtenbestände I. und II. Klasse, ergogen in 3 bis 4 m Reihenabstand ohne Zwischenholz, von tadelloscher Buchsbeschaffenheit besichtigt werden können.

Dieser Schluß hat Hochinteressantes geboten. Wirklich tadellos ist die Beschaffenheit dieser Fichtenbestände, deren Begründung von der allgemein herrschenden Methode abweicht. Der allgemein maßgebende Gesichtspunkt ist heute bei der Bestandesbegründung, eine möglichst dichte Stellung der Fichten zu schaffen, und unter anderem auch, mit Rücksicht auf die Astreinheit, die Durchforstung erst spät einzulegen und nur wenig zu entfernen, bis der Höhenwuchs in der Hauptsache vollendet ist. Die vorgeführten Bestände sind in 3 bis 4 m Reihenabstand durch Ballen begründet, die in den Reihen einen dichteren Stand hatten. An dem vorgeführten Beispiel läßt sich aber sehr deutlich erkennen, daß auf geeigneten Böden der enge Bestandesabstand im jugendlichen Alter zur Erzielung der Astreinheit und Erhaltung der Bobenkraft gar nicht nötig ist. Tadellos ist die ganze Buchsbeschaffenheit des Bestandes; die Astreinheit könnte sicher keine bessere sein, wenn der Bestand aus dem dichtesten Schluß hervorgegangen wäre, und auch die Bodenbeschaffenheit ist eine tadellose. Es muß zugegeben werden, daß derart begründete Bestände geringere Vornutzungen ergeben, aber das dürfte kaum in die Waagschale

fallen gegenüber der erhöhten Massenerzeugung in kürzerer Zeit. Auch der Einwand, daß der weite Stand, der im vorliegenden Falle weder abholzige noch ästige Stämme gebildet hat, die Qualität insofern ungünstig beeinflusst, daß die Loderheit des Kronenschirmes Grobringigkeit des Holzes bedingt, dürfte deshalb nicht ins Gewicht fallen, weil der Holzhandel diesem Umstande viel weniger Rechnung trägt, als vielfach in forstlichen Kreisen angenommen wird. Bei der Begründung dieser Bestände sind Rücksichten auf die Bestandesentwicklung allerdings nicht maßgebend gewesen, denn bestimmend für die weitständige Anlage war die notwendige Viehweide, und so hat der Zufall das geschaffen, was der fürs. Schwarzenbergische Forstmeister Vohdanech in Worlit in bewußter Absicht tat, gestützt auf das Prinzip: der Stärkezuwachs ist proportional dem Blattvermögen. Auch der Bodenzustand ist ein ganz vortrefflicher, denn nur die in normaler Ferkung befindliche Streubede ist vorhanden, für deren günstige Beschaffenheit auch die Tatsache spricht, daß an dem offenen Nordostrande, wo genügend feillicher Lichteinfall vorhanden ist, sich so viel Fichtenansflug eingunden hat, daß sich bei Anwendung des Wagnerschen Prinzips die natürliche Verjüngung sicher durchführen ließe.

Die Rückfahrt nach Arnsberg zeigte noch viele interessante Bestandesbilder, auf welche wegen Raummangels hier nicht mehr eingegangen werden kann. Jedenfalls hat sich an den zwei Exkursionstagen eine Fülle hochinteressanter Waldbilder geboten, aber es ist doch nur der trefflichen Vorbereitung zu danken, daß die Waldbesichtigungen in so ausgiebigem Maße durchgeführt werden konnten, wie es geschehen ist. — Alles klappte vorzüglich, und besonderer Dank gebührt Herrn Forstmeister Goebel für die umsichtige Durchführung des ganzen Programms. Auch sein nie verlassender Humor hat als belebendes Element wesentlich dazu beigetragen, die Stimmung der Teilnehmer günstig zu beeinflussen, und weil im übrigen ständig die Sonne über der Perle des Sauerlandes lachte, so kann von der Arnsberger Sommerversammlung gesagt werden, daß ihr Verlauf nach allen Richtungen so außerordentlich befriedigend war, daß die Erinnerung an sie lange vorhalten wird. B a l y - Barmen.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Vertretungen durch Förster o. A. und Gewährung von ermäßigten Tagegeldern.

Allgemeine Verfügung Nr. 1 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Weich.-Nr. III 12505.

Berlin W 9, 19. Januar 1912.

Die Königliche Regierung wird allgemein ermächtigt, erforderlichen Falles mit Vertretungen der Förster m. A. auch Förster o. A. zu beauftragen.

Wenn diese zur Erledigung eines solchen Auftrages für längere Zeit (§ 2 Abs. 2 des Reisekostengesetzes vom 26. Juli 1910) den zugewiesenen festen Amtssitz verlassen müssen, ohne abends dahin zurückkehren zu können, so sind ihnen — abgesehen von den Tagen der Hin- und Rückreise, an denen die gesetzlichen Reisekosten und Tagegelder gezahlt werden müssen — für die Dauer des Auftrages neben ihrer Beibehaltung Tagegelder in Höhe der für Forstaufsicher festgesetzten Kommissionsbiäten zu gewähren (vgl. Allgemeine Verfügung Nr. 15 1902 vom 19. März 1902, Weich.-Nr. III 2317). Die Verrechnung der in solchen Fällen gewährten

ermäßigten Tagegelber hat bei Kapitel 2 Titel 9 der Ausgabe zu erfolgen, sofern verfügbare Gehaltsteile nicht vorhanden sind.
An die Königl. Regierung in Cassel.

Abschrift zur Kenntnis und Nachachtung.
F. A. Wesener.

An die übrigen Königl. Regierungen (mit Ausschluss von Münster und Aurich).

Stempelstreichung der Bürgschaftserklärungen für gestundete Kaufgelder aus Holzverkäufen der Staatsforstverwaltung.

Allgemeine Verfügung Nr. 2 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Gesch.-Nr. III 208.

Berlin W 9, 25. Januar 1912.

Abschrift.
Der Finanzminister.
F.-Nr. III 2082 Berlin C 2, 27. Dezember 1911.

Nach der allgemeinen Verfügung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 22. April 1911 — III 2413 — (abgedruckt im Ministerialblatt der Königlich Preussischen Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten S. 136 Nr. 82) können zur Sicherstellung gestundeter Holzkaufgelder für das aus dem preussischen Staatswalde verkaufte Holz auch Bürgschaftserklärungen unter bestimmten Voraussetzungen angenommen werden. Diese Erklärungen sind, sofern sie von der Reichsbank abgegeben werden, dem in der Anlage 2 zu § 14 R. A. St. D. beigefügten Muster für Zahlungsverprechen der Reichsbank im Falle der Abgabensündung nachgebildet. Die Befreiungsvorschrift im § 4 Abs. 1 Buchst. b L. St. G., auf welche sich die Stempelstreichung der Zahlungsverprechen für gestundete Abgaben gründet, findet auf Bürgschaftserklärungen für die aus Holzverkäufen der Staatsforstverwaltung geschuldeten Beträge keine Anwendung, weil es sich bei ihnen um Leistungen an den Staat handelt, die auf privatrechtlichem Titel beruhen (zu vergl. Hummel-Specht, Stempelstreichungsbuch S. 59 Anmerkung 5). Sie unterliegen daher dem Sicherstellungsstempel nach der Tarifstelle 59 L. St. G., insofern nicht die im Abs. 3 dieser Tarifstelle vorgesehene Stempelermäßigung oder Befreiung Platz greift, deren Voraussetzungen jedoch aus der Urkunde über die Sicherstellung sich ergeben müssen (Hummel-Specht, a. a. O. S. 1095 Anmerkung 14). Da nach einer Mitteilung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten im Bereiche der preussischen Staatsforstverwaltung nur Holzverkäufe abgeschlossen werden, die nach der Befreiungsvorschrift 3 im Abs. 10 der Tarifstelle 32 L. St. G. vom Kaufstempel befreit sind, weil stets, und zwar auch beim Verkauf vor dem Einschlage, Holz in aufgearbeitetem Zustande den Gegenstand des Kaufvertrages bildet (zu vergl. Hummel-Specht a. a. O. S. 836 Anmerkung 97 Abs. 5 und S. 841 unter „Holz“ Abs. 3 und 4), so sind auch die Bürgschaftserklärungen für gestundete Holz-

kaufgelder vom Sicherstellungsstempel befreit, wenn in ihnen zum Ausdruck gebracht ist, daß es sich um Veräußerungen aufgearbeiteten Holzes handelt.

Im Auftrage: gez. Rathjen.
An die Königl. Oberzolldirektionen.

Abschrift erhält die Königl. Regierung mit dem Bemerken zur Kenntnis, daß zu den Veräußerungen aufgearbeiteten Holzes im Sinne vorstehenden Erlasses auch die Verkäufe von Holz vor dem Einschlage, bei denen der Käufer verpflichtet wird, das Holz nach der Aufarbeitung zu bestimmten Einheitspreisen zu übernehmen, zu rechnen sind.

Der in den allgemeinen Bestimmungen über den Holzverkauf nicht vorgesehene Verkauf ganzer Schläge oder bestimmter Holzstärken ohne Feststellung der Masse und von Einheitspreisen bleibt, wie hiermit noch besonders hervorgehoben wird, auch in Zukunft grundsätzlich ausgeschlossen.

Da hiernach die Urkunden über den Verkauf von Holz aus den preussischen Staatsforsten dem Kaufstempel (Tarifstelle 32 L. St. G.) nicht unterliegen, sind auch die Bürgschaftserklärungen über gestundete Holzkaufgelder aus diesen Verkäufen vom Sicherstellungsstempel (Tarifstelle 59 L. St. G.) befreit, sofern sie erkennen lassen, daß es sich um Kaufgelder für aufgearbeitetes Holz handelt.

F. A. Wesener.
An sämtliche Königl. Regierungen (ausschließlich Aurich und Münster).

Befreiung forstfiskalischer Waisenhausfreistellen.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Gesch.-Nr. III 1048.

Berlin W 9, 29. Januar 1912.

Zu Ostern d. Jz. ist je eine für evangelische Söhne verstorbener fiskalischer Forstbeamten bestimmte Freistelle im Zivilwaisenhaus zu Potsdam, in der Waisenversorgungsanstalt zu Klingenberg und im Evangelischen Johannesstift zu Spandau (früher zu Berlin-Blöhensee) zu besetzen. Für die Stelle im Zivilwaisenhaus kommen nur Söhne von Forstverwaltungsbeamten oder vollbeschäftigten Forstassistenten, für die übrigen Stellen nur Söhne von Forstschutzbeamten in Frage. Im übrigen wird auf die allgemeinen Verfügungen vom 14. Mai 1906 — III. 3917 — und 27. August 1907 — III. 10 930 — Bezug genommen, in denen nähere Angaben über das Aufnahmealter gemacht sind.*

Die Königl. Regierung wird veranlaßt, festzustellen, ob in Ihrem Bezirk aufnahmefähige Knaben vorhanden sind, deren Angehörige mit der Unterbringung in einem der Waisenhäuser einverstanden sind. Etwaige Vorschläge sind tunlichst bald nach dem mit der Verfügung vom 23. April 1898 — III. 1164 — mitgeteilten Muster hierher abzugeben.

F. A. Wesener.
An sämtliche Königl. Regierungen (mit Ausschluss derer zu Münster und Aurich).

* Unsere Feier machen wir auf die Mitteilung in der vorigen Nummer S. 101 aufmerksam, in der nähere Angaben über das Aufnahmealter und den Aufnahmegang der Söhne der drei Waisenhäuser gebracht haben.

Verschiedenes.

— **Wichtige Personalveränderungen bei der preussischen Staatsforstverwaltung.** Der Regierungs- und Forstrat Cordemann in Arnberg ist zum Oberforstmeister ernannt und zum 1. April d. Jz. für den pensionierten Oberforstmeister Frese an die Königliche Regierung in Posen versetzt worden. An seine Stelle in Arnberg tritt der inzwischen zum Regierungs- und Forstrat beförderte Oberförster Nicolai zu Wallenstein im Regierungsbezirk Cassel. — Geheimer Regierungsrat Hütner in Hildesheim tritt am 1. April 1912 in den Ruhestand. Seine Stelle hat der Regierungs- und Forstrat Wendt aus Wiesbaden erhalten, der durch den Regierungs- und Forstrat Freiherrn von Hammerstein aus Minden ersetzt wird. — Die Oberförsterstelle Büchrofe im Regierungsbezirk Merseburg wird nach Pensionierung des jetzigen Inhabers Forstmeisters Gerlach am 1. April 1912 in eine Revierförsterstelle umgewandelt und der Oberförster Annarobe angegliedert.

— **Winterversammlung des Märkischen Forstvereins.** Die verehrten Mitglieder des Märkischen Forstvereins und alle Freunde des märkischen Waldes werden nochmals an die am Montag, dem 12. Februar 1912 — 4 Uhr nachmittags — in der „Schlaraffia“, Am Endeplatz 4, stattfindende Winterversammlung erinnert, in der die Herren Forstmeister Voigt in Schwerin und von Waldow-Reichenstein in Königswalde über das hochinteressante Thema: „Beobachtungen und Erfahrungen bei dem großen Waldbrand Schwerin-Königswalde“ berichten werden. Gefällige Anmeldungen zum gemeinschaftlichen Mittagessen werden umgehend unter der Adresse des Vorsitzenden, des Herrn Königl. Hofkammer-Präsidenten von Stünzner, Charlottenburg 5 (Königliche Hofkammer) erbeten.

— **Waldsamenernte-Bericht.** Meinem letzten Waldsamenernte-Bericht wäre noch nachzutragen, daß der Ertrag der Kiefer in Deutschland noch etwas geringer ausfiel, als man im Herbst annahm. Die Lärche ergab etwas mehr, so daß der Preis ein mäßiger ist. Fichten Samen dagegen wird außergewöhnlich teuer. Sehr zu empfehlen ist der Weißtannensamen — auch Weymouthskiefernsamen von hervorragender Güte ist zu mäßigen Preisen erhältlich. Von Laubhölzern lieferte die Eiche bekanntlich eine sehr reiche Mast. Die Koteiche dagegen fast nichts. Die Buche, die in Deutschland und den sonstigen bewohnten Produktionsgebieten gar nicht kultiviert, lieferte eine Vollmast in einem kleinen Distrikte der Karpathen. Diese Bucheln sind von tadelloser Qualität und können zu ganz mäßigen Preisen geliefert werden, so daß es sich empfiehlt, größere Saaten davon ausführen zu lassen. Von Linden Samen ist gar nichts herein gekommen. Die übrigen einheimischen Laub-

hölzer lieferten keine Samenernten. Exoten: Fehlernte von *Larix leptolepis* und *Larix sibirica*. *Pinus Banksiana* befriedigende Ernte, Qualität sehr gut, Preis etwas höher wie voriges Jahr, aber immer noch billiger als früher. Von *Abies Douglasii*, grün *Picea sitchensis*, *Picea pungens*, *Abies Nordmanniana*, sowie von den unwichtigeren Sorten habe ich größere Lieferungen von zuverlässigen Sammlern unterwegs; Die Preise all dieser Samen sind ziemlich normal.

Darmstadt, 1. Februar 1912.

Heinrich Keller Sohn.

— **Güterankauf der Rattowitzer Aktien-Gesellschaft.** Von der Rattowitzer Aktien-Gesellschaft wird eine größere Ausdehnung ihrer industriellen Unternehmungen beabsichtigt. Sie hat nun zu diesem Zweck, um sich zunächst die erforderliche Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit zu verschaffen, vom Grafen Ziele-Windler, Moichen, große Ländereien angekauft. Im ganzen soll es sich um eine Fläche von etwa 1000 ha handeln, die den Schlosspark samt dem bei der Ferdinandsgrube liegenden Park, die Myslowitzer Forst und das Dominium Brzenzlowitz umfaßt. Diese Flächen liegen sämtlich im Bereich der Myslowitzgrube und sind für den erfolgreichen Betrieb dieser Grube von großer Bedeutung.

— **Naturschutz in der Schweiz.** Die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft hat im Jahre 1911 in Solothurn getagt. Aus dem soeben im Buchhandel erschienenen Bericht über die dort abgehaltene 94. Jahresversammlung entnehmen wir nur die unseren Leserkreis besonders interessierenden Mitteilungen über die Arbeiten der Schweizerischen Naturschutzkommission. Diese hat eine außerordentlich weit verzweigte Tätigkeit entfaltet und ist überall, wo die Natur gefährdet war, wirksam eingeschritten.

Zunächst berichtet der Präsident der Kommission über den orologischen Naturschutz. Er versteht hierunter die Vermähnung, eigenartige, von der Natur allein geschaffene oder von einer primitiven Kultur nur wenig berührte Gebirgsteile vor der Entstellung durch Bergbahnen zu schützen, die weder volkswirtschaftlich gerechtfertigt, noch ethisch zu billigen sind. Da diese Gründe für den Bau einer elektrischen Bahn nach dem Matterhorn nicht zutreffen, weil jene im Innern des Felsens laufend den Berg nicht entstellen würde, so schloß sich die Kommission dem Protest gegen diesen Bahnbau nicht an, dagegen widersetzte sie sich im Bunde mit dem Heimatschutz dem Plan einer Bahn auf die Diablerets und nahm bei dieser Gelegenheit gleich Anlaß zu einem Protest gegen alle künftigen, im Sinne des Natur- und Heimatschutzes verwerflichen Projekte ähnlicher Art.

Dem Schutz der noch unberührt gebliebenen Naturdenkmäler der Wasserfälle und Seen vor der ihnen drohenden Zerstörung oder Entstellung

durch eine sie zu Stau- und Kraftwerken auszunutzen Technik dient der hydrologische Naturschutz. Hierbei wird bemerkt, daß die Naturschutzkommission gegen die Anlage von Stauwerken im Laufe der Ströme und Flüsse nichts einzuwenden hat. Der Lauf bei Laufenburg wurde zerstört, ehe die Kommission eingreifen konnte. Da auch der Rheinfluss bei Schaffhausen durch die Wasserableitung zum Betriebe eines Elektrizitätswerkes bedroht wird, so sieht sich die Kommission veranlaßt, schon jetzt gegen das Projekt Stellung zu nehmen. Die geplante Ableitung des Silber Sees, der durch einen 2 m hohen Damm gegen das Engadin gesperrt und samt dem Fexbach ins Bergell abgeleitet werden sollte, was ein Sinken des Seespiegels um 5 m im Gefolge gehabt hätte, konnte durch eine gemeinsame Beschwerde mit den Gemeinden des Oberengadins verhindert werden. Auch der Ageriesee wird von der Technik bedroht, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß auch hier der Naturschutz einsehen wird.

Was den botanischen Naturschutz anbetrifft, so sind von der Regierung eine Reihe von Verordnungen zum Schutze der Pflanzen an die Kantone, und vom Kantonsrat in Zug ein Pflanzenschutzgesetz erlassen worden.

Der zoologische Naturschutz sieht eine Hauptaufgabe in der Revision der Jagdgesetzgebung im Sinne des Erlasses eines eidgenössischen Jagdgesetzes. Dabei wird jedoch zu beachten sein, daß auch dem sogenannten Raubwild ein gewisser Schutz zuteil wird, denn es müssen auch solche Tiere geschützt werden, die keinen genießbaren Braten für die Küche liefern. Übrigens wird sich der Schutz des Raubzeugs schon aus Nützlichkeitgründen rechtfertigen lassen, zumal das Pelzwerk dieser Tiere einen gesuchten und gut bezahlten Handelsgegenstand bildet. Ferner ist aber auch nicht die Tatsache zu bestreiten, daß dort, wo das Raubwild ausgerottet ist, der Wildstand einige Jahre rasch zunimmt, um dann durch eine plötzlich auftretende Seuche vernichtet zu werden. So steht z. B. die Hafenleuche in einem inneren Zusammenhang mit der Vernichtung der Fische, die Grouse (Wirkhuhn-)Epidemie in Schottland mit der Ausrottung der Wanderfalken und die Fisch-Furunkulose in unseren Gewässern mit dem Verschwinden der Fischotter, Mäwen und Reiher. Auf Anregung des Eidgenössischen Departements des Innern ist an die Regierungen sämtlicher Kantone ein Schreiben gerichtet worden, das eine Anzahl von Maßregeln, insbesondere zum Schutze der Vögel, enthält, deren Befolgung den schweizerischen Forstbeamten zur Pflicht gemacht wird. An die Regierung von Luzern hat sich die Naturschutzkommission in Gemeinschaft mit noch anderen, ähnliche Ziele verfolgenden Korporationen mit dem Ersuchen gewandt, einen dauernden Schutz dem ganzen Bauwiler Moos mit Einschluß des Mauenlees zu gewähren und dadurch die nur dort noch ihre Lebensbedingungen findende seltene Sumpfflora und Fauna zu erhalten. Dieses Gesuch wurde von der Regierung mit der Begründung abgelehnt, daß eine Einstellung der Entsumpfungsarbeiten im Bauwiler Moos

früheren Beschlüssen widersprechen, die seit 1850 betriebene Urbarmachung illusorisch machen und durch ein allgemeines Jagdverbot eine schwere Schädigung und Belästigung der Nachbarschaft hervorrufen würde. Die Anlage und Unterhaltung der lebenden Hecken längs der Eisenbahn zum Schutze der Vögel ist der Eisenbahnverwaltung besonders warm empfohlen worden.

In Basel ist es der Naturschutzkommission gelungen, durch Vertrag mit der Christoph-Merianschen-Stiftung das Birswäldchen zwischen der sogenannten kleinen Allee und dem St. Jakobsfeld als Vogelschutzgehölz auf 25 Jahre zu sichern, nachdem sich die Stadt dazu als weniger geeignet erwiesen hat. Die Ornithologische Gesellschaft ihrerseits hatte bei der Regierung Schritte getan, um die innere Flußböschung der Wiese mit zu Vogelschutzzwecken geeignetem Unterholz zu bepflanzen.

Die Gründung eines Schweizerischen Nationalparks in der Val Eluza und deren Umgebung scheint sichergestellt zu sein. Auf dieser etwa 90 qkm großen Fläche soll eine Reservation für alle Pflanzen und Tiere geschaffen werden, die noch nirgends ihresgleichen hat, zumal der schweizerische Nationalpark, der an die italienische Grenze anstößt, dort mit dem von Italien zu errichtenden Nationalpark in Verbindung gebracht werden soll. Die Gründung dieses letzteren wird augenblicklich im italienischen Ministerium für Landwirtschaft erwogen, man steht dort dem Plane sehr sympathisch gegenüber; die einzigen Schwierigkeiten bestehen nur noch in dem Widerstand der italienischen Gemeinde Livigno.

Den folgenden internen Vereinsangelegenheiten ist noch zu entnehmen, daß die Anstellung eines Beamten, der für die Ausführung der Naturschutzverordnungen und Gesetze sorgt, und dem der Titel eines schweizerischen Naturschutzinspektors zu verleihen wäre, gewünscht und beantragt wird.

Weiter wurde angeregt, eine internationale oder Weltnaturschutzkommission zu gründen, und den Naturschutz in seinem ganzen Umfange über die gesamte Erde auszudehnen. Diesbezügliche provisorische Beschlüsse wurden gefaßt, und es steht zu erwarten, daß die Bestrebungen sich verwirklichen werden.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Boch. Oberförster zu Oberwalde, ist die Oberförsterstelle Weilmünster, Regb. Wiesbaden, übertragen.

Begner. Förster zu Mühlbrunn, Oberförsterort Schwiebel, ist nach Braunburg, Oberförsterei Maaßenhof, Regb. Maaßenwerder, vom 1. März d. Js. ab versetzt.

Schm. Förster u. N. zu Niehof, Oberförsterei Kehnhoof, ist als Förster in M. nach Mühlbrunn, Oberförsterei Schwiebel, Regb. Maaßenwerder, vom 1. März d. Js. ab versetzt.

Grasse. Forstamteiler zu Schwanwerder, Regb. Maaßenwerder, ist nach Schlaubehammer, Oberförsterei Mühl-

role, Weib, Frankfurt a. O., vom 1. März d. Jz. ab eintreten.

Keller, Förster o. R. zu Hammerstein, Oberförsterei Hammerstein, ist nach Suckau, Oberförsterei Grunfelde, Regbz. Marienwerder, vom 1. April d. Jz. ab versetzt.

Koch, Förster o. R. zu Suckau, Oberförsterei Grunfelde, ist als Förster m. R. nach Kronerker, Oberförsterei Döbberitz, Regbz. Marienwerder, vom 1. April d. Jz. ab versetzt.

Schulz, Förster zu Kronerker, Oberförsterei Döbberitz, ist nach Weib, Oberförsterei Vauenburg, Regbz. Marienwerder, vom 1. April d. Jz. ab versetzt.

Schubert, Hilfsjäger zu Rudowken, Oberförsterei Nikolaisen, ist für die Oberförsterei Nikolaisen, Regbz. Allenstein, eintreten.

Weg, Förster o. R. zu Al.-Rargenburg, Oberförsterei Oberfl., ist als Förster m. R. nach Vangerow, Oberförsterei Rantowitz, Regbz. Rostlin, vom 1. März d. Jz. ab versetzt.

von Witzig, Forstausseher zu Thurbuch, Oberförsterei Waiden, ist nach Al.-Rargenburg, Oberförsterei Oberfl., Regbz. Rostlin, vom 1. März d. Jz. ab versetzt.

Durch Allerhöchste Order vom 20. Januar d. Jz. ist dem Forstausseher, früheren Försiger Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich der Niederlande **Schmedemann** in zierlichen, Kreis Schleifungen, Regbz. Gifu t., die Anlegung der ihm von Seiner Majestät dem König von Großbritannien und Irland verliehenen Königin Viktoria-Medaile in Bronze, der ihm von Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Schaumburg-Gruppe verliehenen Silbernen Verdienst-Medaile, der ihm von Seiner Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe verliehenen Silbernen Medaille zum Leopoldorden, des ihm von Seiner Hoheit dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg-Mecklen des Herzogtums Brannschweig, verliehenen Ehrenkreuzes 1. Klasse und des Verolein-Kreuzes 2. Klasse, sowie des ihm von Ihrer Majestät der Königin der Niederlande verliehenen Ehrenkreuzes in Silber vom Hausorden von Oranien gütlich worden.

Die bisherigen vier Forstinspektionen des Regierungsbezirks sind zu drei Inspektionen zusammengelöst, die wie folgt abgegrenzt worden sind:

Forstinspektion I — **Merseburg-Annaburg** — Oberforstmeister Grotzsch, enthaltend die Oberförstereien Zeitz, Rosenfeld, Annaburg und Thiergarten;

Forstinspektion II — **Merseburg-Döben** — Regierungsk. und Forstrat Fromm, enthaltend die Oberförstereien Glöcksb., Eintröda, Döberitz, Ballenbe, Sönnichau, Lornau, Rothchaus, Döberitz und Schleuditz;

Forstinspektion III — **Merseburg-Sangerhausen** — Regierungsk. und Forstrat Gubbe, enthaltend die Oberförstereien Eilenroda, Eilenroda, Hohenroda, Hohenroda, Freyburg a. U., Biegetroda, Annarode, Bischofsrode und Pölsfeld.

Gemeinde- und Privatdienst.

Sass, Fürstlich Preussischer Oberforstmeister zu Bleß, Regbz. Oppeln, ist der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Hager, Revierförster zu Dornitz, Regbz. Breslau, ist an seinem 25-jährigen Dien- und Dienstjubiläum zum Oberförster ernannt.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Grünau, Revierjäger zu Wiltgrad, ist unter Ernennung zum Stationsjäger nach Wendisch-Waren 6. Goldberg versetzt.

Schae, Stationsjäger zu Wendisch-Waren, ist unter Beförderung zum Unterförster nach Ludwigslust versetzt.

Müller, Unterförster zu Ludwigslust, ist in gleicher Eigenschaft nach Jemel versetzt.

Das Forstrevier Jemel bei Grevesmühlen geht zum 1. Juli d. Jz. als selbständiges Revier ein und wird als **Schubert** Jemel der Revierverwaltung Wiltgrad angeschlossen.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Stadt-Oberförsterei in Stargard i. Pomm. mit dem Amtssitze in Püßlin, Kreis Saagitz, Regbz. Stettin,

ist zum 1. April d. Jz. zu besetzen. Das Gehalt beträgt 2400 M. nebst von drei zu drei Jahren sechsmal um je 300 M. bis auf 4200 M.; außerdem freie Dienstwohnung, freies Brennholz und Dienstanteile in pensionsfähigen Werte von 600 M. Die Anstellung, welcher eine einjährige Probezeit vorausgeht, erfolgt auf dreimonatige Kündigung und nach dreijähriger Dienstzeit auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung und Witwen- und Waisengeldversorgung; Beiträge sind heraus nicht zu leisten; sonstige Dienstjahre können auf die pensionsfähige Dienstzeit anzurechnen werden. Bewerber, die mindestens die Forstakademie in Gienach mit Erfolg absolviert haben, wollen ihre Zeugnisse mit Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften baldigst an den Magistrat in Stargard i. Pomm. einreichen.

Die **Gemeindeförsterei Mündersbach** in der Königl. Oberförsterei Perleberg, Regbz. Wittenberg, mit dem Wohnsitz in Mündersbach, Kreis Bernsdorf, ist geeignet mit dem 1. Mai 1912 zur Besetzung. Mit der Stelle, welche die Wäldungen der Gemeinde Mündersbach und Ober- und Niederndorf mit einer Größe von 731 ha umfaßt, in ein Jahresentkommen von 1000 M. steigend von der endgültigen Anstellung ab von drei zu drei Jahren um je 100 M. bis zum Höchbetrag von 1800 M. verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist. Außer dem baren Gehalte wird freie Dienstwohnung und Freibrennholz bis zu jährlich 16 ran Terboholz und 100 Weizen bzw. Geldentschädigungen hierfür bis zu jährlich 80 M. bzw. 100 M. bewilligt. Die freie Dienstwohnung und das Freibrennholz bzw. die Geldentschädigungen hierfür sind mit 300 M. bzw. 100 M. beim Ruhegehalt anzurechnen. Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probezeit. Bewerbungen sind bis zum 1. April d. Jz. an den Königl. Hofrath Herrn Schwab in Perleberg zu richten. Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit forstlicher Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Eintittung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnement ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 13. Anfrage: Vom 1. Oktober 1900 bis 30. September 1906 war ich als Hilfsförster in einer Privatforstverwaltung angestellt und habe für diese Zeit 155 Invalidenversicherungsmarken III. Kl. und 155 Marken IV. Kl. geklebt. Am 1. Oktober 1906 wurde ich daselbst zum Förster ernannt, womit die Pensionsberechtigung, aber nicht lebenslängliche Anstellung verbunden war. Vom letztgenannten Datum ab sind für mich keine Versicherungsmarken von der hiesigen Forst-kasse geklebt worden, infolge der Pensionsberechtigung. Vor zwei Jahren zog ich mir im Dienst ein Herzleiden zu, weshalb ich mich, laut ärztlichem Attest, von einzelnen Dienstverrichtungen entbinden lassen mußte, den übrigen Dienst aber verrichten konnte. Jetzt ist mir daraufhin von der Verwaltung, ohne einen Grund anzugeben, für den 31. März 1912 gekündigt worden. Das Leiden ist jetzt wieder beseitigt. Kann ich mit Rücksicht darauf, daß ich als Forstamwärter wegen Überfüllung im Staatsforstdienst nicht beschäftigt werden kann und anderweitige forstliche Beschäftigung bis jetzt nicht gefunden habe, im Rechtswege von der Verwaltung eine Entschädigung resp. Pension erlangen? Ein Dienstvertrag ist nicht geschlossen worden. Bei der Ernennung zum Förster sind mir nur die Gehaltsbezüge und die Dienstländereien angegeben. Könnte ich auch für die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 31. März 1912, während der für mich keine Marken geklebt worden sind, gesetzliche Entschädigung beantragen? Wie

habe ich mich in gegenwärtiger Lage der Verwaltung gegenüber zu verhalten?

Th. R., z. B. Förster in W.

Antwort: Da Sie nicht auf Lebenszeit angestellt sind, kann Ihnen natürlich gekündigt werden, und zwar ohne Angabe eines Grundes. Eine Entschädigung können Sie nicht verlangen. Was Ihre Invalidenversicherung anlangt, so ist maßgebend, ob das Forstpersonal Ihrer Dienstherrschaft durch den Bundesrat auf Grund des § 7 des Invalidenversicherungsgesetzes (§ 1242 der Reichsversicherungsordnung) von der Versicherungspflicht befreit worden ist. Wir nehmen an, daß dies nicht der Fall ist. Es hätte also, wenn Ihr Jahresarbeitsverdienst nicht über 2000 M beträgt, für Sie über den 1. Oktober 1906 hinaus weitergelebt werden müssen. Die Rächentrachtung von Beiträgen ist nur in beschränktem Umfange zulässig, in Ihrem Falle nach dem zurzeit noch geltenden alten Rechte nur für zwei Jahre, nach der am 1. Januar 1912 in Kraft tretenden Reichsversicherungsordnung dagegen für vier Jahre (§ 146 des Invalidenversicherungsgesetzes, § 1442 der Reichsversicherungsordnung). Wir raten Ihnen deshalb, sich gleich nach dem 1. Januar 1912 eine neue Quittungsart ausstellen und diese auf vier Jahre zurückdatieren zu lassen und sodann Ihre Dienstherrschaft zu ersuchen, für vier Jahre nachzuleben. Abzüge für Ihre Beitragsanteile darf sie aber nur für die dem Nachlebetage unmittelbar vorangegangene Lohnzahlungsperiode (Monat oder Vierteljahr) machen (§§ 1432, 1433 der Reichsversicherungsordnung). Weigert sich Ihre Dienstherrschaft, so können Sie beim Landrat Beschwerde erheben.

Ob Sie dafür, daß für einige Jahre nicht nachgelebt werden kann und sich infolgedessen bereinigt Ihre Invaliden- oder Altersrente etwas verringern wird, eine Entschädigung von Ihrer Dienstherrschaft verlangen können, ist sehr zweifelhaft, da Sie selbst sich um Ihre Versicherung hätten kümmern müssen, also die Unterlassung der Beitragsentrichtung mitverschuldet haben. Hg.

Nr. 14. Anfrage: Ich beziehe ein bares Gehalt von 900 M, außerdem Schußgelber ca. 600 M, Naturalbezüge ca. 400 M; Summa 1900 M pro anno. Welcher Lohnklasse gehöre ich an? Die Naturalbezüge kommen ja wohl hierbei nicht in Anrechnung, aber die Schußgelber sind doch wohl zu den Vereinnahmen zu rechnen? Steht mir ein Recht auf Umtausch der kürzlich erhaltenen und entwerteten Marken der IV. Lohnklasse zu? Ich möchte und habe sonst stets die V. Lohnklasse geklebt. R. Sch., Förster in M.

Antwort: Sie gehören gesetzlich in die IV. Lohnklasse (850 bis 1150 M, vgl. § 1245 der Reichsversicherungsordnung), denn § 1247 der R. V. O bestimmt: „Wenn im voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart ist, die den Durchschnittsbetrag übersteigt, so ist diese maßgebend.“ Eine „feste bare“ Vergütung stellen aber weder die Naturalbezüge noch die Schußgelber dar: letztere sind zwar eine bare, aber auch eine schwankende Vergütung. Wegen des Umtauschs der Marken wollen Sie sich an die Versicherungsanstalt wenden; eine Verpflichtung zum Umtausch besteht in Ihrem Falle zwar nicht (vgl. §§ 1446, 1462 der R. V. O.), die Versicherungsanstalt wird wohl aber den Umtausch nicht ablehnen. Hn.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Segemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Km

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Kgl. Segemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Km.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Wette, Försterei Rümde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.



Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Sie möglichst kurz gehaltenen Nachrichten und direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Düsseldorf. Am Sonnabend, dem 24. Februar d. J., nachmittags von 3 Uhr ab, findet die Mitglieder- und Vertreterversammlung im Hotel

Victoria (Wellmanns) in Cleve statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Rechnungslegung; 2. Vorstandswahl; 3. Delegiertenwahl; 4. Vespredung und Beschlußfassung über die Tagesordnung der nächsten Delegierten-Versammlung in Berlin (dieselbe geht den Ortsgruppen direkt zu); 5. Verschiedenes. Ich nehme bei dieser Gelegenheit Veranlassung, die Herren Ortsgruppenvorsitzenden und Vertrauensmänner zu bitten, daß sie es nochmals versuchen, diejenigen Kollegen, welche unserer Kranken- und Kostenbeihilfefasse noch nicht angehören, zum

Beitritt in diese sehr nützliche Wohlfahrts-einrichtung, deren Bestehen im Notfalle erst richtig gewürdigt wird, zu bewegen.

Der Vorsitzende. Voigt.

Erfurt. Die Bezirksversammlung findet Ende Februar in Suhl statt. Tag, Lokal und Stunde wird durch die Herren Ortsgruppen-Vorsitzenden bekanntgegeben. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden und Rechnungslegung; 2. Besprechung der Tagesordnung für die nächste Vertreter-Versammlung in Berlin; 3. Wahl eines Vertreters zur Hauptversammlung nach Berlin; 4. Wohlfahrts-einrichtungen; 5. Vorträge: a) Eis- und Schnebruch im Thüringer Wald im Winter 1910/11 (Förster Bauer, Pesser); b) Vogelschutz (Förster Steinbrecher, Schönauf); 6. Verschiedenes. Um rege Beteiligung bittet Spiwedt, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Driesen (Regbz. Frankfurt a. D.). Das Wintervergnügen der Ortsgruppe findet am 24. Februar d. Jz. bei Jernikow (Driesen) statt. Beginn 7 Uhr abends. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Guttstadt (Regbz. Königsberg). Am Sonntag, dem 25. Februar d. Jz., nachmittags pünktlich um 2 Uhr, Versammlung in Guttstadt bei Schulz. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Rechnungslegung und Entlastung des Vorstandes; 3. Bericht des Vorsitzenden über die letzte Bezirksgruppenversammlung, sowie verschiedene wichtige Mitteilungen; 4. Verschiedenes. Nach der Versammlung, etwa von 4 Uhr ab, gemütliches Beisammensein mit Damen. Gäste können eingeführt werden. Der Beginn der Versammlung ist mit Rücksicht auf die Zugverbindung der Kollegen von Vornbitt so früh angesetzt. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand.

Osche (Regbz. Marienwerder). Versammlung am Sonnabend, dem 17. Februar, abends 6 Uhr, in Osche. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über die Bezirksgruppenversammlung; 2. Einziehung der noch nicht gezahlten Halbjahresbeiträge; 3. Verschiedenes. Es wird aufmerksam gemacht, daß nach dem Beschluß der letzten Versammlung das Fehlen ohne triftigen Grund mit 50 % geahndet wird. Entschuldigend muß bis 1. März beim Vorsitzenden eingehen. Die Herren, welche nicht erscheinen können, werden gebeten, den Mitgliederbeitrag umgehend bestellgelfrei an den Kassierer einsenden zu wollen. Der Vorstand.

Stallischen (Regbz. Gumbinnen). Die Ortsgruppen Vorles-Heide und Stallischen feiern am 18. Februar 1912 ihr Wintervergnügen in Bentheim, Gasthaus Roschorrel, verbunden mit Theater und Tanz, Beginn 6 Uhr, wozu die Kollegen der Gruppen recht zahlreich zu erscheinen bittet Der Vorstand. J. A. Heyn.

Trensa (Regbz. Cassel). Das Oberjägerkorps des Hessischen Jäger-Bataillons Nr. 11 zu Marburg ladet die Mitglieder der Ortsgruppe Trensa zu dem auf den 17. Februar stattfindenden Ball ergebenst ein. Derselbe beginnt abends 8 Uhr in den Stadtsälen. Es wird um zahlreiche Beteiligung gebeten. Müncher.

Wiartel (Regbz. Allenstein). Am Sonntag, dem 18. Februar, abends 7½ Uhr, findet das diesjährige Wintervergnügen in altgewohnter Weise im Gasthaus Konopaski, Wiartel, statt. Musik vom Infanterie-Regiment 147 Lfd. Die Herren Vereinsmitglieder werden gebeten, einzuladende Gäste dem Schriftführer, Kollegen Hübner, Breitenheide, bis Sonnabend, den 10. Februar, anzugeben, und es behält sich der Vorstand die Einladung vor. Die Herren Kollegen anderer Ortsgruppen sind hiernit eingeladen und erhalten keine besondere Einladung. Der Vorstand.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Die diesjährige **Mitgliederversammlung** wird am **Montag, dem 26. Februar d. Jz., nachmittags 6 Uhr, im Hotel „Prinz von Preußen“ zu Neubamm** abgehalten.

Tagesordnung:

1. Entlastung des Jahresberichts. — 2. Bericht über die stattgehabte Prüfung der Kasse und Jahresrechnung. — 3. Entlastung des Schatzmeisters. — 4. Festsetzung der Höhe der Begräbnisbeiträge für die Zeit vom 1. März 1912 bis Ende Februar 1913 gemäß § 15 d der Satzung. — 5. Genehmigung des Haushaltsplans für das Jahr 1912. — 6. Neuwahl des Vorstandes gemäß § 7 der Satzung. — 7. Neuwahl der Rechnungsrevisoren gemäß § 12 der Satzung. — 8. Verschiedenes.

Der Mitgliederversammlung geht eine um 3½ Uhr nachmittags beginnende Vorstandssitzung voraus. Um 7 Uhr findet im Hotel „Prinz von Preußen“ gemeinschaftliches Essen statt (à Gedeck 2,50 M.). Besondere Einladungen ergehen nicht. Vereinsmitglieder, die an dem Essen teilzunehmen wünschen, werden ersucht, dies der Geschäftsstelle des Vereins bis spätestens den 23. Februar d. Jz. mitzuteilen. Um zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Graf zu Rankau,

Königl. Forstmeister, Döllensradung,
Vorsitzender.

Neumann,

Königl. Kommerzienrat, Neubamm,
Schatzmeister und Schriftführer.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldden an:

Rebs, Allan, Forstausseher, Oberneubrunn b. Unterneubrunn.
Meyer, Franz, Forstausseher, Forsthaus Oskargen bei Gr.-Konopken.
Perfide, Stadtschreiber, Forsthaus Stadthelbe bei Berlinchen.
Simon, Florian, Leijäger, Schwintochlowitz.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzufenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefarben und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Reumann, Schreibe- und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Auf den Treibjagen in Augusthof und Wellentin gesammelt; eingeleitet von Herrn Tierarzt Conrad in Riephe 15,- Mk.
 Ergebnis einer Sammlung gelegentlich des Festes am 27. Januar im Oberjäger-Korps Hannoverischen Jäger-Bataillon Nr. 10; eingeleitet vom Oberjäger-Korps, Jäger-Bataillon Nr. 10 in Goslar, Harz. 36,- „
 Gesammelt beim Feste des Oberjäger-Korps Magdeburgischen Jäger-Bataillon Nr. 4 am 27. Januar; eingeleitet von Herrn Bischofswedel Platzgraf in Rumburg, Saale 8,30 „
 Für Festschüsse auf der Jagd am 20. 1. 12; eingeleitet von der Kaiserl. Oberförsterei Volchen 2,- „
 Nach Auflösung des Jagdclub Weisensee verbliebenes Vereinsvermögen; eingeleitet von Herrn Reitz in Weisensee 1,- „

Sa. 62,20 Mk.

Den Sebern herzlichsten Dank und Weltmannsheil!

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Hertig-Halensee.

Bezirksgruppe Brandenburg.

Diesjährige Zusammenkunft der Bezirksgruppe Brandenburg in Berlin am Sonntag, dem 11. Februar 1912, ½ 4 Uhr nachmittags, in den oberen hinteren Räumen des Restaurants „Weihenstephan“, Friedrichstr. 176.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Ortes für die Sommerversammlung der Bezirksgruppe.
2. Anträge aus der Versammlung.
3. Besprechung forstlicher und jagdlicher Tagesfragen.

Gäste sind willkommen.

Radlik, den 30. Januar 1912.

Rehner, Oberförster.

Aufnahme in die Forstlehrlings-Schule des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands.

Am 1. Juli 1912 beginnt für die Forstlehrlings-Schule zu Templin ein neues Schuljahr. Anmeldungen zur Aufnahme sind bis spätestens 1. März 1912 dem Unterzeichneten einzureichen, welcher auch über die Kosten des Schulbesuches und die Aufnahmebedingungen sowie auf Anfrage auch über den Entwicklungsgang des Privatförsters nähere Auskunft erteilt.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein „Waldheil“ an Privatforstbeamte, welche Mitglieder des Vereins „Waldheil“ sind, zur Ausbildung ihrer Söhne eine Anzahl Stipendien zu je 100 Mk zu vergeben hat. Etwaige Gesuche um solche sind an den Verein „Waldheil“ zu Neubamm zu richten.

Forstlehrlings-Schule Templin (Udemark),
Januar 1912. Jacob, Direktor.

Betrifft Forstzeitungsabonnement.

Die hochverehrten Mitglieder, welche auf die Deutsche Forst-Zeitung zum Vorzugspreise von 3 Mk. 20 Pf. pro Jahr abonniert haben, ersuchen wir, den Abonnementsbetrag, soweit dies noch

nicht geschehen ist, postwendend an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung (J. Reumann), Neubamm, einzufenden. Die Abonnementsbeträge werden bis zum 25. Februar erwartet und, wenn sie bis dahin nicht eingegangen sind, zuzüglich 35 Pf. Portokosten per Postnachnahme erhoben.

Die Geschäftsstelle
der Deutschen Forst-Zeitung, Neubamm.

Zahlung der Beiträge für 1912.

Mit der Zunahme der Mitgliederzahl in unsern Verein haben sich die Arbeiten in der Geschäfts- und Kassenstelle erheblich vermehrt, so daß schon im Interesse der Sparsamkeit auf die Verringerung der Arbeitslast möglichst Bedacht genommen werden muß. Eine wesentliche Verminderung der Vereinsgeschäfte wird aber durch rechtzeitigen, d. h. möglichst frühzeitigen Eingang der fälligen Zahlungen zu Anfang des neuen Jahres herbeigeführt. Wir richten deshalb an die Vereinsmitglieder die ergebene Bitte, die fälligen Jahresbeiträge für 1912 sowie die Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan für 1912 recht bald einfinden zu wollen.

An Beiträgen haben zu entrichten:

1. **Privatforstbeamte** bei einem Einkommen bis 2000 Mk. jährlich 4 Mk., bei einem solchen über 2000 Mk. jährlich 8 Mk.,
2. **Waldbesitzer**, die nicht einen lebenslänglichen Beitrag von mindestens 200 Mk. bereits geleistet haben, jährlich mindestens 10 Mk.,
3. **außerordentliche Mitglieder** jährlich mindestens 8 Mk., falls nicht ein lebenslänglicher Beitrag von mindestens 75 Mk. bereits gezahlt wurde.

Die Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan, die „Deutsche Forst-Zeitung“, betragen im Vorzugspreise (Ratt 8 Mk. 50 Pf.) für das Jahresabonnement 5 Mk. 20 Pf. bei Lieferung frei ins Haus.

Alle Zahlungen sind nur zu richten an die **Kassenkelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Rendsburg**, aber nicht an die Geschäftskelle in Salensee.

Die Kassenkelle.

Bericht über die Versammlung der Bezirksgruppe XV (Vereinigung der Privatforstbeamten der Grafschaft Glatz und Umgegend) am 3. Dezember 1911 in Reichenbach i. Schles.

Zu der für heute einberufenen Versammlung waren erschienen 21 Mitglieder und 3 Gäste. Der Vorsitzende, Oberförster Hoffmann-Hausdorf, eröffnete die Versammlung mit Begrüßung der Anwesenden und gedachte sodann unseres allerhöchsten Jagdherrn mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen, dreifachen „Horrido“. Der Vorsitzende erstattete zunächst Bericht über die Mitgliederversammlung in Posen.

Eine recht lebhafte Debatte entspann sich bei dem Thema „Forstlehrlingschule Templin“. Herr Rentmeister Pelsche-Giersdorf sprach sich entschieden gegen eine Erweiterung der Templiner Schule aus und wünscht die Errichtung einer neuen Forstlehrlingschule in der Provinz Schlesien. Im gleichen Sinne sprach auch noch Herr Oberförster Kieger-Giersdorf, welcher zum Schluß auch noch den Lehrstellennachweis streifte, welchen er für nicht angebracht erachtet, solange den betreffenden Lehrlingen nicht die Garantie gegeben werden kann, auch in die Forstlehrlingschule aufgenommen zu werden.

Der Vorsitzende empfahl hierauf, einen Antrag zu beschließen und einzubringen, dahingehend, daß von einer Erweiterung der Forstlehrlingschule

in Templin vorläufig abgesehen und die Errichtung einer neuen Forstlehrlingschule in der Provinz Schlesien in die Wege geleitet werden möge.

Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. Als weiterer Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag von Herrn Oberförster Kieger-Giersdorf angelegt.

Redner besprach sehr eingehend den großen forstlichen Lehrgang in Görlitz, bei welchem er als Lehrer mitgewirkt hatte.

Außer den verschiedenen Fächern, welche zum Vortrag gekommen waren, und den Exkursionen erwähnte der Vortragende noch einige Punkte, welche nach seiner Ansicht nicht so ganz glücklich gewählt waren, namentlich in bezug auf die Zeiteinteilung des Stundenplans hält er eine Verschiebung zugunsten der Hauptfächer, wie Waldbau, Forstschutz usw. für bringen wünschenswert.

Nach beendetem Vortrage dankte der Vorsitzende Herrn Oberförster Kieger für die sehr interessanten Ausführungen, und die Versammlung erhob sich zum Zeichen der Anerkennung von den Plänen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt die Versammlung, die nächste Bezirksgruppen-Versammlung im März in Glatz abzuhalten.

Da weitere Anträge nicht vorlagen, wurde die Versammlung geschlossen.

Der größte Teil der Anwesenden blieb noch ein Stündchen in angenehmer Unterhaltung vereint, bis Eisenbahn und andere Fahrgelegenheiten die Teilnehmenden wieder den heimischen Bauen zuführten.

Forsthaus Wiltzsch.

A. Weidlich.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Forstwaldenverein.

Die diesjährige **Mitgliederversammlung** findet am Montag, dem 12. Februar, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaale des landwirtschaftlichen Ministeriums, Berlin W, Leipziger Platz 9, statt.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme des Rechenschaftsberichts über die Wirksamkeit und den Vermögensstand des Vereins und Erteilung der Entlastung für die Jahresrechnung.
2. Sonstige Angelegenheiten.

Im Anschluß hieran findet eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses statt.

Gleichzeitig werden die Mitglieder um baldige Einbringung ihrer Beiträge an die Vertrauensdamen und die letzten um pünktliche Überweisung verziehender Mitglieder an die Vertrauensdamen des neuen Wohnortes gebeten. Zurzeit stehen die nachbenannten Vertrauensdamen neben den Namen eingeklammerten Bezirken vor:

Herr Hofkammerpräsident von Stünzner, Berlin W, Altesacker Str. 41/45 (Geschäftsbereich der Hofkammer), Frau Landforst. Sebe, Berlin, Tempelhofer Ufer 37 (für die-
minen Mitglieder, welche in Berlin und dessen nächster Um-
gebung, sowie die, welche außerhalb des preussischen Staatsgebietes

wohnen), Frau Oberforst. König (Gumbinnen), Frau Reg.- und Forst. Böhme (Königsberg), Frau Oberforst. Robertsohn (Mittenstein), Frau Oberforst. von Reichenau (Danzig), Frau Oberforst. Kramelt (Marienwerder), Frau Oberforst. Müller (Forstakademie Gerswalde), Frau Geh. Reg.- und Forst. Schwiager (Potsdam), Fräulein von Krogh (Frankfurt a. O.), Frau Oberforst. Reich (Stettin), Frau Oberforst. Roth (Köslin), Frau Oberforst. Eberts (Stralsund), Frau Oberforst. Krese (Posen), Frau Oberforst. Barth (Bromberg), Frau Oberforst. Hellwig (Breslau), Frau Oberforst. Krieger (Piegnitz), Frau Reg.- und Forst. von dem Borne (Oppeln), Frau Reg.- und Forst. Ehrig (Magdeburg), Frau Reg.- und Forst. Fromm (Merseburg), Frau Oberforst. Kannebaum (Erfurt), Frau Oberforst. Werhardt (Schleswig), Frau Oberforst. Schmidt (Hannover und Klosterammer), Frau Reg.- und Forst. Klode (Hildesheim), Frau Oberforst. Friede (Forstakademie Münden), Frau Oberforst. von Blum (Lüneburg), Frau Oberforst. Hodegra (Stade), Frau Oberforst. von Schrabert (Canabrüd und Aurich), Frau Oberforst. Tillner (Münster und Minden), Frau Oberforst. Allgen (Münsterberg), Frau Oberforst. Ewart (Cassel), Frau Oberforst. Landelmann (Wiesbaden), Frau Geh. Reg.- und Forst. Schäfer (Coblenz), Frau Oberforst. Roth (Düsseldorf), Frau Oberforst. Kamsthal (Cöln), Frau Oberforst. Freytag (Trier), Frau Oberforst. Kante (Aachen).

Der Schriftführer:
Wobbel, Landforstmeister.

Bekanntmachung.

Die **Sehwerthische August- und Minchen-Stiftung** zur Ausbildung von Kindern von Forstschutzbeamten im Regierungsbezirk Wiesbaden

wird demnächst über die in diesem Jahre an die Waisen und Kinder von Forstschußbeamten zu bewilligenden Unterstützungen Beschluß fassen.

Diesenigen Vormünder, Forstschußbeamten oder Witwen von Forstschußbeamten, welche für ihre Mündel oder Kinder eine Unterstützung zu erhalten wünschen, werden daher aufgefordert, ihre Gesuche bis spätestens 20. Februar d. Js. an den zunächst wohnenden Herrn Forstmeister oder Oberförster zur weiteren Veranlassung abzugeben.

Die zu den Gesuchen vorgeschriebenen Formulare können auf jeder Oberförsterei in Empfang genommen werden.

Wiesbaden, den 10. Januar 1912.

Der Vorstand

der Seyberth'schen August- und Minchen-Stiftung.
Dandellmann.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Hauptversammlung der Seyberth'schen August- und Minchen-Stiftung findet Sonnabend, den 16. März 1912, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Wartburg“ in Wiesbaden, Schwalbacherstraße 51, statt.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Rechenschaftsberichtes über die Wirksamkeit der Stiftung und des Vorstandes im abgelaufenen Jahre.
2. Vorlage der abgeschlossenen Rechnung für das letzte Kalenderjahr und des Berichtes des Rechnungsprüfungsausschusses darüber.
3. Genehmigung der Unterstützungen, welche durch den Vorstand vorgeschlagen werden.
4. Neuwahl des wegen Ablaufs der Amtsdauer (§ 9 der Satzungen) auscheidenden Schriftführers und eines Beisitzers.
5. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für das nächste Jahr.
6. Etwaige Mitteilungen, Anträge und Wünsche des Vorstandes, der Vertrauensmänner und der Mitglieder.

Wiesbaden, den 10. Januar 1912.

Der Vorstand

der Seyberth'schen August- und Minchen-Stiftung.
Dandellmann.

87. Verzeichnis

der zum Besten der Kronprinz-Friedrich-Wilhelm- und Kronprinzessin-Viktoria-Försterei-Kollegien bei der Zentral-sammelfeste (Rechnungsrat Schmidt II zu Berlin W 9, Leipziger Platz 9) in der Zeit vom 1. August 1911 bis Anfang Januar 1912 weiter eingegangenen freiwilligen Beiträge.

- | | |
|---|----------|
| 1. Kiefer, Königl. Forster in Döllingen | 200,00 M |
| 2. H. H. in Hamburg, durch Bild und Hund | 15,00 „ |
| 3. Bürgermeister Dietrich in Wissenbach aus einem Zehnetermin | 15,00 „ |

- | | |
|--|----------|
| 4. Reusch, Forstreferendar, Georgenburg, Ostpr. | 4,50 „ |
| 5. Bähler, Königl. Forster in Obernkirchen, gesammelte Beiträge für Heilschüsse | 12,55 „ |
| 6. Dr. Großmann, prakt. Arzt, Gidel i. Westf. — durch Bild und Hund — für Heilschüsse zc. bei der Treibjagd in Renne-Dimarschholz | 19,00 „ |
| 7. v. Klieben, Oberförster zu Rietz in Pomern | 50,00 „ |
| 8. Stenische, Rechtsanwalt, Wöngrowitz — Jagdsteuerabgabe | 8,50 „ |
| 9. Fleischer-Goderisse Vermögens- u. Güterverwaltung in Wachen für den Rat eines höheren Forstbeamten | 150,00 „ |
| 10. Oberjäger-Korps des Brandenburgisch-Jäger-Bataillons Nr. 3, Eubben, gesammelt bei der Weihnachtsverlosung von den Oberjägern, Unteroffizieren und deren Gästen | 60,80 „ |
| 11. Heyermann, Bonn, Buchh. 12 gesammelt von der Singinger Jagdgesellschaft | 200,00 „ |
| 12. Schewe, Königl. Förster, Bleichfelde bei Bromberg, Sammelgelder für Heilschüsse in der Oberförsterei Jagdschloß | 25,20 „ |
| 13. Rittingholz, Königl. Oberförster, Hildesbach, Beitrag der Oberförsterei für 1912 | 10,00 „ |

Summa 765,65 M

Hierzu: Summe bis 86. Verzeichnis 142714,09 „

Gesamtbetrag: 143479,58 M

Bezirksverein der Kommunalforstbeamten Ost- und Westpreußens.

Am Sonntag, dem 21. Januar d. Js., fand in der Jubiläumshalle in Königsberg (Ostpr.) eine Vorstandssitzung statt. Kollege Gebbers (1. Vorsitzender) erstattete eine allgemeine Übersicht über den Stand des Vereins; es wurde mit Freuden begrüßt, daß wieder eine Anzahl Kollegen Mitglied des Vereins geworden ist. Auch gibt man sich der Hoffnung hin, daß der kommende Frühling noch manches neue Mitglied bringen möge, damit gemeinsam die im Stande der Gemeindeforstbeamten zweifellos herrschenden Mißstände bekämpft werden, und auch diese Beamten an der jetzt allmählich in allen Beamtenkreisen eingetretenen Zufriedenheit teilnehmen können. Wahrhaft bedauerliche Zustände hat eine Stellenstatistik aufgedeckt.

Es wurde folgendes beschlossen:

1. Die vom Vorsitzenden aufgestellte Stellenstatistik soll den betreffenden Provinzial-Vorständen des Preussischen Gemeinde-Beamten-Verbandes eingereicht werden.
2. Es wird beschlossen, sich mit reellen Firmen in Verbindung zu setzen, um Preisvergünstigungen im Einkauf zu erreichen.
3. Als Hauptversammlungsort für die Generalversammlung 1912 wird Thorn gewählt.
4. Der eventuelle Anschluß an einen zu gründenden Landesverband wird dem Vorsitzenden überlassen und ihm Vollmacht erteilt.
5. Wurden noch verschiedene Anfragen von Mitgliedern erledigt.

Der Vorstand.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befriedigung eingehender Forstbedürfnisse in Preußen. 117. — Erfahrungen mit dem Anbau von Stickstoff. sammeln im Kiefern-Nadelwald. Von B. 117. — über Fütterung und Durchfütterung in Wildenbeiden. Von D. Mau. 120. — Der Diebstahl an aufgearbeitetem Holz und das Strafrecht. Von Simon. 124. — Staatsbeiträge zur Aufforstung von Edelhölzern in Westpreußen. 125. — Aus den oberelbischen Wäldern. 125. — Eine neue Erklärung zur Vertilgung von Raubtieren. 125. — Die Sommerverwaltung des Forstvereins für Westfalen und Niederrhein zu Münsterberg am 7. und 8. Juli 1911 (Schluß). 128. — Geleise, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse. 127. — Wichtige Personalveränderungen bei der preussischen Staatsforstverwaltung. 129. — Sommerverwaltung des Westfälischen Forstvereins. 129. — Waldamener Bericht. 129. — Guttenlof der Antwoiger Alpen-Gesellschaft. 129. — Naturforsch. in der Schweiz. 129. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 130. — Offene Stellen im Gemeinde- und Staatsforstwesen für Waldwärter des Jagdkorps. 131. — Brief- und Fragekasten. 131. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 132. — Nachrichten des „Waldbau“. 133. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 134. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperchaften. 135. — Zusätze.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.

Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Grandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstweisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmouler Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 7.

Neudamm, den 18. Februar 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Öffentlich gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Gildon im Regierungsbezirk Marienwerder ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. März eingehen.

Oberförsterei Zerkowa im Regierungsbezirk Oppeln ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. März eingehen.

Oberförsterei Wessershof im Regierungsbezirk Hildesheim ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. März eingehen.

Försterei Birkenwalde in der Oberförsterei Kranichbruch, Regierungsbezirk Gumbinnen, gelangt zum 1. April 1912 zur Neubesezung. Zu der erledigten Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an Dienstland 11,2 ha Acker, 6,2 ha Wiesen. Die Schule ist in Ratheningken. Die Bahnstation Ratheningken der Eisenbahnstrecke Insterburg-Körschen ist rund 2 km von der Försterei Birkenwalde entfernt. Gesuche um Besetzung auf diese Stelle sind bis zum 15. März einzureichen.

Försterei Pinnamünde in der Oberförsterei Neuendorf, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. April 1912 anderweit zu besetzen.

Försterei Großenlaß in der Oberförsterei Burghaun, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. April 1912 zu besetzen.

Försterei Salmünster in der Oberförsterei Salmünster, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. April 1912 zu besetzen.

Försterei Sappfling in der Oberförsterei Weißewarte, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungsgesuche sind bis zum 1. März einzureichen.

Zur Försterbesoldungsfrage in Preußen.

Wir nehmen an, daß die Besoldungs- und Dienststandsfrage der Förster demnächst im preussischen Abgeordnetenhaufe neuerlich behandelt werden dürfte. Aus dem Grunde wollen wir die bestehenden Verhältnisse, die Laufbahn selbst und die Einkommensverhältnisse der Förster und Försteranwärter kurz zusammenfassend wiederum erörtern und dabei die vorhandenen berechtigten Wünsche, unter Bekanntgabe ihrer Ursachen, kurz zusammenfassen.

Ausbildung. Der junge Mann tritt vom 16. bis 18. Lebensjahre zu einem verwaltenden Staats-Forstbeamten in die Lehre. Hierzu wird er hinsichtlich seiner Schulbildung ohne weiteres als geeignet erachtet:

- a) wenn er das Zeugnis der wissenschaftlichen Befähigung für den Einjährig-Freiwilligen-Militärdienst erworben,
- b) wenn er durch den Besuch einer höheren Schule (Gymnasium, Progymnasium, Realgymnasium, Realprogymnasium, Ober-Realschule, Realschule, höhere Bürgerschule) die Reife für die Tertia, (bzw. an höheren Bürgerschulen für die dritte Klasse) erreicht hat.

Genügt der Bewerber den Bedingungen zu a und b nicht, so hat er sich einer besonderen Prüfung in den Schulfachkenntnissen zu unterziehen.

Die praktische Ausbildung in der Lehrzeit währt ein Jahr. Darauf erfolgt ein einjähriger Besuch einer der vier Forstschlingenschulen. Am Schlusse dieses Schuljahres ist die sogenannte Jägerprüfung abzulegen, nach deren Bestehen der Lehrling in ein Jägerbataillon eingestellt wird. Hier erhält er neben der militärischen Ausbildung weiteren forstlichen Unterricht. Jäger, die im Besitze des Zeugnisses zum Einjährig-Freiwilligen-Militärdienste sind, dienen ein Jahr, die übrigen drei Jahre bei der Fahne. Bei befriedigender Führung und regem Eifer im forstlichen Unterricht werden die Einjährig-Freiwilligen im ersten, die anderen Jäger im dritten Dienstjahre verpflichtet, d. h. die Jäger erklären sich zu einer im ganzen zwölfjährigen Dienstzeit im Jägerkorps bereit. Der Rest dieser Dienstzeit soll gewöhnlich in der Reserve abgeleistet werden, erhält aber die Verpflichtung bis zum Schlusse des zwölften Dienstjahres, auch im Frieden, acht Jahre zum Dienste bei der Fahne zur Verfügung zu stehen. Jäger, die zum Fortdienen als aktive Oberjäger in Aussicht genommen werden, — und das sind bei der augenblicklich sehr geringen Zahl der Annahmen für die Laufbahn gegenwärtig etwa $\frac{2}{3}$ der Anwärter, — verpflichten sich zu einer aktiven militärischen Dienstzeit von neun Jahren. Die nicht als Oberjäger im aktiven

Militärdienst verbleibenden Jäger werden nach Ableistung des dritten — Einjährig-Freiwillige des ersten — Dienstjahres zur Reserve beurlaubt, haben sich bei einer königlichen Regierung zur berufsmäßigen Beschäftigung zu melden, und werden von diesen nach Bedarf einberufen. Meist ist jetzt jedoch der Bedarf bei den Regierungen durch ältere Jahrgänge bereits gedeckt, so daß ein großer Teil zunächst ein Unterkommen im Gemeinde-, Anstalts- oder Privatdienste suchen muß und in diesem so lange verbleibt, bis die Einberufung durch die betreffende Regierung erfolgt. Die Oberjäger und Feldwebel, die neun Jahre bei der Fahne verbleiben, können vom achten Dienstjahre an einmal zur Förderung ihrer forstlichen Ausbildung unter Belassung der militärischen Gebühren sechs Monate in den Forstdienst beurlaubt werden. Auch diese erhalten oft schwer eine Beschäftigung bei den königlichen Regierungen, nachdem sie ihre neun Dienstjahre bei der Fahne abgeleistet haben.

Über die Anerkennung der Versorgungsansprüche für den Staatsforstschußdienst bestehen weitere Vorschriften. Diejenigen Anwärter, die nach einer ein- bzw. dreijährigen Militärdienstzeit zur Reserve beurlaubt werden, erhalten den Forstversorgungsschein zwölf Jahre nach dem Eintritt beim Militär; diejenigen, welche neun Jahre aktiv bei der Fahne verbleiben, bereits nach neun Jahren, also drei Jahre früher wie erstere. Von dem Zeitpunkte der Erteilung des Forstversorgungsscheins ab erfolgt die Einreihung in die Versorgungsliste und nach dieser in der Regel die Anstellung als Förster. Die Försterprüfung ist von den Anwärtern, die nach dem ersten bzw. dritten Dienstjahre zur Reserve beurlaubt sind, im achten bis elften Dienstjahre, also vor Empfang des Forstversorgungsscheins, abzulegen; die aktiven Oberjäger bzw. Feldwebel brauchen dieser Pflicht erst nach dessen Empfang zu genügen, wenn sich früher keine Gelegenheit bietet.

Besoldung bis zur Anstellung. Die Beschäftigungsdiäten für die Forsthilfsaufseher — Sammelbegriff für alle diese vorchriftsmäßig vorgebildeten Hilfskräfte — betragen vom Eintritt in den Militärdienst ab gerechnet:

bis zum Ende des 6. Jahres täglich	2,50 M
von	
Anfang des 7. bis Ende des 9. Jahres täglich	3 M
„ „ 10. „ „ 12. „ monatlich	100 M
„ „ 13. „ „ 15. „ „	110 M
„ „ 16. „ „ 18. „ „	117 M
„ „ des 19. Dienstjahres ab	125 M

Außer dieser baren Besoldung wird — wie im Etat bemerkt — ein Kleidergeldzuschuß von jährlich 30 *M.* und Brennholz gegen Erstattung der Nebenkosten gewährt. Daneben freie Dienstwohnung, soweit solche vorhanden ist. Gerade der letzte Punkt gibt in vielen Gegenden Anlaß zu wohlbegründeten Klagen. Wohnungen sind kaum für den vierten Teil der Anwärter vorhanden, so daß diese glückliche Minderheit sich gegenüber den anderen im Vorteile befindet, da den Anwärtern ein Anspruch auf Mietentschädigung nicht zusteht. Da die Rücklicht auf den Dienst die Mehrzahl ferner zwingt, in der Nähe des Waldes — ihres Beschäftigungsortes — zu wohnen, so sind die Wohnverhältnisse der Försteranwärter oft als geradezu trostlos zu bezeichnen. Hier eine Besserung eintreten zu lassen, ist schon mehrfach nicht allein aus Förstertreuen als dringendes Bedürfnis ausgesprochen worden. Ein weiterer sehr berechtigter Wunsch aus den Kreisen der Försteranwärter geht dahin, daß sie auch während der Diätarzeit — wie dies in allen anderen Verwaltungen der Fall ist — in den Rang der mittleren Beamten eingereiht werden, dem die Förster angehören. Bisher rechnen sie zu den Unterbeamten.

Förster ohne Revier. Die überaus traurigen Anstellungsverhältnisse, die seit langen Jahren in der Försterlaufbahn bestanden und auch jetzt längst noch nicht behoben sind, haben dazu geführt, im Staatshaushaltsetat 1200 Försterstellen ohne Revier vorzusehen. Hierdurch ist es möglich geworden, die Anwärter sechs Jahre nach Empfang des Forstversorgungsscheins endgültig anzustellen, ohne daß sie eine mit Nebenbezügen ausgestattete Försterstelle erhalten. Zur Anstellung kommen augenblicklich die, die ein bzw. drei Jahre bei der Fahne dienten, nach Zurücklegung einer Gesamtdienstzeit von 18, die neun Jahre aktiv dienenden Oberjäger und Feldwebel nach einer solchen von 15 Jahren. Da die Anstellung nach der Reihenfolge der Forstversorgungsliste durch die ganze Monarchie erfolgt, so kommt die Einrichtung dieser Stellen ohne Revier allen Anwärtern nach dem Dienstalter zugute.

Es wird dankbar anerkannt, daß durch die Schaffung der 1200 Försterstellen ohne Revier die Förster in einem früheren Lebensalter in eine gesicherte Lebensstellung einrücken, daß ihnen ferner hierdurch Anspruch auf Mietentschädigung, Umzugskosten und im Falle eines vorzeitigen Todes den Hinterbliebenen Aussicht auf Versorgung gewährt ist.

Die Anstellung als Förster mit Revier erfolgt in den einzelnen Regierungs-

bezirken nach der Reihenfolge der in diesen aufgestellten Liste der Förster o. R., soweit Stellen frei werden. Über das Lebensalter, in welchem die nunmehrigen Förster mit Revier in diese Stellen einrücken, unterrichtet das alljährlich erscheinende Preussische Förster-Jahrbuch.*) Danach beträgt z. B. das Lebensalter des ältesten Anwärters — in Trier — 47, das des jüngsten — in Schleswig — 41 Jahre. Im Durchschnitt erreichen also jetzt die Förster keine Stelle mit Revier im 44. Lebensjahre.

Besoldung. Nach der Besoldungsordnung vom 26. Mai 1909 beziehen die Förster ein Gehalt von jährlich: 1400 bis 2500 *M.* in Dienstaltersstufen von 1400, 1600, 1800, 2000, 2200, 2350, 2500 *M.* Daneben werden zum Ruhegehaltspflichtigen Einkommen gerechnet neben dem anrechnungsfähigen Werte der Mietentschädigung — bzw. für Benutzung der freien Dienstwohnung der Satz für die mittleren Beamten — für Gewährung des freien Brennbedarfs und die Nebeneinnahme aus der Jagd jährlich 150 *M.* Das Höchstgehalt wird nach der vorstehend angegebenen Stufenfolge in 18 Jahren erreicht. Das Besoldungsdienstalter rechnet, wenn früher keine endgültige Anstellung erfolgt, nach Ablauf einer fünfjährigen Diätarzeit, also bei den aktiv dienenden Oberjägern und Feldwebeln vom Beginn des 15., bei den zur Reserve beurlaubten Jägern vom Beginn des 18. Jahres nach Eintritt in den Militärdienst, also 16 bzw. 19 Jahre vom Eintritt in die Forstlehre ab gerechnet. Da bei den vorstehend geschilderten Anstellungsverhältnissen gegenwärtig eine frühere Anstellung nicht erfolgen kann, so ist diese Dienstzeit zugrunde zu legen.

Es soll ausdrücklich anerkannt werden, daß bei der letzten Besoldungsregelung auch das Förstereinkommen eine Erhöhung erfahren hat, indessen ist es gegenüber den anderen, gleichwertigen Beamtenklassen, die aus Militäranwärtern hervorgehen, doch von neuem sehr erheblich zurückgeblieben, wie beispielsweise aus nachfolgender Aufstellung hervorgeht: In Berücksichtigung dessen, daß auf das Besoldungsdienstalter der Förster in der Regel ein Jahr der Diätarzeit angerechnet wird, während dies bei den Lokomotivführern und Gerichtsvollziehern unseres Wissens nicht der Fall ist, beträgt das Ruhegehaltspflichtige Einkommen, ohne Einrechnung des Betrages für Wohnung, der bei allen drei Klassen gleich ist:

*) Der neueste dritte Band für 1912 wird Ende März d. J. im Verlage J. Neumann, Neudamm, herausgegeben.

Nach Ablauf der Diätarzeit Jahre	Der Förster Klasse 10a			Der Lokomotivführer Klasse 10b			Der Gerichtsvollzieher Klasse 13. Nr. 12		
	bar	für Holz u. Jagd	zusammen	bar	Kilometer-gelder usw.	zusammen	bar	für Privataufträge 10% der Einnahme bis zum Höchstbetrage von	zusammen
M a r t									
1	1400	150	1550	1400	540	1940	1650	400	2050
2	1400	150	1550	1400	540	1940	1650	400	2050
3	1600	150	1750	1400	540	1940	1650	400	2050
4	1600	150	1750	1650	540	2190	1900	400	2300
5	1600	150	1750	1650	540	2190	1900	400	2300
6	1800	150	1950	1650	540	2190	1900	400	2300
7	1800	150	1950	1900	540	2440	2150	400	2550
8	1800	150	1950	1900	540	2440	2150	400	2550
9	2000	150	2150	1900	540	2440	2150	400	2550
10	2000	150	2150	2100	540	2640	2400	400	2800
11	2000	150	2150	2100	540	2640	2400	400	2800
12	2200	150	2350	2100	540	2640	2400	400	2800
13	2200	150	2350	2300	540	2840	2650	400	3050
14	2200	150	2350	2300	540	2840	2650	400	3050
15	2350	150	2500	2300	540	2840	2650	400	3050
16	2350	150	2500	2500	540	3040	2900	400	3300
17	2350	150	2500	2500	540	3040	2900	400	3300
18	2500	150	2650	2500	540	3040	2900	400	3300
19	2500	150	2650	2500	540	3040	3100	400	3500
20	2500	150	2650	2500	540	3040	3100	400	3500
21	2500	150	2650	2500	540	3040	3100	400	3500
22	2500	150	2650	2500	540	3040	3300	400	3700*)

*) Durch den Strich wird der Zeitpunkt angedeutet, mit welchem die höchste Gehaltsstufe erreicht wird.

Die Lokomotivführer stehen mit den Förstern in einer Befoldungsklasse (Klasse 10a und b); erstere haben, ebenso wie die Förster, das Gehalt ergänzende Nebeneinnahmen. Dasselbe ist bei den zum Vergleich herangezogenen Gerichtsvollziehern, die allerdings in die Klasse 13 rangieren, der Fall.

Aus der obigen Darstellung geht nun hervor, daß die Förster gegenüber den Beamten, die ebenfalls zum größten Teile aus Militäranwärtern hervorgegangen sind, ja sogar gegenüber den Lokomotivführern, mit denen sie in einer Klasse stehen, mit ihrem Ruhegehaltspflichtigen Einkommen ganz bedeutend im Rückstande sind. Dies muß mit Recht als eine Zurücksetzung empfunden werden; um so mehr als die Förster, wie aus dem zu Anfang geschilderten Ausbildungsgange hervorgeht, von ihrem 16. Lebensjahre ab fortgesetzt für ihre berufsmäßige Fortbildung arbeiten müssen. Ja, dies hat auch selbst während der Militärdienstzeit zu geschehen, wenn die Berechtigung zur Anstellung als Förster durch die zuständige Behörde anerkannt werden soll. — Siehe hierüber den § 17 der Ausbildungsverordnungen vom 1. Oktober 1905.

Nun soll kein Beamtenstand seine beruflichen Leistungen auf Kosten eines anderen in den

Vordergrund rücken. Unter Berücksichtigung des Ausbildungsganges kann aber mit Berechtigung gesagt werden, daß die Berufstätigkeit des Försters mindestens eine ebenso schwierige sein muß, als beispielsweise die eines Gerichtsvollziehers, der erst nach Empfang des Zivilversorgungsscheins sich in kurzer Zeit in seinen Beruf einzuarbeiten vermag. Hier fällt auch noch weiter ins Gewicht, daß diese Beamten bis zum Eintritt in das Militär irgend einem Erwerbe nachgehen konnten, während der Förster diese Zeit in vorgeschriebener Weise ohne Erwerb auf seine Berufsausbildung verwenden mußte. Es ist daher schwer verständlich, welche Veranlassung der Staat dafür hat, die Arbeitskraft seiner mindestens gleichwertigen Förster geringer zu entschädigen, als dies bei gleichartigen Beamten der anderen Verwaltungen geschieht, denn überall im Leben wird dem Grundsatz begegnet, daß die Entlohnung der Arbeitsleistung entsprechen muß. Daß dies hier nicht geschieht, scheint vor allem seine Ursache darin zu haben, daß in weiten Kreisen der Gedanke verbreitet ist, die Lebensverhältnisse seien auf dem Lande bedeutend billiger wie in der Stadt, was aber nicht der Fall ist. Der Landlehrerstand hat beispielsweise unter diesem Vorurteil jahrzehntelang gelitten, bis dies bei der allgemeinen

Beförderungsregelung wenigstens bei dieser Berufs-klasse fiel. Bei dem Försterstande kommt hier noch besonders die *Kind-er-zie-hung* in Frage. Bei den heutigen gesteigerten Anforderungen reicht eine Schulbildung, wie sie in Landschulen im allgemeinen erreicht wird, zu einem angemessenen Fortkommen der Kinder nicht mehr aus. Selbst die Töchter müssen, um mit Aussicht auf Erfolg den Kampf ums Dasein bestehen zu können, über dem Durchschnitt der Volksschulbildung stehen. Bei den weiten Entfernungen, in denen die Forsthäuser — namentlich im Osten — von den Schulorten liegen, ist es meist nicht möglich, auch nur diese den Kindern ausreichend zu verschaffen. Die Folge ist, daß der Förster gezwungen ist, eine teure Lehrkraft im Hause zu halten oder die Kinder in einer Stadt unterzubringen. Daß beides namhafte Gelbtausgaben verursacht, bedarf keiner Begründung.

Vielfach scheint nun in maßgebenden Kreisen immer noch die Auffassung zu bestehen, daß den Förstern durch die Erträge der Dienstlandsnutzung ein ausreichender Ersatz für das bare Mindereinkommen gegenüber anderen gleichwertigen Beamten geboten wird. Es erscheint daher erforderlich, auch dieser Nutzung wiederum einige Worte zu widmen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß der Försterstand mit wenigen Ausnahmen das Dienstland unbar gemacht hat; er verzinst und amortisiert ferner die dazu etwa hergegebenen Staatsgelder mit $3\frac{1}{2}\%$ und zahlt außerdem fortlaufend ein jährliches Nutzungsgeld, welches sehr oft den Bodenreinertrag der angrenzenden Ländereien übersteigt. Der Staat erleidet also durch die Gewährung von Dienstland an die Förster keinen Einnahmeausfall.

Durch unsere vorstehenden Ausführungen, die sich auf einwandfreie Zahlen stützen, ist ersichtlich, daß der Förster heute erst und noch für längere Jahre in einem Lebensalter von 44 Jahren in eine Stelle mit Revier einrückt; die Stellen ohne Revier sind mit einer Pachtlandsnutzung nur ausnahmsweise verbunden. Auch nicht alle etatmäßigen Stellen sind mit Dienstland ausgestattet; dies fehlt bei einer großen Anzahl Stellen namentlich im Westen der Monarchie und in den mittel-deutschen Gebirgen. Tritt der Försteranwärter mit einem durchschnittlichen Lebensalter von 19 Jahren in den Militärdienst, so erhält er nach 9 bzw. 12 Jahren, also durchschnittlich im 29. Lebensjahre, den Forstversorgungsschein, wird die Diätarzeit von 6 Jahren bis zur Anstellung als Förster ohne Revier dazugerechnet, so ist er an diesem Zeitpunkte 35 Jahre alt. Er muß also durchschnittlich noch etwa 9 Jahre auf die Stellung eines Försters mit Revier warten.

Das Einkommen, welches ihm in dieser Zeit, also nach neunjähriger Dienstzeit, zusteht, ist aus der oben beigelegten Aufstellung ersichtlich.

Die Anstellung als Förster mit Revier erfolgt zunächst meist auf solchen Stellen, die entweder kein bzw. wenig Dienstland haben oder deren Alter sehr wenig ertragreich ist, so daß die Bewirtschaftung nicht selten noch einen Zuschuß von dem Gehalte erforderlich macht; um so mehr, als auch zu Anfang wirtschaftliche Fehler selten ausbleiben. Meist sind die ersten Stellen jene, die im Forstetat bei Titel 16 mit Stellenzulagen bis zu 300 *M* bedacht sind. Dieser Höchstbetrag kommt unseres Wissens aber nur in sehr wenigen Fällen voll zur Auszahlung, in Wirklichkeit sind die Zulagen bedeutend geringer und dürften im Durchschnitt höchstens 90 *M* pro Stelle betragen.

Nach einer Reihe von Jahren fühlt nun der Förster mit Revier das Bedürfnis, in den Genuß einer seiner Meinung nach landwirtschaftlich einträglicheren Stelle zu kommen. Es werden in den meisten Fällen solche Stellen sein, die mit alten Beamten besetzt waren. Menschlich verständlich ist es, daß diese alten Förster die letzten Dienstjahre benutzen, um mit möglichst geringen Kosten recht hohe Erträge zu erzielen. Die Bodenkraft solcher Stellen ist daher schließlich meist nicht mehr auf der vollen leistungsfähigen Höhe. Der junge Förster — obgleich er nunmehr 50 Jahre und älter sein wird — geht daher mit allen Kräften heran, die Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Nun weiß aber jeder, der sich mit Landwirtschaft beschäftigt hat, daß mit deren Einrichtung ein ganz erheblicher Kapitalaufwand verbunden ist. Er weiß ferner, daß jeder landwirtschaftliche Betrieb den örtlich vorliegenden Verhältnissen angepaßt werden muß und erst dann auf Erträge gerechnet werden kann, wenn der Wirtschaftser sich die praktischen Erfahrungen für die zu bebauende Scholle angeeignet hat. Dies bleibt auch dem Förster nicht erspart und hat zur Folge, daß er neben den Aufwendungen für die Wirtschaftseinrichtung auch noch Verluste durch begangene Fehler erleidet. Durch alles dies wird ein ganz erheblicher Kapitalbetrag in dem landwirtschaftlichen Betriebe des doch an Jahren schon recht alten Försters festgelegt und die aufzubringenden Zinsen drücken den Reinertrag naturgemäß herunter. Wenn dann im Laufe der Jahre unter Aufwendung der eigenen Arbeitskraft und jener der Angehörigen, namentlich der Hausfrau, ein Überschuß erzielt wird, so ist dessen Höhe lediglich der eigenen Tüchtigkeit und eigenem Kapital zu verdanken, dürfte aber kein Grund sein dafür, die bare Befoldung der Förster im Vergleich zu den Beamten mit gleicher

Bildung und Verantwortlichkeit niedriger zu bemessen. Unter den Lokomotivführern und Gerichtsvollziehern werden die Fleißigen und Zuverlässigen ihres Standes zweifellos auch Nebeneinnahmen haben, die wesentlich über dem angerechneten Durchschnitt stehen.

Die hier genannten anderen Beamtenklassen erwerben die Nebeneinnahmen persönlich ohne jede Mithilfe der Familienangehörigen und brauchen vor allem dazu keine eigenen Kapitalaufwendungen zu machen. So liegt z. B. die Mitgift von deren Frauen auf der Sparkasse und trägt ohne jede weitere Arbeit Zinsen. Die Mitgift der Frauen der Förster aber steckt in der Landwirtschaft, und diese müssen sich das ganze Jahr hindurch wacker persönlich betätigen, wenn in erster Linie diese Zinsen herauskommen sollen. Wenn dann noch etwas darüber verdient wird, so ist es wesentlich dieser eigenen Tätigkeit der Frau zu verdanken. Als eine Ironie des Schicksals muß es daher angesehen werden, daß der Försterfrau gerade der Teil des Dienst Einkommens ihres Mannes, den diese mit Rücksicht auf den Dienst während der Amtszeit desselben mit erwerben half, beim Tode des Ernährers bei der Witwen- und Waisenversorgung nicht angerechnet wird.

Zu allem kommt noch der Umstand, daß der Förster nicht so weitsichtig, intensiv und rationell zu wirtschaften imstande ist, wie es heute erforderlich ist, da er jeden Augenblick versetzt werden kann.

Nun hat weiter die Forstverwaltung im § 30 der Försterdienstinstruktion den Grundsatz ausgesprochen, daß das Dienstland nur mit Rücksicht auf den Dienst gewährt werde. Dies ist auch richtig, denn ohne Dienstland, und besonders ohne Pferdehaltung, wäre ein großer Teil der Försterstellen, namentlich im Osten, nicht lebensfähig, weil sie von jedem Verkehr zu weit entfernt liegen.

Sollte sich im Gegensatz hierzu die Staatsverwaltung auf den Standpunkt stellen, daß die Erträge der Dienstlandsnutzung einen Ausgleich der geringen Försterbesoldung gegenüber anderen gleichwertigen Beamtenklassen bilden sollte, wie dies wiederholt bei Erörterung des Förster Einkommens zum Ausdruck gebracht ist, so bleibt hierzu zu bemerken, daß die Stelleninhaber mit keinen oder geringwertigen Dienstlandereien für den dadurch entstehenden Einnahmeausfall in anderer Weise keinen ausreichenden Ersatz erhalten, daß namentlich dieser angebliche Ausgleich bei Festsetzung des Ruhegehalts, sowie der Witwen- und Waisen-

versorgung völlig außer Ansatz bleibt. Eine bei Beratung der Besoldungsvorlage erfolgte Anregung, die Einkünfte aus der Dienstlandsnutzung der Förster auf deren Ruhegehaltspflichtige Einkommen in Anrechnung zu bringen, wurde von der Staatsregierung als unmöglich bezeichnet. Auch wir können dieser Anrechnung keinesfalls das Wort reden, da dann die Ungleichheit in den Stellen bestände bliebe und den Förstern unter vielen Verhältnissen eine Einnahme angerechnet werden müßte, die sie gar nicht haben.

Eine zufriedenstellende Lösung der ganzen Frage wird sich unseres Erachtens nur dadurch erreichen lassen, daß das Ruhegehaltspflichtige Bareinkommen der Förster auf den Betrag der anderen gleichwertigen Beamten erhöht wird. Dabei haben die Dienstlandsnutzung und baren Stellenzulagen außer Ansatz zu bleiben, da diese lediglich als eine Entschädigung anzusehen sind, die dem Förster infolge der abgelegenen Lage seiner Wohnung mit Rücksicht auf den Dienst erwachsen.

Wenn nun auf Grund vorstehender Ausführungen bei dem Försterstande das Gefühl vorhanden ist, daß dieser Punkt bei der Gehaltsregelung nicht gebührend berücksichtigt wurde und er daher fortgesetzt immer wieder in den Vordergrund gerückt werden muß, so ist dies lediglich auf den als sehr verständig zu nennenden Wunsch zurückzuführen, daß die Förster in ihrem Einkommen, besonders aber in der Versorgung ihrer Hinterbliebenen, nicht hinter anderen gleichwertigen Beamten zurückstehen wollen.

Diese Gelegenheit benutzen wir endlich noch dazu, um erneut auf die sehr traurigen Verhältnisse der Altpensionäre des Försterstandes sowie deren Witwen und Waisen aufmerksam zu machen. Bei den einzigartigen Einkommensverhältnissen des Försterstandes sind gerade die Witwen und Waisen der Förster in ihren Bezügen gegenüber den Angehörigen anderer Berufsstände außerordentlich im Nachteil; und gerade der Teil des Einkommens, den die Familienangehörigen während der Dienstzeit des Ernährers durch ihre Mitarbeit bei der Bewirtschaftung des Dienstlandes erwerben helfen, bleibt bei der Festsetzung ihrer Bezüge nach den bestehenden Verwaltungsgrundsätzen außer Ansatz.

Wir möchten daher nicht unterlassen, auch noch dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß mit Rücksicht auf diese ganz besonderen Verhältnisse, die Forstverwaltung recht reichliche Mittel aus dem allgemeinen Unterstützungsfonds zugeteilt erhalten möchte. Die Schriftleitung.

Mitteilungen.

— **Regelung der preussischen Beamtenverhältnisse.** Das Abgeordnetenhaus hat einem Antrage der Abgeordneten Frisch und Genossen entsprechend beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den gemäß Artikel 98 der Preussischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 die Verhältnisse der nicht zum Richterstande gehörenden Staatsbeamten einheitlich und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend geregelt werden. Man kann dem Antragsteller nur zustimmen, wenn er in seiner Begründung sagt, daß die Menge der Bestimmungen, die das Rechtsverhältnis der preussischen Staatsbeamten regeln, eine Ordnung notwendig macht. Es ist jetzt in der Tat sehr schwer und erfordert auch für den mit dem Gegenstand Vertrauten ein großes Studium, sich in all den vielen Gesetzen und Verordnungen zurechtzufinden, die zum Teil noch zu Recht bestehen, zum Teil aufgehoben und durch andere ersetzt sind.^{*)} Eine derartige Klärung liegt nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch im Interesse der Regierung. Der Antragsteller wies auf mehrere Punkte hin, die in dem neuen Beamtengegesetz Aufnahme finden könnten: Der Begriff der Beamteneigenschaft müsse festgestellt, die Einteilung der Beamten in mittelbare und unmittelbare Beamte geklärt und hierüber feste Grundsätze ausgesprochen werden; auch die Anstellungsverhältnisse der Beamten seien zu berücksichtigen. Ferner müsse das Gesetz enthalten: Die Bestimmungen über die dienstliche Verpflichtung und die allgemeinen Pflichten, die die Beamten gegenüber dem Staat bei der Ausübung ihres Amtes haben; Bestimmungen über die Staats-treue, zu der die Beamten verpflichtet sind, während auf der anderen Seite natürlich auch den Beamten eine Sicherheit für die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte gewährt werden könnte; dann Bestimmungen über das außerdienstliche Verhältnis der Beamten, über die Amtsverschwiegenheit; Bestimmungen über die Befolgungsgrundsätze, über das Aufrücken im Gehalt, über den Urlaub, ferner über das Ausscheiden, die Pensionierung und die Stellung auf Wartegeld; und dann endlich noch Bestimmungen über die Annahme von Nebenämtern, den Eintritt in den Aufsichtsrat und Vorstand von Gesellschaften, Vereinen und Genossenschaften, über die Annahme fremder Titel und Ordensauszeichnungen. Selbstverständlich sei, daß besondere Verhältnisse in den Ressorts der verschiedenen Dienst- und Verwaltungszweige durch das allgemeine Beamtengegesetz nicht geregelt werden können, sondern durch spezielle Bestimmungen und Vorschriften zu regeln sein werden.

Der preussische Forstetat

in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Vor Beginn der Beratung am 8. Februar machte der Vorsitzende den Vorschlag, im Interesse

^{*)} In Würdigung der oben geschilderten Verhältnisse werden wir in dem demnächst erscheinenden Preussischen Förster-Jahrbuch einen beamtensrechtlichen Teil bringen, der auf einigen Gebieten alle noch gültigen Bestimmungen zusammenfaßt, die für den Förster und Försteranwärter wichtig sind.

einer beschleunigten Erledigung der Etatsberatung über die Petitionen nur dann beim Etat zu verhandeln, wenn dies ausnahmsweise geboten sei. Danach wird also jedenfalls die Besprechung der Dienstlandsfrage der Förster nicht, wie angenommen wurde, gelegentlich des Forstetats, sondern erst später, vermutlich bei der Behandlung der Beamtenpetitionen stattfinden.

Der Oberlandforstmeister teilte mit, daß in den östlichen Provinzen der Streu- und Futtermangel nicht so sehr hervorgetreten sei, wie im Westen. In Gumbinnen, Potsdam, Rassel und Wiesbaden sind fünf entbehrliche Regierungs- und Forststellen aufgehoben worden, wodurch sich ein Weniger von 34 200 M. in der Ausgabe ergibt. Diese Maßregel ist gerechtfertigt dadurch, daß den Oberforstmeistern größere Aufsichtsbezirke zugeteilt sind. Auf Anfrage erklärte der Oberlandforstmeister, daß bis jetzt keine Oberförsterstelle vom Etat abgesetzt worden sei. Wenn in einzelnen Fällen wegen geringen Umfanges Stellen aufgehoben seien, so habe eine Verlegung dieser Stellen nach Amtausfällen stattgefunden. Die definitive Anstellung der Forstassessoren erfolge jetzt gegen früher rascher, so daß Anwärter, die jetzt angenommen werden, Aussicht haben, in drei bis vier Jahren nach Ablegung der Staatsprüfung Oberförster zu werden. Försterstellen seien auch nicht abgesetzt; wenn sie irgendwo in Wegfall kamen, wurden sie an anderer Stelle neu eingerichtet. Die Förster würden jetzt durchschnittlich im Alter von 44 Jahren angestellt. Gleichmäßig erfolge die Anstellung nicht. In einzelnen Bezirken, wo die Stellen besonders begehrt seien, erfolge die Anstellung erst im 47. Lebensjahre.

Bei den außerordentlichen Unterstützungen bemerkte ein Regierungskommissar, daß der Durchschnitt für mittlere und untere Beamte 42 M. betrage. Der Oberlandforstmeister teilte mit, daß im nächsten Etat eine höhere Summe für die Unterhaltung der Dienstgebäude in Aussicht genommen werde. Von den Förstern ohne Revier (eine Beamtenklasse, die künftig in Wegfall komme) und den Forstaufsichtern hätten 513 Dienstwohnungen, während 1882 nur 235 Dienstwohnungen gehabt hätten. Die Zahl der Waldbarbeiter, die Dienstwohnung haben, ist seit 1892, wo 240 Wohnhäuser für 470 Familien bestanden, jetzt auf 990 Wohnhäuser mit 2056 Familien gestiegen. An die Aufhebung einer Forstakademie, speziell der in München, werde nicht gedacht. Der Schaden, der durch die Dürre bei den Forstkulturen entstanden sei, sei nicht so groß, wie ursprünglich befürchtet war. Allerdings würde er nach den Berichten der Bezirksregierungen doch etwa 3 Millionen betragen. Die Kulturen von vier bis acht Jahren hätten am meisten gelitten, weniger die zweijährigen, und am besten hätten sich die kleinen Pflanzen aus dem Frühjahr 1911 gehalten. Der Oberlandforstmeister bemerkte auf Anfrage, daß die Ankaufspolitik dahin gehe, daß in

den einzelnen Bezirken gegen den Wunsch der Bevölkerung Anläufe nicht gemacht werden. Die aus der Kommission angeregte Verpachtung fiskalischer Waldbteile sei nicht möglich, weil die Grenze der Nutzung nicht zu bestimmen sei. Im übrigen sei die Forstverwaltung in den Anläufen beschränkt, weil sie die Mittel dazu aus den Verkäufen ihres Ressorts nehmen müsse. Nach einigen Bemerkungen über die im Etats-

jahre 1910 in der Umgebung von Berlin vorgenommenen Veräußerungen, über die wir noch ausführlicher berichten werden, wurde der Etat der Forstverwaltung bewilligt.

— **Gehaltserhöhung.** Der Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen hat die Gehaltsätze für die Forstbeamten mit Wirkung vom 1. Januar 1912 folgendermaßen festgelegt:

Beamte	Dienstjahr							
	1.—3.	4.—6.	7.—9.	10.—12.	13.—15.	16.—18.	19.—21.	22.—25.
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Oberförster	2800	3200	3600	4000	4400	4700	5000	—
Statsmäß. Forstassessoren	2400	2700	3000	3300	3600	—	—	—
Forstaussseher	950	1050	1150	1225	1300	1400	1500	1600

Die nicht etatsmäßigen Forstassessoren und Forstreferenten erhalten weder Gehalt noch Vergütungen. Der Dienstaufwand beträgt für Oberförster 100 ℳ, für Forstassessoren 120 ℳ; für

Pferdehaltung wird ein Betrag von 1000 ℳ gewährt. Für Dienstwohnungen sind 7 bis 10 % des jeweiligen Gehaltes als Miete zu zahlen. —r—

Berichte.

Bericht über die XXVI. Wanderversammlung des Nordwestdeutschen Forstvereins vom 7. bis 9. September in Osnabrück.

Die XXVI. Wanderversammlung des Nordwestdeutschen Forstvereins wurde in diesem Jahre vom 7. bis 9. September in Osnabrück abgehalten. Die Mehrzahl der Teilnehmer traf am Donnerstag nachmittag in Osnabrück ein, woselbst am Abend im „Großen Klub“ eine gesellige Zusammenkunft die Mitglieder und Freunde des Vereins zusammenführte.

Am Freitag, dem 8. September, vormittags 8½ Uhr, fand im Friedenssaale des Rathauses die Generalversammlung statt, die an Stelle des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten ersten Vorsitzenden des Vereins, des Landesforstrates, Geheimen Regierungsrates Quaet-Faslem, Hannover, von dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kammerherrn Freiherrn Knigge-Leveste, mit einigen Begrüßungsworten eröffnet wurde. Nachdem dann Oberbürgermeister Rißmüller, Osnabrück, im Namen der Stadtverwaltung die Versammelten willkommen geheißen hatte, erstattete Kammerherr Freiherr Knigge eingehenden Bericht über die Verhältnisse des Vereins. Alsdann wurde in die Beratung der einzelnen Vorträge eingetreten.

Der erste Vortrag lautete: „Welchen Einfluß haben Herkunft und Keimkraft des Kiefern Samens auf Wachstum und Holzsertrag der aus ihnen hervorgegangenen Pflanzen und Bestände?“, worüber Professor Dr. Schwappach, Eberswalde, in ausführlicher Weise sprach. Es erübrigt sich, auf diesen Vortrag hier näher einzugehen, da derselbe demnächst in dieser Zeitung im Wortlaut

erscheinen wird. Daher mögen im nachstehenden hier nur die Leitsätze angeführt sein, welche dem Vortrage zugrunde lagen. Diese lauteten folgendermaßen:

1. die gemeine Kiefer (*Pinus silvestris*) hat innerhalb ihres Verbreitungsgebietes Rassen mit verschiedenen physiologischen, morphologischen und biologischen Eigenschaften ausgebildet, die allmählich ineinander übergehen;
2. die Ausdehnung der Heimat jeder dieser Rassen ist eine verhältnismäßig große;
3. der Anbau fremder, für ein bestimmtes Gebiet ungeeigneter Rassen hat die Entwicklung schlechtförmiger oder langsamwüchsiger Bestände sowie gesteigerte Empfindlichkeit gegen schädliche Einwirkungen, namentlich gegen Schütte, zur Folge, die sich bis zum vollständigen Absterben steigern kann;
4. grundsätzlich sollen daher bei den Kulturen stets Samen der in dem betreffenden Gebiete heimischen Rasse zur Verwendung gelangen. Wo eine solche fehlt, oder bei Mangel an Saatgut, soll wenigstens Samen aus klimatisch möglichst gleichwertigen Gebieten benutzt werden;
5. als für Deutschland ungeeignete Rassen sind zu bezeichnen: die süßtanzölsche, die ungarische und tiroler, die ost russische und die nordische Kiefer;
6. die typischen Wuchsformen der Kiefer sind eine Folge der klimatischen Verhältnisse und des Kampfes ums Dasein mit anderen Arten, sie lassen sich daher nicht ohne weiteres und dauernd in fremde Gebiete verpflanzen;
7. die Erziehung nuzholz tüchtiger Bestände von freudigem Wuchs und gutem Schlusse mit möglichst geringen Kosten hat die Verwendung von Samen geeigneter Herkunft und hoher Keimkraft zur Voraussetzung.

In der nachfolgenden Besprechung wies Forstmeister Erdmann, Neubruchhausen, darauf hin, daß man aus dem lehrreichen Vortrage in erster Linie eine Warnung vor dem übertriebenen Kiefernanaubau, namentlich für unser Vereinsgebiet, entnehmen müsse, denn die Kiefer sei in allen Fällen, wo die Herkunft irgendwie zu Verdanken Anlaß gebe, außerordentlichen Gefahren ausgesetzt. Dazu komme noch, daß die Kiefer in Nordwestdeutschland fast überall künstlich eingeführt sei, und daß die Standortverhältnisse, namentlich die Kallarmut des Bodens, vielfach zur Degeneration der Kiefer führe. Daher müsse man, wo die Standortverhältnisse und die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen, insbesondere die vom Anlagekapital geforderte Verzinsung, es zuließen, mit der Kiefernanzucht brechen und zu anderen Betriebsformen übergehen.

Staatsminister a. D. Freiherr von Hammerstein, Vorten, wies auf die Verschiedenartigkeit der Kiefernbestände im Osten und Westen und auf den viel besseren Wuchs der Kiefer im Osten hin. Im Westen sei die Kiefer ein Baum, den man mehr oder weniger zur Forstkultur in den Heidegebieten benutzen müsse, weil er die Heide bald unterbrüde, den Boden lüfte und die Bodenbeschaffenheit verbessere. Als Ziel der Bewaldung müsse man aber den Laubholzwald ins Auge fassen, der Baum für unsere Wälder sei nicht die Kiefer.

Aderbauschuldirektor Dr. Rudorf, Quadenbrück, führt an, daß die Düngung der Kiefer einen großen Einfluß auf die Schütte-Empfindlichkeit ausübe. Durch Thomaschladendüngung werde die Schütte-Erkrankung sehr begünstigt, durch Kainit dagegen die Möglichkeit der Erkrankung an Schütte sehr herabgedrückt.

Rittergutsbesitzer Freiherr v. Korff, Eutthausen, ist der Ansicht, daß die kleinen Forstbesitzer aus finanziellen Gründen immer mehr zu Kadelholzpflanzungen übergehen würden. Für die Osnabrücker Gegend sei der Baum der Zukunft aber nicht die Kiefer, sondern die Fichte.

Rittergutsbesitzer von der Wense, Wense, weist darauf hin, daß schon Burdhardt in seinen Werken betont habe, daß der Boden dort, wo Jahrhunderte hindurch Heide gestanden habe, als Hauptholzart die Kiefer erfordere, daß aber auch nach einer gewissen Zeit eine Kiefern-müdigkeit eintreten könne, und es daher nicht angezeigt sei, sie dauernd als bestandesbildenden Baum zu erhalten.

Oberforstmeister von Schrader, Osnabrück, führt an, daß es doch manche Standorte von so großer Trockenheit gäbe, wie z. B. die großen Sanddünen, auf denen kaum jemals eine andere Holzart als die Kiefer erzogen werden könne, denn kein Baum sei so genügsam wie sie.

Professor Dr. Schapach, Eberswalde, erwähnt noch, daß er ebenfalls auf dem Standpunkte stehe, daß in diesem Gebiete der reine Kiefernwald nicht Zukunftswald sein könne; wo die Verhältnisse es gestatteten, müsse man zum gemischten Walde übergehen.

Für das Auftreten der Schüttekrankheit spielten

neben der Rasse die klimatischen Verhältnisse eine große Rolle; aber auch die Ernährungsfrage sei von der größten Bedeutung hierbei.

Alsdann folgte der zweite Vortrag, welcher lautete: „Wie haben sich die Waldbahnen bewährt, und welche praktisch verwendbaren Neuerungen sind in jüngerer Zeit eingeführt?“, worüber Generalsekretär Stumpfi, Osnabrück, in eingehender Weise etwa folgendes vortrug. Redner wies zu Beginn seines Vortrages darauf hin, daß für das Osnabrücker Stahlwerk das Waldbahngeschäft nur noch eine wenig erhebliche Bedeutung habe, so daß er hier nicht die zur Beantwortung der Frage nötigen Erfahrungen habe sammeln können. Daher habe er sich an eine Reihe von Forstverwaltungen und an einige der hervorragenden, sich eingehender mit der Herstellung von Waldbahnen beschäftigenden Hüttenwerke gewandt, um hier weitere Auskunft über diese Frage zu erhalten.

Man habe seinerzeit auf die Waldbahnen, namentlich auch in der Industrie, große Erwartungen gesetzt, die sich jedoch nicht in dem erhofften Maße erfüllt hätten. Die wirtschaftliche Bewährung der Waldbahnen sei auch vor 15 bis 20 Jahren nur dort möglich gewesen, wo die Verhältnisse für die vorteilhafte Ausnutzung dieser Anlage gesicherte Unterlagen boten. Dort, wo in großen Revieren festliegende Waldbahnstrecken, die von den Schlägen aus mit fliegenden Gleisen zu erreichen seien, unmittelbare Anschlüsse an Wasser- oder Schienenstraßen oder Verbindungen zu dauernd benutzten Ablagen herstellten, werde man sich auch heute dieses Verkehrsmittels nach wie vor mit gutem Erfolge bedienen. Auf ungleichem Waldboden, an sonst mit gewöhnlichem Fuhrwerk kaum zugänglichen Stellen würden die beweglichen Gleise stets gute Dienste tun. Wenn dies jetzt nicht mehr in dem früheren Umfange zur Geltung komme, so liege es daran, daß nicht nur im Laufe der Zeit die Abfuhrwege im Walde sehr wesentlich verbessert seien, sondern daß außerdem die Kleinbahnen auch in die Waldreviere vordrängen und hierdurch die Abfuhr des Holzes an vielen Stellen gewaltig erleichtert worden sei. Einer vorteilhaften Verwendung der Waldbahnen stehe ferner häufig der Umstand entgegen, daß die betreffende Anlage sich vielfach nur kurze Zeit im Betriebe befände. Zu einer vorübergehenden Benutzung biete sich aber auch Gelegenheit, sich Waldbahnmateriale teilweise von einzelnen Firmen zu beschaffen. Eine Waldbahnanlage könne auch vorteilhaft bei Wegebauten, beim Steinbruchbetriebe usw. verwendet werden. Die Beschaffung einer Waldbahn erfordere natürlich immerhin erhebliche Mittel. In manchen Fällen sei jedoch die Verwältigung der Holzabfuhr ohne Zuhilfenahme von Waldbahnen kaum möglich gewesen, so z. B. bei dem Nonnenstraf der achtziger Jahre in den Ebersberger Forsten, bei dem Kiefernspannerstraf in den neunziger Jahren in der Leklinger Heide und bei dem vor zwei bzw. drei Jahren vorgekommenen Nonnenstraf in den ostpreussischen Wäldern. In Ostpreußen sei namentlich infolge der schlechten Wegeverhältnisse

die Anlage einer Waldbahn eine zwingende Notwendigkeit gewesen.

Redner wies alsdann aber auch an einigen Beispielen nach, wie ursprünglich sehr lohnende Waldbahnanlagen im Laufe der Zeit überflüssig und unrentabel geworden seien. Die Hauptgründe hierfür seien Ausbau des Wegenezesses, Anlage von Eisenbahnen und Bahnhöfen, Einführung des Grubenholzbetriebes usw. gewesen.

Aus den auf die Umfrage erhaltenen Angaben über die beim Waldbahnbetriebe gesammelten Erfahrungen könne man den Schluß ziehen, daß Waldbahnen sich überall dort als zweckmäßig bewährt hätten, wo

1. infolge fehlender oder schlechter Wege die Abfuhr der Hölzer mit gewöhnlichem Fuhrwerk gar nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten und unter Aufwendung verhältnismäßig hoher Kosten ermöglicht werden könne;
2. wo in großen Waldungen regelmäßig jährlich, sei es durch Ausholungen, sei es durch Kahlabtrieb, größere Einschläge vorgenommen würden, deren Ausbeute vom Gewinnungs-orte nach möglichst einseitig gegebenen Ablage- oder Verwendungspunkten auf weitere Entfernungen fortzubewegen seien, und
3. wo durch Windbruch oder Insektenschäden notwendig werdende bedeutende Einschläge es erforderlich machten, daß ungewöhnlich große Mengen aus den Wäldern in möglichst kurzer Zeit herausgeschafft würden, damit das Holz durch langes Liegen im Walde nicht minderwertig werde bzw. durch möglichst schnelle Verwertung Zinsverluste vermieden würden.

Von einer wirtschaftlichen Verwahrung der Waldbahnen könne, auch bei dem Vorhandensein der angeführten Vorbedingungen, natürlich nur dort die Rede sein, wo die Anlage sorgfältig und mit Sachkenntnis durchdacht sei und der Betrieb zweckmäßig gehandhabt werde. So müsse namentlich Wert auf Verwendung von in jeder Hinsicht nur gutem Material gelegt werden. In dieser Beziehung seien von verschiedenen Forstverwaltungen für die Osnabrücker Fabrikate des Georgs-Marien-Vereins recht erfreuliche Zeugnisse ausgestellt. Aber auch andere Firmen, so namentlich die Firma Fr. Krupp in Essen und der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation nehmen auf diesem Gebiete eine hervorragende Stellung ein.

Im Laufe der Zeit sei man jetzt mehr und mehr zu der Einsicht gelangt, daß eine möglichst große Sorgfalt bei der Anlage, insbesondere der festen Waldbahnstrecken, eine wesentliche Vorbedingung für einen vorteilhaften Betrieb sei. Mehr als früher nehme man jetzt darauf Bedacht, die selten Geleise aus nicht zu leichten Schienen und möglichst auf Kies- oder mindestens Sandbettung zu verlegen, Unebenheiten des Geländes nach Möglichkeit auszugleichen und nicht die Kosten für die etwas größeren Erdarbeiten zu scheuen. Hierdurch werde zweifellos die Leistungsfähigkeit der Bahn erheblich gesteigert, so daß die aufgewendeten Mehrkosten der Anlage durch Betriebskostenersparnisse meistens in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder eingebracht würden. Bei einer gut

angelegten Bahn würden auch Entgleisungen, die mit Betriebsstörungen, Materialschäden und Unglücksfällen verknüpft sein können, möglichst vermieden.

In solchem Sinne hätten sich verschiedene Verwaltungen auf Grund der beim Waldbahnbetriebe gesammelten Erfahrungen ausgesprochen. Derartige wertvolle Erfahrungen der Praxis lägen in reicherer Fülle vor, als konstruktive Neuerungen erheblicher Art aus jüngerer Zeit, die man als wichtige Verbesserungen ansehen könne; denn besondere Neuerungen seien im allgemeinen kaum zu verzeichnen. Geleise, Wagen und Beladevorrichtungen für den Waldbahnbetrieb hätten bereits im vorigen Jahrhundert ihre noch heute bewährte Ausgestaltung erhalten.

Redner führt alsdann noch einige Neuerungen an, so z. B. eine Änderung bei der Rungenfeststellung am Langholzwagen der Firma Krupp, ferner die Anwendung von geteilten Rungen, wodurch das Auf- und Abladen erleichtert werde, eine neue Bremsvorrichtung usw.

Aus der Tatsache, daß in bezug auf die Ausgestaltung des Waldbahnmaterials seit Jahrzehnten wenig Neuerungen erfolgt seien, dürfe man folgern, daß dieses Glied des forstwirtschaftlichen Betriebes einen gewissen Grad der Vollkommenheit erreicht habe.

Bei der nun folgenden Besprechung dieses Vortrages führte Staatsminister a. D. Freiherr von Hammerstein, Lortzen, aus, daß die Transportkosten für alle wirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere auch für die Walderzeugnisse, von der größten Bedeutung seien, und wies an einigen Beispielen nach, wie bei Verminderung der Transportkosten der Ertrag aus den Waldungen sich erheblich steigern könne.

Für die Besitzer großer Forsten sei die Anlage einer Waldbahn zweifellos sehr zweckmäßig und vorteilhaft zur Erhöhung des Reinertrages, für kleinere Forsten dagegen sei dieses Mittel zur Verbesserung des Verkehrs und Verminderung der Transportkosten kaum anwendbar.

Zum dritten Punkte der Tagesordnung: „Allgemeine Mitteilungen über Beobachtungen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und der Jagd“ berichtete Oberforstmeister von Schrader, Osnabrück, über das Auftreten der Tannentindenlaus in der Oberförsterei Osnabrück und erwähnte, daß dieses Insekt, das vor zwei Jahren dortselbst viel aufgetreten, jetzt wieder völlig verschwunden sei. Ein Grund für das Verschwinden des Insektes sei nicht festzustellen.

Im vorigen Jahre sei in den Herzoglich Arenberg'schen Forsten in Kiefernbeständen auf etwa 80 ha auch die Kanne aufgetreten. Von etwa 200 Personen seien gegen $\frac{1}{4}$ Millionen Falter an den Stämmen zerdrückt worden. In diesem Jahre sei die Flugzeit aber erheblich geringer gewesen, und heiße man daher, dieses gefährliche Insekt bald wieder loszuwerden.

Staatsminister von Hammerstein, Lortzen, erwähnt, daß das Vorhandensein von Wild im Fürstentum Osnabrück nur dem Um-

lande zu verdanken sei, daß nach der hannoverschen Jagdordnung Gebiete von 300 Morgen einen selbständigen Jagdbezirk bildeten. In diesen Schutzgebieten werde das Wild zugunsten der umliegenden Jagdbezirke gehegt und gepflegt. Das Oberverwaltungsgebiet habe über die Zusammengehörigkeit von Jagdgebieten kürzlich eine eigentümliche Entscheidung gefällt, indem zur Vervollständigung eines Privatjagdbezirkes eine mit diesem in einiger Entfernung durch einen Marktweg verbundene kleine Parzelle mit angeschlossen sei. Es sei in Rücksicht auf diesen Fall zu erwägen, ob nicht eine Änderung der in Frage kommenden Gesetzgebung zu erstreben sei.

Freiherr von Mahrenholz, Gr.-Schwülper, bemerkte hierzu, daß man wohl bald dahin kommen werde, die hannoversche Jagdordnung, die schon an so vielen Stellen durchlöchert sei, abzuschaffen und das preussische Jagdgesetz in Hannover einzuführen.

Rittergutsbesitzer Wolff, Walsrode, erwähnt, daß im Lüneburgischen die kleinen Eigenjagdbezirke häufig bedeutend schlechter gehalten wurden als verpachtete Gemeinbejagden.

Damit war die Tagesordnung erledigt, und die Versammlung wurde geschlossen.

Unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Rißmüller erfolgte noch ein kurzer Rundgang durch die Stadt, um einige Sehenswürdigkeiten zu besichtigen, worauf sich dann im „Zentralhotel“ ein Frühstück anschloß.

Am Nachmittage wurde eine Wagenfahrt durch die Gräfl. von Fürstenbergischen und Freiherrlich von Kossischen Forsten veranstaltet. Nach der Rückkehr fand im „Großen Klub“ in Osnabrück ein gemeinsames Essen statt.

Am Sonnabend, dem 9. September, wurde ein Ausflug in die königliche Oberförsterei Palsterkamp unternommen. Auf der Fahrt durch dieses

Kevier wurden den Teilnehmern nicht nur schöne, interessante Bestandesbilder, sondern auch eine Reihe herrlicher Landschaftsbilder mit schönen Ausblicken und Fernsichten auf die umliegenden Täler und Höhen des Teutoburger Waldes vor Augen geführt. In der Nähe von Jburg hielt der Gymnasialdirektor, Professor Dr. K n o t e, Osnabrück, einen kurzen Vortrag über die Schlacht im Teutoburger Walde im Jahre 9 n. Chr., welche nach seinen Forschungen nicht bei Detmold, sondern in der Gegend von Jburg stattgefunden hat.

Die Wagenfahrt endete etwa um 2 Uhr nachmittags auf der „Georgsmarienhütte“ bei Osnabrück, zu deren Besichtigung die Teilnehmer eingeladen waren. In einzelnen Gruppen wurde die Gesellschaft unter sachverständiger Leitung durch die verschiedenen Abteilungen dieses gewaltigen, interessanten Hüttenwerkes hindurchgeführt, das wohl auf jeden, der an dem Rundgange teilnahm, einen überwältigenden Eindruck machte.

Damit war die diesjährige Versammlung beendet, und die Teilnehmer fuhren nun von hier aus in ihre Heimat zurück.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß für die nächstjährige Versammlung folgende Vorträge aussersehen sind:

1. Erhaltung und Erhöhung der Rentabilität der Buchenforsten. Berichterstatter: Stadtoberförster Durhard, Hameln; Mitberichterstatter: Forstmeister Erdmann, Neubruchhausen;
2. Die geschichtliche Entwicklung und der jetzige Zustand des Waldes in der westfälischen Ebene. Für diesen Vortrag sind bislang noch keine Berichterstatter bestimmt.

Als Versammlungsort für das nächste Jahr ist die Stadt Münster gewählt.

H a n n o v e r.

N i e d e r s t a d t, Kgl. Oberförster.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die königlichen Regierungen.

Bekanntmachung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III. 1260.

Berlin W 9, den 12. Februar 1912.

Die Herren Forstbesitzern, die in diesem Frühjahr die **Forstreferendarprüfung** abzulegen beabsichtigen, haben die vorchriftsmäßige Meldung spätestens bis zum 10. März d. Js. einzureichen.

J. A.: Schede.

Bekanntmachung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III. 1261.

Berlin W 9, den 10. Februar 1912.

Die Herren Forstreferendare, die in diesem Frühjahr die **forstliche Staatsprüfung** abzulegen beabsichtigen, haben die vorchriftsmäßige Meldung spätestens bis zum 1. März d. Js. einzureichen.

J. A.: Schede.

— **Drei Urteile des Oberverwaltungsgerichts in Wildschadenangelegenheiten.** 1) Ein Gutspächter in der Provinz Posen hatte den Forstfiskus wegen Wildschadens in Anspruch genommen und eine entsprechende Festsetzung durch das Distriktsamt erzielt. Im Verwaltungsstreitverfahren gelangte der Kreisausschuß zu einer noch höheren Festsetzung der Entschädigung, während der Bezirksausschuß den Klageanspruch überhaupt abwies, weil er nur gegen den Forstfiskus als „Jagdpächter“ und nicht gegen die nach der Jagdordnung „Beteiligten“ gerichtet sei. Das angerufene Oberverwaltungsgericht verwarf durch Urteil vom 24. November 1910 die Klage. Das Verwaltungsstreitverfahren sei nur dann zulässig, wenn die durch Wild beschädigten Grundstücke zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk (§ 7 der Jagdordnung v. 15. Juli 1907) gehörten. Da aber im vorliegenden Falle die durch Wild beschädigten Grundstücke Teile eines Eigenjagdbezirkes bildeten, so konnte das Verwaltungsstreitverfahren nicht Platz greifen. Die Rechte, welche ein

Pächter aus seinem Pachtvertrage herleite, seien überhaupt diesem Verfahren entzogen und im ordentlichen Rechtswege zu verfolgen. 2) Nach § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist der Jagdberechtigte zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der einem Grundstück durch Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam- oder Rehwild oder durch Fasanen zugefügt wird. Mit Bezug hierauf hat das Oberverwaltungsgericht in dem Urteile vom 16. Febr. 1911 ausgesprochen, daß der Antrag auf Schadenersatz nicht schon deshalb abgewiesen werden dürfe, weil es nicht möglich wäre, den Wildschaden, für den Ersatz zu leisten, von demjenigen Schaden auszusondern, der durch andere Wildarten verursacht sei und für den kein Ersatz

gefordert werden könne. Für Fälle dieser Art müsse eine Schätzung auf Grund überschläglicher Berechnungen eintreten. Für diese sei die Vorlegung von Gutachten nach vorangegangener örtlicher Befichtigung Bedingung. Ergebe sich dabei kein Anhalt für den Anteil jeder Wildgattung am Schaden, so erübrige nur, bei der Feststellung des Ersatzes jeder Wildgattung den Schaden zu gleichem Anteile anzurechnen. 3) Urteil vom 10. Juli 1911. Beteiligte eines Verwaltungsstreitverfahrens über den Ersatz von Wildschaden sind der Ersatzberechtigte (nämlich der Beschädigte) und die Ersatzpflichtigen (nämlich die Grundbesitzer des Jagdbezirks, vertreten durch den Jagdvorsteher).

Verschiedenes.

— **Hochschulnachrichten.** Der Professor von der technischen Hochschule zu Darmstadt Dr. Schwalbe ist vom 1. April 1912 ab als ordentlicher Professor der Chemie an die Forstakademie Eberswalbe berufen worden.

— **Holzausfuhr aus Deutsch-Kongo.** In einer Versammlung der Sektion für den Handel mit überseeischen Hölzern des Vereins Ostdeutscher Holzhändler und Holzindustrieller schilderte der Syndikus dieses Vereins die Ausbeutung der reichen Nutzholzbestände in unjener neu erworbenen Kongogebieten als recht vielversprechend. Namentlich das Okume-Holz, das zurzeit schon einen ganz hervorragenden Ausfuhrartikel aus Französisch-Gabun bildet, ist von ihm als besonders wertvoll und dessen Ausbeutung als sehr lohnend bezeichnet worden. Zu diesen Äußerungen nimmt nun der Leiter der Kameruner Holzgesellschaft Stellung und entgegnet in der „Täglichen Rundschau“ hierauf u. a. folgendes: Das Okumeholz ist mir sehr gut bekannt, es ist ein minderwertiges, helles Mahagoniholz, welches in erster Linie zur Herstellung von Zigarrenkisten und als Blindholz für Furniere und Inneneinrichtungen in der Möbelindustrie Verwendung findet; es sieht poliert gut aus, hält aber die Farbe nicht. Man hat es in früheren Jahren aus dem Hinterlande von Gabun und Spanisch-Guinea in großen Mengen mit Nutzen ausgeführt. Die Werbungskosten waren gering, weil die Eingeborenen das Holz zu einem billigen Preise — den Block für 2,40 M bis 4 M oder wenig mehr — an die weißen Händler verkauften. Die Firma Voermann & Co. hat damit zeitweise ein gutes Geschäft gemacht, zumal das Holz sehr häufig bei mangelnder Fracht als Ballast von der Voermann-Linie mitgenommen werden konnte. Die Preise des Holzes schwankten zwischen 25 bis 40 M für das Festmeter. Sobald aber eine Erwerbsgesellschaft den Betrieb selbst in die Hand nimmt und sich lediglich auf die Holzausfuhr beschränken wollte, sind durch die bedeutende Erhöhung der Werbungskosten, die ein solcher Betrieb mit sich bringt, die Gewinnmöglichkeiten des Unternehmens weit geringere, selbst wenn die Seefrachten bedeutend herabgesetzt werden würden. Es müssen also wertvollere,

marktfähige Hölzer in größeren Mengen vorhanden sein, welche die Gewähr bieten, daß sie einen Durchschnittspreis von 70 bis 100 M für das Festmeter frei Hafen Hamburg oder Bremen erzielen, also möglichst Mahagoni- und Rußbaumholz, deren Gewicht für das Festmeter in grünem Zustande eine Tonne nicht überschreitet. Hierbei ist jedoch die Grundbedingung zu beachten, daß diese Sorten nicht wie in Kamerun verteilt, sondern in mehr oder weniger größeren Beständen angetroffen werden. In Kamerun hatte ich auf verschiedenen Erkundungstreifen Gelegenheit, die dortigen forstlichen Verhältnisse mit Fachleuten besprechen zu können. Wir kamen dabei zu dem Ergebnis, daß es sehr schwer sei, den Wert der Nutzholzbestände zu beurteilen, und daß man diesen selbst bei den genauesten Erkundigungen und Feststellungen in der Regel überschätzt. Ein einigermaßen zuverlässiges Bild gewinnt man erst, wenn man die Bäume gefällt und in Blöcke zerjagt hat. Man darf sich nicht durch die mächtigen Baumriesen, die anheimelnd gesund und gut gewachsen sind, blenden lassen, sehr oft weisen sie nach dem Fällen Fehler auf, welche den Marktpreis bedeutend herunderdrücken oder sie unverkäuflich machen. Eine große Rolle spielt natürlich die Transportfrage vom Walde nach dem Verschiffungsplatze. Ist diese ungünstig, so ist es besser, ganze Flächen unberührt zu lassen. Wenn auch nach dem Vortrage des Syndikus des Vereins Ostdeutscher Holzhändler die Holzausfuhrverhältnisse in Deutsch-Kongo jedenfalls viel günstiger als in Alt-Kamerun sind, so sollte man auch hier, und zwar noch mehr als bei jedem anderen Kolonialunternehmen, den bekannten Ausspruch Moltes: „Erst wägen, dann wagen!“ anwenden.

— **Schneeschuhwettkampf für Forstbeamte.** Die am 3. Februar 1912 zu Oberhof in Thüringen abgehaltenen Schneeschuhwettkämpfe über eine Strecke von etwa 10 km hatten nachstehendes Ergebnis: Im Hindernis-Langlauf für Forstbeamte im Herzogtum Coburg-Gotha wurde Erster Mathes-Doerrberg mit 56 Minuten 20 Sekunden; Zweiter Ködiger-Geslberg mit 58 Minuten 56 Sekunden; Dritter Huhn-Schmüde mit 60 Minuten 5 Sekunden. — Im Hindernis-Langlauf

für deutsche Forstbeamte wurde Erster Siegmund-Goldlauter bei Suhl mit 60 Minuten 45 Sekunden; Zweiter Finsterwalter-Heidersbach bei Suhl mit 62 Minuten 15 Sekunden. — Im Hibernis-Langlauf für Militär wurde Erster Gefreiter Händke vom Jägerbataillon Nr. 4 in Raumburg mit 47 Minuten 20 Sekunden; Zweiter Oberjäger Bornemann vom Jägerbataillon Nr. 4 in Raumburg mit 52 Minuten 10 Sekunden; Dritter Emil Böhm-Hennes vom Inf.-Regt. Nr. 32, Meiningen, mit 52 Minuten 20 Sekunden. — r. —

— Welche Art der Ordnung von forstlichen Käsern ist für Examenszwecke vorzuziehen? Allgemein ordnet man eine derartige Sammlung in der Reihenfolge der Ordnungen, wie diese in den entomologischen Lehrbüchern aufgeführt sind. Eine forstliche Sammlung ordnet man jedoch in der Weise, daß man die nützlichen Insekten auf andersgefärbter Etikette (gelb) vorausgehen und dann die schädlichen folgen läßt. Für Anfänger und namentlich künftige Examinanden halte ich die Ordnung für sehr zweckmäßig, wie solche in König-Grebes Waldbpflege ausgeführt ist. Hier sind die Insekten in zwei Tabellen, von denen die eine die Laubholzinsekten, die andere die Nadelholzinsekten umfaßt, zunächst nach den Holzarten, zugleich aber auch nach ihrer Ökonomie getrennt. So sind beispielsweise die Nadelholzinsekten geordnet nach Kiefer, Fichte, Tanne, Föhre; seitlich lautet die Ordnung: 1. Wurzelschädiger. 2. Stammeschädiger: a) Bestandesverderber, b) Kulturverderber, c) Nadelholzverderber. 3. Nadelholzerfresser: a) Bestandesverderber, b) Jungwuchsverderber. 4. Trieb- und Knospenschädiger. 5. Fruchtbeschädiger. 6. Deformitätenerzeuger. 3 bis 5 umfassen hauptsächlich forstschädliche Schmetterlinge. Ob man Käser und Schmetterlinge usw. in einem Kasten unterbringt, dürfte für Examenszwecke weniger in Frage kommen, zumal es sich um eine beschränkte Anzahl handelt. Jedenfalls ist die König-Grebesche Anordnung sehr übersichtlich, erleichtert das Einprägen und die Auseinanderhaltung der Insekten nach den Holzarten und ist gerade aus diesem Grunde für den Anfänger allen anderen Ordnungen vorzuziehen. Zweckmäßig ist, stets auf dem Etikett den älteren Namen beizubehalten, den abweichenden Genußnamen aber darüber zu schreiben, am besten mit Rot. Ob man Fraßstüde mit in die Sammlung bringe, ist für die Anschauung wohl nicht zu unterschätzen, indes nehmen diese einen verhältnismäßig großen Raum ein. Letztere lassen sich gepreßt und mittels Fadens auf Kartonpapier gezogen, in einer Zigarettenkiste ganz gut aufbewahren. Eine Beigabe von Naphthalin ist für die Insektensammlung wie für die Aufbewahrung von Fraßstücken stets angezeigt. P.

— Amtlicher Marktbericht. Berlin, den 12. Februar 1912. Rotwild 0,30 bis 0,52, Damwild 0,20 bis 0,60, Schwarzwild 0,40 bis 0,70 M das Pfund, Hasen 4,00 bis 4,25, Kaninchen 0,70 bis 0,90, Stodenten 1,40 bis 1,70, Fasanenhähne 1,50 bis 3,00, Fasanenhennen 1,50 bis 2,00, Waldschneppen 1,75 bis 2,00 M das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Schellig, Oberförster zu Kossitten, Regbz. Königsberg, ist das Hohenzollern-Ehrenkreuz 3. Klasse verliehen.

Rehrens, Segemeister zu Forsthaus Lebnitz, Oberförsterei Drantenburg, Regbz. Potsdam, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Wosch, Forstausseher zu Paulsmühle, Oberförsterei Kreuzburgerhütte, ist als Schreibhilfe nach Kreuzburgerhütte, Oberförsterei Kreuzburgerhütte, Regbz. Oppeln, versetzt.

Brinck, Forstausseher zu Wierich, Oberförsterei Hohlend, ist nach Jahnhof, Oberförsterei Schwarzwald, Regbz. Oppeln, versetzt.

Bruchhoff, Forstausseher, ist als Förster o. R. in der Oberförsterei Ruhnditz, Regbz. Breslau, angestellt.

Fagel, Georg, Segemeister zu Borgsdorf, Oberförsterei Drantenburg, Regbz. Potsdam, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Gschwendt, Forstausseher zu Kossitten, Oberförsterei Kossitten, Regbz. Königsberg, ist die Hohenzollernsche Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Kamprecht, Förster o. R. zu Rathen, Oberförsterei Hersfeld-Wiedbach, ist nach Giesel, Oberförsterei Giesel, Regbz. Cassel, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Konting, Förster o. R. zu Friedrichshammer, Oberförsterei Kreuzburg, ist als Förster m. R. nach Schwarzwald, Oberförsterei Schwarzwald, Regbz. Oppeln, versetzt.

Martin, Forstausseher zu Mühlen, Oberförsterei Hohenstein, ist nach der Oberförsterei Bunslosen, Regbz. Allenstein, versetzt.

Reymann, Forstausseher zu Kraschew, Oberförsterei Kraschew, ist nach Friedrichshammer, Oberförsterei Kreuzburg, Regbz. Oppeln, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Wichter, Forstausseher zu Wendin, Oberförsterei Bispitz, ist nach Wierich, Oberförsterei Schwarzwald, Regbz. Oppeln, versetzt.

Sartorius, Segemeister zu Großentz, Oberförsterei Burgbaun, ist die Königlich-preussische Kammerassessor, Madenitz, Regbz. Cassel, vom 1. April d. Js. ab übertragen.

Seemper, Förster o. R. zu Kreuzburgerhütte, Oberförsterei Kreuzburgerhütte, ist als Förster m. R. nach Scharf, Oberförsterei Schwarzwald, Regbz. Oppeln, versetzt.

Stodtisch, Forstausseher zu Barade Bernell, Oberförsterei Kossitten, Regbz. Königsberg, ist die Hohenzollernsche Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Wisk, Förster zu Dünabünde, Oberförsterei Neuenbors, ist nach Bismard, Oberförsterei Wiedenwalde, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Wärschmidt, ist als Forstausseher nach Friedrichshammer, Oberförsterei Kreuzburg, Regbz. Oppeln, einberufen.

Königreich Bayern.

Gemeinde- und Privatdienst.

Reimer, Josef, Oberförster zu Zwißel, ist zum Benedikt Ritter von Polshausen Forstmeister ernannt und ihm das Forstamt Oberzwißelau, von Zwißel (Bayerischer Wald) übertragen.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Seiler ist als Waldwärter auf Augustsburger Revier angestellt.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.

Staats-Forstverwaltung.

Simon, Oberförster zu Etersburg bei Weimar, erhielt das Ritterkreuz 2. Klasse des Säch.-Eisenachischen Hausordens (Gotha).

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerfortsbienste.

Die Gemeinde-Forststelle Oberwäldchen in der Königl. Oberförsterei St. Goarshausen, Regbz. Wiesbaden, mit

dem Wohnsit in Oberwallmenach. Kreis St. Goarshausen, gelangt mit dem 1. Juli 1912 zur Neubewertung. Mit der Stelle, welche die Wäldungen der Gemeinden Lautert, Niederwallmenach, Oberwallmenach und Reiterstham mit einer Größe von 706 ha umfaßt, ist ein Jahreseinkommen von 1000 M. steigend von der ungenügenden Anstellung ab von drei zu drei Jahren zweimal um je 50 M., dann um je 100 M. bis zum Höchstbetrage von 1500 M. verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist. Außer dem baren Gehalte wird freie Dienstwohnung und Freibrennholz bis zu jährlich 16 rm Verbholz und 100 Weiden bzw. Geldentschädigungen hierfür von jährlich 3.0 M. bzw. 100 M. bewilligt. Die freie Dienstwohnung und das Freibrennholz bzw. die Geldentschädigungen hierfür sind mit 300 M. bzw. 100 M. beim Ruhegehalt anzurechnen. Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probezeit. Bewerbungen sind bis zum 15. April d. Js. an den Königl. Forstmeister Herrn Wendlandt in St. Goarshausen zu richten. Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit forstlicher Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Quittung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 15. Anfrage: 1. Der am 28. März 1841 geborene hiesige städtische Forstausseher (Waldbärter) N. hat im April 1911 bei der Landesversicherungsanstalt Antrag auf Gewährung von Altersrente gestellt. Dies ist abgelehnt, weil die Wartezeit nicht erfüllt sei. Der Forstausseher habe statt der erforderlichen 801 Beitragswochen nur 599 nachgewiesen. N. ist seit 26. April 1876 als Forstausseher angestellt. Er hat von 1891 bis 1. April 1900 in einem versicherungspflichtigen Dienstverhältnis gestanden, weil er bis dahin nicht pensionsberechtigt war und bis hierher im ganzen 498 Marken à 20 S. geklebt. Seit 1. April 1900 ist Genannter pensionsberechtigt und hat seitdem freiwillig 101 Marken geklebt, à 20 S., zusammen also 599 Marken zu je 20 S. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hat die Berufung abgewiesen mit der Begründung, daß nur 599 Beitragswochen nachgewiesen seien, während der Antragsteller gemäß § 190 des Invalidenversicherungsgesetzes den Nachweis über 801 Beitragswochen zu erbringen habe. Der Anspruch auf die Altersrente sei daher jetzt nicht begründet. In dem Handbuch für preussische Förster finde ich auf Seite 934 oben unter 9. folgende Anmerkung: „Den mit Pensionsanwartschaft angestellten Beamten steht das Recht zur Selbstversicherung nicht zu.“ Ich bitte um Belehrung darüber, ob es auf irgend eine Weise möglich ist, daß genannter Forstausseher jetzt oder später in den Genuß der Altersrente gelangen kann, oder ob dies gänzlich ausgeschlossen ist. — 2. Zwei andere Waldbärter, welche mit Pensionsanwartschaft angestellt sind, die Pensionsberechtigung aber erst nach zehn Dienstjahren erlangen, müssen hier laut Magistratsverfügung in den ersten zehn Dienstjahren Markenbeiträge zahlen. Es werden für die magistratsseitig jährlich 52 Marken geklebt. Hat dies überhaupt einen Zweck, wenn sie sich nach Ablauf der zehn Jahre nicht freiwillig weiter versichern dürfen? N., Stadtförster.

Antwort: Versicherungsanstalt und Schiedsgericht haben recht. Die Wartezeit für die Alters-

rente beträgt 1200 Wochen. Jedoch wird den Versicherten, die beim Inkrafttreten der Versicherungspflicht für ihren Berufsweig (im Falle N. der 1. Januar 1891) das 40. Lebensjahr vollendet hatten, für jedes volle Jahr, um das sie an diesem Tage älter als 40 Jahre waren, 40 Wochen angerechnet (im Falle N. 399 Wochen, so daß noch 801 Beitragswochen nachzuweisen sind). N. muß also noch (801—599) 202 Marken kleben, ehe er einen Anspruch auf Altersrente erwirbt; er kann aber für ein Jahr nachkleben (§ 1443 der Reichsversicherungsordnung), so daß er nur noch drei Jahre zu warten braucht. Es wird empfohlen, zum Nachkleben und Weiterkleben nicht Lohnklasse II, sondern die höchste Lohnklasse (V) zu wählen. Für die Zeit bis 31. Dezember 1911 sind alte Marken, von da ab neue zu verwenden. Die Altersrente würde dann 162 M. 70 S. jährlich betragen. Wird N. vorher oder nachher invalide, so erhält er an Stelle der Altersrente die erheblich höhere Invalidenrente. Hinterläßt er bei seinem Tode eine Witwe, so erhält diese, wenn sie selbst invalide ist, die Witwenrente. Alle Renten werden neben der Pension gezahlt, bilden also einen wertvollen Zuschuß. — N. ist, wie die beiden anderen Waldbärter, zur Fortsetzung der Versicherung (Weiterversicherung) berechtigt. Die von Ihnen angezogene Stelle im Radschesschen Handbuche hat nur den Eintritt in die Selbstversicherung (ohne vorangegangene versicherungspflichtige Beschäftigung) im Auge, zu dem nur Privatangestellte mit 2000 bis 3000 M. Gehalt, kleine Gewerbetreibende, Landwirte und dergleichen, nicht aber Staats- und dergleichen Beamte berechtigt sind; diese sind nur berechtigt, ein durch versicherungspflichtige Tätigkeit entstandenes Versicherungsverhältnis durch freiwillige Beitragsleistung fortzusetzen. Jeder Beamte, der aus versicherungspflichtiger Beschäftigung 100 oder mehr Beiträge nachzuweisen vermag, sollte sich weiterversichern, und zwar durch regelmäßiges Kleben in der höchsten Lohnklasse. § 9.

Nr. 16. Anfrage: 1. Wie ästet man bei 20- bis 30jährigen Fichten und Kiefern die grünen und die trockenen Äste, glatt am Stamm oder ein Stück davon entfernt? 2. Ist die Ästung bei Nadelholz die gleiche wie jene des Laubholzes? W., Oberf. in D.

Antwort: Zu 1. In der Regel beschränkt man sich bei Nadelhölzern auf die Entnahme der trockenen und fast trockenen Äste, ihre Entfernung erfolgt am besten mit einer scharfen Säge glatt am Stamm. Eine Stummelung ist nur bei Laubholz zulässig, wenn die Wegnahme starker Äste einige Jahre vor der Fällung nötig wird, was z. B. im Interesse des Anwuchses erforderlich und von Vorteil sein kann. Zu 2. Die Ästung des Laubholzes kann in weitgehenderem Maße als jene des Nadelholzes erfolgen und erstreckt sich meist auch auf die Fortnahme grüner Äste, Zwiesel usw.

Für die Redaktion: J. W. Bobo Grundmann, Neubann.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Segemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Nm.



Mitteilungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorstehenden, Kgl. Segemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Nm.

Beiträge sind stets durch Vermittlung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Bette, Försterei Mämbke, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung, frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Sambinnen. Die Dienststellen-Beschreibungen der Revierförster-, Förster- und Forstaussehergehöfte im Bezirksgruppengebiet sind fertiggestellt. Im Bedarfsfalle können Kollegen Einzel Exemplare dieser Nachweise durch den Kollegen, Herrn Förster Sieg-Pfeil, Post Bubbern, gegen Einzahlung von 25 Pf. in Briefmarken beziehen. Um die Stellenbeschreibungen auf dem laufenden zu erhalten, werden die Herren Vertrauensmänner gebeten, jede Stellenveränderung dem Kollegen Sieg sofort mitzuteilen. Noch nähere Anweisung erfolgt direkt.

Der Vorsitzende. P u p p e l.

Kerzburg. Die diesjährige Vertreter- und Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe findet am Sonnabend, dem 2. März d. Js., nachmittags 4½ Uhr, im Hotel Preussischer Hof zu Torgau statt. Tagesordnung: 1. Feststellung der Teilnehmerliste; 2. Jahresbericht und Rechnungslegung; 3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes für den verstorbenen Revierförster Fischer, sowie eines Delegierten nach Berlin; 4. Beratung eingegangener Anträge usw.; 5. Besprechung der für die Delegiertenversammlung aufgestellten Tagesordnung; 6. Verschiedenes. Nach Schluß der Verhandlungen von etwa 8 Uhr ab gemüthliches Beisammensein mit Angehörigen bei Musik und Tanz, wozu Gäste herzlich willkommen. L o m n i e r.

Ortsgruppen:

Frankenberg (Regbz. Cassel). Das Oberjägerkorps in Marburg ladet die Mitglieder der Ortsgruppe mit Familie zu dem am 17. Februar d. Js., abends 8 Uhr, in den Stadtsälen zu Marburg stattfindenden Balle ein.

B e r n e r.

Santenburg (Regbz. Marienwerder). Am Dienstag, dem 20. Februar (Fastnacht), Mitgliederversammlung um 5 Uhr nachmittags im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Kassenlegung; 2. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden; 3. Bericht über die Bezirksgruppen-

versammlung; 4. Aufnahme neuer Mitglieder; 5. Verschiedenes. — Wie bereits besprochen, vereinigen sich nach der Sitzung die Mitglieder mit ihren Damen zu einem gemüthlichen Fastnachtstränzchen, und wird hierzu um eine rege Beteiligung gebeten.

Der Vorstand. J. M.: G ä r t n e r, Schriftf. **Sontorsz (Regbz. Marienwerder).** Das für diesen Monat in Aussicht genommene Wintervergnügen der Ortsgruppe fällt umstänbehalber aus. Der Vorstand.

Marburg (Regbz. Cassel). Das Oberjägerkorps des Kurhessischen Jäger-Bataillons ladet die Mitglieder zu seinem Wintervergnügen auf Sonnabend, den 17. Februar, 8 Uhr, in die Stadtsäle zu Marburg ein, mit Nachfeier Sonntag, den 18. Februar, 4 Uhr, Hotel Deutscher Kaiser zu Bad Marbach. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Posen. Am Mittwoch, dem 21. d. Mts., von nachmittags 4 Uhr ab, Versammlung in den Bürgerläden bei Bandolin in Posen W, Große Berliner Straße 5. Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Entlastung des Schatzmeisters, Besprechung der Tagesordnung der nächsten Delegiertenversammlung in Berlin, R. B. R., Verschiedenes. Nach der Sitzung gemeinsames, zwangloses Abendessen, Gedeck nach Wahl — ohne Wein. Hiernach Tanz. Die Herren Kollegen, auch Nichtmitglieder der Ortsgruppe, werden höflichst ersucht, zahlreich mit Angehörigen erscheinen zu wollen, und bis zum 17. d. Mts. mitzuteilen, mit wieviel Personen die Beteiligung in Aussicht steht.

Der Vorsitzende. J a n e s t h.

Speesart (Regbz. Cassel). Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet in der „Krone“ zu Mernes eine Versammlung der Ortsgruppe mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, ev. auch zur Krankenkassen-Beihilfeklasse. 2. Jahresbericht und Rechnungslegung. 3. Wahl eines Delegierten zur Versammlung der Bezirksgruppe Cassel-Ort in Fulda. 4. Verschiedenes. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand:

H a g e l s t e i n, Vorsitzender.

Unterlannus (Regbz. Wiesbaden). Versammlung am Sonntag, dem 25. Februar, im Restaurant Taunusbild — Chauffeehaus — nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: 1. Verlesung des Jahres-

berichts; 2. Vollziehung des letzten Protokolls; 3. Rechnungsprüfung pro 1911; 4. Verschiedenes. Anschließend gemütliches Beisammensein, wozu auch die geehrten Damen höflichst eingeladen sind.
Der Vorsitzende.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hagemeyer Krause, Kesselgrund bei Hochzeit Wm., vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Ausdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Erfner (Regbz. Potsdam). Die am 6. Januar anberaumte Mitgliederversammlung war von 16 Kollegen besucht. Nach Erledigung der üblichen Formen wurde zur Tagesordnung geschritten. Zuvor gedachte die Versammlung in ehrenvoller Weise des verstorbenen Kollegen Streich durch Erheben von den Sitzen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde, nachdem der Kassierer Bericht erstattet, die Rechnungslegung in allen Teilen für richtig anerkannt, auf weitere Revision verzichtet, dem Kassierer Entlastung sowie Dank für Mühewaltung erteilt. Zu Punkt 2 wurde der alte Vorstand in allen Teilen wieder gewählt. Punkt 3 wurde durch Wahl des Vorsitzenden zum Delegierten zur Bezirksgruppe erledigt. Zu Punkt 4 beschloß die Versammlung eine Kaisergeburtstagsfeier mit Damen am 17. Februar im Lokale des Herrn Mathies. Anfang 8 Uhr. Besondere Einladungen werden den Kollegen noch zugehen. Als neue Mitglieder meldeten sich Kollege Schleferitz und Kollege Schulz, Oberförsterei Colpin; beide waren persönlich erschienen.

Der Vorstand. K a n d t, Vorsitzender.

Gerolstein (Regbz. Erier). Die auf den 4. Februar in Gerolstein einberufene Versammlung war von 14 Mitgliedern besucht. Der Vorsitzende gedachte zunächst des verstorbenen Revierförstern Umbach als Vorsitzenden der Bezirksgruppe, sowie des verstorbenen Mitgliedes, des Försters Jens-Rothe; die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Sitzen. Hierauf erfolgte die Erledigung der Tagesordnung: 1. Als Delegierter für die Bezirksgruppenversammlung wurde Förster Schäfer gewählt. 2. Wurde die Tagesordnung der Bezirksgruppe und der nächsten Delegiertenversammlung des Hauptvereins näher besprochen und dem Delegierten Richtlinien gegeben. 3. Die Jahresrechnung wurde geprüft und dem Kassierer Entlastung erteilt. 4. Die Sommerversammlung findet Ende August auf vielseitigen Wunsch in Priim statt. Das Nähere hierüber wird noch bekanntgegeben.

Der Vorstand. M e h e r, Vorsitzender.

Ostrode (Regbz. Ilfenstein). Bei der heutigen Versammlung, den 3. Februar 1912, wurde durch den Herrn Vorsitzenden über die letzte Bezirksgruppenversammlung ausführlich berichtet. Die Kaisergeburtstagsfeier findet am

Sonntag, dem 25. Februar, von abends 6 Uhr ab, statt. Besondere Einladungen ergehen an die Mitglieder nicht. Mitglieder anderer Ortsgruppen sind hierdurch eingeladen.

Der Vorstand. W o l f, Vorsitzender.

Schneidemühl (Regbz. Bromberg und Marienwerder). Sitzung am 2. Februar, an welcher 23 Mitglieder teilnahmen. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einem Horrido auf Se. Majestät. Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt: Punkt 1. Protokoll vom 8. Oktober 1911 wird genehmigt. Punkt 2. Die Beiträge wurden von den erschienenen Mitgliedern bezahlt. Punkt 3. Zum Schachmeister wurde Herr Kollege Forsthausseher Krüger in Forsthaus Plöttke bei Schneidemühl gewählt. Es wird gebeten, die noch ausstehenden Beiträge pro 1. Halbjahr 1912 umgehend dem vorgenannten Kollegen einzuliefern. Im Anschluß an die Sitzung fand, wie bekanntgegeben, die Kaisergeburtstagsfeier statt, zu welcher einige dreißig Grünröde mit ihren Damen von nah und fern herbeigeeilt waren. Auch viele der geladenen Gäste waren erschienen. Die wohlgelungene, patriotische Feier, bestehend aus Prolog, Festansprache mit Kaiserhoch und lebendes Bild, Vorträgen und Tanz, welcher von einer Kaffeetafel unterbrochen wurde, endete erst in den frühen Morgenstunden.

Der Vorstand. J. A.: K i e d r i g, Schriftf.
Sterbitz (Regbz. Cassel). In der Versammlung vom 4. Februar waren acht Mitglieder erschienen. Der derzeitige Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf Se. Majestät. Die nach der Tagesordnung erforderliche Neuwahl des Vorstandes wurde vorgenommen. Danach besteht der Vorstand definitiv aus vier Herren. Es folgten noch Wahl der Vertrauensmänner für die Oberförstereien Sterbitz und Oberzell und des Vertreters der Ortsgruppe bei der demnächst stattfindenden Bezirksgruppen-Versammlung in Fulda. Ineds Berichterstattung über Fulda nächste Versammlung in Mottgers, Wirtschaft Günther, am Sonntag, dem 17. März d. Js., nachmittags 3 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

Zwinemünde (Regbz. Stettin). Auf der Mitgliederversammlung am 7. Januar d. Js. waren 16 Kollegen anwesend, davon zwei als Gäste. Vollzählig waren die Kollegen der Oberförsterei Budagla erschienen. Es muß erneut der Wunsch ausgesprochen und die Mahnung an die Mitglieder gerichtet werden, an den Versammlungen einen recht regen Anteil zu nehmen, weil allein hierdurch eine ersprießliche Förderung unserer guten Sache bewirkt werden kann. In dem geflüsterten Fernbleiben von den Versammlungstagen liegt eine vollständige Verkennung der durch den Erwerb der Mitgliedschaft eingegangenen und übernommenen Pflichten. Diese bestehen in erster Linie in der Wahrnehmung der Versammlungen, da ohne diese Betätigung ein produktives Schaffen und Arbeiten nicht möglich ist. Wer etwa aus Gründen, die in ursächlichem Zusammenhange mit der Geschäftsleitung stehen, den Sitzungen

fernbleibt, der ist gerade doppelt veranlaßt zum Erscheinen, damit begründete Mängel abgestellt und berechtigten Wünschen und Vorschlägen Rechnung getragen werden kann. Als ganz besonders bedauerlich wurde es empfunden, daß die Oberförsterei Warnow auch bei dieser Versammlung so außerordentlich schwach vertreten war. Nach dieser Einleitung lassen wir die Erledigung der Tagesordnung in den Hauptpunkten folgen. Unsere Gruppe zählt jetzt 26 Mitglieder. Auf eine Kaisergeburtstagsfeier seitens der Ortsgruppe ist in Rücksicht der voraussichtlich geringen Beteiligung — infolge der großen Entfernungen vieler Mitglieder — und ferner deshalb, weil die meisten Kollegen Kriegervereinen angehören, in denen sie der Feier beizuwohnen, Abstand genommen worden. Der Ortsgruppenbeitrag ist auf jährlich 2 M. erhöht worden. Demnach belaufen sich die sämtlichen Beiträge auf 9,50 M. für das Jahr. Als Delegierter zur nächsten Bezirksgruppenversammlung wurde der Vorsitzende gewählt, an den auch etwaige Anträge zu

richten sind. Die Wahl eines Familienbeirats für die Oberförsterei Misdroh konnte wegen der Abwesenheit der dortigen Mitglieder nicht vollzogen werden. Nach Prüfung der Jahresrechnung durch die Kollegen Wiedermeyer und Klemm wurde dem Rechnungsführer Entlastung erteilt. Der nun folgende Vortrag des Kollegen Hindenburg über Erfahrungen mit dem Jangenbohrer war ebenso interessant als lehrreich und wurde besonders wirksam durch das Vorzeigen einiger aus der neuen Kulturmethode hervorgegangener Pflanzen. Bei der darauf einsetzenden Diskussion fanden sich Gegner und Anhänger des Jangenbohrers. Jedoch war die Mehrzahl der Überzeugung, daß die Bohrpflanzung mindestens ebenso viele Mängel und Fehler hat als die Klemmpflanzung. Nach Schluß der Versammlung blieben die Mitglieder in fröhlicher und gemüthlicher Stimmung beisammen. Mit einem „Auf Wiedersehen“ trennten sie sich, als es hieß „Auf zur Bahn!“ Leider zu früh.

Der Vorstand: Scholz, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.



Die diesjährige **Mitgliederversammlung** wird am **Montag, dem 26. Februar d. Js., nachmittags 6 Uhr**, im **Hotel „Prinz von Preußen“** zu **Neudamm** abgehalten.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Jahresberichts. — 2. Bericht über die stattgehabte Prüfung der Kasse und Jahresrechnung. — 3. Entlastung des Schatzmeisters. — 4. Festsetzung der Höhe der Begräbnisbeiträge für die Zeit vom 1. März 1912 bis Ende Februar 1913 gemäß § 15 d der Satzung. — 5. Genehmigung des Haushaltsplans für das Jahr 1912. — 6. Neuwahl des Vorstandes gemäß § 7 der Satzung. — 7. Neuwahl der Rechnungsrevisoren gemäß § 12 der Satzung. — 8. Verschiedenes.

Der Mitgliederversammlung geht eine um 3½ Uhr nachmittags beginnende Vorstandssitzung voraus. Um 7 Uhr findet im Hotel „Prinz von Preußen“ gemeinschaftliches Essen statt (à Gedeck 2,50 M.). Besondere Einladungen ergehen nicht. Vereinsmitglieder, die an dem Essen teilzunehmen wünschen, werden ersucht, dies der Geschäftsstelle des Vereins bis spätestens den 23. Februar d. Js. mitzuteilen. Um zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Graf zu Rauhau,

Königl. Forstmeister, Döllensradung,
Vorsitzender.

Neumann,

Königl. Kommerzienrat, Neudamm,
Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im **eigensten Interesse** freundlichst ersucht, ebenso jeder **Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes** gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die **Deutsche Forst-Zeitung** wird allen Vereinsmitgliedern zum **Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf.** im **Jahresabonnement** (sonstiger Bezugspreis 8 Mk. ab Neudamm) geliefert. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3779. Frau Rittergutsbesitzer **Frei frau von Bodenhausen**, auf **Rabis, Bez. Halle.** (B.-Gr. XVI.)

3780. **Hertwig, Wilhelm**, Rittergutsbesitzer auf **Reinbarg, Bez. Halle.** (B.-Gr. XVI.)

3781. **Hiescher, Rudolf**, Oberförster, **Mhus in Süd-Schweden.** (B.-Gr. IX.)

3782. **Blasel, Richard**, Förster, **Lissa, Kr. Lublinitz.** (B.-Gr. VI.)

3783. **Heißig, Karl**, Großherz. **Sachl. Förster, Gommichau, Bez. Breslau.** (B.-Gr. VII.)

8784. Richter, Georg, Forstausseher, Dettel bei Munkertlager, Bez. Hannover.
 8785. Polze, Robert, Jägersjäger, Blücher bei Machnow in Redl. (H. Gr. III.)
 8786. Rasmuth, Gerhard, Hilfsjäger, Parble bei Helmstedt. (H. Gr. XVI.)
 8787. Ullrich, Arthur, Hilfsjäger, Sacrau bei Heinrichau, Bez. Breslau. (H. Gr. VII.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

- Wiedisch, Otto, Förster, Kleinkrauschen bei Gnadenberg.
 Ramiński, Feliz, Forstgehilfe, Bodelschwingh.
 Friedrich, Fritz, Förster, Abl. Gora bei Hochstäblau.
 Junger, Karl, Förster, Diebendorf bei Lissa, Kr. Lublinitz.
 Remde, Erich, Forstgehilfe, H. Hermendorf a. d. Spree b. Kohla.
 Joske, Wilhelm, Gutsverwalter, Seelig bei Hammermühle in Pommern.

- Majunke, Franz, Forstausseher, Dettel bei Munkertlager, Bez. Hannover.
 Schmidt, Fritz, Forstgehilfe, Hönnerholz bei Elmshagen in Holstein.
 Müller-Spading, Walter, Forstakademiker, Dresden.
 Riemens, Max, Förster, Justerburg.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugeandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle
 des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
 zu Halensee-Berlin, Karlshauer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningscher Forstwärte.

I.

Die für den 4. Februar d. Js. in Schneiders Hotel in Bad Liebenstein anberaumte Vorstandssitzung war von sechs Kollegen besucht.

1. Da nach vorjährigem Beschluß die diesjährige Mitglieder-(Jahres-)Versammlung in Coburg, und zwar im Monat März, stattzufinden hat, wird dieselbe auf Sonntag, den 10. März d. Js., mit Beginn vormittags 11½ Uhr, in der Aktienbierhalle in Coburg (Möhrenstraße) anberaumt und hierzu folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Geschäftsbericht und Jahresrechnung;
2. Bericht der Rechnungsrevisoren;
3. Satzungsänderungen (Entrichtung der Jahresbeiträge durch die Gruppenführer);
4. Besprechung der Überlassung von Gehörn, Geräusch und Raubzeug;
5. Fortsetzung;
6. Ort der nächstjährigen Versammlung;
7. Verschiedenes (Anlegung von Personalnotizblättern, Beitritt zum Forstverein usw.)

2. Zur Prüfung der Jahresrechnung wurden als Revisoren die Herren Kollegen Schmidt, Scheidig und Hummel in Steinach bestimmt.

3. Unter Verschiedenes wurden Vereins- und Standesangelegenheiten besprochen, vor allem die Stellung des Vorstandes zu den Punkten der Tagesordnung der Mitgliederversammlung, es wurden Richtlinien der Vereinsbestrebungen gezogen und Anichten über die verschiedensten Fragen ausgetauscht, so über Besteuerung der Vergütung

für Dienstzimmer, einheitlichere Uniformierung durch einheitlichen Bezug der Uniformstoffe, Abordnungen zu Verdigungen u. a. m.

II.

Die Gruppe Saalfeld hat am Sonntag, dem 4. Februar d. Js., Gruppenversammlung in Probstzella abgehalten. Anträge zur Jahres-(Mitglieder-)Versammlung in Coburg wurden nicht gestellt.

Dem Vereinsvorsitzenden wurde für die tatkräftige Wahrung der Standesinteressen der gebührende Dank zum Ausdruck gebracht.

Steinbach, Kr. Meiningen, 7. Febr. 1912.

Der Vorstand. Neuter, Vorsitzender.

==

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts, Bezirksamtsgruppe Harzgerode.

Zu dem am Sonnabend, dem 3. Februar, stattgefundenen Versammlung waren von 26 Mitgliedern 19 Kollegen erschienen. Es sind sämtliche Kollegen ohne Ausnahme nunmehr Mitglieder des Vereins.

In den Vorstand sind gewählt:

- | | |
|-------------------|------------------------|
| 1. Vorsitzender | Förster Grimm-Genrode. |
| 2. Schriftführer | Blate-Wallenstedt. |
| 1. Kassierer | Moebius-Neudorf. |
| 2. Kassierer | Busch-Wallenstedt. |
| 1. Stellvertreter | Sachtler-Victorshöh. |
| 2. Stellvertreter | Flügel-Friedrichshöh. |
| Als Beisitzer | Flügel-Schielo. |
| | Romanns-Wallenstedt. |

Die nächste Versammlung findet voraussichtlich im März statt.

Der Vorstand. Grimm.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstbediensteten in Preußen. 137. — Zur Forstbesetzungsfrage in Preußen. 138. — Regelung der preussischen Beamtenverhältnisse. 143. — Der preussische Forstetat in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses. 143. — Gehaltserhöhung. 144. — Bericht über die XXVI. Wanderversammlung des Nordwestdeutschen Forstvereins vom 7. bis 9. September in Danabrid. 144. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erstemisse. 147. — Hochschulnachrichten. 148. — Holzaustrich aus Deutsch-Rango. 148. — Schneeschuhwetlauf für Forstbeamte. 148. — Welche Art der Ordnung von forstlichen Käfern ist für Granzwecke vorzuziehen? 149. — Ähnlicher Marktbericht. 149. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 149. — Offene Stellen im Gemeinde- und Forstbediensteten für Mitarbeiter des Jägerforsts. 149. — Brief- und Fragelasten. 150. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 151. — Nachrichten des „Waldbreit“. 153. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 153. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 154. — Inserate.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfolgender Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balenzen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatsforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 8.

Neudamm, den 25. Februar 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Neuenheerse im Regierungsbezirk Minden ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. März eingehen.

Försterstelle Brandsheid in der Oberförsterei Brüm, Regierungsbezirk Trier, ist voraussichtlich zum 1. April 1912 anderweit zu besetzen. **Meldedrist bis zum 10. März.**

Försterstelle Kerschfallen in der Oberförsterei Ibenhorst, Regierungsbezirk Gumbinnen, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen. Zu der erledigten Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an Dienstland 0,8 ha Acker, 18,3 ha Wiesen. Die Schule ist in Rewellen. Die Bahnstation Schubereiten der Kleinbahn Kaufheinen-Karfen liegt von der Försterei Kerschfallen etwa 9 km entfernt. Gesuche um Besetzung auf diese Stelle sind bis 1. April einzureichen.

Försterstelle Schöneiche in der Oberförsterei Döberschütz, Regierungsbezirk Merseburg, ist zum 1. April 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. März eingehen.

Land-Erwerbung und -Veräußerung der preussischen Staatsforstverwaltung im Etatsjahr 1910.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist vom Ministerium für Landwirtschaft eine Nachweisung der durch Kauf, Verkauf, Tausch usw. bei der Staatsforstverwaltung im Etatsjahre 1910 eingetretenen Flächen-, Zu- und Abgänge zugegangen. Wir entnehmen aus dieser, daß in dem genannten Etatsjahre 12 327,818 ha durch

Kauf, 761,763 ha durch Tausch und 123,512 ha im Zusammenlegungsverfahren erworben sind, während der Abgang durch Verkauf 644,173 ha, durch Tausch 528,315 ha und bei Zusammenlegungen 126,005 ha betragen hat. Für die angekauften Flächen wurden durchschnittlich 428 M 28 S je Hektar gezahlt, während bei

den Veräußerungen für 1 ha durchschnittlich 11 644 \mathcal{M} 61 \mathcal{S} erzielt wurden. Den höchsten Kaufpreis erhielt die Forstverwaltung im Regierungsbezirk Potsdam, in dem 109,579 ha für 62 795 \mathcal{M} 89 \mathcal{S} je Hektar veräußert werden konnten.

Bei folgenden Ankäufen und Veräußerungen ist im Einzelfalle ein Kaufgeld von mehr als 100 000 \mathcal{M} gezahlt worden.

A. Ankäufe.

Regierungsbezirk Allenstein.

1. In dem Zusammenlegungsverfahren von Jerutten, Kreis Ortelsburg, sind 160 ha des Gutes Rheinswein für den Preis von 248 117 \mathcal{M} erworben worden. Die Fläche besteht größtenteils aus dem Gutswalde; nur 38 ha waren bisher Ackerland und werden gleichfalls aufgeforstet. Der Preis entspricht dem wirtschaftlichen Werte, da der Gutswald wertvolles Holz enthält. Die Fläche ist der Oberförsterei Raseburg angeschlossen worden.

2. Das Mühlengut Eisingsmühle im Kreise Osterode, bestehend aus einer Mahl- und Schneidemühle mit 88 ha Land, wurde von dem Besitzer zum Kauf angeboten. Da die Flächen an die Oberförsterei Rudippen grenzen und der Eigentümer sich bereit erklärte, die Mühle für einen annehmbaren Preis zu pachten, wurde das Gut einschließlich der Gebäude und des Holzbestandes sowie der zum Mühlenbetrieb erforderlichen Maschinen, jedoch ohne sonstiges Inventar und ohne die Ernte, für den angemessenen Preis von 130 000 \mathcal{M} angekauft. Von der Fläche sind 50 ha dem Holzboden zugelegt worden; davon ist der größte Teil bereits bestockt; die landwirtschaftlich zu nutzenden Flächen sind mit der Mühle verpachtet.

Regierungsbezirk Potsdam.

3. Der Gutswald des Rittergutes Gollwitz bei Brandenburg a. H., die sogenannte Johannisheide, mit einer Größe von 261 ha, ist auf Angebot des Besitzers für den Preis von 284 947 \mathcal{M} angekauft worden. Der Wald grenzt an die Oberförsterei Lehmin, der er zugelegt worden ist. Der Preis für die mit dem Holzbestande und einer Forstausschauerwohnung erworbene Fläche entspricht dem Werte.

Regierungsbezirk Stettin.

4. In Gabbert, Kreis Saargau, sind im Zusammenlegungsverfahren 929 ha Land zu einem Preise von 230 677 \mathcal{M} erworben worden. Es handelt sich dabei vorzugsweise um bäuerliche Besitzungen, die sich zur landwirtschaftlichen Benutzung als ungeeignet erwiesen haben, und um das Freiherrlich v. Wangenheim'sche Vorwerk Grütkort. Die Flächen sind der Oberförsterei Wedelsdorf, und zwar mit 785 ha dem Holzboden, mit 144 ha dem Nichtholzboden zugelegt

worden. Von den mitangekauften Gehöften dient eines als Försterdienstgehöft, die übrigen sind zur Ansiedlung von 7 Walдарbeiterfamilien bestimmt. Der Nichtholzboden wird als Försterdienst- und Arbeiterpachland verwendet, der Rest nebst drei kleineren Seen meistbietend verpachtet.

Regierungsbezirk Köslin.

5. Durch den Ankauf des Gutes Stibbhorn im Kreise Neustettin hat sich eine gute Gelegenheit geboten, den forstfiskalischen Besitz abzurunden und von eingeschlossenem Privatbesitz zu befreien. Der größte Teil des Gutes ist vom Staatswald umschlossen. Die Erwerbung dieser Fläche zur Aufforstung war daher erwünscht. Die übrigen Flächen eignen sich vorzüglich zum Austausch gegen bäuerliche Grundstücke, die innerhalb des Staatswaldes liegen, aber für Geld nicht abgegeben werden. Ein Teil der besseren, zur landwirtschaftlichen Nutzung geeigneten Flächen konnte bereits mit Vorteil wieder veräußert werden. Der Preis für das ganze 374 ha große Gut einschließlich des Holzbestandes, der auf einem Teile der Fläche bereits stockt, und einschließlich der zur Ansiedlung von Walдарbeitern in Aussicht genommenen Gebäude, beträgt 130 000 \mathcal{M} ; er entspricht dem wirtschaftlichen Werte. Die Flächen gehören zu der inzwischen neugegründeten Oberförsterei Großborn.

6. Der südliche Teil des Rittergutes Jassen im Kreise Bütow wurde von der Besitzerin zur Veräußerung ins Zusammenlegungsverfahren gegeben und von der Forstverwaltung für 189 350 \mathcal{M} zur Oberförsterei Taubenberg angekauft. Die 549 ha große Fläche ist fast vollständig mit Holz bestanden. Die mitterworbenen Wiesen von etwa 19 ha werden durch Verpachtung genutzt. Der Preis ist angemessen.

Regierungsbezirk Liegnitz.

7. Die Waldflächen des Rittergutes Merzdorf und die sogenannten Kuthen in den Kreisen Hoyerswerda und Rothenburg in der Gesamtgröße von 1217 ha wurden auf Angebot des Besitzers für den Preis von 375 000 \mathcal{M} zur angrenzenden Oberförsterei Hoyerswerda angekauft. Es handelt sich durchweg um Holzboden, der, soweit er nicht schon mit Holz bestanden ist, aufgeforstet wird.

Regierungsbezirk Magdeburg.

8. Durch den Ankauf des sogenannten Frauenhofes in der Gemarkung Luchheim, Kreis Jerichow II, hat sich die Oberförsterei Magdeburgerforth in erwünschter Weise vergrößern lassen. Die 224 ha große Waldfläche ist einschließlich des Holzbestandes für den angemessenen Preis von 125 900 \mathcal{M} erworben worden.

Regierungsbezirk Koblenz.

9. Die Firma Rheinische Holzindustrie Karl Stron in Leimbach, Kreis Aidenau, ist in Konkurs geraten, und es hat sich nicht ermöglichen lassen, ihre Holzkaufschuld in der Oberförsterei Aidenau vollständig bezutreiben. Um Verluste zu verhüten, hat die Forstverwaltung die wertvollen Liegenschaften der genannten Firma in Beed bei Duisburg, die andernfalls in der Zwangsversteigerung bedeutend unter dem Werte geblieben wären, erworben. Das 1,2020 ha große Grundstück einschließlich des Wohnhauses ist für den geringen Preis von 131 145 *M* ersteigert worden. Es wird mit Vorteil wieder verkauft werden können, zumal 0,90 ha der Fläche reines Bauland sind.

Regierungsbezirk Aachen.

10. Im Ankaufsgebiet der Oberförsterei Büllingen hat sich Gelegenheit geboten, durch den Ankauf des Waldgutes der Gebrüder Mattonet bei St. Bith den forstfiskalischen Besitz in erwünschter Weise zu vervollständigen. Der Ankauf ist auch insofern von Vorteil, als der Forstverwaltung, wenn das Gut in den Besitz eines zahlungsfähigen Privatmannes übergegangen wäre, eine unbequeme Mitbewerbung beim Grundstücksanlauf innerhalb des Ankaufsgebietes hätte entstehen können. Der Preis für das mit dem Holzbestande erworbene 267 ha große Gut beträgt 328 000 *M*; er ist angemessen.

B. Verläufe.**Regierungsbezirk Potsdam.****Oberförsterei Grunewald.**

1. Die Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke in Schöneberg bei Berlin bedurfte zur Erweiterung ihrer Anlagen einer 23,1766 ha großen Fläche aus den Jagden 156 und 157 der Oberförsterei Grunewald und bot hierfür den Preis von 9 *M* je Quadratmeter. Da die Sicherstellung der Wasserversorgung im öffent-

lichen Interesse liegt und der Kaufpreis angemessen erschien, erfolgte die Veräußerung einschließlich des Holzbestandes für den Gesamtpreis von 2 085 894 *M*.

Oberförsterei Tegel.

2. Zur Erweiterung ihrer Wasserwerke am Tegeler See sind der Stadt Berlin 4,9560 ha von den Jagden 52, 59 und 61 der Oberförsterei Tegel einschließlich des Holzbestandes für den Gesamtpreis von 481 794 *M* überlassen worden. Der Preis für ein Quadratmeter beträgt 7 bis 10 *M*, je nach Lage der Flächen. Er ist angemessen, zumal die Veräußerung auch hier im Interesse des öffentlichen Wohles erfolgte.

3. Die Aktiengesellschaft Siemens & Halske, die bereits früher Gelände am Nonnenbamm aus der Oberförsterei Tegel zur Errichtung von Betriebsanlagen erworben hat, ist genötigt, ihre gesamten industriellen Anlagen an den Nonnenbamm zu verlegen. Dabei soll gleichzeitig den baulenoffenschaftlichen Bestrebungen der Angestellten und Arbeiter Rechnung getragen und ihnen durch Überlassung von Bauland die Einrichtung von Wohnungen in der Nähe der Werke erleichtert werden. Das gleiche Ziel besteht bei den Siemens- und Schudert-Werken. Den beiden Firmen und der außerdem beteiligten Märktischen Bodengesellschaft, die schon früher am Nonnenbamm eine Reihe von Wohnungsgebäuden errichtet hatte, ist daher eine Fläche von zusammen 38,5118 ha aus den Jagden 10, 11 und 17 der Oberförsterei Tegel einschließlich des Holzbestandes für den Gesamtpreis von 2 866 539,50 *M* überlassen worden. In der angegebenen Flächengröße liegen etwa 8,3667 ha Straßengelände, welches von den Erwerbern unentgeltlich an die Stadtgemeinde Spandau abgetreten werden muß und daher bei der Bemessung des Kaufpreises, der für ein Quadratmeter 9,50 *M* beträgt, unberücksichtigt geblieben ist.

Mitteilungen.

— **Die ausgiebige Benutzung der Eichenmast von 1911.** Der Eichenwirtschafter, namentlich aber der im Gebirge, hat gerechte Klage über die immer selteneren, wirklichen und besseren Eichenmastjahre. Von 1900 bis 1910 fehlte ein solches, auf das hin man größere Eichen-Verjüngungen hätte in Angriff nehmen können. In den speziellen Fällen, von welchen ich hier schreibe, handelt es sich natürlich nur um die Traubeneiche, bezüglich welcher kein Eichenzüchter riskieren wird, Samen-Eichen von einer Handlung zu beziehen. Zur Ausnutzung eines solchen Traubeneichen-Samenjahres ist es zweckmäßig, eine so große Fläche zur Verjüngung zu stellen, daß etwa acht bis zehn Jahre darin gehauen werden kann, bis wieder ein Samenjahr eintritt. Bei Ent-

nahme von einem Drittel der Masse hält sich der Eichen-Ausschlag recht gut, bis nach drei bis vier Jahren das zweite und mit etwa acht bis neun Jahren das letzte Drittel gehauen wird. Dem Traubeneichen-Wirtschafter ist aut bekannt, daß die junge Traubeneiche immerhin einigen Druck vertragen kann, man braucht nicht ängstlich zu sein, auch nicht, wenn beim zweiten und dritten Hieb der junge Eichenwuchs beschädigt wird. Letzterer wird einfach auf die Wurzel gesetzt und schlägt recht gut wieder aus, holt auch bald seine unbeschädigte Umgebung wieder ein. Wo Komplexe verhärteten oder verangerten Bodens vorliegen, wird natürlich entweder übererdet, besser noch streifenweise tief gelockert und das nebenliegende Saatgut eingebracht. — Bei ursprünglich lockerem Boden unter Laubdecke

bedarf es keiner künstlichen Foderung. Obgleich die mit Laub bedeckte Traubenschel in diesem milden Winter bereits bis 4 cm lange Keime getrieben hat, ist es auch jetzt noch nicht zu spät zu solchen Verjüngungsschlägen. Wild.

— **Zur Frage der Verwertung des Reisigs,** über die Herr Rosemann in Nr. 4 der „Deutschen Forst-Zeitung“ beachtenswerte Erfahrungen berichtet, möchte ich auf einen Versuch aufmerksam machen, über den ich im Harz hörte, und den ich in — allerdings ganz kleinen — Gutsforsten in Ostpreußen anregte. Es bleibt oft genug von dem ganz kleinen Reisig, sog. „Gede“, bei Durchforstungen und Abtrieben so viel Abfall in den Schlägen zurück, der hernach sauber ausgeräumt werden muß, daß man immerhin noch einen Zeit- und Kostenaufwand hat, wenn er auch gering ist. Ganz abgesehen davon, daß das kleine Abfall- und Splitterzeug oft auch ohne Gefahr liegen bleiben könnte, da der Wald nicht so sauber geharkt sein soll wie ein englischer Rasen, und man sich diese geringen Kosten auch noch sparen könnte, kann man seinen Waldbearbeitern, die ja meist nicht sonderlich gut situiert sind, einen leichten und mit der Zeit ganz lohnenden Nebenverdienst ohne viel Mühe verschaffen. Die Eisenbahnen brauchen, um die Lokomotiven anzuhetzen, kleines und leicht brennbares Material. Wenn man nun dieses in den Schlägen übriggebliebene Kleinzeug, das oft als Käferbrutstätten usw. an den Wegen herumliegt und nicht in den Beständen verweist und düngt, sammelt, in kleine Gebunde von etwa 25 cm Länge und 15 cm Durchmesser fest zusammenbindet und trocken läßt, so hat man ein Material, das in der Feuerung so lustig anprasselt wie kein zweites, besonders wenn man Laub- und Nadelholz, Epäne, Ästchen und benadelte Zweige im rechten Verhältnis mischt. Jeden Abend kann der Arbeiter etwas mitnehmen, die Kinder, die Essen oder Kaffee bringen, die Frau, die Raffholz sucht, nehmen etwas mit, und am Abend werden einige Bündel gebunden, diese sauber gehäuft und an der Luft abgetrocknet. Ganz gut können das auch Kinder für einen in Aussicht gestellten Jahrmarktsgröschchen machen. Und ist es auch nicht viel, was man erlöst, einige Mark sind es doch, und es ist leicht verdient. Mit der Bahnverwaltung mühte natürlich der zuständige Beamte selbst Rücksprache nehmen; so viel Zeit und Interesse dürfte wohl auch jeder Forstmann für seine Arbeiter haben. Ob mit solchen trockenen Reisigbündeln auch Maschinen, Fabrika, Schmieden usw. angeheizt werden können, weiß ich nicht, von Bädereien nehme ich es aber an. Ein Versuch, der nichts kostet, könnte wohl unternommen werden, und es sollte mich freuen, wenn hier oder da dieser Wink Beachtung und Erfolg fände. Cide.

— **Waldfuß- und Aufforstungsverein in Lennep.** Der Verein für Waldbuß und Aufforstung hielt in Lennep seine Hauptversammlung ab, bei welcher Gelegenheit auch über Vereinsangelegenheiten Bericht erstattet wurde. Als

besonders erfreulich wurde festgestellt, daß die Mitgliederzahl im letzten Vereinsjahr von 246 auf 325 gestiegen ist und daß nunmehr fast alle Städte des Kreises Lennep und die Stadt Remscheid dem Verein als unterstützende Mitglieder angehören. Die Einnahmen betrugen während des letzten Jahres 1670 M., die Ausgaben dagegen 848 M., es verbleibt demnach ein Kassenbestand von 822 M. Aus den sonstigen Mitteilungen über das abgelaufene Vereinsjahr wäre noch zu entnehmen, daß der Verein rund 100 000 Pflanzen, oder 600 000 Pflanzen mehr als im Vorjahre bezogen und an die Mitglieder abgegeben hat. Hiervon wurden auf Kosten des Vereins 47 000 Stück bezogen, der Rest und außerdem noch 4 kg Kiefern Samen waren jedoch dem Verein unentgeltlich durch Wohltäter zur Verfügung gestellt. Gegen Waldbbrand sind 15,41 ha mit einem Werte von 7242 M. von Vereins wegen versichert. Der Verein besitzt auch eine aus freiwilligen Gaben herrührende Fach-Leihbücherei. Nach Schluß der internen Vereinsangelegenheiten fesselte ein Vortrag über „den Ausbau unserer wichtigsten einheimischen Holzarten, mit besonderer Berücksichtigung des bergischen Landes“ die Teilnehmer und gab Veranlassung zu weiterer lebhafter Aussprache.

— **Köhlerei in der Rheinpfalz.** In den Forsten des Pfälzerwaldes wird durch die Köhlerei eine lohnende Verwertung der dort schwer absehbaren Brennholzer ermöglicht, weshalb deren Betrieb auch in diesem Jahre ein besonders ausgedehnter ist. Namentlich in der Südpfalz trifft man vielfach auf brennende Meiler. Nach einem Bericht, der im Organ des Pfälzerwaldvereins erschienen ist, hofft die pfälzische Forstverwaltung, infolge der starken Nachfrage nach Holzkohle, die sowohl von einigen Industrien als auch für den Hausgebrauch besteht, den Köhlereibetrieb in Zukunft erweitern zu können. Schon in diesem Jahre ist zu den alten pfälzischen Holzköhlern eine Speßarter Grobholzfirma als Interessent hinzutreten. Es war daher möglich, die geringwertigen Brennholzer durch Köhlerei zu verwerten; allein im Landauer Wald sind etwa 40 000 fm geköhlt worden. Der Preis für Holzkohle schwankte zwischen 1,50 M. und 4 M. für 1 Zentner.

— **Gehaltserhöhung.** Der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach nahm die Vorlage der Regierung über die Erhöhung der Bezahlung der staatlichen Forstaufsäher an. Der Höchstgehalt der Beamten wurde um 300 M. erhöht, so daß er nunmehr einschließt Kleidergeld 1550 M. beträgt. Die Nebenbezüge der Forstaufsäher sind größtenteils noch recht erheblich. Es wurde deshalb auch einer Anregung, die Bezüge nach dem Dienstalter festzusetzen, nicht stattgegeben, sondern eine solche Staffelung soll durch eine entsprechende Verteilung der Nebeneinnahmen erreicht werden. Von den 122 Forstaufsäherstellen werden 2 eingezogen werden. Die Gehaltserhöhung erhält rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1912 ab.

Berichte.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Wie unseren Lesern bekannt ist, sind die **Unterstützungsfonds für aktive Beamte** bei sämtlichen Verwaltungen im Staatshaushaltsetat für 1912 um insgesamt 3 Millionen Mark erhöht worden, wovon 5700 *M* auf den Fonds für forstfiskalische Unterbeamte und 51 448 *M* auf den Fonds für forstfiskalische mittlere und höhere Beamte entfallen. Der Finanzminister hat nun in seiner Etatsrede die Gründe dargelegt, welche die Staatsverwaltung zu diesem Vorgehen veranlaßt haben. Er sagte: „Ganz wesentlich sind an der Erhöhung der Staatsverwaltungsausgaben die Unterstützungsfonds beteiligt. Insgesamt sind an Unterstützungen für die Beamten einschließlich der Betriebs- und Steuerverwaltungen 3 Millionen Mark Mehrbetrag im Etat für 1912 vorgelegen. Bekanntlich hat die Mehrzahl der Unterstützungsfonds mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage und trotz der Steigerung der Lebensbedürfnisse seit verschiedenen Jahren nicht erhöht werden können. Infolgedessen haben sich die verfügbaren Fonds gegenüber den erhobenen Ansprüchen mehr und mehr als unzulänglich erwiesen, und namentlich in neuester Zeit hat sich das Bedürfnis nach verstärkten Unterstützungen als so dringend herausgestellt, daß nicht nur Beträge zu diesem Zweck in den Etatsentwurf für 1912 neu aufzunehmen waren, sondern daß es auch notwendig erscheint, bereits im laufenden Etatsjahre in gewissen Grenzen Mehrbeträge über die bereits vorhandenen Mittel hinaus auszahlen zu lassen. Da die Unterstützungsfonds nach allgemeinen Grundbätzen unüberschreitbar sind, kann diese Auszahlung allerdings nicht erfolgen, bevor die Staatsregierung die Zustimmung des Landtages zu dieser Maßnahme erhalten hat. Ich möchte deshalb ausdrücklich hier erwähnen, daß, wenn der Landtag nicht bis zum Schluß der ersten Etatslesung einen Widerspruch erhoben hat, sich die Staatsregierung für befugt erachtet, die bisher bestehenden Unterstützungsfonds um rund eine Million zu überschreiten. In dieser einen Million sind allerdings auch die Unterstützungen gegen die Arbeiter mit einbegriffen. Hierbei muß ich noch nachholen, daß selbstverständlich die Unterstützungsfonds für Arbeiter neben den drei Millionen noch besonders aufgefüllt sind. Unter den drei Millionen Mehrunterstützungen zugunsten der Beamten befindet sich noch ein Teil, der einer besonderen Erwähnung bedarf. Es handelt sich um Fondsverstärkungen, die ausschließlich im Interesse der Beamten der Assistentenklasse erfolgt sind. Ich darf daran erinnern, daß das Hohe Haus im Vorjahre bei Gelegenheit der Beratung des Eisenbahnets eine Resolution gefaßt hat, es möchten die Assistenten der Eisenbahnverwaltung mit Rücksicht darauf, daß die entsprechenden Beamten im Reich in den unteren Gehaltsklassen höhere Gehaltsätze beziehen, ohne Abänderung der Besoldungsordnung aus Billigkeitsgründen einen Ausgleich erhalten. Dieser Resolution des Abgeordnetenhauses kann aber nach dem bestehenden Staatsrecht und nach dem ganzen Stande der Gesetz-

gebung nur in der Weise Folge geleistet werden, daß die Unterstützungsfonds im Interesse der in den unteren Gehaltsstufen befindlichen Beamten erhöht werden, indem man annehmen muß, daß infolge der niedrigen Bemessung der Gehaltsätze bei diesen Beamten ein gesteigertes Unterstützungsbedürfnis besteht. Es sind zu diesem Zwecke allein bei der Eisenbahnverwaltung 613 000 *M* vorgezogen.“

Von den Abgeordneten, die bei der ersten Lesung des Etats diese Angelegenheit erörterten, führen wir hier die Äußerungen der Herren v. Pappenheim (kons.) und Gschling (fortschr. B.-P.) an. Der Abgeordnete v. Pappenheim sagte: „Unter den Staatsverwaltungsausgaben befinden sich sehr bedeutende Mittel zur Erhöhung der Unterstützungsfonds, und wir freuen uns darüber. Wir halten es für erwünscht und für durchaus nötig, daß diese Unterstützungsfonds mit Rücksicht auf die Tatsache, die ich schon vorhin bei der Eisenbahnverwaltung in bezug auf die Ausgestaltung der Wohltätigkeitsanstalten unterstrichen und befürwortet habe, in einer solchen Höhe der Staatsregierung zur Disposition stehen, daß sie vorübergehende schwere Unglücksfälle und sonstige einschneidende, für die einzelnen Beamten bedeutungsvolle Beeinträchtigungen ihrer Einkommensverhältnisse ausgleichen können. Wir können die Gehälter unserer Beamten unmöglich für alle diese Fälle dauernd so hoch normieren, wie es nötig wäre, und mit Rücksicht auf diese Tatsache müssen wir für die Beamten einen Reservefonds haben, der sie über solche Unglücksfälle und vorübergehende Beeinträchtigungen ihrer Einkommensverhältnisse, die besonders berechtigte Ansprüche hervorrufen, hinwegführt. Das ist der Zweck und die Absicht dieser Unterstützungsfonds; es ist das ein Dispositionsfonds, der tatsächlich einem Ersparungsfonds gleicht, wenn man ihn richtig und mit der nötigen Rücksicht auf die persönlichen Interessen und Bedürfnisse unserer vorzüglichen Beamenschaft verwaltet. Meine Herren, so freuen wir uns, daß gerade die Besoldung einer Beamtenkategorie, nämlich die der Assistenten, deren Feststellung uns so viel Kopfschmerzen gemacht hat, weil wir den Ausgleich mit den Reichsassistenten nicht schaffen konnten, hier eine entsprechende Korrektur findet, indem ganz besonders für diese Beamtenklasse ein sehr bedeutender Betrag als Unterstützungsfonds zum Zwecke des Ausgleichs in Aussicht genommen ist.“ Das ist meiner Meinung nach der Weg, den wir auch weiter der Regierung empfehlen müssen.“

Der Abgeordnete Gschling führte aus: „Freudig hat uns im Etat die Position berührt, nach der an Unterstützungen für Beamte 3 Millionen Mark ausgesetzt werden. In dieser Beziehung ist etwas zu bemerken, was doch wohl die Aufmerksamkeit des Hauses in Anspruch nehmen dürfte. Der Herr Finanzminister hat ausdrücklich hervor gehoben, daß schon im Jahre 1911 Mehrbeträge für Unterstützungen gezahlt worden sind; er hat dabei bemerkt, daß diese Fonds nicht überschreitbar sind, und daß er die Genehmigung für die Mehr-

auszahlungen annehmen wird, falls nicht bis zum Schluß der ersten Etatsberatung Widerspruch erhoben worden ist. Meine Herren, wir erheben selbstverständlich keinen Widerspruch, und ich nehme auch an, daß ein solcher Widerspruch von keiner Seite in diesem Hause erhoben worden ist und daß der Herr Finanzminister daher die Genehmigung für diese Überschreitung hat.

In den drei Millionen sind auch enthalten die Unterstufungen für die Eisenbahnassistenten, 613 000 M., behufs Gleichstellung mit denen im Reiche. Meine Herren, daß diese Summe nicht ausreichend ist, um auch nur entfernt die erforderliche Gleichstellung der Eisenbahnassistenten bei uns mit denen im Reiche herzustellen, darüber verlohnt es sich ja nicht ein Wort zu verlieren. Wenn aber das Haus auf dem Standpunkt gestanden hat, daß diese Gleichstellung erforderlich ist, so glaube ich, werden wir auch Mittel aufwenden müssen, um diese Gleichstellung herbeizuführen. Bei unserer günstigen Finanzlage können wir nicht davon absehen, diese gerechtfertigte Forderung der Eisenbahnassistenten zu erfüllen und sie auf das nachdrücklichste zu unterstützen.

Ob es allerdings richtig ist, die Eisenbahnassistenten in Preußen durch Unterstufungen mit denen im Reiche gleichzustellen, das ist mir mehr als zweifelhaft. Aber ich muß sagen, man sollte sich über diese Sache nicht allzusehr streiten, wenn nur die nötigen Mittel in den Etat eingestellt werden, um diese völlige Gleichstellung herbeizuführen. Daß eine gesetzliche Grundlage besser wäre, da ja doch diese Unterstufungen nur eine verschleierte Gehaltserhöhung sind, das, glaube ich, wird man kaum bestreiten können. Ich glaube wenigstens, daß eine gesetzliche Fixierung der bessere Weg wäre."

Auch das um 500 000 M. erhöhten **Unterstützungsfonds für Altpensionäre und deren Hinterbliebenen** wurde vom Finanzminister in der Etatsrede mit folgenden Worten gedacht: „Die Unterstützungsfonds für die Altpensionäre sind gleichfalls wiederum erhöht worden. Bereits im vorigen Jahre habe ich besonders darauf hingewiesen, daß es der Staatsregierung ernstlich darum zu tun ist, dem Unterstützungsbedürfnis der pensionierten Beamten und ihrer Hinterbliebenen, sofern der Tag der Pensionierung vor dem Inkrafttreten der neuen Gesetze liegt, nach Kräften gerecht zu werden, und ich habe zu gleicher Zeit einen Appell an die Interessenten gerichtet, sie möchten doch unter Zurückstellung falscher Ehrbegriffe sich vertrauensvoll mit ihren Wünschen an die zuständigen Dienststellen wenden. Dieser mein Appell scheint tatsächlich von Erfolg gewesen zu sein; erfreulicherweise haben sich die Pensionäre mehr und mehr zu Unterstützungsanträgen verstanden. Während früher die Unterstützungsfonds niemals aufgebraucht wurden, scheinen die Unterstufungen jetzt doch in so großer Zahl begehrt zu werden, daß die Staatsregierung nicht gezögert hat, mit einem weiteren Antrage an den Landtag zu treten und darum zu ersuchen, 500 000 M. für die pensionierten Beamten und ihre Hinterbliebenen — davon entfallen 200 000 M. auf die

Eisenbahnverwaltung — und 250 000 M. bei den entsprechenden Fonds für die Volksschullehrerpensionen als Mehrbetrag einzustellen. Ich kann hinzufügen, daß gegebenenfalls auch weitere Mittel bereitgestellt werden sollen, falls sich herausstellt, daß die bisherigen Fonds nicht ausreichen."

Über diesen Gegenstand sind dem Hause folgende Anträge zugegangen:

1. Antrag Dr. Schroeder (Cassel) und Wilmann: Die Staatsregierung wird ersucht, noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher eine prozentuale Erhöhung a) der Pensionen der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten, Lehrer und Lehrerinnen, sowie b) der Relikten bezüge der Witwen und Waisen von solchen Staatsbeamten und Lehrern vorsieht.

2. Antrag Aronsohn und Genossen: Die Staatsregierung wird ersucht, noch in dieser Session nach dem Vorgange anderer deutscher Bundesstaaten einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den a) die Ruhegehälter der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand verletzten Staatsbeamten und Lehrer durch einen prozentualen Zuschlag erhöht werden, und zwar bis zu einer durch den Zuschlag zu erreichenden Grenze von 3000 M.; b) den Witwen und Waisen der vor dem 1. April 1908 verstorbenen Staatsbeamten und Lehrer ein prozentualer Zuschlag zu den Witwen und Waisengeldern gewährt wird.

3. Antrag Dr. Arndt und Genossen: Die Staatsregierung wird ersucht, schon für das Rechnungsjahr 1912 unter entsprechender Bemessung der Fonds zur Unterstützung der Altpensionäre des Beamten- und Lehrerstandes deren Zwischbestimmung neben der bisher vorgesehenen Fürsorge für altpensionierte Beamte und Lehrer sowie deren Witwen und Waisen dahin zu erweitern, daß alle altpensionierten Beamten und Lehrer, deren Gesamteinkommen den als auskömmlich anzusehenden Betrag nicht erreicht, ohne weiteres als unterstützungsbedürftig anzuerkennen und ihnen entsprechende Beihilfen zu gewähren sind.

Die Anträge sind inzwischen im Plenum beraten worden und der Budgetkommission überwiesen. Wir lassen nunmehr einen Auszug aus den sehr interessanten Verhandlungen folgen:

Wilmann (nat.-lib.): Unser Antrag ist ein Ausfluß der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Preissteigerung. Diese Preissteigerung hat sich nicht nur auf die Lebensmittel erstreckt, sondern sie hat auch die ganze übrige Lebenshaltung, insbesondere die Aufwendungen für Wohnung und Kleidung, in Mitleidenschaft gezogen. Der Gewerbetreibende muß sich damit helfen, daß er höhere Preise für seine Arbeiten fordert. Dem Beamten und Lehrer kann nur durch Erhöhung der Gehalts- und Pensionsbezüge geholfen werden. Das ist durch die letzte Gehalts- und Pensionsgesetzgebung geschehen. In diesem Vorteil, den die Beamten, Lehrer und Pensionäre durch die neue Besoldungs- und Pensionsgesetzgebung gehabt haben, haben aber nur diejenigen Beamten und Lehrer teilgenommen, die zur Zeit des Erlasses dieser Gesetze noch im Dienst waren,

nicht aber diejenigen, die vorher in den Ruhestand getreten waren. Für sie und für ihre Hinterbliebenen bleiben die Bezüge nach den früheren Gehältern und nach den damals geltenden Pensionsätzen bemessen. Diese Gesetze stammen aber aus den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, also aus einer Zeit, in der die Lebenshaltung sehr viel billiger als heute war, und, meine Herren, nach der Höhe der Kosten der Lebenshaltung sind die Bezüge der Beamten und Lehrer doch schon damals bemessen worden. Nun ist als festgestellt anzusehen, daß die Kosten der Lebenshaltung in den letzten 30 Jahren sich etwa um die Hälfte gesteigert haben. Hiernach ist es sonnenklar, daß die Altpensionäre mit ihren Bezügen unmöglich auskommen können, und daß, wenn auch nicht alle, so doch ein großer Teil dieser Altpensionäre bittere Not leiden muß. Deshalb, meine Herren, ist eine Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre und ihrer Hinterbliebenen nach meiner Auffassung unabweisbar.

Wir haben bei und nach der Erlebigung der Besoldungsgesetze von 1908 und 1909 immer und immer wieder betont, daß wir dem Beispiel der anderen Bundesstaaten folgen und nach dem Erlaß neuer Besoldungsgesetze für Beamte und Lehrer auch die Bezüge der Altpensionäre aufbessern müssen.

Wenn der Finanzminister sagt, daß mit dem Ausschneiden des Beamten aus dem Dienst sein Verhältnis zum Staate gelöst sei, so ist das nach meiner Meinung absolut nicht richtig. Ich habe schon im vorigen Jahre ausgeführt, daß der Staat zu seinen Beamten, wenn sie außer Dienst sind, in demselben Verhältnis steht wie der Vater zu seinen außerhalb des Hauses lebenden Kindern, und nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist der Vater verpflichtet, dem außerhalb lebenden Kinde, wenn es in Not gerät, einen standesgemäßen Unterhalt zu gewähren. Laband, „Staatsrecht des Deutschen Reiches“, führt aus:

Die Besoldung ist keine Lohnzahlung. Vielmehr ist charakteristisch für sie, daß sie eine standesgemäße Alimentierung des Beamten ist.

Weiter sagt er:

Der Anspruch auf Lebensunterhalt erlischt nicht mit dem Staatsdienverhältnis selbst, wenn die Beendigung desselben ohne Schuld des Beamten herbeigeführt wird. Da dem Beamten andere Erwerbsquellen der Regel nach verschlossen sind, er daher in der Regel für sein Alter ein Kapital nicht ersparen kann, so dauert die Pflicht des Staates zur Gewährung des Lebensunterhaltes fort, wengleich der Beamte wegen Dienstunfähigkeit oder Alter dauernd in den Ruhe-

stand versetzt wird. Der Betrag führt die Bezeichnung Pension. Das Obergerwaltungsgericht steht ganz auf demselben Standpunkt. Es sagt in einer Entscheidung: daß nach der Rechtswissenschaft und Jurisprudenz unter Gehalt oder Besoldung dasjenige zu verstehen ist, was der Staat (die Kommune) usw. seinen Beamten als Äquivalent für die Gesamtheit seiner Dienste in der Fürsorge für seine wirtschaftliche Existenz zu einem standesgemäßen Lebensunterhalt gewährt. Das Obergerwaltungsgericht spricht hier allerdings nur vom Gehalt; aber es sind die Grundsätze, die da ausgesprochen sind, nach meiner Ansicht auch auf die Pension auszudehnen; denn die Verpflichtung des Staates, den Beamten standesgemäßen Lebensunterhalt zu gewähren, gründet sich auf den Anstellungsvertrag, und sie besteht darin, daß der Staat den Beamten standesgemäßen Lebensunterhalt gewährt, und zwar während der Dienstzeit durch Zahlung des Gehalts und später durch Zahlung der Pension. Wir sind dazu da, den Altpensionären zu ihrem Rechte zu verhelfen. Daran darf uns nicht hindern die vom Finanzminister in Bezug genommene Gepflogenheit, bei der Neuregelung der Gehalts- und Pensionsbezüge aktiver Beamten die Altpensionäre nicht zu berücksichtigen. Mit dieser Gepflogenheit muß gebrochen werden. Andere deutsche Staaten, wie Bayern, Württemberg, Sachsen, Sachsen-Weimar-Eisenach, haben eine andere Gepflogenheit. Sie erhöhen bei jeder Neuregelung der Gehälter und Pensionen auch die Bezüge der Altpensionäre, und dieser Gepflogenheit sollten wir folgen. Die vielleicht damit verbundene Erschwerung künftiger Aufbesserung der Gehälter und Pensionen werden wir ebensogut überwinden können wie andere Staaten. Welche Konsequenzen für das Reich und die Kommunen eintreten können, haben wir nach meiner Ansicht gar nicht zu untersuchen. Im übrigen weise ich darauf hin, daß der Reichstag 1911 beschlossen hat, die Petitionen der Vereine pensionierter Reichs- und Staatsbeamter um Erhöhung des Ruhegehalts der Altpensionäre dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Sie sehen daraus, daß der Reichstag diesem Wunsche der Altpensionäre wohlwollend gegenübersteht.

Und nun die Staatsfinanzen! Da möchte ich mit dem Oberbürgermeister Bender, wie dieser es vor einigen Jahren im Herrenhaus getan hat, fragen: Sind wir wirklich so arm, daß wir unseren notleidenden alten verdienten Beamten und Lehrern nicht für ihren Lebensabend die erforderliche Beihilfe gewähren können? Nein, so arm sind wir nicht.

Nun sagt der Herr Finanzminister, die finanzielle Tragweite sei zu groß, er sei deshalb zu einer gesetzlichen Erhöhung der Pensionen außer Stande, und sein Kommissar hat eine Berechnung angestellt, nach welcher eine allgemeine Rückwirkung der Besoldungsordnung auf die Pension der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand getretenen Beamten und ihrer Hinterbliebenen einen jährlichen Aufwand von 20 bis 25 Millionen machen würde.

Ich gebe zu, daß diese Summe, welche allerdings wohl auf Schätzung beruht, sehr hoch ist; aber sie leidet doch, um wie viel schlechter die Altpensionäre gegenüber ihren jungen Kollegen in ihren Bezügen gestellt sind.

Unser Antrag enthält sich der Forderung einer bestimmten Höhe der den Altpensionären zu gewährenden Zuschüsse; er überläßt der königlichen Staatsregierung die Festlegung der Höhe der Aufbesserung. Auf diese Weise wird die Annahme unseres Antrages Ihnen und der Staatsregierung nach meiner Auffassung sehr erleichtert. Die Höhe der Bezüge wird nach dem Bedürfnis der Pensionäre und der Leistungsfähigkeit des Staates zu bemessen sein. Ich würde es durchaus verstehen, wenn die pensionierten Unterbeamten prozentual höher aufgebessert würden als die mittleren und diese prozentual wieder höher als die höheren Beamten.

De Liuss (fortschr. R.-P.): Über die Notlage der Pensionäre noch ausführlich zu sprechen, wird sich wohl erübrigen. Mein verehrter Herr Vordrucker hat ja schon mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie durch Einfrierung der Teuerungsverhältnisse auch ganz besonders die Existenzfähigkeit dieser kleinen Pensionäre bedroht wird. Ich will noch hinzufügen, daß diese Leute durch die Belastung der neuen Steuern schwer zu tragen haben, und daß sie seinerzeit zu diesen Steuerzuschlägen, die erst die Beamtenbesoldung zur Durchführung in Preußen brachte, mit herangezogen sind. Also auf der einen Seite haben diese Herren geben müssen, ihnen selbst ist nichts zuteil geworden. Besonders groß ist die Notlage bei den pensionierten Lehrern. Bei diesen wirkt besonders ungünstig die niedrige Anrechnung des Wohnungspreises; die Dienstwohnung ist diesen Herren damals sehr niedrig angerechnet worden, und das kommt natürlich in der Pension mit zum Ausdruck.

Die übrigen Pensionäre haben sich zu einem Zentralverband der deutschen Pensionäre zusammengeschlossen, und man muß wohl sagen, daß dieser Verband systematisch gearbeitet hat, um eine Regulierung der Pensionen der Altpensionäre herbeizuführen. Es liegt dem Abgeordnetenhaus wiederum eine Petition vor; darin wird Gleichstellung mit den Neupensionären verlangt, d. h. mit allen denjenigen Beamten, die seit dem Jahre 1908 pensioniert sind. Ich muß gestehen: diese Forderung geht uns zu weit, und ich kann nur den Altpensionären empfehlen, ihre Forderungen nicht allzusehr zu überbannen; am letzten Ende könnten sie damit nur ihre gerechten Forderungen gefährden. Wir können auch die weitere Forderung nicht gutheißen, die verlangt, daß mit dem jedesmaligen Steigen der Beamtengehälter gleichzeitig die Pensionen entsprechend steigen müssen. Wir sind aber dafür, daß den Teuerungsverhältnissen entsprechend immer nachgeprüft werden muß, ob die niedrigen Pensionen der Beamten noch im richtigen Verhältnis stehen. Das führt uns zur Stellung unseres Antrages.

Die Regierung verhält sich diesen Anträgen gegenüber ablehnend; sie will keine gesetzliche Regulierung herbeiführen, meint dagegen, es sei notwendig, die Unterstützungsfonds auch in Zukunft noch zu erhöhen. Das ist an sich sehr freundlich.

Die Altpensionäre wollen aber keine Unterstützung haben, sondern sie verlangen eine gesetzliche Regelung; sie meinen, sie haben dem Staate treu gedient, und deshalb müsse es auch Pflicht des Staates sein, sie im Alter genügend zu unterstützen. Nach unserer Meinung ist ja der Staat auch dazu verpflichtet; denn er hat schließlich durch seine Politik mit dazu beigetragen, daß eine Verteuerung der gesamten Lebenshaltung eingetreten ist.

Der Rechtsstandpunkt kann zweifelhaft sein, und ich will mich auf ihn durchaus nicht versteifen. Wir sind aber der Meinung, daß hier vor allen Dingen Billigkeitsgründe mitzuspoken sollten, und wenn andere Staaten, wie Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Weimar, Meuß jüngere Linie und neuerdings auch Hessen, zu einer gesetzlichen Regelung gekommen sind, so kann das vor allen Dingen auch das große und finanzkräftige Preußen tun. Sachsen ist in dieser Beziehung geradezu vorbildlich geworden.

Nun wird man ja nach unserer Ansicht allerdings eine generelle Aufbesserung für sämtliche Beamtentklassen mangels der erforderlichen Mittel nicht durchführen können. Wenn der Herr Finanzminister ausgerechnet hat, daß 25 Millionen dazu erforderlich sind, so können wir allerdings nicht dafür eintreten, daß alle Beamten berücksichtigt werden. Man sollte aber bei den wirklich notleidenden Beamten, also bei den Unterbeamten, beginnen; denn es kann doch nicht bestritten werden, daß heute niemand mehr mit einer Pension von 600 oder 800 M. auskommen kann. Es müßte also eine gewaltige prozentuale Erhöhung stattfinden.

Nun, meine Herren, hat der Herr Finanzminister im vorigen Jahre in der Budgetkommission auf unseren Antrag hin ausgeführt, daß die Verwirklichung unseres Antrages den Staat 7½ Mill. Mark kosten würde. Ich kann natürlich diese Zahl im einzelnen nicht nachprüfen; nach unserem Dafürhalten wäre aber der Betrag von 7½ Mill. Mark angesichts der glänzenden Finanzlage des Staates sehr wohl zu erschwingen.

Nun hat ja der Finanzminister Bestimmungen herausgegeben, die dazu dienen sollen, nach Möglichkeit nicht mehr so sehr in die Familienverhältnisse der Altpensionäre einzubringen. Neuerdings sind mir aber Nachrichten zugegangen, daß trotz der Ausführungen des Herrn Finanzministers hin und wieder immer noch Polizeibeamte in den Wohnungen der Altpensionäre erscheinen und dort eingehende Ermittlungen anstellen.

Nun haben wir in unserem Antrage verlangt, daß nach oben hin eine Grenze bis zu 3000 M. gezogen werden soll. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es auch Pensionäre geben kann, die mehr als 3000 M. Pension beziehen und sich trotzdem in einer Notlage befinden. Im allgemeinen kann man aber den Standpunkt

vertreten, daß derjenige, der 3000 *M.* Einkommen bezieht, wenigstens nicht zu barben braucht. Deshalb meinen wir, da nun einmal die Mittel des Staates nicht in so weitgehendem Umfange uns zur Verfügung stehen, daß der Staat sich zunächst einmal der wirklich Notleidenden annimmt, und das sind nach unserer Meinung vor allem die Unterbeamten und die mittleren Beamten, die sehr geringe Pensionen beziehen.

Nun ist uns in letzter Stunde ein Antrag der Herren Freikonservativen zugegangen. Wir müssen sagen, daß wir diesem Antrage nicht gerade sympathisch gegenüberstehen, weil auch hier keine festen Normen gegeben sind, und weil auch hier besonders in dem letzten Satz ausdrücklich gesagt wird, daß nur dann jemand eine Unterstützung beziehen kann, wenn seine bisherige Pension nicht als auskömmlich betrachtet werden kann. Das ist ja gerade der springende Punkt. Was auskömmlich heißt, darüber gehen die Ansichten weit auseinander; darauf kommt es uns an, daß gesetzlich festgelegt werden soll, von welchem Betrage an eine Erhöhung der Pension statzufinden hat.

v. G o s s l e r (konf.): Wir sind gern bereit, den Wünschen der Altpensionäre entgegenzukommen, soweit das nur irgend möglich ist.

Aber die Anträge, die uns heute zur Beratung vorliegen, fordern doch nach verschiedener Richtung Bedenken heraus. Der Finanzminister hat im vorigen Jahre, als es sich um eine zehnprozentige Erhöhung der Pension handelte, gesagt:

Also 6,8 Millionen wären bei 10 % Zuschuß für die preussischen Beamten notwendig, die eine Pension bis zu 3000 *M.* haben. Dabei würde sich ergeben, daß bei manchem Pensionär überhaupt nur sozusagen ein Trintgeld herauskommen würde, nämlich ein Betrag von etwa 30 oder 40 *M.* Dadurch würde keine Zufriedenheit erweckt, sondern nur Unzufriedenheit.

Wir glauben, daß der Finanzminister mit dieser Beurteilung der Anträge nicht Unrecht hat. Auf diesem Wege würden die Zulagen vielen zugute kommen, die sich in einer Vermögens- und Einkommenslage befinden, daß sie sehr wohl ohne Zulage auskommen könnten; das führt aber zu einer Verkürzung derjenigen, die den berechtigten Anspruch auf eine ausreichende Zulage haben. Auf diesem Wege würden auch nicht die ausgleichenden Verschiebungen in den Pensions- und Besoldungsverhältnissen berücksichtigt, die durch die letzte Besoldungsordnung herbeigeführt worden sind. —

Gegen den Antrag Kronsohn spricht außerdem, daß er eine Begrenzung bei 3000 *M.* vorsieht. Auf den Standpunkt wird man sich nicht stellen können, daß bei Beamten in dieser Pensionshöhe eine Notlage nicht eintreten könne; ich glaube im Gegenteil, daß gerade bei Beamten in dieser Lage sehr oft von einer recht dringenden Notlage gesprochen werden kann.

Wir glauben daher, den Altpensionären besser zu dienen, wenn die tatsächlichen Verhältnisse, also die Einkommensverhältnisse der Pensionäre zugrunde gelegt werden.

Ich möchte heute weder mich noch meine Fraktion auf irgendeinen Vorschlag in den Einzelheiten festlegen. Man könnte aber sehr wohl sagen, daß alle diejenigen unberücksichtigt bleiben, die ein Privateinkommen haben, welches eine bestimmte Grenze überschreitet, z. B. 50 % der Pension, oder wenn besondere Verhältnisse vorliegen, wenn für drei oder mehr Kinder zu sorgen ist, könnte man diese Grenze vielleicht auf 100 % erhöhen. Man könnte auch sagen, daß das tatsächliche Einkommen zugrunde gelegt werden soll, also das Pensionseinkommen plus dem Nebeneinkommen, und daß man danach eine Abstufung der Zulagen vorsieht. Man könnte ferner auch, was die Höhe der Zulagen betrifft, vielleicht auf den Gedanken kommen, daß man die pensionsberechtigten Durchschnittssätze des Wohnungsgeldzuschusses, wie er nach der neuen Besoldungsordnung eingeführt worden ist, zugrunde legt.

Ich bin von meiner Fraktion beauftragt worden, Ihnen einen Antrag vorzulegen, der Ihnen noch gedruckt zugehen wird. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu eruchen, noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Bezüge der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten, Lehrer und Lehrerinnen sowie der Witwen und Waisen von solchen Staatsbeamten und Lehrern aufbessert, und zwar unter Berücksichtigung des Privateinkommens der Berechtigten.

Dr. K ö n i g (Zentr.): Daß unter den im Ruhestand lebenden Beamten und Lehrern und nicht zum mindesten auch bei den Beamtenwitwen und -Waisen ein großer schwerer Notstand herrscht, wird hier allseitig anerkannt, sowohl von den Parteien als auch von der königlichen Staatsregierung selbst. Ich kann mir deshalb versagen, dies noch näher zu beweisen. Gewünscht hätte ich allerdings, daß der Redner der fortschrittlichen Volkspartei diesen Anlaß, der alle Parteien gleichmäßig berührt und bewegt, nicht dazu benutzte, um wieder gegen die Wirtschaftspolitik im Reiche Stellung zu nehmen.

Für den Fall, daß wir nicht zu der erwünschten gesetzlichen prozentualen Regelung kommen, möchte ich einige Punkte berühren, die dazu dienen sollen, den Unterstützungsweg wenigstens etwas zu ebnen. Zuerst ist darüber kein Zweifel, daß bei den unteren Beamten und ebenso zum Teil auch bei den mittleren Beamten und den Witwen und Waisen dieser Beamtenklassen ohne weiteres das Bedürfnis zur Unterstützung gegeben ist, daß Not vorhanden ist, und daß man dafür keinen Beweis zu erbringen braucht. Deshalb halte ich es für notwendig: die königliche Staatsregierung trifft, wenn sie sich nicht zu einer gesetzlichen Regelung entschließt, Anordnungen, um diese Klasse von Pensionären davon zu entlasten, daß sie nicht erst um Unterstützung einzukommen haben. Die königliche Staatsregierung

hat, wenn sie wirklich entlasten will, bei diesen Leuten die Verpflichtung, von Amts wegen vorzugehen. Das kann in sehr einfacher Weise geschehen, wenn ein kurzer Fragebogen aufgestellt wird, in dem die persönlichen Verhältnisse, Zahl der unversorgten Kinder, eingetragen werden können. Der Vorsteher der Sozialbehörde muß so viel Gefühl auch mit den früheren Beamten haben, daß er ohne viel Schwierigkeiten und ohne ein Zurückgehen auf die Polizei wissen kann, wie die Verhältnisse sind. Ist die Unterstützung nötig, dann wird sie gegeben, ohne daß der Pensionär erst einen Bogen Papier in die Hand nimmt, um darum zu bitten. Am richtigsten wäre selbstverständlich, alle Pensionäre aus diesen Klassen bekämen ohne weiteres etwas. Allerdings weiche ich in einer Hinsicht von den verschiedenen Vorschlägen etwas ab — und ich glaube, meine langjährige Zugehörigkeit zu dem Beamtenstand berechtigt mich dazu —: es ist nicht richtig, daß sich ein Beamter oder eine Beamtinwitwe empfindlich berührt zu fühlen braucht, wenn sie um Unterstützung einkommen. Das Wort „Unterstützung“ hat im Beamtenleben keinerlei Nebengeschmack. Jeder Beamte kann sehr wohl eine Unterstützung annehmen, ohne daß es ihn in seiner Ehre verletzt. Wenn im Hause von der königlichen Staatsregierung erklärt worden ist, daß die Beamten sich melden sollen, so sehe ich in einer solchen Meldung etwas Ehrverletzendes nicht. Wenn den Beamten auf andere Weise nicht geholfen wird, so sollen sie die Unterstützung ruhig annehmen und sich dabei vergegenwärtigen, daß das Wort „Unterstützung“ nur ein etatmäßiger Ausdruck ist.

Dasselbe, was ich über die Verpflichtung der Staatsregierung gesagt habe, sie habe die unteren Beamtenklassen ex officio zu bedenken, ohne daß diese eine Eingabe machen, gilt auch hinsichtlich der Fürsorge für die Witwen und Waisen. In keiner Weise darf, das stelle ich als ganz allgemeinen Grundsatz auf, in die privaten Verhältnisse tief eingedrungen werden.

Wenn ich vorhin gesagt habe, die Empfangnahme einer Unterstützung brauche einen Beamten nicht empfindlich zu berühren, so muß doch anderseits auch zu verlangen sein, daß die Unterstützung nicht in einer Höhe gegeben wird, die den Charakter eines Trinkgeldes oder eines Almosen hat. Die Unterstützungen müssen vielmehr eine entsprechende Höhe haben und auch dem Stande des Beamten angemessen sein. Alsdann wird dem Beamten auch jedes unangenehme Gefühl genommen werden.

Krause (Waldenburg), freikons.: Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß man auf drei Gesichtspunkte den wesentlichen Wert legen muß: erstens, daß die Erfüllung dieser Pflicht so schnell wie möglich geschieht, daß sie in ausreißendem Maße geschieht, und daß sie in einer Form geschieht, die für die Altpensionäre nichts Verletzendes hat.

Meine Herren, um diese Pflicht so schnell wie möglich zu erfüllen, halten wir es für nötig, daß wir den Streit ausschalten, ob dies durch Gesetzgebung oder durch Gewährung von Beihilfen

geschehen soll. Die Staatsregierung hat uns nun einmal erklärt, sie halte es für unmöglich, im Wege der Gesetzgebung die Wünsche der Altpensionäre zu erfüllen. Wenn wir uns jetzt, wie es nun schon ein paar Jahre geschieht, vielleicht fünf Jahre mit der königlichen Staatsregierung darum streiten wollen, ob wir dies im Wege der Gesetzgebung oder auf einem anderen Wege machen, ja, meine Herren, dann warten die Altpensionäre doch diese ganze Zeit auf die Erfüllung ihrer Wünsche, und mancher von ihnen stirbt darüber hin. Also ich meine, wir streiten uns da um Prinzipien, und die, die es angeht, kommen dann nicht zu ihrem Recht.

Wir wünschen, daß festgestellt wird: welche Summe ist für die Altpensionäre der einzelnen Beamtenkategorien heute erforderlich, um ihnen ein den jetzigen Lebensverhältnissen entsprechendes Einkommen zu gewähren? — Selbstverständlich findet dies nach oben immer seine Grenze daran, daß man dem einzelnen Altpensionär auf diesem Wege nicht mehr geben kann, als er erhalten würde, wenn er nach dem 1. April 1908 pensioniert wäre.

Meine Herren, wir denken uns also die Sache so, daß die Staatsregierung feststellt: für die einzelne Beamtenkategorie halten wir den und den Betrag zu einem ausreichenden Einkommen für erforderlich, und wir erhöhen die Pensionen der Altpensionäre in der Weise, daß sie diesen Betrag erreichen. Wir sind deshalb gegen eine prozentuale Erhöhung, wir wünschen vielmehr, daß dieser Gewährung von Beihilfen das Einkommen des betreffenden Altpensionärs zugrunde gelegt wird, gleichviel aus welchen Quellen es stammt.

Meine Herren, wir sind der Überzeugung, daß wir damit auch den dritten Punkt, auf den wir besonderen Wert legen, sehr schnell und sehr vollkommen erreichen werden, nämlich daß die Gewährung dieser Beihilfen erfolgt in einer Form, die für den betreffenden Altpensionär nichts Verletzendes hat. Man mag darüber sagen, was man will; man kann sagen, die Bitte um eine Unterstützung hat nichts Unangenehmes, sie ist nichts Ehrenrühriges, oder wie man das ausdrücken will — es gibt unzählige Altpensionäre, welche sagen: lieber wollen wir das, als daß wir hingehen und betteln. Deshalb wollen wir unter allen Umständen ausschalten irgend ein Gesuch der Altpensionäre um Erhöhung ihrer Pension. Die Sache läßt sich, wenn man diese Normalstufen festgestellt hat, sehr einfach so machen, daß die Klasse an alle Altpensionäre, an die sie die Pension auszuzahlen hat, eine Aufforderung erläßt, worin sie sagt: legt uns die Steuereinschätzung für das Jahr soundso vor. Soweit das Einkommen nach dieser Einschätzung, deren Zuverlässigkeit sich nach dem neuen Einkommensteuergesetz noch besonders erhöhen wird, hinter derjenigen Summe zurückbleibt, die wir für diese bestimmte Beamtenkategorie als normal festgestellt haben, ist ohne jeden Antrag ein Zuschuß zu gewähren. Dann, glaube ich, hat die Gewährung derartiger Beihilfen nichts Verletzendes.

Nun ist seitens der Staatsregierung, und besonders seitens des Herrn Finanzministers,

immer gesagt worden, daß die Staatsregierung selbst den dringenden Wunsch hat, den Altpensionären auskömmlich zu helfen, und vor allen Dingen in einer Form, die nichts Verlegendes für sie hat.

Meine Herren, ich muß Ihnen einen kleinen Fall vortragen, der einen alten Herrn betrifft, der leider vor einigen Wochen gestorben ist. Er war eine lange Reihe von Jahren Rektor einer Schule gewesen und lebte dann als Pensionär an einem Orte, in dem ich sehr bekannt bin. Er war einer von denen, die, obwohl sie keine besonders auskömmliche Pension haben, und obwohl sie durch schwere Krankheit sehr bedürftig sind, sich nicht entschließen können, um eine Unterstützung zu bitten; er hatte also nie um eine Unterstützung gebeten, hatte auch nie eine bekommen. Da bekam er eines Tages ein Schreiben, das ihn allerdings nicht nur in das höchste Erstaunen, sondern — man kann das einem alten Herrn nachfühlen — geradezu in Entrüstung versetzte. Ich werde mir erlauben, das kurze Schreiben zu verlesen.

Durch den Ministerialerlaß vom 28. Februar 1911 ist uns ein weiterer Unterstützungsfonds überwiesen; er ist bestimmt zur Besserstellung der vor dem 1. April 1907 ausgeschiedenen Lehrer und Lehrerinnen. Wir bewilligen Ihnen hieraus eine laufende, jederzeit widerrufliche Unterstützung von 27 M. — buchstäblich sieben und zwanzig Mark — jährlich,* unter Wegfall der eventuell bewilligten, vom 1. April 1911 ab bis auf weiteres, zahlbar in vierteljährlichen Raten im voraus durch die königliche Kasse, aus der Sie das Ruhegehalt beziehen.

Aber, meine Herren, der preussische Fiskus ist noch sehr vorsichtig; es heißt weiter:

Es wird Ihnen zur Pflicht gemacht, eine Besserung Ihrer Verhältnisse, namentlich eine Anstellung gegen Gehalt oder eine Beschäftigung gegen Entgelt unverzüglich anzuzeigen, worauf die Sache neu geprüft und gegebenenfalls eine Herabsetzung der Unterstützung in Erwägung genommen wird.

Meine Herren, ich bin fest überzeugt, daß ein solches Schreiben den Intentionen der beteiligten Herren Minister nicht entspricht; ich glaube auch, daß es dem Herrn von der Regierung, der diesen Brief hat unterschreiben müssen, schwer geworden ist, unter so ein Schreiben an einen altgedienten preussischen Rektor seinen Namen zu setzen. Ich bebaure den Herrn aufrichtig, daß er das hat tun müssen; aber es zeigt doch, daß die sehr anerkennenswerten Tugenden, die insbesondere der Herr Finanzminister gegen die Altpensionäre hat, nicht immer so befolgt werden, und daß es deshalb eine dringende Notwendigkeit ist, daß ganz bestimmte, ausreichende Grenzen festgelegt werden, innerhalb deren die Unterstützung gewährt wird ohne jeden Antrag und ohne jedes persönliche Ermessen der Behörde, die sie zu bewilligen hat.

In einem Punkte weiche ich von dem Kollegen König ab. Ich halte es nicht für richtig, die persönliche Unterstützungsbedürftigkeit bei dieser Gelegenheit zu prüfen. Diese Pensionzuschüsse müssen auf Grund des Einkommens, das der einzelne hat, jedem einzelnen bewilligt werden. Ist jemand durch besondere Umstände unterstützungsbedürftig, infolge schwerer Krankheit bei ihm oder seiner Familie, infolge großer Kosten der Kindererziehung usw., dann bleibt es ihm überlassen, aus diesem Grunde den Ressortminister besonders um eine Unterstützung zu bitten; denn dafür sind ja bestimmte Unterstützungsfonds für alle Ressorts vorhanden.

Ströbel (Soz.-Dem.): Meine Herren, auch wir sind einverstanden mit dem Antrag Aronsohn und dem ziemlich gleichlautenden Antrag Schroeder. Dadurch wird nur eine bedauerliche Lücke ausgefüllt, die bei der neuen Beamtenbefoldungsreform von 1908 gelassen worden ist.

Man soll uns nicht damit kommen, daß diese 6,8 Millionen nicht aufzubringen seien. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß diese 6,8 Millionen sich allmählich verringern werden, weil ja sowohl die Hinterbliebenen als auch die Altpensionäre im Laufe der Zeit sterben.

Wir werden den freisinnigen Antrag unterstützen und dafür Sorge tragen helfen, daß die prozentuale Erhöhung nicht zu niedrig ausfällt.

Strosser (Breslau) (kons.): Ich bin persönlich gegen das Prinzip der Unterstützung in genereller Beziehung. Ich kann auch den Standpunkt des Herrn Dr. König nicht teilen, der da sagte, daß das Wort „Unterstützung“ in Beamtenkreisen keinen so üblen Klang hätte. Meine Herren, nach allem, was mir von zahlreichen Beamten gesagt ist, und was ich in Zusehriften aus Beamtenkreisen gelesen habe, hat das Wort „Unterstützung“ tatsächlich einen üblen Klang.

Der Worte sind genug gewechselt,

Nun laßt uns endlich Taten sehn!

Heine (nat.-lib.): Besonders warm wird einem das Herz jedesmal, wenn man in den Altpensionären Kriegsteilnehmer vor sich sieht. Ich habe in diesen Tagen eine Petition an das Haus der Abgeordneten abgegeben, da waren unter den bittenden Altpensionären 12 %, die einen Feldzug, 20 %, die zwei Feldzüge, und 12 %, die sogar drei Feldzüge mitgemacht hatten. Wiederholt ist mir von diesen Veteranen versichert worden, sie bekämen die Veteranenbeihilfe nicht, weil ihnen erklärt sei, bei einer Pension von 900 bis 1000 M. liege eine Bedürftigkeit nicht vor. Mir wurde von einigen dieser Herren gesagt: Was ist uns 1864, was 1866 und 1870 im Felde versprochen worden, wie sollte für uns gesorgt werden in unserem Alter, wie sollte für unsere Familien gesorgt werden, und was haben wir jetzt! Man weiß wirklich nicht, woher die Vaterlandsliebe bei uns kommen soll, wenn das so weiter geht!

Ich meine, wir sollten hier alle einmütig zusammenstehen, wir

*) Aus den uns bekannt gewordenen Einzelfällen können wir den Schluß ziehen, daß derartige niedrige Beträge für Pensionäre innerhalb der Staatsforstverwaltung nicht vorkommen.

sollten nicht fragen: bist du, der helfen will, von rechts oder links? auch nicht fragen: welcher Partei gehört wohl ein Veteran, ein Altpensionär an? Hier heißt es helfen und recht bald helfen!

Ernst (fortschr. V.-P.): Die Finanzlage des Staates ist eine glänzende. Es ist also eine Ehren-

pflicht des preussischen Staates, nun auch seiner Altpensionäre zu gedenken, wie es andere deutsche Staaten bereits vor Jahren getan haben. Ich schließe mit dem aufrichtigen Wunsche, daß in der Kommission eine Lösung gefunden werden möge, die die Altpensionäre befriedigt und dem hohen Hause zur Ehre gereicht.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Gehaltsvorschriften.

Allgemeine Verfügung Nr. 9/1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. I B I a 221 — I A a 184 — II 673 — III 1043.

Berlin W 9, 31. Januar 1912.

Die Vorschriften für die Festsetzung der nach Dienstaltersstufen geregelten Gehälter der unmittelbaren Staatsbeamten (Gehaltsvorschriften) sind vergriffen, so daß weitere Druckexemplare

nicht mehr abgegeben werden können. Es wird daher anheimgestellt, in Zukunft erforderliche Exemplare von der Firma W. Weicher, Berlin W 30, Haberlandstraße 4, der die Genehmigung zum Druck und Verlag der Vorschriften erteilt worden ist, zu beziehen. Der Preis beläuft sich auf 60 \mathfrak{M} für das Stück, bei zehn und mehr Exemplaren auf 55 \mathfrak{M} für das Stück.

Die Übereinstimmung der Weicherischen Ausgabe der Vorschriften mit dem amtlichen Text ist festgestellt worden.

J. B.: K ü s t e r.

An die Königlichen Regierungen, die Herren Direktoren der königlichen Forstakademien in Oberwalde und Münden.

Verschiedenes.

— **Der preussische Forstetat** ist am 15. und 16. Februar im Landtage in zweiter Lesung verabschiedet. Die sehr interessanten Verhandlungen sind dieser Nummer als Sonderbeilage eingefügt.

— **Unter welchen Umständen darf der Polizeihund auf Menschen gebiet werden?** Heutzutage, wo der Hund im Polizeidienst immer häufiger verwendet wird, dürfte es von allgemeinem Interesse sein, zu hören, wie sich unser oberstes Gericht nach einer Mitteilung des „Liegnitzer Tageblattes“ über die Frage ausgelassen hat, in welchen Fällen der Polizeibeamte berechtigt ist, den Hund auch auf Menschen zu heben. Dem Reichsgericht unterlag folgender Fall zur Entscheidung (s. vgl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 43, S. 132/134): Ein städtischer Polizeibeamter hatte auf eine Person, die polizeiwidrig auf einem unbeleuchteten Rade durch die Stadt fuhr und seiner Aufforderung, vom Rade abzustiegen, nicht nachkam, seinen Polizeihund gebiet. Der Hund war so abgerichtet, daß er die fliehende Person auf den Ruf „Lotte“ stellte und auf den Ruf „Lotte faß“ mit den Zähnen festhielt. Das Reichsgericht nahm nun folgenden Standpunkt ein: Ist durch die Beweisaufnahme festgestellt worden, daß zur Verhinderung der Flucht des Radfahrers der erste Ruf „Lotte“ genügte, so handelte der Polizeiergeant pflichtwidrig, wenn er den zweiten Ruf „Lotte faß“ gebrauchte, es sei denn, daß er ohne Ver schulden den ersten Ruf „Lotte“ für nicht ausreichend hielt. Genügte aber der einfache Ruf „Lotte“ zur Erreichung des genannten Zweckes nicht, so bleibt immer noch zu prüfen, ob der Polizeiergeant nach der ganzen Sachlage, namentlich auch nach seiner Amtsstellung, überhaupt berechtigt war,

den Hund zum Zufassen zu verwenden. Zweifellos sind die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes berechtigt und verpflichtet, einer zu ihrer Kenntnis gelangenden, in der Ausführung begriffenen Straftat entgegenzutreten und deren Fortsetzung zu verhindern. Sie sind zur Erreichung dieses Zweckes unter Umständen sogar bewafnet, auch gegen die Person, anzuwenden. Die Berechtigung hierzu wird ihnen beispielsweise dann zuerkannt werden müssen, wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls oder der Sicherheit anderer einen Eingriff in die Unverletzlichkeit der Person erfordern. Stets aber wird sich der Beamte, insbesondere bei geringfügigen Übertretungen, vor Augen halten müssen, daß die Anwendung der Gewalt gegen die Person nur das äußerste Mittel bilden darf, das er bei Vornahme seiner Diensthandlungen nach pflichtmäßigem Ermeifen anwenden kann. Andernfalls gerät er leicht in die Gefahr, sich einer fahrlässigen Körperverletzung schuldig zu machen, die noch dazu gemäß § 230 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs härter als in gewöhnlichen Fällen bestraft werden kann, da der Polizeibeamte vermöge seines Amtes zu gesteigerter Aufmerksamkeit verpflichtet ist.

— **Verkauf fiskalischer Forsten im Regierungsbezirk Magdeburg.** Das in der Nähe von Schernitz gelegene, zur Oberförsterei Dingelstedt gehörige sog. Saure Holz ist für 210 000 \mathfrak{M} an Amtsrat Wedde-Schernitz, das Altenaer Vorderholz mit Forsthaus Königsberg für 72 000 \mathfrak{M} an Graf v. Alieburg-Meindorf sowie die unter dem Namen „Freie Bröbbling“ bekannte Waldparzelle an die Firma Rübbaum & Friedberg in Echersleben für 110 000 \mathfrak{M} verkauft worden. Erfreulicherweise

müssen die beiden erstgenannten Holzungen auch in Zukunft hauptsächlich als Wald bewirtschaftet und dürfen nur teilweise abgetrieben werden, der Verkauf des Pröbßling erfolgte jedoch zur Anlage von Baulichkeiten, der Holzbestand dürfte daher alsbald verschwinden.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Bräuer**, Forstausseher zu Odrn, Oberförsterei Gersd., ist als Schreibgehilfe nach Niehof, Oberförsterei Niehof, Regbg., Marienwerder, vom 1. März d. Js. ab verlegt.
- Focke**, forstverfürsorgsberechtigter Anwärter, ist unter Ernennung zum Förster zur Beschäftigung nach der Oberförsterei Ziegelroda, Regbg., Merseburg, einberufen.
- Grunert**, Förster zu Meiners, Oberförsterei Meiners, ist nach Passendorf, Oberförsterei Carlsberg, Regbg., Breslau, vom 1. April d. Js. ab verlegt.
- Silberbrand**, Förster in der Oberförsterei Peiserwitz, ist nach Meiners, Oberförsterei Meiners, Regbg., Breslau, vom 1. April d. Js. ab verlegt.
- Kräger**, Begemeinder zu Schöneiche, Oberförsterei Dohersbüch, ist als Revisorförster nach Borske, Oberförsterei Rothehaus, Regbg., Merseburg, vom 1. April d. Js. ab verlegt.
- Labe**, Forstausseher zu Blondamin, Oberförsterei Vindenbusch, ist als Schreibgehilfe nach Zunkerhof, Oberförsterei Zunkerhof, Regbg., Marienwerder, verlegt.
- Mendel**, Förster zu Friedelandsgrund, Oberförsterei Carlsberg, ist nach Schladeg, Oberförsterei Namslau, Regbg., Breslau, vom 1. April d. Js. ab verlegt.
- Müller**, Förster zu Passendorf, Oberförsterei Carlsberg, ist nach Schmogran, Oberförsterei Namslau, Regbg., Breslau, vom 1. April d. Js. ab verlegt.
- Müller**, Förster o. R. zu Sieber, Oberförsterei Sieber, ist die Försternische Kienover, Oberförsterei Kienover, Regbg., Hildesheim, vom 1. Mai d. Js. ab übertrag.
- Brumann**, Förster zu Stoberan, Oberförsterei Stoberan, ist nach Friedelandsgrund, Oberförsterei Carlsberg, Regbg., Breslau, vom 1. April d. Js. ab verlegt.
- Focke**, Begemeinder in der Oberförsterei Namslau, Regbg., Breslau, tritt mit dem 1. April d. Js. in den Ruhestand.
- Katze**, Meisewegereiter, a. St. Regbg., Posen, ist nach der Oberförsterei Taubenfließ, Regbg., Marienwerder, vom 1. März d. Js. ab einberufen.
- Schiers**, Bizelelweibel im Jäger-Bataillon Nr. 2 in Kulm, ist nach Odrn, Oberförsterei Gersd., Regbg., Marienwerder, vom 1. April d. Js. ab einberufen.
- Scholz**, Förster o. R. zu Liebenburg, Oberförsterei Liebenburg, ist nach Sieber, Oberförsterei Sieber, Regbg., Hildesheim, vom 1. Mai d. Js. ab verlegt.
- Scholz**, Forstausseher zu Zunkerhof, Oberförsterei Zunkerhof, ist nach Blondamin, Oberförsterei Vindenbusch, Regbg., Marienwerder, verlegt.
- Scholz**, Bizelelweibel im Brandenburgischen Jäger-Bataillon Nr. 3, ist als Forstausseher und Schreibgehilfe nach Liebenburg, Oberförsterei Liebenburg, Regbg., Hildesheim, vom 1. Mai d. Js. ab einberufen.
- Sprunemann**, Forstausseher zu Wegnershof, Oberförsterei Sammelheim, ist nach Schönwerder, Oberförsterei Vaudsch, Regbg., Marienwerder, vom 1. März d. Js. ab verlegt.

Gemeinde- und Privatdienst.

- Höge**, Stadt-Revisorförster zu Burg, Regbg., Magdeburg, ist zum Stadt-Überförster in Brandenburg a. d. Havel, Regbg., Potsdam, gewählt.
- Lefmann**, Forstausseher, ist zum Stadtförster auf Probe in Burg, Regbg., Magdeburg, gewählt.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

- Poltsch**, Stationsjäger zu Posen, Oberförsterei Posenow, ist der Obersten Verwaltungsbehörde des Großherzogl. Gauschals vom 1. Juli d. Js. ab überwiesen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Anstünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Ermittlung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 17. Anfrage: Am 2. 4. 04 habe ich mich zum zweitenmal verheiratet. Meine zweite Frau ist 28 Jahre jünger als ich. Auf Antrag wurde ich am 1. 7. 08 pensioniert. Meine Pension beträgt jährlich 6057 M. Wie viel Pension steht meiner Witwe zu, und, da bei dem Altersunterschiede das Wittwengeld um jährlich $\frac{1}{20}$ des berechneten Betrages zu kürzen ist, nimmt nach fünfjähriger Dauer der Ehe die Steigerung des Wittwengeldes um jährlich $\frac{1}{20}$ bis zum Höchstbetrage auch nach der Pensionierung ihren Fortgang? U. R. P., Forstmeister.

Antwort: Das Wittwengeld besteht in Vierzig vom Hundert derjenigen Pension, zu welcher der verstorbene Beamte (Pensionär) berechtigt gewesen ist. War die Witwe mehr als 15 Jahre jünger als der verstorbene Ehemann, so wird das sich berechnende Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 bis einschließlich 25 Jahre um $\frac{1}{20}$ gekürzt. Nach fünfjähriger Dauer der Ehe wird für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrage $\frac{1}{20}$ des berechneten Wittwengeldes (Vierzig vom Hundert der Pension des Ehemannes) so lange hinzugelegt, bis der volle Betrag wieder erreicht ist. Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Beamte im Dienste oder im Ruhestande verstorben ist. Die Steigerung des Wittwengeldes bis zum vollen Betrage dauert also auch nach der Pensionierung unbehindert fort. Sie haben mit Ihrer zweiten, mehr als 25 Jahre jüngeren Gattin die Ehe am 2. 4. 04 geschlossen, waren also bis einschließlich 2. 4. 11 sieben Jahre verheiratet; am 3. 4. 11 begann das achte Jahr der Ehe. Träte der Todesfall bis einschließlich 2. 4. 12 ein, so würde das zu Vierzig vom Hundert der Pension sich auf 2422,80 M. berechnende Wittwengeld Ihrer Gattin um $(\frac{10}{20} - \frac{7}{20}) \frac{3}{20}$, im Jahre 1913 um $\frac{2}{20}$ und im Jahre 1914 um $\frac{1}{20}$ zu kürzen sein. Das Wittwengeld würde also betragen bei der Kürzung von $\frac{3}{20} = 2059,38$ M., von $\frac{2}{20} = 2180,52$ M. und von $\frac{1}{20} = 2301,66$ M., um sodann die volle Höhe von 2422,80 M. entweder bis zur Wiederverheiratung oder bis zum Lebensende zu erreichen.

Nr. 18. Anfrage: Ich trat am 10. Oktober 1896 beim Bataillon ein und erhielt nach neunjähriger aktiver Dienstzeit am 10. Oktober 1905 den Forstverfürsorgschein, diente noch bis zum 10. Oktober 1908 und schied an diesem Tage vom Bataillon aus. Vom 11. Oktober 1908 bis zum 31. Oktober 1908 war ich ohne Beschäftigung und wurde vom 1. November 1908 als ununterbrochen im Staatsforstdienst beschäftigt. Bei meiner Ernennung zum Förster o. R. am 1. November 1911 wurde das Befoldungsdienstalter auf den 31. Oktober 1910 festgesetzt. Ist dies richtig? W.

Antwort: Auf das Befoldungsdienstalter, das im allgemeinen mit dem Tage der endgültigen

Anstellung beginnt, wird die Diätarienzzeit, soweit sie länger als 5 Jahre dauert, angerechnet. In Ihrem Falle rechnet als Diätarienzzeit: Die aktive Dienstzeit nach Erlangung des Forstverordnungscheines = 3 Jahre 1 Tag und die berufsmäßige Beschäftigung vom 1. November 1908 bis 31. Oktober 1911 = 3 Jahre, mithin insgesamt 6 Jahre 1 Tag. Danach ist Ihr Befoldungsbiennat richtig um 1 Jahr 1 Tag vom Anstellungstage ab, also auf den 31. Oktober 1910, zurückgerechnet.

A. E. in A. Anonyme Fragen werden nicht beantwortet. Wir bitten um Angabe Ihrer genauen Adresse.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neubamm.

Dieser Nummer liegt die Februar-Ausgabe der Forstlichen Rundschau bei. Des Försters Feierabende fällt daher diese Woche aus.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Hochzeit im



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Vorstehenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Hochzeit im.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Belte, Försteri Räumde, Post Gröneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Bericht über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten am 20. Januar 1912 in Berlin.

Die Sitzung wurde um 9 Uhr vormittags durch den Vorsitzenden unter Begrüßung der anwesenden Kollegen mit einem allseitig begeistert aufgenommenen Horrido auf Seine Majestät unseren allergnädigsten Jagdherrn und Schirmherrn des deutschen Waldes und Weidwerks eröffnet.

Erschienen sind:

1. Hegemeister Krause,
2. Förster Hennig,
3. Förster Belte,
4. Hegemeister Lieve,
5. Förster Voost,
6. Förster Sieg,
7. Förster Behnfeldt,
8. Hegemeister a. D. Simon,
9. Förster Seefeldt,
10. Hegemeister Biemann,
11. Förster Burbs,
12. Hegemeister Wegener,
13. Revierförster Janekth,
14. Förster Sacher,
15. Hegemeister Schulze,
16. Förster Spiewed,
17. Revierförster Rammisch,
18. Hegemeister Bernstorff,
19. Förster Riebe,
20. Hegemeister Wünsche,
21. Förster Kaufmann,
22. Förster Mehl,
23. Revierförster Weyer,
24. Revierförster Meister,
25. Förster Hofmann,

sowie noch etwa zehn Vereinsmitglieder als Gäste.

Von der Firma J. Neumann ist Herr Grundmann als Vertreter anwesend.

Zunächst gibt der Schatzmeister eine allgemeine Übersicht über den Geschäftsgang des verflossenen Geschäftsjahres. Er hebt dabei hervor, daß die Vorlegung der Jahresrechnung nicht möglich ist, weil der Gesamtvorstand in diesem Jahre außergewöhnlich früh einberufen worden sei. Der endgültige Abschluß soll in nächster Zeit durch die „Deutsche Forst-Zeitung“ zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden. Aus den weiteren Ausführungen geht hervor, daß der Verein sich im verflossenen Jahre weiter günstig entwickelt und einen Zugang von rund 200 Mitgliedern erhalten hat.

Vor Eingang der Besprechung der weiteren Punkte der Tagesordnung erklärt der Vorsitzende, daß er nach Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode die Annahme einer etwa auf seine Person fallenden Wiederwahl ablehnen müßte, da ihm sein vorgeschrittenes Alter die fernere Wahrnehmung der Vereinsarbeiten neben den Berufsgeschäften verbiete.

Da die nächste Delegiertenversammlung sich mit der Neuwahl des gesamten engeren und weiteren Vorstandes zu beschäftigen haben wird, so soll dieser vorgeschlagen werden: Die Zahl der bisherigen engeren Vorstandsmitglieder wird durch einige Beisitzer verstärkt, die sich auf die verschiedenen Gegenden, etwa je einer auf jede Provinz, verteilen. Der weitere Vorstand wird durch Zutritt der Bezirksgruppenvorstehenden bzw. deren Stellvertreter gebildet. Der Zutritt des weiteren Vorstandes soll nur in außergewöhnlichen Fällen stattfinden. Weiter soll vorgesehen werden, daß die Vorstandssitzungen mit den Delegiertenversammlungen zeitlich zusammenfallen, so daß die jetzt notwendigen öfteren Reisen der Vorstandsmitglieder in Fortfall kommen. Der Arbeitsauschuß I wird beauftragt, die Satzungsänderungen und weiter eine solche,

welche die jährliche Beitragszahlung in einer Summe vorsieht, so zeitig vorzubereiten, daß die Bezirksgruppen Gelegenheit haben, vor der Delegiertenversammlung hierzu Stellung zu nehmen.

Es werden dann die Eingänge betreffend Vereinsorgan bekanntgegeben.

Der Gesamtvorstand war sich darüber einig, daß die „Deutsche Forst-Zeitung“ weiter als Vereinsorgan beibehalten wird. Der mit dem Verlage von J. Neumann in Neudamm abgeschlossene Vertrag läuft mit Ende des Jahres 1913 ab. Die von dem Vertreter des Verlages gestellten Bedingungen, die den Verhandlungen über die Verlängerung des Vertrages zugrunde gelegt werden sollen, werden sich ohne Erhöhung der Beiträge durchführen lassen, so daß sie einem ernstlichen Widerspruch nicht begegneten. Wenn auch die Erneuerung des Vertrages erst vom 1. Januar 1914 ab erforderlich ist, so hat sich nach der ganzen Sachlage damit doch zweckmäßig bereits die Delegiertenversammlung dieses Jahres näher zu beschäftigen.

Über die Wohlfahrts-Einrichtungen berichten die anwesenden Vorsitzenden der bezüglichen Ausschüsse, und zwar:

1. Förster Sacher (Bez. Breslau) über die Krankenkassen-Beihilfeskasse. Der Zugang zu dieser hat im Laufe des Jahres 1911 136 Mitglieder betragen, so daß der Bestand am Jahreschlusse 900 Mitglieder betrug. Um den weiteren Zugang zu dieser Kasse zu erleichtern, soll der nächsten Delegiertenversammlung vorgeschlagen werden, zu genehmigen, für die Jahre 1911 und 1912 von der Erhebung eines Eintrittsgeldes Abstand zu nehmen, und das von Mitgliedern für 1911 bereits gezahlte Eintrittsgeld auf den Beitrag für 1912 zu verrechnen. Weiter trägt der Berichterstatter einen umfangreichen Schriftwechsel mit dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Versicherungs-wesen vor. Nach diesem ist eine Änderung der Satzungen der Krankenkassen-Beihilfeskasse erforderlich. Der Ausschuss wird beauftragt, diese Änderungen im Entwurfe vorzubereiten und der nächsten Delegiertenversammlung ebenfalls zur Genehmigung vorzulegen.

2. Förster Kaufmann (Bez. Cassel-West) über die Wirtschaftsverträge, die mit den bekanntgegebenen Lieferungsfirmen abgeschlossen worden sind. Aus den Ausführungen geht hervor, daß durch diese Abschlüsse dem Verein erhebliche Mittel zufließen könnten, wenn sich die Mitglieder bei ihren Einkäufen bzw. Versicherungen dieser in größerem Umfange bedienen würden, wie dies bisher geschehen ist. Es wird daher am Schlusse erneut empfohlen, in den Gruppenversammlungen auf diese Einrichtung aufmerksam zu machen und den Mitgliedern deren Benutzung zu empfehlen.

Förster Rosemann (Bez. Liegnitz) berichtet über den weiteren Ausbau der Geschäftsanweisungen und erhält hierzu mehrere Anregungen aus der Mitte der Versammlung.

Förster Joost (Bez. Königsberg) erstattet Bericht über seine Teilnahme als Vertreter unseres Vereins an der XII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins vom 21. August v. J.

ab in Königsberg i. Pr. und regt weiteren Eintritt gewillter Mitglieder der Bezirksgruppen an.

Als Beratungsgegenstände sollen der nächsten Delegiertenversammlung außer dem Geschäftsberichte, der Entlastung des Vorstandes bezüglich Geschäftsführung, der Jahresrechnung und Neuwahl des Vorstandes, sowie den bereits erwähnten Änderungen der Satzungen des Vereins und der Krankenkassen-Beihilfeskasse als weitere Vorlagen zur Beschlussfassung überwiesen werden:

- a) Verlagsvertrag mit dem Vereinsorgan;
- b) Rangregelung der Forstanwärter und Widtenzahlung an diese bei militärischen Übungen;
- c) Einzäunung der Dienstländereien;
- d) die Forstverwaltung zu bitten, Försterstellen nicht eingehen zu lassen;
- e) unter „Verschiedenes“ besonders die Besoldungs- und Dienstlandsfrage wiederholt eingehend zu besprechen.

Alle anderen Anträge wurden von den anwesenden Antragstellern zurückgezogen, bzw. nach eingehender Besprechung als für die Tagesordnung der Delegiertenversammlung noch nicht spruchreif angesehen. Über die eingereichten Anträge um Gewährung der Waldweide an die Förster wurde besonders beschlossen, die Vorsitzenden der Bezirksgruppen darauf aufmerksam zu machen, daß nach den neuerlichen Bestimmungen den Herren Oberforstmeistern der Regierungen die Entscheidung über die Bedürfnisfrage überlassen ist. Alle Anträge dieser Art sind daher in den Bezirksgruppen zu behandeln und darauf den Herren Oberforstmeistern zu unterbreiten.

Zur Delegiertenversammlung sind der 7. und 8. Juni d. J. in Berlin in Aussicht genommen. Nach Beendigung dieser Besprechungen wird dem Vorsitzenden für seine bisherige Vereinsarbeit der Dank durch die Anwesenden zum Ausdruck gebracht, den dieser mit dem Wunsche auf ein weiteres Gedeihen des Vereins erwidert und die Sitzung um 8 Uhr schließt.

Der engere Vorstand:

Krause. Hennig. Belte. Diepe.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Cassel-West. Sonntag, den 24. März cr., von mittags 12½ Uhr ab, findet die Vertreter- und Mitglieder-Versammlung der Bezirksgruppe Cassel-West im Mittelbaderhof zu Cassel, Kölnische Straße, statt. Tagesordnung: 1. Feststellung der Anwesenheitsliste. 2. Geschäfts- und Kassenbericht vom abgelaufenen Jahre. 3. Bericht der Rechnungsprüfer über die vom Schatzmeister gelegte Rechnung und Entlastung des Schatzmeisters. 4. Bericht über die stattgehabte Vorstandssitzung in Berlin. 5. Wahl des Vorstandes. 6. Wahl eines Delegierten nach Berlin, sowie der Rechnungsprüfer.

7. Tagesordnung für die Delegierten-Versammlung in Berlin. a) Geschäfts- und Kassenbericht; b) Vorstandswahl, Organisation des Vorstandes und Vereinsorgan; c) Beitragszahlung nicht halbjährlich, sondern jährlich; d) Mangerhöhung der Forstamwärter; e) Weiterzahlung der Diäten bei militärischen Übungen; f) Nichteinziehen der Försterstellen, solange große Anstellungsnot vorhanden ist; g) Dienstlandszumäuerung; h) Abänderung der Geschäftsordnung; i) Verschiedenes. 8. Besprechung etwaiger Anträge der Ortsgruppen. 9. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gebeten. Wünscher, Vorsitzender.

Gumbinnen. Die Bekanntmachung in der letzten Nummer bezüglich der Dienststellenbeschreibungen wird zur Vermeidung weiterer Irrtümer dahin ergänzt, daß nicht die Beschreibung sämtlicher, sondern die der einzelnen Stelle für 25 Pf. zu haben ist.

Der Vorsitzende. J. B.: Sieg.

Stettin. Die nach § 13 der Satzungen angeordnete Mitglieder- und Vertreterversammlung findet am 16. März, mittags 12 Uhr, im Viktoria-Hotel in Stettin statt. Tagesordnung: 1. Feststellung der Teilnehmerliste. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Wahl zweier Kassenrevisoren. 4. Wahl eines Delegierten und dessen Stellvertreters zur Versammlung des Hauptvereins nach Berlin. 5. Besprechung der Tagesordnung des Hauptvereins. 6. Besprechung der von den Ortsgruppen eingebrachten Anträge. 7. Verschiedenes. Um 2 Uhr gemeinschaftliches Essen. Nach der Sitzung gemütliches Zusammensein mit Damen. Um rege Beteiligung bittet

Wegener.

Ortsgruppen:

Darßlub (Regbz. Danzig.) Versammlung, am Sonnabend, dem 2. März, 6 Uhr nachmittags. Beteiligung der Damen erwünscht. Tagesordnung: 1. Bericht über die Sitzung der Bezirksgruppe. 2. Anmeldung zur Krankenkostenbeihilfe-Kasse und Bestellung des Förster-Jahrbuches usw. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Hofgeismar (Regbz. Cassel). Sonntag, den 3. März d. J., nachmittags 3½ Uhr, Versammlung im Hotel Hessischer Hof zu Hofgeismar. 1. Erledigung von Vereinsangelegenheiten; 2. Gegenseitige Mitteilungen über die Vorkentäfergefahr; 3. Verschiedenes.

Jdour.

Insterburg (Regbz. Gumbinnen). Mitglieder-versammlung am Sonnabend, dem 9. März 1912, nachmittags 2 Uhr, Hotel „Deutsches Haus“ in Insterburg. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Einziehung der Beiträge; 2. Jahresbericht und Rechnungslegung; 3. Anträge zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 4. Besprechung über die Dienstländereien der Förster; 5. Verschiedenes (Selbstdisziplin). Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorsitzende. Hochfeldt.

Laddehnen (Regbz. Gumbinnen). Sonnabend, den 2. März d. J., nachmittags 6 Uhr, Sitzung

im Vereinslokal. Ich bitte um rege Beteiligung, da die Tagesordnung reichhaltig und wichtig ist. Florin.

Simmern-Hunsrück (Regbz. Coblenz). Sonntag, den 3. März cr., nachmittags um 1 Uhr, findet in Simmern bei Vollrath eine Sitzung mit nachstehender Tagesordnung statt. 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. Entlastung des Schatzmeisters. 3. Besprechung der Tagesordnung für die Delegierten-Versammlungen der Bezirksgruppe in Coblenz und des Vereins in Berlin. Aufnahme neuer Mitglieder zum Verein und zur Krankenkosten-Beihilfeskasse. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorsitzende.

Trebnitz-Militzsch (Regbz. Breslau). Die geehrten Mitglieder bitte ich, bis 15. März d. J. die laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 21. Oktober v. J. genehmigte Zuschußzahlung zu unserer Kaiserstiftungsfeier von 2,10 A pro Mitglied an den Kassenführer, Herrn Carmtodt, einzufenden.

Der Vorsitzende. Teuber.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegemeister Krause, Kesselgrund bei Hochzeit Wm., vorliegen. Was für die nächstjüngste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Bromberg. Die am 11. Februar d. J. zu Schneidemühl anberaumte Versammlung war von 22 Kollegen besucht. Nach der Begrüßung und einem Horrido auf Se. Majestät wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: Zu 1. Der Vorsitzende erstattet den Geschäftsbericht. Zu 2. Die Kassenprüfung fand am 28. Januar d. J. in Bromberg statt. Die Kassenprüfungsverhandlung wurde von einem Mitglied der Prüfungskommission verlesen. Vom Kassenführer wurde die Rechnung über das verflossene Vereinsjahr gelegt und wurde demselben sowie dem Vorstand Entlastung erteilt. Zu 3. Der Delegierte für Berlin erstattet kurzen Bericht über die letzte Versammlung. Zu 4. Die Anträge der Ortsgruppen Crone a. B. und Schneidemühl wurden besprochen, desgleichen die Tagesordnung für die Delegierten-Versammlung in Berlin; dem Delegierten wurden dazu Aufträge für die Hauptversammlung in Berlin gegeben. Zu 5. Als Delegierter für Berlin wurde der Bezirksgruppenvorsitzende, Herr Hegemeister Bugas, als Stellvertreter Herr Förster Fürstenau gewählt. 6. Verschiedenes. 1. Es wurden verschiedene Eingänge verlesen. 2. Die nächste Bezirksgruppenversammlung findet in Bromberg statt.

Der Vorstand. J. A.: Sedt, Schriftführer.

Ortsgruppen:

Glend, Harz (Regbz. Hildesheim). In der zum 24. Januar 1912 einberufenen Versammlung waren 11 Mitglieder erschienen. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einem Hoch auf Se. Majestät. Die Tagesordnung wurde wie folgt

erledigt: 1. und 2. Die Rechnung für 1911 wurde geprüft und dem Kassierer Entlastung erteilt, die fälligen Beiträge wurden eingezogen. 3. Über die Bezirksgruppenversammlung in Goslar erstatteten Kollege Meerwald und Battenberg ausführlichen Bericht; entsprechend dem Beschluß der Bezirksgruppenversammlung am 26. 11. 11 wurde der Vorsitzende Hegemeister Battenberg, Glend, als Delegierter der hiesigen Ortsgruppe zur Hauptversammlung nach Berlin und als dessen Stellvertreter Hegemeister Meerwald gewählt. 4. Es wurde seitens des Vorsitzenden eine Besprechung über die Dienstleistungsfrage in Verbindung mit der im Vorjahr gefaßten Resolution, sowie über die seitens der konservativen Partei gemachten Rundgebungen (abgedruckt Nr. 1 1912) eingeleitet; es lag hierzu ein Briefwechsel mit der Ortsgruppe Oberharz vor. Die Besprechung endete mit dem einstimmigen Beschluß: Nun endlich einmal an der gefaßten Resolution festzuhalten und nicht immer mit neuen oder abgeänderten Wünschen hervortreten, sondern unentwegt auf das dort gesteckte Ziel hinzuarbeiten; es verspricht dies ja auch um so mehr Erfolg, da sich die konservativen Rundgebungen mit jener Resolution recht gut in Einklang bringen lassen. Sodann gab der Vorsitzende Kenntnis von einem Auszug aus dem Vortrag, den der Herr Revierförster Rammisch, Krähe, in der Ortsgruppenversammlung zu Mienburg a. W. gehalten hat. Dieser Auszug betitelt „Der Bureaukratismus im Förstereibereich und seine Folgen“, ist seinerzeit vom Vorsitzenden des Hauptvereins auf Vorschlag des Schatzmeisters Bette von der Aufnahme im Vereinsblatt zurückgewiesen worden, genannter Auszug ist der Ortsgruppe zur Stellungnahme zugesandt worden. Nach eingehender Besprechung gelangte die Versammlung zu folgendem einstimmigen Beschluß: Die Ortsgruppe Glend vertritt die Ansicht, daß eine gerechte, sachliche Kritik förderlich für die Vereinsache ist, eine unsachliche aber nur schädlich und zersetzend wirken muß und daß es daher gerechtfertigt und richtig erscheint, den fraglichen Artikel von der Aufnahme zurückzuweisen.

Der Vorstand. J. A.: Bierling, Schriftführer.

Hannover. Zur Notiz für die Mitglieder, welche an der Versammlung am 14. 2. 12 nicht teilgenommen haben, werden aus den Verhandlungen folgende Punkte hervorgehoben: 1. Vorstandswahl. Für den als Schriftführer und Kassierer auscheidenden Kollegen Wallofshof wurde der Kollege Ernst, Mißberg, und als dessen Vertreter der Kollege Wallofshof gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder und die Vertrauensmänner bleiben in den bisherigen Ämtern. 2. Die zwei Versammlungen im Jahre, von welchen die Winterversammlung noch mit der der Bezirksgruppe zusammenfällt, bieten zu wenig Zeit und Gelegenheit zum Halten von belehrenden Vorträgen usw. Deshalb ist beschlossen, etwa im Oktober jeden Jahres eine dritte Versammlung abzuhalten. 3. Als Versammlungsort für die voraussichtlich

im Juli stattfindende Sommerversammlung ist der Zoologische Garten in Hannover bestimmt. 4. Der Beitrag für die Ortsgruppe ist vom 1. Januar 1913 ab auf 1 M. festgesetzt. Demnach beträgt die Summe des jährlichen Vereinsbeitrages 8 M. Dieser Betrag ist bis zum 10. Januar jeden Jahres post- und bestellgeldfrei an den Kassierer der Ortsgruppe (jetzt Kollege Ernst) einzusenden. Versammlung und nachfolgendes Kränzchen erfreuten sich guten Besuches.

Der Vorstand. Fechtner, Vorsitzender.

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). Am 3. Februar d. Js. beging die Ortsgruppe unter Beteiligung von 17 Mitgliedern mit ihren Damen und Gästen die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers in dem festlich geschmückten Saale des Herrn Gastwirt Schmidt in Carpin. Abends 6 Uhr wurde diese Feier durch ein Konzert der Ziegenorter Kapelle eröffnet und fand allgemeinen Beifall. Am Schlusse des Konzertes nahm Kollege Ladewig das Wort zu einer kurzen, aber gediegenen Ansprache und wies auf die große Bedeutung dieses Tages hin und endete mit einem begeistert aufgenommenen Horrido auf unsern allerhöchsten Jagdherrn, Kaiser Wilhelm II. Hierauf wurde mit einer Polonaise der Tanz eröffnet, dem alt und jung mit feiterm Eifer sich widmete und der alle bis zu den frühen Morgenstunden in schönster Harmonie zusammenhielt. Die im weiteren Verlauf des Festes verteilten Scherzartikel trugen sehr viel zur Erhöhung der Feststimmung bei, die in der Kaffeepause noch besonders zum Ausdruck kamen. An der Kaffeetafel pries Kollege Kirchert in einer längeren, mit Humor gewürzten Rede, die guten Eigenschaften „der deutschen Frau“ und endete mit einem Hoch auf dieselbe. Den anwesenden jungen Damen spendete Kollege Dime ein anerkennendes Lob mit dreifachem Hoch. Auch Herr Lehrer Krüger dankte im Namen der Gäste für die Einladungen zur Feier und gedachte im besonderen der in Forsthäusern gepflegten Gastfreundschaft und Königstreue, die denselben eigen, in anderen Ständen und Berufs, weit und breit, nicht annähernd so zu finden seien, als im einfachen deutschen Bürger- und Forsthaufe. Hierauf berichtete Kollege Ladewig die Erkrankung unseres Vorsitzenden Kollegen Herpin, die es dem Kollegen unmöglich machte, an dieser schönen Feier teilzunehmen. Diese Mitteilung wird allseitig mit aufrichtigem Bedauern aufgenommen. Nachdem wurde vom Kollegen Schloms der Brief von Kollege Herpin „An die Festgesellschaft“ vorgelesen, welcher bei der Festgesellschaft ein lebhaftes Händeklatschen und ein dreifaches „Hoch“ auf die baldige Genesung unseres um das Zustandekommen der jungen Ortsgruppe verdienten Kollegen auslöste.

Der Vorstand.

J. A.: Schloms, Schriftführer.

Ostfriesland (Regbz. Osnabrück-Murich). Die Jahresversammlung, die schon im Zeichen von

Kaisersgeburtstag stand und eine kleine Vorfeier war, fand am 21. Januar im „Schwarzen Bären“ zu Muriich unter Beteiligung fast aller Mitglieder statt. Auf der Tagesordnung stand insbesondere die Vorstandswahl und einige eigene Angelegenheiten der Ortsgruppe. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, ebenso neu als stellvertretender Vorsitzender Kollege Schüge, Sandhorst, und als stellvertretender Schatzmeister und Schriftführer Kollege Ohrt, Neuenwalde. Da nach Vereinbarung mit den Herren Kollegen im Bezirk Osnabrück die Leitung der Bezirksgruppe Osnabrück-Muriich für die nächsten drei Jahre dem Bezirk Muriich zufällt, so wurde einstimmig beschlossen, dem gewählten Vorstand auch die Geschäftsführung der Bezirksgruppe zu übertragen. Lobend verdient auch noch anerkannt und hervorgehoben zu werden, daß dem Schatzmeister sein Amt außerordentlich dadurch erleichtert worden ist, daß der ganze Jahresbeitrag, einschließlich Waisenbeitrag, sofort entrichtet wurde, was zur dauernden Nachahmung empfohlen wird.

Der Vorstand. Röhrig, Vorsitzender.

Zrier. Die am Sonntag, dem 4. Februar, einberufene Versammlung wurde gegen 3½ Uhr von dem Vorsitzenden in üblicher Weise eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: Nachdem die Halbjahresbeiträge von den anwesenden Mitgliedern erhoben worden waren, wurde zur Wahl eines Familienbeitrags für jede Oberförsterei geschritten. Aus dieser gingen hervor: für die Oberförsterei Zrier Hegemeister Andres zu Altenhof, für die Oberförsterei Saarburg Hegemeister Oberkreuz zu Beurig, für die Oberförsterei Wittlich Revierförster Jakob zu Springersbach; hierauf legte der Kassierer die Jahresrechnung für 1911, worauf demselben Entlastung erteilt wurde. Bei der Neuwahl des gesamten Vorstandes wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Förster Hees zu Quint als Vorsitzender, Förster Lichtenberger zu Kobenbach als Stellvertreter, Forstauffseher Jansen in Zrier als Schriftführer und Kassierer, Forstauffseher Brand in Beurig als Stellvertreter; als Beisitzer: Hegemeister Beer in Tarforst, Hegemeister Bous in Reudingen, Hegemeister Frieß in Jail.

Der Vorstand. J. A.: Jansen, Schriftführer

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Beröcklicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch H. Neumann, Neudamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Ragshmann, E., Forstschelling, Forsthaus Hoberstein b. Schildau.
Müller, Adnig. Förster, Forsthaus Saubuch bei Neudamm.
Pfetsch, Ernst. Jagdauffseher, Dubro bei Golochau, Bez. Halle, Saale.
Nejatz, Mag. Revierjäger, Buhar bei Earnow, Pomm.
Jens-Rothe, Karl., Forstschelling, Steinberg bei Wabern, Bez. Zrier.
Wessels, W., Restaurateur, Naurel.
Bär, Wilhelm. Gräf. Jäger, Lissenheim b. Friedberg, Hessen.
Grunow, Eugen. Königl. Förster, Forsterei Wolkopf b. Lönkers, Westpreußen.
Jacobs, Ernst. Königl. Forstauffseher, Dierdorf, Westermwald.
Niedel, Fritz. Reichlicher Förster, Kellhy b. Wajshof, Polen.
Schäfer, Paul. Förster, Forsthaus Sorag b. Gimmel, Kr. Gohrlau.
Schildbach, Willi. Forstschelling, Gortlenba, Sachsen.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzulösen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamteten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldeformen und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

von Alt. Steinfurt, 2 Mk.; Alstarm, Al.-Heinerdorf, 2 Mk.; Adam, Gethen, 2 Mk.; Buchholz, Wachte, 2 Mk.; Wandenburg, Lattenberg, 2 Mk.; Brug, Otmachau, 2 Mk.; Baldeweg, Lübbesee, 2 Mk.; Brandt, Grenzheide, 5 Mk.; Brandt, Linau, 3 Mk.; Brandt, Lückow, 2 Mk.; Borschel, Berkenhausen, 2 Mk.; Bergerfurth, Gummerich, 2 Mk.; Partelt, Hinnow, 2 Mk.; Wunde, Wochte, 2 Mk.; Puchen, Würden, 2 Mk.; Pfeil, Schelzig, 5 Mk.; Rednorz, Rainow, 2 Mk.; Reger, Gungenau, 2 Mk.; Rob, Mitzel, 2 Mk.; Rensel, Maar, 2 Mk.; Brandt, Reuters, 2 Mk.; Radenhausen, Niederthalhausen, 2 Mk.; Burggraf, zu Dobna'sches Forstamt, Al.-Kogenau, 6 Mk.; Dalsow, Dusterlat, 2 Mk.; Droth, Deutscher-Larberg, 2 Mk.; Domstsch, Gnadenfeld, 2 Mk.; Dorn, Steinau-grund, 2 Mk.; Eulstsch, Lauterbach, 5 Mk.; Gigenauer, Lauterbach, 2 Mk.; Franzenheim, Riesenwald, 2 Mk.; Heide, Dreben, 2 Mk.; Gücher, Wellin, 2 Mk.; Günger, Bodmannsdorf, 3 Mk.; Forgher, Damerart, 2 Mk.; Hü, Erxrode, 2 Mk.; Gänther, Weglos, 2 Mk.; Griefsch, Westend, 5 Mk.; Gonther, Wiera, 2 Mk.; Geyer, Dammdorf, 2 Mk.; Gähde, Marienwerder, 5 Mk.; Gute, Altenlotheim, 2 Mk.; Glane, Leopoldshagen, 2 Mk.; Gabbert, Fels, 2 Mk.; Graf, Wohlhausen, 2 Mk.; Gebel, Gr.-Klinabed, 2 Mk.; Gans, Frischborn, 2 Mk.; Groh, Eichelham, 2 Mk.; Guhn, Reichendachhof, 2 Mk.; Grimbs, Gildesheim, 2 Mk.; Heinz, Krähja, 2 Mk.; Gunning, Bichow, 2 Mk.; Garmmerling, Büddebach, 2 Mk.; Jauler, Engelrod, 2 Mk.; Gempel, Erxrode, 2 Mk.; Jansull, Erxrode, 2 Mk.; Jermier, Wilhelmsthal, 2 Mk.; Jäger, Weisja, 3 Mk.; Jacob, Schönfeld, 2 Mk.; Joppich, Euderspitze, 2 Mk.; Jansen, Carlsbrunn, 2 Mk.; Jäger, Eilenbach, 2 Mk.; Järnke, Offizier-Jagdbezirk, Kiel, 5 Mk.; Juhn, Webroth, 2 Mk.; Jäffner, Haale, 2 Mk.; Kaiser, Blumenow, 2 Mk.; Kronführer, Uperden, 2 Mk.; v. Kucjowski, Wolowik, 2 Mk.; Kulla, Kurwie, 2 Mk.; Kruse, Nieder-Jauche, 2 Mk.; Kohnmeyer, Stempelba, 2 Mk.; Kron, Neupala, 2 Mk.; Köbler, Schabges, 2 Mk.; Kütze, Bittelshoven, 2 Mk.; Lammert, Adventhien, 3 Mk.; Lehmann, Rüllow, 2 Mk.; Lauer, Möge, 2 Mk.; Leister, Kandelstein, 2 Mk.; Langbein, Wögenburg, 2 Mk.; Lingebach, Schierbach, 2 Mk.; Mayer, Ziergarten, 2 Mk.; Möller, Schwedda, 2 Mk.; Münch, Erdgallen, 2 Mk.; Maus, Lüdighau, 3 Mk.; Müller, Gnesen, 3 Mk.; Weitz, Wismarthütte, 2 Mk.; Mainz, Wiera, 2 Mk.; Matwosch, Sorowst, 2 Mk.; v. He, Ketzlarz, 2 Mk.; Koch, Lauterbach, 2 Mk.; Nele, Mchau, 2 Mk.; Nielen, Vergena, 2 Mk.; Neudal, Altomischel, 2 Mk.; v. die et, Bombitten, 2 Mk.; Preussing, Waldhaus, 2 Mk.; von Klauen, Wagedburg, 5 Mk.; Bietich, Lanken, 2 Mk.; Pommerente, Pinst, 2 Mk.; Beglow, Glosow, 2 Mk.; Pactor, Pong, 2 Mk.; Pormetter, Hombusch, 2 Mk.; Rehhausen, Duenfeld, 2 Mk.; Neumann, Ober-Schönfeld, 2 Mk.; Graf Mangau, Potsdam, 5 Mk.; Reuth, Kditzberg, 2 Mk.; Rodel, Archipshau, 2 Mk.; Reiss, Schönfeld, 5 Mk.; Rechenbach, Greteheide, 5 Mk.; Roepel, Berlinchen, Ostpriege, 2 Mk.; Räuer, Mordlinghausen, 2 Mk.; Rothe, Steinberg, 2 Mk.; Rodemer, Ungersbach, 2 Mk.; Freibier, Riebsel, Eilenbach, 5 Mk.; Seidnau, Greba, 3 Mk.; Seimroth, Feldra, 2 Mk.; Seidel, Lubow, 2 Mk.; Seidau, Wrochütz, 2 Mk.; Sankin, Jemmerich, 2 Mk.; Seeler, Schwarzgels, 2 Mk.; Simon, Schwientchlowitz, 2 Mk.; Schreiber, Rüdzauna, 2 Mk.; Schenke, Rüdershausen, 2 Mk.; Schulze, Granzow, 3 Mk.; Schüller, Uedermünde, 2 Mk.; Schmidt,

Dresden, 2 Mr.: Frau Schmidt, Gelle, 5 Mr.: Schulz, Schönlank, 2 Mr.: Schaub, Gr. Schmollen, 2 Mr.: Schulz, Liegenhof, 15 Mr.: Schnell, Jöhnen, 2 Mr.: Schnell, Stodhausen, 2 Mr.: Schwarz, Stodhausen, 2 Mr.: Schmidt, Vandenhausen, 2 Mr.: Schwarz, Vrancken, 2 Mr.: Schnell, Vrancken, 2 Mr.: Schellenberg, Jüttgen, 2 Mr.: Staeger, Schlachtensee, 2 Mr.: Stolz, Zinghofen, 2 Mr.: Stöpler, Oberhoben, 2 Mr.: Ulrich, Rieslingswalde, 2 Mr.: Wacht, Krefenab, 2 Mr.: Viehl, Aue, 2 Mr.: Vogt, Wüggel, 2 Mr.: Wolmar, Herenode, 2 Mr.: Weidner, Wüggel, 2 Mr.: Wiesmann, Charlottenburg, 5 Mr.: Wegner, Zwickau,

2 Mr.: Wehner, Hasdorf, 2 Mr.: Werner, Rathborhammer, 2 Mr.: Wenderoth, Altenschlitz, 2 Mr.: Wienold, Wernig, 2 Mr.: Weidmann, Angersbach, 2 Mr.: Wierich, Behrenwalde, 2 Mr.: Zeiß, Burgliebenau, 2 Mr.: Jarnott, Diedow, 2 Mr.: Zeme, Wundlaten, 2 Mr.: Zillig, Sternthal, 2 Mr.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt
Neumann,
Schafmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halensee.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

7788. Troke, Förster (Herzogl. Arenbergische Verwaltung), Jh. Wühlendamp b. Alen i. Weisf. (H.-Gr. XI.)
7789. Weidlich, Otto, Förster, Kleintraufchen b. Gnadenberg, Kr. Burglau. (H.-Gr. VIII.)
7790. Raminke, Fritz, Forstschiller, Vobelschwingh i. B. (H.-Gr. XI.)
7791. Gedrich, Fritz, Förster, Abl.-Gora b. Hochstüblau i. Westpr. (H.-Gr. I.)
7792. Junger, Karl, Förster, Liebsdorf b. Lissa, Kr. Lublin. (H.-Gr. VI.)
7793. Raminke, Fritz, Forstschiller, Jh. Hermsdorf a. d. Spree b. Zohla, Bez. Liegnitz. (H.-Gr. VIII.)
7794. Joste, Wilhelm, Gutsverwalter, Seelig b. Hammermühle i. Pommern. (H.-Gr. II.)
7795. Raminke, Franz, Forstaufsicher, Cereel b. Munsterlager, Bez. Hannover. (H.-Gr. X.)
7796. Schmidt, Fritz, Forstschiller, Jh. Rönnerholz b. Elmshagen, Kr. Plon. (H.-Gr. IV.)
7797. Müller-Spading, Forstschiller, Dresden, Glacis-Straße 18, III. (H.-Gr. XII.)
7798. Raminke, Max, Förster, Zisterburg, Siegel-Straße 13, II. *) H. M. = Außerordentliches Mitglied.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Habel, Hugo, Förster, Kammerode b. Werder a. H.
Seiten, Wilhelm, Förster, Topper-Sorge, Bez. Frankfurt a. O.

Sieget, Oberförster, Oberrist, Kr. Trebnitz, Schlesien.
Bräunisch, Richard, Forstaufsicher, Pilgramsdorf, Kr. Goldberg i. Schlesien.
Fräntsch, Walter, Forstschiller, Eisenach.
Stelzer, Konrad, Forstverwalter, Waldenburg i. Württemberg.
Nier, August, Hilfsjäger, Jh. Quastenhof b. Bergen a. Hagen.
Seidel, Wilhelm, Revierförster, Jh. Zwillingshofen b. Frauensitz, Bez. Liegnitz.

An besonderen Zuwendungen gingen ein:

Gesammelt auf der Groß-Nigomer und Gelster Treibjagd am 13. und 14. Dezember 1911, veranstaltet durch Herrn Oberförster Schulz, Vogelshagen; eingesandt durch Förster Theo Pompa-Försterei Gelpst bei Lergenhof i. Mecklenburg-Strelitz. 10,50 Mr.

Den Gebern und Einsendern herzlichen Dank und Weidmannsheil!

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die
Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Ortsgruppe Dessau.

In der Versammlung am 17. Februar wurden gewählt: Vorsitzender: Förster Bernhardt; Stellvertreter: Förster Miegliß; Schriftführer: Förster Resow; Stellvertreter: Hilfsjäger Schnelle; Kassierer: Förster Rabitz; Stellvertreter: Förster Schinich; Beisitzer: 1. Förster König, 2. Revierjäger Gieske; Delegierte: 1. Revierförster Mittelstraß, 2. Förster Lippert, 3. Förster Habel, 4. Förster Sippe, 5. Förster Schuster, 6. Hilfsjäger Bergnecht.

Vereinsversammlungen werden nur durch die „Deutsche Forst-Zeitung“ bekanntgemacht, nicht durch Karte.

Nächste Sitzung voraussichtlich Sonnabend, 13. April cr.

Als Grundlage zur Unterstützung bedürftiger Vereinsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen stifteten Förster Miegliß 15 M., Statquartett Mittelstraß, Seidler, Gieske, Schnelle 7 M. Für diese Gaben besten Dank.

Der Vorstand: Der Schriftführer:
i. R.: Miegliß. Resow.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Belegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 155. — Land-Erwerbung. und -Veräußerung der neuerrichteten Staatsforstverwaltung im Etatsjahr 1910. 156. — Die ausgiebige Benützung der Eichelmast von 1911. Von Wild. 157. — Zur Frage der Verwertung des Reifigs. Von Gide. 158. — Waldschutz- und Aufzuchtvereine in Preußen. 159. — Köhlerei in der Rheinpfalz. 159. — Gehaltssteigerung. 159. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. 160. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 160. — Der preussische Forstetat. 161. — Unter welchen Umständen darf der Polizeihund auf Menschen gehetzt werden? 166. — Verkauf forstlicher Forsten im Regierungsbezirk Magdeburg. 166. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 167. — Brief- und Gratiulationen. 167. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 168. — Nachrichten des „Waldheil“. 172. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 173. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 173. — Inzerate.

Dieser Nummer liegt bei ein Prospekt der Firma **Wilhelm Göhlers Witwe (Fab. Albert Bernatein), Freiberg i. Sa.**, betreffend Geräte und Instrumente aller Art für Forstwirtschaft und Holzhandel, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Nachruf!

Am 16. Februar 1912 entschlief nach kurzem, schwerem Leiden der **Königl. Oberförster**

Herr Carl Heine

zu Forsthaus Pfastermühl im 49. Lebensjahre. (342)
In dem Dahingegangenen betrauern wir einen allezeit liebenswürdigen Vorgesetzten. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Die Beamten der Königl. Oberförsterei Pfastermühl.

Nachruf!

Am 15. Februar wurde uns unser verehrter Ortsgruppen-Vorsitzende und lieber Kollege, der **Kgl. Förster**

Herr Gustav Romanus

(4. Komp., Jäg.-Batl. 8, Jahrg. 78)

im 54. Lebensjahre plötzlich durch den Tod entrissen. In Ausübung seines Dienstes wurde er inmitten seines Revieres durch ruchlose Zigeuner durch mehrere Schüsse ermordet. Wir betrauern in dem Heimgegangenen nicht nur unseren verehrten Vorsitzenden, sondern auch einen lieben Kollegen und guten Kameraden. Tief ergriffen stehen mit der schwer geprüften Gattin und fünf unmündigen Kindern alle Mitglieder an seiner Bahre. Wir widmen dem lieben Freund einen letzten grünen Bruch und werden seiner stets in Liebe gedenken. (339)

Er ruhe in Frieden!

**Ortsgruppe Fulda
des Vereins Königl. Preuss. Forstbeamten.**

I. A.: **Stein**, Schriftführer.

Am 18. d. Mts. starb nach kurzer, schwerer Krankheit zu Forsthaus Masuchen der **Königl. Hegemeister**

Herr Adolf Wagner

(2. Komp., Jäger-Batl. Nr. 1, Jahrgang 1875).

Ein anspruchsloser, tüchtiger und treuer Forstmann, ein braver, biederer Weidgenosse ist mit ihm dahingegangen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. (347)

**Für die Beamten der Oberförsterei Purden.
Lange, Königl. Oberförster.**

Am 18. Februar d. J. verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager im Alter von 57 Jahren ein treues Vereinsmitglied, unser guter Kollege, der **Königl. Hegemeister**

Herr Adolf Wagner

(2. Komp., Jäg.-Batl. 1, Jahrgang 1875)

in Masuchen.

Ein ausgezeichnete, braver Kollege, ein edler, biederer Charakter, der sich nicht nur die Liebe seiner Kollegen, sondern auch die Achtung und Wertschätzung der ganzen Gegend erworben hat, ist mit ihm von uns gegangen. (346)

Ehre seinem Andenken!

**Der Vorstand der Ortsgruppe Allenstein
des Vereins Kgl. Preuss. Forstbeamten.
Bohnfeldt, Vorsitzender.**

Nachruf!

Am 9. d. Mts verstarb infolge eines Unglücksfalles meine liebe Mutter. (345)

Frau Alwine Janetzke

im Alter von 58 Jahren zu Schmechau.

Dieses zeigt im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrubt an Englershütte b. Dzilmanen, den 16. Februar 1912

Fritz Janetzke, Königl. Forstaufscher.

Familien-Nachrichten

Geburten:

Dem Königl. Oberförster Bernice in Zuhl (Thür.) eine Tochter.

Dem Städt. Oberförster Scherel in Hohenheim bei Ulm eine Tochter.

Heiratungen:

Gräfl. Oberförster Franz Bollmar in Wörten (Bez. Frankfurt a. O.) mit Frä. Grete Engel in Eisenach.

Sterbefälle:

Fogt, Erdmann, Forstgeometer in Colonnowska.

Michaelis, Berta, Revierförsterwitwe in Suhl bei Alten a. E., Bez. Magdeburg.

Jagdverpachtungen

Jagdpacht- und Abschlagssuche

Pensions-Anfragen

Suche bei einem Pension.

Jagdaufschlag Bedingung. Offerten unter E. D. 401 an (320)
Rudolf Mosse, Hannover.

Oberförsterei, großes Gut oder Pastorenhaus

in anmutiger Gegend! Für ein geb. f. Fräul. wird zur Kräftigung des Allgemeinbefindens

angenehmer Familienaufenthalt für längere Zeit gegen Vergütung gesucht. Angebote erbittet **Hugo Geratmann, Dresden-N. 16, Renckstr. 25.** (317)

Holz und Güter

Kaufe jeden Posten (359)

Faulbaumholz,

auch Schieferholz genannt, b. Selbst-

werbung, zahle guten Preis.

Paul Becker,

Stendal-Röge, Lüderiger Str. 30.

Eisenrollholz

(Einschlag 1910/11, 1911/12), Sopfhärte

12 cm, gebildet, laut (375)

Paul Gutschow, Verlebern,

Hamburger Straße 55.

Suche einige Wagon (344)

Hottannen-Bohnenklingen.

Offerten franko. **Joh. Eller,**

St. Witterschid b. Bonn.

Holz-Sägewerk und -Handlung,

Mühle u. Elektrizitätswerk ist ganz- verb. weg. bei 35 000 Mk. Anzahl. zu verk. Sehr lohnende Erfindung für geschäftsgew. Forstmann. Off. u. Nr. 255 bei die Exp. der D. Forst-Ztg., Bismarck.

Personalien

Forstverwaltung der von Ponoof'schen Werke, A.G., sucht 1. April für dauernd gut empfohlenen (334)

Wald-Vorarbeiter.

Freie Wohnung im Walde, 20 Minuten vom Schulort, freie Feuerung, Krankentafel, Tagelohn 8 Mk., Sonn- u. Feiertage werden bezahlt. Herbst und Winter meist 1400, 4-5 Mk., Sommer zeitweilig Forst- u. Jagdaufs. **Friedrichshain (H. Lausig), Ringel.**

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feiernabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Jahresorgan des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thürmontor Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101), direkt unter Streifen durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) nicht durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingelangten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Samstagsblätter, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 9.

Mendamm, den 3. März 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Kaskermühl im Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. April 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 5. März eingehen.

Försterei Buchwald in der Oberförsterei Panten, Regierungsbezirk Liegnitz, ist zum 1. Mai 1912 neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören Dienstwohnung, 0,120 ha Garten, 4,758 ha Acker und 0,702 ha Wiese. Bewerbungen sind bis zum 10. März einzureichen.

Die Besprechung des Forstetats im preussischen Landtage.

Am 15. und 16. Februar hat im preussischen Abgeordnetenhaus die zweite Lesung des Forstetats stattgefunden. Wir nehmen, nachdem wir bereits der letzten Nummer unserer Zeitung den stenographischen Bericht beigelegt haben, Veranlassung, kurz auf den Verlauf dieser interessanten Verhandlungen einzugehen, und zwar insoweit, als hierbei die persönlichen Verhältnisse des Försterstandes berührt wurden.

Durchweg ist von den Vertretern aller bürgerlichen Parteien anerkannt worden, daß die Förster in ihrem pensionsfähigen Einkommen, besonders aber in der Witwen- und Waisen-

versorgung, hinter den anderen gleichwertigen Beamten bedeutend zurückstehen und daß bei Aufstellung der Besoldungsordnung hier eine Härte entstanden sei, die möglichst bald beseitigt werden müsse. An die Staatsregierung wurde das dringende Ersuchen gerichtet, möglichst bald bessernd vorzugehen. Die allseitige Unterstützung seitens des Hauses wurde in vollem Umfange in sichere Aussicht gestellt.

Die Staatsregierung hielt nun den gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für geeignet, an der erst seit einigen Jahren bestehenden Besoldungsordnung zu ändern, und behielt sich vor, bei Be-

ration der aus Förstertreibern eingereichten Petition auf die ausgesprochenen Wünsche näher einzugehen.

Aus der Mitte des Hauses wurde im Laufe der Erörterungen besonders darauf hingewiesen, daß die Finanzverwaltung bei Beratung der Besoldungsreform den Standpunkt vertreten habe, die Regelung der Dienstlandsnutzung der Förster und die Besoldungsreform seien auseinander zu halten. Außerdem wurde im Laufe der Debatte hervor gehoben, daß bei der letzten Besoldungsregelung die Einkünfte der Förster aus den Dienstlände reien die Festsetzung ihres Gehalts tatsächlich beeinflusst haben. Diese Auffassung hat auch in Förstertreibern immer bestanden, wie das wiederholt zum Ausdruck gekommen ist. Schließlich kam im Abgeordnetenhaus die auch uns einzig richtig erscheinende Ansicht zum Durchbruch, daß die Erträge aus der Dienstlandsnutzung lediglich als Ausgleich für die Erschwernisse und Verteuerungen zu dienen hätten, welche den Förstern aus der einsamen Lage ihres Gehöftes, fern von Arzt, Schule usw. erwachsen. Weiter wurde aus der Mitte des Hauses geäußert: aus dem von der Finanzverwaltung ausgegangenen Hinweise ergebe sich, daß eine anderweite Regelung der Dienstlandsnutzung bei den Förstern außerhalb der Besoldungsreform jederzeit vorgenommen werden könne. Auch wir sind stets der gleichen Ansicht gewesen, und verweisen wieder darauf, daß Beamte, die man bei der Besoldungsreform mit den Förstern in eine Besoldungsklasse stellte, bedeutend höhere Nebenbezüge zum Ruhegehaltspflichtigen Dienst einkommen zugerechnet erhielten, als dies den Förstern gegenüber geschah.

Wir benutzen unsere heutigen Ausführungen gern dazu, im Namen der beteiligten Beamten für die Wärme zu danken, mit der bei den in Rede stehenden Verhandlungen für sie eingetreten wurde, auch namentlich dafür, daß betont worden ist, daß die Nebeneinnahmen des Försters fast lediglich auf Arbeit und Verdienst seiner Familienangehörigen zurückzuführen sind; wir heben erneut hervor, daß die anderen Beamten derartige Nebenbezüge, die ihnen bei der Bemessung des Ruhegehalts und bei der Witwen- und Waisenversorgung angerechnet werden, ohne jede Mithilfe der Angehörigen sowie in Ausübung ihrer Berufstätigkeit und ohne jede Kapitalanlage allein erwerben.

Sodann müssen wir noch einmal feststellen, daß die Förster vornehmlich erstreben, ihr

pensionsfähiges Dienst einkommen auf den Betrag jenes der anderen gleichwertigen Beamten zu bringen; wobei auf ihre einzigartigen schwierigen Lebensverhältnisse besondere Rücksicht zu nehmen ist. Diesem Wunsche kann die Berechtigung gewiß nach keiner Richtung hin abgesprochen werden; das ist bei den letzten Verhandlungen auch zu unserer Freude von keiner Seite geschehen. Wir haben ferner die Pflicht, wiederholen zu müssen, daß die berechtigten Försterwünsche erst dann als erfüllt zu betrachten sein dürften, wenn bei deren Berücksichtigung unsere Darlegungen in Nr. 7 auf Seite 138 bis 142 der „Deutschen Forst-Zeitung“ von 1912 Beachtung gefunden haben.

Wenn nun auch die Erörterungen vom 15. und 16. Februar keine Klarheit darüber gegeben haben, in welcher Form die Wünsche des Försterstandes befriedigend erfüllt werden können, so ist es doch erfreulich, zu entnehmen, daß ohne jeden Widerspruch aus der Mitte des Hauses die Meinung zum Ausdruck kam, daß in der Besoldungsordnung bei den Förstergehältern eine Lücke geblieben ist, die — um einen forstlichen Ausdruck anzuwenden — möglichst bald nachgebeßert werden muß. Wo ein Wille, ist auch ein Weg! Ein Einspruch anderer Ressorts ist ernstlich wohl nicht zu befürchten, da sich unseres Wissens eine solche in die Augen fallende Lücke in der ganzen Besoldungsordnung nicht findet.

Sind wir also leider nicht in der Lage, unseren Lesern über die mutmaßliche Befriedigung der Försterwünsche bestimmte Ausichten zu eröffnen, so brachte der Schluß der Staatsverhandlungen doch noch die erfreuliche Mitteilung, daß den wiederholten Anregungen, die Sekretäre der Oberförstereien für bestimmte Rechnungssachen verantwortlich zu machen, dadurch entsprochen werden solle, daß ihnen in nächster Zeit das Kalkulaturattest erteilt wird und sie in ihren Dienstbezügen den Förstern mit Revier gleichgestellt werden, um sie so länger an das Bureau zu fesseln. Sicherlich wird die mit dieser Neuierung verbundene Übertragung einer größeren Verantwortlichkeit, sowie auch die in Aussicht genommene materielle Besserstellung das Ihrige dazu beitragen, die Arbeitsfreudigkeit dieser Beamten zu erhöhen. Man darf auf die Weiterentwicklung dieser Angelegenheit sehr gespannt sein. Namentlich interessiert stark die Frage, ob die Sekretärstellen durchweg etatmäßig werden sollen, und wie dann ihre Besetzung gedacht ist.

Zu den Bedenken endlich, welche gegen die „Deutsche Forst-Zeitung“ wegen der Aufnahme des bekannten Ausrufes „Die Konservativen und die Förster“ von dem Abgeordneten

Dr. Schroeder geäußert wurden, können wir nur folgendes bemerken: Wir, ebenso der engere Vorstand des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, haben diesen Aufruf — wie es in diesen Tagen bei anderer Gelegenheit ganz treffend gesagt worden ist — nicht für eine Abjuration mit unrealisierbaren Wünschen, sondern für eine bemerkenswerte Kundgebung einer einflussreichen staatsbehaltenden Partei unseres Landes zugunsten des Försterstandes gehalten. Es konnte an der Kundgebung also auch nicht vorübergegangen werden, ohne dem preussischen Försterstande von ihr Kenntnis zu geben. Wenn in der Abfassung dieser Kundgebung bei Darstellung der Vorgänge in der Kommission zur Vorberatung der Beamtenbesoldungsreform ein Irrtum unterlaufen war, so entzog sich dies naturgemäß unserer

Kenntnis. Irgendwelche politische Rücksichten sind auch für uns in der ganzen Angelegenheit nicht entscheidend gewesen. Jeder ähnliche Aufruf einer anderen staatsbehaltenden Partei hätte die gleich dankbare Beachtung gefunden, wenn er sich mit den Interessen, denen wir dienen, ebenso klar und eingehend beschäftigt hätte.

Sollte die Kundgebung der Konservativen, wie es doch fast den Anschein hat, tatsächlich dazu beitragen, die gelegentlich der Besoldungsreform für den Försterstand geschaffenen Härten in absehbarer Zeit aus der Welt zu schaffen, so würde uns dies mit aufrichtiger Befriedigung erfüllen, und wir wollen darum auch gern ertragen, daß sich gegen uns in Folge dieses Vorganges jetzt ein allerdings ganz unverdientes Vorurteil gebildet hat. Die Schriftleitung.

Die Herstellung von Möbeln aus gebogenem Holze.

Wohl jeder von uns hat schon gelegentlich auf einem Stuhle aus gebogenem Holze gesessen, sei es, daß er sich in irgend einem öffentlichen Lokale geistigen oder leiblichen Genüssen hingab, sei es, daß er nach getaner Arbeit im geliebten Schaukelstuhle Erholung und Ruhe suchte. Ob sich aber auch wohl jeder mal die Frage zu beantworten versucht hat, wie es möglich ist, dem sonst so spröden Holze solche von der geraden Linie fast in allen Punkten abweichende Formen zu geben? Vermuthlich nur wenige, und deshalb möge es mir erlaubt sein, im folgenden den Werdegang derartiger Möbel auf Grund eines Besuches der Thonetischen Stuhlfabrik in Frankenberg (Sachsen) zu schildern.

Zunächst brachte mich der freundliche Vertreter vor die aus einzelnen Röhren bestehende Dampfkammer, in welcher die ihrer weiteren Verwendung entsprechend auf etwa 1 bis 3 m abgelängten und auf der Drehbank bereits in gleichbleibender oder auch verschiedener, 3 bis 5 cm betragender Dicke gerundeten Holzstäbe einige Zeit der Einwirkung heißen Wasserdampfes ausgesetzt werden. Durch dieses Dämpfen wird die Holzfasern erweicht und ihre Zähigkeit herabgesetzt, daß der Stab sich nun fast wie Wachs biegen läßt. Hier von konnte ich mich bald staunenden Blickes im Biegeraum überzeugen, wo Arbeiter damit beschäftigt waren, das gedämpfte Holz mit Klammern zwischen zwei Stahlblechhaken zu befestigen und dann in gußeiserne Formen hineinzulegen, deren Abmessungen genau den zu fertigenden Möbelteilen entsprachen. Ohne besondere Kraftaufwendung und fast ausschließlich mit der Hand wurden hier die Stäbe gebogen, wie es sich sonst wohl höchstens eine grüne Weidenrute bei einiger Vorsicht gefallen läßt. Naturgemäß muß diese Arbeit so schnell als möglich vor sich gehen, damit der Stab nicht erst abkühlt und so seine frühere Sprödigkeit wieder annimmt. Nachdem nun die Stäbe mit kleinen Zwingen in den Formen verankert waren, wanderten sie in die Trockenkammer, wo ihnen bei einer Hitze von 60 bis 70 ° C in ein bis zwei Tagen die

Feuchtigkeit wieder entzogen wird. In einem weiteren Raume konnte ich beobachten, wie bereits getrocknete und aus ihrer Zwangsjacke befreite Stäbe die ihnen gegebene Gestalt auch ferner beibehalten und deshalb gleich weiter zugerichtet, mit Feile und Raspel geglättet und zu Möbeln zusammengefügt werden können, um schließlich noch gebeizt und poliert zu werden. Ich will den Leser mit Aufzählung der mannigfaltigen Handgriffe nicht ermüden, die nötig sind, um selbst einen ganz einfachen Stuhl herzustellen. Nur auf das eigenartige und für die ganze Industrie von gebogenen Möbeln bezeichnende Verfahren, die einzelnen Teile zu einem Ganzen zusammenzufügen, will ich noch kurz eingehen. Durch fortgesetzte Verbesserungen im Biegeverfahren und durch Vervollkommen der Biegeformen ist es ermöglicht, die Hauptteile aus einem einzigen Stabe zu fertigen, es bedarf also nur noch der festen Verbindung derselben untereinander. Diese wird nun nicht durch Verzapsung, Verzinsung und Leimung hergestellt, wie es bei anderen Möbeln die Regel zu sein pflegt, sondern hauptsächlich und fast ausschließlich durch starke Schrauben. Die hierdurch bedingte große Haltbarkeit der Möbel, sowie ihre gefällige, jede scharfe Ecke vermeidende Form, ihre Leichtigkeit und Preiswürdigkeit sind die Hauptgründe dafür, daß sie heute überall beliebt und eingebürgert sind. Im Laufe der Zeit sind auch die Formen und Arten der Möbel aus gebogenem Holze äußerst vielseitig geworden, wenn auch immer noch die Signmöbel und unter ihnen wieder der einfache Stuhl bei weitem überwiegen. Auch bei diesen ist aber eine Änderung eingetreten, indem die früher ausschließlich aus Rohrgeflecht bestehenden Sitze jetzt vielfach aus durchlöchernten oder gepreßten Holzplatten hergestellt werden.

Wenden wir nun den Holzarten, welche den Rohstoff für diese Möbel liefern, einen kurzen Blick zu, so sehen wir, daß fast ausschließlich die Rotbuche hierfür in Betracht kommt, weil sie sich ihrer technischen Beschaffenheit nach, namentlich

auch ihrer großen Scherfestigkeit halber, ganz besonders für das Biegeverfahren eignet. Hinzukommt noch, daß das Buchenholz leicht Farbe, Beize und Politur annimmt und deswegen auch zur Nachahmung anderer, wertvollerer Holzarten benutzt werden kann. Schließlich ist aber auch nur die Rotbuche in so großen Mengen und zu so billigen Preisen zu beschaffen, wie es für eine derartige Massenfabrikation erforderlich ist. Es kann uns daher nicht wundern, daß dieser Gewerbezweig die Hauptmasse des Buchennutzholzes für sich in Anspruch nimmt, ja vielerorts ist er es gewesen, der überhaupt erst die Verwendung der Buche zu Nutzwecken ermöglichte. Nun ist aber bei weitem nicht jeder Buchenstamm dazu geeignet, um gebogene Möbel daraus herzustellen, vielmehr wird volle Gesundheit, Mreinheit, Geradsamerigkeit und eine Mindeststapstärke von 25 cm gefordert. Wenn nicht schon früher, so wird sich ein Fehler im Holze unbedingt beim Biegen bemerkbar machen, indem der Stab alsbald an der schwächsten Stelle einreißt oder auch völlig durchbricht und dadurch zur weiteren Verwendung natürlich untauglich wird.

Die Erfindung der Bugmöbel, also der Kunst, Möbel aus gebogenem Holze herzustellen, ist übrigens noch gar nicht so alt. Im Jahre 1830 machte ein einfacher Möbelschüler in Wopparth a. Rhein, Michael Thonet, die ersten Verhuche, Sesselbestandteile und bald auch ganze Möbel aus gebogenem Holze herzustellen, ohne aber größere

Beachtung damit zu finden. Sein Glückstern ging erst auf, als der damalige österreichische Minister Fürst Metternich gelegentlich einer Ausstellung in Coblenz im Jahre 1841 auf seine Erzeugnisse aufmerksam wurde, ihn schließlich zur Überfiedelung nach Wien veranlaßte und hier in jeder Weise unterstützte. Jetzt konnte sich Thonet völlig der Anfertigung von gebogenen Möbeln und der Verbesserung seines Verfahrens unter Überwindung vielfacher Schwierigkeiten widmen, so daß nun von Wien aus diese neuartigen Waren ihren Siegeszug in die Welt antraten und bald unter dem Namen „Wiener Möbel“ bekannt wurden. Bei seinem Ableben im Jahre 1871 konnte Thonet seinen Söhnen vier große Fabrik- und Sägewerkstanlagen in Wien sowie in dem waldbreichen Mähren und Galizien und mehrere eigene Verkaufshäuser in verschiedenen Großstädten Europas hinterlassen. Die seitdem von den Gebrüdern Thonet fortgeführte Firma dehnte sich weiter aus und gründete schließlich 1890 auch in Deutschland eine Fabrik, eben die von mir besuchte in Frankenberg im Bezirk Cassel.

So ist denn der Name Thonet untrennbar mit der Herstellung von Möbeln aus gebogenem Holze verknüpft. Das Verfahren ist nach und nach von vielen Fabriken des Aus- und Inlandes übernommen worden, so daß heute dieser Industriezweig einen ziemlich bedeutenden Umfang erreicht hat. E. D.

Schutzvorrichtungen gegen Hasen- und Kaninchenfraß.

Im Winter suchen Hasen und Kaninchen die Gehöfte mehr auf, wie zu anderen Jahreszeiten. Besonders stark sind in einzelnen Gegenden die in der Nähe des Waldes liegenden Forstgehöfte diesen Besuchen ausgesetzt. Solche können hier aber oft recht unerwünscht sein, wenn Obstbaumanlagen nicht mit ausreichenden Schutzvorrichtungen versehen sind, da der Schaden, der dann in einer Nacht entstehen kann, den Ertrag der Arbeit mehrerer Jahre in Frage stellt.

In Preußen ist für den durch Hasen und Kaninchen verursachten Schaden, nach § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuches bzw. § 51 der Jagdordnung, Ersatz nicht zu leisten. Besitzer und Nutznießer von Obstbäumen, an denen eine Beschädigung durch Hasen zu befürchten ist, haben diese also selber mit ausreichenden Schutzvorrichtungen zu versehen, um sich vor Verlusten nach dieser Richtung zu sichern.

Im allgemeinen sind die Obstärten auf den Forstereien mit einem sicheren Zaun versehen. Wo dies nicht der Fall ist, wird sich die Auswahl der passendsten Umwährung nach den vorliegenden Verhältnissen richten. Handelt es sich um eine größere Anzahl von Bäumen auf einer verhältnismäßig kleinen Fläche, so wird natürlich der Anlage eines dauerhaften Zaunes der Vorzug zu geben sein. Dieser schützt nicht nur die Bäume gegen Tierbeschädigungen, sondern erspart auch an und für sich gleichzeitig die Entwendung der Früchte. Diese genießen hier bei einer dauerhaften

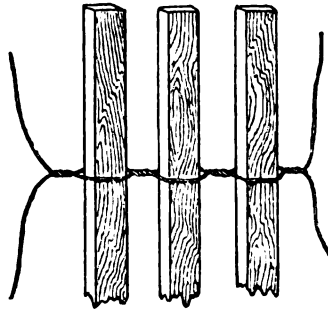
Umwährung außerdem noch den erhöhten Strafschutz der §§ 19 bzw. 20 des Feld- und Forstpolizeigesetzes. Ähnliche Umwahrungen werden an Baumschulen anzubringen sein. Für die Auswahl des Materials zu diesen Umwahrungen sind entscheidend die Zweckmäßigkeit und die Höhe der Kosten. Während früher vorwiegend Staketenzäune von geschnittenen Latten bzw. aus Stangen hergestellt wurden, wird der beabsichtigte Zweck gegenwärtig meist billiger durch das Anbringen eines Drahtgeflechtes von entsprechender Höhe und passender Maschenweite erreicht.

Weientlich anders verhält es sich mit einzelnen stehenden Bäumen, z. B. an Wegen, Tristen und Weiden. Vielfach werden hier bewährte Schmirmittel empfohlen, die das Wild durch ihren scharfen Geruch oder unangenehmen Geschmack von dem Benutzen abhalten sollen. Im allgemeinen werden hiermit aber nicht befriedigende Erfahrungen gemacht. Meist hält der unangenehme Geruch und Geschmack nicht lange vor, so daß das Bestreichen von Zeit zu Zeit wiederholt werden muß. Wird dies nun einmal in der fraglichen Zeit versäumt, so kann es leicht vorkommen, daß man eines guten Morgens „vor der Beisehung steht“. Das Beste ist daher, diese Bäume hier mit einer dauerhaften Schutzvorrichtung zu versehen, auch wenn die Ausgaben hierfür die für ein „Schmirmittel“ bedeutend übersteigen.

Als die billigste solcher dauerhafteren Schutzvorrichtungen darf wohl das Umhüllen mit Dorn-

gestrüpp angesehen werden, ähnlich wie dies in Abbildung 1 veranschaulicht ist. Hierzu können Arazien-, Weiß- und Schwarzdornzweige verwendet werden, die unter Benutzung des Baumfahls mit Eisendraht zu befestigen sind. Gegen Kaninchen empfiehlt es sich noch besonders, das Gestrüpp 10 bis 15 cm tief in die Erde um den Stamm zu bringen.

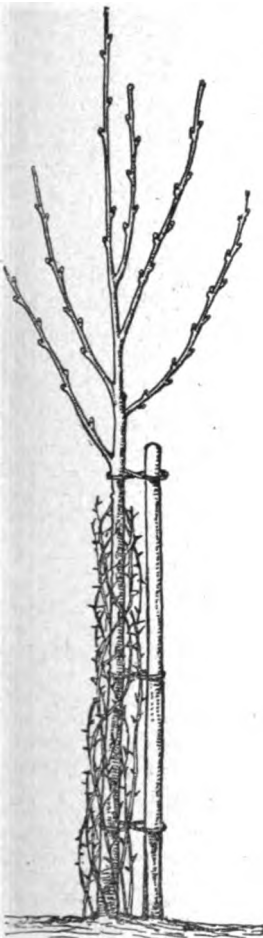
Dort, wo Dorngestrüpp nicht zur Verfügung steht, empfiehlt es sich, die Bäume durch ein Gitter zu schützen, das aus Stäben von Latten oder Stangen hergestellt ist und durch stärkeren Eisen-



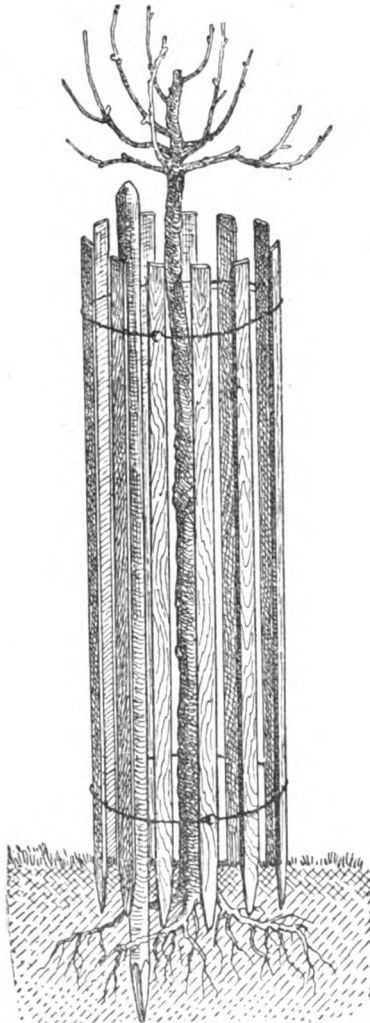
Abbild. 2. Aneinanderreihen der Latten mit Draht.

draht zusammengehalten wird. Das Aneinanderreihen der Stäbe erfolgt in der Weise, daß 20 bis 30 cm vom oberen und unteren Ende, bei höheren Stämmen auch noch in der Mitte Doppeldrähte vier- bis fünfmal umeinandergedreht und in den Zwischenräumen die einzelnen Stäbe in solchen Abständen voneinander befestigt werden, daß die abzuhaltenden Rager den Kopf nicht durchstecken können (s. Abbild. 2). Das Gitter selber ist in solchem Umfange zu fertigen, daß die Stäbe nach der Aufstellung von allen Seiten etwa 10 cm von dem Stamme entfernt sind (s. Abbildung 3).

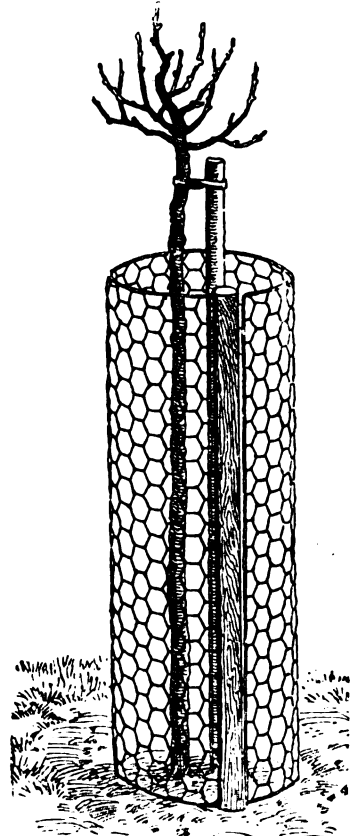
Sowohl die eine wie die andere dieser beiden Vorrichtungen leidet an dem Uebelstande, daß an diesen im Laufe der Zeit Ausbesserungen erforderlich werden, da die Holztheile unter den Witterungseinflüssen mehr oder weniger leiden. Als dauer-



Abbild. 1. Schutzvorrichtung aus Dorngestrüpp.



Abbild. 3. Baum mit Schutzgitter aus Spalterlatten.



Abbild. 4. Schutzvorrichtung aus Drahtgitter.

haftester Schutz ist daher eine Umwährung durch Drahtgeflecht mit entsprechender Maschenweite zu empfehlen. Dieses ist an zwei gegenüberstehenden stärkeren Pfählen mit Eisenklammern so zu be-

festigen, daß es in einem Abstände von 10 bis 15 cm rund um den Stamm zu stehen kommt (s. Abbild. 4). Zweckmäßig ist es, das untere Ende 10 cm tief in die Erde einzugraben. E.

Mitteilungen.

Verzeichnis

der preußischen Orte, die der Bundesrat auf Grund der ihm durch § 30 Abs. 4 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1909 durch Bekanntmachung vom 28. Januar 1912 (R.-G.-Bl. S. 157) erteilten Ermächtigung mit Wirkung vom 1. Januar 1912 in eine andere Ortsklasse eingereiht hat. (Diese Regelung tritt nach Artikel II Nr. 2 des preußischen Gesetzes vom 25. Juni 1910 (R.-G.-Bl. S. 227) ohne weiteres für die preußischen Staatsforstbeamten in Kraft, deren Wohnungsgeldzuschuß und Mietsentschädigungs-Höchstsätze hierdurch beeinflusst werden.)

N a m e n		Ortsklasse
der Orte	der Regierungsbezirke und Kreise	
Altenderne (-Nieder- becker und -Ober- becker)	Arnberg, Vdfr. Dort- mund	D
Altenhundem	Arnberg, Kr. Olpe	D
Alt-Ollendick	Potsdam, Kr. Teltow	C
Antonienhütte	Oppeln, Vdfr. Rattowitz	D
Aplerbeck	Arnberg, Kr. Hörde	D
Bergheim a. d. Sieg	Cöln, Siegfkreis	E
Binz auf Rügen . . .	Stralsund, Kr. Rügen	D
Blankensee	Schleswig, Kr. Pinne- berg	B
Bleichfelde	Bromberg, Vdfr. Brom- berg	D
Bobrek	Oppeln, Vdfr. Beuthen	D
Brachvede	Minden, Vdfr. Bielefeld	D
Braubach	Wiesbaden, Kr. Saint Goarshausen	D
Brühl	Cöln, Vdfr. Cöln	C
Buer (mit Hugo) . . .	Münster, Vdfr. Neckling- hausen	C
Buschhausen	Düsseldorf, Kr. Dins- laken	D
Charlottenbrunn . . .	Breslau, Kr. Walden- burg	D
Domb	Oppeln, Vdfr. Rattowitz	D
Dogheim	Wiesbaden, Vdfr. Wies- baden	D
Eiserfeld	Arnberg, Kr. Siegen	D
Falkenstein a. Taunus	Wiesbaden, Kr. Ober- taunus	C
Finkenwalde b. Stettin	Stettin, Kr. Randow	D
Godesberg	Cöln, Vdfr. Bonn	B
Goldberg i. Schlesien	Liegnitz, Kr. Goldberg- Meynau	D
Gamborn	Düsseldorf, Kr. Dins- laken	C
Hohenloehütte (Kolonie)	Oppeln, Vdfr. Rattowitz	D
Holten	Düsseldorf, Kr. Dinslaken	D

N a m e n		Ortsklasse
der Orte	der Regierungsbezirke und Kreise	
Hornbruch	Arnberg, Kr. Hörde	D
Hüsten	Arnberg, Kr. Arnberg	D
Kirchberne	Arnberg, Vdfr. Dort- mund	D
Königswinter	Cöln, Siegfkreis	C
Kruschwitz (Stadt) . .	Bromberg, Kr. Strelno	D
Lichtenrade	Potsdam, Kr. Teltow	C
Lübars (mit Wald- mannslust)	Potsdam, Kr. Nieder- barnim	C
Mahlsdorf b. Berlin	Potsdam, Kr. Nieder- barnim	D
Marten	Arnberg, Vdfr. Dort- mund	D
Nächstebred	Arnberg, Kr. Schwelm	D
Neu-Stalmerichshüt	Posen, Kr. Ostrowo	D
Nikolassee	Potsdam, Kr. Teltow	B
Oberwaldburg	Breslau, Kr. Walden- burg	D
Rauzel	Arnberg, Vdfr. Dort- mund	D
Remscheid	Düsseldorf	B
Riemke	Arnberg, Vdfr. Bochum	D
Röblinghausen i. Westfalen	Arnberg, Vdfr. Gelsen- kirchen	D
Rosdjin	Oppeln, Vdfr. Rattowitz	D
Rosenthal b. Berlin	Potsdam, Kr. Nieder- barnim	C
Rößberg	Oppeln, Vdfr. Beuthen	C
Scharley	Oppeln, Vdfr. Beuthen	D
Schöndorf	Bromberg, Vdfr. Brom- berg	D
Schröttersdorf	Bromberg, Vdfr. Brom- berg	D
Schwerin a. d. Warthe (Stadt)	Posen	D
Staaten	Potsdam, Kr. Osthabel- land	D
Tiefwerder	Potsdam, Kr. Osthabel- land	D
Tungendorf b. Neumünster	Schleswig, Kr. Bordes- holm	D
Unterliederbach b. Höchst a. M.	Wiesbaden, Kr. Höchst	D
Vorhalle	Arnberg, Vdfr. Hagen	D
Wesel	Düsseldorf, Kr. Nees	C
Wittenau (mit Vorfis- walde)	Potsdam, Kr. Nieder- barnim	C
Zeuthen i. d. Mark . .	Potsdam, Kr. Teltow	C

— Aus dem hessischen Forstetat. Die Ein-
nahmen der hessischen Kameral- und Forstdomänen
sind für das Jahr 1912 auf 6 273 750 M. und die
Gesamtausgaben auf 5 011 102 M. veranschlagt.

Demnach ist der Einnahme-Überschuß gegen das Vorjahr um 170 911 *M* gestiegen und stellt sich für 1912 auf 1 262 648 *M*. Neben Ersparnissen im Domänenbauwesen von rund 10 000 *M* rühren die Mehreinnahmen im wesentlichen aus höheren Holzpreisen und dem verstärkten Holzeinschlag her; der letztere ist für das Jahr 1912 auf 440 000 fm gegenüber 433 000 fm im Jahre 1911 angenommen. Infolge der steigenden Holzpreise ist der Einheitspreis, der für das Festmeter im Vorjahr 10,00 *M* betrug, um 20 % erhöht, also auf 10,20 *M* festgesetzt worden. Auf Grund der Verhandlungen der Kommission für Vereinfachung der Staatsverwaltung ist eine Verminderung der Oberförsterstellen, und zwar zunächst um drei — von 85 auf 82 Stellen — vorgesehen. Im ganzen

sollen neun Oberförsterstellen eingehen; drei von diesen, Wimpfen, Worms und Lauterbach, werden in Assistentenstellen umgewandelt. Auch eine Vereinfachung des inneren Dienstes der Oberförstereien ist seitens der Regierung in nahe Aussicht gestellt worden.

Einsuhr fremden Kiefernsaemens und fremder Kiefernzapfen im Januar 1912.

Kiefernzapfen	100 kg	Kiefernsaamen	100 kg
Im ganzen . . .	3135	Im ganzen . . .	48
Hierunter aus:		Hierunter aus:	
Österreich-Ungarn	305	Frankreich . . .	11
Rußland . . .	2622	Österreich-Ungarn	19

Berichte.

Ein Besuch beim Böhmischem Forstverein.

Der Auftrag, den Sächsischen Forstverein bei der Tagung des Böhmisches zu vertreten, führte mich am 5. August 1911 nach der königl. Stadt Pilsen und am 7. desselben Monats in den Wald der L. u. L. Privat- und Familienfondsdomäne Kronporitschen. Diese Exkursion bot in forstlicher und anderer Beziehung viel Interessantes.

Mittels Sonderzug wurde nach einständiger Fahrt der Ausgangspunkt der Exkursion, freie Straße beim Dorfe Jino, auf der Linie Pilsen—Gienstein, erreicht. Als bald erfolgten Begrüßungen, leider meist in böhmischer Sprache, die vom Vorstehenden des Vereins, Prinz Schwarzenberg, jur. utr. Dr., in Prag ebenso erwidert wurden. Fast eine Stunde ging ohne Schatten durch Felder und Wiesen nach dem Walde, wobei man die interessanten Arbeiten einer 1910 vollendeten Aufregulierung mit Wildbachverbauungen gewahrte, deren Veranlassung die katastrophale Wirkung eines Wolkenbruchs im Jahre 1889 gewesen ist, bei dem 30 Menschen ihr Leben eingebüßt haben. Es schien unsagbar, daß der ziemlich flache, weit ausgelegte Talzug zum Schauplatz einer so furchtbaren Verheerung, wie sie uns beschrieben wurde, werden konnte. — Im Walde angelangt, begrüßten uns die Vertreter der kaiserlichen Domänenverwaltung, von denen nun L. L. Forstrat Kraus aus Prag als Exkursionsleiter hervortrat. Diesem sind die Forsten der kaiserlichen Domänen Böhmens unterstellt. Inmitten eines 108 jährigen Kiefernbestandes wurde uns eine Zubereitung zu teil, kaiserliches Bier und warme Würstchen. Es mochten sich gegen 600 Teilnehmer eingefunden haben, obgleich das gedruckte Teilnehmerverzeichnis nur etwa 300 Namen nannte. Es war also eine Exkursionsgesellschaft vorhanden, wie man sie nur bei den Hauptexkursionen des Deutschen Forstvereins zu sehen gewöhnt ist. Allerdings mochte nicht jeder Teilnehmer Forstmann sein, es hatte sich mancher Unbeteiligte zur Kurweil angeschlossen. Leute aus den umliegenden Ortschaften waren zahlreich vertreten, und auch ihr leibliches Wohl kam nicht zu kurz weg. Bei dieser Kiefernexkursion, die nach unseren Begriffen zu weit angelegt war, konnte von einer allgemeinen

Besprechung der einzelnen Punkte nicht die Rede sein, es bildeten sich alsbald Gruppen, innerhalb deren das Gesehene besprochen wurde. Eine ausführliche Betrachtung der Exkursionsstour kann hier nicht in Frage kommen, sondern nur eine allgemeine Schilderung des Gesehenen gegeben und nur das, was dem Berichterstatter als Fremdling besonders auffiel, festgehalten werden.

Es ist beim Böhmischem Forstverein nicht üblich, besondere Exkursionspunkte herauszuheben, sondern in dem gedruckten, für 3 Kr. käuflichen Führer war eine Beschreibung aller berührten Bestände unter Hervorhebung der in ihnen erfolgten Wirtschaftsnahmen, ihrer Begründung, soweit sie festzustellen war, und vielfach auch ihres Massegehaltes enthalten. Schon aus diesem Führer ersah man, daß es sich um eine äußerst intensive Wirtschaft handelt. Die Forsten der L. u. L. Domäne Kronporitschen umfassen ca. 1708 ha, die in 24 Parzellen zwischen dem landwirtschaftlichen Acker zerstreut liegen. Die Ausgestaltung des Terrains ist keine ausgeprägt einheitliche, man befindet sich in einem Hügelland mit einigen längeren Bergrücken und in 355 bis 565 m Seeshöhe. Die vorkommenden Gesteinsarten sind Urtonschiefer, durchbrochen von Kiesel-schiefer und Grünschiefer. Der Kiesel-schiefer (Luditz) zeigte sich uns stellenweis in mächtigen Felsklippen. Das Exkursionsgebiet ist nicht ein Punktstück üppigster Vegetation, wie es uns vielfach bei Forstvereinstagungen vor Augen tritt und dem Forstwart reiche Schätze in den Schoß wirft. Die Standortsgüte ist im allgemeinen eine mäßige, die Kräfte des Wirtschafters anspannende. Die Bestockung läßt die seit Jahrzehnten begünstigte Kahl Schlagwirtschaft mit Begründung reiner Bestände erkennen. Kiefer und Fichte sind vorwiegend vertreten, nebenher Tanne, Lärche, Eiche und Alzkie. Nur die Altholzbestände sind ausgesprochen gemischt, einer Kahl Schlagwirtschaft mittels schmaler Abäunungen entflammend. Der durch diese Schlagführung veranlaßte Anflug ist durch Pflanzung ergänzt worden. Obgleich die derzeitige Verwaltung die Fichte als die standortsgemäße Holzart ansieht, ist sie nicht geneigt, ihr ausschließlich zu huldigen, vielmehr zeigt sich überall

das Bestreben, gemischte Bestände zu erziehen und dies namentlich durch natürliche Verjüngung zu erreichen. Es enthalten auch die gepflanzten Fichtenbestände erster Altersklassen Beimischungen von Tanne, Lärche, Kiefer, Douglasstanne, Eitafichte und Weymouthskiefer. Namentlich scheint man die Tanne waldbaulich hoch zu bewerten und ihrem Untergang durch rechtzeitig eingelegte Verjüngungshiebe entgegenarbeiten zu wollen. Es wäre verwegen, wollte man sich, erstmalig in ein fremdes Waldgebiet gestellt, ein Urteil über die Wirtschaftsführung bilden. Man hörte Stimmen, daß die Fichte hier zu sehr begünstigt werde, da die Niederlagsmenge eine zu geringe sei. Es ist ja bekannt, daß die Fichtenmanie jetzt vielfach in das Gegenteil umzuschlagen beginnt. Mag das Wachstum der Fichte, die mir ein hochgestellter böhmischer Fachgenosse als „Säuser“ charakterisierte, für die Dauer nicht befriedigen, so könnte ich mich ihrem Anbau im Extursionsgebiet nach dem, was man an älteren Beständen sah, nicht feindlich gegenüberstellen. Man braucht ja noch nicht Fichtengegner zu sein, um die auf gemischte Bestände und Erhaltung von Laubholz und Kiefer im Walde gerichteten Bestrebungen von ganzem Herzen zu begrüßen. Die vom Schema freie Wirtschaftsführung der kaiserlichen Verwaltung, wie sie sich in reizvoller Abwechselung der Waldbilder äußerte, kommt im Führer S. 36 besonders mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Es wird, dem Fingerzeige der Natur folgend, überall dort, wo auf zufällig vorhandenen Bestandeslücken oder lichten Stellen Anflug wahrnehmbar ist, weiter gearbeitet. Eine regelmäßige, auf die ganze Verjüngungsfläche verteilte und gleichmäßig fortschreitende Einlegung von Besamungs- und Lichtungshieben ist demnach nicht grundsätzlich in Anwendung und die Verjüngung geschieht mehr hortweise, indem schon bei Vorbereitung- und Besamungshieben dem stellenweise vorhandenen Anfluge mehr Lichtzufuß verschafft wird und dieser Anflug dann bei den weiteren Nachlichtungen des Bestandes bereits hortweise ganz freigestellt erscheint. Diese Forste

werden ringförmig erweitert, bei Randbesamung aber auch Saumschläge eingelegt, keinesfalls jedoch in regelmäßiger Weise, sondern je nachdem, wie es erforderlich erscheint, um für den vorhandenen Unterwuchs den nötigen Lichtungsgrad herbeizuführen.“

Der im Jahre 1908 neu bearbeitete Hauungsplan sieht für den im 100 jährigen Umtriebe bewirtschafteten Wald mit recht günstigem Altersklassenverhältnis, insbesondere hohem Flächenüberschuß der ältesten Klasse, einen jährlichen Abtriebsnutzungssatz von 6400 fm, einen jährlichen Zwischennutzungssatz von 1100 fm, somit einen jährlichen Massenetat von 7500 fm vor.

Die Holzaufbereitung zeigte keine von den unseren abweichenden Gebräuche. Die Holzpreise sind hohe.

Den Schluß der anstrengenden, von Glutkise begleiteten und zum Teil in einem sehr beschleunigten Tempo zurückgelegten Fußtour bildete nachmittags 2 Uhr ein reichliches Frühstück am Waldestand. Eine große Baude ohne Seitenwände war gezimmert worden, um uns vor den sengenden Strahlen der Sonne zu schützen. Als bald begann eine Nebeschlacht. Die Böhmen halten anscheinend gern Reden, leider wurde fast alles böhmisch gesprochen. Das Slava, das jede Rede begleitete, fand vielhundertstimmigen Widerhall, denn die Extursionsgesellschaft war hier durch Publikum ganz wesentlich verstärkt. Auch dieses brauchte nicht zu hungern und zu dursten. Natürlich wurde auch der beiden deutschen Vertreter gedacht, ausnahmsweise in deutscher Sprache. Herr Forstmeister Richteig vom Schlesischen Forstverein dankte mit einem Hoch auf den böhmischen Verein. Als seine Rede in einigen böhmischen Worten ausklang, herrschte lebhafteste Begeisterung.

Die außerordentlich hohen Extursionskosten bedingen, daß nur ein wohlhabender Waldbesitzer eine Extursion aufnehmen kann. Soll doch die Extursion in die Fürstlich Schwarzenbergischen Forsten deren Forstasse vor einigen Jahren 28 000 Kr. gekostet haben. — Andere Länder, andere Sitten!

B l u h m.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die königlichen Regierungen.

Meißnische und Fardnische.

Allgemeine Verfügung Nr. 8/1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Journal-Nr. I B 1b 49 — II 601 — III 927.

Berlin W 9, 30. Januar 1912.

Nach einer Mitteilung des Herrn Staatssekretärs des Reichskolonialamts werden neuerdings von Nürnberger Fabriken — und zwar von: M. W. Faber, F. S. Stäbler, Lura-Meißnischfabrik, Schwan-Meißnischfabrik — Meißnische aus dem westafrikanischen Zedernholz hergestellt.

Diese Meißnische sind solchen aus Zedernholz fremdländischen Ursprungs mindestens gleichwertig und auch nicht kostspieliger.

Es wird sich daher im Interesse der deutschen Kolonien empfehlen, bei Beschaffung von Meißnischen für den dortigen Geschäftsbereich den aus deutsch-afrikanischem Zedernholz hergestellten den Vorzug zu geben.

F. W. : K ü f t e r.

An die königlichen Regierungen und die Herren Direktoren der königlichen Forstakademien in Oberswalde und Mühlendorf.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 10724/11.

Berlin W 9, 6. Februar 1912.

Nach den infolge der Verfügung vom 1. September 1906 — III 5472 II. Ang. — erstatteten Berichten der königlichen Regierungen hat sich die Verwendung von Buchenriemen zu Fußbodenbelägen in Forstdienstgebäuden gut bewährt. Es ist daher kundlich auch künftig in jedem neuen

Forstdienstwohngebäude ein Raum mit Dieelung aus Buchenholz zu versehen. Dabei ist zu beachten, daß der Fußboden eine durchaus trockene Unterlage erhalten muß und bei der Benutzung der Rasse nicht ausgeleert werden darf.

Die königliche Regierung wolle nach Ablauf von fünf Jahren wiederum berichten, wie die bisher in den Forstdienstgebäuden ausgeführten Dieelungen aus Rotbuchenholz sich bewährt haben. Dabei ist auch anzuzeigen:

1. ob die betreffenden Fußböden mit Leinöl gestrichen, gewachst und gebohnt oder wie sonst behandelt worden sind;
2. wie sich für die neueren Ausführungen die Preise einschließlich der Unterlage (Blindboden, Lagerhölzer, Beton, Asphalt und dergleichen) gestellt haben, und
3. in welcher Stärke die Dieelungen ausgeführt worden sind, welche vorherige Behandlung die Buchenriemen erfahren haben und woher diese bezogen sind.

J. A.: S c h e d e.

An die sämtlichen königlichen Regierungen mit Ausnahme derjenigen in Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Marienwerder, Posen, Bromberg, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Münster, Aurich und Sigmaringen.

Vorlesungsverzeichnis der Forstakademie zu Hann.-Münden für das Sommersemester 1912.

- Oberforstmeister Professor Fride: Waldbau, angewandter Teil (2 Stunden), waldbauliche Übungen (2 Stunden), forstliche Statik (2 Stunden).
- Forstmeister Michaelis: Forsteinrichtung, praktische Übung (wöchentlich 1 Tag).
- Forstmeister Sellheim: Waldbewegbau (2 Stunden), Jagdkunde (2 Stunden).
- Forstassessor Olfers: Forstschutz (2 Stunden), Forstpolitik (2 Stunden).
- Professor Dr. Fald: Forstliche Mykologie (2 Stunden).
- Geh. Regierungsrat Professor Dr. Baule: Geodäsie (2 Stunden), geodätische Übungen (wöchentlich 1 Nachmittags).
- Professor Dr. Hornberger: Bodenkunde (2 Stunden).
- Professor Dr. Büsgen: Systematische Botanik (3 Stunden), botanische Übungen (2 Stunden), botanische Ausflüge (wöchentlich 1 Nachmittags).
- Professor Dr. Rhumbler: Forstinsekten (4 Stunden), zoologische Übungen (1 Stunde), zoologische Ausflüge (wöchentlich 1 Nachmittags).
- Dr. Büchting: Organische Chemie (2 Stunden), chemische Übungen (4 Stunden), Geologie (1 Stunde).
- Dr. Marcard: Volkswirtschaftslehre (2 Stunden), volkswirtschaftliche Übungen (2 Stunden).
- Gerichtsassessor Braun: Rechtswissenschaft, Strafrecht (2 Stunden).

Allwöchentlich Sonabends forstliche Ausflüge in die Lehrreviere unter Führung der forstlichen Dozenten.

Beginn des Sommersemesters am 10. April, Schluß des Semesters am 20. August.

Der Direktor der Forstakademie.
gez.: Fride.

Großherzoglich Sächsische Forstakademie Eisenach. Sommersemester 1912.

Oberforstrat Dr. Matthes: Waldbau mit Exkursionen, Volkswirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft.

Oberförster Fischer: Einleitung in die Forstwissenschaft, Forsteinrichtung mit praktischen Übungen, Forstbenuzung.

Forstassessor Walther: Meteorologie, Vermessungsübungen.

Professor Dr. Migula: Spezielle Botanik (Kryptogamen), Pflanzenkrankheiten, Mineralogie und Geognosie, Einführung in die Bakteriologie, Fischerei, Naturwissenschaftliche Exkursionen, Anatomische Übungen.

Professor Dr. Höhn: Trigonometrie, Mathematische Übungen und Repetitionen.

Dr. Heine: Allgemeine Zoologie.

Dr. Häuber: Spezielle Botanik (Phanerogamen), Forstliche Zoologie, Naturwissenschaftliche Exkursionen.

Landgerichtsrat Linde: Rechtskunde, Sozialpolitische Gesetzgebung.

Oberamtmann Voigt: Land- und Wiesenbau.

Dr. Brauer: Buchführung.

Das Sommersemester beginnt am Montag, dem 22. April 1912.

Das Studium aller zum Vortrag kommenden Disziplinen der Forstwissenschaft, sowie deren Grund- und Hilfswissenschaften erfordert in der Regel zwei Jahre und kann mit jedem Semester begonnen werden.

Sämtliche Vorlesungen werden in einem einjährigen Turnus gehalten und auf zwei Unterrichtssturze verteilt.

Anfragen sind an die Direktion der Großherzoglichen Forstakademie zu richten.

— Jagdbezirke und Jagdrecht. Ein Besitzer in der Provinz Hannover hatte eine Grundfläche von etwa 12 ha erworben, die zwar in einem andern Gemeindebezirke gelegen war, aber an seinen Grundbesitz grenzte, so daß er nun Eigentümer eines zusammenhängenden Besitzes von 310 hannoverschen Morgen wurde. Seinem Antrage, ihm die Ausübung der Jagd auf der erworbenen Fläche sofort zu gestatten, widersprach der betreffende Jagdvorstand, indem er eine solche Ausübung erst nach Ablauf des laufenden Jagdpachtvertrages als zulässig bezeichnete. In dem eingeleiteten Verwaltungsstreitverfahren erstritt der Besitzer aber ein ihm günstiges Urteil, und das Obergerverwaltungsgericht bestätigte dasselbe unter dem 11. Dezember 1911. Es wurde ausgeführt: Das im Preussischen Jagdpolizeigesetz vom 7. März 1850 und der hannoverschen Jagdordnung vom 11. März 1859 dem Eigentümer einer zusammenhängenden Grundfläche von mindestens 300 Morgen zugestandene Jagdrecht gelangt in dem Zeitpunkt zur Entstehung, in welchem das Eigentum einer derartigen Besitzfläche erworben wird. Gegenüber dieser öffentlich rechtlichen Sakung ist es unerheblich, ob zur Zeit des Erwerbes die Jagd auf der erworbenen Fläche ganz oder zum Teil verpachtet gewesen ist. Wird

durch den Anschluß zuerworbener Flächen an einen Eigenjagdbezirk das Rechtsverhältnis zwischen dem Jagdpächter und der Jagdgemeinschaft

beeinflusst, so ist über etwaige daraus erhobene Ansprüche nicht im Verwaltungsstreitverfahren, sondern im Zivilprozeßwege zu befinden.

Verschiedenes.

— **Errichtung eines neuen Truppenübungsplatzes.** Der Plan für die Anlage eines Truppenübungsplatzes für das 18. Armee-Korps in der Nähe von Bad Orb ist dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Größe dieses Übungsplatzes ist auf 4600 ha vorgesehen, wofür im ganzen 17 800 000 M. bezahlt werden sollen. Von der hierzu in Aussicht genommenen Fläche gehören etwa 2250 ha dem Forstfiskus, deren Wert auf rund 5 Millionen Mark geschätzt ist, etwa 1500 ha entfallen auf den Gemeindevwald von Bad Orb, für welche rund 3 Millionen Mark gezahlt werden sollen, während der Rest der Fläche sich auf einige angrenzende Gemarkungen verteilt.

— **Die ersten Hilfeleistungen bei den durch Betriebsunfälle verursachten Verletzungen** sind meist für den Gang des Heilverfahrens sowie für den Ausfall desselben von ganz bedeutendem Einfluß. Es ist daher von der größten Wichtigkeit, daß diese in sachgemäßer Weise vorgenommen werden. In erster Linie wird ja angestrebt, daß Unfälle überhaupt nicht vorkommen. Die „Strenge“ darf hier indessen nicht so weit gehen, daß die Arbeiter veranlaßt werden, irgend eine Verletzung, die sie sich auf der Arbeitsstelle zugezogen haben, zu verheimlichen und zu Hause sich in die Behandlung einer „alten Frau“ zu begeben, deren Heilmittel oft aus sehr zweifelhaften Bestandteilen zusammengesetzt sind. Bei dieser Behandlung kann man z. B. erleben, daß geriebene Schwarzwurzel, mit Lehm, Essig und — Kuchladen zu einem Teig verarbeitet, in einem Leinwandsegen von bedenklicher Reinlichkeit als „heilendes“ Pflaster auf eine offene Wunde gelegt ist. Eine solche Wundbehandlung ist natürlich sehr wenig geeignet, das Heilverfahren zu fördern. Wenn hierbei schließlich noch alles zu einem einigermaßen befriedigenden Ende ausläuft, so ist dies in der Hauptsache auf die Widerstandsfähigkeit der Patienten zurückzuführen. Ein solch zweifelhafter Ausgang kann aber vermieden werden, wenn eine jede, auch die kleinste Verletzung von vornherein sachgemäß behandelt wird. Meinesfalls soll damit der Forstmann dem Arzte ins Handwerk pfeifen; er kann dem Verletzten aber eine sachgemäße erste Hilfe angedeihen lassen so lange, bis ärztlicher Beistand kommt, und dies dauert gerade bei dem forstlichen Betriebe zumeist längere Zeit. Auf Einzelheiten kann in dem Rahmen einer kurzen Mitteilung nicht eingegangen werden. Hauptsache ist vor allen Dingen, daß die Arbeiter darüber belehrt werden, von welcher Wichtigkeit es für sie beim Vorkommen von Verletzungen ist, wenn diese auf frischer Tat sachgemäß behandelt werden. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, die Leute anzuweisen, von jeder Verletzung, die sie sich im Betriebe zuziehen, dem Forstbeamten sogleich Mitteilung zu machen.

Für die Ausführung dieser Anordnung ist der Vorarbeiter verantwortlich zu machen. Jede Hilfeleistung richtet sich nach der Art und Schwere der Verletzung. Handelt es sich um Arm- und Beinbrüche, so ist die erste Sorge die, das verletzte Glied in seine natürliche Lage zu bringen, durch Schienen in dieser zu erhalten und dabei dem Verletzten eine solche Stellung zu geben, daß jede Anstrengung vermieden wird. Ist eine größere Hautverletzung erfolgt, so ist vor allen Dingen die Wunde sorgfältig von Schmutz zu befreien mit reinen Instrumenten oder mit reinen Fingern. Dann wird trockene sterile Gaze aufgelegt und der Notverband gemacht. Bei starkem Bluterguß tut ein fest aufgelegter Wattebausch gute Dienste. Bei Bewußtlosigkeit lege man den Körper des Ohnmächtigen flach auf die Erde, entleide den Oberkörper und mache künstliche Atmung. Durch Hochheben der Extremitäten bringt Blut in den Kopf, und dadurch schwindet die Bewußtlosigkeit. Selbstverständlich ist die Haupt Sorge die, bei jeder schweren Verletzung den Verletzten so schnell wie möglich in ärztliche Behandlung zu bringen. Wie dies am zweckmäßigsten geschieht, hängt natürlich von den jeweilig vorliegenden Umständen ab. Ein ganz besonderes Augenmerk wird schließlich noch den Verletzungen zuzuwenden sein, die zwar anfänglich mit keiner Arbeitsstörung verbunden sind, deren sorglose Beachtung aber leicht üble Folgen nach sich ziehen kann. Hierzu sind in erster Linie alle kleinen Hautverletzungen zu rechnen. Diese sind vor allen Dingen mit einem sauberen Verbände zu versehen und vor dem Eindringen von Unreinlichkeiten zu schützen. Es wird sich also empfehlen, zur Anlegung solcher kleinen Verbände einen geringen Vorrat von passendem Verbandzeug stets bereit zu halten. Um das Verständnis für die Wichtigkeit der ersten Hilfeleistungen bei Verletzungen überhaupt zu verbreiten, wird es sich empfehlen, für die kleineren Zusammenkünfte der Forstbeamten erfahrene Ärzte zu gewinnen, die dieses Thema in einem entsprechenden Vortrage behandeln. S.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Abt. zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Saack. Oberförster zu Oberswalde, ist die Oberförsterstelle Thiergarten, Regbz. Merseburg, übertragen.
Sesse, Forstmeister zu Thiergarten, Regbz. Merseburg, in in den Ruhestand getreten.

Berner, Begemeister zu Schadeburg, Oberförsterei Ramlau, Regbz. Breslau, tritt mit dem 1. April d. Js. in den Ruhestand.

Adrich, Forstamtsbesitzer zu Deutschhof, Oberförsterei Grenzheide, ist nach Rudolfsmühle, Oberförsterei Birle, Regbg. Posen, vom 1. April d. Js. ab versetzt.
Görke, Förster a. R. zu Rudolfsmühle, Oberförsterei Birle, ist nach Deutschhof, Oberförsterei Grenzheide, Regbg. Posen, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Häfer, Förster zu Dirschwald, ist nach Bayrischzell versetzt.
Anders, Förster zu Eberspahl, ist nach Unterbersbach versetzt.
Lommel, Assistent zu Grammersbach, ist zum Förster in Eberspahl ernannt.
Städel, Assistent zu Kreising, ist zum Förster in Hinterfirmiansreuth ernannt.
Falkenbörger, Förster zu Hinterfirmiansreuth, ist nach Dirschwald versetzt.



Brief- und Fragekasten.

(Zertheilung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Entrichtung oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 19. Anfrage: 1. Der Staat hat aus einem früheren Rittergute ein größeres Waldgrundstück (gegen 75 ha) käuflich erworben. Dasselbe liegt in einer preussischen Gemeindeflur. Da eine größere Anzahl Grenzsteine längs des umfangreichen Grenzzeuges verloren gegangen waren, machte sich eine Revision desselben nötig. Können nun die Anlieger, wo Grenzsteine einmessen und neu gesetzt werden mußten, zur Tragung der Kosten mit herangezogen werden, oder ist das nicht angängig? 2. Auf Grund der vorhandenen Karten ist von dem Katasteramt der Grenzzug zwischen einem Privatgute und dem gedachten Walde festgesetzt worden. Der Reich reicht über diesen in das Waldgrundstück hinein, insofern dessen erkennt der Reichsbesitzer die Grenze nicht an. Welche gesetzlichen Mittel gibt es, den Besitzer zur Anerkennung des Grenzzeuges zu veranlassen? 3. Zwischen der der Gemeinde gehörenden Straße und dem Staatswalde liegt ein schmaler, langgestreckter Waldstreifen, der von altersher von dem Vorbesitzer des Waldes, d. h. den Eigentümern des Rittergutes, genutzt worden ist. Der Streifen ist im Grundbuche der Gemeinde eingetragen, aber erst jetzt bei der Grenzrevision wird sie mit dieser Tatsache bekannt. Offenbar hat er vor dem Straßenbau (1880 bis 1882) zum Rittergute gehört. Kann infolge ununterbrochener Nutzung der Staat diesen Streifen rechtlich beanspruchen? Oberförster W. in W.

Antwort: Zu 1: Ja, nach § 921 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Dort heißt es, Absatz 1: „Der Eigentümer eines Grundstücks kann von dem Eigentümer eines Nachbargrundstücks verlangen, daß dieser zur Errichtung fester Grenzzeichen und, wenn ein Grenzzeichen verdrückt oder unkenntlich geworden ist, zur Wiederherstellung mitwirkt.“ Absatz 2: „Die Art der Abmarkung und das Verfahren bestimmen sich nach den Landesgesetzen; enthalten diese keine Vorschriften, so entscheidet die Ortsüblichkeit.“ Absatz 3: „Die Kosten der Abmarkung sind von den Beteiligten zu gleichen Teilen zu tragen. Wollen die Nachbarn nicht freiwillig den auf sie entfallenden Kostenteil tragen, so muß gegen sie auf Zahlung vor Gericht

Klage erhoben werden.“ Zu 2: Es muß vor Gericht auf Feststellung des vom Staat für richtig gehaltenen Grenzzeuges gellagt werden. Wenn aber der Reich von altersher ganz im Privatbesitz gewesen ist, so werden wohl überall die Ränder des Reiches die richtige Grenze halten, und die Katasterkarte wird unrichtig sein — wie sie dies tatsächlich in sehr vielen Fällen ist. Dann wird das Gericht kaum die Grenze der Katasterkarte, sondern die geschichtlich gegebenen Grenzen für richtig erklären. Hier scheint also die Sache ungünstig für den Staat zu liegen — im Gegensatz zu Punkt 3, vergleiche gleich das folgende. Zu 3: Wenn der Waldstreifen tatsächlich stets von den Eigentümern des Rittergutes und nicht von der Gemeinde genutzt worden ist, dann wird er auch zu dem Gelände des Rittergutes und nicht zur Gemeinde gehört haben. Die Katasterkarte ist dann eben falsch — wie so häufig. Der Staat muß dann im Klagewege sein Recht gegen die Gemeinde geltend machen und wird wohl durchdringen, wenn er wirklich den Nachweis der steten Benutzung durch die Eigentümer des Rittergutes erbringen kann.

A. W. Fr.

Nr. 20. Anfrage: Einer meiner Forstarbeiter wurde im Jahre 1907 nach Ableistung einer aktiven Dienstzeit von 11 Monaten in der Kaiserlichen Marine als ganzinvalid mit dem Zivilversorgungsschein aus dem Militärdienst entlassen. Alle Bemühungen um Erlangung einer Anstellung im Zivildienste waren bisher erfolglos. Ich frage daher, ob nachträglich etwa noch eine Geldentschädigung für die Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheines, eventuell wo und in welcher Höhe beantragt werden kann?

L. Königl. Forstauss. in S.

Antwort: Nach §§ 15 und 16 des Gesetzes über die Versorgung der Personen der Klassen des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen vom 31. Mai 1906 (Reichsgesetzblatt 1906 S. 593 ff.) haben nur Kapitulanten Anspruch auf den Zivilversorgungsschein. Den nicht zu den Kapitulanten gehörenden Unteroffizieren und Gemeinen kann nach § 17 daselbst neben der Rente nur ein Anstellungsschein für den Unterbeamtendienst, sofern sie zum Beamten würdig und brauchbar erscheinen, verliehen werden. Als Kapitulanten gelten nach § 1 Absatz 4 daselbst aber nur solche Unteroffiziere und Gemeine, die sich über die gesetzliche Dienstzeit hinaus zu einem aktiven Dienst verpflichtet haben und in dessen Ableistung begriffen sind, sowie die zur Klasse der Unteroffiziere gehörenden Gefaltsempfänger (Wüchsenmacher usw.). Zu allen diesen gehörte zweifellos Ihr Schutzbefohlener nicht, da er in der Ableistung seiner gesetzlichen Dienstpflicht vergriffen war. Ihm kann daher nicht der Zivilversorgungsschein, sondern nur der vorbemerkte Anstellungsschein neben einer Rente verliehen sein. Für die Nichtbenutzung dieses Anstellungsscheines läßt das Gesetz eine Entschädigung nicht zu. Glaubt aber der Invalide, daß in ursächlichem Zusammenhang mit der ehemaligen Dienstbeschädigung der Grad der Erwerbsunfähigkeit gesteigert hat und ihm infolgedessen ein höherer

Rentenbetrag zustände, so erübrigt nur, daß er sich um Neufeststellung seiner Invalidität und der Versorgungsgebühren an das zuständige Bezirkskommando seines Heimatortes wendet. Dabei ist aber mit Vorsicht zu Werke zu gehen, um nicht den entgegengesetzten Erfolg zu erzielen.

Nr. 21. Anfrage: Welchen polizeilichen Vorschriften muß man genügen, um ausländische, russisch-polnische Walдарbeiter beschäftigen zu können? Sie sollen wohl eine bestimmte Zeit im Jahr in ihre Heimat zurückkehren. Ich habe solche Leute seit 4. November d. J. Bis wann kann ich sie beschäftigen? In welchem Verhältnis steht man mit ausländischen Wanderarbeitern zur Invaliditätsversicherung wie zur Unfall- und Krankenkasse? Forstverwalter R. in Gr.-T.

Antwort: Die Beschäftigung nicht-polnischer Ausländer in der Land- und Forstwirtschaft ist an keine Genehmigung gebunden. Sie müssen aber ordnungsmäßige Legitimationspapiere von der Feldarbeiterzentrale in Berlin besitzen, der Ortspolizeibehörde sofort angemeldet und auf Kosten des Arbeitgebers ärztlich untersucht werden. Zur Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter (Russen oder Österreicher, Galizier) gehört die vorher einzuholende landbräutliche Erlaubnis. Diese Arbeiter müssen ebenso legitimiert, untersucht und angemeldet werden; sie müssen spätestens am 20. Dezember in ihre Heimat zurückkehren und dürfen frühestens am 1. Februar in Deutschland wieder beschäftigt werden. Bei nicht rechtzeitiger Rückkehr in die Heimat werden sie auf Kosten des Arbeitgebers abgeschoben. Zu ihrer Beschäftigung

im neuen Jahre ist eine neue Erlaubnis notwendig. Die fremden Arbeiter (ob polnisch oder nicht-polnisch) sind betreffs der Kranken- und Unfallversicherung genau wie unsere inländischen Arbeiter zu behandeln. Betreffs der Invalidenversicherung machen die ausländisch-polnischen Arbeiter insofern eine Ausnahme, als für sie keine Renten geklebt werden; vielmehr müssen sie der zuständigen Landesversicherungsanstalt angemeldet werden, welche Beiträge in bar vom Arbeitgeber einzieht. Für die übrigen Ausländer sind die üblichen Marken zu verwenden.

Nr. 22. Anfrage: Welches ist der Ministerialerlaß, nach dem die Pensionen der Förster-Veteranen-Witwen erhöht werden können, und an welche Stelle ist ein solches Gesuch zu richten? S., Rgl. Förster.

Antwort: Es besteht ein Fonds (Kap. 62 Lit. 9), aus dem den Hinterbliebenen der vor dem 2. April 1907 pensionierten preussischen Staatsbeamten dauernde Zuschüsse zu den Hinterbliebenengeldern gewährt werden können. Grenzen, bis zu denen diese Beihilfen nur bewilligt werden können, sind nicht vorhanden. Sie werden aber nur solchen Witwen gegeben, die deren bedürftig erscheinen und die darum einkommen. Die Eingabe ist an die Rgl. Regierung zu richten, zu deren Bezirk der Wohnort der Witve gehört. Über die jetzigen Grundsätze, nach denen der Fonds verteilt wird, ist kein Ministerialerlaß veröffentlicht worden. Wir haben aber wiederholt in dieser Angelegenheit berichtet, und zwar zuletzt in Nr. 19 des Jahrgangs 1911 auf S. 395.

Für die Redaktion: J. W. Vodo Grundmann, Neudamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Rgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Rgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Vette, Försterei Räumde, Post Grünberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieder:
Nr.

- 1149a. **Böhle**, Hegemeister, Cöthwald, Post Frauenburg, Ostpr., Königsberg.
- 1150a. **Roh**, Hilfsjäger, Mortung, Post Alt-Christburg, Königsberg.
- 1163a. **Schöpe**, Förster, Müderwald, Ostpr., Gumbinnen.
- 1164a. **Fleischer**, Förster, Eddin, Post Gr.-Friedrichsdorf, Ostpr., Gumbinnen.
- 1166a. **Simmons**, Hilfsjäger, Röllandsen, Oberförsterei Warnen, Ostpreußen, Gumbinnen.
- 1178a. **Luednan**, Forstausseher in Beutnersdorf, Post Ortelsburg, Allenstein.
- 1182a. **Weis**, Förster, Jablonken, Post Alt-Jablonken, Ostpr., Allenstein.
- 1184a. **Solowanski**, Förster, Linde, Post Schrotollen, Allenstein.
- 1186a. **Kommutat**, Forstausseher, Ehbba (Post), Allenstein.

- 1188a. **Schippan**, Hilfsjäger, Widminnen, Ostpr. (Post), Oberförsterei Dnagallen, Allenstein.
- 1205a. **Gottke**, Hegemeister, Thiloshain, Post Bogutken, Bez. Danzig.
- 1207a. **Märker**, Förster, Waldhaus, Post Ghabau, Westpr., Danzig.
- 1209a. **Wienskowski**, Förster a. D., Poln. Gelsin (Post), Marienwerder.
- 1218a. **Will**, Forstausseher, Jh. Rehberg, Post Radost, Westpr., Marienwerder.
- 1220a. **Ras**, Forstausseher, Radost, Westpr. (Post), Marienwerder.
- 1221a. **Stargemair**, Hilfsjäger, Kujan b. Flatow, Post Kujan, Westpr., Marienwerder.
- 1225a. **Clawitter**, Forstausseher, Eisenbruch, Post Mentschall, Kr. Königsberg, Westpr., Marienwerder.
- 1254a. **Bahl**, Forstausseher, Bölsig, Westpr. (Post), Marienwerder.
- 1266a. **Vogel**, Hilfsjäger, Eutowik, Westpr., Marienwerder.
- 1270a. **Reichhold**, Forstausseher, Godytsen, Post Konojod, Westpr., Marienwerder.

- 1271a. **Zanerbreu**, Forstauffseher, Kaldau, Post Schlochau, Marienwerder.
- 1279a. **Arnold**, Forstauffseher, Eberswalde, Kaiser-Friedrich-Straße 25, Potsdam.
- 1280a. **Kludmann**, Hilfsjäger, Eberswalde, Michaeli-Straße 5, Potsdam.
- 1281a. **Türke**, Forstauffseher, Kossow, Post Jerrentin, Uckermark, Potsdam.
- 1282a. **Kabusch**, Forstauffseher, Gottlew, Post Lutzenwalde, Potsdam.
- 1283a. **Gahn**, Hilfsjäger, Lössnik (Pomm.), Potsdam.
- 1284a. **Schleser**, Hilfsjäger, Retzow, Retzow (Post), Potsdam.
- 1287a. **Schulze**, Forstauffseher, Colpr (Post), Potsdam.
- 1291a. **Braße**, Förster, Störjäger, Post Dangelberg, Potsdam.
- 1303a. **Bergmann**, Forstauffseher, Kloster Zinna, Potsdam.
- 1316a. **Kaland**, Forstauffseher, Th. Tornow, Post Gühlen-Glienide, Kr. Ruppin (Mark), Potsdam.
- 1326a. **Thiele, War**, Hilfsjäger, Klein Zeine, Post Birkenhainchen, Kr. Lubben, Frankfurt a. L.
- 1327a. **Rumke**, Forstauffseher, Brensdorf, Post Fünfeichen, Kr. Guben, Frankfurt a. L.
- 1331a. **Liese**, Hegemeister, Th. Polenzigerbruch, Post Meyßen, Frankfurt a. L.
- 1340a. **Seher**, Förster, Th. Theerofen, Post Meyßen, Frankfurt a. L.
- 1344a. **Hinterwalder**, Förster, Staquies, Post Uckerig, Stettin.
- 1349a. **Gräber**, Hilfsjäger, Uckerig (Post), Stettin.
- 1352a. **Lamm**, Forstauffseher, Groß Angsburg (Post), Stettin.
- 1354a. **Kesdoff**, Forstauffseher, Guden, Post Mohrin, Bres. Frankfurt a. L., Stettin.
- 1355a. **von Willig**, Forstauffseher, Th. Thurbuch, Post Gr.-Zacharin, Kessin.
- 1361a. **Wollenhauer**, Hegemeister, Carlshorst, Post Neustettin, Kessin.
- 1362a. **Studzinski**, Förster, Baiske (Post), Polen.
- 1366a. **Koch**, Förster, Thiloehöhe, Post Grone a. d. Brahe, Bromberg.
- 1371a. **Kerrlich**, Forstauffseher, Rudsin, Kr. Kolmar, Bromberg.
- 1373a. **Gräber**, Förster, Schönhausen, Bromberg.
- 1390a. **Ute**, Förster, Schönische, Post Wohlan, Breslau.
- 1390a. **Steinborn**, Forstauffseher, Neudien, Post Wohlan, Breslau.
- 1392a. **Bohl**, Forstauffseher, Bernstadt i. Schles., Breslau.
- 1398a. **Kachvoll**, Förster, Schmiedeberg i. Miesengebirge, Liegnitz.
- 1401a. **Deuschel**, Hegemeister, Brodn, Post Garmowanz, Lypeln.
- 1406a. **Reisch**, Förster, Poppau (Post), Lypeln.
- 1409a. **Tornow, Franz**, Förster, Herdland a. Elbe, Magdeburg.
- 1409a. **Strasie, Karl**, Förster, Altenplathow, Magdeburg.
- 1409a. **Wahl**, Hilfsjäger, Damm (Gora), Merseburg.
- 1424a. **Siegmund**, Forstauffseher, Golsblauer, Erfurt.
- 1425a. **Trescher**, Förster, Heintzen, Post Wustum, Hildesheim.
- 1425a. **Wasmund**, Forstauffseher, Ameluth, Post Bodenfelde, Hildesheim.
- 1431a. **Klawitter**, Hilfsjäger, Forhop, Post Schöneworde, Lüneburg.
- 1432a. **Höler**, Förster, Lingen, Post Langscheid, Lüneburg.
- 1435a. **Schneising**, Hilfsjäger, Haus Sorge, Post Bachen, Arnberg.
- 1436a. **Sollmann**, Förster, Boderode, Post Abterode, Kreis Schwesig, Cassel Ldt.
- 1443a. **Schmidt**, Förster, Th. Wülfeld, Post Schenklengsfeld, Cassel Ldt.
- 1447a. **Hartmann**, Hegemeister, Eberzell, Post Sterbfrey, Kr. Schlüchtern, Cassel Ldt.
- 1448a. **Seiler**, Förster, Schwarzenfels (Post), Kr. Schlüchtern, Cassel Ldt.
- 1449a. **Strippel**, Förster, Altenaronau, Kr. Schlüchtern, Cassel Ldt.
- 1453a. **Daume**, Förster, Eberzell, Post Sterbfrey, Kr. Schlüchtern, Cassel Ldt.
- 1453a. **Aurz**, Förster, Heubach v. d. Rhön, Post Neuhaus, Kr. Schlüchtern, Cassel Ldt.
- 1461a. **Pietz**, Förster, Neuenaronau, Post Altenaronau, Kr. Schlüchtern, Cassel Ldt.
- 1467a. **Banner**, Förster, Schwarzenfels, Kr. Schlüchtern, Cassel Ldt.
- 1471a. **Rössing**, Forstauffseher, Eberzell, Post Sterbfrey, Kr. Schlüchtern, Cassel Ldt.
- 1474a. **Kemisch**, Forstauffseher, Neustadt, Main-Wefer Bahn, Cassel Ldt.
- 1475a. **Kowald**, Förster, Oberreifenberg, Löff. Komburg v. d. P., Wiesbaden.
- 1487a. **Krefel**, Forstauffseher, Bromstücken, Wiesbaden.
- 1491a. **Oberhard**, Hegemeister, Dribach, Post Biedenlof, Wiesbaden.
- 1493a. **Wentz**, Forstauffseher, Friedrichsfeld, Post Weiel, Düsseldorf.
- 1499a. **Grüsmacher**, 3. St. Gemeindeförster, Herdorf, Coblenz.
- 1499a. **Gerlach**, 3. St. Gemeindeförster, Niederwald, Coblenz.

- 1505a. **Ruß**, Förster, Medard, Coblenz.
- 1506a. **Brenig**, Hilfsjäger, Attenbach (Post), Cöln.
1621. **Wolff**, Förster, Rupp (Post), Dersicht, Lypeln.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Kasse müssen **vierteljährig** früh eingehen. Die möglichst **kurz gehaltenen** Nachrichten **und direkt** an die Geschäftsstelle der Deutschen Sport-Zeitung in Potsdam zu senden. **Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.**

Bezirksgruppen:

Arnberg. Am 30. März d. J. wird der Kgl. Förster Spetz zu Bredelar einen Vortrag über Vogelschutz halten und gleichzeitig die in der Kgl. Oberförsterei Bredelar zum Schutze nützlicher Vögel getroffenen Einrichtungen vorzeigen. Zusammenkunft 8,15 Uhr morgens am Bahnhof Bredelar, Frühstück aus dem Kuchlad, Bestreitung der Kosten aus eigenen Mitteln, Anzug für mehrstündige Waldtour einrichten, Rückfahrt mit den Abendzügen. Freunde und Gönner der Vogelschutzbestrebungen sind willkommen. Vorstehendes zur Kenntnis der verehrten Vereinsmitglieder. Die Teilnahme kann nur empfohlen werden, da die Besichtigung der nach v. Berlepsch'schem Muster eingerichteten Vogelschutzanlagen für jeden Vogelfreund von hohem Interesse sein wird.

Der Vorstand.

Cassel-Ldt (Fulda). Sonntag, den 24. März d. J., mittags 1 Uhr, Bezirksversammlung zu Fulda im Evangelischen Vereinshaus. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht von 1911; 2. Wahl eines Delegierten; 3. Vorberatung der Tagesordnung zur Delegiertenversammlung; 4. Beratung etwaiger Gruppenanträge; 5. Neuwahl des Vorstandes; 6. Wahl der Rechnungsprüfer zu 1912; 7. Verschiedenes. Die Herren Vorstandsmitglieder und Gruppenvertreter wollen sich einfinden, auch sind alle Vereinskollegen des Bezirks hiermit eingeladen.

Fischer, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Fulda (Regbz. Cassel). Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, in Giesels Brauerei Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, die den Mordfall Romanus und dazu entsprechende Eingaben enthält, wird dringend um vollzähliges Erscheinen gebeten.

J. A. Stein.

Hameln (Regbz. Hannover). Die diesjährige Sommerversammlung fällt aus. Dafür findet am Mittwoch, dem 6. März d. J., nachmittags 3½ Uhr, eine Versammlung mit Damen im Restaurant Arndorf zu Hameln statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten über die kürzlich stattgegangene Bezirksgruppen-Versammlung in Hannover; 2. Vortrag des Herrn Försters Meyer über „Die Forsten des ehemaligen Amtes Lachem“. Gäste sind sehr willkommen.

Der Vorstand.

Schorfheide (Regbz. Potsdam). Die Beamten der Oberförsterei Bechtich laden die Mitglieder der Gruppe mit ihren Damen für den 13. März

(Mittwoch), abends 7 Uhr, zu einem Abschiedsessen für den Kollegen Hegemeister Hüder nach Groß-Schönebed — Gasthof Breh — ein. Gedeck 1,50 M. (auschl. Bier). Anmeldungen mit Angabe der Teilnehmerzahl bis zum 7. März an den Kollegen Feuerstadt-Groß-Schönebed erbeten. Der Vorsitzende: **Purb s.**

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegemeister Krause, Kesselgrund bei Hochzeit Alm., vorliegen. Was nur die nächsthülfige Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Lautenburg (Regbz. Marienwerder). An der am 20. Februar d. Js. abgehaltenen Mitgliederversammlung nahmen 18 Mitglieder teil. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen „Horrido“ auf Se. Majestät den Kaiser, unseren Allerhöchsten Jagdherrn. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im Laufe des vergangenen Jahres verstorbenen Kollegen Rögler und Demmin, welche dem Verein stets ein reges Interesse entgegengebracht haben, und ehrten die Anwesenden das Gedenken durch Erheben von den Sigen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht pro 1911; die vorgelegte Jahresrechnung wurde von dem Kollegen Bogt und Herzberg geprüft und für richtig befunden. Dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt und ihm für seine Mühewaltung Dank ausgesprochen. Punkt 2: An

Stelle des verstorbenen Kollegen Demmin wurde als stellvertretender Vorsitzender der Kollege Blümner einstimmig gewählt und seinerseits die Wahl angenommen. Zu Punkt 3 erstattete der Vorsitzende als Delegierter der Ortsgruppe eingehenden Bericht über die Bezirksgruppenversammlung in Graubenz und wies auf den stenographischen Bericht des Hauptvorstandes in Berlin. Ebenso wurde das Dittgesuch an das Abgeordnetenhaus vorgelegt. Punkt 4: Als neue Mitglieder wurden aufgenommen die Kollegen May und Will; letzterer war anwesend und wurde ihm ein Willkommen entgegengebracht. Punkt 5: Unter Verschiedenes mahnte der Vorsitzende wiederholt, der Krankenkassen-Beihilfeklasse ein regeres Interesse entgegenzubringen, worauf Kollege Clausius seinen Beitritt erklärte. Zur nächsten Sitzung will Kollege Herzberg einen Vortrag über Bienenzucht halten. Sodann wurde beschlossen, nach Beendigung der Kulturarbeiten eine Exkursion nach dem Schutzbezirk Buchenberg unter Führung des Kollegen Rodmann abzuhalten. Ebenso soll, wie alljährlich, Anfang Juli im Stadtwald Lautenburg ein Scheibenschießen stattfinden. Zum Festausschuß wurden die Kollegen Blümner, Clausius und Gärtner gewählt. — Nach beendeter Sitzung vereinigten sich die Mitglieder mit ihren Damen zu einem gemütlichen Fastnachtstanzchen. Hier fanden sich noch einige Gäste und Mitglieder ein, so daß im ganzen 22 Grünröde anwesend waren, und bot die lange, gemeinschaftliche Kaffeetafel ein recht erfreuliches, buntes Bild. Der Vorstand. **J. A. Gärtner, Schriftf.**

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Salensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 M. 20 Pf. im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 M. ab Neubamm) geliefert. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Bezirksgruppe XV, Vereinigung der Privatforstbeamten der Grafschaft Glatz und Umgegend.

Am Sonntag, dem 10. März d. Js., nachmittags 2 Uhr, findet im Hotel „Kaiserhof“ in Glatz eine Bezirksgruppenversammlung statt, wozu die Herren Mitglieder der Vereinigung sehr ergebenst eingeladen werden. Gäste herzlich willkommen. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Rechnungslegung; 2. Einziehung der Mitgliederbeiträge; 3. Mitteilungen; 4. Besprechung forstlicher und jagdlicher Tagesfragen, eventl. auch ein Vortrag; 5. Beschluffassung über die nächste Versammlung und Anträge. Diejenigen Herren Mitglieder, welchen es nicht möglich sein sollte, an der Versammlung in Glatz teilzunehmen, werden hierdurch dringend ersucht, ihre Mitgliederbeiträge bestimmt bis zum 10. März d. Js. an unsere

Kassierer, Herrn Förster Schloms in Forsthaus Biehals, Kreis Neurode, einzulenden. Hoffmann, Vorsitzender.

Aufnahme in die Forstlehrlingschule des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands.

Am 1. Juli 1912 beginnt für die Forstlehrlingschule zu Templin ein neues Schuljahr. Anmeldungen zur Aufnahme sind bis spätestens 1. März 1912 dem Unterzeichneten einzureichen, welcher auch über die Kosten des Schulbesuches und die Aufnahmebedingungen sowie auf Anfrage auch über den Entwicklungsengang des Privatförsters nähere Auskunft erteilt.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein „Waldbheil“ an Privatforstbeamte, welche Mitglied des Vereins „Waldbheil“ sind,

zur Ausbildung ihrer Söhne eine Anzahl Stipendien zu je 100 M zu vergeben hat. Etwaige Gesuche um solche sind an den Verein „Waldheil“ zu Neudamm zu richten.

Forstlehrlingschule Templin (Udermar),
Januar 1912. Jacob, Direktor.

Großer forstlicher Lehrgang 1912 zu Lauterbach, Hessen.

In der Zeit vom Montag, dem 3. Juni, bis Sonnabend, dem 29. Juni, findet in Lauterbach, Hessen, der zweite große forstliche Lehrgang des Vereins statt.

Zur Teilnahme werden nur Mitglieder des Vereins zugelassen, die

1. eine ordnungsmäßige Lehrzeit durchgemacht und alsdann so lange im praktischen Forstdienste gestanden haben, daß diese praktische Dienstzeit, einschließlich der Lehrzeit, bis zum Beginn des Lehrganges mindestens fünf volle Jahre beträgt;
2. das 24. Lebensjahr vollendet und das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Alles weitere bleibt späterer Bekanntmachung vorbehalten.

Salensee, 14. Januar 1912.

Dr. Hertog.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3799. **Sirke, Hugo**, Förster (v. Rosow), Kammerode 5. Werder a. O. (H.-Gr. IX.)
3800. **Seifert, Wilhelm**, Förster, Sorge 5. Topper, Weg. Frankfurt a. O. (H.-Gr. IX.)
3801. **Steger, Hugo**, Oberförster (v. Schaubert), Obernigk, St. Lebnitz i. Schle. (H.-Gr. VII.)
3802. **Stramisch, Richard**, Forstausseher, Pilgramsdorf, St. Goldberg i. Schle. (H.-Gr. VII.)
3803. **Frühsmiedt, Walter**, Forstakademiker, Eisenach, Hainweg 7, Weg. Erfurt. (H.-Gr. XIII.)
3804. **Stelzer, Konrad**, Förster, Hofenlocher Forstverwalter, Waldburg i. Württemberg. (H.-Gr. XIV.)
3805. **Nier, August**, Hilfsjäger (Graf Douglas), Augustenhof 5. Bergen a. Kügn. (H.-Gr. II.)
3806. **Seibel, Wilhelm**, Revierförster (Gräf. Rüttichsche Forstverwaltung), Hh. Büllingshofen 5. Praisnitz, Weg. Liegnitz. (H.-Gr. VII.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

- Reilmann, Gustav**, Förster, Brühlendorf.
- Schulz, Rudolf**, Privatförster, Gassebach 5. Berlinchen, St. Solbin.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan fanden ferner ein:

- St. 2 8 M., St. 4 13,20 M., St. 6 9,20 M., St. 8 8 M., St. 12 13,20 M., St. 13 8 M., St. 28 9,20 M., St. 30 4 M., St. 32 9,20 M., St. 42 8 M., St. 43 13,20 M., St. 44, 45, 46, 66, 78 je 9,20 M., St. 81 4 M., St. 83 9,20 M., St. 88 4 M., St. 89 11,20 M., St. 90, 93 je 13,20 M., St. 94 8 M., St. 101 13,20 M., St. 104 9,20 M., St. 107 5 M., St. 112, 113, 118, 124, 125 je 9,20 M., St. 128 4 M., St. 129, 135 je 9,20 M., St. 141 4 M., St. 142 9,20 M., St. 154 8 M., St. 167 9,20 M., St. 177 4 M., St. 186, 190, 191, 196 je 9,20 M., St. 199 13,20 M., St. 205, 214, 227 je 9,20 M., St. 240 4 M., St. 241, 252 je 9,20 M., St. 261 9,55 M., St. 263, 264, 269, 276 je 9,20 M., St. 277 8 M., St. 291 4 M., St. 294 8 M., St. 297 9,20 M., St. 299, 309, 318, 319, 322, 328 je 4 M., St. 334 9,20 M., St. 336 4 M., St. 340, 344 je 13,20 M., St. 345 9,20 M., St. 346 4 M., St. 349, 360, 363, 374 je 9,20 M., St. 377 8 M., St. 386 13,20 M., St. 405 4 M., St. 407—409 je 9,20 M., St. 410 4 M., St. 411—414 je 9,20 M., St. 416 8 M., St. 417, 426, 442, 447 je 9,20 M., St. 450 8 M., St. 452, 453 je 4 M., St. 468 5 M., St. 477 9,20 M., St. 481 4 M., St. 486, 488, 492 je 9,20 M., St. 493 3 M., St. 497, 517, 526 je 9,20 M., St. 543 10 M., St. 544 4 M., St. 553 13,20 M.,

- St. 554 9,20 M., St. 564 13,20 M., St. 583, 584, 608, 612, 624, 648, 649 je 9,20 M., St. 651 3 M., St. 652, 679, 688, 693, 697, 698 je 9,20 M., St. 711 13,20 M., St. 712 9,20 M., St. 723 4 M., St. 727, 733, 735, 736 je 9,20 M., St. 741 4 M., St. 747, 753, 760, 770 je 9,20 M., St. 774 4 M., St. 775, 777 je 9,20 M., St. 782, 786 je 4 M., St. 787, 788, 792 je 9,20 M., St. 793 8 M., St. 797, 800 je 4 M., St. 804, 809, 811, 817, 824 je 9,20 M., St. 832 4 M., St. 837, 840 je 9,20 M., St. 848 13,20 M., St. 851 4 M., St. 856, 862, 870 je 9,20 M., St. 875 4 M., St. 881, 886 je 9,20 M., St. 889 13,20 M., St. 895 4 M., St. 898 9,20 M., St. 899 4 M., St. 900 9,20 M., St. 905, 909 je 4 M., St. 911 9,20 M., St. 912, 914 je 4 M., St. 918 9,20 M., St. 922 13,20 M., St. 924 9,20 M., St. 927, 931, 940 je 4 M., St. 947 9,20 M., St. 951 6,60 M., St. 955, 956, 966, 975, 978, 986, 988, 990 je 9,20 M., St. 995, 1003 je 4 M., St. 1004 9,20 M., St. 1022 4 M., St. 1039 9,20 M., St. 1040 4 M., St. 1052, 1056, 1057, 1059 je 9,20 M., St. 1065 4 M., St. 1080 9,20 M., St. 1081 4 M., St. 1084, 1097 je 9,20 M., St. 1099 8 M., St. 1104 4 M., St. 1107, 1110, 1114, 1125, 1129, 1151, 1159, 1166 je 9,20 M., St. 1173, 1179, 1192 je 4 M., St. 1194, 1197, 1199, 1209, 1211 je 9,20 M., St. 1213 4 M., St. 1216, 1221, 1243, 1245, 1248 je 9,20 M., St. 1251 13,20 M., St. 1259 9,20 M., St. 1267, 1268 je 4 M., St. 1291 9,20 M., St. 1293 10 M., St. 1295, 1298 je 9,20 M., St. 1335 13,20 M., St. 1365, 1380, 1387, 1392 je 10 M., St. 1405 20 M., St. 1438 9 M., St. 1443 15 M., St. 1449 10 M., St. 1487 9,20 M., St. 1488 10 M., St. 1502 4 M., St. 1504 9,20 M., St. 1509 8 M., St. 1517 9,20 M., St. 1522 13,20 M., St. 1544 9,20 M., St. 1547 4 M., St. 1591 9,20 M., St. 1595 13,20 M., St. 1597, 1605, 1608, 1609 je 9,20 M., St. 1610 4 M., St. 1619 8 M., St. 1620 6 M., St. 1625 4 M., St. 1632 9,20 M., St. 1637 4 M., St. 1646 9,20 M., St. 1649 13,20 M., St. 1679, 1681 je 9,20 M., St. 1688 4 M., St. 1708, 1709, 1738 je 9,20 M., St. 1744 4 M., St. 1748, 1749 je 9,20 M., St. 1761 10 M., St. 1762 13,20 M., St. 1770 4 M., St. 1771 10 M., St. 1802, 1819 je 4 M., St. 1825, 1831 je 9,20 M., St. 1840 4 M., St. 1871, 1880 je 9,20 M., St. 1884 4 M., St. 1889 9,20 M., St. 1872 8 M., St. 1896 5 M., St. 1899, 1900 je 4 M., St. 1908 9,20 M., St. 1904 4 M., St. 1905 9,20 M., St. 1907 4 M., St. 1912, 1916, 1930 je 9,20 M., St. 1933, 1934 je 4 M., St. 1935 9,20 M., St. 1936 4 M., St. 1938 9,20 M., St. 1943 4 M., St. 1946, 1948 je 9,20 M., St. 1962 4 M., St. 1964 9,20 M., St. 1975, 1976 je 10 M., St. 1977 9,20 M., St. 1984 15,20 M., St. 2000 8 M., St. 2016 9,20 M., St. 2020 4 M., St. 2052, 2061, 2069 je 9,20 M., St. 2071 8 M., St. 2085, 2094, 2097 je 9,20 M., St. 2103 10 M., St. 2107 8 M., St. 2108 9,20 M., St. 2115 13,20 M., St. 2134 4 M., St. 2137, 2138 je 13,20 M., St. 2162 1 M., St. 2172 9,20 M., St. 2181 8 M., St. 2186, 2190 je 9,20 M., St. 2195 4 M., St. 2200 8 M., St. 2212, 2215, 2216, 2218 je 9,20 M., St. 2228 4 M., St. 2238 13,20 M., St. 2245 9,20 M., St. 2248 10 M., St. 2251, 2255, 2259 je 9,20 M., St. 2261 4 M., St. 2274 8 M., St. 2277 4 M., St. 2280, 2292 je 9,20 M., St. 2322, 2326 je 4 M., St. 2327 9,20 M., St. 2334 4 M., St. 2338 9,20 M., St. 2341 13,20 M., St. 2346 9,20 M., St. 2349 4 M., St. 2369 9,20 M., St. 2378 8 M., St. 2376, 2379, 2394, 2395 je 9,20 M., St. 2408 3 M., St. 2414 9,20 M., St. 2417 4 M., St. 2428 9,20 M., St. 2439 13,20 M., St. 2449, 2462 je 9,20 M., St. 2465 5 M., St. 2467 13,20 M., St. 2480 4 M., St. 2481 9,20 M., St. 2482, 2499 je 4 M., St. 2508, 2521 je 9,20 M., St. 2525 4 M., St. 2626 9,20 M., St. 2529 11,20 M., St. 2530 9,20 M., St. 2536 8 M., St. 2538 10 M., St. 2541 9,20 M., St. 2544 10 M., St. 2549, 2555, 2559 je 9,20 M., St. 2565 13,20 M., St. 2571 9,20 M., St. 2575 bis 2577, 2579 je 4 M., St. 2587 9,20 M., St. 2588 13,20 M., St. 2590 9,20 M., St. 2591, 2592, 2605 je 4 M., St. 2610, 2614, 2616, 2628, 2632 je 9,20 M., St. 2634 4 M., St. 2646, 2655, 2656, 2667, 2671 je 9,20 M., St. 2673 3 M., St. 2690 8 M., St. 2692, 2703 je 9,20 M., St. 2710 4 M., St. 2719 5 M., St. 2723, 2727, 2733 je 9,20 M., St. 2735 4 M., St. 2746 9,20 M., St. 2761 1 M., St. 2766 3 M., St. 2773 9,20 M., St. 2774 4 M., St. 2783 8 M., St. 2797, 2814, 2838, 2851, 2855 je 9,20 M., St. 2856 4 M., St. 2857 9,20 M., St. 2862 4 M., St. 2865, 2867 je 9,20 M., St. 2877 8 M., St. 2886, 2900 je 9,20 M., St. 2903 4 M., St. 2908 9,20 M., St. 2919 13,20 M., St. 2923 8 M., St. 2936 4 M., St. 2940 9,20 M., St. 2941 4 M., St. 2945, 2950 je 9,20 M., St. 2957 10,20 M., St. 2959 10 M., St. 2966 9,20 M., St. 2968—2971, 2974, 2979, 2987, 2990 je 4 M., St. 2997, 2999, 3001 je 9,20 M., St. 3002, 3004 je 4 M., St. 3005 9,20 M., St. 3008 4 M., St. 3010 5 M., St. 3013, 3014, 3018, 3022, 3024, 3026, 3027, 3030, 3031, 3033, 3034, 3045 je 9,20 M., St. 3046 8 M., St. 3048 9,20 M., St. 3045 8 M., St. 3037, 3071 je 9,20 M., St. 3073 13,20 M., St. 3088, 3091 je 4 M., St. 3098 8 M., St. 3101 4 M., St. 3104, 3108 je 9,20 M., St. 3127 4 M., St. 3134 1 M., St. 3135, 3146 je 4 M., St. 3152, 3154, 3155 je 9,20 M., St. 3157, 3158 je 4 M., St. 3164, 3167 je 9,20 M., St. 3173 4 M., St. 3174 9,20 M., St. 3177 4 M., St. 3187, 3192 je 9,20 M., St. 3198 10,50 M., St. 3203, 3208, 3211 je 9,20 M., St. 3227, 3228, 3230 je 8 M., St. 3232 9,20 M., St. 3237 4 M., St. 3238 9,20 M., St. 3241,

Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1911.

Aktiva.

Passiva.

	M	S	M	S		M	S	M	S
1. Forderungen:					1. Schulden:				
a) Ausstände bei Vertretern	110	99			a) Guthaben der Versicherten	514	60		
b) einzufordernde Nachschußprämien	5308	58	5419	57	b) Guthaben der Vertreter	62	98		
2. Kassenbestand			66	73	c) Guthaben anderer Versicherungsunternehmen	4411	44		
3. Kapitalanlagen:					d) noch zu zahlende Entschädigungen	400	—	5389	02
a) Wertpapiere	1072	80			2. Spezialreserve für Ausfälle an Nachschußprämien			87	28
b) Bei der städtischen Sparkasse	1299	03	2371	83	3. Reservefonds				
					Bestand am 1. Jan. 1911	2105	65		
					Hierzu sind getreten gemäß § 16 der Satzung	1467	09		
					zusammen	3572	74		
					Davon sind gemäß § 16 der Satzung zur Deckung der Ausgaben verwendet	1190	91	2381	83
Summe			7858	13	Summe			7858	13

Perleberg, den 18. Januar 1912.

Viehversicherungs-Verein der Forstbeamten auf Gegenseitigkeit zu Perleberg.

Der Vorstand: Krause.

Die vorstehende Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung stimmt mit den Büchern des genannten Vereins überein.

Perleberg, den 25. Januar 1912.

(L. S.)

E. Ohme,
beceidigter Bücherrevisor, Berlin.

Die vorstehende Jahresrechnung ist in der Mitgliederversammlung vom 17. Februar d. Js. genehmigt und die beantragte Entlastung einstimmig erteilt.

Perleberg, den 19. Februar 1912.

Der Vorstand: Krause.

Verein Waldeck-Pyrmont Forstbeamten.

Ortsgruppe Krollen. Am Sonntag, dem 10. März d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung in der Gastwirtschaft Rest zu Cölte. Tagesordnung:

1. Einsammeln des Jahresbeitrags, des Beitrags für das Vereinsblatt und der noch rückständigen Beträge für bezogene Kalender Waldheil.
 2. Anträge zur Hauptversammlung.
- Der Vorstand.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Nur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 175. — Die Besprechung des Forstetats im preussischen Landtage. 176. — Die Herstellung von Möbeln aus gebogenem Holz. 177. — Schutzvorrichtungen gegen Hasen- und Kaninchenfraß. (Mit 4 Abbildungen.) 178. — Verzeichnis der einer anderen Ortsklasse eingereichten preussischen Dreie. 180. — Aus dem heftigen Forstetats. 180. — Einfuhr fremden Kiefernholzes und fremder Kiefernzapfen im Januar 1912. 181. — Ein Besuch beim Böhmischem Forstverein. Von Blum. 181. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 182. — Errichtung eines neuen Truppenübungsplatzes. 184. — Die ersten Hülfeleistungen bei den durch Betriebsunfälle verursachten Verletzungen. 184. — Verlonal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 184. — Brief und Fragekasten. 186. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 186. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 188. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 190. — Zusätze

Zur gest. Beachtung! Alle Beschwerden wegen Unregelmäßigkeit in der Zustellung der „Deutschen Forst-Zeitung“ sind zunächst, und zwar schriftlich, an diejenige Postanstalt zu richten, von welcher die verehel. Postabonnenten die Zeitung abholen oder durch den Briefträger zugestellt erhalten. Nur wenn die bei der betr. Postanstalt angebrachte schriftliche Beschwerde nutzlos geblieben ist, sollte man sich unter Mitteilung des Datums der Eingabe und der betr. Postanstalt an uns wenden.

Diesenigen Abonnenten, welche die „Deutsche Forst-Zeitung“ direkt unter Streifband beziehen wollen wegen etwaiger unregelmäßiger Zustellung der Zeitung jedoch direkt an uns schreiben.

Die Expedition.

Die Diese Nummer liegt bei eine Preisliste der Samenhandlung und Kleingehalt von Fritsch & Becker in Großbars, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Nachruf!

Am 15. Februar verschied plötzlich, in seinem Walde von Zigeunern ermordet, unser Vorstandsmitglied, der

Kgl. Förster Herr Romanus.

In dem uns durch ruchlose Tat entrissenen Mitgliede be-trauern wir einen braven Kollegen und stets tüchtigen Mit-arbeiter, der das Vereinsinteresse jederzeit eifrig vertreten hat. Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand der Bezirksgruppe Cassel-Ost des Vereins Kgl. Preuss. Forstbeamten.

373)

Fischer, Vorsitzender.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herz-licher Teilnahme und die vielen Kränzchen bei dem Heimgange meines lieben Gatten sage ich hierdurch allen Kollegen meines Mannes, auch im Namen meiner fünf Kinder, meinen besten Dank.

Niesig b. Fulda, d. 24. Febr. 1912.
380) **Ww. Elise Romanus.**

Familien-Nachrichten

Die Verlobung ihrer Tochter **Ellriede** mit dem Königlichen Förster Herrn **Otto Becker** in Kottwitz, Kreis Breslau, beehren sich ergebenst an-zuzeigen

Steindorf, Kreis Ohlau,
im Februar 1912.
Richard Spaethe,
Kgl. Heg meister,
u. Frau Emma, geb. Scholz.

Jagdverpachtungen

Jagdpaht- und Abschussgesuche
Penfians-Anzeigen

Suche bei einem Pension.

Jagdantritts Bedingung. Offerten
unter E. D. 401 an
Rudolf Mosse, Hannover.

Holz und Güter

Kaufe jeden Posten
Faulbaumholz,
auch Schiffsbeerholz genannt, b. Selbst-
werbung, jaße guten Preis.
Paul Becker,
Stendal-Röge, Uderiger Str. 30.

Ga. 400 im Nadelholzknüppel

von 6—12 cm Kopfstärke und in jeder ge-münschten Länge ausgehalten. And im Regal. Maasburg sofort abzugeben. Offert. unt. Nr. 392 beförd. d. Expedition der Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Hildegard** mit dem Viehwedder im Pomm. Jäg.-Batt. Nr. 2 Herrn **H. Junetake** in Culm soeben ergebenst an
376) **Weissbruch, d. 15. Febr. 1912**
Hoeppel, Kgl. Revierförster, u. Frau Sophie, geb. Becht.

Geburten:

Dem Kgl. Förster **Ide** in Reinhausen bei Göttingen ein Sohn.
Dem Gräf. Schaaffgotschen Revierförster **G. Birke** in Hermsdorf (Rynast) ein Sohn.

Storbefälle:

Sandner, Adalbert, Forstmeister in Marospetres, Komitat Arad (Ungarn).
Gerlach, Oberförster a. D. in Sonberghausen.
Rittl, Hegemeister a. D. in Breslau.
Selling, Otto, Kgl. Hegemeister a. D. in Wollau.
Schöbzig, Ad., Revierförster in Grünau.
Sauswein, L. Förster a. D. in Eltmann.
Schüller mann, Regina, Oberförster-schw. in Bad Rissingen.
Rischer, Gina, Försterschw. in Würzburg.

Holz-Sägewerk und -Handlung.

Mühle u. Elektrizitätswerk ist sam-
verh. weg. bei 35 000 Mk. Anzahl. zu ver-
Sehr lohnende Existenz für gewöhnlich-
gew. Forstmann. Off. u. Nr. 255 bef.
die Exp. der D. Forst-Ztg., Neudamm.

Personalia

Pensionierter Förster,

der auch die Amtsdorsteher-Geschäfte über-
nehmen muß, findet zum 1. 4. Wohnung usw.
in Luppen bei Johannsburg, Ostpr.
381) **C. Rudatis.**

Königliche Oberförsterei Stepenitz,
Regbz. Stettin, sucht für sofort oder
später einen

Privatforstlehrling.

Lebenslauf unter Darlegung der persönlichen
Verhältnisse u. Schulbildung ist einzusenden.

Junges Mädchen,

in Kinderlieb u. sich i. Haushalt vervoll-
will, findet frdl. Aufnahme i. Forstst. i. d.
H. Landesbergs (Warthe). Off. u. N. M. 379
bef. d. Exp. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm.

Holz.

Solagroßhandlung in Mitteldeutschland kauft laufend Holzbestände aller Art,
sowie fertiges Papierholz, Grubenholz, Stammholz u., auch im Auslande, und
erbtitter Anstellungen. Gut Zuweisung solcher Objekte wird auch entsprechende
Broschüren verquittet. Angebote unt. Nr. 388 bef. die Exp. d. D. Forst-Z., Neudamm.

Gesucht in hiesige Oberförsterei bessere
Röhm oder Stütze,
die gut kochen kann. Hausbienen, sowie
Buz- u. ostl. Spülfrass vorhanden. An-
gebote mit Lohnanprüchen und möglichst
mit Bild an
380) **Frau Oberförster Coermann,**
Püttlingen b. Georgenmünd, Lothringen.

Suche zum 1. April.

385

eine Stütze

(am liebsten Försterschw. oder), welche in
jeder häuslichen Arbeit Erfahrung hat.
Haushalt linderlos. Landwirtschaft
nicht vorhanden. Familienantritts-
Zeugnisabschriften mit Gehaltsaufprüf-
und Photographie an

Revierförster Plate,
Sohen-Lübbichow, Rhenmarl.

Junges Mädchen

als Stütze der Hausfrau in einem
Forsthaue mit kleiner Landwirtschaft,
wo Mädchen gehalten, bei Familien-
antritts und Taschengeld zum 1. 4. 12
gesucht. Off. u. „Cottbus“ 379 bef.
die Exp. der D. Forst-Ztg., Neudamm.

Suche zum 1. April eine in der Land-
wirtschaft erfahrene,

Selbst. Wirtschaftlerin,
am liebsten Försterschw. Gehalt nach
Abereinkunft. 384)

Loyewski, Königl. Förster.

Sachsenwinkel bei Sturz, Westph.

Auf h. Oberf. wird f. frauenl. Haushalt
w. m. H. Landwirtschaft, e. tüchtige Haus-
hälterin, b. perfekt im Kochen u. Ginn. f.
m. a. l. Förster, a. 1. 4. gel. Geh.-Anspr.
Zeugnisabschr. u. ev. Bild z. f. an Frau
Reg. u. Forstst. Nicolai, Wallenstein,
Post Rensfeld, Reg.-Bez. Cassel. 383)

Brachbares Forst- u.

Jagdpersonal,

**Verwaltungs-, Betriebs-
und Schutzbeamte**

empfiehlt den Herren Forst- u. Jagdbesitzern

„Waldheil“

eingetragener Verein,
Neudamm.

Von dem Vereine sind ferner erhältlich
umsonst und postfrei: Sagenen, sowie
Meldekarten zum Eintritt in „Waldheil“.
Jeder deutsche Forst- und Jagdbesitzer,
Beamte, höhere Forstbeamte, Waldbesitzer,
Waldmann und Wälder der grünen Erde
melde sich als Mitglied. — Mitgliedszahl
ca. 3700. — Endlich find zu beziehen
Waldheil-Karten zum Preise von 1 Mk.
für den Bogen, à 50 Stüd. 39)

Pens. Kgl. Förster,

sehr tüchtig u. erfahren, auch im Rechnungswesen,
fautionsfähig, sucht passende Be-
schäftigung. Off. Off. u. P. P. 134 bef.
die Exp. der D. Forst-Ztg., Neudamm.

Für 23jährig. unverh.

380

Förster,

unverlässig und gewandt in seinem Fach,
mit gründlicher Ausbildung und guten
Zeugnissen, sucht zum 1. April 1912 passende
Stellung **Sperling, Königl. Ober-
förster in Borsenbrück b. Cönnabrück.**

Forstgehilfe,

26 Jahre alt, ev., unverh., 9 Jahre im
Forstf. tätig (inkl. 31. Febr.), sucht, gekostet
auf prima Zeugn. Stellung als Forst-
oder Jagdassistent. Suchender ist in
allen forstl. u. jagdl. sowie sämtl. Bureau-
arbeiten vollständig vertraut, ist ausge-
schüßte u. Jagdbornl. Eintritt könnte
eventl. sofort oder 1. März erfolgen. Offerten
unter W. 282 bef. die Exped. d. Deutsch-
Forst-Zeitung, Neudamm.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich **2 Mf.**, bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich **3 Mf. 50 Pf.**, für das übrige Ausland **3 Mf.** Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) **3 Mf. 50 Pf.**, b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich **5 Mf.**, für das übrige Ausland **6 Mf.** Einzelne Nummern werden für **25 Pf.** abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingefandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 10.

Mendamm, den 10. März 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Borgsdorf in der Oberförsterei Schweinitz, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen sind **bis zum 20. März** einzureichen.

Försterstelle Gfsum in der Oberförsterei Trappönen, Regierungsbezirk Gumbinnen, ist zum 1. Juni 1912 neu zu besetzen. Zu der erledigten Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an Dienstland 9,34 ha Acker, 9,78 ha Wiesen und Weiden. Die Schule ist in Budupönen, etwa 2 km von der Försterei entfernt. Gesuche um Versetzung auf diese Stelle sind **bis zum 15. April** einzureichen.

Försterstelle Lissau in der Oberförsterei Schwarzwald, Regierungsbezirk Oppereln, ist zum 1. April 1912 neu zu besetzen. Bewerbungen sind **bis zum 15. März** einzureichen.

Försterstelle Maschen in der Oberförsterei Burden, Regierungsbezirk Allenstein, gelangt zum 1. Juni 1912 zur Neubesetzung. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an Dienstland 14 ha Acker, 5 ha Wiesen und Weiden, c) 150 M Stellenzulage, d) 100 M Dienstaufwandsentschädigung. Die Schule ist in Mertinsdorf, 3 km entfernt. Nächste Bahnstation Mertinsdorf, 2½ km entfernt. Bewerbungsfrist **bis zum 20. März**.

Försterstelle Mernes in der Oberförsterei Burgjoh, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. April 1912 zu besetzen.

Försterstelle Pangerow in der Oberförsterei Karnlewis, Regierungsbezirk Köslin, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen. Bewerbungen sind **bis zum 20. März** einzureichen.

Försterstelle Sanziner Rahmhütte in der Oberförsterei Cladow-West, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist voraussichtlich zum 1. Mai 1912 zu besetzen.

Försterstelle Sülsdorf in der Oberförsterei Roienfeld, Regierungsbezirk Merseburg, ist zum 1. April 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 12. März** eingehen.

Forstrat oder Oberforstmeister?

Ein Problem der preußischen Forstverwaltung.

Von E. Herrmann, Regierungs- und Forstrat in Danzig.

Unter diesem Titel ist in Nr. 45 dieser Zeitung ein Artikel des Forstmeisters a. D. W. Kessler erschienen, der so viele irrtümliche Angaben über die Stellung der Regierungsforstbeamten in Preußen enthält, sowie insbesondere die Tätigkeit der Forsträte und ihr Auftreten den Oberförstern gegenüber in einer derart entstellten Weise schildert, daß eine Erwiderung aus den Kreisen dieser Beamtenklasse notwendig erscheint. — Zwar ist bereits Herr Regierungs- und Forstrat Dr. Laspeyres aus Wiesbaden in der „Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen“ den Reformvorschlägen der Herren Hausendorf und W. Kessler entgegengetreten; da jedoch nur ein kleiner Teil der Leser der „Deutschen Forst-Zeitung“ die Arbeit von Laspeyres im Original lesen dürfte, so erscheint es erforderlich, auch in diesem Blatte die Behauptung Kesslers, „daß die Stellung der Regierungs- und Forsträte in fast allen Beziehungen unbefriedigend sei und leicht unzufriedene Menschen schaffe, welche bei allem guten Willen nur selten Ersprießliches leisten könnten und oft mehr hemmend und störend als fördernd und helfend wirkten“, mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Nach meiner Überzeugung hält vielmehr der größte Teil der preußischen Regierungs- und Forsträte ihre Stellung an den Regierungen und ihre amtliche Tätigkeit keineswegs für so „unbefriedigend und unglücklich“, wie Herr Kessler behauptet. Ein Forstrat aber, der sich vom Oberförster und Oberforstmeister „als tertius lacrimans völlig ausschalten“ läßt, beweist dadurch, daß er sich für diesen Posten nicht eignet und seine Stellung nicht so ausfüllt, wie sie in der forstlichen Verwaltungsorganisation, insbesondere unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren ergangenen, die Befugnisse der Regierungs- und Forsträte erweiternden Ministerialerlasse gedacht ist. Ein derartiger Forstrat dürfte aber auch völlig ungeeignet sein, eine Oberforstmeisterstelle auszufüllen, wie sie Hausendorf in seinen Vorschlägen für den größten Teil der jetzigen Forsträte fordert.

Damit komme ich zu den Reformvorschlägen Hausendorfs, die Kessler „als den einzigen Weg bezeichnet, welcher wirklich zum gewünschten Ziele führen könnte“, nämlich zur Beseitigung der „unbeschränkten forstlichen Herrschaft der Oberforstmeister“ durch Aufhebung der Instanz der Regierungs- und Forsträte, also jener „grünen Abart des preußischen Geheimratsstypus“, gegen welche Kessler „lange Zeit das Gefühl einer

gewissen Abneigung empfand“. Dadurch würde an ein und derselben Regierung statt des einen in den meisten Fällen zwei oder mehrere Oberforstmeister — in Cassel z. B. nach Laspeyres etwa acht — herrschen. Wie stimmt das aber mit dem Geleitworte überein, das Kessler seinem Artikel voranstellt: „Vielherrschaft taugt nicht, einer soll Herr sein!“? Daß aber in der Tat nur einer Herr sein darf, daß mit anderen Worten an der Spitze der Staatsforstverwaltung eines Regierungsbezirks ein Oberforstmeister vorhanden sein muß, dem nicht nur die Revierverwalter, sondern auch die forsttechnischen Dezernenten der Regierung untergeordnet sein müssen, geht aus folgenden Gründen hervor, die gleichzeitig auch die wichtigsten Aufgaben kennzeichnen, welche diesem einzigen Oberforstmeister zu erfüllen obliegen:

1. Nur ein im Bezirk selbst wohnhafter und daher mit den örtlichen Verhältnissen eingehend vertrauter oberer Forstbeamter, dem überdies die in seinem weiteren Wirkungskreise gesammelte reichere Erfahrung und die Autorität seiner höheren amtlichen Stellung zur Seite stehen, wird bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Revierverwalter und dem Inspektionsbeamten eine sachgemäße Entscheidung treffen können. Hierzu jedesmal den in Berlin sesshaften Landesforstmeister in Anspruch zu nehmen, dürfte unausführbar sein.

2. Aus denselben Gründen erscheint der Oberforstmeister, dem allein die in allen Revieren des Bezirks gesammelten wirtschaftlichen Erfahrungen bekannt sind, in erster Linie geeignet, anregend und befruchtend auf den Wirtschaftsbetrieb der einzelnen Reviere, namentlich nach der waldbaulichen Richtung hin, zu wirken.

3. Die Bearbeitung der Generalien kann nur in einer Hand liegen. Nur durch eine für den ganzen Bezirk gleiche, einheitliche Bearbeitung der Generalsachen wird die Stetigkeit der Verwaltung gewährleistet. Geschieht dies nicht, dann ist es möglich, daß eine gesetzliche oder allgemeine Verwaltungsbestimmung in den einzelnen Inspektionen desselben Regierungsbezirks die verschiedenartigste Auslegung erfährt, und die daherhalb an die Revierverwalter erlassenen Anweisungen in jeder Inspektion anders lauten. — Die Einheitlichkeit der Verwaltung ist auch nach außen hin, dem Publikum gegenüber, notwendig. Welchen Wirtswart würde es geben, wenn z. B. in den Holzkreditjahren jeder Inspektionsbeamte seine eigenen Wege ginge? — Aber auch nach oben hin

ist eine einheitliche Bearbeitung der Generalien eines Bezirks notwendig. Man denke nur, welche Mehrarbeit schon rein äußerlich im Ministerium erwachsen würde, wenn statt der Berichte von 33, künftig solche von etwa 80 Oberforstmeistern eingehen würden! Wieviele neue Beamte müßten angestellt werden, um die zahlreichen Berichte und Anträge der selbständig gewordenen Inspektions-Oberforstmeister zu bearbeiten!

4. Auch die gerechte Verteilung und Verwaltung der verschiedenen Fonds, wie der Kultur- und Wegebaugelder, des Baufonds, der Unterstützungsfonds usw., kann nur durch einen autoritativen, unparteiischen und für seine Person gar nicht oder wenig interessierten Beamten geschehen. Es würde eine ungeheure Mehrbelastung der Ministerialräte bedeuten, sollten diese auch die Unterverteilung der Regierungsfonds auf die einzelnen Inspektionen bewirken!

5. Und nun gar die Bearbeitung der Personalien! Nur der im ganzen Bezirk herunkommende Oberforstmeister kann die hierzu notwendige Personalkennntnis besitzen. Es würde schlimm um die Versekung der Ämter aus einer Inspektion in die andere stehen, wenn ein mit den Personalien des ganzen Bezirks nicht vertrauter Dezernent oder gar jeder Inspektionsbeamte die Personalien seiner Inspektion zu bearbeiten hätte!

6. Schließlich ist es unbedingt notwendig, daß am Sitze der Regierung ein Oberforstmeister vorhanden ist, der sowohl dem Minister als dem mit den forsttechnischen Fragen nicht vertrauten Regierungspräsidenten gegenüber für die Einheitlichkeit und Stetigkeit der Forstverwaltung

verantwortlich ist, und an den letzterer sich wenden kann, wenn er sich über einzelne Fragen dieses Zweiges der Staatsverwaltung orientieren will.

Das sind die wichtigsten Gründe für die Beibehaltung des Oberforstmeisters als Chef der Staatsforstverwaltung des ganzen Regierungsbezirks, einer Einrichtung, die sich seit mehr denn hundert Jahren durchaus bewährt und nicht zum wenigsten dazu beigetragen hat, der preussischen Staatsforstverwaltung ihre geachtete Stellung zu verschaffen, die ihr in allen Instanzen uneingeschränkt zuteil wird. — Die Inspektions-Oberforstmeister, wie Hausendorf und Kehler sie wünschen, würden von dieser Stellung nur noch den Namen haben, kaum aber der Rang der Oberregierungsräte erhalten, und demgemäß wohl niemals weder im Regierungskollegium noch in der eigenen Verwaltung die Stellung der jetzigen Oberforstmeister einnehmen.

Meines Erachtens bietet die Forstratsstellung in ihrem gegenwärtigen Umfange, insbesondere seit der Erweiterung der Befugnisse der Forsträte durch die Ministerialerlasse der letzten Jahre, ein weites Feld für eine reiche und fruchtbringende Tätigkeit, die volle Befriedigung schaffen kann. In einer so großen Verwaltung, wie die der preussischen Staatsforsten, stellt aber auch eine solche Leitung und Überwachung, wie sie der Oberforstmeister ausübt und meines Erachtens fernerhin im Interesse der Einheitlichkeit und Stetigkeit des ganzen Betriebes ausüben muß, keine Beengung der forsträtlichen Tätigkeit dar, vielmehr nur eine Überwachung, die sich jeder Beamte einer Staatsverwaltung im Interesse der Allgemeinheit gefallen lassen muß.

Die Wirkungen der Dürre des Jahres 1911 auf den Wald.

Über die Wirkung der Dürre des Sommers 1911 liegen uns verschiedene Mitteilungen vor, deren Zahl wohl noch zunehmen wird.

Wir warnen nur, aus einzelnen Beobachtungen zu weit gehende Schlüsse zu ziehen, da die Ergebnisse oft durch das Zusammenwirken mehrerer Ursachen veranlaßt wurden, die sich an verschiedenen Orten in ganz ungleichem Maße fühlbar gemacht haben können und auch nicht immer in vollem Umfange gewürdigt werden.

Aus der Provinz Brandenburg.

Kein lebender deutscher Forstmann dürfte eine so schlimme Hitze und Dürre erlebt haben, wie der Sommer 1911 sie uns brachte. Die Dürre war örtlich allgemeiner und viel größer als in allen vorangegangenen Dürrejahre der letzten Jahrzehnte. Der Schaden ist noch nicht voll zu übersehen, weil die Wirkung auf den Zuwachs überhaupt noch nicht vorüber sein wird, weil das Absterben von Jungwüchsen auch noch nicht aufgehört

haben dürfte (beim Laubholz namentlich war im Herbst noch viel zweifelhaft), und weil schließlich manche Folgen (z. B. *Pissodes notatus*) noch gar nicht zu übersehen sind.

Immerhin läßt sich doch einiges über die Schäden sagen. Ich beschränke mich dabei auf die mir zunächst liegenden Beobachtungen in brandenburgischen Revieren.

Wie haben sich die Holzarten verhalten?

Die Fichte ist, wie auch 1904, dort abgestorben, wo man mit ihrem Anbau zu weit gegangen ist. Sie kommt (abgesehen von einem ganz schmalen Streifen natürlichen Vorkommens im Süden der Provinz) in Brandenburg von Natur nicht vor, wahrscheinlich weil ihr die Niederschläge zu gering sind. Sie gedeiht im geschlossenen Bestande deshalb hier nur, wenn ihr außer den Niederschlägen des eigenen Standorts noch seitlich Wasser zugeführt wird, d. h. auf sehr frischem Boden (Brücker, Bruchränder, autem Lehmboden). Jedes Dürrejahr vernichtet sie mehr oder weniger, wenn sie auf zu trockenem Boden im

Schluß steht. Die Jahre 1965, 1907, 1909 und 1910 waren für die Fichte hier besonders günstig und haben vielfach dazu geführt, ihren Anbau zu überreiben. Diese jungen Fichten, die noch nicht im Schluß sind, haben noch nicht allsehr durch die Dürre von 1911 gelitten, weil sie bisher weder die Niederschläge so durch ihre Kronen abfangen, noch den Boden so auspumpen konnten, wie geschlossener Bestand. Gelitten hat in der Hauptsache vielmehr älterer dichter Fichtenunterstand unter Kiefern.

Noch mehr hat gelitten die *Weymouthskiefer*, und zwar nicht nur durch die Dürre, sondern, wie es scheint, auch durch die Hitze. Wenigstens kann ich mir nur so erklären, daß an vielen Weymouthskiefern nur die jungen Triebe und Nadeln von 1911 getötet sind, während die älteren frisch blieben. Jedenfalls hat das Verhalten 1911 die Richtigkeit meiner seit vielen Jahren immer wieder betonten Ansicht bestätigt, daß die Weymouthskiefer große Ansprüche an die Bodenfeuchtigkeit stellt (hier in Brandenburg so hohe wie die Fichte).

Die *Douglaskanne* hat sich leidlich gehalten. Es hat sich bestätigt, daß sie weniger anspruchsvoll an die Feuchtigkeit ist wie die Fichte. Auch sie scheint zuweilen mehr unmittelbar durch Sonnenbrand als durch die Dürre gelitten zu haben.

Mit vielen lebensschwachen *Lärchen* hat der Sommer 1911 gründlich aufgeräumt, und zwar mit alten wie mit jungen.

Die *Bantzkiefer* hat stark gelitten. Sie ist unzweifelhaft empfindlicher gegen die Dürre als unsere einheimische Kiefer. Dies fiel mir schon 1904 auf, noch mehr aber jetzt. In manchen Kulturen sind die Bantzkiefern geradezu aus den Kiefern herausgestorben. In sehr frohwüchsigem Mischkulturen beider Holzarten von 1905 und 1906, die schon seit zwei Jahren vollen Schluß haben, hat die Kiefer anscheinend gar nicht gelitten, die bisher vorwüchsigsten Bantzkiefern sehen infolge des letzten Sommers so miserabel aus, daß die Sorge um die Erhaltung der Kiefer gegen den Druck der Bantzkiefer nun hinfällig erscheint. Am schlimmsten haben allenthalben im Durchschnitt die etwa 1 m hohen Bantzkiefern gelitten.

Unsere brave *Kiefer* hat sich bei entsprechender Behandlung als die reine Steppenpflanze erwiesen. Ich verweise auf die weiter unten folgenden Ausführungen.

Vom Laubholz hat der Trabant der Kiefer, die *Birke*, wohl am meisten gelitten, nicht weil sie empfindlicher ist als unsere anderen einheimischen Laubböcker, sondern weil sie sich mehr mit trockenem, armem Boden begnügen muß als diese. Vielen alten Birken in den Kiefernbeständen hat der Sommer 1911 den Rest gegeben. An jüngeren Birken ist der Schaden dadurch empfindlich, weil immer wieder nur „die Birke“ gezogen, als Pflanze gekauft und gepflanzt wird, und weil dadurch die nur für feuchte Standorte geeignete Bruchbirke (*Betula pubescens* Ehrh.) fortgesetzt in großen Massen auf den trockenen Höhenboden gebracht wird. Die Standortsanprüche von *B. verrucosa* und *pubescens* gehen

viel weiter auseinander, als die von Stiel- und Traubeneiche!

Die *Flazie* hat sich, mit wenigen Ausnahmen, gut gehalten. An vielen Stellen war im Spätsommer das frische Grün der jungen Flazienwurzelbrut neben dem Blau der Wegwarte (*Cichorium intybus* L.) die einzige „Farbe“ in dem Grau der Landschaft.

Vom übrigen *Laubholz* ist noch nicht viel zu sagen. Neben totem ist zu viel lebensmüder Jungwuchs vorhanden. Das gilt namentlich auch für die Buchenverjüngungen aus der 1909er Wäld. Diese Verjüngungen entsprachen schon 1910 nicht den Hoffnungen. 1911 hat sicher vieles vernichtet trotz schöner Bodengare und richtiger Schlagstellung. Ich persönlich gebe meine beste Verjüngung (35 ha, deren Pflanzen herrlich, wie schöne Kumpfpflanzen standen) schon heute im wesentlichen verloren.

Wie haben sich nun die *Bäume* der verschiedenen *Älter* verhalten? Wie in ausgesprochenen Dürrejahre immer: nicht die alljüngsten, sondern die mehrjährigen haben am meisten gelitten. Bei der Kiefer haben sorgfältig angelegte und behandelte Kulturen der Jahrgänge 1911 und 1910 in sehr vielen Revieren gar nicht oder fast gar nicht gelitten, am schlimmsten dagegen die etwa 50 bis 100 cm hohen Jungwüchse, d. h. bei denen die Einwirkungen der guten Bodenarbeiten ganz oder fast ganz nachgelassen haben, deren Wurzeln aber noch nicht tief genug gehen. Unter ungünstigen Verhältnissen reicht der Schaden aber noch viel weiter. Und vielfach sah im Herbst sogar die Benadelung der Stangenorte braun und trübselig aus.

Das Verhalten der Holzpflanzen wurde in sehr lehrreicher Weise durch den *Bodenzustand* beeinflusst.

Als schlimmster Feind bei Dürre hat sich wieder das *Heidekraut* erwiesen. Wo es nur nesterweise vorkommt, hoben sich diese Nester als rote, tote Flecken in den älteren (sogar in 2 m hohen und höheren!) Kulturen scharf ab. Ganz mit Heidekraut bestandene Kulturen sind auf großen Flächen bis auf wenige Pflanzen verpöchtelt.

Weniger schädlich war das *Gras*. Auf den wirklich gefährdeten Flächen starb es eben meist schon ab, ehe die Kiefern sehr litten und durch den Wasserverbrauch des Grases noch mehr hätten leiden können.

Besser noch haben sich die Pflanzen auf ganz kahlem Boden gehalten, auch wenn ihnen keine frische Bodenarbeit half. In einem mir unterstellten Revier mit stark heidebüchsigem, armem Sandboden sind die sechs- und siebenjährigen Grabstreuensulturen im Heidekraut restlos abgestorben. Seit fünf Jahren lasse ich dort die Kiefern auf zusammengepflügten Wällen pflanzen. Dies darf freilich nicht so gemacht werden, daß die Furchen ohne Vorarbeit gegeneinander geklappt werden, denn auf solchen Flächen wuchert das Heidekraut schnell wieder und die Dürre schadet erheblich. Vielmehr muß zunächst das Heidekraut abgeplaggt werden, dann wird die Fläche im Frühjahr voll durchgepflügt, bleibt über Sommer rau liegen, und im Herbst werden die Wälle aus

vier Furchen zusammengepflügt, im Frühjahr geglättet und bepflanzt. Auf so behandelten Flächen finden sich erst nach etwa fünf Jahren die ersten Heidekrautpflanzen in den Furchen zwischen den Wällen wieder an. Auf allen fünf Jahrgängen dieser Flächen sind 1911 nicht mehr Pflanzen eingegangen wie in nassen Jahren; Nachbesserungen sind nicht erforderlich! Dabei steht eine dieser Kulturen auf einer Fläche, auf der 1904 eine Kultur im Heidekraut vertrocknet war. Trotzdem sie im dürregefährdetsten Alter steht, hat sie nicht gelitten. Bekanntlich wird diese Art der Bodenverbereitung auf dicht gelagertem, untätigem, schluffigem Sande namentlich in der Lausitz und ihrer Nachbarschaft angewendet, um den Boden zu durchlüften. Der Einfluß auf den Rücks der Kulturen ist geradezu wunderbar. Man sollte nun meinen, daß die Vergrößerung der Bodenoberfläche und der erhöhte Stand den Pflanzen bei Dürre gefährlich werden müßte. Das Gegenteil ist der Fall. Das Fehlen der wasserverbundenden Unkräuter wirkt stärker als diese beiden Umstände. Und bei den jüngeren Kulturen kommt noch die Wirkung der Bodenlockerung, über die jetzt noch etwas zu sagen ist, als günstiger Umstand hinzu.

Wieder wie 1904 hat sich gute Bodenlockerung als günstig erwiesen. Sie unterbricht in der Oberfläche die Kapillarität des Bodens und legt die Verdunstung herab.

Ganz besonders aber hat sich die Schaffung einer lockeren Bodenoberfläche durch das Hacken der Kulturen bewährt. Ich habe dafür zwei sehr interessante Vergleichsstücke. Zwei benachbarte Reviere mit gleichem Standort sind meiner Oberleitung unterstellt, das eine seit sieben Jahren, das andere seit zwei. In beiden fand ich durchweg trostlose Kulturlächen vor. In dem ersten bessern wir heute noch in den alten Flächen nach. Die unter meiner Oberleitung neu angelegten Kulturen werden von vornherein regelmäßig gehackt, und zwar im ersten Jahre zweimal, im zweiten einmal, und im dritten nach Bedarf noch einmal. Diese Kulturen erforderten bisher kaum irgendwelche Nachbesserung und stehen prächtig. Und während 1911 in den älteren Kulturen die Dürre immerhin merklich geschadet hat, ist sie an den gehackten Kulturen selbst auf trockenem Sand spurlos vorübergegangen. In dem anderen Reviere haben wir angesichts der großen Flächen das Hacken noch nicht durchsetzen können. Dort sind etwa 60 ha Kulturläche durch die Dürre fast völlig vernichtet. Der größte Erfolg der richtigen Bodenpflege ist aber in einem kleinen ebenfalls benachbarten Reviere erreicht worden. Dort werden jährlich nur etwa 0,25 ha abgetrieben, gerodet, ein Jahr mit Lupinen und ein Jahr mit Kartoffeln bestellt (wobei jedesmal gut gedüngt wird) und im dritten Jahre mit Kiefern bepflanzt. Diese Kulturen werden gehackt, und zwar, wie es in diesem kleinen Nebenbetriebe bei großer Landwirtschaft möglich ist, mehrmals auf voller Fläche. Nach den Aufzeichnungen der Gutsverwaltung waren während der Vegetationszeit bis zum 1. August nur 20 mm Regen gefallen. Die lockere Oberfläche war am 1. August 1911 trocken, aber in etwa 10 cm Tiefe war frischer

Boden! Von den Kiefernpflanzen fehlte nichts, sie waren kräftig und langnadelig, auch die eingesprenkten Koteichen- und Buchensämlinge hatten sich gehalten.

Es erübrigt, noch einige besondere Beobachtungen anzuführen.

Nicht durchweg war der Sommer ungünstig für die Pflanzenernte. Auf ufermärtischem Lehm z. B. sind Saatbeete von Douglasanne und Lärche, die 1910 im Buchenbestande angelegt sind, so üppig gewachsen, daß die zweijährigen Pflanzen den Eindruck von vierjährigen machen und 1912 ausgepflanzt werden müssen!

Das Absterben der Kulturen hielt noch an, als schon reichlich Regen gefallen war. Kulturlächen auf frischem Boden, die Mitte September noch keinen Schaden zeigten, vertrockneten noch Anfang Oktober!

Mit großer Sorge sah ich der Entwicklung der reichen Eichenblüte entgegen. Ende Juli waren die Traubeneicheln noch winzig, mit Becher noch nicht erbsengroß. Aber die Mast entwickelte sich prächtig. So große Trauben- und Stieleicheln wie 1911 habe ich noch nicht erlebt. Und eine so reichliche Mast seit 1892 auch nicht. Aber dann kam die auch heute noch nicht geschwundene Sorge, daß die Eichen durch die Hitze und das Herbstwetter keine Vegetationsruhe hielten, sondern sofort stark anfangen zu keimen.

Die Kiefern hatten 1910 nur spärlich, 1911 reich geblüht. Die reisenden Zapfen scheinen durch den Sommer 1911 ungünstig beeinflusst zu sein, wenigstens scheint der diesjährige Kiefern Samen nicht besonders keimfähig zu sein. Ob die Dürre den jungen Zapfen geschadet hat, steht noch nicht fest. Ich habe in diesem Winter viele gefunden, die sich, wenn auch ziemlich klein geblieben, gehalten haben, aber manchmal auch viele vertrocknete.

Unzweifelhaft ist es sehr wichtig, daß die jungen Zapfen erhalten bleiben und 1912 reifen, denn nach diesem Dürrejahr werden die Kiefern voraussichtlich mehrere Jahre nicht blühen. Wir müssen also damit rechnen, daß die 1912 geernteten Zapfen uns für mehrere Jahre mit Samen versorgen.

Die Buchen haben 1911 zwar zum Teil reichlich geblüht, aber die Mast blieb größtenteils taub. Es hat fast den Anschein, als ob sie 1912 wieder blühen wollten.

Unzweifelhaft wird die Dürre den Zuwachs unserer Bestände auf Jahre hinaus schädigen, wie dies 1893 der Fall war. Krank sind viele Bäume. Auch das ist ungesund und gefährlich, daß die Bäume 1911 nicht zur Ruhe kamen, wie ich oben schon für die Eichen feststellte. Nicht nur fand sich die alljährliche Erscheinung einer Herbstblüte an Obstbäumen und Korkkastanien auffallend zahlreich, auch andere Baumarten fingen im Herbst wieder an zu treiben, z. B. Linden und auffallend auch die Rotbuchen, deren Knospen anschwellen und zum Teil die Knospen schuppen sprengen. Bemerken möchte ich dabei noch, daß viele mehrjährige Buchenjungwüchse sich dadurch vor der Dürre gerettet haben, daß sie schon in der ersten Hälfte des September mit regelrechtem Blattabwurf die Vegetation abschlossen.

Die Dürre wäre 1911 noch gefährlicher geworden, wenn uns der Sommer 1910 und der Winter 1910/11 nicht eine ganz hervorragende reiche Bodenfeuchtigkeit geschaffen gehabt hätten. Diese ist nun bis in große Tiefen erschöpft und bisher durch den Winter 1911/12 noch nicht annähernd ersetzt. Bringt uns 1912 keinen nassen Sommer, so befürchte ich einen Schaden, der größer ist als der 1911 unmittelbar entstandene. Nach solchen Dürrejahre genügt ein Winter freilich nie, um den Boden völlig zu durchfeuchten. Im Frühjahr 1894 fand ich bei Eberswalde in allen Bodeneinschlüssen in 1 bis 1,5 m Tiefe eine Schicht, die auf 20 bis 50 cm staubtrocken war. Dieses Jahr sieht es aber vorläufig (d. h. Ende Februar) sehr viel schlimmer aus!

Das Blaubeer- und Preiselbeertraut hat ebenso wie die Heide stark gelitten, sehr zum nachhaltigen Schaden unserer Haushaltungen, unserer Imter und unseres Wildes. Was wäre aus diesem bei dem trostlosen Zustande des Walbes und dem schlechten Stande der Herbststaaten geworden, wenn nicht die gute Eichelmast gekommen wäre?

Hoffen wir auf ein nasses Jahr 1912 und gönnen wir solche Jahre wie 1911 nicht unseren Nachfolgern, mit Ausnahme des 1911er Weines! Halensee, den 24. Februar 1912.

Oberförster Dr. Hertog.

Aus der Neumark.

Unter der außergewöhnlich lang anhaltenden Trockenheit des verlaufenen Sommers in Verbindung mit der andauernden intensiven Hitze hat nicht nur die Menschheit und Tierwelt, sondern vor allem die Vegetation zu leiden gehabt. Wege und Tristen waren vollständig verbrannt, der Boden war metertief ausgedorrt und die Bäume und Sträucher ließen traurig ihre Blätter hängen. Ja, die Hitze hatte einen Zustand geschaffen, wie er nach den meteorologischen Messungen und Aufzeichnungen seit vielen Jahrzehnten nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist. Die Temperaturen erreichten in der Zeit vom 17. Juni bis 15. August wiederholt + 45° C im Schatten. Zudem war der Witterungsverlauf ganz abnormen Schwankungen unterworfen. Der für die Vegetation wichtige Monat Mai brachte, im allgemeinen außerordentlich trocken und heiß, am 3. und 11. Mai gewaltige Kälteerfälle. Der vielversprechende Juni, im Anfang von einigen geringen Niederschlägen begleitet, zeigte am 2. und 11. Juni einen starken Spätfrost und der 21. August einen Frühfrost. Auch im September war es trocken, erst die letzten Tage desselben spendeten geringe, aber wohlthuende Niederschläge. Das ist die wenig erfreuliche Signatura temporis des verlaufenen Sommerhalbjahres. — Diese ungewöhnlichen Erscheinungen dürften manche unangenehme Spuren im Wirtschaftsgebiet hinterlassen; vor allem wird hierbei aber die Erkenntnis reif, welche große Bedeutung das Wasser für den gesamten Haushalt der Natur hat. Der Wasserbestand ist eben das Lebenselement sowohl in der Land- wie in der Forstwirtschaft! Er hängt hauptsächlich von der Menge der atmosphärischen

Niederschläge ab, und wenn diese versagen, dann nutzen die natürlichen Wasserreservoirs, wie Pässe, Flüsse usw., wenig, sie versiegen ebenfalls schließlich auch, und es erschlafft dann Baum und Strauch, mit einem Wort: die gesamte Vegetation.

Ganz besondere Beachtung verdient die Feuchtigkeit während der vier Hauptvegetationsmonate für die Entwicklung des Walbes. Durch die intensive Waldbewirtschaft der neueren Zeit ist eine Produktionssteigerung des Bodens und dadurch ein größerer Wasserverbrauch herbeigeführt. Deshalb ist es durchaus geboten, die Brüche und andere ähnliche nasse Stellen im Walde, auch wenn ihre wirtschaftliche Ausnutzung möglich und wichtiger als ihr ästhetischer oder sonstiger Wert ist, nicht zu entwässern, sondern auf die Erhaltung des natürlichen Grundwasserspiegels Wert zu legen. Die Vegetation wird dann in trockenen Jahren eher Widerstand zu leisten vermögen, und es wird die immer mehr um sich greifende Wipfeldürre und das fortschreitende Absterben ganzer Bestandsflächen wieder seltener werden.

Nach der bisherigen Umschau haben unter der Dürre natürlich ganz besonders die Südwest-, Süd- und Südostlagen gelitten, so daß die Nadelholzbestände dieser Standorte in den nächsten Wirtschaftsjahren unzweifelhaft einen bedeutenden Trockenhieb erwarten lassen. Wenigstens lassen die Kiefernbestandsorte, soweit sie gleichzeitig noch unter irgend einer anderen Schädlichkeit, z. B. Nonnenfraß usw., zu leiden gehabt haben, schon jetzt einen großen Abgang erkennen. Stark beschädigt wurden auch die Kiefern- und Fichtenpflanzungen, und vollständig zugrunde gegangen sind spät ausgeführte Kulturen oder auch solche, bei denen die Bodenbearbeitung erst im Frühjahr ausgeführt werden konnte, ferner verastete, namentlich aber verqueckte Standorte. Die Quede, *Agropyrum repens*, läßt wegen ihres starken Aufsaugungsvermögens überhaupt immer, abgesehen von der Übermüderung, eine Kiefernkultur sehr schwer gelingen. In diesem Jahre sind sogar zweijährige Kiefern und Banksien, die bereits im Vorjahre ausgepflanzt wurden, durch sie in Mitleidenschaft gezogen.

Jedoch auch sämtliche Laubhölzer haben gelitten, selbst Birke und Alazie, und der Laubabfall hatte schon im Sommer begonnen. Sehr geschädigt sind die Eichenpflanzungen. Auch die Waldbeerenernte, die namentlich für die ärmere Bevölkerung eine so erwünschte Einnahmequelle bedeutet, hat verjagt, das Kraut ist stellenweise total vertrocknet.

Die Saatkämpfe sind gegenüber dem Vorjahre weniger gut entwickelt, doch haben Moor- und Torferdendüngungen gut gewirkt und die Pflanzen zweifellos gegen die Dürre widerstandsfähig gemacht. Leider haben die Kämpfe aber durch den Frühfrost am 21. August sehr gelitten, weil die vegetative Tätigkeit der Pflanzen noch nicht abgeschlossen war. Schon nach Ablauf von vier Wochen zeigte sich jene charakteristische bläuliche Färbung an den Nadeln, die im Frühjahr ins Fuchsröte übergeht und dann die Pflanzen

gebrauchsunfähig macht. Die eingetretenen Spät- und Frühfröste haben natürlich besonders großen Schaden, namentlich an den frostempfindlichen Holzarten, wie Fichte, Tanne, Eiche usw., angerichtet. Selbst bei der Kiefer, bei der eine absolute Frosthärte angenommen wird, waren Frostbeschädigungen wahrnehmbar. Vergroßert wird die Frostwirkung, und kann bei sehr empfindlichen Pflanzen zum vollständigen Absterben führen, wenn sich die Frostschäden mehrere Jahre hintereinander wiederholen. Letzteres ist leider der Fall. Die Fichtenzapfungen haben z. B. im Vorjahre wie in diesem Jahre unter Spätfrost zu leiden gehabt und zeigen daher gegenwärtig ein kümmerliches Gesicht. Es ist zweifelhaft, ob aus ihnen viel wird. — Die Blüte an fast sämtlichen Waldbäumen ließ eine gute Ernte erwarten, allein der Spätfrost hat auch hier manche Hoffnung vernichtet. Von den Nadelholzern hat die Fichte, Tanne und Lärche einen geringen Ertrag gebracht, während die Kiefer voraussichtlich eine knappe Mittelernte erwarten läßt. Von den Laubholzern lieferte die Eiche eine ausgezeichnete Vollmast, die Buche und andere Laubhölzer fast nichts. Da der Verlauf und Charakter der Witterung aber einen Einfluß auf die Güte des Samens ausüben, so ist es natürlich, daß die außerordentlich große Dürre während der Entwicklung bis zur Reife, wie der Frühfrost noch außerdem eine teilweise Notreise und eine weniger gute Qualität gebracht haben. Die heiße und trockene Witterung hat schließlich für den Wald auch insofern ungünstig gewirkt, als sie die denkbar günstigste Vorbedingung zur Entwicklung der schädlichen Forstinsekten schaffte. Nach den Ergebnissen der Probekommungen und sonstigen Wahrnehmungen haben sich einzelne der wichtigen Schädlinge ungemein, etwa um 100 % und mehr, vermehrt. Das gibt zu denken, namentlich, wenn im Frühjahr zur Zeit des Entwicklungsstadiums des Insekts trockenes und warmes Wetter eintritt.

Das vergangene Jahr hat uns also im allgemeinen keineswegs günstige Perspektiven hinterlassen. Es ist aber nun vorüber und hat uns wenigstens zum Schluß noch mit recht vielen Niederschlägen erfreut, so daß wir doch wieder mit neuer Hoffnung dem neuen Jahre entgegen sehen können.

Forstl. Steinbusch, Dezember 1911.

Rovotny, Königl. Förster.

* Aus Rheinland und Westfalen.

Erst beim Abschluß der Vegetationsperiode ließ sich übersehen, in welchem Maße unsere Kulturen und Jungwüchse durch die Dürre gelitten haben. Obenan steht die Fichte. In Südoft- bis Südwestabdachungen der Eifel, des Westerwaldes und Sauerlandes sind Fichten bis zu 1 m Höhe vertrocknet. Im Siebengebirge gingen Hunderte 3 bis 4 m hohe Fichten ein. Die ältesten Forstleute können sich solcher Trodnis nicht erinnern. Neukulturen haben stellenweise auf Südwestabdachungen 50 bis 60 % Pflanzenanfall. In der Ebene hielten sich Freikulturen besser wie unter Schirm, eine Kulturform, die auch in nicht frostgefährdeten Waldorten

hier und da noch in Bauernwirtschaften üblich ist. Kleine Niedererschläge und Launwirkung mußten die jungen Pflanzen ganz entbehen und sich mit dem Schirm in die Bodenfeuchtigkeit teilen. Hügelpflanzungen bedürfen eines Pflanzenerfages von 60 bis 80 %. Die Pflanzeneinbuße der Fichte in sonnigen Hängen gegenüber der Kiefer liefert uns den Beweis, daß die Fichte viel größere Ansprüche an die Bodenfeuchtigkeit macht, als der Ausdehnung der Fichtenkulturen, besonders in der Eifel, entsprechend vielfach angenommen wird. Frühzeitiges Fruktifizieren (einem krankhaften Zustande gleichbedeutend) und spätes Holzwachstum sind die nächste natürliche Folge.

Die diesjährigen Kiefernlaaten sind an den meisten Stellen kaum noch als solche zu erkennen und müssen zum größten Teil erneuert werden. In älteren Kulturen ist auch hier und da ein sonst nie beobachtetes Pflanzenabsterben wahrgenommen worden. Wo die Kiefer mit der Heide auf trockenem Standorte konkurrieren muß, ist der Pflanzeneinbruch bis zu 60 bis 80 cm Höhe ganz beträchtlich.

Ein vorzeitiger Reinigungsprozeß hat sich in den Buchenjungwüchsen im ausgeprägten westwälder Buchengebiet vollzogen, wo die Pflanzen, wie man sagt, wie Haare auf dem Grunde stehen. Die vorhandene Bodenfeuchtigkeit genügt im Hochsommer schon nicht mehr, um alle beschirmten Buchenpflanzen am Leben zu erhalten. Der Längswuchs muß unter dieser starken Reinigungsrodnis naturgemäß leiden.

Bei der Eiche hat die starke Sonnenwirkung trotz der viel zu beobachtenden Vollmast Eichen seltenere Stämme gezeitigt, die tadellos ausgereift sind. In manchen Oberförstereien wurden bis 600 Zentner à 2 M gesammelt und eingestuft.

Die Pflanzbildung war in diesem Jahre im Walde mit Ausnahme vereinzelter Blattpilze, wie Mehltau auf jungen Eichenauschlägen, gleich Null. Für Pflanzfreunde und Berufsämmler brachte das Jahr 1911 eine vollständige Misere. Nur der Wieselchampionon vermochte sich anfangs Oktober nach den ersten Regentagen noch zu entwickeln und wurde zu dieser Zeit von seinen Freunden viel gesammelt.

Stechmücken und sonstige dem Menschen lästige Fliegenarten waren nicht in so starkem Maße aufgetreten wie in normal feuchten Sommern. Zu ihrer fortbauenden Entwicklung fehlte der Brut die Bodenfeuchtigkeit. Außergewöhnlich viele Hasen lieferten die ersten Waldbreitjagden. Wo Gottes grüne Au total verbrannte, war der Hase gezwungen, im Walde Nahrung und Deckung zu suchen; er wurde schließlich seine neue Heimat. Trockene Vergabhänge und exponierte Köpfe wurden im Nachsommer vollständig vogelarm. Instinktiv trugen die Schwingen den Vogel in die feuchten, schattigen Täler.

Viele Bäche trockneten aus und verloren ihren Fischreichtum. Am besten hielten sich die zahlreichen Bachläufe des Westerwaldes. Seine fruchtbaren Talwiesen brachten noch eine leidliche Grummelernte.

Wodesberg a. Rhein, Anfang 1912.

Cie r.

Aus dem Königreich Bayern.

Wie jetzt festgestellt werden konnte, sind die reifjährigen und auch die älteren Kulturen im Frankenlande, besonders auf den trockenen Sand- und wasserarmen Jurafalldböden, infolge der heurigen Trockenheit zum großen Teil vollständig vernichtet; die mit schönstem Erfolg dank der Unterstützung des Staates allenthalben betätigten Aufzuchtungen der Oblandereien im Frankenjura haben so stark gelitten, daß im kommenden Frühjahr ausgebelebte Kulturen, die bereits als „gelungen und komplett“ bezeichnet werden konnten, vollständig erneuert oder doch bis zu 80 % nachgebessert werden müssen. Im Nürnberger Reichswalde allein sind nach Angabe des Königl. Regierungs- und Forstrats Rott-Ansbach über 1000 ha Forstkulturen infolge Dürre abgestorben.

In Anbetracht der durch die Beschädigung unserer jungen Pflanzen infolge der 1911er Dürre bedingten großen Kulturaufgaben dürften die Vorschläge, welche der Kgl. Universitätsprofessor Dr. Endres (München) seinerzeit für die Wiederaufforstung der im Nürnberger Reichswalde infolge Kiefernspannerfraßes verursachten großen Kahlschlagflächen machte, von allgemeinem Interesse sein.

Die großenteils aus Keuper sand bestehenden fränkischen Waldgebiete sind von Haus aus arm an mineralischen Nährstoffen und zudem noch besonders erschöpft durch die intensive Streunutzung, ausgeübt auf Grund bestehender Rechte. Die Erziehung von Mischbeständen aus Laub- und Nadelholz läßt sich hier nicht durchführen, so wünschenswert dies zur Abmilderung der Insektengefahren wäre, — es bestätigt sich auch hier die Tatsache, daß diejenigen größeren Waldgebiete in Deutschland, die nach Lage der Verhältnisse mit Mischbeständen bestockt sein können, dieselben auch schon haben, und daß überall da, wo nur eine Holzart herrschend auftritt, ein natürlicher Grund für den Ausschluß der übrigen vorhanden ist.

Das Maß der Anteilnahme der einheimischen Laubhölzer bei der Begründung von Mischbeständen ist infolge der Bodenanprüche eng und bestimmt begrenzt. Die weitaus größten Teile der von der Dürre besonders heimgesuchten Waldflächen bleiben der Eiche und Buche und noch mehr den übrigen edlen Laubholzarten verspart. Dagegen kommen zwei bewährte Fremdlinge, die Weymouthskiefer und die Alazie, in Betracht. Beide Holzarten finden auf dem lockeren und warmen Sandboden des Reichswaldes sicheres Gedeihen, bieten den Vorteil, daß sie sich als Pflanzen sicher und mühelos in großen Mengen innerhalb zweier Jahre erziehen und versetzen lassen, und haben unter den Insekten so gut wie nicht zu leiden.

Die Weymouthskiefer wächst allerdings, wie die gemeine Kiefer auch, auf gutem Boden besser als auf schlechtem; aber sie leistet auf schlechtem Boden immer noch so viel, daß sie jede Konkurrenz mit anderen Holzarten aushalten kann, und bietet überdies den Vorteil raschen Jugendwachstums und absoluter Härte gegen

Frost und Hitze. Das Holz der jungen Weymouthskiefer ist allerdings schlecht; aber sobald der Baum ein Alter von ungefähr 60 Jahren erreicht hat, nimmt sein Harzgehalt rapid zu, so daß das „ausgewachsene“ Holz in der Holzindustrie überall geschätzt ist. Am Rhein erzielt das Holz den Preis aller anderen Nadelhölzer und wird namentlich wegen seines geringen Gewichtes vom Handel in starken Mengen begehrt. Außerdem kommt ihr noch der große Vorzug zu, daß sie durch den ungemein reichen Nadelabfall einerseits bodenverbessernd wirkt.

Noch mehr wie von der Weymouthskiefer kann man sich für die in Frage stehenden Gebiete von der Alazie versprechen. Dieser wertvolle Baum hat seitens der Forsteute noch lange nicht die Beachtung gefunden, welche er verdient. Man hat gegen ihn ein Vorurteil wegen der Dornen, überschätzt die Beschädigung der jüngeren Exemplare durch Hasen und hält ihn überhaupt nicht für würdig, unter die Zahl der Hochwaldsbäume aufgenommen zu werden. Die Alazie ist in Wirklichkeit eine der rentabelsten und dankbarsten Holzarten, die wir zur Verfügung haben. Sie beansprucht nur lockeren, tiefgründigen und warmen Boden. Der Gehalt des Bodens an mineralischen und organischen Nährstoffen kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Zudem nimmt die Alazie nicht bloß den Kohlenstoff, sondern auch den Stickstoff direkt aus der Luft auf und ist hierbei nicht bloß auf den Humusgehalt des Bodens angewiesen. Einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Vorteil bietet die Alazie mit Rücksicht auf die Pflanzen-erziehung. Man kann im Saatbeet jährlich ohne besondere Kosten und Mühen Millionen Pflänzlinge mit der größten Sicherheit erziehen. Diese Eigenschaft, die sie mit der Weymouthskiefer teilt, ist um so mehr im Auge zu behalten, als besonders die fränkischen Waldgebiete nun seit mehr als drei Jahrzehnten mit der Schüttelkrankheit der Kiefer zu kämpfen haben. Bringt man die Alazie als Jährlingspflanze ins Freie oder auf das Versuchungsbeet, so befindet sie sich um so wohler, je mehr man sie vom Gipfel her zurückschneidet. Es gibt keine Holzart, der in den ersten Jugendjahren die Schere mehr Bedürfnis ist als der Alazie. Je mehr sie beschnitten wird, um so kräftigere Triebe erzeugt sie. Dieses Verhalten erklärt sich zum Teil auch daraus, daß bei dem üppigen Wachstum, welches bis spät in den Herbst hinein währt, die oberen Gipfeltriebe nicht mehr genügend verholzen, somit unter der Winterfalte leiden und im folgenden Jahre nur mangelhaft arbeiten. Ihre Entfernung ist daher für den Baum eine Wohltat. Der Wuchs der Alazie in der Jugend ist bekanntlich ein sehr rascher; sie wirkt in Mischung mit anderen Holzarten als Treibholz und gibt bei ihrer lichten Belaubung nur wenig Schatten. Mit der Kiefer verträgt sie sich in Einzelmischung vorzüglich und hält den Untrieb derselben vollkommen aus. Das Holz der Alazie ist bekanntlich besonders wegen seiner Zähigkeit sehr geschätzt. Was nun das Mischungsverhältnis der beiden Holzarten mit der Kiefer anbelangt, so dürfte dasselbe etwa so zu regeln sein, daß ungefähr zwei Drittel der aufzuzüchtenden Fläche der Kiefer verbleiben und

ein Drittel der Weymouthskiefer und Kiefer eingeräumt würde. Die Weymouthskiefer könnte in größeren Forsten rein erzogen werden, die Kiefer aber nur in kleinen Gruppen rein

und in der Hauptsache in Einzelmischung mit der Kiefer.

Januar 1912.

3-n.

(Schluß folgt.)

Mitteilungen.

— **Aufgang der Aufforstungen in den bayerischen Privatforsten.** Da die Aufforstungen in den bayerischen Privatwäldungen geringer sind als die abgeholzte Fläche, und dieses Verhältnis von Jahr zu Jahr immer ungünstiger wird, so hat sich die bayerische Regierung veranlaßt, unterm 25. Januar eine Verfügung zu erlassen, durch welche die Forstbehörden angewiesen werden, den Privatwäldungen ihre erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und deren Pflege durch alle verfügbaren Mittel zu fördern. Insbesondere sollen die lokalen Forstbehörden durch Belehrung und förmlichen Rat die Waldbesitzer bei vorzunehmenden Aufforstungen nach Möglichkeit unterstützen und ihnen hierbei jede Hilfe angedeihen lassen.

— **Ankauf von Staatsforsten durch den Berliner Zweckverband.** Die Verhandlungen des Berliner Zweckverbandes mit dem Forstfiskus wegen Verkauf des Waldgürtels um Groß-Berlin sollen möglichst rasch nach Amtsantritt des neu gewählten Verbandsdirektors beginnen. Die Regierung hat das Material für die Verhandlungen bereits vorbereitet und ist geneigt, dem Zweckverbande möglichst entgegenzukommen. Diesem sollen im ganzen etwa 11 200 ha Staatsforsten zum Kauf angeboten werden, welche aus dem Grünwald, dem südlichen Teile des Tegeler Forstes (1763 ha) und der Oberförsterei Grünau-Zahme bestehen. 8000 ha werden dauernd als Wald bewirtschaftet, während der Rest zu Beweidungszwecken und gemeinnützigen Anlagen bestimmt ist. — Wie wir hören, ist jedoch bezüglich der obigen Verhandlungen in den beteiligten kommunalen Kreisen die Ansicht vertreten, daß dem Ankauf des Waldgürtels bedeutende Schwierigkeiten gegenüberstehen. Man ist vielfach der Meinung, daß die Summe, die der Forstfiskus für diese Wälder in Ansatz gebracht hat, viel zu hoch sei, zumal der Boden rings um Berlin vorwiegend nur geringwertiger Sandboden und mit schlechten Beständen besetzt ist. Da die forstwirtschaftliche Bewirtschaftung, namentlich des Grünwaldes, dem Zweckverbande bereits größere Gelbtausgaben auferlegen wird, so soll die Bedingung gestellt werden, daß der Zweckverband nur dann diese Forsten übernimmt, wenn der geordnete Preis in Übereinstimmung mit dem wirtschaftlichen Zustande der zum Verkauf gelangenden Forsten gebracht wird.

— **Wildschuß in den Staatsforsten Preussens 1910.** Durch Verwaltungsbeschluß sind im Etatsjahre 1910 im Bereiche der Staatsforstverwaltung erlegt worden an Elchen: 22 Hirsche und 21 Stück weibliches Wild, an Rotwild: 2167 Hirsche, 5292 Tiere und Kälber, an Damwild: 968 Hirsche, 2493 Tiere und Kälber, an Rehwild: 8917 Böcke, 8383 Hiden und Kälber; außerdem kamen zur Strecke 2046 Stück Schwarzwild, 150 Stück Auer-, 197 Stück Vork- und 194 Stück Haselwild, 2549 Fasanen, 5 Wildschweine, 54 329 Hasen, 3699 Rebhühner, 2 Moorhühner, 97 Enten, 4 Gänse und 22 Schnepfen. Insgesamt wurden an Hochwild, d. h. Rotwild, Damwild und Schwarzwild, mit Ausnahme der Elche in Ostpreußen, erlegt:

In den Regierungsbezirken	Stück	In den Regierungsbezirken	Stück
Königsberg . . .	170	Erfurt	135
Gumbinnen . . .	447	Schleswig	126
Allenstein . . .	197	Hannover	759
Danzig	34	Hildesheim	1110
Marienburg . . .	523	Münster	219
Potsdam	3362	Stade	1
Frankfurt	870	Osnabrück (m. Aurich)	3
Stettin	690	Minden (m. Münster)	91
Köslin	330	Arnberg	81
Stralsund	457	Kassel	651
Posen	213	Wiesbaden	110
Bromberg	102	Koblenz	117
Breslau	266	Düsseldorf	71
Liegnitz	49	Cöln	43
Oppeln	222	Trier	343
Magdeburg	1065	Aachen	237
Merseburg	472		

Zusammen 13 566
Hiernach waren die wildreichsten fünf Bezirke Potsdam (mit 3362 Stück oder 24,78 v. H.), Hildesheim (1110 oder 8,18 v. H.), Magdeburg (1065 oder 7,85 v. H.), Frankfurt (870 oder 6,41 v. H.) und Hannover (759 oder 5,59 v. H.); dagegen die fünf wildärmsten Liegnitz (mit 49 Stück), Cöln (43), Danzig (34), Osnabrück mit Aurich (3) und Stade (1). Der Bruttoertrag der Jagd bei der Staatsforstverwaltung belief sich auf 677 428,40 und der Nettoertrag auf 543 673,45 M. Von dem ersten entfielen 496 393,60 M. auf die Einnahme der Forstasse an erlegtem Wilde, während 181 034,80 M. durch Verpachtungen aufkommen sind.

Berichte.

Bericht über die 20. Versammlung des Pfälzischen Forstvereins.

Von Oberforstrat Gellingner.

Der Pfälzische Forstverein hat seine Jahresversammlung am 6. und 7. Oktober in Kaisers-

lautern abgehalten. Der bestehende Abzug gemäß wurde am ersten Tage ein Waldbegang ausgeführt, und zwar in das Forstgebiet des Königsberges bei Wolfstein, woselbst die bis Mitte des vorigen Jahrhunderts im Niederwald-

betriebe behandelten Gehänge nach und nach in Hochwald übergeführt wurden. Auf den flachgründigen Süd- und Südost-Hängen mit einer oberflächlich aufgelagerten Schicht von grobem Geschiebe und Grus wurden nach teilweisem Verlegen der Stodausschläge meist fehlgeschlagene Anbauversuche mit verschiedenen Holzarten gemacht, bis die gelungenen Versuche mit Tannen zur vorzugsweisen Verwendung dieser Holzart in Mischung mit Buchen, Eichen und Lärchen führten. Die Tanne hat sich unter den schwierigen Verhältnissen sehr gut bewährt, da sie mit ihren Wurzeln in die Spalten und Klüfte des Gesteins einbringt und auch bei einer schwachen Bodentonne sich seither befriedigend entwickelt, namentlich auch die Trockenheit des letzten Sommers gut überstanden hat. Zum Schutze gegen das nicht zahlreiche Rehwild genügt das Kalken. — Dieser bei bestem Wetter verlaufene Waldbegang hat die in einem Führer näher beschriebenen Waldbilder mit den verschiedenen Verjüngungsverfahren deutlich zur Anschauung gebracht und namentlich auch wegen der landschaftlichen Schönheit des besuchten Waldes allgemein sehr befriedigt.

Der zweite Tag war den Verhandlungen gewidmet, welche gegen 9½ Uhr von dem Vorsitzenden, I. Oberforstrat Eßlinger, eröffnet wurden. Von den zuerst besprochenen Vereinsangelegenheiten sei erwähnt, daß der Vorgenannte den seit fast 25 Jahren geführten Vorsitz niedergelegt hat und daß zu seinem Nachfolger der I. Forstrat Schleip, Vorstand des I. Forstamts Dürkheim, einstimmig gewählt wurde. Der abtretende Oberforstrat Eßlinger ist durch einstimmigen Ruf zum Ehrenvorsitzenden erklärt worden. Herr Regierungspräsident der Pfalz, Erzellenz von Reusser, hat seine bekannte forstfreundliche Gesinnung dadurch bewiesen, daß er den Verhandlungen bis zum Schluß beiwohnt hat. Der erste Beratungsgegenstand: „Wirtschaftliche Bedeutung der Weisstanne im Pfälzerwald mit besonderer Berücksichtigung des Porphyrgebietes“ wurde eingeleitet durch den I. Forstmeister Bindebold, Lambrecht, der früher in der Eigenschaft eines Forstamtsassessors die Wäldungen am Königsberge bewirtschaftet hat. Er schilderte in einem sehr sorgfältig ausgearbeiteten, fesselnden Vortrage die einleitend schon berührten Standort- und Bestockungsverhältnisse der Staatswäldungen am Königsberge, gab ein klares Bild der seitherigen wirtschaftlichen Behandlung mit Abgang vom Ausschlagwald zum Hochwald, wobei die Tanne für die besonders schwierig aufzuforstenden sonnenseitigen Geröllhalden sich besonders bewährt hat, nachdem die Anbauversuche mit Kaskien, Eichen, Ahorn, Schwarzkiefer und Fichte nur geringen Erfolg erzielten. Die Begründung der Tanne geschieht schon seit einigen Jahren ausschließlich durch Verjäten vierjähriger selbstgezogener, veredelter Pflänzlinge unter Beigabe von Buchen und Ausfüllen entstehender Lücken mit Lärchen und Eichen.

Als zweiter Berichterstatter brachte der I. Forstmeister Cramer, Schweigen, sehr bemerkenswerte Mitteilungen aus dem einzigen natürlichen Verbreitungsgebiet der Tanne in der

Pfalz, nämlich den Wäldungen der I. Forstämter Bergzabern und Schweigen. Die Tanne ist hier schon seit mehreren Generationen heimisch, der Zeitpunkt ihrer ersten Ansiedelung ist nicht bekannt. Sie nimmt in ihrer pfälzischen Heimat beiläufig 850 ha = 25 % der Gesamtwaldfläche in Staats- und Gemeindeforsten ein an reinen und gemischten Beständen. Im ganzen hat ihre Verbreitung etwas zugenommen. Sie bevorzugt die wärmeren, schattseitigen Ost-, Südost-, auch Nordost-Lagen, meidet ungeschützte Nordhänge, liebt frischen, tiefgründigen Boden, geht bis beiläufig 500 m Meereshöhe. Ein 125 jähriger Tannenbestand von gutem Wuchs und mäßigem Schluß enthält nach spezieller Aufnahme auf 1 ha, für Vollschluß berechnet, 865 fm, während Kiefernbestände in gleicher Lage und von ähnlichem Alter nicht über durchschnittlich 400 fm hinauskommen. Nugholzprozent der Tanne 85 % (beeinträchtigt durch Faulholz und Krebsbäume). Die Einheitsstärken stehen für die höheren Lang- und Blochholzklassen bis 20 % unter denjenigen der Kiefer. Am meisten begeht sind schwächere Bauhölzer und Kleinnughölzer, wenig gefragt starke Blochhölzer.

Die Verjüngung der reinen Tannenbestände kann mit bestem Erfolge durch vorsichtigen Femelschlag durchgeführt werden, diejenige der gemischten Bestände (Kiefern) durch kombiniertes Verfahren, Femelschlag mit Kahlhaumschlag. Schließlich erwähnte Redner die forststädtische und namentlich für den Luftkurort Bergzabern.

Dem dritten Berichterstatter, I. Forstmeister Schröder, Bergzabern, war die Aufgabe zugewiesen, das Auftreten der Tanne in dem Pfälzerwald näher zu schildern. Da er leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde aus seinem eingehenden, auf dem Besuche verschiedener Forstämter aufgebauten Berichte das Wichtigste bekannt gegeben. Zunächst wurde erwähnt, daß die Tanne in dem eigentlichen Pfälzerwald auf Buntfandstein erst vor beiläufig 100 Jahren sehr vereinzelt, dann seit etwa 40 Jahren vermehrten Eingang gefunden habe. Letzteres hauptsächlich durch Einmischung kleiner, aber zahlreicher Gruppen und Horste in die Buchenverjüngungen. Die Begründung größerer reiner Tannenbestände wird mit Rücksicht auf die Standortverhältnisse des Pfälzerwaldes nicht empfohlen, dagegen vermehrter Anbau der Tanne in matten Buchenbeständen, auf den östlichen, südoestlichen, auch nordöstlichen Gehängen mit frischen Böden. Als Begründungsart hat bisher die Pflanzung mehr Verwendung gefunden als die Saat, die übrigens auch schon günstige Erfolge gebracht hat. Zum Schutz gegen Rehverbiss wird Kalken sehr empfohlen. Am besten ablesbar sind die Bauhölzer, während stärkere Blochhölzer weniger zugängig sind.

Die hier nur skizzenhaft wiedergegebenen Referate haben eine Fülle von Material gebracht, so daß die Besprechung verhältnismäßig kurz verließ. Erwähnt sei, daß Regierungsdirektor Dr. Wappes zunächst Bezug nahm auf die

frühere Verhandlung der Frage in der Versammlung des Pfälzischen Forstvereins zu Bergzabern 1895 und auf die hieran sich anschließende literarische Behandlung der Sache durch ihn selbst und Forstmeister Weinkauff, Speyer. In längeren Ausführungen beipricht Redner dann hauptsächlich zwei Punkte, und zwar die Standortsansprüche der Tanne und die Art der Einbringung. Hinsichtlich der ersteren Frage hält er an seiner früheren Auffassung fest, daß die Tanne im Pfälzerwalde auch noch auf mittleren Buchenböden gedeiht, weshalb eine wesentliche Erweiterung des Anbaues auf diesen Standorten angezeigt sei, um an Stelle mattrückiger Buchenbestände hochwertige Nischbestände bringen zu können.

Hinsichtlich des Anbaues empfiehlt Dr. Wappes ausgedehnte Versuche mit Übersaat ohne Bodenbearbeitung auf größeren, lediglich durch hinreichende Lichtung zur Gaze gebrachten Beständen. Einzelne Punkte fanden noch durch andere Redner eine weitere Beleuchtung.

Hieran reihte sich ein sehr interessanter Vortrag des früher lange Jahre in der forstlich-botanischen Versuchsanstalt in München verwendeten, jetzt im praktischen Forstdienste stehenden f. Forstamts-assessors Dr. Münch, Eßfeldwald, über Wipfelbürre an Eichen.

Der seither ziemlich allgemein anerkannten Anschauung, daß die Wipfelbürre der Eichen durch Wässermangel infolge starker Klebastbildung bei plötzlicher Freistellung, namentlich bei gleichzeitigem Bodentückgang, erfolge, tritt Münch auf Grund sorgfältiger Beobachtungen und Versuche mit der Behauptung entgegen, daß die bewußte Ercheinung meist durch einen zu den Ascomyceten gehörenden Pilz erzeugt werde. Es werden nämlich nicht allein rasch freigestellte, sondern auch sonstige Eichen, unabhängig von Alter, Wuchs, Schluß, Lage, Bestandes- und Bodenverfassung, befallen. Der Pilz hat seit dem Dürrejahre 1904 größere Verbreitung erlangt. Das Mycel tötet die Rinde in geringer Ausdehnung, wächst dann im Holzkörper weiter, und es stirbt bei gehäuftem oder ausgedehntem Auftreten der Infektion der befallene Ast ab.

Der Vortragende zeigte an verschiedenen Holzfunden natürlich entstandene sowie durch künstliche Infektionen erzeugte Pilzwucherungen. Die Forstungen über diesen neuen Feind sind noch nicht abgeschlossen, und darf man den in Aussicht gestellten späteren Veröffentlichungen mit Spannung entgegensehen.

Es folgte dann ein Bericht des f. Forstamts-assessors Künkele, Langenberg, über die Trocknissschäden des Jahres 1911 auf Grund von ausführlichen, durch die f. Forstämter der Pfalz beantworteten, vom Vereinsvorsitzenden hinausgegebenen Fragebogen. Redner erwähnte einleitend an Hand von graphischen Darstellungen die hohen Wärmegrade der Trockenzeit vom Juli ab, die außergewöhnlich geringen Niederschläge und das Vorherrschen des austrocknenden Nordostwindes.

Nach den forstamtlichen Angaben haben am meisten gelitten japanische Lärche, Buche, Eiche, Fichte und Douglasstanne, vielerorts auch Kiefer.

Verhältnismäßig sehr gut haben sich gehalten die ein- und zweijährigen Kiefernplantagen in bearbeiteten Riesen, am schlimmsten heimge sucht sind die vier- bis siebenjährigen Kiefernplantagen. Leichter Schutz der Kulturen durch lichtstehende Jarnträuter, hohes, lockeres Gras hat sich wohltätig erwiesen, dagegen zeigte sich dichter, kurzer Graswuchs und dichte Heide sehr schädlich. Lehmige Böden verhielten sich günstiger als lockere Sand- und ganz strenge Tonböden, letztere namentlich beim Wosliegen. Flachgründigkeit war nachteilig, ebenso zeigten früher (1910) unter Wasser gestandene Böden (Rheinebene) besonders viele Abgänge, selbst an älteren Bäumen. Seitenschutz auf kleineren Flächen erwies sich wohltätig, namentlich solcher durch südlich vorgelagerte Bestände, während Schlagwände auf Ost- und Nordseiten durch Rückstrahlung schädigend wirkten. Gleichmäßiger Schutzbestand, besonders solcher durch Kiefern, hat geschadet, wohl durch Wärmeaufnahme, durch filtrierende Wirkung der Wurzeln älterer Bäume, Abfangen der kapillaren Feuchtigkeit usw. Klemmpflanzungen haben sich im ganzen besser gehalten als Wallenpflanzungen.

Die Trocknissschäden 1911 stellen ein waldbauliches Ereignis erster Ordnung dar.

Nach einer vorläufigen Schätzung der f. Forstämter sind 86 ha im Staatswald und 97 ha in Gemeindewaldungen völlig oder über die Hälfte abgestorben, 307 bzw. 319 ha sind so geschädigt, daß sie nachgebessert werden müssen.

Der Gesamtsschaden wird einstweilen und wohl entschieden zu niedrig veranschlagt an Freikulturen und Pflanzgärten für Staats- und Gemeindewaldungen auf rund 170 000 M. Auffallend ist die Zunahme der Waldbrände. Während im Durchschnitt der letzten zehn Jahre in den Staatswaldungen in den Monaten Juli bis September sieben Brandfälle mit durchschnittlich 1300 M Schaden sich ereigneten, trafen im Jahre 1911 für die gleiche Zeit 49 Brandfälle mit 16 000 M Schaden ein. Völligst. Aus den Gemeindewaldungen sind heuer 47 Brandfälle mit etwa 15 000 M Schaden gemeldet.

In der folgenden Besprechung hob Regierungsdirektor Dr. Wappes die Tatsache hervor, daß der „bescheidene“ Buntfandsteinboden der Pfalz sich bei der außerordentlichen Hitze überraschend gut gehalten und hauptsächlich nur bei starker Heidevegetation ungünstige Einwirkung gezeigt habe, deshalb Kampf gegen die Heide! Möglichst Entfernung schon bei der Kultur und, wenn erforderlich, Wiederholung.

Zum Schluß zeigte der f. Forstmeister Bell, Sondernheim, zwei Stedlingspflanzen einer von ihm neu eingeführten Pappelart (*Populus robusta* Schneider) vor, die in den Pflanzgärten von Gebr. Simon-Louis in Gantières bei Metz aus *P. Eugerii* und *P. angulata* (eine Balsampappel) gezogen ist. Diese schon seit einigen Jahren in Sondernheim angepflanzte und dabelst sehr gut gedeihende Pappel zeichnet sich durch hervorragende Reichwüchsigkeit, Frosthärte und zartes Holz sehr vorteilhaft aus. Von den beiden ohne Auswahl entnommenen Pflanzen mißt die einjährige 2,20 m, die zweijährige 4,20 m bei reich-

licher Wurzelbildung. Es läßt sich diese Vappel durch Auskeden der Stedhölzer in vorbereitete Pflanzlöcher unmittelbar ins Freie anbauen, ohne daß vorher eine Verschulung stattgefunden hat.

Für die nächste Versammlung soll ein Waldbesuch außerhalb der Pfalz in ein Weistannen-

gebiet ausgeführt werden, dessen Auswahl dem Ausschusse überlassen bleibt.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft, und schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung unter dem wiederholten Ausdruck des Dankes für alle Mitglieder, die sich um das gute Gelingen bemüht hatten.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Schließung von Bezirken für die Notierung forstverorgungsberechtigter Anwärter.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
J. Nr. III 13392/11.

Berlin W 9, 29. Februar 1912.

Auf Grund des § 29 Absatz 2 der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Königlichen Forstschutzbienste vom 1. Oktober 1905 werden für die Regierungsbezirke **Gumbinnen, Breslau, Schleswig, Hildesheim, Köln**, sowie für den Bezirk der **Hofkammer der Königlichen Familiengüter** neue Notierungen forstverorgungsberechtigter Anwärter bis auf weiteres derart ausgeschlossen, daß für diese Bezirke nur Meldungen solcher Anwärter angenommen werden, die bei Ausstellung des Forstverorgungsscheins mindestens 2 Jahre im Forstschutzbienste dieser Bezirke beschäftigt sind (vorzugsberechtigte Anwärter).

Vorstehende Verfügung ist durch das dortige Amtsblatt bekanntzumachen.

J. A.: S c h e d e.

An sämtliche Königlichen Regierungen.

Berechnung der Erträge von Wiesen- und Moormeliorationen.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 13623/11

Berlin W 9, 16. Februar 1912.

Die durch Erlaß vom 7. April 1911 — III 12 247/10 — angeordnete Schlußberechnung zur Ermittlung der Verzinsung des zu den Meliorationen aufgewendeten Kapitals gibt nur bei demjenigen Flächen ein richtiges Ergebnis, die früher überhaupt keinen Ertrag gebracht haben, während bei allen anderen die der Prozentberechnung zugrunde liegende „Nettoeinnahme“ um den Ertrag der Flächen vor der Melioration zu hoch ist.

Um daher für alle Flächen ein richtiges Bild der durch die Melioration erreichten Verzinsung zu erhalten, ist in Zukunft am Schluß der Nachweisung anzugeben:

1. Durchschnittlicher Jahresreinertrag der Flächen vor der Melioration;
2. Kosten der ersten Anlage;
3. Betriebskosten im abgelaufenen Jahre;
4. Gesamteinnahme;
5. Reineinnahme (Nr. 4 — Nr. 3);

6. Mehreinnahme durch die Melioration (Nr. 5 — Nr. 1).

Aus der letzten Zahl ist in Prozenten die Verzinsung des Meliorationskapitals (Nr. 2) herzuleiten.
J. A.: S c h e d e.

An die Königlichen Regierungen in Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Frankfurt a. O., Stettin, Köslin, Stralsund, Posen, Bromberg, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Merseburg und Lüneburg.

Titelveränderungen im Etat der Forstverwaltung.

Allgemeine Verfügung Nr. 3 für 1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 1826.

Berlin W 9, 17. Februar 1912.

Im Staatshaushaltsetat für das Etatsjahr 1912 sind der allgemeinen Verfügung vom 15. Mai 1911 — III 4922 M. f. L. / I 7299 F. M. — entsprechend die vermischten Ausgaben, die bisher, je nachdem Löhne bei ihnen vorkamen oder nicht, getrennt waren, zu einem Titel vereinigt worden.

Dieser Titel lautet nunmehr:

„Holzverkaufs- und Bepflanzungskosten, Vorflutkosten, Projektkosten, Druckkosten und andere vermischte Ausgaben, darunter nicht abgeloste Postporto- und Gebührenbeträge mit Einschluß von Fernsprech-, Telegramm- und sonstigen Frachgebühren für dienstliche Sendungen.“

Der Titel 28 a ist in Fortfall gekommen.

Die „Umzugskosten“ sind fortan unter Titel 29, die Kosten für die „Vertilgung schädlicher Tiere im Forstwirtschaftsjahre“ unter Titel 30 und die „Holzverkaufs- usw. Kosten und andere vermischte Ausgaben“ unter Titel 31 zu verrechnen.

Die Ausgaben des bisherigen Titels 31 sind für die Zeit vom 1. Oktober 1911 bis zum 31. März, 1912 unter dem neuen Titel 31 nachzuweisen. Für die Folge sind die Ausgaben des Titels 31 sämtlich nach dem Etatsjahre zu verrechnen.

Kapitel 2 Titel 2 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben hat folgenden Wortlaut erhalten:

„Ankauf und erste Einrichtung von Grundstücken zu den Forsten, Vorbereitung und Ausführung des Verkaufes von Forstgrundstücken, deren Veräußerung beabsichtigt ist, z. B. Herstellung der nötigen Straßen, Beleuchtungs-, Entwässerungs- usw. Anlagen sowie deren laufende Unterhaltung und Benutzung.“

Vorstehende Änderungen sind in den Kassenchüchern und Rechnungen zu beachten.

J. A.: S c h e d e.

An sämtliche Königlichen Regierungen und an die Ministerial-Militär- und Baukommission.

Aufstellung einzelner Bezirke für die Kotierung forstverorgungsberechtigter Anwärter.

Ministerium für Elsaß-Lothringen.
Abteilung für Finanzen, Handel und Domänen.
Straßburg, den 26. Februar 1912.

Auf Grund des § 29 Ziffer 2 der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Forstschußdienst vom 1. Juni 1906 ist angeordnet worden, daß der Bezirk **Ober-Elsaß** für die Kotierung der Forstverorgungsberechtigten bis auf weiteres geschlossen bleibt.

Universität Tübingen.

Vorlesungen und Übungen im Sommersemester 1912.

Beginn 15. April, Schluß 14. August 1912.

Bähler: Forstpolitik mit Übungen. Leitung selbständiger Arbeiten in der Versuchsanstalt. Exkursionen und Übungen.

Wagner: Forsteinrichtung II (praktische Forsteinrichtung). Forstliches Transportwesen (mit Waldwegebau). Übungen in Forsteinrichtung (mit Exkursionen). Exkursion.

Kurz: Forstvermessung mit Übungen.

Hegler: Strafrecht und Strafprozeß für Studierende der Forstwissenschaft.

Paschen: Experimentalphysik. Physikalische Übungen für Anfänger.

Wislicenus: Organische Chemie. Praktische Übungen im Laboratorium.

Magnus: Einführung in die höhere Mathematik.

Koten: Geologie und Bodengestaltung von Württemberg, mit Exkursion. Versteinerungskunde. Mineralogische, geologische und paläontologische Übungen.

Lang: Petrographisches Praktikum.

v. Böcking: Systematik der Phanerogamen und Experimental-Physiologie. Mikroskopischer Kursus. Botanische Exkursion.

Winkler: Spezielle Besprechung der forstlichen Kulturpflanzen.

Lehmann: Übungen in Pflanzenbestimmung.

Blochmann: Zoologische Übungen.

Jordan: Die Ernährung der Tiere.

Martini: Forstschuß (zoologischer Teil). Übungen dazu. Übungen zur Einführung in die heimische Tierwelt.

Verschiedenes.

— **Entschädigung für Waldbrände.** In den an den Truppenübungsplatz Birsch angrenzenden forstlichen Forsten sind im vergangenen Sommer durch das Scharschießen der Artillerie einige größere Waldbrände entstanden. Der hierdurch verursachte Schaden ist auf 20 000 M. berechnet und nunmehr von der Militärverwaltung an den Forstfiskus gezahlt worden.

— **Beitrag zur Holzverwertung.** Das dem Walde entnommene Material muß nicht nur so zubereitet werden, daß es der wertvollsten Verwendung fähig ist, sondern es gilt auch, es möglichst gut zu verkaufen. Nur beiläufig soll hier erwähnt werden, daß durch die Kellame auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens viel erreicht wird, daß man große Summen hierauf verwendet, die sich aber, wie die Erfahrung lehrt, stets gut verzinsen. Wir können hier von Handel und Industrie lernen, und es wäre nicht richtig, wenn wir unser Licht unter den Scheffel stellen wollten. Haben wir wirkliche Marktware, so gilt es auch, sie als solche bekanntzugeben, und es nicht aus falscher Sparsamkeit an Bekanntmachungen sparen zu lassen. Wird ein einziger Käufer mehr herangezogen, so kann bisweilen hierdurch unser ganzer Absatz dauernd gewinnen. Die Verwertung selbst findet meist in öffentlicher Versteigerung statt, wobei jeder Erziehungene Gelegenheit zum Bieten hat. Im Aufgebot oder Abgebot wird hier das Material verwertet. Sehr gut bewährt hat sich die Gewährung einer längeren Zahlungsfrist von mindestens einigen Monaten, wenn entsprechende Bürgschaft, eventuell durch ein sicheres

Bankhaus, gebracht wird. Bei einiger Vorsicht wird der Verkäufer nur selten einen Verlust zu beklagen haben, während andererseits dem Steigerer große Vorteile erwachsen, da er seinen Kredit ausnützen und sein Geschäft entsprechend erweitern kann. Sehr zu empfehlen sind die Vorverkäufe für solche Sortimente, nach denen öfters wenig Nachfrage besteht, wie z. B. Schwellen- und Grubenhölzer. Ist das Material schon vorbereitet, so muß es zugeschlagen werden, oft schon für recht unbefriedigende Preise. Beim Vorverkauf ist solches nicht zu befürchten, denn man hat es in der Hand, den Fieb eventuell ganz ausfallen zu lassen.

Sind die Gebote hierbei nach Einheitsätzen, vielleicht in Prozenten der Lage, abgegeben, so räumt man dem Käufer das Recht ein, seine Wünsche für die Längen zc. zum Ausdruck zu bringen, auch kann man ihm für die Zeit der Abnahme Entgegenkommen zeigen, so daß ihm hieraus viele Vorteile erwachsen. Diese Kaufmethode ist daher sehr beliebt. Sehr geteilt sind die Ansichten über die Verwertung nach schriftlichem, verschlossenem Angebote. Die Waldbesitzer müssen hin und wieder dazu greifen, wenn sie ihre Ware anders nicht entsprechend verwerten können, sie wohl gar schon vergeblich in öffentlichem Termine ausgebaut hatten. Einzelne Holzhändler lieben dieses Verfahren, bei dem man annehmen kann, daß der wirkliche reelle Wert geboten wird, weil sie ohne jede Rücksichtnahme auf ihre Konkurrenten die Offerte einlegen können. Andererseits aber entgeht ihnen oft ein Los, auf das sie fest zählten, weil ein anderer einen ganz geringen Betrag mehr bot und nun

den Zuschlag erhielt. Auf diese Weise werden viele Geschäfte geschädigt, und sollte dieser Verkaufsmodus nur eine Ausnahme bilden. Viel zu wenig wird der freihändige Verkauf angewendet, der für alle Teile nur die größten Vorteile bringt. Oft werden besondere Ansprüche erhoben für ausgesuchte, seltener angebotene Ware, und so lassen sich dann hierfür ganz hervorragende Preise erzielen. Allerdings muß dem Beamten volles Vertrauen entgegengebracht werden, und muß man wissen, daß hierbei keine Begünstigungen einzelner Geschäfte vorkommen. An Reid und Verdächtigungen wird es ja auch hierbei nicht fehlen, und doch kann man bei unparteiischer Behandlung diese Methode der Bewertung nur auf das wärmste empfehlen, und wäre es zu wünschen, daß nach dieser Richtung hin jeder Beamte den Interessen der Holzhändler, vor allem denen des Revieres, möglichst entgegenkommt.

H. r.

Holzmarkt.

— Der Bedarf Deutschlands an ausländischem Holz im Jahre 1911. Da die deutschen Wälder den Bedarf des eigenen Landes an Holz nicht zu decken vermögen, so ist ein großer Teil unserer Holzindustrie genötigt, das für ihre Betriebe erforderliche Material aus dem Auslande zu beziehen. Wie die „Monatlichen Nachweisungen über den auswärtigen Handel Deutschlands“ zeigen, ist die Einfuhr fremden Holzes nach Deutschland eine recht beträchtliche, unterliegt allerdings den Schwankungen des Holzmarktes, dessen Festigkeit sich wiederum nach der wirtschaftlichen Lage richtet. So war z. B. das Jahr 1907 für die Holzeinfuhr ein besonders günstiges, indem die in diesem Jahre nach Deutschland eingeführte Holzmenge 7 542 300 t betrug. In den folgenden Jahren wurde diese Ziffer infolge schlechterer Zeiten nicht mehr erreicht, erst das Jahr 1911, das allgemein einen wirtschaftlichen Aufschwung brachte, näherte sich mit 7 201 800 t Gesamteinfuhr der 1907 eingeführten Holzmenge. Nach den statistischen Angaben betrug die Holzeinfuhr:

Sortiment	1911	1910	1907
	1000 t		
Rundholz, hart . . .	245,5	226,0	270,7
„ weich . . .	3135,8	2889,9	3394,8
Grubenholz . . .	242,3	206,6	160,8
Verdichtenes Holz, hart . . .	44,8	44,9	49,1
„ weich . . .	36,4	37,0	39,1
Schwellen, hart . . .	18,1	15,8	52,9
„ weich . . .	185,1	149,9	881,2
Gefälgtes Holz, hart . . .	80,1	96,7	114,7
„ weich . . .	1972,2	1850,1	1874,0
Fachholz . . .	42,7	37,9	45,8
Papierholz . . .	771,9	969,3	745,1
Ercoten . . .	57,9	57,0	63,1
Gesamteinfuhr	7201,8	6982,6	7542,3

Die Holzausfuhr betrug dagegen:

Sortiment	1911	1910	1907
	1000 t		
Rohholz . . .	204,5	197,2	
Gefälgtes Holz . . .	7,8	10,2	
Gefälgtes . . .	89,7	103,4	
Schwellen . . .	57,4	63,6	
Fachholz . . .	5,1	5,8	
Papierholz . . .	44,9	33,0	
Ercoten . . .	8,9	8,8	
Gesamtausfuhr	413,3	417,0	346,0
Bird nun diese Gesamtausfuhr von der Gesamteinfuhr in Abzug gebracht, so ergibt sich eine Mehreinfuhr von:	6788,5	6565,6	7196,3

Rechnet man die vorstehenden Tonnenwerte in Festmeter um, so entspricht die Einfuhr an:

Sortiment	im Jahre	
	1911 fm	1910 fm
Rundholz . . .	5510 000	5077 000
Grubenholz . . .	565 000	533 000
Verdichtenes Holz . . .	931 000	967 000
Schwellen . . .	496 000	400 000
Gefälgtes Holz . . .	5234 000	4911 000
Fachholz . . .	107 000	96 000
Papierholz . . .	1544 000	1938 000
Ercoten . . .	104 500	103 000
	14511 000	14045 000

Die Beteiligung der einzelnen Länder an der enormen Holzeinfuhr im Jahre 1911 ist aus nachstehender Tabelle zu ersehen:

Sortiment	Rußland	Finland	Österreich-Ungarn	Skandinavien	Vereinigte Staaten	Rumänien	Außer-europäisches Holz
	Festmeter						
Rundholz . . .	3135 000	—	2153 000	—	86 000	—	—
Grubenholz . . .	3720 000	—	183 000	—	—	—	—
Verdichtenes Holz . . .	451 000	127 000	125 000	157 000	38 000	—	—
Schwellen . . .	469 000	—	86 000	—	—	—	—
Gefälgtes Holz . . .	1264 000	726 000	871 000	1212 000	855 000	235 000	—
Fachholz . . .	36 000	—	22 000	—	48 000	—	—
Papierholz . . .	1163 000	13 000	397 000	—	—	—	—
Ercoten . . .	—	—	—	—	—	—	104 000
	6830 000	866 000	3811 000	1369 000	1027 000	235 000	104 000

Bis zum Jahre 1905 stand Österreich-Ungarn unter den nach Deutschland Holz einführenden Ländern an erster Stelle, ist in diesem Jahre aber von Rußland überholt und seither auch von diesem verdrängt worden. Rußland führt im Jahre 1911 fast die Hälfte der Gesamteinfuhr nach Deutschland ein, während Österreich dauernd

zurückbleibt. Der Grund hierfür mag wohl in den verbesserten Abnahmeverhältnissen nach dem Balkan, dem Orient und den Mittelmeerländern zu suchen sein. Auffallend ist es ferner, daß auch Rußland in gefälgtem Material seit 1909 eine weit stärkere Einfuhr als Österreich zu verzeichnen hat; ersteres schied uns jetzt, wie die vorstehenden

Zahlen beweisen, das meiste Schnittmaterial. Ferner sind im Jahre 1911 nach Deutschland eingeführt worden:

Korbweiden, Faschinen	1 230 t
Reisenstäbe	2 295 t
Holzmehl und Holzwalze	5 192 t
Brennholz, Zapfen von Nadelhölzern, Gerblohe, Lohstücken	97 099 t
Holzlohlen und Holzlohlenbretts	17 375 t

Nach den in den „Monatlichen Nachweisungen“ enthaltenen Berechnungen beläuft sich der Wert aller im Jahre 1910 eingeführten Forstzeugnisse auf 711 604 000 *M.* Für das Jahr 1911 sind erst vorläufige Zahlen angegeben, welche den Wert der obigen Erzeugnisse auf 717 793 000 *M.* feststellen. Im Jahre 1900 wurde die Erzeugung an Kuchholz in Deutschland zu 20 Millionen Festmetern angegeben, heute ist sie jedenfalls schon erheblich größer. Rechnet man hierzu noch die Kuchholzeinfuhr aus dem Auslande mit 15 Millionen Festmetern, so ergibt sich ein jährlicher Verbrauch an Kuchholz in Deutschland von mindestens 36 Millionen Festmetern.

— **Stärkere Ausfuhr sibirischen Holzes nach Europa.** In Sibirien befinden sich sehr große, mit wertvollem Holze bestockte Wälder, deren lohnende Verwertung bisher noch nicht möglich gewesen ist. Obgleich wiederholt von großen Holzportfirmen der Versuch unternommen wurde, sibirisches Holz nach fremden Ländern auszuführen, so scheinen diese Bestrebungen sich nicht genügend rentiert zu haben, denn die ausgeführten Holzmenngen waren im Verhältnis zum Holzreichtum des Landes nur äußerst geringe. Erst in letzter Zeit ist hierin ein Wandel eingetreten, der sich wohl auf das allgemeine Steigen der Holzpreise zurückführen läßt. Ein deutscher Konsularbericht aus Wladiwostok berichtet hierüber folgendes: Die Holzgroßhändler in Wladiwostok arbeiten mit allem Eifer daran, die sibirischen Waldbestände auch auf den europäischen Markt abzuheben, da die Versuche gezeigt haben, daß das Holz auch dort als unbedingt brauchbar angesehen wird. Dies beweist die Nachfrage solcher Firmen nach sibirischem Holz, die bisher nur mit kanadischem und amerikanischem Holz gearbeitet haben. Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß zwischen den amerikanischen und sibirischen Verhältnissen ein großer Unterschied besteht; der sibirische Holzhandeler kann ohne Risiko für sich keine bestimmten Verträge abschließen, wie es in Kanada, Amerika oder Finnland gemacht wird, da er keine Garantie hat, daß das Holz zur bestimmten Zeit an Bord der Schiffe auch geliefert wird. Bekanntlich sind die Wege und auch die Arbeitsverhältnisse in Sibirien sehr schlecht, die Werbungs- und Transportkosten daher auch sehr schwankend. Deshalb können die dortigen Holzhandeler, ungeachtet der guten Finanzierung einzelner Unternehmungen, noch nicht regelrecht für den europäischen Markt arbeiten. Durch die gesteigerte Nachfrage sind natürlich die Preise auch für die geringeren Holz-

sortimente derart gestiegen, daß sie es ermöglichen, die für den mandchural sehr weiten und beschwerlichen Transport nach Wladiwostok, dem Verschiffungshafen, entstehenden Kosten zu decken. Der Wert der Ausfuhr für das Gebiet von Wladiwostok ist durch frühere Sendungen vollkommen bewiesen, ein Nutzen ist aber nur bei Garantie einer bestimmten Lieferzeit und vorheriger Vereinbarung eines bestimmten Preises möglich. Die sibirischen Holzhandeler haben dieses nun auch eingesehen und sich überzeugt, daß ihre bisher angewandten Methoden den wachsenden Anforderungen nicht mehr genügen. Um nun wenigstens eine feste Lieferzeit in Zukunft innehalten und diese auch vertragsmäßig festlegen zu können, beabsichtigt das Holzhändlerkomitee in Wladiwostok die Errichtung von großen Holzlagern, in denen das Holz zeitig angesammelt und sortiert werden kann. Da der Hafen von Wladiwostok keinen Raum zur Errichtung eines Holzlagers aufweist und auch in der Stadt selbst hierfür geeignete Plätze, die durch eine Bahn mit dem Hafen verbunden werden könnten, nicht vorhanden sind, so ist eine der südlichen Buchten der Halbinsel Murajeff Amurzi, unweit von Wladiwostok, als der geeignetste Ort zur Anlage einer großen Holzablage bezeichnet worden. Dieses Lager ließe sich dann bequem mit einer Bahn verbinden, und da die Bucht geschlossen ist, so könnte ein Verladen des Holzes in jeder Jahreszeit erfolgen. Wird dieser Plan ausgeführt, so ist zu erwarten, daß sich die Ausfuhr von sibirischem Holz nach Europa bedeutend heben wird, weshalb auch in letzter Zeit größere Ankäufe von Walbungen seitens Privater zu verzeichnen sind. Die gezahlten Preise richten sich je nach Lage des Waldes und der Qualität des darauf stehenden Holzes, überschreiten aber fast durchweg die aufgestellte Tare.

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 5. März 1912. Rotwild 0,55 bis 0,58, Damwild 0,50 bis 0,60, Schwarzwild 0,43 bis 0,55, Ferkel 0,65 bis 0,70 *M.* das Pfund, Kaninchen 0,60 bis 1,00, Stockenten 1,40 bis 1,70, Fasanenhähne 1,50 bis 3,00, Fasanenhennen 1,50 bis 2,00, Waldchneepfen 1,75 bis 2,00 *M.* das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung

Plan. Forstausseher zu Gr. Pulkowa, Oberförsterei Golan, ist nach Zadenitz, Oberförsterei Kieberg, Regbz. Marienwerder, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Zusler. Feldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 11. in nach Gensersbach, Oberförsterei Altenkirchen, Regbz. Coblenz, einberufen.

Burkhardt. Begeleiter zu Mernes, Oberförsterei Purohof, in die Kornevulle Salzmünster, Oberförsterei Salzmünster, Regbz. Cassel, vom 1. April d. Js. ab abberufen.

Engel. Feldwebel zu Kemnitz, Oberförsterei Kemnitz, in nach der Oberförsterei Thorn, Regbz. Marienwerder, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Flad, Forsthausseher zu Riesweiler, Oberförsterei Riesweiler, ist nach der Oberförsterei Hohenmühl, Regbz. Marientwerder, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Großmann, Förster o. N. zu Grevelin, Oberförsterei Hedenfeld, ist nach Dümmünde, Oberförsterei Neuendorf, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. Js. ab verlegt.

Schleserich, Forsthilfsaufseher zu Kirschendorf, Oberförsterei Golpin, ist nach Watterhausen, Oberförsterei Jünna, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. Js. ab verlegt.

Spitzenberg, Regemeister zu Geddrungen, Oberförsterei Erfurt, Regbz. Erfurt, ist zum Revierförster ernannt und ihm die durch Umwandlung der Försterei Hedenfeld zu bildende Revierförsterei, vorbehaltlich der Genehmigung des Staatshaushaltsrats für 1912 vom 1. April d. Js. ab endgültig übertragen.

Flad, Förster o. N. zu Heibriede, Oberförsterei Potsdam, ist nach Kirschendorf, Oberförsterei Golpin, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. Js. ab verlegt.

Witz, Forsthausseher zu Rehberg, Oberförsterei Pantenburg, ist nach der Oberförsterei Gildon, Regbz. Marientwerder, vom 1. April d. Js. ab verlegt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtpreussischen Orden wurde erteilt:

Schönisch, Rürstlich Stobberg-Kloßlascher Kammer- und Forstrat in Koblitz, Regbz. Merseburg, für das Rürstlich Preussische Ehrenkreuz 2. Klasse.

Reisberg, Förster zu Gutesborn, Kreis Hoverswerda, Regbz. Rügenitz, für das Königlich Sächsische Ehrenkreuz.

Wangelsen, Herzoglich Mecklenburg-Güstrow'scher Förster zu Kontenlund, Kreis Gdermünde, Regbz. Schleswig, für das Ehrenkreuz 1. Klasse des Großherzoglich Mecklenburgischen Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Albert, Assessor an der Regierungsförstammer in Neuburg, ist nach Erlang verlegt.

Dr. Brackel, vorm. Assessor von Schernfeld, ist nach Roding reaktiviert.

Großmann, Forstmeister zu Breitenthal, ist nach Rosenheim verlegt.

Reiswig, Assessor zu Anzing, ist nach Mantel verlegt.

Reisfeld, Forstmeister zu Weidenhall-Nord, ist auf ein Jahr pensioniert.

Rehling, Assessor zu Roding, ist an die Regierungsförstammer in München verlegt.

Yark, Assessor zu Erlang, ist zum Forstmeister in Breitenthal beiderseit.

Regenbogen, Praktikant von Babenhäusen, ist zum Assessor an der Regierungsförstammer in Neuburg ernannt.

Wierling, Assessor zu Mantel, ist zum Forstmeister in Remmuth befördert.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Sunger ist als Waldwarter auf Weißiger Revier angestellt.

Großherzogtum Baden.

Gemeinde- und Privatdienst.

Reisfeld, Rürstlich Fürstenbergischer Oberförster zu Bachzimmern, ist der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Dahlburg, Stationsjäger zu Wundow, ist nach Kolbow, Oberförsterei Wabel, vom 1. April d. Js. ab verlegt.

Dunje, Stationsjäger zu Wosow, ist nach Kronslamp, Oberförsterei Gammun, vom 1. April d. Js. ab verlegt.

Sandberg, Revierförster zu Veldow, Oberförsterei Bügow, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Stahlbrodt, Stationsjäger zu Gollhusen, ist nach Wundow, Oberförsterei Wabel, vom 1. April d. Js. ab verlegt.

Herzogtum Braunschweig.

Staats-Forstverwaltung.

Reel, Forstassessor zu Braunschweig, F.-M.-B. Braunschweig, ist nach Wolfenbüttel, F.-M.-B. Wolfenbüttel, verlegt.

Reisfeld, Forstassessor zu Vangelshausen, F.-M.-B. Vangelshausen, ist zur weiteren Beschäftigung im Vorbereitungsdienste dem Forstamt Plankenburg überwiesen.

Reisfeld, Tit.-Oberförster zu Helmstedt, F.-M.-B. Helmstedt, ist der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, in Braunschweig als Hilfsarbeiter zugewiesen.

Reisfeld, Forstlebrant, ist zur ausschließlichen Beschäftigung nach Niddagshausen, F.-M.-B. Braunschweig, einberufen.

Herzogtum Sachsen-Altenburg.

Staats-Forstverwaltung.

Schellenberg, Oberförster zu Rehma, ist die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Rürstlich Mecklenburgischen Verdienstkreuzes 4. Klasse erteilt.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Gemeindeförsterei des Forstbezirks Weiten, Gemeinde-Oberförsterei Saarburg, Regbz. Trier, umfasst die Gemeindevorstellungen Weiten, Haba und Rirf, in zum 1. Mai 1912 zu belegen. Das Anfangsgehalt beträgt 1200 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 200 M. bis zum Höchstbetrage von 2400 M.; außerdem wird eine jährliche Mietsentschädigung von 800 M. und eine Brennholzentschädigung von 100 M. gewährt. Auf das Besoldungsdienstalter werden diejenigen Jahre angerechnet, die in der Eigenschaft eines Gemeindeförsters in einem anderen Kommunalverbande verbracht wurden. Dem Anstellenden werden, sofern er über 25 Jahre alt ist, wenn er eine mehr als dreijährige Militärdienstzeit abgeleistet hat, von letzter oder von seiner sonstigen im Forstausbildungsdienste zugebrachten Zeit soviel Jahre auf sein Besoldungsdienstalter angerechnet, als er über 25 Jahre alt ist. Geeignete Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse und des Forstverordnungscheins baldigst bei dem Bürgermeister zu Freudenburg melden. Bewerbungen von Forstverordnungsberechtigten und Anwärtern der Klasse A finden nur insoweit Berücksichtigung, als ihnen die Erklärung beisteht, daß Bewerber gemäß § 92 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1903 durch die Anstellung ihre Forstverordnungsansprüche als erledigt betrachten.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Ermittlung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Wenigste Porto beizufügen.)

Nr. 23. Anfrage: Wie kann man am besten Zweige und Zapfen von Koniferen präparieren und aufbewahren? Sch. & P. in R.

Antwort: Die Präparierung von Koniferenzweigen und -zapfen erfolgt am besten durch einfaches, rasches Trocknen der Zweige in einem warmen Raum. Kann man die Objekte nicht insektenicher fest unter Glasverschluß aufbewahren, was auch wegen sonstiger Beschädigungen und Verschmutzung immer empfehlenswert ist, so vergiftet man sie vorher durch Bsprißen oder Bepinseln, evtl. auch Eintauchen in eine Sublimatlösung, und läßt sie danach rasch trocknen. Kiefern und die meisten Tannen halten sich dann meist gut, Fichten lassen allerdings fast immer die Nadeln fallen, wogegen man bisher noch kein brauchbares Gegenmittel gefunden hat. Zur Präparation als Schauobjekte sind sie daher sehr ungeeignet. Für wissenschaftliche Zwecke, wo man getrocknetes Material nicht entbehren kann, sammelt man die abfallenden Nadeln und gibt sie in einer kleinen Enveloppe besonders dazu. Die Zapfen, welche leicht vom Zweig abfallen, besetzt man zur Sicherung möglichst unfällig mit etwas feinem Blumendraht am Zweige, bei Sublimatanwendung aber erst hinterher, weil der Draht sonst stark rost ansetzt. Die Tannenzapfen, welche ganz auseinanderfallen würden, muß man ebenfalls mit ganz feinem

Blumenstrahl nebartig überziehen, evtl. auch mit einem andern Netz aus feinen Fäden. Immer empfiehlt sich, wie gesagt, die Unterbringung in festen Glaskästen, an deren Rückseite die Objekte möglichst auf weißem Hintergrund, auf Holz oder dicker Pappe, befestigt werden.

Dr. D.

Nr. 24. Anfrage: Darf ein mit Berechtigung auf Pension angestellter Stadtförster außer den moosgrünen Achselstücken auch noch die Eichel der königlichen Förster tragen? Was für ein Putabzeichen hat er anzulegen?

Antwort: Das Tragen der Uniform hat zunächst zur Voraussetzung, daß Sie entweder: 1. auf Lebenszeit angestellt sind oder 2. zu den für den Forstdienst bestimmten oder mit dem Forstversorgungschein entlassenen Anwärtern aus dem Jägerkorps gehören. Ist dieses der Fall, so haben Sie das Recht, auf den vorgeschriebenen Achselstücken die für die königlichen Förster vorgeschriebene Eichel zu tragen. An der Kopfbedeckung muß ein Wappenabdrucker von Messing mit dem königlichen Namenszuge (W) und der Krone, wie es für die städtischen Polizeibeamten vorgeschrieben ist, getragen werden.

Nr. 25. Anfrage: Ich bitte um Benachrichtigung, ob und wann ich auf das Forstdiebstahlsgegesetz vereidigt werden kann, und ob meine Beschäftigung zur Ablegung der Försterprüfung des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands als berufsmäßig anerkannt wird. Ich bin seit einem Jahre als Hilfsförster bei der Forstabteilung einer Landwirtschaftskammer angestellt. Ich gehörte bis zum 15. Dezember 1909 zu den Jägern der Klasse A, habe mich dann aber streichen lassen. Bei vorgenannter Verwaltung werde ich mit Forsteinrichtungsarbeiten, als Vermessung, Kartierung, Flächenberechnungen, Aufstellen des Ver-

triebswerkes, Holzmassenermittelungen, Auszeichnen von Durchforstungen und Aufsicht bei Kulturen und Säunungen in den Rittergutsforsten der Provinz, beschäftigt. Mein Wohnsitz ändert sich demgemäß dauernd. Ich bemerke noch ausdrücklich, daß eine Ausübung des Forst- und Jagdschutzes nicht zu meinen Dienstobliegenheiten gehört.

E. B.

Antwort: Ihre Vereidigung auf das Forstdiebstahlsgegesetz kann nicht stattfinden, weil nach § 23 dieses Gesetzes ausdrücklich Vertrauensstellung mit dem Forstschutze verlangt wird. Ihre Beschäftigung bei der Landwirtschaftskammer dürfte seitens der Försterprüfungskommission als berufsmäßig angesehen werden.

J. in L.

Nr. 26. Anfrage: Ein hiesiger Waldarbeiter, der im nächsten Jahre die Altersrente beziehen wird, will durch freiwilligen Zuschuß höhere Versicherungsmarken haben, um sich dadurch eine höhere Altersrente zu erwerben. Ist solches nach dem neuen Reichsgesetz zulässig?

J., Königl. Förster in R.

Antwort: Sie haben wohl die Zusatzversicherung (§§ 1472 ff. der Reichsversicherung) im Auge, welche aber nur für die Invalidenrente in Betracht kommt. Im übrigen ist das Nachsteuern von Marken Beschränkungen unterworfen. Da für jede Beitragswoche nur ein Beitrag zählt (§ 1290 der R. V. G.), so darf — abgesehen von der Zusatzversicherung — für jede Woche nur eine Marke verwendet werden. Pflichtbeiträge dürfen nur binnen zwei, längstens vier Jahren nachentrichtet werden (§ 1442). Freiwillige Beiträge und Beiträge über die gesetzliche Lohnklasse hinaus dürfen für mehr als ein Jahr zurück nicht entrichtet werden, ebensowenig nach Eintritt der Invalidität (§ 1443).

Hg.

Für die Redaktion: J. B.: Wobbe Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Geheimrath Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Kgl. Geheimrath Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Wette, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.



Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

1809a.

Enrich, Förster, Nippert (Post), Breslau.

1810a. Kuhnert, Forsthausleiter, Bedenken, Hannover.

1813a. Müller, Förster, Oberbuschhaus, Post Plessa, Elster, Merseburg.

1819a. Wille, Förster, Plessa, Elster, Merseburg.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Wiesbaden. Samstag, den 23. März d. J., nachmittags 2 Uhr, Vertreter- und Mitglieder-

versammlung im Hotel „Zur alten Post“ zu Limburg. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, Jahres- und Kassenbericht für 1911, Entlastung des Vorstandes; 2. Bericht über die Vorstandssitzung in Berlin; 3. Stellungnahme zu den Beratungsgegenständen der Delegierten-Versammlung am 7. und 8. Juni d. Js. in Berlin, Wahl eines Vertreters zu dieser Versammlung; 4. Dienststellenverzeichnis; 5. Festsetzung des Beitrages zur Bezirksgruppe, Verwendung der Kassenüberschüsse; 6. Sterbefälle; 7. Verschiedenes. Vertreter sind mit Vollmachten zu versehen. Die Mitglieder des Gesamtvorstandes werden zur Vorberatung um 11 Uhr vormittags gebeten. Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Gr.-Schirrau (Regbz. Königsberg). Sonnabend, den 16. März d. Js., nachmittags 5 Uhr, Mitgliederversammlung im „Schwarzen Adler“ zu Gr.-Schirrau. Tagesordnung: 1. Berichtserstattung über die letzte Bezirksgruppensitzung durch den Vorsitzenden; 2. a) Rechnungslegung über das Wintervergnügen, b) Prüfung der Jahresrechnung und Entlastung des Schatzmeisters; 3. Besprechung der für die nächste Berliner Delegiertenversammlung auf die Tagesordnung zu setzenden Punkte — Fortsaufseherwohnungen. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein mit Damen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Olonin (Regbz. Danzig). Außerordentliche Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 16. März 1912, nachmittags 6 Uhr, Bahnhof Königsweide. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Vortrag des Kollegen Lubig über die letzte Haupt- und Bezirksgruppenversammlung; 3. Verschiedenes. Die nächste Versammlung findet im Sommer in Boythall statt. Der Vorsitzende: Priem.

Breslau (Regbz. Marienwerder). Am 24. März, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung für 1911; 2. Vortrag des Delegierten zur Graudenzter Bezirksversammlung; 3. Wahl eines Delegierten zur nächsten Bezirksversammlung; 4. Verschiedenes. Nach Schluß gemütliches Zusammensein mit Damen. Der Vorsitzende: Bahr.

Notenburg a. F. (Regbz. Cassel). Sonntag, den 17. März d. Js., Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: Stellungnahme zu der von der Bezirksgruppe Cassel-West unterm 25. Februar d. Js. veröffentlichten Tagesordnung, welche am 24. März in Cassel zur Beratung kommen soll. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand. J. A.: Schmid.

Schloppe (Regbz. Marienwerder). Sonnabend, den 16. März d. Js., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Rees's Hotel. Tagesordnung: 1. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden; 2. Besprechung wichtiger Vereinsangelegen-

heiten; 3. Beschlussfassung über ein abzuhaltendes Sommervergnügen; 4. Aufnahme neuer Mitglieder. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Begemeiter Kranke, Kesselrand bei Hohenheim, vorkommen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Hannover. Die am 14. Februar abgehaltene Mitglieder- und Vertreter-Versammlung im Kasino-Restaurant zu Hannover war sehr stark besucht. Der Vorsitzende, Förster Fechtnr, Milsburg, eröffnete die Versammlung mit einem „Horrido“ auf Se. Majestät unseren Kaiser und Allergnädigsten Landesherrn. Bei der Prüfung der Jahresrechnung ergab sich, daß der Kassenrendant Herr Kollege Hahn sich als ausgezeichnete Wirtschaftler und sparsamer Familien(Kassen)vater ausweisen konnte. Die Rechnung wurde richtig befunden und dem Schatzmeister Entlastung erteilt. Danach erstattete der Kollege Rammisch Bericht über die Gesamtvorstandssitzung vom 20. Januar in Berlin. Der erste Vorsitzende, Förster Fechtnr, erklärte, daß er besonderer Umstände halber sein Amt als erster Vorsitzender niederlegen möchte. Die Versammlung bedauerte diesen Entschluß lebhaft und versuchte, Herrn Kollegen Fechtnr umzustimmen. Ganz besonders herzliche Worte des Bedauerns sowie auch anerkennende Worte über die kollegiale, besonnene und weise Geschäftsführung wurden Herrn Fechtnr von den Kollegen Rind und Rammisch zuteil, aber der Herr Kollege blieb bei seinem Entschluß. Die Wahl des neuen Vorstandes hatte folgendes Resultat: erster Vorsitzender Revierförster Rammisch, Krähe, zweiter Vorsitzender Förster Fechtnr, Milsburg. Der Kollege Förster Meyer, Heide, teilte mit, daß das von ihm verfaßte Försterstellen-Adreßbuch fertiggestellt sei und demnächst zum Versand komme; der Preis eines Exemplars stellt sich auf ungefähr 2 M.; der Vorsitzende bemerkte jedoch, daß die hohen Ausgaben des Herrn Kollegen Meyer für Reisen usw. im Interesse des Zustandekommens des Adreßbuches auch zur Anrechnung kommen müßten, so daß Herr Meyer ruhig den Preis der Gesamtkosten etwa 2,50 M. einsetzen möchte. Nach Schluß der Versammlung blieben die Delegierten und die auswärtigen (nicht zur Ortsgruppe Hannover gehörigen) Mitglieder als Gäste der Ortsgruppe Hannover noch mehrere Stunden bei Kaffee, Bier und Tanz zusammen, und sei hiermit der Ortsgruppe Hannover für das vorzügliche Arrangement herzlichster Dank abgestattet. Der Vorstand.

Rammisch, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Beöffentlichet unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Hof. Neumann, Neubamm.

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes
am 26. Februar 1912.

Die Sitzung fand in Neubamm statt und begann 3½ Uhr nachmittags. Anwesend waren die Herren: Dr. Vertog, Oberförster, Galensee; Bohl, Königl. Forstmeister, Zicher; Drämer, Herrschafstl. Förster, Rehnig; Buller, Herrschafstl. Förster, Forsthaus Gladauf; Graf Find von Findenstein, Rittergutsbesitzer, Trossin; Bodo Grundmann, Neubamm; Grimmig, Stadtförster, Forsthaus Woltersdorf; Koch, Königl. Hegemeister, Zicher; Neumann, Königl. Kommerzienrat, Neubamm; Hans Neumann, Verlagsbuchhändler, Neubamm; Bahl, Königl. Hegemeister, Neubamm; Ulbrich, Königl. Hegemeister, Forsthaus Spiegel; Wölfe, Herrschafstl. Revierförster, Dölzig; Bietrau, Vereinssekretär, Neubamm.

Der Kassenbestand betrug am 19. Februar 1912 11 946,59 M.; davon entfielen:

- a) auf den Unterstützungsfonds . . . 2157,45 M.
- b) auf den Erziehungsfonds . . . 375,95 „
- c) auf den Darlehnsfonds . . . 3732,29 „
- d) auf den Stipendienfonds . . . 2552,79 „
- e) auf den Begräbnisbeihilfenfonds 3128,11 „

Der von der Geschäftsstelle aufgestellte Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1912 wurde durch beraten; er soll in der vorliegenden Aufstellung der Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorgeschlagen werden.

Seit der letzten Vorstandssitzung haben sich 23 neue Mitglieder angemeldet. Hiervon wurden 21 durch Beschluß des Vorstandes in den Verein aufgenommen, während zwei Anmeldungen vertagt wurden, da sich die Betreffenden betreffs ihrer Eigenschaft als Forst- bzw. Jagdbeamte erst noch besser legitimieren sollen.

59 Mitglieder, die mit der Bezahlung des Beitrages für das abgelaufene Jahr noch im Rückstande sind und, soweit diese nicht unbekannt verzogen, wiederholt vergeblich gemahnt wurden, mußten gemäß § 2 Abs. 7 der Satzung aus dem „Waldheil“ ausgeschlossen werden.

An Gesuchen um Unterstützung und Darlehen sind 32 eingegangen.

Aus dem U n t e r s t ü t z u n g s f o n d s wurden bewilligt: Der älteren, nur auf eine kleine laufende Unterstützung angewiesenen Witwe eines Königl. Forstauffsehers 30 M. Einem durch längere, schwere Krankheit in Not geratenen Herrschafstl. Forstwart 75 M. Einem hochbetagten, in äußerst dürftigen Verhältnissen lebenden Herrschafstl. Forstverwalter a. D. 75 M. Der alleinstehenden, nur auf Miltätigkeit angewiesenen, erwerbsunfähigen Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 50 M. Der älteren, nur auf eine kleine Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 30 M. Einem infolge unheilbarer Krankheit vorzeitig pensionierten Gemeindeförster, der mit seiner zahlreichen Familie in Not lebt, 75 M. Einem unbemittelten Königl. Förster als Beihilfe zu den Kosten der Operation seiner schwer erkrankten

Chefrau 100 M. Einem unbemittelten Gemeindeförster als Beihilfe zu den Kosten einer längeren Krankheit seiner Ehefrau 50 M.

Aus dem E r z i e h u n g s f o n d s wurden bewilligt: Einem durch Krankheit in Bedrängnis geratenen Königl. Hegemeister als Beihilfe zur Erziehung einer größeren Zahl Kinder 50 M. Einem kranken, mittellosen Privat-Jagdaufseher zur Erziehung von vier Kindern 30 M. Der unbemittelten Witwe eines Gemeindeförsters als Beihilfe zu den Kosten der Ausbildung eines Sohnes für seinen zukünftigen Beruf 40 M. Der nur auf eine kleine Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters als Beihilfe zu den Kosten der Konfirmation ihres jüngsten Sohnes 40 M. Der unbemittelten Witwe eines Privatförsters, die für sich und vier unmündige Kinder selbst sorgen muß und kümmerlich lebt, 60 M. Der in äußerst dürftigen Verhältnissen lebenden Witwe eines Privatförsters als Beihilfe zur Erziehung zweier kränklichen Kinder 60 M.

Aus dem D a r l e h n s f o n d s wurden bewilligt: Einem Königl. Förster zur Bezahlung von Arztrechnungen 100 M. Einem Königl. Förster zur Anschaffung von Vieh 200 M.

A b g e l e h n t wurden vier Gesuche um Darlehen, weil die vorgeschriebenen Unterlagen fehlten bzw. eine Berücksichtigung nach der Satzung nicht angängig war. Ferner mußten neun Unterstützungsgesuche abgelehnt werden, bei denen teils der Nachweis einer Notlage fehlte, teils die Berücksichtigung satzungsgemäß nicht erfolgen konnte. Ein Gesuch um ein Darlehen ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Endlich waren noch drei Gesuche um Bewilligung von Stipendien für Söhne, die seit 1. Oktober v. Js. die Forstlehrlingschule besuchen, eingegangen. Diese Gesuche konnten ebenfalls leider nicht berücksichtigt werden, da die Verteilung der Stipendien für das Schuljahr 1. Oktober 1911/12 satzungsgemäß bereits im Monat Juli v. Js. Rattgefunden hat und nachträgliche Bewilligung auf Grund der Bestimmungen unzulässig ist. Leider wiederholen sich diese verspäteten Inträge oft. Unsere Mitglieder, welche Söhne auf forstliche Lehranstalten zu schicken beabsichtigen, werden gut tun, sich rechtzeitig über die Bedingungen des Stipendienfonds zu informieren. Der Vorstand kann nur die Bestimmungen der Satzungen befolgen und ist verpflichtet, alles abzulehnen, was dessen Wortlaut widerspricht.

Aus dem F o n d s für B e g r ä b n i s b e i h i l f e n sind seit der letzten Sitzung gezahlt bzw. noch zu zahlen fünf Beihilfen von je 100 M., zusammen 500 M.

Im ganzen wurden in dieser bzw. seit voriger Sitzung bewilligt: aus dem Unterstützungsfonds 485 M., aus dem Erziehungsfonds 280 M., aus dem Darlehnsfonds 300 M., aus dem Begräbnisbeihilfenfonds 500 M., zusammen 1565 M.

In der Abteilung für Stellenvermittlung sind seit voriger Sitzung zwei Stellen für ledige Beamte vermittelt.

An Wohlfahrtsmarken sind seit der letzten Sitzung 140 Bogen, à 1 M., verkauft.

Zum Schluß erfolgte noch eine Besprechung über die in der nachfolgenden Mitgliederversammlung vorzunehmenden Wahlen.

Ende der Sitzung 5 Uhr.

Der Vorstand des Vereins „Waldbheil“.

Protokoll

der Mitgliederversammlung des Vereins „Waldbheil“

am 26. Februar d. Js., im Hotel „Prinz von Preußen“ zu Neudamm.

Der Vorsitzende, Herr Königl. Forstmeister Graf zu Kanbau, eröffnet um 6 Uhr nachmittags die Versammlung mit einem dreimaligen Horrido auf Seine Majestät den Kaiser und König und erteilt hierauf das Wort dem stellvertretenden Schatzmeister und Schriftführer, Herrn Hans Neumann. Dieser verliest zunächst die Namen der im Jahre 1911 verstorbenen 50 Vereinsmitglieder, unter welchen sich, wie der Herr Vorsitzende mit besonderem Bedauern feststellt, zwei langjährige Vorstandsmitglieder, nämlich die Herren Städtischer Oberförster Grothe in Forsthaus Görden und Königl. Hegemeister Güßloff in Altdreiwitz, befinden. Das Andenken der Verstorbenen wird durch Erheben von den Eigen geehrt. Nunmehr erstattet Herr Hans Neumann den Geschäftsbericht für das abgelaufene Vereinsjahr in folgenden Worten:

Siebenzehnter Geschäftsbericht von „Waldbheil“ für das Vereinsjahr 1911.

Die Mitgliederzahl hat im Berichtsjahre keine nennenswerte Änderung erfahren; sie betrug am Anfang des Jahres 3702 und am Jahreschluß 3704. Die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder war 196, der ein Abgang von 194 Mitgliedern gegenüberstand. Außergewöhnlich stark hat im Berichtsjahre der Tod die Reihen der Waldbheil-Mitglieder gelichtet; betrug die Zahl der Verstorbenen doch 50, eine Zahl, wie sie seit Bestehen des Vereins noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Die Mitgliederzahl setzt sich zusammen aus:

- 32 der höchsten Staatsforstbeamten vom Regierungs- und Forstrat aufwärts;
 - 209 Forstmeistern, Oberförstern, Assessoren und Referendaren im Staatsdienste;
 - 1067 mittleren und unteren Staatsforstbeamten sowie Anwärtern dieser Beamtenklassen;
 - 10 Gemeinde- und Oberförstern;
 - 252 anderen Gemeindeforstbeamten;
 - 82 Privat-Forst-Verwaltungsbeamten;
 - 1784 anderen Privat-Forst- und Jagdbeamten;
 - 73 Großgrund- und Waldbesitzern;
 - 180 Angehörigen anderer Berufsclassen, wie Gewerbetreibende, Kaufleute, Gelehrte, Ärzte, Essigjäre etc.
 - 11 Vereinen;
 - 4 Stadtgemeinden;
- 3704 wie oben.

Von den 3704 Mitgliedern wurden insgesamt 10 179 M. an Jahresbeiträgen aufgebracht; davon entfallen auf den Stand der mittleren und unteren Forst- und Jagdbeamten 6299 M., 200 M. wurden zur Erwerbung lebenslänglicher Mitgliedschaft von zwei Mitgliedern gezahlt, während der Rest von 3680 M. von Mitgliedern gezahlt wurde, die 5 M. und höhere Jahresbeiträge leisten. Durch besondere Zuwendungen, Schenkungen und Sammlungen erwuchs dem Verein eine Einnahme von 3829,45 M. Der letztere Betrag war gegen das Vorjahr um 1204 M. höher. An Darlehen einschließlich der Zinsen wurden 4326,04 M. zurückerstattet. Die Einnahme an Zinsen von Wertpapieren und einem Sparlassen-Guthaben betrug 1276,73 M. Der kurz vor Schluß des Jahres begonnene Verkauf von Wohlfahrtsmarken zum Preise von 2 M. pro Stück ergab eine Einnahme von 122,28 M. Die gute Aufnahme, die diese Marken in Jägerkreisen gefunden haben und die fortwährende Nachfrage nach solchen läßt erwarten, daß der Verkauf eine bleibende Einnahme für den Verein sein wird. In der Abteilung für Stellenvermittlung sind eingenommen 229,20 M. Mithin betrug die Gesamteinnahme im verfloffenen Vereinsjahre 19 962,70 M. Hierzu kommt noch der Bestand aus dem Vorjahre mit 13 133,50 M., so daß der Verein im Jahre 1911 über eine Summe von 33 096,20 M. verfügen konnte.

In den Vorstand sind in der Mitgliederversammlung vom 27. Februar 1911 an Stelle der verstorbenen Mitglieder, Chefrebatteur der „Deutschen Jäger-Zeitung“ H. v. Sothen, Neudamm, und Königl. Hegemeister Güßloff, Altdreiwitz, neu gewählt die Herren: Gräflicher Revierförster Wölfe, Dölzig, und Königl. Hegemeister Bahl, Neudamm.

Es fanden sechs Vorstandssitzungen statt, wovon fünf in Neudamm und eine in Neumühl abgehalten wurden. In diesen wurden die laufenden Vereinsgeschäfte erledigt, besonders aber die eingegangenen Gesuche um Unterstützungen, Darlehen und Stipendien einer genauen Prüfung unterzogen und über deren Bewilligung oder Ablehnung Entscheidung getroffen.

Nachstehende Aufstellungen ergeben das Nähere über die Bewilligungen aus den verschiedenen Fonds.

An Gesuchen um Unterstützung gingen im Berichtsjahre 132 ein, davon konnten 92 Gesuche mit einer Gesamtsumme von 4250 M. berücksichtigt werden. 40 Gesuche wurden abgelehnt. Die Gründe hierfür sind in den in der Vereins-Zeitung jeweils veröffentlichten Protokollen der Vorstandssitzungen näher angegeben. Besonders sei jedoch hervorgehoben, daß sich unter den abgelehnten Gesuchen eine größere Anzahl befand, die von Verstorbenen nach dem 1. Februar 1899 verstorbenen Forst- und Jagdbeamten, die nicht Mitglieder des „Waldbheil“ gewesen sind, eingereicht waren und gemäß Schlußsatzes des § 1 der Satzung nicht berücksichtigt werden konnten.

Es wurden bewilligt:

1	Unterstützungen von	150	„	=	150	„
9	"	100	"	=	900	"
1	"	80	"	=	80	"
3	"	75	"	=	225	"
1	"	70	"	=	70	"
5	"	60	"	=	300	"
18	"	50	"	=	900	"
1	"	45	"	=	45	"
11	"	40	"	=	440	"
28	"	30	"	=	840	"
5	"	25	"	=	125	"
8	"	20	"	=	160	"
1	"	15	"	=	15	"

Es. 92 Unterstützungen mit zusammen 4250 „

Hiervon empfangen:

7	Staatsforstbeamte zusammen	690	„
5	Gemeindeforstbeamte zusammen	280	„
13	Privatforstbeamte zusammen	810	„
45	Witwen und Waisen von Staatsforstbeamten zusammen	1690	„
5	Witwen und Waisen von Gemeindeforstbeamten zusammen	200	„
17	Witwen und Waisen von Privatforstbeamten zusammen	580	„

92 Unterstützungen in Höhe von 4250 „

Der Unterstützungsfonds wies am Schluß des Berichtsjahres einen Bestand auf von 1800,58 „.

Aus dem Fonds für Beihilfen zur Erziehung von Kindern deutscher Forst- und Jagdbeamten konnten 33 Gesuche mit zusammen 1620 „ berücksichtigt werden.

Bewilligt wurden:

1	Beihilfe von	100	„	=	100	„
1	"	90	"	=	90	"
4	"	75	"	=	300	"
2	"	60	"	=	120	"
9	"	50	"	=	450	"
9	"	40	"	=	360	"
1	"	35	"	=	35	"
3	"	30	"	=	90	"
3	"	25	"	=	75	"

33 Beihilfen mit zusammen 1620 „

Es haben empfangen:

4	Staatsforstbeamte zusammen	180	„
6	Privatforstbeamte zusammen	300	"
11	Hinterbliebene von Staatsforstbeamten zusammen	585	"
4	Hinterbliebene von Gemeindeforstbeamten zusammen	175	"
8	Hinterbliebene von Privatforstbeamten zusammen	380	"

33 Beihilfen im Gesamtbetrage von 1620 „

Am Schluß des Berichtsjahres waren im Erziehungsfonds noch vorhanden 258,66 „.

An Gesuchen um Bewilligung von Darlehen waren 38 eingegangen. Hiervon konnten 12 Gesuche mit einer Gesamtsumme von 4350 „ berücksichtigt werden, während 26 Gesuche über einen Gesamtbetrag von 10260 „ abgelehnt werden mußten. Der Ablehnungsgrund bei den meisten Gesuchen war mangelnde Begründung bzw. Nichtbeibringung

der geforderten Unterlagen. Eine Anzahl von Gesuchstellern war auch nicht in der Lage, die nötige Sicherheit zu bieten. Ferner waren Gesuche darunter, deren Berücksichtigung sachungsgemäß überhaupt ausgeschlossen war.

Es wurden bewilligt:

4	Darlehen von	500	„	=	2000	„
1	"	400	"	=	400	"
5	"	300	"	=	1500	"
1	"	250	"	=	250	"
1	"	200	"	=	200	"

12 Darlehen mit zusammen 4350 „

Davon haben empfangen:

5	Staatsforstbeamte zusammen	1900	„
1	Gemeindeforstbeamter	400	"
6	Privatforstbeamte zusammen	2050	"

12 Darlehen im Gesamtbetrage von 4350 „

Auf den Darlehnsfonds sind im abgelaufenen Vereinsjahre einschließlich Zinsen zurückgezahlt 4326,04 „. Der Bestand dieses Fonds betrug am Schluß des Berichtsjahres 3066,89 „. An Außenständen waren am 1. Januar 1912 vorhanden 11140 „.

Unter diesen Außenständen sind, wie in dem vorjährigen Jahresberichte schon nachgewiesen, zehn ältere Schuldposten mit einem Gesamtbetrage von 960 „ enthalten, die als vorläufig uneinziehbar anzusehen sind.

An Gesuchen um Bewilligung von Stipendien aus dem Fonds zur Gewährung von Beihilfen für den Besuch von forstlichen Lehranstalten an Söhne lebender oder verstorbener Mitglieder aus dem Stande der Forst- und Jagdbeamten waren 15 eingegangen; davon konnten 11 Gesuche berücksichtigt werden, während 4 Gesuche sachungsgemäß abgelehnt werden mußten.

Es wurden bewilligt:

5	Stipendien von 100 „ an Söhne von Staatsforstbeamten	500	„
6	Stipendien von 100 „ an Söhne von Privatforstbeamten	600	„

also 11 Stipendien im Gesamtbetrage von 1100 „

Von diesen Stipendien, welche sachungsgemäß in zwei Halbjahrstraten während des Schulbesuchs zur Auszahlung kommen, sind im Berichtsjahre nur 500 „ ausgezahlt worden. Eins der bewilligten Stipendien kommt voraussichtlich erst im nächsten Jahre zur Auszahlung, da der betreffende Forstlehrling, für den dies Stipendium bewilligt ist, noch ein Jahr vom Forstschulbesuch zurückgestellt wurde. Außerdem sind im Berichtsjahre von den im Jahre 1910 bewilligten Stipendien noch die restlichen 550 „ verausgabt, so daß die Gesamtausgabe aus dem Stipendienfonds 1050 „ betragen hat.

Im Stipendienfonds waren am Schluß des Berichtsjahres vorhanden 2378,96 „.

Aus dem Fonds zur Gewährung von Begräbnisbeihilfen sind im Berichtsjahre auf Antrag der Hinterbliebenen gezahlt worden:

30 Beihilfen von 100 M. = 3000 M.

1	"	90	"	=	90	"
1	"	80	"	=	80	"
1	"	50	"	=	50	"
1	"	40	"	=	40	"
1	"	30	"	=	30	"

zus. 35 Beihilfen im Gesamtbetrage von 3290 M.
Hiervon entfielen:

an Hinterbliebene von Staatsforstbeamten:

9 Beihilfen mit zusammen 900 M.

an Hinterbliebene von Gemeindeforstbeamten:

8 Beihilfen mit zusammen 710 M.

an Hinterbliebene von Privatforstbeamten:

18 Beihilfen mit zusammen 1680 M.

35 Beihilfen mit zusammen 3290 M.

Der Fonds für Begräbnisbeihilfen betrug am Schluß des Berichtsjahres 3331,72 M.

An die Kasse der „Wilhelmsstiftung“ zu Groß-Schönebeck wurde laut Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 26. Februar 1906 die Summe von 200 M. als jährliche Zuwendung abgeführt.

Der Spezialstiftung der Inspektion der Jäger und Schützen zu Charlottenburg wurde laut Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 26. Februar 1900 ein Betrag von 200 M. als jährliche Zuwendung überwiesen.

Ferner wurde an den Forstfrauen-Verein zu Berlin laut Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 26. Februar 1902 ein Jahresbeitrag von 100 M. gezahlt.

Endlich sind laut Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 25. Februar 1907 an die zurzeit bestehenden vier Königl. Preuß. Forstlehrlingschulen und die Privatforstlehrlingschule zu Templin zu Prämierungszwecken für die besten Schüler je ein Hirschjäger und je ein Jagdmesser geliefert. Die Beschaffung der fünf Hirschjäger und fünf Jagdmesser bester Qualität, einschließlich Widmungsgarantur, hat eine Ausgabe von 255,75 M. verursacht.

Es wurden aus den verschiedenen Fonds bewilligt:

a) Unterstützungsfonds	4250,— M.
b) Erziehungsfonds	1620,— "
c) Darlehnsfonds	4350,— "
d) Stipendienfonds	1100,— "
e) Fonds für Begräbnisbeihilfen	3290,— "
f) Wilhelmsstiftung	200,— "
g) Spezialstiftung der Jäger u. Schützen	200,— "
h) Forstfrauen-Verein	100,— "
i) Beschaffung von Prämien für Forstlehrlinge	255,75 "
	<u>15365,75 M.</u>

Hiervon entfielen an:

a) Staatsforstbeamte bzw. deren Hinterbliebene	6145,— M.
b) Gemeindeforstbeamte bzw. deren Hinterbliebene	1765,— "
c) Privatforstbeamte bzw. deren Hinterbliebene	6400,— "
d) Wilhelmsstiftung	200,— "
e) Spezialstiftung der Jäger und Schützen	200,— "
f) Forstfrauen-Verein	100,— "
g) Beschaffung von Prämien für Forstlehrlinge	255,75 "
	<u>Zusammen wie oben 15365,75 M.</u>

Von den vorstehenden unter a bis c bewilligten Geldern entfallen auf die einzelnen Provinzen bzw. nicht preussischen Bundesstaaten folgende Beträge: Ostpreußen: 1280 M. Westpreußen: 1575 M. Posen: 645 M. Pommern: 540 M. Brandenburg: 2165 M. Schlesien: 1845 M. Sachsen: 840 M. Schleswig-Holstein: 300 M. Hannover: 925 M. Preußen-Maslow: 600 M. Westfalen: 725 M. Rheinprovinz: 680 M. Königlich Sachsen: 265 M. Großherzogtum Hessen: 290 M. Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin: 455 M. Großherzogtum Sachsen-Weimar: 50 M. Herzogtum Braunschweig: 40 M. Herzogtum Sachsen-Altenburg: 500 M. Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt: 40 M. Reichsstadt Lübeck: 50 M. und Reichsland Elßaß-Lothringen: 800 M.

In der Abteilung für Stellenvermittlung waren am 1. Januar 1911 vornotiert . . . 60 Bewerber

Im Laufe des Berichtsjahres sind in die Stellenvermittlung neu aufgenommen . . . 96 "

156 Bewerber

Von diesen 156 Bewerbern erhielten Stellen durch den Verein vermittelt . . . 22 "

Unerwartet erhielten Stellung . . . 64 "

In den Staatsforstdienst wurden einberufen . . . 6 "

Unbekannt verzogen sind . . . 2 "

94 Bewerber

Mithin blieben Ende des Jahres 1911 in der Abteilung für Stellenvermittlung noch vornotiert . . . 62 Bewerber

Die Einnahmen dieser Abteilung betrugen . . . 229,20 M.

Die Ausgaben an Porto . . . 102,93 "

Druckkosten, Infektionskosten und sonstige Verwaltungskosten sind mit den allgemeinen Verwaltungskosten bezahlt, so daß hier ein Ueberschuß von . . . 126,27 M. bleibt, der sáhnungsgemáß dem Referendatsfonds zufließt.

Im Referendatsfonds war am Schluß des Geschäftsjahres 1910 vorhanden ein Bestand von . . . 24055,26 M.

Zugang im Jahre 1911.

1. 2600 M. 3½ prozentiger preussischer Konjols mit einem Kurswert von	2444,— "
2. Eingezahlt bei der Sparkasse Neubamm	58,46 "
3. Zugeschriebene Zinsen vom Guthaben bei der Sparkasse aus dem Jahre 1910 und 1911	72,15 M.
	<u>26629,87 M.</u>

Abgang:
Kursverlust bei den Wertpapieren . . . 594,— "

Bleibt Bestand 26035,87 M.

Dieser Bestand setzt sich zusammen aus 27000 M. 3½ prozentiger Staatspapiere mit einem Kurswert von 24723,60 M. und einem Guthaben bei der Sparkasse in Höhe von 1312,27 M.

Endlich sei noch bemerkt, daß im Berichtsjahre wieder in vielen Fällen Vereinsmitgliedern Auskünfte in den verschiedensten Angelegenheiten, besonders aber in Rechtsjachen, erteilt sind.

Über Vermögenslage usw. geben nachfolgender Kassenbericht und die Vermögensbilanz Aufschluß.

Das Vereinsvermögen betrug am Schluß des Jahres 1910 48 225,77 M. und belief sich am Schluß des Berichtsjahres auf 49 480,23 M.; es ist mithin um 1254,46 M. gewachsen.

Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtet Herr Zollinspektor Schinzel-Neudamm im Namen der Rechnungs-Revisions-Kommission, daß Bücher, Belege und Kasse des Vereins am 24. Februar d. Js. geprüft und richtig befunden seien.

Hierauf wird zu Punkt 3 dem Herrn Schatzmeister Entlastung erteilt und den Herren Rechnungsrevisoren von dem Herrn Vorsitzenden im Namen der Versammlung Dank für ihre Mithewaltung ausgesprochen.

Zu Punkt 4 wird auf Antrag des Vorstandes einstimmig beschlossen, die Begräbnisbeihilfen in der bisher gewährten Höhe auch für den neuen Zeitabschnitt vom 1. März 1912 bis Ende Februar 1913 zu zahlen. Es wird demnach auf Antrag an die Hinterbliebenen gezahlt, wenn das Mitglied im zweiten oder dritten Jahre der Mitgliedschaft stirbt, 30 M.; für jedes weiter angefangene Mitgliedsjahr 10 M. mehr, höchstens aber insgesamt 100 M.

Punkt 5. Der von der Geschäftsstelle aufgestellte und vom Vorstande durchberatene Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1912 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 31 436 M. ab. Nach diesem Plan soll ein Betrag von 1000 M., welcher dem Reservefonds zu entnehmen ist, zur Verstärkung des im Berichtsjahre durch eine außergewöhnlich große Zahl von Sterbefällen stark in Anspruch genommenen Begräbnisbeihilfenfonds verwendet werden. Dadurch erreicht dieser für das Jahr 1912 zur Verfügung stehende Fonds

Kassenbericht für das Vereinsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1911.

Einnahme.		Ausgabe.	
An Bestand am 1. Januar 1911	13 133,50 M.	Per Unterstützungsfonds.	
ordentlichen Beiträgen	10 179,— "	Gewährte Unterstützungen	4 250,— M.
außerordentlichen Zuwendungen	3 829,45 "	Erziehungsfonds.	
Darlehensfonds.		Gewährte Beihilfen	1 620,— "
Abzahlung auf Darlehen, einschließlich der Zinsen	4 326,04 "	Darlehensfonds.	
Stellenvermittlung.		Gewährte Darlehen	4 350,— "
Gebühren und Porto für Stellenvermittlung	229,20 "	Stipendienfonds.	
Zinsen von Wertpapieren und einem Sparkassen-Guthaben	1 276,73 "	Gewährte Stipendien	1 050,— "
Erlös aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken	122,28 "	Fonds für Begräbnisbeihilfen.	
		Gewährte Beihilfen	3 290,— "
		Wilhelmsstiftung.	
		Zuwendung für 1911	200,— "
		Forstwalten-Verein.	
		Zuwendung für 1911	100,— "
		Spezialstiftung der Jäger und Schützen.	
		Zuwendung für 1911	200,— "
		Forstlehrerlingsschulen.	
		Beschaffung von Prämien für Forstlehrerlinge	255,75 "
		Reservefonds.	
		1. Ankauf von 2600 M. 3½ proz. preussischer Konsols	2 473,15
		2. Eingezahlt bei der Sparkasse Neudamm	58,46
		3. Zugeschriebene Zinsen aus dem Guthaben bei der Sparkasse für die Jahre 1910 u. 1911	72,15 2 603,76 "
		Zurückerrstattete Beiträge	18,05 "
		Verwaltungskosten.	
		Gehalt für den Sekretär, Druck-, Injektions- und Gerichtslosten, Bureaubedürfnisse, Porto etc.	3 144,13 "
		Stellenvermittlung.	
		Unkosten für Porto	102,93 "
		An Bestand am 31. Dezember 1911	11 911,58 "
			33 096,20 M.

33 096,20 M.

33 096,20 M.

Vermögensbilanz am 31. Dezember 1911.

Aktiva.		Passiva.	
Ordentliche Jahresbeiträge.	„	Ordentliche Jahresbeiträge.	„
Rückständige Beiträge	249,—	Vorausbezahlungen für 1912	278,—
Mobilien.		Vereinsvermögen (dabei 960 „ vorläufig uneinziehbare Forderungen des Darlehensfonds)	49 480,23
1 Schreibtisch, 2 Aktenschränke, „			
1 Regal, 1 Tisch, 3 Stühle und			
1 Schreibmaschine	354,51		
ab 5% für Abnutzung	17,73		
bleiben	336,78		
Darlehensfonds.			
Ausstehende Darlehen (dabei 960 „ vorläufig uneinziehbar)	11 140,—		
Reservefonds.			
27 000 „ 3½ proz. Staatspapiere mit einem Kurswert von	24 723,60		
Sparlaffen-Guthaben	1 312,27		
	26 035,87		
Stellenvermittlung.			
Rückständige Gebühren	85,—		
Kassenbestand.			
Unterstützungsfonds	1 800,58		
Erziehungsfonds	258,66		
Darlehensfonds	3 066,89		
Stipendienfonds	2 378,96		
Fonds für Begräbnisbeihilfen	3 331,72		
Reservefonds	1 074,77		
	11 911,58		
	49 758,23		49 758,23

die Höhe von 4331 „. Der Bestand des Unterstützungsfonds und des Darlehensfonds dagegen ist so günstig, daß ohne Bedenken zu dem Zwecke je 500 „ dieser beiden Fonds, zusammen also 1000 „, abgezweigt und dem Reservefonds überwiesen werden können. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Zu- und Abrechnungen einverstanden und genehmigte obigen Haushaltsplan ohne Widerspruch.

Punkt 6. Die satzungsgemäß vorzunehmende Neuwahl der Hälfte des Gesamtvorstandes ergab die Wiederwahl folgender Herren: Graf von Brühl, Königl. Forstmeister, Neumühl; Buller, Privatförster, Forsthaus Glüdauf; Graf Find von Finkenstein, Rittergutsbesitzer, Troßin; Friede, Königl. Oberforstmeister, Hann.-Münden; Bodo Grundmann, Neudamm; Jacobi, Königl. Forstmeister, Majin; Hans Neumann, Neudamm; Bahl, Königl. Hegemeister, Neudamm; Wölle, Gräfl. Revierförster, Dölzig. Neu gewählt wurden die Herren: Perside, Stadtförster, Forsthaus Stadtheide Verlinchen, und Kastner, Privatförster, Derzow, Kreis Soldin. Beide waren anwesend und nahmen die Wahl an.

Punkt 7. Als Rechnungsrevisoren wurden wiedergewählt die Herren: Tierarzt Casparius, Neudamm; Königl. Revierförster Lange, Borne bei Verneuchen, und Bollinspeltor Schinkel, Neudamm. Als Stellvertreter wurden gewählt die Herren: Privatförster Tiebig, Forsthaus Schützenhaus bei Haffelbusch; Königl. Förster Taufendfreude, Verneuchen, und Königl. Förster Werner in Zicher.

Sodann brachte der Herr Vorsitzende in Vorschlag, dem durch Krankheit an der Teilnahme der heutigen Versammlung behinderten Vorstand-

mitgliede, Herrn Forstmeister Graf von Brühl, Neumühl, telegraphisch baldige Genesung zu wünschen. Dieser Vorschlag, allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, fand freudigen Beifall. Da das Wort nicht weiter verlangt wurde, schloß der Herr Vorsitzende um 7 Uhr die Versammlung.

Der Vorsitzende:

Graf zu Rankau, Königl. Forstmeister, Döllenszadung.

Drei Mitglieder aus der Versammlung: Casparius, Tierarzt, Neudamm. Tiebig, Privatförster, Forsthaus Schützenhaus bei Haffelbusch, Nm.

Perside, Gräfl. Revierförster, Forsthaus Carlshof bei Fürstenseide, Nm.

Nach der Sitzung fand ein gemeinschaftliches Essen statt, das die Teilnehmer noch mehrere Stunden fröhlich zusammenhielt.

Besondere Zuwendungen.

Gesammelt bei einer kleinen Treibjagd in Rehnik: eingeleitet von Herrn Forster Brämer in Rehnik	5,—	„
Estrafgelder, gesammelt bei einem Schützenwetten am 6. Februar 1912 wegen zu frühen Rauchens bei der Fabel; eingeleitet von Herrn Paul Burmeister in Rehberg	2,—	„
Gesammelt auf den Treibjagden in Hofsdam und Dech; eingeleitet von Herrn W. Conrad in Augusthof	10,—	„
Sammlung beim Stiftungsfest des Jagdvereins Hagenstadt (Eichsfeld); eingeleitet von demselben	10,50	„
Gesammelt beim Forstervergügen in Köben; eingeleitet von Herrn Revierförster Oscar Jäger in Cammelwitz	16,80	„
Gesammelt auf der Treibjagd der Forstverwaltung Schloß Gerdaun; eingeleitet von der Forstverwaltung Schloß Gerdaun	25,—	„
Betrag für die Erlaubnis, durch die Schloß Gerdaun Forst fahren zu dürfen; eingeleitet von der Forstverwaltung Schloß Gerdaun	2,50	„

Gesammelt beim Jagdsilvester des Jagdvereins Kreis Beine; eingeliefert von Herrn C. Marwede in Beine	44,40
Estrafgelber und Sammlung von den Jagden in Lissa i. Boken und Polstsch; eingeliefert von Herrn Königl. Distrikts-Kommissar Kainprechter in Lissa	12,—
Sammlung bei einer kleinen Schlußjagd; eingeliefert von Herrn Förster Siebert in Krauthausen bei Eisenach	2,95
Spende des Herrn Hans A. Schimmelpfeng in Berlin W 8; eingeliefert von Herrn Jagdverwalter von Eude in Krafow	10,—
Estrafgelber, gesammelt auf einer Treibjagd zu Dams- laff, Westpr.; eingeliefert von Herrn Dr. C. Weiss in Schoenau, Kr. Schlochau	10,—

Gesammelt bei der Treibjagd in Grobe; eingeliefert von Herrn Förster Wittenberg in Kadelamp bei Schwarzenberg	7,50
Ertrag eines Stalles nach einem Schülstreiben, ver- anfaßt vom Oberreiter, Herrn Rentier Böttcher in Pyritz; eingeliefert von Herrn Kaufmann Wibelig in Pyritz	14,—
Estrafgelber, gesammelt an den beiden Jagdtagen in Pustuid am 15. und 16. November, Jagd des Herrn Boltmann in Pustuid und des Herrn Müller in Elwa; eingeliefert von Herrn Forstrentant Bach in Sorquitten	43,50
	<u>216,15 M</u>

Den Geborn herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog • Galessee.

Wintertagung 1912.

Am 14., 15. und 16. Februar d. Js. fand die diesjährige Wintertagung unseres Vereins statt, und zwar tagte

am 14. Februar um 5 Uhr nachmittags der Unterausschuß für Dienstverträge,

am 15. Februar um 9½ Uhr vormittags der Schulbeirat für die Forstlehrlingschule Templin,

am selben Tage um 10 Uhr vormittags der Ausschuß für Unterrichts- und Prüfungsweisen,

am selben Tage um 4 Uhr nachmittags der Ausschuß für Kassen-, Rechnungs- und Haushaltsweisen,

am selben Tage um 5 Uhr nachmittags der Ausschuß zur Prüfung der Lage der Privatforstverwaltungsbeamten,

am 16. Februar um 9 Uhr vormittags der Ausschuß für Versicherungsweisen,

am selben Tage um 11 Uhr vormittags der weitere Vorstand.

Die Berichte über die Sitzungen folgen bald. Galessee, 1. März 1912. Dr. Bertog.

Försterprüfung 1912.

Im Jahre 1912 soll wieder wie im Vorjahre nur eine Försterprüfung abgehalten werden, und zwar voraussichtlich in Schlesien in der Zeit zwischen Mitte Juni bis Mitte Juli.

Zur Prüfung werden nur solche Bewerber zugelassen, die mindestens:

1. a) eine ordnungsmäßige zweijährige Lehrzeit durchgemacht und
b) alsdann schon drei Jahre im praktischen Dienste gestanden haben.
2. Bei Bewerbern, die eine Forstlehrlingschule oder eine ähnliche Anstalt besucht haben, genügt eine einjährige praktische Lehrzeit und ein zweijähriger praktischer Dienst.
3. Ausnahmsweise können vom Vereinsvorstande auch solche Privatforstbeamte zur Prüfung zugelassen werden, welche keine ordnungsmäßige Lehrzeit nachzuweisen vermögen. Solche Bewerber müssen aber mindestens 30 Jahre alt sein, Zeugnisse über eine mindestens fünfjährige praktische Tätigkeit vorlegen und einen forstlichen Lehrgang mitgemacht haben.

Die vorgeschriebenen praktischen Dienstzeiten müssen spätestens bis zum Beginn der Prüfung beendet sein.

Außerdem müssen die Bewerber Mitglieder des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands sein und das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind zu belegen mit:

1. einem Geburtschein;
2. Angabe der Mitgliedsnummer;
3. einem verschlossenen Zeugnis über außerdienstliches Verhalten, ausgefertigt von Seiten des Vorgesetzten oder Dienstherrn, bei welchem der Gesuchsteller zur Zeit der Einreichung seines Gesuchs im Dienst steht (wenn der Bewerber zurzeit in keinem dienstlichen Verhältnis steht, so ist ein Zeugnis der Gemeinde- oder Polizeibehörde seines Aufenthaltsortes über sein Verhalten vorzulegen);
4. einem kurz gefaßten Lebenslauf;
5. den erforderlichen Nachweisen über den Gang der Ausbildung nebst den etwaigen Lehr- und Prüfungszeugnissen im Original;
6. den Originalzeugnissen über die praktische Beschäftigung;
7. einer von dem Bewerber selbst gefertigten kurzen Schilderung eines Reviers, auf dem er praktisch beschäftigt war, mit besonderer Berücksichtigung der forstwirtschaftlichen und jagdlichen Verhältnisse, sowie anderweitiger Vorkommnisse, die auf den Betrieb der letzten Jahre von Einfluß waren.

Dieser Arbeit ist von dem Gesuchsteller die schriftliche Versicherung hinzuzufügen, daß er die Arbeit selbst und ohne fremde Hilfe angefertigt hat.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß weder hinsichtlich der Bedingung wegen des Mindestalters noch hinsichtlich anderer Bedingungen von den vorstehenden Bestimmungen abgewichen werden kann.

Die erforderlichen Gesuche mit Belegen sind bis zum 10. April 1912 an mich einzureichen (Adresse des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, Galessee-Berlin, Karlshof Straße 13). Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Alles andere ist zu ersehen aus der Prüfungsordnung, enthalten im Jahrbuch unseres Vereins für 1911, das gegen Einsendung von 1 M. von der Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm (Nm.), zu beziehen ist.

Galensee, den 1. März 1912.

Dr. Bertog.

Bezirksgruppe Königreich Sachsen.

Einladung zu der am Sonntag, dem 17. März 1912, nachmittags 2 Uhr, im Hotel „Zu den drei Raben“, Marienstraße in Dresden-N., stattfindenden Bezirksgruppenversammlung. Tagesordnung: 1. Kurzer Bericht über den Stand des Vereins. 2. Neuuniformierung. 3. Über den Schutz des Förstertitels. 4. Über den „Landespensionsverband sächsischer Gemeinden“. 5. Erfahrungen mit dem Sicherheitsprengstoff „Ammoncahüch“. 6. Anträge aus der Versammlung. 7. Vesperehung forst- und jagdlicher Tagesfragen. Gäste willkommen. Der Vorsitzende: W. Dreßler.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3807. Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Sachsen in Weimar (Reg. Erfurt). (B. Gr. XII.)
3808. Hellmann, Gustav, Förster (von Arnim-Kröhlendorf), Kröhlendorf Um. (B. Gr. IX.)
3809. Schulz, Rudolf, Privatförster, Haffelbusch b. Berlinchen, St. Colbin. (B. Gr. IX.)
1434. v. Seydewitz, Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Schloß Storchow, St. Lissa i. Posen. (B. Gr. V.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt: Triebel, Otto, Hilfsförster, St. Carlrow b. Pribbernow, Kreis Cammin i. Pomn.

Eichel, Frh. Revierförster, Steinig b. Lohsa.
Mandel, Georg, Revierjäger, Klein-Raundorf b. Zaucha.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 22 8 M., Nr. 59 13,20 M., Nr. 155 4 M., Nr. 220 9,20 M., Nr. 266 271 je 8 M., Nr. 303 9,20 M., Nr. 391 13,20 M., Nr. 432 4 M., Nr. 441 9,20 M., Nr. 491 3 M., Nr. 523—525 je 8 M., Nr. 531, 537 je 4 M., Nr. 606 9,20 M., Nr. 609, 611 je 4 M., Nr. 632, 668 je 9,20 M., Nr. 674 13,20 M., Nr. 773 12 M., Nr. 808 4 M., Nr. 816 13,20 M., Nr. 866 4 M., Nr. 952 9,20 M., Nr. 980 8 M., Nr. 1054 13,20 M., Nr. 1079 8 M., Nr. 1126 8 M., Nr. 1130, 1131, 1133—1140 je 4 M., Nr. 1156 9,20 M., Nr. 1412 10 M., Nr. 1459, 1467—1472, 1475—1477 je 8 M., Nr. 1479 4 M., Nr. 1480, 1483, 1485, 1486 je 8 M., Nr. 1530 9,20 M., Nr. 1534 4 M., Nr. 1562 9,20 M., Nr. 1592 4 M., Nr. 1617 13,20 M., Nr. 1629 9,20 M., Nr. 1630 4 M., Nr. 1631, 1639 je 9,20 M., Nr. 1722, 1747 je 13,20 M., Nr. 1908 4 M., Nr. 1921 13,20 M., Nr. 1961, 1978, 1991 je 4 M., Nr. 1994 9,20 M., Nr. 2005 4 M., Nr. 2007 8 M., Nr. 2065 9,20 M., Nr. 2128, 2129, 2130 je 8 M., Nr. 2161 9,20 M., Nr. 2204 10 M., Nr. 2205 8 M., Nr. 2206, 2208 je 4 M., Nr. 2239 4 M., Nr. 2242 13,20 M., Nr. 2278 4 M., Nr. 2353 9,20 M., Nr. 2365, 2366 je 4 M., Nr. 2403 9,20 M., Nr. 2408 4 M., Nr. 2436 13,20 M., Nr. 2453, 2458, 2513, 2533 je 9,20 M., Nr. 2562 4 M., Nr. 2584 5 M., Nr. 2606 9,20 M., Nr. 2617 8 M., Nr. 2619, 2665 je 9,20 M., Nr. 2697 8 M., Nr. 2704, 2742, 2747 9,20 M., Nr. 2800 13,20 M., Nr. 2803 9,20 M., Nr. 2825 8 M., Nr. 2832 9,20 M., Nr. 2859, 2892 je 4 M., Nr. 3066 13,20 M., Nr. 3084 9,20 M., Nr. 3112 4 M., Nr. 3197—3199 je 8 M., Nr. 3253, 3365, 3380 je 4 M., Nr. 3403 8 M., Nr. 3453, 3466 je 9,20 M., Nr. 3495 9,20 M., Nr. 3502, 3534 je 4 M., Nr. 3573, 3579 je 8 M., Nr. 3121, 3658, 3704, 3712 je 4 M., Nr. 3730 8 M., Nr. 3739 4 M., Nr. 3777 7 M., Nr. 3788 11 M., Nr. 3790, 3791, 3793 je 7 M., Nr. 3794 18 M., Nr. 3795, 3796, 3798 je 7 M.

Einzugungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Vereins für Privatförsterbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Brandversicherungsverein Preussischer Forstbeamten.

Bekanntmachung.

Die zweiunddreißigste ordentliche Mitgliederversammlung des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten findet am **Sonnabend, dem 18. Mai 1912, vormittags 11 Uhr**, im Dienstgebäude des landwirtschaftlichen Ministeriums hier selbst — Leipziger Platz Nr. 9 — statt.

Die nach § 13 der Vereinssatzungen zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung Berechtigten werden hierzu eingeladen. Die Teilnehmer haben nach § 16 der Vereinssatzungen ihre Mitgliedschaft bei dem Hauptvorstande nachzuweisen.

Die zur Vorlage gelangenden Schriftstücke, als Rechnung, Bilanz und Jahresbericht für 1911, sowie der Etat für 1912, können im landwirtschaftlichen Ministerium — Leipziger Platz Nr. 7 —

vom 15. Mai 1912 ab in den Stunden von 11 bis 2 Uhr mittags eingesehen werden.

Berlin, den 1. Dezember 1911.

Hauptvorstand
des Brandversicherungsvereins Preussischer Forstbeamten.
Wesener.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

Ortsgruppe Pyrmon. Sonnabend, den 16. März d. Js., nachmittags von 6 Uhr ab, Mitgliederversammlung im Gasthaus Gottwald, Zentral-Hotel in Bad Pyrmon.

1. Prüfen des Jahresabchlusses pro 1911.
2. Erheben der Beiträge für die „Deutsche Forst-Zeitung“.
3. Anträge.
4. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen bittet
Der Vorsitzende.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstbediensteten in Preußen. 193. — Forstrat oder Forstformmeister? Von G. Herrmann. 194. — Die Wirkungen der Dürre des Jahres 1911 auf den Wald. 195. — Rückgang der Aufforstungen in den kaiserlichen Privatforsten. 201. — Ankauf von Staatsforsten durch den Berliner Zweigverband. 201. — Wilsbadstich in den Staatsforsten Preußens 1910. 201. — Bericht über die 30. Versammlung des Preussischen Forstvereins. Von Oberforstrat Selinger. 201. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 204. — Entschädigung für Waldbründe. 205. — Beitrag zur Holzverwertung. 205. — Der Bedarf Deutschlands an ausländischem Holz im Jahre 1911. 206. — Stärkere Ausfuhr südrussischer Holz nach Europa. 207. — Amtlicher Marktbericht. 207. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 207. — Neue Stellen im Gemeindef- und Amtsförstereidienst für Umwärtler des Jagdcorps. 208. — Brief und Fragekasten. 208. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 208. — Nachrichten des „Waldbau“. 211. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 217. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 218. — Inserate.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feiernabend.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Grandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärte, des Vereins Waldeck-Hyrmonters Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 3 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belegungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belegungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 11.

Mendamm, den 17. März 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Adenau im Regierungsbezirk Coblenz ist zum 1. Mai 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. März eingehen.

Försterstelle Feldrom in der Oberförsterei Altenbeken, Regierungsbezirk Minden, kommt voraussichtlich am 1. Juli 1912 zur Neubesetzung.

Försterstelle Groß-Wasserburg in der Oberförsterei Al.-Wasserburg, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen.

Försterstelle Neu-Thymen in der Oberförsterei Neu-Thymen, Regierungsbezirk Potsdam, ist vom 1. Juli 1912 ab anderweit zu besetzen.

Försterstelle Niesig in der Oberförsterei Fulda, Regierungsbezirk Cassel, ist vom 1. Juni d. J. ab anderweit zu besetzen.

Wie verhindert der Forstbeamte die Abfuhr von Holz, über welches der Verabfolgezettel noch nicht abgegeben ist?

Eine Holzfirma erstand im Holzverkaufstermin die Kiefern I. Klasse aus zwei Schlägen. Bei einer Revision wurde festgestellt, daß der Käufer diese Stämme aus einem Schlage bereits abgefahren und in dem anderen mit der Abfuhr begonnen hatte, ohne die Zettel abgegeben zu haben. Ferner stellte sich heraus, daß die Stämme überhaupt noch nicht bezahlt waren.

Eines Tages wurden zwei von dem Käufer mit der Abfuhr beauftragte Holzfuhrleute dabei betroffen, als diese, jeder seinen Wagen mit einem Stamme beladen, aus dem Schlage kamen.

Bekanntlich schreibt der § 58 der Försterdienst-Instruktion vor, daß der Förster nur gegen Aushändigung des vorschritzmäßig ausgestellten Verabfolgezettels die Abfuhr gestatten darf, und im § 60 ist diese Vorschrift noch dahin

erläutert, daß der Forstbeamte bei einer Revision der Schläge entweder das Holz oder die Verabfolgungszettel vorzuzeigen hat. Um diesen Vorschriften nachzukommen, wurden die Fuhrleute aufgefordert, das Holz abzuladen oder es so lange auf dem Wagen im Walde stehen zu lassen, bis der Verabfolgungszettel beigebracht sei. Die Fuhrleute beriefen sich aber darauf, zur Abfuhr berechtigt zu sein, da sie von dem Käufer die Holznummern mit dem Auftrage erhalten hätten, die Stämme nach dem Bahnhofe zu fahren und dort zu verladen.

Die Vorstellung, daß der Käufer noch durchaus kein Recht habe, das Holz abfahren zu lassen, da der mit der Quittung der Forstkasse versehene Verabfolgungszettel bisher nicht an den zuständigen Forstbeamten abgegeben sei und die Fuhrleute sich daher wegen des Zeitverlustes an dem Käufer schadlos halten könnten, da dieser allein die Schuld trage, war vergeblich. Die Fuhrleute bestanden darauf, die Stämme abfahren zu wollen.

Um die Sache nach Möglichkeit ohne Anwendung von stärkeren Gewaltmitteln zu regeln, wurde dem einen Abfuhrunternehmer der Vorschlag gemacht, in das nächste, $\frac{1}{2}$ Stunde entfernte Dorf mitzukommen, um von dort aus durch das Telephon bei dem Käufer anzufragen, wie es sich mit dem Zettel verhalte. Auch dieser Vorschlag wurde von den Fuhrleuten abgelehnt. Sie äußerten dabei, der Forstbeamte habe gar nicht das Recht, sie anzuhalten und das Abladen des Holzes zu fordern, sie würden dies auf jeden Fall nach dem Bahnhofe fahren.

Als die Fuhrleute hierauf durch Antreiben der Pferde Anstalten zum Weiterfahren trafen, wurden sie nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Abfuhr auf keinen Fall gestattet werde und, wenn nötig, die Zugstricke am Wagen zerschnitten werden würden, sie sich außerdem des Widerstandes schuldig machten. Auch dieser letzte Versuch zur gütlichen Schlichtung des ganzen Vorganges scheiterte an dem Eigensinn der Fuhrleute. Sie trieben die Pferde weiter an, und um die Abfuhr zu verhindern, wurden die Zugstricke zerschnitten.

Die Wagen hielten nun zwar; die Fuhrleute machten sich aber daran, unter Geschimpfe die Stricke wieder zusammenzubinden, um weiterfahren zu können.

Während der Überlegung, was nun zu tun sei, um zu verhindern, daß die ganze Sache mit einem Blutvergießen endete, da ein solcher Ausgang zu dem Uebelle in keinem Verhältnisse stand, erboten sich die Fuhrleute, mich als Telephon zu begleiten.

Um Gelegenheit zu haben, den Vorfall auf diese Weise vorläufig zum Abschluß zu bringen,

nahm ich das Anerbieten an, obgleich es mich innerlich eigentlich nicht befriedigte, nachdem der Widerstand so weit gegangen war.

Es wurden hierauf gegen den Holzkäufer wegen Abfuhr von Holz ohne Abgabe des Verabfolgungszettels und gegen die Fuhrleute wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt Anzeigen erstattet. In der wegen letzterer vor dem Schöffengericht stattgehabten Verhandlung wurden die Angeklagten auf Antrag des Amtsanwalts — freigesprochen, weil von den Angeklagten nicht tätzlicher Widerstand geleistet sei. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt: „Die Fuhrleute hätten sich dem Beamten gegenüber zwar nicht korrekt benommen, denn dieser habe die dienstliche Aufgabe, das ihm anvertraute Holz zu schützen. Es liege aber nur passiver Widerstand vor, und dieser sei nicht strafbar, besonders da es sich nur um eine Übertretung handle.“

In den Kreisen der Kollegen, denen dieser Fall zur Kenntnis kam, hat der Ausgang desselben einiges Bestremden hervorgerufen, und es wurde die Frage aufgeworfen: Wie verhält sich der Forstbeamte, um dem § 58 der Förster-Dienstinstruktion in der Praxis Geltung zu verschaffen?

Nach diesem Paragraphen darf der Förster nur gegen Empfangnahme des mit der Quittung der Forstkasse versehenen Verabfolgungszettels die Abfuhr gestatten. Das in dem vorliegenden Falle ergangene freisprechende Urteil zeigt nun aber, wie schwierig es ist, eine unbefugte Abfuhr mit Erfolg zu verhindern. Wenn diese auch nach § 38 des Feld- und Forstpolizeigesetzes strafbar ist, so steht die Geldstrafe bis zu 50 M. oft in keinem Verhältnis zu dem Werte des abgefahrenen Holzes.

Folgender Fall ist sehr wohl denkbar: Ein Händler kauft für eine größere Summe Holz. Da er in der nächsten Zeit seinen Zusammenbruch voraussieht, dingt er schnell eine Anzahl Fuhrleute und läßt so viel wie möglich abfahren, um sofort anderweitig zu verkaufen. Der Förster trifft zwar die Fuhrleute, diese sehen allen seinen Anordnungen einfach passiven Widerstand entgegen und bleiben wegen Widerstandes straffrei. Strafe erfolgt nur aus § 38 des Feld- und Forstpolizeigesetzes wegen Übertretung auf Antrag.

Es wird eingewendet werden: „Wenn hier energisch eingegriffen wird, wäre es schon möglich, die Abfuhr zu verhindern!“

Es hätten auch in diesem Falle die Pferde an den Zügeln gehalten werden können, um das Weiterfahren zu verhindern. Es bleibt aber eine offene Frage, ob das Weiterfahren — abgesehen davon, daß das Zügelhalten sich hätte sehr in die Länge ziehen können — dadurch besser verhindert worden wäre als durch das Zer-

schneiden der Zugstricke. Hätte ich dann z. B. beim Antreiben der Zugtiere mit der Peitsche Hiebe ins Gesicht erhalten, so wäre dies selbstverständlich aus „Versehen“ geschehen. Ob dann ein strafbarer tätlicher Widerstand als vorliegend angenommen wäre, bleibt ebenso fraglich. Es hätten endlich die Fuhrleute so gereizt werden können, daß sie gegen meine Person handgreiflich vorgingen, um dann mit sicherer Aussicht auf Bestrafung angezeigt werden zu können. Hierdurch wäre die Abfuhr selber aber schwerlich verhindert worden, und den Käufer, der die mittelbare Ursache des ganzen Vorganges gewesen, traf nur so wie jetzt auch eine verhältnismäßig geringe Polizeistrafe.

Wenn also mancher Leser mein Vorgehen als nicht durchgreifend genug ansehen sollte, so genügt mir das Bewußtsein, daß meine Herren Vorgesetzten mein Verhalten voll gebilligt haben.

Gillebrand, Königl. Förster.

Anmerkung der Schriftleitung. Wir haben die vorstehende Darstellung um so lieber aufgenommen, als uns in letzter Zeit wiederholt Zuschriften zugegangen sind, die sich mit den Schwierigkeiten beschäftigen, die den Forstbeamten bei Durchführung der ordnungsmäßigen Holzabfuhr erwachsen. Erfahrungsmäßig setzt die wirksame Tätigkeit gegen die Entwendung von aufgearbeiteten Holzvorräten gerade mit der Verhinderung der Unregelmäßigkeiten bei der Abfuhr ein. Hierzu gehören die Nichtabgabe des Verabfolgezettels und die sogenannte „Nummerverwechslung“.

Wird nicht strenge auf die vorherige Abgabe des Verabfolgezettels gesehen, so läuft der Beamte, auch schon bei geringeren Werten, Gefahr, von seiner vorgesetzten Behörde zur Verantwortung gezogen zu werden wegen Nichtbeachtung der Dienstvorschriften, die sich mit der Ausgabe der aufgearbeiteten Vorräte beschäftigen; denn bei Revisionen sind entweder die Ausgabebelege oder das Holz im Walde vorzuzeigen. Ferner werden durch eine Nachsicht des Beamten die Käufer zu Unregelmäßigkeiten verleitet, so daß sie beispielsweise das gekaufte Holz stillschweigend abfahren und sich dann, nachdem dies zu Hause ist, erst unter Vorzeigung des Verabfolgezettels zur Überweisung melden. Endlich ist der Fall sehr wohl denkbar, der in vorstehender Darstellung als Beispiel angegeben ist. Dann würde für den Waldbesitzer ein großer Geldverlust eintreten. Ob im Bereich der preussischen Staatsforstverwaltung der Förster — nach den bestehenden Vorschriften — für das fehlende Holz Ersatz zu leisten hätte, wenn ihn in Beziehung auf die Entwendung der Vorwurf einer Vernachlässigung trifft, darüber spricht sich Herr Professor Dr. Didel in der „Deutschen Forst-Zeitung“ auf Seite 215 Bd. 21 näher aus.

Es ist daher leicht verständlich, daß der Forstbeamte mißmutig wird, wenn er in Fällen, in denen er sein möglichstes getan hat, die Dienstvorschriften durchzuführen, die Erfahrung macht, daß widerspenstige Fuhrleute — wie in dem vorliegenden Falle — vor dem Strafrichter frei ausgehen. Solche freisprechenden Urteile tragen leicht dazu bei, geradezu zu Unregelmäßigkeiten herauszufordern, indem sie in der Umgegend bekannt werden und die Auffassung verbreiten: Der Förster kann uns nichts anhaben.

Nach den allgemeinen Versteigerungsbedingungen in den preussischen Staatsforsten gilt die Übergabe des verkauften Holzes durch Aushändigung des Holzverabfolgezettels an den Käufer als bewirkt. Erst hierdurch gelangt der Erwerber im Sinne des § 854 Abs. 2 in die Lage, die Gewalt über die erworbene Sache auszuüben. Da in dem vorliegenden Falle die Kiefern noch nicht bezahlt waren, sich also auch der Holzverabfolgezettel noch nicht in den Händen des Käufers befand, so handelte dieser vollständig widerrechtlich, indem er die Fuhrleute mit der Abfuhr beauftragte. Er machte sich hierdurch möglicherweise der Anstiftung zu einem gemeinen Diebstahl schuldig, oder er entwendete das Holz durch die gutgläubigen Fuhrleute als seine Werkzeuge. Er hatte vielleicht durch Übergabe der Nummern an die Fuhrleute in diesen den Irrtum erregt: Er übe bereits die Gewalt über das Holz aus, und hierbei die Absicht verfolgt, sich widerrechtlich in dessen Besitz zu setzen, obgleich es von ihm noch nicht bezahlt war. Zum Gegenstande der Untersuchung mußte ferner gemacht werden, wie weit sich die fraglichen Fuhrleute hier des Versuchs eines Diebstahls schuldig gemacht hatten. Wenn auch zu deren Gunsten angenommen werden konnte, daß das Bewußtsein einer Straftat ursprünglich bei ihnen nicht vorlag, so war dies doch von dem Augenblicke ab möglicherweise vorhanden, als sie durch den Beamten auf die Rechtswidrigkeit ihrer Handlung aufmerksam gemacht waren. Dadurch, daß sie, nachdem ihnen dies bekannt war, die Tat fortsetzten und durch den Beamten nur mit Anwendung von Gewalt an der Ausführung gehindert werden konnten, machten sie sich strafbar. Ohne allen Zweifel war der Forstbeamte zum Einschreiten berechtigt. Er übte hier die Gewalt im Sinne der §§ 855 und 860 Bürgerlichen Gesetzbuches für den Forstfiskus aus und durfte nach § 859 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Rechte des Besitzers wahren. Er konnte mithin den Tätern die verbotenermaßen eigenmächtig entwendeten Kiefern mit Gewalt abnehmen, da er sie bei jüngerer Tat antraf.

Der von dem Herrn Verfasser am Schlusse seiner Darstellung ausgesprochenen Befürchtung, daß ihm aus den Kreisen seiner Fachgenossen der Vorwurf erwachsen könne: sein Vorgehen sei nicht durchgreifend genug gewesen, schließen wir uns nicht an. Im Gegenteil billigen auch wir sein Verhalten, wie dies seine Vorgesetzten getan haben. Es wäre sicher kein Kunststück gewesen, mit bewaffneter Hand das Zurücklassen der Stämme zu erreichen. Hätte der Beamte durch weniger umsichtiges Vorgehen die Fuhrleute zu einem tätlichen Angriff auf seine Person gereizt und zur Abwendung desselben zur Waffe greifen müssen, so wären Menschenleben in unnötige Gefahr gebracht worden, — denn es ist nie vorauszusetzen, welchen Ausgang solche Ausfälle nehmen.

Auch dieser Vorgang beweist wieder, mit welchen Schwierigkeiten die Forstbeamten in der Praxis zu kämpfen haben, um die Ordnung im Walde aufrecht zu erhalten. Es ist daher bedauerlich, daß dem Vernehmen nach die Absicht besteht, den § 117 des Strafgesetzbuchs, der ihnen einen höheren Strafschutz gewährt, in dem neuen Entwurfe zurücktreten zu lassen. (Vergleiche „Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen“ 1911, Seite 734.)

Unstreitig ist in dem geschilderten Falle mit möglichster Schonung vorgegangen. Jeder loyal handelnde Beamte wird auch bestrebt sein, mit gütlichen Mitteln dem Ansehen der Staatsgewalt Geltung zu verschaffen und nur erst dann, wenn diese versagen, zu ernsteren greifen. Er wird aber immer voraussetzen, daß er dabei stets bei allen Behörden auch die gehörige Unterstützung findet. Leider werden gegenwärtig durch die Tagespresse vielfach Verhandlungen bekannt, die bei dem Leser das Gefühl hervorrufen, daß derjenige, der offenbar unrecht getan hat, mit allen erdenklichen Mitteln in Schutz genommen wird, dem Beamten, der vollständig rechtmäßig handelte, aber Übereifer zur Last gelegt werden soll.

Wir können es uns daher nicht verfallen, auszusprechen, daß wir den vom Gericht eingenommenen Standpunkt nicht teilen. Aus der Darstellung geht nun zwar nicht hervor, ob das Verfahren gegen die Fuhrleute auf Grund des § 113 oder § 117 des Strafgesetzbuchs eingeleitet gewesen ist. In beiden Paragraphen ist der mit Gewalt begangene Widerstand oder der tätliche Angriff auf die Person des Beamten unter Strafe gestellt. Nach der Darstellung scheint das Gericht von der Erwägung ausgegangen zu sein, daß ein tätlicher Angriff auf den Beamten, also das zweite Delikt, nicht vorlag. Der Umstand, daß der Gewalt des Beamten, die dieser im Sinne des § 859 Absatz 2 Bürgerlichen Gesetzbuchs

zur Erreichung seines Zweckes — durch Zerschneiden der Zugstricke äußerte, von den Fuhrleuten durch Widerzusammenbinden derselben eine ähnliche entgegengesetzt wurde, daß außerdem bereits durch den Antrieb der Pferde eine Gewaltausübung vorlag, scheint nicht berücksichtigt zu sein. Wenn schließlich die Fuhrleute ihr Vorgehen aufgaben, so verdiente der Vorgang gewiß eine mildere Beurteilung. Hierzu gab der § 113 des Strafgesetzbuchs in seinem zweiten Absatz eine Handhabe, so daß immerhin auf eine Geldstrafe erkannt werden konnte. Ganz unverständlich erscheint die Begründung, daß auch schon deshalb eine Freisprechung geboten sei, weil sich der Widerstand gelegentlich einer Übertretung zugetragen habe. Es lag aber, wie bereits ausgeführt, ein Diebstahl bzw. der Versuch zu einem solchen vor.

Anderes liegt die Sache, wenn der Käufer das Holz bezahlt hat, ihm also der Verabsolgetzettel ausgehändigt worden ist, er diesen aber vor der Abfuhr dem zuständigen Förster nicht abgibt. Da der Käufer, nachdem ihm der Verabsolgetzettel ausgehändigt worden, nach den Verkaufsbedingungen die tatsächliche Gewalt über das erworbene Holz erlangt hat, so macht er sich durch die Nichtabgabe des Verabsolgetzettels an den Förster nur der Verletzung einer Ordnungsvorschrift schuldig, die nach § 38 des Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis 50 Mk. bestraft wird.

Der Forstbeamte ist hier also in einer sehr schwierigen Lage. Ihm kann bei der bestehenden Handhabung des Geschäftsganges nicht bekannt sein, ob der Käufer den Holzverabsolgetzettel noch nicht eingelöst, also die Verfügungsgewalt über das Holz noch nicht erworben hat, oder ob es sich nur einfach um die Übertretung einer Ordnungsvorschrift handelt. Im letzteren Falle wäre ein gewalttätiges Vorgehen zur Behinderung der Abfuhr kaum anzuraten. Da der Beamte indessen nach § 58 seiner Dienstinstruktion die Abfuhr nur gegen Aushändigung des Verabsolgetzettels gestatten darf und dies nötigenfalls durch Anwendung von Gewalt verhindern würde, so könnte ihn hierfür eine Strafe oder Ersatzpflicht nicht treffen, wenn auf seiner Seite keine Fahrlässigkeit vorläge.

Die Zweifel, die dem Forstbeamten bei der Durchführung der bestehenden Vorschrift draußen im Walde aufsteigen müssen, lassen sich leicht dadurch beseitigen, wenn die allgemeinen Verkaufsbedingungen unter Nr. 10 geändert werden und bestimmt wird: Die Übergabe des gekauften Holzes gilt als bewirkt, wenn der mit der Lieferung der Forstkasse versehene Holzverabsolgetzettel an den zuständigen

Forster abgegeben worden ist. Geschieht dies, so kann für den Beamten kein Zweifel bestehen. Ist der fragliche Verabfolgezettel ihm noch nicht übergeben, so ist der Käufer noch nicht befugt, die Gewalt über das erworbene Holz auszuüben. Eignet er sich dies dennoch an, so geschieht dies rechtswidrig, so daß unter Umständen die Merkmale eines Diebstahls vorliegen. In jedem Falle liegt aber mindestens ein Akt verbotener Eigenmacht vor. Der Forster — also der Forstbeamte in dessen Auftrag — wäre berechtigt, dem Täter das Holz mit Gewalt abzunehmen.

Für den Fall, daß einer Änderung der allgemeinen Verkaufsbedingungen ernste Bedenken entgegenstehen sollten, bleibt zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, im Verwaltungswege eine Einrichtung zu treffen, durch die der Forster benachrichtigt wird, welchen Käufer der Holzverabfolgezettel ausgehändigt worden ist. Es kann z. B. gelegentlich der Versteigerungen eine Nebenliste geführt werden, in die einfach die Nummern und Holzmengen, sowie die Namen der Käufer einzutragen sind. In eine besondere Spalte hätte die Forstasse den Vermerk „bezahlt“ (vielleicht durch Stempeldruck) einzutragen. Diese Liste wäre gleich vom Verkaufstage dem zuständigen Forstbeamten in einem Umschlage zu überfenden. Für die im Verkaufstage nicht eingelösten Verabfolgezettel, sowie für die beim freihändigen Verkaufe oder schriftlichen Angebote ausgestellten hätte die Forstasse dem Forstbeamten besondere Nachrichten zu überfenden. Diese können im Vordrucke vorbereitet sein, so daß nur der Name des Käufers, Holznummern und Menge unter Angabe des Einlösungstages nachzutragen sind.

Daß hierdurch die Übersicht über die Rechtslage für den Beamten zugunsten einer wirksameren Überwachung der Holzabfuhr und somit des Schutzes der aufgearbeiteten Holzvorräte im Walde erheblich verbessert würde, unterliegt keinem Zweifel. Bei der jetzigen Rechtslage ist gerade dieser Dienstzweig den Beamten sehr erschwert. Von ihnen wird die Befolgung einer Dienstvorschrift verlangt, und dabei befinden sie sich in Unsicherheit darüber, welches Verhalten gegen die Fuhrleute als richtig anzuwenden ist, denn dies ist nach den vorstehenden Ausführungen in der Hauptsache von der Antwort auf folgende Fragen abhängig: Ist dem Käufer der Holzverabfolgezettel bereits ausgehändigt, hat dieser also die tatsächliche Gewalt über das Holz erworben, oder liegt nur die Übertretung einer Ordnungsvorschrift vor?

Daß der Beamte unter den bestehenden Verhältnissen im Walde auf diese Fragen so schnell, wie die Umstände es erfordern, eine zuverlässige Auskunft nicht erhalten kann, bedarf keiner Begründung. Auch der geschilderte Vorgang beweist, wie selbst bei dem größten Entgegenkommen des Beamten dies unmöglich war. Allerdings wird der Beamte auch jetzt nicht zum Erfasse des widerrechtlich abgefahrenden Holzes angehalten werden können, wenn er sein mögliches getan, dies zu verhindern. In dessen sind solche Fälle geeignet, die Ordnung im Walde — ohne die ein geregelter Betrieb nicht denkbar ist — zu lockern. Dies läßt sich aber sehr gut durch die Ausföhrung der einen oder andern Anregung vermeiden.

Wie bereits bemerkt, beschäftigen sich weitere Zuschriften mit der sogenannten „Nummerverwechslung“. Bei diesen ist es oft schwer, die Grenze dafür zu finden, ob die Absicht der rechtswidrigen Aneignung im Sinne des § 242 des Strafgesetzbuchs oder nur eine Fahrlässigkeit im Sinne des § 39 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vorliegt. Für den Forstbeamten selber liegen gewiß häufig genug ausreichende Verdachtsgründe für die Annahme des ersten Strafdelikts vor. Es ist nun aber das gute Recht eines jeden Beschuldigten, alle die Umstände, die zu seinen Gunsten sprechen, in einem möglichst vorteilhaften Lichte zur Darstellung zu bringen. Dies trägt dann dazu bei, am Richtertische das Bewußtsein der rechtswidrigen Aneignung zweifelhaft erscheinen zu lassen, so daß eine Verurteilung wegen Diebstahls nicht erfolgen kann. Manche Forstbeamte neigen dann wohl zu der Auffassung, daß dies ein Fehlspruch sei, der es ihnen erschwere, für eine ordnungsmäßige Abfuhr zu sorgen; wir entnehmen dies wenigstens aus den uns zugegangenen Zuschriften. Wichtig ist zweifellos, daß solche nicht gewünschten Ausgänge von eingeleiteten Strafverfahren geeignet sind, die Holzfuhrleute bzw. Käufer zu einer größeren Sorglosigkeit beim Aussuchen der von ihnen gekauften Nummern zu verleiten, so daß die Unregelmäßigkeiten sich auf diesem Gebiete häufen. Mißerfolge nach dieser Richtung lassen sich aber wesentlich einschränken, wenn in allen den Fällen, die von Hause aus vermuten lassen, daß der Beschuldigte sich mit einer „Nummerverwechslung“ ausreden werde, von dem dazu Berechtigten (Waldeigentümer bzw. Revierverwalter) neben dem Antrage auf Eröffnung der Untersuchung wegen Diebstahls gleichzeitig der Antrag auf Bestrafung aus § 39 des Feld- und Forstpolizeigesetzes gestellt wird. Da die unter diesen Paragraphen fallenden Übertretungen mit einer Geldstrafe bis zu 100 M oder Haft bis zu vier Wochen geahndet werden, so ist der Richter in der Lage, je nach dem Ausfall

der Beweisaufnahme eine ausreichende Sühne eintreten zu lassen. Ist die gleichzeitige Stellung dieses Antrages aber versäumt, so ist oft durch das Verfahren wegen Diebstahls eine so lange Zeit verstrichen, daß inzwischen wegen Übertretung Verjährung eingetreten ist. Liegt ein rechtzeitiger Antrag wegen Übertretung bei der Hauptverhandlung vor, so ist es stets möglich, wegen dieser eine Beurteilung auszusprechen, wenn die Beweisaufnahme nur die „Nummerverwechselung“ bestätigt, die Voraussetzungen für einen „Diebstahl“ aber fraglich läßt, denn das Gericht ist nach § 263 Abs. 2 der Straf-Prozessordnung bei der Beurteilung der Tat nicht an den Beschluß gebunden, welcher der Eröffnung des Hauptverfahrens zugrunde liegt. Ohne den rechtzeitigen Antrag kann aber keine Beurteilung erfolgen, da die Strafverfolgung der Übertretungen aus § 39 des Feld- und Forstpolizeigesetzes ausdrücklich den Antrag vorschreibt.

Oft wird der Ausgang des Strafverfahrens dadurch in Frage gestellt, daß die Ermittlungen vor Einreichung der Anzeige nicht nach allen Richtungen sorgfältig genug angestellt worden sind; auch dies entnehmen wir aus den mehrerwähnten Zuschriften. Fraglos wird das Verfahren dadurch ungünstig beeinflusst, wenn ursprüngliche Behauptungen, die sich im Laufe der Untersuchungen nicht bestätigen, berichtigt oder gar zurückgenommen werden müssen. Handelt es sich um sogenannte „Nummerverwechslungen“, die von Fuhrleuten oder Knechten der Käufer begangen sind, so sind

erstere als Täter, letztere dagegen je nach Lage der Umstände als Anstifter, Fehler, Begünstiger usw. anzusehen und bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 5 des Forst- und Feldpolizeigesetzes für Strafe und Kosten haftbar. Der Käufer kann z. B. die Fuhrleute bzw. Knechte absichtlich nach einem Schläge geschickt haben, in dem er kein Holz gekauft hat, ihnen falsche Nummern gegeben oder sonst einen Irrtum in ihnen erregt haben. Ebenso kann er, nachdem ihm die Fuhrleute Holz mit unrichtigen Nummern nach Hause brachten, dies trotzdem in seinem Nutzen verwendet, die Nummern unkenntlich gemacht oder durch andere Handlungen sich strafbar gemacht haben. Es ist daher von großem Werte, alle diese Umstände schon in der Anzeige selber ausreichend und klar zum Ausdruck zu bringen. Soll dies erst später in der Hauptverhandlung geschehen, so können leicht die nötigen Unterlagen fehlen, die Beweisführung erweckt am Richterliche das Gefühl der Unsicherheit, und das ganze Verfahren endet mit einem unerwünschten Erfolge. In den irgend zweifelhaften Fällen ist es stets zweckmäßig, sogleich einen Antrag auf Bestrafung aus § 39 des Feld- und Forstpolizeigesetzes beizufügen.

Auch die Tätigkeit bei Überwachung der Holzabfuhr erfordert viel Eifer und Umsicht: die Forstbeamten und ein nicht geringes Vertiefen in gesetzliche Vorschriften. Wir haben diese Gelegenheit daher gern dazu benutzt, den Versuch zu machen, den Hegern und Pflägern des deutschen Waldes auch diese Arbeit zu erleichtern.

Mitteilungen.

— **Eichenachzucht in Buchenstandorten.** Das von Abentouristen seiner landschaftlichen Schönheit wegen so vielgepriesene Siebengebirge birgt für den Forstmann einen hochinteressanten Schatz. Buchenbestände mit selten gesunder Farbe schmücken die Basaltfegel. An der Nordabdachung des Petersberg zwischen den Mauern der Ruine Heisterbach ist die Rotbuche mit bald 30 m astreiner Schaftlänge zu einer Lebenswürdigkeit ersten Ranges geworden. Bei dem Anblick solcher Buchskraft der Buche kann dem Bestreben mancher Forstleute, auch auf Winterhängen ausgeprägter Buchenböden mit allen Mitteln Eichen zu ziehen, eine praktische Bedeutung nicht beilegt werden. Viele ähnliche Beispiele an anderen Orten zeigen, daß den Eichen schon vom Dickungsalter ab die stets vorwachsenden Buchen rücksichtslos zum Opfer fallen müssen. Von den Schäden der vorzeitigen Bestandesloderung abgesehen, müssen beim Eichenfreihieb im Stangenholzalder in den meisten Fällen die schönsten Buchenstämme weichen, wenn die jetzt schon tief unter dem allgemeinen Kronenniveau des Bestandes sich mühsam haltenden Eichen überhaupt

noch den Vorteil eines zu ihren Gunsten eingelegten Hiebes ernten sollen. Ganz naturgemäß ist es, daß auf solchen Buchenstandorten in der Stammzahl des Bestandes die Eiche prozentual nur noch gering vertreten ist. Am allerwenigsten vermag sie deshalb mit ihren Erträgen die Rentabilität des Buchenhochwaldes zu erhöhen. Im Gegenteil ist mit Sicherheit anzunehmen, daß an kalten Abhängen eine künstliche Einbringung der Eiche in Buchenorten einen großen Wirtschaftsfehler darstellt. Wird die Stammbildung des Buchenbestandes ungünstig durch Freihiebe einzelner Eichen schon empfindlich gestört, so müssen an anderen Stellen zwecks Erhaltung des Bestandeschlusses häufig Gabeln und sonstige schlechte Stammformen gesichert werden. Ein solcher Absehbild führt schließlich in einem Alter von 80 Jahren, in welchem sonst die Buche bald beginnt, nennenswerte Erträge bei den Durchforstungen zu bringen, zu fast reinen Brennholzhieben bei der Buche und endlicher Beilegung der kronenlosen Eichen, die dann vielfach ringförmig sind und durch Spechtlöcher oft bis zur Hälfte Brennholz liefern. Das

ist dann der Schluß jahrzehntelanger Verück-
lichtigung der Eiche in ausgeprägten Buchenorten.
Die Bestrebungen mancher Forstleute, mit aller
Gewalt die Geld kostende Eiche auch dort
nachzuziehen, wo sie standortsgemäß nicht hin-
gehört, sind leider ein zu häufiger, fast modern
gewordener Fehler. Solche Wirtschaftsgrundsätze
führen nicht allein zu einem schließlichen redu-
zierten künftigen Erfolg gegenüber der stand-
örtlich angepassten Holzart, sondern naturgemäß
auch zu einer Bodenverschlechterung. Dasselbe
gilt von einzeln eingeschleppten Eichen in Fichten-
beständen an Nord- bis Nordostabhängen.

Esfer.

— **Kiefern ausländischer Herkunft und die Dürre.** Es ist in letzter Zeit so viel über den Minder-
wert ausländischen Kiefernmaatgutes geschrieben
worden, daß es langweilig werden würde, all die
schlechten Eigenschaften der aus ihm stammenden
Pflanzen noch einmal aufzuzählen. Immerhin
ist eine Beobachtung vielleicht nicht uninteressant,
die man hier in der Provinz Sachsen überall
machen kann, wo sich südfrenzösische Kiefern in
den Saaten und Pflanzungen vorfinden. Diese
sind nämlich im vergangenen dürrten Sommer
in ganz unverhältnismäßig stärkerem Maße ein-
gegangen als unsere heimischen Kiefern. Es
kommt das wohl daher, daß die durch den fort-
gesetzten starken Schütteleffekt kränkelnden Pflanzen
nicht mehr kräftig genug waren, die Trockenheit
zu überstehen. Nicht nur jüngere Pflanzen sind
abgestorben, sondern ich sah auch ausgebreitete,
etwa zehn Jahre alte Kulturen südfrenzösischer
Kiefern, die samt und sonderb eingegangen waren.
Weder vom Standpunkt der Allgemeinheit noch
dem des einzelnen Waldbesizers aus betrachtet,
erscheint das aber als ein Unglück, sondern eher
als eine Wohltat, als eine Selbsthilfe der Natur
gegen nicht in unsere Gegend passende Gewächse.
Denn einmal wird dadurch verhütet, daß die
fremdländischen Kiefern sich weiter verbreiten —
Bäusen tragen sie entgegen manchen Behauptungen
schon in recht jungen Jahren und in reichlicher
Menge, auch sind sie die schlimmsten Beförderer
und Verbreiter der Schütte, denn auf ihnen gedeiht
dieser Pilz ganz besonders gut und steckt von hier
aus auch die deutschen Nachbarn an —, anderseits
wären ja doch nie auch nur einigermaßen be-
friedigende Bestände aus solchen reichlich mit
fremdländischen Pflanzen gemischten Kulturen
geworden, und der vergangene Sommer hat nur
das unausbleibliche Absterben beschleunigt. Da,
wo die Jungwüchse fast nur aus Kiefern fremd-
ländischer Herkunft bestehen, muß natürlich, wie
es in den preussischen Staatsforstrevieren schon
seit einer Reihe von Jahren gehandhabt wird,
Neuanfaat erfolgen. In manchen Revieren finden
sich hier Leute, welche das Herausreißen und Roden
der vertrockneten Pflanzen gegen Überlassung
des Materials besorgen. Oft muß man es aber
beachten, daß das meist sehr verzweigte und reichlich
entwickelte Wurzelwerk der Ausländer die Käufer
abichreddet. Geschehen muß das Herausreißen,
ganz abgesehen von den Schwierigkeiten und
Nachteilen, die ein Stehenlassen für die folgende

Kultur hätte, schon wegen der Bast- und Rüssel-
käfer, noch dazu, daß sich diese im vergangenen
heißen Sommer sehr üppig entwickelt haben.
Sind nur einzelne Pflanzen der Kultur fremd-
ländischer Herkunft, dann müssen wenigstens die
größeren Lücken nachgebessert werden. In den
älteren Kulturen — gerade diese haben im
vergangenen Sommer aus Gründen, deren Er-
örterung hier zu weit führen würde, am meisten
gelitten — werden nachgebesserte Kiefern, selbst
wenn Ballen zur Verfügung stehen, nicht mehr
mitkommen. Da, wo die Fichte wächst und nicht
zu viel Wilz, vor allem Kaninchen, vorhanden sind,
kann man sich leicht mit dieser helfen. Auch die
Lärche wird auf geeigneten Standorten in bis
höchstens kniehohen Jungwüchsen noch am Platze
sein. Wo aber der Boden für die genannten Holz-
arten in seiner Güte nicht mehr ausreicht und noch
dazu Kaninchen in reichem Maße vorkommen, und
beides pflegt ja auf unserem armen Sandboden
nicht selten zusammenzutreffen, da ist guter Rat
teuer. Gut paßt hier die Douglasie, die auf sehr
trockenem Sand noch merkwürdig gut fortkommt,
und die die Dürre des letzten Jahres ohne Aus-
nahme vorzüglich überstanden hat. Aber ohne
Einzäunung ist, abgesehen von ihrer Frost-
empfindlichkeit, mir ihr nichts zu wollen, da sind
auch die Rehe zu sehr hinter ihr her. Auch die
Bankkiefer leidet nur zu sehr unter Vertilg.
Sie füllt ja noch schneller und besser durch ihr
rascheres Wachstum wie die Douglasfichte, dafür
ist sie wieder lichtliebender, in älteren Pflanzen
kaum verpflanzbar, auch sehr teuer, und ob sie
je ein richtiger Baum wird, ist auch fraglich. In
solchen Fällen, namentlich bei einer starken Durch-
mischung mit eingegangenen Kiefern, wird,
will man nachbessern, nichts anderes übrig bleiben
wie Einzäunung, die natürlich, da Kaninchen-
Sicherheit nötig ist, sehr teuer wird. Es ist dann
eine von Fall zu Fall zu entscheidende Rechen-
aufgabe, ob nicht doch Neuanfaat der ganzen
Kultur sicherer und billiger zum Ziele führt.
Dabei ist aber immer zu bedenken, daß selbst sehr
räumige Kulturen noch leidliche Bestände mit
wenn auch kurzstämmigen und astigen, so doch
starken Stämmen liefern. Es beweisen das die
Kiefernhautebestände, wie man sie in der Altmark
noch hie und da findet; Bestände, die in weitem
Verbande angelegt wurden, um auf derselben
Fläche Holzaucht, Schafweide und Streunutzung
gleich zu treiben. Auch muß man sich bei den
Nachbesserungen immer vor Augen halten, daß
eine Mark Kulturkosten dem Abtriebsertrag nach
80 Jahren mit 10 % zur Last gerechnet werden
muß. Im Interesse der Bodenpflanze, des Wilbes
und der Waldschönheit wird es auch ganz vorteilhaft
sein, manche der Kulturlücken mit Dauerlupinen
oder Besenpfriemen anzubauen.

S.

— **Anssorkung der unbewaldeten Höhen im rheinischen Bergland.** Gelegentlich der
letzten Tagung des rheinischen Provinzialland-
tages ist beschloffen worden, die kahlen Hänge und
sonstigen für die Forstwirtschaft geeigneten Flächen
in den gebirgigen Teilen der Rheinprovinz alsbald

aufzuforsten, um durch diese waldbauliche Maßnahme ein langsames Abfließen der Niederschläge zu veranlassen und hierdurch den Hochwasserschäden vorzubeugen. Damit der Ausführung nichts im Wege steht, soll eine Änderung des rheinischen Zusammenlegungsgesetzes vorgenommen werden.

— **Aufforstungen in Schleswig-Holstein.** Die Aufforstung von Obbländereien in der Provinz Schleswig-Holstein hat wiederum recht erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Nach einer soeben erschienenen Nachweisung sind im Jahre 1911 von Privaten und Waldbgenossenschaften im ganzen 260,2 ha Obbländereien neu aufgeforstet worden. Diese Fläche verteilt sich auf 13 Kreise. An erster Stelle steht der Kreis Plön mit 67,6 ha; es folgen die Kreise Segeberg mit 62,7, Ederförde mit 34,1, Pinneberg mit 27,0, Apenrade mit 24,0, Husum mit 18,2, Steinburg mit 8,8, Süderdithmarschen mit 5,0, Tondern mit 4,1, Hadersleben mit 4,0, Rendsburg mit 3,5 und Norderdithmarschen mit 1 ha.

— **Schadens in den Anhalter Staatsforsten.** Die ungewöhnliche Dürre des Sommers 1911 hat auch in den anhaltinischen Forsten erheblichen Schaden angerichtet. Große Flächen älterer, seit Jahren gesicherter Kulturen von Laub- und Nadelholz sind vertrocknet, ebenso größere Bestandteile von Dichtungen und Stangenhölzern, namentlich in den Vorbergen des Reviers Gerrode. Nach vorläufiger Schätzung werden zu außergewöhnlichen

Reparaturkosten und Bestandesergänzungen in den anhaltinischen Staatsforsten ungefähr 100 000 M. benötigt werden, die sich auf fünf Jahre verteilen sollen.

— **Das Preussische Förster-Jahrbuch für 1912 (III. Band)** wird, soweit jetzt feststeht, in den letzten Tagen des März herausgegeben. Wiederum ist der Inhalt dieses für jeden preussischen Forstbeamten so wertvollen Buches wesentlich verbessert. Neu geschaffen ist ein Teil „Beamtenrechtliches“, welcher den dritten und die folgenden Bände zu einem noch wertvolleren Besitz stempelt als die früheren. Nähere Mitteilungen über den weiteren Inhalt des angekündigten Buches werden in nächster Nummer erfolgen, der auch eine Bestellkarte beigelegt sein wird. Der Bezugspreis ist der alte geblieben. Der Ladenpreis beträgt 3 M., Leser der „Deutschen Forst-Zeitung“ erhalten das Exemplar zum Vorzugspreise von 2,30 M., 5 Stück und mehr an eine Adresse werden für je 2,10 M., 10 Stück und mehr an eine Adresse für je 2 M. geliefert. Die Zusendung erfolgt gegen Einsendung des Betrages franco, unter Nachnahme mit Portozuschlag. Zu baldiger Bestellung des Preussischen Förster-Jahrbuches sei angeregt; je früher der neue Band in den Besitz der Preussischen Forstbeamten kommt, desto größer ist sein Wert für das laufende Jahr. Die Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“ zu Neubamm.

Berichte.

**Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.
Auszug aus den Verhandlungen am 7. März 1912
über Reisekosten, Feuerungszulagen und
Wohnungsgeldzuschuß.**

I. Reisekosten.

Dr. Schroeder, Cassel (nat.-lib.): — Es ist in der Budgetkommission die Erwartung ausgesprochen worden, daß durch die neuen Sätze des Reisekostengesetzes wesentliche Ersparnisse erzielt werden würden. Die Erzielung von Ersparnissen liegt aber auf einem ganz anderen Gebiete, nämlich in der Einschränkung der Zahl der Dienstreisen. Wir haben damals mit Recht darauf hinweisen müssen, daß die Zahl der Beamten, die in das Land hinausgeschickt werden, um irgend etwas zu besehen, und die Höhe der Reisekosten dieser Beamten oft in gar keinem richtigen Verhältnis zu dem Werte des Objektes stehen, das besichtigt werden soll. Hierbei kommt namentlich die Bauverwaltung in Betracht, ebenso die Forstverwaltung. Wir haben den Wunsch gehabt, daß gerade in der Zahl der Reisen eine wesentliche Einschränkung erfolgen möchte. Aber darüber waren wir uns auch vollständig klar, daß das nicht durch irgendein Regulativ oder Gesetz würde erreicht werden können, sondern daß das Sache der Aufsichtsführung wäre, und daß nach der Richtung hin durch die Anordnungen der vor-

gesetzten Behörden die entsprechenden Ersparnisse eintreten müßten.

Dr. v. Brüning (kons.): — Es soll jetzt vorkommen, daß bei unglücklicher Konstellation die Entschädigung die Reisekosten nicht deckt. In dieser Beziehung haben wir das Vertrauen zur königlichen Staatsregierung, daß solche Übelstände vermieden werden.

II. Feuerungszulagen.

Delius (fortschr. V.-P.): — Ein großer Teil der preussischen Unterbeamten ist bei der Besoldungsregulierung des Jahres 1909 sehr schlecht weggekommen. Die durchschnittliche Einkommenverbesserung von mindestens 200 M., die der Herr Finanzminister damals für jeden Unterbeamten in Aussicht stellte, ist für eine ganze Anzahl von Kategorien nicht erreicht worden. Es ist nachgewiesen, daß sogar einige Unterbeamtengruppen durch den Anfall der Stellenzulagen usw. noch geschädigt sind. Wir möchten nun bitten, die Unterstützungsfonds so aufzufüllen, daß mindestens allen den Unterbeamten, die durch die Gehaltserhöhung nur ganz wenig aufgebohrt sind und sich deshalb in einer großen Notlage befinden, geholfen werden kann. Allerdings wird es notwendig sein, daß hier die Unterstützungsgesetze auf feste Normen eingerichtet werden, damit auch wirklich die bedürftigen

Beamten etwas bekommen und keine Bevorzugung in irgendeiner Richtung stattfindet. Es kann auch nach meinem Dafürhalten keinem Zweifel unterliegen, daß die Staatsregierung bei der Notlage einer großen Zahl von Beamten gehalten sein muß, einzugreifen, und wenn die Unterstützungsmittel in diesem Jahre nicht ausreichen sollten, bleibt unserer Meinung nach nichts anderes übrig, als die Unterstützungsfonds im nächsten Jahre erheblich aufzufüllen.

III. Wohnungsgeldzuschuß.

Dr. Rödig (Zentr.): Wenn in der Gesetzgebung der letzten Jahre irgendwas in schiefe Bahnen gelenkt worden ist, so ist es die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses, die in den Jahren 1909 und 1910 vorgenommen worden ist. Aller Welt wurde damals regierungsseitig verkündet: der Wohnungsgeldzuschuß werde für die unteren Beamten unter Hinzurechnung einer Aufbesserung, die einige Jahre vorher erfolgt war, um 100% erhöht, für die mittleren und höheren Beamten um 50%. Das war etwas, was sich hören ließ. Allein das schlimme Ende kam nach, und das war die Herabsetzung vieler Orte, namentlich auch mittlerer und größerer Städte, in eine niedrigere Ortsklasse. Dadurch wurde das, was man mit der einen Hand gab, mit der anderen wieder genommen. Infolge dieser Herabsetzung stellten sich die Aufbesserungen auf dem Gebiete des Wohnungsgeldzuschusses für manche Unterbeamte auf jährlich 4 M., nachdem man vorher von einer Aufbesserung um 100% gesprochen hatte. Ich fragte damals schon in der Kommission: War denn unter den Herren, die diesen Gesetzentwurf ausgearbeitet haben, keine gewichtige Stimme, die vor diesem unglücklichen Wege warnte, die sagte, daß es das Schlimmste sei, was man tun könne, wenn man einem etwas nehme, was er bereits habe? Man mußte sich doch in Regierungskreisen sagen, daß durch die Herabsetzung der Ortsklasse, die den Städten und damit den Beamten zugestanden waren, eine dauernde Unzufriedenheit in den Beamtenkreisen hervorgerufen werden würde. —

Um das Gesetz nicht scheitern zu lassen, einigte man sich schließlich auf eine Resolution, worin die Staatsregierung ersucht wurde, durch entschiedenes Eintreten im Bundesrate dahin zu wirken, daß unter Anwendung der dem Bundesrate gegebenen Ermächtigung, die Einreihung einzelner Orte in eine andere Ortsklasse anzuordnen, baldmöglichst die erheblichen Mißstände beseitigt werden. — Diese Nachprüfung, die damals von der Regierung in Aussicht gestellt wurde, liegt jetzt vor. Das Ergebnis ist aber sehr betrübend. Man hat 23 ganz kleine Orte aus der untersten Klasse in die andere gebracht; da sind nicht viele Beamte. Man hat zehn Orte aus Klasse D in Klasse C gebracht; da sind auch noch nicht viele. Dann hat man auch — hören Sie wohl! — einen Nominaturschulze aus Klasse C in Klasse B gebracht: nämlich den Villenort Nikolassee bei Berlin, wo auch nicht viele Beamte angestellt sind. Aber sonst ist keine größere, keine mittlere Stadt berücksichtigt worden. Breslau, Elberfeld-Barmen, Cassel, Coblenz,

Erfeld, Duisburg, Hannover, Halle, Trier, Marburg, Erfurt, Münster, Paderborn — alle diese Städte sind unberücksichtigt geblieben. Ich will natürlich nur die wenigen nennen, ich kann sie nicht alle aufzählen. Nur dadurch ist das Resultat möglich geworden, daß man die Grundzüge, die man für die Reichsortsklasseneinteilung angewendet hat, nicht mehr als maßgebend angesehen hat. — Die Verhandlungen im hohen Hause und die Versprechungen, die seitens des damaligen Herrn Finanzministers gegeben worden sind, konnten aber keinen anderen Schluß zulassen, und nach den Gesetzen von Gerechtigkeit und von Treu und Glauben ist es auch notwendig, daß diese Ermittlungen nach den damaligen Grundsätzen ausgeführt werden, weil es darauf ankommt, geschriebenes Unrecht — natürlich nicht mit Absicht geschriebenes Unrecht — wieder gut zu machen. Mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Finanzministers im vorigen Jahre, die ich vorhin verlesen habe, richte ich nun an den Herrn Finanzminister die Frage, was er wohl in dieser Sache zu tun gedenkt.

Dr. Penke, Finanzminister: Der Herr Vorredner hat mit ziemlicher Schärfe verlangt, der preußische Finanzminister sollte sich an den Bundesrat wenden, um die sogenannten deklassierten Orte in die Höhe zu setzen und um Treu und Glauben zur Geltung zu bringen. Ich will mich bemühen, nicht so scharf zu werden, obschon in den Ausführungen des Herrn Vorredners eine Reihe von Vorwürfen enthalten war, die an sich die königliche Staatsregierung nicht ohne weiteres hinnehmen kann. Der Wohnungsgeldzuschuß ist seinerzeit, weil das Reich noch nicht vorwärts gegangen war, von Preußen selbständig erhöht worden. Hinterher regelte das Reich seinerseits den Wohnungsgeldzuschuß neu, und da entstand der große Übelstand, daß in derselben Stadt die preussischen Beamten einen anderen Wohnungsgeldzuschuß erhielten als die Beamten derselben Gehaltsklasse des Reiches. Das mußte natürlich geändert werden, und infolgedessen mußte der preussische Wohnungsgeldzuschußtarif auf den Tarif des Reiches gebracht werden. Nun hatten die Erhebungen des Reiches seinerzeit dazu geführt, daß eine Reihe von Orten in eine andere Ortsklasse versetzt worden wäre, als worin sie in Preußen bis dato sich befanden. Das hatte dann zur Folge, daß in diesen Städten ein etwas geringeres Wohnungsgeld an die Reichsbeamten und auch an die preussischen Beamten zu zahlen war, als es der neue preussische Wohnungsgeldzuschußtarif vorgegeben hatte. Wenn Preußen seinerzeit zugleich mit dem Reich den Wohnungsgeldzuschußtarif gleichmäßig festgesetzt hätte, so würden diese Beamten niemals den höheren Wohnungsgeldzuschuß erhalten haben. Sie haben ihn aber behalten und haben ihn auch heute noch, weil er einmal zur Einführung gekommen ist. Sie haben ihn auch heute noch, nur mit der Einschränkung, daß sie so lange einen Abzug an den Gehaltszulagen erleiden, bis ein Ausgleich erfolgt ist. Der Beamte bekommt also mehr, als

wenn er von vornherein in die jetzige Ortsklasse hineingekommen wäre. Wenn der Reichstaxi von vornherein eingeführt worden wäre, dann würde der Beamte den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß nicht bekommen haben. Nun bezieht er aber den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß Jahr ein Jahr aus. Nur vermindert sich dieser allmählich nach Maßgabe der Steigerung der Alterszulagen. Der Herr Vorredner hat nun die Unterlagen für die Feststellung des Wohnungsgeldzuschusses sehr heftig angegriffen. Meine Herren, das Reich hat damals einen einheitlichen Maßstab aufgestellt, nämlich die Feststellung des Einzimmerpreises; dieser einheitliche Maßstab ist dann bei allen einzelnen Orten in den Bundesstaaten bei den Erhebungen zugrunde gelegt worden, und daraufhin ist der Wohnungsgeldtarif festgesetzt worden.

Auf Grund der Petitionen, die diesem Hohen Hause zugegangen waren, wurde dann später beschlossen, Preußen möchte die Frage nochmals prüfen und beim Bundesrat entsprechende Anträge stellen. Da nun der Einzimmerpreis, der der Reichstaxi zugrunde gelegen hatte, von verschiedenen Seiten angefochten worden war, wurde davon bei der neuen Aufnahme abgesehen. Man hatte gegen den Einzimmerpreis eingewendet, daß die Zimmer ja ganz verschieden groß seien, die Wohnungen insofadedessen auch, und daß man diesen Maßstab deshalb nicht nehmen könne. Der Bundesrat hat insofadedessen beschlossen, daß bei der Neuaufnahme von dem Einzimmerpreis abgesehen und der Preis der Wohnungen für mittlere Beamte in den einzelnen Orten festgestellt werden solle auf Grundlage einer Vierzimmerwohnung, abgesehen von den Nebengelassen.

Daraufhin hat nun die neue Aufnahme so stattgefunden, daß die gesamten mittleren Beamten die Karten ausfüllten und in den Orten, wo noch besondere Abgaben und Lasten auf den Mietern liegen, diese den Mietpreisen hinzugefügt sind, so daß die Erhebungen tatsächlich ein durchaus zutreffendes Resultat ergeben mußten. Es sind sogar bei der Aufrechnung diejenigen Beamten wieder in Abzug gebracht worden, welche bis dahin bescheidenere Wohnungsansprüche hatten und sich insofadedessen geringere Wohnungen mieteten. Die Lokomotivführer z. B. bekommen ja das Wohnungsgeld der mittleren Beamten, haben aber meistens bescheidenere Wohnungen, als sie sich für dieses Wohnungsgeld beschaffen könnten; insofadedessen sind sie bei dieser Aufnahme nicht mitberücksichtigt, um nicht einen ungünstigen Durchschnitt hineinzubringen.

Es hat sich nun bei der Aufnahme auf dieser neuen Grundlage ergeben, daß der damalige Wohnungsaufwand fast durchweg richtig ermittelt worden ist, denn es sind 263 Nachprüfungen in Preußen vorgenommen worden und davon nur 57 geändert.

Bei den übrigen hat sich herausgestellt, daß damals tatsächlich die richtigen Zahlen angegeben waren und die Grundlagen zuträfen.

Also am Wohnungsgeldzuschuß läßt sich zur Zeit nichts ändern. Sollte sich an irgend einem Orte das Bedürfnis nach einer Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses herausstellen, sollte es

sich also zeigen, daß mit drei Vierteln des Wohnungsgeldzuschusses eine angemessene Miete nicht bestritten werden kann, dann wird der preußische Staat gern den Antrag stellen, den Ort in die Höhe zu setzen; vorher ist das aber nicht möglich.

Dr. Schroeder Cassel, (nat.-lib.): — Als wir vor zwei Jahren über die Ortsklasseneinteilung zu entscheiden hatten, war von den verbündeten Regierungen und vollständig gleichlautend auch von der preussischen Regierung das bekannte System des Einheitszimmerpreises zugrunde gelegt. Wir haben damals das System des Einheitszimmerpreises auf das allerschärfste angegriffen. Aber das System mochte falsch oder richtig sein, es war einmal ein System, das einheitlich in Preußen und im Reiche zur Durchführung gekommen war, und es hatte wenigstens den einen Vorzug, daß es alle Ortschaften gleichmäßig traf. Die neuen Erhebungen haben nun in der Form stattgefunden, daß einzelnen Beamten sogenannte Zählkarten zur Beantwortung zugesandt worden sind. Damit ist aber ein ganz neuer Weg beschritten, der Weg nämlich, daß nur die mittleren Beamten nach ihren Wohnungsverhältnissen gefragt wurden. Es ist ein ganz neues System zur Anwendung gekommen, monach nachgefragt wurde, ob der Wohnungsgeldzuschuß der mittleren Beamten drei Viertel ihres tatsächlichen Mietaufwandes decke.

Diese Nachforschungen mußten vollständig ungünstig ausfallen, weil sie sich nur mit den Wohnungsverhältnissen der mittleren Beamten beschäftigten. (Sehr richtig!) Meine Herren, bei den mittleren Beamten liegt die Sache doch so, daß im letzten Jahrzehnt ein Teil der Unterbeamten allmählich dadurch in die Schicht der mittleren Beamten aufgerückt ist, daß diesen früheren Unterbeamten das Wohnungsgeld der mittleren Beamten gegeben worden ist. Das ist an sich hoch erfreulich und wird sicher von uns allen gebilligt; aber es hat doch zur Folge, daß namentlich in den Städten, in denen größere Eisenbahnverwaltungen liegen, sehr viele dieser früheren Unterbeamten, deren Wohnungsansprüche sich vielleicht nicht erheblich von denen derjenigen Beamten, die noch jetzt Unterbeamte sind, unterscheiden, sich unter den mittleren Beamten befinden, und daß dadurch der Durchschnittsatz der Aufwendungen der mittleren Beamten für ihre Wohnungen erheblich heruntergedrückt worden ist. Wenn man nun sämtliche Unterbeamten und vor allen Dingen auch die höheren Beamten zu den Untersuchungen heranzieht, dann wird man finden, daß bei diesen beiden Kategorien der Wohnungsaufwand nicht durch drei Viertel des Wohnungsgeldzuschusses gedeckt wird, sondern erheblich mehr beträgt. Meine Herren, für ganz unzulässig halte ich es aber, daß man nun mitten in den Untersuchungen plötzlich einen Systemwechsel vorgenommen hat.

Ich möchte ferner auf einen auffälligen Vorgang hinweisen: der frühere Finanzminister Herr.

v. Rheinbaben hat damals hier im Hause mit aller Kraft seiner Persönlichkeit und seines Einflusses die Ortsklasseneinteilung und damit die Deklassierung durchgesetzt. Wir wird jetzt von sehr glaubwürdiger Stelle mitgeteilt, daß Herr v. Rheinbaben jetzt in seiner neuen Eigenschaft als Oberpräsident der Rheinprovinz sich mit Recht die größte Mühe gibt, eine Reihe von deklassierten Orten in dieser Provinz zu retten und in die früheren Klassen heraufzubringen. Das ist doch eine Fronte des Schicksals.

Also, meine Herren, wenn wir zu gerechten Ergebnissen kommen wollen, müssen neue Erhebungen auf Grundlage des alten Systems stattfinden.

Halle, Ministerialdirektor: Der vom Herrn Vorredner benämigte Wechsel ist erfolgt, weil das frühere System angegriffen worden ist, dann aber auch um deswillen, weil diesen früheren Ermittlungen als Stichtag der 1. Januar 1907 zugrunde lag; auf diesen Stichtag konnten wir aber jetzt die Ermittlungen nicht mehr basieren, da die alten Preise sich nicht feststellen lassen. Das neue System schließt sich an die Grundlage an, die seinerzeit von der Reichstagskommission für die Nachprüfung der Petitionen gewählt worden ist; wir sind also historisch richtig vorgegangen, indem wir uns an den letzten Vorgang anschlossen, wie diese Petitionen im Reich erledigt worden sind.

Nun hat der Herr Vorredner ferner angeführt, man könne sich gar nicht wundern, daß die Enquete in den meisten Fällen ungünstig ausgefallen wäre, und zwar mit Rücksicht darauf, weil ganz heterogene Beamtenklassen in der Kategorie der mittleren Beamten wären. Meine Herren, diesen Einwand hat der Herr Finanzminister vorhin schon zurückgewiesen. Er hat gerade darauf hingewiesen, daß eben außerordentliche Verhältnisse bei den Wohnungen berücksichtigt sind, indem die Wohnungen, die weit unter dem normalen Stande der Wohnungen und der Wohnungspreise bleiben, ausgezeichnet sind und ebenso die höher bezahlten Wohnungen. Ich kann vielleicht, wenn es gestattet ist, aus der Vorlage der Staatsregierung, die gerade diese Enquete betrifft, einen Passus vorlesen, der das kurz erläutert:

Außer Betracht zu lassen sind — heißt es da —

solche Wohnungen, die weniger als vier Zimmer und Küche enthalten oder eine auffallend geringe Wohnfläche aufweisen, wie solche, deren Mietzins hinter der mittleren Linie des Mietaufwandes der übrigen Beamten erheblich zurückbleibt oder darüber erheblich hinausgeht.

Ich glaube, gerade durch diese Sicherheitsvorschrift ist dem Einwand genügend begegnet, den der Herr Vorredner gemacht hat.

Delius (fortsch. B.-P.): Das eine aber hebt jedenfalls fest: daß die stattgehabten Ermittlungen keineswegs das Richtige getroffen haben, daß die Beamten in den deklassierten Orten gewissermaßen schwer

enttäuscht sind — enttäuscht deshalb, weil man einen anderen Grundsatze angewandt hat als bei den Ermittlungen des Jahres 1907. Wenn man die jetzigen Grundsätze auf alle diejenigen Orte anwenden wollte, die 1909 in eine höhere Servisklasse gekommen oder die in ihrer Klasse verblieben sind, dann würde sich bei vielen Orten herausstellen, daß sie sich zu Unrecht in ihrer jetzigen Klasse befinden. Denn es kann wohl angenommen werden, daß die früheren Ermittlungen die Lage richtiger erfaßt haben als die Ermittlungen auf Grund der Vorschriften, die jetzt vom Bundesrat erlassen sind.

Wenn wieder einmal eine generelle Regelung des Wohnungsgeldes stattfindet, wird es wohl richtiger sein, sich auf die Grundsätze von 1873 zurückzugreifen, wo auch die Feuerungs- und sonstigen Verhältnisse berücksichtigt worden sind.

Dr. Wagner (freikons.): Die alte Aufassung des Jahres 1873 war entschieden die zutreffendere. Ich kann als Statistiker, der ich von Amts wegen reichlich Gelegenheit habe, mich mit Statistiken aller Art zu befassen, nicht zugeben, daß es rechnerisch und praktisch nicht möglich sein würde, die besonderen Feuerungsverhältnisse des jeweiligen Ortes auch außerhalb der bloßen Wohnungsmiete richtig zu erfassen und so in die Rechnung einzustellen, daß sie klar hervortreten. Es ist allerdings eine umfangreiche und langwierige Rechearbeit, das gebe ich zu. Aber daß es nicht möglich sein sollte, bestreite ich auch heute noch rundweg.

Dr. König, Abgeordneter (Zentr.): Meine Herren, der Herr Finanzminister hat erklärt, daß sich in meiner Rede eine gewisse Schärfe bemerkbar gemacht habe. Ich muß erwidern, daß mich das mit Befriedigung erfüllt hat; denn wenn sich eine solche Schärfe bemerkbar gemacht hat, so ist mein inneres Empfinden auch nach außen hin zum Ausdruck gekommen. — Der Herr Finanzminister möge die Schärfe, die er in meinen Worten gefunden hat, mit „Wärme“ gleichstellen, dann wird er das Richtige getroffen haben. Nach meiner Ansicht erfordern Treu und Glauben, erfordert die loyale Erfüllung der Versprechungen, die im hohen Maße gegeben worden sind, daß man nach den Grundsätzen verfährt, auf denen die jetzige gesetzliche Klasseneinteilung begründet ist. Jedes andere Verfahren ist unrichtig. Der Herr Finanzminister hat zu meinem Bedauern sich ablehnend gegenüber unseren Forderungen verhalten. Aber ich hoffe, daß er schließlich, wenn er sieht, wie alle Parteien auf dem Standpunkt stehen, daß das bisherige Verfahren nicht richtig ist, im Schoße der preussischen Regierung unabhängig vom Bundesrat noch einmal Erwägungen in der Sache eintreten läßt. Ich habe immer bedauert, wenn die Staatsregierung erst dem Drängen der Parlamente nachgibt, während sie doch, um die Beamten bei sich zu behalten, vorangehen müßte.

Dr. Bentze, Finanzminister: Die bisherigen Grundsätze sind überall angefeindet worden; es ist stets gesagt worden: der Einzimmerpreis ist

überhaupt keine richtige Grundlage und kann auch keine richtige Grundlage sein, weil die Zimmer ja ganz verschieden sind, und weil die Wohnungen verschieden groß sind; da ist es einer Widerfahne, den Einzimmerpreis zugrunde zu legen. Und infolgedessen ist man, abgesehen davon, daß ein Einzimmerpreis nachträglich für das Jahr 1907 nicht mehr zu ermitteln war, dazu übergegangen, daß man die tatsächlichen Auswendungen für die Wohnungen feststellte; die Beamten haben selbst angegeben, was sie für ihre Wohnungen ausgeben müssen, sie haben den Fragebogen selbst ganz genau ausgefüllt. Nun soll diese Aufnahme gegen Treu und Glauben verstoßen. Es ist absolut unmöglich, die Aufwendungen für die Wohnungen in anderer Weise sicher zu ermitteln, als daß man feststellt, was die Beamten ausgeben und wieviel Räume sie haben. Das Ergebnis erfolgt auf rein rechnerischem Wege, und keine Behörde kann Einfluß darauf haben. Wenn die Grundsätze einmal festgestellt sind, dann wird lediglich gezählt; es ist ein reines Rechnungsergebnis. Es ist hierbei nichts in das Belieben oder Wohlwollen einer Behörde gestellt, sondern die Behörde muß das Resultat, wie es hier gebracht wird, einfach akzeptieren.

Dr. König (Zentr.): Der Herr Finanzminister hat erklärt, man könne doch nichts anderes tun, als die Wohnungsmieten, die die Beamten jetzt bezahlen, zugrunde legen. Das ist das Verkehrtste, was man tun kann; denn die Beamten sollen ja aufgebeßert werden hinsichtlich ihrer Wohnungsverhältnisse, sie sollen ja in die Lage gebracht werden, sich bessere Wohnungen zu mieten, als sie jetzt haben. Deshalb ist es doch unrichtig, zu sagen, was sie jetzt bezahlen, das ist ihre Ausgabe; reicht zur Deckung von drei Vierteln dieser Ausgabe der Wohnungsgeldzuschuß aus, so brauchen sie keine Aufbesserung. Wir wollen ihnen aber doch bessere Wohnungen geben, und auf diesen Gesichtspunkt ist der Herr Minister weder vorher noch jetzt irgendwie eingegangen.

Dr. Schroeder, Cassel (nat.-lib.): Ich habe es als unbillig empfunden für die deklassierten Städte, daß man ganz plötzlich zu einem neuen System übergeht, und mein Verlangen — darin stimme ich mit Herrn Dr. König überein — geht dahin, daß man die Grundsätze des alten Systems penibel durchführt, mag es nun richtig oder falsch gewesen sein.

v. Hennigs-Teichlin (Konf.): Ich glaube, daß wir Jahr für Jahr eine Untersuchung vornehmen müssen. Die Schwierigkeit ist die, daß wir das alles allein in Preußen nicht machen können, daß also Fühlung mit dem Reichsschatzamt genommen werden muß.

Dr. Schroeder, Cassel (nat.-lib.): Die preußische Regierung hat — soweit ich unterrichtet bin — eine Prüfung der Beschwerden ihrerseits gar nicht vorgenommen; soweit ich weiß, ist die Prüfung und Entscheidung dem Reichsschatzamt uneingeschränkt überlassen. Eigentlich müßte überhaupt der Bundesrat darüber entscheiden. Der Bundesrat hat aber dem Reichsschatzamt wieder eine

allgemeine Ermächtigung gegeben, diejenigen Sachen, bei denen das Reichsschatzamt die Beschwerden nicht für begründet hält, an den Bundesrat nicht weiter zu geben, sondern einfach selbst darüber zu entscheiden, so daß der Bundesrat nur diejenigen Sachen bekommt, bei denen das Reichsschatzamt glaubt, daß die Beschwerden begründet sind, statt daß der Bundesrat selbst in allen Fällen entscheidet, was schließlich doch wohl das Richtige sein würde.

Halle, Ministerialdirektor: Ich darf zunächst dem Herrn Vorredner sagen, daß durch die Grundsätze des Bundesrats alle Petitionen und Anträge an das Reichsschatzamt zur Prüfung gegangen sind, und daß das Reichsschatzamt in vielen Fällen Erhebungen angestellt hat, und ferner daß durch Preußen Erhebungen selbstständig vorgenommen worden sind, wie der Herr Finanzminister vorher schon mitgeteilt hat, in 263 Orten. Das Reichsschatzamt hat in einzelnen dieser Orte zur Sicherheit noch Nacherhebungen angestellt. Im wesentlichen bilden aber die Grundlage der Entscheidung die eigenen preußischen Erhebungen.

Bericht

über die Winterversammlung des Forstvereins für Westfalen und Niederrhein zu Münster i. W. am 7. Dezember 1911.

Der Vorsitzende, Oberförster Fohly, Ratterforth, eröffnete die gut besuchte Versammlung mit einigen Begrüßungsworten, in denen er besonders des langjährigen Vorsitzenden, Forstmeister Linnenbrink, Münster, gedachte, der leider durch Krankheit an seinem Erscheinen verhindert war. Darauf folgte Rechnungslegung des Oberförsters Linde, Haltern, und Entlastung. Der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Vereinsbeitrages von 3 auf 5 M. wurde einstimmig angenommen. Die Vertretung des Vereins im Forstwirtschaftsrat wurde vorläufig leider für unmöglich erklärt, da hierzu erforderlich ist, daß zwei Drittel sämtlicher Mitglieder bereits dem Deutschen Forstverein als Einzelmitglieder angehören, was jedoch bisher nicht der Fall ist. Oberförster Werten, Glindsfeld, betonte deshalb in künftigen Ausführungen die Notwendigkeit des Beitritts von sämtlichen Mitgliedern zum Deutschen Forstverein.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der Stand des Holzhandels und der Holzpreise besprochen. Ein großer Teil der anwesenden Mitglieder aus dem Staats-, Kommunal- und Privatforstverwaltungsdienste gab die Resultate der bisherigen diesjährigen Holzverkäufe bekannt. Man konnte hiernach die angenehme Feststellung machen, daß die Holzpreise gegen das Vorjahr fast durchgehend angezogen haben. Buchen-Schwellenholz ist um 15 bis 20 % gestiegen, stärkeres Buchen-Rußholz um etwa 10 %, Eichen-Gruben- und -Schwellenholz um 5 %, Nadelholz-Grubenholz und Papierholz um 10 %.

Es wurde in der Besprechung mehrfach der Wunsch nach einer Preisnotierungsstelle geäußert und auf die Anfänge hingewiesen, welche durch die Forststelle der Landwirtschaftskammer in Münster hierin bereits gemacht sind. Möglichst zahlreiche und vielseitige derartige Mitteilungen aus dem Vereinsgebiete sind jedoch erforderlich, um zu wirklich brauchbaren Resultaten zu kommen. Grundbedingung hierfür ist eine einheitliche Sortierung, die schon aus diesem Grunde allein erstrebenswert ist.

Unter Punkt 3 der Tagesordnung besprach Oberförster Werten, Glindefeld, die Erfahrungen über das Abgebotsverfahren bei öffentlichen Holzverkäufen. Nach Ansicht des Referenten ist das Abgebotsverfahren nur brauchbar bei größeren Verkäufen von Handelshölzern, bei Lokalverkäufen jedoch nicht, da sich die kleinen Käufer vor dem Verkauf in der Regel keine festen Tagen machen, vielmehr beim Aufgebotsverfahren so lange mitbieten, als es ihnen einigermaßen angängig erscheint, auch können sich dieselben nicht so leicht in das neue Verfahren hineinendenken und bieten deshalb beim Abgebotsverfahren zunächst überhaupt nicht. Bei größeren Handelsholzverkäufen verhindert das Abgebotsverfahren, daß neu hinzukommende Käufer von dem alten Käuferstamm durch anbauern des Überbieten abgebißen werden. Für die in der Nähe des Waldes ansässigen kleineren Sägemüller bedeutet das Abgebotsverfahren dagegen eine Gefahr. Diese waren bisher gewöhnt und sind gewissermaßen darauf angewiesen, ihren Holzbedarf im nahen Walde zu decken; sie boten zu diesem Zwecke im Aufgebotsverfahren den Preis, zu welchem sie das Holz billigerweise bekommen konnten, sie wußten, daß sie nicht von vornherein den höchsten Preis zu bieten brauchten, hatten sie doch immer noch durch ein weiteres Aufgebot die Möglichkeit, das für sie nötige Holzquantum zu bekommen. Anders beim Abgebotsverfahren, hier kann ein auswärtiger Käufer, der vielleicht das vorhandene Holz augenblicklich gerade sehr gut verwerten kann, durch ein außergewöhnlich hohes Gebot das für den kleinen Sägemüller nötige Holz diesem vor der Tür wegstauen, so daß der letztere nunmehr gezwungen ist, seinen Einkauf in weit entfernten Revieren zu bedeutend höheren Preisen, belastet mit großen Anfuhrkosten, zu tätigen. Wegen der lokal auftretenden Schattenseiten rät Referent von einer allgemeinen Einführung des Abgebotsverfahrens ab und empfiehlt Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse. Am besten sei es, dem Revierverwalter zu überlassen, welches Verfahren er anwenden wolle. —

Die Versammlung trat in der Diskussion den Ausführungen des Referenten bei.

Hierauf hielt der Forstbeirat der Landwirtschaftskammer, Baumgarten, Münster, einen sehr interessanten Vortrag über Insekten- und Pilzschäden an den Eichenbeständen des Vereinsgebietes. Die im westlichen Teile der Provinz Westfalen gelegenen Eichenbestände sind in diesem Jahre durch das Zusammenwirken des Eichenmeltaus und des Eichenwidlers (*T. viridana*) schwer ge-

schädigt worden. Bis zum Alter von 80 Jahren sind ganze Bestände vernichtet, andere so stark beschädigt, daß ein weiteres Belassen kaum ratsam ist. Der Schaden läßt sich zurzeit noch gar nicht absehen, jedenfalls aber steht ein Teil der im Westen der Provinz Westfalen gelegenen Eichenwäldungen vor einer Katastrophe, wie sie in diesem Umfange bisher in der ganzen Geschichte der Laubholzwirtschaft kaum vorgekommen sein dürfte. Die abgestorbenen und im Absterben begriffenen Stämme werden von den Larven der Brachtkäfer, und zwar der Unterfamilie der Agrilini und von Bockkäferlarven, stark befallen und erheblich entwertet. Soweit es sich bis jetzt feststellen ließ, handelt es sich um *Agrilus elatus* und *Rhagium mordax*. Diese Schädlinge sind sekundärer Natur; die Gefahr liegt jedoch nahe, daß sie bei übermäßiger Vermehrung auch an die durch den Widlerfraß geschwächten Stämme gehen. Daher wird baldiger Aushieb und Nutzung der Eichen notwendig, und zwar um so mehr, als sich das zum Absterben gebrachte Holz ganz außergewöhnlich schnell zersetzt. Nachdem Berichterstatter das Wesen des Eichenmeltaupilzes beleuchtet, kommt er zu dem Schluß, daß es sich um eine *Microsphaera*, und zwar aus dem großen Formenkreise der *M.alni* Salmon handelt, die auf der iberischen Halbinsel von einer noch nicht bekannten Pflanze auf die Pyrenäenische, eine für sie neue Wirtspflanze, übergegangen ist. Demnach würde der Ursprung der Krankheit, die sich bekanntlich immer weiter nach Osten zu ausbreitet und jetzt bereits in Kleinasien auftritt, auf der iberischen Halbinsel zu suchen sein. Der Eichenwidler frisst in Westfalen seit 1903. Zu leiden hat besonders das Industriegebiet, in dessen rauchgeschwächten Eichenbeständen der Schädling seit nunmehr acht Jahren unvermindert stark auftritt. Bemerkenswert ist, daß Traubeneiche weniger stark angenommen ist als Stieleiche und Roteiche fast vollständig verschont wird. In diesem Jahre konnte beobachtet werden, daß die Nüppchen bereits im Herbst in großer Zahl ausschlüpfen und dann in den kalten Nächten einen schnellen Tod fanden. Alle Bekämpfungsversuche sind bis jetzt vergeblich gewesen, sie würden sich auch im großen nicht durchführen lassen. So bleibt die Schonung und Pflege seiner Feinde das einzige Mittel, den Schädling in Schranken zu halten. Unter den Feinden sind außer Meisen, Staren, Baumläufern und Laubsängern auch die Krähen und Fledermäuse hervorzuheben. Die Bekämpfung hat also Hand in Hand zu gehen mit dem Vogelschutz.

Zum Schluß kommt Berichterstatter noch auf einen anderen Schädling, die Eichenstildlaus, *Lecanium quercus*, zu sprechen. Das Verbreitungsgebiet dieses Schädlings liegt zwischen Ruhr und Lippe, sein Auftreten beschränkt sich jedoch lediglich auf diejenigen Bestände, die durch Rauch geschwächt sind. Der Schaden besteht neben dem Zuwachsverlust in dem Absterben einzelner Stämme und ganzer Forste. Auch gegen diesen Schädling sind wir machtlos, nur unsere geliebten Freunde können uns helfen. Der Berichterstatter schließt mit der Mahnung, gemischte Bestände zu

erziehen und dem Bogelschuß die größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen.

Die Versammlung nahm den wichtigen und aktuellen Vortrag mit hoher Aufmerksamkeit auf. Die anschließende Aussprache ergab, daß überall im Vereinsgebiet die gleiche Gefahr droht. Bemerkenswerterweise ist die amerikanische Eiche von diesen Schäden bisher ganz verschont geblieben, während die Stieleiche stärker gelitten hat als die Traubeneiche. Starke betont wurde in der Diskussion der Bogelschuß als bestes Mittel zur Gesunderhaltung des Waldes.

Ein noch vorgesehener Vortrag des Forstverwalters Balß, Barmen, über die Ermittlung des Wertes der Jagdnutzung auf den Eigenjagdbezirken angeschlossenen Enklaven, mußte wegen der schon vorgeschrittenen Zeit auf die Sommerversammlung verschoben werden.

Nach Besprechung mehrerer interner Fragen schloß Oberförster Joly die Versammlung. An ein gemeinsames Mittagessen der Teilnehmer im „Kaiserhof“ schloß sich dann am Nachmittage eine Besichtigung der Einrichtungen der Forstberatungsstelle der Landwirtschaftskammer.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Ostmarkenzulage.

Bei Anrechnung der Probezeiten der Beamten auf die für Gewährung der Ostmarkenzulagen vorgeschriebene fünfjährige Wartezeit ist bisher von den Provinzialbehörden verschiedenes verfahren worden; insbesondere ist das verschiedenartige Verfahren bei den in diätarischen Stellen einerseits und den in etatmäßigen Stellen anderseits auf Probe beschäftigten Militärämtern hervorgetreten. Zur Hebung von Zweifeln bestimmen wir im Einverständnis mit den anderen Herren Ressortchefs, daß künftig eine gleichmäßige Anrechnung der Probezeit oder der Zeit der Anstellung auf Probe (wie z. B. in Zollaufseherstellen bei der Zollverwaltung) aller im unteren oder mittleren Dienste stehenden Beamten, Diätäre, Militär- und Zivilanwärter auf die für Gewährung der Ostmarkenzulage vorgeschriebene Wartezeit stattzufinden hat. Voraussetzung für diese Anrechnung ist nur, daß die Beschäftigung, welche zur endgültigen Übernahme in den Zivilstaatsdienst geführt hat, im Beamtenverhältnis und nicht gegen Lohn oder Schreibgebühren erfolgt, und bei den Militärämtern auch das Ausschreiben aus dem Heere oder der Marine. Von letzterer Voraussetzung wird jedoch nach wie vor für die Probefristzeit der im Dienste der Schutzmannschaft oder Gendarmerie stehenden Unteroffiziere sowie auch derjenigen Oberjäger abgesehen werden, welche den Fortsdienstschein erhalten haben und deren über neun Jahre im aktiven Militärdienste beim Jägerkorps zugebrachte Dienstzeit der berufsmäßigen Beschäftigung, nach einem Erlasse des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 15. Februar vorigen Jahres — III. 157 I. Ang. —, gleich geachtet und als diätarische Dienstzeit behandelt werden soll.

Berlin, den 9. Februar 1912.

Der Minister des Innern. Der Finanzminister.
J. B.: Holtz. J. A.: Halle.

An die Herren Regierungspräsidenten in Posen, Bromberg, Danzig und Marienwerder.

Allgemeine Verfügung Nr. 4 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
J. Nr. III 1872

Berlin W 9, 20. Februar 1912.

In den neuen dem dortigen Forstbureau übersandten Vorbruden für die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben von der Forstverwaltung ist bei Kapitel 2 Titel 7 der Einnahme eine besondere Spalte für die Beiträge von anderen Beteiligten zum chauffemäßigen Ausbau von öffentlichen Wegen innerhalb der Staatsforsten, welche gleichzeitig dem Ausgabebest des Wegebaufonds hinzuzusetzen sind, vorgesehen. Auf Grund dieser Angaben kann der Wegebaufonds der Generallandschaft hier geregelt werden. Ich entbinde deshalb die königliche Regierung von der Einreichung der besonderen Nachweisung, die nach der allgemeinen Verfügung vom 13. April 1896 — III 5080 — alljährlich bis zum 12. Mai vorzulegen war.

Ferner verzichte ich auf die Ausfüllung der drei Spalten in der titelweisen Zusammenstellung zu Kapitel 2 Titel 1 der Einnahme: „Von der Steinnahme für Holz entfallen auf Nutzholz einschließlich der Nyrinde, auf Brennholz einschließlich der Brennrinde und auf Eichengerberinde allein.“
J. A.: Sch e d e.

An sämtliche königlichen Regierungen mit Ausnahme derer in Aurich und Münster.

Bienenzuchtlehrekursus in der königlichen Forsterei Finkenkrug (Kreis Osthavelland).

Mit Unterstützung des königlichen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten finden unter Aufsicht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg auch in diesem Jahre zwei Bienenzuchtlehrekurse, vom 17. bis 22. Mai und vom 3. bis 8. Juni, statt.

Die auch vielfach von Damen besuchten und seit dem Jahre 1900 eingerichteten Kurse erfreuen sich eines stetig wachsenden Interesses in Umkreisen, zumal da sie nicht nur dem Anfänger die notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse darbieten, sondern auch dem fortgeschrittenen Bienenzüchter Gelegenheit zur Weiterbildung gewähren. Der Unterricht ist kostenlos, beginnt morgens um 8 Uhr und schließt — bei

einer zweistündigen Mittagspause — um 6 Uhr nachmittags.

Die Försterei liegt ca. 2 km von der Station Finkenkrug der Berlin - Rauener Vorortbahn entfernt. Die Eisenbahnstation selbst ist in 30 Minuten vom Leichter Hauptbahnhof in Berlin zu erreichen.

Da nur 15 Teilnehmer zugelassen werden, wolle man Anmeldungen an den Kursleiter, Herrn Königlich Forster Bohm in Finkenkrug (Osthavelland), rechtzeitig richten.

Landwirtschaftskammer
für die Provinz Brandenburg.

Vorlesungsverzeichnis der Forstakademie Eberswalde für das Sommer-Semester 1912.

Oberförster Prof. Dr. Möller: Waldbau (Allgemeiner Teil), forstliche Ausflüge.

Forstmeister Dr. Rieni: Forstliches Verhalten der Waldbäume, Forstschutz (gegen Menschen und Haustiere), Jagdkunde, forstliche Ausflüge.

Forstmeister Wiebcke: Waldbrocebau, forstliches Praktikum, forstliche Ausflüge.

Professor Schilling: Forsteinrichtung (Durchführung eines praktischen Lagerschaftsbeispiels, preussische Instruktion), Nationalökonomie 2. Teil (Produktionslehre), nationalökonomische Übungen.

Forstmeister Zeising: Einleitung in die Forst-

wissenschaft, Waldwertrechnung, Übungen in der Waldwertrechnung, Forstpolitik (theoretische Grundlagen), forstliche Ausflüge.

Professor Dr. Schubert: Geodäsie und Planzeichnen, geodätische Übungen und Prüfungsaufnahme, geodätische Instrumentenkunde, physikalisch meteorologische Übungen.

Landesgeologe Dr. Krause: Geologie des Quartärs (Diluvium und Alluvium), Mineralogisch-geognostische Übungen, geognostische Ausflüge.

Privatdozent Dr. Vogel von Falkenstein: Fossile Gesteine, chemisch-technische Ausflüge.

Professor Dr. Schwalbe: Organische Chemie, chemische Übungen und Ausflüge.

Professor Dr. Albert: Bodenkunde, Ausflüge.

Professor Dr. Schwarz: Systematische Botanik, botanisches Seminar, Übungen mit Ausflügen.

Professor Dr. Edstein: Insekten, zoologisches Praktikum, Ausflüge.

Professor Dr. Didel: Strafrecht.

Das Sommersemester beginnt am Donnerstags, dem 11. April 1912, und endet am Dienstag, dem 20. August 1912. Anmeldungen sind möglichst bald unter Beifügung der Zeugnisse über Schulbildung, forstliche Lehrzeit, Führung, über den Besitz der erforderlichen Mittel zum Unterhalt, sowie unter Angabe des Militärverhältnisses an die Forstakademie Eberswalde zu richten.

Der Direktor der Forstakademie.

Dr. Möller.

Verschiedenes.

— 50jähriges Bestehen des Forstvereins an der eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Sein 50jähriges Bestehen feierte der Forstverein an der eidgenössischen Hochschule am 24. und 25. Februar d. Js. durch einen Kommerz und ein Bankett, an welchem Forstleute aus der ganzen Schweiz teilnahmen. Mit der Feier, die einen sehr erhabenden Verlauf nahm, war gleichzeitig eine Ehrung des Professors Engler verbunden, der im vergangenen Jahre einen unter glänzenden Bedingungen an ihn ergangenen Ruf an die Universität München abgelehnt hatte. Die Vertreter der Hochschulbehörden, des Schularats und der schweizerischen Forstbeamten sprachen hierfür Professor Engler ihren aufrichtigsten Dank und Genuß aus, der Züricher Stadtrat ehrte den Gefeierten bei diesem Anlaß noch ganz besonders durch Verleihung des Bürgerrechts der Stadt Zürich.

— Pflanzenbezug für die badischen Privatwaldungen. Da infolge des überaus trockenen Sommers im vorigen Jahre die Kulturen vielfach sehr gelitten haben, so dürfte die für die diesjährigen Nachbesserungen erforderliche Pflanzmenge den normalen Bedarf ganz erheblich überschreiten. Um nun den Bezug von Pflanzen den privaten Waldbesitzern zu erleichtern, hat sich die Landwirtschaftskammer in Karlsruhe an die Großherzogliche Forst- und Domänenverwaltung gewandt und die Bitte ausgesprochen, den privaten Forst-

verwaltungen zur Nachbesserung ihrer Kulturen und nach Möglichkeit auch zur Ausführung der Neukulturen das erforderliche Pflanzmaterial zu billigem Preise abgeben zu wollen. Nach Mitteilung der Forstdirektion wird es dieser nicht möglich sein, den ganzen Bedarf der Privatwaldungen an Pflanzen zu decken, weil die badische Staatsforstverwaltung ebenfalls durch die Dürre große Verluste erlitten hat und die vorhandenen Pflanzenvorräte zum größten Teil in der eigenen Verwaltung benötigt. Da demnach ein großer Teil der erforderlichen Pflanzen aus Handelsforstbaumschulen bezogen werden muß, so hat die Großherzogliche Forst- und Domänenverwaltung durch ein Rundschreiben die Forstämter angewiesen, den sich meldenden Pflanzenkäufern entweder durch Abgabe von Pflanzen oder durch Vermittelung der Bestellung bei einer Forstbaumschule entgegenzukommen. Die Landwirtschaftskammer Karlsruhe empfiehlt daher den Land- und Forstwirten, welche Bedarf an Pflanzen und Sämereien haben, sich rechtzeitig an das zuständige Forstamt wenden zu wollen. Wo angängig, dürfte auch der Pflanzenbezug gemeinschaftlich durch die Genossenschaften und Vereine erfolgen.

— Preussischer Beamten-Verein zu Hannover. Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Lebens-, Kapital- (Aussteuer- und Militärdienst-) Leibrenten- und Sterbegeld-Versicherungs-Anstalt

für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunal- u. Beamten, Geistlichen, Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Redakteure, Ingenieure und geprüften Baumeister, sowie für Privatbeamte in gesicherten Stellungen. Keine bezahlten Agenten und infolgedessen niedrige Verwaltungskosten. Versicherungsbestand Ende Januar 1912: 94 742 Versicherungen über 403 349 730 M. Kapital und 1 371 267 M. 80 J. jährliche Rente. Reiner Zugang im Monat Januar 1912: 415 Versicherungen über 3 129 820 M. Kapital und 8130 M. jährliche Rente. Vermögensbestand: 148 480 000 M.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 12. März 1912. Schwarzwild 0,50, Frischlinge 0,62 M. das Pfund, Kaninchen 0,60 bis 1,10, Stodenten 1,00, Fasanenhühne 1,50 bis 3,25, Waldschneppen 1,75 bis 2,00 M. das Stüd.

Vereins-Nachrichten.

Verband der Waldbesitzvereine Westfalens und Rheinlands.

Am Mittwoch, dem 20. März 1912, mittags 12 Uhr, findet in Münster im Hotel „Zum König von England“ (Gerbaulet) gemeinsame Mitglieder-versammlung des Sauerländischen, Nordwestfälischen, Ostwestfälischen und Rheinischen Waldbesitzvereins statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftliche Vereinsangelegenheiten.
2. Die Verhandlungen des Forstwirtschaftsrats und des Deutschen Forstvereins in Königsberg. Berichterstatter: Graf von Westerholt-Gyfenberg zu Eynen.
3. Waldbrandversicherung. Berichterstatter: Freiherr von Vinnd zu Ostwig.
4. Besprechung forstlicher und jagdlicher Tagesfragen.

Burg Bischering bei Lüdinghausen, den 6. März 1912.

J. A.: Der Vorsitzende
des Nordwestfälischen Waldbesitzvereins:
Mag Graf Droste zu Bischering.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung

- Schaeffer**, Major a. D., ist die Forstassistentenstelle in Turoscheln, Regbz. Allenstein, endgültig übertragen.
- Abel**, Bogenmeister zu Neu-Thymen, Oberförsterei Neu-Thymen, Regbz. Potsdam, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.
- Armbradt**, Forstjunker zu Tilsit, Oberförsterei Buchwerder, ist nach Dittorow, Oberförsterei Wronke, Regbz. Posen, versetzt.
- Bergmann**, Forstausseher zu Binna, Oberförsterei Binna, ist nach Grewen, Oberförsterei Zehdenitz, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. Js. ab versetzt.
- Bertram**, Bizefeldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 1 zu Cretzburg, ist als Hilfsjäger für die Oberförsterei Niederrhein-

selbe, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Bod, Bizefeldwebel zu Groß-Pichterfelde, ist als Forst-aufseher und Schreibgehilfe nach Binna, Oberförsterei Binna, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Bronske, Reservejäger zu Albersweiler in Rothringen, ist als Hilfsjäger für die Oberförsterei Turoscheln, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Hasenkeim, Förster zu Rehweide, Oberförsterei Gieswald, ist auf die Försterstelle zu Rinten, Oberförsterei Vorkalten, Regbz. Gumbinnen, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Schmig, Förster o. R. zu Tummern, Oberförsterei Wilhelmshagen, ist in die Oberförsterei Heidenwalde, Regbz. Gumbinnen, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Altler, Förster zu Birkenwalde, Oberförsterei Kranichburg, ist auf die Försterstelle zu Rehweide, Oberförsterei Gieswald, Regbz. Gumbinnen, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Loch, Bizefeldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 2 ist nach der Oberförsterei Hammerstein, Regbz. Marienwerder, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Mattias, Bizefeldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 1, ist als Hilfsjäger für die Oberförsterei Zablonen, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Mäker, Forstjunker zu Bromm, Oberförsterei Warthe-wald, ist nach Schögenwinkel, Oberförsterei Bronke, Regbz. Posen, versetzt.

D'Alstler, forstverorgungsberechtigter Anwärter, ist einberufen und wird in der Oberförsterei Harpstedt, Regbz. Hannover, beschäftigt.

Raschke, Förster zu Rinten, Oberförsterei Vorkalten, ist auf die Försterstelle zu Birkenwalde, Oberförsterei Kranichburg, Regbz. Gumbinnen, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Schrage, Hilfsjäger zu Battenberg, Regbz. Wiesbaden, ist nach Weyersbusch, Oberförsterei Allenkirch, Regbz. Coblenz, einberufen.

Schulz, Wilhelm, Reservejäger, ist einberufen und der Oberförsterei Hallsenwalde, Regbz. Stettin, überwiesen.

Seber, Förster zu Oberreisberg, Oberförsterei Oberm. Regbz. Wiesbaden, ist zum Reserveförster ernannt.

Segeuer, Förster o. R. zu Freienwalde, Oberförsterei Freienwalde, ist nach Hebbüde, Oberförsterei Potsdam, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Erster, Oberförsterkandidat zu Mittelwalde (Schlesien), ist vorbehaltlich der Bestätigung der Königl. Regierung zum nächsten Oberförster der Stadt Stargard i. Pomn. ernannt.

Herzogtum Braunschweig.

Staats-Forstverwaltung.

Krüger, Revieregehilfe zu Helmstedt, J.-A.-B. Helmstedt, ist nach Woltori, J.-A.-B. Sophiental, versetzt.

Lüderke, Revieregehilfe zu Woltori, J.-A.-B. Sophiental, ist nach Helmstedt, J.-A.-B. Helmstedt, versetzt.

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Staats-Forstverwaltung.

Porch, Oberförster zu Schweina, ist die Verwaltung der Oberförsterei Heubach vom 1. April d. Js. ab übertragen.

Welterbahn, Oberförster zu Heubach, ist die Verwaltung der Oberförsterei Heubach vom 21. März d. Js. ab übertragen.



Brief- und Gestatten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Anstän-: derkeit Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Entscheidung der ein Ausweis, daß der Frage-: steller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 27. Anfrage: Der Königl. Förster A., welchem gemäß Ministerial-Erlaß vom 24. Fe-: bruar 1900 die jagdpolizeilichen Funktionen auf der seinem Schutzbezirk benachbarten Feldmark E. durch den zuständigen Landrat verliehen sind, beobachtet den Gemeinde- und Amtsvorsteher V. bei der Ausübung des Amtes auf der E. Gemeinde. Da A. nicht weiß, ob V. einen Jagdschein und den Erlaubnischein vom Pächter der E. Jagd besitzt, will er den V. danach

fragen und geht in der Richtung auf ihn zu, wobei er einen öffentlichen Weg kreuzen muß. Währenddessen kommt J. vom Felde auf diesen öffentlichen Weg, wo die Begegnung zwischen beiden stattfindet. J. weigert sich dem Verlangen des K., Jagd- und Erlaubnißschein vorzuzeigen, Folge zu leisten, und behauptet, daß auf öffentlicher Straße ihn niemand anhalten und befragen dürfe. Biel eher könne er als zuständiger Amtsvorsteher den Förster, der kurz vorher ein Reh in einem andern Jagdbezirk derselben Gemeinde geschossen hatte, nach dem Jagdschein fragen. War der Förster K. berechtigt, den J. zur Vorzeigung des Jagdscheins usw. aufzufordern, nachdem er ihn kurz vorher bei der Ausübung der Jagd beobachtet hatte, obwohl J. sich augenscheinlich auf einer öffentlichen Landstraße befand? Ich bemerkte, daß K. annehmen konnte, J. würde nach Verlassen der Landstraße die Jagd weiter fortsetzen. Machte J. sich durch die bloße Weigerung strafbar, oder gehört dazu ein tätlicher Widerstand? Gehört der Amtsvorsteher zu den Personen, die von Amts wegen zur Ausübung jagdpolizeierlicher Funktionen innerhalb des Amtsbezirks befugt sind?

R. W. in J.

Antwort: Der Förster war im Recht, wenn er den Amts- und Gemeindevorsteher, welcher kurz vorher die Jagd ausgeübt hatte, nach seinem Jagderlaubnißschein befragte, auch wenn sich letzterer auf der Landstraße befand. Durch Nichtvorzeigung des Jagdscheines hat der Amtsvorsteher sich strafbar gemacht. Ihm steht die Jagdscheinkontrolle nicht zu, der Förster brauchte also dem Amtsvorsteher seinen Jagdschein nicht vorzuzeigen.

Nr. 28. Anfrage: Jemand findet einen eingegangenen Fuchs (nicht geschossen) in einer Privatjagd, die im fiskalischen Walde liegt, wem gehört der Fuchs?

R., Königl. Förster.

Antwort: Der auf einer Privatjagd eingegangene Fuchs gehört ausschließlich dem auf diesem Revier Jagdberechtigten, nicht aber dem Anderen. Der Umstand, daß die Privatjagd im fiskalischen Walde liegt, ändert an der Rechtslage gar nichts. Der Fuchs ist ein jagdbares Tier, und das Jagdrecht darauf hat einzig und allein der Jagdberechtigte.

Nr. 29. Anfrage: Darf ein Grundstück in Größe von 40 ha, umgeben zur Hälfte von meiner Eigenjagd und zur Hälfte von fiskalischer Seite, an eine abgelogene Gemeindejagd verpachtet werden? Nach der Preussischen Jagdordnung vom 15. Juli 1907 darf ein Jagdbezirk unter 75 ha nicht gegründet werden. Selbiger muß, falls er von anderen Eigenjagden eingeschlossen ist, eingeschlagen werden. Die Jagd wird im April d. Js. neu verpachtet. Wie habe ich mich zu verhalten? An wen muß ich mich wenden? Kann ich auch Einspruch dagegen erheben? Meine Eigenjagd wird durch diese Einmischung zu sehr gestört. Ich will demnächst diesen Uebelstand beseitigen.

E. K. in Ch. (Posen).

Antwort: Wenn Sie als angrenzender Reviereigentümer auf das Trennstück reflektieren, dann müssen Sie sich an den Jagdvorsteher der-

jenigen Gemeinde wenden, zu welcher das Trennstück in kommunalpolitischer Beziehung gehört. Auf Anschließung des Grundstückes an Ihr Revier können Sie dann bestimmt rechnen, wenn Sie einen möglichst hohen Pachtpreis bieten. Falls weder Sie noch der angrenzende Forstfiskus auf die Anpachtung des Trennstückes reflektieren, muß dieses einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk angeschlossen werden. Vergleichen Sie die §§ 8 und folgende der Jagdordnung.

Nr. 30. Anfrage: Am 1. Dezember 1911 bin ich verstorben worden. Mein Vorgänger hat einen Teil der Dienstländereien verpachtet. Bezüglich der vom 1. Oktober 1910 verpachteten Ackerflächen, für die das Pachtgeld halbjährlich im voraus gezahlt wird, bitte ich um Auskunft über die Ansprüche, die ich geltend machen kann.

B., Königl. Förster.

Antwort: Die am 1. Oktober 1910 und 1. April 1911 für das Ackerland fällig gewordenen Pachtbeträge gehören nach Nr. 5 a des Ministerialerlasses vom 11. März 1901, III 3416, zu den Aufzügen des Wirtschaftsjahres 1. Juli 1911/12, von denen Ihnen $\frac{7}{12}$ zustehen. Außerdem erhalten Sie die am 1. Oktober 1911 fällig gewordenen $\frac{6}{12}$ unverfügt, da letztere in das Wirtschaftsjahr 1. Juli 1912/13 fallen. Sie können also für das verpachtete Ackerland die Herausgabe von $\frac{13}{12}$ der Jahrespacht von Ihrem Vorgänger beanspruchen.

Nr. 31. Anfrage: Ich vertrete einen erkrankten Förster, welcher inzwischen gestorben ist. Habe ich Anspruch auf den Dienstaufwand während des Gnadenquartals der Witwe und bis die Stelle neu besetzt wird?

R. G.

Antwort: Die Dienstaufwandsentschädigung ist nach dem Ministerialerlasse vom 17. Juni 1903, III 6875, während des Gnadenvierteljahres der Witwe zu belassen, wenn sie sämtliche dahin gehörigen Kosten trägt. Entstehen aus diesem Anlaß dem Stellvertreter nachweisbar besondere Unkosten, und kann dieser mit der Witwe über die Erstattung seine Einigung erzielen, so hat die Regierung zu entscheiden, welche Beträge dem Stellvertreter aus der Dienstaufwandsentschädigung gebühren. Zieht sich die kommissarische Verwaltung über das Gnadenvierteljahr hinaus, so erhalten Sie für diese Zeit die volle Dienstaufwandsentschädigung.

Nr. 32. Anfrage: Würde ich als königlicher Forstauffseher berechtigt sein, eine Haustür mit Gewalt zu öffnen, wenn der auf frischer Tat betroffene und verfolgte Wild- oder Holzdieb in ein Haus flüchtet, hinter sich die Tür verschließt und meiner Aufforderung, diese zu öffnen, nicht Folge leistet?

W. in Gr. S.

Antwort: In Ihrer Eigenschaft als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft würden Sie im Fragefalle befugt sein, die verschlossene Tür, falls geeignete Handwerker zur Öffnung nicht zur Stelle sind und nach Ihrem pflichtgemäßen Ermessen keine Zeit zu verlieren ist, eigenhändig zwangsweise zu öffnen.

J. in L.

Für die Redaktion: J. W. Wodo Grundmann, Wenden.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Rgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Rm. Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorstehenden, Rgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Rm.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Kreis- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Nämde, Post Gröneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorstehender.



Vorankündigung über das Erscheinen des Förster-Jahrbuches 1912 (III. Band).

In Verfolg vieler Anfragen machen wir den hochverehrlichen Mitgliedern des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten die Mitteilung, daß der dritte Band des Preussischen Förster-Jahrbuches, soweit bis heute feststeht, in den letzten Tagen des März erscheinen wird. Die neue Ausgabe ist wiederum wesentlich vermehrt und verbessert und wird namentlich durch ihren neuen Teil „Beamtenrechtliches“ den Besitzern von noch größerem Nutzen sein als die ersten Bände. Der Bezugspreis für Leser der „Deutschen Forst-Zeitung“ beträgt wie früher pro Exemplar 2,30 M., fünf Stück und mehr an eine Adresse werden für je 2,10 M., zehn Stück und mehr an eine Adresse für je 2 M. geliefert. Gegen Einwendung des Betrages erfolgt Lieferung franco, unter Nachnahme mit Portozuschlag. Die hochverehrlichen Gruppenvorstände bitten wir sehr ergebenst, die Anregung zum Sammelbezug auf die Tagesordnung der nächsten Gruppenversammlung zu setzen. Sammellisten werden in den nächsten Tagen für jede Gruppe in doppelter Anzahl verschickt. Die Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“ zu Neubamm.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Älteste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Chronkau-Malapane (Regbz. Oppeln). Sonntag, den 24. März d. Js., nachmittags 4 Uhr. Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal in Schodnia. Bestellungen auf das neue Förster-Jahrbuch werden daselbst entgegengenommen. Anschließend an die Sitzung findet eine Abschiedsfeier für den scheidenden Kollegen Herrn Heymann statt. Der Vorstand.

J. A.: Bartsch, Schriftführer.

Eder (Regbz. Cassel). Auf mehrfachen Wunsch findet die diesjährige Frühjahrsversammlung nicht in Herzhausen, sondern am 30. März d. Js., vormittags 11 Uhr, im Schäferschen Gasthaus zu Frankenu statt. (Forstkasse zahlt Gehalt aus.) J. A.: Dreuside, Schriftführer.

Foedersdorf (Regbz. Königsberg). Am 8. Februar bildeten die Mitglieder der Oberförsterei Foedersdorf eine neue Ortsgruppe in der Bezirksgruppe Königsberg. Die Mitgliederzahl beträgt 9. Vorsitzender: Hegemeister Fiehn-Bischdorf. Schriftführer: Förster Dünow-Kurau.

J. A.: Dünow, Schriftführer.

Grafshausen (Regbz. Breslau). Sonnabend, den 23. März d. Js., nachmittags 3 1/2 Uhr, Hauptversammlung im Hotel „Germania“ am Bahnhof Rüders. Tagesordnung: 1. Verlesen der letzten Sitzungsverhandlung; 2. Jahresbericht für 1911; 3. Verschiedenes. Darauf: Abschiedsfeier für die zum 1. April aus der Ortsgruppe scheidenden Kollegen, wozu auch die geehrten Damen freundlichst eingeladen werden. Der Vorstand.

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). Sonnabend, den 23. März cr., von 7 1/2 Uhr ab, findet die Jahresversammlung der Ortsgruppe im Vereinslokal in Carpin statt. Tagesordnung: 1. Feststellung der Anwesenheitsliste. 2. Jahresbericht und Rechnungslegung vom abgelaufenen Jahre. 3. Wahl zweier Kassenrevisoren. Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes. 4. Bericht des Vorsitzenden über die Bezirksgruppenversammlung in Stettin. 5. Besprechung des Antrages Labewig und Schloms. 6. Neuwahl des Vorstandes. 7. Verschiedenes. Der vorliegenden, wichtigen Vereinsangelegenheiten wegen ist zahlreiches Erscheinen besonders erwünscht. Der Vorstand.

Labiau (Regbz. Königsberg). Am Sonnabend, dem 23. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Hotel Fischer zu Labiau eine Ortsgruppenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Kassenrevision und Rechnungslegung über die Kosten des Winterfestes; 2. Einrichtung eines Familienbeirates; 3. Neuwahl des Ortsgruppen-Vorstandes; 4. Wahl des Bezirksgruppen-Vorsitzenden; 5. Wahl des Hauptvorsitzenden; 6. Beschlußfassung über jährliche Beitragszahlung; 7. Verschiedenes (Wahl eines Delegierten nach Braunsberg).

Der Vorstand. Herrmann, Vorsitzender.

Neustettin (Regbz. Köslin). Montag, den 1. April d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung in Reuns Hotel in Neustettin. Besprechung wichtiger Urträge zu der Ende Mai stattfindenden Bezirksgruppen-Versammlung in Köslin resp. zu der Anfang Juni in Aussicht

genommenen Delegierten-Versammlung in Berlin. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorsitzende.

Rheinberg, Karl (Regbz. Potsdam). Sonntag, den 24. März d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Vortrag des Kollegen Kützow über ein waldbauliches Thema; 3. Rassenrevision; Entlastung des Schatzmeisters; 4. Besprechung über eine im Sommer event. abzuhaltende Exkursion und ein Scheibenschießen; 5. Verschiedenes. Der Vorstand.

Spangenberg (Regbz. Cassel). Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am 1. April d. Js. im Gasthaus zum „Grünen Baum“, mittags 12 Uhr, in Spangenberg statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Delegierten über die Bezirksgruppen-Versammlung. 2. Verteilung der Förster-Jahrbücher. 3. Festsitzung des Sommervergnügens. 4. Verschiedenes.

Stangenwalde (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 24. März d. Js., nachm. von 4 Uhr ab, findet im Sattlerischen Lokale in Rarthaus eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die letzte Sitzung der Bezirksgruppe. 2. Rechnungslegung über die Kosten der Kaisersgeburtstagsfeier. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Der Ortsgruppe sind neu beigetreten die Kollegen: Förster Schnaase, Schmentau, Forstausseher Breher, Rarthaus und Forstausseher Arenb-Gribno. Der Vorsitzende.

Zierb Fritz (Regbz. Cassel). Die Bezirksgruppen-Versammlung in Fulda mußte wegen Erkrankung des Vorsitzenden auf den 24. März cr. verschoben werden. Es fällt daher die in Mottgers zum 17. März cr. angelegte Versammlung betr. Berichterstattung über Fulda aus und werden die Mitglieder der Ortsgruppe gebeten, sämtlich zu der später anberaumten Versammlung zu erscheinen. Dieselbe findet nunmehr statt am 21. April cr., nachmittags 3 Uhr, in Obergzell, Wirtschaft Wilhelm Rühlthau. Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Begemeister Krause, Resselgrund bei Hochzeit Wm., vorliegen. Was für die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Erfurt. Am 24. Februar d. Js. fand in Suhl die Vertreter- und Mitglieder-Versammlung der Bezirksgruppe statt und wurde um 3 Uhr nachmittags mit einem Horrido auf Se. Majestät eröffnet. Erschienen waren 41 Mitglieder. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Der Vorsitzende erstattete den Vereins- und Geschäftsbericht und der Kassierer den Rechnungsbericht. Die Rechnung wurde geprüft, für richtig befunden und dem Rechnungsführer Entlastung erteilt, sowie ihm der Dank für seine Mithewaltung ausgesprochen. 2. Die Tagesordnung der nächsten Vertreter-Versammlung in Berlin

wurde durchgesprochen. Der Vorsitzende berichtete hierbei über das an Regierung und Landtag gerichtete Bittgesuch. Aus der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, daß die Regelung bezüglich des Dienststandes am einfachsten durch Gewährung als Pachtland stattfinden könnte, wie solches ja schon heute mit der Fischerei geschieht. Seitens der Forsthilfs-ausschüsse wird Klage geführt, daß die Diätensätze für dieselben, auch bei den bescheidensten Ansprüchen, heute nicht mehr genügen, da bei einem monatlichen Anfangs-Diätensatz von 75 M. etwa 70 M. allein für Wohnung und Kost aufgewendet werden müssen; die verheirateten Forstausseher zahlen sogar 25 bis 33 % ihres Einkommens für Wohnungsmiete. Es wird um einen Anfangs-Diätensatz von monatlich 90 M. mit zweijährlicher Steigerung gebeten. Bezüglich der Vereinsbeitragsleistung wünschte die Versammlung, daß der Mitgliederbeitrag künftig bis zum 15. Februar und der Krankenkassenbeitrag bis zum 15. Juli erhoben werden möchte. Solange die ungünstigen Verhältnisse der Förster währen, soll gebeten werden, von der Einziehung von Stellen Abstand nehmen zu wollen. 3. Als Vertreter zur nächsten Versammlung in Berlin wird der Vorsitzende, Förster Spiewed, einstimmig gewählt. 4. Der Vorsitzende machte die Mitteilung, daß in der Krankenkasse für die Jahre 1911 bis 1912 kein Eintrittsgeld erhoben werden soll, um den noch abseits stehenden Kollegen den Eintritt zu erleichtern. Die Umwandlung der freiwilligen Krankenkasse in eine Pflichtkrankenkasse mit halbem Beitrag wird vielseitig gewünscht; der Vertreter soll in Berlin dafür Stimmung zu machen suchen. 5. Förster Bauer, Besser, hielt einen Vortrag über Eis-, Duft- und Schnebruch im Winter 1911 im Thüringer Walde. Der Vortrag fand beifällige Aufnahme und ausgedehnte Besprechung. Darauf hielt Förster Steinbrecher, Schönauf, Vortrag über Vogelschutz. Die Schilderungen von seinem Kufus bei dem Freiherrn v. Berlepsch wurden von der Versammlung mit großem Interesse entgegengenommen. Wegen vorgerückter Zeit konnte leider in eine Besprechung nicht mehr eingetreten werden. Der Vorsitzende sprach den Vortragenden Dank für ihre Darbietungen aus und schloß um 7 Uhr mit einem Horrido auf den Herrn Oberforstmeister die Versammlung. Mit den inzwischen eingetroffenen Damen verlebten die zurückgebliebenen Mitglieder noch einige recht gemütliche Stunden.

Der Vorstand. Spiewed, Vorsitzender.

Frier. Versammlung am 11. Februar d. Js., mittags 12 Uhr, zu Frier, „Hotel Anter“. Erschienen waren als Delegierte der verschiedenen Ortsgruppen die Kollegen Schäfer, Witz, Hees, Gondring und Nadermann mit einer Stimmenzahl von 175. Den Vorsitz führte an Stelle des verstorbenen Revierförsters Umbach der Revierförster Weher. Weiter waren zugegen der Kassierer Revierförster Klein, der Schriftführer Förster Busch, sowie die Beisitzer und neun Mitglieder. Revierförster Weher eröffnete

die Sitzung mit einem: „Horrido“ auf Seine Majestät unsern Allerhöchsten Kaiser. Vor Eintritt in die Verhandlung wurde das Andenken der im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Sätzen geehrt, besonders wurde noch des bisherigen Vorsitzenden, Revierförsters Umbach, in warmen Worten gedacht. Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Als erste Nummer kam „Geschäftsbericht und Kassenverwaltung“. Diese wurde auf Antrag bis später zurückgestellt. Hierauf wurden nachfolgende Punkte wie folgt erledigt: 1. Wahl des Vorstandes. Nach angeregter Debatte einigte sich die Versammlung zu der Wahl des Kollegen Gegemeisters Henn zu Forsthaus Neuhäus als Vorsitzenden, welcher alsdann nach Aufforderung den Vorsitz übernahm; zum Stellvertreter wurde Revierförster Weher-Junkerath gewählt. Revierförster Klein-Wülchen behielt sein Amt als Kassierer bei und wurde ihm gleichzeitig das Amt des Schriftführers mit übertragen, da es für den Verein praktischer ist, beide Posten in einer Person zu vereinigen. Als Beisitzer fungieren die jeweiligen Ortsgruppenvorsitzenden. Beschluß der Bezirksgruppe vom 25. 4. 1909. Alle Wahlen erfolgten einstimmig und wurden dankend angenommen; die Herren baten um möglichste Unterstützung durch die andern Kollegen. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. Kollege Klein verlas den Kassenabschluß. Hierauf wurden als Revisoren die Kollegen Brand und Mathieu gewählt. Diese prüften Kasse usw., und wurde dem Kassierer, nach dem alles für richtig befunden, Entlastung erteilt. 3. Wahl eines Delegierten nach Berlin. Als Delegierter wurde einstimmig der neue Vorsitzende und als Stellvertreter Kollege Gondring in Buschfeld gewählt. Hierauf wurde die Tagesordnung zur Hauptversammlung beraten, und zwar: a) Vorstandswahl und Reorganisation. Dem Delegierten wird hierin freie Hand gelassen. b) Wahl des Vereinsblattes. Kollege Henn ist autorisiert, evtl. für Bei-

behaltung der „Deutschen Forst-Zeitung“ als Vereinsblatt zu stimmen, keinesfalls jedoch bei Erhöhung der bisherigen Beiträge. c) Beitragszahlung. Die Bezirksgruppe Trier stimmt dafür, die Beiträge nicht jährlich, sondern wie bisher halbjährlich zu bezahlen. Zu d) Mangerhöhung der Forstaufscher, e) Nichteingehen von Försterstellen, solange Anstellungsnot herrscht, f) Einzählung des Dienstlandes gegen Wildschaden wird, Kollege Henn ersucht, namens der Bezirksgruppe Trier zuzustimmen. g) Gehaltsregelung einschl. Dienstland. Hierzu wird der Versammlung mitgeteilt, daß ein Vorgesuch an Landtag und Regierung zur klaren Darlegung und Regelung unserer Verhältnisse vorliegt und von den wesentlichen Punkten Kenntnis gegeben. 4. Verschiedenes. Hierzu stellt die Ortsgruppe Saarbrücken den Antrag, besonders wichtige Beschlüsse der Bezirksgruppe den Ortsgruppenvorsitzenden schriftlich mitzuteilen. Der Antrag wird von den anderen Gruppen abgelehnt. Für die weiteren Anträge: 1. „Gewährung einer Teuerungszulage an Forstaufscher und Hilfsjäger“ soll gemäß Beschluß der Versammlung der Delegierte energisch eintreten; 2. für sachgemäße Erhöhung der Zulage für Forstsekretäre ist ebenfalls einzutreten evtl. vom Delegierten in Vorschlag zu bringen. Weitere Anträge, besonders Jagdfragen, sollen in diesem Jahre nicht zur Sprache gebracht werden. Vom Kollegen Weher wurde noch darauf hingewiesen, daß die Firmen, welche Verträge mit dem Verein Königlich Preussischer Forstbeamten abgeschlossen haben, zum Teil schon recht namhafte Beträge an den Verein entrichteten, und die Kollegen gebeten, diesen Firmen ihre Aufträge zuzuwenden. Nachdem der Vorsitzende dem Revierförster Weher für dessen bisherige Bemühungen um den Verein den Dank der Bezirksgruppe ausgesprochen, schließt derselbe die Versammlung mit einem „Horrido“ auf unsern Verein.

Der Vorstand. Henn, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Brä niger, Emil, Gräflicher Revierförster, Forsthaus Hermanns-Lor bei Weiskammer, D. A.
Jacob, Emil, Hilfsförster, Kienhölse bei Biele, Neum.
Müller-Spading, Walter, Forstakademiker, Treeden, Glaci-straße 18, III.
Schwarzkopf, Louis, Rentier, Neudamm.
Stamke, Paul, Zimmermeister, Neudamm.
Ziegler, Paul, Königl. Förster, Steinbusch, Kreis Arnswalde.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldeformen und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.
Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Spende aus der Königl. Oberförsterei Gemünd; eingeleitet von Herrn Oberförster von Göttschen in Gemünd 14.30 Mk.
Auf Veranlassung des Herrn Forstmeisters Reichmann in Lützenburg (Württemberg); eingeleitet von Herrn v. Wilschen in Berlin-Wilmersdorf 10.—
Eingeleitet von Herrn A. Marzi in Hahr 10.—
Eingeleitet von Herrn von Hendebrandt, Schloss Storchnest bei Lissa, Polen 66.—
Spende von Herrn G. H. Walber in Hebra 2.—
Sammlung gelegentlich einer Jagd; eingeleitet von Herrn städt. Oberförster Böhm in Vorderheide bei Neutrope 12.50
Verschiedene Zuwendungen von „Ungeannt“ 79.27

Sa. 193.97 Mk.

Den Gebern herzlichen Dank und Weidmannsheil!

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Hertog-Salensee.

Försterprüfung 1912.

Im Jahre 1912 soll wieder wie im Vorjahre nur eine Försterprüfung abgehalten werden, und zwar voraussichtlich in Schlesien in der Zeit zwischen Mitte Juni bis Mitte Juli.

Die erforderlichen Gesuche mit Belegen sind bis zum 10. April an mich einzureichen (Adresse des Briefumschlages nur: **An den Vorsitzenden des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, Salensee-Berlin, Karlstr. 13**). Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Alles andere ist zu erfahren aus der Prüfungsordnung, enthalten im Jahrbuch unseres Vereins für 1911, das gegen Einsendung von 1 Mk. von der Verlagsbuchhandlung F. Neumann, Neubamm (Nm.), zu beziehen ist.

Salensee, 1. März 1912. Dr. Hertog.

Betrifft Stellenangebote durch chiffrierte Anzeigen.

In den Forst- und Jagdzeitungen erscheinen häufig Anzeigen, durch die unter Chiffre-Adresse junge Forstbeamte gesucht werden. Ein Teil dieser Anzeigen ist auf Täuschung berechnet, denn der unbekannte Auftraggeber hat gar keine Stellen zu vergeben, sondern sucht persönliche Vorteile, nämlich die Herbeiziehung von Schülern für seine Lehrtätigkeit. Den Werbern, die sich melden, wird mitgeteilt, die ausgeschriebene Stelle sei inzwischen besetzt, aber wenn der Bewerber die betreffende Forstschule oder den betreffenden Fortbildungskurs besuche, könne ihm baldigst eine andere Stelle besorgt werden. Es ist festgestellt, daß diese Chiffre-Anzeigen von solchen Stellen ausgehen, deren offene Anzeigen aus guten Gründen von den betreffenden Forst- und Jagdzeitungen nicht angenommen werden. Diese Zeitungen können nichts gegen solche verfaßten Melametts tun, da sie die Chiffre-Anzeigen ohne Angabe des ursprünglichen Aufgebers von den großen gewerbsmäßigen Anzeigen-Expositionen gemeinsam mit anderen wirklichen Salanzanzeigen zugestellt bekommen.

Ich warne unsere jungen Vereinsmitglieder dringend, sich durch solche Anzeigen verleiten zu lassen, denn es ist ihnen für den Erfolg des angebotenen Unterrichts und für die Erreichung einer Stelle nicht die geringste Gewähr geboten.

Gleichzeitig bitte ich alle interessierten Kreise, mir weiteres Beweismaterial in dieser Angelegenheit zukommen zu lassen, da ich deren rechtliche Seite weiter zu verfolgen verpflichtet bin.

Salensee, den 12. März 1912.

Dr. Hertog.

Mitgliederbewegung.

Unser Verein hat zurzeit 3022 Mitglieder, darunter:

I. Ordentliche Mitglieder	
a) Forstbeamte	2725
b) Waldbesitzer	201
II. Außerordentliche Mitglieder	
	96

sind wie oben 3022

Salensee, am 10. März 1912.

Dr. Hertog.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3810. Friebe, Otto, Hilfsförster, Hb. Carlrow b. Bribbernau.	
Kreis Gammeln i. Komm. (H. Gr. II.)	
3811. Eichel, Fritz, Revierförster, Seimig b. Lohja, Bez. Siegnitz (H. Gr. VII.)	
3812. Mandel, Georg, Revierjäger, Kleinraundorf b. Tauscha, Bez. Dresden. (H. Gr. XII.)	

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Schlicht, Paul, Oberförster, Forstb. Damerau b. Gerbhausen.	
Schmalz, Ernst, Hilfsjäger, Reitzenstedt b. Oltramondra, Bez. Halle	
Mendt, Bruno, Forstverwalter, Brustorf b. Neustrelitz.	
Röhler, Kurt, Forsthilfsaufseher, Breitenbach a. Herzberg (Hessen)	

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan lauten ferner ein:

Nr. 7 8 Mk.	Nr. 54 18,20 Mk.	Nr. 98, 99 je 9,20 Mk.
Nr. 122 18,20 Mk.	Nr. 212 8 Mk.	Nr. 218 4 Mk.
Nr. 502, 503 je 9,20 Mk.	Nr. 535 4 Mk.	Nr. 561 13,20 Mk.
Nr. 600 9,20 Mk.	Nr. 715 8 Mk.	Nr. 732, 846 je 18,20 Mk.
Nr. 852, 879 je 9,20 Mk.	Nr. 897, 910, 974 je 4 Mk.	Nr. 1102 4 Mk.
Nr. 1015 je 4 Mk.	Nr. 1024 9,20 Mk.	Nr. 1169 4 Mk.
Nr. 1176, 1280 je 9,20 Mk.	Nr. 1247 13,20 Mk.	Nr. 1328 4 Mk.
Nr. 1303 10 Mk.	Nr. 1321 9,20 Mk.	Nr. 1322 4 Mk.
Nr. 1541 je 9,20 Mk.	Nr. 1656 20 Mk.	Nr. 1678, 1741 je 9,20 Mk.
Nr. 1750 4 Mk.	Nr. 1806 18,05 Mk.	Nr. 1873, 1875, 1908 4 Mk.
Nr. 1919 je 9,20 Mk.	Nr. 1924 8 Mk.	Nr. 1925 4 Mk.
Nr. 2019 je 9,20 Mk.	Nr. 2116 18,20 Mk.	Nr. 2155, 2240 je 9,20 Mk.
Nr. 2275 13,20 Mk.	Nr. 2320 4 Mk.	Nr. 2354 10 Mk.
Nr. 2357 4 Mk.	Nr. 2370 8 Mk.	Nr. 2427, 2448 je 4 Mk.
Nr. 2473, 2494 je 9,20 Mk.	Nr. 2553 4 Mk.	Nr. 2607 9,20 Mk.
Nr. 2682, 2695, 2698, 2713 je 9,20 Mk.	Nr. 2748, 2759 je 4 Mk.	Nr. 2767, 2810, 2834, 2908 je 9,20 Mk.
Nr. 3039, 3064, 3078, 3110 je 9,20 Mk.	Nr. 3138, 3188 je 4 Mk.	Nr. 3200, 3246 je 9,20 Mk.
Nr. 3296, 3318, 3331, 3382, 3496 3450 je 4 Mk.	Nr. 3488 18,20 Mk.	Nr. 3522 9,20 Mk.
Nr. 3547, 3568, 3590, 3609, 3622, 3645, 3669, 3672 je 4 Mk.	Nr. 3783 7 Mk.	Nr. 3779, 3780 je 20 Mk.
Nr. 3802, 3803 je 7 Mk.	Nr. 3804 11 Mk.	Nr. 3805 7 Mk.

Einzugungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugelandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Salensee-Berlin, Karlstr. 13.

Inhalt: Zur Belegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 219. — Wie verhindert der Forstbeamte die Abfuhr von Holz, über welches der Verabschiedungsetz noch nicht abgegeben ist? 219. — Einkommensnachricht in Buchenlandorten. 224. — Riefen ausländischer Herkunft und die Dürre. 225. — Aufforstellung der unbewachten Höhen im rheinischen Bergland. 225. — Aufzucht in Schleswig-Holstein. 226. — Hölzchen in den Anhalter Staatsforsten. 226. — Das Preussische Forstwesen. 226. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. 226. — Bericht über die Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 232. — 50-jähriges Jubiläum des Vereins an der eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. 233. — Bilanzbezug für die badischen Privatwaldungen. 233. — Preussischer Beamten-Verein zu Hannover, Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit. 233. — Amtlicher Marktbericht. 234. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 234. — Nachrichten des „Waldbau“. 238. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 239. — Inserate.

Am 1. März cr., mittags 1 Uhr, verstarb nach längerem, schwerem und schmerzlichem Krankenlager unser lieber Freund und langjähriger, treuer Vereinskollege, der

Königl. Förster **Wilhelm Sperber**

(1. Komp., Jäger-Batl. 10, Jahrg. 84)

zu Gr.-Wasserburg, im Alter von 46 Jahren.

Die ausserst zahlreiche Beteiligung von Kollegen und Vorgesetzten an seiner Beerdigung gab beredtes Zeugnis von seiner Beliebtheit in diesem Kreise. (428)

Ehre seinem Andenken!

Kollegiale Vereinigung von Forstbeamten für Wendisch-Buchholz und Umgegend.

Menzel, Vorsitzender.

Nachruf!

Am 3. März entschlief nach kurzem, schwerem Leiden der

Königl. Förster **Franz Wege**

zu Vangerow, Oberförsterei Karnkewitz, im 41. Lebensjahre.

Ein tragisches Schicksal hat ihn wenige Tage nach seiner definitiven Anstellung plötzlich dahingerafft. Während seiner mehrjährigen Tätigkeit in hiesiger Oberförsterei hat er sich die Achtung und Verehrung seiner sämtlichen Kollegen im vollsten Masse erworben. Mit ihm ist ein treuer, wahrer Freund und ein tüchtiger Forstmann und Jäger von uns geschieden.

Ehre seinem Andenken! (436)

Die Beamten der Oberförsterei Oberfier.

Nachruf!

Am 3. März verschied plötzlich am Herzschlage im Forsthaus Vangerow, Bezirk Köslin, der

Königl. Förster **Franz Wege**

(4. Komp., G.-S.-B., Jahrgang 1890).

Erst am 1. März d. J. war der Verstorbene zum Förster m. R. ernannt und ihm obige Stelle übertragen worden.

Ein anspruchsloser, tüchtiger und treuer Forstmann, ein braver Weidgenosse ist mit ihm dahingegangen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Vorstand der Ortsgruppe Bublitz des Vereins Königl. Preuss. Forstbeamten.
Schulz, Vorsitzender. (427)

Familien-Nachrichten

Geburten:

Dem Forstassessor Pfeiffer in Braunschweig ein Sohn.

Dem Rgl. Förster Viktor Kubitzki in Schodnia, Kreis Oppeln, ein Sohn.

Dem Rgl. Förster Wüggensburg in Ludwigslust bei Berent (Westpr.) ein Sohn.

Verlobungen:

Frau Johanna verm. Bauer, geb. Nießke, in Blauen i. B. mit dem Oberförster, Oberleutnant d. R. I. Uhlmann in Forstb. Reiboltsbrücke bei Nießkefeuer i. B.

Jagdverpachtungen

Jagdpacht- und Abschlagsgesuche
Penkhaus-Anzeigen

Familie, 2 Knaben, sucht für Juli
einfach bürgerliche Pension im Forsthaus, möglichst Bade- und Angelsegenheit. Pommern, Posen, Mecklenburg, Brandenburg bevorzugt. Bankbeamter
Jeheer, Steglitz-Berlin, Tiergasse 35.

Holz und Güter

Für den Nachweis von
Laubbölzern jeder Art,
auch in kleinen Posten, zahle bei Abschluß
hohe Provision.

(445) **Otto Backe,**
Lichtenberg, Ostbahnstr. 5.

Holz.

Holzgroßhandlung in Mitteldeutschland kauft laufend Holzbestände aller Art, sowie fertiges Papierholz, Grubenholz, Stammholz etc., auch im Auslande, und erbittet Aufstellungen. Für Bewertung solcher Objekte wird auch entsprechende Provision vergütet. Angebote unt. Nr. 388 bef. die Exp. d. D. Forst-Zg., Neudamm.

Personalia

Bekanntmachung.

Die erledigte Oberförstereistelle des Gemeinde-Oberförsterverbandes Brilon soll zum 1. Juli d. J. neu besetzt werden. Zum Verbande gehören 6 Gemeinden mit einer Gesamtwaldbfläche in Größe von rund 6400 ha.

Mit der Stelle ist folgendes Dienstverhältnis verbunden:

- a) ein Anfangsgehalt von 3000 Mk., steigend alle 3 Jahre um 600 Mk. bis zum Höchstbetrage von 7200 Mk.,
- b) ein Wohnungsgeldzuschuß von 580 Mk.,
- c) eine Dienstaufwandsentschädigung von 600 Mk. (400)

Ein Forstsekretär mit Beamten-Eigenschaft ist vorhanden.

Bewerber wollen ihre Gesuche nebst Zeugnissen und Lebenslauf bis zum 20. März d. J. bei dem Unterzeichneten einreichen.

Personen, welche die Staatsprüfungen für den höheren preussischen Forstdienst bestanden, erhalten den Vorzug.

Brilon, den 28. Februar 1912.

Der Landrat.

Jannan.

Einfacher, älterer Förster,

evangel. Konfession, gebieter Soldat, für Gebirgsrevier in dauernde Stellung gesucht. Nur solche Bewerber, welche über langjährige, gute Zeugnisse und Empfehlungen verfügen, wollen sich unter Angabe ihrer Ansprüche melden. Andere Bewerbungen werden abgelehnt. Off. u. Nr. 438 bef. die Exp. der D. Forst-Zg., Neudamm.

Wirtschafterin

gesucht für ein Gut in der Altmark; dieselbe soll zugleich Stütze sein für die 17jährige Tochter, welche die Mutter verlor. Wirtschaft und Leutebefähigung nicht vorhanden. Offerten unter Nr. 447 bef. d. Exp. d. Dtsch. Forst-Zeitung, Neudamm.

Einfache Stütze

für sofort od. 1. 4. in ein Forsthaus i. d. Rhein. bei Familienanw. gef. Keine Landw. Offert. unter Nr. 439 bef. die Exp. der Dtsch. Forst-Zg., Neudamm.

Brandbares Forst- u.

Jagdpersonal,

Verwaltungs-, Betriebs- und Jagdbeamte

empfiehlt den Herren Forst- u. Jagdbesitzern

„Waldheide“,

eingetragener Verein, Neudamm.

Von dem Vereine sind ferner erhältlich umsonst und postfrei: Samungen, sowie Wildbetarten zum Eintritt in „Waldheide“. Jeder deutsche Forst- und Jagdbesitzer, höhere Forstbeamte, Waldbesitzer, Weidmann und Gönner der grünen Erde melde sich als Mitglied. — Mitgliedsbeitrag ca. 8700. — Endlich sind zu beziehen Wohlgeschmackten zum Preise von 1 Mk. für den Vogen, 4 50 Stüd. (42)

Forst-Zeitung, 28 J., sucht a. 1. 7. od. p. dauernde Stellung. Off. u. Nr. 431 bef. die Exp. d. D. Forst-Zg., Neudamm.

Suche zum 1. 4. Stellung als

Milchjäger

oder dergl. Bin 23 J. alt, geb. Garde-Schüler, Forst- u. Landwirtschaft. gel. erd. Vertretg. Lebrt abso. Offert. erb. (422)

Rudolph, Zohla O.-L.

Väter, lasst Eure Söhne nicht in die Privatorforstverwaltungslaufbahn. Sie ist überfüllt!

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feiernabend.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Grandvorsehungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstweissenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Weiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitungen übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 12.

Mendauum, den 24. März 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Rudshann im Regierungsbezirk Allenstein ist zum 1. Mai 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. April eingehen.

Försterei Niederitz in der Oberförsterei Niederitz, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Juli 1912 anderweitig zu besetzen. Bewerbungsgeluche sind bis zum 26. März einzureichen.

Försterei Trebow in der Oberförsterei Zielenzig, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.

Forstliche Tagesfragen.

Zapfensammeln — Samenausbeute aus den Zapfen — Zapfenstreifensaft — Selbstkostenpreis der Pflanzen — Anlegung von forstlichen Merkblüchern — die Trockenheit von 1911 — Waldbrände und Waldbrandstatistik.

Von Oberförster Kurt Trost, Dambrau O.-S.

Vortrag, gehalten in der Bezirksgruppe VI des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Oppeln am 6. Januar 1912

Meine Herren! Sämtliche Redner, welche wir in unseren Bezirksgruppen-Versammlungen zu hören das Vergnügen hatten, taten dies nicht etwa angeboten, freiwillig, sondern folgten nur einem gelinden Zwange ihres Vorstehenden, der sie mit List und Tücke aus dem Verborgenen auf die Rednertribüne hervorholte.

Wir haben aber, meine Herren, sicher dabei kein schlechtes Geschäft gemacht, denn köstliche

Perlen aus der forstlichen Praxis und Theorie haben wir oft dadurch geerntet, so daß Sie gewiß mit mir darin einverstanden sein werden, wenn das Verfahren in Zukunft beibehalten, ja noch weiter ausgebaut wird.

Es wäre auch sicher diesmal geschehen, wenn die Möglichkeit vorgelegen hätte, einen anderen Redner zu beschaffen.

Sollte nicht in der Tagesordnung eine Lücke bleiben, so mußte ich mich persönlich, „einem

gelingen Zwange folgend“, in dem Gefühl, alle Schuld rächt sich auf Erden, als Berichterstatter aufstellen. Deshalb können diejenigen Herren, welche schon früher als Redner vor uns gestanden haben, in dem Empfinden der „reinsten“ Freude mir zuzurufen:

„Was du nicht willst, das man dir tu',
das füg' auch keinem andern zu!“

Doch gemacht, meine Herren, gerade das heutige Einspringen in die Lücke soll mir ein Freibrief werden für zukünftige rednerische Zwangsaushebungen.

„Schützen Sie keine Müdigkeit vor, ich hab's auch nicht getan,“ kann ich zur wirksamen Werbung dann entgegnen.

„Erörterung forstlicher Tagesfragen“ lautet das mir gestellte Thema.

Zapfensammeln

Ist als erster Gang des aufgestellten geistigen Menüs aufgeführt. Dieses Wort soll gewissermaßen ein Mahnruf sein für jeden von Ihnen, dort, wo es nur irgend angeht, Kiefernzapfen sammeln zu lassen, um einheimischen Samen zu gewinnen.

Bei Beginn meiner forstlichen Verwaltungstätigkeit im Jahre 1879 — also vor 33 Jahren — wurde mir auch die Verwaltung einer kleinen Samenbarre übertragen.

Diese glied einer geräumigen Backstube, welche mit Hordengestellten ausgerüstet war, auf denen etwa 60 Scheffel Zapfen, was etwa 50 Zentnern gleichkommt, zu einer Darre aufgeschüttet werden konnten.

Der gewonnene Samen reichte meist nur für den eigenen Bedarf der Forsten des Herrschaftsgebietes aus, zum mindesten brauchte nur noch wenig fremder Samen zugekauft werden. 1879 stellte sich der Selbstkostenpreis auf der vorbezeichneten kleinen Samenbarre auf 2,54 M pro Kilogramm Kiefern Samen.

Solcher kleiner Samenbarren bestanden zu dieser Zeit eine ganze Anzahl in Deutschland. Warum aber sind sie verschwunden?

Sie wurden ein Opfer der Bevölkerungsvermehrung in Deutschland und der erdrückenden Konkurrenz des Großbetriebes.

Wie Sie alle wissen, entwickelte sich Deutschland in den letzten Jahrzehnten aus einem Landwirtschaft treibenden zu einem Industriestaat.

Zunächst begann durch die sogenannte Sachsen-gängerei eine Abwanderung der ländlichen Arbeiter vom Osten nach dem Westen, dann zog die Industrie immer mehr Leute vom platten Lande in die Stadt.

Nach der neuesten vom Reichsversicherungsamt auf Grund des Luitungsarten-austausches der Invalidenversicherungs-Anstalten veranlasseten Binnenwanderungsstatistik hat seit

Beginn der Invalidenversicherung **Schlesien** 102 868 invalidenversicherte Arbeiter **ver-**loren. Es hat den größten Wanderungsverlust von allen Provinzen.

Selbst für fortgesetzt erhöhte Zapfensammel-löhne fanden sich nur noch wenig Leute, die gewillt waren, sich des mühsamen und oft gefahr-vollen Geschäfts des Zapfensammelns zu unter-ziehen.

Die Darren erhielten daher nicht mehr genügend Zapfenmaterial zu ihrem Betriebe, der nur dann lohnend war, wenn alle Horden mit Zapfen belegt und mehrere Brände hinter-einander gemacht werden konnten, denn zu den weiteren Bränden wurden die ausgeklegten Zapfen als Feuerungsmaterial benutzt, wodurch sich natürlich der Selbstkostenpreis des ge-wonnenen Samens erheblich verbilligte.

In ähnlicher Lage befanden sich die großen industriellen Kleganstalten; sie mußten — wollten sie ihren Betrieb nicht einstellen — Zapfen aus dem Auslande beziehen.

Damit aber war den kleinen Samenbarren der Lebensfaden unterbunden, sie konnten nicht so billigen Samen liefern, als er von den großen Samenhandlungen, unter Garantie der Keim-prozente, angeboten wurde.

Von den Forstverwaltungen wurde bei dem Ankauf von Sämereien nur die Preisfrage neben der garantierten Keimkraft in Frage ge-zogen, während die Provenienz des Samens völlig unbeachtet blieb.

Die Samenhandlungen sahen sich gezwungen, möglichst billig Samen zu produzieren, und das konnten sie nur durch den Bezug von Zapfen aus dem Auslande.

Dieser Bezug aus dem Auslande führte aber dazu, daß aus Ländern Zapfen eingeführt wurden, welche ganz andere klimatische Verhält-nisse als Deutschland haben.

Erst vor etwa sieben Jahren wurde man all-gemein darauf aufmerksam, daß der schlechte Wuchs mancher Kultur, das Zurückbleiben so vieler Pflanzen, das erschreckende Überhand-nehmen der Schütte nur auf den Samen- bzw. Zapfenbezug aus dem Auslande zurückzuführen sei. — Auch hier fand die Wahrheit des alten Erfahrungssatzes: „Billig und schlecht“ seine Bestätigung zum Schaden vieler deutscher Waldungen.

Nachdem man dies erkannt hatte, hätte man mögen der alten primitiven Samenbarre, welche uns einst zwar teuren, aber einheimischen, guten Samen lieferte, zuzurufen:

„Nehre zurück, es ist alles vergeben!“

Mit Recht setzt nun allerorten eine Be-wegung ein, sich von dem Bezug von Kiefern-zapfen aus Gegenden, welche für uns un-geeignetes Pflanzenmaterial liefern, freizumachen.

Darüber sagt unser hochverehrtes Vereinsmitglied, Herr Geheimrat Dr. Schwappach, in Nr. 50 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom vorigen Jahre:

„Ungeeignet sind durchaus die süd-französischen Kiefern, sowohl wegen ihres schlechten Wuchses als auch wegen der Schüttegefahr. Letztere nötigt auch zur Ablehnung der ungariſchen Kiefer; die hochnordischen und nordöstlichen Kiefern (Perm) sind zwar ziemlich widerstandsfähig gegen Schütte, haben aber andererseits den Nachteil langsamen Wuchses, kommen also für uns ebenfalls nicht in Betracht.“

Es liegt nun auf der Hand, daß bei der eingangs geschilderten schwierigen Beschaffung einheimischer Zapfen der garantiert deutsche Samen ziemlich teuer zu stehen kommen wird.

Sie können dies aber einigermaßen für sich und andere dadurch mildern, daß Sie, wo es nur irgend angeht, Kiefernzapfen sammeln lassen.

Noch dürfte sich hin und wieder in den Schlägen dazu Gelegenheit bieten.

Machen Sie ja recht ausgiebig davon Gebrauch.

In der Oberförsterei Damrau wurden von Kindern vom November ab bis jetzt 11,68 Zentner Zapfen gesammelt. Gezahlt wurden dafür 44,72 M., und zwar 3 bis 4 M., im Durchschnitt 3,82 M. pro Zentner Zapfen.

Da eine Samenbarre nicht zur Verfügung steht, halfen wir uns damit, daß die zwei Bäder des Dorfes auf ihren Badöfen die Zapfen in Säden darren. In einen Getreidesack wurde ein viertel Zentner Zapfen hineingegeben, die, wenn sie aufgesprungen sind, dann beinahe den Sack füllen. Um Ihnen mit konkreten Zahlen über die Samenausbeute aus den Zapfen dienen zu können, entnahm ich aus der Vorratsmenge 200 Zapfen ohne besondere Auswahl zur weiteren Untersuchung. Diese wogen 1167 g und hatten einen Inhalt von 1173 cbcm, somit ein spezifisches Gewicht von 0,995. Die Zapfen wurden alsdann nach Größen sortiert und fanden sich:

3 % in der Größe von 2 bis 3 cm

53 % „ „ „ 3 „ 4 „

40 % „ „ „ 4 „ 5 „

4 % „ „ „ 5 „ 6 „

Interessant war, zu beobachten, wie mit der Zunahme der Größe der Zapfen deren spezifisches Gewicht sinkt.

Zapfen		
in der Größe von cm	hatten	
	Inhaltsinhalt pro Stück cbcm	ein spezif. Grün. Gewicht pro fm kg
2—3	1,7	1400
3—4	4,7	996
4—5	7,2	990
5—6	10,9	980

Die kleinsten Zapfen sind also die spezifisch schwersten. Eine Erklärung für diese Erscheinung läßt sich nur so geben, daß mit der Größe der Zapfen der innere Hohlraum für den Samen zunimmt und dafür das spezifische Gewicht abnimmt. Das durchschnittliche spezifische Gewicht berechnete sich, wie schon erwähnt, auf 995.

Wie ich beiläufig bemerken möchte, ist damit der Nachweis geführt, daß die Zapfen den spezifisch schwersten Sortimentsteil an der Kiefer repräsentieren, denn nach meinen eigenen, an großen Meterstücken, nicht an kleinen Spaltstücken, vorgenommenen, zahlreichen Holzgewichtsuntersuchungen, zu deren Veröffentlichung es mir leider vorläufig an Zeit gebricht, ist bei der Kiefer das spezifische Grün-Gewicht bei Dezembereinfällung

für 1 fm Stochholz	917 kg
„ 1 „ Nußholz	735 „
„ 1 „ Scheitholz	727 „
„ 1 „ Knüppelholz	808 „
„ 1 „ Reisig	916 „
und „ 1 „ Zapfen	995 „

Es dürfte Ihrer Aufmerksamkeit beim Anhören dieser Zahlenreihe kaum entgangen sein, daß das spezifische Gewicht der Kiefer sofort hinter dem Stoch stark fällt, fortgesetzt weiter sinkt, bis etwa zur Scheitholzgröße, und dann beim Knüppelholz anfängt zu steigen, bis es im Reisig dem Stochholzgewicht beinahe gleichkommt und in den Zapfen seinen Höhepunkt erreicht.

Um nicht zu sehr vom Thema abzuschweifen, muß ich es mir leider versagen, noch näher auf die spezifische Holzgewichtsmaterie hier einzugehen.

Uns interessiert aber nun die Frage: Wieviel Samen wurde aus den untersuchten Zapfen gewonnen?

Zur Beantwortung derselben dürfte es sich erübrigen, Ihnen die Gramm- und Milligramm-Samenergebniszahlen im einzelnen hier vorzutragen, sie sind in meinem forstlichen Merkbuch niedergelegt und stehen auf Wunsch jedermann daraus zu Gebote. Deshalb gebe ich Ihnen die Zahlen, weil sie dem Gedächtnis sich dann besser einprägen, umgerechnet auf Zentner und Pfund.

1 Zentner Zapfen ergab:

2,5 Pfund Samen mit Flügeln,
oder

1,9 Pfund Körneramen ohne Flügel.

Meine Herren! geben wir uns aber keiner Täuschung hin. Dieses Resultat wurde herbeigeführt aus einer ganz exakt durchgeführten wissenschaftlichen Probeuntersuchung an 200 Zapfen. Die Praxis dürfte eine so intensive Samenausbeute kaum ergeben.

Nach meinem forstlichen Merkbuch gewann ich 1879 aus 60 Scheffel Zapfen 66 Pfund Samen,

das sind umgerechnet auf 1 Zentner Zapfen etwa $1\frac{1}{4}$ Pfund Samen.

Leider kam ich Ihnen über die Samenausbeute der diesjährigen Zapfensammlung in der Oberförsterei Dambrau abschließende Ergebniszahlen noch nicht nennen, einmal weil die Zapfensammlung noch nicht beendet und mein Badosen-Darbbetrieb noch im Gange ist. Jedoch kann ich Ihnen schon angeben, daß wir aus 4 Zentner Zapfen 6,6 Pfund, somit 1,65 Pfund pro Zentner, reinen Körnersamen erzielten.*)

Unterstellen wir nun vorsichtshalber nur $1\frac{1}{2}$ Pfund Samen pro Zentner, so stellt sich die Berechnung des Selbstkostenpreises für 1 Pfund Kiefersamen sehr einfach.

Kosten entstehen bei dem hiesigen Bäderdarbbetrieb nicht, weil die entleerten Zapfen dem Bäder für seine Bemühungen überlassen werden.

1 Zentner Zapfen kostet, wie schon angegeben, 3,82 \mathcal{M} , daher bei $1\frac{1}{2}$ Pfund Samenausbeute das Pfund 2,55 \mathcal{M} .

Nun, meine Herren, wenn Sie bedenken, daß Ihnen der Samen, aus der Samenhandlung bezogen, etwa das Doppelte kostet, wenn Sie weiter bedenken, daß Sie bei Selbststeinsammlung der Zapfen auch die allergrößte Gewähr haben, daß der Samen auch für die Ortslage paßt, dann darf ich mich wohl der Hoffnung hingeben, daß mein Mahnruf zum Zapfeneinsammeln bei Ihnen nicht ohne Wirkung bleiben wird. Wo keine Gelegenheit zum Darren und Ausflengen der Zapfen ist, da wird man gewiß mit Vorteil die Zapfenstreifensaat

zur Anwendung bringen können; hierzu will ich Ihnen eine nach meiner Zapfenuntersuchung berechnete Zapfenbedarfstabelle bekanntgeben.

Bei einer Entfernung der Saastreifen von 1,25 m voneinander sind pro Hektar 8000 Längenermeter.

Kommen pro 100 m Zapfen	braucht man somit in Sa. Zapfen	mit einem Gewicht von	Samenausfall (wenn 100 kg = $1\frac{1}{2}$ kg) pro ha
Stück	Stück	kg	kg
4	32000	186,8	2,8
5	40000	233,5	3,5
6	48000	280,2	4,2
7	56000	326,9	4,9
8	64000	373,6	5,6

Die Zapfen werden Ende April, Anfang Mai ausgelegt, und wenn sie anfangen, sich zu öffnen, öfter mit einem Tornbesen überlehrt. Hierbei

*) Das inzwischen festgestellte Resultat ist, daß aus 100 kg Zapfen 2,19 kg Samen mit Flügeln, ungereinigt, 1,55 " " ohne Flügel, gereinigt erzielt wurden.

ist insofern große Aufmerksamkeit nötig, als sich bei nasser Witterung die Zapfen wieder schließen und den Samen dann nicht mehr ausfallen lassen. Zuletzt wird der Samen mit eisernen Rechen untergereicht.

Zu der Samenprobenienzfrage erhielt ich eine Zuschrift von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, welche wie folgt lautet:

Landwirtschaftskammer Halle a. S.,
für die Provinz Sachsen
J. F. 5590/11. 28. Dezember 1911.

Aus der „Deutschen Forst-Zeitung“ ersehen wir, daß Sie in der am 6. n. M. stattfindenden Versammlung Ihrer Bezirksgruppe einen Vortrag über den Samenbezug usw. halten werden. Wir nehmen an, daß Sie dabei auch auf die Herkunftsfrage näher eingehen, und gestatten uns deshalb, Sie auf unsere Verbände von Kiefersamendarren und Forstpflanzenzüchtern aufmerksam zu machen, von denen höchstfeimende Kiefersamen und gute ein- und zweijährige Kiefernpflanzen bezogen werden können, für deren Herkunft aus der Altmark wir uns verbürgen.

Wir gestatten uns, die Satzungen der beiden Vereinigungen beizufügen, aus denen Sie gütigst ersehen wollen, wie wir die Gewinnung und Erziehung von Kiefersamen und Kiefernpflanzen deutscher Herkunft eingerichtet haben. Vom Deutschen Forstwirtschaftsrat sind die beiden Vereinigungen als empfehlenswerte Samen- und Pflanzenbezugsquellen anerkannt worden.

Will der Samen- und Pflanzenhandel die Forderungen der Herkunftsfrage so weit erfüllen, wie ihm das überhaupt möglich ist, so müssen Samen und Pflanzen nach den einzelnen Wachstumsgebieten getrennt behandelt werden, mindestens muß bei der Kiefer die des Flachlandes und die des Gebirges unterschieden werden. Wir bieten den Waldbesitzern durch unsere Vereinigungen die Hand, sich Kiefersamen und -pflanzen des norddeutschen Flachlandes zu verschaffen.

Der Kiefersamen wird nach Gebrauchswert verkauft, 80 %iger Samen dürfte sich auf 9 bis 10 \mathcal{M} das Kilo stellen. Hinsichtlich der Keimprozentage bemerken wir, daß wir im vorigen Jahr fast nur Samen mit über 85 %, zumeist über 90 % darboten. Die altmärktischen Kiefernpflanzen kosten pro Tausend hervorragend gute Ware 1,30 \mathcal{M} , Durchschnittsware 1 \mathcal{M} .

Sie würden uns zu großem Dank verpflichten, wenn Sie im Interesse der guten Sache auf unsere Vereinigung hinweisen wollten. Alle Anfragen und Bestellungen sind an die Landwirtschaftskammer zu Halle a. S., Kaiserstraße 7, zu richten.

J. A.: gez. Saale.

Meine Herren, es ist nach dem vorher Erörterten jedenfalls nur dankbar anzuerkennen, daß die Landwirtschaftskammer zu Halle sich in so tatkräftiger Weise der Beschaffung von einheimischem Saatgut und Pflanzenmaterial angenommen hat, und kann ich Ihnen nur empfehlen,

ausgiebig davon Gebrauch zu machen; zu bedenken würde vielleicht sein, daß der Samen aus dem Flachlande stammt, während wir in Ober-schlesien ein etwas rauheres Wuchsgebiet haben.

In der Nummer 1 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 7. Januar 1912 fordert Herr Geheimrat Dr. Schwappach unter Hinweis auf die geradezu verheerenden Folgen, welche sich aus dem Bezuge fremden Kiefern Samens und fremder Kiefern pflanzen für unsere Kulturen und die sich später daraus entwickelnden Bestände ergeben, auf, künftighin ausschließlich deutschen Kiefern Samen und aus solchem erzogene Pflanzen zu verwenden.

Ende 1910 ist es gelungen, eine Anzahl von Kieganstalten und Forstbaumschulen zu einer Vereinigung zusammenzufassen, die sich verpflichtet, nur Kiefern Samen und Kiefern pflanzen deutscher Herkunft in den Handel zu bringen. Bis Ende 1911 sind folgende Firmen der Vereinigung beigetreten:

A. Kieganstalten:

1. C. Appel, Darmstadt;
2. P. Schott, Knittelsheim;

3. G. J. Steingässer & Co., Miltenberg;
4. H. Keller Sohn, Darmstadt;
5. C. Trumppf, Blankenb. (Harz);
6. J. M. Lint Sohn, Mübau;
7. Chr. Geigle, Nagold;
8. J. M. Helms Söhne, Großtabarz;
9. Vereinigung von Kieganstaltsbesitzern der Altmark, umfassend die Besitzer: F. Wismar (Klöbe), H. Schulz (Zimmekath), H. Brune (Lehlingen), W. Pasche (Colbig), F. Schöneke und E. Siemer (Wittingen) und H. Franke (Radenbeck).

B. Forstbaumschulen:

1. Peter Schott, Knittelsheim;
2. Chr. Geigle, Nagold;
3. W. Emmerich, Celle, und
4. Die Vereinigung der Kontrollbaumschulen in Halstenbek, bestehend aus den Firmen: H. H. Bein, J. Heins Söhne, E. F. Bein, Sievers & Heubel, Gustav Lüdemann, M. Ostermann, Th. Kullsch, M. Griem — sämtlich in Halstenbek; Rudolf Schrader, Rellingen, A. H. Bein sowie Buch und Hermannsen in Krupunder bei Halstenbek. (Schluß folgt.)

Vorübergehende Dienstleistungen und Invalidenversicherung.

Ein unter dieser Überschrift in Nr. 5 Seite 99 der „Deutschen Forst-Zeitung“ erschienener Artikel kommt im Absatz 3 zu dem Ergebnis, daß die im Wirtschaftsbetrieb eines Forstbeamten verrichteten vorübergehenden Dienstleistungen eines in einem ständigen Beschäftigungsverhältnisse zum Forstfiskus stehenden Waldbearbeiters von der Pflicht zur Invalidenversicherung befreit seien. Diese Folgerung wird vielfach die Annahme hervorrufen, daß sie ohne weiteres auf sämtliche sogenannten „ständigen“ Waldbearbeiter der Forstverwaltung zutrefte und daß demnach der Forstbeamte, der einen solchen „ständigen“ Waldbearbeiter zuerst in der Woche beschäftigt, für diesen nicht zu fleben brauche, daß dies vielmehr dem Forstfiskus dann obliege, wenn der Arbeiter im weiteren Laufe der Woche im Staatsforstbetriebe beschäftigt werde.

Dieser Auffassung kann nicht zugestimmt werden. Es erscheint deshalb notwendig, die Rechtslage etwas eingehender, als das in Nr. 5 der „Deutschen Forst-Zeitung“ geschehen ist, zu erörtern.

Der Bundesratsbeschuß vom 27. Dezember 1899, auf den die Ausführungen des erwähnten Artikels sich stützen, trat nach Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 an die Stelle des entsprechenden Beschlusses vom 22. Dezember 1891. Da die Reichsversicherungsordnung die Vorschrift des § 4 Abs. 1 des Invalidenversicherungsgesetzes im § 1232 unverändert übernimmt, ist der Beschuß vom 27. Dezember 1899 gemäß Artikel 104 des Einführungs-

gesetzes zur Reichsversicherungsordnung auch jetzt noch bestehen geblieben. Er bestimmt unter Ziffer 2, daß vorübergehende Dienstleistungen versicherungsfrei sind, „wenn sie von solchen Berufsarbeitern, die in einem regelmäßigen, die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnisse zu einem bestimmten Arbeitgeber stehen, ohne Unterbrechung dieses Verhältnisses bei anderen Arbeitgebern nebenher, sei es nur gelegentlich zur Aushilfe, sei es regelmäßig, verrichtet werden.“

Vorbedingungen für die Befreiung der vorübergehenden Beschäftigung solcher Berufsarbeiter von der Versicherungspflicht sind demgemäß:

1. das Bestehen eines regelmäßigen versicherungspflichtigen Arbeits- oder Dienstverhältnisses zu einem bestimmten Arbeitgeber,
2. daß das Verhältnis durch die vorübergehende Beschäftigung nicht unterbrochen wird,
3. daß die vorübergehende Beschäftigung nur nebenher verrichtet wird.

Die letzte Voraussetzung ist für die zu erörternde Frage ohne Bedeutung, weil in den meisten Fällen, in denen Waldbearbeiter im Wirtschaftsbetriebe von Forstbeamten tätig sind, nur von einer nebenher verrichteten Beschäftigung die Rede sein kann. Den Begriff „nebenher“ hat das Reichsversicherungsamt in mehreren Entscheidungen und in der „Anleitung, betr. den Kreis der nach dem Invalidenversicherungsgesetze vom 13. Juli 1899 versicherten Personen“ vom 6. Dezember 1905 —

definiert als „mit Rücksicht auf den Aufwand an Zeit und Arbeitskraft, sowie das Entgelt, zusammengehalten mit den sonstigen Tätigkeiten und der Lebensstellung des Beschäftigten, nur von nebensächlicher wirtschaftlicher Bedeutung“. Ob das zutrifft, ist Frage des Einzelfalles und daher für die allgemeine Beurteilung der Rechtslage nicht wesentlich.

Dagegen liegt der Schwerpunkt in den beiden ersten Vorbedingungen. Hier muß zunächst das Bestehen eines regelmäßigen, versicherungspflichtigen Arbeits- oder Dienstverhältnisses im Sinne des Bundesratsbeschlusses vom 27. Dezember 1899 für die Mehrzahl aller forstfiskalischen Waldbarbeiter verneint werden. Diejenigen, nur im Winter im Forstbetriebe beschäftigten Holzfäller, die im Hauptberuf Handwerker, Erd- oder Torfarbeiter usw. sind, scheiden von vornherein aus. Von den übrigen, sogenannten „ständigen“ Waldbarbeitern, die auch im Sommer im Walde arbeiten, sind in vielen Gegenden die meisten während der Erntezeit im Landwirtschaftsbetriebe bäuerlicher Besitzer tätig, denen sie zu Gegendiensten für die Vergabe von Wohnung, Kartoffelfeld oder für Gespannleistungen bei der Ackerbestellung verpflichtet sind. Hier kann von einem regelmäßigen, versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gegenüber dem Fiskus keine Rede sein. Allgemein wird da, wo eine Verpflichtung der Arbeiter gegenüber der Forstverwaltung fehlt und die Arbeiter, wenn auch nur vorübergehend, anderwärts in Arbeit gehen, ein solches Arbeitsverhältnis nicht anzunehmen sein. Eine Verpflichtung zur Arbeit wird aber neuerdings selbst den von der Forstverwaltung angestellten Arbeitern in der Regel nicht mehr auferlegt.

Es bleibt daher nur noch die Frage offen, ob ein regelmäßiges, versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, wie es der erwähnte Bundesratsbeschluss im Auge hat, bei solchen, in forstfiskalischen Arbeiterwohnungen untergebrachten Waldbarbeitern besteht, die dem Forstfiskus vertraglich zur Arbeit verpflichtet sind. Hier kann man tatsächlich zweifelhaft sein. Es besteht aber jedenfalls die Möglichkeit, zu sagen, daß ein derartiges Arbeitsverhältnis niemals ein einseitiges sein könne, sondern beiden Teilen in gleicher Weise Rechte und Pflichten auferlegen müsse — mit anderen Worten, daß ein solches Verhältnis nur da bestehe, wo nicht allein der Arbeiter dem Forstfiskus zur Arbeitsleistung, sondern auch dieser dem Arbeiter zur jederzeitigen Vergabe von Arbeit verpflichtet sei, ebenso wie ein Fabrikbesitzer die von ihm angenommenen Arbeiter so lange beschäftigen muß, bis er sie entlassen hat. Ein derartiges Verhältnis dürfte zwischen dem Forstfiskus und seinen Arbeitern nur selten vorkommen. Im allgemeinen werden die ständigen Arbeiter zwar möglichst dauernd beschäftigt, zumal es an Arbeit in der Regel nicht mangelt, aber sobald sie einmal vorübergehend nicht beschäftigt werden können, haben sie jedenfalls keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung oder Leistung von Versicherungsbeiträgen für die beschäftigungslose Zeit.

Man wird hiernach auch bei den zur Arbeit verpflichteten forstfiskalischen Waldbarbeitern das Bestehen eines regelmäßigen, versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses im Sinne des Bundesratsbeschlusses verneinen können. Zu dieser Folgerung kommt man um so mehr, als diese Arbeiter meistens gar nicht zu ständiger Arbeit in der Forst verpflichtet sind, sondern nur dazu, jede ihnen angebotene Arbeit jederzeit auszuführen. Fehlt solche Arbeit, dann werden sie im Walde nicht beschäftigt, sondern arbeiten anderwärts, sei es im eigenen Wirtschaftsbetriebe oder in dem der Forstbeamten oder in anderen Betrieben.

Dadurch wird ihre Tätigkeit bei der Forstverwaltung unterbrochen. Hiermit kommen wir zu der zweiten Vorbedingung für die Versicherungsfreiheit vorübergehender Dienstleistungen: das regelmäßige Arbeitsverhältnis darf nicht unterbrochen werden. Selbst wenn man in gewissen Fällen unter den oben erörterten Voraussetzungen ein regelmäßiges Arbeitsverhältnis zugeben will, wird man doch annehmen können, daß durch die Beschäftigung im Privatbetriebe des Forstbeamten eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses eintritt. Denn auch eine gegenüber dem Forstfiskus bestehende Arbeitsverpflichtung ruht an dem Tage, an welchem der Forstbeamte den Arbeiter für sich zur Arbeit bestellt.

Nach dem Gesagten ist der Bundesratsbeschluss vom 27. Dezember 1899 da, wo ein gegenseitiges vertragliches Arbeitsverhältnis zwischen der Forstverwaltung und den Arbeitern besteht, mit Wahrscheinlichkeit (wahrscheinliches Fehlen der zweiten Vorbedingung!), im übrigen mit Sicherheit (Fehlen der ersten Vorbedingung!) nicht anwendbar und demgemäß die vorübergehende Beschäftigung auch der ständigen Waldbarbeiter im Wirtschaftsbetriebe von Forstbeamten als versicherungspflichtig anzusehen.

Die Verneinung dieser Versicherungspflicht würde zu gänzlich unbeabsichtigten Folgen führen. Daß für eine Woche, in welcher z. B. ein ständiger Waldbarbeiter von Montag bis Freitag im Wirtschaftsbetriebe eines Forstbeamten und am Sonnabend im Staatsforstbetriebe arbeitet, die Forstverwaltung statt des Forstbeamten die Wochenmarke klebt, kann nicht in der Absicht des Bundesratsbeschlusses liegen. Noch viel weniger kann es beabsichtigt sein, daß ein ständiger Waldbarbeiter, der die ganze Woche im Wirtschaftsbetriebe eines Forstbeamten arbeitet, für diese Woche gar keine Marke geklebt erhält, weil seine Tätigkeit bei dem Forstbeamten nicht versicherungspflichtig sein soll. Dadurch würden dem Arbeiter die Beiträge für solche Wochen vorübergehender Beschäftigung, obwohl er ständig gearbeitet hat, verloren gehen. So kommt man auch durch die praktischen Folgerungen zu dem Ergebnis, daß der Bundesratsbeschluss auf das zwischen der Staatsforstverwaltung und ihren ständigen Arbeitern bestehende Arbeitsver-

hältnis im allgemeinen nicht anwendbar ist. Er will vielmehr unter einem regelmäßigen, versicherungspflichtigen Arbeits- oder Dienstverhältnis ein solches verstanden wissen, bei dem für die Arbeiter Versicherungsmarken während der ganzen Dauer des Arbeitsverhältnisses eo ipso gestellt werden (Fabrikarbeiter, Diensthoten).

Daß dem so ist, ergibt sich aus einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 25. Januar 1898 über die Auslegung des Bundesratsbeschlusses vom 22. Dezember 1891, der später durch den Beschluß vom 27. Dezember 1899 ersetzt wurde. Es wird hierin ausgesprochen, daß es sich in Ziffer 2 jenes Beschlusses um Personen handle, die Berufsarbeiter sind, aus Anlaß eines regelmäßigen Arbeits- oder Dienstverhältnisses bereits an der Fürsorge des Gesetzes teil haben und bei denen eine gleichzeitige Beitragspflicht noch für eine zweite, nebenherlaufende Beschäftigung, ohne den Versicherten zu nutzen, praktische Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

Das trifft für die ständigen Arbeiter der Forstverwaltung im allgemeinen nicht zu. Für sie werden Marken vom Forstfiskus nur dann gestellt, wenn sie auch wirklich in der betreffenden Woche im Walde gearbeitet haben, nicht aber, wenn sie z. B. die ganze Woche hindurch im Wirtschaftsbetriebe eines Forstbeamten beschäftigt waren. Für diese Zeit der vorübergehenden Beschäftigung würden bei Verneinung der Versicherungspflicht die Arbeiter keinen Teil an der Fürsorge des Gesetzes haben. Die Bejahung der Versicherungspflicht nützt ihnen dagegen zweifellos, da ihnen im anderen Falle Wochenbeiträge verloren gehen würden. Praktische Schwierigkeiten entstehen dadurch, daß der Forstbeamte die Marken für diese Zeit kleben muß, in keiner Weise.

Dagegen würde solchen Arbeitern, für die auf Grund ihres regelmäßigen Arbeitsverhältnisses bereits Marken für jede Woche durch einen bestimmten Arbeitgeber gestellt werden müssen, die Bejahung einer gleichzeitigen Versicherungspflicht

für eine vorübergehende anderweitige Beschäftigung nichts nützen. Auch würde eine derartige doppelte Versicherungspflicht aus zwei verschiedenen Arbeitsverhältnissen heraus praktisch nicht gut durchführbar sein. Nur auf solche Fälle bezieht sich daher die Ziffer 2 des Bundesratsbeschlusses vom 27. Dezember 1899. Forstassessor Eberts.

*

Nachschrift der Schriftleitung. Der Verfasser des Artikels in Nr. 5 stimmt im allgemeinen den vorstehenden Ausführungen zu. Er hat mit den „in einem ständigen Beschäftigungsverhältnisse zum Forstfiskus stehenden Waldarbeitern“ in erster Linie die dem Forstfiskus vertraglich zur Arbeit verpflichteten Arbeiter (die nebenamtlichen Waldwärtter oder Forstschutzhelfen) gemeint und ist auch jetzt noch der Ansicht, daß zum mindesten diese Personen bei vorübergehender Beschäftigung in der Privatwirtschaft von Forstbeamten versicherungsfrei sein können. Die zur Erörterung stehende Frage läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden, und wir empfehlen deshalb, einen etwaigen Streit auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege zum Austrag zu bringen. Über den Streit entscheidet das Versicherungsamt (Landrat) und auf Beschwerde endgültig das Oberversicherungsamt. Da es sich um eine noch nicht feststehende Auslegung einer gesetzlichen Vorschrift von grundsätzlicher Bedeutung handelt, so würde das Oberversicherungsamt die Sache an das Reichsversicherungsamt zur Entscheidung abzugeben haben, wenn es der Beschwerdeführer innerhalb der Beschwerdefrist (einen Monat nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung, § 128 der Reichsversicherungsordnung) beantragte. Diesen Antrag können auch andere Beteiligte binnen einer Woche stellen, nachdem sie die Gelegenheit, sich zu äußern, erhalten haben. (§ 1459 der Reichsversicherungsordnung.) Bei einem solchen Streit würde zweckmäßig auf die beiden Artikel der „Deutschen Forst-Zeitung“ zu verweisen sein. Im allgemeinen Interesse bitten wir, uns von dem Ausgange des Streites Mitteilung zu machen.

Mitteilungen.

— **Brennholzverkauf für die preussischen Staatsforstbeamten.** Wir machen unsere Leser auf den auf Seite 249 abgedruckten neuen Erlaß des Ministers für Landwirtschaft usw. aufmerksam, durch den die Vergütung von Geldvergütungen an Stelle des freien Brennholzes für Forstbeamte vom 1. April d. Js. ab neu geregelt worden ist. Das Neue besteht darin, daß der von der Oberrechnungskammer vielfach verlangte Nachweis des tatsächlichen Bedarfs künftig bis zu einem für jede Beamtenklasse besonders festgesetzten Jahresbetrage, der beispielsweise für Förster o. R. mit Familie 100 M und für Förster o. R. ohne Familie 70 M beträgt.

nicht erforderlich ist. Unter Familie sind nicht nur Ehefrau, Kinder oder Eltern, sondern auch andere nahe Verwandte und Pflegekinder zu verstehen, denen der Beamte in seinem eigenen Hausstande Wohnung und Unterhalt auf Grund einer gesetzlichen oder moralischen Unterstützungsverbindlichkeit gewährt. Wer eine über diese in Nr. 2 des Erlasses festgelegten Sätze hinausgehende Vergütung beansprucht, kann eine solche nur erhalten, soweit er die Notwendigkeit hierzu nachweist. Der Bedarf wird alsdann so ermittelt, daß von den Ausgaben für Erntebrennstoffe die Anfuhr- und Abtragelkosten (nötigenfalls unter Zugrundelegung eines angemessenen Prozent-

sages der Anschaffungskosten) sowie die Werbungskosten, die bei Bezug des Freibrennholzes durchschnittlich zu entrichten wären, abgezogen werden. Die Höchstsätze, über die nicht hinausgegangen werden darf, sind im allgemeinen wie bisher geblieben. Nur die Höchstsätze für Oberförster o. R., die bisher nur 200 M. betrugen, sind entsprechend dem pensionfähigen Wert dieser Bezüge auf 300 M. jährlich erhöht worden.

— **Forstskasische Freistelle im Zivilwaisenhanse zu Potsdam.** Wie wir hören, ist die zu Ostern erledigte Freistelle im Zivilwaisenhanse, die für evangelische Söhne verstorbenen Verwaltungs- oder Klassenbeamten der preussischen Staatsforstverwaltung in Frage kommt, noch nicht besetzt. Wir möchten daher noch einmal darauf hinweisen, welche großen Vorteile der Inhaber einer solchen Stelle genießt. Die Böglinge erhalten freie Erziehung und Unterhalt. Die Angehörigen haben nur für ein geringes Taschengeld, für die Kosten der Ferienreisen in die Heimat und für die Kosten der Korrespondenz aufzukommen. Ihre Auszubildung erhalten die Knaben nach dem Wunsche der Angehörigen auf einem Gymnasium, Realgymnasium oder einer Oberrealschule. Je nach ihrem Fleiße und ihren Fähigkeiten bleiben sie in der Schule, bis sie die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erlangt oder das Abiturienten-Examen abgelegt haben. Aufnahmealter 8. bis 14. Lebensjahr. Bewerbungen sind an die königliche Regierung im Bezirke des Wohnortes zu richten.

— **Zur Pensionsversicherung der Privatbeamten.** In Berlin hat die diesjährige Vertreterversammlung des Hauptauschusses für staatliche Pensionsversicherung unter Beteiligung der Delegierten von über 40 Angestelltenverbänden stattgefunden. Den Verhandlungen, an denen auch die Reichstagsabgeordneten Sittart (Str.) und Marquart (natl.) teilnahmen, ging eine Sitzung des Siebener-Ausschusses mit den Vertretern der Regierung voran, in der Fragen über die Organisation der Versicherung erörtert wurden. Die Vertreterversammlung beschloß nach Erledigung des Rechenschaftsberichts und der Jahresrechnung über das letzte überaus erfolgreiche Jahr in voller Übereinstimmung die Fortführung der gemeinsamen Arbeit, Mitwirkung am weiteren Ausbau des Gesetzes und seiner inneren Organisation. Es wurde ferner ein Unterausschuß zur Prüfung der Frage der Vereinheitlichung des Privatbeamtenrechts eingesetzt. Für die Fortführung der Arbeit wurden größere Mittel bewilligt und daher die Beiträge von 4 auf 6 M. für je 1000 Mitglieder erhöht. Bei den Wahlen für die Organisation der Versicherung werden sich die im Hauptauschuß vereinigten Verbände jeder Bekämpfung untereinander enthalten. Die bisherige Leitung einschließlich der gesamten Siebener-Kommission (Vorsitzender des Hauptauschusses Josef Reif vom Verbands-

Duischer Handlungsgehilfen, Vorsitzender der Siebener-Kommission Hms Bechly vom Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbande) wurde aufs neue bestätigt.

Nachwort der Schriftleitung. Die neue Reichsversicherungsanstalt wird demnächst errichtet werden. Ihre Tätigkeit beschränkt sich aber zunächst auf die zur Durchführung der Angestelltenversicherung erforderlichen vorbereitenden Arbeiten. Wann die Versicherung selbst in Kraft tritt, ist noch nicht bekannt; man hofft, daß es am 1. Januar 1913 geschehen wird. Wir werden über die Versicherung ausführlich berichten, sobald der Tag des Inkrafttretens feststeht. Bis dahin bitten wir unsere verehrlichen Leser, auch von etwaigen Anfragen Abstand zu nehmen. Die Angelegenheit ist für einwandfreie Auskünfte noch nicht genügend geklärt.

— **Die Gehaltsverhältnisse der hessischen Domänenforstwärte.** Der bekannte Hessische Jagdklub hat, nach Zeitungsmeldungen, an die Zweite Kammer des Großherzogtums Hessen folgende Eingabe gerichtet: „Die in naher Aussicht stehende Reform der Besoldungsordnung der Staatsbeamten veranlaßt den ganz ergebenst unterfertigten Klub, die Aufmerksamkeit Hoher Kammer auf die Gehaltsverhältnisse einer Klasse von Beamten zu lenken, denen bringende Hilfe wirklich zutrifft. Die Ausübung der Jagd bringt die zahlreichen Mitglieder des Hessischen Jagd-Klubs fortwährend in Berührung mit den Domänenforstwarten, deren Pfllichteifer, Rührternheit und Zuverlässigkeit bei der Obhut der großen nationalen Werte, die ihnen anvertraut sind, und vor allem die außerordentlichen Schwierigkeiten ihres Dienstes, der sie weder Werktags noch Sonntags, weder bei Tag noch bei Nacht ordentlich zur Ruhe kommen läßt, sind dabei stets Gegenstand der Anerkennung. Vergleicht man damit ihre Bezahlung, so muß man sich über die geringe Höhe wundern: Mit einem Gehalt von 1200 bis 1500 M., von dem noch die Wohnung in Abzug gebracht wird, kann eine Familie, zumal wo die Erziehung der Kinder und die Beschaffung der Lebensmittel von oft ganz entlegenen Punkten doppelt erschwert ist, unter heutigen Verhältnissen nicht existieren. Auch der Vergleich mit den Amtsgenossen anderer Staaten muß diese Beamtenklasse verstimmen, bezieht doch ein Förster im Reichsdienst 2600 M. Höchstgehalt, 810 M. Wohnungsgeld und 300 M. Stellenzulage — zusammen also 3710 M., d. i. fast 2½ mal so viel wie in Hessen, in Preußen 2500 M. Höchstgehalt, 480 M. Wohnungsgeld und 300 M. Stellenzulage, zusammen 3280 M. und freies Brennholz, in Sachsen 3000 M. Höchstgehalt, in Bayern 3600 M., in Württemberg 1900 M., freie Wohnung, Kleidung und Stellenzulage. Gleichwohl sind die geforderten Leistungen nach der Dienstinstruktion eher höher bei uns als anderwärts. Ein tüchtiger Holzhauer, dessen Vorgesetzter der Forstwart doch sein soll, steht sich finanziell hier besser wie dieser. Dadurch, daß fast die gesamten Jagden in Hessen an Private verpachtet sind, ist es den hessischen Forstwarten unmöglich, durch Dressur und Führung von Jagd-

hunden etwas zu erwerben, wie dies in Preußen, wo viele Förster Jagden innehaben, geschieht. Wenn aber irgendwo Berufsfreudigkeit und warmes Dienstinteresse nötig sind, so ist es beim Förster, dessen Kontrolle durch Vorgesetzte fast ausgeschlossen erscheint. Deshalb wendet sich der Hessische Jagdclub — nicht im Auftrage oder auf Ersuchen der Domänenforstverwaltung, sondern aus eigener Überzeugung und Initiative — an Hohe Kammer mit der ergebenen Bitte, gerade diesen ganz gering besoldeten Beamten in wirksamer Weise zu helfen.“ — Hoch erfreulich ist es, daß es hier ein angesehenen Jagdverein aus eigener Überzeugung und Initiative unternimmt, für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Beamtenstandes einzutreten, der für Hege und Pflege von Wald und Wild oft genug Leben und Gesundheit einsetzt. So zeigt sich denn auch hier, wie erst kürzlich im Preussischen Landtage, daß die Träger des grünen Rodes sich im Deutschen Reiche allgemein einer großen Sympathie erfreuen, die hoffentlich dazu führen wird, daß sich auch überall, sofern es noch daran mangelt, deren Einkommensverhältnisse gleich denen der anderen Beamten gestalten möchten; wie dies ihrer Ausbildung und Verantwortung entspricht.

— **Verwertung der im Walde gelegenen Quellen bei Anlage von Wasserleitungen.** In

der Pfalz sollen künftighin bei Anlage der Wasserleitungen die sich hierzu eignenden Waldquellen nach Möglichkeit ausgenutzt werden. Zu diesem Zweck hat die Königliche Regierung der Pfalz, Kammer der Forsten, nachstehende Verfügung an sämtliche Forstämter ihres Bezirkes erlassen: „In den Staatswaldungen entspringen zahlreiche Quellen, deren Wert durch die immer weiter sich ausdehnende Anlage von Wasserleitungen sich ungeahnt steigern kann. Es ist daher von besonderer Bedeutung, die Störte und Stetigkeit der Schüttung namentlich solcher Quellen zu kennen, welche für derartige Zwecke in Betracht kommen können. Eine besonders günstige Gelegenheit zu einem Urteil ist in diesem Jahre gegeben, nachdem anzunehmen ist, daß durch die ungewöhnliche Trockenheit des Vorjahres die Quellen einen nicht leicht wiederkehrenden Tiefstand erreichen werden. Es ergeht deshalb der Auftrag, über sämtliche ständig fließenden Quellen ein Verzeichnis aufzustellen und bei jenen Quellen, welche für Wasserleitungszwecke in Frage kommen können, in einfachster Weise während des kommenden Frühjahrs und Sommers und eventuell auch noch später mehrmals die Schüttung nach Minutenlittern zu messen. Das Verzeichnis ist in den Akt über Naturbentmäler einzulegen. Die gleichen Erhebungen sollen auch in den Gemeindevaldungen durchgeführt werden. Über auffallende Beobachtungen ist kurz zu berichten.“

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Preussische Verordnung wegen Jagdbarkeit des Muffelwildes.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen auf Grund des § 50 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 (Gesetzsamml. S. 207) für den Geltungsbereich dieses Gesetzes, sowie auf Grund des § 14 des Wildschongesetzes vom 14. Juli 1904 (Gesetzsamml. S. 159) für den Umfang der Provinz Hannover, was folgt:

Artikel I.

Das Muffelwild (*ovis musimon*) wird als jagdbares Tier erklärt.

Artikel II.

§ 1. Mit der Jagd zu verschonen ist: a) männliches Muffelwild vom 1. Februar bis 31. August; b) weibliches Muffelwild vom 16. Dezember bis 15. September. Die im vorstehenden als Anfangs- und Endtermin der Schonzeiten bezeichneten Tage gehören zur Schonzeit.

§ 2. Aus Rücksichten der Jagdpflege können durch Beschluß des Bezirksausschusses die Schonzeiten des Muffelwildes verlängert oder auf das ganze Jahr ausgedehnt werden. Die hiernach zulässige Abänderung der Schonzeiten darf für den ganzen Umfang oder nur für einzelne Teile des Regierungsbezirkes, die Abänderung für einzelne Teile desselben Regierungsbezirkes in verschiedener Weise erfolgen.

Artikel III.

Mit einer Geldstrafe von 100 M wird bestraft, wer während der Schonzeit ein Stück Muffelwild erlegt oder einfängt. Sind mildernde Umstände

vorhanden, so kann die Geldstrafe bis auf 15 M für jedes Stück ermäßigt werden.

Artikel IV.

Im übrigen finden die Vorschriften der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 und des Wildschongesetzes vom 14. Juli 1904 auf das Muffelwild gleichmäßige Anwendung.

Artikel V.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchstsignatur
Unterzeichnet und begedruckt dem Königl. Insig.
Gegeben Berlin im Schloß, 22. Januar 1912.
(L. S.) Wilhelm.

Beseler. Frhr. v. Schorlemer.
v. Dallwitz.

Geldvergütung für die Forstbeamten anstelle des freien Brennholzes.

Allgemeine Verfügung Nr. 5 für 1912
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III. 2439.

Berlin W 9, 9. März 1912.

Die den Königlichen Regierungen übertragene Befugnis zur Festsetzung von Geldvergütungen für diejenigen Forstbeamten, denen eine solche anstelle der Naturallieferung von freiem Brennholz oder Torf gegen Erstattung der Nebenkosten zusteht, hat in den letzten Jahren zu zahlreichen Erinnerungen der Königlichen Oberrechnungskammer geführt. Ich habe mich daher mit dieser in Verbindung gesetzt, um das Verfahren nach

Möglichkeit zu vereinfachen. Nachdem ein Einvernehmen erzielt ist, bestimme ich nunmehr mit Wirkung vom 1. April 1912 ab folgendes:

1. Der Naturalbezug bildet die Regel. Die Umwandlung in eine Geldvergütung darf von der königlichen Regierung nur genehmigt werden, wenn sie den wirtschaftlichen Verhältnissen des Beamten entspricht und der Bezug des Brennholzes für ihn entweder mit Unzuträglichkeiten, z. B. nicht genügender Erwärmung der Wohnung, oder mit Schwierigkeiten, z. B. teurer Anfuhr bei Mangel eigenen Fuhrwerks, verbunden ist.

2. Wird hiernach die Umwandlung genehmigt, so kann bei den Geldvergütungen bis zu nachstehenden Jahresätzen von einem besonderen Nachweis des tatsächlichen Bedarfs oder der erfolgten Verwendung abgesehen werden:

für Oberförster mit Revier	250 „
für Oberförster ohne Revier mit Familie	200 „
für Oberförster ohne Revier ohne Familie	120 „
für Revierförster und Förster mit Revier, sowie für die Meister bei den Nebenbetriebsanstalten	120 „
für Förster ohne Revier mit Familie	100 „
für Förster ohne Revier ohne Familie	70 „
für Forsthilfsaufseher, Waldwärter und Wärter bei den Nebenbetriebsanstalten, wenn diese Beamten Familie haben	80 „
für Forsthilfsaufseher, Waldwärter und Wärter bei den Nebenbetriebsanstalten, wenn diese Beamten keine Familie haben	50 „

Der Begriff „Familie“ ist im Sinne des Umzugskostengesetzes aufzufassen. Zur Gewährung eines nur für Beamte mit Familie bestimmten Satzes genügt ein Vermerk in der Kassenanweisung, daß der Beamte verheiratet ist oder daß er Familie im Sinne des Umzugskostengesetzes hat. Eine gleiche Bescheinigung ist auf der Jahresquittung von dem Empfänger abzugeben.

3. Erforderlichenfalls kann den Beamten eine höhere Entschädigung nach dem pflichtmäßigen Ermessen der königlichen Regierung bis zu folgenden Jahres-Höchstätzen gewährt werden:

für Oberförster	300 „
für Revierförster, Förster und für Meister bei den Nebenbetriebsanstalten	150 „
für Forsthilfsaufseher, Waldwärter und Wärter bei den Nebenbetriebsanstalten,	

wenn diese Beamten Familie haben	100 „
für Forsthilfsaufseher, Waldwärter und Wärter bei den Nebenbetriebsanstalten, wenn diese Beamten keine Familie haben	70 „

Es ist aber alsdann nachzuweisen, daß der Beamte die höhere Vergütung zur Beschaffung der Ersatzbrennstoffe braucht. Bei der Berechnung des Betrages sind die Anfuhr- und Abtragekosten, gegebenenfalls unter Zugrundelegung eines angemessenen Prozentsatzes von den Anschaffungskosten sowie die Werbungs-kosten, welche die Beamten bei Bezug des Freibrennholzes durchschnittlich zu entrichten hätten, abzugreifen. Dieser den Rechnungsbelegen beizufügende Nachweis ist nicht nach allgemeiner Schätzung, sondern nach festen Grundsätzen oder auf Grund bestimmter Unterlagen zu führen.

Der Ermittlung bedarf es, wenn die königliche Oberrechnungskammer im Einzelfalle nichts anderes verlangt oder die Verhältnisse sich nicht geändert haben, nur bei der erstmaligen Festsetzung.

4. Die Geldvergütungen sind in gleicher Weise, wie das Gehalt oder die Beschäftigungsgeälter zahlbar, und zwar mit $\frac{1}{19}$ für jeden der sieben Wintermonate Oktober bis einschließlich April und $\frac{2}{19}$ für jeden der fünf Sommermonate Mai bis einschließlich September. Die Teilbeträge sind angemessen abzurunden.

5. Neben der Geldvergütung kann die Regierung geringes Reiserholz von der II. Klasse einschließlich abwärts und Stodholz in dem Umfange, wie es zum Baden und zum Anzünden der Kohlen erforderlich ist,

für Oberförster bis zu	30 rm
für Revierförster, Förster und Meister bei den Nebenbetriebsanstalten bis zu	20 „
und für Waldwärter, Wärter bei den Nebenbetriebsanstalten und Forsthilfsaufseher bis zu	10 „

oder entsprechende Reiskigellen gegen Erstattung der vollen Werbungs-kosten verabsolgen.

Dagegen ist es nicht zulässig, neben der Geldvergütung Verbrennholz abzugeben.

Frhr. v. Schorlemer.

An sämtliche königlichen Regierungen (mit Auschluss von Münster und Aurich).

Verschiedenes.

— Das Preussische Förster-Jahrbuch für 1912 (dritter Band) wird, wie wir bereits in der letztwöchentlichen Nummer mitteilten, Ende des Monats herausgegeben. Die Vervollkommenung des neuesten Bandes, die namentlich auch in einer Neuordnung und besserer Zusammenfassung des gesamten Stoffes besteht, ist eine bedeutende. Namentlich wurde der Teil, welcher die Gesetze und Verordnungen der letzten zwölf Kalendermonate enthält, mit dem sonstigen Text des Jahrbuches mehr verschmolzen und in Zusammenhang gebracht, wie das in den beiden ersten Bänden des Jahrbuches der Fall gewesen ist. Die Fülle des für 1912 Gebotenen ist wiederum groß. Was ge-

bracht wird, zeigt am besten nachfolgender Abdruck des Vorwortes.

Das Preussische Förster-Jahrbuch hat in der kurzen Zeit seines Bestehens schon recht viele Freunde gefunden, was wir hier mit Dank feststellen. Wir erblicken darin ein erfreuliches Zeichen dafür, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden, und haben uns bemüht, den Inhalt des Werkes noch weiter zu vertiefen. Insbesondere erschien uns wichtig, die beamtenrechtlichen Bestimmungen, die für den Förster und Försteranwärter von besonderer Bedeutung sind, so darzustellen, daß sie leicht auf jeden Einzelfall angewendet werden können.

Wir haben in dem vorliegenden Bande daher einen neuen beamtentechnischen Teil geschaffen. In diesem bringen wir zunächst einen Auszug aus der Besoldungsordnung, deren geschehlicher Änderung es bei etwaigen künftigen Gehaltsaufbesserungen bekanntlich bedarf. An den Auszug schließt sich eine Übersicht über die Besoldung sämtlicher etatmäßigen Forstbeamten. Daran reiht sich eine Anweisung zur Berechnung des Besoldungsdienstalters, das neuerdings einem jeden Beamten bei seiner Anstellung mitgeteilt wird und dessen Festsetzung er an der Hand dieser Anweisung nachzuprüfen in der Lage ist. Die Höhe der Reise- und Umzugskosten sowie die Beschäftigungsgelder der Forsthilfsaufseher und die für die Forstverfürgungsberechtigten des laufenden Jahres und für Unmütterungslustige wichtigen Anstellungsansichten in sämtlichen Bezirken fehlen auch in dem neuen Jahrgange nicht. Neu hinzugekommen sind die Bestimmungen über die Umnotierung der Forstverfürgungsberechtigten, die besonders für den Jahrgang 1911 bedeutungsvoll sind. Neu sind ferner die Bestimmungen über das Gnadenvierteljahr sowie eine ausführliche Anweisung zur Berechnung der Revierförster- und Försterpension sowie des Witwen- und Waisengeldes. Die gegebene Darstellung der pensionsfähigen Dienstzeit schließt sich eng an die einzelnen Stufen der Försterlaufbahn an und erleichtert so dem einzelnen die Feststellung der für ihn in Betracht zu ziehenden Zeiten. Überhaupt sind wir bemüht gewesen, den gesamten Stoff unseren Lesern so bequem wie möglich darzustellen, was bei den häufig recht verwickelten Personalbestimmungen der Forstverwaltung nicht immer leicht war. Aus diesem Grunde haben wir auch die Tabelle der Pensionen und Hinterbliebenengelder erheblich vereinfacht und übersichtlicher gestaltet. Alle Anleitungen sind, soweit dies nötig erschien, mit praktischen Beispielen versehen. Für Pensionäre und Witwen wird der Nachweis einiger Wohlfahrtseinrichtungen, die für sie in Frage kommen können, und der Hinweis, an wen sie sich alsdann zu wenden haben, wichtig sein. In diesem Nachweis sind auch die für den Besuch der königlichen Forstlehrlingschulen möglichen Vergünstigungen enthalten.

Während dies alles Dinge sind, deren Kenntnis jedem Förster und Försteranwärter nützlich ist, deren Unkenntnis sich sogar nur zu häufig an ihm rächt, enthält der folgende statistische Teil Nachrichten, die, wenn auch nicht im gleichen Maße nützlich, so doch sicher vielen interessant sein werden. Insbesondere wird dies wohl der Fall sein bei der bisher noch nicht gedruckten Übersicht, die das Verhältnis der Försteranwärter zu den etatmäßigen Stellen seit dem 31. Dezember 1906 beleuchtet. Im übrigen sind die statistischen Tabellen des vorigen Jahrganges auf den neuesten Stand gebracht. Die Übersicht über die Zahl der Förstero. N. forstverfürgungsberechtigten An-

wärter und Reservejäger am 31. Dezember 1911 enthält insofern etwas Neues, als jetzt auch die Förster o. N. nach Forstverfürgungsjahrgängen getrennt erscheinen. Die Übersicht läßt dadurch deutlich erkennen, wie weit die Wartezeiten bis zur Erlangung einer Stelle mit Revier in den einzelnen Bezirken voneinander abweichen. Neu ist auch der Nachweis des Abganges an Förstern o. N. im Jahre 1911.

In dem dritten Teile werden die Gesetze und Verwaltungsbestimmungen, die seit dem Erscheinen des vorigen Jahrganges erlassen sind, im Wortlaut oder, wenn sie zu umfangreich sind, in einem auf die Bedürfnisse des Forstbeamten zugeschnittenen ausführlichen Auszuge mitgeteilt. Aus der Fülle des hier Gebotenen wollen wir nur die Gehaltsvorschriften, die neuesten Reisekostenbestimmungen, den Etat der Forstverwaltung für 1912 und die sehr ausführlich behandelten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung herausgreifen. Eine chronologische Übersicht der in diesem Jahre abgedruckten Bestimmungen und ein nach Stichworten geordnetes Sachregister, das ein schnelles Auffinden aller noch gültigen Bestimmungen sämtlicher drei Jahrgänge ermöglicht, schließt diesen Teil ab.

Im vierten Teile folgen die Personalangaben aus der Forstverwaltung des königlichen Kron- und Hausfideikommisses und aus der Staatsforstverwaltung in der vom vorigen Jahrgang her bekannten Anordnung. Sie enthalten die Namen und Adressen der Forstverwaltungsbeamten der Zentral- und Provinzialbehörden, sowie der Revierverwalter, Revierförster, Förster, Nebenbetriebsbeamten der Klasse A und Försteranwärter, bis zu den Reservejägern und aktiven Oberjägern. Von den Förstern, den Nebenbetriebsmeistern und Wärtern der Klasse A, den Forstverfürgungsberechtigten und den Reservejägern sind die Geburtstage, sowie Kompanie, Bataillon und Jahrgang der aktiven Militärzeit angeführt. Die Liste der Förster o. N. ist durch Hinzufügung der Forstverfürgungsjahrgänge vervollständigt worden. Neu hinzugekommen sind die Angaben über die Forstlehrlingschulen.

Neu bearbeitet sind auch die Gedenktage in dem Kalendarium, mit dem das Werk beginnt. Dieses ist wieder so gebunden, daß die Sachen von dauerndem Wert leicht abgetrennt werden können.

Für Aufträge ist dieser Nummer eine kurze Ankündigung des Preussischen Förster-Jahrbuches mit Bestellkarte beigefügt. In diesem Prospekt hat das gesamte Inhaltsverzeichnis des neuen Bandes Aufnahme gefunden, so daß der Interessentkreis über die Mülle dessen, was geboten wird, völlig unterrichtet ist.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der Wert des Preussischen Förster-Jahrbuches für seinen Besitzer sich

vergrößert, je früher der laufende Band bestellt wird; es sei daher gebeten, Aufträge sofort zu erteilen.

Die Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“.

— **Begnahme und Freilassung gefangener Vögel.** Ein Vogelsteller wurde bei seinem schändlichen Gewerbe von einem Schutzmann überrascht, der bei ihm vier in einen ganz engen Käfig eingesperrte Grasvögel vorfand. Der Beamte beschlagnahmte den Käfig mit den Vögeln. Nach § 98 Absatz 2 der Strafprozeßordnung soll, wenn eine Beschlagnahme ohne richterliche Anordnung erfolgt, der Beamte binnen drei Tagen die Befreiung des Gerichts nachsuchen, falls der Betroffene gegen die Beschlagnahme ausdrücklichen Widerspruch erhebt. Letzteres tat der Vogelsteller. Der Schutzmann befürchtete, daß die Vögel sterben würden, wenn sie länger in dem Käfig blieben. Da deshalb bei Übersendung des Käfigs mit den Vögeln an das Amtsgericht deren Eingehen zu befürchten war, ließ er die Vögel frei. Der Vogelsteller behauptete, daß der Beamte seine Befugnisse überschritten habe, und verlangte vom Staat Schadenersatz. Das Verwaltungsgericht entschied, daß eine Pflichtverletzung nicht vorliege. Die Befreiung der Vögel in der Gefangenschaft hätte die Handhabung der Vogelschutz-Polizei unmöglich gemacht und in ihr Gegenteil verkehrt. Die Polizeibehörden haben die nach Lage der Sache erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, wenn die beschlagnahmten Gegenstände wegen der Gefahr des Verderbens nicht aufbewahrt werden können. Die enge Einsperrung der Vögel war auch eine Argernis erregende Tierquälerei, die nach § 360 Ziffer 13 des Strafgesetzbuchs zu ahnden gewesen wäre; auch aus diesem Grunde waren die Tiere freizulassen. Eine Privatperson darf die Vögel nicht beschlagnahmen. Wohl aber darf auf Grund des § 127 der Strafprozeßordnung jeder einen ihm unbekannten Frebler vorläufig festnehmen, der das Wegfangen entgegen den Vorschriften des Vogelschutzgesetzes vom 30. Mai 1908 betreibt. („Gesetz und Recht“, Januar 1912.)

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 19. März 1912. Schwarzwild 0,50 bis 0,62 M das Pfund. Kaninchen 0,75 bis 0,90, Stodenten 1,00, Fasanenhühner 1,50 bis 3,25, Waldschneppen 1,75 bis 2,00 M das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Kessort des Ministeriums des königlichen Hauses.

Häcker, kgl. Prinzl. Förster zu Rosenthal, Kr. Gabelschwerdt, Oberförsterei Schnallenstein, ist nach der Oberförsterei

Seltenberg, Regbz. Breslau, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Häcker, Otto, Forstadjunkt zu Mittelwalbe, ist als Hilfsförster auf die Försterstelle Rosenthal, Kr. Gabelschwerdt, Oberförsterei Schnallenstein, Regbz. Breslau, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Hämann, Hilfsförster zu Neu-Mohran, Oberförsterei Seltenberg, ist auf die Försterstelle Wölfsgrund III, Oberförsterei Schnallenstein, Regbz. Breslau, versetzt.

Staats-Forstverwaltung

Bern, Landforstmeister, ist der Rang der Räte 2. Klasse verliehen.

Dr. Schwappach, Geheimrer Regierungsrat, Professor zu Gerswalde, ist das Offizierskreuz des kgl. sächsischen Albrechts-Ordens verliehen.

Abraham, Förster o. R. zu Obergeis, Oberförsterei Gersfeld, ist die Försterstelle Großentz, Oberförsterei Burgheim, Regbz. Cassel, vom 1. April d. Js. ab übertragen.

Alpers, Förster zu Gr. Menden, Oberförsterei Hake, ist nach Wierhof, Oberförsterei Dalsheim, Regbz. Minden, vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Amelang, Forstausseher zu Kypitz, Oberförsterei Neuhwalbe, ist nach der Oberförsterei Kobannishurg, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Arnold, Förster zu Tschiefer, Oberförsterei Tschiefer, ist nach Kallwalder, Oberförsterei Panten, Regbz. Liegnitz, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Beyen, Forstausseher zu Herwig, Oberförsterei Burden, ist nach der Oberförsterei Neuhwalbe, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Buchholz, Förster o. R. zu Steinberg, Oberförsterei Wabern, ist als Förster m. R. nach Brandtsch, Oberförsterei Bräm, Regbz. Trier, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Bünning, Förster zu Kallwalder, Oberförsterei Panten, ist auf die Försterstelle Buchwald, Oberförsterei Panten, Regbz. Liegnitz, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Feike, Förster zu Reindöbern, Oberförsterei Beiterwitz, ist nach Reinerz, Oberförsterei Reinerz, Regbz. Breslau, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Genntz, Förster zu Rahmhütte, Oberförsterei Gladow-West, ist unter Ernennung zum Revierförster nach Feldchen, Oberförsterei Neumühl, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Kabelitz, Forstausseher zu Grünklief, Oberförsterei Grünklief, Regbz. Allenstein, ist als Förster auf Probe der Stadtsort Eibing vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Kabisch, Förster o. R. zu Freyburg, Oberförsterei Freyburg a. U., wird nach Ablauf seines Kommandos nach Annarode II, Oberförsterei Annarode, nach Riemegl, Oberförsterei Boderitz, Regbz. Merseburg, versetzt.

Kelmer, Förster zu Brandtsch, Oberförsterei Bräm, ist unter Ernennung zum Revierförster nach Schneiforskhans, Oberförsterei Bräm, Regbz. Trier, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Mann, Bizefeldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 1 zu Orlitzburg, ist als Forstausseher und Schreibegehilfe in die Oberförsterei Grünklief, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Mann, Bizefeldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 1 zu Orlitzburg, ist als Hilfsjäger in die Oberförsterei Burden, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Neumann, Oberjäger zu Hageburg, ist nach Knadsee, Oberförsterei Gr. Born, Regbz. Köslin, einberufen.

Pankratz, Förster o. R. zu Riemegl, Oberförsterei Boderitz, ist nach Bengelied, Oberförsterei Pölsfeld, Regbz. Merseburg, versetzt.

Schröter, Bizefeldwebel zu Groß-Waltersfelde, ist nach der Oberförsterei Lütbecke, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Mai d. Js. ab einberufen.

Sprehl, Förster zu Teckberg, Oberförsterei Klumbach, Regbz. Minden, vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Steg, Förster o. R. zu Rehrbrücke, Oberförsterei Potsdam, ist die neu errichtete Försterstelle Rehrbrücke, Oberförsterei Golvin, Regbz. Potsdam, vom 1. April d. Js. ab übertragen.

Stiege, Bizefeldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 11, ist als Sekretär in die Klotter-Oberförsterei Rehburg, Regbz. Hannover, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Tremppmann, Hilfsjäger zu Walsen, Oberförsterei Drögau, ist nach der Oberförsterei Grombowen, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Währner, Forstausseher zu Buchwald, Oberförsterei Panten, ist als Schreibegehilfe nach der Oberförsterei Tschiefer, Regbz. Liegnitz, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Die Verlegung des Försters o. R. Siffesbrand von der
Obersförsterei Veiterswitz nach der Obersförsterei Reinerz,
Regb. Breslau, ist aufgehoben.

Die bisherigen drei Forstinspektionen des Regierungsbezirks Opperln sind zu zwei Inspektionen zusammengelegt, die wie folgt abgegrenzt worden sind:

1. Forstinspektion Opperln

1. **Fortifikation Oppeln, Kreuzburg** — Regiments- und Fortifikations-Altman in Vertretung des Oberfortifikations- und Ingenieur-Regiments: Zellnowa, Muro, Kreuzburg, Dombrowa, Bobland, Kreuzburg, Poppelau

2. **Inspektion Oepeln.** Anhalt — Regierungs- und Forst-
rat von dem Forste — enthaltend die Oberförstereien:
Froskau, Schellig, Reike, Grundbüsch, Bziglo, Dembio;
Falkenberg, Rupp, Rabitz und Parufchowitz.
Die Inspektion über den Goldbergbetrieb ist dem Ober-
Forstbeamten übertragen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Gemeinde- und Privatdienst.
Schloß, Revierverwalter und Bevollmächtigter der Herrschaft Tropfen bei **Ortrand**, in als **Vormöhrer** an die **Herrschaft Lipa, Regda, Pieguth**, vom **1. Juli d. Js.** ab **berufen**. In seine Stelle tritt **Revierförster Saumann, Verbiehdorf (Niesengebirge).**

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Das Eupoldkreuz für 40jährige Dienstzeit wurde verliehen:
Dr. Bauer, Forstrat au Varentenkreuz, sowie den Förstern
Gisel au Biemach; **Glaz** au Siebhabendorf; **Jäger** au
Amberg; **Löffel** au Dahn; **Mair** au Waprischzell;
Mantel au Hottersberg.

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Staats-Forstverwaltung.
Forstwart in Unter-

Stadts-Verwaltung.
Pämmer. Postwart zu Unterneubrunn, ist in die Ober-
 für drei Allenheim mit dem Wohnsitz in Steinbach, vom
 1 April d. J. ab versetzt.
Leuzins. Postwart zu Weininger m.

1. April d. Jg. ab verlegt.
Jezus, Fortwärtz zu Weinigen (Rechnungsbureau), ist in
 die Oberbörzerei Sonnenberg vom 1. April d. Jg. ab verlegt.
Pfaffe, Fortwärtz zu Fehrenbach, Oberbörzerei Deubach, ist
 in die Oberbörzerei Untermeebrunn vom 1. April d. Jg.
 ab verlegt.
Reuter, Fortwärtz zu

2. **Becker**, **Forstwart** zu Steinbach, ist in die **Oberförsterei**
 3. **Reubach** vom 1. April d. J. zu verlegt.
 4. **Speck**, **Forstwart** zu Sennederg, ist in die **Oberförsterei**
 5. **Waltisch** vom 1. April d. J. zu verlegt.
 6. **Fraunfelder**, **Forstwart** zu Gumpelsbad, in die **Ober-**
 7. **försterei** Altmünz, mit dem Dienstwohnfige in Schweina-
 8. vom 1. April d. J. zu verlegt.

Offene Stellen

**Offene Stellen
im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste
für Anwärter des Jägercorps.**

Die Gemeindeförderung des Forstschützsträßes Fischen.
Mit dem Wohnitz in Gireiz, Regg., ist zu versehen.
Das Grundgehalt beträgt 1200 M. Zieret, ist zu versehen.
Jahren um je 200 M. bis zum Höchstbetrage von drei zu drei
außerdem eine pensionsfähige Breinhohensoldatung von 2400 M.
von 100 M. freie Wohnung in dem der Gemeinden stützen
und Wirtlich gehörigen Gemeindehaufe zu Gireiz im Werte
von 300 M. Auf das Befoldungsdiensltaler sind diejenig

253

Zahre anzurechnen, die der Gemeindeförster in der Eigenschaft eines Gemeindeförsters in einem Kommunalverbande tätig war. In ein Gemeindeförsteramt, unter bei seiner ersten Anstellung im Kommunalverdienst über 24 Jahre alt, so werden ihm, wenn er eine mehr als dreijährige Dienzeit abgeleistet hat, von letzterer oder von seiner sonstigen im Fortiausbildungs-dienst zugebrachten Zeit so viel Jahre auf seine Fortausbildungsbefähigung angerechnet, als er über 28 Jahre alt ist. Mitglieder der Klasse A können nur insoweit Berücksichtigung finden, als ihnen die schriftliche Erklärung beisteht, daß die durch die Anstellung auf der Bestimmungen vom 1. Oktober 1906 vorzuziehenden Ansprüche auf der Gemeindeförsterstelle ihre Fortberechtigungen haben. Ferner der Bewerbung Fortverordnungs-anfertigung des Fortverordnungsbeins oder eine höhere die Ur-14 Jahre alte beglaubigte Abschrift dieses Scheines beizufügen, vollständige ist und daß die Uransfertigung keinerlei weitere Zusätze und Vermerke enthält. Bewerbungen, die diesen Bestimmungen nicht genügen, bleiben unberücksichtigt. find an den Bürgermeister zu Wilhelm (Mose) einzureichen.

Brief- und Fragekasten.

Frage- und Fragekasten.
(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Quittung oder ein Nachweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 33. Anfrage: Laut Bestimmung der
Königlichen Regierung erhält sämtliches Dortholz
sowie Reifig I. Klasse beim Aufstellen in um-
gekehrtem Zustande ein Schwindmaß von 4 cm
bei 1 m Stohöhe. Wenn nun das Holz vor dem
Aufstellen geschält wird, also in geschältem Zu-
stande aufgestellt wird, wie hoch muß es gelegt
werden? Ich meine 1 m, andere meinen 94 cm.

Antwort: Das Schwindmaß wird zu-
gegeben, damit der Stoß auch nach dem Ein-
trocknen noch das volle Maß ergibt. Die Zu-
gabe hat also mit der Frage der Entbindung nichts
(je nach Alter bis über 10 % betragende) Solum-
verkleinerung. Wünscht der Käufer das mit
Kinde gekaufte Holz also in entbindetem Zu-
stande aufgesetzt zu haben, so ist der Stoß ent-
sprechend niedriger zu setzen. Gewöhnlich wird
der Faktor mit dem Käufer besonders vereinbart.
Im vorliegenden Falle sind 10 % angenommen,
was wohl seine Richtigkeit hat. Der Stoß muß
also hoch sein: $1\text{ m} - \frac{1}{10}\text{ m} + 4\text{ cm}$ Schwindmaß
 $= 0,90\text{ m} + 0,04\text{ m} = 0,94\text{ m}$
hoch zu setzen, wäre nicht richtig.

Für die Redaktion: J. B.: Hugo Grundmann, Neudamm

Nachrichten des Vereins **Königlich Preussischer Forstbeamten.**
 unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Regemeister Krause, Borsdorf.
 Mittheilungen

Unter der Verantwortung des Vorstandes

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Nm.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,- M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Der Beitrag bekommt jedes Mitglied bei der Deutschen Forst-Heizung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.



Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.**Anzeigen und Mitteilungen.**

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Potsdam zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Gumbinnen. Mitglieder- und Vertreterversammlung der Bezirksgruppe am 9. April 1912, vormittags 10½ Uhr, „Hotel Deutsches Haus“ zu Insterburg. Die Beteiligung der ortsanwesenden Damen der grünen Farbe am gemeinsamen Mittagessen (2 bis 3 Uhr nachm.) wird ganz ergebenst erbeten. Tagesordnung: 1. Vereins- und Kassenbericht; 2. Bericht über die Gesamtvorstandsitzung am 20. Januar d. Js. (Kollege Sieg-Pfeil); 3. Vortrag über die Erkrankung des Wildes an Lungenvormseuche in einigen Revieren des Bezirks (Kollege Kutschelis-Wischwill); 4. Beratung der Tagesordnung der diesjährigen Delegiertenversammlung; 5. Vorgesprechung der Ehrengerichte innerhalb der Ortsgruppen; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand. P u p p e l, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Battenberg (Regbz. Wiesbaden). Montag, den 1. April d. Js., vormittags 11 Uhr, Versammlung im „Battenberger Hof“ zu Battenberg. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 2. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Bromberg. Monatsversammlung am 1. April 1912, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal zu Bromberg, Friedrichstr. 56 (Hotel Lengning). Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Vortrag des Kollegen v. Paczenski über Hundekrankheiten; 3. Kamshaftmachung der Familienbeiträge (oberförstereidweise) und Besprechung deren Tätigkeit; 4. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung in Schneidemühl; 5. Geschäftliches.

Der Vorstand.

Czerst (Regbz. Marienwerder). Am Montag, dem 1. April d. Js., abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal (Hotel Ohnesorge) in Czerst. Tagesordnung: 1. Besprechung der Tagesordnung für die nächste Delegiertenversammlung des Hauptvereins in Berlin; 2. Berichterstattung über die letzte Bezirksgruppenversammlung in Graudenz durch Kollegen Eberstein; 3. Bestellung von Förster-Jahrbüchern für 1912; 4. Besprechung über ein im Laufe des Sommers etwa zu veranstaltendes Scheibenschießen oder Sommervergügen; 5. Wahl eines Delegierten zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Erlner (Regbz. Potsdam). Am Montag, dem 1. April d. Js., nachmittags von 7 Uhr ab, findet in Erlner im Gasthof „Zur Traube“ Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Besprechung der diesjährigen Scheibenschießen; 2. Anträge zur Bezirksgruppenversammlung; 3. Vortrag eines Kollegen über

unserer deutsche Schrift; 4. Bestellung der Förster-Jahrbücher; 5. Verschiedenes.

Andt, Vorsitzender.

Gelgubnen (Regbz. Allenstein). Am Sonntag, dem 31. März d. Js., nachmittags 4 Uhr, findet in Gelgubnen Vierteljahrsversammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen mit Damen wird ergebenst gebeten.

Hann.-Münden (Regbz. Hildesheim). Montag, den 1. April d. Js., nachmittags 1½ Uhr, Versammlung im Hotel „Zur Krone“ zu Münden. Tagesordnung: 1. Besprechung der zu stellenden Anträge für die Bezirksgruppenversammlung; 2. Besprechung des forstlichen Ausfluges in den Bramwald; 3. Bestellung des Förster-Jahrbuches 1912 (III. Band); 4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Hersfeld (Regbz. Cassel). Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, dem 30. März d. Js., nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal statt. Die Kasse zahlt von 10 Uhr ab die Gehälter aus.

Hammer.

Hildesheim. Am Montag, dem 1. April 1912, nachmittags von 3½ Uhr ab, Vierteljahrsversammlung im „Europäischen Hof“ zu Hildesheim. U. a.: Fehung der Beiträge zur Krankenkosten-Beihilfefasse für 1912.

Kolmar i. P. (Regbz. Bromberg). Vereinsversammlung am Sonntag, dem 24. März 1912, von nachmittags 3 Uhr an, im Vereinslokal in Kolmar i. Posen. Tagesordnung wird vor der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Kupp (Regbz. Oppeln). Da die offizielle Versammlung diesmal ausfällt, findet am 1. April d. Js., nachmittags ¼ 4 Uhr, im Vereinslokal eine Zusammenkunft der gerade in Kupp anwesenden Mitglieder statt. Vortrag des Vorsitzenden über Vereinsangelegenheiten.

Gendel.

Ramslau (Regbz. Breslau). Sonnabend, den 30. März, nachmittags 2 Uhr, Sitzung im Hotel „Zur Krone“ in Ramslau. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes; Verschiedenes. Sollte seitens der königlichen Oberförsterei eine dienstliche Zusammenkunft der Beamten für Montag, den 1. April, angeordnet werden, so findet die Sitzung der Ortsgruppe an diesem Tage zur festgesetzten Zeit statt.

Der Vorstand. J. A.: Müller, Schriftführer.

Neuenburg (Regbz. Marienwerder). Am Montag, dem 1. April d. Js., nachmittags 12½ Uhr, Versammlung im Hotel „Klostergarten“ in Neuenburg. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Rechnungslegung pro 1911; 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Neufkirchen (Regbz. Cassel). Sonnabend, den 30. März d. Js., nachm. 2 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppen-Versammlung in Cassel. 2. Prüfung der Jahresrechnung. (Förstasse zahlt Gehalt aus.)

Der Vorstand.

Rheinsberg, Marl (Regbz. Potsdam). Die am Sonntag, dem 24. März, anberaumte Versammlung findet am Sonnabend, dem 23. März, nachmittags 5 Uhr, statt. Von 7½ Uhr ab

findet im Vereinslokal ein Lichtbildervortrag statt, wozu auch die verehrten Damen freundlichst eingeladen werden.

Der Vorstand: Masurath.
Notenburg a. F. (Regbz. Cassel). Sonnabend, den 30. März d. Js., nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Mitteilung des Vorsitzenden über die Bezirksgruppenversammlung in Cassel; 2. Verteilung der Jahrbücher und Einziehung der Beträge hierfür; 3. Abführung der Vereinsbeiträge und derjenigen für die Krankenkosten-Beihilfeskasse an den Kassierer; 4. Besprechung über Scheibenschießen; 5. Verschiedenes.

J. A.: Schmidt.

Wobit (Regbz. Oppeln). Montag, den 1. April d. Js., vormittags 11 Uhr, Versammlung im Vereinslokal bei Pogoda. Tagesordnung: 1. Veranstaltung von Scheibenschießen; 2. Gemeinliche Bestellung von Drehe- bzw. Browning-Patronen und von gepreßten Geschossen. Die Herren Kollegen, welche Geschosse bestellen wollen, bitte ich, ein Probegeköß mitzubringen; 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende: Bräuer.

Saarbrücken (Regbz. Trier). Am Montag, dem 1. April d. Js., nachmittags 3 Uhr, findet im „Alten Münchener Rindl“ zu Saarbrücken die vierteljährliche Ortsgruppenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Delegiertenversammlung am 11. Februar d. Js. in Trier; 2. Verschiedenes. Diejenigen Herren Kollegen, die mit ihrem Mitgliederbeitrag noch rückständig sind, werden gebeten, denselben umgehend an den Kassierer, Förster Christmann zu Camphausen, einzusenden. Der Vorstand.

Wöhre (Regbz. Cassel). Sonnabend, den 30. März d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im „König v. Preußen“ zu Hessa. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Trebnitz-Militsch (Regbz. Breslau). Die geehrten Mitglieder werden ersucht, die Bestellung des Förster-Jahrbuches für 1912 durch unseren Schriftführer, Herrn Carmrodt, bis zum 1. April d. Js. bewirken zu wollen.

Der Vorsitzende: Teuber.

Wischwill (Regbz. Gumbinnen). Montag, den 1. April 1912, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Gutzeitlichen Gasthause in Wischwill. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten für die Bezirksgruppenversammlung am 9. April 1912; 2. Stellungnahme zur Tagesordnung dieser Versammlung; 3. Bestellungen auf das Förster-Jahrbuch 1912; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hagemeyer Brause, Hefelgrund bei Gochsen Vm., vorliegen. Was für die nächste Sitzung bestimmt ist, muß Sonntag früh in denen Besß gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Dänabrid-Aurich. Die Jahresversammlung fand am 3. Februar in Lingen statt. Die 14 anwesenden Kollegen vertraten 33 Stimmen,

8 Mitglieder waren nicht vertreten. Nachdem in der üblichen Weise Sr. Majestät unseres Kaisers und Königs gedacht und der verstorbene Kollege Dühring geehrt worden war, wurde die Tagesordnung erledigt. Zu Punkt 1. Für die muftergültige Führung der Kassengeschäfte sprach die Versammlung dem bisherigen Schatzmeister und Schriftführer, Kollegen Pohlmann, Dank aus. Zu Punkt 2. Neuwahl des Vorstandes. Durch Beschluß vom 20. März 1909 geht die Leitung der Bezirksgruppe, wechselnd von drei zu drei Jahren, auf die Ortsgruppen Dänabrid und Ostfriesland über, und ist letztere an der Reihe. Einstimmig wurden gewählt: zum Vorsitzenden: Förster Köhlig, Forstl. Egels bei Aurich; Stellvertreter: Hegemeister Schüpe, Forstl. Sandhorst bei Aurich; Schriftführer und Schatzmeister: Förster von Dammitz, Forstl. Meerhulen bei Aurich; Stellvertreter: Förster Orth, Forstl. Neuenwalde bei Ogenbargen, und als Beisitzer für den Bezirk Dänabrid Förster Wilhelm zu Bramsche. Es folgte dann noch ein lebhafter Meinungsaustausch über die Bestrebungen und Wünsche des Vereins, insbesondere der Dienststandsfrage, der Krankenkosten-Beihilfeskasse, Rangeshöhung der Anwärter, Gewährung von Dienstaufwandsentschädigung an Förster o. A., wobei jedoch neue Gesichtspunkte nicht vorgebracht wurden. Die Gruppe wird diese berechtigten Bestrebungen unterstützen. Als Delegierter für die Versammlung in Berlin ist der Kollege Wilhelm und als dessen Vertreter Kollege Gohr gewählt. Dem bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Tangermann, dankte die Versammlung für seine Bemühungen und umfichtige und gewissenhafte Leitung der Gruppe. Da sich die Mitglieder der Ortsgruppe Ostfriesland nicht persönlich an den Versammlungen in Lingen beteiligen haben, so wird, wegen Kostenersparnis, Dänabrid als nächster Versammlungsort gewählt. Der Vorstand. Köhlig, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Frankfurt, Ober. Bericht über die Sitzung vom 18. Februar 1912 in der Aktienbrauerei zu Frankfurt, Ober. Nach Eröffnung der Sitzung wurde die satzungsgemäß rechtzeitig erfolgte Bekanntmachung im Vereinsorgan festgestellt. Nach Feststellung der zur Sitzung erschienenen Vereinsmitglieder wurde in die Tagesordnung eingetreten: Punkt 1. Das Protokoll über die letzte Sitzung wurde verlesen und genehmigt. Punkt 2. Die Kosten des Wintervergnügens wurden im einzelnen bekanntgegeben. Nach kritischen Bemerkungen einiger Mitglieder wurden die Kosten gutgeheißen, darauf die Belege dem Kassensführer übergeben. Punkt 3. Neuaufnahmen sind nicht erfolgt. Punkt 4. Bekanntgegeben wird der Austritt von drei Mitgliedern wegen Übertritts in eine andere, neu gegründete Ortsgruppe „Reppen“. Es wurde die Frage erörtert, ob es zweckdienlich sei, so kleine Ortsgruppen, Reppen zählt zunächst nur sieben Mitglieder, ins Leben zu rufen. Der Hauptvorstand soll die Gründung recht vieler Ortsgruppen als erwünscht bezeichnet haben. Es wird eine

Erhöhung des Ortsgruppenbeitrags angeregt, um im Bedarfsfalle (Vergnügungen, Scheibenschießen) auf eine gefüllte Kasse zurückgreifen zu können. Ein Mitglied warnte, die Ortsgruppe zu reinen Vergnügungsvereinigungen auszuwachen zu lassen, es empfahl in erster Linie, das im Auge zu behalten und zu betätigen, was uns allen zugute kommt und uns nützt: die Hebung des ganzen Standes. Auf Antrag wurde mit Genehmigung der Versammlung vor Erlebigung des Punkt 4 erst zu Punkt 5: Neuwahlen, geschritten. Punkt 5. Das Ergebnis der Kettelwahl war wieder fast einstimmig: Revierförster Staender, Forsthaus Grünetisch, zum Vorsitzenden gewählt. Herr Staender ließ seine Bedenken fallen und nahm für das ihm zum zweiten Male bewiesene Vertrauen dankend die Wahl an, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Im Kassen- und Schriftführer wurde darauf ebenfalls zum zweiten Male auf Vorschlag Herr Förster Grube, Forstth. am Spring, durch Zuvor gewählt, der nunmehr auch die Wahl annahm. Damit ist der Vorstand der Ortsgruppe satzungsgemäß wieder voll besetzt. Es wurde nun fortgefahren bei Punkt 4. Die uns alle tiefberührende Frage, ob die Petition betr. unsere Gehaltsregulierung bei der hohen Staatsregierung Berücksichtigung und Erfüllung unserer Wünsche und Hoffnungen bringen wird, wurde besprochen. Der in der letzten Versammlung besprochene Artikel im Vereinsorgan wurde nochmals erörtert, bzw. was mit Bezug darauf geschehen ist, und ein diesbezüglicher Antrag zur Beschlussfassung auf die nächste Sitzung verschoben. Nachdem noch die Einziehung der Beiträge und die dabei zu ergreifenden Maßnahmen lebhaft besprochen worden waren, wurde nach einer kurzen, markigen, hohe Gesichtspunkte beleuchtenden Ansprache des Herrn Vorsitzenden an die Versammlung die Sitzung geschlossen.

Der Vorstand.

D a n s e, stellb. Vorsitzender.

Fulda (Regbz. Cassel). Am Sonntag, dem 3. März d. Js., fand in Wiesels Brauerei eine Versammlung der Ortsgruppe Fulda statt. Die Beteiligung war im Verhältnis zu früheren eine gute zu nennen. Es mag wohl der Grund hierzu der Beratungsstoff gewesen sein. Nachdem vom stellvertretenden Vorsitzenden die Versammlung eröffnet wurde, gab Kollege Stein, Lehnerz, nochmals eine genaue Darstellung über die Vordangelegenheit des verstorbenen Kollegen und Ortsgruppenvorsitzenden Romanus Niesig. Nachdem nun die Verhältnisse genau geschildert waren, die jetzt die Familie des Ermordeten betroffen und die ja ebenso gut einer jeden anderen Familie eines Mitgliedes und Grünrodes noch bevorstehen können, wurden folgende Beschlüsse gefasst: 1. Eingabe an den Hauptverein. Der Verein Königlich Preussischer Forstbeamten veranlaßt unter den Vereinsmitgliedern eine einmalige Sammlung zur Überweisung einer Unterstützung an die Förstervitwe Romanus zu Niesig, die durch den Mord, welcher am 15. Februar d. Js. an ihrem Gatten bei Aus-

übung seines Dienstes begangen wurde, mit ihren fünf unmündigen Kindern, ihres Ernährers beraubt wurde. Die Sammlung geschieht am besten durch die Ortsgruppen und bei Einzelmitgliedern durch die Vertrauensmänner, und wird der Erlös von den Sammelstellen am zweckmäßigsten direkt an die Sparkasse des ständischen Leih- und Pfandhauses zu Fulda abzuführen sein. Die Sammlung soll möglichst beschleunigt werden und nach Beendigung derselben alsdann in Form eines Sparsammlenbuches der Witwe übergeben werden. Als Quittung für die Ortsgruppen und Vertrauensmänner über den eingesandten Betrag soll eine Veröffentlichung nach Schluß der Eingänge im Vereinsblatt stattfinden. Ein kleiner Betrag soll von diesen Gebern zur Errichtung eines schlichten Denkmals an der Unfallstelle des ermordeten Kollegen Verwendung finden. — 2. Eingabe an den Hauptverein. Der Verein Königlich Preussischer Forstbeamten wolle einen Zusatzparagraphen in die Vereinsstatuten aufnehmen, wonach für die Folge bei plötzlich eintretenden Todes- und Totschlagsunfällen eines Mitgliedes der Hauptvorstand sofort eine Sammlung einleitet. Dieselbe müßte innerhalb vier Wochen beendet sein, zuvor aber ist ein Betrag, der Anzahl der Vereinsmitglieder entsprechend, von der Kasse des Hauptvereins sofort an die Witwe des verunglückten Mitgliedes oder an dessen Kinder, falls es sich bereits um Halbwaisen handeln sollte, zu zahlen. Auch in den Fällen, wo ein Mitglied der einzige Ernährer einer alten Mutter oder eines sonstigen alleinstehenden Familienmitgliedes ist, soll eine entsprechende Unterstützung auf dem vorgeschlagenen Wege stattfinden. — 3. Die Ortsgruppe Fulda des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten beschließt weiter, bei den Herren Landtags- und Reichstagsabgeordneten eine entsprechende Eingabe zu machen, die darum bittet, daß die Herren Abgeordneten bei Beratung des neuen Strafgesetzes für nachdrücklichen Schutz der Forstbeamten bei Widerstandsfällen eintreten, durch Verschärfung der Strafbestimmungen, sowie einen Antrag an zuständiger Stelle einzubringen, daß den Forstbeamten durch Erweiterung ihres Waffengebrauches ein größerer Schutz gewährt wird. Mit besonderer Freude stellte man fest, daß bei der Beerdigungsfeier des Kollegen Romanus 82 Kollegen aus Nah und Fern herbeigekommen waren, um dem lieben Freunde das letzte Geleit zu geben. Es wurde weiter erfreulich begrüßt, daß auch einige Herren Oberförster der benachbarten Oberförstereien an der Beerdigung teilnahmen. Ebenso hatten der frühere und der jetzige Herr Forsttrat (Herr Geheimrat Eberts und Herr Geheimrat Bingenheimer) ihre Teilnahme an dem herben Verlust, der die Familie des Verbliebenen und uns Kollegen betroffen, durch Kranzspenden bekundet. Nachdem nochmals auf Punkt 1 der Beisprechung hingewiesen wurde, schloß der stellvertretende Vorsitzende die Versammlung.

Der Vorstand. J. A.: Stein, Schriftführer.

Ramslau (Regbz. Breslau). Am Sonnabend, dem 9. März, abends 8 Uhr, fand im Hotel zur Krone in Ramslau die Abschiedsfeier für die beiden am 1. April d. Js. in den Ruhestand tretenden Kollegen, die Herren Hegemeister Bötke, Schmogtau, und Beyer, Schadeburg, Ratt. An der im sinnig geschmückten Saale in Hufeisenform aufgestellten, geschmackvoll hergerichteten Festtafel nahmen die Teilnehmer — gegen 40 Damen und Herren — in bunter Reihe Platz. Nach der Suppe brachte der Herr Vorsitzende, Hegemeister Kammer, das Hoch auf den Allerhöchsten Jagdherrn aus, in welches die Tafelrunde begeistert einstimmte. Nach dem ersten Gange feierte im Auftrage und in Vertretung des auf Urlaub auswärtig befindlichen Revierverwalters, Herrn Forstmeister Voth, der Vorredner die scheidenden Kollegen in längerer, zu Herzen gehender Ansprache und überreichte ihnen am Schlusse derselben das von den Kollegen der Oberförsterei Ramslau und Umgegend gestiftete Andenken, bestehend aus den in hellem mit entsprechender Widmung versehenen Rahmen vereinigten wohlgetroffenen Brustbildern des Herrn Forstmeisters und sämtlicher Kollegen. Dem zweiten Gange folgte ein Trinkspruch des unterzeichneten Schriftführers auf die beiden Gattinnen der scheidenden Kollegen, und hierauf verlas Herr Forstreferendar Braune den Inhalt der aus Anlaß der Abschiedsfeier eingegangenen Telegramme des Herrn Forstmeisters und anderer Gönner und Freunde der Gefeierten. Nachdem dann Herr Hegemeister Bötke im Namen beider Scheidenden der Festversammlung den Dank für die ihnen erwiesenen Ehrungen ausgesprochen, wurde die Tafel aufgehoben und der Saal zum Tanz hergerichtet, welcher mit einer vom Herrn Vorsitzenden angeführten Polonaise begann und von Alt und Jung mit Hingebung geübt wurde, während sich die Nichttänzer in den Nebenräumen zu einem gemüthlichen Zusammensein beim Glase Bier vereinigten. Erst in vorgerückter Morgenstunde fand die so wohlgelungene Feier

ihren Abschluß, die den Scheidenden und allen Teilnehmern gewiß noch recht lange in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Der Vorstand. **F. A.: Müller, Schriftführer.**
Simmern - Hunsrück (Regb., Coblenz.). Die
 1. ordentliche Mitgliederversammlung pro 1912
 fand am 3. März in Simmern statt. Der Vor-
 sitzende eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 30
 Minuten nachmittags, begrüßte die Erschienenen,
 dankte für ihr zahlreiches Erscheinen und brachte
 nach einer kurzen Ansprache, in welcher er zur
 Treue zu Kaiser und Reich aufforderte, ein von
 der Versammlung begeistert aufgenommenes
 „Horrido“ auf Sr. Majestät den Kaiser, unsern
 Allerhöchsten Jagdherrn, aus. Vor Eintritt in
 die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des
 im vergangenen Jahre verstorbenen Kollegen
 Schneider und ehrten die Anwesenden das
 Gedenken durch Erheben von den Sigen. Zu
 Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Vor-
 sitzende ausführlichen Geschäftsbericht vom ver-
 flossenen Jahre, sowie über die am 20. Januar
 1912 stattgehabte Sitzung des Gesamtvorstandes.
 2. Der Schatzmeister erstattete den Kassenbericht,
 und wurde demselben Entlastung erteilt und ihm
 für seine Mühewaltung der Dank der Ver-
 sammlung durch den Vorsitzenden ausgesprochen.
 3. Die bereits beschlossenen Anträge zur
 Delegiertenversammlung der Bezirksgruppe in
 Coblenz und des Hauptvereins in Berlin wurden
 nochmals eingehend besprochen und festgelegt.
 4. Der Vorsitzende ernannte nochmals recht
 dringend zum Beitritt zur Krankenlosen-
 Beihilfefasse. Vor Schluß der Sitzung dankten
 die Kollegen Stord und Hoffschad namens der
 Versammlung unsern hochverehrten Herrn Vor-
 sitzenden für seine Mühewaltungen und brachten
 die sämtlichen Anwesenden demselben ein drei-
 faches „Horrido“! Zu einer Exkursion in die
 Oberförsterei Kirchberg ist der 20. Juli d. Js. in
 Aussicht genommen. Alles weitere wird dem
 Vorsitzenden in die Hand gegeben.
 Der Vorstand. **F. A.: K u ß, Schriftführer.**

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Augustin, Bichorna, 2 Mtl.; Allar, Gotthards, 2 Mtl.; Anders, Kolshatta, 2 Mtl.; Bodig, Dalfsen, 2 Mtl.; Baier, Kladau, 2 Mtl.; Bogen, Gr.-M. Iden, 5 Mtl.; Bufe, Althausen, 2 Mtl.; Buhle, Bohn, 2 Mtl.; Barwid, Schwenow, 2 Mtl.; Borch, Juliusburg, 2 Mtl.; Bortonsst, Norfowen, 2 Mtl.; Beich, Bernsdorf, 2 Mtl.; Bortigede, Rath.-Hammer, 2 Mtl.; Buill, Ger. Schachern, 3 Mtl.; Bruns, Rem ih, 3 Mtl.; Bar, Eichenheim, 2 Mtl.; Bortonsst, Dierdorf, 5 Mtl.; Bero, Mtl.-Waldheim, 2 Mtl.; Brämer, Kriebitz, 2 Mtl.; Collas, Kuhn, 2 Mtl.; Dams, Rüterbog, 2 Mtl.; Damm, Svirgatz, 2 Mtl.; Damm, Strolberg, 2 Mtl.; Dabel, Mtl.-Hermuthshof, 2 Mtl.; Dusek, Bandau, 2,50 Mtl.; Daubel, Gerbauen, 2 Mtl.; Guald, Mtl.-Kamm, 2 Mtl.; G. Meier, Gorasage, 2 Mtl.; Engler, Ullersdorf, 2 Mtl.; Ermer, Kaubden, 2 Mtl.; Eudert, Gohlfersden, 2 Mtl.; E. gel, Untereich ih, 2 Mtl.; E. gra st, Dreib.-burg, 2 Mtl.; Feike, Nicksel, 2 Mtl.; Fricke, Mtl.-Stern, 2 Mtl.; Fenger, Krenshausen, 2 Mtl.; Feuerlad, Eide, 2 Mtl.; Freilichmidt, Graufahrt, 2 Mtl.; v. Freyhof, Wajkshede, 2 Mtl.; F. v. J. Jussow, 2 Mtl.; Frödrich, Mtl.-Gora, 2 Mtl.; Frickert, Raduln, 2 Mtl.; Fricke, Nicksel, 2 Mtl.; Gohderien, Linnitz, 5 Mtl.; Gottschall, n. Iden, 3 Mtl.; Grafer, Sals-itz, 2 Mtl.; Gudel, Carlshof, 2 Mtl.; Grunow, Eiderhof, 2 Mtl.; Gehen, Schandante, 2 Mtl.; Grunow,

Bontopf, 3 M.; Cané, El fenbach, 2 M.; Grundmann, Rad-
damm, 5 M.; Grauert, Johannsthal, 3 M.; Grunau, Bötter-
dorf, 2 M.; Glöckau, Gollar, 3 M.; Gräfe, Freivalden, 2 M.;
Germann, Saarburg, 8 M.; Heumann, Banietz, 5 M.; Hein-
richs, Kammerburg, 2 M.; Jöhans, Kestelgewalde, 2 M.;
Hillendahl, Erlengruth, 2 M.; Hilsenit, Rastow Mühle, 2 M.;
Hiß, Gerborn, 2 M.; Hedert, Jütitz, 2 M.; Herrma in, Dier-
dorf, 2 M.; Holzbach, Dausenbach, 2 M.; Daake, Kahlfeld, 2 M.;
Hecht, Wollsdorf, 2 M.; von Haßon, Schloß Gerbadeu, 20 M.;
Hö glodt, Kempferbrunn, 5 M.; Jende, Eichauert, 2 M.;
Jacobs, Dierdorf, 2 M.; Jaide, Darmickau, 10 M.; Kest-
ke, Freibrünge, 2 M.; Kellag, Kiebitz, 2 M.; Krog, Werdar, 5 M.;
Kuwert, Vieh lag, 2 M.; Krela o, Zickelau, 2 M.; Klaus, Jütitz,
2 M.; Kell, Dieckstall o der Teerkuhe, 2 M.; Klob, Kiepleben,
2 M.; Kall, Breitenbach, 2 M.; Kuhnma in, Gersfeld, 2 M.;
Krebs, Oberbrunn, 2 M.; Kalkschma in, Wobersitz, 2 M.;
Koch, Bider, 1 M.; Koch, Lubbe, 2 M.; Koblde, Kottwitz,
2 M.; Kragner, Dergow, 2 M.; Ko in, Schrettenbach, 2 M.;
Kradtsch, Schell fenbach, 3 M.; Kallstetter, Au ewo, 2 M.;
Krieger, Rudow, 2 M.; Kruß, Habelitz, 2 M.; Kunnalt, Altes-
men, 2 M.; v. Kllgi in, Schloß Raudow, 5 M.; La ge, Lehm-
haken, 2 M.; Kede, Gammshof, 2 M.; v. Leinhard, St. Rabor,
3 M.; Lud, Duntroje, 2 M.; Lucas, Neppen, 2 M.; Laskowski,

Försterprüfung 1912.

Im Jahre 1912 soll wieder wie im Vorjahre nur eine Försterprüfung abgehalten werden, und zwar voraussichtlich in Schlesien in der Zeit zwischen Mitte Juni bis Mitte Juli.

Die Bedingungen für die Zulassung sind in Nr. 10 auf Seite 217 veröffentlicht.

Die erforderlichen Gesuche mit Belegen sind bis zum 10. April 1912 an mich einzureichen (Adresse des Briefumschlages nur: **An den Vorsitzenden des**

Bereins für Privatforstbeamte Deutschlands, Halensee-Berlin, Karlsruher Straße 13). Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Alles andere ist zu entnehmen aus der Prüfungsordnung, enthalten im Jahrbuch unseres Vereins für 1911, das gegen Einsendung von 1 Mk. von der Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm (Rm.), zu beziehen ist.

Halensee, den 1. März 1912.

Dr. Hertog.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein der Förster und Försterlandkandidaten des Königl. Sächs. Staatsforstdienstes.

Der Verein hielt am Sonntag, dem 10. März d. J., seine erste Hauptversammlung in Dresden, im kleinen Gewerbehause, ab.

Nach Begrüßung der zahlreich anwesenden Vereinsmitglieder gab der Vorsitzende einen Überblick über die Tätigkeit des Vereinsvorstandes im abgelaufenen Jahre. Der Verein hat sich die Vertretung von Standesinteressen und Pflege der Kollegialität zu seiner Aufgabe gemacht. Er umfaßt gegenwärtig 84% sämtlicher mittleren Staatsforstbeamten.

Es folgte Bericht des Kassierers über dieassenverhältnisse, und Wahl der Rechnungsprüfer, ferner eine Besprechung des Staatshaushalts pro 1912/13 in seinen Wirkungen für die Förster, — Wahl des Orts der Hauptversammlung für 1913 — und Besprechung allgemeiner Vereinsangelegenheiten.

Von den von den Bezirksgruppen gestellten Anträgen beschäftigte der Antrag über eine Erleichterung des Beitritts zur Unfall- und Haftpflichtversicherung der Mitglieder längere Zeit die Versammlung. Es fand ein Beschluß Zustimmung, der dem Vorstände die weiteren Schritte zur Erledigung dieser Angelegenheit überläßt und

den Abschluß als wünschenswert bezeichnet. Vom korporativen Beitritt des Vereins zum Sächsischen Forstverein wurde Abstand genommen.

Die um 11 Uhr vormittags eröffnete Hauptversammlung endete in vorgerückter Stunde, nachmittags 5 Uhr, für welche Zeit der Beginn eines Familienabends angelegt war, an welchem sich eine große Anzahl von Familienangehörigen der Mitglieder, auch Gäste, besonders solche des Privatforstbeamtenstandes, beteiligten.

Während der Mittagstafel überreichte der stellvertretende Vorsitzende, Förster Lieblicher, im Namen des Vereins dem ersten Vorsitzenden, Förster Büchel, Oberfrauendorf, für treue, unermüdete Vereinsarbeit ein wertvolles Ehrengeschenk in Gestalt eines Reliefbildnisses (Jagdstück) mit Widmung.

Ein Hoch auf den König mit folgendem Gesang der Sachsenhymne hatte den Familienabend eingeleitet. Eine weitere Anzahl guter Reden sorgten für interessante Abwechslung.

Nach Schluß des Mahles hielten fröhlicher Tanz und heitere Vorträge die Versammelten bis in die späten Nachtstunden zusammen. Die Nachtzügen führten die Kollegen wieder in die Einsamkeit, den stillen Wald, zurück, an die Stätte ihres stillen, pflichttreuen Wirkens. Die Versammlung für 1913 wird in Chemnitz stattfinden.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befugung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 241. — Forstliche Tagesfragen. Von Kurt Trost. 241. — Forstbeamten. 247. — Forstfachliche Freimiete im Zivilwesen. 245. — Brennholzverkauf für die preussischen Staatsforstbeamten. 248. — Die Gehaltsverhältnisse der hessischen Domänenforstwärter. 248. — Zur Pensionsversicherung der gelegenen Quellen bei Anlage von Wasserleitungen. 249. — Gesetz, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 249. — Das Preussische Förster-Jahrbuch für 1912. 250. — Wegnahme und Freilassung geangener Vögel. 252. — Umstürzte Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps. 253. — Brief- und Fragekasten. 253. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 253. — Nachrichten des „Waldheils“. 257. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 258. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 259. — Inserate.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit Nummer 13 schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die **Deutsche Forst-Zeitung** mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Feierabende** (Seite 101 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die **Deutsche Jäger-Zeitung** mit den Beilagen: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk** in Wort und Bild, **Das Schickwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Fiedele** (Seite 104 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis 3 Mark 50 Pf. pro Quartal. Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. April bis 30. Juni 1912, sofort aufzugeben, damit in der regelmäßigen Zusendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen die Leser um Einsendung des Betrages für Abonnement und Frankatur. **Neudamm, im März 1912.**

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Dieser Nummer liegen bei zwei Separatbeilagen: 1. von der Firma **G. Rüdenberg jun., Spezialhaus** für Photographie und Cist., Hannover und Wien; 2. von der Verlagsbuchhandlung **J. Neumann, Neudamm, betr. Preussisches Förster-Jahrbuch für 1912**, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Familien-Nachrichten

Statt Karten!

Johanna Belau.
Ludwig Fehlkamm
Verlobte. (459)

Freystadt Rauschenberg
(Westpr.) (Hessen).

Die Verlobung ihrer jüngsten Tochter **Luella** mit dem Kaufmann Herrn **Georg Schackwitz** in Willenberg beehren sich ergebenst anzuzeigen

Carollenhof, Kr. Ortelsburg, 476) den 17. März 1912.

Louis Rausstus,
Kgl. Hegemstr. u. Amtsversteher,
u. Frau **Pauline**, geb. **Hinz**.

Holz und Güter

Holz.

Holzgroßhandlung in Mitteldeutschland lauft laufend Holzbestände aller Art, sowie fertiges Papierholz, Grubenholz, Stammholz etc., auch im Auslande, und erbittet Aufstellungen. Für Zuweisung solcher Objekte wird auch entsprechende Provision vergütet. Angebote unt. Nr. 388 bef. die Exp. d. D. Forst-Ztg., Neudamm.

Für den Nachweis von

Laubhölzern jeder Art,
auch in kleinen Posten, zahle bei Abschluß
hohe Provision.

445) **Otto Backe**,
Lichtenberg, Ostbahnstr. 5.

Jagdverpachtungen

Jagdpacht- und Abschußgesuche
Pensions-Anzeigen

Familie, 2 Knaben, sucht für Juli
einfach bürgerliche Pension im
Forsthaule, möglichst Bade- und Angeler-
gelegenheit. Pommeren, Posen, Mecklenburg,
Brandenburg bevorzugt. **Forstbeamter**
Jehner, Stetig-Werlin, Fergstr. 35.

Pension

für einzelnen Herrn vom April ab in
einfachem Forsthaus gesucht. Gefl.
Offerten mit Angabe des Pensions-
preises unter **E. M. 405** beifördert die
Exp. d. D. Forst-Ztg., Neudamm.

Personalia

Nicht zu junges Mädchen

wird zur Erlernung des Kochens und
Haushalts gesucht. Schneidern und
Nähen erwünscht. (463)
Kgl. Oberförsterei Rothenfiet, Kr. Naugard.

Nachruf!

In tiefe Trauer sind wir versetzt durch das unerwartet
schnelle Hinscheiden unseres hochverehrten Chefs, des

Königl. Forstmeisters Herrn Zinnius,

Ritter h. O.,

in Colbitz.

Im Alter von fast 65 Jahren hat ihn am 9. d. M. ein Schlag-
anfall dahingerafft. 30 Jahre hat er hier mit unendlicher Liebe
und Treue den Wald und das Wild gepflegt und gehegt. Wir
verlieren in ihm einen überaus gütigen und gerechten Vor-
gesetzten mit wahrhaft edler Gesinnung.

Trauernd legen wir einen Bruch auf das Grab, dessen
Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Colbitz, den 18. März 1912.

Die Beamten der Kgl. Oberförsterei Colbitz.

Geburten:

Dem Förster **Seebach** in Münchhof
eine Tochter.

Gebstlichkeiten:

K. Oberförster **Alfred v. Stulpnagel**
mit **Freiin Carola v. Wrangel**
in Schmen.

Leutnant im Garde-Schützen-Bataillon
Heinrich von Bülow mit **Frä.**
Marianne Breischneider in
Seelinghaß.

Sterbefälle:

Piebeneiner, Kgl. Forstmeister a. D.
in Oliva (W.-Pr.).

Kauch, Gustav, K. Forstmeister a. D.
in Nürnberg.

Schmieding, Oberförster a. R. in
Hallenbach, Oberförsterei Hallen-
bach, Bez. Potsdam.

Bögl, Franz, Wäfl. Forstinspektor a. D.
in München.

Gdler, Heinrich, Förster in Börschen,
Kreis Vollenhain.

Semper, Förster in Friedrichsberg,
Regbz. Minden.

Burger, Katharina, Wäfl. Tag-
Oberförstergattin in München.

Wirtschafterin

gesucht für ein Gut in der Altmark: dieselbe
soll zugleich Stütze sein für die 17-jährige
Tochter, welche die Mutter verlor. Wirt-
schafterin und Leutbeförderung nicht vor-
handen. Offerten unter **Nr. 447** bef. d.
Exp. d. D. Forst-Ztg., Neudamm.

Suche v. 15. April für mein. m. H.
Landwirtschaftl. Verb. Haushalt in lebhaft.
Industrieort Pommerns eine nicht zu
junge, auch im Kochen erfah.

Wirtschafterin

aus guter Familie. Familienanfall. erw.
Gefl. Offert. unt. **F. M. T. 457** beförd. die
Exp. der Deutschen Forst-Ztg., Neudamm.

Alleinstehender Oberförster (Herr)
sucht zum baldig. Antritt bezw. 1. Mai
a. Führung seines Haushaltes eine nicht
unter 25 Jahren alte, evangl., selbst-
ständige, einfache

Wirtschafterin,

welche die bürgerl. Küche versteht, Wäsche
behandeln kann u. Interesse für H. Ge-
mütsregung hat. Keine Landwirtschaft,
daher wird kein Dienstmädchen, dagegen
Kutscher gehalten. Lohn 360 Mk. Dfl.
mit Bezeug. u. Bild unt. **O. W. 484** bef.
die Exp. der D. Forst-Ztg., Neudamm.

Berh. Revierförster,

Anfang 40. Forstprüfung beim Verein
für Priv. Deutlich. bestanden, 1905. große
Gründe, Königl. geleitet, vereidigt
Forst-Off. in Forsterei erf. gute Bezeug.
u. Empfehl. sucht sofort, infolge Ver-
triebsveränderung, andern. Vertr.:
Stellung, Gefl. Off. erb.

Revierförster C. Rietz,

Schwirren, Pomm., Kreis Cammin.

Verein „Waldheil“, Neudamm,

sucht für eine größere Anzahl gut empfohlener Forst- und Jagdbeamten: akademisch
geprüfte Bewerber für Oberförsterstellen, Forstverwalter, Förster, Waldwärter, Hilfs-
jäger und Jagdaußenseher für sofort oder später geeignete Stellen. — Von dem Verein
sind erhältlich Wohlfahrtsmarken zum Preise von 1 Mk. pro Bogen, à 50 Stüd.

Väter, laßt Eure Söhne nicht in die Privatforstverwaltungslaufbahn. Sie ist überfüllt!

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabend.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämliches Organ des Grandverversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatsforstbeamte Deutschlands, des Forstwaiservereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmont's Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 13.

Mendamm, den 31. März 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Goldsch. im Regierungsbezirk Magdeburg ist zum 1. Juni 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 10. April eingehen.

Försterei Albrechtshöhe in der Oberförsterei Grumfin, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen.

Försterei Clausheide in der Oberförsterei Alt-Ruppin, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. Juli 1912 zur anderweiten Besetzung frei.

Försterei Damsdorf in der Oberförsterei Colpin, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen.

Försterei Lühne in der Oberförsterei Rotenburg, Regierungsbezirk Stade, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Mai eingehen.

Försterei Reinhausen in der Oberförsterei Reinhausen, Regierungsbezirk Hildesheim, ist zum 1. Oktober 1912 neu zu besetzen.

Försterei Webersfeld in der Oberförsterei Dobrilugk, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Mai 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 4. April eingehen.

Gemeindesteuervorrecht der preussischen Förster und Försteranwärter.

Das Gemeindesteuervorrecht der preussischen Beamten ist durch das Gesetz vom 16. Juni 1909 fast ganz aufgehoben. Alle Beamten, sofern sie erst nach dem 31. März 1909 in ein Beamtenverhältnis eingetreten sind, unterliegen von da ab gleichwie die übrigen Staatsbürger der Gemeindeeinkommensteuer. Nur den Vorbehalt macht § 1, daß, wenn als Zuschläge mehr als 125 % erhoben werden, der Mehrbetrag der

Zuschläge nur den auf das außerdienstliche Einkommen entfallenden Teil des Steuerjahres trifft. Wer am 1. April 1909 bereits Beamter war, wird durch das Gesetz nicht weiter berührt, ihm verbleibt das bisherige, durch die Allerhöchste Verordnung vom 23. September 1867 verbürgte Vorrecht, wonach das gesamte Dienst-einkommen nur zur Hälfte der Kommunalbesteuerung unterliegt.

Mehrfache Anfragen aus dem Leserkreise lassen erkennen, daß Zweifel darüber bestehen, inwieweit den Förstern und Försteranwärtern das Steuerprivileg zuzuerkennen ist, die vor dem 1. April 1909 im staatlichen Dienste Beschäftigung erhalten haben. Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, ob diese Personen zu jener Zeit die Beamtenqualität im Sinne der Verordnung vom 23. September 1867 besaßen. Nach § 2 daselbst „gehören zu solchen Beamten alle in unmittelbaren Diensten des Staats oder der demselben untergeordneten Obriheiten, Kollegien, kommunalen und ständischen Korporationen stehende, mit fester Besoldung angestellte, beziehentlich in Ruhestand getretene öffentliche Beamte, einschließlich der Militär- und Hofbeamten; dagegen nicht diejenigen, welche nur als außerordentliche Gehilfen vorübergehend im öffentlichen Dienste beschäftigt werden“. Danach genießen also zweifellos alle Beamten das Vorrecht, die sich vor dem 1. April 1909 bereits in etatsmäßigen Stellen befanden. Die Untersuchung braucht sich daher nur darauf zu erstrecken, inwieweit diejenigen Beamten, die vor diesem Zeitpunkt noch nicht etatsmäßig waren, die Beamteneigenschaft besaßen.

Eine reichhaltige Judikatur der höchsten Gerichtshöfe hat den Begriff „Beamter“ näher erörtert, aber doch auch bis heute noch nicht so eingehend, daß alle Fälle getroffen und nicht noch Zweifel hie und da obwalteten. Gerade in bezug auf die zur Überwachung der Forsten berufenen Personen fehlt es an einer allumfassenden, unzweideutigen Feststellung. Zwar sind „fiskalische Forstbedienstete“ nach dem Band I Seite 40 der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts veröffentlichten Urteile vom 30. Mai 1876 als unmittelbare Staatsbeamte anzusprechen. Man hatte dabei aber wohl in erster Linie festangestellte, etatsmäßige Beamte im Auge, denn das Urteil bestätigte die Freilassung der Forstgebäude von der Gebäudesteuer gemäß § 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1861 mit der Begründung, daß diese Gebäude „insonderheit zum Gebrauche öffentlicher Behörden oder zu Dienstwohnungen für Beamte“ bestimmt seien. Als Beamte bezeichnete die Entscheidung weiter alle Staatsdiener, die entsprechend dem § 1 ff. Titel 10 Teil II des Allgemeinen Landrechts zur Ausübung von Staatsregierungs-Rechten oder zur Verwaltung des staatlichen Vermögens berufen sind. Diese Voraussetzung treffe auf die fiskalischen Forstbeamten zu. Das Urteil vom 3. Januar 1891 (Bd. 20 S. 126) faßt den Begriff des unmittelbaren Staatsbeamten ferner dahin zusammen, daß dem für staatliche Zwecke Beschäftigten durch einseitigen Akt der Staatsgewalt ein Staatsamt übertragen und die Eigenschaft eines Beamten besonders

beilegt worden ist, „indem ihm bei der Berufung zu dieser Beschäftigung entweder eine Bestellung erteilt oder doch mindestens deutlich erkennbar gemacht wird, daß er über die privatrechtliche Pflicht zur Erfüllung der im Dienstvertrage bestimmten Leistungen hinaus die allgemeinen rechtlichen Pflichten eines Beamten übernehmen, auch abgesehen von seinen besonderen Dienstfunktionen dem Staate bzw. dem Staatsoberhaupte zu besonderer Treue und Gehorsam verbunden sein solle.“

Ob im einzelnen Falle eine Ausnahme in den Staatsdienst erfolgt ist, oder ob der Betreffende von den Staatsbehörden lediglich in einer privaten Stellung beschäftigt wird, das entscheidet sich, sofern darüber keine gesetzlichen Bestimmungen ergangen sind, entweder nach der bei der Annahme getroffenen Regelung oder nach den etwa für einzelne Zweige der Staatsverwaltung vorgeschriebenen Normen oder in Ermangelung solcher nach dem bestehenden Verkommen. Allgemein gültige, feste Merkmale fehlen in der preussischen Staatsverwaltung. (Urteil vom 28. Januar 1886, Bd. 13 S. 122.) Die Möglichkeit eines zweifachen Verhältnisses sieht ein Urteil vom 3. Februar 1911 vor. Danach wird ein von einer Kommunalbehörde auf Probe einberufener Militäranwärter bei Gewährung des Stelleneinkommens durch die Aushändigung einer Anstellungsurkunde Kommunalbeamter. Dem steht der Umstand nicht entgegen, daß der Militäranwärter von seinem Truppenteile nur abkommandiert wird und deshalb für diese Zeit noch nicht aus dem aktiven Militärstand ausscheidet. Während der Anstellung auf Probe ist der Militäranwärter gleichzeitig Beamter und Angehöriger des aktiven Militärstandes. Jedenfalls ist die Begründung eines „Beamtenverhältnisses“ Voraussetzung für die Gewährung des Steuerprivilegs. Während in dieser Hinsicht der Leistung des Dienstes bisher die Bedeutung der Beamteneigenschaft beigemessen wurde, ist in neueren Entscheidungen (s. Preuß. Verw.-Bl. 32 S. 617) dieser Annahme der Grundsatz entgegengestellt, daß die Unterlassung der Vereidigung die Anerkennung der Beamteneigenschaft nicht beeinflusse. Ebenso bezieht sich der Ausdruck „Besoldung“ nach feststehender Praxis nicht nur auf das Dienst Einkommen einer etatsmäßigen Stelle, sondern begreift in sich jedes fixierte, nicht lediglich nach dem Umfange der Dienstleistung bemessene Dienst Einkommen. Dementsprechend wurden die Tagelöhner eines ständigen Posthilfsboten als feste Besoldung erachtet. (Urt. v. 24. Mai 1888, Bd. 16 S. 136.) Unter „fester Besoldung“ soll der, wenn auch vielleicht seinem Betrage nach schwankende und bei einem nicht dauernden Dienstverhältnisse künftig vielleicht wieder wegfallende, so doch mit

Rücksicht auf das gesamte Dienstverhältnis und für dessen Dauer zugesicherte Entgelt im Gegenseite zu dem reinen Stillslohn verstanden werden. (Urt. v. 28. Juni 1904, Pr. B.-Bl. 26 S. 162.) Weiter ist das Privileg dem von einer Gemeinde angenommenen Badedirektor zugesprochen, obwohl die Anstellung nur für einen bestimmten Zeitraum erfolgt war. Den Gemeinden stehe es, nach der Begründung, frei, auch privatwirtschaftliche Betriebe durch Beamte verwalten zu lassen. Die Fortdauer der Beamteneigenschaft nach Ablauf der Probezeit erfordere nicht unter allen Umständen die Ausfertigung einer neuen Urkunde. (Urt. v. 31. Januar 1911.)

An der Hand der erwähnten Beispiele wird man zunächst den Forstversorgungsberechtigten, wenn sie in Gemäßheit des § 21 Nr. 1 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 zur Beschäftigung im Staatsdienste herangezogen werden, die Beamteneigenschaft ohne weiteres und demzufolge auch das Steuervorrecht zuerkennen haben, soweit ihre Beschäftigung bereits vor dem 1. April 1909 erfolgte. Denn sie erhalten eine Besoldung (die bis zu neun Jahren Dienstzeit in Form von Tagegeldern monatlich nachträglich, bei längerer Dienstzeit monatlich voraus zahlbar ist). Unter gleichen Voraussetzungen sind dieselben Anerkennnisse den im Gemeindeforstdienste (Nr. 5 das.) beschäftigten Forstversorgungsberechtigten zuzugestehen.

Aber auch den berufsmäßig gegen Gewährung der zulässigen Besoldung im Forstdienste der Krone, des Staates oder kommunaler oder ständischer Korporationen beschäftigten Refervejägern und Forsturlaubern wird man für die Zeit dieser Beschäftigung die Beamteneigenschaft und entsprechend auch das Privileg nicht wohl verfahren können und besonders in den Fällen nicht, wenn sie auf das Forstdiebstahlsgezet vereidigt sind. Als solche gehören sie zu den zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft erklärten Personen. Die Forsturlaubern befinden sich zwar in einem zweifachen Verhältnisse (Militär und Zivil), welches aber nach dem oben mitgeteilten Urteile des Obergerichtes sehr wohl denkbar ist und die Beamteneigenschaft nicht beeinflusst. Daß auch die oberen Behörden die Forsthilfsaufseher

als „Beamte“ ansehen, ergibt die ministerielle „Zusammenstellung der den „Beamten“ der Forstverwaltung bei Dienstreisen zu gewährenden Reisekostenätze“, wo unter Nr. 7 „Forstaufseher, Hilfsjäger usw.“ aufgeführt sind. Dieser Umstand ist deshalb bedeutungsvoll, weil in Entscheidungen des obersten Gerichtshofes bei der Zuerkennung des Beamtenprivilegs an Post- und Telegraphen-Anwärter ausdrücklich darauf hingewiesen ist, daß diese Anwärter von der Reichspostverwaltung als „Reichsbeamte“ betrachtet würden.

Dagegen werden Kommando-Jäger, da sie nach Nr. 8 der Ausführungs-Bestimmungen der Inspektion (v. 1. April 1906) auch während des Kommandos den militärischen Vorgesetzten unterstehen, nicht unter die Verordnung vom 23. September 1867 fallen, vielmehr als Militär-angehörige ohnehin Steuerfreiheit genießen. Eine Beschäftigung als Kommando-Jäger vor dem 1. April 1909 kann daher zur Begründung des Steuervorrechts nicht herangezogen werden.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die als Merkmal des Beamten hervorgehobene Voraussetzung des Landrechtes, daß als Beamte anzusehen, wer u. a. zur Verwaltung des staatlichen Vermögens berufen sei, ganz besonders bei den Forstschutzbeamten zutrifft.

Sollten gleichwohl Gemeindevorstände einem Forstbeamten, der vor dem 1. April 1909 in einer der oben geschilderten, das Steuervorrecht begründenden Stellung gestanden hat, dieses Vorrecht verfahren, so würde gegen die Veranlagung zur Gemeindesteuer der Einspruch nach § 69/70 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 binnen vier Wochen beim Gemeindevorstande anzubringen sein. Gegen dessen Beschluß steht die Klage im Verwaltungsstreitverfahren beim Kreisaußschuß binnen zwei Wochen, dann innerhalb gleicher Frist die Berufung an den Bezirksaußschuß und endlich Revision an das Obergerwaltungsgericht offen.

Zuständig in erster Instanz ist für Landgemeinden und Gutsbezirke der Kreisaußschuß, für Stadtgemeinden der Bezirksaußschuß.

Gegen die Entscheidung des Bezirksaußschusses bei Stadtgemeinden ist nur das Rechtsmittel der Revision (an das Obergerwaltungsgericht) zulässig.

Die Wirkungen der Dürre des Jahres 1911 auf den Wald.

(Fortsetzung.)

Aus der Rheinprovinz.

Der Sommer des Jahres 1911 hat in manchen Gegenden dem Walde seinen unauslöschlichen Stempel aufgedrückt, denn der vollständige Mangel an Niederschlägen konnte nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der Bestände bleiben, wenngleich die Wirkungen der für das Wachstum so un-

günstigen Witterungsverhältnisse nicht überall die verderblichen Folgen mit sich gebracht haben oder noch im Gefolge haben werden, die vielleicht befürchtet worden sind.

Nach dieser Richtung weichen die Resultate sehr voneinander ab, denn je nach der Beschaffenheit und der Zusammenfügung des Bodens ist

dessen wasserhaltende Kraft eine größere oder geringere und je nach der Exposition und Stärke der Bodenneigung die Wirkung der Bestrahlung mehr oder weniger intensiv; Momente, die wiederum eine Beeinflussung erfahren durch die schädlichen Wirkungen, die sich aus der Zusammensetzung des Waldes und der getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen ergeben.

Wenn hier von der Wirkung der Dürre des Jahres 1911 auf den Wald gesprochen wird, so ist das an dieser Stelle dahin zu verstehen, daß die Beobachtung nur einen eng begrenzten Bezirk umfassen soll und daß aus den hier festgestellten Tatsachen nicht ohne weiteres, soweit das Verhalten der einzelnen Holzarten in Frage kommt, ganz allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden dürfen; aber immerhin wird das, was für die hiesigen Verhältnisse gilt, auch für viele andere Orte Bedeutung haben.

In Dürreperioden, wie sie der Sommer 1911 mit sich gebracht hat, kommt das Grundwasser für die Waldvegetation nicht mehr in Betracht, denn sobald die Quellen versiegen, wie es in diesem Jahre der Fall gewesen ist, ist das für die Vegetation in Frage kommende Grundwasser verschwunden, so daß die kapillare Substratkraft den Pflanzenwurzeln von dieser Feuchtigkeit nichts mehr zuführen kann. In diesem Falle sind die Pflanzen auf das Vegetationswasser angewiesen, welches die Bodenluft ausströmt und das nun durch Adhäsion und Kapillarkraft festgehalten wird. Daß auf diese Weise entstehendes Wasser auch dem Grundwasserstrom zugeführt wird, beweist das Steigen des Grundwasserspiegels, wenn es nicht regnet hat, und anderseits auch dessen Fallen nach dem Regen.*) Das Grundwasser hängt nicht allein davon ab, wie groß das Vermögen des gerade in Frage kommenden Bodens ist, bestimmte Wassermengen festzuhalten, aber dieses Vermögen ist für das Pflanzenwachstum außerordentlich wichtig, doch je nach der Abstammung und Zusammensetzung des Bodens verschieden, so daß Sandböden sich nach dieser Richtung sehr ungünstig verhalten müssen.

Die auf dem hiesigen und benachbarten Gebieten gleicher geognostischer Abstammung und mineralischer Zusammensetzung hinsichtlich der Wirkungen der Dürre gemachten Beobachtungen lassen sich ohne weiteres auf ähnliche Verhältnisse übertragen, und das um so mehr, weil das relative Verhalten des hiesigen Waldes durch einen weiteren sehr schlimmen Feind, die waldverwüstenden Rauchgase, bedroht ist, was bei ihrem Fehlen die Gefahr herabmindern müßte. Außerdem kommt noch hinzu, daß die ausgebreiteten Jungwüchse, die ich in 19 Jahren begründet habe, zum weitaus größten Teil auf Standorten herangezogen sind, die durch die frühere bäuerliche Wirtschaft, die namentlich auf die Streunutzung hinauslief, in ihrem physikalischen und chemischen Verhalten außerordentlich

ungünstig beeinflusst sind, so daß die noch nicht überwundenen Nachwirkungen dieser Bodenbehandlung mit der Rauchgefahr zusammen für das Bestandeswachstum nicht unterschätzt werden dürfen, da sie auch an ihrem Teile das Gesamtwachstum stellenweise beeinflussen mußten.

Das in Frage kommende Gebiet gehört zu den Ausläufern des Rheinischen Tonchiefergebirges (Devonformation) und erhebt sich hier mit seinem höchsten Punkte rund 350 m über N. N. Die erodierende Tätigkeit des Wassers hat die Hänge der durch die Wupper getrennten Plateaus stark zerrissen und zur Seitentälerbildung Veranlassung gegeben, während im übrigen Sattellbildungen vorhanden sind, so daß das Gesamtbild auf kleiner Fläche vielseitig gestaltet ist.

Das alles gestattet es, wenigstens hinsichtlich einzelner Holzarten, für gleichartige Gebiete Folgerungen zu ziehen, namentlich auch nach der Richtung, welche Holzarten am wenigsten unter der Dürre gelitten haben, insbesondere auch nach der Seite, inwieweit diese größere Widerstandsfähigkeit in den Eigenschaften der Art begründet ist.

Weil die physikalische Beschaffenheit des Bodens, namentlich in Dürreperioden, von wesentlicher Bedeutung ist, soll darauf hingewiesen werden, daß bei der Bestandesbegründung sowohl für Laub- als Nadelhölzer durchweg Pflanzlöcher hergestellt sind von 30 bis 40 cm □, die auf 30 cm Tiefe ausgeworfen, von Steinen gesäubert und über diese Tiefe hinaus mit der Spitzhade gelodert sind. Bei den jüngeren Kulturen kommt diese Bodenlockerung für das ganze Verhalten sehr stark in Betracht, während bei den älteren Schonungen und Dichtungen, die ihr Wurzelsystem längst über das Pflanzloch hinaus ausgedehnt haben, diese Vorteile sich vermindern. Allerdings ist hier der Schluß eingetreten und dadurch ein besserer Bodenzustand geschaffen. Durch die dichten Ränder und das Kronendach ist die Luftbewegung im Bestande herabgemindert, und die direkte Sonnenwirkung auf den Boden auf ein Minimum beschränkt. Wo dieser Schluß fehlt, entfallen diese Vorzüge, und die vielfach unausbleibliche Bodenverwilderung, die sich außerhalb der Pflanzlöcher der ganzen Fläche bemächtigt, unterstützt die Wirkung der Insolation, die allerdings je nach der Exposition verschieden zur Geltung kommt. Nach dieser Richtung hat der Forstmann Mittel an der Hand, den drohenden Nachteilen zu begegnen, denn wo das Bodenschuttholz in Gestalt der Brombeeren oder angesehener Birken ausgeblieben ist, ist die Bodenbearbeitung die beste, gute Verhältnisse schaffende Maßnahme.

Unter Verhältnissen, wie die hiesigen es sind, kann man ohne Bodenbearbeitung nicht gut auskommen. Sie übt einen sehr günstigen Einfluß auf die Bestandesentwicklung aus, der in Jahren der Dürre eine solche Steigerung erfahren kann, daß namentlich an südlich geneigten Hängen Sein oder Nichtsein der aus starken Lohden begründeten Laubholzplantagen von der Bodenbearbeitung abhängt.

Wenn ich von dem Verhalten der Buche ausgehe, so soll in erster Linie von den aus

*) Das hier erwähnte Steigen und Fallen des Grundwassers dürfte in viel höherem Maße auf die langsame Fortbewegung nach dem Verhalten enger kommunizierender Röhren als auf die erwähnten Kondensationsvorgänge zurückzuführen sein.

Die Schriftleitung.

Pflanzung hervorgegangenen Dicken die Rede sein, deren heutiger Bodenzustand dem früheren gegenüber eine wesentliche Änderung erfahren hat; denn die Schmielenvegetation, welche seinerzeit den Boden stellenweise 30 cm tief verschlossen hat, ist verschwunden, und der Bestandesabschluß hat durch seine günstigen Wirkungen einen hinsichtlich Zusammensetzung der Bodenbede und des Loderheitsgrades in der Oberfläche den normalen Bodenzustand herbeigeführt. Die Buchsverhältnisse sind in die Augen fallend nicht ungünstiger wie in den letzten Jahren, aber durchweg trat in die Erscheinung, daß Ende September die Kronenspitzen, von oben nach unten fortschreitend, das Laub zu werfen angingen. Am schnellsten nahm dieser Prozeß seinen Fortgang auf den Kämmen der Höhenzüge, auf welchen der Boden flachgründig und schieferig ist, während die nördliche Exposition der südlichen gegenüber den Vorzug hat,*) daß dort der Laubfall nicht so stark in die Erscheinung trat, und allem Anschein nach auch die für die nächstjährige Entwicklung in Betracht kommende Knospenbildung eine bessere ist. Im übrigen aber ist die Vegetationsstätigkeit Ende September bei normaler Blattbildung ebenso gut noch im Gange gewesen wie in anderen Jahren, nur ist ein häufigeres Auftreten der Wollläuse an den Begrändern festzustellen, das aller Wahrscheinlichkeit nach für eine erfolgreiche Tätigkeit von *Nectria ditissima* den Boden vorbereitet; eine Erscheinung, die jedoch nicht notwendig mit der Sommerdürre im Zusammenhang stehen muß.

Außerordentlich frisch hat sich die ältere Einsparung einer den Wald von Nordosten nach Südwesten durchschneidenden Bahn bewährt, die rechts und links einen älteren Fichten- und Laubholzbefund zu decken hat, dessen Schutzwirkungen wiederum den vorhandenen Buchenreihen so zugute gekommen sind, daß diese sich vollständig normal verhalten haben.

Der in den Dicken noch vorhandene Einzelüberhalt (E., K., W., Vogelb.) konnte schützende Wirkungen nicht ausüben, so daß sein Vorhandensein durch die Steigerung der Wurzelkonkurrenz nur Nachteile im Gefolge hatte. Birken und Vogelbeeren haben sowohl in Form von Überhältern wie auch als Einzeleinsprenglinge im Buchenbestande stark gelitten, die letzteren so schwer, daß Laub und Früchte vernichtet wurden, ein Vorgang, auf den weiter unten zurückgekommen werden soll.

Was nun die jüngeren Buchenpflanzungen betrifft, die heute noch nicht im Schlusse stehen, so ist oben schon darauf hingewiesen worden, daß die Verfassung des Bodens, auf welchem sie stehen, eine verschiedene ist. Die einen sind gehackt worden, die anderen nicht. Von den vor drei Jahren bis heute gehackten Flächen, wozu auch eine Streifenkultur gehört, läßt sich das Verhalten nur dahin zusammenfassen, daß die Dürre sozusagen spurlos an ihnen vor-

übergegangen ist. An den lehnigen Südhängen, die am meisten unter der Sonnenbestrahlung zu leiden hatten, tritt allerdings auch bei ihnen stellenweise die Neigung der Buche in die Erscheinung, von der Spitze aus das Blatt früher abzuwerfen; aber wenn von den jüngsten Kulturen abgesehen wird, so sind nennenswerte Verluste überhaupt nicht zu befürchten. Selbst auf einem Streifen, der über einem scharf in den Berg eingeschnittenen Weg von 6 m Breite einen älteren Buchenbestand zu decken hat, aber durch eine auf dem Wege stehende Allee etwas gegen Süden gedeckt ist, sind trotz der durch das Einschnitten des Weges bewirkten Wasserabzapfung die Buche und alle Einsprenglinge in vollständig frischer Verfassung. Die nördlichen Expositionen verhielten sich durchweg günstiger; nur wo sehr steinige und flachgründigere Bodenpartien in Frage kommen, trat eine stärkere Empfindlichkeit hervor, die allerdings in einzelnen Fällen durch die Rauchwirkung etwas gesteigert sein kann. Wo aus ästhetischen Rücksichten reichlicher Überhalt belassen ist, ist zwar die schützende Wirkung nicht in Abrede zu stellen, aber in Zeiten der Not ist dieser Überhalt durch seine Wurzelkonkurrenz unter Umständen recht schädlich. Trotzdem hat selbst am Südhang in gehackten Beständen der Unterbau, der nebenbei bemerkt Zukunftsbestand sein soll, nicht in nennenswerter Weise gelitten. Selbst auf flachen, steinigen Sandsteinpartien, die der Fichte zuzugender wären, wenn sie nicht vom Rauch vernichtet würde, hat das Gaden solche Wirkungen ausgeübt, daß man selbst aus der Entwicklung dieses Jahres auf einen ganz anderen Boden schließt, als er tatsächlich vorhanden ist.

Die nicht gehackten und in sich noch nicht geschlossenen Buchenschonungen, die zum Teil auf schlechten Bodenpartien stehen, sind in anderer Weise behandelt worden. Wo ältere Bestände vorhanden gewesen sind, existierte unter den hiesigen Verhältnissen nur zum Teil ein annähernd normaler Bodenzustand, und auch hier zeigt die Umwandlung in Buchen auf kleineren Flächen, sowohl in den nördlichen wie südlichen Expositionen, in geschützter Lage ein durch die Dürre nicht beeinflusstes Resultat. Am Südhange kommt hauptsächlich Gruppenverjüngung in älteren Beständen in Frage, deren Schutzwirkung den aus der Exposition erwachsenen Nachteil ausgeglichen hat, während in der Sonne abgewandter Lage bei Seitenschutzwirkung und wenig Überhalt das Verhalten in keiner Weise ungünstig beeinflusst erscheint.

Sehr nützlich hat sich auf einzelnen Flächen die Birke erwiesen, die überall anliegt und, wo nicht gehackt wird, sorgfältig erhalten bleibt. Wenn sie die Buche zu überwachsen droht, wird sie zurückgeschnitten, aber so, daß sie eine zweite Bestandesetage bildet, die der Entwicklung der Buchenkronen dadurch förderlich ist, daß sie sich von unten nachschiebt, aber in der Hauptsache den Boden schüßt. Das letztere ist der Hauptzweck, und hierbei bildet die Brombeere, wo sie sich aniedelt, eine sehr willkommene Unterfrüchtung.

Die jüngsten Pflanzungen sollen nicht in den Bereich dieser Erörterung gezogen werden, weil

*) Es soll in der Hauptsache nur von nördlicher und südlicher Exposition gesprochen werden, weil das Gelände so verläuft, daß hauptsächlich diese Abweichungen bei der Betrachtung in Frage kommen.
D. Verf.

ihr stellenweise nicht günstiges Verhalten nicht ohne weiteres in der Sommerdürre gesucht werden kann; es sei nur hervorgehoben, daß eine nördlich gerichtete Kullisse von ca. 15 bis 20 m Breite am Nordhang, die nach Osten und Westen durch ältere licht stehende Bestände geschützt und im Herbst 1910 mit starken Loben bepflanzt ist, von der Trockenheit nicht im Anwachsen beeinträchtigt wurde.

Das Verhalten der Buche kann in folgenden Sätzen zum Ausdruck kommen:

1. Im großen Ganzen haben alle Buchendickungen schon Ende September die Neigung gehabt, das Laub in den Kronenspitzen zu werfen, am stärksten auf den trodenen Kammern; an Nordhängen und Bestandespartien, die geschützt waren, am wenigsten. Vorhandener Überhalt in einzelner Verteilung bot keinerlei Schutz gegen die Sonnenwirkung, hat aber durch Wurzelkonkurrenz ungünstig gewirkt.
2. Jüngere, nichtgeschlossene Buchenorte weichen in ihrem Verhalten je nach der Exposition etwas voneinander ab in dem Sinne, daß die nördlichen Abdachungen sich günstiger verhalten als die südlichen. Wo jedoch im

letzten Fall die Verjüngung in Gruppen vor sich gegangen oder sonst etwas Seitenschuß vorhanden ist, ist das Verhalten nicht minder günstig.

3. Das Verhalten wird durch das grobschollige Umhaden der verödeten Flächen außerordentlich günstig beeinflusst, namentlich bei südlicher Exposition.
4. Wo die Verfassung des Bodens fehlt und dieser sonst noch in einigermaßen günstiger Verfassung ist, hat sich die Birke zwischen den Buchen, unterstützt von der Brombeere, angesiedelt, und das Zurückschneiden der ersten, in der Weise, daß sie eine Bestandesetage für sich bildet, übt so schützende Wirkungen aus, daß das günstige Verhalten nicht zu verkennen ist.
5. Wenn die hier behandelten Buchenorte auch etwas gelitten haben, so darf für die hiesigen Verhältnisse angenommen werden, daß ungünstige Folgen von wesentlicher Bedeutung nicht in die Erscheinung treten werden.
6. Überhält in Dickungen wirken ungünstig durch Wurzelkonkurrenz, während die Beschirmung in Schonungen günstige Wirkungen ausüben kann.

(Schluß folgt)

Mitteilungen.

— Zur künstlichen Nachzucht der Eiche.

Wie selten ist es dem Forstmanne vergönnt, mit dem Wanderstabe in der Hand über Berg und Tal zu ziehen, an guten und bösen Beispielen für seinen eigenen Wirkungskreis zu lernen. Sind doch die Mißerfolge speziell auf dem oben angedeuteten forstlichen Gebiete viel zahlreicher als die Erfolge.

Zunächst das bejammernswerte Bild der Eichenstreifenfaat auf der Rahlslagsfläche. Im ersten Jahre der Entwidlung große Freude über das tabellose Aufgehen der Eicheln und verhältnismäßig gute Wuchskraft an solchen Stellen, wo die Humusbildung im Schläge eine günstige war und es nicht an Feuchtigkeit gefehlt hat. Kulturkosten und sorgsame Maschenbrahmungszäunung gegen Wildverbiss sind nicht unerheblich. In der zweijährigen Kultur tritt bereits eine Konkurrenz der meist sehr dicht stehenden Eichenpflanzen unter sich ein. Viel anspruchsvollere Konkurrenten finden sich rasch ein, die Schlagunkräuter, in der Hauptsache die Gräser. Noch hinzu treten in den beginnenden Kampf ums Dasein allmählich die angesessenen, in der Jugend raschwüchsigen Weichhölzer. Übrig bleibt infolgedessen für die Eichenpflanzen nur ein spärlich gedeckter Tisch. So gehen Jahre dahin, bis ein Kröppchen der Unhölzer notwendig wird. Kann die hilfreiche Hand des Forstmannes das Ragen am Hungertuche in den vielleicht nach zwei Dezennien zu dünnen Reihen herange- wachsenen Eichen in den Streifen nicht länger ansehen, dann ist bei der Läuterung alle Voricht geboten, wenn nicht im Jahre nach dem Siebe alles kreuz und quer durcheinander hängen soll. Tragen sich auf günstigen Standorten die Eichen- jangen mit etwa 30 Jahren selbst, dann läßt man

neuerlings eine kräftige Durchforstung eingreifen, der durch Pflanzung endlich ein Unterbau von Rot- oder Hainbuche folgt. Ein idealer Zustand der Eichennachzucht scheint, bis auf die günstige Stammreinigung, dann erreicht zu sein, wenn es nicht nachgewiesen wäre, daß dieser Unterbau in seiner Jugendentwicklung stark auf Kosten des Eichenzuwachses lebe.

Andere drastische Beispiele verfehlter Eichennachzucht sind weit häufiger zu finden. Die Eichenheisterpflanzung in engen und weiten Verbänden. Sie erscheint hier als Lidenbüßer, dort auf ausgehungertem Ackerlande, auf vollständig verastaen Rahlschlägen usw. Die Heisterpflanzung entspricht dem gärtnerischen Prinzip der Großpflanzung als Dekorationsmittel und nimmt bei der Verschulung dem Heister grundsätzlich die Pfahlwurzel — seinen Reservestoffbehälter. Der Wechsel aus dem gut gedüngten Kampf mit den vielfach humusarmen Böden und die Konkurrenz der Gräser, Unhölzer und Stodauschläge führt zunächst zu einem jahrelangen Nümmern. Apfelfaumartiger Kronenentwicklung folgt beim sorgsamen Pfleger erneuter, formgerechter Pyramidenschnitt. Nicht selten stößt man heute sogar bei gebogenen Heistern auf nach allen Himmelsrichtungen hin in der Erde befestigten Draht, der das kopfschwere Stämmchen senkrecht halten soll. Kommen hier die Natur durch Anflug oder sachgemäßer Unterbau nicht bald zu Hilfe, dann machen solche Schreckensbilder des Waldes dem zeitigen Wirtschaftler wenig Ehre.

Grundsätzliche Gegner des Rahlslages, wenigstens im Laubholz, zeigen uns hier und da noch die horstweise Einbringung der Eiche in den Buchenverjüngungsschlägen durch Saat.

(Den Streifenfaaten in den Schirmschlägen geht es in den ersten Jahren etwas besser wie auf dem Kahlschlage.) Die Eichenhorste entwickeln sich in ihrer Existenznot bei günstig fortschreitender Buchenverjüngung zu Frotzlöchern. Das Ende vom Lied ist ganz natürlich. Eine Zierde des Buchenbestandes werden solche Eichenhorste nie, trotz zeitlichem Freihieb und späterer starker Lichtung und Unterbau. Stürze und Höhen stehen zu dem Buchenbestande in keinem Verhältnis.

Es mag wohl an der hastenden Zeit liegen, daß man die zweedmäßige Ausnutzung des Schirmes vom Altholzbestande bei künstlicher Verjüngung viel seltener antrifft. Die großen Vorteile eines zweedmäßigen Beschirmungs- und Anholzer werden vielfach unterschätzt. Auf wirklichen Eichenböden kann die Eiche durch Einzelseinkufung mit dem Aufschlage, oder wo dieser fehlt, mit einer passenden andern Holzart durch Saat so in Verbindung gebracht werden, daß sich das Bestandesbild ähnlich wie in der natürlichen Verjüngung entwickelt. Selbst in total verhaunten Schlägen ist auf diese Weise noch viel mit geringen Kosten zu reparieren. Wer diese Art der künstlichen Nachzucht der Eiche auf früherer Laubholzfläche in forstlich günstigen Bildern gesehen hat, wird allen andern Methoden wenig Geschmad mehr abgewinnen können. Die reine Eichen-Saat oder -Pflanzung auf bisher kahler Fläche oder im Nadelholz liefert ohne Beimischung von weniger anspruchsvollen Bodenschutzhölzern meistens Jammerbestände, in welche das offene Auge des Forstmannes nur ungern in den ersten Dezennien einen Blick wirft. Unsere deutschen Eichenarten werden in ihren Ansprüchen an die

Bodenkraft vielfach unterschätzt, bzw. die ihr zugewiesenen Standorte nach dieser Richtung hin überschätzt. Andererseits wird nicht bestritten werden können, daß es recht zeitgemäß wäre, fruchtbare Aueböden, auf welchen sich in reinen Eichenbeständen von selbst ein Bodenschut von Brombeeren, Hollunder, Haselnüssen usw. einfindet, an die Landwirtschaft abzugeben, welche solchen Flächen auf alle Fälle höhere Erträge abgewinnen kann als der Forstmann.

Was in den Büchern und Zeitungen steht, soll dem Forstmanne das an die Hand geben, was die Erfahrung niedergeschrieben hat. Noch wichtiger für unsern deutschen Wald wäre es aber ganz entschieden, wenn manchem Forstmanne zur besseren Überzeugung der Wandler große Kulturpläne auf dem Papier erscheinen. Esser.

Einsuhr fremder Riefernzapfen und fremden Riefernnsamen.

Riefernzapfen (100 kg)			Riefernnsamen (100 kg)		
Herfunftsland	1. Januar bis 28. Februar		Herfunftsland	1. Januar bis 28. Februar	
	1912	1913		1912	1913
Im ganzen	5608	2563	Im ganzen	149	101
Darunter aus:			Darunter aus:		
Ungarn	456	55	Belgien	23	23
Außland	5028	2508	Frankreich	28	12
			Ungarn	77	58

Berichte.

Aus Elßak-Lothringen.

I. Besoldungsgesetz.

Ende Februar ist der 2. Kammer des Landtages der Entwurf eines Besoldungsgesetzes nebst Begründung zugegangen. Die 104 Seiten umfassende Drucksache erweist sich bei näherer Durchsicht als ein wohlervogenes, einheitlich durchdachtes Werk. Das gesamte Gehaltswesen soll in feste Normen gebracht und die übergroße Anzahl der einzelnen Gehaltskategorien eine Verminderung auf 45 Klassen nebst einigen sog. Einzelgehaltstufen erfahren. Abgesehen von letzteren, werden die Gehälter der etatmäßigen Landesbeamten — unsere Post- und Eisenbahnbeamten sind z. B. Reichsbeamte — nach Dienstaltersstufen geregelt. Das dem Beamten schriftlich mitzuteilende Besoldungsdienstalter beginnt grundsätzlich mit dem Tage der Anstellung; für die Forstbeamten sind jedoch Ausnahmen vorgesehen. Für die Förster soll die Zeit von der Erlangung des Forstversorgungscheines als Vorbereitungszeit angerechnet werden; es wird dies damit begründet, daß die Anwärter bereits während ihrer Militärdienstzeit im Jägerkorps ihre forstliche Ausbildung erhalten.

Den Oberförstern ist die Assessorienzeit, die über eine Dauer von drei Jahren hinausliegt, mit höchstens drei Jahren auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen.

Auf dieses kann den Förstern die im Privatforstdienste zugebrachte Zeit bis zur Höchstdauer von zehn Jahren angerechnet werden.

Bei Beförderungen von Förstern zu Revierförstern behalten erstere ihr Besoldungsdienstalter bei; sie erhalten eine pensionsfähige Beförderungszulage zu den unten angeführten Sätzen von 400 M.; ebenso sind für die Oberförster Beförderungszulagen von 700 M. vorgesehen, sobald sie zu Forststräßen avancieren.

Das Vorrücken in den Dienstaltersstufen erfolgt von drei zu drei Jahren; eine Dienstalterszulage kann verlagert werden, wenn gegen das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten des Beamten eine erhebliche Ausstellung vorliegt.

Nach dem Gesetzesentwurf haben in Zukunft Beamte, falls ihnen nicht eine freie Dienstwohnung zusteht, den regulativmäßigen Mietzins zu zahlen. Die Förster sollen freie Wohnung und freies Brennholz behalten oder an deren Stelle eine Geldentschädigung beziehen.

Die im Amte befindlichen Landesbeamten werden im allgemeinen nach Maßgabe ihres bisherigen Besoldungsdienstalters in die Dienstaltersstufen der Besoldungsordnung eingereiht; er soll sich aber hierbei auf keinen Fall in seinem bisherigen pensionsfähigen Einkommen vorübergehend verschlechtern.

Fällt das Besoldungsdienstalter eines nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anzustellenden Beamten auf einen früheren Zeitpunkt als das Besoldungsdienstalter eines bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes angestellten Beamten in gleicher Dienststellung, so ist das Besoldungsdienstalter des angestellten Beamten auf dasjenige des anzustellenden Beamten vorzurücken.

Für die die Klasse 9 bildenden Förster sind nachstehende Gehaltsstufen vorgegeben:

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
1500	1650	1800	1950	2100	2200	2300	2400 .M

Wohnung und Holz (siehe oben!) sind außerdem mit 500 .M pensionsfähig. Das pensionsfähige Einkommen der Förster soll sich also zwischen 2000 bis 2900 .M bewegen (bis jetzt 1800 bis 2500 .M), das der Revierförster zwischen 2400 bis 3300 .M (bis jetzt 2250 bis 2950 .M).

Gehaltsstufen: a) der Oberförster und b) der Regierungs- und Forsträte:

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
a) 3200	3800	4400	5000	5600	6200	6800	7400 .M
b) 3900	4500	5100	5700	6300	6900	7500	8200 .M

Den Oberförstern, die freie Wohnung haben, wird ein prozentualer Abzug gemacht; das sog. Deputatholz ist für sie weggefallen.

Bemerkenswert ist, daß obige Gehaltsätze für die Förster durch folgende Ausführungen begründet worden sind: „Die Gefahren und die Verantwortung des Försterdienstes, seine Bedeutung für die wirtschaftliche Ausnutzung der Waldungen, der lange Vorbereitungsdiens sowie die technische Vorbildung der Förster und die mit der Abgeschiedenheit ihrer Wohnungen häufig verbundenen Schwierigkeiten rechtfertigen die vorgelegten Gehaltsätze.“

Hoffentlich gelingt es der elsass-lothringischen Landesregierung, die von den Gefühlen des Wohlwollens und einer ausgleichenden Gerechtigkeit befehle, aus einem Gusse stammende Besoldungsvorlage beim reichsländischen Landtage genau nach dem Entwurfe durchzusetzen.

II. Behandlung des Forstetats in der 2. Kammer des Landtages.

Anfangs März hat die 2. Kammer die zweite Lesung des Forstetats vorgenommen. Der Abg. Meyer-Lüpfelstein plädierte für raschere Abwirtschaftung mit den schlecht rentierenden reinen Buchenbeständen und für deren Umwandlung in Nischbestände; er empfahl ferner den weiteren Ausbau des Waldwegenetzes und bemängelte schließlich, daß die Oberförstereien teilweise zu groß seien. Das waren Wünsche, von denen

Landforstmeister Bülz nachweisen konnte, daß sie von der Forstverwaltung längst als richtig erkannt und nach Möglichkeit befolgt worden seien.

Abg. Knöpfler-Zabern brach eine Lanze für die Behandlung der Waldungen vom ästhetischen Standpunkte aus und verteidigte daher die Belassung der Buche als eines schönen Baumes, der zudem in Süddeutschland eine ganz achtbare Verwertung für sich habe. Man solle vor allem darauf hinwirken, daß die buchene Eisenbahnschwelle nicht außer Kurs käme. Der Landforstmeister erwiderte, daß die Forstverwaltung Wert darauf lege, in der Nähe von Städten unschöne Rahlschläge zu vermeiden und alte Bäume und Waldteile aus landschaftlichen Rücksichten zu erhalten.

Abg. G. Wolf wünschte eine mildere Auslegung des § 10 der Dienstinstruktion über Urlaubserteilung, stieß aber bei den Vertretern der Forstverwaltung insofern auf bestimmten Widerstand, als diese mit Recht den Standpunkt betonten, daß die Förster ihre Schutzbezirke, zumal einige Nachbarbeamte zu gleicher Zeit, des Forstschutzes wegen nicht ohne Urlaub verlassen dürften. Nach dieser Richtung hin hatten sich anscheinend in einem größeren Forste Eigenmächtigkeiten der Förster eingeschlichen, gegen welche die Oberförster vorgegangen waren.

Abg. Zmbs erkannte wohl an, daß die sanitären Verhältnisse der Waldbarbeiter durch Herstellung von Schutzhütten sich gebessert hätten, tadelte aber die Verlohnung der Waldbarbeiter nach dem System fester Akkorde; es müßte ihnen wenigstens ein Minimallohn garantiert werden.

Abg. Heysch ermunterte die Regierung zu weiteren Aufforstungen von Gemeindeesland.

Darauf wurde die alte Forderung von der Verpachtung sämtlicher noch administrierter Staatswaldjagden abermals erhoben, obwohl diese in den letzten Jahren schon von 50 % auf 40 % der gesamten Staatswaldfläche zusammengeschrumpft sind. Umsonst machte Abg. Meyer-Lüpfelstein die wiederholt regierungsseitig angegebenen Gründe für teilweise Beibehaltung der Administration zu den seinigen und trat warm hierfür ein. Mit 36 gegen 11 Stimmen wurde die Regierung auf dem Wege einer Resolution erneut ersucht, die letzten Administrationsjagden allmählich zu verpachten. Die Kaiserjagd in der Oberförsterei Haslach fand ebensowenig Gnade in den Augen der 2. Kammer; deren Beschluß wurde aber dadurch hinfällig, daß Seine Majestät der Kaiser bereits vorher bestimmt hatte, daß diese Jagd ihm fernerhin nicht mehr vorbehalten werden solle.

Im übrigen wurde der Etat der Forstverwaltung in zweiter Lesung angenommen, jedoch sind bei den Gehältern vorläufig noch die bisherigen Sätze eingesetzt worden. Wenn die unter I. besprochene Besoldungsvorlage mit Wirkung vom 1. April 1912 Gesetz werden sollte, würden die Differenzen nachgezahlt werden. R.

Verschiedenes.

— Das **Preussische Förster-Jahrbuch für 1912***, das dieser Tage erschienen ist, hat eine neue Einteilung bekommen. Es hat jetzt vier Teile aufzuweisen: Einen beamtenrechtlichen, einen statutenmäßigen, einen Teil, in dem die Gesetze und Verwaltungsbestimmungen seit dem Erscheinen des vorigen Jahrbuchs abgedruckt sind, und einen Personalteil. Wir wollen uns heute lediglich mit dem beamtenrechtlichen Teil befassen, dessen Einfügung eine erhebliche Erweiterung des bisher gegebenen Inhalts bedeutet. Als wir vor drei Jahren das Förster-Jahrbuch zum erstenmal auf den Buchermarkt brachten, enthielt es außer dem Kalendarium nur die Personallisten und eine Sammlung der letztjährigen Gesetze und Verwaltungsbestimmungen. Im vorigen Jahrgang haben wir uns veranlaßt, noch einige Angaben über Dienstbezüge, Anstellungsverhältnisse, Personalabgänge und andere dem Förster und Försteranwärter wichtige Mitteilungen in Tabellenform zu bringen, die sich zum Teil schon mit dem Beamtenrecht beschäftigten. Eins aber fehlte noch, und das war eine Anleitung zur praktischen Anwendung der in dem Gesetzteil abgedruckten beamtenrechtlichen Bestimmungen. Eine solche Anleitung können wir natürlich nicht für alle Gebiete mit einem Male geben. Dazu würde der durch den billigen Verkaufspreis festgelegte Umfang des Buches nicht ausreichen. Wir mußten daher eine Auswahl treffen, wobei wir uns von im Brieffasten der Deutschen Forstzeitung beantworteten Fragen leiten ließen; denn aus diesen können wir am besten sehen, wo den Forstbeamten der Schuh drückte.

Danach herrscht bei der Berechnung des Besoldungsdienstalters zweifellos vielfach Unsicherheit. Sind dabei doch viele Bestimmungen zu beachten, die die neuen Gehaltsvorschriften zwar alle enthalten, die aber doch ein Beamter, der mit den Gehaltsvorschriften amtlich sonst nichts zu tun hat, so leicht nicht herausfindet. Zudem muß neuerdings jedem Beamten bei der Anstellung das Besoldungsdienstalter mitgeteilt werden. Durch den neuen Teil des Förster-Jahrbuchs wird er nun in die Lage gesetzt, die Festsetzung nachzuprüfen und etwaige Einwendungen zu erheben.

Auch die Berechnung der Pension und des Witwen- und Waisengeldes ist für den Laien leicht. Der Pensionär und die Witwe erhalten von der Behörde nur eine Mitteilung über die Höhe der ihnen bewilligten Gelder, sie vermögen aber nur selten nachzuprüfen, ob diese richtig berechnet sind. In

der Hauptsache kommt es hierbei auf eine Ermittlung der pensionsfähigen Dienstzeit an. Das Förster-Jahrbuch bringt nun einen ausführlichen Nachweis darüber, wie weit die einzelnen Stufen der Försterlaufbahn pensionsfähig sind. Hiernach kann jeder sein pensionsfähiges Dienstalter berechnen, was durch ein Beispiel noch erleichtert wird. Ist diese Berechnung gemacht, so kann die Höhe der Pension und der Hinterbliebenengelder ohne weiteres aus einer beigelegten Tabelle abgelesen werden.

In gleicher Weise sind die Bestimmungen über das Gnadenvierteljahr für Hinterbliebene der aktiven oder pensionierten Beamten eingehend erläutert und durch ein Beispiel veranschaulicht.

Auch die für die Umnotierung der Forstversorgungsberechtigten maßgebenden Vorschriften, die für alle nicht nach ihren Wünschen untergebrachten Anwärter wichtig sind, enthält der beamtenrechtliche Teil. Selbstverständlich fehlen auch nicht die Anstellungsaussichten der diesjährigen Forstversorgungsberechtigten sowie die für die Meldungen dieser und für etwaige Umnotierungswünsche älterer Anwärter wichtige Reihenfolge der Bezirke.

Der auf die Förster sich beziehende Teil der Besoldungsordnung, die bei Beratung der Aufbesserungswünsche eine große Rolle spielt, ist abgedruckt.

Außerdem enthält der Teil noch eine Übersicht über die Besoldung, die Höchstpension und das höchst zulässige Witwengeld sämtlicher etatsmäßigen Forstbeamten, eine Nachweisung der Reise- und Umzugskostenätze, eine Darstellung der Beschäftigungsgelder für die im Staatsdienst befindlichen Forsthilfsaufseher und den Nachweis einiger Wohlfahrtseinrichtungen für Pensionäre, für Hinterbliebene und für Böglinge der königlichen Forstlehrlingschulen.

In sämtlichen Ausführungen sind die maßgebenden Gesetze und Verwaltungsbestimmungen genau bezeichnet, und zwar, soweit sie im Reichsgesetzblatt, in der Gesetzsammlung oder in den drei Jahrgängen des Förster-Jahrbuchs abgedruckt sind, so, daß sie leicht aufgefunden werden können.

Findet der beamtenrechtliche Teil, wie wir hoffen, bei unseren Lesern Anklang, so beabsichtigen wir, in künftigen Jahren andere Gebiete des Beamtenrechts auf gleiche Weise für den Förster und Försteranwärter der preussischen Staatslaufbahn mündrecht zu machen. Die diesjährigen Aufsätze würden erst dann wieder aufgenommen werden, wenn neue Bestimmungen ihre Änderung bedingen.

*) Preussisches Försterjahrbuch 1912. (Band III.) Ein Ratgeber und Nachbuch für die preussischen Kron- und Staats-Försterbeamten. Neudamm 1912. Verlag von J. Neumann. 284 Seiten Text, fest gebunden. Ladenpreis 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der Forstzeitung einzeln 2 Mk. 30 Pf. In Partien: 5 Stück und mehr je 2 Mk. 10 Pf. 10 Stück und mehr je 2 Mk. Zu Aufträgen wird am besten die Bestellkarte benutzt, welche in Nummer 12 dieses Blattes beigelegt hat.

— Abteilungen der Forstberatungsstelle der Landwirtschaftskammer für Pommern werden gemäß Beschluß ihres Vorstandes am 1. April d. Js.

in Belgard und Stolp eingerichtet, um die forstliche Beratung im Regierungsbezirk Köslin besonders zu fördern. Zu Leitern der beiden Stellen, die der Forstberatungsstelle Stettin unterstellt bleiben, sind für Belgard Oberförster der Landwirtschaftskammer Bieger, für Stolp Oberförster der Landwirtschaftskammer und Großherzoglich Hessischer Forstkassessor Süffert ernannt. Oberförster Bieger ist zugleich das Forsteinrichtungsbureau unterstellt. Die Maßnahme entspricht dem so oft und immer dringender geäußerten Wunsch der pommerischen Waldbesitzer.

— Wer junge Forstleute anzustellen sucht, wird gebeten, die Bekanntmachung auf Seite 277 dieses Blattes der Forstlehrlingschule des Vereins für Privatforstbeamte zu Templin zu beachten. Danach verlassen am 15. Juni des Jahres 43 Zöglinge die Anstalt, für welche ein Unterkommen im Forstdienst gesucht wird. Nähere Auskunft erteilt Herr Oberförster Jacob, Templin, Udermarkt.

— Amtlicher Marktbericht. Berlin, den 26. März 1912. Schwarzwild 0,80 bis 0,85 M das Pfund. Kaninchen 0,80 bis 0,95, Studenten 1,00, Fasanenhähne 1,50 bis 3,25, Waldschneppen 2,00 bis 4,00 M das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung

Regling, Regierungsr. und Forstrat, Vorrichter des Forsteinrichtungsbureaus im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu Berlin, ist der Charakter als Geheimen Regierungsrat verliehen.

Wassink, Geleiter im Jäger-Bataillon Nr. 1 zu Ortelburg, ist anlässlichweise als Hilfsjäger für die Oberförsterei Reinswalde, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Beck, Forstausseher zu Gerswalde, Oberförsterei Biesenthal, ist als Forstausseher und Schreibhilfe nach Binna, Regbz. Potsdam, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt. Seine Verlegung nach Freienwalde a. D. ist aufgehoben.

Miel, Förster o. R. zu Glörsbach, Oberförsterei Glörsbach, ist die Försterstelle Wernes, Oberförsterei Burgjoh, Regbz. Cassel, vom 1. April d. Js. ab übertragen.

Braun, Förster zu Webersfeld, Oberförsterei Dobrilus, ist nach Rahmühle, Oberförsterei Gladow-Pen, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Bren, Förster zu Borgsdorf, Oberförsterei Schweinitz, ist nach Weigewarte (Nohr), Sinspring, Oberförsterei Weigewarte, Regbz. Magdeburg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Dick, forstverordnungsberechtigter Anwärter zu Winterberg, ist als Forstausseher nach Breitenbruch, Oberförsterei Breiterm, Regbz. Arnsherg, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Hieber, Förster o. R. zu Röddevig, Oberförsterei Röddevig, ist nach Borgsdorf, Oberförsterei Schweinitz, Regbz. Magdeburg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Kahn, Förster o. R. zu Glanzthal, Oberförsterei Glanzthal, ist nach Lautenthal, Oberförsterei Lautenthal, Regbz. Bielefeld, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Kesse, Forstausseher zu Wolmirecht, Oberförsterei Colbig, ist nach Burgthal, Oberförsterei Burgthal, Regbz. Magdeburg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Sime, Feldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 10, ist als Hilfsjäger und Schreibhilfe für die Oberförsterei

Wienburg a. W., Regbz. Hannover, vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Sirgel, Förster o. R. zu Lautenthal, Oberförsterei Lautenthal, ist nach Glanzthal, Oberförsterei Glanzthal, Regbz. Bielefeld, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Zeiss, Förster o. R. zu Treppeln, Stiftsoberförsterei Neugelle, ist nach Reinswalde, Oberförsterei Reinswalde, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Zentisch, Förster o. R. zu Burgthal, Oberförsterei Burgthal, ist nach Dren, Oberförsterei Magdeburgerforst, Regbz. Magdeburg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Alte, Förster zu Trittau, Oberförsterei Trittau, Regbz. Schleswig, ist der Titel „Begemeister“ verliehen.

Korakus, Förster zu Wernien, Oberförsterei Wernien, ist die kommissarische Verwaltung der Försterstelle zu Ghlum, Oberförsterei Trappbühne, Regbz. Gumbinnen, vom 1. April d. Js. ab übertragen.

Schmann, Hilfsjäger zu Schwentainen, Oberförsterei Friedrichsfelde, ist nach der Oberförsterei Gronsowen, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Leuchte, Förster zu Wernien, Oberförsterei Schwentainen, ist nach Wernien, Oberförsterei Wernien, Regbz. Gumbinnen, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Lichtenberg, Förster o. R. zu Drausfeld, Oberförsterei Drausfeld, ist nach Bonau, Oberförsterei Bonau, Regbz. Bielefeld, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Mann, Bizefeldwebel im Jäger-Bataillon Nr. 1 zu Ortelburg, hat den Dienst in Grünfließ, Regbz. Allenstein, nicht angetreten, weil er nach Königsberg einberufen ist.

Reumann, Förster o. R. zu Breitenbruch, Oberförsterei Carzig, ist nach Ghlum, Oberförsterei Ghlum, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Münzberg, Begemeister zu Glansheide, Oberförsterei Altmüppin, Regbz. Potsdam, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Stto, Begemeister zu Reinswalde, Oberförsterei Reinswalde, Regbz. Bielefeld, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.

Petry, Hilfsjäger zu Neu-Bartsleb, Oberförsterei Ramm, ist als Hilfsjäger und Schreibhilfe nach der Oberförsterei Friedrichsfelde, Regbz. Allenstein, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Piet, Forstausseher zu Trebbin, Regbz. Allenstein, ist in das Forsteinrichtungsbureau vom 1. April d. Js. ab einberufen.

Kick, Förster zu Pamhoel, Oberförsterei Gaderleben, Regbz. Schleswig, ist der Titel „Begemeister“ verliehen.

Hosenberg, Forstausseher zu Diablin, Oberförsterei Euroschwin, Regbz. Allenstein, ist der Forstverordnungsanwärter für verlustig erklärt und vom 1. April d. Js. ab entlassen.

Schubert, Forstausseher zu Breitenbruch, Oberförsterei Breitenbruch, ist nach der Oberförsterei Gwig, Regbz. Arnsherg, vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Schmadow, Förster o. R. zu Reinswalde, Oberförsterei Reinswalde, ist nach Treppeln, Stiftsoberförsterei Neugelle, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Selzer, Forstausseher zu Gintersberg, Oberförsterei Gintersberg, ist nach Breitenbruch, Oberförsterei Carzig, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. April d. Js. ab versetzt.

Seydack, Begemeister zu Albrechtshöhe, Oberförsterei Gronsow, Regbz. Potsdam, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Silsner, Begemeister zu Ramm, Oberförsterei Minden, Regbz. Minden, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Wackermann, Förster zu Feldrom, Oberförsterei Altenhofen, ist nach Ramm, Oberförsterei Minden, Regbz. Minden, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Wolff, Begemeister zu Damsdorf, Oberförsterei Colpin, Regbz. Potsdam, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Die Verlegung in den Ruhestand zum 1. Juli d. Js. haben beantragt die Revierrichter im Regbz. Cassel:

Herrmann zu Niederflum, Oberförsterei Neustadt;
Leonhard zu Wollhagen, Oberförsterei Rammberg;
Möller zu Verholz, Oberförsterei Burgthann.

Der Schutzbezirk Bederhagen II, Oberförsterei Bederhagen, Regbz. Cassel, hat den Namen Stausenberg erhalten; der Schutzbezirk Bederhagen I ist nur noch mit Bederhagen zu bezeichnen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Rasmus, königl. Forstassessor a. D., ist die Gemeinde-Oberforstereistelle Rappell, Kreis Sigmaringen, Regbz. Coblenz, auf Lebenszeit übertragen.

Koch, Gemeindeförster a. Pr. zu Riedweiler, Gemeinde-Oberförsterei Simmern, Regbz. Coblenz, ist auf Lebenszeit angestellt.

Kistner, Ernst, Forstverorgungsberechtigter Anwärter, ist als Gemeindeförster a. Pr. in Eddig, Gemeinde-Oberförsterei Zell, Regbz. Coblenz, angestellt.

Jäger-Korps.

von Alvensleben, Hauptmann und Kompagniechef im Brandenburg. Jäger-Bataillon Nr. 3, ist durch Allerhöchste Order vom 2. Februar 1912 zum Ehrenruiter des Johanner-Ordens ernannt.

von Busse, Hauptmann beim Stabe des Gardejäger-Bataillons, ist die Königliche Krone zum Roten Adlerorden 4. Klasse verliehen.

von der Heden-Offen, Hauptmann und Kompagniechef im Weim. Jäger-Bataillon Nr. 7, ist das Ehrenkreuz 3. Klasse des Schaumburg-Verlischen Hausordens verliehen.

von Meyer, Oberleutnant und Adjutant des Weim. Jäger-Bataillons Nr. 7, ist das Ehrenkreuz 4. Klasse des Schaumburg-Verlischen Hausordens verliehen.

Lanmann, Feldwebel ist Weim. Jäger-Bataillon Nr. 7, ist die Schaumburg-Verlische Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Rosenberg, Feldwebel im Weim. Jäger-Bataillon Nr. 7, ist die Schaumburg-Verlische Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Imhof, Assistent an Landstuhl, ist nach Pangenberg versetzt.

Moderger, Förster zu Jettenberg, ist pensioniert.

Geising, Förster zu Weidenbrunn, ist pensioniert.

Reinhardt zu Pangenberg ist nach Landstuhl versetzt.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Das Finanzministerium hat beschlossen, den Wohnsitz des Vorstandes des Forstbezirks Bärenfels einschließlich des Sitzes der Oberförsterei Bärenfels vom 1. April d. Js. ab von Freiberg nach Bärenfels zu verlegen.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Weser, Forstinspektor zu Schwerin, ist als Revierförster nach Belschow, Oberförsterei Bügow, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Herhard, Forstrentant zu Rehna, ist auf die neu eingerichtete Forstrentantenstelle in Ribnitz für die Forstinspektion Gelbensande vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Frederich, Forstinspektor, Stationsjäger zu Mierdorf bei Schwann, ist zum Revierförster in Voitenhof, Oberförsterei Maritz, vom 1. Juli d. Js. ab ernannt.

Günther, Revierförster zu Voitenhof, ist als Forstrentant nach Rehna vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Meyer, Forstrentant zu Wittenburg, ist zum Revierförster in Kremin, Forstinspektion Lindwigsdorf, vom 1. Juli d. Js. ab ernannt.

Sasse, Revierförster zu Kremin, ist als Forstrentant nach Wittenburg vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz.

Staats-Forstverwaltung.

Reichmann, Revierförster a. Pr. zu Gnewitz, Oberförsterei Büttenhagen, ist definitiv zum Revierförster ernannt.

Elbsch-Bohringen.

Wittke, Kaiserl. Begemeinder a. D., Gemeindeförster zu Enstheim, Oberförsterei Sulz, ist unter Anerkennung der geleisteten Dienste auf Antrag entlassen.

Fugel, Gemeindeförsteranwärter, ist als ambulanten Forsthilfsaufseher nach Wangenheim, Oberförsterei Hart-Nord, bestellt.

Parize II, Gemeindeförsterhilfsaufseher in der Oberförsterei Hart-Nord, ist die Gemeindeförsterstelle Zehnensteinbach, Oberförsterei Wülthausen, kommissarisch übertragen.

Leite, Gemeindeförsterhilfsaufseher zu Zehnensteinbach, Oberförsterei Wülthausen, ist entlassen.

Meisenfeld, Gemeindeförsterhilfsaufseher zu Colmar, ist die Gemeindeförsterstelle Enstheim, Oberförsterei Sulz, kommissarisch übertragen.

Hinderbach, Gemeindeförsterhilfsaufseher zu Niederbergheim, ist als Schreibhilfe für die Oberförsterei Colmar-Weiß und Ost bestellt.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Gemeindeförsterstelle Jankancourt, Oberförsterei Chateau Salins (Elbsch-Bohringen), ist zu vergeben. Das Varenkommen beträgt 1174.76 M., außerdem wird freies Brennholz gewährt. Forstverorgungsberechtigte wollen Bewerbungen, welchen der Forstverorgungsschein und die seit Erteilung desselben ertanzten Dienst- und Nahrungsatteste, die den ganzen seitdem verstrichenen Zeitraum belegen müssen, sowie die Erklärung, daß Bewerber durch die Anstellung als Gemeindeförster seine Forstverorgungsansprüche als erfüllt betrachtet, beizufügen sind, postporto an den Bezirksamteins zu Weg einreichen.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Littrung oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 34. Anfrage: Meine Biehweide ist von drei Seiten durch einen 3 bis 4 m breiten und 0,5 bis 1,5 m tiefen Graben umgeben, dessen flache Ufer bis unter den Wasserspiegel mit Gras bewachsen sind. Ich beabsichtige im April diese Wasserfläche mit einhalbpfündigen Karpfen zu besetzen und im Spätherbst wieder abzufischen. Da die Außenseite des Grabens an Laubholzbestände (Eiche, Erle) grenzt, und in dem Graben viel altes Laub lagert, so frage ich an, ob der Karpfen dies verträgt oder nicht? Im Laufe des vorigen Sommers war der Graben trocken, seit Herbst 1911 hat er wieder Wasser. Nachdem jetzt Laumetter eingetreten, riecht das an den Ausläufen abfließende Wasser muffig. Der Graben hat keinen Zufluß und wird durch Regenwasser gefüllt.

B. in J.

Antwort: Ein nicht zu starker Laubabfall in ein Gewässer ist im allgemeinen als vorteilhaft anzusehen. Nach der Beschreibung scheint die Laubablage in dem Graben etwas sehr reichlich zu sein, man möchte somit den Zustand des Grabens für Karpfen als gefährlich ansehen. Durch die Auslaugung des massenhaften Laubes, besonders von Eiche und Erle, entsteht Gerbsäure (Lohe) im Graben, die schädigend auf die Fische einwirkt, auch bekommen die Fische leicht Poden. Selbstverständlich kann nur die Probe entscheiden, und somit wäre es ratsam, fürs erste einmal nur den Graben mit einer geringen Anzahl Karpfen und auch Schleien zu besetzen (zweiförmiger). Ihr Graben könnte sonst wohl als guter Teich, da bei Biehweide, angesprochen werden. Es könnten auf ¼ ha 30 bis 50 Stüd zweiförmiger Karpfen und 50 bis 100 Stüd zweiförmiger Schleien eingesetzt werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Sie den Graben gundher bekommen, wenn Sie jetzt das Wasser ablassen könnten, und zwar möglichst schnell laufend, und denselben dann wieder füllen.

v. Debschitz, Göltschau.

Nr. 35. Anfrage: Am 1. Januar 1911 mietete ich einen 16jährigen Burchen als Knecht. Derselbe kam krank zu mir, und zwar hatte er im Gesicht einen tiefen Ausschlag. Im April 1911 gab ich den Knecht in die Kreisrentenfasse. Am 8. Juni 1911 erkrankte der Knecht an ge-

geschwollenem Auge. Die ersten acht Tage hielt sich derselbe bei seiner Mutter auf, und hierauf kam er ins Krankenhaus nach S. Der Arzt äußerte, es sei eine Krebskrankheit. Da in S. keine Besserung des Leidens eintrat, schickte das S.'er Krankenhaus den Jungen nach P. ins Krankenhaus, woselbst er gegen Mitte Januar 1912 als nicht geheilt entlassen wurde. Am 1. Februar bekam ich vom P.'er städtischen Krankenhaus eine Rechnung für ärztliche Behandlung und Pflege meines Knechtes, und zwar für die Zeit vom 8. Dezember 1911 bis 13. Januar 1912 — 37 Tage à 2 M. = 74 M. Nach Ablauf der 26 Wochen, für welche die S.'er Kreiskrankentasse aufkam, soll ich nun aufkommen, und zwar unter Hinweis auf § 617 des Bürgerlichen Gesetzbuches und § 86 der Gemeindeordnung in Verbindung mit Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche. Meines Erachtens nach wäre ich doch höchstens nur bis 31. Dezember 1911 verpflichtet und nicht bis 13. Januar 1912. Wie ich mich erkundigt habe, glaube ich nicht verpflichtet zu sein, für die Kosten aufzukommen, und zwar aus dem Grunde, weil die Mutter meines Knechtes zu mir kam, die Sachen des Jungen abholte, ich ihr ein Abzugsattest beibringen mußte und sie in einsichtsvoller Weise das Dienstverhältnis aufhob (am 1. August 1911), damit ich ihr nicht noch weiter den Lohn zu zahlen brauchte, da ich für den erkrankten Knecht einen Mann in Tagelohn annehmen mußte. Ich glaube doch, daß hierdurch, mit dem Einverständnis der Mutter des Jungen, das Dienstverhältnis gelöst wurde und ich nicht zur Zahlung der 74 M. verpflichtet wäre und, wenn schon wirklich, so doch höchstens bis 31. Dezember 1912, was ich aber auch nicht annehme. Man kann doch im Einverständnis des Dienstboten resp. seiner Eltern auch vor Ablauf des Mietjahres das Mietverhältnis auflösen.

D., königl. Förster in Forstb. S.

Antwort: Sie brauchen für gar nichts aufzukommen, denn 1. hat der Knecht sein Leiden offenbar schon gehabt, als er bei Ihnen in Dienst trat, er hat es sich also „nicht durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben zugezogen“, für welchen Fall die Gemeindeordnung (§ 86) eine Haftung des Dienstherrn vorsieht, und 2. ist das Dienstverhältnis im beiderseitigen Einverständnis am 1. August 1911 gelöst worden. Die Herrschaft braucht nur bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses aufzukommen, und es ist zum Schutze der hilfsbedürftigen Dienstboten nur bestimmt, daß das Dienstverhältnis wegen Krankheit durch den Dienstherrn nicht einseitig aufgehoben werden darf.

§ 9.

Nr. 36. Anfrage: Ein Walдарbeiter hat das 70. Lebensjahr überschritten. Ihm konnte die Altersrente nicht zuteil werden, weil er nicht die hierzu nötige Markenzahl nachweisen konnte. Er hat aber die Invalidenrente bewilligt erhalten. Erlaube mir die Anfrage, unter welchen Bedingungen ich den Arbeiter weiterbeschäftigen kann. Ich meine, wie viel an Tagelohn er zu beanspruchen hat, ob er eine Quittungskarte führen muß und in welcher Höhe Markten zu verwenden sind.

St., Hegemeister in D.

Antwort: Sie können den Mann beschäftigen und nach dem Maße seiner Leistungen lohnen. Gesetzliche Vorschriften bestehen in dieser Hinsicht nicht. Marken sind für ihn nicht zu kleben, denn bei Bezug von Invalidenrente ruht die Beitragspflicht.

§ 9.

Nr. 37. Anfrage: Bin ich verpflichtet, an den Übungen der Pflichtfeuerwehr in meinem Wohnorte teilzunehmen, oder gehöre ich zu den Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft? Nach meinem Abgange vom Bataillon 1899 war ich bis 1905 im Privatdienst beschäftigt, 1905 bis 1907 war ich im Staatsdienst, wo ich auch meine Försterprüfung ablegte, von 1907 bis jetzt bin ich als Hilfsförster im Kommunaldienst der Stadt Görlitz, allerdings nicht fest angestellt, aber seit Oktober 1908 im Besitz des Försterverordnungscheines.

R., Städtischer Hilfsförster i. L.

Antwort: Nach dem Gesetz vom 21. Dezember 1904 sind die Polizeibehörden zum Erlasse von Polizeiverordnungen über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden berechtigt, und nach dem Allgem. Landrecht Teil II Titel 7 sind Mitglieder der Gemeinde zum Feuerlöschen im Dorfe und den dazu gehörigen Wäldungen verpflichtet. Die auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1904 erlassenen Polizeiverordnungen treten außer Kraft, soweit das Feuerlöschwesen durch Ortsstatut geregelt wird. Das Ortsstatut befindet darüber, ob an Übungen teilgenommen werden muß oder nicht. Wenn die Nichtbefolgung der in dem Ortsstatut getroffenen Anordnungen unter Strafe gestellt ist, so besteht dieses zu Recht (R. G. I. Juli 1898 Bd. 19 351 und 23. Mai 1901 22 C 37). Nach der Ausführungs-Anweisung zum Gesetz vom 21. Dezember 1904, die unterm 7. März 1905 (R. B. 143) erlassen ist, muß das Ortsstatut die von der Beteiligung am Feuerlöschdienst auszunehmenden Personen genau bezeichnen. Reichs- und Staatsbeamte sind von der Verpflichtung zu befreien. Hierzu gehören die Kommunalbeamten nicht, und wenn das Ortsstatut hinsichtlich ihrer Person keine Ausnahme macht, so erscheinen sie den festgesetzten Verpflichtungen unterworfen. Sie gehören zu den Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft, nehmen aber, wie aus obigem hervorgeht, keine Sonderstellung ein.

Nr. 38. Anfrage: Von meinem Hauswirt ist mir meine Wohnung zum 1. April 1912 gekündigt worden. In meinem jetzigen Wohnort ist eine Wohnung nicht zu bekommen. Ich habe die königliche Regierung um die Erlaubnis gebeten, meinen Wohnsitz in dem etwa 10 km entfernten Orte B. nehmen zu dürfen. (Anderer Gemeindebezirk.) Die königliche Regierung hat mir den Ort B. als Wohnsitz angewiesen. Meine dienstliche Tätigkeit wird nicht verändert. Habe ich in diesem Falle Anrecht auf Umzugskosten?

R., königl. Förster o. R.

Antwort: Anspruch auf Umzugskosten haben Sie nicht; doch kann die Regierung, da beide Orte in verschiedenen Gemeindebezirken liegen, Ihnen nach dem Ministerialerlasse vom 15. Februar 1906, III 16 809 („Deutsche Forst-

Zeitung“ 1906 S. 226), die gesetzlichen Umzugskosten gewähren.

Nr. 39. **Anfrage:** Seit 15. Oktober 1907 bin ich als forstverorgungsberechtigter Anwärter kommissarisch im Gemeindeforstdienst beschäftigt, ohne feste Anstellung. Bisher sind für mich keine Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet. 1. Ist meine Beschäftigung versicherungspflichtig? 2. Wenn ja, können noch nachträglich Marken für mich gestellt werden, evtl. für wie lange Zeit, und wer hat in diesem Falle die Kosten der Versicherung zu tragen? 3. Wieviel versicherungspflichtige Beiträge müssen entrichtet sein, um sich freiwillig weiterversichern zu können? 4. Kann ich, falls meine Beschäftigung versicherungspflichtig ist, den Forstschußverband, bei dem ich beschäftigt bin, für Schädigungen, die ich evtl. durch die Nichtversicherung habe, verantwortlich machen? Schaden könnte ich dadurch haben, daß ich jetzt nicht mehr so viel Marken leben kann, um mich später weiterzuversichern, obwohl ich, wenn für mich vom Beginn meiner Beschäftigung ab gestellt worden wäre, zur späteren freiwilligen Weiterversicherung Marken genügend hätte.

Antwort: Sie sind versicherungspflichtig, und der Forstschußverband muß deshalb für Sie leben (vgl. „Deutsche Forst-Zeitung“ Band 26 Seite 969). Es muß für 4 Jahre nachgestellt werden (§ 1442 der Reichsversicherungsordnung), es empfiehlt sich aber, vorher die Zustimmung der Landesversicherungsanstalt einzuholen (§ 1445). Der Arbeitgeber darf für die Vergangenheit Gehaltsabzüge für die auf Sie entfallenden Beitragsanteile nicht machen (§ 1433). Die Weiterversicherung ist zulässig, auch wenn nur eine Marke auf Grund versicherungs-

pflichtiger Beschäftigung gestellt ist (§ 1244); sie hat aber nur rechten Zweck, wenn mindestens 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet worden sind (§ 1279), was bei Ihnen zutrifft, sobald das Nachleben erfolgt ist. Ob der Forstschußverband Schadenersatzpflichtig wäre, wenn nicht nachgestellt werden könnte, ist sehr zweifelhaft, da Sie selbst sich rechtzeitig hätten um die Versicherung kümmern müssen. Hg.

Nr. 40. **Anfrage:** Von dem Pächter der hiesigen Gemeindejagd ist mir erlaubt worden, in Jagdausrüstung sein Jagdgebiet zu betreten. Kann ich nun von anderer Seite angezeigt werden, und bin ich strafbar, sobald ich von dieser Erlaubnis Gebrauch mache? Ferner hat mir der Pächter erlaubt, meine Hunde in seiner Jagd zu dressieren (ich dressiere auch einen Hund für den Jagdpächter); darf ich nur zur Dressur der Hunde Schüsse in der Jagd abgeben? Darf ich nicht jagdbare Tiere in der Jagd schießen? (Sämtliche Fälle ohne Begleitung des Jagdpächters.) — Wie weit müssen Dienen von öffentlichen Wegen entfernt aufgestellt werden?

D. K. in B.

Antwort: Wenn Ihnen der Jagdberechtigte das Betreten seines Revieres in Jagdausrüstung gestattet, so können Sie dieserhalb niemals bestraft werden. Zur Abgabe von Schüssen in dem fremden Revier und zur Erlegung nicht jagdbarer Tiere sind Sie jedoch nicht befugt. — Dienenstöcke müssen so weit von öffentlichen Wegen entfernt aufgestellt werden, daß die auf den Wegen verkehrenden Personen dadurch nicht belästigt werden. Es ist uns nicht bekannt, daß für die Entfernung eine gewisse Meterzahl vorgeschrieben ist.

Für die Redaktion: J. B.: Bobo Grundmann, Neubamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Nur der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Rgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Hochzeit Nm



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Rgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Hochzeit Nm.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schahmeister an den Vereins-Schahmeister, Königl. Förster Vette, Försterei Rümme, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Erster. Die Herren Ortsgruppenvorständen werden gebeten, bis zum 10. April d. Js. ein namentliches Verzeichnis derjenigen Kollegen, welche innerhalb ihrer Gruppen dem Verein Königlich Preussischer Forstbeamten noch nicht

angehören, an den Vorsitzenden der Bezirksgruppe einzusenden; desgleichen eventuelle Anträge zum Beitritt zur Krankenkosten-Beihilfeklasse. H e n n.

Ortsgruppen:

Altentirchen (Regbz. Coblenz). [Zur gemeinsamen Bestellung des Jahrbuchs 1912 bitte ich die Kollegen bis 5. April d. Js. Mitteilung an Herrn Kollegen Thitton gelangen zu lassen.

Der Vorsitzende.

Bütow (Regbz. Köslin). Montag, den 1. April d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Lenß Hotel in Bütow. 1. Versprechung über den Tag der Bezirksgruppenversammlung in

Köslin, der Anträge zu derselben wie zur Delegiertenversammlung in Berlin. Am Tage der Versammlung in Köslin wird ein gemeinschaftlicher Besuch der Industrie- und landwirtschaftlichen Ausstellung daselbst beabsichtigt. 2. Scheibenschießen. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorsitzende.

Dillenburg (Regbz. Wiesbaden). Sonntag, den 14. April 1912, nachmittags 2 Uhr, findet im Hotel Reuhof in Dillenburg Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung für 1911; 2. Jahresbericht; 3. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung in Limburg; 4. Bestellung von Förster-Jahrbüchern; 5. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein mit Damen.

Der Vorsitzende.

Driesen (Regbz. Frankfurt a. Oder). Montag, den 1. April d. Js., nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal Bernikow, Driesen. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Bekanntgabe der Kosten des letzten Vereinsvergnügens; 3. Antrag eines Mitgliedes über anderweitige Bestreitung der Kosten der Vereinsvergünungen; 4. Entgegennahme von Bestellungen auf das Förster-Jahrbuch 1912. Um 4 Uhr in demselben Lokal gemeinschaftliches Kaffeetrinken mit unseren Damen.

Der Vorstand.

Eirchen (Regbz. Coblenz). Mitgliederversammlung am Montag, dem 1. April d. Js., 11 1/2 Uhr vormittags, im Jägerheim.

Der Vorsitzende.

Marburg (Regbz. Cassel). Versammlung Dienstag, den 9. April (3. Osterfesttag), 2 Uhr nachmittags, im Vereinslokal zu Cölbe mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung in Cassel; 2. Verschiedenes. Diejenigen Mitglieder, die das Förster-Jahrbuch 1912 zu beziehen wünschen, bitte ich, mir bis zum 3. April kurze Nachricht zukommen zu lassen, damit wir uns durch gemeinsamen Bezug den billigeren Preis zunutze machen. Die Verteilung der Jahrbücher soll dann in der Versammlung erfolgen.

Kaufmann.

Oberhartz (Regbz. Hildesheim). Am Sonntag, dem 14. April d. Js., nachmittags 3 1/2 Uhr, Versammlung im Deutschen Hause zu Zellerfeld. Tagesordnung: 1. Rechnungsprüfung; 2. Neuwahl des Schriftführers; 3. Abführung der Krankentafelgelder; 4. Bericht in Vereinsangelegenheiten; 5. Bestellung des Förster-Jahrbuches; 6. Besprechung über die Sommerversammlung in Goslar; 7. Verschiedenes. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Rahnde, Vorsitzender.

Osterode-Harz (Regbz. Hildesheim). Am Sonntag, dem 21. April, nachmittags 3 Uhr, Vierteljahrsversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung; 2. Bericht über die Vorstandssitzung am 20. Januar d. Js. in Berlin; 3. Besprechung über den diesjährigen Waldausflug; 4. Zahlung der Krankentafelbeiträge; 5. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt geboten.

Dieß.

Siegen (Regbz. Arnsherg). Montag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Hotel Gutfreier zu Siegen. Tagesordnung wird zu Beginn der Versammlung bekanntgegeben. Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorsitzende.

Trehsa (Regbz. Cassel). Dienstag, den 9. April d. Js. (3. Osterfesttag), nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Trehsa im Vereinslokal (Bettlauser). Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 2. Verschiedenes. Sehr erwünscht wäre es, wenn die Herren Mitglieder der Oberförstereien Wallenstein und Niederbeisheim auch einmal zu der Versammlung erscheinen würden.

Der Vorstand. J. A.: Feist, Schriftführer.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Begemeister Krause, Kesselgrund bei Gohzeit Vin., vorliegen. Was für die nachfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Düsseldorf. Die zum 24. Februar nach Cleve einberufene Mitglieder- und Vertreterversammlung war zahlreich besucht, vertreten waren 74 Stimmen. Der Vorsitzende eröffnete um 3 1/2 Uhr die Sitzung mit einem Horrido auf den obersten Jagdherrn. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Rechnungslegung durch den Schatzmeister für 1910 und 1911. Die Rechnungen usw. waren vorher von zwei resp. drei Mitgliedern geprüft und richtig befunden. Dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt und der Dank der Versammlung ausgesprochen. 2. Vereinsorgan: Es wurde von verschiedenen Mitgliedern angeregt, daß die Infektionsgebühren zu hoch seien. 3. wurde bittend eingetreten, daß den Forstamwärttern der Subalternbeamtenrang verliehen werden möge, und 4. daß den Forstaufsichtern und Hilfsjägern die Diäten weitergezahlt werden für die ganze Dauer etwaiger militärischer Übungen. 5. Das Dienstland möge gänzlich auf Staatskosten gegen Wildschaden eingegattert werden. 6. Solange die Anstellungsverhältnisse unserer Anwärter so ungünstig sind, wird die königliche Staatsregierung gebeten, keine Försterstellen eingehen zu lassen. 7. wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß die Vereinsbeiträge sowie auch die der Krankenkosten-Beihilfeskasse von den Mitgliedern halbjährlich eingezogen werden, und zwar zum 1. Januar und 1. Juli jedes Jahres. 8. wurde die Dienstland- und Besoldungsfrage lebhaft besprochen. Der einstimmige Beschluß war, wie auch schon immer, „Beibehaltung des Dienstlandes, Erhöhung des pensionfähigen Einkommens gleich dem der uns gleichwertigen Beamten“. 9. fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Es wurden einstimmig gewählt: 1. zum Vorsitzenden Hegemeister Voigt, Wislicher Insel, 2. zum Stellvertreter Revierförster Schlidum, Baerlag, 3. zu

Beisitzern: Hegemeister Schulz, Pfalzsdorf, Revierförster Schönewald, Nahlberg, Förster Schumacher, Hamn, 4. zum Schriftführer und Kassierer Förster Kessler, Kanten. 10. Zur Teilnahme an der demnächstigen Delegiertenversammlung in Berlin wurde der Vorsitzende, Hegemeister Voigt, bestimmt. 11. Unter Verschiedenes gelangten noch mehrere Wünsche der einzelnen Gruppen zur Besprechung. Die Sitzung wurde etwas nach 6 Uhr geschlossen.

Der Vorstand. Voigt, Vorsitzender.

Merseburg. Die für den 2. März d. Js. nach Torgau einberufene Vertreter- und Mitgliederversammlung wurde nachmittags 5 Uhr vom Vorsitzenden in herkömmlicher Weise eröffnet, und sodann die Anwesenheit von 52 Mitgliedern mit 62 Stimmen festgestellt, außerdem waren neun Kollegen als Gäste erschienen. Bei Erstattung des Jahresberichtes wurde in geziemender Weise des verstorbenen Vorstandesmitgliedes Herrn Revierförster Fischer gedacht. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1911 von 146 auf 151 gestiegen. Die Rechnung wurde geprüft, für richtig befunden, dem Schatzmeister Entlastung erteilt, und der Dank der Versammlung für seine Mühewaltung ausgesprochen. Als Beisitzer (Erfahrungswahl) wurde Kollege Kiefer gewählt, als Delegierter nach Berlin der Vorsitzende, zum Stellvertreter Förster Hoffmann. — Da die alljährliche Versammlung auch unter den Angehörigen der Mitglieder sich großer Beliebtheit erfreut, und um recht zahlreiche Beteiligung zu ermöglichen, wurde beschlossen, dieselbe in Zukunft in der dienstlich und wirtschaftlich geeigneteren Zeit des Spätherbstes abzuhalten. Mit Rücksicht auf die Kollegen im westlichen Teile des Bezirks ist Halle als Ort für die nächste Versammlung bestimmt worden. Bei Besprechung der Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung wurde zu den meisten Punkten der bisherige Vereinsstandpunkt beibehalten, ferner der jährlichen Beitragszahlung und Beibehaltung der „Deutschen Forst-Zeitung“ als Vereinsorgan zugestimmt. Betreffend Vorstandswahl, Satzungs- und Organisationsänderung dem Delegierten dagegen Entschlußfreiheit gelassen. Nachdem noch

drei Kollegen ihre Beitrittserklärung zum Verein bzw. Krankentasse abgegeben hatten, wurde die Versammlung um 8 Uhr mit einem Horrido auf die Vorgesetzten geschlossen. Im nachfolgenden gemütlichen Teile verlebten die Mitglieder mit ihren Angehörigen noch einige anregende, fröhliche Stunden.

Der Vorstand. Lomnitzer, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Guttstadt (Regbz. Königsberg). An der in Guttstadt bei A. Schulz am 25. Februar d. Js. abgehaltenen Mitgliederversammlung nahmen 14 Mitglieder teil. Der Vorsitzende, Kollege Schulz, eröffnete die Sitzung 2 Uhr 30 Minuten nachmittags. Nachdem er alle Erschienenen herzlich willkommen geheißen hatte, brachte er ein Horrido auf unsern höchsten Jagdherrn aus, in welches sämtliche begeistert einstimmten. Nach Verlesung des Sitzungsprotokolls vom 19. November vorigen Jahres erstattete der Kassierer, Kollege Tieschner, einen kurzen Bericht über die Rechnungslegung des vergangenen Jahres. Nachdem die Richtigkeit der Rechnung durch die Herren Ruff und Hochfeldt festgestellt worden war, wurde ihm Entlastung erteilt. Der Vorsitzende hielt sodann einen Vortrag über die Entwicklung des Vereins bzw. der hiesigen Ortsgruppe, worauf sich eine Besprechung über die Vereins- bzw. Standesfragen anschloß. Gelegentlich derselben wurde auch der Beitritt zum Forstwaisenverein in Anregung gebracht. Es traten daraufhin demselben die Herren Forstflottenrendant Ruff, Förster Schönherr, Hochfeldt, Schulz und Forstaufscher Wommel bei, welche auch gleich den Jahresbeitrag von je 2 M. an den Kassierer abführten. Es wurde noch beschlossen, künftig die Sitzungsberichte im Vereinsblatt nicht mehr zu veröffentlichen. Nach Schluß der Versammlung wurde an gemeinschaftlicher Tafel dem Kaffee fleißig zugespochen, wozu sich auch die Damen der Mitglieder mittlerweile eingefunden hatten. Bis in später Nachtstunde blieb ein großer Teil der Besucher bei Tanz und Spiel noch recht fröhlich vereint.

Der Vorstand. J. A.: Tieschner, Schriftf.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Hertog-Falensee.

Brandversicherung.

Infolge vielfacher Anfragen aus den Kreisen unserer Mitglieder ist dem Versicherungsamt ein neues Glied in Form der Brandversicherung angefügt worden.

Da unser Verein sich über ganz Deutschland erstreckt, so konnten die Vorteile, welche der Brandversicherungsverein preussischer Forstbeamten den preussischen Forstbeamten bietet, nicht für alle unsere Vereinsmitglieder nutzbar gemacht werden. Aus diesem Grunde wurde in der Sitzung des Vorstandes am 16. Februar d. Js. nach langen

Vorarbeiten mit der Deutschen Reform-Versicherungsanstalt, Aktiengesellschaft in Berlin, ein Vertrag über Brandschaden-Versicherung geschlossen.

Dieser Vertrag wird allen unseren Mitgliedern die gleichen Vorteile wie der Brandversicherungsverein preussischer Forstbeamten bieten.

Ein fester Prämienfuß läßt sich leider nicht bestimmen, da die Bauart der Gebäude, ihre Lage und noch verschiedene andere Umstände bei der Festlegung der Prämienfasse zu berücksichtigen sind, doch werden diese Sätze vertragsgemäß zum mindesten nicht höher bemessen, als

sie von anderen Gesellschaften in derselben Gegend und unter den gleichen Verhältnissen gefordert werden.

Die Ausfertigung der Versicherungsscheine geschieht kostenlos. Außerdem haben die Versicherten Anteil an der laut § 41 des Gesellschaftsvertrages der Reformbank später zur Verteilung kommenden Dividende.

Durch den Abschluß der Versicherungen fließen an das Versicherungsamt immerhin nennenswerte Provisionen, doch werden diese Provisionen nach einem in der gleichen Sitzung gefaßten Beschlusse nicht der Vereinskasse zugeführt, sondern es wird ein besonderer Fonds gebildet, der später den Versicherten auf irgend eine Weise wieder zugute kommen soll.

Wir dürfen nach alledem unseren Mitgliedern diesen neuen Zweig unserer Versicherung warm empfehlen, und wollen nur noch bemerken, daß nicht nur Mobilien, sondern auch Gebäude zur Versicherung angenommen werden, ebenso Versicherungen gegen Einbruchsdiebstahl.

Alle Anträge sind an das Versicherungsamt zu richten, und ebenso geschehen dorthin alle Geldsendungen.

Im März 1912.

Das Versicherungsamt
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
in Schwarzwald-Posen.



Großer forstlicher Lehrgang 1912 zu Lauterbach (Hessen).

In der Zeit von Montag, den 3. bis Sonnabend, den 29. Juni 1912, findet in Lauterbach (Hessen) unter Leitung von Forstrat Eulefeld der zweite große forstliche Lehrgang des Vereins statt.

Das Honorar für den Lehrgang beträgt 25 M.

Die vorgesehenen Unterrichtsfächer sind folgende (die eingeklammerten Zahlen bedeuten die für das Fach vorgesehene Gesamtstundenzahl):

Allgemeines (2), Betriebslehre (4), Waldbau (19), Forstschutz (10), Forstbenutzung (11), Waldwertrechnung (2), Jagdkunde (5), Gesetzeskunde (12), Vermessen und Wegebau (theoretisch und praktisch) (21), Geometrie (1), Fischerei (1), Landwirtschaft (4), Bogenschuß (2), schriftliche Arbeiten (9), forstliches Rechnen (5), Fragetafeln (17).

Außerdem werden besichtigt: das Niedeßelsche Forstmuseum, eine Dampfziegelei, Brauerei mit Malzfabrik, Dampfmolkerei mit Käseerei, ein Dampfsägewerk (Kistenfabrikation), eine Webereischule und eine mechanische Weberei, eine Hutfabrik (verarbeitet nur Hasen- und Kaninchenhaare), sowie eine Blechfabrik und eine Kieselgurgrube.

Schließlich finden 6 halbtägige Waldexkursionen, sowie jeden Sonnabend eine Tagesexkursion statt.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Vereins zu Palenlee, Karlsruher Straße 13.

Palenlee, den 5. März 1912.

Der Vorlesende. Dr. Hertog.

Försterprüfung 1912.

Im Jahre 1912 soll wieder wie im Vorjahre nur eine Försterprüfung abgehalten werden, und zwar voraussichtlich in Schlesien in der Zeit zwischen Mitte Juni bis Mitte Juli.

Zur Prüfung werden nur solche Anwärter zugelassen, die mindestens:

1. a) eine ordnungsmäßige zweijährige Lehrzeit durchgemacht und
b) alsdann schon drei Jahre im praktischen Dienste gestanden haben.
2. Bei Anwärtern, die eine Forstlehrlingschule oder eine ähnliche Anstalt besucht haben, genügt eine einjährige praktische Lehrzeit und ein zweijähriger praktischer Dienst.
3. Ausnahmewise können vom Vereinsvorstande auch solche Privatforstbeamte zur Prüfung zugelassen werden, welche keine ordnungsmäßige Lehrzeit nachzuweisen vermögen. Solche Anwärter müssen aber mindestens 30 Jahre alt sein, Zeugnisse über eine mindestens fünfjährige praktische Tätigkeit vorlegen und einen forstlichen Lehrgang mitgemacht haben.

Die vorgeschriebenen praktischen Dienstzeiten müssen spätestens bis zum Beginn der Prüfung beendet sein.

Außerdem müssen die Anwärter Mitglieder des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands sein und das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind zu belegen mit:

1. einem Geburtschein;
2. Angabe der Mitgliedsnummer;
3. einem verschlossenen Zeugnis über außerdienstliches Verhalten, ausgestellt von seiten des Vorgesetzten oder Dienstherrn, bei welchem der Gesuchsteller zur Zeit der Einreichung seines Gesuchs im Dienst steht (wenn der Anwärter zurzeit in keinem dienstlichen Verhältnis steht, so ist ein Zeugnis der Gemeinde- oder Polizeibehörde seines Aufenthaltsortes über sein Verhalten vorzulegen),
4. einem kurz gefaßten Lebenslauf;
5. den erforderlichen Nachweisen über den Gang der Ausbildung nebst den etwaigen Lehr- und Prüfungszeugnissen im Original;
6. den Originalzeugnissen über die praktische Beschäftigung;
7. einer von dem Anwärter selbst gefertigten kurzen Schilderung eines Reviers, auf dem er praktisch beschäftigt war, mit besonderer Berücksichtigung der forstwirtschaftlichen und jagdlichen Verhältnisse, sowie anderweitiger Vorkommnisse, die auf den Betrieb der letzten Jahre von Einfluß waren.

Dieser Arbeit ist von dem Gesuchsteller die schriftliche Versicherung hinzuzufügen, daß er die Arbeit selbst und ohne fremde Hilfe angefertigt hat.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß weder hinsichtlich der Bedingung wegen des Mindestalters noch hinsichtlich anderer Bedingungen von den vorstehenden Bestimmungen abgewichen werden kann.

Die erforderlichen Beilagen mit Belegen sind bis zum 10. April 1912 an mich einzureichen (Adresse des Briefumschlages nur: An den Vorsitzenden des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, Halensee-Berlin, Karlshofer Straße 13). Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Alles andere ist zu ersehen aus der Prüfungsordnung, enthalten im Jahrbuch unseres Vereins für 1911, das gegen Einsendung von 1 M. von der Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm (Hm.), zu beziehen ist.

Halensee, den 1. März 1912.

Dr. Hertog.

Betrifft Unterkunft

der in Templin ausgebildeten Forstschüler.

Am 15. Juni l. J. werden nach Beendigung des Schuljahres 43 Böglinge die Forstlehrlingschule Templin verlassen. Da eine große Anzahl von diesen noch keine Beschäftigung in Aussicht hat, wird im Interesse der Bestrebungen des Vereins an die Herren Ratsbesitzer die dringende Bitte gerichtet, bei Besetzung entsprechender Stellen auf diese Schüler Rücksicht zu nehmen und ihnen Gelegenheit zur weiteren Ausbildung im praktischen Dienst zu gewähren.

Herr Oberförster Jacob, Templin (U.-M.), ist gerne bereit, jede gewünschte Auskunft über persönliche Verhältnisse und Leistungen der jungen Leute zu erteilen.

Templin, Ende März 1912.

Der Schulpfleger.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3811. **Miel** (nicht Miel, wie in Nr. 11 fälschlich gedruckt), Frh., Revierförster, Steinig b. Pölitz, Bez. Viegitz. (B.-Gr. VII.)

3812. **Reimer**, J. Bened. Ritter v. Boichinger'scher Forstmeister, Forstamt Oberjosefau, Post Jüriehof, Bayr. Wald. (B.-Gr. XIV.)

3814. **Recht**, Bruno, Forstverwalter, Brannstorf bei Neustrelitz in Meckl. (B.-Gr. III.)

3815. **Schlicht**, Paul, Oberförster, Forstb. Damerau b. Gerbauen in Olspr. (B.-Gr. I.)

3816. **Schmalz**, Ernst, Hilfsjäger, Reitzenstedt b. Ostramodra, Bez. Halle. (B.-Gr. XVI.)

3817. **Röhler**, Kurt, Forstausseher, Breitenbach a. Herzberg in Hessen. (B.-Gr. XIII.)

3818. **von Sonnet**, Franz, Leutnant, Rittergutsbesitzer auf Wolfshain, Post Großkollig. (B.-Gr. IX.)

3819. **Scholz**, Rudolf, Dampfornbrennereibesitzer und Waldbesitzer, Ludwigsdorf, Kreis Neudeck i. Schlesien. (B.-Gr. XV.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Wirth, Georg, Privatförster, Hansen bei Steinau a. O.

Schneider, Willy, Hilfsjäger, Reichensee bei Lippe Hm.

Kleut, Bernhard, Hilfsförster, Sulau.

Brauer, Hermann, H. Förster, Berlin, Eßlinger Straße 65.

Fider, Hubert, Förster, Narnsdorf, Bez. Coblenz.

Marls, Oswald, Revierförster, Gr. Gärden b. Döhrenfurth, Schles.

Rose, Paul, Forstverwalter, Dorfach b. Bültenaltersdorf.

Wolf, Hermann, Förster, Scharojchin, Kr. Dirschau.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 21, 76 je 2 M., Nr. 85 4 M., Nr. 108 11,20 M., Nr. 118 4 M., Nr. 132 9,20 M., Nr. 178 4 M., Nr. 186 8,20 M., Nr. 184, 204 je 4 M., Nr. 236 9,20 M., Nr. 247 8 M., Nr. 260 9,20 M., Nr. 270 4 M., Nr. 286 8 M., Nr. 300 9,20 M., Nr. 308, 332 je 4 M., Nr. 418 2 M., Nr. 420, 467 je 4 M., Nr. 532 9,20 M., Nr. 540, 619 je 4 M., Nr. 695 8,20 M., Nr. 835 9,20 M., Nr. 847 10 M., Nr. 901 4 M., Nr. 939 8 M., Nr. 964 9,20 M., Nr. 1016, 1018, 1040 je 4 M., Nr. 1147 9,20 M., Nr. 1304 4 M., Nr. 1878 10 M., Nr. 1454 9,20 M., Nr. 1496 4 M., Nr. 1513 9,20 M., Nr. 1587 4 M., Nr. 1634 9,20 M., Nr. 1651 8 M., Nr. 1671, 1674, 1737 je 4 M., Nr. 1766, 1769 je 9,20 M., Nr. 1896 4 M., Nr. 1918, 1956 je 9,20 M., Nr. 2145, 2180 je 4 M., Nr. 2219, 2244 je 9,20 M., Nr. 2246 9 M., Nr. 2318, 2331, 2347, 2387 je 4 M., Nr. 2338 9,20 M., Nr. 2389, 2401 je 4 M., Nr. 2412, 2436 je 9,20 M., Nr. 2442 9,25 M., Nr. 2504 8 M., Nr. 2506, 2558, 2581 je 4 M., Nr. 2604 8 M., Nr. 2673 8 M., Nr. 2728 4 M., Nr. 2762 9,20 M., Nr. 3000 4 M., Nr. 3020 9,20 M., Nr. 3032, 3161 je 4 M., Nr. 3220 3 M., Nr. 3281, 3338 je 4 M., Nr. 3370 8 M., Nr. 3377, 3396 je 4 M., Nr. 3480 8 M., Nr. 3484, 3545 je 9,20 M., Nr. 3563, 3582, 3584, 3594, 3605, 3637, 3704, 3711, 3745 je 4 M., Nr. 3763, 3800 je 7 M., Nr. 3807 400 M., Nr. 3812 7 M., Nr. 3814, 3815 je 11 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Der Forstwaisen-Verein 1902/1911.

Als vor nunmehr zehn Jahren Frau Oberlandforstmeister Welsener zusammen mit einer Anzahl von Damen aus den Kreisen preussischer Staatsforstbeamten den Verein ins Leben rief, wagte man kaum auf 2000 Mitglieder und eine Jahresseinnahme von 10000 M. zu rechnen. Welche Befriedigung würde die leider zu früh dahingegangene Begründerin des Vereins empfinden, wenn sie aus dem Abschlusse des Jahres 1911 entnehmen könnte, wie weit die Erwartungen übertroffen sind; denn die Zahl der Mitglieder ist inzwischen auf 4870 gestiegen, die laufenden Einnahmen haben das 25. Tausend überschritten, und überdies ist auch noch das dauernde Fortbestehen des Vereins dadurch gesichert, daß aus

Jahresüberschüssen und Kapitalzuwendungen bereits ein Vermögen von 71 000 M. angesammelt werden konnte. Und dann erst ein Blick auf die lange Reihe der Forstwaisen, denen durch namhafte Beihilfen die Ausbildung für einen Lebensberuf ermöglicht wurde! 116 971 M. 40 S. sind in dem verflossenen Jahrzehnt für diesen Hauptzweck des Vereins verausgabt worden, und daß dies Geld gut angelegt ist, beweist die große Zahl von Dankschreiben und die Befriedigung über die gewonnene selbständige Lebensstellung, die aus diesen Briefen herausgeht. Der Verein hat jährliche Beihilfen zur Ausbildung von 50 bis 500 M., je nach der Lage des Falles, bewilligt und solche einzelnen Forstwaisen oft eine längere Reihe von Jahren hintereinander gewährt. Die

Ausbildung der jungen Damen erfolgte teils zu Lehrerinnen für Schulen jeder Art, für wissenschaftliche Schulen zum Teil sogar auf Universitäten, insbesondere für Lehrerinnen für Handels-, Gewerbe- oder Haushaltungsschulen, zu Gesangs- und Musik-, Turn-, Zeichen-, Handarbeits- und Gartenbau-Lehrerinnen, teils erfolgte sie für praktische Berufe, wie in der Buchführung, auf der Schreibmaschine und im Stenographieren, für den Postdienst als Telephonistin und Telegraphistin, für den Apothekerberuf, in der Schuhmacherei, der Schneiderei, im Wäschnähen, Frisieren, Kochen, Plätten, für Kinderpflege und zu Kindergärtnerinnen, als Stützen, für Krankenpflege und Heilgymnastik. Ferner wurde eine größere Zahl guter Näh- und Strickmaschinen, einmal auch ein Mikroskop beschafft. Endlich haben viele Schulkinder laufende jährliche Unterstützungen von 50 bis 200 M zur Ermöglichung des Besuches besserer Schulen erhalten. Außerdem konnten noch zur Linderung augenblicklicher Not, zur Wiederherstellung und Kräftigung der Gesundheit, insbesondere auch zum Kurzgebrauch und zur zweckmäßigen Durchführung eines Erholungsurlaubs für mitten im Erwerbsleben stehende Forstwaisen in dem verfloffenen Jahrzehnt im ganzen 24 866 M 50 S an Unterstützungen bewilligt werden.

Wenn danach die Entwicklung des Vereins dank der Opferwilligkeit seiner Mitglieder und der Mithilfe der Vertrauensdamen eine sehr erfreuliche ist, so muß andererseits damit gerechnet werden, daß der Verein mit der Zeit immer bekannter und daß gleichzeitig die Ausbildung für die einzelnen Berufsarten immer umfassender und teurer wird, daß sich die Ansprüche an den Verein mit der Zeit also voraussichtlich noch steigern werden, während wir gleichzeitig bezüglich der Einnahme aus den Jahresbeiträgen der Mitglieder bald an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sein werden, da von den höheren preussischen Staatsforstbeamten jetzt schon die weit überwiegende Mehrzahl dem Verein angehört, und da derselbe auch schon über drei Viertel der Inhaber der Försterstellen zu seinen Mitgliedern zählt.

Der Verein muß daher darauf bedacht sein, immer wieder neue Einnahmequellen zu erschaffen. Sehr dankenswert war in dieser Beziehung ein Rundschreiben Seiner Exzellenz von Bobbielski vom 23. Februar 1905, welches es allen Herren Oberförstern nahelegt, ihre Jagdgäste auf die Gelegenheit hinzuweisen, ihrem Dank für in Staatsforstrevieren erbeutete Jagdtrophäen in Form einer Zuwendung an den Forstwaisen-Verein Ausdruck zu geben. Bis jetzt sind aus diesem Anlasse dem Verein in den letzten sieben Jahren im ganzen 22 604 M 45 S an einmaligen Zuwendungen zugeflossen; indessen bleibt gerade diese Einnahmequelle noch sehr steigerungsfähig, da noch sehr viel Jagdgäste dem Verein ihren Dank schuldig bleiben, während andere Herren zum Teil recht erhebliche Beträge gestiftet haben.

Von anderweiten Anlässen zu einmaligen Zuwendungen und von entsprechenden Einnahmen

des Vereins im Jahre 1911 seien als Vorbild zum Nachstreifen folgende herausgegriffen: Rubelgelber und freiwillige Beiträge bei Treib- und Virschjagden, Spielgewinne, verlorene Wetten, Sammlungen bei Kaisersgeburtstag, Familienfesten, geselligen Vereinigungen (bei einem Auerhahnessen in Marienwerder 33 M), bei Holzterminen, Verkauf von Postkarten bzw. Tannenbrüchen bei Forstvereinen (Frau Oberforstmeister Reich 150 M), Forstrendant Weidmann (355 M 50 S), Sammlungen der Frau Forstmeister von Mindwiß-Gr.-Schönebed (210 M), Frau Forstmeister Dandelmann-Cleve (143 M), Frau Forstmeister Hasenpflug (128 M), Forstreferendar Bed für verfertigte Handzeichnungen (40,45 M), Frau Förster Böhl aus einer Verlosung (45 M), Forstaufseher Ewert-Nikolaiken (55 M 50 S), Nevierförster Behr (50 M), auf der Hubertusjagd in Münden (36 M) u. v. a. m.; die Ergebnisse von Verlosungen oder Versteigerungen von Ölgemälden, Photographien und anderen Kunst- und Gebrauchsgegenständen, die von gütiger Hand zu diesem Zweck angefertigt oder zur Verfügung gestellt wurden, Sühnegelder und Bußen für jagdliche und sonstige Vergehen, Spenden von Jagdnachbarn für Beweihe von Rot- und Damhirschen und Rehböden, die über der Grenze verendeten, Zuwendungen für Überlassung von Abwurfstangen, Gebühren für Erteilung der Erlaubnis zur Fühnerjagd, zum Schnepfenzug, zum Krähenschießen u. a. m. (u. a. aus der Oberförsterei Havelberg und durch Herrn Forstmeister Wille von Herrn Hauptmann Riebel 100 M); an Sühnegeldern sind u. a. eingegangen 50 M aus der Oberförsterei Wobed, 30 M aus Bromberg anlässlich der Beleidigung eines Hegemeisters, für Überlassung von Geweißen und Gehörnen haben mehrfach Jagdnachbarn zum Teil erhebliche Zuwendungen gemacht. Schon früher sind dem Verein mehrfach Kassenbestände aufgelöster Vereine zugewiesen worden; der Jagdschützenverein in Wiesbaden, der Verein Waldheil in Neubamm und die Samenhandlung Schulze & Pfeil in Rathenow haben ihm wieder je 100 M, der Märkische Forstverein 250 M, gespendet. Ferner haben schon wiederholt einige Herren Förster, Oberförster und Regierungs- und Forststräte, Regierungssekretäre und Beamte der Zentralverwaltung auf Honorierung von Gutachten und anderen Arbeiten zugunsten des Vereins mit zum Teil größeren Summen verzichtet, und einige der Herren Regierungs- und Forststräte für in ihrem Dienstbezirk erlegtes Wild zum Teil erhebliche Zuwendungen gemacht. Von Seiner Hoheit dem Herzog Friedrich Ferdinand zu Holstein-Glücksburg sind 100 M gespendet worden, und endlich hatte schon früher einmal ein österreichischer Magnat für Benutzung eines Weges zur Automobilfahrt einen namhaften Betrag gestiftet.

Einen Überblick über das Interesse, welches dem Verein entgegengebracht wird, gibt die folgende Zusammenstellung von der Zahl der Mitglieder den eingegangenen Beträgen und als Vergleichungsmaßstab von der Anzahl der etatsmäßigen Försterstellen nach Vertrauensdamenbezirken für das Jahr 1911:

Jahres-Übersicht.

Vertrauensbamen- bezirk	Zahl der etat- mäßigen Förster- stellen	Zahl der Mitglieder		Einnahmesoll für 1911					
		überhaupt	darunter Forstbeamte vom Revier- förster abwärts	an laufenden Jahresbeiträgen der Mitglieder		an einmaligen Zuwendungen (Fubelgelber, von Jagdgästen für Jagdtrophäen u. aus sonst. Anläss.)		im ganzen	
				M	S	M	S	M	S
Königsberg	144	136	116	328	—	212	—	540	—
Gumbinnen	157	122	87	397	50	103	35	500	85
Allenstein	205	199	138	568	50	202	30	770	80
Danzig	147	144	118	425	—	251	20	676	20
Ranienwerder	292	443	372	1197	—	469	—	1666	—
Potsdam	238	216	167	681	75	694	25	1376	—
Oberswalde	—	47	15	217	—	45	—	262	—
Frankfurt a. O.	244	230	180	705	—	285	50	990	50
Stettin	135	167	126	617	—	913	50	1530	50
Pöslin	94	115	88	350	—	81	35	431	35
Stralsund	50	79	67	293	—	28	50	321	50
Posen	116	153	127	485	—	71	05	556	05
Bromberg	136	171	145	467	—	261	90	728	90
Breslau	110	132	103	405	50	176	50	582	—
Begnitz	42	38	19	147	—	—	—	147	—
Oppeln	107	106	82	290	—	23	—	313	—
Magdeburg	100	131	104	407	—	143	—	550	—
Merseburg	124	188	154	542	—	405	50	947	50
Erfurt	76	121	96	352	—	48	—	400	—
Schleswig	60	73	49	293	65	226	50	520	15
Hannover	101	135	98	492	—	78	—	570	—
Süßesheim	183	262	202	724	50	327	15	1051	65
Hann.-Münden	—	30	11	92	—	36	—	128	—
Emmaburg	105	142	113	507	—	145	—	652	—
Stade	29	34	26	146	—	85	80	231	80
Osnabrück-Murich	25	37	31	103	—	123	35	226	35
Minden-Münster	78	87	69	271	70	153	50	425	20
Münster	42	44	29	150	—	45	—	195	—
Kassel	404	443	356	1181	—	251	—	1432	—
Biesbaden	106	134	66	697	—	380	—	1077	—
Coblenz	78	96	79	298	—	92	—	390	—
Düsseldorf	41	63	51	234	—	403	30	637	30
Cöln	26	30	25	85	—	37	30	122	30
Erier	117	135	103	424	—	116	16	540	16
Nachen	57	69	56	226	—	31	—	257	—
Berlin	—	34	—	436	—	42	60	478	60
Hoflammer	82	84	61	324	—	14	—	338	—

Irrtümlich sind an den Schriftführer statt an die Vereinsbank (die Kur- und Neumärkische Ritterchaftliche Darlehnskasse, Berlin, Wilhelmplatz 6) oder die Vertrauensbamen folgende Beiträge abgesandt: von Frau Oberförster Wendt zu Ritzkau 18 M 5 S, Försterbeiträge aus Oberförsterei Grimnitz 36 M, von Frau Oberförster Elie Voigt 20 M; aus der Oberförsterei Friedrichsfelde 3 M; Fubelgelber von Frau Baronin von Schorlemer 8 M 80 S; von L. Grunach-Berlin 18 M 85 S.

Allen hochherzigen Gönnern einen Weidmannsbund und die Bitte, des Forstwaisen-Bereins auch in Zukunft zu gedenken.

Berlin, im Februar 1912.

Der Schriftführer: **Wrobel**, Landforstmeister.

Berein Waldeck-Pyrmont Forstbeamten.

1. Etwa noch rückständige Beiträge zum Vereinsblatt sowie Jahresbeitrag pro 1912 bitte ich recht bald dem Herrn Hauptkassierer befallgeldfrei einzusenden.

2. Zu stellende Anträge unserer Ortsgruppen zur Tagesordnung der Hauptversammlung werden, schriftlich begründet, an den Unterzeichneten bis spätestens 15. April d. Js. erbeten.

3. Der Forstaufsicher-Anwärter Strüning zu Arolsen ist als Mitglied aufgenommen.

C o r b a c h, den 24. März 1912.

D e b e s, Vereinsvorsitzender.

Montag, den 1. April d. Js., vormittags 11 ½ Uhr, Versammlung im Gasthaus zum „Rosenkloßchen“ zu Bad Wildungen. Tagesordnung:

1. Hebung von Beiträgen für 1912. 2. Besprechung der zu stellenden Anträge zur Generalversammlung des Hauptvereins. 3. Verschiedenes. Diejenigen Herren, welche an der Versammlung nicht teilnehmen, werden gebeten, die betr. Beiträge (3 Mk.) bis zum 10. April an den Ortsgruppenkassierer post- und bestellgeldfrei einzufenden. Der Vorsitzende.

Ortsgruppe Corbach. Am Tage der Gehaltszahlung, nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Gasthof „Zum goldenen Engel“ zu Corbach.

Tagesordnung:

1. Klingelbeutel.
2. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befegung gelangende Forstbienststellen in Preußen. 261. — Gemeindefestenerverrecht der preussischen Förster und Försteranwärter. 261. — Die Wirkungen der Dürre des Jahres 1911 auf den Wald. (Fortsetzung.) 263. — Zur künstlichen Nachjucht der Eiche. Von Esser. 266. — Einfuhr fremder Kiefernzapfen und fremden Kiefernsaamens. 267. — Aus Elsaß-Lothringen. 267. — Das Preussische Förster-Jahrbuch für 1912. 269. — Einrichtung von Abteilungen der Forstberatungsstelle der Landwirtschaftskammer für Pommern. 269. — Wer junge Forstleute anzustellen sucht. 270. — Amtlicher Marktbericht. 270. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen. 270. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps. 271. — Brief- und Fragekasten. 271. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 273. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 275. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 277. — Inserate.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit dieser Nummer schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die **Deutsche Forst-Zeitung** mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Feierabende** (Seite 101 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beiblättern: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk in Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Fedele** (Seite 104 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis 3 Mark 50 Pf. pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. April bis 30. Juni 1912, sofort anzugeben, damit in der regelmäßigen Zusendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einsendung des Betrages für Abonnement und Frankatur.

Neudamm, im März 1912.

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Verlag von J. Neumann, Neudamm.

Am Sonnabend, dem 30. März, werden herausgegeben die ersten Exemplare des Werkes

Preussisches Förster-Jahrbuch 1912 (Band III).

Ein Ratgeber und Adreßbuch für die
preussischen Kron- u. Staats-Forstbeamten.

Ladenpreis fest geheftet 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der Forstzeitung einzeln 2 Mk. 30 Pf., in Partien 5 Stück und mehr an eine Adresse je 2 Mk. 10 Pf., 10 Stück und mehr an eine Adresse je 2 Mk.

Mit genanntem Tage beginnt der Versand. Die zahlreichen Partiestellungen aus **Königlichen Oberförstereien** und den **Gruppen des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten** werden zuerst abgeschickt. Die Einzelaufträge werden sodann in der Reihe ihres Einganges ausgeführt. Da bereits eine größere Anzahl Aufträge vorliegt, bitten wir die verehrlichen Besteller nicht vor Freitag, den 5. April, Fehlmeldungen an uns gelangen zu lassen. Die Herren aber, welche das **Preussische Förster-Jahrbuch** noch nicht bestellt, werden gut tun, ihre Aufträge schleunigst anzugeben, damit Lieferung im Laufe der nächsten Woche erfolgen kann.

Zu beziehen gegen Einsendung des Betrages franko, unter Nachnahme mit Portozuschlag durch jede Buchhandlung wie auch durch

die Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabend.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Hyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 5 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 5 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingelangten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verleger auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 14.

Amsterdam, den 7. April 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- **Oberförsterei Frankenau** im Regierungsbezirk Cassel ist voraussichtlich zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. April eingehen.
- **Oberförsterei Salsfeld** im Regierungsbezirk Wiesbaden ist voraussichtlich zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. April eingehen.
- **Oberförsterei Barthewald** im Regierungsbezirk Posen ist voraussichtlich zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. April eingehen.
- **Försterei Eisergrund** in der Oberförsterei Zävenitz, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungsgesuche sind bis zum 15. April einzureichen.
- **Försterei Mörting** in der Oberförsterei Alt-Chrißburg, Regierungsbezirk Königsberg, gelangt zum 1. Juli 1912 zur Neubesetzung. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an nutzbarem Dienstland etwa 19 ha. Die Schule ist in Mörting. Bahnstation: Chrißburg oder Saalfeld etwa 10 km ab.
- **Försterei Peterswalde** in der Oberförsterei Landeck, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen. Die Stelle liegt 5 km von Landeck; evangelische Schule und katholische Kirche in Peterswalde 3,5 km; evangelische Kirche in Prüßtenwalde 3 km; Dienstland 14,303 ha Alder, 3,183 ha Wiese, Nutzungsgeld 87 M., Dienstaufwandsentschädigung 250 M. jährlich. Meldefrist: 1. Mai.
- **Försterei Sören** in der Oberförsterei Kiel, Regierungsbezirk Schleswig, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungsgesuche sind bis zum 20. April einzureichen.
- **Försterei Wippershain** in der Oberförsterei Hersfeld-Wippershain, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juni 1912 zu besetzen.

Forstliche Tagesfragen.

Zapfensammeln — Samenausbeute aus den Zapfen — Zapfenstreifensaft — Selbstkostenpreis der Pflanzen — Anlegung von forstlichen Merkbüchern — die Trockenheit von 1911 — Waldbrände und Waldbrandstatistik.

Von Oberförster Kurt Troß, Dambrau D.-S.

Vortrag, gehalten in der Bezirksgruppe VI des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Oppeln am 6. Januar 1912

(Schluß.)

Wir kommen nun zur Erörterung „des Selbstkostenpreises der Pflanzen“.

Im „Forstwissenschaftlichen Zentralblatt“ erschien 1909 eine Abhandlung über „Die Baumschule von S. S. Wein in Haldenbühl (Holstein)“ von dem Königlich bayerischen Forstamtsassessor von Reippenstein. Darin war u. a. gesagt:

„Seit Jahren beschäftigt mich schon der Gedanke: Die Pflanzenzucht, wie sie die bayerischen Forstämter betreiben, stellt sich als eine kostspielige Liebhaberei dar, der Pflanzenbedarf sowohl für den Staatswald wie zur Abgabe an Gemeinden muß durch Bezug von leistungsfähigen Pflanzenzüchtereien gedeckt werden.“

Meine Herren! Da man solcher Ansicht auch häufig in unseren Kreisen begegnete, gab mir dies die Veranlassung, bei dem in Dambrau im Jahre 1910 abgehaltenen Lehrkursus für Privatforstbeamte die Frage über die Produktionskosten der Pflanzen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Vorweg möchte ich bemerken, daß die Verhältnisse zur Berechnung der Rentabilität eines Pflanzgartens deshalb äußerst ungünstig lagen, weil dieser auf einem, wenig humosem Sand 3. bis 4. Klasse auf einer Nordlehne gelegen und die Einsaat überdies unter Vogelfraß gelitten hatte. Die Größe des Gartens war 40×40 m, somit 1600 qm oder 16 a. An Kosten für die Anlegung entstanden:

für 160 lfd. m Drahtgeflecht aus Theresienhütte bei Tillowitz, D.-S.	46,08 M
für 56 kieferne Rundpfähle	16,80 „
für die Baunaufstellung	11,20 „

in Sa. für die Umzäunung 74,08 M
oder pro lfd. m 0,46 M.

Da der Saatkamp doch mehrere Jahre benutzt wird, kann man füglich die für die Umzäunung entstandenen Kosten nicht einer einzigen Jahresnutzung in ganzer Summe anrechnen, sondern nur anteilig. Es wurde nun unterstellt, daß der Baum fünf Jahre bestehen bleibt und das Drahtgeflecht dann noch einmal an anderer Stelle fünf Jahre Verwendung findet.

Der Jahresbetrag für die Drahtgeflechtkosten wurde daher mit $\frac{46,08}{10} \text{ M} = 4,61 \text{ M}$ eingesetzt.

Weiter wurde angenommen, daß die kiefernen Pfähle nach Ablauf von fünf Jahren nicht wieder Verwendung finden, aber deren Verlauf die Abbruchkosten deckt.

Der Jahresbetrag dafür berechnet sich somit auf $\frac{28,00}{5} \text{ M} = 5,60 \text{ M}$

Das Hektar Holzboden im Dambrauer Revier brachte im Durchschnitt des Trienniums 1907/09 36,43 M Reinertrag;

demnach berechnet sich die jährliche Pflanzmiete für die 16 a auf 5,83 „
Das Umgraben der Fläche kostet . . . 35,80 „
oder pro Quadratmeter 2,24 „
Die Einsaat 17,40 „

Die vorbezeichneten Aufwendungen in Höhe von Sa. a) 69,24 M wurden, je nach dem Flächenanteil, welchen die einzelnen Pflanzorten im Saatkamp einnahmen, diesen zur Last gelegt.

Wie schon bemerkt, war die Größe des Saatkampes 1600 qm

Von diesen entfielen:

auf Beetgänge und Hauptwege . . 118 „
so daß 1482 qm
für die Pflanzenzucht benutzt wurden.

Hiervon nahmen ein:	mit	
	Einsaatmenge kg	Kostenbetrag M
67 qm die Rotelche	17,5	2,10
474 qm die Bankkiefer	1,3	52,00
376 qm die Gem. Kiefer	2,0	9,60
365 qm die Fichte	2,0	4,40
200 qm die Weißtanne	1,5	0,90

In Sa. 1482 qm Samenkosten Sa. b) 69,00

Die Gesamtausgaben für die Pflanzenerziehung betrugen somit Sa. a + b = 138,24 M.

Pflanzen wurden gewonnen:

von der	Stück	mit einem Kosten- aufwand von	oder Selbst- kosten pro 1000 Pflanzen	gegenüber dem Handels- preis pro 1000 Pfl. von
		M	M	M
Roteiche .	754	5,55	7,13	8,50
Bantstiefer	57163	74,16	1,82	3,20
Gem. Kiefer	87122	26,91	0,31	1,30
Fichte .	35260	21,02	0,59	1,60
Weißtanne .	8128	10,60	1,31	2,00

In Sa. Ausgabe . 138,24

Rechnen wir nun den Wert der erzeugten Pflanzen im Handelspreis und ziehen hiervon die aufgewendeten Kosten ab, so erhalten wir den Reinerüberschuß, welchen der 16 a große Saatkamp ergab.

Sonach:	pro 1000 M	Pflanzenwert in Sa. M
754 Roteichen .	8,50	6,40
57163 Bantstiefen	3,20	182,92
87122 Gem. Kiefern	1,30	113,26
35260 Fichte .	1,60	56,42
8128 Weißtanne .	2,00	16,26

in Sa. 375,26

hiervon die Ausgaben Sa. von 138,24 in Abzug bleibt ein Reingewinn von . 237,02 für 16 a Fläche, oder 14,81 M pro a, oder 379 M pro Morgen.

Zieht man weiter noch in Betracht, daß beim Pflanzenbezug von außerhalb noch die Fracht- und Verpackungskosten zu dem Pflanzenankaufpreis hinzukommen und der Anbauerfolg zweifelhafter gegenüber den einheimisch erzeugten Pflanzen ist, so werden Sie, meine Herren, mit mir wohl darin übereinstimmen, daß die Selbst-erziehung des Pflanzenbedarfs immerhin lohnend ist. Sollte noch irgend welche Auskunft zu dem Vorgetragenen gewünscht werden, so bin ich jederzeit in der Lage und gern bereit, diese auf Grund meines Merkbuches, welches ich vor 33 Jahren angelegt und seitdem ununterbrochen mit Notizen versehen habe, zu geben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch Ihnen, meine Herren, dringend empfehlen — und, ich spreche, wie Sie sehen, aus langjähriger Erfahrung —, sich ein solches

forstliches Merkbuch

anzulegen.

In der Ausübung des Dienstes begegnen so häufig dem Forstmann und Jäger, welcher offenen Auges Wald und Flur begeht, interessante Erlebnisse oder Naturerscheinungen, auch sammelt er zu der Praxis und Theorie des Faches Erfahrungen, die, wenn sie nicht unter dem

frischen Eindruck notiert werden, dem Vergessen und damit dem Verlorensein anheimfallen.

Aber auch die genaueste Notiz, z. B. in einem Forstkalender, nützt nicht viel, wenn man nicht im Augenblick des Bedarfs von ihr Gebrauch machen kann.

Jeder hat es gewiß schon an sich erlebt, daß er über irgend eine Sache eine Notiz gemacht hatte und diese trotz eifrigsten Suchens nicht fand.

Das wird bei der Anlegung eines „Merkbuches“ nach meinem System vermieden.

Vorausgeschickt sei, daß das Buch nicht darauf berechnet ist, es bei sich in der Tasche als Notizbuch mitzuführen, denn dazu würde ein genau 800 Quartseiten umfassendes Buch, wie ich Ihnen ein solches hier zeige, doch etwas zu voluminös sein. Nein, das Buch soll gewissermaßen ein selbstverfaßtes Nachschlagebuch zum Gebrauch im Hause sein.

Sie tragen darin alles das ein, was Ihnen bemerkenswert erscheint, sei es über Tagesleistungen der Arbeiter, gezahlte Akkordlöhne, Verdienst bei den verschiedenen Arbeiten, gemachte botanische oder zoologische Beobachtungen, auch Naturerscheinungen oder außergewöhnliche Vorkommnisse, Schlagelöhne, Hiebsergebnisse, Samen- und Kulturkosten, kurzum Erfahrungen, die Sie persönlich sammeln oder die, von anderen gemacht, Ihnen wert erscheinen, notiert zu werden. In letzterem Falle muß aber auch bemerkt sein, von wem die Erfahrung herrührt.

Es würde aber nun ein greuliches Durcheinander entstehen, wenn Sie diese Notizen, welche Sie im Laufe der Zeit aus dem forstlichen jagdlichen und sonstigen Gebiet sammeln, hinter einander in das Buch eintragen würden.

Es ist daher nötig, daß man von vornherein in dem Buch eine gewisse Ordnung in der Raumzumeßung für die einzelnen Gebiete schafft.

Man trägt z. B. ein von Seite

1 bis 200 Forstliche Angelegenheiten

201 „ 400 Jagdliche „

401 „ 600 Fischerei „

601 „ 800 Verschiedene „

Es genügt, wenn bei dem Buch, vielleicht getrennt durch andersfarbige Blätter, 8 Abteile zu je 100 Seiten geschaffen werden und die Gliederung des Stoffes jedem Besitzer selbst nach seinem Bedarf überlassen bleibt.

Außer der Stoffverteilung ist aber auch die Anlegung eines Inhaltsverzeichnis dringend nötig. Erst dadurch wird die richtige Gebrauchsfähigkeit herbeigeführt.

Zur Erleichterung des späteren schnellen Findens einer früher gemachten Notiz dient auch, daß man dieselbe Sache unter mehreren Stichwörtern einträgt.

Man habe beispielsweise, zur späteren Bemessung von Akkordlöhnen, festgestellt, in wieviel

Arbeitsstunden bzw. Tagen ein Saatkamp von einer bestimmten Größe umgegraben worden ist. Dafür ließen sich folgende Stichworte im Inhaltsverzeichnis anwenden:

- unter A Akkordlöhne für Bodenarbeit
- " B Boden-Umgraben
- " S Saatkamp-Umgraben
- " S Stundenleistung beim Boden-Umgraben
- " T Tagesleistung beim Boden-Umgraben.

Es würde zu weit führen, wollte ich Ihnen das ganze Inhaltsverzeichnis meines Merkbuches vorlesen; daselbe liegt für Interessenten zur Einsicht auf dem Tische aus, doch kann ich es mir nicht versagen, Ihnen wenigstens eine Buchstabenliste des Inhaltsverzeichnisses bekanntzugeben, weil Sie dadurch einen verstärkten Eindruck über den Nutzen eines solchen Buches erhalten. Unter dem Buchstaben „B“ findet sich beispielsweise verzeichnet:

- Baustiefen, Körner pro Kilogramm, Samenverbrauch.
- Bauholz-Anfertigung, Bezeichnungen.
- Bauminhalt zu Schaftinhalt.
- Baumspähle — Inhalt, Werbelosten, Preis.
- Befanden von Saatstreifen.
- Befandesgassen-Ermittlung, Sortiment-Verteilung.
- Birchahn-Balz, Mageninhalt.
- Birten-Durchforstungsergebnisse.
- " Reifig-Verlauf nach Gewicht.
- " Stangen — Inhalt, Gewicht.
- Bleimennige gegen Vogelfraß.
- Boden — Ausfuhr auf die Wiesen.
- " Auswerfen obm Tagesleistung.
- " Werfen der Saatstreifen.
- " Fortbewegung auf der Feldbahn.
- Brand-Enten, Mageninhalt.
- Brennholz - Durchforstungserlöse, -Verfrachtung nach Breslau.
- Bretter — Inhalt, Preise, Verschnitt.
- Briefliche Tabletten gegen Kaninchen.
- Brombeerlaub zur Wildfütterung.
- Brüden-Belag, -Anfertigung, -Anfuhr-Dauer.
- Buche, durch eisernen Ring in 63 cm Höhe umschlossen.
- Buchedern — Gewicht pro Hektoliter.
- Buhnenpähle — Preiskalkulation.
- Buntspecht — mittleren beobachtet.
- Bürbe — eine fast durchsch. 1 jähr. Riefen.
- Bürbe — Feiertabholz der Holzschläger, Gewicht, Inhalt.

Diese Stichwortverlesung gibt Ihnen ein kaleidoskopartiges Bild von der Zusammensetzung eines solchen Merkbuches. Es war nur eine kleine Probe von den zurzeit in meinem Buch verzeichneten 457 Kennworten.

Meine Herren, die Freude an solchem Merkbuch wächst mit jeder Eintragung, denn mit jeder solchen: steigert sich auch der praktische Gebrauchswert des Buches, zumal die gesammelten Erfahrungen um so wertvoller sind,

als sie aus Verhältnissen des eigenen Wirkungskreises entstammen.

Meine Herren! Wäre ich nicht durch Zufall in den Besitz eines Buches mit 800 unbeschriebenen Seiten gekommen, würde ich jedenfalls niemals ein Merkbuch angelegt haben.

Also erst nach der Beiseitigung eines geeigneten Buches kam der Entschluß zur Führung eines forstlichen Merkbuches.

Wie es mir seinerzeit ergangen, dürfte es aber heute anderen auch noch ergehen.

„Schafft nur erst das Pferd, dann will ich schon reiten.“ Deshalb, glaube ich, würde es ein verdienstvolles Beginnen unserer bewährten forstlichen Verlagsbuchhandlung von J. Neumann in Neudamm*) sein, wenn sie durch die Schaffung solcher Merkbücher Gelegenheit böte zu deren Erlangung und dadurch weitere Kreise zu deren Anlegung veranlassen würde. Ihnen allen aber, meine Herren, rate ich dringend die Anlegung eines forstlichen Merkbuches zu Ihrer eigenen Freude, zur fortschreitend wachsenden Erleichterung der Dienstgeschäfte wie zum Nutzen der Ihnen unterstellten Forsten und der Allgemeinheit.

Wenn ich nun auf

die Trockenheit von 1911

zu sprechen komme, so kommt es mir hauptsächlich darauf an, Ihnen die Größe der Fehlsomme zu der Niedererschlagsmenge des verfloßenen Sommers zahlungsmäßig vor Augen zu rufen. Nach dem meteorologischen Monatsbericht in der „Schlesischen Zeitung“ Nr. 634 vom 4. September 1911 ergab sich für die drei Sommermonate Juni, Juli und August ein Fehlbetrag von 130,6 mm Regen. Es ist interessant, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Wassermenge das eigentlich vorstellt.

1 cbm Wasser wiegt bei 4° C 1000 kg oder 20 Zentner. Da 1 m 1000 mm enthält, kommen auf jedes Millimeter Höhe 1 kg oder pro Hektar 10 000 kg oder 200 Zentner.

Wenn wir nun erfahren, daß 130,6 mm weniger Regen gefallen ist, so stellt dies pro Hektar eine fehlende Wassermenge von 130,6 · 10 000 = 1 306 000 kg vor. Um dieses Wasser heranzuschaffen, würden 131 Waggons zu 200 Zentner erforderlich sein; ein Quantum, welches etwa drei Eisenbahn Güterzüge befördern müßten.

Jeder preußische Morgen hat in unserer Gegend genau gerechnet 333 422 kg Wasser weniger als im Durchschnitt der Jahre erhalten, das sind 6668 Zentner. Hätte man diese beispielsweise für einen Saatkamp von 1 Morgen (0,2553 ha) Größe durch Wasseranfuhr ergänzen

*) Die Firma J. Neumann ist zur Anfertigung solcher Merkbücher gern bereit und bittet etwaige Wünsche sowie weitere Vorschläge der Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“ zu übermitteln.

wollen, so würden für die Monate Juni, Juli und August, also innerhalb 92 Tagen, 222 Gespannleistungen erforderlich gewesen sein. Geseht nun, das angefahrne Wasser hätte in Gießlammen mit je 10 Liter Inhalt vertragen werden müssen, so würden in Summa 33 342, oder täglich 362 solcher Wasservassern zu 20 Pfund Gewichtsinhalt erforderlich gewesen sein.

Obige Zahlen stellen aber nur den Fehlbetrag an Niederschlagsmengen für die drei Monate Juni, Juli und August vor.

Tatsächlich bestand aber die Trockenheit und regenlose Zeit schon von Ende Mai ab.

Hierzu fehlen mir für unsre engere Heimat die statistischen Zahlen.

Aber nach einer sehr interessanten Veröffentlichung des Direktors bei dem Kaiser Wilhelm-Institut für „Landwirtschaft in Bromberg“ in Nr. 817 der „Schlesischen Zeitung“ vom Dezember v. Jz. „Wasser und Düngung“ von Professor Dr. Gerlach, sind bei den beiden Versuchsgütern Rocheln und Penikow vom April bis September 267,2 mm weniger Niederschläge als in der gleichen Zeit des Vorjahres gefallen.

Das sind pro ha 2672000 Kilogramm oder 267 Eisenbahnwaggons zu 200 Zentner!

Meine Herren! Erst wenn man sich solche oder ähnliche Zahlen vor Augen rückt, lernt man die menschliche Ohnmacht gegenüber den gewaltigen Kräften der Natur einsehen und gottesfürchtig bekennen:

„Mit unserer Macht ist nichts getan.“

Durch die entsehlliche Trockenheit im verfloßenen Jahre ist eine Senkung des Grundwassers entstanden, welche für die gesamte Wasservirtschaft von schwerwiegender Bedeutung ist, denn es können wieder Jahre vergehen, bis das Wasser im Boden und der für unsere Wasserversorgung „eiserne“ Bestand sich wieder erholt hat.

Die Bedeutung des Wassers für unsere Waldbäume wird uns so recht klar vor Augen gerückt, wenn wir das Frisch- und Trockengewicht der Hölzer gegenüberhalten. Denn was bei Holz an Gewicht verloren geht, das ist sein Wassergehalt, und es lohnt sich wohl, daß wir uns einmal vergegenwärtigen, welche riesige Menge von Wasser in einem Holzbestand enthalten ist.

Ein 100jähriger Kiefernbestand III. Ertragsklasse hat nach Schwappach's „Normal-Ertrags-tafel“ für die Kiefer in der norddeutschen Tiefebene „pro Hektar 621 Kiefern mit 401 fm Gesamtmasse. Hiervon entfallen

354 fm auf das Derbholz

47 „ „ „ Reisholz

S. w. o.

Nach meinen Untersuchungen wiegt durchschnittlich bei der Kiefer

1 Festmeter vom	frisch gefällt kg	walbtrocken kg
Derbholz . . .	761	426
Reisholz . . .	916	356

Bis zum walbtrockenen Zustand, der etwa in 1½ bis 2 Jahren erreicht ist, verliert

1 Festmeter	an Wassergehalt kg
Derbholz	335
Reisholz	560

Das sind für den Hektar des vorher bezeichneten 100jährigen Kiefernbestandes berechnet 144 910 kg.

Damit ist aber noch nicht der Wassergehalt des Holzes erschöpfend angesprochen, denn die wissenschaftlichen Untersuchungen haben ergeben, daß das lufttrockene Holz immer noch etwa 12 % Wasser enthält, welches nur durch künstliche Hitze entfernt werden kann.

Berechnen wir auch diese 12 % von dem gefundenen Walbtrockengewicht, so erhalten wir noch die stattliche Summe von 20 104 kg. Die Gesamtsumme des Wassergehaltes beträgt somit 165 014 kg.

Der 100jährige Kiefernbestand enthält sonach 147 432 kg Trockensubstanz *) 165 014 „ Wasser

i. Sa. 312 446 kg Grüngewicht.

Von der Summe des Gewichts nimmt das Wasser über die Hälfte (genau 52 %) für sich in Anspruch. **)

Jede einzelne der 621 Kiefern des Bestandes enthält 265 kg — also über 5 Zentner — Wasser.

*) Diese Trockensubstanz würde (berechnet nach Dr. Ernst Ebermayer „Physiologische Chemie der Pflanzen“, Berlin, Verlag von Julius Springer) 788 kg Reinalche ergeben. Bei der Ernte eines solchen 100jährigen Kiefernbestandes werden dem Boden pro Hektar folgende Mineralstoffe entzogen:

402 kg Kalkerde,	aus je 100 kg Grün-gewichts-Holzmasse würde man also 252 g Mineralstoffe erzielen. Man könnte somit die Masse von einer Kiefer, mit einem Grüngewicht von 503 kg, in einer etwa 2½ Pfund (1,288 kg) schweren Kiste wegzutragen.
141 „ Kali,	
83 „ Magnesia,	
68 „ Phosphorsäure,	
32 „ Schwefelsäure,	
25 „ Kieselsäure,	
21 „ Manganoxyd-orydul,	
12 „ Natron,	
4 „ Eisenoxyd.	

**) Der Prozentteil, welchen das Wasser einnimmt, ist aber anders nach dem Volumen berechnet; da sind:

147 432 kg Holzstoff = 94,508 cbm (da dieser 1,56 spez. Gewicht hat)

165 014 kg Wasser = 165,114 cbm
somit Lustraum = 141,478 cbm

i. Sa. w. o. 401,000 cbm

Hiernach: 24 % Holz, 41 % Wasser und 35 % Luft.

Nun, meine Herren, hiernach begreifen wir wohl, wie bitter notwendig das Element des Wassers für unsern Wald ist.

Überall war an den Beständen der Wassermangel sichtbar, die Kiefernsonnungen zeigten welle spitze Triebe, flachwurzelnde, in den Kulturen befindliche Pflanzen, wie die Fichten, gingen zum größten Teil ein, die kleinen Standortsgewächse und die Gräser verwelkten. Die Folge war, daß

Waldbrände, auf welche ich jetzt zu sprechen komme, sehr häufig stattfanden.

Die „Deutsche Forst-Zeitung“ hat eine besondere Rubrik über vorgekommene Waldbrände eingerichtet. Auch in unserem engeren Bezirk waren solche wiederholt; allein in der Oberförsterei Dambrau sieben, darunter drei an einem Tage durch böswillige Brandstiftung, zwei Brände waren durch fahrlässigen Umgang mit Feuer durch Waldbesucher, zwei durch Funkenauswurf von Lokomotiven der Eisenbahn entstanden.

Zur Förderung einer umfangreicheren und mehr zuverlässigen

Waldbrandstatistik

dürfte es beitragen, wenn die „Deutsche Forst-Zeitung“ in Neubamm zur Zeit der Waldbrände vorgebrachte Waldbrand-Anzeigekarten — nach Art der Bücher-Bestellkarten — einigen Nummern beifügen möchte.

Die Karten könnten außer der Adresse: An die Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“ noch etwa folgenden Vordruck haben:

Waldbrandanzeige.

Regierungsbezirk
Kreis
Ort
Ramen des Revieres
Besizers
Waldbrand am:
Flächenausdehnung
Bestandsbezeichnung
Ist Abtrieb erforderlich
Entstehungsursache
Ort

Ramen und Stand des Anzeigers.

Ihnen allen aber, meine Herren, wünsche ich zum Schluß, daß Sie nicht so bald Veranlassung haben möchten, eine solche Anzeige abzuschicken.

Mitteilungen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Budgetkommission beriet kürzlich die auf Besserstellung der Altpensionäre gerichteten Anträge, die wir unseren Lesern bereits in Nr. 8 auf Seite 160 mitgeteilt haben.

Eine gesetzliche Regelung, die Rechte gewähre und nicht auf Gnade verweise, wurde vom Finanzminister abgelehnt. Besser seien Unterstützungen, die man nicht schematisch zu geben brauche. Ob dafür neue Grundsätze aufzustellen seien, könne nur im Einvernehmen mit allen Ressorts und mit dem Reiche erwogen und entschieden werden. Die Kosten würden, je nach der verschiedenen Art der Regelung, 35 Millionen oder 21 Millionen oder 10 Millionen betragen. — Nach Ablehnung aller übrigen Anträge nahm die Budgetkommission folgende konservative Entschließung an:

„Das Haus der Abgeordneten aufzufordern, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, 1. die Voraussetzungen und die Bemessung der aus den Fonds für Altpensionäre zu gewährenden Unterstützungen, sowie das Verfahren zur Feststellung der persönlichen Verhältnisse durch allgemeine Grundsätze zu regeln und diese Grundsätze dem Hause der Abgeordneten noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung mitzuteilen, 2. die für die pensionierten Lehrer aus der früheren Berechnung des Wohnungswertes entstandenen Härten besonders zu berücksichtigen, 3. dafür Sorge zu tragen, daß bei der Feststellung der persönlichen Verhältnisse der Altpensionäre jede unnötige Belastung vermieden wird, 4. im laufenden Jahre die erforderlichen Übersetzungen der betreffenden Fonds

eintreten zu lassen und in den folgenden Jahren die Fonds entsprechend zu erhöhen.“

In der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses am 28. d. Mts. bedauerte der Abgeordnete Windler vor Eintritt in die Tagesordnung, daß das Haus nicht in der Lage sei, die Lage der Altpensionäre noch vor den Osterferien im Plenum zu behandeln. Er bat, diesen Gegenstand sofort nach den Osterferien vor das Plenum zu bringen, und ersuchte die Regierung, auf Grund des Beschlusses der Budgetkommission die Vorarbeiten für die dem Abgeordnetenhaus später mitzuteilenden Grundsätze so zu beschleunigen, daß sie dem Hause zu derselben Zeit zugehen, als wenn die Sache vor Ostern behandelt worden wäre.

5

— **Postmarkenzulage.** Im Reichstage haben Zentrum, Polen und Sozialdemokraten bei der zweiten Lesung des Postetats trotz des lebhaften Widerstandes des Staatssekretärs die Postmarkenzulagen für die Postbeamten gestrichen. Wenn bis zur dritten Lesung keine Verständigung erzielt werden kann, wird danach 6000 Beamten ein Zehntel ihres Einkommens vom 1. April d. J. ab genommen. Wir können aber nicht glauben, daß es dahin kommen wird. Es verlautet auch, daß eine Einigung angestrebt wird, die dahin geht, allen mittleren und unteren Reichsbeamten solche Zulagen in allen sprachlich gemischten Gegenden des Reichs zu gewähren. Eine derartige Regelung, der vermutlich Preußen später folgen müßte, scheint die Zustimmung des Zentrums zu finden, da die Zulagen dadurch ihres ostmärkischen Charakters entkleidet würden.

Berichte.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Vizepräsident Dr. Porsch: Ich eröffne die Besprechung über Tit. 22 i. Damit wird in der Besprechung der Antrag der Abgeordneten Aron-John und Genossen, betreffend Naturdenkmäler, Drucksache Nr. 130, verbunden.

Das Wort hat der Abgeordnete Wenke.

Wenke, Abgeordneter (fortschr. B.-P.): Meine Herren, es ist meine Aufgabe, hier den Antrag Nr. 130 der Drucksachen, welcher lautet: die königliche Staatsregierung um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zum Schutze der innerhalb der preussischen Monarchie vorhandenen Naturdenkmäler zu ersuchen

zu begründen. Ich habe mir bereits im vorigen Jahre bei der Beratung der Mittel für die Staatsstelle für Naturdenkmalspflege erlaubt, darauf hinzuweisen, daß ich ein Gesetz zum Schutze der Naturdenkmäler für unbedingt erforderlich halte, und soviel mir bekannt ist, steht ja auch der Leiter der Staatsstelle für Naturdenkmalspflege, Professor Conwentz, auf demselben Standpunkt.

Meine Herren, Heimatschutz und Naturdenkmalspflege greifen stark ineinander. Die Naturdenkmalspflege ist ja eigentlich nur ein Teil des Heimatschutzes. Es ist sicherlich sehr erfreulich, daß der Heimatschutzgedanke in weiten Kreisen der Bevölkerung sehr stark an Boden gewonnen hat, und das Interesse, das man dem Heimatschutz entgegenbringt, hat ja auch schon zuwege gebracht, daß auf dem Wege der Gesetzgebung im Interesse des Heimatschutzes einiges geschehen ist. —

Über den Begriff der Naturdenkmalspflege gehen ja die Meinungen einigermaßen auseinander, aber — ich will lieber sagen — der Begriff, was ein Naturdenkmal überhaupt ist, ist noch nicht genügend bekannt. Naturdenkmäler sind ja nicht nur Steine, wie manche glauben, sondern auch Dinge aus der Tier- und Pflanzenwelt. Wenn z. B. im vorigen Jahre Herr Abgeordneter Frhr. v. Wolff-Metternich über die Verwendung von Vogelbälgen zum Schmucke von Damenhüten sprechen wollte und der Präsident ihn daran hinderte, indem er sagte: „Meine Herren, Damenhüte sind doch keine Naturdenkmäler“, so kann ich dem damaligen Herrn Präsidenten nicht recht geben. Denn die Ausschmückung von Damenhüten mit Vogelbälgen führt eben zur Vernichtung von Naturdenkmälern. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Meine Herren, die Organisation der Staatsstelle für Naturdenkmalspflege ist ja augenblicklich so eingerichtet, daß sie, gestützt auf Provinzial- und Landchaftskomitees und auf zahlreiche Pfleger, die an sehr vielen Orten ernannt sind, einen Schutz von Naturdenkmälern erreichen will. Ich gebe zu, daß die Pfleger manches erreichen können im Wege gütlichen Zuredens, und daß die Vernichtung von Naturdenkmälern vielfach unterbleibt, wenn man den Besitzern sagt, sie möchten doch die Zerstörung lieber unterlassen. Es gibt aber eine Menge Fälle, wo die Pfleger machtlos sind und nichts erreichen, und das ist zumeist da der Fall, wo aus der Vernichtung von Naturdenk-

mälern gelbwerthe Vorteile gezogen werden sollen. Meine Herren, die Pfleger der Naturdenkmäler sind vielfach schon deshalb machtlos, weil ihre Stellung ihnen nicht genug Macht gibt, um in allen Fällen mit Erfolg wirken zu können. Vielfach sind die Pfleger Landlehrer. Es liegt nun wohl nahe, daß, wenn ein Naturdenkmal, das sich im Besitz eines Großgrundbesizers befindet, zerstört werden soll, der Lehrer nicht mit aller Schärfe vorgehen kann, um diese Zerstörung zu verhindern; denn der Großgrundbesitzer ist vielfach sein Patron. Mit ihm will er es schließlich nicht verderben, und so wird er sich wohl auf ein leises Zureden beschränken; im übrigen wird er sich hüten, in der Sache energisch zu werden. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Es ist bedauerlich, und ich habe es bereits im vorigen Jahre ausgeführt, daß Mittel zum Ankauf gefährdeter Naturdenkmäler nicht im Etat stehen, und ich bin der Meinung, man wird nicht darum herumkommen, in Zukunft solche Mittel einzustellen, damit durch Ankauf gefährdeter Naturdenkmäler deren Zerstörung verhindert wird. Meine Herren, ich habe gerade in der letzten Zeit, seit die Staatsstelle für Naturdenkmalspflege mit ihren Unterorganen arbeitet, genau verfolgt, wie trotzdem die Zerstörung von Naturdenkmälern weiter fortschreitet. Ich will mit einzelnen Beispielen hier nicht aufwarten: es würde das zu weit führen. Besonders sind es die Steinbrüche, die zur Vernichtung von Felsgruppen führen, und vielfach sind es auch schöne Bäume, vor allem die alten Eichen, die gefällt werden, um den Geldwert herauszuziehen. Wenn ich z. B. höre, daß in Kaltenbusch bei Schöndorf, Kreis Löwenberg, wo ein Eichenbestand gefällt worden ist, eine große Eiche allein einen Wert von 1450 M. gehabt hat, so muß ich sagen, daß in dem Werte des Holzes ein großer Anreiz liegt, solche Naturdenkmäler zu vernichten.

Auch sonst werden leider die Naturdenkmäler überall weiter zerstört. Ich erinnere z. B. nur daran, wie in Niederschlesien und in der Lausitz zahlreiche Basaltkegel der Zerstörung dadurch anheimfallen, daß die Steine zu Chausseeschotter und anderen Zwecken verbraucht werden, und ich erinnere daran, wie durch die Kalkindustrie Tropfsteinhöhlen vernichtet werden. Weiter möchte ich nur daran erinnern, wie das Siebengebirge in so ausgedehntem Maße durch die großen Steinbrüche zerstört worden ist (sehr richtig!), daß man teilweise das Recht der Enteignung ausgesprochen hat, um die weitere Vernichtung zu verhindern.

Ganz besonders sind es, wie ich schon sagte, Felsgruppen, die durch die Eröffnung von Steinbruchbetrieben zerstört sind. In großer Zahl sind die erraticen Blöcke, die Zeugen einer nordischen Vereisung, zerstört worden, man hat die Steine aufgespalten und sie zu Bau- und Pflastersteinen verwendet. Es ist erfreulich, daß diese Findlingssteine dort, wo sie in Staatsforsten liegen, bereits geschützt werden.

Die Kultivierung der Moore und Obdländereien, die sicherlich volkswirtschaftlich von sehr großer Bedeutung ist, hat dazu geführt, daß diese Land-

schafsteile in ihrer Größe mehr und mehr verringert worden sind, so daß jetzt die Naturschutzparkbewegung eingegriffen hat und sich bemüht, Teile davon als Naturschutzparks zu erhalten. Unter anderem soll ja ein großes Stück der Lüneburger Heide in seinem ursprünglichen Zustande erhalten werden; ein zweiter Naturschutzpark soll in einem deutschen Mittelgebirge errichtet werden und ein dritter in den Alpen. Meine Herren, die Naturschutzparkbewegung ist gewiß mit großer Freude zu begrüßen, aber sie ist allein nicht geeignet, die Zerstörung der Naturdenkmäler, die doch über das ganze Land verstreut sind, hintanzuhalten. Man wird das eine tun und das andere nicht lassen wollen.

Auch in der Pflanzenwelt sind, wie ich schon anbeutete, gerade die alten, starken Bäume infolge ihres hohen Wertes vielfach mit Zerstörung bedroht. Ich habe im vorigen Jahre hier darauf hingewiesen, wie z. B. im Riesengebirge die Bannwälder leider von der Grundherrschaft niedergeschlagen werden. Ich kann erfreulicherweise konstatieren, daß infolge meiner Ausführungen in diesem hohen Hause darin ein Stillstand eingetreten ist, und daß die Grundherrschaft erklärt hat, mit diesen Abholzungen in dem geplanten Umfange nicht fortfahren zu wollen. Ich erkenne es auch gern an, und ich freue mich darüber, daß gerade Großgrundbesitzer es sind, die in einzelnen Gebirgen große Reservate geschaffen haben und alte Waldbestände in ihrer ganzen Ursprünglichkeit erhalten wollen. (Hört, hört! rechts.) So ist das der Fall z. B. im Böhmerwald, im Altvatergebirge und im Gläser Gebirge. (Hört, hört!)

Aber nicht nur die Naturdenkmäler der Baumwelt sind mit Zerstörung bedroht, sondern auch die krautartigen Gewächse; insbesondere die Gebirgsflora ist — ich muß es leider aussprechen — vielfach durch den Unverstand der Touristen mit Vernichtung bedroht. (Sehr richtig!)

Im Tierreiche sieht es nicht besser aus. Abgesehen von solchen Tieren, die bereits ausgestorben und dadurch unwiederbringlich für unsere Fauna verloren gegangen sind, ist auch eine ganze Anzahl von Tieren so dezimiert, daß ihr Aussterben nahe bevorsteht; ich erinnere z. B. an den Viber. Andere Säugetiere, z. B. Fischotter, Dachs, Edelmarder, Wildkatze, sind bereits recht selten geworden. Ganz besonders schlimm steht es um die Vogelwelt. Hier haben wir allerdings ein Vogelschutzgesetz, aber dieses geht entschieden nicht weit genug. Die Uhus werden immer mehr ausgerottet. Jeder Hühnerhabicht wird heruntergeschossen. Der Sperber — wenngleich ein schädlicher Vogel, was ich nicht bestreiten will — würde doch dort, wo er in geringer Zahl auftritt, ganz entschieden zu schonen sein. Und, meine Herren, diejenigen Vögel, die nun wirklich geschützt sind, werden leider vielfach mit den Vögeln, die nicht geschützt sind, verwechselt und trotzdem geschossen. Vielfach geschieht der Abschluß auch nur deshalb, um Trophäen zu gewinnen, damit man die Vögel ausstopfen kann. Ganz besonders auch den Sumpf- und Wasservögeln müßte man einen größeren Schutz angedeihen lassen. Ich habe z. B. erst gestern in der „Urania“ aus dem Munde eines

wohlinformierten Herrn gehört, daß die Zahl der Störche bei uns in deutschen Landen um 50 % zurückgegangen ist. (Hört, hört! und Beifall.) Ich meine, der Storch ist doch etwas so Wichtiges in unserem Volksleben (erneute Beifall), daß wir ihn unmöglich entbehren wollen. Auch sonst ist das Sumpf- und Wassergeflügel — z. B. die Reiher, Kormorane, Rübige usw. — stark der Verfolgung ausgesetzt. Auf die Tragödie, die sich gerade jetzt mit den Edelreihern abspielt, will ich hier nicht eingehen.

Dieser Industrie, die sich die Ausschmückung der Damenhüte zum Ziel setzt, führt leider vielfach dazu, daß ein großer Teil unseres Wassergeflügels — z. B. Möwen, Seeschwalben usw. — geschossen werden, damit die Flügel dann auf den Hüten prangen. (Sehr richtig!) Aber auch sonst habe ich leider mit ansehen müssen, wie rein zum Vergnügen, nur aus Schießwut die Seevögel heruntergeschossen worden sind. So z. B. habe ich vor zwei Jahren in Wyl auf der Insel Jöhr gesehen, wie ein Herr Direktor aus Berlin rein zum Vergnügen Seeschwalben und Möwen herunterschoss: er nahm sie nicht mal mit, sondern ließ sie achtlos am Strande liegen. Ich meine, solchem Unfug müßte Einhalt getan werden. Von Herrn Kollegen Schepp habe ich gehört, daß in diesem Winter auf dem Bodden zwischen Rügen und Hiddensee 400 wilde Schwäne geschossen worden sind. (Hört, hört!) Derartige Sachen sollten doch nicht gelitten werden. Es ist ja erfreulich, daß bereits Vogelschutzkolonien gegründet worden sind auf dem Memmert, auf Jordsand und Hiddensee, um den Seevögeln Gelegenheit zu geben, ungestört zu brüten. Wir haben ja das Vogelschutzgesetz vom 30. Mai 1908, aber ich bin der Meinung, daß dieses Gesetz nicht weit genug geht, denn es beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Singvögel zu schützen. Ich möchte mir erlauben, aus § 8 dieses Gesetzes einiges vorzulesen: es heißt dort: Die Bestimmungen des Gesetzes finden keine Anwendung auf: Tagraubvögel, mit Ausnahme der Turmfalke, Schreiadler, Seeadler, Bussarde und Gabelweihen (rote Milane), auf Uhus, Bürger (Raumtöter), rabenartige Vögel (Rabenkrähen, Rebkrähen, Saatkrähen, Elstern, Eichelhäher), Wildtauben (Ringelantaben, Hohltauben, Turteltauben), Wasserschühner (Rohr- und Bläshühner), Reiher (eigentliche Reiher, Nachtreiher und Rohrdommeln), Säuger (Sägetaucher, Tauchergänse), alle nicht im Binnenlande brütenden Möwen, Kormorane, Taucher (Eistaucher und Gavia-Taucher).

Eine Erweiterung dieses Vogelschutzgesetzes ist meines Erachtens unbedingt notwendig; man sollte den Kreis der Vögel, die geschützt werden sollen, ausdehnen und auch eine große Anzahl von Arten, die augenblicklich noch nicht geschützt sind, in diesen Schutz einbeziehen.

Meine Herren, wie dabei zu verfahren sein würde, das lehrt uns ein warmer Freund des Heimatschutzes und Naturdenkmalpfleger, der Herr Wilhelm v. Hohenzollern zu Sigmaringen, der für den Bezirk seiner Hofkammer eine Verfügung herausgegeben hat über die Erhaltung der Fauna. Es heißt darin:

Zur Erhaltung der heimischen Fauna wird für den herrschaftlichen Jagdbetrieb das Schießen und Jagen der land- und forstwirtschaftlich nützlichen, für die Jagd nicht überwiegend schädlichen, nicht jagdbaren Säugetiere und Vögel unterjagt. Vor allem sind die Bestimmungen des Vogelschutzgesetzes vom 3. Juni 1906 durchzuführen und sämtliche geschützten Vögel mit jeder Jagd zu verschonen.

Dies gilt insbesondere auch für Eulen, Turmfalken, Spechte, Mäuralen und Stare. Weiter sind von den nicht geschützten Vögeln zu schonen wilde Schwäne, Uhu, Bussarde, Reiher, Milane, Lannenhäher und Wachteln von den Säugetieren Fgel und Dachs. Im Jagdrevier horkende Adler (Stein-, See-, Fisch-, Schlangen- und Schreiadler), schwarze Störche, Fischreiher und Kormorane dürfen nicht erlegt werden. Sollte jedoch eine dieser Tiergattungen örtlich so stark auftreten, daß wesentliche Schädigungen der Jagd und Fischerei eintreten, so ist bei der Hofkammer eine Ermächtigung zum Abschluß dieser Tiere einzuholen, der aber auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken ist.

In dieser Richtung ungefähr würde eine Erweiterung des Vogelschutzes zu erstreben sein.

Meine Herren, wenn wir ein Gesetz zum Schutze der Naturdenkmäler fordern, so sind wir uns klar darüber, daß ein solches Gesetz in gewissem Maße einen Eingriff in das Eigentumsrecht bilden würde. Der Einzelne würde daran gehindert werden, sein Eigentum wirtschaftlich so auszunützen, wie er es vielleicht gern möchte. Aber, meine Herren, so ganz ungewöhnlich ist das doch nicht. Man hat sich doch auch beim Erlaß des Verunstaltungsgesetzes nicht gekümmert, jemandem durch Verabgung von Baugenehmigung Beschränkungen aufzuerlegen. In den Städten bringt die Festlegung von Baufuchtlinien unendlich oft eine Beschränkung des Eigentums. Ich bin allerdings der Meinung, daß man in allen den Fällen, wo man jemanden verhinbert, sein Eigentum auszunützen, eine Entschädigung für entgangenen Gewinn gewähren muß. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Man wird daher auch dem Begriff „Naturdenkmal“ eine weisse Begrenzung geben müssen, damit nicht jede Kleinigkeit zu einem Naturdenkmal ersten Ranges gestempelt wird; die staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege wird wohl am letzten Ende zu entscheiden haben, in welchen Fällen es sich um ein Naturdenkmal handelt, das auch unter Anwendung von Geldmitteln geschützt werden soll. Es gibt ja auch eine Menge von Naturdenkmälern zweiten Ranges, deren Erhaltung wohl sehr wünschenswert ist, die aber schließlich doch nicht unter allen Umständen zu erhalten sind. (Sehr richtig!)

Für den Schutz der Naturdenkmäler sprechen durchaus nicht nur ästhetische, sondern doch vielfach auch Gründe wirtschaftlicher Art. Der Fremdenverkehr ist heute in unserem Erwerbsleben ein so

erheblicher Faktor geworden, daß man auf ihn unbedingt Rücksicht nehmen muß. Da kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die Erhaltung der Naturdenkmäler sehr wesentlich dazu beiträgt, die Fremden nach den mit Naturschönheiten versehenen Gegenden zu ziehen, so müssen wir schon deshalb deren Erhaltung anstreben. Wir haben es um so mehr notwendig, unsere Naturschönheiten zu schützen, als wir ohnehin mit anderen Ländern, wie z. B. den Alpenländern, und mit Norwegen, in dieser Beziehung nur schwer konkurrieren können.

Meine Herren, alle Naturfreunde sind in ihrem Bedauern über die fortschreitende Zerstörung der Naturschönheiten einig. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Aderland der Ebene ist in eine Kultursteppe umgewandelt worden. Die Feldgehölze verschwinden mehr und mehr und mit ihnen die Nistgelegenheiten für unsere Vogelwelt. Die Wälder werden immer eintöniger durch das Verschwinden der Nistbestände. Auch unsere Flussläufe sind durch die an sich notwendigen Flussregulierungen wirklich nicht schöner geworden. Zahlreiche Felsgruppen sind bereits vernichtet worden, und die Vernichtung anderer schreitet fort; allenthalben flassen die Wunden der Steinbrüche in den Bergen. Eine große Anzahl von Tieren ist bereits ausgestorben oder dem Aussterben nahe. (Hört, hört!) Es gilt, zu retten, was noch zu retten ist; leider ist dies nicht mehr gerade sehr viel. Deshalb möchte ich bitten, meine Herren, daß doch alle Parteien dieses hohen Hauses unseren Antrag annehmen möchten, damit ein wirksamer Schutz der noch vorhandenen Naturdenkmäler erreicht wird. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. In der Sitzung der Budgetkommission vom 18. April 1910 hat mein politischer Freund Eidhoff gefragt, wie es mit dem Erlaß eines Gesetzes zum Schutze der Naturdenkmäler stehe; damals wurde ihm geantwortet, daß ein solches Gesetz nicht in Vorbereitung sei, über die Art und Weise der Regelung beständen noch Zweifel, in jedem Falle sei die Materie in dauernder Erwägung. Später hat der Unterstaatssekretär Weber hier in diesem hohen Hause erklärt, daß zurzeit noch Erwägungen angestellt würden, daß man erst abwarten wollte, welche Erfolge mit dem Verunstaltungsgesetz erzielt werden könnten. Nun ist aber, wie ich schon am Anfang bemerkt habe, das Verunstaltungsgesetz leider nur sehr wenig geeignet, auf die Erhaltung der Naturdenkmäler hinzuwirken. Ich bin deshalb der Meinung, man sollte aus dem Stadium der Erwägungen heraustreten und endlich ein Gesetz zum Schutze der Naturdenkmäler erlassen.

Meine Herren, ich möchte meine Ausführungen mit einem Worte Wilhelm Bölsches schließen, der da sagt:

Die meisten Forderungen und Fragen unserer Kultur sind eigentlich Zukunftsprobleme. Wir tun unser Teil; die Enkel müssen's vollenden. Naturschutz bildet eine gewichtige

Ausnahme. Wo wir hier nicht im Zeichen der Stunde resolut eingreifen, da bleibt unseren Enkeln

nichts übrig als die Klage um ein unwiederbringlich Verlorenes. (Allseitiges Bravo!) (Schluß folgt.)

Verschiedenes.

— Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins findet vom 27. bis 31. August d. Js. in Nürnberg statt. Vom 24. bis 26. August tagt dort auch der Deutsche Forstwirtschaftsrat.

— Oberforstrat Ritter von Fürst, der ehemalige langjährige Direktor der forstlichen Hochschule in Aschaffenburg, feierte am 29. März seinen 75. Geburtstag.

— Aus Bayern. Im November v. Js. wurde in München die alljährlich stattfindende Konkursprüfung für die Aspiranten des bayerischen Staatsforstverwaltungsdienstes, an der sich 20 Forstpraktikanten beteiligten, abgehalten. Von den Prüflingen erhielten, nach dem seeben eröffneten Ergebnisse, 14 die Hauptnote II und 6 die Hauptnote III. — Für die Dreier-Kandidaten besteht keine Aussicht, daß sie es je zur Stellung eines Königl. bayerischen Forstamtsvorstandes, d. h. Forstmeisters, bringen; ihre dienstliche Laufbahn werden sie, zufolge des Dreiererlasses, als exponierte Forstamts-Assessoren beschließen müssen. — Im übrigen ist gefattet, zur Verbesserung der Hauptnote die Konkursprüfung noch einmal abzulegen.

— Revierjägerprüfung in Mecklenburg-Schwerin. In der Frühjahrstagung der Großherzoglichen Forstprüfungskommission vom 18. bis 22. März d. Js. bestanden die Revierjägerprüfung die Forstlehrlinge Kurt von Hartwig zu Schlemmin, Walter Trost und Franz Wulff zu Tarnow, Karl Strothmann zu Dargun, Friedrich Nagel zu Finkensthal, Paul Nähler zu Buchholz, E. Schering zu Groß-Freienholz, Gerhard Grotzian zu Franzensberg, Hans Fodenbrod zu Eichhof. Hiervon sind Anwärter des Forstverwaltungsdienstes v. Hartwig, Anwärter des Forstschußdienstes die übrigen.

— Beeinträchtigung des Wachstums eines Waldes durch die Industrie und Schadenersatzanspruch. In der Gemarkung Heeren besitzt der Biegeleibseher H. zu Dortmund einen etwa 60 Morgen großen Wald. Die Aktiengesellschaft Königsborn hat ebenfalls in Heeren ein Bergwerk und betreibt im Zusammenhang damit seit dem Jahre 1907 daselbst eine Ammoniakfabrik. Mit der Behauptung, daß durch die ausströmenden Gase und den Rauch der Zeche und der Fabrik, namentlich durch die schwefeligen Säuren, das Wachstum seines Waldes bedeutend beeinträchtigt werde, klagte H. gegen die Aktiengesellschaft. Er erklärte, daß ihm schon jetzt ein Verlust durch geringen Zuwachs und Mindernützigkeit der durch die Zuführung von Rauch und Gasen vernichteten

Hölzer entstanden sei. Er gab den Schaden auf mindestens 15000 M an, den er als Ersatz verlangte. Die Beklagte bestritt den Anspruch des Klägers und entgegnete, daß der Waldbestand des Klägers schon lange vor Anlauf des im Jahre 1906 erfolgten Anlaufs des H. an der Schilblaus und dem Eichenspinner erkrankt gewesen sei. Der Boden sei, weil seit unendlichen Zeiten mit Eichen bestanden, für diese Kulturart ungeeignet und „eichenmüde“. Darauf sei die Entwertung des Waldes zurückzuführen. Der Wald, der südwestlich der Ammoniakfabrik liege, werde bei den dortselbst herrschenden Winden nur sehr selten, vielleicht an 30 Tagen im Jahre, dem etwaigen Rauch aus den Schornsteinen ausgesetzt. Die Gärten der zwischen Fabrik und Wald gelegenen Häuser der Beamten und Arbeiter der Zeche zeigten, obwohl sie empfindlichere Pflanzungen enthielten, ein weit größeres Wachstum als der Wald des Klägers. Auch andere Grundstücke in der Nähe der Zeche und Fabrik hätten bisher keinen Schaden erlitten, obschon diese, der vorherrschenden Windrichtung entsprechend, unter dem Einfluß der Ammoniakfabrik ständen. Dem Beklagten seien auch bei der Konzessionierung der Ammoniakfabrik keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden. Das Landgericht Dortmund wies die Klage ab. Der Kläger habe zur Begründung des Schadenersatzanspruchs den Nachweis erbringen müssen, daß die angeblichen Immissionen vom Grundstüd der Beklagten her zu den im Waldbestand des Klägers unstreitig aufgetretenen Schäden in ursächlichem Zusammenhang ständen. Dieser Beweis sei nicht erbracht. Keiner der Zeugen habe die Tatsachen zu bekunden vermocht, die den Behauptungen des Klägers als Stütze dienen könnten. Der Sachverständige H. komme nach Untersuchung von Proben des Bodens und des Blattwerks aus dem Walde des Klägers allerdings zu dem Ergebnis, daß der Wald unter dem Einfluß von schweflig-saurer Rauchgase stehe und dadurch in seinem Wachstum gehindert werde. Da jedoch der Sachverständige nicht habe angeben können, inwieweit die Rauchgase auf den Wald schädigend eingewirkt hätten und wieviel des entstandenen Schadens der Schilblaus und dem Eichenwidler zuzuschreiben sei, komme dem Gutachten ein entscheidender Wert für den Rechtsstreit nicht zu. Auch der Gutachter, Regierungs- und Forstrat R., erkenne die schädigende Wirkung der Rauchgase auf den Waldbestand an, doch komme er zu dem Endergebnis, daß diese Einwirkung bisher so gering gewesen sei, daß ein nachweisbarer Schaden daraus nicht hergeleitet werden könne. Vielmehr sei nach der Überzeugung dieses Sachverständigen der festgestellte Schaden im Walde des Klägers ausschließlich auf das gemeinschaftliche und starke Auftreten des Eichenwidlers und der Schilblaus zurückzuführen.

Müller (Essen).

— **Schutz der italienischen Wäldungen durch ein neues Forstgesetz.** Die nachhaltige Bewirtschaftung der italienischen Wäldungen sowie deren pflegliche Behandlung ließ schon immer viel zu wünschen übrig. Da belehrende Ratschläge zur Unterlassung der Raubwirtschaft nicht befolgt wurden, so wurde bereits im Jahre 1877 ein Forstgesetz erlassen, welches jede Abholzung von Wäldungen und Urbarmachung von unbewaldeten Flächen auf Gipfeln und Hängen oberhalb der Vegetationsgrenze der Ebene verboten und auch die sonstigen Wäldungen, durch deren Kahlabtrieb eine Schädigung des Gemeinwohls erfolgte, in seinen Schutz nahm. Ferner bestimmte dieses Gesetz für jede Provinz einen Forstausschuß, der die Pflege der Kulturen zu überwachen und die Entscheidung über das Fällen von Bäumen und andere forstliche Fragen zu treffen hatte. Leider haben sich die Hoffnungen, die man an dieses Gesetz knüpfte, nicht erfüllt. Die Abholzungen wurden weiter in übermäßiger und ungeordneter Weise ausgeführt, an eine Kultur der Schläge wurde gar nicht oder erst zu spät gedacht, so daß sich die Folgen der Entwaldung in Erdbrutschungen, Verschuerungen durch Wildbäche und Überschwemmungen in den Gebirgsgegenden in geradezu erschreckender Weise einstellen und schwere wirtschaftliche Schäden verursachten. Diese Mißstände und die Verminderung der Holzproduktion, die in Italien alljährlich um 3 % sinkt, haben die Regierung veranlaßt, neue und wirksamere Maßregeln zum Schutz und zur Vermehrung der Wälder anzuordnen. Dieses ist auch durch das Gesetz betreffend den Schutz der staatlichen Forsten und die Förderung der Forstkulturen vom 2. Juni 1910 und durch die beiden das Gesetz ergänzenden Nachträge vom 30. November 1910 geschehen.

Der Hauptinhalt des neuen Gesetzes besteht zunächst in der Schaffung einer selbständigen Verwaltungsbehörde des staatlichen Forstbesitzes, die vermittelt der Vergrößerung und Unveräußerlichkeit dieses Besitzes sowie durch das gute Beispiel ihrer rentablen Bewirtschaftung die Entwidlung der rationellen Forstkultur sowie den Handel mit Forstprodukten fördern soll.

Ferner bestimmt das Gesetz den Begriff des „staatlichen Forstbesitzes“. Demnach gehören hierzu:

1. die für unveräußerlich erklärten staatlichen Forsten,
2. die gegenwärtig vom Finanzministerium verwalteten staatlichen Forsten,
3. der ausschließlich zur Forstkultur geeignete staatliche Grundbesitz,
4. die von der staatlichen Forstverwaltungsbehörde angekauften oder auf andere Weise erworbenen Waldflächen,
5. die von dieser durch Kauf oder Enteignung erworbenen kahlen Oblandsflächen, und
6. das neu aufgeforstete oder auf Grund besonderer Gesetze vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten aufzuforstende Gelände, das vom Landwirtschaftsministerium dem staatlichen Forstbesitz überwiesen wird.

Alle diese Flächen sind unveräußerlich und nach

einem vom Handels- und Industrieministerium genehmigten, besonderen Wirtschaftsplane zu bebauen und zu bewirtschaften.

Außerdem unterliegen auch die Kulturen in den Wäldungen der Provinzen, Gemeinden, öffentlichen Anstalten, Körperschaften, Vereinen und Aktiengesellschaften der staatlichen Aufsicht und sind hier alle von der staatlichen Forstverwaltung angeordnete Wirtschaftsmaßregeln zu befolgen.

Des weiteren enthält das Gesetz die Bestimmung, daß die Forstverwaltung berechtigt ist, bei den landwirtschaftlichen und Bodenkreditbanken sowie bei den Sparkassen Darlehen oder Darlehen zu erheben. Zweck der Neuaufforstung von Obland in nicht staatlichen Forsten ist das Ministerium befugt, die unentgeltliche sachmännische Leitung der Arbeiten und eine Prämie in Höhe von 40 bis 80 M. pro Hektar zu gewähren. Eine weitere Vergünstigung erhalten die Besitzer solcher, früher nur mit Gras und Gestrüpp bewachsener Flächen nach erfolgter Neuaufforstung dadurch, daß alle diese Flächen, wenn sie als Niederwald bewirtschaftet werden, 15 Jahre lang, wenn sie dagegen mit hohen Umtriebszeiten als Hochwald genutzt werden, 40 Jahre lang steuerfrei bleiben. Auch sonst sollen seitens der Forstbehörde den kleinen Gebirgsgrundbesitzern Unterstützungen gewährt und die Bildung von Genossenschaftswäldungen gefördert werden. Zur Ausführung des Gesetzes sind für die ersten fünf Jahre 24 Millionen Mark ausgesetzt, weitere Mittel werden nach Ablauf dieser Zeit neu eingestellt.

Die erste der beiden das Forstgesetz ergänzenden Verfügungen enthält Bestimmungen über die nachhaltige Nutzung der Wälder und Weiden, sowie zur Förderung der Forstindustrie. Der Begriff des staatlichen Forstbesitzes wird den heutigen Verhältnissen entsprechend gestaltet und erweitert. Die Zusammenlegung der Provinzialausschüsse aus technischen und juristischen Personen wird angeordnet.

In der zweiten Verfügung wird die demnächstige forstliche Ausbildung der italienischen Forstbeamten geregelt und die Schaffung eines Landes-Forstinstitutes zur Ausbildung von höheren Forstbeamten angeordnet. Für Betriebsbeamte sollen Mittelschulen gebildet, der technische Unterricht der Waldwärter jedoch durch Wanderschulen gefördert werden. Ferner wird die Gründung einer „Königlichen Forst-Versuchsstation“ in Aussicht gestellt, zu deren Obliegenheiten wissenschaftliche und technische Untersuchungen, sowie die praktische Verwertung der Ergebnisse gehören sollen.

— **Die Waldbrände am Lago Maggiore.** Seit Sonntag früh stehen nach Zeitungsmeldungen die am Lago Maggiore (Oberitalien) umgebenden Wälder in Flammen. Viele Hektar Waldes sind schon der Zerstörung zum Opfer gefallen. Der Brand findet in den großen Waldbeständen, die sich weithin ins Land ausdehnen, reiche Nahrung. Die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften flüchtet in heilloser Verwirrung. Auf zwei angrenzende Ortschaften hat das Feuer bereits über-

gegriffen. Durch den heftigen Sturm wird der Brand besonders angefaßt. Man steht dem Flammenmeer machtlos gegenüber. Jetzt beginnt man mit der Aufschüttung von Erdwällen, um die Weiterausbreitung des Waldbrandes zu verhindern.

✱

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 2. April 1912. Schwarzwild 0,25 bis 0,35 M das Pfund. Kaninchen 0,80 bis 1,05, Fasanenhähne 1,50 bis 3,25, Waldschneppen 2,00 bis 4,25 M das Stück.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung

Ahnus, Oberförster zu Bensberg, ist die Oberförsterstelle Wallenwein, Regbg. Cassel, übertragen.
Cordemann, Regierungs- und Forstrat zu Arnberg, ist zum Oberforstmeister in Polen ernannt.
Fischer, Oberförster zu Bilschaden, ist die Oberförsterstelle Weierhof, Regbg. Hildesheim, übertragen.
Kreese, Oberforstmeister zu Polen, ist in den Ruhestand getreten.
Kersack, Forstmeister zu Bischofsrode, Regbg. Merseburg, ist in den Ruhestand getreten.
Huber A., Oberförster zu Weierhof, Regbg. Hildesheim, ist nach Schwarzwalb, Regbg. Duppeln, versetzt.
Forst. von Hammerstein, Regierungs- und Forstrat zu Minden, ist unter Übertragung der Forstinspektion Wiesbaden-König ein nach Wiesbaden versetzt.
Reilmann, Forstmeister zu Neuenheerie, Regbg. Minden, ist nach Königsforst, Regbg. Geln., versetzt.
Kobbeberg, Oberförster zu Udenau, Regbg. Coblenz, ist nach Neuenheerie, Regbg. Minden, versetzt.
Mecklenburg, Oberförster zu Gildon, ist nach Lautenburg, Regbg. Marienwerder, versetzt.
Miesal, Oberförster zu Wallenstein, Regbg. Cassel, ist unter Übertragung der Forstinspektion Arnberg-Siegen zum Regierungs- und Forstrat ernannt.
von Ploeg, Oberförster zu Rudichau, Regbg. Allenstein, ist nach Kollowa, Regbg. Duppeln, versetzt.
Frompfer, Forstassessor, ist der Regierung in Gumbinnen als Hilfsarbeiter überwiesen.
Radtke, Oberförster zu Gumbinnen, ist die Oberförsterstelle Gildon, Regbg. Marienwerder, übertragen.
Prof. Dr. Remis, Geh. Regierungsrat, an der Forstakademie Oberswalde, ist in den Ruhestand getreten.
Modig, Forstmeister zu Jellowa, Regbg. Duppeln, ist nach Seelhorst, Regbg. Hildesheim, versetzt.
Müller, Regierungs- und Forstrat, Geh. Regierungsrat zu Hildesheim, ist in den Ruhestand getreten.
Prof. Dr. Schwalbe, Privatdozent zu Darmstadt, ist zum Professor der anorganischen Naturwissenschaften an der Forstakademie Oberswalde ernannt.
Simon, Regierungs- und Forstrat, hat die Forstinspektion Winden-Paderborn übernommen.
Spangenberg, Oberförster zu Frennwalde a. D., ist die Oberförsterstelle Pfaffenmühl, Regbg. Marienwerder, übertragen.
Dr. Südtling, Hilfsarbeiter an der Moorverknüpfung in Bremen, ist zum Professor der Chemie, Mineralogie und Geologie an der Forstakademie Minden versetzt.
Wendt, Regierungsrat und Forstrat zu Wiesbaden, ist unter Übertragung der Forstinspektion Hildesheim-Minden nach Hildesheim versetzt.
Wurger, Forstmeister zu Bensberg, Oberförster Königsforst, Regbg. Geln., ist in den Ruhestand getreten.

Der Charakter als Geheimer Regierungsrat wurde verliehen den Regierungs- und Forsträten:

Augershausen in Coblenz; **Reiz** zu Frankfurt a. D.; **Müller** zu Wiesbaden; **Spilkes** zu Kachen; **Foh** zu Allenstein.

Schulze, Forstassistenten zu Weserlingen, Regbg. Magdeburg, ist in den Ruhestand getreten.

Andreas, Begemeister zu Wipverstein, Oberförsterstelle Gersfeld-Wipverstein, ist die Försterstelle Wilsig, Oberförsterstelle Gilda, Regbg. Cassel, vom 1. Juni d. Js. ab übertragen.
Binger, Förster zu Scheffelsdorf, ist die Försterstelle zu Eschborn, Oberförsterstelle Kuppen, Regbg. Allenstein, vom 1. Juni d. Js. ab übertragen.

Bäcker, Förster zu Sandgerburg (Eiergrund), Oberförsterstelle Jadenburg, ist nach Bieber, Oberförsterstelle Bieber, Regbg. Magdeburg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Gesckmann, Förster zu Dönnelbe, Oberförsterstelle Neustettin, ist nach Vangerow, Oberförsterstelle Karlewitz, Regbg. Köslin, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Kansen, Förster zu Sören, Oberförsterstelle Kiel, ist zum Revierförster ernannt und ihm die Revierförsterstelle Reimberg, Oberförsterstelle Trittau, Regbg. Schleswig, vom 1. Juli d. Js. ab übertragen.

Kriegel, Förster o. R. zu Bantenthal, Oberförsterstelle Bantenthal, ist nach Herzberg, Oberförsterstelle Herzberg, Regbg. Hildesheim, versetzt. Die Verlegung nach Clausthal, Oberförsterstelle Clausthal, ist zurückgenommen.

Jantsch, Bischofsrode bei Orlitzburg, ist als Hilfsjäger und Schreibhilfe für die Oberförsterstelle Grünitz, Regbg. Allenstein, einberufen.

Langhaus, Forstassistent zu Alt-Ulla, Regbg. Allenstein, ist zum Forstassistenten ernannt.

Menz, Förster o. R. zu Herzberg, Oberförsterstelle Herzberg, ist nach Bantenthal, Oberförsterstelle Bantenthal, Regbg. Hildesheim, versetzt.

Mieske, Förster o. R. zu Borntheden, Oberförsterstelle Borntheden, ist nach Zwölthufen, Oberförsterstelle Karlewitz, Regbg. Köslin, versetzt.

Münger, Begemeister a. D. zu Kronshof, blieb in Gadenlapp, Oberförsterstelle Trittau, Regbg. Schleswig, ist aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Dienste des Berdie, streun in Gold versetzt.

Schippang, Förster zu Zwölthufen, Oberförsterstelle Karlewitz, ist nach Dönnelbe, Oberförsterstelle Neustettin, Regbg. Köslin, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Zwiesel, Förster o. R. zu Nordhausen, Oberförsterstelle Nordhausen, ist nach Jossa, Oberförsterstelle Marije, Regbg. Cassel, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Die Verlegung des Försters o. R. **Aahn** zu Clausthal, Oberförsterstelle Clausthal, nach Bantenthal, Oberförsterstelle Bantenthal, Regbg. Hildesheim, ist zurückgenommen.

Der zum 1. April von Buchwalb, Oberförsterstelle Panten, nach Tschier, Oberförsterstelle Tschier, Regbg. Weiz, versetzte Forstassistent **Schirmer** ist vom 1. Februar d. Js. ab zum Förster ernannt.

Die Oberförsterstelle Bischofsrode ist mit der Oberförsterstelle Annarode, Regbg. Merseburg, vereinigt.

Die Oberförsterstelle Hildesheim, Regbg. Merseburg, ist mit der Oberförsterstelle Erfurt vereinigt.

Die vollstänliche Forstlasse in Werfelingen und die Forstuntererehebestelle in Altenhausen, Regbg. Magdeburg, sind aufgehoben und die von ihnen wahrgenommenen Forstgeschäfte dem Rentmeister der Kreisstelle in Neuhaldensleben übertragen.

Die Forstinspektion Schaumburg ist mit dem 1. April d. Js. aufgelöst. Die Inspektionsgeschäfte sind wie folgt verteilt:

- die Oberförsterstellen Rumbach, Obendorf und Obern-Arden sowie die bisher zur Inspektion Minden-Schaumburg gehörigen Gemeinde- und Gensenschaftswaldungen im Kreise Graubach Schaumburg sind der Inspektion Minden-Minden,
- die Oberförsterstelle Altenhausen und die Gemeinde-Oberförsterstelle Forst der Forstinspektion Winden-Paderborn zugelegt worden.

Gemeinde- und Privatdienst.

Lambert, Rönigk, Forstassessor, ist als Stadt-Oberförster in Kachen angestellt.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Legenhauer, zeitl. pensionierter Forstmeister zu Wärsburg, wird auf Wunsch auf ein weiteres Jahr in Ruhestande belassen.

Weser, Regierungs- und Forstrat in der Ministerialforstverwaltung München, ist zum Oberregierungsrat damit beordert.

Großherzogtum Baden.**Staats-Forstverwaltung.**

von Ainal, Forstamann, ist zum Oberförster in Gurtwangen ernannt.

Lambius, Oberförster zu Gurtwangen, ist nach Langenrainbach versetzt.

Krüger, Forstassessor zu Karlsruhe, ist zum Forstamann ernannt und dem Forstamt Schoppeheim zugeteilt.

Fritz von Schmiedhard, Forstmeister zu Langenrainbach, ist nach Baden versetzt.

Fritz von Stetten-Buchholz, Forstmeister zu Baden, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Großherzogtum Hessen.**Staats-Forstverwaltung.**

Waller, Oberförster zu Lauterbach, Oberförsterei Lauterbach, ist unter Beibehaltung des Titels „Forstmeister“ in gleicher Dienstbeziehung nach der Oberförsterei Eidelobersdorf versetzt.

Der Titel „Forstmeister“ wurde verliehen den Oberförstern: **Göhner** zu Girschborn, Oberförsterei Rothenberg; **Grosz** zu Biernheim, Oberförsterei Biernheim; **Hoffmann** zu Schotten, Oberförsterei Feldbrunn.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.**Staats-Forstverwaltung.**

Meier, Forstkaubidat, Stationsjäger zu Bernitz, Oberförsterei Salzwitten, ist zum Revierförster in Bobzin, Forstinspektion Lübb, vom 1. Juli d. Js. ab ernannt.

Fritz, Revierförster zu Bobzin, Forstinspektion Lübb, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.**Staats-Forstverwaltung.**

Gerlach, Oberförster zu Garbischleben, ist wegen Krankheit zur Disposition gestellt.

Jornisch, Forstassessor zu Bilsbach, ist zum Oberförster beielbst ernannt.

Kister, Forstassessor zu Butschütz, ist zum Oberförster in Garbischleben ernannt.

Kirschmann, Forstassessor zu Tannroda, ist zum Oberförster in Tiefenort ernannt.

Kraus, Oberförster zu Tiefenort, ist nach Frauensee versetzt.

Kühne, Forstassessor zu Berka a. d. S., ist eintätigig angestellt.

Schilling, Forstmeister zu Frauensee, tritt in den Ruhestand.

Dr. Bernick, Forstassessor zu Mühlstedt, ist eintätigig angestellt.

Herzogtum Sachsen-Gotha.**Hofkammerverwaltung.**

Solte I, Oberförster vom Neuen Haus, ist nach Stugghaus versetzt.

Graun, Forstmeister zu Stugghaus, ist in den Ruhestand getreten.

Versetzt wurden die Forstassessoren:

Felsner II von Lambach nach Friedrichroda; **Gilde-
meier** von Steinbach nach Thal; **Solte II** von Thal
nach Oberschnau; **Greifelt** von Hohlborn nach Diet-
bars; **Busche** von Tabarz nach Lambach; **Kammer** von
Friedrichroda nach Steinbach; **Lerp** von Dietbars nach
Hohlborn; **Müller,** bisher auf Studienreisen im Aus-
land, nach Tabarz; **Reichsach** von Oberschnau nach
dem Neuen Haus.

Offene Stellen**im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste
für Anwärter des Jägerkorps.**

Die Stadtförsterei in **Nordenburg, Regb. Rönigs-
berg,** ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Das Jahres-
einkommen beträgt: bares Gehalt 900 M., Wohnung im
Werth von 200 M., Holz im Werte von 148 M., 7 Morgen
Wald, Wert 64 M. = 400 M., außerdem pensionberechtigt
180 M. Die Anstellung erfolgt nach einer jecksonnatigen
Probezeit. Forstverpflegungsberechtigte Militärpersonen oder
in Veranlassung derselben auch andere Gewerbetreibende
wollen Meldungen unter Beifügung des Forstverpflegungsbewei-
ses, eines Lebenslaufs und der Zeugnisabschriften innerhalb acht
Wochen an den Magistrat in Nordenburg einreichen. Be-
dingung ist absolute Nüchternheit, forsttechnische Qualifikation,
körperliche Rüstigkeit, einige Gewandtheit in schriftlichen
Arbeiten.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte
keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden
keine Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die
Abonnements-Liturgie oder ein Rückweis, daß der Frage-
steller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 41. Anfrage: 1. Eine größere Ader-
fläche, welche zwei Jahre brach gelegen hat und
mit Lupinen bestellt war, soll mit Birken besät
werden. Zu diesem Zweck wollte ich die Fläche
pflügen, eggen und dann den Samen festwalzen.
Der Boden ist sandiger Lehm. Ist das obige
Verfahren richtig, oder ist es vorteilhafter, die
Fläche mit Birken zu bepflanzen? Ich bemerke
jedoch, daß ich die Pflanzen kaufen muß, und
daß die Fläche nur jagdlichen Zwecken dienen
und ein Dickicht für Hasen werden soll. Wild,
namentlich Kaninchen, Hirsche und Rehe, sind
reichlich vorhanden. Falls Saat zu empfehlen ist,
darf Samen aus dem Böhmerwalde verwendet
werden, und wieviel ist hiervon pro Hektar zu
nehmen? — 2. Die Kaninchen haben mir viel
Eichen geschält, ich habe die Schälstellen mit Teer
bestreichen lassen und hoffe, hierdurch die Pflanzen
zu erhalten. Ist das richtig, oder kann was Besseres
empfohlen werden?

D., Förster in B.

Antwort: Zu 1. Da die Fläche haupt-
sächlich jagdlichen Zwecken dienen und der Birken-
Anwuchs den Hasen Schutz bieten soll, so ist es
am besten, bei dem anscheinend für eine Birken-
saat sehr empfänglichen Boden diesen mit Birken-
samen zu besäen. Zu diesem Zweck ist die Fläche
(damit sich der Boden noch setzen kann) möglichst
bald voll zu pflügen, zu eggen und Mitte April
mit etwa 40 kg Birkenamen pro Hektar (vier
Morgen) voll zu besäen und alsdann anzuwälzen.
Gegen Samen aus dem Böhmerwalde dürfte
nichts einzuwenden sein, jedoch ist es immer am
vorteilhaftesten, einheimischen Samen aus einer
deutschen renommierten Handlung zu beziehen.
Unter Wildverbis hat die Birke weniger zu leiden.
— Zu 2. Es empfiehlt sich, Schälstellen mit Teer,
Wachs usw. zu bestreichen, um das Eindringen
der Fäulnis zu verhüten. Sind die Pflanzen jedoch
stark beschädigt und befindet sich die Schälstelle
oberhalb des Wurzelstodes, so sind die Pflanzen
mit einem glatten Schnitt dicht über dem Boden
abzuschneiden, zu stummeln. Es entwickeln sich
dann kräftige Ausläufer, von denen der beste
zu belassen ist, der sich fast immer vorzüglich
entwickelt.

Nr. 42. Anfrage: Sind die Grund-
eigentümer einer Gemeindejagd berechtigt, die
Kaninchen zu vergiften, ohne die Erlaubnis des
Jagdpächters zu haben? Was könnte man da-
gegen unternehmen?

B. in S.

Antwort: Gegen das Vergiften der wilden
Kaninchen seitens des Grundeigentümers läßt
sich wohl kaum etwas unternehmen. Es gilt dies
natürlich nur dann, wenn das Gift so vorsichtig
gelegt (beispielsweise in die Nöhren gesteckt) wird,
daß jagdbare Tiere daran nicht eingehen können.
Am besten hat es sich noch immer bewährt, wenn
der Jagdpächter die wilden Kaninchen so kurz
hält, daß sich ein Einschreiten der Bauern erübrigt.

Für die Redaktion: J. S.: **Wodo Grundmann, Neubaum**

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Hochzeit Nm.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Hochzeit Nm.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schachmeister an den Vereins-Schachmeister, Kdnigl. Förster Bette, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 0,50 M., der Halbjahresbeitrag 0,25 M. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Verbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Forstbender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Bischofsburg (Regbz. Allenstein). Am Sonntag, dem 14. April d. Js., nachmittags 2 Uhr, findet in Bischofsburg, Hotel Neblin, Vierteljahrsversammlung statt. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Dillenburg (Regbz. Wiesbaden). Die auf den 14. d. Mts. angesetzte Mitgliederversammlung findet am 28. d. Mts. statt.

Der Vorsitzende.

Göttingen (Regbz. Hildesheim). Am Sonntag, dem 14. April d. Js., nachmittags 4 Uhr, findet im „Kaiser-Café“ zu Göttingen die Vierteljahrsversammlung statt. Tagesordnung wird vorher bekanntgegeben. Von 6 Uhr ab gemütliches Zusammensein mit Damen.

Der Vorstand.

Herzberg a. H. (Regbz. Hildesheim). Versammlung am 14. April 1912, nachmittags 3 Uhr. Zahlung der Krankenkassenbeiträge und Neuwahl des Schriftführers. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Neustadt (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 14. April d. Js., nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung im Hotel „Königlicher Hof“ zu Neustadt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die letzte Bezirksgruppenversammlung in Danzig; 2. Stellung von Anträgen für die nächste Bezirksgruppen- und Delegiertenversammlung; 3. Bestellung von Förster-Jahrbüchern für 1912; 4. Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden; 5. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein, wozu die Damen herzlich eingeladen werden. Der Vorsitzende.

Sölling zu Uslar (Regbz. Hildesheim). Sonntag, den 14. April 1912, nachmittags 3½ Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal zu Uslar. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekanntgegeben. Um vollzähliges Erscheinen mit Damen bittet

Der Vorstand.

Ullersdorf (Regbz. Liegnitz). Sonntag, den 14. April d. Js., nachmittags von 4 Uhr ab, Mitgliederversammlung im Gasthof „Zum Löwen“ in Schömburg. Tagesordnung: 1. Verlesen des letzten Sitzungsberichtes; 2. Bericht des Vorsitzenden über die Bezirksgruppenversammlung in Hirschberg; 3. Festsetzung, wo nächste Versammlung stattfindet; 4. Besprechung über ein abzuhaltendes Scheibenschießen; 5. Verschiedenes. Liebig, Vorsitzender.

Berichte.

Bezirksgruppen:

Stettin. Heute fand im „Victoria-Hotel“ hier selbst die nach § 13 der Satzungen angeordnete Vertreter- und Mitgliederversammlung statt. Dazu sind 28 Kollegen mit 166 Stimmen erschienen. Darunter befanden sich Vertreter der Ortsgruppen Torgelow, Altdamm, Hammer, Grömmünde und Hintersee. Um 12½ Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Horrido auf Se. Majestät. Die Tagesordnung lautete: 1. Feststellung der Teilnehmerliste; 2. Geschäfts- und Kassenbericht; 3. Wahl zweier Kassenrevisoren; 4. Wahl eines Delegierten und dessen Stellvertreters zur Versammlung des Hauptvereins nach Berlin; 5. Besprechung der Tagesordnung des Hauptvereins; 6. Besprechung der von den Ortsgruppen eingebrachten Anträge; 7. Verschiedenes. Zu 1. Die Teilnehmerliste ergab die oben angeführte Zahl der Anwesenden. Zu 2. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Vereinsjahres 1911 201 Mitglieder. 3 Mitglieder sind gestorben, 1 Mitglied schied durch Verletzung, 3 durch freiwilligen Austritt aus. Der heutige Mitgliederstand beträgt 207, davon gehören 36 der Krankenkosten-Beihilfeklasse des Vereins an, gegen 30 im Jahre 1911. Die Einnahmen betrugen 1665,82 M., die Ausgaben 1607,74 M., mithin bleibt einbarer Überschuss von 58,08 M., außerdem sind noch laut Sparsassenbuch 30,96 M. vorhanden, so daß das Vermögen der Bezirksgruppe 89,04 M. am Schlusse des Vereinsjahres 1911 beträgt. Zu 3. Die Kassenrevisoren wählte der Vorsitzende alljährlich aus den von den Ortsgruppen demselben namhaft zu machenden Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung. Die Kollegen Wels und Herpin prüften Einnahme- und Ausgabebelege; diese wurden für richtig befunden und dem Schachmeister auf

Antrag des Vorsitzenden von der Versammlung Entlastung erteilt. Zu 4. Als Delegierter zur Versammlung des Hauptvereins wurde Kollege Hegemeister Dinsle, zu dessen Stellvertreter Kollege Dittmann gewählt. Zu 5 wird der Antrag der Ortsgruppe Swinemünde verbunden über Ausführungen des Herrn Vertreters der Vereinszeitung nach dem stenographischen Bericht 1911. Der Delegierte wird beauftragt, hierüber in Berlin vorzutragen. Auch soll derselbe dafür eintreten, daß bei militärischen Übungen während der ganzen Dauer derselben den Forstauffsehern die Diäten gezahlt werden. Für die Rangerhöhung der Forstauffseher soll er ebenfalls sprechen. Bei Einzäunung der Dienstländereien wird wieder der Unterschied zwischen Dienst- und Pachtländereien hervorgehoben und gebeten, man möge auch die Pachtländereien der Forstbeamten, soweit es nötig ist, auf Staatskosten einzäunen. Dem Punkt über Befolungs- und Dienstlandsfrage wird zugestimmt; eine Bittschrift an das Abgeordnetenhaus wird vorgelesen und besprochen. Die Bezirksamtsgruppe bleibt auf ihrem alten Standpunkte bezüglich der Anrechnung der Einnahme aus den Dienstländereien auf das pensionsfähige Gehalt. Zu 6. Zum größten Teil haben sich die von den Ortsgruppen eingebrachten Anträge schon durch die Vorgänge erledigt. Die bezüglich der Jagdfrage gestellten Anträge werden vorläufig zurückgestellt. Über die Wohnungsfrage der Forstauffseher und Abgabe der Abwurfsstangen kommt es zu keinem Beschluß. Zu 7. Der Vorsitzende macht auf die Vorteile der Krankenbeihilfeskasse aufmerksam und bittet um Beistand; ebenso auf die mit den einzelnen Firmen geschehenen Abschlüsse. Aus der Versammlung wird eine Unterstützung für die Witwe des erschossenen Kollegen Romanus angeregt. Diese Angelegenheit wird dem Hauptverein überlassen. Ein Antrag um Vorstellung bei der Behörde dahin, die Forstehrlinge mit „Sie“ anzusprechen, wird von der Versammlung angenommen.

Der Vorstand. W e g e n e r, Vorsitzender.

Wiesbaden. Am 23. März d. Js. hat in der „Alten Post“ zu Limburg nach vorausgegangener Vorstandssitzung eine Vertreter- und Mitgliederversammlung stattgefunden. Es waren 18 Kollegen anwesend, die insgesamt 127 Stimmen vertraten. Punkt 2 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung, nachdem er die erschienenen Kollegen begrüßt, mit einem Horrido auf Se. Majestät unseren Landes- und höchsten Jagdherrn und mit dem erneuten Gelöbniß unwandelbarer Treue für ihn. Wädhann wurde in die Tagesordnung eingetreten. 1. Der Vorsitzende erstattete den Jahres- und der Schatzmeister, nachdem die Rechnung geprüft und für richtig befunden, den Kassenbericht; nachdem nun noch der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, wurde dem Schatzmeister und gleichzeitig dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. 2. Der Vorsitzende berichtete über die Vorstandssitzung in Berlin. 3. Das für die am 7. und 8. Juni in Berlin tagende Delegiertenversammlung in Aussicht

genommene Material wurde einer eingehenden Beratung unterzogen und dem hierzu einstimmig gewählten Delegierten Wehl-Forsthaus Hellerhof und Erschmann Mittel-Ballrabenstein die nötigen Anweisungen erteilt. 4. Kollege Müller-Frohnhäusen legte der Versammlung ein Schema über das von ihm und Kollegen Fint-Battenberg entworfene Dienststellenverzeichnis vor; der Schriftführer wurde beauftragt, den Ortsgruppen hiervon hestographische Abzüge zuzustellen, und diese sollen bis zum 1. Oktober etwaige Abänderungs- und Zusatzanträge Kollegen Müller zuenden. 5. Mit 80 gegen 47 Stimmen wurde der Antrag der Ortsgruppe Battenberg auf Herabsetzung des Bezirksamtsgruppenbeitrages abgelehnt. Ein Teil der Kassenüberschüsse soll für die später im Druck erscheinenden Dienststellenverzeichnisse, von welchen jedem Mitglied ein Exemplar kostenlos zugestellt wird, Verwendung finden. 6. Der Antrag der Ortsgruppe Unter-Taunus auf Gründung einer Sterbelasse wurde einstweilen zurückgezogen. 7. Verschiedenes. a) Es wurde einstimmig beschlossen, bei der Enthüllung des Gedenksteines für den erschossenen Kollegen Romanus durch einen seiner hiesigen Bataillons- und Ersch-Kollegen einen Kranz niederlegen zu lassen. b) Der Dringlichkeitsantrag des Vorsitzenden, den Vereinsbeitrag für die Zukunft auf einmal zu erhöhen, wurde angenommen mit allen Stimmen bis auf die der Ortsgruppe Dillenburg, die sich der Abstimmung enthielt. Nachdem Kollege Capito dem Vorstand für seine rührige Arbeit gedankt und demselben ein dreifaches Hoch ausgedrückt, schloß der Vorsitzende um 5,30 Uhr nachmittags die Versammlung mit einem Horrido auf unsern Herrn Oberforstmeister.

Der Vorstand. J. A.: Tittel, Schriftführer.

Ortsgruppen:

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). Die Jahresversammlung wurde in Carpin am 23. März d. Js., abends 8 Uhr, durch den Vorsitzenden mit einem „Horrido“ auf Se. Majestät den Kaiser eröffnet. Der Vorsitzende gedachte dann in warmen Worten des verstorbenen Kollegen Dall-Rieth. Die Versammlung ehrte dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Dann wurde zur Tagesordnung übergegangen. Anwesend waren zwölf Mitglieder. Die Rechnung und der Jahresbericht wurden vorgelesen; als Rechnungsprüfer wurden die Kollegen Grob-Forst und Kaiserling-Althagen gewählt. Die Rechnung wurde für richtig befunden und dem Schatzmeister Entlastung erteilt. Kollege Herpin erstattete als Delegierter zur Bezirksamtsgruppenversammlung in Stettin Bericht über den Verlauf der Versammlung. Der Antrag Laderwig-Schloms führte in der Besprechung zu dem einstimmigen Beschluß, den Ortsgruppenbeitrag von 2,00 M auf 3,00 M jährlich zu erhöhen, um die Kasse zur evtl. Deckung von Fehlbeträgen bei Festen leistungsfähiger zu gestalten. Der Vorstand wurde in seinem ganzen Umfange auf weitere drei Jahre einstimmig wiedergewählt und dem bisherigen

Vorsitzenden, Kollegen Herpin, für seine mühevollen Tätigkeit der beste Dank ausgesprochen. Verschickung: Bei der Firma J. Neumann-Neudamm wurden 10 Stück Förster-Jahrbücher von 1912 für Mitglieder der Ortsgruppe zur Lieferung bestellt. Die nächste Versammlung findet am 18. Mai in Hintersee bei Glienemann mit Damen statt.

Der Vorstand. J. A.: G. H. o. m. s., Schriftführer. **Brechlan** (Regbz. Marienwerder). Die Versammlung wurde um 4½ Uhr eröffnet. Anwesend waren acht Mitglieder. Zu Rechnungsprüfern wurden die Kollegen Säfel und Schultzen gewählt. Die Rechnung wurde von denselben geprüft und für richtig befunden, worauf dem Rechnungsleger Entlastung erteilt wurde. Punkt 2 der Tagesordnung mußte ausfallen, da der betr. Kollege nicht erschienen war. Zum Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung nach Königs wurde Kollege Säfel, als dessen Stellvertreter Kollege Schulz gewählt. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Horrido auf den höchsten Jagdherrn geschlossen.

Der Vorstand. B. a. h. r., Vorsitzender. **Rheinberg, Markt** (Regbz. Potsdam). Zu der vom 24. auf den 23. März d. Js. verlegten Versammlung im Vereinslokal waren 10 Kollegen erschienen. Der Ortsgruppe beigetreten ist Kollege Forstausseher Peters, Oberförsterei Alt-Ruppin. Kollege Kulow-Stauditz ist erkrankt und konnte seinen in Aussicht gestellten Vortrag nicht halten. Dem Mandanten wurde Entlastung erteilt. Einstimmig beschloß die Versammlung eine Exkursion nach der Oberförsterei Beshlin, wo die Bestände von Buchheide besichtigt werden sollen. Zusammenkunft: Beshlin, Bausdorfs

Restaurant, am 1. Juni d. Js., nachmittags 2 Uhr. Abends gemütliches Beisammensein ebenda, wozu auch die verehrten Damen freundlichst eingeladen werden. Am 6. Juni d. Js. soll ein Scheibenschießen in Beshlinerhütte abgehalten werden, eine nähere Beschreibung erfolgt gelegentlich der Exkursion. Von den anwesenden Mitgliedern wurden 11 Exemplare Preussisches Förster-Jahrbuch für 1912 bestellt; da der Bezug von mehreren Exemplaren sich billiger stellt, bitte ich, evtl. Bestellungen an mich zu richten bis zum 10. April d. Js.

Der Vorstand. **Stangenwalde** (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 24. März d. Js., fand im Sattlerischen Lokale in Karthaus eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: Zu 1. Der Kollege Förster Müller erstattete Bericht über die letzte Sitzung der Bezirksgruppe in Danzig. Zu 2. Bezüglich der Deduktion der durch die Kaisergeburtstagsfeier entstandenen Kosten wurde beschlossen, daß das Mandat von den Mitgliedern, welche sich an der Feier beteiligt haben, zu gleichen Teilen gedeckt werden soll. Diese Kollegen werden deshalb gebeten, bei der Beitragsentrichtung am 1. Juli d. Js. 2 M. mehr als sonst an den Kassensführer einzuliefern. Zu 3. Der Ortsgruppe treten vom 1. Juli d. Js. ab bei die Kollegen: Förster Lubitz-Kobau und Förster Weber-Ostrik. Zu 4. Kollege Müller hielt zum Schluß noch einen anregenden Vortrag über die Rentabilität der Bienenzucht. Die Scheibenschießen für kommenden Sommer werden seinerzeit durch das Vereinsblatt bekannt gemacht werden.

Der Vorstand. Weinlich, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Seiden, M., Forstlehrer, Werchow, Kr. Ostveller.
Melzer, Franz, Hilfsjäger, Jernau b. Bauernwin.
Müller, Selmut, Hilfsförster, Manow, Bez. Köslin.
Kalesinski, Franz, Freiberg. Förster, Adelesien.
Ogaw, Karl, Forstlehrer, Altomischel.
Wibb, Paul, Forstlehrer, Forsthaus Hohenbirten b. Ratibor, Ober-Schlesien.

Häwe, Friedrich, Forstausseher, Adelesien.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzuliefern. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamteten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldebareiten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schachmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Beitrag aus der Sparbüchse des Jagdbeamteten Satzungen für 1911/12; eingeliefert von dem Kassierer dieses Vereins, Herrn W. Arnoldi in Satzungen. 50,16 Mk.
Gesammelt auf einer Treibjagd zu Lubmin; eingeliefert von Herrn Förster Müller in Lubmin. 1,—

„Ungenannt“, Postkoppel Cassel	1,50 Mk.
Gesammelt in einer Gesellschaft; eingeliefert von Herrn A. Vogel aus Eubende bei Berlin	6,15
Gesammelt bei einem Schießtreiben am 2. März 1912, Jagdclub Hotel Stadt Coburg in Erfurt; eingeliefert von Herrn B. Siebach in Erfurt	8,—
Verschiedene Zuwendungen von „Ungenannt“	396,00
Gesammelte Strafgeelder für Gesellschaften auf den Treibjagden des Jagdbeamteten Lohse, des Herrn Oberamtmann Kolger und des Herrn Landschaftsrat von Arenshoff, Cölle, sowie Ergebnis einer Sammlung; eingeliefert von Herrn Hans Goltzer in Ribenburg-Weiser	57,40
	Gesamt 521,50 Mk.

Den Gebiern herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Höler, Gadow, 2 Mk.; Ammon, Jankowits, 2 Mk.; Müller, Lubmin, 2 Mk.; Amiel, Schwab, 2 Mk.; Bernat, Rogau, 3 Mk.; Vorkenbagen, Gernsheim, 2 Mk.; Reusen, Herwig, 2 Mk.; Burdardi, Trausfurt a. O., 2 Mk.; Bruhn, Dohrnagen, 3 Mk.; Wandemer, Strasburg, Weipr., 2 Mk.; Woenke, Herbersdorf, 2 Mk.; Wed, Althardt, 2 Mk.; Virgus, Wallendar, 2 Mk.; Gallenbach, Dammwalde, 2 Mk.; Dindow, Reichsdick, 2 Mk.; Fühner, Reichenbrunn, 2 Mk.; Finow, Cassel, 2 Mk.; Florke, Niebr, 2 Mk.; Freiwald, Gadowitz, 2 Mk.; Freitag, Cuyhendorf, 2 Mk.; Grnska, Reichsdick, 2 Mk.; Maubitz, Gadowitz, 2 Mk.; Grub, Hann, 2 Mk.; Hoffmann, Reichenitz, 2 Mk.; Gerting, Ansdör, 2 Mk.; Gerting, Waddorf, 2 Mk.; Heber, Gernsee, 2 Mk.; Jacob, Reichenitz, 3 Mk.; Kleinbienst, Bromlau, 3 Mk.; Künzel, Schult,

2 Mr.: Kdnia, Gr. Gansen, 2 Mr.: Krüger, Vochow, 2 Mr.: Krause, Katswerder, 2 Mr.: Kittenberg, Krenitz, 2 Mr.: Krieger, Gr. Treichen, 2 Mr.: Kötner, Langbursdorf, 5 Mr.: Kriemann, 2 Mr.: Kramroth, Krimstedt, 2 Mr.: Laubinger, Siegen, 2 Mr.: Lort, Cierobe, 2 Mr.: Lemme, Girschberg, 2 Mr.: Lampe, Förder-
 2 Mr.: Möllendorf, Renau, 2 Mr.: Meyer, Stäfelde, 2 Mr.: Müller, Nierlingen, 2 Mr.: Müller, Anschlag, 2 Mr.: Wenzel, Replanten, 2 Mr.: Müller-Spading, Dresden, 2 Mr.: Wenzel, Jernau, 2 Mr.: Scheta, Ammerland, 2 Mr.: Erlob, Rabolbs-
 hausen, 2 Mr.: Ugon, Altmühl, 2 Mr.: Pohl, Medrom, 2 Mr.: Preuß, Kirchwalde, 2 Mr.: Pöppler, Frankfurt a. O., 2 Mr.: Pieper, Döbern, 2 Mr.: Randert, Hemsdorf, 2 Mr.: Radschweit, Krophadt, 2 Mr.: Reinemann, Berla, 2 Mr.: Suble, Johanns-

burg, Lühr., 250 Mr.: Sembach, Siegen, 2 Mr.: Stibba, Schwei-
 nitz, 2 Mr.: Schneider, Unterhart, 2 Mr.: Schlor, Eberleichen,
 2 Mr.: Stibens, Schmolzin, 2 Mr.: Tischler, Wendrin, 2 Mr.:
 Tute, Ulrich, 4 Mr.: Tschirner, Buchwald, 2 Mr.: Trube, Gr.
 Garzenburg, 2 Mr.: Thiele, Moellendorf, 2 Mr.: Uedermann,
 Rheinsberg, 2 Mr.: Vogt, Reichenbach, 2 Mr.: Warbin, Sawische,
 2 Mr.: Wahl, Wettelrode, 2 Mr.: Witte, Rabin, 2 Mr.: Wilding,
 Gr. Stöckheim, 2 Mr.: Ziegler, Gassborn, 2 Mr.: Zuleger, Dorn,
 2 Mr.: Ziegler, Steinbühl, 2 Mr.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten
 Beiträge bescheinigt Neumann,

Schafmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog, Halensee

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder
 Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.
 Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 Mr. 20 Pf.
 im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 Mr. ab Neudamm) geliefert. Bestellungen sind an
 die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Großer forstlicher Lehrgang 1912 zu Lanterbach (Hessen).

In der Zeit von Montag, den 3. bis Sonn-
 abend, den 29. Juni 1912, findet in Lanterbach
 (Hessen) unter Leitung von Forstrat Eulefeld
 der zweite große forstliche Lehr-
 gang des Vereins statt.

Zur Teilnahme werden nur solche Mit-
 glieder des Vereins zugelassen, die

1. eine ordnungsmäßige Lehrzeit durchgemacht
 und alsdann so lange im praktischen
 Forstdienste gestanden haben, daß diese
 praktische Dienstzeit, einschließlich der Lehrzeit,
 bis zum Beginne des Lehrganges mindestens
 fünf volle Jahre beträgt;
2. das 24. Lebensjahr vollendet und das 35. Lebens-
 jahr noch nicht überschritten haben.

Die Gesuche um Zulassung zum Lehrgange
 sind zu belegen mit:

1. einem Geburtschein,
2. Angabe der Mitgliedsnummer,
3. einem verschlossenen Zeugnis über außer-
 dienstliches Verhalten, ausgestellt von Seiten
 des Vorgesetzten oder Dienstherrn, bei welchem
 der Gesuchsteller zur Zeit der Einreichung seines
 Gesuches im Dienste steht (wenn der Anwärter
 zurzeit in keinem dienstlichen Verhältnisse steht,
 so ist ein Zeugnis der Gemeinde- oder Polizei-
 behörde seines Aufenthaltsortes über sein Ver-
 halten vorzulegen),
4. einem kurzgefaßten Lebenslauf,
5. den erforderlichen Nachweisen über den Gang
 der Ausbildung nebst den etwaigen Lehr- und
 Prüfungszeugnissen im Original,
6. den Originalzeugnissen über die praktische Be-
 schäftigung.

Die Gesuche mit Belegen sind bis zum 15. Mai
 an mich einzureichen (Adresse des Briefumschlages
 nur: An den Vorsitzenden des Ver-
 eins für Privatforstbeamte Deutsch-
 lands, Halensee-Berlin, Karls-
 ruher Straße 13).

Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt
 werden. Es können ferner nur 30 Teilnehmer zu-
 gelassen werden.

Wenn die Zahl der bestimmungsgemäß zu-
 gelassenen Teilnehmer 30 nicht erreicht, können
 innerhalb dieser Grenze noch solche Mitglieder
 unseres Vereins zugelassen werden, die zwar alle
 übrigen Bedingungen erfüllt, das 35. Lebensjahr
 aber schon überschritten haben. Es können in diesem
 Falle ferner noch zugelassen werden Waldbesitzer, die
 Mitglieder unseres Vereins sind, oder ihre Söhne.

Das Honorar für den Lehrgang beträgt
 25 M. und ist unter Angabe der Bestimmung
 nach Mitteilung der Zulassung
 umgehend einzusenden an die Kassenstelle
 des Vereins zu Neudamm (Nm.).

Die vorgeesehenen Unterrichtsfächer sind folgende
 (die eingeklammerten Zahlen bedeuten die für das
 Fach vorgesehene Gesamtstundenzahl):

Allgemeines (2), Betriebslehre (4), Waldbau
 (19), Forstschutz (10), Forstbenutzung (11), Wald-
 wertrechnung (2), Jagdkunde (5), Geseteskunde (12),
 Vermessen und Wegebau (theoretisch und praktisch)
 (21), Geometrie (1), Fischerei (1), Landwirtschaft (4),
 Vogelschutz (2), schriftliche Arbeiten (9), forstliches
 Rechnen (5), Fragekasten (17).

Außerdem werden besucht: das Niedersächsische
 Forstmuseum, eine Dampfziegerei, Brauerei mit
 Malzfabrik, Dampfmolkerei mit Käseerei, ein Dampf-
 sägewerk (Ristenfabrikation), eine Webereischule
 und eine mechanische Weberei, eine Hutfabrik
 (verarbeitet nur Hagen- und Kaninchenhaare),
 sowie eine Blechfabrik und eine Kieselgurgrube.

Schließlich finden 6 halbtägige Walderkursionen,
 sowie jeden Sonnabend eine Tagesekskursion statt.

Halensee, den 5. März 1912.

Der Vorsitzende. Dr. Bertog.

Försterprüfung 1912.

Im Jahre 1912 soll wieder wie im Vorjahre
 nur eine Försterprüfung abgehalten werden, und
 zwar voraussichtlich in Schlesien in der Zeit
 zwischen Mitte Juni bis Mitte Juli

Die Bedingungen für die Zulassung sind in Nr. 10 auf Seite 217 veröffentlicht.

Die erforderlichen Gesuche mit Belegen sind bis zum 10. April 1912 an mich einzureichen (Adresse des Briefumschlagens nur: An den Vorsitzenden des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, Halensee-Berlin, Karlshofer Straße 13). Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Alles andere ist zu ersehen aus der Prüfungsordnung, enthalten im Jahrbuch unseres Vereins für 1911, das gegen Einsendung von 1 M. von der Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm (Nm.), zu beziehen ist.

Halensee, den 1. März 1912.

Dr. Hertog.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3820. Wirth, Georg, Privatförster (Rittergutbes. d. Kühne), Rausen bei Steinau a. O. (B.-Gr. VII.)
 3821. Schneider, Willy, Hilfsjäger (Landstallmeister v. Schlüter), Jh. Reichensee bei Liptz. (B.-Gr. IX.)
 3822. Rente, Bernhard, Hilfsförster (Graf von Schweinitz), Eulau. (B.-Gr. VII.)
 3823. Brauer, Hermann, Förster (v. Treskow-Dahlwitz), Berlin W, Elbinger Straße 65. (B.-Gr. IX.)
 3824. Eider, Hubert, Förster, Ramedu, Bez. Coblenz. (B.-Gr. XI.)
 3-25. Morfs, Ewald, Revierförster, Gr.-Süchen b. Dyhernfurth. (B.-Gr. VII.)

3828. Klose, Paul, Fürstl. Bleichner Forstverwalter, Dorfbach b. Büßensaltersdorf, Bez. Breslau. (B.-Gr. VII.)
 3827. Wolf, Hermann, Förster (Fhr. v. Paleste), Swaroschin, Rr. Dirschau. (B.-Gr. I.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
 Donner, Hugo, Förster, Kremkow b. Colln i. Pomm.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

- Nr. 36 8 M., Nr. 113, 166, 175 je 4 M., Nr. 293 8 M., Nr. 295 1 M., Nr. 512, 555—557, 585, 631, je 4 M., Nr. 696 2 M., Nr. 700—702 je 4 M., Nr. 703 8 M., Nr. 707, 709, 787, 789 je 4 M., Nr. 825 8 M., Nr. 850, 883 je 4 M., Nr. 893 6 M., Nr. 976, 1011, 1066, 1068, 1074, 1075 je 4 M., Nr. 1083 8 M., Nr. 1088, 1108, 1105 je 4 M., Nr. 1111 9,20 M., Nr. 1162, 1230, 1231, 1234, 1236, 1299, 1600, 1636 je 4 M., Nr. 1638 8 M., Nr. 1659, 1660, 1662—1665, 1669, 1685, 1702, 1717, 1774, 1915, 1963 je 4 M., Nr. 2015 10 M., Nr. 2022, 2024—2026, 2029 je 4 M., Nr. 2226 10 M., Nr. 2235 8 M., Nr. 2267, 2268, 2377, 2463, 2500, 2550, 2574 je 4 M., Nr. 2690 8 M., Nr. 2750 4 M., Nr. 2782 6 M., Nr. 2787, 3085 je 4 M., Nr. 3220 1 M., Nr. 3224, 3326, 3360, 3379, 3401, 3438, 3445, 3603, 3614, 3634 je 4 M., Nr. 3766, 3816, 3817 je 7 M., Nr. 3819 10 M., Nr. 3820—3822 je 7 M., Nr. 3825 11 M., Nr. 3826 16,20 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Beilage gelangende Forstdienststellen in Preußen. 281. — Forstliche Tagesfragen. Von Kurt Trost. (Schluß.) 282. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. 283. — Ostmarken-Julage. 286. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. 287. — Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins. 290. — 75. Geburtstag des Oberforstrats Ritter von Rütch. 290. — Aus Bayern. 290. — Revierjägerprüfung in Mecklenburg-Schwerin. 290. — Preimrückzahlung des Wachstums eines Waldes durch die Industrie und Schadenerfahrungen. Von Müllers. 290. — Zehnt der italienischen Waldungen durch ein neues Forstgesetz. 291. — Die Waldbrände am Lago Maggiore. 291. — Amtlicher Marktbericht. 292. — Verional-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 292. — Offene Stellen in Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps. 298. — Brief- und Fragelasten. 298. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 294. — Nachrichten des „Waldheil“. 296. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 297. — Inserate.

Verlag von J. Neumann, Neudamm.

Soeben wurde neu herausgegeben:

Preussisches Förster-Jahrbuch 1912 (Band III).

Ein Ratgeber und Adreßbuch für die preussischen Kron- u. Staats-Forstbeamten.

Ladenpreis fest geheftet 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der Forstzeitung einzeln 2 Mk. 30 Pf., in Partien 5 Stück und mehr an eine Adresse je 2 Mk. 10 Pf., 10 Stück und mehr an eine Adresse je 2 Mk.

Alle eingelaufenen Bestellungen sind versandt und müssen inzwischen in den Besitz der Auftraggeber gelangt sein. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß der Wert des Jahrbuches bei seinem akuten Stoff für das kommende Jahr je größer ist, je früher die Anschaffung erfolgt. Die Herren, welche noch nicht bestellten, werden daher gut tun, ihre Aufträge schleunigst aufzugeben, damit Lieferung sofort erfolgen kann. Namentlich werden die Herren, welche Partiebestellungen entgegennehmen, höflichst gebeten, den Rundgang der Sammelisten gütigst mit allen Mitteln zu beschleunigen und dann den Bedarf sofort aufzugeben.

Zu beziehen ist das Preussische Förster-Jahrbuch gegen Einsendung des Betrages franko unter Nachnahme mit Portozuschlag.

Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

gültiges Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatsorstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thymeriter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 15.

Mendau, den 14. April 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Demmin (neu zu bildende und aus Teilen der Oberförstereien Hammerstein und Schulzenwalde und aus Antausflächen) mit dem Amtssitze im angekauften Gutsgelöst Demmin, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 1. Mai** eingehen.

Oberförsterstelle Wildsch im Regierungsbezirk Cassel ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 1. Mai** eingehen.

Oberförsterstelle Wildenow im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 1. Mai** eingehen.

Försterstelle Cornberg in der Oberförsterei Rotenburg-Ost, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 anderweitig zu besetzen.

Försterstelle Jägerthal in der Oberförsterei Schöndthal, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. Juli neu zu besetzen. Die Stelle liegt 9 km von Zippnow. Evangelische Schule und evangelische und katholische Kirche in Naderitz, 4 km. Dienstland 10,955 ha Acker und 5,764 ha Wiese. Nutzungsgeld 55 M., Dienstaufwand 200 M., Stellenzulage 100 M. Meldefrist: **1. Mai**.

Försterstelle Kalkwellen in der Oberförsterei Nitzballen, Regierungsbezirk Gumbinnen, kommt zum 1. Juli 1912 zur Neubesezung. Zu der erledigten Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an Dienstland 14,8 ha Acker, 2,9 ha Wiesen. Die Schule ist in Ballupönen, 1,2 km entfernt. Die Entfernung der Kleinbahnstation Rasdehnen der Kleinbahn Pillkallen—Rasdehnen beträgt 8 km. Gesuche um Veretzung auf diese Stelle sind **bis zum 20. April** einzureichen.

Försterstelle Louisenforst in der Kronsfeldkommiss-Oberförsterei Peesig ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen.

Försterstelle Priller in der Oberförsterei Misdroy, Regierungsbezirk Stettin, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.

Försterstelle Tannenwald in der Oberförsterei Peitz, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. August 1912 zu besetzen.

Försterstelle Theerosen in der Oberförsterei Tauer, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.

Försterstelle Wohlthöfen in der Oberförsterei Arstedt, Regierungsbezirk Stade, ist zum 1. Juli 1912 zu neu besetzen. Etwas Bewerbungen müssen **bis zum 1. Mai** eingehen.

Die Wirtschaftsergebnisse der preußischen Staatsforstverwaltung im Etatsjahre 1910 (Forstwirtschaftsjahr 1. Oktober 1909/10).

Von der preußischen Zentralforstverwaltung werden alljährlich „Mittliche Mitteilungen“, bestehend in einer größeren Anzahl statistischer Tabellen, herausgegeben, die neben andern interessanten Angaben in der Hauptsache das wirtschaftliche Ergebnis der Staatsforsten im letzten abgeschlossenen Etatsjahre und dem entsprechenden Forstwirtschaftsjahre enthalten. Diese Mitteilungen sind vor einiger Zeit neu erschienen und haben zum Teil in dem soeben herausgegebenen Preußischen Förster-Jahrbuch für 1912 (Verlag von J. Neumann, Neudamm) Aufnahme gefunden.*)

Das erhebliche Interesse, das die wirtschaftlichen Ergebnisse und Erfolge der Staatsforstverwaltung beanspruchen, veranlaßt uns, auf den Inhalt jener Mitteilungen hier näher einzugehen, wobei wir jedoch auf eine erschöpfende Besprechung verzichten müssen.

Die Verwaltung hatte im Etatsjahre 1910 im ganzen

133 832 043 *„Einnahme,*
79 395 379 *„Ausgabe.*

Mithin sind 54 436 664 *„überschuß*

für den Staatshaushalt aus den preußischen Staatsforsten eingekommen.

Die **Einnahme** ist um 6,2 Millionen Mark höher als im Jahre 1909. Sie enthält aber 6,7 Millionen Mark Erlös für verkaufte Forstgrundstücke, der bisher dem Fonds des vormaligen Staatsschatzes zugeführt wurde und im Jahre 1910 zum erstenmal bei der Forstverwaltung verrechnet ist. In Wirklichkeit hat sich die Einnahme also gegen das Jahr vorher um etwa $\frac{1}{2}$ Million Mark verringert.

Für **Holz** beträgt die **Winderneinnahme** sogar 1 069 652 *„*, die aber zum Teil durch Mehreinnahmen für Jagd, Nebennutzungen und verschiedene andere Einnahmen wieder ausgeglichen wird. Das im Forstwirtschaftsjahre 1. Oktober 1909/10 im ganzen verkaufte Holz hat dagegen den bisher noch nie erreichten Erlös von 134 242 022 *„* gebracht. Daß die Ist-einnahme, also der wirklich vereinnahmte Betrag, um mehr als 16 Millionen Mark niedriger ist, hat seinen Grund hauptsächlich in der Stundung von über 13 Millionen Mark Holzgeld in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen. Hier mußten wegen des ausgedehnten Nonnenstraßes

große Mengen Holz geschlagen werden, die nur unter Gewährung langer Stundungen verwertet werden konnten. Diese Stundungen haben das statistische Ergebnis des Jahres 1910, wie von vornherein hervorzuheben werden muß, so stark beeinflusst, daß es sehr wenig zum Vergleich geeignet ist. Wir wollen uns daher in der Gegenüberstellung von Zahlen auf das notwendigste beschränken.

Die **Staatsausgabe** übersteigt die des Jahres 1909 um etwa $\frac{3}{4}$ Millionen Mark. Sie würde noch größer sein, wenn die persönlichen Ausgaben, die im Jahre 1909 infolge der Nachzahlungen auf Grund der allgemeinen Befoldungsregelung recht hoch waren, nicht um 2,5 Millionen Mark zurückgegangen wären. Ferner sind beim Grundstücksankauf etwa 3 Millionen Mark weniger verwendet worden. Die nicht unbedeutenden Mehrausgaben bei den Betriebskosten werden hierdurch weniger fühlbar. An Holzwerbkosten sind allein $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark mehr erforderlich gewesen. Von den übrigen Mehraufwendungen fällt besonders das verhältnismäßig starke Steigen der Real- und Kommunalsteuern — um 386 000 *„* — ins Auge. In den letzten 5 Jahren sind die Ausgaben bei diesem Titel von 1 927 828 auf 3 931 942 *„*, also auf mehr als den doppelten Betrag angewachsen. Der Grund liegt in der andauernden Erhöhung der Steuerzuschläge in den Landgemeinden. Nicht selten ruht die Hauptlast an aufzubringenden Gemeindesteuern auf der Forstverwaltung.

Bleiben sowohl bei der Einnahme wie bei der Ausgabe die Aufwendungen für den Grundstücksverkauf und -ankauf außer Berechnung, so vermindert sich der **Überschuß** gegen den des Jahres 1909 um mehr als 6 Millionen Mark.

Infolge der geringen Ist-einnahme für Holz und des Steigens der Betriebskosten und allgemeinen Ausgaben ist also rechnungsmäßig ein Rückgang der wirtschaftlichen Ergebnisse festzustellen. Werden aber die gestundeten Kaufgelber für das Nonnenstraßholz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1909/10, die eigentlich dem Etatsjahre 1910 zugute kommen müssen, mit zur Berechnung gezogen, so ergibt sich ein Mehrüberschuß von mindestens 7 Millionen Mark. Der Rückgang ist also nur ein scheinbarer. Allerdings muß zugegeben werden, daß der so berechnete höhere Ertrag fast ausschließlich dem starken Holzeinlage zuzuschreiben ist, nicht etwa besserer Holzverwertung.

*) Abgedruckt sind auf den Seiten 55—64 des Förster-Jahrbuches für 1912 die Tabellen über: 1. Blutiges Zusammentreffen mit Wilddieben und Forstrevolern, 2. Kultur- und Wegebaugelber, 3. Holzmassenertrag, 4. Forstarbeiter und 5. Forst-, Jagd- und Fischereirebel.

Der beste Gradmesser für den wirtschaftlichen Erfolg, der **Reinertrag** je Hektar Gesamtfläche, schwankt in demselben Verhältnis wie die Einnahme, je nachdem die gestundeten Kaufgelder für das Nonnenstraßholz mitgerechnet werden oder nicht. Er beträgt 19,32 \mathcal{M} , ist also um 2,23 \mathcal{M} gefallen, übersteigt jedoch einschließlich jener Kaufgelder sogar den Reinertrag des Jahres 1908 von 23,02 \mathcal{M} .

Innerhalb der Regierungsbezirke ist der Reinertrag wie immer recht verschieden. Abgesehen von den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, die in diesem Jahre, statt Einnahmen abzuwerfen, einen hohen Zuschuß gebraucht haben, stehen die Bezirke Wiesbaden mit 7,70 \mathcal{M} und Coblenz mit 8,16 \mathcal{M} je Hektar Gesamtfläche an letzter Stelle. Etwa den siebenfachen Betrag haben die Bezirke Breslau mit 55,76 und Erfurt mit 55,35 \mathcal{M} aufzuweisen.

Die **Fläche der Staatsforsten** ist um 21768 ha — etwa die Größe von 5 Oberförstereien — gewachsen. Aus der Nachweisung über die Flächenzu- und -Abgänge, die alljährlich dem Hause der Abgeordneten zugeht,*) ist ersichtlich, daß es sich bei der Vergrößerung hauptsächlich um Ankäufe inden Regierungsbezirken Marienwerder (5769 ha), Allenstein (4268 ha), Posen (2751 ha), Danzig (2027 ha), Köslin (1405 ha), Bromberg (950 ha), Arnberg (798 ha) und Frankfurt (695 ha) handelt.

Die Gesamtfläche der Staatsforsten beträgt nach dem Etat für 1910 2997175 ha, und zwar 2677197 ha Holzboden und 319978 ha Nichtholzboden. Die Trennung des Nichtholzbodens nach nutzbarer und ertragloser Fläche ist weggefallen.

Um einen Begriff von der Größe des Forstbestandes zu erhalten, die inzwischen noch bedeutend zugenommen hat, vergewärtigt man sich, daß der Flächeninhalt den der Provinz Pommern übersteigt und 37 v. H. der gesamten „Forsten und Holzungen“ des Staates ausmacht.

Im Zeichen des Nonnenstrasses steht ganz besonders der **Holzertrag**. Der Gesamteinschlag beträgt 15714538 fm, oder 5,87 fm je Hektar Holzboden. Er war schon im Jahre 1909 sehr gestiegen und hat sich noch um 2,7 Millionen Festmeter erhöht. Besonders auffallend ist die Zunahme der Kuchholzausbeute, die allem 2,4 Millionen Festmeter des Mehreinschlages umfaßt. Bei der Gesamtholzmasse ist das Kuchholzprozent von 53 auf 59, bei der Derbholzmasse von 63 auf 67 gestiegen. Die erheblichen Rückschläge im Nonnenstraßgebiet, verbunden mit der notwendigen Zurückstellung der Vornutzung, haben eine wesentliche Verschiebung zugunsten des Kuch-Derbholzes zur Folge gehabt. Aber auch das Streben nach

hoher Kuchholzausbeute, hervorgerufen durch die ungünstigen Brennholzpreise, hat auf die Aushaltung von Kuchholz großen Einfluß ausgeübt. In 25 Regierungsbezirken ist das Kuchholzprozent gestiegen, während es nur in sieben Bezirken zurückgegangen ist.

Die Abnutzung je Hektar Holzboden beträgt beim Derbholz 5,10 fm, d. i. etwa der 1½fache Durchschnitt normaler Jahre.

Den höchsten Holzertrag (Gesamtholzmasse) haben die Bezirke Breslau mit 9,08, Minden mit 7,35 und Erfurt mit 7,07 fm je Hektar aufzuweisen.

Beim **Gelbertrag je Hektar Holzboden** halten diese Bezirke nicht gleichen Schritt. In erster Stelle erscheint hier Erfurt mit 89,97, dann Breslau mit 88,16 \mathcal{M} und an drittbesten Stelle, trotz viel geringeren Einschlages (5,72 fm), der Bezirk Liegnitz mit 65,34 \mathcal{M} ; erst dann folgt Minden mit 62,94 \mathcal{M} .

Die geringste Abnutzung je Hektar haben die Regierungsbezirke Köslin mit 3,05, Lüneburg mit 3,26 und Danzig mit 3,37 fm Gesamtholzmasse. Ihr Gelbertrag je Hektar Holzboden erreicht nur etwa ein Drittel von dem der oben genannten besten Bezirke.

Daß die Einnahme der Forstverwaltung, die sich seit dem Jahre 1868 verdreifacht, seit dem Jahre 1890 verdoppelt hat, nicht etwa auf Kosten zu starker Holzabnutzung gestiegen ist, ergibt sich aus einer Tabelle über die Altersklassen, die den „Amtlichen Mitteilungen“ in diesem Jahre zum ersten Male beigegeben ist. Die **Nachhaltigkeit der Wirtschaft**, wenigstens soweit sie nach der Fläche beurteilt werden kann, ist hiernach auf jeden Fall gesichert. Es sind reichlich Holzvorräte in allen Altersklassen vorhanden, namentlich auch an hiebreifem Altholz. Die Bestände über 120 Jahre nehmen bei der Eiche 22287 ha, bei der Buche 23561 und beim Nadelholz 59410 ha ein. Die wirkliche Periodenfläche ist in den weitaus meisten Bezirken kleiner als die normale. Im ganzen bleibt sie um 33185 ha hinter der normalen zurück.

Aus dem Flächenverhältnis zwischen den jüngeren und älteren Altersklassen läßt sich mit einiger Sicherheit folgern, welche Richtung im Aufbau der Holzarten herrscht. Bei der Eiche nimmt die Fläche der jüngeren Altersklassen zu, wahrscheinlich infolge stärkeren Eichenanbaues auf guten Böden, namentlich in Nadelholz- und Buchenrevieren. Bei der Buche ist das Verhältnis umgekehrt. Die II. Altersklasse (81—100-jährig) nimmt 73524 ha, die VI. Altersklasse (1—20-jährig) nur noch 25348 ha ein. Hier scheint sich der Übergang von der Rotbuche zum Nadelholz bemerkbar zu machen. Dafür spricht auch die Flächenzunahme bei den jüngeren Altersklassen des Nadelholzes, zu der

*) Siehe Nr. 8 laufenden Bandes Seite 155 u. f.

allerdings auch die Oblandankäufe beigetragen haben dürften.

Der Mittelwald wird nur noch auf 378 ha bewirtschaftet. Vom Niederwald ist ein Drittel zur Umwandlung in Hochwald bestimmt. Der Rest beträgt 20 872 ha, während der gesamte Hochwald 2 546 094 ha umfaßt.

Über die **Bewegung der Holzpreise** läßt sich bei den regelwidrigen Ergebnissen des Jahres 1910 nicht viel sagen. Beim **Rutholz** ist eine geringe Aufwärtsbewegung, beim **Brennholz** ein weiteres Sinken der Preise wahrzunehmen. Der Gesamtdurchschnitt ist durchweg gesunken. Das liegt aber an den ungünstigen Verwertungspreisen im Nonnenstraßgebiet und zum geringen Teil an dem Wegfall des sogenannten Tagverlustes. Der tagmäßige Verlust durch Freiholzabgaben wurde bisher bei der Berechnung der Durchschnittspreise dem baren Erlös hinzugerechnet. Dieses Verfahren ist beseitigt, und seine Wirkung kommt hier zum ersten Male zur Geltung. Trägt man diesem Umstande Rechnung und läßt man die Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen außer Betracht, so ist, wie folgende Aufstellung zeigt, nur beim Brennholz ein absolutes Sinken festzustellen:

Preis für 1 fm in Mark			
im Jahre	Rutholz	Brennholz	Gesamtholzmasse
1909	13,02	4,99	9,33
1910	11,48	4,36	8,56
1910 (auschl. Königsberg u. Gumbinnen, einschl. Tagverlust für 1909)	13,77	4,85	9,67

Durch eine gute Holzverwertung im allgemeinen — Preis für 1 fm Drehholz ausschließlich Werbkosten — zeichnen sich die Regierungsbezirke Erfurt (12,82 M.), Merseburg (12,25 M.), Weignitz (11,80 M.) und Düsseldorf (11,63 M.) aus. Ungünstig sind die Preise, abgesehen vom Nonnenstraßgebiet, in den Regierungsbezirken Cassel (7,48 M.), Wiesbaden (7,49 M.), Stralsund (7,78 M.) und Schleswig (7,92 M.).

Die höchsten **Rutholzpreise** haben erzielt: Erfurt (17,78 M.), Merseburg (16,45 M.) und Sildesheim (15,97 M.).

Die **Brennholzpreise** sind am höchsten im Bezirk Trier mit 6,57 M. und am niedrigsten im Bezirk Aachen mit 2,77 M. je Festmeter. Dieses entgegengesetzte Verhältnis der beiden nebeneinander liegenden Bezirke besteht seit einer Reihe von Jahren.

Beim **Aufzuchtbetrieb** ist eine wesentliche Vergrößerung der Fläche, namentlich bei den Neukulturen (um 9500 ha), wahrzunehmen.

Im ganzen sind 51 595 ha mit einem Kostenaufwand von 5 673 063 M. kultiviert worden. Davon entfallen auf Neukulturen 37 451, auf Nachbesserungen 14 144 ha. Die Vermehrung der Neukulturen besteht fast ausschließlich in Saaten und Bodenvermudungen, also billigeren Kulturarten. Durch Pflanzung sind 2000 ha weniger kultiviert worden, als im Jahre vorher.

Die durchschnittlichen Aufwendungen je Hektar Holzhoden von 2,12 M. einschließlich und 1,97 M. ausschließlich Samendarstellkosten sind daher nur wenig gestiegen.

Die Kosten für 1 ha Bestandesgründung, berechnet aus der Summe der Kulturkosten und der Fläche der Neukulturen, haben sich dagegen von 195 auf 151 M. je Hektar ermäßigt. Dabei ist aber die oben angegebene Flächenverschiebung zugunsten der billigeren Kulturarten von großem Einfluß gewesen.

Für Verkehrswege (öffentliche Wege) sind 3 294 111 M., für Holzabfuhrwege 2 625 243 M., zusammen 5 919 354 M. oder 1,97 M. je Hektar Gesamtfläche aufgewendet worden. Bemerkenswert ist der Unterschied der Wegebaukosten in den einzelnen Regierungsbezirken. In Sildesheim sind 4,09, in Stade 0,25, in Erfurt 4,05, in Köslin 0,74 M. je Hektar Gesamtfläche ausgeben worden.

Die Beihilfen zu Wegebauten außerhalb der Forsten betragen im ganzen 397 535 M.

Von besonderem Interesse ist die Statistik über die **Waldbrände des Jahres 1911**. Die Dürre des vorigen Sommers hat auch vom Staatswalde ihre Opfer gefordert. Nach der provinzweise geordneten Zusammenstellung sind Hessen-Nassau und Westfalen am besten weggekommen. In Hessen-Nassau ist überhaupt kein Brand zu verzeichnen gewesen, und in Westfalen sind nur 1,3 ha verbrannt. Selbstverständlich spielen hierbei die Waldverhältnisse, insbesondere die Bodenbeschaffenheit, eine große Rolle.

Im ganzen sind 53 Brände im Staatswalde vorgekommen und dabei 4141 ha verbrannt. Auf 3614 ha (etwa $\frac{1}{10}$ der Neukulturläche) ist der Bestand ganz oder zum größten Teil vernichtet worden, während es sich im übrigen um geringere Beschädigungen handelt. Die empfindlichste Wunde ist dem Walde in der Provinz Posen, und zwar in der Oberförsterei Schwerin, geschlagen worden. 1683 ha sind dort dem Feuer zum Opfer gefallen.*) Nach der Zahl der Brände steht die Provinz Hannover an erster Stelle. Bei 14 Wald-

*) Eine interessante Schilderung dieses Riesensbrandes enthält ein Bericht über die Winterversammlung des Märkischen Forstvereins in Berlin am 12. Februar 1912, der in Kürze in der deutschen Forstzeitung veröffentlicht werden soll. (Siehe auch Band 26, Nr. 38, S. 781 und Nr. 45, S. 916.)

bränden sind hier 911 ha verbrannt. In Schlesien sind 9 Brände vorgekommen, wobei aber nur 11 ha verbrannten. Anders in Brandenburg, wo bei der gleichen Anzahl Brände 256 ha erfaßt wurden. In Schleswig-Holstein ist die Brandfläche 561 ha, in der Rheinprovinz 506 ha groß; in den übrigen hier nicht genannten Provinzen ist sie erheblich geringer. Über die Zahl der Brandstifter, die zur Rechenschaft gezogen werden konnten, wird die Frevelnachweisung im nächsten Jahre Auskunft geben.

Zusammenstöße zwischen Forstbeamten und Freblern, wobei Personen verletzt oder getötet wurden, sind im ganzen acht vorgekommen, und zwar wurde ein Forstbeamter getötet und zwei schwer verwundet. Von den Wilddieben und Forstfreblern sind zwei getötet, einer schwer und zwei leicht verwundet worden. Der Waffengebrauch der Forstbeamten war durchweg gerechtfertigt. Die Gefahr, der die Beamten bei der Ausübung ihres Berufes ausgesetzt sind, ist keineswegs gering. Im ganzen sind 79 Fälle von Widerseßlichkeit gegen Staatsforstbeamte vorgekommen. Die Zahl der Fälle, in denen Beamte getötet oder verletzt wurden, ist gegen die Jahre vorher gestiegen; die Zahl der getöteten oder verletzten Frebler ist gefallen.

Am wenigsten hat der Wald und seine Beschützer unter **Forst-, Jagd- und Fischereifreveln** im Regierungsbezirk Stade zu leiden. Alle Arten von Freveln zusammengekommen, entfallen hier auf je 100 ha der Gesamtfläche 0,22 Fälle. Es folgen mit geringem Abstand: Schleswig (0,32), Lüneburg (0,35), Arnberg (0,38), Köslin (0,42), Gumbinnen ((0,43) und Königsberg (0,44). „Stark belastet“ sind: Erfurt (1,96), Oepeln (2,15), Danzig (2,53), Stettin (2,93) und Trier (6,68). Ursache der zahlreichen Frevel im Regierungsbezirk Trier, die hauptsächlich in Forstdiebstählen (4,33) und Forstpolizeiübertretungen (2,21) bestehen, ist die hochentwickelte Industrie, die die Arbeiter täglich mit dem Walde in nahe Berührung bringt. Die meisten Diebstähle an aufgearbeitetem Holze (0,16 je 100 ha) sind im Regierungsbezirk Köln, die meisten Jagdvergehen (0,11) und die meisten Fischereivergehen (0,15) im Regierungsbezirk Düsseldorf vorgekommen. Die Fälle der Widerseßlichkeiten gegen Forstbeamte sind in den Regierungsbezirken Trier und Düsseldorf mit je 0,02 auf 100 ha am höchsten. Im ganzen scheint die Neigung zu Freveln an der Westgrenze am stärksten zu sein.

Forstarbeiter sind im ganzen 183 110 an 11 383 660 Arbeitstagen beschäftigt worden. Die Zahlen halten sich mit den vorjährigen ungefähr auf gleicher Höhe. Die Löhne, über die wir bereits bei den Staatsverhandlungen manches gehört haben, sind wiederum fast durchweg gestiegen.

In forstfiskalischen Betriebskrank-

kassen sind 16 704 Arbeiter, gegen 15 195 im Jahre vorher, versichert gewesen. Auffallend ist bei diesen Versicherten die hohe Zahl der **Krankmeldungen**. Von 100 Versicherten erkrankten

	1909	1910
bei den zwangsweise Versicherten		
a) der forstfiskalischen Betriebskrankenkassen	12	13
b) der Ortskrankenkassen	7	8
bei den freiwillig Versicherten	8	8

Worin mag dieser bedeutende Unterschied seinen Grund haben?

Die **Betriebsunfälle** sind von 1927 auf 1961, also nur unwesentlich gestiegen. Die darin enthaltenen Todesfälle haben sich dagegen von 26 auf 39 erhöht. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß die Zahl 26 des Jahres 1909 ausnahmsweise niedrig ist. Zieht man ferner in Betracht, daß von der Steigerung allein 7 Fälle auf den Bezirk Königsberg entfallen, wo infolge des starken Einschlages wahrscheinlich viele ungeübte Arbeiter eingestellt werden mußten, so ist die Zahl der Todesfälle, namentlich im Hinblick auf die Art des Betriebes, durchaus nicht als hoch zu bezeichnen. Auf etwa 300 000 Arbeitstage kommt nur ein Todesfall.

Die Aufwendungen für Betriebsunfälle haben 459 592 M. betragen. Werden die den Arbeitern und ihren Hinterbliebenen freiwillig gewährten Unterstützungen — 61 197 M. —, die Beiträge zur Arbeiterunterstützungs-kasse Glausthal — 38 767 M. — und die Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung von etwa 400 000 M. hinzugerechnet, so betragen die Gesamtaufwendungen der Forstverwaltung für Arbeiterfürsorge, ausschließlich der Wohnungsfürsorge, annähernd eine Million Mark.

Wir wenden uns nun noch einer recht interessanten Betrachtung über die **Zahl der ausgegebenen Jagdscheine** zu, die den Schluß der Ausführungen bilden soll. Das Heer der Jagdliebhaber ist um 9242 gewachsen und beträgt nunmehr 189 163, nämlich 165 082 Inhaber von Jahres- und 24 081 Inhaber von Tagesjagdscheinen. Mancher kleine Staat könnte auf eine solche „bewaffnete Macht“ stolz sein. 269 Jahres- und 554 Tagesjagdscheine sind an Ausländer ausgegeben worden. Die Zahl der unentgeltlichen Jagdscheine, die sich ungefähr mit der Gesamtzahl aller Grünröde Preußens decken wird, beträgt 15 047.

Eine nicht zu verachtende Summe stellen die entrichteten **Jagdscheingebühren**, einschließlich der Stempelsteuer, dar. Die Gesamteinnahme für 174 116 entgeltliche Jagdscheine und 1123 Doppelausfertigungen berechnet sich auf 3 514 960 M., wovon

2 353 576 *M* den Kommunkassen, 1 161 384 *M* (Stempelfsteuer) der Staatskasse zugeflossen sind. Voraussetzung bei dieser Berechnung ist, daß die Ausländer durchweg die im Stempelfteuergesetz

vorgesehene ermäßigte Stempelgebühr (wie für Inländer) gezahlt haben, sonst würde die Einnahme noch um einige Tausend Mark höher sein.

Die Wirkungen der Dürre des Jahres 1911 auf den Wald.

(Schluß.)

Die deutsche Eiche ist neben der Buche sehr wenig angebaut worden und hat nur dahin gehend Berücksichtigung gefunden, daß größere und kleinere Gruppen angelegt wurden, deren ganzes Verhalten bewiesen hat, daß diese einschränkende Maßregel nicht unrichtig war, weil eben die Eiche auf dem hiesigen Boden in der Verfassung, in welche er durch die frühere Benutzungsweise versetzt ist, ihre Existenzbedingungen noch nicht finden kann, soweit Großpflanzung statfindet, die nicht zu umgehen ist aus Gründen, die hier unerörtert bleiben können. Soweit aber derartige Eichengruppen angelegt sind, lassen sie äußerlich erkennen, daß die Entwidlung sich von dreienigen der vergangenen Jahre nicht in erkennbarer Weise unterscheidet. Dagegen aber sind die amerikanischen Eichen im Revier ziemlich weitgehend berücksichtigt worden, und zwar finden sie sich in Gruppen oder auch als Einzelpflänzlinge in den Buchenbeständen. Sowohl in den Widungen wie auch in den Schonungen, welche noch nicht in Schluß getreten sind, zeigen diese Amerikaner ein vollständig günstiges Verhalten. An den Nordhängen ist die Farbe der Blätter durchweg frischer als in den südlich geneigten Expositionen, namentlich auf Schiefer. Nur hier und dort tritt, wenn auch nur in ganz geringem Maße, in die Erscheinung, daß einzelne Blätter vertrocknen. Auch die reinen Gruppen, die im Schutze älterer Bestände angelegt sind, zeigen daselbe frische Aussehen wie in anderen Jahren, und in diesen Fällen ist die Entwidlung durch die Exposition in keiner Weise beeinflusst. Überall ist das Wachstum in diesen einzelnen Gruppen, wo stärkerer Druck nicht vorhanden ist, ein vollkommen tabellofes, einerlei um welche Abdeckung es sich auch handeln mag. Es läßt sich sogar von der Sumpfeiche sagen, daß auch sie, die doch, wie ihr Name sagt, ein erhebliches Maß von Bodenfeuchtigkeit verlangen soll, selbst unter ungünstigeren Verhältnissen durchaus nichts zu wünschen übrig läßt. Das ist um so höher anzuschlagen, weil die amerikanische Eiche im Vergleich mit der deutschen nur ein spärliches Wurzelsystem hat. Es ist ein erfreulicher Anblick, die grünen frischen Kronen der amerikanischen Eichen mit normal entwickelten Blättern aus den Wüchsen hervortragen zu sehen, denn sie lassen erkennen, daß diese Holzart für unsere Buchenbestände, in welchen die deutsche Eiche einstweilen völlig verlagert, ein ganz ausgezeichnetes Mißholz ist, welches auch die vorzügliche Eigenschaft besitzt, auch in Trockenperioden, wie sie der Sommer dieses Jahres mitgebracht hat, eine gute Entwidlung zu zeigen. Sie ist nach dieser Richtung als ganz vorzüglich organisiert anzusprechen, denn der tatsächliche Wasserbedarf ist bei der vorhandenen Belaubung ganz gewiß nicht gering.

Der Einfluß der Trockenheit des Jahres 1903 hat bei der amerikanischen Eiche nur zu einer wundervollen Herbstverfärbung geführt, und in diesem Jahre hat sie die Probe so bestanden, daß man von ihr wohl mit Recht aussprechen darf, daß sie außerordentlich befähigt ist, sich hinsichtlich der Feuchtigkeitsverhältnisse dem Standort anzupassen und jebensfalls überall in den Buchenbeständen noch fortkommen kann, wo die deutsche Eiche von vornherein versagt.

Deshalb stellen die amerikanischen Eichen diejenigen Holzarten dar, welche unter den hiesigen Standortverhältnissen während der Trockenperiode ein sehr günstiges Verhalten gezeigt haben.

Die Weymouthskiefer ist derjenige Ausländer, welcher sich im deutschen Walde schon längst das Bürgerrecht erworben hat. Trotz sehr zufrriedenstellender Entwidlung hat die Holzart jedoch in den letzten Jahren außerordentlich gelitten, denn Peridermium strobi hat große Läden in die Jungwüchse gerissen, und die Weymouthskiefernrindenläuse, welche alle Altersklassen befallen, hat große Verwüstungen angerichtet. Es ist selbstverständlich, daß die Strobe unter den vorliegenden Umständen von vornherein mit geschwächtem Organismus in den Kampf mit der Trockenheit eintreten mußte, aber doch läßt sie erkennen, daß sie für trockene Standorte nicht die geeignete Holzart ist, was allerdings auch schon daraus geschlossen werden kann, daß sie selbst sehr viel Wasser zur Verbunstung nötig hat. Auf diesen trockenen Standorten konnte sie, wie auch schon 1903, in diesem Jahre ihren Wasserbedarf nicht decken, was stellenweise auch ein Absterben einzelner Exemplare zur Folge hatte, während die lebenden durch ein Hängenlassen der Nadeln, insbesondere aber durch das Absterben vieler Nadelspitzen, zu erkennen gaben, daß sie den Verhältnissen nicht gewachsen waren. Bei südlich gerichteter Neigung des Geländes sind auch unter besseren Standortverhältnissen die Weymouthskieferrindenläuse zugrunde gegangen oder scharf mitgenommen worden. Sonst haben sie sich im ganzen und auch auf Gruppen am Südhange, umgeben von älteren Beständen, gut gehalten. Immerhin aber muß von der Weymouthskiefer gesagt werden, daß ihre Ansprüche an die Bodenfeuchtigkeit nicht so gering sind, wie zuweilen angenommen wird, aber sie vermag sich überall dort zu halten, wo frischere Standorte in Frage kommen, selbst wenn diese vorübergehend während einer Trockenperiode ihre Feuchtigkeitsverhältnisse verändern.

Die Verwandte der Strobe, die Birbelkiefer, ist hier nicht in solcher Zahl vorhanden, daß sie als Waldbaum bei der Zusammensetzung der Bestände eine Rolle spielen soll. Eine etwa

10 a große achtjährige Gruppe, die seinerzeit auf ganz verwildertem und durch die Streunutzung ausgelogenem Boden (östlich geneigt) angebaut wurde, hatte eine gute Jugendentwicklung. Vor zwei Jahren ist die Gruppe gedacht, und sie hat den Sommer so tadellos überdauert, daß die Höhenriebe sich von den vorjährigen nicht unterscheiden und die Nadeln sich auch ihre vollständige Frische bewahrt haben. Ein einziges Exemplar hat der Fallimasch getötet. Einzelne Exemplare befinden sich als Einsprenglinge in Buchenshonungen, und auch von ihnen kann man sagen, daß sie die Trockenheit sehr gut überstanden haben. Allerdings lassen sie erkennen, daß diese Einbringung in Buchenbestände nicht zu empfehlen ist, was nebenbei bemerkt werden soll.

Von der Stechfichte, *Picea pungens*, die sich in etwas größerer Zahl angebaut habe und von der angenommen wird, daß sie erhebliche Ansprüche an die Feuchtigkeit des Standortes stellt, hat nach dieser Richtung etwas überrascht. Sie kommt in der Hauptsache gruppenweise vor, und überall, wo sie in dieser Weise angebaut ist, zeigt sie auch unter schwierigen Bodenverhältnissen ein günstiges Verhalten. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß sehr viele blaue Exemplare unter den vorhandenen vertreten sind, und daß auch stellenweise die Hade zu ihren Gunsten bodenverbessend eingegriffen hat. Das Urteil über diese jungen Stechfichtengruppen kann, aber ohne daraus einen Wechsel auf die Zukunft zu ziehen, dahin zusammengefaßt werden, daß die Trockenheit des Sommers spurlos an ihnen vorübergegangen ist, denn ihre Entwicklung ist hinter derjenigen des Jahres vorher nicht zurückgeblieben und durchaus erfreulich.

Ein noch günstigeres Verhalten zeigte die Sittafichte, *Picea sitchensis*, die in Gruppen und Trupps in allen Lagen vertreten ist. Sie hat stellenweise sehr lange Triebe entwickelt, insbesondere einen lebhaften Johannisstrich, so daß auch von ihr gesagt werden kann, daß sie sich in den geschüpften Lagen, in denen sie angebaut ist, sehr gut gehalten hat. Unter Schirm hat sie gelitten.

Die Banksiefer, für die ich nicht Schwärme, hat ihrem Rufe, auf trockenen Köpfen sich halten zu können, alle Ehre gemacht, denn sie hat unter derartigen Verhältnissen vollständig ihre Frische bewahrt. Ich glaube jedoch, daß die Schwarzkiefer unter ähnlichen Verhältnissen Besseres leisten wird, allein von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß sie jedenfalls besser als die Banksiefer befähigt ist, bald den Boden zu bedecken, und auch dem Schneeeindruck gegenüber, welcher die Banksiefer umlegt, wesentlich größere Widerstandsfähigkeit hat. Ein auf altem Ackerboden vor etwa 17 Jahren angebauter Schwarzkiefernbestand auf der Höhe eines stark schieferigen Plateaus hat sich bis heute durchaus zufriedenstellend entwickelt, trotz der exponierten Lage und trotz großer Rauchgefährdung hat die Trockenheit des Sommers dem Bestande nichts anzuhaben vermocht, denn die diesjährige Entwicklung steht hinter der vorjährigen nicht zurück. Neben diesen Schwarzkiefern entwickeln sich auf ärmlichen Schieferboden ameri-

kanische Eichen sehr gut, die ich hier noch einmal lobend erwähnen möchte. Auf der südlichen Abdachung haben in dem geschlossenen Schwarzkiefernbestande die vorwüchsigsten japanischen Lärchen, zu welchen ich hiermit übergehen möchte, recht gelitten.

Die japanische Lärche hat sich bis jetzt als Einsprengling in den Buchenshonungen sehr gut bewährt, aber die Dürre ist an ihr nicht spurlos vorübergegangen. An den südlich geneigten Hängen, wo sie in den Dicken der Buche gegenüber sich vorwüchsig verhält, hat sie Ende September schon begonnen, die Nadeln in reichlichem Maße abzuwerfen, eine Erscheinung, die in den nichtgeschlossenen gehackten Buchenshonungen und unter lichtem Schirm nicht so auffällig ist. Wo sie am Südhange näher an die Talsohle herantritt, zeigt sie in einer reinen Gruppe ein verhältnismäßig günstiges Verhalten, und an anderen Stellen, die im Schutze der Nachbarbestände liegen, ist sie in durchaus frischer Verfassung. Das tritt auch an sonst gefährdeten Örtlichkeiten hervor, wenn ein oder mehrere Exemplare zufällig ein Plätzchen gefunden haben, wo die Nachbarschaft sie etwas gegen die sengenden Sonnenstrahlen schützte. Alles in allem kann von der japanischen Lärche festgestellt werden, daß sie dort, wo sie an den Südhängen der direkten Sonnenwirkung ausgesetzt war, insbesondere aber in den Dicken, ziemlich stark gelitten hat, aber weniger in den mit der Hade behandelten jüngeren Gruppen gleicher Exposition. Aber auch am Nordhange hat die japanische Lärche in den Dicken die Nadeln geworfen, während sie an anderen Örtlichkeiten in reinen Gruppen ihre frische Verfassung nicht eingebüßt hat.

Die sibirische Lärche kommt nur wenig vor, aber die geringe Anzahl von Exemplaren genügt schon vollauf, um unter ähnlichen Verhältnissen, wie die hiesigen es sind, bei ihrem Anbau zur Vorsicht zu raten.

Die Weißerle, welche auf flachgründigen Partien als Einsprengling in den letzten Jahren verwendet wurde, hat beinahe überall gelitten und frühzeitig das Laub geworfen, während es auch stellenweise an den Stämmen vertrocknet ist. An denjenigen Stellen, wo vorhandene Überhälter sie etwas vor direkter Sonnenbestrahlung geschützt haben, hat sie sich besser gehalten, aber sie gehört zu denjenigen Holzarten, welche der Dürre nicht gewachsen gewesen sind.

Schließlich kann auch von der Tanne gesagt werden, daß sie überall, wo sie loderen Boden unter den Füßen hat, von der Trockenheit unbeeinflusst geblieben ist, denn bis Ende September hatte sie von ihrer Frische noch nichts eingebüßt.

In kurzer Wiederholung läßt sich sagen, daß die Holart, welche der Dürre gegenüber sich am widerstandsfähigsten gezeigt hat, die amerikanische Eiche ist. Wenn sie auch nicht ganz verschont geblieben ist, so ist sie doch im großen ganzen auch bei ungünstiger Exposition frisch in den Herbst hineingegangen, während sie beim Gruppenanbau, wo der Bestandeschutz seine seitliche Wirkung ausüben konnte, auf Nord- und Südhängen sich gleich günstig verhalten hat. Der amerikanischen

Eiche schließen sich Sitka- und Stechfichte an, die allerdings nur auf kleineren, aber ziemlich zahlreichen Flächen vorkommen. Wenn die Buche auch frühzeitig mit dem Abwerfen des Blattes begonnen hat, was besonders in den Widungen in die Erscheinung getreten ist, so scheint sie doch nicht wesentlichen Schaden genommen zu haben, wenn auch die Knospenbildung etwas durch die Trockenheit beeinflusst zu sein scheint. Das Verhalten der Schwarzkiefer war ebenfalls günstig, während die Weymouthskiefer auf weniger frischem Boden oder unter etwas stärkerem Schirm nachteilig beeinflusst worden ist. Am stärksten hat sich, außer Buche, der Blattwurf bei der japanischen Lärche und der Weißerle gezeigt, während von Überhältern Birke und Vogelbeere am meisten gelitten haben. Fichte, Kiefer, Eiche, Ahorn, Hainbuche sollen übergegangen werden.

Es hat nun vielleicht die Frage noch Interesse, ob wirklicher Wassermangel im Boden oder die direkte Sonnenbestrahlung, in Verbindung mit der trockenen Luft, als die Ursache des ungünstigsten Verhaltens einzelner Holzarten anzusehen ist. Soweit bei der Vogelbeere die ganze Blattmasse vertrocknet und hängen geblieben ist, dürfte der Grund in der Hauptsache in ungenügender Wasserversorgung zu suchen sein; wo aber, wie bei der Weißerle und japanischen Lärche und teilweise auch bei der Buche, der frühzeitige Blattabfall sich vollzogen hat, dürfte dieses in der Intensität der Bestrahlung seinen Grund haben. Der Verweis hierfür darf dadurch als erbracht angesehen werden, daß zum Beispiel bei Weißerlen und japanischen Lärchen unmittelbar nebeneinander stehende Exemplare gleicher Art ein verschiedenes Verhalten zeigten und das günstigste in dem Falle, in welchem Schutz vorhanden war. Der Überhalt gewährt zwar Schutz gegen die Bestrahlung, wenn

er in genügender Menge vorhanden ist, aber dadurch wird der Kampf um die Bodenfeuchtigkeit zugunsten der Überhälter verschärft und durch diesen Nachteil ein Teil der günstigen Wirkung wieder aufgehoben. Bodenschuttholz in den jüngeren Kulturen übt günstige Wirkungen aus, aber die günstigsten Wirkungen lassen sich auch durch großscholliges Behaden des Bodens erzielen, was allerdings dort entbehrt werden kann, wo ein günstigerer Bodenzustand vorhanden ist und Bodenverwilderung nicht droht. Das Ausschneiden der Kulturen beschränkt sich in trockenen Sommern am besten auf das Allernotwendigste, weil vorhandenes Gesträuch und andere Bodengewächse etwas Schutz gegen die sengenden Sonnenstrahlen gewähren, wenn sie andererseits auch selbst bei der Verdunstung des Bodenwassers beteiligt sind.

Es ist allgemein bekannt, daß es an Hängen außerordentlich wichtig ist, das abfließende Wasser festzuhalten und namentlich auch von den Wegen in die Bestände zu leiten. Meistens beschränkt man sich aber darauf, das Wasser nur abzuleiten und es nun seinem Schicksal zu überlassen. Bei starken Regengüssen hat es aber keine Zeit, zu versinken und fließt oberirdisch ab, so daß es unter Umständen Schaden anrichtet und dem Walde schließlich doch entzogen wird. Es gibt ein einfaches Mittel, diesen Uebelständen vorzubeugen, indem das Wasser in kleinen Horizontalgräbchen aufgefangen wird, um von hier aus langsam abzulaufen und als Kieselwasser im Boden zu verschwinden.

Seit Niederschrift dieser Zeilen hat sich an dem geschilderten Verhalten auch später nichts geändert.

Barmen, im November 1911.

Städt. Forstverwalter Balß.

Mitteilungen.

— **Der Nachwuchs für die unteren Stellen des Kommunalforstdienstes.** Unter obigem Titel bringt die „Coblenzer Zeitung“ einen Artikel, der sich mit der Ergänzung des Nachwuchses für die Stellen der Kommunalforstschupbeamteten befaßt und dem wir nachstehende Ausführungen entnehmen. Sie schreibt u. a.: Es ist eine bekannte Erscheinung, daß die Rentabilität der Waldungen im allgemeinen eine sehr erhebliche Steigerung erfahren hat; eine Tatsache, die in verschiedenen Ursachen ihre Begründung findet. Auf der einen Seite steht der große Aufschwung, den die wirtschaftlichen Verhältnisse genommen haben, wodurch auch die Holzpreise günstig beeinflusst werden mußten, und auf der anderen Seite die erhöhte Leistungsfähigkeit der Forstbeamtenenschaft, die bei dem stets unverändert gebliebenen Pflichteifer nur darin begründet sein kann, daß das Wissen und Können auf der ganzen Linie ein umfangreicheres geworden ist. Glücklicherweise ist der Gedanke, dem verschiedentlich Ausdruck gegeben worden ist, daß der Staat seine mittleren Beamten aus dem Waldbearbeiterstande rekrutieren könne, verworfen worden, denn den Interessen des Waldbesitzes kann nur dann gedient sein, wenn

auch der Förster die nötigen Fähigkeiten hat, so mit dem Kopfe zu arbeiten, wie es die notwendige Selbständigkeit seiner Stellung erfordert. Der Staat ist dazu übergegangen, im Interesse des unteren Betriebspersonals Forstlehrlingschulen zu gründen, und in der richtigen Erkenntnis, daß die bessere Ausbildung dieses Personals eine unerlässliche Forderung der heutigen Zeit ist, ist die Vereinigung der Privatforstbeamten diesem Beispiel gefolgt. Wie die Verhältnisse heute liegen, haben wir in Preußen den Gemeindeväldungen gegenüber verschiedene Systeme der Staatsaufsicht, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht, aber es soll hervorgehoben werden, daß der Einfluß des Staates auf die Stellenbesetzung im Gemeindeforstdienst unter allen Umständen so weit bestehen bleiben muß, daß nur Personen zur Anstellung kommen, die die genügende Befähigung zur Wahrnehmung ihrer Stellung haben.

Dieser Gedanke ist auch die Richtschnur des staatlichen Handelns: denn im Regulative vom 1. Oktober 1905 wird gefordert, daß nur die nach den Grundfragen der erwähnten Bestimmungen erworbene Forstanstellungsbererechtigung als ge-

eignete Vorbildung für die Besetzung solcher Forstbeamtenstellen der Gemeinden und Anstalten ist, die ein Jahreseinkommen von mindestens 750 M. haben. Diese Festsetzung ist natürlich längst als veraltet anzusehen; denn es wird heute keinem Menschen, der etwas gelernt hat, beikommen, sich um eine derartige Stellung zu bewerben. Der bestehende Einrichtung liegt also der Gedanke zugrunde, daß die Gemeindeförster aus den Anwärtern für den Staatsforstdienst hervorgehen sollen, und dieser Gedanke paßt auch am besten in den Rahmen der Stellenbesetzung, wenn zugleich darauf hingewirkt wird, daß die Besoldungen der Staats- und Gemeindeförsterbeamten gleichgestellt werden, da unter diesen Umständen es ja ziemlich gleich blieb, auf welchem Boden der Beamte den Kampf ums Dasein auszufechten hat. Wenn nun auch eine Aufbesserung der Gemeindeförsterbeamten stattgefunden hat, so bleibt nach wie vor immer noch ein Mißverhältnis zwischen ihnen und den Staatsforstbeamten bestehen, das ein derartiges ist, daß nur außergewöhnliche Verhältnisse die Anwärter für den Staatsforstdienst veranlassen können, dauernd in den Gemeindeförsterdienst einzutreten. Die ungeheure Überfüllung der Laufbahn ist einer derjenigen Faktoren, die hierzu Veranlassung gegeben haben, aber es blieb nebenher doch der Gedanke lebendig, daß endlich doch die Zeit kommen müsse, die die Gleichstellung der Gemeindeförsterbeamten mit den Staatsforstbeamten herbeiführt. Bis jetzt war dies aber nur eine Enttäuschung, und deshalb betrachten unter den heutigen Verhältnissen die Staatsforstbeamten den Gemeindeförsterdienst nur als einen vorübergehenden Zustand, so daß diese Regelung der Dinge, auch an sich allein betrachtet, nicht als ein befriedigender Zustand angesehen werden kann.

Auf der einen Seite besteht heute dieser ungünstige Zustand, und auf der andern droht ein noch ungünstigerer; denn wenn sich geeignete Bewerber im Sinne der obigen Ausführungen nicht melden, so können die Gemeinden zivilversorgungsberechtigte Militärpersonen oder andere anstellen. Allerdings wird in der Theorie verlangt, daß diese Personen die notwendigen technischen Fähigkeiten besitzen müssen, aber in der Praxis ist es doch anders, weil eben Stellenbesetzungen stattgefunden haben, deren Inhaber der von ihnen zu erfüllenden Aufgabe auch nicht im geringsten gewachsen waren. Beide Momente sind für den Gemeindeförsterdienst gleich ungünstig, und das Interesse der Waldungen, sowie das Interesse des Standes selbst verlangen gebieterisch, daß nach dieser Richtung die Staatsaufsicht die notwendigen Maßnahmen trifft.

Der Versorgung des Gemeindeförsterdienstes mit Beamten, die dieselbe Ausbildung wie die Staatsforstbeamten genießen haben, steht heute aber auch noch der anderweitige Umstand entgegen, daß der Zeitpunkt immer näher rückt, zu dem der Staat gar nicht mehr in der Lage ist, seine Anwärter abzugeben. Die Überfüllung der mittleren forstlichen Laufbahn hat bekanntlich die unhaltbarsten Zustände gezeigt, und es war deshalb nur eine Selbstverständlichkeit, die viel früher

hätte erkannt werden müssen, daß zunächst die Zahl der aufzunehmenden Lehrlinge beschränkt wurde. Diese Beschränkung ist aber derartig, daß sie nur dem Bedarf für den Staatsdienst Rechnung trägt, was bis heute noch nicht fühlbar in die Erscheinung treten konnte, weil Überschuß an Anwärtern vorhanden war. So werden heute für den Regierungsbezirk Arnberg 3 Forstlehrlinge angenommen, in Wiesbaden 5, Coblenz 5, Trier 7 und in Aachen 3, alles Zahlen, die nur auf die staatlichen Stellen zugeschnitten sind, aber keine Rücksicht auf die zahlreichen Stellen des Gemeindeförsterdienstes nehmen. Das muß aber geschehen, wenn wir nicht plötzlich wieder vor der Tatsache stehen wollen, daß nicht berufsmäßig vorgebildete Personen in den Gemeindeförsterdienst Zutritt erhalten. Mit einer Vermehrung der Zahl der aufzunehmenden Lehrlinge in den Regierungsbezirken, in denen umfangreiche Gemeindeförsterstellen vorhanden sind, der Größe der Waldbfläche entsprechend, würde der Sache am einfachsten und leichtesten gebient. Auch hätte diese Maßnahme den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß die in den Bezirken angenommenen Lehrlinge ihrem Wunsch entsprechend auch später als Forstanwärter in ihrem Heimatbezirk leicht zur Anstellung gelangen könnten. Ebenfalls läge dies, soweit der Gemeindeförsterdienst in Frage steht, sehr im Interesse der Gemeinden selbst; denn diese können sich erfahrungsgemäß mit den Förstern, die der näheren Heimat entstammen, besser verständigen, als mit denjenigen, die aus anderen, zum Teil weit entlegenen Provinzen hervorgegangen sind. Selbstverständlich müßten aber alle Gemeindeförsterstellen, soweit leistungsfähig, was sicher mit 90 % zutreffen wird, den Staatsförsterstellen im Besoldungsaufwand usw. vollkommen gleichgestellt werden. Es läge außer allem Zweifel, daß sich dann Bewerber um Gemeindeförsterstellen aus der Zahl der Forstanwärter hinreichend finden würden; denn gar mancher Anwärter zieht die Annehmlichkeit, in Stadt oder Dorf wohnen zu können und früher zur Anstellung zu gelangen, die der Gemeindeförsterdienst mit sich bringt, dem einsamen Wohnen und der späteren Anstellung im Staatsdienste vor; auch der mit dem Staatsdienst notwendige Landwirtschaftsbetrieb ist nicht jedermanns Sache. Die nicht leistungsfähigen Gemeindeförsterstellen wären bis zum Eintritt der Leistungsfähigkeit vorübergehend mit Forstauffsehern zu besetzen.

Eine unabwiesbare dringende Pflicht des Staates, dem die Oberaufsicht über die Gemeindeförsterstellen obliegt, ist es, rechtzeitig Fürsorge zu treffen, daß ein guter und ausreichender Nachwuchs von Anwärtern für die Forstföhrerung der Gemeindeförsterstellen vorhanden ist, damit nicht Zustände eintreten, die den waldbesitzenden Gemeinden, namentlich denen im Westen der Monarchie mit ihren bedeutenden und wertvollen Waldungen verhängnisvoll werden können.

Seitens des Forstwirtschaftsrats, der aus den Vertretern der einzelnen, im deutschen Forstverein vertretenen Landesteilen zusammengesetzt ist, werden zwar Prüfungen der Anwärter des mittleren Forstdienstes für Gemeinden, Stiftungen usw. veranlaßt, wenn hierzu ein Bedürfnis ver-

liegt. Wenn diese vom Deutschen Forstverein geschaffene Vereinigung auch den hier in Rede stehenden Zweck verfolgt, so ist aber doch eine Regelung in dem erörterten Sinne vorzuziehen. Diese würde auch noch den anderweitigen Vorteil in sich schließen, daß für die Stellenbesetzung Personen in Frage kommen werden, die mit dem Eintreten in das Amt die notwendige Fühlung mit der Bevölkerung haben und auch die Befähigung gleich mitbringen, der Eigenart des Gemeindeforstdienstes Rechnung zu tragen. Wenn diesen Vorschlägen der Einwand begegnen sollte, daß vorläufig noch kein Mangel an Anwärtern vorhanden ist, weil der Staatsdienst noch auf Jahre hinaus einen Überschuß aufzuweisen hat, so ergeben sich die Gründe, die hiergegen sprechen, aus den gemachten Erörterungen. Vor allen Dingen aber wird man dem die Anerkennung nicht versagen dürfen, daß der Wunsch der Gemeindeforstbeamten berechtigt ist, daß Einheitlichkeit der Ausbildung auch unter den Gemeindeforstbeamten herrschen muß, und zwar nach der Richtung, daß sie nicht hinter den Staatsforstbeamten zurückstehen, aus dem einfachen Grunde, weil der Gemeindeforstdienst eine ebensoförmliche verantwortungsvolle Tätigkeit erfordert, als die des Staatsdienstes.

— **Einfluß einer Bedeckung auf den Wassergehalt der Kiefernböden.** Bei Besichtigung der Düngungsversuche in Neumannswalde (vgl. „Deutsche Forst-Zeitung“ Jahrgang 1911 Nr. 53 S. 1064, Versuchsfäche 2) durch den Sonderauschuß der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft im Oktober 1911 war der außerordentlich günstige Einfluß einer Bodenbedeckung mit Kiefernreisig ein Jahr vor der Kultur besonders aufgefallen. Die hier gemachten Beobachtungen hatten Herrn Geheimrat Professor Dr. Schwappach veranlaßt, einen größeren derartigen Versuch im Stadtwald von Eberswalde, ebenfalls mit Unterstützung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, einzuleiten. Da die Vermutung nahelag, daß die günstige Wirkung der Bodenbedeckung in erster Linie in dem Schutze der gegen die Wasserverdunstung und wohl auch in dem hierdurch ermöglichten reichlicheren Bakterienleben zu suchen sei, hat Herr Professor Dr. Albert Untersuchungen über den Wassergehalt des Bodens auf der Versuchsfäche bei Eberswalde im Frühjahr 1911 unmittelbar nach Beginn des Versuches begonnen. Über die bis zum Herbst dieses Jahres erzielten, infolge der großen Trockenheit dieses Sommers besonders interessanten Ergebnisse hat er auf der Versammlung des Sonderauschusses einen Vortrag gehalten, welcher in den „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ Jahrgang 1912 veröffentlicht ist. Hier führt Professor Dr. Albert folgendes aus:

Die Versuchsfäche liegt in einem nahezu völlig ebenen Gebiete mit durchaus gleichartigen Bodenverhältnissen (diluviäler Talstand), auf welchem bis dahin ein geringwertiger lückiger Kiefernbestand (Kuffeln) stand. Hier selbst wurde eine 1,6 ha große rechteckige Fläche zu Versuchszwecken aus-

geschieden, von welcher ein Drittel völlig unberührt liegen blieb, ein zweites Drittel möglichst gleichmäßig im zeitigen Frühjahr mit frischem Kiefernstrauch abgedeckt, während das letzte Drittel im April flach umgepflügt wurde und großschollig bis Ende Mai liegen blieb, um dann mit Lupinen bestellt zu werden. Infolge der Trockenheit des vergangenen Sommers sind jedoch die Lupinen nur höchst mangelhaft aufgelaufen und die gekommenen Pflänzchen meist bald wieder eingegangen oder doch höchst kümmerlich geblieben, so daß also auf dieser Fläche lediglich der Einfluß einer flachen Bodenbearbeitung zum Ausdruck kam. Die Untersuchungen wurden nun in der Weise durchgeführt, daß von Anfang April bis Ende September wöchentlich Bodenproben von den drei verschiedenen behandelten Flächen entnommen und auf ihren Wassergehalt untersucht wurden. Um dabei die Beschaffenheit der Bodenoberfläche möglichst wenig zu stören, geschah die Probeentnahme mittels eines kleinen sog. amerikanischen Tellerbohrers. Um von Zufälligkeiten unabhängig zu sein, wurden jedesmal an drei verschiedenen Stellen jeder Versuchsfäche Bodenproben entnommen, und zwar aus je 20 und 40 cm Tiefe. Von jeder Bodenprobe wurden einige hundert Gramm in bereit gehaltene, luftdicht verschließbare Glasgefäße gefüllt, welche zur Bestimmung des Wassergehaltes im Laboratorium Verwendung fanden. Es gelangten somit wöchentlich 18 Bodenproben zur Untersuchung, und da der Versuch 23 Wochen hintereinander durchgeführt wurde, sind im ganzen nicht weniger als 414 Wasserbestimmungen nötig gewesen.

Zu Beginn der Untersuchungen (Anfang April) war der Wassergehalt des Bodens auf allen drei Versuchsfächen (in der oberen Bodenschicht wenigstens) ein ziemlich gleichmäßig hoher, aber schon sehr bald begannen die Unterschiede zwischen den verschiedenen behandelten Flächen scharf hervorzutreten, und je weiter gegen den Sommer und Herbst zu, um so größer wird der Abstand der Kurven voneinander. Bemerkenswert ist dabei die Erscheinung, daß der Boden der flach gepflügten Fläche, solange er noch großschollig umgebrochen lag, in der oberen Schicht vorübergehend sogar feuchter blieb als der mit Kiefernreisig bedeckte. Dies verliert sich jedoch, nachdem Ende Mai der Boden zwecks Bestellung mit Lupine eingeebnet worden war; von da ab bleibt er im Wassergehalte dauernd gegen den bedeckten zurück. In weitem und fast gleichmäßig großem Abstände von diesen beiden verläuft jedoch die Wassergehaltskurve der völlig unberührten und freiliegenden Versuchsfäche. Bereits während der ersten kürzeren Trockenperiode im Juni sinkt der Wassergehalt daselbst auf 1,5 % herab, also ungefähr bis zur Lufttrockenheit, d. h. dem Zustande, in welchem der Boden kein Wasser mehr an die Vegetation abzugeben vermag. Tatsächlich war auch die Vegetation (vorwiegend sog. Hungergräser, wie *Aira flexuosa* und *canescens*, *Festuca ovina* usw.), welche sich dort eingefunden hatte, bereits Anfang Juli völlig abgestorben, so daß sie von da ab auch bei dem Wasserverbrauch nicht mehr beteiligt sein konnte, sondern jetzt lediglich

die Verdunstung an der Bodenoberfläche ausschlaggebend wurde. Obwohl die Monate Mai und Juni noch eine normale Regenmenge brachten, sinkt der Wassergehalt auf der unberührten Fläche schon von Anfang Juni an regelmäßig, die starke Verdunstung (zu dieser Zeit ist auch der Graswuchs noch stark bei dem Wasserverbrauch beiteiligt) läßt das Niederschlagswasser kaum mehr in den Boden eindringen, wohingegen die Wassergehaltskurven der beiden anderen Flächen während der ganzen Zeit den Niederschlagskurven direkt parallel verlaufen. In den eigentlichen Dürremonaten Juli und August erstreckt sich die starke Austrocknung des ungeschützten Bodens auch auf die tieferen Schichten, so daß der Boden gegen Herbst hin bis auf 40 cm Tiefe kein für die Pflanze aufnehmbares Wasser mehr enthält. Bei weitem am besten hat jedenfalls der mit Reisig bedeckte Boden die Dürre überstanden, aber auch der günstige Einfluß einer flachen Bodenbearbeitung hervor. Auf letztere Tatsache muß, meiner Ansicht nach, auch eine Erscheinung zurückzuführen sein, welche man gegen Ende dieses ungewöhnlich trockenen Sommers ziemlich allgemein an den Forstkulturen beobachten konnte. Während die jüngeren und besonders die lehtjährigen Kulturen (sowohl Saaten als Pflanzungen) die Dürre (ziemlich allgemein) überraschend gut überstanden haben, sind die Schäden durch ein oft massenhaftes Absterben von Holzgewächsen auf älteren Kulturen (fünf- bis zehnährigen) zum Teil ganz außerordentliche. Den jüngeren Kulturen kam eben der Vorteil einer kurz vorausgegangenen Bodenbearbeitung noch zugute, während dies bei den

älteren Kulturen nicht mehr der Fall war, so daß der Boden dortselbst bis in erhebliche Tiefe austrocknete.*)

Hat sich somit die Bedeckung des Bodens als ein hervorragendes Mittel zur Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit erwiesen, so bin ich doch davon überzeugt, daß die überraschend gute Wirkung, welche gerade diese Maßregel auf das Wachstum des jungen Holzgewächse ausübt, nicht nur auf diesen Umstände allein beruht, sondern daß dabei noch eine ganze Reihe anderer Faktoren mitwirken. Ich bin überzeugt, daß wir durch derartige Maßnahmen mit einem Schläge alle die schädlichen Einflüsse beseitigen können, welche die nun einmal naturwibrige Kahlschlagswirtschaft auf den Waldböden im Gefolge hat. Ich hoffe daher vielleicht im nächsten Jahre schon über weitere Untersuchungen nach dieser Richtung berichten zu können.

Starkes Auftreten des Fichtenborkenkäfers. In den Wäldungen der Umgebung von München tritt infolge der lehtjährigen Hitze der Fichtenborkenkäfer sehr stark auf und verursacht großen Schaden. Ebenso gibt die Großherzoglich bairische Forstverwaltung bekannt, daß sich in den Nadelholzwäldungen des Schwarzwald- und des Bodenseegebietes eine starke Vermehrung des Fichtenborkenkäfers fühlbar macht; sie ordnete daher für alle Staats-, Gemeinde- und Privatwäldungen Vorbeugungsmaßregeln an.

*) Tatsächlich ist auch überall dort, wo diese älteren Kulturen noch behaßt wurden, ein Absterben der Kiefern kaum zu bemerken gewesen.

Berichte.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Vizepräsident Dr. Porfch: Das Wort hat der Abgeordnete Eder (Winsen).

Eder (Winsen), Abgeordneter (nat.-lib.): Meine Herren, auch meine politischen Freunde sehen in dem Schuß der Natur eine der vornehmsten Aufgaben der Gegenwart und sind bereit, alle Bestrebungen, die hierauf hinielen, tunlichst zu fördern. Es ist ja zweifellos in den letzten Jahrzehnten sehr viel auf diesem Gebiete getan worden; die Errichtung der staatlichen Stelle unter Leitung des hervorragenden Professors Convens hat sehr viel Gutes bewirkt, Hand in Hand mit ihr arbeiten die zahlreichen Vereine, die sich in den letzten Jahrzehnten gebildet haben, insbesondere der Bund für Heimatschutz, verschiedene Vogelschutzvereine und dann der von dem Herrn Vortredner erwähnte Verein Naturschutzpart. Dieser zählt jetzt 12 000 Mitglieder, außerdem 400- bis 500 000 korporative Mitglieder. Ich darf hervorheben, daß in der letzten Zeit Ereignisse eingetreten sind, die der Hoffnung Raum geben, daß der erste deutsche Naturschutzpart, der Sünneburger Part, nunmehr endgültig gesichert ist. In dem Sinne dieser Vereine und der staatlichen Stelle wirken auch die verschiedenen Anweisungen der Ressortminister. Ich kann aus meiner eigenen Praxis

nur erklären, daß die Anordnungen der Ressortminister an die nachgeordneten Stellen mit dem Auftrag, bei allen staatlichen Maßnahmen auf den Schuß der Natur hinzuwirken, hervorragend gewirkt haben. Selbstverständlich ist es nicht möglich, allen Mißständen auf einmal entgegenzutreten; aber jedenfalls haben diese Maßnahmen schon einen sehr großen Erfolg gezeitigt.

Abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich aus der Natur der Sache ergeben, ist auch unsere Gesetzgebung nicht derartig, daß wir einen intensiven Schuß der Natur, so wie er sein sollte, treiben können. Was zunächst die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden betrifft, so haben wir ja das Verunstaltungsgesetz vom Jahre 1906. Aber dieses Gesetz wendet sich in erster Linie nur gegen die Bauten, die Landschaften verunzieren; es wendet sich nicht gegen andere und hier hat der wirtschaftliche Aufschwung, dessen sich Deutschland erfreut, die unerfreuliche Wirkung, daß der Natur Zwang angetan wird. Die rücksichtslose Ausbeutung durch Steinbrüche, durch Meliorationen, durch industrielle Anlagen aller Art haben dazu geführt, daß, wie der Herr Vortredner treffend ausgesprochen hat, die Natur immer mehr verodet. Basaltblöde werden beseitigt, Granitfelsen, erratische Blöde werden zerstört; es

gibt kaum eine Landschaft — liege sie im Harz, in Schlesien, im rheinischen, im nassauischen Gebirge —, die nicht in irgendeiner Weise durch die Kultur beeinträchtigt worden wäre.

Hier setzt nun die staatliche Stelle ein, indem sie versucht, durch Einwirkung auf Vereine und Behörden anregend und fördernd zu wirken; sie sucht Gelder zu sammeln aus privaten und kommunalen Mitteln, um auf solche Weise gefährdete Naturdenkmäler zu sichern. Aber sie kann nicht immer erfolgreich einwirken, weil ihr breite Mittel fehlen, und weil sie vielfach zu spät kommt. Es würde daher zweckmäßig sein, die Befugnisse der staatlichen Stelle zu erweitern und ihr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie selbständig eingreifen kann. Es müßte ferner ein Gesetz erlassen werden, das der Zerstörung Einhalt tut.

Ein wichtiges Hilfsmittel für ein solches Gesetz wäre die Inventarisierung der landschaftlichen Naturdenkmäler, die erhaltungswürdig sind. Auf Grund dieses Inventars würden den Eigentümern Beschränkungen ihres Eigentums gegen Entschädigung auferlegen sein.

Es liegt zurzeit ein wichtiges Gesetz vor, das ebenfalls für das Gebiet der Naturdenkmalpflege von Bedeutung ist, nämlich das Wassergesetz. Die Wasserläufe: Ströme, Flüsse, Bäche und Seen, bilden doch einen wesentlichen Bestandteil des Landschaftsbildes, und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sie nicht durch landwirtschaftliche und industrielle Anlagen zerstört werden. Der Wassergesetzentwurf gibt hierzu vielfach Gelegenheit. Wir haben namentlich bei dem Institut der Verleihung und des Ausbaues die Möglichkeit, durch geeignete Vorschriften die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, daß wirtschaftliche Eingriffe nicht Naturdenkmäler für immer zerstören, die einer ganzen Gegend ihr Gepräge gaben. Die Kommission hat sich dieser Aufgabe schon mit Erfolg gewidmet.

Meine Herren, abgesehen von dem Landschaftsbilde und Teilen der Landschaft ist es namentlich die Fauna, die eines besonderen Schutzes bedarf. Was die Säugetiere, insbesondere den Fuchs, den Felsent, den Elch usw. anbelangt, so sind das Arten, die dem Aussterben nahe sind, und es ist ja kaum noch möglich, hier einzugreifen. Aber für unsere Vogelwelt bleibt noch sehr viel zu tun übrig, und es ist noch sehr viel zu tun möglich. Wir haben ja die internationale Vereinbarung vom Jahre 1902; sie hat sehr viel Gutes gestiftet. Aber auf der anderen Seite hat sie doch im allgemeinen alle Verpflichtungen Deutschland aufgebürdet, während sich die anderen Nationen, die hier in Frage kommen, mehr oder weniger ihren Pflichten entziehen. Es sind besonders Italien, Frankreich, namentlich Südfrankreich, Belgien und Spanien, die den Massenmord und Massenfang der Vögel betreiben. Wir haben bisher immer die Italiener für diejenigen gehalten, die uns den größten Schaden zufügen. Das ist insofern nicht richtig, als neuere Forschungen ergeben haben, daß der Vogelzug, soweit er Deutschland interessiert, nicht über Italien führt, sondern von Südfrankreich in zwei Zügen durch Spanien, beziehungsweise

nach Korsika und von dort nach Afrika geht. Die Zugvögel halten sich am mittelländischen Meere, an der Südküste Frankreichs eine Zeitlang auf, ehe sie das Meer überfliegen, und dort werden sie gefangen und getötet. Es sind Millionen und Abermillionen von Lerchen, Schwalben, Pirolen, Bergfinken und Singvögeln, die der Nordgier zum Opfer fallen.

Die internationale Vereinbarung gibt auch rechtlich den Präfecten Südfrankreichs die Möglichkeit, sich an die Ortsgebräuche anzuschließen und dort Erleichterungen zu gestatten, wo die Bevölkerung es wünscht. Es ist mir ferner durch einen französischen Deputierten mitgeteilt worden, daß die französische Regierung mit der Absicht umgeht, die internationale Konvention zu kündigen, so daß uns selbst dieser geringe Schutz, den die Konvention bietet, bald nicht mehr zur Seite stehen wird.

Was nun unser Vogelschutzgesetz anbelangt, so bedeutet es zweifellos einen sehr wesentlichen Fortschritt. Aber jedes Vogelschutzgesetz, jedes Jagdgesetz enthält einen Eingriff in die Natur, und es ist unmöglich, die Wirkungen dieser Eingriffe so vorausszusehen, daß nicht Verschiebungen eintreten, an die man nicht gedacht hatte. So hat die Abnahme der Raubvögel die ungeheure Vermehrung der Wildtauben zur Folge gehabt, die für die Landwirtschaft strichweise sehr schädlich sind.

Abgesehen hiervon, weist das Vogelschutzgesetz andere Lücken auf, so z. B. in bezug auf die Bestimmungen über das Sammeln von Kiebitzern. Im Frühjahr ziehen in Hannover und Schleswig-Holstein Scharen von jungen Vögeln auf das Land hinaus, um die Kiebitzer zu sammeln und bei der Gelegenheit auch die Nester anderer Sumpf- und Wasservögel, z. B. Brachvögel, Regenpfeifer usw., zu zerstören. Hier müßten strengere Bestimmungen Platz greifen, die das Sammeln von Kiebitzern überhaupt verbieten oder von der Lösung eines Jagdscheines abhängig machen.

Eine andere, sehr unglücklich wirkende Bestimmung ist die, daß vom 1. Oktober ab alle Singvögel, mit Ausnahme von Meisen, Baumläufern und Kleibern, gefangen werden können, während sie in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober geschützt sind. Das wirkt insofern störend, als diejenigen Arten, die bei uns überwintern, z. B. Goldhähnchen, Buchfinken usw., unbeschränkt gefangen werden können.

Wir haben dann eine Reihe von Vögeln, die des besonderen Schutzes bedürfen, z. B. den Uhu, den Schreiadler, den Seeadler, alles Tiere, die schon allein als schöne Staffage in der Natur wirken. Besonders aber muß die Zerstörung der Horste der Reiher, der Massenmord von Eisvögeln und von schwarzen Störchen verhindert werden. Es ist mir z. B. bekannt, daß ein Fischzüchter in der Nähe von Lüneburg in einem Jahre an 30 Eisvögel getötet hat. Hier muß bei Gelegenheit der Beratung des Fischereigesetzes Wandel geschaffen werden.

Sehr zu beklagen ist auch die Vertilgung von Vögeln auf Helgoland. Es ist ja bekannt, daß die Jagdgäste auf Helgoland berechtigt sind, zu gewisser

Zeit von den Felsen Lummern abzuschießen. (Zuruf rechts: Leider!) Weiter blüht gerade auf Helgoland der Massenfang von Vögeln. Dort werden zu nächstlicher Zeit in Reges und auf andere Weise Tausende von Zugvögeln, von Singvögeln gefangen. Auch diesem Gebaren müßte durch gesetzliche Bestimmungen Einhalt geboten werden. Herr Abgeordneter Wenke hat mit Recht hervorgehoben, wie ungünstig die Verhältnisse in unserem Küstengebiet liegen. Es ist richtig, daß dort jeder Portofassensjüngling sich für berechtigt hält, Hunderte von Möwen mit dem Schießgewehr herunterzuholen und sie geflügelt auf dem Wasser liegen zu lassen. Es ist zu erwägen, für das ganze Küstengebiet eine Schonzeit einzuführen, oder aber die Jagd auf Möwen und ähnliche Wasservögel an die Lösung eines Jagdscheines zu knüpfen.

Meine Herren, sehr bedenklich ist auch das Ueberbleibsel aus früheren Jagd- und Fangmethoden, der Fang von Enten in Entenkojen. Die Entenkojen befinden sich noch auf verschiedenen Inseln der Nordsee, auf Amrum, Wyl auf Föhr, auch an manchen Stellen im Inlande, namentlich in Schleswig, sowie in der Umgegend von Celle. Dort werden in einzelnen Kojen an 30 000 Enten jährlich gefangen. Daß das natürlich auf den Entenbestand nachtheilig einwirken muß, so daß die Enten allmählich aussterben, ist selbstverständlich. Es muß hier ganz energisch eingegriffen werden, eventuell unter Entschädigung die Entenkojen verboten werden.

Sehr wichtig ist auch der Schutz der Pflanzen. Der Vorredner hat darauf hingewiesen, daß die schönsten Baumbestände der wirtschaftlichen Ausbeutung zum Opfer fallen. Die Eibe ist vollständig ausgestorben; Wacholder und Fler gehen der Vernichtung immer mehr entgegen. So verschwinden die Wacholderbestände der Lüneburger Heide aus dem Grunde mehr und mehr, weil sie nicht nur bei Schützenfesten und Kriegervereinsfestlichkeiten zur Ausschmückung der Häuser dienen, sondern waggonweise nach Berlin geschafft werden, um in den dortigen Hotels die Hotelgärten zu bedecken.

Wir haben aber auch noch andere Pflanzen, die geschützt werden müssen, die zurzeit Gegenstände des Wochenmarktverkehrs sind. Auch hier kann und muß durch gesetzgeberische Maßnahmen eingegriffen werden.

Meine Herren, was nun diese Maßnahmen anbetrifft, so bin ich der Ansicht des Herrn Antragstellers, daß es wünschenswert wäre, die gesetzlichen Bestimmungen zu verschärfen. Insbesondere wäre der Erlaß eines Gesetzes erwünscht, das die Naturdenkmäler inventarisiert und unter besonderen Schutz stellt, wobei der betreffende Eigentümer für die ihm auferlegten Beschränkungen zu entschädigen ist.

Abgesehen davon, würde in Frage kommen, die staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege mit weiteren Vorrechten auszustatten und ihr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ferner würde zu versuchen sein, auf internationalem Wege zu neuen Übereinkommen mit Frankreich, Spanien, Belgien und Italien zu

gelangen. Sodann müßte das Vogelschutzgesetz in der von mir angedeuteten Richtung ergänzt werden.

Endlich ist erforderlich die Belehrung unserer Jugend, der Hinweis darauf, wie wichtig der Schutz der Natur für unser Volk ist.

Dann würde noch in Frage kommen eine Verschärfung des § 34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes. Dieser Paragraph gibt der Polizeibehörde die Mittel an die Hand, nützliche Tiere uhm. durch Polizeiverordnung zu schützen. Hier müßte eine Änderung dahin eintreten, daß nicht nur der Schutz nützlicher Tiere, sondern auch der Schutz anderer vom Standpunkt der Naturdenkmalpflege wichtiger Tiere durch Polizeiverordnung ermöglicht wird.

Der Herr Vorredner hat erwähnt die Barbarei der modernen Mode, durch die die Frauenhüte mit dem Gefieder von Reihern, von Paradiesvögeln und anderen exotischen Vögeln geschmückt werden. Es würde Aufgabe der Frauenvereine sein, dieser unsinnigen Mode Einhalt zu tun. Vielleicht könnten auch gesetzgeberische Maßnahmen in Frage kommen.

Meine Herren, wir haben es mit einer Bewegung zu tun, die schon seit Jahrzehnten ins Leben getreten ist und sehr in die Tiefe geht. Sie bedeutet die Reaktion gegen den Materialismus, der sich auf Grund unserer beispiellosen wirtschaftlichen Entwicklung gezeigt hat. Es genügt nicht, um ein Volk glücklich zu machen, daß man Milliarden auf Milliarden häuft, man muß auch die Ideale pflegen. (Sehr richtig!) Wir haben uns in der letzten Zeit über die Erziehung der Jugend unterhalten und haben nach Mitteln gesucht, um auf Herz und Gemüt unserer Jugend einzuwirken. Ich glaube, eines der besten Mittel, um auf die Jugend zu wirken, ist, die Natur vor Verödung zu schützen, in die Seele der Jugend die Liebe zur Natur zu pflanzen. (Sehr richtig!) Unsere Aufgabe, Aufgabe des hohen Hauses und der königlichen Staatsregierung muß es daher sein, nicht nur Anregungen aus dem Volke abzuwarten, sondern selbst mit kräftiger Initiative vorzugehen.

Meine politischen Freunde stehen dem Antrag sympathisch gegenüber und werden ihn in der Kommission — ich bitte, ihn der Agrarkommission zu überweisen — mit Energie befürworten. (Bravo!)

Vizepräsident Dr. Porck: Das Wort hat der Abgeordnete Hr. v. Wolff-Metternich.

Hr. v. Wolff-Metternich, Abgeordneter (Zentr.): Meine Herren, bereits in früheren Jahren habe ich mir erlaubt, bei diesem Titel einige Ausführungen zu machen. Nun ist der Gegenstand und der Antrag auf Nr. 130 zum Schutz unserer Naturdenkmäler von den Herren Vorrednern schon so ausgiebig behandelt, daß mir nur wenig hinzuzufügen bleibt. Einen Gedanken aber möchte ich doch hervorheben, nämlich den, ob es unbedingt notwendig ist, zur Pflege unserer Naturdenkmäler die Klinker der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen. Dieses schärfste und schwierigste Mittel, ich möchte

sagen das größte Geschütz ins Feuer zu führen, geht vielleicht doch etwas weit. Belehrungen, Verordnungen usw. würden in vielen Fällen gewiß genügen.

Auch scheint mir, daß der Herr Kollege Eder vorhin, als er über eine Verschärfung des Vogelschutzgesetzes sprach, hier und da etwas zu weit gegangen ist. Die Vogelschutzbestrebungen, wie sie vielfach modern sind, scheßen nicht selten über das Ziel hinaus. Wenn er z. B. verlangt, daß die Möglichkeit zum Fange von Finken noch mehr eingeschränkt werden soll als bisher, so kann ich dem nicht zustimmen. Man muß doch den Gedanken festhalten, daß die Tiere, auch die wilden Vögel, für die Menschen da sind, sie sind nicht Selbstzweck. Wir müssen die Möglichkeit haben, sie zu fangen und sie uns nutzbar zu machen, soweit es geschehen kann, ohne den Bestand zu gefährden. Nun bin ich doch der Meinung, daß es für manchen erwünscht und angenehm ist, wenn er sich auch einmal einen heimischen Singvogel im Käfig halten kann, um sich an dem Gesänge und dem munteren Leben des Tieres zu erfreuen. Dadurch wird manche sonst einsame und wenig ansprechende Stadtwohnung wohnlicher und heimlicher gestaltet. Die Möglichkeit muß immer bleiben, sich in den Besitz solcher munteren Stubengenossen zu setzen. Ich sehe, Herr Kollege Eder stimmt mir zu. Wie viele müssen, durch ihre Lebensstellung gezwungen, die reinen und schönen Freuden der freien Natur entbehren. Da ist ein kleiner Vogel sehr geeignet, das Gemüt zu erfreuen und trübe Gedanken zu verschleppen, es wäre grausam, so etwas zu verhindern. Den Käfigbewohnern geht es dabei oft viel besser als ihren Besitzern.

Wenn er nun weiter davon gesprochen hat, auch die Entenfänge zu beseitigen, so kann ich ihm in diesem Falle auch nicht beistimmen. Auch für diesen Fall leitet mich derselbe Gedanke, den ich eben ausgesprochen habe: die Enten sind Jagdtiere, und wir müssen die Möglichkeit haben, uns in ihren Besitz zu setzen. Die Unterhaltung und Pflege dieser Fänge ist eine alte hergebrachte, äußerst interessante Jagdmethode, deren Beseitigung von den Besitzern sehr unangenehm empfunden würde. Ausgestorben sind die Wildenten durch die Vögelkosen auch wahrlich noch nicht.

Wenn nun vorhin auch noch der Wunsch ausgesprochen ist, die Naturdenkmäler möchten nach Möglichkeit inventarisiert werden, so gestatte ich mir zu bemerken, daß die preussische Forstverwaltung die Inventarisierung der lebenden wie auch der toten Naturdenkmäler bereits ausgeführt hat, sie ist in dieser Hinsicht vorbildlich geworden. Die Staatsforstverwaltung läßt sich die Pflege seltener Tiere, z. B. des Bibern, des Elches besonders angelegen sein, sie hat ihre Absicht in den letzten Jahren auch darauf gerichtet, unsere Höhlenbrüter zu schützen, sie anzusiedeln und ihnen Nistgelegenheiten zu verschaffen. Ich glaube, wir können mit Genugthuung konstatieren, daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiete erfreuliches geschehen ist. Ich erwähne da z. B. den Naturschutzpark,

der unter besonderer Mitwirkung des Herrn Kollegen Eder in der Lüneburger Heide geschaffen worden, und dessen Bestand auch für die Zukunft gesichert ist. Meine Herren, ich bin der Meinung, wir müssen unsere Natur schützen, je mehr die Kultur fortschreitet und mit der Ursprünglichkeit aufräumt; denn es bleibt das alte Sprichwort immer wahr und zu beachten: *natura artis magistra*. (Bravo!)

Vizepräsident Dr. Porst: Das Wort hat der Abgeordnete Ramdohr.

Ramdohr, Abgeordneter (freilons.): Meine Herren, ich glaube, ich darf im Namen meiner abwesenden Fraktionsgenossen (Heiterkeit) den Antrag Wente hier nicht bloß vertreten, sondern aufs allerwärmste empfehlen.

Sodann möchte ich der Königlichen Staatsregierung herzlichen Dank dafür aussprechen, daß sie wiederholt schon die Volksbibliotheken in Stadt und Land, insbesondere auch auf dem Lande die Schülerbibliotheken auf Werke aufmerksam gemacht hat, die den Naturschutz empfehlen. Ich weise da namentlich hin auf „Vod, Naturdenkmäler der Provinz Brandenburg“.

Dann wäre es auch sehr angebracht, wenn die Herren Lehrer in Stadt und Land angehalten würden, die Schulsjugend etwas genauer noch darüber zu instruieren, was alles Naturdenkmäler sind. Vorbildlich wirkt in dieser Richtung bereits der Lehrer Kiehn in Freyenstein, der ein Heftchen in der Weise unserer „Priegnitzer Volksbücher“ geschrieben hat, betitelt: „Naturdenkmäler in der Priegnitz“. Meine Herren, Naturdenkmäler sind nicht bloß diejenigen, die sich etwa aus gerabegut aufbrängen, sondern es sind auch z. B. nicht ganz selten Reste uralter Bäume, die zum Teil gänzlich unbeachtet dastehen. Ich erinnere daran, daß z. B. in meiner Heimat, im romantischen Stepenitztal in der Westpriegnitz, verhältnismäßig nur noch sehr wenige eigentliche Naturdenkmäler zu finden sind, aber ein wirkliches „Naturdenkmal“ ist der Rest einer uralten, vielleicht tausendjährigen Eiche bei Klein-Linde. So oft ich wieder einmal an diesen uralten Eichenrest komme, muß ich leider sehen, daß er geringer geworden ist. Der lieben Jugend trübt es manchmal förmlich in den Fingern, wenn sie einen alten, schon etwas vermorschten Baum sieht, der, wie man bei uns sagt, schon etwas „olmig“ ist, und sie legt dann sehr leicht Schwamm und Streichholz daran. Die Reste des von mir erwähnten, uralten, schönen und herrlichen Vertreters grauer Vorzeit werden immer düstiger und düstiger, und es wäre wirklich wohl angebracht, daß vielleicht die Kreisverwaltung der Westpriegnitz ein kleines Gitter darumlegte. Gern erinnere ich mich des alten famosen Spruches:

Gern erzieht man die Jugend

Zur Wissenschaft und Tugend;

Eltern zahlen jeden Preis

Für der Kinder ihren Fleiß.

Das stand auf dem ersten „Kantel“, den ich bekommen habe, zu lesen. (Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Porst: Die Besprechung ist geschlossen.

Es ist der Antrag gestellt, den Antrag der Abgeordneten Atonjohn und Genossen auf Nr. 130 der Agrarkommission zu überweisen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Wenke.

Wenke, Abgeordneter (fortfchr. B.-P.): Als Antragsteller erkläre ich hiermit, daß ich gegen die Überweisung des Antrages an die Agrarkommission nichts einzuwenden habe.

Vizepräsident Dr. Borsch: Ein Widerspruch gegen die Überweisung des Antrages Nr. 130 an die Agrarkommission wird jetzt nicht mehr erhoben; ich stelle fest, daß das Haus ihn der Agrarkommission überwiesen hat.

Im übrigen ist Titel 22 i nicht angefochten worden. Ich stelle seine Bewilligung fest.

Verschiedenes.

— **Forstlicher Lehrgang.** Der für die bessere Ausbildung und für die Fortbildung der Privatförster schon seit Jahren lebhaft und erfolgreich tätige Verein für Privatforstbeamte Deutschlands hält vom 3. bis 29. Juni d. Js. einen forstlichen Lehrgang für Privatförster in Lauterbach, Hessen (Station der Oberhessischen Eisenbahn Fulda-Gießen), ab. Lauterbach ist der Sitz der Verwaltung der reichbegüterten Freiherren Niedeisel zu Eisenbach. Der zugehörige Wald hat eine Flächengröße von 12 550 ha, steht teils auf Basalt, teils auf Buntsandstein und besteht aus 60 % Laubholz (meist Rotbuche), 21 % Kiefern und 19 % Fichte. Dieser Forst ist den Teilnehmern an diesem Lehrgange zu Unterrichtszwecken geöffnet. Den Waldbegängen soll besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das Ziel der Wirtschaftsführung ist die Verbilligung der Produktionskosten und damit die Steigerung der Reineinnahme. Die Leitung dieses forstlichen Lehrganges liegt in der Hand des Freiherrlich Niedeiselschen Forstrats Gulefeld zu Lauterbach, Hessen. Die übrigen Lehrkräfte sind aus dem Norden und Süden, aus dem Osten und Westen unseres Vaterlandes gewonnen. Dadurch ist Gewähr geleistet, daß die mannigfachen Erfahrungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft zum Vortrage kommen. Alles weitere ist von der Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshauer Straße 13, zu erfragen.

— **Generalversammlung der Aufforstungs-genossenschaft des Kreises Westkernberg.** Die im Jahre 1906 gegründete Aufforstungs-genossenschaft, welche bereits 90 Mitglieder zählt, hielt am Sonntag, dem 10. März, unter zahlreicher Beteiligung — die Landwirtschaftskammer Brandenburg war auch vertreten — ihre Generalversammlung ab. In dieser wurde u. a. beschlossen, eigene Kämpfe zur Erziehung der Kiefern-pflanzen anzulegen und deren Verlauf an die Mitglieder zum Selbstkostenpreise zu übernehmen. Durch jene Maßnahme soll den Genossenschaftsmitgliedern ermöglicht werden, vorzügliche Pflanzen zu billigem Preise beziehen zu können. Der Kämp soll zunächst in einer Größe von 0,5 ha in Tschernow angelegt werden. Vor Bezug französischer Kiefernkeimlings wurden die Mitglieder nachdrücklich gewarnt. Die Genossenschaft beabsichtigt außerdem auch die Aufforstung von 175 ha Obbländereien. Zur Ausführung der

Kulturarbeiten sollen Strafgefangene und auch ältere Leute aus Friedrichswille verwendet werden. Der Staat leistet hierzu eine Aufforstungsbeihilfe von 36 M pro Hektar, die in zwei Raten ausbezahlt wird. Gelegentlich der Generalversammlung wurden bereits 2065 M an die Mitglieder ausbezahlt. Verkauft ein Mitglied innerhalb fünf Jahren seine Besitzung, so muß die Staatsbeihilfe zurückgezahlt werden, wenn sein Nachfolger nicht die Mitgliedschaft der Aufforstungs-genossenschaft erwirbt. Das Eintrittsgeld, das die Mitglieder bei der Aufnahme zahlen müssen, beträgt 2 M; ein weiterer jährlicher Beitrag wird dagegen nicht erhoben. Zum Vorsitzenden der Genossenschaft wurde R. Prenzlau, Kießer Busch, und in den Aufsichtsrat Landrat Graf Findenstein, Ritterschaftsdirektor von Pappritz und Rittergutsbesitzer v. Rappengott, Röhlow, gewählt.

— **Schutz der Schleswig-Holsteinischen Bondenholzungen.** Unter Bondenholzungen versteht man jene Gehölze, welche den Bauernhöfen in Schleswig-Holstein in früherer Zeit von Staats wegen zur Deckung ihres Holzbedarfes mit dem Vorbehalte haushalterischer Benutzung überwiesen worden sind; eine Einrichtung, die sich sonst in ganz Deutschland nicht wieder findet. Sie stehen unter Staatsaufsicht, ihre Nutzung ist gesetzlich geregelt, ebenso dürfen sie nur mit staatlicher Genehmigung gerodet werden. In der neueren Zeit sind nun leider seitens vieler Bondenholzbefitzer die Bestimmungen über die pflegliche Behandlung dieser Waldparzellen nicht befolgt und größere Hiebe, die über den eigenen Bedarf weit hinausgingen, geführt worden. Der Regierungspräsident in Schleswig hat sich daher veranlaßt gesehen, darauf aufmerksam zu machen, daß solche größeren Holzabtriebe zum Teil vermieden worden wären, wenn die Amtsvorsteher sofort ein Hiebsverbot erlassen hätten, anstatt zunächst den Antrag hierzu von der von ihm benachrichtigten zuständigen Oberförsterei abzuwarten. Er hat daher die Amtsvorsteher angewiesen, in Zukunft bei offenbar unwirtschaftlichen Hieben in Bondenholzungen, auch ohne Antrag der zuständigen Oberförsterei, sofort selbständig einzuschreiten, um dadurch der Gefahr des Verzuges zu begegnen. Die Oberförsterei ist von dem Sachverhalt und den getroffenen Anordnungen sofort in Kenntnis zu setzen. Außerdem bestimmt der Regierungspräsident, zur Vermeidung von Scheinverkäufen, daß der Besitzer eines solchen Gehölzes für dessen Erhaltung und wirtschaftliche Benutzung haftet,

solange er im Grundbuche als Eigentümer eingetragen ist, und daß diese Haftbarkeit erst mit der Umschreibung im Grundbuche auf den Nachbesitzer übergeht. Die Gemeindevorsteher sind angewiesen, die zuständige Oberförsterei von jedem in Bondenholzungen stattgefundenen und auch möglichst von jedem in Aussicht stehenden Besitzwechsel in Kenntnis zu setzen. Eine unnachlässige Anwendung vorstehender Bestimmungen dürfte die übermäßigen Abtriebe der Bondenholzungen verhindern und eine geregelte Bewirtschaftung anbahnen.

— **Gründung einer Aktiengesellschaft in Rußland von einer deutschen Holzfirma.** Das Berliner Holzkontor, A.-G., beabsichtigt, seinen Einkauf an russischem Holz erheblich auszuweiten. Um nun den russischen Holzmarkt besser auszunutzen und übersehen zu können, plant diese Firma die Gründung einer neuen holzindustriellen Aktien-Gesellschaft mit dem Sitz in Rußland. Da das Berliner Holzkontor, welches übrigens in diesem Jahre auch eine erhöhte Dividende zur Auszahlung bringt, außerdem mit der bereits bestehenden neuen russischen Aktien-Gesellschaft in nahen Geschäftsbeziehungen steht, so wird dieses durch seine Gründung einen starken Einfluß auf den russischen Holzmarkt ausüben und die Holzgeschäfte in günstiger Weise abwickeln können.

— **Das Förster-Jahrbuch für 1912.*)** Nachdem wir in Nummer 13 unseres Blattes dem „**beamtenrechtlichen Teile**“ eine ausführliche Besprechung zuteil werden ließen, wollen wir uns heute dem Teile „**Gesetze und Verwaltungsbestimmungen**“ mit einigen Betrachtungen zuwenden. In diesem Teile sind die seit dem Erscheinen des vorjährigen Jahrbuches erlassenen, für die Forstbeamten wichtigen Verordnungen enthalten. Die Herausgeber haben hierbei eine gegen die frühere Anordnung des Stoffes abweichende Einteilung eintreten lassen, um den Gebrauch des Buches zu erleichtern.

Dem ersten Abschnitt dieses Teiles sind alle Bestimmungen im Wortlaut überwiesen, die sich auf das **Beamtenrecht** beziehen. Als besonders wichtig seien die Gehaltsvorschriften vom 1. April 1911 hervorgehoben. Weiter sind aufzuführen die Aufnahmebestimmungen für das Reitende Feldjägerkorps, die Änderung der Ortsklasseneinteilung, die neueren Bestimmungen über die Reisekosten und über die Anrechnung der Dienstzeit bei Festsetzung des Ruhegehalts. Wo dies erforderlich erschien, ist durch Fußnoten auf die bereits in Nr. 13 der „Deutschen Forst-Zeitung“ auf Seite 269 näher besprochene Anleitung ver-

wiesen. Den Schluß bildet die **Ministerial-Versfügung**, in welcher die Grundsätze angegeben sind, nach denen Unterstützungen an ausgeschiedene Forstbeamte sowie deren Witwen und Waisen bewilligt werden sollen.

Der zweite Abschnitt behandelt das **Geschäftsweisen** und enthält den Etat der Forstverwaltung für 1912 und alle Verfügungen, die im Laufe des letzten Jahres in bezug auf die Etatsaufstellung und das Rechnungswesen ergangen sind. In diesem Abschnitt finden also die Forstassistenten und die auf den Oberförstereien als Sekretäre beschäftigten Forstbeamten alle Vorschriften leicht beisammen, die sie bei Erledigung ihrer Arbeiten gebrauchen.

Im dritten Abschnitt find die über den Waldbau und Nutzungen ergangenen Vorschriften zusammengefaßt. Dieser Abschnitt enthält unter anderem auch die seit dem 1. April d. Js. maßgeblichen Bestimmungen der neuen Maß- und Gewichtsordnung, soweit sie sich auf die Eichung forstlicher Meßgeräte beziehen.

Hieran schließen sich als vierter Abschnitt die Vorschriften über **Vausachen**, insbesondere über die Behandlung der Dienstwohnungen an. Darauf folgen als fünfter Abschnitt **Polizei- und Strafsachen**, aus denen wir die Verfügung über die Bestellung der Gemeindeförstschußbeamten zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft besonders hervorheben. Im sechsten Abschnitt, **Steuerachen**, sind die Verfügungen enthalten, welche die Heranziehung der Beamtendienstwohnungen zur Gemeindesteuer betreffen.

Der neuen Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 ist der siebente Abschnitt gewidmet. Diesem Abschnitt ist eine besondere Sorgfalt zugewandt, weil die Versicherungsordnung mit den bekannten Neuerungen — Einführung der zwangsweisen Krankenversicherung für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sowie Witwen- und Waisenversorgung — auch für die Forstbeamten als Arbeitgeber eine ganze Reihe Arbeit bringen wird, die von der bisherigen erheblich abweicht. Das ganze Gesetz ist in Form einer Abhandlung kurz zusammengefaßt und diese mit fortlaufenden Nummern versehen. Da ferner am Rande die Paragraphen der Versicherungsordnung selber angegeben sind, so glauben wir, daß diese Abhandlung allen Ansprüchen genügt, um so mehr als unter Zuhilfenahme eines besonderen Sachregisters jede Stelle im Gesetz ohne erheblichen Zeitaufwand leicht gefunden werden kann.

Der achte Abschnitt enthält verschiedene, in anderen Abschnitten nicht unterzubringende Ministerialerlasse und Gesetze, unter anderem einen Auszug aus den Ausführungsvorschriften des Bundesrates zum Viehwuchengesetze.

Im Nachtrage ist der während des Druckes uns zugegangene Erlaß, der die Festsetzung von Geldvergütungen an Stelle des freien Brennholzes regelt, wiedergegeben.

Ein **chronologisches Verzeichnis** der abgedruckten Gesetze und Verwaltungsbestim-

*) Preussisches Förster-Jahrbuch 1912. (Band III.) Ein Ratgeber und Adressbuch für die preussischen Kron- und Staats-Forstbeamten. Neubrand 1912. Verlag von J. Neumann. 284 Seiten Text, fest geheftet. Ladenpreis 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der „Forst-Zeitung“ einzeln 2 Mk. 30 Pf. In Partien: 5 Stück und mehr je 2 Mk. 10 Pf., 10 Stück und mehr je 2 Mk. In Aufträgen wird am besten die Bestellkarte benutzt, welche in Nummer 12 dieses Blattes beigelegen hat.

mungen und ein nach Stichworten geordnetes Sachregister, das sich zugleich auch auf das Förster-Jahrbuch für 1910 und 1911 erstreckt, schließt den Teil.

Aus dieser kurzen Aufzählung wollen unsere Leser erfahren, daß wir fortgesetzt bemüht sind, jede Neuausgabe übersichtlicher auszustatten. Wir hoffen daher, daß sich auch der neue Band, wie die vorhergehenden, die Anerkennung des Leserkreises erwerben wird, und wir dadurch in den Stand gesetzt werden, die Fortsetzungen in jeder erdenklichen Weise zu verbessern.

•

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 2. April 1912. Schwarzwild 0,65 bis 1,95 M das Pfund. Kaninchen 0,65 bis 1,40, Fasanen-Löhne 1,50 bis 3,25, Balbschnepfen 2,00 bis 3,40 M das Stüd.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Abt. zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung

Strauß, Oberförster zu Weimar, ist die Oberförsterei Hildesheim, Regbz. Cassel, übertragen.

Der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Säule wurde 1912 Anlaß des Übertritts in den Ruhestand verliehen:

Friesse, Oberforstmeister zu Posen; **Prof. Kemels**, Geh. Regierungsrat, an der Forstakademie in Oberwalde; **Kühler**, Regierungs- und Forstrat, Geh. Regierungsrat zu Hildesheim.

Der Königl. Kronenorden 3. Klasse wurde aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand verliehen den Forstmeistern: **Grasch** zu Wilsdorf, Regbz. Merseburg; **Seffe** zu Annaburg, Regbz. Merseburg; **Wurzer** zu Bensberg, Regbz. Köln.

Brucke, Forstaußseher zu Streckenberg (Harz), Oberförsterei Tale, Regbz. Magdeburg, ist zum Förster m. R. ernannt.

Dorn, Alfred, Forstaußseher im Privatdienst, ist nach Kraschew, Oberförsterei Kraschew, Regbz. Oppeln, einberufen.

Sale, Degemeister zu Sorge, Oberförsterei Herfeld-Medbach, Regbz. Cassel, in das Verdienstkreuz in Gold mit der Zahl „60“ verliehen.

Schneemann, Forstaußseher zu Georgenwerth, Oberförsterei Kreuzburg, ist nach Ellguth-Proßlau, Oberförsterei Proßlau, Regbz. Oppeln, versetzt.

Schlegel, Forstaußseher zu Hammerstein, Regbz. Marienwerder, ist zum Forstassistenten ernannt.

Jäger, Förster zu Rupporn, Oberförsterei Rangan, Regbz. Schleswig, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Scholtz, Förster o. R. zu Blabach, Oberförsterei Rupp, ist als Förster m. R. nach Lissa, Oberförsterei Schwarzwald, Regbz. Oppeln, vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Schmann, Förster zu Therosen, Oberförsterei Lauer, ist nach Trebow, Oberförsterei Zielentz, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Salzwitz, Förster o. R. zu Hirschfeld, Oberförsterei Poppelau, ist nach Blabach, Oberförsterei Rupp, Regbz. Oppeln, vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Münzer, Forstaußseher im Privatdienste, ist nach Malino, Oberförsterei Grundschütz, Regbz. Oppeln, einberufen.

Prschmann, Förster o. R. zu Dragebruch, Oberförsterei Drieien, ist die Försterei Weberke, Oberförsterei Dobring, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Mai d. Js. ab übertragen.

Rehm, Hilfsjäger zu Lissa, Oberförsterei Schwarzwald, ist nach Merseburg, Oberförsterei Bodland, Regbz. Oppeln, vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Richter, Forstaußseher zu Wiersdan, Oberförsterei Bodland, ist nach Hüglo, Oberförsterei Hüglo, Regbz. Oppeln, vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Schramm, Degemeister zu Trebow, Oberförsterei Zielentz, Regbz. Frankfurt a. O., tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Schulze, Förster zu Bornstedt, ist zum Revierrförster ernannt und ihm die Revierrförsterei Wilsdorf, Oberförsterei Annaburg, Regbz. Merseburg, übertragen.

Strauß, Förster zu Hirschfeld, Oberförsterei Rangan, Regbz. Schleswig, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Werk, Förster o. R. zu GutsMuths, Oberförsterei Rudiatschke, ist nach Dragebruch, Oberförsterei Drieien, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Mai d. Js. ab versetzt.

Wieser, Forstaußseher zu Jaskowitz, Oberförsterei Proßlau, ist aus dem Staatsdiennie ausgeschieden und als Stadtförster in Gr. Strehly, Regbz. Oppeln, angestellt.

Wieschmidt, Forstaußseher zu Friedrichshammer, Oberförsterei Kreuzburg, ist als Schreibhilfe nach Jellow, Oberförsterei Jellow, Regbz. Oppeln, versetzt.

Das Verdienstkreuz in Gold wurde verliehen den Revierrförstern:

im Regierungsbezirk Königsberg:
Belmann zu Weissen, Oberförsterei Leiden; **W. Feilisch** zu Gr. Gertauken, Oberförsterei Weissen; **Seifert** zu Damerau, Oberförsterei Hühersdorf; **Somm** zu Althausen, Oberförsterei Papushienau;

im Regierungsbezirk Schleswig:
Sorenzen zu Kuetschan, Oberförsterei Krenade.

Das Verdienstkreuz in Gold wurde aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand verliehen den Degemeistern:

Reyer zu Schadeburg, Oberförsterei Ramlau, Regbz. Breslau; **Schäfer** zu Wilsdorf, Oberförsterei Weichen, Regbz. Potsdam; **Schö** zu Vohberg, Oberförsterei Vangeloh, Regbz. Lüneburg; **Sölge** zu Schömann, Oberförsterei Ramlau, Regbz. Breslau; **Schneemann** zu Kiederwald, Oberförsterei Harburg, Regbz. Lüneburg.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Krieger, Forstkreiserband, ist als Revierrgehilfe auf Zwenlauer Revier in den Vorbereitungsdiennie eingetreten.

Müchig, Forstbesitzer auf Vengelsfelder Revier, ist abgegangen.

Müller, Forstbesitzer auf Glanener Revier, ist abgegangen.

Nichter, Forstkreiserband, ist als Revierrgehilfe auf Langenbernsdorfer Revier in den Vorbereitungsdiennie eingetreten.

Schlosser ist als Revierrgehilfe auf Vengelsfelder Revier angenommen.

Schürer, Försterlandbat, Revierrgehilfe, ist vom Zwenlauer auf das Glanener Revier versetzt.

Selzer, Försterlandbat, ist als Revierrgehilfe auf Reinhardtsdorfer Revier wieder in den Staatsdiennie eingetreten.

Stig, Forstkreiserband, ist als Revierrgehilfe auf Hirschberger Revier in den Vorbereitungsdiennie eingetreten.

Weype, Forstbesitzer auf Reinhardtsdorfer Revier, ist abgegangen.

Der Sitz der Oberforstmeisterei Bärenfels ist von Freiberg nach Bärenfels verlegt worden.

Gemeinde- und Privatdiennie.

Ambor, Verzoht. Forstassessor, ist als technischer Hilfsarbeiter der sächsischen Forstmeisterei Bittau angestellt.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Versetzt wurden die Revierrjäger:
Pieckmann von Güstrow nach Schlemmin; **Ferrmann** von Kl. Vahk nach Dnubhagen (Forstinspektion Dobraw); **Wiegner** von Schlemmin nach Wittenfjorden (Forstinspektion Schwerin).

Überwiesen wurden die Revierrjäger:

Krohnbrock der Forstinspektion Ludwigslust; **Strotian** der Oberförsterei Waddebehn; **Agel** der Oberförsterei Waddebehn; **Wader** der Oberförsterei Waddebehn;

Schaumkel der Oberförsterei Leisow; **Schäning** der Forstinspektion Ludwigslust; **Schöring** der Oberförsterei Turlow; **Strothmann** der Oberförsterei Ratz; **Graf** der Oberförsterei Waddebehn als Revierrgehilfe für den Revierrjäger Forst; **Wulf** der Oberförsterei Leisow.

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Staats-Forstverwaltung.

Berrguth, Forstassessor zu Meiningen, ist zum Oberförster ernannt.

Leipold, Oberförster zu Waldbisch, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.

Schmidt, Oberförster zu Bielew, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen und die Verwaltung der Oberförsterei Sachsendorf übertragen.

Fröger, Forstassessor zu Meiningen, ist zum Oberförster ernannt.

Wenig, Oberförster zu Weissenburg, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.

Barth, Forstwart zu Schwarzenbrunn, ist freiwillig aus dem Staatsdienste ausgetreten und hat die Stelle als Forstsekretär bei der Fürstl. Generalverwaltung — Ständeherrschaft des Fürsten zu Weiningen usw. — zu Amorbach (Unterfranken) übernommen.

Wenzel, Forstwart am Ministerium II in Meiningen, ist nach Schwarzenbrunn, Oberförsterei Sachsendorf, versetzt.

Elisa-Lothringen.

Albrecht, Gemeindeförster zu Kelleringen, Oberförsterei St. Amarin, ist in den Bezirk Lothringen einberufen.

Arnold, Oberjäger der Klasse A zu Hagenburg, ist als Gemeindeförster nach Gebweiler, Oberförsterei Gebweiler, einberufen.

Wassinger II, Gemeindeförster zu Weiskasser, Oberförsterei Colmar-Weil, ist nach Deutsch-Rumbach, Oberförsterei Warltkirch, versetzt.

Weyrich III, Oberjäger zu Naumburg, ist als Forsthilfs-ausscher im Staatswalde nach Bühl, Oberförsterei Gebweiler, einberufen.

Mour, Gemeindeförsterhelfer, ist die Verwaltung der Gemeindeförsterstelle Zallaucourt, Oberförsterei Chateau-Salins, kommissarisch übertragen.

Margard, Gemeindeförster zu Forsthaus Aspach, Oberförsterei Colmar-Weil, ist nach Schäßertthal, Oberförsterei Ruffach, versetzt.

Stenz, Kaiserl. Förster zu Forsthaus Hirschbrunn, Oberförsterei Boldsch, ist nach Forsthaus Gutenbrunn, Oberförsterei Hirschbrunn, versetzt.

Freese, Gemeindeförster zu Klein-Deberau, Oberförsterei Warltkirch, ist in den Bezirk Lothringen einberufen.

Karlauer III, Gemeindeförster zu Gebweiler, Oberförsterei Gebweiler, ist nach Klein-Deberau, Oberförsterei Warltkirch, versetzt.

Arnulger, forstversorgungsberechtigter Anwärter, ist die Verwaltung der Försterstelle Hölzberg, Oberförsterei Dagsburg, kommissarisch übertragen.

Wissen, Gemeindeförster zu Forbach, Oberförsterei St. Amand, ist freiwillig ausgeschieden.

Jarry, Gemeindeförster zu Gorge, Oberförsterei Meg, ist nach Forbach, Oberförsterei St. Amand, versetzt.

Lehmann, forstversorgungsberechtigter Anwärter, ist unter Übertragung der Försterstelle Hockhof, Oberförsterei Dagsburg, zum Kaiserl. Förster ernannt.

Mann II, Gemeindeförster zu Forsthaus Schäßertthal, Oberförsterei Ruffach, ist nach Dersbergheim, Oberförsterei Ruffach, versetzt.

Smad, Gemeindeförster zu Zallaucourt, Oberförsterei Chateau-Salins, ist nach Gorge, Oberförsterei Meg, versetzt.

Kilbert, Kaiserl. Förster zu Forsthaus Hölzberg, Oberförsterei Dagsburg, ist nach Forsthaus Hirschbrunn, Oberförsterei Boldsch, versetzt.

Schlundt, Gemeindeförster zu Deutsch-Rumbach, Oberförsterei Warltkirch, ist nach Forsthaus Aspach, Oberförsterei Colmar-Weil, versetzt.

Schöpfer IV, Forsthilfsaufseher zu Bühl, Oberförsterei Gebweiler, ist als Gemeindeförster nach Kelleringen, Oberförsterei St. Amarin, versetzt.

Jubiläen, Gedenktage u. a. m.

(Nach Zeitungsmeldungen.)

Stahmann, Graf. Revierförster zu Wolfshagen, Oberförsterei Wolfshagen, Megb. Magdeburg, feierte am 1. April d. J. sein 60jähriges Jubiläum als Angehöriger im gräflichen Diensten.

Mende, Revierförster zu Süßwinkel, Forstamt Dels, Megb. Breslau, feierte am 1. April d. J. sein 60jähriges Dienstjubiläum.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften haben niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Quittung oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 43. Anfrage: Die „Deutsche Forst-Zeitung“ brachte wiederholt Abhandlungen, die sich mit der Gründung von Forstreservefonds befaßten und namentlich den Kommunen- und Genossenschaftsforsten empfehlen, zwecks besserer Ausnutzung der Holzkonjunkturen sowie zur Verhinderung von Ringbildungen seitens der Holzkäufer die Anlage eines Reservefonds anzustreben. Darf ich nun um Auskunft darüber bitten, ob die Regierung als Aufsichtsbehörde die Bildung solcher Reservefonds begünstigt, und welche Bedingungen sie hieran stellt? A. H. in A.

Antwort: Der Regel nach wird die Bildung von Forstreservefonds seitens der Regierung immer begünstigt. Bedingungen kann diese nur insoweit stellen, als zur Schaffung des Reservefonds außerplanmäßige Eingriffe in das Waldvermögen durch Entnahme notwendig werden sollten oder wenn es sich um die Verwendung von größeren Einnahmen aus Windbruch- und Insektenschäden handelt.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorstehenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schachmeister an den Vereins-Schachmeister, Königl. Förster Wette, Försterei Räumde, Post Gröneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1911.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des Geschäftsjahres 1910 = 5309 und am 31. Dezember 1911 = 5500. Der Mitgliederbestand hat

mithin um 191 Mitglieder zugenommen. Die Organisation hat weitere Fortschritte gemacht. Im Regierungsbezirk Stralsund hat sich eine Bezirksgruppe gebildet, und im Regierungsbezirk

Nachdem hat sich ein Mitglied bereit erklärt, die Geschäfte eines Bezirksgruppenchefs zu führen, so daß die Bezirksgruppenbildung im allgemeinen als durchgeführt angesehen werden kann. Einzelmittglieder gibt es demgemäß fortan nicht mehr, ein jedes Mitglied ist jetzt einer Bezirksgruppe zugeteilt. Auch die Zahl der Ortsgruppen ist, gegen 155 im Vorjahre, auf 163 gestiegen. Trotzdem ist aber immer noch etwa $\frac{1}{4}$ aller Mitglieder nicht in Ortsgruppen organisiert. Das muß noch als ein großer Mangel angesehen werden; denn die Ortsgruppen bilden ein wichtiges Glied in der Organisation des Vereins. Eine der vornehmsten Aufgaben der Bezirksgruppenvorsitzenden wird es daher nach wie vor sein, die Ortsgruppenbildung in ihren Bezirken lückenlos durchzuführen, so daß später daran gedacht werden kann, auch die Zugehörigkeit zu einer Ortsgruppe zu einer jagungsmäßigen Pflicht für den einzelnen zu machen.

Die Delegiertenversammlung hat am 10. Juni 1911 in Berlin stattgefunden. Die dort gefaßten Beschlüsse sind auf dem Dienstwege an den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten eingereicht worden.

Der Rechnungsabschluß gestaltet sich wie folgt.

Geschäftsjahr 1911.

	Geldbetrag			
	einzeln		in Sa.	
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
A. Einnahme:				
Barbestand aus dem Vorjahre	6514	88		
Mitgliederbeiträge aus 1910	26	—		
Mitgliederbeiträge für 1911	35427	02		
Zinsen	797	15		
Gemäß § 6 des Verlagsvertrages	433	28		
Umsatzvergütungen der Vertragsfirmen	1412	20		
Sonstiges	92	—	44702	53

	Geldbetrag			
	einzeln		in Sa.	
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
B. Ausgabe:				
Abonnement für die Vereinszeitung	22053	40		
Beihilfen	5936	—		
Verwaltungs- und Portokosten	1338	95		
Druckfachen	1563	24		
Reisekosten	4442	50		
Ankauf von $3\frac{1}{2}\%$ Preuß. Konsols im Nennwert von 4000 Mark	3800	80		
Sonstiges	135	03		
Porto für das nächste Jahr	5432	61	44702	53

Bilanz.

	Geldbetrag			
	einzeln		in Sa.	
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
A. Aktiva:				
a) 10000 ℳ 4% Preuß. Staatspapierem. einem Kurswert von		10140	—	
b) 4000 ℳ $3\frac{1}{2}\%$ Preuß. Staatspapierem. einem Kurswert von		3616	—	
c) Guthaben bei der Ostbank für Handel und Gewerbe		5432	61	
d) Rückständige Mitgliederbeiträge		26	—	19214 61
B. Passiva:				
e) Reservefonds	7689	73		
Zugang:				
10% der Reineinnahme	681	—	8370	73
f) Beihilfenfonds	8825	15		
Zugang:				
Nach § 6 des Verlagsvertrages	433	28		
Umsatzvergütungen der Vertragsfirmen	1412	20		
90% der Reineinnahme	6128	05		
Sa.	16798	68		
ab im Jahre 1911 bewilligte Beihilfen 5936,—				
Kursverluste 44,80	5980	80	10817	88
g) Rückständige Mitgliederbeiträge			26	—
				19214 61

Räume, den 15. März 1912.

Velte, Vereinschätzmeister.

Wie zunächst aus den Einnahmen zu ersehen ist, haben die Umsatzvergütungen der einzelnen Firmen, mit denen der Verein wirtschaftliche Verträge abgeschlossen hat, einen Gewinn von 1412,20 ℳ für die Vereinskasse ergeben. Im ganzen sind 1652,20 ℳ eingekommen, von denen jedoch 240 ℳ als anteiliger Betrag auf die Krankenkosten-Beihilfeskasse entfallen. Einzelne Firmen sind mit ihren Verpflichtungen noch im Rückstande; es steht also zu erwarten, daß sich vorstehender Betrag noch erhöht. Wenn man in Erwägung zieht, daß die Verträge durchschnittlich erst seit etwa acht Monaten bestehen, und daß der größte Teil der Mitglieder sich wahrcheinlich den Vertragsfirmen noch nicht als Kunde zugewendet hat, so erscheint die Annahme berechtigt, daß diese Einnahme noch bedeutend steigerungsfähig ist. Wir richten daher bei dieser Gelegenheit an unsere

Mitglieder erneut das Ersuchen, in ihrem eigenen Interesse sowohl, als in dem des Vereins, sich bei den Barenbezügen vornehmlich der Vertragsfirmen zu bedienen. Wir werden Bedacht darauf nehmen, daß jedem Mitglied ein zur Aufbewahrung geeignetes Verzeichnis der in Frage kommenden Firmen zugeföhrt wird.

Die bisher in der Bilanz erschienenen rückständigen Darlehen wurden den Schuldnern auf ihre Bitten, durch Umwandlung der Darlehnschuld in eine Beihilfe, erlassen, so daß dieser Posten künftighin in der Rechnung nicht mehr erscheint.

An Beihilfen wurden 5936 \mathcal{M} bewilligt, und zwar in folgenden Beträgen:

2 mal	30	\mathcal{M}	=	60	\mathcal{M}
1 "	36	"	=	36	"
2 "	40	"	=	80	"
16 "	50	"	=	800	"
1 "	55	"	=	55	"
6 "	60	"	=	360	"
1 "	65	"	=	65	"
6 "	75	"	=	450	"
6 "	80	"	=	480	"
25 "	100	"	=	2500	"
7 "	150	"	=	1050	"

in Sa.: 5936 \mathcal{M}

Indem wir zum Schlusse noch den von uns aufgestellten Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1912 zum Abdruck bringen, schließen wir diesen Bericht mit der Bitte: ein jedes Mitglied möge sein Teil mit dazu beitragen, daß der Verein immer mehr erstärke, zum Wohle unseres Standes und seiner Träger.

Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1912.

	\mathcal{M}	S.	\mathcal{M}	S.
A. Einnahme:				
Titel I. Mitgliederbeiträge . . .	35 000	—		
" II. Zinsen aus vorhandenen Kapitalien . .	800	—		
" III. Von der Firma J. Neumann-Neubamm gemäß § 6 des Verlags = Vertrages . . .	450	—		
" IV. Aus wirtschaftlichen Verträgen . .	1500	—		
" V. Sonstiges . . .	10	—	37760	—
B. Ausgabe:				
Titel I. Abonnementskosten für das Vereinsblatt . .	22000	—		
" II. Verwaltungs- und Porto-kosten . . .	2200	—		
" III. Drucksachen . .	1000	—		
" IV. Reisekosten . .	4000	—		
" V. Sonstiges . . .	300	—		
" VI. Beihilfen . . .	5500	—		
Voraussichtlicher Ueberschuß, nötigenfalls zur Bestreitung der Kosten für den Vereinssekretär . .	2760	—	37760	—

Der Vorstand: Krause, Hennig, Veltje, Liepe.

Verhandelt Woldenberg, den 16. März 1912.

Die Rechnungsprüfungskommission des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten trat heute gemäß § 15 der Satzungen zur Prüfung der Vereinsrechnung, der Bilanz und der Kassenbücher für das Geschäftsjahr 1911 zusammen. Erschienen waren: 1. Königl. Revierförster Lange, 2. Königl. Hegemeister Ulbrich, 3. Königl. Hegemeister Lucas, sowie ferner 4. der Vereinskassenmeister, Königl. Förster Veltje.

Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Revierförster Lange neu gewählt. Darauf wurden seitens des Kassameisters die Kassenbücher nebst sämtlichen Belegen und vom Revierförster Lange die von den Bezirksgruppenkassenmeistern an ihn eingesandten Bescheinigungen über die von den einzelnen Bezirksgruppen für das Geschäftsjahr 1911 gezahlten Beiträge vorgelegt.

Nach eingehender Prüfung wurden Rechnung und Bilanz, die in dem Geschäftsbericht des Vereins später veröffentlicht werden, für richtig befunden.

Das Vereinsvermögen wird nachgewiesen durch: den Depotchein Nr. 1637 579 über 10 000 \mathcal{M} 4 % Preussische Konsole, 2. den Depotchein Nr. 1637 580 über 4000 \mathcal{M} 3½ % Preussische Konsole, beide Depots ruhend bei der Reichsbank, Kontor für Wertpapiere, und 3. einem Bankguthaben von 5432,61 \mathcal{M} , bei der Ostbank für Handel und Gewerbe, Zweigniederlassung in Landsberg a. W. Gegen die vorhandenen Belege und die Kassenführung hat sich nichts zu erinnern gefunden, und es bestehen hiernach gegen die Erteilung der Entlastung unsererseits keine Bedenken.

Die Kommission schlägt vor, den §§ 8 der Satzungen so zu ändern, daß dem Reservefonds ein größerer Anteil an dem Reinertrag künftighin zufällt.

Ferner wurde noch die Einnahme für die Krankenkosten-Beihilfeskasse für das Geschäftsjahr 1911 festgestellt. Diese ergibt die Summe von 6057,20 \mathcal{M} .

R. g. u.

Die Rechnungsprüfungskommission.
Lange. Lucas. Ulbrich.
Der Vereinskassenmeister.
Veltje.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten und direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Wendau zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Coblenz. Sonnabend, den 11. Mai cr., vormittags von 10 Uhr an, findet in Coblenz im Hotel „Europäischer Hof“ Löhrrstraße 80, die diesjährige Delegiertenversammlung mit nachstehender Tagesordnung statt. 1. Geschäftsbericht des Vorstehens; 2. Rechnungsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr und Kassenübergabe an den neuen Kollegen Kassameister; 3. Besprechung der Tagesordnung der Delegiertenversammlung in Berlin (s. „Vereins-Zeitung“).

Nr. 8 vom 25. Februar cr.); 4. Vorlesung des Protokolls der vorjährigen Sitzung; 5. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 6. Wahl eines Delegierten zur Versammlung in Berlin; 7. Verschiedenes: Krankenlosten-Beihilfskasse, Förster-Jahrbuch, Beitzagszahlungsmodus, „Vereinszeitung“, Aufruf der Ortsgruppe Fulda usw. Außer den Delegierten müssen die Kollegen Kassen- und Schriftführer pflichtmäßig erscheinen, während alle Mitglieder der Bezirksgruppe, auch wenn sie durch einen Delegierten vertreten sind, Zutritt haben. Die Einzelmitglieder der Bezirksgruppen können sich, wie auch die der Ortsgruppen, durch einen Delegierten vertreten lassen. Es empfiehlt sich denselben bei mir anzumelden. Die Delegierten der Ortsgruppen bitte ich, sich mit einer Vertretungsvollmacht nebst einem Stättenachweis versehen zu wollen. Pünktliches Erscheinen ist nötig. Mit Weidmannsheil!

Meister, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Berent (Regbz. Danzig). Sonntag, den 21. April, nachmittags 5½ Uhr, Versammlung im Vereins-
hause in Berent. Tagesordnung: 1. Jahres-
bericht; 2. Bericht über die Bezirksgruppen-
sitzung am 18. Februar in Danzig; 3. Rechnungs-
legung für 1911; 4. Neuwahl des Schrift- und
Rechnungsführers; 5. Besprechung über Ab-
haltung eines Scheibenschießens; 6. Verschiedenes.
Ich bitte um recht rege Beteiligung, und wollen
die Herren Kollegen, welche Sachen zur Aus-
schmückung unseres Vereinslokals stiften wollten,
diese nicht vergessen.

Der Vorsitzende. Stein.

Zeuzschke (Regbz. Danzig). Mitgliederversamm-
lung am 21. April cr., nachmittags 5 Uhr, in
Naparus Gasthaus in Steege. Tagesordnung:
1. Bericht über die letzte Bezirksgruppensitzung;
2. Festsetzung des nächsten Scheibenschießens;
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Hochwald (Regbz. Trier). Sonntag, den 21. April,
nachmittags 2½ Uhr, Versammlung zu Thalfang
im Hotel Lohr. Um recht zahlreiches Erscheinen
mit Damen wird gebeten.

Der Vorstand.

Holstein (Regbz. Schleswig). Am Sonntag, dem
21. April d. Js., nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-
versammlung in Sells Hotel in Neumünster.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Rechnungs-
legung pro 1911; 3. Besprechung der evtl. Tages-
ordnung der Delegiertenversammlung in Berlin;
4. Wahl eines Delegierten; 5. Verschiedenes;
6. Vortrag: „Über Buchenverjüngungen in
Schleswig-Holstein“. Förster Ernst (Wörel). Um
zahlreiches Erscheinen mit den Damen wird
gebeten.

Der Vorstand.

Landsberger Heide (Regbz. Frankfurt a. O.).
Sonabend, den 20. April, abends 8 Uhr,
findet im Posenischen Lokale in Gladow Nm.
Abschiedsfeier unseres Vorsitzenden Kollegen
Heinrich statt. Mitglieder nebst Damen, sowie
Freunde werden freundlichst eingeladen.

Der Vorstand. J. B.: Kowalle.

Marburg (Regbz. Cassel). Der Turnverein
Marburg hat für Sonntag, den 28. April,
abends 8 Uhr, im großen Stadtssaal zu Marburg

einen Unterhaltungsabend arrangiert und dazu
alle patriotisch gesinnten Mitbürger und Vereine
der Stadt und Umgegend eingeladen, so auch
die hiesige Gruppe. Die Vorträge bestehen
aus Prolog, Musikstücken, Gesangsvorträgen in
Solo und Chor. Vorführungen der Männer-,
Frauen- und Jechterabteilung. Das Kommando
des Ruchess. Jäger-Bataillons hat die Musik-
kapelle zur Verfügung gestellt. Die Solo-
vorträge in Gesang erfolgen von Frau Amts-
richter Möll-Battenberg (Mezzo-Sopran). Der
Ertrag des Abends soll zum Besten des Fonds
für das Kreisriegerdenkmal verwendet werden,
in Anbetracht dessen wird um zahlreiche Be-
teiligung ersucht. Preise der Plätze: Vorverkauf
Galerie 1. Reihe 2 M., 2. Reihe 1 M., Saal
vordere Reihen 1,50 M., hintere 1 M., Abend-
kasse 25 S. mehr, Stehplatz 60 S.

Der Vorstand.

Schleswig (Regbz. Schleswig). Am Sonntag, dem
21. April d. Js., nachmittags 1 Uhr, Mitglieder-
versammlung im Theater-Café zu Flensburg.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Rechnungs-
legung; 2. Ergänzungswahl des Vorstandes;
3. Besprechung bzw. Bestellung des Förster-
Jahrbuches für 1912; 4. Verschiedenes. Zu
zahlreicher Beteiligung mit Familie ladet ein
Der Vorsitzende.

Scheibemühl (Regbz. Bromberg und Marien-
werder). Nächste Versammlung am Sonntag,
dem 21. April, nachmittags 4 Uhr, im Vereins-
lokale. Tagesordnung: 1. Vorlage des letzten
Protokolls; 2. Rechnungslegung; 3. Bestellung
von Jahrbüchern; 4. Besprechung über ein evtl.
Scheibenschießen; 5. Vortrag des Kollegen
Breitenbach über Pferdeaufzucht; 6. Ver-
schiedenes.

Der Vorsitzende. Fuernau.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegenmeister
Krause, Resselgrund bei Hochzeit Nm., vorliegen. Was
für die nächste Sitzung Nummer bestimmt ist, muß Sonntag
früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für
weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für
das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden
aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Cassel-Lk. Zu der am 24. März d. Js. statt-
gefundenen Vertreter- und Mitgliederversamm-
lung waren 23 Mitglieder erschienen, welche
insgesamt 193 Stimmen zu vertreten hatten.
Nach einem dreifachen Horrido auf Se. Majestät
wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:
1. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde
bekanntgegeben, die vorgeprüfte Rechnung
nebst Belegen vorgelegt und der Vorstand
entlastet. 2. Als Delegierter zur diesjährigen
Hauptversammlung wurde Förster Schröder zu
Konshausen und als dessen Stellvertreter Hegen-
meister Müller zu Forsthaus Lambornbrück
gewählt. 3. Die Tagesordnung der Haupt-
vereins zur Delegiertenversammlung, wie solche
in Nr. 8 des Vereinsblattes in den Haupt-
punkten veröffentlicht worden ist, wurde be-
sprochen und danach dem Delegierten seine
Aufträge erteilt. 4. Neue Urträge wurden
von den Ortsgruppen nicht gestellt. 5. Zum

Vorsitzenden wurde Revierförster Strott zu Hlieben, zu dessen Stellvertreter Förster Steinicke zu Neuhaus, zum Kassierer Förster Graebe zu Rommerz und zu dessen Stellvertreter Hegemeister Schneider zu Oppertz gewählt. Als Beisitzer fungieren die jeweiligen Vorsitzenden der Ortsgruppen wie bisher. 6. Als Rechnungsprüfer für 1912 wurden Förster Gombert zu Fulda und Forstausscher Stein zu Lehnerz wiedergewählt. 7. Unter Verschiedenes wurde von der Ortsgruppe Fulda der Antrag an den Hauptverein gestellt, eine Sammlung unter den Vereinsmitgliedern zugunsten der Hinterbliebenen des erschossenen Kollegen, Förster Romanus, zu veranstalten. Es wurde als zweckmäßig erachtet: die Ortsgruppe Fulda wolle durch den Vorstand des Hauptvereins einen Aufruf erlassen, daß die Ortsgruppen die Sammlung vornehmen und der Ertrag an das ständische Leih- und Pfandhaus zu Fulda, unter Angabe des Zweckes, abgeführt werde. Ferner wurde die Errichtung eines schlichten Denksteines besprochen. Nach Beendigung der Beratungen wurde dem Vorsitzenden, Herrn Hegemeister Fischer, für seine bisherige, rege Vereinsarbeit der Dank durch die Anwesenden zum Ausdruck gebracht und dessen Ausscheiden aus dem Vorstände der Bezirksgruppe allgemein bebauert. Nach einem dreifachen Horrido auf den Herrn Oberforstmeister wurde die Versammlung geschlossen.

Der Vorsitzende: F. B.: Steinicke.

Cassel-West. Die diesjährige Vertreter- und Mitglieder-Versammlung fand am 24. März d. J., nachmittags von 12½ Uhr ab, im „Wittelsbacher Hof“ in Cassel statt und wurde, nachdem der Vorsitzende die Erschienenen begrüßt hatte, mit einem Horrido auf Se. Majestät eröffnet. Es wurde zunächst festgestellt, daß 242 Mitglieder anwesend resp. vertreten waren. Hierauf

erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, nach welchem die Bezirksgruppe wiederum eine Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen hat. Der Schatzmeister verlas den Kassenbericht. Nachdem ein Mitglied der Kassenprüfungskommission die Prüfungsverhandlung verlassen hatte, wurde dem Schatzmeister mit Dank für seine Mühewaltung Entlastung erteilt. Demnächst erstattete der Kollege Kaufmann Bericht über die Sitzung des Gesamtvorstandes in Berlin und im Anschluß daran der Vorsitzende über seinen Vortrag beim Herrn Oberforstmeister. Da die Wahlperiode des seitherigen Vorstandes abgelaufen ist, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten und als Vorsitzender Förster Kaufmann-Bauerbach, als dessen Stellvertreter Hegemeister Müncher-Steinboß, als Schatzmeister Förster Hiege-Sielen, als Schriftführer Förster Frädrich-Güntherode und als Stellvertreter der beiden letzteren Förster Paul-Ahlberg gewählt. Nachdem der Kollege Kaufmann den Vorsitz übernommen hatte, wurde die Wahl des Delegierten für die Delegierten-Versammlung in Berlin vorgenommen und als solcher der Vorsitzende und im Behinderungs-falle der stellvertretende Vorsitzende gewählt. Als Kassenprüfer wurden die Kollegen Förster Krause-Schöneberg und Förster Fröhlich-Kammergrund wiedergewählt. Nachdem die Tagesordnung für die diesjährige Delegierten-Versammlung besprochen und dem Delegierten entsprechende Aufträge für diese Versammlung erteilt worden waren, wurde noch empfohlen, nach Möglichkeit von den Lieferanten, mit denen Wirtschaftsverträge abgeschlossen sind, zu kaufen, da auf diese Weise doch nicht unerhebliche Beträge der Vereinstasse zugute kommen würden. Hierauf wurde die Versammlung gegen 5½ Uhr abends mit einem Horrido auf den Herrn Oberforstmeister geschlossen. Der Vorstand. A u f m a n n, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Saase, Kurt, gelernter Jäger, 2. Komp. Garde-Schützen-Bataillon, Gr.-Lichterfelde.
Hornig, Hermann, Hilfsjäger, Löwen, Schlesien.
Sahnke, Max, Revierförster, Wenddorf bei Froburg, Sachsen.
Stein, Th., Privatförster, Weinheim, Rheinland.
Guber, Paul, Förster, Wardenburg bei Garmuth, Murland.
Rawe, Rud., Mangel. Forstbetrieber, Densberg bei Jesberg, Bez. Halle.
Sander, Felix, Forstlandwirt, Eisenach.
Everling, Georg, Hilfsjäger, Ebernitz, Bez. Breslau.
Jeinmer, Georg, Forstschling, Forsthaus Gottfriedsroda bei Ebersberg.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzulösen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Strafgelder für Fehlschüsse auf den Treibjagden im Winter 1911/12: eingeliefert von der Herzogl. Arenbetenden Oberförsterei Clemenswerth	15,— M.
Von Herrn Dr. med. Wölfe in Glang dem „Waldheil“ überwiesenes Honorar	1,20 „
Besondere Zuwendung von Herrn F. Haraet in Hamburg	10,— „
Besondere Zuwendung von Herrn Förster Jahnke in Klein-Tschirch	3,— „
Staatsumsatz: eingeliefert von Herrn Rodenader in Gelbau bei Banya, Bukowina	12,— „
Am Stammtisch und auf Treibjagd gesammelte Straf-gelder: eingeliefert von Herrn H. Müller in Frankfurt, Eder	13,30 „
Erlös für beschlagnahmtes Wild: eingeliefert von Herrn Reiterungsleiter Dr. Baumann in Tübingen	1,— „

Zwende von E. T. 2,— Mf.
Straßberger, gesammelt auf der Treibjagd in Mont-
schin am 27. Dezember 1911; eingesandt von Petru
E. Jabet in Bojen 3,— „

Summa 60,50 Mf.

Den Gebern herzlichen Dank und Weidmannsheil!

* * *

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Adams, Korbach, 2 Mf.; Bode, Burg Schlich, 4 Mf.;
Bartisch, Sped., 2 Mf.; Bedt, Girsberg, 2 Mf.; Bollad, Niederrhein,
2 Mf.; Bals, Barmen, 5 Mf.; Cochon, Reßelappe, 2 Mf.; Calvarius,
Reudam, 5 Mf.; Dreufide, Furstenberg, 2 Mf.; Dittmann,
Wanow, 2 Mf.; Feueriad, Odrofen, 2 Mf.; Flemming, Alt-
laube, 2 Mf.; Frende, Zehlendorf, 2 Mf.; Kest, Greiffenberg,
5 Mf.; Kleinich, Schlachtungsheim, 2 Mf.; Kleinich, Wüthhof,
2 Mf.; Krube, Stahfurt, 2 Mf.; Haeußer, Herdorf, 2 Mf.;
Hagen, H. Kojeln, 2 Mf.; Hagen, Forbach, 2 Mf.; „Hartslub“,
Gersbahren, 50 Mf.; Hirschel, Kammerode, 2 Mf.; Hoffmann,
Dergarten, 2 Mf.; Heune, Nelschben, 2 Mf.; Knaie, Gr. Richter-
sche, 4 Mf.; Jahnke, H. Dubberow, 3 Mf.; John, Wendebahren,
2 Mf.; Konarske, Henriettenthal, 2 Mf.; Krahenberg, Kladitz,
2 Mf.; Kretschmann, Wasgien, 2 Mf.; Kretsch, Arensdorf, 2 Mf.;

Wahl, Colmar, 5 Mf.; Zink, Niedersdorf, 3 Mf.; Ziede, Ziedlin,
2 Mf.; Zohnhardt, Feldchen, 2 Mf.; Zengner, Gr. Zwenel,
2 Mf.; Zades, Merckweiler, 2 Mf.; Müller, Mahau, 5 Mf.; Müller,
Ziriau, 2 Mf.; Macstowiat, Hainfonseln, 3 Mf.; Müller, Garsen-
berg, 2 Mf.; Müller, Manow, 2 Mf.; Melzer, Elag, 2 Mf.;
Nalesinski, Nelschben, 2 Mf.; Nemich, Gr. Neuthen, 2 Mf.;
Owenberg, Wilhelminenort, 5 Mf.; Quaref, Dierowitz, 2 Mf.;
Peters, Neuthen, 2 Mf.; Prophet, Hermannswaldau, 2 Mf.;
Prosch, Schwarzwald, 3 Mf.; Quint, Bölen, 5 Mf.; Luehl,
Mershausen, 2 Mf.; Reibich, Fichtenau, 2 Mf.; Riehnardt, Goll-
schich, 2 Mf.; Ritter, Tiefenfurt, 2 Mf.; Sächlicher Forstverein,
Gohentstein, 60 Mf.; Siebenhaar, Reglingsruh, 2 Mf.; Tabiers,
Bunns, 2 Mf.; Tander, Gienach, 2 Mf.; Sperling, Obernigt,
2 Mf.; Schirmacher, Breslau, 5 Mf.; Schmidt, Grünleide, 2 Mf.;
Schmitt, Osterwald, 2,50 Mf.; Scharke, Hölle, 2 Mf.; Schulze,
Jagow, 2 Mf.; Stade, Kulm, 2 Mf.; Strelow, Ziegenel, 2 Mf.;
Teyner, Hakeborn, 2 Mf.; Thiele, Raditz, 2 Mf.; Thurov, Gr.
Jahedow, 2 Mf.; Weigmann, Weirwitz, 2 Mf.; Zanoade, Zuhau,
2 Mf.; Zuch, Morikow, 3 Mf.; Zurch, Gr. Schonebed, 2 Mf.;
Zeumer, Gottfriedsdorf, 2 Mf.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten
Beiträge bescheinigt Reumann,
Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorstehenden Oberförster Dr. Bertog • Galensie.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder
Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 Mf. 20 Pf.,
im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 Mf. ab Neudamm) geliefert. Bestellungen sind an
die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Bezirksgruppe VII. Schlesien B.

(Regbz. Breslau.)

Am Sonnabend, dem 11. Mai 1912, nach-
mittags 1 Uhr beginnend, findet im Franziskaner-
bräu zu Breslau, Schweidnitzer Straße 36, die
diesjährige Bezirksgruppen-Versammlung statt,
wozu die verehrlichen Herren Mitglieder und deren
Wäfte ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Allgemeine Vereinsangelegenheiten.
2. Vortrag des Unterzeichneten über: „Forstliche
Buchführung“.
3. Wahl eines Delegierten zur diesjährigen Mit-
gliederversammlung in Eisenach.
4. Erörterung forstlicher und jagdlicher Tages-
fragen.
5. Diverse.

Der Vorsitzende: Oberstein.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Ver-
öffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieds-
Nr.
3829. Donner, Hugo, Förster, Crenzow b. Colln i. Pomn.
(H.-Gr. II.)

**Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnements-
gebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:**

Nr. 40, 115, 350, 362, 527, 566, 644, 750, 799, 831, 953,
1299, 1505, 1601, 1801, 1997, 2156, 2169 je 4 Mf., Nr. 2175
8 Mf., Nr. 2207, 2311, 2393, 2466 je 4 Mf., Nr. 2468, 2483 je
8 Mf., Nr. 2551 4 Mf., Nr. 2695 8 Mf., Nr. 2749 4 Mf.,
Nr. 2782 2 Mf., Nr. 2935 8 Mf., Nr. 3025 3 Mf., Nr. 3049,
4100, 3183, 3278, 3452, 3456, 3525, 3519 je 4 Mf., Nr. 3616
10 Mf., Nr. 3612, 3671, 3714 je 4 Mf., Nr. 3799 11 Mf., Nr.
3801 7 Mf., Nr. 3819 10 Mf.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über
Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden
jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt.
Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Donnerstag, den 25. April d. Jz., nachmittags
1 Uhr, im Hotel „Astania“ in Dessau, Haupt-
vorstands- und Delegiertenversammlung. Tages-
ordnung: Vorlage der Statuten zur Genehmigung.
Erscheinen sämtlicher Delegierter notwendig.

Der 1. Vorsitzende: R. Schneider.

Im Anschluß an vorstehend bekanntgemachte
Sitzung findet daselbst von nachmittags 4 Uhr
ab, für die Kollegen der Kreisgruppe Dessau,
welcher auch jetzt die Kollegen der Kreisgruppe
Zerbst angeschlossen sind, eine Versammlung
statt. Tagesordnung: Verschiedenes. Zahlreiches
Erscheinen auch der Zerbster Kollegen sehr
erwünscht.

Der Vorsitzende der Kreisgruppe Dessau,
gez. Bernhardt.

Brandversicherungsverein Preussischer Forstbeamten.

Bekanntmachung.

Die zweiunddreißigste ordentliche Mitglieder-versammlung des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten findet am **Samstag, dem 18. Mai 1912, vormittags 11 Uhr**, im Dienstgebäude des landwirtschaftlichen Ministeriums hier selbst — Leipziger Platz Nr. 9 — statt.

Die nach § 13 der Vereinsstatuten zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung Berechtigten werden hierzu eingeladen. Die Teilnehmer haben nach § 16 der Vereinsstatuten ihre Mitgliedschaft bei dem Hauptvorstande nachzuweisen.

Die zur Vorlage gelangenden Schriftstücke, als Rechnung, Bilanz und Jahresbericht für 1911, sowie der Etat für 1912, können im landwirtschaftlichen Ministerium — Leipziger Platz Nr. 7 — vom 15. Mai 1912 ab in den Stunden von 11 bis 2 Uhr mittags eingesehen werden.

Berlin, den 1. Dezember 1911.

Hauptvorstand

des Brandversicherungsvereins Preussischer Forstbeamten.
B e s e n e r.

Zweiunddreißigster Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1911.

Am Schluß des Jahres 1911 bestanden 10 554 Versicherungen mit einer Gesamt-Versicherungssumme von 99 444 400 \mathcal{M} . Gegen den Bestand am Schluß des Jahres 1910 von 10 407 Versicherungen mit 95 591 450 \mathcal{M} Versicherungssumme hat mithin im Berichtsjahre ein Zuwachs von 147 Versicherungen mit 3 852 950 \mathcal{M} Versicherungssumme stattgefunden. Ebenso befriedigend wie die wirtschaftliche Weiterentwicklung ist auch das finanzielle Ergebnis des Jahres 1911. Von den bis jetzt angemeldeten 247 Brandfällen sind 234 Schadenanträge durch Zahlung von 52 084 \mathcal{M} 95 \mathcal{S} im Geschäftsjahre 1911 endgültig reguliert, während die übrigen 13 Fälle mit einer Gesamtschadenssumme von 390 \mathcal{M} 30 \mathcal{S} erst nach dem Rechnungsabschluß für 1911 erledigt werden konnten und deshalb in der Rechnung für 1912 in Ausgabe erscheinen werden. Letzterer Betrag ist in der vorliegenden Bilanz unter B Nr. 3 reserviert.

Der statungsmäßigen Rücklage (Reservefonds) sind gemäß § 40 unserer Statuten die Eintrittsgelder mit 2050 \mathcal{M} (Sollennahme) zugeführt worden, so daß diese Rücklage nunmehr 149 085 \mathcal{M} 80 \mathcal{S} beträgt. Außer der statungsmäßigen Rücklage besitzt der Verein noch eine Spezialrücklage von 90 000 \mathcal{M} , die am Schluß des Geschäftsjahres 1911 durch Zuschreibung von 10 000 \mathcal{M} aus dem Überschusse auf 100 000 \mathcal{M} erhöht worden ist.

Das Vereinsvermögen war am Schluß des Berichtsjahres außer dem Portofostensfonds von 2020 \mathcal{M} angelegt in 79 200 \mathcal{M} 3 $\frac{1}{2}$ prozentiger Preussischer Konsols und einer 3 $\frac{1}{2}$ prozentigen Staatsschuldbuchforderung von 200 000 \mathcal{M} . Der Kurswert der Wertpapiere und der Staatsschuldbuchforderung am 31. Dezember 1911 hat an der hiesigen Fondsbörse ausweislich der vorliegenden Bilanz zusammen 256 305 \mathcal{M} 60 \mathcal{S} betragen.

Die Mannheimer Versicherungsgesellschaft in Mannheim hat auch im Berichtsjahre die von unseren Vereinsmitgliedern auf Grund der abgeschlossenen Unfallversicherung erhobenen Entschädigungsansprüche in entgegenkommender Weise reguliert. Von den im Berichtsjahre vorgekommenen sechs Unfällen wurden einer durch Zahlung der vollen Entschädigungssumme und zwei, in denen es zweifelhaft war, ob eine vertragsmäßige Entschädigungspflicht vorlag, durch Vergleich erledigt. Zwei Entschädigungsansprüche mußten abgelehnt werden, da in dem einen Falle der Tod des Versicherten nach ärztlichem Gutachten nicht mit dem fünf Monate zuvor erlittenen geringfügigen Unfälle in ursächlichem Zusammenhange stand, und in dem anderen Falle offenbar Selbstmord im Zustande geistiger Unmachtung vorlag. In einem Falle schweben zurzeit noch Erhebungen. Eine vertragsmäßige Entschädigungspflicht liegt hier nicht vor, weil die Hinterbliebenen die nach Lage der Sache erforderliche rechtzeitige Obduktion der Leiche verweigert hatten. Die Mannheimer Versicherungsgesellschaft hat trotzdem einen Vergleich mit den Hinterbliebenen in Aussicht genommen, der wohl nicht scheitern wird. Der im Berichte des Vorjahres erwähnte Prozeß schwebt zurzeit noch.

Der Viehvericherungsverein der Forstbeamten auf Gegenseitigkeit in Verleberg hat im abgelaufenen Geschäftsjahre wiederum eine Nachschußprämie (20 % der Vorprämie) erheben müssen. Der Reservefonds des Vereins ist von 2106 \mathcal{M} auf 2382 \mathcal{M} erhöht worden. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug Ende 1910 897 und ist im Berichtsjahre auf 1001 gestiegen, hat also einen Zuwachs erfahren von 104

Wenn auch in den letzten Jahren erfreulicherweise ein stetes Steigen der Mitgliederzahl zu bemerken war, so erscheint der stattgchabte Zuwachs doch im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen, in den Verein aufnahmefähigen Forstbeamten immer noch mäßig. Es kann allen vieldhaltenden Vereinsmitgliedern nicht warm genug empfohlen werden, sich durch Versicherung ihres Viehes bei dem besondere Vorteile bietenden Versicherungsverein der Forstbeamten in Verleberg gegen empfindliche Verluste zu schützen, zumal bei einer regeren Beteiligung an diesem Vereine auch die Prämien ermäßigt werden würden.

Die Beteiligung unserer Vereinsmitglieder an der von uns mit der Norddeutschen Hagel-Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin vereinbarten Forstbeamten-Hagelversicherung hat im abgelaufenen Jahre leider nachgelassen. Die Zahl der Versicherten ist gegen das Vorjahr um 17 Mitglieder und die Versicherungssumme um 38 194 \mathcal{M} zurückgegangen. Die genannte Gesellschaft hat bisher bei Regulierung entstandener Hagelschäden weitgehendes Entgegenkommen bewiesen und verdient deshalb, bei Abschluß von Hagelversicherungen bevorzugt zu werden. Wir können daher allen Vereinsmitgliedern nur auf das wärmste empfehlen, sich im Bedarfsfalle bei

der genannten Gesellschaft gegen Hagelschaden zu versichern.

Die 32. ordentliche Mitgliederversammlung findet am 18. Mai d. Js. hier selbst statt.

Berlin, den 9. März 1912.

**Hauptvorstand des Brandversicherungs-Vereins
Preussischer Forstbeamten.**

Wesener. Bernh. Hollmann.

Zweihunddreißigstes Geschäftsjahr 1911.

Rechnungsabluß.

	St		Rekt	
	M	S	M	S
A. Einnahme.				
1. Bestand aus dem Vorjahre	7 640	60	—	—
2. Eintrittsgelder für 1910	457	20	—	—
3. " " 1911	1 760	60	289	40
4. Jahresbeiträge " 1910	485	60	—	—
5. " " 1911	108 525	60	397	10
6. Zinsen vom Vereinsvermögen	11 856	03	—	—
7. Strafgebel und sonstige Einnahmen	72	50	—	—
Summe	130 598	13	686	50
B. Ausgabe.				
1. Zahlungen in Brandfällen für 1910	562	50	—	—
2. " 1911	52 084	95	—	—
3. Belohnungen	220	—	—	—
4. Reisekosten an Schöper	52	30	—	—
5. Verwaltungskosten	15 107	55	—	—
6. Zum Ankauf von Wertpapieren	37 119	10	—	—
7. Prämie für die Unfallversicherung an die Mannheimer Versicherungs-Gesellschaft	27 662	16	—	—
8. Stempelsteuer für Versicherungsscheine	600	—	—	—
Summe	133 408	56	—	—
C. Mehrausgabe	2 810	43	—	—

Bilanz.

A. Vermögen.		M	S
1. Wertpapiere: 79 200 M 3 1/2 % Preuß. Konfols (Kurswert 91,8 %)		72 705	60
2. Staatsschuldbuchforderung: 200 000 M 3 1/2 % Preuß. Konfols (Kurswert 91,8 %)		183 600	—
3. Rückständige Vereinsbeiträge		686	50
4. Noch nicht fällige Zinsen von einer 140 000 M betragenden 3 1/2 % Staatsschuldbuchforderung für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1911		1 225	—
5. Wert der Geräte (Eisener Gelbschrank, Siegel und Stempel-Apparate) nach den Anschaffungskosten unter Abrechnung von jährlich 5 %		200	—
6. Eiserner Porto-Vorfuß bei den Bezirksvorständen und der Postabfertigungsstelle des Hauptvorstandes		2 020	—
Summe		260 437	10

B. Schulden.		M	S
1. Satzungsmäßige Rücklage (Reservefonds)	147 035,80 M		
Zugang für 1911	2 050,— "	149 085	80
2. Spezial-Rücklage	90 000,— M		
Zugang für 1911	10 000,— "	100 000	—
3. Betrag für die erst nach dem Rechnungsabslusse gezahlten bzw. zur Erledigung gelangten 13 Brandfälle		390	30
4. Zur Dedung der Mehrausgabe verwendet		2 810	43
5. Überschuf		8 150	57
Summe		260 437	10

Berlin, den 9. März 1912.

**Hauptvorstand des Brandversicherungsvereins
Preussischer Forstbeamten.**

Wesener. Bernh. Hollmann.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Beirgung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 299. — Die Wirtschaftsergebnisse der preussischen Staatsforstverwaltung im Etatsjahre 1910 (Forstwirtschaftsjahr 1. Oktober 1909/10). 300. — Die Wirkungen der Dürre des Jahres 1911 auf den Wald. (Schluß.) 304. — Der Nachwuchs für die unteren Stellen des Kommunalforstdienstes. 306. — Einfluß einer Bedeckung auf den Wassergehalt der Kiefernböden. 308. — Starkes Auftreten des Fichtenborstenläfers. 309. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. (Schluß.) 309. — Forstlicher Vebgang. 313. — Generalversammlung der Aufforstungsgenossenschaft des Kreises Weßlernberg. 313. — Schuß der schleswig-holsteinischen Baudenholungen. 318. — Gründung einer Aktiengesellschaft in Rußland von einer deutschen Holzfirma. 314. — Das Förstler-Jahrbuch für 1912. 314. — Amtlicher Marktbericht. 315. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 315. — Brief- und Fragekasten. 318. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 318. — Nachrichten des „Waldheil“. 320. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 321. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 321. — Inserate.

Zur gest. Beachtung! Alle Beschwerden wegen Unregelmäßigkeit in der Zustellung der „Deutschen Forst-Zeitung“ sind zunächst, und zwar schriftlich, an diejenige Postanstalt zu richten, von welcher die verehrl. Postabonnenten die Zeitung abholen oder durch den Briefträger zugestellt erhalten. Nur wenn die bet. Postanstalt angebrachte schriftliche Beschwerde nutzlos geblieben ist, wolle man sich unter Mitteilung des Datums der Eingabe und der bet. Postanstalt an uns wenden.

Dieserigen Abonnenten, welche die „Deutsche Forst-Zeitung“ direkt unter Streifband beziehen, wollen wegen etwaiger unregelmäßiger Zustellung der Zeitung jedoch direkt an uns schreiben.

Die Expedition.

Verlag von J. Neumann, Neudamm.

Ende März wurde neu herausgegeben:

Preußisches Förster-Jahrbuch 1912 (Band III).

Ein Ratgeber und Adreßbuch für die
preußischen Kron- u. Staats-Forstbeamten.

Ladenpreis fest geheftet 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der Forstzeitung
einzeln 2 Mk. 30 Pf., in Partien 5 Stück und mehr an eine Adresse
je 2 Mk. 10 Pf., 10 Stück und mehr an eine Adresse je 2 Mk.

Der Wert dieses Jahrbuches ist bei seinem akuten Stoff für das kommende Jahr dem preußischen
Forstbeamten je größer, je früher seine Anschaffung erfolgt. Die Herren, welche noch nicht
bestellten, werden daher gut tun, ihre Aufträge schleunigst aufzugeben.

Zu beziehen ist das Preußische Förster-Jahrbuch gegen Einsendung des Betrages franko.
unter Nachnahme mit Portozuschlag.

Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Todes-Anzeige.

Am 31. März d. J. entschlief nach längerem Leiden im
Forsthaus Wothöfen, Oberförsterei Axstedt, der

Königliche Hegemeister

Engelmann

im 57. Lebensjahre.

(557)

Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen und werden
wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Bezirksgruppe Stade
des Vereins Kgl. Preuss. Forstbeamten.**

Im Auftrage: **Aschoff**, Schriftführer.

Nachruf!

Am 30. März d. J. verschied nach schwerem Leiden im
Krankenhaus Helenenheim zu Bad Wildungen unser lieber
Kollege, der **Fürstlich Waldecksche Forstaußseher**

Christian Peuster

zu Bringhausen in Waldeck im 47. Lebensjahre.

Mit dem Heimgegangenen verlieren wir einen braven,
treuen Kollegen, einen edlen, biederen Charakter, dem wir immer
ein ehrenvolles Andenken bewahren werden. (570)

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

Nachruf!

Nach längerem, schwerem Leiden ging am 1. April cr. im
54. Lebensjahre der **Königliche Hegemeister a. D.**

Herr Felix Karpe

(2. Komp., Jüg.-Batl. VI, Jahrgang 1875)

zur ewigen Ruhe.

(565)

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen Kollegen, der
sich durch seinen edlen Charakter und biedere kollegialische
Gesinnung allseitig Liebe und Achtung erworben hatte. Wir
werden denselben stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

**Die Beamten der Ortsgruppe Lonkorsz
des Vereins Königl. Preuss. Forstbeamten.**

Familien-Nachrichten

Geburten:

Dem Oberförster Greshil in Groß-
Stein, D.-S., ein Sohn.

Dem Forstamtsassessor Sinner in
Würzburg ein Sohn.

Dem Kgl. Förster Richter in Forsthaus
Proisch, Kreis Wittlich, ein Sohn.

Verlobungen:

Frl. Gertrud Kugl, Tochter des
Oberforstmeisters Kugl, in Emden
mit dem Kaufmann Paul Böhme
in Dibernau.

Sterbefälle:

Mörschel, Forstmeister in Guter-
weidenthal.

Reichherzer, Förster in Roggenburg.

Holz und Güter

Für den Nachweis von

Laubhölzern jeder Art,
auch in kleinen Posten, zahle bei Abfluß
hohe Provision.

445)

Otto Backe,

Berlin NW 87, Levetowstr. 19b.

Schlagbare Waldbestände,

Waldgüter in Riefer und Fische,
zu kaufen gesucht.

R. Lauer, Hausbesitzer, Breslau,
525) Gneisenaustr. 10.

10- bis 30 000 Morgen große

Herrschaft

mit Wald, in der Provinz Posen oder West-
preußen, zu hohem Preise bei Barzahlung
zu kaufen gesucht. Kaufverhandlungen
werden vom Käufer direkt geführt. Wer
Balkendes nachweist, erhält hohe Provision
bei absoluter Diskretion. Off. u. Nr. 506
bef. d. Exped. d. D. F.-Z., Neudamm.

Väter. lasst Eure Söhne nicht in die Privatforstverwaltungslaufbahn. Sie ist überfüllt!

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

gültiges Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningerischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Hyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 16.

Neudamm, den 21. April 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- Oberförsterei Aulich**, zum Forstverwaltungsbezirk der königlichen Regierung zu Danabrück gehörig, deren spätere Vergrößerung durch Zulegung der Oberförsterei Friedeburg beabsichtigt ist, gelangt zum 1. August 1912 zur Besetzung. Bewerbungen müssen bis zum 10. Mai eingeht.
- Oberförsterei Bartigsbeide** im Regierungsbezirk Posen, ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 10. Mai eingeht.
- Oberförsterei Bshau** im Regierungsbezirk Breslau ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Mai eingeht.
- Försterei Bupken** in der Oberförsterei Bröblanten, Regierungsbezirk Gumbinnen, kommt zum 1. Juli 1912 zur Neubesezung. Zu der erledigten Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an Dienstland 15,7 ha Acker, 2,9 ha Wiesen. Die Schule ist in Bupken und etwa 2 km von der Försterei entfernt. Gesuche um Veretzung auf diese Stelle sind bis zum 20. April einzureichen.
- Försterei Hausen** in der Oberförsterei Meißner, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen.
- Försterei Hausen** in der Oberförsterei Salmünster, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen.
- Försterei Heisterneß** in der Oberförsterei Oliva, Regierungsbezirk Danzig, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.
- Försterei Neu-Glienitz** in der Oberförsterei Neu-Glienitz, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen.
- Försterei Plasnik** in der Oberförsterei Gohra, Regierungsbezirk Danzig, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.
- Försterei Schlenke** in der Oberförsterei Stallichen, Regierungsbezirk Gumbinnen, kommt zum 1. Juli 1912 zur Neubesezung. Zu der erledigten Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an Dienstland 9,87 ha Acker, 5,11 ha Wiesen, 3,72 ha Weiden. Die Schule ist in Ritschullen. Die Bahnstation Bentheim der Eisenbahn Königsberg—Gerdauen—Goldap ist von der Försterei Schlenke 4 km entfernt. Gesuche um Veretzung auf diese Stelle sind bis zum 20. April einzureichen.

Försterstelle Sommerberg in der Oberförsterei Buchberg, Regierungsbezirk Danzig, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.
Försterstelle Stangenwalde in der Oberförsterei Stangenwalde, Regierungsbezirk Danzig, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.

Gedanken über die Neuregelung des Förster-Dienstlandes.

Von Königl. Preuß. Förster **Joos**, Rosenberg.

Bei den letzten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus über die Dienstlands- und Besoldungsfrage der Königlich Preussischen Förster hat die Mitteilung, daß beabsichtigt sei, bei einer zukünftigen Besoldungserhöhung der Förster das Dienstland in die Waagschale zu werfen, die lebhafteste Besorgnis der Förster hervorgerufen.

Da das „In-die-Waagschale-werfen“ jedenfalls Abnahme des Dienstlandes bedeuten dürfte, so kann diese in Verbindung mit einer Besoldungserhöhung nur so ausgelegt werden, daß das Dienstland durch eine solche gewissermaßen abgelöst werden soll. Es würde durch diese Maßnahme aber keineswegs dem Umstande Rechnung getragen werden, daß das Dienstland nach § 30 unserer Instruction gar nicht zum Einkommen des Försters gehört, mithin auch in dieses nicht eingerechnet werden kann, sondern daß es gewissermaßen eine in natura gewährte Dienstauswandsentschädigung darstellt, die bei einer Abnahme des Dienstlandes auch nur durch eine dementsprechend erhöhte, bare Dienstauswandsentschädigung ausgeglichen werden könnte.

Der Grundsatz, daß die Erträge der Dienstländereien zur Deckung der durch den Dienst entstandenen Kosten bestimmt sind, kommt unter anderem auch in der Ministerial-Verfügung vom 31. Dezember 1902 — Dienstaufwandsentschädigungen für Revierförster und Förster — zum Ausdruck.

Im Königreich Sachsen ist die Abnahme des Dienstlandes durch Anrechnung eines Betrages auf das pensionsfähige Einkommen ausgeglichen; die Erfahrungen und Äußerungen der sächsischen Förster lassen es aber uns preussischen Förstern durchaus nicht wünschenswert erscheinen, daß solcher Ausgleich jetzt auch in Preußen geschieht. Wir sehen auch keinen Grund dafür, weshalb bei uns preussischen Förstern nicht ebenso wie bei unseren Revierverwaltern die Dienstaufwandsentschädigung die Grundlage für eine Ablösung des Dienstlandes, sondern im Gegensatz hierzu und im Widerspruch zu dem § 30 der F. D. F. die Besoldung hierbei berücksichtigt werden soll.

Den sächsischen Förstern wurde das Dienstland, da die große Verschiedenheit der Försterstellen und oft auch deren Besetzung, ebenso wie bei uns, zu sehr großen Ungleichmäßigkeiten im

Einkommen geführt hatte, bis auf geringe Flächen abgenommen und ihnen hierfür, jedem Förster gleichmäßig, eine nichtpensionsfähige Entschädigung von 252 M. gewährt; das bisherige Dienstland konnte aber auf Wunsch des Stelleninhabers von diesem zu ortsüblichen Preisen zurückgepachtet werden.

Nach zwei Jahren erhielten bei einer allgemeinen Gehaltserhöhung der sächsischen Forstbeamten die Oberförster 500 M., die Assessoren 300 M. und die Förster 260 M. an pensionsfähiger Gehaltserhöhung, gleichzeitig ließ man aber die 252 M. Dienstlandsentschädigung der Förster fallen. — Es kann nun wohl nicht bezweifelt werden, daß den sächsischen Förstern diese Erhöhung von 260 M. auch zuteil geworden wäre, wenn man ihnen vorher das Dienstland belassen hätte. Tatsächlich aber sind sie nun das Dienstland endgültig los, und die hierfür erzielte bare Entschädigung beträgt eigentlich nur 8 M. Wird das Dienstland bei der nächsten Besoldungserhöhung der preussischen Förster tatsächlich „in die Waagschale“ geworfen, so könnte es ihnen genau so ergehen wie den sächsischen Förstern: „Die preussischen Förster würden des Dienstlandes also auch verlustig gehen, ohne sich auf die Dauer in ihrem pensionsfähigen Einkommen wesentlich verbessert zu haben, und dem durch Lage und Bedürfnis einer jeden Försterstelle hervorgerufenen großen Unterschiede würde gar nicht oder ungenügend Rechnung getragen sein. Ja, die so sehr große Ungleichheit der Stellen würde dann noch viel empfindlicher zutage treten wie heute. — Zu bedenken ist dann noch besonders, daß das, was sich für das zu größtem Teile dicht bevölkerte, hochkultivierte Sachsen schied, zumeist nicht für Preußen paßt, ganz besonders aber nicht für den Osten der Monarchie mit seinen von jedem Verkehr abgeschnittenen, weltfernen Förstereien.

Wir haben deshalb alle Veranlassung, bei unseren Behörden und Abgeordneten dahin vorstellig zu werden, daß eine Regulierung der Dienstlandsangelegenheit dieser Art von dem preussischen Försterstande als eine schwere Schädigung seiner Interessen angesehen werden muß. —

Pensionsfähiges Einkommen und jene nicht pensionsfähige Dienstaufwandsentschädigung, die das Dienstland darstellt, sind nach § 30 der

F. D. J. zwei völlig verschiedene Dinge, die absolut nichts miteinander zu tun haben, deshalb auch nicht verquickt werden sollten.

Unsere Wünsche stehen nach wie vor lediglich auf dem Boden unserer Dienst-Instruktion: Wir wünschen und bitten, daß, dem § 30 entsprechend, das Dienstlands Einkommen nicht, wie 1909 zu Unrecht geschehen, bei der Festsetzung des pensionsfähigen Einkommens berücksichtigt, sondern auch uns das volle, pensionsfähige Einkommen der uns gleichwertigen Beamten gewährt wird. Der preußische Försterstand bittet auch, wie schon wiederholt zum Ausdruck gebracht ist, außer der Gewährung eines solchen Einkommens **durchaus nicht um eine Abnahme des Dienstlandes**, sondern bezüglich dessen lediglich um einen Stellenausgleich durch erhöhte, nicht pensionsfähige Dienstaufwandsentschädigungen, deren Höhe nur durch die jeweilige Lage und die Beschaffenheit bzw. nach dem Nichtvorhandensein des Dienstlandes bestimmt werden kann, damit die Inhaber schlechter Stellen, sowie solcher ohne Dienstland auch wirklich in den Genuß einer dem Bedürfnis entsprechenden Dienstaufwandsentschädigung treten.

Wenn aus unserem Stande wiederholt Stimmen laut wurden, die einer Abnahme des Dienstlandes das Wort reden, so stammen diese im wesentlichen von Förstern, deren Stellen wenig oder gar kein Dienstland haben, wodurch sie sich gegenüber jenen Kollegen, die ihrer Meinung nach so sehr hohe Einnahmen aus dem Dienstlande haben, zurückgesetzt fühlen, — dann aber auch von Kollegen, deren mit Dienstland versehene Stellen, bedingt durch gänzlich isolierte Lage, Arbeitermangel, schlechten Boden, Wildschaden, Frostlagen usw., tatsächlich nicht lebensfähig sind und eine totale Verschuldung des Inhabers zur notwendigen Folge haben müssen. — In allen diesen Fällen kann aber, wenn das Dienstland allgemein beibehalten wird, ein Ausgleich und eine Zufriedenstellung durch dem wirklichen Bedürfnis angepaßte, bare Dienstaufwandsentschädigungen, Zuteilung von Wiesen zc. unschwer herbeigeführt werden; jedenfalls sollte von diesen Kollegen niemals vergessen werden, daß bei einer völligen Abnahme des Dienstlandes vielen Förstern, für die die Haltung eines gewissen Notwendigkeit ist, die Möglichkeit hierzu

genommen und ihre Lage dadurch erheblich verschlechtert würde. Hierin liegen die Gründe, weshalb die Wünsche des Försterstandes nach außen hin den Eindruck einer so geringen Einseitigkeit erwecken. Die försterlichen Verhältnisse liegen eben so einzigartig und sind örtlich so verschieden, daß eine gerechte Regelung nur unter Abwägung aller vorliegenden Lebensbedürfnisse und nur von Fall zu Fall möglich ist.

Sollte der preußische Staat aber im Interesse seiner Verwaltung eine allgemeine Abnahme des Dienstlandes herbeizuführen beabsichtigen, so könnte er, wenn ein gerechter Ausgleich geschaffen werden soll, diesen nur so durchführen, daß er dem Förster für das abgenommene Dienstland eine entsprechend bare, nichtpensionsfähige Dienstaufwandsentschädigung über das pensionsfähige Einkommen der uns gleichwertigen Beamten hinaus gewährt, deren Höhe nicht gleichmäßig, sondern nach dem jeweiligen Bedürfnis einer jeden einzelnen Stelle ausreichend festgesetzt werden müßte.

Bei der ganzen Lage des Försterstandes darf aber nicht übersehen werden, daß dieser auch dann bei dem meist einsamen Wohnen, wie schon erwähnt, die Verfügung über ein eigenes Angepann haben muß, um lebensfähig zu bleiben und von der anwohnenden Bevölkerung unabhängig zu sein. Wäre nun bei einer Abnahme des Dienstlandes das Angepann vollständig aus baren Mitteln zu unterhalten, so müßte die Dienstaufwandsentschädigung dementsprechend sehr hoch bemessen werden. Es dürfte also auch in solchem Falle im Interesse des Staates liegen, daß der Förster sich durch die Bewirtschaftung von Ländereien einen ganz erheblichen Teil dieser Unterhaltung selbst erwirbt und deshalb müßten die benötigten Ländereien dem Förster von dem etwa wirklich abgenommenen Dienstlande zu ortsüblichen Preisen zurückverpachtet werden können, wie es in Sachsen seinerzeit ja auch in wohlwollendster Weise geschehen ist. Denn schließlich, was vor 1909 unsern Revierverwaltern gegenüber recht war, dürfte nach 1909 auch dem wirtschaftlich viel schwächeren und bedrängten Försterstande billig sein.

Die deutschen Eisenbahntarife für Holz und Holzwaren vom 1. April 1912 ab.

Die Verfrachtung des Holzes auf den deutschen Bahnen ist bisher, abgesehen von mehreren Ausnahmen, die nur für beschränkte Gebiete gelten, nach folgenden Grundsätzen erfolgt:

1. Nach Spezialtarif I wurden behandelt: alles Holz in Balken, Bohlen, Brettern usw. von

solchen Arten, welche nicht Gegenstand eines betriebsgemäßen Einschlags in der mitteleuropäischen Land- und Forstwirtschaft sind.

2. Unter Spezialtarif II fiel alles einheimische Holz, soweit nicht einzelne Sortimente nach Spezialtarif III ausgenommen waren. Hierzu

gehören also namentlich die Rohnußhölzer (Stamm- und Stangenholz) und alle Schnitt- und Hobelwaren.

3. In Spezialtarif III waren die minderwertigen Holzsortimente verzeichnet, die ohne billige Tarife den Transport auf größere Entfernungen nicht ertragen, wie Papierholz, Grubenholz und Eisenbahnschwellen. Doch gibt es auch wieder viele Ausnahmen, da z. B. in Preußen seit 1897 alle in Spezialtarif III aufgeführten Hölzer nach dem Rohstofftarif verfrachtet werden; ähnliche Verhältnisse bestehen auch in anderen Staaten.

Der Tarif ist im wesentlichen auf dem Grundsatz aufgebaut, daß sich die Frachtsätze nach dem Wert der verschiedenen Hölzer richteten, außerdem hatte er aber auch eine zollpolitische Bedeutung, weil jene amerikanischen Hölzer, die nicht zu den Edelhölzern (Mahagoni usw.) gehören und daher im Gebrauchswerte unseren heimischen Arten ziemlich gleichstehen, namentlich Kiefer und Eiche, außer durch den Zoll auch noch durch die höhere Fracht belastet wurden.

Die Durchführung dieses Tariffchemas war jedoch, soweit es sich um die Einreihung in Spezialtarif I handelt, mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden, weil sehr häufig der Begriff des „betriebsgemäßen Einschlags“ zweifelhaft war; dieser galt namentlich für jene fremdländischen Holzarten, die nun auch in Deutschland forstmäßig angebaut werden, wie z. B. Weymouthskiefer, Weißeiche, Koteiche, denen sich im Laufe der Zeit noch viele andere angeschlossen haben und anschließen werden. Weiter wurde die Zugehörigkeit zu den „Arten“, oder wie es früher hieß, „Sorten“ vielfach bestritten, indem die Bezeichnung bald im Sinne des Handels, bald im wissenschaftlichen Sinne aufgefaßt wurde. Die „Sorten“ sollten bald „Gattungen“ (z. B. Pinus), bald Arten (Pinus silvestris) sein.

Hieraus ergaben sich endlose Streitigkeiten, Verhandlungen und Prozesse, ferner auch mehrfache Änderungen des Wortlautes der Bestimmungen. Die ursprüngliche Bezeichnung „Sorte“ ist 1902 in „Art“ abgeändert worden, außerdem erfolgte im Jahre 1905 der Zusatz: Unter „Arten“ sind botanische Arten (species) zu verstehen.

Wenn nun so auch nach einer Seite Klarheit geschaffen war, so blieben doch die Schwierigkeiten fortbestehen, die sich auf den Begriff des „betriebsgemäßen Einschlags“ bezogen und drängten immer auf weitergehende Zugeständnisse, wobei die einzelnen Eisenbahnverwaltungen keineswegs gleichmäßig vorgegangen sind.

Aus diesen Gründen hat die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen 1911 den Antrag auf eine Änderung dieser Tarifgrundsätze gestellt, von der Tatsache ausgehend, daß die in Betracht kommenden Holzarten und die durch eine Änderung des Tarifs bedingten Ausfälle an den Einnahmen der Eisenbahnen nur gering seien und in keinem Verhältnis zu den sich bei der jetzigen Behandlung ergebenden Schwierigkeiten seien. Angesichts der gewaltigen Mengen fremden Holzes, das Deutschland jährlich

dauernd einführen müsse, komme auch eine etwaige, durch anderweitige Tarifierung ermöglichte Mehreinfuhr an Kiefern und Eichen um so weniger in Betracht, als die amerikanischen Vorräte an diesen Hölzern stark im Abnehmen begriffen seien.

Nach langen und eingehenden Verhandlungen ist schließlich von der ständigen Tariffkommission beschlossen und von der Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen angenommen worden, daß vom 1. April 1912 ab die Tariffstelle I „Holz“ des Spezialtarifs gestrichen wird. Für den Holztransport kommen demnach fernerhin nur noch die Spezialtarife II und III in Betracht.

Die neue Fassung der Tarifvorschriften lautet nun wie folgt:

A. Holz.

Spezialtarif II.

Holz, soweit nicht im Spezialtarif III genannt:

1. Stammholz, Blöcke und Stangenholz;
2. beschlagenes, gespaltenes oder gerissenes Holz;
3. Schnittholz, auch gehobelt, genutet, gezapft, gelocht, geleht oder sonst weiter bearbeitet, z. B. Balken, Sparren, Latten, Leisten, Bohlen, Planken, Borde, Dielen, Bretter, Riemen und Stäbe für Fußböden;
4. gedämpftes, getränktes oder sonst chemisch behandeltes Holz, z. B. Telegraphenstangen;
5. Daub- (Faß-) Holz;
6. Späne;
7. Weiden, einjährige, geschälte;
8. Heide- und Reiserbesen.

(Farbhölzer s. diese, Furniere s. Holzwaren.)

Spezialtarif III.

1. a) Stamm- und Stangenholz, bis zu 2,5 m lang, rundes, auch abgeästet oder ganz oder teilweise entrindet.
- b) Stangenholz, bis zu 2,5 m lang, gespalten oder gerissen.
- c) Stangenholz, bis zu 2,5 m lang und bis zu 10 cm Durchmesser am dünnen Ende, der Länge nach ein- oder mehrmals durchschnitten, sofern auf einer Seite noch Rindenfläche vorhanden.

Zu a bis c auch getränkt oder an einem Ende roh zugespitzt oder in beiderlei Verarbeitung.

- d) Scheit- (Kloben-) und Knüppel- (Brügel-) Holz, bis zu 2,5 m lang.
2. Stodholz (Wurzel-, Stoden-, Stubbenhholz).

Zu 1 und 2 von folgenden Sorten:

Alhorn, Alajie, Alpe, Birke, Birnbaum, Buche, Douglasstanne (Douglasfichte), Eiche, Erle, Eiche, Fichte, Kiefer (Föhre, auch Rirbelkiefer oder Nove), Kirschenbaum, Lärche, Linde, Nußbaum, Pappel, Tanne, Tulpenbaum (so genannte amerikanische Pappel oder White-wood), Ulme (Rüster), Weide.

3. Stäbe und Brettchen, bis zu 1,25 m Länge und 25 mm Stärke, auch mit der Zylinderfäße geschnitten, auch durch Drahtstifte zu Kisten teilen oder Faßdeckeln verbunden, nicht gehobelt, unverpackt oder nur verschmürt oder in Säcken oder in rohen Kisten von mindestens

12 mm Brettstärke, im Falle der Ausfuhr auch gehobelt,

von folgenden Sorten:

- Aspe, Birle, Buche, Douglastanne (Douglasfichte), Erle, Fichte, Kiefer (Föhre, auch Zirbelkiefer oder Arbe), Lärche, Linde, Pappel, Tanne, Weide.
4. Eisenbahnschwellen, auch getränkt.
 5. Folgende, zu Grubenwänden des Bergbaues bestimmte Hölzer, roh oder getränkt: Rundhölzer bis zu 20 cm Kopfstärke (am dünnen Ende ohne Rinde gemessen) und bis zu 7 m Länge, Schwellen, Schwartenbretter und Schwartenpfeile, sämtlich bis zu 6 m Länge und dünne Brettchen bis zu 1,5 m Länge.
 6. Dübel, nicht durchbohrt (roh bearbeitete Holzklöppchen).
 7. Weiden, einjährige, ungeschälte und mehrjährige, Weidenzweige, Reisholz, Reiserholz (Besenreisig) und Faschinen.
 8. Schwarten (die beim Schneiden der Stämme oder Blöcke abfallenden äußeren Teile, die nur eine Schnittfläche und auf der anderen mindestens überwiegend die Walbkante zeigen), nicht über 6 m lang und nicht über 5 cm stark (am dünnen Ende ohne Rinde gemessen).
 9. Hobelspäne, Sägespäne (Sägemehl) und andere Abfallspäne.

Die außereuropäischen Hölzer sind nun in Zukunft in den Spezialtarif II eingereiht, und zwar auch dann, wenn sie nur eine Länge bis zu 2,5 m haben. Hiervon sind aber alle Eichen, Eschen, Kiefern (auch Fitchpine), Pappeln, dann die Douglastannen, der Tulpenbaum usw. ausgenommen, wenn diese Holzarten in Längen bis zu 2,5 m eingehen. Dann werden sie wie unsere einheimischen Holzarten von dieser Längendimension nach den Sätzen des Spezialtarifs III befördert. Die amerikanische Eiche und Eiche, sowie die japanische Eiche, dann alle ausländischen Kiefern werden also genau so behandelt wie die einheimischen Sorten.

B. Holzwaren.

Auch für diese wird Spezialtarif I gestrichen. Für die Spezialtarife II und III erhält die Position Holzwaren folgende Fassung:

Spezialtarif II.

1. Furniere von mehr als 2,5 mm Stärke.
2. Furniere bis zu 2,5 mm Stärke aus Buchenholz oder aus weichem Holz.
Zu den weichen Hölzern werden gerechnet: Aspe, Birle, Douglastanne (Douglasfichte), Erle, Fichte, Gabun- und Okume-Mahagoni, Kiefer (Föhre, auch Zirbelkiefer oder Arbe), Lärche, Linde, Pappel, kalifornisches Redwood, Koffkastanie, Satinnußbaum, Tanne, Tulpenbaum (sogenannte amerikanische Pappel oder Whitewood), Weide, Zedernholz (Pleissit- und Zigarrenkistenholz).
3. Möbel und Möbelteile, ausgenommen:
 - a) furnierte,
 - b) mit Einlegearbeit versehene und
 - c) ganz oder überwiegend aus Ebenholz, Eiche, Mahagoni, Nussbaum, Palisander (Santalum) oder Satin (Zitronenholz) hergestellte.
4. Andere Holzwaren, soweit nicht im Spezialtarif III oder besonders genannt, auch vergoldet oder versilbert, auch mit anderen Stoffen (ausgenommen edle Metalle) verbunden, sofern diese Stoffe keinen hauptsächlichlichen Bestandteil der Ware bilden.

Furniere, Möbel und Möbelteile, die nicht unter Ziffer 1, 2 oder 3 fallen, gehören zur allgemeinen Wagenladungskasse.

Spezialtarif III (wie bisher).

Holzwaren folgende:

1. Kisten, Lattenkisten, Kasse, ausgenommen Vierkisten mit Fächereinsatz und Zigarrenkisten;
2. Schachteln, ausgenommen Sackschachteln;
3. Holzlatten-Dedengewebe (durch Draht verbundene Holzlatten);
4. Ziegeltrodenrahmen, ungehobelt;
5. Risthöhlen und Ristkästen.

Kritische Würdigungen des Preussischen Förster-Jahrbuches für 1912.*

I.

In der 69. Generalversammlung des Schlesischen Forst-Vereins am 3. Juli 1911 in Glogau führte ich bei der Mitteilung über neue Grundsätze, Erfindungen, Versuche und Erfahrungen aus dem Bereiche des forstwirtschaftlichen Betriebes und der Jagd u. a. an: „Zum Schluß möchte ich noch kurz auf die günstige Entwicklung der „Deutschen Forst-

Zeitung“ hinweisen. Neben anderen hat sie sich durch die Herausgabe des Preussischen Förster-Jahrbuches (dessen zweiter Jahrgang 1911 wesentlich erweitert ist), sowie durch den erfreulichen weiteren Ausbau ihrer Monatsbeilage „Die Forstliche Rundschau“ zweifellos um die geistige Versorgung der grünen Farbe verdient gemacht.“

Dieses dem Neubauer Verlag mit Recht spendete Lob wird durch das „Preussische Förster-Jahrbuch für 1912“, das bekanntlich von der Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“ herausgegeben wird, von neuem in erfreulichster Weise bestätigt.

Dank einer außergewöhnlich sorgfältigen Redaktion, die nicht nur auf Erweiterungen und Vervollständigungen, sondern da, wo es angemessen schien, auch auf Kürzung sonst ermüdender Erläuterungen bedacht gewesen ist,

*) Preussisches Förster-Jahrbuch 1912. (Band III.) Ein Ratgeber und Adressbuch für die preussischen Kron- und Staats-Förstern. Neubauer 1912. Verla von J. Neumann. 284 Seiten Text, fest gebunden. Ladenpreis 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der „Forst-Zeitung“ einzeln 2 Mk 30 Pf. In Partien: 5 Stück und mehr je 2 Mk 10 Pf, 10 Stück und mehr je 2 Mk. Zu Aufträgen wird am besten die Bestellkarte benutzt, welche in Nummer 12 dieses Blattes beigelegen hat.

stellt das Förster-Jahrbuch für 1912 in der Tat das dar, was es dem neuen Titel nach sein will, „ein Ratgeber und Adreßbuch für die Preussischen Staatsforstbeamten“.

Die grüne Farbe hat daher alle Ursache, der „Deutschen Forst-Zeitung“ für die gewiß mit einem sehr großen Aufwand an Mühe und Kosten verbundene Herausgabe des Jahrbuches aufrichtig dankbar zu sein. Ganz besonders gilt dies für die königlich Preussischen Revierförster und Förster mit und ohne Revier, die nach dem in dem Jahrbuch gleichfalls sehr ausführlich behandelten Staatshaushalt für das Etatsjahr 1912, die Beamten der Kronforsten dabei nicht mitgerechnet, die stattliche Zahl von 5157 ausmachen, sowie für die gleichfalls sehr große Zahl der Forstverorgungsberechtigten und der Reservejäger, zumal die „Deutsche Forst-Zeitung“ von jeher aus einem sehr dankenswerten Prinzip und mit unlegbarem Erfolge bestrebt ist, die Interessen gerade dieser Beamtenklasse in angemessener und tatvoller Weise zu vertreten.

Die sehr große Zahl dieser Beamten wird das Förster-Jahrbuch mit um so größerer Freude begrüßen, als ihre Interessen bis zu einer nicht sehr weit zurückliegenden Zeit in der Tat nicht ausreichend und der geistigen Regsamkeit dieses Standes nicht entsprechend vertreten waren, so daß hierdurch eine Bewegung geweckt wurde, die die so überaus nötige innere Harmonie des gesamten Forstbeamtenstandes zu gefährden geeignet war und die heute hoffentlich und glücklicherweise überwunden scheint.

Aber auch die Forst-Verwaltungsbeamten, das sind in erster Linie die 33 Oberforstmeister, 92 Regierungs- und Forsträte und die 840 Oberförster und Forstmeister des Staatsforstdienstes, die Verwaltungsbeamten des königlichen Kron- und Hausforstkommisses, sowie zahlreiche Kommunal- und Privatforstbeamte werden das sehr übersichtlich behandelte und mit einer Fülle von statistischem Stoff, von Gesetzen, Verwaltungsbestimmungen und Personalien ausgestattete Jahrbuch gewiß gleichfalls als ein recht bequemes Nachschlagebuch mit Freude begrüßen, das voraussichtlich sehr bald in keiner preussischen Oberförsterei mehr fehlen wird!

Oberförsterei Camenz (Schles).

Richtsteig, Rgl. Prinzl. Forstmeister.

II.

Das Buch unterscheidet sich in seinem äußeren Aussehen und Umfange in dem vorliegenden Bande nicht von seinen Vorgängern und enthält wieder den reichlichen Inhalt von 284 Textseiten. Der Inhalt selber hat, wie dies bereits in den früheren Nummern der „Deutschen Forst-Zeitung“ bekannt gegeben worden ist, durch die Herausgeber eine Vermehrung des Stoffes und eine übersichtlichere Verteilung desselben erfahren; dies wird zweifellos dazu beitragen, die Benutzung des Buches zu erleichtern und zu erhöhen. Als ein weiterer Vorzug muß anerkannt werden, daß die drei ersten Teile: Beamtenrechtliches, Statistisches, Gesetze und Verwaltungsbestimmungen, unmittelbar hinter dem Kalendarium

folgen und der Einband so eingerichtet ist, daß sich diese Teile am Jahreschlusse von dem Kalendarium und dem vierten Personalteile leicht abtrennen lassen, um mit mehreren Jahrgängen in festerem Einbände vereinigt zu werden.

Jedem Besitzer früherer Jahrgänge ist der praktische Wert des Kalendariums für die täglichen Eintragungen aus Dienst- und Wirtschaftsleben hinlänglich bekannt. Auf die Zweckmäßigkeit der Aufführung von Gedenktagen, besonders für die Leiter von Zusammenkünften, hat bereits Herr Kosemann im vergangenen Jahre auf Seite 477 der „Deutschen Forst-Zeitung“ hingewiesen. Immer wieder verdient aber von neuem betont zu werden, daß wir Deutsche gerade gegenwärtig alle Ursache haben, uns der geschichtlich bedeutenden Personen und Vorgänge zu erinnern und uns an diesen gleichsam emporzurichten, um Kräfte zu sammeln gegen die Mächte, die unser Vaterland von außen und innen bedrohen.

Über den Wert für den Gebrauch des ersten Teiles ist bereits in Nr. 13 auf Seite 289 der „Deutschen Forst-Zeitung“ ausführlich gesprochen. Ebenso ist der Inhalt des Teiles Gesetze und Verwaltungsbestimmungen in Nr. 15 Seite 314 näher aufgeführt und einzelne Stellen dabei in den Vordergrund gerückt worden. Hier bleibt daher nur übrig zu sagen, daß der erste Teil in vielen Fällen in den Fragen über die in kurz vergangener Zeit über die Befolgungsvorschriften ergangenen Bestimmungen ein verlässlicher Führer sein wird. Für die Anwärter, welche im Laufe des Jahres den Forstversorgungsschein erhalten, verdient hervorgehoben zu werden, daß die auf Seiten 38/40 aufgeführten Berechnungen über die Anstellungsaussichten für das Jahr 1912 neu aufgestellt worden sind.

Der zweite Teil: Statistisches, enthält als erste eine neue Übersicht, in welcher das Verhältnis sämtlicher Anwärter — mit Einschluß der Forstlehrlinge — zu den etatmäßigen Försterstellen angegeben worden ist, und zwar zurückgeführt von 1906 ab. Gerade diese Übersicht verdient in Verbindung mit der nächsten, in der die voraussichtlichen Wartezeiten der Forstversorgungsschein-Empfänger von 1911 für die verschiedenen Regierungsbezirke ausgerechnet worden sind, für alle diejenigen hervorgehoben zu werden, die sich mit den Anstellungsverhältnissen der Anwärter der preussischen Förster beschäftigen. Den Anwärtern selber wird durch diese Berechnungen die Wahl der Regierungsbezirke erheblich erleichtert. Weiter ist aber durch diese bereits Jahre hindurch veröffentlichten Berechnungen erreicht worden, daß sich die Wartezeit in den einzelnen Regierungsbezirken, wenn vorläufig auch kaum merkllich, so doch immer mehr dem Durchschnitte nähert.

Die bereits aus den Vorjahren bekannten Übersichten: Tötungen und Verwundungen bei Zusammenstößen mit Forstfrevlern, verausgabte Kultur- und Wegebaugelder, Verwertung der Holzmassen, Zahl der Forstarbeiter, Forst-, Jagd- und Fischerei-

frevel, geben jedem Forstbeamten, der sich für sein Berufsfeld näher interessiert, einen Überblick darüber, wie sich die gesamte Tätigkeit der Angehörigen seines Standes im Staatsbetriebe gestaltet.

Der dritte Teil: Gesetze und Verwaltungsbestimmungen, ist seinem Inhalte nach, wie bereits bemerkt, in Nr. 15 Seite 314 näher ausgeführt. Hier braucht also nur auf das dort Gesagte Bezug genommen und hervorgehoben zu werden, daß die neue Einteilung des Stoffes das Auffuchen desselben bedeutend erleichtert. Die im Abschnitt 7 unter Versicherungsgesetzen gegebene Abhandlung über die Reichsversicherungsordnung ist so abgefaßt, daß sie dem Leser in kurzen Zügen ein möglichst genaues Bild über dies umfangreiche Gesetz bietet, und wird daher für die meisten Forstbeamten eine besondere Anschaffung desselben entbehrlich machen.

Der dann folgende Personalteil gibt, wie im Vorjahre, in einzelnen Abschnitten ein namentliches Verzeichnis der Verwaltungen, Beamten und Anwärter der ganzen preussischen Staatsforstverwaltung mit Einschluß der Kronforsten, dem sich ein Verzeichnis der aktiven Oberjäger nach Bataillonen geordnet anschließt.

Das Ergebnis dieser Ausführungen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

„In dem vorliegenden Bande des Preussischen Förster-Jahrbuches für 1912 hat die Verteilung des Stoffes eine so übersichtliche Anordnung erfahren, daß dessen Benützung hierdurch noch erleichtert wird. Der Inhalt ist wieder ein so reichhaltiger, daß dieser jedem Angehörigen des preussischen Försterstandes in allen dienstlichen und wirtschaftlichen Fragen ein verlässlicher Führer ist. Der Preis ist im Verhältnis zu dem Gebotenen so gering, daß dieser für die Anschaffung kein Hindernis ist. Jeder, der weiß, welche Mühe und Arbeit damit verbunden ist, Material zu sammeln und dies als Berechnungen verwertet in Übersichten und Nachweisungen darzustellen, wird dies gern zugeben.“

Wenn also der Verlag von J. Neumann in Neudamm durch die Herausgabe dieses Jahrbuches mit dazu beiträgt, das Ansehen des Försterstandes zu erhöhen und dadurch dessen Verhältnisse zu heben, so kann dieser seine Anerkennung dafür nur dadurch zum Ausdruck bringen, daß er das Weiterbestehen eines solchen Unternehmens nach Kräften durch Förderung des Absatzes unterstützt. Nur wenn dies geschieht, wird darauf gerechnet werden können, daß das Jahrbuch zum Segen des preussischen Försterstandes weiter geführt und immer reichhaltiger ausgestaltet werden kann.

S i m o n,
Königl. Hegemeister a. D.

Mitteilungen.

— **Ansahrsfürsorge für Beamte.** Nach den im Reich und in Preußen übereinstimmenden gesetzlichen Bestimmungen sind dem infolge eines Betriebsunfalls verunglückten fiskalischen Beamten nach dem Wegfalle des Dienstentkommens die Kosten des Heilverfahrens zu erlegen. Wie wir aus anderen Zeitungen entnehmen, hat das Reichsgericht jüngst eine in dieser Beziehung höchst wichtige Entscheidung gefällt. Ein im Dienste verunglückter Oberschaffner hatte neben der ärztlichen Verpflegung auch den Ersatz der Kosten für täglich 2 Eier, $\frac{1}{4}$ Pfund Fleisch und $1\frac{1}{2}$ Liter Milch gefordert. Der Fiskus hatte aber erklärt, daß er diese lediglich zur Kräftigung des Gesundheitszustandes dienenden Beiträge zur Krankenpflege nicht leisten könne. Das Oberlandesgericht in Köln erkannte dagegen, daß auch derartige Leistungen dem Fiskus zur Pflicht fallen. Der Beamte habe sich im Dienste ein Lungenleiden zugezogen; die Heilungskosten müssen ihm daher insofern bewilligt werden, als sie zur Hebung des Schwachzustandes des Beamten dienen. Dazu gehören auch Aufwendungen für Milch, Fleischkost und Eier in der Höhe, wie sie von dem Arzte festgestellt werden, der den Beamten behandelt hat. Das Reichsgericht hat sich dem Urteil des Oberlandesgerichts angeschlossen und die Revision des Fiskus zurückgewiesen. Es steht demnach fest, daß auch derartige Aufwendungen für Lungenkranke zu den vom Fiskus zu erlegenden Kosten des Heilverfahrens zu rechnen sind.

— **Die Verpachtung der Jagden in den Staatsforsten** ist auch in diesem Jahre wieder

bei den Etatsberatungen von den linksstehenden Parteien in mehreren Volksvertretungen gefordert worden, z. B. in Braunschweig, Württemberg und, wie aus dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen beim Forstetat hervorgeht, auch im preussischen Abgeordnetenhaufe.

Es ist allgemein bekannt, daß alle Kreise des Forstbeamtenstandes diesen Anregungen gegenüber eine unbedingt ablehnende Stellung einnehmen, und es erscheint nicht notwendig, die zahlreichen Gründe nochmals im einzelnen zu erörtern, die zu dieser Stellungnahme geführt haben und die auch in der „D. F. Z.“ schon wiederholt eingehend besprochen sind.

Indessen verdient der eine Punkt immer wieder von neuem hervorgehoben zu werden, daß der für die Staatskasse zu erwartende Gewinn zweifelsohne sehr stark überschätzt wird und daß er in gar keinem Verhältnis stehen dürfte zu den Nachteilen, die eine allgemeine Verpachtung der Jagden in den Staatsforsten für die gesamte Forstverwaltung und auch für alle die Gemeinden bringen würde, die jetzt durch die Verpachtung ihrer Feldmarken- und Gemeindewaldjagden hohe Einnahmen erzielen, weil sie an administrierte Staatswaldungen grenzen.

Auch die bei den ersten Verpachtungen erzielten höheren Erträge werden später kaum wieder erreicht werden, da eine Jagdpflege, wie sie bisher in den administrierten Staatsforsten gehandhabt wurde, bei einer Verpachtung niemals durchgeführt werden kann.

Ebenso gibt nur die Administration die erforderlichen Handhaben, um den Wildstand stets

in mit der Waldwirtschaft verträglichen Grenzen zu halten.

Wie kürzlich bekannt geworden, hat nun die Volksvertretung für Elsaß-Lothringen den Beschluß gefaßt, sämtliche in den dortigen Staatswaldungen jetzt noch administrierten Jagden — die sogenannte Kaiserjagd bei Haslach mit einbegriffen — zu verpachten. Zu diesen Vorgängen hat in der „Straßburger Post“ der Herr Oberforstmeister Ney in sehr Stellung genommen; aus seinen Ausführungen geht hervor, daß bei einer Verpachtung der Staatswaldjagden nicht nur die von uns ausgesprochene Auffassung vollständig zutrifft, sondern daß die Verpachtung auch in volkswirtschaftlicher Beziehung nach verschiedenen Richtungen von nachteiligem Einflusse sein würde. Was aber in Elsaß-Lothringen zutrifft, dürfte auch für andere Verhältnisse Geltung haben.

Die Ausführungen des Oberforstmeisters Ney sind auszugswise folgende: „Für die Verpachtung der Staatswaldjagden werden in erster Linie nicht ohne einen Schein von Berechtigung finanzielle Gründe ins Feld geführt. Nach der Forststatistik von Elsaß-Lothringen betrug der Pachtvertrag für die 86 942 ha verpachteter Staatsjagden 86 758 M., also rund 1 M. pro Hektar, während die Verwaltung der Jagd in dem damals — die Statistik für 1910 und 1911 ist noch nicht veröffentlicht — verwalteten Reste der Staatswaldung dagegen nur 0,24 M., also 0,76 M. pro Hektar (insgesamt 46 489,20 M.) weniger, abwerfen. Was bedeutet aber eine solche Mindereinnahme in einer Verwaltung, die, wie unsere Forstverwaltung, nach dem Entwurf des Landeshaushaltsetats für 1912 nicht weniger als 8 507 544 M., worunter 7 050 000 M. aus dem Holzverkauf, aufzubringen hat, wenn feststeht, daß diese Ansätze nur bei größter Pflichttreue aller beteiligten Beamten erreicht werden können? Ich kann mit gutem Gewissen unseren Forstbeamten ohne Unterschied das Zeugnis geben, daß ein Nachlaß der Pflichttreue noch nicht zu beobachten ist, obwohl es bei der Behandlung, die insbesondere die Oberförster und Förster vom Landesauschuß bisher erfahren haben, kein Wunder wäre, wenn sie sich verzögert auf die rein formelle Erfüllung ihrer kontrollierbaren Dienstpflichten beschränkten. Sie sind seit der Einführung des Landesauschusses die Stiefkinder und fast immer auch die Prügelkinder desselben gewesen, auf die man einschlug, wenn man die deutsche Verwaltung treffen wollte. Diese Mehrerlöse aus der Verpachtung der Staatsjagden sind aber nicht einmal dauernd. Werden die jetzt noch verwalteten verpachtet, so werden, wie die vorjährigen Neuverpachtungen, viele derselben in Hände kommen, die sie nichts weniger als schonlich behandeln. Erst dieser Tage ist mir mitgeteilt worden, daß in einem bis zum 1. Februar 1911 verwalteten 400 ha großen Schutzbezirk, in dem bis dahin im Jahre höchstens 9 Rehe zum Abschuß kamen, im ersten Pachtjahre 42 Rehe geschossen worden sind und nach der Schätzung des Oberförsters etwa 20 übrig blieben. Im Jahre 1912 werden dazu vielleicht 12 Mitzen kommen. Der Abschuß wird dann wohl 26 Rehe betragen und den Reststand

auf 10 Stück vermindern. 1914 werden 5 Stück, 1915 2 Rehe übrig bleiben. Wer wird denn für eine solche Jagd noch 1 M. pro Jahr und Hektar zahlen?

Aber auch die jetzt in pfleglicher Hand befindlichen Jagden werden später nicht mehr die bisherigen Durchschnittserträge der verpachteten liefern. Diese sind nur erzielt worden, weil viele der letzteren bis zu der Verpachtung selbst verwaltet waren und fast alle außerdem in der Nachbarschaft noch verwalteter Jagden liegen. Werden alle Jagden verpachtet, so hört der Bezug aus den verwalteten Jagden und damit die höhere Bewertung der Pachtjagden auf. Die letzteren sind eben für alle Jagden des Landes die Wildkammern für das nützliche Wild, und die Werte aller Pachtjagden des Landes, abgesehen von den ganz großen von Grandseigneurs zusammengepachteten Jagdkomplexen, stehen in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Entfernung von den nächsten verwalteten Jagden. Verschwinden diese, so fällt damit der Grund ihrer hohen Wertschätzung, und der damit verbundene Ausfall aus den Pachtträgen der Waldjagden trifft nicht nur den Staat, sondern in noch viel höherem Grade die waldbesitzenden Gemeinden, die jetzt für ihre kleinen Wäldchen meist nur deshalb ganz unverhältnismäßig hohe Jagdpachterträge erzielen, weil sie an gut gelegte Regiejagden angrenzen.

Die verwalteten Staatsjagden sind aber nicht nur die Wildkammern für nützliches Wild, sie sind, wenn man auch seit 1870 das Gegenteil behauptet, auch diejenigen Waldborte, in denen den schädlichen, zumal den der Landwirtschaft besonders schädlichen Wildarten, dem Schwarzwild und den Kaninchen, aufs eifrigste nachgestellt wird. Kaninchen gibt es in Regiejagden überhaupt nur an sehr wenig Orten und nur da, wo sie in benachbarten Pacht- und Privatjagden früher ausgelegt worden sind und jetzt des lieben Jagdvergnügens halber schonlich behandelt werden, und auch da nur in verhältnismäßig sehr geringer Anzahl. Sie sind für jeden in diesen Jagden überhaupt Jagdberechtigten vogelfrei, und jeder Forstschußbeamte darf davon erlegen, so viel er kann. In manchen verpachteten und Privatjagden dagegen wimmelt es von Kaninchen, ohne daß, solange die Behörde nicht eingreift, außer den Treibjagden, bei denen Hunderte in wenig Stunden zur Strecke kommen, irgend etwas für ihre Vertilgung geschieht. Die Jagdhüter dürfen höchstens auf der Treibjagd und dann einschießen, wenn es ihnen besonders befohlen wird. Ähnlich verhält es sich mit dem Schwarzwild. Es ist zwar im Landesauschuß schon vor bald vierzig Jahren behauptet worden, daß dieses in der verwalteten Staatsjagd gesetzt werde. Die Statistik beweist das Gegenteil.

Die im Jahre 1870 unmitttelbar vor dem Kriege bezeichnenderweise in deutscher Sprache erschienene Broschüre „Die Pflichten des Staates gegen die Forstbevölkerung“ des späteren, protektionistischen Reichstags- und Landesauschußabgeordneten Goldenberg, die ich der jetzigen Budgetkommission überhaupt zum eifrigen Studium empfehle, stellt von der damaligen Zeit, wo alle Staatsjagden verpachtet waren, fest, daß die Wildschweine darin

wimmeln, die jungen Pflanzungen, und ebenso die Felder am Saume des Waldes verwüsten und daß keine Maßregel zu ihrer Beseitigung ergriffen worden ist. Die deutschen Oberförster, die nach dem Kriege ins Land kamen, fanden diese Aufstellung voll und ganz bestätigt. Es war wohl keiner unter ihnen, der nicht sofort mit Gesuchen um Abhaltung von Polizeijagden auf Sauen betraut wurde. Meine erste Amtshandlung in Schirmek im April 1871 war die Abhaltung einer solchen, bei der gleich im ersten Treiben, einem Buchenstangenholze, 22 Sauen anliesen.

In den Jahren 1872, in welchem die Jagdpachtverträge für die Staatswaldungen abliefen und der größte Teil derselben in Administration genommen wurden, bis 1875 wurden in den verwalteten Staatsjagden allein nach v. Bergs „Mitteilungen über die forstlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, Straßburg 1883“, jährlich durchschnittlich 661 Wildschweine erlegt. Seitdem kamen, nach derselben Quelle sowie nach den Beiträgen zur Forststatistik von Elsaß-Lothringen, auf je 100 000 ha Wald durchschnittlich jährlich zur Strecke in den Jahren

1876/82 1883/92 1893 1902 1903/08

in den	1876/82	1883/92	1893	1902	1903/08
verwalteten Staatsjagden	327	219	253	265	
in den übrigen Jagden	228	203	150	213	

in den Regiejagden also fortgesetzt erheblich mehr Sauen als in allen übrigen Waldungen, obwohl in den verwalteten Staatsjagden der die Vermehrung des Schwarzwildes ungemein begünstigende Mittelwald mit seinen ausgedehnten Flächen zusammenhängender, fast undurchdringlicher Dichte ganz fehlt, während er insbesondere in Lothringen, den Auwaldungen des Rheintales und den übrigen Waldungen vorherrscht. In den administrierten Jagden hat jeder Forstschupbeamte nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Wildschweine zu

schicken, und er wird dazu schon seit 1871 durch hohe Schußgelder noch besonders ermuntert. In den anderen Waldungen ist den Jagdhütern das Schießen von Wildschweinen auf Anstand und Wirsch vielfach verboten, und in manchen sollen sie nicht einmal auf Treibjagden auf Sauen schießen dürfen. In unsere Jagden kommt jetzt dank der Wanderlust der Wildschweine ein großer Teil der Sauen, welche in den übrigen Waldungen zu Hause sind und dort, sei es absichtlich, sei es unbezweckt, gehegt werden.

Nicht umsonst haben deshalb schon im Jahre 1876 die von den Staatsforsten der Oberförstereien Schirmek und Haslach eingeschlossenen Gemeinden beim Landesauschuß gebeten, die Staatsjagden nicht mehr zu verpachten, und nicht ohne Überlegung hat die Gemeinde Wirsch vor einigen Jahren den Antrag gestellt, ihre Gemeindejagd in Administration zu nehmen. Sie wußten, was sie taten; das nämlich, daß die Verpachtung dieser Jagden eine starke Vermehrung des der Landwirtschaft schädlichen Wildes, insbesondere der Wildschweine und des Hochwildes, und fügen wir hinzu, der Kaninchen, zur unbedingten Folge haben muß.

✂

— Sturmschäden im Riesen- und Jsergebirge.

Die heftigen Stürme der Oftertage haben in den Waldungen des Riesen- und Jser-Gebirges großen Schaden angerichtet. Namentlich im Waldburger Bergland sind viele Tausende Festsamer Altholzbestände vom Winde geworfen und gebrochen worden. Wie aus Gottesberg berichtet wird, hatte am 7. und 8. April der Sturm zuweilen eine derartige Stärke, daß der Aufenthalt im Freien gefährlich, ja geradezu unmöglich war. Die Fernsprech- und elektrischen Nachrichten sind auf weite Strecken zerstört.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Allgemeine Verfügung Nr. 8 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Gesetzts-Nr. III 297.

Berlin W 9, 23. März 1912.

In den letzten Jahren sind in forstlichen und jagdlichen Zeitschriften mehrfach Anzeigen erschienen, in denen Königliche Oberförster Privatforstlehrlinge suchten. Durch derartige Anzeigen kann leicht der Anschein erweckt werden, daß Mangel an Anwärtern für Privatförsterstellen vorhanden sei, und daß junge Leute durch den Eintritt in eine solche Privatlehre einen für ihr späteres Fortkommen günstigen Beruf wählen würden.

Tatsächlich ist aber nach einer Mitteilung des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands eine den Bedarf weit übersteigende Anzahl von Anwärtern vorhanden. Für alle Stellen pflegen derartig zahlreiche Bewerbungen einzugehen, in denen namentlich mangelhaft ausgebildete An-

wärter die besser ausgebildeten durch geringe Gehaltsforderungen unterbieten, daß vor einem Eintritt in diesen Beruf dringend gewarnt werden muß.

Die Königliche Regierung wolle den Revierverwaltern ihres Bezirks hievon Kenntnis geben und sie anweisen, Anzeigen, in denen Lehrlinge gesucht werden, nicht mehr in der Presse erscheinen zu lassen.

Junge Leute, die sich mit der Bitte um Annahme als Privatlehrling bei den Revierverwaltern melden, sind auf den ungünstigen Stand dieses Berufes hinzuweisen und alle diejenigen, die wegen körperlicher Mängel und ungenügender Schulbildung von vornherein die Entwicklung zu einem tüchtigen Förster zweifelhaft erscheinen lassen, unter allen Umständen zurückzuweisen.

Die ständige Ausbildung von Privatforstlehrlingen gegen Entgelt, mit der sich vereinzelte Oberförster beschäftigen, ist auf Grund § 16 Satz 1 der Försterdienstinstruktion zu unterjagen.

J. A. v. Freier.

An sämtliche Königlichen Regierungen mit Ausnahme derer zu Aachen und Münster.

Wagners Blendersaumschlagverfahren.

Allgemeine Verfügung Nr. 7/1912
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 3245.

Berlin W 9, 27. März 1912.

Die von Professor C. Wagner in seinem Werke „Die Grundlagen der räumlichen Ordnung im Walde“ (Tübingen, H. Laupp, II. Auflage 1911) entwickelte Wirtschaftsform des „Blendersaumschlages“ scheint geeignet, der natürlichen Bestandesverjüngung wieder ein erweitertes Feld zu gewinnen.

Da sich die Verjüngung in schmalen Schlägen, die im wesentlichen von Norden nach Süden fortschreiten, unter dem Schirm und später dem Seitenschuß des Albestandes vollzieht, bleibt einerseits der Boden dauernd in einem für die Ansamlung vorteilhaften Zustande, während andererseits der heranwachsende Jungwuchs in allen Altersstufen günstige Schatten-, Feuchtigkeits-, Schirm- und Lichtverhältnisse findet. Das Verfahren dürfte somit in vielen Fällen gute Vorbedingungen schaffen, um neben der Erhaltung „der örtlich angestammten Rasse“ auch die Erziehung eines naturgemäßen Mischbestandes durch natürliche Verjüngung zu ermöglichen.

Die Königliche Regierung wolle daher in geeigneten Revieren Ihres Bezirkes für die wichtigsten Holzarten in reinen und gemischten Beständen auf den verschiedenen Bodenarten Versuche zur Erprobung des Wagner'schen Saumschlagverfahrens einleiten.

Bei der Durchführung sind die Darlegungen Wagner's über Hiebzeit, Hiebrichtung und Hiebsfortschritt zu beachten. Ich empfehle, das Wagner'sche Buch, erforderlichenfalls in mehreren Exemplaren, für die dortige Bücherei zu beschaffen und es den mit der Durchführung der Versuche beauftragten Revierverwaltern nach Bedarf zur Verfügung zu stellen.

Bei den Vereinigen ist den Versuchsfeldern besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Bis zum 1. Oktober 1916 wolle die Königliche Regierung eingehend über die Ergebnisse der Ver-

suche berichten. Dabei ist anzugeben, welche Hiebrichtung für die einzelnen Versuchsfelder gewählt ist und welche Gesichtspunkte hierfür entscheidend gewesen sind, ob in dieser Zeit besonders reiche Mastjahre vorgekommen sind und wie das Verhalten der nach den Wagner'schen Grundätzen bewirtschafteten Bestände gegen Sturm, Schneeebruch, Frost, Pilzgefahr (Schütte), Unkrautwuchs, Insektengefahr und Wildverbiß gewesen ist.

J. A. Wrobel.

An sämtliche Königlichen Regierungen mit Ausnahme von Aachen und Münster.

— **Unfall beim Abschießen eines Gewehres durch einen Landwirtssohn landwirtschaftlicher Betriebsunfall.** Der Sohn eines Landwirts erhielt von seinem Vater den Auftrag, dessen an der Wand hängendes Gewehr abzuschießen, um die aus dem freien Hängen des geladenen Gewehres drohende Gefahr zu beseitigen. Beim Abdrücken platzte das Gewehr und verletzte den Sohn schwer. Hierin ist vom Reichs-Versicherungsausschuss (Entscheidung vom 12. Dezember 1910) ein von der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu entschädigender Betriebsunfall erblickt worden aus folgenden Gründen: Nach § 2 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft erstreckt sich die Versicherung auch auf hauswirtschaftliche Einrichtungen und andere Dienste, zu denen die auf Grund dieses Gesetzes versicherten Personen, die hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigt werden, von dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten herangezogen werden. Der hauptsächlich in der Landwirtschaft seines Vaters beschäftigte Verletzte hat auf Anordnung seines Vaters und Arbeitgebers gehandelt. Seine Handlung diente der Aufrechterhaltung der Ordnung im Haushalte, war also eine hauswirtschaftliche Verrichtung. Mindestens würde sie aber unter die „anderen Dienste“ im Sinne des § 2 a. a. D. zu rechnen sein. Sonach liegt ein Betriebsunfall vor. Hg.

Verschiedenes.

— **Dr. Oswald Marschall**, bislang Assistent an der Universität zu Jena, hat einen Ruf als Dozent für Chemie und Geologie an die Forstakademie Eisenach erhalten.

2

— **Gründung eines Waldschutzbundes im Essener Industriebezirk.** Die großen Waldbrände des vorigen Sommers, die auch insbesondere den Essener Industriebezirk betrafen, indem fast kein Tag ohne Feuermeldung verging, gaben den dortigen Forst- und Kommunalbehörden die Veranlassung, einen verstärkten Waldschutz einzuführen und auch die Waldbesucher aufzufordern, selbst an der Verhütung von Waldbränden mitzuwirken und den Wald gegen diese Gefahr zu schützen. Infolge dieser Anregung ist man nun entschlossen, den Kampf gegen die Waldbrände mit aller

Energie aufzunehmen, und hat zunächst die Gründung eines Waldschutzbundes beschlossen. Dieser Schutzverband, dem bisher sämtliche Gemeinden des nördlichen Industriegebietes beigetreten sind, sucht seine Aufgabe in erster Linie in der strengsten Überwachung der Waldungen und in der strengen Befolgung aller gesetzlichen Waldschutzbefehle. So sollen vor allen Dingen die Waldungen an Sonntagen sorgfältig beobachtet werden. Das Aufsichtspersonal soll erheblich verstärkt und eine große Anzahl Ehren-, Feld- und Forsthüter angestellt werden, die als Erkennungszeichen ein kleines Schild tragen sollen, von denen bereits 500 Stück bestellt sind. Von großer Bedeutung wird die neu eingeführte Ausbildung des telephonischen Meldebienstes auch an Sonntagen sein. Die Gute-Hoffnungshütte wird ihr Forsthaus Strättere in das Telephonnetz anschließen. Ferner sind alle

Sehpersonen der Waldgegenden zur Mithilfe herangezogen worden, indem sie unablässig die Schuttlinder ermahnen sollen, keine Feuer in der Nähe von Waldungen anzuzünden. Auch die Feuerwehren haben besondere Instruktionen erhalten. Die Kosten für die Schutzmaßregeln werden zu drei Viertel von den Kreisen und zu ein Viertel von den dem Waldschußverband beigetretenen Gemeinden getragen.

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 16. April 1912. Schwarzwild 0,50 bis 0,70 M das Pfund. Kaninchen 0,90 bis 1,10, Fasanenhähne 2,50 bis 3,50, Waldschnepfen 2,00 bis 3,50 M das Stüd.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Leumeyer, Oberförster zu Polen, ist die Verwaltung der Oberförsterei Rudenau, Regbz. Allenstein, vom 1. Juli d. Js. ab übertragen.

Fritz, Biedersol zu Eisenbach, Forstassessor zu Königsberg i. Pr., ist bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste der Charakter als Oberförster verliehen.

Schwab, Regemeister zu Gausen, Oberförsterei Salmünster, Regbz. Cassel, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Alaudal, Förster zu Schleuse, Oberförsterei Stallischen, ist auf die Försterei zu Kerschallen, Oberförsterei Auenberg, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Anake, Regemeister zu Gornberg, Oberförsterei Rotenburg-Dn, Regbz. Cassel, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

von Brandtswitz, Oberjäger im Jäger-Bataillon Nr. 2 (I. Komp.) zu Gulin, ist als Hilfsjäger in die Oberförsterei Rauda, Regbz. Allenstein, einberufen.

Arnst, Förster zu Priorsberge, Kloster-Oberförsterei Lüneburg, ist nach Bahrenbörstel, Oberförsterei Ullste, Regbz. Hannover, versetzt.

Martin, Forstausseher in der Försterei Reußen, Oberförsterei Vansckroten, ist nach Rudippen, Oberförsterei Rudippen, Regbz. Allenstein, versetzt.

Müller, Förster o. R. zu Alten (Elbe), Oberförsterei Rödderitz, ist nach Rödderitz, Oberförsterei Rödderitz, Regbz. Magdeburg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Muhme, Regemeister zu Gausen, Oberförsterei Neukirch, Regbz. Cassel, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Pohl, Förster zu Esdrow, Oberförsterei Buppen, ist nach Maschen, Oberförsterei Burden, Regbz. Allenstein, vom 1. Juni d. Js. ab versetzt.

Rummel, Bierselbweber zu Hageburg, ist zur Wahrnehmung der Forsthilfsaufseher- und Schreibgehilfenstelle bei der Oberförsterei Diepholz, Regbz. Hannover, einberufen.

Schubert, Hilfsjäger zu Rhein, Oberförsterei Vitolaiten, ist nach der Oberförsterei Hageburg, Regbz. Allenstein, versetzt.

von Schaf, Förster zu Bahrenbörstel, Oberförsterei Ullste, Regbz. Hannover, ist in den Ruhestand getreten.

Strindberg, Förster o. R. zu Diepholz, Oberförsterei Diepholz, ist nach Walle, Kloster-Oberförsterei Miele, Regbz. Hannover, versetzt.

Wrempehn, Hilfsjäger zu Wilsen, Oberförsterei Druggen, ist nach der Oberförsterei Rudenau, Regbz. Allenstein, versetzt. Die Besetzung nach Oberförsterei Grondowien ist rückgängig gemacht worden.

Wunderbach, Forstausseher zu Sobernheim, Oberförsterei Sobernheim, ist nach Salzhausen, Oberförsterei Krodorf, Regbz. Coblenz, versetzt.

Wilmann, Förster o. R. zu Rehburg, Kloster-Oberförsterei Rehburg, ist nach Priorsberge, Kloster-Oberförsterei Lüneburg, Regbz. Hannover, versetzt.

Witte, Förster zu Neu-Glienide, Oberförsterei Neu-Glienide, ist nach Glandsche, Oberförsterei Alt-Krupin, Regbz. Potsdam, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Wittig, Reserve-Weiterer zu Dreilburg, ist als Kommandojäger in die Oberförsterei Vitolaiten, Regbz. Allenstein, einberufen.

Der Titel „Regemeister“ wurde verliehen den Förstern im Regierungsbezirk Königsberg:

Besemann zu Rudenau, Oberförsterei Neukirchberg; **Broschell** zu Wilsen, Oberförsterei Nemonien; **Redner** zu Stadl, Oberförsterei Br.-Gylau; **Seydack** zu St.-Baum, Oberförsterei Neukirchberg.

Das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens wurde verliehen: **Lüden**, Holzhausermeister zu Seckholzhausen, Oberförsterei Oberlahnkreis, Regbz. Wiesbaden.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen: **Bönning**, Holzhausermeister zu Gottschiren, Oberförsterei Gottschiren, Regbz. Cassel; **Eske**, Baumeister zu Pouch, Oberförsterei Böderitz, Regbz. Merseburg; **Gunkel**, Oberholzhauser zu Gottschiren, Oberförsterei Bederhagen, Regbz. Cassel; **Heune**, Oberholzhauser zu Gottschiren, Oberförsterei Bederhagen, Regbz. Cassel; **Alfke**, Oberholzhauser zu Dillischen, Oberförsterei Dardesgen, Regbz. Hildesheim; **Bohls**, Forstschutzhilfsgehilfe zu Walle, Kloster-Oberförsterei Miele, Forstverwaltungsbezirk Hannover; **Jochem**, Holzhausermeister zu Winterbach, Oberförsterei Untenpühl, Regbz. Coblenz; **Königler**, Waldbarbeiter zu Alt-Krupin, Kreis Schlochau, Regbz. Marienwerder; **Lehmann**, Regimeister zu Rummersdorf, Oberförsterei Rummersdorf, Regbz. Potsdam; **Wolf**, Waldbarbeiter zu Denebach, Oberförsterei Bilde, Regbz. Cassel; **Freis**, Holzhausermeister zu Wilsen, Oberförsterei Warburg, Regbz. Cassel; **Högemer**, Waldbarbeiter zu Bad Pantenberg, Kreis Dierdorf a. S., Regbz. Hildesheim; **Stiedelberg**, Vorarbeiter zu Lüne, Oberförsterei Scharnebeck, Regbz. Lüneburg; **Stiedelberg**, Forstmeiner zu Erbsen, Oberförsterei Rotenburg-Dn, Regbz. Cassel; **Winter**, Holzhauser zu Breitenwerth, Oberförsterei Worbis, Regbz. Erfurt.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen: **Blanc**, Waldbarbeiter zu Ruesbeck, Oberförsterei Ruesbeck, Regbz. Lüneburg; **Büchel**, Holzhausermeister zu Ratterberg, Kreis Montjoie, Regbz. Wachen; **Hinz**, Waldbarbeiter zu Bölsig, Kreis Schlochau, Regbz. Marienwerder; **Kraus**, Waldbarbeiter zu Schneide, Oberförsterei Rummersdorf, Regbz. Potsdam; **Stein**, Waldbarbeiter zu Hüsen, Kreis Montjoie, Regbz. Wachen.

Berichtigung. Im Nummer 15 unseres Blattes auf Seite 315 war mitgeteilt, daß den Röntgen-Regemeistern **Boh** zu Vohrgelgen, Oberförsterei Vangeloh, Regbz. Lüneburg, und **Schermann** zu Riedewald, Oberförsterei Harburg, Regbz. Lüneburg, bei Übertritt in den Ruhestand das Verdienstkreuz in Gold verliehen sei. Die Verleihung ist richtig. Die Auszeichnung erfolgte aber nicht aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand. Beide Beamten bleiben im Dienst. Mögen sie dessen Berechtigung noch jahrelang bei bester Gesundheit erfüllen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Schreier, Rürstlicher Revierförster zu Sausen, ist nach Rutschan, Kreis Gr.-Ziechitz, Regbz. Poppel, berufen. **Wisker**, Rürstlicher Förster zu Riebabite, in als Revierförster nach Sausen, Kreis Riebabite, Regbz. Poppel, berufen.

Königreich Sachsen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Platz, Stadt, Oberförster von Rangen, wohnhaft in Wilschle, ist vom Stadtrat zum Forstmeister ernannt.

Großherzogtum Hessen.

Staats-Forstverwaltung.

Wander, Forstassessor zu Pollar, ist zum Forstassistenten ernannt. **Schard**, Forstassistent zu Rottbus Jägersburg, ist zum Oberförster der Oberförsterei Jägersburg ernannt.

Esger, Forstassistent zu Bad Nauheim, ist zum Oberförster der Oberförsterei Rietdorf ernannt.

Reudel, Forstassessor zu Widda, ist zum Forstassistenten ernannt.

Fürstentum Waldeck-Pyrmont.

Staats-Forstverwaltung.

Schwab, Oberförster zu Wilsdorf, ist das Rürst. Waldecksche Verdienstkreuz 4. Klasse verliehen.

Brief- und Fragelasten.

Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Dittung oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Vorlo beizufügen.)

Nr. 44. Anfrage: 1. Unterstehen die Förster ohne Revier, die doch fest angestellt sind, noch den Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im königlichen Forstschußdienste vom 1. Oktober 1905? 2. Kann der dienstälteste Förster ohne Revier beim Freiwerden einer etatsmäßigen Försterstelle aus irgend einem Grunde übergangen werden oder sich übergehen lassen?

E. B.

Antwort: 1. Da die Förster o. R. etatsmäßige Beamte sind, deren Forstversorgungsansprüche als erfüllt angesehen werden, unterliegen sie nicht mehr den Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im königlichen Forstschußdienste vom 1. Oktober 1905. 2. Der dienstälteste Förster o. R. kann bei der Übertragung einer Försterstelle mit Revier übergangen werden, wenn die zu besetzende Stelle besondere Anforderungen stellt oder in seiner Person Gründe gegen die Übertragung einer solchen Stelle liegen. (Min.-Erl. v. 25. 3. 1907 — III. 3129 — (D. F.-Z. Band 22 Seite 291). Auch auf Antrag kann Übergang erfolgen, wenn der Betreffende z. B. auf das Freiwerden einer ihm ganz besonders erwünschten Stelle warten will oder die persönlichen Verhältnisse so liegen (Vermögen, Krankheit usw.), daß Abwarten am Platze ist. Natürlich liegt die Entscheidung bei der anstellenden kgl. Regierung. (Siehe auch § 33 Ziffer 2 der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im kgl. Forstschußdienste vom 1. 10. 1905).

Nr. 45. Anfrage: Nach Beendigung einer Feldtreibjagd gingen einige Herren über einen Teil des Reviers, der nicht getrieben worden war. Ein ausgestoßener Gase wurde von einem der Jäger frantgeschossen und stürzte durch die Heide auf den nahegelegenen Friedhof. Hier wurde er erlegt, da ein Hund nicht in der Nähe war. Die Sache, das Schießen auf dem Friedhofe, wurde beim königl. Staatsanwalt zur Anzeige gebracht, obgleich diese Angelegenheit doch nur die Ortspolizeibehörde angeht. Wird von dieser Behörde Bestrafung zu erwarten sein?

E. F. in D.

Antwort: Der Friedhof gilt als ein von Menschen besuchter Ort, und hier darf nicht geschossen werden. Dadurch, daß der Schütze dem Gassen auf dem Friedhofe den Fangschuß gab, hat er sich einer Übertretung schuldig gemacht, die voraussichtlich mit einer Geldstrafe geahndet wird. Ein Strafbefehl kann auch durch das Amtsgericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft erlassen werden.

Nr. 46. Anfrage: 1. Darf ein wilbernder Forsterrier erschossen und ein diesen dabei begleitender Jagdhund von einem Fremden „angebrannt“ werden? 2. Ist es, ohne zum Jagdpolizeibeamten ernannt zu sein, strafbar, ein fremdes Revier mit Jagdausrüstung „in guter Absicht“ zu betreten?

R. R. in R.

Antwort: Wegen des Erschießens des Forsterriers und des „Anbrennens“ des Jagdhundes haben Sie eine strafrechtliche Ahndung nicht zu gewärtigen, weil Sie hierbei das Gesetz nicht verletzt haben. Dagegen werden Sie wegen Betretens fremdes Reviers in Jagdausrüstung auf erstattete Anzeige wohl eine Geldstrafe erhalten, denn Sie durften auch nicht „in guter Absicht“ die Grenzen in jagdlicher Ausrüstung überschreiten.

Nr. 47. Anfrage: Die städtischen Körperschaften der Stadt, bei der ich fest angestellt bin, haben beschlossen, den aus den Militär-anwärttern hervorgegangenen städtischen Beamten ihre Militärdienstzeit auf das Verdolungsdienstalter anzurechnen. Ich frage daher an, ob man mich, der ich aus dem Stande der Forstversorgungsberechtigten hervorgegangen bin und vier Jahre aktiv gedient habe, bei der fraglichen Beschlußfassung hätte mit berücksichtigen müssen?

Stadtförster E. in S.

Antwort: Die Forstversorgungsberechtigten gehören nicht zu den Militär-anwärttern in dem Sinne, daß bei ihnen aktive Militärdienstzeit nach den für den Militär-anwärtterstand erlassenen Vorschriften auf das Verdolungsdienstalter angerechnet werden könnte.

Für die Redaktion: R. R.: Rosa Grundmann Neudamm.

Dieser Nummer liegt die April-Ausgabe der Forstlichen Rundschau bei. Des Försters Feierabende fällt daher diese Woche aus.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Hochzeit Nm



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorskände an den Vorsitzenden, kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Hochzeit Nm.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, königl. Förster Veltz, Försterei Rüden, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.**Anzeigen und Mitteilungen.**

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **Dienstag** früh eingegeben. Die möglichst **kurz** gehaltenen Nachrichten sind **direkt** an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in **Mendham** zu senden. **Aufnahme** aller Angelegenheiten der **Bezirks- und Ortsgruppen** erfolgt **nur einmal**.

Bezirksgruppen:

Arnsberg. Am 24. April wird der Kgl. Förster Sped. zu Bredelar nochmals einen kurzen Lehrgang über praktischen Vogelschutz in den Anlagen der dortigen Oberförsterei abhalten. Die verehrten Kollegen werden dazu freundlichst eingeladen. Besonders zu empfehlen ist die Beteiligung denjenigen Herren, welche am 30. März d. Js. am Erscheinen verhindert waren. Zusammenkunft 11,45 Uhr vormittags am Bahnhof Bredelar (die Züge treffen 11,30 und 11,44 Uhr dort ein), Rückfahrt mit den Abendzügen (für Arnsberg 7,17 Uhr), Bewirtung der Gäste findet nicht statt, Anzug für Waldtour einrichten. Freunde und Gönner der Vogelschutzbestrebungen sind willkommen, Anmeldung erwünscht. Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Allenstein. Sonntag, den 28. April, nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Vereinslokal „Hotel Koperinitus“ in Allenstein. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Tagesordnung der nächsten Delegiertenversammlung in Berlin; 2. Jahres- und Kassenbericht; 3. Verschidenes; 4. Von 5 Uhr ab gemütliches Beisammensein mit Damen in Jakobberg.

Der Vorstand. Behnfeldt.

Bassum (Regbz. Hannover). Sonnabend, den 27. April cr., von nachmittags 5 Uhr an, geselliges Zusammensein der grünen Farbe mit ihren Familien, Freunden usw. im Hotel Buschmann in Bassum. Der Vorstand.

Eberswalde (Regbz. Potsdam). Sonnabend, den 27. April d. Js., 7½ Uhr abends, Versammlung im Krügerschen Gasthause zu Chorinchen (Abfahrt Bahnhof Eberswalde 7,05 Uhr abends). Tagesordnung: 1. Anträge für die Bezirksgruppen-Versammlung; 2. Verteilung der Jahrbücher; 3. Diverses. Um zahlreiches Erscheinen mit Damen wird gebeten.

Der Vorstand.

Neutirchen, Kr. Siegenhain (Regbz. Cassel). Noch rückständige Bestellungen der Herren Kollegen auf das Förster-Jahrbuch pro 1912 bitte ich bis zum 25. d. Mts. an Herrn Kollegen Schmidt, Hattendorf, zu richten.

Der Vorstand.

Schlag-Posten (Regbz. Appeln). Sonnabend, den 27. April d. Js., abends 7 Uhr, Versammlung im „Jägerhof“ in Elgut. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet, da gleichzeitig Abschiedsfeier für den scheidenden Kollegen Wiehr stattfindet. Tagesordnung wird an Ort und Stelle bekanntgegeben.

Der Vorsitzende.

Sendlingwalde-Debra (Regbz. Cassel). Sonntag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Just in Hoenebach. Tagesordnung: 1. Erstausschuss für den durch Verfehlung ausscheidenden

Schriftführer; 2. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung zu Jutda; 3. Beschlussfassung über im Sommer abzuhaltende Scheibenschießen; 4. Verschidenes. Schöner.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden **Gemeinder** **Raue**, **Reisgrund** bei **Hochheim** im, vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß **Sonntag** früh in dessen Besitz gelangen. Nur **Berichte**, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Arnsberg. Zu dem Vortrage über Vogelschutz am 30. März d. Js. waren 34 Herren, darunter 25 Forstbeamte der Oberförstereien **Neheim**, **Obereimer**, **Rumbel**, **Glindefeld** und **Bredelow**, erschienen. Nach der Begrüßung am Bahnhof Bredelow wurden die sich über einen großen Revierteil erstreckenden Einrichtungen zum Schutze nützlicher Vögel besichtigt und eingehend besprochen. Die trotz des Windes und der großen Anzahl Herren bei den einzelnen Vorträgen herrschende Aufmerksamkeit zeigte das von allen Beteiligten der Sache entgegengebrachte lebhafteste Interesse recht deutlich. Beim Abschied erklärten viele Herren: „Es war zuviel auf einmal, wir kommen nochmals her.“ Die in der Frühstückspause gemachte photographische Aufnahme ist ganz vortrefflich gelungen. Bilder können gegen Einsendung von 25 bzw. 35 H (in Marken) in Postkarten- bzw. größerem Format von Herrn Buchhalter Fischer zu Bredelow, Kreis Brilon, bezogen werden.

Der Vorstand.

Ademacher, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Bromberg. Bericht über die Vereinsführung am 1. April 1912. 1. Fällt aus. 2. Der Vortrag wurde gehalten. 3. An die Vereinsmitglieder der einzelnen Oberförstereien soll geschrieben werden, damit die Familienbeiträge in der nächsten Sitzung gewährt werden können. 4. Berichterstattung über die Bezirksgruppenführung fand statt. 5. Einige Angelegenheiten wurden besprochen.

Der Vorstand. J. A. v. Paczensky, Schriftf.
Bütow (Regbz. Köslin). Die am 1. April d. Js. abgehaltene Mitgliederversammlung wurde mit einem „Horrido“ auf Se. Majestät eröffnet. Die Tagesordnung wurde alsdann erledigt. 1. Als Tag der Bezirksgruppenversammlung wurde der 2. Juni vorgeschlagen, und als Delegierter wurde Förster Grusewski gewählt. 2. Es wird von der Ortsgruppe vorgeschlagen, vom 1. Januar 1913 ab die Mitgliederbeiträge jährlich zu entrichten. 3. Ein Scheibenschießen findet in diesem Jahre nicht statt. 4. Es wurde von der Ortsgruppe folgender Beschluss gefasst: Wer von den Mitgliedern den Vereinsbeitrag nicht bis 14 Tage nach dem 1. Januar bzw. 1. Juli an den Schrift- und Kassensführer entrichtet hat, soll dann abwarten, bis die Nachnahmeforderung eintrifft. Es ist häufig vorgekommen, daß Mitglieder die Nachnahme verweigern mußten, da sie inzwischen den Vertrau-

abgesandt hatten, auf diese Weise wurde die Vereinstafse für jede verweigerte Nachnahme mit 15 \mathcal{L} belastet. Um dieses in Zukunft zu vermeiden, wurde der obige Beschluß gefaßt. Der Vorstand. **J. A.: Schultze**, Schriftführer.

Laddehnen (Regbz. Gumbinnen). Die am 2. März d. Js. abgehaltene Mitgliederversammlung war von 28 Kollegen besucht. Der Vorsitzende, Förster Florin, Lubönen, eröffnete die Versammlung mit einem Horrido auf Se. Majestät unsern Kaiser und Allergnädigsten Landesherren. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Vereins- und Kassenbericht mußte ausfallen, da der Schrift- und Kassenführer ohne jeden Grund nicht erschienen war. Darauf nahm ein sehr interessanter Vortrag über die von dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Gumbinnen zu den Besoldungsverhältnissen der Förster unternommenen Schritte und deren Erfolge die Aufmerksamkeit der anwesenden Kollegen in Anspruch. Hieran schloß sich eine Besprechung der in Nr. 1 des Vereinsblattes pro 1912 aufgenommenen bekannten Kundgebung. Der Vorsitzende sprach hierauf seine Meinung über die Aufnahme dieser Kundgebung aus. Die Vorschläge zur Delegiertenversammlung wurden bis auf Punkt a ohne weiteres angenommen, während zu diesem Punkte beschlossen wurde, dem Delegierten an die Hand zu geben, nur bedingungsweise dafür einzutreten.

Der Vorstand. **J. A.: Deichmann**, Schriftf. **Nothwendig-Drasig** (Regbz. Bromberg). Die Sitzung am 23. März in Fiehe, Hotel du Nord, war von 11 Mitgliedern besucht. Um 4½ Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Sodann wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. 1. Kollege Warmann erstattete seinen Bericht über die Bezirksgruppenjagung in Schneidemühl und wurde demselben der Dank für seine Mühewaltung vom Verein ausgesprochen. 2. Es wurde beschlossen, das diesjährige Schießenschießen im Schützenhause zu Fiehe am Sonnabend, dem 6. Juli 1912 abzuhalten. Anfang des Schießens nachmittags 3 Uhr. Entfernung 110 m. Wünsche über Einladungen sind dem Schriftführer bis spätestens den 15. Juni zu übersenden.

Meiß, Schriftführer.

Clonin (Regbz. Danzig). Zu der auf den 16. März dieses Jahres nach Bahnhof Königswiese einberufenen außerordentlichen Versammlung waren 10 Mitglieder erschienen. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung mit einem Horrido auf unsern Allerdöchsten Jagdherrn eröffnet hatte, erstattete Kollege Lubig seinen Bericht über die letzte Mitglieder- und Vertreterversammlung in Danzig. Aus dem Bericht verdient hervorgehoben zu werden, daß dem Kollegen Simon für seine Tätigkeit als Bezirksgruppenvorsitzender und als Erinnerung an die Mitgliedschaft eine silberne Nadel mit entsprechender Widmung überreicht wurde. Sodann führte Redner aus, daß das Beitragsgeld für die Krankenkostenbeihilfskasse auch für die Jahre

1912/13 erlassen werden soll. Forderungen an die Kasse müssen unter Beifügung der Belege spätestens bis zum 15. Januar jeden Jahres bei dem Ortsgruppenvorsitzenden angemeldet werden. Später eingehende Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Formulare dazu können durch die Ortsgruppe bezogen werden. Weiter wäre noch zu erwähnen, daß nur 40 % aller Ortsgruppenmitglieder an den Versammlungen teilgenommen haben. Es wird daher gebeten, doch in Zukunft den Vereinsbestrebungen mehr Interesse entgegenzubringen, auch sind recht bedauerlicherweise immer noch Kollegen vorhanden, welche dem Verein überhaupt nicht angehören. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die Herren Kollegen Tenzer zum Vorsitzenden, Lubig zum Stellvertreter, Barz zum Kassenführer und Schlumm zum Schriftführer gewählt. Für die nächste Tagung der Bezirksgruppe wurde von der Ortsgruppe Pr.-Stargard vorgeschlagen. Zum Schluß gelangte dann noch ein Bittgesuch an das hohe Haus der Abgeordneten zur Verlesung, die erneute Prüfung unserer Einkommensverhältnisse betreffend. Kollege Ulrich-Gr. Bartel dankte dem Redner für seinen mit großem Beifall aufgenommenen Bericht. Leider war die Abfahrtszeit des Tages für die Kollegen aus der Oberförsterei Gr. Bartel herangerückt, so daß der Vorsitzende die Versammlung schließen mußte. Einige der Herren blieben dann noch einige Stunden in angeregter Unterhaltung beisammen.

Der Vorstand. **Prüm**, Vorsitzender **Abnail** (Regbz. Oppeln). In der Versammlung am 1. d. Mts. wurde beschlossen, entsprechend der Anregung der Ortsgruppe Sulba (Nr. 12 der „D. F.-Z.“): 1. Für die Hinterbliebenen des ermordeten Försters Romanus eine Sammlung in der Ortsgruppe zu veranstalten und für jedes Mitglied mindestens 1,50 \mathcal{M} an den Kassenführer der Bezirksgruppe zur Weiterleitung abzuführen. Die Herren Mitglieder, welche durch Abwesenheit glänzten, werden gebeten, den von der Ortsgruppenkasse für sie verauslagten Betrag bei der nächsten Beitragszahlung zu begleichen. 2. Bei der Bezirksgruppe Oppeln gelegentlich der nächsten Versammlung einen Antrag bezüglich Veranstaltung gleicher Sammlungen im ganzen Verein in Fällen, wo Vereinsmitglieder durch Mord vorzeitig ihrer Familie entzogen werden, einzubringen, auch dabei Vorschläge betr. Höhe der aufzubringenden Summe usw. zu machen.

Der Vorstand. **Bräuer**, Vorsitzender.

Spangenberg (Regbz. Cassel). Die am 1. April abgehaltene Versammlung war sehr gut besucht. Es fehlte nur ein Mitglied, das durch intensiven Minnebetrieb entschuldigt war. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung in herkömmlicher Weise, und wurde dann in die Verhandlung eingetreten. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Wuth Bericht über die Bezirksgruppenversammlung, und wurde ihm mit regem Beifall gelohnt. Dann wurden Punkt 2 und 3 rasch erledigt. Zu 4, Verschiedenes: Es gelang mit großer Mühe, einen alten Ein-

gänger einzufangen, und gehören nun sämtliche Kollegen der Umgegend dem Verein an. Betreffs des Sommervergütens wurde bekanntgegeben, daß sich 65 Oberjäger und Jäger

(meist ehemalige Schüler der hiesigen Forstschule) angemeldet haben. Von der Ortsgruppe wurden zu dem Vergütigen 100 M. bewilligt.
Der Vorstand: G ü n t h e r.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Müller, Max, Forstlehrling, Gottleuba, Sachsen.
Blaßl, Mich., Hülsförster, Wulsdorf bei Kieberslebenberg, Westfalen.
Gies, Walter, Förster, Dom. Linde bei Bülchow, Mark.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzulösen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens 5 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldebilan und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Augustin, Wahrenholz, 2 Mk.; Amme, Dohndorf, 2 Mk.; Battenberg, Glend, 2 Mk.; Berg, Hanerau, 2,50 Mk.; Behse, Kiebersleben, 2,50 Mk.; Binder, Muscherin, 2 Mk.; Boed, Böhau, 3 Mk.; Beyer, Gehbardsdorf, 2 Mk.; Berthold, Auneburg, 5 Mk.; Bendig, Leutmannsdorf, 2 Mk.; Brur, Neobich, 2 Mk.; Blantenburg, Et. Hibel, 2 Mk.; Bismark, Behle, 2 Mk.; Buchmann, Borsis, 2 Mk.; Bräuer, Usar, 10 Mk.; Böhm, Garmesdorf, 2 Mk.; Bleß, Thrus Moor, 2 Mk.; Birkhof, Seedorf, 2,50 Mk.; Beyrath, Hieselfeld, 2 Mk.; Beiche, Brüggefeld, 2 Mk.; Blantenburg, Steglitz, 3 Mk.; Baraniski, Wettaburg, 2 Mk.; Bort, Schmalau, 2 Mk.; Bittner, Kleins, 2 Mk.; Bönzling, Rehsche, 2 Mk.; Daede, Brand, 2 Mk.; Dittig, Schwerdt, 2 Mk.; Denck, Sabele, 2 Mk.; Druch, Wotta, 2 Mk.; Daubert, Kalkfleß, 2 Mk.; Ebeling, Berkenbrück, 2 Mk.; Ehrl, Eggartleben, 2 Mk.; Ernst, Münterkeßel, 5 Mk.; Emde, Bösen, 2 Mk.; Eberhardt, Wendhausen, 2 Mk.; Euler, Metternich, 2 Mk.; Foerster, Breslau, 2 Mk.; Frike, Pennisdorf, 2 Mk.; Fischer, Enderode, 2 Mk.; Gerlich, Dombro, 2 Mk.; Frömming, Rentfowig, 2 Mk.; Giese, Gölitz, 2 Mk.; Grant, Büschwerber, 2 Mk.; Glud, Boga, 2 Mk.; Gaudel, Buchenau, 2 Mk.; Foerster, Reibevorwerk, 2 Mk.; Fischer, Strauß, 2 Mk.; Gals, Kleinsachsen, 2 Mk.; Grotz, Liefensee, 3 Mk.; Grothe, Spangenberg, 5 Mk.; Gienburg, Janow, 2 Mk.; Gols, Lauterberg, 2 Mk.; Glogas, Schreibersdorf, 2 Mk.; Greiner, Breileg, 2 Mk.; Dr. de Greiff, Trier, 6 Mk.; Großmann, Neubedenmühle, 2 Mk.; Giesche, Al-Wangleben, 5 Mk.; Grün, Brauerichitten, 2 Mk.; Gieschle, Graale, 2 Mk.; Gold, Brunkau, 3 Mk.; Gnoth, Gidau, 2 Mk.; Gerte, Werswiese, 2 Mk.; Gänster, Leutmannsdorf, 2 Mk.; Gohbauer, Friedrichsgrund, 2 Mk.; Himmel, Kelsch, 2 Mk.; Goffmann, Al-Tränke, 2 Mk.; Gorn, Rabben, 2 Mk.; Gidethier, Diehtowig, 2 Mk.; Hundertmark, Hohlre, 2 Mk.; Gort, Neuhaus, 2 Mk.; v. Hennig, Dresden, 5 Mk.; Giese, Gießen, 2 Mk.; Gerfurth, Efenenberg, 2 Mk.; Goldheimer, Br.-Gardard, 2 Mk.; Gellwig, Gr.-Nipkau, 2 Mk.; Hochheiser, Grege, 2 Mk.; Hense, Gießen, 2 Mk.; Gorch, Sebnitz, 2 Mk.; Hamm, Argeloth, 2 Mk.; v. Hinder, Weibingen, 5 Mk.; Heider, Jölsch, 2 Mk.; Gausler, Dieckert, 2 Mk.; Heiser, Kiebersleben, 2 Mk.; Hampel, Gr.-Gohau, 2 Mk.; Gerfurth, Kärstau, 2 Mk.; Hornig, Könen, 2 Mk.; Gahn, Rehenbach, 2 Mk.; Jung, Wiesenbach, 2 Mk.; Kahr, Rehenbach, 2 Mk.; Karius, Stübenbach, 2 Mk.; Kaiser, Waldborn, 2 Mk.; Kaiser, Gohau, 2 Mk.; Keil, St. Wollmarisberg, 2 Mk.; Krüger, Lühberg, 2 Mk.; Kreyen, Giesel, 2 Mk.; Krammer, Wiedschmied, 2 Mk.;

Kalkofen, Charlottenberg, 2 Mk.; Kramer, Mößingen, 2 Mk.; Klippel, Wilsenburg, 2 Mk.; Koch, Niederhaid, 2 Mk.; Kern, Jeche, 3 Mk.; v. Kurnatowski, Hohlbruch, 2 Mk.; Kahle, Kusagen, 2 Mk.; Kettner, Kiebersdorf, 2 Mk.; Kunze, Gremsdorf, 2 Mk.; Kahlen, Watern, 2 Mk.; Künster, Neu-Wenddorf, 2 Mk.; Kögler, Gingsl, 2 Mk.; Kemmel, Obermitten, 5 Mk.; Kehnpuß, Jim a, 5 Mk.; Kippau, Karmen, 2 Mk.; Luz, Wilsenburg, 2 Mk.; Koste, Wibeitich, 2 Mk.; Lorenz, Kelsch, 2 Mk.; Mierswa, Wändchenlohra, 2 Mk.; Mörtig, Schierle, 2 Mk.; Magnus, Straßhumb, 2 Mk.; Meier, Langenberg, 2 Mk.; Meichers, Kemscheld, 3 Mk.; Meißerichmidt, Lützen, 2 Mk.; Müller, Reibach, 2 Mk.; Mubrad, Steinfurt, 2 Mk.; Mengerig, Langelsheim, 2 Mk.; Machatich, Jagolitz, 2 Mk.; Marx, Bäfels, 2 Mk.; Müller, Gottleuba, 2 Mk.; Moad, Stefanwalbe, 2 Mk.; Nowad, Kleinilsterow, 3 Mk.; Nebesfel, Eidertrug, 3 Mk.; Neugebauer, Rosenfranz, 2 Mk.; Nodding, Wengenberg, 2 Mk.; Nicolau, Hartmannsdorf, 3 Mk.; Nagel, Goldin, 2 Mk.; Nave, Densberg, 2 Mk.; Oberhettinger, Strempt, 3 Mk.; Oite, Bichau, 2 Mk.; Oehme, Orlischburg, 2 Mk.; Reichow, Doll, 2 Mk.; Pappe, Frankfurt a. Ober, 2 Mk.; Petersdorf, Reihof, 2 Mk.; Pöhl, Stettin, 2 Mk.; Petzide, Kungen-dorf, 2 Mk.; Piecha, Berulgen, 2 Mk.; Paed, Jablonow, 2 Mk.; Prempfer, Jägersfahrt, 2 Mk.; Pelsche, Schwenten, 2 Mk.; Pöckgen, Dahlem, 2 Mk.; Piepenburg, Rügen, 2 Mk.; Pritilla I, Hamidowig, 2 Mk.; Pritilla II, Hamidowig, 2 Mk.; Pörsch, Wulvesort, 2,50 Mk.; Rau, Linau, 2 Mk.; Reik, Spengarnsten, 2 Mk.; Reik, Pleß, 5 Mk.; Röhrig, Egels, 2 Mk.; Roubé, Laufels, 2 Mk.; Reischlager, Bredow, 2 Mk.; Ried, Schirps, 2 Mk.; Rathenow, Frankfurt a. Main, 5 Mk.; Ruffig, Oboza, 2 Mk.; Swörde, Dahme, 3 Mk.; Sandmann, Müllrofe, 2 Mk.; Schwara-bach, Verga, 2 Mk.; Scharlod, Bückhof, 2 Mk.; Schoch, Gasse, 2 Mk.; Schuls, Granz, 2 Mk.; Schröder, Bollin, 2 Mk.; Scheer, Biplin, 2 Mk.; Schumacher, Gnußdün, 2 Mk.; Schuber, Baylsch, 3 Mk.; Schuch, Stoppelsberg, 2 Mk.; Schmidt, Winberg, 2 Mk.; Schmoldt, Oite, 2 Mk.; Schmidt, Wächtersbach, 2 Mk.; Schulz, Herberhausen, 2 Mk.; Schulz, Großhennersdorf, 2 Mk.; Schwahn, Waldborn, 2 Mk.; Schlow, Gohlshof, 2 Mk.; Seiffen, Marien-walbe, 2 Mk.; Struwe, Soonsried, 2 Mk.; Stoffels, Sandhube, 2 Mk.; Thiele, Ellerhorn, 2 Mk.; Tausendfreude, Loppow, 2 Mk.; Tausch, Peterswalbau, 2 Mk.; Thomas, Schillingen, 2 Mk.; Thomas, Gög, 3 Mk.; Tich, Chinow, 3 Mk.; Thomas, Braun-dorf, 2 Mk.; Thoms, Brittag, 2 Mk.; Torwert, Draehausen, 2 Mk.; Volze, Wollenbüttel, 2 Mk.; Veis, Rothelstte, 2 Mk.; Wederwerth, Klosterheide, 2 Mk.; Wolter, Schwarmwasser, 3 Mk.; Wilhelm, Dülshausen, 2 Mk.; Witte, Kuras, 2 Mk.; Wärschmidt, Jellowa, 2 Mk.; Wieler, Mienhagen, 2 Mk.; Wabner, Schwarm-lust, 2 Mk.; Waltschek, Greflitz, 2 Mk.; Wunn, Elba, 2 Mk.; Wundsch, Kleinsied, 2 Mk.; Weinmeier, Etabenen, 2 Mk.; Wietlow, Eidenbamm, 2 Mk.; Wülsdorf, Barosle, 2 Mk.; Zapernid, Löwenberg, 2 Mk.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten
Beiträge bescheinigt
Neumann,
Schatzmeister und Schriftführer.

Unter Hinweis auf § 3 Absatz 2 unserer Satzung
mache ich die verehrlichen Vereinsmitglieder darauf
aufmerksam, daß am 15. April der Fälligkeitstermin
zur Einzahlung des Jahresbeitrages abgelaufen war.
Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche mit Zahlung
des Beitrages für das laufende Vereinsjahr noch
im Rückstande sind, diesen baldmöglichst an mich ein-
zusenden.
Neumann,

Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Salensee.

Kleine forstliche Lehrgänge des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands im Jahre 1912.

1. In Westpreußen.

Vom 24. bis 29. Juni in Deutsch-
Schlau. Lehrer: Oberförster Grube-
Schönberg und Oberförster Scholz-Ponarien.
Beginn früh 8¼ Uhr.

Lehrplan:

Montag, den 24. Juni:

Vorm.: Waldbau I (Betriebsarten, Umtriebs-
zeit, Bestandesbegründung, Saatgut, Kampf-
wirtschaft).

Nachm.: Waldbau II (Boden- und Bestandes-
pflege).

Dienstag, den 25. Juni:

Ganztägige Exkursion in die Gräfl. von Finken-
steinsche Oberförsterei Schönberg (Durchforstungs-
übungen in den verschiedensten Beständen; Aus-
zeichnung von Samen- und Lichtschlägen; Kulturen;
Kämpfe; Anlage von Moorigen).

Mittwoch, den 26. Juni:

Vorm.: Forstschuß I (Beschädigung des Waldes
durch Naturkräfte, Unkräuter, Pilze, Säugetiere,
Vögel und Insekten).

Nachm.: Forstschuß II (Beschädigung durch
Menschen). (Ausgewählte Abschnitte aus dem
Forst- und Jagdrecht.)

Donnerstag, den 27. Juni:

Vorm.: Forstbenutzung (technische Eigenschaften
und Verwendung des Holzes, Gewinnung und
Verwertung desselben, Waldbenutzungen,
Bestimmung von Hölzern nach Sammlung).

Nachm.: Exkursion (praktische Übungen im
Ablängen und Aufmessen von Holz. Massen-
ermittlungen stehender Bestände).

Freitag, den 28. Juni:

Vorm.: Holzmesskunde (Massen- und Ertrags-
tafeln). (Ausarbeitung der Bestandesaufnahme
vom Tage vorher.)

Nachm.: Oblandsaufforstung. Melioration von
Moorflächen zu Wiesen und Weiden.

Sonnabend, den 29. Juni:

Vorm.: Forstl. Buchführung. Besprechung von
Fragen aus der Mitte der Teilnehmer.

Nachm.: Exkursion. Praktische Übungen im
Vermessen und Nivellieren.

Anmeldungen sind bis spätestens
10. Juni d. Js. zu richten an Herrn Oberförster
Grube in Schönberg bei Sommerau (Westpreußen).

2. In Hannover.

Vom 10. bis 15. Juni (voraussichtlich in
Sameln). Lehrer: Oberförster Burdhardt-
Sameln und Oberförsterkandidat Steffens-
Hannover.

Lehrplan und alles Nähere wird sobald als
möglich in der „Deutschen Forst-Zeitung“ bekannt-
gemacht.

3. In Bayern.

Im September (Näheres bald in der „Deut-
schen Forst-Zeitung“) in Ebern. Lehrer:
Oberförster Dichtl-Hurg Preppach. Beginn
früh 8¼ Uhr.

Lehrplan:

1. Tag:

Vorm.: Waldbau (natürliche und künstliche Ver-
jüngung; Bodenpflege; Bestandespflege; Durch-
forstung; Saat- und Pflanzschulbetrieb; Pflanzen-
ankauf).

Nachm.: Exkursion; Pflanzgartenbetrieb einschl.
Vorführung zugehöriger Maschinen und Geräte.

2. Tag:

Vorm.: Kleine Vermessungen, Nivellieren, Ab-
stecken von Wegen.

Nachm.: Exkursion, praktische Anleitung zum Ver-
messen und Nivellieren.

3. Tag:

Vorm.: 1. Betriebseinrichtung (Betriebswert,
Wirtschaftsplan, Verbuchung, Naturalrechnung,
Gelbrechnung, Karten). 2. Arbeiterversicherung.

Nachm.: Exkursion; Durchforstung von Laub- und
Nadelholzbeständen.

4. Tag:

Vorm.: 1. Massenermittlungen stehender Be-
stände (Kluppen, Höhenmessen). — 2. Forst-
benutzung (Holzgewinnung und Sortierung,
Messen, Sehen, Nummerieren, Abgabeverfahren,
Holztransport).

Nachm.: Exkursion; Übungen im Holzvermessen
und in der Massenermittlung stehender Bestände.

5. Tag:

Vorm.: 1. Waldbiesenbau. — 2. Fischerei (Karpfen-
teiche). — 3. Wildpflege.

Nachm.: Exkursion; Fischteichanlagen, Biesenbau,
verschiedene Wildfütterungsanlagen.

6. Tag:

Vorm.: Forstschuß (Grenzschuß, Diebstahl, Schutz
gegen Tiere, Naturereignisse, Feuer).

Schluß: Vormittags 11 Uhr.

Anmeldungen sind bis spätestens
1. September d. Js. zu richten an Herrn Ober-
förster Dichtl, Hurg Preppach (Bayern).

Änderungen in den Lehrplänen werden vor-
behalten. Die Lehrgänge finden nur bei ge-
nügender Beteiligung statt.

Das Honorar (für Forstschuß-
beamte 10 M., für andere Teilnehmer
20 M.) ist vorher an die Kassenstelle
des Vereins zu Neubamm, unter
Angabe auf dem Postabschnitt,
wozu der Betrag bestimmt ist,
einzusenden.

Zu den Lehrgängen werden nur Vereins-
mitglieder zugelassen.

Salensee, den 7. April 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Großer forstlicher Lehrgang 1912 in Lauterbach (Hessen).

In der Zeit von Montag, den 3. bis Sonn-
abend, den 29. Juni 1912, findet in Lauterbach
(Hessen) unter Leitung von Forstrat Gulefeld

der zweite große forstliche Lehrgang des Vereins statt.

Das Honorar für den Lehrgang beträgt 25 M.

Die vorgesehenen Unterrichtsfächer sind folgende (die eingeklammerten Zahlen bedeuten die für das Fach vorgesehene Gesamtkundenzahl):

Allgemeines (2), Betriebslehre (4), Waldbau (19), Forstschutz (10), Forstbenutzung (11), Waldwertrechnung (2), Jagdkunde (5), Gesetzeskunde (12), Vermessen und Wegebau (theoretisch und praktisch) (21), Geometrie (1), Fischerei (1), Landwirtschaft (4), Vogelschutz (2), schriftliche Arbeiten (9), forstliches Rechnen (5), Fragekasten (17).

Außerdem werden beiläufig: das Niefelsche Forstmuseum, eine Dampfziegelei, Brauerei mit Malzfabrik, Dampfmüllerei mit Käseerei, ein Dampfjägerwerk (Kistenfabrikation), eine Webereischule und eine mechanische Weberei, eine Hutfabrik (verarbeitet nur Hasen- und Kaninchenhaare), sowie eine Bleichfabrik und eine Kieselgurgrube.

Schließlich finden 6 halbtägige Waldfertigungen, sowie jeden Sonnabend eine Tagesexkursion statt.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Vereins zu Halensee, Karlsruher Straße 13.

Halensee, den 5. März 1912.

Der Vorsitzende. Dr. Bertog.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Druck-
Nr.

3829. von Carlswitz, Carl, Königl. Kammerherr, Rudolfs-
b. Kreisstadt i. Sachsen. (B.-Gr. XII.)

*

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Scheffer, H., Forstbetriebs, Hertel i. B.

Hollack, Ernst, Hilsförster, H. Siega b. Gumbowitz, Pr.
Böhmen.

*

**Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnements-
gebühren** für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 39 4 M., Nr. 185, 493, 651 je 1 M., Nr. 1058, 1109,
1196, 1218, 1235, 1282, 1518, 1550, 1589, 1799, 2070 je 4 M.,
Nr. 2147 8 M., Nr. 2223 9,20 M., Nr. 2392, 2626, 2802,
2806, 2815, 2905, 2954, 2975, 3260, 3272, 3279, 3361, 3404,
3416, 3437, 3507, 3537, 3558, 3564, 3589 je 4 M., Nr. 3610
5 M., Nr. 3742 30 M., Nr. 3818 20 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über
Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden
jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt.
Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningscher Forstwärte.

Die für den 10. März nach Coburg (Aktien-
bierhalle) einberufene neunte ordentliche Mit-
glieder-(Jahres-)Versammlung war von 40 Kollegen
und vier Nichtmitgliedern als Gäste besucht.
Der Vorsitzende eröffnete 12 Uhr mittags die
Versammlung mit der Begrüßung der erfreulich-
weise zahlreich erschienenen Mitglieder und schloß
seine kurze Ansprache mit einem dreifachen Hoch
auf unseren allverehrten Landesherren, Herzog
Georg II., in welches die Versammlung begeistert
und freudig einstimmte. Unserer Vorgesetzten wurde
gedacht, besonders des Herrn Staatsministers,
der sich als Förderer der Lage der Forstwärte
allezeit erwiesen hat; bot doch gerade die Ver-
sammlung Gelegenheit, den Gefühlen über unsere
Besserstellung Ausdruck zu verleihen.

Freudig wurde der Antrag des Vorsitzenden
begrüßt und angenommen, an Seine Excellenz
Herrn Staatsminister Freiherrn von Biller ein
Ergebenheitstelegramm folgenden Wortlauts ab-
zusenden:

„Euerer Excellenz gestatten sich die in
Coburg (Aktienbierhalle) versammelten Forst-
wärte die Versicherung unwandelbarer Treue
zu Fürst und Vaterland mit dem Ausdruck
tieffter Ergebenheit und Dankbarkeit ganz
ergebnis zu übermitteln.“

(gez.) J. A.: Forstwart Reuter.

Nach Aufstellung der Teilnehmerliste wird in
die Tagesordnung eingetreten.

Zu Punkt 1. Geschäfts-(Jahres-) und
Rassenbericht werden vom Schriftführer bzw.

Schatzmeister vorgetragen, und wird dabei fest-
gestellt, daß der Verein am Jahreschlusse 93 Mit-
glieder und 1654,67 M. Vermögen aufzuweisen
hatte.

Zu Punkt 2. Die Rechnungsrevisoren,
Herrn Kollegen Schmidt, Scheibig und Hummel-
Steinach, bekräftigen die allseitige Prüfung und
bestätigen die Richtigkeit der Rechnung. Eine
Anfrage betr. Anschaffung eines Kalenders wird
durch mündliche Erklärung erledigt, dem Schatz-
meister hierauf Entlastung erteilt und ihm der
Dank des Vereins für die nicht leichten Geschäfte
und die gewissenhafte Führung derselben zum
Ausdruck gebracht.

Zu Punkt 3. Herr Schatzmeister begründet
und befürwortet den Antrag, indem er darauf
hinweist, daß es zur Vereinfachung des Rassen-
wesens notwendig sei, in Zukunft die Beiträge
durch die Gruppenführer zu sammeln und ein-
zusenden, wodurch Portoauslagen, Säumnig-
keiten usw. vermieden werden können. Die halb-
jährliche oberförstereiwiese Einsendung der Bei-
träge hat nicht die erwünschten Vorteile gebracht,
und wird deshalb der ursprüngliche Zustand
wieder erstrebt. In längerer Debatte hierüber
klären sich die Ansichten; ein Ergänzungsantrag
wird gestellt, wonach der Schatzmeister den Gruppen-
führern am Jahresschluß Restantenverzeichnisse
auffertigen soll. Dies wird angenommen, jedoch nur
für dieses Jahr, da später jeder Gruppenführer
ohnebdes Kenntnis über die Rückstände in seiner
Gruppe hat. Schließlich gelangt der ganze Antrag
zur Annahme, wonach in Zukunft die Vereins-
beiträge und die Abonnementsgelder für die

„Deutsche Forst-Zeitung“ im Monat Januar ganzjährig im voraus an den Gruppenführer entrichtet und von diesem dem Schatzmeister zugeführt werden sollen.

Zu Punkt 4. Zur Begründung des Antrags auf Vespreehung wird auf die bekannte Verfügung des Herzogl. Staatsministeriums, Abt. der Finanzen, hingewiesen; es wird aber weiter erwähnt, daß diese Verfügung inzwischen zurückgezogen worden sei, wodurch der Antrag eigentlich hinfällig werde. In längerer Diskussion wird Klarheit erlangt über die in Zukunft einzunehmende Haltung, und kommt ein inzwischen eingebrachter Antrag zur Annahme, wonach dieser Punkt vorläufig zurückgestellt und evtl. sich nötig machende Schritte dem Vorstand überlassen werden.

Zu Punkt 5. Bei diesem Punkte galt es Mittel und Wege zu finden, die Abonnentenzahl der „Deutschen Forst-Zeitung“ unter den Mitgliedern zu heben und dem bewährten Fachblatt weiteren Eingang in den Kreisen der Sachsen-Meinungischen Forstleute zu verschaffen. Nach längerem Hin und Her kam die Meinung zum Ausdruck, die Vereinsklasse vorerst in dieser Beziehung nicht weiter zu belasten, daß aber unbedingt eine Vermehrung der Abonnenten erreicht werden müsse, nachdem die „Deutsche Forst-Zeitung“ sich dem Vereine dauernd so entgegenkommend zeigt. Es wird der Antrag gestellt, der Schriftführer soll durch Druckache die Nichtabonnenten unter den Kollegen auffordern, innerhalb einer bestimmten Frist zu erklären, ob sie die „Forst-Zeitung“ durch den Verein zu ermäßigtem Preise beziehen wollen oder nicht. Dieser Antrag wird angenommen.

Zu Punkt 6. Als Ort der nächstjährigen Versammlung wird, nachdem für Coburg, Sonneberg, Hildburghausen und Schallau eingetreten wurde, Eisfeld gegen drei Stimmen angenommen.

Zu Punkt 7. Verschiedenes. Über die von der Gruppe Meinungen beantragte Anlegung von Personalnotizblättern, Stammtrollen kann Einheitlichkeit nicht erzielt werden, und kommt dieser Punkt nicht zur Annahme.

Der korporative Beitritt zum Deutschen Forstverein fand eingehende Vespreehung, in der Für und Wider abgewogen, auch der Antrag eingebracht wird, daß im Falle der Annahme der Vorsitzende als Vertreter des Vereins zu Forstversammlungen mit uns betreffenden Themen abgeordnet und ihm dabei die Auslagen vergütet werden sollen. Der Antrag wird angenommen und der Schriftführer beauftragt, die nötigen Schritte zur Anmeldeung zu unternehmen.

Der Schriftführer erklärt, daß die voriges Jahr wegen Zeitmangels unterbliebene Anschaffung von

Zeit- und Druckschriften nunmehr in Beschäftigung genommen werden soll.

Der Schatzmeister teilt mit, daß er vom 1. Juli ab seinen Posten an seinen Stellvertreter übertragen werde.

Ein Antrag über Versäumnisstrafen bei Gruppenversammlungen wird nicht angenommen und Entschliebung darüber den Gruppen überlassen.

Schließlich erging dahingehend Anregung, dem Vereinsvorsitzenden als Anerkennung für seine aufopfernde Tätigkeit im Verein ein Geschenk zu übermitteln. Die Beschlußfassung ergab, daß man dies den Mitgliedern des Vorstandes überlassen wolle.

Nach Schluß der Verhandlungen — 3 Uhr nachmittags — ging noch folgendes Antworttelegramm Seiner Exzellenz des Herrn Staatsministers ein:

„Besten Dank der Versammlung Herzoglicher Forstleute und freundliche Grüße

von Ziller.“

Nachrichtlich

gez. A. Barth, Schriftführer.

Verein Walbed-Pyrmonter Forstbeamten.

Ortsgruppe Pyrmont. Die am Sonnabend, dem 16. März d. Js., abgehaltene Vereinsitzung wurde vom Vorsitzenden nach alter Jägerart mit einem kräftigen Horrido auf unsern geliebten Fürsten und Jagdherrn eröffnet.

Die Sitzung war gut besucht, und hatten zur Freude aller Kollegen auch ihre Damen mitgebracht.

Punkt 1 betraf die Prüfung der Jahresrechnung pro 1911, welche von Herrn Kollegen Hofmann geprüft und für richtig befunden wurde.

Punkt 2. Die Anträge einiger Kollegen, welche beraten und dem Vorstande eingereicht werden sollen.

Sämtliche Teilnehmer blieben noch mehrere Stunden in guter Unterhaltung beisammen und gingen in später Abendstunde ihrer Heimat wieder zu.

Der Vorsitzende.

Bezirksverein der Kommunalforstbeamten Ost- und Westpreußens.

Die Herren Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Jahresbeitrag pro 1912 bis 1. Mai d. Js. portofrei an den Schatzmeister, Kollegen Gramacki, Forstb. Hermannsdorf, Post Braunsberg, eingeliefert werden muß.

Die diesjährige Hauptversammlung findet voraussichtlich Mitte Mai in Braunsberg statt.

Der 1. Vorsitzende.

Gebbers, Guttstadt.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 325. — Gedanken über die Neuregelung des Förster-Dienstlandes. Von Roost. 326. — Die deutschen Eisenbahntarife für Holz und Holzwaren vom 1. April 1912 ab. 327. — Kritische Würdigungen des Preussischen Förster-Jahrbuches für 1912. 329. — Unfallfürsorge für Beamte. 331. — Die Verpachtung der Jagden in den Staatsforsten. 331. — Sturmchaden im Niesen- und Siegebirge. 333. — Gesehe, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse. 333. — Dr. Oswald Marschall als Dozent an die Forstakademie Eisenach berufen. 334. — Gründung eines Waldbauverbandes im Oberrhein Industriebezirk. 334. — Amtlicher Marktbericht. 335. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 335. — Brief- und Fragekasten. 336. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 336. — Nachrichten des „Waldbau“. 339. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 340. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Korporationen. 341. — Inserate.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

zwölftes Organ des Grandvereins deutscher Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belegungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M., 75 Pf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belegungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M., Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingefandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitchriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 17.

Wendau, den 28. April 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Sonntagfelde in der Oberförsterei Marienwerder, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. August 1912 neu zu besetzen. Die Stelle liegt 9,8 km von der Stadt Marienwerder. Evangelische Schule in Dubiel 2 km, evangelische Kirche in St. Krebs 10 km. Dienstland 12 ha Acker und 1 ha Wiese, Nutzungsgeld 109 M. Dienstaufwandsentschädigung 150 M. Meldedfrist: 1. Juni.

Försterstelle Schökenwinkel in der Oberförsterei Bronke, Regierungsbezirk Posen, ist zum 1. August 1912 neu zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 1. Mai einzureichen.

Försterstelle Ehlertgarten in der Oberförsterei Wormditt, Regierungsbezirk Königsberg, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an nutzbarem Dienstland 1½ ha. Die Schule ist in Launau, ca. 3 km ab. Bahnstation Launau, ca. 3 km ab.

(Fortsetzung der Dienststellen siehe Seite 360.)

Über den Schutz des Förstertitels.

Bericht, erstattet vom Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach in der Vorstandssitzung des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands am 16. Februar 1912.*)

Der Schutz der Titel der Forstbeamten ist eine ebenso alte wie gerechtfertigte Forderung, die in Versammlungen und in der Literatur oft ertönt und mit dem Hinweis auf die vielen Unzuträglichkeiten des heutigen Zustandes begründet wird. So berechtigt aber dieser Wunsch ist, so schwer ist seine Verwirklichung mangels genügender gesetzlicher Grundlagen.

Die hierfür maßgebenden Bestimmungen enthält § 360^a des Reichs-Strafgesetzbuchs; dieser sagt: Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft . . ., wer unbefugt eine Uniform, eine Amtskleidung, ein Amtszeichen, einen Orden oder ein Ehrenzeichen trägt oder Titel, Würden oder Adelsprädikate annimmt. —

Die in Betracht kommenden Verhältnisse sind bereits im Jahre 1903 auf der Versammlung des Deutschen Forst-Vereins nach eingehender Beratung im Forstwirtschaftsrat dargelegt worden. Die Versammlung in Leipzig 1912 hatte nämlich

*) Den Bericht über diese Sitzung siehe auf Seite 357 dieser Nummer.

folgenden Antrag des Kammerrats Kühn angenommen:

„Der Deutsche Forstverein richtet an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten die Bitte, Verordnungen zu erlassen, daß die Titel: Oberförster, Forstmeister, Forsttrat, Oberforstmeister, Oberforsttrat nur solchen Personen verliehen werden dürfen, welche sich den hohen, Staatsprüfungen mit Erfolg unterzogen haben oder, wenn dies nicht angängig, doch wenigstens dahin Bestimmung zu treffen, daß die genannten Titel nicht ohne staatliche Genehmigung erteilt werden dürfen.“

Daß dieser Beschluß aus formellen Gründen ungültig war, interessiert hier weniger als die vom Präsidenten v. Stünzner gemachten Ausführungen über den materiellen Teil der Angelegenheit, welche folgendermaßen lauten:

„Der Forstwirtschaftsrat hat ertvogen, daß es hier nicht darauf ankommt, auf alle Bedenken aufmerksam zu machen, welche der Antrag Kühn in sich selbst trägt, und zu erörtern, wie die deutschen Bundesregierungen wenig Lust verspüren würden, sich auf diesen Antrag einzulassen, und wenn sie es täten, sie einfach gar nicht dabei stehen bleiben könnten, nur die Erteilung der Titel an Privatforstbeamte von gewissen Bedingungen abhängig zu machen, sondern daß sie auch dies auf andere Kategorien von Beamten ausdehnen müßten.

Es dürfte genügen, hier den rechtlichen Standpunkt der Sache zu begründen. In Preußen liegt die Sache einfach folgendermaßen: Nach Artikel 4 der Verfassungsurkunde vom 31. Juli 1850 wurden zwar alle Vorrechte der Standesherrn, der unmittelbaren Reichsfürsten aufgehoben, denn dieser Artikel lautete: Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich, Standesvorrechte bestehen nicht. Aber schon im Jahre 1854 erlangte eine Verordnung Gesetzeskraft, welche die Wiederherstellung dieser Rechte königlicher Verordnung überließ. Diese königliche Verordnung ist im Jahre 1855 erschienen und stellt alle seit dem Jahre 1848 aufgehobenen Rechte der früher unmittelbaren Reichsfürsten wieder her. Es traten also die Bundesakte, die Verordnung vom Jahre 1815 und die dazu ergangene Instruktion wieder in Kraft, und unter anderen Rechten wurde den Standesherrn auch dasjenige wieder eingeräumt, für ihre Familien- und Privatangelegenheiten eigene Diener anzustellen, auch denselben Titel beizulegen, welche den standesherrlichen Verhältnissen entsprechen und dem amtlichen Wirkungskreis angemessen sind. Ferner sollte ihnen freistehen, drei oder mehr dieser Diener für die Besorgung obengedachter Angelegenheiten zu einem Kollegium als Rent- oder Domänenkammer zu vereinigen und denselben sogar Ratsitel zu verleihen, während für

einzelne Beamte diese Titel nur mit königlicher Genehmigung verliehen werden dürfen. Eine Änderung in diesem Rechtszustand könnte nur durch Änderung in der Gesetzgebung erfolgen, denn durch bloße Verordnung lassen sich rechtlich bestehende Zustände nicht beseitigen.

Die preußische Regierung dürfte nicht im mindesten Veranlassung haben, diesen Weg der Änderung der Gesetzgebung zu beschreiten. In anderen deutschen Bundesstaaten liegen die Verhältnisse ganz ähnlich, so namentlich in Hessen, Baden; nur in Sachsen ist die Sache etwas anders. Dort bestehen derartige Vorschriften, wie sie der Antrag Kühn jetzt ins Leben rufen will. Nun, man könnte ja vielleicht dazu kommen, den Antrag Kühn anders zu fassen und diese Standesvorrechte vorzubehalten. Aber auch dann glaubt der Forstwirtschaftsrat nicht, die Stellung eines solchen Antrages empfehlen zu können, denn ich betone ausdrücklich, daß bereits die Herren Vertreter der preußischen und badischen Staatsregierung innerhalb des Forstwirtschaftsrates ausdrücklich erklärt haben, daß die Regierungen von Preußen und Baden nicht in der Lage sein würden, einem solchen Antrage nachzukommen, und ich zweifle keinen Augenblick, daß auch die übrigen Bundesstaaten, wenn ein derartiger Antrag an sie herantritt, dieselbe Erklärung abgeben würden, denn ich meine, es liegt dazu keine zwingende Notwendigkeit vor, und ebensowenig wie man Privatgesellschaften verbieten kann, ihren Beamten Titel, wie Direktor, Inspektor usw., beizulegen, ebensowenig kann man den Privatwaldbesitzern diese Bezeichnung ihrer Beamten als Oberförster, Oberforstmeister usw. verbieten. Nur bei dem Ratsitel, dessen Verleihung mit der erwähnten alleinigen Ausnahme ein Privilegium der Krone ist, ist es anders, weshalb auch die Ausnahme des Titels Forst- und Oberforsttrat auf Unkenntnis des bestehenden Rechtszustandes beruht.“

Die vom Präsidenten v. Stünzner erwähnten Verhältnisse des Königreichs Sachsen liegen folgendermaßen:

Dort ist am 15. März 1899 eine Verordnung des Ministeriums des Innern ergangen, welche bestimmt, daß wenn in Zukunft den für kommunale oder größere Privatwaldungen angestellten Aufsichtsorganen die Dienstbezeichnung „Oberförster“, „Ratsoberförster“, „Forstmeister“ oder dergleichen beigelegt werden soll, vorher die Genehmigung des Ministeriums des Innern einzuholen ist. Dieses setzt sich jedesmal mit dem Finanzministerium darüber in Verbindung, ob die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen. Als solche gelten angemessene Ausbildung (in der Regel akademische), Vorhandensein von Unterbeamten, Reviergröße von mindestens 1000 ha. Das sächsische Oberverwaltungsgericht

hat entschieden, daß diesen Beamten der Schutz des oben angeführten § 360^a zuzubilligen ist.

Letzterer Umstand ist von der größten Bedeutung, da mangels einer solchen Entscheidung der Richter in jedem Falle untersuchen müßte, ob der betreffende Titel „unberechtigt“ geführt wird, da für ihn eine Verordnung nicht ohne weiteres bindend ist und er erst deren Rechtsbeständigkeit zu prüfen hat.

Ich muß noch besonders darauf hinweisen, daß sowohl der Antrag Kühn als auch die sächsische Verordnung und die Bundesakte von 1815 nur Beamte in verwaltender und leitender Stellung ins Auge gefaßt haben, daß dagegen jeder Vorgang fehlt, der sich auf den Titel „Forster“, „Revierforster“ usw. bezieht. Sollte man gegen Personen, welche diesen Titel führen, auf Grund des § 360^a vorgehen, so könnte und würde wohl mit Recht eingewendet werden, daß derartige Titel nach dem Gebrauche des täglichen Lebens Beamten mit sehr verschiedener Ausbildung und Tätigkeit zukommen, daß demnach eine unbefugte Annahme nicht vorliegt, sondern daß sowohl der betreffende Inhaber des Titels als jener, der ihn etwa verliehen hat, im guten Glauben gehandelt hat.

Es fragt sich nun zum Schlusse noch, ob eine Änderung der in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen zu erstreben und zu erwarten sei.

Ich glaube diese Frage verneinen zu müssen, und zwar sowohl nach den bereits vom Präsidenten v. Stünzner in Kiel mitgeteilten Erklärungen der Vertreter der preussischen und badiischen Staatsregierung als auch wegen der Folgen, die sich ferner für andere Klassen von Privatbeamten ergeben würden und wegen des zu erwartenden Widerstandes der Waldbesitzer. Diese würden wohl gegen eine Einschränkung ihres bisherigen Rechtes, den Titel Förster, Oberförster usw. zu verleihen, Einspruch erheben.

Unter diesen Umständen komme ich mit lebhaftem Bedauern zu dem Schlusse, daß nach Lage der heutigen gesetzlichen Bestimmungen der ja aus vielen und triftigen Gründen erwünschte Schutz der Titel der Forstbeamten, namentlich soweit es sich um die Betriebs- und Schutzbeamten handelt, nicht zu erreichen ist, und daß meines Erachtens auch keine Aussicht besteht, eine Änderung dieser Vorschriften, namentlich in Preußen, herbeizuführen.

Abhilfe kann nur dann geschaffen werden, wenn die Waldbesitzer zur Überzeugung gelangen, daß die Anstellung tüchtiger Beamten, die dieses Titels würdig sind, in ihrem eigenen Interesse liegt, und so auf diesem Wege erreicht wird, daß die überwiegende Mehrzahl der Männer, die solche Titel führen, auch wirklich nach Ausbildung und Leistung den von uns allen gestellten Anforderungen entspricht.

Wie beseitigt man Zweifel über die Invalidenversicherungspflicht oder -berechtigung einer Person?

Für den im Dienste einer Hofverwaltung stehenden Förster F. waren, weil man ihn für versicherungspflichtig nach den Vorschriften des Invalidenversicherungsgesetzes hielt, mehrere Jahre lang Beitragsmarken gestellt worden. Als sein Jahreseinkommen den als Grenze für die Versicherungspflicht bestimmten Betrag von 2000 M überschritt, setzte er die Versicherung freiwillig fort. Nachdem er im ganzen fast 700 Beiträge der IV. Lohnklasse geleistet hatte, wurde er invalide und beantragte deshalb die Invalidenrente. Diese wurde von der Versicherungsanstalt abgelehnt, weil er niemals versicherungspflichtig gewesen sei, denn sein Einkommen habe einschließlich der Lantien und der Naturalbezüge von Anfang an über 2000 M jährlich betragen.*) Die untere Verwaltungsbehörde wurde im Laufe des Streitverfahrens um Festsetzung des Wertes der Naturalbezüge ersucht. Sie veranschlagte diesen Wert

auf 821 M 70 S, so daß sich einschließlich einer Vorgehalts von 852 M und des Wertes des Lantien von 326 M 3 S ein Gesamtjahreseinkommen von 1999 M 73 S ergab, das die Versicherungspflicht begründete. Die Versicherungsanstalt suchte die Festsetzung des Wertes der Naturalbezüge mit der Begründung an, daß nur solche Festsetzungen dieses Wertes entscheidender Art seien, die generell (für alle Versicherten und für den ganzen Verwaltungsbezirk) erfolgt seien. Dies sei im Falle F. nicht geschehen, denn die Festsetzung der unteren Verwaltungsbehörde treffe nur den vorliegenden Fall. Das Schiedsgericht und das Reichsversicherungsamt haben diesen Einwand nicht gelten lassen, haben vielmehr den F. als versichert angesehen und ihm die Invalidenrente zugesprochen. In den Gründen der Revisionsentscheidung vom 2. Januar 1912 (II a 2524/11) ist ausgeführt: „Von den Verwaltungsbehörden sind Vorschriften erlassen worden, wonach die Durchschnittswerte der landesüblich gewährten Naturalbezüge von den unteren Verwaltungsbehörden festgesetzt werden sollten. Diese allgemeinen Festsetzungen konnten sich natürlich nicht auf alle versicherungspflichtigen Personen beziehen, weil der Wert der Naturalbezüge in

*) Als Arbeitsverdienst gelten neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält. Der Wert der Sachbezüge wird nach Ortspreisen berechnet, die das Versicherungsamt (untere Verwaltungsbehörde) festsetzt. (§ 160 der Reichsversicherungsordnung.)

den einzelnen Klassen der Versicherten nicht gleichmäßig beurteilt werden kann und innerhalb der einzelnen Klassen auch Fälle vorkommen können, in denen Festsetzungen allgemeiner Art nicht möglich sind oder nicht ausreichen. In solchen Fällen sollte aber die Mitwirkung der unteren Verwaltungsbehörde bei Festsetzung des Durchschnittswertes der Naturalbezüge nicht ausgeschaltet werden; denn diese Behörde ist wegen ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse eher in der Lage, den Durchschnittswert der Naturalbezüge zu schätzen, als die den in Betracht kommenden Verhältnissen ferner stehenden Feststellungsinstanzen. Die untere Verwaltungsbehörde ist also nicht gehindert, in Fällen, in denen allgemeine Festsetzungen des Durchschnittswertes der Naturalbezüge für den Einzelfall nicht möglich sind oder nicht ausreichen, die Festsetzung des Durchschnittswertes der Naturalbezüge auf den Einzelfall zu beschränken, wenn sie dabei nur den allgemeinen Durchschnittswert der Naturalbezüge des Rentenbewerbers berücksichtigt. Dieses ist im vorliegenden Falle geschehen, und da die Festsetzung der unteren Verwaltungsbehörde einer allgemeinen Festsetzung gleichzustellen ist, so ist sie, wie diese, für die Feststellungsinstanzen bindend.“

Der hier mitgeteilte Fall lehrt, daß jeder Versicherte darauf bedacht sein muß, Zweifel über seine Versicherungspflicht oder sein Versicherungsrecht frühzeitig zu beseitigen, damit er nicht vergeblich klagt. Zwar hat das Markensystem der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung den Zweck, auf einfachste Weise die Tatsache, daß während der betreffenden Zeit ein Versicherungsverhältnis in der Tat bestanden hat, nachzuweisen, und es würde hiermit unvereinbar sein, wenn bei Anträgen auf Bewilligung einer Rente die Versicherungsanstalt einen besonderen Nachweis darüber verlangen wollte, daß ein die Versicherungspflicht oder -berechtigung begründendes Beschäftigungsverhältnis während derjenigen Zeit bestanden hat, für welche Marken beigebracht sind. Immerhin ist es den Versicherungsanstalten unbenommen, bei Rentenansträgen zu prüfen, ob der Rentenbewerber tatsächlich versicherungspflichtig oder versicherungsberechtigt war. Dieses Recht ist jetzt (nach Einführung der Reichsversicherungsordnung) nur durch folgende Vorschriften beschränkt (§ 1445 Abs. 1 und 3 der Reichsversicherungsordnung):

„Sind die Marken einer richtig ausgestellten und rechtzeitig zum Umtausch eingereichten Quittungskarte ordnungsmäßig verwendet, so wird vermutet, daß während der belegten Beitragswochen ein Versicherungsverhältnis bestanden hat. Dies gilt nicht, wenn die Marken über einen Monat nach Fälligkeit der Beiträge, oder für das Kalenderjahr in größerer Zahl eingeklebt sind, als es Beitragswochen hat. — Nach Ablauf von 10 Jahren seit Aufrechnung der Quittungskarte kann die rechtmäßige Verwendung der in der Aufrechnung bescheinigten Marken nicht mehr angefochten werden, es sei denn, daß der Versicherte oder sein Vertreter oder ein zur Fürsorge für ihn Verpflichteter die Verwendung der Marken in betrügerischer Absicht herbeigeführt hat.“ Ferner ist zugunsten der Versicherten in § 1446 a. a. O. bestimmt: „Beiträge, die in der irrthümlichen Annahme der Versicherungspflicht entrichtet worden sind und nicht zurückgefordert werden, gelten als für die Selbstversicherung oder Weiterversicherung entrichtet, wenn das Recht dazu in der Zeit der Entrichtung bestanden hat.“ Ein Recht zur Selbstversicherung hatte F., denn er hatte nicht über 3000 M. Jahreseinkommen und war zur Zeit des Beginnes der Versicherung anscheinend noch nicht über 40 Jahre alt (§ 1243 a. a. O.); es hätte ihm also auch auf diesem Wege geholfen werden können.

Zur Lösung von Zweifeln, ob eine Person verpflichtet oder berechtigt ist, sich zu versichern, sieht die Reichsversicherungsordnung zwei Wege vor. Der eine ist die Anrufung des Versicherungsamts (Landrat) und dann gegebenenfalls Beschwärde an das Oberversicherungsamt (§ 1459 a. a. O.), und dieser Weg ist einzuschlagen, wenn jemand mit der Versicherung beginnen will. Der andere Weg ist in Absatz 2 des § 1445 vorgesehen, welcher lautet: „Der Versicherte kann von der Versicherungsanstalt die Feststellung der Gültigkeit der verwendeten Marken verlangen. Hat die Versicherungsanstalt die Versicherungspflicht oder die Versicherungsberechtigung anerkannt, so kann der Rentenanspruch nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß die Marken zu Unrecht verwendet sind.“ Dieser zweite Weg ist denjenigen zu empfehlen, welche bereits Marken geklebt haben. Der erste Weg bleibt daneben immer noch offen. Das Verfahren ist in beiden Fällen kostenfrei. Sg.

Mitteilungen.

— Das leichteste Holz der Welt. An dem sandigen, binsenreichen Ufer des Eschabsees, an den ja jetzt auch unsere vergrößerte Kolonie Kamerun heranreicht, wächst ein strauchartiger, bisher wenig bekannter Baum, den die Botaniker als *Hermimiera elaphroxylon* bezeichnet haben. Er erreicht eine Höhe von 4 bis 5 m, mit einem Brusthöhendurchmesser von etwa 20 cm. Sein Holz ist von einer sehr großen Leichtigkeit und steht an Gewicht noch weit hinter Kork, außerdem ist es auch noch sehr fest und zäh. Diese hervor-

ragenden Eigenschaften sind den Eingeborenen wohl bekannt und werden von ihnen entsprechend verwertet. So stellt sich der Stamm der *Kuris* aus diesem Baum, der dort *Mara* genannt wird, eine Art Schwimmer her, der ihnen den Verkehr mit den zahllosen Inseln in jenem Teil des Eschabsees bedeutend erleichtert. Der Schwimmer besteht aus einer 2,20 m langen Stange, deren Durchmesser nur etwa 12 bis 15 cm beträgt und die bogenartig gekrümmt wird. Mit Hilfe eines solchen Schwimmerholzes durchqueren die *Kuris*

mühe los 12 bis 15 m breite Wasserarme; sie setzen sich zu diesem Zweck reitartig auf den Schwimmer und durchreiten den Wasserarm; hierbei benutzen sie zum Fortbewegen die Hände oder die Füße. Weiter verwenden die Eingeborenen das Holz mit Vorliebe zur Anfertigung von Kriegsschilben, da dieses dem Eindringen von Lanzenspitzen einen überraschend großen Widerstand entgegen-

setzt und dafür durch keine andere Holzart ersetzbar ist. — Auch für uns dürfte sich dieses Holz infolge seiner technischen Eigenschaften vorzüglich eignen und wahrscheinlich für den Bau von Luftfahrzeugen eine große Bedeutung besitzen. Es würde sich wohl empfehlen, durch Versuche den Wert des Maraholzes zu erproben.

Berichte.

Bericht über die Versammlung des Altmärkischen Forstvereins zu Salzwedel am 6. März 1912.

Der Altmärkische Forstverein hielt am 6. März d. Js. seine 4. Versammlung im „Hotel Westendorf“ zu Salzwedel ab. Der Vorsitzende, Königl. Oberförster a. D. Herr Graf v. d. Schulenburg, eröffnete die von etwa 40 Personen besuchte Versammlung und hieß die Anwesenden herzlich willkommen.

Er erteilte zunächst Forstassessor Mäser von der Landwirtschaftskammer zu Halle das Wort zu einem Vortrag über „Die Kiefernfeinde aus dem Tier- und Pflanzenreiche und ihre Bekämpfung“.

Der Vortragende wies am Anfang seiner Ausführungen auf die großen Schädigungen hin, die die Insekten in deutschen Wäldungen, besonders in den Nadelholzbeständen, in den letzten Jahren angerichtet haben, und versuchte diese zum weitest-größten Teil auf die heute allgemein übliche Art der Waldbewirtschaft zurückzuführen. Vor allen Dingen sei daran schuld die reine Nadelholzwirtschaft mit ihren großen, zusammenhängenden, gleichmäßigen Beständen, die kurze Umtriebszeit, das Fehlen jeglicher Mischholzarten, besonders der Laubhölzer und des Unterholzes, Rückgang des Schwarzwildes und der übrigen Insektenfeinde, besonders aber der nützlichen Vögel, denen jede Nistgelegenheit im Walde durch rücksichtslosen Ausschlag aller hohlen Stämme genommen ist. Um den Wald künftighin vor größeren Schäden zu bewahren, müsse für die Folge anders gewirtschaftet werden als bisher. Dazu gehöre die Vermeidung großer Kahlschläge, Ausführung schmaler Schläge, womöglich mit natürlicher Verjüngung, Wechsel der Kulturlächen, Anbau von Mischholzarten, besonders von Laubhölzern, auf den ihnen zugewiesenen Bodenstellen, die sich selbst auf dem geringen Sandboden der Altmark, wenn auch nur in kleinen Flächen, vorfinden. Die Schonung der nützlichen Vogelwelt, deren Tätigkeit als Insektenvertilger an einigen Zahlenbeispielen veranschaulicht wurde, sei ebenfalls als ein wirksames Vorbeugungsmittel gegen das Auftreten von Insektenherden zu bezeichnen. Ihr Schutz durch Schaffung von Nistgelegenheiten, Winterfütterung u. dgl. müsse daher eine der vornehmsten Aufgaben des Waldbesitzers bilden.

Der Redner kam dann auf die einzelnen besonders in der Altmark auftretenden Kiefern-schädlinge aus dem Tierreiche zu sprechen. An der Hand von Demonstrationsobjekten, die die einzelnen Entwicklungsstadien der hauptsächlichsten Insekten vor Augen führten, wurden be-

sonders eingehend behandelt die Kanne, der Kiefernspinner und -Spanner, der Walbgärtner und Rüsselkäfer.

Von den Schädlingen aus dem Pflanzenreich fand besonders die Schütte eine eingehende Behandlung. Über die neuesten Ergebnisse auf dem Gebiete der Schüttelforschung wurde ausführlich berichtet. Von besonderer Wichtigkeit waren die Angaben über die praktischen, auf Verhinderung und Bekämpfung des Schüttelpilzes gerichteten Maßnahmen, die sich auf den Kampfbetrieb und die Ausführung von Freikulturen zu beziehen haben.

Bei allen Bekämpfungsmaßnahmen wurde der Grundsatz obenangestellt, daß es in erster Linie darauf ankomme, das Auftreten von Schädlingen möglichst frühzeitig zu erkennen und durch unverzügliche Eingriffe eine weitere Verbreitung zu verhindern, da der Mensch gegen einmal eingetretene Kalamitäten ziemlich machtlos sei.

In der sich nun anschließenden Diskussion wies Herr Graf v. d. Schulenburg nochmals auf die Wichtigkeit der einzelnen Bekämpfungsmaßnahmen hin. Verschiedene Waldbesitzer teilten einige in ihren Waldgebieten gemachte Beobachtungen mit, die dann eingehende Besprechung fanden.

Herr Amtsvorsteher Kaeßner in Seebe betont nochmals in längerer Ausführung die Notwendigkeit des Vogelschutzes und wies auf die Hilfe hin, die uns bei der Bekämpfung der Wald- und Gartenschädlinge von den nützlichen Vögeln geleistet wird. Gleichzeitig teilte er einige von ihm selbst auf dem Gebiete des Vogelschutzes gemachte interessante Erfahrungen mit. Hieran knüpfte sich eine lebhafte Besprechung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung beantragte Herr Gutbesitzer Schulz, Hohentramm, daß von den Interessenten der einzelnen Gemeinden Waldbegänge in die Wege geleitet werden möchten, bei denen wirtschaftliche Fragen an Ort und Stelle behandelt werden sollen. Es wurde in Vorschlag gebracht, eine Eingabe an die Landwirtschaftskammer mit der Bitte zu richten, für derartige Waldbegänge einen Forstfachverständigen zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag fand von den verschiedensten Seiten lebhaften Beifall, da man allgemein der Ansicht war, daß gerade solche Waldbegänge im Beisein von Sachverständigen ganz besonders geeignet seien, durch gegenseitige Aussprache den Interessen der Privatwaldbesitzer zu dienen.

Einige Herren traten am Schluß der Versammlung dem Verein als neue Mitglieder bei.

Der gute Verlauf der Versammlung zeigt wieder aufs neue, wie notwendig es ist, wenn Waldbesitzer und Forstbeamte sich zusammenschließen, sich über alles Neue und Bedeutende orientieren, mit Gleichgesinnten und Fachgenossen besprechen und ihre gegenseitigen Erfahrungen austauschen. Wir hoffen daher, daß noch viele Waldbesitzer und Forstbeamte, die dem Verein noch fernstehen,

bei der im nächsten Sommer stattfindenden, mit einem Waldbausflug verbundenen Versammlung erscheinen. Wir geben uns ferner der Hoffnung hin, daß sich auch in anderen Teilen der Provinz derartige Vereine bilden. Die Landwirtschaftskammer ist gern bereit, bei der Gründung behülflich zu sein und mit Ratschlägen zur Seite zu stehen. **M.**

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Maßnahmen gegen Waldbrände.

Allgemeine Verfügung Nr. 9/1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J. Nr. III 3864.

Berlin W 9, 8. April 1912.

Die zahlreichen, teilweise sehr folgenschweren Waldbrände, von denen die Staatsforsten im Jahre 1911 heimge sucht wurden, veranlassen mich, allen Forstbeamten erneut zur Pflicht zu machen, den Maßnahmen, die zur Verhütung und erfolgreichen Bekämpfung von Waldbränden geeignet sind, ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Zugleich empfehle ich auf Grund der Erfahrungen, die bei dem großen Waldbrand in der Oberförsterei Schwerin a. M. im September v. Js. gemacht sind, wo dies noch nicht geschehen ist, folgende Anordnungen mit tunlichster Beschleunigung zu treffen:

1. Die Feuerwachtürme sind grundsätzlich mit Fernsprecheinrichtung und einer Anlage zur Bestimmung des Feuerorts zu versehen (vgl. Allgem. Verf. Nr. 33/1907 vom 16. September 1907 — III. 6745). Es wird auch zweckmäßig sein, den Feuerturmwächtern, zu denen nur vollständig zuverlässige Leute ausgewählt werden dürfen, für schnelle und richtige Meldungen besondere Belohnungen in Aussicht zu stellen.

2. Auf den Forstdienstgehöften besonders feuergefährdeter Reviere sind Kienfaden (zum Gegenfeuer-Anlegen) bereitzuhalten und bei Feueralarm zur Brandstelle mitzubringen.

3. Die Aussicht, einen Waldbrand schnell zu unterdrücken, ist von vornherein besser, wenn die Mannschaften, die zur Hilfe eilen, geeignete Werkzeuge mit sich führen. Hierauf müssen die Revierbeamten die in Betracht kommenden Bevölkerungskreise, insbesondere die Gemeindevorsteher, bei sich bietenden Gelegenheiten aufmerksam machen. Werden Löschmannschaften durch die Forstverwaltung bei den Gemeindevorstehern usw. angefordert, so ist an das Mitbringen von geeigneten Werkzeugen jedesmal besonders zu erinnern.

4. Beachtenswert erscheint schließlich die von Forstmeister Voigt, Schwerin a. d. M., bei der diesjährigen Tagung des Märkischen Forstvereins gegebene Anregung, da, wo die Feuergefährdung groß ist, Revierbeamte und Löschmannschaften (in erster Linie die ständigen Waldbarbeiter) durch praktische Übungen, die in jedem Jahre mit ihnen abgehalten werden, in der Bekämpfung von Waldbränden zu unterweisen und auf sie vorzubereiten. Ich halte es für erwünscht, daß in besonders feuergefährdeten Revieren nach diesem Vorschlag verfahren werde.

J. B.: Küster.

An die Königlichen Regierungen mit Ausnahme derjenigen in Aachen und Münster.

Verschiedenes.

— Die diesjährige Hauptversammlung des Märkischen Forstvereins findet vom 2. bis 4. Juni 1912 in Eberswalde statt. Alle Freunde des märkischen Waldes sind hierzu herzlich eingeladen. Näheres wird bald bekanntgegeben.

— 100 Fehler des Amtsstils*). Unter diesem Titel hat Dr. Schill in München ein kleines Buch herausgegeben, das aus dem praktischen Dienst hervorgegangen und auch für diesen bestimmt ist. Das Studium dieses Buches können wir nur jedem Beamten empfehlen; denn in den Amtsstuben (allerdings nicht nur in diesen) wird viel gegen die deutsche Sprache gesündigt. Es wird wohl kaum einen Beamten geben, der unter den hier zusammengetragenen 100 Fehlern nicht

alten Bekannten begegnet, die ihm lieb geworden sind und von denen er sich nur ungern trennt. Dem Schreiber dieser Zeilen ist es ebenso ergangen, obwohl er sich schon seit Jahren bemüht, derartige Untugenden abzulegen. Der Beamte kennt, wie der Verfasser des Werkes richtig sagt, die Fehler nicht. Er hält sein Deutsch für richtig, da er es an den fehlerhaften Altemustern gebildet hat. Außerdem ist es auch viel bequemer, im alten Geleise zu bleiben. Es wird unsere Leser interessieren, wenn wir von den 100 Fehlern, die in dem Buch systematisch geordnet sind, einige herausgreifen: Da ist zunächst das Ersatzzeichen „p“, das man einem Personennamen vorsetzt, um die Wiederholung des Titels oder des Vornamens zu vermeiden. Ursprünglich hieß es „pp“ und bedeutet „praemissis praemittendis“, d. h. „vorausgesetzt, was vorauszusetzen ist“. Der Verfasser meint, hier liege der seltene Fall vor, daß die Amtssprache eine Kürzung zu erreichen suche. Trotzdem bleibt sie auf halbem Wege stehen;

*) 100 Fehler des Amtsstils. Handbuch für Behörden und Beamte. Zusammenge stellt von Dr. Schill. Verlag des Handbuchs „100 Fehler des Amtsstils“ in München 19, Gedwiggstraße 16.

denn es ist zweifellos kürzer und vollkommen ausreichend, statt „der p. Müller“ einfach „Müller“ zu schreiben, wie man auch zu sprechen pflegt. Vielfach geht man diesem Ersatzzeichen dadurch aus dem Wege, daß man der Vorgenannten oder der Obengenannten schreibt. Das sind nicht nur unschöne, sondern auch falsche Zusammensetzungen eines Umstands- und eines Mittelwortes, die getrennt zu schreiben sind. Es muß daher, wenn man nicht, was vorzuziehen wäre, auf diese Umschreibung verzichten will, richtiger heißen: „Der oben Genannte.“ — Unsicherheit herrscht bei der Mehrheitsbildung des Wortes „Beamter“. Der Verfasser gibt eine einfache Regel, wie man einem Fehler ausweichen kann. Man erinnere sich stets daran, daß das Wort aus „Beamleter“ hervorgegangen ist. Man wird dann richtig schreiben: „Forstbeamte (= Beamtete; daher nicht Forstbeamten) erhalten in der Regel das Brennholz unentgeltlich“; dagegen „die Forstbeamten (= die Beamteten)“. — Häufig vorkommende Mißbildungen sind Bezugnahme, Kenntnissnahme und Maßnahme statt Bezug oder Beziehung, Kenntnis, Maßregel oder Anordnung. — Das passive Mittelwort wird häufig unrichtig in aktiver Bedeutung gebraucht, z. B. die stattgehabte Versammlung. Hierhin gehört die vollbeschäftigte (statt voll beschäftigende) Forstklasse, die dem voll beschäftigten Forstassistenten gedanklos nachgebildet wird. Auch der bordschriftsmäßig gelernte Jäger zeigt, welche Verwirrung auf diesem Gebiete herrscht. Die Amtssprache bevorzugt überhaupt auffallend die passive Ausdrucksweise. Man sagt „es wird beantragt“ statt „ich beantrage“ oder „wir beantragen“. Um das noch besser zu können, hat man das beliebte Verhältniswort seitens geprägt, das stets durch „von, bei, durch, für“ ersetzt werden kann, wenn man nicht vorzieht, die aktive Schreibweise anzuwenden. — Beliebt ist auch, statt eines Zeitwortes eine Umschreibung zu wählen. Man schreibt z. B. in Wegfall kommen für „wegfallen“, in Erinnerung bringen für „erinnern“, eine Eröffnung machen für „eröffnen“, Beträge kommen zur Zahlung statt „werden gezahlt“. — Man schreibt ferner fälschlich bzw. statt „oder“, berufliche Bildung statt „Berufsbildung“, einer nicht statt „kleiner“, vierwöchentlicher Urlaub statt vierwöchiger, obwohl der Urlaub doch nicht alle vier Wochen erteilt wird, sondern vier Wochen lang dauert. Der Dritte heißt es häufig, auch wenn es sich nur um zwei handelt, und man richtig „der Andere“ dafür setzt. — Übrigens möchten wir dem Verfasser noch zwei Worte nennen, die wir in seinem Buche nicht gefunden haben. Da ist zunächst das neu gebildete, häßliche Wort der Betreff, das die Inhaltsangabe am Rande des Berichtes bezeichnen soll. Vor Jahrzehnten sagte man „das Rubrum“ und bildete Sagenheuer, wie: „auf den Erlaß, die nebenrubrizierte Angelegenheit betreffend, berichten wir“. Das zweite Wort, das wir in dem Buche vermißt haben, ist diesbezüglich. Den Liebhabern dieses Wortes

möchten wir mit Johannes Trojan, dem Dichter des „Aladderabatich“, zurufen:

Daß Deine Sprache sauber bleibt,
Dahin sei stets bestrebt.

Ein Mensch, der diesbezüglich schreibt,
Verdient nicht, daß er lebt.

Sorgen wir dafür, daß unsere Amtssprache sich wieder eines solchen Ansehens erfreut, wie die sächsische Kanzleisprache zur Zeit Luthers, der sie bei der Übersetzung der Bibel verwendete und dadurch die allgemeine deutsche Schriftsprache schuf. Die sehr verdienstvolle Beseitigung der Fremdwörter allein tut es nicht.

Waldbrände.

Berlin, 21. April. In der Jungfernheide, im Jagd 51 der Oberförsterei Tegel, zwischen dem Tegeler Schießplatz und dem Zielvorse gelegen, kam es heute nachmittag zu einem größeren Waldbrande. Obgleich das Feuer sofort bemerkt und ausreichende Hilfe seitens des Luftschiffer-Bataillons und des Schießplatzkommandos alsbald zur Stelle war, so dauerte der Brand doch über zwei Stunden und vernichtete mehr als 10 halber Kiefernbestände. Entstanden ist das Feuer durch das unvorsichtige Wegwerfen von brennenden Zigarren oder Streichhölzern seitens der Ausflügler, die bei dem schönen Wetter zu Tausenden den Wald durchstreiften.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 23. April 1912. Schwarzwild 0,50 bis 0,70 M das Pfund. Kaninchen 0,85 bis 1,00, Fasanenhühner 2,50 bis 3,50, Waldschneepfen 3,00 bis 3,50 M das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Art.** Förster zu Forsthaus Ewald, Oberförsterei Grünewalde, Regbz. Magdeburg, ist der Titel „Hegemeister“ verliehen.
- Bergmann,** forstverorgungsberechtigter Amtsrat, ist als Forstausseher nach Barriere Bienen, Oberförsterei Naumburg, Regbz. Magdeburg, in den Staatsforstdienst einberufen.
- Brenn,** Förster zu Forsthaus Roosen, Oberförsterei Menn, ist nach Albrechtshöhe, Oberförsterei Grumpp, Regbz. Potsdam, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Kaether,** Hegemeister zu Nikolaiten, Oberförsterei Nikolaiten, ist nach Badstube, Oberförsterei Hammt, Regbz. Allenstein, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Neurenter,** Forstausseher zu Emilienthal, Oberförsterei Brinzwald, ist als Forstausseher und Schreibgehilfe nach der Oberförsterei Johannsburg, Regbz. Allenstein, verlegt.
- Niedel,** Förster zu Groß-Bäcker, Oberförsterei Meiersdorf, ist nach Alt-Lynden, Oberförsterei Neu-Lynden, Regbz. Potsdam, verlegt.
- Schellhorn,** Förster zu Badstube, Oberförsterei Hammt, ist nach Nikolaiten, Oberförsterei Nikolaiten, Regbz. Allenstein, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Schwarze,** Förster o. M. zu Barriere Bienen, Oberförsterei Naumburg, ist als Förster n. M. nach Schützengraben (Schützengraben), Oberförsterei Naumburg, Regbz. Magdeburg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.

Siebert, Förster zu Teufelsberg, Oberförsterei Freienwalde, ist nach Damsdorf, Oberförsterei Golpin, Regbz. Potsdam, versetzt.

Klusch, Forstausseher zu Al.-Anrwin, Oberförsterei Anrwin, ist nach Scheufelsdorf, Oberförsterei Burden, Regbz. Allenstein, vom 1. Juni d. Js. ab versetzt.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen: **Göddke**, Holzhausenermeister zu Glindeberg, Oberförsterei Biebertz, Regbz. Magdeburg; **Maschdowski**, Holzhausenermeister zu Aulen, Kreis Culm, Regbz. Marienwerder; **Wamske**, Holzhausenermeister zu Rudnau, Oberförsterei Nammi, Regbz. Marienwerder; **Schubert**, Waldarbeiter zu Klausthal, Kreis Gellersfeld, Regbz. Gildesheim.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen: **Pauker**, Waldarbeiter zu Meiersberg, Oberförsterei Jädemühl, Regbz. Stettin.

Gemeinde- und Privatdienst.

Grafmann, Gräf. Revierförster zu Wolfzburg, Kreis Gardelegen, Regbz. Magdeburg, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Kannig, Privatförster zu Rendsch, Kreis Glatz, Regbz. Breslau, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Schäfer, Privatförster zu Piepenburg, Kreis Regenwalde, Regbz. Stettin, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Moll, Gemeindeförster zu Raub, Kreis St. Goarshausen, Regbz. Wiesbaden, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Stephan, Stadtförster zu Rügge, Kreis Hörter, Regbz. Minden, ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Wegener, Revierförster zu Obergläfersdorf, ist zum Forstverwalter der Gräf. Ballenremjauen Forsten Obergläfersdorf-Böden, Regbz. Piegwitz, ernannt.

Herzogtum Braunschweig.

Staats-Forstverwaltung.

Sampe, Forstassessor zu Gräfenleben, H.-V.-A. Wariental, ist nach Gasseiche zum Forstamte Gasseiche II versetzt.

Die Forstreferendare **Brandes**, **Meier** und **Zimmermann** bei der Forstseminarangelegenheit zu Braunschweig sind zur weiteren Ausbildung im Vorbereitungsdiensie der Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten, daselbst überwiesen.

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Staats-Forstverwaltung.

Saenger, Oberförster, ist zum Vorstand des Forstbezirks Salungen vom 1. Mai d. Js. ab ernannt.

Frhr. von Bürke, Oberförster zu Meiningen, ist die Verwaltung der Oberförsterei Piesau übertragen.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Unwärtler des Jägerkorps.

Die Gemeindeförsterstelle des Forstschutzbezirks **Großmaischeld**, Regbz. Coblenz, ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Das Anfangsgehalt beträgt 1200 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 20 M. bis zum Höchstgehalt von 2400 M.; außerdem steht eine große, 1911 neu erbaute schöne Dienstwohnung mit circa 45 qm großem Garten zur freien Benutzung zur Verfügung. Ferner wird eine Brennholzentschädigung von 100 M. gewährt. Seiteneinkünfte hat Anspruch auf Pension von allen Bezügen und Futterkosten. Die Probezeit wird nach erfolgter Anstellung als pensionfähige Dienstzeit gerechnet. Bewerber, unter denen Forstverwaltungsbedienstete den Vorrang erhalten, wollen ihre Meldungen mit Lebenslauf, Zeugnisse und Militärpapieren innerhalb 8 Wochen dem Bürgermeister in Dierdorf einreichen. Die sich bewerbenden Forstverwaltungsbediensteten und Reserveläger haben auch die schriftliche Erklärung abzugeben, daß sie durch die endgültige Anstellung auf der Forststelle Großmaischeld ihre Forstverwaltungsansprüche als erfüllt betrachten wollen.

Brief- und Fragekasten.

Bei Anfragen zu beachten:

Das diesjährige **Preussische Förster-Jahrbuch** enthält besonders in seinem beamtentechnischen Teile (S. 33) und in den

Ausführungen über die Reichsversicherungsordnung (S. 115) viele für die preussischen Staats- und Kronforstbeamten wichtige Angaben, durch die eine große Zahl der bei uns eingehenden Fragen entbehrlich wird. Wir empfehlen daher unseren Lesern, soweit sie zu den oben erwähnten Beamtenklassen gehören, sich vor der Stellung von Fragen zu vergewissern, ob diese sich nicht ohne weiteres aus dem Förster-Jahrbuche beantworten lassen. Wo solches möglich ist, beabsichtigen wir, uns künftig jedenfalls bei der Fragebeantwortung mit einem Hinweis auf das Förster-Jahrbuch zu begnügen, da wir annehmen, daß jeder Interessent jetzt das Wert beifügt.

Nr. 48. Anfrage: Mein Dienstmädchen zählt Beiträge zur forstfiskalischen Krankenkasse; dasselbe erkrankte an Blutarmut und Lungen- Spitzenkatarrh. Auf Anordnung des Kassenarztes wurde das Mädchen in eine Krankenhaus aufgenommen, woselbst es vom 16. Dezember 1911 bis 27. Januar 1912 verblieb. Bin ich nach dem Gesetz verpflichtet, dem Mädchen während der Zeit des Aufenthaltes im Krankenhaus den Lohn zu zahlen. B., Kgl. Förster in E.

Antwort: Sie müssen auch für die Zeit des Krankenhausaufenthaltes den Lohn unverkürzt zahlen.

§ 9.

Nr. 49. Anfrage: 1. Mein Dienstland ist seit 1. Oktober 1908 verpachtet, das Pachtgeld wird vierteljährlich im voraus bezahlt. Wie habe ich mich am 1. Juli 1912 mit meinem Nachfolger bezüglich der Pachtgelber auseinanderzusetzen? 2. Darf ein königlicher Forstbeamter, welcher am 1. Juli 1912 in den Ruhestand tritt, sein im vorigen Jahre (1. April 1911 bis 1. April 1912) erpartes Brennholz mitnehmen?

B., Königl. Hegemeister.

Antwort: 1. Ihr Nachfolger hat Anspruch auf das seit dem 1. Oktober 1911 fällige Pachtgeld. 2. Das am 1. Juli 1912 noch nicht verbrauchte Deputatholz müssen Sie Ihrem Nachfolger zurücklassen. Dieser hat Ihnen die dafür aufgewendeten Werbungs-, Anfuhr- und Zerfleinerungskosten zu erstatten.

Nr. 50. Anfrage: Ich habe einen Hund gegen vereinbartes Dressur- und Futtergeld in Dressur gegeben. Nun schreibt mir der Dressleur, der Hund habe ihm eine Anzahl Hühner gewürgt. Bin ich für den Schaden haftbar? S. in D.

Antwort: Gelegentlich gelten Sie als Tierhalter, doch möchten wir eine Ersatzpflicht Ihrerseits für den durch den Hund angerichteten Schaden verneinen, da Sie die im Verkehr erforderliche Sorgfalt nicht verletzt haben. Der Hund befindet sich bei seinem bisherigen Dressleur in Pflege, und dieser mußte entweder den Hund oder seine Hühner so beaufsichtigen bzw. verwahren, daß kein Schaden angerichtet werden kann. Übrigens konnten Sie das Würgen der Hühner durch Ihren Hund gar nicht verhindern.

Förster B. in A. (Kreis Torgau). Anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet, ebenso nicht solche, denen eine Abonnementsquittung fehlt.

Für die Redaktion: J. W. Bodo Grundmann, Mendheim.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Agl. Vegenmeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Km

Wirtschaftsverträge.

Öffentliche Quittung
über an den Verein gezahlte Umsatz-
vergütungen.

Durch den Abschluß von Wirtschaftsverträgen
sind im Jahre 1911 folgende Umsatzvergütungen
erzielt und von den Firmen bisher an den
Verein gezahlt worden, worüber hiermit quittiert
wird:

1. Reinhard Bode, Uniformfabrik,
Cassel (die Firma ist am 1.7.1911
eingegangen) 5,50 „
2. Ernst Vogt, Juwelier, Breslau,
Glauerstraße 60 20,00 „
3. Ed. Sachs, Uniformgeschäft,
Berlin W. 8, Taubenstraße 7
(Vertreter R. Bode, Cassel, Quer-
allee 48) 77,10 „
4. Oskar Reinsch, Zigarrenver-
sandhaus, Breslau II, Tauen-
zienstraße 55 11,75 „
5. Gebr. Wähmann, Eschwege,
Bez. Cassel, Schuhfabrik 12,60 „
6. Büstenborfer und Senfner
Tabak- und Zigarrenfabrik,
Berlin SW. 68, Kochstraße 59 90,00 „
7. B. Stord, Fahrradgroßhand-
lung, Lüneburg 560,15 „
8. H. B. Schulz & Co. (H. Buchert),
Waschmaschinen etc., Berlin W. 57,
Potsdamerstraße 87 11,75 „
9. Th. Zimmermann, mechanische
Weberei, Aussteuer etc., Gnaden-
frei i. Schl. 91,43 „
10. P. Schaar, Bekleidung, Militär-
und Forsteffekten, Delz i. Schl.,
Marienstraße 24 12,40 „
11. Noack, Kolonialwaren, Drogen,
Bromberg, Kornmarkt 3 1,55 „
12. B. Göhlers Wwe., Maschinen,
Geräte für Forstwirtschaft, Frei-
berg i. Sachsen 24,00 „
13. Joh. Specht, Büchsenmacherei
und Patronenhandlung, Baugen
i. Sachsen, Moltkestraße 3 136,90 „
14. D. Fieße, Tuchfabrik, Neudamm
i. d. Mark 4,90 „
15. D. Dominicus & Co., Eisen-
und Stahlwaren, Spez. Sägen,
Riemscheib-Vieringhausen 3,44 „
16. E. Jähne & Sohn, Maschinen-
fabrik, Landsberg a. W. 31,33 „
17. Gebr. Dittmar, feine Stahl-
waren-Geräte für Forstwirtschaft,
Heilbronn a. Neckar 4,00 „
18. F. Wichelhausen Wwe., Fortuni-
formgeschäft, Herfelle a. d. Weser 400,00 „
19. Eduard Kettner, Gewerfabrik,
Edln a. Rhein 150,00 „
20. Steiner & Kellner, Uniformfabrik,
Edln a. Rhein 3,40 „

1652,20 „

Nach Abschluß der Rechnung

sind noch eingegangen:

21. Anschütz & Co., Mechanische
Stickerien, Eisenach 0,75 „
22. Ed. Grell & Co., Raubtier-
fallenfabrik, Jahnau i. Schles. 29,00 „
23. Wilhelm Spangenberg, Berlin 88,00 „

1769,95 „

Die Firma Pietrulla & Co., Zigarrenfabrik,
Berlin-Westend, ist eingegangen.

Die Beträge einiger Firmen stehen noch aus.

Der Vorstand.

Krause. Belte.

z

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh
eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten
sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen
Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme
aller Angelegenheiten der Bezirks- und Orts-
gruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Arnsberg. Freitag, den 24. Mai, nachmittags
1 Uhr, ordentliche Vertreter- und Mitglieder-
versammlung im Hotel Wiggemann in Finner-
trop. 1. Geschäftsbericht und Rechnungslegung;
2. Besprechung der in der Berliner Versammlung
anstehenden Fragen; 3. Wahl eines Delegierten;
4. Anträge der Ortsgruppen und Sonstiges.

Der Vorsitzende.

Coblenz. Eingetretener Hindernisse wegen findet
die Delegiertenversammlung nicht am 11. Mai,
sondern eine Woche später, am 18. Mai d. Js.,
sonst ganz in derselben Weise, wie bekannt-
gegeben, statt. Der Vorsitzende: Meißter.

Ortsgruppen:

Arnsberger Wald (Regbz. Arnsberg). Samstag,
den 11. Mai, nachmittags 2 Uhr, ordentliche
Mitgliederversammlung im Gasthof Sauerwald
zu Nuttlar. 1. Kasienbericht und Rechnungs-
legung; 2. Wahl eines Vertreters zur Bezirks-
gruppenversammlung und Besprechung der
Tagesordnung des Hauptvereins; 3. Beschluß
über die nächstjährige Kaisergeburtstagsfeier
und Sonstiges; 4. Besprechung forstlicher Fragen,
insbesondere Fichtenverschulung, Brandver-
hütung usw. Der Vorsitzende.

Coblenz-Eifel. Versammlung am Sonntag, dem
5. Mai, nachmittags 1½ Uhr, zu Remagen im
Weisfährischen Hof am Bahnhof. Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorsitzenden; 2. Prüfung
der Rechnung von 1911; 3. Wahl eines Dele-
gierten zur Bezirksgruppenversammlung; 4. Be-
schließung der Anträge zur Bezirksgruppen-
versammlung; 5. Verschiedenes. Um zahl-
reiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Gelguthen (Regbz. Allenstein). Die Ortsgruppe
feiert am Sonntag, dem 5. Mai, in Gelguthen
den Geburtstag Seiner Kaiserlichen Hoheit des
Kronprinzen. Gemeinsame Kaffeetafel pünktlich

4 Uhr nachmittags. Um vollzähliges Erscheinen mit Damen wird erbenstet gebeten.

Kienburg a. Weser (Regbz. Hannover). Sonnabend, den 11. Mai d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Weser-Pavillon zu Kienburg. Tagesordnung: 1. Besprechung einiger Vereinsangelegenheiten; 2. Festsetzung des Beginns des diesjährigen Scheibenschießens; 3. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Nach dem geschäftlichen Teil Kaffeetafel mit Damen. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand. J. A.: Wittig.

Wiartel (Regbz. Allenstein). Am Sonntag, dem 5. Mai 1912, Versammlung im Vereinslokal, Gasthaus Konopacki, Wiartel. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten. Nach der Versammlung gemütliches Zusammensein mit Damen.

Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Bezugsmeister Krause, Kesselgrund bei Hochzeit Mü., vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Gumbinnen. Die Beteiligung der Kollegen an der Sitzung am 9. April d. Js. zu Insterburg war eine sehr rege; auch die entferntesten Reserviere hatten nicht unterlassen, Vertreter zu stellen. 1. Die Kasse wurde revidiert, dem Kollegen Schaymeister wurde Entlastung erteilt. Der Beitrag der Bezirksgruppe ist vom 1. Januar 1913 ab um jährlich 50 M. erhöht. 2. Der Bericht über die Vorstandssitzung in Berlin vom 20. Januar d. Js. wurde mit Beifall aufgenommen. 3. Der Vortrag des Kollegen Kutschelis, Wischwill, über die Lungenvenernseuche des Wildes fand ungeteiltes Interesse, dem Vortragenden konnte die lobende An-

erkennung seitens seiner Kollegen für die Ausarbeitung ausgesprochen werden. Die eingehenden Darlegungen werden im Revier das Auge des Jägers schärfen und die Gefahr für unseren Wildstand sicherer erkennen lassen. 4. Dem Delegierten wurde Vollmacht erteilt, im Sinne der Beschlüsse der Bezirksgruppe die Interessen der Beamtenschaft zu vertreten. 5. Die Bestrebungen zur weiteren Hebung des Försterstandes in kultureller Hinsicht durch noch engeren Zusammenschluß und gegenseitiges Stützen und Beraten fanden die Zustimmung der Versammlung. Nach Durchberatung dieses Gedankens (Ehrentat) in den Ortsgruppen wird die Bezirksgruppe im kommenden Jahre die hierauf bezüglichen Entschlüsse festlegen. 6. Unter Verschiedenes kam wieder mit elementarer Gewalt der Ruf nach Wohnungen für verheiratete Forstaufseher zum Durchbruch. Die hierbei geäußerten Besürchtungen für die Zukunft und Beispiele aus der Praxis sollen nach gehöriger Prüfung zunächst bei dem Herrn Oberförstermeister zur Sprache gebracht werden. Die Herbstsitzung findet in Tilsit statt.

Der Vorstand. Puppel, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Göttingen (Regbz. Hildesheim). In der am 14. d. Mts. aberaumten Versammlung, welche von 18 Mitgliedern besucht war, wurde beschlossen, anfangs Juni einen Waldausflug mit Damen in die Oberförsterei Reinhaufen zu veranstalten. Das Nähere hierüber wird noch in der „Deutschen Forst-Zeitung“ bekanntgegeben werden. Von einem gemeinsamen Besuche der Förster-Jahrbücher wurde für dieses Jahr aus praktischen Gründen abgesehen und dafür der Bezug in kleineren Partien empfohlen. Es wurde aber die Erwartung ausgesprochen, daß sich jedes Ortsgruppenmitglied in den Besitz dieses äußerst wertvollen Buches setzen werde.

Der Vorstand.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Galensee.

Bekanntmachung.

Unsere Vereinsmitglieder verweise ich auf die in Nr. 16 der „Deutschen Forst-Zeitung“ Seite 333 erschienene Verfügung des preussischen Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, durch die zur Vermeidung einer Überfüllung der Privatförsterlaufbahn den königlichen Oberförstern untersagt wird, durch die Presse Privatforstlehrlinge zu suchen. Dieser Erlaß ist veranlaßt durch ein Gesuch unseres Vereins. Wir müssen dem Herrn Minister sehr dankbar für die Erfüllung unserer Bitte sein.

Galensee, den 20. April 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Berichte über die Sitzungen der Wintertagung.

I. Unterausschuß für Dienstverträge

(am 14. Februar um 5 Uhr nachmittags).

1. Anwesenheit der Herren:

- | | |
|---|------------------------------|
| 1. Graf von und zu Westerholt und Gysenberg, Haus Sythen, Vorsitzender des Ausschusses, | } Mitglieder des Ausschusses |
| 2. Dr. Bertog, Oberförster, Galensee, | |
| 3. Tike, Oberförster, Friedrichsruh, | |
| 4. Hermanski, Generalsekretär, Galensee, Schriftführer. | |

2. Tagesordnung. Durchberatung der Muster für die Dienstverträge und die Försterdienstvorschrift. Berichterstatter: Oberförster Tike.
3. Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

4. Bericht über die Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnet um 5,20 Uhr die Sitzung und erteilt das Wort dem Berichterstatter.

Oberförster Litzke schlägt zunächst die Überschrift „Muster einer Försterdienstvorschrift“ vor, mit der Begründung, daß der Wortlaut allein „Försterdienstvorschrift“ den Verein in eine schiefe Lage bringen könnte.

Ferner müßte jeder Paragraph eine Überschrift haben, deren Zusammenfassung in einem Inhaltsverzeichnis den Inhalt übersichtlicher gestalten würde.

Nedner beantragt schließlich, unter Hinweis auf die Kürzlich von Bismarcksche Försterdienstvorschrift, Änderungen und Ergänzungen einzelner Paragraphen, ebenso die anderen Ausschlußmitglieder.

Die Änderungen werden vom Ausschuß genehmigt.

Die Muster der Dienstverträge erfahren eine entsprechende Änderung. Nach Erlass des neuen Pensionsgesetzes für Privatbeamte kann nunmehr auch der § 3 im Muster III endgültig eine entsprechende Fassung erhalten. Zugleich werden einige Zusätze in einigen Paragraphen der drei Muster vorgeschlagen.

Der Ausschuß beschließt: „Das durchberatene Muster einer Dienstvorschrift ist vom Generalsekretär noch einmal durchzuarbeiten und den Mitgliedern des Unterausschusses vorzulegen. Eventuell tagt der Unterausschuß im März d. Js. noch einmal.“

Ebenso sind, entsprechend der Verhandlung, die Muster der Dienstverträge zu behandeln.“

Schluß der Sitzung um 8,40 Uhr abends.

II. Schulbeirat für die Forstlehrlingschule

(am 15. Februar 9½ Uhr vormittags).

1. Anwesend die Herren:

1. Dr. Schwappach, Geh. Reg.-Rat, Professor, Oberswalde, Schulpfleger, Vorsitzender des Schulbeirates,

2. Graf von Arnim-Boitzenburg,

Stellvertreter des Schulpflegers,

3. Dr. Bertog, Oberförster, Halensee, Vertreter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg,

4. Jacob, Oberförster, Templin,

5. Poppe, Oberförster, Halle, Vertreter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen,

6. Riebeling, Bürgermeister, Templin, Vertreter der Stadt Templin,

7. von Eichel-Streiber, Oppershausen,

8. Fiebig, Wildmeister, Arnstadt,

9. Grundmann, Neubamm, Stellvertreter des Schatzmeisters,

10. Schwabe, Oberförster, Jagdschloß,

11. Litzke, Oberförster, Friedrichsruh,

12. von Arnswaldt,

Forstmeister,

13. Jven, Forstmeister,

Fogel

Mitglieder

des

Schul-

beirates.

Warte.

Vertreter des
Vereins
mecklenburgischer
Forstwirte.

14. Hermanski, Generalsekretär, Halensee, Schriftführer.

2. Tagesordnung.

1. Lieferung der Uniformen für die Zöglinge der Forstlehrlingschule Templin. Berichterstatter: Oberförster Jacob.

2. Anstellung einer neuen Wirtin. Berichterstatter: Oberförster Jacob.

3. Beiträge der Waldbesitzer. Berichterstatter: Generalsekretär Hermanski.

3. Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

4. Bericht über die Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnet um 9,50 Uhr die Sitzung, begrüßt als neues Mitglied den Herrn Bürgermeister der Stadt Templin und erteilt dann dem Berichterstatter zu Punkt 1 das Wort.

Oberförster Jacob teilt unter Vorlegung von Tuchproben der Innung und des bisherigen Lieferanten mit, daß die Templiner Schneiderinnung sich um die Lieferung der Uniformen für die Zöglinge der Forstlehrlingschule bewirbt.

Die Proben werden geprüft, die der Schneiderinnung als schlechter festgestellt.

Der Ausschuß beschließt daher, die Lieferung der Uniformen auf weitere drei Jahre dem bisherigen Lieferanten zu übertragen.

Zu Punkt 2 weist derselbe Berichterstatter auf die Kündigung der bisherigen Wirtschafterin der Forstlehrlingschule hin. Er bittet, ihm die weiteren Verhandlungen zur Annahme einer neuen Wirtin zu überlassen. Der Ausschuß ermächtigt ihn dazu.

Zu Punkt 3 berichtet Generalsekretär Hermanski, daß mit dem Jahre 1911 die nach Gründung der Forstlehrlingschule Templin freiwillig abgegebenen Erklärungen der Waldbesitzer, für 3 bis 5 Jahre Unterstützungsbeiträge zu zahlen, größtenteils abgelaufen seien. Deshalb seien im Haushaltsplan der Forstlehrlingschule für 1912 die Beiträge der Waldbesitzer um etwa 2500 M niedriger angesetzt worden. Nedner bittet um Anweisung, in welcher Form die Waldbesitzer, die mit den Beiträgen noch ausstehen, zu veranlassen sind, weiterhin Beiträge zu zahlen.

Dr. Schwappach weist darauf hin, daß die Waldbesitzer zwar gerne zahlen, sich aber nicht binden wollen. Er schlägt vor, im Dezember oder zu Anfang Januar ein in verbindlichem Tone gehaltenes Schreiben an die Waldbesitzer zu richten, desgleichen nach der Sitzung an die Waldbesitzer, deren Verpflichtungszeit abgelaufen, sowie an die mit der Zahlung für 1912 noch rückständigen.

Der Ausschuß stimmt dem Antrag zu und beauftragt den Generalsekretär mit der Ausführung des Beschlusses.

Schluß der Sitzung um 10,15 Uhr vormittags.

III. Ausschuß für Unterrichts- und Prüfungen

(am 15. Februar um 10 Uhr vormittags).

1. Anwesend die Herren:

1. Dr. Bertog, Oberförster, Halensee, Vorsitzender,

2. Heinrich von Eichel-Streiber, Döppershausen,
 3. Fiebig, Bildmeister, Rzygati,
 4. Prof. Dr. Schwappach, Geh. Reg.-Rat, Eberswalde,
 5. Graf von Arnim-Boitzenburg,
 6. Linde, Oberförster, Haltern,
 7. Wegner, Oberförster, Radlitz,
 8. Schwabe, Oberförster, Jagdschloß,
 9. Streiber, Oberförster, Gersfeld,
 10. Tige, Oberförster, Friedrichstuh,
 11. Poppe, Oberförster, Halle, Vertreter der Landw.-Kammer f. d. Provinz Sachsen,
 12. von Arnswaldt, Forstmeister, Schlemmin, } Vertreter des Vereins westf. Forstwirte.
 13. Jven, Forstmeister, Rogel, }
 14. Niebeling, Bürgermeister, Templin, }
 15. Grundmann, Neubamm, Vertreter des Schatzmeisters,
 16. Hermanski, Generalsekretär, Halensee, Schriftführer.
2. Tagesordnung:
1. Stand des Landankaufs zur Erweiterung der Forstlehrlingschule Templin. Bericht-erstatte: Oberförster Jacob.
 2. Dienstvertrag des Schulleiters, Oberförster Jacob. Bericht-erstatte: Oberförster Dr. Vertog.
 3. Haushaltsungsplan der Forstlehrlingschule 1912/13. Bericht-erstatte: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach.
 4. Bericht über die Entwicklung der Forst-lehrlingschule. Bericht-erstatte: Ober-förster Jacob.
 5. Vertrag mit der Fürstlich Hendel von Donnermarschen Verwaltung Neubred wegen Aufnahme von Forstlehrlingen in die Forstlehrlingschule Templin. Bericht-erstatte: Oberförster Dr. Vertog.
 6. Schlußprüfung der Forstlehrlingschule. Bericht-erstatte: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach.
 7. Antrag der Bezirksgruppe Magb um Er-richtung einer Forstlehrlingschule in Schleien. Bericht-erstatte: Oberförster Dr. Vertog.
 8. Einrichtung einer Zwischenprüfung. Bericht-erstatte: Oberförster Wegner.
 9. Försterprüfung 1912. Bericht-erstatte: Oberförster Wegner.
 10. Die „Lehrlingszuchterei“. Bericht-erstatte: Oberförster Linde.
 11. Die Privatforstschulen. Bericht-erstatte: Oberförster Tige.
 12. Errichtung von Lehrstühlen für Forst-wirtschaft an den Landwirtschaftlichen Seminaren. Bericht-erstatte: Oberförster Schwabe.

Mitglieder des Ausschusses.

Gäste.

3. Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.
4. Bericht der Sitzung:
 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 10,15 Uhr und berichtet zu Punkt 1:
 Der Magistrat Templin ist bereits benachrichtigt worden, daß der Verein das der Forstlehrlings-schule benachbarte Grundstück für 3000 M zu kaufen bereit ist.
 Bürgermeister Niebeling, Templin, weist darauf hin, daß mit Rücksicht auf die stark gestiegenen Grundstückspreise der vom Magistrat vorgeschlagene Preis von 1 M für das Quadrat-meter Bauland und 500 M für einen Morgen Hinterland nicht zu hoch sei.
 Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach stellt fest, daß etwa 1750 qm Bauland vorhanden sind, betont die Notwendigkeit des Hinterlandes zur Vergrößerung des Forstgartens und zur Anlage eines Spielplatzes und fragt den Bürger-meister, ob es möglich sei, daß der Ankauf des Geländes zu den oben genannten Preisen zu-stande kommt.
 Bürgermeister Niebeling kann keine bindende Erklärung abgeben, erklärt aber, daß er dafür wirken werde.
 Nachdem Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwap-pach unter Hinweis auf den Antrag der Bezirks-gruppe Magb Abschluß der Verhandlungen mit dem Magistrat vor dem 1. Juli beantragt, be-schließt der Ausschuß:
 „Der Zukauf des Nachbargrundstückes wird in Aussicht genommen und der Herr Bürgermeister Niebeling gebeten, bei der Stadtverordneten-versammlung dahin zu wirken, daß bis spätestens Juni ein bestimmter Vorschlag gemacht wird unter der Bedingung, daß für das Quadratmeter Vor-land 1 M und für einen Morgen Hinterland 500 M gerechnet wird. Eine Verpflichtung zum Bau kann nicht übernommen werden.“
 Zu Punkt 2 (Oberförster Jacob verläßt den Sitzungssaal) berichtet Oberförster Dr. Vertog unter Hinweis auf die strenge Vertraulichkeit der Verhandlung, daß bereits eine Vorbesprechung des engeren Vorstandes stattgefunden habe.
 von Eichel-Streiber verläßt als-dann den vom Oberförster Jacob entworfenen Dienstvertrag, der paragrafenweise durch beraten wird.
 Es wird festgestellt, daß die Ansprüche teil-weise zu hoch sind; der Aus-schluß be-schließt deshalb, daß eine Kommission von drei Herren mit Oberförster Jacob in Verhandlungen treten soll, die bis zum 15. März beendet sein müssen.
 Oberförster Jacob wird dann von dem Vor-sitzenden von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt.
 Zu Punkt 3 berichtet Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach über den Haus-haltungsplan in Einnahme und Ausgabe.
 Der Haushaltsungsplan wird vom Ausschuß genehmigt.
 Zu Punkt 4 berichtet Oberförster Jacob über die Entwicklung der Forstlehrlingschule, die eine normale sei. Der Gesundheitszustand der 43 Schüler sei gut, Fleiß und Betragen zufriedenstellend. Der neue Assistent und der

neue Forstaufsichter hätten sich bewährt. Die Verpflegung werde in gleicher Weise gehandhabt wie bisher. Für das neue Schuljahr lägen bis jetzt 66 Anmeldungen vor, die endgültige Aufnahme fände am 1. März statt.

Der Bericht wird vom Ausschuß mit Befriedigung aufgenommen.

Punkt 5 und 7 werden zusammen beraten. Der Vorsitzende verliest den Vertrag mit der Fürstlich-Hendel von Donnermarschen Verwaltung, wonach von dieser jährlich bis zu drei Lehrlinge gegen einen Zuschuß von je 250 M nach der Forstlehrlingschule Templin gesandt werden können.

Nachdem festgestellt wird, daß durch diesen Vertrag die Rechte der Mitglieder nicht geschmälert werden, wird der Vertrag genehmigt.

Zu Punkt 7 schlägt der Vorsitzende vor, der Bezirksgruppe Glas zu antworten, daß die Angelegenheit noch nicht spruchreif sei. Der Vorschlag wird genehmigt.

Zu Punkt 6 teilt Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach mit, daß er nicht in der Lage sei, die diesjährige Schlussprüfung an der Forstlehrlingschule Templin abzuhalten, und schlägt Herrn Graf von Arnim-Boitzenburg vor. Graf von Arnim-Boitzenburg erklärt sich dazu bereit, falls er zu dieser Zeit abkömmlich sei.

Der Ausschuß nimmt den Antrag an und wählt neben Herrn Grafen von Arnim-Boitzenburg noch Oberförster Mehner und Oberförster Poppe in die Prüfungskommission.

Zu Punkt 8 verliest Oberförster Mehner den Antrag eines Vereinsmitgliedes auf Errichtung einer Zwischenprüfung, die der Jägerprüfung der Klasse A entsprechen soll.

Der Wunsch wird zwar für berechtigt anerkannt, aber an der praktischen Durchführbarkeit gezwweifelt.

Der Vorsitzende hält diesen Antrag noch nicht für spruchreif und bittet Oberförster Mehner, eine Prüfungsordnung zu entwerfen.

Der Ausschuß beschließt nur mit geringer Mehrheit, die Sache weiter zu verfolgen, und bittet Oberförster Mehner um Ausarbeitung einer Prüfungsordnung.

Zu Punkt 9 berichtet Oberförster Mehner, daß sich bisher nur ein Prüfling gemeldet hat.

Der Ausschuß bittet Oberförster Mehner als Obmann der diesjährigen Prüfungskommission, die Bekanntmachung zur Försterprüfung in die Wege zu leiten.

Punkt 10 und 12 werden wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgesetzt zur Behandlung in der Sommer Sitzung.

Zu Punkt 11 teilt Oberförster Tige mit, daß in der Forstlehranstalt Stargard die Verhältnisse sich gebessert hätten, und tritt für Zusammenarbeit mit Stargard ein. Dagegen seien die anderen „wilden“ Forstschulen wegen ihrer Gefährlichkeit für den Privatforstbeamtenstand in jeder Weise zu bekämpfen.

Die Vorsitzenden des Vereins mecklenburgischer Forstwirte, die Herren Forstmeister von Answaldt und Iven, schildern die jetzigen Zustände in Stargard nach Abstellung der Mißstände als durchaus gesunde

und bitten den Ausschuß, sich der Lehranstalt anzunehmen.

Der Ausschuß beschließt, einen Vertreter, und zwar Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach, zur Prüfung der Verhältnisse in Stargard dorthin zu entsenden, der bei der nächsten Sitzung über seine Wahrnehmungen berichten soll.

Oberförster Tige wird gebeten, einen weiteren Artikel über die Forstschulen in der „Deutschen Forst-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Schluß der Sitzung um 2 Uhr nachmittags.

IV. Ausschuß für Kassen-, Rechnungs- und Haushaltswesen

(am 15. Februar um 4 Uhr nachmittags).

1. Anwesend die Herren:

1. Dr. Schwappach, Geh. Reg.-Rat, Prof., Eberswalde, Vorsitzender,
2. Dr. Bertog, Oberförster, Halensee, Mitglieder des Ausschusses
3. Fiebig, Waldmeister, Krähzahl,
4. Grundmann, Neubamm, stellvertretender Schatzmeister,
5. Hermanski, Generalsekretär, Halensee, Schriftführer.

2. Tagesordnung:

1. Kassenabluß 1911 für die Vereinsklasse, den Stellennachweis und das Versicherungsmitt. Berichterstatter: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach.
2. Änderungen im Haushaltsplan bei den Ausgaben für den Stellennachweis durch eine zahlenmäßige Angabe am Gehalt des Generalsekretärs und der allgemeinen Bureaukosten. Berichterstatter: Oberförster Dr. Bertog.
3. Einrichtung eines Postcheckkontos. Berichterstatter: Generalsekretär Hermanski.
4. Zusammenziehung einzelner Positionen zur besseren Übersicht im Haushaltsplan. Berichterstatter: von Reubell-Johann-Lübbichow.

3. Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

4. Bericht über die Sitzung:

Der Vorsitzende eröffnet um 4 Uhr die Sitzung. Nach dem von der Geschäftsstelle vorgelegten Kassenabluß schließt die Kassengebarung für das Jahr 1911 ab:

Rechnungsmäßige Einnahme . . .	22 304,59 M
„ „ Ausgabe . . .	19 604,74 „

Mithin rechnungsmäßiger Überschuß 2 601,85 M
Diese Beträge wurden mit dem Monatsauszug der Kassenstelle Neubamm vom 1. Januar 1912 verglichen und in Übereinstimmung gefunden. Aus dem Jahre 1910 sind übernommen

Für den Anlauf von Wertpapieren verwandt . . .	2459,79 M
Es sind daher für die Ausgabe verblieben . . .	2071,70 „

Da am 31. Dezember 1911 ein Überschuß von 2609,85 M vorliegt, so lieferte das Jahr 1911 . . . 2609,85 M
— 388,09 „
Mithin eine Mehreinnahme von . . . 2221,76 M

Als durchlaufende Posten in Einnahme und Ausgabe sind im Kassenabluß enthalten: 2065,75 M. à conto der Forstzeitung, desgleichen 20 M. à conto der Forstlehrlingschule Templin.

Der Haupteinnahmeposten sind die laufenden Mitgliederbeiträge mit 13 213,30 M. während im Etat hierfür nur . . . 12 000,— „ vorgesehen sind.

An rückständigen Mitgliederbeiträgen aus dem Jahre 1911 sind 270 M. zu verzeichnen, von denen ein Teil sicher noch eingehen dürfte.

Angelaufen wurden im Jahre 1911 Wertpapiere im Kurswert von 2071,70 M. im Zeitpunkte des Ankaufs. Es sind dies $3\frac{1}{2}$ prozentige Preussische Konfols mit einem Nennwert von 2200 M. Sie sind angelaufen am 29. März 1911 zu einem Kurs von 94.

Die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben nach den einzelnen Titeln des Etats ist aus dem vorgelegten Kassenabluß zu ersehen.

In vorstehenden Beträgen der Einnahmen und Ausgaben sind auch jene des Stellennachweises und des Versicherungsamtes enthalten.

Nach der besonders geführten Rechnung des Stellennachweises schließt die Einnahme mit 879,00 M. die Ausgabe mit 104,75 „ so daß ein Überschuß von 774,25 M. vorhanden ist.

Die Abrechnung des Stellennachweises ist am 28. Dezember 1911 vom Vereinsvorsitzenden als richtig befunden worden.

Der Überschuß des Vortrages in der Einnahme in der Hauptzusammenstellung erklärt sich dadurch, daß 12,65 M. statt bei der Geschäftsstelle bei der Kassenstelle vereinnahmt und von dort an die Geschäftsstelle wieder verausgabt worden sind.

Das Versicherungsamt schließt nach der vorliegenden Abrechnung 308,95 M. in Einnahme mit 289,50 „ in Ausgabe mit 19,45 M.

Within ein Überschuß von 19,45 M. Da der Kassenbestand am 1. Februar 1912 7311,91 M. (1911: 6206,19 M.)

betrug, so erscheint es zweckmäßig und zulässig, für 2000 M. $3\frac{1}{2}$ prozentige Preussische Konfols anzulaufen, damit die nötigen Betriebsmittel verbleiben.

Die Beläge für Einnahme und Ausgabe wurden durch Stichproben geprüft und für richtig befunden, nur hat sich bei Prüfung der Einnahmebeläge herausgestellt, daß die Einnahmebeläge für Nr. 2550 und für Nr. 2561 fehlen, deren Aufklärung vorbehalten bleibt.

Das in Wertpapieren angelegte Vereinsvermögen beträgt zurzeit 6200 M. $3\frac{1}{2}$ prozentige Preussische Konfols, die bei der Kur- und Neumärkischen Ritterchaftlichen Darlehensklasse hinterlegt sind, Depotchein 11 505 A, der bei der letzten Kassenprüfung am 13. August 1911 vorgelegt worden ist. Nach dem Kurswert vom 14. Februar 1912 besitzt dies Vermögen einen Wert von 5658,20 M.

Zu Punkt 2 schlägt Oberförster Dr. Bertog folgende Änderung im Haushaltsplan des Vereins vor, als 1. Fußnote bei Titel Ia und b:

„Vom Gehalt des Generalsekretärs ist mit mindestens $\frac{1}{3}$ die Führung des Stellennachweises zu belasten, von dem der Hilfskraft mit mindestens $\frac{1}{6}$.“

Als 2. Fußnote bei Titel XI (Stellennachweis):

„Nur für sachliche Ausgaben; die persönlichen sind in Ia und b enthalten und betragen mindestens 900 M.“

Der Vorschlag wird angenommen.

Zu Punkt 3 weist Generalsekretär Hermannski auf die Nachteile hin, welche durch die Anordnung, Mitglieder- und Abonnementsbeträge nach der Kassenstelle in Neudamm, Beiträge für den Stellennachweis nach der Geschäftsstelle zu Halensee zu senden, für den Verein erwachsen. Dadurch, daß infolgedessen die in Halensee einlaufenden, für die Kassenstelle bestimmten Beiträge zurückgewiesen werden müssen, sind schon viele Mitglieder aus dem Verein ausgetreten. Redner beantragt deshalb die Einrichtung eines Postschekkontos in Halensee. Der Antrag wird angenommen, die Geschäftsstelle und Kassenstelle angewiesen, eine Geschäftsanweisung über die Benutzung des Postschekkontos auszuarbeiten, namentlich für die richtige Überweisung der Beiträge.

Punkt 4 wird wegen Abwesenheit des Berichterstatters für die Sommer Sitzung vertagt.

Die Sitzung schließt um 4,40 Uhr.

V. Ausschluß zur Prüfung der Lage der Privatforstverwaltungsbeamten

(am 15. Februar um 5 Uhr nachmittags).

1. Anwesend die Herren:

1. Freiherr von Fürstenberg, Siedlinghausen, Vorsitzender des Ausschusses,
2. Dr. Bertog, Oberförster, Halensee,
3. Jolh, Oberförster, Matthesforth,
4. Dr. Schwapach, Geh. Reg.-Rat, Professor, Eberswalbe,
5. Grundmann, Neudamm,
6. Linde, Oberförster, Haltern,
7. Hermannski, Generalsekretär, Halensee, Schriftführer.

Mitglieder des Ausschusses.

2. Tagesordnung: Bericht über die Vorarbeiten. Berichterstatter: Oberförster Jolh.

3. Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

4. Bericht über die Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnet um 4,50 Uhr die Sitzung, begrüßt den vorläufig als Gast erschienenen Oberförster Linde, über dessen Wahl zum Ausschussmitglied im weiteren Vorstand Beschluß gefaßt werden soll, und erteilt dem Berichterstatter das Wort.

Oberförster Jolh berichtet, daß der Entwurf des Programms noch nicht völlig durchgearbeitet sei, sondern erst die allgemeinen Richtlinien festgelegt seien. Redner schildert dann die Verwaltungsverhältnisse im Westen. Dem Oberförster ist in der Regel ein oft nicht akademisch gebildeter Generalbevollmächtigter vorgelegt. Es entstehen deshalb oft Zwistigkeiten mit dem akademisch gebildeten Revierverwalter. Redner unterscheidet sodann zwischen: Großgrundbesitz (über 5000 ha), Mittelbesitz (ungefähr der Größe

einer königlichen Oberförsterei entsprechend) und Kleinbesitz (Größe einer königlichen Försterei). Über die dem Berichterstatter nicht genügend bekannten östlichen Verhältnisse berichtet Johann Oberförster Dr. Bertog. Im Osten sei die Lage der Privatforstverwaltungsbeamten günstiger, da erstens die Generaldirektoren vielfach Forstleute seien, zweitens das Amtamt dem Revierverwalter untergeordnet sei.

Oberförster Joly weist alsdann auf den statistischen Auszug aus dem Forstkalender hin, wobei er die Forstverwaltungsbeamten in drei Klassen trennt:

1. mit Inspektion und forstlicher Oberleitung betraute,
2. eigentliche Oberförster,
3. Revierförster.

Es wird festgestellt, daß die Erhebungen über die Zahl der Privatforstverwaltungsstellen schwanken. Um zu sicheren Grundlagen zu kommen, werden mehrere Vorschläge gemacht, die sich auf Feststellung der Forstverwaltungsstellen und der Zahl der akademisch gebildeten Anwärter beziehen. Zugleich soll durch geeignete Veröffentlichungen vor der Privatforstverwaltungslaufbahn wegen der starken Überfüllung gewarnt werden.

Der Antrag, Oberförster Joly zu betrauen, im Verein mit Oberförster Linde möglichst bald die erforderlichen Erhebungen anzustellen, wird vom Ausschuss genehmigt.

Schluß der Sitzung um 6,25 Uhr.

VI. Ausschuss für Versicherungswesen (am 16. Februar um 9 Uhr vormittags).

1. Anwesend die Herren:

- | | |
|--|-----------------------------|
| 1. H. von Eichel-Streiber, Oppershausen, Vorsitzender des Ausschusses, | Ausschuss
des
Vereins |
| 2. Fiebig, Wildmeister, Arzt, Schriftführer des Ausschusses, | |
| 3. Dr. Bertog, Oberförster, Halensee, | |
| 4. Eulefeld, Forstrat, Lauterbach, | |
| 5. Schwabe, Oberförster, Jagdschloß, | |
| 6. Dr. Schwappach, Geh. Regierungsrat, Prof., Eberswalde, | |
| 7. Bergmann, Oberinspektor, Vertreter der Reformversicherungsbank, | Beitragende |
| 8. Böhm, Vertreter des Versicherungsschutzverbandes, | |
| 9. Grundmann, Neubamm, | |
| 10. Hermannski, Generalsekretär, Halensee, Schriftführer. | |

2. Tagesordnung.

1. Bericht über den Stand des Versicherungswesens. Berichterstatter: Wildmeister Fiebig.
2. Abschluß eines Vertrages betreffend Feuerversicherung. Referent: Oberinspektor Bergmann.
3. Mitteilungen und Anträge: Der Versicherungsschutzverband bittet, ein Rundschreiben an die Vereinsmitglieder zum Beitritt in den Versicherungsschutzverband zu versenden.
3. Anträge zur Tagesordnung: Siehe Punkt 3 der Tagesordnung.

Der Bericht über die Sitzung.
Der Vorsitzende eröffnet um 9,20 Uhr die Sitzung und erteilt das Wort dem Berichterstatter

zu Punkt 1. Wildmeister Fiebig weist auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht des Versicherungsamtes hin.

Seit dem Bestehen des Versicherungsamtes sind bis Ende 1911 abgeschlossen:

1. 68 Lebensversicherungen mit 296 000 M.
2. 38 Unfallversicherungen mit:
114 000 M auf Todesfall,
342 000 " " bleibende Invalidität,
114 " " tägliche Entschädigung.
3. 97 Haftpflichtversicherungen mit:
3 880 000 M auf Personenschäden,
7 760 000 " " Schadenereignisse,
485 000 " " Sachschäden.
4. Viehversicherung, und zwar: 89 Versicherungen mit 68 Pferden, 118 Rindern, 87 Schweinen und 3 Ziegen im Gesamtwerte von 86 920 M, wofür eine Versicherungsprämie von 2003 M gezahlt wird.

An Entschädigungen sind gezahlt worden im Jahre 1911:

1489,00 M für Pferde,
1263,00 " " Rinder,
102,40 " " Schweine.

Redner bittet dann, den Vertrag mit der Reformversicherungsbank abzuschließen, unter Hinweis auf die günstigen Bedingungen.

Der Bericht wird vom Ausschuss genehmigt.

Zu Punkt 2 verliest zunächst Wildmeister Fiebig den Entwurf des Vertrages. Hierauf gibt der Vertreter der Reformversicherungsbank nähere Angaben über seine Gesellschaft. In der darauf stattfindenden Besprechung des Ausschusses wird folgender Antrag des Vorsitzenden angenommen:

„Der Ausschuss beantragt beim weiteren Vorstand, den engeren Vorstand zu ermächtigen, einen fünfjährigen Begünstigungsvertrag mit der Reformversicherungsbank abzuschließen. Die Stempellosten trägt der Verein.“

Der Vertreter der Reformversicherungsbank wird von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt.

Zu Punkt 3 verliest der Vorsitzende ein Rundschreiben des Versicherungsschutzverbandes, das alle Vereinsmitglieder erhalten sollen. Der Jahresbeitrag für eine Prämie beträgt 3 M. Dafür können die Mitglieder beim Abschluß jeder Versicherung ihre Policen prüfen lassen. Der Vertreter des Versicherungsschutzverbandes gibt nähere Erklärungen, wonach dem Verein durch die Versendung des Rundschreibens keine Kosten entstehen.

Es wird beschlossen: Im Interesse des Vereins kann das Rundschreiben verlannt werden, unter der Voraussetzung, daß dem Verein dadurch keine Kosten entstehen.

Schluß der Sitzung um 10,25 Uhr vormittags.

VII. Weiterer Vorstand

(am 16. Februar um 11 Uhr vormittags).

1. Anwesend die Herren:

- | | |
|--|----------------------|
| 1. Dr. Bertog, Oberförster, Halensee, Vorsitzender, | engerer
Vorstand. |
| 2. H. von Eichel-Streiber, Oppershausen, 1. Beisitzer, | |
| 3. Fiebig, Wildmeister, Arzt, 2. Beisitzer, | |
| 2. Beisitzer, | |

4. Dreßler, Oberförster, Retschwig,
 5. Eulefeld, Forstrat, Lauterbach,
 6. Graf Find von Finden-
 stein, Troßlin,
 7. Freiherr von Fürsten-
 berg, Sieblinghausen,
 8. Graf vom Hagen, Mödern,
 9. Poppe, Oberförster, Halle
 (Saale),
 10. Schwabe, Oberförster, Jagdschloß,
 11. Dr. Schwappach, Geh. Reg.-
 Rat, Gerawalde,
 12. Schreiber, Oberförster, Ger-
 selb,
 13. Tise, Oberförster, Friedrichsruh,
 14. Trost, Oberförster, Dambrau,
 15. Graf von und zu Wester-
 holt und Ohlenberg, Haus
 Enthen,
 16. Graf von Brühl, Pförten,
 17. Hoffmann, Oberförster, Haus-
 dorf,
 18. von Knebel Doeberitz,
 Dietersdorf,
 19. Linde, Oberförster, Haltern,
 20. Schulz, Oberförster, Bogellang,
 21. Grundmann, Neubamm, stell-
 vertretender Schatzmeister,
 22. Meßner, Oberförster, Mablitz,
 23. Hermanski, Generalsekretär, Galen-
 see, Schriftführer.
- Mitglieder des weiteren Vorstandes.
 Stell-Mitglieder
 des weiteren Vor-
 standes als Gäste.
 Gäste.
2. Tagesordnung:
1. Der große forstliche Lehrgang zu Lauter-
 bach (Hessen). Berichterstatter: Forstrat
 Eulefeld.
 2. Vorbereitung zur Sommertagung. Bericht-
 erstatter: von Eichel-Streiber.
 3. Antrag der Bezirksgruppe Pommeren, be-
 treffend Anerkennung der bestehenden Orts-
 gruppen als Glieder des Vereins. Bericht-
 erstatter: Oberförster Schreiber.
 4. Antrag des Revierförsters Reese, Elbagien,
 betreffend waldbauliches Thema auf der
 Sommertagung 1912. Berichterstatter: Ober-
 förster Dr. Bertog.
 5. Schluß der Titel. Berichterstatter: Dr.
 Schwappach und Oberförster Dreßler.
 6. Die Beschlüsse der Ausschüsse.
 7. Zuwahl von Oberförster Tise in den Aus-
 schuß für Unterrichts- und Prüfungswesen.
 Berichterstatter: Oberförster Dr. Bertog.
 8. Antrag der Vereinigung akademisch ge-
 prüfter Privat- und Kommunalforstbeamten
 auf Wahl des Herrn Oberförsters Linde
 zum Mitglied der Kommission zur Prüfung
 der Lage der Privatforstverwaltungs-Be-
 amten. Berichterstatter: Oberförster Dr.
 Bertog.
 9. Neuwahl eines Waldbesitzers in den weiteren
 Vorstand für Herrn v. Oppen-Dannen-
 walde. Berichterstatter: Oberförster Dr.
 Bertog.
3. Anträge zur Tagesordnung lagen
 nicht vor.
4. Bericht über die Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnet um 11,20 Uhr die
 Sitzung und erteilt zu Punkt 1 das Wort dem
 Berichterstatter.

Forstrat Eulefeld berichtet über seine Vor-
 arbeiten für den großen forstlichen Lehrgang.
 Als Lehrer seien gewonnen: Oberförster Kieger,
 Forstamtmann Krug, Oberförster Werner, Ober-
 förster Diehl und Sekretär Knapp. Da die Herren
 Krug und Kieger nur 14 Tage lang unterrichten
 können, so werde nicht immer der Stundenplan
 eingehalten werden können. Redner bittet, die
 Grenze von 35 Jahren als Höchstalter für die
 Teilnehmer, ebenso die Vorschrift einer ordnungs-
 mäßigen Lehrzeit fortfallen zu lassen. Sodann
 verliest er den ausgearbeiteten Stundenplan.

Die Anregung seitens der Vereinsmitglieder,
 mehr Stunden in den forstlichen Fächern, wie
 Waldbau, Forstbenutzung usw., wird berücksichtigt.
 Der Vorstand beschließt alsdann:

„Der vom Forstrat Eulefeld vorgeschlagene
 Entwurf eines Stundenplanes für den großen
 forstlichen Lehrgang in Lauterbach wird genehmigt.
 Um Erfahrungen für die ferneren Lehrgänge zu
 sammeln, sollen von jetzt ab die Leiter der Lehr-
 turse einen Bericht über ihre Tätigkeit nebst An-
 regungen an die Geschäftsstelle einreichen. Der
 Antrag auf Aufhebung der Bedingung des
 35. Lebensjahres als Höchstalter und die Forderung
 einer ordnungsmäßigen Lehrzeit wird dem Aus-
 schuß für Unterrichts- und Prüfungswesen über-
 wiesen.“

Zu Punkt 2 teilt der Berichterstatter seine
 bisherige Vorbereitung für die Sommertagung
 mit. Die der Sommertagung sich anschließende Ex-
 kursion findet in ein vom Herrn Oberforstrat
 Dr. Matthes, Eisenach, verwaltetes Revier statt.
 Redner bittet um Ermächtigung, mit zwei anderen
 Mitgliedern eine Lokalkommission zu bilden.

Der Ausschuß ermächtigt ihn dazu und setzt
 die Tagung der Versammlung auf eine Woche
 vor der Sitzung des Forstwirtschaftsrates in Nürn-
 berg fest.

Zu Punkt 3 gibt der Berichterstatter nähere
 Erklärungen über den Antrag der Bezirksgruppe
 Ginterpommern.

Ein Vorstandsmitglied weist darauf hin, daß
 mit der Anerkennung der Ortsgruppen als „Organe
 des Vereins“ eine Änderung der Satzungen ver-
 bunden sei.

Von den verschiedenen Vorstandsmitgliedern
 wird für und wider den Antrag gesprochen, dessen
 Anerkennung Licht- und Schattenseiten hat.

Der Vorstand beschließt: „Der Bildung
 von Ortsgruppen steht nichts im Wege. Doch
 können sie ohne Satzungsänderungen als Vereins-
 organe nicht anerkannt werden. Die Bezirks-
 gruppen sollen in den Versammlungen zur Stellung-
 nahme aufgefordert werden. Herr von Eichel-
 Streiber wird ersucht, in der Hauptversammlung
 darüber zu berichten.“

Zu Punkt 4 berichtet Oberförster Dr. Bertog
 über den Antrag. Redner hält es für notwendig,
 einen Vortrag zu halten, aber mehr allgemeinen
 Inhalts, z. B. über die neuen Gesetze.

Auf Anregung eines Vorstandsmitgliedes wird
 Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach

gebenen, auf Grund seiner Erfahrungen auf forstlichem Gebiete einen Vortrag zu halten.

Der Antrag findet Zustimmung. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach erklärt sich hierzu bereit. Das Thema des Vortrags wird vorläufiglich lauten: „Wichtige Tagesfragen für den Privatwald.“

Zu Punkt 5 teilt der Berichterstatter mit, daß eine gesetzliche Grundlage zum Schutz der Titel durch das Straf-Gesetzbuch gegeben sei. Diese Frage sei schon 1803 vom Deutschen Forstwirtschaftsrat behandelt. Redner weist auf die Schwierigkeiten hin und bezweifelt einen Erfolg durch eine Eingabe an maßgebender Stelle.

Oberförster Dreßler ergänzt den Redner und verliest die bisher von der sächsischen Regierung ergangenen Verfügungen.

Von Seiten der anwesenden Waldbesitzer wird darauf hingewiesen, daß zu sehr spezialisierte Vorschläge, wie sie der Redner macht, Eingriffe in die Rechte der Waldbesitzer bedeuten. Ein Vorstandsmitglied hält es für Pflicht des Vereins, zum mindesten Versuche zu unternehmen.

Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach erklärt sich, auf Anregung, bereit, über die Titelfrage in der „Deutschen Forst-Zeitung“ zu berichten.*

Es werden zwei Anträge gemacht, und zwar von: 1. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach: „Angeichts der gegenwärtigen Lage der

Gesetzgebung ist es aussichtslos, einen Antrag auf Schutz des Förstertitels bei den Staatsbehörden zu stellen.“

2. Oberförster Tixe: „Der Vorstand wird ermächtigt, mit einer Eingabe bezüglich Schutz des Forstbeamtentitels (Förster, Oberförster usw.) an die Regierungen der Bundesstaaten heranzutreten.“

Nach Abstimmung wird der Antrag von Oberförster Tixe angenommen.

Zu Punkt 6 verliest der Vorsitzende die Beschlüsse der Ausschüsse, desgleichen Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach das Protokoll der Sitzung des Kassen-, Rechnungs- und Haushaltswesens.

Die Beschlüsse werden genehmigt.

Zu Punkt 7. Oberförster Tixe wird einstimmig in den Ausschuß für Unterrichts- und Prüfungswesen gewählt.

Zu Punkt 8. Oberförster Linde wird einstimmig in den Ausschuß zur Prüfung der Lage der Privatforstverwaltungsbeamten gewählt.

Zu Punkt 9 wird Herr Graf Find von Findenstein, Trossin, gebeten, sich mit den Waldbesitzern über eine Ersatzwahl für Herrn von Oppen-Dannenwalde in den weiteren Vorstand in Verbindung zu setzen.

Schluß der Sitzung um 2,40 Uhr.

Salensee, den 30. März 1912.

Hermanski.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwirte.

Geschäftsbericht über das achte Vereinsjahr 1911/12.

In das achte Vereinsjahr ist unser Verein mit 93 Mitgliedern eingetreten und ist seitdem an Mitgliederveränderung ein freiwilliger Austritt und ein Neueintritt zu verzeichnen, so daß das neunte Vereinsjahr ebenfalls mit 93 Mitgliedern begonnen hat. Welcher Art die Gründe des Austritts des Kollegen waren, ist in seiner Abmeldung nicht angegeben.

Ein ereignisvolles Jahr liegt nun wieder hinter uns, eine Kampfperiode, auf deren Ergebnis wir nicht ungern zurückblicken, auch nicht ohne Befriedigung und Genugtuung — liegt doch gerade im Erfolg, in der Tatsache einer Verbesserung unserer Lage, die stärkste Triebfeder für unser Vereinsleben, nicht weniger jedoch die eindringliche Forderung, Eintaucht zu wahren, einmütig zu streben und unsern Verein nach allen Seiten auszubauen, wenn wir auch fernerhin auf ein Vorwärtkommen nicht verzichten wollen.

In das Jahr der Berichterstattung fällt (12. Februar 1911) die Vorlage unserer Denkschrift an den Landtag und deren Besprechung (in der 68. öffentlichen Sitzung am 14. März 1911) in demselben, welcher unser Besuch als nicht unberechtigt der Regierung zur Kenntnisnahme überwieß. Inzwischen erfolgte anlässlich der Jahresversammlung am 19. März im „Sächsischen

Hof“ zu Gildburghausen der plötzliche Rücktritt unseres seitherigen Vereinsvorsitzenden, Herrn Kollegen Siebert. Dieser den Verlauf der Jahresversammlung stark bedrückende, überhaupt den Vereinsorganismus zu erschüttern drohende Schritt konnte durch die Wahl unseres jetzigen Vorsitzenden in seinen Folgen ziemlich abgeschwächt werden, denn — da das Bevorstehen des Etatsentwurfs 1912/14 neue Hoffnung schöpfen ließ — eine Zersahrenheit konnte für uns sehr unerwünschte Zustände herbeiführen. Die Unsicherheit über das Schicksal des Etats ließ auch nur einige Bestimmtheit nicht eher aufkommen, bis am 11. Dezember v. Js. die uns bezüglich Vorschläge angenommen wurden. Ein vorher angekündetes nochmaliges Vortragsverbot in dieser Sache ist auf Wunsch der Mitglieder unterblieben. Unser Verein hat eine Besserstellung seines Standes erreicht, wie es ohne Zusammenschluß wohl schwerlich der Fall gewesen sein würde, und somit war auch die Vorlage der Denkschrift nicht vergeblich.

Die im vorigen Jahre beschlossene Einrichtung der Anschaffung von Schriften ist noch nicht in die Tat umgesetzt worden — hauptsächlich weil andere wichtigere Angelegenheiten, die nur geringe freie Zeit der Vorstandsmitglieder in Anspruch nahmen, und deshalb eine genaue Erwägung und Anbahnung dieser Angelegenheit nicht erfolgen konnte. Vom Verhängen wurde außer der Verteidigung unseres Standes in der Preise

u. a. auch eine Neuordnung der Angaben über Sachen-Meinungen im II. Teile des Forst- und Jagdkalenders ausgeführt. Ein erfreuliches Anwachsen der Abonnenten der „Deutschen Forst-Zeitung“ unter den Mitgliedern legt Zeugnis davon ab, daß die stattgehabte Vermehrung der Nachrichten aus unserm Verein Anklang findet und deshalb noch mehr ausgebaut werden soll.

Was nun die vier Gruppen anlangt, so haben in jeder derselben Gruppenversammlungen stattgefunden, und zwar meist je eine. Es muß immer noch als ein Mangel bezeichnet werden, daß gerade die Gruppen ein stärkeres Betonen und Hervorheben des kollegialen Zusammenhaltens und größeren Interesse an der Förderung idealer

und gesellschaftlicher Bestrebungen vermissen lassen. Besonders in gesellschaftlicher Beziehung müssen wir noch an uns arbeiten, wenn wir die Tradition der „Grünen“ hochhalten und unsere gegen früher veränderte Stellung nach außen hin dartun wollen.

Alles in allem bliden wir mit Befriedigung auf das vergangene Vereinsjahr zurück und hoffen, daß auch in Zukunft der Arbeit und Mühe der Preis des Erfolges beschieden sein möge.

Heubach, Möhra und Schwarzenbrunn, den 10. März 1912.

gez. Reuter, gez. Peterhänsel,
Vorsteher, Schatzmeister,
gez. Barth, Schriftführer.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Beilegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 343. — über den Schutz des Förstertitels. 343. — Wie beseitigt man Zweifel über die Invalidenversicherungspflicht oder -berechtigung einer Person? 345. — Das leichte Holz der Welt. 346. — Bericht über die Versammlung des Altmärkischen Forstvereins zu Salzwedel am 6. März 1912. 347. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erläuterungen. 348. — Die diesjährige Hauptversammlung des Märkischen Forstvereins vom 2. bis 4. Juni 1912 in Überswalde. 348. — 100 Fehler des Amtsführers. 348. — Waldbrände. 349. — Amtlicher Marktbericht. 349. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 349. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Bewerber des Jägerkorps. 350. — Brief- und Fragekasten. 350. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 351. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 352. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 359. — Inzerate

Nach Schluß der Redaktion eingegangen:

Försterstelle Altbrandsleben in der Oberförsterei Dingelstedt, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 15. Mai einzureichen.

Försterstelle Glücksburg in der Oberförsterei Flensburg, Regierungsbezirk Schleswig, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 10. Mai einzureichen.

Försterstelle Koosen in der Oberförsterei Menz, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen binnen 14 Tagen eingehen.

Dieser Nummer liegt bei ein Prospekt der Firma **Boesig & Co.**, Buchverlag und Fabrikation. **Wörlitz i. Schl.**, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Verlag von J. Neumann, Neudamm.

Ende März wurde neu herausgegeben:

Preussisches Förster-Jahrbuch 1912 (Band III).

Ein Ratgeber und Adreßbuch für die preussischen Kron- u. Staats-Forstbeamten.

Ladenpreis fest geheftet 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der Forstzeitung
einzel 2 Mk. 30 Pf., in Partien 5 Stück und mehr an eine Adresse
je 2 Mk. 10 Pf., 10 Stück und mehr an eine Adresse je 2 Mk.

Der hohe Wert dieses Jahrbuches, welcher durch die kritischen Würdigungen, die auf Seite 329 in Nummer 16 Veröffentlichung gefunden haben, besonders glücklich eingeschätzt wird, ist bei seinem akuten Stoff für das kommende Jahr dem preussischen Forstbeamten je größer, je früher seine Anschaffung erfolgt. Die Herren, welche noch nicht bestellten, werden daher gut tun, ihre Aufträge schleunigst aufzugeben.

Zu beziehen ist das Preussische Förster-Jahrbuch gegen Einsendung des Betrages franko, unter Nachnahme mit Portozuschlag.

Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Hundschau und Des Försters Feiernabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Gesetzliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thürmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 M. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingeleiteten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 18.

Neudamm, den 5. Mai 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Pratzig im Regierungsbezirk Bromberg ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 12. Mai eingehen.

Oberförsteri Schönthal im Regierungsbezirk Marienwerder ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Mai eingehen.

Oberförsterstelle Sulkenshain im Regierungsbezirk Danzig ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 12. Mai eingehen.

Försterstelle Altbrendleben in der Oberförsterei Dingelsleben, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungsgesuche sind bis zum 15. Mai einzureichen.

Försterstelle Glücksburg in der Oberförsterei Flensburg, Regierungsbezirk Schleswig, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungsgesuche sind bis zum 10. Mai einzureichen.

Försterstelle Niederherlitz in der Oberförsterei Mittel, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen. Die Stelle liegt 5,3 km von Mittel. Katholische Schule in Braadorf 2,9 km, evangelische und katholische Kirche in Mittel. Dienstland: 9,591 ha Acker, 6,578 ha Wiese, Nutzungsgeld 116 M. jährlich, 200 M. Dienstaufwand, 100 M. Stellenzulage. Meldefrist: 1. Juni.

Försterstelle Roosen in der Oberförsterei Meinz, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen sofort eingehen.

Forstausseherstelle Steinbuscher Mühle in der Oberförsterei Steinbusch, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerber muß befähigt sein, den Unterricht im Turnen und Hornblasen an der Forstlehrlingschule in Steinbusch zu erteilen. Vergütung hierfür jährlich 200 M. Meldungen von Förstern v. R. und von Forstaussehern bis 15. Mai.

Försterstelle Schardehlen in der Oberförsterei Wischwill, Regierungsbezirk Gumbinnen, gelangt zum 1. Juli 1912 zur Neubesetzung. Zu der erledigten Stelle gehören: a) Dienstwohnung; b) an Dienstland 12,2 ha Acker, 5,7 ha Wiesen. Die Schule ist in Wischwill und etwa 3,5 km von der Försterei entfernt. Ebenjoweit ist die Bahnstation Wischwill der Kleinbahnstrecke Pögegen-Wischwill von der Försterei Schardehlen entfernt. Gesuche um Besetzung auf diese Stelle sind bis zum 15. Mai einzureichen.

Försterstelle Teselgraf in der Oberförsterei Vöbbecke, Regierungsbezirk Minden, gelangt voraussichtlich zum 1. September 1912 zur Neubesetzung.

Wie sterben Gewässer?

Von Hefling, Prov.-Fischereibirektor a. D.

Als ob Gewässer überhaupt sterben könnten, sie leben ja gar nicht. Doch leben sie! Wie es einen toten Boden, so gibt es auch totes Wasser. Beispiel: Über eine Flur führt ein Weg, der vor kurzem erst für die Abfuhr von irgend etwas zur Notwendigkeit wurde. Ist diese erledigt, wird der Weg eingehen und trägt wieder Frucht. — Hierbei werden wir später beobachten, daß der von den Geschirren festgefahrene Boden im ersten Jahre nichts trägt, er ist vollständig tot. Die Wagenräder haben nämlich den Boden so zusammengepreßt, daß die Bodenbakterien keine Entwicklungsbedingungen mehr finden, der Boden ist gestorben — oder tot, wie man es nennen will. Man kann den Boden auch vergiften, mit Chemikalien, sogar durch Überdüngung mit dem alle nützlichen Urstoffe enthaltenden Stalldünger. Auch die Sonne kann den Boden töten.

Wenn ich einen Vergleich mit Boden und Wasser anführe, so hinkt dieser nur in dem Punkt des Festfahrens des Bodens, also in betreff der mechanischen Tötung; freilich mechanisch töten kann man das Wasser nicht. Dann muß ich hervorheben, daß es sich bei diesen Betrachtungen nur um unsere Binnengewässer handelt, um die Bachläufe, die Flüßchen und Flüsse und die Gebiete der großen Ströme, wo auch diese nur noch Flüsse sind, ferner um unsere kleineren und mittleren Binnenseen.

Wenn man das Wasser mit den Augen eines Chemikers ansieht, so kann man allerdings nicht von einem sterbenden Wasser sprechen, denn das chemisch reine Wasser ist ebenso leblos als der reine Mineralboden.

Ich meine aber hier das Wasser, wie wir es zu unserer Nahrung gebrauchen, für uns, unser Vieh und unsere Fische, kurz das Wasser, welches der Praktiker als Wasser kennt.

Begeben wir uns an die Quelle eines Baches. Das Wasser, welches hier zutage tritt, ist chemisch ziemlich rein, vorausgesetzt, daß es nicht Bodenformationen passiert hat, welche diese Eigenschaft beeinflusst haben. Beispiel: die verschiedenartigen Heilquellen. Am reinsten ist das Wasser, welches durch Kies geflossen ist.

Von den Beimischungen, welche das Wasser sofort, nachdem es zutage tritt, erhält, ist zuerst die Luft zu erwähnen, und speziell aus dieser der Sauerstoff. Erst nachdem das Wasser einen bestimmten Gehalt an Sauerstoff hat, vermag es Lebewesen zu erhalten, da alles Lebende Sauerstoff gebraucht.

Schon nachdem das Wasser eine Strecke geflossen ist, wird man eine Menge kleiner Lebewesen in ihm wahrnehmen. Sehen wir genauer

zu, so finden wir auch schon kleine Fischehen, die Elstrie, die Mühlkoppe, die Schmetke. Die Ufer des Baches sind eingefaßt mit hell- und dunkelgrünen Wasserpflanzen, welche von beiden Seiten sich bis ins Wasser hinein erstrecken und nur eine mehr oder weniger breite Rinne frei lassen. In mancherlei Bindungen, die stille Buchten schaffen, bestanden mit Erlen und anderem Buschwerk, das sein Wurzelnetz weit ins Bachbett hineinsetzt, fließt das Bächlein murmelnd dahin. Wir hören ein Plätschern, ein silberblankes Fischein macht einen Sprung, dem Licht entgegen oder um ein Insekt zu ergötzen, wir befinden uns in der Forellenregion.

Hier ist das Wasser gesund, falls nicht die Verhältnisse des Landes, die Entwaldung, Waldstreuverbau, Steinbrüche oder sonstiger Bergbau, schon schädigend das Wasser umgeben. Hier kann der Wanderer das Wasser des Baches trinken und erquickend darin baden. Schier erstaunlich ist es, wieviel Fische in solchem gesunden Bache leben können. Wessen Weg einmal nach Tirol und an die Ufer der Salach führt, wird die Menge der Forellen bewundern, welche die Salach auf der Strecke bevölkern, wo sie durch das Gebiet der großen Schmidtmannschen Besitzung fließt. Hier ist pflanzliche Wasserwirtschaft.

Nehmen wir andererseits an, das Niederschlagsgebiet wäre kahl, das Moos und die spärliche sonstige Vegetation zur Waldstreu vom Boden abgereicht. Die Niederschläge laufen mit ganzer Schwerkraft, von nichts aufgehalten, in den Bach, allerhand mineralische Bestandteile mit sich führend. Die stahlharten, feinen Kiesel des Bodens treffen mit großer Gewalt die zarten Pflanzen und Pflanzentiere, welche sie töten oder verletzen. Nimmt man eine solche Wasserfauna unter ein Mikroskop, so kann man leicht die Krüppel unter den gesunden Tierchen erkennen. Wir sehen, daß eine solche sterile Umgebung das Wasser schädigen kann.

Wir gehen weiter den Bach entlang, als erstes industrielles Etablissement begrüßen wir eine Wassermühle, sie kommt schädigend für uns nicht in Betracht. Ich möchte die alten Mühlen mit ihren langen Leitungen und ihren Freiarchen, die jeden Sonnabend gezogen wurden, sogar als Wasserreiniger und Wassergefundmacher ansprechen. Der Mühlenteich gibt dem Wasser zunächst einmal Ruhe. Hier entwickelt sich im ruhigen Wasser intensiv Plankton, d. h. die mikroskopische Tier- und Pflanzentwelt, die in der Hauptsache als Fischnahrung zu betrachten ist, die Fische gedeihen, das Vieh trinkt das Wasser, das Jedervieh des Müllers fühlt sich

wohl auf dem Teich, die Jugend badet, kurz das Wasser lebt und ist gesund.

Hier lassen sich die Worte Charles Darwins anwenden: „Wie anziehend und wohlthuend ist es, eine dicht bewachsene Uferstrecke zu betrachten, bedeckt mit blühenden Pflanzen vieler Art, mit singenden Vögeln in den Büschen, mit schwärmen- den Insekten in der Luft, mit kriechenden Würmern im feuchten Boden — und sich dabei zu überlegen, daß alle diese künstlich gebauten Lebensformen, so abweichend unter sich und in einer so komplizierten Weise voneinander abhängig, durch Geseze hervorgebracht sind, die noch fort und fort um uns wirken.“

Wir wandern den Bach entlang, immer bergab. Rechts und links am Ufer mehren sich die menschlichen Siedelungen. Der Bauer besitzt hier noch keinen Brunnen, der Bach gewährt ihm noch Wasser zur Nahrung und Stillung des Durstes für sein Vieh und seine Gartenpflanzen. Die Bauersfrau kann ihr Vinnen noch am Ufer des Baches auf dem Rasen bleichen. Das Wild zieht zur Tränke, und Wildvögel tummeln sich auf den stillen Buchten des Flußwassers.

Weiter talabwärts begegnen wir dem ersten Städtchen. Es ist noch industriefrei; jedoch fließen alle Abwässer in den Fluß. Zwei Mühlen halten das Wasser auf. Der städtische Schmutz legt sich in den Mühlenteichen ab, die wie Abfabbassins wirken. Doch das Wasser lebt und hat Kraft, es ist reich an Sauerstoff und vermag sich selbst zu reinigen. — Eine kurze Strecke unterhalb des Städtchens ist es wieder rein. Wir bemerken hier eine Menge Fische, die Barbe, den Döbel, den Napsen, die Jährte, die Quappe, den Barsch und den Hecht, auch den Atrabs.

Wir wandern weiter, um die Ecke bieugend, erblicken wir zunächst einen großen Schlot, wir stehen vor einer Holzschleiferei und Holzzellulosefabrik. Wir gehen den Bach entlang, die Wasser- kraft ist aufs genaueste ausgenützt. In engen Eisenrohren zwängt sich das Flüsschen zu den Turbinenkästen. Doch was sehen wir, hinter der Fabrik ist ja das Wasser ganz milchig gefärbt, es sind die feinen Holzspalter. Die Zellulosefabrik gibt ihre Parzeisenwasser und Kalilaugen in den Bach ab.

Wir wandern weiter talabwärts und kommen abermals in eine kleine Industriestadt mit Tuchfabriken und Färbereien. Merkwürdig, hier hat das Flußwasser eine bläuliche Färbung, durch die schwefelsaurehaltigen Anilinfarbenabwässer.

Wir passieren eine Tuchwolkerei; wie sieht hier das Wasser aus! Es schäumt von dem Ton und Seifenwasser, welches es aufnehmen muß.

Nun reiht sich Fabrik an Fabrik. Tuch- reißereien, Putzfabriken senden die abgefallenen

Wollfaserchen und Farbstoffwasser aller Art in unseren Fluß.

Fast jede größere Fabrikanlage, jedes Städtchen hat seine Gasanstalt, aus ihnen strömen die ammoniakhaltigen Abwässer und das Teerwasser in den Fluß.

Die Spinnereien lassen aus ihren Flach- und Hanfrostereien die äußerst giftigen Klostwasser in den Fluß. Die Färbereien entleeren ihre Kessel und Rüben kurzerhand in den Fluß.

Wir verfolgen weiter den Lauf unseres Flusses und passieren Wagenschmiedfabriken und Erdölraffinerien, auch ihre giftigen Abwässer sehen wir in den Fluß entleeren.

Was begegnen wir auf unserem Marsche zum Teil noch alles für Fabrikanlagen. Drahtziehereien entlassen ihr Wasser mit dem hohen Gehalt an Eisenoxyd und Schwefelsäure in den Bach. Brickettfabriken, Chlorkalziumfabriken, Salzsiedereien, Zinkgruben und viele andere industrielle Unternehmungen, sie entnehmen das Wasser rein, geben es aber schmutzig zurück.

Eine Zuderfabrik, welche früher auch ihre Abwässer in den Fluß ließ, rieselt jetzt mit diesem Wasser und erzielt auf ihren Wiesen drei Schnitte Heu. Ebenso verfährt eine Stärkfabrik und eine landwirtschaftliche Brennerei. Ein Städtchen rieselt mit seiner Kloake und gibt nur gesundes Wasser ab. Eine Spiritusraffinerie hat das Filtrationsverfahren angelegt. Eine andere drückt ihre Abwässer in den Untergrund — aber das sind nur die weißen Raben, die wir auf unserer Wanderung angetroffen haben.

Den Rest bekommt unter Wasser in dem Städtchen R... mit ausgedehnter Tuchfabrikation und ihren Wollwäschern. Man sagt, um nicht denunziert zu werden, ließen die Fabrikdirektoren eigenhändig in dunklen Nächten ihre Schmutzwässer stoßweise in den Fluß. Andere haben unterirdische Röhren, die weit unterhalb der Fabrik in der Mitte des Flusses die giftigen Abwässer abführen. (NB. Es handelt sich hier um erwiesene Tatsachen, die durch Beweis erhärtet werden können.)

Was ist nun aus unserem Bache geworden? Eine blauschwarze Flüssigkeit wälzt sich langsam nach unten. Vom Grunde steigen stinkende Gase, die auf der Oberfläche des Wassers violette Blasen werfen.

Der Grund ist von bläulichem Schleim bedeckt, an den Steinen und an jedweden Vorsprung hängen lange, graugrünliche Flocken, es sind Baggatoden, die giftigen Spaltpilze und sonstige Bakterien.

Die Stellen, in denen das Wasser ruhiger fließt, sind im Grunde bedeckt mit einem Pelz, der aussieht wie ein graues Schaffell. Fast man in eine solche Pelzkolonie, so fühlt sich dieselbe schlüpfrig an und verschwindet unter den Händen.

Der Uferstrand ist wie beschoren anzusehen. Eine scharfe, schwarze Linie trennt das Wasser von dem Grase und der sonstigen Uferflora. Die Krebse sind schon weit oben bei der Zellulosefabrik verschwunden. Die Holzfasen hat sich in ihre Atmungswerkzeuge gedrängt und sie getötet. Dann verschwanden die einzelnen Fische; am längsten hielt sich noch der Aal, jetzt ist auch dieser getötet. Kein einziges lebendes Wesen bevölkert das Wasser. Kein Vogel sitzt in den überhängenden Weidenzweigen. Fällt eine Wildente ein, so erhebt sie sich sofort, als wäre sie auf glühende Kohlen gestoßen. Kein Wild kommt an den Bach zur Tränke. Kein Insekt umschwirrt die giftige Flut, welche sich nur schwerfällig talabwärts wälzt. Der Fluß ist tot, die Industrieabwässer haben ihn vergiftet.

Anderes sterben die Binnenseen. Die steigenden Arbeitslöhne machen es von Jahr zu Jahr unrentabler, den Pflanzenwuchs unserer Binnenseen abzuernten. Allenfalls kann man noch von einer Holzrente sprechen, die wertloseren Pflanzen läßt man einfach stehen, sie sinken im Herbst um, verkaufen und bilden den sogenannten Faulschlamm oder Sapropel. Dieser Faulschlamm kann verwest alljährlich die Stärke bis 1 cm annehmen und langsam den See füllen.

Die sogenannte Wasserblüte, grüne Algen, die in manchen Seen in ungeheuren Mengen vorkommen, werden vom Winde in die Vegetation des Ufers getrieben und bieten hier den Uferpflanzen Nahrung, außerdem verstärken sie nach ihrem Absterben die humose Schicht des obengenannten Faulschlammes. Diese Schicht wird von Jahr zu Jahr stärker, bis sie wieder andere Wasserpflanzen tragen kann.

Das Wurzelnetz der großen Flora trägt bereits angeflogenen Boden. Wieder stärkere Wasserpflanzen siedeln sich an, wir haben das schwimmende Fenn. Auf diesem Fenn können schon saure Gräser gedeihen. Während die Ränder des Fenns immer mehr in den See hinein drängen, die blanke Wasserfläche verkleinern, dringt vom Ufer her die Vegetation des Festlandes unaufhaltsam vor. Zu den sauren Gräsern gesellt sich der Anflug von Gehölz.

Wird die Ufervegetation genützt, so entsteht eine Streuwiese, diese hält sich dann verhältnismäßig länger in solcher Beschaffenheit, als wenn man die Uferpflanzen nicht nützt.

Die schwimmende Pflanzendecke wird immer dicker und tragfähiger, bald siedelt sich Segge an, die sich in Büscheln über Wasser und Boden erhebt und die sogenannten Raupen bildet. Je dicker die Narbe wird, je mehr Wasser verdrängt sie, welches sich meist noch unter dieser Narbe befindet. Liegt das Fenn auf, so haben wir die Moowiese. Nun folgen Holzarten,

die Saltweide in Buschform, die Birke und schließlich die Erle des Bruchwaldes. Begleitpflanzen sind die Farnen, Nesseln, Seggen, wilder Hopfen usw. Die verwesenden Pflanzen, das abfallende Laub erhöhen den Boden unheimlich schnell.

Die Hölzer, überhaupt auch die anderen Pflanzen haben hier aber nur eine geringe Lebensdauer, nach einer kurzen Reihe von Jahren sterben sie ab. Am längsten behauptet noch als Flachwurzler die Fichte ihren Platz, obwohl auch sie hier kein hohes Alter erreicht. Als Begleitpflanzen dieser Periode finden wir die Preiselbeere, das Heidekraut, den Sumpfsporst u. a. m.

Mit der Zeit verschwinden auch diese Hölzer und Pflanzen, es bilden sich die Torfmoose mehr heraus, die wie große Wurzeln den Boden überwuchern, hier und da ein verkrüppelter Weidenbusch oder ein vermaßertes Birkenbäumchen. — Wir haben das Hochmoor!

So stirbt das Wasser in unseren Teichen und Binnenseen. Nicht etwa von gestern zu heute, sondern in Jahrhunderten. Wer alte Karten in die Hand nimmt, wird sich wundern, wo die Seen und Blotten, die darin verzeichnet standen, geblieben sind. Römische Geschichtsschreiber erzählen uns nicht umsonst von den vielen germanischen Sümpfen und Seen.

Neben der Vertorfung tötet die Austrocknung unsere Seen. Wer an den Ufern entlang wandert, wird die früheren Wassermarken an Steinen, Stämmen usw. wahrnehmen. Viele hunderte Hektare Wasserflächen sind von unseren Binnenseen in den letzten fünfzig Jahren verschwunden.

Durch die Regulierung der Flüsse und Bäche die man gerade legte und einengte, ist der Kreislauf des Wassers beschleunigt, zudem ist die Wasserverdunstung auch jährlich eine gesteigerte. Waldrodungen, Drainagen usw. spielen ebenso in der Entwässerung eine große Rolle. Das Absterben der Binnengewässer ist nicht ohne Beispiel. In den russischen Gouvernements Stavropol, Busuluck, Samara, Nikolajewsk, Novo Uureck sind fast alle Binnengewässer verschwunden und der Grundwasserspiegel bis auf 60 m gesunken.

Es ist hohe Zeit, daß bei uns eine andere geordnete Wassermirtschaft Platz greift. Erhalten wir uns das Wasser durch Verlangsamung des Kreislaufs (Zäsperrren) und durch Reinhaltung. Jede Pflanze und Kreatur braucht Wasser. Jeder Mensch ist besonders daran interessiert, jeder Sorge für die Reinhaltung.

Allgemein hat man verbreitet, die Fischerei sei bei der Verschmutzung unserer Flußläufe die einzig Leidtragende. Man solle sich mit ihr nicht aufhalten, sie bringe dem Staat im Gegensatz zu der gewaltigen Industrie eigentlich so gut wie nichts; also fort mit ihr, was ist an den paar Fischen gelegen. Beides ist falsch, denn

die Fischerei bringt jährlich an Werten etwa 80 Millionen, auch ist sie nicht der einzig Leidtragende.

Genau so dachte man vor fünfzig Jahren in England, als sich die dortige Industrie entwickelte. Als aber die Flußläufe so verschmutzt waren, daß Epidemien entstanden, und das Grundwasser vergiftet war, da schuf man das heutige Wassergesetz, das auf folgendem Grundsatz basiert: Jeder Gewerbetreibende darf für sich und seinen Betrieb so viel Wasser entnehmen als er will, jedoch ist er verpflichtet, es wieder rein zurückzugeben.

Nicht der Fischer ist es, und diesen Satz möchte ich hier zwanzigmal unterstreichen, welcher den größten Schaden am Sterben unserer Gewässer erleidet, sondern die ganze Nation, mit Ausnahme der wenigen Industriellen.

Die Verunreinigung des Wassers tötet nicht nur dessen Bewohner, sondern schädigt auch die Landbewohner, Haustiere, Wild, Vögel, selbst den Menschen in den Städten, dem es das Grundwasser, somit das Elirier des Lebens, vergiftet. Die meisten Epidemien sind auf die Verunreinigung des Wassers zurückzuführen.

Die ganze Nation hat die Pflicht, gegen die Wasserverschmutzung mit aller Kraft vorzugehen, vorwiegend aber der Landwirt und Forstmann; sind seine Bäche erst einmal total verschmutzt, so bleiben sie es Jahrhunderte lang — Beweis: England. — Kinder und Kindesfinder müssen somit den Schmutz und die üblen Dünste der Industrie genießen.

Die neuere biologische Wissenschaft kennt Mittel und Wege, die Wasser mit erschwinglichen Kosten und wirklich zu reinigen, jährlich zeigt sie diese der Industrie. Natürlich kosten auch diese Verfahren etwas — aber selbst das wenige ist zumeist der nach hohen Dividenden lüsternden Industrie zu teuer — lieber trübt sie der Nation das jedem Lebewesen wohlthätige Wasser.

Landleute, Forstleute rüttelt Euch auf, zeigt jede verbotene Verunreinigung der Polizei oder besser noch der Staatsanwaltschaft an.

Seht Euch den Entwurf zum neuen preussischen Fischereigesetz, speziell aber den § 72 an, und erhebt durch Euren Abgeordneten energisch dagegen Protest. Wird dieser Paragraph Gesetz, so kann man weiter unsere heimatischen Gewässer verschmutzen, und weiter wird die wertvollste Quelle unseres menschlichen Wohlbefindens nach und nach versiegen.

Die Entnahme von Moorproben zwecks Einsendung an die Moorversuchsstation in Bremen.

Durch Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft vom 26. Januar 1912*) ist die bisher geltende Anweisung zur Entnahme von Bodenproben für die chemische und physikalische Untersuchung von der Moor-Versuchs-Station gemäß den bisher gemachten Erfahrungen ergänzt worden.

Da die zuverlässige Beurteilung der eingesandten Bodenproben nur dann erfolgen kann, wenn alle für ihre Entnahme gegebenen Anweisungen genau befolgt werden, bei der zunehmenden Ausdehnung der Moorkulturen die Frage der Bodenuntersuchungen auch für unseren Leserkreis an Bedeutung gewinnt, so lassen wir nachstehend den Wortlaut der Anweisung folgen:

I. Anweisung zur Entnahme von Bodenproben für die chemische und physikalische Untersuchung.

Da die chemischen und physikalischen Eigenschaften der für die Kultivierung bestimmten Moore das Gedeihen der Kulturen wesentlich beeinflussen und sehr häufig für die Art und Weise der Benutzung maßgebend sind, ist es unerlässlich, vor der Inangriffnahme irgendwelcher Kultur auf Flächen, über deren Verwertbarkeit genügende Erfahrungen noch nicht vorliegen — neben Feststellung der Wasserverhältnisse und sonstiger die Vegetation beeinflussenden Faktoren — den Boden auf seine chemische Zusammensetzung und diejenigen physikalischen Eigenschaften zu prüfen, welche für das Pflanzenwachstum besonders wichtig sind.

Soll aber die Untersuchung einwurfsfreie Resultate ergeben, so ist es vor allem geboten, bei der Entnahme der Proben die größte Sorgfalt und alle Vorsichtsmaßregeln zu beachten, um denselben den Charakter der Durchschnittsproben zu sichern.

Zu dem Zwecke stelle man zunächst durch Beobachtung des augenblicklichen Pflanzenwuchses und der äußeren Bodenbeschaffenheit fest, ob die in Betracht kommenden Ländereien

a) einen einheitlichen Charakter tragen,

b) bedeutende Verschiedenheiten aufweisen.

Im Falle a) verteile man die Probenahme gleichmäßig über die ganze Fläche in der Weise, daß man an möglichst vielen Stellen die lebende Bodennarbe möglichst flach abschält und

1. Proben von 1 bis 2 kg von der Oberfläche bis zu 20 cm Tiefe,
2. Proben von 1 bis 2 kg von 20 cm Tiefe bis zur Sohlentiefe der vorhandenen oder noch zu ziehenden Entwässerungsgräben aushebt.
3. Für den Fall, daß die Gräben überall oder an einzelnen Stellen schon in den mineralischen Untergrund einschneiden, halte man den (ebenfalls einzufundenden) mineralischen Teil (Probe 3) von dem moorigen Teil der Probe 2 getrennt.

Sämtliche Einzelproben aus der oberflächennahen Schicht (unter 1) werden auf das sorgfältigste durcheinandergemischt, daraus ein Durchschnittsmuster von mindestens 3 kg entnommen und in einen vorher mit u n a u s l o s l i c h e r F a r b e

*) Siehe Seite 371 dieser Nummer.

numerierte reinen Beutel verpackt. Ebenso gewinnt man je eine besondere Durchschnittsprobe aus den tieferen Schichten (unter 2 und 3).

Im Falle b verfährt man auf jeder einzelnen der untereinander verschiedenen Flächen für sich genau wie auf Fläche a und entnehme somit weitere Durchschnittsproben: 1 a, 2 a usw., 1 b usw.

Ist der Moorstand geringer als 20 cm, so ist in der angegebenen Weise je eine Durchschnittsprobe aus der eigentlichen Moorschicht und aus dem mineralischen Untergrund zu nehmen.

Finden sich in der Nähe des Moores oder in erreichbarer Tiefe des Untergrundes mineralische Bodenarten: Sand, Lehm, Mergel, Wiesentuff u. dgl., die möglicherweise für die Melioration des Moorbodens Bedeutung gewinnen könnten, so sind auch hiervon Durchschnittsproben von 2 kg zu entnehmen und mit einer genauen Beschreibung der Lagerungsverhältnisse, des räumlichen Umfanges usw. zu versehen.

Die Proben sind in frischem Zustand, gut und jede für sich verpackt, zur Untersuchung an die Moorversuchsstation in Bremen einzusenden.

Es ist wünschenswert, daß von jeder zu untersuchenden Fläche ein etwa 30 cm langes und breites Stück der ursprünglichen Bodennarbe (Gras-, Heide-, Moosnarbe oder dergleichen) mit den darauf befindlichen Pflanzen in unverletztem Zustande eingekantet wird. Die Auswahl des Narbenstückes ist so zu treffen, daß dadurch eine einigermaßen richtige Vorstellung von dem durchschnittlichen gegenwärtigen Pflanzenbestand der Moorfläche gewonnen werden kann. Ist dieser Bestand sehr verschieden, so sollten, falls nicht überhaupt Fall b der Probenahme Platz greift, mehrere Narbenproben von derselben Fläche eingekantet werden. Die Narbenproben werden am zweckmäßigsten nach der Entnahme mit einer Bezeichnung versehen, in besondere Ristchen verpackt und möglichst bald mit der Post abgeschickt, damit die Pflanzen in noch erkennbarem Zustande eintreffen.

Wenn die Anlage von Dauerweiden oder Wiesen beabsichtigt wird, ist es von allergrößter Wichtigkeit, mehrere derartige Narbenstücke von jeder Fläche einzusenden, und zwar bei Unterschieden im Niveau der einzelnen Fläche mindestens je eins von dem höheren und von dem tieferen Teile. Befinden sich in der Nähe auf demselben Boden gute Dauerweiden oder Wiesen, so ist es sehr erwünscht, daß auch von diesen eine charakteristische Narbenprobe oder eine 1 kg große Durchschnittsprobe des Heues eingereicht wird.

Da durch die Herstellung der unter 1 genannten Mischprobe die natürliche Lagerung und Struktur des Moorbodens unter Umständen stark geändert werden kann, ist ferner noch die Einsendung mindestens eines, besser mehrerer Bodenvürfel von 10 cm Kante aus der oberflächennächsten des Moores bis 20 cm Tiefe, die die durchschnittliche Beschaffenheit der Oberfläche in ungestörter Lagerung darstellen, anzuraten. Namentlich dann, wenn auf Niedermoor oder hochmoorartige Auflagerungen von geringerer oder größerer Stärke vorkommen, ist die Einsendung von Bodenvürfeln wichtig, damit beurteilt werden kann, ob diese

kalkärmeren Auflagerungen eine Kalkzufuhr erforderlich machen.

Es muß mit Rücksicht darauf, daß die Probenahme vielfach nicht genau nach vorstehender Anweisung geschieht, ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nur streng nach Vorschrift genommene Proben der Untersuchung unterzogen werden. Insbesondere ist, wenn auch Narbenproben mit einer stärkeren Schicht anhaftender Bodenmasse eingesandt werden, die Entnahme vorschriftsmäßig entnommener Durchschnittsproben der Ober- und Mittelschicht nicht zu unterlassen.

Mitteilungen über Herkunft der Proben, Zweck der Untersuchung, Art der Melioration usw. sind so frühzeitig zu machen, daß sie bei Eingang der Proben vorliegen. Die Kosten der Untersuchung jeder einzelnen Moorprobe auf Volumengewicht und die Bestandteile, deren Bestimmung für die Beurteilung des landwirtschaftlichen Wertes der betreffenden Fläche nötig ist, betragen nach dem Tarif 31 M., wenn eine Bestimmung des Kalis erforderlich ist, 38 M.

Für die Untersuchung je einer Sandprobe auf pflanzenschädliche Stoffe und Tauglichkeit als Bedeckungsmittel werden, wenn außerdem Moorproben eingekantet werden, 2 M., andernfalls 3 M. berechnet. Für preussische Landwirte tritt eine Ermäßigung vorstehender Sätze um ein Drittel, für Mitglieder zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche um die Hälfte, ein.

Hierzu ist außerdem noch folgende Fragebogen auszufüllen und an die Moorversuchsstation in Bremen zu senden.

1. Zu welchem Moorgebiet gehören die fraglichen Moorkändereien?
2. In welchem Flußgebiet liegen sie?
3. Regierungsbezirk und Kreis?
4. Gemeinde (Feldmark, Flurbezeichnung, Katasternummer)?
5. Ist die Fläche bereits zu Torfstich benutzt worden, und welche Eigenschaften hat der Torf?
Verbrennt er ohne unangenehmen Geruch?
6. Ungefähre Größe der zu untersuchenden Flächen:
7. Ungefähre Größe des ganzen Moorgebietes:
8. Durchschnittliche Tiefe des Moorstandes:
9. Größte und kleinste Tiefe des Moorstandes:
10. Kommen in der Nähe des Moores oder in erreichbarer Tiefe mineralische Bodenarten vor, und welche?
11. Trägt die Fläche ihrer Vegetation nach einen einheitlichen Charakter, oder zeigen sich größere Verschiedenheiten?
12. Welche Gewächse trägt das unkultivierte Moor?
13. Ist die Fläche bereits ganz oder zum Teil landwirtschaftlich benutzt worden, und wie?
14. (Evtl.) Welche Gewächse sind besonders gut gediehen, welche nicht?
15. Wie tief steht vor der Melioration durchschnittlich das Grundwasser?
16. Bis zu welcher Tiefe läßt sich die fragliche Fläche durch die Melioration entwässern?
17. Welche Art der Melioration ist beabsichtigt (Ackerbau, Weide, Weide)?

II. Anweisung zur Entnahme von Moorproben behauf Untersuchung auf Eignung zur Torf- Freu.

Zur Torfstreugewinnung sind nur die wenig zerkleinsten, saftigen Moorschichten brauchbar. Soll die Untersuchung sichere Ergebnisse liefern, so müssen die einzuliefernden Proben die durchschnittliche Beschaffenheit der für die Torfstreubereitung in Betracht kommenden Schichten darstellen. Zu dem Zweck empfiehlt es sich, an möglichst vielen Stellen Probelöcher auszuheben, die Einzelproben aus den ihrer äußeren Beschaffenheit nach gleichartigen Schichten zu vereinigen und daraus nach sorgfältiger Durchmischung, bei der ein Zerdrücken der Moormasse möglichst zu vermeiden ist, je eine Durchschnittsprobe im Gewicht von 3 kg genau bezeichnet und in reine Beutel verpackt, in frischem Zustande an die Moorversuchstation einzuliefern. Angaben über die Ausdehnung, Mächtigkeit und Lagerungsverhältnisse der durch die einzelnen Durchschnittsproben dargestellten Moorschichten sind sehr erwünscht. Die Kosten für die Untersuchung einer Probe betragen tarifmäßig 15 M. (Bestimmung des Wasseraufsaugungsvermögens, des Stickstoffes und des Gehaltes an Erdensubstanz und mineralischen Stoffen), für preussische Landwirte 10 M., für Mitglieder des Vereins 7,50 M. Sollen aus einer Torfstreu- oder Torfmulllieferung Proben genommen werden, so empfiehlt es sich, dazu einen besonderen Bohrer zu benutzen, der vom Schlossermeister Westphal in Bremen, Große Johannisstraße 132, für 6 M. zu beziehen ist. Mittels desselben werden aus einer größeren Zahl von Ballen, mindestens aus dem zehnten Ballen jeder Ladung, Proben an verschiedenen Stellen des Ballens vom Rande bis zur Mitte ausgebohrt, die Einzelproben zu einer Probe vereinigt und daraus nach sorgfältiger Durchmischung eine Durchschnittsprobe im Gewicht von 300 bis 400 g genommen. Diese ist in einem völlig trockenen und luftdicht verschließbaren Behälter zur Untersuchung einzuliefern. Die Probenahme geschieht zweckmäßig in Gegenwart von Zeugen.

III. Anweisung zur Entnahme von Moorproben behauf Untersuchung auf Eignung zu Brenn- torf.

Bei Untersuchung eines Moores auf die Tauglichkeit zur Brenntorfbereitung erfolgt die Probenahme aus den verschiedenen hierfür in Betracht kommenden Schichten genau nach denselben Grundsätzen wie bei der Untersuchung auf Eignung zur Torfstreugewinnung. Durchschnittsproben aus fertigem Material werden in der Art gewonnen, daß eine größere Zahl von Soden von verschiedenen Stellen des Hausens genommen, in hühnereigroße Stücke zerfchlagen und daraus nach sorgfältiger Durchmischung eine Durchschnittsprobe von 2 bis 3 kg genommen wird, die in einem dicht schließenden Behälter einzuliefern ist.

Daneben sind noch einige unzertfchlagene Soden von mittlerer Beschaffenheit einzuliefern. Die Untersuchung einer Probe auf Brennwert kostet 20 M., für preussische Landwirte 13,50 M., für Mitglieder des Vereins 10 M.

In den von der Moorversuchstation zu diesen Bestimmungen gegebenen Erläuterungen wird zunächst auf die genaue Beachtung der vorstehenden Vorschriften hingewiesen, da sich durch deren Befolgung unnötige Schreibereien, Verzögerungen, die Erschwerung der Untersuchung und der Begutachtung vermeiden lassen. Die Untersuchung richtig genomener Bodenproben liefert für die Beurteilung des Moorbodens und die Vorschläge von Meliorationsmaßnahmen so wertvolle Anhaltspunkte, daß alles getan werden sollte, die Grundlage hierfür durch größte Sorgfalt bei Entnahme der Proben möglichst sicher zu gestalten und mit der Probenahme nicht, wie es leider vielfach geschieht, untergeordnete oder wenig zuverlässige Menschen zu betrauen.

Besonders häufige Verstöße bei Einsendung der Proben sind: Die Bezeichnung ist, nicht wie vorgeschrieben, in unlöslicher Schrift, sondern sehr häufig wenig deutlich oder unlesbar angebracht, ebenso ist die Verpackung meist eine mangelhafte. Statt der einfachen Verpackung jeder Probe für sich in je einen Beutel oder Kasten werden nicht selten Kästen mit einer Anzahl Fächer hergerichtet und zur Verpackung benutzt mit dem Erfolg, daß durch den Transport entweder das ganze kunstvolle Gebilde zusammengebrochen ist oder, da der Deckel oder Boden des Kastens die einzelnen Fächer nicht dicht abschließt, die Proben, namentlich solche sandiger Natur, durch die Fugen durchgerüttelt sind und sich mit den anderen Proben vermischt haben. Günstigenfalls ist das Entnehmen der Proben aus den engen Fächern zeitraubend und lästig und wird nicht selten dadurch erschwert, daß besonders vorsichtige Leute die einzelnen Fächer im Kasten selbst und außerdem auf der Außenwand bezeichnen, aber die Bezeichnungen nicht miteinander übereinstimmen.

Die Karbenproben sind gut verpackt möglichst als Postpaket einzuliefern, da sie bei einem Transport als Frachtgut fast immer sehr stark in Zerklebung übergehen.

Bezüglich der Berechnung der Untersuchungskosten macht die Moorstation noch darauf aufmerksam, daß die aus der Oberflächenschicht und die aus den tieferen Lagen derselben Fläche entnommenen Proben als verschiedene Proben gelten, da hiervon jede gesondert untersucht wird und folglich auch als selbständige Untersuchung berechnet werden muß.

Mitteilungen.

— **Aus Thüringen.** Der Spezial-Landtag staatlichen Forstbeamten nachstehende Gehaltsätze an: des Herzogtums Sachsen-Gotha nahm für die

Beamter	1.—3.	4.—6.	7.—9.	10.—12.	13.—15.	16.—18.	19.—21.	22.—24.	Vom 25.
	Dienstjahr								
Oberförster	3300	3400	3800	4200	4600	4900	5200	5500	5800
Forstassessor	2700	3000	3300	3600	3900	4200	4400	4600	
Forstreferendar	1200	(künftig wegfassend!)							
Forstsekretär	1800	2000	2200	2400	2600	2800	3000	3200	
Forstwart	1400	1550	1700	1800	1900	2000	2100	2200	

Das Befoldungsdienstalter der Oberförster und Forstassessoren beginnt mit dem Tage der un widerruflichen Anstellung, das der übrigen Beamten mit dem Tage der widerruflichen Anstellung. In Zukunft soll den Forstschutzbeamten der Gutswirtschaftsbetrieb nicht mehr gestattet sein. Das Befoldungsgefez erhält rückwirkende Kraft vom 1. April 1912 an.

—r—.

— **Aus Elfaß-Folbringen.** Die Gemeindeförster haben den Landtag, wie früher den Landesausfchuß, dringend gebeten, Schritte zur Verbesserung ihrer unsicheren Lage zu tun. Die hierauf sich beziehende Petition ist bereits in der 2. Kammer besprochen worden, bei welcher Gelegenheit der Landforstmeister die Versicherung gab, daß diese schwierige Materie zurzeit von den Bezirkspräsidenten vorgeprüft werde.

— **Fortsatz der Bezeichnung „Subalternbeamte“.** Den Wünschen der Parlamente und Beamtenverbände entsprechend soll in Preußen in Gesetzen, Verordnungen und im sonstigen amtlichen Sprachgebrauche die Bezeichnung „Subalternbeamte“, künftig vermieden werden. Als Ersatz ist die Bezeichnung „mittlere Beamte“ bestimmt. Ein

Abweichen hiervon würde nur eintreten, wenn die Bezugnahme auf ältere Gesetze und Verordnungen zu dem Gebrauche der alten Bezeichnung „Subalternbeamte“ nötig.

Einfuhr fremden Kiefernfasens und fremder Kiefernzapfen.

Kiefernzapfen (100 kg)			Kiefernfasen (100 kg)		
Herkunft	März 1912	1. Januar bis 31. März 1912	Herkunft	März 1912	1. Januar bis 31. März 1912
Im ganzen	1337	7035	Im ganzen	123	272
Darunter aus:			Darunter aus:		
Belgien	—	210	Belgien	43	65
Ungarn	99	549	Frankreich	—	23
Rußland	1234	6262	Ungarn	41	118
			Rußland	4	11

Beachtenswert ist die Fortdauer erheblicher Einfuhr an Kiefernfasen und Kiefernzapfen aus Österreich-Ungarn, also entweder aus Ungarn oder aus Südtirol, trotz der hiermit für den deutschen Wald verbundenen Nachteile.

Berichte.

Aus dem preukischen Abgeordnetenhanse.

Auszug aus den Verhandlungen am 19. März 1912 über die Affizientengehälter.

(Wir bringen diesen Auszug, da wir annehmen, daß ein großer Teil unserer Leser sich mit Rücksicht auf die dem Abgeordnetenhanse vorliegenden Vorsterpetitionen dafür interessieren wird, zu erfahren, welchen Ausgang die Verhandlungen über die Petitionen der Eisenbahnaffizienten bewandlicherweise genommen haben.)

Von den vorliegenden Anträgen wollen wir hier nur den hauptsächlichsten hervorheben, der dahin geht, die Petitionen um Gewährung von gleichmäßig festgelegten Zuwendungen an alle Eisenbahnaffizienten der fünf untersten Gehaltsstufen der königlichen Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen vom 1. April d. Js. an die Gleichstellung der Eisenbahnaffizienten

mit den Reichseisenbahnaffizienten in ihrem Gehalt herbeigeführt wird.

Dr.-Ing. W a c c o, Berichterstatter (nat.-lib.): Ich kann über die Verhandlungen in der Kommission kurz berichten, daß bei der allgemeinen Übereinstimmung der Kommissionsmitglieder über diese Frage von allen Beteiligten bedauert wurde, daß die Unterstügungen, die man für die Eisenbahnaffizienten vorgehen habe, sich innerhalb eines Rahmens hielten, der an die Bezüge der gleichgestellten Reichsbeamten nicht heranreiche.

Dr. R u s s e (kons.): Unter den verschiedenen Petitionen, welche im letzten Jahre von den Beamten eingereicht worden sind, befindet sich nach der Ansicht meiner politischen Freunde kaum eine einzige, welche so sehr eine sachliche Berechtigung hat, und welche so sehr die Sympathie aller objektiv denkenden Leute finden muß, wie

die Petition der Eisenbahnassistenten. Es ist keine Frage, daß, wenn die preussische Besoldungsordnung nach der Reichsbesoldungsordnung erlassen worden wäre, Preußen dieselben Gehaltsätze festgesetzt hätte wie das Reich. Es kommt hinzu, daß die Wünsche der Eisenbahnassistenten von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten, wenn auch nicht momentan als voll erfüllbar, so doch dem Grunde nach als voll berechtigt anerkannt sind. Man hat nun zuerst geglaubt im Rahmen der Besoldungsordnung die Wünsche der Assistenten erfüllen zu können. Dabei war in erster Linie der Wunsch maßgebend, die Besoldungsordnung unverändert zu erhalten, da eine erstmalige Durchbrechung der Besoldungsordnung zu weitgehenden Konsequenzen führen mußte. Es hat sich aber inzwischen herausgestellt, daß unter Festhaltung an der Besoldungsordnung die Wünsche der Assistenten sich nicht voll erfüllen lassen. Der einzige Weg, um den Assistenten entgegenzukommen, wäre die Gewährung von Unterstützungen gewesen. Dieser Weg hat sich aber doch nicht als gangbar erwiesen. Einerseits kann der Ausgleich nicht in voller Höhe erfolgen, wie dies von vornherein beabsichtigt war; es würden nur Teilbeträge in Frage kommen, zum Teil würde überhaupt nichts den betreffenden Assistenten zugelegt werden, während es feststeht, daß die Gehälter in den fünf untersten Stufen, welche allein in Frage kommen, derartig sind, daß die Beamten auf das Minus nicht recht verzichten können. Das trifft auch auf die 5. Klasse zu, wo die Differenz nur 50 M. beträgt, und wo nach Absicht der Regierung nichts gegeben werden soll. Das Gehalt in dieser Klasse beträgt 2650 M., und ich glaube, daß es richtig ist, wenn ein Familienvater selbst auf eine Differenz von 50 M. nicht glaubt verzichten zu können. Andererseits steht fest, daß die Unterstützungen den Beamten nicht besonders sympathisch sind; sie legen nicht nur auf den Inhalt, sondern auch auf die Form Gewicht und möchten lieber das, was man ihnen gewähren will, als Gehalt wie als Unterstützung angewendet erhalten. Hiernach bleibt nichts anderes übrig, als die Unterschiede im Gehalt durch ein Geleis auszugleichen. Wenn auch eine Durchbrechung der Besoldungsordnung damit verbunden ist, so legen meine Freunde doch Wert darauf, zu erklären, daß nur die besonderen Umstände des Falles maßgebend für sie gewesen sind, und daß sie im übrigen entschlossen sind, an den Grundlagen der Besoldungsordnung festzuhalten.

Dr. v. Savigny (Zentr.): Der Gang der Dinge ist folgender gewesen. Wir haben bei der Verabschiedung der Besoldungsordnung den Antrag gestellt, dem Wunsche der Assistenten dahin gerecht zu werden, daß sie von einem Anfangsgehalt von 1800 M. auf ein Höchstgehalt von 3600 M. steigen sollten. Bei dem Kompromiß, welches dazu geführt hat, daß die Besoldungsordnung in Übereinstimmung zwischen Staatsregierung und Landtag verabschiedet werden konnte, haben wir in diesem Punkte nachgeben müssen. Wir haben nun nach oben die 300 M. schwinden lassen müssen und haben das Anfangsgehalt auf 1650 normieren müssen. Dann ist

das Reich in gewissem Umfange diesem Vorgehen gefolgt, aber nicht hinsichtlich des Anfangsgehaltes.

Das Haus hat sich wiederholt der Staatsregierung gegenüber dahin ausgesprochen, daß es den Willen habe, diese von allen Seiten erkannte Lücke in der Besoldungsordnung auszufüllen. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat sogar selbst mit Recht gegenüber den Eisenbahnassistenten die Äußerung getan, daß er es verstehe, wenn sie über die differentielle Behandlung mit den Assistenten im Reichsdienst indigniert seien. Es besteht also volle Übereinstimmung zwischen dem zuständigen Ressort in Preußen und der Volksvertretung darüber, daß diese Lücke aus der Besoldungsordnung beseitigt, daß dieser Mangel entfernt werden muß. Unsere Aktion nach dieser Richtung im vorigen Jahre hat leider nicht den notwendigen Widerhall bei der Staatsregierung gefunden, sondern es ist uns im Etat nur vorgeschlagen worden, einen Unterstützungsfonds von etwas über 600 000 M. zu bewilligen, aus welchem den einzelnen Assistenten nach ihrer Bedürftigkeit, nach ihren Vermögensverhältnissen eine Unterstützung bewilligt werden sollte, und zwar auf Antrag.

Der Versuch, diese Bewilligung erstens auf feste Grundsätze zu basieren, also gewissermaßen zu einer schematischen zu machen, die Assistenten vor einer gewissen Ungleichheit oder — ich will nur sagen — vor dem Gedanken der Willkür zu schützen und sie unabhängig von dem Gefühl zu machen, als wenn ihnen etwas zuteil würde, worum sie bitten müßten, also im wesentlichen ihrer eigenen Petition zu entsprechen, die dahinging, den fünf unteren Gehaltsstufen sämtlich diese Unterstützung, und zwar womöglich auf gesetzlicher Grundlage zuzuwenden, und der weitere Versuch, wenigstens diese Zuwendung, wenn auch nicht ganz auf die Höhe des Fehlens von 160 M., also der Hauptdifferenz, um die es sich hier handelt, sondern doch wenigstens auf zwei Drittel der Differenz zu bringen, alle diese Versuche sind in den Verhandlungen der Budgetkommission an dem Widerspruch des Finanzministeriums gescheitert. Angesichts dieses Umstandes haben sich die Parteien, die sich die ganzen Jahre hindurch mit dieser Frage beschäftigt haben, gesagt: hier muß endlich ein energischer Schritt der Volksvertretung gegenüber der Staatsregierung geschehen, damit dies durch Kompromiß zustande gekommene Werk der Besoldung, an dem wir im ganzen auch festhalten wollen, von dieser Härte, von diesem Mangel befreit werde, der es durchaus zu diskreditieren geeignet ist, weil hier mit Recht die Kritik fortwährend wieder einsehen kann. Das ist eine Rundgebung, von der wir hoffen, daß die Staatsregierung demgegenüber die Bedenken fallen läßt, die sie uns bis jetzt entgegengehalten hat, wenn wir bereit sind, auf unsere Verantwortung die 1½ Millionen Mehrkosten zu übernehmen. Wenn ein zweites Bedenken hervorgehoben werden kann, dahingehend, an dem „heiligen“

Wert der Besoldungsordnung dürfte unter gar keinen Umständen gerüttelt werden, so kann ich nur nochmals wiederholen, was ich schon gestern ausgesprochen habe: das Werk wird am besten vor weiterer Anfechtung bewahrt, wenn man berechtigzte Vorwürfe, die man dagegen erheben kann, beseitigt; denn dann bleibt keine Lücke mehr, in welche die Kritik einfallen und einsetzen kann. Es ist also gar nicht möglich, einer solchen gemeinsamen Willensfindung der Volksvertretung gegenüber den Widerstand noch länger aufrechtzuerhalten.

Hr. v. Redlich und Reukirch (Freikons.): Wenn man der Meinung ist, daß man das System unserer Besoldungsordnung durch eine solche Änderung etwa stören könnte, dann muß man daran erinnern, daß unsere Beamtenbesoldungsordnung keineswegs ein so organisch in sich zusammenhängendes System ist, daß eine kleine Änderung den ganzen Bau ins Wanken bringen könnte. Unsere Besoldungsordnung beruht zum Teil auf zufälligen Majoritätsbeschlüssen und ist zwar im ganzen ein ordentliches Werk, aber im einzelnen keineswegs so übereinstimmend, daß man nicht an der einen oder anderen Stelle zwingenden Forderungen der Gerechtigkeit Rechnung tragen könnte, ohne das ganze in Gefahr zu bringen. Ein solcher Ausnahmefall, wenn er berücksichtigt wird, bestätigt lediglich die Regel, daß wir für eine Reihe von Jahren an der Besoldungsordnung unverrückt festhalten sollen.

Dr. Lenz, Finanzminister: Im vorigen Jahre bestand auf allen Seiten des Hauses Einmütigkeit darüber, daß es unter allen Umständen zu vermeiden sei, an der eben erst abgeschlossenen Besoldungsordnung irgend etwas zu ändern, und insolgedessen hat das Hohe Haus einmütig ausdrücklich seinem Antrage beigefügt, daß eine Gleichstellung versucht werden möchte „unter Aufrechterhaltung“ der Besoldungsordnung. Daß ohne Abänderung der Besoldungsordnung sämtlichen Assistenten eine Aufbesserung gewährt werden könnte, ist ganz unmöglich; denn das würde eine Umgehung der Besoldungsordnung sein, welche ohne Zustimmung des Herrenhauses nicht abgeändert werden darf. Wenn man den Weg der Unterstützung wählt, muß jedesmal auf die Einzelheiten des Falles zurückgegriffen, es muß geprüft werden, ob ein Unterstützungsfall vorliegt, und dann muß dem einzelnen eine Unterstützung gewährt werden. Die Staatsregierung hat dabei sehr weitgehende und weitherzige Grundsätze festgestellt, welche im Einzelfalle es dem Antragsteller ermöglichen sollen, eine Unterstützung zu erhalten. Mehr konnte die königliche Staatsregierung aber nicht tun, ohne eine Gesetzesumgehung zu begehen. Nun verlangt der jetzige Antrag eine Abänderung der Besoldungsordnung. Was das bedeutet, möchte ich mir doch erlauben, Ihnen noch einmal vorzuführen.

Die Besoldungsordnung bildet ein Bauwerk, welches außerordentlich schwierig erbaut ist, bei dem die einzelnen Bausteine sehr künstlich ineinandergefügt sind, und welche sehr schwer zu

lagern waren. Wenn man an einer Stelle der Besoldungsordnung nur einen Stein lockert oder herausnimmt, dann lockert sich das ganze Gebäude und es stürzt zusammen. Es ist zwar hier behauptet worden: ja wohl, wir wollen keine Abänderung der Besoldungsordnung, wir wollen nur in diesem einen Falle eine Abänderung, einen Ausgleich treffen, um eine Ungerechtigkeit auszugleichen; im übrigen werden wir nach wie vor die n festhalten: die Besoldungsordnung muß bestehen bleiben. Sie sind aber ganz außer Stande, wenn Sie diesen ersten Schritt gemacht haben, die folgenden Schritte zu vermeiden. Im vorigen Jahre haben Sie sich selbst vorgenommen, an der Besoldungsordnung nicht zu rütteln; in diesem Jahre haben Sie gesagt: ja, ohne Abänderung der Besoldungsordnung geht es doch nicht. Da sind Sie also schon einen ganz erheblichen Schritt weiter gegangen, und ich bin sehr überzeugt, daß Sie Schritt für Schritt gedrängt werden von all den vielen Beamten-Gruppen, um immer wieder Änderungen der Besoldungsordnung herbeizuführen. Es sind ja nicht allein die Eisenbahnassistenten, welche sich melden und sagen, das Gehalt reiche nicht aus; die ganze Beamtenenschaft ist in Bewegung von Anfang an seit Erlass der Besoldungsordnung. Wie der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten gestern schon erwähnt hat, liegt das in der Zeit und auch mit an der Geldknappheit der Beamtenwünsche in den Parlamenten. Die Beamten verfolgen ununterbrochen, ob nicht irgend einer anderen Beamtenkategorie etwas zugebilligt wird, damit sie auch dahinter haben können. Wenn dann an irgendeiner Stelle die Besoldungsordnung geändert wird, dann gibt es ein Aufhalten überhaupt nicht mehr. Ich möchte darauf hinweisen, daß von der nächsten Woche ab die Budgetkommission viele Sitzungen damit zubringen muß, um alle die Petitionen zu erledigen, welche auf eine Abänderung der Besoldungsordnung abzielen; von zahlreichen Beamtengruppen liegen Abänderungsanträge vor. Und, meine Herren, trauen Sie sich denn zu, daß es möglich ist, in den folgenden Jahren alle diese Anträge abzulehnen? Es sind manche Anträge der Art wohl ebenso begründet wie die Anträge der Assistenten.

Die Anträge dieser haben ihren Grund nur darin, daß eine Verschiedenheit der Besoldung in Preußen und im Reiche besteht, nicht aber darin, daß das Abgeordnetenhaus der Überzeugung wäre, daß die Besoldung an sich nicht ausreichend sei. Wenn das Reich nicht die Besoldung der Assistenten anders geregelt hätte, würde niemand im Hause daran denken, die Besoldung der Assistenten in Preußen für zu niedrig zu halten. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß nicht allein die Assistenten anders im Gehalt stehen als die gleichartigen Beamten im Reiche, und daß insolgedessen nicht nur die Assistenten behaupten könnten, sie litten dadurch in ihrem Ansehen und wären gegenüber den Reichsbeamten benachteiligt. Es gibt noch eine andere, und zwar eine sehr wichtige Beamtenkategorie, bei der die

Gehaltsregulierung verschieden ist, das sind die vortragenden Räte, die in Preußen ganz erheblich geringer gestellt sind als die vortragenden Räte im Reiche. Nichtsdestoweniger tun diese Herren ihre Pflicht ebenso freudig und willig wie die vortragenden Räte im Reiche, und es ist mir noch nicht zu Ohren gekommen, daß sie behaupten, daß ihr Ansehen und ihre Berufsfreudigkeit darunter litten, weil sie mit den gleichartigen Beamten im Reiche nicht gleichgestellt seien.

Dann möchte ich noch hervorheben, daß jeder kleine Schritt seine Folgen hat. Schon in diesem Jahre konnten wir die Regelung, die wir Ihnen vorgeschlagen haben, nicht auf die Eisenbahnassistenten beschränken, sondern mußten in demselben Maße auch die Assistenten bedenken, welche bei anderen Ressorts in derselben Gehaltsklasse sich befinden. Es handelt sich also nicht nur um die Assistenten der Eisenbahnverwaltung, sondern überhaupt um die Assistenten aller Ressorts, und schon dadurch werden die erforderlichen Mittel höher. Wir haben ja die letzte Besoldungsordnung finanziell noch gar nicht vollständig abgeburdet. Unser Staatshaushalt schließt ja nach dem Voranschlage noch mit einem Defizit von 19 Millionen ab, und die Defizits der vorangegangenen Jahre sind doch alle daher gekommen, daß wir im Jahre 1909 plötzlich 200 Millionen dauernde Ausgaben mehr auf den Etat nehmen mußten. Wenn wir nun die Besoldungsordnung jetzt neuerdings wieder ändern sollten, dann werden Ausgaben notwendig, welche ganz erheblich über das hinaus-

gehen, was wir jetzt schon an Defizit haben. Ich glaube, es würde im Lande nicht verstanden werden, wenn die Staatsregierung und auch dieses Hohe Haus jetzt sofort wieder an eine Abänderung der Besoldungsordnung in größerem Umfange gehen würde. In kleinerem Umfange können wir die Besoldungsordnung überhaupt nicht ändern. Ich glaube, das ist eine Selbsttäuschung, die sich bitter rächen würde. Denn gegenüber dem Ansturm aller Beamtenkategorien, die fortwährend auf der Lauer sind auf irgend etwas, das an einer Stelle geändert wird, und gegenüber den zahlreichen Petitionen aller Beamtenkategorien wird sich das gar nicht machen lassen. Ich möchte dringend davor warnen, den Antrag, der heute gestellt ist, anzunehmen. Namens der königlichen Staatsregierung lann ich Ihnen eine Zustimmung zu dem Antrage nicht in Aussicht stellen.

Partischer (Zentr.): Meine Herren, ich glaube, daß wir auf die Ausführungen des Herrn Ministers, der sich bedauerlicherweise immer noch auf einen ablehnenden Standpunkt in dieser Frage stellt, in der sämtliche bürgerliche Parteien des Hohen Hauses einig sind, am besten dadurch antworten, daß wir zur Abstimmung über den gemeinsam gestellten Antrag schreiten. Ich verzichte daher auf weitere Ausführungen.

(Die darauf vorgenommene Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des eingangs erwähnten Antrages.)

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Untersuchung von Bodenproben durch die Moor-Versuchstation in Bremen.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. I B II b 9100/41. 519/III 861.

Berlin W 9, 26. Januar 1912.

Im Anschluß an die Allgemeine Verfügung vom 10. Juni 1909 — I. B. II a. 4478/II, 6378/III 6255 — teile ich Euer Durchlaucht/Erzellenz ergebenst mit, daß die mittels Erlasses vom 11. Dezember 1895 — I. 28 906 — überforderte Anweisung zur Entnahme von Bodenproben für die chemische und physikalische Untersuchung von der Moor-Versuchs-Station gemäß den bisher gemachten Erfahrungen ergänzt worden ist.

Unter Übersendung von . . . Abdrücken der neuen Anweisung und einer erläuternden Mitteilung der Moor-Versuchsstation hierzu erlaube ich Euer Durchlaucht/Erzellenz ergebenst, den Regierungen (Finanz-Abteilungen) und den Revisionsbauämtern der dortigen Provinz je 2 Exemplare zur künftigen Beachtung mitzuteilen.

F. R.: A u f s t r.

An sämtliche Herren Oberpräsidenten.

Ausstellung der Etatsentwürfe für 1913.

Allgemeine Verfügung Nr. 8 für 1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
General-Nr. III 35-8.

Berlin W 9, 4. April 1912.

Anliegend lasse ich der königlichen Regierung die Vorbrude zu den Etatsentwürfen für 1913 zugehen.

Der Entwurf zum Forstetat des Regierungsbezirks mit allen Unterlagen ist bis zum 1. Juli d.Js. vorzulegen.

Um das Schreibwerk zu vermindern, war in den Unterlagen für die Aufstellung der Entwürfe für 1912 vorgesehen, daß die Revierverwalter bei Kap. 2 Tit. 29, 30, 31 und Kap. 4 Tit. 3 diejenigen Beträge mit veranschlagen sollten, welche ihnen nach der allgemeinen Verfügung vom 23. Dezember 1910 — III. 13 961 — zu kleinen Ausgaben für Vertilgung schädlicher Tiere, zur Unterhaltung und Ergänzung des Inventars, zur Vestraltung von Vorflutkosten, zur Abstellung von Grenzmängeln und zur Vestraltung der ersten Kosten bei Betriebsunfällen zur Verrückung gestellt worden sind und die sie selbständig anweisen können. Nur einige Regierungen haben dies beachtet. Verschiedene Regierungen haben die ihnen von den Revierverwaltern angegebenen Summen bei der Etatsaufstellung nicht berücksichtigt. Da die Etats jetzt jährlich aufgestellt werden, können die besonderen Anweisungen wegfallen. Bei dem Aufstellen der Entwürfe für 1913 wolle die königliche Regierung hiernach verfahren.

Die Revierverwalter haben sich einzurichten, daß sie mit den ihnen durch den Etat zur Verfügung gestellten Summen auskommen. So z. B. müssen sie Vorflut treffen, daß sie bei Kap. 2 Tit. 31 für Grenzsicherung, Feuersicherung, Verschaffung von Vorflut usw. nur soviel ausgeben,

daß sie die nötigen Mittel für die Holzverkaufskosten, die hauptsächlich im Winterhalbjahr entstehen, noch verfügbar haben. Die Rendanten haben mit darüber zu wachen, daß die einzelnen Etatsfonds nicht überschritten werden.

J. A.: S c h e d e.

An sämtliche königlichen Regierungen mit Ausnahme derer in Kurh. und Münster, sowie an die königliche Ministerial-, Militär- und Baukommission in Berlin.

Forstreferendarprüfung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 4125².

Berlin W 9, 23. April 1912.

Der in diesem Frühjahr abgehaltenen Forstreferendarprüfung haben sich 16 Forstbesessene unterzogen, darunter drei Anwärter für den Gemeinde- und Privatforstverwaltungsdiens und ein Herzoglich Anhaltischer Forstbesessener. Zwölf Prüflinge haben die Prüfung bestanden; und zwar, drei, Kurt Kundel, Ernst Lottner, Bodo Meyer, mit dem Gesamterteil ziemlich gut; die übrigen neun, Ernst Boden, Johann von Dohnenburg, Walter Meiners, Friedrich Müller, Robert Neumann, Wilhelm Schmalzfuß, Hans Schwiderath, Karl Weise und Hans Sachler, mit genügend.

J. A.: W r e d e.

— Wer andern eine Grube gräbt . . . !

Am Abend des 22. Juni 1910 begab sich der Walbhüter K., der von den Unternehmern N. und B. mit der Beaufsichtigung des von ihnen gekauften Holzbestandes betraut war, in den Wald, um dort auf Holzdiebe aufzupassen. Als er einige Zeit später zurückkehrte, um sich den Gymnasiasten B., den Sohn des Unternehmers B., als Begleiter mitzunehmen, erfuhr er von N. jun., daß der Unternehmer N. angekommen sei und sich gleichfalls während der Nacht in den Forst begeben wolle, um nach dem Rechten zu sehen. K. war über diese Mitteilung aufgebracht, weil er glaubte, N. beargwöhne ihn und wolle ihn in der Ausübung seines Dienstes überwachern. Er äußerte

zu B. jun., sie wollten dem N. einen gehörigen Schreck einjagen. Nachdem sie sich hierauf mit zwei Revolvern bewaffnet hatten, begaben sich K. und B. jun. in das Gehölz zurück. Es war bereits Nacht; da jedoch der Mond schien, war es auch im Walde nicht vollständig dunkel. Nach einiger Zeit gewahrte K., daß ihm der Unternehmer N. in Begleitung eines andern Mannes entgegenkam; sogleich forderte er den N. jun. auf, einen Schuß abzugeben, um N. zu erschrecken. B. kam dieser Aufforderung nach. Aus nicht näher aufklärten Gründen wurde K., der unmittelbar neben B. stand, von dem Schuß getroffen und auf der Stelle getötet. Die Hinterbliebenen des K. erhoben Unfallentschädigungsansprüche, wurden aber abgewiesen aus folgenden Gründen: K. hat den Weg in den Wald allerdings im Interesse seines Dienstes angetreten; den dadurch bedingten Zusammenhang mit dem Betriebe hat er aber durch die an B. gerichtete Aufforderung, den Schuß abzugeben, durchbrochen. Wenn das Schießgericht trotzdem das Vorliegen eines Betriebsunfalls bejaht hat, und zwar lediglich deshalb, weil K. durch die Dunkelheit, die in der dichten Schonung herrschte, in höherem Grade einer Betriebsgefahr ausgesetzt gewesen sei, so hat das Reichsversicherungsamt dieser Ausführung nicht folgen können. K. ist nicht einer dem Betriebe anhaftenden Gefahr erlegen, sondern einer solchen, die er sich durch sein unsachgemäßes und unvorsichtiges Verhalten selbst geschaffen hat. K. und B. befanden sich während des in Rede stehenden Vorganges auf einem Waldwege, wo man, da ziemlich heller Mondschein herrschte, immerhin auf einige Entfernung deutlich sehen konnte. Es kann deshalb nur angenommen werden, daß der unglückliche Verlauf des Schießens auf die ungeachtete Handhabung der Waffe oder auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen ist. (Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 30. Januar 1912.)

Hg.

Verschiedenes.

— Das Viehseuchenreichsgesetz vom 26. Juni 1909*) ist nach der kaiserlichen Verordnung vom 19. März 1912 (R. G. Bl. S. 229) am 1. Mai d. Js. in Kraft getreten, nachdem die Ausführungsbestimmungen in den Bundesstaaten ergangen sind.**)

Das bisher auf erkrankte lebende Tiere beschränkte Einfuhrverbot ist nunmehr auf verdächtige Tiere, auf Seuchentadaver und sonstige Träger von Ansteckungsstoffen ausgedehnt worden. Die Schutzmaßnahmen und die Kontrolle des Viehs in den inländischen Grenzgebieten ist erweitert, die

Liste der der Anzeigepflicht unterliegenden Viehseuchen durch Aufnahme des Rauschbrandes, der Wild- und Rinderseuche, der Schweineseuchen, der Geflügelcholera und Hühnerpest, sowie der gefährlichen Formen der Rindertuberkulose ergänzt und der Kreis der zur Anzeige verpflichteten Personen ausgedehnt worden. Noch einschneidender sind die neuen Vorschriften über die Schutzmaßnahmen gegen Seuchengefahr, wobei von dem Grundsatz ausgegangen wurde, daß die Veterinärpolizei auch präventive Befugnisse haben müsse, um gegen das Auftauchen einer bestimmt noch gar nicht nachweisbaren Seuchengefahr gerüstet zu sein. Zu diesem Behufe haben die Bestimmungen der amtstierärztlichen Überwachung des Viehverkehrs auf Viehmärkten, in Schlachthäusern und in zusammengebrachten Viehbeständen anderer Art eine Erweiterung erfahren, die Beschränkungen,

*) Vollständig abgedruckt im Preussischen Forst-Jahrbuch 1910 S. 219.

**) Preussisches Ausführungsgebot vom 25. Juli 1911 und Ausführungsverordnungen des Bundesrats vom 7. Dezember 1911, beide auszugsweise abgedruckt im Preussischen Forst-Jahrbuch 1912 S. 146 u. 148.

welche den Zwangsimpfungen und der tierärztlichen Behandlung erkrankter oder verdächtiger Tiere entgegenstanden, sind beseitigt und die Befugnis zur Anordnung der Tötung kranker und verdächtigter Viehbestände ist ausgedehnt worden. Dementsprechend ist aber auch der Kreis der Fälle, in denen für Viehverluste Entschädigungen zu gewähren sind, erheblich erweitert, und solche Entschädigungen werden künftig gezahlt für alle Tiere, die auf polizeiliche Anordnung getötet werden oder infolge der behördlichen Schutzmaßnahmen eingehen. Gleichzeitig mit dem Viehseuchengesetz erhält auch das Reichsgesetz vom 17. Juni 1911*) über die Beseitigung von Tierkadavern Geltung.

— **Aus Thüringen.** Einen für die Forstwirtschaft des Herzogtums Sachsen-Gotha höchst wichtigen Beschluß faßte der Speziallandtag dieses Landes. Er stimmte nämlich einer Regierungsvorlage zu, nach der vom 1. April 1912 ab die Rotwildjagden in den Staatsforstrevieren nicht mehr wie in den letzten sechs Jahren verpachtet werden sollen. Der Rotwildbestand soll durch Abschluß seitens des Personals, eventuell auch durch Abschlußerlaubnis an Privatpersonen, so beseitigt werden, daß am Wald und in den angrenzenden Feldfluren kein Schaden mehr geschieht. Bis zum 1. April 1915 soll die Maßregel durchgeführt sein und von diesem Zeitpunkt an eine Wildfütterung nicht mehr stattfinden.

Nachschrift: Mag diese Maßregel sich auch vom Standpunkt der allgemeinen Landeskultur rechtfertigen lassen. Unter dem Gesichtspunkte der doch jetzt so modernen Naturschutzbestrebungen und vor allem vom jagdlichen Standpunkt aus ist diese Maßregel jedenfalls sehr bedauerlich.

Die Schriftleitung.

— **Die staatliche Juch- und Dressuranstalt für Polizeihunde, Grunheide-Berlin,** hat ihren Betrieb am 30. Januar d. Js. eröffnet. Königliche und kommunale Polizeiverwaltungen können aus dieser Anstalt ihren Bedarf an gebrauchsfähigen und reinrassigen Hunden decken. Die Anstalt bildet ferner Beamte zu Dressuren und Führern

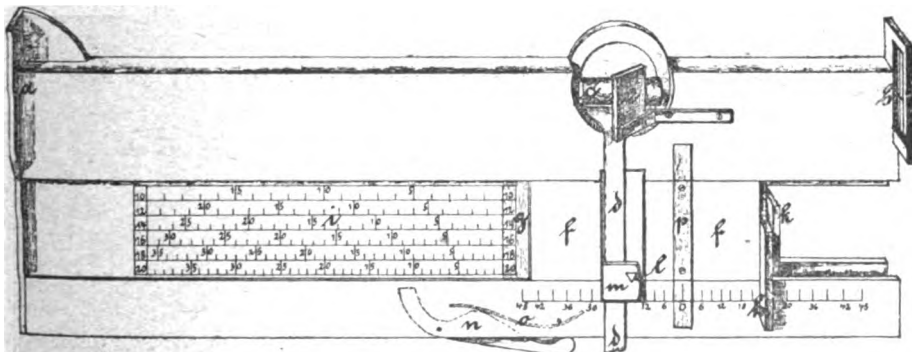
*) Vollständig abgedruckt im Preussischen Förster-Jahrbuch 1912 S. 147.

aus. Zu diesem Zwecke finden jährlich vier achtwöchige Kurse statt, an denen je 20 Schüler teilnehmen. Die Kosten der Teilnahme belaufen sich auf 100 M für kommunale und außerpreussische Beamte, für königliche Beamte ist die Teilnahme gebührenfrei, außer denjenigen Verwaltungen, zu deren Kosten die Gemeinden nach Maßgabe des Polizeikostengesetzes vom 3. Juni 1908 beizutragen haben. Es werden außerdem für den Tag und Hund 0,50 M für Fütterung, Wartung und Unterbringung von jedem Schüler erhoben.

— **Libellen-Höhen- und Gefällmesser von Forstingenieur G. Benjes, Bernigerode (Sax.).** Ein recht praktisches und sinnreiches Instrument, welches dem mit Bestandaufnahmen, Wegebau- und Vermessungsarbeiten beschäftigten Forstbeamten sehr willkommen sein wird, hat der oben genannte Forstingenieur G. Benjes, welcher seit langen Jahren als Forstingenieur in der Fürstlich Stolbergischen Verwaltung tätig ist, konstruiert. Das Instrument ist vom Patentamt als D. R.-G.-M. Nr. 452 479 eingetragen.

Das Instrument ist zur Baumhöhenermittlung, Aufnahme von Querprofilen, zur Horizontalprojektion und zu Bege-Nivellements bestimmt und kennzeichnet sich im allgemeinen dadurch, daß das Pendel der gebräuchlichsten Höhenmesser bei ihm durch eine stellbare, in einem Spiegel zu beobachtende Libelle ersetzt ist, daß bei der Baumhöhenmessung die Längen über und unter Augenhöhe selbsttätig abdiert werden und daß die gemessene Standlinie am Instrument nicht eingestellt zu werden braucht.

Wie die nebenstehende Abbildung zeigt, welche in ungefähr $\frac{2}{3}$ der natürlichen Größe dargestellt ist, besteht die Visiervorrichtung des Instruments aus einem Diopter, der Okularöffnung a und dem Objektiv (Fadenkreuz) b. In gleicher Höhe mit der Visierebene ist eine kleine Röhrenlibelle c angebracht, welche mit einem Lineal d fest verbunden und mit diesem um eine ihrem Mittelpunkt gegenüberliegende Achse drehbar ist. Da die Libelle in der Visierebene liegt, so wird sie beim Anvisieren des Gegenstandes (Baumgipfel) gleichzeitig in dem daneben befestigten Spiegel e beobachtet. Die genannten Einrichtungen befinden sich an dem oberen Teil eines Rahmens. In einer Nute dieses Rahmens bewegt sich ein



Höhen- und Gefällmesser von Forst-Ingenieur Benjes.

Schieber f, an dessen einem Ende eine Zelluloidplatte g und an dessen anderem Ende der Griff h befestigt ist. Der Schieber trägt ferner einen keilförmigen Stift l, gegen welchen das Libellenlineal d durch die Hülse m gedrückt wird. Das ebenfalls in einer Rute des Rahmens verschiebbare Stalenlineal i trägt an dem Ende, welches dem Fadent Kreuz zugekehrt ist, einen Griff k. Am unteren Teil des Rahmens ist ein Hebel n angebracht, welcher durch eine Feder o gegen das Stalenlineal i gedrückt wird, so daß ein unbeabsichtigtes Verschieben des Stalenlineals nicht möglich ist. Drückt man jedoch auf den Hebel n, so kann das Stalenlineal i durch Anfaßen des Griffes k in der Rute hin- und hergeschoben werden.

Die Handhabung des Instrumentes ist eine äußerst praktische und einfache. Man faßt das Instrument mit der linken Hand so an, daß der linke Daumen am Hebel n anliegt, bringt das Instrument vor das Auge und visiert mittels der Dioptervorrichtung zuerst den Fußpunkt des Baumes an. Dann lockert man das Stalenlineal durch einen Druck mit dem linken Daumen auf den Hebel n, drückt mit dem Daumen und Zeigefinger der rechten Hand die Griffes h und k fest zusammen und schiebt mit diesen den Schieber f und das Stalenlineal so weit vor- oder rückwärts, bis man die Libelle im Spiegel einspielen sieht. Ist dies der Fall, dann läßt man den Daumen der linken Hand vom Hebel n los; hierdurch bleibt das Stalenlineal in seiner neuen Lage fest und unverrückbar stehen. Nunmehr visiert man die Baumspitze an und verschiebt mit der rechten Hand nur den Schieber f, und zwar mittels des Griffes h, so weit gegen das Okularende des Instrumentes (nach dem Auge zu), bis man die Libelle abermals einspielen sieht.

In dieser Lage läßt man nun den Schieber unverrückt stehen und liest an der linken Kante des Zelluloidstreifens auf der der gemessenen Standlinie (10, 12, 14, 16, 18 oder 20 m) entsprechenden Reihe der Skala i die Gesamthöhe des Baumes in Meter ab, wobei durch Schätzung zwischen zwei Strichen noch zehntel Meter festgestellt werden können.

Die Handhabung ist bei einiger Übung sehr leicht und sicher zu bewirken, und es ist hierbei der große Vorteil vorhanden, daß man nicht zweimal (wie beim Höhenmesser von Weiße), sondern nur einmal abzulesen braucht, und ferner, daß der Wind, welcher bei den Pendelinstrumenten oft sehr störend wirkt, hierbei ohne jeden Einfluß ist.

Die mit dem Instrumente erzielten Ergebnisse habe ich mit anderen Instrumenten verglichen, auch durch Fällen von Bäumen von der wirklichen Höhe mich überzeugt, und bin hierbei auf überraschend genaue Resultate gekommen.

Für Quersprofilaufnahmen dienen die auf der Rückseite des Stalenlineals befindlichen Teilungen, auf welchen zu den horizontal gemessenen Längen von 2 bis 12 m die Höhenunterschiede direkt angezeigt werden.

Für die Reduktion genügt gemessener Längen auf die Horizontale dient ein besonderes Stalenlineal. Derartige Teilungen können aber auch auf dem Rahmen statt der Grad- und Prozent-

teilung angebracht werden. (Die Inderstriche der Zelluloidplatte p zeigen auf den Teilungen des Rahmens die Neigungen in Prozenten und Grad an.) Die Werte $1 - 1. \cos \alpha$ werden nicht, wie bei den meisten derartigen Instrumenten nur für 20 m, sondern für die Längen von 10 bis 20 m, auch für die einzelnen vollen Meter angegeben, wodurch die Feldarbeit wesentlich erleichtert wird.

Der Preis des Instrumentes wird ca. 15 M. betragen. Näheres hierüber, sowie über die Bezugsquelle, wird Forstingenieur Denjes demnächst durch Inserate bekanntgeben.

Eisenach, im Januar 1912.

P. Schill, Großherzogl. S. Forstassessor, zweiter Beamter der Großh. S. Forstbezirkskommission.

Waldbrände.

Düsseldorf, 19. April. Ein in der Richrather Heide ausgebrochener Waldbrand erstreckte sich auf eine Fläche von 18 ha. Der Schaden ist bedeutend.

Derzen bei Lüneburg. Am 21. April mittags entstand in der Nähe des Dorfes Derzen ein Wald- und Heidebrand, der bei der großen Trockenheit und dem herrschenden starken Südostwinde in der fast meterhohen und zum größten Teil stark mit Nadelholz und Laubholzstodauslägen bestandenen Heide unheimlich schnell große Dimensionen annahm, und welches erst gegen 10 Uhr abends mit Hilfe der von allen umliegenden Dörfern erschienenen Feuerwehren auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Nach den angestellten Ermittlungen sind im ganzen rund 700 ha Wald und Heide verbrannt. Vom fiskalischen Schutzbezirk Gellerßen der Oberförsterei Garlstorf, welcher mit seinem südlichen Teile auf drei Seiten vom Feuer eingeschlossen war, brannten die zusammen 25 ha großen Jagden 3 und 4, bestehend aus 12 bis 25 jährigen Kiefern- und Eichenpflanzungen vollständig ab und wurde hier durch rechtzeitiges Anlegen von Gegenfeuer dem weiteren Umsichgreifen des entseelten Elementes wirksam vorgebeugt. Das Feuer fand, nachdem es eine Strecke von 7 km durchlaufen hatte, in der Front beim Dorfe Putensen vor den Wiesen des Luhe-Flußtales sein Ende. Es wird vermutet, daß der Brand durch Unvorsichtigkeit von Touristen entstanden ist. Gleichzeitig wüteten auf 10 und 20 km Entfernung von obigem Brandherde in südlicher und westlicher Richtung bei Diersbüttel und Hügel noch zwei größere Schadensfeuer, welche zusammen an Ausdehnung dem obigen Brande nicht nachstehen dürften.

Solingen, 21. April. Das andauernd trockene Frühlingswetter hat hier die Entsehung mehrerer Waldbrände begünstigt. So brannte es auf Solinger Gebiet am Wiesentotten in mehreren Privatwaldungen, auch 10 ha fiskalische Fichtenkulturen sind zerstört. Ferner brannte es an den Berghängen auf Bürger Gebiet, ebenso sind in der Hildener Heide große Strecken Unterholz und Buschwerk durch Feuer vernichtet.

Grossena. O., 22. April. In den Fürstlich Hohen-

großer Waldbrand, über welchen uns von unterrichteter Seite folgende Mitteilung zugeht: In der Mittagsstunde des 22. April brach in einem 40 jährigen Kiefernstangenorte, Jagd 83 der Fürstlich Hohenzollernschen Kronsförsterei Kuttel, ein Waldbrand aus, der, durch scharfen Ostwind angefacht, sich alsbald zu einem größeren Umfange entwickelte. Das Feuer konnte von den herbeieilenden Löschmannschaften nur schwer bekämpft werden, da es alsbald einen sehr großen zusammenhängenden Komplex von Kiefernbeständen ergriffen hatte, indem bei dem scharfen Ostwinde an das Feuer nur schwer heranzukommen war. In einem die Riechsförsterei Kuttel vom genannten Widungs-komplex noch trennenden Kiefernaltbestände, sowie auf westlich vorgelagerten jüngeren Kulturlächen gelang es gegen 5 Uhr nachmittags, des Feuers Herr zu werden. Vom Feuer betroffen sind rund 200 ha Waldbestände, meist Widungen und 30- bis 40 jährige Kiefernbestände auf geringem Standorte, nur wenig Altholz, so daß größere Holzmengen infolge des Brandes nicht zum Einschlag kommen. Das Feuer ist durch Fahrlässigkeit eines Walдарbeiters verursacht worden, der sich zur Mittagszeit unbefugter Weise ein Feuer angezündet hatte und neben dem Feuer eingeschlafen war. Der Mann war zufälligerweise am Unglückstage im Walde allein mit Holzschalen beschäftigt. Als er durch das Feuer aus seinem Schlummer ermuntert wurde, war er allein nicht mehr imstande, das Feuer zu löschen. Die Beamten des Revieres waren, als das Feuer ausbrach, mit ihren Arbeitern in entlegeneren Waldbteilungen beschäftigt. Ehe sie zur Stelle waren und aus näherer und weiterer Umgebung Löschhilfe herbeieilte, hatte das Feuer bereits eine sehr erhebliche Ausdehnung und Gewalt gewonnen. Anzuerkennen ist, daß nach dieser Entwicklung durch die von allen Seiten eintreffende Löschhilfe der Brand doch in den Grenzen gehalten worden ist, in denen nach der Lagerung der Bestände eine Beschränkung des Feuers durch Menschenhand erreichbar war.

Waldbach, Niederbayern, 23. April. In den Staatswaldungen in der Nähe von Waldbach entstand durch das unvorsichtige Anzünden eines Wilschnechha-fens ein Waldbrand. Mehrere Feuerwehren beteiligten sich an den Löscharbeiten, bis jetzt sind etwa 30 ha 10 jähriger Schonungen verbrannt.

Essen, 23. April. In der Gemeinde Marl brach ein großer Waldbrand aus, dem 125 ha Nadelholzwaldungen zum Opfer fielen.

Greifswald, 23. April. Auf bisher unbekannte Weise entstand in der Universitätsforst bei Wampen Feuer, das mehrere Stunden andauerte und eine größere Fläche Nadelholz-schonungen vernichtete.

Hann.-Münden, 23. April. Ein Waldbrand, bei dem etwa 35 ha vernichtet wurden, kam in der Oberförsterei Gahrenbruch zum Ausbruch. Auch hier haben sich die Walдарbeiter ein Frühstündfeuer angezündet und dabei alle Vorsichtsmaßregeln walten lassen. Sie hatten aber nicht mit dem starken Winde gerechnet, der die Funken weit in den Bestand hineintrug, die alsdann an mehreren Stellen gleichzeitig zündeten. Erst

nach vier Stunden gelang es den Walдарbeitern und den zur Hilfe herbeigeeilten Feuerwehren, das Feuer zu löschen. Wenn auch die abgebrannte Fläche nur spärlich bestanden war, so sind dem verheerenden Element einige Naturdenkmäler, u. a. die dort im Jahre 1837 angebauten Krummholzkiefern, zum Opfer gefallen.

Regensburg, 23. April. In den Thurn und Taxis'schen Forsten machten die Walдарbeiter ein Feuer, um sich ihre Mittagssuppe zu wärmen. Dabei fing auch das Heidekraut Feuer und dieses verbreitete sich mit so rasender Schnelligkeit, daß trotz aller Bemühungen der anwesenden Arbeiter ein Waldbrand nicht zu verhüten war, dem fast 10 ha, größtenteils Schonungen, zum Opfer fielen.

Uelzen, 23. April. Im Kreise Uelzen und seiner nächsten Nachbarschaft haben gestern mehrere große Wald- und Heidebrände bedeutenden Schaden angerichtet. Zwischen Diersbüttel und Himbors (Landkreis Lüneburg) ist eine größere, mit ge. ing rem Ri-de Holz bestandene Heidefläche abgebrannt. Größere Ausdehnung nahm ein Brand an, der bei Hinkel, im Kreise Soltan, ausbrach und dessen Schaden sich noch nicht übersehen läßt.

Eslohe, 24. April. Durch einen Waldbrand wurden im Homertgebirge bei Niederfelweg 20 ha Fichtenschonungen vernichtet.

Sallgast, 24. April. In der Nähe von Sallgast und Koftebrau stehen gegen 50 ha Kiefernbestände in Flammen. Vermutlich ist hier der Brand durch Lokomotivfunken verursacht worden.

Flensburg, 25. April. Einen größeren Schaden verursachte ein Waldbrand im Forstteil Hunderwitt der königlichen Oberförsterei Flensburg. Durch die vereinten Anstrengungen des zur Hilfe herbeigeeilten Militärs und verschiedener Feuerwehren gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Fontainebleau (Frankreich), 24. April. Bei Schießübungen der Artillerie setzte ein Geschoss den Wald von Fontainebleau in Brand. Der heftige Wind und die große Trockenheit begünstigten die Ausbreitung des Feuers. Die Löscharbeiten wurden durch das Explodieren mehrerer im Walde niedergegangener Geschosse sehr erschwert. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Goedekemper, Oberförster zu Thale, ist die Oberförsterei Hecau, Regbz. Coblenz, übertragen.

Sinder, Förster zu Gardeben, Oberförsterei Bischwill, ist auf die Oberförsterei zu Baylen, Oberförsterei Prohlanten, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Jz. ab versetzt.

Stetig, Förster zu Samuel berg, Oberförsterei Samuel berg, ist die Oberförsterei Tannwald, Oberförsterei Fein, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. August d. Jz. ab übertragen.

Gothlein, Förster zu Rothwendig, Oberförsterei Rothwendig, in nach Riechberg, Oberförsterei Ziefen walde, Regbz. Bromberg, vom 1. Juli d. Jz. ab versetzt.

Reuttsch, Karl, Hilfsjäger im Privatdienst, ist nach Jaskowitz, Oberförsterei Brodau, Regbz. Oppeln, in den Staatsforstdienst einberufen.

Lehnhardt, Revierförster zu Heldichen, Oberförsterei Neumühl, Regbz. Frankfurt a. O., ist in den Ruhestand getreten.

Normann, Förster zu Riebigbrunn, Oberförsterei Steinswalde, ist nach Rothwendig, Oberförsterei Rothwendig, Regbz. Bromberg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.

Tangermann, Förster zu Dahrba, Oberförsterei Wersefeld, ist die Försterstelle Wippershain, Oberförsterei Hersfeld-Wippershain, Regbz. Cassel, vom 1. Juni d. Js. ab übertragen.

Tepper, Förster a. N. zu Ydrten, Oberförsterei Novenden, ist nach Marienhagen, Oberförsterei Weenzen, Regbz. Hildesheim, verlegt.

Wassersch, Förster zu Brodden, Oberförsterei Selgenau, Regbz. Bromberg, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Wetler, Hilfsjäger zu Kaiserfeld, ist nach Altenkirchen, Regbz. Coblenz, verlegt.

Wiegler, Förster zu Steinbühler Mühle, Oberförsterei Steinbühel, ist die Försterstelle Teeroden, Oberförsterei Tauer, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Juli d. Js. ab übertragen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Wassersch, Stadtförster zu Schönmoor, Kreis Ebing, Regbz. Danzig, ist zum Revierförster ernannt.

Jäger-Korps.

Zu Ehrenmitgliedern des Johanniter-Ordens wurden ernannt: von **Brünck, Hauptmann** der Garde-Landwehr-Schützen (Landw.-Bez. Sprottau);

von **Goldberg, Major** und Abteilungs-Vorstand bei der Geygeln-Prüfungskommission (mit der Uniform des Hannover. Jäger-Bataillons Nr. 10);

von **Orschen, Hauptmann** und Führer der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1;

Först. von Böcking, Major beim Stabe des Lanenb. Jäger-Bataillons Nr. 9.

Auel, Major beim Stabe des Rheinh. Jäger-Bataillons Nr. 8, ist die „Krone“ zu den Ritter-Insignien 1. Klasse des Herzoglich Anhaltischen Albrecht des Bären-Ordens verliehen.

Förster, Einjährig-Freiwilliger der 4. Comp. des Westfäl. Jäger-Bataillons Nr. 7, ist die Großherzoglich Badische Silberne Medaille verliehen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Bernhardt, Assessor zu Wiesen, ist zum Forstmeister in Teubitz befördert.

Geßhardt, Assessor zu Postetten, ist nach Finkelsbühl verlegt.

Geßhardt, Assistent zu Währing, ist auf Ansuchen aus dem Staatsforstdienst entlassen.

Aern, Forstmeister zu Teubitz, ist nach Reichenhall-Nord verlegt.

Leiz, geogr. Praktikant zu Rosenheim, ist zum Assessor in Postetten ernannt.

Thoma, Assessor zu Finkelsbühl, ist nach Inghofen verlegt.

Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Staats-Forstverwaltung.

Aßner, Forstassessor im Ministerium zu Sondershausen, wurde zum Oberförster ernannt.

Elbst-Forstungen.

Kausch, Kaiserl. Forstmeister zu Selz, ist in den Ruhestand versetzt.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Darstellung oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 51. A n f r a g e: Ich hatte im vergangenen Jahre für die Weidezeit einen Hirten gemietet; dieser erhielt für diese Zeit an Lohn 72 M., 1 Scheffel Kartoffeln ausgelegt und außerdem 8 Scheffel Kartoffeln. Über Invaliden-Versicherungsmarken

und Krankenkasse war nichts vereinbart. Dieser hat nun zweimal zehn Tage nicht gehütet, ist zu seiner Frau, welche in W. wohnte, gegangen und hat sich dort aufgehalten. Einmal in dieser Zeit hat er einen Arzt aufgesucht, hat über Magenschmerzen geklagt, und hat ihm auch der Arzt ein Pulver verschrieben. Am 8. Oktober hat er darauf ganz den Dienst verlassen, ist zu Hause bei seiner Frau erkrankt und hat sich bei mir nicht mehr gemeldet. Am 20. Dezember 1911 ist der Hirt an Speiseröhrentrebs gestorben. Die Erben haben mich jetzt verklagt zur Zahlung der Kur- und Pflegekosten bis 11. November 1911. Ich habe die Kartoffeln zu Geld gerechnet und den Hirten für so viel Tage ausgezahlt als er gehütet hat. Ich habe ihm für die zehn Tage, wo er ohne Entschuldigung fortgeblieben ist, keinen Lohn gezahlt. 1. Ich bitte mir freundlichst mitzuteilen, ob ich ihm für diese zehn Tage den Lohn auszahlen muß: 2. ob ich verpflichtet bin, für Kur- und Pflegekosten aufzukommen; 3. ob er zum Gesinde (Dienstboten) oder zu den freien Arbeitern zu rechnen ist. Ich bemerke noch, daß der Hirt zu mir kränzlich in Dienst trat und daß ihn die Krankenkasse in W. nicht aufgenommen hat. Als er zum erstenmal vom Hüten weggeblieben war, habe ich ihm ausdrücklich befohlen, daß er sich sofort bei mir zu melden habe, wenn er erkrankte, auch wenn dieser Fall in W. eintreten sollte. Der Hirt hat sich jeden Sonntag und auch öfter in der Woche nach Hause begeben und dort die Nacht zugebracht, in W. also keine Wohnung besessen.

S., kgl. Förster in C. bei W., Distr.

A n t w o r t: Der Hirt gehörte nicht zum Gesinde, war vielmehr freier Arbeiter, was insbesondere daraus hervorgeht, daß er in W. einen eigenen Hausstand hatte und dort auch während der Arbeitszeit regelmäßig verkehrt hat. Von einer „Aufnahme in Ihre häusliche Gemeinschaft“, welche Ihre Haftung für die Kurkosten bis zu sechs Wochen bedingen würde (§ 617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), kann also unseres Erachtens keine Rede sein. Die eine noch weitergehende Fürsorge begründende Gesindeordnung findet nach dem oben Gesagten keine Anwendung. Nach unserer Ansicht brauchen Sie für die zweimal zehntägige Abwesenheit des Hirten keinen Lohn zu zahlen. In Betracht kommt in dieser Beziehung § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, welcher lautet: „Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird.“ Die zweimalige Dienstunterbrechung von zehn Tagen halten wir aber für „verhältnismäßig erheblich“. Der § 616 hat nur kurze (eintägige) Unterbrechungen (vorübergehende Unpäßlichkeiten, militärische Kontrollveranlassungen, Wahrnehmung gerichtlicher Termine u. dgl.) im Auge. Hg.

Nr. 52. A n f r a g e: Ist mit der Vereidigung eines Privatforstbeamten auf das Forstdiebstahls-gesetz das Recht zum Waffengebrauch in Forst- und Jagdschutzangelegenheiten ohne weiteres verbunden? Ist dies nicht der Fall, welche anderen

Voraussetzungen sind hierzu erforderlich? Ich bin im Jahre 1906 vereidigt und jetzt mit vierteljährlicher Kündigung ange stellt. R., Hilfsförster.

Antwort: Das durch rechtswirksame Vereidigung auf das Forstdiebstahlsge setz erlangte Recht zum Waffengebrauch auf Grund des Waffengebrauchsgesetzes setzt das Tragen einer Uniform oder eines amtlichen Abzeichens voraus. Die Wahl des Dienstkleides oder des Abzeichens ist dem Waldbesitzer überlassen, bedarf jedoch der Genehmigung des Landrates. Das Abzeichen kann in einem metallenen Schild von mindestens drei Zoll Breite und Höhe mit entsprechender Bezeichnung bestehen und entweder an der Kopfbedeckung, auf der Brust oder dem Oberarm oder auch an der Koppel des Hirschjägers getragen werden. Das Tragen der für die königlichen und kommunal-Forstbeamten vorgeschriebenen Abzeichen (Knöpfe, Adler, Amselstüde) ist jedoch nicht gestattet. — Da jedoch Ihre Vereidigung vom Jahre 1906 höchstwahrscheinlich nicht mehr zu Recht besteht, raten wir Ihnen, zunächst das Amtsgericht des Wohnortes um Auskunft über die Rechtswirksamkeit dieser Vereidigung zu ersuchen.

J. in T.

Nr. 53. Anfrage: 1. Beifolgende zwei Rindenstücke entstammen einem sehr wichtigen Bestande, in welchem eine Anzahl Stämme, meistens von oben her, absterben. Beim Fällen dieser toten Stämme war zu konstatieren, daß von den Wurzeln aus sich eine weiße, dünne Haut, wie auf den Rindenstücken zu sehen, zwischen Holz und Rinde bis zu etwa 1 m hinauf sich gebildet hatte. Welches ist die Ursache des Absterbens der Stämme? 2. Ferner sende ich ein Rinden- und ein Holzstück ein, auf welchen Borkenkäfer-straß zu sehen ist, ebenso füge ich einige Käfer bei. Von letzterem sind hier selbst eine Anzahl 25-jähriger Nichten getötet worden, die nach der Fällung noch massenhaft mit Larven besetzt waren. Ist es *Bostriachus chalcographus* oder ein anderer Käfer?

Förster St. in W.

Antwort: Zu 1. Die Stämme sind vom Gallmisch (*Agaricus melleus*) befallen und getötet worden. Das Myzelium dieses Pilzes lebt teils im Waldboden, teils in alten Stöcken von Laub- und Nadelholz, bringt von hier aus in die gesunden Wurzeln aller Nadelhölzer und auch einiger Laubhölzer und verur sacht deren rasches Absterben, das bei den Nadelhölzern unter dem Namen „Harzstüben“ bekannt ist, rasche Entfärbung der befallenen Pflanzen und Stock-robung dürfte die Verbreitung des Pilzes be- einträchtigen. Zu 2. Die eingelangten Fraßstücke sind von dem doppelwändigen Borkenkäfer, *Polypographus* verur sacht. Durch Herausnahme der kranken Stellen und befallenen Nichten, Schäl- und Verbrennen der Rinde ist dem weiteren Fraße vor- zubeugen.

Nr. 54. Anfrage: Ich bin in der G. lichen Forstverwaltung als Forstsekretär tätig. Infolge eines Betriebsunfalles erkrankte ich und habe mir nach Aussage des mich behandelnden Arztes eine Hodenentzündung zugezogen. Der Wald-

besitzer ist bereit, den Arzt zu bezahlen, weigert sich jedoch, für die Heilmittel aufzukommen. In der Krankenversicherung bin ich nicht. Ist der Waldbesitzer nun verpflichtet, für die Heilmittel aufzukommen, eventuell wie lange?

D., Forstsekretär.

Antwort: Vom Ablauf der 13. Woche nach dem Unfalle ab hat die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für ärztliche Behandlung, Arznei und andere Heilmittel aufzukommen (neben der Rente), kann dies auch schon vorher tun, ist aber hierzu nicht verpflichtet. Bis zum Eintreten der Berufsgenossenschaft hat der Dienstherr nur dann für Kur (Arzt und Apotheke) und Verpflegung zu sorgen, wenn Sie unter die Gefin- derordnung fallen, oder wenn § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches zutrifft, welcher lautet: „Der Dienstberechtigte hat Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen, die unter seiner Anordnung oder unter seiner Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. . . Erfüllt der Dienstberechtigte diese Verpflichtungen nicht, so finden auf seine Verpflichtung zum Schadenersatz die Vorschriften der §§ 842 bis 846 Anwendung.“

§ 9.

Nr. 55. Anfrage: Meine Frau, geboren 16. Januar 1873, hat früher in Invaliditäts- und Altersversicherungspflicht gestanden. Seit 1903 hat sie sich freiwillig weiterversichert, und sind bisher 393 Markten V. Klasse geklebt worden. Da nun von der pflichtigen Zeit keine Karten aufzufinden sind, hat die Versicherungsanstalt die Berechtigung zur Weiterversicherung aberkannt, trotzdem meine Frau beschwören kann, daß Marken für sie geklebt worden sind. Meine hiergegen eingelegte Beschwerde ist vom Regierungspräsidenten abgewiesen, so daß nunmehr die Rückzahlung der eingeklebten Beträge erfolgen soll. Da meine Frau noch nicht 40 Jahre alt ist, möchte ich gern wissen, ob sie nicht nach der neuen Reichsversicherungsordnung doch zur Selbstversicherung berechtigt ist. Meine Herrschaft kommt ab und an nach hier, und meine Frau locht dann für dieselbe, wofür sie durch Geschenke entschädigt wird. Es handelt sich also um vorübergehende Dienstleistungen. Versicherungspflichtig war meine Frau von 1889 bis April 1893. R. S. N.

Antwort: Ihre Gattin ist auch nach der Reichsversicherungsordnung (§ 1243) nicht be- rechtigt, in die Selbstversicherung einzutreten. Die Frage der Zulässigkeit der Weiterver- sicherung (so nennt man die freiwillige Fort- setzung eines auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung entstandenen Versicherungsverhält- nisses) ist durch den Regierungspräsidenten endgültig entschieden. Die Hilfestellungen für Ihre Herrschaft begründen keine Versicherungs- pflicht (vgl. Z. 99 der diesjährigen „Deutschen Forst-Zeitung“).

§ 9.

Für die Redaktion: A. W. Pöschel und W. W. W. W.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hagezeit Am



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hagezeit Am.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Velle, Försterei Münde, Post Gröneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Arnsberger Wald (Regbz. Arnsberg). In der Versammlung am 11. Mai in Wittlar wird Gelegenheit gegeben, das Förster-Jahrbuch von 1912 zum Partiepreise zu erwerben und sogleich in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

Frankfurt a. O. Mittwoch, den 15. Mai d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Vereinslokal zu Frankfurt a. O.; die Tagesordnung wird bei der Eröffnung der Sitzung bekanntgegeben. Der Vorsitzende. Staender.

Landesberger Heide (Regbz. Frankfurt a. O.). Sonnabend, den 11. Mai, nachmittags 7 Uhr, Mitgliederversammlung zu Breitenbruch. Tagesordnung: 1. Wahl eines Vorsitzenden; 2. Festsetzung des diesjährigen Scheibenschießens; 3. Aufnahme neuer Mitglieder; 4. Beschlussfassung über Erhöhung der Ortsgruppenbeiträge; 5. Verschiedenes.

Der Vorstand. J. B.: Kowalle.

Montabaur (Regbz. Wiesbaden). Sonntag, den 12. Mai d. Js., nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Nassauer Hof“ zu Montabaur. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung für 1911; 2. Bericht über die letzte Bezirksgruppenitzung; 3. Besprechung bzw. Bestellung des Förster-Jahrbuches für 1912; 4. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorsitzende.

Waldenberg (Regbz. Frankfurt a. O.). Sonnabend, den 11. Mai d. Js., nachmittags von 7 Uhr ab, Versammlung im Vereinslokal in Regenthin. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung und Entlastung des Schatzmeisters; 2. Besprechung von Vereinsangelegenheiten; 3. Beschlussfassung über ein abzuhaltendes Scheibenschießen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegemeister Krause, Kesselgrund bei Hagezeit Am., vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muss Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Hannover. Nach langer, mühevoller Arbeit und unter erheblichen Kosten hat der Kollege Herr Förster Meyer in Heide, Kreis Hameln, mit Unterstützung der Bezirks- und Ortsgruppen die Nachweisung der Försterdienststellen des Regierungsbezirkes Hannover und der hannoverschen Klosterforsten fertiggestellt. Die Nachweisung umfasst in 88 Seiten die Revierförster- und Förster-, ständige Forstaufsicher, Waldwärter- und Bureaugehilfenstellen und gibt genaue Auskunft über Revierverhältnisse, Wohnung, Entfernung zur nächsten Schule (evangel. und kathol.), Oberförsterei, Amtsgericht, höhere Schulen, Größe und Güte des Dienstlandes, der Dienstwiesen, ob Waldweide vorhanden, ob Gelegenheit zur Verpachtung des Dienstlandes vorhanden, Höhe des Nutzungsgeldes, ob Nebeneinnahmen vorhanden sind, Gelegenheit zur Geflügelzucht, zur Imkerei (Bienenzucht) vorhanden ist, überhaupt über alles, was das Wohl und Wehe der betreffenden Existenz betrifft. Mit der Herausgabe ist einem Übelstande, der Unkenntnis über die Verhältnisse der freiwerbenden Stellen, abgeholfen; der Stellensuchende hat es nun nicht mehr nötig, weite Reisen zur Besichtigung dieser oder jener Stelle zu unternehmen, die doch allzu häufig mit einer Enttäuschung nach erheblichen Gelbtausgaben enden. Da die Verwaltung und Beschätzung der Klosterforsten in der Provinz Hannover von den Beamten der Staatsforstverwaltung versehen wird, welche sämtlich beim Regbz. Hannover aufgeführt sind, so liegen die Stellen der hannoverschen Förster in der ganzen Provinz zerstreut, also z. B. so abgelegen, daß früher mancher erst nach jahrelanger Anwesenheit in Hannover die Existenz dieser oder jener Stelle entdeckte. Diesem Übelstande ist jetzt abgeholfen. Die freiwerbende Stelle steht in der „Deutschen Forst-Zeitung“, der Stellensuchende schlägt in seiner Nachweisung die betr. Stelle auf und entscheidet mit seiner Frau: „Rutter, wie binot up use Stell“ oder er sagt sich — die Reise

wird sich lohnen. Jedenfalls wird die Nachweisung ein gut Stück dazu beitragen, die Kollegen sehnlicher zu machen. Der Herr Kollege Meyer hat das Werk so billig (2,50 M.) hergestellt, daß es jedem Kollegen des Bezirks möglich sein wird, es zu erwerben. Der Herr Oberforstmeister hat seine Genehmigung zur Herstellung erteilt und das Zustandekommen durch wohlwollende Maßnahmen erleichtert. Für die in den Bezirk von den Bataillonen neu eintretenden Kollegen wird das Werk ein äußerst nützliches Nachschlagebuch sein. Die Herren Ortsgruppenvorsitzenden werden hiermit ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied sich recht bald in den Besitz der Stellennachweisung setzt; nur dadurch können dem Kollegen Meyer die verauslagten Unkosten zurückerstattet werden.

Der Vorstand. **R a m m i s c h**, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Holstein (Regbz. Schleswig). Die am 21. April d. Js. in Neumünster abgehaltene Frühjahrsversammlung war zahlreich besucht; es waren 19 Kollegen anwesend. Dem Kassierer wurde nach Rechnungsbericht Entlastung erteilt. Zum Delegierten nach Berlin wurde Förster Wult, Heidmühlen, gewählt. Ein interessanter Vortrag des Försters Ernst, Mörel: „Über Buchenerkennung in Schleswig-Holstein“ zeitigte eine rege Aussprache. Für die Herbstversammlung meldete Hegemeister Kefner, Saale, einen Vortrag an über das Thema: „Erfahrungen bei Waldbränden, Vorbeugungsmaßnahmen dagegen und deren Bekämpfung“. Mit Rücksicht auf das Interesse, welches den Wald-

bränden, dieser Sorge jedes Försters in Nadelholzrevieren, entgegengebracht wird, wurde diese Anmeldung besonders dankend entgegengenommen. Nachdem der Vorsitzende über die allgemeine Vereinslage Orientierungen gegeben hatte, schloß die Versammlung. Es muß aber hervorgehoben werden, daß besondere Wünsche und Anträge nicht vorlagen und wie immer der Verwaltung unbedingtes Vertrauen entgegengebracht wird. Besonders sei auch den zahlreich erschienenen Damen gedankt, die durch ihre Gegenwart die Stunden bis zum Abgang der Büge angenehm machten und zur Stärkung der Kollegialität und Zusammengehörigkeit der grünen Farbe beigetragen haben. Den seither ferngebliebenen Kollegen ist die Teilnahme an unseren wenigen Zusammentünften zu empfehlen, auch namentlich unter Hinweis auf den belehrenden Teil der Tagesordnung.

Der Vorstand. **H a n s e n**, Vorsitzender.
Saarbrücken (Regbz. Trier). Die Versammlung am 1. April war von 13 Mitgliedern besucht. Kollege Nadermann erstattete Bericht über die Versammlung der Bezirksgruppe. Es wurde beschlossen, Anfang Juli einen Ausflug mit Damen nach Mettlach zu veranstalten, wozu die Ortsgruppe Trier sowie die Ortsgruppe Saarbrücken der Gemeindeförster eingeladen werden. Ferner gebe ich den Herren Kollegen hiermit Kenntnis, daß der Verein Elsaß-Lotharinger Förster die Mitglieder der Ortsgruppe zu seiner am 12. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant „Saalbau“ zu Saargemünd stattfindenden Generalversammlung eingeladen hat.

W o l l.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Wohlfahrtsmarken des Vereins „Waldheil“.

An unsere Mitglieder, Gönner und Freunde richten wir die heraldische Bitte, von dem Ankauf der neuen, nach trefflichen Originalen bedeutender Jagdmaler hergestellten und recht gut aussehenden Wohlfahrtsmarken ausgiebigen Gebrauch zu machen, damit



der Zweck, dem „Waldheil“ durch den Vertrieb dieser Marken eine neue Einnahmequelle zum Besten seiner Wohltätigkeitsbestrebungen zu verschaffen, vollaus in Erfüllung geht. Diese Wohlfahrtsmarken eignen sich besonders zum Aufkleben auf Jagdeinladungskarten oder zum Verschließen der Jagdeinladungsbriefe. Sie sind zum Preise von **einer Mark für den Bogen, zu je fünfzig Stück** — Stück also 2 Pf. —, von der Geschäftsstelle des Vereins „Waldheil“ zu Neudamm erhältlich. Mitglieder, welche sich für

den Verkauf unserer Wohlfahrtsmarken interessieren wollen, werden gebeten, mit uns in Briefwechsel zu treten. Solcher Betrieb dürfte übrigens eine sehr dankenswerte Aufgabe für die Frauen und Töchter vieler unserer Vereinsangehörigen sein.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Hüttche, Gefreiter und vorchriftsmäßig gelernter Jäger, 1. Compagnie Jäger-Bataillon Nr. 2 in Kulm.
Jenzen, Ernst, Hilfsjäger, Strüßendorf bei Bergen a. Rügn.
Rech, Gefreiter und vorchriftsmäßig gelernter Jäger, 1. Compagnie Jäger-Bataillon Nr. 2 in Kulm.
Rudolph, F., Hilfsjäger, Stedewitz, Kr. Delitzsch.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldeformen und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Verschiedene Zuwendungen von „Ungekannt“ . . .	481,13 M.
Ergebnis eines States; eingekauft von Herrn Königl. Forsthauslicher Hofe in Kohlenbach	3,10 „
Erlös für eingekaufte Biquartabichnisse	2,40 „
Eingekauft von Herrn Gutsbesitzer Laabs in Ober- Kosnigen	5,— „
Ertrag eines gemüthlichen Spielabends; eingekauft von Herrn Königl. Förster Schnabel in Deuthen, L.-S. . .	5,— „

Ca. 496,63 M.

Den Gebern herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Amberg, Altenburg, 2 M.; Milschule, Lützen, 2 M.; Büchel, Nittol, 5 M.; Blod, Ranzgarten, 2 M.; Bräcke, Wellm, 2 M.; Boas, Schermeisel, 3 M.; Bräcker, Mehlfhof, 2 M.; Bergemann, Glasbühl, 5 M.; Benina, Hermannsburg, 2,50 M.; Brenner, Mörschle, 2 M.; Bergau, Gonthurwald, 2 M.; Behner, Berga, 2 M.; Claus, Königsberg, 2 M.; Doenst, Bergvorwerk, 2 M.; Dettfe, Neuland, 2 M.; Eichner, Gr. Valsow, 2 M.; Fraenkel, Lauban, 5 M.; Fielich, Hangelberg, 2 M.; Froese, Breitenstein, 3 M.; Frechtner, Nisburg, 2 M.; Frintz, Kelsch, 5 M.; Gotthardt, Kleinfhof, 2 M.; Grube, Am Spring, 2 M.; Graber, Drantenhof, 2 M.; Gauer, Gr. Gehlen, 2 M.; Geier, Bierschle, 3 M.; Getto, Gansfeld, 2 M.; Guttanus, Potsdam, 2 M.; Goppe, Döhlwitz, 2 M.; Horst, Landsberg, 2 M.; Haun, Illenburg, 2 M.; Hender, Kleinort, 2 M.; Hünneberg, Pulverberg, 2 M.; Hees, Dachsenhausen, 2 M.; Hermann, Nagen, 2 M.; Hirtel, Herzberg, 2 M.; Haabach, Neppin, 3 M.; Hamann, Hubertushof, 2 M.; Hammerling, Wittenburg, 2 M.; Hüttche, Kelm, 2 M.; Joenisch, Lützow, 2 M.; Jants, Mabenau, 2 M.; Jensen, Sträßendorf, 2 M.; Kroevelin, Bresnik, 4 M.; Kunge, Eder, 5 M.; Kniefche, Gohenduto, 2 M.; v. Krog, Frankfurt, 10 M.; Kalltuhl, Wardenpovo, 2 M.; Kurnoth, Neichenstein, 2 M.; Knipfel, Brömsdorf,

2 M.; Kuras, Lützow, 2 M.; Kraske, Landshammer, 2 M.; Lindmann, Gerswalde, 2 M.; Lubahn, Wittow, 2 M.; Loeven, Laas, 2 M.; Louch, Kammerdorf, 2 M.; Lütke, Schauen, 2 M.; Lodenandt, Starfisch, 2 M.; Lütke, Gesehthausen, 2 M.; Mittenberg, Glefeld, 5 M.; Mittelsacht, Strahburg, 2 M.; Meier, Luchshon, 2 M.; Mohr, Niesnik, 2 M.; Merte, Kleinluder, 2 M.; Maltewitz, Rodenstein, 2 M.; Meyer, Winkel, 2 M.; Mennering, Milschhof, 2 M.; Neumann, Jägerhof, 2 M.; Naife, Melehen, 2 M.; Nischler, Fembow, 2 M.; Pfeiffer, Korte, 2 M.; Pfeiffer, Watenhof, 2 M.; Pehold, Gschüß, 2 M.; Peters, Breitenhees, 2 M.; Pichow, Eichenau, 2 M.; Rosenfranz, Durchwehna, 2 M.; Riegenbogen, Eudowehscheide, 2 M.; Rudolph, Richeppin, 2 M.; Reimers, Bremerwerde, 2 M.; Salsche, Tormersdorf, 2 M.; Sieglöhr, Nagen, 5 M.; Spindler, Dalhausen, 2 M.; Erzeper, Landsberg, 2 M.; C. Schulze, Wend.-Buchholz, 2 M.; C. Schulze, Wend.-Buchholz, 5 M.; Schloms, Martha, 2 M.; Schwarz, Waldhaus, 2 M.; Schmitt, Gunaweier, 2 M.; Schich, Glesheim, 2 M.; Schadow, Kelling, 2 M.; Schlichter, Neuton, 2 M.; Scholom, Dölow, 2 M.; Tuchen, Greifswald, 10 M.; Tichon, Tränke, 2 M.; Urban, Brusaue, 2 M.; Wittich, Gannover, 2 M.; Wolf, Tordschel, 2 M.; Wichmann, Wüdeburg, 2 M.; Zimmermann, Schweinfurt, 2 M.; Bisch, Sommerlin, 2 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt
Neumann,
Schachmeister und Schriftführer.

Unter Hinweis auf § 3 Absatz 2 unserer Satzung mache ich die verehrlichen Vereinsmitglieder darauf aufmerksam, daß am 15. April der Fälligkeitstermin zur Einzahlung des Jahresbeitrages abgelaufen war. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche mit Zahlung des Beitrages für das laufende Vereinsjahr noch im Rückstande sind, diesen baldmöglichst an mich einzulösen.
Neumann.

Schachmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Vertog. Halensee.

Sommertagung und Mitgliederversammlung 1912.

Die diesjährige Sommertagung zu Eisenach findet voraussichtlich vom 14. bis 17. August statt, und zwar:

am 14. und 15. August: Ausschüsse und Vorstand,
am 16. August: Mitgliederversammlung.
am 17. August: Ausflug.

Halensee, den 28. April 1912.

Der Vorsitzende. Dr. Vertog.

Großer forstlicher Lehrgang zu Lauterbach.

Unsere Vereinsmitglieder mache ich besonders auf den diesjährigen großen forstlichen Lehrgang aufmerksam. Der Stundenplan umfaßt alle für den Forstmann wichtigen Gebiete. Besonders wird großer Wert darauf gelegt, die theoretisch behandelten Fächer draußen im Walde praktisch zu erläutern. Dazu bietet gerade das Revier Lauterbach die mannigfachen Anregungen. Die Teilnahme an dem jährlichen großen Lehrgange muß besonders denjenigen Vereinsmitgliedern als nutzbringend empfohlen werden, die sich später der Försterprüfung des Vereins unterziehen wollen.

Die Gesuche sind möglichst bald einzureichen. Über die näheren Bedingungen siehe Nr. 14 der „Deutschen Forst-Zeitung“.

Halensee, den 22. April 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Vertog.

Zur „Warnung vor unlauteren Stellenvermittlern“.

In der Tagespresse liest man öfters über Urtheilungen von unlauteren Stellenvermittlern, die trotz der mitunter recht empfindlichen Strafen immer wieder auftauchen. Man muß sich wundern, daß die Zahl der „Gerupften“ stets hoch ist, trotz der bösen Erfahrungen.

Unsere Vereinsmitglieder werden besonders zwei Fälle interessieren, die in allerjüngster Zeit vor Gericht verhandelt wurden.

Nach der „Deutschen Tages-Zeitung“ wurde der „Stellenvermittler“ Koltermann zu Berlin, Breslauer Straße, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Innerhalb eines halben Jahres hat Koltermann rund 500 Stellungsuchenden Anzeigen von 6 bis 20 M. abgenommen. Stellung erhielten durch ihn nur vier Bewerber. In der Regel bot Koltermann den Bewerbern Stellen an, die in den Zeitungen inseriert wurden und natürlich in fast allen Fällen bereits besetzt waren, wenn die auf indirektem Wege durch K. davon Unterrichten sich darum bewarben. Geradezu gemeingefährlich ist folgendes Vorgehen von Koltermann: Ein in fester Stellung befindlicher Förster wollte sich „verbessern“ und teilte es Koltermann mit. Dieser bietet seinen „Klienten“ die noch fest besetzte Stelle als vakant an. Die Folge war, daß bei dem Vorgehen des Försters eine Menge von Bewerbungen einlief und der Förster die Stellung verlor, ohne eine neue sofort wieder zu erhalten.

Der zweite Fall betrifft den „Direktor“ D. J. Bruno Schmidt, der früher in Prießus und Oberlöhnitz eine „Forstlehranstalt“ hatte, zuletzt wohnhaft in Bad Elster i. Vogtland. Schmidt, der im Jahre 1910 wegen Betruges zu 300 M Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, ist im März d. Js. vom königlichen Amtsgericht Adorf wegen Vergehens gegen das Stellenvermittlergesetz mit 10 M Geldstrafe oder 2 Tagen Haft bestraft worden.

Eine weitere Art von „Stellenvermittlung“ mag hierbei erwähnt werden. Es wird eine Hilfsjägerstelle oder dergleichen ausgeschrieben (hoffiert). Den Bewerbern wird mit Bedauern mitgeteilt, daß die Wahl nicht auf sie gefallen sei, aber — wenn sie die Forstschule Z. noch einige Zeit besuchten, so würde ihnen dann eine Stelle vermittelt werden. — Kommentar ist überflüssig!

Ein vierter, 3. St. Stellenloser, zeigt ebenfalls hoffiert eine Stelle an, um etwaigen Bewerbern eine „Vermittlungsgebühr“ abzupressen, oder, was noch gemeingefährlicher ist, er bewirbt sich um die Stellungen der sich Melbenden.

Die Vereinsmitglieder warne ich hiermit nochmals, sich durch solche Lockmittel verleiten zu lassen, ebenso bitte ich alle, denen derartige Machenschaften zu Ohren kommen, um Mitteilung. Im übrigen verweise ich auf den Stellennachweis des Vereins für Privatforstbeamte in Halensee, Karlruher Straße 13, der einzig und allein im Interesse der Mitglieder arbeitet.

Halensee, den 20. April 1912.

Der Vorsitzende. Dr. Bertog.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Wagler

8830. Scheffer, F., Forstsekretär (Gräf. Dreile'sche Forstverwaltung), Dieren i. Westf. (W.-Gr. XI.)

8831. Pollack, Ernst, Hilfsförster (Graf Faurtales), Fg. Siegb. b. Olmbowig, Rr. Wohlau. (W.-Gr. VII.)

*

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Bayer, Ludwig, Förster, Luisenborn b. Großkrichen.

Mitschke, Jäger, 4. Komp. Jäger-Batt. 8, Lübben.

Chafalon, Primian, Forstlebe, Eckenbergen b. Bahrenhofen im Bayern.

Graf, Jäger, 8. Kompanie, Jäger-Bataillon 10, Goslar.

*

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 327, 355, 400, 438, 536, 626, 746, 830, 842, 933 je 4 M., Nr. 1347 10 M., Nr. 1484 5 M., Nr. 1507 4 M., Nr. 1533 2 M., Nr. 1628, 1647, 1917, 1920, 1941, 1996, 2089, 2198 je 4 M., Nr. 2673 1 M., Nr. 2883, 2949 je 4 M., Nr. 3160 8 M., Nr. 3166 3 M., Nr. 3181, 3285, 3321 je 4 M., Nr. 3339 1 M., Nr. 3351, 3375, 3394, 3418, 3482, 3514, 3519, 3530, 3531, 3540, 3512 je 4 M., Nr. 3550 8 M., Nr. 3611, 3641, 3681, 3698, 3729, 3737 je 4 M., Nr. 3797 7 M., Nr. 3809 0,50 M., Nr. 3810 7 M., Nr. 3819 10 M., Nr. 3823, 3827, 3828 je 7 M.

Einkünfte sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlruher Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Bezirksverein der Kommunalforstbeamten Ost- und Westpreußens.

Die diesjährige Hauptversammlung unseres Vereins findet am Sonnabend, dem 18. Mai d. Js., vormittags 10 Uhr, im evangelischen Vereinshause in Braunsberg statt.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Vorstandes über seine Geschäftstätigkeit;
2. Rechnungslegung des Schatzmeisters;
3. Entlastung des Vorstandes;
4. Wahl eines Vereinsorgans;
5. Bestimmung des Ortes der Hauptversammlung für 1913;

6. Vorstandswahl;
7. Wohlfahrts-Einrichtungen;
8. Anträge;
9. Geschäftliches;
10. Vortrag;
11. Exkursion in den Stadtwald Braunsberg.

An die Hauptversammlung schließt sich ein gemeinsames Essen und danach, um 3 Uhr, die Wagenfahrt nach dem Stadtwalde.

Teilnahme-Erklärungen sind wegen der Bestellung des Essens und der erforderlichen Wagen rechtzeitig an Kollegen Gramacki, Hermannsdorf bei Braunsberg, zu richten. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. Gäste sind willkommen.

Der 1. Vorsitzende. G e b b e r s, Guttstadt.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befestigung gelangende Forstbienststellen in Preußen. 361. — Wie sterben Gewässer? Von Geyling. 362. — Die Entnahme von Moorproben zwecks Einleitung an die Moorverfälschung in Bremen. 365. — Aus Thüringen. 369. — Aus Ost- und Westpreußen. 368. — Fortfall der Bezeichnung „Zubehörbeamte“. 368. — Einfuhr fremder Kiefernstämmen und fremder Kiefernarten. 368. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. 368. — Geleise, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse. 371. — Das Reichsvenenverzeichnis. 372. — Aus Thüringen. 373. — Die staatliche Buch- und Preisvermittlung für Polizeihunde, Grimme-Verlag, Berlin, eröffnet. 373. — Vögel, Döhen- und Gefäßmesser von Forstingenieur G. Benjes, Wernigerode (Verz.). 373. — Waldbrände. 374. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsinformationen. 375. — Brief- und Fragekasten. 376. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 377. — Nachrichten des „Waldheil“. 379. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 380. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 381. — Anfertigung.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfolgender Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Ratfragen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Dieser Nummer liegt bei ein Prospekt der Firma Max Dultz, Berlin, betreffend Kola-Dulz, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Nachruf!

Vom 28. zum 29. April cr. nachts verstarb plötzlich im blühenden Mannesalter von 44 Jahren der **Kgl. Forstkassenrendant**

Herr Wilhelm Heuser

infolge eines Herzschlages.

Mit ihm ist ein pflichttreuer Beamter, weidgerechter Jäger und treusorgender Familienvater dahingegangen.

Trauernd legen wir einen Bruch auf sein frisches Grab und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Im Namen der Mitglieder der Ortsgruppe Siegen
des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Rohrberg, Vorsitzender.

Unterfertigte erfüllt hiernit die traurige Pflicht, von dem am 29. d. Mts. in Siegen erfolgten Ableben ihres a. H., des

Königl. Forstkassenrendanten Heuser,

gezielmäßig in Kenntnis zu setzen. (661)

Hann.-Münden, den 30. April 1912.

Andree'sche Tischgesellschaft.

I. A.: Steinhoff.

Nachruf!

Nach längerem Leiden verstarb am 22. April zu Forsthaus Annarode II im Alter von 58 Jahren der (653)

Kgl. Hegemeister Otto Nicolai.

In dem Entschlafenen hat der Staat einen tüchtigen, pflichttreuen Beamten und wir einen allzeit liebenswürdigen, hilfsbereiten Kollegen verloren. Seine rege Tätigkeit im Verein Kgl. Pr. Forstbeamten, namentlich bei Gründung der Bezirksgruppe Merseburg und im Vorstände derselben, sichert ihm die Bewahrung treuen Gedenkens bei allen Mitgliedern.

**Die Bezirksgruppe Merseburg
des Vereins Königl. Preuss. Forstbeamten.**

Nachruf!

Am 28. April verschied plötzlich im 64. Lebensjahre infolge Herzschlages der (656)

Königl. Revierförster Lüpcke

in Hela, Oberförsterei Oliva.

Wir betrauern in dem Entschlafenen, welcher an dem Kriege 1870/71 ehrenvollen Anteil genommen hat, einen wohlwollenden Vorgesetzten und aufrichtigen Kollegen. Ehre seinem Andenken! Trauernd legen wir als Scheidegruß einen Bruch auf seine letzte Ruhestätte.

**Die Forstaufer der Revierförst. Hela.
Suchert, Drews, Bigallke.**

Familien-Nachrichten

Verlobungen:

Hrl. Marie v. Platen in Magdeburg mit dem Kgl. Forstmeister Grinow v. Hennebrand und der Vasa in Magdeburg.

Eheschließungen:

Oberförster Uhlmann mit Frau. Johanna Kieckse in Plauen i. V. Herzoglicher Forstassessor Guldke in Tambach (Herzogt. Gotha) mit Hrl. Wagner in Zondershausen.

Sterbefälle:

Dr. Dimig, Sektionschef in Wien. Scheuing, Forstmeister in Weissenburg. Mausch, Helene Johanna, Tochter des Oberförsters Mausch in Plauen i. V.

Holz und Güter

Für den Nachweis von

Laubhölzern jeder Art,
auch in kleinen Posten, zahle bei Abschluss
hohe Provision.

445)

Otto Backe,

Berlin NW 87, Reberowstr. 19b.

Holz.

Holzgroßhandlung in Mitteldeutschland kauft laufend Holzbestände aller Art, sowie fertiges Papierholz, Grubenholz, Stammholz etc., auch im Auslande, und erbringt Anstellungen. Für Zuweisung solcher Objekte wird auch entsprechende Provision vergütet. Angebote unt. Nr. 388 bei die Exp. d. D. Forst-Z., Neudamm.

2 Damen,

Mutter u. Tochter, kath., suchen in einem im Walde gelegenen Forsthaufe (Westfalen u. Umgebung, auch Gießfeld) für Juli od. August 1 Zimmer mit voller Pension. Off. u. Nr. 628 bei d. Exp. d. D. Forst-Z., Neudamm.

Personalia

Bekanntmachung.

Offene Försterstelle.

Die Stadtförsterstelle zu Beleda ist sofort zu besetzen. Größe des Schutzbezirks 466 ha. Das Anfangsgehalt beträgt 1200 Mk., steigend alle 3 Jahre um 100 Mk. bis 2100 Mk., außerdem freie Dienstwohnung im pensionsfähigen Werte von 300 Mk. Meldungen von Forstverordnungsberechtigten und Jägern der Klasse A bis 24. Juni d. J. an Stadtvorher Stütting in Beleda. (644)

Warstein, den 23. April 1912.

Der Amtmann.

J. B.: J. Oberstadt, Amtsbeigeordneter.

Junges Mädchen

mit besserer Schulbildung wird als Kinderfräulein (f. 2 Mädchen, 5 u. 11 Jahre) und Stütze der Hausfrau gesucht. Mädchen wird gehalten. Familienanruf. (608) Hofstad i. M., Kaiser Wilhelmstraße 13. Dr. Schalhorn.

Tausch!

Forstausfischer im Bez. Cassel, Jahrgang 1910 (Forstverordnungschein), tauscht mit Kollegen aus den Bez. Magdeburg, Merseburg, Liegnitz, Oppeln, Stettin od. Potsdam. Off. unt. Nr. 641 bei d. Exp. d. D. Forst-Z., Neudamm.

Tausch.

Älterer Forstverordnungsberechtigter aus Frankfurt tauscht Familienverhältnisse halber n. and. Bezirk, auch durch Annotierung. Off. unt. P. E. 620 bei die Exp. d. D. Forst-Z., Neudamm.

Tausch!

Forstverordnungsberechtigter Anwärter (Jahrgang 1911) des Bez. Marienwerder tauscht mit Kollegen aus den Bez. Hannover, Coblenz, Minden, Düsseldorf, Magdeburg od. Arnberg. Offert unt. Nr. 651 bei die Exp. d. D. Forst-Z., Neudamm.

Höherer Forstbeamter a. D., 45 J., alt, evang., gesund, gute Zeugnisse, lautionsfähig, mit Praxis i. Staats-, Privat- und Gemeindeförst., sucht

Stellung,

nimmt auch vorübergehende Beschäftigung an. Gesl. Zuschriften unter Nr. 624 bei d. Exp. d. D. Forst-Z., Neudamm.

Forstheirat Dr. Laschke

sucht für einen tüchtigen, wissenschaftlichen Assistenten, den er warm empfehlen kann. Stellung bei einer Landwirtschaftskammer oder im Forstverwalt.-Dienst als Revierverwalter, evtl. auch als Assistent. Offerten unt. Nr. 553 befördert die Exp. der Deutschen Forst-Z., Neudamm.

Junger Förster,

verb. in selbständ. ungel. Stellung, auf einige. Revier gelernt, Bücherei bewandert, Waldhornbläser, 181 m groß, sucht, geknüpft auf gute Zeugnisse, zum 1. 7. evtl. später dauernde, sichere Stellung. Offert. unt. Nr. 646 bei die Exp. d. D. Forst-Z., Neudamm.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Samtliches Organ des Grandver sicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf. bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 Mf. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf. 50 Pf., b) direct durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals abgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 19.

Neudamm, den 12. Mai 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Jura im Regierungsbezirk Gumbinnen ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Mai eingehen.

Försterstelle Eiß, Post Hochstülau, Kreis Berent, Regierungsbezirk Danzig, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen.

Försterstelle Grünwalde bei Dreidorf, Kreis Pr. Stargard, Regierungsbezirk Danzig, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen.

Försterstelle Runkel in der Oberförsterei Leipen, Regierungsbezirk Königsberg, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an nutzbarem Dienstland ca. 20 ha. Die Schule ist in Königl. Damerau, ca. 8 km ab. Bahnstation Wehlau, ca. 15 km ab.

Die Obstbaumanpflanzung am Forsthause.

Von Königl. Revierförster **Weher.**

Bei der diesjährigen Beratung des Forstetats im preussischen Abgeordnetenhaus konnten wir wieder, wie schon alljährlich vorher, die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß sämtliche Herren Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, welche zum Titel 4 das Wort ergriffen, ein warmes Herz für den preussischen Försterstand zeigten.

Wenn sich die Besprechungen auch in der Hauptsache um Beseitigung der bestehenden Härten drehten, welche in der allseits anerkannten, nachteiligen Behandlung der Förster

bezüglich ihrer Besoldung jener der anderen gleichwertigen Beamten gegenüber liegt, so wurden doch auch andere, für den Försterstand sehr wichtige und interessante Punkte von den einzelnen Herren Abgeordneten beleuchtet.

Unter anderem hat der Abgeordnete Herr Lüders den Stand der Obstplantage am Forsthause mit zum Gegenstand seiner Ausführungen gemacht. Bei der kurzen Verührung dieses Punktes war natürlich für ihn bei der Wichtigkeit der andern zur Besprechung stehenden Fragen auf einen sofortigen Erfolg nicht zu

rechnen. Ich gestatte mir deshalb, zu versuchen, diese für den gesamten mit Dienstwohnung versehenen preussischen Forstbeamtenstand sehr wichtigen Frage einer näheren Beleuchtung zu unterziehen, in der Hoffnung, daß der Artikel die Anregung zu weiterem Meinungsaustausch in dieser Zeitung geben und an der dazu berufenen Stelle die Beachtung finden möge, welche die Wichtigkeit der Frage verdient.

Der Abgeordnete Herr Lüders führte unter anderem aus:

„Ich habe aber auch, namentlich in den Obstgärten, alte, absterbende Obstbäume gesehen, die wenig oder gar nicht tragen, und Sorten, die den heutigen Ansprüchen nicht mehr entsprechen. Ich habe wohl gefragt, weshalb man die alten Stämme nicht ausröde und durch neue Sorten ersetze, dann hat man mir geantwortet: „Ich habe im Alter von über 40 Jahren erst diese Stelle bekommen, und wenn ich einige Jahre hier gewesen bin, werde ich wieder versetzt; zu welchem Zwecke soll ich neue Obstbäume pflanzen; ich ernte sie nicht mehr“ usw.

Diese Antwort wird wohl schon so mancher Fragesteller erhalten haben, und noch viel öfter stellt sie das Schlussergebnis der Erwägungen des Stelleninhabers dar, ob er Neuanpflanzungen vornehmen soll oder nicht. Sie setzt so recht den Obstbau am Forsthaufe an den Platz, wo er leider nach den bestehenden Bestimmungen nicht anders stehen kann.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade am ländlichen Forsthaufe mit seinen geräumigen Hof- und Gartenanlagen und seinen in dessen Umgebung liegenden, wenn auch noch so geringfügigen Dienstlandflächen ein recht nutzbringender Obstbau betrieben werden könnte. Daß eine mit etwas Verständnis angelegte Obstbaumanlage am Forsthaufe auch verschönernd wirkt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden; jedenfalls kann hier, wie nirgend sonstwo in gleichem Maße, das Nutzbringende mit dem Schönen verbunden werden.

Wenn nun trotzdem Obstanlagen am Forsthaufe vielfach fehlen oder sich oft in vernachlässigtem Zustande befinden, so muß doch das seine Gründe haben; und diese hat in kürzester Zusammenfassung der Förster dem Herrn Abgeordneten in seiner oben wiedergegebenen Antwort gegeben.

Ohne Weiteres darf angenommen werden, daß den beteiligten Kreisen, besonders auch den Förstern, nicht etwa die Erkenntnis der großen Bedeutung des Obstbaues im Allgemeinen mangelt, oder daß ihnen das nötige Interesse für die Obstzucht fehlt. Wissen wir doch alle, daß Deutschland aus dem Auslande etwa für 44 Millionen Mark allein an frischem Obst und

Beeren einführt, und daß das Inland wohl befähigt wäre, wenigstens einen Teil dieser gewaltigen Summe selbst zu erzeugen.

Wenn die einschlägigen Bestimmungen auch aus etwaigen Überschüssen des Hausfonds bei Neubauten die Anpflanzung einiger Gartenbäume aus Staatsmitteln zulassen, so wird dieser Fall doch wohl höchst selten eintreten. Die Regel bleibt, daß der Stelleninhaber die Obstbäume auf seine Kosten anpflanzt. Wenn sich ihm keine Gelegenheit bietet, die jungen Bäume aus bestehenden Staats-Obstbaumschulen kostenfrei, aber gegen Erstattung des Ausbe- und Verpackungswertes, zu welchem natürlich auch noch die Transportkosten kommen, zu beziehen, so wird er, wie es auch meistens geschieht, seinen Bedarf aus Privatbaumschulen decken. Im ersteren Falle kostet der fertig gepflanzte und mit einem guten Pfahl bewehrte Baum durchschnittlich 2 Mk., beim Privatbezug aber 3 Mk.

Nach dem § 53 der Försterdienstinstruktion geht der gepflanzte Obstbaum sofort in das Eigentum der Forstverwaltung über. Dem Stelleninhaber bleibt also nur das Recht, von seinem angelegten Kapital die Zinsen in Form der Obsterträge zu kassieren.

Da nach Nr. 9 der Vorschriften über Auseinandersehung usw. nur für gute, gesunde Obstbäume und Weinstöcke, die innerhalb der letzten fünf Jahre nach wirtschaftlichen Grundsätzen gepflanzt und über den festgesetzten Bestand hinaus vorhanden sind, der Abziehende dem Abziehenden die nachgewiesenen Ankaufs- und Pflanzungskosten zu vergüten hat, so tritt noch sehr oft der Fall ein, daß dem Abziehenden nicht nur die erhofften Zinsen, sondern auch noch die Anlagekapitalien verloren gehen, z. B. wenn die Versehung erfolgt, nachdem zwar die Obstbäume schon fünf Jahre gepflanzt sind, aber noch keinen, oder wenigstens keinen nennenswerten Ertrag gebracht haben.

Bei nicht besonders günstigen klimatischen und örtlichen Standortverhältnissen und bei manchen Obstsorten kann vor dem fünfzehnten Jahre kaum damit gerechnet werden, daß die Voraussetzungen, unter welchen die oben erwähnten Auseinandersehungsbestimmungen entstanden, schon erfüllt sind, nämlich, daß der Abziehende für seine Aufwendungen durch den gezogenen Nutzen entschädigt sein soll; denn es darf nicht außer Anrechnung bleiben, daß eine neugepflanzte Obstanlage noch erhebliche Unterhaltungskosten verursacht, so für alljährliches Umgraben, für Düngung der Baumfläche, für Beschneiden und andere Pflege, sowie besonders für Ergänzung der stets eintretenden Abgänge.

Wenn nun auch der Abziehende wirklich, was nur in ganz vereinzelten Fällen vorkommt, in

den vollen Genuß seiner sehr oft mit großen Kosten angepflanzten und mit Interesse, Liebe und Sorge großgezogenen Obstanlagen bereits getreten ist, er also sein Anlagekapital reichlich verzinst zurück erhalten hat, so bleibt doch noch eine derartige Bestimmung der Auseinandersetzung immer gleich unerschrocken, und bilden mit Recht für den, der, wie oben erwähnt, eine Neuanpflanzung in Erwägung zieht, das Abschreckmittel, und für jenen, der trotzdem zur Anlage geschritten ist, eine Quelle des Irrers, daß er die mit großen Kosten gepflanzten, sorglich gehegten und wohlgepflegten Bäume ohne jede Entschädigung seinem Nachfolger überlassen muß, wenn sie schon über fünf Jahre gestanden haben. Aus diesen Mißverhältnissen ergibt sich denn auch die anscheinende Interesselosigkeit der Förster für den Obstbau.

Wenn die f. Z. vom Herrn Minister angeregten Musterwirtschaften der Forstbeamten auf die Landbevölkerung anregend wirken sollen, und wenn mit Rücksicht auf den großen Nationalwert des Obstbaues sowohl von Behörden, wie auch von unsern Volkswirtschaftslehrern soviel Anregendes zu dessen Förderung geschrieben und gesprochen wird, so muß man sich wirklich wundern, daß gerade den besonders dazu berufen erscheinenden Forstbeamten Hemmnisse in Form von solchen Auseinandersetzungsbestimmungen erwachsen.

Und doch ließe sich so leicht ein der Sachlage entsprechender Wandel schaffen. Eine gute Vorlage für eine andere Gestaltung sehe ich besonders in den Bestimmungen über Melioration der Dienstländereien, wonach z. B. Drainageanlagen, soweit deren Zweckmäßigkeit und Rentabilität unzweifelhaft nachgewiesen ist, für Rechnung der Staatskasse auszuführen sind. Dagegen wird das Nutzungsgeld für solche drainierten Dienstgrundstücke um drei und ein halbes Prozent jenes Kostenbetrages, welchen die Drainage erfordert hat, auf volle Mark nach oben abgerundet, erhöht, und zwar vom nächsten Monat nach Beendigung der Drainage ab.

Nach diesem Verfahren könnten meines Erachtens sehr gut auch die Bestimmungen über die Obstanlagen am Forsthaufe für die Zukunft geregelt werden und die bereits bestehenden, in gutem wirtschaftlichen Zustande befind-

lichen Obstbäume und Anlagen, soweit der Selbstanpflanzler oder der Übernehmer der Anlagekosten noch Stelleninhaber ist, was sich ja sehr leicht durch das vorhandene, bei der Stellenübergabe gefertigte Verzeichnis der vorhandenen Obstbäume feststellen läßt, auf Staatskosten übernommen werden. Die ordnungsmäßige Pflege der Obstbäume müßte dann dem Stelleninhaber ebenso zur Pflicht gemacht werden, wie die des Dienstlandes und wie die ihm obliegenden Verpflichtungen betreffs der Dienstgebäude.

Es ist auch ein leichtes für die Dienstbehörde, sich hierüber auf dem Laufenden zu erhalten, wenn bei den Revierbereisungen der zuständige Vorgesetzte auch die Obstanlagen des Dienstbezirks besichtigt und wenn zugleich mit den bestimmungsmäßigen Gebäuderevisionen auch eine solche der zur Dienststelle gehörenden Obstbäume vorgenommen wird. Es bliebe hiernach dann nur noch der Ersatz für Abgänge, sei es an jungen oder altersschwachen Bäumen, zu regeln.

Ebenso sollten sinngemäß Anlagen von Beerenobst, Spargelpflanzungen und sonstige gärtnerische Spezialkulturen von dauerndem oder langjährigem Werte behandelt werden.

Durch eine derartige Neuregelung würde nicht nur eine tatsächlich bestehende Härte für den abziehenden Beamten abgestellt, sondern auch der Obstbau am Forsthaufe in ganz andere Bahnen geleitet werden, wodurch für das Allgemeinwohl schon im Sinne der Anregung auf die Landbevölkerung eine ganz bedeutende Auswirkung nicht ausbleiben dürfte.

Sollte aber die Neuregelung in beregtem Sinne nicht gangbar sein, so bliebe nur noch eine Änderung von Nr. 9, Absatz 2 der Bestimmungen über Auseinandersetzung usw. übrig. In diesem Falle wäre aber eine Änderung um so dringender zu empfehlen, weil gerade in diesem Auseinandersetzungsverfahren der Hauptgrund liegen dürfte, weshalb der Obstbau am Forsthaufe manchenorts jetzt noch so viel zu wünschen übrig läßt. Dem Abziehenden müßten zum mindesten vom Anziehenden die vollen Kosten für alle gepflanzten Obstbäume, beziehungsweise die an seinen Vorgänger gezahlten Sätze, zurückvergütet werden, solange noch der Baum gesund und ertragsfähig ist.

Mitteilungen.

— **Aus Elßaß-Lothringen.** Nachdem die Erste Kammer dem Landeshaushaltsetat zugestimmt hat — sie kann den Etat nur annehmen oder ablehnen, nicht im einzelnen abändern —, wird derselbe bald durch Kaiserliche Sanction von Corfu aus Gesetz werden. Wesentliche Neuerungen

gegenüber 1911 bringt er nicht: ist ja die Verbesserungsvorlage über das Anfangsstadium noch nicht herausgekommen. Beide Kammern stehen ihr, soweit es die unteren und mittleren Beamten anlangt, nicht unfreundlich entgegen, wogegen bei der Mehrheit der Zweiten Kammer für die

höheren Beamten wenig Neigung zur Aufbesserung besteht. Die Volksvertreter halten jedoch den Augenblick der ganzen Vorlage für noch nicht gekommen, weil sie die von der Regierung vorgeschlagene Deckungsart für die Mehrerausgaben beanstanden. Mit Recht hat der Regierungsvertreter betont, daß die ganze Gehaltsvorlage bis nach Verabschiedung der recht langwierigen Steuerreform keinesfalls verschoben werden dürfe. An dieser bei der heutigen Teuerung nur zu richtigen Auffassung sollte unsere Regierung festhalten, ebenso daran, daß die Vorlage ein wohlverwogenes einheitliches Ganze ist, an dessen Einzelheiten nicht gerüttelt werden darf. Der Etat für 1912 sieht an Einnahmen der Forstverwaltung $8\frac{1}{2}$ Millionen Mark vor, worunter 7 Millionen Mark für Holz. Dem sog. Witscher Fonds, aus dem Waldbankäufe und größere außerordentliche Ausgaben bestritten werden, gehen neuerdings 614 300 M für Waldbankäufe zu. Bei den fortdauernden Ausgaben erscheinen 1,4 Mill. Mark für Holzwerbung, 250 000 M für Forstwegbau, außerdem 30 000 M für außerordentliche Instandsetzungen, 190 000 M für Kulturen nebst 50 000 M für die durch die vorjährige Trockenheit hervorgerufenen Nachbesserungen. Der Fonds für Begünstigung von Oblandaufforstungen ist erfreulicherweise von 5000 auf 10 000 M erhöht worden. Unter den einmaligen Ausgaben sind 50 000 M für Arrondierungsankäufe vorgesehen und 28 400 M für rückständige Reparaturen der vorhandenen Forstdienstgebäude. R.

— **Der Preussische Haushaltsetat** wurde am 4. und 6. Mai im Abgeordnetenhaus zu Berlin in dritter Lesung verabschiedet. Über den Forstetat fand am 4. Mai eine kurze Debatte statt. Der Abgeordnete Heine sprach über die Dienstaufwandsentschädigungen der königlichen Förster und äußerte sich außerdem über den Verkauf von Nutzholz, dabei das Verkäufungsverfahren gegenüber dem Submissionswesen, sowie eine Änderung des Kreditwesens in den Staatsforsten, die Aushaltung kleiner Lose befürwortend. Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sagte eine Prüfung der erörterten Angelegenheiten zu. — Der stenographische Bericht der Verhandlung ist erst am 8. Mai morgens in unsere Hände gelangt, wir veröffentlichen ihn in nächster Nummer.

— **Vogelschutz.** Die in der königlichen Oberförsterei Bredelar, Regbz. Arnberg, aus Staatsmitteln getroffenen Einrichtungen zum Schutze nützlicher Vögel sind so weit gefördert, daß kurze Lehrgänge über praktischen Vogelschutz dort abgehalten werden können. Am 30. März d. Js. fand der erste Lehrgang statt, zu dem hauptsächlich Förster geladen und erschienen waren. Die zahlreiche Beteiligung (34 Herren) ließ recht deutlich erkennen, daß ein lebhafter Wunsch endlich Befriedigung fand. Trotz Wind und Schneesturm hielten alle Beteiligten vom frühen Morgen bis zum Nachmittag tapfer aus und folgten mit gespannter Aufmerksamkeit den Erklärungen des Führers. Auf vielfachen Wunsch wurde am

24. April d. Js. nochmals ein solcher Lehrgang abgehalten. 50 Teilnehmer, Forstbeamte, Lehrer und Lehrerinnen der Umgegend, sowie eine Anzahl Herren aus der Kreisstadt Brilon, fanden sich rechtzeitig am Sammelorte ein. Bei schönem Frühlingswetter konnten die Vogelschutzanlagen gezeigt und erklärt werden. Zwischenburch wurden, an der Hand reichlicher Lehrmittel, längere Vorträge über Schaffung von Nistgelegenheiten für Höhlen- und Freibrüter, Winterfütterung und Verminderung der Vogelfeinde gehalten.

S p e c k, Königl. Förster.

Forstschädliche Schmetterlinge und ihre Feinde aus der Insektenwelt.

I. Beziehungen zwischen den forstschädlichen Schmetterlingen und ihren Feinden aus der Insektenwelt. Bei einer vorhandenen Massenvermehrung forstschädlicher Schmetterlinge sind die wichtigsten Bundesgenossen des Menschen im Kampfe gegen sie ihre Feinde aus der Insektenwelt. Nützliche Säugtiere und Vögel stellen bei einem ausgedehnten Insektenfraß ihre Wirksamkeit fast ganz ein — ihre Tätigkeit, besonders die der Vögel, ist größtenteils mehr prophylaktischer Natur — die Feinde aus der Insektenwelt dagegen vermehren sich zum Teil in außerordentlicher Weise mit zunehmendem Umfange des Fraßes.

Die Darstellung der Beziehungen zwischen den wichtigsten forstschädlichen Schmetterlingen soll im folgenden nicht nach den in Betracht kommenden Schmetterlingen gegliedert werden, sondern sie wird die als Feinde bekannten Vertreter der Insektenwelt nacheinander schildern; da viele oder die meisten ihre Tätigkeit gegen mehrere Schmetterlinge richten, werden sich so Wiederholungen am leichtesten vermeiden lassen. Die Reihenfolge ihrer Darstellung folgt ihrer Bedeutung in aufsteigender Linie.

Zunächst sind die Landwanzen zu erwähnen, von denen die im Walde lebenden Arten durch Ausaugen von Raupen, z. B. von *Gastropacha pini* und *Trachea piniperda* nützlich wirken. Ihre Bedeutung ist jedoch nur eine untergeordnete.

Aus der Ordnung der Keflügler ist die Kamelhalsfliege (*Rhaphidia*) anzuführen. Sie legt ihre Eier in oder unter der Baumrinde (von Kiefer oder Fichte) ab. Die auskommenden Larven gehen Larven und Eiern anderer Insekten nach, so z. B. von *Gastropacha pini*, insbesondere auch den Nonneneiern.

Eine große Zahl teils mehr, teils weniger wichtiger Feinde findet sich unter den Käfern.

Die Moderkäfer (*Staphyliniden*) nehmen als Larven wie als Käfer andere Insekten an; sie sind von sehr geringem Wert, weil sie sich nur am Boden aufhalten. Einzelne Mäskäfer stellen Insekten nach, z. B. *Sylpha quadripunctata* den an Laubholz lebenden nackten Spannerraupen.

Am wichtigsten sind von den Käfern die Laufkäfer (*Carabiden*). Sie verfolgen als Imago und als Larve andere Insekten in allen Entwicklungsstadien, besonders die Larven, und sind sehr gefräßig. Aus ihrer Zahl seien nur erwähnt *Poecilus coriaceus* und *Carabus violaceus*,

glabratus und andere in norddeutschen Kiefernrevieren, *Carabus auratus* in Mittel- und Süd-deutschland. Am nützlichsten unter ihnen sind die Kletterlauffläser, besonders die Puppenräuber *Calosoma sycophanta* und *Calosoma inquisitor*. Die letzteren rauben als Larven und als Käfer am Boden, auf Bäumen, am Stamme, *C. inquisitor* auch in der Krone. Zahlreiche schädliche Nadelholz-insekten, Kiefernspinner, Eule, fallen ersterem, Laubholzinsekten, z. B. Prozessionsspinner, letzterem zum Opfer. Die Larven verzehren wie die Käfer Raupen und Falter, sie streifen auch Schmetterlinge die Eier aus dem Abdomen heraus, so z. B. der Nonne.

Diese Lauffläser nehmen bei Kalamitäten in der Regel stark zu und bringen eine nicht zu unterschätzende Hilfe. Auch die an Stämmen hängenden Puppen vieler Falter nehmen sie an. Ringel-, Schwammspinner und Goldaster werden von ihnen angenommen neben vielen anderen Schmetterlingen, wie z. B. *Cnethocampa processionea* u. a. Ebenso wichtig wie die Ichneumonon sind die Raupensfliegen, Tachinen aus der Ordnung der Diptera. Es werden fast 70 Gattungen unterchieden. Viele Arten parasitieren in Puppen und Larven anderer Insekten. Das Weibchen legt ein oder wenige Eier an einer Raupe ab. Die auskommenden Maden bohren sich in das Innere der Raupe ein; sie leben hier nicht wie die Ichneumonon nur von den Säften ihres Wirtes, sondern auch vom Aufressen seiner Eingeweide. Wenn die Tachinenlarve ausgewachsen ist, bohrt sie sich aus ihrem Wirtes heraus, läßt sich zu Boden fallen und verpuppt sich hier in einem braunen oder schwarzen geringelten Tönnchen, das aus ihrer Haut gebildet wird. Nach kurzer Puppenruhe oder aber erst nach Überwinterung erscheint die Imago. — Die befallenen Raupen gehen alle zugrunde, teils als solche, teils erst als Puppen. Die Annahme Raßburgs, auch die Tachinen befielen in der Hauptsache nur ohnehin schon trante Raupen, trifft nicht zu, wie namentlich bei der Nonnenkalamität in Bayern (1890) festgestellt wurde.

Die Raupensfliegen vermehren sich rasch in hohem Maße. Es ist daher erklärlich, daß sie außerordentlich verheerend unter den forstschädlichen Schmetterlingen auftreten. Vielleicht sind sie allein imstande, einer Massenvermehrung ein Ziel zu setzen. In Bayern wurde bei der 1890er Nonnenkalamität an einzelnen Orten festgestellt, daß bis zu 90 % Raupen von Tachinen befallen waren.

Ganz besonders werden die Raupen von *Liparis monacha* und *Trachea piniperda* angegangen (z. B. von letztere *Echinomyia fera*), *Tachina monacha* befällt die Nonne). Doch auch andere schädliche Schmetterlinge werden von den Tachinen beziemiert, so u. a. *Gastropacha pini*, *Fidonia pinaria*, *Cnethocampa processionea*, *Dasychira pudibunda*.

II. Verwendbarkeit der Forschungsergebnisse zu Vorbeugungs- und Vertilgungsmaßnahmen. Als man erkannt hatte, welch wertvolle Bundesgenossen die Parasiten im Kampfe gegen die

forstschädlichen Schmetterlinge waren, lag es nahe, ihre Verbreitung durch künstliche Maßnahmen zu fördern. Zunächst versuchte man, eine möglichst große Menge gefangener Raupen an bestimmten Plätzen im Walde zu isolieren, und hoffte, hierdurch Tachinen und Ichneumonon in erhöhter Vermehrung und Verbreitung in die benachbarten Orte zu bringen. Dann brachte man belegte Raupen in Bestände, in denen die Raupen noch nicht befallen waren. Beide Versuche scheiterten unter anderem an den hohen Kosten und daran, daß es sehr schwer war, die Raupen in den Zwirgen beisammen so gesund zu erhalten, daß ihre Parasiten sich entwickeln konnten. Diese Methoden wurden nicht wieder aufgenommen und dürften nach den Äußerungen in der Literatur im Großen nicht durchzuführen sein. Der neuesten Zeit gehören die Versuche mit sogenannten Raupenhöfen oder Flächenzwirgern an, rechteckigen Walbflächen mit abgestumpften Ecken, die durch einen geleimten Bretterzaun umgeben und auf denen die Bäume in Brusthöhe geleimt waren. Hierher wurden aus länger befallenen Beständen Raupen in großer Menge übertragen. Auf diese Weise hoffte man, Massen von Tachinen und Ichneumonon zu erziehen und schrieb auch tatsächlich an manchen Orten das Erlöschen der Kalamität der Wirksamkeit der Raupenhöfe zu; doch bewiesen diese nur ungenauen Beobachtungen wissenschaftlich nichts. Denn einmal pflegen sich diese Parasiten verhältnismäßig eng zusammen zu halten — die Wirkung des Raupenhofs kann mithin nur eine örtlich ziemlich beschränkte sein —, zum anderen ist diese Art der Absperrung der Raupen nur möglich bei solchen Raupen, die vor dem Leim zurückfliehen, z. B. Nonnenraupen, während die Raupen, die sich, wenn sie den Ring zu überschreiten versuchen, besubeln, wie die Kiefernspinnertraube, sterben und damit auch den Tod ihres Parasiten verursachen.

Auch auf die künstliche Vermehrung der Parasiten ist man in neuester Zeit wieder zurückgekommen (cf. z. B. Forstmeister Schmidt-Wasserlos im Fürstlichen Zentralblatt). Man solle in eigenen Zuchtgehäusen fortlaufend Generationen der Schmetterlinge ziehen und die Raupen immer wieder mit ebenfalls gezüchteten Tachinen oder Ichneumonon infizieren. Beim drohenden Ausbruch einer Kalamität wären dann die Parasiten an die gefährdeten Örtlichkeiten zu bringen. Von vornherein kann einem solchen Versuch keine günstige Prognose gestellt werden. Die Lebensbedingungen der Parasiten sind noch zu wenig bekannt, die Kosten würden sehr hohe. Diese Bedenken lassen neben anderen Gründen einen Erfolg mehr als zweifelhaft erscheinen. An praktisch verwert- und anwendbaren Resultaten der bisherigen Forschungen bleiben nur folgende:

Allgemein wird Schonung der Parasiten beim Sammeln von Raupen und Puppen angeraten. Verhältnismäßig einfach ist dies bei den Puppen, die etwa in Gruben zu bringen und durch Drahtgitter nach außen abzuschließen wären. Auskommende Falter sind dann am Besten geschindert, während Tachinen und Ichneumonon entweichen können.

Die von Parasiten befallenen Raupen aufzu-ziehen, damit sich ihr Parasit entwickle, ist zu

mühevoll und mit zu hohen Kosten verknüpft, als daß es praktisch geschehen könnte, zumal auch die kranken und gesunden Raupen kaum unterschieden werden können.

Es ist daher anzuraten, vor dem Sammeln

von Raupen durch Untersuchung zu konstatieren, wie hoch der Prozentsatz an infizierten Raupen ist, und wenn dieser zur Bekämpfung der Schädlinge ausreichend erscheint, lieber das Raupensammeln zu unterlassen.

— b —

Berichte.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern am 26. und 27. April d. Js. sind verschiedene Beamtenfragen gestreift worden. Wir greifen aus den Verhandlungen einige Reden heraus, von denen wir annehmen, daß sie unsere Leser interessieren werden.

I. Verwaltungsreform.

v. Dallwitz, Minister des Innern: Wenn der Herr Abgeordnete Linz bei Besprechung der Verwaltungsreform dem Wunsch Ausdruck gegeben hat, daß die Mitglieder der Immediatkommission, soweit sie dem Parlament angehören, in die Lage versetzt werden möchten, über den Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse der Immediatkommission sich mit ihrer Fraktion in Verbindung zu setzen, damit sie später nicht etwa in eine schwierige Situation geraten möchten, falls die Fraktion andere Ansichten Gesekentwürfen gegenüber vertreten sollte, als dies von den betreffenden Herren in der Kommission geschehen ist, so glaube ich, daß diesem Wunsche nicht wohl wird stattgegeben werden können; denn es ist unbedingt notwendig, bei den Vorberatungen der Immediatkommission darauf zu achten, daß keinerlei politische Momente in die Verhandlungen hineingetragen werden, daß vielmehr die Verhandlungen der Immediatkommission von rein sachlichen Gesichtspunkten getragen werden. Dies würde gefährdet sein, wenn parlamentarische Verhandlungen der einzelnen Sitzungen der Immediatkommission vorangingen, weil damit nicht bloß sachliche, sondern politische Gesichtspunkte bei den Verhandlungen zum Ausdruck kommen müßten.

Im übrigen gestatte ich mir mitzuteilen, daß wir die Hoffnung haben, in den nächsten Jahren eine Reihe von Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen der Immediatkommission in Form von Gesekentwürfen diesem hohen Hause unterbreiten zu können. Dann wird ja das Hohe Haus in der Lage sein, zu entscheiden, ob und nach welcher Richtung hin den Wünschen, die der Herr Abgeordnete Frhr. v. Zedlig heute spezialisiert hat, Rechnung getragen werden soll oder nicht. Jetzt eine Auskunft über die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zu erteilen, halte ich nicht für angebracht, da doch unbedingt, ehe im Parlament derartige Dinge eingehend erörtert werden, eine Stellungnahme des Staatsministeriums erforderlich ist, und nicht lediglich unverbindliche Beschlüsse der Immediatkommission, die unter Umständen überhaupt nicht akzeptiert werden könnten, zu Unterlagen für parlamentarische Verhandlungen zu machen.

II. Zwangspensionierung

der Beamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben.

Dr. Dell, Essen (Zentr.): Über die Frage des Rechtschutzes der Verwaltungsbeamten bei der Pensionierung ist schon früher hier gesprochen worden, und das Ministerium des Innern hat Veranlassung genommen, hierzu Stellung zu nehmen. Ich muß aber bemerken, daß die damaligen Ausführungen des Herrn Ministers nicht in vollem Umfange befriedigen konnten, und daß sie auch nicht geeignet gewesen sind, die Beunruhigung, ja, ich kann sagen, die Erbitterung, die in weiten Kreisen unserer höheren Beamten besteht, vollständig auszuscheiden. Ich glaube, es war Herr Kollege Schroeder (Cassel), der vor ein paar Jahren die Sache im Plenum behandelt hat, und ich hoffe auch, in seinem Sinne zu handeln, wenn ich das nämliche Thema noch einmal erörtere, und zwar in den gleichen Bahnen, die er damals betreten hat. Man muß auf das Pensionsgesetz von Jahre 1872 zurückgreifen, das früher für alle nicht richterlichen Beamten Geltung hatte. Nun ist es ja bekannt, daß auch dieses Pensionsgesetz schon eine Zwangspensionierung vorsah; aber die Bestimmungen, die das Pensionsgesetz vom 27. März 1872 enthielt, waren doch so einschränkend und so vorsichtig gewählt, daß die Möglichkeit fast ausgeschlossen war, daß ein Beamter zu Unrecht pensioniert wurde. In dieses Pensionsgesetz vom Jahre 1872 ist dann in tief einschneidender Weise durch das Gesetz vom 31. März 1882 eingegriffen worden. Dieses Gesetz erhält nach zwei Richtungen hin eine wesentliche Änderung gegenüber dem früheren Zustande, indem nämlich einerseits jeder Beamte mit zurückgelegtem 65. Lebensjahre seine Versetzung in den Ruhestand verlangen darf, andererseits aber ein über 65 Jahre alter Beamter gegen seinen Willen pensioniert werden kann, sobald ihm seine unmittelbar vorgelegte Dienstbehörde pflichtmäßig bescheinigt, daß sie ihn für unfähig halte, seine Amtspflichten zu erfüllen. Es mag im ersten Augenblick verwunderlich erscheinen, wie in den beiden Parlamenten eine so bedeutungsvolle und in alle Beamtenverhältnisse tief einschneidende Bestimmung zuungunsten der betroffenen Beamten eine Mehrheit hat finden können. Tatsache ist denn auch, daß dieses Gesetz nur nach sehr lebhaften Erörterungen und mit kleiner Mehrheit zur Verabschiedung gelangte, indem sogar im Herrenhaus sich dafür nur eine Mehrheit von drei Stimmen fand.

Vorsicht man nun den Gründen nach, wie es möglich gewesen ist, dieses Pensionsgesetz zur Verabschiedung zu bringen, wonach also ein Beamter auf die Erklärung seines unmittelbaren Vorgesetzten

hin ohne die Möglichkeit eines Rechtsweges glattweg verabschiedet werden kann, sofern er das 65. Lebensjahr vollendet hat, so finden wir einen Erklärungsgrund in den damaligen Ausführungen des Finanzministers Bitter, die folgendermaßen lauten:

„Man könne keinen Beamten pensionieren, der dienstfähig sei; man solle aber auch keinen Beamten im Dienst behalten, der dienstunfähig sei. Es handle sich im Falle der Annahme des neuen § 30 zweifellos nur um Beamte, die bereits dienstunfähig seien, von einer Prämption der Dienstunfähigkeit mit der Vollendung des 65. Lebensjahres sei nicht die Rede. Nur in Ausnahmefällen, wenn ein alter, nicht mehr dienstfähiger Mann sich selbst in seiner Dienstfähigkeit überschätze und nicht dazu zu bringen sei, seinen Abschied zu nehmen, wolle man von den neuen erleichternden Formen der Zwangspensionierung Gebrauch machen. Selbst wenn ein alter Beamter zum Teil oder überhaupt nicht mehr ganz seine Schuldigkeit tun könne, werde er nicht ohne weiteres über Bord geworfen. Das sei im preussischen Staate noch nie vorgekommen und werde auch nicht vorkommen. Das Wohlwollen der Regierung gegen die Beamten sei bekanntermaßen so groß, daß man nach dieser Richtung hin sicher sein könne.“

Auf diese Zusicherung des Herrn Finanzministers Bitter hat sich damals das preussische Abgeordnetenhaus verlassen und es hat sich darauf auch das Herrenhaus verlassen. Aber es scheint, als ob sie mit diesen Zusicherungen auch verlassen worden seien; denn leider hat die Praxis den Anschauungen des Herrn Ministers Bitter über diese grundlegenden Bestimmungen nicht Rechnung getragen. Es sind mir Fälle bekannt, wo z. B. bei einem hochverdienten Beamten der Regierungspräsident sich direkt geweigert hat, die Beiseinerung auszustellen, daß der Beamte dienstunfähig sei, weil sowohl er, der Regierungspräsident, wie auch die ganze Regierung von der Auffassung ausgingen, der betreffende verdienstvolle Beamte sei noch vollständig dienstfähig. Trotzdem ist auf Grund dieses Gesetzes vom Jahre 1882 die zwangsweise Pensionierung auf Grund einer Erbscheinigung des Ressortministers eingetreten.

III. Beamteneinkaufsvereinigungen.

Hammer (Kons.): Der Erlaß des Herrn Ministers des Innern bezüglich des Warenhandels der Beamten ist von den Gewerbetreibenden freudig und mit Dank begrüßt worden. Wir bitten dringend, daß der Herr Minister durch seine höheren Beamten Umschau halten läßt, ob auch überall und stetig danach verfahren wird. Vom vorigen Herbst wird mir eine Aufstellung geschickt aus einem Regierungsbezirk in Schlesien. Dort soll sich der Herr Regierungspräsident an die Spitze seiner Beamten gestellt haben, um mit ihnen die Kohlen zusammen einzulaufen. Nicht nur in dem Bureau soll das geschehen sein, sondern die Listen sollen unter seinem Namen bei der Regierung ausliegen. Die Kohlenhändler schreiben mir:

Durch die Konkurrenz der Beamten ist mein Jahresumsatz vom Jahre 1907 von

65 000 M im Jahre 1911 auf 34 000 M gesunken.

Daß dieses Vorgehen einen recht schlechten Eindruck bei den Händlern machen muß, das wird jeder zugeben müssen. Wenn man sich wenigstens dort mit den Kohlenhändlern in Verbindung setzte und sagte: wir wollen durch euch die Kohlen bestellen, wieviel gebt ihr sie uns bei Massenbezug billiger als im Einzelbezug? — würde das eher zu ertragen sein. Aber ich glaube nicht, daß der betreffende Regierungspräsident durch sein Verfahren dem Grundgedanken des neuesten Erlasses des Herrn Ministers Rechnung trägt.

Sans der Abgeordneten in Preußen.

In der 59. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am Montag, dem 29. April d. Js. ist gelegentlich der zweiten Beratung des Entwurfes des Staatshaushaltsetats für 1912 (Ministerium des Innern) über das Zigeunerwesen verhandelt worden. Bei der großen Bedeutung, welche dieser Gegenstand augenblicklich für den preussischen Forstbeamtenstand besitzt, haben wir uns zum Ausdruck des stenographischen Berichtes jener Verhandlungen für verpflichtet gehalten. Der Wortlaut der Verhandlung war folgender:

Vizepräsident Dr. Porsch: Wir kommen nunmehr zu der abgesonderten Erörterung des Zigeunerwesens. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Winkler, Berichterstatter (Kons.): Meine Herren, in der Kommission ist über das Zigeunerwesen verhandelt worden im Anschluß an die Tatsache, daß jetzt in mehreren Provinzen mit dem Erlaß von Polizeiverordnungen vorgegangen ist, durch welche die alleinige Tatsache des barmhäßigen Umherziehens von Zigeunern unter Strafe gestellt wird. Diesen Anordnungen ist durchaus zugestimmt worden, namentlich auch mit Rücksicht auf die kürzlichen Vorgänge in der Fuldaer Gegend, in der vor zwei Jahren ein Gendarm in der Ausübung seines Amtes erschossen und in der jetzt wieder ein Förster von Zigeunern getötet worden ist. Im Anschluß an den Erlaß von derartigen Polizeiverordnungen ist in der Kommission der Wunsch ausgesprochen worden, daß lückenlos in allen Provinzen solche Polizeiverordnungen erlassen werden möchten, damit nicht etwa die Zigeuner durch diese Polizeiverordnungen von der einen in die andere Provinz getrieben würden. Der Herr Minister hat darauf erwidert, daß er die Anregung zu dem Erlaß dieser Polizeiverordnungen gegeben habe, daß diese Anregung an alle Oberpräsidenten ergangen und demnach zu erwarten sei, daß ein lückenloses Netz von Polizeiverordnungen werde geschaffen werden.

Bei dieser Gelegenheit hat der Herr Minister noch darauf hingewiesen, daß durch den Erlaß vom 17. Februar 1906, der eine Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerumwiesens enthielt, schon ein erheblicher Rückgang des Umwiesens erreicht worden ist, aber mit Ausnahme gewisser Grenzbezirke. Auch von anderer Seite ist bestätigt worden, daß gerade in den Grenzbezirken die Bekämpfung der Zigeuner außerordentlich schwierig sei. Das

liegt ja auch in der Natur der Sache. Der Herr Minister hat mitgeteilt, daß Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern eingeleitet seien, um zu ermöglichen, daß die Exekutivbeamten der Einzelstaaten die Grenzen überschreiten dürfen, falls Beamte des anderen Bundesstaates nicht anwesend sind, um gegenüber Zigeunern Amtshandlungen vorzunehmen.

Vizepräsident Dr. Forst: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Rhie!

Rhie!, Abgeordneter (Zentr.): Ich muß den bitteren Klagen Ausdruck geben, die in meinem Wahlkreise und in den beiden angrenzenden Kreisen Gerasteld und Hünfeld seit Jahr und Tag erhoben werden über die Belästigungen, Nachteile und Gefahren, die den Landbewohnern fortgesetzt durch das bandentwische Umherziehen von Zigeunern erwachsen. Es muß hier von einer wahren Landplage im vollsten und strengsten Sinne des Wortes geredet werden (sehr richtig!), die um so intensiver sich dadurch gestaltet, daß das Angrenzen dieser Bezirke an drei Bundesstaaten — Sachsen-Weimar, Bayern und Hessen — und die längs der Grenzen sich hinziehenden großen Forsten den Zigeunern in kritischen Momenten das Entkommen stets ermöglichen und dadurch, daß ein großer Teil der Gemeinden in Einzelgehöfte aufgelöst ist und deshalb der einzelne Besitzer, und erst recht die Frau in Abwesenheit des Mannes, Schutz- und wehrlos dasteht, wenn ein Trupp Zigeuner auf dem Hofe erscheint und unter allen Umständen Gelegenheit zum Stehlen sucht, worauf in erster Linie der Besuch hinausläuft.

Das Thema der Zigeunerfrage ist durch eine Reihe von Vorkommnissen in meinem Wahlkreise und in den beiden benachbarten Kreisen in ein akutes Stadium getreten, und diese Vorkommnisse zeigen zugleich mit aller Deutlichkeit, aber auch mit allem Ernste, daß dieses Thema nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird und darf, bevor es eine befriedigende Lösung gefunden hat. (Sehr richtig!) Ich will Sie hier nicht mit der Aufzählung aller der unangenehmen Vorkommnisse behelligen; um Ihnen aber wenigstens ein kleines Bild davon zu geben, wie die Verhältnisse sich allmählich herausgebildet haben, bin ich doch genötigt, einige der markantesten Vorkommnisse hier kurz darzustellen.

Der Herr Berichterstatter hat schon erwähnt, daß vor etwa zwei Jahren der Gendarm Schenk aus Neuhoß von einem Zigeuner erschossen worden ist; das ist am hellen, lichten Tage auf offener Dorfstraße geschehen, als sie versuchten, eine Bande Zigeuner nach der darnstädtischen Grenze abzuschleichen.

Um dieselbe Zeit erappte der Forstausscher Reinhard in dem ihm unterstellten Schutzbezirk einen Zigeuner beim Stellen von Rehschlingen. Als er den Mann festgenommen hatte und mit ihm auf der Landstraße angelangt war, stieß er auf ein Zigeunerlager. Im Vor- war er von den zahlreichen Frauen und Kindern umringt, während die erwachsenen männlichen Mitglieder der Bande sich in einiger Entfernung hielten und eine recht drohende Haltung annahmen. Nur dem ruhigen, besonnenen und furchtlosen Benehmen des Forst-

beamten ist es zu verdanken, daß er sich aus diesem Menschenmüel befreien konnte, ohne den Zigeuner laufen lassen zu müssen und auch ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen. Der Forstbeamte war sich keinen Augenblick darüber zweifelhaft, daß es sich hier für ihn um Sein oder Nichtsein handle, da es ihm vollständig unmöglich war, von seiner Schußwaffe oder auch nur von seiner Stiebwaße Gebrauch zu machen.

Um dieselbe Zeit hatte ein berittener Gendarm aus Fulda einen Trupp Zigeuner nach der hessischen Landesgrenze abzuschleichen. Als er in dem Gieseler Wald angelangt war, entdeckte er plötzlich, daß rechts und links im Gebüsch Zigeuner mit Schußwaffen im Anschlag ihm folgten. (Hört, hört!) Bei den örtlichen Verhältnissen war er ohne weiteres überzeugt, daß er nichts ausrichten konnte; er mußte deshalb schleunigst sein Pferd wenden und außer Schußweite zu kommen suchen, wenn er nicht sein Leben nuz- und zwecklos aufs Spiel setzen wollte.

Etwa zu gleicher Zeit belästigten in dem Dorfe Kohlhaus in einer Wirtschaft mehrere Zigeuner die Gäste. Der Wirt sah sich schließlich veranlaßt, mit Hilfe einiger Gäste die Leute herauszubringen, was ihm nur mit der größten Mühe gelang. Als die Zigeuner auf der Straße waren, eröffneten sie ein lebhaftes Feuer gegen den Wirt und die Gäste, von denen einer in die Gegend des Herzens getroffen wurde. Zum Glück trug er aber in der oberen Brusttasche des Rockes eine Brieftasche, die sehr stark mit Papieren angefüllt war, so daß das Geschöß seine Wirkung verlor und nicht tief eindrang.

Am 15. Februar d. Js. belästigte eine Zigeunerbande die Bewohner des Dorfes Kaemmerzell bei Fulda. Der zuständige Gendarm wurde telephonisch herbeigerufen. Als dieser mit Hilfe mehrerer Bewohner die Leute nach der hessischen Grenze abzuschleichen versuchte, leisteten ihm mehrere Mitglieder der Bande Widerstand; es gelang aber allmählich, die Leute aus dem Dorf aufs Feld zu verdrängen, wo sie nun ein regelrechtes Feuer auf den Gendarmen und die Bewohner des Dorfes, die zu seiner Unterstützung herbeigekommen waren, eröffneten. Einem von diesen Leuten wurde der rechte Arm zerhauen. (Hört, hört!) Darauf schütteten die Zigeuner in den nahen Gerlofer Wald. Nach etwa einer halben Stunde stießen sie hier auf den Förster Romanus aus Niesig, von dem der Herr Berichterstatter vorhin schon gesprochen hat. Ehe der Förster sich eines Angriffs versehen konnte, erhielt er drei Kugeln, so daß er sofort tot auf dem Platze blieb. (Lebhaftes Hört, hört!)

Die Persönlichkeiten der Mörder des Försters Romanus sind festgestellt worden, und zwar durch die Angaben der eigenen Mutter, die dem Richter den Vorgang erzählte und erklärte, sie hätte keine Veranlassung, ihre Söhne zu schonen; den Vater hätten sie im Streit erstochen, ein Bruder wäre bereits von einem Förster erschossen, ein anderer hingerichtet; die Söhne sollten nun für das büßen, was sie alles auf dem Kernholz hätten; sie — die Mutter — und die übrigen Frauen bezögen von ihnen doch nichts weiter als Prügel. Hieraus

Schon können Sie ermessen, welcher Art die Familie ist, der die Mörder entstammen. Sie werden das noch besser können, wenn Sie hören, daß der Mörder des Gendarmen Schenk ein Bruder von ihnen ist, daß ein weiterer Bruder in einem Konton mit einem Förster erschossen worden ist, und daß einer der Mörder des Romanus wegen Mordversuchs auf einen Gendarmen festbriesslich verfolgt wird. Trotz aller Mühe, die die Behörden sich gaben, ist es bisher nicht gelungen, die Mörder des Försters Romanus dingfest zu machen, obwohl außerdem noch zwei größere Aufgebote von Soldaten tätig gewesen sind; insbesondere hat ein Kommando der 11. Jäger unter Führung eines Oberleutnants mehrere Wochen lang die Gegend abgestreift, ohne den Mörder dingfest zu machen. Es ist nicht möglich, die Mörder festzunehmen, weil die Bevölkerung infolge der langen Belästigungen, die sie hat erdulden müssen, allmählich zu der Überzeugung gekommen sind, daß es den Behörden unmöglich ist, sie gegen die Plage zu schützen, weshalb sie lieber den Zigeunern Nahrung und Unterschlupf gewähren und sich bestehlen lassen, nur um ihrer Rache zu entgehen. (Hört, hört!) Es wird daher — das ist die Auffassung der maßgebenden Kreise dort — nur möglich sein, die Mörder festzunehmen, wenn ein ständiges Kommando von Gendarmen oder Jägern nach Fulda verlegt wird und Mannschaften, sobald die Mörder aufgespürt sind, auf schnellstem Wege mit Automobilen an Ort und Stelle gebracht werden. Anders wird es nicht möglich sein, dieses Ziel zu erreichen, weil die Zigeuner ganz unglaubliche Entfernungen in kurzer Zeit zurücklegen, weil sie mit allen Wegen und Stegen im Gebirge vertraut sind. Der einzelne Polizeischußbeamte ist nicht in der Lage, den Zigeunern entgegenzutreten, will er nicht sein Leben nutz- und zwecklos auf das Spiel setzen.

Meine Herren, diese Klagen und Vorkommnisse, die ich hier vorgebracht habe, sind aber nicht typisch bloß für die Bezirke Fulda, Hersfeld und Hünfeld; die Herren aus dem Regierungsbezirk Cassel werden wohl alle in der Lage sein, hier dieselben Klagen über Belästigungen von Zigeunern vorzubringen. Ich will nur anführen: Melsungen, Homberg und Ziegenhain. Der Wartburger Bezirk wird auch in der allerschlimmsten Weise von diesen Leuten belästigt.

Aber auch aus allen übrigen Teilen der Monarchie kommen Klagen über Belästigungen durch Zigeuner. Ich könnte Ihnen fast aus allen Provinzen hier Fälle namhaft machen, in denen Zigeuner bandenweise aufgetreten sind, doch würde das zu weit führen. Nach dieser Richtung will ich nur hervorheben, daß in Schlesien im Jahre 1910 in der kurzen Zeit vom April bis Oktober nicht weniger als 26 Fälle festgestellt worden sind, in denen Zigeuner bandenweise herumzogen. Eine dieser Banden führte nicht weniger als 20 Wagen mit sich und zählte über 200 Köpfe. Noch heute lese ich in der „Schlesischen Volkszeitung“ aus der Provinz Polen:

Die Zigeunerplage wird auch in der Provinz sehr lästig empfunden. Namentlich hat das platte Land sehr unter umherziehenden Zigeunern zu leiden. Nicht selten kommt es vor,

daß sie in mehreren Wagenzügen umherziehen und einzelne Gegenden durch ihre Diebstähle und Streitlust arg belästigen.

Auch Feststellungen über ganz schwere Straftaten, die die Zigeuner begangen, kommen aus allen Teilen der Monarchie. Ich glaube, wenn der Herr Minister seinen Kollegen, den Herrn Justizminister, ersuchen würde, eine Statistik darüber aufzumachen, welche schweren Verbrechen und Vergehen den Zigeunern in den letzten Jahren nach Ausweis der Strafregister nachgewiesen werden können, würde man zu ganz unglaublichen Resultaten kommen.

Ich glaube, daß Sie nach alledem, was ich gesagt habe, mir darin recht geben werden, daß die Zigeunerplage nicht, wie der Herr Minister in der Budgetkommission angegeben hat, abgenommen, daß sie im Gegenteil zugenommen hat (sehr richtig!), daß die Mittel, die den Behörden an die Hand gegeben sind, in keiner Weise ausreichen, um der Zigeunerplage irgendwie wirksam entgegenzutreten zu können. Es ist von dem Berichterstatter auf eine Auslassung des Herrn Ministers in der Budgetkommission hingewiesen worden, wonach der Erlaß vom 17. Februar 1906, der eine wirksame Bekämpfung der Zigeuner ermöglichen soll, diese Wirkung tatsächlich gehabt habe. Dieser Erlaß beschäftigt sich in seinem ersten Teile mit den ausländischen Zigeunern, und man wird der Anweisung, die darin enthalten ist, durchaus recht geben, daß ausländische Zigeuner, die sich in bezug auf ihre Staatsangehörigkeit nicht legitimieren können, einfach wieder über die Grenze hinübergeschafft werden. Diese Anweisung, konsequent und energisch durchgeführt, wird uns allerdings die ausländischen Zigeuner vom Hals halten können. Dazu gehört aber in erster Linie, daß an der Grenze die nötige Anzahl von Gendarmen stationiert ist, um die Leute möglichst schnell wieder über die Grenze bringen zu können. Das scheint mir aber nicht überall zutreffen, wenn eine Zuschrift an die „Märkische Volkszeitung“ vom vorigen Jahre richtig ist, die ich wohl mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten verlesen darf. Die Zuschrift lautet folgendermaßen:

Starke Klagen kommen von der Grenze von Österreich über die Zigeunerplage. Die Angst vor ihnen ist groß. Jeder gibt, um die Leute loszuwerden und nicht ihrer Rache anheimzufallen. Gewiß, es werden die Zigeunertrupps oft über die Grenze abgeschoben. Das bringt aber nicht den geringsten Nutzen. Bei Kallan werden sie nach Österreich gebracht, bei Schubertskron, 10 Minuten entfernt, betreten sie wieder hohnlachend den preussischen Boden. So geht es die ganze Grenze entlang. Die Zigeuner lagern, wo sie wollen, betteln truppweise in der aufbringlichsten Weise, stehlen alles, was sie erreichen können, und sie erhalten im ungünstigsten Falle Nachtquartier und werden zur Grenze geleitet, um nach dieser Abwechslung neugekärkt ihre eintäglichen Raubzüge in der alten Weise aufzunehmen.

Ich möchte den Herrn Minister dringend bitten, zu untersuchen, ob diese Klagen richtig sind, und wenn etwa die Bezirke, die den Grenzgendarmen

zugeteilt sind, zu ausgedehnt sind, für eine ausreichende Vermehrung der Grenzgendarmen Sorge tragen zu wollen. Ich verweise hier auf das Beispiel von Württemberg, das im Jahre 1905 das Corps der Landjäger in ganz erheblicher Weise vermehrt hat, als es sich auch die ausländischen Zigeuner vom Halbe halten wollte und die Zahl der Landjäger nicht ausreichte. Seit dieser Zeit ist Württemberg, soweit ich mich habe informieren können, von ausländischen Zigeunern verschont geblieben.

In dem zweiten Teile beschäftigt sich der Erlaß des Herrn Ministers mit den inländischen Zigeunern, und er läuft im wesentlichen in seinem ersten Teile darauf hinaus, die Behörden anzuweisen, bei der Erteilung des Wandergewerbebescheins an Zigeuner ganz streng zu prüfen, ob die Voraussetzungen für seine Erteilung gegeben sind. Es mag sein, daß das von den Behörden geprüft wird; aber auffallend ist es dann doch, daß oft eine große Zahl von Zigeunern, die tatsächlich kein Gewerbe treiben, immer noch mit dem Wandergewerbebeschein versehen ist. (Abgeordneter Dr. Schroeder (Cassel): Sehr richtig!)

Weiter schreibt der Erlaß in seinem zweiten Teile vor, daß die Behörden möglichst darauf achten sollen, Zigeuner, die in Horden oder Bänden umherziehen, zu trennen und dafür zu sorgen, daß diese getrennten Bänden sich nicht wieder vereinigen. Meine Herren, das ist auch ein ziemlich wirkungsloses Mittel. Selbst wenn die Horden getrennt werden, sie finden sich bald wieder zusammen, weil die Zigeuner eine geheime Verabredung unter sich haben, weil sie geheime Zeichen an den Häuten, Wäunen und Begleitern anbringen, die wir nicht beachten, die wir auch nicht verstehen, die aber den versprengten Zigeunern ganz genau sagen, wo sie mit den übrigen Mitglieðern der Bande wieder zusammentreffen können. Meine Herren, diese ganze Aktion des Trennens der Zigeuner und der Verfügung des Herrn Ministers läuft im Endresultat darauf hinaus, die Zigeuner nach dem nächsten Bundesstaat oder nach dem nächsten Kreise abzuschieben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Meine Herren, das erinnert doch gar zu sehr an die Bekanntmachung des württembergischen Bürgermeisters: in der Feldmark ist ein tollwütiger Hund gesichtet worden, wer ihn trifft, jage ihn ins Badijche! (Heiterkeit.)

Wenn der Herr Minister in der Budgetkommission nun weiter der Ansicht Ausdruck gegeben hat, daß er durch die Polizeiverordnung, deren Erlaß er allen Polizeipräsidenten anbefohlen habe, und wonach das bandenweise Umherziehen von Zigeunern verboten und unter Strafe gestellt werden soll, vermehrten Erfolg erwarte, so bin ich demgegenüber sehr skeptisch. Es kann da höchstens auf einige Wochen Dast oder auf Geldstrafe erkannt werden, und die Haftstrafen erliden Zigeuner sehr gern; sie lassen sich, besonders zur schlechten Jahreszeit, die Unterbringung in angenehmeren Räumen gern gefallen und verlassen dann neugestärkt die Haftzelle (Zuruf im Zentrum); — ja auch gereinigt, ganz richtig. Solange nicht in diese Polizeiverfügung aufgenommen werden kann, daß wenigstens die wiederholte Verurteilung wegen bandenmäßigen Umherziehens auch die

Überweisung an die Landespolizeibehörde nach sich zieht, wird diese Polizeiverordnung keine große Wirkung äußern. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn dann der Herr Minister in der Budgetkommission weiter gemeint hat, die in seinem Erlaß getroffenen Anweisungen sollten nach einer Vereinbarung in allen übrigen Bundesstaaten gleichmäßig eingeführt werden, so erhoffe ich auch davon nicht viel. Die Behörden in den drei Kreisen, die ich vorhin genannt habe, und die Gendarmen befolgen die Anweisungen des Herrn Ministers auf das genaueste, sie geben sich alle Mühe, auf Grund dieser Bestimmungen die Zigeunerplage in etwas zu mildern, — und das Resultat, meine Herren? Das habe ich Ihnen ja vorgeführt: ein Gendarm und ein Förster sind erschossen worden, und Zustände, wie die geschilderten, werden dann auch in allen übrigen Bundesstaaten in Permanenz erlöst werden.

Meine Herren, ich glaube, daß die einzelnen Bundesstaaten überhaupt nicht in der Lage sind, irgendwelche wirksame Maßnahmen gegen die Zigeunerplage zu ergreifen. Das wird nur dann möglich sein, wenn die Bundesstaaten die Zigeuner zwangsweise sesshaft machen können. Diesen radikalen Maßregeln stehen aber reichsgesetzliche Bestimmungen bezüglich der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit entgegen. Ich möchte daher den Herrn Minister dringend bitten, doch mit aller Macht und mit aller Energie im Bundesrat dahin zu wirken, daß endlich reichsgesetzliche Bestimmungen über die Bekämpfung der Zigeunerplage geschaffen werden. Diesem Wunsche ist schon häufig von dieser Stelle hier Ausdruck gegeben worden. So hat insbesondere mein Parteifreund Busch in der Session 1904/05 den Antrag gestellt, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß wirksame reichsgesetzliche Maßnahmen gegen die Zigeunerplage ergriffen werden. Dieser Antrag ist damals auch einstimmig angenommen worden. Dieser Auffassung verschließt man sich auch nicht in den Kreisen des Reichstages; dort ist in dieser Session zum Etat des Reichsanwalts des Innern eine Resolution angenommen worden, nach der die verbündeten Regierungen ersucht werden, wirksame Maßnahmen gegen diejenigen Nachteile und Gefahren zu treffen, die der Landbevölkerung durch das bandenweise Umherziehen der Zigeuner erwachsen. Daneben muß jetzt schon bei der Bestrafung wegen Landstreichens und der hierbei möglichen Überweisung an die Landespolizeibehörde, bei der Unterbringung der Zigeunerkinder in Fürsorgeerziehung mit fester Hand zugegriffen werden, wie dies seitens des Schöffengerichts und Vormundschaftsrichters in Fulda geschehen ist.

Meine Herren, wenn in der Türkei oder in Italien ein Deutscher überfallen wird, dann geht von der Maas bis zum Belt ein Schrei der Entrüstung durch ganz Deutschland, und wir reden und schreiben von Briganten, Räubern und verrotteten Zuständen; in unserem deutschen Vaterlande aber müssen wir es uns gefallen lassen, daß hergelaufene Faulenzer und Müßiggänger durch die Lande ziehen und, anstatt ehrliche Arbeit zu verrichten, es vorziehen, vom Betteln, Diebstahl

und Wäldern zu leben, daß ganze Striche der Monarchie die Überzeugung haben, die Behörden seien nicht in der Lage, sie gegen diese Plage zu schützen, und daß Familienväter und pflichttreue Beamte von hergelaufenen Mordbuben lastblütig niedergeschossen werden, wie das bei dem Gendarm Schend und bei dem Förster Romanus der Fall ist, von welch letzterem sein Vorgesetzter in dem Nachruf, den er ihm widmet, sagt — ich darf das wohl verlesen —:

Die Königliche Oberförsterei Fulda, welcher der Verstorbene seit 19 Jahren als königlicher Förster angehörte, verliert in dem leider allzufrüh Verstorbenen einen durch große Pflichttreue, Berufstreue und Berufstüchtigkeit gleich ausgezeichneten Beamten, der bis zu seinem letzten Atemzuge stets rege tätig war

und seine ganze Kraft dem ihm anvertrauten Bezirke widmete. Er war ein Mann von vorzrefflichen Herzens- und Charaktereigenschaften, so daß er die Achtung seiner Vorgesetzten, das volle und uneingeschränkte Vertrauen seiner Kollegen, sowie aller derjenigen, die ihm im Leben näher traten, in besonderem Maße genoß. Ich kann diesen Nachruf aus eigener Wahrnehmung nur bestätigen und unterschreiben.

Ich will schließen mit der nochmaligen dringenden Bitte an den Herrn Minister, mit aller Energie und aller Macht im Bundesrate dahin zu wirken, daß reichsgesetzliche Bestimmungen gegen die Zigeunerplage erlassen werden, damit endlich der Druck, der auf weiten Kreisen der Monarchie lastet, weggenommen wird. (Bravo! im Zentrum.)

(Schluß folgt.)

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die königlichen Regierungen.

Private Hilfskräfte. Fürsorge.

Allgemeine Verfügung Nr. 23/1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geheimb. Nr. I A 1 a 601 — I B 1 b 513 — II 2797 — III 8908.

Berlin W 9, 3. April 1912.

Auf Grund des § 616 des B. G. B. ist wegen der Fortzahlung der Löhne an Arbeiter bei verhältnismäßig nicht erheblichen Dienstverhinderungen das Geeignete durch meine Verfügung Nr. 47 vom 23. Dezember 1904 — III 11 606, I A b 8319, II 13 184 — angeordnet worden. Hinsichtlich der nicht zu den Arbeitern zu zählenden, im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis stehenden Hilfskräfte wird folgendes bestimmt:

1. Mit Hilfskräften, die sich noch nicht mindestens ein Jahr lang in ihrer Stellung bewährt haben, ist in der Regel eine Kündigungsfrist von einem Monat zu vereinbaren. Hilfskräften, die sich in einer mindestens einjährigen Beschäftigung als leistungsfähig und pflichttreu erwiesen haben, können sechsmonatige Kündigungsfristen zum Vierteljahreschluß zugestanden werden. Von dem Vorbehalt der einjährigen Bewährungsfrist kann ausnahmsweise, mit meiner Genehmigung, abgesehen und gegebenenfalls auch eine dreimonatige Kündigungsfrist eingeräumt werden, wenn es sich um besonders tüchtige Kräfte handelt und solche nicht anders zu gewinnen sein würden.

2. Die Lohnvergütung ist fortzugewähren bei Arbeitsverhältnis infolge Teilnahme an Kontrollveranlassungen, Aushebungen und Musterungen, sowie infolge Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten (Schöffen, Geschworenenamt, Wahrnehmung von Terminen als Zeuge, Sachverständiger, Vor- und u. v., Feuerlöschdienst auf Grund öffentlich-rechtlicher Verpflichtung, Teilnahme an Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen). Falls für den Zeitverlust anderweit Entschädigungen

(Zeugen-, Sachverständigengebühren oder dgl.) gewährt werden, ist die Lohnzahlung entsprechend zu kürzen.

3. Die Lohnvergütung ist ferner weiterzugewähren bei Arbeitsverhältnis

a) wegen militärischer Pflichtübungen bis zu acht Wochen, und

b) wegen Krankheiten bis zu vier Wochen, wenn die Hilfskräfte sich noch nicht mindestens ein Jahr lang in ihrer Stellung bewährt haben, sonst unter Beachtung des § 616 des B. G. B. nach billigem Ermessen der Provinzialbehörde.

Hilfskräfte, die der vertragmäßigen Krankenfürsorge unterliegen, erhalten im Falle der Erkrankung bis zu 26 Wochen den nachgewiesenen Aufwand für Arzt und Arznei u. v. bis zu einem Viertel des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter, sofern nicht ärztliche Behandlung und Arznei unmittelbar gewährt wird, ferner im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung, ebenfalls bis zu 26 Wochen, ein Krankengeld für jeden Arbeitstag in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter. Das Krankengeld darf nicht mehr als die Hälfte des Arbeitsverdienstes betragen. Als Gegenleistung haben solche Hilfskräfte 1 vom Hundert des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter dauernd zu entrichten; diese Beträge werden bei jeder Lohnzahlung abgezogen.

Die nach vorstehendem in Krankheitsfällen weiterzahlende Lohnvergütung ist um den Betrag des etwaigen Krankengeldes zu kürzen. Die Leistungen für Arzt und Arznei sind jedoch nicht auf die Lohnzahlung anzurechnen.

4. Die Lohnvergütung kann weitergewährt werden bei Behinderungen wegen dringender persönlicher Verhältnisse, wie insbesondere: Wahrnehmung gerichtlicher Termine in eigenen Angelegenheiten, Anzeigen beim Standesamt, Eheschließungen, Geburten und Tausen in der eigenen Familie, in Todesfällen oder bei schwerer Erkrankung der nächsten Angehörigen, ferner bei

Teilnahme an Begräbnisfeiern von Kriegervereinsmitgliedern, soweit solche von Kriegervereinen angeordnet sind.

5. Die Lohnvergütung kann ferner fortgezahlt werden während eines Erholungsurlaubs bis zu 14 Tagen. Über diesen Zeitraum darf ausnahmsweise, mit Genehmigung der Provinzialbehörde, hinausgegangen werden, wenn im einzelnen Falle ein dringendes Bedürfnis nach Gewährung eines längeren Erholungsurlaubs hervortritt. Ein Anspruch auf Gewährung von Urlaub steht den Hilfskräften nicht zu. Inwieweit im einzelnen Falle von der Erteilung von Erholungsurlaub in den vorstehenden Grenzen Gebrauch zu machen ist, haben die unmittelbar vorgeordneten Behörden unter Be-

rücksichtigung der dienstlichen Interessen und der besonderen Verhältnisse der Hilfskräfte (Brauchbarkeit, Lebensalter, Gesundheitszustand, Beschäftigungsdauer usw.) jedesmal sorgfältig zu prüfen. Auch bleibt es dem Ermessen der Dienstbehörde überlassen, inwieweit eine Arbeitsverlängerung gemäß Ziffer 4 auf den Erholungsurlaub anzurechnen ist.

Während des Urlaubs dürfen berufliche Arbeiten gegen Entgelt nicht geleistet werden.

Über die Krankheiten und Beurlaubungen (Ziffern 4 und 5) ist eine Liste zu führen.

J. B.: Küster.

An die Königl. Regierungen, die Herren Direktoren der Königl. Forstakademien in Eberswalde und Münden.

Verschiedenes.

— **Forstlicher Lehrgang der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.** In der Zeit vom 26. bis 29. Juni d. Js. findet ein forstlicher Lehrkursus in Heiligenstadt, Eichsfeld, statt, der von der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen veranstaltet wird. Über die Gegenstände der Belehrung gibt eine Ankündigung im Inseratenteil dieser Nummer Aufschluß. Für Forstbeamte geschieht der Besuch ohne Kosten, von Waldbesitzern wird ein Beitrag von 5 M. erhoben. Anmeldungen haben bis zum 6. Juni an die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer in Halle a. Saale, Kaiserstraße 7, zu gehen; von dort her ist auch ein genaues Programm des Lehrkurses erhältlich.

— **Der Verein Mecklenburgischer Forstwirte** veranstaltet in diesem Jahre wieder einen forstlichen Fortbildungskursus, der von Wittenburg aus und zwar in den Tagen vom 20. bis 22. Mai stattfindet. Die Führung werden übernehmen Kammerherr v. Bülow-Rodenwalde, Oberförster Goeßel-Tobbin, Forstmeister Jven-Kogel. Zur Teilnahme an dem Fortbildungskursus berechtigt sind alle Vereinsmitglieder und deren Forstbeamte.

Prüfungen für Privatforstbeamte in Mecklenburg.

Bei den vom Verein Mecklenburgischer Forstwirte am 25., 26. und 29. April in Wittenburg abgehaltenen Prüfungen für Privatforstbeamte bestanden:

Prüfung A: Der Revierjäger Weidemann aus Gr. Krankow.

Prüfung B: Die Forstlehrlinge Schwarz aus Wielow, Ihde aus Gadebehn, Ahrens aus Willenhagen, Möller aus Primerburg, Langklaus aus Jvendorf.

— Dem Verein „Waldbheil“ zu Neudamm stehen im Geschäftsjahre 1912/18 Stipendien zu je 100 M. zwecks Verteilung an Söhne seiner Mitglieder aus dem Stande der Forst- und Jagdbeamten zur Verfügung. Davon sollen fallen 9 an Söhne von Privatforstbeamten, 7 an Söhne

von Staatsforstbeamten und 2 an Söhne von Gemeindeforstbeamten. Die Stipendien werden gegeben zum Besuche von Forstlehrlingschulen, Waldbauschulen, sowie auch von höheren forstlichen Lehranstalten für das Schuljahr 1. Juli 1912/13 bzw. 1. Oktober 1912/13. Anträge auf Bewilligung eines Stipendiums sind von den gesetzlichen Vertretern der vorgenannten Forstbeamten-Söhne — Vater, Mutter, Vormund oder Pfleger — bis zum 1. Juli d. Js. an die Geschäftsstelle des Vereins „Waldbheil“ zu Neudamm (Bezirk Frankfurt a. D.) einzureichen.

— **Hau mit auswechselbarem Blatt.** Der Königl. Förster Gondring in Büschfeld, Kreis Merzig, hat an der Hau eine Verbesserung angebracht, die verdient, in den Kreisen bekannt zu werden, welche mit Bodenarbeiten zu tun haben. Die Erfindung ist geschützt durch D. R. G. M. und patentiert in Frankreich und Belgien. Die Erfindung besteht darin, daß das Blatt von dem Ohrteil abgelöst werden kann. Dadurch wird erreicht, daß man an einem Ohr mit Stielblätter in verschiedenen Breiten anbringen kann. Man kann dann mit einer Hau und verschiedenen Blättern in allen Bodenarten arbeiten. In steinigem und festem Boden mit den schmalen, in Ton-, Lehmboden usw., also mittelschweren Böden, mit den mittleren und in Sandböden mit den breiten Blättern. Die Auswechselung ist in einigen Minuten geschehen. Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß beim Aufstählen der Hau diese nicht ganz in die Schmieße muß, sondern nur das lose Blatt. Es ist dies nicht nur für den Schmied leichter, der Arbeiter kann auch während der Zeit weiter arbeiten, wenn er ein anderes Blatt anschraubt. Für meinen Holzhauermeister habe ich eine solche Hau mit drei Blättern bezogen; die Arbeiter sind von der Vorzüglichkeit dieser Einrichtung so überzeugt, daß sie bei Bedarf nur solche bestellen und keine mehr bei dem Schmiede anfertigen lassen, zumal der Preis sich nicht teurer stellt. Ich bin überzeugt davon, daß diese Hau bei allen Bodenarbeiten, als da sind: Kanal-, Eisenbahn- und Wegebau, Rodungen, Kulturen, Weinbergbau, Garten-, Feld- und Wiesen-

arbeiten, sich gut einführt, wenn Versuche damit gemacht werden. Der Vertrieb ist in Händen des Erfinders.

H e e s.

— Spiritusgewinnung aus Abfällauge.

Nur die Verwertung der bei der Herstellung von Holzstoff sich ergebenden Abfällauge wird eine neue schwedische Erfindung gemeldet. Seit einiger Zeit wird der in den Sulfitholzstoffabriken der Gesellschaft: Stora Kopparbergs Aktien-Bolag gewonnene Abfällauge für die Bereitung von Spiritus mit ganz vorzüglichem Erfolge verwendet. Das Verfahren beruht auf der Umwandlung der Zuckerkstoffe, die beim Sulfith-Verfahren in der Abfällauge enthalten sind, in Spiritus. Der so gewonnene Spiritus läßt sich nach den Untersuchungen des Professors Wörner in Upsala vollkommen mit dem aus Getreide hergestellten Spiritus vergleichen, er ist aber bedeutend billiger als letzterer. In Schweden kostet der hundertprozentige Getreidespirit 56 S und der Kartoffelspirit 35 S pro Liter, während die Kopparbergsgesellschaft ihren aus Abfällauge hergestellten Spiritus an den Spiritustrust in Schweden zu 29 S für einen Liter verkauft. Man ist jedoch in Schweden davon überzeugt, daß der Sulfithspirit noch viel billiger wird, ja, daß er sogar mit Benzin in Wettbewerb treten kann. Die Fabrikation von Sulfithzellulose beträgt in Schweden etwa 600 000 t. Von der hierbei gewonnenen Abfällauge können etwa 60 Millionen Liter Normalspirit zu einem berechneten Spiritusgehalt von 50 % hergestellt werden. Die Branntweinfabrikation in Schweden umfaßt etwas über 40 Millionen Liter. Es kann somit nicht bloß der ganze Bedarf an Spiritus und Branntwein aus der Sulfithlauge gedeckt werden, sondern es bleibt auch noch ein erheblicher Teil als Feuerungsmaterial für die Motoren übrig. In Deutschland werden alljährlich ebenfalls 600 000 t Sulfithzellulose erzeugt. Bei Benutzung der schwedischen Erfahrungen dürften sich auch hier aus der Abfällauge etwa 60 Millionen Liter Spiritus gewinnen und dadurch die Rentabilität der Holzstoffabriken erhöhen lassen. In den Vereinigten Staaten hat eine der größten Sulfithzellulosefabriken jetzt schon mit der Errichtung einer Spiritusfabrik nach schwedischem Muster begonnen, und es dürfte schwerlich lange dauern, bis weitere derartige Fabriken folgen.

Der Nutzen, der durch die Verwertung der Abfällauge erzielt werden kann, wirkt ja höchst bestehend. Bei einer ausgedehnten, nach der neuen Methode betriebenen Spiritusfabrikation dürfte so viel Spiritus erzeugt werden, daß das neue Produkt weniger als Genussmittel, sondern vielmehr als Rohmaterial für die chemische Industrie und zur Feuerung von Motoren verwendet werden würde. Auch für den Motorwagenbetrieb der Eisenbahnen, sowie zur Beleuchtung an Stelle des Petroleum, hier allerdings nur in besonders konstruierten Lampen, kann der neue Spiritus benutzt werden. Welche Wirkung eine umfangreiche Fabrikation von Spiritus aus Sulfithlauge auf die Landwirtschaft ausüben würde, läßt sich vorberhand kaum beurteilen. In Schweden

besürchtet man keinen Verlust für die Landwirtschaft, da Getreide und Kartoffeln für andere Zwecke Verwendung finden können. Immerhin ist es aber sehr wahrscheinlich, daß die als Lieferanten für die Brenner in Betracht kommenden Landwirte sich andere Absatzgebiete werden schaffen müssen.

Waldbrände.

Hügel, Kreis Soltau, 21. April. Mittags entstand in der Nähe von Hügel, Kreis Soltau, ein Wald- und Heidebrand, der wahrscheinlich durch Lokomotivfunken der Kleinbahn Wismar—Evensdorf—Hügel verursacht wurde. Das Feuer verbreitete sich hauptsächlich auf bäuerlichen Flächen der Gemeinden Hügel, Hörgel, Vorkel und Volkwardingen und vernichtete dort hauptsächlich jüngere Kiefernbestände und Flächen mit natürlicher Ansamung, sogenannte Holzkoppeln, in einer Größe von ca. 80 ha. Schutzbezirk Grevenhof, Oberförsterei Munster, hat hierbei infolge günstigen Windes gut abgeschnitten. Das Feuer überließ hier im Jagd 415 in ziemlich lichte, etwa 40- bis 50 jährigem Kiefernbestand mit Heibelbeertraut-unterwuchs nur etwa 3 ha, ohne besonderen Schaden anzurichten.

Reumünster, 25. April. Ein gewaltiger Waldbrand kam heute mittag in den Schutzbezirk Lühorn und Hasselbusch der königlichen Oberförsterei Rankau zum Ausbruch. Nach vorläufigen Schätzungen ist eine etwa 500 ha große, mit 15- bis 30 jährigem Nadelholz bestandene Fläche vernichtet worden. Das Feuer soll durch einen Handwerksburschen böswillig angelegt sein.

Waldbroel, 25. April. Mehrere hundert Hektar des zwischen Dattensfeld, Waldbroel und Kuppichterode gelegenen, teils dem Fiskus, teils Gemeinden und Privaten gehörigen Waldes sind ein Raub der Flammen geworden.

München, 26. April. Durch die Unvorsichtigkeit einer Arbeiterin entstand heute mittag im Forstentrieder-Park ein Brand, dem etwa 20 ha Schonungen zum Opfer fielen. Arbeiterinnen waren mit dem Schälen und Verbrennen der Rinde von mit Borstentäfern befallenen Holze beschäftigt. Hierbei ist von einer Arbeiterin ein Feuer mitten im Bestande angelegt worden, welches alsbald das Gras ergriff und auf die Schonung übersprang. Durch Feuerwehren und Militär gelang es, den Brand nach anstrengender Arbeit zu bewältigen.

Neustadt (Saardt), 28. April. Auf dem Dörenberg am Wölfsburghang kam es infolge Brandstiftung zu einem Waldbrand, der sich mit großer Schnelligkeit immer weiter ausdehnte. Bei dem heftigen Winde gestalteten sich die Löscharbeiten recht schwierig, bis 10 m breite Sandgräben wurden vom Feuer übersprungen. Erst den vereinten Anstrengungen von vier Feuerwehren gelang es, dem Feuer Einhalt zu tun. Vernichtet sind 3 ha Kiefern Schonungen, und außerdem sind etwa 15 ha Kiefernhochwald vom Feuer so stark beschädigt, daß sie abgeholzt werden müssen. Der Gesamtschaden wird auf 15 000 M geschätzt.

Bad Dürkheim, 28. April. In Kapsweiler brach in den Grenzwaldungen Feuer aus.

Es gelang nach angestrengter Arbeit, den Brand, durch welchen 80 ha Kulturen und Schonungen vernichtet wurden, zu löschen.

Tropau, 28. April. 20 ha Fichten- und Kiefernstangenholzer sind bei Rönitz durch Feuer zerstört worden. Der Schaden beträgt 12 000 M.

Hamburg, 30. April. Durch mit Feuer spielende Kinder brach in Alsterdorf in einer Fichtenschonung ein Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit verbreitete und auf mehrere benachbarte Fichtenparzellen übergriff. In zwei Stunden sind etwa 30 000 Fichten (Weihnachtsbäume) vernichtet worden.

Gifhorn, 1. Mai. Der bereits seit drei Tagen im Festemoor in den Feldmarken Gamien, Wesendorf und Westerholz wütende Waldbrand konnte durch das energische Eingreifen der Einwohner von Gamien, Rästorf, Wesendorf und Westerholz gestern zum Stillstand gebracht werden. Im ganzen sind etwa 375 ha Wald, Heide- und Moorflächen abgebrannt.

Hannover, 2. Mai. Ein großer Waldbrand, der durch Anlage eines Gegenfeuers gelöscht werden konnte, richtete in den Kiefernbeständen der Gemeinden Südwinsen und Hornbafel beträchtlichen Schaden an. Etwa 40 ha jüngerer Kiefern sind vernichtet.

Solingen, 2. Mai. Seit heute mittag brennt es in den Supperbergen bei Subberg. Der Einwohnerchaft sowie der Feuerwehr ist es bisher nicht gelungen, des Feuers Herr zu werden, dieses dringt immer weiter vor und hat bereits große Waldflächen vernichtet.

Unterlüß (Hannover), 2. Mai. Infolge eines Versuchschießens auf dem Ehrhardtischen Schießplatz bei Unterlüß entstand mittags ein ungeheurer Waldbrand, der sich über die Heide- und Nadelholzbestände der Gemarkungen Dreilingen und Wichtenbeck erstreckte und nach oberflächlicher Schätzung etwa 1000 Morgen zerstörte. Der angerichtete Schaden beträgt nach oberflächlicher Schätzung 100 000 M. Erst im vergangenen Jahre, am 1. Juni, wurde durch eine Granate ein größeres Schadenfeuer verursacht, wodurch in den Gemarkungen Dreilingen, Oberohe und Niderohe etwa 500 Morgen Heide- und Holzbestände zerstört wurden; der damals angerichtete Schaden wurde von der ersatzpflichtigen Aktiengesellschaft mit etwa 50 000 M. beglichen. Die angrenzenden forstwirtschaftlichen Bestände, sowie auch die der Klosterkammer, wurden vom Feuer nicht erreicht, weil die Umbrichtung einigermaßen günstig war. Aber den genauen Ursprung des Feuers läßt sich mit Bestimmtheit nichts sagen, weil diese Versuchschießen geheim gehalten werden.

Fontainebleau (Frankreich), 3. Mai. Seit dem in der letzten Nummer der „Deutschen Forst-Zeitung“ gemeldeten Brande ist der Wald von Fontainebleau in den letzten Tagen wiederum von vier größeren Bränden betroffen worden, so daß man annimmt, daß deren Entstehung auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Das am gestrigen Tage ausgebrochene Feuer entstand in den Morgenstunden und wurde durch den herrschenden starken Wind sehr begünstigt; dem zahlreichen Militär und den Feuerwehren gelang es erst am

späten Nachmittage, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist wieder sehr bedeutend.

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 7. Mai 1912. Rehböde 0,60 bis 0,90, Schwarzwild 0,45 bis 0,70 M das Pfund. Kaninchen 0,80 bis 1,00 M das Stück.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung

Proßlagen, Förster o. R. zu Finen, Oberförsterei Dathem, ist als Förster in R. nach Neldrom, Oberförsterei Altembesen, Hegbz. Minden, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Schamer, Oberjäger d. R. zu Forsthaus Dulsarenhof, ist als Hilfsjäger in die Oberförsterei Brünzwalb, Hegbz. Allenstein, einberufen.

Bardin, Hilfsjäger zu Warzowo, Oberförsterei Warthwald, ist nach Schöngemündel, Oberförsterei Wronke, Hegbz. Posen, versetzt.

Isfeger, Forsthausleiter in der Oberförsterei Königswiele, in nach Berent, Oberförsterei Buchberg, Hegbz. Danzig, versetzt.

Waskowski, Räucher und Waldbarbetter zu Wallendorf, Kreis Neidenburg, Oberförsterei Raitenborn, Hegbz. Allenstein, ist das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Jäger, präb. Forstassessor, ist als eintätiger Forstassessor bei der Forsteinrichtungsanstalt angestellt.

Reinze, Diener bei der Forstakademie Tharandt, ist pensioniert.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Jander, Unterförster zu Bipprow, Oberförsterei Bredenhagen, tritt mit dem 1. Juli d. J. in den Ruhestand.

Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz.

Staats-Forstverwaltung.

Schmidt, Forsthausleiter zu Garwitz, ist zum Förster in Schönborn ernannt.

Sonnenberg, Rang, Forsthausleiter zu Buchenhorst, ist zum Förster auf der neu errichteten Forststelle in Strelitz ernannt.

Sonnenberg, Otto, Forsthausleiter zu Steinförde, ist zum Förster in Blankenitz ernannt.

Herzogtum Anhalt.

Staats-Forstverwaltung.

Jacobi, Hilfsjäger zu Wernrode, ist nach Gramme versetzt.

Walthes, Hilfsjäger zu Gramme, ist nach Wernrode versetzt.

Meyer, gelernter Jäger, ist als Hilfsjäger angenommen und dem Forsteinrichtungsbureau überwiesen.

Forstamterverwaltung.

Mehrhardt, Forstinspektor zu Dessau, ist zum Forstgeometer ernannt.

Romanus, Revierjäger zu Forsthaus Zerkmühle, ist nach Köstlan a. G. versetzt.

Wagener, Revierjäger zu Köstlan a. G., ist nach Forsthaus Zerkmühle versetzt.

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Staats-Forstverwaltung.

Hartung, Forstwart zu Seibla, ist in die Oberförsterei Ziemach versetzt.

Schmidt, Forstwart zu Steinach, ist an das Forstbureau I in Meiningen versetzt.

Brief- und Fragelasten.

(Schrittleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortung. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Höflichkeit zu erweisen, daß der Fragesteller Absonderlich ist, und 20 Wenigste Vorname beizufügen.)

Nr. 56. A n f r a g e: Am 16. Dezember 1909 fiel ich beim Überpringen eines Baches ins Wasser. (Ich war auf einem Reviergange im Walde.) Dadurch zog ich mir eine Erkältung zu. Am 17. konnte ich noch vormittags Dienst tun, mußte aber des Nachmittags das Bett hüten. Am 19. Dezember wurde Dr. W. zu Rate gezogen. Er stellte eine Brustfellentzündung fest, die aber im Verlaufe der Krankheit gehoben sein sollte. Das Fieber stieg aber immer höher und glaubte der Arzt, ich sei an Nierenentzündung erkrankt. Da aber mein Zustand sich immer mehr verschlechterte, wurde am 28. Dezember Dr. R. mit zu Rate gezogen. Was beide Ärzte feststellten, weiß ich nicht. Nur machte Dr. R. darauf aufmerksam, daß Herz und Lunge schwach seien, und ordnete meine Überführung ins Krankenhaus an, wo ich bis zum 1. Februar 1910 verblieb. Es war aber eine Herzschwäche zurückgeblieben. Seit Anfang März konnte ich erst wieder Dienst tun. Doch mußte ich mich sehr schonen und hatte immer Beschwerden an Herz und Lunge. Dieserhalb suchte ich Anfang Mai 1910 wieder Dr. R. auf. Dieser sagte: das sei eine Herz- und Lungen schwäche, eine Folge des sehr hohen Fiebers; es würde sich im Laufe der Zeit verlieren. Es hat sich aber nicht verloren. Am 1. Februar 1911 habe ich Blut gespuckt, war aber weiter nicht krank dabei. Da aber mein Zustand nicht so wurde, wie er sollte, und ich zur Wiederherstellung meiner Gesundheit irgend eine Kur durchmachen wollte, stellte ich im Oktober 1911 Antrag auf Unfallunterstützung. Dr. W. gab an, ich sei im Dezember 1909 an Paratyphus erkrankt, und davon sei eine Lungen- und Herzschwäche zurückgeblieben. Bei der von der Berufsgenossenschaft veranlaßten Untersuchung im Dezember 1911 stellte Dr. W. fest: Bei der Lunge oben links Atmung unbestimmt; sonst leide ich an einer allgemeinen Lungen- und Herzschwäche, die nur gehoben werden könnte, wenn ich für längere Zeit ausruhe. Auf meine Frage, ob Tuberkulose vorliege, sagte er nein. Am 20. Januar 1912 erhielt ich nun vom Sektionsvorstande den Bescheid, daß dieser beabsichtige, meine Ansprüche abzulehnen, da (wörtlich): „Sie nach dem Unfalle an Paratyphus erkrankt waren, der eine ansteckende Krankheit ist und nicht von der Erkältung, die Sie sich infolge des Unfalles zugezogen hatten, herrühren konnte. Ebenso muß ein Zusammenhang des jetzt bestehenden Lungenleidens mit dem Unfall, der keine Tuberkulose hervorrufen konnte, verneint werden.“ — Ich habe darauf Einspruch erhoben, und erlaube mir die Anfrage, ob ich mit meinen Ansprüchen durchdringe, und wie ich mich zu verhalten habe. Ich bemerke noch: Vor dem Unfall war ich nie krank. 1906 bis 1908 diente ich beim Garde-Jäger-Bataillon. Ich kann auch jetzt meinen sehr schweren Dienst versehen, wenn auch nur mit großer Vorsicht. Ich will nun meine Ansprüche unter keinen Um-

ständen fahren lassen und frage nun höflichst an, welche Wege ich da einschlagen muß?

L., Förster in P.

A n t w o r t: Wir möchten auch annehmen, daß Ihr krankhafter Zustand auf den Unfall vom 16. Dezember 1909 zurückzuführen ist. Schwierigkeiten wird aber die Beweisführung machen. Wir empfehlen Ihnen, sich in der Politischen Universitätsklinik für innere Krankheiten in R. oder von einem Spezialarzte für innere Krankheiten untersuchen zu lassen, ein ausführliches Gutachten zu erbitten und, auf dieses gestützt, nach Empfang des endgültig ablehnenden Bescheides des Sektionsvorstandes bei dem in diesem Bescheide bezeichneten Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Berufung einzulegen. Lehnt man die Ausstellung eines Gutachtens zu Ihren Händen ab, so müssen Sie in der Berufungsschrift die Einholung eines Obergutachtens beantragen. Gelangt auch das Schiedsgericht zu einer Ihre Ansprüche abweisenden Entscheidung, so können Sie noch Rekurs bei dem Reichsversicherungsamt in Berlin einlegen (Frist: 1 Monat nach der Ausstellung des Schiedsgerichtsurteils). S g.

Nr. 57. A n f r a g e: Ein Königlich Preussischer Förster kann einen Forst- und Jagdkontravenienten über die Grenzen seines Reviers hinaus in ein fremdes Revier verfolgen und hier von seinem Waffennrechte Gebrauch machen, er kann bei Verfolgung auf frischer Tat unbekannten Personen gegenüber bei Gefahr im Verzuge zu jeder Tageszeit und in alle Räume hin alle in die strafbaren Handlungen verfolgen, er kann auf dem seinem Schutzbezirk benachbarten Reviere die Vorzeigung der Jagdscheine verlangen, bei Hausdurchsuchungen soll er einen Gemeindebeamten oder zwei Gemeindeglieder, so weit dies möglich, ziehen. Hat ein auf Lebensdauer angestellter, vereidigter Privatförster, dem vom Landrat das Recht zum Waffengebrauch zugesprochen und das Tragen einer bestimmten Uniform vorgeschrieben ist, auch die hier erwähnten Rechte eines Königlich Preussischen Försters? B. in D.

A n t w o r t: Auch der in Frage stehende Privatförster kann einen Forst- und Jagdkontravenienten über die Grenzen seines Reviers hinaus in ein fremdes Revier verfolgen und auch hier eventuell von seinem Waffennrechte Gebrauch machen. — Er besitzt dagegen kein Durchsuchungsrecht, weil er nicht Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft ist, — ist vielmehr auf die Befugnis der vorläufigen Festnahme und Vorführung bei der Polizeibehörde beschränkt. Er muß sich daher zwecks Vornahme einer Durchsuchung, insbesondere auch einer Hausdurchsuchung, an den nächsten Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft (Amtsvorsteher, Gutsvorsteher, Gemeindevorsteher) wenden. Nur auf Grund der Anordnung und nur unter Mitwirkung eines dieser Beamten kann er dann die Durchsuchung bzw. Hausdurchsuchung vornehmen. — Er kann die Vorzeigung der Jagdscheine auf dem seinem Schutzbezirk benachbarten Reviere nur dann verlangen, wenn ihm die Befugnis zur Ausübung jagdpolizeilicher Funktionen auf dem seinem Schutzbezirk benachbarten Reviere

von der Jagdpolizeibehörde (Landrat) nach Maßgabe des Ministerialerlasses vom 24. Februar 1906 besonders verliehen ist. Diese Einschränkung besteht auch hinsichtlich der Königlich Preussischen Förster.

Nr. 58. Anfrage: Nach meiner Entlassung vom Bataillon nach dreijähriger Dienstzeit trat ich am 14. Oktober 1910 eine Forstausschesserstelle in einer Kommunalforst an und blieb im Kommunal- bzw. Privatdienst bis zu meiner Einberufung an das „Seminar für orientalische Sprachen“ bis 15. April 1912. Während dieser Zeit habe ich in der IV. Lohnklasse 50 und in der III. Lohnklasse 26 Markten gelebt. Ich frage nun an, ob es ratsam ist, von der freiwilligen Weiterversicherung Gebrauch zu machen und welche Vorteile mir eventuell daraus erwachsen; 2. ob ich das ohne weiteres tun kann oder irgendwelche Genehmigung dazu einholen muß?

H., Königl. Hilfsjäger.

Antwort: Sie können die Versicherung ohne besondere Formalitäten freiwillig fortsetzen (§ 1244 der Reichsversicherungsordnung). Da Sie aber nur 76 Markten auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung aufzuweisen haben, so können Sie — sofern Sie nicht noch einmal in versicherungspflichtige Beschäftigung treten sollten — nur die Antwoartsschaft auf Altersrente (zahlbar vom 70. Lebensjahre an) erlangen, denn nach § 1279 a. a. O. werden freiwillige Beiträge auf die Wartezeit für die Invalidenrente (und die Hinterbliebenenrenten) nur dann angerechnet, wenn mindestens 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet worden sind. Können Sie aber mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß Sie noch einmal (für mindestens 24 Wochen) in eine versicherungspflichtige Beschäftigung treten, so empfehlen wir die Weiterversicherung unbedingt. Besteht diese Wahrscheinlichkeit nicht, so müssen Sie es sich überlegen, ob nur auf die Möglichkeit hin, bereinst die Altersrente zu genießen, die freiwillige Fortsetzung der Versicherung zweckmäßig ist. Der Anspruch auf Altersrente setzt 1200 Beiträge voraus (§ 1278.) Da Sie erst 76 Beiträge aufzuweisen haben, müßten Sie bis zum 70. Jahre noch 1124 Beiträge beibringen, also jährlich etwa 25 bis 30. Würden Sie die III. Lohnklasse benutzen, so würde hierdurch ein Gesamtaufwand von etwa 370 M.

entstehen, und hierfür würde eine Altersrente von rund 170 M. jährlich gezahlt werden. Vielleicht beschränken Sie sich, solange Sie noch nicht klar sehen können, zunächst darauf, die zur Aufrechterhaltung der Antwoartsschaft vorgeschriebene Mindestzahl von Beiträgen (20 innerhalb zweier Jahre) zu entrichten; Sie können hierzu sogar die niedrigste Lohnklasse benutzen. Hg.

Nr. 59. Anfrage: Kann ich ersatzpflichtig gemacht werden, wenn ich einen sogenannten Grenzhund, der den Jagdnachbarn begleitete, erschieße?

W. S. in E.

Antwort: Wenn es sich um die Erlegung eines sogenannten „Grenzhundes“ bei Gelegenheit einer angefangenen Jagd handelt, so läßt sich über den Ausgang der Verurteilung nichts Bestimmtes vorhersagen, denn derartige Prozesse gehören zu den schwierigsten, weil hier die Rechtsauffassungen zu sehr auseinandergehen. Manche Urteile gehen dahin, daß der Jagende, bevor er an der Grenze einen Jagdhund erschießt, sich erst genau unterrichten muß, ob sich der Inhaber der Nachbarjagd in der Nähe befindet und seinen Hund zurückruft. Ihre sonstigen Einwände könnten höchstens den Wert des erschossenen Hundes betreffen.

Nr. 60. Anfrage: Bei dem letzten hohen Schnee sind im hiesigen Reviere zahlreiche starke Eichenheister von Kaninchen unmitttelbar über dem Wurzelknoten rings um das Stämmchen herum benagt worden, obgleich die Eichen mit einer Mischung von Seimholzteer und Petroleum bestrichen waren. Welche Maßregeln sind zu treffen, um die im besten Wuchse stehenden Heister zu erhalten? Dürfte das Anlegen eines Verbandes um die Nagestelle zu empfehlen sein?

K., Revierförster in Br.

Antwort: Da die Eichenheister rings um das Stämmchen von den Kaninchen benagt sind, so dürfte ein Bestreichen der Schälstellen mit Teer oder Wachs und das Umlegen eines Verbandes sich als nutzlos erweisen. Es kann Ihnen daher nur empfohlen werden, die Heister sobald wie möglich mit einem scharfen Messer dicht über dem Erdboden abzuschneiden und von den, aus dem Stummel sich bildenden Ausschlägen später alle, bis auf den kräftigsten zu entfernen. Dieser eine Trieb entwickelt sich infolge der kräftigen Ernährung durch den großen Wurzelstock sehr gut und erreicht bald die Stärke des alten Kernheisters.

Für die Redaktion: F. W. Wobbe Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Gohzeit Nin.



Mitteilungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorstehenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Resselgrund bei Gohzeit Nin.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.**Anzeigen und Mitteilungen.**

Anzeigen für die nächstjüngste Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Cöln. Am Freitag, dem 31. Mai, nachmittags 4 Uhr, Versammlung in Cöln-Stapelhaus.

Der Vorstand.

Frankfurt a. O. Am Montag, dem 27. Mai d. Js., nachmittags von 1 Uhr ab, findet in Landsberg a. W., Hotel Elster, eine Bezirksgruppenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Prüfung der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1911 und Entlastung des Schatzmeisters wie des Vorstandes; 2. Besprechung der Besoldungs- und Dienststandsfrage; 3. Beschlussfassung über die Anträge zur diesjährigen Delegiertenversammlung, insbesondere über die geplante Neuorganisation des Vorstandes. Wahl eines Delegierten nach Berlin, sowie des Stellvertreters; 4. Verschiedenes: darunter Försterstellen-Abreißbuch des Bezirks, Anträge zur Ausbildungsfrage, Wahl des Ortes für die nächste Versammlung. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Der Vorstand: Krause, Vorsitzender.

Köln. Die diesjährige Bezirksgruppenversammlung findet am Sonntag, dem 2. Juni 1912, vormittags von 11½ Uhr ab, im Hotel Fiß in Köln statt. Tagesordnung: 1. Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts für 1911; 2. Wahl eines Delegierten nach Berlin; 3. Besprechung der Tagesordnung für die Hauptversammlung; 4. Besprechung etwaiger Anträge und Beschluß; 5. Verschiedenes; 6. Vortrag des Kollegen Ulich über Forstwirtschaft usw. in den Kolonien. Nach Erledigung der Tagesordnung eventl. gemeinschaftlicher Besuch der Gewerbeausstellung.

K r a m p.

Stralsund. Versammlung am Sonntag, dem 19. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Rechnungsprüfung und Jahresbericht 1911; 2. Besprechung der Tagesordnung bei der Hauptversammlung in Berlin; 3. Vortrag des Kollegen Westphal über Vogelschutz; 4. Verschiedenes. Die Damen werden hiermit noch besonders eingeladen. Um zahlreichen Erscheinen wird gebeten.

J a r n a d.

Ortsgruppen:

Cremburgerhütte (Regbz. Oppeln). Sonntag, den 19. Mai d. Js., nachmittags 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Wahl des 1. Vorsitzenden; 2. Rechnungslegung für 1911; 3. Festsetzung des diesjährigen Scheibenschießens; 4. Besprechung des neuen Förster-Jahrbuchs und Entgegennahme von Bestellungen auf dasselbe; 5. Sammlung eines Geldebetrages für die Hinterbliebenen des ermordeten Kollegen Romanus in Niesig, Oberförsterei Fulda. Diejenigen Herren Kollegen, welche verhindert sind, der Versammlung beizuwohnen, werden gebeten, den Sammlungsbeitrag an Herrn Förster Wunder in Plümenau,

Post Wierich, einzusenden. Nach Erledigung der Tagesordnung gemütliches Beisammensein, wozu die Damen der Ortsgruppe höflichst eingeladen werden.

Agel, 2. Vorsitzender.

Zeiberg (Regbz. Wiesbaden). Halbjahrs-Versammlung am Sonnabend, dem 8. Juni d. Js., nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Krone“ in Glashütten i. L. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Sitzung bekanntgegeben. Nach der Sitzung gemütliches Zusammensein. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen mit Damen bittet

Der Vorstand.

Hannau (Regbz. Cassel). Unser diesjährige erstes Scheibenschießen findet statt am Sonnabend, dem 18. Mai, von nachmittags 3 Uhr ab, in bekannter Weise. Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorsitzende.

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). Sonnabend, den 18. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal in Hintersee (bei Gastwirt Glienemann). Tagesordnung: 1. Beschlussfassung über die Erhöhung des Ortsgruppenbeitrages; 2. Besprechung über das diesjährige Scheibenschießen; 3. Vortrag über Bogelschutz und dessen Förderung; 4. Bestellung von Förster-Jahrbüchern für 1912; 5. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Zusammensein mit Damen. Gäste können hierzu eingeführt werden. Um recht zahlreiches Erscheinen, auch besonders der Damen, wird gebeten.

Der Vorstand.

Hoherwerda (Regbz. Liegnitz). Am 12. Mai d. Js. findet das erste diesjährige Försterschießen in Schwarz-Kollm statt. Erster Schuß um 2½ Uhr nachmittags. Die Teilnahme von Gästen und Freunden der grünen Farbe ist sehr erwünscht. Nach dem Schießen geselliges Zusammensein bei musikalischer Unterhaltung.

Der Vorsitzende. Arnold.

Karnlewig (Regbz. Köslin). Am Mittwoch, dem 15. Mai d. Js., nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Gasthof zu Karnlewig. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder; Bestellung auf das Förster-Jahrbuch; Scheibenschießen; Verschiedenes. Der Vorsitzende. W al t h e r.

Kirn a. d. Nahe (Regbz. Coblenz). Sonntag, den 19. Mai d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Hotel Schneider zu Kirn. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten über den Verlauf der Bezirksgruppenversammlung in Coblenz; 2. Beschlussfassung über Ort und Art der nächsten Versammlung; 3. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Woldenberg (Regbz. Frankfurt a. O.). Da das Vereinslokal für den 11. d. Mts. bereits anderweitig vergeben ist, so wird die für diesen Tag anberaumte Versammlung auf acht Tage später, also auf Sonnabend, den 18. Mai, abends 7 Uhr, verlegt. Nach Erledigung der Tagesordnung findet ein Abschiedstrunk für den scheidenden Kollegen Ziegler statt.

Beste, Vorsitzender.

Notenburg-Fulda (Regbz. Cassel). Sonntag, den 19. Mai, nachmittags 2½ Uhr, Schießen in der

Haienbach, $\frac{1}{2}$ Stunde vom Bahnhof Rotenburg entfernt. Gäste willkommen. Kaffee wird gekocht. P o s t e l.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegemeister Krause, Kesselfgrund bei Dohzeit Wm., vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden angenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Deutschheide (Regbz. Danzig). Die am 21. April in Kaiparus abgehaltene Sitzung war von zwölf Mitgliedern besucht. Eröffnet mit einem Horrido auf Se. Majestät, erledigte sich die

Tagesordnung wie folgt: 1. Der Vorsitzende erstattete eingehenden Bericht über die in Danzig am 18. Februar d. Js. getagte Delegiertenversammlung. 2. Das erste diesjährige Scheibenschießen findet am 1. Juni auf dem Stande in Pollum statt. 3. Auf einstimmigen Beschluß wurde der Ortsgruppenbeitrag vom 1. Juli ab um 1 M. erhöht; es sind nunmehr halbjährlich 5,25 M. an den Schachmeister abzuführen. Zur Bestreitung verschiedener Vereinslasten hat außerdem jedes Mitglied am 1. Juli 1,50 M. zu entrichten. Die in der Sitzung bestellten Jahrbücher werden den betreffenden Kollegen in nächster Zeit vom Schriftführer überhandt werden. Die nächste Versammlung soll in Oczipel stattfinden.

Der Vorstand. Hennig, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Bekanntmachung, betreffend Bewilligung von Stipendien für den Besuch forstlicher Lehranstalten.

Im Geschäftsjahr 1912 stehen, gemäß § 4d der Satzung, 18 Stipendien zu je 100 M. zwecks Verteilung an Söhne lebender oder verstorbener Vereinsmitglieder aus dem Stande der Forst- und Jagdbeamten als Beihilfen für den Besuch von forstlichen Lehranstalten für das Schuljahr pro 1. Juli bzw. 1. Oktober 1912/13 zur Verfügung. Die Verteilung dieser 18 Stipendien geschieht im Verhältnis zu der Mitgliederzahl der einzelnen Beamtenklassen — Staatsforstbeamte, Gemeindeforstbeamte, Privatforstbeamte — im „Waldheil“. Es gelangen hiernach zur Ausgabe 9 Stipendien an Söhne von Privatforstbeamten, 7 Stipendien an Söhne von Staatsforstbeamten und 2 Stipendien an Söhne von Gemeindeforstbeamten, über deren Verteilung in einer im Monat Juli oder August stattfindenden Vorstandssitzung Beschluß gefaßt werden soll.

Die gesetzlichen Vertreter der vorgenannten Forstbeamtenköhne — Vater, Mutter, Vormund oder Pfleger — haben etwaige Anträge auf Bewilligung eines Stipendiums bis zum 1. Juli d. Js. bei dem unterzeichneten Vorstände einzureichen. Alle Gesuche müssen ausführliche Angaben über die Einkommens- und Familienverhältnisse des Vaters resp. der Mutter oder des Mündels enthalten und hinsichtlich der Richtigkeit bei Witwen, Vormündern oder Pflegern von dem nächsten Amtsvorsteher oder durch eine vom Vorstände als solche angeordnete Vertrauensperson, bei Vereinsmitgliedern von dem vorgeordneten Revierverwalter oder dem gegenwärtigen Vorherrn beglaubigt sein; auch ist eine Bestätigung der in dem Gesuche gemachten Angaben durch mindestens drei Vereinsmitglieder zulässig. Der Vorstand behält sich außerdem in allen Fällen vor, die gemachten

Angaben durch eigene Erkundigungen nachzuprüfen.

An unsere Vereinsmitglieder richten wir die Bitte, die ihnen etwa bekannten unbemittelten Witwen und Vormünder unbemittelter Waisen verstorbener Vereinsmitglieder, deren Söhne bzw. Mündel am 1. Juli bzw. 1. Oktober d. Js. in eine forstliche Lehranstalt untergebracht werden sollen, auf vorstehende Bekanntmachung zu verweisen und sie zur Einreichung von Gesuchen um Bewilligung eines Stipendiums zu veranlassen.

Besonders wird noch darauf hingewiesen, daß für junge Leute, welche eine Forstlehranstalt bereits besucht haben oder die betreffende Lehranstalt Ende Juni bzw. Ende September d. Js. verlassen, satzungsgemäß ein Stipendium nicht mehr bewilligt werden kann.

Alle Aufschriften in dieser Angelegenheit sind mit der Bezeichnung „Stipendienfonds“ an die Geschäftsstelle des Vereins „Waldheil“ in Neubamm (Bezirk Frankfurt a. D.) zu richten.

Neubamm, den 1. Mai 1912.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Graf zu Rankau-Döllensstadt,
Königl. Forstmeister, Vorsitzender.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Verendes, Josef, Forstaufseher, Eringerfeld bei Gesele.
Göber, Calvar, Förster, Schwarzenleben bei Gesele.
Guthoff, G., Förster, Eringerfeld bei Gesele.
Neubaus, R., Forstlandwirt, Eringerfeld bei Gesele.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzufenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Neumann, Schachmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halsensee.

Bezirksgruppe XVI,

Provinz Sachsen—Anhalt—Braunschweig.

Die diesjährige Versammlung soll am 31. Mai in Halberstadt abgehalten werden.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die Mitgliederversammlung in Pöfen.
 2. Die Gründung von Ortsgruppen. Bericht-erstatte Herr von Eichel-Streiber.
 3. Wichtige Fragen des Versicherungswesens. Bericht-erstatte: Herr Wildmeister Fiebig.
 4. Besprechung forstlicher und jagdlicher Tages-fragen, insbesondere Schäden durch die Dürre und die Möglichkeit ihrer Abschwächung.
 5. Wahl des Vertreters für die Hauptversammlung in Eisenach.
 6. Wünsche und Anträge aus der Versammlung.
- Zusammenkunft $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags im Restaurant Behrstedt am Fischmarkt. Am 1. Juni, früh 7 Uhr 26 Minuten, Abfahrt zu einer Waldfurction nach Langenstein (11 Min. Bahn-fahrt), auf dem Hoppelberg einfaches Frühstück in der Waldhalle. Rückfahrt $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Mit-glieder und alle Freunde unserer Bestrebungen sind freundlichst eingeladen. Anmeldungen an den Unterzeichneten bis zum 20. Mai erbeten.

Halle a. S., 2. Mai 1912.

Der Vorsitzende.

H. Poppe, Oberförster.

Kleine forstliche Lehrgänge des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands im Jahre 1912.

1. In Westpreußen.

Vom 24. bis 29. Juni in Deutsch-
Ehlan. Lehrer: Oberförster Grube-
Schönberg und Oberförster Scholz-Ponarien.
Beginn früh 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Lehrplan:

Montag, den 24. Juni:

Vorm.: Waldbau I (Betriebsarten, Umtriebs-zeit, Bestandesbegründung, Saatgut, Kamp-wirtschaft).

Nachm.: Waldbau II (Boden- und Bestandes-pflege).

Dienstag, den 25. Juni:

Ganztägige Exkursion in die Gräfl. von Finden-stein'sche Oberförsterei Schönberg (Durchforstungs-übungen in den verschiedensten Beständen; Aus-zeichnung von Samen- und Lichtschlägen; Kulturen; Kämpfe; Anlage von Moortwiesen).

Mittwoch, den 26. Juni:

Vorm.: Forstschuß I (Beschädigung des Waldes durch Naturkräfte, Unkräuter, Pilze, Säugetiere, Vögel und Insekten).

Nachm.: Forstschuß II (Beschädigung durch Menschen). (Ausgewählte Abschnitte aus dem Forst- und Jagdrecht.)

Donnerstag, den 27. Juni:

Vorm.: Forstbenutzung (technische Eigenschaften und Verwendung des Holzes, Gewinnung und

Verwertung desselben, Waldnebennutzungen, Bestimmung von Holzern nach Sammlung).

Nachm.: Exkursion (praktische Übungen im Ablängen und Aufmessen von Holz. Massen-ermittlungen stehender Bestände).

Freitag, den 28. Juni:

Vorm.: Holzmesskunde (Massen- und Ertrags-tafeln). (Ausarbeitung der Bestandesaufnahme vom Tage vorher.)

Nachm.: Ertragsaufforstung. Melioration von Moorflächen zu Wiesen und Weiden.

Sonabend, den 29. Juni:

Vorm.: Forstl. Buchführung. Besprechung von Fragen aus der Mitte der Teilnehmer.

Nachm.: Exkursion. Praktische Übungen im Vermessen und Nivellieren.

Anmeldungen sind bis spätestens 10. Juni d. J. zu richten an Herrn Oberförster Grube in Schönberg bei Sommerau (Westpreußen).

2. In Bayern.

Im September (Näheres bald in der „Deut-schen Forst-Zeitung“) in Ebern. Lehrer: Oberförster Dichtau-Burg Preppach und voraussichtlich noch ein zweiter Oberförster. Beginn früh 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Lehrplan:

1. Tag:

Vorm.: Waldbau (natürliche und künstliche Ver-jüngung; Bodenpflege; Bestandespflege; Durch-forstung; Saat- und Pflanzschulbetrieb; Pflanzen-ankauf).

Nachm.: Exkursion; Pflanzgartenbetrieb einschl. Vorführung zugehöriger Maschinen und Geräte.

2. Tag:

Vorm.: Kleine Vermessungen, Nivellieren, Ab-steden von Wegen.

Nachm.: Exkursion, praktische Anleitung zum Ver-messen und Nivellieren.

3. Tag:

Vorm.: 1. Betriebseinrichtung (Betriebswerk, Wirtschaftsplan, Verbuchung, Naturalrechnung, Geldrechnung, Karten). 2. Arbeiterversicherung.

Nachm.: Exkursion; Durchforstung von Laub- und Nadelholzbeständen.

4. Tag:

Vorm.: 1. Massenermittlungen stehender Be-stände (Kluppen, Höhenmessen). — 2. Forst-benutzung (Holzgewinnung und Sortierung, Messen, Seken, Nummerieren, Abgabeverfahren, Holztransport).

Nachm.: Exkursion; Übungen im Holzvermessen und in der Massenermittlung stehender Bestände.

5. Tag:

Vorm.: 1. Waldwirtschaft. — 2. Fischerei (Karpfen-teiche). — 3. Wildpflege.

Nachm.: Exkursion; Fischteichanlagen, Wiesenbau, verschiedene Wildfütterungsanlagen.

6. Tag:

Vorm.: Forstschuß (Grenzschiß, Diebstahl, Schuß gegen Tiere, Naturereignisse, Feuer).

Schluß: Vormittags 11 Uhr.

Anmeldungen sind bis spätestens 1. September d. Js. zu richten an Herrn Oberförster Dichtau, Burg Preppach (Bayern).

Änderungen in den Lehrplänen werden vorbehalten. Die Lehrgänge finden nur bei genügender Beteiligung statt.

Das Honorar (für Forstschußbeamte 10 M., für andere Teilnehmer 20 M.) ist vorher an die Kassenstelle des Vereins zu Neudamm, unter Angabe auf dem Postabschnitt, wozu der Betrag bestimmt ist, einzufenden.

Zu den Lehrgängen werden nur Vereinsmitglieder zugelassen.

Valenjee, den 7. April 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Betrifft Unterkunft

der in Templin ausgebildeten Forstschüler.

Am 15. Juni l. Js. werden nach Beendigung des Schuljahres 43 Jöglinge die Forstlehrlingschule Templin verlassen. Da eine große Anzahl von diesen noch keine Beschäftigung in Aussicht hat, wird im Interesse der Bestrebungen des Vereins an die Herren Waldbesitzer die bringende Bitte gerichtet, bei Besetzung entsprechender Stellen auf diese Schüler Rücksicht zu nehmen und ihnen Gelegenheit zur weiteren Ausbildung im praktischen Dienst zu gewähren.

Herr Oberförster Jacob, Templin (U.-M.), ist gerne bereit, jede gewünschte Auskunft über persönliche Verhältnisse und Leistungen der jungen Leute zu erteilen.

Templin, Ende März 1912.

Der Schulpfleger.

✱

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3832. **Benedikt Ritter von Pöschinger**, Großgrundbesitzer, auf Schloß Oberwieselsau, Post Zwickau, Bayr. Wald (S.-Gr. XIV.).
 3833. **Sapon**, Ludwig, Förster, Luisenborn b. Großtrichen i. Sches. (S.-Gr. VIII.).
 3834. **Kisschulze**, Friedrich, Jäger, 4. Komp. Jäger-Batl. 3, Lübben. (S.-Gr. IX.).
 3835. **Chafelon**, Brimlan, Forstleve, Ebenbergen b. Bagenhofen in Bayern. (S.-Gr. XIV.).

✱

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Jenzen, Ernst, Hilfsjäger, Sträßendorf b. Bergen a. Rügen.
Trant, Rupert, Forstgehilfe, Tüßling b. Mühldorf i. Oberbayern.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
 zu Halensee-Berlin, Karlshof Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Bezirksgruppe Dessau, Cöthen, Zerbst.

Zu der am 25. April d. Js. stattgefundenen Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe waren 39 Mitglieder erschienen, außerdem nahmen vier Kollegen der Bezirksgruppe Ballenstedt als Gäste teil. Der Vorsitzende eröffnete um 1/5 Uhr die Sitzung, begrüßte die Versammelten und dankte für das außerordentlich zahlreiche Erscheinen. Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung vorgelesen und genehmigt war, wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Als Beisitzer für die der Bezirksgruppe neu hinzugegetretenen Bezirksgruppe Zerbst wurden

die Förster Ketschau-Walternienburg, Mienäcker-Neudorf, Brehme-Grimme und Krause-Cobbelesdorf gewählt.

2. Da seitens der Bezirksgruppe Zerbst ein Delegierter zu viel aufgestellt, bittet Förster Ketschau, seine Wahl als solcher für ungültig zu erklären. Der Antrag wurde genehmigt.

3. Unter Verschiedenes wurden einige forstliche Tagesfragen erörtert, Vereins- und Standesangelegenheiten besprochen und Ansichten über die verschiedensten Fragen ausgetauscht, wie einheitlichen Bezug und dadurch billigere Lieferung der Uniformen usw. Schluß der Versammlung um 1/47 Uhr. Die nächste Versammlung findet voraussichtlich am 8. Juni d. Js. statt.

Der Vorstand. Bernhard Schnelle.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 383. — Die Obstbaumpflanzung am Forsthaus von Weier. 383. — Aus Graß-Vorbringen. 385. — Der Preussische Ganshahler verabschiedet. 388. — Vogelschutz von Eved. 388. — Forstschädliche Samenverteilung und ihre Hebung aus der Insektenwelt. 39. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. 398. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 398. — Forstlicher Lehrgang der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen. 394. — Fortbildungskursus des Vereins Mecklenburgischer Forstwirte. 394. — Prüfungen für Privatforstbeamte in Mecklenburg. 394. — Verein „Waldbild“ zu Neudamm. 394. — Gane mit auswechselbarem Mantel. 394. — Spiritusgewinnung aus Abfallgale. 395. — Waldbrände. 395. — Amtlicher Marktbericht. 398. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 396. — Brief- und Fragekasten. 397. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 398. — Nachrichten des „Waldbild“. 400. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 401. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 402. — Inserate.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amfliches Organ des Grandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldbild“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Angehöriger.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 5 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104) unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung 5 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 6 M., für das übrige Ausland 7 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 20.

Neudamm, den 19. Mai 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Bantau in der Oberförsterei Warlubien, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. Juli 1912 neu zu besetzen. Die Stelle liegt 5 km von Warlubien. Parität-Schule in Bantau 3 km, evangel. Kirche in Warlubien 5 km, luth. Kirche in Gr. Blochotchin 3 km. Dienstland: 4,341 ha Acker, 7,618 ha Wiese, Nutzungsgeld 59 M., Dienstaufwand 200 M., Stellenzulage 100 M. **Meldefrist 5. Juni.**

Försterstelle Waldkranz in der Oberförsterei Edstelle, Regierungsbezirk Posen, ist zum 1. August 1912 neu zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 1. Juni einzureichen.

Die Korbweide und Kanadapappel im Roergebiete.

Die verschiedenen Ansichten über Korbweidenbau und Kanadapapelnkultur geben mir Veranlassung, den Lesern in Kürze die Verhältnisse zu schildern, welche in meiner Heimat, dem schönen Roertale, ihre praktische Verwendung finden. Meine Ausführungen erstrecken sich auf das Gebiet der Roer, welche bei Roermond in Holland in die Maas mündet, oder speziell auf die Gegend von Jülich bis zur holländischen Grenze. Es bietet sich unsern Augen hier nichts als saftige Wiesen, mit Kanadapapeln bewachsen und großartige Korbweidenanlagen. Schon der vorherrschende Beruf der Bevölkerung, die große Mehrzahl sind Korb- und Holzschuhmacher,

läßt darauf schließen, daß die Korbweide und Kanadapappel hier in erheblichem Maße angebaut werden muß. Erstere hat sich sogar im Felde in etwas beängstigender Weise eingebürgert, ein Zeichen, daß sie sämtliche andere Getralien im Ertrage zurückdrängt. Die Grundbesitzer verpachten ihr unbequem gelegenes Land zu einem Jahreszins von 40 bis 50 M. pro preussischer Morgen (25,54 a) an Korbmacher und Unternehmer, gewöhnlich auf die Dauer von zehn bis zwölf Jahren. Da vielfach die Meinung herrscht, solche Anlagen würden bis 50 Jahre alt, möchte ich hier betonen, daß nach dem 15. Jahre eine einträgliche Rodenernte nicht mehr zu erwarten

ist. Durch den Rückgang in der Industrie sind in den beiden letzten Jahren die Preise der Weiden erheblich, oft sogar auf die Hälfte zurückgegangen. Wenn früher pro Morgen 200, oft sogar 300 *M* erzielt sind, wurden heute nur 100 bis 200 *M* gelöst. Diese Preise gelten für gute Anlagen im Alter von zwei bis acht Jahren oder für zweijähriges Holz. Die höchsten Preise werden allerdings für Pflanzholz erzielt. Kauft man solches in Gebunden, so zahlt man pro Rute, wenn solche durchschnittlich acht Stedlinge enthält, 1 *S*. Der Morgen liefert etwa 30 000 Stück brauchbarer Ruten. Es sind also immerhin durch die Storbweide hohe Erträge zu gewinnen, was deshalb von Bedeutung ist, als selbige sich fast für jeden Boden mit wenigen Ausnahmen eignet. Es ist dies der reine Torf- und reine Sandboden ohne Beimischung anderer für das Wachstum der Pflanzen nötigen Nährstoffe. Sollte bei Torfboden eine fußhohe Schicht guten Bodens, eine Sandschicht nicht ausgeschlossen, vorhanden sein, so wäre auch hier bei entsprechender Kultivierung von einer Anlage nicht abzuraten. Vor allem sagt ihr jedoch ein frischer, milder, humusreicher Lehmboden zu. Nach den vorhandenen Bodenverhältnissen muß man auch eine dementsprechende Sorte wählen. So nimmt man hier für sandigen Boden oder trockene Lagen die Knadweide (*Salix fragilis*) oder Dotterweide (*S. alba vitellina*). Für feuchte Böden nimmt man die gemeine Storbweide (*S. viminalis*), die Vorbeerweide (*S. pentandra*) oder die Mandelweide (*S. amygdalina*), die drei letzten Arten werden öfter zum Schalen verwendet und liefern die weiße Ware. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß vorstehende Sorten infolge langjährigen Anbaues meist nur noch in den verschiedensten Abarten vorhanden sind. Wenn nun einige Arten auch einen hohen Grad von Feuchtigkeit ertragen, so sagt ihnen andauernde Nässe doch auf keinen Fall zu. Man achte deshalb auf den Grundwasserstand, selbiger soll im Sommer auf mindestens 30 cm sinken. Periodische Überschwemmungen schaden der Anlage durchaus nicht, sondern können sogar wegen des mitführenden Schluffs günstig wirken.

Ich gehe nun zur Bodenbearbeitung über und schide den Grundsatz voraus: Geld und Mühe dürfen dabei nicht gespart werden. Die billigsten Kulturen werden in der Regel die teuersten, weil damit meistens nur ungenügende Erfolge erzielt werden. Von der Kultivierung des Bodens hängt darum auch meistens das Wohl und Wehe der ganzen Anlage ab. Das ganze Terrain wird mit dem Spaten auf eine Tiefe von 50 cm rigolt. Es soll einerseits dem Stedling dadurch die Möglichkeit gegeben werden, in dem gelockerten Boden rasch und leicht Wurzeln zu werfen und zweitens will man durch die

angegebene Tiefe eine rasche Verunkrautung des Bodens verhindern, weil dabei immerhin eine fast fußhohe Schicht toten Bodens an die Oberfläche gefördert wird. Der Stedling kommt dabei mit seinem untern Ende immer noch in gutem Mutterboden zu stehen und werben seine Wurzeln ihn im zweiten Jahre schon vollständig durchziehen. Mittlerweile ist dann auch die tote obere Bodenschicht durch atmosphärische Einflüsse und Vermischung mit den abgefallenen Blättern zu gutem Boden aufgebeßert. Bei zu tiefem Umroden würde allerdings der Stedling in dem gänzlich toten Boden nicht die aufgelösten Nährstoffe zu seiner Entwicklung finden und nur kümmerlich vorankommen. Bei ziemlich hohem Grundwasserstand wird man flacher, auf etwa 40 cm Tiefe roden müssen, da sonst der gute Mutterboden versauern und vertorfen würde. Die Art des Rigolens ist bekannt und kann einer weiteren Erklärung entbehren. Da die Arbeit sich im Tagelohn enorm teurer stellt, so schreitet man fast ausschließlich zur Akkordarbeit, wobei jedoch eine scharfe Überwachung nötig ist. Man zahlt hier für den Morgen 85 bis 90 *M*, wobei der Arbeiter einen Winter-Tagesverdienst von etwa 3 *M* hat. Billiger stellt sich die Arbeit, wenn die obere Schicht mit dem Balancierpflug abgeschält und die untere Schicht durch Arbeiter mit dem Spaten aufgeworfen wird. Es sind dazu immer 15 bis 20 Mann und vier Pferde erforderlich, damit die Arbeit gut vorstatten geht. Die Kosten belaufen sich dabei nur auf etwa 65 *M*, obwohl ich die Güte dieser Arbeit dem gewöhnlichen Rigolen gleichstellen möchte. Die Ausführung mit dem Dampfpflug möchte ich nur dann empfehlen, wenn gründliche Nacharbeiten erfolgen. Das Land wird dabei in zu großen Schollen umgeworfen. In allen Fällen führe man die Arbeit im Herbst aus, damit eine Durchfrierung und Perçung des Bodens stattfinden kann. Ende Februar soll sie mindestens beendet sein.

Mit der Bodenbearbeitung geht auch gewöhnlich, und zwar nur im Felde, eine Düngung mit Stallmist Hand in Hand. Viel günstiger wird sich jedoch der Anbau einer Leguminosenpflanze, Alee, Lupinen oder dergleichen gestalten. Ein guter Rasen hält den Boden locker und mürbe und ist für die Ausdauer der Kultur von hohem Werte. Bei hohem Grundwasserstand tut man gut, den Wasserspiegel durch ein zweckmäßig angelegtes Grabennetz zu senken. Man muß dann aber auch unter die Böschung eine Reihe Stedlinge setzen, teils wegen der Rentabilität und noch mehr, um dadurch einen Schluß zu erhalten, welcher schlanke Ruten mit wenig Seitenästen hervorbringt. Auch gibt man dadurch der Böschung mehr Halt und schützt sie vor Abfrieren.

Vor der Pflanzung muß das Land noch geebnet werden. Nach guter Durchfrierung läßt sich dies leicht durch Arbeiter machen. Gepanniere verwende man nur ausnahmsweise dazu, da in den Fußspuren keine Stedlinge einzubringen sind.

Man kann nun Ende März mit dem Pflanzen beginnen. Dazu verwende man nur gutes Pflanzholz. Gewöhnlich nimmt man zweijährige Weiden. Ende Februar werden die besten Ruten aus den Kulturen geschnitten und in entsprechenden Gebunden zur Pflanzstelle transportiert. Sollte Wasser in der Nähe sein, so werden sie dort bei Möglichkeit einige Zentimeter tief eingeseht. Andernfalls werden sie auf dem rigollen Grundstück zusammengestellt und etwas Erde darum geworfen, zum Schutze gegen auslagernde Winde.

Das Hauen der Stedlinge wird gleichzeitig mit dem Pflanzen durch erfahrene Arbeiter ausgeführt. Ist das Pflanzholz schön und der Boden nicht zu steif, so kann man mit fünf Hauern und acht Pflanzern täglich einen Morgen bepflanzen. Den Stedlingen gebe man eine Länge von 20 bis 30 cm, den dünnern bei gut geschlossenem Boden nie mehr wie 20 cm, damit sie beim Einstechen nicht kniden. Sie werden mit einer äußerst scharfen Spitze gehauen. Ein Schneiden mit der Pflanzenschere hält zu lange auf. Sie werden nun so hingelegt, daß die Augen sämtlich eine Richtung zeigen. Es ist noch zu beobachten, daß man von jeder Pflanzweide zunächst unten ein Stückchen abhaut, weil selbiges vom Schneiden auf dem Stod gesplissen oder auch oft vertrocknet ist. Nur dem frischen Ende des Stedlings ist es möglich, gut zu überwallen und aus dem Callus seine Wurzeln in die Tiefe zu senden. Der Stedling entwickelt auch in seiner ganzen Länge Seitenwurzeln, welche besonders kurz unter der Erdoberfläche so bedeutungsvoll für das Wachstum der Pflanze sind. Es sei darum an dieser Stelle noch besonders darauf hingewiesen, daß das Behalten der Kulturen möglichst flach geschehen soll.

Das Pflanzen wird hier größtenteils durch Frauen ausgeführt. Von diesen führt jede einen Korb zum Transportieren der Stedlinge mit sich. Jede Person bekommt eine Reihe angewiesen, welche durch eine Leine angezeigt ist. An der rechten Hand haben sie zur Schonung derselben ein passendes Leder. Mit der linken führen sie den Korb mit. Sind die Stedlinge mit der Hand möglichst tief eingedrückt, so trete man mit dem Fuße leicht nach. Man gebe den Stedlingen dabei eine schräge Stellung. Die obere Erdmasse kann dann eher einen Druck auf das Pflanzholz ausüben, was sie im Sommer vor dem Vertrocknen schützen wird. Zudem knickt der Stedling dann nicht so schnell, weil er zu der aufgehobenen Fußspitze im rechten Winkel steht.

Bei dieser Arbeit ist eine scharfe Überwachung nötig, damit die Stedlinge richtig eingesteckt werden. Durch Unaufmerksamkeit werden oft ganze Reihen verkehrt eingesteckt.

Es sei weiter besonders auf den Abstand der Stedlinge voneinander hingewiesen. Ich habe in dieser Beziehung oft unvernünftige Angaben in Fachschriften wahrgenommen. Als Normalabstand gilt hier 40 cm der Reihen und 10 cm in den Reihen. Durch den engen Verband zwingt man die Weide, schlanke Ruten zu treiben und verhütet bei guter Sorte das Verästeln. Durch die Beschattung des Bodens wird das Unkraut erstickt, was bei weiterem Stand nie möglich wäre. Daß eine weitere Pflanzung von Nachteil ist, kann man oft auf den Korbweidenverkäufen bemerken. Die Korbmacher wissen ganz gut, wo eine Reihe zu wenig gepflanzt ist und richten danach schon ihr Angebot ein. Der Morgen erfordert etwa 65 000 Stedlinge.

Man achte nun darauf, die Anlage in den ersten Wochen zu schonen. Die jungen Triebe brechen leicht ab, weshalb man das Betreten der Kultur auch mit Hunden womöglich vermeiden soll. Im Juni oder Juli, je nach Bodenverhältnissen, hat man nun ein leichtes Behalten derselben vorzunehmen. Überhaupt sehe man darauf, die Anlage im ersten Sommer rein zu halten. Sommerpflanzen, Federich, Kamille und dergleichen ziehe man zeitig vor Samenentwicklung aus; man hat dann für später viele Mühe gespart.

In der Zeit von Dezember bis März hat man nun das Schneiden der Korbweiden vorzunehmen und soll dies im ersten Jahre, wenn möglich nach Frost, geschehen, damit die zarten Wurzeln nicht leiden. Bei Schnee darf nicht geschnitten werden, da die Ruten dicht über der Erde getrennt werden müssen. Der Stummel soll nur zwei, höchstens drei Ruten hervorbringen, die sich dann auch kräftig entwickeln können. Die Arbeit wird mit der sogenannten Weidenhippe ausgeführt. Während man im ersten Jahre den Schnitt durch zuverlässige Arbeiter selbst ausführen läßt, veräußert man die Korbweiden in den anderen Jahren parzellenweise auf dem Stod. Es geschieht dies hier durch öffentlichen Verkauf im Wege des Meistgebotes. Das Schneiden eines Morgens nimmt so ungefähr sechs bis acht Tage in Anspruch, mit Binden und Austragen. Gleichzeitig mit dem ersten Schnitt führt man das Nachbessern der Kultur aus und nimmt dazu die eben abgeschrittenen Schosse von etwa 1 m Länge und steckt sie an den Fehlstellen 20 cm tief ein. Würde man nur Stedlinge einstecken, so würden sie bei dem kräftigen Wuchs der andern Weiden nicht durchkommen. Man nimmt nun auch jedes Jahr Ende April oder Anfang Mai ein Behalten der Anlage vor, zur Lockerung des Bodens und Vertilgung des Unkrauts. Eine gleichzeitige

Düngung mit Kunstdünger, z. B. mit Thomasmehl und Kainit, ist hier ohne merklliche Wirkung geblieben, hat in älteren Kulturen oft noch Schaden angerichtet, indem es den Grasswuchs zu sehr begünstigte und dadurch dem Gedeihen der Korbweide hinderlich war. Chilisalpeter macht die Ruten spröde und zum Bearbeiten untauglich. Läßt nach acht bis zehn Jahren das Wachstum der Korbweiden nach, so läßt man die Kultur überjährlig stehen und hat dann zwei-jährige Weiden, welche auch stets gesucht sind.

In manchen Jahren, so auch im Jahre 1910 werden die Korbweiden stark vom Ungeziefer befallen. Da ist es vor allem der Korbweidenblattkäfer (*Chrysomela vulgarissima*). Er benagt die Knospen, Blätter und Rinde junger Triebe. Ein weiteres schädliches Insekt ist die Weidenrutengallmücke (*Cecidomya salicis*). Sie sticht die Ruten an und verursacht Anschwellung und Knickung derselben, wodurch selbige oft unbrauchbar werden. Es gibt noch eine große Reihe anderer Schädlinge. Ich sammelte im Sommer 1911 auf einer kleineren Parzelle 18 Arten, welche dort ihr Unwesen trieben. Von einer Bekämpfung derselben ist man hier abgekommen, weil damit nichts zu erreichen war als Ärger über weggeworfenes Geld. Man versuchte es auch mit dem sogenannten Käsekarren, mit dem man die Reihen durchfuhr. Die Ruten wurden dabei von zwei Bürsten abgestreift und die Käse fielen teilweise in einen mit Petroleum und Wasser gefüllten Kasten. Jedoch war ein guter Erfolg nicht zu sehen und man überläßt es heute wohlweislich der Natur, sich in dieser Sache selbst zu helfen.

Ist von der Anlage ein entsprechender Bodenzins nicht mehr zu erwarten, so wird man sich mit der Neukultivierung der Fläche befassen müssen. Von einer neuen Korbweidenkultur ist abzuraten und sind hier Versuche in dieser Hinsicht auch auf gutem Boden gänzlich mißraten. Dazu muß der Boden wenigstens vier bis fünf Jahre anderweitig als Wiese oder Land benützt werden. Man hackt dann die Stöcke mit einer scharfen Hacke aus, entfernt oder verbrennt sie. Diese Arbeit kostet hier durchschnittlich 20 M pro Morgen. Die Fläche wird dann gut geeggt, mit Gras besät und man hat dann gleich eine gute Wiese. Sind jedoch die Bodenverhältnisse dazu geeignet, so pflügt man das Land mit einem kräftigen Pfluge um und hat ein gutes Ackerland. Getreide kommt darauf bei eben gutem Boden gerne zum Lagern. Man verwendet das Land deshalb meistens im ersten Jahre zum Futterbau und sät Hafer mit Saubohnen, Erbsen oder dergleichen, welche dann als Grünfutter abgemäht werden.

Aber auch dem Waldbau wird manche Fläche zugeführt, und da ist es besonders die Eiche, welche auf feuchtem Boden in dieser Hinsicht

vielfache Verwendung findet. Jedoch sind auch andere Holzarten zu gebrauchen. Die Stöcke braucht man dann nicht auszuroden. Man muß jedoch starke Pflanzen von 80 bis 100 cm nehmen und kann sie in weitem Verbanne von 2 m bis 2,5 m einpflanzen. Mit Hilfe der Weiden lassen dieselben sich gut hochziehen. Die Kultur wird man aber stets im Auge behalten und drückendes Material entfernen müssen. Nach zwölf bis fünfzehn Jahren kann man die Weiden dann abhauen und erzielt noch für später ein gutes Bodenschuttholz. Die Weiden lassen sich hier als Faschinenholz vorzüglich verwenden, sind jedoch auch als Brennholz zu gebrauchen.

Ich möchte mich jedoch nicht von der Korbweide trennen, ehe ich eine letzte einträgliche Kultur beschrieben hätte, ihre Vermischung mit der Kanadapappel. Diese ist in allen Fällen da anzuwenden, wo man den Boden später zu Weidenweidengebrauchen kann. Gleich bei der Anlage der Korbweiden setzt man die jungen Stedlinge der Pappel bei einem Abstand von 6 m ein. In den ersten Jahren achtet man darauf, daß sie durchkommen und ersetzt etwa zurückgebliebene. Später hilft man ihnen durch Aufstutzung etwas nach, dadurch wird die Korbweide auch nicht zu stark beschattet. Ist von letzterer kein Ertrag mehr zu erwarten, so rodet man die Stöcke aus und bildet die Fläche in der vorher angegebenen Weise zu Wiese um. Solange die Pappeln keine grobe Borke haben, wird man das Gras mähen müssen, da glattrindige Bäume vom Vieh, besonders von Pferden, gern geschält werden. Umdernfalls wird man die Bäume mit 2 m hohen Schutzhüllen versehen müssen.

Auch die Aufzucht von jungen Kanadapappeln, welche man sonstwie verwenden kann, findet hier öfters in den Korbweidenkulturen statt. Man pflanzt die Stedlinge dann auf 3 m Abstand und pflanzt die überzähligen nach fünf bis sechs Jahren aus.

Es bleibt mir nun noch übrig, über die sonstige Kultur und Verwendung der Pappel, und zwar der echten *Populus canadensis*, einige Worte zu äußern. Unbeachteterweise hatte sich seinerzeit hier die Schwarzpappel (*P. nigra*) eingeschlichen. Sie ist von der kanadischen Pappel nur schlecht zu unterscheiden. Die Blätter der nigra sind am Grunde abgeschnitten oder teilig, am Rande gesägt. Narbe ist dreieckig und Fruchtknoten zweinählig. Geringegen sind die Blätter der canadensis am Grunde gestutzt oder etwas herzförmig, Rand weichhaarig und am Grunde nicht gesägt. Die Narbe ist nierenförmig, zweilappig und der Fruchtknoten drei- bis viernählig. Im Wuchs ist *P. nigra* bis zum zehnten Jahre voraus, bleibt dann aber weit zurück und hat mit 35 Jahren nur kaum die halbe Holzmasse einer gleichalterigen *P. canadensis* aufzuweisen. Ich

gehe wohl nicht zu weit, wenn ich die Kanadapappel als den größten Holzproduzenten unseres Vaterlandes hinstelle. Die feuchten Flussniederungen sichern ihr ein erstaunliches Fortkommen.

So brachte 1910 ein Verkauf von 25 Stück 38 jähriger Pappeln in Kurich einen Ertrag von 1672 \mathcal{M} . Die Bäume hatten eine Stärke von 2 bis $4\frac{1}{2}$ fm. Der stärkste wurde mit 131 \mathcal{M} bezahlt. Einen höheren Erlös brachte am 28. November 1910 ein Verkauf in Barmen. 30 Bäume brachten die Summe von nahezu 2400 \mathcal{M} ein. Es waren allerdings stärkere Stämme von einem ungefähren Alter von 40 bis 45 Jahren. Ein Baum wurde mit 270 \mathcal{M} bezahlt. Auf mittlerer Bodenkasse weist ein Hektar 40 jähriger Pappelbestand eine Holzmasse von 400 bis 500 fm mit einem Werte von 6 bis 10 000 \mathcal{M} auf. Dabei hat die Anlage einen Kulturaufwand von höchstens 300 \mathcal{M} erfordert (1 ha erfordert bei 6 m Abstand 280 junge Kanadapappeln, vier bis sechs Jahre alt, welche man hier für 40 \mathcal{S} pro Stück kauft). Dazu kommen dann aber noch die Nebenerträge aus Wiese oder dergleichen und steigen dadurch die Erträge noch um ein Bedeutendes.

Gleichzeitig möchte ich die Ausnutzung der umliegenden Gemeindeviehweiden kurz schildern. Die Gemeinden besitzen hier Viehweiden bis zu 500 Morgen. Die Einwohner treiben ihr Vieh gegen Vergütung von 3 \mathcal{M} an die Gemeindekasse pro Stück und Jahr und gemeinschaftliche Bezahlung des Hirten auf dieselben. Aber auch ein anderes Recht steht vielerorts den Anwohnern zu. Bis heute durfte sich jeder hier Kanadapappeln ohne Beschränkung pflanzen. Es sind Personen, welche über 600 Stück hier stehen haben. Sie zahlen dafür einen Zins für Bäume mit einem Brusthöhen-Durchmesser: bis $\frac{1}{2}$ Fuß 5 \mathcal{S} , von $\frac{1}{2}$ bis 1 Fuß 10 \mathcal{S} , von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Fuß 20 \mathcal{S} , von $1\frac{1}{2}$ bis 2 Fuß 30 \mathcal{S} , über 2 Fuß 60 \mathcal{S} .

Alle drei Jahre werden die Bäume neu aufgenommen. Jeder Besitzer hat seine Hausnummer mit schwarzer Ölfarbe aufgetragen. Wo jemand ein freies Plätzchen fand oder wo ein anderer Baum gefällt worden war, da war schnell die Lücke wieder ausgefüllt. Da doch vielfach Unzulänglichkeiten vorliefen, hat man beschlossen, im Jahre 1912 ein Regulativ zu schaffen, wonach jeder nur eine bestimmte Anzahl Bäume pflanzen darf. Die Vergütung wird sich auch wohl erhöhen. Eine kleine Berechnung möge aber zeigen, was hier die Kanadapappel im Durchschnitt der Jahre pro Morgen einbringt. Die fünf erwähnten Stärklassen nehme ich für fünf gleiche Altersklassen an. Das würde durchschnittlich 0,25 \mathcal{M} im Jahre ausmachen. Stehen pro Morgen 70 Stämme, wie hier stets, so ergibt sich eine durchschnittliche Einnahme pro Jahr und Morgen $70 \times 0,25 \mathcal{M} = 17,5 \mathcal{M}$. Es sei aber darauf hingewiesen,

daß die Vergütung in keinem Verhältnis zur Nutzwertzunahme der Pappel steht, sondern lediglich ein Recht zum Vorteil der Ortseinwohner ist.

Die Anzucht der jungen Pappelbäumchen geschieht hier durch Stecklinge. Wenn solche vorhanden, nimmt man dazu die ein- oder zweijährigen 0,5 m bis 1,5 m langen Schosse (Wasserreiser) aufgesteuerter Pappeln. In den Handelsbaumschulen werden dieselben gewöhnlich wie Korbweiden in 30 cm lange Stecklinge gehauen und dann eingesteckt. Auch hier wurden damit schon Versuche gemacht, welche aber als nicht zweckmäßig wieder aufgegeben wurden. Es gehen dabei zu viele ein, der erste Trieb wächst zu schräg in die Höhe, man erzielt eine schlechtere Wurzelbildung und auch die Gesundheit der aus ihnen gezogenen Pflänzlinge steht manchmal gegen die andern zurück. Man pflanzt deshalb hier die ganzen Reiser. Auch die Spitzen größerer Bäume eignen sich zum Pflanzen und behaupten die Holzschuster, daß sie ein mildes, gut zu bearbeitendes Holz liefern. Die Stodausschläge gefällter Pappeln sind jedoch nicht zu gebrauchen. Sie geben nur schlecht wachsende Bäume mit zähem Holz.

Die Stecklinge werden auf gut rigoltem Boden in einer Reihe von 75 cm bis 1 m etwa 30 cm tief verschult. Hier bleiben sie vier bis sechs Jahre stehen, ohne verpflanzt zu werden. Man hat sie während dieser Zeit von Unkraut reinzuhalten und etwaige doppelte Höhentriebe zu entfernen. Sie haben dann eine Höhe von 4 bis 6 m erreicht. Daß man diese nun auspflanzen soll, wird manchem wohl unbegreiflich scheinen, da es zu den waldbaulichen Normen unserer anderer Laubhölzer nicht paßt. Interessanter ist es aber noch, wenn ich mitteilen muß, daß hier die Bauern meistens solche Bäumchen, welche schon 6 bis 8 cm Durchmesser haben, am Wurzelhals abhauen, die Äste auf 10 cm einstutzen und dann pflanzen. Sie machen auf der Wiese ein Loch von Spatenbreite, stoßen mit einem Eisen vor und zwingen sie dann $\frac{1}{2}$ m tief hinein. Ich glaube nun, daß hier die Bequemlichkeit mitspricht, ich kann keinen weiteren Vorteil darin erblicken. Wenn ich auch auf frischem Boden keinen Nachteil nachweisen kann, so gehen doch auf trockenem manche ein. Vielfach werden auch hier, was ich jedoch nicht verwerfen kann, die gleichstarken Spitzen gefällter Kanadapappeln auf diese Weise gepflanzt. Sie müssen allerdings von wüchsigen, nicht zu alten Bäumen stammen. Sollten hiervon auch einige eingehen, so bessert man im nächsten Jahre nach; man hat aber für die übrigen die Zeit der Erziehung gespart. Regel wird es jedoch bleiben, wenn man die Bäumchen mit ziemlich großen Ballen aushebt und in entsprechend weiten Löchern einpflanzt.

Man gibt ihnen in freien Lagen eine Stellung gegen die Windrichtung und versieht, wenn möglich, jede mit einem Pfahl. Andernfalls wird man sie nach heftigen Stürmen wieder einrichten müssen.

Da die Kanadapappel nicht in dem Schluß erzogen wird, wie unsere anderen Waldbäume, so fällt uns nun noch die Aufgabe zu, sie von Zeit zu Zeit aufzuastien, um möglichst astreine Stämme zu erzielen. Obwohl sie die Astung gut erträgt, muß ich doch den Grundsatz auf-führen: Ost und nicht zuviel. Alle drei bis vier Jahre muß sie wiederholt werden und müssen besonders die Wasserreiser stets sauber weggeputzt sein. Die lebensfähige Krone soll in den ersten zwanzig Jahren die Hälfte der Baumlänge betragen, darf aber später auf ein Drittel sinken. Die Äste sind glatt abzuschneiden und die Wundstellen mit Teer zu bestreichen.

Von tierischen Schädlingen der Pappel ist hier der Weidenbohrer (*Cossus ligniperda*) auf-zuführen. Er bohrt seine Gänge vom Boden bis zur Spitze des Baumes, was für Verarbeiter desselben oft von Nachteil ist. Gegenmaßregeln werden hier nicht ausgeführt.

Von größerem Schaden ist jedoch ein anderer technischer Fehler des Holzes, die Ringschäle. Sie besteht darin, daß einige Jahresringe in ihrem vollen oder teilweisen Umfang sich voneinander lösen. In welchem Maße dies geschieht, ist sehr verschieden. Die meisten haben nur einen, oft nur einen halben Ring. Manche haben auch mehrere Ringe und gehen dieselben hoch, oft bis zur Spitze hinauf. Sie verlaufen nicht stets mit einem Jahresring, sondern springen oft in einen andern über. Ausnahmungsweise kommt es oft vor, daß selbst die Äste nicht verschont bleiben. So habe ich schon gesehen, daß Bäume von etwa 2 m Inhalt so davon beschädigt waren, daß sie nur zu Brennholz zu gebrauchen waren. Der Fehler tritt schon an jungen, 15 jährigen Bäumen auf. Das Splintholz ist meistens gesund. Über die Ursache der Ringschäle kann ich heute noch nichts genaues mitteilen, obwohl ich schon lange darüber geforscht habe. Pilzschaden scheint völlig aus-geschlossen, da an den äußeren zehn Jahres-ringen nichts zu merken ist. Daß Standort-verhältnisse die Schuld tragen, wie vielfach behauptet wird, möchte ich sehr bezweifeln. Es sind z. B. hier zwei anschließende Gemeinde-viehweiden, wo auf jeder Tausende Bäume stehen. Sie werden nur durch die Moer getrennt. Bodenverhältnisse sind nahezu gleich. Auf der

einen kann man 75 % als mit Ringschäle behaftet ansprechen, während auf der andern höchstens 10 % damit geschädigt sind, und auch diese nur wenig. Man findet oft mitten in einer Gruppe gesunder Stämme nur einen fehlerhaften, und so auch umgekehrt. Die Ankäufer wissen wohl meistens, wo solche Stellen sind und wird an denen, besonders von Holzhändlern und Sägewerks-besitzern, nur mit Vorsicht gekauft. Auch wird vielfach angenommen, daß der Keim der Krankheit schon im Stedling festgelegt wäre. Wenn ich auch davor warnen möchte, solche von krankhafter Bäumen zu pflanzen, so kann ich doch der Ansicht nicht zustimmen. Vielleicht könnten Spätkröße dazu beitragen, da in der Kanadapappel der Saft zeitig zu steigen beginnt. Meine Ansicht ist es, daß ein bis heute wohl kaum festgestellter Vorgang in den Wachstumsverhältnissen den Fehler ver-ursacht. Nur auf Grund langjähriger Ermitt-lungen wird es möglich sein, hier Aufklärung zu schaffen.

Der Verlauf der Pappeln findet hier stets stehend statt zum Selbsthieb durch den Käufer. Die Verwendung derselben ist heute eine viel-seitige. Die stärkeren Bäume mit einem Brust-höhen-Durchmesser von 45 cm an werden haupt-sächlich von Holzhändlern gekauft. Sie werden dann zu Brettern verschnitten, welche heute in jeder Tischlerei und Schreinerei gebraucht werden. Auch die Streichholzfabriken kaufen große Quanten auf. Dünnere Bäume werden hier von den Holzschuhmachern angekauft. Diese fällen die-selben und schneiden sie in Stücke von 48 bis 52 Zoll Länge. Jedes Stück ergibt dann wieder vier Rollen. Aus den passend gespaltenen Rollen werden nun die Holzschuhe geformt, deren ein-fleißiger Holzschuster täglich zehn Paar macht. Ein Festmeter Holz ergibt 75 bis 90 Paar Holz-schuhe.

Meine Ausführungen werden manchem wohl bekannt sein. Es lag nicht in der Möglichkeit, mit wissenschaftlichen Erörterungen zu dienen. Ich habe nur darzulegen versucht, was hier in großem Umfange zur Verwirklichung kommt. Es geschah im Interesse des Gemeinwohles und mögen viele ihren Nutzen daraus ziehen. Möge der Kanadapappel für die Folge auch im deutschen Walde an geeigneten Standorten ein Plätzchen eingeräumt werden, der Nutzen wird für den Anpflanzenden nicht ausbleiben.

Rurich b. Baal, Rhld.

Bernhard Wassenberg.



Beobachtungen im Kiefernrevier unter besonderer Berücksichtigung des Dürrejahres 1911.

Glücklicherweise sind derartige Witterungsverhältnisse, wie sie uns das Jahr 1911 brachte, äußerst selten, denn sogar die bekannten „ältesten Leute“ können sich nicht erinnern, jemals erlebt zu haben, daß hektargroße Flächen jüngeren Kiefernbestandes infolge Dürre total vertrocknet sind.

Am wenigsten widerstandsfähig gegen die monatelang ununterbrochen anhaltende Hitze welle zeigten sich vier- bis achtjährige Kiefernkulturen; aber auch bei Pflanzen bis zum Alter von zwölf Jahren und darüber konnte man noch die Wirkung dieser exorbitanten Dürre spüren.

Die jüngsten Kulturen, bis zum Alter von drei Jahren, haben sich fast durchweg gehalten. Allerdings macht sich der schädliche Einfluß der Dürre bei den Nachbesserungen mit ein- und zweijährigen Kiefern vom vorigen Jahre — wenn auch nicht in so schroffem Maße — bemerkbar, namentlich da, wo die Nachbesserungen erst in vorgeschrittener Jahreszeit vorgenommen worden waren.

Eine Erklärung dafür, daß die jüngsten Jahrgänge wenig oder gar nicht gelitten haben, ist wohl die, daß ein- bis dreijährige Kiefern recht geringe Ansprüche an Feuchtigkeit stellen; ihnen haben die vereinzelt eingetretenen, ganz minimalen Niederschläge in dieser Dürreperiode — die bei älteren Pflanzen ganz wirkungslos blieben — genügt. Auch meine ich, daß die Abkühlung der Nacht, mit ihrer geringen Absonderung von Tau, diesen bedürfnislosen Jungwüchsen zum Vegetieren genügt haben mag.

Die Saaten von 1911, wenigstens die späteren, im letzten Drittel des April bis in den Mai hinein angelegten, haben fast vollständig verlagert. Dagegen sind die Frühsaaten, die im ersten Drittel des April fertiggestellt wurden, noch über Erwarten gut gelungen. — Es ist ja erwiesen, daß auch vom Kiefern samen ein gar nicht mal geringer Prozentsatz überliegt, und es steht zu erwarten, daß sich in diesem Jahre diese Eigenschaft bis zu einem gewissen Grade zugunsten der Kulturen bemerkbar machen wird, — im großen und ganzen werden wir aber mit einem Mißerfolg zu rechnen haben, denn die Dürre trat in der Hauptsache gerade in dem Augenblick ein, als der Samen im Keimen begriffen war, und die natürliche Folge wird sein, daß die Keime vertrocknet sind und der Same dadurch wertlos geworden ist.

Nun drängt sich in Betracht der Folgen, welche diese Kalamität gezeitigt hat, die Frage auf: Kann irgend etwas geschehen, um diesem Uebelstand in Zukunft wirksam entgegenzutreten?

Da es sich gezeigt hat, daß jüngere Kulturen bis zum Alter von drei Jahren wenig oder gar nicht gelitten haben, so kann die Frage der Bodenlockerung kaum in Betracht gezogen werden, denn sowohl bei gegrabenen Flächen, als auch bei Pflug- und Hackstreifen, bei welchen drei Arten der Bodenbearbeitung die Lockerung, was ihre Tiefe anbetrifft, doch recht verschieden ist, hat sich ein Unterschied nicht gezeigt. Die Wirkung

der Hitze machte sich erst in späteren Jahren bemerkbar, also in einem Alter, in welchem die Pflanze größere Ansprüche an atmosphärische Niederschläge und Bodensäfte stellt.

Wieder vom achten Jahre an zeigen sich die geschlossenen Kiefernbeständen widerstandsfähig gegen die Dürre. Die Erklärung hierfür liegt auf der Hand, und ist in dem Schluß der einzelnen Pflanzen zueinander begründet. Dieser Schluß tritt unter normalen Verhältnissen bei der üblichen, in der Hauptsache wohl durchweg angewendeten Kulturmethode (40 cm Pflanzenabstand voneinander, die Reihen 1,20 m voneinander entfernt) in diesem Alter ein, und bietet gegen die Ausagerung des Bodens durch Sonnenstrahlen den besten natürlichen Schutz.

Da es als erwiesen angenommen werden kann, daß die Dürre ein- bis dreijährige Kiefern, die diesen Bodenschutz vollständig entbehren, nicht zum Schaden gereicht, von da ab, bis zum achten Jahre aber äußerst nachteilig wirkt, so wäre ein Versuch, die Pflanzen in dieser gefährdeten Altersperiode zu schützen, gewiß sehr zweckmäßig.

Einen Erfolg in dieser Beziehung dürfte wohl am besten die Schaffung einer künstlichen Bodenbedeckung versprechen.

Als Material zu dieser Bedeckung würde sich eignen: Getreideispren, Kartoffelstreu, Lupinenstengel, Rinde, Reisig und dergleichen mehr.

Ob sich dieses Verfahren auf größeren Flächen oblandereien, die jedes Bodenschutzes entbehren und daher eine sehr starke Bedeckung haben müßten, der bedeutenden Kosten wegen, die schon durch Anfuhr der Bedeckungsmittel entstehen, als zweckmäßig erweisen würde, lasse ich dahingestellt, ebenso, ob der Erfolg im Einklang mit den aufgewendeten, recht erheblichen Geldopfern stehen wird.

Wenn es sich dagegen um Aufforstung der in einer geregelten Forstwirtschaft alljährlich wiederkehrenden Schlagflächen handelt, liegt die Sache anders.

Für solche Verhältnisse z. B., wie sie hier in Oberförsterei Christianstadt vorherrschen, wo mit wenig Ausnahmen auf Kiefern sandboden IV. und V. Klasse neben Moos- und Beerenkräutern dichtes hohes Heidekraut wuchert, würde es sich vielleicht als zweckmäßig erweisen, die in Frage kommenden Schlagflächen von der Streunutzung auszuschließen. Ferner müssen die Holzhauer angewiesen werden, die Zweigspitzen des anfallenden Reisigs im Schlage liegen zu lassen, und endlich dürfte die vom Gruben- und Bauholz gewonnene Rinde dem Käufer nicht zugesprochen werden. Im Spätherbst des auf den Hieb folgenden Jahres wäre dann mit der Bodenarbeit zu beginnen, und werden, wenn die Verjüngung auf Saat- oder Pflanzstreifen vor sich gehen soll, diese Streifen am besten mit dem Schälpsflug hergestellt. Bedingung ist, daß der Pflug zu beiden Seiten des Schares mit Kalkschneiden versehen sein muß. Auch ist es nötig, ihn so tief zu stellen, daß von den

zu bearbeitenden Streifen der Rohhumus entfernt wird, weil der in dieser Bodenschicht eingebrachte Same fast nie zum Auflaufen kommt.

Die Arbeit des Schälpsfluges müßte durch zwei Arbeiter unterstützt werden, welche darauf zu halten haben, daß die durch den Pflug abgehobenen Beer- und Heidekrautpalten zu beiden Seiten des Streifens fest niedergedrückt werden. Wo hier der Pflug versagt, müssen die Leute mit breiten Hacken nachhelfen; keinesfalls darf ein Zurückschneilen der Balken auf die Streifen geduldet werden.

Durch diese Maßregel wird erreicht, daß zu beiden Seiten des Streifens gewissermaßen ein Wall errichtet wird, welcher diesen Streifen, da er beträchtlich tiefer liegt, gegen die schädlichen Einwirkungen der Sonnenstrahlen nicht unerschütterlich schützt, was den später dort aufstehenden Kiefern nur zum Vorteil gereichen dürfte.

Ferner werden die umgelegten Balken ein Auslagern des Bodens in der unmittelbaren Nähe der Pflanzen verhindern und auf längere Zeit die Bodenfeuchtigkeit binden.

Wenn die Pflugstreifen 40 cm breit hergestellt werden und ihre Abstände voneinander 1,20 m von Mitte zu Mitte betragen, so bleibt nach Abrechnung der zu beiden Seiten des Streifens umgelegten Balken ein Balken von 40 cm Breite liegen, welcher seine natürliche Bodenbeschaffenheit beibehalten hat. Es besteht nun die Gefahr, daß das dort aufstehende Heide- und Beerentkraut weiter wuchert und den Kiefern die auf unseren armen Böden nur mäßig vorhandenen, ihr so nötigen Nährstoffe entzieht.

In Wirklichkeit verhält es sich aber etwas anders. Durch die Abfuhr des im Schlage lagernden Holzes, namentlich des Langholzes, durch Aufarbeiten des Reisigs — ich denke dabei an in Fäulen liegendes gebliebenes Astreisig — wird der Bodenüberzug derart angegriffen, daß Jahre vergehen werden, ehe er seine frühere Stuppigkeit erreicht haben wird. Werden dann noch die im Schlage verbliebenen Zweigspitzen und die Rinde aus den Balken verteilt, so wird die Gefahr der Verbämmung durch Heide- und Beertraut auf ein Minimum reduziert, und wir haben noch neben dem Vorteil der Bodenschuttedecke die glänzende Aussicht, daß die, wenn auch geringe Zufuhr von Stickstoff aus Rinde und Reisig auf das Gedeihen der Kiefern nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Die weitere Bodenbearbeitung der Streifen wird ganz davon abhängig sein, welche Kulturmethode man anwendet: Pflanzung oder Saat. Im ersteren Falle wird wohl meistens die Grabearbeit gewählt werden.

Zu der Hauptsache wird wohl jetzt überall die Saat bevorzugt, und bei dieser Verjüngungsart erscheint eine Bodenlockerung von 15 bis 20 cm vollständig hinreichend, wenigstens auf den leichten Sandböden. Ob nun die Lockerung mit der Hacke oder mit dem Untergrundpflug stattfindet, ist von geringer Bedeutung; wenigstens haben sich in hiesiger Oberförsterei Unterschiede zugunsten der einen oder anderen Methode nicht herausgestellt. Die Arbeit mit dem Pfluge hat den Vorteil etwas

geringerer Kosten für sich, — etwa 5 bis 8 Mk pro Hektar.

Hat die Bodenlockerung mit dem Untergrundpflug stattgefunden, so darf unter keinen Umständen ein Walzen der sehr lockeren Streifen verabsäumt werden, und zwar muß diese Maßregel so zeitig als möglich erfolgen und mit recht schwerer Walze, damit die auf Sandböden meist nur geringe Feuchtigkeit tunlichst lange gebunden bleibt.

Eine weitere Bodenlockerung kann mit dem Spizenbergischen Wühltrabe vorgenommen werden, welches für hiesige Verhältnisse sehr geeignet erscheint. Da ich aber hiermit im vorigen Jahre den ersten Versuch gemacht habe, so kann über den Erfolg noch nicht berichtet werden.

Die Aussaat des Samens wird wohl in den seltensten Fällen noch mit der Hand geschehen; es stehen uns jetzt so viele vorzügliche technische Hilfsmittel zur Seite, daß anzunehmen ist, diese veraltete Methode wird in gar nicht langer Zeit vollständig von der Wildfläche verschwunden sein.

Hier wird hauptsächlich mit der Spizenbergischen Drillmaschine und Planet jr. gesät. Beide Maschinen funktionieren tadellos; Planet hat jedoch den Vorzug der geringeren Kosten, was den Apparat selbst anbelangt, als auch darin, daß er billiger arbeitet.

Die zu verwendende Samenmenge für Kiefernfreisaaten ist mit 2 kg für je 1 ha reichlich bemessen, — die Streifen 1,20 m voneinander entfernt. Bei normaler Keimfähigkeit und bei günstiger Witterung werden sich bei der vorerwähnten Samenmenge Pflanzen über Bedarf einfinden, so daß man nach drei bis vier Jahren unter Umständen sich vor die Frage gestellt sieht: Kann an dem so mager gedeckten Tisch — immer die hiesigen Verhältnisse in Vergleich gezogen — auch die große Menge der geladenen Gäste befriedigt werden?

Von berufenen Seite wurde mir vor nicht langer Zeit gesagt, daß es entschieden zu empfehlen sei, bei zu dicht stehenden Saatkulturen eine Unterbrechung in dem Pflanzenabstand eintreten zu lassen dergestalt, daß durch Abschneiden oder Abstechen der überflüssigen Kiefern der Pflanzenabstand in den Reihen auf das normale Maß von 40 bis 50 cm hergestellt wird. Diese Maßregel soll im Alter von drei bis vier Jahren vor sich gehen.

Ein Uebelstand, der sich namentlich in hiesiger Gegend schon seit Jahren bemerkbar macht, ist der, daß Kiefernulturen, ganz gleich ob aus Saat oder Pflanzung entstanden, vom dritten, vierten Jahre an zu stocken beginnen. Es zeigen sich an einer großen Anzahl von Pflanzen die bekannten „Straupen-“ und „Kesselformen“, andere kriechen an der Erde fort, eine Höhentriebsbildung ist nicht erkennbar — kurz, alle diese Pflanzen machen den Eindruck, den man geneigt ist, auf Wildverbiß zurückzuführen. Da die gleiche Erscheinung aber auch auf wildfischer eingefriedigten Kulturen (auf den Versuchsfeldern von Rotseife z. B.) beobachtet werden kann, so muß dieser Kalamität eine andere Ursache zugrunde liegen.

Die Forschungen, die Herr Professor Dr. Schwappach in dieser Richtung schon seit Jahren angestellt hat, haben zu dem Ergebnis geführt,

daß derartige Kiefern in der Hauptsache aus ausländischen Samen entstanden sind, welcher bisher in großer Menge bei uns eingeführt wurde. Ob sich dieser Übelstand auch auf besseren Böden so kraß bemerkbar macht, oder ob die „Ausländer“ mit der Zeit sich dort den jeweiligen Verhältnissen anpassen, entzieht sich meiner Kenntnis; sicher ist, daß sie sich auf Kiefernböden niedrigerer Klasse nie akklimatisieren werden und daß wir hier mit Kiefern, aus ausländischem Samen gezogen, ständig Mißerfolge haben müssen.

Da im ersten und zweiten Jahre die fremdländische Kiefer sich von unserer einheimischen in nichts unterscheidet, so sind derartige Pflanzen natürlich auch vielfach zu Nachbesserungen verwendet worden, — nicht zum Vorteil der Kulturen. Dadurch, daß neuerdings mit aller Energie dahin gewirkt wird, künftighin nur inländischen Samen zur Verwendung zu bringen, wird in absehbarer Zeit sich die Wohltat dieser Maßregel, diesmal zum Vorteil unserer Kulturen, bemerkbar machen.

Die Schütte hat sich in dem Dürrejahr 1911 nicht unliebsamer bemerkbar gemacht, als es hier die Regel ist; das Anwachsen der forstschädlichen Insekten ist aber vielleicht durch die Hitze doch gefördert worden. Namentlich der große braune Rüsselkäfer machte sich stellenweise recht zahlreich bemerkbar.

In ungeheuren Mengen zeigten sich die Gallen von Tortrix resinella. Fast keine Kiefer im Alter von namentlich acht bis zwölf Jahren war von ihm verschont geblieben; oft zeigten sich vier bis sechs Gallen an einer Pflanze.

Wenn schon der Schaden, den dieses Insekt verursacht, nicht wesentlich ins Gewicht fällt — ein Absterben der befallenen Pflanzen findet wohl niemals statt —, so wird doch, da hauptsächlich der Höhentrieb befallen wird, das Wachstum der Kiefer in erheblichem Maße verzögert, denn zunächst muß der Trieb die durch das Insekt verursachte Verletzung ausheilen, wodurch mindestens eine Stodung in der Bildung des nächstjährigen Höhentriebes eintritt. Ist auch geht der angestochene Trieb verloren und ein Seitentrieb ist gezwungen, die Führung zu übernehmen. Knidbildungen, welche sich häufig noch bis ins jüngere Stangenholzalter bemerkbar machen, sind die Folgen davon. — In späteren Jahren jedoch heilt sich dieser Schaden, ohne Nachwirkungen zu hinterlassen, immer aus.

Eine ähnliche Erscheinung, wie durch das vorerwähnte Insekt, wird durch das Schalen des Rotwildes verursacht. Da dasselbe in der Regel den Mitteltrieb, zwei bis drei Jahrgänge unter dem Höhentrieb, schädigt, und zwar fast immer derart, daß ein Absterben der oberen Jahrgänge erfolgt,

so entsteht hierdurch ein Schaden, der sich bis ins späte Alter bemerkbar macht. Denn nun ist ein Seitenast im vorgeschrittenen Alter gezwungen, die Führung zu übernehmen, was meist erst unter großen Schwierigkeiten und vielem Zeitverlust geschehen wird. Knid- und Zwiesselbildungen werden weiterhin ständige Folgen sein. Ein durch diesen Schaden hervorgerufenen typisches Bild bieten einige Stangenorte in meinem Schutzbezirk. Anfanglich war ich geneigt, diese Knid- und Zwiesselbildung der dort aufstehenden Kiefern auf Insekten Schäden aus früheren Zeiten zurückzuführen, mußte mich aber schließlich der Meinung eines benachbarten älteren Kollegen anpassen, da wir an einzelnen Stangen einwandfrei als Ursache Schäl Schäden feststellen konnten.

Eine weitere unliebsame Überraschung, die das Jahr 1911 brachte, war das ganz unvorhergesehene Erscheinen der Monne in nicht unbedeutlicher Anzahl. — Glücklicherweise hat der vorjährige Frost noch keinerlei Schaden verursacht; jedoch bleibt nun die Frage offen: Was wird uns die Zukunft bringen?

In der Schwärmzeit fiel es mir auf, daß eine große Anzahl der Falter, anstatt an den Stämmen, am Boden, an Beer- und Heidekraut saß. Auch zeigten sie sich auffallend träge und vermischte ich die Lebhaftigkeit im Fluge, wenn sie aus der Ruhe aufgestört wurden.

Hoffentlich kann dieses Verhalten darauf zurückgeführt werden, daß die Falter schon krank waren, und ihnen daher die Bedingungen zu einer normalen Entwicklung gefehlt haben werden, was im Interesse unserer bebauenswerten Kiefer, welche von frühester Jugend bis ins späte Alter hinein um ihre Existenz schwer zu kämpfen hat, sehr zu wünschen wäre.

Nun noch ein Schlußwort über Nachbesserungen. Die Folgen der vorjährigen Dürre, soweit angängig, wieder gut zu machen, wird Aufgabe der nächsten Jahre sein. Da eine Nachbesserung in älteren Kulturen erwiesenermaßen nur dann Erfolg verspricht, wenn geschlossene, größere Flächen in Frage kommen, so werden wir damit rechnen müssen, verschiedentlich recht lückige Bestände zu erhalten.

Leider hat sich die Bantzkiefer, welche ich ihrer Anspruchslosigkeit und Schnellwüchsigkeit wegen für eine ideale Nachbesserungspflanze hielt, durchaus nicht bewährt, denn sie zeigte sich gegen die Dürre noch weniger widerstandsfähig als unsere gemeine Kiefer. Außerdem ist sie den Angriffen des Wildes in so großem Maße ausgesetzt, daß sie in Gegenden mit Rot- und Rehwildbestand ganz außer Frage bleiben muß.

Neudorf, Oberförsterei Christiansdorf (Bober).
E. L. G. Förster.

Mitteilungen.

— **Die grüne Farbe.** Unter dieser Überschrift hat in Nr. 65 der „Deutschen Nachrichten“ ein Zollaufsicher die Behauptung ausgesprochen, daß die Zollaufsicher bis zur Ernennung der Förster zu Subalternbeamten mit diesen in gleichem Range gestanden und bis zum 1. April 1908

auch das gleiche Gehalt bezogen hätten. An diese Darstellung wird dann die Folgerung geknüpft, daß somit die Zollaufsicher gegenüber den Förstern zurückgesetzt worden seien. Erfreulicherweise sind die in den Ausführungen des Zollaufsehers ausgesprochenen Irrtümer in Nr. 77 der genannten

Zeitung von einem genauen Kenner der forstlichen Verhältnisse richtiggestellt worden. In Nr. 92 derselben Zeitung wird noch einmal auf diesen Gegenstand zurückgegriffen und dabei gesagt, daß der Dienst der Zollaufsesser ein besonderes Studium der umfangreichen Steuererhebung erfordere und daher so schwierig sei, wie kaum ein anderes Fachstudium. Jedem Beamtenstand bleibt es unbenommen, mit seinen Leistungen in den Vordergrund zu rücken. Dabei darf aber die Tätigkeit eines anderen Standes nicht herabgedrückt werden, wie hier geschieht, indem gesagt ist: „Also auch hier ein Vorteil auf Seiten der Förster, bei denen es keinen oder doch so gut wie keinen Wechsel in Dienst und Geseßgebung gibt.“ Über diesen Vorgang darf der Försterstand nicht mit Stillschweigen vorübergehen. Er zeigt wieder einmal, welche Unkenntnis über den Ausbildungsgang des preussischen Försterstandes und seine eigentliche Stellung immer noch in der Allgemeinheit herrscht.

Die Ursache dafür, daß solche Irrtümer wie hier zutage getreten, bestehen und verbreitet werden, wird in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß der preussische Försterstand in der breiten Masse der Bevölkerung durchweg als aus den Militärämtern hervorgegangen angesehen wird. Da er nun die letzte Klasse der Beamten der Forstverwaltung bildet, so scheint weiter der Glaube verbreitet zu sein, daß seine dienstliche Tätigkeit in solchen mechanischen Verrichtungen besteht, wie bei den gleichen Beamten anderer Verwaltungen, die sich erst nach Zurücklegung der Militärdienstzeit in kurzer Zeit in diese einarbeiten können. Dabei wird stets übersehen, daß die Förster bereits von ihrem 16. Lebensjahre ab auf ihren zukünftigen Beruf vorzubereiten und beim Eintritt in die Vorbereitungszeit eine Vorbildung nachzuweisen haben, mit der die Militäranwärter, auch wenn sie diese erst durch den Kapitulantenunterricht während ihrer Militärdienstzeit erreicht haben, bei anderen Verwaltungen in die Assistentenstellungen gelangen. Einen Nachstab hierfür bietet ein Vergleich der beiderseitigen Fachpressen. Das Fachorgan der preussischen Förster und deren Anwärter behandelt neben Standesangelegenheiten nur Fragen aus dem Berufsleben und sucht ihre Leser mit den Fortschritten auf diesem Gebiete auf dem laufenden zu erhalten. Die Fachpresse der Militäranwärter ist gezwungen, neben der Besprechung von anderen Fragen ihrem Leserkreis einen größeren Raum einzurichten für Fragen aus dem elementarsten Gebiete der allgemeinen Vorbildung — als Ausbildung der Handschrift, Lösung von Rechenaufgaben einfacherer Art, Einführung in die Grundregeln der deutschen Sprache usw. Das Hervorheben dieser Tatsache soll gegen die Presse der Militäranwärter auf keinen Fall einen Vorwurf enthalten. Es läßt sich vielmehr hieran die gewiß richtige Folgerung knüpfen, daß jede Fachpresse sich dem in ihrem Leserkreise vorliegenden Bedürfnisse notwendigerweise anpassen muß, um

dessen Zustimmung sicher zu sein. Es muß also vorausgesetzt werden, daß bei einem beträchtlichen Teile der Militäranwärter tatsächlich die Notwendigkeit besteht, an der Pflege einer Vorbildung zu arbeiten, die von den Forstämtern beim Eintritt in die Vorbereitungszeit unter allen Umständen nachgewiesen werden muß. Diese treten eben von Hause aus in den Beruf ein, um Förster zu werden, und haben dann in diesem weiter keine Gelegenheit, in eine höhere Stellung zu gelangen, wie z. B. in Nr. 92 der „Deutschen Nachrichten“ ausgeführt wurde, die Zollaufsesser in die Assistenten- und Sekretärstellen der preussischen Steuerverwaltung.

Wenn nun weiter behauptet wird, daß der Dienst für den Förster keinem Wechsel unterworfen ist, so ist dies auch nicht richtig. Auch auf dem Gebiete der Forstwissenschaft und Forstwirtschaft werden fortgesetzt neue Entdeckungen gemacht und Erfahrungen gesammelt, die sich allerdings meist der breiten Öffentlichkeit entziehen. Deren Verwirklichung greift ebenso wie in jeder anderen Verwaltung auch in die Diensttätigkeit des Försters hinein. Hier ist ein Versehen von unberechenbaren Folgen, weil es sich bis an den Schluß der ganzen Umrtriebszeit hindurchzieht. Ebenso treten auch fortlaufend Änderungen in der Geseßgebung und den Vorschriften ein, die die Förstertätigkeit sehr stark berühren. Ja, gerade diese Änderungen, deren Einfluß auf die Forstverwaltung dem Laien natürlich meist entgeht, hat es neuerlich als erforderlich erscheinen lassen, diese in einem besonderen Förster-Fahrbuch — einem Quartbande von etwa dreihundert Druckseiten — zu sammeln.

Wenn das Vorgehalt der preussischen Förster sich in früheren Jahren mehr dem der unteren Beamten in den anderen Verwaltungen näherte, so hatte dies zum Teil seinen Grund darin, daß ersteren während der Dienstzeit ein Ersatz durch die damals im Verhältnis zu heute sehr viel mehr einträgliche Dienstlandsnutzung geboten wurde; und so standen sie, solange sie sich im Dienste befanden, mit ihrem Einkommen doch günstiger wie die untersten Beamtenstufen anderer Verwaltungen. Sie näherten sich diesen allerdings, sobald sie in den Ruhestand treten mußten, ebenso in der Hinterbliebenenversorgung, weil das Einkommen aus den sogenannten Nebenbezügen hier nicht angerechnet wurde. Die Staatsverwaltung hat diesem Umstande ja auch billigerweise dadurch Rechnung getragen, daß das Vorgehalt der Förster erhöht wurde. Allerdings ist dies nicht in dem Umfange geschehen, daß dabei die Höhe der gleichwertigen Beamten anderer Verwaltungen erreicht wurde. Dies ist auch die Folge, daß der Försterstand jetzt dauernd darauf hinweisen muß, daß seine Wünsche bei Gelegenheit der Besoldungsreform nicht in vollem Umfange berücksichtigt worden sind.

Wenn der Försterstand, wie gesagt, auch die letzte Klasse der Beamten in der Forstverwaltung bildet, so liegt nach diesen Auseinandersetzungen für die letzte Beamtenklasse der Steuerverwaltung, also die Zollaufsesser, durchaus kein Anlaß vor, die Förster für seinen Stand zum Vergleiche heranzuziehen.

Für den Försterstand aber erwächst dadurch, daß dies möglich gewesen ist, die Aufgabe, fortgesetzt in Wort und Schrift dafür tätig zu sein, daß die über seinen ganzen Beruf bestehenden

irrigen Auffassungen in anderen Beamtenklassen sowie in den Kreisen der Bevölkerung zerstreut werden.

Simon, Königl. Segemeister.

Berichte.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhanse.

Dritte Lesung des Etats der Forstverwaltung am 4. Mai 1912.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Ich eröffne die Besprechung über Nr. 18: **Forstverwaltung.**

Das Wort hat der Abgeordnete Heine.

Heine (nat.-lib.): Bei der zweiten Lesung des Etats der Forstverwaltung fand hier eine längere Debatte über das Dienstland, die Besoldung im allgemeinen, die Stellenzulagen, die Dienstaufwandsentschädigung und die Nebenbezüge der Förster statt, in der für meine Fraktion Kollege Dr. Schroeder (Cassel) sprach. Ich will jetzt nicht auf diese Angelegenheit näher eingehen, weil sich dazu hoffentlich Gelegenheit bei der Besprechung der von den Förkern eingereichten Petitionen ergeben wird. Im Auftrage meines Freundes Dr. Schroeder möchte ich aber bezüglich der Dienstaufwandsentschädigung wenige Worte sagen. Kollege Schroeder sprach die Ansicht aus, daß die Dienstaufwandsentschädigung wohl deshalb gleichmäßig festzusetzen sei, weil die Beschaffung der Uniform, die Beschaffung der Waffen und deren Unterhaltung zur Ausübung des Forst- und Jagdgeschäftes, die Beschaffung von Schreibmaterialien usw. wohl überall gleichen Aufwand erforderten. Er legt nun aber Wert darauf, daß ich für ihn darauf hinweise, daß außer diesen gleich hohen Aufwendungen doch auch andere bestritten werden müssen, die, wie Wahrnehmung der Holzverkaufstermine, Reisen zu öffentlichen Besprechungen nach der Oberförsterei, Teilnahme an den Jagden usw., sehr verschieden hoch ausfallen werden, je nachdem der Förster nahe bei dem Sitze der Oberförsterei oder 2, 3 oder 4 Stunden entfernt wohnt. Auch die im dienstlichen Interesse notwendigen Fahrten werden sich von denjenigen Förkern, die zur Pflanzhaltung ausreichend großes Dienstland haben, meistens wohl billiger ausführen lassen als von solchen ohne Dienstland, die also auf ein Mieten von Gespännen angewiesen sind. Es wird bei der Bemessung der Dienstaufwandsentschädigung auf diese Punkte notwendigerweise Rücksicht genommen werden müssen.

Ich möchte nun noch eine andere Angelegenheit zur Kenntnis der Forstverwaltung bringen.

Der Bund deutscher Zimmermeister und andere klagen sehr darüber, daß es den Zimmermeistern fast unmöglich geworden sei, ihren Bedarf an Bauholz wie früher in den staatlichen Forsten zu decken, weil in den fiskalischen Forsten zuviel Nutzholz im Wege des Submissionsverfahrens verkauft würde. Die Lose enthielten von einer Masse so große Posten, daß

der einzelne Zimmermeister für so viele Hölzer einer Sorte keine Verwendung hat und sich deshalb an dem submissionsmäßigen Verkauf nicht beteiligen kann. Auch die geforderte Sicherheitsleistung von mindestens 5000 M machte es vielen Zimmermeistern meistens unmöglich, sich an den Verkäufen zu beteiligen. Beteiligt er sich aber wirklich, so weiß er nie, ob er den Zuschlag erhält — meistens erhält er ihn nicht —, sondern der Großhändler fährt ihm das Holz sozusagen vor der Tür weg nach der nächsten Eisenbahnstation. Der Zimmermeister ist dann gezwungen, das für ihn nötige Holz von auswärts kommen zu lassen oder dem Großhändler hohe Preise zu zahlen. Anders liegt die Sache beim Versteigerungsverfahren; da kann der Zimmermeister dasjenige Holz kaufen, welches er gebraucht, und er weiß auch gleich, ob er den Zuschlag erhält oder nicht. Der Bund deutscher Zimmermeister hat sich nun am 30. Dezember 1911 an die Regierung in Cassel gewandt mit dem Ersuchen, die königlichen Oberförstereien anzuweisen, die Hölzer möglichst meistbietend zu verkaufen, oder wo dieses nicht angängig sei, kleinere Lose zu machen, damit von jeder Holzsorte das Notwendige erworben werden könne. Weiter hatte der Bund gebeten, denjenigen Käufern, die ihr Holz in den eigenen Betrieben verarbeitet, eine Erleichterung in bezug auf die Sicherheitsleistung zu gewähren. Die Regierung in Cassel hat in dem Antwortschreiben vom 3. Januar 1912 es abgelehnt, die Verkaufsbedingungen abzuändern, und hat die Zimmermeister darauf hingewiesen, bei den Oberförkern rechtzeitig vor dem Termine etwaige Wünsche hinsichtlich der Losbildung bei Lizitationen und Submissionen zu erkennen zu geben, weil die Revierverwalter derartig selbständig seien, daß ein Bericht an die vorgelegte Behörde nur in Ausnahmefällen nötig sei. Ubrigens seien die öffentlichen Verkaufsmethoden die Regel, und die übrigen würden nur dann angewendet, wenn der lokale Markt das Holz nicht aufnehmen könnte oder wenn aus verschiedenen Gründen zu geringe Gebote abgegeben würden. Auch bei der Sicherheitsleistung wären den berechtigten Wünschen Rechnung getragen. Der Bund der Zimmermeister konnte sich bei dieser Antwort nicht beruhigen, weil er sie für nicht zutreffend hielt; deshalb hat er am 2. Februar 1912 eine neue Eingabe an die Regierung in Cassel gemacht, in der er eine Reihe von Oberförstereien aufzählt, in welchen in einem Zeitabschnitt überhaupt keine öffentlichen Verkäufe, sondern nur Verkäufe im schriftlichen Angebotsverfahren vorgenommen wären, und er bittet nochmals um Abänderung der Verkaufsmethoden, damit auch Zimmermeister, welche kleinere Quantitäten Holz verbrauchten, ihren Bedarf bei den

öffentlichen Verkäufen erstehen könnten. Aber auch auf diese Eingabe ist am 10. Februar d. Js. eine abschlägige Antwort seitens der Regierung erteilt, die damit begründet wurde, daß die öffentlichen Versteigerungen genügen. Ob das richtig ist, kann ich nicht beurteilen, aber ich meine, die Zimmermeister müßten es doch wohl selbst am besten wissen, ob sie genügend Holz bekommen können oder ob das ihnen aus den wenigen öffentlichen Versteigerungsterminen nicht möglich ist.

Solche und ähnliche Klagen sind mir aber auch noch von verschiedenen anderen Seiten bekannt geworden. Schon im Jahre 1907 hatte die Bauinnung Ziegenhain sich an die Handwerkskammer Cassel mit der Bitte um Hilfe gewandt. Die Handwerkskammer hat die Angelegenheit der Regierung in Cassel unterbreitet; aber auch da hat die Regierung ein Entgegenkommen abgelehnt. Im Winter 1910 auf 1911 wurde seitens der Arbeitgebervereinigung der Kreise Friesland, Homberg, Ziegenhain Beschwerde bei der Regierung über die gleiche Angelegenheit eingelegt, aber ohne Erfolg. Außer den Zimmermeistern klagen auch die Stellmacher-, Schreiner- und Drechlermeister über das jetzige Verfahren, namentlich auch darüber, daß die Hölzer für ihre Betriebe nicht passend gemacht würden. So ist z. B. in der Oberförsterei Friesland in den letzten Jahren wenig oder gar kein Felgenholz zum Verkauf gestellt worden, aber auch keine Buchenstämmen, weil diese im Submissionswege verkauft waren.

Die Handwerker werden aber auch durch die Abschaffung der Bürgschaftstellung sehr bedrückt. In den Verkaufsbedingungen heißt es zwar, die Holzgelder werden drei Monate gestundet; da aber das Holz vor erfolgter Bezahlung nicht abgefahren werden darf, so müssen die Käufer für die Stundung Kaution stellen. Die Hinterlegungspapiere sind aber von einem kleinen Handwerker äußerst schwer zu beschaffen. Da sind erst viele schwere Gänge nötig, und damit vergeht die Zeit, das Holz kann im Winter nicht rechtzeitig abgefahren werden und mit der Verarbeitung kann auch nicht frühzeitig genug begonnen werden. Bei dem früher geltenden Bürgschaftssystem wurde dem Handwerker die Sache leichter gemacht. Jetzt wird er, kann man wohl sagen, dem Großhändler in die Arme getrieben. Der Großhändler kann die Kaution leichter hinterlegen, er bekommt das Kaufgeld ein Jahr und darüber hinaus gestundet. Nun hat die Regierung auf Eingaben, die erbat, statt Hinterlegung einer Kaution doch für die Handwerker wieder Bürgschaften zuzulassen, erwidert, sie hätte Schereereien und materielle Verluste bei dem Bürgschaftssystem gehabt. Meine Herren, es mag das ja sein, mir sind aber Fälle von Verlusten nicht bekannt geworden. Jedenfalls wird aber dem Handwerker die Existenzmöglichkeit erschwert und durch Ausschalten der Konkurrenz beim Bieten wird auch ein Mindererlös für die Forstverwaltung eintreten.

Dann wird besonders in der Provinz Hessen Klage darüber geführt, daß die gefällten Stämme vielfach kreuz und quer übereinander liegen, und zwar die verschiedenen Löße, so daß der Käufer der unteren Stämme diese nicht eher abfahren kann, bis nicht die oben liegenden Stämme eines anderen Loses abgefahren sind.

Dann wird auch darüber geklagt, daß in manchen Forsten so viel Fops- und Strauchwerk herumliegen bleibt, daß leicht durch Fahrlässigkeit Brände entstehen, wodurch das gekaufte Holz mit zugrunde geht. Ein solches Schandfeuer ist tatsächlich auch im vorigen Jahre in der Försterei Eiterhagen ausgebrochen und hat mehrere Zimmermeister um das gekaufte Holz gebracht. Natürlich haben die Zimmermeister irgendeinen Ersatz oder irgendeine Entschädigung dafür nicht bekommen; es ist ihnen auch der Kaufpreis nicht nachgelassen worden, weil es ja in den Kaufbedingungen heißt, daß mit dem Zuschlag die Gefahr des Holzes auch innerhalb des Waldes auf den Käufer übergeht. Es würde deshalb doch wünschenswert sein, daß die Hölzer so gelagert würden, daß sich eine rechtzeitige Abfuhr des Holzes schon im Winter ermöglichen ließe.

Ich möchte deshalb den Herrn Minister und die Forstverwaltung dringend bitten, die von mir geäußerten Beschwerden zu prüfen und im Interesse der Erhaltung eines gesunden, selbständigen, gewerbstätigen Mittelstandes Abhilfe zu schaffen.

Dr. Frhr. v. Schorlemer, Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Ich bin selbstredend gern bereit, in eine weitere Prüfung der von dem Herrn Vorredner geäußerten Wünsche einzutreten. Ich möchte aber gegenüber der Beschwerde über das Verhalten der Regierung in Cassel hervorheben, daß grundsätzlich gegen die Entscheidung der Regierung kaum mit Recht ein Einwand erhoben werden kann. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß, soweit der örtliche Konsum das Holz aufnehmen kann, auch das Holz im Wege einer öffentlichen Subhastation im Walde versteigert werden soll, und nur so weit die Holzmengen den örtlichen Bedarf übersteigen, soll der Verkauf im Wege des Submissionsverfahrens bewerkstelligt werden. Dagegen ist an sich nichts zu sagen, und es kommt nur darauf an, wie diese Anordnung der Regierung in der Praxis ausgeführt wird. Da ist es nun Sache der örtlichen Interessenten, sich mit dem zuständigen Oberförster in Verbindung zu setzen und ihre besonderen Wünsche so rechtzeitig bekannt zu geben, daß vor Auktionen der Versteigerung darauf Rücksicht genommen werden kann. Ich kann im Augenblicke ebensowenig wie der Herr Vorredner prüfen, ob die Angaben zutreffen, bitte ihn aber, nur zu veranlassen, daß etwaige einen einzelnen Fall betreffende Beschwerden zu meiner Kenntnis gebracht werden; ich werde dann die Sache prüfen lassen und zutreffendfalls für eine Änderung des bisherigen Verfahrens Sorge tragen. Es liegt ja auf der Hand, daß auch der Forstfiskus ein erhebliches Interesse

daran hat, nicht die Zahl der Käufer zu beschränken, vor allem nicht das Großgewerbe einseitig zu bevorzugen; er handelt richtig und im verständigen fiskalischen Interesse, wenn er möglichst viele Bewerber austreten läßt, vor allem auch dafür sorgt, daß die in der näheren Umgebung des Waldes wohnhaften Abnehmer nicht durch Mangel an Holz genötigt werden, ihre Betriebe einzustellen oder zu verlegen.

Was nun die Frage der Bürgschaftsleistung angeht, so gebe ich gern zu — und manche mir vorgebrachten Klagen sprechen auch dafür —, daß die Bürgschaftsleistungen im einzelnen Fall für die Käufer beschwerden und Unannehmlichkeiten zur Folge haben. Aber, meine Herren, auf der anderen Seite kann der Forstfiskus nicht darauf verzichten, daß in den Fällen, wo Kaufgelder gestundet werden, auch eine entsprechende Sicherheit geboten wird. Der Fiskus kann auch nicht auf die Forderung verzichten, daß in dem Augenblick, wo das Holz abgefahren wird, entweder der Preis bezahlt oder eine Bürgschaft dafür hinterlegt wird. Daß auch in dieser Richtung nach Möglichkeit den Käufern entgegengekommen werden soll, ist von der Forstverwaltung schon verschiedentlich angeordnet worden; bei der jetzigen Organisation des Handwerks, bei dem Vorhandensein zahlreicher Genossenschaften dürfte es auch wohl nicht allzu schwer sein, eine entsprechende, auch den fiskalischen Interessen genügende Bürgschaft zu beschaffen. Nun ist mir auch

im Vorjahre bekannt geworden, daß an verschiedenen Stellen Holz, welches bereits verkauft war, das die Käufer aber nicht rechtzeitig abgefahren hatten, durch Waldbrand vernichtet worden ist. Meine Herren, nach den Bedingungen der Versteigerung ist der Fiskus nicht verpflichtet, in einem solchen Falle Ersatz zu leisten. Ich bin daher auch nicht in der Lage, in solchen Fällen dem einzelnen Käufer Ersatz zu geben. Das ist gewiß sehr bedauerlich; aber auf der anderen Seite ist doch zu berücksichtigen, daß die meisten Käufer in der Lage gewesen sind, das gekaufte Holz bei rechtzeitiger Abfuhr der Gefahr der Zerstörung durch Brand zu entziehen.

Ich kann schließlich nur wiederholen: daß Klagen, die zu meiner Kenntnis gebracht werden, ausreichend geprüft werden sollen; soweit es erforderlich und gerechtfertigt erscheint, werden auch die die Beschwerde veranlassenden Verfügungen abgeändert werden. (Bravo!)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Die Besprechung ist geschlossen. Der Etat der Forstverwaltung ist bewilligt.

Die Verhandlungen über das Eigener-unwesen in der 59. Sitzung des Abgeordneten-hauses in Preußen, deren erster Teil in Nummer 19 auf Seite 389 bis 393 abgedruckt wurde, können aus Mangel an Platz erst in nächster Nummer weiter erscheinen.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

— **Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 8. Februar 1911.** In Sachen betreffend die Veranlagung des Königl. Hegemeisters R. zu F. zur Staatseinkommensteuer für das Steuerjahr 1910 hat das Königl. Oberverwaltungsgericht auf Rückgabe der Angelegenheit an die Berufungskommission erkannt. Gründe: Die angegriffene Entscheidung unterliegt der Aufhebung. Der Steuerpflichtige hat in der Anlage zur Steuererklärung und in seiner Berufungsschrift spezielle Ausgaben, die er bei den in Selbstbewirtschaftung gehaltenen Dienstländereien gehabt habe, in Abzug gebracht; hierzu hätte die Berufungskommission im einzelnen Stellung nehmen und den Landbetrag demgegenüber im Bruttoertrag schätzen müssen. Auch den in der Berufung geltend gemachten Abzug von 54 M. Werbungs- und Anfuhrkosten für Holz hätte die Berufungskommission in erkennbarer Weise würdigen müssen. Bei freier Beurteilung ist die Sache nicht spruchreif, sondern an die Berufungskommission zur anderweitigen Entscheidung zurückzugeben, deren Aufgabe es sein wird, das streitige Einkommen aus Grundvermögen für das dem Steuerjahr unmittelbar vorangegangene Kalender- bzw. Wirtschaftsjahr von neuem festzustellen. Falls sich die Ausgaben von 15 M. gemäß § 7 des Bauregulatorius und 8,80 M. für Feuerversicherung auf das Wohnhaus beziehen, sind sie bei dem Werte der freien Wohnung zu berücksichtigen. Der Abzug für Werbungs- und

Anfuhrkosten für das Holz mit 54 M. ist bei dem Ansätze des Wertes des freien Feuerungsmaterials in Betracht zu ziehen.

— **Gemeindesteuer aktiver Militärpersonen.** Ein aktiver Militärfeldwebel war auf Grund seines Einkommens aus Grundbesitz zu einer Staatseinkommensteuer von 12 M. veranlagt. Die Wohnsitzgemeinde R. zog ihn zur Gemeindesteuer in der Weise heran, daß sie zwar die Löhnung freiließ, aber die Abzüge an Hypothekenzinsen und Lebensversicherungsprämie auf die Löhnung und das Grundbesitzeinkommen anteilig verteilte. Dabei kam der Steuerpflichtige bei 230 % Zuschlag zu einer Gemeindesteuer von 59,80 M., während er, wenn nur die Staatssteuer zugrunde gelegt worden wäre, nur 27,60 M. an die Gemeinde würde zu zahlen gehabt haben. Auf die Einsprüche des Pflichtigen hat in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht das Verfahren der Stadtgemeinde R. als unrichtig bezeichnet und die Steuer auf nur 27,60 M. festgesetzt. In den Urteilsgründen ist ausgeführt, daß, da die Löhnung staats- und gemeindesteuerfrei sei, allein das in Frage kommende Einkommen aus Grundbesitz der Besteuerung unterliege und daher auch die Abzüge nur von diesem zu machen seien. Die staatliche Veranlagung bleibe in solchem Falle für die Gemeindesteuer maßgebend.

Verschiedenes.

— **Lehrkursus in Bromberg.** Vom 3. bis 8. Juni d. Js. findet an der Abteilung für Pflanzenkrankheiten des Kaiser-Wilhelm-Instituts zu Bromberg ein Kursus über Krankheiten und Schädlinge der Forstgehölze statt. Derselbe umfaßt folgende Vorträge:

Dr. Wolff. Die Nadelholzblattwespen.
Dr. Schander. Die Weide, ihre Kultur und ihre Schädlinge.
Seig. Königl. Oberförster. Vorbeugung und Bekämpfung der Waldbrandgefahr.
Herold. Die forstlichen Galleninsekten.
Dr. Wolff. Neuere Untersuchungen über den Kiefernspanner.
Herold. Die Aphiden (Blattläuse) der forstlichen Kulturgewächse.
Dr. Schaffnit. Eichenmehltau und andere Krankheiten der Laubbölzer.
Dr. Wolff. Neuere Untersuchungen über die Kanne.

Spletthöfer, Königl. Forstmeister. Die modernen Pflanzmethoden und ihr Einfluß auf Wurzelbildung.
Dr. Schander. Wurzelpilze.
Herold. Die Rüsselkäfer der Nadelbölzer.
Dr. Wolff. Tierparasitäre Krankheiten des Hochwildes.
Raufe. Krankheiten und Schädlinge der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen.
Raufe. Krankheiten und Schädlinge der Obstgehölze.
Raufe. Landwirtschaft im Walde.
Praktische Übungen im Untersuchen von Pflanzkrankheiten und Bestimmen von Pflanzen und Insekten.

und zwei interessante Exkursionen nach der Lucheler Heide (Rahlstraß durch Spanner und Kanne) und nach Privatforsten in der Nähe von Ratel. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Vorträge, wie die seither an der Abteilung für Pflanzenkrankheiten abgehaltenen, im Druck erscheinen.

— **Prüf- und Sammelstelle für Kolonialhölzer.** Eine besondere Stelle zur Prüfung und Sammlung kolonialer Hölzer ist im Anschluß an die botanische Zentralstelle in Gr.-Lichterfelde errichtet worden. Durch die dort ausgeführten Untersuchungen soll festgestellt werden, ob und für welchen Zweck unsere kolonialen Hölzer brauchbar sind. Ferner sollen auch die Baumbestände in den Kolonien selbst erforscht werden. Zu diesem Zweck sind seitens der Prüfungsstelle zwei Forstbeamte angestellt und zunächst nach Kamerun entsandt worden, um dort die Holzbestände aufzunehmen. Da namentlich in Kamerun sich noch ein sehr großer Überschuß an harten und wertvollen Hölzern vorfindet, so sollen diese Schätze demnächst gehoben und — allerdings im nachhaltigen Betriebe — nach Deutschland verschifft werden. Hierzu soll in Hamburg und Bremen ein ständiges Lager kolonialer Kuchhölzer errichtet werden.

— **Brandschadenentschädigung.** Der durch den vorjährigen Wald- und Moorbrand im Hohen-Benn entstandene Schaden ist nunmehr auch für die auf belgischer Seite gelegene, 580 ha große Brandfläche festgestellt worden. Die jetzt zur Auszahlung gelangende Entschädigung beträgt 100 000 M., hiervon erhalten der belgische Staat 58 000, die Gemeinden Zalthay 4000 und Sart 32 000 M., während der Rest auf einige Privatwaldungen entfällt.

Waldbrände.

Diebenhosen, 30. April. Auf Brandstiftung führt man einen Waldbrand zurück, der

am Sonntag im Walde von Dettringen an drei verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit ausbrach und etwa 10 ha Bestand vernichtete. Der Fußartillerie aus Fort Diebenhosen gelang es, das Feuer zu löschen.

Hagen, 3. Mai. Durch einen verheerenden Waldbrand sind gestern nachmittags an der Finnenwiese, hinter dem bei Haspe gelegenen Kaiser-Friedrich-Turm, ungefähr 25 ha Kiefern und Fichten vernichtet worden. Das Feuer brach zuerst auf Hasper Gebiet in einem kleinen Gebüsch aus, sprang dann auf eine Fichtenschonung über und ergriff schließlich auf Hagener Gebiet weite Strecken Hochwald. Infolge der enorm trockenen Witterung der letzten Wochen fand das Feuer so reiche Nahrung, daß die vereinigten Feuerwehren von Haspe und Hagen nur unter Aufbietung aller Kräfte erst am späten Abend dieses bewältigen konnten. Im Laufe der Nacht brach das Feuer an verschiedenen Stellen von neuem aus, doch konnte die auf der Brandstätte zurückgebliebene Wache eine weitere Ausdehnung verhindern. Hauptsächlich geschädigt ist die Stadt Hagen, der etwa 15 ha von dem vernichteten Bestande gehören, während die Stadt Haspe mit ungefähr 7 ha beteiligt ist. Die restlichen 3 ha bestehen vorwiegend aus Fichtenschonungen sowie Niedervald und befinden sich im Privatbesitz.

Leippe, Kr. Hoherswerda, Ober-Lausitz, 3. Mai. Ein Waldbrand von bedeutendem Umfange wüthete in den Privatwaldungen der Rittergüter Grünwald und Wiedniz sowie der Gemeinden Wiedniz und Leippe. Zwischen Wiedniz und Hohensboda von der Bahn ausgehend, legte das Feuer in der Zeit von etwa 3½ bis 7 Uhr nachmittags einen Weg von etwa 3½ bis 4 km zurück. Das in Kamenz in Sachsen garnisonierende Infanterie-Regiment sandte auf telegraphische Bitte 280 Mann, die sich glücklicherweise nur noch an der Feuerwache und den üblichen Sicherheitsmaßnahmen beteiligen brauchten. Gefährdet war das Revier Leippe der königlichen Oberförsterei Hoherswerda mit seinen mächtigen Nichtenbeständen und Torflagern, doch konnte das Feuer etwa 200 m vor der Grenze gelöscht werden. Vernichtet sind etwa 350 ha Kiefernwald jeden Alters. Verursacht ist der Brand wahrscheinlich durch Lokomotivfunken.

Mürnberg, 4. Mai. Ein Waldbrand vernichtete gestern nachmittag hinter dem Dugendteich in der Nähe des Zeppelinfeldes 16 bis 17 ha Hoch- und Niedervald, darunter die schönsten Teile des Nürnberger Reichswaldes.

Soller, Kreis Düren, 4. Mai. Gestern mittag entstand in den Waldungen von Soller ein großer Waldbrand, durch den etwa 50 ha wüchziger Kiefern vernichtet wurden.

Geestemünde, 6. Mai. In dem erst vor einigen Jahren angelegten Genossenschaftsforst der Nachbargemeinde Schiffdorf entstand gestern nachmittag Feuer, das anscheinend auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Trotz schneller Hilfe sind etwa 5 ha der mit großen Kosten ausgeführten Aufforstungen vernichtet worden.

Stollberg, 6. Mai. Auf Oberdorfer Flur wütete ein größerer Waldbrand, dem gegen 13 ha 10- bis 40-jährige Kiefern und Fichten zum Opfer fielen.

Wiesbaden, 6. Mai. Im Weilburger Tal, zwischen Dohheim und Frauenstein, wurden durch Feuer über 25 ha Fichtenbestände zerstört.

Fürstenwalde, 7. Mai. Die hiesigen städtischen Forsten sind gestern durch einen Waldbrand schwer beschädigt worden. Im Jagd 128 war das Feuer zum Ausbruch gekommen, verbreitete sich mit großer Schnelligkeit, so daß beim Eintreffen der sofort herbeigerufenen Feuerwehren aus Hangelsherg und Fürstenwalde eine ausgedehnte Waldfläche in hellen Flammen stand. Etwa 10 ha, hauptsächlich Kiefernmonungen und Stangenhölzer, sind verbrannt. Entstanden ist das Feuer jedenfalls durch ein unvorsichtig weggeworfenes brennendes Streichholz seitens eines Spaziergängers.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 13. Mai 1912. Rehböde 0,60 bis 1,00, Schwarzwild 0,45 bis 0,65 \mathcal{M} das Pfund. Kaninchen 0,80 bis 1,00 \mathcal{M} das Stüd.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Cornig, Oberförster zu Jura, Regbz. Gumbinnen, ist auf die Oberförsterei zu Cobitz, Regbz. Magdeburg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Jander, Hegemeister zu Peterswalde, Oberförsterei Randeck, Regbz. Marienwerder, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Griesch, Förster zu Waldtrau, Oberförsterei Estelle, ist auf die Försterei zu Schöngewinde, Oberförsterei Wronke, Regbz. Posen, vom 1. August d. Js. ab versetzt.

Gräb, Forstausseher in der Oberförsterei Neuenkang, ist nach Karlsruhe, Oberförsterei Torgelow, Regbz. Stettin, versetzt.

Jannusch, Forstausseher zu Stüdnitz, Oberförsterei Jerrin, ist nach Al.-Garsenburg, Oberförsterei Oberförst., Regbz. Pöstin, vom 1. Juni d. Js. ab versetzt.

Janké, Förster, ist die Försterei Writter, Oberförsterei Wiesden, Regbz. Stettin, vom 1. Juli d. Js. ab übertragen.

Koch, Hegemeister zu Niederheide, Oberförsterei Mittel, Regbz. Marienwerder, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.

Leib, Förster zu Nauau, Oberförsterei Baruthen, ist nach Peterswalde, Oberförsterei Randeck, Regbz. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Olte, Hegemeister zu Reinhausen, Oberförsterei Reinhausen, Regbz. Gildesheim, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.

Schäfer, Förster o. N. zu Zanderbrück, Oberförsterei Zanderbrück, ist als Förster in N. nach Jagertal, Oberförsterei Schöndal, Regbz. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Sig, Forstausseher zu Starzen, Oberförsterei Schulzenwalde, ist als Schreibgehilfe nach Zanderbrück, Oberförsterei Zanderbrück, Regbz. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

von Wiskig, Forstausseher zu Al.-Garsenburg, Oberförsterei Oberförst., ist nach Lubow, Oberförsterei Oberförst., Regbz. Pöstin, vom 1. Juni d. Js. ab versetzt.

Woffram, Hilfsjäger zu Pesta, Oberförsterei Zwangshof, ist nach der Oberförsterei Vindenbusch, Regbz. Marienwerder, versetzt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Poebel, Forstassistent in der v. d. Schulenburgschen Forstverwaltung Apenburg, ist zum Landgräflichen Kammer- und Forstassessor ernannt und ihm die Landgräfliche Oberförsterei Verleshausen übertragen.

Schmidt, Gräfl. Revierförster zu Forsthaus Tamme, Kreis Lubben, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Königreich Württemberg.

Staats-Forstverwaltung.

Schleicher, Oberförster zu Leonberg, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Fürstentum Neuchâtel.

Staats-Forstverwaltung.

Kade, Forstassessor zu Greil, ist unter Verleihung des Titels „Oberförster“ die Verwaltung des Forstreviers Hermannsgrün übertragen.

Großherzogtum Oldenburg.

Pock, Kaiserl. Hegemeister zu Forsthaus Hargarten, Oberförsterei Volken, ist aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Gastor, Kaiserl. Hegemeister zu Forsthaus Hof, Oberförsterei Saarb., ist aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Paas, Kaiserl. Förster zu Forsthaus Hargarten, Oberförsterei Walldorf, ist nach Forsthaus Hargarten, Oberförsterei Volken, versetzt.

Grode, forstverorgungsberechtigter Anwärter zu Forsthaus Hohenburg, Oberförsterei Alberschweiler, ist zum Kaiserl. Förster ernannt.

Reuniger, forstverorgungsberechtigter Anwärter zu Forsthaus Holsberg, Oberförsterei Zagsburg, ist zum Kaiserl. Förster ernannt.

Junker, Kaiserl. Hegemeister zu Forsthaus Dunkelbach, Oberförsterei Alberschweiler, ist nach Forsthaus Hof, Oberförsterei Saarb., versetzt.

Knock, Kaiserl. Förster zu Forsthaus Hohenburg, Oberförsterei Alberschweiler, ist nach Forsthaus Dunkelbach, Oberförsterei Alberschweiler, versetzt.

Otto, forstverorgungsberechtigter Anwärter, ist die Verwaltung der Försterei Hirschtal, Oberförsterei Walldorf, kommissarisch übertragen.

Janus, Heinrich, Holzhauermeister zu Diemerdingen, Kreis Batern, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Jubiläen, Gedenktage u. a. m.

(Nach Zeitungsmeldungen.)

In Reichelsdorf bei Schwabach (Bayern) feierte der frühere Forstwart **Reichsaler** mit seiner Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Liturgie über ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 61. Anfrage: Zwei Kulturfrauen verleben in einem Gartenlokal öfters, im Sommer regelrecht jeden Sonntag, dort die Bedienung der Gäste. Sie bekommen 5 % von der Einnahme, müssen aber noch dafür am nächsten Vormittag, also Montag, die Räumlichkeiten reinigen. Nachmittags kommen sie dann auf Kulturarbeit. Sind die Marken in diesem Falle, obgleich kein bestimmter Tagelohn gezahlt wird, vom Pächter des Lokals zu fleben? G. R., Gräfl. Hilfsförster.

Antwort: Ja, der Lokalpächter muß fleben, denn auf die Art der Entlohnung kommt es bei der Invalidenversicherung nicht an, wenn nur ein untergeordnetes Beschäftigungsverhältnis besteht, was im gegebenen Falle zutrifft. Die Beschäftigung am Montag vormittag bringt für den Pächter die Pflicht mit sich, für die ganze Woche zu fleben.

Nr. 62. Anfrage: Mein Dienstmädchen (15 Jahre alt) wurde von ihrem Vater aufgefordert, zum Besuch nach Hause zu kommen, trotzdem ich wegen des schlechten, kalten Wetters dagegen war, da ich befürchtete, daß sich das Mädchen eine Krankheit auf dem weiten Wege durch Erkältung zuziehen würde. Um aber allen hieraus entstehenden Unannehmlichkeiten (nämlich mit dem Vater des Mädchens) aus dem Wege zu gehen, ließ ich es endlich Sonntag, den 28. Januar, früh nach Hause gehen. Am Dienstag, dem 30. Januar, ließ mir der Vater sagen, seine Tochter sei krank, habe Influenza, und es sei nach Aussage des Arztes zu befürchten, daß noch Lungenentzündung dazu komme. Bin ich nun verpflichtet, die Doktor- usw. Kosten zu bezahlen? Das Mädchen ist gesund von mir weggegangen. Einer Krankenliste gehört das Mädchen nicht an.

A., Revierförster in A.

Antwort: Sie haben unseres Erachtens für Kur und Verpflegung nicht aufzukommen.

§ 86 der Gesindeordnung bestimmt: „Zieht ein Diensthote sich durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben eine Krankheit zu, so ist die Herrschaft schuldig, für seine Kur und Verpflegung zu sorgen.“ Nun wird es zwar schwer sein, zu entscheiden, ob die Krankheit des Mädchens durch die Reise verursacht worden ist — was aber das Wahrscheinlichere ist — oder aber schon in dem Mädchen geschlummert hat und durch die Reise nur zum Ausbruch gebracht worden ist. In beiden Fällen würde aber Ihre Haftpflicht ausgeschlossen sein, da Sie vor der Reise gewarnt haben. In dieser Beziehung hat das preussische Obergerichtsgericht in einer Entscheidung gesagt: „Die durch § 86 der Gesindeordnung bestimmte Pflicht besteht dann nicht, wenn ein eigenes, wenn auch nur mäßiges Versehen des Diensthoten ohne ein Verschulden der Herrschaft vorliegt.“

Hg.

Für die Redaktion: J. W.: Bobo Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegermeister Krause, Forsthaus Reffelgrund bei Hohzeit Rur.

Die diesjährige Delegiertenversammlung

des Vereins findet am 14. und 15. Juni d. J. in Berlin statt, also eine Woche später, als in Aussicht genommen war.

Alles Nähere darüber wird demnächst bekanntgegeben. **Krause, Vorsitzender.**

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Frankfurt a. O. Die Bezirksgruppenversammlung soll mit der bekanntgegebenen Tagesordnung auf Antrag Sonnabend, den 1. Juni d. J., in Landsberg, Hotel Elste, von nachmittags 1 Uhr ab stattfinden.

Der Vorstand. **Krause, Vorsitzender.**

Marienwerder. Am Sonntag, dem 2. Juni, vormittags 11 Uhr, Vertreter- und Mitgliederversammlung in Ronitz (Hotel Ebert). Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für 1911; 2. Besprechung der Tagesordnung der diesjährigen Delegiertenversammlung zu Berlin; 3. Wahl eines Mitgliedes zur Kassenprüfungs-Kommission; 4. Verschiedenes. Die Mitglieder der unter 3 genannten Kommission wollen so zeitig eintreffen, daß die Kassenprüfung vor der Versammlung erledigt werden kann. Die Vorstände der Ortsgruppen bitte ich nochmals, für die Vertretung ihrer Ortsgruppe nach Möglichkeit Sorge tragen zu wollen.

Seefeldt, Vorsitzender.

Potsdam. Am Sonnabend, dem 1. Juni, findet die ordentliche Vertreter- und Mitglieder-Versammlung der Bezirksgruppe in Berlin, Restaurant zum Spaten, statt. Beginn der Sitzung 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1911; 2. Rechnungslegung und Revision der Jahresrechnung; 3. Wahl eines Delegierten für Berlin; 4. Wahl eines Vorsitzenden für die Gruppe, da der jetzige Vorsitzende sein Amt niederzulegen gedenkt (wegen Arbeits-Überbürdung und auch Krankheit); 5. Beschlusfassung über die Punkte der Tagesordnung für die Delegierten-Versammlung (insbesondere Neubildung des Vorstandes, Vereinsorgan usw.); 6. Verschiedenes — Försterstellen-Adressbuch für den Bezirk, Ausbildungsfrage, Waldbearbeiterfrage usw.

Der Vorstand. **J. A.: Purbz, Schriftführer.**

Ortsgruppen:

Annaburger Heide (Regbz. Merseburg). Versammlung Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, in Holzdorf, Gasthof Förster. Tagesordnung: 1. Wahl des gesamten Vorstandes der Ortsgruppe; 2. Vorschlagswahl des Vertrauensmannes der Oberförsterei Rosenfeld; 3. Festsetzung der nächsten Versammlung; 4. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein, wozu auch die Damen gebeten sind.

Der Vorstand.

Darßlub (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 2. Juni, 4 Uhr nachmittags, Scheidenschießen bei Darßlub; sollte ungünstiges Wetter eintreten, so findet dasselbe acht Tage später statt.

Der Vorstand.

Göttingen (Regbz. Hildesheim). Die Waldbtour mit Damen in die Oberförsterei Reinhausen findet am Sonnabend, dem 8. Juni, statt. Abfahrt per Wagen von Göttingen (Bahnhof) 9 Uhr vormittags nach Reinhausen. Fußtour

der Herren durch den Schutzbezirk Reinhausen nach Bremke. Die Damen benutzen dorthin den Wagen durch das Bremketal. Von 1 bis 2 Uhr Frühstückspause im Gasthof Jütte (Frühstück aus der Tasche). Um 2 Uhr Abfahrt nach Appenrode, von dort Aufstieg nach dem Gleichen (½ Stunde), dort gemeinsame Kaffeetafel (Kaffee und Kuchen aus der Kasse der Ortsgruppe), dann Abstieg nach dem Waterloo-Krug, wo um 5½ Uhr ein einfaches, warmes Abendbrot eingenommen wird. Rückfahrt mit dem Wagen oder mit der Kleinbahn um 7,05 Uhr, an Göttingen 8,09 Uhr. Es wird auf eine recht rege Beteiligung um so mehr gerechnet, als die Tour an landschaftlichen

Schönheiten sehr viel bietet. Die Herren Kollegen der Nachbarortsgruppen sind freundlichst eingeladen. Anmeldungen unter Angabe der gewünschten Wagenplätze und der Personenzahl, welche am Essen teilzunehmen wünschen, sind bis zum 1. Juni an den Schriftführer, Herrn Flebbe in Bovenden, zu richten. Bestellte Wagenplätze müssen auch dann bezahlt werden, wenn sie nicht benutzt werden.

Der Vorstand. **P a g e n d a r m**, Vorsitzender.
Seulingswald-Debra (Regbz. Cassel). Am 27. Mai (zweiter Pfingsttag), nachmittags 3 Uhr, Scheidenschießen am Nadelöhr. Es wird gebeten, vollzählig zu erscheinen. **Schroener.**

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Beöffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Jos. Neumann, Neubamm.

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes
am 6. Mai 1912.

Die Sitzung fand in Neubamm statt und begann 5 Uhr nachmittags. Anwesend waren die Herren: Dr. Bertog, Oberförster, Galensee; Bohl, Königl. Forstmeister, Bicher; Graf von Brühl, Königl. Forstmeister, Neumühl; Buller, Herrschaftl. Förster, Forstb. Glüdauf bei Blumberg, Bez. Frankfurt, Ober; Bobo Grundmann, Neubamm; Jacobi, Königl. Forstmeister, Maslin; Neumann, Königl. Kommerzienrat, Neubamm; Hans Neumann, Verlagsbuchhändler, Neubamm; Pahl, Königl. Segemeister, Neubamm; Wölke, Herrschaftlicher Revierförster, Dölzig; Bierau, Vereinssekretär, Neubamm.

Der Kassenbestand betrug am 30. April 1912 12 625,77 M.; davon entfielen:

- | | |
|---|------------|
| a) auf den Unterstützungsfonds . . | 1970,76 M. |
| b) auf den Erziehungsfonds . . . | 362,05 " |
| c) auf den Darlehnsfonds | 4154,37 " |
| d) auf den Stipendienfonds 1912 . | 1878,96 " |
| e) auf den Stipendienfonds 1913 . | 486,71 " |
| f) auf den Begräbnisbeihilfsfonds
1912 . | 2861,72 " |
| g) auf den Begräbnisbeihilfsfonds
1913 . | 811,20 " |

Die seit der letzten Sitzung neu angemeldeten 33 Mitglieder wurden durch Beschluß des Vorstandes in den Verein aufgenommen. Dem Antrage um Wiederherstellung der alten Mitgliedschaft eines Mitgliedes, welches durch Beschluß des Vorstandes vom 26. Februar d. Js. ausgeschlossen ist, konnte nicht stattgegeben werden, da festgestellt worden ist, daß dieses Mitglied die Einlösung der ihm gesandten Nachnahme über den Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1911 verweigert hat und auf eine nochmalige Mahnung den rückständigen Beitrag bis zu dem festgesetzten Termin nicht einsandte. Der Ausschluß war also satzungsgemäß gerechtfertigt und erforderlich.

An Gesuchen um Unterstützung und Darlehen sind 32 eingegangen. Aus dem Unterstützungsfonds wurden bewilligt:

Der älteren, nur auf eine geringe Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 30 M.

Der hochbetagten, in dürftigen Verhältnissen lebenden Witwe eines Königl. Forstauffsehers 30 M. Einem unverschuldet durch Stellenlosigkeit in Not geratenen Herrschaftl. Revierförster 100 M. Der älteren, hilfsbedürftigen Witwe eines Herrschaftl. Waldwärters 50 M. Der hochbetagten, nur auf eine kleine Rente angewiesenen Witwe eines Herrschaftl. Försters 40 M. Einem infolge dauernden Siechtums frühzeitig pensionierten Königl. Förster, dessen Einkommen zum bescheidenen Lebensunterhalt nicht reicht, 40 M. Der schwächlichen, infolge frühzeitigen Todes ihres Mannes nur auf eine geringe Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 40 M. Der alleinstehenden, hochbetagten Tochter eines verstorbenen Königl. Revierförsters, die nur auf milde Gaben angewiesen ist, 40 M. Der hochbetagten, auf eine kleine Gnadenpension angewiesenen Witwe eines Herrschaftl. Försters 30 M. Einem invaliden, auf fremde Hilfe angewiesenen Herrschaftl. Förster 30 M. Zwei zusammenlebenden älteren Schwestern, Töchter eines verstorbenen Königl. Försters, die ihren Lebensunterhalt nur dürftig erwerben, 50 M. Der hilfsbedürftigen, alleinstehenden Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 25 M. Einem durch jahrelange Krankheit seiner Ehefrau in Bedrängnis geratenen Königl. Förster 75 M. Einem gänzlich unbemittelten Herrschaftl. Förster mit großer Familie zur Ermöglichung des Antritts einer neuen Stelle 50 M.

Aus dem Erziehungsfonds erhielten die unbemittelte Ehefrau eines geisteskranken Herrschaftl. Försters zur Erziehung von drei kleinen Kindern 75 M. und die hilfsbedürftige Witwe eines Herrschaftl. Försters, welche ebenfalls noch drei Kinder zu versorgen hat, 50 M.

Aus dem Darlehnsfonds wurden bewilligt: Einem infolge ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse vorübergehend in Not geratenen Königl. Förster 250 M. Einem durch vorjährige Mißernte bei einer großen Familie in Schulden geratenen Königl. Förster 300 M. Einem unbemittelten Herrschaftl. Revierförster zur Übernahme einer neuen Stelle 250 M. Einem durch die Dürre des vorigen Sommers wirtschaftlich sehr geschädigten Königl. Förster 300 M.

Abgelehnt wurden vier Gesuche um Darlehen und acht Gesuche um Unterstützung. Die Gründe der Ablehnung lagen zumeist in der Nichtbeibringung der vorgeschriebenen Unterlagen, teils auch in Unzulässigkeit gemäß Satzung.

Aus dem Fonds für Begräbnisbeihilfen sind seit voriger Sitzung gezahlt: 6 Beihilfen von je 100 M., eine Beihilfe von 60 M. und eine von 50 M., zusammen 710 M.

Im ganzen wurden in dieser bzw. seit voriger Sitzung bewilligt 2565 M.; davon aus dem Unterstützungsfonds 630 M., aus dem Erziehungsfonds 125 M., aus dem Darlehensfonds 1100 M. und aus dem Fonds für Begräbnisbeihilfen 710 M.

In der Abteilung für Stellenvermittlung sind seit voriger Sitzung vier Stellen für Forst- und Jagdbeamte vermittelt.

An Wohlfahrtsmarken sind seit der letzten Vorstandssitzung 200 Bogen verkauft.

Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß von zwei Gönnern des Vereins zwei gebrauchte ältere Doppelflinten, Kal. 16, zum Verschicken an bedürftige Forst- und Jagdbeamte bzw. Lehrlinge gestiftet seien.

Ende der Sitzung 6½ Uhr.

Der Vorstand
des Vereins „Waldbheil“.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Märktischer Forstverein.

Einladung.

Die XXXVIII. Hauptversammlung des Märktischen Forst-Vereins findet am 2., 3. und 4. Juni 1912 in Eberswalde statt. Die Herren Vereinsmitglieder sowie alle Freunde des Märktischen Waldes werden hierzu mit dem Ersuchen ergebenst eingeladen, ihre Beteiligung spätestens bis zum 19. Mai 1912 an den Magistrat in Eberswalde anzumelden und hierbei anzugeben, ob Beschaffung von Wohnung für eine Nacht oder zwei Nächte, die Teilnahme an dem gemeinsamen Frühstück und an dem Mittagessen am 3. Juni und an der Waldfahrt und am Frühstück am 4. Juni gewünscht wird, da nur in diesem Falle die Anordnungen über die zu beschaffenden Wohnungen, Tischplätze, Wagen usw. rechtzeitig erfolgen können. Nur denjenigen Herren, welche diesen Termin einhalten, kann eine Benachrichtigung über die ihnen zugewiesenen Wohnungen auf Verlangen durch vorherige Zusendung einer Wohnungskarte gewährleistet werden.

Berlin W 60, Ansbacher Str. 44/45,
im April 1912.

Der Vorstand
des Märktischen Forst-Vereins.
v. Stünzner, Kgl. Hofkammerpräsident, Berlin
Vorsitzender.

Programm.

Sonntag, den 2. Juni 1912. Empfang der Gäste auf dem Bahnhof Eberswalde von 2 Uhr nachmittags bis 10 Uhr 15 Minuten abends. Ausgabe von Wohnungskarten, Eintrittskarten, Tischkarten usw., sowie des Exkursionsführers im Bahnhofsgelände, später im „Restaurant von Rohde“, Schützenstraße 1, Weidendam. Von 7 Uhr abends ab: Begrüßung und geselliges Zusammensein im „Schützenhause“.

Montag, den 3. Juni 1912. An diesem Tage eintreffende Mitglieder und Gäste erhalten die Druckfachen, Karten usw. im „Restaurant von Rohde“. 8½ Uhr vormittags pünktlich: Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden im Saale des „Restaurants

von Rohde“. I. Geschäftliche Mitteilungen. Ren-
n-
wahl des Vorstandes und des Schatzmeisters.
Ren-
n-
wahl von Vertretern in den Bezirks-Eisen-
bahnrat zu Berlin und Breslau für die Amts-
periode 1913 bis Ende 1915. II. Erstattung von
Aus-
schußberichten und Wahl von Ausschüssen.
III. Verhandlung folgender Aufgaben: Mit-
teilungen über Erfindungen, Versuche und Er-
fahrungen im Gebiete des forstlichen Betriebes
und über sonstige wichtige Erscheinungen auf dem
Gebiete der Forstwirtschaft und Jagd. Zu diesem
Teile werden kurze Mitteilungen der verschiedensten
Art gewünscht. Hierzu ist folgendes zu verhandeln:
a) Ist das Auftreten des Valsa oxytoma auch
für die Folge zu befürchten? Liegen Erfahrungen
darüber vor, ob Stodausschläge etwa immun sind
oder nicht? (Beschluss der Hauptversammlung
für 1911. — Bericht S. 22.) b) Antrag des Herrn
Regierungs- und Forstrat Guhde-Merleberg in
der Hauptversammlung 1911: „Daß am ersten
Tage der Haupt-Versammlungen die Exkursionen
und am zweiten Tage die Verhandlungen statt-
finden.“ (Bericht der Haupt-Versammlung 1911,
Seite 13 bis 16 und der Winter-Versammlung
1912, Seite 51 und 52.) c) Beschlussfassung über
die von Herrn Oberforstmeister Dr. Freiherr von
dem Busche, Potsdam, in der Winter-Versammlung
1912 eingebrachte Resolution, betreffend: „Der
Abschluß von Resten.“ (Bericht der Winter-
Versammlung Seite 52 ff.) d) Anregung des
Herrn Kammerherren von Waldow-Keipenstein,
Königswalde, in der Winter-Versammlung 1912:
„daß vom Märktischen Forst-Verein in Gemein-
schaft mit dem Ausschuß für Forstwesen der Land-
wirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg
eine Kommission eingesetzt werde, um die Frage
der Waldbrandversicherung zu studieren und
spezielle Vorschläge zu machen.“ (Bericht der
Winter-Versammlung Seite 48.) 2. „Der tech-
nische und waldbauliche Wert der im Vereinsgebiet
bereits angebauten ausländischen Holzarten.“ —
Berichterstatte: Herr Geheimrat Regierungsrat
Professor Dr. Schwappach, Eberswalde. Mit-
berichterstatte: Herr Oberförster Dr. Bertog,
Halensee. 3. Welche Aufwendungen sind bei
Neubegründung der Kiefernbestände den Kultur-
kosten hinzuzurechnen? Welche Erträge können

von den Kulturlosen in Abzug gebracht werden?" Berichterstatter: Herr Professor Schilling, Eberswalbe. 4. „Rückblick auf das Jagdjahr 1911" in Verbindung mit der Frage: „Worin liegt der Grund, daß in Revieren, in denen seit vielen Jahren der Kahlwildabschuß härter gehandhabt wird als der an Hirschen, das Kahlwild noch immer in überwiegender Menge vorkommt?" (Beschluss der Haupt-Versammlung für 1911. — Bericht Seite 23.) Berichterstatter: Herr Forstmeister Graf von Bernstorff, Hinrichshagen. — Frühstück gegen 11 Uhr im „Restaurant Hohde". Schluß der Sitzung: etwa 2 Uhr nachmittags. Hierauf: Besichtigung der Stadt Eberswalbe und ihrer Sehenswürdigkeiten. Niederlegung eines Kranzes am Denkmal des verstorbenen Direktors der Forstakademie, Landforstmeister Dr. Dandelmann. Um 5 Uhr nachmittags: Gemeinschaftliches Mittagessen in der „Harmonie", Weinbergstr. 6a. — Trodenes Gebed 5 A. Hierauf: Geselliges Zusammensein daselbst. — Konzert bis 10 Uhr.

Dienstag, den 4. Juni 1912. Pünktlich 7½ Uhr vormittags: Nach Versammlung beim „Gesundbrunnen" Fußwanderung durch den Stadtwald von Eberswalbe bis zur forstfistalischen Grenze, daselbst von 9 Uhr ab: Waldfahrt durch die Königliche Oberförsterei Eberswalbe, Schluß am „Wasserfall". Frühstück im „Restaurant Wasserfall", dargeboten von der Stadt Eberswalbe. Rückkehr nach Eberswalbe zu Fuß oder durch zu bestellende Droschken zu beliebiger Zeit bzw. zu den Abfahrtszeiten der Eisenbahnzüge.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwirte. Mitteilungen.

1. Um etwaigen weiteren Anfragen zu begegnen, sei mitgeteilt, daß sich das dem Herrn Kollegen Barth bei seinem Scheiden aus dem Staatsforstdienste in der „Deutschen Forst-Zeitung" gewidmete Lebewohl in Nr. 17, Seite XII des Inseratenteils, vorfindet. Es hat leider seinen Platz versehentlich zu weit hinten gefunden und ist deshalb etwas unauffällig geworden.

2. Die Erhebungen, die betreffs des Abonnements auf die „Deutsche Forst-Zeitung" eingeleitet wurden, haben ein recht erfreuliches Resultat gezeitigt.

Es haben sich 25 neue Abonnenten gemeldet. Mit besonderer Genugtuung habe ich Kenntnis davon genommen, daß in einigen Oberförstereien sämtliche Kollegen nunmehr zu den Abonnenten zählen. Allerdings ist aber auch noch eine Oberförsterei vorhanden, die leider keinen der Herren Kollegen als Abonnenten aufzuweisen hat. Ob nun jene Herren Kollegen nicht die

Notwendigkeit fühlen, sich auf dem Gebiete der Vereinsarbeit zu betätigen, bzw. sich auf dem „Laufenden" zu erhalten, oder aber, ob diese Tätigkeit eventl. auf irgend eine andere Art und Weise als durch die „Deutsche Forst-Zeitung" vor sich geht, ist mir nicht bekannt. Wenn die erstere Vermutung — was ich übrigens zu behaupten wage — zutreffend sein sollte, so ist dies ein Beweis derartiger Apathie und Sorglosigkeit, die im Interesse der Sache sowohl, sowie der Allgemeinheit nur bedauerlich ist. Mögen sich im Laufe der Zeit noch recht viele Kollegen entschließen und auf die „Deutsche Forst-Zeitung" abonnieren, Schaden kann das Lesen einer guten Fachzeitschrift gewiß nicht, zumal wenn diese Vereinsorgan ist. — Hoffen wir das Beste!

Bezüglich der Zahlung te: Abonnementsgelder werden die neu hinzugekommenen Abonnenten dahin verständigt, daß diese der Geschäftvereinfachung halber am besten gleichzeitig mit der Zahlung der Vereinsbeiträge — also im Januar jeden Jahres — durch die Gruppenführer an den Vereinskassameister zu erfolgen hat. Es soll aber, um dem einzelnen Kollegen den Zahlungsmodus zu erleichtern, auch gestattet sein, die Beträge vierteljährlich an die Gruppenführer abzugewähren. Die Gruppenführer wollen aber dann Sorge dafür tragen, daß die Beträge in ihrer Gesamtheit pünktlich im Monat Januar an den Vereinskassameister abgeführt werden.

Der Herr Kassameister wird gebeten, den Gruppenführern jeweilig im Dezember des Jahres ein Verzeichnis der Zeitungsabonnenten unter gleichzeitiger Namhaftmachung des durch den einzelnen abzugewährenden Betrages zuzufertigen.

Die Weiterleitung der Zeitung erfolgt, solange eine Abbestellung beim Vereinsvorsitzenden nicht bewirkt wird.

3. Die Herren Kollegen vom Vorstande sowohl wie die Herren Gruppenführer, schließlich aber auch alle Vereinsmitglieder erlaube ich, einmal in ihrem eigenen Interesse und dann aber namentlich im Interesse der Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und zur Erspareung unnötiger Portoausgaben, sich die Rubrik „Personalnotizen" der jeweilig erscheinenden neuen Nummer genau anzusehen, um die sich etwa notwendig machenden Änderungen bzw. Ergänzungen ihrer Mitgliederverzeichnisse selbsttätig bewirken zu können, dem Vorsitzenden aber Anfragen dieser Art und sich hieraus notwendig machende Schreibarbeit zu ersparen.

Mit Waldheil!

Heubach, S.-M., den 7. Mai 1912.

Der Vorstand: Reuter, Vorsitzender.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstbienststellen in Preußen. 403. — Die Rothweide und Kanadapappel im Moorgebiet. Von Bernhard Bahrenberg. 403. — Beobachtungen im Riesengebiet unter besonderer Berücksichtigung des Dürrejahres 1911. Von Eiger. 404. — Die grüne Harbe. Von Simon. 411. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. 413. — Gesehe, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 415. — Lehrstühle in Bromberg. 416. — Prüf- und Sammelstelle für Kolonialgüter. 416. — Brandschadenentschädigung. 416. — Waldbrände. 416. — Amtlicher Marktbericht. 417. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 417. — Brief- und Fragelisten. 417. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 418. — Nachrichten des „Waldheil". 419. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 420. — Inserate.

Verlag von J. Neumann, Neudamm.

Ende März wurde neu herausgegeben:

Preußisches Förster-Jahrbuch 1912 (Band III).

Ein Ratgeber und Adreßbuch für die preußischen Kron- u. Staats-Forstbeamten.

Ladenpreis fest geheftet 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der Forstzeitung einzeln 2 Mk. 30 Pf., in Partien 5 Stück und mehr an eine Adresse je 2 Mk. 10 Pf., 10 Stück und mehr an eine Adresse je 2 Mk.

Der hohe Wert dieses Jahrbuches, welcher durch die kritischen Würdigungen, die auf Seite 329 in Nummer 16 Veröffentlichung gefunden haben, besonders glücklich eingeschätzt wird, ist bei seinem akuten Stoff für das kommende Jahr dem preußischen Forstbeamten je größer, je früher seine Anschaffung erfolgt. Die Herren, welche noch nicht bestellen, werden daher gut tun, ihre Aufträge schleunigst aufzugeben.

Zu beziehen ist das Preussische Förster-Jahrbuch gegen Einsendung des Betrages franko, unter Nachnahme mit Portozuschlag.

Verlagsbuchhandlung J. Neumann, Neudamm.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Zur Schneebalkkollekte für den Jagdaufseher Ott und die Witwe Schäfer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß im Jahre 1906 zugunsten des durch einen wilderischen Schuss verwundeten Jagdaufsehers Ott und der Witwe des ermordeten Oberjägers Schäfer von unbekannter Seite eine Schneebalkkollekte veranstaltet wurde, in welcher die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“ als Sammelstelle für die Beiträge genannt ist. Wir erklärten schon damals, daß diese Kollekte ohne unser Wissen und Willen in Umlauf gesetzt sei, machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß derartige Kollekten gesetzlich verboten sind, und baten wiederholt dringend, die Schneebalkkollekte für Ott und Schäfer einzustellen. Trotzdem gingen im Laufe der Jahre und gehen auch jetzt immer noch Beiträge für den genannten Zweck, teils mit unflüchtigen Bemerkungen, bei unserer Expedition ein. Wir nehmen daher Veranlassung, die Empfänger von Schneebalkbriefen nochmals dringend zu bitten, dem Umlauf der Schneebalkkollekte zu steuern und diese endlich einmal außer Kurs zu setzen. Die jetzt noch bei uns eingehenden Beträge werden dem Verein „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, überwiesen. (688)

Die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“.

Familien-Nachrichten

Statt besonderer Anzeigen!

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter

zeigen hochehrent an (699)

Kgl. Forstmeister Birner u. Frau Käthe geb. Janensch. Ordnewalde, den 11. Mai 1912.

Geburten:

Dem Kgl. Förster Vallerstaedt in Alt-Jablonken ein Sohn.

Dem Herzogl. S. Forstassessor Felsner I in Bollentoda (Högt. Gotha) eine Tochter.

Sterbefälle:

Renges, Kgl. Forstmeister in Grünau. Lampert, Albert, Oberförster in Wertheisdorf (Schlesien).

Parabiscini, Theodor, Oberförster in Bretten.

Vernhard, L., Förster in Ober-Gersprenz.

Nachruf!

Am 8. d. M. verstarb in Rotenburg a. F. nach längerem, schwerem Leiden im 69. Lebensjahre der Kgl. Hegemeister a. D.

Wilhelm Rüthnick

(Jahrg. 1861, G.-J., 2. Komp.).

Mit ihm ist ein in Krieg und Frieden bewährter Beamter dahingegangen. Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen und treues Vereinsmitglied, dessen Andenken wir stets hoch in Ehren halten werden. (698)

Ortsgruppe Rotenburg a. F. des Vereins Königl. Preuss. Forstbeamten.

Nachruf!

In der Nacht vom 12. zum 13. Mai verstarb infolge langen, schweren Lungenleidens im Alter von 34 Jahren der

Königl. Forstaufseher Zurth

(4. G.-J., 1897)

in Gross-Schönebeck (Mark). (697)

Wir betrauern in dem Entschlafenen einen allzeit lebenswürdigen, offenen und ehrlichen Kollegen.

Ehre seinem Andenken!

Ortsgruppe Schorfheide des Vereins Königl. Preuss. Forstbeamten.

Jagdverpachtungen

Jagdpacht- und Abschlagsgehalte

Pensions-Anzeigen

Pensions-Gesuch.

Alt., geb. Herr sucht zur Erhol. für mehrere Monate Aufenthalt in nettem, ruhigem Forsthaus. Off. mit Ang. d. Pensionsvtr. unter Nr. 688 bef. d. Erzpbe. der Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm.

Holz und Güter

Für den Nachweis von

Laubhölzern jeder Art,

auch in kleinen Posten, zahle bei Abschluß

hohe Provision.

445)

Otto Backe,

Berlin NW 87. Reuepowsir. 19b.

Personalien

Die hiesige

Stadtförsterstelle

ist baldigh zu besetzen. Das Einkommen beträgt 1050 Mk. (696)

Jüngere, tüchtige, forstverordnungs-berechtigte Bewerber, sowie auf Versorgung dienende Forstverordnungs-Rasse A, wollen sich binnen 8 Wochen melden. Probefriedzeit 6 Monate

Zeßen (Bez. Halle a. S.).

den 7. Mai 1912.

Der Magistrat.

Die Gartenstadt Frohman b. Berlin sucht a. 1. 7. evtl. früher, einen zuverlässigen in allen forstl. Arbeiten erfahrenen

Waldwärter. (696)

Nur gut empfohlene Bewerber werden berücksichtigt. Anstell. zunächst a. Probe. Tageslohn 5 Mk. (Bewerbsabsicht nicht zurück.) Bewerber an Forstverwalter Demecke, Frohman i. d. Mark.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feiernabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Wöchentliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thürmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht reaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 21.

Neudamm, den 26. Mai 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- **Oberförsterstelle Niederth** im Regierungsbezirk Magdeburg ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 5. Juni eingehen.
- **Oberförsterstelle Grenzheide** im Regierungsbezirk Posen ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 5. Juni eingehen.
- **Oberförsterstelle Kemnitz** im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. September 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 5. Juni eingehen.
- **Oberförsterstelle Kießberg** im Regierungsbezirk Marienwerder ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 5. Juni eingehen.
- **Oberförsterstelle Schmiedefeld** im Regierungsbezirk Erfurt ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 5. Juni eingehen.
- **Försterstelle Barenberg** in der Oberförsterei Elend, Regierungsbezirk Hildesheim, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen.
- **Försterstelle Buchenberg** in der Oberförsterei Böhl, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.
- **Försterstelle Buchenhain** (Spreewald) in der Oberförsterei Börnichen, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. September 1912 zu besetzen.
- **Försterstelle Mernes** in der Oberförsterei Salmünster, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.
- **Försterstelle Minschenwalde** in der Oberförsterei Alt-Sternberg, Regierungsbezirk Königsberg, gelangt zum 1. Juli 1912 zur Neubefetzung. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an nutzbarem Dienstland ca. 20 ha. Die Schule ist im Orte. Bahnstation (Kleinbahn): Pipilin ca. 2 km ab.
- **Försterstelle Rößberg-Of** in der Oberförsterei Rößberg, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.
- **Försterstelle Wellerode** in der Oberförsterei Waldbau, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. September 1912 anderweit zu besetzen.
- **Forststellen-Rendantenstelle** für die Oberförstereien Siegen, Salmchen, Hilschenbach, Ewig und Bilslein, mit dem Amtssitz in Siegen, Regierungsbezirk Arnberg, ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 10. Juni eingehen.

Die Rangfrage der Königlich Preussischen Forstauffseher und Hilfsjäger.

Von Königl. Förster Lind.

Seit mehreren Jahren schon beschäftigt den Preussischen Försterstand die Frage der Rang-erhöhung seiner Anwärter. Daraus, daß diese Frage bereits wiederholt bei den Versammlungen zur Sprache gebracht worden ist, geht hervor, wie dem ganzen Stande das Wohl und Wehe auch der jüngeren Kollegen am Herzen liegt. Es wäre auch traurig, wenn es anders wäre. Eins bedingt das andere; denn bei einer Vermehrung des sozialen Ansehens der Forstauffseher und Hilfsjäger muß auch der ganze Försterstand an Ansehen gewinnen. Das ist so einfach und klar, daß es keiner weiteren Ausführung bedarf. Auf der Delegiertenversammlung des Vereins Königlich preussischer Forstbeamten im Juni d. Js. soll dieser Gegenstand erneut beraten werden.

Als im Jahre 1897 den Förstern endlich der langersehnte Subalternbeamtenrang verliehen wurde, haben wohl viele von uns geglaubt — zu diesen gehörte auch der Verfasser —, daß damit zugleich auch dieselbe Rangerhöhung für die Forstauffseher und Hilfsjäger — die Anwärter des Försterdienstes — verbunden sei. Es wäre das nur eine Übereinstimmung mit ähnlichen Beamtenlaufbahnen gewesen. Hier sind zu nennen die Bahnmeisterdiätäre, die Hilfsarbeiter (Militär-anwärter) im Bureau- und Kassendienst der Gerichte, die Kanzlei-diätäre bei den verschiedenen Behörden, die Hilfszeichner in den Katasterbureaus usw.; sie alle zählen bereits im Diätariatsverhältnis zu den mittleren Beamten, weil ihre erste etatmäßige Anstellung für eine mittlere Beamtenstelle erfolgt.

Da hat es denn die Forstauffseher und Hilfsjäger, für die gleiches zutrifft, sehr enttäuscht, als sie hören mußten, daß sie Unterbeamte bleiben. Sie nehmen somit in ihrer Laufbahn eine Ausnahmestellung ein. Auf der vorjährigen Berliner Delegiertenversammlung des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten ist gesagt worden, es wären zunächst noch Ermittlungen anzustellen, ob unter den Anwärtern auf mittlere Beamtenstellungen die Försteranwärter in dieser Beziehung wirklich allein ständen, und erst wenn dies zuträfe, dürften wir unsern vorgesetzten Behörden mit einem bezüglichen Vorschlag nahestehen.

Und in der Tat scheinen die Förster hier allein zu stehen. Wo sonst die erste etatmäßige Anstellung als mittlerer Beamter erfolgt, rechnen auch die Anwärter (Diätäre) bereits zu den mittleren Beamten. Ausnahmen

gibt es nur da, wo eine Beförderung aus einer etatmäßigen Unterbeamtenstellung in eine etatmäßige mittlere Beamtenstellung vorkommt. So sind die Lokomotivführer mittlere Beamte, aber die Lokomotivheizer, aus denen sie sich ergänzen, Unterbeamte. Jedoch sind auch letztere etatmäßig angestellte Beamte und werden Lokomotivführer nach Maßgabe des bestandeneren Examen aus der etatmäßigen Unterbeamtenstellung heraus. Unterziehen sie sich dem Führerexamen nicht oder bestehen sie es nicht, so bleiben sie eben Heizer. Überhaupt hat ja die Eisenbahnverwaltung das Prinzip, jedem intelligenten Arbeiter den Aufstieg zu einer besseren Beamtenstellung, selbst der Assistentenstellung, zu ermöglichen. Daraus rechtfertigt sich dann die Unterbeamtenstellung in den Vorstufen. Es liegen also hier die Verhältnisse wesentlich anders.

Der Forstlehrling ergreift seinen Beruf in der bestimmt ausgesprochenen Absicht und — das Bestehen der Prüfungen vorausgesetzt — Berechtigung, Förster, d. h. mittlerer Beamter, zu werden. Es findet sonach bei den Försteranwärtern keine Auslese durch verschiedene vorausgehende etatmäßige Unterbeamtenposten statt wie bei der Eisenbahnverwaltung. Der Försteranwärter durchläuft lediglich ein Diätariat und ist trotzdem Unterbeamter in diesem seinem Diätariatsverhältnis, selbst dann noch, wenn er bereits seine Försterprüfung bestanden hat. Darin unterscheidet er sich wesentlich von den Anwärtern (Diätären) der zahlreichen anderen mittleren Laufbahnen und erfährt eine nicht unwesentliche Benachteiligung.

Betrachtet man nun die Dienstleistungen der Forstauffseher und Hilfsjäger näher, so wird jeder unbefangene Beurteiler zugeben müssen, daß sie über den Rahmen dessen, was sonst im allgemeinen von Unterbeamten verlangt wird, weit hinausgehen. Die zahlreichen Schreib- und Hilfen auf den Oberförstereien leisten doch ohne Frage Dienste, die keine Behörde sonst von einem Unterbeamten fordert. Es herrscht hier ein stillschweigendes Einverständnis, daß die jungen Leute — oft allerdings sind es auch schon recht alte Forstauffseher — die gesamte Tabellenführung, Rechnungslegung, Nachweise und Übersichten, wenn auch stets unter den Augen des Revierverwalters, im großen und ganzen doch selbständig erledigen.

Eine andere größere Zahl von Forstauffsehern und Hilfsjägern wird mit Betriebsregelungsarbeiten beschäftigt, die ebenso mehr Intelligenz

erfordern dürften, als gemeinhin bei Unterbeamten gesucht und gefunden wird. Zu erwähnen sind hier die Flächenvermessungen einerseits und die Koordinaten- und Flächenberechnungen andererseits, welche diese Beamten oft nahezu selbständig auszuführen haben. Ein Teil dieser Anwärter wird ferner zu Hilfszeichnern im Forsteinrichtungsbureau verwendet. Hier ergibt sich nun die wunderbare Tatsache, daß diese Hilfszeichner bei einer Zentralbehörde Unterbeamte sind, während sie bei Lokalbehörden, Katasterämtern und Spezialkommissionen, zu den mittleren Beamten rechnen.

Wieder andere Forsthilfsaufseher finden Verwendung bei den Forstakademien, sei es im Sekretariat, im Forstgarten oder in der Fischzuchtanstalt, sei es als Hilfsarbeiter bei der Hauptstation des forstlichen Versuchswesens oder anderen der Forschung dienenden Instituten. Besonders bei diesen Beamten wird wohl jeder Vorgesetzte die Dienstleistung nicht mehr als Unterbeamtendienst ansehen, da sie Hilfsarbeiter im wahren Sinne des Wortes sind, den leitenden Professoren an die Hand zu gehen haben und deren Absichten forstliches Verständnis entgegenbringen müssen. Allgemein wird hier bereits ein gewisses geschultes Denken verlangt, und das oft jahrelange Verweilen an den Akademien läßt erkennen, daß diese Anwärter den an sie gestellten Anforderungen gewachsen sind.

Schließlich verdient noch Erwähnung, daß gar nicht so selten Forstaufseher wegen forstlicher Invalidität oder aus anderen Gründen sich dem Forstwesen zuwenden, vielfach mit der Vertretung von Rentanten beauftragt werden, daß sie auch die Rentantenprüfung machen und später Forstklassenrentanten und somit mittlere Beamte I. Klasse werden. Man sollte doch meinen, daß mittlere Beamte I. Klasse nicht von Unterbeamten vertreten werden können.

Dies alles beweist, daß in den Forstaufsehern und Hilfsjägern eine nicht zu unterschätzende Intelligenz steckt, die sie zu besseren Beamtenstellungen befähigt.

Es bliebe nun noch das Gros der im Walde beschäftigten Forstaufseher und Hilfsjäger übrig, von denen vielleicht gesagt werden könnte, daß ihr Dienst, soweit er lediglich in Ausübung des Forst- und Jagdschusses besteht, einem Unterbeamtendienst nahekommt. Hiergegen aber spricht dies: Alle diese Beamten können zu jeder Zeit zur Vertretung von Förstern herangezogen werden und werden es auch. Viele von ihnen haben als Revierförsterassistenten ständiger Försterdienst zu tun. Wer aber imstande ist, den Dienst eines mittleren Beamten jederzeit zu versehen, muß

füglich auch die hierzu erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, also die Qualität eines mittleren Beamten, besitzen. Zudem erfordert die sinn- und sachgemäße Erledigung der Aufgaben des Forst- und Jagdschusses gegenwärtig meistens ein solches Maß selbständigen Nachdenkens und Handelns, daß auch bei diesem Dienstzweige von mechanischen Einrichtungen kaum noch gesprochen werden kann. Daß die ganze Vor- und Ausbildung der Försteranwärter die von mittleren Beamten ist, wird auch bereits von den vorgelegten Behörden dadurch anerkannt, daß sie die Anwärter von vornherein zu einer späteren mittleren Beamtenstellung und nicht für eine Unterbeamtenstellung annehmen.

In Berlin wurde im vorigen Jahre auf der erwähnten Delegiertenversammlung in einer warmen Fürsprache für die erbetene Rangerhöhung u. a. auch angeführt, daß es für einen aktiven Oberjäger, Feldwebel oder Witzfeldwebel, der so lange einer Elitetruppe angehört und dadurch im Unteroffizierkorps der Armee eine bevorzugte Stellung eingenommen hat, überaus schmerzlich sein muß, nach Verlassen des Jägerkorps der niedrigsten Beamtengruppe zugezählt zu werden, während es für jeden anderen aktiv gebienten Soldaten von einiger Bildung nicht gar zu schwer hält, eine mittlere Beamtenlaufbahn einzuschlagen und als deren Anwärter sogleich zu den mittleren Beamten zu gehören. Gewiß muß dieses, man kann fast sagen: Versinken zu den Kleinsten des großen preussischen Beamtenheeres für jeden auf sich haltenden jungen Mann schmerzlich sein, namentlich in heutiger Zeit, wo alles auf Anerkennung gesellschaftlicher Werte gestellt ist.

Nun heißt es wohl: „Ein jeder schafft sich seine gesellschaftliche Stellung selbst!“ — Zugegeben, daß dieses Wort auch heute noch seine Berechtigung hat. Aber dennoch wird es niemand einem Beamten verargen können, wenn er seine gesellschaftliche Stellung auch vom Staat anerkannt wissen möchte. Denn die große Masse schätzt den Beamten immer danach ein, wie er von der Staatsverwaltung eingeschätzt wird. Wo aber Kenntnisse und Fähigkeiten und der geforderte Dienst für den Beamten eine bessere Stellung als die eines Unterbeamten voraussetzen lassen, da liegt doch eigentlich kein Grund vor, ihm diese bessere Stellung nicht auch einzuräumen.

Aus der so differenzierten Bewertung der Beamten sind die vielen verschiedenen Beamtengruppen entstanden, und ihr Zweck wiederum ist, daß ein jeder mit dem ihm gebührenden Maß gemessen werden soll und den Platz angewiesen erhält, welcher ihm nach seiner Vor- und Ausbildung und vor allem auch nach seiner

Dienstleistung zukommt. Wenn danach die Forstaufseher und Hilfsjäger bitten, ihnen als Anwärter für mittlere Beamtenstellen bereits im Diätariat den Rang der mittleren Beamten zu

verleihen, so würde das einmal nur dem verlangten Dienst entsprechen und zum andern nur eine Ungleichheit beseitigen, unter welcher sie den Anwärtern anderer mittlerer Beamtenstellungen gegenüber zu leiden haben.

Weiteres vom Durchschreiben.

Vom Königl. Oberförster Franz, Langenschwalbach.

Das Durchschreibeverfahren wird im Forstfach bereits vielfach in Anwendung gebracht; seine Verbreitung würde noch wesentlich größer sein, wenn bei den zu vervielfältigenden Formularen das Loseblättersystem zur Einführung gelangte. Das Durchschreiben ganzbogiger und gekniffener Vordrucke ist etwas umständlich, falls

leicht, die Formulare über eine Vertikallinie zu richten, worauf sie oben über dem Holz mit einer starken Klammer an dem Brett festzuklemmen sind. Das Durchschreiben erfolgt nach der Anweisung in Nr. 17 Band 26 dieser Zeitschrift (Separatabdrücke gegen 10 S. pro Stück vom Verlag).

Neuerdings werden von den Bleistiftfabriken besondere Durchschreibetintestifte angefertigt. Der härteste ist der Stift „Duplikator“ Nr. 755 von J. S. Städtler in Nürnberg. Zu empfehlen ist auch der unverwischliche (polierte) Kohlestift Nr. 5 von A. W. Faber in Nürnberg. Die Schrift des letzteren nimmt die Vetalting an und erlangt dadurch einen höheren Grad der Unverwischbarkeit. — Die Fabriken geben nur an Wiederverkäufer ab.

Vonden Durchschreibefedern hat sich nach den Erfahrungen des Verfassers die Feder „Rebis“ Nr. 1148 von Heinke & Blandertz am besten bewährt.

Zum bequemen Durchschreiben looser Blätter, namentlich der Holzabzählungstabelle Nr. 147 b, hat der Verfasser ein besonderes Brettchen mit einem Rahmen auf der Unterseite zum genauen

Richten des Papierstapels konstruiert. Der Rahmen gibt dem Brettchen gleichzeitig eine pultartige Stellung. Der Gebrauch des Gerätes, welches durch die Figuren 1 und 2 veranschaulicht wird, ist folgender:

Man drehe das Brett herum, die offene Seite der Umrahmung nach oben, halte es etwas schief und lasse dann die Formulare in dünneren Lagen in die Umrahmung fallen (Fig. 2), damit sich jedes Blatt unten und an der Seite gut an die Leisten anlehnt. Nachdem so der Stapel

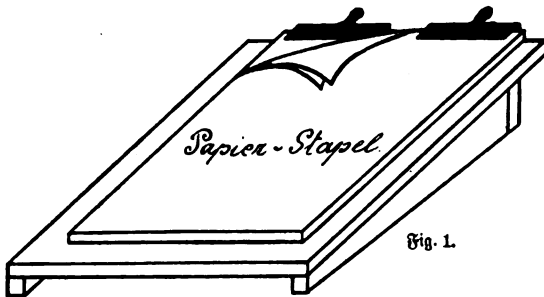


Fig. 1.

die Durchschriften in das Formular des Originals gebracht werden sollen. Man verfährt dabei zweckmäßig wie folgt: Eine Anzahl auseinandergeschlagener Formulare wird auf ein entsprechend großes, dünnes Brett aus weichem Holze so gelegt, daß die oberen Papierränder ungefähr mit dem Bretttrande abschneiden. Sierauf erfolgt das auf ein scharfes Aufeinander-

fallen der Formularlinien abzielende Richten der Bogen. Man wählt zu diesem Zweck einen bestimmten Kreuzungspunkt zweier Formularlinien (oben links), durchsicht ihn durch alle Blätter mit einer Nadel und drückt letztere ein Ende in das Brett hinein. Um diesen Angelpunkt lassen sich nun alle Bogen drehen, und es wird

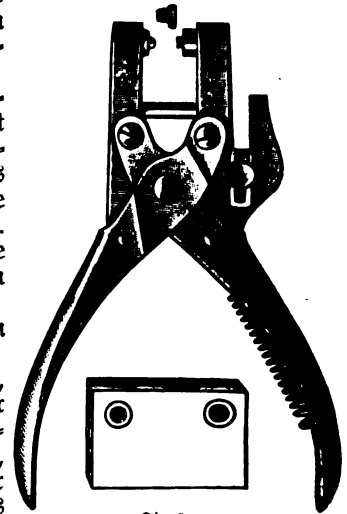


Fig. 2.

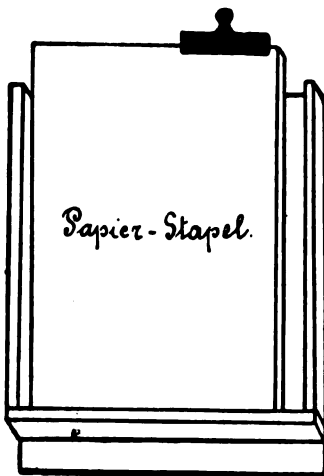


Fig. 2.

senkrecht gerichtet ist, setze man oben seitlich eine starke Klammer an (Fig. 2), nehme den Stapel heraus, drehe das Brett um, lege den Stapel (obere Brettante mit oberem Stapelrand abschneidend) auf das Brett und setze neben die Klammer eine zweite so, daß sie das Brett mitfaßt. Durch diese zweite Klammer wird der Stapel fest mit dem Brett verbunden. Die erste Klammer ist zu entfernen oder ebenso wie die zweite (das Holz mitfassend) zur Verstärkung anzusetzen. Letzteres geschieht zweckmäßig nur dann, wenn die beschriebenen Blätter im Stapel verbleiben (s. unten).

Bei dem Durchschreiben kommt es darauf an, ob die fertig beschriebenen Blätter dem Stapel gleich entnommen werden sollen oder nicht. Im letzteren Falle schlägt man sie einfach nach oben zurück und beläßt sie in dieser Lage, bis später der ganze Stapel auseinandergenommen wird. Im ersteren Falle verfährt man wie folgt: Man befestigt den Stapel durch eine seitlich

stehende Klammer. Nach Fertigstellung einer Niederschrift lüftet man die beschriebenen Blätter (Original mit Durchschriften) und bringt auf dem zurückbleibenden (noch nicht beschriebenen) Stapel neben der vorhandenen eine zweite Klammer (das Brett mitfassend) an (Fig. 1). Hierauf ist die erste Klammer zu entfernen, und die fertigen Blätter können dem Stapel entnommen werden, ohne daß sich der zurückbleibende Teil in seiner Lage verschiebt.

Das Durchschreibebrett ist unter Gebrauchsmusterschutz gestellt und der Alleinvertrieb der auch die sonstigen Durchschreibeartikel liefernden Firma Westenhoff & Co. in Hannover, welche das Brettchen demnächst in den Handel bringen wird, gegen Abgabe einer kleinen Lizenzgebühr an das Forstwesenhaus übertragen.

Die Festung der losen Blätter mit der Loch- und Ofenzange ist in oben genannter Anweisung beschrieben. Zur Ergänzung dieser Anweisung sei eine Abbildung der Zange in Fig. 3 nachgetragen.

Mitteilungen.

— Die preussischen Förster und das Abgeordnetenhaus. Infolge der bekannten Petition preussischer Förster hatten die försterlichen Verhältnisse in der Sitzung vom 24. April die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt. In dieser Angelegenheit sind jetzt folgende Druckstücke veröffentlicht worden:

Nr. 358. Mündlicher Bericht wird von der Budgetkommission erstattet werden über die Petitionen des Hegemeisters Krause und Gen. in Forsthaus Kesselgrund u. a. D. (II 367. 367 1 bis 24) um andere Regelung der Einkommensverhältnisse der Förster.

Berichterstatler: Abgeordneter Graf von der Groeben.

Kommissionsantrag: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

die Petitionen II 367. 367 1 bis 24 der Königlichen Staatsregierung als Material zu überweisen.

Berlin, den 4. Mai 1912.

Der Präsident des Hauses der Abgeordneten.

Dr. Frhr. v. Erffa.

* * *

Nr. 428. Abänderungsantrag der Abgeordneten Braemer und Genossen zu dem Antrage der Budgetkommission, Drucksache Nr. 358. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen:

1. vom 1. April 1913 ab den Förstern eine außerordentliche Stellenzulage von je 300 M.,
2. den nach dem Inkrafttreten der Besoldungsordnung pensionierten und den in Pension

gehenden Förstern, sowie deren Hinterbliebenen entsprechende Unterstützungen zu gewähren.

Berlin, den 13. Mai 1912.

Braemer und 148 konservative Abgeordnete.

* * *

Nr. 462. Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Schroeder (Cassel) und Genossen zu dem Antrage der Budgetkommission Drucksache Nr. 358 und dem Abänderungsantrage der Abgeordneten Braemer und Genossen Drucksache Nr. 428. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

I. den Antrag der Abgeordneten Braemer und Genossen Drucksache Nr. 428 abzulehnen;

II. die Petitionen des Hegemeisters Krause und Genossen in Forsthaus Kesselgrund u. a. D. (II 367. 367 1 bis 24) um andere Regelung der Einkommensverhältnisse der Förster der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen mit dem gleichzeitigen Ersuchen:

1. die Gewährung von Dienstland an die Förster einer grundsätzlichen Neuregelung nach der Richtung hin zu unterziehen, daß da, wo die Gewährung von Dienstland aus dienstlichen Rücksichten notwendig ist oder vom Stelleninhaber gewünscht wird, das Dienstland an den Stelleninhaber zu angemessenen Preisen verpachtet wird;
2. den Förstern neben der bisher gewährten pensionsberechtigten Dienstaufwandsentschädigung eine jährliche Stellenzulage bis

zu 400 Mk. zu gewähren mit der Maßgabe, daß die Stellenzulage im Einzelfalle höher zu bemessen ist, je nachdem kein Dienstland oder nur solches von geringen Erträgen gewährt wird;

3. die Stellenzulagen für sämtliche Förster einheitlich im Einheitsbetrage von 400 Mk. pensionsberechtigt zu machen.

Berlin, den 18. Mai 1912.

Dr. Schroeder (Cassel)
und 64 nationalliberale Abgeordnete.

— **Aus dem Braunschweigischen Forstschuttsdienst.** Die Begänge der Braunschweigischen Staatsforsten (86 000 ha) mit den unter Staatsaufsicht stehenden Gemeinde- u. Forsten sind mit 40 Forstgehilfen und 98 Förstern besetzt. Die Forstgehilfen (auch angestellte Staatsbeamte) beziehen 1410—2010 \mathcal{M} Gehalt, 150—200 \mathcal{M} Wohnungsgeld, 90 \mathcal{M} Kleidungsentschädigung, 102 \mathcal{M} Holzwert; die Förster 1650—2700 \mathcal{M} Gehalt, Dienstwohnung bzw. Mietsentschädigung (mit 330 \mathcal{M} pensionsfähig), 100 \mathcal{M} Dienstaufwand, 168 \mathcal{M} Holzwert. Es sind nur 80 Dienstwohnungen vorhanden. Die pensionsfähige Dienstzeit rechnet vom Tage der Anstellung als Forstgehilfe. Die Anstellungsverhältnisse sind z. 3. ungünstig (für Forstgehilfen durchschnittlich 30, Förster 40 Jahre). Die große Anzahl der Anwärter — auf den Forstämtern gegen 2—3,50 \mathcal{M} Tagegeld beschäftigte Reviergehilfen — sehen z. 3. noch ungünstigeren Verhältnissen entgegen. Bei der 31. Sitzung des Braunschweigischen Landtages am 1. Mai d. Js. kam zur Sprache, daß die Forstschuttsbeamten um eine anderweite Regelung ihrer Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse gebeten hätten. Deren Wünsche gingen dahin, daß das Endgehalt auf 3600 \mathcal{M} festgesetzt, sämtlichen Förstern Dienstwohnungen überwiesen und 20 neue etatmäßige Försterstellen eingerichtet werden möchten. Von den Abgeordneten Amme, Herzberg und Schönnemann wurde die Bittschrift befürwortet. Abgeordneter Amme beantragte, das Endgehalt von 2700 \mathcal{M} auf 3300 \mathcal{M} zu erhöhen. Abgeordneter Südekum befürwortete diesen Antrag, während Minister Radtau und Abgeordneter Glaser davor warnten, jetzt schon wieder an der Gehaltsordnung von 1910 zu rütteln. Der gleichen Ansicht war Staatsminister Hartwig. Abgeordneter Bunt führte aus, wenn man zu der Einsicht gekommen sei, daß die Forstbeamten bei der letzten Gehaltsregulierung schlecht abgeschnitten hätten, dann müsse man den Wünschen dieser Beamten entgegenkommen. — Zugunsten dieses Antrages zog Abgeordneter Amme seinen Antrag zurück. Abgeordneter Bach regte an, die Förster und Forstgehilfen in einer Gehaltsklasse zu vereinigen. Ein Antrag des Abgeordneten Schönnemann, die Petition der Forstschuttsbeamten der Regierung zur wohlwollenden Berücksichtigung zu empfehlen, wurde darauf angenommen.

— **Zur Frage der Verwertung des Reissigs** sind in Nr. 4 und 8 der „Deutschen Forst-Zeitung“

verschiedene Erfahrungen berichtet. Es ist auch in letzterer Nummer die Frage aufgeworfen, ob Reissig in Gebunden auch wohl zur Maschinenheizung in Fabriken usw. benutzt werden könnte. Diese Verwendung ist schon lange bekannt, und zwar nicht nur zur Anheizung, sondern zur ausschließlichen Heizung, besonders in den östlichen Provinzen. Diese sind reich an Waldbeständen; da aber früher in dem Verhältnis der Ablass fehlte, so haben viele Privatwaldbesitzer, welche Brennerrien usw. besaßen, ihre Kesselheizung zur Holzfeuerung einrichten lassen, um das nicht abzufehende Brennholz zu verwerten. Als aber der Ablass besser wurde, da wurde diese Holzfeuerung teuer — sie ist heute teurer wie Kohle —, und es ist wohl besonders das Verdienst der Forstabteilung der Landwirtschaftskammer für Pommern, diese Besitzer auf die billige Feuerung mit dem sonst so wertvollen Reissig aufmerksam gemacht zu haben. Reissig in losen Zuständen war unbrauchbar, es mußte denn in andere Form gebracht werden, und so entstand dazu das Einbinden in Wellen. Ihre Herstellung geschieht in gleicher Weise wie die Anfertigung von Faschinen, mittels Kette und demnächstiger Verschnürung mit Vindebraht, wobei dieser jedesmal mit einer Zange abgekniffen werden mußte. Dieses Verfahren war nicht allein umständlich, sondern die Arbeiter gebrauchten bei ungenügender Kontrolle die Kette nicht, so daß die Wellen wenig fest wurden, vielfach schon beim Transport auseinandergingen, die Wellen somit geringe Heizkraft besaßen. Die Sache wurde somit auch teuer. Ich habe auch diese Kalamität der Herstellungsweise durchgemacht, und da ich wegen Nonnenstraßes in die Lage kam, größere Mengen Reissig zu verwerten, die Brenneiverwaltung die mit Hand und Kette im andern Revier hergestellten Reissigwellen nicht mehr nehmen wollte, so konstruierte ich mir zu deren Herstellung eine kleine Handpresse, welche ich nach und nach derartig verbesserte, daß sie von einem Arbeiter transportiert und bedient werden konnte, und danach mit einer so praktischen Vindevorrichtung versehen, daß selbst Frauen und größere Kinder damit arbeiten konnten. Die Mängel der bisherigen Herstellungsweise wurden damit behoben, und der Grundgedanke, „das sonst so wertlose Reissig in eine Form zu bringen, daß es in gewissen Fällen dem teuren Meterholz an Brennwert gleichkommt und daselbe ersetzt“, erfüllt.

Mit dieser Presse werden zur Kesselheizung die Wellen in 1 bis 1,25 m Länge und 22 cm Durchmesser hergestellt und durch die Vindevorrichtung so fest verschnürt, daß sie nie aufgehen; dabei fällt das jedesmalige zeitraubende Abkniffen des Drahtes fort. Ich nannte diese Wellen „Preßreissig“ und habe damit Versuche in der mir zu Gebote stehenden Brenneier anstellen lassen, welche ergaben, daß ein Schock zum Herstellungspreise von 1,10 bis 1,30 \mathcal{M} eine Heizkraft von wenigstens 1 m Kloben derselben Holzart ergab. — Ich habe auch Versuche in anderen Revieren damit anstellen lassen. In einem Revier, wo bisher unter guter Kontrolle mit Hand und Kette diese Wellen in 28 cm Durch-

messer hergestellt wurden, wurden diese mit der Presse auf 22 cm zusammengepreßt. In einem anderen Falle, wo das mit Hand und Kette hergestellte Maß 26 cm betragen sollte, ergaben erst vier solcher Wellen eine Preßwelle, und dabei war der Herstellungspreis derselbe; somit waren dreifache Arbeitslöhne erspart. In einem andern Revier, wo bisher auch gut mit Hand und Kette gebunden war, wurden mit der Presse pro Schoß 45 S Arbeitslohn erspart. In einer mir bekannten Brennerei wurden in einem Jahre mit Preßreisig über 1000 M an Heizmaterial erspart. Die festere Preßung ist auch für Kesselfeuerung bedeutend vorteilhafter, denn je fester die Masse, je höher die Heizkraft; auch gehen mehr Wellen in die Feuerung und braucht nicht so oft nachgeheizt zu werden. Der Besitzer einer Lokomobile mit Holz- und Torffeuerung, der viel wertloses Buchenreisig besaß, hat auch Versuche mit 50 cm langen Preßwellen angestellt, die Herstellungskosten betragen pro Schoß 90 S; auch hier waren die Resultate sehr gut. Auch die Prüfung der Presse, welche die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer für Pommern in einem Revier anstellen ließ, ergab, daß diese bedeutend billiger und besser arbeitet als die frühere Herstellungsweise mit Hand und Kette. Auch ein Versuch, es auch in großen Wäldern statt gespaltenen Meterholzes zu verwenden, hatte guten Erfolg, und wurde solches dem letzteren vorgezogen. Für Wäldereien mit Holzfeuerung dürfte sich somit diese Einführung empfehlen, da die Wälder nicht allein am Einkaufspreis sparen, sondern auch an Spaltlohn. In einem Revier, wo solches Reisig, weil es zu umständlich war, für die vorhandene Brennerei abzufahren, verkauft wurde, ist pro Schoß 2,50 M erzielt. Auch für die Waldbesitzer, welche keine Brennereien besitzen, werden die Preßkosten schon reichlich durch die weniger entstehenden Fuhrten gedeckt, wenn sie zu eigenen Wäldern oder als Leutedeputat doch das Reisig heransfahren müssen, denn zwei Fuhrten loses Reisig ergibt eine Fuhrte Preßreisig und aufgeladen in einem Drittel Zeit, weil das Preßreisig wie Korngarben geladen

wird. Auch die Feuergefährlichkeit, wenn es in der Nähe von Gebäuden usw. lagert, ist lange nicht so groß als bei losem Reisig, da kein Flugfeuer entstehen kann. Wie mir ein Kollege erzählte, soll in der Rheinprovinz solch mit Hand und Kette gebundenes Reisig vielfach von Fabrikanten pro Zentner gekauft werden. In solchen Kulturen, wo Weichholzer, Ginster usw. verdämmen, gibt dieses Material, wenn eingepreßt und verwundbar vorhanden, noch einen guten Ertrag, der mit der kleinen Presse in den Kulturreihen gearbeitet werden kann. Ginsterwellen haben übrigens einen hohen Heizwert.

Auch der Vorteil der frühen Lägerung und Durchforstung jüngerer Bestände ist ja genügend bekannt in bezug auf Entwidlung und Wachstum der Hauptbestände, in Quantität und Qualität, der Verminderung mancher Gefahren, Vermehrung der Humusproduktion und Förderung der Wasserzirkulation u. a. m., und dürfte in manchen Revieren durch die Presse eine Verwertung des oft wertlosen Materials zu erzielen sein.

Nun wird wohl mancher, der vorstehendes liest, mich um des vielen Geldes beneiden, welches ich mit dem Verkauf der Presse verdient habe. Auch mir kam der Gedanke, den bekanntermaßen mageren försterlichen Geldbeutel damit zu füllen, und ließ die Presse durch Musterfiskus schenken, ließ mir aber raten, noch Patent zu beantragen, da nach Ansicht des Patentbureaus die Sache durchaus zweckmäßig, praktisch und patentfähig sei. Ich will jedem Kollegen raten, davon die Finger zu lassen, denn das Los eines Erfinders ist ein sehr dornenvolles, und wenige ernten den künftigen Lohn, man müßte denn Tausende in die Klammertrommel werfen können. Es ist schon schwer, ein wirklich gutes und praktisches Gerät unterzubringen, das kostet Geld und immer mehr Geld! Wenn man jahrelang daran gearbeitet hat und der Ergola ausbleibt, so verliert man die Lust und die Energie. Ein Klammertrommel soll vorstehendes nicht sein.

U e d e r m a n n, Förster,
Groß-Maraunen bei Wartenburg (Ostpreußen).

Berichte.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

In der Plenarsitzung vom 2. Mai 1912 wurde über die schon so oft erörterte **Regelung der Bezüge der Altpensionäre und ihrer Hinterbliebenen** abermals verhandelt. Zur Beratung stand der Antrag der Budgetkommission, den wir in Nr. 14 auf S. 286 im Wortlaut gebracht haben. Dieser Antrag hält an dem bisherigen Unterstützungsverfahren zwar fest, wünscht aber eine Vereinfachung und Bekanntgabe des Verfahrens zu der ohne Belästigung der Altpensionäre vorzunehmenden Feststellung ihrer persönlichen Verhältnisse. Ferner soll die Regierung nicht an die ihr zu diesem Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel gebunden sein; diese können vielmehr im Etatsjahre 1912 überschritten werden. Der Antrag

wurde, da weitergehende Wünsche auf ein Entgegenkommen des Finanzministers nicht rechnen können, vom Abgeordnetenhaus einstimmig angenommen. Es ist nunmehr anzunehmen, daß das Staatsministerium dem Wunsche des Hauses entsprechend in nächster Zeit neue Grundsätze aufstellen und öffentlich bekanntgeben wird.

Wir beschränken uns darauf, die Rede des Berichterstatters, soweit sie unsere Leser interessiert, wiederzugeben, da die übrigen Verhandlungen nichts Neues bieten. Der Berichterstatter, Abgeordneter Bierd (freikons.), führte aus: Außer dem Antrage der Kommission und den vier Anträgen Dr. Schroeder und Wiß-

mann,*) Aronsohn und Genossen,*) Dr. Arendt und Genossen*) sowie v. Götzer und Genossen**) liegt eine Reihe von Petitionen von pensionierten Beamten vor, welche sämtlich die Erhöhung der Pensionen fordern. Darin wird Bezug genommen auf das Teurerwerden aller Lebensverhältnisse, das noch durch die Dürre des vorigen Jahres gesteigert sei. Sie heben hervor, daß die Pensionen, die ohnehin gering seien, noch viel unzulänglicher seien als die als unzureichend anerkannten und deshalb erhöhten Gehälter der Beamten. Der Staat sei rechtlich verpflichtet, auch die Pensionen zu erhöhen. Die Altpensionäre wollen nicht auf Almosen angewiesen sein, sondern fordern gesetzliche Regelung. Die gewährten Unterstützungen seien — wie weiter ausgeführt wird — entschieden zu gering und würden verschieden, nicht nach festen Grundsätzen, bemessen. Daraus habe sich ein Mißtrauen gegen die verteilende Behörde ergeben. Sehr peinlich sei die Fortschung nach den persönlichen und Familienverhältnissen, besonders durch die Fragebogen im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau mit 22 Fragen. Besonders hebt der Zentralverband pensionierter Beamter und Lehrer hervor, daß eine prozentuale Erhöhung ungerecht wirken würde, da die Unzulänglichkeit der Pensionen auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sei und eine prozentuale Erhöhung den Ungerechtigkeiten nicht abhelfen würde. Er sucht auch nachzuweisen, daß die Kosten der Aufbesserung der Pensionen regierungsseitig viel zu hoch bemessen seien. Für das Etatsjahr 1912 würden nur 11,25 Millionen berechnet; auf diese Kosten könne eine Anzahl von Unterstützungsfonds, die im Etat enthalten seien, verrechnet werden:

1. Die Unterstützungsfonds für die Altpensionäre und Lehrer bis 1. April 1907 mit	3,25 Millionen
und	0,78 "
2. Aus dem allgemeinen Unterstützungsfonds	1,00 "
3. Aus dem Gnadenfonds 0,30 Millionen und dem Fonds für Kriegsteilnehmer 0,45	0,75 "
4. Aus dem allgemeinen Pensionsfonds	5,00 "

zusammen 10,78 Millionen

so daß nur noch 0,47 Millionen zu bewilligen wären, um eine Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären herbeizuführen. Sie fordern unter Bezugnahme auf eine Denkschrift:

1. Die Pensionsbezüge aller vor der letzten Beförderungsaufbesserung pensionierten Beamten und Lehrer und die vor dieser Zeit festgesetzten Witwen- und Waisengelder entsprechend den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen und dem niedrigen Geldwerte gesetzlich derartig zu erhöhen, daß eine Gleichstellung zwischen den Alt- und Neupensionären herbeigeführt wird.
2. Diese Erhöhungen fortlaufend nach den Grundsätzen zu bemessen, daß die Pensionen ent-

sprechend den Gehältern mit den Gehaltserhöhungen der betreffenden Beamtenkategorien immer gleichen Schritt halten.

3. Alle etwaigen Pensionserhöhungen oder gesetzlichen Zuwendungen an die Altpensionäre auch den ehemaligen Privatbahnbeamten ohne Kürzung an ihrer statutmäßigen Pension zuteil werden zu lassen.

Von anderen Bundesstaaten haben gesetzlich den Altpensionären gewährt: das Königreich Sachsen im Jahre 1908 eine Erhöhung um 12½, 10 und 7½ %, je nach der Höhe der Pension bis 1500 M., mehr als 1500 bis 3000 M. und über 3000 M., und ähnliche Sätze für die Mecklenburg, Sachsen-Weimar 1909 Aufbesserungen in sechs Stufen von 20 bis 5 %, Bayern 1909 feste Zulagen bzw. 20 bis 5 %, je nach der Höhe der Pension bis zur Höchstgrenze von 1800 M., Württemberg 1907 eine Zulage von 100 M. an die Witwen.

In der Kommission ist die Notlage der Altpensionäre allgemein anerkannt worden. Die Verpflichtung des Staates zur Aufbesserung der Pensionäre ist von dem Herrn Finanzminister bestritten worden; er hat ausgeführt, daß noch nie der Grundsatz anerkannt worden sei, daß der Staat den Altpensionären mehr zu leisten habe als die Pension. Eine Anerkennung der Rückwirkung neuer Befolgungs- und Pensionsgesetze auf die vorher Pensionierten würde den Staat für die Zukunft präjudizierend binden und Reich und Gemeinden belasten. Die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß auch nach der Pensionierung die Fürsorgepflicht des Staates für die pensionierten Beamten bestehen bleibe.

Was den Umfang betrifft, in welchem Hilfe zu leisten sei, so ist die Gleichstellung mit den Neupensionären, deren jährliche Kosten derzeit auf 21 Millionen Mark (15 für Beamte, 6 für Lehrer) regierungsseitig geschätzt werden, von keiner Seite gefordert worden. Das Existenzminimum, meinte der Herr Finanzminister, könne nicht gefordert werden; denn durch die Pensionierung würde nur eine Abgeltung von geleisteten Diensten nach Dienstjahren und bestimmten Sätzen gewährt. Hiergegen konnte die Kommission nichts einwenden.

Die prozentuale Erhöhung wurde von dem Herrn Finanzminister bekämpft, weil sie bei den Altpensionären keine Befriedigung hervorgerufen, auch bei den Pensionären mit geringen Bezügen nicht ausreichen würde. Von den Antragstellern wurde sie befürwortet mit der Ausführung, daß man durch eine Staffelung billig ausgleichen könne. Andere hielten sie für ungerechtfertigt und nicht ausreichend.

Die Berücksichtigung des Privatvermögens erachtete der Herr Finanzminister bei der gesetzlichen Regelung nicht für geeignet, weil sie ein Eindringen in die Privatverhältnisse notwendig machen würde. Von der Kommission wurde sie teils gefordert, teils zurückgewiesen.

Die Prüfung der besonderen Bedürftigkeit wurde von der Kommission grundsätzlich nicht gebilligt, vielmehr wurden allgemeine Merkmale gefordert. Der Herr Finanzminister aber wollte von einer Prüfung

*) Abgedruckt in Nr. 8 auf Seite 160.

**) Abgedruckt in Nr. 8 auf Seite 163.

der besonderen Bedürftigkeit nicht Abstand nehmen, weil er meinte, ein gleichmäßiges Bedenken aller Pensionäre würde viele Mittel in Anspruch nehmen, aber den besonders Bedürftigen nicht helfen.

Was die Form anlangt, so wurde in der Kommission eine gesetzliche Regelung, sei es durch besonderes Gesetz, sei es durch Staatsvermerk, gefordert. Der Herr Finanzminister wies aber die Form eines Gesetzes bestimmt zurück und wollte sich auf ein solches Gesetz in keiner Weise einlassen. Er erklärte seinerseits die Unterstützung als die einzige Form, in der Zuwendungen gemacht werden könnten, und erklärte sich bereit, die Zuwendungen reichlich zu bemessen und die Festsetzung der Bedürftigkeit milde, ohne polizeiliche Mitwirkung, in der Regel auf Grunde eigener Angaben der Bedürftigen zu treffen.

Aus der Kommission wurden dann wenigstens bestimmte Merkmale gefordert, und es verdrängte sich dieser Gedanke zu dem Antrag, in Kap. 62 Tit. 9 die Staatssumme um 3 Millionen Mark zu erhöhen. Der Finanzminister wollte sich im diesjährigen Etat auf eine Erhöhung des Unterstützungsfonds um 3 Millionen nicht einlassen, weil der Fonds nicht erschöpft sei. Er erklärte sich aber bereit, den Fonds zu überschreiten, falls er hierzu vom Landtage ermächtigt würde, und stellte für später Erhöhungen in Aussicht, falls ein Bedarf eintreten würde. Der vorliegende Antrag auf Erhöhung des Fonds wurde für dieses Jahr zurückgezogen und durch den Kommissionsantrag ersetzt. Es wurde die Aufstellung von Grundlätzen gefordert, nach denen die Pensionen bemessen werden sollten. Der Herr Finanzminister sagte zu, daß der Versuch gemacht werden sollte, wenn das Reich und die Ressorts zustimmen würden, bestimmte Grundlätze aufzustellen und bekanntzugeben, aber vorbehaltlich der Prüfung im Einzelfalle und nicht nach einem Schema.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

(Schluß aus Nr. 19).

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Der Herr Minister des Innern hat das Wort.
v. Dallwig, Minister des Innern: Ich bin gern bereit, zu erwägen, ob es möglich sein wird, im Wege reichsgesetzlicher Bestimmungen Mittel zu finden, welche geeignet sind, eine Abhilfe gegenüber der, wie ich zugebe, außerordentlich lästigen Zigeunerplage herbeizuführen. Die Zigeunerplage ist in letzter Zeit wieder in den Vordergrund des Interesses getreten durch den traurigen Fall, den der Herr Vorredner erwähnt hat, durch die Ermordung des Försters Romanus. In früheren Jahren war sie ständig ein Gegenstand der Erörterung in diesem hohen Hause. Es ist aber tatsächlich in den letzten Jahren anscheinend doch etwas weniger Veranlassung zur Erörterung der Zigeunerplage gewesen, so daß ich beinahe geglaubt habe annehmen zu sollen, daß die Unzuträglichkeiten, die damit verbunden sind, sich im Laufe der letzten Jahre nicht in dem Maße fühlbar gemacht hätten, wie das früher der Fall gewesen ist. Bestärkt wurde mein Ressort

in dieser Annahme dadurch, daß auf eine Rundfrage, die in den Jahren 1907 und 1910 an die Regierungspräsidenten gerichtet wurde, darüber, ob der von dem Herrn Vorredner mehrfach erwähnte Minderlaß zur Bekämpfung der Zigeunerplage Erfolg gehabt habe, dahin beantwortet worden ist, daß tatsächlich ein gewisses Zurückgehen der Zigeunerplage im allgemeinen anerkannt werden könne, daß das allerdings für die Grenzbezirke, speziell an der österreichisch-mährischen Grenze, und auch für gewisse Teile innerhalb Deutschlands nicht zutrefte, wo die Grenzen mehrerer Staaten aneinanderstoßen, speziell also in den Kreisen Verself, Fulda und den sonstigen Kreisen, die die Grenze Preußens mit dem Großherzogtum Hessen, Bayern und den Thüringischen Staaten bilden. Gerade diese Gegend ist von jeher ein Horst der Zigeuner gewesen, weil dort zahlreiche Wäldungen und ziemlich unwegsame Gebirgslandschaften den Aufenthalt der Zigeuner erleichtern und ihnen die Möglichkeit geben, nach vollbrachten Untaten sich der Verfolgung zu entziehen.

Ich möchte aber bemerken, daß die Staatsregierung nicht etwa sich mit dem Erlaß vom Jahre 1906 begnügt hat, sondern daß sie bauernd bestrebt gewesen ist, dem Zigeunerunwesen Abbruch zu tun und dahin zu wirken, daß namentlich die Landbevölkerung weniger als bisher von dieser Plage betroffen werden möchte.

Nach dieser Richtung hin gestatte ich mir zu erwähnen, daß im Februar 1911 ein neuer Rund-erlaß an alle Behörden ergangen ist, welcher zum Zweck hat, die Erteilung von Wandergewerbescheinen an Zigeuner tunlichst zu erschweren, wenn nicht ganz zu verhindern. Dieser Erlaß vom Jahre 1911 hat folgenden Inhalt:

Es ist den Polizeibehörden unter Hervorhebung der gesetzlichen Verfassungsgründe erneut die genaueste Vorprüfung der von Zigeunern gestellten Anträge auf Ausstellung von Wandergewerbescheinen zur Pflicht gemacht und angeordnet, daß diese Anträge den Bezirksausschüssen in einer besonderen, von sonstigen Anträgen getrennten Nachweisung vorgelegt werden sollen. Es ist ferner bestimmt, daß Meldungen über alle Fälle, in denen Zigeuner mit Wandergewerbescheinen betroffen werden, unter Angabe etwa bemerkter Verfassungsgründe erstattet, an sämtliche Bezirksausschüsse weitergegeben und dort alphabetisch gesammelt werden sollen. Vor Erteilung von Wandergewerbescheinen sollen diese Register eingesehen und dadurch verhindert werden, daß Personen, die hiernach als Zigeuner festgestellt worden sind, ohne besonders sorgfältige Vorprüfung Wandergewerbescheine erhalten.

Es ist damit so weit als möglich Vorsorge getroffen, daß in allen Fällen, in denen nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen die Erteilung von Wandergewerbescheinen ausländischen Zigeunern verweigert werden kann, auch von dieser Befugnis Gebrauch gemacht wird.

Es haben ferner dieseits und im Reichsamt des Innern Verhandlungen stattgefunden mit den an der Zigeunerplage meist beteiligten Staaten,

um Vereinbarungen des Inhalts herbeizuführen, daß die Exekutivbeamten dieser Staaten befugt sein sollen, auch über die Grenze des einzelnen Staates hinaus Zigeuner behufs Überwachung zu verfolgen und auch auf dem Gebiete des benachbarten Bundesstaates Amtshandlungen vorzunehmen, wenn und solange Exekutivorgane dieses Gebietes nicht zur Stelle sind. Es soll dadurch bewirkt werden, daß in derartig schwierigen Gebietsteilen, wie die Kreise Fulda und Gersfeld es sind, die Möglichkeit gegeben ist, Zigeuner, die sich auf diesseitigem Gebiet befunden haben, erforderlichenfalls in das Gebiet Bayerns und des Großherzogtums Hessen oder der thüringischen Staaten hinein zu verfolgen und sie dort zu sistieren, was bisher nicht möglich gewesen ist. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gediehen. Es ist aber alle Hoffnung vorhanden, daß sie zu einem positiven Ergebnis führen werden.

Es ist dann, wie der Herr Vorredner auf Grund meiner Erklärungen in der Budgetkommission erwähnte, ein Erlaß an alle Oberpräsidenten ergangen, in dem sie ersucht werden, gleichzeitig zum 1. Juni d. Jz. Polizeiverordnungen zu erlassen, welche das bandenmäßige Umherziehen von Zigeunern unter Strafe stellen. Der Herr Vorredner hat zwar die Wirksamkeit dieser Anordnung bezweifelt; immerhin glaube ich ihm mitteilen zu müssen, daß wir nach den amtlichen Erkundigungen, die wir in jenen Staaten angestellt haben, in denen derartige Polizeiverordnungen bereits erlassen sind, also in Württemberg, Baden, in den Reichslanden und im Großherzogtum Hessen, annehmen können, daß tatsächlich diese Polizeiverordnungen und die auf Grund derselben gegen die Zigeuner verhängten Strafen doch dazu beitragen, das bandenweise Zusammenwandern von Zigeunern, die verschiedenen Familien angehören, ganz wesentlich einzuschränken. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß dieses Vorgehen, wenn auch zweifellos dem Unwesen nicht vollkommen Einhalt getan werden wird, doch dazu beitragen wird, nach dieser Richtung etwas Besserung zu schaffen.

Endlich ist auf einer im vorigen Jahre von Bayern nach München einberufenen Konferenz der größeren deutschen Bundesstaaten auch Preußen vertreten gewesen, und es sind dort Verhandlungen gepflogen worden, ob es möglich sei, gleichmäßige Grundsätze für die Behandlung und Bekämpfung des Zigeunerunwesens für alle deutschen Bundesstaaten festzustellen. Es hat eine Vereinbarung stattgefunden, die wohl demnächst ihre Früchte tragen dürfte, des Inhalts, daß gleichmäßige Grundsätze für alle deutschen Bundesstaaten aufgestellt werden sollen, daß zum größten Teile die preussischen Grundsätze als Norm genommen werden sollen, und daß vor allen Dingen — und damit ist einem Mißstand begegnet, den der Herr Vorredner besonders hervorgehoben hat — dafür gesorgt werden solle, daß Zigeuner nicht mehr nach einem anderen Bundesstaate abgehoben oder daß abgehobene Zigeuner wieder zurückgeschoben werden dürfen, sondern daß unbedingt dafür gesorgt werden muß, daß ausländische Zigeuner, wenn man ihrer überhaupt habhaft

geworden ist, direkt bis an die Reichsgrenze befördert und dort des Landes verwiesen werden.

Ich bin im übrigen auch gern bereit, zu erwägen, ob eine Vermehrung der Landgendarmen an der österreichischen Grenze notwendig und nützlich sein würde. Darüber kann ich aber noch keine Auskunft erteilen. Mit Ihnen allen bebaure ich die Vorkommnisse, die unmittelbar zu dieser Debatte Anlaß gegeben haben, und überhaupt die Zigeunerplage, bitte aber doch darauf Rücksicht zu nehmen, daß es sehr schwierig sein wird, dieses Unwesen mit der Wurzel auszurotten, und daß es auch in anderen Ländern bisher nicht möglich gewesen ist, die Zigeuner ganz zu sesshaften gesitteten Bürgern zu erziehen.

Vizepräsident Dr. Forst: Das Wort hat der Abgeordnete Stroßner.

Stroßner (Breslau), Abgeordneter (kons.): — — — Wenn der Herr Minister eben darauf hingewiesen hat, daß die Zigeunerplage in den letzten Jahren besser geworden sei, so kann man das wohl im allgemeinen für eine ganze Anzahl von Gegenden bestätigen. Er hat aber schon selber darauf hingewiesen, daß in gewissen Bezirken unseres Vaterlandes nicht nur keine Besserung eingetreten ist, sondern die Zustände sich nach allgemeiner Überzeugung sogar eher verschlimmert haben.

Die Zigeuner sind wohl der letzte Rest des sogenannten fahrenden Volkes, und sie sind in früheren Jahren immer mit einem gewissen poetischen Nimbus umgeben worden. Dieser Nimbus ist heute so weit geschwunden, daß wir nur sagen können: es ist auch nicht die leiseste Spur davon übrig geblieben, im Gegenteil, sie sind eine wahre Landplage geworden. Der Herr Minister wies darauf hin, daß das bandenweise Umherziehen unter Strafe gestellt sei, daß es aber schwer wäre, die Leute daran zu verhindern. Ja, ich glaube wohl, daß dies sehr schwer sein muß; denn ich habe wenigstens noch nicht die Beobachtung machen können oder auch von anderen nicht gehört, daß sie eine solche gemacht haben, daß das bandenweise Umherziehen gegen früher wesentlich eingeschränkt wäre. Im Gegenteil, man sieht sie mit ihren Karren noch immer durch das Land ziehen, und ich bin ihnen auf der Landstraße auch in den letzten Jahren wiederholt begegnet.

Die Klagen über die Zigeunerplage sind ja sehr alt; solange ich denken kann, also über 50 Jahre, sind sie durchs Land gezogen. Ja, man hat den Zigeunern Taten zugetraut, wie Kindesraub und dergleichen mehr, die an die aller schlimmsten Schandtaten erinnern. Daß sie zweifellos ein ganz außerordentlich freches Diebs- und Bettlervolk sind, das unterliegt wohl kaum dem geringsten Zweifel. Aus meiner früheren Heimat ist mir bekannt, daß die Zigeuner in der raffiniertesten Weise es verstehen, gerade das Landvolk zu plagen, indem sie nämlich die-icnigen Zeiten benutzen, wenn die männliche Bevölkerung oder nur sehr wenig Erwachsene zu Hause sind, um ihre Vettelci in den Häusern dann unter Drohungen auszuführen. Solche Zeiten sind z. B. während des Gottesdienstes. Im Ravensberger Lande war das hauptsächlich

der Fall, wenn nur die Frau oder die Magd zu Hause waren, um das Essen zu besorgen, besonders z. B. während der Ernte. Wenn dann auf dem Hofe wenig oder gar keine Leute vorhanden sind, dann bringen die Zigeuner in diese Gehöfte ein, und schon aus Angst vor Gewalttätigkeiten wird ihnen gegeben, was sie nur haben wollen.

Was der Herr Minister über die Ausfertigung der Wandergewerbescheine gesagt hat, das begrüßen auch wir mit Freude, nämlich daß ihre Herausgabe erschwert werden soll. Früher ist es sogar häufig so weit gekommen, daß man Leuten, die nachweisen konnten, daß sie im Jahre vorher einen Wandergewerbeschein besessen hatten, ohne weiteres wieder einen solchen gab, ohne zu prüfen, was vielleicht im Laufe dieses Jahres passiert war.

Welcher Untaten diese Leute fähig sind, dafür ist mir noch eben ein Beweis in die Hand gegeben worden. Da ist im Jahre 1910 eine Zigeunerbande in der Nähe der Bahnlinie zwischen Treptow an der Rega und Kolberg erschienen. Zwei junge Zigeuner legten große Steine auf das Gleis, um den fälligen Badezug zur Entgleisung zu bringen, offenbar in der Absicht, daß die Bande die so entstehende Verwirrung zum Stehlen und zum Rauben benutzen könnte. Ein zufällig dazukommender Bahnbeamter verhinderte das Attentat. Die Täter sind nach langem Suchen ermittelt und schuldig gerichtlich bestraft worden.

Ich möchte bei der Gelegenheit aber einmal darauf hinweisen, daß das Verfolgen der Zigeuner deshalb so schwer ist, weil diese Leute, wie sich z. B. auch bei dieser Schwurgerichtsverhandlung herausstellte, häufig alle Jahre ein-, zwei-, dreimal ihren Namen wechseln und unter ganz anderen Namen in der Welt umherziehen, teilweise auch mit gefälschten Papieren, so daß sie kaum zu fassen sind.

Was die Mittel betrifft, die wir haben, um die Zigeuner los zu werden, so soll ja also die Abschiebung in andere Bundesstaaten überhaupt nicht mehr stattfinden, wie der Herr Minister uns soeben zugesagt hat. Wir möchten also auch bitten, die Zigeuner unter allen Umständen gleich bis an die Reichsgrenze abzuschicken. Ich will auch noch hinzufügen, daß wir es durchaus mit Freude begrüßen werden, wenn das Reichsamt des Innern einmal seine Verhandlungen zu Ende geführt und dadurch erreicht haben wird, daß die Verfolgung durch die Exekutivbeamten über die Grenze stattfinden kann, was, wenn ich den Herrn Minister eben recht verstanden habe, bisher zwar noch nicht gelungen ist, aber in naher Aussicht steht.

Zum Schluß möchte ich noch etwas über das Anfassigmachen der Zigeuner sagen. Es ist mir durchaus bekannt, daß in früheren Jahren die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen wurden, möglichst darauf hinzuwirken, Zigeuner anfassig zu machen, um sie dadurch an der Ausübung der Bettelerei und des Vagabondierens zu verhindern. Meine Herren, ich glaube, daß man mit diesem Anfassigmachen recht schlechte Erfahrungen gemacht hat. In der Nähe meiner früheren Garnison, in der Nähe von Minden im Ravensbergerlande, war eine Zigeunerkolonie,

und was war die Folge der Anfassigmachung? Daß nun gerade diese Gegend, wo sie anfassig gemacht waren, von den Zigeunern in einer Weise heimgesucht wurde, daß Klagen über Klagen kamen. Sie ließen ihr räuberisches Handwerk absolut nicht, änderten sich überhaupt in keiner Weise; aber die armen Leute, die in der Nähe wohnten, wo sie angelesen waren, hatten darunter zu leiden. Ich glaube überhaupt nicht, daß man Zigeuner bei uns dauernd anfassig machen kann. Sie sind eben ein fahrendes Volk und werden es bleiben, und je energischer sie von unseren Grenzen ferngehalten werden, um so besser wird es sein. (Bravo!)

Vizepräsident Dr. Porst: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schroeder (Cassell).

Dr. Schroeder (Cassell), Abgeordneter (nat.-lib.): Meine Herren, den Ausführungen meiner beiden Herren Vortredner kann ich mich anschließen und alle die Wünsche, die von ihnen vorgebracht worden sind, namens meiner Freunde nur durchaus unterstreichen. Die Klagen über die Zigeunerplage sind Augenblicklich im ehemaligen Kurhessen besonders lebhaft; aber wir können auch zu unserer Freude feststellen, daß von allen Seiten der Kampf gegen die Zigeuner energisch aufgenommen ist. Man sollte deshalb eigentlich glauben, daß jetzt diese Plage abnehmen sollte, oder daß wenigstens die Zigeuner vorsichtiger wären; das scheint aber durchaus nicht der Fall zu sein. Ich finde beim Lesen der heimatischen Zeitung, der „Hessischen Post“, in der Sonntagsnummer vom gestrigen Tage folgende Notiz, datiert von Battenberg, 26. April, also im hessischen Hinterlande — der Herr Präsident gestattet mir wohl, sie zu verlesen —:

Die beiden Zigeuner auf der Kröge sind auf den dort wohnenden Battenberger Flurhüter Dornseif nicht gut zu sprechen, weil er ihnen auf die Finger sieht. Als sie ihn vorgestern beim Pflügen sahen, überfielen sie ihn, warfen ihn zu Boden und steckten ihm Erde in den Mund. Wertwürdigerweise rührte ein daneben arbeitender Bauer aus einem Nachbarorte kein Glied, dem Bedrängten beizustehen. D. konnte sich trotz der erfahrenen Unbill aufraffen und eilte nach Hause, die Zigeuner hinter ihm her. Als sie auf seinem Gehöfte auf ihn eindrangen, gab er zwei Schüsse ab, den ersten in die Luft, den zweiten auf die Braunen. In die Brust getroffen, brach einer zusammen. Trotz der vielen erhaltenen Schrote schleppte er sich auf den Bahnhof und suchte die Marburger Klinik auf. Über das Vorgehen der beiden Zigeuner herrscht hier tiefe Entrüstung; man wundert sich, sie noch auf freiem Fuße zu sehen.

(Hört, hört!) Der Artikel ist der „Hessischen Landeszeitung“ entnommen. Es ist kaum zu glauben, daß dieser Vorfall sich so zugetragen hat; denn man kann doch nicht annehmen, daß, nachdem ein gemeinschaftlicher Überfall auf einen Flurhüter stattgefunden hat, der eine Zigeuner — einer scheint allerdings in der Marburger Klinik zu liegen — sich noch auf freiem Fuß befindet und nicht verhaftet ist. Es müßte

rücksichtslos zugegriffen werden, namentlich angesichts der Zustände, wie wir sie bisher in Hessen haben beklagen müssen. Geht es so weiter, so wissen wir nicht, wie wir uns in Hessen gegen die Zigeuner schützen sollen, so geht es nicht weiter. Herr Kollege Rhiel hat schon darauf hingewiesen, daß die Zigeuner nicht nur in Fulda und den beiden angrenzenden Kreisen lästig fallen; nein, wir haben in ganz Hessen über diese Volksplage zu klagen. Nicht nur in der Fuldaegend wird der Notschrei laut, nein, auch in Ober- und Unterhessen werden dieselben beschwerden erhoben. Die Landbevölkerung ist geradezu in Schrecken versetzt und weiß nicht, was sie machen soll. Nun fragt es sich, welcher Weg dagegen eingeschlagen werden kann. Der Herr Minister hat davon gesprochen, daß entsprechende Polizeiverordnungen sich in einzelnen Teilen der Monarchie bewährt haben, und daß sie auf alle Provinzen übertragen werden sollen. Wir haben meines Wissens in Hessen bisher eine Polizeiverordnung gegen das bedrohliche Zigeunerunwesen noch nicht gehabt. Es wäre daher wünschenswert, daß wir auch in Hessen eine derartige Polizeiverordnung bekämen. Der Weg, den Herr Abgeordneter Rhiel angedeutet hat, daß man die Leute wegen Bettelns und Umherstreichens der Landespolizeibehörde überweisen soll, scheint der allerbeste zu sein. Wenn die Zigeuner gezwungen würden, in unseren Arbeitshäusern zu arbeiten, würden sie die Gegend meiden, ich glaube, in Hessen würde sich dann kein Zigeuner mehr blicken lassen, und das wäre ein sehr erfreulicher Erfolg. Ich meine aber auch, es wird schließlich nichts anderes übrig bleiben, als daß diese Frage reichsgesetzlich geregelt wird, schon aus dem Grunde, damit nicht eine verschiedenartige Handhabung in den einzelnen Bundesstaaten erfolgt und besondere Schwierigkeiten in den Grenzgebieten sich bemerkbar machen.

Das mag auch mit ein Grund gewesen sein, daß man in Hessen nicht so erfolgreich vorgehen konnte, weil die Bundesstaaten Thüringen, Hessen und Bayern sich mit dem Regierungsbezirk Cassel berühren.

Nun hat der Herr Minister erklärt, daß in Zukunft nicht mehr ein Abschieben in den nächsten Bundesstaat stattfinden soll, sondern direkt über die Reichsgrenze hinaus. Meine Herren, die Schwierigkeiten liegen darin, daß die Gemeinden zunächst die Leute inhaftieren müssen, dann haben sie vielleicht ein Rückgriffsrecht gegen eine andere Gemeinde oder den Landarmenverband. Aber wenn man weiß, welche Schwierigkeiten entstehen, bis die Gemeinde zum Ersatz ihrer Auslagen kommt, dann wird jede Gemeinde so vorsichtig sein, es gar nicht zur Inhaftierung kommen zu lassen, sondern die Zigeuner schleunigst weiterschieben, damit sie auch nicht einen Tag in der Gemeinde bleiben. (Sehr richtig!) Hier liegen große Schwierigkeiten vor, und ein vernünftiger Bürgermeister wird es gar nicht zur Inhaftierung kommen lassen, sondern er wird sagen: raus aus dem Dorf! Meinetwegen mögen sie wo anders bestraft werden.

Es mag geholfen werden, wie es will, ob auf dem Wege der Polizeiverordnung oder der Überweisung an die Landespolizeibehörde oder durch Reichsgesetz — mir würde jeder Weg recht sein, wenn er nur zum Ziele führt und wenn nur energisch zugegriffen wird. Denn das kann ich sagen: so, wie es jetzt in Hessen steht, geht es nicht weiter; die Zustände sind nachgerade unerträglich geworden. (Bravo!)

Vizepräsident Dr. Porck: Die Besprechung ist geschlossen.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Anbauversuche mit Douglassien.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 4524.

Berlin W 9, 1. Mai 1912.

In verschiedenen Oberförstereien haben etwa 25- bis 30jährige, in Deutschland erwachsene Exemplare der *Pseudotsuga Douglasii* (grüne Form) in den letzten Jahren wiederholt keimfähigen Samen geliefert, und an besonders günstigen Stellen hat sich am Rande der Douglassiengruppen verschiedentlich Anflug eingefunden.

Da die Beschaffung des bisher ausschließlich verwandten amerikanischen Saatgutes nach wie vor mit Schwierigkeiten verknüpft ist, und da es bei der großen Verbreitung der Douglassie und den zahlreichen Spielarten nicht unbedingt sicher ist, daß der aus Amerika gelieferte Same auch von Arten gewonnen ist, die für die klimatischen Verhältnisse Preußens geeignet sind, ersuche ich die Königliche Regierung, die Oberförster der-

jenigen Reviere, in denen sich ältere gutwüchsige Douglassien-Anbaupläche befinden, zu beauftragen, der Zapfenentwicklung dieser Douglassien besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

In Samenjahren sind möglichst viel Zapfen zu sammeln. Falls der Same aus diesen Zapfen, die sich bei Stubenwärme leicht öffnen, gut ist, sind Ausfaatversuche in Kämpen vorzunehmen. Dabei ist zu beachten, daß der Douglassiensame eine sehr lange Keimungsdauer hat und vielfach sogar überliegt.

Über das Ergebnis dieser Versuche, über die Menge des gesammelten Samens und die Entwicklung der daraus erzeugenen Pflanzen ist mir zum 1. Oktober 1917 zu berichten.

H. A. Wesener.

An sämtliche Königlichen Regierungen mit Ausnahme von Aachen, Münster und Sigmaringen.

— Zum Gemeindesteuervorrecht. Die Frage, ob ein Beamter nach dem Gesetze vom 16. Juni 1909 Anspruch auf das beschränkte Steuervorrecht des § 1 oder das weitergehende nach der Ver-

ordnung vom 23. September 1867 hat, bildet den Ausgangspunkt zahlreicher, an den Steuersekat des Oberverwaltungsgerichts gelangter Streitfachen. Wenn auch bereits vielfache Entscheidungen die Auffassung des obersten Gerichtshofes dartun, so begegnet man doch in Beamtenkreisen noch hier und da Zweifeln. So glaubte ein am 1. April 1910 in einer städtischen Verwaltung unter Aushändigung einer Anstellungsurkunde angestellter Bureaubeamter das Steuerrecht beanspruchen zu können, weil er vom 1. Oktober 1905 ab in städtischen Diensten gestanden habe. Das Oberverwaltungsgericht hat seine Revision gegen die betreffende Entscheidung des Bezirksausschusses (welche das Vorrecht verlagte) zurückgewiesen und dabei ausgeführt, daß nach der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofes die Eigenschaft eines Kommunalbeamten (nach §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1899) nur durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde erlangt werde. Dies gelte sowohl für die auf Probe, als auch zur Vorbereitung oder zur vorübergehenden Beschäftigung angestellten Beamten. Auf den Umstand, daß jemand Dienstverrichtungen vorgenommen habe, wie sie nur einem Beamten übertragen werden sollen, komme es ebensovienig an wie auf die Tatsache, daß der Betreffende den Staatsdienereid geleistet habe. Wenn, wie in diesem Falle, eine Anstellungsurkunde vor dem 1. April 1909 nicht ausgehändigt worden sei,

so stehe dem Kläger ein Anspruch auf die Steuerbegünstigung der Verordnung vom 23. September 1867 nicht zu. — In einem anderen Falle wurde auch einem Bureauanwärter des Berliner Magistrats dieses Vorrecht verlagte, der seinen Anspruch damit begründete, daß er vor dem 1. April 1909 als Militäranwärter bei einer Regierung informatorisch beschäftigt worden sei. Diese Beschäftigung diene, so führte der Gerichtshof aus, lediglich der Feststellung, ob der Militäranwärter sich überhaupt zum Beamten für bestimmte Dienststellen eigne. Hat er in die Befähigungsnachweis erbracht, so wird er in die Bewerberliste aufgenommen und kann dann als Beamter einberufen werden. Während der Dauer der informatorischen Beschäftigung könne von einem Amtsverhältnisse nicht die Rede sein.

✱

— **Eine Beleidigung in Beziehung auf den Beruf** liegt nicht nur dann vor, wenn sie die dienstliche Tätigkeit der Beleidigten zum Gegenstand hat, sondern auch dann, wenn das Verhalten der Beleidigten zu dem Verhalten, das ihr Beruf erfordert, in einen ausdrücklichen Gegensatz gebracht und die Beleidigung vermöge des von ihr dem Täter gegebenen Inhalts gerade mit Rücksicht auf die durch den Beruf begründete Zusammengehörigkeit der Beleidigten erfolgt ist. (R. G. Str. 22. 5. 11, Bl. f. R. A. 1911, 667.)

Verschiedenes.

— **Aus Württemberg.** Nach der Verfügung des Finanzministeriums ist mit königlicher Genehmigung geändert worden: Ellenberg und Schwann sind gemäß Finanzgesetz in der laufenden Etatsperiode aufzuheben. — Geändert ist: Ellwangen erhält von Ellenberg 4 Staatswaldhuten und 7 Gemeinden; Bopfingen erhält von Ellenberg 1 Staatswaldhut und 8 Gemeinden. Dafür tritt Ellwangen ab an Schreßheim (Sitz Ellwangen): 1 Staatswaldhut und 2 Gemeinden. Schwann geht mit allen 8 Gemeinden an Neuenbürg über, als Amtmannsbezirk (im ganzen, hatte keinen Staatswald mehr seit der 1902 erfolgten Gründung des Forstamts (neuer Ordnung) Neuenbürg). Murrhardt (nicht Neuenbürg) erhält von Schwann 1 Staatswaldhut und 2 Gemeinden; Sulzbach von Gaildorf 1 Staatswaldhuftrift.

✱

— **Forst- und Jagdausstellung in Freiberg i. S.** Die Erzgebirgische Industrie- und Gewerbe-Ausstellung wird auch mit einer Forst- und Jagdausstellung verbunden. Diese wird in zwölf Abteilungen eingeteilt, und zwar umfaßt die I. Abteilung: Geologische und bodenkundliche Darstellung des Waldes, II. Abteilung: Klima des Erzgebirges und des Vogtlandes, III. Abteilung: Waldflora, IV. Abteilung: Fauna, V. Abteilung: Waldbau,

VI. Abteilung: Forsteinrichtung, VII. Abteilung: Forstschutz, VIII. Abteilung: Forstbenutzung, IX. und X. Abteilung: Jagd und Fäheret, XI. Abteilung: Vogelschutz, XII. Pläne, Karten und sonstige instruktive Darstellungen aus dem Stadt- und Hospitalwald. Die Anordnung der einzelnen Abteilungen ist außerdem sehr übersichtlich gehalten, so daß bei der Fülle des Gebotenen, welches nach wissenschaftlichen Grundlagen zusammengestellt ist, der Besuch der Ausstellung jeden Interessenten befriedigen wird.

✱

— **Forstlicher Lehrgang zu Wittstock a. Dosse** (Prov. Brandenburg). Die brandenburgische Landwirtschaftskammer läßt wiederum, wie in den Vorjahren, durch ihren forstlichen Beirat einen forstlichen Lehrgang für Waldbesitzer und Forstbeamte abhalten, und zwar in der Zeit vom 17. bis 22. Juni zu Wittstock a. Dosse. Der Lehrgang hat den Zweck der praktischen Unterweisung und Übung in allen Zweigen der Forstwirtschaft. Die Übungen im Walde werden durch Vorträge im Zimmer ergänzt. Die Vielseitigkeit der Stadtförst bietet Gelegenheit, alle forstlichen Verhältnisse der Provinz Brandenburg zu berücksichtigen. Diese Lehrgänge haben bisher stets lebhaften Beifall der Teilnehmer gefunden. Die märtischen Waldbesitzer und Forstbeamten seien daher auf diese Gelegenheit hingewiesen, ihre forstlichen Kenntnisse zu ergänzen. Meldungen sind zu

richten an die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg zu Berlin NW 40, Kronprinzenufer 5/6.

— **Versicherungsangelegenheit.** Am 3. Oktober 1911 verunglückte der Königl. Hegemeister M. aus D. tödlich, indem er auf dem Heimwege von einem Dienstgange in der Dunkelheit die sehr steile Böschung eines Feldweges herabfiel. Als Mitglied des Brandversicherungsvereins Preuß. Forstbeamten war er bei der Mannheimer Versicherungsgesellschaft zu Mannheim gegen Unfall versichert, nach deren Versicherungsbedingungen, ebenso wie dies bei anderen Versicherungen der Fall ist, im Falle eines tödlichen Unfalls nur dann die Versicherungssumme an die Hinterbliebenen ausbezahlt werden soll, wenn bald nach dem Unfälle die Obduktion der Leiche in Gegenwart eines Vertrauensarztes der Gesellschaft stattgefunden hat und hierbei der Unfall als Todesursache festgestellt worden ist. Nachdem die Witwe M. aus Unkenntnis der Bedingungen und aus Pietät gegen den Verstorbenen die Obduktion der Leiche verweigert hatte, war die Versicherungsgesellschaft zur Zahlung der Versicherungssumme nicht mehr verpflichtet. Trotzdem zahlte sie nach einigen sich anschließenden Verhandlungen in äußerst zuvorkommender Weise der Witwe M. freiwillig den Betrag von 1500 M. aus. Der vorstehende Fall gibt mir Veranlassung, nicht nur die Kollegen dringend zu mahnen, über die etwa abgeschlossenen Lebensversicherungen und die hierfür geltenden Bedingungen ihre Angehörigen genau zu unterrichten, sondern auch das Entgegenkommen der Mannheimer Versicherungsgesellschaft zur weiteren Kenntnis zu bringen. Die Prämiën der Gesellschaft sind, besonders für die Mitglieder des Brandversicherungsvereins, so niedrig, daß es sehr zu empfehlen ist, eine Zusatzversicherung über den vom Brandversicherungsverein versicherten Betrag hinaus mit der Mannheimer Versicherungsgesellschaft abzuschließen.

Königl. Förster Müller in M.

Noch eine kritische Würdigung des Preussischen Förster-Jahrbuches Band III.*

Obwohl schon der vorige Jahrgang (für 1911, vgl. Bd. 26 Nr. 18 dieser Zeitschrift, S. 381 u. f.) in hohem Grade zweckentsprechend erschien, ist es dennoch der Herausgabe gelungen, den diesjährigen noch bedeutend zu vervollkommen. Wenn auch der Inhalt zum größten Teil derselbe geblieben, so ist er doch ungleich übersichtlicher gegliedert und das Nachschlagen erleichternd. Abgesehen von dem Malenbarium, in welchem die Gedenkstage vermehrt sind, und den sich daran-

schließenden Nachrichten über das Regentenhaus und die Jägerbataillone, zerfällt er in vier Abschnitte: Beamtenrechtliches — Statistisches — Geseze und Verwaltungsbestimmungen — Personalien.

Abschnitt I enthält alles, was in bezug auf Gehalt, Pension, Witwengeld, Berechnung des Besoldungsdiensalters, Reise- und Umzugskosten usw. irgend zu wissen notwendig und wünschenswert ist. Daran schließen sich die im Jahrgang 1911 nicht enthaltenen, sehr wesentlichen Bestimmungen über Unnotierung. Aus der darauf folgenden tabellarischen Übersicht über die Anstellungsverhältnisse in den einzelnen Regierungsbezirken ersehen wir, daß die voraussichtliche Wartezeit der bisher notierten Forstversorgungsberechtigten am kürzesten ist in Düsseldorf (10 Jahre), am längsten in Köln (16). Durchschnittlich beträgt sie 14 Jahre.

Neu hinzugekommen sind: eine Anleitung zur Berechnung der Revierförster- und Försterpension, die Bestimmungen über das Gnadenvierteljahr, und als Anhang Nachrichten über vorhandene Wohlfahrts-einrichtungen, unter Angabe, wohin man sich zu wenden habe, um ihrer teilhaftig zu werden.

Im II. Teile, Statistisches, ist neu hinzugekommen eine Übersicht über das Verhältnis der Forstanwärter zu den vorhandenen etatsmäßigen Stellen. Es hat sich verbessert von 118 im Jahre 1906 auf 109 im Jahre 1911, d. h. auf 100 Stellen kamen 1906 118 Anwärter, 1911 nur 109. Die übrigen Tabellen sind ziemlich unverändert geblieben, wenn auch etwas anders geordnet. Es sei hervorgehoben, daß vorhanden waren:

	Förster ohne Revier	Forstver- sorgungsberechtig- te	Reserve- jäger	Summa
am 31. 12. 1911	1168	1256	554	2978
am 31. 12. 1910	1135	1312	576	3023
mithin				
am 31. 12. 1911	+33	-56	-22	-45

Hoffen wir, daß in nächster Zeit auch die Zunahme der Förster ohne Revier ihr Ende erreichen werde.

III. Teil. Dem Jahrgang 1911 war eine Sammlung allgemeiner Bestimmungen und Geseze beigelegt mit dem Bemerken, daß alle drei Jahre ein Hauptregister erscheinen werde. Die früheren dritten Teile sind so eingestuft, daß sie leicht abgetrennt und mit den späteren Ergänzungen zu einem besonderen Bande verbunden werden können. Dementwprechend enthält jetzt Teil III alle seit dem Erscheinen des vorjährigen Jahrbuchs erschienenen neuen Bestimmungen nach ihrem Inhalte geordnet, nebst einem die Jahrgänge 1910—12 umfassenden Sachregister.

Abschnitt IV enthält die Organisation der Forstverwaltung nebst einem vollständigen Personalstatus, eine Liste der Förster ohne Revier, der Forstversorgungsberechtigten, der notierten Reservejäger und der aktiven Oberjäger.

* Preussisches Förster-Jahrbuch 1912. (Band III.) Ein Ratgeber und Nachschlagebuch für die preussischen Kron- und Staats-Forstbeamten. Neudamm 1912. Verlag von J. Neumann. 284 Seiten Text, fest geheftet Ladenpreis 3 M. Vorzugspreis für Leser der „Forst-Zeitung“ einzeln 2 M. 30 S. In Partien: 5 Stück und mehr je 2 M. 10 S., 10 Stück und mehr je 2 M. Zu Bestellungen ist die dieser Nummer beigefügte Bestellkarte zu benutzen.

Den Schluß bildet eine Nachweisung der vorhandenen Forstlehrlingschulen, die neu hinzugekommen ist.

Man kann sich der Hoffnung hingeben, daß sich das Jahrbuch, welches nicht nur dem Förster, sondern auch in vielen anderen Kreisen im hohen Grade nützlich und brauchbar ist und sich von Jahr zu Jahr vervollkommenet und das Nachschlagen in der Gesessammlung, in den Amtsblättern u. v. entbehrlich macht, einer immer größeren Verbreitung erfreuen werde.

Oberforstmeister a. D. G u j e.

Waldbrände.

S o h e h e i d e, 12. Mai. In Tagen 19 der städtischen Oberförsterei Soheheide bei Anklam brach in einer 20jährigen Kiefernmonnong Feuer aus. Mit Hilfe der zahlreich erschienenen Löschmannschaften konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Vernichtet sind ca. 0,25 ha Schonung. Es liegt Brandstiftung vor. Der Täter ist verhaftet und hat die Tat eingestanden.

W e l z e n, 13. Mai. Wiederum ist in der hiesigen Gegend durch einen großen Waldbrand recht bedeutender Schaden verursacht worden. Unmittelbar an einem Radfahrwege in der königlichen Forst bei Lopen-Westerhorn nahm das Feuer am gestrigen Sonntage seinen Anfang und bewegte sich bei lebhaftem Westwinde schnell in der Richtung auf Schattenjen weiter. Obgleich zahlreiche Löschmannschaften und eine Compagnie Soldaten vom Truppenübungsplatz Münster zur Hilfe erschienen waren, konnte das Feuer nur durch Anlage eines Gegenfeuers bewältigt werden. Im ganzen sind über 400 ha Wald abgebrannt, von denen 20 ha dem Forstfiskus, 40 ha der Klosterkammer Hannover und etwa 350 ha mehreren Gemeinden, hauptsächlich aber der Gemeinde Schattenjen, gehören.

Landstuhl (Bayern), 14. Mai. Am 6. Mai entstand im Spezbacher Wald ein Brand, der als gelöscht betrachtet wurde. Dieses war jedoch nicht der Fall, denn der Boden des abgebrannten Bestandes bestand hauptsächlich aus Torf und Moorerde, die unbenutzt unterirdisch weiterglühten. Das Feuer kam nun jetzt ganz plötzlich zum zweiten Male zum Ausbruch und brennt unaufhaltbar weiter. An vielen Stellen ist es bereits meter tief in den Boden eingedrungen, so daß die aufstehenden Bäume, deren Wurzeln ebenfalls verkohlen, umfallen. Die Feuerwehren bemühen sich, das Feuer einzudämmen. Bis jetzt sind hiervon etwa 25 ha ergriffen.

P i n n e b e r g, 15. Mai. Ein größerer Waldbrand kam in der Gemarkung Lückborn in einer Aufforstung zum Ausbruch. Bei dem frischen Winde verbreitete sich das Feuer mit großer Schnelligkeit und ergriff die ganze, etwa 10 jährige Fichtenflähe. Der Schaden ist bedeutend.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

B u f f e, Forstassessor zu Posen, wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Gießen zum Doktor promoviert.
G e r l a c h, Forstmeister a. D. zu Halle a. S., ist der königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

B e t t e n h a u s e n, Förster o. R. zu Mauthausen, Oberförsterei Friedewald, ist die Försternstelle Dablowa, Oberförsterei Gersfeld, Regbz. Cassel, vom 1. Juni d. Js. ab übertragen.

B i a k o w s k i, Forstausseher zu Glatow, Oberförsterei Glatow-Dt., ist nach Kumpinsee, Oberförsterei Lubark, Regbz. Frankfurt a. O., versetzt.

B i n d e r, Förster zu Windenwalde, Oberförsterei Altsternberg, ist nach Ernennung zum Revierförster auf die durch Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers erledigte Revierförsternstelle Albrechtshausen, Oberförsterei Tappan, Regbz. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

E n g e l, Hilfsjäger zu Thorn, Oberförsterei Thorn, ist nach Wehnershof, Oberförsterei Hammerstein, Regbz. Marienwerder, versetzt.

F i e l i c h, Förster o. R. zu Hangelberg, Oberförsterei Hangelberg, ist auf die erste Försternstelle Tereosen, Oberförsterei Tauer, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Juli d. Js. ab versetzt. Die Übertragung der Försternstelle Tannenwald, Oberförsterei Parg, vom 1. August d. Js. ab ist aufgehoben.

F i l l i n g, Regemeister zu Mernes, Oberförsterei Salzmünster, ist die Försternstelle Daut, Oberförsterei Pausen, Regbz. Cassel, vom 1. Juli d. Js. ab übertragen.

G i e s, Förster zu Bienenberg, Oberförsterei Wohl, ist die Försternstelle Cornberg, Oberförsterei Rothenburg-Dt., Regbz. Cassel, vom 1. Juli d. Js. ab übertragen.

H ö f e r, Meisterjäger zu Vantenhal, Oberförsterei Vantenhal, ist nach Dümmen, Oberförsterei Weenzen, Regbz. Gildesheim, versetzt.

K l u g, Regemeister zu Glend, Oberförsterei Glend, Regbz. Gildesheim, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.

K o c h, Forstausseher zu Wehnershof, Oberförsterei Hammerstein, ist nach Rehof, Oberförsterei Rehof, Regbz. Marienwerder, versetzt.

L ö f f e r t, Förster zu Hohlberg, Oberförsterei Hohlberg, ist die Försternstelle Pausen, Oberförsterei Wehner, Regbz. Cassel, vom 1. Juli d. Js. ab übertragen.

M o l d e h n, Förster o. R. zu Treten, Oberförsterei Treten, ist nach der Oberförsterei Karau, Regbz. Königsberg, versetzt.

M ü l l e r, Förster o. R. zu Rathene, Oberförsterei Rauen, ist als Förster in R. nach Albrandleben, Oberförsterei Dingelstedt, Regbz. Magdeburg, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

P e t e r s, Förster o. R. zu Pögnitz, Oberförsterei Pögnitz, ist nach Moosen, Oberförsterei Weiz, Regbz. Potsdam, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

R e i n e k e, Förster o. R. in der Oberförsterei Hallersleben, ist nach der Oberförsterei Ansebad, Regbz. Lüneburg, versetzt.

R o s s k o f f, Forstausseher zu Neuenhof, Oberförsterei Warnow, ist nach Ruhlenmorgen, Oberförsterei Neuenhof, Regbz. Stettin, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

R o s k o f f, Förster o. R. zu Grunewald, Oberförsterei Meiersdorf, ist nach Kreis-Glück, Oberförsterei Kreis-Glück, Regbz. Potsdam, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

S i e g e r, Förster o. R. zu Steinbusch, Oberförsterei Steinbusch, ist auf die erste Försternstelle Tannenwald, Oberförsterei Weiz, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. August d. Js. ab versetzt. Die Übertragung der Försternstelle Tereosen, Oberförsterei Tauer, vom 1. Juli d. Js. ab ist aufgehoben.

Das Verdienstkreuz in Gold wurde verliehen:

L o h n h a r d t, Revierförster zu Rehdien, Oberförsterei Neuenhof, Regbz. Frankfurt a. O.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen:

K a n e l l, Holzhaunmeister zu Bärenburg (Kreis Samter), Regbz. Posen; **G o s t k u f f**, Waldvorarbeiter zu Gr. Formatan, Oberförsterei Gobra, Regbz. Posen; **M o l l e r**, Holzhaunmeister zu Pömben, Oberförsterei Altenhofen, Regbz. Minden; **P i e l e r**, Holzhaunmeister zu Chonno (Kreis Samter), Regbz. Posen; **B a r e**, Waldvorarbeiter und Forstschutzhilfe zu Zwickhausen,

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 21. Mai 1912. Rehbock 0,50 bis 0,85, Schwarzwild 0,45 bis 0,55 M das Pfund. Kaninchen 0,70 bis 0,90 M das Stück.

Oberförsterei Minden, Regb., Minden; **Wiese**, Holzhausermeister zu Nieslosen (Kreis Garmisch), Regb., Marienwerder.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen: **Weisgerber-Müller**, Holzhauser zu Saarwellingen, Oberförsterei Saarlouis, Regb., Trier.

Dem neu errichteten Försterngehöft für den Schutzbezirk **Hermbach**, Oberförsterei Schwarza, Regb., Erfurt, ist der Name **Forsthaus Spiegelbach** und dem Schutzbezirk **Hermbach** der Name **Spiegelbach** beigelegt worden.

Jäger-Korps.

von der **Decken-Offen**, Hauptmann im Westfälischen Jäger-Bataillon Nr. 7, ist das Ehrenkreuz 3. Klasse des Fürstlich Schaumburg-Lippischen Hausordens verliehen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Barnerstot, ehem. Forsthausseher, ist auf Wunsch wieder angestellt und zum Assistenten in Schichtenberg ernannt.

Bengler, Assistent zu Schichtenberg, ist nach St. Oswald versetzt.

Bräun, Assistent zu Saalachtal, ist zum Förster in Zeitenberg ernannt.

Bräun, Assistent zu Weidensee, ist nach Frammersbach versetzt.

Buch, Assistent zu Obererbach, ist nach Bilgershofen versetzt.

Diem, Aspirant zu München, ist zum Assistenten in Tegernsee ernannt.

Erst, Assistent zu Wiesau, ist nach Breitenthal versetzt.

Fräbholz, Assistent zu Kreuth, ist zum Förster in Bayersdorf befördert.

Geyer, Assistent zu St. Oswald, ist nach Auerheim versetzt.

Gottschalk, Förster zu Bayersdorf, ist nach Emmerichthal versetzt.

Greiner, Assistent zu Waldensee, ist nach Fischbachau versetzt.

Grosch, Assistent zu Kempton, ist nach Wabern versetzt.

Hauerwas, Assistent zu Aura, ist nach Frammersbach versetzt.

Mandl, Förster zu Kreuzgrund, ist nach Weidenbrunn versetzt.

Merk, S., Assistent zu Dessen, ist nach Kreuth versetzt.

Merk, H., Assistent zu Fischbachau, ist nach Saalachtal versetzt.

Mosk, Assistent zu Breitenthal, ist nach Jersing versetzt.

Nassenstein, Aspirant zu Seyboldenreuth, ist zum Assistenten in Weidensee ernannt.

Reindl, Assistent zu Tegernsee, ist nach Waldensee versetzt.

Sachs, Aspirant zu Wittelsheim, ist zum Assistenten in Obererbach ernannt.

Schumann, Assistent zu Partenheim, ist nach Aura versetzt.

Schlegel, Förster zu Emmerichthal, ist nach Hogenburg versetzt.

Steiniger, Assistent zu Moosburg, ist nach Bischofsreuth versetzt.

Straub, Assistent zu Bischofsreuth, ist nach Moosburg versetzt.

Warmuth, Assistent zu Frammersbach, ist zum Förster in Kreuzgrund befördert.

Wolf, Assistent zu Bilgershofen, ist nach Dessen versetzt.

Wimmerer, Assistent zu Auerheim, ist nach Kempton versetzt.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Blau, Revierjäger zu Gammin, ist zum Stationsjäger für den Schutzbezirk Bernitz, Oberförsterei Schlemmin, vom 1. Juli d. Js. ab ernannt.

Mohm, Revierjäger zu Zechlwerder, ist zum Stationsjäger für den Schutzbezirk Jasow, Oberförsterei Jasow, vom 1. Juli d. Js. ab ernannt.

Schaumkel, Revierförster zu Kamm, ist zum Stationsjäger für den Schutzbezirk Vooßen, Oberförsterei Uexjow, vom 1. Juli d. Js. ab ernannt.

Herzogtum Anhalt.

Staats-Forstverwaltung.

Luthe, Hilfsjäger zu Gundeck, ist zum Revierjäger ernannt.

Krenkel, Hilfsjäger zu Kieditz, ist zum Revierjäger ernannt.

Herzogtum Braunschweig.

Staats-Forstverwaltung.

Böck, Forstklassessor zu Braunschweig, R.-M.-B. Braunschweig, ist dem Herzogl. Forsthaus Holzwinden II zur Unterstützung und Vertretung des Forsthausvorstandes zugeteilt.

Eulemann, Forstreferendar zu Bad Harzburg, R.-M.-B. Harzburg II, ist der Herzogl. Forstverwaltungszustalt

zur Beschäftigung im Vorbereitungsdiensle mit der Station Lehrs überwiefen.

Reinemeyer, Forstreferendar zu Braunschweig, hat die zweite Forstverwaltungsdiensprüfung bestanden.

Reinagel, Gastwirt zu Thiede, ist zum Forstherber für den Forstbezug Steterburg des R.-M.-B. Wolfenbüttel bestellt.

Krone, Gärtner zu Unseburg, ist als Forsthausseher angenommen.

Die Forstprüfung haben bestanden die Reviergehilfen:

Absweide zu Stiege; **Assmus** zu Güttenberg a. d. W.; **Häcker** zu Wollort; **Liesenberg** zu Braunschweig; **Reckewald** zu Grünplan.

Die erste Forstprüfung haben bestanden die Forstlehrlinge:

Falk zu Bräufelde bei Boffzen; **Gieselberg** zu Bad Harzburg; **Seidke** zu Hildeshausen; **Schneemann** zu Hohegeiß; **Aurich** zu Osnabrück.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für **Auskünfte** keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Einrichtung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 63. Anfrage: 1. Ich bin Anwärter für den Privatforstverwaltungsdiensle, jedoch zurzeit an der Regierungsforstammer von Oberfranken gegen Tagelohn verwendet. Auch im vergangenen Jahre war ich gegen Honorierung innerhalb der bayerischen Staatsforstverwaltung, jedoch in Oberbayern, beschäftigt. Beim Antritt meines Dienstes wurde mir nun hietamts eröffnet, daß ich der Invalidenversicherungspflicht durch Beschaffung einer Quittungslarte zu genügen hätte, wenngleich eine Versicherung meinerseits während meiner Verwendung in Oberbayern nicht erfolgt sei. Nach den neuen Bestimmungen zum Invalidenversicherungsgesetz sei dies nicht zu umgehen. Nachdem ich aber doch entweder im Laufe des heutigen Jahres in den Dienst einer Privatverwaltung mit eigener Pensionskasse zu kommen gedenke, oder doch wenigstens vom nächsten Jahre ab das neue Versicherungsgesetz für Privatangestellte für mich in Betracht käme, das Invalidenversicherungsgesetz aber doch eine sogenannte Karenzzeit vorschreibt, so ist für mich die in Frage stehende Versicherung jedenfalls zwecklos. Könnte daher meine Befreiung unter keinen Umständen erfolgen, und eventuell auf welche Weise bzw. nach welchen Bestimmungen? 2. Muß im Falle des Austretens eines Beamten aus einer Privatverwaltung mit eigener Pensionskasse die Verwaltung die von dem Beamten geleisteten Beiträge an die Reichsversicherungskasse überweisen, so daß der Betreffende nachher bei letzterer versichert wäre? Der Fall würde natürlich erst praktische Bedeutung nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes für Privatangestellte erlangen. E. M., Forstpraktikant in B.

Antwort: Zu 1. Sie unterliegen ohne Rücksicht auf Ihre demnächstige Zugehörigkeit zur Angestelltenversicherung der Versicherungs-pflicht bei der allgemeinen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, solange Ihr Einkommen 2000 M nicht übersteigt, und es muß deshalb auch seitens der Forstammer für Oberbayern für Sie nachgesehen werden. Scheiden Sie aus der Versicherungspflicht aus, so können

Sie sich durch eigene Beitragsentrichtung weiterversichern, und wir empfehlen dringend, dies zu tun. Denn Invaliden- und Angestellten-Versicherung laufen nebeneinander her, und die Invalidenrenten werden neben dem Ruhegelde der Angestelltenversicherung gezahlt, soweit beide Bezüge zusammen das frühere Jahreseinkommen nicht übersteigen. Die Hinterbliebenenrenten der Angestelltenversicherung ruhen neben Renten der Invalidenversicherung, soweit beide zusammen $\frac{6}{10}$ des früheren Jahreseinkommens übersteigen. (§§ 73, 74 des Versicherungsgesetzes für Angestellte.) Die Leistungen der allgemeinen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bilden also einen wertvollen Zuschuß zu den Leistungen der Angestelltenversicherung! Zu 2. Die bei privaten Pensionskassen zurückgelegte Beitragszeit wird auch nach dem Ausscheiden aus einer solchen Klasse von der Reichsversicherungsanstalt bei Berechnung der Wartezeit, des Ruhegehalts und der Renten angerechnet. (§ 380 a. a. O.) Die Versicherten erleiden also durch die Zugehörigkeit zu einer privaten Pensionsanstalt keinen Schaden.

Hg.

Nr. 64. Anfrage: Die Korkmacher stellen die im Winter geschnittenen Weiden ins Wasser, um, wie bekannt, die Rinde ohne große Schwierigkeiten zu entfernen. Kann man mit dem im Winter eingeschlagenen Faulbaumholze auch dasselbe Verfahren anwenden, um so dieselben Vorteile zu erlangen? C., Kgl. Hegemeister in St.

Antwort: Praktische Erfahrungen über das Schälen des ins Wasser gestellten Faulbaumes sind bis jetzt nicht bekannt. Da man jedoch alle Laubhölzer, welche nicht im Geste sind, z. B. die Weiden, durch das Einstellen des noch frischen Holzes ins Wasser zum Antreiben bringen und durch die dadurch hervorgerufene Saftführung alsdann auch leichter schälen kann, so dürfte dieses auch beim Faulbaum zutreffen.

Nr. 65. Anfrage: Ich bin für das Steuerjahr 1912/13 mit 16 M zur Einkommensteuer veranlagt. Mein jährliches Einkommen setzt sich zusammen aus: 1. fixierten Diäten pro Jahr 1320 M, 2. Dienstbelleidungsgeld pro Jahr 30 M, 3. Schreibgehilfenzulage pro Jahr 72 M, 4. Brennholzentschädigung pro Jahr 78 M; zusammen 1500 M. Einnahmen aus Kapitalsvermögen und sonstige Nebenbezüge habe ich nicht. An Miete bezahle ich jährlich 250 M, außerdem habe ich ein Kind im Alter von acht Monaten. Ich frage höflichst an, ob die Miete = 250 M und für ein Kind = 50 M, zusammen 300 M, von dem Einkommen bei der Steuerveranlagung nicht in Abzug zu bringen waren und ich nicht um eine Stufe ermäßigt werden könnte. H., Kgl. Forstaussicher.

Antwort: Ihr steuerpflichtiges Einkommen berechnet sich wie folgt: Diäten nach dem Ergebnis des Jahres 1911 1320 M, Schreibgehilfenzulage 72 M, Brennholzentschädigung 78 M; insgesamt 1470 M; und dies bedingt den veranlagten Steuerfuß von 16 M. Die Ausgaben für Miete gehören zu den Kosten zur Bestreitung des Haushalts und sind nicht abzugsfähig. Für die zu unterhaltenden Kinder tritt nach den Bestimmungen des jetzt

geltenden Einkommensteuergesetzes ein Abzug von je 50 M nicht mehr ein. Das Kinderprivileg im § 19 des Einkommensteuergesetzes besteht darin, daß ohne weiteres der vorgeschriebene Steuerfuß ermäßigt wird: a) um 1 Stufe bei dem Vorhandensein von 2, b) um 2 Stufen bei dem Vorhandensein von 3 oder 4, c) um 3 Stufen bei dem Vorhandensein von 5 oder 6 zu unterhaltenden Familienangehörigen usw. Dienstkleidungszuschüsse unterliegen nicht der Besteuerung.

Nr. 66. Anfrage: Ein bei mir im Dienst befindlicher Hütjunge hat sich beim Spielen mit einem alten aufgefundenen Revolver und einer durch fremde Wengels zugebrachten Patrone in die linke Hand geschossen. Ich ließ den Jungen sofort in das Krankenhaus fahren, da die Dienstherrschaft diejenigen Anordnungen zu treffen hat, die erforderlich sind, um das Geinde gegen Gefahr für Leben und Gesundheit zu schützen, benachrichtete aber gleichfalls die in der Nähe wohnenden Eltern und stellte ihnen anheim, den Sohn herauszunehmen, wenn sie mit dem Verbleib im Krankenhaus nicht einverstanden seien. Darf ich ohne weiteres die Kurkosten von dem nach der Kurzeit verdienten Lohn abziehen, da sich der Dienstbote die Krankheit nicht durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben zugezogen hat, und die Haftung der Dienstherrschaft nach der Geindeordnung schon bei einem mäßigen Versehen des Dienstboten ohne Verschulden der Herrschaft nicht eintritt. In diesem Falle liegt doch ein gröbliches Versehen ohne jegliches Verschulden der Dienstherrschaft vor. R.

Antwort: Sie dürfen keinen Abzug machen, denn die Einbehaltung von Lohn zur Deckung von Gegenforderungen der Herrschaft ist gesetzlich verboten, selbst wenn der Dienstbote oder Arbeiter durch eine kriminell strafbare Handlung (z. B. Unterschlagung, Sachbeschädigung) die Herrschaft geschädigt hat. Es steht Ihnen aber gegen die Eltern des Hütjungen ein Ersatzanspruch zu. Hg.

Nr. 67. Anfrage: Durch landrätliche Verfügung ist mir die Mitwirkung bei Ausübung der Jagdpolizei auch auf den Jagdbezirken der Gemeinden B. und C. übertragen. „Erstreckt sich meine Jagdpolizei-Aufsicht auch auf die innerhalb dieser Gemeinden liegenden Eigenjagdbezirke?“ R. in R.

Antwort: Die Verfügung des Landrates geht dahin, daß Ihnen die Ausübung der Jagdpolizei auch außerhalb Ihres Schutzgebietes auf den angrenzenden Jagdbezirken der Gemeinden B. und C. übertragen ist. Da dieser Auftrag im strengen Sinne auszulegen ist, so stehen Ihnen jagdpolizeiliche Befugnisse auf den innerhalb der Gemeinden B. und C. liegenden Eigenjagdbezirken nicht zu. Denn die Eigenreviere stehen im Gegensatz zu den Gemeindejagdbezirken.

Nr. 68. Anfrage: Im Zusammenlegungsverfahren einer Gemeinde, welche an meinen Dienstbezirk grenzt, nicht aber zu demselben gehört, bin ich von der Spezialkommission zu einem Termin außerhalb meines Dienstbezirktes vorgeladen worden. Es wurden bei dieser Gelegen-

heit die Wegeprojekte der zusammenlegenden Gemeinde besprochen. Kann ich für die Reise zu diesem Termin (etwa 20 km von meinem Wohnort entfernt) die mir zustehenden Reisekosten und Tagegelber berechnen? Ich bemerke noch, daß ich nicht als Sachverständiger zugezogen war, sondern lediglich als Forstaufsichtsbeamter der Nachbargemeinden.

A. B. in C.

Antwort: Da Sie nicht als Sachverständiger oder im sonstigen Interesse der staatlichen Zusammenlegungsbehörde vorgeladen worden sind, können Sie aus staatlichen Fonds ebensowenig entschädigt werden wie die übrigen beteiligten Parteien, es sei denn, daß Ihre besondere Entschädigung aus Fonds der Gemeindeverwaltung, bei der Sie angestellt sind, möglich ist.

Nr. 69. Anfrage: Wie regelt sich die Aufbringung der Schulabgaben für einen forstfiskalischen Gutsbezirk in der Provinz Westpreußen? Haben diesen Beitrag nur die Anwohner (Haushaltungsvorstände) aufzubringen oder kann Fiskus hierzu als Grundherr auch nach der Grund- und Gebäudesteuer herangezogen werden?

R. W.

Antwort: In forstfiskalischen Gutsbezirken der Provinz Westpreußen regelt sich die Aufbringung der Schullasten nach der vom Landrat aufgenommenen und von der Regierung bestätigten Schulmatrikel, ohne deren Kenntnis Auskunft im einzelnen nicht gegeben werden kann. Die Anwohner haben die matrikelmäßigen Schullasten aufzubringen. Die Höhe der Heranziehung

ist nach der Leistungsfähigkeit bestimmt. Für alles über die Leistungsfähigkeit der Anwohner hinausgehende muß der Forstfiskus als Grundherr aufkommen. (Siehe auch Radtkes Handbuch Seite 860/1.)

Nr. 70. Anfrage: Hat ein königlicher Förster o. R. oder ein Forstaufsicher Anspruch auf Entschädigung, wenn er das Holzzettelschreiben auf den Holzterminen ausführen muß? — Wieviel und von wem ist diese zu zahlen?

A. B.

Antwort: Der Oberförster kann zur Hilfeleistung bei der ihm obliegenden Ausstellung der Holzverabfolgzetteln Förster o. R. und Forsthilfsaufseher heranziehen. Das geht aus Nr. 3 des Ministerialerlasses vom 12. Juli 1902 — III 8848 — hervor, in dem es heißt, daß die Ausstellung der Zettel nur dann dem Rentanten übertragen werden darf, wenn dem Oberförster nicht genügende Hilfskräfte zur Seite stehen. Eine Entschädigung für die Arbeit, die danach zu ihren Dienstobliegenheiten gehört, können diese Hilfskräfte nicht beanspruchen, ob für die Reise, hängt unseres Erachtens ganz von den besonderen Verhältnissen ab und läßt sich so allgemein nicht beantworten.

Anfrage an den Leserkreis.

— Ist einem der Leser eine Bezugsquelle für Kienfaden bekannt, welche bei Waldbränden zur Anlage von Gegenfeuern verwendet werden können?

Königl. Forstrat — n in S.

Für die Redaktion: A. B.: Wodo Grundmann, Rentant.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Rm.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorstehenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Rm.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Wette, Försterei Nämde, Post Gräneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Marienwerder. Die Bezirksversammlung wird vom 2. auf den 9. Juni (König) verlegt. Seeefeldt, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Gzerst (Regbz. Marienwerder). Sitzung am Sonnabend, dem 1. Juni d. Js., 7 Uhr abends, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Wahl des 1. Vorsitzenden; 2. Beschlußfassung

über die Verlegung des Scheibenschießens, da am 16. Juni 1912 das Gausängerfest Gzerst stattfindet; 3. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend nötig.

Der Vorstand: A. A.: Hauer, Schriftführer. **Grenzheide-Wanda (Regbz. Posen).** Das Vereinspreis-schießen findet am Sonnabend, dem 8. Juni d. Js., im Schützenhause in Schildberg statt. Beginn pünktlich 3 Uhr. Probefschüsse von 2 bis 3 Uhr. Gäste können eingeführt werden. Nach dem Schießen findet eine kurze Sitzung statt. Anschließend daran gemütliches Zusammensein mit Damen.

Der Vorsitzende.

Guttstadt (Regbz. Königsberg). Die nächste Versammlung, verbunden mit Scheibenschießen, findet am Sonntag, dem 9. Juni, in der Försterei

Carben statt. Beginn der Versammlung 1½ Uhr nachmittags. Tagesordnung: 1. Berlesen der letzten Sitzungsverhandlung; 2. Wahl des Bezirksgruppenvorsitzenden; 3. Anträge; 4. Festsetzung der Scheibenschießen; 5. Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung erwünscht; Gäste zum Scheibenschießen willkommen. Es wird gebeten, die Anzahl der Teilnehmer zum Scheibenschießen wegen Besorgung von Fuhrwerk usw. dem Kollegen Sprenger, Carben bei Wormbitt, bis zum 2. Juni anzugeben. Bei schlechtem Wetter findet die Versammlung in Wormbitt statt.

Der Vorstand.

Neuenburg (Regbz. Marienwerder). Am Dienstag, dem 28. Mai, Schießen auf dem Schießstande bei Bülowshöhe. Anfang 3 Uhr nachmittags.

Der Vorstand.

Oberhartz (Regbz. Hildesheim). Am Sonnabend, dem 1. Juni d. Js., Versammlung im „Römischen Kaiser“ zu Goslar, verbunden mit Tanzfränzchen. Tagesordnung wird am Beginn bekanntgegeben. Die Kollegen werden gebeten, mit ihren Damen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Beginn 3½ Uhr.

Jahnde.

Rheinsberg (Regbz. Potsdam). Die am 1. Juni d. Js. geplante Exkursion nach Buchheide, Oberförsterei Beshlin, wird auf den 8. Juni zur selben Zeit verlegt. Nach dem Ausfluge Berichterstattung über die Tagung der Bezirksgruppe in Berlin.

Masurath, Vorsitzender.

Rotenburg a. H. (Regbz. Cassel). Am Sonnabend, dem 15. Juni, abends 8 Uhr, findet im Hotel Leinhos, Rotenburg, die Abschiedsfeier für den am 1. Juli in den Ruhestand tretenden Kollegen Hegemeister Knake, Cornberg, statt. Regge Beteiligung, insbesondere der Damen — es wird getanzt —, sehr erwünscht.

Butte.

Solling zu Nlar (Regbz. Hildesheim). Sonnabend, den 8. Juni d. Js., findet der in der Aprilversammlung beschlossene Ausflug nach

Mariaspring statt. Abfahrt von Carlshafen r. U. vormittags 8,35, Ankunft in Bovenden über Northeim 10,39; von hier gemeinschaftliche Fußtour nach Mariaspring und Ruine Fleß. Das übrige ist, wie beschlossen, eingerichtet. Um recht zahlreiche Teilnahme bittet

Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegemeister Krantz, Hildesheim bei Sockzeit Km., vorliegen. Was zur die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in denen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Altkrato (Regbz. Köslin). Die am 11. Mai in Altkrato abgehaltene Sitzung war von sechs Mitgliedern besucht und wurde vom Vorsitzenden mit einem Horrido auf Se. Majestät eröffnet. Die Tagesordnung erledigte sich wie folgt: 1. Es wurde beschlossen, die Vereinsbeiträge halbjährlich weiter zu zahlen; 2. dahin bittend vorstellig zu werden, daß a) den Forstanwältern der Rang der mittleren Beamten verliehen, denselben auch bei militärischen Übungen die Hälfte der zustehenden Tagegelder gewährt werden, b) bei Dienstfändereien, auf welchen Wilschaden stattfindet, entweder kosten- oder vollkostenfreie Einzäunung derselben oder vollständiger Wilschadeneriaß erfolgt, c) keine Försterstellen eingehen zu lassen, sondern die etatmäßigen Forstausschesserstellen zu solchen Försterstellen zu machen; 3. ebennmäßig zu erbitten, an Mietsentschädigung nicht nur das zu gewähren, was wirklich gezahlt wird, sondern die volle festgesetzte Mietsentschädigung, wie bei allen anderen Beamten. 4. Zur Vertreterversammlung wurde Kollege Scheel gewählt; 5. Am 7. Juli soll ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Stolpmünde stattfinden.

Der Vorsitzende: Scheel.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Abraham, Reinhold, Forstausscher, Barpart b. Greifenberg, Pomm.
Rink, Wilhelm, Förster, Neu-Altehof b. Endow, Kr. Schwab.
Gies, Wilhelm, Revierjäger, Hollenbekerholz b. Buchhorst,
Hollstein.
Schulz, Arnold, Förster, Holm b. Buchholz, Kr. Saarburg.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamt mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldebekarten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Vom Jagdverein „Tsingtau“: eingeliefert von Herrn
Oberleutnant Dreier in Tsingtau (China) . . . 43,81 Mk.

Den Gebern herzlichen Dank und Weidmannsheil!

*

*

*

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Angern, Diesdorf, 2 Mk.; Arendt, Treuher Theerosen,
2 Mk.; Anders, Mühltröf, 2 Mk.; Abraham, Barpart, 2,50 Mk.;
Brandt, Seeben, 2 Mk.; Bährmann, Herzberg, 2 Mk.; Baumann,
Vindenhof, 2 Mk.; Burghausen, Neudorf, 2 Mk.; Burdorf,
Rannowitz, 2 Mk.; Böhl, Crangen, 2 Mk.; Braune, Einwig, 2 Mk.;
Bräuniger, Hermannsdorf, 2 Mk.; Bühler, Reutnitz, 2 Mk.;
Berendes, Grangerfeld, 2 Mk.; Clausius, Lautenburg, 2 Mk.;
Degenwoll, Bieslarow, 2 Mk.; Dreier, Amstorf, 2 Mk.; Doering,
Dunfiquen, 2 Mk.; Ebner, Schwarzenhofen, 2 Mk.; Fiebing,
Biesow, 2 Mk.; Fiebing, Alt-Grimmitz, 2 Mk.; Fage, Ertelsburg,
2 Mk.; Fiedler, Jute, 5 Mk.; Finde, Schiffelbach, 2 Mk.; Gerd,
Wendorf, 2 Mk.; Greve, Leimbach, 2 Mk.; Gebbers, Eberta,
2 Mk.; Graffe, Wolgast, 2 Mk.; Glash, Perlasarum, 2 Mk.; Gutthof,
Grangerfeld, 2 Mk.; Hering, Pantau, 2 Mk.; Hügers, Edfeld,
2 Mk.; Jafelhoff, Saargut, 2 Mk.; Seiderich, Schwedda, 2 Mk.;

Mhlenfeld, Friedland, 2 Ml.; Jenderel, Udenhain, 2 Ml.; Junger-Schwerin, 2 Ml.; Knuth, Jordansee, 2 Ml.; Krüger, Schöna, 2 Ml.; Knapp, Koppitz, 5 Ml.; Kreibitz, Gausbühlheim, 2 Ml.; Kähler, Reibitz, 3 Ml.; Köhn, Wollmarshausen, 3 Ml.; Konarske, Eotoden, 2 Ml.; Knop, Oppalin, 2 Ml.; Kraft, Obriahoven, 2 Ml.; Kliche, Brunow, 2 Ml.; Kühn, Mittel-Mellenhof, 2 Ml.; Köhler sen., Rehwinkel, 2 Ml.; Köhler jun., Rehwinkel, 2 Ml.; Liehr, Ritzitz, 2 Ml.; Löffert, Gauerbick, 2 Ml.; Leonhard, Westerbach, 3 Ml.; Lehmann, Neuland, 2,50 Ml.; Lene, Rier, 2 Ml.; Liebig, Pöbelstein, 3 Ml.; Meißner, Lubichow, 2 Ml.; Mantische, Tiefenangelslau, 2 Ml.; Maner, Schleise, 2 Ml.; Reuhaus, Geringfeld, 2 Ml.; Nimb, Neu-Alephof, 2 Ml.; Bohl, Neudamm, 2 Ml.; Paulsen, Gr.-Udenburg, 2 Ml.; Pöhlisch, Reichsamt, 5 Ml.; Pehold, Eisenhammer, 2 Ml.; Rehbinde, Gr.-Bartel, 2 Ml.; Rofia, Schmalzarube, 2 Ml.; Rausch, Sworitz, 2 Ml.; Rehder, Münchhausen, 3,50 Ml.; Springer, Koldmieder, 2 Ml.; Erola, Riegelhütte, 2 Ml.; Simon, Schönau, 2 Ml.; Sied, Hellenbetscholz, 3 Ml.; Schmidt, Horstfeld, 2 Ml.; Schindig, Alarowitz, 2 Ml.; Schüb, Reichhausen, 2 Ml.; Schmidt, Braunschwitz, 5 Ml.; Schulz, Gufenbruch, 2 Ml.; Schade, Liebenberg, 2 Ml.; Schmeer, Alt-Budowitz, 2 Ml.; Schmidt, Gude I, 2 Ml.; Schumacher, Wächtersbach, 2 Ml.; Schred, Wehr, 2 Ml.;

Schulz, Holm, 2 Ml.; Schlor, Smoritz, 2 Ml.; Stolze, Willenberg, 2 Ml.; Stelch, Trebnitz, 2 Ml.; Thomas, Baitz, 2 Ml.; Turde, Berrentlin, 2 Ml.; Vogel, Dobberitz, 2 Ml.; Vierlötter, Eberbach, 2 Ml.; Wege, Kemmin, 2 Ml.; v. Wedellstedt, Wiedorf, 5 Ml.; Wehrmann, Lübbede, 3 Ml.; Werner, Rarow, 2 Ml.; Went, Dannensfeld, 2 Ml.; Werner, Wenigenapitz, 2 Ml.; Werner, Rier, 2 Ml.; Ziedert, Seesagen, 2 Ml.; Zimmermann, Wiskoffstede, 2 Ml.; Zimmermann, Schweinfurt, 2 Ml.;

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt
Neumann,

Schafmeister und Schriftführer.

Unter Hinweis auf § 8 Absatz 2 unserer Satzung mache ich die verehrlichen Vereinsmitglieder darauf aufmerksam, daß am 15. April der Fälligkeitstermin zur Einzahlung des Jahresbeitrages abgelaufen war. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche mit Zahlung des Beitrages für das laufende Vereinsjahr noch im Rückstande sind, diesen baldmöglichst an mich einzusenden.
Neumann,

Schafmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Salensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die ordentlichen Mitglieder aus dem Stande der Privatforstbeamten zahlen vom 1. Januar 1910 ab bei einem steuerpflichtigen Einkommen bis zu 2000 Ml. einen Jahresbeitrag von mindestens 4 Ml., bei einem steuerpflichtigen Einkommen über 2000 Ml. einen solchen von mindestens 8 Ml. und eine Aufnahmegebühr von 3 Ml. Ordentliche Mitglieder aus dem Kreise der Waldbesitzer zahlen einen Jahresbeitrag von mindestens 10 Ml. bei einer Aufnahmegebühr von 10 Ml. oder einen einmaligen Beitrag auf Lebenszeit von mindestens 200 Ml. Als außerordentliche Mitglieder können Forstbeamte des Staates, der Gemeinden, Vereine, Verwaltungen und Körperschaften, sowie auch geeignet erscheinende andere Personen, welche ihr Wohlwollen für die Vereinsbestrebungen betätigen wollen, beitreten. Außerordentliche Mitglieder zahlen entweder einen einmaligen Beitrag auf Lebenszeit von mindestens 75 Ml. oder ein Eintrittsgeld von 10 Ml. und einen Jahresbeitrag von mindestens 8 Ml. — Nach § 4 der Satzungen sind der Beitrittserklärung Eintrittsgeld und erster Jahresbeitrag gleich beizufügen. Satzungen sind durch die Geschäftsstelle des Vereins in Neudamm zu beziehen.

Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 Ml. 20 Pf., im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 Ml. ab Neudamm) geliefert. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Bericht über die Versammlung der Bezirksgruppe XV (Vereinigung der Privatforstbeamten der Grafschaft Glatz und Umgegend).

Die für den 10. März d. Js. nach Glatz einberufene Versammlung war, wie immer daselbst, sehr gut besucht. Es hatten sich 36 Mitglieder und 7 Gäste eingefunden. Der Vorsitzende, Herr Oberförster Hoffmann-Hausdorf, sprach bei Eröffnung der Versammlung seine Freude darüber, und besonders auch über die Anwesenheit des Herrn Wildmeister Fiebig-Schwarzwald (Pösen) aus. In das ausgebrachte dreifache Horrido auf Seine Majestät den allergnädigsten Schirmherrn des deutschen Waldes stimmte die Versammlung lebhaft ein.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung verlas der Vorsitzende den Kassenbericht pro 1911. Die Einnahme betrug 649,04 M., die Ausgabe 512,12 M., so daß ein Bestand von 136,92 M. für das Jahr 1912 vorzutragen ist. Der Unterstützungsfonds der Bezirksgruppe erreichte eine Höhe von 234,01 M., und gebührt dem eifrigsten Förderer desselben, Herrn Kollegen Conrad-Eisersdorf, ganz besonderer Weidmanns dank.

Die Jahresrechnung wurde später von den Herren Rentmeister Peischke-Giersdorf und Revierförster Kurnoth-Gabersdorf geprüft und für richtig

befunden, worauf dem Kassierer, Herrn Kollegen Schloms-Biehals, Entlastung erteilt und der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde.

Im Anschluß hieran wurde von einem Schreiben des 1. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Oberförster Dr. Bertog, die in der Reichenbacher Versammlung vom 3. Dezember 1911 zur Sprache gebrachten Punkte, Fortlehrlingschule, Lehrstellennachweis und Lehrgang betreffend, Kenntnis genommen.

Ein weiteres Schreiben, betreffend Bildung von Ortsgruppen, führte zu einer recht lebhaften Besprechung. Herr Wildmeister Fiebig ging darauf näher ein und legte die Gründe für eine solche Einrichtung auseinander. Darauf ergriff auch Herr Forstmeister Schulz-Volpersdorf das Wort, empfahl eine Einteilung, wie sie bereits in Schlesien getroffen ist (vier Bezirksgruppen), und warnte vor zu großer Zersplitterung. Nach längerer Debatte stellt er folgenden Antrag:

Die Bezirksgruppe Glatz sieht die Bildung von Ortsgruppen zurzeit als für den Verein ersprießlich nicht an, dagegen tritt sie dafür ein, daß Bezirksgruppen, welche örtlich besonders weit ausgedehnt, oder besonders stark an Mitgliederzahl sind, in weitere Bezirksgruppen geteilt werden können. Über die Zulässigkeit dieser

Teilung steht dem weiteren Vorstand des Vereins die ausschlaggebende Entscheidung zu; ingleichen hat er darüber zu entscheiden, ob und in welcher Weise die neuen Bezirksgruppen im weiteren Vorstande des Vereins vertreten sein sollen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Aus der Wintertagung des weiteren Vorstandes wurde sodann über das dortselbst angeschnittene Thema: „Titelschutz“ diskutiert.

Nachdem von verschiedenen Seiten die Meinung zum Ausdruck gebracht wurde, daß es höchst wünschenswert sei, die Regierung für diesen sehr wichtigen Punkt im Privatforstbetriebe zu gewinnen, ohne dabei den Rechten der Waldbesitzer zu nahe zu treten, brachte Herr Forstmeister Schulz-Bolpersdorf folgenden Antrag ein:

Die Bezirksgruppe Glatz faßt den Beschluß, den weiteren Vorstand zu ersuchen, mit allen Mitteln für einen entsprechenden Titelschutz der Privatforstbeamten, insonderheit für die Titel Förster, Revierförster, Oberförster, Forstmeister einzutreten und die geeigneten Wege hierzu zu beschreiten.

Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Da wegen Herstellung des Jahrbuches die Angabe der Versammlungen pro 1912 baldmöglichst erwünscht wird, wurde beschlossen, die nötigen Schritte zu tun, um die Genehmigung zu einer Exkursion im Habelschwerdtter Stadtforst zu erhalten und die diesjährige Winterversammlung in Wartha abzuhalten. Der Zeitpunkt für beide Veranstaltungen soll erst später bestimmt werden.

Herr Wildmeister Fiebig sprach noch über Versicherungen jeder Art und empfahl das Versicherungsamt einer recht regen Benutzung.

Zum Schluß hielt Herr Landschaftsrendant Quander-Frankenfeld einen Vortrag über Verleihung von Forstgrundstücken durch die Landschaften und die neueren Bestimmungen darüber vom Jahre 1909.

Der Vorsitzende dankte für den interessanten Vortrag, sowie auch für die Ausführungen des Herrn Wildmeister Fiebig und schloß, da weitere Anträge aus der Versammlung nicht vorlagen, die Sitzung.

Forstb. Wiltzsch, im März 1912.

A. Weidlich.

Forstlicher Lehrgang der

Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen
in der Zeit vom 26. bis 29. Juni 1912 in Heiligenstadt (Eichsfeld), Strede Halle—Cassel.

Mittwoch, den 26. Juni, von 8 Uhr ab: Vorträge über die dortigen Boden- und Forstverhältnisse, neuere forstliche Fragen, Einwirkung der Dürre auf Kulturen und Holzbestände und deren Abschwächung.

Nachmittags: Exkursion in die Aufzuchtungsflächen auf dem Dün (Kalk). Unterwegs Papierfabrik und Mergelgruben.

Donnerstag, den 27. Juni: Ganztägiger Ausflug in den Heiligenstädter Stadtwald und die von Eichsfeld-Streidewischen Aufforstungen, zeitweise unter Benutzung von Wagen. — Einfrühstück im Walde. — Unterwegs Wegebau

und Stocksprennung. — Abends Zusammenkunft auf dem Iberg.

Freitag, den 28. Juni: Ganztägiger Ausflug nach Worbis und Umgebung (reiner und gemischter Laubholzhochwald). — Neuaufforstungen auf Ton. — Künstliche Fischzucht.

Sonabend, den 29. Juni: Besprechung des Gesehenen, forstliche Diskussionen, Beantwortung von Fragen. — Besichtigung des Stadtmuseums und anderer Sehenswürdigkeiten der Stadt. — Schluß gegen Mittag.

Der Besuch ist für Forstbeamte frei, für Waldbesitzer wird ein Beitrag von 5 M. erhoben. — Anmeldungen sind bis zum 6. Juni an die Forst-Abteilung der Landwirtschaftskammer in Halle a. S., Kaiserstraße 7, zu richten, welche alles Weitere mitteilt, auf Wunsch Wohnung und Verpflegung bestellt und Programme übersendet.

•

Betrifft Unterkunft der in Templin ausgebildeten Forstschüler.

Am 15. Juni 1. Jg. werden nach Beendigung des Schuljahres 43 Böglinge die Forstlehrlingschule Templin verlassen. Da eine große Anzahl von diesen noch keine Beschäftigung in Aussicht hat, wird im Interesse der Bestrebungen des Vereins an die Herren Waldbesitzer die dringende Bitte gerichtet, bei Besetzung entsprechender Stellen auf diese Schüler Rücksicht zu nehmen und ihnen Gelegenheit zur weiteren Ausbildung im praktischen Dienst zu gewähren.

Herr Oberförster Jacob, Templin (U.-M.), ist gerne bereit, jede gewünschte Auskunft über persönliche Verhältnisse und Leistungen der jungen Leute zu erteilen.

Templin, Ende März 1912.

Der Schulpfleger.

•

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Wageler

1911.

3836. Graß, Jäger, 3. Komp. Jäger-Batt. Nr. 10, Goslar. (U.-Gr. XVI.)

3837. Jenken, Ernst, Hülsjäger, Strußendorf b. Berg. a. Nien. (U.-Gr. II.)

3838. Trunt, Rupert, Forstschüler, Tüftling b. Mühlberg i. Ob.-bayern. (U.-Gr. XIV.)

3839. Millington-Herrmann, Paul, Kommerzienrat (Waldbesitzer), Berlin NW. 7, Pariserplatz 6a. (U.-Gr. IX.)

•

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Gäpfert, Franz, Forstausseher, Hh. Evecht b. Bottrop.

Eich, Wilhelm, Revierjäger, Gollenbiederholz b. Bohnhorst i. Hst.

Grünberg, Johannes, Jäger, 2. Komp. Jäger-Batt. 3, Lubben.

Kühl, Emil, Privatforstmann, Stargard i. Meckl.

Gräß, Leonhard, Forstschüler, Rumboden i. Unterfranken, Bayern.

Ragokli, August, Forstwärter, Rosenheim b. Winterfeld (Altmark).

Saele, Gustav, Hülsförster, Freiwalde b. Babenz, Kr. Rosenberg i. Westpr.

Sarneski, Ernst, Privatförster, Strzelce, Post Rutno, Gouv. Warschau i. Rußland.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt.

Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Pommerscher Forstverein.

40. Versammlung

am 17. und 18. Juni 1912 in Greifswald.

I. Plan.

Die diesjährige Versammlung des Pommerschen Forstvereins wird auf Grund des in Heringssdorf im vorigen Jahre gefaßten Beschlusses auf den 17. und 18. Juni nach Greifswald einberufen.

Zur Teilnahme an der Versammlung werden die Mitglieder des Vereins, Mitglieder und Vertreter auswärtiger Vereine, sowie diejenigen, die dem Verein beizutreten wünschen, mit ihren Damen freundschaftlich eingeladen.

Die Damen nehmen an allen planmäßigen Veranstaltungen, abgesehen von der Vereinsitzung am 17. Juni vormittags, teil.

Auch sonstige von Mitgliedern eingeladene Freunde des Waldes und Weidwerks werden uns herzlich willkommen sein.

Um die Unterbringung der Teilnehmer sicherzustellen, um die für die Waldfahrt erforderlichen Fuhrwerke zu beschaffen, und um die sonst nötigen Vorbereitungen im richtigen Umfange treffen zu können, wird gebeten, die beabsichtigte Teilnahme möglichst frühzeitig, spätestens aber bis zum 3. Juni d. Js., bei Herrn Forstmeister a. D. P h l in Greifswald, Fischstraße 10, anzumelden und dabei nähere Angaben zu machen, an welchen Veranstaltungen der Anmeldende teilnehmen gedenkt, sowie, ob Bestellung von Unterkunft gewünscht wird und welche besonderen Wünsche in letzter Beziehung gehegt werden.

Bei rechtzeitiger Anmeldung wird alsdann durch Postkarte mitgeteilt werden, wo sich die bestellte Wohnung befindet.

Bei Ankunft der hauptsächlich in Frage kommenden Züge wird ein Forstschutzbeamter in Uniform anwesend sein, der über die Unterkunft und alle sonst die Verhandlung betreffenden Fragen die erforderliche Auskunft gibt. Auch ist solche im Gasthof „Preussischer Hof“ zu erhalten, wo sich die Auskunft für die Versammlung befindet.

II. Programm.

Sonntag, den 16. Juni 1912: Von 7 Uhr abends ab Begrüßung und gesellige Vereinigung im Vogenhaus.

Montag, den 17. Juni 1912, morgens 9 Uhr: Eröffnung der Versammlung und Sitzung im Gasthaus „Zur grünen Linde“ (Langestraße).

Die Tagesordnung ist unter III abgedruckt.

Gegen 12 Uhr Frühstück (Gebod 1,75 M.).

Um 3½ Uhr gemeinschaftliches Mittagessen im Gasthof „Preussischer Hof“ (trockenes Gebod 4 M.).

Etwa 6½ Uhr Dampferfahrt auf dem Greifswalder Bodden; die Kosten für den Dampfer trägt die Vereinskasse.

Rückkehr gegen 9 Uhr: gesellige Vereinigung im „Preussischen Hof“.

Zur Unterhaltung der Damen während der Sitzung am Vormittage wird ein Spaziergang

durch die Anlagen unter ortskundiger Führung veranstaltet werden; Frühstück in der „Gifsbude“ (Gasthaus in den Anlagen).

Dienstag, den 18. Juni 1912. Abfahrt 9 Uhr vom Rohmarkt aus mit Wagen zur Waldfahrt in das Universitätsrevier Greifswald, endigend im „Elisenhain“ (Schutzbezirk Eldena). Dasselbst Frühstück (Gebod 1,75 M.). Die Rückkehr nach Greifswald kann je nach Wunsch der Teilnehmer wieder mit Wagen (die dann in entsprechender Zahl zurückbehalten werden) oder von Bied aus mit dem regelmäßig verkehrenden Dampfer erfolgen; vom Elisenhain nach der Dampferanlagestelle würde ein Fußmarsch von etwa 30 Minuten nötig sein. — In beiden Fällen werden die in Greifswald zwischen 4 und 5 Uhr abgehenden Züge erreicht.

Die Kosten für die Wagen (einschl. Trinkgeld) und für das Bier beim Frühstück übernimmt die Vereinskasse.

III. Tagesordnung

für die mündliche Verhandlung am 17. Juni 1912.

1. Geschäftliche Mitteilungen. Vornahme von Wahlen.
2. „Wie sind die zu großen Forsten gehörenden Moore und Niederungsaböden landwirtschaftlich nutzbar zu machen?“ Referent: Forstmeister D u e s b e r g -Müßelburg.
3. Ständiges Thema: Mitteilungen über die Ergebnisse des Wirtschaftsbetriebes, sowie über etwaige die Forstwirtschaft und Jagd berührende Erfindungen, Versuche und darauf bezügliche Erfahrungen.
4. Über Samenmengen bei Nadelholz-Bestandes- saaten und über Pflanzverbände. Referent: Forstmeister G e n s e r t -Jaegerhof.
5. Beobachtungen und Erfahrungen beim letzten Nennenstraf. Referent: Forstmeister S i e w e r t -Wasser.
6. „Welche Umstände haben es bewirkt, daß die Rehe in vielen Gegenden „Feldbreche“ geworden sind, und welche Folgerungen muß der Forstmann aus dieser Tatsache ziehen?“ Referent: Oberförster K l e i n -Jäger.

Stettin, den 8. Mai 1912.

Der Vorsitzende
des Pommerschen Forstvereins.
Reisch, Oberforstmeister.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Bezirksgruppe Dessau.

Die nächste Versammlung findet am 8. Juni d. Js., mittags 1 Uhr, im Bahnhofshotel in Dessau statt.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Versammlungslokales.
2. Verschiedenes.

3. Vortrag des Kollegen Revierförsters Weber, Hundelust, über „Beobachtung von Dürreschäden in den Jahren 1911/12.“ Hierauf Aussprache. Es muß jetzt jedes Mitglied im Besitze der Satzungen sein. Sollte einer der Kollegen wesentlich vergessen worden sein, so bitten wir ihn, sich umgehend an den Schriftführer, Kollegen Resow in Söllnitz, zu wenden.

Der Vorstand. Bernhard. Resow.

Verein alter Garde-Jäger zu Berlin.



1. Das 168 jährige Stiftungsfest des Königlichen Garde-Jäger-Bataillons, verbunden mit dem 18 jährigen Stiftungsfest des Vereins alter Garde-Jäger, wird am Sonnabend, dem 15. Juni 1912, im Restaurant „Schloß Schlachtensee“ (bei Station Schlachtensee der Wanneseebahn Berlin—Potsdam) mit Familien und Gästen in ähnlicher Weise wie in den früheren Jahren gefeiert werden. Das Offiziercorps unseres lieben Bataillons, insbesondere auch sein Kommandeur, Herr Oberstleutnant Graf Find von Findenstein, ist eingeladen und wird voraussichtlich erscheinen. Auch werden eine größere Anzahl Oberjäger und Jäger des Bataillons zur Stelle sein. Das Programm besteht aus Konzert der gesamten Kapelle des Garde-Jäger-Bataillons unter Leitung des Obermusikmeisters Lüttich, Festrede, Tanz im Festsaale, Spielen der Kinder unter Leitung des Vergnügungsausschusses mit Verteilung von Spielzeugen an sämtliche Kinder, Donnonregen, Fadelzug der Kinder mit den gelieferten Stocklaternen unter Vorantritt der Musikkapelle und bengalischer Beleuchtung der gesamten Festräume. Eintritt für Mitglieder und Gäste frei! Beginn des Konzerts 5½ Uhr nachmittags, der Kinderspiele 6 Uhr, des Fadelzuges 8½ Uhr. Anzug nach Belieben. Vereinsabzeichen. Bei ungünstigem Wetter steht auch der große Saal zu unserer Verfügung. Die lieben Kameraden werden freundlichst ersucht, sich recht zahlreich mit ihren Familien einzufinden und befreundete Familien als Gäste einzuführen. — Besonders sind aber alle ehemaligen Garde-Jäger als Gäste herzlich willkommen, die dem Verein noch nicht angehören.

2. Im Anschluß an dieses Fest und zur Erinnerung an den Gründungstag der Schießabteilung (6. Juni 1905) findet am nächsten Tage, Sonntag, dem 16. Juni 1912, von mittags 12 Uhr ab, im Schützenhause zu Schönholz (dicht am Porzot-Bahnhof Schönholz der Nordbahn) das Schießen der Vereins-Mitglieder um den von Seiner Königl. Hoheit dem Königen der Niederlande, Herzog Heinrich zu Mecklenburg gestifteten „Wanderpokal“ sowie um die Königsscheibe und um Preise statt, wozu die Mitglieder mit ihren Familien freundlichst eingeladen werden. Dringend erwünscht wäre es, wenn von den Ehrenmitgliedern, Gönnern des Vereins und

Mitgliedern Preise gestiftet würden. Ehrenpreise nimmt gern entgegen und jede weitere Auskunft erteilt der unterzeichnete Vorsitzende der Schießabteilung. — Es ist Ehrensache jedes Kameraden, der dies ermöglichen kann, hierzu zu erscheinen. Geschossen wird auf 175 m und 80 m.

3. Der unerbittliche Tod hat uns schon wieder ein liebes Mitglied, den Revierförster Wegener in Hohenfinow, am 11. März 1912 entzissen. Wir werden dem treuen Kameraden ein dauerndes Andenken bewahren.

Mit kameradschaftlichem Gruß, Wald- und Weidmannsheil!

Der Vorstand des Vereins alter Garde-Jäger.
G. Herrmann, Kgl. Rechnungsrat, 1. Vorsitzender,
W 30, Kyffhäuser Straße 24.

Seyberth'sche August- u. Minchen-Stiftung.

Zweihunddreißigster Jahresbericht.

Die Stiftung ist geschaffen zur Ausbildung von Kindern von Forstschußbeamten im Regierungsbezirk Wiesbaden. Für 1911 wurden verteilt:

1. An Unterstützungen sind nach den Beschlüssen der Hauptversammlung vom 18. März 1911 zur Verteilung gebracht an: 28 Kinder 2000 M.

2. Mitglieder der Stiftung.

a) Die Zahl der ordentlichen Mitglieder betrug Ende 1910 =	414 Personen
Zugang in 1911 8 Personen	—
Abgang in 1911 8 Personen	—
Mithin Stand Ende 1911	414 Personen
b) Ehrenmitglieder:	
Oberforstmeister, Regierungs- und Forsträte, Forstmeister und Oberförster	64 Personen
Andere Personen	2

Zusammen 66 Personen

3. Die Jahresrechnung weist nach:

A) Einnahmen:	
a) Zinsen der Kapitalanlage	1864,60 M
b) Eintrittsgelder von ordentlichen Mitgliedern	9,—
c) Jahresbeiträge von den ordentlichen Mitgliedern	419,—
d) Jahresbeiträge von den Ehrenmitgliedern:	
1. von der hochherzigen Mitstifterin-Fräulein Marie Schapper hier	50,— M
2. von den übrigen Ehrenmitgliedern	61,60
e) Schenkungen, wie solche in der Nachweisung einzeln aufgeführt sind	674,13
Zusammen	3078,33 M

B. Ausgaben:

a) Bezahlte Unterstützungen, welche unter Ziffer 1 des Jahresberichts einzeln aufgeführt sind	2000,— M
---	----------

b) Zur Vermehrung des Stiftungskapitals sind aus den laufenden Einnahmen jagungs- und bestimmungsgemäß verwendet worden	846,— "
Hierfür sind $3\frac{1}{2}\%$ Preussische Konfols im Nennwerte von 900 M angelaut und in das Staatsschuldbuch eingetragen worden.	
c) Reisekosten an die Vorstandsmitglieder und die Vertrauensmänner	78,25 "
d) Sonstige Ausgaben	163,15 "
Zusammen	3087,40 M

C. Abschluß:

Die Einnahmen im Jahre 1911 haben betragen	3078,33 M
Dazu der aus dem Jahre 1910 übernommene Bestand von	2830,18 "
Die Gesamteinnahme beträgt	5908,51 M
Die Gesamtausgabe beträgt	3087,40 "

bleibt ein für 1912 verwendbarer Bestand von 2821,11 M

Hievon kommen an Unterstützungen für 1912 zur Verteilung 2000 M, der Rest wird jagungs- und bestimmungsgemäß zum Kapital geschlagen.

4. Das Stiftungsvermögen

besteht am Ende des Jahres 1911 aus 51 800 M im Preussischen Staatsschuldbuch eingetragener Forderung.

5. An Unterstützungen

sind seit dem Bestehen der Stiftung in den Jahren 1881 bis 1911 im ganzen in 644 Fällen 48 905 M an Kinder von Forstschupbeamten im Regierungs-

bezirk Wiesbaden als Beihilfen zu den Kosten ihrer Ausbildung für einen Lebensberuf gewährt worden.

6. Verschiedene Mitteilungen.

Der bisherige Vorsitzende, Herr Oberforstmeister von Ulrici, ist am 1. November 1911 infolge Verletzung in den Ruhestand aus der Stiftung ausgeschieden. An dessen Stelle hat Herr Oberforstmeister Dandermann gemäß § 8 der Satzung den Vorsitz über die Stiftung übernommen.

Für den wegen Ablauf der Amtsdauer ausgeschiedenen Herrn Regierungs- und Forsttrat Müller ist Herr Regierungs- und Forsttrat Dr. Laspeyres zum Schriftführer der Stiftung neu gewählt und der aus demselben Grunde ausscheidende Herr Förster Mehl in Dopheim als Beisitzer wiedergewählt worden.

Im künftigen den immer zahlreicher werdenden Gesuchen um Bewilligung von Unterstützungen aus der Stiftung in dem erwünschten Maße gerecht werden zu können, bitten wir alle Mitglieder bringend, künftig mehr als bisher für die Stiftung zu arbeiten und zu werben.

Jeder Forstbeamte des Regierungsbezirks sollte Mitglied der Stiftung sein und jede passende Gelegenheit benutzen, die Stiftung kapitalträchtiger und leistungsfähiger zu machen.

Zu letzterem Zwecke möchten wir auch wenigstens den endgültig als Förster angestellten Mitgliedern empfehlen, ihren Jahresbeitrag freiwillig auf 1,50 M oder 2 M zu erhöhen, wie dies schon bisher in vereinzelt Fällen geschehen ist.

Wiesbaden, den 16. März 1912.

Der Vorstand:

Dandermann. Laspeyres.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelandende Forstbediensteten in Preußen. 423. — Die Rangfrage der Königlich Preussischen Forst aufseher und Hilfsjäger. Von Königl. Förster Lind. 424. — Weiteres vom Durchschneiden. Vom Königl. Oberförster Franz. 425. — Die preussischen Förster und das Abgeordnetenhaus. 427. — Aus dem Braunschweigischen Forstschubdienst. 428. — Zur Frage der Verwertung des Reifigs. 429. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. 429. — Gehege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 434. — Aus Württemberg. 435. — Forst- und Jagdausstellung in Freiberg i. S. 436. — Forstlicher Vorgehen zu Wittstock a. Döffe. 437. — Versicherungsangelegenheiten. 438. — Noch eine kritische Würdigung des Preussischen Förster-Jahrbuches Band III. 439. — Waldbrände. 437. — Amtlicher Marktbericht. 437. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 437. — Brief- und Fragelasten. 438. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 440. — Nachrichten des „Waldheil“. 441. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 442. — Inserate.

Zur gefl. Beachtung! Alle Beschwerden wegen Unregelmäßigkeit in der Zustellung der „Deutschen Forst-Zeitung“ sind zunächst, und zwar schriftlich, an diejenige Postanstalt zu richten, von welcher die verehrl. Postabonnenten die Zeitung abholen oder durch den Briefträger zugestellt erhalten. Nur wenn die bei der betr. Postanstalt angebrachte schriftliche Beschwerde nutzlos geblieben ist, wolle man sich unter Mitteilung des Datums der Eingabe und der betr. Postanstalt an uns wenden.

Diesjenigen Abonnenten, welche die „Deutsche Forst-Zeitung“ direkt unter Streifband beziehen, wollen wegen etwaiger unregelmäßiger Zustellung der Zeitung jedoch direkt an uns schreiben.

Die Expedition.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Wöchentliches Organ des Grandverversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmont Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verleger auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 22.

Mendamm, den 2. Juni 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Torgelow in der Oberförsterei Freienwalde, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. September 1912 anderweitig zu besetzen. Bewerbungen sind bis zum 12. Juni einzureichen.

Forstassessorstelle Friedrichsdorf in der Oberförsterei Driesen, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist voraussichtlich zum 1. September 1912 zu besetzen. Die Stelle hat Dienstgehöft, 0,47 ha Garten, 5,76 ha Acker, 1,91 ha Wiesen.

Nochmals die Privatforstschulen.

Von Oberförster Tige-Friedrichstruh.

Die Veröffentlichung meines auf der Mitgliederversammlung des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands in Bosen gehaltenen Referates über die Privatforstschulen hat das Interesse für diesen Gegenstand, wie die zahlreichen mir zugegangenen Zuschriften beweisen, in weiteren Kreisen der forstlichen Welt und speziell unter den Mitgliedern unseres Vereins geweckt und verbreitet. Besonders die Vereinsmitglieder haben m. E. einen Anspruch darauf, über die weitere Entwicklung der Privatforstschulen auf dem Laufenden erhalten zu werden, und so soll im Einverständnis mit dem Vorstände des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands im folgenden kurz über die

bisherige Weiterentwicklung der bestehenden Privatforstschulen berichtet werden.

In dem Technikum Stargard haben sich seit dem vorigen Jahre die Verhältnisse vollkommen geändert. Die Anstalt ist aus den Händen des Herrn Lorenz in städtischen Besitz übergegangen, ist von der Mecklenburgischen Regierung konfessioniert und untersteht einer eingehenden Kontrolle des Vereins Mecklenburgischer Forstwirte.

Als forstliche Lehrer fungieren zwei hessische Forstassessoren und die Prüfungen finden unter Aufsicht des Vereins Mecklenburgischer Forstwirte statt. Die Lehrlingskurse sind aufgehoben

Damit sind im wesentlichen die Mißstände abgestellt, gegen die vorgehen der Verein für Privatforstbeamte Deutschlands im Interesse seiner Mitglieder verpflichtet war.

Die Forstschule des „Oberförsters“ Wille ist am 1. Januar 1912 von Fürstenberg i. M. nach Reppen verlegt worden, angeblich weil dort die Ausbildungsmöglichkeit eine bessere sei. Herr „Oberförster“ Wille schreibt in seinem Prospekt wörtlich: „Die Schaffung einer so zweckmäßigen Ausbildungsmöglichkeit allein hat die Verlegung des Instituts bedingt.“ Zu meinem Bedauern muß ich auch hier wieder Herrn „Oberförster“ Wille eine gewisse Ungenauigkeit in den Angaben seines Prospektes nachweisen. Er verschweigt nämlich den Hauptgrund der Verlegung des Instituts, der darin bestand, daß das Großh. Mecklenburgische Ministerium Herrn Wille die Konzession zum Schulbetrieb in Fürstenberg entzog bzw. verweigerte. Das Großh. Ministerium war wohl zu der Ansicht gelangt, daß ein im Disziplinarverfahren aus dem Dienst entfernter preussischer Forstbeamter sich nicht zum Lehrer der forstlichen Jugend eignet, auch wenn er einige Semester in Eisenach studiert hat. Eine weitere Beleuchtung erfährt die „so zweckmäßige Ausbildungsmöglichkeit“ in Reppen, wenn man aus dem Forstkalender feststellt, daß die Größe der Stadtförst Reppen 334 ha beträgt, und wenn man erfährt, daß sowohl die kgl. Regierung als auch der Magistrat in Frankfurt a. O. die Benützung ihrer Forsten als Lehrreviere Herrn Wille nicht gestattet haben. Nach den neuesten Mitteilungen ist Herrn Wille von der königlichen Regierung die Erteilung von forstlichem Unterricht untersagt worden.

Zur weiteren Information sei noch mitgeteilt, daß in Forstzeitungen ein Inserat folgenden Inhalts erschien: „Junger, unverheirat. Forstmann sofort gesucht, freie Station, 40 M. p. Mon. ev. auch noch Lehrling, fr. Station, 20 M. p. M. Off. u. C. 201 an Haasenstein & Vogler N. G., Nürnberg.“

Junge Leute, die sich auf dieses verlockende Angebot — man denke „ein Lehrling bei freier Station und 20 M.“ — meldeten, erhielten ein Schreiben des „Oberförsters“ Wille, in dem er bedauert, daß die Wahl seiner Auftraggeber nicht auf die Betreffenden gefallen sei und ihnen unter Beifügung von Prospekten usw. den Besuch seines Instituts empfiehlt. Sapienti sat!

Damit dürfte die forstliche Welt genügend über das Reppener Institut informiert sein.

Die Anstalt des Herrn Oberförster Thyen in Penzlin ist ebenfalls von dem Großh. Mecklenburgischen Staatsministerium geschlossen worden.

Dieselbe ist nach Imgenbroich, Kreis Montjoie, verlegt worden.

Der Oberförster Müller in Dresden hat seine Tätigkeit eingestellt.

Dagegen soll der Herr „Direktor“ Schmidt, dessen forstliche Lehrlaufbahn seinerzeit mit einer Verurteilung wegen Betruges endete, seine Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Man muß wirklich staunen, daß es immer noch Forstleute gibt, die auf Leute vom Schlage des Herrn „Direktor“ Schmidt hereinfallen.

Die Forstschule in Münstereifel besteht weiter.

Von ihren Schülern und Lehrern erschien im November v. Js. in der bekannten Zeitschrift „Sport im Bild“ eine Photographie mit der Unterschrift: „Mitglieder der Forstschule Münstereifel, denen der Kaiser bei seinem letzten Jagdaufenthalt in der Eifel seinen Besuch abstattete.“ Wenn ich auch selbstverständlich nicht annehme, daß diese den Tatsachen widersprechende Unterschrift mit Wissen des Herrn Oberförsters Ernst unter das Bild gesetzt ist, so muß es doch Befremden erwecken, daß letzterer sich diese irreführende Reklame stillschweigend gefallen ließ, während er sonst mit umfangreichen Berichtigungen nicht zu zögern pflegt. Daß ferner im Jahre 1911 an der Forstschule Münstereifel eigenartige Verhältnisse geherrscht haben, geht aus einem Rundschreiben hervor, das Herr Oberförster Ernst an seine Schüler im November 1911 erließ. In diesem bezichtigt er seine früheren forstlichen Lehrer Lucas, Lezius und Lutz ganz gemeiner Handlungen und direkter Verbrechen und bezeichnet sie als geriebene Hochstapler. Danach scheint Herr Oberförster Ernst bei dem Engagement seiner Lehrkräfte keine glückliche Hand gehabt zu haben. Nach seinen Angaben sind jetzt jedoch tüchtige und einwandfreie Lehrkräfte angestellt.

Im Gegensatz zu dem Technikum Stargard haben die Forstschulen in Münstereifel und Reppen die Lehrlingskurse beibehalten.

Ich halte das nach wie vor für ganz außerordentlich bedenklich und für den Stand der Privatforstbeamten gefährlich. Die praktische Lehrzeit im Walde kann niemals mit Erfolg durch den Unterricht an einer Lehranstalt ersetzt werden, auch wenn noch so viele Exkursionen unternommen werden. Der Forstlehrling muß sich zunächst längere Zeit unter Leitung eines tüchtigen Försters oder Oberförsters täglich bei den vorkommenden Arbeiten im Walde praktisch betätigen und den Dienst des Försters durch längere Ausübung von Grund aus kennen lernen. Dieser Anforderung kann eine Forstschule niemals genügen; denn es ist ausgeschlossen, daß irgend ein zur Verfügung stehendes Lehrrevier gleichzeitig einer größeren Zahl von

Lehrlingen in ausreichendem Maße die Möglichkeit zu täglicher praktischer Betätigung und Teilnahme am Dienst gewähren kann. Es wird sich immer nur um Demonstrationen, auf den Exkursionen handeln können, und das genügt nicht. Forstlehrlingschulen oder Kurse werden immer nur mit Erfolg nach vorgängiger praktischer Lehrzeit wirken können und dann müssen sie so eingerichtet sein, daß die Lehrlinge wie in den staatlichen Lehrlingschulen und in in der Templiner Anstalt unter dauernder strenger Aufsicht und Kontrolle stehen. Die Forstlehrlinge sind zu jung und innerlich zu wenig gefestigt, um ein freies Leben, wie sie es an den Privatforstschulen zumeist führen, ohne Gefahr vertragen zu können. Schon der Altersunterschied der Teilnehmer an den Lehrlingskursen und den Försterkursen wird meist ungünstig wirken. Die bisherigen Erfahrungen in dieser Richtung bestätigen das. Abgesehen hiervon bieten diese Lehrlingskurse, wie ich bereits in Besen ausgeführt habe, einer

großen Zahl ungeeigneter Elemente die Möglichkeit, in die forstliche Laufbahn zu gelangen und müssen so die bereits vorhandene Überproduktion noch vergrößern. Es sind mir Mitteilungen zugegangen, daß teilweise frühere Kutscher, Diener, Kellner usw. als Lehrlinge aufgenommen sein sollen, und es wird niemand behaupten wollen, daß dies als etwas Erfreuliches anzusehen wäre.

Die mit den Privatforstschulen gemachten weiteren Erfahrungen können mich daher nicht veranlassen, meinen in der Posener Resolution festgelegten Standpunkt zu ändern, jedoch möchte ich denselben dahin ergänzen, daß diese Schulen segensreich wirken können, wenn sie unter tüchtiger Leitung und genügender Kontrolle sich auf die Forst- und Weiterbildung beschränken. Die Aufnahme von Lehrlingen ohne vorausgegangene praktische Lehrzeit und die Vereinigung von Lehrlingskursen mit fortgeschrittenen Kursen an derselben Anstalt ist aus den angeführten Gründen zu verwerfen.

Aus dem Kalischer und Warschauer Gouvernement.

Um 8 Uhr morgens — es ist der Zeitpunkt, wo Rußland alle Morgen seine Pforten öffnet —, hatten wir die Grenze passiert. Zum Glück hatte nach langem Laumwitter ein plötzlicher, sehr starker Frost alle tiefen Löcher und Wasserisse auf den sonst ganz unpassierbaren Landstraßen mit einer starken Kruste überzogen. Zwar immerhin noch gefährlich genug, in den tief ausgefahrenen Geleisen ein Rad zu brechen. Doch gelang es uns nach dreistündigem „Schrittfahren“ und nach einigem „weh weh“ an Fuß- und Fingerspitzen unser Ziel zu erreichen.

Waren die Gedanken, die unterwegs mein Hirn durchzogen, keine guten, so war der Eindruck, den der für die Zukunft mir unterstellte Eichenwald auf mich machte, erst recht kein erfreulicher. Doch meinem Chef, der, nebenbei gesagt, stolz auf seinen zum Abtriebe erworbenen Eichenwald war, durfte ich doch nichts von meinem Pessimismus verraten und ich war ihm gegenüber schließlich fast des Lobes voll. Zugeben will ich, daß ich zu damaliger Zeit innerlich zu sehr vom forstlichen Standpunkte aus urteilte. Ich wurde also zur Abholzung und Ausnützung dieses Waldgeschäftes angestellt. Zwei Jahre meiner Tätigkeit verließen, trotz des Einsiedlerlebens, recht schnell, und ich muß gestehen, daß es durchaus nicht die uninteressantesten Tage meines Lebens gewesen sind. Namentlich, wo mich meine Tätigkeit in letzter Zeit nach dem Innern Russisch-Polens zog, und ich Forstwirtschaft und Holzreichtum dieser so wenig kultivierten Gegend näher kennen lernte. Nicht etwa, lieber Leser, von der fidele Seite interessant. In solche Versuchungen könnte man in diesen Gegenden wohl kaum geraten. Doch in puncto Forstwirtschaft, Holzverwertung und Holzhandel dürfte der Waldreichtum Russisch-Polens einen jeden auf seine Rechnung bringen, und zwar

nur aus dem Grunde, weil man es fast überall erfieht, wie man es nicht machen darf. Erfahrungsgemäß kann man nun gerade in solchen Fällen seine Praxis am meisten bereichern. Gar oft brachte mich meine Tätigkeit nach den entlegensten Winkeln der Polakei. Wie oft mußte ich mir auf solchen Landschaften die Frage stellen: Wo ist der Holzreichtum Russisch-Polens geblieben? Warum steigen unsere Eichenpreise so hoch? Wo sind die mächtigen Eichenbestände unseres Ostens geblieben? Wie so oft knüpft nur noch ein ganz einzelner Eichenbaum, dem seine ganzen Stammesgenossen nicht mehr standhalten konnten, die schon längst der Art zum Opfer fielen, Erinnerungen an ganze Geschlechter, an Schlachten und berühmte Männer oder aber wenigstens an das Vorhandensein eines früheren Eichenwaldes. — Welche Erinnerungen weden solche einsamen Reden wohl in dem Herzen eines Forstmannes? Sind die vielen Funde in der Weichsel, Warthe, in den deutschen Forstmooren, an der Küste und in den nordischen Mooren doch der schlagendste Beweis, daß der Eichenbaum in früherer Zeit einer der vorherrschendsten Waldbäume, ja selbst in unseren Ostseeprovinzen in reicher Anzahl vorhanden gewesen ist. Zwar sind auch noch jetzt in diesen Provinzen recht gute Bestände vorhanden, doch wie rar dieselben geworden sind, darüber kann der deutsche Holzhändler ein wahres Wort sprechen. Man sehe sich nur die großen Holzhäfen an, die ungeheure Einfuhr auf der Ost- und Nordsee, aus Rußland, die Flößerei auf der Weichsel, Warthe usw.

Wie hoch werden diese Eichenhölzer schon in Rußland bezahlt; wenn man nun noch Anfuhr, Flößerei, Bahnfracht und Zoll hinzurechnet, dann kann sich selbst der Laie ein Bild machen, welche Werte gegenwärtig schon in dem Eichenholze

lagern. Die Preise für Eichenholz sind in den letzten Jahrzehnten fabelhaft gestiegen und werden, wenn sich erst die Abnahme der Vorräte in den Grenzbezirken des großen Rußlands noch mehr bemerkbar machen wird, noch bedeutend höher steigen. Braht es mancher Eichenholzhändler heute auch noch, daß er sein Eichenholz am billigsten aus den Staatswäldern einkauft, so ist die Zeit doch auch nicht mehr fern, wo solches auch nur noch von den Staatswaldungen auf den Markt gebracht werden wird. Nun spricht ja hierbei ein sehr wichtiger Faktor mit, und zwar die Qualität. Ist letztere gut, ist es gewiß nicht schwer, die Ware an den Mann zu bringen. Daß uns Rußland eine gute Eiche liefert, ersieht man aus der zunehmenden Einfuhr nach Deutschland, trotz der hohen Zölle und sonstigen gewaltigen Kosten. Zwar ist es keine Speisarteiche, die mit 500 M. ab Wald verkauft wird, aber immerhin eine mittlere Qualität von guter Struktur, astrein und elastisch, die der Eichenspezialist wohl mit „ziemlich milb“ bezeichnen würde.

Ich habe Gelegenheit gehabt, kleinere sowie auch größere zusammenhängende Eichenbestände in russisch-Polen zu besichtigen, die alle demnächst der Art geweiht sind und bald die beschwerliche Reise an die deutsche Zollgrenze antreten werden. Solche Eichenwälder, denen man gewiß das hohe Alter nicht ansieht, kommen auch nur noch in den abgelegensten Winkeln des russischen Polens vor. Wo vor Jahren eine Verwertung dieser Eichenbestände ganz unmöglich war, werden jetzt schon ganz horrend Preise dafür bezahlt; aber nicht etwa, weil diese Gegenden dem Verkehr durch Bahn- und Chaussee-Bauten erschlossen worden sind — nein —, man ist auf die Qualität aufmerksam geworden. Natürlich werden diese Eichen nicht bis zu 14 cm Zopf ausgelängt; am ersten Alt wird die Eiche durchschnitten, das Stammende tritt seine beschwerliche Reise nach der Zollgrenze an, alles übrige, wenn es sich nicht an Ort und Stelle als Rugholz verwerten läßt, wird zu Brennholz aufgearbeitet. Die gewaltigen Transportkosten muß die Qualität gutmachen. Wer sollte es auch erraten, daß Eichenbestände, die auf Brusthöhe, außer einigen Randbäumen, kaum einen Durchmesser von 50 cm erreichen, 300 bis 400 Jahre alt sind. Daß diese Eichen unter Umständen, vorausgesetzt, daß die Bodenverhältnisse entsprechen, von ganz guter Qualität sein können, werden Kenner ohne weiteres zugeben. Ist doch die Struktur (Feinringigkeit) mit der Hauptfaktor bei Verwertung der Eichenholzer. Auch finden wir die an Qualität wertvollere *Quercus sessiliflora* weit stärker vertreten als die in ihrer Struktur bedeutend härtere *Quercus pedunculata*. Sei es ihrer bescheidenen Ansprüche wegen, oder aber sei es ihr von der Natur verliehener Charakter, sich unter allen Stammesgenossen besser behaupten zu können, jedenfalls findet man sie in diesen wenig fruchtbaren Gegenden in recht guten Exemplaren und geschlossenen Beständen vor.

Solche Bestände machen auch beim ersten Anblick einen vorzüglichen Eindruck. Sind selbige doch schlank gewachsen, bis zu 15 m astrein und

von seltener Geradschäftigkeit. Doch wie trügerisch diese Eiche ist, muß leider erst der deutsche Holzkaufmann beim Ausschneiden der Ware erfahren. Was in diesen Beständen mal gesündigt worden ist, würde der deutsche Forstmann fast nicht glauben. War ich doch selbst Augenzeuge, wie Pferde mittels sehr langer Leinen an einen zum Teil trodenen Ast gespannt wurden und dieser dann durch mehrfaches Anpeitschen der Pferde heruntergebrochen wurde. Selbstverständlich wurden hierbei große Löcher in den Eichenstamm gerissen — und dieses noch in ziemlich jungen Beständen. Der Waldbesitzer selbst sieht diesen Beschädigungen machtlos gegenüber. Sind es doch noch staatlich genehmigte Berechtigungen von alters her, die sich aber der russische Bauer nicht nehmen läßt, und wenn ihm ein kleines Vorwerk als Abfindung geboten würde.

In Partien, die in der Nähe größerer und kleinerer Dörfer liegen, wird die Entastung nach Willkür der Bevölkerung vorgenommen. Der betreffende Oberförster dieses Revieres — letzterer fungiert zeitweise aber auch als Oberkutscher — bildet sich nun noch ein, billig und ohne die geringste Mühe ein gutes Werk zum Zwecke besserer Eichen-erziehung vollbracht zu haben. Bei Einschnitt solcher Ware ist es gut, daß der Erzieher und Pfleger solcher Bestände nicht seine eigenen Erfolge sehen kann, eventuell würde er da das Wörtchen „Sünder“ statt Pfleger ins Ohr gelaunt bekommen.

Seine eigenen Erfolge — pardon —, dieses wird wohl niemandem vergönnt sein, wenn wir uns die Erziehung der Eiche von ihrer Begründung bis zum Abtriebe vor Augen führen. Lange, lange vorher quittiert der Begründer dem Diesseits. Seinen mit der Zeit herangewachsenen und mit größtem Eifer gepflegten Wald muß er der Pflege einer anderen Hand überlassen. Der unter seinem Schutze und dank seiner reichen Praxis mit glücklicher Hand begründete und, den Verhältnissen entsprechend, gut bewirtschaftete Eichenbestand geht nun in puncto Erziehung einer neuen Periode entgegen. — Der betreffende Waldbesitzer braucht plötzlich sehr notwendig Geld. Sein neuer Forstwirtschaftler — theoretisch auf der Höhe der Zeit — wird seine Wissenschaft mit aller Energie anwenden. Das Besäumte glaubt er durch starke Lichtungen nachzuholen und, da der Geldbeutel seines Chefs vor allen Dingen in Erwägung zu ziehen ist, wird er hier und da eine schöne Eiche mehr der Art weihen. Bei den nächsten Lichtungen, die inzwischen schon ein schönes Stück Geld bringen, wird schon so manche Zukunfts-eiche daran glauben müssen, und bald darf sich der Käufer auch seine Eichen allein aussuchen, da er einen besonders hohen Preis zahlt. Den späteren Anträgen des Beamten, die Gelder zum Unterbau der Eichen zu bewilligen, wird nun wohl nicht so schnell entsprochen, da zu solchen Zwecken kein Geld da ist. Vielmehr wird, nachdem der so schändlich behandelte Eichenwald allen Krankheiten verfallen, durch Entastungen, Brechen der Bevölkerung, Sonnenbrand, Frostrisse die Entstehung der Pilzkrankheiten noch begünstigt, und nachdem endlich nach langer Zeit die Wo-

nehmung höhererseits zur Abholzung des betreffenden Waldes erlangt worden ist, der ganze Kamisch für ein Butterbrot verkauft. Selbstverständlich ist der Boden dann vollständig ausgehagert, und der Wiederanbau der Eiche wird auf solchem Boden wohl nicht mehr durchzuführen sein. So ist es mir auch vorgekommen, als ich bei Aufforstung größerer Flächen mit Eiche von Privatwaldbesitzern zu Rate gezogen wurde, hierbei gleich den Anbau von Eiche als ganz unmöglich hielt. Doch mußte ich es später eingestehen, daß mein Urteil zu voreilig war. Flächen, auf denen der Sand 1000 m weit angeflogen kommt, weisen auf 15 bis 30 cm Tiefe schon einen fruchtbaren, lehmigen Boden auf. Auch mußte ich so mancher Erzählung alter Forstpraktiker Glauben schenken,

wenn letztere mir Flächen zeigten, die vor Jahren mal einen mächtigen Eichenbestand aufwiesen, welches ja auch einzelne uralte Überreste bewiesen, jetzt aber ein großes Durcheinander von Kiefern, Kusseln, Birkenheistern und Eichenstodauschlägen war, ja stellenweise beinahe Wüsteneien glich.

Es ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir im Privatwaldbesitz überhaupt kaum Eichen mehr finden werden, und es ist als sicher anzunehmen, daß zur Deckung des Bedarfs an Eichenholz oder als Ersatz für das Eichenholz die entlegensten Ernteile, wo noch das Holz ohne Anwendung der neuesten Wissenschaften aufwächst und wo gegenwärtig an eine Bewertung der Waldungen noch nicht zu denken ist, eine große Rolle spielen werden.

M. F o r s t e r.

Mitteilungen.

— **Die Ostmarkenzulage** für die Reichsbeamten ist bekanntlich vom Reichstage bei der zweiten Lesung des Etats für 1912 gestrichen worden. Es bestand die Hoffnung, daß der Titel bei der dritten Lesung wiederhergestellt würde. Diese Hoffnung ist nun leider nicht ganz in Erfüllung gegangen. Das Zentrum verlangte vielmehr, daß die Zulage aus dem Etat völlig auscheiden müsse, und erklärte sich nur aus Billigkeitsgründen bereit, denjenigen Reichsbeamten, die Ende März d. J. die Zulage bereits bezogen haben, drei Viertel des Betrages als Entschädigung zu gewähren. Obwohl die Nationalliberalen, die beiden Parteien der Rechten und die Volkspartei sich für die Beibehaltung der Zulage aussprachen, wurde der Antrag des Zentrums angenommen. Die erst seit dem 1. April d. J. angestellten mittleren und unteren Reichsbeamten erhalten danach überhaupt nichts mehr.

— **Aus dem Braunschweigischen Landtage.** Gelegentlich der Verhandlungen der Forstbefolungsbeiträge beantragte der Abgeordnete Behr, die Beiträge um 30 % herabzusetzen. Abgeordneter Floto führte aus, daß die staatliche Aufsicht über die Privatwaldungen notwendig sei, und entwarf ein recht trübes Bild jener Waldungen, wo eine solche nicht stattfindet. Abgeordneter Fiedendy sprach sich für eine Beschränkung der Forstbeamten, insbesondere für weitere Zusammenlegung der Forstämter, aus. Abgeordneter Lamsbrecht verteidigte die braunschweigische Landwirtschaft und sagte, daß diese auch ohne staatliche Aufsicht die Waldungen nicht vernachlässigen werde. Zu demselben Sinne drückte sich Abgeordneter Behr aus und behauptete, daß die Forstbefolungsbeiträge zu hoch seien. Abgeordneter Floto II bezeichnete die braunschweigischen Forsten als in gutem Zustande befindlich, ist aber der Ansicht, daß ein so großes Beamtenpersonal nicht erforderlich sei. Oberforstmeister Vlod entgegen den Ausführungen der Abgeordneten Fiedendy und Behr, daß die Frage der Zusammenlegung der Forstämter schon mehrfach erörtert sei. Diese hätten jetzt

eine normale Größe (etwa 2000 ha). Der Regierungskommissar erklärte alsdann die Schwierigkeiten bei der Verwaltung der Genossenschaften und sagt, daß die Forstaufsicht eine wesentliche Verbesserung der betreffenden Waldungen herbeigeführt habe. Durch Abstimmung wird dann der Antrag Behr angenommen.

✱

— **Starkes Hagelwetter am Niederrhein.** Sonntag, den 12. Mai, ging am Niederrhein ein Unwetter mit einem solchen Hagelschlag nieder, wie ihn noch niemand hier erlebt hat. Den ganzen Tag über herrschte unheimliche Schwüle, das Thermometer stieg bis zu 24° im Schatten. Abends gegen 6 Uhr wurde es auffallend kühl, es ballten sich sahlgelbe Wolken im Nordwest zusammen, gegen 7½ Uhr brach das Unwetter los, welches glücklicherweise nur etwa fünf Minuten anhielt. Aber welche Verwüstung in dieser kurzen Zeit! Die Schloßen waren gut so stark wie Tauben-eier und hatten ein Gewicht bis zu 30 g, einzelne Körner hatten einen Durchmesser von 3 bis 4 cm. In den Gemüsegärten ist alles zertrümmert, in den Obstgärten lagen die Blüten und die zum Teil schon angelegten Früchte mit kleineren, abgeschlagenen Zweigen am Boden. Dabei war eine sehr schöne Aussicht auf ein gutes Obsterntejahr, Stein- und Kernobst hatte schon reichlich angelegt. Der Roggen ist in einzelnen Ortschaften, namentlich in Hau, Pfalzsdorf, Neuluisendorf, Reppeln total verhegelt, so daß die Landwirte am andern Morgen denselben abmähen, um das Land mit Hafer und Kartoffeln zu bestellen. Ebenfalls sah es sehr traurig im Walde aus. In den Fichtenbeständen lagen sämtliche diesjährigen und auch viele vorjährige Triebe am Boden, namentlich Douglasfichten haben sehr gelitten. In den Kiefernbeständen war der Boden gelb von abgeschlagenen Blüten. Eine gute Buchelmoose war zu erwarten, die Blüten, Blätter und Nadeln lagen förmlich aufgedichtet, ebenso sah es in den Eichenbeständen aus. Der Hagel lag am andern Morgen noch in Gräben, dabei waren noch Stücke von Taubeneigröße. Was mag die arme Vogelwelt gelitten haben? Ich fand eine erschlagene

Schwalbe und eine Kohlmeise. Die Hühner- und Fasänenjagd ist gänzlich vernichtet. An der Grenze in Holland wurde ein Pony in der Weide von den Schloßen erschlagen. Herren- und Damen- hute wurden wie ein Sieb durchlöchert. Leute, die von dem Unwetter überrascht wurden, sind zum Teil erheblich verletzt worden. Nachdem das Unwetter vorüber war, wurde es wieder hell und kühlte sich so stark ab, daß das Thermometer einige Grad unter Null sank. Am andern Morgen konnte man auf den Fichtenpflanzungen sehen, daß das, was der Hagel an den jungen Trieben übrig gelassen hatte, in der Nacht vom Frost zerstört worden war.

Königl. Hegemeister Kornführer, Asperden.

Einfuhr fremden Kiefernnsamens und fremder Kiefernzapfen.

Kiefernzapfen (100 kg)			Kiefernnsamen (100 kg)		
Herkunft	April 1912	1. Januar bis 30. April 1912	Herkunft	April 1912	1. Januar bis 30. April 1912
Im ganzen	3428	10463	Im ganzen	129	401
Hierunter aus:			Hierunter aus:		
Belgien	—	210	Belgien	22	37
Osterr.-Ungarn	14	563	Frankreich	2	26
Rußland	3413	9675	Osterr.-Ungarn	97	215

— **Bekämpfung der Mückenplage im Schußbezirk Wohldorf der Hamburger Staatswaldungen.** Mancher Leser der geschätzten Fachzeitschrift wird denken, was die Mückenvertilgung mit der Forstwirtschaft zu tun hat. Ich würde mich aber gewiß nicht der Mühe unterziehen, weiteren Kreisen, insbesondere auch Nichtforstmannern, hierüber einige Mitteilungen zu machen, wenn nicht in dem 180 ha großen, in der Nähe Hamburgs gelegenen Wohldorfer Walde die Mückenplage derart überhand genommen hätte, daß auf Anregung eines Mitgliedes der Hamburger Bürgervertretung der Senat und die Bürgerschaft sich veranlaßt sahen, größere Versuche zur Vertilgung der Stechmücken anzuordnen.

Diese unter der Leitung des Herrn Professors Dr. Mühlens (Abteilungsleiter am Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten zu Hamburg) vorgenommenen Versuche haben aber so glänzende Erfolge gezeigt, daß ich sie der Allgemeinheit bekanntgeben möchte. Ich weiß aus Erfahrung, welche Wohltat es ist, wenn man, ohne fortwährend durch Stechmücken belästigt zu werden, seinen dienstlichen Funktionen im Walde nachgehen kann. Da, wie ich schon eingangs erwähnte, die Mückenvertilgung keine reine Forstfrage ist, so konnte es auch nicht meine Sache sein, nach den Lebensbedingungen und Brutstätten der Mücken zu forschen; hierzu war das Institut für Tropenkrankheiten in Hamburg berufen, und entnehme ich die hierauf bezüglichen Kenntnisse den von Herrn Professor Mühlens angestellten Unter-

suchungen. Dieselben ergaben, daß es sich um zwei Gruppen von Mücken handelt, und nennt er die eine „Hausmücken“, die andere „Waldmücken“. Zu den Hausmücken gehören drei Arten (*Culex pipiens*, *Culex annulatus* und *Anopheles maculipennis*), zu den Waldmücken fast ausschließlich die beiden Arten *Culex nemorosus* und *Culex cantans*.

Wenn auch den Forstmann die Gruppe der Waldmücken mehr interessiert als die der Hausmücken, so möchte ich doch über letztere einige kurze Angaben machen. Die Hausmücken überwintern in Kellern und Ställen und sitzen daselbst an den Decken und Wänden nebeneinander und nicht selten in solchen Mengen, daß, wie photographische Aufnahmen zeigten, auf 1 qm Wandfläche 10 000 Mücken kamen. Es beansprucht eine Mücke demnach einen Flächenraum von 1 qcm. Die Vernichtung der Hausmücken wurde in der Weise durchgeführt, indem die Keller der Wohnhäuser in der Gemeinde Wohldorf unter Aufsicht und Anleitung des Herrn Professor Mühlens ausgeräuchert wurden, nachdem vorher etwa vorhandene Löcher abgedichtet waren, damit keine Mücke entweichen konnte. Die Versuche ergaben, daß mit den sogenannten Dalmatiner Bergblüten der Firma Nibel in Berlin die besten Erfolge erzielt wurden, so daß bei sachgemäßer Handhabung die Mücken in Massen tot am Boden lagen. In Viehkälen wurden Ausprüngungen mit einer mückenabtötenden Flüssigkeit vorgenommen. Die Verfahren der Vertilgungsmittel bei den Hausmücken im einzelnen zu schildern, halte ich nicht für notwendig, sondern empfehle demjenigen, dem daran gelegen ist, in seinen Kellern und Ställen die Mücken in großen Massen zu vertilgen, sich an das Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg zu wenden; ich bin überzeugt, daß dort bereitwilligst nähere Auskunft erteilt wird.

Ich wende mich nunmehr der Vertilgung der Waldmücke zu.

Die Waldmücke überwintert nach den angestellten Untersuchungen im Gegensatz zur Hausmücke nicht als geflügeltes Insekt, sondern im Ei- oder Larvenstadium. Der Wohldorfer Wald bietet nun den Mücken zahlreiche Brutstätten, und zwar sind es die stehenden Gewässer und Tümpel, in denen sich Millionen von Larven finden. Der Wald stellt ein schwach hügeliges Gelände dar, in dessen Vertiefungen sich das Regenwasser zu Tümpeln von verschiedener Größe ansammelt; ferner durchziehen den Wald größere Erlen- und Eschenbrücher, die durch Gräben mit meist geringem Gefälle entwässert werden und die infolge des in den Brüchern befindlichen, sehr leicht beweglichen Moorbodens in ganz kurzer Zeit verschicken, so daß das Wasser keinen genügenden Abfluß hat. Der Boden selbst besteht aus dem für Wasser undurchlässigen blauen Ton, auf dem stellenweise eine schwache Lehm- oder Sandschicht lagert. Das Regenwasser kann also nicht in die Tiefe sinken und muß im Laufe des Sommers allmählich verdunsten, wenn eine oberirdische Ableitung nicht möglich ist.

Im Laufe des Monats April zeigen sich schon nach einigen warmen Frühlingstagen unzählige Mückenlarven in Tümpeln, in Gräben mit nicht-

fließendem Wasser und an Orten mit stagnierendem Wasser; Mücken selbst werden dann noch nicht bemerkt. In den Monaten Januar, Februar bis gegen Ende März sind in den Gewässern noch keine Larven zu finden. Sie sind 2 bis 3 mm lang und bewegen sich, das dickere Kopfenende meist der Wasseroberfläche zugekehrt, mit dem dünneren nach unten gerichteten Hinterkörper hin und herschlagend im Wasser vorwärts und kommen von Zeit zu Zeit an die Oberfläche, um zu atmen.

Am leichtesten kann man in einem stehenden Gewässer das Vorhandensein der Mückenlarven feststellen, indem man ein weißes Blatt Papier mit einem Stod etwa 10 bis 20 cm tief untertaucht. Die sich bewegenden Mückenlarven heben sich scharf gegen den weißen Untergrund ab. Die Tümpel sind, je nachdem das Wasser länger oder weniger lange gestanden hat, auch verschieden stark mit Mückenbrut besetzt.

Nachdem nun über die Lebensweise der Mücken Klarheit herrschte, ging man energisch an die Vertilgung derselben heran. Es wurden der Forstverwaltung wie dem Institut für Tropenkrankheiten staatsseitig ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt, und führte der Förster des Reviers mit seinen Waldbarbeitern die Maßregeln nach Angabe des Herrn Professor Mühlens aus.

Wie schon erwähnt, sind die Mückenlarven nur in absolut ruhigem Wasser existenzfähig, und werden sie durch eine geringe Strömung willenlos weggetrieben. Demnach kam als nächste Vertilgungsmaßregel die Regulierung des Gefälles der Gräben in Frage, damit das Wasser in Fluß kommt. Wo dieses nicht mit unverhältnismäßig großen Kosten verknüpft war, ist es durchgeführt worden.

Stellenweise war es notwendig, umfangreiche Nivellements vorzunehmen, da infolge der Tieferlegung einiger Seile Grabenstreden von 600 bis 800 m Länge vertieft wurden resp. deren Gefälle reguliert wurde. Soweit es sich ermöglichen ließ, wurden auch Tümpel mit Mückenbrut durch Neuanlage von Gräben entwässert.

Bei einer Reihe von Tümpeln war dieses aber wegen ihrer hohen Umgebung nicht durchführbar. Solche Gewässer wurden mit Sapol oder Petroleum besprengt, das sich auf der Wasseroberfläche gleichmäßig verteilt, bis es dieselbe vollkommen bedeckt. Am folgenden Tage waren sämtliche Mückenlarven tot, sie erstickten in der auf dem Wasser liegenden Fettschicht. Das Sapol wurde aus der chemischen Fabrik von Dr. Noerdlinger in Flörsheim bezogen und bewährte sich besser als Petroleum. Dieses Be-

sprengen wiederholte sich im Laufe des Sommers mehrfach, wenn sich wieder Mückenbrut in den Tümpeln angesammelt hatte. Es war aber bald keine Larve mehr zu finden.

Interessant dürfte es sein, zu erwähnen, daß es vor dem Sapolisieren in einzelnen älteren Tümpeln derart von Mückenlarven wimmelte, daß beim Ausschöpfen in einem Glase Wasser etwa 50 sich befanden. Die Zahl der Larven in solchen Gewässern mit 300 bis 400 qm Wasseroberfläche und 50 cm Tiefe dürfte die Milliarde erreichen.

Der Schutzbezirk Wohldorf, durch besondere landschaftliche Reize ausgezeichnet, ist ein beliebter Ausflugsort für das Großstadtpublikum, wurde aber schließlich infolge seiner geradezu unerträglichen Mückenplage gemieden.

Das Resultat der Mückenvertilgung war aber im Laufe des Sommers so glänzend, daß ich, obgleich ich der Sache anfangs etwas skeptisch gegenüberstand, davon vollkommen überrascht war und bei meinen Dienstwanderungen im Revier vergeblich nach Mücken suchte. Die Vertilgung derselben soll noch einige Jahre fortgesetzt werden. Daß die aufgewendeten Mittel nicht nutzlos ausgegeben sind, wird dadurch bewiesen, daß in der benachbarten preussischen Gemeinde die Mücken sich nach wie vor in der unliebsamsten Weise bemerkbar machten, weil man dort nicht so energisch vorgegangen war.

Nachteilige Nebenerscheinungen, die durch das Sapolisieren an Bäumen hervorgerufen werden könnten, haben sich mir bisher noch nicht gezeigt, auch konnte nicht festgestellt werden, daß dem Wild und der Vogelwelt durch das sapolisierte Wasser irgend ein Schaden zugefügt wurde. Man muß annehmen, daß die Tiere derartige Gewässer ohnehin meiden. Ausgeschlossen ist jedoch nicht, daß durch die viel intensiver betriebene Entwässerung des ganzen Waldes ein gewisser, zunächst noch schwer festzustellender Schaden durch übermäßigen Wasserentzug entsteht. Wenngleich durch die bessere Ableitung des Oberwassers nach meiner Ansicht eine Veränderung des Grundwasserspiegels nicht eintritt, so sind aber besonders in den feuchten Bruchern die Erlen und Eschen an ein bestimmtes Quantum Wasser gebunden. Die Beobachtung, daß durch gesteigerte Entwässerung die Erle und Esche plötzlich einging, habe ich schon früher machen können.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß in allen stehenden Gewässern, in denen sich Fische finden, die Mückenbrut nicht zur Entwicklung kommt, da die Fische sie zu zerstören.

Leopold, Oberförster.

Berichte.

Serrenhaus.

Elfte Sitzung am 18. Mai 1912.

Präsident: — — — Wir gehen über zum **Etat der Forstverwaltung.**

Einnahme. Kapitel 2. Der Herr Referent hat das Wort.

Spezialberichterstatter Graf von Bibowitz: Die Forstverwaltung hat an Einnahmen gehabt

145 255 000 M. und an Ausgaben 73 853 000 M., bleibt also ein Überschuß von 71 402 000 M. In den Mehreinnahmen sind teilweise Zinsen, teilweise auch die erhöhten Preise für Holz beteiligt. Die großen Schäden, die in anderen Jahren durch die Kanne verurteilt worden sind, haben sich im vorigen Jahre erheblich gemildert und sind teilweise ganz verschwunden; die Holzbestände, die noch

von damals vorhanden waren, sind aufgearbeitet worden; es wird hoffentlich ein solcher Schaden in absehbarer Zeit nicht wieder vorkommen.

Die Kente des Kronsidestimmungsfonds ist unverändert, in Einnahme und Ausgabe 7719 296 M.

Präsident: Das Wort hat Herr von Salisch.
von Salisch: Meine Herren! Es ist eben des **Nonnenschiedens** gedacht worden. In gewissem Sinne kann man behaupten, daß die Nonne ein nütliches Tier sei, deswegen nämlich, weil sie die Forstverwaltung veranlaßt hat, mit dem Buchenunterbau weiter vorzugehen, als es in früherer Zeit geschehen ist. Ich weiß aber, daß es des Anstoßes, den die Nonne gegeben hat, in der Mehrzahl der Reviere kaum bedurft hat; denn die Vorteile, die der Unterbau durch die Buche gewährt, sind ohnehin sehr groß. Man darf wohl behaupten, daß der Wald selbst ein Standortsfaktor ist, daß die Kiefernbestände, wenn sie mit Buchen unterbaut werden, sich um eine ganze Bodenklasse in ihrem Werte steigern.

Wenn ich mir jetzt das Wort erbitten habe, so ist es geschehen, um die Staatsforstverwaltung zu bitten, daß sie mit dem Buchenunterbau noch kräftiger einsetze, als es bisher schon der Fall gewesen ist. Natürlich kann man es auf ganz kleinen Flächen nicht machen, da ruiniert das Wild alles; aber wenn man auf Flächen von Hunderten und Tausenden von Morgen vorgeht, da bleibt das meiste übrig. Das Verfahren ist ebenso nützlich wie billig, und des Gewinnes, den die Schönheit des Kiefernwaldes vom Buchenunterbau erfährt, möchte ich noch nebenbei gedenken.

Präsident: Das Wort wird nicht mehr verlangt; ich schließe die Diskussion — Kapitel 2. ist bewilligt. Wir kommen zur Ausgabe. A. Dauernde Ausgaben. Kapitel 2. Verwaltung und Betrieb. — Kapitel 3. Forstwissenschaftliche und Lehrzwecke. — Kapitel 4. Allgemeine Ausgaben. — Kapitel 2. B. Einmalige und außerordentliche Ausgaben. — Der Etat ist genehmigt.

Bericht über die Winterversammlung des Märkischen Forstvereins in Berlin am 12. Februar 1912.

Der Vorsitzende des Vereins, Hofkammerpräsident v. Stünzner, eröffnet die Versammlung, indem er alle Erschienenen willkommen heißt. Er macht u. a. die geschäftliche Mitteilung, daß die diesjährige Hauptversammlung des Vereins in Eberswalde stattfindet, daß über den Zeitpunkt jedoch noch nichts Näheres bestimmt ist.

Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten und zur ersten Aufgabe derselben:

Beobachtungen und Erfahrungen bei dem großen Waldbrande Schwerin-Königsvalde,*)

erhält als Berichterstatter Forstmeister Voigt, Schwerin a. W., das Wort. Er gliedert seine Ausführungen in drei Abschnitte:

*) Dieser Vortrag ist in dem Bericht der Wintertagung des Märkischen Forstvereins von 1912 wörtlich auf 34 Seiten Umfang abgedruckt. Der Bericht ist für 75 Pf. bei J. Neumann in Neubaum käuflich.

1. Beschreibung des Verlaufes des Waldbrandes;
2. kurzer Überblick über die beim Schweriner Waldbrande gemachten speziellen Beobachtungen;
3. einige Notizen über den angerichteten Schaden.

Bevor er sich jedoch mit dem 1. Abschnitt befaßt, gibt er der Versammlung eine kurze Beschreibung des Schweriner Reviers. Hiernach liegt die Oberförsterei Schwerin mit einer Größe von 4190 ha vollständig arrondiert unmittelbar auf der Provinzgrenze Posen—Brandenburg und ist auf etwa 6,5 km von den Forsten des Kammerherrn v. Walbow-Neißenstein und auf etwa 1,75 km von dem Landsberger Stadtwalde begrenzt. Der Boden wechselt von frischem, sandigem Lehmboden I. Bonität bis zum armen, trockenen Sandboden IV. Bonität, die mittleren Bodentassen sind am stärksten vertreten. Der Bodenüberzug besteht zum Teil aus Gras, meist jedoch aus Heidelbeeren, Haide, Moos- und schwacher Nadel-Nede. Sehr stark ist das Sandrohr vertreten. Die Oberfläche ist meist eben, teilweise schwächer oder stärker wellig. Das Revier ist ein reines Kiefernrevier, nicht einmal die Birke ist in den Beständen anzutreffen, sie scheint schon seit Dezennien gänzlich bei den Durchforstungen beseitigt worden zu sein. Vertreten sind alle Altersklassen von der Kultur an bis zum 170jährigen Altholz. Baumschwamm ist sehr stark vorhanden, und es ist in den Beständen viel mit „Schwamm-tod“ operiert worden. In den Jahren 1907 bis 1909 hat das Revier einen starken Spinner- und Nonnenfraß durchgemacht, es ist kein Stamm vorhanden, von Stangenholzstärke aufwärts, der nicht einen Leimring trägt!

Nach dieser kurzen Revierbeschreibung geht Redner zur Schilderung des Verlaufes des Waldbrandes über. In Kürze war der Verlauf etwa folgender: Am Sonntag, dem 3. September 1911, mittags 12 Uhr, erhielt Voigt die telephonische Meldung, daß in den Waldowischen Forsten noch sehr weit von der fiskalischen Grenze entfernt ein Waldbrand ausgebrochen sei. Da bei dem herrschenden Südwest-Winde und der großen Hitze und Trockenheit das Feuer, wenn es nicht sofort gelöscht werden konnte, sich in der Richtung auf das Revier fortpflanzen mußte, begab sich Voigt mit 40 Mann, die er von der freiwilligen Schweriner Feuerwehr auf zwei Wagen requirierte, sofort an Ort und Stelle. 1,15 Uhr kam er auf der Reviergrenze an und konnte feststellen, daß das Feuer bereits recht bedenkliche Dimensionen angenommen hatte, nur noch 700 bis 800 m von der Grenze entfernt war und mit scharfem Südwest-Winde rasch auf sie vorrückte. Die bereits vollzählig zur Stelle befindlichen Beamten des Reviers hatten in etwa 450 m Abstand von der Reviergrenze parallel mit ihr mit etwa 100 Löschmannschaften eine Verteidigungsstellung eingenommen und waren dort mit der Entfernung des Bodenüberzuges eifrig beschäftigt. Ihr Versuch, das Feuer aufzuhalten, mißlang jedoch: eine gerade in der Richtung des fortchreitenden Feuers gelegene, bis an die fiskalische Grenze heranreichende 12- bis 15jährige Bankkiefern-Schonung wurde vom Feuer ergriffen und leitete es, da ihre von Voigt sofort

nach seiner Ankunft begonnene Niederlegung von der Grenze her nicht mehr schnell genug gefördert werden konnte, mit großer Schnelligkeit in das fiskalische Revier hinein. In den angrenzenden 100- bis 120jährigen Kiefernbestand schlugen die Flammen von der Schonung aus gleich in die Baumkronen hinein, das Feuer kam also bereits als Wipfelfeuer über die Grenze. Der Revierverwalter versuchte nunmehr die Bekämpfung des Brandes mit Anlegen von Gegenfeuer. Aber von den Löschmannschaften leistete zunächst niemand seinen entsprechenden Befehlen Folge, die Leute hielten das für Wahnsinn. Dort, wo Boigt persönlich sich aufhielt und selbst Gegenfeuer anlegte, und die Löschmannschaften in seiner Nähe seinem Beispiele folgten, gelang es, den Brand zum Stehen zu bringen und sogar an Terrain zu gewinnen, aber an den anderen Stellen — das Feuer hatte bereits solche Ausdehnung angenommen, daß der Revierverwalter nicht mehr überall persönlich eingreifen konnte — dort, wo kein Gegenfeuer angelegt war, rüdte das Feuer rasch vorwärts. Der Wind war mehr nach Westen umgeschlagen, und der Brand schritt jetzt in rein östlicher Richtung vor. Er war in dieser Zeit besonders heftig und brauste mit furchtbarer Schnelligkeit als Wipfelfeuer vorwärts, gleichgültig, ob es sich um Schonungen oder 160- bis 170jährige lüdicke Bestände handelte. Die ganze Atmosphäre war glühend heiß und die Luft von glühender Asche angefüllt, man hatte den Eindruck, als pflanze sich die Flamme nicht von Baum zu Baum fort, sondern als zündeten Gase, so blüchnehl schlugen die Flammen weit in die unversehrten Bestände hinein, deren Luft ein unheimlich hellgelber Dunstkreis erfüllte. Trotz der zur Hilfeleistung eintreffenden Militärkommandos vom Feldartillerie-Regiment Nr. 54 gelang es nicht, den Brand zum Stehen zu bringen: der mittlerweile einsetzende reine Nordwind fachte die Glut auf der ganzen Brandfläche noch heftiger an und trug die Brandfadel auf einer Entfernung von gleichzeitig etwa 5 km innerhalb weniger Minuten über die das Revier von Westen nach Osten durchschneidende, durchschnittlich 26 m breite Posenner Chaussee. Das Feuer drang nun unaufhaltsam gen Süden vor bis zum Obrafusse, überschritt ihn sofort und äscherte eine Wirtshauscheune sowie die Försterei Althöfchen in kurzer Zeit ein. Einen Begriff von der furchtbaren Gewalt des Brandes gibt die Tatsache, daß das Feuer kurz nach 2 Uhr die Westgrenze des Reviers überschritt, und daß um 6 Uhr bereits die 6,5 km entfernt liegende, vorher genannte Försterei in Flammen stand: das verheerende Element hatte diese Strecke in vier Stunden durchlaufen, trotzdem es an mehreren Stellen durch Gegenfeuer usw. aufgehalten worden war. Erst dem wissenschaftlich noch nicht aufgeklärten Einfluß der Mitternacht blieb es vorbehaltend, die Macht des Feuers zu brechen, es trat auch hier wieder die bekannte Erscheinung zutage, daß jeder Waldbrand gegen Mitternacht an Heftigkeit von selbst nachläßt, und mit Hilfe der im Laufe der Nacht eingetroffenen weiteren Militärkommandos vom Feld-Ärtillerie-Regiment Nr. 54 und vom 6. Grenadier-Regiment in Posen gelang es dann,

den zum Bodenfeuer herabgesunkenen Brand mittels Ausschlagen, Bodenverwundung, Anlage von Gräben und Schneiden usw. langsam im Laufe des Vormittags des 4. September zu dämpfen. Nach 20stündiger angestrengter Arbeit konnten die Forstbeamten sich endlich einige Stunden der Ruhe hingeben, aber lange dauerte sie nicht, denn schon nachmittags erhob sich wieder Wind, und an vielen Stellen in der etwa 17 km umfassenden Peripherie der Brandfläche fladerte das Feuer wieder auf. Es konnte jetzt jedoch überall schnell gedämpft werden, und am Abend des zweiten Tages war jede Gefahr beseitigt. Den Höhepunkt des gewaltigen Brandes bildete ohne Zweifel der Augenblick, als das Feuer die das Revier durchschneidende Chaussee überflog; es sei deshalb von den Ausführungen des Redners, deren Inhalt im Vorstehenden nur in aller Kürze wiedergegeben werden konnte, die passende Schilderung dieser Episode im Wortlaut wiedergegeben.

„Bis dahin hätte ich es nie für möglich gehalten, daß die Chaussee, die mit ihren beiderseitigen Feuerchufstreifen zusammen durchschnittlich 26 m, an mehreren Stellen 30 m breit war, nicht hätte Widerstand leisten sollen. Das Feuer überflog aber die Chaussee, und zwar stets als Wipfelfeuer, gleichgültig ob Schonung oder Altholzbestände sie begrenzten. Das wellige Terrain wirkte dabei besonders ungünstig. Sobald das Feuer einen Höhenzug erreichte, wurde es von dem starken Winde sehr heftig angefaßt, so daß auf diesen Höhen der Widerstand viel schwieriger war als in den gesügneten Talmulden. Jetzt entstand auch eine furchtbare Panik unter der großen Menschenmasse auf der Chaussee. Alles flutete in der Richtung nach Schwerin zurück, Fußgänger, Radfahrer, Equipagen, wirr durcheinander, das Bild einer verlorenen Schlacht. Ich kam bei dieser Gelegenheit auch wieder in Besitz meines Fuhrwerks, von dem ich bis dahin durch das Feuer abgeschnitten war. Meine Löschmannschaften wurden mit fortgerissen, und erst am Chausseehause gelang es mir, einen Teil wieder zu sammeln. Viele benutzten die Gelegenheit, gequält von Hunger und Durst und übermüdet, für immer zu verschwinden. Es war mittlerweile finstere Nacht geworden, und der Anblick dieses gewaltigen Brandes wirkte im Dunkel der Nacht um so grøtesten. In diesem Augenblicke war ich in einer verzweifeltsten Lage. Das Feuer griff in einer Front von etwa 5 km meinen bisher noch unversehrt gebliebenen Revierteil südlich der Chaussee an. Es kamen die Nachrichten: Försterei Althöfchen äußerst gefährdet — auch auf die Förstereien Neutrug und Blesen rüdte das Feuer vor. Dazu Hunderte von Menschen, die mich beströmten, für Lebensmittel und Getränke zu sorgen; sie waren dem Umsinken nahe.“

Im zweiten Teile seines Vortrages wendet sich Forstmeister Boigt dann den beim Brande gemachten Beobachtungen und gesammelten Erfahrungen zu. Er beginnt mit dem Nachrichten-dienst und stellt als unerläßliche Forderung auf, daß in einem feuergefährdeten, großen, zusammenhängenden, reinen Kiefernrevier der Feuermeldebienst so geregelt sein muß, daß unter

allen Umständen auch das kleinste Feuer so schnell wie möglich dem Revierverwalter gemeldet werden kann. Zu diesem Zwecke müssen je nach der Übersichtlichkeit ein oder mehrere Feuerwachtürme im Reviere vorhanden, und diese Türme müssen mit einigen der Orientierung dienenden Einrichtungen versehen sein. Es brauchen dies nicht durchaus so vollkommene, aber auch kostspielige Einrichtungen zu sein, wie sie aus den Waldungen der Herrschaft Múslau allgemein bekannt sind; schon mit kleineren Mitteln kann manches geleistet werden. Es erscheint z. B. für den Feuerturmwächter schon eine Orientierungstafel, ähnlich denen, wie man sie vielfach auf Aussichtstürmen findet, ausreichend und sehr zweckmäßig. Hierzu kann die Planzettkarte des Reviers verwendet werden auf einer Bisiereinrichtung drehbar um den Punkt der Karte, an dem sich der Turm befindet. Der Turmwächter muß dann so instruiert werden, daß er bei seinen Meldungen die Zagen vom Turm aus gerechnet in der Bisierrichtung meldet, z. B. „Richtung Zagen 225, 241, 256, 257 Feuer“, vielleicht noch mit Zusätzen wie „nördlich des Weges usw.“ — westlich vom Feuerschußstreifen“. Mit mathematischer Sicherheit läßt sich die Stelle eines ausgebrochenen Waldbrandes allerdings nur melden, wenn zwei Beobachtungspunkte im Reviere vorhanden sind. Der eine von Turm I telephoniert z. B. „Richtung Zagen 2, 10, 30, 60, 75, 91 Feuer“, der andere von Turm II „Richtung Zagen 111, 121, 119, 60, 83, 200 Feuer“. Das Feuer muß dann im Zagen 60 sein. Zwei Wächter kosten freilich genau das Doppelte wie einer. Jeder Wachturm muß ständig mit der Wohnung des Revierverwalters telephonisch verbunden sein, und der Revierverwalter muß wieder mit allen Forstereien in Verbindung stehen. Es muß auch dafür Sorge getragen werden, daß die Benutzung dieser Verbindung auch an Sonn- und Festtagen, an denen erfahrungsmäßig die meisten Waldbrände entstehen, den ganzen Tag über, nicht nur in den üblichen Telephon-Dienststunden, gesichert ist. Voigt ist der Überzeugung, er hätte, wenn der Feuerturmbienst den vorstehenden Ausführungen entsprechend im Schweriner Reviere geregelt gewesen wäre, volle zwei Stunden früher, als er es tatsächlich war, am Brandorte sein können und würde dann Zeit genug gehabt haben, die bei Schilderung des Brandverlaufes erwähnte und gefahrbringende Bankschier-Schonung unmittelbar an der fiskalischen Grenze so weit niederzulegen, daß die Gefahr des Ubergreifens des Feuers fast vermindert, wenn nicht ganz beseitigt worden wäre.

Redner bespricht dann die Ausrüstung und Verpflegung der Löschmannschaften. Er rät dringend, selbst wenn es etwas Zeit kostet, die Löschmannschaften vor dem Abmarsch zur Brandstelle auf die mitzunehmenden Werkzeuge zu kontrollieren, es kann von deren Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit recht viel abhängen. Deshalb sind auch gleich beim Alarm die Polizei- und Ortsbehörden zu ersuchen, niemand zu schicken, der nicht mit brauchbarem Werkzeug versehen ist. Stumpfe Ärte und Beile zum Beispiel, die bei Gebäudebränden wohl hinreichen, sind bei Wald-

bränden gänzlich unbrauchbar.*) Die Lösung der Verpflegungsfrage wird bei einem so riesigen Brande, wie der Schweriner es war, mitten in einem großen Waldkomplex, fern von allen Ortschaften und bei so großen Menschenmassen, wie sie ein solcher Brand zusammenführt, stets besondere Schwierigkeiten bieten. Redner empfiehlt, bei jedem Waldbrande, dessen Ausdehnung und Dauer sich nicht von vornherein übersehen läßt, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß der eintretende Bedarf an Speise und Trant beschafft werden kann. Die Leistungen der Löschmannschaften hängen viel von der Versorgung mit gutem Trinkwasser ab. Beim Schweriner Brande hatte eine benachbarte Domäne die sehr zweckmäßige Einrichtung getroffen, daß sie mit je einem Pferde bespannte fahrbare Spritzenkübel, womit man überallhin gelangen konnte, mit gutem Trinkwasser umherfuhr.

Nach der Besprechung der Ausrüstung und Verpflegung der Löschmannschaften bringt der Vortragende die beim Schweriner Brande zur Anwendung gekommenen Löschmaßregeln zur Erörterung. Von besonderem Interesse sind hier seine Ausführungen über das Anlegen von Gegenfeuer: Über die Zweckmäßigkeit vom Gegenfeuer gingen noch vor nicht langer Zeit die Ansichten der Forstleute sehr auseinander, und ein namhafter höherer Forstbeamter hat sogar Gegenfeuer „eine nutzlose Spielerei“ genannt. Der Schweriner Waldbrand hat indessen mit voller Deutlichkeit bewiesen, daß es bei einem Brande von derartiger Gewalt und unter derartigen ungünstigen Verhältnissen überhaupt kein anderes wirksames Bekämpfungsmittel gibt als das Gegenfeuer. Denn welches andere Mittel soll gegen einen Waldbrand, wie der Schweriner war, der mit der Schnelligkeit eines rasch gehenden Fußgängers, häufig aber noch schneller, vordrückt, bei dem ein heftiger Wind die Feuergarben durch die Baumkronen jagte und der eine Glut verbreitete, daß selbst die Röhren höchstens noch 100 m vor dem Feuer aushalten konnten, welches andere Bekämpfungsmittel soll gegen einen derartigen Brand angewendet werden, wenn nichts mehr dem Feuer Widerstand leistet, wenn es sich mit derselben Leichtigkeit in den Kronen lichter, 170jähriger Bestände wie in den dichtesten Schonungen fortpflanzt? Dann ist eben nur durch Anlegen von Gegenfeuer einzig und allein noch Rettung möglich. Die meisten Menschen scheuen sich nun, von dieser Maßregel Gebrauch zu machen. Die Scheu beruht auf der Furcht, das Gegenfeuer brenne nicht in der Richtung auf das Hauptfeuer zu, sondern in der Windrichtung. Diese Scheu ist aber unbegründet, denn ein in der richtigen Entfernung vom Hauptfeuer angelegtes Gegenfeuer brennt stets in der Richtung auf das Hauptfeuer zu infolge der durch die starke Glut verursachten Luftverdünnung. Allgemeine Regeln dafür, in welcher Entfernung vom Hauptfeuer Gegenfeuer anzulegen ist, lassen

*) Das Min.-Reise. v. 8. 4. 12. I. Bd. Nr. 3 ordnet noch an, daß die Revierverwalter die in Betracht kommenden Bevölkerungsteile, insbesondere die Gemeindevorsteher, hierauf aufmerksam machen.

sich nicht geben, es wird das stets von der Mächtigkeit und Gewalt des Hauptfeuers, der Windstärke und einigen anderen Faktoren abhängen. Beim Schweriner Brande schwante diese Entfernung von 100 bis 200 m; ausschlaggebend war, daß schon die Flamme des Streichholzes, mit dem das Gegenfeuer entzündet werden sollte, ein wenig nach der Richtung des Hauptfeuers auslug. — Erstaunlich war es nun, wie das Feuer, das mehrmals größere Kulturflächen überschreiten mußte, immer wieder sehr rasch vom Bodenfeuer zum Wipfelfeuer ausartete, obwohl kein dafür günstiger Bodenüberzug und kein Unterwuchs vorhanden war. Abgesehen von der abnormen Dürre, dem starken Winde und dem welligen Terrain, hat Redner dafür nur eine Erklärung: Die Leimringe und den Schwammtod. Infolge eines starken Spinnertrafes war, wie schon erwähnt, nicht ein Stamm im ganzen Revier (vom schwachen Stangenholzsalter aufwärts) ohne Leimring. Schon im Sommer bei großer Hitze war ein Teil dieser Ringe flebrig; bei der enormen Glut des Waldbrandes konnte man dann bemerken, wie der flüssig gewordene Leim herabließ; er gab dem Bodenfeuer Nahrung, und rasch waren die Stämme mit Feuerringen versehen, was, zumal bei Dunkelheit, einen wunderbaren Anblick gewährte! In den letzten Jahren war aber außerdem auch recht ausgiebiger Gebrauch von dem Baumstchwammtod, ebenfalls einem Teerpräparat, gemacht worden. Auch dieser Teer wurde bald flüssig, entzündete sich und bildete eine bequeme Leiter, auf der die Flamme in die Baumtrone kletterte. Aber den Wert des Schwammtod-Mittels mag man sonst beliebig urteilen, beim Schweriner Waldbrande wurde jedenfalls festgestellt, daß es das Wipfelfeuer ungemein begünstigte.

Welche wirksamen Vorbeugungsmaßregeln sind nun vorhanden, um zu verhüten, daß ein entstandener Waldbrand derartigen Umfang annimmt wie der Schweriner Brand? Bei der Erörterung dieser Frage weist Voigt zunächst nochmals auf den bereits besprochenen Ausbau des Telephonnetzes hin, der ein schnelles Herbeirufen von Löschmannschaften sicherstellen und es ermöglichen soll, die meisten Brände im Keime zu ersticken, stellt dann aber die weitergehende Forderung auf, daß in feuergefährdeten Revieren eine Waldfeuerwehr gebildet wird. Der Oberförster soll aus den ständigen Waldbearbeitern und anderen verlässlichen Personen diese Wehr bilden und mit ihr und den Forstschußbeamten in jedem Sommer einige Feuerlöschübungen im Revier abhalten. Beim Ausbruch eines Feuers wird dann eine schnelle Mobilmachung möglich sein, der Revierverwalter wird eine sichere Hilfstuppe bei der Hand haben, und es wird dann leicht sein, bei großen Waldbränden weitere große Menschenmassen in diese Waldfeuerwehr einzureihen, sie richtig zu verwenden und ihre Arbeitskraft auszunutzen. — Weitere Waldbrandverhütungsmaßregeln findet Voigt auf dem Gebiete des Forstschutzes und Waldbaues. Im Interesse der Abschmächung der Feuersgefahr tritt er für Ausbau und Erhaltung von Laubhölzern ein auf allen

ihnen nur irgend Gebeihen versprechenden Böden. Auf besonders feuergefährdeten Flächen müssen auch, ohne Rücksicht auf die Bodengüte, Feuerstreifen angelegt werden, deren Breite nach den im Schweriner Revier gemachten Erfahrungen nicht unter 100 m betragen darf. Die Behandlung und Nutzung derartig großer durch Feuerstreifen in Anspruch genommener Flächen muß den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden. Interessant und lehrreich sind in dieser Hinsicht die Vorschläge, die Redner zur künftigen Sicherung der Brandfläche seines Reviers macht, die mit einer Größe von 1700 ha in den ersten Jahrzehnten nach der Aufforstung naturgemäß besonders vom Feuer gefährdet sein wird. Die ganze Fläche soll durch breite Feuerstreifen in acht voneinander getrennte Abteilungen geteilt werden. Es soll:

1. Eichenanbau stattfinden auf einem 100 bis 150 m breiten Streifen;
2. landwirtschaftliche Benutzung nur mit Hackfrüchten oder Futterkräutern erfolgen auf zwei je 100 m breiten Streifen, und
3. sollen zwei je 20 m breite Streifen auf beiden Seiten der Chaussee Schwerin—Berlin brach liegen bleiben mit öfterer Bodenverwundung.

Durch diese Maßnahmen werden zwar der Holzproduktion etwa 100 ha Fläche entzogen, und das stellt eine hohe Versicherungsprämie dar, aber das Opfer muß gebracht werden, denn es liegt die Möglichkeit gar zu nahe, daß auf der rund 7000 Morgen großen Fläche, die in 10 bis 20 Jahren geschlossene Kiefernmonokulturen aufweisen soll und die von einer Chaussee und drei Kommunikationswegen durchschnitten wird, abermals ein verheerender Brand ausbricht!

Im Verlaufe der weiteren Besprechung der beim Brande gemachten Erfahrungen, geht Voigt ausführlich auf die erfolgte Verwertung des Brandholzes ein. Es galt dabei vor allem, eine schnelle Verwertung des Holzes zu ermöglichen, weil zu befürchten war, daß das noch vor vollständigem Abschluß seiner Sommervegetation getötete Material zu manchen Verwendungszwecken unbrauchbar werden könne, wenn es nicht sofort eingeschlagen und entrinde werde. Diese Befürchtung hat sich mittlerweile bestätigt. Das bei weitem meiste Holz, das rechtzeitig geschlagen und geschält wurde, ist vollständig gesund geblieben; einige Käufer, die nachlässig im Schälen waren, haben teilweise „blaues Holz“. Bevor jedoch zum Einschlag geschritten werden konnte, mußten folgende Fragen entschieden werden:

1. Soll die gesamte auf 200 000 fm geschätzte Holzmasse ganz oder nur zum Teil von der Forstverwaltung eingeschlagen werden?
2. Soll öffentlich meistbietender oder submissionsweiser Verkauf stattfinden?
3. In welcher Größe soll die Losbildung erfolgen?
4. Wie ist die Arbeiterfrage zu lösen?

Die Kaufliebhaber wurden aufgefordert, ihre Wünsche zu diesen Fragen zu äußern, und unter Berücksichtigung der wesentlichsten ausgesprochenen Wünsche wurde wie folgt entschieden und verfahren:

Zu 1. Die älteren, Langnußholz liefernden Bestände wurden von der Forstverwaltung eingeklärt, die jüngeren, vorwiegend Grubenholz liefernden wurden den Käufern zum Einschlag überlassen. Es wurden die Massen der Altholzbestände ermittelt, und bei den Grubenholzbeständen, die flächenweise verkauft werden sollten, auch die Flächengrößen, die örtlich genau verhögt wurden. Die Resultate dieser Arbeit wurden in eine Übersichtstabelle eingetragen, die im Lichtpaßverfahren in 120 Exemplaren hergestellt wurde, und die viel zur Orientierung der Kaufliebhaber über das Verkaufsobjekt beigetragen und manche Rücksfrage erspart hat.

Zu 2 und 3. Für diese Holzmassen wurde der submissionsweise Verkauf bestimmt. Dann wurde zur Losbildung geschritten, die zweifellos für einen möglichst vorteilhaften Verkauf eine große Rolle spielt. Die Wünsche der Kaufliebhaber gingen in dieser Hinsicht weit auseinander und schwankten zwischen 500 und 80 000 fm je Los.

Nur wenige, vielleicht zwei bis drei große Lose zu bilden, schien den Vorteil zu haben, daß die Anlage von Waldbahnen zum Holztransport mehr begünstigt wurde, hatte aber sicher den erheblichen Nachteil, daß die Konkurrenz zu stark beschnitten und der ganze, sehr kaufkräftige Mittelhandel ausgeschaltet worden wäre.

In der Erwägung, daß Lose von 12 bis 20 000 fm genügen, um ein Sägewerk mit Vorteil aufzustellen, wurden acht Lose von 11 300 bis 27 500 fm gebildet für das Starkholz. Gleichzeitig wurde aber dem Großhandel dadurch Gelegenheit geboten, sich beim Bieten zu beteiligen, daß Sammelgebote auf mehrere Lose angenommen wurden.

Der Kleinhandel und der Lokalbedarf wurde dadurch berücksichtigt, daß noch 5 . 100 fm in sechs kleineren Los in einem besonderen Termine submissionsweise und 550 fm in einem zweiten Termine öffentlich meistbietend in kleinen Lose verkauft wurden.

Das Grubenholz wurde flächenweise in Los von 5200 bis 17 700 fm zum Selbsthieb verkauft; für alle Bauholzflächen wurde ein selbständiges Totalitätsgrubenholzlos gebildet, um zu verhindern, daß das dort anfallende Grubenholz zum Brennholz ging.

Als Preise wurden erzielt für:
Langnußholz bis 14 cm Poststärke
(gesundes und kranke, 40 bis
50 % Schwammholz in manchen
Beständen) 14,67 bis 17,10 M je fm
Grubenholz (unter Selbstverbauung
durch Käufer) 9,37 „ je fm
Totalitätsgrubenholz (wie vor) . . . 7,78 „ je fm

Die mitverbrannten schwächeren Schonungen wurden freihändig flächenweise an Brennholzhändler oder, soweit sie noch etwas englisches Grubenholz lieferten, an Grubenholzhändler verkauft, mit der Verpflichtung, die Flächen frei von allem Abraum in kulturfähigem Zustande zu übergeben. Das übrige Brennholz mit 20 bis 25 000 fm wurde, da die umliegenden Ortschaften auf Jahre hinaus durch den massenhaften Schlagabraum mit Brennholz versehen und für solches absolut nicht mehr aufnahmefähig waren, in einem Lose an eine Großfirma freihändig verkauft. Die Firma zahlte:

für Kloben	3,10 M	} gesund u. Anbruch.
„ Knüppel	2,00 „	
„ Reisig I. Kl.	1,00 „	

Der ganze Holzverkaufsmodus hat sich bewährt, die erzielten Preise sind durchweg annehmbar, nach den bisherigen Hiebsresultaten ist auf eine Gesamtholzeinnahme von 2,5 bis 2,6 Millionen zu rechnen. Mittlerweile steht die Einnahme fest, sie beträgt 2 590 000 M. Die Schätzung war also ziemlich genau.

Zu 4. Infolge eines außerordentlich großen Arbeiterangebotes wurden, zum Teil durch einen Unternehmer, binnen kurzer Zeit 700 Arbeiter eingestellt. Buxzeit ist daher der gesamte Holzeinschlag bereits beendet bis auf das Aufarbeiten des Grubenholzes. An Lohn erhielten die Arbeiter die bisher in der Oberförsterei gezahlten Sätze und außerdem eine Teuerungszulage von 30 S je Tag und ein Wohnungsgeld bis 15 S je Tag. Der Unternehmer erhielt 10 S je Festmeter bzw. Raummeter aufgearbeitetes Holz, soweit die Aufarbeitung durch die von ihm angenommenen Arbeiter geschah, und außerdem 3 % des verdienten Lohnes, falls er alle Haumetiergeschäfte selbst oder durch Angestellte besorgte. Die Löhne waren auskömmlich, der Verdienst gut.

Unentschieden geblieben ist es einstweilen, ob die Stöcke noch nachträglich gerodet und verwertet werden können, was im Interesse einer schnellen und gründlichen Bodenbearbeitung mittels Dampfpflug sehr wünschenswert wäre. Die Versuche, die Stöcke unter Anwendung von Ammoniacalhydrat herauszusprengen, haben keine befriedigende Resultate geliefert. Dagegen sind die Versuche mit einer amerikanischen Stodrodemaschine (Dampfmaschine mit Drahtseilanwendung) bis jetzt überraschend gut verlaufen. Die Maschine zieht die stärksten Stöcke nebst allen dünnen Seitenwurzeln bis Reißstärke im Durchmesser eines Kreises von 4 m um den Stod herum mit Leichtigkeit und in kürzester Zeit heraus. Auch scheint die Maschine nicht zu teuer zu arbeiten.

(Schluß folgt.)

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Vogelberingung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 2230. I B 1b 1129.

Berlin W. 9, 7. Mai 1912.

Das Kuratorium der Vogelwarte Rossitten hat mich gebeten, den Staatsforstbeamten eine

freiwillige Beteiligung an Beringungsversuchen bei bestimmten Vögeln zu empfehlen. Es führte dabei folgendes aus:

„Für die Erforschung des Vogelzuges hat das von dem Leiter der Vogelwarte Rossitten (Ostpr.), Professor Dr. Thienemann, ins Leben gerufene

und mit Erfolg ausgeführte Markieren der Vögel mit Ringen eine große Bedeutung erlangt. Unsere bisher nur lückenhafte Kenntnis von den Zugstraßen der Vögel, der Örtlichkeit ihrer Winterquartiere und der Schnelligkeit des Wanderfluges ist durch die Ringversuche in hohem Maße gefördert worden. Für einige Vogelarten, wie Nebelkrähe, Lachmöwe und weißer Storch, ist es bereits gelungen, vollständige Karten ihrer Zugstraßen zu entwerfen. Auch für andere biologische und systematische Fragen, wie die Verbreitung der einzelnen Vogelarten, die Abtrennung geographischer Formen, die Ausdehnung der Brutreviere, die Zeitdauer der Verfärbung vom Jugendkleid in das Altskleid, die z. B. bei manchen Raubvögeln sich über Jahre hinaus erstreckt, ferner für die Frage, ob die Vögel zur Brutzeit regelmäßig nach bestimmten Örtlichkeiten zurückkehren, ist das Beringen der Vögel von größter Bedeutung. Der Wert dieses Experimentes liegt vor allem darin, daß anstatt der bisherigen Hypothese ein positives, beweiskräftiges Material geschaffen wird. Jeder erlegte Ringvogel ist ein wissenschaftliches Dokument.

In Anbetracht des hohen Wertes, den das Ringexperiment für die Wissenschaft erlangt hat, erscheint es äußerst wünschenswert, daß diese praktische Art biologischer Forschung möglichst ausgedehnt wird.

Auf der Vogelwarte Rossitten können die Ringversuche nur in gewissen Grenzen ausgeführt werden, da das unbeschädigte Einfangen alter Vögel häufig mühsam und äußerst schwierig, und man daher hauptsächlich auf das Beringen junger Nestvögel angewiesen ist. Hierzu würde sich aber in den königlichen Forsten mannigfache Gelegenheit bieten.

Das Zeichnen mit Ringen wäre hauptsächlich auf folgende Vogelarten anzuwenden: Raubvögel, Wildtauben, Kranich, Reiher, Enten und andere Schwimmvögel, Waldschnepfen.

In erster Linie wären junge, noch flugunfähige Vögel zu markieren. Die erforderlichen Ringe können von dem Kuratorium der Vogelwarte Rossitten jederzeit in gewünschter Anzahl unentgeltlich geliefert werden.“

Ich bin geneigt, dieser Antragsung zu entsprechen und veranlasse die königliche Regierung, den ihr nachgestellten Beamten die Beteiligung an dieser biologischen Forschung nahezu legen.

Die königliche Regierung wolle dementsprechend zunächst durch Umfrage in ihrem Bezirke feststellen, welche Beamten geneigt sind und voraussichtlich in die Lage kommen werden, Vögel der bezeichneten Arten zu zeichnen und eine wie große Zahl von

Ringen für die einzelnen Vogelarten voraussichtlich zunächst Verwendung finden kann.

Binnen sechs Wochen wolle die königliche Regierung dann eine Mitteilung hierüber (Zahl der Ringe — gesondert für die verschiedenen Vogelarten — und Adressen, wohin die Ringe zu senden sind) an Herrn Rittmeister von Lucanus in Berlin NW 23, Lessingstr. 32, der die Bestellung der für die einzelnen Vogelarten erforderlichen Ringe übernommen hat, machen. Diese werden alsdann an die von der königlichen Regierung angegebenen Adressen mit einer Gebrauchsanweisung übersandt werden.

J. H. v. Schorlemer.

An sämtliche königlichen Regierungen, ausgenommen Kurich, Münster und Sigmaringen.

— **Vergehen gegen die Forstpolizei.** (Urteil des Reichsgerichts vom 9. Mai 1912.) Wegen Bedrohung eines Forstbeamten mit dem Gewehr war ein Besitzer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der vom Landrat mit der Aufsicht über die Feld- und Forstpolizei beauftragte Forstaufseher hatte eines Morgens gegen 4 Uhr, als er auf seinem Dienstgange begriffen war, mehrere Schüsse auf der ihm überwiesenen Feldmark gehört. Als er daraufhin dorthin eilte, bemerkte er zwei Männer, von denen der eine sich, als er den Forstaufseher bemerkte, rasch entfernte. Der andere, der Angeklagte, blieb jedoch stehen und rief dem sich nähernden Beamten zu, er solle nicht näherkommen, sonst werde er sehen, was passiere. Dabei richtete er sein Gewehr gegen diesen. Auch als dieser die Vorzeigung des Jagdscheins verlangte, weigerte sich der Angeklagte, diesem Verlangen nachzukommen, und bedrohte den Beamten mit seinem Gewehr. Das Landgericht hatte in dieser Tat ein Vergehen gegen § 117 des Strafgesetzbuchs erkannt, und das Reichsgericht wies die gegen das landgerichtliche Urteil vom Beklagten eingelegte Revision als unbegründet zurück. Der Beamte sei bei seinem Reviergang im Dienst gewesen, und habe sich, als er von dem Angeklagten die Vorzeigung des Jagdscheins verlangte, in Ausübung seines Amtes befunden. Die Preussische Jagdordnung von 1907 bestimme, daß der Jagdberechtigte bei Ausübung der Jagd seinen Jagdschein bei sich trage. Der mit der Forstpolizei betraute Beamte habe daher das Recht und die Pflicht, zu revidieren, ob die Jagdberechtigten den Schein, wie vorgeschrieben, bei sich führten. Setze jemand dieser Revision eines Forstbeamten Widerstand entgegen, so vergehle er sich gegen den § 117 des Strafgesetzbuchs. (Aktenzeichen: 3 D. 39/12.)

Verschiedenes.

— **Vermehrte Aufzucht von Staatsdomänen zu Besiedlungszwecken.** Im Abgeordnetenhaus wurde der Antrag Dr. Engelbrecht, die Regierung zu ersuchen, in stärkerem Maße als bisher pachtfrei werdende Domänen in bäuerlichen Besitz überzuführen, einstimmig angenommen. Die Regierung hat bereits für die nächste Zeit

Vorsorge getroffen, daß mehr Domänen als bisher für die Besiedlung bereitgestellt werden. Es handelt sich hierbei um solche, die im Jahre 1913 pachtfrei werden. In der Provinz Sachsen sind die Domäne Ummendorf (Kreis Neu-Valdenleben) sowie die Domäne Lichtenburg (Kreis Torgau) bestimmt zur Aufzucht in Aussicht ge-

nommen. In der Provinz Brandenburg kommen die Domänen Bernsee und Schönfeld in Frage, in der Provinz Pommern die Domänen Nerbin und Buchholz, in der Provinz Hannover die Domäne Echinnä und in der Provinz Sachsen vielleicht die Domäne Altona. Es schweben ferner Verhandlungen wegen einer Aufteilung von Domänen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein. Im übrigen sind alle Regierungen aufgefordert worden, in den nächsten Jahren pachtfrei werdende Domänen zu bezeichnen, die sich besonders für eine Aufteilung eignen. Die Staatsregierung trifft auch Maßnahmen, durch die die künftige Besiedlung bei der Verwaltung von Domänen vorbereitet wird, soweit dies das Interesse der Domänenverwaltung zuläßt.

— **Unter dem Diebstahl von sogenannten „Grün“** haben besonders die Wälder in der Nähe von Städten zu leiden. Hier finden die Frevler leicht Gelegenheit, das Gestohlene zur Kratzbinderei, zum Bedecken von Gräbern, Gartenbeeten usw. abzusetzen. Auch wenn größere Festlichkeiten bevorstehen, bei denen Straßen und Plätze geschmückt werden, droht den in der Nähe der Festorte liegenden Wäldern ein ziemlicher Schaden. Meist werden dabei die bestwüchsigsten Stämmchen durch Beschneiden von Ästen und Wipfel beschädigt, da gerade deren Blätter und Nadeln die frischesten Farben haben. Wird durch diese Beschädigungen auch nicht immer das Eingehen der Stämmchen herbeigeführt, so werden sie doch in allen Fällen in ihrer Entwicklung gestört. Oft wird hierdurch auch die Grundlage zu Mißbildungen gelegt, die den Stamm später in seiner Gebrauchsfähigkeit entwerthen und seine Herausnahme bei Durchforstungen erforderlich machen. Da die Frevler meist die dichteren Jungwuchsorte bevorzugen, in denen sie sich leichter verbergen können, sobald sie den Beamten bemerken, so ist deren Abfassung meist schwierig. Zu einer harten, aber gerechten Strafe wurden solche Frevler, und zwar zwei Frauen und ein Arbeiter, die dabei betroffen worden waren, *F i c h t e n g r ü n*, das zu Girlanden verwertet werden sollte, fortzuschaffen, verurteilt. Das Schöffengericht zu Rattlingen hatte hierfür wegen Forstdiebstahls gegen jeden Angeklagten auf eine Geldstrafe von 25 M. dazu gegen zwei auf je eine Woche Gefängnis und gegen eine Angeklagte, die sich wegen Forstdiebstahls im Rückfalle befand, auf fünf Wochen Gefängnis als Zusatzstrafe erkannt. Die gegen dies Erkenntnis von den Verurteilten eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer zu Düsseldorf verworfen. U. D.

— **Nächtliches Hundebellen ist ruhestörender Lärm.** Das Kammergericht hat eine Entscheidung gefällt, welche auch für Forstbeamte wichtig sein dürfte. Ein Besitzer hielt auf seinem Grundstücke zwei Hunde zur Bewachung, welche öfters in den Nächten ein heftiges Gebell verurjachten. Als auf Beschwerden von Personen, die durch das Gebell der Hunde in ihrer Nachtruhe gestört wurden, die Polizei den Hundebesitzer verwarnte, erklärte er, er könne seinen Hunden das Maul nicht stopfen.

Schließlich wurde gegen diesen Anklage auf Grund des § 360, 11 des Strafgesetzbuches erhoben, wonach sich strafbar macht, wer ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt. Der Eigentümer erklärte, er habe den Lärm nicht verursacht, wachsame Hunde pflegen zu bellen. Die Strafkammer verurteilte ihn aber zu einer Geldstrafe, da er für das Bellen der Hunde verantwortlich zu machen sei. Diesen Entscheid suchte der Verurteilte durch Revision beim Kammergericht an, welches indessen die Revision als unbegründet zurückwies und u. a. ausführte, die Vorentscheidung sei ohne Rechtsirrtum ergangen. Trotz vorheriger Verwarnung hatte Beklagter nichts getan, um zu verhüten, daß seine Hunde die Nachtruhe der Nachbarn störten. Der Tatbestand des § 360, 11 des Strafgesetzbuchs liege auch vor, wenn eine Person nicht dafür Sorge, daß sein Vieh die Nachtruhe nicht störe.

— **Die Aufforstung von Kahlschlächen und die ungarische Forstwirtschaft im ungarischen Abgeordnetenhaus.** Gelegentlich der diesjährigen Beratung zwecks Bewilligung des Budgetvoranschlags für das ungarische Ackerbauministerium sprach im Abgeordnetenhaus der Ackerbauminister über den gegenwärtigen Stand der ungarischen Forstwirtschaft und schilderte die Maßnahmen, die zur Hebung der vorhandenen Schäden unternommen werden sollen. Unter anderem führte er aus, daß eine der wichtigsten Aufgaben des ungarischen Staates in der Lösung der Waldregulierungsfrage bestehe. Leider sind die im Forstgesetz hierüber befindlichen Bestimmungen unzureichend, und soweit sie die Aufforstung kahler Flächen betreffen, garabazu mangelhaft, denn das Gesetz verfügt nur, daß die Besitzer der Grundstücke unterhalb kahler Berggänge sich zu Gesellschaften vereinigen und gemeinschaftlich diese Obländereien aufforsten sollen. Da sich die Kahlschlächen sehr vermehren und für das Land bereits zu einer Gefahr werden, Gesellschaften, welche deren Aufforstung im gelegentlichen Sinne anstreben, sich in Ungarn aber bis jetzt überhaupt noch nicht gebildet haben, so sieht sich der Ackerbauminister veranlaßt, durch eine Novelle zum Forstgesetz folgende Schutzmaßregeln vorzuschlagen: Die kleineren Kahlschlächen und Abwaschungen werden, falls es der betreffende Grundeigentümer nicht tut, auf Staatskosten aufgefórtet. Der Eigentümer behält jedoch diese aufgefórteten Flächen in seinem Besitz, steht aber unter staatlicher Kontrolle und muß, sobald der Wald einen Ertrag abwirft, die verauslagten Kosten dem Staate wieder erstatten. Befinden sich aber größere Kahlschlächen in kapitalsträftigem Besitz, so sollen die Eigentümer zur Aufforstung gezwungen werden, gehören sie dagegen ärmeren Besitzern, so soll die Aufforstung gegen Vergütung der Auffórtungskosten erfolgen, oder es würde, wenn das nicht angängig ist, die Fläche vom Staate enteignet und dann von diesem selbst verwaltert werden. Eine andere Lösung dieser Frage, die vom staatswirtschaftlichen Standpunkte hochbedeutend ist, wäre die Übernahme der vernachlässigten, schlecht bewirtschafteten Privatwaldungen in staatliche Verwaltung, oder noch besser deren Ankauf durch

den Staat. Dieses würde insbesondere viele Wäldungen in Siebenbürgen betreffen, wo durch Rodungen sehr ausgedehnte Kahlflächen zu entstehen drohen. Der Ackerbauminister verhandelt über diesen Plan bereits mit dem Finanzminister, die Geldmittel hierfür werden wohl bereitgestellt werden, jedoch ist über die Art und Weise der Aufnahme des Geldes eine Einigung noch nicht erzielt. Der Ackerbauminister ist für das Rentensystem, er will eine größere Anleihe auf 50 Jahre aufnehmen und diese dem gedachten Zwecke zuführen. Er bekennt, daß dies ein verhängnisvolles Schuldenmachen sei, da es sich um eine Vermögensverwertung handelt, welche in absehbarer Zeit erhebliche Verzinsung gewähren dürfte. Auch der Aufforstung der Kahlweiden soll eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden, doch muß diese parallel mit der Verbesserung der Weiden selbst geschehen. Des weiteren betonte der Ackerbauminister, daß er für eine erhöhte Steigerung der Produktionsfähigkeit der Staatsforsten eintrete. Der Ertrag der Staatsforsten sei jedoch dem Auslande gegenüber noch ein sehr geringer. Dieses habe aber seinen Grund darin, daß die meisten Staatsforsten noch nicht erschlossen sind; sie haben weder Wege noch Eisenbahnen in genügender Anzahl, sind demnach vielfach gar nicht oder nur schwer erreichbar. Der Bau von Wegen, Eisenbahnen und Sägewerken ist daher zur Erreichung einer größeren Rentabilität der ungarischen Forsten unter allen Umständen geboten, und es sind zu diesem Zweck seitens des Ackerbauministers etwa 20 Millionen Mark vom Finanzminister angefordert worden. Sobald sich letzterer hiermit einverstanden erklärt, solle ein diesbezüglicher Gesetzentwurf eingebracht oder aber die erforderliche Summe in den nächstjährigen Etat eingestellt werden. Ferner äußert sich der Ackerbauminister über die von einem Abgeordneten gemachte Bemerkung, in welcher dieser bedauert, daß der Staat die d'Arcourtsche Besitzung im Waagtale nicht erworben habe. Die hierzu gehörigen Wälder sind nun von einer Handelsgesellschaft zur Ausnutzung gepachtet worden, und es ist zu befürchten, daß die Wälder demnächst bis auf den letzten Rest verschwinden werden. Der Minister gibt zu, daß die Ausführungen des Abgeordneten richtig sind. Die Wälder werden von der Gesellschaft in kleinen Partien an Holzhändler verkauft, die sie dann allzu rasch austoben. Dies wirkt schädlich nicht nur auf die klimatischen, sondern auch auf die sozialen Verhältnisse, da die Erwerbsquelle der dortigen Bevölke- rung vernichtet und diese zur Auswanderung gezwungen wird. Er verspricht, daß er nunmehr, soweit er es vermag, diese Wälder im Staatsseigentum übernehmen und in solche Hände gelangen lassen werde, die sie auf nachhaltige Weise bewirtschaften werden. Er verhandle auch über den Ankauf des Restes der d'Arcourtschen Wäldungen und hoffe, falls sie für einen angemessenen Preis zu haben sind, diese für den Staat erwerben zu können.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 28. Mai 1912. Rehböde 0,55 bis 0,90, Schwarz-

wild 0,15 bis 0,55 M das Pfund. Kaninchen 0,70 bis 0,80 M das Stüd.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Reiche, Oberförster o. R. zu Weylar, Regbz. Coblenz, ist der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Liehm, Oberförster o. R. zu Erbsaufen, ist nach Oberförsterei Eobra, Regbz. Erfurt, vom 1. Juni d. Js. ab versetzt.

Jungeblodt, Forstassessor, ist der Regierung in Merseburg als Hilfsarbeiter überwiesen.

Barfels, Forstassessor zu Rölhe, Oberförsterei Rölhe, ist nach Dingelsb. Oberförsterei Dingelsb., Regbz. Magdeburg, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Düffel, Förster zu Kallterherberg, Oberförsterei Montjoie, ist zum Revierförster ernannt und nach Revierförsterei Terner II, Oberförsterei Eupen, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Reisges, Förster zu Warmagen, Oberförsterei Schleiden, ist nach Terner I, Oberförsterei Eupen, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Aorakas, Förster, ist nach Ernennung zum Förster mit Revier die seit dem 1. April d. Js. kommissarisch verwaltete Forsterei Schlum, Oberförsterei Trappönen, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Js. ab endgültig übertragen.

Lagna, Forstassessor, ist mit der vorübergehenden Wahrnehmung der erledigten Gemeindeförsterei Glinch, Gemeindeförsterei Bücheneuren, Regbz. Coblenz, vom 1. Juni d. Js. ab beauftragt.

Maas, Forstassessor zu Guderleben, Oberförsterei Königs-
thal, ist nach Oberförsterei Bennedenslein, Regbz. Erfurt, versetzt.

Müller, Sukas, Forstassessor zu Bedau, Klosterforst „Unser lieben Frauen“, ist nach Zuhäbe, Oberförsterei Zävenitz, Regbz. Magdeburg, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Guedenau, Förster, ist nach Ernennung zum Förster mit Revier die bisher kommissarisch verwaltete Forsterei Pait, Oberförsterei Tawellungsfen, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Js. ab endgültig übertragen.

Wid, Förster zu Neuteverden, Oberförsterei Hambach, ist nach Müdenwies, Oberförsterei Eupen, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Roelcke, Förster o. R. zu Adelsleben, Oberförsterei Uslar, ist nach Torfhaus, Oberförsterei Torfhaus I. O., Regbz. Gildesheim, vom 1. Juni d. Js. ab versetzt.

Scheidt, Förster zu Terner I, Oberförsterei Eupen, ist nach Neuteverden, Oberförsterei Hambach, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Schleserlein, Revierförster zu Terner II, Oberförsterei Eupen, ist nach Zweifall, Oberförsterei Nötgen, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Schitz, Förster zu Zweifall, Oberförsterei Nötgen, ist nach Rott, Oberförsterei Nötgen, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Schmidt, Hilfsjäger zu Dreuw, Oberförsterei Tauer, ist als Forstschreiber nach Wildenow, Oberförsterei Wildenow, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Juni d. Js. ab versetzt.

Schulz, Gemeindeförster zu Torgelow, Oberförsterei Freienwalde, Regbz. Potsdam, tritt mit dem 1. September d. Js. in den Ruhestand.

Steffens, Forstassessor zu Dingelsb., Oberförsterei Dingelsb., ist nach Magdeburgerforst, Oberförsterei Magdeburgerforst, Regbz. Magdeburg, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Tews, Förster o. R. zu Neu-Stardupönen, Oberförsterei Neu-Lubben, ist auf die bebaute Forstassessorstelle nach Mehlitz, Oberförsterei Altraventhal, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Wolmann, Förster zu Mohpert, Oberförsterei Eupen, ist nach Kallterherberg, Oberförsterei Montjoie, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Wiske, Förster o. R. zu Rodgallen, Oberförsterei Schnecken, ist nach Ernennung zum Förster mit Revier auf die Forsterei Eizadellen, Oberförsterei Wischwill, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.

Der Titel „Begemeister“ wurde verliehen den Förstern im Regierungsbezirk Coblenz:

Hollinger zu Altheim, Oberförsterei Gutenruth;
Hehrndorf zu Northeim, Oberförsterei Castellum;
Kode zu Forst, Oberförsterei Castellum; **Kuhn** zu
Gebroth, Oberförsterei Neupfalz.

Jäger-Korps.

Jeusch, Oberjäger im Garde-Schützen-Bataillon, ist die
Königlich Sächsische goldene Medaille verliehen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Dr. Plab, Forstmeister zu Freudenberg, ist auf 1 Jahr
pensioniert.

Sarrer, h. v. Präfekt zu Nürnberg, ist zum Assessor in
Kaufbeuren ernannt.

Stmann, Assessor zu Kaufbeuren, ist nach Neudorf versetzt.

Seib, Assessor zu Neudorf, ist zum Forstmeister in Freuden-
berg ernannt.

Sieh, Assistent zu Rindberg, ist nach Bruck versetzt.

Pümer, Assistent zu Plettenhofen, ist zum Förster in Dreihöf
beordert.

Storck, Assistent zu Altdorf, ist nach Rindberg versetzt.

Säumer, Förster zu Altdorf, ist nach Gredorf versetzt.

Keller, Assistent zu Bruck, ist nach Plettenhofen versetzt.

Schold, Förster zu Gredorf, ist nach Altdorf versetzt.

Stabenrauch, Assistent zu Berg, ist nach Pahlbach versetzt.

Elbsaß-Lothringen.

Schubach, Kaiserl. Oberförster zu Lembach, ist die Ober-
förstereielle Stelle übertragen.

Schott, Forstassessor, ist zum Kaiserl. Oberförster ernannt
und ihm die Oberförstereielle Lembach übertragen.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte
keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden
niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die
Abonnement-Entscheidung über ein Ausweis, daß der Frage-
steller Abonnent ist, und 20 Pfennige Voris beigefügt.)

Nr. 71. Anfrage: 1. Ich überende Ihnen
eine Anzahl Fichtenzweige zur Feststellung der
Ursache der daran befindlichen Erkrankung. Die
eingesandten Stüde stammen aus meinem Revier,
welches etwa 140 m über der Höhe liegt, und stehen
die kränklichen Fichten, etwa 30 bis 40 Jahre alt,
nach Westen zu, wo sie in einer Laubmulde auf
lehmigem Boden stehen. Der Boden ist dort
durchgängig sehr naß. Ich habe nun die Beob-
achtung machen müssen, daß die Benadelung der
Fichten in den Monaten Februar und März
eine rote Farbe annimmt. Bei näherem Beob-
achten habe ich wahrgenommen, daß diese Fichten
später wieder etwas treiben, nach zwei bis drei
Jahren aber doch eingehen. 2. Wie das bei-
folgende Wipfelstück zeigt, ist an einzelnen Fichten
ein erheblicher Harzausfluß zu bemerken. Hierzu
möchte ich bemerken, daß meine Waldungen von
der Kanne bisher verschont geblieben und die
Krankheiten unter 1 und 2 daher auf diese nicht
zurückzuführen sind. 3. Nach meinem Dafür-
halten können diese Fichtenbestände auf dem
naßten Boden eine 80jährige Untriebszeit nicht
aushalten. Jedenfalls sind die jetzigen Uebel auf
einen Fehler bei der Kultur der Bestände zurück-
zuführen? Ich bitte um Verantwortung der drei
Fragen. E. G., Revierförster in Alt-D.

Antwort: Zu 1: Die an den Nadeln
befindliche Erkrankung wird durch einen Pilz,
Hysterium macrosporum, verursacht, der nament-
lich in Schleswig-Holstein sehr häufig auftritt
und ganze Bestände zum Absterben bringt. Zu 2:
Das Wipfelstück ist vom Fichtenrinnevidler,

Tortrix pactolana, befallen. Dessen Raupe nagt
einen Fraßplatz unter der Rinde jüngerer Fichten
gerade an den Astgabeln, das dort austretende
Harz ist mit Kot vermischt. Zu 3: Unter den an-
gegebenen Verhältnissen (Hysterium macro-
sporum) ist es wohl kaum anzunehmen, daß der
Bestand bis zum Alter von 80 Jahren einiger-
maßen geschlossen zu erhalten ist. Werden die
kränkenden Stämme nicht alljährlich herausgehauen,
so findet sich sehr bald auch Bostrichus typographus
ein, der das Zerstörungswert beschleunigt. Auf
dem dortigen feuchten Standort dürfte sich daher
der Anbau von Picea sitchensis statt Picea excelsa
empfehlen. Die erstere Holzart würde dort sehr
gut gedeihen und vom Pilz verschont bleiben.

Nr. 72. Anfrage: Eine am 28. August 1842
geborene Frau ist am 15. Oktober 1894, nach dem
Tode ihres Ehemannes, in versicherungspflichtige
Beschäftigung getreten und hat von da ab bis
zum 30. September 1908 regelmäßig jährlich
52 Beitragsmarken verwendet. Vom 1. Oktober
1908 bis jetzt hat sich dieselbe selbst versichert,
und kann sie im ganzen 780 Beitragsmarken
nachweisen. Ich bitte um Auskunft, ob dieselbe
nach vollendetem 70. Lebensjahre mit Erfolg
den Antrag auf Gewährung der Altersrente
stellen kann? R. B.

Antwort: Die Wartezeit beträgt bei der
Altersrente 1200 Beitragswochen (§ 1278 der
Reichsversicherungsordnung). Eine Vergünstigung
ist aber für diejenigen Versicherten vorgezogen,
die beim Inkrafttreten der Versicherungspflicht
für ihren Berufsweig (b. i. bei der Land- und Forst-
wirtschaft der 1. Januar 1891) das 40. Lebens-
jahr vollendet hatten. Diesen werden nämlich
auf die Wartezeit für die Altersrente für jedes
volle Jahr, um das sie an jenem Tage älter als
40 Jahre waren, 40 Wochen und für den über-
schüssigen Teil eines solchen Jahres die darauf
entfallenden Wochen bis zu 40 angerechnet.
Diese Vergünstigung ist jedoch davon
abhängig, daß der betreffende Versicherte
nachweist, daß er während der 3 Jahre
unmittelbar vor dem 1. Januar 1891
berufsmäßig, wenn auch mit Unterbrechungen,
eine Beschäftigung ausgeübt hat, die inzwischen
versicherungspflichtig geworden ist. Von diesem
Nachweise ist befreit, wer für die ersten 5 Jahre
nach jenem Tage mindestens 200 an-
rechnungsfähige Beitragswochen auf Grund der
Versicherungspflicht nachweisen kann. (Artikel 65
des Einführungsgegesetzes zur Reichsversicherungs-
ordnung.) Wenn also, was nach Ihrer Anfrage
zu vermuten ist, die Frau nicht in den Jahren
1888, 1889 und 1890 berufsmäßig Lohnarbeit
verrichtet hat, so muß sie noch 8 Jahre leben,
ehe sie Altersrente beanspruchen kann. Im Falle
ihrer Invalidität hat sie aber jetzt schon Anspruch
auf die — erheblich höhere — Invaliden-
rente. S. g.

Für die Redaktion: A. R.: Rodo Grundmann, Neubamm.

Dieser Nummer liegt die Nat.-Ausgabe
der Forstlichen Rundschau bei. Des Försters Feier-
abende fällt daher diese Woche aus.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Nm.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorsitzenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Nm. Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Wette, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Die diesjährige ordentliche Delegierten-Versammlung des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten findet statt am 14. und 15. Juni d. Js., von vormittags 8¹/₂ Uhr ab, in Berlin, Böhlow-Brauerei (Prenzlauer Allee 247, Ecke Saarbrüder Str.).

Am Vorabend (13. Juni) von 7 Uhr ab in demselben Lokale Begrüßung und Vorberatung, besonders auch der vorgeschlagenen Satzungsänderungen, darum vollständiges Erscheinen erforderlich.

T a g e s o r d n u n g :

1. Geschäftliches: a) Jahresbericht, b) Kassenbericht und Haushaltsplan, c) Entlastung des Vorstandes.
2. Wahlen: a) des engeren Vorstandes, b) der Beisitzer, c) der (7) Arbeitsausschüsse, d) der Vertretung zur Tagung des Deutschen Forstvereins.
3. Änderungen der Satzungen: a) der Krankenkassenbeihilfskasse, b) des Vereins und seiner Gruppen.
4. Rangregelung der Försteranwärter und Diätenzahlung an diese bei militärischen Übungen.
5. Eingännung der Dienstländereien.
6. Richtigelassen von Försterstellen bis zur Beseitigung der Anstellungsnot anzustreben.
7. Vereinsorgan: Eventuell Erneuerung des Verlagsvertrages.
8. Verschiedenes: Die Befoldungs- und Dienstlandsfrage; Anträge, Vor- und Ausbildung betreffend; Anträge der Bezirksgruppe Cassel-Ort aus Anlaß des gewaltsamen Todes eines dortigen Kollegen; Lebens-, Brand- und Viehver Versicherungen, Forstwaisenverpflegung, Wirtschaftsverträge usw.

Der Vorstand: Krause, Vorsitzender.

z

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Kannaburger Heide (Regbz. Merseburg). Die auf Sonntag, den 2. Juni, in Nr. 20 der „Deutschen Forst-Zeitung“ einberufene Versammlung findet erst am Sonntag, dem 9. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Förster in Holzdorf statt.

Der Vorstand.

Graf (Regbz. Marienwerder). Am Sonntag, dem 2. Juni d. Js., von nachmittags 3 Uhr ab, findet auf dem Schießstand bei Czernitz ein Scheibenschießen statt, wozu die Herren Vereinsmitglieder nebst Familie ergebenst eingeladen werden. Vor dem Schießen findet eine kurze Besprechung über Vereinsangelegenheiten statt.

Der Vorsitzende: K a n n o w.

Schwewe (Regbz. Cassel). Sonntag, den 16. Juni d. Js., nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung in Gooden a. W. im Hotel Klepisch. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 2. Kassenprüfung; 3. Besprechung einer Waldbtour; 4. Sammlung für die Witwe Romanus; 5. Verschiedenes.

J a r t m a n n, Vorsitzender.

Gelguthen (Regbz. Allenstein). Am Sonnabend, dem 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet in Gelguthen das erste Scheibenschießen statt. Um vollständiges Erscheinen mit Damen wird gebeten. Nach dem Schießen Abschiedstrunk für Kollegen Scheichonk.

V i n d, Vorsitzender.

Landsberger Heide (Regbz. Frankfurt a. O.). Sonntag, den 9. Juni d. Js., nachmittags 3 Uhr, Scheibenschießen in Breitenbruch, wie im Vorjahre. Anschließend Tanz. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Hudejanny (Regbz. Allenstein). Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 5 Uhr, Versammlung in

Alt-Ulta, Hotel Fischer, und Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 5 Uhr, in Nikolaiten, Hotel Warba. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Um möglichst zahlreiches Erscheinen mit Damen wird gebeten.

Schlüter, Vorsitzender.

Siegen (Regbz. Arnsherg). Samstag, den 8. Juni d. Js., forstliche Exkursion nach dem Schutzbezirk Kalteiche. Besichtigung der Schläge, Kulturen und Saatklampe. Vortrag des Kollegen Holzapfel über Massenerträge, Kulturkosten und Kampfpflege. Die Damen sind freundlichst mit eingeladen und hoffen auf eine recht zahlreiche Beteiligung. Abfahrt von Siegen morgens 8,34 Uhr. Die Teilnehmer werden gebeten, ihr Essen direkt bei dem Förster Holzapfel zu bestellen.

Der Vorstand.

Stangenwalde (Regbz. Danzig.) Am Sonntag, dem 16. Juni d. Js., findet das erste diesjährige Scheibenschießen der Ortsgruppe auf dem Stande in Krug-Babenthal statt. Bei schlechtem Wetter acht Tage später. Beginn 3 Uhr nachmittags, Probeschüsse sind vorher abzugeben. Die Kollegen mit ihren Damen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen, Gäste sind willkommen. Nach dem Schießen gemütliches Beisammensein im Gasthof von Schischle in Babenthal.

Der Vorsitzende.

Torgelow (Regbz. Stettin.) Am Donnerstag, dem 13. Juni d. Js., nachmittags 7 Uhr, Mitglieder-versammlung im Vereinslofale zu Torgelow. Tagesordnung: 1. Beschlussfassung über ein abzuhaltendes Scheibenschießen; 2. Besprechung und Beschlussfassung der vom Schatzmeister und den Mitgliedern in der Versammlung zu stellenden Fragen und Anträge; 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegenmeister Krause, Kesselgrund bei Dohgen Vm., vorliegen. Was für die nächsthülfige Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Deutschheide (Regbz. Danzig.) Die am 21. April in Kaparus abgehaltene Sitzung war von zwölf Mitgliedern besucht. Eröffnet mit einem Horrido auf Sr. Majestät, erledigte sich die Tagesordnung wie folgt: 1. Der Vorsitzende erstattete eingehenden Bericht über die in Danzig am 18. Februar d. Js. getagte Delegiertenversammlung. 2. Das erste diesjährige Scheibenschießen findet am 1. Juni auf dem Stande in Pollum statt. 3. Auf einstimmigen

Beschluß wurde der Ortsgruppenbeitrag vom 1. Juli ab um 1 M. erhöht; es sind nunmehr halbjährlich 5,25 M. an den Schatzmeister abzuführen. Zur Bestreitung verschiedener Vereinslasten hat außerdem jedes Mitglied am 1. Juli 1,50 M. zu entrichten. Die in der Sitzung bestellten Jahrbücher werden den betreffenden Kollegen in nächster Zeit vom Schriftführer übersandt werden. Die nächste Versammlung soll in Decippel stattfinden.

Der Vorstand. Reumann, Vorsitzender.

Erster (Regbz. Potsdam). Die von 19 Kollegen besuchte Versammlung wurde um 7¼ Uhr eröffnet und zu Punkt 1 beschloffen: Am 6. Juli findet auf dem Scheibenstande am Restaurant „Bärenhöhle“, Bahnhof Rahnsdorf, ein Scheibenschießen statt, woran die Damen teilnehmen. Nähere Angaben werden den Mitgliedern gelegentlich der Einladungen zugehen. Zu Punkt 2: Die zur Bezirksgruppenversammlung formulierten Beschlüsse wurden dem Delegierten der Ortsgruppe zum Vortrag übergeben. Punkt 3 wird ausgelegt und zu Punkt 4 übergegangen. Bestellung der Jahrbücher war allgemein schon durch die Oberförstereien erfolgt und weitere Bestellungen nicht aufgegeben. Es wird noch besonders auf die Wichtigkeit der Förster-Jahrbücher hingewiesen. Zu Punkt 5 wird das Wort weiter nicht verlangt und folgebessert zu Punkt 3 übergegangen. Es nimmt Kollege Negling (Fahlenberg) das Wort und überreicht die Versammlung mit einem äußerst interessanten Vortrage über die deutsche Schrift. Der Vortragende erntet allgemeine Anerkennung und Dank. Außerdem hatte der Vortrag zum Schluß noch zur Folge, daß man allgemein zur Ansicht kam, zu jeder Versammlung einen Vortrag bringen zu müssen, da gerade dieser Punkt bisher mehr und mehr außer acht gelassen worden ist. Es meldet sich Kollege Bietich, welcher zur nächsten Versammlung am 1. Juli einen Vortrag über einen Tag in Ostfriesland halten wird. Es wird das Wort nicht weiter verlangt und die Versammlung geschlossen.

Der Vorstand. Landt, Vorsitzender.

Frankfurt a. D. In der Versammlung am 15. Mai ist beschlossen worden, der Einladung des Vereins ehemaliger Jäger und Schützen zu Frankfurt a. D. und Umgegend zur Fahnenweihe, verbunden mit 25-jährigem Stiftungsfeste, am Sonntag, dem 2. Juni d. Js., in der Aktienbrauerei zu Frankfurt a. D., möglichst vollzählig zu entsprechen. — Die Herren Kollegen werden daher gebeten, mit ihren lieben Angehörigen recht zahlreich zu erscheinen. Staender.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Palensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf., im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 Mk. ab Neubamm) geliefert. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Bezirksgruppe XIII (Mitteledeutschland).**Einladung**

zu der am Sonnabend, dem 15. Juni d. Js., nachmittags 4 Uhr, im Saale „Zum Johannesberg“ (Bahnhofstraße) stattfindenden Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die Bedeutung der vom Vereine eingeführten großen und kleinen forstlichen Lehrgänge.
2. Erfahrungen über die Schädigung des Waldes durch die Trockenheit des Sommers 1911.
3. Freie Anträge.
4. Besichtigung der 1911 bei der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Kassel vorgeführten Freiherrl. Riedeselschen forstlichen Ausstellung.

Für Sonntag, den 16. Juli, ist eine vier- bis fünfstündige Exkursion in die Freiherrl. Riedeselschen Forsten unter Führung des Forstrats Eulefeld in Aussicht genommen.

Vestellungen von Wohnungen zum Übernachten bitte ich rechtzeitig an Forstrat Eulefeld in Lauterbach (Hessen) zu richten.

Gersfeld, den 19. Mai 1912.

Der Vorsitzende: Schreiber, Oberförster.

Bericht

über den Verlauf der diesjährigen Versammlung der Bezirksgruppe VII, Schlesien B, am 11. Mai 1912 zu Breslau.

Nachdem die Herren Teilnehmer (41 Mitglieder und 6 Gäste) mit Wald- und Weinmannsheil begrüßt worden waren, wurde die Sitzung (1 1/2 Uhr nachmittags) mit einem dreifachen Horrido auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser vom Vorsitzenden eröffnet.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Allgemeine Vereinsangelegenheiten“, verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Vorsitzenden des „Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands“ betreffend Bildung von Ortsgruppen und Anerkennung derselben als Glieder des Vereins. (Antrag der Ortsgruppe Hinterpommern.) Die diesseitige Bezirksgruppe beschloß mit großer Mehrheit, den Vorschlägen des weiteren Vorstandes zuzustimmen.

Ferner wurde der Versammlung ein Schreiben des Vorsitzenden des „V. f. B. D.“ vom 6. April 1912 betreffend Zahlung von Mitgliedsbeiträgen (Entkommen über 2000 M. = 8,00 M. Beitrag) zur Kenntnis gebracht.

Hierauf hielt der Vorsitzende den von ihm angekündigten Vortrag über forstliche Buchführung, und zwar nach den folgenden Gesichtspunkten: „Brauchen wir denn unbedingt eine Buchführung in der Privatforstwirtschaft?“ Da diese Frage entschieden zu bejahen ist, ergeben sich die weiteren Fragen: „Zu welchem Zweck gebrauchen wir eine exakte Buchführung?“ „Wie sieht es in unserer Privatforstwirtschaft mit der Buch- und Rechnungsführung aus?“ „Wie soll nun eine wirklich exakte Buchführung, die über alle einschlägigen Verhältnisse Auskunft gibt, beschaffen sein?“ „Haben wir denn einen Mangel an Systemen forstlicher Buchführung?“

Nachdem vorstehende Fragen eingehend beantwortet waren, brachte der Vortragende eine seit 16 Jahren in der Stiftsforstverwaltung Kapsdorf bestehende Buch- und Rechnungsführung, welche sich nach Ansicht hervortragender Forstleute bewährt hat und von der Generallandschaft der Provinz Schlesien genehmigt ist, zur Kenntnis.

An der nach Schluß des Vortrages eröffneten Diskussion beteiligten sich insbesondere die Herren Oberförster Wadwig-Laskowitz und Revierförster Penning-Heidchen bei Trachenberg.

Ersterer empfahl die königlich sächsische Buchführung, letzterer wünschte eine Zusammenlegung der besseren Teile von der königlich preussischen und königlich sächsischen Buchführung.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Zum Delegierten für die diesjährige Mitgliederversammlung zu Eisenach wurde der Vorsitzende durch Zuruf gewählt. Die Bezirksgruppe stellt zu dieser Tagung den Antrag auf Schutz des Förster- usw. Titels.

Punkt 4: Erörterung forstlicher und jagdlicher Tagesfragen.

Herr Revierförster Jaeger-Cammelowitz sprach über einen in seinem Reviere vorgekommenen Fall von Vernichtung einer Kiefernfaat, deren Ursachen sich trotz aller Bemühungen seither nicht haben ermitteln lassen. Der Schaden selbst besteht in einer zweifachen Durchlöcherung des Kiefern sämlings dicht über dem Wurzellnoten und etwas höher. Herr Waldmeister Fiebig-Krzyszaki, welcher der Versammlung als Gast bewohnte, empfahl, dem Kaiser-Wilhelm-Institut zu Bromberg, Pflanzenuntersuchungs-Anstalt, Abteilung für Pflanzenkrankheiten, Exemplare einzuschicken, und dasselbe zu befragen. Hierauf wurde über den Bezug von ausländischen und einheimischen Sämereien debattiert.

Herr Oberförster Wadwig-Laskowitz warf die Frage auf: „Welche Beobachtungen sind bei der Anwendung der Bordelaiser Brühe gegen Schütte gemacht worden?“

Herr Oberförster Schulz-Wirschlowitz antwortete in eingehender Weise und verwies auf die vorzüglichen Resultate, welche nach seinen reichen Erfahrungen in der Oberförsterei Wirschlowitz gemacht worden seien.

Herr Oberförster Schulz-Wirschlowitz berichtete dann ferner über Mäusechälchäden in einem Weymouthskiefernkamp, angerichtet von der Brandmaus (Mus agrarius). Als gute Mäusefänger haben sich bei ihm die Tödel bewährt.

Zum Schluß fand noch eine allgemeine Aussprache über Pflanzenbezug statt.

Punkt 5: Diversez. Herr Waldmeister Fiebig-Krzyszaki brachte die beim Versicherungsamt des Vereins bestehenden Versicherungen in empfehlende Erinnerung. Schließlich wurde beschlossen, seitens der Bezirksgruppe im nächsten Winter in Breslau einen Vergnügungsabend mit Damen abzuhalten. Hierzu wurde ein Komitee, bestehend aus den Herren Oberförster Schulz-Wirschlowitz, Oberförster Wadwig-Laskowitz, Revierförster Penning-Heidchen und dem Unterzeichneten, gebildet, welchem die nötigen Arrangements überlassen wurden.

Hierauf schloß der Vorsitzende etwa 5½ Uhr nachmittags die Sitzung mit dem Wunsche auf ein gesundes, frohes Wiedersehen im nächsten Jahre.
K a m m e n d o r f bei Canth, 16. Mai 1912.
O b e r s t e i n, Forstverwalter.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3840. **Karl Graf von der Gröben-Fonarien**, Majorats Herr auf Fonarien, Post Großhermannau Kr. Mohrungen i. L. (Hr. I.).
3841. **Höpfert, Franz**, Forstlaufscher (Heraog v. Arenberg), Jh. Specht b. Böttrop. (Hr. XI.).
3842. **Eick, Wilhelm**, Revierjäger, Hollenbekerholz b. Bohlhorst i. Holst. (Hr. IV.).
3843. **Grünberg, Johannes**, Jäger, 2. Komp. Jäger-Batl. 3, Rübent. (Hr. IX.).
3844. **Rühl, Emil**, Privatforstmann, Stargard i. Medl. (Hr. III.).
3845. **Gräf, Bernhard**, Forstgehilfe, Kuppoben i. Unterfranken. (Hr. XIV.).
3846. **Magowki, August**, Forstwärter, Jh. Rosenstirn b. Winterfeld i. Altmark. (Hr. IX.).
3847. **Saefer, Gustav**, Hüfajäger, Freiwalde b. Babenz, Kr. Moienau i. L. (Hr. I.).
3848. **Carneki, Ernst**, Privatforster, Estrace, Post Kulsu, Gov. Warschau i. Rußland. (Hr. IX.).

Die Aufnahme in den Verein haben beauftragt:
Schubel, H.; Förster, Breten, Kr. Bielebe.
Hörmann, Karl, Förster, Norenberg i. Pomm.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan lauten ferner ein:

Hr. 87 8 M., Hr. 133, 182, 218, 280, 284, 623, 798, 812, 827, 847 je 4 M., Hr. 921 5 M., Hr. 1015 8 M., Hr. 1244 3 M., Hr. 1348 20 M., Hr. 1529 8 M., Hr. 1554 4 M., Hr. 1558 8 M., Hr. 1684 4 M., Hr. 1833 5 M., Hr. 1869 3 M., Hr. 1882, 1890 je 4 M., Hr. 1923 8 M., Hr. 1995 4 M., Hr. 2001, 2182, 2032, 2033 je 8 M., Hr. 2220 4 M., Hr. 2364 10 M., Hr. 2134, 2507 je 4 M., Hr. 2522 8 M., Hr. 2635, 2664 je 4 M., Hr. 2702 10 M., Hr. 2798 4 M., Hr. 2819 8 M., Hr. 3057, 3093, 3106, 3131, 3148, 3150 je 4 M., Hr. 3165 3 M., Hr. 3166 1 M., Hr. 3178, 3446, 3465, 3520, 3568 je 4 M., Hr. 3596, 3598 je 7 M., Hr. 3659 4 M., Hr. 3821 7 M., Hr. 3829 20 M., Hr. 3830 8 M., Hr. 3831, 3833, 3837, 3838, 3841—3846, 3848 je 7 M.

Sagungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugeandt. Alle Briefe und Aufträgen sind zu richten an die

Geschäftsstelle
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshußer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Waldd-Phyrmonter Forstbeamten. Ortsgruppe Krossen.

Samstag, den 9. Juni d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung in der Gastwirtschaft „Intorn“ zu Helsen.

Tagesordnung:

1. Einsammeln des Beitrages für das Vereinsblatt.
2. Verschiedenes.

Bezirksverein der Kommunalforstbeamten Ost- und Westpreußens.

Protokoll über die II. Hauptversammlung zu Braunsberg am 18. Mai 1912.

1. Der Vorsitzende, Kollege Gebbers, eröffnete die leider nur schwach besuchte Sitzung und gab ein allgemeines Bild über den Stand des Vereins.
2. und 3. Die Rechnung wurde revidiert und dem Kassierer, sowie dem Vorstände Entlastung erteilt.
4. Die bisherigen Blätter usw. werden als Vereinsorgane weiter gehalten resp. bestimmt.
5. Als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde Löben gewählt, und zwar soll die Versammlung anfangs Juni tagen.

6. Die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden mittels Zuzuf wieder gewählt und nahmen die Wahl an.

7. Der Vortrag über die Berleberger Biehversicherung fällt wegen Nichterscheins des Referenten aus.

Es wird den Kollegen bringend ans Herz gelegt, der Krankenunterstützungs- und Begräbnisasse deutscher Forstbeamten beizutreten.

J. A.: Sonnenberg, 1. Schriftführer.

Kollegiale Vereinigung der Forstbeamten von Königsberg Nm. und Umgegend.

Am Sonnabend, dem 15. Juni d. Js., nachmittags 2 Uhr, findet im Vereinslokal „Hotel Viktoria“ in Königsberg, Nm., Versammlung statt. wozu die Kollegen hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Besprechung wichtiger Vereinsangelegenheiten.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.

Nach der Sitzung gemäßigtes Zusammensein. Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Nur Befragung gelangende Forstbüchereien in Preußen. 447. — Nochmals die Privatforstschulen. Von Oberförster Lige. 447. — Aus dem Kaiserlich und Warigauer Gouvernement. Von W. Förster. 449. — Die Dänemarkzulage 451. — Aus dem Braunschweigischen Landtage. 451. — Starke Hagelwetter am Niederrhein. 451. — Einfuhr fremden Eisenerzsaftens und fremder Eisenerzsaften. 452. — Belämpfung der Mückenplage im Schußbezirk Wohldorf der Hamburger Staatswaldungen. 452. — Aus dem Herrenhaus. 453. — Bericht über die Winterernte der Märkischen Forstvereins in Berlin. 454. — Welche Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 458. — Vermehrte Verteilung von Staatsdomänen zu Beschäftigungszwecken. 459. — Unter dem Diebstahl von sogenannten „Grün“. 460. — Nützliches Kundeheilen ist rühmlicher Värm. 460. — Die Auffassung von Kahlflächen und die ungarische Forstwirtschaft in ungarischen Abgeordnetenhaus. 460. — Amtlicher Marktbericht. 461. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 461. — Brief- und Fragelosen. 462. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 463. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 464. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 466. — Inserate.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldbheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Hyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingefandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 23.

Mendauum, den 9. Juni 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- Försterstelle Goseplack** in der Oberförsterei Hardeggen, Regierungsbezirk Hildesheim, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen.
- Försterstelle Lanenburg** in der Oberförsterei Thale, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen. Verworbungsgefuche sind bis zum 20. Juni einzureichen.
- Försterstelle Saubusch** in der Oberförsterei Obornil, Regierungsbezirk Posen, ist zum 1. August 1912 neu zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. Juni eingehen.
- Forstassessorstelle Baitener Teerosen** in der Oberförsterei Regenthin, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Dienstgehöft mit etwa 2 ha Acker und Wiesen. Meldungen bis zum 18. Juni.

Schutzgräben mit einer schrägen Seitenwand.

(Mit 3 Abbildungen.)

Vom Königlichen Hegemeister Spizenberg-Bäderich der sich bereits seit längerer Zeit mit der Aufgabe befaßt, einen Ersatz für die bekannten Rüsselkäfer-Fanggräben zu schaffen, ist uns unter obigem Titel eine ausführliche Darlegung zugegangen, der wir auszugswiese folgendes entnehmen:

Die bisher zum Schutz gegen schädliche Forstinsekten und Mäuse, sowie gegen Ausbreitung von Seggerwuchs hergestellten Gräben waren eigentliche Fanggräben, d. h. sie wiesen auf beiden Seiten mehr oder weniger senkrechte Wände auf,

welche für die betreffenden Tiere nach oben hin nicht passierbar waren.

Die speziell zum Schutz gegen Rüsselkäfer hergestellten, etwa 20 cm breiten und tiefen Gräben sind außerdem noch mit besonderen Fanglöchern versehen, die meistens in Abständen von 10 bis 20 m gefertigt sind und etwa die gleiche Tiefe (von der Grabensohle aus gerechnet) wie der Fanggraben haben. Soweit nun die in diesen Gräben oder Löchern gefangenen Tiere nicht von anderen Tieren, z. B. dem Dachs, aufgefressen oder von Menschenhand heraus-

genommen werden, so gehen sie in dieser Gefangenschaft langsam und jammervoll zugrunde.

Da, abgesehen von bezüglichen Hinweisen des Verfassers in der 1908 bei J. Neumann in Neudamm (Preis 1 M.) erschienenen Broschüre über Mißgestaltungen des Wurzelsystems der Kiefer usw. S. 17 ad 11 — in neuerer Zeit auch von anderer Seite Bedenken gegen die erwähnten Gräben geäußert wurden, so z. B. in: „Forstwissenschaftliches Zentralblatt“ Juniheft 1909, Seite 338, ferner in der Zeitschrift: „Internationale Mitteilungen für Bodenkunde“ 1911, Band I Heft 2, betreffend Regenwürmer und Kleintiere im deutschen Waldboden, von Professor C. Ramann-München,

so möge in folgendem noch ein kleiner Beitrag zu dem Thema geboten sein, und zwar als Ergebnis von eingehenden Beobachtungen und Versuchen, die sich auf einen Zeitraum von etwa 30 Jahren erstrecken.

Wenn es auch üblich und vorgeschrieben ist, daß die in den Gräben gefangenen Rüsselkäfer zwecks Tötung gesammelt werden, und daß hierbei die nützlichen Insekten, deren Erhaltung für den Wald von großer Bedeutung ist, ins Freie gesetzt werden, so ist trotzdem ein Aussetzen der nützlichen Tiere nur in beschränktem Maße möglich, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die meisten der gefangenen Kleintiere graben sich, wenn sie erschöpft von den mißglückten Rettungsversuchen sind, vor dem Sterben in den Boden ein, oder sie suchen sich nach Möglichkeit an den Gräben- oder Fanglöcherwänden (gegebenenfalls unter eingewehten organischen Abfallstoffen) zu verfrachten, so daß sie beim Sammeln nicht ohne weiteres gesehen werden.

2. Da das Sammeln der schädlichen Insekten gewöhnlich nur kurze Zeit, etwa von April bis Juli, betrieben wird und folglich ein Aussetzen der nützlichen Tiere nach Schluß dieser Sammelzeit überhaupt nicht mehr in Frage kommt, so bilden die Fanggräben und -Löcher noch so lange ergiebige Fang- und Mordgruben, bis sie durch den nach und nach, gewöhnlich innerhalb einiger Jahre, eintretenden Verfall ihre Fang-eigenschaft — d. i. Unpassierbarkeit der Wände von unten aus — verloren haben.

Die gefährlichsten und am längsten fängisch bleibenden Gräben und Löcher sind jene, deren Wände unten von den gefangenen Insekten bei ihren Rettungsversuchen minierend abgelöst (untergraben) sind; hier finden bei nicht bindigem, aber abgetrocknetem Sandboden auch die Ameisen, die von allen einschlägigen Gliedertieren am besten klettern können, den sicheren Tod. Letzteres wurde u. a. durch ein 1902 angestelltes spezielles Versuch bestätigt, dem die Frage zugrunde lag, „ob oder inwiefern sich die betreffenden Lebewesen aus gewöhnlichen Käfergräben und je

nach der Bindigkeit und dem Feuchtigkeitsgehalt des Bodens durch Hochlaufen an einer Seitenwand befreien können.“

3. Da im Vergleich zu den schädlichen Tieren die Zahl der gefangenen nützlichen oder nicht schädlichen Tiere meistens sehr hoch ist (u. a. stellt sich nach einer Mitteilung in dem schon erwähnten „Forstwissenschaftlichen Zentralblatt“ das Verhältnis zwischen den nützlichen und den schädlichen Insekten wie 100 : 7), so ist das Aussetzen von großen Mengen nützlicher oder nicht schädlicher Tiere — falls das Aussetzen überhaupt ernstlich in Betracht kommt — zunächst sehr zeitraubend; ferner wirkt es auf die sammelnden Personen ermüdend, und schließlich unterbleibt es zuweilen ganz, weil es den Sammlerinnen widerstrebt, sich mit gewissen Tieren, besonders Mäusen, Eidechsen, Blindschleichen, Würmern, Fröschen, beharrlich zu befassen.

Da außerdem nicht anzunehmen ist, daß sich die ins Freie gesetzten Tiere die Richtung merken, in welcher der Fanggraben liegt, so werden viele (im großen ganzen wohl die Hälfte) immer wieder den Weg zum Fanggraben einschlagen.

Für die allgemeine Annahme, daß von den betreffenden Tierarten ein Teil forstlich gleichgültig, d. h. weder schädlich noch nützlich sei, fehlen stichhaltige Gründe. Alles, was sich im Walde an der Bewegung des Bodens, besonders der Oberflächenschicht, beteiligt und dadurch u. a. die Zersetzung der organischen Abfallstoffe begünstigt (vgl. z. B. Durchlüftung, Wasserleitung, Zerkleinerung, Mischung, Düngung), wird mehr oder weniger nützlich sein, nur wird bei manchen Tieren die Schädlichkeit zeit- und stellenweise überwiegen. Letzteres trifft z. B. beim großen braunen Rüsselkäfer auf jungen Kiefern- und Fichtenschonungen zu, hauptsächlich in der Nähe frischer Stiebsflächen, dann bei Mäusen auf Saatsfeldern durch Samenaufzehrung, besonders wenn Herbstsaat, namentlich Kiefernherbstsaat, vorliegt, oder durch Abnagen der Rinde an Jungwüchsen.

Wer, wie Verfasser, Gelegenheit gehabt hat, die Wühlklosterungsarbeit der einschlägigen Insekten zu beobachten, wer speziell gesehen hat, wie leistungsfähig sich hierin der stahlblaue Mistkäfer (*Geotrupes*) erweist, den mußte die massenweise Vernichtung dieses Käfers, sowie die Massenvernichtung der nützlichen Bodentiere überhaupt, welche ungewollt mit den bisherigen Fanggräben betrieben wurde, und die bei Nachsuchungen leicht und wohl überall feststellbar ist, mit tiefem Bedauern erfüllen.

Die erwiesene massenhafte Mitvernichtung der nützlichen Bodentiere dürfte hinreichend Veranlassung bieten, für die bisher gebräuchlichen Fanggräben eine geeignetere Form von Schutzgräben in Anwendung zu bringen, welche es

ermöglicht, die Fläche gegen schädliche Kleintiere, Unkrautwuchs und Wurzelkonkurrenz zu schützen, trotzdem aber den Käfern und sonstigen

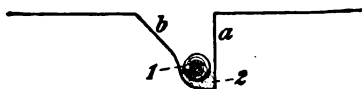
Tieren die Gelegenheit zum freien Auslauf gibt. Die Anlage eines solchen Schutzgrabens ist aus nachstehender Figur zu ersehen.



Figur 1.

Schutzgräben gegen Käffeltäfer usw. (Maßstab 1:10). Senkrechter Schnitt durch eine mit dem vorliegenden neuen Schutzgraben umgebene Fläche (Kultur, Schonung, Ramp, Samen- oder Pflanzenaufbewahrungsstelle) gegen schädlich werdende Tiere. a) Senkrechte Seitenwand als eigentliche Schutzwand. Bei feuchtem oder bindigem Boden, oder speziell gegen Mäuse, ist die senkrechte Schutzwand zweckmäßig durch die bei a 1 angebeutete Wand zu ersetzen. a 1) Nach innen gerichtete oder untergrabene Schutzwand. b) Schräge Seitenwand für den Auslauf der Tiere; Böschungswinkel gewöhnlich ca. 45 gradig. Da für die betreffenden Tiere bei wenig bindigem Sandboden und geringem Feuchtigkeitsgehalt das Bergauslaufen schwieriger wird, so ist in gegebenen Fällen für die Auslaufwand eine entsprechend schrägere Abdeckung zu wählen; vergl. b 1. b 1) Auslaufwand bei verminderter Abhängigkeit; Böschungswinkel etwa 30–35 gradig. c und c 1) Die gestrichelten Linien c und c 1) deuten an, daß der neue Schutzgraben auch mit einer Grabensohle von beliebiger Breite versehen sein kann; anwendbar bei schon vorhandenen gewöhnlichen Gräben, oder auf Böden mit hartem Gras- oder Unkrautwuchs.

Zu diesen neuen Schutzgräben bemerkt der Verfasser, daß der Schutz einer Kulturlfläche, welcher sich durch das Ziehen eines Fanggrabens ermöglichen läßt, lediglich dadurch erreicht wird, daß ein Einwandern der Käfer verhindert wird (nicht das Einsfliegen!). Dieser Schutz gegen Einwanderung wird nun bei Anwendung der neuen



Figur 2.

Senkrechter Schnitt quer durch eine mit einem Fangknüppel besetzte Stelle des Schutzgrabens. Die Auslaufwand b zeigt unten eine rundliche Ausformung als Lager des Fangknüppels 1, damit das Anheben und Abschieben des Knüppels erleichtert und ein Anfliegen an die Schutzwand a, oder ein Schließen an derselben vermieden werde; vergl. u. a. das Abfallen der Käffeltäfer bei Erschütterungen und das Bedeckwerden der Käfer durch abrieselnden Sand. 2) Lagerhöhe; vergl. auch 2 bei Figur 3. Falls die Schutzgräben eine entsprechend breite Grabensohle aufweisen (sfr. c in Figur 1), da ist die rundliche Ausformung nicht erforderlich.

Schutzgräben mindestens ebenso sicher erzielt, als bei den alten Fanggräben. Gegen die auf- oder eingeslogenen oder schon vor der Grabenherstellung auf der zu schützenden Kulturlfläche vorhandenen Käffeltäfer kann der Käfergraben der alten Form auch nicht oder doch nicht mehr schützen als der neue Schutzgraben. Dieser neue Graben schützt also die Kultur ebenso wie der alte Fanggraben, gibt aber namentlich den nützlichen Käfern die Möglichkeit, den Graben verlassen und ihr Leben retten zu können. Als durchschlagendes Vertilgungsmittel gegen den großen braunen Käffeltäfer dürften die Fanggräben im allgemeinen wohl überhaupt nicht in Betracht kommen, denn dieser Käfer ist im ganzen Kiefernwalde verbreitet. Man trifft ihn im Frühjahr überall an, sei es auf

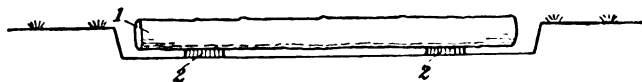
Schlagflächen, Kulturen, in Dichtungen, Stangen- und Althölzern, ja sogar auf dem Felde. Sollte nun wirklich eine nennenswerte Verminderung dieses Käfers erzielt werden durch Fanggräben, welche etwa den hundertsten Teil der Gesamtfläche des Waldes umgeben?

Will man die Käffeltäfer nicht nur zurückhalten, sondern zugleich wirksam vernichten, so bieten außer der bekannten Fangknüppelmethode auch die neuen Schutzgräben Gelegenheit, dieses durch Sammeln der Käfer in der Hauptflugzeit, sowie durch Auslegen von Fangknüppeln in die Gräben usw. zu erreichen. Zu letzterem Zwecke erweist sich eine kleine Erweiterung oder Einformung des Knüppellagers an der Schrägwandseite (s. Fig. 2) sowie die Sicherung einer etwa 1 cm ausmachenden Hohlraum durch Lagersteg als zweckmäßig.

Diese seit 1902 eingehend ausprobierte Hohlraumlagerung, deren nähere Begründung hier zu weit führen würde, gilt natürlich auch für die außerhalb der Schutzgräben zu legenden Fangknüppel. (Fig. 3.) Erwähnt sei hier nur das sofortige Verkleben des austretenden Harzes mit Boden, wenn die frisch bearbeitete Seite des Knüppels ganz ausliegt — und als Folge: Herabminderung des ausströmenden Harzgeruches sowie Verdunkelung der beim Käfersammeln zu sichtenden Knüppelfläche.

Die Herstellung der Lagersteg lässt sich auf leichte Weise durch Zusammenziehen von etwas Krümelboden bewirken.

Um die Fangfähigkeit möglichst lange zu erhalten, werden die Knüppel beim Auslegen



Figur 3.

Senkrechter Längsschnitt durch einen in gewöhnlicher Weise (also nicht in einem Schutzgraben) ausgelegten und auf Lagerstegen ruhenden Fangknüppel. 1) Fangknüppel. 2) Lagersteg.

zunächst nur auf einer Längshälfte von der Vorne und dem äußeren Teil der Rinde befreit, und diese Seite wird nach unten gelegt. Erst nach Ablauf der ersten Benutzungszeit (6 bis 18 Tage, je nach Jahreszeit, Witterung und Stärke der Langsnüppel) wird die zweite Längshälfte geschält und weiter benutzt.

Kloben im Sinne der Forstbenutzung sind für den Fangbetrieb weniger geeignet als schwache Snüppel und Reiserknüppel; als geeignete Fangsnüppelstärke kann ein oberer Durchmesser von 6 bis 10 cm gelten. Beim Sammeln der Käfer ist auch das Snüppellager nachzusehen; hier sind besonders an und in den Lagerstegen Käfer zu finden.

Bezüglich der Anlage der Schutzgräben sei noch erwähnt, daß diese — Kiefern- oder Fichtenreviere mit passendem Boden vorausgesetzt — hauptsächlich bei Kahlhieben anzuwenden sind, wo sie nach Möglichkeit schon im März, und zwar rings um die Schlagfläche herum, anzulegen sind.

Sollte aus wirtschaftlichen Gründen eine vollständige Umzäunung der Hiebsflächen mit Gräben nicht durchführbar sein, so schütze man wenigstens jene Schlagseiten, die an Kultur- oder Schonungsflächen grenzen.

Die gewöhnliche Tiefe der Schutzgräben beträgt, wie bei den bisherigen Käfergräben, etwa 20 cm; die obere Breite wird bei durchschnittlichen Sandbodenverhältnissen ebenfalls etwa 20 cm betragen, so daß der Böschungswinkel für die Auslaufwand etwa 45 Grad mißt.

Wo eine in Figur 1 bei c ange deutete Grabensohlenbreite in Betracht kommt (z. B. bei entsprechender Umformung schon vorhandener Gräben, oder auf stark gras- oder unkrautwüchsigen Böden), da beträgt die obere Breite um soviel mehr, als die Sohlenbreite ausmacht.

In gegebenen Fällen, z. B. wenn der vorliegende Sandboden sehr bindig oder feucht ist, läßt sich die Sicherheit gegen das Überklettern der Schutzwand a auf leichte Weise durch untergrabende Schrägstellung (vgl. a 1 in Figur 1) vergrößern.

Wo die neuen Schutzgräben gleichzeitig oder ausschließlich gegen Mäuse schützen sollen, ist die Tiefe auf etwa 35 cm zu bemessen; die obere Breite würde hier — um den unter gewöhnlichen Verhältnissen für den Auslauf der Tiere passenden Böschungswinkel zu erzielen — ebenfalls etwa 35 cm messen, vorausgesetzt, daß der Graben unten keine Breite hat, sondern, wie gewöhnlich, schräg-keilförmig ausläuft. Der Grabenauswurf wird auf der Seite der senkrechten Wand (evt. hügelartig in etwa 1 m betragenden Abständen) zusammengeworfen.

Montiert die neue Grabenform lediglich zum Schutz gegen schädlich werdenden Wurzel-

wuchs (z. B. bei Segge) in Anwendung, so wird die senkrechte Seitenwand (a Figur 1) nach der Seite gelegt, auf welcher sich das zu isolierende Unkraut befindet, während beim Schutz gegen Tiere die senkrechte Wand auf die Seite der zu schützenden Fläche kommen muß.

Des weiteren bemerkt Verfasser, daß man in der Kulturzeit keine Pflanzspalten oder Bohrlöcher über Nacht oder Mittag offen stehen lassen möchte; das gleiche gilt für die von der Benutzung der Kulturleine, nämlich den Leinenstäben, herrührenden Löcher, besonders bei Stamparbeiten. Nach dem Ausziehen des Leinenstabes ist das gebildete Loch sofort zuzustoßen. Es ist erstaunlich, wie schnell und reichlich sich die emigrierenden Gliedertiere in solchen Löchern und Spalten fangen, besonders bei warmem Wetter.

Im übrigen sollen steilwandige Löcher für stärkere Pflanzen (z. B. Heister), falls sie eine Zeitlang unbepflanzt bleiben, ebenfalls mit je einer schrägen Auslaufwand versehen werden, desgleichen alle ähnlichen Anlagen, wie Abzugsgräben, Grenzgräben, Bodenlöcher.

Die vorstehend beschriebenen Schutzgräben haben sich bei ihrer bisher nur in beschränktem Umfange erfolgten Anwendung bereits bewährt, und es wäre bei dem nützlichen Zweck und um der mit den alten Fanggräben verbundenen massenweisen und an Tierquälerei erinnernden Vernichtung der Bodentiere zu begegnen, sehr erwünscht, wenn mit dieser Neuerung ausgedehntere Versuche unternommen würden. Sehr interessant wäre es dann, wenn über die gemachten Erfahrungen in der „Deutschen Forst-Zeitung“ berichtet werden könnte.

Professor Dr. Ramann, der bekannte große Forscher auf dem Gebiete der forstlichen Bodenkunde, sagt in bezug auf die bisherigen Fanggräben in der eingangs erwähnten Abhandlung wörtlich folgendes:

„Nachgrabungen unter Fanglöchern ergaben oft massenhafte Tierreste, zumeist von nützlichen Käferarten stammend. Besteht auch die Vorschrift, die schädlichen Käfer, die sich gefangen haben, zu töten, die nützlichen wieder in den Wald zurückzuwerfen, so sind doch die Schwierigkeiten, welche der Durchführung dieser Bestimmungen entgegenstehen, nicht zu unterschätzen. Haben wir auch noch kein sicheres Urteil über die Bedeutung der verschiedenen Tiere für die Umbildungen der Böden, so hat man doch alle Ursache, alles zu fördern, was der Entwicklung der niederen Tierwelt günstig ist und alles fernzuhalten, was sie schädigen kann. Die Störung des Gleichgewichtes der natürlichen Faktoren durch Eingriffe des Menschen hat sich im Walde wohl immer als unvorteilhaft erwiesen. Besonders gilt das für Sandböden, die sich rasch verändern.“

Die Bedeutung des Waldstaudenroggens für die Kulturen.

Wenn ich, entgegen meiner eigentlichen Absicht, zu dieser Frage das Wort schon heute nehme, so muß ich bemerken, daß mir dazu die Anfrage über Waldroggen in Nr. 11, 1912 von „Forsters Feierabende“ auf Seite 169 Veranlassung gab. Die meinerseits nach dieser Richtung hin unternommenen Versuche gelangten noch nicht völlig zum Abschluß, und beabsichtige ich, zur gegebenen Zeit auf dieses Thema eingehender zurückzukommen. Heute sei nur das zum Ausdruck gebracht, was schon jetzt dem betreffenden Fragesteller und anderen Interessenten von Nutzen sein könnte.

Offerten über Waldroggen gingen mir in diesem Frühjahr von H. Gärtner, Schönthal bei Sagan i. Schlesien, desgleichen von Jritsch & Weder, Großstabs i. Thüringer Wald, und mit der Frühjahrsliste von Schulze & Pfeil, Rathenow, zu. Der geforderte Preis war 35 bis 36 M pro 100 Kilo, während die letztgenannte Firma nur 0,30 M für 1 Kilo verlangt. Ob indes noch Saatgut zu haben sein wird, weiß ich nicht, denn ich bestellte bereits zeitig im Februar und habe schon Ende März den Waldroggen gebrüllt. Um mit einem Wort die Art des in Frage stehenden Roggens klar zum Ausdruck zu bringen, erscheint mir die in der Überschrift geführte Bezeichnung die richtigste auch für den Fernstehenden zu sein. Ob man sonst Waldstaudenroggen oder Stauden-Waldroggen sagt, bleibt gleich und bedeutet schließlich dasselbe. Waldstauden erscheint weniger klar, da unter dem Kollektivnamen „Korn“ oft alle Getreidearten inbegriffen sind. Wald-Stauden-Woggen; kurz Waldroggen hier genannt, ist weder als Winter- noch als Sommerroggen zu behandeln. Das Wort „Stauden“ besagt, daß diese Roggenart sich besonders stark bestockt und Stauden bildet, d. h. im Jahre der Ausfaat, während, wie in der Antwort bereits bemerkt, die Halme erst im zweiten Jahre sprießen und darauf dann die Ernte stattfindet. Mit der einmaligen Bestellung wird also für zwei Jahre die Arbeit geleistet, was besonders auch bezüglich des Preises für Saatgut und an sonstigen Unkosten zu berücksichtigen ist. Die Bemessung des Samenquantums scheint auch hier von einschneidender Bedeutung zu sein. Obgleich schon früher Waldroggen kultiviert, fragte ich gelegentlich bei einer Verkaufsstelle wegen der Kulturanweisung an und erhielt zu meinem Erstaunen die Auskunft, daß Waldroggen wie gewöhnlicher Feldroggen zu säen sei. Das sollte nun aber nicht erwartet werden, daß solche Auskünfte von bekannten Firmen gegeben werden könnten.

In der betreffenden Antwort findet sich nun weiter auch keine Bemerkung darüber, wieviel der Fragesteller säen soll und „darf“. Ich betone ausdrücklich „darf“, wenn der Roggen in der Kultur Platz finden soll. Eine andere Firma, welche mir seinerzeit den ersten Waldroggen verkaufte und auch später die Lieferungen erhielt, gab mir folgende, inzwischen als richtig erprobte Kulturanweisung:

„Waldroggen darf nur im Frühjahr gesät werden, die Ernte erfolgt im Jahre nach der

Ausfaat. Es läßt sich also kein Vergleich mit dem gewöhnlichen Sommer- oder Winter-„Feld“-Roggen ziehen. Die Ausfaat kann nur da erfolgen, wo die Fläche an Unkraut und Gräsern frei ist. Und jetzt kommt der Kernpunkt: von Waldroggen wird nur halb so viel ausgesät als auf gleicher Fläche des gewöhnlichen Feldroggens, weil er feinkörniger ist.“

Was bezwecken wir nun aber mit dem Anbau von Waldroggen? Es fragt sich zunächst, ob die Kultur durch Gatter geschützt wird oder nicht. Wo ein guter Wildstand vorhanden ist, wird, wenn rationell verfahren, immer gegattert werden müssen. Als Nahrung kommt unser Roggen also hier nicht in Betracht, und darum sei dieses Moment der Kürze wegen heute ausgeschaltet. Roggen nimmt bekanntlich mit geringeren Bodenarten fürlieb. Wie ja allgemein festgestellt werden kann, ist der Graswuchs in unseren Kulturen, besonders wie im Jahre 1911 bei Dürre, ein schlimmes Kulturhindernis; denn er zieht die Feuchtigkeit aus dem Boden und läßt Schnee, Regen und Tau nicht in diesen gelangen, sondern säugt alle Niederschläge auf und bringt das so nötige Wasser zur Verdunstung. Da beim Roggen von geringen Bodenarten die Rede war, so mag mancher sagen, ja, geringe Böden haben aber doch in der Regel keinen Graswuchs. Doch: Wer kennt nicht den bösen Bodsbart? Nun ist der Roggen aber eigentlich auch zu den Gräsern zu zählen. Damit wir einerseits den geringen Gräsern die Daseinsbedingungen unterbinden, säen wir Waldroggen. Damit aber andererseits ein gleiches Übel vermieden wird, müssen wir dünn, recht dünn säen. Der Roggen wird recht hoch über dem Boden geerntet, während die langen Stoppeln humusbildend den Boden bedecken. Heuer habe ich mit 25 cm Reihenabstand und 40 kg Saat pro Hektar Waldroggen gebrüllt und die Mitte wie auch die Radspuren bei einer 2,50 m breiten Maschine als Markierstriche beim Pflanzen von einjährigen Kiefern mit bestem Erfolge bemut. Es kommen somit die erste Kiefernreihe in die linke Radspur, dann mit je 25 cm Abstand vier Reihen Roggen, alsdann folgt die zweite Kiefernreihe, deren Streifen durch die mittlere, leerlaufende Fülle der Drillmaschine markiert wird, hierauf wiederum vier Reihen Roggen, so daß die dritte Kiefernreihe in die rechte Radspur fällt. Dieses Verfahren wiederholt sich auf der ganzen Fläche, die Entfernung der Kiefernreihen beträgt hierbei 1,25 m.

Seelow b. Storkow, Mark, 8. April 1912
G a r b a c h.

Über den Anbau des Waldstaudenroggens ist in Nr. 16 und 24 Bd. 22 der „Deutschen Forst-Zeitung“ bereits berichtet worden. Nach den dort für Gebirgsböden mitgeteilten Erfahrungen kann die Ausfaat des Waldstaudenroggens sehr gut mit einer gleichzeitigen Daserausfaat verbunden werden, zumal der frische Gebirgsboden hierfür auch sehr günstig ist. Die Ausfaat dieser beiden Getreidearten erfolgt gemeinsam in den Monaten März bis Mai. Die zu bebauende Fläche wird im Herbst

oder Frühjahr geräumt, das noch vorhandene Heilig auf Haufen gebracht, verbrannt und die Asche gleichmäßig auf der Fläche verteilt. Das weitere Verfahren wird folgendermaßen beschrieben:

Wie schon angegeben, baut man Hafer und Walbstaubenroggen zu gleicher Zeit an und mengt in 50 kg Hafer 10 bis 12 kg Staudenroggen. Die zu bebauende Fläche wird nun schwach bis mittelstark überfät (die Saat wird mit Rodehaden eingeharkt) und dann mit Fichtenspflanzungen bepflanzt. Der Hafer wird nun im Herbst des ersten Jahres, das Staudenroggen im Herbst des zweiten Jahres geerntet. Das Aussäen und Einharften kostet pro 50 kg, wenn ein Tagelohn von 2,00 M. pro Tag gezahlt wird, 10 bis 12 M. Die Ernte hängt viel von der Witterung ab, und geben 50 kg Ausfaat etwa 2 bis 4 Schock Hafer, und das Schock Hafer ergibt an Körnern etwa 100 bis 110 kg. Das Schneiden mit der Sichel kostet pro Schock 2 bis 3,00 M. Binden und Rüden an die Wege 0,80 bis 1,00 M. Bei hohen, steilen Hängen wird die Ernte auf Schlitzen geladen und von Männern an die Wege gerückt. Auf derselben Fläche, wo 50 kg Hafer mit 10 bis 12 kg Staudenroggen gesät wurden, erntet man 2 bis 4 Schock Staudenroggen, und ergibt das Schock an Körnern 100 bis 120 kg. Die Erntekosten sind ebenso hoch wie beim Hafer, nur kommt das Heranrücken an die Wege etwas höher. Die Kosten des Ausdreschens der Ernte sollen nicht erst angegeben werden, diese richten sich auch viel nach den Maschinen, welche einem zu Gebote stehen. Das Stroh des Hafers ist ein gutes Futter für das Vieh und bei günstiger Witterung so gut wie Heu, da das junge Staudenroggen doch mit dazu geschnitten wird, denn dieses erreicht im ersten

Jahre mitunter schon eine gewisse Höhe. Das Stroh von einem Schock Staudenroggen wiegt über 150 kg und wird gut bezahlt. Der junge Hafer und das Staudenroggen werden vom Wilde gern angenommen, auch kommt der gesamte Anbau den Kulturen sehr zu Hilfe, da das Unkraut dadurch nicht aufkommen kann, auch gewähren die Halme den Pflanzungen Schutz gegen zu großes Austrocknen des Bodens. Ist die Witterung günstig gewesen und wird die Ernte nicht durch Hagel vernichtet, so ist es für den Anbauer sowie für jeden anderen eine Freude, so schöne Felder auf so hohen Berglehnen und an Felsenhängen zu sehen. Dem Landwirt aus der Ebene würde ein Anbau von Getreide auf solch hohen Bergen, wenn er Gelegenheit hätte, die Ausfaat sowie die Ernte zu beobachten, fast unmöglich erscheinen. Wie schon alles Vorgesagte auch klingt, so kann es doch vorkommen, daß man auch trübe Erfahrungen macht und in trodenen Jahren kaum die Ausfaat erntet, obgleich das Staudenroggen infolge seiner guten Bestockung die Trockenheit besser aushält als der Hafer. Vom Wilde wird der Walbstaubenroggen sehr gern genommen, und es wird sich daher, wenn auf einen Körnerertrag gerechnet wird, empfehlen, die bebaute Fläche einzugattern.

Aber auch als direkte Wildbäugpflanze hat der Walbstaubenroggen großen Wert, da er sich stark bestockt und, wenn er auch fast völlig abgeäßt ist, sich doch im nächsten Jahre wieder kräftig entwidelt. Man hat sogar die Beobachtung gemacht, daß dort, wo er auf jungen Kulturen ausgesät wurde, der Verbiß der Forstpflanzen völlig unterblieb. Ein Anbaubersuch mit Walbstaubenroggen könnte daher nur vorteilhaft sein.

Mitteilungen.

— **Die Wälder Persiens.** Persien nimmt seit einigen Jahren die allgemeine Aufmerksamkeit mehr als früher in Anspruch. Vielleicht ist deshalb eine Mitteilung über seine Wälder nicht unerwünscht. Nach Eurosch (Professor in Neu-Alexandrien, vgl. „Silva“ 1912, Nr. 14) hat es 16 Millionen Hektar Wald = 10 % der Gesamtoberfläche, und 1,7 ha auf den Kopf der Bevölkerung. Der Wald ist jedoch sehr ungleich verteilt, der größte Teil des Landes waldbearbeitet; Holzwuchs dort nur in städtischen Obstgärten, Gruppen von Platanen, Zypressen und kleinem Eichengebüsch vorhanden. Um so reicher an den mannigfaltigsten Beständen sind die kaspischen Provinzen. Hier findet man Walnuß, Ulmen, Platanen, Akazien, Buchsbaum u. a. Waldbreich sind ferner die Gebirge Kurdistans. Wichtig ist die Ausbeutung der bis zu einem Zentner schweren Walnußmase in bei Astrak (am Kaspischen Meere), nahe der russischen Grenze. In geringer Menge werden Fokstohlen, Buchsbaum, Gummischwarzbaum aus, dagegen jährlich von Cherson aus für 3 Millionen Rubel Kistenbrettchen zum Verpacken von Datteln eingeführt, von denen aber nur 20 % aus Rußland, 80 % aus Österreich-Ungarn und Rumänien stammen. — Der Eisenbaum (Parrotia persica), eine seltene Holzart, durch ihre Härte ausgezeichnet, findet

sich am Kaspischen Meere, an der russischen Grenze, in der Küstenniederung bis zu einer Höhe von 200 m. — Einer älteren Mitteilung des „Russischen L. Journal“ sei noch auf die Gefahr hin, daß sie schon anderweitig bekannt geworden, folgendes entnommen: Von der russischen Grenze am Astrak bis Teheran sieht man nur krüppelige Weiden an den Wasserläufen und ebensolche Obstbäume in den Gärten. Nur der Pfirsich ist gutwüchsig und trägt sehr wohlgeschmeckende Früchte. Ferner sieht man Granatbäume und einzelne schlechtwüchsiges Oliven. Die persische Ebene ist Wüste, die häufig nicht einmal Gras trägt. Eine Ausnahme bildet die Provinz Masanderan am Kaspischen Meere. Doch gibt es viel harzige Gewächse, die als Streu und Brennholz dienen. Auch die persische Rose, Rosa persica, überzieht oft meilenweit die Wüste. Ihre Blüten sind goldgelb, mit dunkelbraunem Kelch, die Äste sehr dornig, die Früchte zimmetfarben und behaart. Sie wächst im östlichen Teile der Ebene und am Elborus bis zu einer Höhe von 12 000 m. Eine andere goldfarbige Rose wird vier bis fünf Fuß hoch und bildet Gebüsch. Die Provinz Isfahan, 65 Meilen von Teheran, ist wasserreicher und hat grüne Grasflächen. Die Gärtnerei ist noch sehr zurück, auch südlicher herrscht kein Wohlstand. Bei Schiras, 14 Meilen von Teheran,

gebeht die bekannte Bengalische Roje, aus der Rosenöl und Rosenwasser gewonnen wird. Weiter südwestlich, nach der arabischen Grenze zu, findet sich die Dattelpalme ein, aber eigentliche Wälder gibt es auch dort nicht. Diese beginnen erst nach Norden zu, an den Ausläufern des Elborus-Gebirges. Anfangs zeigt sich allerlei Gesträuch, dann Feigen und Granaten in ziemlich dichtem Schluß mit anderen Holzarten. 20 bis 30 Meilen am Kaspischen Meere zieht sich von Astrabad nach Reischit Urwalb hin, in welchem alle europäischen Laubhölzer, nur in anderen Arten, auftreten: Buche, Eiche, Hainbuche, Birke, Bergahorn, Esche, Erle, Pflaumen-Arten. Die Wälder sind ungleich schnellwüchsiger als die europäischen. Kadelhölzer fehlen. Dagegen erscheint die Myrte baumartig; ferner wilder Weinstock, Efeu, Pomeranzen und Zitronen, deren starker Duft zur Blütezeit die Luft erfüllt. Die Feige ist so mit Früchten beladen, daß ihre Äste sich biegen. Die Granatenhölzer schimmern rot, wenn sie blühen. An anderen Orten treten Walnuß und Maulbeere auf. — Von Wirtschaft ist in diesen Wäldern selbstverständlich keine Rede, jeder haut und nimmt, was er braucht. Im vegetationslosen

Innern ist das Holz teuer, und in der Nähe der Städte werden Kohlen zum Teil aus Obstbäumen geschwelt. Man schreibt in Persien den Verfall des Landes der Austrottung der Wälder zu, durch welche der Mangel an Regen und Feuchtigkeit entstanden sei. Das Land hat nur zwei große Flüsse. Wenn es im März und April nicht regnet, tritt Dürre und Hungersnot ein. Die Einwohner müssen dann das ganze Jahr hindurch jeden Tropfen Wasser weit herholen. Man würde in Persien Wald genug haben, wenn das natürliche Ausbreiten der Vegetation durch Weide usw. nicht gehindert würde, denn der Boden ist so fruchtbar, wie in wenigen Ländern, sowohl für landwirtschaftliche wie für Waldbewäcche. Hätte man Wald, so hätte man mehr Regen, wie dies in Reischit und der Provinz Masanderan tatsächlich der Fall ist, und die Einwohner könnten massenhaft ausführen, während jetzt die Einfuhr stark überwiegt.

Relats refero. Die letzten Mitteilungen hat das „E. Journal von 1874“ der Persischen Zeitung „Gai“ entnommen, und ich habe damals in irgend einer Zeitschrift (ich weiß nicht mehr in welcher) kurze Notizen davon veröffentlicht, die ich hier ausführlicher wiedergebe. G u f e.

Berichte.

Bericht über die Winterversammlung des Märkischen Forstvereins in Berlin am 12. Februar 1912. *)

(Schluß.)

Im dritten Teile seines Vortrages behandelt der Redner die Frage, wie hoch ist der dem Forstschuß durch den Waldbrand zugefügte Schaden? Seine etwas verblüffende Antwort lautet: „Der große Schweriner Waldbrand hat den Revierreinertrag oder die Revierrente auf Jahre hinaus jährlich um 50- bis 60 000 M. erhöht.“ Zur Begründung dieser Antwort macht Voigt folgende Rechnung auf:

„Die werbungskostenfreie Einnahme für Holz der jetzigen Oberförsterei Schwerin betrug im Jahre 1910 rund 200 000 M. Die Brandfläche von rund 1700 ha hat daran einen Anteil von $17/42 =$ rund 80 000 M. Man wird bei diesem Anlaß keinen erheblichen Fehler begehen, denn die Bestandesverhältnisse der Brandfläche waren gleichartig mit denen der Restfläche des Reviers. Der Erlös von dem auf der Brandfläche eingeschlagenen Holze beträgt voraussichtlich 2,5 Millionen Mark, an Werbungskosten sind etwa 110 000 M., an Kulturkosten etwa 136 000 M., für 20 % Nachbesserungen etwa 27 000 M., für sonstige Mehrausgaben, Wegebau u. a. etwa 27 000 M., d. h. zusammen rund 300 000 M. abzuziehen, so daß dann ein reiner Überschuß von 2 200 000 M. aus dem verkauften Holze verbliebe.

Dieses Kapital bringt unter Zugrundelegung des jetzigen landesüblichen Zinsfußes von 4 %

jährlich 88 000 M. Zinsen, also bereits 8000 M. mehr als die bisherige werbungskostenfreie jährliche Holzeinnahme auf der Brandfläche. Gleichzeitig arbeitet die voraussichtlich in drei Jahren wieder ganz bestandene Brandfläche an einer weiteren Einnahme des Reviers durch den auf dieser Fläche gewährten jährlichen Hausarbeitsdurchschnittszuwachs des neuen Bestandes. Wenn man diesen nur mit 3 km pro Jahr und Hektar, also sehr niedrig, veranschlagt, so bringt die Brandfläche außer den 88 000 M. in barem Gelde noch rund durchschnittlich 5000 km Holz ein. Wie hoch man diesen Gewinn in Geld einsetzen kann, entzieht sich einer genaueren Berechnung, aber niemand wird Anstoß daran nehmen, wenn man ihn je Festmeter auf 10 M. veranschlagt, da es sich um Kiefern mit voraussichtlich 90 bis 95 % Nupholz handelt. Die Gesamt mehr einnahme des Reviers würde selbst bei den sehr niedrigen Ansätzen mithin noch auf Jahre hinaus 58 000 M. pro Jahr betragen.“

Voigt gibt ohne weiteres zu, daß der vorstehenden Rechnung von Finanzpolitikern vielleicht wesentliche oder prinzipielle Fehler vorgeworfen werden können, man wird ihr aber eine gewisse Berechtigung nicht abstreiten können, und sie gibt Veranlassung zum Nachdenken in mancherlei Beziehung.

Einige Beobachtungen über das Verhalten des Rot- und Rehwildes bei und nach dem Brande bilden den Schluß des Voigtschen Vortrages. Das Rotwild verließ die brennenden Schonungen erst, wenn das Feuer ziemlich nahe kam, trotzdem dürfte dem vor dem Brande ziemlich leidlichen Rotwildstande durch Verbrennen nur wenig Schaden zugefügt sein. Denn Überreste von verbranntem Wilde wurden nicht gefunden, und im ganzen wurden nur zwei beschädigte Stücke

*) Der Vortrag des Herrn Forstmeister Voigt-Schwerin a. B. ist in dem Bericht der Winter-tagung des Märkischen Forstvereins von 1912 nördlich auf 34 Seiten Umfang abgedruckt. Der Bericht ist für 75 S. bei J. Neumann, Neudamm, käuflich.

Rotwild bemerkt. Nach dem Brande suchte das Wild noch lange seine alten Schonungen auf, mußte aber schließlich doch aus Mangel an jeglicher Nahrung weichen. Nachdem der riesige Holzeinschlag begonnen hatte, mied es die Brandfläche gänzlich, trat infolge vermindelter Nahrung im Walde frühzeitig auf die Felder aus, blieb auch öfters in den benachbarten Bauernwäldungen stehen und wurde dort von einigen Grenznachbarn schonungslos auf dem Anstande und bei Lappjagden hingemordet, so daß das Schweriner Revier doch einen ziemlichen Verlust zu verzeichnen hat. Die Hehe verließen die brennenden Schonungen auffallend früh. Auch unter ihnen sind unmittelbar durch den Brand wesentliche Verluste nicht entstanden, die unversehrten Revierteile weisen jetzt einen viel stärkeren Reststand auf als vor dem Brande, allerdings wurde auch hier ein größerer Teil als in normalen Jahren Jagdbeute der Nachbarn.

„So lange die 7000 Morgen große Brandfläche noch einem großen Leichenfelde ähnelt, so lange man dort statt der Büsche Knall noch immer den dampfenden Fall der Grubenholzstämmen hört, vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein Hunderte von Feuern leuchten sieht, die das wertvolle Reisig verbrennen, so lange noch das eiförmige Geräusch der Sägewerke erdröhnt, wird das Wild wohl diese Schreckensstätte meiden. Wenn aber, hoffentlich in nicht zu langer Zeit, der letzte Kulturhadenschlag getan sein wird und junges, frisches Gras auf der weiten Fläche sprießt, dann wird man hoffentlich nicht nur in forstlicher, sondern auch in jagdlicher Hinsicht sagen können: „Und neues Leben sprießt auf den Ruinen!“

Mit diesem hoffnungsvollen Ausblick beendet Forstmeister Voigt seine überaus interessanten und sehr eingehenden Ausführungen über den großen Schweriner Waldbrand. Lebhafter, langanhaltender Beifall wird ihm dafür von der Versammlung zuteil.

Als Mitberichterstatter zu dem zur Verhandlung stehenden Thema erhält alsdann von Waldow-Reisenstein auf Königsvalde das Wort. Auch er gibt eine Schilderung vom Verlauf des gewaltigen Brandes, soweit er ihn in seinem eigenen Walde und im fiskalischen Revier mitangeesehen hat, und erörtert die dabei gemachten Beobachtungen und Erfahrungen. In der Hauptsache ergänzt und bestätigt er die Ausführungen des Vortragners, wesentliche neue Punkte fügt er nicht hinzu. Hervorgehoben sei hier, daß v. Waldow die Entstehung des gewaltigen Schadenfeuers in seinem Walde auf die Unvorsichtigkeit einiger Leute zurückführt, die vormittags gegen 10 Uhr auf der Försterei Wilhelmstal waren, um von dem dem Förster zum Verkauf überwiesenen Brennholzbestande einige Meter zu kaufen. Diese Leute hatten auf dem Rückwege einen zur Chaussee führenden Schleichweg benutzt und, nachdem sie etwa eine Stunde fortgegangen waren, wurde an diesem Wege das erste Feuer bemerkt, dessen Eindämmung nicht mehr gelang.

Das Waldbrandthema ist mit dem Vortrage des Mitberichterstatters erschöpft, und der Vorsitzende leitet die Verhandlungen zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Mitteilungen über Erfindungen, Versuche und Erfahrungen im Gebiete des forstlichen Betriebes und über sonstige wichtige Erscheinungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und Jagd.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung melbet sich keiner der Versammlungsteilnehmer zum Wort. Dem Beschlusse der vorjährigen Hauptversammlung des Vereins in Perleberg entsprechend stellt nunmehr der Vorsitzende zwei weitere Punkte zur Verhandlung, und zwar zunächst den vom Regierung- und Forstrat Guhe-Merseburg in Perleberg eingebrachten Antrag, es möchten in Abänderung der bisherigen Übung bei den Hauptversammlungen des Vereins für den ersten Tag die Waldfahrt und für den zweiten Tag erst die Verhandlungen angelegt werden. Da sich keiner der Teilnehmer zu diesem Antrage zum Worte melbet, so wird der Vorsitzende ihn zum endgültigen Beschlusse auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung setzen. Der zweite Punkt betrifft den Abschluß der Rehtige. Diese Frage wurde auf der vorjährigen Hauptversammlung vom Forstmeister Grafen v. Bernstorff-Hinrichshagen angeregt; er beantragte, der Märkische Forstverein möchte dahin wirken, daß überall da, wo seitens der Bezirksausschüsse der Abschluß der Rehtige für das ganze Jahr verboten wäre, dieses Verbot nicht in vollem Umfange aufrechterhalten würde, sondern daß für den Monat November der Abschluß der weiblichen Rehtige erlaubt würde, dagegen die Bodtäge vollständig verschont werden sollten. Begründet wurde der Antrag hauptsächlich damit, daß bei der bisherigen vollständigen Schonung der Rehtige eine weitere Verschlechterung der Rehtstände zu erwarten sei. Freiherr v. d. Büsche-Potsdam vertrat demgegenüber in Perleberg die Ansicht, daß die Trennung der weiblichen und männlichen Rehtige undurchführbar sein würde, und stellte seinerseits anheim, dahin zu wirken, daß der Abschluß der Rehtige überhaupt für eine gewisse zu bestimmende Zeit und für Eigenjagdbezirke von einer bestimmten Größe zugelassen werden möchte. Die Ansichten der Hauptversammlung über die Frage waren sehr verschieden; eine Beschluffassung konnte nicht vorgenommen werden, da die Frage nicht auf der Tagesordnung stand, es wurde deshalb nochmalige Besprechung auf der Winterversammlung beschlossen. Freiherr v. d. Büsche stellte in Aussicht, eine Resolution vorzulegen.

Diese Resolution liegt der Versammlung gedruckt vor; sie lautet:

„Der Märkische Forstverein stellt fest, daß sich bei den Rehtä n d e n innerhalb seines Vereinsgebietes stellenweise ein bedauerlicher N ü d g a n g, weniger in bezug auf Stückzahl, als in bezug auf Körpergewicht und Gehörnbildung bemerkbar macht.

Er sieht den Grund für diese Erscheinung in erster Linie in der Überhandnahme schwacher, zur Fortpflanzung ungeeigneter Stücke und bezeichnet als eins der wirksamsten und zugleich naturgemähesten Gegenmittel den lediglich nach weidmännischen Grundsätzen gehandhabten rechtzeitigen Abschluß dieser der Ent-

widlung des Rehstandes hinderlichen Stücke.

Diese Maßregel kann aber so lange nicht zu ihrer vollen Wirksamkeit kommen, als sie sich, wie es in mehreren Theilen des Vereinsgebietes der Fall ist, grundsätzlich nicht auch auf den Abschluß von Rehfälbern erstrecken darf.

Die lediglich nach den Regeln der Jagdpflege zeitlich und örtlich auf das notwendige Maß zu begrenzende Freigabe des Abschusses von Rehfälbern erklärt der Märkische Forstverein daher zur Hebung des Rehstandes für durchaus erforderlich.

Als ausreichend einerseits für die Sicherung des Erfolges, andererseits für die Verhinderung von Mißbräuchen sieht es der Märkische Forstverein an, wenn der Abschluß von Rehfälbern gestattet wird:

1. in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember,
2. in Staatswaldrevieren, in denen die Rehjagd dem Administrationsbeschuß unterliegt, und in sonstigen Eigenjagdbezirken von über 1000 ha Größe, in denen die Jagd nicht verpachtet ist.

Der Märkische Forstverein vertritt den Standpunkt, daß in der zu 2 ausgesprochenen örtlichen Beschränkung keine Zurücksetzung der kleineren Besitz oder Jagdpächter gefunden werden kann, da er den Abschluß schwacher Rehfälber weder für gewinnbringend, noch für ein jagdbilches Vergnügen, sondern lediglich für eine weidmännische Pflicht hält, deren sachgemäße Erfüllung der Hebung des gesamten Rehwildstandes zugute kommt.

Der Märkische Forstverein ersucht seinen Vorstand diese Resolution zur Kenntnis der maßgebenden beschließenden Behörden zu bringen.

Oberforstmeister Freiherr v. d. Büsche-Potsdam selbst erhält zunächst das Wort zu dieser von ihm vorgeschlagenen Resolution und gibt als leitende Gesichtspunkte für sie folgende an:

1. Keine Trennung von weiblichen und männlichen Rehfälbern. Diese Trennung ist einerseits undurchführbar, namentlich im Winter, andererseits unerwünscht, denn grundsätzlich sollen nicht nur weibliche, sondern auch kimmernde männliche Rehfälber als zur Fortpflanzung ungeeignet abgeschossen werden. Schließlich ist die Ausdehnung des Abschusses auf männliche Kisse auch unbedenklich, weil niemand, dem sein Wild am Herzen liegt, von dieser Maßregel weiter Gebrauch machen wird, als es notwendig ist, und niemand in den Grenzen, wie der Abschluß freigegeben werden soll, zukunftsreiche männliche Kisse schießen wird.

2. Bezüglich der für den Abschluß freizugebenden Zeit ist anzunehmen, daß für einen guten Jäger 14 Tage vollständig ausreichen um die beabsichtigte „Durchforstung mit der Büchse“ auszuführen, vor allem, wenn er sich vorher schon orientiert hat, welche Kisse zum Abschluß in Frage kommen. Es muß als richtig gelten die Zeit an den Schluß der gesetzlichen Schießzeit für Kiden zu legen, weil es nur dann möglich ist, verwaiste Kisse mit abzuschießen.

3. Die Freigabe des Kissenabschlusses ist örtlich tunlichst weit zu gestatten aus dem Grunde, weil der Bezirksausschuß in Potsdam schon wiederholt hervorgehoben hat, daß er Unzufriedenheit unter den kleinen Besitzern fürchte. Die Größe des Jagdbezirkes bildet einen sehr guten Maßstab, und eine Grenze muß schließlich geschaffen werden. Ein Jagdbezirk von 1000 ha bietet die Möglichkeit, einen eigenen Rehstand zu pflegen, das ist maßgebend. Bei einer Größe von 1000 ha müssen aber die Pachtjagden ausgeschlossen werden, und die Genehmigung zum Kissenabschuß muß auf Eigenjagdbezirke beschränkt werden. Unter den Jagdpächtern gibt es gewiß viele weidgerechte Jäger, aber wenn der Kissenabschuß generell auch für Pachtjagden zugelassen wird, dann ist überhaupt keine Grenze mehr zu ziehen.

v. d. Büsche bittet seine Resolution in wohlwollende Erwägung zu ziehen und zur Beschlußfassung auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung zu setzen.

Graf v. Bernstorff-Hinrichshagen weist darauf hin, daß der Grund, die ganze Frage anzuschneiden, für ihn einzig die Überzeugung gewesen sei, daß es unmöglich ist, ein einigermaßen richtiges geschlechtliches Verhältnis unter den Rehen herzustellen ohne einen geregelten Abschluß, im wesentlichen im Kissenalter. Er habe lediglich, um dem Bedenken der Bezirksausschüsse, daß mit der Freigabe des Kissenabschlusses der Rehstand ganz vernichtet würde, entgegenzutreten, vorgeschlagen nur die weiblichen Kisse zu schießen, die Wöde aber zu schonen. Sollte es gelingen die Bedenken der Bezirksausschüsse abzuschwächen und den Abschluß von Kissen allgemein in der von dem Vorredner vorgeschlagenen Zeit und Beschränkung durchzusetzen, so würde er das im Interesse der Rehbestände mit Freuden begrüßen.

Graf v. Wilamowitz-Moellendorf-Gadow macht die Mitteilung, daß auch der Jagdschupverein für die Mark Brandenburg sich bereits mit der anstehenden Frage befaßt hat und sich demnächst noch weiter damit befassen wird. Es sind dort die verschiedenen in Frage kommenden Möglichkeiten erwogen worden, und man ist schließlich doch wieder darauf gekommen, die Bezirksausschüsse zu bitten, daß sie die Schonzeit für Kestike auf das ganze Jahr ausdehnen. Von einer vollständigen Freigabe des Kissenabschlusses befürchtete man mit Recht den Ruin des ganzen Rehstandes. Die Möglichkeit einen Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Kissen zu machen, wurde als undurchführbar angesehen, weil das Geseß diesen Unterschied nicht kennt. Ein weiterer Antrag ging dahin, den Kissenabschuß auf eine bestimmte Zeit, etwa 14 Tage, allgemein freizugeben, aber den Verkauf und Verkauf der erlegten Kisse zu verbieten, so daß jeder, der ein Kestik geschossen hätte, es auch selber hätte verzehren und verbrauchen müssen. Damit wären voraussichtlich große Strecken und Treibjagden verhindert worden, aber trotzdem fand der Antrag im Jagdschupverein keinen allgemeinen Anklang, weil man zum Teil auch durch ihn Vernichtung und Gefährdung der Rehjagden fürchtete. Ganz allgemein verworfen wurde der Ausweg, daß nur

Beiziger von größeren Flächen, etwa 2500 ha, die Erlaubnis zum Kibabschuß erhalten sollten, während sie allen anderen Jägern verlagst bleiben sollte. Als Grund der Ablehnung wurde anerkannt, daß eine solche Beschränkung mehr böses Blut macht, als die ganze Sache wert ist. Jeder weidgerechte Jäger wird zwar den Abschluß von schwachen Rehtältern lediglich als eine weidmännische Pflicht ansehen, deren sachgemäße Erfüllung der Hebung des Wildstandes zugute kommt, aber die vom Kibabschuß ausgeschlossenen Jagdpächter und vor allem die Bauern werden ganz anders darüber denken. Wenn man bei der Größe von 2500 ha bleibt, so werden nur wenige Großgrundbesitzer die Erlaubnis, Kibe abzuschießen, erhalten, und für sie muß dann der gemachte Unterschied zwischen ihnen und den Jagdpächtern und den Bauern geradezu peinlich sein!

b. Wilamowitz teilt die letzteren Bedenken im vollen Umfange und empfiehlt, falls die vorliegende Resolution angenommen werden sollte, sie nur mit der Maßgabe anzunehmen, daß denen, die den Kibabschuß erhalten, der Verkauf und Verkauf der erlegten Stücke verboten wird. Das würde immerhin der Resolution manche Schärfe nehmen, und es könnte nicht mehr behauptet werden, daß es dabei nur um eine Bereicherung der großen Besitzer zu tun sei.

b. Walbow-Reizenstein und Graf v. d. Schulenburg-Grüntal treten der vom Freiherrn v. d. Busche eingebrachten Resolution durchaus ablehnend entgegen. Beide Redner erachten eine differentielle Behandlung der größeren Besitzer den kleineren gegenüber für nicht gerechtfertigt und geben der Verächtung Ausdruck, daß eine solche Behandlung viel böses Blut mache.

Oberforstmeister v. d. Busche-Potsdam kann

sich den von den Vorrednern vorgetragenen Bedenken nicht anschließen. Die Ausführungsanweisung zur Jagdordnung vom 15. Juli 1907 sage ausdrücklich, es hieße den Sinn des Gesetzes vollständig verkennen, wenn die Bezirksausschüsse stets von der Befugnis Gebrauch machen wollten, den Rehtkibabschuß generell zu sperren; es wäre vielmehr durchaus im Sinne des Gesetzes, den Kibabschuß individuell und individualisierend dort freizugeben, wo eine Garantie für weidgerechte Ausübung der Jagd gegeben sei. Gerade der Wortlaut seiner Resolution sei unter dem Gesichtspunkt abgefaßt, daß die Garantie für weidgerechte Ausübung der Jagd möglichst gesichert sein solle. Deswegen müßten Pächter ausgeschlossen werden, und deswegen müßte eine bestimmte Flächengröße angegeben werden. Auf der letzten Sommerversammlung seien 2500 ha angegeben worden, es sei aber dagegen Widerspruch laut geworden, deswegen sei er jetzt auf 1000 ha heruntergegangen. Würde die Zahl heraufgesetzt, so sei er damit sehr einverstanden. Generell jedoch die Erlaubnis zum Kibabschuß auf Pächter auszudehnen, dem würde er sich unter allen Umständen widersetzen, denn von der Mehrzahl derselben sei eine weidgerechte Jagdausübung nicht zu erwarten!

Der Vorsitzende schlägt vor, von einem bestimmten Beschlusse in der Frage des Rehtkibabschusses noch abzuweichen, einstweilen abzuwarten, wie sich der Jagdschuperein entscheiden werde, und dann die eingebrachte Resolution zur Beschlußfassung auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung zu setzen. Die Versammlung ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Die Tagesordnung ist hiermit erschöpft, und der Vorsitzende schließt die Versammlung. Z.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Forstliche Staatsprüfung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 5544.

Berlin W 9., den 30. Mai 1912.

Der in diesem Frühjahr abgehaltenen forstlichen Staatsprüfung haben sich 15 Forstreferendare für die Staatslaufbahn unterzogen.

Es haben bestanden 4 Referendare mit ziemlich gut, die übrigen mit genügend.

Es sind dies die bisherigen Forstreferendare, jetzigen Forstassessoren Bed (Otto), Claassen, Drees, Eitner, Mehlburger, Müller (Walter), Quidert, Ridelt, von Sachs, Schirmacher, Schneidewin, Schröder (Harry), Schulze, von Trechow und von Vietinghoff gen. Scheel. J. A.: Wesener.

Verschiedenes.

— Der Märkische Forstverein wählte in seiner von 150 Herren besuchten Hauptversammlung zu Eberswalde, nachdem der bisherige langjährige Vorsitzende, Herr Königl. Hofkammer-Präsident von Stünzner eine Wiederwahl entschieden abgelehnt hatte, den Königl. Oberforstmeister Herrn Dr. phil. Freiherrn von dem Busche zu Potsdam zum 1. Vorsitzenden für die nächsten drei Vereinsjahre. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Herr Rittergutsbesitzer von Klipping-Charlottenhof wiedergewählt. Neugewählt wurden ferner, nachdem die Herren Forstmeister Rahm-Potsdam und Rechnungsrat Müller-Angermünde ihre Wiederwahl abgelehnt hatten, zum Schriftführer Herr

Forstmeister Rottmeier in Köpenick und zum Schatzmeister Herr Rechnungsrat Herrmann in Berlin. Herr Hofkammer-Präsident von Stünzner wurde einstimmig zum Ehrenmitglied gewählt. — Die Hauptversammlung 1913 findet in Neustrelitz in Mecklenburg statt.

— An dem forstlichen Fortbildungskursus des Vereins mecklenburgischer Forstwirte bei Wittenburg nehmen etwa 60 Personen teil. Als Lehrreviere werden Teile der Oberförsterei Rogel und Toddin sowie die Gutsforsten von Rodenwalde und Leshen besucht. Die Leitung des Kurses hat der erste Vorsitzende, Forstmeister

v. Arnswaldt-Schlemmin, und die Führung in den einzelnen Revieren Kammerherr v. Bülow-Rodenwalde, Forstmeister Iven-Rogel und Oberförster Gösch-Lobbin übernommen.

2

— **Die Abschätzung von Wildschaden.** Jeder Forstmann, der zugleich Jäger ist, wird bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit öfter in die Lage kommen, sich mit der Abschätzung von Wildschaden zu beschäftigen. Der Gesetzgeber hat die Absicht ausgesprochen, daß alle die von den im Gesetze näher bezeichneten jagdbaren Tieren in Feld und Wald dem Erbschädigten verursachten Nachteile von dem Erbschädigten entschädigt werden. Alle mit der Abschätzung dieser Nachteile verbundenen Arbeiten erstrecken sich also darauf, deren Geldwert zu ermitteln. Als solche Nachteile sind nicht allein die Beschädigungen anzusehen, welche die Jagdtiere den Saaten und Bodenerzeugnissen auf dem Felde zufügen, hierzu gehört auch das Verbeißen und Schalen von Waldbäumen und Anpflanzungen, sowie das Zertreten von Kulturen. Unter Umständen wird auch das Umbrechen und Festtreten eines gepflügten, noch nicht bestellten Ackers als ein Nachteil in Frage kommen, z. B. wenn es notwendig geworden ist, die Arbeit zu wiederholen. Es ist also erklärlich, daß an alle, die mit der Schätzung des Wertes solcher Nachteile betraut werden, bei dieser Arbeit oft die schwierigsten Fragen herantreten. Für einen Teil gilt es, die im Gesetze vorgeschriebenen Formen zu beachten, um sich vor Verlusten zu schützen und unnötige Kosten zu vermeiden, für den andern handelt es sich darum, bei den Ermittlungen unter den tatsächlich vorliegenden Verhältnissen die richtige Grenze für die Entschädigungen zu finden. Der Erbschädigte wird meist geneigt sein, die ihm erwachsenen Nachteile möglichst hoch zu bemessen, der Erbschädigte wird diese vielleicht ganz in Abrede stellen oder doch versuchen, als weit unbedeutender darzustellen. Die Sachverständigen werden ihre Gutachten nach den tatsächlichen Umständen abgeben, und der Vertreter der Ortspolizeibehörde wird darauf unter Berücksichtigung aller vorliegenden Verhältnisse die vorgeschriebene vorläufige Entscheidung treffen. Alle diese Aufgaben werden jedem Beteiligten durch ein kürzlich im Verlage von J. Neumann in Neudamm unter dem Titel „Der Wildschaden“*) von Bürgermeister a. D. Karl Simon herausgegebenes Buch bedeutend erleichtert. Hier sind alle einschlägigen Fragen in einer auch dem „Laien“ leicht verständlichen Weise eingehend besprochen. So auch das Verfahren bei der Verfolgung der Ansprüche auf Ersatz von Wildschaden, dessen Feststellung nach formellen und materiellen Gesichtspunkten, ebenso die Verhandlungen bei einem

Vergleich unter Berücksichtigung von Verhältnissen, wie sich solche meist in der Praxis ergeben. Auch die begründeten und unbegründeten Ansprüche des Erbschädigten werden erörtert und an einigen Schulbeispielen erläutert. Kurz, es findet hier jeder, der bei der Abschätzung von Wildschaden beteiligt ist, einen sehr brauchbaren Wegweiser. Gerade der dritte Teil macht das Buch für Anfänger auf diesem Gebiete besonders brauchbar. In diesem sind die Merkmale der Beschädigungen für die verschiedenen Wildarten beschrieben und die Erkennungszeichen angegeben, wodurch sich diese von anderen Umständen verursachten unterscheiden, z. B. Hagelschlag in Weinbergen, Insekten-schaden in Kulturen usw. Daran schließen sich Beispiele aus der Praxis für alle mit diesen Geschäften verbundenen Verhandlungen. Den Schluß bilden Übersichten durchschnittlicher Saaten und Erträge je nach den verschiedenen Boden- und Fruchtarten und Gewächsen, die bei der Schätzung des Geldwertes der Nachteile sehr zweckmäßig als Anhalt benutzt werden können. Wer also öfter in die Lage kommt, sich mit der Abschätzung von Wildschaden zu beschäftigen, wird in diesem Buche manchen wertvollen Fingerzeig finden, der ihm diese Arbeit erleichtert. Simon, Königl. Regemeister

2

Waldbände.

Wellheim, 14. Mai. Am Waldbrande, in einer Schonung des hiesigen Gemeindewaldes, entstand gestern mittags ein Waldbrand, der sich auf die zusammenhängenden jungen Bestände ausdehnte und einen Schaden von 4000 M. anrichtete.

Treßsa, 16. Mai. Ein größerer Waldbrand, dessen Entstehungsursache bis jetzt noch unaufgeklärt ist, brach im Forsteil Sommersberg, dem Forstfiskus gehörig, aus. Der Schaden soll recht erheblich sein.

Ulzen, 20. Mai. Der große Wald- und Heidebrand bei Wulfsode, durch den am 1. Mai d. Js. für 40 000 M. Schaden angerichtet wurde, beschäftigte bereits das Schöffengericht in Ulzen. Dieser Brand ist damals dadurch entstanden, daß der Arbeiter Hemmerling während der Mittagspause sich auf der mit Heide und Gestrüpp bestandenen Arbeitsstätte eine Zigarette angezündet und das brennende Streichholz achtlos beiseite geworfen hatte. Er sah wohl den infolge der Trockenheit rasch um sich greifenden Brand, blieb aber ruhig liegen, ohne irgendwelche Anstalten zur Löschung des Feuers zu unternehmen. Erst als er sah, daß die Flammen immer mehr an Ausdehnung gewannen, hielt er es an der Zeit, diese zu löschen. Obgleich ihm nun auch noch ein Arbeiter zur Hilfe eilte, konnte das Feuer nicht mehr gelöscht werden und gewann eine große Ausdehnung. Das Gericht sah die Tat des Arbeiters Hemmerling als eine besonders streng zu bestrafende Fahrlässigkeit an und verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis.

Düsseldorf, 28. Mai. Im Naper Walde, südwestlich von dem ehemaligen Rother „Wasserberg“, ist durch Kinder, die mit Streichhölzern

*) **Der Wildschaden. Seine rechtliche Behandlung, seine Ermittlung und Berechnung im Gebiete des Königreichs Preußen.** Ein praktisches Handbuch auf wissenschaftlicher Grundlage. Von Karl Simon, Bürgermeister a. D. Neudamm 1912. Verlag von J. Neumann. Preis geheftet 3,20 M., fest gebunden 3,60 M.

spielten, ein Waldbrand verursacht worden. Dieser konnte jedoch durch mehrere Feuerwehren, die alsbald auf der Brandfläche erschienen, schnell gelöscht werden, so daß nur 25 ha Eichen-Plantagen vom Feuer zerstört werden konnten.
New York, 31. Mai. Nach telegraphischen Berichten wüthet in der Umgebung von St. Johns (Winnipeg) ein ungeheurer Waldbrand, der sich bereits auf die dortigen Wäldungen in einer Ausdehnung von mehreren hundert Quadratmeilen erstreckt und auch einige Dörfer vernichtet hat. Etwa 1700 Menschen sollen hierdurch obdachlos sein.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mittheilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Reinemann**, Hegemeister zu Andrioi, Oberförsterei Neu-Sternberg, ist auf die Forsternische Wohnung, Oberförsterei Alt-Christburg, Regbz. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Engelbrecht**, Förster zu Klimagen, Oberförsterei Mooschen, ist auf die Forsternische zu Mautsch, Oberförsterei Reipen, Regbz. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Arning**, Förster zu Mieladen, Oberförsterei Ruckten, ist auf die Forsternische zu Wittenwalde, Oberförsterei Alt-Sternberg, Regbz. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Auf**, Förster zu Neulich, Oberförsterei Alttrawitzken, ist unter Ernennung zum Förster m. R. auf die Forsternische zu Rathwellen, Oberförsterei Nischallen, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Altemann**, Forsthausfischer zu Schwerin a. M., Oberförsterei Rothenhof, ist nach Kleinau, Oberförsterei Barthelwald, Regbz. Posen, vom 1. August d. Js. ab versetzt.
- Knoske**, Forsthausfischer zu Baitzener Teerofen, Oberförsterei Regenbuth, ist nach Steinbinder Mühle, Oberförsterei Steinbuck, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Lehm**, Förster o. R. zu Sachenhäufen, Oberförsterei Neuholland, ist nach Grunewald, Oberförsterei Niedersdorf, Regbz. Potsdam, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Muth**, Forsthausfischer zu Hofen, Oberförsterei Hofen, ist nach Schleiden, Oberförsterei Schleiden, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Neumann**, Forsthausfischer zu Quackee, Oberförsterei Gr.-Born, ist nach Niemieltin, Oberförsterei Niemieltin, Regbz. Rastatt, versetzt.
- Frug**, Förster zu Saubuch, Oberförsterei Dornitz, ist nach Waldfranz, Oberförsterei Gfelle, Regbz. Posen, vom 1. August d. Js. ab versetzt.
- Maschke**, Förster o. R. zu Nothebude, Oberförsterei Nothebude, ist nach der Forsterei Wilhelmsbruch, Regbz. Gumbinnen, versetzt.
- Schwarz**, Förster o. R. zu Garzig, Oberförsterei Garzig, ist nach Hangelberg, Oberförsterei Hangelberg, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Stoll**, Förster zu Schleiden, Oberförsterei Schleiden, ist nach Zweisall, Oberförsterei Nollgen, Regbz. Aachen, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Tschen**, Förster o. R. zu Lubbesee, Oberförsterei Lübbesee, ist nach Neumühl, Oberförsterei Neumühl, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. October d. Js. ab versetzt.
- Welsch**, Hütsjäger zu Neu-Vogau, Oberförsterei Undersdorf, ist nach Groß-Water, Oberförsterei Niedersdorf, Regbz. Potsdam, vom 1. Juli d. Js. ab versetzt.
- Wärfel**, Förster zu Golepfack, Oberförsterei Hardegen, ist nach Reimbauten, Oberförsterei Reimbauten, Regbz. Pilsdesheim, vom 1. October d. Js. ab versetzt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtpreussischen Orden wurde ertheilt:

von **Schwabe**, Fürstlich Stolberg-Wernigeröder Oberförstmeister zu Wernigerode, für das Ehrenkreuz des

Großherzoglich Mecklenburgischen Greifenordens und des Fürstlich Walden des Veronenkreuzes 3. Klasse.

Adelmann, Fürstlich Solmscher Oberförster zu Wehran, Kreis Bunsau, für das Ritterkreuz 2. Klasse des Königl. s. Württembergischen Friedrichsordens.

Bauer, Fürstlich Stolberg-Wernigeröderischer Hegemeister zu Dobropomoe, Kreis Roskmin, für das dem Großherzoglich Hessischen Verdienstorden Philipps des Großmüthigen zugehörige Silberne Kreuz.

Friedrich, Bezogl. Förster zu Hendorwerf, Kreis Sprottau, für das Großherzoglich Sachsischen Allgemeine Ehrenzeichen in Silber.

Jarsche, Fürstlich Stolberg-Wernigeröderischer Forsthausfischer zu Wyzionhom, Kreis Roskmin, für das Großherzoglich Hessische Allgemeine Ehrenzeichen.

Schneermann, Fürstlich Stolberg-Wernigeröderischer Förster zu Maden, Kreis Roskmin, für das dem Großherzoglich Hessischen Verdienstorden Philipps des Großmüthigen zugehörige Silberne Kreuz.

Das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens wurde verliehen:

Engel, bisheriger Privatrevierförster zu Mischrow, Kreis Miedom-Bollin; **Görke**, Privatförster zu Wäthshagen, Kreis Neangburg; **Menge**, Städt. Förster zu Forsthaus Königsberg, Landkreis Görtig.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Gehre, Oberförstmeister zu Dresden, ist der Titel und Rang eines Geheimen Forstrats verliehen.

Plant, Oberförstmeister zu Bärenfels, ist der Titel und Rang eines Geheimen Forstrats verliehen.

Herlach, präb. Forstassessor, ist als Hilfsarbeiter bei der Forsteinrichtungsanstalt eingetreten.

Schumann, präb. Forstassessor, ist als Hilfsarbeiter bei der Forsteinrichtungsanstalt eingetreten.

Der Titel und Rang eines Forstmeisters wurde verliehen den Oberförstern:

Krause auf Brotenfelder Revier; **Kühne** auf Braunschweiger Revier; **Leutbold** auf Maundorfer Revier; **Mery** auf Weidischdorsdorfer Revier; **Silsoff** auf Brunnhöbner Revier; **Petermann** auf Weringwalder Revier.

Der Titel und Rang eines Oberförsters wurde verliehen den Forstassessoren:

Enderlein in Nimbschen; **Kahner** in Dresden; **Kunath** in Dresden.

Das Ritterkreuz 1. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechtsorden wurde verliehen:

Prof. Bach, a. St. Rektor der Forstakademie Tharandt, sowie den Forstmeistern: **Friedrich** auf Langhauer Revier; **Frucht** auf Mohrdorfer Revier; **Lebig** auf Gohlfürstener Revier; **Mühlmann** auf Dittersdorfer Revier.

Morgenstern, Forstrentantmann zu Tharandt, ist das Ritterkreuz 2. Klasse des Königl. Sächs. Albrechtsordens verliehen.

Das Albrechtskreuz vom Königl. Sächs. Albrechtsorden wurde verliehen den Forstern:

Arnold auf Auerberger Revier; **Bachmann** auf Thuner Revier; **Schindler** auf Neudorfer Revier; **Söhne** auf Neudorfer Revier; **Meyer** auf Neudorfer Revier; **Neumeister** auf Fölschwer Revier; **Pöhl** auf Königsheimer Revier.

Das Königl. Sächs. Ehrenkreuz wurde verliehen den Waldwarten:

Waldauf auf Rosenhalter Revier; **Bräunig** auf Marienberg Revier; **Dieß** auf Thamer Revier; **Kühler** auf Plauer Revier; **Lein** auf Brunnhöbner Revier; **Mauersberger** auf Steinbader Revier; **Wichter** auf Weidischdorsdorfer Revier; **Wartig** auf Auerberger Revier.

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Saubert, Revierjäger zu Wülsdorf, ist Bernsen, als Reviergehilfe für den Meidentiner Forst, Forstinspektion Schwerin, einzutreten.

Elßaß-Lothringen.

Kaufsch, Kaiserl. Forstmeister zu Sels, ist aus Anlaß seines Abtritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Key, Oberforstmeister zu Mes, ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Dienste des Reichslandes Elßaß-Lothringen mit Pension ertheilt.

Brief- und Fragkasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Eintichtung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 73. **Anfrage:** Eine 20 ha große Fläche soll mit dem Dampfpflug 50 cm tief gepflügt und im Frühjahr 1913 mit Kiefern kultiviert werden. Ich habe früher stets ein- und zweijährige Kiefern mit Erfolg auf Dampfpflugflächen gepflanzt. Wegen Mangels an Arbeitskräften ist die Pflanzung nicht mehr durchführbar, und ich beabsichtige, die Saat anzuwenden. Ist Voll- oder Streifensaat zu wählen? Ist die Saat überall erfolgversprechend? Der Boden besteht aus losem Sand. Ist die Einsaat der blauen oder gelben Lupinen zu empfehlen, um einer Verwechslung des Bodens entgegenzutreten?

B., Förster in B.

Antwort: Da der Boden anscheinend sehr locker ist und zur Fluglandbildung neigt, so dürfte die Ausführung einer Kiefernfaat immerhin gewagt erscheinen. Soll der Versuch jedoch unternommen werden, so müßte die Fläche sofort mit dem Dampfpflug gepflügt und mit der Scheibenweiserregge geeget werden. Vorteilhafter ist es, vor der Aussaat die Lupinen mit Nitragin zu impfen. Alsdann wäre die Fläche mit 400 kg Kainit und 800 kg Thomaschlacke pro Hektar zu düngen und etwa vier Wochen später (anfangs Juli) das Hektar mit 200 kg gelben Lupinen voll zu besäen. Im Spätherbst können die Lupinen unter Befassung hoher Stoppeln geschnitten und gleichmäßig auf der Fläche, unter Freilauf der Saatstreifen, verteilt werden. Der Anbau der Kiefer würde dann durch Willensaat erfolgen können. Die Bodenarbeit für die Saatstreifen wird auch am besten gleich im Spätherbst ausgeführt; diese besteht in einer leichten Voderung eines 10 bis 15 cm breiten Streifens mit der Mähade, hierbei müßten die auf diesem Streifen stehenden Lupinstoppeln entfernt werden, die Aussaat des Kiefernjamens würde dann in diese geloderten Streifen mit der Spigenbergischen oder Trevischen Säemaschine im Frühjahr 1913 erfolgen. Die Entfernung der Willen voneinander wäre auf 1,3 m zu bemessen.

Nr. 74. **Anfrage:** Der Pflanzkamp meines Schutzbezirks ist mit 16- bis 50 jährigen Fichten umstellt. Auf der Südseite sind die 50jährigen etwa 18 bis 20 m hoch, auf der Nord- und Ostseite die 30 jährigen etwa 10 bis 12 m, auf der Westseite die jüngsten, diese sind 16 jährig und etwa 6 bis 8 m hoch. Im Laufe des verfloßenen Sommers wurden nun einzelne Fichten an der Ostseite im Gipfel rot, ebenso beobachtete ich im Laufe des verfloßenen Herbstes und auch im letzten Winter, daß verschiedene Randfichten rote Nadeln bekamen und diese teilweise abfielen, so daß die Stämme im Laufe des Winters gefälzt wurden. Zwischen diesen trodenen stehen noch verschiedene Fichten, deren Nadeln in der unteren Kronenhälfte rot, andere dagegen wieder, die nur im Gipfel fuchsig und fast troden sind, während die andern Nadeln noch grün sind. Diese Bäume mit nur teilweiser roter Benadelung sind vorläufig

versuchsweise stehen geblieben, um zu sehen, ob das noch vorhandene Grün diesen Sommer über aushält. Ich bin zu der Ansicht gekommen, daß das Trodenwerden der Nadeln nicht durch die große Hitze im vorigen Sommer verursacht wurde, sondern daß dieses auf die allzu große Sonnenbestrahlung von der Südwestseite her zurückzuführen ist. Durch diese Stunden- und wochenlange Sonnenhitze muß die Benadelung eine derartige Wasserverdunstung erlitten haben, daß das Troden der Nadeln, Ninde und des Holzes erfolgen mußte. Den Beweis meiner Ansicht begründe ich dadurch, daß im übrigen Teil der Fichtenpartie, weder am Rande noch im Innern, eine Fichte mit roten Nadeln zu finden war. F., Königl. Hegemeister.

Antwort: Das Rotwerden der Nadeln ist eine Folge der Trodenheit und der Sonnenwirkung. Namentlich durch die letztere werden in exponierten Lagen (Westrand) hauptsächlich im Winter die beschriebenen Erscheinungen hervorgerufen. Sie sind unter dem Namen „Frosttrodenis“ bekannt und waren insbesondere in diesem Frühjahr an verschiedenen Nadelholzarten häufig zu beobachten. Die Frosttrodenis entsteht, wenn die Pflanzen (Bäume) durch anhaltende Sonnenbestrahlung zur stärkeren Verdunstung angeregt werden, während die Wurzeln nicht imstande sind, das verdunstete Wasser nachzuschaffen, weil der Boden noch gefroren ist. Das gleiche kann natürlich auch im Sommer bei trodenem Boden eintreten. Auch hier sind die Wurzeln nicht imstande, der Baumkrone, bei der infolge der starken Bestrahlung eine erhöhte Verdunstung hervorgerufen wird, das verdunstete Wasser wieder nachzubringen, die Nadeln müssen daher rot, d. h. troden werden.

Nr. 75. **Anfrage:** In den hiesigen bäuerlichen Niederwäldern wird öfters beobachtet, daß Birkenstodausschläge, nachdem sie im Frühjahr vom Rehwild verbissen worden sind, auch an noch gesunden Stöcken dürr werden. Ist das Dürrwerden auf den Wildverbiß zurückzuführen? Ich bemerke, daß es sich nicht um Verbeissen der Knospen im Winter handelt, sondern daß die frischen saftigen, noch nicht verholzten Ausschläge im Frühjahr und Sommer teilweise abgeäst werden.

Br. in Th., Oberforsten.

Antwort: Da die Birkenloben voraussichtlich wiederholt vom Wilde verbissen werden, so ist deren Eingehen darauf zurückzuführen.

Nr. 76. **Anfrage:** Eine Abtriebsfläche, die 45 bis 50 fm Abnutzungsertrag pro Morgen ($\frac{1}{4}$ ha) ergab, soll gerodet werden. Wieviel Stodholz können nun auf einem Morgen erwartet werden, wenn die Rodung mit der Maschine erfolgt und fast alle Wurzeln gewonnen werden? Ich bemerke noch, daß auf der Fläche Stämme vorkamen, die über 1 fm Inhalt hatten.

L., Gräfl. Revierförster.

Antwort: Bei intensiver Rodung erfolgt im allgemeinen eine Stodholzausbeute von 15 bis 20 % des Derbholzeinhaltes. Sie werden daher mit 7 bis 10 fm Stodholz pro Morgen rechnen können.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neubaum.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Reifelgrund bei Hochzeit Nm.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an den Vorstehenden, Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Reifelgrund bei Hochzeit Nm.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Kreis- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Bette, Försterei Münde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorstehender.

Die diesjährige ordentliche Delegierten-Versammlung des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten findet statt am 14. und 15. Juni d. Js., von vormittags 8½ Uhr ab, in Berlin, Böhm-Bräuererei (Prenzlauer Allee 247, Ecke Saarbrücker Str.). Am Vorabend (13. Juni) von 7 Uhr ab in demselben Lokale Begrüßung und Vorberatung, besonders auch der vorgeschlagenen Satzungsänderungen; darum vollständiges Erscheinen erforderlich.

T a g e s o r d n u n g :

1. Geschäftliches: a) Jahresbericht, b)assenbericht und Haushaltsplan, c) Entlastung des Vorstandes.
2. Wahlen: a) des engeren Vorstandes, b) der Beisitzer, c) der (7) Arbeitsausschüsse, d) der Vertretung zur Tagung des Deutschen Forstvereins.
3. Änderungen der Satzungen: a) der Krankenkassenbeitragsklasse, b) des Vereins und seiner Gruppen.
4. Rangregelung der Försteramtsrücker und Diätenzahlung an diese bei militärischen Übungen.
5. Einzählung der Dienstländerleiten.
6. Abteilungsangelegenheiten von Försterstellen bis zur Befriedigung der Anstellungsnot anzustreben.
7. Vereinsorgan: Eventuell Erneuerung des Verlagsvertrages.
8. Verschiedenes: Die Befoldungs- und Dienstlandsfrage; Anträge, Vor- und Ausbildung betreffend; Anträge der Bezirksgruppe Cassel-Ost aus Anlaß des gewaltsamen Todes eines dortigen Kollegen; Lebens-, Brand- und Viehverversicherungen, Forstwaisenverversorgung, Wirtschaftsverträge usw.

Der Vorstand: Krause, Vorstehender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Königsberg. Sonnabend, den 29. Juni d. Js., nachmittags 2,30 Uhr, in Braunsberg, „Evangelisches Vereinshaus“, Bezirksgruppenversammlung. Tagesordnung ist den Ortsgruppen bereits zugestellt. Von ca. 7 Uhr abends ab Beginn des gemüthlichen Teiles, Musik, Tanz, wozu die Familien und ihre Gäste herzlich eingeladen werden. Zur Sitzung haben nur Mitglieder Zutritt.

Der Vorstand. K o o s t, Vorstehender.

Oppeln. Am 29. Juni d. Js., nachmittags 2 Uhr, findet in Oppeln im „Zentral-Hotel“ eine Delegierten- und Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung wird vorher bekanntgegeben. Berichterstattung des Vorstehenden über die Delegiertenversammlung in Berlin.

Der Vorstand. H e n d e l.

Ortsgruppen:

Bromberg. Sitzung am Montag, dem 1. Juli 1912, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal, Bromberg, Friedrichstr. 56 (Hotel Lenging). Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder;

2. Vortrag des Hoflieferanten Herrn Böhme, Bromberg, über Obstbau; 3. Besprechung über eine Flugzeugpönde; 4. Besprechung über die Art der Erhöhung der Ortsgruppenbeiträge; 5. Besprechung über die Sebanfeier und Exkursion nach dem Versuchsgut Mochelen; 6. Namhaftmachung der Familienbeiräte (oberförstereireiweise) und Festsetzung deren Tätigkeit; 7. Geschäftliches.

Der Vorstand.

Ezerst (Regbz. Marienwerder). 1. In der am 1. Juni 1912 stattgefundenen Sitzung ist beschlossen, die Wahl des Vorstehenden gelegentlich des Scheibenschießens am 14. Juli zu wiederholen. 2. Das Scheibenschießen wird auf Sonntag, den 14. Juli, verlegt (Beginn 3 Uhr, bis 3½ Uhr Probefschüsse). Einzuladende Gäste sind dem stellvertretenden Vorstehenden Kollegen Weiskert, Forsthaus Grünthal, Post Schlachta, bis zum 7. Juli namhaft zu machen. Forstbeamte als Nichtmitglieder haben außer dem Schießpreise und Vergütungsbeitrag 2 Mk. an die Kasse der Ortsgruppe zu zahlen. Für das Prämienschießen sind 3 Mk. pro Schütze zu entrichten.

Der Vorstand. J. A.: Sauer, Schriftführer.

Freudenstier (Regbz. Marienwerder). Das in der Sitzung vom 12. Mai beschlossene Scheibenschießen findet am Sonnabend, dem 22. Juni, am Mittelfeld in der Nähe von Hirschthal statt. Anfang 2½ Uhr, von 2 Uhr ab Probefschüsse.

Musik: W. Kohls, Jastrów. Abends Ball im Saale der Witwe Wentag in Jechendorf.

Der Vorstand. Gies, Vorsitzender.

Sulda (Regbz. Cassel). Am Sonntag, dem 9. Juni, nachmittags 2 Uhr, in Giesels Brauerei zu Sulda. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden; 2. Beschlußfassung über die Angelegenheit betr. der Stiftung an die Hinterbliebenen vom ermordeten Kollegen Romanus; 3. Besprechung über Errichtung des Gedenksteins an der Unfallstelle von unserem verstorbenen Kollegen. Im Interesse der Angelegenheit der zur Tagesordnung stehenden Punkte wird um vollzähliges Erscheinen gebeten. Der stellv. Vorsitzende.

Reusdorf (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 16. Juni d. Js., von nachmittags 3 Uhr ab: Scheibenschießen am Auerhahn. Probeschüsse sind vorher gestattet. Die Kollegen mit ihren Familien werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen, Gäste sind willkommen. Nach dem Schießen Tanz und Abschiedsfeier für einige Kollegen im Hotel Casaph zu Sagoritz. Erwünscht ist, kleine Schießprämien, wie im vergangenen Jahre, mitzubringen.

Der Vorstand.

Cölling-Nord (Regbz. Hildesheim). Mittwoch, den 19. Juni d. Js., findet der beschlossene Sommerausflug nach Einbeck statt. Zusammenkunft 3 1/2 Uhr nachmittags in der Sommerwirtschaft „Zum Hasenjäger“. Um zahlreiches Erscheinen mit Damen wird gebeten.

Der Vorstand.

Zuchter-Heide (Regbz. Marienwerder). Sonntag, den 16. Juni d. Js., von 2 Uhr nachmittags ab, Sitzung im Vereinslokale mit nachstehender Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten über die Bezirksgruppensitzung in Königs; 2. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden; 3. Besprechung über einen gemeinschaftlichen Ausflug nach dem Eisbusch; 4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegemeister Krause, Pösselgrund bei Gohren im Amt, vorliegen. Was für die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, um Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Coblenz. Am 18. Mai d. Js. fand die diesjährige Delegiertenitzung, verbunden mit Vorstandswahl, zu Coblenz im „Europäischen Hof“ statt. Sämtliche Ortsgruppenvertreter waren anwesend und eine Anzahl Mitglieder als Gäste. Die Sitzung wurde in üblicher Weise um 10 Uhr vormittags eröffnet. Zunächst wurde das Andenken des im vorigen Herbst verstorbenen Mitgliedes, Forstaufsicher Schneider in Siebersbach, durch Erheben von den Seiten geehrt. 1. Der Vorsitzende berichtete über die letzte Sitzung des Hauptvereins in Berlin; über den Stand und Geschäftsgang des letzteren, sowie über die Mitgliederzunahme und den Massenbestand der Bezirksgruppe. Ferner wurde von ihm betont, daß der Krankenkosten-Beihilfefasse, trotz ihrer so zweckmäßigen und wohlthätigen Einrichtung,

immer noch ein gewisses Mißtrauen entgegengebracht wurde; er empfiehlt ganz besonders den Beitritt zu derselben. 2. Der Schatzmeister verlas die Jahresrechnung, welche hierauf, von zwei Mitgliedern geprüft und richtig befunden, dem neuen Schatzmeister übergeben wurde. 3. Die Tagesordnung des Hauptvereins für die nächste Sitzung wurde eingehend durchgesprochen und die Anträge der Bezirksgruppe dem Delegierten übergeben. Die Bezirksgruppe erklärte sich damit einverstanden, daß die Vorstandssitzungen des Hauptvereins alljährlich im Januar stattfinden sollen. a) Für die Rangregelung der Forstamwärter soll eingetreten werden. b) Die Einzäunung der Dienstländereien gegen Rot- und Schwarzwildschaden soll weiter bearbeitet werden. c) Es soll darum gebeten werden, möglichst keine Försterstellen eingehen zu lassen. d) Das Dienstland soll kein Hemmnis für die Festsetzung eines angemessenen Gehaltes der Förster bilden. Dem Antrage des Hauptvereins auf Zahlung der Beiträge am Jahresbeginn in einer Summe wurde entgegengestimmt; auch verhielt die Versammlung gegenüber dem Antrage auf Erweiterung des engeren und weiteren Vorstandes sich ablehnend. 4. Das Protokoll von der letzten Sitzung wurde vom Schriftführer vorgelesen und vom Vorstand genehmigt. 5. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes hatte nachstehendes Ergebnis: Vorsitzender Herr Revierförster Meißter, Stellvertreter Herr Revierförster Jansen, Schriftführer Herr Förster Huhn, Stellvertreter Herr Förster Gräff, Schatzmeister Herr Hegemeister Leif, Stellvertreter Herr Förster Kambeck, Beisitzer: Herr Förster Gräff, Herr Förster Kambeck, Herr Revierförster Jansen. 6. Als Delegierter für die Hauptversammlung in Berlin wurde Herr Revierförster Meißter und als dessen Stellvertreter Herr Revierförster Jansen gewählt. 7. Der jährliche Bezirksgruppenbeitrag für Einzelmitglieder wird vom 1. Januar 1913 ab auf 9 M festgesetzt. Es erscheint wünschenswert, daß Einzelmitglieder sich möglichst einer Ortsgruppe anschließen, eventuell neue Ortsgruppen bilden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei säumiger Beitragsentrichtung das Mahn- und Bestellgeld dem Beitrag beizufügen ist. Bei Verspätungen ist es unbedingt erforderlich, daß die betreffenden Mitglieder ihren neuen Wohnsitz unverzüglich dem Vorsitzenden der Orts- bzw. Bezirksgruppe anzeigen, damit eine Verzögerung im Bezug der Vereins-Zeitung vermieden wird. Die Versammlung wurde gegen 5 Uhr geschlossen.

Der Vorstand. Meißter, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). Die am 18. Mai d. Js. in Hintersee abgehaltene Versammlung war von 19 Mitgliedern besucht. Die Sitzung wurde mit einem „Horrido“ auf Ge. Majestät eröffnet, die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. Auf einstimmigen Beschluß wurde der Ortsgruppenbeitrag vom 1. Januar d. Js. ab um 1 M erhöht; es sind nunmehr halbjährlich 5,25 M an den Schatzmeister abzuführen.

2. Das diesjährige Scheibenschießen findet am 13. Juli auf dem Stande in Carpin statt. Bünche über Einladungen von Gästen sind dem Vorstand bis zum 1. Juli mitzuteilen. Alles Nähere später durch das Vereinsblatt. 3. Der Vortrag über Vogelschutz und dessen Förderung, gehalten vom Kollegen R. Dinsie, fand allgemeinen Beifall bei den Damen und Herren. Nach kurzer Erledigung von Punkt 4 und 5 wurde die Sitzung um 10 Uhr geschlossen, worauf die Mitglieder mit ihren Damen noch in der frohlichsten Stimmung beisammen blieben. Den 14 erschienenen Damen für ihre Teilnahme den herzlichsten Dank; möge dies gute Beispiel den Ferngebliebenen zur Nachahmung dienen.

Der Vorstand: Schloß, Schriftführer.
Montabaur (Regbz., Wiesbaden). Die am 12. Mai d. Js. abgehaltene Versammlung war von sechs Mitgliedern besucht. Die Jahresrechnung wurde von den zu Rechnungsprüfern gewählten Kollegen Unverzagt und Belten für richtig befunden und die Entlastung erteilt. Nachdem die übrigen Punkte ebenfalls erledigt, wurde als Ort der nächsten, wahrscheinlich im August

stattfindenden Versammlung Welchneuborf gewählt. Die Kollegen werden gebeten, zu dieser Versammlung möglichst vollzählig zu erscheinen und ihre Damen mitzubringen. Näheres wird vorher noch bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Tillmann, Vorsitzender.

Waldenberg (Regbz., Frankfurt a. D.). Die am 18. Mai d. Js. in Regenthin stattgefundene Versammlung war von 21 Mitgliedern besucht. Nach einem auf Se. Majestät ausgebrachten Horrido wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. Dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt, nachdem die von ihm vorgelegte Jahresrechnung geprüft und für richtig befunden worden war. 2. Die allgemeine Vereinslage wurde eingehend erörtert und insbesondere die Petitionsangelegenheit mit ihrem etwaigen Erfolge besprochen. 3. Es wurde beschlossen, ein Waldfest, verbunden mit Scheibenschießen, unter bestimmten Voraussetzungen, die in einem späteren Rundschreiben mitgeteilt werden, am 14. Juli in Heidefabel abzuhalten.

Belte, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Bekanntmachung, betreffend Bewilligung von Stipendien für den Besuch forstlicher Lehranstalten.

Im Geschäftsjahr 1912 stehen, gemäß § 4d der Satzung, 18 Stipendien zu je 100 Mk. zwecks Verteilung an Söhne lebender oder verstorbener Vereinsmitglieder aus dem Stande der Forst- und Jagdbeamten als Beihilfen für den Besuch von forstlichen Lehranstalten für das Schuljahr pro 1. Juli bzw. 1. Oktober 1912/13 zur Verfügung. Die Verteilung dieser 18 Stipendien geschieht im Verhältnis zu der Mitgliederzahl der einzelnen Beamtenklassen — Staatsforstbeamte, Gemeindeforstbeamte, Privatforstbeamte — im „Waldheil“. Es gelangen hiernach zur Ausgabe 9 Stipendien an Söhne von Privatforstbeamten, 7 Stipendien an Söhne von Staatsforstbeamten und 2 Stipendien an Söhne von Gemeindeforstbeamten, über deren Verteilung in einer im Monat Juli oder August stattfindenden Vorstandssitzung Beschluß gefaßt werden soll.

Die gesetzlichen Vertreter der vorgenannten Forstbeamtensohne — Vater, Mutter, Vormund oder Pfleger — haben etwaige Anträge auf Bewilligung eines Stipendiums bis zum 1. Juli d. Js. bei dem unterzeichneten Vorstande einzureichen. Alle Gesuche müssen ausführliche Angaben über die Einkommens- und Familienverhältnisse des Vaters resp. der Mutter oder des Mündels enthalten und hinsichtlich der Nichtigkeit bei Witwen, Vormündern oder Pflegern von dem nächsten Amtsvorsteher oder durch eine vom Vorstande als

solche angesehene Vertrauensperson, bei Vereinsmitgliedern von dem vorgelegten Revierverwalter oder dem gegenwärtigen Brüdern beglaubigt sein; auch ist eine Bestätigung der in dem Gesuche gemachten Angaben durch mindestens drei Vereinsmitglieder zulässig. Der Vorstand behält sich außerdem in allen Fällen vor, die gemachten Angaben durch eigene Erkundigungen nachzuprüfen.

An unsere Vereinsmitglieder richten wir die Bitte, die ihnen etwa bekannten unbemittelten Witwen und Vormünder unbemittelter Waisen verstorbener Vereinsmitglieder, deren Söhne bzw. Mündel am 1. Juli bzw. 1. Oktober d. Js. in eine forstliche Lehranstalt untergebracht werden sollen, auf vorstehende Bekanntmachung zu verweisen und sie zur Einreichung von Gesuchen um Bewilligung eines Stipendiums zu veranlassen.

Besonders wird noch darauf hingewiesen, daß für junge Leute, welche eine Forstlehranstalt bereits besucht haben oder die betreffende Lehranstalt Ende Juni bzw. Ende September d. Js. verlassen, satzungsgemäß ein Stipendium nicht mehr bewilligt werden kann.

Alle Zuschriften in dieser Angelegenheit sind mit der Bezeichnung „Stipendienfonds“ an die Geschäftsstelle des Vereins „Waldheil“ in Neudamm (Bezirk Frankfurt a. D.) zu richten.

Neudamm, den 1. Mai 1912.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Graf zu Rantzau-Döllensradung,
 Königl. Forstmeister, Vorsitzender.

Wohlfahrtsmarken des Vereins „Waldheil“.

An unsere Mitglieder, Gönner und Freunde richten wir die herzlichste Bitte, von dem Ankauf der neuen, nach trefflichen Originalen bedeutender Jagdmaler hergestellten undrecht gut aussehenden Wohlfahrtsmarken ausgiebigen Gebrauch zu machen, damit



der Zweck, dem „Waldheil“ durch den Vertrieb dieser Marken eine neue Einnahmequelle zum Besten seiner Wohltätigkeitsbestrebungen zu verschaffen, vollaus in Erfüllung geht. Diese Wohlfahrtsmarken eignen sich besonders zum Aufkleben auf Jagdeinladungskarten oder zum Verschließen der Jagdeinladungsbriefe. Sie sind zum Preise von einer Mark für den Bogen, zu je fünfzig Stück — Stück also 2 Pf. —, von der Geschäftsstelle des Vereins „Waldheil“ zu Neudamm erhältlich. Mitglieder, welche sich für den Verkauf unserer Wohlfahrtsmarken interessieren wollen, werden gebeten, mit uns in Briefwechsel zu treten. Solcher Vertrieb dürfte übrigens eine sehr dankenswerte Aufgabe für die Frauen und Töchter vieler unserer Vereinsangehörigen sein.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Buch, Karl, gelernter Jäger, 3. Komp. Hannov. Jäger-Batl. Nr. 10, Goslar.
Bieritz, Theodor, Forstangehöriger, Gogoline b. Trachenberg, Schlesien.
Hallbauer, Fritz, Königl. Bauerrat, Braunschweig.
Häcker, Wilhelm, Forstgehilfe, Lindchen b. Wilsleben, Bez. Bromberg.
Rehner, Johannes, Forstgehilfe, Gogoline b. Trachenberg, Schlesien.
Urmann, Konrad, Gutsjäger, Blumenhof b. Bad Elsdorf.
Seidel, Wilhelm, Hilfsjäger, Forsthaus Grabow b. Grabow, Bez. Magdeburg.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Zahlung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Zahlung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzulösen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefarten und Zahlungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Freiwillig-unfreiwillige Einnahme von Herrn Königl. Jollistretar Genrich in Lübeck	20,— M.
Anlaßlich des Klub-Schießens in Grünwald des „Erfsten Stettiner Jagd-Klub“ von Mitgliedern gestiftet; eingekauft von Herrn B. Koch in Stettin	6,— „
Gestiftet von einem Jagdbast für einen Fellschuh auf einen Rehbock; eingekauft von Herrn Stadtförster Martner in Serhausen, Mitt.	2,— „
Einnahme für einen vom Nachbarschützen im „Bain“ geschossenen Rehbock, welcher auf der Jagd des Einsiebers verwendet und von diesem dem Erleger gegen Zahlung dieses Betrages überlassen wurde; eingekauft von Herrn Reichel in Göttersfeld	20,— „
Einnahme aus einer Schießmannschaft; eingekauft von Herrn Schießmann Karl Wehner in Neudamm	5,— „
verschiedene Zuwendungen von „Ungeannt“	15,— „

Sa. 203,— M.

Den Gubern herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Buch, Hellenberg, 2 M.; Beder, Buchenau, 2 M.; Brauner, Gr. Baumbach, 2 M.; Böttcher, Döltsfeld, 2 M.; Dallabor, Garben, 2 M.; Dreher, Meina, 2 M.; Dinsel, Niedertheerorten, 2 M.; Fiebing, Dolgen, 2 M.; Fied, Warmb., 2 M.; Grunze, Lössenheide, 2 M.; Gropp, Großbartloff, 2 M.; Gutsche, Trüschütz, 2 M.; Hirsch, Stauchgen, 2 M.; Hols, Meisdorf, 2 M.; Jähna, Gräß, 2 M.; Klode, Walbed, 2 M.; Krause, Wundischow, 5 M.; Liedfeld, Gerrentam, 2 M.; Neumann, Breslau, 2 M.; Pust, Benselshe, 2 M.; Schall, Eichheide, 2 M.; Rehbiner, Jagditz, 2 M.; Riewert, Gr. Dammer, 2 M.; Mohr, Gerbanen, 2 M.; Seab, Joppenbrov, 2 M.; Sauerlich, Traken, 2 M.; Schwa, Joppenbrov, 2 M.; Thomas, Panndorf, 2 M.; Thewe, Wald-Ebersdorf, 2 M.; Wölter, Welschheide, 2 M.; Weimer, Weichenswalde, 2 M.; Weitz, Naaschau, 2 M.; Wesenberg, Goldbrunn, 2 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorstehenden Oberförster Dr. Berthog-Halsene.

Bezirksgruppe XIII (Mitteldeutschland).**Einladung**

zu der am Sonnabend, dem 15. Juni d. Js., nachmittags 4 Uhr, in Lauterbach (Hessen), im Saale „Zum Johannesberg“ (Bahnhofstraße) stattfindenden Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die Bedeutung der vom Vereine eingeführten großen und kleinen forstlichen Lehrgänge.
2. Erfahrungen über die Schädigung des Waldes durch die Trockenheit des Sommers 1911.
3. Freie Anträge.
4. Besichtigung der 1911 bei der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Kassel vorgestellten freiherrl. Kiedeselschen forstlichen Ausstellung.

Für Sonntag, den 16. Juni, ist eine vier- bis fünfstündige Exkursion in die freiherrl. Kiedeselschen Forsten unter Führung des Forstrats Eulefeld in Aussicht genommen.

Bestellungen von Wohnungen zum Übernachten bitte ich rechtzeitig an Forsttrat Eulefeld in Lauterbach (Hessen) zu richten.

Bei Gelegenheit der Exkursion, welche die Bezirksgruppe XIII am 16. Juni b. Lauterbach (Hessen) vornehmen wi d, sollen Sprengversuche mit „Ammonachäuit“ vorgenommen werden, und zwar an starken Laubholzstöcken, an Nadelholzstöcken und an Steinen. Außerdem werden am Freitag, dem 14. Juni, nachmittags, mit dem gleichen Stoffe Sprengungen in einer Tongrube ausgeführt werden. Da sich nicht überall Gelegenheit bietet, derartige Besuche zu sehen, wird

an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam gemacht.

Gersfeld, den 19. Mai 1912.

Der Vorsitzende: Schreiber, Oberförster.

Bezirksgruppe III, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz.

Am Sonntag, dem 16. Juni d. J., vormittags 10 Uhr, wird in Malchin, Hotel „Stadt Hamburg“, die diesjährige Bezirksgruppen-Versammlung abgehalten.

1. Berichterstattung über die Entwicklung des Vereins.
2. Welche Mittel und Wege stehen dem Verein offen, um die Ferkelzucht in angemessene Bahnen zu lenken?
3. Freie Anträge der Vereinsmitglieder.
4. Wahl eines Delegierten nach Eisenach.
5. Aufnahme neuer Mitglieder.
6. Um 12 Uhr gemeinschaftliches Mittagessen „Stadt Hamburg“.
7. Nach dem Essen um 2 Uhr Exkursion (Wagenfahrt) nach der Baseldorfschen Forst unter Führung des Herrn Oberförsters Kaderich, Schwinkendorf. Herren, die an der Exkursion teilnehmen wollen, werden ersucht, sich bis zum 14. Juni bei Herrn Forstsekretär Strud in Schwinkendorf zu melden, zwecks Bestellung von Fuhrwerk.

NB. Die im Jahrbuch 1912 auf den 9. Juni d. J. angekündigte Versammlung in Stargard findet baselbst erst im Herbst statt.

Dreilübow, den 29. Mai 1912.

Franzke, Vorsitzender.

Bezirksgruppe V, Posen.

Am Sonntag, dem 16. Juni, vormittags 11 Uhr, findet in Posen, im Restaurant „Randel“ (Berliner Straße 19), die Sitzung der Bezirksgruppe V des Vereins für Privat-Forstbeamte Deutschlands statt.

Herr Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Schwappach hat sein Erscheinen zugesagt, und da auch die nachstehende Tagesordnung sehr Interessantes und Reichreiches verspricht, wäre eine zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Tagesordnung:

1. Persönliche und geschäftliche Mitteilungen, einschließlich Versicherungsamt. Referent: Wildmeister Fiebig.
2. Bericht über die Hauptversammlung 1911 an der Hand des Protokolls. Referent: Oberförster Westhus.
3. Was hat der Forstmann zu tun, um Waldbrände in seinem Revier zu verhüten, und wie bekämpft er einen Waldbrand. Referent: Forstkandidat Berger.
4. Welche Vorbeugungsmaßnahmen stehen den Forstschutzbeamten zur Verfügung gegen Schaden durch Insekten und Pilze in den Forstkulturen. Referent: Forstassessor Freiherr von Enzberg.
5. Wahl des Vorsitzenden der Bezirksgruppe.
6. Allerlei Anträge.

Fiebig, stellvertretender Vorsitzender.

Bezirksgruppe VIII, Regierungsbezirk Siegen.

Sonntag, den 30. Juni, vormittags 11¼ Uhr, soll im Saale der Gröbzigburg die diesjährige Versammlung abgehalten werden.

Tagesordnung:

1. Kurzer Bericht über den Verein;
2. Wahl des Vertreters zur Hauptversammlung in Eisenach;
3. Anträge für die Hauptversammlung;
4. Vortrag des Herrn Revierförsters Raczynski, Nieder-Schönbrunn: „Welche Erfahrungen sind mit der Umwandlung des Niederwalbes in Hochwalb gemacht worden?“ Mitberichterstatte Oberförster Schwabe.
5. Wahl des Versammlungsortes für 1913.

Um 2 Uhr gemeinschaftliches Mittagbrot im Burgrestaurant. Für den späteren Nachmittag ist noch ein kleiner Ausflug in die Gegend um das Revier der Herrschaft Gröbzig geplant. Se. Excellenz Herr Wirkl. Geheimrat von Dierken hat dazu eine Anzahl Gespanne zur Verfügung gestellt.

Es ist dringend erforderlich, die Anzahl der Teilnehmer vorher festzustellen, nicht bloß für den Ausflug, sondern auch zum gemeinschaftlichen Essen.

Anmeldungen sind bis zum 20. Juni an den Unterzeichneten zu richten.

Die Gröbzigburg bietet so vieles Sehenswerte und ist ein so durch landschaftliche Schönheit ausgezeichnete Punkt, daß auch die Vereinschwestern und Töchter während der Verhandlungen keine Langeweile haben werden. Sie seien hiermit bestens eingeladen und mit sonstigen Freunden unseres Berufes herzlich willkommen.

Jagdloß bei Weißwasser, Oberlausitz, den 26. Mai 1912.

Oberförster Schwabe, Vorsitzender.

NB. Entfernung von der Station Gröbzig bis zur Burg etwa 30 Minuten; von Station Neudorf eine Stunde.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3849. Schnabel, O., Förster, Breiten, Kr. Bielefeld. (B.-Gr. X)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt: Schmann, Georg, Forstausseher, Ober-Krombach b. Niederhövels-Eudel.

Pfeiffer, Just., Förster, Fort b. Schilf i. Heilen. Hoffe, Franz, Revierförster, H. Wobau b. Starg. Reg. Halle. Degele, Hugo, Hilfsförster, Burgkennig.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan lauten ferner ein:

Nr. 77, 163, 357, 814 je 4 M., Nr. 1442 10 M., Nr. 1828 8 M., Nr. 1868, 1870, 2319, 2469, 2674 je 4 M., Nr. 3070 8 M., Nr. 3191, 3434 je 4 M., Nr. 3618 9 M., Nr. 3750 4 M., Nr. 3831 7 M.

Einlagen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugelandet. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Schlesischer Forstverein.

Die 70. Generalversammlung findet am 4., 5. und 6. Juli 1912 in Beuthen D.-S. statt. Zur Teilnahme werden alle Mitglieder des Vereins, Vertreter anderer Forstvereine, alle Fachgenossen, sowie Freunde des Waldes und des Wildwerks hiermit ergebenst eingeladen. Die Anmeldungen zur Teilnahme an der Generalversammlung sind bis 20. Juni d. Js. an Herrn Magistratssekretär Frotzcher in Beuthen D.-S. (Stadthaus) zu richten. Unterkunft in Hotels ist gesichert. Zeitenteilung.

Mittwoch, den 3. Juli. Nachmittags Ausgabe der Vereinsabzeichen usw. auf dem Bahnhof. Von 7 Uhr abends an geselliges Zusammensein im Garten des Hotels Kaiserhof (Bahnhofstraße).

Donnerstag, den 4. Juli. Vereins-sitzung von 8¼ Uhr vormittags ab im großen Saal des Stadthauses (Klosterplatz) mit Frühstückspause. Mittagessen nach Belieben. Nachmittags 4 Uhr Rundfahrt durch die Stadt und die Anlagen. Versammlung auf dem Kaiserplatz. Abends Gartenfest im Konzerthaus, dargeboten von der Stadt Beuthen.

Freitag, den 5. Juli. Sitzung von 8¼ Uhr vormittags ab wie am 4. Um 3½ Uhr nachmittags gemeinschaftliches Festmahl im großen Saal des Konzerthauses (Gebäude 4 A). Um 6 Uhr Abfahrt nach dem Stadtwald vom Konzerthaus. Waldspaziergang, Pflanzung der Vereins-zeichen. Bieraabend im Waldschloß, dargeboten von der Stadt.

Sonnabend, den 6. Juli. Um 9 Uhr vormittags Abfahrt vom Boulevard mit elektrischer Bahn zur Befahrung der Hohenzollerngrube (Steinkohlenbergwerk) oder zur Besichtigung der Friedenhütte (Stahlwalzwerk) nach Wahl. Für Frühstück ist an beiden Stellen Sorge getragen. Rückfahrt nach Beuthen, so daß die Nachmittagszüge von 3 Uhr ab erreicht werden.

Beratungs-Gegenstände.

I. Wahl des Vizepräsidenten, Erledigung der Vereinsgeschäfte usw.

II. Besprechung nachstehender Thematika:

1. Mitteilung über neue Grundsätze, Erfindungen, Versuche und Erfahrungen aus dem Bereiche des forstwirtschaftlichen Betriebes und der Jagd. Berichterstatter: Kgl. Prinzl. Forstmeister Nichtsteig, Camenz.

2. Mitteilungen über Waldbeschädigungen durch Insekten oder andere Tiere, Naturereignisse, Pilze usw. Berichterstatter: Kgl. Oberförster Rodtrock, Karmine.

3. Der Wald in der Dichtung. Berichterstatter: Oberbürgermeister Dr. Brünning, Beuthen D.-S.

4. Verwendung des Holzes zu Stubenzweiden. Berichterstatter: Bergwerksdirektor Neumann zu Hohenlinde.

5. Über Groß- und Klein-Nachschläge bei Kiefern. Berichterstatter: Forstmeister Runad, Reubed D.-S.

6. Über Rauchschäden im Walde. Berichterstatter: Forstmeister Ebler von Braumühl, Carlshof D.-S.

7. Erfüllen die „Ursprungscheine“ und „bestimmten Bescheinigungen“ der Jagdordnung (§ 46 und 45) ihren Zweck, und welche Verbesserungen und Vereinfachungen der Überwachung des Wildhandels sind möglich? Berichterstatter: Kgl. Forstmeister Baumann, Jagdschloß Dobland.

Wreslau, den 10. Mai 1912.

Der Präsident
des Schlesischen Forstvereins.
Hellwig, Kgl. Oberforstmeister.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

Ortsgruppe Wildungen.

Die Mitglieder werden gebeten, die fälligen Beiträge von 3,25 Mk an den Kollegen Seifarth in Dahlen bis zum 15. Juni d. Js. einzusenden.
Der Vorstand.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Unhalts.

Bezirksgruppe Harzgerode.

Am Sonnabend, dem 22. Juni d. Js., von 4 Uhr nachmittags ab, Zusammenkunft im Vereinslokal zu Harzgerode. Hiernach von 6 Uhr ab gemeinsames Festessen der „grünen Farbe“, wozu die Mitglieder der Bezirksgruppe mit ihren Damen herzlichst eingeladen sind. Die Anzahl der Gedecke ist bis zum 15. Juni bei Herrn Brethauer anzumelden. Nach dem Essen findet ein kleines Tanzchen statt. Anzug: grüner Rod. Gäste können durch den Vorstand eingeführt werden.
Grimm.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befragung gelangende Forstbeamtenstellen in Preußen. 467. — Schungsgräben mit einer schrägen Seitenwand. (Mit 3 Abbildungen.) 467. — Die Bedeutung des Waldbrandroßens für die Kulturen. 471. — Die Wälder Perons. Von Guse. 472. — Bericht über die Winterversammlung des Märkischen Forstvereins in Berlin am 12. Februar 1912. (Schluß.) 473. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 476. — Hauptversammlung des Märkischen Forstvereins. 476. — Fortbildungskursus des Vereins mecklenburgischer Forstwirte. 476. — Die Abkämpfung von Wildschäden. Von Simon. 477. — Waldbrände. 477. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen. 478. — Brief- und Fragekasten. 479. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 480. — Nachrichten des „Waldheides“. 482. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 483. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 485. — Inserate.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstkünftiger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balancen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Wöchentliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningerischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thronorter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 5 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 24.

Neudamm, den 16. Juni 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Bischofswald im Regierungsbezirk Magdeburg ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 1. Juli** eingehen.

Oberförsterstelle Junkerhof im Regierungsbezirk Marienwerder ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 20. Juni** eingehen.

Försterstelle Annarode II in der Oberförsterei Annarode, Regierungsbezirk Merseburg, ist vom 1. August 1912 ab neu zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 1. Juli** eingehen. Stelleninhaber muß gewärtig sein, in absehbarer Zeit wegen Umwandlung von Annarode II in eine Revierförsterstelle nach Försterei Bornstedt versetzt zu werden. Zu Bornstedt gehören als Dienstländereien 0,350 ha Garten und 0,555 ha Ackerland.

Försterstelle Buntebock in der Oberförsterei Oberkaufungen, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. September 1912 zu besetzen.

Försterstelle Lassfelde in der Oberförsterei Ökerode a. S., Regierungsbezirk Hildesheim, ist zum 1. September 1912 zu besetzen.

Försterstelle Lohra in der Oberförsterei Einhausen, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 20. Juni** eingehen.

Försterstelle Reuwich in der Oberförsterei Golau, Regierungsbezirk Marienwerder, ist vom 1. Juli 1912 ab neu zu besetzen. Die Stelle liegt 19 km von der Stadt Strassburg. Paritätische Schule in Gieszyn, 1,5 km, evangelische Kirche in Hermannsruhe, 6,3 km, katholische Kirche in Wroßt, 4 km. Dienstland 9,601 ha Acker, 8,435 ha Wiese, Nutzungsgeld 97 Mark. Dienstaufwand 200 Mark. Meldefrist: **15. Juni**.

Försterstelle Sand in der Oberförsterei Sand, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 20. Juni** eingehen.

Försterstelle Steinwald (Wohnsitz Neutkirchen) in der Oberförsterei Neutkirchen, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 20. Juni** eingehen.

Die Krankenkostenbeihilfeskasse des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten im Jahre 1911.

Das zweite Geschäftsjahr dieser Wohlfahrts-Einrichtung des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten liegt nun abgeschlossen hinter uns. Die von vielen Seiten bei ihrer Einrichtung gehegten Besorgnisse haben sich erfreulicherweise auch in diesem Jahre als völlig grundlos erwiesen.

Wohl können in Jahren, in denen besonders viel Krankheiten unter den Mitgliedern herrschen, die Entschädigungen niedrig ausfallen, aber im Vergleich zu dem geringen Jahresbeitrag von 6 M. werden sie immer verhältnismäßig hoch sein. Auch wird es nach Anwachsen des Reservefonds möglich sein, hierin einen sehr wünschenswerten, einigermaßen gleichbleibenden Durchschnitt innezuhalten.

Die Mitgliederbewegung war folgendermaßen: 1910 schloß mit einem Mitgliederbestande von 765, das Jahr 1911 mit einem solchen von 891 (1912 sind augenblicklich 996 Mitglieder).

Der Gesamtbetrag der für 1911 angemeldeten Krankenkosten betrug: 13016,25 M. (1910: 10105 M.). Diese Zahlen sind für alle Mitglieder, die nicht blind sein wollen, äußerst lehrreich; sie sind ein schlagender Beweis für die unbedingte Notwendigkeit einer solchen Einrichtung.

Die Mittel, welche dem Verein zur Linderung unverschuldeter Not in seinem Beihilfefonds zur Verfügung stehen, müssen, da sie auch aus anderen als Krankheitsgründen gewährt werden, hier völlig versagen.

Andererseits ist es ein Zeichen dafür, wie gesund der Gedanke der R.B.R. ist, daß aus einer Reihe von Bezirken Beihilfegesuche aus Krankheitsgründen an den Verein nicht eingegangen sind; weil eben die kranken Mitglieder meist Mitglied der R.B.R. waren.

Welch ein Segen ließe sich stiften, wenn endlich bei uns Allen die Überzeugung sich Bahn bräche, daß jeder auch Mitglied der R.B.R. sein müßte.

Die Höhe der zu berücksichtigenden Summe für 1911 betrug 9205 M.

Ausgezahlt sind für 1911 rd. 50% mit 4652 M. 1910 wurden ausbezahlt 3719 M.

Die Abrechnung und Auszahlung hätte auch diesmal viel früher stattfinden können, wenn die Beteiligten einerseits ihre Jahresrechnungen pünktlicher und vollständiger eingereicht hätten, und wenn die Zahlung der Beiträge andererseits rechtzeitiger erfolgt wäre.

Die Forderungsnachweise müssen unbedingt am 15. Februar jeden Jahres in den Händen des Ausschussesvorstehenden sein; auch zu den

lediglich nach dem Dreimarksaße aufgestellten Forderungsnachweisen müssen alle Belege gebracht werden; die Krankheit muß im Kopf des Forderungsnachweises bezeichnet sein; Rückfragen müssen schnell und entgegenkommend beantwortet werden, also genaue Beachtung von Satzung und Muster.

Nur dann ist es möglich, neben den um diese Jahreszeit besonders reichlichen und unbedingt vorrangierenden dienstlichen Arbeiten auch noch jene für die R.B.R. zu leisten.

An den für 1911 gezahlten Beihilfen sind beteiligt:

Bezirk	Mitglieder	Betrag für 1911	1910
Aachen	1	—	129
Allenstein	37	388	136
Arnsberg	21	52	—
Breslau	62	595	71
Bromberg	27	245	97
Cassel-Ost	49	81	84
Cassel-West	37	18	312
Coblenz	12	206	73
Cöln	35	177	—
Danzig	64	282	468
Düsseldorf	53	95	271
Erfurt	17	143	—
Frankfurt a. D.	60	469	—
Gumbinnen	11	—	—
Hannover	2	—	—
Hildesheim	52	316	149
Königsberg	65	188	163
Köslin	19	—	193
Leignitz	10	—	—
Lüneburg	8	—	—
Magdeburg	10	—	106
Marienwerder	70	270	200
Merseburg	27	249	—
Minden	3	—	118
Oppeln	32	106	158
Osnabrück	5	—	—
Posen	22	—	113
Potsdam	16	190	—
Schleswig	6	51	309
Stade	16	160	—
Stettin	30	193	387
Stralsund	6	—	46
Trier	3	179	137
Wiesbaden	—	—	—

Es wurden an Beihilfen gezahlt:

unter 20 M. = 8	von 100—120 M. = 4
von 20—40 „ = 17	„ 120—140 „ = 1
„ 40—60 „ = 9	„ 140—160 „ = 3
„ 60—80 „ = 14	„ 160—180 „ = 4
„ 80—100 „ = 11	
Zusgesamt = 71	

Durch Tod verlor die Kasse, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, fünf Mitglieder.

Einen erfreulichen Zuschuß zu den Einnahmen lieferten die Wirtschaftsverträge.

Die Einnahmen setzten sich zusammen aus:

1. Mitgliederbeiträgen . . .	5325,60 M
2. Zinsen . . .	101,60 "
3. Aus Wirtschaftsverträgen . . .	240,00 "
4. Eintrittsgeldern . . .	390,00 "
	<hr/> 6057,20 M

Ausgaben entstanden:

1. Porto, Drucksachen, Formulare (einschl. eines Restes) . . .	159,90 M
2. Zurückgezahlter Beitrag aus 1910, Wiesbaden . . .	24,00 "
	<hr/> 183,90 M

Von den Einnahmen unter 1—3 wurden 15 % dem Reservefonds zugeführt = 850,07 M
dazu Ausgaben . . . 183,90 M

zusammen 1033,97 M

Einnahme 1—3 . . . 5667,20 M

Zur Verwendung für 1912 . . 4633,18 M

Der mehrverwendete Betrag von 18,82 M, entstanden durch die Abrundung der R.B.R.-Beihilfen, ist aus dem Reservefonds gedeckt, welchem im vorigen Jahre noch einige Beiträge nach Abschluß der Abrechnung zugeflossen sind.

Der Reservefonds der R.B.R. hat nunmehr die Höhe von 1610,10 M erreicht.

Es wird somit bei weiter fortschreitender Entwicklung der Kasse vielleicht möglich sein, Mitgliedern, welche nach fünfjähriger Zugehörigkeit sterben sollten, ein kleines Sterbegeld zu zahlen, ohne daß der Jahresbeitrag erhöht wird.

Die Eintrittsgelder für 1911 sind vorläufig zurückbehalten, da die diesjährige Delegiertenversammlung darüber zu beschließen hat, ob die Jahre 1911/12 noch eintrittsgeldfrei sein sollen. Der Betrag hätte die Verteilungsquote auch nur ganz unwesentlich beeinflusst.

Zur allgemeinen Beachtung sei noch folgendes Vorkommnis angeführt:

Zwei dem mitunterzeichneten Ausschußvorsitzenden nahestehende Kollegen seines Bezirks waren der Einrichtung der R.B.R. sehr abhold; wiederholtem Zureden seinerseits gelang es, daß sie „ihm zuliebe“ im Jahre 1910 beitraten. Sie waren gesund und rüstig! In diesem zweiten Jahre ihrer Mitgliedschaft wurden beide ganz unerwartet von schwerer Krankheit heimgesucht, die ihnen Kosten von rund 350 und 418 M verursachten. Es ist anzunehmen, daß beide ihre Mitgliedschaft nicht bereuen werden. Und, wie ihnen, kann es so leicht einem jeden von uns über Nacht ergehen.

Die Herren Bezirksgruppen-Vorsitzenden werden ähnliche Erfahrungen bei Durchsicht der ihnen vorliegenden Forderungs-Nachweise gemacht haben, und es sei jedes Mitglied, jeder Orts- und Bezirksgruppen-Vorsitzende ersucht, von der Mitteilung solcher Beispiele stets recht eindringlich Gebrauch zu machen.

Man führe nicht immer wieder den Mißerfolg der Trierischen Krankenkasse an; diese setzte die Höhe der Entschädigungen fest, bevor das Geld dazu da war; unsere Kasse entschädigt nach Maßgabe der vorhandenen Mittel!

Was lehrten uns nun die zwei verfloffenen Geschäftsjahre?

Es erscheint als durchaus erstrebenswert, ja unbedingt notwendig, die Krankenkosten-Beihilfeskasse so bald als irgend möglich zu einer obligatorischen Einrichtung des Vereins zu machen, um den großen wirtschaftlichen Schäden, die durch Krankheiten verursacht werden, wirksam entgegenzutreten zu können und eine Last, unter der einzelne unglückliche Familien fast zusammenbrechen, auf die breiten Schultern der Kollegenschaft zu legen und dadurch nach Menschenmöglichkeit erträglich zu machen.

Frei von der Verpflichtung beizutreten, müssen auf ihren Wunsch hin natürlich die Vereinsmitglieder sein, die einer Krankenkasse anderweitig angehören.

Die Beitragsfestsetzung könnte dann vielleicht nach Dienstaltersstufen geregelt werden; Forstaufseher 3 M, Förster o. R. 5 M, Revierförster, Förster m. R. 2c. 8 M.

Bei obligatorischer Zugehörigkeit zur R.B.R. würde sich folgende Berechnung ergeben:

etwa 5000 Pflichtmitglieder rd. 30 000 M
ab Reservefonds . . . 4 500 M

zu verteilen rd. 25 500 M

Die zum Ersatz zu berücksichtigende Summe betrug im Durchschnitt der beiden Jahre 1910 und 1911 rund 9000 M; in der Annahme, daß bei obligatorischer Einrichtung die dreifache Summe entstehen würde, was so ungünstig aber kaum zutreffen wird, da die meisten zu Krankheit disponierenden Kollegen wohl schon jetzt der R.B.R. angehören, so wären insgesamt 27 000 M zu berücksichtigen! Gewiß ein verlockendes Zahlenbild!

Diese Ausführungen müßten doch eigentlich auch die Kollegen überzeugen, die heute noch nicht für eine Pflichtkasse glauben stimmen zu können.

Also verschließe man sich dieser Einsicht doch nicht länger, und wenn in einigen Jahren der Antrag auf Umbildung in eine Pflichtkasse eingebracht werden sollte, dann wollen wir auf

einstimmige Annahme hoffen. Bis dahin mögen alle überzeugten Mitglieder nach besten Kräften für die **R. V. A.** werben und in jeder Hinsicht aufklärend wirken.

Die Verhandlungen mit dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung über unsere **R. V. A.** Satzungen werden in diesen Tagen wohl zu einem befriedigenden Abschluß kommen.

Die von einer Bezirksgruppe angeregte Herabsetzung der Karenzzeit kann erst dann befürwortet werden, wenn die Kasse Pflichtkasse ist.

Von anderer Seite ist die Einrichtung einer Krankenversicherung für Ehefrauen und Kinder angeregt oder die Anfügung einer Sterbekasse für diese. Über den ersten Punkt sollten wir erst die weitere Entwicklung unserer **R. V. A.** abwarten. Bezüglich der Sterbekasse für Ehe-

frauen und Kinder sind Erhebungen angestellt; nach Zusammenstellung des Materials sollen eventuell Vorschläge gemacht werden.

Die Kollegen, welche Badesuren nötig haben, werden in ihrem und der Kasse Interesse auf die Vorteile hingewiesen, welche die königlichen Bäder bieten, und ersucht, in solchen Fällen mit ihren Ärzten sich über deren Benutzung zu verständigen.

Allen Kollegen aber, die an der guten Sache in irgend einer Weise mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt mit der gleichzeitigen Bitte um fernere recht tatkräftige Unterstützung von allen Seiten.

Im Mai 1912.

Krause, Vereinsvorsitzender,
Sacher, Vorsitzender des Ausschusses IV

Vom Holzmarkt.

Die Holzpreise entwickelten sich in der verfloßenen Saison für unsere Waldwirtschaft in recht günstiger Weise. Die Nachfrage war zuzeiten und an manchen Orten eine fieberhafte zu nennen. Jetzt in der Bauzeit tritt stellenweise eine leise Enttäuschung ein, und es werden Stimmen laut, die eine Reaktion in ziemlich sichere Aussicht stellen. Die letzten Verkäufe brachten fast überall niedrigere Preise, aber das tritt auch in normalen Jahren gegen Frühjahr beim Holz ein und braucht noch nicht den Konjunkturrückgang anzudeuten.

Wir lassen die Einzelberichte in derselben Anordnung wie früher folgen, nämlich: Ostpreußen, Brandenburg, Oberschlesien, Thüringen, Rheinland-Westfalen, Harz, Sachsen, Baden, Oberhessen, Elsaß-Lothringen.

Aus Ostpreußen. Der Holzverkauf ist im wesentlichen, was Nutzholz anbetrifft, als beendet anzusehen. Sowohl **Nadel-** wie **Laubholz** haben eine nicht unbedeutliche Steigerung erfahren. Wie im letzten Bericht ausgeführt, haben im Bezirk Königsberg die fiskalischen Verkäufe an **Zellstoffholz** erst nach dem Einschlag stattgefunden, das Ergebnis ist ein durchaus günstiges gewesen. Die erzielten Preise schwanken zwischen 6,75 *M* und 8,00 *M* pro Raummeter ungeschält, das sind 9,60 bis 11,00 *M* pro Festmeter. Diese Preise lassen sich gerechtfertigt erscheinen, bei schwierigerem Absatz die IV. Klasse an Fichten teilweise ins Zellstoffholz zu schneiden, wodurch die Gesamtqualität des Langholzes wesentlich verbessert wird und dementsprechend auch noch höhere Preise erzielt werden. Gegen die Zellstoffholzpreise fallen die **Grubenholzpreise** erheblich ab, so daß der Einschlag hierin wohl erheblich zurückgehen wird.

Über die erzielten **Laubholz- und Nutzholzpreise** sind im letzten Bericht schon einige speziellere Angaben gemacht. Ein Zurückweichen dieser Preise ist nicht anzunehmen.

Aus Brandenburg. Die Preise für **Kiefern- und Schneidholz** haben sich im Winter 1911/12 auf der gleichen Höhe des Vor-

jahres gehalten, wobei jedoch ein schwaches Anziehen einzelner Sortimente unmerklich war. Es wurden im Durchschnitt der Provinz erzielt:

	für Kiefernbaumholz:			
	I.	II.	III.	IV.
1910/11	26,37 <i>M</i>	23,21 <i>M</i>	17,99 <i>M</i>	12,74 <i>M</i>
1011/12	26,67 "	23,39 "	18,06 "	13,54 "

für Kiefern-sägeblöcke:

	I.	II.	III.
1910/11	37,81 <i>M</i>	35,09 <i>M</i>	30,54 <i>M</i>
1911/12	38,35 "	35,18 "	30,51 "

Die Preise für **Kieferngrubenholz** sind besser ausgefallen, als zu erwarten war. Sie haben zwar noch nicht die Höhe der Preise von 1906/09 wiedererlangt, aber gegen 1910/11 doch immerhin eine ganz gute Aufbesserung erfahren. Im Durchschnitt der Provinz ergeben sich folgende Preise:

Kieferngrubenholz.

I. in Stangen, ungeschält:

	Mittendurchmesser über 14 cm	bis 14 cm
1910/11	9,65 <i>M</i>	7,40 <i>M</i>
1011/12	9,73 "	8,43 "

II. in Stempeln, ungeschält:

	Stempeldurchmesser über 14 cm	10—14 cm	7—10 cm
1910/11	8,88 <i>M</i>	7,75 <i>M</i>	5,53 <i>M</i>
1911/12	9,61 "	8,56 "	6,96 "

Die Ursache der Preissteigerung des **Grubenholzes** ist auf die starke Beschäftigung der Eisenindustrie zurückzuführen.

Die Nachfrage nach gutem **Eichentischlerholz** war zwar wieder lebhaft und läßt erkennen, daß auch die märkische Eiche (soweit milde Traubeneiche) sich einer steigenden Bewertung erfreut; indessen drückte schließlich doch das starke Angebot aus den ungewöhnlich umfangreichen Verjüngungsschlägen auf den Preis.

Die **Brennholzpreise** konnten trotz der Preissteigerung der Kohlen keine durchgreifende Aufwärtsbewegung erfahren. Sie verbesserten sich nur um einige Pfennige, die sie voraussichtlich im nächsten Winter schon wieder einbüßen werden.

Aus Oberschlesien. Die Preise des Winters 1911/12 standen unter dem Zeichen der Hoch-

konjunktur. Die A I-Eiche des Proslauer Terminee brachte in diesem Jahre durchschnittlich 203,75 M pro Festmeter gegen 181,36 M des Vorjahres. Nach

unseren Notizen brachte die Eiche in den fiskalischen Revieren des Regierungsbezirks Oppeln durchschnittlich etwa:

	A I mit 60 cm und mehr	II 50—59	III 40—49	IV 30—39	B I mit 60 cm und mehr	II 50—59	III 40—49	IV 30—39
	Mittendurchmesser				Mittendurchmesser			
1911/12	134	92	66	48	63	53	41	26
1910/11	140	87	59	41	62	45	34	24
1909/10	70	54	51	38	46	34	30	18,5

Die Preissteigerung ist deutlich erkennbar und kann gegen das Vorjahr auf etwa 6 M pro Festmeter eingeschätzt werden.

Die Kiefer letzte schon im Dezember 1911 mit höheren Preisen gegen das Vorjahr ein. Die Verkäufe um den 20. Januar herum brachten die höchsten Erlöse; später sank der Preis bis Anfang April um 2 bis 4 M pro Festmeter. Durchschnittlich brachten etwa:

	Schnelzhölzer		Bauhölzer			
	II	III	I über 2 fm	II 1-2 fm	III 0,5 bis 1 fm	IV bis 0,5 fm
1911/12	32,50	30,50	31,60	27,—	21,50	15,80
1910/11	31,50	28,50	29,70	23,90	18,20	12,20
1909/10	31,—	25,80	27,50	21,80	15,20	11,20

Die Preissteigerung gegen das Vorjahr ist auf durchschnittlich 3 M pro Festmeter anzulegen.

Die Fichte unterschied sich in der Preisbewegung von der Kiefer dadurch, daß die Preisbewegungen nicht so große waren und auch gegen Frühjahr noch fast die gleichen Preise erzielt wurden wie im Winter. Die Durchschnittspreise waren etwa:

	I. Kl. über 2 fm	II. Kl. 1—2 fm	III. Kl. 0,5—1 fm	IV. Kl. bis 0,5 fm
1911/12	23,00	21,40	19,—	14,—
1910/11	19,70	17,30	14,50	11,90
1909/10	16,80	13,90	11,60	9,40

Im Durchschnitt ist die Preissteigerung für Fichte gegen das Vorjahr auf 3,50 bis 4,00 M einzuschätzen.

Im ganzen betrachtet, muß man die Preissteigerung der letzten zwei Jahre bei Kiefer und Fichte als eine ungefähr hohe und schnelle bezeichnen. Die Brettmühlenbetriebe können bei den Preisen des letzten Winters nicht reüssieren, trotzdem auch die Schnittmaterialien im Preise gestiegen sind; der Rückschlag wird nicht ausbleiben.

Auch die Grubenholzverkäufe dieses Winters brachten wesentlich höhere Preise als 1910/11. Auf den Gruben herrscht Holzknappheit. Die Ballpreise stiegen um etwa 1,50 M pro Festmeter. Zu vermuten ist, daß dieser Preis sich halten wird.

Die Kleinnughölzer profitierten von der Hochkonjunktur weniger; es ist aber anzunehmen, daß die Preise für diese Hölzer im nächsten Winter stärker anziehen werden.

Aus Thüringen. Die in unserem letzten Holzhandelsbericht geäußerten Vermutungen haben im wesentlichen durch die Holzverkäufe ihre Bestätigung gefunden: Geringer Rückgang der Preise für schwächere Sortimenten infolge ihres sehr großen Anfalles im Vorjahre durch Eisbruch und starkes Anziehen der Preise für stärkere Balken- und insbesondere Schnitthware. Nachstehend die Durchschnittserlöse von ca. 20 großen Nadelholzauctionen aus dem mittleren Thüringerwald:

Geringes Langholz (bis 14 cm Mittendurchmesser)	17,00 M
Mittleres " (15—24 " "	25,00 "
Starkes " (über 24 " "	30,00 "
Fahlholz (8 m lang, 10—15 cm Sopfstärke)	13,50 "
Rundholz (4 " " 15—20 " "	20,00 "
Bloche I. Kl. (4 " " 21—30 " "	27,00 "
Bloche II. Kl. (4 " " über 30 " "	32,00 "
" (4 " " 21—30 " "	28,00 "
" (4 " " über 30 " "	28,00 "

Das Holz ist, mit Ausnahme des geringen Langholzes und der Pfähle, entrindet und ohne Rinde gemessen. Der Raummeter 1 m langes Fichtenschleifholz wurde mit der Rinde, von 8 cm Sopfstärke an, mit 8,50 M verkauft. Die Feuerholzpreise zeigen immer noch keine Aufwärtsbewegung. Erzielt wurde etwa für den Raummeter:

Gutes Scheitholz	7,50 M
Geringes " "	4,50 "
Gutes Hollenholz	5,00 "
Geringes " "	3,50 "

Auch der Fichten-Lohrinverkauf liegt weiter darnieder. Erzielt wurden Feuer für 200 Stück Schalen, 1 m lang, 1/2 m breit, im Mittel nur etwa 6,50 M.

Die Preise für das Laubnugholz ziehen von Jahr zu Jahr mehr an. Die Verkäufe in Nordthüringen hatten nachstehende Ergebnisse:

Rotbuche:	
mindestens 3 m lang u. 30—44 cm Mittensstärke	19,00 M
" 3 " " über 44 " "	23,00 "
" 2 " " 20—30 " "	15,00 " (Schwellen)
Eiche:	
mindestens 2 m lang u. 20—30 cm Mittensstärke	18,00 M (Schwellen)
" 2 " " über 40 " "	10,00 "
Hainbuche:	
mindestens 3 m lang u. 15—30 cm Mittensstärke	20,00 M
" 3 " " über 30 " "	35,00 "
Esche:	
mindestens 3 m lang u. 15—30 cm Mittensstärke	40,00 M
" 3 " " über 30 " "	50,00 "
" 3 " " 50 " "	60,00 "

Auch das Laubnugholz wird ohne Rinde gemessen. Die Brennholzpreise unterliegen sehr beträchtl.

lichen örtlichen Schwankungen. Buchenscheitholz wird mit etwa 8,50 M der Raummeter bezahlt. Da die Kuchholzausbeute eine immer größere wird, geht das Angebot im Laubbrennholz zurück und die Preise steigen infolgedessen.

Aus Rheinland-Westfalen. Da die Kohlen- und Eisenindustrie im Herbst sehr gut beschäftigt war, waren auch die Preise für fast alle Holzsortimente im ersten Teile der Verkaufssaison günstig. Bau- und Grubenhölzer erzielten Preissteigerungen gegen das Vorjahr um 5 bis 15 %. Eichen- und Buchenholz für Möbelschwebe standen noch günstiger im Preise, auch die Buchenholz erzielten um 10 bis 20 % an. Da kam der Streik der Bergarbeiter, der eine unliebsame Störung und Unsicherheit in das allgemeine Erwerbsleben und die Industrie brachte und eine Rückwirkung auf die Holzpreise im Gefolge hatte. Am Ende der Verkaufszeit waren die Preise deshalb im allgemeinen wieder auf den Stand des Vorjahres zurückgegangen. Besonders ungünstig gestalteten sich aber zu dieser Zeit die Preise für Eichen-Gruben- und Stellmacherhölzer. Durch den jahrelangen Fraß des Eichenwicklers, durch den Befall der hiesigen Eichenbestände durch den Mehltau, und nicht zuletzt durch die anhaltende Dürre des letzten Sommers, sind in fast sämtlichen Eichenbeständen des Bezirks in allen Altersklassen große Ausfälle nötig geworden, daß zu Ende des Winters eine Überschwemmung mit derartigen Eichenhölzern eintrat und ein bedrückendes Fallen der Preise für derartige Hölzer im Gefolge hatte.

Wenn somit die abgeschlossene Verkaufssaison auch nicht günstig geendet hat, so sind die Aussichten für das kommende Jahr doch nicht ungünstig. Kohlen- und Eisenindustrie haben reichliche Aufträge, für die vermehrten Arbeitskräfte auf Zechen und Eisenwerken sind denn auch vielfach Arbeiterkolonienbauten ausgeschrieben, und in gleicher Weise wird auch die Privatbaupelulation mit Neubauten nicht zurückbleiben. Baugewerbe und Industrie rechnen auf ein gutes Geschäft, was für eine Steigerung der Holzpreise im Walde die erste Vorbedingung ist. Die Konkurrenz russischen und skandinavischen Grubenholzes ist nicht so besonders besorgniserregend, wie vielerorts angenommen wird. Das Angebot russischer Grubenhölzer ist wesentlich kleiner, als man vermutete, weil die Auswahl hierfür in Frage kommender Waldungen nicht mehr groß ist. Die skandinavischen Grubenholzbezüge, von denen erst so viel Aufhebens gemacht wurde, wurden teurer, als man zunächst annahm. Handlungskosten einschließlich aller Fracht- und Ladekosten stellen sich schließlich so hoch, daß man das nämliche Holz, besser verarbeitet und in viel gangbareren Dimensionen und obendrein wohlfeiler im Inlande erhalten kann.

Die Aussichten für die nächste Zukunft kann man mithin wohl hoffnungsvoll nennen.

Vom Harz. Unsere Hauptholzart, die Fichte, hat die erwartete Preissteigerung gegen das Vorjahr erreicht. Es wurden gezahlt im Durchschnitt für

Fichten, Langnuppholz	I. Kl.	29,80 M
	II.	28,40 "
	III.	23,50 "
	IV.	16,90 "

Es sind also besonders die Starkhölzer gestiegen, deren Zufuhr aus dem jetzt selbst mehr verbrauchenden Österreich geringer geworden ist.

Eichen- und Buchenholz ist ungefähr auf dem vorjährigen Stande geblieben.

Alhorn- und Buchenholz zeigt abnorme Preisschwankungen in den Klassen:

I. Kl. durchschnittlich	49,90 M	} für A Holz
II.	60,70 "	
III.	64,00 "	
IV.	56,90 "	
V.	22,80 "	

Die I. Klasse scheint nicht sorgfältig ausgesucht zu sein; sie besteht aus den in freierem Stande erwachsenen dicksten Stämmen und hat nicht den glatten Wuchs wie die mehr im Schluß altrein und gleichmäßig erwachsenen Stämme der II. bis IV. Klasse.

Beim Verlaufe des Eichen- und Buchenholzes fehlte der vorjährige Käufer. Die erzielten Preise sind durchschnittlich für

	A Holz	B Holz
I. Kl.	109,00 M	68,00 M
II.	83,00 "	45,00 "
III.	55,00 "	29,00 "
IV.	43,00 "	19,00 "
V.	22,00 "	13,00 "

Von jetzt bis zum Herbst werden in der Hauptsache nur noch Fichten- und Buchenholz zum Verlaufe kommen. Bei der schwachen Bautätigkeit wird auf eine Steigerung der geringen Hölzer (IV. Kl.) nicht zu rechnen sein. Der Preis für gutes Starkholz scheint fest bleiben zu wollen.

Aus Sachsen. Die bei allen Holzarten und allen Holzsortimenten wahrzunehmende Aufwärtsbewegung der Holzpreise im 1. Quartal d. J. macht im allgemeinen den Eindruck eines gesunden wirtschaftlichen Aufschwunges; wenigstens ist der Stand der Holzpreise in den "Schwimmbeljahren" 1907 und 1908 noch nicht erreicht worden.

Alle Holzverbrauchenden Gewerbe sind stark beschäftigt. Die Bautätigkeit ist rege, der Holzbedarf der Schleifereien, welche bekanntlich infolge des Wassermangels im vergangenen Sommer und Herbst eine Waise durchzumachen hatten, übersteigt das Angebot. Die Schneidemühlen im Gebirge, namentlich solche mit Wasserkraftbetrieb, die vorwiegend Kiefernholz verbrauchen, treiben die Preise auf dem lokalen Holzmarkt stellenweise zu einer Höhe, bis zu welcher viele andere Konsumenten, z. B. der Spielwaren- und Holzschleifereibranche, nicht folgen können. Diese nehmen daher zum Teil mit geringwertigen Sortimenten für Lieb- und Brennholz, selbst Äste werden infolgedessen viel begehrt und gut bezahlt. Auf einigen Revieren wurden z. B. Reisstangen zu Ästen zerschnitten und dann mit größerem Vorteil abgesetzt, als dies in Form von Reisstangen möglich gewesen wäre. Wo Brennholzsortimente sich im Preis gehalten oder gar einen kleinen Aufschlag erfahren haben, ist die Ursache in den geschilderten Verhältnissen zu suchen; im übrigen sind die Brennholzpreise, wozu der milde Winter am meisten beigetragen hat, gefallen.

Abgesehen von Gegenden mit starkem lokalem Klop Holzbedarf und ungünstigen Verhältnissen für den Bezug des Stammholzes von auswärts steht das Stammholz höher im Preise als Klop Holz. In Gegenden mit günstigen Bezugsverhältnissen von auswärts, z. B. auf dem billigen Wasserwege, haben die immer noch ungünstigen Wasser-

verhältnisse die Zufuhren von auswärts gehemmt und infolgedessen die Stammholzpreise auf dem heimischen Holzmarkt gehoben.

Im Vergleich mit den Preisen im 1. Vierteljahr 1911 stellen sich die Stamm- und Klop Holzpreise im 1. Vierteljahr 1912 folgendermaßen:

a) Stammholz:

Wittenstärke	bis mit 15 cm	16—22 cm	23—29 cm	30—36 cm	überhaupt
1. Quartal 1911	15,56	19,63	23,95	27,10	20,03 M
1. „ 1912	16,89	21,49	25,91	28,96	21,78 „

b) Klop Holz:

Wittenstärke	bis mit 15 cm	16—22 cm	23—29 cm	30—36 cm	über 36 cm	überhaupt
1. Quartal 1911	14,10	20,08	24,09	27,26	28,19	19,20 M
1. „ 1912	15,14	21,96	26,30	29,55	30,64	21,10 „

Das Stammholz ist hiernach im Durchschnitt aller Sortimente um 8,7, das Klop Holz um fast 10 % gestiegen. Bei dem geringen Angebot von Laubholz in Sachsen stellen vorstehende Zahlen die Verhältnisse beim Nadelholz, und zwar meist Fichte, dar.

Das Brennholz erzielte folgende Preise für 1 rm

	a) Brenn Scheite:	b) Brennknäuel:
1. Quartal 1911	6,14 M	5,41 „
1. „ 1912	6,17 „	6,61 „

Für 1 fm Eichenstarkholz (Klop Holz) wurden bezahlt:

Bei 23—29 cm Wittenstärke	26,00 M
„ 30—36 „	35,00 „
„ 37—43 „	42,00 „
„ 44—50 „	55,00 „
„ 51—60 „	63,00 „

Alle Anzeichen lassen auf feste Haltung, wenn nicht noch weiteres Anziehen der Holzpreise schließen.

Allerdings darf nicht außer acht gelassen werden, daß seit dem Beginn des Vorjahres die Werbungslosten fast durchgängig recht erheblich gestiegen sind.

Aus Baden. Der Holzmarkt im abgelaufenen Winter hat sich besser angelassen, als im Herbst zu vermuten war, wenn auch von Beginn an die Holz Käufer sich vorsichtig zurückhielten und die dann lebhafter einsetzende Kaufsust zum Schluß wieder etwas erlahmte. Die Preise waren im allgemeinen etwas höher als im Winter 1910/11.

Barre, starke Eichen waren sehr begehrt. Die Stadt Freiburg erzielte für Ia-Stämme den höchsten Durchschnittserlös von 130 M. Die schwächeren Sortimente V. und VI. Kl. konnten die vorjährigen Preise halten. Die Durchschnittserlöse berechnen sich aus den Domänenholzverkäufen für Eichen Ia 105,60 M, Ib 70,00 M, IIa 84,00 M, IIb 60,00 M, IIIa 65,50 M, IIIb 45,50 M, IV 29,50 M, V 21,00 M, VI 14,00 M. bei Fuhrlohn zur Bahn zwischen 5,50 und 6,50 M. Fast durchweg wurde die Lage erreicht, vielfach auch stark überboten.

Die Buchenstammholzkäufer waren zu Anfang des Winters sehr zurückhaltend im Hinblick auf den vorjährigen starken Preisrückgang und in Erwartung weiteren starken Ein schlags von Buchenholz auf die 1909er Buchelvolkmast. Es hatte den Anschein, als wollten die Preise noch weiter weichen. Im Laufe des Winters nahm aber die Nachfrage erheblich zu, und schließlich wurden die 1911er Preise überholt. Hoch bezahlt wurden die stärkeren

Klassen mit zartem, kernlosem Holz. Der höchste Preis wurde in Durlach und Bruchsal mit 43,00 M und 43,50 M für Ia-Stämme erzielt. Wenig Nachfrage fanden IV. und V. Kl. und mußten vielfach unter der Lage abgegeben werden, wenn sie auch meist über dem 1911er Preise blieben.

Die Durchschnittserlöse waren für I. Kl. 34,70 M, II. Kl. 28,40 M, III. Kl. 24,30 M, IV. Kl. 23,00 M bei etwa 4,00 M Fuhrlohn zur Bahn. Auch zur Zurichtung zu Schwellenholz ist man in einigen Orten übergegangen und hat 12 bis 15 M (Fuhrlohn 3,50 M) pro Festmeter erlöst. Da aber Zurichtungs- und Bringerlöhne erheblich höher sind als für Brennholz, und auch erheblich mehr Schaden bei Ausbringung von Schwellenholz verursacht wird, reizt dieser Preis im größten Teil der Betriebe nicht zur Lieferung solcher Schwellen bei einigermaßen annehmbaren Preisen für Schichtholz.

Von den übrigen Laubhölzern ist noch die Eiche von einiger Bedeutung. Diese wurde in guten Stämmen sehr gut bezahlt. In Bruchsal wurden für I. Kl. 107,35 M, für IV. Kl. 40,00 M erlöst.

Nach Fichten- und Tannenstammholzabschnitten war befrriedigende Nachfrage. Zu Anfang wurde die Lage durchweg erreicht und auch überboten, gegen den Spätwinter zeigten sich die Käufer zurückhaltender, und schließlich sanken die Preise vielfach etwas unter die Lagen. Besonders gesucht und hoch bezahlt wurden starke, astreine Hölzer. Die höchsten Preise waren für Fichtenstämme I. Kl. (Bodenseegegend) und Kiefernstämme I. Kl. (Langensiebach) 30 M. Die Durchschnittspreise berechnen sich für Stämme I. Kl. 26,10 M, II. Kl. 23,00 M, III. Kl. 20,90 M, IV. Kl. 19,40 M, V. Kl. 16,90 M, VI. Kl. 15,00 M (Fuhrlohn zur Bahn 3 M).

Abchnitte standen durchweg etwa 2 M niedriger als Stämme gleicher Klasse.

Feinringige Kieferna b s c h n i t t e wurden sehr gesucht und sehr hoch bezahlt. Die höchsten Preise erzielte für Abchnitte I. Kl. Ferketten mit 55,70 M und Philippsburg mit 43,30 M. Die Durchschnittspreise waren für Ia 45,00 M, Ib 36,30 M, IIa 34,20 M, IIb 24,10 M, III 16,00 M.

Der für unsere Nadelholzbezirke früher so wichtige Stangenholzmarkt ist fast ganz bedeutungslos geworden. Hopfen- und Rebba u sind sehr zurückgegangen, und bei Einzäunungen verdrängt Eichen und Traht mehr und mehr das

Holz. Nur noch stärkere Lärchenstangen wurden in einzelnen Gegenden gut bezahlt, wenn sie in nicht allzugroßen Massen zum Verkauf kamen. Lärchenderbststangen I. und II. Kl. erzielten 22. K. und 20. K. pro Festmeter. An Stelle des Stangenhandels ist der Grubenholzmarkt getreten.

Die Nachfrage nach Nadelkleinnugholz: Rollen für Kisten, Dauben und Latten, sowie nach Grubenholz aller Art, war sehr rege, und der Grubenholzhandel ist jetzt bis in den Schwarzwald vorgedrungen. Die Preise für diese Hölzer sind trotz aller Versuche der Händler, sie niederzuhalten, zusehends gestiegen und standen im Winter 1911/12 wesentlich höher als im Winter 1910/11. Es wurden erzielt für 1 fm Grubenstangen bis zu 11,20 K., für 1 Ster Rollen 9,00 K. bis 11,80 K., Brügel I. Kl. 6,00 K. bis 6,10 K., II. Kl. 4,60 K. bis 5,00 K., Reisprügel (Spitzen) 3,80 K. bis 4,20 K. Der Koller- und Grubenholzmarkt hat für Baden eine sehr wesentliche Bedeutung gewonnen, und es wird sich fragen, ob die Waldbesitzer sich nicht zur Verwertung ihres Anfalls an solchem Holz zu leistungsfähigen Verkaufsgruppen organisieren sollten.

Der Brennholzmarkt war zu Anfang der Verkaufsperiode sehr gedrückt. Die Witterung war außergewöhnlich lange sehr mild und die Landwirte und sonstigen Konsumenten standen unter dem Druck des Futtermangels und der allgemeinen Teuerung. Im Nachwinter aber hoben sich die Preise etwas und die Saison schloß noch einigermaßen befriedigend ab. Im allgemeinen blieben die Preise hinter jenen des Winters 1910/11 etwas zurück. Die Preise bewegten sich pro Ster bei Buchenscheiter I. und II. Kl. von 6 K. (Kanden) bis zu 15,37 K. (Bruchsal), Kiefernscheiter I. und II. Kl. von 4,59 K. (Murgtal) bis 11,68 K. (Bruchsal); Fichten- und Tannenscheiter sanken sogar bis auf 3,29 K. (Mittelberg).

Die Aussichten für die kommende Saison sind bedingt durch die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Zuwachs-, Verkehrs-, sowie erhöhte Staats- und Gemeindesteuern lasten schwer auf dem Grundstücksverkehr und dem Baugewerbe. Dazu ist es kaum mehr möglich, Baulgelder und II. Hypotheken auch zu hohen Zinsen zu bekommen. Die in letzter Zeit recht zahlreichen Zwangsversteigerungen haben gezeigt, daß II. Hypotheken durchaus nicht mehr als sichere Geldanlagen angesehen werden können, ja mitunter gänzlich ausfallen. Die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung steht noch unter dem Druck der Vieh- und Futtermittelnot des Jahres 1911. Das heutige Frühjahr steht schon wieder mit großer Trockenheit ein. Andererseits ist der Güterverkehr auf den Bahnen ganz außerordentlich angeschwollen und kann kaum mehr bewältigt werden. Wie sich dieser scheinbare Zwiepsalt lösen wird, ist bis jetzt noch völlig undurchsichtig. Jedenfalls ist zurzeit keine große Aussicht vorhanden, daß die Bautätigkeit sehr lebhaft werden wird, und man wird also zufrieden sein müssen, wenn die Bauholzpreise sich auf ihrem derzeitigen Stande halten.

Qualitätshölzer aller Art, namentlich aber solche von Laubhölzern, werden sicherlich sehr gesucht bleiben, denn deren größte Masse, soweit deren Fieb-

durch die Buchelmaß 1909 bedingt war, ist genutzt, jetzt kommen darin wohl einige magere Jahre.

Vom Grubenholzmarkt ist anzunehmen, daß er sich auch weiterhin günstig gestalten wird. Daraus weisen nicht nur die Berichte aus den Grubenbezirken hin, die eine starke Vermehrung der Kohlenförderung in Aussicht stellen, sondern auch der Umstand ist dafür bezeichnend, daß die Grubenholzhändler ihre aufgetauften Holzmassen — sogar solche aus dem Jahre 1910/11 — nicht zur Abfuhr bringen, trotzdem sie das Holz an den Gruben augenblicklich wohl zu guten Preisen absetzen könnten. Offenbar erwarten sie eine weitere Preissteigerung.

Aus Oberhessen. Die Preise für das Nutzholz (Stämme und Abschnitte) von Nadelholz und Laubholz haben sich während des ganzen Winters und bis jetzt auf erwünschter Höhe gehalten, ja sie stiegen bei manchen Versteigerungen in einer Weise, die nicht gesund zu nennen ist und sich wohl rächen wird. Gutes Eichen schnittholz war gesucht und wurde mit 100 und mehr Mark bezahlt. Rotbuchschnittholz I. Klasse (40 cm und mehr) kostete bis 30 K., schwächeres bis über 20 K. Fichtenstammholz behielt die Herbstpreise bei anhaltender Nachfrage. Der Verkauf durch einheimische Händler nach Rheinland und Westfalen ging flott. Der Festmeterpreis blieb 75 bis 80 M. für den Zentimeter der Stärke. Starke Kiefern zu Schneidebrettern kosteten für 1 fm 25 bis 35 K. Der Bedarf an Kiefern- und Fichten-grubenholz wuchs. Auch jetzt noch wird nach größeren Posten schwerer Fichtengruben-hölzer bei gutem Preise gesucht. Es ist das ein Zeichen, daß es an der Zufuhr fehlt. Die Hoffnungen der Holzhändler auf billiges Holz von Ostpreußen und aus Rußland haben sich nicht erfüllt. Das Grubenholz wird auch im kommenden Jahre ein gesuchtes Sortiment sein.

Gesucht wird auch Fichtenrollenholz für Zellulosefabriken sein. Der Raummeter mit Rinde eingelegt, dann geschält und frei Waggon geliefert kostet 13 bis 14 K. Die Nachfrage wird mit dem Preise standhalten.

Der Preis für Brennholz war sehr gesunken. Der Winter war gelind und die Vorräte vom vorigen Jahre waren groß. Der Kohlenstreif hat nicht im geringsten preissteigernd auf das Brennholz gewirkt. Während sonst der mittlere Preis für den Raummeter Buchenscheitholz etwa 8 K. gewesen ist, muß man in diesem Jahre mit 6 K. zufrieden sein. Durch den reichlichen Samen-ertrag der Rotbuchen im Jahre 1910 waren überall viele Buchenbrennhölzer geschlagen worden, das drückte den Brennholzmarkt sehr. Die Regierungen bemühen sich mit Erfolg, Buchenabschnitte zur Herstellung von Eisenbahn-schwellen abzusetzen. Die Eisenbahnverwaltungen zeigen jetzt mehr Entgegenkommen als sonst.

Aus Elßaß-Lothringen. Der Holzmarkt bot im abgelaufenen Vierteljahre ein buntbewegtes Bild, im allgemeinen kein ungünstiges: starke Qualitäts-Laubhölzer der A-Klassen fast allorts begehrt; Nachfrage nach besseren starken Kiefern ebenfalls belebt, wogegen für Tannen- und Fichten-

Stämme und -Abschnitte bei mehreren Angeboten noch nicht die Preise erzielt worden sind, die man nach der günstigen Gesamtlage hätte erwarten können. Der Brennholzmarkt hat sich wenigstens nicht verschlechtert, in manchen Revieren sind sogar recht befriedigende Preise Erlöst worden. Es kommt aber in entlegenen Gebirgsforsten immer noch vor, daß über den Lokalbedarf hinausreichende Posten unverkauft bleiben und dies, obschon die Oberförster den Brennholzanfall durch forciertes Ausheften von Kuchholz (Schwellen-, Gruben-, Papier-, Gypslattenholz) tunlichst herabgemindert haben.

Als typisch seien aus den reichsländischen Revieren nachstehende Durchschnittserlöse mitgeteilt.

Eichenstämme: Bannstein: Ia 127, Ib 90, IIa 119, IIb 80, IIIa 93, IIIb 70, IVa 62,50, IVb 44,50, Va 32, Vb 23,30, VI 10 M. Spannung in Hagenau-West zwischen Ia und VI: 90,50 zu 9,50 M. In Altkirch für Eichenstämme Lage etwa 27 % überschritten. Besseres Eichenklasternugsheft begehrt, z. B. Bannstein Raummeter I: 46,50, II 37,00, III 25,50 M. Eichenlohrinde brachte nur Spottpreise von 3 bis 3,10 M pro Zentner.

Auch für Buchenstämme wurden hohe Preise angelegt; sie schwankten für beste starke A-Stämme zwischen 24 bis 30 M; mittelfeste Schwellenware brachte 13,50 bis 16 M, und die schwächsten Abschnitte erzielten noch 10 bis 12,80 M.

Interessant war ferner, daß für sekundäre Laubhölzer erfreuliche Nachfrage in die Erscheinung trat; die bekannt gewordenen Festmeterpreise zeigten ff. Spannungen: Bergahorn 70/16 M, Hainbuche 35/16 M, Birke, Erle 35/14 M, Linde 38/13 M.

Kasaniestangen als Reispfahlholz wurden wegen der noch immer geschwächten Kaufkraft der Hebbauern nur mittelmäßig bezahlt.

Für Kiefernstämme und -abschnitte ergaben sich nachstehende Preise:

	Hagenauer Forst:	Bannstein:
St I	30,90—35,26	36,86
St II	26,40—26,35	29,53
St III	20,28—21,78	20,84
St IV	13,85—16,62	15,90
St V	14,22—15,90	14,22
St VI	11,90—13,40	12,—
Spezialfort. Grubenholz	11,70—12,38	—
Ab I	27,77—35,62	38,93
Ab II	21,34—27,37	18,—
Ab III	18,09—20,23	17,—

Auch für Tannen- und Fichtenstämme ergaben sich ziemlich große Preisdifferenzen. Günstig fielen nachstehende Erlöse aus:

	Lübelhaufen:	Weiler:	Gewesener:
S I	25,00	25,15	24,76
S II	23,31	22,01	22,72
S III	20,41	19,91	19,30
S IV	17,59	17,92	17,04
S V	14,12	15,72	13,91
S VI	9,72	13,62	11,03
Ab I	23,03	23,06	22,39
Ab II	20,78	19,91	20,08
Ab III	15,63	16,77	15,15

In den letzten Wochen machten sich in einigen Revieren preisdrückende Bestrebungen für Tannen- und Fichtennutzholz geltend, denen durch Wahl des Submissionsverfahrens entgegengewirkt werden soll.

Papierholz ging zu angemessenen Preisen ab, so Tannennußrollen entriindet zu 9 bis 10 M das Raummeter. Nadelholzreisferstangen waren meist gut begehrt.

Der Brennholzmarkt war, wie schon oben angedeutet, nicht einheitlich ausgesprochen. Es sei nur kurz erwähnt, daß Buchenscheitholz II. Kl. schwankte zwischen knapp 6 M (schlechtere Abfälagen in den höheren Vogesen), knapp 7 M (schlechtere Abfälagen der Nordvogesen) und 10 M (Weißenburg), 10,50 M (Haslach), 11 M (Saarburg). Beim Hainbuchscheitholz ergaben sich Spannungen von 9 bis 13 M; Colmar-Ost notierte sogar als Maximalpreis 15,75 M. Eichenscheitholz II. Kl. war noch ungleich im Preise; diese lagen zwischen 4,50 bis 8 M; Colmar-Ost meldet 12 M.

Nadelholzscheit II. Kl. stand auf 5 bis 7 M. A.

Mitteilungen.

— **Kiefernspinner.** Zu wissenschaftlicher Untersuchung bedarf Herr Prof. Dr. Boll, Berlin NW 40, Gindlerstraße 3, viele Raupen und Puppen des Kiefernspinners. Ich bitte, allerseits den Wunsch zu erfüllen und je etwa 100 Puppen und Raupen in einer Zigarettenkiste mit Kiefernzweigen verpackt meinem Kollegen einzuwenden sowie die Auslagen für Sammellohn, Porto usw. anzugeben. Im voraus Dank! Prof. Dr. A. G. Stein.

2

Nochmals die Privatschulen.

Zu dem Artikel des Herrn Oberförsters Tige, Friedrichstuh, ist folgendes eingegangen:

Berichtigung.

Herr Oberförster Thien hat seine bis vor kurzem in Pezlin geführte Privatschule mit dem 1. April 1912 von dort nach Jüngerbroich verlegt, weil von dem Großherzoglichen

Ministerium zu Schwerin, neben dem zu Stargard bestehenden Technikum für Forstwirtschaft, ein hinreichendes Bedürfnis zur Errichtung dieser Schule nicht anzuerkennen sei. Es ist dagegen nicht richtig, daß die Anstalt vom Großherzoglichen Staatsministerium geschlossen worden sei.

Otto Thien, Oberförster.

Nachschrift: Diese Berichtigung veröffentlichen wir sehr gern, denn sie bestätigt, daß Herr Thien durch die Ablehnung seines Konzessionsgesuchs seitens des Großherzoglichen Ministeriums zu Schwerin gezwungen wurde, seine Anstalt zu schließen. Etwas anderes hat Herr Oberförster Tige unseres Erachtens in seinem Artikel auch gar nicht zum Ausdruck gebracht.

Ferner teilt Herr Forstlandadidat Lucas mit, daß er mit den in Bezug auf die Schule zu Münsterjüfel erwähnten Vorgängen nichts gemein

gehabt hätte; sein Aufenthalt an dieser Lehranstalt sei auch nur von ganz vorübergehender Natur gewesen.

Die Schriftleitung.

— **Aus Essig-Lothringen.** Oberforstmeister Mey-Mey, über dessen Veretzung in den Ruhestand die Deutsche Forst-Zeitung bereits die amtliche Nachricht brachte, wird Ende d. Mts. nach dem schönen Freiburg im Breisgau sich zurückziehen. Aber die vielseitigen Verdienste dieses Vektors der reichsständischen Forstverwaltung haben wir schon im Juli v. Js. bei Gelegenheit seines 50jähr. Dienstjubiläums und 70. Geburtsfestes eine eingehende Würdigung erscheinen lassen. Möge dem tüchtigen und jovialen alten Grünrod aus dem Pfalz noch ein langer und heiterer Lebensabend beschieden sein! Als Mey's Nachfolger ist sicherem Vernehmen nach Oberforstmeister Dr. Kahl-Colmar in Aussicht genommen, der als Oberförster in Pfalzburg und als Regierungs- und Forsttrat in Mey die forstlichen Verhältnisse Lothringens kennen zu lernen Gelegenheit hatte.

— **Zur Bekämpfung des Nüsseltäfers.** Der Chemischen Fabrik Karl Pohlmann, Corbach i. Waldeck, ist es gelungen, unter dem Namen Protektin ein Präparat herzustellen, das für die deutsche Forstwirtschaft große Bedeutung erlangen wird. Zweijährige Versuche haben mir bewiesen, daß der Nüsseltäfer, dieser gefährliche Feind unserer Nadelholzkulturen, die mit Protektin bespritzten Nadelholzpflanzen nicht befällt. Die Tatsache beweist, daß die Anwendung genannten Schutzmittels den Waldbesitzern zahlreiche Vorteile gewährt.

1. Stodtrodung von Koniferen ist nicht mehr nötig.
2. Eine Aufforstung von Kahlabtrieben kann schon im ersten Jahre erfolgen, und dadurch wird der sonst so lästigen Entwidlung von Unkraut gesteuert.
3. Infolge dessen kommen die Nährstoffe, welche während einer dreijährigen Wartezeit dem Boden entzogen werden, den jungen Nadelholzpflanzen zugute.
4. Die Kulturen auf frischen Abtrieben zeigen ein ippiges Wachstum und haben, ehe das Unkraut hochkommt, dasselbe bereits überholt.
5. Das Fangen der Käfer durch Ganggräben, Fangloben, Fangringe, Fangreiserbündel, Absammeln von den Pflanzen usw. ist überflüssig geworden.
6. Die Anwendung von Protektin ist eine Kostenersparnis, denn diese Methode ist um zwei Drittel billiger als alle früher angewandten Schutzmaßregeln.

Ferner wäre in Wildparks das Bespritzen der jungen Triebe der Kulturen mit Protektin zu versuchen, um ein Verbeißten und Näsien durch Rot- und Rehwild zu verhüten. Führen diese Versuche zu einem günstigen Resultate, so würden sich die Kosten weit billiger stellen, als der bisher angewandte Teeranstrich. Protektin ist nach meinen Versuchen für alle Nadelholzpflanzen unschädlich, es klebt an allen Teilen der Pflanze, hat bitteren Geschmack und widerwärtigen Geruch. Ein ein-

maliger Anstrich schützt für ein ganzes Jahr. Der Anstrich mit Protektin erfolgt am besten durch Frauen oder Kinder, daher schon billigere Arbeitslöhne. Mit zwei kleinen Bürsten, wie solche zum Austragen von Wäsche auf Stiesel benutzt werden, bestreicht man, vom Wurzelstode beginnend, die jungen Nadelholzpflanzen aufwärts bis an die Triebe, so daß die Rinde mit Protektin bedeckt ist. Alle Reiser und Halme, welche sich vom Boden aus auf die jungen Nadelholzpflanzen legen, und so den Käfern als Brücken dienen können, sind an den Boden zu treten. Während meiner zweijährigen Versuche habe ich so günstige Resultate erzielt, daß ich nur noch Protektin anwende.

Peufter, Revierförster zu Stormbruch.

— **Aus dem Brodengeniet.** 1. Finken und ihr Verhalten gegenüber der Nonne. Im vergangenen Sommer und Herbst waren außergewöhnlich viele Buchfinken hier anzutreffen. In kleinen Stößen saßen sie auf den Fahrradstrahlen und bei den Gehöften, gleich wie die Sperlinge, die es hier nicht gibt, in und bei den Ortschaften des flachen Landes. Als dann Ende August Millionen von Nonnenfaltern das Brodengeniet aus der Richtung von Südost nach Nordwest überslogen und die matt gewordenen sich zur Ruhe niederließen, begannen die Finken Jagd auf die Schmetterlinge zu machen. In den Bestandesträndern, wo der Hauptanflug stattfand, waren bald Hunderte einzelner Nonnenflügel und auch Falter, denen nur Kopf und Vorderteil des Körpers fehlten, zu finden. Wie die Sperber stießen die Finken, fast immer von oben, auf ihre Beute und zeigten dabei eine Gewandtheit, die man ihnen nach ihrem sonstigen, etwas schwerfälligen Fluge kaum zutrauen sollte.

2. Tannenhäher. Auch Tannenhäher kamen wiederholt zu Gesicht, noch öfter aber waren sie zu hören. Den ganzen Sommer und Herbst hindurch bewohnte einer den Forstort Oberer Ahrensklint, ein anderer den Königsberg. Ob es sich um Pärchen handelte, konnte leider nicht festgestellt werden.

3. Eichhörnchen. Fichtenamen, die gewöhnliche Nahrung unserer Eichhörnchen, gab es im verfloffenen Jahre nicht. — Als ich Anfang Dezember von einem eiligen Gange aus dem Reviere zurückkehrte, lagen auf dem Wege, den ich gerade eine Stunde zuvor passiert hatte, eine Menge Fichtenabspürnge unter einem etwa einen Festmeter haltenden Stamme. Nun lebt in uns Forstleuten die alte Überlieferung: „viel Abspürnge, viel Samen im kommenden Herbst“, und als ich noch stand und darüber nachdachte, kamen in kurzen Intervallen eins — zwei — drei — der kleinen grünen Dinger herunter. Zurücktretend bemerkte ich ein Eichhörnchen, welches ganz vorn auf einem Zweige balancierend mit vollendeter Eleganz alle erreichbaren Seitenzweige heranholte, die äußersten Triebe abschchnitt, besah, beknabberte und dann hinunterwarf. Bis sechs Stück waren in der Minute zu zählen, durchschnittlich aber nur vier, also etwa 240 Stück in einer Stunde. Viele Tausende Abspürnge, oder vielmehr Triebe, bedecken jetzt in diesem etwa 80 jährigen Bestande den Boden

und, einmal aufmerksam geworden, bot sich Gelegenheit, verschiedene der munteren kleinen Kronenbewohner bei ihrer Ernte zu beobachten — schwarze und rote. Genau wie bei uns Menschen, gibt es auch unter ihnen „Verschwender und sparsam Einteilende“. Alle schneiden die Triebe genau in der Doppelsknospe ab, sie nehmen also nur den letztjährigen Trieb, aber nur wenige suchen ihn nach allen Knospen ab. So war das zuerst beobachtete Eichhörnchen äußerst gewissenhaft und brauchte, um alle vier bis sechs Knospen zu verspeisen, doch nur etwa 15 Sekunden für jeden Trieb, andere nahmen nur einzelne Knospen, und eins, ein „Verschwender“ oder vielleicht „Feinschmecker“, nur die Endknospen. — Für Obstbäume ist zur Erzielung reichlicheren Traggutes ein zweckentsprechender Schnitt unerlässlich; ob bei Fichten durch die Arbeit der Eichhörnchen dasselbe erreicht wird, muß schon Ende Mai zu erkennen sein. Deshalb habe ich mir verschiedene der von den Eichhörnchen bevorzugten Stämme

gemerkt und werde im nächsten Herbst berichten können, ob sich die alte Regel, „viel Absprünge, viel Samen“, bewährt. Bei einem günstigen Ausfalle wäre eine gewisse Ehrenrettung für unsern so sehr geschmähten, niedlichen Waldbewohner erlangt, sowie Anregung zu weiteren Beobachtungen bei anderen Waldbäumen gegeben.

— Die Petition der Königlich Preussischen Förster ist in der 84. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom Sonnabend, dem 8. Juni, erörtert worden. Der stenographische Bericht der Verhandlung ist dieser Nummer als Sonderbeilage beigelegt.

— **Berichtigung.** In dem Artikel über den braunschweigischen Forstschutzbienst in Nr. 21 b. Jz. auf Seite 428 ist ein Druckfehler enthalten. Das Wohnungsgelb der Forstgehilfen beträgt nicht 150—200, sondern 150—250 M.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügung, betreffend Schutz des Wiedehopfes.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Royal-Nr. I B 1b 1499.

Berlin, den 18. April 1912.

Der Wiedehopf, auf den die Bestimmungen des Reichs-Vogelschutzgesetzes vom 30. Mai 1908 Anwendung finden, kommt nur noch selten vor und bedarf daher eines ganz besonderen Schutzes, wenn er nicht vollständig aussterben soll.

Er gehört nicht nur zu unseren schönsten, sondern auch zu den nützlichsten Vögeln. Er ist wohl der einzige Vogel, der mit größter Energie der so schädlichen Raulwurfsgrille nachstellt, indem er mittels seines langen, dünnen Schnabels zu den unterirdischen Nestern dieses Insektes gelangen kann. Sein Abnehmen ist auf den Rückgang größerer Bichweiden und das Fehlen geeigneter Nistbäume zurückzuführen.

Ich erlaube daher, zu seinem Schutze in geeigneter erscheinender Weise das Erforderliche zu veranlassen. Insbesondere wird es sich empfehlen, in der Nähe noch vorhandener Weiden geeignete Nisthöhlen anzubringen.

J. M.: W e f e n e r.

An die Herren Oberpräsidenten, die Herren Regierungspräsidenten, die Königlichen Generalkommissionen, die Landwirtschaftskammern.

Ermittelung der Sortimente und Geldwerte nach Bestandsaltern.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 4654.

Berlin W 9, 9. Mai 1912.

Die Königliche Regierung erlaube ich, in geeigneten Revieren fortlaufend jährliche Erhebungen über die in verschiedenen Altern der wichtigsten Holzarten auf den meist vertretenen Standortsklassen erzielten Derbholzsortimente und Geldwerte anstellen zu lassen. In jeder Inspektion ist wenigstens ein Revierverwalter zu beauftragen, derartige Erhebungen für mindestens eine Holzart auszuführen.

Die Ergebnisse sollen dazu dienen, für Bemessung des Umtriebes und für Walbwertsberechnungen Unterlagen zu gewähren. Die Geldpreise sind für geeignete Bestände nach den Schlagergebnissen je Festmeter Derbholz zur Taxe abzüglich der in der Holzlage einbegriffenen Werbungskosten zu berechnen, wobei für anbrüchiges Nutz- und Brennholz nur 0,7 der Taxe anzulegen ist. Außerdem ist anzugeben, wie sich der Derbholzeinschlag in Prozenten auf die in der Holzlage aufgeführten Taxklassen, gesondert nach gesundem und anbrüchigem Holz, verteilt hat.

Zu den Eintragungen ist das anliegende Muster zu benutzen; für jeden Bestand sind die im Laufe der Zeit erfolgenden jährlichen Nutzungen auf einer besonderen Seite aufzuführen.

Ist krankes oder abgestorbenes, also minderwertiges Holz einige Zeit vor Beginn der Erhebungen in besonderen Schlägen oder in der Totalität genutzt worden, so sind dessen Massen, Tagwerte und Sortimentsprozente ebenfalls anzugeben.

Wird das Holz nicht getrennt nach Sortimenten verkauft, so ist statt der Taxe der erzielte Erlös abzüglich der Werbungskosten einzutragen und von Auswertung der Sortimente abzusehen. In diesem Falle wird in der Spalte Bemerkungen veranschlagt, um wieviel der Preis je Festmeter infolge günstiger oder ungünstiger Abfuhr gegen den Durchschnittspreis sich höher oder niedriger gestellt hat, und sind die Zahlen mit roter Tinte zu schreiben.

In Spalte 4 und 5 ist der Brusthöhendurchmesser und die Höhe des Bestandsmittelmasses anzugeben und in Spalte 8 das Verhältnis zwischen Brusthöhendurchmesser und dem Preise je Festmeter festzustellen. Der Brusthöhendurchmesser wird in der Regel aus den bei der Betriebsregelung erfolgten Massenaufnahmen entnommen. Sind seit der Aufstellung des Betriebsplanes mehrere Jahre vergangen, so ist der Durchmesser um seinen

begnügen, bei denen dem Holzhändler nach rationeller Verarbeitung noch ein billiger Unternehmergewinn bleibt; denn die Forstverwaltung ist an der Erhaltung eines kaufkräftigen, gesunden Holzhändlerstandes in hohem Maße interessiert. Es ist notwendig für den Forstmann, die Rückwirkung von Preisrückgängen auf die gesamte finanzielle Lage seines Landes oder des Deutschen Reiches sowie auf die Rentabilität des forstlichen Betriebes kennen zu lernen. So bringt nach den diesbezüglichen Erhebungen des Oberforstrates Greif-*Karlsruhe* z. B. ein Winderlös von 1 *M* pro Festmeter für das Deutsche Reich eine Mindereinnahme von 60 Millionen, der Reinertrag pro Hektar wird bei einer Gesamtzunahme von 5 *km* pro Hektar um 5 *M* heruntergedrückt, was den Gesamtertrag mancher forstlichen Betriebe um 10 bis 20 % mindert. Die wirtschaftliche, verkehrstechnische und verkehrspolitische Entwicklung im Zusammenhange mit der Bevölkerungszunahme des Deutschen Reiches haben die Nachfrage nach Nutzholz derart gesteigert, daß der Bedarf auch durch die vermehrte einheimische Produktion bei weitem nicht gedeckt werden kann.

Infolge dieser Entwicklung, sowie auch der besseren Aufschließung der Wäldungen durch gute Abfuhrwege und infolge sorgfältigerer Ausformung und Sortierung haben insbesondere die Nutzholzpreise trotz der stetig zunehmenden Einfuhr im allgemeinen eine erhebliche Steigerung erfahren, die sich für große Gebiete Süddeutschlands, von einzelnen kürzeren rückläufigen Bewegungen abgesehen, auswärtlich der Statistik während der letzten drei Jahrzehnte durchschnittlich auf 1,5 bis 2 % jährlich, für einzelne Sortimente auch erheblich höher bezifferte. Während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den letzten 30 bis 40 Jahren im großen und ganzen keine Preissteigerungen erfahren haben, sind die Preise für Nutzholz, trotzdem die Einfuhr von 2 auf 14 Millionen gestiegen ist, und trotz einer 50-prozentigen Steigerung des Einschlages in den meisten Ländern um etwa 50 % gestiegen. Diese Preissteigerung ist gesund und ein Ergebnis des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges, sie wird auch anhalten, wenn die Einfuhr erhöht wird und die Industrialisierung Deutschlands fortschreitet. Diese Preisentwicklung wurde aber auch dadurch günstig beeinflusst, daß sich in Deutschland mit der wachsenden Bedeutung des holzindustriellen Gewerbes im allgemeinen ein geschäftstätiger und leistungsfähiger Stand von Holzhändlern und Holzindustriellen gebildet hat. Die erwünschte natürliche Aufwärtsbewegung der Holzpreise erfährt nun seit einigen Jahren in bald mehr, bald weniger stärkerem Maße Hemmungen und Rückschläge. Die Waldbesitzer sehen die Ursache für diese unzulänglichen Tatsachen in dem engeren Zusammenhange der Holzläufer, durch welche diese eine Beschränkung der öffentlichen Konkurrenz und als dessen Folge öfter und nachhaltiger als früher einen künstlichen Preisdruck erreichen. Die einzelnen Forstverwaltungen suchen durch schärfere Erkundung der Holzhandelslage, durch veränderte Verkaufsmethoden usw.

finanzielle Verluste im Holzverkaufswesen fern zu halten. Die Kartellbestrebungen sind ein Ausfluß des wirtschaftlichen Kampfes und eine notwendige Maßnahme zum Schutze des finanziell Schwachen; auch der Staat organisiert den Einkauf und Verkauf für manche Produkte, daher sind die privaten Kartelle eine natürliche Folge der staatlichen Monopole und nicht unter allen Umständen zu verfolgen, solange sie auf gegelliger Grundlage keine unberechtigten Vorteile erstreben. Als legal sind die Zollbestrebungen der verschiedenen Verbände zu bezeichnen, die auf zollfreie und billige Einfuhr von zur Herstellung von Industrieerzeugnissen nötigen Rohstoffen hinarbeiten, Einfuhr von Gerbstoffen für die Lederindustrie, von Holzstohle für Hüttenindustrie, von Zelluloseholz usw., obgleich auch diese auf legaler Grundlage erreichten Vergünstigungen in Zoll und Fracht den inländischen Handel oft in ganz erheblicher Weise schädigten. Auf forstlichem Gebiete hat es bisher an dem Zusammenschluß der Waldbesitzer und einer geeigneten Vertretung gefehlt, die sich Einfluß auf die Zoll- und Eisenbahnpolitik hätte verschaffen können. Als Mittel gegen unrettele Ringbildungen gelten: Beiziehung fremder Käufer, Entgegenkommen in der Sortimentsbildung, Berücksichtigung lokaler Wünsche, Verbringung der Erzeugnisse möglichst bis an die Bahn, Pachtung und billige Überlassung von Lagerplätzen an der Bahn, außerdem kulanter Behandlung und hierdurch Verpflichtung der eingekesselten Händler und Sägen, die ja wegen Ersparung an Transportkosten höhere Preise anlegen können, Entgegenkommen in Losbildung, Abfuhr- und Zahlungsfrist.

— **Die Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte, v. G. m. b. H., zu München (Fassung),** welche ihren 24. Geschäftsbericht veröffentlicht, hat sich auch im vorliegenden Jahre einer kräftigen Aufwärtsbewegung erfreuen können. Es sind im Berichtsjahre 309 Neu- und 57 Nachversicherungen mit zusammen 1 117 000 *M* Versicherungssumme abgeschlossen, so daß unter Einbeziehung der Abgänge am Schlusse des Geschäftsjahres 5719 Mitglieder mit 19 042 200 *M* Versicherungssumme vorhanden waren. Gestorben sind 89 Mitglieder, an deren Hinterbliebene 225 500 *M* zur Auszahlung gelangt sind. Die Untersterblichkeit hat 30 % bzw. 44 % betragen, je nachdem der Berechnung die Personenzahl oder die Versicherungssumme zugrunde gelegt wird. Der Gewinn berechnete sich auf 96 117,67 *M*, von dem 25 % = 24 029,42 *M* dem Sicherheitsfonds zuzuführen sind, während 72 088,25 *M* zur Verteilung einer Dividende bzw. zur Erhöhung der Dividendenereserve zur Verfügung stehen. — Das Vermögen der Genossenschaft, aus Grundbesitz, ersten Hypotheken und mündelsicheren Papieren bestehend, belief sich Ende 1911 auf 4 005 414,53 *M*. — Am 1. April d. Js. hat der Oberforstmeister a. D. Frese, seither Oberforstbeamter in Pasing, die Geschäftsleitung übernommen. Das günstige Geschäftsergebnis sollte allen Angehörigen der grünen Farbe, soweit sie ihr Leben noch nicht versichert haben, ein Ansporn sein, dies recht bald

bei der Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte zu tun.

Waldbürnde.

Schönbaum, 3. Juni. In der königlichen Forst bei Junkerader ist gestern eine Kiefern-schönung in Brand geraten. Das Feuer griff sehr rasch um sich; der Feuerschein war in weitem Umkreise deutlich sichtbar. Zum Glück war ausreichende Löschhilfe alsbald zur Stelle, so daß der Brand unter der umsichtigen Leitung des zuständigen Forstbeamten nach kurzer Zeit gelöscht werden konnte. Man nimmt an, daß das Feuer durch Lokomotiv-Rückfahrlöcher aus einer Kleinbahn-Lokomotive entstanden ist. Der angerichtete Schaden ist bedeutend.

Elfen, 3. Juni. Ein großer Waldbrand wütete in den Wäldungen bei Dorsten. Etwa 250 ha Kiefernbestände sind vernichtet, ebenso soll auch viel Wild in den Flammen umgekommen sein.

— Amtlicher Marktbericht. Berlin, den 11. Juni 1912. Rehböde 0,35 bis 0,80, Schwarzwild 0,25 bis 0,40 \mathcal{M} das Pfund. Kaninchen 0,50 bis 0,70 \mathcal{M} das Stüd.

Personal-Nachrichten

und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Verwaltungsbezirk der königlichen Hofkammer.

- Hage.** Forstausseher zu Ripperweide, Kronsfideikommiß-Oberförsterei Pechig, ist nach Groß-Borek, Hausfideikommiß-Oberförsterei Karmuntau, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Sadamer.** Förster o. R. zu Krausnick, Hausfideikommiß-Oberförsterei Staafow, ist als Förster m. R. nach Hammer, Hausfideikommiß-Oberförsterei Hammer, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Altst.** Förster zu Unholz, Hausfideikommiß-Oberförsterei Klein-Wasserburg, ist nach Groß-Wasserburg, Hausfideikommiß-Oberförsterei Klein-Wasserburg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Kreischmer.** Hegemeister zu Luisenhof, Kronsfideikommiß-Oberförsterei Pechig, tritt mit dem 1. Juli d. Js. in den Ruhestand.
- von Hammer.** Förster o. R. zu Groß-Borek, Hausfideikommiß-Oberförsterei Karmuntau, ist als Förster m. R. nach Ronellig, Hausfideikommiß-Oberförsterei Karmuntau, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Müller.** Förster zu Groß-Gaholz, Hausfideikommiß-Oberförsterei Klein-Wasserburg, ist nach Unholz, Hausfideikommiß-Oberförsterei Klein-Wasserburg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Müller.** Forstausseher zu Alt-Schadow, Hausfideikommiß-Oberförsterei Schmenow, ist nach Krausnick, Hausfideikommiß-Oberförsterei Staafow, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Schmückert.** Förster zu Hammer, Hausfideikommiß-Oberförsterei Hammer, ist nach Groß-Gaholz, Hausfideikommiß-Oberförsterei Klein-Wasserburg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Schulze.** Förster zu Ronellig, Hausfideikommiß-Oberförsterei Karmuntau, ist nach Luisenhof, Kronsfideikommiß-Oberförsterei Pechig, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.

Staats-Forstverwaltung.

- Alexander.** Förster zu Krichhausen, Oberförsterei Wormditt, ist auf die Försterstelle zu Thiergarten, Oberförsterei Wormditt, Regbg. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Amelung.** Forstausseher zu Ribbitzen, Oberförsterei Johannsburg, ist nach der Oberförsterei Rurwin, Regbg. Allenheim, verlegt.

- Anders.** Förster o. R. zu Gerniga, Oberförsterei Laßa, ist als Förster m. R. nach Moonsee, Oberförsterei Junkerhof, Regbg. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Bach.** Förster zu Moonsee, Oberförsterei Junkerhof, ist nach Niederseide, Oberförsterei Mittel, Regbg. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Bretzmann.** Förster zu Neukirchen, ist unter Ernennung zum Revierförster die Revierförsterstelle Niederlein, Oberförsterei Neukuh, Regbg. Cassel, vom 1. Juli d. Js. ab übertragend.
- Essel.** Förster zu Klein-Ottensleben, Oberförsterei Gauenleben, ist auf die Försterstelle zu Blimagen, Oberförsterei Klossow, Regbg. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Engelke.** Förster zu Mathemingen, Oberförsterei Bräulanen, ist nach Jägerlung, Oberförsterei Badraien, Regbg. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Erger.** Förster zu Gucksdorf, Oberförsterei Wahrenmühl, ist nach Hönigfelde, Oberförsterei Marienwerder, Regbg. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab kommissarisch und vom 1. August d. Js. ab endgültig verlegt.
- Heckwig.** Förster zu Jägerlung, Oberförsterei Badraien, ist nach Neu-Elarupponen, Oberförsterei Neu-Ludow, Regbg. Gumbinnen, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Koschke.** Förster zu Wegsund, Oberförsterei Schützenwalde, ist nach Haulan, Oberförsterei Wartsluben, Regbg. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Koch.** Förster o. R. zu Meiersdorf, Oberförsterei Meiersdorf, ist nach Teufelsberg, Oberförsterei Freienwalde, Regbg. Posen, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Lipphardt.** Hegemeister zu Sand, ist unter Ernennung zum Revierförster die Revierförsterstelle Weiditz, Oberförsterei Burgau, Regbg. Cassel, vom 1. Juli d. Js. ab übertragend.
- Mehow.** Revierförster zu Bohra, Oberförsterei Günthausen, ist nach Wolfshagen, Oberförsterei Kaumburg, Regbg. Cassel, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt. Die bisherige Revierförsterstelle Bohra wird Försterstelle.
- Meyer.** Förster o. R. zu Mittelsalbad, Oberförsterei Niedersalbad, ist die Försterstelle Huchenberg, Oberförsterei Böhl, Regbg. Cassel, vom 1. Juli d. Js. ab übertragend.
- Molden.** Förster o. R. zu Baisdren, Oberförsterei Karmelow, Regbg. Rastlin, ist die neugegründete Försterstelle Baisdren vom 1. Juli d. Js. ab übertragend.
- Mollenhauer.** Förster o. R. zu Gerniga, Oberförsterei Jagen, ist als Förster m. R. nach Gucksdorf, Oberförsterei Wahrenmühl, Regbg. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab kommissarisch und vom 1. August d. Js. ab endgültig verlegt.
- Müllers.** Förster o. R. zu Forsthaus Freising, Oberförsterei Gauenleben, ist auf die Försterstelle zu Kuchowen, Oberförsterei Neu-Sternberg, Regbg. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Saghal.** Förster zu Gaymen, Oberförsterei Greiben, ist auf die Försterstelle zu Kischaden, Oberförsterei Drublen, Regbg. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Schleser.** Förster o. R. zu Gommern, Oberförsterei Grünwalde, Regbg. Magdeburg, ist nach Blasdorf, Oberförsterei Uckerdorf, Regbg. Viegig, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Spalding.** Forstausseher zu Al-Lutau, Oberförsterei Lutau, ist als Schreibgehilfe nach Demmin, Oberförsterei Demmin, Regbg. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Waldinger.** Forstausseher zu Schalkowig, Oberförsterei Koppelan, Regbg. Dypel, ist aus dem Privatforstbesitz einberufen.
- Wielig.** Förster o. R. zu Gr.-Engelau, Oberförsterei Taplan, ist auf die bebaute Forstausseherstelle Freising, Oberförsterei Gauenleben, Regbg. Königsberg, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Wendt.** Förster o. R. zu Bergholz, Oberförsterei Potsdam, ist nach Meiersdorf, Oberförsterei Meiersdorf, Regbg. Potsdam, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.
- Wolfram.** Hilfsjäger zu Zielona, Oberförsterei Vindenbusch, ist als Schreibgehilfe nach Abb. Zielonitz, Oberförsterei Schützenwalde, Regbg. Marienwerder, vom 1. Juli d. Js. ab verlegt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Handberg. Herzoglich Ankenberg'scher Forstmeister a. D. zu Neukirchen, ist in der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Lüb. Revierjäger zu Zandhof, ist berufen, als Forstschreiber für die Forstinspektion Schwerin zu Schellverder vom 1. Juli d. Js. ab einzutreten.

Elßaß-Lothringen.

- Bad.** Forstreferendar, ist auf Grund der bestandenen forstlichen Staatsprüfung zum Forstassessor ernannt.
- Bauer,** Forstassessor, ist zum Kaiserl. Oberförster in Elßaß-Lothringen ernannt und ihm die Oberförsterstelle Albsdorf übertragen.
- Dahler,** Forstreferendar, ist auf Grund der bestandenen forstlichen Staatsprüfung zum Forstassessor ernannt.
- Günther,** Kaiserl. Oberförster zu Albsdorf, ist die Oberförsterstelle Nemberg, mit dem Wohnsitz in Bittich, übertragen.
- Harbl,** Regierungs- und Forstrat, ist die Stelle des Vorstandes des Forstverordnungsamtes beim Ministerium übertragen.
- Dr. Rahl,** Kaiserl. Oberforstmeister zu Colmar, ist in gleicher Amtseigenschaft an das Bezirkspräsidium in Metz verlegt.
- Rackebach,** Kaiserl. Forstmeister zu Bittich, ist zum Regierungs- und Forstrat in der Verwaltung von Elßaß-Lothringen ernannt und dem Bezirkspräsidium in Metz überwiesen; ihm ist der Forstaußichtsbezirk Metz-Saarburg vom 1. Juli d. J. ab übertragen.
- Riff,** Regierungs- und Forstrat, Gehheimer Regierungsrat zu Straßburg, ist zum Kaiserl. Oberforstmeister in der Verwaltung von Elßaß-Lothringen ernannt und ihm die Oberforstmeisterstelle beim Bezirkspräsidium in Colmar übertragen.
- Stachler,** Kaiserl. Forstmeister zu Bittich, ist die Oberförsterstelle Bittich-Süd übertragen.
- Wour,** Gemeindeförstbillsaushälter, ist zum Gemeindeförster ernannt und ihm die Gemeindeförsterstelle Zallaucourt, Oberförsterei Chateau-Galins, übertragen.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Gemeindeförsterstelle des **Schneßelschels** Aelsberg, Regbz. Coblenz, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Das Anfangsgehalt beträgt 1200 M. und steigt alle drei Jahre um 20 M. bis zum Höchstbetrage von 2400 M.; außerdem eine Mietentschädigung von 300 M. und eine Brennholzentuschädigung von 100 M. Geeignete Bewerber werden ersucht, ihre Meldungen, bei welchen vorzulegen sind: Lebenslauf, Forstverordnungschein oder Militärpaß, Dienst- und Auszeichnungsgewinne, sowie die Erklärung des Bewerbers, durch die feste Anstellung seine Forstverordnungsansprüche als erfüllt zu betrachten, dem Bürgermeister zu Reiberg einzureichen.

Die **Forstaußichtsstelle** in Warburg, Regbz. Minden, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen. Das Anfangsgehalt beträgt 900 M. steigend alle drei Jahre um 100 M. bis zum Höchstbetrage von 1200 M., außerdem 150 M. Wohnungsgeld und 120 M. Nebenbezüge für Dienstland und Brennholz. Der Anstellung geht eine Probezeit von 6 Monaten voraus. Erfahrung und langjährige Tätigkeit im Forstdienste sind erforderlich. Anwärter müssen bei Anstellung auf Forstverordnungsansprüche verzichten. Bewerbungen sind an den Bürgermeister in Warburg einzureichen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Dittung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 77. Anfrage: Wenn ich in der Provinz Westfalen Neuaufforstungen vornehme, wie weit muß ich entfernt bleiben von der Grenze, wenn jenseit derselben 1. Ackerland oder Wiese, 2. Nachbartsforst, 3. Kreischaujsee, 4. Bahnlörper sich befindet?

Ed. K.L., Förster in S. II, Kr. Bielefeld.

Antwort: Das Reichsrecht — das Bürgerliche Gesetzbuch — schreibt nicht vor, daß Bäume einen bestimmten Abstand von der Grenze haben müssen. Nach Artikel 124 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist es aber statthaft, daß die Landesgesetze (d. h. die preussischen, bayerischen usw. Gesetze) für Bäume

einen gewissen Abstand von der Grenze vorschreiben. Preußen hat von dieser Befugnis nur für die Rheinprovinz, nicht auch für die anderen Provinzen Gebrauch gemacht. Daher ist es gestattet, in Westfalen eine Neuaufforstung bis dicht an die Grenze zu setzen. Es ist unerheblich, ob das Nachbarland Ackerland oder Wiese, Forst, Kreischaujsee oder Bahnlörper ist. Nur auf zwei Gesichtspunkte ist besonders hinzuweisen: 1. Soll die Neuaufforstung mit einer lebendigen Hecke abgeschlossen werden, so muß nach dem aufrecht erhaltenen § 174 I 8 des Allgemeinen Landrechts die Hecke 1½ Fuß von der Grenze abbleiben. 2. Nach § 910 des Bürgerlichen Gesetzbuches darf der Eigentümer eines Grundstückes Wurzeln und Zweige, die von Bäumen und Sträuchern des Nachbargrundstückes eindringen, abschneiden. Bei der Neuaufforstung wird daher darauf zu achten sein, daß diese Herüberbringen von Wurzeln und Zweigen auf das Nachbargrundstück vermieden wird, und zwar auch für spätere Zeiten. Diese Erwägung kann dazu führen, bei der Neuaufforstung aus praktischen Gründen doch ein Stück von der Grenze abzubleiben, obwohl das Gesetz dies nicht verlangt. — Ubrigens wird auf die ausführlichen Darstellungen von A. Freymuth in der „Deutschen Forst-Zeitung“ Band 24 Seiten 415 und 530 verwiesen: „Bäume, Sträucher und Hecken an der Grenze“ und „Das nachbarliche Baumjonderrecht in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen“. A. W. F. r.

Nr. 78. Anfrage: Der hiesige Forstgutsbezirk D. gehört u. a. zum Gesamtschulverbande in L. Die Schule in L. ist im Etatsjahre 1911 von Kindern aus dem fiskalischen Gutsbezirk D. nicht besucht worden; im Etatsjahre 1912 ist dies ebenso. Kann der Fiskus nun im Etatsjahre 1912 zu den Schullasten im Gesamtschulverbande L. herangezogen werden?

Antwort: Die Heranziehung zu den Schullasten für 1912 ist nicht ausgeschlossen; denn die Zahl der Kinder wird für die Verteilung der Lasten nach dem Durchschnitt der am 1. Mai und 1. November der letzten drei Jahre die Volksschule besuchenden Kinder berechnet und diese Verhältniszahl für drei aufeinanderfolgende Rechnungsjahre festgestellt. Die Neuverteilung erfolgt also nur alle drei Jahre. Ferner kann der Kreisausschuß oder der Bezirksausschuß mit Zustimmung der Beteiligten oder auf Antrag von Beteiligten eine anderweite Verteilung beschließen. Näheres ergibt § 9 des Volksschulunterhaltungsgesetzes vom 28. Juli 1906 (Gesetzammlung S. 338).

Anfrage an den Leserkreis.

In einem Revier wird auf nassem Lehmboden der Bau von Buchenknüppeldämmen beabsichtigt. Die Knüppel sollen 10 bis 15 cm hoch mit Lehm bedeckt werden. Liegen über den Bau solcher Knüppeldämme bereits Erfahrungen vor, und wie lange halten sich diese Dämme sowohl auf trockenem als auf nassem Boden?

Für die Redaktion: J. B.: Vodo Grundmann, Reibamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Rgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorskände an den Vorsitzenden, Rgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Kesselgrund bei Hochzeit Am.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Nämde, Post Gröneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 0,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei keiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Mendham, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächsthäufige Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Mendham zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Allenstein. Am Sonntag, dem 30. Juni, vormittags 8½ Uhr, findet Sitzung im „Kaisergarten“ in Allenstein statt. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht, Haushaltungsplan; 2. Bericht über die Delegiertenversammlung in Berlin; 3. Verschiedenes, Entgegennahme von Anträgen und Besprechung derselben, Begrüßungskasse usw. Nach der Sitzung, etwa von 3½ Uhr nachmittags ab, hält die Ortsgruppe Allenstein auf dem Stande der Schützengilde dort ein Scheibenschießen ab. Hierzu sind die Teilnehmer an der Versammlung, sowie Kollegen der benachbarten Ortsgruppen herzlich eingeladen.

Der Vorstand. J. A.: Bred, Schriftführer.

Ortsgruppen:

Allenstein. Das in der letzten Versammlung beschlossene Scheibenschießen mit Damen findet am Sonntag, dem 30. Juni, etwa von 3½ Uhr nachmittags ab, auf dem Stande der Stadt Allenstein statt. Vorher, von 8½ Uhr vormittags ab, ist Bezirksgruppensitzung im „Kaisergarten“ in Allenstein. Die Kollegen der benachbarten Ortsgruppen sind hiermit zu dem Schießen herzlich eingeladen.

Der Vorstand. J. A.: Bred, Schriftführer.

Mildamm (Regbz. Stettin). Das diesjährige Scheibenschießen findet statt am Sonnabend, dem 22. Juni, nachmittags von 3 Uhr ab, auf dem Scheibenstande in Grünwald. Probefschüsse können von 2½ bis 3 Uhr abgegeben werden. Von Mitgliedern eingeladenen Gäste sind willkommen. Um recht rege Teilnahme mit Damen wird gebeten. Der Vorstand.

Colbitz-Reglinger Heide (Regbz. Magdeburg). Versammlung am Mittwoch, dem 26. Juni 1912, in Dölle bei Sandhagen, abends 1/8 Uhr. Tagesordnung: Schießen. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Pfeiffer.

Ezerst (Regbz. Marienwerder). In der am 1. d. Mts. stattgefundenen Sitzung ist beschlossen, die Wahl des Vorsitzenden gelegentlich der

Scheibenschießen am 14. Juli zu wiederholen.

2. Das Scheibenschießen wird am Sonntag, den 14. Juli, verlegt. Beginn 3 Uhr; bis 3½ Uhr Probefschüsse. Einzuladende Gäste sind dem stellvertretenden Vorsitzenden, Kollegen Weißert, Forsthaus Grünthal, Post Schlachta, bis zum 7. Juli namhaft zu machen. Forstbeamte als Nichtmitglieder haben außer dem Schießpreise und Vergütungsbeitrag 2 Mk an die Kasse der Ortsgruppe zu zahlen. Für das Prämiennrennen sind 3 Mk pro Schütze zu entrichten.

Der Vorstand. J. A.: Hauert, Schriftführer.

Eberswalde (Regbz. Potsdam). Sonnabend, den 25. Juni d. Js., abends 7 Uhr, Versammlung im „Kaiserbad“ zu Eberswalde. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppen-Versammlung. 2. Einziehung der Beiträge pro 2. Halbjahr (5 Mk., bei Postsendung zuzüglich 5 Pfg. Verstellgeld). 3. Besprechung einer Waldbtour. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Gr. Linichen-Reuhof (Regbz. Köslin). Auf Anregung des Kollegen Münchenberg hat der Vorstand beschlossen, am Sonntag, dem 23. Juni, gutes Wetter vorausgesetzt, eine Exkursion per Wagen durch die Schußbezirke Herzberg und Laaßig zu veranstalten. Ausgangspunkt derselben die Försterei Herzberg um 3 Uhr nachmittags. Schluß der Hochtrabenberg im Schußbezirk Laaßig mit Erholungspause. Für einen Erfrischungsstunkt wird Kollege Dinske Sorge tragen, mit Proviant hat sich jeder selbst zu versehen. — Am Sonntag, dem 7. Juli, Scheibenschießen auf der Försterei Jägerhorst. Anfang 3 Uhr nachmittags, Probefschüsse von 2½ Uhr ab. Es wird um Geldpreise geschossen. Gute willkommen, deren Einladung die Mitglieder selbst besorgen wollen.

Der Vorstand.

Jankenburg (Regbz. Gumbinnen). Am Sonnabend, dem 22. Juni, nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über ein Sommervergnügen; 2. Verschiedenes.

Der Vorstand. Hochfeldt.

Massin (Regbz. Frankfurt). Am Mittwoch, dem 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, in Holls Gasthof zu Massin. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden; 2. Wahl des statutenmäßig auscheidenden Schriftführers; 3. Besprechung über ein Scheibenschießen; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Ramslau (Regbz. Breslau). Montag, den 1. Juli d. Js., nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Hotel zur Krone“ in Ramslau. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Vorstand.

Ortelsburg (Regbz. Allenstein). Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 5 Uhr, Versammlung in der „Gambirius-Halle“ (bei Zantopp) in Ortelsburg. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Hennig, Vorsitzender.

Notenburg-Gulda (Regbz. Cassel). Sonntag, den 23. Juni d. Js., 2½ Uhr, Schießen in der Hainbach. Kaffee wird gekocht. Gäste willkommen. Postel.

Trebnitz-Militzsch (Bez. Breslau). Sonntag, den 7. Juli cr., von nachmittags 2 Uhr ab Schießen auf dem Walterischen Scheibenstande in Waldkretscham. Die Kollegen mit ihren Familien werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Zuheler Heide (Regbz. Marienwerder). Sonntag, den 16. Juni cr., von 2 Uhr nachmittags ab, Sitzung im Vereinslokal mit nachstehender Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten über die Bezirksgruppen-Sitzung in Königs. 2. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden. 3. Besprechung über einen gemeinschaftlichen Ausflug nach dem Eisbühl. 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Geneheimer Krause, Kesselgrund bei Gohzeit Vint., vorliegen. Was für die nächste Sitzung bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden ausgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Potsdam. Am 1. Juni d. Js. fand in Berlin die angekündigte ordentliche Vertreter- und

Mitgliederversammlung der Gruppe statt. Die Beteiligung war leider wieder eine recht mäßige; eine Ortsgruppe hatte es sogar unterlassen, einen Vertreter zu senden. Diese bedauerlichen Zeichen für ein nicht überall hinreichend ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl sind leider nur zu sehr geeignet, den im Allgemeininteresse in der Vereinsarbeit stehenden Kollegen ihre oftmals ohnehin schon sehr mühevollen Tätigkeit gründlich zu verleiden. Das sollten alle diejenigen Kollegen bedenken, die heute noch ohne jeden stichhaltigen Grund den Versammlungen fernbleiben. — Die Tagesordnung wurde erledigt wie folgt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für 1911 wurden gelesen und erläutert; 2. zu Rechnungsprüfern wurden gewählt die Kollegen Boed und Feuerstad. Nach Bericht, daß die Jahresrechnung usw. richtig befunden sei, erteilte die Versammlung dem Vorstände Entlastung; 3. als Delegierter für Berlin wurde Kollege Purbz und als dessen Stellvertreter der Kollege Randt gewählt; 4. die Wahl eines Vorsitzenden für die Gruppe wurde ausgesetzt, da doch im nächsten Jahre der ganze Vorstand neu gewählt werden muß. Bis dahin führt der stellvertretende Vorsitzende — Kollege Randt — die Geschäfte; 5. die verschiedenen Punkte der Tagesordnung für die Delegiertenversammlung wurden besprochen und dem Delegierten entsprechende Weisungen erteilt; 6. das Försterstellen-Abreißbuch für den Bezirk ist von dem Kollegen Peters handschriftlich fertiggestellt. Es enthält auch sämtliche bebauten Forstaussäher usw. Stellen des Regierungsbezirks. Der Vorstand wird demnächst eine Umfrage über etwa zu bestellende Exemplare ergehen lassen, um die Art und Weise der Vielfältigkeit des Werkes erwägen zu können. Der Vorstand.

J. A.: Purbz, Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog, Halensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf., im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 Mk. ab Neubamm) geliefert. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Zahlungen

an den Verein, sowohl Mitgliedsbeiträge wie auch Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan, bitten wir nur an die Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte nach Neubamm, nicht aber an die Geschäftsstelle zu Halensee zu schicken.

Neubamm, im Juni 1912.

Die Kassenstelle.

Dienstverträge und Dienstvorschrift.

Unsere Vereinsmitglieder mache ich darauf aufmerksam, daß der Druck der Dienstverträge,

sowie der Försterdienstvorschrift in der endgültigen Fassung fertiggestellt ist. Die Dienstverträge sind in drei Vordrucken hergestellt: Vordruck I für Anstellung von Gutsförkern; Vordruck II für Anstellung von Forstbeamten in größeren Verwaltungen auf Kündigung; Vordruck III für lebenslängliche Anstellung. Alle Druckfachen sind von der Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, Halensee, Markstr. Straße 13, zu beziehen zum Preise von 20 Pf. für jedes Stück.

Halensee, den 4. Juni 1912.

Dr. Bertog.

Bezirksgruppe I, Ost- und Westpreußen.

Die diesjährige Versammlung findet am 6. Juli, vormittags 10 Uhr, in Brüdendorf, Bahnstation Gr.-Gemmern (1 km Chaussee), Straße Marienburg—Allenstein, statt. (Hotel Wendig).

Tagesordnung:

1. Zwecke und Ziele des Vereins (Oberförster Scholz).
2. Wahl des Versammlungsortes für 1913.
3. Wahl eines Delegierten für Eisenach.
4. Geschäftliches.
5. Forstliche Lehrgänge, behandelt von Herrn Königl. Oberförster Riedel, Frhrn. zu Eisenbach-Königsberg.
6. Versicherungsangelegenheiten (Herr Fürstl. Wildmeister Fiebig, Hh. Krzyzaki).
7. Anträge.

Um 12 Uhr: gemeinschaftliches Essen (Gedeb 2 M.). Um 1 Uhr: Abfahrt zur Exkursion in den zur Majoratsherrschaft Ponarien gehörigen Schußbezirk Seubersdorf. Leiter: Oberförster Scholz, welcher die Herren Teilnehmer mit Führern ausüften wird. (Wagen stellt die Verwaltung.) Rückkehr gegen 5 Uhr in Brüdendorf. Anmeldung zur Exkursion und Essen bis spätestens 1. Juli an Oberförster Scholz-Ponarien erbeten. Wagen werden zur Abholung um 9³⁰ und 10¹⁵ vormittags am Bahnhof Gr.-Gemmern bereitstehen.

Es findet nur diese Versammlung statt, weshalb um besonders rege Teilnahme ergebett gebeten wird. Gäste stets willkommen.

Der Vorsitzende: Scholz, Oberförster.

Niederschrift

über die am 17. März 1912 abgehaltene Versammlung der Bezirksgruppe Königreich Sachsen des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands im Hotel „Drei Raben“ in Dresden.

Vom Vorsitzenden der Bezirksgruppe, Herrn Oberförster Dreßler in Reschwig, wurde um 1¹³ Uhr nachmittags die Versammlung eröffnet und die anwesenden Mitglieder und Gäste, deren etwa 40 erschienen waren, unter denen sich auch der Vorsitzende des Vereins, Herr Oberförster Dr. Vertog, sowie als Gäste Herr Königl. Kammerherr von Carlowitz auf Schloß Rudolfsstein, und Herr Königl. Sächs. Oberforstmeister a. D. Geh. Forstrat Klette aus Dresden befanden, begrüßt. Der Vorsitzende der Bezirksgruppe gedachte Johann Sr. Majestät des Königs Friedrich August, auf welchen die Versammlung ein Hoch ausbrachte.

Es wurde zu Punkt 1 der Tagesordnung geschritten, wobei vom Vorsitzenden Bericht erstattet und auch noch erwähnt wurde, daß die nächste diesjährige Hauptversammlung des Vereins in Eisenach in der Zeit vom 14. bis 17. August abgehalten werden soll. Ferner wurde in ausführlicher Weise die Forstlehrlingschule Templin erwähnt, wo gegenwärtig 45 Lehrlinge Aufnahme gefunden haben. Es schweben Verhandlungen, ob diese Schule erweitert oder noch eine zweite gegründet werden soll. Herr Oberförster Dr. Vertog bemerkte noch dazu, daß der Andrang zur Privatforstbeamtenlaufbahn sehr groß ist und von Jahr zu Jahr größer wird. Um diese Massenaus-

bildung der Privatforstlaufbahn auf ein normales Maß zurückzuführen, ist Herr Dr. Vertog bei der Königl. preussischen Forstverwaltung vorstellig geworden, um die Annahme von Privatforstlehrlingen zu beschränken.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung legte Herr Oberförster Dreßler eine ausgearbeitete Bekleidungs Vorschrift über die Uniformierung der Privatforstbeamten vor, die in nächster Zeit dem Königlich sächsischen Ministerium zur Genehmigung eingereicht werden soll. Es wurde durch Abstimmung beschlossen, daß die Bekleidungs Vorschrift die Firma Heinrich in Dresden druckt. Zuvor wurde nochmals über die Farbe der Waldbuniform abgestimmt und die im Jahre 1909 bereits gewählte braungüne Farbe beibehalten.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung berichtet Herr Oberförster Dreßler, daß ihm über die Frage des gesetzlichen Titelschutzes für Privatförster eine Audienz bei Sr. Excellenz dem Staatsminister des Innern, Herrn Grafen Bixthum von Eckardt, bewilligt worden sei und daß Sr. Excellenz diesem Antrag freundlich gegenüberstehe, jedoch bindende Erklärungen vorläufig nicht abgeben könne.

Zu Punkt 4, betreffend den Landespensionsverband sächsischer Gemeinden, wird von dem Vorsitzenden vorgeschlagen, vorerst das Reichspensionsgesetz abzuwarten. Herr Oberförster Dr. Vertog unterstützte den Vorschlag. Herr Revierförster Scherell empfahl den älteren Beamten, die vom Reichspensionsgesetz ausgeschlossen werden, sich dem sächsischen Landesverband sofort anzuschließen. Es wurde von dem Vorsitzenden weiter vorgeschlagen, bei der nächsten Bezirksgruppenversammlung Herrn Bürgermeister Dr. Wohdt in Schneeberg um einen Vortrag über den sächsischen Landespensionsverband zu ersuchen.

Bei Punkt 5 werden vom Vorsitzenden Erfahrungen über Sprengungen mit Ammoniumnitrat mitgeteilt, wobei erwähnt wurde, daß dieses Verfahren bei besonders starken Stößen lohnend sei, während für schwächere Schlagstöße empfohlen wurde, nur eine Patrone zur Förderung und zum Anheben zu verwenden, um dadurch das Roden zu erleichtern. Von Herrn Oberforstmeister a. D. Klette wurde dazu noch erwähnt, daß bei diesen Sprengungen die Einholung der polizeilichen Genehmigung nicht zu unterlassen sei, um sich bei eventuellen Unfällen vor Weiterungen zu schützen.

Zu Punkt 6, Bildung einzelner Ortsgruppen innerhalb der Bezirksgruppen betreffend, wandte Herr Oberförster Dr. Vertog ein, daß hierdurch eine Zersplitterung der Bezirksgruppe entstehen könne, weshalb eine derartige Einteilung nicht zu empfehlen sei. Herr Revierförster Höhne schlägt die Bildung von Ortsgruppen nach den Kreishauptmannschaften vor, um den in entlegenen Orten wohnenden Kollegen Gelegenheit zu geben, forst- und jagdliche Tagesfragen zu besprechen und auszutauschen. Die Mehrzahl der Versammelten beschließt jedoch ausdrücklich, keine Ortsgruppen innerhalb der Bezirksgruppe zu bilden, sondern zur Hebung der Kollegialität innerhalb der Kreishauptmannschaften mehrmals im Jahre zusammenzukommen. Es wurde ferner der Antrag gestellt, mindestens zweimal im Jahre eine Bezirksgruppen-

versammlung abzuhalten und dabei mit der Gegend zu wechseln, um allen Mitgliedern im Königreich günstigere Gelegenheit zum Besuch der Versammlung zu geben. Dieser Antrag wurde von der Versammlung angenommen und einstimmig beschlossen, die nächste Bezirksgruppenversammlung am 22. September 1912 in Chemnitz abzuhalten.

Zum Schluß der Tagesordnung fand ein lebhafter Meinungsaustausch über Aufforstung von Großgebieten im Walde statt. Die Versammlung wurde gegen 5½ Uhr nachmittags vom Vorsitzenden geschlossen.

Oberförsterei Keschwitz, den 25. Mai 1912.
H. Dreßler, Oberförster.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieder:

1850. Adermann, Karl, Förster, Nöthenberg i. Komm. (H.-Gr. II.)
1851. Lehmann, Georg, Forstaufsicher (Fisch Hagfeld), Oberförster, Brombach b. Niederbobeles Eupel. (H.-Gr. XI.)

1852. Pfeiffer, Just., Förster (Graf v. Gorch), Forst b. Schlich i. Heiden. (H.-Gr. XIII.)
1853. Basse, Franz, Revierförster (Mittelsäb. Runder in Potha), Forst, Wobblau b. Staritz, Bez. Halle. (H.-Gr. XVI.)
1854. Ziegelmann, Hugo, Hilfsförster (Kammerherr Dr. v. Bodenhausen), Burgkennitz. (H.-Gr. XVI.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Schüßler, Gebrüder, Holzgeschäft, Dypeln.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan fanden ferner ein:
Nr. 63, 180, 206, 250, 424, 569, 1560, 1716, 1990, 2001, 2003, 2689, 2861, 3168 je 4 M., Nr. 3327 6,60 M., Nr. 3464, 3675 je 4 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshagen Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Brandversicherungsverein Preussischer Forstbeamten.

Gemäß § 36 unserer Satzungen machen wir bekannt, daß von der 32. ordentlichen Mitglieder-Versammlung unseres Vereins am 18. Mai d. Js. zu Mitgliedern des Verwaltungsrats die sachungsmäßig ausgeschiedenen Mitglieder, nämlich die Herren:

- a) Regierungs- und Forstrat, Geheimer Regierungsrat Freiherr von Spiegel in Potsdam,
- b) Hegemeister Fischer in Plantagenhaus,

c) Hegemeister Haenide in Bornim, für die Wahlperiode 1912/14 wiedergewählt und an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Oberforstmeisters a. D. Grafen Bethusy-Duc in Potsdam der Herr Regierungs- und Forstrat Bremer in Potsdam für die Wahlperiode 1912 neu gewählt worden ist.

Berlin, den 31. Mai 1912.

Hauptvorstand des Brandversicherungsvereins Preussischer Forstbeamten.

Wesener.

Bern.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Belegung gelangende Forstbüchereien in Preußen. 487. — Die Krankenkostenbeihilfeklasse des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten im Jahre 1911. 489. — Vom Holzmarkt. 490. — Reiterimpium. 495. — Nochmals die Privatforstbücherei. 496. — Aus Elb-Forstbücherei. 496. — Zur Bekämpfung des Muschelschäfers. Von Reuter. 496. — Aus dem Brockengebiet. 498. — Die Petition der Königlich Preussischen Förster betreffend. 497. — Verichtigung. 497. — Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 497. — Waldbesitzer und Holzhändler. 498. — Die Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte, v. G. m. b. H. zu München (Wasing). 499. — Waldbrände. 500. — Ähnlicher Marktbericht. 500. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 500. — Offene Stellen im Gemeinde- und Forstbüchereidienst für Anwärter des Jagterfors. 501. — Brief- und Fragekasten. 501. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 502. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 503. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 505. — Anserate.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit Nummer 26 schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die **Deutsche Forst-Zeitung** mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Feierabende** (Seite 101 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beiblättern: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk in Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Ferkel** (Seite 104 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis 3 Mark 50 Pf. pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. Juli bis 30. September 1912, sofort aufzugeben, damit in der regelmäßigen Zusendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einsendung des Betrages für Abonnement und Frankatur.

Reudamm, im Juni 1912.

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Geschäftliche Mitteilungen.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Praktischer Hocksig!



Bereits im zeitigen Frühjahr bringe ich meinen Hocksig ins Revier und arbeite auch dann von Zeit zu Zeit den Aufsig aus. Man begegnet hierbei stets interessanten Episoden, lernt auch bald die Wechsel und den Stand des Windes kennen. Ueberdies gewöhnt sich das Wild selbst sehr schnell an den fremden Gegenstand, der bald hier, bald dort Aufstellung findet, und wird ihn nicht mehr argwöhnisch betrachten. Es ist mir des Öfteren passiert, daß Rehe direkt unter meinen Sitz gewechselt sind, ohne mich kränkt oder gewarnt zu haben. Mein Hocksig besteht aus einem dreiteiligen Weitergestell und dem Sig.

Dadurch, daß der Hocksig leicht transportabel ist, bewährt er sich außerordentlich gut und kann in jeglichem Terrain leicht überall Aufstellung finden. Besonders wertvoll ist die geräuschlose Drehbarkeit des Sitzes, die es gestattet, schnell nach allen Seiten zu schießen. Der Aufsig wirkt dabei nicht ermüdend, da der Sig genügend groß ist, eine bequeme Rückenlehne und auch ein Gewehrlager hat, von dem man jeden Augenblick die Büchse in Anschlag bringen kann. Die Füße ruhen auf einem Eisenring. Die Konstruktion ist vor allen Dingen eine sehr solide und sichere, da nur bestes Eichenholz hierzu verwendet ist, so daß selbst Ausnahmewerte sich auf die Tragfähigkeit verlassen können. Der transportable Hocksig ist äußerst praktisch und hat mir besonders im vorigen Sommer, in welchem das Revier wegen der abnormen Hitze und Dürre die Wechsel sehr schlecht hielt, sehr gute Dienste geleistet. Meinen Hocksig bezog ich von der in der Jägerwelt wohl genügend bekannten Kanthierfabrik **E. Grell & Co.,** Hoflieferanten, **Sapnaun i. Schl.** Derselbe würde für mich heute unentbehrlich sein, zumal er gegen die früher benutzten verschiedenen Gestelle ganz wesentliche Vorteile aufweist. E g e w a l d.

Familien-Nachrichten

Die glückliche Geburt eines
kräftigen Knaben

zeigen hoch erfreut an
Königsbruch, 10. 6. 12.

P. Stümke, Kgl. Förster o. B.
u. **Frau Luise,** geb. Mittag.

Königl. Forstsekretär
Gustav Brandstaedter
in Sohorellen und
Gertud Brandstaedter
geb. Powelitt,
Vermählte.

Geburten:

Dem Forstmeister Reinhardt in Halben-
dorf bei Kößlig (O.-L.) ein Sohn.
Dem Forstkaufmann Scheuer in Forstb.
Buchführung bei Fürsteneulde, Speere,
ein Sohn.

Verlobungen:

Hrl. Karola Günther in Forstb. Pfleffe,
Reg. Cassel, mit dem Oberjäger Georg
Lopp, Garde-Jäger-Batl., Potsdam.

Sterbefälle:

Schuster, Kgl. Forstmeister a. D. in Lohr.
Schmitt, Großh. Bnd. Forstmeister a. D.
in Karlsruhe.
Klein, Forstmeister a. D. in Hunsdorf.
Walter, Oberförster a. D. in Breslau.
Dr. Wiedeburg, Forstprofessor in Blanten-
burg.

Ruhn, Hegemeister in Forstb. Wittenborn,
Oberförsterei Weh.
Ludwig, Hegemeister in Forstb. Dors-
weiler, Oberförsterei Albesdorf.
Gotsmann, Förster a. D. in Schwarz.
Carl, Gertrud, Oberförstergattin in
Schönheid. u. G.
Schiller, Marie, Oberförstertochter in
Erlangen.

Jagdverpachtungen

Jagdrecht und Aufschußgebühren
Penfiquis-Anzeigen

Ein Herr (Barnarzt) sucht für Mitte Juli

Sommerfrische

mit Jagdgelassenheit und Revierbe-
sitzung. Oberförster (764
D. Landen) in Handlunge. Rein.

Holz und Güter

Wer verwertet
ca. 800 Morgen Holz,

gem. a. T. recht wertv., Bestand? **772**
Gest. Antr. u. „Rittergutsbesitzer“ 772
bef. die Exped. der D. Forst-Ztg., Neubamm.

Personalien

Belanntmachung.

Die Stelle des (750

Gemeindeoberförsters

des Forstverwaltungs-Verbandes
Reiberg mit dem Amtssitze in Reiberg
ist zum 1. Oktober 1912 neu zu besetzen.

Kastellungsbedingungen.

- a) Pensionsfähiges Anfangs-Gehalt 2700 M., steigend von 8 zu 8 Jahren dreimal um 300 M. und fünfmal um 400 M. bis zum Höchstbetrage von 6600 M.
- b) Pensionsfähiges Wohnungsgeld 560 M.
- c) Dienstaufwandsentschädigung 1000 M.
- d) Für Halten einer Schreibhilfe, Wagenbenutzung u. vorbehaltenlich des Nachweises am Jahresabschluß 800 M.
- e) Die Anstellung erfolgt zunächst auf ein Probejahr.
- f) Die im Reichs- und Staatsdienste, insbesondere im Militärdienste, sowie im Dienste eines anderen preussischen Kommunalverbandes u. zugehörige Dienstzeit, sowie die Vorbereitungszeit wird bei der Pensionierung in Anrechnung gebracht.
- g) Bei Reisen außerhalb des Dienstbezirks werden Tagegelde und Reisekosten nach Maßgabe des § 1 Abs. V des Gesetzes vom 21. Juni 1897 gewährt.

Es können nur Bewerber zur Wahl zugelassen werden, die das preussische Oberförstereigamen bestanden haben.

Bewerbungen, bei denen diese Voraussetzung nicht zutrifft, sind zwecklos. Gesuche mit lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Angabe der Konfession und des Militärverhältnisses und amtärztlichem Gesundheitsattest sind baldigst dem Königlichen Landrat in Adenau einzureichen. Schluß der Bewerbungsfrist 1. Juli.

Adenau, Rheinl., den 31. Mai 1912.

Namens des Forstverwaltungs-
verbandes Adenau.

In Vertretung:
Fuchs, Kreisdeputierter.

Verheirateter

(764

Privatförster oder Waldwärter

unter Kontrolle eines Oberförsters für
zirka 3000 Morgen Wald im Kreise
Duedlinburg a. Sarg gesucht.

1900—1400 Mk. Gehalt, freie Wohnung,
Heizung u. kleine Nebenbezüge aus der
Jagd. Bei guter Führung dauernde
Lebensstellung, 1 Jahr Probezeit.
Wohnungen nebst Zeugnissen und
Lebenslauf bis 1. Juli an

Fhr. Bussche-Strelthorst,
Thale a. Sarg. Rittergut.

Forstlehrling

gesucht zum Eintritt am 1. Juli von
großer Forstverwaltung. Gute Schul-
bildung erforderlich. Jagdgelegenheit. Es
erfolgt gute, gewissenhafte Ausbildung unter
Aufsicht und Leitung des Chefs. Pensions-
zahlung nach Vereinbarung. Off. u. Nr. 762
bef. die Exp. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neubamm.

Oberförster im Staatsdienste.

völlig erfahren im Jagdgebiet, **übernimmt**
Fischerei u. Landwirtschaft, **übernimmt**
Stellung eines General-Bevoll-
mächtigten oder Revierverwalters
großer Staatsbesitzung. Off. u. Nr. 755
bef. die Exp. der D. Forst-Ztg., Neubamm.

Höherer Forstbeamter a. D.

45 J. alt, evang., gesund, gute Zeugnisse,
launischfähig, mit Praxis i. Staats-,
Privat- u. Gemeinbedienst, sucht Stellung,
nimmt auch vorübergehende Beschäftigung
an. Gest. Zuschriften unter Nr. 624 bef.
d. Exped. d. D. Forst-Ztg., Neubamm.

Tausch.

Welcher Kollege aus den Be-
reich der Gibe u. Prov. Sachsen tauscht
sodort mit dem Inhaber des Forst-
b.-Scheins Nr. 104 v. 11. 10. 11
(not. Marwerner)? Off. erh. Klesner,
Thorn, C. Ch. 36. (768

Tausch.

Anwärter von 1910 aus Frankfurt
tauscht umständlicher u. Kollegen aus
Potsdam od. and. Regtr. Offerten
unter P. St. 770 befördert die Exped.
der Deutschen Forst-Zeitung, Neubamm.

Als Forstverwalter, Revier-
förster oder Förster
suche Stelle

per bald oder 1. Oktober. Forstrie-
mäßige Ausbildung, gebiet beim Jäger-
Försterprüfung beim Verein der Privat-
forstbeamten bestanden, auf das Forst-
dienstfähigkeitsverdielt, 41 Jahre alt, ver-
heiratet, 2 Kinder (evangelisch). Aus-
gezeichnete Zeugnisse u. Referenzen zur Ver-
fügung. Gest. Offert. unter Nr. 773 bei
d. Exped. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neubamm.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Gmütliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärte, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belstungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mf. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belstungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 25.

Mendamm, den 23. Juni 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- **Oberförsterei Kennerod** im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Juli eingehen.
- **Oberförsterei Weilsburg** im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Juli eingehen.
- **Försterei Ahl** (Wohnsitz Salmünster) in der Oberförsterei Salmünster, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Juli 1912 zu besetzen.
- **Försterei Gusch** (neu gebildet) in der Oberförsterei Lubiathfließ, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. 100 A. Stellenzulage, 150 A. Dienstaufwandsentschädigung. Amtssitz in der großen Ortschaft Gusch, 18 km von der Eisenbahnstation Bantoch. Dienstgehöft nicht vorhanden.
- **Försterei Planheide** in der Oberförsterei Dammendorf, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. September 1912 zu besetzen.
- **Forstassistentenstellen** für die Oberförstereien Lagow, Ziesenzig, Neppen und Immrich, mit dem Amtssitz in Ziesenzig, ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 30. Juni eingehen.
- **Forstassistentenstelle Mohrbruch** in der Oberförsterei Lübbecke, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist voraussichtlich zum 1. September 1912 zu besetzen. Die Stelle hat Dienstwohnung und etwas Land.

Die Absteckung von Kurven.

Beim Studium der einschlägigen Literatur begegnet man den verschiedensten Methoden der Kurvenabsteckung, von den einfachsten bis zu den schwierigsten. Naturgemäß wird man im Walde stets zur ersteren, und zwar tunlichst zu solchen greifen, die keine Instrumente erfordern. Die Beschaffenheit von Boden und Bestand des Geländes, auf welchem der Straßenzug geplant wird, sind oft derart hindernd, daß von der Anwendung der einen oder anderen Methode gar nicht die Rede sein kann. So z. B. lag mir der Auftrag ob, um einen auslaufenden, jedoch steil abfallenden Höhenrücken eine Kurve abzustecken; war schon das Längenmessen durch das steile Gelände erschwert, so konnte die sonst beliebte Viertelmethode deshalb nicht angewendet werden,

weil im Mittelpunkt der Kurve ein haushoher Felsen lagerte, also gewissermaßen das Kurven-
gelände nur von außenher zugänglich war. In
diesem Falle wie in vielen anderen bediente
ich mich eines nicht nur leicht faßlichen, sondern

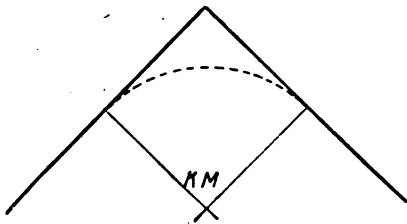


Fig. 1.

auch in der Durchführung höchst einfachen Ver-
fahrens. Bevor dieses jedoch geschildert werden
kann, ist es nötig, allgemeine Ausführungen über
Kurvenabsteckung und die hierzu gebräuchlichsten
Methoden voranzuschicken.

Zur Vermeidung der Absteckung von zu
kleinen Kurven ist vor allem der geringst zulässige
Radius der Kurve zu ermitteln; doch braucht
man sich keineswegs an ihn zu halten, sondern
man gehe lieber mit dem Radius etwas über
die unbedingt notwendige Größe hinaus; denn
je flacher die Kurve, desto bequemer ist sie von
den Fuhrwerken zu befahren, desto rascher wickelt
sich der Verkehr ab und desto kürzer ist in der
Regel auch die zu bauende Wegstrecke. Die
Länge der belasteten Fuhrwerke, und die Breite
der Fahrbahn sind bestimmend für den Kurven-
radius, deshalb baut man die Fahrbahn innerhalb
einer Kurve gewöhnlich etwas breiter, um den
Radius verkleinern zu können. Die sogenannte
Schubergsche Formel $\text{Radius} = \frac{L^2}{4B}$ (L = Länge
des längsten Stammes, welcher auf der Kurve
zu transportieren ist, einschließlich der Be-
spannung des beladenen Fuhrwerks; B = Fahr-
bahnbreite) gilt als einfache, zu bequemen Kurven
führende Formel.

Die Formel $\text{Radius} = \frac{L^2}{2B}$ führt zu sehr
bequemen Kurven, dagegen $\text{Radius} = \frac{L^2}{8B}$
zu solchen, welche eine große Drehungsfähigkeit
des vorderen Wagens, d. i. seitliche Abweichung
der Deichsel zur Richtung der Langwiede und
des Stammes, voraussetzen. Im Interesse einer
raschen und leichten Abwicklung des Verkehrs
sollte man zur Bestimmung des Radius sich
der erstgenannten Formel bedienen, wenigstens
aber nicht über $\text{Radius} = \frac{L^2}{6B}$ hinausgehen.

In vielen Fällen, zumal wenn die beiden
Winkelschenkel, welche durch die Kurve abgerundet

werden sollen, einen stumpfen Winkel bilden,
darf von der Berechnung eines Radius ab-
gesehen werden.

Wenn das Terrain eben und ziemlich über-
sichtlich ist, kann man vom Kurvenmittelpunkt
aus die Kurvenlinie durch Schlägen eines Kreis-
bogens mittels Meßbandes oder Leine figurieren.
Der Kurvenmittelpunkt ist der Schnittpunkt
zweier Senkrechten, welche auf den beiden
Schenkeln, gleich weit entfernt vom Schnittpunkt
der letzteren, errichtet sind, wie nebenstehende
Figur 1 veranschaulicht.

Stehen der Auffindung des Kurvenmittel-
punktes Schwierigkeiten im Wege, so verfährt man
nach der Viertelstreckmethode (Fig. 2), wenn
das Gelände innerhalb der beiden Schenkel keine
Hindernisse besitzt. Hierbei werden die Punkte
 a und b , welche gleich weit von c entfernt sind,
durch eine Gerade verbunden; hierauf halbiert
man diese Gerade (ab) und errichtet in d die
Senkrechte dc , halbiert diese Linie in e , verbindet
diesen Punkt durch Gerade mit a und b und
errichtet in der Mitte dieser Hilfslinien die
Senkrechten fg und hi , welche $\frac{1}{4}$ von de
betragen. Die Punkte a , g , e , i und b liegen
in der Kurvenlinie. Können die Zwischenpunkte
nicht mittels Augenmaß festgestellt werden, so
werden die bisher ermittelten Kurvenpunkte
durch weitere Hilfslinien verbunden, in deren
Mitte man wieder Senkrechte in der Länge
von $\frac{1}{4}$ der Linie fg errichtet und auf diese
Weise vier neue Zwischenpunkte erhält.

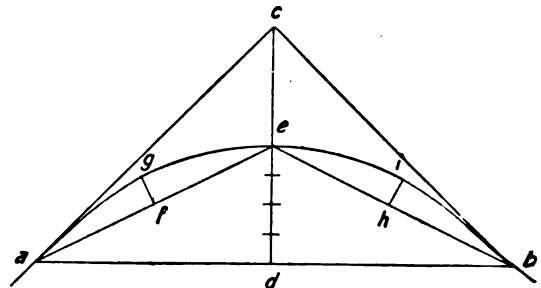


Fig. 2.

Ofters sind der Kurvenanfang und das Kurven-
ende bestimmt gegeben, die beiden Schenkel aber
ungleich lang. Die Kurve kann alsdann nicht in
Form eines Kreisbogens, sondern in jener eines
Parabelbogens gebaut werden. Hier kommt
man am leichtesten zum Ziel, wenn man
jeden der beiden Schenkel in gleichviele Teile
teilt (letztere selbstverständlich innerhalb eines
Schenkels gleich groß) und dann folgender-
maßen verfährt (s. Fig. 3). In A und B und
jedem der durch Zahlen bezeichneten Punkte
werden Visierstäbe aufgestellt; während sich
an die beiden mit 1 bezeichneten Punkte je ein

Mann begibt, nimmt ein dritter mit einem Visierstab Aufstellung innerhalb des Dreiecks. Durch beiderseitiges Dirigieren des Stabes auf der Linie 1—A und 1—B muß der Stab auf dem Schnittpunkte der beiden Linien und zugleich dem ersten Kurvenpunkte zu stehen kommen. Die

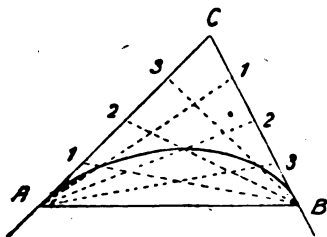


Fig. 3.

übrigen Kurvenpunkte erhält man auf den Punkten 2, 3, 4 usw. durch die gleiche Tätigkeit, also durch die Feststellung der Schnittpunkte der Linien 2—A und 2—B, bzw. 3—A und 3—B usw. Daß dieses Verfahren bei allen Kurven, auch bei Kreisbogen-Kurven (also bei gleichlangen Schenkeln) anwendbar ist, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

Häufig bedient man sich in der Praxis, besonders aber im Gebirge, wo durch ungünstige Terrainverhältnisse, Wasserläufe usw. andere Methoden schwer anzuwenden sind, der Einrückungsmethode. Diese beruht darauf, daß man vom Ausgangspunkt der Kurve aus und dann später ebenso von jedem neuen Kurvenpunkte aus die rückliegende gerade Wegstrecke um eine gewisse, immer gleichlange Strecke verlängert, an deren Ende eine Senkrechte von bestimmter Länge errichtet. Dieser Endpunkt ist der gesuchte, nächste Kurvenpunkt. Um eine ganz korrekte Kurve zu erhalten, ist es erforderlich, die zweite und alle folgenden Einrückelängen doppelt so groß als die erste zu nehmen. Bei bekanntem Kurvenradius ist es leicht, die Einrückelänge zu berechnen. Bezeichnet man die beliebig zu wählende Verlängerungstrecke mit x , die hierauf zu errichtende Senkrechte (Einrückungslänge) mit y , den gegebenen Radius mit r , so ist

$$y = r - \sqrt{r^2 - x^2}$$

z. B. $r = 20$ m, $x = 5$ m, so ist $y = 0,64$ m.

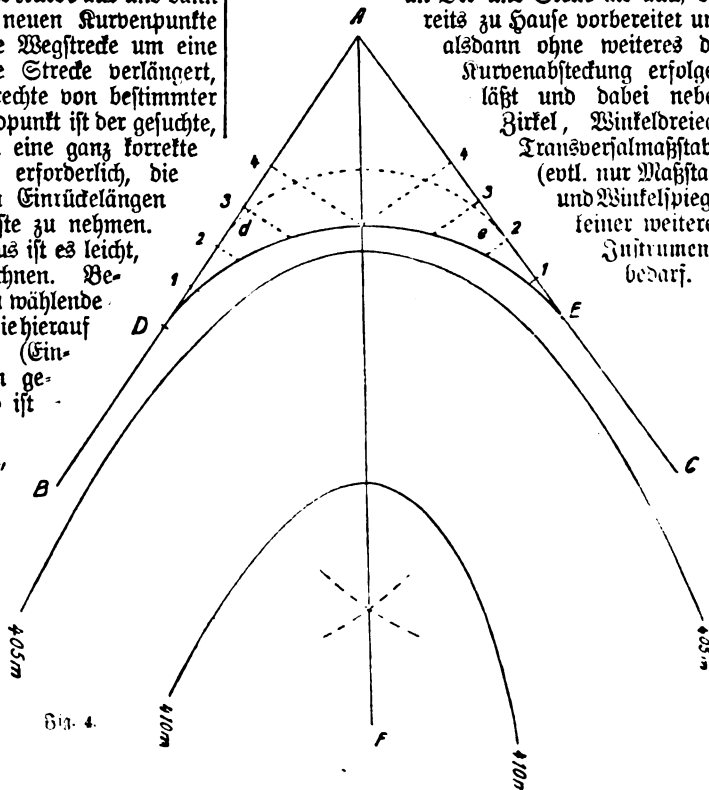
Die Absteckung der Kurvenpunkte würde sich demnach folgendermaßen gestalten: Beim Kurvenanfang, KA (auf dem linken Schenkel, wenn die Kurve nach rechts geführt werden soll), verlängert man die rückliegende gerade Strecke über den

Punkt KA hinaus um 5 m, errichtet am Ende dieser Linie nach rechts die 0,64 m lange Einrückungslinie und erhält dadurch den ersten Kurvenpunkt (KP₁); verbindet KA und KP₁, durch eine Linie, verlängert diese wieder um 5 m und errichtet die Senkrechte im Betrage von $2 \times y = 1,28$ m und erhält KP₂, verbindet sodann KP₁ und KP₂ und fährt in dieser Weise so lange fort, bis man auf den zweiten Schenkel stößt.

Ist der Radius unbekannt, so muß man mit einer gewissen Einrückungslänge operieren, bis man auf diejenige Linie kommt; ist man nicht auf den Punkt gelangt, an dem die Kurve voraussichtlich enden soll, so muß die Einrückungslänge entsprechend verkürzt oder vergrößert werden.

Wie aber aus dem Gesagten hervorgeht, sind die letztgenannten Methoden mit mehr oder weniger Umständenlichkeiten verknüpft; der ausführende Beamte muß recht Obacht darauf geben, daß alle Messungen genau durchgeführt werden. Bietet das Gelände dazu noch Schwierigkeiten, so kann sich ein einmal gemachter Fehler leicht durch die ganze Arbeit fortsetzen und diese muß von vorne begonnen werden. Durch angestellte Betrachtungen bin ich zu einem einfachen Verfahren gelangt, das sowohl an Ort und Stelle als auch bereits zu Hause vorbereitet und alsdann ohne weiteres die Kurvenabsteckung erfolgen läßt und dabei neben

Zirkel, Winkeldreieck, Transversalmäßigstab (evtl. nur Maßstab) und Winkelspiegel keiner weiteren Instrumente bedarf.



Nachdem das Längenprofil gefertigt oder der Verlauf des Weges in der Natur festgestellt ist, wird der Wegzugswinkel im Maßstab 1 : 250 oder einem ähnlichen auf Papier gezeichnet und halbiert (Fig. 4); letzteres geschieht am einfachsten dadurch, daß man von D und E, welche beide gleichweit von A entfernt sind, mit dem Zirkel einen Kreisbogen schlägt; der Schnittpunkt beider Kreise darf nur mit dem Punkt A verbunden werden und die Halbierung ist fertig.

Nun ist zu erwägen, ob die Kurve mit dem geringst zulässigen oder einem größeren Radius abgesteckt werden soll; hierbei ist das Gelände, sowie der Umstand zu berücksichtigen, daß die Kurve mit einem größeren Radius in der Ebene unter gleichen Bodenverhältnissen stets billiger gebaut werden kann als mit kleinerem Radius, weil mit zunehmendem Radius sich die Wegstrecke verkürzt; außerdem ist sie nicht nur bequemer zu fahren, sondern sie hat auch unzweifelhaft ein gefälligeres Aussehen. Im Gebirge hat aber eine Verkürzung der Wegstrecke, abgesehen von der Schwierigkeit des Baues auch noch stets eine entsprechende Erhöhung der Steigungsprozente zur Folge!

Das in Fig. 4 dargestellte Beispiel (Maßstab 1 : 1000, um Raum zu sparen) sieht eine Kurve um einen Berggrüden vor, wie die eingezeichneten Höhenkurven erkennen lassen; die Länge des zu befördernden Stammes beträgt 30 m, die Wegbreite 5 m, so daß man unter Anwendung der Formel $\frac{L^2}{6B}$ den geringst zulässigen Radius von 30 m findet. Dadurch, daß man nun den Zirkel auf 30 m = 30 mm einstellt und mit dem einen Zirkelschenkel auf der Linie A—F entsprechend vorrückt und so lange einen Kreisbogen nach der Linie A—B und A—C schlägt, daß dadurch diese Linien gerade berührt werden, ist die Kurve d—e mit geringst zulässigem Radius konstruiert. Ein Blick auf die Zeichnung belehrt uns aber, daß bei der Ausführung dieses Projekts größere Erdbewegungsarbeiten*), der Höhenunterschiede halber zwischen

Punkt B und C einerseits und der projizierten Kurve andererseits, stattfinden müßten; es ist daher angezeigt, den Radius größer zu nehmen und die Kurve soweit als möglich dem Terrain anzupassen. Durch Probieren auf die vorbeschriebene Art gelangt man nun zu jener Kurve, die bei D ihren Anfang nimmt und bei E in die Linie A—C einmündet.

Auf dem Papier ist nun die Kurve genau projiziert und handelt es sich jetzt nur mehr darum, sie in die Natur zu übertragen. Zu diesem Zwecke zieht man von der Linie A—B und A—C nach der Kurvenlinie mittels Winkel-dreieck zu vorgenannten Geraden rechtwinklige Linien, greift sämtliche Längen mit dem Zirkel

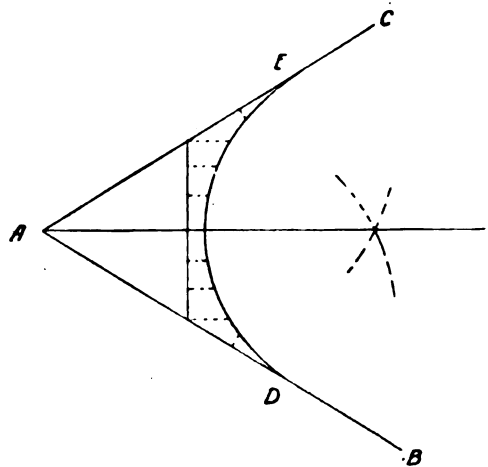


Fig. 4.

ab und notiert sie. Nachdem bei einem Maßstab 1 : 250 1 mm gleich ist 25 cm und es sich bei einem Millimetermaßstab bis auf $\frac{1}{5}$ mm = 5 cm genau abgreifen läßt, hat man es also hier mit für Wegebauzwecke mehr als genauen Längenmaßen zu tun. Man notiert also:

D (Kurvenanfang)	= 58,30 m	von A entfernt,
D ₁ (1. Kurvenpunkt)	= 8,00 m	" D, rechtwinklig ab 1,25 m
D ₂ (2. Kurvenpunkt)	= 16,00 m	" D " 4,40 m usw.
E (Kurvenende)	= 58,30 m	von A,
E ₁ (1. Kurvenpunkt)	= 8,00 m	" E, " 1,25 m
E ₂ (2. Kurvenpunkt)	= 16,00 m	" E " 4,40 m usw.

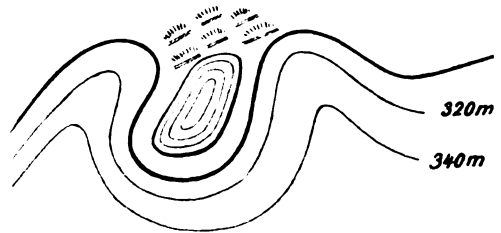
*) Man würde vielleicht einzuwenden haben, daß bei Festlegung des Längenprofils von Punkt B aus nicht nach A, sondern im Verlaufe der Höhenkurve hätte vorgegangen werden sollen; die Folge davon wäre dann gewesen, daß die Strecken zwischen B und dem Zwischenpunkte und diesem und C dem Augenmaß nach abgerundet worden wären, was gewiß ein weniger schönes Bild gegeben

hätte. Eine schöne Wegkurve aber muß schon vom ästhetischen Standpunkte aus für eine solche dauernde Einrichtung gefordert werden, denn nichts ist im Gebirgswalde anmutiger, als eine schön angelegte Straßenkurve. Und eine solche wird bei Umgehung eines Berggrüdens nur dann geschaffen, wenn ohne Rücksicht auf die Terrainverhältnisse das Längenprofil in ein größeres Dreieck ausgezogen wird.

Einfacher gestaltet sich die Sache, wenn man die ermittelten Zahlen gleich neben die gezogenen Linien schreibt; es hat dies den Vorzug, daß man sich bei den Messungen stets gut orientieren kann. Sollten auf der Linie A — B oder A — C irgendwelche Hindernisse sein, so empfiehlt es sich, zwischen D und A und E und A zwei gleichweit von A entfernte Punkte einzuschalten, die beiden Punkte durch eine Linie zu verbinden und von dieser Linie aus die Kurvenpunkte aufzusuchen, wie Fig. 5 zeigt.

Beim Durchlesen der Beschreibung erscheint vielleicht das geschilderte Verfahren als un-
ständlich; bei einer genaueren Prüfung wird man aber bald vom Gegenteil überzeugt sein. Bei den meisten Kurvenabsteckungen wird man zur besseren Übersichtlichkeit eine Skizze anzufertigen genötigt sein; hier aber wird zuerst die Zeichnung in einfacher Weise entworfen, hierauf folgen, wenn die Situation geklärt ist, die wenigen Messungen. Auf diese Art und Weise kann die wichtigste Kurve in einer halben Stunde fix und fertig abgesteckt werden. Ein weiterer

Vorzug ist, wie schon früher bemerkt, daß die Wahl des Radius innerhalb der erlaubten Grenzen die größte Anpassungsfähigkeit an das Terrain gestattet und daß auch die Übertragung von



mit der Hand gezeichneter, von der Kreisform abweichender Kurvenlinien mit ihrer nur in bestimmter Form vorhandenen Eleganz möglich ist, wenn die entsprechenden geraden Hilfs-
linien mit den nötigen Ordinaten gezogen werden (Fig. 6). E-n.

Mitteilungen.

— **Aus Elßaß-Lothringen.** Die zweite Kammer des Landtages hat die Beamtenbesoldungsvorlage, wie schon neulich vermutet wurde, vorerst nicht verabschiedet, hat sich vielmehr dahin schlüssig gemacht, jene vor dem Wiederkommtritt des Landtages im Oktober oder November durch ihre Kommission erneut durchberaten zu lassen. Die Frage der Rückwirkung des Besoldungsgesetzes soll ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Inzwischen soll die Regierung die Deckungsfrage in annehmbarer Form zur Lösung vorbereiten. Orientierte Kenner der Situation meinen, daß die Vorlage insbesondere für die unteren und mittleren Beamten gesichert sei. Die Regierung hält aber auch an der Mitberücksichtigung der höheren Beamten fest.

2

— **Verpachtung von Domaniajagden in Hessen.** Im Großherzogtum Hessen werden zu Anfang des nächsten Jahres eine größere Anzahl Domaniajagden zur öffentlichen Verpachtung kommen, die seither dem Landesfürsten als Hofjagden freihändig vergeben waren. Der Großherzog hat sich zu diesem Schritt hochherzigerweise entschlossen, um durch die notwendig werdende Erhöhung seiner Zivilliste dem Land nicht allzu hohe finanzielle Opfer zuzumuten. Die Erhöhung der Bezüge der großherzoglichen Hofbeamten und -bediensteten, namentlich aber der Hofmusik, ist dringend geboten, ebenso ist auch eine Erhöhung des Betriebszuschusses für das Theater erforderlich, der in solcher Höhe von der Zivilliste nicht länger getragen werden kann. — Dankbar wird im Hessenland und weit über dessen Grenzen hinaus die Freigebigkeit anerkannt, mit welcher der Groß-

herzog Kunst und Kunstgewerbe im Lande fördert. Die von ihm im Jahre 1898 ins Leben gerufene Künstlerkolonie zu Darmstadt, die für das hessische Gewerbe, wie Möbelindustrie, Weberei, Töpferei, Schmiedekunst, von ganz hervorragender Bedeutung ist und damit den Interessen des ganzen Landes dient, kann nur dann erhalten bleiben, wenn auch hier die Zivilliste finanziell erleichtert wird. — Zu den angegebenen Zwecken sollen 75 000 M. vom Land aufgebracht werden, weitere 50 000 M. hofft der Staat durch Verpachtung der ihm zurückgegebenen Hofjagdsflächen zu erzielen. Die Domaniafläche, die die Hofjagdverwaltung gepachtet hat, beträgt gegenwärtig 39 180 ha. Diese Hofjagden sind zu den Bedürfnissen des Großherzoglichen Hauses und Hofes nach Artikel 7 der Verfassungsurkunde zu zählen und würden deshalb im Falle der Rückgabe der Jagden zur öffentlichen Verpachtung die Geldbedürfnisse der Hofhaltung durch entsprechende Erhöhung der Zivilliste eine Steigerung erfahren müssen. — Es sollen nun 19 590 ha zurückgegeben werden, meist gute Reviere in der Nähe der großen Städte Mainz, Frankfurt usw., wohl zum Schmerz der betroffenen Forstbeamten, die von jetzt ab zusehen sollen, wie ein Teil ihrer seitherigen Macht in fremden Händen ruht; doch hofft der Staat, die weiter nötig werdenden 50 000 M. auf diese Art einnehmen zu können, so daß die Steuerkraft des Landes nicht weiter belastet zu werden braucht. In etwaige Mindererträge oder Überschüsse würden sich die Staatskasse und die Zivilliste zu teilen haben. Wegen der für die Vorbereitung der Jagdverpachtungen erforderlichen Zeit würde sich dieses Abkommen erst zu Anfang des nächsten Jahres durchführen lassen.

— **Grundwasserfenkungen und Einrichtung eines Grundwasserbeobachtungsdienstes in Sachsen.** Die großen Schäden, welche im Sommer 1911 durch den Wassermangel der Land- und Forstwirtschaft erwachsen sind, gaben dem Hauptbelegierten vom Bund der Landwirte, dem Reichstagsabgeordneten Odonomierat Harter, Veranlassung, in der 2. Sächsischen Kammer über die Bedeutung des Grundwasserstandes für die Land- und Forstwirtschaft zu sprechen und seine Erfahrungen, die er hierüber namentlich während der vorjährigen Dürre gesammelt hat, in feste Anträge zu fassen. Zunächst führte er aus, daß jetzt, nachdem die großen Städte im Interesse einer ausreichenden Wasserversorgung dazu übergehen, auch das unterirdische Wasser für ihre Zwecke auszunutzen, an vielen Orten eine dauernde Senkung des Grundwasserstandes festgestellt ist. Diese Senkungen sind, wie er nachweist, eine Folge der modernen Wasservirtschaft. Bald werden sie durch die großzügigen Entwässerungsprojekte, die im Interesse der dichten Besiedelung in den Industriebezirken haben vorgenommen werden müssen, bald durch die sich fortwährend steigenden Ansprüche an die immer zahlreicher werdenden Wasserleitungen veranlaßt. Diese Gefahr ist nicht gering zu schätzen. So ist z. B. durch die Anlage des Wasserwerks der Stadt Leipzig in der Nähe von Rauhof, das dortige Staatsforstrevier aus das empfindlichste durch die Veränderung des Grundwasserpiegels geschädigt. Der Zuwachs hat sich vermindert und das ganze Bestandsbild ist ein anderes, ungünstigeres geworden. Man ersieht hieraus, daß das Grundwasser für den Land- und Forstwirt von größter Bedeutung ist. Infolge der Kapillarität gedeihen in schweren Böden die Pflanzen auch in trockenen Jahren trotz weniger Niederschläge, während sie in Sandböden ohne öftere Niederschläge verkümmern. Entzieht man den Böden das Grundwasser und senkt hierdurch den Grundwasserspiegel, so kann dieses nur noch spärlich oder gar nicht an die Pflanzenwurzel gebracht werden, und das Wachstum der Pflanzen ist gefährdet. Das Gedeihen der Land- und Forstwirtschaft hängt geradezu von dem Stande des Grundwassers ab. Seine willkürliche Senkung zu verhüten, muß die Sorge einer vernünftigen Wasservirtschaft sein. Um den künstlichen Senkungen des Grundwassers begegnen und feste Anhaltspunkte schaffen zu können, beantragt der Abgeordnete Harter, für Sachsen einen eigenen Grundwasserbeobachtungsdienst einzurichten, um durch diesen die Grundwasserhältnisse zu erforschen und die Gesetze kennen zu lernen, unter denen eine Wasserentnahme ohne Gefährdung anderer, insbesondere land- und forstwirtschaftlicher Interessen stattfinden könne.

✱

— **Ein Feind der Eichelhasen.** Die im vergangenen Jahre reichliche Eichelmast hatte wohl allenthalben eine gute Ausnutzung zur Folge. Obwohl die Feinde dieser Saaten allgemein bekannt sind, möchte ich doch auf einen Schädling hinweisen, der vielleicht weniger bekannt sein dürfte. Eine im Herbst 1909 ausgeführte

Eichentreibensaat entwickelte sich im Frühjahr 1910 gut. Ich bemerkte aber bald ein Eingehen vieler Pflanzen, und zwar waren diese am Wurzelhals durchbissen und umgeknickt. Die Beschädigung zeigte sich in einer zirka 1 cm breiten Fehlstelle der Rinde über dem Wurzelhals. Eines Morgens in aller Frühe wurde mir dann des Rätsels Lösung. Ich bemerkte auf den Streifen eine Menge roter Wegeschneden, welche in diesem Jahre besonders zahlreich auftraten, und sah dann, wie diese an den Keimlingen die zarte Rinde durchbissen, wodurch die noch nicht verholzten Pflänzchen umknickten. Da die Schneden bekanntlich in der Kühle der Nacht und der Feuchtigkeit des Morgentaus umhertreiben, war der Schaden bei Tage nicht leicht festzustellen. Die Beschädigung der Saaten durch die Schneden kann ziemlich beträchtlich werden. Als wirksamstes Mittel zur Bämpfung resp. Vernichtung dieser dient Kalkstaub, welcher aber zur Regenzeit seine Wirkung bald verliert. G o n d r i n g.

✱

— **Massenhaftes Auftreten von *Larentia hastata* L.** Von verschiedener Seite wird mir in den letzten Wochen das massenhafte Vorkommen eines kleinen weißen, stark schwarz gefleckten Falters gemeldet und um Auskunft über seine wirtschaftliche Bedeutung gebeten. Er wurde als *Larentia hastata* L. bestimmt. Die Spannergattung *Larentia* ist in Deutschland durch mehr denn 90 Arten vertreten. Ihre Raupen leben im allgemeinen von den Blättern niederer Sträucher, Beersträucher u. a. m., kommen zum Teil aber auch an Obstbäumen (*Larentia prunata* L.), Fichte (*L. variata*), Wacholder (*L. juniperata*) vor. Nun hat sich die in der neueren forstlichen Literatur bisher unbekannte *Larentia hastata* L. sehr stark vermehrt, ähnlich wie man es — abgesehen von Monne, Spinner, Eule — auch vom Flechtenspinner, *Lithosia quadra*, kennt. Der etwa 2 cm spannende Falter ist an Vorder- und Hinterflügel auf weißem Grunde schwarz, und zwar auf Ober- und Unterseite gleich, gezeichnet. Der Außenrand trägt eine breite, schwarze Binde, das Wurzelsfeld der Flügel ist bis zur Flügelmitte hin schwarz und weiß gefleckt. Zwischen diesem fleckigen Wurzelsfeld und dem schwarzen Rande zieht durch Ober- und Unterflügel eine breite, weiße Binde. Auf dem Oberflügel ragt von dieser weißen Binde ein ebenfalls weißer Fleck von Gestalt einer Speerspitze in den schwarzen Flügelrand, an welchem der Falter sicher erkannt werden kann. Dieser Zeichnung verdankt er seinen lateinischen Namen, *hastata* = „der mit dem Speer versehene“. Die Lepidopterologen unterscheiden mehrere Varietäten je nach der Größe des Falters und der in ihrer Ausbreitung und Umgrenzung wechselnden Zeichnung. Auch die Spannerraupe ist in ihrer Größe und Zeichnung variabel, braun, schwarzbraun oder schwarz auf dem Rücken trägt sie zwischen zwei feinen, gelben Strichen eine schwarze Rückenlinie; die Stigmen liegen in je einer gelben Seitenlinie. Kopf, Nackenschild und Afterklappe sind kastanienbraun. Die Länge der erwachsenen Raupe beträgt 1,7 bis 2,5 cm. Sie lebt auf jungen Birken in einem bauchig oder eiförmig zusammen-

gehefteten Blatt, das sie von der Innenseite benagt. Oft werden — wohl von mehreren Raupen — zahlreiche, zumal Wipfelblätter zu einer größeren Wohnung zusammengeknüpft. Konnten schon in dem äußeren Ansehen des Falters und der Raupe Varietäten unterschieden werden, so gilt dies auch hinsichtlich der Lebensweise der Raupe, denn jene der var. *subhastata* lebt polyphag außer auf Birke auch auf Weide und vorzugsweise auf der Kirschbeere (*Vaccinium uliginosum*). Die Puppe ist hellbraun oder schwarzbraun, mit hellbraunen Ringen um den Hinterleib. Sie überwintert am Boden zwischen zusammengeknüpften Blättern oder im Boden selbst. Mit diesem Hinweis auf *Larentia hastata* ist dieser Spanner in die forstliche Literatur nicht etwa neu eingeführt, denn kein anderer als Altmeister Ragerburg behandelt ihn im 2. Bande seiner Waldverderbnis und bildet ihn auf der 3. Tafel ab. Es erscheint notwendig, das Auftreten des Falters zu verfolgen und festzustellen, ob es die eine oder andere der in ihrer Lebensweise verschiedenen Varietäten ist, um bei einem für Birken gefährlichen Auftreten der Raupen im kommenden Jahre gerüstet zu sein. Ich bitte um baldige Zusendung einiger Falter, oder falls sie bereits verschwunden sein sollten, um Nachricht von ihrem Auftreten, ebenso im Juli um Zusendung zusammengeknüpfter Blätter der benannten Futterpflanze mit den darin sitzenden Raupen.

E b e r s w a l d e, 8. Juni 1912.

E d s t e i n.

— **Käuflichkeit der Coccinellen.** Daß die Marienkäfer forstnützlich sind, ist wohl allgemein bekannt, insbesondere ihre Wirksamkeit gegen Blattläuse. Indes scheint sich ihre nutzbringende Tätigkeit nicht nur gegen Blattläuse zu richten, sondern auch gegen Wolläuse. Erst kürzlich fand ich eine größere Anzahl von Coccinellen; es war die Spezies *Exochomus 4 pustulatus*, am Stamme einer von der Wollaus befallenen Rotbuche. Es ist bereits wiederholt von mir solcher Fund ge-

macht, wenn es auch andere Spezies, wie beispielsweise *Chilocorus similis*, waren. Ich glaube nicht fehlzugehen, in den Coccinellen einen eifrigen Nachsteller der Buchenwollaus zu sehen, und hoffentlich wird es mir auch gelingen, die Tatsache feststellen zu können.

Prediger, Herzogl. Förster.

— **Waldverwüstung durch einen Orkan.** In der Nacht vom 12. zum 13. Mai, etwa 1/2 12 Uhr, hat ein Orkan, nach vorausgegangenem sehr warmen Tage — ca. 25° C —, von Westen nach Osten gehend, im Königlich Lausauer Mevler Oberförsterei Sienroda, im Stadtförstrevier Puschwitz, der Stadt Torgau gehörend, sowie in den Holzungen der Gemeinde Neußen, ganze Waldteile durch Entwurzeln, meist aber durch Abbrechen selbst der stärksten Stämme, total verwüstet. Fast alle Bäume sind bei zwei bis fünf Manneshöhen, einzelne höher, wie Streichhölzer geknickt, die Abbrüche liegen am Boden; es ist ein Chaos ohnegleichen, da Bäume und Abbrüchen kreuz und quer durch- und übereinander liegen, aus welchem die Stumpfe und zwischen diesen einzelne, meist schwache, unverfehrt gebliebene Kiefern, Buchen und Birken emporragen, während in dem ganzen Bruchgebiet kleinere und größere Gruppen verschiedener Altersklassen (48 bis 90 Jahre alt) stehen geblieben sind. — Das Ganze bietet einen trostlosen Anblick, so daß sich von einer derartigen Verheerung, hervorgerufen durch elementare Gewalt, selbst der Fachmann kaum eine Vorstellung machen kann. An Verholzmasse dürften sich in dem ganzen Bruchgebiet, welches ca. 50 ha Fläche umfaßt, schätzungsweise 10- bis 12 000 fm ergeben. Zu bemerken wäre noch, daß die Katastrophe bei einem furchtbaren Gewitter, welches in der betreffenden Nacht von 1/2 10 Uhr ab hier über dem ganzen Walde tobte, mit derartig heftigen elektrischen Entladungen stattfand, wie es hier wohl selten wahrgenommen worden sein mag.

Forsthaus Puschwitz, 16. Juni 1912.

Fr. Haaf, Stadtförster.

Berichte.

— **Aus den neuen Stats der deutschen Schutzgebiete.** In Deutsch-Ostafrika sind im Laufe der letzten Jahre die fiskalischen Waldreservate wiederum erheblich vermehrt worden, und zwar wurden im Rechnungsjahre 1910 deren 50 neu geschaffen und eine gleiche Zahl ist voraussichtlich auch für das Rechnungsjahr 1911 bis zum 1. April 1912 erreicht worden. Zum Schutze der neuen im Jahre 1911 geschaffenen Waldreservate sind etwa 25 Waldwärter erforderlich, welche einen durchschnittlichen Jahreslohn von 150 M beziehen und freie Dienstkleidung erhalten. Zu den Waldwärttern wird farbiges Personal verwendet. Die Gesamtausgaben für Lohn und Kleidung sind im Etat mit 6000 M veranschlagt. Außerdem ist in den Etat ein Posten von 4400 M eingestellt, da die gesteigerte Nachfrage nach Schreib- und rechenkundigem farbigem Personal in den letzten Jahren bei Behörden und in Privatbetrieben eine Er-

höhung der Löhne zur Folge gehabt hat. Die meisten Privatfirmen bieten für gute Leute höhere Gehälter, als die Schutzgebietsverwaltung sie gewährt. Um das Abwandern des alten, bewährten Personals zu verhindern und den Eintritt guter neuer Kräfte zu sichern, müssen den älteren Beamten regelmäßige Zulagen gegeben, auch die Anfangsgehälter heraufgesetzt werden. Die Einnahmen aus der Forstverwaltung sind im wesentlichen im Jahre 1911 gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Dieser Rückgang beruht in der Hauptsache auf der Durchführung eines intensiveren Waldschutzes. Die neue Waldschutzordnung gewährleistet eine rationellere Forstnutzung sowie den Walbschutz allerdings in bedeutend besserer Weise als bisher. Die Waldbestände, deren Erhaltung im Allgemeininteresse liegt, sind, wie eingangs schon erwähnt, in steigendem Umfange zu Waldreservaten erklärt worden,

so daß die Waldungen auf herrenlosem Grunde nicht mehr die Rolle spielen wie früher. Die Fälle, in denen Abgaben für Walberzeugnisse von herrenlosem Lande zur Erhebung gelangen, sind daher wesentlich selten geworden. Ferner beruht der Einnahmerückgang auch darauf, daß im Interesse der Erhaltung der Bestände an Großwild den örtlichen Verwaltungsstellen eine Beschränkung in der Ausstellung von Jagdscheinen auferlegt wurde. Da die Maßnahmen zum Wildschuß im Jahre 1912 beibehalten werden müssen, ist auf solche Einnahmen aus den Jagdscheinen, wie sie noch im Etat für 1910 mit 150 000 *M* festgesetzt sind, nicht mehr zu rechnen, und sind diese nur auf die Hälfte veranschlagt worden. Dagegen sind aber auch die Ausgaben für den Forstbetrieb niedriger geworden. Sie betrugen im Jahre 1911 noch 133 000 *M*, für 1912 sind dagegen nur 100 500 *M* angelegt.

In Kamerun sind für den Forstbetrieb 34 000 *M* für das laufende Jahr vorgesehen. Eine besondere neue Stelle ist ferner in einem Beirat für Forstweifen (zugleich Beirat für Jagd und Fischerei) geschaffen worden, für welche 19 200 *M* angefordert werden. Mit der raschen Entwicklung des an Holzbeständen so reichen Schutzgebietes ist auch eine Organisation der Forstverwaltung bedingt. Verschiedene forstliche Studienreisen in Kamerun und in die holzexportierenden Nachbarcolonien haben ergeben, daß Kamerun ebenfalls die auf dem Weltmarkt höchstgezahlten tropischen Edelhölzer besitzt. Statt des bisherigen Raubbaues hat durch die Erhaltung und Nachzucht dieser einheimischen wertvollen Hölzer, durch Schaffung von Waldreservaten und Durchführung einer Forst-Verordnung eine geregelte Forstwirtschaft einzusehen; besonders ist die Holzentnahme in verschiedenen, hierbei zunächst in Betracht kommenden Bezirken zu regeln. In den holzarmen, durch die Nordbahn erschlossenen Gebieten des Graslandes soll aufgeforscht werden, um durch Schaffung von Schutzwaldungen eine bessere landwirtschaftliche Ausnutzung dieser Länder zu ermöglichen. Ferner sind Wald- und Bestandesaufnahmen und die systematische Weiterführung der forstbotanischen und waldbaulichen Aufnahmen durch Probeflächen in besonders geeigneten Bezirken notwendig, um die Unterlagen für zukünftige forsttechnische Maßnahmen zu schaffen. Die günstigen Ergebnisse der Untersuchungen über Forstnebennutzungen (Harze, Kopal, Rinden) und über Bewertung von einzelnen, bisher unbeachteten Hölzern, die steigende Ausfuhr von Kuchholz, die Beschaffung von Bau-, Möbel-, Schwellen- und Brennholz für den örtlichen Bedarf, fordern eine einheitlich geleitete Forstwirtschaft. Zur Durchführung obiger Aufgaben sind schon seit einigen Jahren zwei höhere Forstbeamte im Schutzgebiete tätig, welche die Geschäfte des beim Gouvernement eingerichteten Referats für Forst-, Jagd- und Fischereiwesen abwechselnd bearbeiten. Da mindestens ein höherer Forstbeamter im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Wälder im Schutzgebiet dauernd notwendig ist, wird die Stelle eines forstlichen Beirates angefordert.

Das erforderliche weisse Unterpersonal (vier land- und forstwirtschaftliche Gehilfen) ist bereits durch den vorjährigen Etat genehmigt worden. Die Aufgaben der Unterbeamten bestehen in Vorarbeiten für die systematische Erfundigung der erschlossenen Waldgebiete hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und des Vorkommens verwertbarer Kuchhölzer, für die Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Pflege und Vermehrung von Edelh Holzbeständen und zur Umwandlung ertraglosen Sekundärwaldes in wertvollen Wirtschaftswald, für die Aufforstung im Graslande, ferner in der Ausübung des Forstschusses, in der Beschaffung von Kuch- und Brennholz für den Eigenbedarf des Schutzgebietes und in der Anstellung mannigfacher Untersuchungen, wie z. B. über das Verhalten der verschiedenen Holzarten gegen Zerstörung durch klimatische Einflüsse, durch Termiten und Bohrwürmer. Die Ausführung der waldbaulichen Versuche, die bisher in der Nähe von Duala und Albrechtshöhe vorgenommen wurden, erfordert die Einrichtung von zunächst je einer Forststation im Gebiete der Nord- und Mittellandbahn. Ferner werden 14 000 *M* zur Verfügung gehalten für Einrichtung und Unterhaltung einer Holzschauansammlung in Duala, für die Lieferung von Holzproben an Interessenten in holzarmen Gebieten Afrikas und in Deutschland und für die Durchführung systematischer Untersuchungen und Bewertungen kameruner Hölzer in Deutschland. Letztere sind notwendig, um die erforderlichen Grundlagen für größere Holzgewinnungsunternehmungen in den Schutzgebieten zu schaffen. Da die gelegentliche Einblendung von geringen Mengen Untersuchungsmaterials mit vielen Kosten und Unzuträglichkeiten verbunden war, soll zu deren Vermeidung ein Holzlager für koloniale Hölzer in einer deutschen Hafenstadt errichtet werden, von wo aus jederzeit Holzproben in guter Beschaffenheit abgegeben werden können.

Von dem für 1912 für Südwestafrika angeforderten Satz von 70 000 *M* für land- und forstwirtschaftliche Zwecke sind vorgesehen für den Forstgarten Djona 3000 *M*, den Forstgarten Ukuib 3000 *M*, den Forstgarten Grootfontein 5000 *M*, den Forstgarten Gibeon 1000 *M*, den Forstgarten und die Baumschule Gobabis 4000 *M*, für die Forstgärten in Windhut und Batwater und die Baumschule in Klein-Windhut 14 000 *M*.

Auf Samoa erfordern die in den Palmenpflanzungen aufgetretenen Schädlinge (Rindenfäule und Nashornfäher) nach wie vor eine energische Bekämpfung. Es bedarf auf längere Zeit einer eingehenden Kontrolle über die Ausführung der Verordnungen, die zu ihrer Bekämpfung erlassen worden sind. Die Kontrolle soll durch Arbeiterkolonnen unter Aufsicht von Weißen stattfinden. Da die Kokospalmenkultur einstweilen die Grundlage des samoanischen Wirtschaftslebens bildet, muß die Verwaltung der Vernichtung des Nashornfäfers auch für die nächsten Jahre ihre volle Aufmerksamkeit widmen. Für die Bekämpfung sind 40 000 *M* erforderlich.

W a d e r m a n n.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Allgemeine Verfügung Nr. 10/1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. II. 5256. — III. 5777.

Berlin W 9, Leipziger Platz 10, 5. Juni 1912.

Gemäß der Vorschrift im § 44 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G.-G. S. 152) — habe ich in Nr. 130 des Deutschen Reichsanzeigers und Königlich Preussischen Staatsanzeigers das Verhältnis bekannt gemacht*, in dem der in den einzelnen Provinzen aus den Domänen- und Forstgrundstücken nach den Etats für 1912 erzielte Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben — unter Berücksichtigung der auf diesen Grundstücken ruhenden Verbindlichkeiten und Verwaltungskosten — zum Grundsteuerertrage steht. J. A.: Praetorius.

An sämtliche Königlichen Regierungen mit Ausnahme von Eismaringen.

*) Nachstehend abgedruckt.

Bekanntmachung.

Gemäß der Vorschrift im § 44 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G.-G. S. 152) mache ich hierdurch bekannt, daß der bei der Veranlagung der Gemeindeeinkommensteuer von fiskalischen Domänen- und Forstgrundstücken für das laufende Steuerjahr der Gemeinden zugrunde zu legende, aus diesen Grundstücken erzielte etatsmäßige Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben — unter Berücksichtigung der auf ihnen ruhenden Verbindlichkeiten und Verwaltungskosten — nach den Etats für das Rechnungsjahr 1912

1. in der Prov. Ostpreußen . . .	459,1
2. " " Westpreußen . . .	529,2
3. " " Stadt Berlin . . .	0,0
4. " " Prov. Brandenburg . . .	401,1
5. " " " Pommern . . .	259,1
6. " " " Polen . . .	619,0
7. " " " Schlesien . . .	440,0
8. " " " Sachsen . . .	224,8
9. " " " Schleswig-Holstein . . .	141,9
10. " " " Hannover . . .	157,3
11. " " " Westfalen . . .	346,5
12. " " " Hessen-Rassau . . .	134,4
13. " " Rheinprovinz . . .	161,2

vom Bundesrat

des Grundsteuerertrages beträgt.

Berlin, den 29. Mai 1912.

Der Minister
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J. A.: Schumacher.

— Die Ausübung der Jagd auf einem gepachteten Gebiete, welches nicht vom Jagdpächter land- oder forstwirtschaftlich ausgenutzt wird, ist regelmäßig nicht als land- oder forstwirtschaftlicher Nebenbetrieb anzusehen. Die Jagdausübung kann vielmehr nur dann als ein solcher Nebenbetrieb gelten, wenn die Ausübung der Jagd

auf dem gepachteten Gebiete den Zwecken der vom Jagdpächter betriebenen Land- und Forstwirtschaft wenigstens mittelbar dient. Beurteilung der Abgabe eines Schrotschusses, durch den ein Treiber bei der Jagd verletzt wurde. (Urt. d. Reichs-Ger., Zivils., v. 5. Juli 09, VI. 471/08). Tatbestand: Der Beklagte hat bei einem Treibjagen, das er als Jagdverwalter des Grafen von B. am 12. Januar 05 auf der Gemeindejagd in B. (die der Jagdherr gepachtet hatte) abhielt, den hierbei als Treiber beteiligten Kläger durch einen Schrotschuß derart ins linke Auge getroffen, daß dieses herausgenommen werden mußte. In dem gegen ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeleiteten Strafverfahren ist der Beklagte rechtskräftig freigesprochen worden. Nun hat der Kläger mit gegenwärtiger Klage den Beklagten auf Schadenersatz belangt, indem er Zahlung von 3400 M. und eine Jahresrente von 1000 M. fordert. Der Klageanspruch ist von den Vorinstanzen dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Hiergegen hat der Beklagte Revision eingelegt.

Entscheidungsgründe: I. Der Beklagte hat die Klagberechtigung des Klägers bestritten mit der Behauptung, daß der Unfall als ein land- und forstwirtschaftlicher Betriebsunfall anzusehen sei, sofern die Ausübung der Jagd auf dem B. Gebiete einen Nebenbetrieb der von dem Jagdpächter auf seinen Grundstücken betriebenen Land- und Forstwirtschaft darstelle und der Beklagte als Repräsentant des Grafen B. in diesem Nebenbetriebe zu gelten habe, daß somit dem Kläger nach § 146 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft ein Anspruch nicht zustehe. Dieser Einwand ist von beiden Vorinstanzen zurückgewiesen. Die vom Grafen B. gepachtete Gemeindejagd von B. hängt mit dem vom Grafen weiter gepachteten Jagden auf neun anderen Gemeindegemarkungen örtlich zusammen und bildet mit diesen einen großen Jagdbezirk. Nach der Auffassung des Bezirksamts steht der Jagdbetrieb des Grafen nicht in wirtschaftlicher Abhängigkeit von seinem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, sondern die Jagd werde lediglich als Sport betrieben. Das Berufungsgericht geht davon aus, daß die Ausübung der Jagd auf einem gepachteten Gebiete, welches nicht vom Jagdpächter, sondern von einer dritten Person land- oder forstwirtschaftlich ausgenutzt wird, regelmäßig nicht als land- oder forstwirtschaftlicher Nebenbetrieb anzusehen sei; daß diesfalls als ein solcher Nebenbetrieb die Jagdausübung nur dann gelten könne, wenn die Ausübung der Jagd auf dem gepachteten Gebiete den Zwecken der vom Jagdpächter betriebenen Land- und Forstwirtschaft wenigstens mittelbar diene. Diese Auffassung des Vorderrichters ist rechtlich zutreffend und steht im Einklange auch mit der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts (vgl. insbes. Amtl. Nachr. d. RVV. 1893 S. 433 Nr. 1275; 1895 S. 221 Nr. 1422, 1897 S. 308 Nr. 1603 Nr. 1604, dazu Rasch-Meinert Kommentar zum UStG. für Land- und Forstw. § 1 Nr. 17, 2. Aufl. S. 95, 96).

II. In der Sache selbst ist der Hergang bei der Verletzung des Klägers zu mehreren Punkten streitig

geblieben; so namentlich der Standort des Klägers und des Beklagten in dem Augenblicke, als der Beklagte den Schuß auf den zwischen den Schützen und Treibern hindurchspringenden Hasen abgegeben hat, und die Entfernung des Hasen von dem Kläger. Der erste Richter hat als erwiesen angenommen, daß der Hase in jenem Moment von dem Kläger nur 6 bis 8 m entfernt gewesen sei, daß der Winkel, der durch die drei Standorte des Klägers, des Beklagten und des Hasen gebildet wird, ein sehr gestreckt stumpfer, mindestens ein solcher von 135 Grad und keineswegs, wie der Beklagte behauptet, ein rechter Winkel gewesen sei. Das Landgericht hält es bei dieser Sachlage für nicht unwahrscheinlich, daß der Beklagte von einem direkten Schrote getroffen wurde, doch immerhin die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß es ein Prellschrot gewesen sei. Die Entfernung zwischen dem Beklagten und dem Hasen ist im landgerichtlichen Urteil auf 45 m angegeben. Unstreitig war damals ein sehr kalter Tag, der Erdboden festgefroren und fast vollständig schneefrei. In der Berufungsinstanz hat der Beklagte die Feststellungen des ersten Richters teilweise benämelt und neuerdings Zeugenbeweis für seine abweichende Behauptung angeboten. Das Berufungsgericht hat dem weiteren Beweisanstreben keine Folge gegeben. Es sei zumal jetzt, nach Umlauf mehrerer Jahre seit dem Unfälle, nicht mehr möglich, den Standort des Klägers und des Hasen völlig zweifelsfrei festzustellen. Wollte man sich auch auf den dem Beklagten günstigsten Standpunkt stellen, daß nämlich, wie Beklagter behauptet, der durch die Standorte des Beklagten, des Hasen und des Klägers gebildete Winkel nicht ein stumpfer, sondern ein rechter oder doch nahezu ein rechter gewesen sei, daß ferner die Entfernung von Kläger zum Hasen etwa 30 m ausgemacht habe, daß endlich das Schrot, welches den Kläger ins Auge getroffen hat, nicht ein direktes, sondern ein Prellschrot gewesen ist, so habe der Kläger durch das Abfeuern des Schusses gleichwohl fahrlässig gehandelt. Als erfahrener Jäger sei ihm unzweifelhaft nicht unbekannt gewesen, daß die Schrote eines auf hartgefrorenen Erdboden aufschlagenden Schrotschusses in unberechenbarer Weise nach allen Richtungen, nicht allein im stumpfen, sondern auch im rechten und spitzen Winkel, ja sogar gegen den Schützen selbst auseinanderspritzen und solchenfalls auch noch auf eine Entfernung von etwa 20 m einen Menschen, wenn er an einer ungeschützten und empfindlichen Stelle seines Körpers getroffen werde, schwer zu verletzen vermöchten. Danach sei dem Beklagten sogar, die Richtigkeit seiner Behauptungen vorausgesetzt, die Möglichkeit, daß durch den Schuß der Kläger verletzt werden könnte, sehr wohl erkennbar gewesen, wie auch der Zeuge A. (einer der Treiber) jene Möglichkeit erkannt und sich unmittelbar nach dem Schusse einem anderen Zeugen gegenüber in diesem Sinne geäußert habe. Der Beklagte sei daher nach der Sachlage verpflichtet gewesen, mit dem Abfeuern des Schusses so lange zu warten, bis der Hase sich noch weiter von dem Kläger entfernt haben würde, oder aber den Schuß zu unterlassen. Das Verurtheilte, welches danach dem Beklagten zur Last gelegt wird, wiegt nach Ansicht des Berufungsgerichts um so schwerer, als gerade er als Jagdverwalter des Graien Z. und als Leiter der Treibjagd für die Sicherheit der an der Jagd beteiligten Personen zu sorgen

hatte. Ob der Beklagte durch Abfeuern des Schusses gegen die Jagdregeln verstoßen habe oder nicht, sei unerheblich, weil die Frage eines Verschuldens nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht mehr die im Verkehr bei gewissenhaften Menschen übliche, sondern die zur Sicherheit des Verkehrs erforderliche Sorgfalt im objektiven Maßstab des Verhaltens bilde und danach der Richter selbständig, ohne Rücksicht auf etwaige eingerissene zweckwidrige Gewohnheiten und Gebräuche der Beteiligten, zu bestimmen habe, was erforderlich sei, um einen bestimmten Verkehr als ordnungsmäßig erscheinen zu lassen. — Einer Jagdregel, die auf Leben und Gesundheit der Menschen nicht genügende Rücksicht nehme, müßte die Anerkennung versagt werden. Daher sei auch die Aussage des Sachverständigen A., daß jeder sichere Schütze (zu denen der Sachverständige auch den Beklagten rechne) den Schuß „gewagt“ hätte und eine weiter angeführte Äußerung eines Zeugen ohne Belang. Die Revision rügt Verletzung des § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Das Berufungsgericht habe, indem es für den unterstellten Fall, daß der Kläger durch ein 20 m weit rechtwinklig abprallendes Schrot verletzt sein sollte, ein Verschulden des Beklagten annehme, die an dessen Sorgfalt zu stellenden Anforderungen überspannt. Ein derartiger Fall wäre ein so außerordentlicher, daß er normalerweise nicht in Rechnung zu ziehen sei. Der Beklagte habe nicht schon dann fahrlässig gehandelt, wenn auch nur eine Möglichkeit, daß der Kläger getroffen werden könnte, erkennbar gewesen sei; es komme darauf an, ob die Möglichkeit eine so naheliegende war, daß die Verkehrssicherheit ihre Berücksichtigung erforderte. In dieser Beziehung könne auch den Jagdregeln eine Bedeutung zukommen, die ihnen der Berufsrichter zu Unrecht völlig abspreche. Stellten erfahrene Jäger die Gefahr, daß unter den hier als gegeben anzunehmenden Umständen eine Verletzung durch ein abprallendes Schrot entstehe, für so gering, daß sie außer acht gelassen werden dürfe, und würde also jeder sichere Schütze den Schuß gewagt haben, so habe der Beklagte nicht fahrlässig gehandelt. Der Revision mag zugegeben werden, daß die Ausführungen des Berufungsgerichts in einzelnen Stellen Bedenken erwecken können; so die wohl allzu schroffe Gegenüberstellung des im Verkehr Erforderlichen und des im Verkehr Üblichen und die Erwägungen, durch die sich der Berufsrichter mit dem angezogenen Urteil des Reichsgerichts II. Zivilsenats vom 6. Juni 03, Jur. Wochenschrift 03 Beil. S. 96 auseinanderzusetzen sucht. Die gleichen Grundsätze, wie die in jenem Urteil aufgestellten, hat der erntemende Senat gerade auch schon hinsichtlich der bei Ausübung der Jagd zu erfordernden Sorgfalt in Anwendung gebracht. (Urt. v. 11. Mai 04, VI. 407/03 Jur. Wochenschr. 04 G. 357²). In vielen Fällen wird sich die im Verkehr übliche Sorgfalt mit der in diesem Verkehr erforderlichen Sorgfalt decken. Eine in Jägerkreisen herrschende Anschauung oder Übung kann immerhin zum Maßstab für die auf diesem Gebiete des Verkehrs erforderliche Sorgfalt (B. G. B. § 276) dienen, wosfern sie den Niederschlag vielfähriger Erfahrungen über Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit einer bestimmten Handlungsweise des Jägers, oder über die Mittel und Wege, um einer Gefahr vorzubeugen, darstellt und sich bisher in der Praxis bewährt hat. Indes

unter solchen Voraussetzungen will auch der Berufungsrichter einem Jägerbrauche die Beachtlichkeit wohl nicht absprechen, denn er folgert schließlich nur, daß einer Jagdregel, die auf Leben und Gesundheit der Menschen nicht genügend Rücksicht nehme, die Anerkennung verweigert werden müsse, und dieser Satz ist in der Tat nicht zu beanstanden. Es fragt sich also nur, ob nicht das Berufungsgericht bei dem von ihm zugrunde gelegten Sachverhalt die Anforderung an die dem ordentlichen Jäger obliegende Sorgfalt für den gegebenen Fall zu hoch gespannt habe. — Nun würde es unter den Verhältnissen, wie sie hier vorliegen, also in einem Falle, wo bei einer Treibjagd der Schütze, und zwar der Jagdverwalter, der persönlich die Jagd zu leiten hatte, nach einem zwischen Schützen und Treibern hindurchlaufenden Hasen schießt, dabei den Hasen fehlt und den in der Nähe befindlichen, dem Schützen sichtbaren Treiber ins Auge trifft, als gerechtfertigt erscheinen, aus diesem Sachverhalte nach dem regelmässigen Zusammenhang der Dinge zunächst die Folgerung zu ziehen, daß der Unfall von dem Schützen verursacht sei. Sache des Beklagten wäre es demgegenüber alsdann, die etwaigen besonderen Umstände nachzuweisen, aus denen sich seine Schullosigkeit ergibt (vgl. Dertmann, Recht der Schuldverhältnisse § 803 Bem. 9 Abs. 1, 2. Aufl. S. 951, Jur. Wochenschr. 1905, S. 44⁸, Art. d. Reichs-Ger. VI. 337/07 v. 15. Juni 08). Umstände, die eine Exculpation nicht begründen könnten, vielmehr von dem Schützen zu vertreten sein würden, wären aber auch eine unrichtige Schätzung der Abstände oder ein mangelhaftes Zielen oder ein Fehler beim Abdrücken, namentlich auch der von dem ersten Richter nach dem Gutachten des Oberförsters M. angenommene Umstand, daß Kläger, weil er durchfören und seine Finger deshalb steif gewesen seien, nicht die erforderliche

Trefflichkeit gehabt habe. Derartige Möglichkeiten des Kaufverlaufes wären durch die im Berufungsurteile als richtig unterstellten Behauptungen des Beklagten über die streitigen Standorte und Entfernungen noch nicht ausgeräumt. — Allerdings ist nicht bestimmt ersichtlich, daß das Berufungsgericht eine für schuldhafte Verursachung durch den Beklagten sprechende tatsächliche Vermutung vor Augen gehabt hat. Allein auch von dem Standpunkte des Berufungsartils aus ist die angefochtene Entscheidung aufrechtzuhalten. Wenn der Berufungsrichter annimmt, daß selbst bei Unterstellung einer Entfernung von 20 m im rechten Winkel die Gefahr der Verlegung eines Treibers im vorliegenden Falle bestand und nicht etwa eine ganz entfernte, sondern für den Schützen sehr wohl erkennbare gewesen ist, so ist das doch im wesentlichen eine tatsächliche auf Würdigung auch der konkreten Verhältnisse beruhende Beurteilung. Hierbei ist insbesondere der Umstand, daß der Erdboden damals fest gefroren war und dadurch die Gefährlichkeit eines Prellschusses erhöht wurde, berückichtigt, offenbar im Anschlusse an das Gutachten des M., der zugleich darauf hinweist, daß bei dem weiten Schusse die Schrotstreue eine größere und ein Fehlschuß nicht ausgeschlossen sei. Wenn die weitere Angabe des Sachverständigen, daß „immerhin“ jeder sichere Schütze den Schuß „gewagt“ hätte, vom Berufungsrichter anscheinend dahin aufgefaßt wird, daß der Schuß unter so bewandten Umständen doch ein, auch für den sicheren Schützen nicht unbedenkliches, ein gewagtes Unterfangen gewesen sei, so liegt auch dies im Gebiete der tatsächlichen Würdigung und das gleiche trifft zu für die Verwertung der Aussage und Auffassung des Zeugen M. in bezug auf die Erkennbarkeit der Gefahr. Nach alledem erweist sich die Revision als unbegründet.

Verschiedenes.

— **Die Ausbeutung der bosnischen Staatswaldungen.** Die österreichische Tagespresse bringt ganze Artikelserien über die Vorgänge bei den bosnischen Waldverläufen. Ebenso hat sich der bosnische Landtag in seiner diesjährigen Tagung wiederholt mit dem Holzverkauf in den Staatswaldungen beschäftigt, auch die meisten der bis jetzt an ihn ergangenen Beschwerden betrafen Mißstände in der Forstwirtschaft. Zur Untersuchung der vorgebrachten Beschwerden hat der Landtag eine allerdings nur aus Laien bestehende Kommission ernannt, die sich mit der Revision der gesamten Forstwirtschaft befaßt und im Verein mit der einheimischen Presse Sachen an das Tageslicht brachte, die allerdings höchst eigenartig erscheinen.

Das Holz der bosnischen Wälder wird hauptsächlich an die beiden Firmen Otto Steinbeis und Espler & Ortlieb auf dem Stocke verkauft. Durch Verträge ist allerdings der Jahresetat festgesetzt und die Art der Schlagführung bestimmt. Letztere darf nur in Form von Plenterhieben mit einer solchen Holzmasse erfolgen, daß durch den übergehaltenen Bestand die Wiedererjüngung des Schlags gesichert erscheint und jeder Verwüstung

der Bestände oder Bodenverarmung vorgebeugt wird. Für alle bei der Werbung der Hölzer vorkommenden Beschädigungen ist der Käufer ersatzpflichtig, ebenso ist für eine Überschreitung der Einschlagsmasse eine erhebliche Geldstrafe festgesetzt. Bei Befolgung aller dieser im Vertrage enthaltenen Bestimmungen dürfte eine wesentliche Schädigung des Waldbesitzes gar nicht vorkommen. Wie sieht es aber mit der Innehaltung dieser Verpflichtungen seitens der Käufer aus? Trotzdem in den Verträgen nur der Plenter Schlagbetrieb vorgeschrieben ist, wird von den beiden Großfirmen überall fast der ganze Bestand abgetrieben, nur einige zu Nutzholz und a u g l i c h e Nadelholzstämmen und einige Laubhölzer, diese aber meist schwer beschädigt, bleiben zurück. Die Ausnutzung der geschlagenen Stämme ist die denkbar verschwenderischste und unwirtschaftlichste. Nur das schönste, Sägeblöcke I. Klasse liefernde Stammstück wird ausgehalten, alles etwas schadhafte, ästige, überstarke oder schwächere Material bleibt unbenutzt im Schlage liegen. Bei der Källuna, Ausformung und Bringung der anfallenden Holzmassen herrscht die größte Rücksichtslosigkeit. Unter Vernachlässigung aller forstlichen Regeln

wird nur auf die möglichst billige Gewinnung Bedacht genommen und dabei der noch stehende bleibende Bestand und der Waldboden arg beschädigt. Die großen, für Transportanlagen benötigten Holzmassen werden nicht aus den Abfallhölzern genommen, sondern da, wo sie am nächsten zu haben sind, ohne Unterschied der Qualität und der Holzart. Da die Firmen nur das tatsächlich aus dem Walde gefahrene Holz bezahlen, so wird ihnen bei dieser Wirtschaft viel leicht nur ein Drittel des wirklich geschlagenen Holzes angerechnet. Für die großen Beschädigungen leisten die Firmen gar keinen oder nur ganz geringen Ersatz. Die ihnen günstige Strömung voll ausnützend, beziehen sie mehr als die doppelte, als Jahreseinschlag festgelegte Holzmenge auf der nahezu gleich großen Schlagfläche. Die Nutzung erfolgt ganz nach Wunsch und Willen der Firmen, das Land besitzt diesen gegenüber keine Rechte mehr, sondern nur Pflichten, da es sich im Laufe der Jahre aller Rechte zugunsten der Firmen begeben hat. Infolge ihrer Macht und ihres großen Einflusses stellen diese an die Forstverwaltung die ungeheuerlichsten Forderungen. Diese werden stets genehmigt, wenn nicht von der Forstdirektion, um so sicherer vom Ministerium. Unter dem staatlichen Forstpersonal wählen sich die Firmen jene Beamten selbst aus, die als Vertreter des Staates bei Durchführung der Holzabgaben tätig sind! Wesen jenem, der auch nur den Versuch wagen würde, den Ansprüchen der Käufer im Interesse des Staates entgegenzutreten! Die Folge davon ist, daß da, wo mehrere Sortimente (z. B. Säge- und Zelluloseholz) ausgehalten werden, durch falsche Sortierung und unrichtiges Aufmaß eine sträfliche Begünstigung der Firmen stattfindet. Hierdurch ist begreiflicherweise ein großes Mißtrauen gegen die staatlichen Forstbeamten bei der einheimischen Landbevölkerung hervorgerufen worden, und die Erbitterung gegen die aus der „Monarchie“ stammenden Forstbeamten ist so groß, daß im Landtage eine Resolution angenommen wurde, wonach mit der Leitung der Holzabgaben an die Großfirmen in Zukunft nur einheimische Kräfte betraut werden dürfen. Es ist aber auch kaum zu begreifen, wenn man liest, daß im Vorjahre ein mit mehreren Millionen Festmeter Nadelholz bestodenes Waldgebiet zum Preise von 84 Heller pro Festmeter Nutholz verschachert wurde und daß zur selben Zeit der Verkauf eines anderen Bestandes mit 3 Mr. \times 2,55 M pro Festmeter, meist Fichten- und Kiefernholz, erfolgte, und daß der Käufer diesen letzteren Bestand mit 1 Mr. Nutzen pro Festmeter sofort an eine andere Firma zur Ausbeutung verkauft hat. Der riesige, mehrere Millionen Mark betragende Reingewinn der Großfirmen sichert ihnen eine unbeschränkte Macht, die sie auch voll ausnützen. Als im Jahre 1903 ernste, um die Forstwirtschaft verdienende Männer auf eine strikte Einhaltung der Vertragsbestimmungen drangen, paßte das natürlich den Firmen nicht. Sie wandten alle Mittel an, diese in leitender Stelle befindlichen Persönlichkeiten auf ihre Seite zu bringen; als dieses nicht gelang, suchten sie einen Ausweg nach anderer Seite und — sie fanden ihn. Seit dieser Zeit datiert die un-

heilvolle Begünstigung der beiden Großfirmen. Obgleich die Forstverwaltung auf die Nachteile, welche dem Lande durch die Holzverkäufe an die Großfirmen erwüchsen, hinwies und eine nachhaltige Nutzung in eigener Regie anstrebte, gelang es durch allerlei Intrigen seitens der Großfirmen, es doch dahin zu bringen, daß die Nutzung im eigenen Betriebe als unwirtschaftlich gehalten wurde. Alle mit vieler Mühe und einem großen Kostenaufwand geschaffenen Einrichtungen wurden als Utopien bezeichnet und der möglichst rasche Verkauf des Holzes auf dem Stocke und im Submissionswesen als das einzig richtige und den Ertrag sichernde Wirtschaftsziel dargestellt. Trotz aller gegenteiligen Erfahrungen und aller Einwendungen der Forstwirte wurde angeordnet, daß alle bösnischen Staatswaldungen ausnahmslos zum Verkauf auf dem Stocke im Submissionswege anzubieten sind, und es gelangten auch hierbei Waldgebiete bis zu einer Million und mehr Festmeter Holzmasse zum Ausbebot.

Um nun die allgewaltige Stellung der beiden Großfirmen zu brechen, soll es jetzt auch anderen Firmen ermöglicht werden, Holz von der Staatsforstverwaltung direkt kaufen zu können. Ebenso soll eine strikte Durchführung der in den Verträgen enthaltenen Bestimmungen gefordert werden. Daß hierdurch eine Besserung der Verhältnisse erfolgt, wird in eingeweihten Kreisen nicht geglaubt, denn an eine Konkurrenz der neuen Firmen mit den beiden alten bereits feste Absatzgebiete habenden Großfirmen auf dem Weltmarkte ist nicht zu denken, da diese mit ihrem Millionengewinn jeder Konkurrenz die Spitze bieten, zumal auch die neuen Firmen nunmehr eine weit höhere Tage pro Festmeter zahlen müßten, als bisher üblich. Eine Gesundung der bösnischen Forstwirtschaft kann nur durch die Übernahme des Holzverkaufs in die eigene Verwaltung eingeleitet werden. Es ist allerdings wohl zu beachten, daß die Firmen zur Ermöglichung der Holzausnutzung auch ganz erhebliche Aufwendungen durch den Bau mehrerer 100 km Bahnen, Straßen, von Sägemühlen usw. machen mußten, die sie natürlich verzinst und erstattet haben wollen.

— **Forstergastwirtschaften.** In der „Frankfurter Ztg.“ wird Klage darüber geführt, daß die elsass-lothringische Forstverwaltung Forstergastwirtschaften eingehen läßt. Nach den eingezogenen Erkundigungen ist eine grundsätzliche Abschaffung derselben nicht beabsichtigt. In einigen Fällen ist es auf Wunsch der Beamten und deren Frauen selbst geschehen, weil bei dem heutigen Kostenaufwande für die Dienstmoten und den hohen Transportkosten für Lebensmittel der Reingewinn mit der vielen Mühe nicht im Verhältnis steht. Ferner läßt sich nicht in Abrede stellen, daß eine Gastwirtschaft im Forsthaufe auch aus mancherlei anderen Gründen ihre Bedenken hat.

Aus Bayern.*) Die Gesamtfrage des bayerischen Nutholzmarktes war während des Berichtszeit-

*) Ergänzung unseres Berichtes in Nr. 24 Seite 490 und folgende.

raumes ziemlich fest. Bei den in der Interessensphäre der bayerischen Staatsforstverwaltung stattgehabten Nadelstammholzversteigerungen zeigte sich allenthalben rege Kauflust, die einen flotten Absatz des angebotenen Materials zu hohen Preisen zur Folge hatte; so konnte das Kgl. Forstamt Randel-Süd (Pfalz) im Wege der öffentlichen Versteigerung 3200 fm Stammholz bei einer Gesamtmenge von 89660 M mit 13 % Mehrerlös absetzen; es wurde z. B. bezahlt für Kiefernblockholz:

Länge: 3 m, 3,50 m, 4 m, 4,50 m.			
Durchmesser	I. Kl.	35 und mehr cm	II. Kl.
		32,00	25 mit 34 cm
		82,00	25,00 M
Länge		82,00	27,75 M
Erlös	III. Kl.		IV. Kl.
		20 mit 25 cm	unter 20 cm
Durchmesser		21,00	18,00 M
Länge		21,85	20,50 M
Erlös			

Auch die Privatwaldbesitzer konnten sich über Mangel an Absatz oder gar weichen Preise nicht beklagen; namentlich war es ein alter Stamm langjähriger Abnehmer, der bei den umfangreichen Handverkäufen den Vorteil prompter, hesenloser Abschlüsse in anerkannt tadellos sortierter Ware mit dem Festhalten an den bisherigen hohen Preisen oder sogar mit einem kleinen Aufschlag honorierte. Im Mittelpunkt des Interesses stehen nach wie vor die stärkeren Sortimente, vom Rundholz das sogenannte Meßholz (etwa II. Klasse), auf dem Brettermärkte die breite Ware.

Die der Papierindustrie dienenden Sortimente haben eine weitere namhafte Steigerung erfahren, was sowohl für den Langholzhandel wegen der als Zelluloseholz mit in Frage kommenden zwei bis drei letzten Stammholzklassen als auch für den Brennholzabsatz durch Vornahme des einigermaßen brauchbaren Schleifholzmaterials von größter Bedeutung ist. Der Preis für Zelluloseholz ist infolge der günstigen Marktlage und des Ausbleibens der Konnenholzer gegen die Vorjahre um 50 bis 70 Pf. pro Ster gestiegen; für Papier- (Schleif-)holz entrichtete wurde in günstigen Absatzlagen bezahlt:

	I. Kl.	II. Kl.
Minimallänge	2 m	2 m
Minimaldurchmesser am Kopfe	10 cm	8 cm
	10,50 M	9,50 M

Der Absatz an geringwertigen Brennholzsortimenten vollzog sich infolge der anhaltend außergewöhnlich milden Witterung örtlich schleppend und zu abgeschwächten Preisen.

Waldbrände.

Potsdam, 8. Juni. Auf dem Schieß- und Übungsplatz Schumkersee in Kummerdorf, auf dem zurzeit die 8. Kompanie des 2. Eisenbahner-Regiments aus Berlin und die Versuchskompanie der Artillerie-Prüfungskommission Übungen abhalten, entstand gestern aus noch nicht aufgeklärter Ursache gelegentlich der auf dem Plage abgehaltenen Schießversuche ein Waldbrand. Von der Oberförsterei Kummerdorf wurden telephonisch und durch Radfahrer die benachbarten Feuerwehren alarmiert, die alsbald herbeieilten und gemeinsam mit den Soldaten das Feuer bekämpften. Insgesamt waren etwa 1000 Mann an den drei Stunden dauernden

Löschungsarbeiten beteiligt. In der Hauptsache sind durch das Feuer 80- bis 100 jährige Kiefernbestände betroffen worden.

Wildeshausen, 12. Juni. In dem benachbarten Forstorte Hölsherholz, auf dem sogenannten Ohjenberge, kam es zu einem Wald- und Heidebrand. Zum Glück war der leitende Arzt der in der Nähe befindlichen Lungenheilstätte mit den männlichen Insassen der ihm unterstellten Anstalt sofort zur Stelle, und ihrem energischen Eingreifen gelang es, den Brand auf seinen Herd beschränken und eine größere Ausdehnung verhindern zu können.

— Amtlicher Marktbericht. Berlin, den 18. Juni 1912. Rehböde 0,30 bis 0,85, Schwarzwild 0,25 bis 0,45 M das Pfund. Kaninchen 0,50 bis 0,70 M das Stüd.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Baltasar, Oberförster zu Gemeln, ist die Verwaltung des Forstreviers Jura, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. J. ab übertragen.

Moor, Forstmeister zu Ohlau, Regbz. Breslau, tritt mit dem 1. Juli d. J. in den Ruhestand.

Stens, Oberförster zu Schmiedefeld, Regbz. Erfurt, ist nach Aurich, Regbz. Aurich, vom 1. August d. J. ab versetzt.

Schumann, Oberförster zu Junkerhof, Regbz. Marienwerder, ist die Oberförsterei in Schmiedefeld, Regbz. Erfurt, vom 1. August d. J. ab übertragen.

Böckle, Förster zu Freienfelde, ist zum Revierförster ernannt ihm sind die Geschäfte der neu errichteten Revierförsterei Freienfelde für die Schatzbezirke Freienfelde und Balders, Oberförsterei Karauken, Regbz. Rastatt, vom 1. Juli d. J. ab übertragen.

Preise, Förster zu Samorden, Oberförsterei Rudegann, ist auf die Försterei zu Schlense, Oberförsterei Stallrich, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Gädke, Feldwebel beim Garde-Schützen-Bataillon, ist als Forstausseher für die Oberförsterei Grunewald mit dem Stationsort Zehlendorf, Regbz. Potsdam, angenommen.

Gansow, Gemeindevorsteher zu Salzdetfurth, Oberförsterei Dieckholzen, Regbz. Hildesheim, tritt mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand.

Gochel, int. Gemeindevorsteher zu Oberwallmenach, ist in die Oberförsterei Rüdesheim, Regbz. Wiesbaden, vom 1. Juli d. J. ab einberufen.

Granow, Forstausseher zu Großmessen, Oberförsterei Nebelsdorf, ist nach Hedlgsfelde, Oberförsterei Falkenwalde, Regbz. Stettin, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Grimmer, Feldwebel beim Garde-Schützen-Bataillon, ist als Forstausseher für die Oberförsterei Zegel mit dem Wohnort in Börsen, Regbz. Potsdam, vom 1. Juli d. J. ab angenommen.

Gronski, Hilfsjäger und Schreibgehilfe zu Turoscheln, Oberförsterei Turoscheln, ist in gleicher Eigenschaft nach der Oberförsterei Marburg, Regbz. Allenstein, versetzt.

Arbzig, Förster zu Rüdesheim, Oberförsterei Rüdesheim, ist nach Sonnenberg, Oberförsterei Sonnenberg, Regbz. Wiesbaden, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Schumann, Forstausseher zu Veknan, Oberförsterei Darlsch, ist als Forstausseher und Schreibgehilfe nach Darlsch, Oberförsterei Darlsch, Regbz. Danzig, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Säpke, Forstausseher zu Gr.-Rasnit, Oberförsterei Gobra, ist nach Veknan, Oberförsterei Darlsch, Regbz. Danzig, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Masch, Forstausseher zu Tiefensee, Oberförsterei Oberwalde, ist nach Herrn Henndorf, Oberförsterei Gummersdorf, Regb. Potsdam, vom 1. Juli d. J. ab verlegt.

Peters, Hegemeister zu Telegraf, Oberförsterei Boddelen, Regb. Minden, tritt mit dem 1. September d. J. in den Ruhestand.

Preiser, Förster zu Buntebock, Oberförsterei Oberlaufungen, ist die Försterstelle Wellerode, Oberförsterei Walddau, Regb. Cassel, vom 1. September d. J. ab übertragen.

Reumann, Forstausseher zu Friedrichshammer, Oberförsterei Kreuzburg, Regb. Dypeln, ist zum Förster o. R. ernannt.

Schaper, Förster o. R. zu Hufen, Oberförsterei Dalheim, ist unter Ernennung zum Förster nach Telegraf, Oberförsterei Boddelen, Regb. Minden, vom 1. September d. J. ab verlegt.

Sippel, Förster zu Salmünster, Oberförsterei Salmünster, ist die Försterstelle Högberg-St. Oberförsterei Högberg, Regb. Cassel, vom 1. Juli d. J. ab übertragen.

Silkenberg, Forstausseher und Schreibschilfe zu Darslab, Oberförsterei Darslab, ist als Forstausseher nach Nabolle, Oberförsterei Gohra, Regb. Danzig, vom 1. Juli d. J. ab verlegt.

Wagner, Förster zu Jossa, Oberförsterei Mariöb, ist die Försterstelle Wernes, Oberförsterei Salmünster, Regb. Cassel, vom 1. Juli d. J. ab übertragen.

Vom 1. Juli d. J. ab sind nachstehende Förster verlegt bzw. sind ihnen Försterstellen im Regierungsbezirk Danzig übertragen:

Beinisch, Revierförster zu Fuchsborg, Oberförsterei Schönberg, nach Babenthal, Oberförsterei Stangenwalde; **Borowig,** Förster zu Hoppendorf, Oberförsterei Schönberg, nach Fuchsborg, Oberförsterei Schönberg; **Grabs,** Förster zu Grünwalde, Oberförsterei Gr.-Bartel, unter Ernennung zum Revierförster nach Altmühl, Oberförsterei Rielen; **Karsfeld,** Förster zu Babenthal, Oberförsterei Stangenwalde, nach Stangenwalde, Oberförsterei Stangenwalde; **Karst,** Förster zu Heidebrunn, Oberförsterei Wülfungen, nach Gb, Oberförsterei Gr.-Bartel; **Kosch,** Förster zu Steinsee, Oberförsterei Wülfungen, nach Grünwalde, Oberförsterei Gr.-Bartel; **Krug,** Förster zu Wülfungen, Oberförsterei Rielen, nach Wülfungen, Oberförsterei Gohra; **Reumann,** Förster zu Altmühl, Oberförsterei Rielen, nach Sommerberg, Oberförsterei Buchberg; **Wichter,** Förster zu Briesghau, Oberförsterei Gohra, nach Steinsee, Oberförsterei Wülfungen; **Schmied,** Förster zu Nabolle, Oberförsterei Gohra, nach Briesghau, Oberförsterei Gohra; **Wolff,** Förster zu Gb, Oberförsterei Gr.-Bartel, nach Heidebrunn, Oberförsterei Wülfungen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Dem Vater der Reichsgräfin von Kesselstattchen Majors-Verwaltung, Oberförster **Wagner** zu Höhren bei Tietz, ist von dem Majorsathern der Titel „Forstmeister“, dem Förster **Wing** zu Höhren der Titel „Revierförster“ verliehen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Das Eupatorkreuz für 40jährige Dienstzeit wurde verliehen: **Hummerl,** Waldwärter a. D. zu Schallhausen; **Eimer,** Förster zu Neubau; **Friedrich,** Förster a. D. zu Dillingen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.

Staats-Forstverwaltung.

Goh, Oberförster zu Wartshul, wurde zum Forstmeister ernannt.

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Domänen-Forstverwaltung.

Achselein, Forstmeister zu Selba, trat in den Ruhestand und erhielt das Eupatorkreuz 1. Klasse des Säch.-Ernenntischen Hausordens.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Försterstelle des Forstschutzbereichs Enktrich, Regb. Coblenz, ist zum 1. September 1912 neu zu besetzen. Das Grundgehalt beträgt 1200 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 200 M. bis zum Höchstbetrage von 2400 M.; außerdem wird eine pensionsfähige Altersentschädigung von 300 M. und eine pensionsfähige Altersentschädigung von 100 M. gewährt. Forstverorgungsberechtigte Bewerber oder

Reservejäger werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Beifügung des Forstverorgungsscheines oder des Militärpasses sowie der seit dessen Erteilung erlangten Dienst- und Führungszugnisse, die den ganzen seitdem verfloßenen Zeitraum in ununterbrochener Folge belegen müssen, innerhalb 8 Wochen bei dem Bürgermeister in Enktrich vorzulegen, sowie auch eine Erklärung beizufügen, daß sie durch die Anstellung ihre Forstverorgungsaufprüche als erfüllt betrachten.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Litung ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 79. Anfrage: Ich habe in meinem Revier eine große Anzahl Eichen von 30 bis 50 cm mittlerem Durchmesser, welche ausgeästet werden sollen. Kann ich diese Arbeit jetzt und im Sommer ohne Nachteil für die Eichen ausführen? Gibt es zu diesem Zwecke besondere Steigseisen mit Sicherheitsvorrichtungen? Welche Firma liefert die Eisen, und zu welchem Preise?

G. B. in Br.

Antwort: Im Sommer kann allenfalls nur eine Trockenastung ausgeführt werden, eine Grünastung ist aber auf jeden Fall ausgeschlossen. Diese darf nur während der Vegetationsruhe erfolgen und hat sich auf Äste bis zu 10 cm Durchmesser, die mit einer scharfen Säge zu entfernen sind, zu beschränken. Zur Ausführung dieser Arbeiten empfiehlt sich in jüngeren Beständen bis zu etwa 40 cm Durchmesser die Anwendung des Astungs-Steigrahmens (Patent Rgl. Oberförster Behnhsfuhnd), der einen nicht ermüdenden, sicheren Stand gewährt und ein rasches Arbeiten ermöglicht. Preis 20 M. Für stärkere, ästige Bestände eignet sich am besten der Steigapparat Nr. 1167^{1/2}. Dieser ermöglicht ein rasches und sicheres Besteigen der Bäume, ohne diese zu beschädigen. Preis 12 M. Beide Apparate sind von der Firma B. Göhlers Witwe, Inh. A. Bernstein, Freiberg i. Sa., zu beziehen, welche jeder Bestellung eine Gebrauchsanweisung beilegt.

Nr. 80. Anfrage: Kann ein festes Anbrücken oder Anstampfen der Erde mit dem Fuße beim Pflanzen den vierjährigen verschulten Tannen auf sandigem, humosem Boden von Nachteil sein?

P. K. in L.

Antwort: Die Lagerung der Erde erfolgt im Pflanzloch so dicht, daß Hohlräume mit Sicherheit vermieden werden und die Wurzeln in Erde gut eingebettet sind. Diese Arbeiten werden bei vierjährigen Tannen am besten mit der Hand ausgeführt; ist das Pflanzloch bereits voll ausgefüllt, so kann zum Schluß ein leichtes Antreten der Erde mit dem Fuße an den Pflanzlochwänden entlang und mit dem Ballen gegen die Pflanze allerdings nicht schaden. Dagegen ist ein festes Andrücken oder Anstampfen der Pflanzlocherde mit einem derben Arbeiterkiesel entschieden von Nachteil und wird den Pflanzen nicht gut bekommen.

Dieser Nummer liegt die Juni-Ausgabe der Forstlichen Rundschau bei. Des Försters Feierabende fällt daher diese Woche aus.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Krause, Forsthaus Reifelgrund bei Gohreth Nrn.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Angliere-

St.

1520a. Freitag, Forstausseher, Barvorken, Post Bieffellen, Altenstein.

1521a. Körner, Forstausseher, Klein-Kreutzsch, Post Bissa i. P., Poien.

1531a. Lange, Forstausseher, z. St. Stadtförster, Gartenstr., Post Karzin, Insel Uebdom, Stettin.

1532a. Kummel, Forstausseher, z. St. Stadtförster, Forstb., Post i. Pomm. (Post), Stettin.

1534a. Reumann, Forstausseher, Knadsee (Post), Köslin.

1535a. Droebe, Hegemeister, Forstb. Wollshagen, Post Jaerebagen, Köslin.

1541a. Schulz, Hegemeister, Forstb. Masselwig, Post Carzin, Kr. Schlawa, Köslin.

1544a. Weckthal, Förster, Chorin i. M. (Post), Potsdam.

1545a. Rannstädter, Förster, Forstb. Brig, Post Brig, Kreis Angermünde, Potsdam.

1547a. Gullung, Förster, Fangschleuse (Post), Kr. Niederbarnim, Potsdam.

1549a. Dietrich, Forstausseher, Friedersdorf, Markt, Potsdam.

1556a. Burs, Förster, Uden, Post Friedersdorf, Markt, Potsdam.

1557a. Fiebig, z. St. Privatförster, Forstb. Schützenhaus, Post Babelsberg, Nrn., Frankfurt a. O.

1560a. Blaue, Förster, Neubischdörfer, Post Kunersdorf, Frankfurt a. O.

1563a. Ruchenbäcker, Förster, Gr. Rudrower Teerosen, Post Weidensdorf, Frankfurt a. O.

1564a. Graffe, Forstausseher, Schlaubehammer, Post Müllrose, Frankfurt a. O.

1567a. Schulze, Hegemeister, Bahna, Bez. Halle, Merzbürg.

1568a. Habest, Hegemeister, Alquinwalde i. Pomm., Stettin.

1570a. Hensel, Forstausseher, Langenhagen b. Vorin i. Pomm., Stettin.

1577a. d'Ottilie, Forstausseher, Biennigstedterfeld, Post Wildeshausen i. Eldenburg, Hannover.

1578a. Hampel, Hilfsjäger, Berges-Vogtei, Kr. Schmalkalden, Calbe-Cb.

1581a. Fischer, Hilfsjäger, Forstb. Weizenthurm, Post Lorch am Rhein, Wiesbaden.

1582a. Schin, Forstausseher, Groß Neuken, Post Dorn, Altenstein.

1591a. Renreuter, Forstausseher, Emilienthal, Post Liebenmühl, Altenstein.

1592a. Martin, Forstausseher, Forstb. Neuken, Post Gr.-Bertung, Altenstein.

1593a. Fink, Förster, Forstb. Rositten, Post Rositten, Posen.

1610a. Heher, Forstausseher, Unterberg (Post), Poien.

1619a. Hoffmann, Forstausseher, Schwerin a. W., Poststr. 28, Poien.

1620a. Röthe, Förster, Relpa (Post), Osnabrück.

1621a. Freitag, Hilfsförster, Forstb. Langenau, Post Langenau, Vic., Nrn.

1622a. Etolke, Hilfsförster, Naucha, O.-L., Liegnitz.

1630a. Schubmann, Hilfsförster, Naucha, O.-L., Liegnitz.

1631a. Wolfram, Hilfsförster, Schönberg, Post Neuhammer, O.-L., Liegnitz.

1633a. Wille, Hilfsförster, Neuhammer, O.-L., Liegnitz.

1635a. Ruba, Forstausseher, Forstb. Herrmannsdorf, Post Braunsberg, Lpz., Königsberg.

1642a. Gwert, Hegemeister, Cronau, Post Gr.-Namsau i. Ostpr., Altenstein.

Der Vorstand. Krause, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstallg. Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Wiesbaden zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Breslau. Sonntag, den 14. Juli d. Jz., vormittags 11 Uhr, Delegierten- und Mitglieder-versammlung in Reiches Restaurant, Talchenstraße. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten über die Vereinsversammlung in Berlin;

2. Vortrag des Kollegen Hillebrandt: „Aus dem Vereinsleben“; 3. Neuwahl des im Amt niederlegenden Vorsitzenden für den Rest der Wahlperiode (ein Jahr); 4. Anträge, bis 30. Juni erbeten. Damen willkommen.

J. A.: Sacher.

Bromberg. Den Herren Vorsitzenden der Ortsgruppen, sowie den Herren Einzelmitgliedern zur Kenntnis, daß ich am 1. Juli d. Jz. den Vorsitz der Bezirksgruppe niederlege; bitte, sich in allen Vereinsangelegenheiten an Herrn Förster Martin-Fesquitierse zu wenden.

Voges, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Altentkirchen (Regbz. Coblenz). Montag, dem 1. Juli d. Jz., nachmittags 2½ Uhr, Versammlung zu Altentkirchen im Bahnhof. Tagesordnung: 1. Bericht des Kollegen Gräff über die stattgehabte Bezirksgruppenversammlung; 2. Vortrag: Die rationelle Bewirtschaftung eines Hausgartens (Kollege Webler); 3. Beschlußfassung über eine Familien-Zusammenkunft; 4. Verschiedenes, u. a. gemeinsamer Patronenbezug, Lebensversicherung, Haftpflichtversicherung, Zahlung der Vereinsbeiträge für das 2. Halbjahr 1912. Der Vorsitzende.

Verent (Regbz. Danzig). Sitzung am Sonntag, dem 7. Juli d. Jz., nachmittags 6 Uhr, im Gasthause Schmid, Lippusch. Das zu Ende Juni angelegte Scheibenschießen hat eingetretener Verhältnisse wegen bis August verschoben werden müssen. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Einziehung der Beiträge; 2. Vortrag des Kollegen Stein über „Einnieten der Kartoffeln“; 3. Anträge aus der Versammlung. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorsitzende: Stein.

Bütow (Regbz. Stettin). Montag, den 1. Juli 1912, nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Lent's Hotel. Tagesordnung: 1. Bericht über die Delegiertenversammlung; 2. Zahlung der Beiträge; 3. Besprechung über die Krankenkassen-Beihilfeskasse; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand. J. A.: Schulze, Schriftführer.

Crone a. B. (Regbz. Bromberg). Sitzung am 29. Juni d. Jz., nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung wird vor Beginn der Sitzung bekanntgegeben.

Der Vorsitzende.

Darßlub (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 21. Juli d. Jz., nachmittags 4 Uhr, findet in Mechau ein Scheibenschießen statt.

Der Vorstand.

Deutschheide (Regbz. Danzig). Das nächste Scheibenschießen findet am Sonntag, dem 30. Juni, nachmittags von 3 Uhr ab, auf dem Stande der Försterei Naiparus statt. Von Mitgliedern eingeladene Gäste sind willkommen.

Der Vorsitzende: Neumann.

Driesen (Regbz. Frankfurt a. O.). Am Montag, dem 1. Juli d. Jz., nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-versammlung im Festungsgarten in Driesen. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden

über die Bezirksgruppenversammlung in Landenberg a. W.; 2. Verschiedenes. Um 4 Uhr gemeinsames Kaffeetrinken wie in früheren Jahren.

Der Vorstand.

Eberswalde (Regbz. Potsdam). Sonnabend, den 22. Juni d. Js., abends 7 Uhr, Versammlung im „Kaiserbad“ zu Eberswalde. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppen-Versammlung; 2. Einziehung der Beiträge pro 2. Halbjahr (5 M., bei Postsendung zuzüglich 5 Pfg. Bestellgeld); 3. Besprechung einer Waldbout; 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Erlner (Regbz. Potsdam). Am Montag, den 1. Juli d. Js., nachmittags von 5 Uhr ab, findet im Vereinslokal (Gasthof zur Gold. Traube) in Erlner eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 2. Besprechung und Beschlussfassung über ein zweites Scheibenschießen; 3. Verschiedenes. Nachher Vortrag des Kolle. en Pietsch über einen Tag in Ostafrika. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Kandt, Vorsitzender.

Frankenber (Regbz. Cassel). Montag, den 1. Juli d. Js., vormittags 11 Uhr, Versammlung im „Deutschen Haus“ in Frankenber. Tagesordnung: 1. Einziehung der Mitgliederbeiträge; 2. Verschiedenes. Werner.

Gelgshnen (Regbz. Allenstein). Am Sonnabend, den 6. Juli d. Js., nachmittags 4 Uhr, findet in Gelgshnen die statutenmäßige Vierteljahrsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Einziehung der Mitgliederbeiträge; 2. Bericht des Vorsitzenden über die Bezirksgruppenversammlung in Allenstein vom 30. Juni; 3. Entgegennahme von Anträgen; 4. Festsetzung des nächsten Scheibenschießens. Um vollzähliges Erscheinen mit Damen wird gebeten.

Der Vorstand.

Herfeld (Regbz. Cassel). Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 29. Juni d. Js., im Vereinslokal um 2 Uhr nachmittags statt. Bemerkt wird, daß die Forstklasse mit der Auszahlung der Gehälter um 10 Uhr vormittags beginnen wird. Hamer.

Hildesheim. Am Montag, dem 1. Juli 1912, nachmittags 3 Uhr, Vierteljahrsversammlung in Hildesheim (Europäischer Hof).

Kupp (Regbz. Oppeln). Am 1. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, findet im Vereinslokal zu Kupp eine Versammlung statt. Nach der Sitzung gemütliches Zusammensein. Die verehrten Damen sind freundlichst eingeladen.

Der Vorsitzende: Hendei.

Lautenburg (Regbz. Marienwerder). Am Montag, den 1. Juli d. Js., nachmittags 3 1/4 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Besprechung des Schiilerschießens; 2. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung in Königs; 3. Vortrag des Herrn Kollegen Herzberg über Bienenwirtschaft; 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Leinefelde-Worbis (Regbz. Erfurt). Sonntag, den 7. Juli d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung mit Damen im Hotel Fuhrtrott zu

Leinefelde. Tagesordnung: Berichterstattung über die letzte Delegiertenversammlung.

Der Vorstand.

Neuhof (Regbz. Cassel). Sonntag, den 30. Juni d. Js., nachmittags 2 1/4 Uhr, Versammlung in Neuhof bei Klug. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorsitzenden; 2. Beitragszahlung; 3. Verschiedenes (u. a. Anregung auf einmalige, ganzjährige Erhebung der Beiträge).

Der Vorstand.

Okerode, Oker. (Regbz. Allenstein). Montag, den 1. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Sitzung im „Eisenhof“. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppenitzung; 2. Kasselegung; 3. Einziehung der Beiträge pro 2. Halbjahr (4 M., bei Postsendung zuzüglich 5 S. Bestellgeld); 4. Besprechung über ein eventl. abzuhaltendes Scheibenschießen mit anschließendem Tanzkränzchen; 5. Aufnahme neuer Mitglieder; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand: Wolf.

Rheinsberg, Markt (Regbz. Potsdam). Am 6. Juli d. Js. findet auf Zechlinershütte das in Aussicht genommene Prämienschießen statt, wozu auch die verehrten Damen freundlichst eingeladen werden. Um 2 Uhr steht die Scheibe zur Abgabe von Probeküßchen, 1/2 3 Uhr Beginn des Kennenschießens. Nach dem Schießen kurze Mitteilung über die Delegiertenversammlung in Berlin und gemütliches Beisammensein im Restaurant Thy daselbst.

Masurath, Vorsitzender.

Wominter Heide (Regbz. Gumbinnen). Scheibenschießen Sonntag, den 30. Juni d. Js., bei Wominten. Anfang 4 Uhr nachmittags. Zahlreiche Beteiligung der Herren Kollegen mit ihren Damen sehr erwünscht. Gäste willkommen. Gehalt wird vom Herrn Forstassistenten an diesem Tage von 1 bis 3 Uhr nachmittags ausgezahlt werden.

Der Vergnügungsvorstand.

Wotenburg a. F. (Regbz. Cassel). Sonnabend, den 29. Juni d. Js., nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge; 2. Verschiedenes.

J. A.: Schmid.

Wobüll (Regbz. Oppeln). Montag, den 1. Juli d. Js., vormittags 11 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bogoda. Tagesordnung: 1. Bericht über die Delegiertenversammlung in Berlin und die Bezirksgruppenversammlung in Oppeln; 2. Zahlung der Vereinsbeiträge und der aus der Kasse bzw. vom Schachmeister verauslagten Beträge; 3. Besprechung eines Prämienschießens; 4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Bräuer.

Zorfhau (Regbz. Merseburg). Am Sonntag, den 30. Juni d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Gutshausen Gasthofe zu Roßsch. Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge; 2. Beschluß über Verwendung des Kassenbestandes; 3. Bericht über die Delegiertenversammlung in Berlin; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zugler-Heide (Regbz. Marienwerder). Am 7. Juli findet ein Ausflug, verbunden mit

Scheibenschießen, nach dem Eiß-Busch statt. Sammelpunkt um 10¼ Uhr am Bahnhof Lindenbusch, alsdann Wagenfahrt über Rehohof nach dem Eiß-Busch, Ankunft daselbst gegen 3 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten, Gäste können geladen werden. Diejenigen Herren, die nicht eigenes Fuhrwerk und evtl. die Bahn benutzen, wollen die Anzahl der Wagenplätze bestimmt bis 1. Juli bei Herrn Revierförster Schulz in Rehohof bei Lianno bestellen. Abfahrt von Tüchel 9,37 Uhr, von Poln.-Gehzin 9,58 Uhr vormittags. Nur bei ganz schlechtem Wetter fällt der Ausflug aus und findet derselbe am 21. Juli statt. Der Vorsitzende.

Siegenhain (Regbz. Cassel). Sonnabend, den 29. Juni d. Js., nachmittags 4½ Uhr, Versammlung im Vereinslokal in Neukirchen. Abschiedsfeier für den zum Revierförster ernannten Kollegen Breißmann. Um vollzähliges Erscheinen bittet Der Vorsitzende.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden beglaubigt **Krause**, Kesselgrund bei Pöschel Wm., vorliegen. Was für die nächsthaltige Nummer bestimmt ist, muß **Samstag** früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Labiau (Regbz. Königsberg). Am 23. März fand in Labiau die Frühjahrsversammlung der Ortsgruppe statt. Die Tagesordnung wurde in folgender Weise erledigt: 1. Die Kassenprüfung gab zu Ausstellungen keinen Anlaß. 2. Die Einrichtung eines Familienbeitrags wurde beschlossen, und werden den Vereinsmitgliedern demnächst nähere Mitteilungen zugehen. 3. Der bisherige Ortsgruppenvorstand wurde einstimmig wiedergewählt und nahm die Wahl an. 4. Bezüglich der Wahl eines Bezirksgruppenvorsitzenden wurde der Vorsitzende beauftragt mit den anderen Ortsgruppen in Verbindung

zu treten. 5. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage, jährliche Beitragszahlung einzuführen, zu. 6. Als Delegierter nach Braunsberg wird der Vorsitzende gewählt. 7. Die nächste Versammlung soll in Lautschken stattfinden. Die Kollegen Wasgien und Herrmannau erklärten sich bereit, ein Referat bzgl. Referat über: „Anlage von Meliorationswiesen und Dauerverweiden auf dem Försterdienstlande“ zu übernehmen. 8. Herr Kollege Müller-Agilla stiftete der Ortsgruppe einen bisher von ihm benutzten „Schapirograph“, was von der Versammlung mit lebhaftem Danke angenommen wurde.

Der Vorstand. **Herrmannau**, Vorsitzender. **Zorgelow** (Regbz. Stettin). In der am 13. Juni abgehaltenen Sitzung wurde beschlossen: 1. Das Scheibenschießen in Jagnd am 20. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, abzuhalten. Mufft wird von der Barteltischen Kapelle gestellt. Die Kollegen Fuhrmann und Dittmann laufen die Prämien ein und ist ihnen dazu ein Betrag von 60 M zur Verfügung gestellt. 2. Bei der geringen Beteiligung am Wintervergnügen ist die Kasse in Schwierigkeiten geraten, und wird beschlossen, den Beitrag nur einmal am 1. Juli um 0,50 M zu erhöhen. 3. Die Beschaffung eines Stempels für den Schriftführer wird genehmigt. 4. In der nächsten Versammlung wird Kollege Teell einen Vortrag über ein von ihm zu wählendes Thema halten. 5. Der Vorsitzende gibt den Jahresbericht für 1911 bekannt. 6. Der Sohn des Kollegen Blumberg, Adernmünde, führt einen Numerier-Füllpinsel vor. Die Versammlung erkennt die Vorzüge des Pinsels an und macht Bestellungen. Der Pinsel kostet 6,75 M, ein Liter Farbe 1,50 M, in Schwarz, Blau oder Rot. Ein Liter Farbe reicht bei einem Einschlage von ca. 3000 fm etwa zwei Jahre. Zu beziehen ist Pinsel und Farbe bei Hans Blumberg, Adernmünde. Der Vorstand.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Docter, Walter, Hilfsförster, Regentin, Kr. Arnswalde.
Föring, Königl. Forstausseher, Somborn, Kr. Gelnhausen, Bez. Cassel.
Raupbach, Gust., Privatförster, Cremzow b. Drense, Ufm.
Scholl, Paul, Forstschilfe, Schwarzhof, Bez. Vögnitz.
Wittow, Georg, Förster, Petershagen, Kr. Rhus.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzufenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Für einen von dem Herrn Königl. Forstmeister Esch in Fanten in der Oberförsterei Hoverswerda erlegten und ihm überlassenen Auerhahn; eingelangt von demselben 5,— Mk.
Eingelangt von drei Jägern, ohne Nennung der Namen 20,— „
Strafe für einen Forstdiebstahl; eingelangt im Auftrage der Frau Baronin von Steengracht, Mopland, durch deren Förster Herrn Jung in Mopland, Kr. Cleve 18,— „
Von „Ungeannt“ 4,30 „

Ga. 47,30 Mk.

Den Gebem herzlichen Dank und Weidmannsheil!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Bartels, Bordenau, 2 Mk.; Breitichwerdt, Schwenningen, 2 Mk.; Boder, Regentin, 2,50 Mk.; Bieber, Brunnau, 2 Mk.; Glawitzer, Schieringen, 2 Mk.; Deving, Somborn, 2 Mk.; Engel, Misbrun, 2 Mk.; Fehlschmann, Finkenheim, 5 Mk.; Frank, Grunthal, 2 Mk.; Grole, Langhewersdorf, 2 Mk.; Gurdie, Gavelberg, 2 Mk.; Hejmann, Coburg, 5 Mk.; Heijna, Siegenhals, 2 Mk.; Haege, Mischgrund, 2 Mk.; Hahnel, Brandorf, 2 Mk.; Juttner,

Murkin, 2 M.; Hsiet, Bulwedort, 3 M.; Jünemann, Lindthal, 2 M.; Kuthahn, Eigenrieden, 2 M.; Denfer, Cliva, 2 M.; Felschneff, Bogtenthal, 2 M.; Müller, Mahlenzien, 2 M.; Meier, M. Gaffron, 2 M.; Neumann, Frickenstein, 2 M.; Oht, Rudau, 2 M.; Paul, Bodenstet, 2 M.; Mndolph, Gahnichen, 2 M.; Raubach, Gremjow, 3 M.; Schmidt, Waltersdorf, 2 M.; Schare, Habelstein, 2 M.; Schirdeban, Schönwalde, 2 M.; Schomalb, Cliva, 5 M.; Schulze, Trischus, 2 M.; Schmidt, Gr. Werbenau, 2 M.; Steinde, Stragberg, 2 M.; Siedler,

Gabianshof, 2 M.; Tiedemann, Battaune, 2 M.; Bellingier, Gonsfeld, 3 M.; Weinhardt, Bernsgrün, 2 M.; Bels, Balmühle, 3 M.; Warch, Rauen, 2 M.; Wetter, Meßleren, 2 M.; Wagner, Bräzen, 2 M.; Wistow, Petershagen, 2 M.; Windewski, Michelan, 2 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge becheinigt Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Verrig - Halensee.

Zahlungen

an den Verein, sowohl Mitgliedsbeiträge wie auch Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan, bitten wir nur an die Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte nach Neubamm, nicht aber an die Geschäftsstelle zu Halensee zu schicken.

Neubamm, im Juni 1912.

Die Kassenstelle.

Abgangsprüfung an der Forstlehrringschule zu Templin.

Die schriftliche Prüfung fand statt am 13. Mai, die mündliche sowie die Waldprüfung in der Zeit vom 10. bis 14. Juni d. Js. Der Prüfungsausschuß bestand aus folgenden Herren: 1. Oberförster Schwabe, Jagdschloß bei Weißwasser; 2. Direktor Oberförster Jacob, Templin; 3. Assistent Bed, Templin.

Alle 43 Prüflinge bestanden, und zwar 6 mit „sehr gut“, 23 mit „gut“ und 14 mit „ziemlich gut“.

Der Verein „Waldheil“ hatte auch in diesem Jahre wieder für die beiden besten Schüler einen Hirschjäger und ein Jagdmesser mit entsprechender Widmung gestiftet. Den Hirschjäger erhielt als bester Schüler Helmut Steinorth aus Forsthaus Blauftein, Kreis Königsberg i. Pr.; das Jagdmesser der zweitbeste Schüler Friedrich Ehlers aus Schnaterei, Meßlenburg - Schwerin. Weitere Prämien erhielten die Forstschüler Gerhard Bethge aus Meinersdorf, Kreis Arnzburg, und Hermann Wipper aus Puderbach, Kreis Wittgenstein. Es bekam Bethge das vom Herrn Kommerzienrat Neumann gestiftete Hartigische „Lehrbuch für Jäger“ und Wipper Wagners „Räumliche Ordnung im Walde“, die Gabe des Schulpflegers. Alle vier Schüler haben die Prüfung mit „sehr gut“ bestanden. Den Stiftern dieser Preise sei auch an dieser Stelle herzlichster Dank gesagt.

Templin, den 14. Juni 1912.

Jacob.

Bezirksgruppe VIII, Reglerungsbezirk Liegnitz.

Sonntag, den 30. Juni, vormittags 11¼ Uhr, soll im Saale der Gröbigsburg die diesjährige Versammlung abgehalten werden.

Tagesordnung:

1. Kurzer Bericht über den Verein;
2. Wahl des Vertreters zur Hauptversammlung in Eisenach;
3. Anträge für die Hauptversammlung;
4. Vortrag des Herrn Revierförstlers Maczynski, Nieder-Schönbrunn: „Welche Erfahrungen

sind mit der Umwandlung des Niederwalbes in Hochwald gemacht worden?“ Mitberichter Oberförster Schwabe.

5. Wahl des Versammlungsortes für 1913.

Um 2 Uhr gemeinschaftliches Mittagssbrot im Burgrestaurant. Für den späteren Nachmittag ist noch ein kleinerer Ausflug in die Fasanerie und das Revier der Herrschaft Gröbigsberg geplant. Se. Excellenz Herr Wirtl. Geheimrat von Dirksen hat dazu eine Anzahl Gelpanne zur Verfügung gestellt.

Es ist dringend erforderlich, die Anzahl der Teilnehmer vorher festzustellen, nicht bloß für den Ausflug, sondern auch zum gemeinschaftlichen Essen.

Anmeldungen sind bis zum 20. Juni an den Unterzeichneten zu richten.

Die Gröbigsburg bietet so vieles Sehenswerte und ist ein so durch landschaftliche Schönheit ausgezeichnete Punkt, daß auch die Vereinschwester und Töchter während der Verhandlungen keine Langeweile haben werden. Sie seien hiermit bestens eingeladen und mit sonstigen Freunden unseres Berufes herzlich willkommen.

Jagdschloß bei Weißwasser, Oberlausitz, den 26. Mai 1912.

Oberförster Schwabe, Vorsitzender.

NB. Entfernung von der Station Gröbigsberg bis zur Burg etwa 30 Minuten; von Station Neuborf eine Stunde.

Bezirksgruppe VI, Oppeln.

Sonntag, den 14. Juli 1912 findet eine Exkursion in die rühmlichst bekannte Graf Brühl-Remardsche Fasanerie am Fischelturm bei Groß-Strehlik D.-S. statt, zu welcher der Unterzeichnete ergebenst einladet.

Zusammentunft vormittags 9 Uhr auf den Bahnhof in Groß-Strehlik, alsdann Gang durch den Gräßlichen Park nach dem Fischelturm. Besichtigung des Fasanaufzugs und Einnahme eines von der Herrschaft gebotenen Frühstückes.

Bei günstiger Witterung Wagenfahrt nach Scharnolin (Oberchl. Schweiz), dort Einnahme des Mittagbrotes.

Vereinsitzung.

Tagesordnung: Besprechung eingegangener Schriftstücke vom Vereinsvorstand. Durchberatung etwaiger Anträge.

Um wegen der Wagen- und Wagenfrage im voraus zutreffende Dispositionen treffen zu können, ist die vorherige Anmeldung, und zwar bis zum 6. Juli cr., an Herrn Wildmeister Sabarth in Schenkowitz bei Groß-Strehlik dringend erforderlich.

Im Vorjahre waren in Klub zur Exkursion sage und schreibe — vier Mitglieder angemeldet, und die Anwesenheitsliste in Malapane ergab dann 49 Teilnehmer.

So erfreulich an sich ja die rege Beteiligung war, so hätten daraus arge Verlegenheiten entstehen können, wenn nicht ein bißchen Vorsehung gespielt und in opferbereiter Weise von Vereinsmitgliedern die Garantie für eine größere Anzahl Gedecke bei dem Gastwirt übernommen worden wäre.

Um dies zu vermeiden, wird die vorherige Anmeldung zur Anstandsspflicht gemacht.

Angemeldete Gäste sind willkommen.

Dambrau, den 13. Juni 1912.

Der Vorsitzende der Bezirksgruppe VI.

Trost, Oberförster.

Bezirksgruppe II (Pommern).

Am Dienstag, dem 23. Juli, findet in Köslin die Hauptversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Vereinsangelegenheiten.
 2. Wahl des Delegierten für Eisenach.
 3. Vortrag (forestisches Thema).
 4. Gemeinsame Besichtigung der Ausstellung.
- Oberförster Schulz, Vogelshang,
zurzeit: Bad Rissingen, Villa Homann.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Versammlung in den Verein aufgenommen:
3865. Schüftan, Gebrüder, Holzgeschäft, Oppeln. (B.-Gr. VI.)
A. W. *)

*) A. W. — Außerordentliches Mitglied.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Berke, Hans, Forstlandwirt, Grabow b. Werderm., Bez. Potsdam.
Schwarz, Wilhelm, Revierjäger, Faulenrost b. Wielon.
Kurats, Otto, Förster, Forsterei Biegenberg b. Großgömmern i. Ostpreußen.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan lauten ferner ein:

Nr. 57, 74 je 4 Mf., Nr. 84 5 Mf., Nr. 98 4 Mf., Nr. 114 8 Mf., Nr. 131, 159, 181 je 4 Mf., Nr. 193 8 Mf., Nr. 203, 207, 211, 245, 248, 313, 315, 320, 321, 343, 354, 382, 403, 437, 448, 456, 473, 474, 496, 551 je 4 Mf., Nr. 558 8 Mf., Nr. 570, 582, 586, 587, 620, 639, 658, 663, 671, 677, 689, 690, 725, 785 je 4 Mf., Nr. 796, 871 je 8 Mf., Nr. 876, 919, 920 je 4 Mf., Nr. 941 8 Mf., Nr. 945, 949, 965, 987, 1020, 1026, 1027, 1047, 1061, 1063, 1064 je 4 Mf., Nr. 1067 5 Mf., Nr. 1095, 1100, 1106, 1145 je 4 Mf., Nr. 1186 8 Mf., Nr. 1210, 1214, 1240 je 4 Mf., Nr. 1244 1 Mf., Nr. 1300, 1305, 1309 je 4 Mf., Nr. 1417 10 Mf., Nr. 1497 4 Mf., Nr. 1545, 1566 je 8 Mf., Nr. 1567—1573, 1575—1580, 1582, 1583 je 4 Mf., Nr. 1648 8 Mf., Nr. 1643, 1712 je 4 Mf., Nr. 1724 8 Mf., Nr. 1783, 1817, 1824 je 4 Mf., Nr. 1855, 1876, 1892, 1893, 1928, 1929 je 4 Mf., Nr. 2018 8 Mf., Nr. 2028, 2061, 2067, 2067, 2087 je 4 Mf., Nr. 2090 8 Mf., Nr. 2099, 2106, 2107 je 4 Mf., Nr. 2121, 2131 je 8 Mf., Nr. 2132 4 Mf., Nr. 2146 8 Mf., Nr. 2163, 2164, 2173, 2185, 2221, 2247 je 4 Mf., Nr. 2249 8 Mf., Nr. 2252, 2314, 2321, 2332, 2358 je 4 Mf., Nr. 2384, 2390, 2398 je 8 Mf., Nr. 2416, 2419, 2425 je 4 Mf., Nr. 2484 5 Mf., Nr. 2488 8 Mf., Nr. 2496, 2516, 2520 je 4 Mf., Nr. 2523, 2537 je 8 Mf., Nr. 2540, 2554 je 4 Mf., Nr. 2583, 2601 je 8 Mf., Nr. 2645, 2651, 2652, 2657 je 4 Mf., Nr. 2779 6 Mf., Nr. 2792, 2801, 2824, 2847, 2863, 2882, 2889, 2892 je 4 Mf., Nr. 2913 8 Mf., Nr. 2916, 2930, 2938 je 4 Mf., Nr. 2942, 2972 je 8 Mf., Nr. 2985, 2991 je 4 Mf., Nr. 3036 20 Mf., Nr. 3059, 3061, 3097, 3120 je 4 Mf., Nr. 3122 8 Mf., Nr. 3128 4 Mf., Nr. 3151 5 Mf., Nr. 3165 1 Mf., Nr. 3184, 3210 je 4 Mf., Nr. 3219 8 Mf., Nr. 3226 4 Mf., Nr. 3229, 3233 je 8 Mf., Nr. 3249, 3261, 3275 je 4 Mf., Nr. 3284 8 Mf., Nr. 3297, 3298, 3306 je 4 Mf., Nr. 3334 8 Mf., Nr. 3355, 3357, 3364, 3374, 3415, 3423 je 4 Mf., Nr. 3432 6 Mf., Nr. 3458, 3459 je 4 Mf., Nr. 3486 8 Mf., Nr. 3516, 3567, 3574, 3601, 3612, 3615, 3624, 3631, 3638, 3640, 3643, 3649, 3654, 3657 je 4 Mf., Nr. 3660 8 Mf., Nr. 3689, 3705, 3716, 3728, 3733, 3734 je 4 Mf., Nr. 3839, 3840 je 20 Mf., Nr. 3843 2 Mf., Nr. 3847 7 Mf., Nr. 3849 8 Mf., Nr. 3850—3854 je 7 Mf., Nr. 3855 22 Mf.

An besonderen Zuwendungen gingen ein:

Eöhne für einen groben Fellschuß eines alten Weidmannes; eingeliefert vom Königl. Oberamtmann
Walther Albinus, Dom. Baßfisch b. Hohenthr. i. Wpr. 20 Mf.
Den Gebern und Einsendern herzlichsten Dank
und Weidmannsheil!

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshof Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Nur Befehung gelangende Forststellen in Preußen. 507. — Die Abhebung von Kurven. Von G.—n. 507. — Aus Elßig-Vorbringen. 511. — Verpachtung von Domanialjagen in Hessen. 511. — Grundwasserentwässerungen und Einrichtung eines Grundwasserbeobachtungsdienstes in Sachsen. 512. — Ein Feind der Eichelhäuten. 512. — Waffenhafte Auftreten von *Larentia hastata* L. 512. — Nützlichkeit der Coccinellen. 513. — Waldbewirtschaftung durch einen Orkan. 513. — Aus den neuen Etats der deutschen Schutzgebiete. 518. — Wege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 515. — Die Ausbeutung der böhmischen Staatswälder. 517. — Forstergastwirtschaften. 518. — Aus Bayern. 518. — Waldbrände. 519. — Amtlicher Marktbericht. 519. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 519. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Bewerber des Jägerkorps. 520. — Brief- und Fragekasten. 520. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 521. — Nachrichten des „Walzheil“. 523. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 524. — Zusätze.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit Nummer 26 schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die **Deutsche Forst-Zeitung** mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Feierabend** (Seite 101 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beilagen: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk in Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Tedele** (Seite 104 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis 3 Mark 50 Pf. pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. Juli bis 30. September 1912, sofort aufzugeben, damit in der regelmäßigen Zusendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einsendung des Betrages für Abonnement und Frankatur.

Neudamm, im Juni 1912.

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Nachruf!

Am 12. Juni verschied im 28. Lebensjahre der
Graf von Tiele-Winckler'sche Hiltzjäger

Karl Grundmann

aus Koschmieder in der Lungenheilstanstalt Loslau. (798)
Wir betrauern in ihm einen zuverlässigen, eifrigen und
pflichttreuen Beamten, einen Mann von ehrenhafter Gesinnung
und einen treuen Kollegen, dem wir ein ehrendes Andenken
bewahren werden.

Im Namen der Beamten
der Graf von Tiele-Winckler'schen Oberförsterel Koschmieder.
Sametschek, Oberförster.

Familien-Nachrichten

Die glückliche Geburt eines
gesunden

Sohnes

zeigen hocherfreut an (798)
Zücher, im Juni 1912.

Königl. Forstaufseher
E. Lange und Frau.

Geburten:

Dem Förster Max Bähr in Forsthaus
Schlangengrube b. Köslau ein Sohn.

Sterbefälle:

Jaag, Forstwart in Almannsdorfer.
Bretthauer, Wilhelmine, Forstmeisters-
witwe in Würzburg.

Jagdverpachtungen

Jagdpacht- und Abschlagsgesuche
Pensions-Anzeigen

Turnlehrerin sucht Ferienpension.
Wald. Off. u. wöchl. Preisangebere. u. E. 6
O. Brünner, Schaffsb. St. Neersburg.

Bad Neuenahr.

Moblierte Zimmer mit u. ohne
Pension. Forsthaus Waldsrieden.
(791) Raststraße. — Nähe Aargarten.

Holz und Güter

Wer verwertet
ca. 800 Morgen Holz,
gem. u. T. recht wertv., Bestand?
Gef. Anfr. u. „Ritrgutsbesitzer“ 772
bef. die Expd. der D. Forst-Ztg., Neudamm.

Personalia

Forstlehrerling

gesucht zum Eintritt am 1. Juli von
großer Stabforstverwaltung. Gute Schul-
bildung erforderlich. Jagdgelegenheit. Es
erfolgt gute, gewissenhafte Ausbildung unter
Aufsicht und Leitung des Vorges. Pensions-
zahlung nach Abreinkunft. Off. u. Nr. 761
bef. die Expd. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm.

Lehrlinge,

Söhne von Förstern oder Holzhauer-
meistern, suchen zum Antritt am 1. Sep-
tember oder 1. Oktober bei monatlichem
Anfangsgehalt (802)
E. & F. Heede,
Charlottenburg, Anseebest. 77.

Bekanntmachung.

Die Stelle des (750)

Gemeindeoberförsters

des Forstverwaltungs-Verbandes
Reiberg mit dem Amtssitze in Reiberg
ist zum 1. Oktober 1912 neu zu besetzen.
Anstellungsbedingungen.

- Pensionsfähiges Aufangs- Gehalt
2700 M., steigend von 3 zu 3 Jahren
dreimal um 300 M. und fünfmal
um 400 M. bis zum Höchstbetrage
von 5800 M.
- Pensionsfähiges Wohnungsgeld 680 M.
- Dienstaufwandsentschädigung 1000 M.
- Fürhalten einer Schreibhilfe,
Wagenbenutzung u. vorbehaltlich des
Nachweises am Jahresabschluß 800 M.
- Die Anstellung erfolgt zunächst auf
ein Probejahr.
- Die im Reichs- und Staatsdienste,
insbesondere im Militärdienste, sowie
im Dienste eines anderen preussischen
Kommunalverbandes u. zugebrachte
Dienstzeit, sowie die Vorbereitungs-
zeit wird bei der Pensionierung in
Anrechnung gebracht.
- Bei Reisen außerhalb des Dienst-
bezirks werden Tagegelder und Reise-
kosten nach Maßgabe des § 1 Abs. V
des Gesetzes vom 21. Juni 1897
gewährt.

Es können nur Bewerber zur
Wahl zugelassen werden, die das
preussische Oberförstereigamen be-
standen haben.

Bewerbungen, bei denen diese Vor-
aussetzung nicht zutrifft, sind zwecklos.
Gesuche mit lückenlosem Lebenslauf,
Zeugnisausschnitten, Angabe der Kon-
fession und des Militärverhältnisses und
amtärztlichem Gesundheitsattest sind
baldest dem Königlichen Landrat in
Athenau einzureichen. Schluß der
Bewerbungsfrist 1. Juli.

Athenau, Rheinl., den 31. Mai 1912.
Namens des Forstverwaltungs-
verbandes Reiberg.

Zu Vertretung:
Fachs, Kreisdeputierter.

Brauchbares Forst- u.
Jagdpersonal,
Verwaltungs-, Betriebs-
und Schutzbeamte
empfiehlt den Herren Forst- u. Jagdbesitzern
„Waldheide“,
eingetragener Verein,
Neudamm.

Von dem Vereine sind ferner erhältlich
umsonst und postfrei: Sagen, sowie
Waldkarten zum Eintritt in „Waldheide“.
Jeder deutsche Forst- und Jagdschutz-
beamte, höhere Forstbeamte, Waldbesitzer,
Besitzmann und Gönner der grünen Erde
melde sich als Mitglied. — Mitgliederzahl
ca. 3700. — Endlich sind zu beziehen
Wohlfahrtsmarken zum Preise von 1 M.
für den Bogen, à 50 Stück. (2)

Zum 1. Okt. 1912, evtl. auch früher, ist ein

Försterstelle

in der Grafschaft Glatz, mit 1600 M.
Grundgehalt, freier Wohnung, Feuerung,
Dienstkleidung, Garten u. Deputatsfeld, zu
besetzen. Bewerber, nicht über 30 Jahre
alt, welche die Försterprüfung abgelegt
haben, wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf
und Zeugnisausschnitten, welche nicht zurück-
gefordert werden, unter Nr. 754 an die Exp.
der D. Forst-Zeitung, Neudamm, einreichen.

Rentei-Eleve, (787)

kath. u. sofort. Eintritt gesucht. 2jährige
Lehrzeit u. Selbstbildg. Vera. wird nicht
ges. Intellig. junge Leute m. Einj.-Freim.
berechtigt. wollen sich schriftlich unter
Beig. v. Zeugn.-Abschrift u. selbstgeschrieb.
Lebenslauf melden bei der Reichsforst-
bererk. von Landsberg-Velen/44en
Rentei, Münster i. Westf., Oststraße 24.

Wirtschafterin

gesucht für N. Stadthaus (Königl.
Sachen) zum 1. Aug. od. 1. Septbr.
Siehe zu Kind. Bebing. Alter nicht
unter 30 J. Off. mit Bild unt. Nr. 794
bef. die Expd. der D. F.-Z., Neudamm.

Tausch.

Welcher Kollege aus den Bez.
rechts der Gibe u. Prov. Sachsen tauscht
sodort mit dem Inhaber des Forst-
berk. Scheins Nr. 108 u. 11. 10. 11
(not. Warenverder)? Off. erb. Elmer,
Thorn, C. Ch. 36. (768)

Rgl. Forstkaufseher,

verheiratet, sucht wegen Über-
füllung im Staatsdienst Ver-
schäftigung in Sassen oder
Hafen in Privatdienst oder
Solzhandlung. Offerten unter
A. Ph. 776 bef. die Expd. der
Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm.

Rgl. Forstkaufseher,

in Baub- und Nadelholzwald-Betrieb be-
wandert, mit hoher und niedriger Jagd bef.
vertraut, Hornbläser, sucht ab 1. Oktober,
auch später, vorübergehende oder dauernde
Stellung. Geht auch ins Ausland. Gef.
Offerten unter Nr. 788 bef. die Exp.
der Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm.

Forstmann,

28 J. alt, welcher sein Studium
beendet und seiner Militärpflicht
genügt hat, sucht Stellung auf
größerer Oberförsterei, wo ihm Ge-
legenheit gegeben ist, Sekretär-
geschäfte kennen zu lernen. Freie
Station erwünscht. Off. u. W. W. 798
bef. die Exp. d. D. F.-Z., Neudamm.

Junger Forstmann,

25 Jahre alt, der sich verheiraten will, mit
heilen Zeugnissen u. Empfehlung, der
poln. Sprache mächtig. Signalkornbläser,
guter Auarbeiter, unbedingt nüchtern
und zuverlässig, sucht per sofort
Stellung. Zu jeder weiteren Auskunft
gern bereit. (769)
Gräfl. Ballestrom/44. Oberförsterel
zu Rast/44h d.-S.

Rehring.

der schon 1 Jahr den Forst- u. Bureau-
dienst kennen gelernt hat, möchte in eine
größere Forstverwaltung, wenn mögl. mit
Galanerie u. Fischzucht, eintreten. Off.
unter M. H. 761 bef. die Expd.
der Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thürmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 26.

Mendau, den 30. Juni 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Diepholz im Regierungsbezirk Hannover ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Juli eingehen.

Försterstelle Christianstadt in der Oberförsterei Christianstadt, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen.

Försterstelle Eusenberg in der Oberförsterei Birnbaum, Regierungsbezirk Posen, ist zum 1. August 1912 neu zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 8. Juli eingehen.

Försterstelle Klobenberg in der Oberförsterei Thale, Regierungsbezirk Magdeburg, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. Juli eingehen.

Ein Rückblick auf die ostpreussische Privatforstwirtschaft.

Von Forstmeister a. D. Beder.

Nach 25jähriger Tätigkeit als fiskalischer Oberförster in den östlichen Provinzen, die ich leider aus Gesundheitsrücksichten beenden mußte, habe ich zu meiner Freude weitere zehn Jahre mit Unterbrechungen Gelegenheit gehabt, mich in mehreren städtischen Waldungen und einigen Duzend Privatrevieren mit Abschätzungen und Besichtigungen zu beschäftigen. Mit mir waren anfangs noch zwei Kollegen außer Dienst in gleicher Tätigkeit, die nun schon mehrere Jahre der grüne Rasen deckt. Zurzeit ist die Fürsorge für die Privatforsten durch Einrichtung der Forstabteilung bei der Landwirtschaftskammer

und durch die geregelte Ausbildung von Privatforstbeamten in der Forstlehrlingschule Templin, Regbez. Potsdam, in einen neuen Abschnitt eingetreten, und da mag der Rückblick von aufklärender, verbessernder Wirkung sein.

Vor zehn Jahren hieß es hier im allgemeinen: Die Privatforsten befinden sich durchschnittlich nur in einem mangelhaften Zustand, und das konnte bei unseren Besichtigungen auch festgestellt werden. Es entstand dabei einmal die Frage: worauf bei den Verbesserungsvorschlägen mehr Gewicht zu legen sei — ob auf Vermehrung des Verständnisses für die Forstwirtschaft oder

auf Erhöhung der für diese notwendigen Geldmittel. Natürlich ist beides voneinander nicht zu trennen. Verständnis wächst mit der Neigung und Lust, sich im Walde zu betätigen, und der Verständige weiß auch, wieviel und wo Mittel anzuwenden sind. Es bleibt also als erste Grundlage: Neigung und Lust, entsprungen aus einer gewissen Anlage. So ist es ja bei allen Berufsarten, und da die Privatforstwirtschaft meist mit der Landwirtschaft verbunden ist, muß der Landwirt auch etwas Anlage zur Betätigung in der Forstwirtschaft haben.

Da sieht es nun nach meinen Erfahrungen nicht günstig bei der Landwirtschaft aus. Gern will ich zwar zugeben und mich für meine Person beschneiden, daß es auf die Art sehr ankommt, in welcher der Privatwaldbesitzer zu forstlichen Einrichtungen von dem Sachverständigen bewogen wird, aber andererseits habe ich beim forstlichen Unterricht in der landwirtschaftlichen Winterschule beobachten können, daß von 50 Schülern nicht viel mehr als ein Drittel — auch bei Erörterungen im Walde selbst — reges Interesse den forstlichen Gegenständen entgegenbringt. Wie selten habe ich ferner bei meinen Fahrten durch die ganze Provinz eine Ortschaft oder ein Gut gefunden, wo man die Baumpflanzung an den Privatwegen gepflegt und gefördert hätte. „Das lohnt bei unserer nachlässigen oder gar rohen Bevölkerung nicht“, hört man sagen. Freilich sieht man ja leider oft genug vernichtete oder beschädigte Stämme an allen Wegen, aber gerade in der Nähe der Dörfer ist es doch möglich, in dieser Kulturarbeit vorwärts zu kommen, wenn nur einige Besitzer — bis auf die kleinsten — sich zusammentun und durch Aufsicht, Belohnung und auch Bestrafung an der allmählichen Erziehung arbeiten.

Durch Gleichgültigkeit oder Unkenntnis leiden gerade die kleineren Waldborte am meisten, weil sie eines besonderen Beamten entbehren, und zum Beweise, wie zahlreich sie in der Provinz sind, habe ich ihre Zahl aus der Zusammenstellung zweier Sekretäre der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen vom Jahre 1907 ermittelt. Es sind dort alle Güter und größere Besitzungen aufgeführt. Danach verteilen sich die Wälder

bis zu	5 ha	Größe auf rund	300 Besitzer*)
über	5—10	"	200
"	10—15	"	160
"	15—20	"	100
"	20—25	"	100
"	25—30	"	100
"	30—40	"	100
"	40—50	"	100

1160 Besitzer

*) Die Zahlen ergeben sich ziemlich genau, wenn man kleine Abweichungen von den gesetzten Grenzen, und zwar nach oben hin, zuläßt.

Diese 1160 Besitzer verfügen über den fünften Teil aller Waldungen Ostpreußens, die in der vorgenannten Zusammenstellung mit 646 889 ha anzugeben sind — Grund genug, die Besitzklassen in eine Betrachtung zu nehmen.

Mit Rücksicht auf den langjährigen Umltrieb, dem auch die Privatforsten unterliegen, empfiehlt es sich, statt der Größe in der geringen Hektarzahl die Fläche in Morgen auszudrücken, deren Wortgebrauch ja auch in der Landwirtschaft der Provinz noch lange fortleben wird.

Zehn Morgen Wald! Als Durchschnittsgröße der ersten obigen Klasse. Falls sie leicht mit älterem Holz bestanden sind, gleich einem Kapital von 5000 M., das der Vater schon seinem Sohn hätte hinterlassen können und nicht erst seinem Enkel. Wie zurzeit die Mehrzahl der 300 Waldflächen der ersten obigen Klasse beschaffen ist, kann ich nicht entscheiden, aber ein großer Teil ist bekannt als Buschwert oder Einzelbestand auf Hängen, auf Bergkluppen, an Fluß- oder Seeufern, als Erlbruch und teilweise auch als Torfbruch. Als Park werden nur wenige dienen, weil ein solcher meist mit größerem Waldbesitz zusammenhängen pflegt. Wildremisen gehören teils auch hierher — im ganzen also Land, das sich zur Adernutzung weniger eignet. Aber zur Holzzucht wird der Boden sehr wohl geeignet sein — kennt doch Kiefernbestände auf geringem Sande jedermann — und so ist nur zu raten, auch bei kleinen Flächen auf volle Bestockung hinarbeiten und neben dem meist vorhandenen Nadelholz an die Weißerle zu denken, welche mit der Birke, außer der Sandweide, das genügsamste Laubholz ist und vor beiden den lohnenden Wurzelausschlag voraushat.

Ebenso läßt sich bei den folgenden zusammengeschobenen Durchschnittsgrößen von 30 bis 50 Morgen als erste Regel die sachgemäße Herstellen eines vollen Holzbestandes anführen. Sachgemäß zumeist in bezug auf die Beurteilung des gegenwärtigen Bestandes und auf etwaige Wahl einer anderen Holzart. Ein vorhandener Bestand von Birken, Eichen, Weißbuchen oder mit einzeln stehenden Nadelhölzern — in jüngerem wie in späterem Alter — wird oft in seinem Wert überschätzt, was auch besonders für die größeren, später zu erwähnenden Flächen gilt. Der Zuwachs ist hier nicht lohnend, weil beim angeführten Laubholz oft minderwertige Stämme lange miteinander um den Vorrang kämpfen und der Wuchs des Nadelholzes in die Breite nur geringes Brennholz liefert. Hier gehört eine Läuterung oder Durchforstung des erwähnten Bestandes hin. Gutwüchsige Birken und Eichen mit runder Krone werden erhalten, alles übrige verfällt der Art.

Darauf handelt es sich um die Wahl der anzubauenden Holzart. Meist kommen für ostpreussische Verhältnisse nur die Fichte oder Weißerle in Frage, und wo keine Mißbestände vorhanden sind, sondern die Kiefer allein oder mit der Birke den Sandboden deckt, kommt auch nur die Kiefer zum Anbau. Und zwar mit der gemeinen Kiefer auch die Bankskiefer, die noch anspruchsloser und raschwüchsiger als die erste ist. Als Lückenbüßer in meterhoher Kieferschönung habe ich als zweiten Fremdling die japanische Lärche gesehen, auch schon meterhoch, wozu sie freilich in eigenen Pflanzbeeten erzogen sein muß, dann aber neben dem freudigen Mitwachsen mit der Kiefer auch eine treffliche, herbstliche Farbenmischung der grünen Schönung mit den hellgelben Büschen hervorbringt.

Auf 30 bis 50 Morgen kann sich wie auf 10 Morgen auch die Bestandespflege am weitesten ausdehnen. Der Fleiß bei der Anpflanzung wird um so mehr gelohnt, je gleichmäßiger und sanfter die Schönung gehalten wird. Einstüßen weitgehender Seitenäste verhindert hier manchen Progenwuchs, und wo er dennoch sich breit macht, muß er den gutwüchsigen Nachbarn oder dem Unterwuchs weichen. Übergehaltene Birken vertragen eine Aufästung, die Eiche wegen der sich einstellenden Wasserreifer nur eine allmähliche. Beim Nadelholz tritt Trockenästung ein. Gleiche Pflege erhalten auch etwa vorhandene natürliche Jungforste.

Wer 60 bis 80 Morgen sein eigen nennt, schätzt sie mit Recht als hohen Wert, schont sie oft, wobei vielleicht die vorher bemerkte Überjähung nicht genügend voller oder mäßig wüchsiger Bestände eintritt, und plentert vorsichtig und allmählich. Die Grundlage einer geordneten, nachhaltigen Forstwirtschaft übersieht er aber, nämlich die alljährliche oder doch nur selten ausförende Verjüngung. Er müßte sich ebenso wie es für die folgende Klasse um 100 Morgen herum gilt, im Kopf und Auge den Betriebsplan zurechtlegen: pro Jahr einen Morgen große Kulturfläche zu schaffen. Nach meinen Erfahrungen fehlen die jüngsten Altersstufen im Bestande der meisten Privatwälder — kann man sagen —, Privatforsten sollen es eben noch werden. Die Furcht, die ich öfter gefunden habe, daß jährliche Kulturflächen doch zu schnell den ganzen Wald aufzehren, ist nicht begründet. Leider gibt es ja mancherlei Schädlinge und ungünstige Witterungen, mit denen die Kulturen oft lange zu kämpfen haben, aber dann ist eben ein ausförender Betrieb, d. h. das Fortlassen der jährlichen Schlagfläche, am Platz. Statt dessen greift dann der Hieb in etwaige Durchforstung oder besonders bei ungleichaltrigen und ungleichwüchsigen Beständen in die Vorbereitung des künftigen Überhaltes, d. h. der

auf den Schlagflächen zu belassenden Stämme. Sie erkennt auch das noch wenig geschulte Auge leicht und besonders, wenn zunächst alle zweifellos nicht im Wuchs lohnenden Stämme gehauen werden und dann die sorgsame Auslese aus dem Rest erfolgt.

Man kann vorübergehenden und dauernden überhalt unterscheiden. Zu ersterem zählen wir Birken, Eichen, nicht vollständig gutkronige Eichen und Kiefern, die aber alle noch im vollen Wachstum sind. Unter ihrem Schirm soll die Kultur etwa 10jährig und dann freigestellt werden. Zum dauernden überhalt wählen wir Eichen und Kiefern, die noch 60 bis 80 Jahre mit der Schönung fortwachsen.

Ob nun der sogenannte Betriebsplan 1, $1\frac{1}{2}$ oder 2 Morgen Schlag- und Kulturfläche bestimmen kann, liegt in der Waldgröße zwischen 100 bis 200 Morgen und in dem vorhandenen Altersverhältnis der Bestände. Mehrfach habe ich vorgeschlagen, bei 150 Morgen z. B. die jährliche Schlagfläche mit Rücksicht auf die allgemein nur mittelmäßig bestandene Waldfläche auf 3 bis 4 Morgen festzusetzen, um gleichmäßigere, wertvollere Bestände zu erhalten, und etwa nach 20 Jahren die Schlagfläche zu verkleinern.

An sich ist die Auswahl dieser abzuholzenden Flächen nicht schwierig, da sie als die raum- oder nicht im Zuwachs lohnend bestandenen ins Auge fallen.

Wo die Fichte mehr ungemischt auftritt, ist auf die Gefahr durch Windwurf zu achten, gegen die bekanntlich der von Osten her geführte Hieb schützt. Empfehlen möchte ich aber, sich dann nach sturmfesten Wiesen oder Wegerändern mit ihren weit auslaufenden, geschlossenen Ästen umzusehen und solche vorhandene natürliche Schutzmäntel gegen den West- und Nordwestwind solange als möglich zu erhalten. Ferner ist es wünschenswert, daß die einzelnen Jahresschläge sich nicht völlig vereinzelt durch den ganzen Wald ziehen, sondern so gelegt werden, daß man etwa in 10 Jahren wieder Schlagflächen an sie anschließt, oder sie seitwärts freien Lichtzutritt genießen.

Zum Schluß noch ein Wort über Wegelegung. An einige bereits vorhandene ist der Besitzer ja gewöhnlich gebunden; von diesen aus lassen sich nun bei Vermehrung der Schlagflächen gerade oder zweckmäßig verlaufende Wege seitwärts ablenken, die z. B. nach einem größeren, besonders zu behandelnden Erlensbruch oder nach der Waldgrenze führen. Längs dieser in möglichster Ausdehnung einen Weg zu unterhalten, empfiehlt sich deshalb, weil er trockener liegt als im Walde, den Schatten- und Wurzelstreifen im Felde beseitigt und eine gute Gelegenheit zur Holzanfuhr aus allen Beständen und zur Beobachtung des Wildes bietet.

Wenn nun von den tausend Waldbesitzern, die ich anfangs aufgezählt habe, nur sehr wenige von diesen Ausführungen Kenntnis erhalten, so möchte ich das besonders deshalb bedauern, weil es ein Zeichen ist, wie wenig die „Deutsche Forst-Zeitung“ in ihren Kreisen gelesen wird. Und doch bietet sie ein wesentliches Mittel zur Vermehrung der Kenntnisse und der Lust für die Waldwirtschaft. Davon zeugen unter anderem die Anfragen im Brief- und Fragekasten. Auch die Anzeigen der Halstenbeker Pflanzenschulen geben dankenswerte nähere Angaben über die anzubauenden Holzarten, wobei ich bemerke, daß

dort zehntausend zweijährige Fichten nur etwa 20 Mk. und tausend einjährige Erlen nur 5 Mk. kosten. Wenn man beide im Walde selbst nach guter Anlage von Pflanzenbeeten oder in der Nähe des Waldes auf einem unkrautfreien Ackerstück verschult, hat man das beste Pflanzmaterial jederzeit bei der Hand.

Im übrigen ist es heutzutage ja auch leicht, über Kulturen und sonstige Maßregeln im Walde sich an vorbildlichen Orten zu unterrichten.

An Beispielen lernt man! Also:

Freisch auf, ihr Herren, her und dran —
Hinein zum Wald — es steht euch an!

Mitteilungen.

— **Starker Wacholder.** Ein beachtenswertes Exemplar eines Wacholders steht bei dem Dorfe Siebenstramm im Kreise Salzwehel. Der Umfang desselben beträgt 1,52 m. Der erste Ast zweigt sich in einer Höhe von 3,60 m ab.

— **Zum Artikel: „Schuhgräben mit einer schrägen Seitenwand.“** Mit Interesse habe ich den mit obiger Überschrift versehenen Artikel in Nr. 23 der „Deutschen Forst-Zeitung“ gelesen, und bin ich in der Lage, aus meinem früheren Wirkungskreise auf einem Revier in den Weserbergen mitzuteilen, daß ich dort einen sogenannten Fanggraben zwischen einem Baumorte aus Fichten und Kiefern und einer Fichtenpflanzung vorfand. Der Käferfang wurde innerhalb der Fichtenpflanzung mittels Fangrinde, zeitweise auch mittels Fangknüppeln betrieben, dem Graben aber hatte man schon seit Jahren keine Beachtung mehr geschenkt. Indes interessierte mich dieser, zumal ich bisher auf den verschiedenen Forstrevieren noch niemals mit Fanggräben zu tun gehabt hatte. Es zeigte sich nun, daß in dem Fanggraben außer Nüsseltäfern, wie *Hylobius abietis*, *Pissodes pini* L., *Otiorrhynchus niger* (ater Hbss.) u. a., eine Anzahl nühliger Laufkäfer, wie der schöne *Carabus violaceus* (var. *purpurascens*), *auronitens* u. a. m., sich darin fingen. Diese wären ungelommen, wenn sie beim Abfammeln der Nüsseltäfer auf meine Veranlassung nicht wieder ins Freie geklett wären. Zahlreiche Überreste solcher Arten habe ich leider in der ersten Zeit darin vorgefunden. Gerade an dieser Stelle habe ich gelegentlich des Hechbocksanstandes, besonders an gewitterschwülen Abenden, u. a. den sonst so plumpen, großen, braunen Nüsseltäfer häufig vom Nachbarstande her anfliegen sehen, wodurch mir die Mangelhaftigkeit des Fanggrabens bald zur Gewißheit wurde, zumal derselbe dicht an dem höheren Orte sich hinzog. Damit war es dem Käfer un schwer, den Fanggraben zu überfliegen. In dem benachbarten Baumorte waren, wie auch an anderer Stelle im hohen Orte, einige Windfälle vorhanden, denen ich die Fangrinde entnahm (später wurden diese dann wie Fangbäume behandelt und gänzlich entrinde, die Rinde mit

Brut über Kohlenglut vernichtet). Dabei fand sich, daß der Käfer (Nüsseltäfer) gerade an solchen Stellen in größerer Zahl zu finden ist. Aus diesem Grunde ließ ich dann hier, wie an anderen Orten unter gleichen Verhältnissen, in der Nähe von Fichtenkulturen im hohen Orte, insbesondere also auch auf Versallplätzen, nach Verständigung mit meinem Chef, Fangrinde legen, und — es zeigte sich der Fang gerade an diesen Stellen am ergiebigsten. Es ist dieses Ergebnis seinerzeit an dieser Stelle einmal von mir mitgeteilt und, soviel ich weiß, ist dieses Faktum von mir zuerst besprochen worden. Waren auch die Flächen bzw. die Nadelholzbestände, in denen jene Beobachtungen stattfanden, nur klein und für größere Versuche ungeeignet, so boten sie doch immerhin einen gewissen Anhalt für Versuche im Großen.

Prediger, Vergl. Förster.

— **Zur Bekämpfung von Blattläusen und Wollläusen** dient die **Petroleumseifen-Emulsion**. 125 g Seife werden geschneitelt, am Abend mit 0,5 l Wasser eingeweicht, am nächsten Tage in der Siebelhitz gelöst, vom Feuer entfernt und mit 2 l Petroleum von Stubenwärme versetzt. Alsdann ist vermittels einer Spritzbüchse (Blumenspritze mit Kolben), deren Mundstück viele feine Öffnungen hat, die Mischung des Petroleum und der Seifenlösung vorzunehmen. Dieselbe erfolgt abseits vom Feuer. Durch fortgesetztes Hineinsaugen und Auspritzen bildet sich bald eine sahnenartige, weiße Emulsion von gleichmäßiger Beschaffenheit, in welcher weder Seife noch Petroleum zu erkennen sind. Inzwischen wird 0,5 l Wasser zum Sieden gebracht und der vollständig verbutterten Masse zugefügt, worauf durch nochmaliges, längeres Durcheinanderspritzen ein erneutes Vermischen und Berühren stattfindet. Petroleum, dessen Temperatur unter 18 bis 20° C liegt, erschwert die Verbutterung ungemein. Die unverdünnte Petroleumseife schadet zarten Pflanzenteilen; sie wird deshalb mit Wasser in dem Verhältnis 100 Teile Wasser auf 3 Teile Petroleumseife verdünnt und auf die mit Säulen besetzten Pflanzen so gesprüht, daß alle Zweige oder Stamnteile getroffen werden. Wenn nötig ist die Maßregel nach einiger Zeit zu wiederholen.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Nachtrag zur Anweisung vom 29. Juli 1907 zur Ausführung der Jagdordnung vom 15. Juli 1907.

Zu Gesetz Nr. I. B. I. d. 1908 Nr. f. 2. — I. 427 f. 2. Nr. — II. b. 1521 Nr. f. 5. u. G. — IV. a. 525 Nr. b. 3. — III. 3542 f. 2. Nr.

Durch die Einführung des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1909 (Gesetzsamml. für 1909 S. 535) werden nachstehende Änderungen der Anweisung zur Ausführung der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 erforderlich:

A. Ziffer 17 (zu § 22 der Jagdordnung) erhält im Abs. 2 folgende Fassung:

(1.) Die gemäß § 22 Ziffer 1 schriftlich abzuschließenden Jagdpachtverträge sind dem Stempel nach der Tariffstelle 48 I Nr. 2 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895

in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 (Gesetzsamml. für 1909, S. 535) unterworfen, wenn der nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins mehr als 300 M beträgt und der für die Gesamtdauer des Vertragsverhältnisses zu entrichtende Zins den Betrag von 150 M übersteigt. An Stempel sind zu entrichten, wenn der verabredete, nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins (wobei die in Geld vereinbarten Vergütungen für besondere Leistungen hinzuzurechnen sind) beträgt:

mehr als 300 M, aber nicht mehr als 500 M,	2 v. H.
500 " "	3 " "
1500 " "	5 " "
3000 " "	7 " "
6000 " "	9 " "
8000 " "	10 " "

Verträge über die Anpachtung von gemeinschaftlichen Jagdbezirken unterliegen jedoch, sofern der verabredete nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins den Betrag von 1500 M nicht übersteigt, nur einem Stempel von $\frac{2}{10}$ v. H. des Pachtzinses, wenn als Pächter ausschließlich solche Inländer auftreten, die im Gemeindebezirk ihren Wohnsitz haben und zu den Jagdgenossen des Jagdbezirks gehören.

(2.) Den in dem vorhergehenden Absätze angegebenen Steuerfüßen sind auch mündliche Jagdpachtverträge unterworfen.

(3.) Schriftliche oder mündliche Verträge über die Erlaubnis zum Abschusse jagdbarer Tiere auf inländischen Grundstücken gegen Entgelt stehen den Jagdpachtverträgen gleich mit der Maßgabe, daß das innerhalb des laufenden Kalenderjahres zu zahlende Entgelt an die Stelle des nach der Dauer eines Jahres zu berechnenden Pachtzins tritt. Sie unterliegen indessen einem Mindeststempel von jährlich 15 M.

(4.) Enthält ein schriftlicher oder mündlicher Vertrag neben sonstigen Vereinbarungen auch Vereinbarungen über die Verpachtung der Jagd oder über Berechtigungen zum Abschusse jagdbarer Tiere gegen Entgelt, so ist der auf diese Vereinbarungen entfallende Teil des Entgelts nach den Vorschriften über Jagdpachtverträge zu versteuern. Das Entgelt ist in das Jagdpachtverzeichnis einzutragen. Trägt die Zollbehörde

Bedenken, das Entgelt als richtig anzunehmen, so finden die §§ 6, 7 und 27 Abs. 3 des Stempelsteuergesetzes entsprechende Anwendung.

(5.) Jeder Jagdvorsteher ist verpflichtet, nach Schluß eines jeden Kalenderjahres die während dessen Dauer in Geltung gewesenen Verträge einzeln in das durch die Ausführungsbestimmungen vom 16. August 1910 zum Landesstempelgesetz in der Beilage 5 vorgeschriebene Jagdpachtverzeichnis einzutragen und das Verzeichnis spätestens bis zum Ablauf des auf das Kalenderjahr folgenden Januar je nach seiner Wahl einem Hauptzollamt, Zollamt oder einem Stempelverteiler desjenigen Oberzolldirektionsbezirktes, in welchem die verpachteten Grundstücke belegen sind oder der Jagdvorsteher seinen Wohnort hat, unter Einzahlung des erforderlichen Stempelbetrages zur Versteuerung vorzulegen. Die Zuständigkeit der Stempelverteiler ist auf die Versteuerung von Verzeichnissen beschränkt, die einen Stempel von nicht mehr als 100 M erfordern. Statt die Versteuerung durch die Zollbehörden vornehmen zu lassen, steht es den Jagdvorstehern als Behörden nach Abs. 16 der Tariffstelle 48 I auch frei, die Versteuerung der von ihnen zu führenden Verzeichnisse selbst zu bewirken. Ausführungsbestimmungen vom 16. August 1910 zum Stempelsteuergesetz Nr. 78 Abs. 1 bis 3 und Beilage 5 der amtlichen Ausgabe S. 157 und S. 200 bis 204; Zentralblatt der Abgabengesetzgebung und Verwaltung für 1910, Beilage zum 20. Stück S. 73, S. 116 bis 120.

B. Ziffer 25 (zu § 29 der Jagdordnung) erhält folgende Fassung:

25. Zu § 29 (§ 1 des Jagdscheingesetzes vom 31. Juli 1895; vgl. auch wegen der Versteuerung der Jagdscheine Ausführungsbestimmungen zum Stempelsteuergesetz Nr. 65, amtliche Ausgabe S. 144 ff., Zentralblatt a. a. O. S. 60 ff.).

Ia. Ausfertigung der Jagdscheine.

(1.) Zur Ausstellung der Jagdscheine sind die folgenden fünf verschiedenen Formulare nach Maßgabe der beiliegenden*) Muster zu benutzen:

- a) für den Jahresjagdschein gelbe Farbe,
- b) für den Tagesjagdschein rote Farbe,
- c) für den Jahresjagdschein für Ausländer gelbe Grundfarbe mit schräg aufgedrucktem grünen Kreuz, Angabe des Bürgen mit Name und Wohnort, dem Aufdrucke „Ausländerjahresjagdschein“ und mit freiem Rande an der rechten Seite zum Aufkleben der Stempelmarken,
- d) für den Tagesjagdschein für Ausländer rote Grundfarbe mit schräg aufgedrucktem grünen Kreuz, Angabe des Bürgen mit Name und Wohnort, dem Aufdrucke „Auslandertagesjagdschein“ und gleichfalls mit freiem Rande an der rechten Seite zum Aufkleben der Stempelmarken,
- e) für den unentgeltlich zu erteilenden Jagdschein weiße Farbe (wie bisher) mit dem Aufdrucke „Abgabe- und stempelfrei“.

*) Nicht mit abgedruckt.

(2.) Die Rückseite hat das in der Anlage II a*) mitgeteilte Muster zu enthalten. Auch empfiehlt es sich, um Unglücksfällen vorzubeugen, auf einem Anhange zum Jagdscheinfornulare die für das Verhalten der Schützen auf Treibjagden zu beobachtenden Hauptregeln in der Fassung der Anlage II b*) zum Ausdruck zu bringen, wie dieses in einzelnen Regierungsbezirken bisher schon vielfach geschieht und auf den auf Kosten der Staatskasse hergestellten Vordruden vorgesehen ist. Die Wahl des Materials (z. B. fester Pappebedel oder Leinwand) bleibt, soweit die Vordrude nicht nach Abschn. I b Abs. 2 auf Kosten der Staatskasse hergestellt werden, den ausstellenden Behörden überlassen.

(3.) Jeder Jagdschein muß neben der Zeichnung und Unterschrift der ausstellenden Behörde, die auch durch Ausdruck mit einem Handschriftendruckstempel geleistet werden kann, deren Amtssiegel, die Nummer, unter der der Jagdschein in der Jahreskontrollliste eingetragen ist, und die Angabe der dafür entrichteten Abgabe und Stempelsteuer enthalten.

(4.) Ausfertigungsgebühren dürfen für den ausgestellten Jagdschein nach § 32 Abs. 2 nicht erhoben werden; etwaige Anschaffungskosten (zu vergleichen Abschn. I b Abs. 5) sind von denjenigen Kommunalassien zu decken, in welchen nach § 32 Abs. 4 die Abgaben fließen, die Kosten für die unentgeltlich zu erteilenden Jagdscheine aus dem Dispositionsfonds der Regierungen für polizeiliche Zwecke (vgl. M. E. v. 14. März 1850 M. Bl. S. 107), sofern nicht auch diese freiwillig aus den Kommunalassien bestritten werden.

(5.) Doppelausfertigungen (Duplikate) sind gegen Entrichtung von 1 M nach § 32 Abs. 3 zulässig, und zwar sowohl für abhanden gekommene, verbrannte, verlorene Exemplare, wie für noch vorhandene; sie sind gemäß Tarifstelle 16 Abs. 2 des Stempelsteuergesetzes von der Stempelabgabe befreit, jedoch mit dem ausdrücklichen und deutlichen Vermerke „stempelfreie Doppelausfertigung“ zu versehen; auch ist auf ihnen anzugeben, welche Abgabe und welcher Stempelbetrag für die Hauptausfertigung entrichtet worden sind (zu vergleichen Abschn. I b Abs. 8).

(6.) Bei Erneuerung eines Jagdscheines ist tunlichst der abgelaufene, früher bezogene einzuziehen und zu vernichten. War der frühere Jagdschein in doppelter Ausfertigung ausgestellt, so sind, soweit möglich, beide Exemplare einzuziehen und zu vernichten.

(7.) Der Tag der Lösung des Jagdscheines braucht nicht mit dem Tage der Ausfertigung zusammenzufallen. Es steht also nichts im Wege, daß ein Jagdschein schon einige Tage, ehe seine Gültigkeitsdauer beginnen soll, ausgestellt und dem Nachsuchenden zugefertigt wird.

(8.) Wird die Zuwendung der aus gefertigten Jagdscheine durch die Post gewünscht, so hat sie bei unentgeltlichen Jagdscheinen für Staatsforstbeamte portofrei zu erfolgen; bei allen übrigen trägt die Portokosten der Empfangsberechtigte.

*) Nicht mit abgedruckt.

I b. Besteuerung der Jagdscheine.

(1.) Die Stempelabgabe für Jagdscheine beträgt nach der Tarifstelle 31 Abs. 1 des Stempelsteuergesetzes:

1. für den Jahresjagdschein . . . 7 M 50 S
2. für den Tagesjagdschein . . . 1 " 50 "
3. für den Jahresjagdschein an Personen, welche weder Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind noch in Preußen einen Wohnsitz oder einen Grundbesitz mit einem Grundsteuerreintrag von 150 M haben 50 " — "
4. für den Tagesjagdschein an solche Personen 10 " — "

(2.) Die Besteuerung der Inländerjahresjagdscheine und der Inlandertagesjagdscheine erfolgt durch Verwendung von Vordruden, die zu den Steuerätzen von 7 M 50 S und 1 M 50 S abgestempelt und auf Kosten der Staatskasse nach den im Abschn. I a Abs. 1 vorgeschriebenen Mustern hergestellt werden. Die Namen des Kreises und des Ausstellungsorts sowie die Firma der Ausstellungsbehörde, die in den von den Kreisen hergestellten Vordruden gedruckt sind, müssen mangels eines solchen Vordrudes künftig handschriftlich eingerückt werden. Die noch nicht aufgebrauchten alten Vordrude dürfen nicht mehr benutzt werden.

(3.) Die Besteuerung der Ausländerjagdscheine erfolgt in der Weise, daß von den die Jagdscheine erteilenden Behörden die erforderlichen Stempelmarken auf der Vorderseite der Jagdscheine aufgelegt und nach der Vorschrift der Nr. 16 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen vom 16. August 1910 zum Landesstempelgesetz entwertet werden. Einem besonderen Stempelabdruckes bedarf es für die Entwertung der Marken nicht; statt dessen hat der für die Entwertung verantwortliche Beamte seinen ausgeschriebenen Namen in den unteren Teil der Marken einzutragen.

(4.) Den die Jagdscheine ausstellenden Behörden wird auf Antrag ein Vorrat von Stempelvordruden der Inländerjahresjagdscheine und der Inlandertagesjagdscheine sowie von Stempelmarken von Hauptzoll- und Zollämtern ohne sofortige Bezahlung des Wertbetrages gegen Empfangsbcheinigung überlassen. Der Vorrat (eiserne Bestand) ist etwa nach dem durchschnittlichen Bedarf eines Monats zu bemessen. Im Laufe des Rechnungsjahres sind die zur Auffüllung dieses Bestandes erforderlichen Stempelzeichen gegen bare Bezahlung des Wertbetrages bei den vorbezeichneten Zollbehörden anzukaufen und dort sofort endgültig zu verausgaben, während am Schluß des Rechnungsjahres die Abrechnung zu erfolgen hat in der Art, daß gegen Ablieferung des dann noch vorhandenen Geldbetrages für verkaufte Stempelzeichen der im Stempelagerbuch ein für allemal vorgetragene eiserne Bestand wieder für das folgende Rechnungsjahr zu ergänzen ist.

(5.) Zur Vermeidung der durch die handschriftliche Eintragung der Namen der Kreise, des Ausstellungsortes und der Firma der Aus-

Stellungsbehörde entstehenden Umstände ist es den Ausstellungsbehörden gestattet, sich den ganzen Vordruck für die Inländerjagdscheine nach dem vorgeschriebenen Muster durch das Hauptstempelmagazin herstellen und abstemplen zu lassen (vgl. Nr. 9 Abs. 6 zu d der Ausführungsbestimmungen vom 16. August 1910 zum Landesstempelgesetz). Da die Kosten der Vordrucke, für die von der Reichsdruckerei ein kunstvoll hergestelltes Sicherheitspapier ausgewählt worden ist, sich einschließlich eines zur Aufbewahrung dienenden Täschchens bei einer Auflage von 400 Stück auf 50 M für das Stück belaufen, wird es sich mit Rücksicht auf diesen verhältnismäßig hohen Preis empfehlen, daß die Ausstellungsbehörden von Anträgen auf Herstellung besonderer Jagdscheinvordrucke tunlichst absehen und den Bedarf durch Verwendung der bei den Zollstellen käuflichen Vordrucke decken (vgl. Rundschreiben des Finanzministers vom 24. Januar 1911 — III. 703 F. M., I. B. I. d. 392 M. f. L. —). Für die Vordrucke zu den Inländerjagdscheinen darf ein beliebiges Format, auf dem ein genügender Raum für den Stempelausdruck vorhanden sein muß, gewählt werden, beispielsweise das in manchen Kreisen gebräuchliche Geldtäschchenformat, das mit dem Ausdruck der „Hauptregeln für das Verhalten der Schützen auf Treibjagden“ ebenfalls versehen werden kann. Die Ausstellungsbehörden haben bei Herstellung und Abstempelung der Vordrucke durch das Hauptstempelmagazin die für die Herstellung der Vordrucke entstehenden Kosten sowie die Postgebühren zu tragen und den Wert der bestellten Stempelseichen im voraus zu entrichten.

(6.) Die im Abs. 1 der Tariffstelle 31 zugelassene Ermäßigung des Stempels bis auf den Satz für Inländer für Personen, die weder Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind noch in Preußen einen Wohnsitz oder einen Grundbesitz mit einem Grundsteuerertrage von 150 M haben, wird den Angehörigen der Staaten Dänemark, Griechenland, Italien, Luxemburg, Österreich-Ungarn, Rußland, Schweden, der Schweiz, Serbien und der Türkei zugewillt. Die gleiche Ermäßigung gilt für Angehörige der außereuropäischen Staaten Argentinien, Chile, Japan, Mexiko und Paraguay.

(7.) In solchen Fällen ist der Stempelbetrag am unteren Rande des Jagdscheines handschriftlich zu ändern.

(8.) Nach der Tariffstelle 16 Absatz 2 des Stempelsteuergesetzes sind Doppelausfertigungen (Duplikate) von Jagdscheinen stempelfrei. Doppelausfertigungen von Inländerjagdscheinen sind am unteren Rande der ersten Seite mit folgendem Vermerk zu versehen: „Für diese Doppelausfertigung ist eine Mark entrichtet. Für die Hauptausfertigung ist eine Mark entrichtet. Für die Hauptausfertigung ist eine Mark entrichtet. Für die Hauptausfertigung ist eine Mark entrichtet.“ Vordrucke für diese Doppelausfertigung können die Ausstellungsbehörden von den Hauptzoll- und Zollämtern kostenfrei beziehen. Doppelausfertigungen von Ausländerjagdscheinen sind von den Ausstellungsbehörden als „stempelfreie Doppelausfertigung“ zu bezeichnen und mit einem

Vermerk darüber zu versehen, welche Abgabe und welcher Stempelbetrag für die Hauptausfertigung entrichtet worden sind (zu vergleichen Abschn. I a Abs. 5).

(9.) Für gestempelte Vordrucke, die bei der Ausstellung verdorben oder sonst unbrauchbar geworden sind, wird der Stempel gemäß Nr. 27 der Ausführungsbestimmungen zum Landesstempelgesetz erstattet.

II. Kontrollisten.

(1.) Über sämtliche im Laufe eines Rechnungsjahres ausgefertigten Jagdscheine ist von den Landräten (Ortspolizeibehörden) eine Kontrolliste nach Maßgabe des in der Anlage III beigegebenen Musters zu führen. Die Ausstellungsbehörden sind verpflichtet, in Spalte 14 und 15 den Betrag der zu den einzelnen Jagdscheinen verwendeten Stempel und bei Stempelermäßigungen und Befreiungen den Ermäßigungs- und Befreiungsgrund einzutragen.

(2.) In die Kontrolliste sind sämtliche Jagdscheine nach der Reihenfolge der Ausstellungen unter laufender Nummer für das Rechnungsjahr vom 1. April bis 31. März einzutragen.

(3.) Die im Laufe eines Monats ausgegebenen Jagdscheine sind, namentlich in den Landkreisen, allmonatlich in dem Kreisblatt oder dem für die amtlichen Bekanntmachungen bestimmten Blatte zu veröffentlichen.

(4.) Nach Schluß eines jeden Rechnungsjahres sind die Spalten 7 bis 14 aufzuzählen und das so gewonnene Ergebnis in einer Übersicht an die Regierungspräsidenten einzureichen, die das Gesamtergebnis für ihren Regierungsbezirk, ebenso wie der Polizeipräsident von Berlin für seinen Bezirk, bis spätestens zum 1. Mai jeden Jahres dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vorzulegen haben.

III. Unentgeltliche Jagdscheine.

(1.) Unentgeltliche Jagdscheine sind gemäß Tariffstelle 31 Abs. 2 des Stempelsteuergesetzes stempelfrei. Sie sind gemäß § 33 nur an die auf Grund des § 23 des Forstdiebstahls Gesetzes vom 15. April 1878 (Gesetzamtl. S. 222) beeidigten, sowie an diejenigen Personen zu verabfolgen, welche sich in der für den Staatsforstdienst vorgeschriebenen Ausbildung befinden. Als notwendige Voraussetzung für die im § 23 des Forstdiebstahls Gesetzes vorgesehene Beerdigung und damit auch für das Recht auf Erteilung eines unentgeltlichen Jagdscheines ist die Betrauung mit dem Forstschutz anzusehen. Vor der Ausstellung hat sich die Jagdpolizeibehörde zu vergewissern, ob eine dieser Voraussetzungen vorliegt. Zu den Personen, die Anspruch auf einen unentgeltlichen Jagdschein haben, gehören auch die Angehörigen der Klasse A eines Jägerbataillons. Selbstverständlich erlischt die Befugnis zur Führung eines unentgeltlichen Jagdscheines, sobald die Voraussetzungen aufhören. Für die königlichen Oberförster und die ihnen untergebenen Forstschutzbeamten empfiehlt es sich, die Beschaffung der unentgeltlichen Jagdscheine in der Weise zu bewirken, daß der Oberförster für die Beamten seines Reviers gemeinsam die Ausfertigung der

unentgeltlichen Jagdscheine bei der zuständigen Behörde beantragt und diese sie dem Oberförster zustellt.

(2.) Es wird zweckmäßig sein, dies Verfahren in gleicher Weise auch für die Gemeinde- und Privatforstverwaltungen einzuführen dergestalt, daß die betreffende Gemeindebehörde oder der Privatforstbesitzer für seine sämtlichen zu berücksichtigenden Beamten gemeinsam die Ausstellung der unentgeltlichen Jagdscheine beantragt.

IV. Ausländerjagdscheine.

(1.) Ausländern, d. h. Personen, die nicht einem deutschen Bundesstaate oder den Reichsländern Elsass-Lothringen angehören, kann dann, wenn sie in Preußen einen Wohnsitz oder einen Grundbesitz mit einem Grundsteuerertrage von 150 M. haben, ein Jagdschein zu denselben Sätzen verabfolgt werden wie den Inländern; in diesem Falle ist dazu auch nicht das für Ausländer vorgeschriebene, sondern das gewöhnliche Formular zu verwenden. Ferner ist Ausländern, die zu den Angehörigen eines Staates zählen, für den gemäß Tarifstelle 31 Abs. 1 des Stempelsteuergesetzes der Stempelsteuererlaß für Jagdscheine bis auf den Satz für Inländer ermäßigt worden ist (zu vergleichen Abschn. I b Abs. 6), ein Jagdschein zu den für Inländer gültigen Sätzen auszustellen. In solchen Fällen ist der Betrag der Jagdscheinabgabe und des Stempels am unteren Rande des Jagdscheines handschriftlich zu ändern (zu vergleichen Abschn. I b Abs. 7).

(2.) Treffen dagegen diese Voraussetzungen nicht zu, so können Ausländer nach § 32 (§ 4 des Jagdscheingesetzes) einen Jahres- oder Tagesjagdschein nur zu dem erhöhten Satze erhalten. Außerdem darf ihnen dann, wenn sie in Preußen keinen Wohnsitz haben, selbst wenn sie daselbst Grundeigentum besitzen, ein Jagdschein nur gegen die Stellung eines Bürgen, der gemäß § 29 Abs. 2 haftbar ist, erteilt werden. Die Jagdpolizeibehörden haben hierbei die Zuverlässigkeit und Sicherheit des Bürgen ganz besonders sorgfältig zu prüfen und wenn sie ihnen nicht ausgiebig genug erwiesen ist, die Verabfolgung des Jagdscheines zu verweigern. Ob der Name des Bürgen auf dem Jagdscheine mit anzugeben ist, bleibt im einzelnen Falle dem Ermessen der ausstellenden Behörde überlassen.

V. Zuständigkeit und Verfahren.

(1.) Hinsichtlich der Zuständigkeit für Erteilung der Jagdscheine ist nicht allein der Wohnsitz des Nachsuchenden maßgebend, sondern es genügt auch die Tatsache, daß er zur Ausübung der Jagd berechtigt ist. Dies wird z. B. überall da der Fall sein, wo jemand einen zur selbständigen Ausübung der Jagd berechtigenden Grundbesitz, oder wo er eine Jagd gepachtet hat, oder wo er auch nur zur Ausübung der Jagd durch einen Erlaubnisschein oder eine Einladung in Begleitung des Jagdinhabers ermächtigt ist. Vielfach wird dies also in Arcien stattfinden, in denen der Betreffende seinen Wohnsitz hat. Danach kann es sich häufig ereignen, daß der Landrat (oder die im § 29 als zuständig bezeichnete Jagdpolizeibehörde) um Ausstellung eines Jagdscheines von Personen an-

gegangen wird, die ihm, da sie nicht zu seinen Kreisinsassen gehören, gänzlich fremd sind.

(2.) In diesem Falle ist er um so mehr verpflichtet, zu prüfen und sich davon zu überzeugen, ob gegen den Antragsteller keinerlei Tatsachen vorliegen, die nach §§ 34 und 35 die Verfassung eines Jagdscheines bedingen oder rechtfertigen würden. Dies wird sich unschwer durch Erkundigungen bei der Jagd- oder Ortspolizeibehörde des Wohnortes des Betreffenden feststellen lassen, die sich insbesondere auch darauf zu erstrecken haben, ob ihm etwa im Kreise seines Wohnortes die Erteilung eines Jagdscheines bereits versagt oder der erteilte Schein wieder entzogen worden ist und ob er deshalb den Versuch gemacht hat, den Jagdschein in einem andern Kreise zu erhalten. Im übrigen wird den für die Erteilung zuständigen Behörden selbst überlassen werden können, auf welche Weise sie sich die Überzeugung davon verschaffen wollen, ob gegen den einen Jagdschein Nachsuchenden keiner der gesetzlichen Verlagsgründe vorliegt.

(3.) Wünscht der den Jagdschein Nachsuchende im Interesse einer schnellen Erlangung der Karte den durch die Nachforschungen über seine Persönlichkeit bedingten Zeitaufwand zu vermeiden, so ist es ihm unbenommen, dem Gesuche um Ausstellung des Jagdscheines gleich eine Bescheinigung (Attest) der Jagd- oder Ortspolizeibehörde seines Wohnortes beizufügen, die sich über die Zulässigkeit seines Antrages ausspricht. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß eine solche Bescheinigung (Attest) den Zeugnistempel von 3 M. nach der Tarifstelle 77 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1909 erfordert.

(4.) Für die Entziehung des Jagdscheines (§ 36) ist nicht jede Jagdpolizeibehörde zuständig, die nach § 29 zur Erteilung befugt gewesen wäre, sondern nur diejenige, welche tatsächlich den zu entziehenden Jagdschein ausgestellt hat. In allen Fällen, in denen nicht die Jagdpolizeibehörde am Wohnsitz des Jagdscheininhabers den Jagdschein erteilt oder entzogen hat, ist die letztere sowohl von der Erteilung als auch von der Entziehung jedes Jahresjagdscheines in Kenntnis zu setzen.

VI. Kontrolle der Jagdausübung.

Bei der Verschiedenartigkeit der einzelnen Jagdscheinforten und der Höhe der Abgabe ist eine sorgfältige Überwachung der Jagdausübung dahin geboten, ob die Jagenden, insbesondere die Ausländer, mit einem richtigen, für ihre Person ausgestellten Jagdschein versehen sind.

VII. Beschlagnahme der Jagdgeräte und Hunde.

Hinsichtlich der Ablieferung und Verwertung bzw. Vernichtung der beschlagnahmten Jagdgerätschaften und Hunde verbleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

C. Ziffer 32. Zu §§ 43 bis 46 der Jagdordnung (§§ 6 bis 9 des Wildschonengesetzes).

Im Abs. 1 Zeile 5 muß es statt „§ 43“ heißen „§ 46“.

D. Ziffer 33. Zu § 48 der Jagdordnung (§ 11 Wildschonengesetz).

An die Stelle des Reichs-Vogelschutzgesetzes vom 22. März 1888 ist das Vogelschutzgesetz vom 30. Mai 1908 (Reichsgesetzbl. Nr. 31 S. 317) getreten.

E. Ziffer 34. Zu § 50 der Jagdordnung (§ 14 Wildschonengesetz) erhält folgende Fassung:

34. Zu § 50 (§ 14 Wildschonengesetz).

Durch königliche Verordnung vom 9. August 1910 sind Bronzeputer oder wilde Truthühner (Truthild) zu jagdbaren Tieren erklärt und die Schonzeiten für sie, und zwar für Truthühner auf die Zeit vom 15. Mai bis 15. Oktober, für Truthühnen auf die Zeit vom 1. Januar bis 15. Oktober, festgesetzt worden.

Des weiteren ist durch königliche Verordnung vom 22. Januar 1912 das Muffelwild (Ovis musimon) als jagdbares Wild erklärt worden; die Schonzeiten sind für männliches Muffelwild auf die Zeit vom 1. Februar bis 31. August und für weibliches Muffelwild auf die Zeit vom 16. Dezember bis 15. September festgesetzt worden.

Berlin, den 28. März 1912.

Der Justizminister.
J. V. Rängel.

Der Minister
für Handel und Gewerbe.
J. A. Lusenst.

Der Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.
J. A. Wesener.

Der Minister des Innern.
J. A. Freund.

Der Finanzminister.
J. A. Rathjen.

Jahr: 1911/1912. Im Kreise Prenzlau empfangen Jagdscheine:

Laufende Nr.	Beginn der Gültigkeitszeit	Name	Stand	Wohnort	Kreis	Jah. res.	Ta. ges.	Ausländer.		Jah. res.	Ta. ges.	Jah. res.	Ta. ges.	Bemerkungen, insbesondere auch Gründe etwaiger Ermäßigungen u. -beurteilungen
								Jah. res.	Ta. ges.					
						7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
1.	3. 9.	Schulze, Ernst	Gutsbesitzer	Reudorf	Übertrag.	1						15	7,50	(wied. entzog. am 3./11.
2.	3. 9.	Schulze, Paul	stad. jur.	Breslau	Prenzlau		1					8	1,50	
3.	7./9.	Müller, Friedrich	Ackerbürger	Altdorf	Prenzlau	1						16	7,50	
4.	8./9.	v. Alvensleben, Egon	Rittergutsbes.	Wien	(Österreich)	1		1				15	7,50	
5.	8. 9.	Schwamerl, Josef	Kentier	Wien	(Österreich)				1			15	7,50	vgl. Nr. 4.
6.	15. 9.	Schmidt, Paul	Schmiedemstr.	Neuhagen	Prenzlau		1					3	1,50	
7.	21. 9.	Smith, James	Fabrikant	London	—				1			20	10,00	
8.	3. 10.	v. Alvensleben, Max	Offizier	Berlin	—	1				1		16	7,50	
9.	5./10.	v. Alvensleben, Egon	Rittergutsbes.	Altdorf	Prenzlau							1	—	vgl. Nr. 4.
10.	20. 10.	Wolf, Carl	Agl. Oberförst.	Waldheim	—							1	—	
11.	1./11.	Juch, Friedrich	vereid. Privatförster	Altdorf	—							1	—	
12.		usw.												

Seite. 4 2 1 1 2 103 2 50,50

Forstversorgungs-Berechtigte Anwärter.

Allgemeine Verfügung Nr. 12 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 11787 11/1911.

Berlin W 9, 6. Juni 1912.

Die Bestimmungen meiner allgemeinen Verfügung Nr. 9 für 1911 — III 963 — vom 4. März 1911 beziehen sich nur auf diejenigen Anwärter, die den Forstversorgungschein besitzen und aus dem Jägerkorps verabschiedet sind. Die Forstversorgungsberechtigten, die nach neunjähriger aktiver Militärdienstzeit den Schein erhalten haben, fallen daher erst nach Vollendung des zwölften Dienstjahres unter die Vorschriften jener Verfügung. Sie können sich infolgedessen vom Erwerb des Forstversorgungscheines an bis zum Ausscheiden aus dem Jägerkorps, wenn sie nicht bei der Truppe aktiv weiterdienen oder in den Staatsforstdienst einberufen werden, ohne weiteres im Gemeinde- u. u. oder Privatdienst berufsmäßig beschäftigen und haben Anspruch darauf, daß ihnen diese Dienstzeit bei der Pensionierung angerechnet wird (vgl. allgemeine Verfügung Nr. 36/1911 vom 15. Dezember 1911 — III. 9261 — M. f. L., I. 17342 F. M.).

Bei Berechnung der mindestens einjährigen Beschäftigungszeit im Staatsforstdienst, die gemäß Ziffer 2, Abs. 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 9 für 1911 einer urlaubs- oder auftragsweisen Be-

schäftigung im Gemeinde- u. u. Forstdienst vorausgehen muß, darf erst vom Tage der Verabschiedung aus dem Jägerkorps ausgegangen werden. Die unter Ziffer 2, Abs. 1 für Beurteilungen und auftragsweisen Beschäftigungen außerhalb des Staatsforstdienstes vorgeschriebenen Bedingungen und festgesetzten Grenzen sind unter allen Umständen innezuhalten und können nicht etwa umgangen werden, wenn Forstversorgungsrechtigte freiwillig auf die Anrechnung von Gemeinde- u. u. Forstdienstzeit bei der Pensionierung verzichten. Ergeben sich bei der Durchführung dieser Vorschriften Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschäftigung von Forstversorgungsrechtigten, so ist gemäß dem letzten Satz Ziffer 2, Abs. 1 hierher zu berichten.

Schließlich wird, um etwaigen Zweifeln zu begegnen, noch darauf hingewiesen, daß Beurteilungen und Beauftragungen, die schon vor dem Bekanntwerden der allgemeinen Verfügung Nr. 9/1911 ausgesprochen waren, durch die Vorschriften unter Ziffer 2, Abs. 1 nicht berührt werden, sondern gemäß Ziffer 1 als in der Vergangenheit liegende Fälle gelten.

An die königliche Regierung in Trier.

Zur Kenntnis und Nachachtung.
J. A. Wesener.

An die übrigen königlichen Regierungen, mit Ausnahme derjenigen in Aachen und Münster.

Verschiedenes.

— **Die Königl. Forstakademie Charand** besuchen gegenwärtig 105 Studenten, von denen 61 Reichsdeutsche und 44 Ausländer sind. Unter letzteren befinden sich Studierende aus Rußland, Serbien, Österreich-Ungarn, Griechenland, Italien, Bulgarien, England, Norwegen und Japan; aus Rußland allein 20. Unter den reichsdeutschen Studierenden befinden sich 29 aus Sachsen und 20 aus Preußen.

— **Der Allgemeine Deutsche Jagdschutz-Verein** hielt am 17. Juni zu Coblenz seine 25. Hauptversammlung ab. Gelegentlich dieser Verhandlung wurde beschlossen, der Witwe des von Jägern erschossenen königlichen Försters Romanus zu Fulda eine Beihilfe von 300 M. zu gewähren.

— **Bildung einer Waldbrandkolonne.** Die großen Waldbrände, die im vorigen Sommer an der preussisch-holländischen Grenze wüteten und allein in den Gemeinden Elmpt und Niederkrüchten gegen 2000 ha Kiefernwald vernichteten, haben gezeigt, daß die zur Löschung der Brände zugezogenen Hilfsmannschaften in der Bekämpfung der Waldfeuer nicht genügend ausgebildet waren. Um nun in Zukunft geschulte Vöschmannschaften alsbald zur Verfügung zu haben, ist jetzt im Kreise Erkelenz eine Waldbrandkolonne gegründet worden. Diese besteht zunächst aus den Feuerwehren der waldbesitzenden Gemeinden, welche durch praktische Übungen in der wirksamen Bekämpfung der Waldbrände unterrichtet werden. Vor einigen Tagen machte die Kolonne eine größere Hauptübung im Walde bei Niederkrüchten, die vorzüglich gelang und den Nachweis erbrachte, daß die Kolonne schon jetzt mit Umsicht und Geschick bei Waldbränden eingzugreifen versteht.

Waldbrände.

Duisburg, 12. Juni. Durch einen Waldbrand sind im Heiligenbrunn 1½ ha Kiefernplantagen vernichtet worden.

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 25. Juni 1912. Rehböde 0,30 bis 0,85, Schwarzwild 0,25 bis 0,45 M. das Pfund. Kaninchen 0,50 bis 0,70 M. das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Zur Nachdruck der in dieser Anstalt zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Bohm, Forsthausf. zu Schwerin a. W., Oberförsterei Schwerin a. W., ist als Schreibgehilfe nach Schwerin a. W., Oberförsterei Rosenhag, Regbz. Posen, vom 1. August d. J. ab versetzt.

Bräuner, Forsthausf. zu Rehlf., Oberförsterei Rehlf., in nach Gzemml., Oberförsterei Pagen, Regbz. Marienwerder, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Dalow, Förster o. R. in der Oberförsterei Stallischen, in nach Rodgallen, Oberförsterei Schmeden, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Friedrichs, Förster zu Friedrichsbrunn, Oberförsterei Thale, ist nach Forsthaus Vauenburg, Oberförsterei Thale, Regbz. Magdeburg, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Jäkel, Förster zu Eulenburg, Oberförsterei Biersbaum, in nach Eaubuch, Oberförsterei Dornitz, Regbz. Posen, vom 1. August d. J. ab versetzt.

Jackel, Förster zu Meische, Oberförsterei Golan, ist unter Ernennung zum Revierförster nach Strassburg, Oberförsterei Golan, Regbz. Marienwerder, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Jacnicke, Förster o. R. zu Groß-Schliwig, Oberförsterei Königsbruch, ist als Förster in R. nach Vegb., Oberförsterei Schittenwalde, Regbz. Marienwerder, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Koch, Forsthausf. zu Rehlf., Oberförsterei Rehlf., Regbz. Marienwerder, ist zum Schreibgehilfen ernannt.

Mundt, Forsthausf. zu Grünhaus, Oberförsterei Grünhaus, ist nach Gatterer Tereoten, Oberförsterei Regentin, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Reisch, Förster o. R. zu Dike, Oberförsterei Dike, ist als Förster in R. zu Klonowo, Oberförsterei Vantenburg, Regbz. Marienwerder, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Schäfer, Hegemeister zu Blauheide, Oberförsterei Dammendorf, ist nach Budenhain, Oberförsterei Bönrichen, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. September d. J. ab versetzt.

Sogt, Förster o. R. zu Klonowo, Oberförsterei Vantenburg, ist nach Meische, Oberförsterei Golan, Regbz. Marienwerder, vom 1. Juli d. J. ab versetzt.

Weinhold, forstverordnungs-berechtigter Anwärter zu Neubred (D. Schl.), ist nach Wulstier-Gollander, Oberförsterei Lubiatz, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Oktober d. J. ab einberufen.

Jäger-Korps.

Beißer, Oberleutnant d. Res. der Maschinengew.-Abt. Nr. 2 (Landw.-Bez. Westph.), ist der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Prinz zu Bentheim und Steinfurt, Leutnant der Garde-Maschinengew.-Abt. Nr. 1, ist der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

v. Brock, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen Militärverdienstordens mit der Krone verliehen.

v. Bonin, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen St. Alexander-Ordens verliehen.

v. Buller, Leutnant im Kurhess. Jäger-Bataillon Nr. 11, ist der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

v. Dassel, Oberleutnant und Kommandeur im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, ist das Fürstl. Meißnische Ehrenkreuz 1. Klasse verliehen.

v. Demich, gen. **Arxos,** Leutnant im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen Militärverdienstordens verliehen.

Graf Fink v. Finkenslein, Oberleutnant und Kommandeur im Garde-Jäger-Bataillon, ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse und das Großfürstliche Kreuz des Bulgarischen Militärverdienstordens verliehen.

Graf Fink v. Finkenslein, Oberleutnant und Kommandeur im Garde-Schützen-Bataillon, ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Graf Fink v. Finkenslein, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen Militärverdienstordens mit der Krone verliehen.

Fehr v. Gadsch, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen St. Alexander-Ordens verliehen.

v. Hedemann, Major beim Stabe des Magdeb. Jäger-Bataillons Nr. 4, ist das Fürstl. Meißnische Ehrenkreuz 2. Klasse verliehen.

Fehr von der Horst, Leutnant im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen Militärverdienstordens verliehen.

Kreiss, Major beim Stabe des Rheinischen Jäger-Bataillons Nr. 8, ist die Erlaubnis zur Auflegung der ihm verliehenen Krone zum Ritterkreuz 1. Klasse des Großherzoglich Badischen Großherzoglichen Albrechts des Ersten Ordens verliehen.

Lorch, Oberleutnant im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, ist das Fürstl. Meißnische Ehrenkreuz 3. Klasse verliehen.

Lüttich, Obermundknecht im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen Zivilverdienstordens verliehen.

Massius, Oberleutnant der Maschinengew.-Abt. Nr. 8, ist das Ritterkreuz des Großherzoglich Mecklenb. Greifenordens verliehen.

von der Auen, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen St. Alexander-Ordens verliehen.

Schneidemän, Hauptmann und Abteilungsführer der Maschinengew.-Abt. Nr. 9, ist das Ritterkreuz mit der Krone des Großherzogt. Mecklenb.-Greifenordens verliehen.

Schreiber, Leutnant im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, ist das Fürstlich Mecklenb. Ehrenkreuz 3. Klasse verliehen.

Siemens, Leutnant im Hannov. Jäger-Bataillon Nr. 10, kommandiert zum Lehr-Infanterie-Bataillon, ist das Ritterkreuz des Bulgarischen Militärverdienstordens mit der Krone verliehen.

Seigel v. Pascherstein, Hauptmann und Kompagniechef im Garde-Jäger-Bataillon, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse und das Lützenkreuz des Bulgarischen Militärverdienstordens verliehen.

Seitz, Leutnant im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, ist das Fürstlich Mecklenb. Ehrenkreuz 3. Klasse verliehen.

Seitz v. Werthern, Hauptmann und Kompagniechef im Garde-Schützen-Bataillon, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Silber, Feldwebel im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, ist die Fürstlich Mecklenb. Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Silber, Vizelfeldwebel im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, ist die Fürstlich Mecklenb. Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Sträß, Feldwebel im Garde-Jäger-Bataillon, ist das Silberne Kreuz des Bulgarischen Militärverdienstordens mit der Krone verliehen.

Stallin, Feldwebel im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, ist die Fürstlich Mecklenb. Silberne Verdienstmedaille verliehen.

Storck, Einjährig-Freiwilliger im Weichselischen Jäger-Bataillon Nr. 8, ist die Erlaubnis zur Anlegung der ihm verliehenen Großherzoglich Badischen Silbernen Rettungsmedaille erteilt.

Die Silberne Medaille zum Bulgarischen Militärverdienstorden wurde verliehen den Oberjägern im Garde-Jäger-Bataillon:

Borchardt, Gräbke, Jacoby, Langer, Beckermann, Jander und Jenschner.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Günter, Aspirant zu Wattenheim, ist zum Assistenten in Elmheim-Süd ernannt.

Reag, Aspirant zu Schwarzbach, ist zum Assistenten in Neuwirchshaus ernannt.

Saustell, Aspirant zu Friedrichsgmünd, ist zum Assistenten in Altdorf ernannt.

Sornberger, Förster zu Isen, ist pensioniert.

Suder, Assistent zu Kunweiler, ist nach Berg (Randel-Süd) versetzt.

Joß, Assistent zu Elmheim-Süd, ist nach Eimen versetzt.

Joß, Assistent zu Eimen, ist nach Kunweiler versetzt.

Krauß, Assistent zu Neuwirchshaus, ist pensioniert.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Bronsart von Schellendorf, Forstleutnant zu Marienhof, ist zum Forstinspektar ernannt.

Elbisch-Lothringen.

Wach, kommissarischer Gemeindeförster, ist zum Gemeindeförster ernannt und ihm die Gemeindeförsterei des Schutzbezirks Wingen, Oberförsterei Lembach, endgültig übertragen.

Kommer, kommissarischer Gemeindeförster, ist zum Gemeindeförster ernannt und ihm die Gemeindeförsterei des Schutzbezirks Münchhausen, Oberförsterei Seltz, endgültig übertragen.

Lies, Gemeindeforstschaffensseher, ist zum Gemeindeförster ernannt und ihm die von ihm bisher kommissarisch wahrgenommene Gemeindeförsterei des Schutzbezirks Wörz, Oberförsterei Lembach, endgültig übertragen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Litigation oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 81. Anfrage: Ich trat als Reserve-Oberjäger am 21. April 1892 in den Dienst des Kaiserlichen Auswärtigen Amtes. Die Ausreise nach Darassalam trat ich am 7. Mai von Berlin aus an, über den Brenner nach Neapel, wofelbst ich am 11. Mai an Bord ging. Beginn nun die Doppelrechnung der Dienstzeit (siehe Jahrbuch 1912 Seite 41, 4a Zeile 2) schon beim Überschreiten der österreichischen Grenze (Ausland) am 8. Mai oder erst am 11. Mai beim Beginn der Seereise? Die Heimreise (7. Juni 1894) machte ich auf dem Seewege direkt nach Hamburg. Von welchem Meridian ab rechnet man in der Nordsee den Begriff „außerheimische Gewässer“?

A., Königl. Förster.

Antwort: Ihre Kolonialbeamtenschaft wird bei der Pensionierung nur doppelt gerechnet, soweit Sie sich in den Schutzgebieten oder auf Seereisen in außerheimischen Gewässern befunden haben. Danach beginnt die Doppelrechnung am 11. Mai 1892. Die Nordsee rechnet bis zur Linie Dover-Calais sowie längs der Ostküste Englands bis zum 3. Grad Westlänge von Greenwich und bis zur Breitenparallele von 60 Grad Nordbreite zu den heimischen Gewässern.

Nr. 82. Anfrage: Ist das Tragen und der Gebrauch von Selbstladepistolen als Dienstwaffe den Forstbeamten erlaubt? Nach welchen Bestimmungen?

M. G. in M.

Antwort: Sowohl den Königlich als auch den Kommunal- und Privat-Forst- und Jagdbeamten ist das Führen des Revolvers oder der Selbstladepistole gestattet. Die Instruktionen über den Waffengebrauch vom 17. April 1837 und 21. November 1837 enthielten zwar in Artikel und § 3 gegenteilige Bestimmungen. Diese sind jedoch im Jahre 1897 durch Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 14. Juli 1897 und durch einen solchen des Ministeriums des Innern vom 1. September 1897 aufgegeben worden, gerade zu dem Zweck, den Beamten den Gebrauch der in Rede stehenden Waffen zu ermöglichen.

Für die Redaktion: J. B.: Otto Grundmann, Neubamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Bernhoff, Goldbach bei Forste (Gatz).

Protokoll über die erste ordentliche (Mitglieder-) Delegiertenversammlung des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Berlin, den 14. und 15. Juni 1912.

Die gemäß der §§ 16 und 18 der Vereins-satzungen ordnungsgemäß einberufene erste ordentliche (Mitglieder-) Delegiertenversammlung wird

durch den Vorsitzenden, Hegemeister Krause-Kesselsgrund, um 10 Uhr vormittags mit einem allseitig begeistert aufgenommenen Horrido auf Se. Majestät unseren allergnädigsten Landesherren eröffnet. An ihr nahmen nach Ausweis folgenden Verzeichnisses 33 Delegierte, das Ehrenmitglied des Vereins, Hegemeister Roggenbud-

Hundefehle, und drei Mitglieder des engeren Vorstandes mit insgesamt 132 Stimmen, sowie als Vorsitzende von Arbeitsausschüssen die Kollegen Wegner, Zoot und Hofmann und etwa zehn andere Mitglieder teil. Von der Firma J. Neumann-Neudamm ist Herr Grundmann anwesend.

Verzeichnis der Delegierten.

Nr.	Bez.	Name und Wohnort der Delegierten	Stimmen	Nr.
1		Ehrenmitglied Roggenbuck-Hundefehle	3	1
2		Engerer Vorstand Krause-Kesselfgrund-Hennig-Rahmshölz-Verte-Mäume*)	3	6
3	Allenstein	Bejnfeldt-Mendrienen	5584	3
4	Arnsberg	Hergersberg-Dezentrop	2644	2
5	Breslau	Sacher-Robeland	2235	4
6	Bromberg	Buges-Strommaubrüde	5070	4
7	Danzig	Simon-Zoppot	2400	4
8	Düsseldorf	Voigt-Wislicher Insel	3581	2
9	Erfurt	Spiewert-Friedrichs-Iohra	3411	3
10	Frankfurt a. Oder	Zorn-Rudensee	6224	7
11	Gumbinnen	Puppel-Augstuttschen	191	5
12	Hannover	Rammisch-Krähe	1240	3
13	Hildesheim	Bernstorff-Golbbach	79	6
14	Kassel-Ost	Schroener-Konshausen	3522	5
15	Kassel-West	Kaufmann-Bauerbach	3267	6
16	Koblenz	Meister-Lübbelsohn	1440	3
17	Cöln	Erdmann-Rensberg	541	2
18	Königsberg	Erdwig-Rosfitten	1959	5
19	Köslin	Kramp-Kienhof	4087	3
20	Leipzig	Hoeser-Vergreifheit	5199	2
21	Lüneburg	Kommert-Ebstorf	1004	3
22	Magdeburg	Schellad-Parförde	2293	4
23	Marionwerder	Rannov-Gilden	443	8
24	Merseburg	Domniker-Vogelgesang	4184	4
25	Minden-Münster	Steig-Todemann	135	2
26	Oppeln	Hendel-Grabczok-West	2109	4
27	Osnabrück	Wilhelm-Bramsche	1738	1
28	Posen	Kanekth-Pilzen	2206	4
29	Potsdam	Furbs-Hirsberg	4007	8
30	Schleswig	Wulf-Heidmühlen	3822	2
31	Stade	Niebz-Himmelpforten	123	1
32	Stettin	Dinse-Gichhof	2856	5
33	Stralsund	Zarnad-Pogendorf	6400	2
34	Trier	Henn-Neuhaus	2362	4
35	Wiesbaden	Tittel-Wallrabenstein	1695	4
Summa			132	

*) Am ersten Tage durch dienstliche Abhaltung verhindert, Riepe-Wiegenbrück fehlte krankheitshalber.

Außerdem ist der Stenograph Herr Drems anwesend, der die Verhandlungen stenographisch aufnehmen wird.

Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt.

1. Der Bericht und die Rechnung für das Geschäftsjahr 1911 wird entgegengenommen und darauf dem Vorstände Entlastung erteilt. Hierauf dankt der Vorsitzende für das ihm und den

anderen Vorstandsmitgliedern bisher gezeigte Vertrauen und die bei Erledigung der Vereinsarbeiten gewährte Unterstützung und gibt bekannt, daß hiermit die Tätigkeit des bisherigen Vorstandes erschöpft sei, und dieser daher sein Amt niederlege.

2. Unter dem Voritze des ältesten Delegierten (Hegemeister Dinse, Bez. Stettin) wird durch Zuzug einstimmig Hegemeister Bernstorff, Forsthaus Kienstedt (Bez. Hildesheim) zum ersten Vorsitzenden gewählt. Dieser dankt für das ihm dadurch entgegengebrachte Vertrauen und erklärt sich zur Übernahme des Amtes bereit. Nach Übernahme des Voritzes durch den neuen Vorsitzenden einigt sich die Versammlung über den Umfang des engeren Vorstandes, worauf die Besetzung der Ämter durch Zuzug in nachstehender Weise erfolgt. Es werden einstimmig gewählt: Revierförster Hennig-Feldichen (Bez. Frankfurt a. O.) als erster, Revierförster Meister-Lübbelsohn (Bez. Koblenz) als zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden; als Schatzmeister Förster Verte-Mäume (Bez. Frankfurt), zu dessen Stellvertreter Förster Zoot-Rosenberg (Bez. Königsberg); als Schriftführer: Hegemeister Simon-Zoppot (Bez. Danzig), zu dessen Stellvertreter Revierförster Kladow-Zablath (Bez. Frankfurt). Als weiteres Mitglied tritt in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied mit beratender und beschließender Stimme Hegemeister Roggenbuck-Hundefehle (Bez. Potsdam) in den engeren Vorstand. Die Gewählten erklären, soweit sie anwesend sind, sich zur Annahme der Ämter bereit. Bezüglich der Abwesenden wird mitgeteilt, daß diese für eine etwaige Wahl ihre Zustimmung in Aussicht gestellt hätten.

Nach eingehender Besprechung einigt sich die Delegiertenversammlung dahin, daß der weitere Vorstand durch die Vorsitzenden der Bezirksgruppen bzw. deren Stellvertreter gebildet werde.

Als Arbeitsausschüsse bleiben bestehen: der Ausschuss für Leitung der Geschäfte der Krankenkassen-Beihilfeskasse unter dem Voritze des Försters Sacher-Robeland (Bez. Breslau); der Ausschuss für den gemeinsamen Warenbezug, unter Leitung des Försters Kaufmann-Bauerbach (Bez. Cassel), und der Ausschuss für die Prüfung der Jahresrechnung unter Leitung des Revierförsters Lange-Borne (Bez. Frankfurt). Die anderen zurzeit bestehenden Arbeitsausschüsse werden aufgehoben; der engere Vorstand wird ermächtigt, bei eintretendem Bedürfnis zur Bearbeitung von wichtigen Vereinsangelegenheiten geeignete Kräfte heranzuziehen.

Zur Erhaltung bzw. Besserung des Verhältnisses zwischen allen preussischen Forstbeamten wird der Eintritt der Angehörigen des Försterstandes in die Provinzial-Förstervereine und den Deutschen Forstverein empfohlen. Zu Teilnehmern an der diesjährigen Tagung des letzteren in Nürnberg werden Hegemeister Bernstorff, Förster Zoot und Revierförster Meister, sowie als Stellvertreter Revierförster Janien und Förster Kaufmann bestimmt.

3. Die Delegiertenversammlung beschließt, dem bisherigen Vorsitzenden, Hegemeister Krause, als Anerkennung für seine Amtstätigkeit und Entschädigung für seine dem Verein geleisteten

Arbeiten ein Ehrengeschenk überreichen zu lassen. Die Bezirksgruppen werden aufgefordert werden, zu den Kosten nach dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl beizusteuern.

4. Da der Versammlung zwei Entwürfe zur Änderung der Vereinssatzung vorgelegt worden sind, wird beschlossen, von einer Beratung abzusehen und eine Kommission zu bilden, mit der Aufgabe, aus beiden Entwürfen das Zureichende in einem Entwurf zu vereinigen. Gewählt wurden in diese Kommission: Hegemeister Wegner, Förster Burps und Förster Kaufmann. Um die späteren Verhandlungen zu erleichtern, soll den Bezirksgruppenvorständen aufgegeben werden, die ihnen wünschenswert erscheinenden Vorschläge zu diesen Änderungen bis spätestens Oktober d. Jz. an den Vorsitzenden dieser Kommission, Hegemeister Wegner, Forsthaus Eichhorst bei Jakobshagen, Bez. Stettin, einzureichen. Dieser wird alsdann die Einberufung der Kommission zur Neuaufstellung des Entwurfes festsetzen und zu der Beratung die jetzigen Mitarbeiter der vorliegenden Entwürfe, Hegemeister Simon und Förster Rosemann, als Gäste zuziehen.

Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses für die Geschäfte der Krankenkassen-Beihilfekasse (Förster Eacker) berichtet über die von dem Reichsaufsichtsamt als notwendig erachteten Änderungen der Satzung dieser Wohlfahrts-Einrichtung. Die Versammlung stimmt diesen zu und setzt als weitere Änderung fest, daß bis zum Schlusse des Jahres 1913 kein Eintrittsgeld erhoben werden und daß das bereits gezahlte Eintrittsgeld auf die zu entrichtenden Beiträge verrechnet werden soll. Im Anschluß hieran gibt der Berichterstatter eine anschauliche Darstellung über den Stand dieser Einrichtung, aus der hervorgeht, daß dieselbe fortgesetzt so günstig entwickelt, daß den Mitgliedern der Eintritt in diese Kasse nur warm empfohlen werden kann.

5. Nach längerer Verhandlung wird der Vorstand ermächtigt, den mit der Firma J. Neumann in Neudamm am Ende des Jahres 1913 ablaufenden Vertrag über die Lieferung der „Forst-Zeitung“ als Vereinsorgan auf Grund des vorgelegten Vertragsentwurfes jetzt schon zu erneuern. Der bestehende Vertrag bleibt mit seinen Bedingungen bis zum Ablauf in Kraft, für den neuen ist nur in Aussicht zu nehmen, daß die unter § 6 gewährte Zuwendung künftig in Fortfall kommt und vom 1. Januar 1914 ab die Mitglieder die Abtragegebühr von 12 \mathfrak{M} für das Vierteljahr selbst zu tragen haben.

6. Der Vorstand wird beauftragt, an zureichender Stelle dahin vorstellig zu werden, daß den Anwärtern des preussischen Försterstandes der Subalternbeamtenrang verliehen werde, sowie daß diese für die ganze Dauer von militärischen Übungen die Bezüge unverkürzt erhalten.

7. Über den Antrag betreffend Einzäunung von Dienstländereien wird beschlossen, in eine Erörterung nicht einzutreten, da dies bereits mehrfach geschehen sei.

8. Über die Einziehung von Försterstellen mit Revier in einzelnen Bezirken kommt der Wunsch zum Ausdruck, die Zentralbehörde zu bitten, hier-

bei bis zum Aufhören der bestehenden späten Anstellung mit möglicher Schonung vorzugehen. Dankbar wird anerkannt, daß die Forstverwaltung durch die in Aussicht gestellte Schaffung von 350 neuen Försterstellen anstrebt, den Forstamvätern in angemessenem Lebensalter eine befriedigende Berufstellung zu verschaffen.

9. Nach eingehenden Erwägungen über die an das Haus der Abgeordneten eingereichte Petition wird folgende Entschliessung angenommen:

„Sollte den Förstern augenblicklich durchaus kein höheres Ruhegehaltspflichtiges Einkommen in der Richtung der Petition gewährt werden können, so ist die Delegierten-Versammlung der Ansicht, daß es zweckmäßig sei, von einer Regelung der Dienstlandsfrage zurzeit ganz abzusehen, da die seitens des Herrn Ministers am 8. Juni angedeutete anderweite Festsetzung der Dienstlandsverhältnisse, ohne gleichzeitige Erhöhung des Ruhepflichtigen Einkommens, den Wünschen der Förster nicht entspricht. Die Förster haben aber das sichere Vertrauen, daß es den maßgebenden Instanzen zum gegebenen Zeitpunkt gelingen wird, die für sie so dringende Angelegenheit befriedigend zu lösen.“

10. Über die Anforderungen an die Schulbildung der Anwärter beim Eintritt in die Laufbahn ist die Delegierten-Versammlung nach den Ausführungen des Berichterstatters folgender Ansicht: Eine Schulbildung, wie sie nur auf Volksschulen erreicht werden kann, ist bei den heutigen dienstlichen Anforderungen nicht als ausreichend anzusehen. Es ist daher eine Vorbildung anzustreben, wie sie nach Absolvierung von Mittelschulen, Realschulen, Landwirtschaftsschulen oder gleichwertigen Lehranstalten erworben wird.

11. Die Delegierten-Versammlung beschließt, dem Sitzungsberichte ein Schreiben beizulegen, in dem die Mitglieder zu Beiträgen für die Hinterbliebenen des ermordeten Kollegen Romanus aufgefordert werden. Die eingehenden Gelder sind möglichst von den Gruppenvorständen zu sammeln und von diesen an das städtische Leih- und Pfandhaus in Fulda zu senden.

12. Es wird dringend empfohlen, der bestehenden Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte beizutreten, und als erwünscht erachtet, daß in den Gruppenversammlungen fortgesetzt auf einen möglichst frühzeitigen Eintritt aufmerksam gemacht wird.

13. Nach einer Besprechung über die Regelung von kleinen Brandschäden wird der Wunsch ausgesprochen, namentlich den verheirateten Oberjägern bei den Bataillonen die Versicherung ihres Eigentums beim Brandversicherungsverein Preussischer Forstbeamten möglich zu machen.

14. Die Versicherung des Viehbestandes beim Viehversicherungsverein für Forstbeamte wird als erwünscht angesehen, damit diese Wohlfahrts-einrichtung sich weiter entwickeln kann.

15. Der Leiter des Ausschusses für die Wirtschaftsverträge (Förster Kaufmann) berichtet über dessen Entwicklung und hebt dabei besonders

hervor, daß aus dieser Einrichtung für das abgelaufene Geschäftsjahr noch eine ganze Reihe von Einnahmen mehr zu erwarten sind, als bereits in dem Rechnungsabluß in Erscheinung treten konnten, weil die Verhandlungen mit einzelnen Firmen noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Die Wirtschaftsverträge gewähren den einzelnen Mitgliedern des Vereins bei ihren Einkäufen noch einen nicht zu unterschätzenden Vorteil durch den ihnen gewährten Rabatt. Es wird deshalb empfohlen, für die Förderung dieses Unternehmens besonders in den Gruppenversammlungen rege tätig zu sein. Hierdurch wird namentlich auch die Krankenkassen-Beihilfeklasse erheblich gestärkt, so daß deren weiterer Ausbau in Erwägung genommen werden kann.

16. Förster Puppel (Gumbinnen) berichtet über seinen Versuch, die Gründung einer Ge-

nossenschaft zum Bau von Forstaufsichterswohnungen herbeizuführen.

17. Erneut wird gebeten, die schullos im Privatdienste verbrachte Zeit auf das pensionsfähige Dienstalter anzurechnen.

18. Die Versammlung bewilligt aus der Kasse des Vereins zu der National-Flugspende den Betrag von 100 M.

Hierauf dankt der Vorsitzende allen Teilnehmern für die Mitarbeit an der Erledigung der Tagesordnung, ermahnt zu treuem Zusammenhalt und vollstem Vertrauen zur vorgesetzten Behörde und schließt mit einem begeistert aufgenommenen Horrido auf Se. Majestät den Kaiser.

B. g. u.

Die geschäftsführenden Mitglieder des engere: Vorstandes.

Bernstorff. Belte. Simon.

Zahlung der Mitgliederbeiträge.

An die verehrten Vereinsmitglieder richten wir die ergebenste Bitte, die jetzt fälligen Beiträge für das 2. Halbjahr 1912 baldmöglichst an die Herren Schatzmeister der Ortsgruppen bzw. der Bezirksgruppen einfinden zu wollen, indem wir zu berücksichtigen bitten, daß durch die rechtzeitige Zahlung der Beiträge viel Zeit und Geld gespart wird.

Gleichzeitig machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß Überweisungen in eine andere Bezirksamgruppe jetzt nur noch zu Beginn eines jeden Jahres erfolgen und daß die Mitglieder das ganze Jahr über der Bezirksamgruppe zugeteilt bleiben, der sie am 1. Januar angehört haben.

Nachstehend folgen die Adressen der Bezirksgruppenschatzmeister unter Angabe der Beiträge, die in den betreffenden Bezirken von den Mitgliedern jährlich (J.) oder halbjährlich (h.) zu zahlen sind.*

Bez. **Naumburg** (6,50 M. + 0,50 M. = J. 7,00 M., h. 3,50 M.): Henke, Hegemeister in Rott bei Roetgen.

Bez. **Allenstein** (6,50 M. + 1,50 M. = J. 8,00 M., h. 4,00 M.): Lauchlin, Förster in Forstl. Hartigswalde bei Jedwabno.

Bez. **Arnberg** (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M., h. 3,75 M.): Sped, Förster, Lichteneichen bei Wredelar i. W. (Nur gültig für Mitglieder, die keiner Ortsgruppe angehören.)

Bez. **Breslau** (Bezirksgruppenbeitrag 1,50 M. jährlich. Also 6,50 M. + 1,50 M. = J. 8,00 M., h. 4,00 M. + 4,00 M.): Gaffron, Förster, Peistertwisch bei Ohlau.

Bez. **Bromberg** (6,50 M. + 1,50 M. = J. 8,00 M., h. 4,00 M.): Rauthe, Förster, Mühlthal bei Bromberg.

Bez. **Cassel-Weft** (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M., h. 3,75 M.): Siege, Förster, Eichen b. Nümme.

Bez. **Coblenz** (6,50 M. + 1,50 M. = J. 8,00 M., h. 4,00 M.): Leif, Hegemeister, Voos bei Akenau (Eifel).

* Die Nachrichten aus den Bezirken Cassel-Eh, Eöln, Gildesheim, Lüneburg, Minden-Münster, Posen, Trier und Wiesbaden waren bei Redaktionsdruck noch nicht zugeht. Die Ziffern werden in nächster Nummer mitgeteilt.

Die Postanweisungen müssen den Vermerk tragen: „Frei mit Abtrag.“

Bez. **Danzig** (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M., h. 3,75 M.): Barz, Förster, Pielstien bei Gnewau.

Bez. **Düsseldorf** (6,50 M. + 1,50 M. = J. 8,00 M., h. 4,00 M.): Reysler, Förster, Kanten.

Bez. **Erft** (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M., h. 3,75 M.): Hauptfleisch, Förster, Weigenborn-Lüderode, Kr. Worlitz.

Bez. **Frankfurt a. D.** (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M., h. 3,75 M.): Hartnid, Förster in Post Eschbruch Nm.

Bez. **Gumbinnen** (6,50 M. + 2,00 M. = J. 8,50 M., h. 4,25 M.): Reikowsti, Förster, Maszkuten bei Lasdehnen.

Bez. **Hannover** (6,50 M. + 0,50 M. = J. 7,00 M.): Gahn, Förster, Kirchwehren bei Seelze.

Bez. **Königsberg** (6,50 M. + 2,00 M. = J. 8,50 M., h. 4,25 M.): Bauszus, Förster, Lindenbusch bei Verschtallen.

Bez. **Möslin** (6,50 M. + 2,00 M. = J. 8,50 M., h. 4,25 M.): Mielke, Förster, Forstl. Zwölfschulzen bei Janow.

Bez. **Plegnitz** (Bezirksgruppenbeitrag 1 M., nur jährlich. Also 6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M., h. 4,25 M. + 3,25 M.): Klammer, Förster, Burghammer.

Bez. **Magdeburg** (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M., h. 3,75 M.): Zoberbier, Förster, Welsdorf bei Behnsdorf.

Bez. **Marienwerder** (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M., h. 3,75 M.): Gauefner, Förster, Eulenhof bei Poln.-Gefzin.

Bez. **Merseburg** (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M.): Binder, Förster, Forsthaus bei Döberichsh.

Bez. **Oppeln** (6,50 M. + 1,50 M. = J. 8,00 M., h. 4,00 M.): Bannowsky, Förster, Kradschew (Ob.-Schles.).

Bez. **Osnabrück-Murich** (6,50 M. + 1,50 M. = J. 8,00 M., h. 4,00 M.): von Damitz, Förster, Meerhufen bei Murich (Niedersachsen).

Bez. **Potsdam** (6,50 M. + 0,50 M. = J. 7,00 M., h. 3,50 M.): Furbz, Förster, Forsthaus Kirchberg bei Groß-Schönebeck i. Mark.

Bez. Schleswig (6,50 + 1,50 \mathcal{M} = **J. 8,00 \mathcal{M}** , h. 4,00 \mathcal{M}): Hopp, Förster, Forstb. Braal bei Boostedt.

Bez. Stade (6,50 \mathcal{M} + 0,50 \mathcal{M} = **J. 7,00 \mathcal{M}** , h. 3,50 \mathcal{M}): Nischoff, Förster, Forstb. Halle bei Hedertaja.

Bez. Stettin (6,50 \mathcal{M} + 1,00 \mathcal{M} = **J. 7,50 \mathcal{M}** , h. 3,75 \mathcal{M}): Bauer, Förster, Forstb. Grambin bei Aldermünde.

Bez. Stralsund (6,50 \mathcal{M} + 1,50 \mathcal{M} = **J. 8,00 \mathcal{M}** , h. 4,00 \mathcal{M}): Westphal, Förster, Poggendorf, Kr. Grimmen.

Für Mitglieder, die einer Ortsgruppe angehören, ermäßigt sich der Bezirksgruppenbeitrag im Bezirk

Allenstein	auf jährlich	1,00 \mathcal{M}
Arnsberg	" "	0,50 "
Lübbendorf	" "	1,00 "
Gumbinnen	" "	1,00 "
Königsberg	" "	0,50 "
Röslin	" "	1,50 "
Magdeburg	" "	0,50 "

Nähere Angaben über die Höhe der Ortsgruppenbeiträge usw. enthält das diesjährige Mitgliederverzeichnis, in dessen Besitz eigentlich jedes Mitglied sein sollte.

Dringend erwünscht ist es, daß **volle Jahresbeiträge** gezahlt werden. Angabe der Mitgliedsnummer ist stets unbedingt erforderlich.

Bemerkt wird schließlich noch, daß **besondere Zahlungsaufforderungen** seitens der Orts- und Bezirksgruppen **im Vereinsorgan** fernerhin **nicht mehr** erfolgen können.

Räume bei Grüneberg, Bez. Bromberg,
Ende Juni 1912.

Wette, Schafmeister.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **Dienstag** früh eingehen. Die möglichst **kurz gehaltenen** Nachrichten und **direkt** an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Remdam zu senden. **Aufnahme neuer Angehörigen der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.**

Ortsgruppen:

Brieg (Regbz. Breslau). Sonnabend, den 6. Juli d. Jz., nachmittags von 4½ Uhr (pünktlich) ab, Sitzung im Vereinslokal Baumann, Brieg. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten über den Verlauf der Versammlung in Berlin; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Einziehung der Vereinsbeiträge; 4. Berichtendes. Nach der Sitzung gemütliches Zusammensein mit Damen. J. A.: Benke, Schriftführer.

Deutscheide (Regbz. Danzig). Da der bisherige Schriftführer aus der hiesigen Ortsgruppe ausgetreten ist, bitte ich, die fälligen Beiträge an den Stellvertreter, Herrn Kollegen Schiers, Försterei Kasparus bei Kasparus, abführen zu wollen. Der Vorsitzende: Neumann.

Eleve (Regbz. Düsseldorf). Montag, den 1. Juli d. Jz., vormittags 10 Uhr, Versammlung im „Hotel Victoria“ (Wellmann), Eleve. Tagesordnung: 1. Zahlung der halbjährlichen Vereins-

beiträge; 2. gemeinsamer Bezug von Patronen; 3. Berichtendes. Der Vorstand.

Frankfurt a. O. Sonnabend, den 6. Juli d. Jz., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im „Hotel Imperial“ zu Frankfurt a. O., Bahnhofstraße. Tagesordnung: 1. Vorlesen des Sitzungsprotokolls vom 15. Mai d. Jz.; 2. Bericht über die Bezirks-Delegiertenversammlung in Landsberg a. W.; 3. Einziehen der Beiträge; 4. Sonnabend, den 13. Juli d. Jz., nachmittags 3 Uhr, Scheibenschießen an der Försterei Kaiserstuhl bei Müllrose; Probesschieße von 2 Uhr ab. Nach dem Schießen Tanzkränzchen in dem Lokale von Ahmann, am Bahnhof Müllrose. Die Herren Kollegen sowie deren werthe Angehörige werden freundlichst gebeten, möglichst zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand. Staender, Vorsitzender. **Gelgshausen** (Regbz. Allenstein). Die auf den 6. Juli festgesetzte Vierteljahrsversammlung wird auf den 13. Juli verlegt.

Der Vorstand.

Guttstadt (Regbz. Königsberg). Das nächste Scheibenschießen findet laut einstimmigem Beschluß der letzten Versammlung am Sonntag, dem 14. Juli d. Jz., nachmittags von 3 Uhr ab, an der Försterei Weikreuz statt. Probesschieße von 2 Uhr ab. Gäste willkommen. Es wird gebeten, dem Vorsitzenden bis spätestens den 9. Juli mitzuteilen, wer teilnimmt und für wieviel Personen Fuhrwerk nach Guttstadt gewünscht wird. Nach dem Schießen Mitteilung über die Bezirksgruppen- und die Delegiertenversammlung.

Der Vorstand. Schulz, Vorsitzender.

Hammer (Regbz. Stettin). Versammlung der Mitglieder am 6. Juli, nachmittags 6 Uhr, in Hammer. 1. Zahlung der Beiträge; 2. Beschlusfassung über ein Scheibenschießen; 3. Vortrag des Vorsitzenden über die Verhandlungen der Delegiertenversammlung in Berlin.

Dünse, Vorsitzender.

Hannau (Regbz. Cassel). Mittwoch, den 3. Juli d. Jz., nachmittags 4½ Uhr, Versammlung in der Baumannschen Gastwirtschaft in Bruchköbel. Aus der umfangreichen Tagesordnung ist besonders hervorzuheben: 1. Berichterstattung über die Delegiertenversammlung in Berlin durch den Vorsitzenden, zugleich Besprechung der Besoldungsangelegenheit; 2. Vortrag des Hegemeisters Lange über Obstbaumzucht; 3. Beitragszahlung; 4. Entgegennahme von Bestellungen zum gemeinsamen Patronenbezug. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein, wozu auch die verehrlichen Damen freundlichst eingeladen werden. Der Vorstand.

Hannover. Versammlung am Sonnabend, dem 20. Juli 1912, nachmittags 3 Uhr, im Zoologischen Garten zu Hannover. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Besprechung der erledigten Tagesordnung der Delegiertenversammlung in Berlin vom 14. und 15. Juni d. Jz.; 3. Besprechung über die in der Oktober-Versammlung zu haltenden Vorträge; 4. Berichtendes. Der Eintritt in den Zoologischen Garten, auch der etwas frühere vor 3 Uhr, ist

für alle Kollegen, deren Familienangehörige und Gäste frei, wenn sie sich an der Kasse des genannten Gartens als Teilnehmer an der Versammlung ausgeben und ausweisen können. Kollegen anderer Gruppen, deren Angehörige und Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Hann.-Münden (Regbz. Hildesheim). Versammlung am Freitag, dem 5. Juli d. Js., nachmittags 1½ Uhr, im Hotel „Zur Krone“ zu Münden. Programm wird in der Versammlung bekanntgegeben. Von 4 Uhr ab gemeinschaftlicher Besuch eines Militärkonzerts, wozu die geehrten Damen, sowie die Mitglieder der Ortsgruppen Gahrenberg, Bederkhausen und Göttingen mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen werden. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Hermeskeil (Regbz. Trier). Am Sonntag, dem 7. Juli, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wilhelm Vauer zu Nonnweiler. Tagesordnung bleibt noch unbekannt, jedoch können Anträge zur Tagesordnung bei der Versammlung erfolgen. Der Jahresbeitrag für das zweite Halbjahr wird erhoben. Bestellungen des Forstkalenders für 1913 werden entgegengenommen. Während der Versammlung finden die Damen bei der Frau Hegemeister Kuth bei Kaffee und Kuchen ein angenehmes Plauderstündchen, wozu die Damen recht herzlich eingeladen sind.

Der Vorstand: Kuth.

Herzberg a. Harz (Regbz. Hildesheim). Sonntag, den 7. Juli 1912, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung im Vereinslokal zu Herzberg a. H. 1. Zahlung von Beiträgen für die Ortsgruppe (pro Mitglied 1 M.); 2. Entrichtung der Jahresbeiträge für die Krankenkostenbeihilfeskasse (6 M.); 3. verschiedene Besprechungen. — Kollegen, welche an der Sitzung nicht teilnehmen können, werden dringend gebeten, die genannten Beiträge bis zum 7. Juli an den Kassensführer einzuliefern.

Der Vorstand.

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). Sonnabend, den 13. Juli d. Js., findet das Scheibenschießen der Ortsgruppe in Carpin statt. Beginn des Schießens 4 Uhr. Daran anschließend das Prämienschießen für Damen in der gewohnten Weise. Probeschüsse bei Damen und Herren von 3 bis 4 Uhr gestattet. Während des Schießens Konzert, nach dem Schießen Tanzkränzchen. Gäste werden durch Beschluß der Versammlung am 18. Mai 1912 vom Vorstand eingeladen. Diesbezügliche Wünsche sind dem Vorstand rechtzeitig mitzuteilen. Um recht rege Beteiligung der Kollegen mit ihren Familien, sowie pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Kirchen (Regbz. Coblenz). Montag, den 1. Juli, vormittags 10½ Uhr, Mitgliederversammlung im „Jägerheim“. 1. Bericht des Kollegen Kambach über die Bezirksgruppenversammlung; 2. Eingehende Besprechung der Vereinsangelegenheit „Waldheil“; 3. Vortrag des Kollegen Mentges, Vorbeugung gegen die Vorkensäfergefahr betreffend; 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Labiau (Regbz. Königsberg). Am Sonnabend, dem 6. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet im

Vereinslokal zu Laußichen eine Ortsgruppenversammlung statt, wozu die Vereinsmitglieder mit ihren Damen ergebenst eingeladen werden. Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Delegierten zur Braunsberger Bezirksgruppen-Versammlung; 2. Beschlusfassung über Veranstaltung eines Scheibenschießens; 3. Einziehung der Beiträge; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Marburg (Regbz. Cassel). Versammlung Sonntag, den 7. Juli d. Js., nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal zu Solbe. Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge; 2. Bericht über die Delegiertenversammlung; 3. Abhaltung eines Scheibenschießens; 4. Verschiedenes (Patronen-, Jahrbuch-, Kalender-, Zigarrenbestellung). Zahlreiche Beteiligung erbeten.

Der Vorstand.

Neuenburg (Regbz. Marienwerder). Am Sonntag, dem 7. Juli, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Gasthause zu Bülowshöhe. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung Schießen auf dem Schießstande bei Bülowshöhe. Um recht rege Teilnahme mit Damen wird gebeten.

Der Vorstand.

Osterohe, Harz (Regbz. Hildesheim). Am Sonntag, dem 7. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Vierteljahrsversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Bernstorff über die Berliner Versammlung. Verschiedenes.

Die p.

Rudczanny (Regbz. Allenstein). Sonntag, den 7. Juli d. Js., nachmittags 5 Uhr, im Hotel Fischer, Alt-Wlka, Versammlung. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben. Um recht zahlreiches Erscheinen wird ersucht, da sehr wichtige Sachen zur Verhandlung kommen. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein mit Damen. Der Vorsitzende: Schlüter.

Schneidemühl (Regbz. Bromberg und Marienwerder). Das Schießen in Schönlanke muß wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. Nächste Versammlung Sonntag, den 14. Juli d. Js., nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal in Schneidemühl. Tagesordnung: 1. Vorlage des letzten Protokolls; 2. Einziehung von Beiträgen (die Kollegen, welche zur Versammlung nicht kommen können, werden gebeten, ihre Beiträge bis zu diesem Tage an den Herrn Schatzmeister abzuführen); 3. Patronenbestellung; 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende: Fürstenau.

Siegen (Regbz. Arnberg). Montag, den 1. Juli, nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Hotel Duffmeier zu Siegen. Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Stangenwalde (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 16. Juni d. Js., fand das erste diesjährige Scheibenschießen auf dem Stande in Krug Rabenthal statt; dasselbe war trotz des ungünstigen Wetters gut besucht. Das nächste Schießen findet in Stangenwalde am Sonntag, dem 14. Juli d. Js., statt, bei schlechtem Wetter acht Tage später, erster Schuß 3 Uhr nach-

mittags. Hierauf gemütliches Beisammensein im Reiterischen Lokale. Gäste sind willkommen. Der Vorstand. **Beinlich**, Vorsitzender.

Stralsund. Versammlung Sonnabend, den 13. Juli, nachmittags 1½ Uhr, im „Bismarck-Hotel“. 1. Bericht über die Hauptversammlung in Berlin. 2. Verschiedenes.

Jarnad, Vorsitzender.

Tilsit-Hebetrug (Regbz. Gumbinnen). Einladung zur Ortsgruppenjüngung am Sonntag, dem 7. Juli 1912, in Tilsit, Hotel „Deutsches Haus“, von 1½ Uhr nachmittags ab. Vorher von 12½ bis 1½ Uhr gemeinschaftliches Essen daselbst. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Vereinsmitglieder; 2. Einziehung der Geldbeträge für Bestellungen; 3. Bericht über die Bezirksgruppenjüngung am 9. April d. Js. in Insterburg und über die Delegiertenversammlung am 14. und 15. Juni d. Js. in Berlin; 4. Besprechung über Bildung eines Ehrenrates in den Ortsgruppen; 5. Besprechung über Obligatorischmachung unserer Krankenkosten-Beihilfe-Kasse; 6. Verschiedenes. Die Herren Kollegen der Oberförsterei Mooschen werden zu dieser Sitzung freundlichst eingeladen.

Der Vorstand. **Buchholz**, Vorsitzender.

Torgelow (Regbz. Stettin). Das Scheibenschießen in Jahnid findet nicht am 20., sondern am Sonnabend, dem 27. Juli, von nachmittags 3 Uhr ab, statt. — Gäste sind von den Vereinsmitgliedern selber einzuladen. Nach dem Schießen — Sommernachtsball. — Um recht zahlreiche Beteiligung, besonders von Mitgliedern, bittet

Der Vorstand.

Trejsa (Regbz. Cassel). Sonntag, den 14. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal zu Trejsa (Wettlauffer). Tagesordnung: 1. Mitteilung wichtiger Vereinsangelegenheiten; 2. Einziehung der Beiträge für das zweite Halbjahr; 3. Besprechung wegen Abhaltung eines Sommervergügens; 4. Verschiedenes. — Diejenigen Herren Mitglieder, welche zur Versammlung nicht erscheinen können, wollen den Beitrag (4,50 M.) porto- und bestellgeldfrei dem Kassensführer bis zum 14. Juli d. Js. per Post zusenden. Der Vorstand.

Ullersdorf (Regbz. Liegnitz). Sonnabend, den 13. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung zu Lustort Bethlehem. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls der Versammlung vom 14. April 1912; 2. Einziehung der Beiträge pro 2. Halbjahr (Hauptverein 3,25 M., Ortsgruppe 0,50 M., Porto 0,05 M. = 3,80 M.); 3. Anregung auf einmalige, ganzjährliche Erhebung der Beiträge; 4. Festsetzung, wo die nächste Versammlung stattfinden soll; 5. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein. Um vollzähliges Erscheinen mit Damen wird gebeten.

Der Vorsitzende: **Liebig**.

Weilburg (Regbz. Wiesbaden). Sitzung 1. Juli, 1½ Uhr, bei Hahn, Weilburg. Tagesordnung: Verschiedenes.

Knoll.

Berichte.

Ortsgruppen:

Felsberg (Regbz. Wiesbaden). Die Ortsgruppenversammlung am 8. Juni d. Js. im Gasthaus „Zur Krone“ in Glashütten i. T. war von zwölf Mitgliedern mit Damen, sowie mehreren Gästen besucht. Der offizielle Teil der Versammlung wurde von dem Vorsitzenden mit einem kräftigen „Horrido“ auf Se. Majestät unseren Kaiser eröffnet. Sodann fand die Tagesordnung ihre Erledigung durch die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung, den Bericht des Delegierten, Kollegen Weniger, über die Frühjahrsversammlung in Limburg a. d. Lahn und die Prüfung der Rechnung pro 1911. Als Ort der Mitte Oktober d. Js. stattfindenden Versammlung wurde Oberreifenberg (als im Zentrum des Ortsgruppenbezirks gelegen) einstimmig gewählt. Nähere Bekanntgabe hierüber erfolgt später. Nachdem dem Bezirksgruppen-Vorsitzenden, Kollegen Mehl, für seine rastlosen Bemühungen in unserer Vereinsache durch Karte in kurzen Worten der Dank der Ortsgruppe und volles Vertrauen derselben ausgesprochen worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit Worten des Dankes an die erschienenen Kollegen, unter Weidmannsheilwunsch für sie und Gesundheitswunsch für sie und Familien. Auch gab derselbe der Hoffnung Raum, daß die Herbstversammlung sich eines zahlreicheren Mitgliederbesuches erfreuen möge wie die heutige. Nun begann der gemütlich-fröhliche Teil. In dankenswerter Weise hatten die Kollegen Capito und Ziehnann für eine prächtige Aus schmückung des Festsaales, sowie auch für die nötige Musik gesorgt. Unter Gesang, Klavierspiel, Vorträgen komischer wie ernster Art und Tanz verliefen die schönen Stunden nur zu schnell. Erst in später Stunde trennte man sich und wechselte mit dem frohen Bewußtsein, wieder einmal einen recht harmonisch verlaufenen Tag mit vielen Anregungen im Kreise lieber Kollegen und deren Familien sowie Freunden verlebt zu haben, den bekannten Pauen zu.

Der Vorstand. **J. M.: Jung**, Vorsitzender.

Insterburg (Regbz. Gumbinnen). In der Sitzung am 22. Juni ist beschlossen, das Sommerfest (mit Scheibenschießen) am Sonnabend, dem 20. Juli d. Js., wie im Vorjahre, in Lützenburg zu veranstalten. Beginn: 3½ Uhr nachmittags. Probechüsse von 2½ bis 3½ Uhr. Ausbringung der Kosten erfolgt durch Umlage von sämtlichen Mitgliedern. Ausgeschlossen hiervon sollen jedoch diejenigen Herren sein, welche mir bis zum 3. Juli mitteilen, daß sie an dem Vergnügen nicht teilnehmen. Verspätete Anmeldungen finden keine Berücksichtigung. Aufgabe der vollständigen Adressen der einzuladenden Gäste erbitte ich sofort.

Der Vorstand. **J. M.: Adamski**, Schriftf.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Stipendienfonds.

Mit Bezug auf die in den Nummern 18 und 23 des laufenden Bandes der „Deutschen Forst-Zeitung“ veröffentlichte Bekanntmachung, betreffend Bewilligung von Stipendien für den Besuch forstlicher Lehranstalten, weisen wir nochmals darauf hin, daß Anträge auf Bewilligung eines Stipendiums sachungsgemäß bis Anfang Juli hier vorliegen müssen. Da im Verhältnis

zu den zur Verfügung stehenden Mitteln noch nicht genügend Gesuche vorliegen, machen wir besonders darauf aufmerksam, daß noch mehrere Stipendien für Söhne von Staatsforstbeamten, zwei für Gemeindevorstände und zwei für Privatforstbeamten Söhne zu vergeben sind. Wir eruchen deshalb, etwaige Gesuche unverzüglich einzureichen.

Der Vorstand
des Vereins „Waldheil“.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Vertog-Halensee.

Dienstverträge und Dienstvorschrift.

Unsere Vereinsmitglieder mache ich darauf aufmerksam, daß der Druck der Dienstverträge, sowie der Försterdienstvorschrift in der endgültigen Fassung fertiggestellt ist. Die Dienstverträge sind in drei Bordrucken hergestellt: Bordruck I für Anstellung von Gutsförstern; Bordruck II für Anstellung von Forstbeamten in größeren Verwaltungen auf Kündigung; Bordruck III für lebenslängliche Anstellung. Alle Drucksachen sind von der Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, Halensee, Karlsruher Straße 13, zu beziehen zum Preise von 20 Pf. für jedes Stück. Dazu Porto für 1 bis 3 Stück und Dienstvorschrift 10 Pf. Bei Einsendung des Betrages mit Postanweisung außerdem 5 Pf. Bestellgeld. Bei Versendung unter Nachnahme für dieselbe Sendung Porto 10 Pf., Nachnahmegebühr 25 Pf. Bei größeren Bestellungen erhöht sich das Porto bis zum Gewicht von 1000 g auf 30 Pf., über 1000 g Paketsendung. Außerdem werden in allen Fällen 10 Pf. für Verpackung berechnet. Die Abgabe kann nur an Vereinsmitglieder erfolgen.

Halensee, den 20. Juni 1912.

Dr. Vertog.

Bezirksgruppe I, Ost- und Westpreußen.

Die diesjährige Versammlung findet am 6. Juli, vormittags 10 Uhr, in Brüdendorf, Bahnstation Gr. Gemmern (1 km Chaussee), Strecke Marienburg—Allenstein, statt. (Hotel Wendig).

Tagesordnung:

1. Zwecke und Ziele des Vereins (Oberförster Scholz).
2. Wahl des Versammlungsortes für 1913.
3. Wahl eines Delegierten für Eisenach.
4. Geschäftliches.
5. Forstliche Lehrgänge, behandelt von Herrn Königl. Oberförster Niederfel Tsch. zu Eisenach-Königsberg.
6. Versicherungsangelegenheiten (Herr Fürstl. Wildmeister Fiebig, Tsch. Arzysatz).
7. Anträge.

Um 12 Uhr: gemeinschaftliches Essen (Gebod 2 A.). Um 1 Uhr: Abfahrt zur Exkursion in den zur Majoratsherrschaft Ponarien gehörigen Schutzbezirk Seubersdorf. Leiter: Oberförster Scholz, welcher die Herren Teilnehmer mit Führern ausrückt wird. (Wagen stellt die Verwaltung.) Rückkehr gegen 5 Uhr in Brüdendorf. Anmeldung zur Exkursion und Essen bis spätestens 1. Juli an Oberförster Scholz-Ponarien erbeten. Wagen werden zur Abholung um 9¹⁵ und 10¹⁵ vormittags am Bahnhof Gr. Gemmern bereitstehen.

Es findet nur diese Versammlung statt, weshalb um besonders rege Teilnahme ergeblich gebeten wird. Gäste stets willkommen.

Der Vorsitzende: Scholz, Oberförster.

Bezirksgruppe IV (Schleswig-Holstein, Hamburg, Lüneburg und Lauenburg).

Einladung

zu der am Sonaabend, dem 20. Juli 1912, in Wohldorf stattfindenden Bezirksgruppenversammlung.

Zusammenkunft spätestens 10¹⁵ Uhr vormittags Bahnhof Altrahstedt (Abfahrt von Hamburg 10¹² Uhr). Abfahrt von Altrahstedt 10²⁰ Uhr nach Volksdorf. Waldtour durch die Hamburgische Oberförsterei Volksdorf. Nachmittags 3 Uhr: gemeinsames Mittagessen in Wohldorf, daselbst 4¹⁵ Uhr Sitzung.

Tagesordnung:

1. Bericht über Vereinsangelegenheiten.
2. Wahl des Delegierten für die diesjährige Mitgliederversammlung.
3. Antrag der Ortsgruppe Hinterpommern auf Anerkennung der Ortsgruppen als Vereinsmitglieder.
4. Anträge aus der Versammlung.
5. Besprechung über forstlich beachtenswerte Forstkommissionen aus der Praxis.

Die Mitglieder werden gebeten, ihre Teilnahme dem Unterzeichneten bis spätestens zum 14. Juli mitzuteilen. Gäste sind willkommen.

Tage, Oberförster.

Bezirksgruppe II (Pommern).

Am Dienstag, dem 23. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet in Köslin (Hotel zum Deutschen Hause) die Hauptversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Vereinsangelegenheiten.
2. Wahl des Delegierten für Eisenach.
3. Vortrag: die Provenienzfrage des Kiefernsaemens.
4. Gemeinsame Besichtigung der Ausstellung.
Oberförster Schulz, Bogelsang,
zurzeit: Bad Rixingen, Villa Homann.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3856. Berse, Hans, Forstkanibad, Grabow b. Meserarm, Ber.
Potsdam. (S.-Gr. IX.)

3857. Schwarz, Wilhelm, Revierjäger (Graf v. Dahn), Faulenrost
b. Gielow i. Meckl. (S.-Gr. III.)
3858. Kuratli, Otto, Förster, Forsterei Biegenberg b. Groß-
gemmen i. Ostpreußen. (S.-Gr. I.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Meyer, Fritz Heinrich, Förster und Rentelverwalter, Fuchtel
bei Bega i. Oldenburg.
Ruscher, Felix, Privatrevierförster, Hermsdorf a. d. Ragbach.

**Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnements-
gebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:**

Nr. 88 8 Mk., Nr. 116, 341, 395, 784 je 4 Mk., Nr. 877
8 Mk., Nr. 962, 1021, 1030, 1041, 1146, 1193, 1217, 1278,
1481, 1564, 1786 je 4 Mk., Nr. 2011 8 Mk., Nr. 2110, 2113,
2114, 2257, 2361 je 8 Mk., Nr. 2411 8,20 Mk., Nr. 2490, 2495,
2684, 2713, 2830, 2831, 2869, 2946, 3019, 3405 je 4 Mk., Nr.
3420 3 Mk., Nr. 3473, 3687 je 4 Mk., Nr. 3857 7 Mk.

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Deutscher Forstverein.

Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins findet zu Nürnberg in der Zeit vom 26. bis 31. August statt.

Der Hauptversammlung wird die XX. Tagung des Forstwirtschaftsrates am 24., 25. und 26. August vorausgehen.

**Vorläufiger Entwurf zur Tagesordnung der
XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forst-
vereins.****A. Zeiteinteilung.****I. Montag, den 26. August.**

1. Empfang und Ausgabe der Wohnungslisten im Hauptbahnhofe.
2. Einzeichnung der Teilnehmer, Ausgabe der Druckfachen usw. im Geschäftszimmer: Saalbau des Industrie- und Kulturvereins.
3. Abends gesellige Vereinigung in diesem Saalbau.

II. Dienstag, den 27. August.

1. Eröffnung der Versammlung und Beginn der Verhandlungen im Saalbau.
2. Frühstück dort.
3. Nachmittags: Ausflug in den Laurenzer Reichswald. Mit Sonderzug nach Dudensteich, dann durch die Staatswäldungen der Forstämter Nürnberg-Ost und Laufamholz nach dem „Schmausenbud“. Dortselbst Abendunterhaltung mit Musik.

III. Mittwoch, den 28. August.

1. Vormittags Sitzung mit Frühstückspause.
2. Rundgang um die Mauern der Stadt.
3. 5 Uhr: Festessen im Saalbau.
4. Abendunterhaltung nach eigener Wahl.

IV. Donnerstag, den 29. August.

- Tagesausflug in die Wäldungen des Forstamtes Rothenburg o. T.
1. Bahnfahrt mit Sonderzug von Nürnberg über Ansbach-Steinach nach Haltestelle Endsee.
 2. Fußwanderung durch den „Nordenberger Forst“ mit Frühstück im Walde bis Station Harters-

hofen, von dort kurze Bahnfahrt nach Rothenburg.

3. Gemeinschaftliches Mittagessen in verschiedenen Gasthöfen der Stadt Rothenburg.
4. Nachmittags: Aufführung des historischen Festspiels „Der Reifertrunk“ im Rathaus-
saale. Besichtigung der Stadt.
5. Rückfahrt mit Sonderzug.

V. Freitag, den 30. August.

1. Vormittags: Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Nürnbergs, insbesondere des Germanischen Museums.
2. Mittagessen nach Belieben.
3. Nachmittags: Ausflug in die Vorlandchaft der „Hersbruder Schweiz“. Abfahrt von Nürnberg mit Sonderzug nach Markt Schnaittach; Fußwanderungen durch die Staatswäldungen des Forstamtes Schnaittach nach der Festungsruine Rothenberg (Aussichtspunkt). Erfrischung. Rückfahrt nach Nürnberg.
4. Abends: Gesellige Vereinigung im Künstlerheim.

VI. Sonnabend, den 31. August.

Nachausflug in die Staatswäldungen des R. Forstamtes Eichstätt-West.
Mit Bahn nach Eichstätt, Fußwanderung bis zum „Schweinspart-Haus“; dort warmes Frühstück. Fortsetzung der Wanderung bis zum Bahnhof Eichstätt (Eintreffen hier rund 2 Uhr).
Parallelausflüge.

In Aussicht sind genommen Nachausflüge am 30. und 31. August für eine kleinere Teilnehmerzahl in Staatswäldungen der Regierungsbezirke Oberfranken (Hauptsmoor bei Bamberg) und Unterfranken (Speßartwäldungen).

B. Verhandlungsgegenstände.**I. Geschäftliche Vorlagen.**

1. Bestimmung über Ort, Zeit und Verhandlungsgegenstände der XIV. Hauptversammlung 1913.
2. Neuwahl der beiden Beisitzer und ihrer Stellvertreter.

II. Sonstige Vorlagen.

1. Welche Maßnahmen können in einem nahezu reinen Nadelholzgebiet nach ausgedehnten Waldbeschädigungen durch Insektenfraß zur Sicherung des Waldes gegen neuerliche derartige Katastrophen getroffen werden

1. bei der Wiederaufforstung der entwaldeten Flächen,
2. bei der künftigen Behandlung der neu begründeten Bestände?

Berichtersteller: Regierungs- und Forst-rat Rott-Ansbach.

Mitberichtersteller: — — —

2. Welche Wirkungen hat die Staatsaufsicht in ihren verschiedenen Formen auf die Organisation des Forstwesens der Gemeinden, auf den Bestand, den Zustand und die Nutzbar-machung der Gemeindevaldungen gezeitigt? Ist hiernach eine gesetzliche Regelung der Staatsaufsicht wünschenswert?

Berichtersteller: Forst-rat Blum-Schaffenburg.

Mitberichtersteller: Oberförster Dr. Gehrhardt-Coblenz und Forstmeister und Stadtrat Täger-Görlitz.

3. Mitteilungen über Versuche, Beobachtungen, Erfahrungen und wichtige Vorkommnisse im Bereiche des Forst- und Jagdwesens.

Bemerkung: Die Geschäftsleitung für die XIII. Hauptversammlung befindet sich in Ansbach, Bayern (Regierung, Kammer der Forsten). Endgültiges Programm mit Anmeldebogen wird noch ausgeben.

Berein Waldeck-Pyrmont'sche Forstbeamten.

1. Der Tag der Hauptversammlung kann aus gewissen Gründen jetzt noch nicht bestimmt werden.

Unsere Mitglieder werden daher um Geduld gebeten.

2. Der Forstausscher-Anwärter Grötke zu Rhoden ist als Mitglied aufgenommen.

Corbach, den 23. Juni 1912.

Der Vereinsvorsitzende.
Debes, Fürstl. Förster.

Berein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwärte.

Mitteilung.

Vom 1. Juli d. Js. ab legt Herr Kollege Peterhänsel in Möhra unter den in letzter Mitgliederversammlung dargelegten Gründen das Schatzmeisteramt nieder.

Gemäß § 13 unserer Vereinsstatuten tritt vom genannten Zeitpunkt ab der Stellvertreter in das Amt ein.

Alle Zahlungen von Beiträgen usw. sind fortan zu leisten an die Adresse des Herzoglichen Forstwartes Herrn Wiedemann in Forsthaus Craimar bei Immelsborn.

Um pünktliche Zahlung der Beiträge wird hiermit höflichst gebeten.

Der nunmehr sein Amt niederlegende Kollege Peterhänsel-Möhra hat das ihm vom Verein entgegengebrachte Vertrauen in achtjähriger, unermüdlicher Tätigkeit im vollsten Maße zu würdigen verstanden, und es ist uns eine vornehme Pflicht, ihm — auch an dieser Stelle — den wohlverdienten Dank für seine muster-gültige Tätigkeit zum Ausdruck bringen zu können.

Heubach, S.-M., den 23. Juni 1912.

Der Vorstand. Reuter, Vorsitzender.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Belegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 527. — Ein Rückblick auf die östpreussische Privatforstwirtschaft. Von Becker. 527. — Starter Wacholder. 530. — Zum Artikel: „Schuggraben mit einer schrägen Seitenwand. Von Prebiger. 530. — Petroleumleichen-Emission zur Bekämpfung von Blattläusen und Wollläusen. 530. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 531. — Die Königl. Forstakademie Tharandt betreuend. 536. — 25. Hauptversammlung des Allgemeinen Deutschen Jagdschutz-Vereins zu Coblenz. 536. — Bildung einer Waldbrandkolonne. 536. — Waldbrände. 536. — Antilcher Marktbericht. 536. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 536. — Brief- und Fragelosen. 537. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 537. — Nachrichten des „Waldheils“. 544. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 544. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperchaften. 545. — Inserate.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit dieser Nummer schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die **Deutsche Forst-Zeitung** mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Felerabende** (Seite 101 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beiblättern: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk im Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Ferkel** (Seite 104 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis 3 Mark 50 Pf. pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. Juli bis 30. September 1912, sofort aufzugeben, damit in der regelmäßigen Zusendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einwendung des Betrages für Abonnement und Frankatur.

Neudamm, im Juni 1912.

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärte, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingelangten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 27.

Neudamm, den 7. Juli 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Lüdersdorf im Regierungsbezirk Potsdam ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. Juli eingehen.

Försterstelle Grünanne in der Oberförsterei Reisterwitz, Regierungsbezirk Breslau, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 25. Juli eingehen.

Forstliches aus dem nördlichen Vogelsberg.

Von Forstassessor Schwarz.

Auch in unserem Vogelsberg mit seinen in sonstigen Jahren reichlichen Niederschlägen hat die Hitze des Sommers 1911 der Waldwirtschaft recht empfindlichen Schaden zugefügt. Während im oberen Vogelsberg ein Gewitter in der Hitzeperiode etwas Niederschlag brachte, blieb der tiefer liegende nördliche Vogelsberg bis zu deren Schluß fast ohne Niederschläge. Dieser Tatsache ist es wohl zuzuschreiben, daß man von einem Schaden durch Hitze im oberen Vogelsberg nicht reden kann. Die Pflanzen, die sonst hier am meisten durch Hitze gelitten haben, die Fichten, zeigen im oberen Vogelsberg fast keinen Abgang. Zwar nimmt auch hier das Laubholz die erste Stelle ein; immerhin sind aber

doch schon ganz bedeutende Flächen mit Fichten aufgeförstet worden. Auch in dem nördlich an das Basaltgebiet des Vogelsbergs angrenzenden Buntfandsteingebiet ist der Schaden nicht bedeutend. Hier ist die Kiefer die Hauptholzart; höhere Lagen sind mit Fichten aufgeförstet. Beide Holzarten stehen noch recht gut. Am meisten hat die Hitze im nördlichen Basaltgebiet und im Übergang von Basalt und Buntfandstein geschadet. Hier findet man fünf- bis zehn-jährige Fichtenkulturen vollständig eingegangen, namentlich an Südhängen. An Nordhängen ist der Schaden nicht so bedeutend, auch Ost- und Westhänge haben sich gut gehalten. Die Kiefer hat sich weit widerstandsfähiger gezeigt als die

Fichte; sie zeigt wohl hier und da etwas Abgang, doch werden Nachbesserungen infolge des dichten Standes der meist durch Jährlingspflanzung begründeten Kiefernkulturen selten nötig. Wenn man aus dem Verhalten der hier nicht häufig vorkommenden Weymouthskiefer einen Schluß ziehen darf auf ihre Widerstandsfähigkeit gegen Dürre, so kann man sagen, daß sie etwa zwischen Fichte und Kiefer steht. Sie ist nicht so empfindlich als die Fichte, aber weit empfindlicher als die Kiefer. Sie paßt deshalb auch mehr für Ost- und Nordhänge. Vielleicht sind mit dieser Holzart da, wo sie häufiger vorkommt, andere Erfahrungen gemacht worden; jedenfalls verlangt sie aber mehr Bodenfeuchtigkeit als die Kiefer. Trotzdem man dies weiß, hat man doch manchmal, wie mir scheint, ihr Wasserbedürfnis unterschätzt.

In der Großherzogtl. Oberförsterei Lauterbach sind etwa 100 000 Fichtenpflanzen eingegangen, der weitaus größte Teil davon entfällt auf Kommunalwald. Manche Gemeinden sind recht empfindlich geschädigt worden. Die Hälfte der Aufforstungskosten hat meist der Staat getragen; infolge seiner schlechten Finanzlage dürfte er aber bei den Nachbesserungen, die mancherorts die Kosten einer Neuaufforstung erreichen, keinen Zuschuß leisten.

Auch an älteren, 30- bis 70-jährigen Fichtenbeständen sind mitunter recht bedeutende Beschädigungen eingetreten, sei es dadurch, daß Forste von 10—15 Fichten mitten im Bestand abstarben, sei es dadurch, daß ein großer Teil der am Süd- und Südwestrand stehenden Stämme einging. In letzterem Falle findet durch die Herausnahme dieser Stämme eine Unterbrechung des wetterfesten Traufs statt. Wind und Sturm können ungehindert in den Bestand gelangen und dort Verheerungen anrichten. Wohl mancher Bestand wird daher in den nächsten Jahren dem Sturm zum Opfer fallen. An kranke Fichten findet man hier und da den im Vogelsberg schon mehr beobachteten Städtezeichner (*Polygraphus pubescens*).

Eins, was wir allerdings schon wußten, was wir aber nicht immer beherzigten, hat uns die Hitzeperiode wieder gelehrt. Wir dürfen, namentlich im nördlichen Vogelsberg, da wo die Fichte mit der Kiefer konkurriert — das ist besonders im Übergangsgebiet von Basalt und Buntsandstein der Fall — der Fichte nicht die trockenen Südhänge zuweisen. Hier gehört die Kiefer hin, die nicht so viel Bodenfeuchtigkeit verlangt und die außerdem imstande ist, mittels ihrer bedeutend tiefer reichenden Wurzeln die Feuchtigkeit aus größeren Tiefen heranzuholen. Die Fichte verlangt als echter Gebirgsbaum ein bedeutendes Maß von Luftfeuchtigkeit und einen mindestens frischen Boden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine Krankheit der Fichte erwähnen, die von Jahr zu Jahr zunimmt, ich meine die Rotfäule. Die lehtjährigen Durchforstungs- und Abtriebssergebnisse von Fichtenbeständen der Oberförsterei Lauterbach zeigen deutlich, welchen Umfang die Krankheit schon angenommen hat. So waren z. B. in einem annähernd haubaren Bestande 30% der anfallenden Durchforstungsmasse durch Rotfäule angestoßen. Das gesunde Holz wurde mit etwa 19 M. pro Festmeter verkauft; das angestoßene brachte nur einen Erlös von 12 M. Rechnen wir den Schaden, der sich bei gleichem Prozentanfall rotfaulen Holzes pro Hektar beim Abtrieb ergibt, aus, so kommen wir schon auf einen ganz bedeutenden Betrag. Auf dem Hektar stehen zur Zeit der Haubarkeit mindestens 750 fm, davon sind 30%, also 225 fm, angestoßen. Der Mindererlös pro Festmeter angestoßenen Holzes beträgt im Durchschnitt 7 M., also beträgt der Schaden $225 \times 7 = 1575$ M. Natürlich wird dieser nur für den Haubarkeitsertrag berechnete Betrag noch um ein Bedeutendes überschritten, wenn man bedenkt, daß auch ein großer Teil der früher eingehenden Durchforstungserträge rotfaul ist. Er dürfte bei richtiger Rechnung 2000 M. weit übersteigen. Manche Stämme waren derart faul, daß die untersten Schrote überhaupt nicht aufgearbeitet werden konnten.

Als Ursache der Rotfäule sind in erster Linie für die Fichte nicht günstige Bodenzustände zu nennen; dem Wurzelfschwamm, *Trametes radiciperda*, ist ein geringerer Prozentsatz an Erkrankungen zuzuschreiben. Außerdem — und das habe ich dieses Jahr in Durchforstungs- und Abtriebsschlägen oft beobachtet — haben äußere Verletzungen des Stammes und der Wurzeln die Fäule in sehr vielen Fällen zur Folge. Diese Verletzungen können auf verschiedene Weise entstanden sein. Häufig z. B. fand ich, daß die Fichten in der Nähe alter Feuerstellen rotfaul waren. Das Reisig wurde früher, und leider geschieht dies mancherorts jetzt noch in den Durchforstungsschlägen, verbrannt. Die Rinde der benachbarten Fichten wurde gesengt und starb stellenweise ab. Das nun bloßgelegte Holz nahm allmählich eine braune Färbung an und zerfiel sich mehr oder weniger rasch. Der Schaden, der also durch das Verbrennen des Reisigs im Bestand verursacht wurde, ist recht bedeutend. Derartig angesengte und dann von der Fäule befallene Stämme findet man recht oft. Andere Angriffspunkte lieferten die durch das Herausgleiten der gefälltten Stämme entstehenden Verletzungen. Auch Abhiebsstellen von Zwillingstämmen sind in der Regel rotfaul. Eine Erklärung der Rotfäule durch Bodenzustände gibt Heß in seinem vorzüglichen „Forst-

schuß“ (3. Auflage, 2. Band, Seite 557). Wie schon bemerkt, dürften für die Fichte nicht günstige Bodenverhältnisse in den meisten Fällen die Krankheit erzeugt haben. So kenne ich einen etwa 35-jährigen Bestand, der diesen Winter zum erstenmal durchforstet wurde. Etwa 35 bis 40% der ausgehauenen Stangen waren rotfaul, und meistens sogar sehr stark. Vom Pilz war wenig zu merken; äußere Verletzungen waren auch nicht vorhanden, mithin kommt nur der Bodenzustand in Betracht. Die von Jahr zu Jahr zunehmende Fäule ist für die Forstwirte eine ernste Mahnung, mit dem Anbau der Fichte nicht allzu eifrig zu sein. Gerade die Fichte begnügt sich mit den flachgründigen Bodenstellen, und sie leistet hier in bezug auf Zuwachs ganz Vorzügliches, wenn sie nur genügend Bodenfrische und Luftfeuchtigkeit vorfindet; gerade auf weniger gutem Boden leidet sie weniger durch Fäule. Wenn wir bei der Begründung von Fichtenbeständen eine sorgfältige Auswahl des Standorts treffen, wenn wir der Fichte die weniger guten, flachgründigen Bodenstellen zuweisen, dann haben wir von dieser Maßregel einen doppelten Vorteil. Einmal heugen wir der Rotfäule wirksam vor, und dann gewinnen wir Flächen zur Begründung von Nutholz-Mischbeständen. Man ist mit dem Anbau der Fichte, verführt durch die hohen Gelderträge, welche diese Holzart abwirft, vielerorts zu weit gegangen. Man scheute wohl die hohen Kulturkosten, welche die Begründung von Nutholz-Mischbeständen verursachte. Außerdem sind Fichtenbestände leichter zu begründen und leichter zu erziehen, als solche Nutholz-Mischbestände. Erfreulicherweise sind in den heftigsten Domänial- und Gemeindewaldungen in den letzten Jahren viele derartige Bestände begründet worden, in denen nutholz-tüchtige Holzarten, wie Eiche, Ahorn, Eiche, Nadelhölzer u. a., vertreten sind. Freilich kostet die Begründung solcher Bestände Geld, und ihre Erziehung ist nicht leicht! Aber, und das kann man jetzt schon behaupten, diese Bestände werden bei ihrer Nutzung ganz bedeutende Erträge abwerfen. Gilt doch jetzt schon der Festmeter guten Eichenholzes, wie wir es im hohen Vogelsberg erziehen, 70 M und mehr. Mancher Wirtschaftler wird bei dem Abtrieb rotfauler Fichtenbestände vor die Frage gestellt: „Was ziehe ich hier nach?“ Die Fichte scheidet von vornherein aus. Ich glaube, daß derartige Bodenstellen sich zur Anzucht von Mischbeständen meist recht gut eignen, namentlich wenn der Boden nicht zu arm an mineralischen Nährstoffen ist. Feuchte oder gar nasse Bodenstellen, wie man sie ja in rotfaulen Beständen oft vorfindet, werden mit der Erle aufgeforschet. überhaupt muß bei der Begründung von Mischbeständen eine richtige

„Wirtschaft der kleinsten Fläche“ stattfinden. Nur dadurch kann sich der Wirtschaftler vor größeren Mißerfolgen schützen. Fehler werden leider in dieser Beziehung noch recht häufig begangen. Wie oft z. B. kann man auch beobachten, daß Fichten in Frostlagen gepflanzt werden. Jahrelang wird dann nachgebessert und schließlich doch nichts erreicht. Zum Schluß findet dann eine frostharte Holzart ihren Platz auf solchen Stellen. Als einen ganz bedeutenden Vorteil solcher Mischbestände erachte ich die Tatsache, daß später zur Begründung eines neuen Bestandes die natürliche Verjüngung einsetzen kann. Gerade Eiche und Ahorn verjüngen sich sehr leicht natürlich, und jetzt schon sind z. B. in der Forstwartei Tilschhausen mit der natürlichen Verjüngung von Eichen sehr gute Resultate erzielt worden. Leider fehlt aber diese ausgezeichnete Nutholzart meist in den ausgedehnten reinen Buchenwäldungen des Vogelsberges. Man kann also vorläufig in den meisten Fällen noch nicht zur natürlichen Verjüngung seine Zuflucht nehmen. Die Intensität der Wirtschaft verlangt oft einen Wechsel der Holzart, sie fordert, daß einer Holzart der ihr zugehörige Standort zugewiesen wird, und da kann nur die künstliche Bestandsbegründung einsetzen. Freilich, später wird dies anders werden. Sollten sich die Hoffnungen, die man auf die Verjüngung mittels Blenderfaumschlages setzt, erfüllen, so wird gewiß diese Verjüngungsmethode auch hier Anwendung finden. Die Zukunft wird es lehren, ob diese Verjüngungsmethode wirklich derartige Erfolge zeitigt, wie man sie ihr nachsagt. Eins ist sicher: die jungen Pflanzen finden am Nordrande einen ausgezeichneten Schutz gegen die Einwirkung der Sonne. Ob aber der Anflug sich so schnell einstellt, wie man es wünscht, glaube ich kaum. Wahrscheinlich wird man zur Erzielung eines geschlossenen Bestandes mit einem Verjüngungszeitraum von mehreren Jahren rechnen müssen. Dieser Verjüngungszeitraum ist natürlich je nach Holzarten verschieden. Am kürzesten ist er wohl bei Kiefer und Fichte, und selbst hier dürften etwa sechs bis zehn Jahre verstreichen, bis der Bestand komplett ist. Bedenkt man nun, daß während dieser Zeit nicht der volle Zuwachs stattfindet, daß außerdem in sehr vielen Fällen eine starke Bodenverwilderung und Verunkrautung auf dem kräftigen Basaltboden stattfindet, so ist es doch wahrscheinlicher, daß die Fichtenpflanzung trotz ihrer „Naturwidrigkeit“ und trotz ihrer Begründungskosten finanziell einen höheren Effekt erreicht, als die Verjüngung mittelst Blenderfaumschlages.

Die Rüsselkäferkalamität hat erfreulicherweise in den letzten Jahren hier abgenommen. Es ist dies wohl der beim Erscheinen des Insektes

einsetzenden intensiven Bekämpfung zuzuschreiben. Die Kiffelsche Kiffelsäferfalle hat sich in den Waldungen der Oberförsterei Lauterbach nicht besonders bewährt.

Leider tritt seit einigen Jahren ein Insekt in den Fichtenbeständen auf, das ganz erheblichen Schaden anrichtet, die Fichten-Rindenlaus

(*Chermes abietis*). Dieser Schädling sucht besonders jüngere, etwa 7—15 jährige Bestände heim. Der angerichtete Schaden besteht hauptsächlich in einem recht bedeutenden Zuwachsverlust, sowie in der Verstümmelung vieler Pflanzen. Eine Bekämpfung der Laus ist leider nicht ausführbar.

Aus meiner Forstschutzmappe.

XIII. *)

Fehlende Radnägel. An einem Spätnachmittage im Sommer fand ich, daß in einem etwa 50jährigen Stangenholzbefande eine größere Menge Stangen I. und II. Klasse abgeägt und mittelst eines weispännigen Fuhrwerks entwendet waren. Da es an dem betreffenden Tage bereits zu spät war, weitere Ermittlungen anzustellen, verfolgte ich nur die Spur so weit, bis es mir möglich war, irgend welche auffallende Merkmale zu finden, und stellte bald fest, daß an den Rädern einzelne Nägel, womit die Reifen auf den Radfelgen festgenagelt sind, fehlten. Auf der nahen Chaussee hörte jedes weitere Spüren auf.

Am folgenden Morgen verfolgte ich die Chaussee in der Richtung, welche das Fuhrwerk eingeschlagen hatte, untersuchte dabei die von der Chaussee abzweigenden Wege und fand bald die im Walde wahrgenommenen Anzeichen der fehlenden Nägel auf einem Wege, der nach einem zur Stadt O. gehörigen einzelnstehenden Gehöft führte. Ich begab mich nach der Stadt, um die nötige polizeiliche Begleitung betreffs Haussuchung zu erlangen und ging mit einem Polizeiwachmeister nach dem betreffenden Gehöft. Da die Stangen mit der Säge von zwei Seiten abgeschnitten waren, konnte ich durch Messung der verschiedenen Schnitte, auch durch ausgelegtes Papier, auf dem ich mit Bleistift die Rundung der Stangen und die Schnitte markiert hatte, bei dem auf dem Gehöft vorgefundenen Holze feststellen, daß es wirklich das im königlichen Forst entwendete war. Ferner fand ich bei Besichtigung der Wagenräder, daß an den Hinterrädern einzelne Nägel in der von mir bemerkten Reihenfolge fehlten.

Der Besitzer des Gehöftes bestritt erst den Diebstahl, gestand denselben aber schließlich vor Gericht, nur meinte er zum Schluß, daß er gern wissen möchte, auf welche Weise ich nachgefunden hätte, da doch eine Nacht und ein Tag vergangen sei, ehe ich hingekommen und er doch auch etwa 2 km auf der Chaussee gefahren wäre, wo ein Spüren nicht möglich war. Daß ihn die fehlenden Radnägel verraten hatten, daran dachte er freilich nicht.

P. G e r s c h e l, Königl. Hegemeister a. D.

XIV.

Die eingegrabenen Klößchen. Als ich Forstaufseher in der Oberförsterei Rybnitz war, fand ich eines Tages unweit der Grenze, die einen Bauernwald mit Kiefernbestand berührte, daß drei schwache Kiefernstämme ganz frisch abgeägt und entwendet waren. Diese waren in den Bauernwald geschleift und wurden dort jeder neben einem frisch abgeägten Stubben gefunden. Auch die Wipfel waren hin-

getragen und so hingelegt, als wenn diese von den liegenden Stämmen abgeägt worden wären. Die Stubben schienen mir verdächtig und bewegten sich, als ich mit dem Fuß daran stieß. Eine weitere Prüfung ergab, daß von jedem Stamme ein kurzes Klößchen abgeägt und daneben in die Erde eingegraben war.

Das Holz war ermittelt, aber nicht die Täter. Wäre der Waldbesitzer gleich zur Rechenschaft gezogen, so hätte er natürlich gestritten und den Frevel auf einen anderen geschoben. Ich mußte die Täter also beim Fortschaffen treffen. Am nächsten Tage sah ich in dem betreffenden Walde Wagen mit Pferden und zwei Männer. Nachdem diese abfuhrten, überzeugte ich mich davon, daß die mir bekannten Stüde fort waren, verfolgte den Wagen, holte ihn ein und stellte die Führer mit dem Vorhalte, daß das abgefahrene Holz gestohlen sei. Diese stritten, indem sie behaupteten, es wäre aus ihrem Walde. Der Besitzer des Waldes ging auch mit mir in seinen Wald zurück und zeigte mir dort die eingegrabenen Klößchen. Nachdem ich dort scheinbare Vergleiche vorgenommen, entließ ich ihn in dem Glauben, daß ich seine Schlaubeit nicht gemerkt habe, und zeigte den Fall an. Bei der gerichtlichen Verhandlung bestritten beide Täter den Diebstahl. Der Besitzer jagte ganz richtig, er hätte mir die Stubben in seinem Walde gezeigt und ich hätte gesagt: „das stimmt!“ Als ich in meinen Aussagen eine genaue Darstellung meiner Ermittlungen gab, konnte sich selbst der Richter nicht enthalten, laut aufzulachen, und die streitenden Täter waren sehr klein, als die Verurteilung erfolgte.

A. G e b a u e r, Kgl. Hegemeister.

XV.

Er trug den Stubben an die falsche Stelle. An einem Sonnabend im Juli wurde durch einen ungenannten Breitschreiber mitgeteilt, daß einem Bäder seit einiger Zeit ziemlich regelmäßig während der Morgendämmerung durch ein einspänniges Fuhrwerk Holz geliefert werde. Diese Mitteilung enthielt gleichzeitig die Vermutung, daß aus verschiedenen Umständen geschlossen werde, das Holz sei von dem Lieferer unredlichmäßig erworben und der Abnehmer handle mit diesem im Einverständnis.

Die hierauf bei dem Bäder vorgenommenen Nachforschungen bestätigten diesen Verdacht soweit, als auf dessen Hofe neben älteren Vorräten eine Anzahl ganz frische Kiefernklößen gefunden wurden, die durch genaues Aneinanderpassen zu zwei ganzen Stämmen zusammengefügt werden konnten, von denen die — beim Forstdiebstahl meist üblichen zweifach geschnittenen — Stämme vorhanden waren. Der Bäder wurde nicht angetroffen, seine Hausgenossen konnten oder wollten über den Erwerb des Holzes keine Auskunft geben. Nachdem von den beiden Stämmen Abschnitte entnommen, waren hier einseitigen die Nachforschungen abgeschlossen.

*) Die Kapitel I bis XII sind in Nr. 1, 6, 41, 42 und 51 des Bandes 26 (Jahrgang 1911) veröffentlicht.

Bei einer Rücksprache mit dem Ortsvorsteher über den mutmaßlichen Holzkieferer lenkte sich der Verdacht auf einen Rätner, der in der Nähe der Forst wohnte, ein Pferd besaß, auch schon wiederholt wegen Forstdiebstahls bestraft war. Es wurde daher beschloffen, dort sofort weitere Nachforschungen vorzunehmen und, wenn erforderlich, in den Kuffeln des Verdächtigen mit den entnommenen Beweisstücken an etwa vorhandenen Stubben Vergleiche auszuführen. Der Rätner sowie dessen erwachsener Sohn besritten beide, dem fraglichen Bäder Holz geliefert zu haben.

Am Sonntage erschien nun der Bäder und erklärte, der Sohn dieses Rätners habe ihm in den beiden letzten Wochen 5 rm Kiefern-Kloben geliefert, die letzten am Freitage vorher. Aus den weiteren Verhandlungen ging hervor, daß Lieferer und Abnehmer sich gegenseitig in der Weise auseinandergerechnet hatten, daß letzterer an ersteren Mehl und Badwaren abgegeben, den Rest aber in bar in solcher Höhe entrichtet, daß das Holz einschließlich der Anfuhr voll bezahlt worden war. Von einem Vortheile des Abnehmers, der als Verdacht für ein Einverständnis mit einem etwaigen unredlichen Erwerb des fraglichen Holzes aufzufassen gewesen, konnte also nicht die Rede sein. Gegen diesen Verdacht sprach ferner, daß die beiden Stammenden, die im Falle einer Untersuchung doch immer als Beweisstücke dienen konnten, nicht beseitigt waren.

Als am nächsten Tage dem Rätner die Aussagen des Bäders vorgehalten wurden, gab er zu, daß sein Sohn mit seinem Einverständnis das Holz geliefert habe und zwar aus seinem eigenen Walde. Der Grund dafür, daß diese Tatsache am Sonnabend von ihm und seinem Sohne in Abrede gestellt worden, sei gewesen: Seine Tochter wäre mit einem Eigentümersohne verlobt. Er habe befürchtet, wenn bekannt werde, daß er durch Holzverkauf sein Grundstück entwerthe, könne die Verlobung auseinandergehen. Jetzt aber wollte er selbst auf diese Gefahr hin die Stubben zeigen.

Gefunden wurden auf einem Bergabhange, der außer vier älteren Stämmen nur mit jüngeren Kuffeln bestockt war, nur Stubben, von welchen die Stämme mindestens ein Jahr vorher gefällt waren. Der Verdächtige, hierauf aufmerksam gemacht, erklärte: hieron wären die nicht mehr gefundenen 4 rm Kloben geliefert, die seit dem vergangenen Herbst auf seinem Hofe gelegen hätten, den Stubben von den frischen Kloben habe er bereits ausgerodet. Schließlich kamen wir dann auch an eine Grabestelle und fanden dicht daneben einen frischen, ausgerodeten Stubben, auf den eine von den beiden Stammenden entnommene Platte genau paßte. Ein Stubben von den an den Bäder als Kloben gelieferten Kiefernstämmen war zweifellos vorhanden. Es entstand nun die Frage: Liegt die Möglichkeit vor, daß hieraus der Grabestelle herausgenommen sein kann? Schon bei oberflächlichem Augenblicke mußte diese Frage verneint werden. Die zweifelloso Unmöglichkeit wurde durch sorgfältiges Nachgraben festgestellt. Hierbei erwies sich nicht nur die Grabestelle für den Umfang des Stubbens als zu klein, es wurden weiter auch bereits in sehr geringer Tiefe nur Wurzelrückstände einer kleinen Kiefer gefunden, die Zweige einer solchen lagen auch

in der Nähe herum. Der Verdächtige, auf diesen Befund aufmerksam gemacht, blieb trotzdem bei seiner Behauptung und konnte über die Herkunft der zweiten Kiefer überhaupt keine Antwort geben.

Der nunmehr — in den Augen eines jeden mit dem Forstschuße vertrauten Beamten — überführte Frevler hatte zwar die weiteren Ermittlungen sehr erleichtert, indem er durch das Heranschaffen des zutreffenden Stubbens das Auffinden desselben im Walde ersparte, dabei aber seine Verteidigung augenscheinlich höchst ungeschickt eingeleitet. Der letzte Umstand kam ihm wahrscheinlich bei näherer Überlegung selber zum Bewußtsein, denn am nächsten Tage erschien er auf der Försterei mit der weiteren Mitteilung: Jetzt sei er ganz sicher in der Lage, die Herkunft der beiden Kiefern an Ort und Stelle aufzuklären.

Es blieb weiter nichts übrig, als noch einmal den Weg zu dem sogenannten Walde des Frevlers zu machen, um seine neuen Angaben nachzuprüfen. Hier tißte dieser nun folgendes Märchen auf: Sein Sohn habe den ausgerodeten Stubben an eine falsche Stelle getragen; das richtige Stubbenloch befand sich an einer anderen. Der Sohn sei am Montagnacht zu Hause gewesen, sonst wäre der Irrtum nicht entstanden. Dieser werde jetzt auch die Stelle angeben, von der er die zweite Kiefer entnommen habe. Tatsächlich gaben jetzt beide als die richtige eine Stelle an, die von der nun als falsch bezeichneten über 150 m entfernt lag. Hier waren auch zwei Grabstellen vorhanden. Aus der größeren sollte der erste, aus der kleineren der zweite Stubben herausgenommen sein; von letzterem wurden einzelne Teile übergeben.

Wenn diese Angaben auch von Hause aus den Stempel der Unwahrscheinlichkeit trugen, so war trotzdem doch notwendig, genaue Untersuchungen hierüber anzustellen. Diese ergaben die vollständige Haltlosigkeit auch der neuen Behauptungen. Die Wurzelansätze des größeren Stubbens paßten in keiner Weise an die im Loche bloßgelegten Wurzelrückstände. Die übergebenen einzelnen Teile des zweiten Stubbens aneinandergepaßt und zusammengeagelt ergaben bei weiteren Vergleichen, daß die von dem zweiten Stammende entnommene Platte viel größer war, dabei auch mehr und anders ausgeprägte Jahresringe hatte. Endlich ließ sich nach dem Aneinanderpassen der Wurzelansätze dieses Stubbens an die Wurzelrückstände des größeren Stubbenloches die Vermutung aussprechen, daß große Wahrscheinlichkeit vorlag, dieser sei aus dem größeren Loche gegraben.

In der Hauptverhandlung blieb schließlich noch zu begründen, daß nach Lage der ganzen Umstände an dem ganzen Forstdiebstahl zwei Personen beteiligt sein mußten und alle Ermittlungen ergeben hätten, daß dies nur der Vater und der Sohn sein könnten.

Wie nach dem Ergebnisse dieser Ermittlungen voranzusehen war, erfolgte die Verurteilung von Vater und Sohn in vollem Umfange der erstatteten Anzeige, trotzdem beide in der Hauptverhandlung mit ihren Märdchen den Versuch machten, sich hiergegen wider zu wehren.

Königl. Förster Simon Glöbda.

Mitteilungen.

— **Zum diesjährigen Fraß der Kiefern-Blattwespen.** Blattwespenfraß an Kiefern ist dem Forstmann nichts neues, aber die im laufenden Jahre vorzugsweise beobachteten Larven unterscheiden sich durch ihre dunkle, fast schwarze Färbung von den gewöhnlich gefundenen graugrünen oder gelben Larven mit der bekannten Zeichnung in den Seiten. In der Tat ist es eine andere Art, die sich seit zwei oder vielleicht schon drei Sommern bemerkbar macht und in diesem Jahre in sehr zahlreichen Revieren auftritt, nämlich *Lophyrus rufus*. Im Gegensatz zu *Lophyrus pini* ist das Männchen an den ersten Bauchsegmenten und den Beinen rot, sonst schwarz. Das Weibchen hat einen langgestreckten, fast ganz rotgelben Körper mit wenig schwarzer Zeichnung. Das Cocon ist auffallend hell, wie braun und auch nicht sehr fest. Die Larve ist am Kopf und Brustfüßen schwarz, sonst schmutzig dunkel-graugrün mit wenig hellerem Rücken- und Seitenstreif. Sie wird 19 mm lang. Ihr Fraß unterscheidet sich nicht von jenem der gemeinen Buschhornblattwespe, *Lophyrus pini*; sie besäßt die Kiefer und Schwarzkiefer und benagt auch die Rinde platzweise, genau wie die gemeine Blattwespe es bekanntlich auch tut. Ihr Fraß kann ebenso gefährlich werden, wie der Fraß der letzteren. Sie unterscheidet sich von ihr und anderen verwandten Arten dadurch, daß sie als Ei in den Nadeln überwintert. Schon Hartig wußte dies, doch sind keine Angaben seither vielfach angezweifelt worden. Durch einwandfreie Versuche, die ich seit vorigem Jahre angestellt habe, ist die Richtigkeit der Beobachtung Hartigs bestätigt. Ich werde später ausführlich darüber berichten. Noch ist aber nicht sicher festgestellt, ob *Lophyrus rufus* auch eine doppelte Generation haben kann; im Vorjahre war sie bei Eberswalde einjährig. Da die Überwinterung nicht am Boden erfolgt, versagen die bekannten Mittel, wie Streuhacken, Schweine-eintrieb, Hühnerarbeit, und etwa notwendige Maßregeln müssen sich gegen die Larven wenden. Wo sie in geringer Zahl und in erreichbarer Höhe auftreten, kann man sie zerquetschen, die besetzten Zweige mit der Schere abschneiden, in einen Korb sammeln und ver-

brennen. Wo dies nicht möglich ist, muß eines der folgenden Mittel angewendet werden:

1. Bespritzen mit Kupferalkalibrühe. (Siehe „Deutsche Forst-Zeitung“ Nr. 30 Bd. 25 S. 595). Die Larven fressen den an den Nadeln haftenden Überzug des giftigen Kupfers an und sterben.
 2. Bespritzen mit Petroleumseifenemulsion (siehe „Deutsche Forst-Zeitung“ Nr. 26 Bd. 27 S. 530).
 3. Bespritzen mit Quassiaabkochung.
- Ich bitte, der Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“ zur Veröffentlichung bekanntzugeben:
1. in welchen Revieren *Lophyrus rufus* auftritt,
 2. welche Mittel und mit welchem Erfolg sie angewendet wurden,
 3. welche Beobachtungen über die Tätigkeit der nützlichen insektenfressenden Vögel gemacht werden konnten.

Eberswalde, 24. Juni 1912.

Professor Dr. E d s t e i n.

— **Eine Windhose** ist am 15. Juni nachmittags bei einem kurzen, aber heftigen Gewitter in der Königlich Sächsischen Forst Hofsaue aufgetreten und hat in einer von West nach Ost verlaufenden Bahn etwa 500 fm in bereits früher angebrochenen 80- bis 120 jährigen Beständen von Fichte mit Tanne, einzelnen Buchen und Kiefern teils geworfen, teils gebrochen.

Einfuhr fremden Kiefern-samens und fremder Kiefernzapfen nach Deutschland.

Kiefernzapfen (100 kg)			Kiefern-samen (100 kg)		
Herkunft	Mai 1912		Herkunft	Mai 1912	
	1. Januar bis 31. Mai 1912			1. Januar bis 31. Mai 1912	
Im ganzen . . .	957	11420	Im ganzen . . .	22	428 ¹⁾
Hierunter aus:			Hierunter aus:		
Belgien . . .	—	210	Belgien . . .	8	90
Ungarn . . .	1	564	Frankreich . . .	—	25
Rußland . . .	956	10631	Ungarn . . .	17	232 ²⁾

¹⁾ 1911: 218. ²⁾ 1911: 79.

Berichte.

Verhandlungen der XXX. Versammlung des Hessischen Forstvereins. 1911.

In Nr. 36 Bd. 26 der „Deutschen Forst-Zeitung“ 1911 haben wir einen kurzen Bericht über die Verhandlungen des Hessischen Forst-Vereins am 19. und 20. Juni 1911 in Melsungen gebracht und zugleich eine ausführlichere Mitteilung in Aussicht gestellt. Diese soll denn hiermit folgen.

„Entwicklung und Ergebnisse der Buchmast des Jahres 1911.“

Forstmeister Martin, Waldau: Von den 88 Forstereien des Vereinsgebietes sei in 48 Revieren eine Vollmast, in 28 eine Halbmast und in 8 Revieren eine Sprengmast gewesen. Vier Reviere kämen ihrer besonderen Verhältnisse

halber überhaupt nicht in Frage. Angehauen seien zum Zwecke der Besamung rund 5400 ha; die natürliche Verjüngung sei gelungen auf 2540 ha, also auf 47 % der angehauenen Fläche. Diese Angaben beruhten auf den durch einen Fragebogen erbetenen Angaben der Revierverwalter. Da diese Fragebogen vor der Blattentwicklung des Sommers 1911 beantwortet worden seien, sei die Fläche, auf der die Verjüngung als gelungen zu bezeichnen sei, wahrscheinlich viel größer und wohl auf 50 bis 60 % der Antriebsfläche zu veranschlagen.

Als Gründe für ein Fehlschlagen der Verjüngung seien auf dem Fragebogen angeführt:

1. Beschädigung der Mast im Winter 1909/10 durch Mäuse in 41 Revieren;

2. Beschädigung der Mast im Winter 1909/10 durch Finken in 40 Revieren;
3. Beschädigung der Mast im Winter 1909/10 durch gelindes Wetter mit Frost in 57 Revieren;
4. Beschädigung der Mast im Winter 1909/10 durch Fäulnis und Pilze in 15 Revieren;
5. schädigende Einflüsse in der Keimperiode oder durch Frost oder durch Pilze und unvollkommene Gäre des Bodens.

Was die Schädigung der Mast durch tierische Schädlinge betreffe, so sei dieselbe niemals so groß, daß die natürliche Verjüngung hierdurch gefährdet werden könne. Selbst ein starker Mäusefraß sei ebensowenig imstande, die natürliche Verjüngung zu verhindern, wie ein Zusammenströmen großer Mengen von Finken.

Auch der Frost allein könne die Mast nicht wesentlich schädigen. Bei den ungewöhnlichen Witterungsverhältnissen des Winters 1909/10, in welchem die Buchen schon im Februar stark gekeimt hätten, seien allerdings bei der scharfen Kälte im März die Keime zum Teil erfroren. Aber dieser Nachteil sei nur geringfügig, weil der Keimling die erfrorenen Wurzeltriebe abstoße und neue Wurzelspitzen treibe.

Weit schlimmer sei der Schaden, der durch Hitze verursacht werde. Zur Aufnahme der Mast seien in fast allen Revieren Bearbeitungen des Bodens vorgenommen worden, und zwar durch Laubabgabe auf 1200 ha mit 16 500 rm Laub und einer Einnahme von 10 000 M.; ferner durch Schweineertrieb auf 40 ha, durch Bearbeitung mit der dänischen Rollegge auf 400 ha, mit dem Weberischen Walbgrubber auf 200 ha, mit dem Pflug auf 450 ha und mit der Hand durch Hacken und Rechen auf 1800 ha.

Die Abgabe des Laubes sei zweifellos günstig, wenn es sich nur um die Beseitigung einer dünnen Laubschicht über einer wesentlich zerkleinten Humusschicht handle. Die Beseitigung größerer Laubmengen sei wirtschaftlich nicht richtig, weil die Verjüngung auf dem unter der starken Laubbede noch gänzlich unvorbereiteten Boden in der Mehrzahl der Fälle fehlschlagen werde. Der Antrieb unvorbereiteter Bestände sei ein wirtschaftlicher Fehler, die Verjüngung schlage mit oder ohne Laubabgabe meistens fehl, auch die beste Bodenbearbeitung vermöge denjenigen Grad der Zerkleinerung des Rohhumus, der sogenannten Bodengare, wie ihn die Buchenkeimlinge verlangten, nicht herbeizuführen. Die Kosten der Bodenbearbeitung in den unvorbereiteten Beständen seien daher meistens unnütze Ausgaben.

Von den verschiedenen zur Bodenbearbeitung benutzten Instrumenten habe die dänische Rollegge die meisten Verehrer gefunden; sie arbeite gut und billig. Der Walbgrubber stehe ihr nur

wenig nach. Der Pflug habe mit Recht da Anwendung gefunden, wo man wegen Verfilzung des Bodens und wegen Streubeimengung mit der Egge nicht arbeiten könne. Art ungünstigsten hätten sich die Ergebnisse der Handarbeit, namentlich auch bezüglich der Kosten, gestellt.

Das Auflaufen der Mast wäre im allgemeinen günstig gewesen, und zwar auf den bearbeiteten Böden nicht besser als auf den unbearbeiteten, entschieden ungünstiger auf den Böden, welche der Bodengare entbehrten.

Viele Wirtschafter hätten über schädigende Einflüsse während der Keimperiode und während des Sommers geklagt, und zwar einer über Trockenheit, einer über Dürre, zwei über Jagd, einer über Finken, fünf über Mäuse, elf über Schnecken, einer über Orchestes fagi, drei über Spanner, vier über Pilze und zweiunddreißig über Frost.

Mäuse und Finken könnten im Frühjahr den Keimlingen noch weniger schaden als der Mast im Herbst und Winter; Pilze, die die gekeimten Bucheln, ihre Blätter und Samenlappen beschädigten, seien ihm nicht bekannt; die Schnecken fielen mehr durch ihre Größe als durch ihren wirklichen Schaden ins Auge; auch Orchestes fagi sei ein ziemlich harmloser Herr, der Buchenverjüngungen nicht ernstlich schädigen könne. Schlimmer sei schon der Spanner. Im allgemeinen betrachte er die angeführten Beschädigungen des jungen Aufschlages als unerheblich; von erheblicher Bedeutung sei — abgesehen von dem lokalen Hagelschaden — die Beschädigung der Keimlinge durch Frost, und dies sei die Folge eines wirtschaftlichen Fehlers, der zu lichter Schlagstellung. Für das Vereinsgebiet sei es durchaus nicht nötig, den Samenschlag durch Antrieb eines Viertels oder Drittels der Masse zu führen. Es genüge bei gut vorbereitetem Boden und Bestand der Antrieb durch Entnahme von 10- bis 15 % der Masse vollkommen. Bezüglich der weiteren Behandlung der Bestände, deren Verjüngung mangelhaft sei, solle man das Rezept befolgen: nichts tun, sondern sich in Geduld üben und in Ruhe auf das nächste Samenjahr warten.

Zur Vorbereitung für das nächste Mastjahr sei zu empfehlen, alsbald mit der scharfen, wiederholten Durchforstung der älteren Bestände vorzugehen, und vor der Entnahme von 10 % der Masse beim jedesmaligen Sieb kein Bedenken zu haben. Dann werde sich der für eine gute Verjüngung der Buche unbedingt erforderliche Zustand der Bodengare auch ohne eigentlichen Vorbereitungsantrieb von selbst einstellen, und es werde eine Überstürzung des Verjüngungstriebes durch Antrieb unvorbereiteter Bestände und kostspielige Bodenbearbeitungen vermieden werden.

(Schluß folgt.)

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Gesetz,

Betreffend Änderung des Strafgesetzbuchs.

Vom 19. Juni 1912.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter

Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Das Strafgesetzbuch wird dahin geändert:
1. Der § 123 erhält nachstehende Fassung:
§ 123.

Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen

oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienste oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird wegen Hausfriedensbruchs mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Ist die Handlung von einer mit Waffen versehenen Person oder von mehreren gemeinschaftlich begangen worden, so tritt Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre ein.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

2. a) Im § 114 Abs. 2 werden vor dem Worte „ein“ die Worte eingeschaltet:

„oder Geldstrafe bis zu zweitausend Mark“.

b) In den §§ 136, 137, im § 329 Abs. 1, im § 288 Abs. 1, im § 327 Abs. 1 und im § 328 Abs. 1 werden vor dem Worte „bestraft“ eingeschaltet: im § 136 die Worte:

„oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark“,

im § 137 und im § 328 Abs. 1 die Worte:

„oder mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark“,

im § 239 Abs. 1, im § 288 Abs. 1 und im § 327 Abs. 1 die Worte:

„oder mit Geldstrafe bis zu zweitausend Mark“.

3. Der § 235 erhält folgende Fassung:
§ 235.

Wer eine minderjährige Person durch List, Drohung oder Gewalt ihren Eltern, ihrem Vormund oder ihrem Pfleger entzieht, wird mit Gefängnis bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark erkannt werden.

Geschieht die Handlung in der Absicht, die Person zum Betteln oder zu gewinnstüchtigen oder unsittlichen Zwecken oder Beschäftigungen zu gebrauchen, so tritt Zuchthaus bis zu zehn Jahren ein.

4. Als § 223a Abs. 2 wird folgende Vorschrift eingestellt:

Gleiche Strafe tritt ein, wenn gegen eine noch nicht achtzehn Jahre alte oder wegen Greulichkeit oder Krankheit wehrlose Person, die der Fürsorge oder Obhut des Täters untersteht oder seinem Hausstand angehört, oder die der Fürsorgepflichtige der Gewalt des Täters überlassen hat, eine Körperverletzung mittels grausamer oder boshafter Behandlung begangen wird.

5. a) Als § 248a wird folgende Vorschrift eingestellt:

§ 248a.

Wer aus Not geringwertige Gegenstände entwendet oder unterschlägt, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

Wer die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen seinen Ehegatten begeht, bleibt straflos.

b) Die Nr. 5 des § 370 erhält folgende Fassung:
5. Iwer Nahrungs- oder Genußmittel oder andere Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs in geringer Menge oder von unbedeutendem Werte zum alsbaldigen Verbrauch entwendet oder unterschlägt.

Wer die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen seinen Ehegatten begeht, bleibt straflos.

6. Als § 264a wird folgende Vorschrift eingestellt:
§ 264a.

Wer aus Not sich oder einem Dritten geringwertige Gegenstände zum Schaden eines anderen durch Täuschung (§ 263 Abs. 1) verschafft, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

Wer die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen seinen Ehegatten begeht, bleibt straflos.

7. Im § 360 Nr. 1 wird das Wort „Schlosser“ durch das Wort „Personen“ ersetzt.

8. Der § 355 des Strafgesetzbuchs erhält folgende Fassung:

Telegraphenbeamte oder andere mit der Beaufsichtigung und Bedienung einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanstalt betraute Personen, welche die einer Telegraphenanstalt anvertrauten Depeschen verfälschen oder in anderen, als in den im Gesetze vorgeesehenen Fällen eröffnen oder unterdrücken, oder von ihrem Inhaft Dritte rechtswidrig benachrichtigen, oder einem anderen wißentlich eine solche Handlung gestatten oder ihm dabei wißentlich Hilfe leisten, werden mit Gefängnis bestraft.

Den einer Telegraphenanstalt anvertrauten Depeschen werden Nachrichten gleichgeachtet, die durch eine zu öffentlichen Zwecken dienende Fernsprechanlage vermittelt werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.
Gegeben Kiel, den 19. Juni 1912.

(L. S.)

Wilhelm.

von Bethmann Hollweg.

Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Allgemeine Verfügung Nr. 29/1912

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Ges.-Nr. I B I 5/1048 — II 1090 — III 2036 — I A 1 511.

Berlin W 9, 21. Mai 1912.

Im allgemeinen Interesse muß auf die möglichste Erparungbarer Umlaufsmittel Wert gelegt werden. Der bargeldlose Zahlungsverkehr könnte auch dadurch eine gewisse Förderung erfahren, daß die Lieferanten auf ihren Rechnungen ihr Bank-, Postcheck-, Sparlassen- oder ein anderes an den Giroverkehr angeschlossenes Konto ersichtlich machen, damit der Empfänger die Zahlung ohne Rückfrage im Girowege bewirken kann.

Deshalb hat das Reichsbankdirektorium seine Bau- und Verwaltungskosten-Abteilung beauftragt, künftig bei Anschaffungen aller Art nur noch mit solchen Lieferanten in Geschäftsverbindung zu bleiben oder zu treten, die sich zur Einrichtung eines Bank- oder Postcheckkontos bereit erklären und dies

durch einen Ausdruck auf ihren Rechnungen ersichtlich machen.

Eure Hochgeboren/Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, für den dortigen Geschäftsbereich ein ähnliches Vorgehen gestillt erwägen zu wollen.

Von einem etwaigen Verlangen des Girovermerks wird jedoch namentlich dann abzusehen sein, wenn nach den örtlichen Verhältnissen oder nach der Art und dem Umfang des Geschäftsbetriebes eines Lieferanten — insbesondere bei kleinen Geschäftsleuten, Handwerklern usw. — die Einrichtung eines Girokontos dem Lieferanten die sonst damit verbundenen Vorteile nicht bieten würde.
Z. B.: Küster.

An die Herren Direktoren der Königl. Landwirtschaftlichen Akademie in Bonn-Poppelsdorf, der Königl. Forstakademien in Eberswalde und Münden.

— **Mietwert der Försterwohnungen.** Bei der Veranlagung eines Försters zur Staatseinkommensteuer hatte eine Veranlagungskommission in

Gemäßheit des Art. 21 Ziffer 3 Abs. 2 und 3 der Ausführungsanweisung vom 25. Juli 1906 zum Einkommensteuergesetz den gesetzlichen Wohnungsgeldzuschuß als Einkommen angesetzt. Dies, von der Berufungskommission gutgeheißenes Verfahren ist auf die eingelegte Beschwerde vom Obergerwaltungsgerichte als rechtsirrtümlich bezeichnet worden. Denn die Königl. Förster, so wurde ausgeführt, haben keinen Anspruch auf einen tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschuß, sondern erhalten entweder Dienstwohnung oder eine Mietentschädigung (vgl. Nr. 5 der Besoldungsordnung, Anlage 6 zu dem Gesetz, betr. die Bereitstellung von Mitteln zu Dienststeuermögensverbesserungen, vom 26. Mai 1909, Gef.-S. für 1909 S. 147). Jene Vorschrift der Ausführungsanweisung könne deshalb hier nicht zur Anwendung kommen, vielmehr müsse der ortsübliche Mietwert der Wohnung ermittelt und eingestuft werden, wobei dem Veranlagten Gelegenheit zur Äußerung zu geben ist.

Verschiedenes.

— **Der königliche Förster Loorm,** Forsthaus Ravenhorst, Oberförsterei Hiesfeld, Bezirk Düsseldorf, hatte am 17. Juni mit Wildbeeren ein Zusammentreffen, bei dem er durch den Schuß eines der Wilderer schwer verwundet wurde. Ober- und Unterarm wurden ihm zertrümmert. Er ist in das Hospital zu Sterkrade gebracht worden und dort an den Folgen der Verwundung am 21. Juni gestorben. Wir hoffen über die traurige Angelegenheit in Kürze weiter zu berichten.

— **Wille, nicht normale Geweihe betreffend.** Bei einer Untersuchung über das Geweihwachstum der Hirsche konnten mich irgendwie deformierte oder sonst wie anormal strukturierte Geweihe (jedweder Hirscharten, auch Rehgehörne) wesentlich fördern. Ich wäre daher allen Herren, die „nicht normal“ gebildete Geweihe in ihrer Sammlung besitzen, außerordentlich dankbar, wenn sie mir diese auf kurze Zeit zur Ansicht überließen. Schonung der Stücke und Nennung ihrer Herkunft bei eventuellen Publikationen selbstverständlich.

Rhumblert,
Professor der Zoologie an der Forstakademie Hann.-Münden.

— **Neunter Fischerei-Kursus an der Forstakademie Eberswalde.** Im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wird am 14., 15., 16., 17. August 1912 an der Forstakademie Eberswalde ein Fischerei-Lehrkursus über Teichwirtschaft abgehalten werden.

1. Tag. Mittwoch, den 14. August, vormittags 8 bis 10 und 11 bis 12 Uhr, Vortrag in der Forstakademie: Die Teichfische, ihre Naturgeschichte und wirtschaftliche Bedeutung; Karpfen- und Schleienzucht. — Nachmittags 2 Uhr Exkursion

zu den Forellenteichen. Vorträge über: Teicharten, Anlage, Bau von Karpfen- und Forellenteichen, Fischbruthaus, Forellenzucht; sodann Besichtigung der Forellenteichwirtschaft Schönholzer Mühle. Im Anschluß an die Exkursion Zusammenkunft am „Gehundbrunnen“: Diskussion und zwanglose Unterhaltung über Fragen aus dem Gebiete der Fischzucht.

2. Tag. Donnerstag, den 15. August, vormittags 8 bis 9 und 9½ bis 11 Uhr, in der Forstakademie Vorträge über Karpfenteichwirtschaft: Anlage, Bonitierung, Besetzen der Teiche; Quantität und Qualität des Besatzmaterials, Teichaufsicht, Abfischen, Überwintern, Ein- und Verkauf, Rentabilität. Im Anschluß daran Projektieren einer Teichanlage im Gelände. Besichtigung des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin. — Nachmittags 3 Uhr Exkursion zu den Karpfenteichen und Vortrag über die Biologie, Düngung und Melioration der Teiche, natürliche und künstliche Ernährung der Fische. Darauf zwangloses Zusammensein und Aussprache auf dem „Jainhammer“.

3. Tag. Freitag, den 16. August, vormittags 8 bis 10 Uhr Vortrag in der Forstakademie: Die Feinde der Fische und ihre Bekämpfung. Darauf Besichtigung einer größeren Karpfen-Teichwirtschaft. — Vortrag über Krebszucht.

4. Tag. Sonnabend, den 17. August, Besichtigung einer Seenwirtschaft. Erklärung der Fischfanggeräte. Dampferfahrt auf dem Werbellinsee. Vortrag über: Unsere Kenntnisse von der Lebensweise des Aales und ihre wirtschaftliche Verwertung. Besichtigung des kaiserlichen Jagd-schlosses Hubertusfod. Rückfahrt: Vortrag über die Verunreinigung der Gewässer. — Abends: Zusammensein im Matscher.

Die Exkursionen am 3. bzw. am 4. Tage schließen so zeitig, daß die Abreise mit den späteren Nachmittagszügen möglich ist. Unterkunft: Hotel

Pinnow am Bahnhof — Hotel Stettiner Hof, Eisenbahnstraße — Christliches Hospiz, Karlstraße — Hotel Kaiserbad, Promenade — Hotel Gesundbrunnen, Promenade — Hotel Deutsches Haus, Mühlenstraße. Die Wohnung im Hotel wolle man selbst bestellen! — Privatquartiere können auf Anfrage bis zum 11. August (Mückporto beifügen!) nachgewiesen werden. Die Teilnahme an dem Fischerei-Lehrkursus, zu welchem Fischer, Fischzüchter, Teichwirte, Forstbeamte, Landwirte, Landwirtschaftslehrer, Kulturtechniker, Wiesenbaumeister und Wasserbaubeamte, sowie alle Freunde der Teichwirtschaft hierdurch eingeladen werden, ist unentgeltlich. Die Teilnehmer wollen sich jedoch vorher, bis spätestens zum 11. August, bei dem Leiter des Kurses, Professor Dr. Edstein in Eberswalde, schriftlich anmelden, welcher auch zu jeder Auskunft bereit ist. Die am 13. August ankommenden Teilnehmer treffen sich zu zwanglosem Zusammensein abends im „Pilsener“, Schilderstraße.

Vereins-Nachrichten.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Bezirksgruppe Harzgerode.

Am Mittwoch, dem 24. Juli, von 2½ Uhr nachmittags ab, Zusammenkunft im Hotel Wäldersprung. Tagesordnung: 1. Einziehung der Mitgliedsbeiträge. 2. Beratung über die zur Verbesserung der materiellen Lage zu unternehmenden Schritte. 3. Vortrag des Kollegen Ganpfer-Harzgerode über Wiesenmeliorationen. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. Vorzügliche Zugverbindung mit der Harzbahn. Die Damen finden während der Versammlung Unterhaltung auf der herrlichen Veranda des Hotels. Grim m.

Personal-Nachrichten

und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Ahlborn, Forstmeister zu Schöndal, Regbz. Marienwerder, ist in den Ruhestand getreten.
Baumgardt, Forstmeister zu Wildenow, Regbz. Frankfurt a. O., ist in den Ruhestand getreten.
von Bentheim, Regierungs- und Forstrat, Geh. Regierungsrat zu Hannover, ist nach Cassel (Forstinspektion Cassel-Habichtswald) versetzt.
Berlin, Regierungs- und Forstrat zu Arnberg, ist nach Hannover (Forstinspektion Hannover-Rienburg) versetzt.
von Bornstedt, Oberförster zu Windhof, Regbz. Wiesbaden, ist nach der Oberförsterei Bieber, Regbz. Magdeburg, versetzt.
Graf von Bohlmer, Oberförster zu Etade, ist die Oberförsterei Pragya, Regbz. Bromberg, übertragen.
Bräuning, Oberförster zu Zulentzin, Regbz. Danzig, ist nach der Oberförsterei Frankenan, Regbz. Cassel, versetzt.
Engelhardt, Oberjunker zu Kanten, ist die Oberförsterei Gassefeld, Regbz. Wiesbaden, übertragen.
Fauser, Oberförster zu Gayfeld, Regbz. Wiesbaden, ist zum Regierungs- und Forstrat ernannt und ihm die Forstinspektion Arnberg-Wiesche übertragen.
Groschurk, Oberförster zu Kutenburg a. Rulda, ist die Oberförsterei Wilde, Regbz. Cassel, übertragen.

Holweg, Oberförster zu Giesewo, Oberförsterei Warthe-wald, Regbz. Posen, ist zum Regierungs- und Forstrat ernannt und ihm die Forstinspektion Gumbinnen-Lasdehnen übertragen.

Kler, Forstmeister zu Ohlau, Regbz. Breslau, ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Kosbach, Oberförster zu Tragay, Regbz. Bromberg, ist nach Warthe-wald (Amtsitz Giesewo), Regbz. Posen, versetzt.

Koyen, Regierungs- und Forstrat, Geh. Regierungsrat zu Bromberg, ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Liebrecht, Forstassessor und Oberrentant im Reit. Feldjäger-Korps, ist der Regierung in Hannover als Hilfsarbeiter überwiesen.

Loyke, Oberförster zu Groß-Born, ist die Oberförsterei Groß-Born, Regbz. Rösslin, endgültig übertragen.

Mollau, Oberförster zu Heimerow, Regbz. Wiesbaden, ist in den Ruhestand getreten.

Reichardt, Oberförster zu Frankenan, ist die Oberförsterei Demmin, Regbz. Marienwerder, übertragen.

Schäfer, Forstmeister zu Bieberitz (Amtsitz Magdeburg), Regbz. Magdeburg, ist nach der Oberförsterei Wildenow, Regbz. Frankfurt a. O., versetzt.

von Schaller, Oberförster zu Frankenan, Regbz. Cassel, ist zum Regierungs- und Forstrat ernannt und ihm die Forstinspektion Cassel-Rulda übertragen.

Schönberg, Regierungs- und Forstrat zu Gumbinnen, ist nach Bromberg (Forstinspektion Bromberg-Gobenitz) versetzt.

Dr. Spiegel, von und zu Pödelshelm, Oberförster zu Hainertloch, ist die Oberförsterei Saigerloch, Regbz. Sigmaringen, endgültig übertragen.

Wegener, Franz, Forstassessor, ist der Regierung in Alsenheim als Hilfsarbeiter überwiesen.

Winter, Oberförster zu Chorn, ist die Oberförsterei Schöndal, Regbz. Marienwerder, übertragen.

Zangemeister, Regierungs- und Forstrat, Geh. Regierungsrat zu Cassel, ist in den Ruhestand getreten.

Zu Oberförstern o. R. wurden ernannt:

Büchmann, Forstassessor und Oberrentant im Reit. Feldjäger-Korps; **Gabriel**, Forstassessor; **Arter**, Forstassessor und Oberrentant im Reit. Feldjäger-Korps; **Jacob**, Forstassessor; **Karl**, Forstassessor; **Lütgens**, Forstassessor und Oberrentant im Reit. Feldjäger-Korps; **Reichmaler**, Forstassessor.

Gloos, Förster zu Vordrantsen, Oberförsterei Hirsbach, ist die Forsterei Steinwald, Oberförsterei Neutrichen, Regbz. Cassel, übertragen.

Dalchow, Förster zu Heringen, Oberförsterei Heringen, ist die Forsterei Kumpfenbrunn, Oberförsterei Hirsbach, Regbz. Cassel, übertragen.

Pröfemeyer, Forstassessor zu Hoppard, Gemeinde-Oberförsterei Hoppard, ist mit der kommunikativen Verleihung der Forsterei Hirsbach, Gemeinde-Oberförsterei Soderbeim, Regbz. Coblenz, beauftragt.

Falk, Förster o. R. zu Edden, Oberförsterei Salmünster, ist die Forsterei Ahl, Oberförsterei Salmünster, Regbz. Cassel, übertragen.

Herrmann, Oberförster zu Niederlein, Oberförsterei Neutrichen, Regbz. Cassel, ist in den Ruhestand getreten.

Hofmann, Förster o. R. zu Uderig, ist nach der Oberförsterei Bedelsdorf, Regbz. Stettin, versetzt.

Kohn, Förster zu Havelshausen, Oberförsterei Kirchbittmold, ist die Forsterei Hohenbach, Oberförsterei Frankenberg, Regbz. Cassel, übertragen.

Laski, Forstassessor zu Eberenberg, Oberförsterei Gimmersdorf, ist nach Teichhof, Oberförsterei Eberswalde, Regbz. Potsdam, versetzt.

Leonhard, Oberförster zu Wollhagen, Oberförsterei Naumburg, Regbz. Cassel, ist in den Ruhestand getreten.

Reichhof, Gemeindeförster zu Bieberitz, Oberförsterei Bieberitz, Regbz. Magdeburg, ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Röller, Oberförster zu Leipold, Oberförsterei Burghausen, Regbz. Cassel, ist in den Ruhestand getreten.

Sichter, Gemeindeförster a. R. zu Tellig, Gemeinde-Oberförsterei Zell, Regbz. Coblenz, ist auf Lebenszeit angestellt.

Wiemensmeier, Förster zu Rodenbach, Oberförsterei Frankenberg, ist die Forsterei Vohra, Oberförsterei Einhausen, Regbz. Cassel, übertragen.

Wittmayer, Forstassessor zu Bennedemmin, Oberförsterei Bennedemmin, ist nach Weissenborn, Oberförsterei Königsberg, Regbz. Erfurt, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Schnabel, Forstausseher zu Bvoraden, Oberförsterei Grün-
 rief, Regbz. Allenstein, ist zum Förster o. R. ernannt.
Pappert, Revierförster zu Forsthaus Strasburg, Oberförsterei
 Wolau, Regbz. Marienwerder, ist in den Ruhestand
 getreten.
Friedel, Förster zu Trappönen, Oberförsterei Trappönen,
 ist unter Ernennung zum Förster m. R. nach Samorden,
 Oberförsterei Rudszaun, Regbz. Allenstein, versetzt.
Faupel, Förster zu Kempfenbrunn, Oberförsterei Morsbach,
 ist die Försterstelle Sand, Oberförsterei Sand, Regbz.
 Cassel, übertragen.

Der Titel „Hegemeister“ wurde verliehen den Förstern:

Jäger zu Preßliche Mann, Oberförsterei Enhl, Regbz.
 Erfurt; **Arkus** zu Sorge, Oberförsterei Benneden-
 nein, Regbz. Erfurt; **Mierowa** zu Mühlentlohra,
 Oberförsterei Pohra, Regbz. Erfurt; **Stierreich** zu
 Biskup, Oberförsterei Gohra, Regbz. Tautzig, aus
 Anlaß des Übertritts in den Ruhestand; **Schäfer** zu
 Forsthaus Altemann, Oberförsterei Altemannshof, Regbz.
 Magdeburg.

Das Verdienstkreuz in Gold wurde aus Anlaß des
 Übertritts in den Ruhestand verliehen:

Abel, Hegemeister zu Neuthymen, Oberförsterei Neu-
 thymen, Regbz. Potsdam; **Fischer**, Hegemeister zu
 Sommerberg, Oberförsterei Baderberg, Regbz. Danzig;
Sander, Hegemeister zu Peterswalde, Oberförsterei
 Vanded, Regbz. Marienwerder; **Laage**, Revierförster
 zu Reinkel, Oberförsterei Teittan, Regbz. Schleswig;
Plönski, Hegemeister zu Stangenwalde, Oberförsterei
 Stangenwalde, Regbz. Danzig; **Schöndt**, Hegemeister
 zu Albrechtshöhe, Oberförsterei Gumnin, Regbz. Pots-
 dam; **Wolff**, Hegemeister zu Tamsdorf, Oberförsterei
 Talspin, Regbz. Potsdam.

Das Verdienstkreuz in Silber wurde aus Anlaß des
 Übertritts in den Ruhestand verliehen:

Mühler, Förster zu Schmelen, Oberförsterei Rangau,
 Regbz. Schleswig.

Aus den Schutzbezirken Eichentriege, Abelsheidtsal und
 Demmin der Oberförsterei Hammerheim und dem Schutz-
 bezirk Schönberg der Oberförsterei Schützenwalde, Regbz.
 Marienwerder, ist die Oberförsterei Demmin gebildet
 worden.

Gemeinde- und Privatdienst.

Paßmitz, Förster zu Forstb. Hammelsberg, händische Ober-
 försterei Gostlar a. Harz, Regbz. Hildesheim, ist das
 Recht verliehen, zur Uniform ein goldenes Portepee am
 Girkfänger zu tragen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

v. Grafenhein, Assessor zu Kelheim, ist pensioniert.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte
 keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden
 niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die
 Abonnements-Ermittlung oder ein Ausweis, daß der Frage-
 steller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 83. Anfrage: Nach neunjähriger
 aktiver Dienstzeit erhielt ich 1906 den Forst-
 versorgungsschein und bin seit dieser Zeit im
 Staatsforstdienste beschäftigt. 1. Steht mir bei
 der Veranlagung zur Gemeindesteuer die Ver-
 günstigung der vor dem 1. April 1909 angestellten
 Beamten zu? Wie wäre dies zu begründen?
 2. Muß mir bei der Veranlagung zur Einkommen-
 steuer Mietauslagen, Kleidergeld (30 M.) und
 Brennholzvergütung (60 M.) nicht in Abzug
 gebracht werden?

Antwort: 1. Nach den Darlegungen in
 dem Artikel in Nr. 13 der „Deutschen Forst-
 Zeitung“ würden Sie wohl den Anspruch auf das
 Steuervorrecht der Verordnung vom 23. Sep-
 tember 1867 erheben und diesen damit begründen
 können, daß Sie vor dem 1. April 1909 durch Ihre
 dauernde Beschäftigung im staatlichen Forstdienste
 in ein Beamtenverhältnis eingetreten seien und
 die Rechte und Pflichten eines staatlichen Be-
 amten (insolge der Vereidigung, Gewährung einer
 Bezahlung, wenn auch in Form fixierter Tage-
 gelber usw.) zugewiesen erhalten hätten. 2. Ein
 Abzug der bezeichneten Art ist nicht zulässig (§ 8 III
 Nr. 2 des Eink.-Steuergesetzes). Der dort erwähnte
 „Unterhalt“ umfaßt nach den Entscheidungen des
 Oberverwaltungsgerichts alle Aufwendungen,
 sowohl für äußere Bedürfnisse (Wohnung, Kleidung,
 Nahrung, Bedienung) als auch für Erziehung,
 Unterricht und Ausbildung. Daß die Ausgaben
 für Dienstkleidung nicht abzugsfähig sind, wurde
 von dem Regierungskommissar bei Beratung des
 Gesetzes im Abgeordnetenhaus ausdrücklich hervor-
 gehoben.

Für die Redaktion: J. B.: Wodo Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Bernstorff, Woldach bei Forst (Harz).

Zahlung der Mitgliederbeiträge.

An die verehrten Vereinsmitglieder richten wir
 die ergebenste Bitte, die jetzt fälligen Beiträge für
 das 2. Halbjahr 1912 baldmöglichst an die Herren
 Schatzmeister der Ortsgruppen bzw. der Bezirks-
 gruppen einfinden zu wollen, indem wir zu berück-
 sichtigen bitten, daß durch die rechtzeitige
 Zahlung der Beiträge viel Zeit und Geld gespart wird.

**Gleichzeitig machen wir wiederholt darauf
 aufmerksam, daß Überweisungen in eine andere
 Bezirksgruppe jetzt nur noch zu Beginn eines
 Jahres erfolgen und daß die Mitglieder
 das ganze Jahr über der Bezirksgruppe zugeteilt
 bleiben, der sie am 1. Januar angehört haben.**

Nachstehend folgen die Adressen der in letzter
 Nummer nicht genannten Bezirksgruppenschatzmeister
 unter Angabe der Beiträge, die in den betreffenden
 Bezirken von den Mitgliedern jährlich (J.) oder halb-
 jährlich (H.) zu zahlen sind.

Die Postanweisungen müssen den Betrag tragen:

Bez. Cassel-Dr. (6,50 M. + 0,50 M. = J. 7,00 M.,
 h. 3,50 M.): Schneider, Hegemeister, Muhlhof,
 Kr. Fulda, führt die Kasse noch bis zum
 1. Januar 1913.

Bez. Cöln (6,50 M. + 1,50 M. = J. 8,00 M.):
 Reip, Förster, Groß-Königsdorf bei Cöln.

Bez. Hildesheim (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M.,
 h. 3,75 M.): Jädel, Förster, Clausthal (S.).

Bez. Lüneburg (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M.):
 Kommer, Förster, Ebstorf (Kr. Lzen).

Bez. Minden-Rünster (6,50 M. + 1,50 M. = J.
 8,00 M.): Pohl, Hegemeister a. D., Bielefeld,
 Langenhagen 31.

Bez. Posen (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M.,
 h. 3,75 M.): Fuhrmann, Förster, Maucher-
 heidel bei Mache.

Bez. Trier (6,50 M. + 1,00 M. = J. 7,50 M.,
 h. 3,75 M.): Klein, Revierförster, Forstb.
 Mülchen bei Ziemmer.

Nähere Angaben über die Höhe der Ortsgruppenbeiträge uvm. enthält das diesjährige Mitgliederverzeichnis, in dessen Besitz eigentlich jedes Mitglied sein sollte.

Dringend erwünscht ist es, daß volle Jahresbeiträge gezahlt werden. Angabe der Mitgliedsnummer ist stets unbedingtes Erfordernis.

Bemerkt wird schließlich noch, daß besondere Zahlungsaufforderungen seitens der Orts- und Bezirksgruppen im Vereinsorgan fernerhin nicht mehr erfolgen können.

Räume bei Grüneberg, Bez. Bromberg,
Ende Juni 1912. Wette, Schatzmeister.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Breslau. Auf die Tagesordnung der Bezirksgruppenversammlung vom 14. d. Mts. wird hierdurch als Punkt 5 gesetzt: Rechnungsprüfung und eventuelle Erteilung der Entlastung an den bisherigen Vorstand.

J. A.: Sacher.

Coln. Am Mittwoch, dem 17. Juli, nachmittags um 2 Uhr, Versammlung in Coln-Nicklerhaus, Frohngasse. Vom Dom mit der elektrischen Bahn, Linie 14, zu erreichen. Tagesordnung: Delegiertenbericht und mehr. Nachher Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der goldenen Ede. Damen willkommen. Recht zahlreiche Beteiligung erbeten.

Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Denrath (Regbz. Düsseldorf). Samstag, den 13. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Düsseldorf, Restaurant „Goldener Stern“, Haroldstraße. Wichtige Tagesordnung. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Bromberg. Besuch des Versuchsgutes Mocheln am Sonnabend, dem 13. Juli 1912. Zusammenkunft vormittags 10 Uhr in Mortschhausen.

Der Vorstand.

Chronkau-Malapane (Regbz. Oppeln). Am Sonntag, dem 14. Juli d. Js., nachmittags 4½ Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal in Schodnia. Tagesordnung: 1. Bericht über die letzte Bezirksgruppenversammlung; 2. Einziehung der fälligen Vereinsbeiträge; 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Kreuzburgerhütte (Regbz. Oppeln). Sonntag, den 21. Juli d. Js., von nachmittags 3 Uhr ab, findet das diesjährige Scheibenschießen mit einer musikalischen Unterhaltung auf dem Kopieck statt. Abends Tanz im Vereinslokal. Bei schlechtem Wetter statt des Scheibenschießens Konzert bei Herrn Sowada. Die Ortsgruppe Klupp wird freundlichst eingeladen. Die Herren Kollegen werden gebeten, Freunde und Bekannte mitzubringen. Besondere Einladungen werden nicht versendet. Der Herr Bezirks-

vorsitzende wird über die Delegiertenversammlung in Berlin Bericht erstatten.

Der Vorsitzende.

Deutschheide (Regbz. Danzig). Mitgliederversammlung am 13. Juli d. Js., nachmittags 5 Uhr, im Gasthause von Rosenkranz in Decipfel. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Schriftführers; 2. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein mit Damen.

Der Vorsitzende. Neumann.

Eichwege (Regbz. Cassel). Am Dienstag, dem 16. Juli d. Js., findet eine Waldtour mit Frauenbeteiligung in die Oberförsterei Allendorf, Schutzbezirk Altenstein, und in die Waldungen des Herrn Baron von Knop statt. Ab Allendorf 9,02 Uhr vormittags; Rückkunft etwa 4 Uhr nachmittags. Für die Frauen stehen Wagen zur Verfügung bis zum Forsthaus Altenstein. Bitte um baldige Anmeldung der Beteiligung.

Hartmann, Segemeister.

Gelnhausen (Regbz. Cassel). Sonntag, den 21. Juli d. Js., von nachmittags 2 Uhr ab, Mitgliederversammlung im „Deutschen Hause“ zu Gelnhausen. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Kassierers, da Kollege Sippel verstorben wurde; 2. Beratung über die Feier des zehnjährigen Stiftungsfestes der Ortsgruppe; 3. Zahlung der Beiträge; 4. Patronenbestellung; 5. Verschiedenes. Die Herren Kollegen, welche in der Versammlung nicht erscheinen können, bitte, die Beiträge an Herrn Förster Falt, Salmünster, zu senden.

Der Vorstand. Thomas, Vorsitzender.

Gr.-Schirrau (Regbz. Königsberg). Mitgliederversammlung am 6. Juli d. Js., nachmittags 7 Uhr, im „Schwarzen Adler“ zu Gr.-Schirrau. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über die stattgehabte Bezirksgruppenversammlung; 2. Beschlusfassung über Erhöhung der Beiträge; 3. Einziehung der Beiträge; 4. Ergänzung der Tagesordnung vorbehalten. Mitglieder, die zur Sitzung nicht erscheinen, werden gebeten, ihren Beitrag den an der Sitzung teilnehmenden Herren mitzugeben.

Bewersdorf, Schriftführer.

Lasdehnen (Regbz. Gumbinnen). Sonntag, den 14. Juli d. Js., nachmittags 4 Uhr, Kaffee im Garten des Vereinslokals, unter Teilnahme der verehrl. Familienmitglieder, deren rege Beteiligung hiermit erbeten wird. Danach Erledigung des Geschäftlichen, Berichte usw. in kurzer Sitzung. Hierauf Spiele der unter und über tausend Wochen alten Kinder nach Laune und Herzenslust.

Florin.

Lauterberg (Regbz. Gildesheim). Am Sonntag, dem 14. Juli, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung der Mitglieder im Forsthaus Flößwehr. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es wird dringend gebeten, daß alle Mitglieder erscheinen. Der Vorstand.

Ortelsburg (Regbz. Altenstein). Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Sperber in Schwentainen. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über die Bezirksgruppenversammlung in Altenstein; 2. Beschlusfassung über den eingegangenen Antrag, ob in Schwentainen künftig in jedem Jahre nur eine Sitzung

stattfinden soll; 3. Einziehung der Beiträge und eventuelle Bestellung der Försterjahrbücher 1912; 4. Verschiedenes (Begräbniskasse). Die Damen der Mitglieder sind freundlichst mitgeladen.

Der Vorstand.

Otze (Regbz. Marienwerder). Sonntag, den 14. Juli, 3½ Uhr nachmittags, Prämienschießen auf dem Stande bei der Försterei Otze. Abends Tanz im Vereinslofale. Beitrag 3 M bis zum 12. d. Mts. an Kollege Edert zu Otze einzulassen. Gäste willkommen. Einladungen erfolgen nicht.

Der Vorstand.

Notenburg-Zulda (Regbz. Cassel). Sonntag, den 14. Juli d. Js., 2½ Uhr nachmittags, Schießen.

Der Vorstand.

Saarbrücken (Regbz. Trier). Der Ausflug nach Mettlach findet am Donnerstag, dem 11. Juli d. Js., statt. Abfahrt von Saarbrücken 8,04 Uhr, Antunft in Mettlach 9,33 Uhr. Hierzu sind sämtliche Kollegen des Bezirks — auch die im Gemeinbedienst befindlichen — mit ihren Damen herzlichst eingeladen. Der Bezirksgruppenvorsitzende, Kollege Penn, wird Bericht über die Delegiertenversammlung in Berlin erstatten.

Der Vorsitzende: W o l l.

Schloppe (Regbz. Marienwerder). Das beschlossene Sommerfest mit Scheibenschießen findet am Sonntag, dem 14. Juli, von nachmittags 3 Uhr an, in Hahnfrier (Jagen 88, nahe der Försterei) statt. Gäste willkommen, von den Vereinsmitgliedern einzuladen. Einziehung der Vereinsbeiträge. Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Teulingswald-Debra (Regbz. Cassel). Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Just in Hönchbach. Tagesordnung: 1. Bericht über die Delegierten-Versammlung. 2. Bezahlung von Büchern. 3. Verschiedenes.

S c h r o e n e r.

Speffart (Regbz. Cassel). Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet in Oberndorf Versammlung der Ortsgruppe mit folgender Tagesordnung statt: 1. Einziehung der Beiträge zur Krankenkassen-Beihilfeskasse; 2. desgleichen für die Bücher und für Förster Romanus; 3. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein, wozu auch die geehrten Damen freundlichst eingeladen sind. Sollten einzelne Mitglieder am Erscheinen verhindert sein, so wollen diese ihre Beiträge usw. durch einen Kollegen oder direkt an den Kassensführer der Ortsgruppe einbringen, letzterenfalls unter Zurechnung von 5 L für Bestellgebühr.

Der Vorstand. S a g e l s t e i n, Vorsitzender.

Steinberge (Regbz. Potsdam). Versammlung am Donnerstag, dem 11. Juli d. Js., nachmittags 2½ Uhr, bei Wichem, Steinberge. 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Einziehung der Beiträge; 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung Schießen. Um recht rege Teilnahme mit Damen wird gebeten. Der Vorstand. L e v i e n.

Berichte.

Bezirksgruppen:

Frankfurt a. D. In der ordentlichen Vertreter- und Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe

am 1. Juni d. Js. in Landsberg a. B. — Hotel Elste — waren außer dem Vorstände Delegierte sämtlicher Ortsgruppen mit Ausnahme von Wassin und Keppen, sowie eine größere Anzahl von Mitgliedern erschienen. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden wurde die Sitzung in der üblichen Weise mit einem auf Se. Majestät ausgetragenen Horrido eröffnet. Nach erfolgter Feststellung der Teilnehmer und der vertretenen Stimmzahl wurde in die tagungsgemäß bekanntgegebene Tagesordnung eingetreten und diese wie folgt erledigt. 1. Der Vorsitzende gibt einen ausführlichen Jahresbericht über die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Vereinsjahre, den Stand der Bezirksgruppenangelegenheiten und die allgemeine Vereinslage. Der Schatzmeister, Kgl. Förster Hartnid-Mobderwiese, erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Aus diesem geht hervor, daß die Bezirksgruppe mit der neu gebildeten Ortsgruppe Keppen jetzt acht Ortsgruppen aufweist und am Schlusse des verfloffenen Geschäftsjahres 296 Mitglieder zählte, welche Zahl sich durch Neuaufnahmen seither auf 305 Mitglieder erhöht hat. Die Einnahme beträgt für 1911: 2698,25 M und die Ausgabe aus früheren Jahren und den Zinsen für den gleichen Zeitraum 2579,29 M. Der Kassenbestand weist also mit den Überschüssen einen erfreulichen Überschuß von 489,84 M auf. Nachdem die Rechnung nebst Belegen geprüft und in allen Punkten für richtig befunden war, wurde auf entsprechenden Antrag dem Vorstände und insbesondere dem Schatzmeister die tagungsmäßig vorgeschriebene Entlastung unter dem Dank der Versammlung ausgesprochen. 2. Als Delegierter nach Berlin wurde der Kgl. Förster Horn und als Stellvertreter der Kgl. Förster Münch gewählt. 3. In der Befolgs- und Dienststandsfrage wurde nach eingehender Beratung und Würdigung aller entsprechenden Kundgebungen eine Resolution gefaßt, die der Delegierte in Berlin zum Ausdruck bringen sollte und die den Standpunkt der Versammlung in dieser Frage dahin wiedergibt, daß bei einer Neuregelung der Förstereinkommensverhältnisse eine Einziehung von Dienstländereien nicht vorgenommen werden möge, eher möge, wenn es zur Erreichung höherer Bezüge etwa unumgänglich erforderlich sein sollte, bei hierfür in Betracht kommenden Stellen das Nutzungsgeld noch etwas erhöht werden. Die Beratungspunkte für die Delegiertenversammlung in Berlin wurden sodann ausführlich behandelt und im einzelnen durch Beschlüsse Stellung dazu genommen, auch der Delegierte entsprechend beauftragt. 4. Über den Stand der Arbeiten am Auskunftsbuch über die Försterstellen des Bezirks wird berichtet, ebenso über die Anträge betreffend Erlangung und Sicherung ausreichender Vor- und Ausbildung der Forstlehrlinge. Nachdem verschiedene Anfragen und Anregungen aus der Versammlung ihre Erledigung gefunden, auch der Krankenkassenbeihilfeskasse wie der sonstigen Wohlfahrts-einrichtungen auf den verschiedenen Gebieten

werbend und empfehlend gedacht war, wurde auf Antrag beschlossen, daß die nächste Bezirksgruppenversammlung in Driesen stattfinden soll. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft, und wurde gegen 8 Uhr die Sitzung geschlossen. Der Vorstand. **Krause**, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Kirn a. Nahe (Regbz. Coblenz). Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden eröffnet. Erschienen waren sechs Mitglieder. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt. 1. Verlesung des

Protokolls der vorhergehenden Sitzung. 2. Bericht des Vorsitzenden über die Bezirksgruppenversammlung. 3. wurde beschlossen, jährlich nur zwei Sitzungen abzuhalten: eine im Januar, die andere nach Erscheinen des stenographischen Berichtes der Delegiertenversammlung in Berlin, und zwar soll eine Sitzung in Becherbach, die andere in Kirn stattfinden. 4. Die Zahlung der Beiträge soll, wie früher, halbjährlich erfolgen. Über die Erhöhung der Beiträge wurde vorläufig kein Beschluß gefaßt. Der Vorstand. **J. A.: Hamel**, Schriftführer.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch **Hof. Neumann, Neubamm.**

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Friebe, Otto, Hilfsförster, Forsthaus Carlrow bei Pribbernow.
Gütte, Hubert, gelernter Jäger, 2. Komp. Jäger-Bataillon Nr. 10 in Gostlar.

Rosellen, August, Förster, Bohausen bei Büßelsdorf.
Schmood, Walter, Königl. Hilfsjäger, Forsthaus Fiddichow bei Fiddichow a. Ober.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzuzahlen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefarten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schafmeister und **Schriftführer.**

Besondere Zuwendungen.

Söhne in Sachen D. gegen F. 20.— Mk.
Eingeliefert von Herrn Forstmeister **Verbröts** in
Büren, Westf. 40.— „

Gelegentlich eines gemütlichen Bierabends vom Jägerjäger-Korps der 1. Kompanie Brandenburg. Jäger-Batt. Nr. 3 gesammelt; eingeliefert von Herrn **Feldwebel Fritze** in Lübben 15.— Mk.

Ga. 75.— Mk.

Den Gebern herzlichen Dank und Beidmannsheil!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Appel, Nieder-Schonhausen 2 Mk.; **Behreuther**, Chemnitz, 2 Mk.; **Bads**, Schwanefeld, 2 Mk.; **Danziger Jagd- und Bildschuß-Verein**, 60 Mk.; **Dieskau**, Wandeburg, 2 Mk.; **Eckardt**, Knobben, 2 Mk.; **Friebe**, Carlrow, 2,50 Mk.; **Grosch**, Alt-Dombrowa, 2 Mk.; **Günther**, Lüne, 2 Mk.; **Gütte**, Gostlar, 2 Mk.; **Ganher**, Altersberg, 2 Mk.; **Heintze**, Theerhütte 3 Mk.; **John**, Schöner, 2 Mk.; **Kullowatz**, Neuborn, 2 Mk.; **Lawrens**, Bulitz, 3 Mk.; **Nische**, Steglitz, 5 Mk.; **Riske**, Rothebach, 2 Mk.; **Rumler**, Banzentheim, 2 Mk.; **Notermann**, Rastorf, 5 Mk.; **Rosellen**, Bohausen, 2 Mk.; **Schiffner**, Müßegarten, 2 Mk.; **Sittig**, Senen, 2 Mk.; **Saemann**, Jettitz, 2 Mk.; **Schnabel**, Breiten, 3 Mk.; **Schmood**, Fiddichow, 2 Mk.; **Tike**, Giersdorf, 2 Mk.; **Uedert**, Eietin, 2 Mk.; **Allgemeiner Deutscher Jagdschütz-Verein**, Landes-Verein: **Probing**, Sachfen, 100 Mk.; **Wülke**, Grenzow, 2 Mk.; **Walter**, Friedrichshöhe, 2 Mk.; **Bernikow**, Zettgenbrunn, 2 Mk.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt **Neumann**,
Schafmeister und **Schriftführer.**

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden **Oberförster Dr. Hertog-Halensee.**

Sommertagung und Mitgliederversammlung 1912.

Die diesjährige Sommertagung zu Eisenach findet vom 14. bis 17. August statt, und zwar: am 14. und 15. August: Ausschüsse und Vorstand, am 16. „ Mitgliederversammlung, am 17. „ Forstlicher Ausflug.
Halensee-Berlin, den 28. Juni 1912.

Dr. Hertog.

Zahlungen

an den Verein, sowohl Mitgliedsbeiträge wie auch Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan, bitten wir nur an die Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte nach Neubamm, nicht aber an die Geschäftsstelle zu Halensee zu schicken.
Neubamm, im Juni 1912.

Die Kassenstelle.

Geschäftsbericht des Versicherungsamtes zur Mitgliederversammlung 1912 in Eisenach.

1. Januar bis 1. Juni 1912.

I. Lebensversicherung.

Ende 1911 waren an Lebensversicherungen abgeschlossen:

13 zu Tarif I mit 49 000 Mk.
55 „ II „ 247 000 „

In diesem Jahre kamen hinzu:

4 zu Tarif I mit 15 000 Mk.
5 „ II „ 15 000 „

Die Gesamtversicherungssumme

beträgt also bis jetzt . . . 326 000 Mk.

Es ist das ja eine Zunahme, aber sie steht in gar keinem Verhältnis zur Zahl der Mitglieder und zu der Wichtigkeit der Sache an sich. Wir möchten an dieser Stelle auf den Jahresbericht der Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte für 1911 hinweisen, der bereits allen Bezirksgruppen zu-

gegangen ist. Danach wurde im Jahre 1911 für 89 Todesfälle eine Versicherungssumme von 225 500 M. gezahlt. Es ist doch das eine Summe, die zu denken gibt, und wenn wir unseren Mitgliebern immer und immer wieder zurufen: Versichert Euch, ehe es zu spät wird, so geschieht das nur im Interesse dieser Mitglieder selbst. Die mit uns verbundene Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte mit dem Sitz in Pasing-München ist das beste und solideste Institut, das wir Forstbeamten empfehlen können. Die Untersterblichkeit betrug im Jahre 1911 = 30 % an Personen und 44 % an Versicherungssumme. Die Dividende wird steigend erhöht, so daß auch die Prämien äußerst gering sind. Die Verwaltungskosten sind derart niedrig, daß wohl keine andere Lebensversicherung dagegen aufkommen kann, und die Sicherheit ist durch den von Jahr zu Jahr steigenden Reservefonds eine absolute. Die Verwaltung geschieht nur durch Forstbeamte unter Aufsicht des Reichsversicherungsamtes.

Wie schon früher verschiedentlich hervorgehoben, ist das Versicherungsamt befähigt, durch weiteren Abschluß mit der Gottfaischen Versicherungs-Gesellschaft auch Versicherungen in jeder gewünschten Höhe abzuschließen.

II. Unfall- und Haftpflichtversicherung.

Bis Ende 1911 waren in der bis zur genannten Frist mit uns verbundenen Mannheimer abgeschlossen: 38 Unfallversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von:

114 000 M. auf den Todesfall,
342 000 " " bleibende Invalidität,
114 " " tägliche Entschädigung;

ferner 97 Haftpflichtversicherungen mit einer Gesamtsumme von:

3 880 000 M. auf Personenschäden,
7 760 000 " " Schadenereignisse,
485 000 " " Sachschäden.

Es möge gleich hierbei zur Auskunft für alle Versicherten gelten, daß die sämtlichen vorgenannten abgeschlossenen Versicherungen ihre volle Gültigkeit behalten bis zu dem Zeitpunkt, der in dem Versicherungsschein genannt ist, auch wenn unser Vertragsverhältnis mit der Mannheimer gelöst ist. Eine Menge Anfragen aus dem Mitgliederkreise gaben Zeugnis, daß darüber doch Zweifel herrschen, und daher soll das nochmals hiermit ausgesprochen werden.

Mit unserer neuen Vertragsgesellschaft, der „Zürich“, haben wir bis jetzt sehr gute Erfolge zu verzeichnen gehabt. Es sind in der kurzen Zeit des Zusammenarbeitens versichert worden:

10 Unfallversicherungen mit einer Gesamtsumme von:

53 000 M. für Todesfall,
135 000 " " bleibende Invalidität,
30 " " tägliche Entschädigung;

ferner 38 Haftpflichtversicherungen mit einer Gesamtsumme von:

1 800 000 M. für Personenschäden,
3 600 000 " " Schadenereignisse,
170 000 " " Sachschäden.

Außerdem hat noch eine große Verwaltung (Fürstlich v. Bismarcksche) ihren Gesamtbeitrag gegen Haftpflicht in unbegrenzter Höhe versichert.

Ganz besonders möchten wir hierbei die größeren und kleineren Verwaltungen auf die außerordentliche Zweckmäßigkeit hinweisen, den Gesamtbetrieb gegen Haftpflicht zu versichern. Es ist leider diese Einrichtung bei den Herren Waldbesitzern unseres Vereins und auch bei den Verwaltungsbeamten nicht genügend bekannt und gewürdigt. Wir können hierbei gleichzeitig die bestimmte Zusage geben, daß unsere Vertragsgesellschaft gerade in bezug auf das Haftpflichtversicherungsgeschäft Prämien in derart annehmbarer Höhe zu stellen im Stande ist, daß sie von keiner anderen Gesellschaft unterboten werden kann. Wir bemerken allerdings, daß wir in erster Linie die Zahlungsfähigkeit und die Solvenz der Gesellschaft berücksichtigen, und daß dadurch auch auf die Höhe der Prämien ein Einfluß ausgeübt wird. Dieses bitten wir bei allen solchen Fragen vor allen Dingen in Betracht zu ziehen. Die größeren Verwaltungen bitten wir, im wohlverstandenen eigenen Interesse, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen.

Zur näheren Erläuterung möchten wir noch hinzufügen, daß wir vor kurzer Zeit Gelegenheit hatten, eine derartige Haftpflichtversicherung zu prüfen. Ein großes Rittergut hatte mit einer ebenfalls gut renommierten Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, und da ergab die Gegenüberstellung unserer Tarifprämie folgendes Ergebnis: Bei völlig gleichen Leistungen Prämie von unserer Seite 192 M., bei der anderen Gesellschaft 216,74 M., also 24,74 M. mehr. Außerdem hätte aber auch noch der Verein einen immer beträchtlichen Gewinn gehabt. Zahlen beweisen bekanntlich am besten.

III. Viehversicherung.

Bis Ausgang April v. Sz. waren 236 Tiere mit einem Gesamtwert von 80 670 M. versichert, wofür eine Prämie von 2006 M. gezahlt wird. Die großen, die Prämie weit übersteigenden Entschädigungen für 1911 sind durch den Jahresbericht ja bekannt. Trotzdem die Gesellschaft 851,40 M. aus dem Reservefonds zuzahlen mußte, wurde die Prämie nicht erhöht. Auch in diesem Jahre wurden bereits wieder für Pferdeentschädigungen 706 M., für Rauhschäden 488 M. und für Schweineschäden 163,60 M. gezahlt, im ganzen in dieser kurzen Zeit also 1357,60 M.

Wir können auch hier nur erneut immer wieder unsere Mitglieder auf den Segen hinweisen, der durch diese Viehversicherung gestiftet wird, denn gerade die kleinen Viehbestände sind es, die zur Versicherung eigentlich hindrängen. Wir möchten das ganz bemerkenswerte statistische Ergebnis nicht verschweigen, daß die Viehschäden gerade unter den Privatforstbeamten bedeutend häufiger vorkommen als bei den königlichen Forstbeamten. Wir vermögen leider für diese Erscheinung keine Gründe anzugeben, aber die Tatsache liegt vor.

IV. Brandversicherung.

Trotz des nur kurzen Bestehens dieses jüngsten unserer Versicherungsweige können wir doch schon auf eine recht lebhaftige Tätigkeit hinweisen. Es sind bis jetzt versichert 17 Mitglieder gegen Brandschaden mit einer Summe von 109 664 *M.*, wofür 152,20 *M.* Prämie zu zahlen sind. Ein Mitglied ist gegen Einbruch und Diebstahl mit 4650 *M.* zu einer Prämie von 2,80 *M.* versichert.

Daß wir in der Wahl der Gesellschaft, mit der wir in diesem Geschäft verbunden sind, einen recht guten Griff getan haben, zeigt der bis jetzt vorliegende kurze Geschäftsbericht. Trotzdem die Deutsche Reformversicherungsbank erst das zweite Geschäftsjahr, wovon das erste nur halb ist, hinter sich hat, sind die Erfolge sehr gut. Die Gesamtzahl der Versicherungen stieg von 200 Ende 1910 auf 3900 Ende 1911, und im gleichen Zeitraume erhöhte sich die Gesamtversicherungssumme von 18 Millionen auf rund 148 Millionen.

Auch hier dürfen also unsere Mitglieder überzeugt sein, daß ihre Versicherungen an sicherer Stelle untergebracht sind.

V. Versicherungsschutzverband.

Die Zugehörigkeit zum Schutzverband hat sich für das Versicherungsamt bei verschiedenen Fällen als recht zweckentsprechend erwiesen. Auch größere Verwaltungen haben sich durch die Vermittelung des Versicherungsamtes schon dieser Stelle zur größten Zufriedenheit bedient. Es liegt ja in der Natur der Sache, daß über derartige Auskünfte kein öffentlicher Bericht gegeben werden kann, aber auf Grund der gemachten Erfahrungen können wir auch hier nur raten, bei Bedarfssfällen den sachverständigen Rat zu Hilfe zu nehmen. Eine größere Verwaltung wollte ihre schon bestehende Pensionskasse als Sonderklasse beim Bundesrat anmelden, und hat auch hierbei der Versicherungs-Schutzverband durch Vermittelung des Versicherungsamtes die Umarbeitung der Satzungen bewirkt und weitere wertvolle Fingerzeige gegeben. Die näheren Bedingungen, unter denen dies geschehen kann, sind in Nr. 15 Bd. 25 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 10. April 1910 ausführlich dargelegt, und verweisen wir darauf.

VI. Allgemeines.

Da leider immer wieder bekannt wird, daß die vom Verein mit recht vieler Mühe geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen immer noch in weiten Kreisen nicht genau und ausführlich bekannt sind, so wäre es von großem Vorteil, wenn die Verpflichtung bestände, daß bei jeder Bezirksgruppenversammlung über dieses Thema in kurzer Weise

gesprochen würde. Nur dann wird es möglich sein, die Kenntnis davon in die entferntesten Ecken zu tragen. Diese verschiedenen Versicherungsweige sind nicht allein zum Schutze für den Einzelnen, sondern sie üben auch eine erziehlige Wirkung aus. Sie verweisen den Einzelnen auf den Weg der Selbsthilfe, so daß nicht jeder bei der kleinsten Gelegenheit nach einer Hilfe von höherer Stelle zu rufen braucht; sie weden und erhalten auch den Sparsinn, denn eine jede Versicherung ist eine Zwangssparkasse, und ein jeder hat es in der Hand, gemäß seinem Einkommen die Zukunft für sich und seine Familie nach seinem Willen sicherzustellen, und das ruft denn doch bei dem, der es getan, ein Gefühl stolzer Ruhe wach. — — —

In das Versicherungsamt kommen eine recht erhebliche Anzahl Fragen über Sachen, die alle schon in unserer „Forst-Zeitung“ enthalten sind, und woraus man leider recht deutlich sieht, daß von den Fragern die Zeitung recht flüchtig gelesen wird. Es wird ja nun auch auf solche Fragen Antwort erteilt, doch wird in Zukunft diese Antwort wohl immer lauter lauten, daß auf die betreffende Nummer der „Forst-Zeitung“ verwiesen wird.

Dann ist auch schon zu verschiedenen Malen darauf aufmerksam gemacht worden, daß bei allen Anfragen immer das Rückporto beigefügt werden solle. Dem Einzelnen tut das nicht viel, die Portoausslagen des Versicherungsamtes sind dadurch aber nicht unerheblich. Ganz besonders würden wir unsere Mitglieder infolge eines vorgelommenen Falles darauf aufmerksam machen, bei allen Versicherungs-Angelegenheiten nur den Weg über das Versicherungsamt einzuschlagen. Der direkte Verkehr mit unseren Gesellschaften, den mancher einzuschlagen beliebt, dient nur dazu, die Sache zu verzögern, und der Versicherte hat höchstens Nachteile dadurch.

Ferner möchten wir auch noch einmal auf den auf der Februarjagung gefaßten Beschluß hinweisen, wonach die Überschüsse des Versicherungsamtes nicht mehr der Vereinskasse, also der Gesamtheit, zufließen, sondern zu einem besonderen Fonds vereint werden, der später in irgend einer Weise wiederum den Versicherten zugute kommen soll. Je mehr also die Mitglieder von den gebotenen Versicherungsgelegenheiten Gebrauch machen, desto höher wird auch diese Summe anfallen und sie und da einmal einen unverhofften Segen bringen.

Verwaltungsamt
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
in Schwarzwald-Posen.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Belegung gelandene Forstideenstellen in Preußen. 547. — Forstliches aus dem nördlichen Vogelberg von Schwarz. 547. — Aus meiner Forstverwaltung. 550. — Zum diesjährigen Fraß der Kiefernblattwespen. Von Dr. C. Rein. 552. — Eine Windhölle in der Königlich Sächsischen Forst Meßau. 552. — Einfuhr fremden Kiefernlaues und anderer Kiefernzapfen nach Deutschland. 552. — Verhandlungen der XXX. Versammlung des Deutschen Forstvereins. 1911. 552. — Wege, Verordnungen, Bestimmungen und Erkenntnisse. 553. — Der Königlich Preussische Forstverein. 555. — Bitter, nicht normale Gewerbe betrefsend. 555. — H. Richter-Kursus an der Forstakademie Eberstadt. 555. — Vereins-Nachrichten. 556. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 556. — Brief- und Fragekasten. 557. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 557. — Nachrichten des „Waldbreit“. 560. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 560. — Anstalts.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfälliger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Botschaften, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amthliches Organ des Grevderversicherungsvvereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 28.

Neudamm, den 14. Juli 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Alt-Grißburg im Regierungsbezirk Königsberg ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 25. Juli eingehen.

Oberförsterstelle Kosen im Regierungsbezirk Marienwerder ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. Juli eingehen.

Oberförsterstelle Medingen im Regierungsbezirk Lüneburg ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 25. Juli eingehen.

Oberförsterstelle Ruda im Regierungsbezirk Marienwerder ist zum 1. August 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen vor dem 15. Juli eingehen.

Oberförsterstelle St. Goarshausen im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. Juli eingehen.

Forstkassenrendantenstelle für die Oberförstereien Greibben und Irthgen mit dem Amtssitz in Königsberg i. Pr., Regierungsbezirk Königsberg, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 30. Juli eingehen.

Försterstelle Friedrichslohra in der Oberförsterei Lohra, Regierungsbezirk Erfurt, ist voraussichtlich zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. August eingehen.

Försterstelle Hartow in der Oberförsterei Limmritz, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen.

Försterstelle Hohlende in der Oberförsterei Biegelroda, Regierungsbezirk Merseburg, ist zum 1. August 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 10. Juli eingehen.

Försterstelle Alink in der Oberförsterei Poppelau, Regierungsbezirk Oppeln, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. August eingehen.

Försterstelle Lachtehausen in der Oberförsterei Celle, Regierungsbezirk Lüneburg, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen.

Försterstelle Oldensadt in der Oberförsterei Medingen, Regierungsbezirk Lüneburg, ist zum 1. November 1912 anderweit zu besetzen.

Forstausschesserstelle Eichhorst (mit Dienstwohnung verbunden) in der Oberförsterei Springe, Regierungsbezirk Hannover, ist zum 1. September 1912 neu zu besetzen. Etwasige Bewerbungen älterer Forstausschesser des Bezirks sind bis zum 20. Juli einzureichen.

Forstausschesserstelle Ravenhorst in der Oberförsterei Hiesfeld, Regierungsbezirk Düsseldorf, ist zum 1. Oktober 1912 neu zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 29. Juli eingehen.

Was muß die Forstwirtschaft von den flüssigen Niederschlagsmengen und ihrer Verteilung wissen?

Von W. Schulz, Koblenz.

In flüssiger Form fallen die atmosphärischen Niederschläge als Regen, Tau und Nebel, und in fester Form als Schnee, Hagel und Reif aus der Luft herab. Sie sind die Veranlassung zum Entstehen der meisten Quellen, und die Bäche, Flüsse und Ströme verdanken den Niederschlägen ihren Ursprung und ihre Speisung.

Die Luft enthält stets eine gewisse schwankende Menge Wasser in gasförmigem Zustande, die aber bei einer gegebenen Temperatur nur bis zu einem bestimmten Grade wachsen kann. Je weniger Wasserteilchen die Luft enthält, um so begieriger saugt sie das Wasser auf, und um so stärker verdunstet daher eine von ihr berührte Wasseroberfläche. In dem Maße, wie sich aber der Wasserdunst in der Luft anhäuft, vermindert sich auch deren Fähigkeit, noch mehr Wasserteilchen aufzunehmen, bis endlich eine vollständige Sättigung eintritt. Dieser Sättigungspunkt ist nicht konstant, sondern von der Temperatur abhängig. Je wärmer die Luft ist, um so mehr Wasser kann sie aufnehmen. Überschreitet der Feuchtigkeitsgehalt den Sättigungspunkt, oder sinkt die Temperatur unter den bei der vorhandenen Luftfeuchtigkeit zulässigen Betrag (Taupunkt), so tritt Verdichtung ein, und schließlich fällt die überschüssige Feuchtigkeit als Niederschlag aus der Luft heraus. Erwärmt sich also eine mit Wasserdunst gesättigte Luftmasse, so erhält sie von neuem das Vermögen, noch mehr Wasser in sich aufzunehmen, wird sie dagegen abgekühlt, so stößt sie einen Teil des Wassers ab, das sie bisher gebunden hatte. Dieser Vorgang führt alsdann zur Bildung sichtbarer und feuchter Nebel oder von Wolken, und bei starker Verdichtung verbinden sich die feinen Wasserteilchen zu größeren Tropfen, die schließlich als Regen, bei einer Temperatur unter Null als Schnee zur Erde fallen. Wenn warme Luft über eine erhöhte öde Fläche streicht, so erwärmt sie sich weiter und wird dadurch in den Stand gesetzt, noch größere Wassermengen in sich aufzunehmen. Begegnet sie alsdann einer kalten, mit Wasser gesättigten Luftmasse, so kühlt sie sich zwar ab, aber das in der letzteren enthaltene Wasser wird trotzdem nicht niedergeschlagen. So kann man beobachten, daß die Trockenheit des Bodens, wie etwa bei ausgedehnten Sandflächen, die Bildung des Regens verhindert. Die Abkühlung durch Ausstrahlung, welche Bodennebel, Tau und Reif bildet, kann nur geringe Niederschläge erzeugen, da die Höhe der davon beeinflussten Luftschicht gering ist. Ebenso bedingt die Abkühlung durch Mischung verschieden erwärmter

und feuchter Luftmassen keine erheblichen Niederschläge. Die Menge der Feuchtigkeit, der Grad der Abkühlung und die Mächtigkeit der hiervon betroffenen Luftschichten sind demnach bestimmend für die Höhe der herabfallenden Niederschläge.

Soweit die Niederschläge nicht infolge der Verdunstung wieder in die Lufthülle zurückkehren, fließen sie entweder unmittelbar auf der Erdoberfläche ab oder dringen in die Hohlräume des Erdbodens ein und sammeln sich hier, um, wenn die Örtlichkeit es zuläßt, als Quelle zutage zu treten. Ein anderer Teil der Niederschläge findet dergleichen Verhältnisse nicht vor; dann wird die Feuchtigkeit von dem Untergrunde aufgesogen und längere Zeit als Grundwasser festgehalten. Dieses Grundwasser wird zum Teil zur Ernährung und Bildung der Pflanzenkörper verbraucht, gelangt aber schließlich, wenn es nicht in bedenatigen Vertiefungen undurchlässiger Bodenschichten zurückgehalten wird, in mehr oder minder langsamer Abwärtsbewegung unterirdisch ebenfalls in die Wasserläufe und schließlich ins Meer. Hier verdunstet das Wasser wieder und kehrt in die Lufthülle zurück. Von der Oberfläche des Meeres wird der größte Teil des Wassergehaltes von der Luft entnommen. Die großen Wasseransammlungen, insbesondere die Meere, bilden sonach durch unermüdende Abgabe von Verdunstungsmengen an die Luft einen Hauptfaktor für die Niederschlagsbildung.

Es ist daher naturgemäß, daß in der Nähe des die Luft feucht haltenden Meeres die Niederschläge reichlicher sind als landeinwärts, und daß sie zumal bei vorherrschenden Seewinden mit der Entfernung vom Meere abnehmen, solange nicht andere Faktoren Einfluß gewinnen. Dort, wo erstere häufiger auftreten, wird eine Vermehrung des Niederschlages stattfinden. Ebenso muß an der Luvseite der letzteren, wo die Luft sich staut und mächtig emporsteigt, größere Wasserausscheidung erfolgen, zunehmend mit der Höhe. Auf der Leeseite aber, wo die Luft trockener wird, tritt eine Verminderung der Niederschläge ein — unter Umständen bis zu einem solchen Grade, daß sie geringer werden, als man im ebenen Gelände zu erwarten hätte.

Großen Einfluß auf die Niederschlagsbildung übt auch die Lage der Gebirgszüge nach den Himmelsrichtungen aus, und zwar derart, daß die Erhebungen über dem Meere und die Entfernung von denselben in ihrer Wirkung bedeutend abgeschwächt werden. An der dem Winde zugekehrten Seite der Gebirge steigen die Luft-

massen empor, sie kühlen sich ab, und das überschüssige Wasser fällt auf die Erde herab. Es sind daher die Gebirge, ebenso auch geringere Bodenerhebungen, niederschlagsreicher als die Ebene, und die Menge des Niederschlages wächst mit zunehmender Höhe im allgemeinen. Da die vom Meere kommende feuchte Luft allmählich oder sprungweise an Wassergehalt verliert, durch Verdunstung vom Erdboden aber nicht die gleiche Menge gewinnt, nimmt die Regenmenge auf dem Wege in das Binnenland ab, also auch in den gleichen Höhen der Gebirge mit zunehmender Kontinentalität. Auch der Niederschlag auf der den feuchten, d. h. den meist westlichen Winden zugekehrten Seite der Gebirgszüge muß größer sein als auf der Oeseite, weil nach Überschreitung des Kammes der Grund zum Aufsteigen und somit zu vermehrter Kondensation nicht vorhanden ist. Auf der andern Seite der Gebirge dagegen, wo die Luft schließlich niedersinken muß, um die dort abströmende zu ersetzen, sich wieder erwärmt und daher verhältnismäßig trocken wird, verringert sich noch die Neigung zur Niederschlagsbildung überhaupt, so daß hier, im Regenschatten, ein Trockengebiet entstehen muß. Dieser Regenschatten wird sich in abgeschwächtem Maße sogar weit ab vom Gebirge geltend machen, wenn auch die absteigende Luftbewegung allmählich gänzlich aufhört, da der Reichtum an Wasserdampf durch die starke Niederschlagsbildung über dem Gebirge erheblich aufgebraucht und durch erneute Verdunstung noch nicht ersetzt ist.

In Europa treten die Niederschläge in der Regel bei westlichen Winden ein, allgemein bei Seewinden, welche die mit Feuchtigkeit gesättigte Luft über dem Atlantischen Ozean dem Festlande zuführen. Diese Winde werden Regenwinde genannt. Steht ein Gebirgszug dem Regenwinde entgegen, so wird dieser veranlaßt, nach aufwärts gerichtete Bewegungen anzunehmen. Infolge der Abkühlung tritt Verdichtung des Wasserdampfes und Abgabe in flüssiger oder fester Form ein. Die Luft gibt also beim Überwehen der Gebirge einen bald größeren, bald kleineren Teil der Feuchtigkeit ab und hat dann an die im Windschatten belegenen Gebiete weniger abzugeben, so daß diese verhältnismäßig trocken erscheinen. Es erleidet daher die Ansicht, daß die Niederschläge mit der Bodenerhebung wachsen, für einzelne Orte Störungen, die durch die Lage gegenüber der Umgebung bedingt sind.

Die Alpen, auch die „Rauhe Alp“, haben keine unmittelbare Regenseite, weil deren Streichrichtung mit der Richtung der Regenwinde zusammenfällt. Da die Verdichtung der Wasserdämpfe der Luft in den Alpen wenig begünstigt wird, so zeigt die Schweiz auch nicht jene hohe Niederschlagsmenge, die ihr den mächtigen Er-

hebungen nach zukommen müßte und auch zukäme, wenn sie mit ihrer Breitseite den Regenwinden entgegenstehen würde.

Von Deutschland zeigen die Gebiete der Schwarzwaldflüsse den größten Regenreichtum, obwohl die Gewässer, welche in der oberrheinischen Tiefebene münden, verhältnismäßig regenarmen Gebieten entspringen; nur in den höheren Lagen wachsen die Niederschlagsmengen stark an und erreichen Werte, die über 1800 mm jährlich betragen. In der Nähe von Kolmar im Elsaß findet man eins der wenigen Gebiete Deutschlands, in welchem die Jahressumme des Niederschlages unter 500 mm beträgt. Ein zweites derartige Trockengebiet liegt in der unteren Stufe der oberrheinischen Tiefebene, etwa durch die Städte Grünstadt, Bingen, Frankfurt a. M. begrenzt; in einem kleineren Teile dieses Gebietes beträgt die jährliche Niederschlagssumme ebenfalls unter 500 mm.

Allgemeine Eigenschaften der deutschen Mittelgebirge sind, daß in den höheren Lagen die Niederschläge der warmen Jahreszeit gegen jene des Herbstes zurückstehen, die meisten Niederschläge also im Herbst fallen.

Die Verteilung der Häufigkeit der Jahresniederschläge ist eine bedeutend gleichmäßigere als die der Niederschlagsmengen. In der Regel fällt am seltensten Niederschlag in der kälteren Jahreszeit, und zwar im Januar und Februar, am häufigsten dagegen in der Sommerzeit, welche ja auch für den größten Teil Mitteleuropas die größten Mengen liefert. Für Deutschland ist es nachgewiesen, daß die Regenhäufigkeit anfangs Juni und Mitte August, die Regenmengen aber Mitte Juni und August eine erhebliche Steigerung erfahren. In den Alpen fällt die Hauptregenzeit zwischen Juni und August. Die Niederschläge erreichen dort im Monat Juli mit 170 mm den Höchstbetrag.

Ganz allgemein gültig scheint es für Süddeutschland und die Schweiz nachgewiesen zu sein, daß fast in allen Monaten die Zahl der vorwiegend trockenen Tage beträchtlich geringer ist als die der Tage mit ausgiebigen Niederschlägen. Es treffen die außerordentlich starken Niederschläge ein Gebiet von mäßig großem Umfang, so daß nur selten zwei benachbarte größere Flußgebiete gleichzeitig überregnet werden, eine Tatsache, durch welche der Steigerung der Hochwassergefahr an größeren Flüssen eine Grenze gegeben zu sein scheint.

Die größten Tagesniederschläge, die man in den einzelnen Monaten sowie im Jahre erwarten darf, nehmen im großen und ganzen landeinwärts und mit steigender Höhe bedeutend zu, und zwar derart, daß sie in den Teilen eines Niederschlagsgebietes, deren Temperaturen sich mehr dem Seeklima nähern, ungefähr um die

Hälfte kleiner sind als im höheren Festlande. Die größten Tagesniederschläge zeigen einen scharf abgegrenzten Kreislauf, welcher im allgemeinen dem der Niederschlagsmenge gleich ist, indem man auch hier die Höchstbeträge im Sommer und die kleinsten im Winter findet; dabei nimmt der Unterschied zwischen dem kleinsten und dem größten Betrage allgemein mit der Höhe zu. Im Hochgebirge wachsen daher nicht nur die Niederschlagssummen der Monate, sondern auch im Durchschnitt die an einzelnen Tagen fallenden Höchstbeträge. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß man nicht in allen Fällen auf eine Zunahme der Niederschläge nach oben hin bei besonders starken Überregnungen rechnen darf.

Während in südlicheren Gegenden nicht die Wärme, sondern die Niederschlagsverhältnisse die Jahreszeiten bestimmen, ist bei uns hierfür die Temperatur maßgebend, und die Niederschläge geben nur nebenher den einzelnen Jahreszeiten ein gewisses Gepräge. Die Veränderlichkeit der normalen Verteilung der Niederschlagsmengen in den einzelnen Monaten des Jahres ist so groß, daß selbst der wahrscheinliche Fehler eines Monatsmittels im Durchschnitt in Deutschland bei zehn Beobachtungsjahren etwa — 12 %, bei 40 Beobachtungsjahren — 6 % beträgt.

In allen meteorologischen Stationen wird täglich einmal die Menge des Niederschlages gemessen, die innerhalb 24 Stunden gefallen ist. Es läßt sich also der größte 24 stündige Betrag eines jeden Monats und Jahres leicht feststellen. Der Durchschnitt aus zahlreichen Beobachtungsjahren gibt alsdann die größte Niederschlagsmenge, welche man in dem betreffenden Monat bzw. in jedem Jahre innerhalb 24 Stunden gewöhnlich zu erwarten hat, und die absolut höchsten Werte der ganzen Beobachtungsjahrgänge geben darüber Aufschluß, auf welche Niederschlagsmenge man im äußersten Falle gefaßt sein muß. Jeder Tageswert bezieht sich somit auf einen bestimmten 24 stündigen Zeitraum. Bei lange andauerndem Regen kann es somit vorkommen, daß die während desselben gefallene Niederschlagsmenge in zwei Teilen an zwei Tagen zur Messung gelangt, und zwar dann, wenn der Regen über den Termin der Messung andauert. Die gemessenen und zu allen Untersuchungen gewöhnlich benutzten 24 stündigen Werte können daher kleiner sein als die Menge, welche innerhalb eines der tatsächlichen Regendauer angepaßten 24 stündigen Zeitraumes fällt. Diesen Unterschied darf man keineswegs außer acht lassen, insbesondere auch nicht bei den größten Tageswerten. Die Kenntnis der letzteren ist von großer praktischer Bedeutung, z. B. ist bei Wasserbauten damit zu rechnen, auf welche Wassermenge man sich innerhalb eines Tages einrichten muß.

Vielfach ist jedoch nicht so sehr die Höhe des einzelnen Tageswertes für den Wasserstand der Flüsse wichtig und für die Ufergelände gefährlich, sondern die Aufeinanderfolge von Tagen mit ergiebigen, wenn auch nicht außergewöhnlichen Regenmengen. Ist durch vorausgegangene Niederschläge der Boden schon durchfeuchtet oder gar gesättigt, dann fließt der nachfolgende Regen, namentlich wenn bei trüber, kühler Witterung die Verdunstung auf ein geringes Maß beschränkt ist, fast in seiner ganzen Menge ab. Dazu kommt, daß derartige auf mehrere Tage ausgedehnte Niederschläge im Gegensatz zu Höchstbeträgen 24 stündiger Mengen sich gewöhnlich auf ein großes Gebiet erstrecken, so daß die Wassermengen aus weitem Umkreise von allen Richtungen in die Flüsse rinnen und schließlich zur Ausuferung führen. Die Häufigkeit und der Umfang mehrtägiger Niederschläge spielen daher eine große Rolle.

Charakterisiert wird die Häufigkeit der Niederschläge durch die Zahl der Tage, an denen solche zu verzeichnen sind. Vielfach bleiben aber geringere Mengen, wie Regentropfen und Schneeflocken unbeachtet. Der Vergleichbarkeit wegen werden daher nur solche Tage als Niederschlagstage angenommen, die einen bestimmten Mindestbetrag an Wassermenge bei der Messung ergeben. In Preußen zählt man solche Tage mit mehr als 0,2 mm Regenhöhe als Niederschlagstage.

Aus der Menge und der Häufigkeit der Regenfälle läßt sich die Niederschlagsdichte mit ihren räumlichen und zeitlichen Veränderungen bestimmen. Ein Maßstab der Niederschlagsdichte ist die Wasserhöhe, welche durchschnittlich an einem Regentage fällt. Man erhält dieselbe also, indem man die Anzahl der Niederschlagstage eines bestimmten Zeitraumes in die während desselben gefallene Regenmenge dividiert.

Praktisch von großer Bedeutung ist die Kenntnis der größten Wassermengen, welche innerhalb gewisser Zeitabschnitte zu fallen pflegen; nicht minder wissenswert aber ist die Häufigkeit des Vorkommens geringer Niederschläge. Die Häufigkeit der verschiedenen großen Niederschläge gibt ein eingehendes Bild von den Regenvverhältnissen eines Ortes. Um diese feststellen zu können, muß man alle Tagesmessungen nach bestimmten Stufen ordnen.

Maximale Tageswerte des Niederschlages sind ein Sonderfall der Frage, wie oft Niederschläge von bestimmter Größe vorzukommen pflegen. Die mittleren Höchstwerte dürfte man etwa durchschnittlich einmal in jedem Monat bzw. im Jahre und die absoluten Maxima einmal in einer langen Reihe von Jahren erwarten.

Die Zeitlinien in der Charakterisierung der Niederschlagsverhältnisse sind Menge, Häufigkeit und Form. Häufig machen sich aber klimatische

Verhältnisse, nach den Hydrometern beurteilt, noch in anderer Weise geltend. Es ist dies das Vorkommen von nassen und trodenen Zeitabschnitten, sowohl innerhalb kürzerer, unmittelbar aufeinander folgender Zeiten, als auch im säkularen Verlauf, sowie ob die Tage mit Niederschlag regellos mit trodenen Tagen wechseln oder ob sie gern in Gruppen vorkommen, wie häufig solche Gruppen im Verhältnis zu ihrer Ausdehnung sind und wie sich ihnen gegenüber die Dauer trodener Witterung gestaltet. Es dürfte bekannt sein, daß keineswegs auf einen trodenen Tag ein regnerischer und diesem wieder ein trodener Tag folgt; vielmehr schließen sich vorwiegend Tage mit gleichem Charakter aneinander an. Bei genauer Betrachtung erkennt man als die Regel eine gewisse Neigung des betreffenden Wetters, längere Zeit anzudauern, so daß häufig Zeitabschnitte der Trodenheit und Zeitabschnitte der Nässe auftreten.

Im norddeutschen Tieflande beträgt die jährliche Niederschlagshöhe etwa 613 mm, im mitteldeutschen Gebirgslande etwa 690 mm, in Süddeutschland etwa 825 mm, in süddeutschen Gebirgslande bis 2000 mm, in ganz Deutschland im Mittel 660 mm und in Österreich 750 mm. Die größte Niederschlagshöhe des Deutschen Reiches findet man in den Vogesen in Wildenstein mit 2500 mm und die kleinste in Sigmariningen mit 374 mm jährlich.

Die tägliche Niederschlagswahrscheinlichkeit ist in Deutschland im Mittel 0,43, d. h. auf zehn Tage kommen 4,3 Regentage, während die größte Niederschlagswahrscheinlichkeit der Harz mit 0,49 und die kleinste die schlesische Ebene mit 0,37 zeigt.

In Algier hört in den Monaten Juni bis August und namentlich im Juli der Regen beinahe ganz auf, woher die übermäßige und den Kulturen so nachteilige Dürre in den Sommermonaten sich erklärt, während die Niederschläge des ganzen Jahres reichlicher sind, als sie im nördlichen Deutschland vorzukommen pflegen.

Als mittlere jährliche Verdunstungshöhe kann man in Deutschland 600 bis 750 mm annehmen, während die des Bodens im Freien zu 410 mm, im Walde bei mangelhafter Streudecke zu 160 mm und bei voller Streudecke zu 70 mm ermittelt worden ist. Die jährliche Verdunstungshöhe einer den Winden zugänglichen Wasseroberfläche beträgt 600 bis 1000 mm

Folgende Zusammenstellungen geben die jährliche Niederschlagsmenge in den einzelnen Gebietsteilen des Deutschen Reiches, sowie an einigen Orten von Österreich-Ungarn an.

1. Deutschland.

Gebiet	Jährliche Niederschlags- menge in mm	Niederschlags- menge im				Bemerkungen
		Frühling	Sommer	Herbst	Winter	
		in Prozenten				
Westfalen	765	21	31	25	33	Norddeutsches Tiefland
Niederrhein	693	22	29	25	24	
Hannover und Oldenburg	690	20	32	27	21	
Schleswig-Holstein, Nord- seeküste.	687	18	28	33	21	
Schleswig-Holstein, Ost- seeküste.	620	18	30	30	22	
Ostpreußen	599	19	38	27	16	Mitteldeutsches Gebirgsland
Schlesische Ebene	576	22	40	22	16	
Pommern	572	21	35	25	19	
Brandenburg	548	22	36	21	21	
Posen	515	21	38	22	19	
Westpreußen	510	20	38	25	17	Süddeutsches Bergland
Mecklenburg	504	20	35	24	21	
Harz	916	22	33	23	22	
Schleisches Gebirge	714	24	38	22	16	
Rheinisch-Schiefergebirge	644	23	30	25	22	
Königreich Sachsen	634	24	35	22	19	Süddeutsches Bergland
Hessen	628	22	33	24	21	
Provinz Sachsen und Thüringen	605	23	35	23	19	
Elfaß, Vogesen.	1360	24	24	24	28	
Baden	918	25	30	28	17	
Bayern	766	22	35	24	19	Süddeutsches Bergland
Württemberg	718	24	34	24	18	
Elfaß, Rhein-Ebene	668	24	31	25	20	
Lothringen (Metz).	648	22	28	27	23	Süddeutsches Bergland
Rheinpfalz	613	23	30	26	21	

2. Österreich-Ungarn.

Gebiet	Jährliche Niederschlagsmenge in mm	Gebiet	Jährliche Niederschlagsmenge in mm
Rehberg (Böhmerwald)	1687	Pinz	698
Paibach	1378	Hermannstadt	647
Triest	1093	Wien	574
Hohenelbe (Niesengebirge)	926	Kraufau	526
		Ofen	452
		Prag	390

Aus meiner Forstschutzmappe.

XVI.

Der mißglückte Holzkraut. Am 13. November wurde die Entwendung einer Kiefer entdeckt. Der Stubben war von länglichrunder Form und maß im Durchmesser 29 bzw 28 cm. Der ganze Diebstahl zeigte eine sehr sorgfältige Ausführung; der Stubben war sehr niedrig gesägt und vollständig

zugebedt, sowie Äste und Zweige sauber entfernt. Nur einige Zweigspitzen und Nadeln ließen erkennen, daß es sich um eine Kiefer handelte, die im oberen Teile im Absterben bereits erheblich vorgeschritten gewesen, was sich unten am Stubben noch nicht bemerkbar gemacht hatte, so daß das erste Stück, welches auf 5,95 m abgelängt worden, Eigenschaften

von frischem Holze zeigen mußte. Spuren, aus denen sich nach irgend einer bestimmten Richtung verlässliche Schlüsse ziehen ließen, konnten nicht entdeckt werden. Über den Täter konnte nur ein beamteter Vermutungen hegen, der durch längere Erfahrungen mit den gegenüblichen Gesplogenhelten vertraut war. Diese bestanden im vorliegenden Falle im wesentlichen darin, daß Holz vorläufig in ein Werked zu bringen und sich erst dann wieder damit zu beschäftigen, wenn längere Zeit alles ruhig gewesen, also gewissermaßen Gras über die Sache gewachsen war.

Hätte ein sofortiges weiteres Handeln allenfalls das gestohlene Holz auch auf irgend einer Stelle des dem Frevler gehörigen Grundstücks zu Tage gefördert, so wäre eine Strafverfolgung mit Aussicht auf Verurteilung doch völlig ausgeschlossen gewesen. In solchen Fällen sind ja bekanntlich die Angeschuldigten im Vorbringen von Mäßigkeiten, wie das Holz auf ihr Grundstück gekommen, nicht in Verlegenheit. Alle Nachforschungen, die sich auf die Ermittlung des fraglichen Holzfreblers erstreckten, mußten daher ohne jedes Aufsehen vorgenommen werden. Diese verfolgten vorzugsweise den Zweck, in Erfahrung zu bringen, ob irgend eine auffällige Tätigkeit mit Holz auf einem der zahlreichen Abbauteile vorgenommen werde.

Als am 21. Dezember zur Kenntnis kam, daß ein ohnehin längst verdächtiger — auch schon wegen Forstdiebstahl vorbestrafter — Eigentümer auf seinem Gehöfte Bretter schneide, schien der Zeitpunkt zur Vornahme von öffentlichen Ermittlungen gekommen. Die Durchsuchung hatte zum Ergebnis, daß eine Menge frisch zerkleinertes Holz und neue frische Bretter gefunden wurden. Ersteres rührte von dem oberen Teile einer Kiefer, deren Bast im Zopfe bereits ganz abgestorben war. Die Bretter waren aus dem Stammende einer Kiefer geschnitten, das vor dem Aufschneiden entrindebt worden, wobei gleichzeitig auch der Bast bis auf einige kleine Stellen entfernt war. An der Eigenschaft der kleinen Rüdstände des Bastes ließ sich feststellen, daß dieser hier trotz des Schälens noch frisch war, auch noch nicht in Fäulnis übergegangen gewesen. Schließlich zeigten sich hier ferner noch einige Harztropfen, die plattgedrückt werden konnten, und in dem oberen Teile der Bretter, im Splinte, kleine blaue Flecke, die darauf hindeuteten, daß auch dieser Stammteil zu einer Kiefer gehörte, die in stehendem Zustande im Absterben fortschritt.

Hiernach hatte die Durchsuchung ergeben: das gefundene Holz ist von einer Kiefer, die kürzlich gefällt worden, auf ihrem Standorte im oberen Teile nach unten fortjireitend im Absterben begriffen, unten am Stubben aber noch vollständig gesund gewesen ist. Dies Ergebnis stimmte also mit den Wahrnehmungen überein, die bei der Entdeckung des Forstdiebstahls im Walde gemacht waren. Es galt daher, weitere Anhaltspunkte zu suchen, aus denen sich die Zugehörigkeit des gefundenen Holzes zu dem Stubben bestätigte. Diese konnten nur in den Stärkeverhältnissen der Bretter gefunden werden. Alle Bretter waren je 4,40 m lang und 2,5 cm stark, dabei hatte das breitere (mittlere) Brett einen Durchmesser von 37 cm. War nun das Stammende der gestohlenen Kiefer zu den Brettern verwendet, so mußten von diesem Teile im

ganzen 1,55 m Länge abgeschnitten sein. Tatsächlich waren am Stammende die stets bei der Fällung entstehenden Ungleichheiten entfernt. Da hierdurch das Stück nicht nur in seiner Länge gestürzt, sondern auch sein Stärkedurchmesser verringert worden, so ließ sich auch der Unterschied von 1,55 m in der Länge und 2 cm im Durchmesser sehr wohl erklären. Auch der Umstand, daß die 9 Bretter von je 2,5 cm Stärke unter Einrechnung der Sägeschnitte und Schwarten nur 27 bis 28 cm ergaben, mußte unter Berücksichtigung aller anderen vorliegenden Tatsachen als ein sehr wichtiger Anhalt dafür angesehen werden, daß das gefundene Holz mit dem der gestohlenen Kiefer gleichbedeutend war, da sich hierdurch ergab, daß das Holz stück vordem Ferscheiden am Stammende ebenfalls länglich rund gewesen sein mußte.

Der Verdächtige, zur Angabe über den Erwerb des Holzes aufgefordert, nannte einen bekannten größeren Waldbesitzer als Verkäufer.

Bei völlig vorurteilsfreier Würdigung der vorstehenden Ermittlungsergebnisse, die gewiß ganz erhebliche Verdachtsgründe enthalten, würde es immerhin ziemlich gewagt sein, ohne weitere Beweise eine Anklage mit Aussicht auf Verurteilung zu erheben. Diese Bedenken wurden dadurch zerstreut, als auf die bei dem Waldbesitzer eingezogene Erkundigung die Auskunft erfolgte: Der Verdächtige hat von mir keine Kiefer gekauft, jedoch am 22. Dezember bei meinem Waldwärter den Versuch gemacht, eine solche zu kaufen. Nach dieser Auskunft, die selbst von dem größten Zweifler als Schlusssatz in der Beweisreihe angesehen werden mußte, konnte die Anzeige mit gutem Gewissen erfolgen.

Es erregte daher Erstaunen, als der Angeschuldigte gegen den Strafbefehl Einspruch erhob. In der Hauptverhandlung bestritt er nicht nur den Forstdiebstahl, sondern auch, daß er als Verkäufer den fraglichen Waldbesitzer genannt habe. Letzteres konnte ihm von zwei einwandfreien Zeugen widerlegt werden. Weiter stellte er unter Beweis, daß er vor Weihnachten von einem seiner Nachbarn eine Kiefer gekauft habe. Dieser bekundete seinerseits, die an den Angeklagten verkaufte Kiefer sei ein Rest von denen gewesen, die er im April desselben Jahres für sich zum Bau aus der königl. Forst kaufte.

Auf diese Einwände ließ sich nur das Ergebnis der Ermittlungen vortragen, wobei besonders hervorgehoben wurde: die eigenartige Beschaffenheit des Holzes einer Kiefer, die im Walde im Absterben fortschreitet, im allgemeinen, sowie die Merkmale am Baste, der Zustand der Harztropfen und das Ergebnis des Aufmaßes der Bretter unter Bezugnahme auf die eigenartige Form des Frevelstubbens im besonderen. Weiter war erforderlich, die Eigenschaften zu schildern, die sich in bezug auf Holz, Bast und Harz an einem Kiefernstamme im Dezember äußern müßten, der im Monat März gefällt worden und darauf in unbeschlagenem Zustande den ganzen Sommer schuplos allen Witterungseinflüssen ausgesetzt gewesen, sowie endlich hervorzuheben, daß das gefundene Holz solche Eigenschaften nicht zeigte. Die Beweisserhebung führte denn auch zur Verurteilung, bei der sich der Angeklagte beruhigte.

Königl. Regemeister Simon - Zoppot.

Mitteilungen.

— **Abgabe von Holzpflanzen zur Förderung der Aufforstung.** Die preussische Staatsforstverwaltung betrachtet es seit langen Jahren als eine ihrer Kulturaufgaben, den Holzanbau durch Gemeinden, öffentliche Anstalten, Privatgrundbesitzer usw. auch dadurch zu fördern, daß sie Holzpflanzen zum Selbstkostenpreise an solche Waldbesitzer abgibt, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Pflanzen selbst zu ziehen. Wir lassen hier eine nach Provinzen geordnete Zusammenstellung folgen, aus der hervorgeht, wieviel Laub- und Nadelholzpflanzen im Rechnungsjahre 1911 aus den Staatsforsten abgegeben worden sind:

In der Provinz	Laubholz	Nadelholz	Zusammen
	Hundert	Hundert	Hundert
Ostpreußen .	4594,41	25585,23	30179,64
Westpreußen .	238,65	14169,81	14408,46
Brandenburg	709,58	58070,77	58780,35
Pommern .	613,34	28957,24	29570,58
Posen . .	407,39	22814,10	23221,49
Schlesien . .	43,78	7208,16	7251,94
Sachsen . .	7729,94	7025,60	14755,54
Schleswig-Holstein	29,41	364,40	393,81
Hannover .	2276,09	54284,87	56560,96
Westfalen . .	302,30	501,49	803,79
Hessen-Kassel	66,49	17002,21	17068,70
Rheinproving	58,29	5203,22	5261,51
1911 im ganzen	17069,67	241187,10	258256,77
1910	7702,13	216780,06	224482,19
1909	6570,68	221995,49	228566,17
1908	6430,40	162316,73	168747,13
1907	6589,59	201327,90	207897,55
1906	5610,60	261409,36	267019,96
1905	12664,86	280290,59	292955,45
1904	9377,75	364471,95	373849,70
1903	9145,09	234371,17	243516,26
1902	9973,87	297816,13	307790,00
Zusammen durchschnittl. im Jahre	91114,64	2481966,54	2573981,18
	9111,46	248196,65	257398,12

Zum Vergleich mit den früheren Jahren sind hinter der Summe des Jahres 1911 noch die in den Jahren 1902 bis 1910 abgegebenen Pflanzen aufgeführt, so daß im ganzen zehn Etatsjahre erscheinen, für die auch der Durchschnitt angegeben ist. Bei der Betrachtung dieser Zusammenstellung fällt zunächst auf, daß die Zahl der im Rechnungsjahre 1911 abgegebenen Laubholzpflanzen das Zwei- bis Dreifache früherer Jahre ausmacht. Den größten Anteil an dieser Zunahme hat die Provinz Sachsen; ihr folgen Ostpreußen und Hannover. Da die Pflanzen nur nach den Hauptholzarten (Laub- und Nadelholz) getrennt sind, ist nicht erkennbar, um welche Laubholzart es sich bei der Zunahme handelt. Der im allgemeinen wieder zunehmende Anbau der Eiche läßt vermuten, daß Pflanzen dieser Holzart in einer Menge abgegeben worden sind, die im Verhältnis zu der geringen Zahl der überhaupt abgegebenen Laub-

holzpflanzen recht groß erscheint. Bei den abgegebenen Nadelholzpflanzen ist zwar im letzten Jahre eine Zunahme zu verzeichnen, im ganzen aber seit dem Jahre 1907 ein Rückgang gegen die ersten Jahre des Jahrhunderts (1902 bis 1906) festzustellen. Die Ursache liegt wohl in dem steigenden Angebot von Pflanzen durch die Privatforstbaumschulen, die seit mehreren Jahren brauchbare Pflanzen, besonders Fichtenpflanzen, zu angemessenen Preisen auf den Markt bringen. Sogar einzelne geregelte Forstverwaltungen ziehen es heute schon vor, ihren Pflanzenbedarf ganz oder zum Teil durch Ankauf bei den Forstbaumschulen zu beden.

— **Ein Feind des Douglassämens.** In dem von der Dendrologischen Gesellschaft für diesjährige Kulturen gelieferten Douglassamen hat sich, wie aus den mir von verschiedener Seite gemachten Einwendungen hervorgeht, ein Insekt entwickelt, das seine Brutstätte durch ein kleines Flugloch verlassen hat. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Schädling handelt, der damit zum erstenmal in Deutschland nachgewiesen wurde, nachdem ihn Wachtl vor fast zehn Jahren in Österreich fand, als neue Art beschrieb und *Megastigmus spermatophorus* benannte. Damals war der Douglassamen nachweisbar aus dem pazifischen Waldgebiet des amerikanischen Kontinents eingeführt worden. Ich werde nicht fehlgehen in der Annahme, daß der von der Dendrologischen Gesellschaft bezogene Samen ebenfalls aus Amerika eingeführt wurde. Es wäre deshalb wichtig, festzustellen, ob und unter welcher Bezeichnung der Schädling in Amerika bekannt ist, an welchen Orten er vorkommt, um diese Bezugsquelle vermeiden zu können. Es ist wahrscheinlich, daß auch dieser *Megastigmus* in manchen Jahren häufiger ist wie in anderen, so daß nur ab und zu unbrauchbarer Samen geliefert wird. Neben der Untersuchung der Samen auf ihre Keimfähigkeit muß daher auch eine solche, die auf das Vorkommen des Schädlings gerichtet ist, einhergehen. Nun hat schon Wachtl darauf aufmerksam gemacht, daß im äußeren Ansehen sich die befallenen Samen in nichts von gesundem unterscheiden. Aber durch Aufschneiden der einzelnen Körner, die bei der Keimprobe unentwickelt bleiben, kann man den Schädling finden und den Ankauf und die Verwendung des Samens vermeiden. An Orten, wo bis jetzt nur junge, noch nicht zapfentragende Douglastannen stehen, ist die Verwendung des Samens ohne Gefahr; wo aber in Deutschland bereits zapfentragende Douglastannen vorkommen, ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die kurz vor oder nach der Ausfaat ent schlüpfenden Schädlinge die Knospen der weiblichen Blüten mit Eiern belegen, wodurch sich der Schädling in Deutschland einbürgern könnte. Die Gattung *Megastigmus* gehört, wie Wachtl im „Zentralblatt für das gesamte Forstwesen“ Bd. 19 (1893) Seite 6 bis 10 ausführt, in die Familie der Chalcidier, deren deutsche Vertreter zum größten Teil als Parasiten forst-

schädlicher Insekten bekannt sind und deshalb als nützlich angesprochen werden. Neben diesen Zooparasiten gibt es aber mehrere phytoparasitische Arten. Diese erzeugen auf Pflanzen entweder Gallen oder sie leben in Pflanzensamen, deren Inhalt die Larve zerstört, ohne eine Deformation zu veranlassen. Bevor man von letzterer Tatsache,

d. h. also von der Entwidlung gewisser Chalcidier in äußerlich unveränderten Samen, Kenntnis hatte, glaubte man, die aus solchen hervorkommenden Schlupfwespen seien Parasiten eines in diesen Samen lebenden Schädlings gewesen. Wachtl hat das Verdienst, den Zerstörer der Douglas-samen erkannt zu haben. E d s t e i n.

Berichte.

Verhandlungen der XXX. Versammlung des Hessischen Forstvereins. 1911.

(Schluß.)

„Welche Mittel und Wege dienen der Erhöhung der Rentabilität des forstlichen Gewerbes?“

Forstmeister Emmelhainz aus Fulda bringt den Antrag ein: „Der Hessische Forst-Verein wolle auf seiner am 19. Juni 1911 in Melsungen stattfindenden 30. Versammlung beschließen: Der Forstwirtschaftsrat wolle nach dem Muster der wöchentlichen Veröffentlichungen der Preisberichte der Landwirtschaftskammern über landwirtschaftliche Produkte periodisch genaue Preisberichte über die von den Gruben loco Lagerplatz Grube gezahlten Preise für grubenfertige Sortimente in den hauptsächlich in Betracht kommenden Grubengebieten veröffentlichen und das zu diesen Ermittlungen Erforderliche alsbald in die Wege leiten. Auch für andere in Massen anfallende Holzsortimente, die keinem oder nur einem geringen Veredelungsprozeß bei dem Verbrauch unterliegen, z. B. Zelluloseholz, sind periodische Preisberichte über die von den Verbrauchern den Händlern gezahlten Preise loco Verwendungsstelle erwünscht,“ und begründet denselben in folgender Weise:

Zwei Wege gebe es zur Verbesserung der Finanzen: den Weg der Sparsamkeit durch Verringerung der Ausgaben und den der Vermehrung der Einkünfte. Wohl dem, der beide vereinigen könne! Der erste Weg sei in dem forstlichen Betriebe gesperrt; eine Verringerung der Ausgaben sei kaum möglich; es bleibe nur der zweite Weg offen. Man müsse daher so viel Holz als möglich schlagen und aus dem Einschlag so viel Geld herauschlagen wie nur möglich.

Bei Wertverteilung des Einschlages sei streng zu unterscheiden zwischen dem Brennholzsortimenten und dem in großen Massen anfallenden Handelsnutholz: dem Grubenholz, dem geringen Bauholz IV. Klasse, dem Zelluloseholz, den Schwellenhölzern aller Art.

Referent teilt seine Erfahrungen mit, die er in der Oberförsterei Morbach beim Verkaufe des Grubenholzes gemacht habe, und empfiehlt den freihändigen Verkauf.

Die Methode des öffentlichen meistbietenden oder submisionsweisen Verkaufs sei ja sehr bequem; dem Revierverwalter könnten bei schlechtem Ergebnis keine Vorwürfe gemacht werden. Die Ursache liege dann an dem bietungsunlustigen Publikum oder daran, daß ein bestimmtes Abkommen der wenigen Käufer vorliege. Es fehle genügende Konkurrenz, die notwendigste Voraus-

setzung einer Versteigerung. Verlaufe etwa der Handel oder die Industrie oder die Landwirtschaft so ihre Erzeugnisse?!

Bei Qualitätswaren, für die eine wirkliche Konkurrenz vorhanden sei, z. B. feine Eichenstammhölzer, sei das öffentlich-meistbietende Verfahren das einzig richtige; ebenso richtig sei es aber auch, die gewöhnliche Massenhandelsware vorzugsweise freihändig zu verkaufen.

Voraussetzung sei aber Kenntnis des Marktpreises des fertigen Produkts und der gesamten Unkosten, die dem Käufer erwachsen.

Auch eine feste Vereinigung von Händlern werde keine Schleuderpreise bieten, wenn sie wisse, daß der Verkäufer über Marktpreis des fertigen Produkts und die darauf ruhenden Unkosten genau unterrichtet sei.

Bei der öffentlichen Versteigerung und auch bei der Submission werde der Käufer schon viel eher geneigt sein, sich auf der alleruntersten Stufe des Marktpreises und auch darunter zu bewegen, auch wenn er wisse, daß er einem Verkäufer gegenüberstehe, der über alles orientiert sei; aber beim freihändigen Verkauf werde dies kaum der Fall sein.

Man müsse daher wissen, wie die derzeitige Konjunktur auf dem Grubenholzmarkte an der Saar und im rheinisch-westfälischen Grubengebiete sei, bezüglich des Bauholzes, wie die Preise im Mainz-Kostenheimer und Schiersteiner Basen stünden; man müsse über die Kahlholzpreise der nächsten größeren Stadt orientiert sein usw. Ferner müsse man die gesamten Unkosten kennen, die der Grubenholzhändler und Sägemüller habe, die Anfuhrkosten aus den verschiedenen Revierteilen, die Kosten der Lager- und Plazmiete, die Eisenbahntariffsätze bis zur Verwendungsstelle; ferner wieviel Prozent Bauholz aus geringem und stärkerem Bauholz herausgeschnitten werden könnten, die ortsüblichen Preise für die fertige Ware, den Unternehmerverdienst des Holzkäufers u. a. m.

Für viele Sortimente, in erster Linie für Grubenholz, sei die Versteigerung, vielfach auch die Submission, eine veraltete Einrichtung und der freihändige Verkauf allein zu empfehlen. Es könne auch sein, daß nach kürzerer Zeit wieder einmal eine Submission, in Zeiten stärkeren Bedarfs und wenn das freihändige Verfahren längere Zeit geübt sei, befriedigende Ergebnisse zeitige.

Eine Hauptbedingung des freihändigen Verkaufs sei, daß die benachbarten Revierverwalter zusammenhielten und ein Preisminimum verabredeten, unter dem sie nicht verkauften.

Um über den Preisstand des Grubenholzes genügend unterrichtet zu sein, sei es dringend erwünscht, daß periodisch, und zwar im Nachsommer und im Herbst, in sehr kurzen Zwischenräumen eine Veröffentlichung der Preisberichte über grubenfertige Ware loco Verwendungsstelle von einer verantwortlichen Stelle aus stattfinde. Am geeignetsten hierzu wäre wohl die jetzt neu gebildete kaufmännische Abteilung des Forstwirtschaftsrates. Diese Abteilung könne natürlich nur dann ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie genügend Quellen-Reservoir und Zufuhrkanäle habe, aus

denen ihr Stoff zufließe; es wäre deshalb zu erwägen, ob nicht analog dieser Abteilung bei dem Forstwirtschaftsrat auch wirtschaftlich-kaufmännische Sektionen in allen Forstvereinen gegründet werden sollten, die für ihren Bezirk dieselben Aufgaben im kleinen zu erledigen hätten, wie die betreffende Sektion des Forstwirtschaftsrates für das ganze Deutsche Reich.

Die Versammlung nimmt den Antrag an und beschließt zugleich, eine wirtschaftlich-kaufmännische Sektion des Hessischen Forst-Vereins zu begründen.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Flächennachweis mit vier Dezimalstellen; Flächenverzeichnis und Flächenveränderungsnachweisung.

Allgemeine Verfügung Nr. 14 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 5867.

Berlin W 9, 12. Juni 1912.

Angabe des Flächeninhaltes mit vier Dezimalstellen.

1. Nach der neuen Betriebsregelungs-Anweisung vom 17. März 1912, die den Königlichen Regierungen demnächst zugehen wird, ist die Revierfläche in der Vermessungstabelle künftig nicht mehr mit drei, sondern mit vier Dezimalstellen (a/qm) nachzuweisen. Übereinstimmend hiermit ist auch im Flächenverzeichnis und in der jährlich einzureichenden Flächenveränderungsnachweisung die Fläche mit vier Dezimalstellen anzugeben.

2. Auch an andern Stellen, wo die Flächen-größe bisher mit drei Dezimalstellen angegeben wurde, ist sie künftig im allgemeinen ebenfalls mit vier Dezimalstellen anzugeben. Für die Nachweisungen über das Forstwirtschafts-Ergebnis gelten die besonderen Bestimmungen über deren Aufstellung (Erlaß vom 10. 6. 12 III 4990).

Änderung des Flächenverzeichnisses.

3. Im Flächenverzeichnis ist bei den seit dem 1. April 1912 vorgenommenen Eintragungen die Fläche auf vier Dezimalstellen abzuändern. Die Unterspalten „dec“ in dem Vorbrud werden beim Neubrud in zwei Spalten (a und qm) geteilt werden. Einstweilen sind die vier Dezimalstellen in einer Spalte unterzubringen.

Neuer Vorbrud für die Flächenveränderungsnachweisung.

4. In der jetzt fälligen Flächenveränderungsnachweisung für das Etatsjahr 1911 ist die Fläche noch mit drei Dezimalstellen aufzuführen. Vom Etatsjahre 1912 ab ist für die Flächenveränderungsnachweisung das anliegende Muster zu verwenden. Die Vorbrude werden hier im ganzen beschafft werden. Der Bedarf ist zusammen mit dem Vorbrudbedarf für den Nachweis der Forstwirtschafts-Ergebnisse anzuzeigen (Vordr. Nr. 16 des Erl. v. 10. 6. 12 III 4990). Wenn in den Flächenpalten der dort noch vorhandenen alten Vorbrude vier

Dezimalstellen eingetragen werden können, sind sie aufzubrauchen. Zu den hier vorzulegenden Flächenveränderungsnachweisungen sind jedoch nur neue Vorbrude zu verwenden. Etwaiger Mehrbedarf an Abdruden dieses Erlasses ist gleichfalls mit dem Vorbrudbedarf anzuzeigen.

Frst.

5. Die Flächenveränderungsnachweisung ist künftig alljährlich zum 1. Juni unmittelbar hierher einzureichen. Für ihre Aufstellung gelten von jetzt ab die Bestimmungen auf der Titelseite des Musters, die genau zu beachten sind.

Zeitpunkt der Aufnahme verschiedener Flächenveränderungen.

6. Die bisherige Vorschrift, wonach die angekauften und veräußerten Flächen in die Flächenveränderungsnachweisung aufzunehmen waren, nachdem die Übergabe stattgefunden hatte (Ziffer 6 des Erlasses vom 15. 3. 04 III 3569), wird aufgehoben. Sowohl in das Flächenverzeichnis, wie in die Flächenveränderungsnachweisung, die sich nach Ziffer 1 der Aufstellungsbestimmungen an das Verzeichnis anzulehnen hat, sind die Flächenveränderungen durch Einkauf und Verkauf von Grundstücken aufzunehmen, wenn die Auflassung erfolgt ist.

7. Flächenankäufe im Zusammenlegungsverfahren sowie sonstige Veränderungen durch Zusammenlegung oder Teilung von Grundstücken oder durch Ablösungen sind jedoch schon auf Grund einer von der Auseinandersetzungsbehörde zu erhaltenden Bescheinigung über den alten und neuen Besitzstand aufzunehmen, wenn sich die Berichtigung des Grundbuches längere Zeit hinzieht.

Anteilsabgaben.

8. Besondere Flächenverzeichnisse über Wäldungen usw., die der Staatsforstverwaltung und anderen Eigentümern gemeinschaftlich gehören (Anteilsabgaben), sind nicht erforderlich. Der Flächeninhalt solcher Wäldungen ist jedoch nur soweit in das Flächenverzeichnis der betreffenden Oberförsterei und in die Flächenveränderungsnachweisung aufzunehmen, als er nach dem Anteilsverhältnis auf die Staatsforstverwaltung entfällt. Diese Anteilsfläche ist in den Flächeninhalt des sonstigen forstwirtschaftlichen Bestandes hineinzurechnen. Damit sie besonders ersichtlich bleibt, ist sie jedoch mit roter Tinte unter der Linie nochmals anzugeben.

Vergleich mit der Ankaufsnachweisung und der Veräußerungsübersicht.

9. Nach Ziffer 13 der Bestimmungen auf der Titelseite der Flächenveränderungsnachweisung sind die Spalten 3 und 4 dieser Nachweisung mit der Nachweisung der Zahlungen für Ankäufe von Grundstücken zu den Forsten (Ankaufsnachweisung) und die Spalten 7 und 8 mit der Übersicht von den Ergebnissen der Forstveräußerungen (Forstveräußerungsübersicht) zu vergleichen und die Unterschiede zu erläutern. Zu diesem Zwecke sind in der Ankaufsnachweisung und der Forstveräußerungsübersicht künftig die Summen der einzelnen Oberförstereien, und zwar sowohl in den Flächen- wie auch in den Geldspalten, ersichtlich zu machen.

Vollziehung und Bescheinigung der Nachweisungen.

10. Die Flächenveränderungsnachweisungen sind in Reinschrift, nicht in beglaubigter Abschrift, **Regierungsbezirk** }
Oberförsterei }

vorzulegen, also von den Königlichen Regierungen zu vollziehen und von einem Rechnungsbeamten in Urschrift zu bescheinigen. Die Bescheinigung kann nur durch einen Beamten erfolgen, der zur selbstständigen Bearbeitung von Rechnungssachen als befähigt anerkannt ist. Begleitberichte zu den Nachweisungen sind, wenn nicht ein besonderer Anlaß vorliegt, entbehrlich.

Zusätze für:

I. Potsdam und Gildesheim. In die Flächenveränderungsnachweisung ist auch die Fläche der Forstakademien aufzunehmen.

II. Danzig, Marienwerder, Posen und Bromberg. In der Flächenveränderungsnachweisung ist unter der Linie in den Spalten 3 und 4 anzugeben, wie sich die angekaufte Fläche und das Kaufgeld auf den allgemeinen Ankaufsfonds und den Hundertmillionenfonds verteilen.

J. A.: Wesener.

An sämtliche Königliche Regierungen, ausschließlich Kuria Münster und Eimaringen.

Festgestellt.

Nr.

Kundenlaß v. 12. 6. 12. III 5967.

Regierungssekretär.

Nachweisung der Flächenveränderungen bei der Forstverwaltung im Etatsjahre 19...

Bestimmungen über die Aufstellung.
1. Die Nachweisung ist in Anlehnung an das Flächenverzeichnis aufzustellen. Die Angaben in den Spalten 32 bis 34 müssen mit dem Abschluß des Flächenverzeichnisses vom 31. März übereinstimmen. Die Oberförstereien sind nach der Reihenfolge im Etat aufzuführen. Für jede Oberförsterei hat die Eintragung auf einer Linie, also in jeder Spalte nur in einer Summe zu erfolgen.

2. Flächenveränderungen, bei denen die Verichtigung des Grundbuches in Frage kommt, sind nachzuweisen, wenn die Auflassung erfolgt ist. Flächenveränderungen im Zusammenlegungsverfahren und durch Ablösungen sind jedoch schon auf Grund einer Bescheinigung der Auseinanderlegungsbehörde über den alten und neuen Besitzstand aufzunehmen, wenn sich die Verichtigung des Grundbuches längere Zeit hinzieht.

Unter dem Vorbehalt des fiskalischen Eigentums abgetretene Flächen sind nicht in Abgang zu stellen.

3. Der Flächeninhalt solcher Waldungen usw., die der Staatsforstverwaltung und anderen Eigentümern gemeinschaftlich gehören (Anteilswaldungen) ist nur so weit in die Nachweisung aufzunehmen, als er nach dem Anteilsverhältnis auf die Staatsforstverwaltung entfällt. Diese Anteilsfläche ist in den Flächeninhalt des sonstigen forstfiskalischen Besitzes **hineinzurechnen**. Damit sie besonders ersichtlich bleibt, ist sie jedoch mit roter Tinte nochmals unter der Linie anzugeben.

4. In die Spalten 3 bis 6 sind nur Ankäufe, in die Spalten 7 bis 10 nur Verkäufe aufzunehmen. Ausgleichszahlungen bei Tauschgeschäften bleiben

in den Spalten 4/5 und 8/9 unberücksichtigt. Sind noch nicht alle Flächen eines Kauf- oder Verkaufsgeschäftes aufgelassen und daher in den Spalten 3 und 7 nur zum Teil nachgewiesen, so sind in den Spalten 4 bis 6 und 8 bis 10 nur die auf die nachgewiesenen Flächen entfallenden Beträge aufzunehmen. In den Erläuterungen ist alsdann anzugeben, daß aus dem Kauf oder Verkauf **N. N.** (Erl. v.) noch **M** in der nächsten Nachweisung erscheinen werden. Es darf also in einer Nachweisung kein höheres Kaufgeld enthalten sein, als auf die nachgewiesene Fläche entfällt.

5. Landerwerbungen im Zusammenlegungsverfahren, die sich hauptsächlich als Ankäufe durch die Zusammenlegungsbehörden darstellen, sind in den Spalten 3 bis 6, die übrigen Besitzveränderungen im Zusammenlegungsverfahren in den Spalten 21 bis 24 nachzuweisen.

6. In den Spalten 4/5 und 8/9 ist der auf Gebäude entfallende Teil des Kaufpreises und des Erlöses nicht aufzunehmen. Der abgetretene Gebäudewert ist zu erläutern, damit der Geldbetrag nachgeprüft werden kann. Bei den Ankaufsfonds verrechnete Stempelfosten usw. sind dagegen zum Kaufgelde hinzuzurechnen.

7. Der Durchschnitt in den Spalten 5 und 9 ist bis auf Rehtel-Pfennige zu berechnen und dann auf volle Pfennige abzurunden (0,5 und mehr = 1, weniger als 0,5 = 0). Der Durchschnitt ist auch für den Regierungsbezirk zu berechnen.

8. Auf die Angabe des Grundsteuerreinertrages ist besondere Sorgfalt zu verwenden. Erscheinen in den dafür vorgezeichneten Spalten keine Zahlen,

weil es sich um Wegeflächen usw. handelt, so ist durch die Eintragung „ohne“ anzudeuten, daß die Fläche keinen Grundsteuerreintrag hat. Kann der Grundsteuerreintrag aus irgend einem Grunde noch nicht angegeben werden, so ist es in der Spalte 35 zu vermerken und die Angabe in der folgenden Nachweisung nachzuholen.

9. Zu- und Abgänge dürfen nicht gegenseitig abgeglichen werden; die Spalte 27 muß vielmehr die Summe sämtlicher Zugänge, die Spalte 28

die Summe sämtlicher Abgänge enthalten. Die Flächen in den Spalten 29 und 30 bleiben jedoch in den Spalten 27 und 28 außer Betracht.

10. In den Spalten 29 und 30 sind die Flächen aufzunehmen, die innerhalb des Regierungsbezirks von einer Oberförsterei an eine andere übergegangen sind. Flächen, die von einer Oberförsterei an eine Oberförsterei eines anderen Regierungsbezirks übertragen werden, sind in den Spalten 25 und 26 nachzuweisen.

[illegible][illegible]

Durch Zusammenlegung, Auseinander- setzung und Ablösung				Durch Etat- und geometrische Be- richtigungen und aus sonstiger Veranlassung				S u m m e		Zugang von anderen Ober- förstereien des Re- gierungs- bezirks	A b g a n g an andere Ober- förstereien des Re- gierungs- bezirks
Zugang		Abgang		Zugang		Abgang		Flächen- zu gang (Spalten 3 + 11 + 13 + 15 + 19 + 21 + 25)	Flächen- ab gang (Spalten 7 + 12 + 14 + 17 + 20 + 23 + 26)		
ha a qm	flächens- ein- heits- maß	ha a qm	flächens- ein- heits- maß	ha a qm	flächens- ein- heits- maß	ha a qm	flächens- ein- heits- maß	ha a qm	flächens- ein- heits- maß	ha a qm	flächens- ein- heits- maß
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30		

Gesamtfläche nach der vor- jährigen Nach- weisung	Mit Berücksichtigung der Zu- und Abgänge in den Spalten 27 bis 30 beträgt die Gesamtfläche am 31. März 191 . .	Von der Gesamtfläche ist		Bemerkungen
		Holzboden	Nichtholzboden	
ha a qm	ha a qm	ha a qm	ha a qm	
31	32	33	34	35

11. Der Gesamtfläche in der Spalte 32 ist die Gesamtfläche des vorhergegangenen Jahres (Spalte 31) gegenüberzustellen und der Zu- oder Abgang zu ermitteln. Dieser muß in der Summe des Regierungsbezirks mit dem Unterschied zwischen den Spalten 27 und 28, der ebenfalls ersichtlich zu machen ist, übereinstimmen.

12. Unter dieser Gegenüberstellung der Summen ist in den Spalten 32 bis 34 die Flächengröße der einzelnen Inspektionen anzugeben. Dagegen hat eine inspektionsweise Aufrechnung der Oberförstereien innerhalb der Nachweisung nicht zu erfolgen.

13. Die Eintragungen sind zu erläutern. Kürzere Bemerkungen sind in die Spalte 35 einzutragen, ausführlichere auf der Rückseite der Nachweisung. Hier sind von den Königlichen Regierungen zunächst die Unterschiede zwischen den Spalten 3 und 4 und der Nachweisung der Zahlungen für Anläufe von Grundstücken zu den Forsten (Ankaufsnachweisung) wie folgt zu erläutern:

Gegen die Ankaufsnachweisung sind hier:
Mehr: bei lfd. Nr. 1: ha und
..... M, da die Fläche bereits auf-
gelassen ist, das Kaufgeld aber erst im
nächsten Etatsjahre gezahlt wird;

bei lfd. Nr. 3: usw.

Weniger: bei lfd. Nr. 1: M Aus-
gleichszahlung aus dem Kaufgeschäft mit
dem Gutsbesitzer P. (vgl. Sp. 15/18);

bei lfd. Nr. 5: usw.

In gleicher Weise sind die Unter-
schiede zwischen den Spalten 7 und 8
und der Übersicht von den Ergeb-
nissen der Forstveräußerungen (Forst-
veräußerungsübersicht) zu erläutern.
Stimmen die Spalten 3/4 mit der Ankaufsnach-
weisung und die Spalten 7/8 mit der Forst-
veräußerungsübersicht überein, so ist eine weitere
Erläuterung der angekauften und veräußerten
Flächen entbehrlich.

14. Hinter der durch Ziffer 13 vorgeschriebenen
Erläuterung sind die Veränderungen in den
Spalten 11 bis 26, 29 und 30 kurz zu erläutern.
Dabei ist stets die laufende Nummer und die
Nummer der Spalte, auf die sich die Erläuterung
bezieht, voranzustellen. Tag und Nummer etwa
in Frage kommender Ministerialerlasse sind in
Klammern beizufügen. Wird in den Erläuterungen
auf Nachweisungen eines früheren Jahres hin-
gewiesen, so ist stets die betreffende laufende
Nummer anzuführen.

15. Unter den Spalten 1 bis 10 der Flächen-
veränderungsnachweisung ist zu vermerken, ob
und welche Erwerbungen und Veräußerungen in
der Nachweisung enthalten sind, bei denen der
Wert im einzelnen Falle 100 000 M überstiegen hat.
Dabei sind die Ministerialerlasse anzugeben, durch
die die Genehmigung erteilt ist.

An
den Herrn Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten

Berlin W 9,

Preussiger Platz 10.

Unmittelbar.

Verschiedenes.

— **Gelegenheit zu Nebenverdienst finden pensionierte Beamte**, wie die „Berliner Beamten-
zeitung“ mitteilt, als Rechner von ländlichen
Raiffeisen-Darlehnskassen. Es hat sich nämlich
herausgestellt, daß mit der Ausdehnung der Geschäfte
dieser Kassen es immer schwieriger wird, geeignete
Personen zu finden, die diese — wie bisher —
im Nebenamt verwalten können. Die mit diesem
Amte verbundenen Arbeiten werden, je dem
Umfange nach, mit 400 bis 600 M und darüber
entschädigt. Für Beamte, besonders des Außen-
dienstes — also auch Förster —, die wegen irgend
eines Leidens zur frühzeitigen Pensionierung
gezwungen worden, sonst aber noch genügende
körperliche und geistige Rüstigkeit besitzen, bietet
sich hier eine passende Gelegenheit, weiter im
Interesse der Allgemeinheit tätig zu sein, und
dabei einen angemessenen Zuschuß zu dem in
solchen Fällen meist geringen Ruhegehalte zu
verdienen. Da für diese unter meist solche Personen
in Betracht kommen, die das Landleben bevor-
zugen, so dürften sich auch vielleicht unter den
Angehörigen des Försterstandes Bewerber hierfür
finden. Etwaige Meldungen sind an die Geschäfts-
stelle des Raiffeisen-Verbandes in Berlin NW,
Luisenstraße 41, zu richten.

— n.

— **Behördliche Genehmigung für Neuauf-
forstungen in Bayern.** In der Sitzung vom

13. Juni d. Js. beschäftigte sich der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages mit den An-
trägen des Abgeordneten Bauer u. Gen.: „die
Königliche Staatsregierung sei zu ersuchen, dem
gegenwärtig versammelten Landtage den Entwurf
einer gesetzlichen Bestimmung vorzulegen, nach
welcher Neuaufforstungen der behördlichen Ge-
nehmigung unterliegen, die zu versagen ist, wenn
die aufzuforstenden Grundstücke nach den Grund-
sätzen rationeller Bewirtschaftung für landwirt-
schaftliche Kulturen geeignet sind oder wenn durch
die Aufforstung Nachbargrundstücke erheblich ent-
wertet werden“, und des Abgeordneten Dr.
Casselmann u. Gen., welcher ebenfalls die Ein-
führung der Genehmigungspflicht für Neuauf-
forstungen landwirtschaftlicher Grundstücke sowie
das Einspruchsrecht für die geschädigten Angrenzer
verlangt. Der Abgeordnete Bauer begründet
seinen Antrag mit großer Sachkenntnis und
zerstreut die entgegengebrachten Bedenken. Er
führt aus, daß der Unterschied zwischen seinem
Antrage und jenem des Dr. Casselmann darin
liege, daß er nicht für jede Neuaufforstung die
Genehmigung verlangt, sondern nur für jene
Grundstücke, die nach den Grundsätzen rationeller
Bewirtschaftung für landwirtschaftliche Kulturen
geeignet sind. Er wolle jede schikanöse Verhinderung
von Neuaufforstungen hintanhalten. Wie er an
der Hand von zwei Gemeindeplänen nachweist,

betreiben manche Großgrundbesitzer das Bauernlegen durch Umforstung der bäuerlichen Grundstücke systematisch, und hiergegen ist gesetzliche Hilfe nötig. Den Antrag Casselmann begründet der Abgeordnete Reuner. An der weiteren Aussprache beteiligen sich noch verschiedene Abgeordnete, die zu den Anträgen verschiedene Zusätze machen. Im allgemeinen vertreten sie die Ansicht, daß dem Kleingrundbesitz gegen die Neuaufforstung der Angrenzter geholfen werden müsse. Nach den Schlußworten einiger Abgeordneten kommt der Antrag Bauer, der in seinem zweiten Teile dahin abgeändert wird, daß „Neuaufforstungen der behördlichen Genehmigung unterstehen und geschädigten Angrenzern ein Einspruchsrecht zustehen soll. Die Genehmigung ist insbesondere dann zu versagen, wenn durch die Aufforstung landwirtschaftliche Nachbargrundstücke erheblich im Werte gemindert werden zur Abstimmung, der auch in dieser Fassung angenommen wird.

— **Das Reichsversicherungsamt** hat eine neue — vom 26. April 1912 datierte und in den Amtlichen Nachrichten für 1912 Seite 721 ff. veröffentlichte — Anleitung über den Kreis der nach der Reichsversicherungsordnung gegen Invalidität und gegen Krankheit versicherten Personen herausgegeben, welche die zuletzt im Jahre 1905 erlassene Anleitung ersetzt und auf die wir unsere Leser besonders aufmerksam machen. Die neue Anleitung enthält eine übersichtliche Zusammenstellung der fortan maßgebenden Grundsätze über die Versicherungspflicht und die Versicherungsberechtigung. Sie kann von der Buchhandlung Behrend & Co. in Berlin W 9, Vinkstraße 23/24, bezogen werden (Preis 1 M.). Das, was unseren Leserkreis an der Invalidenversicherung interessiert, haben wir in letzter Zeit wiederholt ausführlich erörtert (siehe Nr. 48 der „Deutschen Forst-Zeitung“ 1911 und „Preussisches Förster-Jahrbuch“ 1912, Seite 115). Über die Krankenversicherung werden wir in gleicher Weise berichten, sobald das Inkrafttreten der neuen Vorschriften für diesen Zweig der sozialen Versicherung (vermutlich am 1. Januar 1914) feststeht.

— **Frenkhscher Beamten-Verein zu Hannover, Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit.** Lebens-, Kapital- (Aussteuer- und Militärdienst-), Leibrenten- und Sterbegeld-Versicherungs-Anstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunal- u. Beamten, Geistlichen, Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Redakteure, Ingenieure und geprüften Baumeister, sowie für Privatbeamte in gesicherten Stellungen. Keine bezahlten Agenten und infolgedessen niedrige Verwaltungskosten. Versicherungsbestand Ende April 1912: 95 469 Versicherungen über 408 450 820 M. Kapital und 1 373 287 M. 80 S. jährliche Rente. Keiner Zugang vom 1. Januar bis Ende April 1912: 1142 Versicherungen über 8 230 910 M. Kapital und 10 150 M. jährliche Rente. Vermögensbestand: 151 305 000 M.

Waldbrände.

Hohegeiß (Harz), 1. Juli. Beim Verbrennen von Schlagreisig am Ebersberg sprang das Feuer in den diesjährigen Schlag über, wo von dem noch lagernden Fichtenbauholz 40 bis 50 Stämme (Balken und Sparren) anstohnten und anbrannten. Ein starker Regenguß brachte das Feuer zum Stillstand. Der Schaden ist dadurch unbedeutend geblieben.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 9. Juli 1912. Rehböde 0,60 bis 0,95, Schwarzwild 0,40 bis 0,50 M. das Pfund. Kaninchen 0,15 bis 0,75 M., Stockenten 0,40 bis 1,40 M., Ferkenten 0,50 bis 0,70 M., Waldschneppen 2,00 bis 2,75 M. das Stüd.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Anstalt zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Bergmann,** Forstausseher zu Reiberg, Regbz. Coblenz, in nach Forsthaus Barriere Bienenau bei Gardelegen, Regbz. Magdeburg, versetzt.
- Braak,** Hegemeister zu Preiter, Oberförsterei Milsbrov, Regbz. Stettin, ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.
- Conrad,** bisher Förster bei Sr. Majestät dem König von Sachsen, ist nach Petershagen, Oberförsterei Rarutevitz, Regbz. Köslin, vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.
- Friedhöfe,** Förster zu Steinfurg, Oberförsterei Gnewau, ist auf die Försterei Marienhain, Oberförsterei Gnewau, Regbz. Danzig, vom 1. August d. Js. ab versetzt.
- Gerschl,** Forstausseher zu Groß-Kalischowice, Oberförsterei Grenzheide, ist nach Schwerin a. W., Oberförsterei Schwerin a. W., Regbz. Wosen, vom 1. August d. Js. ab versetzt.
- Höfel,** Forstausseher zu Groß-Fahlenwerder, Oberförsterei Lichtfeld, Regbz. Frankfurt a. O., ist zum Förster o. R. ernannt.
- Kantack,** Förster zu Gnewau, Oberförsterei Gnewau, ist auf die Försterei Steinfurg, Oberförsterei Gnewau, Regbz. Danzig, vom 1. August d. Js. ab versetzt.
- Kluth,** Förster zu Marienhain, Oberförsterei Gnewau, ist auf die Revierförsterei Gela, Oberförsterei Oliva, Regbz. Danzig, vom 1. August d. Js. ab versetzt.
- Koschinski,** Förster o. R. in der Oberförsterei Elshwald, ist nach der Oberförsterei Wilhelmshagen, Regbz. Gumbinnen, versetzt.
- Lampe,** Förster o. R. in der Oberförsterei Kranichbruch, ist nach der Oberförsterei Trappönen, Regbz. Gumbinnen, versetzt.
- Lejus,** Förster zu Wietfeld, Oberförsterei Glend, ist auf die Försterei Varenberg zu Glend, Oberförsterei Glend, Regbz. Gildesheim, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.
- Matthies,** Hegemeister zu Sachsbauken, Oberförsterei Gelle, Regbz. Vinnenburg, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.
- Opstille,** Forstausseher zu Pfennigheiderfelde, ist nach Harpstedt, Regbz. Hannover, versetzt.
- Puppe,** Förster zu Darke, Oberförsterei Vobden, ist nach Marienhagen, Oberförsterei Weenzen, Regbz. Gildesheim, versetzt.
- Rögener,** Forstausseher zu Harpstedt, ist nach Volle, Regbz. Hannover, versetzt.
- Schinke,** Förster zu Gartow, Oberförsterei Rimmrit, ist nach GutsM., Oberförsterei Lubitzsch, Regbz. Frankfurt (Oder), vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.
- Seydel,** Förster zu Hoverswerda, ist nach der Oberförsterei Tschieritz, Regbz. Liegnitz, vom 1. August d. Js. ab versetzt.
- Stecher,** Forstausseher zu Volle, ist als Schreibgehilfe nach der Oberförsterei Ruhlsdorf berufen.
- Tornow,** Förster zu Andreasberg, Oberförsterei Andreasberg, ist nach Paselke, Oberförsterei Dierode a. Harz, Regbz. Gildesheim, vom 1. September d. Js. ab versetzt.

Krautwein, Förster o. R. zu Banten, ist nach der Oberförsterei Hoverswerda, Regbz. Biegitz, vom 1. August d. Js. ab verlegt.

Hardin, Forstausseher zu Schögenwinkel, Oberförsterei Bronke, ist nach Schwerin a. W., Oberförsterei Schwerin a. W., Regbz. Bolen, vom 1. August d. Js. ab verlegt.

Wetig, Gemeindeförster a. Pr. zu Zeimel, Gemeinde-Oberförsterei Diedorf, Regbz. Coblenz, ist auf Lebenszeit angestellt.

Wiesen, Gemeindeförster zu Oldenstadt, Oberförsterei Medingen, Regbz. Lüneburg, tritt mit dem 1. November d. Js. in den Ruhestand.

Gemeinde- und Privatdienst.

Gombert, Landgräflich Hessischer Förster zu Adolphsdorf bei Fulda, ist die Widemeierstelle Wilhelmsbad bei Sanau (Main) derselben Verwaltung vom 15. September d. Js. ab übertragen.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Sünter, Försterkandidat, ist zum Förster auf Rabenstein Revier befördert.

Bergh, Försterkandidat, ist zum Förster auf Mittelndorfer Revier befördert.

Wichter, Försterkandidat, ist zum Förster auf Voßniger Revier befördert.

Wochlig, Försterkandidat, ist zum Förster auf Dreilaer Revier befördert.

Mühle, Reviergehilfe, ist vom Georgengrünauer auf das Möhrsdorfer Revier verlegt.

Stok ist als Reviergehilfe auf Georgengrünauer Revier angenommen.

Röpel, Förster auf Mittelndorfer Revier, ist pensioniert.

Großherzogtum Hessen.

Staats-Forstverwaltung.

Eggers, Oberförster zu Rirtorf, bisher in Bad Nauheim, ist der Note Adressen d. Klasse verliehen.

Herzogtum Anhalt.

Staats-Forstverwaltung.

Krause, Förster zu Pöplitz, ist nach Coswig verlegt.

Schneider, Förster zu Coswig, ist nach Spitzberg verlegt.

Schling, Förster zu Spitzberg, ist nach Pöplitz verlegt.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Stadtförsterstelle in Guttentag**, Regbz. Oppeln, ist zum 1. Oktober 1912 zu belegen. Das Gehalt beträgt für Forstverorgungsberechtigte 1300 M., für Jägerlaie B nach Vereinbarung, steigend von drei zu drei Jahren um je 100 M. bis zum Höchstbetrage von 1800 M.; außerdem freie Wohnung und freie Beheizung im Werte von 150 M. sowie 20 Morgen Acker im Werte von 300 M. Der Anstellung geht eine einjährige Probezeit voraus. Bewerbungen sind binnen 8 Wochen an den Magistrat in Guttentag einzureichen. Forstverorgungsberechtigte haben außerdem den Forstverorgungsbescheinigung und die seit Ausstellung dieses Scheines erlangten Dienst- und Führungszeugnisse beizufügen und sofortige Vergütungsleistung auf den Staatsdienst zu erklären.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Liturgie oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 84. **Anfrage:** Wie jängt man Karpfen in einem mit Wasserpflanzen stark bewachsenen Teich, ohne denselben ganz abzulaufen? Meine Versuche mit Netzen waren stets erfolglos. Ein Durchziehen von Netzen ist nicht möglich und in ausgelegte Fischen, auch wohl Trummen genannt (sind wohl Neusen gemeint), gehen die Fische nicht hinein. Es handelt sich darum, dieselben nach Bedarf, also in kleineren Partien, zu erhalten.

B. in S.

Antwort: Lassen Sie mit einer Grundsicheln Schneifen durch die Wasserpflanzen schneiden, die sich an Stellen von etwa 60 bis 70 cm Tiefe etwas erweitern. Auf diese Plätze kirmen Sie die Karpfen mit Futter — Speisereste — geschrotete Lupinen usw. Nehmen die Karpfen das Futter an, stellen Sie auf die Plätze Säcke oder Flügelreusen. Tun Sie evtl. später Futter in die Neusen selbst. Die Neusen müssen sehr fest stehen; wadeln dieselben, wenn die Fische daran stoßen, gehen sie nicht in dieselben. Sie können auch feste Angeln über die Futterplätze spannen und die Fischen mit kleinen Klößen aus Semmel, Fleischniehl, Wärmern usw. beködern. Mitunter gehen auch große Karpfen an gequollene Bistoriaerbsen oder gequollene Lupinen. Sie können auch die Karpfen mit der Drahtschlinge fangen. Gewöhnlich suchen die fatten Fische sonnige Stellen im Gelege auf, um hier zu schlafen. Verstehen Sie es, dieselben mit dem Kahn zu beschleichen, so daß Ihr Schatten nicht auf den Fisch fällt — so werden Sie dem Fisch leicht die Schlinge überstreifen können. Schließlich lassen sich Karpfen, wenn sie auf dem Futterplatz fressen und dadurch das Wasser getrübt haben, auch mit dem Sentnetz fangen. Ein solches bekommen Sie in jeder besseren Kexhandlung.

Hg.

Nr. 85. **Anfrage:** In den mit unterstellten drei Schutzbezirken sollen in 25- bis 70 jährigen Kiefern- und Fichtenstangenwäldern stärkere Durchforstungen ausgeführt werden. Da es vorherrschend jüngere Bestände sind, so fällt verhältnismäßig schwaches Material an, und zwar besonders viel Stangen von 4 bis 8 m Länge, mit einem Kopfdurchmesser von 4 bis 6 cm. Wie nütze ich diese Hölzer am besten aus? Der hiesige Brennholzmarkt wird durch den Anfall dieses schwachen Materials stark überlastet. Kann aus diesen Hölzern Knüppelholz zu Zellulose oder zur Köhlerei geschmitten werden? Müßten diese Sortimente geschält werden? Welche Firmen kaufen größere Posten von diesem Holz, und welche Preise werden dafür gezahlt? Die Verladung wäre leicht, da Bahn am Orte. Bei bestfiebendem Erlös würden mehrere mittlere Verwaltungen im Kreise zusammentreten und könnten auf diese Weise große Posten geliefert werden.

M., Gräfl. Revierförster.

Antwort: Da nach schwachem Nadelholz, Kiefernholz fast immer eine rege Nachfrage besteht, so wären die besser gewachsenen Stangen nach Möglichkeit als Kiefernstangen, Baumpfähle, Koppelfstangen und Bohnenstangen auszuhalten. Ebenso würden schwächere Stangenholzsortimente, falls in genügender Menge vorhanden, abziehbar sein. Die astreinen Fichtenstangen bis zu Knüppelstärke lassen sich zu Zelluloseholz verwenden, diese werden vielfach geschält verlangt. Bohnenpfähle und Fackeln können ebenfalls hergestellt werden. Das ästige und sonst schwer absehbare Holz könnte in der Köhlerei Verwendung finden, es würde sich aber empfehlen, diese an Ort und Stelle zu betreiben, da dann die teure Anfuhr des geringwertigen Materials zum Bahnhof unterbliebe und nur die Holzkohle zu transportieren wäre. Sollte sich kein geeigneter Köhler finden lassen,

so müßte die Forstverwaltung das Köhlen auf eigene Rechnung besorgen. Firmen, welche die Hölzer kaufen, können nicht namhaft gemacht werden. Wir empfehlen Ihnen, die Sortimente und Holz mengen, die nach Ihrer Schätzung anfallen dürften, schon jetzt in einer größeren Holzzeitung, z. B. „Holzmarkt“, auszubieten und Interessenten zur Abgabe von Preisgeboten aufzufordern.

Nr. 86. Anfrage: 1. Ist ein Privatjagdhüter (der im Hauptverworb Lüncher ist) berechtigt, ohne Jagdschein und Waffenerlaubnis, ein Gewehr bei der Ausübung der Jagdaufsicht zu führen? 2. Wenn berechtigt, darf er mit dem Gewehr im Walde Probe schießen, um ein neues Gewehr zu probieren? 3. Wenn berechtigt, darf dann der Jagdpächter ihm die Befugnis geben, auf Hasen und Raubzeug zu schießen? A. im Taunus.

Antwort: Zu 1. Zur Führung des Gewehres bei bloßer Ausübung der Jagdaufsicht bedarf der Privatjagdhüter keines Jagdscheines und eines Waffenscheines nur dann, wenn durch Polizeiverordnung das Mitführen von Schusswaffen von dem Lösen und Beisichführen eines Waffenscheines abhängig gemacht wird. Ob eine solche Polizeiverordnung für den dortigen Bezirk besteht und ob diese auch die Führung des Gewehres seitens des in Frage stehenden Privatjagdhüters von dem Lösen und Beisichführen eines Waffenscheines abhängig macht, vermögen wir nicht zu beurteilen. Wir bemerken jedoch, daß im ehemaligen Kurheffen jeder, welcher Schießwaffe führt, einen von der Polizeibehörde ausgestellten Erlaubnisschein bei sich zu tragen hat. Zu 2. Wenn der Jagdhüter die Bestimmungen der §§ 367, 8 (Schießen an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten) und 368, 7 Strafgesetzbuch (Schießen in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen) beachtet, so kann er unseres Erachtens strafrechtlich nicht belangt werden. Zu 3. Der Jagdberechtigte kann das Recht der Tötung von Hasen und Raubzeug auch durch andere ausüben lassen, insbesondere auch durch sein Jagdschutzpersonal. Der Jagdpächter darf daher dem Privatjagdhüter die Befugnis geben, auf Hasen (auch verwilderte, aber nicht, weil jagdbar, auf Wildkazen) und nicht jagdbares Raubzeug, ohne Jagdschein, zu schießen.

J. in L.

Nr. 87. Anfrage: Eine hiesige Zeitung behauptet, daß das Betreten des Waldes rechtswirksam nicht verboten werden könne. So habe auch das Kammergericht in dem Urteil vom 5. Juni 1882 entschieden. Verboten sei nur das Betreten von Forstkulturen, Waldschonungen und das Betreten von solchen Privatwegen, deren Begehung durch Warnungszeichen untersagt sei. — Sind diese Angaben zutreffend? Es handelt sich um ein ziemlich geschlossenes Privateigentum von 2300 Morgen, das von einigen öffentlichen Wegen durchzogen wird.

E. C. in E.

Antwort: Die Angaben der Zeitung sind nicht zutreffend. Wichtig ist, daß das Betreten

von Wald — abgesehen von Forstkulturen, Waldschonungen und gesperrten Privatwegen — nicht strafbar ist. Dieses, und nur dieses, hat auch das Kammergericht in der Entscheidung vom 5. Juni 1882 ausgesprochen. Nicht alles, was nicht strafbar ist, ist damit aber schon erlaubt. So hat auch der Walbeigentümer das Recht, das Betreten seines Waldes andern zu verbieten. Geschieht das Betreten doch, so ist diese Handlung allein freilich nicht strafbar. Der Walbeigentümer oder sein Förster kann aber den Betreffenden hinausweisen. Geht dieser nicht, so tritt Strafbarkeit nach § 9 des Feld- und Forstpolizeigesetzes ein (Geldstrafe bis 10 Mk. oder Haft bis zu drei Tagen, Strafantrag nötig). Auch ist der Walbeigentümer (Förster) befugt, den sich Weigernden kraft Selbsthilferechts (RGG. § 229) gewaltsam zu entfernen. Widerstand dagegen oder Angriff dabei ist strafbar nach § 117 des Strafgesetzbuchs (Strafe: Gefängnis bis zu drei Jahren). Von den öffentlichen Wegen, die den Privatwald durchziehen, darf natürlich niemand fortgewiesen werden. — Wir verweisen Sie auf die oben erschienene Schrift „Das Betreten des Waldes“ von Oberlandesgerichtsrat Freymuth (Verlag von Neumann in Neudamm, Preis 30 Pf.). Dort sind die einschlägigen Fragen ausführlich behandelt.

A. W. Fr.

Nr. 88. Anfrage: Hat ein Rgl. Forstbeamter, welchem die Ausübung des Jagdschutzes auf einer benachbarten Feldmark ordnungsmäßig übertragen worden ist, hierbei das Recht des Waffengebrauchs, vorausgesetzt, daß er die Berechtigung auch im Staatsdienste besitzt?

F. in S.

Antwort: Unseres Erachtens steht dem in Frage stehenden Rgl. Forstbeamten das Recht zum Waffengebrauch auf Grund des Waffengebrauchsgesetzes vom 31. März 1837 zu; denn der Waffengebrauch ist nicht auf den Schutzbezirk, sondern auf den Dienstbezirk beschränkt; auch verlangt der die Verleihung der Befugnis zur Ausübung jagdpolizeilicher Funktionen außerhalb des Schutzbezirktes regelnde Min.-Erl. vom 24. Februar 1900 ausdrücklich die Ausstattung mit der Berechtigung zum Waffengebrauch.

J. in L.

Nr. 89. Anfrage: Für die hiesige Verwaltung will ich eine neue Säemaschine anschaffen. Es wurde mir „Planet jr. Nr. 3“ empfohlen. Eignet sich diese Maschine zur Ausführung von Kiefernstrichsaaten oder ist eine andere empfehlenswerter?

L., Oberförster in B.

Antwort: Mit „Planet jr. Nr. 3“ werden in vielen Forstverwaltungen Kiefernsaaten mit gutem Erfolg ausgeführt. Außerdem gibt es noch eine ganze Anzahl Säemaschinen, von denen sich namentlich die Drevitzsche Kiefernsaat-Drillmaschine sehr bewährt hat, die auch in der preussischen Staatsforstverwaltung bevorzugt wird. Diese ist zum Preise von 200 Mk. vom Fabrikbesitzer Drevitz in Thorn zu beziehen.

Für die Redaktion: J. B.: Wodo Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Bernstorff, Goldbach bei Börke (Hav.).



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Bohnpott (Bezirk Danzig), Südstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schätzmeister an den Vereins-Schätzmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

88. **Kriemhildsneider**, Förster, Lohra, Kreis Marburg, Cassel-Bez.
- 1847a. **Riesow**, Förster, Reisholz, Düsseldorf.
- 1862a. **Baumgärtel**, Hilfsjäger, Groß-Bartel, Post Dreilöf, Danzig.
- 1868a. **Creweß**, Förster, H. Brandis, Post Holzborn, Merseburg.
- 1862a. **Otto**, Forstausseher, Busow, Post Landsberg, O.-Schl., Oppeln.
- 1868a. **Witz**, Hilfsjäger, Kasanowski, Post Gernischtschmen, Gumbinnen.
- 1868a. **Leffat**, Forstausseher, Bersglenen, Post Bodelten, Gumbinnen.
- 1868a. **Kausch**, Forstausseher, Marienbaum, Düsseldorf.
- 1872a. **Edelmann**, Förster, Hülseborn, Post Hermerzwalde, Merseburg.
- 1876a. **Wöge**, Forstausseher, Groß-Borek, Oppeln.
- 1881a. **Ephor**, Forstausseher, Schrewin, Post Barlabien, Marienwerder.
- 1885a. **Engel**, Hilfsjäger, Behnershof (Post), Marienwerder.
- 1890a. **Jarosch**, Forstausseher, Wsodagaborska, Post Lesno, Marienwerder.
- 1891a. **Unger**, Hegemeister, Rönnerwerder, Post Falkenwalde, Eietin.
- 1897a. **Kraft**, Forstausseher, Battaune, Post Doberschütz, Merseburg.
- 1708a. **Gent**, Förster, Jagbbude, Post Erlauben, Gumbinnen.
- 1719a. **Wriedt**, Förster, Kalsauen, Post Tawellingtonen, Gumbinnen.
- 1722a. **Schwarzkopff**, Förster, H. Bawien, Post Gerbaun, Gumbinnen.
- 1728a. **Kausch**, Forstausseher, Marienbaum, Düsseldorf.
- 1738a. **Battke**, Forstausseher, Friedenau, Blantenbergstr. 8, Forsternichtungs-bureau, Potsdam.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten und direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Deutscheide (Regbz. Danzig). Am Sonnabend, dem 20. Juli d. Jz., Scheibenschießen in Ossau. Beginn 3 Uhr nachmittags. Von Mitgliedern eingeladene Gäste sind willkommen.

Der Vorsitzende: Neumann.

Göttingen (Regbz. Hildesheim). Sonnabend, den 20. Juli d. Jz., nachmittags 4 Uhr. Versammlung der Mitglieder im „Kaiser-Kaffee“ zu Göttingen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Wegen der Beiträge für das 2. Halbjahr wird um rege Beteiligung gebeten.

Flebbe.

Grasschaft Wlag (Regbz. Breslau). Sonntag, den 21. Juli d. Jz., nachmittags 3½ Uhr, Scheibenschießen am „Hubertus“ bei Müders. Darauf Sitzung im genannten Lokal mit folgender Tagesordnung: 1. Verlesen der letzten Sitzungsverhandlung; 2. Bericht des Delegierten über die Bezirksgruppensitzung vom 14. Juli; 3. Beschluß über die nächste erste Wanderversammlung; 4. Verschiedenes. Eine zahlreiche Beteiligung und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Die geehrten Damen sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Gr.-Zinichen-Reuhof (Regbz. Cöslin). Sonnabend, den 20. Juli d. Jz., nachmittags 6 Uhr, Zusammenkunft im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Besprechung über das im August resp. September abzuhaltende zweite Scheibenschießen; 2. Vortrag des Kollegen Dinsie über die Delegiertenversammlung in Cöslin, sowie des Kollegen Kramp über den Verlauf derselben in Berlin; 3. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Zusammensein mit Damen.

Der Vorstand.

Hochwald (Regbz. Trier). Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 2 Uhr, Versammlung zu Hochscheid in der Gastwirtschaft Stumm. Um zahlreiche Erscheinen mit Damen wird ersucht.

Der Vorstand.

Hoherswerda (Regbz. Liegnitz). Sonnabend, den 13. Juli d. Jz., findet im Schießhause zu Hoherswerda ein Försterschießen statt. Anfang ½3 Uhr. Gäste sind erwünscht.

Arnold, Vorsitzender.

Karnlewis (Regbz. Cöslin). Am Sonnabend, dem 13. Juli d. Jz., nachmittags 5½ Uhr, Versammlung im Vereinslokal, Gasthof Karnlewis. Tagesordnung: Einziehung der Beiträge für das 2. Halbjahr 1912; Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Walther.

Landsberger Heide (Regbz. Frankfurt a. O.). Sonnabend, den 13. Juli d. Jz., nachmittags 7 Uhr, Versammlung bei Buxler in Breitebruch. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten über die Berliner Versammlung vom 14. und 15. Juni d. Jz.; 2. Festsetzung des nächsten Scheibenschießens; 3. Aufnahme neuer Mitglieder; 4. Verschiedenes. Um recht rege Beteiligung wird gebeten.

Der Vorstand.

Neppen (Regbz. Frankfurt a. O.). Am Sonntag, dem 14. Juli d. Js., nachmittags von 1½ 3 Uhr ab, Scheibenschießen, Stand an der Försterei Teichhaus; abends Tanzkränzchen im „Reichsgarten“. Kollegen mit ihren werten Angehörigen sowie Nichtmitglieder herzlich willkommen. Einzahlung der Halbjahrsbeiträge.

Der Vorstand.

Senslingwald-Bebra (Regbz. Cassel). Sonntag, den 21. Juli d. Js., Scheibenschießen in Wilbed. Beginn 3 Uhr nachmittags. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. **Schroener.**

Simmern-Hunsrück (Regbz. Coblenz). Samstag, den 27. Juli d. Js., findet die am 3. März d. Js. beschlossene Exkursion nach der königlichen Oberförsterei Kirchberg statt. Zusammenkunft zu derselben um 9 Uhr vormittags am Bahnhof Ungenberg. Ein Führer wird dabei selbst zur Stelle sein. Herr Oberförster Schmitz hat die Führung in dankenswerter Weise übernommen, und die Exkursion verspricht eine recht lohnende zu werden. Mit Bestimmtheit rechne ich deshalb auf eine vollzählige Beteiligung. Nach der Exkursion, etwa von 7 Uhr an, findet ein einfaches gemeinschaftliches Abendessen statt, und nach diesem beginnt ein zwangloses, gemütliches Zusammensein. Für alles weitere, auch für Musik, damit das Tanzbein nicht zu kurz kommt, wird bestens gesorgt werden. Auch hierzu lade ich, besonders die verehrten Damen, hiermit herzlich und dringend ein. Über das Lokal zu dieser Festlichkeit ergeht noch eine Bekanntmachung an dieser Stelle. Für Frühstück und für einen kühlen Trunk im Walde wird gesorgt werden. Unersäglich ist es, daß sofort nach Kenntnisnahme von dieser Bekanntmachung Anmeldung über die Beteiligung an der Exkursion und über die Teilnahme am Abendessen an mich erfolgt. — Ich bitte, dieses nicht zu umgehen, damit die Sache funktioniert. Gäste können eingeführt werden. **Meißner, Vorsitzender.**

Söhre (Regbz. Cassel). Sonnabend, den 20. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im „König v. Preußen“ zu Hessa. Um recht rege Teilnahme mit Damen wird gebeten.

Der Vorstand.

Swinemünde (Regbz. Stettin). Sonntag, den 21. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung im Hotel „Drei Kronen“ in Swinemünde. Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge für 2. Halbjahr; 2. Bericht des Delegierten über die Bezirksgruppenversammlung; 3. Beschlußfassung über Abhaltung eines Scheibenschießens mit Damen; 4. Bestellungen auf das Förster-Jahrbuch 1912; 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wartel (Regbz. Allenstein). Am Sonntag, dem 14. Juli d. Js., findet Scheibenschießen und Kaffeelocher auf dem Scheibenstande in Biegiasto statt. Anfang 3½ Uhr. Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Herren Kollegen wird gebeten. Sonntag, den 21. Juli, Ortsgruppenversammlung in Wartel. Tagesordnung: 1. Wahl eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden; 2. Berichterstattung über die Bezirksgruppenversammlung in Allenstein;

3. Beitragszahlung; 4. Verschiedenes. Anfang der Versammlung 5 Uhr.

Der Vorstand.

Berichte.

Bezirksgruppen:

Marienwerder. Die zum 9. Juni nach König einberufene ordentliche Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit einem dreifachen Horrido auf den Allerhöchsten Jagdherrn um 11 Uhr eröffnet. Anwesend waren 27 Delegierte und Mitglieder mit einer Stimmenstärke von 259. Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt: 1. Der Vorsitzende erstattet den Geschäftsbericht für 1911. 2. Nachdem der Schatzmeister den Kassenbericht erstattet und die Prüfungskommission Ausstellungen nicht zu machen hatte, wurde dem Kassenführer neben dem Dank der Versammlung Entlastung erteilt. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1911 361 und zurzeit 381. 3. Zur Berliner Tagesordnung wurde dem Delegierten anheimgelassen, bei der Vorstandswahl sich der Mehrheit anzuschließen. Für die Krankenkosten-Beihilfeklasse und die Vereinigungen wurden einige Änderungen in Vorschlag gebracht. Den Punkten 4 bis 8 wurde zugestimmt. Dem Punkt 7, Erneuerung des Verlagsvertrages bezüglich des Vereinsorgans, wurde entgegengestimmt, weil einer Erneuerung erst im nächsten Jahre näherzutreten zweckmäßig erscheint. 4. Zum Mitglied der Rechnungsprüfungskommission wurde Förster Saefel einstimmig gewählt. 5. Verschiedenes: 1. Bezüglich des am 17. Dezember v. Js. beschlossenen Antrages einiger Ortsgruppen, betreffend Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten an Förster o. R. und Forsthilfsaufseher bei Wahrnehmung von Holzverkaufsterminen, berichtet der Vorsitzende über einen ihm vom Herrn Oberforstmeister zugegangenen Bescheid. 2. Die Ortsgruppe Gersd. beantragt, durch den Vereinsvorstand beim Herrn Minister für Landwirtschaft die Bitte zu unterbreiten, den Forstbeamten, welche Bienenzucht betreiben, für die Herbstfütterung pro Bienenstock 10 Pfund denaturierten Zuder unter denselben Bedingungen wie im Frühjahr den Imkervereinen steuerfrei zu gewähren. Der Antrag soll dem Vereinsvorstand laut Beschluß zugestellt werden. 3. Die Anträge einiger Ortsgruppen, betreffend die Abgabe von Wild zur Tage für den häuslichen Gebrauch, werden besprochen und auf Vorschlag zurückgestellt. Als nächster Versammlungsort wird wieder König bestimmt. Hiernach wurde die Versammlung in üblicher Weise geschlossen. **Seefeldt, Vorsitzender.**

Ortsgruppen:

Bütow (Regbz. Cöslin). Die Versammlung am 1. Juli wurde mit einem Kaiserhoch eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Der Bericht des Vorsitzenden über die Bezirksgruppenversammlung konnte an der Hand des Protokolls dieser sowie der Ausführungen des Bezirksgruppen-Vorsitzenden über die Hauptversammlung in Berlin ausführlich gestaltet

werden. 2. Zur Krankenkassen-Beihilfeskasse meldeten sich drei Mitglieder. 3. Auf Anregung aus der Versammlung wurde beschlossen, genügende Beteiligung vorausgesetzt, am 27. Juli, nachmittags 3½ Uhr, im „Jägerhof“ ein Scheibenschießen mit nachfolgendem Tanz wie im Vorjahre abzuhalten. Die Kosten werden durch Umlage aufgebracht. Gäste sind willkommen und von den Mitgliedern einzuführen.

Lautenburg (Regbz. Marienwerder). An der am 1. Juli d. Js. abgehaltenen Sitzung nahmen zwölf Mitglieder teil. Nach einigen einleitenden Worten eröffnete der Vorsitzende nach einem allseitig begeistert aufgenommenen Horrido auf Se. Majestät den Kaiser, unseren höchsten Jagdherrn, die Sitzung. Unter Punkt 1 wurde beschlossen, das Scheibenschießen am Sonnabend, dem 13. Juli d. Js., im Stadtförsthaus Lautenburg abzuhalten. Von 3 bis 4 Uhr Probeschüsse, von 4 Uhr ab Lagenschießen auf Ringscheibe, fünf Schuß aufgelegt. Jeder Mitschießende hat 3 M zum Anlauf von Prämien an den Kassierer baldmöglichst einzulösen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Wie im vorigen Jahre, wird den Damen wieder Gelegenheit gegeben werden, ihre Schießfertigkeit mit dem Telsching zu zeigen bzw. sich in der Schießkunst zu üben. Zu Punkt 2 erstattete der Vorsitzende Bericht über die am 9. Juni d. Js. abgehaltene Bezirksgruppenversammlung und besprach die Tagesordnung der Delegierten-sitzung in Berlin. Unter Punkt 3 folgte von dem Kollegen Herzberg ein sehr interessanter und belehrender Vortrag über Bienenzucht. Vortragender versprach, über dies umfangreiche Thema in den nächsten Sitzungen fortzufahren. Nachdem der Vorsitzende im Namen der Versammelten dem Kollegen Herzberg für den Vortrag gedankt, wurde die Sitzung geschlossen.

Der Vorsitzende: F. A.: Gärtner.

Neuenburg (Regbz. Marienwerder). Zu der am 7. Juli angelegten Versammlung mit nachfolgendem Scheibenschießen waren drei Mitglieder erschienen. Der Vorsitzende und der Schriftführer legten ihr Amt freiwillig nieder.

geg.: M a n t e. A d a m.

Osterohe a. H. (Regbz. Gilsbeheim). Die Ortsgruppenversammlung vom 7. Juli war von zwölf Mitgliedern besucht. Auch waren zwei Mitglieder der Oberharzer Ortsgruppe anwesend, welches sehr freudig begrüßt wurde. Bei Erledigung der Tagesordnung war die Hauptache der Vortrag des Kollegen Bernstorff über die Delegiertenversammlung, welcher mit großem Interesse angehört wurde. Zum Schluß wurde für die Angehörigen der von Rigeunern und Wilddieben erschossenen Kollegen Romanus und Voorm eine Sammlung veranstaltet, welche die Summe von 30 M ergab.

F. A.: Der Schriftführer.

Osterohe (Regbz. Altenheim). Auf der Versammlung am 1. Juli wurde die Abhaltung eines Scheibenschießens mit nachfolgendem Kränzchen am Sonnabend, dem 20. Juli d. Js.,

nachmittags 3 Uhr, im „Roten Krug“ beschlossen. Fuhrwert ist um 2 Uhr am Bahnhof Osterohe. Besondere Einladungen ergehen nicht. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand. F. A.: E r n s t.

Siegen. Am 1. Juli d. Js. wurden die Mitglieder der Ortsgruppe nach Siegen eingeladen, um einer Stocksprennung mit Ammontsäure beizuwohnen. Die zu rohende Fläche lag auf dem Witschert, 0,5 ha groß, war bestanden aus Birken- und Eichenstöden, von Schälwald herrührend. Die Fläche sollte zu einem Saat- und Pflanzkamp hergerichtet werden. Die Kaskadiverte haben ihren Sitz in Nürnberg, Königsberg. Ammontsäure ist ein loses Pulver von graugrüner Farbe, verpackt in Patronen von 33 mm Stärke und 100 g Gewicht. Die einzelne Patrone kostet ca. 15 S. Zur Entzündung der Patrone wird eine Sprengkapsel Nr. 8 (verstärkte Kapsel) verwandt. Die Sprengung wurde nun auf folgende Weise vollzogen: Unter den zu rohenden Stod wurde mit einem Lochseisen ein Loch gestoßen, womöglich bis an die Pfahlwurzel. Hierauf mit dem Lochtraber gereinigt und dann mit einer Visitiernadel nochmals untersucht, daß das Loch rein ist. Jetzt wird eine Patrone in das Loch eingeführt; ist ein großer Stod zu sprengen, so werden mehrere Patronen angewandt, 1 bis 3. In die letzte Patrone wird die Sprengkapsel mit der Zündschnur eingeführt, und das Loch wird mit Erde dicht verschlossen. Nachdem nun mehrere Stöde geladen waren, wurden die Patronen zur Entzündung gebracht. Die Wirkung war eine derartige, daß Teile von den Stöden 30 bis 40 m in die Luft flogen und die Umgegend unsicher machten. Herr Förster Laubinger zu Siegen, welcher in zuvorkommender Weise die Leitung übernommen hatte, hielt nun einen Vortrag über die entstehenden Kosten, im Vergleich zu der Rodung mit der Hand. Selbiger führte hierbei folgendes aus: I. Handrodung: Ein Eichenstod je nach Größe erfordert wenigstens 2 Mann je 3 Arbeitsstunden = 6 Stunden à 40 S = 2.40 M. II. Sprengung mit Ammontsäure. Vorarbeiten des Stodes zur Aufnahme der Patrone ca. 5 Minuten, Laden derselben mit 3 Patronen je 15 S = 45 S, Sprengkapsel 7 S, 80 cm Zündschnur 5 S, zusammen 60 S; mithin eine Kostenersparnis à Stod 1,80 M. Durch die Sprengung des Stodes wird der Boden in der ganzen Umgebung auf ca. 2 m Umfang gelockert, so daß eine leichtere Bearbeitung des Bodens möglich ist. Der Vortragende erklärte noch weiter, daß Ammontsäure zur Sprengung von Gestein sich auch sehr gut eignet, namentlich lockeres Gestein, Felsen usw.; hierzu wird eine Patrone von 26 mm gebraucht. Dieser Sprengstoff stellt sich auch dadurch billiger, daß selbiger von der Bahn als Fracht- und Stückgut aufgenommen wird. Die ganze Vorführung war sehr lehrreich und kann nur bei Stockrodungen empfohlen werden. Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden im Versammlungslokal erledigt.

Der Vorstand. R o h r b e r g.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Ganzer, Albert, Admial. Hegemeister a. D., Ottersberg.
Grosse, Johannes, Admial. Forstaufscher, Schildau, Kr. Torgau.
Kaspereit, Johann, Hilfsjäger, Poln. Würbis, O.-Schl.
Kugner, Martin, Königl. Förster, Neureichenau b. Giehmansdorf.
Latussek, Alfons, Forstlehrer, Poln. Würbis, O.-Schl.
Seeliger, Otto, Forstaufscher, Biewer.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzufenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Adler, Weiskhof, 3 Mk.; **Ambrös**, Neudorf, 2 Mk.; **Beer**, Jannowitz, 2 Mk.; **Bergmann**, Wanditz, 2 Mk.; **Böhme**, Wygoda,

4 Mk.; **Bachmann**, Seitenberg, 5 Mk.; **Buchwald**, Guldau, 2 Mk.; **Brauns**, Gerberhausen, 2 Mk.; **Claus**, Buchweiler, 2 Mk.; **Dummer**, Commerzien, 4 Mk.; **Erbsmann**, Rungen, 2 Mk.; **Frisch**, Loblon, 2 Mk.; **Grieger**, Götzen, 2 Mk.; **Grosse**, Schildau, 2 Mk.; **Hahn**, Großbobingen, 2 Mk.; **Habermann**, Roschwitz, 2 Mk.; **Heidte**, Raugard, 2 Mk.; **Irada**, Schwarau, 2 Mk.; **Kuhn**, Mülhausen, 5 Mk.; v. **Koh**, Goidwino, 2 Mk.; **Kohr**, Rüders, 2 Mk.; **Klages**, Förster, 2 Mk.; **Kaspereit**, Poln. Würbis, 3 Mk.; **Kugner**, Neureichenau, 3 Mk.; **Lorenz**, Peterslahr, 2 Mk.; **Latussek**, Poln. Würbis, 2 Mk.; **Materne**, Tarnau, 2 Mk.; **Moll**, Niechisto, 2 Mk.; **Marx**, Guitau, 3 Mk.; **Mühlbein**, Nittenbach, 2 Mk.; **Meber**, Schierlach, 2 Mk.; **Marksta**, Schönwalde, 2 Mk.; **Mehfeldt**, Gricau, 5 Mk.; **Eppo**, Winterburg, 2 Mk.; **Sohn**, Ruppertsdorf, 2 Mk.; **Seeliger**, Biewer, 2 Mk.; **Schulz**, Brodden, 2 Mk.; **Schumacher**, Mischweiler, 2 Mk.; **Stoth**, Timmen, 5 Mk.; **Stoll**, Moth, 2 Mk.; **Stoll**, Heilsautern 2 Mk.; **Stoetzel**, Marienrode, 2 Mk.; **Tagefelle**, Rottgers, 2 Mk.; **Wagner**, Schwarzenfels, 2 Mk.; **Wagner**, Eridswalde, 2 Mk.; **Werner**, Kolmar, 2 Mk.; **Wendt**, Heringingen, 2 Mk.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt Neumann,

Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halensee.

Tagungen und Veranstaltungen der zehnten Mitgliederversammlung zu Eisenach in den Tagen vom 14. bis 17. August 1912.

Vorläufige Bekanntmachung.

Wegen Unterkunft in Eisenach werden die Mitglieder, welche über Nacht bleiben wollen, gebeten, sich rechtzeitig an den Hausmeister der Großherzoglichen Forstakademie, Herrn Liebetrau, zu wenden unter genauer Angabe des gewünschten Hotels, wie sie nachstehend aufgeführt sind, des Preises und der Tage, für die ein Zimmer gewünscht wird. Wer Antwort wünscht, muß Porto beifügen. Für später Antommende liegt im Hotel „Karthäuserhof“ vom 15. August mittags ab eine Liste der betreffenden Hotels aus:

1. „Deutsches Haus“ (2,25—3,50 Mk.).
2. Hotel „Mille“ (2,25—2,50 Mk.).
3. „Schwan“ (2,50 Mk.).
4. „Landgraf“ (2,50 Mk.).
5. „Reichsadler“ (2,50—4,00 Mk.).
6. „Sophienhof“ (2,50—3,50 Mk.).

7. Hotel „Karlshalle“ (2,25 Mk.).
8. „Roland“ (2,25 Mk.).
9. „Stadt London“ (2,25—2,50 Mk.).
10. Hotel „Zimmermann“ (von 3,00 Mk. an).
11. „Karthäuserhof“ (von 3,00 Mk. an).
12. „Reichshof“ (von 2,50 Mk. an).
13. „Thüringerhof“ (von 4,00 Mk. an).

Alle Preise verstehen sich einschließlich Frühstück.

Reflektanten für die Hotels „Kautenkranz“, „Kaiserhof“, und „Großherzog“, wo Zimmer von 4—5 Mk. an zu haben sind, wollen möglichst bald direkt Zimmer bestellen.

Die Auszubildungen und das Festessen (Gedek 2,50 Mk.) finden im „Karthäuserhof“ statt, die Mitgliederversammlung im Hotel „Zimmermann“.

Mittwoch, den 14. August: Im „Karthäuserhof“,

8 Uhr vormittags: Ausschuss zur Prüfung der Lage der Privatforstverwaltungsbeamten
 Schulbeirat der Forstlehrerschule Templin.

10 „ „ Ausschuss für Unterrichts- und Prüfungswesen.

3 Uhr nachmittags: Unterausschuss für Dienstverträge.

4 „ „ Ausschuss für Versicherungswesen.

5 „ „ Ausschuss für Reisen, Rechnungs- und Haushaltswesen.

Donnerstag, den 15. August: Im „Karthäuserhof“,

9 Uhr vormittags: Weiterer Vorstand,
 abends: Zusammenkunft im „Karthäuserhof“.

Freitag, den 16. August: Im Hotel „Zimmermann“,

9 Uhr vormittags:

Bezte Mitgliederversammlung

des Vereins im Hotel „Zimmermann“ nach §§ 19 bis 25 der Satzung.

4. Bezirksgruppe VIII (Schlesien C) in der Versammlung vom 30. Juni in der Gröbzigburg.
„Der Vorstand wird ersucht, auch ferner alle Schritte zu tun, die geeignet erscheinen, den Schutz der Titel „Förster, Revierförster, Oberförster“ herbeizuführen.
Galensee, den 3. Juli 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Bericht

über die am 16. Juni d. Js. in Malchin (Stadt Hamburg) abgehaltene

Versammlung der Bezirksgruppe III Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz.

Vom Vorsitzenden, Herrn Revierförster Franzke, Dreilübow, wurde die Versammlung durch eine Ansprache an die Mitglieder und Gäste, deren Anzahl sich auf 21 belief, begrüßt. Sodann eröffnete der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen „Horrido“ auf den Landesherrn.

Zu Punkt 1 berichtete der Vorsitzende über die vom Verein aus angestrebten Versuche, die Ausbildung der Beamten nach jeder Richtung hin zu fördern und zu bessern, und stellte fest, daß dies dem Verein in erfreulicher Weise schon mehr und mehr gelungen sei.

Zu Punkt 2 wurden vom Vorsitzenden die Mittel und Wege dargelegt, welche dem Verein offen stehen, um die Lehrlingszucht in angemessene Bahnen zu lenken. Hierzu berichtete Herr Oberförster Rabersich, Schwintendorf, welcher in obiger Mission nach Posen im vorigen Jahre zur Hauptversammlung entsendet worden war, über die dortigen Verhandlungen. Referent berichtete auch über den zur Frage gekommenen Titelschutz und führte einige Beispiele an, über die zu Unrecht geführt Oberförster- und Förstertitel, welche von Personen geführt wurden, bei denen eine Qualifikation zur obigen Titelführung ausgeschlossen war. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, bei der diesjährigen Hauptversammlung in Eisenach den Antrag zu stellen, der Verein möge bei der Regierung dahin vorstellig werden, die Titelschutzfrage der Privatforstbeamten unter den Handwerkerparagrafen zu stellen, damit auch hier eine dem Meisterstück analoge Schutzmaßregel in Anwendung käme. Der Vorschlag fand allgemeinen Anhang.

Zu Punkt 4. Als Delegierter zur Mitgliederversammlung in Eisenach wurde der Vorsitzende, Herr Revierförster Franzke, Dreilübow, gewählt.
Zu Punkt 5. Zur Aufnahme in den Verein meldeten sich sieben Gäste.

Nachdem der Vorsitzende die Versammlung geschlossen hatte, versammelten sich die Anwesenden zu einem gemeinsamen Essen, bei welchem bald eine gemüthliche Stimmung herrschte.

Nach dem Essen fand eine Exkursion nach der Babelsower Forst, Schutzbezirk Babelsow, statt, an welche sich 17 Herren beteiligten. Leider war das Wetter sehr ungünstig. Abends 6 Uhr war die Exkursion beendet.

Schwintendorf, den 1. Juli 1912.

Strud.

Geschäftsbericht über den Stellennachweis des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis zum 1. Juli 1912.

Am 1. Juli 1911 waren im Stellennachweis vorgemerkt 123 Bewerber
Es ließen sich in die Listen des Stellennachweises bis zum 1. Juli 1912 neu eintragen 113 „

Sa.: 236 Bewerber

Von diesen 236 Bewerbern erhielten Stellen durch den Stellennachweis bis zum 1. Juli 1912 30 „
es erhielten anderweitig Stellung bzw. verblieben in ihrer alten Stellung oder schieden auch ohne weiteres aus 42 „

Sa.: 72 Bewerber

so daß am 1. Juli 1912 in den Listen des Stellennachweises noch vorgemerkt waren 164 „

Außerdem meldeten sich in dieser Zeit noch 40 Bewerber, die jedoch in die Listen nicht eingetragen werden konnten, da einige überhaupt nicht Vereinsmitglieder waren, auch dem Verein nicht beitreten wollten, andere den übersandten Fragebogen nicht ausfüllten, ein anderer Teil die festgesetzte Einschreibgebühr nicht einbande und der Rest überhaupt nichts weiter von sich hören ließ.

Es wurden dem Stellennachweis in der genannten Zeit angeboten 116 frei gewordene Stellen, von denen 4 zurückgezogen, bzw. deren Besetzung hinausgeschoben wurde, so daß nur 112 Stellen zu besetzen waren.

Zu diesen 112 Stellen wurden vorgeschlagen 323 Bewerber, d. h. es wurden an die vornotierten Bewerber 323 Aufforderungen verfaßt, sich um die freiverdende Stelle zu bewerben.

Von diesen 112 Stellen wurden 30 mit unseren vorgeschlagenen Bewerbern besetzt, also 26,8 %, bei 10 Stellen ist über die Besetzung noch nicht entschieden, die übrigen sind anderweitig besetzt worden oder es hat infolge Mangel an geeigneten Bewerbern die Besetzung abgelehnt werden müssen.

Obwohl das erzielte Resultat ein erfreuliches ist, so wäre es doch wünschenswert, daß der Stellennachweis noch in größerem Maße wie bisher von den Waldbesitzern in Anspruch genommen würde. Unsere Vereinsmitglieder möchten wir ganz besonders bitten, unsere Bemühungen, den Stellennachweis in Kreisen der Waldbesitzer bekannt zu machen, zu unterstützen, namentlich beim Stellenwechsel durch Hinweis ihrer Dienstherrschaft auf unseren Stellennachweis. Es gibt viele stellungslose Mitglieder, die gern auch eine bescheidene Stelle annehmen.

Die Kosten des Stellennachweises wurden, wie auch in den früheren Jahren, durch die von den Bewerbern erhobene Einschreibgebühr von 5 M und von den Vermittlungsgebühren, welche 1 % des ersten Jahresentkommens der vermittelten Stelle betragen, gedeckt.

Galensee-Berlin, den 1. Juli 1912.

Serman ski.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Angestellte.

3359. **Weber**, Frh. Heinrich, Förster und Renteiervorw. (Graf v. Merfeldt), Fuchtel bei Biechta i. Elbenburg. (B.-Gr. X.)
3360. **Kuscher**, Felix, Privatförster, Hermsdorf a. d. Ragbach. (B.-Gr. VII.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Miller, Eugen, Forstpraktikant, Jechern i. Oberfr.
Smolarski, Michael, Forstgehülfe, Alt-Tessin.
Wendorf, F. W., Förster, Fh. Paustorf, b. Kemplin.
Nadolph, Felix, Hülfsförster, Wagnitz b. Biechta i. Sa.
Waplow, Karl, Förster, Gut Rüsschau b. Bad Odesloe.
Gsch, Hans, Wildmeister, Riechbau b. Nieder-Salzbrunn.
Genichen, August, Förster, Stendal.

Krüger, Otto, Forstleve, Baahg b. Altessin, R. Cammin.
Seeliger, Otto, Forstausseher, Beyer, R. Baderborn.
Dubel, Vincent, Forstausseher, Beyer, R. Baderborn.
Mertin, Frh., Forstgehülfe, Bernstadt i. Schlesien.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan fanden ferner ein:

Nr. 67, 149, 187 je 4 M., Nr. 654 8 M., Nr. 738, 845, 970, 1090, 1287, 1494, 1714 je 4 M., Nr. 1800 8 M., Nr. 3076 4 M., Nr. 2271, 2650, 2672 je 8 M., Nr. 2716 4 M., Nr. 2928 8 M., Nr. 3055, 3081, 3333, 3513, 3516, 3535, 3551, 3552, 3597, 3602 je 4 M., Nr. 3696, 3724 je 8 M., Nr. 3787, 3859, 3860 je 7 M.

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwirte.

Gruppe Eisfeld.

Am 16. Juni d. J. fand die nach Rauenstein einberufene Gruppenversammlung von vormittags 10 Uhr ab statt.

Erschienen waren sieben Kollegen der Oberförstereien Unterneubrunn, Sachsenhof und Theuern.

Verhandelt wurde über Beschaffung einheitlicher Uniformstoffe nach Vorlage etlicher Muster. Ein Beschluß wurde hierüber insofern gefaßt, als in dieser Sache noch weiter vorgearbeitet werden soll, um eventuell einen definitiven Beschluß in der nächsten Mitgliederversammlung herbeizuführen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden jagdliche Erlebnisse und forstliche Tagesfragen (natürliche Verjüngung usw.) erörtert. Hierbei trat der Wunsch zutage, dahin zu wirken, Herrn Oberförster Menzel zu einem Vortrage über „natürliche Verjüngung“ zur nächsten Mitgliederversammlung zu gewinnen zu suchen. Dem Vorstand des Vereins soll der Wunsch unterbreitet werden.

Der Versammlung konnte die Mitteilung gemacht werden, daß unser verehrter Kollege, Herr Barth aus Amorbach, unserer in liebenswürdigster Weise durch Stiftung eines Preises zum Scheibenschießen gedacht hat. Ihm wurde der warme Dank der Versammelten zuteil.

Um 2 Uhr begann, nachdem freudig begrüßt, noch Kollegen der Gruppe Sonneberg und einige Forstschüler sich eingefunden hatten, ein fröhliches Scheibenschießen um den gestifteten Preis.

Um auch die erschienenen Damen zu ihrem Rechte kommen zu lassen, krönte das Zusammen-

sein ein heiteres Länzchen. Rede und scherzende Vorträge füllten die Pausen, so daß, als man sich ungern mit dem Wunsche auf baldiges Wiedersehen trennte.

Wenn der Führer der Gruppe Sonneberg sich dahin aussprach, seinerzeit Resonanz für die Gastfreundschaft zu nehmen, so wurde dies beifällig aufgenommen und kann als Beweis dafür angesehen werden, daß die Veranstaltung gelungener und daß die Führungsnahme mit den Nachbargruppen wert ist, öfter betätigt zu werden.

Als Ort und Zeit der nächsten Versammlung wurde Unterneubrunn und der Monat Januar bestimmt.

Mit Wald- und Weidmannsheil!

Rauenstein, 28. Juni 1912.

Luther.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten

Inhalts.

(Bezirksgruppe Dessau, Cöthen, Zerbst.)

Am Sonnabend, dem 20. Juli, nachmittags 2 Uhr, Zusammenkunft im Friederikenbad zu Dessau.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Fiedler in Heideburg über die Gehaltsverhältnisse der Forstbeamten, auch im Vergleich zu anderen Bundesstaaten und anderen Beamtenklassen.
2. Bericht des Kollegen Schneider in Rosdorf über die diesjährige Tagung des Harz-Solling-Forstvereins in Hörter a. W.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Schriftführer. F. B.: Schnelle.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befehung gelangende Forstbediensteten in Preußen. 583. — Was muß die Forstwirtschaft von den künftigen Niederschlagsmengen und ihrer Verteilung wissen? Von W. Schulz. 584. — Aus meiner Forstschützmappe. 587. — Abgabe von Holzplanzen zur Förderung der Aufforstung. 589. — Ein Feind des Douglasienanbaues. 599. — Verhandlungen der XXX. Versammlung des Hessischen Forstvereins. 1911. (Schluß.) 570. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 571. — Gelegenheiten zu Nebenverdienst finden pensionierte Beamte als Rechner von landlichen Raiffeisen-Darlehnskassen. 574. — Behördliche Genehmigung für Neuaufforstungen in Bayern. 574. — Das Reichsversicherungsamt. 575. — Preussischer Beamten-Verein zu Hannover, Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit. 575. — Waldbrände. 575. — Amtlicher Marktbericht. 575. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 575. — Öffentliche Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstbedienst für Anwärter des Jägerkorps. 576. — Brief- und Fragekasten. 576. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 578. — Nachrichten des „Waldheil“. 581. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 581. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 584. — Inserate.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beilagen-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beilagen-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingelaufenen Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 29.

Neudamm, den 21. Juli 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Gr. Puppen in der Oberförsterei Puppen, Regierungsbezirk Allenstein, ist zum 1. November 1912 neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung; b) an Dienstland: 9,358 ha Acker, 9,396 ha Wiesen und Weiden; c) 100 A Stellenzulage; d) 100 A Dienstaufwandsentschädigung. Die Schule und nächste Bahnstation ist in Puppen, 1,9 km entfernt. Bewerbungen müssen bis zum 1. August eingehen.

Försterstelle Hirschgrund in der Oberförsterei Donnerswalde, Regierungsbezirk Breslau, ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 10. August eingehen.

Försterstelle Koblitz in der Oberförsterei Raseburg, Regierungsbezirk Allenstein, ist zum 1. Oktober 1912 neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung; b) an Dienstland: 8,874 ha Acker, 6,131 ha Wiesen und Weiden; c) 150 A Stellenzulage; d) 150 A Dienstaufwandsentschädigung. Die Schule ist in Piaschutten, 3,5 km entfernt. Nächste Bahnstation ist Schwentainen, 5,8 km entfernt. Bewerbungen müssen bis zum 1. August eingehen.

Försterstelle Kunzendorf in der Oberförsterei Sorau, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen.

Försterstelle Neuenhütte in der Oberförsterei Zielenzig, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, ist zum 1. September 1912 zu besetzen.

Försterstelle Buszewken in der Oberförsterei Kaltenborn, Regierungsbezirk Allenstein, ist zum 1. Oktober 1912 neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung; b) an Dienstland: 11,765 ha Acker, 4,207 ha Wiesen und Weiden; c) 150 A Dienstaufwandsentschädigung. Die Schule und nächste Bahnstation ist in Muschafen, 3,8 km entfernt. Bewerbungen müssen bis zum 1. August eingehen.

Natürlicher Schutz in Buchen-Besamungsschlägen.

Von Königl. Hegemeister Dinsch-Schöneiche.

Zu den ersten Pflichten eines Forstbeamten gehört es, in jedem Schläge möglichst hohe Werte in der Ausnutzung zu schaffen und dies auch bis auf geringe Reifer auszudehnen. Der nun noch zurückbleibende Rest an Zweigspitzen soll erhalten bleiben und für die im nächsten Frühjahr aufkeimenden

jungen Pflanzen den zuerst nötigen Schutz, insonderheit gegen jede Art von Wild, abgeben.

Wo es die Verhältnisse gestatten, wird der aufbauende Forstbeamte dafür Sorge tragen, daß ein Mißbestand aufgezo-gen wird, und gleich im ersten Herbst wird er zwischen den stehengebliebenen Mutter- und Schutzbäumen Eichen, wenn diese nicht im alten Bestand reichlich vorhanden sein sollten, einstufen. Die Kiefer als Mißbaum kann erst nach dem Abtriebsziehe auf größeren, freien Stellen und Blößen durch Pflanzung zur Geltung kommen.

Nun lehrt aber die Erfahrung, daß das Wild, — Rotwild, Rehe und Sauen, — seine Wechsel in die Besamungs- und Lichtschläge sofort hinzuverlegen sucht. Dies kann durchaus kein Ver-streuen erregen; ist es doch nur eine natürliche Folge, wenn auf die durch den Ausziehe durchbrochene Dunkelstellung jetzt Licht, Luft und Wärme einwirkt, zunächst süße Gräser entstehen, aber auch weiter das eintritt, was bezweckt wurde, die stehengebliebenen Bäume werden gereizt, Blüten und Samen zu tragen, der Samen gelangt zur Reife, fällt ab und gibt nun im Winter gute Nahrung für unser Wild.

Bis hieher, bis zum Ausgang des Winters, freuen wir uns über den reichlichen Besuch unseres Wildes in den Besamungs- und Lichtschlägen; hilft uns doch das Wild ganz unbewußt bei der Verjüngung durch Verteilung und Unterbringung des abgefallenen Samens durch Scharren und Schlagen mit den Läufen, Brechen und Festtreten. Aber auch noch in weiterer Hinsicht freuen wir uns als Jäger über die feisten Stücke beim Abschuß.

Der Winter ist überstanden, junges, frisches Gras sproßt auf Wiesen und in den Büchern, überall ist der Tisch gedeckt, und scherzweise spricht man aus, „nun sind sie dicke durch, sie dürfen nur noch das Geäße austun, zupacken, und der Panzen ist voll“, aber trotzdem wechselt das Wild ganz gewohnheitsgemäß immer wieder zur alten Stelle zurück; es weiß ganz genau, hier sind immer noch Lederbissen, und zwar in zweierlei Gestalt, vorhanden. In erster Linie reizt es den Gaumen, die angequollene, jetzt weiche und zarte Bucheder und Eichel zu finden, und zweitens, gleichzeitig etwa als Salat, die eben aufgekeimte, zarte, junge Pflanze gleich daneben mit Stumpf und Stiel herauszureißen und aufzuäßen.

Jeder gestützte Mensch soll nicht allein seinen Mitmenschen gegenüber gerecht sein, sondern er soll auch dem unverständigen Tiere Gerechtigkeit voll bewahren, und so würde es ein Unrecht gegenüber dem Rot-, Reh- und Schwarzwild bedeuten, wenn

wir ihm den in Lichtungs- und Samenschlägen zugefügten Schaden allein aufbürdeten.

Da ist z. B. als ganz besonderer Schwenenöter der Eichelater nicht allein hier, sondern auch auf jagdlichem Gebiet schädlich. Vor wenigen Minuten hat er vielleicht ein Drosselnest seiner Eier oder jungen Brut betraubt, hier im Lichtschlage sucht er nach Bucheln oder Eichen herum, kratzt und klaut die eben aufgeprossene junge Eichen-pflanze heraus, um die noch an der Wurzel haftende Eichel zu erhalten. Unter den Vögeln ist der Häher in jeder Art und Weise ebenfalls ein solcher Lump und verdient nicht die Schonung, die er vielfach genießt. Auch die Ringeltaube nimmt sehr gern und viel Eichen, die sie spielend in den Kropf hineinwürgt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß diese drei Gesellen ganz bedeutenden Schaden hier herbeiführen können.

Wie schützen wir uns nun am besten und am billigsten gegen diesen Unfug, bei dem Schonungs-tafeln und Polizeiverordnungen mit Strafandrohungen, leise und laute Verwünschungen von unserer Seite gänzlich nutzlos bleiben.

Der beste Schutz hiergegen liegt uns doch so nahe; sehe man sich doch in einem solchen Schlage genau um, so wird man das Mittel sehr bald gefunden haben. Tritt man an ein zurückgebliebenes Reisiggelege heran, so sieht man, wie zwischen den lagernden Ästen Eichen und Bucheln ungehindert aufsteimen und zwischen-durchgewachsen sind. Das Reisiggelege war hier eine natürliche Schutzdecke. Das Wild, Eichelater und Vögel mieden diese Stelle, es war ihnen unbequem, die unter dem Reisig lagernde Frucht oder die junge Pflanze zu nehmen, und bei einem wirklich gemachten Versuch hinderten die jetzt hart und steif gewordenen Holzspitzen an der Ausführung.

Ich halte es für durchaus zweckmäßig, daß im Interesse der natürlichen Verjüngung diesem natürlichen Schutz mehr Beachtung geschenkt würde, auch kann ich meine Ansicht durch örtliche Erfahrung belegen.

Hauen wir in einem solchen Besamungsschlage sämtliches Reisig ziemlich scharf aus. Der abgefallene Rest wird zur etwaigen Räumung nicht verkauft, sondern das Reisig wird, sobald es möglich ist, unter dem Schirm der Mutterbäume, dort wo der abgefallene Samen liegen muß, auseinandergedeckt. Auf freien Stellen, dort wo künstlich Eichen oder Bucheln durch Einstufen untergebracht wurden, bringe man ebenfalls als Schutzdecke Reisig hin, die dafür aufgewendeten Kosten stehen in gar keinem Verhältnis zu dem Nutzen, der damit geschaffen werden kann.

Über den Anbau der Fichte im Regierungsbezirk Potsdam.

Referat vom 1. April 1911 von Forstausseher Großer (Neu-Bittau) in der Ortsgruppe Erkner des Vereins Königlich preussischer Forstbeamten.

Ich werde mir gestatten, in nachstehendem über das Thema „Der Anbau der Fichte im Regierungsbezirk Potsdam“ zu sprechen:

Die in unserer näheren und weiteren Umgebung befindlichen Oberförstereien haben, bis auf geringe Ausnahmen, alle das gemeinsam, daß ihre Bestände auf Boden stöden, von dem gesagt ist, daß er des heiligen Römischen Reiches Streulandbüchse sei. Sie sind bekannt als die mährischen Kiefernbestände.

Wenn auch unser typischer Sandboden nur von geringerer Güte ist, im Verhältnis zu anderen bevorzugteren Gegenden, so sind die pekuniären Erträge unserer Kiefern in Anbetracht der günstigen Lage keineswegs zu unterschätzen. Das Bild eines reinen Kiefernbestandes ist jedoch eintönig und es wird deshalb durch den Anbau von Birken an öffentlichen Wegen usw. aus ästhetischen, wie auch aus feuergefährlichkeitlichen Gründen unterbrochen.

Diese reihenweise Pflanzung von Birken wirkt besonders landschaftlich günstig, namentlich im Frühjahr, wenn das junge, zarte Laub zu den im Hintergrund befindlichen melancholischen Kiefern einen angenehmen Kontrast bildet. Auch die gelben Blätter im Herbst, die im Reichen der Hirschbrunst sich verfärben, wirken belebend, wie auch schließlich im Winter der weiße, schlante Stamm eine angenehme Abwechslung bietet.

Aber nicht allein die Birke ist berufen, zu unserer Freude für eine Abwechslung unserer Reviere zu sorgen, sondern auch die Fichte, die uns mit ihren immergrünen Nadeln gleichfalls erfreut. Man kann allerdings nicht Fichte und Birke auf jeden Boden pflanzen, sondern muß ihnen die frischen Bodenstellen zugute kommen lassen. Fall in allen Schutzbezirken gibt es derartige frischere Stellen, seien es Wasserlöcher oder Brüche usw., an deren Rändern besonders die Fichte gut wächst, und jeder sollte bestrebt sein, ihr diese Stellen zu opfern, schon aus jagdlichen Gründen, denn sämtliches Wild, selbst Reh- und Rotwild, suchen bei nasser Witterung gern und oft Schutz unter den schirmenden Zweigen der Fichte.

Den Anbau der Fichte soll man aber bei uns auf kleinere Flächen beschränken, da ihre Heimat nicht auf mährischer Heide zu suchen ist, sondern im Gebirge, trotzdem hat sie sich auch hier bereits als Liebling der Forstleute ihre Stellung erobert.

Ob die Bevorzugung und Hoffnungen, die man in sie setzt, sich auf größeren Flächen rechtfertigen und ganz erfüllen werden, läßt sich nach den jetzigen Erfolgen abschließend und erschöpfend nicht beurteilen. Die Bodenverhältnisse wie das Klima sind anders als in dem beheimateten Gebirge. Es gibt aber vielleicht bei uns einige Bodenarten, in denen man Aussicht auf das Gelingen dieser Wünsche hegen dürfte; es sind dies die Übergangsböden zwischen Erde und Birke, bruchige Sandböden, wie auch der entwässerte Moorboden. Vielleicht gelingt es sogar,

an solchen Stellen den Niederwald mit Hilfe der Fichte in Hochwald umzuformen.

Die Fichte begnügt sich mit ihrem flachstreichenden Wurzelsystem mit einem flachgründigen, frischen Boden und man sollte sie stets nur auf den frischesten Bodenpartien anbauen. Aber auch ein Übermaß von Bodenfeuchtigkeit wirkt auf den Bestand schädigend, weil dann die Fichte an Rotfäule leidet.

Bei Bodenarten, bei denen man von vornherein klar sein kann, welche heimischen Holzarten zweifelsohne gedeihen, sollte man nie und unter keinen Umständen die Wahl auf die Fichte fallen lassen; wie z. B. bei einem ausgesprochenen Kiefernboden entschieden der Anbau der Kiefer vorzuziehen ist; denn es ist dem Forstmann ein ungeheures Kapital mit dem Walde und Waldboden anvertraut, dessen sichere und höchste Ausbeute ihn stets als größte Pflicht befehlen mußte. Wenn auch der erste Eindruck eines Fichtenbestandes gegenüber dem eines Kiefernbestandes bezüglich der Holzmasse verlockend erscheint, der Fichte den Vorzug zu geben, denn diese soll bei einem 80 jährigen Umtriebe 185 fm*) = 60 % Derbholz mehr als die Kiefer geben, so ist trotzdem auf dem ihr zuzugenden Boden unsere mährische Kiefer geeigneter, einen sicheren und wahrlich keinen geringeren Ertrag abzugewinnen. Dieser kolossale Mehrertrag der Fichte trifft allerdings nur in den Örtlichkeiten zu, in der die Fichte wirklich zu Hause ist.

Die Kultur bei uns erfolgt am besten durch Verpflanzung von vier- bis fünfjährig verschulten Fichten, die als zweijährige verschult wurden. Ältere Pflanzungen sollten von vornherein ausgeschlossen sein.

Ebenso ist die Büschelpflanzung zu verwerfen, weil hierdurch das Zueinanderwachen der Pflanzen häufiger vorkommt und von vornherein der Erziehung von Kuchholz Schranken gesetzt sind. Auch hat sich in der späteren Entwicklung der Bestände der aus kräftigen Einzelpflanzen gegründete Bestand der Büschelpflanzung gegenüber überlegen gezeigt.

Weniger gut, aber nicht ausgeschlossen ist das Verpflanzen von dreijährig unverschultem Material. Die verschulten, kräftigen Exemplare leiden auch nicht so sehr an Wildverbiss oder überwinden diesen doch leichter als die unverschulten. Auch das Schalen in Rotwildrevieren wird nach Pflanzung mit verschultem Material vermindert, weil die unteren Äste bei den verschulten Pflanzen infolge der weiteren Stellung kräftiger ausgebildet sind, sich länger lebensfähig halten und das Wild hieran verhindern.

*) Nach Professor Dr. Schwappach's Ertragsstatistik für die Kiefer und Fichte ist der Gesamtzuwachs an Derbholzmasse im Alter von 80 Jahren auf Böden

I. Kl. bei Fichten:	1047 fm,	bei Kiefern:	648 fm
II. " " "	821 " " "	521 "	
III. " " "	620 " " "	423 "	
IV. " " "	430 " " "	301 "	
V. " " "	283 " " "	206 "	

beladen unter der Last schier abzubrechen scheinen. Die Fichte erscheint uns dann als ein Bild der Hoffnung des wieder erwachenden Lebens in der Natur.

Das Einsassen der Kulturen mit Fichte ist wegen der breiten Bestattung wie dichter Venabelung aus jagdblichen Rücksichten nicht empfehlenswert, weil das Hineinsehen in den Bestand, wie es bei Treibjagden und bei der Birch notwendig ist, nicht möglich ist.

Die Verwertung der Fichte ist eine vielseitige. Zuerst finden die Zweige der Fichte zu Schmuckzwecken Verwendung, dann folgt die Nutzung zu Weihnachtsbäumen. Später verwendet man die älteren Fichten zu Stangen und Leiterbäumen, bei den späteren Durchforstungen als Grubenholz, Zellulose, sowie schwächeres Bauholz und schließlich beim Abtriebe als gesuchtes Bauholz. Als Brennholz steht die Fichte in der Reihe der mittelbrennkraftigen Hölzer.

Widerstandsleistung beim Pilzesammeln.

Von Oberlandesgerichtsrat A. Freymuth, Hamm (Westf.).

Nach § 1 Absatz 2 des preussischen Forstdiebstahlsgesetzes vom 15. April 1878 „unterliegt das unbefugte Sammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen forstpolizeilichen Bestimmungen“. In § 41 des preussischen Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 ist bestimmt: „Mit Geldstrafe bis zu 10 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer auf Forstgrundstücken bei Ausübung einer Walbnutzung den Legitimationschein, den er nach den gesetzlichen Vorschriften oder Polizeiverordnungen, nach dem Herkommen oder nach dem Inhalt der Berechtigung lösen muß, nicht bei sich führt. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

Andere Strafbestimmungen für das Sammeln von Beeren, Pilzen und Kräutern bestehen nicht.*) Namentlich ist anzunehmen, daß die Wegnahme dieser Gegenstände aus Wäldern nicht als gemeiner Diebstahl (Strafgesetzbuch § 242) oder als sogenannter Mordraub (Strafgesetzbuch § 370 Nr. 5) strafbar ist. Andererseits ist der Waldeigentümer kraft seines Eigentums befugt, das Sammeln der Beeren, Pilze und Kräuter zu untersagen. Wird ihm dabei von dem Betroffenen Widerstand geleistet, so kann Strafbarkeit nach § 117 des Strafgesetzbuchs eintreten. Dort heißt es: „Wer einem Forst- oder Jagdbeamten, einem Waldeigentümer, Forst- oder Jagdberechtigten oder einem von diesen bestellten Aufseher in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes oder Rechtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer eine dieser Personen während der Ausübung ihres Amtes oder Rechtes tätlich angreift, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu drei Jahren bestraft.“

Einen lehrreichen Fall dieser Art hat das Kammergericht entschieden (Archiv für Strafrecht, Bd. 50, Seite 278). Der Angeklagte war von der Strafkammer des Landgerichts verurteilt worden. Seine Revision blieb erfolglos. Der Sachverhalt ergibt sich aus der nachstehend mitgeteilten Begründung des Kammergerichts:

Die Annahme, daß der Forstlehrling J. als

vom Waldeigentümer bestellter Aufseher anzusehen sei, ist nicht zu beanstanden. . . .

Was ferner die Frage angeht, ob der Forstlehrling J. bei dem Unternehmen, dem Angeklagten das Tuch mit den Pilzen abzunehmen, in der rechtmäßigen Ausübung seines Rechts sich befunden hat, so ist folgendes zu bemerken: Mit Recht geht das Urteil davon aus, daß die Bestimmungen des preussischen Forstdiebstahlsgesetzes und des Feld- und Forstpolizeigesetzes die Wegnahme der Pilze oder des Tuches zu rechtfertigen keinen Anhalt bieten. Freig ist es aber, wenn das Recht zur Wegnahme des Tuches darauf gestützt werden soll, daß die Vorschriften des preussischen Landrechts über die zum Schutze der Erzeugnisse von Grundstücken gestattete Pfändung von Sachen (Teil I Titel 14 §§ 413 bis 416) unberührt geblieben seien. Denn durch das preussische Ausführungs-gesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch sind diese Vorschriften ausdrücklich aufgehoben worden.

Kann insoweit den Ausführungen der Urteilsgründe des Vorderrichters nicht beigetreten werden, so kann dies den Bestand des Urteils doch nicht beeinträchtigen, da die Berechtigung des J. zur Wegnahme der Pilze und des Tuches, sein Handeln in rechtmäßiger Rechtsausübung, bedenkenfrei auf die dem Besitzer nach dem Bürgerlichen Recht im allgemeinen eingeräumten Befugnisse gegründet worden ist.

Nach § 1 Schlußsatz des preussischen Forstdiebstahlsgesetzes soll das unbefugte Sammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen forstpolizeilichen Bestimmungen unterliegen; ein allgemeines Verbot desselben ist jedoch auch im Feld- und Forstpolizeigesetze vom 1. April 1880 nicht erlassen, vielmehr nur die Möglichkeit, den Gegenstand im Wege der Polizeiverordnung zu regeln, gegeben (§ 41), und so ist auch durch die Polizeiverordnung, auf Grund deren gegen den Angeklagten auf Strafe erkannt ist, nur der mit Strafe bedroht, der ohne schriftliche Erlaubnis des Waldeigentümers bzw. der Forstverwaltung beim Sammeln von Pilzen betroffen wird. Es ist daher nicht zutreffend, wenn das Urteil von „Entwenden“ der P. lse spricht und den Angeklagten als „auf friischer Tat betroffenen Dieb“ bezeichnet. In vorliegenden Falle erhellt nun nicht und ist auch von der Revision nicht behauptet, daß der Angeklagte zum Sammeln der Pilze, bei deren Ablofen ihn der Forstlehrling betraf, Erlaubnis oder sonst ein Recht gehabt hat.

*) In einer Reihe von Provinzen sind ergänzende Polizeiverordnungen zu dem § 41 des Forst- und Feldpolizeigesetzes ergangen. U. a. für Ostpreußen unter dem 21. Februar 1883, für Westpreußen unter dem 23. März 1884. In einer größeren Anzahl Regierungsbezirke beschäftigen Polizeiverordnungen der Regierungspräsidenten sich mit diesem Gegenstande. Siehe Bd. III der Feld- und Forstpolizeigesetze von F. Sternberg. Verlag von Julius Springer, Berlin.

Die Pflanzung erfolgt in gut vorbereitete Löcher oder auf feuchterem Boden auf Hügeln. Ebenso wie bei allen anderen Holzarten, mit Ausnahme der Kiefer, ist das zu tiefe Pflanzen, besonders bei der Fichte, nicht angängig; sie leidet darunter erheblich. Bei der Hügelpflanzung wird gleichzeitig eine Durchlüftung des Bodens veranlaßt, die man durch eine ausreichende Düngung bei den Kulturvorarbeiten unterstützt. Die Pflanzen sind gleichzeitig dem Grasschutz entzündet, auch wird die Frostgefahr um ein Bedeutendes vermindert, weil die Fichten meist über die gewöhnliche Frostschicht hinausragen.

Eine gutgelungene Fichtenkultur läßt das Herz eines Forstmannes, besonders während der Zeit des Treibens der Pflanzen, höher schlagen und gibt zu neuem Wirten Lust und Ansporn.

Als Verband ist der 1,5 m Quadratverband zu wählen. Dieser gestattet eine gute Kronenausbildung, läßt die Kultur geschlossen erwachsen und man hat die Aussicht, möglichst astreine Stämme zu erzielen. Die Luterungshiebe und Durchforstungen werden in derselben Weise ausgeführt, wie bei unserer heimischen Kiefer, nur mit dem Unterschiede, daß die erste Durchforstung etwas stärker ausgeführt werden soll.

So überwiegend vorteilhaft auch die reinen Bestände sind, so hat speziell auch der Fichtenbestand als reiner seine Nachteile. Sie liegen begründet in der Gefahr des Schneebruchs und Windwurfs, der in der flachstreichenden Bewurzelung seine Ursache hat und zweitens in der Gefahr der Nonnenkalamität, da die Nonne eigentlich ein Fichteninsekt ist.

Die Reihmischungen der Fichte mit anderen Holzarten sind bei uns in keiner Weise angebracht und daher entschieden zu verwerfen. Die forstweisen Mischungen dagegen haben die Vorteile und Vorzüge aller Mischbestände für sich. Die Mischung der Fichte mit Eiche ist angesichts des so verschieden gearteten Charakters der Holzarten nicht empfehlenswert.

Wenn die Bestandesbegründung der Eiche durch Pflanzung von Heistern in die Wege geleitet wird, so soll oftmals die Fichte als Bodenschutzholz und Treibholz dienen. Sie ist aber der Kultur in dem Entstehen und der weiteren Entwicklung nur hinderlich, insofern, als die Fichte in bezug auf Feuchtigkeit, wie bereits gesagt, hohe Anforderungen stellt und hierdurch der eigentlichen Eichenkultur diese sowie die Nährwerte aus dem Boden entzieht, und auch einen großen Teil der Niederschläge für sich in Anspruch nimmt. In späteren Jahren überwächst und unterdrückt die Fichte die Eiche.

In älteren, raumen Eichen könnte man die Fichte als Unterholz unter Umständen anbauen, wenn die Eichen dem Unterwuchs genügend Licht geben, um einen größeren sekundären Ertrag hieraus zu erzielen, da dann bei dem gänzlichen Abtrieb die Eichen gutes Nutzholz und auch die Fichten mittleres Bauholz gewähren, wenn man nicht in diesem Fall vorzieht, der Buche zum alleinigen Zweck des Bodenschutzes den Vorzug zu geben. Die forstweise Mischung der Fichte mit der Eiche kann ohne Schaden für die gedeihliche Ent-

wicklung der Eiche erfolgen, jedoch wird die Fichte der Eiche gegenüber bei weitem vorwüchsig. Es dürfte sich daher empfehlen, bei der Begründung einen einige Meter breiten Streifen von Buchen um den Fichtenhorst zu pflanzen, damit die Eichen weniger unter dem Schatten der vorwüchsigsten Fichten zu leiden haben. Die Mischung der Fichte mit der Kiefer ist im Interesse der Bestände auch nicht empfehlenswert. Aus verschiedenen Anlässen, sei es Zeit oder auch vielleicht Mangel an Pflanzenmaterial oder sonstige andere Umstände, hat in nachbesserungsbedürftigen Kiefernkulturen die Fichte öfters die Kiefer ersetzen müssen, damit eben das Loch ausgefüllt ist.

Solche Bestände sehen im Stangenholzkalter meist traurig aus. Die Kiefer macht die längsten Triebe etwa in dem Alter von 8 bis 15 Jahren, während die Fichte nach dem Verpflanzen einige Jahre stockt, um erst von etwa 15 Jahren an den längsten Trieb zu machen. Die Kiefer überwächst die Fichte fast stets, wird ästig und breitkronig, und die Fichte sieht man noch im Stangenholzkalter als zurückgebliebene kleine Pflanze vegetieren, ohne den ursprünglichen Zweck als Treibholz erfüllt zu haben.

In lückigen, älteren Kiefernbeständen mit frischerem Boden findet die Fichte auch oftmals Verwertung in dem Ausbauen der Läden. Diese geben dann Weihnachtsbäume, und ist auch der Boden innerhalb der Läden der Auslagerung und den Strahlen der Sonne nicht preisgegeben.

In Kiefernstaaten ist die Mischung mit Fichtenamen nur aus jagdlichen Rücksichten, wie bereits gesagt, angebracht. Man darf aber nicht etwa weniger Kiefernamen nehmen, sondern muß den Fichtenamen gewissermaßen als Zugabe betrachten, da man andernfalls Gefahr läuft, daß die Kiefernkulturen zu weitständig werden könnten, was ja bei einer solchen sich später auf Konto der Geradschäftigkeit und Astreinheit rächt.

Die Mischung der Lärche mit der Fichte ist allein forstweise empfehlenswert, da, reihenweise gemischt, die Lärche bedeutend vorwüchsig und infolge des Freistandes trumm und säbelförmig wird, auch mit Flechten besetzt ist sowie schließlich unter dem Lärchentreibs leidet und absterbt. Die besseren Bodenstellen sollte man der Lärche im allgemeinen zugute kommen lassen, um diesen beliebten Baum mit dem so wertvollen Holze dem Walde zu erhalten.

Die Birke wird als Mischung mit der Fichte wegen der peitschenden Wirkung eigentlich als Unkraut betrachtet, und es ist zweckmäßig, möglichst rechtzeitig schon vor Eintritt des Bestandeschlusses der Birke den Krieg zu erklären und sie als Besenreisig abzugeben. Sie ist wie in Kiefernkulturen Gift für die Fichte.

Vom Gesichtspunkte der Schönheit aus ist es angebracht, in den Kiefernrevieren der Fichte da einen Platz zu gewähren, wo sich der Boden für sie eignet und sich das Auge des Forstmannes und Waldgängers laben kann. Nicht nur allein während des Sommers kann man sich über das Dunkelgrün der Nadeln wie des Baumes, der sich in der Form einer Pyramide erhebt, erfreuen, sondern auch im Winter, wenn die Zweige schnee-

beladen unter der Last schier abzubrechen scheinen. Die Fichte erscheint uns dann als ein Bild der Hoffnung des wieder erwachenden Lebens in der Natur.

Das Einfassen der Kulturen mit Fichte ist wegen der breiten Bestung wie dichter Benadelung aus jagdlichen Rücksichten nicht empfehlenswert, weil das Hineinsehen in den Bestand, wie es bei Treibjagden und bei der Birch notwendig ist, nicht möglich ist.

Die Verwertung der Fichte ist eine vielseitige. Zuerst finden die Zweige der Fichte zu Schmuckzwecken Verwendung, dann folgt die Nutzung zu Weihnachtsbäumen. Später verwendet man die älteren Fichten zu Stangen und Leiterbäumen, bei den späteren Durchforstungen als Grubenholz, Zellulose, sowie schwächeres Bauholz und schließlich beim Abtriebe als gesuchtes Bauholz. Als Brennholz steht die Fichte in der Reihe der mittelbrennkräftigen Hölzer.

Widerstandsleistung beim Pilzesammeln.

Von Oberlandesgerichtsrat H. Freymuth, Hamm (Westf.).

Nach § 1 Absatz 2 des preussischen Forstdiebstahls-Gesetzes vom 15. April 1878 „unterliegt das unbefugte Sammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen forstpolizeilichen Bestimmungen“. In § 41 des preussischen Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 ist bestimmt: „Mit Geldstrafe bis zu 10 M oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer auf Forstgrundstücken bei Ausübung einer Waldbnutzung den Legitimationschein, den er nach den gesetzlichen Vorschriften oder Polizeiverordnungen, nach dem Herkommen oder nach dem Gehalt der Berechtigung lösen muß, nicht bei sich führt. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

Andere Strafbestimmungen für das Sammeln von Beeren, Pilzen und Kräutern bestehen nicht.*) Namentlich ist anzunehmen, daß die Wegnahme dieser Gegenstände aus Wäldern nicht als gemeiner Diebstahl (Strafgesetzbuch § 242) oder als sogenannter Mundraub (Strafgesetzbuch § 370 Nr. 5) strafbar ist. Andererseits ist der Waldeigentümer kraft seines Eigentums befugt, das Sammeln der Beeren, Pilze und Kräuter zu untersagen. Wird ihm dabei von dem Betroffenen Widerstand geleistet, so kann Strafbarkeit nach § 117 des Strafgesetzbuchs eintreten. Dort heißt es: „Wer einem Forst- oder Jagdbeamten, einem Waldeigentümer, Forst- oder Jagdberechtigten oder einem von diesen bestellten Aufseher in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes oder Rechtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer eine dieser Personen während der Ausübung ihres Amtes oder Rechtes tätlich angreift, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu drei Jahren bestraft.“

Einen lehrreichen Fall dieser Art hat das Kammergericht entschieden (Archiv für Strafrecht, Bd. 50, Seite 278). Der Angeklagte war von der Strafkammer des Landgerichts verurteilt worden. Seine Revision blieb erfolglos. Der Sachverhalt ergibt sich aus der nachstehend mitgeteilten Begründung des Kammergerichts:

Die Annahme, daß der Forstlehrling J. als

vom Waldeigentümer bestellter Aufseher anzusehen sei, ist nicht zu beanstanden. . . .

Was ferner die Frage angeht, ob der Forstlehrling J. bei dem Unternehmen, dem Angeklagten das Tuch mit den Pilzen abzunehmen, in der rechtmäßigen Ausübung seines Rechts sich befunden hat, so ist folgendes zu bemerken: Mit Recht geht das Urteil davon aus, daß die Bestimmungen des preussischen Forstdiebstahls-Gesetzes und des Feld- und Forstpolizeigesetzes die Wegnahme der Pilze oder des Tuches zu rechtfertigen keinen Anhalt bieten. Freig ist es aber, wenn das Recht zur Wegnahme des Tuches darauf gestützt werden soll, daß die Vorschriften des preussischen Landrechts über die zum Schutze der Erzeugnisse von Grundstücken gestattete Pfändung von Sachen (Teil I Titel 14 §§ 413 bis 416) unberührt geblieben seien. Denn durch das preussische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch sind diese Vorschriften ausdrücklich aufgehoben worden.

Kann insofern den Ausführungen der Urteilsgründe des Vorderrichters nicht beigetreten werden, so kann dies den Bestand des Urteils doch nicht beeinträchtigen, da die Berechtigung des J. zur Wegnahme der Pilze und des Tuches, sein Handeln in rechtmäßiger Rechtsausübung, bedenkenfrei auf die dem Besitzer nach dem Bürgerlichen Recht im allgemeinen eingeräumten Befugnisse gegründet worden ist.

Nach § 1 Schlußsatz des preussischen Forstdiebstahls-Gesetzes soll das unbefugte Sammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen forstpolizeilichen Bestimmungen unterliegen; ein allgemeines Verbot desselben ist jedoch auch im Feld- und Forstpolizeigesetze vom 1. April 1880 nicht erlassen, vielmehr nur die Möglichkeit, den Gegenstand im Wege der Polizeiverordnung zu regeln, gegeben (§ 41), und so ist auch durch die Polizeiverordnung, auf Grund deren gegen den Angeklagten auf Strafe erkannt ist, nur der mit Strafe bedroht, der ohne schriftliche Erlaubnis des Waldeigentümers bzw. der Forstverwaltung beim Sammeln von Pilzen betroffen wird. Es ist daher nicht zutreffend, wenn das Urteil von „Entwenden“ der Pilze spricht und den Angeklagten als „auf frischer Tat betroffenen Dieb“ bezeichnet. In vorliegenden Falle erhellt nun nicht und ist auch von der Revision nicht behauptet, daß der Angeklagte zum Sammeln der Pilze, bei deren Ablofen ihn der Forstlehrling betraf, Erlaubnis oder sonst ein Recht gehabt hat.

*) In einer Reihe von Provinzen sind ergänzende Polizeiverordnungen zu dem § 41 des Forst- und Feldpolizeigesetzes ergangen. U. a. für Livland unter dem 21. Februar 1883, für Westpreußen unter dem 23. März 1884. In einer größeren Anzahl Regierungsbezirke beschäftigen Polizeiverordnungen der Regierungspräsidenten sich mit diesem Gegenstande. Siehe Bd. III der Feld- und Forstpolizeigesetze von F. Sternberg. Verlag von Julius Springer, Berlin.

Die Pilze bildeten, solange sie im Walde standen, als Erzeugnis des Grundstücks einen Bestandteil des letzteren und befanden sich im Besitze und Eigentum des Besitzers bzw. Eigentümers desselben. Indem der Angeklagte sie ohne Erlaubnis und Berechtigung ablöste, entzog er sie ohne den Willen des Besitzers dessen Besitz und erlangte selbst den Besitz durch verbotene Eigenmacht (Bürgerliches Gesetzbuch § 858). Mit Rücksicht hierauf war der Besitzer, und zweifellos auch der von diesem bestellte Stellvertreter, berechtigt, sie dem auf frischer Tat betroffenen Täter

mit Gewalt abzunehmen, wie dies in § 859 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausdrücklich bestimmt ist. Es kann auch nicht mit Grund bezweifelt werden, daß dieses Recht sich auch auf das Tuch erstreckte, in welches die Pilze gebunden waren, da sie ohne dieses nicht erlangt werden konnten. Soweit B. als bestellter Fortsaufseher dieses aus dem Besitz bzw. Eigentum hergeleitete allgemeine Recht ausübte, stand er unter dem Schutze des § 117 des Strafgesetzbuches. Daß der Angeklagte sich bewußt gewesen ist, daß dieses Recht dem B. zustand, ist vom Vorherrichter ausdrücklich festgestellt worden.

Mitteilungen.

— **Zur Forstratsfrage.** Nachwort.*) Zur Forstratsfrage mit Bezugnahme auf meinen Aufsatz in der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 5. November 1911 haben sich zwei Forsträte vernehmen lassen; der Herr Regierungs- und Forstrat Dr. Laspeyres in der „Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen“ vom Februar 1912 und der Herr Regierungs- und Forstrat Herrmann in der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 10. März 1912.***) Auf das behandelte Problem hier nochmals näher eingehen, hieße die Geduld der Leser dieser Zeitschrift übermäßig in Anspruch nehmen, dürfte auch zwecklos sein, da doch keiner den andern zu seiner Ansicht bekehren wird. Wie alle Dinge in der Welt, hat auch die von Hausendorf und mir vorgeschlagene Verwaltungsreform ihre Schattenseiten und Schwierigkeiten. Es muß auch anerkannt werden, daß sich durch Vergrößerung der Bezirke, Erweiterung der Befugnisse und Verbesserung der materiellen Stellung der Forsträte bis zu einem gewissen Grade Abhilfe schaffen läßt. Größere, überzeugende Kraft würden übrigens für mich die Ansichten meiner Herren Gegner erst dann haben, wenn sie von ihnen auch als alten Geheimen Regierungs- und Forsträten noch geteilt und vertreten würden. Ich fürchte, oder — darf ich sagen, hoffe — freilich, daß Beiden diese Möglichkeit erspart werden wird.

W. K e s s l e r, Kgl. Forstmeister a. D.

— **Folgen der Hitze und der Dürre des Jahres 1911.** Im Anschluß an Mitteilungen über derartige Beobachtungen in vorhergehenden Nummern dieser Zeitschrift möchte ich nachstehende Beobachtungen mitteilen, die ich kürzlich im westlichen Thüringen, vor allem in der Eisenacher Gegend, die ja wohl vielen Lesern bekannt ist, gemacht habe. Das Großherzoglich Sachsen-Weimarsche Forstrevier Eisenach stodt in etwa 250 bis 450 m Meereshöhe auf Porphyrykonglomeraten mit Sandsteinen und Schieferntonen der oberen Rotliegenden-Formation. Die Bestockungsverhältnisse sind sehr mannigfaltige, fast alle Holzarten sind vertreten, und es handelt sich meist um Mischbestände der

verschiedenartigsten Zusammensetzungen. — Auf diesem Revier hat die Hitze und die Dürre des vergangenen Jahres ganz erhebliche Schäden verursacht. Gelitten hat von allen Holzarten aber nur die Fichte. Der Anfall an Durchholz davon wird auf mindestens 20 000 km geschätzt; dabei ist die Fichte auf dem ca. 2250 ha großen Revier höchstens mit 50 % an der Gesamtbestockung beteiligt. Der Schaden an anderen Holzarten ist nur ein sehr geringer. Gelitten hat die Fichte in allen Lagen, in allen Altersklassen; alte, von Jugend an freistehende Exemplare, z. B. die schönen Wetterfichten der Weinstraße, mit starken, bis zum Erdboden reichenden Ästen, sind ebenso abgestorben wie junger und älterer Anflug unter lichte oder dichtem Schirm. Auf flachgründigen, felsigen Partien (Wartburg, Eisenacher Burg), die mit Eichen, Buchen, Ahorn, Fichten, Kiefern und Lärchen bestockt sind, sind die Fichten allesamt abgestorben, während von den anderen doch auf genau demselben Boden stehenden Holzarten kaum hier und da einmal ein einzelnes Exemplar tot ist. Überhaupt habe ich die Beobachtung gemacht, daß die in Buchenbeständen eingesprenkten Fichten zu allermeist viel mehr gelitten haben als die in reinen Beständen. Letztere Bestände haben fast nur an den Rändern gelitten, die jüngeren auch durch Reflexhitze. Aus Buchenbeständen erheblicher Ausdehnung sind in allen Altersstadien die einzeln eingemischten, gutwüchsigen, vollbekronten Fichten sämtlich verschwunden, von Forsten haben nur die Randbäume gelitten. In einem Mischbestand von 60 jährigen Fichten und Lärchen sind sämtliche Fichten abgestorben, während auch nicht eine einzige Lärche eingegangen ist. Eine etwa 20 Jahre alte, frohwüchsige Dichtung von eingemischten Fichten, grünen Douglasien und Weymouthskiefern zeigt sehr erheblichen Abgang von Fichten, während die anderen Holzarten gar keine Schädigungen aufweisen. Am Breitengefescheid sind 30- bis 40 jährige, wüchsige Fichtenstangenholzer flächenweise völlig abgestorben; ein bemerkenswertes Bild! Einzelne darin vorkommende Kiefern dagegen haben sich behauptet. Die — allerdings nicht in erheblicher Ausdehnung vorhandenen — Fichtenkulturen auf Kahlschlagflächen zeigen keinen besonders erheblichen Abgang durch Dürre. Die bedeutenden Schäden auf der Rotliegenden-Formation haben ihren Grund jedenfalls darin, daß in größerer oder geringerer Tiefe wasser-

*) Wegen langer Auslandsreise des Verfassers verspätet.

**) Vergl. außerdem die gehaltvollen Abhandlungen des Oberforstmeisters Schwab und der Reg.- und Forsträte Trebelsch und Schmand im April-, Mai- und Juni-Heft d. B. f. F. u. J.

undurchlässige Schichten (Felsenplatten, Ton) liegen, welche verhindern, daß Grundwasser aus tieferen Lagen aufsteigen kann, so daß die Bäume aus Wassermangel zugrunde gehen mußten. Ich habe auch an anderen Orten beobachtet, daß auf Örtlichkeiten, die in normalen Jahren als feucht anzusprechen sind — die Schichten lassen das von oben kommende Wasser ebensoförmig einsickern, als sie das Grundwasser hochsteigen lassen —, mehr Trocknißschäden vorhanden sind als auf sonst weniger feuchten. Wahrscheinlich ist aber auch das Wasserbedürfnis der Fichte größer, als man allgemein annimmt, und sprechen auch noch andere physiologische Vorgänge bei den vielen Schäden mit. Natürlich haben bei den kümmernden Fichten auch Borken- und Borkkäfer später noch erheblichen Schaden angerichtet und werden es noch tun. Erwähnen möchte ich aus Aufforstungsflächen im Thüringer Hügelland noch: Eine 20-jährige Pflanzung von vorwiegend Lärchen, Fichten, Kiefern und Bismouthskiefern auf flachgründigem, süßlich geneigtem Kaltboden am Wabenberg (Bismarcktäule) bei Eisenach zeigt gar keine Abgänge! Auf schweren, tonigen, ehemaligen Ackerböden sind ein- bis fünfjährige Pflanzkulturen von Fichten, sowohl sehr schöne selbstgezoogene als auch gekaufte norddeutsche, heftigstermaßen vernichtet, dagegen haben sich gepflanzte Weistannen Gruppen überraschenderweise sehr gut gehalten. Die jungen Pflanzungen europäischer Lärchen sind auch stark betroffen worden, älteren ist weniger Schaden zugefügt worden. Die europäischen Lärchen haben im allgemeinen aber Hitze und Dürre besser überstanden als die japanischen. Jedenfalls sind die Schäden auf dem Eisenacher Revier, so bedauerlich sie auch sind, höchst interessant, lehrreich und feldenswert, oft auch unerlässlich und eingehender Studien wert.

—r—.

— **Die Buchenmast 1912.** Es ist eine alte Forstmannsregel, daß auf warme, trodene Sommer die Rotbuchen reichlich Samen tragen. Diese Hoffnung hat sich auch in diesem Jahre nach dem außergewöhnlich warmen Sommer 1911 bewahrheitet. Hier im Vogelsberg gibt es viele Buchedern, aber mit der natürlichen Ansammlung wird es uns ähnlich ergehen wie vor zwei Jahren. Damals wurde das Fehlschlagen der Mast in verschiedenster Weise erklärt. Bald wurde den Mäusen, dann den Rehen, den Bergfinken und schließlich auch dem Spätfroste die Urhebererschaft zugeschrieben. Tausende und Aber-tausende von Mast waren vergeblich für Bodenbearbeitung ausgegeben worden. Aber eines Bösewichts, der sich in dem letzten Jahrzehnte in immer mehr steigendem Maße bemerkbar macht, hat man nicht gedacht. Es ist das der schwarz-rot-weiße Buchenrüsselkäfer (*Orchestes fagi*). Diesem Schädlinge werden wir es auch dieses Mal wieder zuschreiben haben, wenn die Hoffnung auf reichlichen Rotbuchen-Ausschlag im Frühjahr 1913 eine vergebliche war.

Williarden des kleinen schwarzen, wie ein Frosch springenden Rüsslers haben im vergangenen Frühjahr die jungen Buchenblätter mit ihren Eiern belegt. Die Larven fraßen das Blattfleisch zwischen Ober- und Unterhaut aus, demzufolge bräunten

sich die Blätter, als wenn sie erfroren wären. Nach dem Fortpflanzungsgeschäfte durchnagen die Käfer die noch zarten Blätter, sie fressen kreisrunde Löcher, als seien diese mit Vogelbunt durchschossen. Sie benagen aber auch die Fruchtknoten der weiblichen Blüten. Daher sterben die Blüten teilweise ab, teilweise aber bilden sich Früchte ohne lebensfähigen Keim aus. Wenn dann bei starkem Austreten des Käfers die Blätter vertrocknet sind, so finden die jungen, im Juni erscheinenden Käfer an diesen Blättern keine entsprechende Nahrung. Sie befallen dann, wie es gerade in diesem Jahre beobachtet werden konnte, die sich ausbildenden Früchte. Daß der Buchenrüsselkäfer im Frühjahr 1912 den Rotbuchen, jung und alt, sehr viel Schaden zugefügt hat, ist auch noch dadurch bewiesen, daß die Bäume jetzt zu Anfang Juli noch wie erfroren aussehen. Ein neu begründeter Johannedstrieb konnte nicht entstehen, weil die jungen Käfer die Knospen, aus denen der Johannedstrieb hervorgehen sollte, ebenfalls zerstört haben. Ohne lästige Belaubung der Mutterbäume ist aber ein richtiges Ausreifen der Früchte ausgeschlossen. Es sitzen oft zehn und mehr Käfer an einem Becher, tiefe Löcher an diesem bohrend. Die Buchedern bilden sich dann unvollkommen aus, sie keimen entweder gar nicht, oder die Keimlinge sind nicht lebensfähig. Auch in diesem Jahre werden nur etwa zehn Prozent von den zahlreichen Buchedern gesund sein; vielleicht ist diese Schätzung noch zu hoch gegriffen.

Wir Menschen sind zu schwach, dieses kleine Ungeheuer siegreich zu bekämpfen, hoffen wir auf die Allmacht der Natur.

B a u e r b a c h, Hessen, 1. Juli 1912.

Forstrat G u l e f e l d.

— **Der Buchenspringrüsselkäfer** (*Orchestes fagi*) hat in diesem Jahre sämtliche Buchenbestände im Harzgebiet außerordentlich stark befallen. Zum Teil haben diese, von außen betrachtet, ein völlig gebräuntes Aussehen.

— **Mitteilungen aus dem Eindecker Stadtwalde.** Hier haben in diesem Jahre die Buchen sehr voll geblüht, und schon jetzt neigen sich die Zweige — zum Brechen schwer — unter dem überaus reichen Fruchtansatz. Es steht eine Vollmast in Aussicht, welche gegen die vom Jahre 1909 nicht nachstehen würde. Die Früchte sind bislang verhältnismäßig groß und gut entwickelt. Aber leider zeigt sich jetzt ein verderbenbringender Feind, der großen Schaden an den Bucheln anrichten droht. — Der Buchenspringrüsselkäfer (*Orchestes fagi*) war bei Laubaussbruch in so ungeheurer großer Anzahl aufgetreten, hatte die Buchenblätter durchlöchert und seine das Blattfleisch fressende Larve das Zerstörungswert fortgesetzt, so daß es schwer ist, im ganzen Walde ein nicht befallenes Blatt ausfindig zu machen. Die Buchen sehen wie erfroren aus. Jetzt erscheint der junge Käfer und befällt die Früchte. Er zernagt den Becher der Frucht und frisst sich bis zum Kern der Buchel durch. Ich habe Bucheln gefunden, welche vollständig ausgehöhlt waren

und in deren Innern sich der Käfer befand. Sein Auftreten ist so zahlreich, daß auf manchem Fruchtbecher 10 bis 15 Käfer und mehr sitzen. Es steht daher zu befürchten, daß die Raft, wenn nicht vernichtet, doch stark verringert wird. — Eine andere interessante Beobachtung machte ich auf einem Reviergange. Über einer 15- bis 20-jährigen Buchenbidung tummelten sich Hunderte von Schwalben kreuz und quer. Da dies mitten im Walde auf seinem höchsten Plateau und weit ab von menschlichen Wohnungen stattfand, erregte es meine Aufmerksamkeit, und ich fand, daß sich die Schwalben die Vertilgung zahlreich schwärmender

der Wolläuse angelegen sein ließen. Es mag sein, daß die Schwalben an diesen kalten Regentagen an Nahrungsmangel litten und hier den Tisch reich gedeckt fanden. K ü h n e, Stadtförster.

— **Sonnenfraß in der Gubener Stadtforst.** Auch in diesem Jahre frist die Sonne in den Waldungen der Stadt Guben und richtet daselbst erheblichen Schaden an. Sie tritt stärker auf als im vorigen Jahre, nach den gemachten Untersuchungen sollen jedoch ein großer Prozentsatz Raupen von Schmarotzern infiziert sein.

Berichte.

— **Der Elsaß-Lothringische Forstverein** unternahm anlässlich seiner 32. Versammlung abermals eine Studienreise in auswärtige Waldungen, und zwar diesmal in den Gaildorfer Besitz der Herrschaft Büdler-Limbürg, um den Wagnerischen Blenderfaumschlag strengster Obervanz an der Quelle zu studieren, sodann in das kgl. Württemb. Forstamt Langenbrand, um dort zu sehen, wie Oberförster Dr. Eberhard diese Verjüngungsmethode in etwas freierer Auffassung zur Durchführung bringt. Über den Wagnerischen Blenderfaumschlag sind in den letzten Jahren in der Literatur vom Autor selbst und von zahlreichen unbefangenen, auch von voreingenommenen Fachgenossen so viel Darstellungen und Äußerungen abgegeben worden (vergl. u. a. „Forstliche Rundschau“ der „Deutschen Forst-Zeitung“ 1908 Nr. 11 und 1912 Nr. 1), daß die heutige Berichterstattung sich kurz fassen kann.

Der Elsaß-Lothringische Forstverein stattete am 17. Mai d. Js. unter der Führung des ebenso lebenswürdigen als fachkundigen Oberförsters Rau dem 866 ha großen Oberbachrevier einen Besuch ab, wogegen dem 580 ha umfassenden Eisbachrevier nur ein Blick aus der Ferne von Gaildorf aus zugesandt wurde. Ersteres liegt zum größten Teile in der Keuperformation; ein kleiner Teil ist Lias. Die Ebenen auf den Höhen stoden auf Stubensand. Meereshöhe 320 bis 570 m. Niederschlagsmenge 800 mm. Frostgefahr nicht erheblich. Hänge selten steil, meist lehn. Bonitäten I bis IV für Fichte, vorwiegend II; also im allgemeinen günstig.

Hauptholzarten: Fichte, Buche, Tanne. Wirtschaftsziel: Begründung von Nischbeständen von Fichte mit Buche bei 100-jähriger Umtriebszeit. Die Tanne ist durchs Rehwild, das der Standesherr erhalten wissen will, gefährdet.

Jetziges Altersklassenverhältnis:

1—20 j.	22,3 %	gegenüber 20 %	also + 2,3
21—40 j.	10,9 „	20 „	— 9,1
41—60 j.	12,9 „	20 „	— 7,1
61—80 j.	25,5 „	20 „	+ 5,5
über 80 j.	30,4 „	20 „	+ 10,4

Überalte Bestände fehlen. Derzeitige Hauptnutzung im ganzen Walde 4,6 fm pro Hektar und 1,3 fm Vornutzung, zusammen 5,9 fm. 1902/11 wurden zur Altholzabminderung 7,2 fm genutzt. Die Hauptnutzung wird fast durchweg in Saumschlägen erhoben. Dieser schreitet bekanntlich nach

Wagners Forderung grundsätzlich von Norden nach Süden vor, damit die Keimlinge infolge unbehinderter Feuchtigkeit von Westen her und bei Abhaltung direkter Sonnenbestrahlung ein besseres Gedeihen finden. Von der Nichtigkeit dieser Maßregel vermochte uns unser Führer in mehreren Saumschlägen zu überzeugen; bei den günstigen Boden- und Bestandsverhältnissen ergaben sich aber auch gute Erfolge bei Saumanhieben, in der die Nordrichtung etwas nach Westen oder Osten verschoben war. Günstig erwies es sich, daß in den angehauenen Nordsäumen durch das Seitenlicht die zur Ansamung erforderliche Bodenzersezung unmerklich vor sich geht. Buchenausschlag sowie Fichten-, auch Tannenanflug, erscheinen zeitig und ergeben ohne Schwierigkeit die gewünschte Mischung. Es bedarf anscheinend nur eines Anhiebes, der zugleich die Samenlagstellung korrigiert, eines, höchstens zweier Nachhiebe, und schließlich der Räumung. Dieser ganze Vorgang spielt sich auf ein und derselben Fläche etwa innerhalb zehn Jahren ab. Der Durchführung des Wagnerschen Verfahrens kommt wesentlich zugute, daß die Bestände sich in einem Alter befinden, in dem sie überhaupt noch keimfähigen Samen reichlich zu tragen vermögen, und daß dieserhalb und wegen nicht erheblicher Frostgefahr die Samenerzeugung im Gaildorfer Walde sogar bei der Buche eine günstige ist. Rene kann daher erfolgreich in zahlreichen schmalen Säumen zur natürlichen Nischverjüngung ausgenutzt werden, während man in anderen Waldgebieten mit ungünstigeren Verhältnissen von der Ausnutzung in Großschlägen nicht glaubt absehen zu können.

In den wohl gelungenen Gaildorfer Verjüngungen scheint die Buche, von weitem gesehen, Herr und Meister zu sein; es gelingt aber durch Einarisire mit Schere und Art leicht, das richtige Verhältnis zwischen ihr und dem wertvollen Nadelholze herzustellen; hierbei wird nötigenfalls die von Wagner verpönte Fichtensplanzung ausbilsweise herangezogen.

Interessant war u. a. die Besichtigung eines gut verjüngten Nordhanges, der sich an einen fast eben gelegenen Altbestand angeschlossen. Auf jenem hatte der Oberförster der Holzbringung wegen die Säume von Osten und Süden her angelegt und war auch so zum Ziele gelangt.

Im übrigen spielt bekanntlich das Ab- und Ausrüdverfahren im Wagnerschen Blenderfaumschlag eine wichtige Rolle. Daß die „abgetriebenen verjüngten Flächen mit dem Transport der Althölzer vom übrigen Bestand zu verschonen sind“, diese selbstverständliche Forderung hat bereits Forstrat Probst auf der IX. Versammlung deutscher Forstmänner zu Wilddorf im Jahre 1880 erhoben. Um in den einzelnen Gaildorfer Anhieben zu ermöglichen, die Hölzer seitlich und rückwärts, also nach zwei bis drei Richtungen hin, von den Jungwuchsstreifen abzurücken, ist hier das Wegenetz bis ins kleinste verästelt; allerdings sind daher auch die Wegebaulasten so hoch, daß einige Kritiker die Frage aufgeworfen haben, ob jene durch die zweifellos erzielten bestandespfleglichen Erfolge eine genügende Deckung finden.

Mit lebhaftem Interesse besichtigten wir reichsländischen Exkursionsteilnehmer bei der guten Wegsamkeit des Osterbachrevieres eine ganze Reihe von typischen Saumberjüngungen und nahmen alle mehr oder minder starke Anregungen mit. Der Berichterstatter pflichtet dem Urteile von Dr. Borgmann bei, wenn er l. c. sagt: „Wir halten den Blenderfaumschlag für ein ausgezeichnetes waldbauliches Verfahren da, wo er hingehört, nicht überall, gegründet auf die richtige Beobachtung der leichten Naturverjüngungsmöglichkeit am Nordwest-, Nord- und zum Teil auch Nordost-Rande.“

Vor der Weiterreise in der Richtung auf Langenbrand vereinigten wir uns in Gaildorf zu einem frohen Mahle, bei dem unserm freundlichen und unverdrossenen Führer, Herrn Oberförster Rau, der von Herzen kommende Dank abgestattet wurde. Eine wertvolle Ergänzung der Gaildorfer Exkursion war der am andern Tage auf Einladung des kgl. Oberförsters Dr. Eberhard unternommene Ausflug in den Forstbezirk Langenbrand. Die Exkursion gestaltete sich für uns Reichsländer um so erfreulicher, als eine ganze Reihe württembergischer Kollegen, an der Spitze Präsident Dr. v. Graner, an derselben teilnahmen. Ein knapp und klar gefaßter Führer gab uns über das zu durchwandernde Gebiet im voraus gute Aufschlüsse. Das Forstamt Langenbrand umfaßt 2242 ha Staatswald (154 Abteilungen in 81 Hiebszügen) und 687 ha Gemeindewald, bietet daher einem schaffensfrohen Revierverwalter Gelegenheit zu intensiver Wirtschaft. Geologische Formation: Bausandstein, vorwiegend mittlerer. Jährl. Niederschlagsmenge 950–1000 mm. Im Staatswalde herrscht zurzeit folgendes Holzartenverhältnis: Tanne 63 %, Fichte 14 %, Kiefer 17 %, Laubholz, meist Buche, 6 %. Umtriebszeit bis 1908 120, seither 100-jährig; daher zurzeit Altholz überverrat. Abnutzungssatz 21 700 fm: 18 400 fm Hauptnutzung, 3300 fm Vornutzung; also mit 9,7 fm sehr hoch. Dementprechend Bruttoeinnahme 1910: 412 907 M = 184 M auf das Hektar! Auch in den Gemeindewaldungen hohe Abnutzungssätze, zum Teil mit der Verpflanzung von jährlichen Rüdlagen zum Geldreserve- (Grundfonds-) Fonds. Dr. Eberhard ist als energischer Verfechter der natürlichen Verjüngung genugsam bekannt und war bei der Exkursion in der Lage, neben Erfolgen

aus früheren Zeiten, die bereits Probst 1880 in Wilddorf rühmte, seine eigenen aus den letzten Jahren vorführen zu können. Auch er plädiert für das Saumschlagverfahren und für planmäßiges Einhalten der Wur- und Abrüdrichtung weg in das Altholz; er hält aber an der Wagnerschen Nord-, Süd- bzw. Nordnordwest-, Südsüdost-Richtung nicht streng fest, stellt vielmehr die Rücksichten auf ein dem Jungwuchs ungefährliches Abrücken voran. Man kann vielleicht den Unterschied in der Praxis dahin präzisieren: In Gaildorf wird das Wegenetz so engmaschig angelegt, als das Saumschlagverfahren mit Abrücken nach zwei bis drei Richtungen dies verlangen; in Langenbrand wird das Saumschlagverfahren nach Maßgabe des vorhandenen Wegenetzes und der durch dieses und die Hangrichtung gegebenen Abrüdmöglichkeit modifiziert. Im Langenbrander Revier wechselt die Breite der Verjüngungstreifen zwischen 50 bis 150 m, wovon $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ im Nachhiebsstadium stehen. Abgesehen von Bodenverbereitungen zur Aufnahme des Tannen- — auch Fichten- — Anfluges, die oft durch Abgabe der Rohhumusschicht unentgeltlich erzielt wird, sind in Langenbrand die Ausgaben für Kulturen gering. Das Wirtschaftsziel ist hier die Erziehung eines Tannen-Grundbestandes, dem Fichte, Kiefer, Buche, auch Lärche beigemischt werden sollen. Hohe Boden- und Luftfeuchtigkeit kommen dem Anwachsen der Keimlinge sehr zugute, Eberhard braucht daher auf Wagners Abstammung von Norden her nicht so großes Gewicht zu legen. Abgesehen bemerkten einige reichsländische Teilnehmer, daß die Unterschiede zwischen der Langenbrander und der Bogesen-Tannenwirtschaft in der Praxis nicht erheblich seien. Fordern doch auch unsere Tannenwirtschaftsregeln eine räumliche und zeitliche Ordnung im Walde, nur daß sie diese lediglich auf das Hauen gegen die herrschende Windrichtung und auf die Fernhaltung von Fällungs- und Rüdungsschäden gründen, dagegen auf die Anwuchsförderung durch beabsichtigte Feuchtigkeitszufuhr und auf die Fernhaltung der Sonnenhitze keine besondere Rücksicht nehmen.

Wir Reichsländer haben uns gerade über diesen Punkt örtlich informieren wollen und nehmen jedenfalls nach dieser Richtung hin wertvolle Anregungen mit. Wir sind daher auch aus dem Langenbrander Revier mit den Gefühlen des Dankes gegenüber den lieben württembergischen Kollegen geschieden, die uns begleitet und auf unsere vielen Fragen so gern geantwortet haben. Selbstverständlich wurde dieser Dank bei der Mittagspause in Salmbach in erster Linie dem rührigen Oberförster Dr. Eberhard abgestattet. Wir schieden nur insofern mit einem Gefühle des Reides, als es den württembergischen Oberförstern bei der gegenüber dem Reichsländer erheblich geringeren Durchschnittsgröße der Reviere möglich ist, in die Wirtschaft sich so zu vertiefen, als insbesondere eine örtlich in allen Einzelheiten gut geleitete Naturverjüngung dies unbedingt erheischt.

Und damit Grüß Gott, liebes Schwabenland, und auf frohes Wiedersehen dort oder im Wasgau ihr württembergischen Kollegen!
H.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Arglistige Täuschung über die Nutzbarkeit verkaufter Waldungen.

(Urteil des Reichsgerichts vom 11. Mai 1912.)

Der Rittergutsbesitzer K. hatte 1908 von dem Beklagten, dem Bankier St. in Berlin, dessen Herrschaft S. (Kreis Schwiebus-Büßschau) zum Preise von 1 600 000 M. gekauft. In dem Kaufvertrage war ausdrücklich jede Gewährleistung des Verkäufers für die Güte, Größe und Beschaffenheit des mit allem toten und lebenden Inventar übernommenen Gutes ausgeschlossen. Zu der Herrschaft gehörten auch etwa 4000 Morgen Waldungen. Obwohl der Käufer das Gut nun schon nach kurzer Besitzzeit und nach der Behauptung des Beklagten mit 1 Million Vorteil wieder weiterverkauft hatte, machte er gegen den Vorbesitzer noch Ansprüche in Höhe von 30 000 M. geltend, und zwar mit der Behauptung, er sei über die Nutzbarkeit der Waldungen vom Beklagten arglistig getäuscht worden. Der Kläger behauptete einmal, der Beklagte habe ihm schon bei den Verhandlungen die Angaben als richtig bezeichnet, die ein Förster dem Kläger über die Rentabilität der Waldungen aufgestellt hatte. Vor allem sei dem Kläger, der den Wald nicht selbst habe besichtigen dürfen, vom Beklagten mündlich erklärt worden, daß dieser während seiner ganzen Besitzzeit „im Walde keinen Baum geschlagen“ habe. Tatsächlich habe aber der Beklagte größere Strecken abgeholzt gehabt und mindestens Holz im Werte von 30 000 M. abgetrieben. Der Beklagte gab zu, diese Äußerung getan zu haben; dieselbe sei jedoch weder von ihm noch von dem Kläger selbst als bare Münze verstanden worden und habe nur bedeuten sollen, die Waldungen seien von ihm nicht wirtschaftlich ausgenutzt worden. Die Abholzungen seien nur zur Verbesserung des Waldes erfolgt gewesen. Landgericht und Kammergericht Berlin wiesen den Kläger mit seiner Klage ab. Eine arglistige Täuschung, so führte das Berufungsgericht aus, wolle der Kläger darin erblicken, daß ihm der Wahrheit zuwider gesagt worden sei, während der Besitzzeit des Beklagten 1901 bis 1908 sei in den Waldungen „kein Baum geschlagen“. Eine arglistige Täuschung des Käufers könne aber in dieser Erklärung nicht gefunden werden, wenn sie, was noch freitig sei, überhaupt in dieser Form abgegeben sei. Arglistig handle zwar auch der, der Umstände verschweige, von denen er annehmen müsse, daß sie für den Vertragsgegner beim Vertragsabschluß bestimmend seien. Der Kläger behauptet in dieser Hinsicht, er sei durch die Erklärung des Beklagten über das Alter des Waldes getäuscht worden. Die Erklärung des Beklagten sei aber überhaupt nicht wörtlich zu verstehen gewesen. Der Beklagte habe

mit ihr nur sagen wollen, daß während der Besitzjahre „nicht einmal eine nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen gerechtfertigte Abholzung stattgefunden habe, so sehr sei der Wald gespart worden“. Eine solche Abholzung sei aber tatsächlich auch gar nicht vorgenommen worden. Wo Wald abgeholzt worden sei, sei dies nur zur Verbesserung des Waldes geschehen, nicht um durch Kahlschlag einen wirtschaftlichen Nutzen aus dem Walde zu ziehen. In diesem Sinne genommen sei die Erklärung des Beklagten, „es sei kein Baum geschlagen“, ganz richtig gewesen. Denn nicht darauf komme es an, ob Kahlschläge vorhanden gewesen seien, sondern entscheidend sei der Zweck, zu dem sie erfolgt seien. Dieser Zweck sei aber unstreitig nur die Verbesserung des Waldbestandes gewesen, nicht ein Verkauf des geschlagenen Holzes des Gelderwerbes wegen. Bei diesem Zwecke komme es somit auch gar nicht darauf an, festzustellen, welchen Wert der abgeholzte Wald gehabt habe, und darum sei auch der Beweisanspruch des Klägers unerheblich, an der Hand der Bücher des Beklagten festzustellen, wie hoch dieser Wert gewesen sei. Die vom Kläger gegen das Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision war erfolglos und wurde als unbegründet zurückgewiesen. (Aktenzeichen: V. 69/12.)

— **Wädnar beim Stubbenroden in Königl. Forst Aschaffsder Arbeiter.** Der Wädnar M. verunglückte tödlich, als er auf Grund der ihm von der Forstverwaltung erteilten Erlaubnis Stubben rodete. Er ist als ein im forstwirtschaftlichen Betriebe beschäftigter „Arbeiter“ angesehen worden, und die Hinterbliebenen haben demgemäß die Unfallentschädigung erhalten. Ohne Zweifel handelt es sich bei dem Stubbenroden um eine der Forstkultur nützliche Arbeit. Hier besonders bedeutete die Tätigkeit der „Selbstwerber“ nach dem Berichte des Oberförsters für die Forstverwaltung insofern eine willkommene Hilfe, als ohne sie die ständigen Holzhauer nicht in der Lage waren, die zahlreichen Stubben rechtzeitig von den zu bearbeitenden Kulturflächen zu entfernen. Demgegenüber ist der Umstand, daß den Erwerbern der Stubben dabei Gelegenheit geboten wurde, ihren Bedarf an Brennholz billig zu beschaffen oder durch den Verkauf des Holzes etwas zu verdienen, unerheblich. Das Interesse des Forstfiskus an ihrer Tätigkeit bleibt bestehen. Es liegt dann aber kein Anlaß vor, diese Leute versicherungsrechtlich anders zu behandeln, als die eigens zu dem Zwecke von der Forstverwaltung angenommenen Arbeiter, sofern nur die wirtschaftliche und soziale Stellung einer solchen Auffassung nicht entgegensteht. Das ist hier nicht der Fall. (Rekursentscheidung des Reichsversicherungsamts vom 23. März 1912.)

Verschiedenes.

— Die Wahl des neuen Stadtförsters in Wunsau wurde am 4. Juli von den Stadtverordneten vorgenommen und fiel auf den Königl.

Forstassessor a. D. Rudolf Schneller, der augenblicklich bei der Forstverwaltung der Herrschaft Primtenau beschäftigt ist.

— **Besichtigung von Aufforstungen in Westfalen.** Nach einer Mitteilung in der Tagespresse wird der preussische Landwirtschaftsminister gelegentlich einer Inspektionsreise auch die Aufforstungsarbeiten in den Kreisen Olpe und Siegen besichtigen. In erster Linie sollen die vom Staat vorgenommenen Aufforstungen des Ebbegebirges, für die der Fiskus im Laufe der letzten Jahre sehr bedeutende Aufwendungen gemacht hat, in Augenschein genommen werden. Eine Besichtigung der Wäldungen im Kreise Wittgenstein ist ebenfalls vorgesehen.

— **Förderung der privaten Forstwirtschaft in Baden.** Die Landwirtschaftskammer Baden macht wiederholt darauf aufmerksam, daß sie zur Förderung der privaten Forstwirtschaft Mittel bereitgestellt hat. Außerdem können die privaten Waldbesitzer in allen forstlichen Fragen im Auftrage der Landwirtschaftskammer durch Sachverständige unentgeltlich Beratung und Auskunft erhalten. Dieses kann in Form von Vorträgen, forstlichen Gutachten, Aufstellung von Hauungs- und Kulturplänen, Waldwertberechnungen, Vorarbeiten für gemeinsame Wegeanlagen, sowie durch Betriebsregelungen erfolgen. Ebenso gibt die Landwirtschaftskammer Unterstützungen zur Aufforstung von Obbländereien, wobei besonders Waldgenossenschaften berücksichtigt werden.

— **Waldfuchtaseln** sind im Laufe der letzten Wochen infolge der intensiv eingeleiteten Bewegung zur Erhaltung der Naturdenkmäler usw. in großer Anzahl von den Vereinen für Fremdenverkehr und den Vereinigungen für den Schutz der Naturdenkmäler in den Wäldern angebracht worden. Die Tafeln, in künstlerischer, geschmackvoller Form ausgeführt, enthalten eine Mahnung an die Waldbesucher u. a. in folgenden Worten: „Der Wald heißt dich willkommen, wenn du seinen Frieden gleichachtest dem geschützten Frieden des Hauses.“ „Wenn du den Wald betrittst, wer du auch seiest: achte ihn hoch und suche ihn an deinem Teile zu schützen.“

— **Waldbrandversicherung in Schleswig-Holstein.** Die Schleswig-holsteinische Landeskasse in Kiel hat vom Minister des Innern die Genehmigung erhalten, von jetzt ab auch Waldbrandversicherungen abzuschließen. Bei den zahlreichen und großen Waldbränden, von denen alljährlich namentlich Schleswig-holstein betroffen wird, kann den Waldbesitzern die Versicherung ihrer Wälder gegen Brandschaden sehr empfohlen werden.

— **Aus den Jäger-Bataillonen.** Durch die am 1. Oktober 1912 eintretenden Veränderungen in der Heeresorganisation werden auch einige Jäger-Bataillone berührt. Das Jäger-Bataillon Graf Nord von Wartenburg (Distr.) Nr. 1 — mit Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1 — tritt mit diesem Zeitpunkt vom I. Armee-Korps, dem es seit seiner Errichtung

angehört, zu dem neuzubildenden XX. Armee-Korps; das Rheinische Jäger-Bataillon Nr. 8 — mit Maschinengewehr-Abteilung Nr. 10 — und das Großherzoglich Medlenburgische Jäger-Bataillon Nr. 14 — ohne Maschinengewehr-Abteilung Nr. 9 — vom XIV. zum XV. Armee-Korps über. Die Maschinengewehr-Abteilung Nr. 9 wird in eine Maschinengewehr-Kompagnie umgewandelt, erhält als Standort Neubreisach und tritt zum 3. Ober-Elsässischen Infanterie-Regiment Nr. 172 über. Die dem 1. Bataillon des 2. Ermälandischen Infanterie-Regiments Nr. 151 angegliederte Maschinengewehr-Abteilung Nr. 6 — Standort Sensburg — wird ebenfalls in eine Maschinengewehr-Kompagnie umgewandelt, verbleibt aber bei dem genannten Regiment. Für das Pommersche Jäger-Bataillon Nr. 2 ist als künftige Garnison Neufestlin bestimmt worden. Einstweilen verbleibt es in seiner bisherigen Garnison Culm. Von seiner Übersiedelung in die neue „pommersche“ Garnison ab wird es wieder dem II. Armee-Korps zugeteilt, dem es von der Errichtung bis zum 1. April 1890 bereits angehört hat. Ferner erhalten das Jäger-Bataillon Graf Nord von Wartenburg (Distr.) Nr. 1, das Pommersche Jäger-Bataillon Nr. 2 und das 2. Schlesische Jäger-Bataillon Nr. 6 (anstatt des niedrigen) hohen Etat.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 15. Juli 1912. Rehböcke 0,40 bis 0,95, Schwarzwild 0,15 bis 0,50 M das Pfund. Kaninchen 0,20 bis 0,60 M, Stodenten 0,40 bis 1,60 M, Kridenten 0,50 bis 0,70 M das Stüd.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Wackerstedt, Förster o. R. zu Schwarzfeld, Oberförsterlei Kupferhütte, ist auf die Försterei Wörsel, Oberförsterlei Badeggen, Regbz. Silesheim, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Zeige, forstverwaltungsbedingter Anwärter zu Gardau, ist nach Wodderwiese, Oberförsterlei Hammerbeke, Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.

Sasche, Förster o. R. auf Probe, ist zum Förster o. R. in der Oberförsterlei Schwab, Regbz. Gumbinnen, ernannt.

Kobide, Förster zu Niemenhüll, Oberförsterlei Zielenzig, ist nach Plankeide, Oberförsterlei Dammendorf, Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. September d. Js. ab versetzt.

Müller, Hegemeister zu Christmannsdorf, Oberförsterlei Christmannsdorf, Regbz. Frankfurt a. D., tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.

Neumann, Förster o. R. zu Gusch, Oberförsterlei Lubitz, ist nach Schermeisel, Oberförsterlei Lagow, Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Ferrelle, Hegemeister zu Kunzenborn, Oberförsterlei Sorau, ist nach Christmannsdorf, Oberförsterlei Christmannsdorf, Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Schäfer, Förster o. R. zu Schwarzenborn, Oberförsterlei Dersaula, ist die Försterei Rintelhof, Oberförsterlei Dersaula, Regbz. Gassel, vom 1. September d. Js. ab übertragen.

Fürsch, Förster o. R. zu Bornel, Oberförsterlei Oberntsdorf, ist nach Senden, Oberförsterlei Münster i. W., Regbz. Minden, vom 1. September d. Js. ab versetzt.

Wendt, Förster o. R. zu Schermeisel, Oberförsterlei Lagow, ist nach Steinbuck, Oberförsterlei Steinbuck, Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

In Müritz ist für die Kassengeschäfte der Forstinspektion Gelbenfande eine selbständige Forstkasse errichtet worden.

Elb-Lothringen.

Dybbach, Gemeindeförster, bisheriger Inhaber der Försterstelle Moosb., in der Schutzbezirk Hagelmatz (links der Elbe) übertragen. Gleichzeitig wurde er mit der kommissarischen Wahrnehmung der Forstgeschäfte beauftragt.

Seilmann IV., Forsthilfsaufseher zu Wanzenheim, Oberförsterei Hart-Nord, ist als Forsthilfsaufseher nach Bühl, Oberförsterei Gebweiler, versetzt.

Lindhardt III., Gemeindeförster zu Lüttenbach, Oberförsterei Münster, ist nach Moosb. versetzt und ihm der Schutzbezirk Belader (rechts der Elbe) des in zwei Schutzbezirke neu eingeteilten Gemeindeförsterbezirks Moosb. übertragen.

Linder, Gemeindeförster zu Kayserberg, Oberförsterei Münster, versetzt.

Pest Jr., Gemeindeförsterhilfsaufseher, ist die ambulante Forsthilfsaufseherstelle in der Oberförsterei Hart-Nord übertragen.

Inbilden, Gedankt u. a. m.

(Nach Zeitungsmeldungen.)

Reinhardt, Gemeindeförster zu Nglar, Oberförsterei Weglar, Regbz. Coblenz, feierte am 10. Juli d. J. sein 60jähriges Dienstjubiläum; ihm wurde das goldene Verdienstkreuz verliehen.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Zahlung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 90. Anfrage: Ich habe mir in den letzten Jahren in Privatstellung einen schweren Herzfehler durch den Dienst zugezogen. Invalidenmarken sind gestellt worden, und zwar ca. 17 Marken voll und Marken von der I. bis zur IV. Klasse; von der IV. Klasse werden ca. 300 Stück Marken zusammenkommen, auch lebe ich immer noch weiter, damit die Sache nicht unterbrochen wird. Ich bitte nun um Auskunft, ob ich einen Antrag auf Invalidenrente stellen kann und welche Schritte ich zur Einleitung zu tun habe, auch ob es ratsam ist, den Antrag jetzt zu stellen. Wie hoch würde sich die Rente bei 50 und 75 % Arbeitsunfähigkeit belaufen?

H. in B.

Antwort: Invalidenrente erhält der Versicherte, der infolge von Krankheit oder Gebrechen dauernd invalide ist. Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Invalidenrente erhält indes auch der Versicherte, der nicht dauernd invalide ist, aber während 26 Wochen ununterbrochen invalide gewesen ist, für die weitere Dauer der Invalidität (sogenannte Krankenrente). §§ 1255, 1256 der Reichsversicherungsordnung. Ihre Invalidenrente würde etwa 200 bis 240 M. jährlich betragen (§§ 1284 ff.). Eine Abstufung der Rente nach dem Grade der Invalidität findet nicht statt. Lassen

Sie sich ein ärztliches Zeugnis ausstellen und wenden Sie sich damit persönlich an das Königl. Versicherungsamt (Landrat). Wir empfehlen auch, die Einleitung eines Heilverfahrens auf Kosten der Versicherungsanstalt zu beantragen; sie ist hierzu zwar nicht verpflichtet, wird es aber tun, um dem Eintritt dauernder Invalidität vorzubeugen (§§ 1269 ff.). Nach unserer Ansicht werden Sie zurzeit höchstens erreichen, daß man Ihnen ein Heilverfahren (Behandlung in einem Sanatorium oder dergl.) angedeihen läßt, was ja schon sehr wertvoll ist. Denn es ist doch besser, die Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen oder wenigstens zu heben, als eine mäßige Rente zu beziehen. Wir machen schließlich noch darauf aufmerksam, daß freiwillige Beiträge nach Eintritt dauernder oder vorübergehender Invalidität nicht mehr entrichtet werden dürfen (§§ 1442 ff.). Die Anwartschaft erlischt hierdurch nicht. H.

Nr. 91. Anfrage: Empfiehlt es sich, einjährige Kiefern in einem Verbande von 10 cm Reihenabstand und 5 cm Pflanzenentfernung zu verschulen? Läuft man dabei nicht Gefahr, im nächsten Frühjahr beim Ausheben der Pflanzen, weil sie doch sehr dicht verschult sind, die Wurzeln abzustechen?

E. in Forstb. P.

Antwort: Der angegebene Verband von 10 : 5 cm ist für die Verschulung nicht zu brauchen. Durch die Verschulung sollen möglichst kräftige, gesunde und gut bewurzelte Pflanzen erzogen werden. Zur Erreichung dieses Zwecks muß den Pflanzen gleich im Verschulbeet der nötige Wachsraum gegeben werden. Bei dem engen Verband von 10 : 5 cm ist eine Beschädigung der benachbarten Pflanzenwurzeln durch das Verschulen selbst zu befürchten, beim Ausheben der Pflanzen im nächsten Jahre dagegen gar nicht mehr zu vermeiden. Zur Erziehung kräftiger Pflanzen empfiehlt sich ein Verband von 20 : 15 cm; unter 15 : 12 cm sollte man keinesfalls herabgehen.

Nr. 92. Anfrage: Gibt es ein sicheres Kennzeichen zwischen deutschen, belgischen und französischen Kiefernpflanzen? Eine sechsjährige Kultur, V. Bodenklasse, welche durch Schütte, Rüsselkäfer und Wildverbiss gelitten hat, zeigt jetzt in dem Aussehen der Nadeln Unterschiede. Einige Pflanzen haben schöne lange Nadeln, andere wieder kürzere. Der Höhentrieb ist bei diesen nicht so freudig als bei denen mit langen Nadeln. Von den kurzadeligen Kiefern wird gesagt, daß dieselben französischen Ursprungs sein sollen.

M., Revierförster in M.

Antwort: Zwischen den deutschen und den belgischen Kiefern bestehen keine äußeren Unterschiede, sie erscheinen für Westdeutschland, etwa bis zur Elbe, noch als zulässig, es liegt jedoch die Gefahr nahe, daß unter der Bezeichnung „belgischer Kiefernsamen“ vielfach Samen anderer Provenienz geführt wird. Die französische Kiefer, die für uns vollständig ungeeignet ist, unterscheidet sich dagegen bereits vom dritten Jahre ab mit Sicherheit von unserer einheimischen Kiefer. Sie bleibt von diesem Zeitpunkt ab gegen unsere Kiefer im Wuchs immer mehr zurück und bildet einen kniderigen Stamm mit kurzen, starren und

auffallend blaugrün gefärbten Nadeln. Winterrückfärbung kaum wahrnehmbar. Die Höhentriebe sind sehr kurz, der ganze Baum macht einen buschförmigen Eindruck und erinnert an Bergkiefern.

Nr. 93. Anfrage: Auf Grund der in Nr. 14 Ihres geschätzten Blattes vom 2. April 1911 abgedruckten Ministerialverfügung, betreffend Anrechnung außerstaatlicher Dienstzeit auf das Pensionsdienstalter, sind von einigen mir bekannten Kollegen wie auch meinerseits dahingehende Gesuche, einer Aufforderung der Königlichen Regierung entsprechend, bis zum 1. Juni v. Js. eingereicht worden. Bis heute, also nach Ablauf eines vollen Jahres, hat noch niemand von den in Betracht kommenden Kollegen wieder etwas von der Sache gehört. Ist die hier vorherrschende Annahme, daß eine stillschweigende Anrechnung erfolgt sei, berechtigt? Oder ist dortseits sonst irgend etwas über den Stand dieser Angelegenheit bekannt geworden? L., Förster v. H. in D.

Antwort: Wie seinerzeit mitgeteilt (S. 288 des Jahrgangs 1911 der „Deutschen Forst-Zeitung“), hatten die Regierungen die Anträge auf Anrechnung außerstaatlicher Dienstzeit dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zur weiteren Bestimmung gemäß § 19 des Zivilpensionsgesetzes vorzulegen. Da es sich sicher um eine ganz erhebliche Anzahl von Fällen handeln wird, ist anzunehmen, daß im Ministerium das ganze Material gesammelt worden ist, um dann — nach gewiß zeitraubender Nachprüfung (wegen der großen Verschiedenartigkeit der Fälle) — zur Einholung der Allerhöchsten Genehmigung durch Sammelbericht benutzt zu werden. Dadurch kann natürlich ganz erhebliche Zeit vergehen, zumal wohl auch noch Rückfragen nötig gewesen sein werden. — Es wird sonach Entscheidung abgewartet werden

müssen. Von einer stillschweigenden Anrechnung kann keine Rede sein, da das Gesetz die Allerhöchste Genehmigung vorschreibt und diese als Ausweis bei der Pensionierung beigebracht werden muß.

Nr. 94. Anfrage: Ein 15 jähriger Dienstjunge, der sich mit Genehmigung seiner Mutter, als seines Vormundes, zur Pflege des Viehs und zur Ausführung von Gespannfuhren vermietet hat, wurde mit dem Pferdegespann zur Bahn geschickt, um Stückgüter abzuholen. Der einzuschlagende Weg und langsames Fahren wurden ihm ausdrücklich vorgeschrieben. Deß hat er nicht innegehalten. Auf einem anderen Wege hat er eine Frau, die einen kleinen, mit Geschirr beladenen Wagen schob, so angefahren, daß das Geschirr zerbrach und die Frau verletzt wurde. Deren Ehemann verlangt nun Schadenersatz. Wer hat für diesen aufzukommen? Der Dienstjunge bzw. dessen Mutter oder ich als Dienstherr? D., Königl. Förster.

Antwort: Die Mutter des 15jährigen Jungen kann für den Schaden nicht haftbar gemacht werden; wohl aber wäre nicht ausgeschlossen, daß der Geschädigte Sie zum Schadenersatz heranzieht, wenn Sie bei der Auswahl dieses Jungen zum Leiter des Fuhrwerks nicht mit gehöriger Sorgfalt verfahren sind. Es kann nämlich eine Fahrlässigkeit Ihrerseits darin gefunden werden, daß Sie einem 15 jährigen Jungen ein Fuhrwerk anvertrauen, zumal wenn dieser das Fahren noch nicht versteht. Bei der immer mehr zunehmenden Unzuverlässigkeit des Gesindes kann sich die Dienstherrschaft gegen derartige Schadenersatzansprüche am besten durch den Abschluß einer Haftpflichtversicherung schützen.

Für die Redaktion: J. B.: Bobo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Gemeinister Bernstorff, Goldbach bei Forste (Hanz).



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittlung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Bette, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Bischofsburg (Regbz. Altenstein). Sonntag, den 28. Juli d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung

im Hotel Reblin zu Bischofsburg. Um vollzähliges und recht pünktliches Erscheinen bittet Der Vorsitzende.

Driesen (Regbz. Frankfurt). Das für den 28. Juli beschlossene, im Alten Schützenhause zu Driesen stattfindende Scheibenschießen wird hiermit in Erinnerung gebracht. Beginn 3 Uhr nachmittags.

Der Vorstand.

Sabian (Regbz. Königsberg). Am Sonntag, dem 28. Juli d. Js., Freischießen auf dem Schießstande bei der Försterei Kallweningken, wozu

die Mitglieder der Ortsgruppe Labiau sowie die Mitglieder benachbarter Ortsgruppen mit ihren Damen ergebenst eingeladen werden. Erster Schuß 3 Uhr, Probeschüsse vorher. Schießbeitrag 2 M., den ersten Preis gibt die Ortsgruppenkasse.

Herrmann, Vorsitzender.

Saundersberger Heide (Regbz. Frankfurt). Sonntag, den 28. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Scheibenschießen mit Lang in Breitebruch. Einzeladende Gäste sind beim Vorstand rechtzeitig namhaft zu machen. Auch können solche durch Mitglieder eingeführt werden. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. **Der Vorstand**.

Oberhartz (Regbz. Hildesheim). Am Sonnabend, dem 20. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung mit Damen im Forsthaus Lindthal. Außer der in Goslar festgesetzten Tagesordnung ist noch über Erhöhung des Ortsgruppenbeitrages oder Zahlung eines einmaligen Zuschusses zu beschließen. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Jahnde**, Vorsitzender.

Simmern-Grundrüd (Regbz. Coblenz). Unter Bezugnahme auf meine Einladung in Nr. 28 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 14. Juli teile ich ergebenst mit, daß die Festlichkeit im Hotel Rüdingen (früher Treutschler) in Kirchberg stattfindet. Preis des trockenen Ruberts 1 M 80 S. Kein Weinzwang. **Meister**.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Segemeister Bernkorf, Goldbach bei Forst, vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Alttrawo (Regbz. Cöslin). Die am 1. Juli in Alttrawo abgehaltene Sitzung der Ortsgruppe war von sieben Mitgliedern besucht und wurde vom Vorsitzenden mit einem Horrido auf Ge. Majestät eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Vertreterversammlung in Cöslin. 2. Die Beschlüsse der Delegiertenversammlung Berlin wurden durchgesprochen; der Anschluß an den Provinzial-Forstverein wurde empfohlen. 3. Zu Punkt 7 der Beschlüsse: Wir bedauern, daß die Einzäunung der Dienstländereien nicht erörtert wurde. 4. Zu Punkt 9: Wir bedauern im Interesse derjenigen Kollegen, die trotz angestrengter Tätigkeit von Frau und Kindern jährlich zur Erhaltung der Landwirtschaft (also zur Existenz des betr. Beamten) von ihrem Bargehalt mehrere Hundert Mark aufsetzen müssen, daß von der Besprechung über die Regelung der Dienstlandsfrage zurzeit Abstand genommen wurde. 5. Zu Punkt 10: Wir freuen uns über die Anregung dieser hochwichtigen Frage. 6. Zu Punkt 11: Die Ortsgruppe beschließt einstimmig, der Witwe des Kollegen Romanus aus der Ortsgruppenkasse 10 M zu spenden. 7. Zu Punkt 16: Der Gedanke des Kollegen Ruppel erzielte lebhafteste Anerkennung. 8. Zur nächsten Sitzung ist auf die

Tagesordnung gesetzt: I. Schriftliche Bearbeitung jedes Mitgliedes: „Die Leiden und Freuden der öffentlichen Fernsprechkstellen“ inhaber im Forsthaus.“ II. Besprechung über die Stellung des Antrages betr. Dienstaufwandsentschädigung der sogenannten Förster o. A., welchen ein selbständiger Schußbezirk überwiesen ist. Schluß der Sitzung 10⁴⁰ Uhr. Der Vorsitzende: **Schael**.

Brieg (Regbz. Breslau). Versammlung am 6. Juli 1912. Der Vorsitzende eröffnete in üblicher Weise um 5 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden 15 Mitglieder. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Der Delegierte ergriff das Wort und hielt in gewandter und ausführlicher Weise einen ein- und halbstündigen Vortrag über die Berliner Versammlung. Wir haben da viel Neues und Berührendes gehört. Leider kann dieser Vortrag im vorliegenden Bericht nicht wiedergegeben werden, zum Nachteil der abwesenden Kollegen. Einzelne Punkte des Vortrages wurden lebhaft besprochen. 2. In die Ortsgruppe neu aufgenommen wurden die Kollegen Fleischer und Kimm, welche der Vorsitzende willkommen hieß. 3. Zahlung der Vereinsbeiträge und Aufforderung zum Beitritt in die Krankenkassen-Beihilfskasse. Die nicht anwesend gewesenen Mitglieder werden ersucht, die Vereinsbeiträge möglichst bald an den Kassierer abtragsfrei einzulösen. 4. Verschiedenes: a) Vorschlag und einstimmiger Beschluß eines Sommerausfluges nach Carlsruhe. Näheres wird später darüber bekanntgegeben. b) Besprechung des Falles Romanus — aus der Vereinskasse wurden 30 M als Beihilfe gewährt. c) Ebenso wurde ein Betrag von 10 M zur Nationalflugschinde bewilligt. d) Nach Erledigung und Besprechung verschiedener Anfragen wurde die Sitzung um 7³⁰ Uhr geschlossen. Darauf fand gemütliches Zusammensein mit Damen statt. — Am 21. Juli hält der Weiskirchener Schießklub in Smortawe ein Lontaubenschießen ab und ist die Ortsgruppe hierzu eingeladen. **J. A. Bentz**, Schriftführer.

Bromberg. Sitzung am 1. Juli 1912. Bericht: 1. Fällt aus. 2. Herr Böhme hielt den angesagten Vortrag über Obstbaumzucht. In den sehr interessanten Ausführungen schilderte Herr Böhme den Werdegang unserer Kernobstbäume von ihrer Entstehung an bis zum ausgewachsenen Baume und die Behandlung während dieser Zeit. Daß den fesselnden Worten mit großer Aufmerksamkeit gefolgt wurde, zeigte die nach Schluß des Vortrages eintreffende lebhafteste Debatte. — Herrn Böhme sei an dieser Stelle nochmals der Dank der Ortsgruppe ausgesprochen. 3. Die vom Vorstande schon abgesandte Flugzeugspende von 30 M wurde nachträglich genehmigt. 4. Bei der Kaisergeburtstagsfeier soll bei schlechtem Kasienbestande ein Zuschuß von den teilnehmenden Mitgliedern der Ortsgruppe erhoben werden. 5. Gedank- und Sommervergnügen fallen aus, am 13. Juli 1912 findet ein Ausflug nach dem

Königlichen Versuchsgute Moscheln statt. — 6 und 7 fallen der vorgetriebenen Zeit halber aus.
Der Vorstand.

Hammer (Regbz. Stettin). Die am 6. Juli d. Js. im Vereinslokal stattgehabte Mitgliederversammlung war von 16 Kollegen besucht. Gemäß der Tagesordnung wurde nach Zahlung der Mitgliedsbeiträge über das bevorstehende Scheibenschießen dahin Beschluß gefaßt, daß dasselbe am Sonnabend, dem 3. August 1912, nachmittags 2 Uhr, auf dem Stande der Hammer-Mühle stattfinden soll. Es findet in Preis-schießen für Herren und Damen wie im Vorjahre statt, an welchem sich Mitglieder und Gäste nach Zahlung eines Beitrages beteiligen können. Die Kapelle wird aus der Vereinskasse bezahlt. Gäste sind willkommen und können von den Mitgliedern direkt eingeladen werden. Nachdem der Herr Vorsitzende noch über die Verhandlungen in der Delegiertenversammlung Bericht erstattet hatte, blieben die Mitglieder noch längere Zeit in heiterer und anregender Unterhaltung beisammen.

Der Vorstand. J. A.: Rebbien, Schriftf.
Rirn a. d. Nahe (Regbz. Coblenz). Am 10. Juli machte die Ortsgruppe eine Exkursion nach der

staatlichen Weinbergsdomäne Niederhausen a. d. Nahe, die unter der Leitung des Herrn königlichen Oberförsters Schmanz zu Gohrenheim steht, der auch in liebenswürdiger Weise die Führung übernommen hatte. Hochinteressant und belehrend war es für alle Teilnehmer, zu sehen, wie hier dem nackten Felsen, dem bisher ganz unfruchtbaren Boden durch künstliche Mischung und Düngung fruchtbare Weinberge abgewonnen werden, die in ihrer Anlage, sowohl was Größe als auch was Sorgfalt angeht, auf jeden Beschauer einen imposanten Eindruck machen. Nach Einsichtnahme der Rebschule wurden die Kellereien besichtigt und dann in der Probierstube eine Reihe von bereits auf der Domäne erzeugten Weinen gekostet, die zeigten, wie unter solch sachgemäßer Leitung an der Nahe ein edles Gewächs erzielt zu werden vermag, das in den weitesten Kreisen bekannt zu werden verdient. Dem Herrn Oberförster wurde für die Führung und gemeinverständlichen Erklärungen seitens des Vorsitzenden der wohlverdiente Dank der Ortsgruppe in einem „Horrido“ ausgedrückt. Jeder Teilnehmer schied dankbar und befriedigt von der gastlichen Domäne.
J a n s e n.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Bereitschaft unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Lange, Frh., Forstlandbat, Forsthaus Neuwirtshaus bei Pulberfabrik Hanoa.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

* * *

Besondere Zuwendungen.

Gesammelt von hannoverschen Industriellen; eingesandt von Herrn Dr. G. Körner in Hannover 17,— M.

Freiwillige Spenden und Strafgebelde vom Preis-schießen des Schießvereins Deutscher Jäger in Neumannswalde am 8.—11. Juli 1912 12,55 M.
Eingesandt von Herrn Dr. B. 1,— „

Sa. 30,55 M.

Den Gebern herzlichsten Dank und Waldmannsheil!

* * *

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Böttcher, Darstuh, 2 M.; Buchow Id, Friedrichsfelde, 2 M.; Buchen, Siebeneichen, 2 M.; Canderich, Gallenow, 2 M.; Eichhoff I, Alberschweiler, 2 M.; Eichhoff II, Alberschweiler, 2 M.; Gaer, Neuborf, 3 M.; Krieger, Gensle, 3 M.; Richter, Oberlantenbielau, 2 M.; Frölich, Bettingenbrunn, 2 M.; Gehrke, Jägerthal, 2 M.; Grauenthlin, R.-Eichersleben, 2 M.; von Hertell, Schönwalde, 5 M.; Linfert, Blankenfelde, 2 M.; Pannas, Neuwirtshaus, 5 M.; Remse, Neu-Lutitz, 2 M.; Lüdemann, Appen, 2 M.; Rohr, Götendorf, 2 M.; Reerwald, Giend, 2 M.; Bohl, Gr.-Lichterf. Ide, 5 M.; Rorster, Horta, 2 M.; Cauer & Sohn, Euhl, 20 M.; Samabath, Wegenbrück, 2 M.; Siebold, Willershausen, 2 M.; Etoll, Trünzig, 2 M.; Wüller, Biefens, 2 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt Neumann,

Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Vertog-Gallenfee.

Einladung zur zehnten Mitgliederversammlung zu Eisenach in den Tagen vom 14. bis 17. August 1912.

Wegen Unterkunft in Eisenach werden die Mitglieder, welche über Nacht bleiben wollen, gebeten, sich rechtzeitig an den Hausmeister der Großherzoglichen Forstakademie, Herrn Liebetrau, zu wenden unter genauer Angabe des gewünschten Zofels, wie sie nachstehend aufgeführt sind, des Preises und der Tage, für die ein Zimmer gewünscht wird. Der Antwort wünscht, muß Porto beifügen. Für später Ankommande liegt im Hotel „Markthäuserhof“ vom 15. August mittags ab eine Liste der betreffenden Zofels aus:

1. „Deutsches Haus“ (2,25—3,50 M.).
2. Hotel „Mille“ (2,25—2,50 M.).
3. „ „ „Schwan“ (2,50 M.).
4. „ „ „Landgraf“ (2,50 M.).
5. „ „ „Reichsadler“ (2,50—4,00 M.).
6. „ „ „Sophienhof“ (2,50—3,50 M.).

7. Hotel „Karlshalle“ (2,25 M.).
8. „ „ „Roland“ (2,25 M.).
9. „ „ „Stadt London“ (2,25—2,50 M.).
10. Hotel „Zimmermann“ (von 3,00 M. an).
11. „ „ „Karthäuserhof“ (von 3,00 M. an).
12. „ „ „Reichshof“ (von 2,50 M. an).
13. „ „ „Thüringerhof“ (von 4,00 M. an).

Alle Preise verstehen sich einschließlich Frühstück.

Reflektanten für die Hotels „Kautenkrantz“, „Kaiserhof“, und „Großherzog“, wo Zimmer von 4—5 M. an zu haben sind, wollen möglichst bald direkt Zimmer bestellen.

Die Ausschüßsitzungen und das Festessen (Gebet 2,50 M.) finden im „Karthäuserhof“ statt, die Mitgliederversammlung im Hotel „Zimmermann“.

Mittwoch, den 14. August: Im „Karthäuserhof“,

- 8 Uhr vormittags: Ausschüß zur Prüfung der Lage der Privatforstverwaltungsbeamten.
- 9 „ „ „ Schulbeirat der Forstlehrlingschule Templin.
- 10 „ „ „ Ausschüß für Unterrichts- und Prüfungswesen.
- 3 Uhr nachmittags: Unterausschüß für Dienstverträge.
- 4 „ „ „ Ausschüß für Versicherungswesen.
- 5 „ „ „ Ausschüß für Kassen-, Rechnungs- und Haushaltswesen.

Donnerstag, den 15. August: Im „Karthäuserhof“,

- 9 Uhr vormittags: Weiterer Vorstand,
- abends: Zusammenkunft im „Karthäuserhof“.

Freitag, den 16. August: Im Hotel „Zimmermann“,

- 9 Uhr vormittags:

36hnte Mitgliederversammlung

des Vereins im Hotel „Zimmermann“ nach §§ 19 bis 25 der Satzungen.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Stimmenzahl für die Bezirksgruppenvertreter.
2. Berichterstattung über die Tätigkeit und Entwicklung des Vereins seit der letzten Mitgliederversammlung. Berichterstatter: Oberförster Dr. Bertog-Galensee.
3. Die Jahresrechnung des Vereins für 1911 und Genehmigung des Haushaltsplans für 1913. Berichterstatter: Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach-Eberswalde.
4. Die Forstlehrlingschule Templin. Berichterstatter: Oberförster Jacob-Templin.
5. Erwerb und Belastung von Gelände zur Erweiterung der Forstlehrlingschule Templin. Berichterstatter: Oberförster Dr. Bertog-Galensee. Mitberichterstatter: Der Schulpfleger.
6. Die Försterprüfungen 1912. Berichterstatter: Oberförster Mehner-Madlip.
7. Der große forstliche Lehrgang 1912 in Lauterbach. Berichterstatter: Forsttrat Eulefeld-Lauterbach.
8. Die Fürsorge für die Ausbildung und Fortbildung der Schutzbeamten für den Privatforstdienst. Berichterstatter: Forsttrat Eulefeld-Lauterbach.
9. Die kleinen forstlichen Lehrgänge. Berichterstatter: Oberförster Linde-Haltern.
10. Der Stellennachweis des Vereins. Berichterstatter: Generalsekretär Hermannski-Galensee.
11. Das Versicherungsamt des Vereins. Berichterstatter: Waldmeister Fiebig-Orzlyski.
12. Neuere Erscheinungen und Strömungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft mit besonderer Berücksichtigung des Privatwaldes. Berichterstatter: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach-Eberswalde.
13. Schutz der Titel. Hierzu entsprechende Anträge der Bezirksgruppen III, VII, VIII und XV. Berichterstatter: Oberförster Dr. Bertog-Galensee.
14. Ortsgruppenbildung. Berichterstatter: H. von Eichl-Streiber-Oppershausen.
15. Wahl des Ortes für die Mitgliederversammlung 1913.
16. Anträge (nach § 22 der Satzungen).

Anträge zu den Punkten der Tagesordnung sind dem Vorsitzenden in der Versammlung schriftlich zu übergeben.

Nach der Sitzung: Besichtigung der Großherzoglichen Forstakademie und der Forstgärten, dann gemeinsames Mittagessen im „Karthäuserhof“.

Donnerabend, den 17. August: Forstlicher Ausflug in das Herrn Kammerherrn von Schußbar, Schloß Hohenhaus bei Hertleshausen, gehörige, von Herrn Oberforsttrat Dr. Matthes-Eisenach verwaltete Revier Hohenhaus (Reiteinteilung steht noch nicht fest).

Die Mitglieder, welche sich an dem gemeinsamen Mittagessen am Freitag, dem 16. August, und dem forstlichen Ausfluge beteiligen wollen, werden gebeten, sich baldmöglichst (spätestens bis zum 5. August) bei der Geschäftsstelle des Vereins in Galensee, Karlshof Straße 13, anzumelden.

Galensee, den 15. Juli 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und über das Vereinsleben für die Zeit seit der Mitgliederversammlung bis zum 1. Juli 1912.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1911:

2632 Privatforstbeamte,
203 Waldbesitzer,
90 außerordentliche Mitglieder

2925 Mitglieder im ganzen.

Bis zum 1. Juli 1912 traten 218 neue Mitglieder hinzu (darunter 196 Privatforstbeamte, 13 Waldbesitzer, 9 außerordentliche Mitglieder). Von 3 ausgeschiedenen Vereinsmitgliedern wurde die frühere Mitgliedschaft wieder hergestellt, daher Zugang 221 Mitglieder.

In derselben Zeit verlor der Verein durch:

Tod	31 Mitglieder
Austritt	98 "
Streichung	67 "
Ausschluß	2 "

im ganzen also Abgang . . 198 Mitglieder

Mit hin betrug der wirkliche Zugang an Mitgliedern 23. Von den außerordentlichen zu den ordentlichen Mitgliedern ist übergetreten 1 Mitglied.

Danach stellt sich die Zahl der Mitglieder am 1. Juli 1912 auf:

2653 Privatforstbeamte,
206 Waldbesitzer,
89 außerordentliche Mitglieder

2948 Mitglieder im ganzen.

Die Vermögenslage des Vereins ist gut. Auch der große forstliche Lehrgang, der in diesem Jahre zum zweitenmal abgehalten wurde, hat keine übermäßigen Ausgaben verursacht, da Herr Kommerzienrat Neumann-Neudamm auch in diesem Jahre hochherzigweise einen namhaften Betrag hierzu beigefeuert hat.

Der Kassenbestand betrug am 1. Juli 1912, einschließlich des Vereinsvermögens, welches im Betrage von 8800 M in preussischen Staatspapieren angelegt, 14474,65 M (gegen 8859,57 M am 1. Juli 1911).

Der weitere Vorstand hielt seine Winter-tagung am 16. Februar in Berlin ab und beschäftigte sich dabei mit folgenden Angelegenheiten: Stand des Vereins, Rechnung für 1911, Der große forstliche Lehrgang 1912, Vorbereitung zur Mitgliederversammlung 1912, Anerkennung der bestehenden Ortsgruppen als Glieder des Vereins, Wissenschaftliche Thematia in den Mitgliederversammlungen, Schutz der Titel, Zuwahlen in Ausschüsse, Wahl eines Mitglieds der akademisch geprüften Privat- und Kommunalforstbeamten in den Ausschuß zur Prüfung der Lage der Privatforstverwaltungsbeamten, Neuwahl eines Waldbesitzers in den weiteren Vorstand, Beschlüsse der Ausschüsse.

Der große forstliche Lehrgang der inzwischen abgehalten worden ist, wurde eingehend besprochen und der Stundenplan genehmigt.

Auch der Schutz der Titel soll, trotz der zahlreich erhobenen Bedenken über den Erfolg, an maßgebender Stelle erstritten werden. Ich verweise hierbei auf den Bericht über diese Sitzung,

veröffentlicht in Nr. 17 der „Deutschen Forst-Zeitung“.

Der Ausschuß für Unterrichts- und Prüfungswesen tagte am 15. Februar in Berlin, desgleichen auch der Schulbeirat für die Forstlehrlingschule Templin.

Aus den Verhandlungen ist zunächst besonders der Bericht über die Entwidlung der Forstlehrlingschule Templin hervorzuheben. Die finanzielle Lage der Schule ist gesichert. Die laufenden Beiträge werden fast alle, trotzdem die Verpflichtungszeit vieler Waldbesitzer zur Zahlung eines Beitrages mit diesem Jahre abläuft, von diesen weitergezahlt. Der Andrang zur Schule war wieder außerordentlich groß, so daß ein großer Teil der angemeldeten Schüler zurückgewiesen werden mußte. Der Gesundheitszustand und die körperliche Weiterentwidlung der Schüler war vortrefflich. Die Abgangsprüfung wurde in der Zeit vom 10. bis zum 14. Juni abgehalten.

Um den jungen Forstleuten in größerem Maße Gelegenheit zur besseren Ausbildung bei den wachsenden Anforderungen an die Privatforstschutzbeamten zu geben, hat der weitere Vorstand die Gründung einer zweiten Forstlehrlingschule oder Erweiterung der Schule Templin beschlossen. Da ersteres aus schwerwiegenden Gründen, namentlich Nichtvorhandensein des erforderlichen Kapitals, vorläufig nicht möglich ist, ist der Ausschuß in Verhandlungen mit dem Magistrat Templin zwecks Ankaufs des zum Erweiterungsbau erforderlichen Geländes getreten. Das Ergebnis der Verhandlungen wird in der nächsten Mitgliederversammlung bekanntgegeben und darüber Beschluß gefaßt.

Bemerkenswert ist ferner die Verhandlung über Stellungnahme des Vereins zu den in letzter Zeit neuentstandenen Privatforstschulen.

Forstliche Lehrgänge (kleine) werden im Jahre 1912 abgehalten in Brandenburg (von der Landwirtschaftskammer), in der Provinz Sachsen (von der Landwirtschaftskammer), in Hannover (vom Verein), in Bayern (vom Verein). Unsere Mitglieder sind ferner aufmerksam gemacht worden auf eine Anzahl Obstbaukurse, Vienenkurse usw., welche von den Landwirtschaftskammern der verschiedenen Provinzen und Bundesstaaten abgehalten wurden.

Zu der Forstprüfung für 1912 hatten sich 38 Prüflinge gemeldet. Von diesen mußten zwei auf Grund der Prüfungsordnung zurückgewiesen werden. Es mußten infolge der großen Anzahl von Bewerbern zwei Prüfungen abgehalten werden, die eine in Wartha (Schlesien) in der Zeit vom 24. bis 29. Juni, die andere in Templin (Urn.) in der Zeit vom 8. bis 13. Juli. Da bei Drucklegung dieses Berichts die Prüfungen noch nicht beendet sind, steht das Ergebnis derselben nicht fest.

Am 1. Juli 1911 waren im Stellennachweis vorgemerkt 123 Bewerber, es ließen sich in die Listen des Nachweises bis zum Juli 1912 neu eintragen 113 "

236 Bewerber,

es erhielten von diesen 236 Bewerbern Stellen durch den Nachweis bis zum 1. Juli 1912 . . . 30 Bewerber, anderweitig erhielten bzw. verblieben in ihrer alten Stellung oder schieden aus anderen Gründen aus 42 „

72 Bewerber,

so daß am 1. Juli 1912 in den Listen des Stellennachweises noch vorgemerkt waren 164 Bewerber. Es wurden in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis zum 1. Juli 1912

angeboten 112 Stellen,
abgeschlossen 30 Anstellungen.

Im übrigen ist auf den besonderen Geschäftsbericht des Stellennachweises aufmerksam zu machen.

Auch das Versicherungsamt ist in ständiger Weiterentwicklung begriffen. Es wurden bis zum 1. Juli 1912 abgeschlossen: 77 Lebensversicherungen, 48 Unfallversicherungen, 135 Haftpflichtversicherungen, Viehvericherungen zu einem Werte von 80 670 M und 17 Brandversicherungen.

Auch hier sei auf den besonderen Geschäftsbericht des Versicherungsamtes hingewiesen.

Die vom Verein aufgestellten Dienstverträge haben nunmehr eine endgültige Fassung erhalten. Sie sind in drei Vordrucken hergestellt: Vordruck I für Anstellung von Gutsförstern, Vordruck II für Anstellung von Forstbeamten in größeren Verwaltungen auf Kündigung, Vordruck III für lebenslängliche Anstellung. Zu den Dienstverträgen ist ein Muster einer Försterdienstvorschrift verfaßt, die bei den Waldbesitzern und den Privatforstbeamten guten Anklang finden dürfte.

Die Versammlungen der Bezirksgruppen zeigten reges Leben. Forstliche Vorträge, Waldausflüge und gesellige Veranstaltungen trugen wesentlich dazu bei, anregend auf das Vereinsleben zu wirken. Die Bestrebungen mancher Ortsgruppen, als selbständige Glieder dem Verein angeschlossen zu werden, sollen die diesjährige Mitgliederversammlung beschäftigen.

Das „F a h r b u c h“ des Vereins ist erweitert und verbessert. Besonders ist der in ihm enthaltene Terminkalender über Fortbildungsgelegenheiten recht eingehend und umfangreich geworden. Der Artikel „Rückblick auf sieben Jahre Vereinsleben im Verein für Privatforstbeamte Deutschlands“ ist vom Vorsitzenden ergänzt und wieder als „Rückblick auf neun Jahre Vereinsleben“ aufgenommen worden.

Auch in diesem Jahre muß es wieder bebauert werden, daß das Vereinsorgan, die „Deutsche Forst-Zeitung“, trotz des Vorzugspreises von 5,20 M für das ganze Jahr (sonstiger Preis 8 M und 48 S Bestellgeld) immer noch lange nicht von allen Mitgliedern gehalten und gelesen wird. Die Führung der Vereinsgeschäfte wird durch diesen Umstand wesentlich erschwert.

Im ganzen kann das abgelaufene Geschäftsjahr als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Alle bisherigen Zweige der Vereinstätigkeit haben

Gutes gezeitigt, neue sind wiederum hinzugekommen. Der Verein ist somit wieder weiter fortgeschritten auf dem Wege zu seinem Ziele, der Wahrnehmung und Pflege der Interessen der Privatforstbeamten Deutschlands. Besonders erfreulich ist es, daß dieses erreicht wurde im Einvernehmen mit den berufenen Vertretern des Privatwaldbesitzes und den Waldbesitzern selber. Möge diesem Ziele auch weiter in der bisherigen Weise zugestrebt werden.

Salensee, im Juli 1912.

Im Auftrage
des weiteren Vorstandes.
Dr. Bertog.

Bezirksgruppe II (Pommern).

Am Dienstag, dem 23. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet in Kößlin (Hotel zum Deutschen Hause) die Hauptversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Vereinsangelegenheiten.
2. Wahl des Delegierten für Eisenach.
3. Vortrag: die Probenienzfrage des Kiefernsaemens.
4. Gemeinsame Besichtigung der Ausstellung.

Es wird ein Vertreter der Versicherungsgesellschaft, die mit dem Verein einen Vertrag hat, anwesend sein.

Oberförster Schulz, Vogelhang.

Bezirksgruppe XV (Vereinigung der Privatforstbeamten der Grafschaft Glatz und Umgegend).

Auf Grund des Beschlusses der letzten Bezirksgruppenversammlung in Glatz findet am Sonntag, dem 21. Juli 1912, eine Exkursion in die städtische Oberförsterei Habelschwerdt und daran anschließend eine Bezirksgruppenversammlung statt, wozu die Herren Mitglieder hierdurch ergebenst eingeladen werden. Gäste sind willkommen. Zusammenkunft in Habelschwerdt, Forsthaus Wustung, mittags 12,30 Uhr. Um 12,45 Uhr: gemeinschaftliches Essen (Gebek 1,50 M).

Um 2 Uhr: Abmarsch zur Waldbtour. Nach Rückkehr Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vereinsangelegenheiten.
2. Wahl des Delegierten zur diesjährigen Mitgliederversammlung in Eisenach.

Anmeldungen zum Essen müssen bestimmt bis spätestens 20. Juli an den Unterzeichneten erfolgen. Zahlreiche Beteiligung erbeten.

S o s s m a n n, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Beizugs-

Preis

3861. Gräßl. von Hebern'sche Fideikommissherrschaft Grotzendorf und Laule, Greiffenberg Um. (B.-Gr. IX.)
3862. Müller, Eugen, Forstpraktikant, Seyern t. Oberfranken. (B.-Gr. XIV.)
3863. Smolarzki, Michael, Forstassesse (Fideikommissherrschaft Baahq), Baahq b. Mit-Teiff, Kr. Gammeln. (B.-Gr. II.)
3864. Wendorf, F. W., Förster, Forsthof Pausdorf b. Kemplin t. Meckl. (B.-Gr. III.)
3866. Pavlow, Karl, Förster (Reg.-Kat a. D. Dr. Curtius), Wd. Gut Wusthau b. Bad Emsloe. (B.-Gr. IV.)
3867. Sach, Hans, Wäldmeister (Fürst v. Fleß), Wiedkau bei Nieder-Salzbrunn. (B.-Gr. XV.)

3868. Wersfagen, August, Förster (B. Köppen), Stenbal. (B.-Gr. XVI.)
 3869. Krüger, Otto, Forstleube (b. Flemming), Saahig b. M.-Tessin, Rr. Cammin. (B.-Gr. II.)
 3870. Seeliger, Otto, Forstausseher (Först. v. u. zu Brenlen), Bemer, Rr. Baderborn. (B.-Gr. XI.)
 3871. Dabel, Vincent, Forstausseher (Först. von u. zu Brenlen), Bemer, Rr. Baderborn. (B.-Gr. XI.)
 3872. Merzin, Fich, Forstausseher (Graf von Franken-Sierstorff), Bernhadt i. Schlef. (B.-Gr. VII.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
 Gebert, Richard, Förster, Neuforschaus b. Wilsch, Bez. Bromberg.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:
 Rr. 864, 822, 2064, 2823, 2721, 2860, 2998, 8170, 3538, 3598 je 4 M., Rr. 3864 11 M., Rr. 3870—3872 je 7 M.

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
 zu Halensee-Berlin, Karlshof Str. 13.

Warnung vor Abonnentenversicherung.

Wie bereits in den früheren Jahren, so werden auch jetzt die Forsthäuser wieder überschwemmt durch Kellamedruckachen, betreffend Abonnentenversicherung der Zeitschrift „Nimrod“. — Von Vereinsmitgliedern sind Anfragen hierher gekommen um Auskunft über dieses verlockende scheinende Angebot. Wir können nun nur bekanntgeben, daß sich das Versicherungsamt mit dieser Sache bereits eingehend befaßt hat, und ist eine nähere, zahlenmäßige Ausführung in den Nummern 14 und 15, Band 25, der „Deutschen Forst-Zeitung“ enthalten. Wir können den damals angegebenen Ausführungen nichts weiter hinzufügen und möchten alle Vereinsmitglieder nur bitten, in ihrem eigenen Interesse die damaligen Ausführungen genau durchzulesen. Wer dann noch von einer solchen Versicherung etwas erhofft, dem ist eben nicht zu helfen. Das einzige, welches sich gegen die damaligen Ausführungen geändert hat, ist das, daß die Prämien für Unfallversicherung bei uns jetzt etwas gegen früher erhöht sind. In gleicher Weise ist aber, menschlichem Ermessen nach, auch die Sicherheit für die von uns Versicherten gestiegen, und das ist doch wohl der Punkt, auf den es jedem, der die Ausgabe für eine Versicherung in seinen Etat einsetzt, in der Hauptsache ankommt.

Auf den gelben Zetteln, welche der „Nimrod“ versendet, sind auch drei Bescheinigungen über empfangene Entschädigungen abgedruckt; wir möchten dabei nur konstatieren, daß der genaue Wortlaut dieser Bescheinigungen auch auf den im Jahre 1910 versandten Kellamzetteln stand. Selbstredend ist auch der weitere Inhalt wortgetreu derselbe. Vom Jahre 1909 an scheint wahrscheinlich nichts mehr gegeben worden zu sein.

Wir können weiter nicht umhin, auf die Sitzung des Reichstages vom 22. März hinzuweisen. Es wurde dort folgende Resolution angenommen (diese Mitteilungen sind der „Versicherungspraxis“ entnommen):

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesekentwurf vorzulegen, durch den die sogenannte Abonnentenversicherung verboten wird.“

Wir verweisen alle, die dieser Angelegenheit näheres Interesse entgegenbringen, auf das Stenogramm dieser Sitzung; einige Auszüge dürften aber zur Klärung der Sache beitragen. Der damalige Referent über diese Resolution äußerte sich u. a. folgendermaßen:

„In diesem hohen Hause ist schon wiederholt über den Unfug der sogenannten Abonnentenversicherung gesprochen worden.“ Zum erstenmal wurde diese Angelegenheit erörtert gelegentlich der Beratung des Gesetzes über den Versicherungsvertrag im Mai 1908. Der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Nieberding, erklärte bei dieser Angelegenheit dem Stenogramm nach folgendes:

„Ich bin der Ansicht, daß ein anständiges literarisches Unternehmen sich mit solchen Sachen nicht beschäftigen kann. Es würde sicherlich wohlthätig wirken, wenn aus den Reihen der Presse heraus dieser Ansicht kräftiger Ausdruck gegeben würde.“

Der Herr Staatssekretär erklärte in dieser Sitzung weiter:

„Sollte mit Hilfe der Stellung, welche die Rechtsprechung des Reichsgerichtes eingenommen hat, und mit Unterstützung der durch die Presse vertretenen öffentlichen Meinung auf diesem Gebiete sich eine vollständige Abhilfe nicht erzielen lassen, so wird nichts anderes übrigbleiben, als den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten.“

In seiner weiteren Rede erklärte der Herr Referent, daß die Abonnentenversicherung ein öffentlicher Volksbetrug sei.

Diese Blütenlese dürfte wohl genügen, um unsere Mitglieder über den wahren Wert dieser, für den Uneingeweihten recht günstig scheinenden Versicherungsart aufgeklärt zu haben; es dürfte ferner auch die Erklärung dafür bieten, warum auf keinen Fall unsere „Forst-Zeitung“ sich mit einem derartigen Abonnentenfang, denn anders kann man das nicht nennen, abgeben wird. Die von einzelnen Mitgliedern darüber gemachten Vorschläge sind ja sehr gut gemeint, doch werden die Antragsteller jetzt wohl selbst davon zurückkommen.

Versicherungsamt
 des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
 in Schwarzwald-Posen.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 585. — Natürlicher Schutz in Buchen-Besamungsschlägen. Von Dinsle. 585. — über den Anbau der Nichte im Regierungsbezirk Potsdam. 587. — Widerstandsfähigkeit beim Pilz-sammeln. Von A. Freymuth. 589. — Zur Forstratsfrage. Von B. Rehr. 590. — Folgen der Hitze und der Dürre des Jahres 1911. 590. — Die Buchenmast 1912. Von Gutsch. 591. — Der Buchenprimarwettbewerb. 591. — Mitteilungen aus dem Einbecker Stadtwalde. Von Kühne. 591. — Nomenklatur in der Wubener Stadtforst. 592. — Der Glöb-Forstlingische Forstverein. 592. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erläuterungen. 594. — Der Königl. Forstinspektor a. D. Rudolf Schmeller zum Stadtförst in Umzlang gewählt. 594. — Beichtigung von Ausforschungen in Westfalen. 595. — Förderung der privaten Forstwirtschaft in Baden. 595. — Waldschutzwachen betreffend. 595. — Wald-brandversicherung in Schleswig-Holstein. 595. — Aus den Jäger-Bataillonen. 595. — Amtlicher Marktbericht. 595. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 595. — Brief- und Fragekasten. 596. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 597. — Nachrichten des „Waldheil“. 599. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 599. — Inserate.

Zur Schneebalkkollekte für den Jagdausscher Ott und die Witwe Schäfer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß im Jahre 1896 zugunsten des durch einen Wilderer schwer verwundeten Jagdausscher Ott und der Witwe des ermordeten Oberjägers Schäfer von unbekannter Seite eine Schneebalkkollekte veranstaltet wurde, in welcher die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“ als Sammelstelle für die Beiträge genannt ist. Wir erklären schon damals, daß diese Kollekte ohne unser Wissen und Willen in Umlauf gelangt sei, machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß derartige Kollekten gesetzlich verboten sind, und baten wiederholt bringend, die Schneebalkkollekte für Ott und Schäfer einzustellen. Trotzdem gingen im Laufe der Jahre und gehen auch jetzt immer noch Beiträge für den genannten Zweck, teils mit unliebsamen Bemerkungen, bei unserer Expedition ein. Wir nehmen daher Bezugnahme, die Empfänger von Schneebalkbriefen nochmals dringend zu bitten, dem Umlauf der Schneebalkkollekte zu steuern und diese endlich einmal außer Kurs zu setzen. Die jetzt noch bei und eingehenden Beiträge werden dem Verein „Waldbell“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, überwiesen. (897)

Die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“.

Holz und Güter

Sägewerk.

Gesucht zum sofortigen Kauf eines gutgehenden, rentablen Sägewerks, fast ohne Konkurrenz, ein tätiger Teilhaber mit einem Einlagekapital von 10000 Mk. Forstbeamte und Fachleute bevorzugt. Offerten unter A. B. 894 bef. die Exped. der Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm.

Etwa 60 Hekt. altfreie Birken-Kulturland verkauft Forster Goso, Gr. Dobbern, Kr. Rottb. (881)

Personalien

Bekanntmachung.

Die Försterstelle des Forsthausbezirks Granderich ist infolge Vererbung des bisherigen Inhabers bis zum 1. Oktober d. J. zu besetzen. Das Grundgehalt der Stelle beträgt 1200 Mk., steigend von 8 zu 8 Jahren um je 200 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2400 Mk. Außerdem wird eine pensionfähige Brennholzentgeltabgabe von 100 Mk. gewährt. Der Wert der vorhandenen Dienstwohnung beträgt 800 Mk. (884)

Forstverorgungsberechtigte Bewerber oder Reservejäger werden ersucht, ihre Meldungen unter Beifügung des Forstverorgungsscheines oder des Militärpasses, sowie der seit dessen Erteilung erlangten Dienst- u. Führungszeugnisse, die den ganzen seitdem verfloßenen Zeitraum belegen müssen, innerhalb 8 Wochen dem Unterzeichneten vorzulegen, sowie auch eine Erklärung beizufügen, daß sie durch die Anstellung ihre Forstverorgungsansprüche als erfüllt betrachten.

Senheim, den 2. Juli 1912.
Der Bürgermeister.
Kloeckner.

Suche zum 1. 10. für lehrreiches Revier, in der Nähe von Breslau, einen
Forstlehrling
mit guter Schulbildung. Off. u. Nr. 899 bef. die Exp. der D. Forst-Ztg., Neudamm.

Familien-Nachrichten

Statt Karten!

Die glückliche Geburt eines gesunden, kräftigen (888)

Jungen

zeigen hoch erfreut an
Forstassessor Uth und Frau
Mathilde, geb. Moritz,
Brodembach a. d. Mosel,
den 11. Juli 1912.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange meines lieben Mannes, des Königl. Försters
Gerh. Loorm,
sage ich allen hiermit innigen Dank. (891)

Ravenhorst, im Juli 1912.
Frau Loorm.

Stellbesetzte:

Rahl, Förster in Thretost.

Städtische Försterstelle.

Die Stelle eines städtischen Försters für den Stadtbezirk Pfaffenbach im Thüringerwald ist zum 1. Oktober d. J. neu zu besetzen. Das Dienst-einkommen beträgt: 1400 Mk., steigend von 8 zu 8 Jahren um je 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 1900 Mk.

Der Anstellung geht eine einjährige Probezeit voraus.
Bereits endgültig angestellt gewesenen Beamten werden die Umzugskosten in ortsgesetzlichem Umfang erstattet.

Inhaber des Forstverorgungsscheines und Reservejäger der Klasse A wollen ihre Bewerbungen alsbald, spätestens aber innerhalb 8 Wochen anher einreichen.

Schmalzkalben, den 8. Juni 1912.
Der Magistrat.
Bühne. (892)

Für Försterei mit Landwirtschaft wird ältere, erfahrene (896)

Stücke

per 1. Sept. 1912 gesucht. Dienstmädchen vorhanden. Forsthaus Schweinebrühl b. Gladow, Am., Kreis Landsberg a. W.

Forstmann,

25 Jahre alt, Realschulabsolvent, (Einj.-Berecht.), 4 Semester forstliche Hochschule, 5 jährige gediegene Kauslei- und Revierpraxis (hat in Österreich angestellt), sucht baldigst Stellung als Revierleiter, Revierförster oder Forstassistent in Deutschland oder deutsche Kolonie. Off. u. „Forst“ 892 bef. d. Exp. d. D. Forst-Ztg., Neudamm.

Prüfungen, Ausstellungen, Schauen, Preisschießen.

Bekanntmachung.

In der zwischen dem 21. und 29. September d. J. in Saarbrücken stattfindenden Ausstellung des Landwirtschaftlichen Vereins der Rheinprovinz ist eine Ausstellung für Forst und Jagd sowie für Jagdbentestücke

enthalten. In die Jagdabteilung fällt auch der Bogenschuß. Nähere Auskunft erteilt Herr Stadtförster Welsmüller zu Saarbrücken 1, von welchem auch die Anmeldungsformulare zu beziehen sind. **Schluss der Anmeldungen ist der 15. August.** Bentestücke, die in der Rheinprovinz oder von rheinischen Jägern außerhalb erbeutet sind, sind zugelassen. (898)

Der Vorsitzende des Ausstellungsausschusses.
Schneider, Oberförster.

Brauchbares Forst- u. Jagdpersonal, Verwaltungs-, Betriebs- und Jagdbeamte

empfiehlt den Herren Forst- u. Jagdbesitzern

„Waldbell“,

eingetragener Verein, Neudamm.

Von dem Vereine sind ferner erhältlich umsonst und postfrei: Sagenen, sowie Preislisten zum Eintritt in „Waldbell“. Jeder deutsche Forst- und Jagdbeamte, höhere Forstbeamte, Waldbesitzer, Weidmann und Jäger der grünen Erde, sowie auch als Mitglied. — Mitgliedszahl ca. 3700. — Endlich sind zu beziehen Wohlfahrtskarten zum Preise von 1 Mk. für den Bogen, à 50 Stück. (2)

Für unverh., der Forst- ledigen, sekretär war, **Förster,** ist anderweit Stellung. Betreffender ist ehrlich, rüstig u. fähig. 28 Jahre alt. (895)

Kneer, Oberförster, Ehringerfeld.
Suche für einen jüngeren, verheirateten (890)

Forstmann

per sofort oder 1. Oktober gute Stellung. Selbiger ist vereidigt, gebieter Jäger, erfahren in Jagd, Forst- und Landwirtschaft. Seine Zeugnisse stehen zur Verfügung von Bünau, Leutnant.

Schlösschen b. Ramen, Sa.

Rgl. Forstmann.

Förstervrg. best., sucht von sofort ab. spät dauernde Stellung. Off. u. Nr. 889 bef. d. Exp. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm

Jäger der Klasse A, mit guten sucht forstliche Beschäftigung zum 1. Oktober d. J. Off. u. Nr. 887 bef. d. Exp. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm.

Suche per bald od. sp. für m. Brd. eine Hilfsjägerstelle.

Der. ist 18½ J. alt, 1,75 m groß, tüchtig im Forst- und Jagdgesch. Gütige Offert. erbittet Forstkaufherr Woltz, Rohlsbüche bei GutsMuths, Schl. (896)

Reservejäger Kl. A, 2

22 Jahre alt, sucht berufsmäßige Beschäftigung zum 1. 10. Offert. unt. O. F. 35 Spandau, Hauptpostamt, postl.

1 evtl. 2 sind. forest.

übernehmen für die Herbstferien irgendwelche forstl. Beschäftigung. Off. u. Nr. 888 bef. d. Exp. d. D. Forst-Ztg., Neudamm.

Privatforstlehrling.

Junger Mann, 18 Jahre alt, der keine Unterzungen schenkt 2 Jahre eine Präparandie besucht, 1 Jahr im Forst praktisch gearbeitet hat, wünscht auf einer größeren Forstförsterei als Forstlehrling einzutreten. Off. unt. J. M. M. 889 bef. d. Exped. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatsforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärte, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeilungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeilungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 30.

Mendamm, den 28. Juli 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle **Nassau** im Regierungsbezirk **Wiesbaden** ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 14. August** eingehen.

Försterstelle Tannenwald in der Oberförsterei **Homburg**, Regierungsbezirk **Wiesbaden**, ist zum 1. November 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 1. September** eingehen.

Einiges über die Schulverhältnisse in den Forstgutsbezirken Preußens.

Von Königl. Forstassessor **von Barendorff**.

Das Schulunterhaltungs-gesetz vom 28. Juli 1906 — in Kraft getreten am 1. April 1908 — hat eine einheitliche Regelung der Schulverhältnisse innerhalb der ganzen Monarchie, mit Ausnahme der Provinzen Westpreußen und Posen, bei denen infolge der besonderen politischen Verhältnisse eine Änderung der bisherigen Zustände nicht ratsam erschien, herbeigeführt. Die Durchführung des Gesetzes, das auch den Gutsbezirken viele neue Lasten, Pflichten und Rechte gebracht hat, ist inzwischen wohl im großen und ganzen überall erfolgt. Gleichwohl dürfte es vielleicht, auch mit Rücksicht darauf, daß viele Forstbeamte als Gutsvorsteher und Mitglieder von Schulvorständen sich ständig mit Schulangelegenheiten zu befassen haben, zweckmäßig

erscheinen, in eine kurze Betrachtung der neu geschaffenen Schulverhältnisse der Forstgutsbezirke einzutreten.

Der grundlegende Gedanke des Gesetzes ist im § 1 ausgesprochen und besteht darin, daß die Aufbringung der Kosten für Errichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen den bürgerlichen Gemeinden und den selbständigen Gutsbezirken obliegt. Damit sind die Gutsbezirke zu Trägern der Schullast geworden, führen als solche die Bezeichnung „Schulverband“ und genießen die Rechte der Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie können entweder einen eigenen Schulverband oder in Verbindung mit anderen Schulverbänden einen Gesamtschulverband bilden. Erstere ist der Fall, wenn

der Gutsbezirk entweder eine eigene Schule besitzt oder seine Kinder sämtlich oder auch nur zum Teil in einen anderen Schulverband *gastrweise* eingeschult sind. Er kann aber trotzdem, wie im Gesetz ausdrücklich hervorgehoben ist, noch einem oder mehreren *Gesamtschulverbänden* angehören. Verhältnismäßig selten wird ein Forstgutsbezirk eine eigene Schule besitzen, häufiger wird die *gastrweise* Einschulung seiner Kinder in einen anderen Schulverband sein, aber in den weitaus meisten Fällen wird er mit einem oder mehreren anderen Schulverbänden zusammen *Gesamtschulverbände* bilden. Letzteres hat der Gesetzgeber auch zweifellos beabsichtigt, denn die *gastrweise* Zuweisung, so günstig sie auch aus namentlich finanziellen Gründen für einen Forstgutsbezirk ist, soll nur ein *Notbehelf* sein. Sie wird in jedem Falle, ebenso wie die Bildung, Änderung und Auflösung der *Gesamtschulverbände*, nach Erfüllung gewisser Bedingungen von der Schulaufsichtsbehörde, d. h. der Regierungsabteilung für Kirchen und Schulwesen, beschlossen.

Am der Spitze jedes *Gesamtschulverbandes* steht als ausführende Behörde ein *Verbandsvorsteher*, dem ein aus Vertretern der zum *Gesamtschulverbande* gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke sich zusammensetzender Schulvorstand beigegeben ist. Die einem Gutsbezirk zustehenden Stimmen werden vom Gutsbesitzer oder dessen Beauftragten geführt. Er kann aber auch, — und dies wird die Regel sein — eine der ihm zustehenden Stimmenzahl (welche im Verhältnis zu den Beiträgen steht, die der Gutsbezirk an den *Gesamtschulverband* zu leisten hat) entsprechende Anzahl von Vertretern ernennen. Als solche eignen sich in den meisten Fällen am besten die den betreffenden *Gesamtschulverbänden* zunächst wohnenden Förster. Diese haben die nötige Fühlung mit der Bevölkerung, sind mit den örtlichen Verhältnissen vertraut und können daher jederzeit die Interessen des von ihnen vertretenen Gutsbezirks mit Nachdruck wahren.

Die wichtigste Aufgabe des *Verbandsvorstehers* ist die Verteilung der Schullasten auf die zum *Gesamtschulverbande* gehörenden Gemeinden und Gutsbezirke. Maßgebend sind für ihn hierbei die Bestimmungen des viel umstrittenen § 9 des Schulunterhaltungsgesetzes. Die Vorschriften dieses Paragraphen sind in der ersten Zeit vielfach mißverstanden worden, haben zu zahlreichen Verwaltungstreiten Anlaß gegeben und sind erst durch eine Entscheidung des Obergerichtes vom 2. Juni 1911 völlig klargestellt worden. Rein äußerlich betrachtet zerfällt der § 9 in fünf Abschnitte, von denen die ersten vier gesetzliche Verteilungsregeln geben, wogegen der letzte Absatz die Möglichkeit einer von den gesetzlichen Anordnungen ab-

weichenden Verteilung gibt. Die Vorschrift des Absatzes 1, wonach in *Gesamtschulverbänden* die Verteilung der Schullasten zur einen Hälfte nach dem Verhältnis der Kinderzahl, zur anderen nach dem Verhältnis des Steuerfolls der beteiligten Kommunalverbände zu erfolgen hat, ist ganz allgemein aufzufassen und gilt für alle *Gesamtschulverbände*. Diese allgemeine Regel erfährt jedoch durch Absatz 2 insofern eine Einschränkung, als für den Fall, daß ein Gutsbezirk zu mehreren *Gesamtschulverbänden* gehört, nun nicht jeder *Gesamtschulverband* den Gutsbezirk bei der Verteilung der zweiten Hälfte der Schullasten mit seinem vollen Steuerfoll heranziehen darf. Es würde sonst eine ganz erhebliche Mehrbelastung der Gutsbezirke stattfinden. Um dies zu verhindern, dürfen in einem solchen Gutsbezirk die Steuern für jeden *Gesamtschulverband* nur nach Verhältnis der Kinderzahl, welche aus dem Gutsbezirk dessen Schule besucht, zur Gesamtzahl der aus dem Gutsbezirk öffentliche Volksschulen überhaupt besuchenden Kinder in Anrechnung gebracht werden. Während der Absatz 3 die Feststellung der Kinderzahl nach dreijährigem Durchschnitt bestimmt und Absatz 4 die Vorschriften des zweiten Absatzes auch auf den Fall bezieht, daß ein Gutsbezirk als eigener Schulverband noch zu einem *Gesamtschulverband* gehört, gibt der Absatz 5 dem Kreis- oder Bezirksausschuß (bei Beteiligung einer Stadt) die wichtige Befugnis, unter gewissen Bedingungen ein Abweichen von den gesetzlichen Verteilungsregeln zu beschließen:

1. In den Fällen des Absatzes 1, d. h. beim Vorliegen des ganz allgemein für alle *Gesamtschulverbände* geltenden Grundsatzes der Verteilung der Schullasten zur einen Hälfte nach der Kinderzahl, zur anderen nach dem Steuerfoll, kann eine völlige Änderung dieser Verteilungsregel durch Beschluß des Kreis- oder Bezirksausschusses nur bei Zustimmung sämtlicher Beteiligten erfolgen. In einem solchen Falle kann eine vollkommen neue Verteilungsregel festgesetzt werden, etwa lediglich nach der Kinderzahl, oder der Fläche usw.

Stimmen nun aber nicht alle Beteiligten zu, so kann auf Antrag von Beteiligten oder der Schulaufsichtsbehörde die mangelnde Zustimmung durch den Kreis- bzw. Bezirksausschuß ergänzt werden. Es darf dann aber nur eine Änderung der Verteilung der zweiten Hälfte der Schullasten nach dem Verhältnis des Steuerfolls stattfinden. Der allgemeine Grundsatz des Absatzes 1 muß unangetastet bleiben, es müssen also die Schullasten nach wie vor nach der Kinderzahl einerseits und nach dem Steuerfoll andererseits verteilt werden.

Hiermit ist aber nicht gesagt, daß die Verteilung zur einen Hälfte nach der Kinderzahl und zur anderen nach dem Steuerfoll erfolgen muß. Bei der allgemeinen Fassung des Absatzes 5 erscheint der Kreis- und Bezirksausschuß berechtigt, auch bei Ergänzung der mangelnden Zustimmung Beteiligter eine Änderung in der Art vorzunehmen, daß an die Stelle der gesetzlichen Quote von $\frac{1}{2}$ zu $\frac{1}{2}$ z. B. das Verhältnis $\frac{1}{3}$ zu $\frac{2}{3}$ tritt.

2. In den übrigen Fällen, d. h. bei der Zugehörigkeit eines Gutsbezirks zu mehreren Gesamtschulverbänden, kann eine Änderung der Bestimmung, daß die Verteilung des Steuerfolls auf die einzelnen Gesamtschulverbände nach dem Verhältnis der Kinderzahl zu erfolgen hat, schon auf Antrag von Beteiligten beschloffen werden. Es ist also für diesen Fall weder eine Zustimmung der Beteiligten erforderlich, noch die Ergänzung einer mangelnden Zustimmung durch den Kreis- und Bezirksausschuß notwendig. Andererseits bleibt aber für eine anderweitige Verteilung auch nur die nach dem Steueraufkommen zu verteilende Hälfte der Schullasten frei. In der Regel wird in einem solchen Falle den Gesamtschulverbänden vom Kreis- oder Bezirksausschuß das Steuerfoll des Gutsbezirks in festen Quoten zur Inanspruchnahme bei Verteilung der zweiten Hälfte der Schullasten nach den Steuern überwiesen werden. Eine derartige Regelung kann im allgemeinen auf den betroffenen Gutsbezirk in finanzieller Hinsicht nicht von allzu großem Einfluß sein, kann aber z. B., wenn er zeitweise in die Schule eines Gesamtschulverbandes keine Kinder schickt, zur Folge haben, daß er gleichwohl an denselben Schulbeiträge zu entrichten hat, zu denen er sonst nach § 9 Abs. 2 nicht hätte herangezogen werden können. Andererseits muß zugegeben werden, daß durch eine Zuteilung von festen Steuerquoten die Schuletats der Gesamtschulverbände eine Beständigkeit erhalten, wie sie sie auf Grund der gesetzlichen Verteilungsregel infolge der Abhängigkeit von der ständig schwankenden Kinderzahl nicht haben. —

Die Kenntnis der durch § 9 des Schulunterhaltungsgesetzes gegebenen Verteilungsregeln sowie der allein möglichen Änderungen derselben durch Beschluß des Kreis- oder Bezirksausschusses muß für jeden Besitzer oder gesetzlichen Vertreter eines Forstgutsbezirks von größtem Werte sein; denn das Bestreben der Gesamtschulverbände, denen ein Forstgutsbezirk angehört, wird wohl meist dahin gehen, den Gutsbezirk nach Möglichkeit zu den Schullasten heranzuziehen. Infolge ihrer isolierten Lage werden die Forst-

gutsbezirke meist nur verhältnismäßig wenig Schulkinder aufweisen und tragen daher trotz ihres häufig recht hohen Steuerfolls zu den Schullasten der Gesamtschulverbände, denen sie zugeteilt sind, nur wenig bei. Das Ziel der beteiligten Gemeinden wird also stets naturgemäß sein, beim Kreis- oder Bezirksausschuße eine anderweitige Verteilung der Schullasten zu erwirken, die es ihnen ermöglicht, den Forstgutsbezirk stärker zu den Schulbeiträgen heranzuziehen. Hierdurch erwächst andererseits dem Vertreter oder Besitzer der betreffenden Forstgutsbezirke die Pflicht, sich mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen genau bekanntzumachen, um zur Wahrung seiner Interessen gegen einen ihm ungünstigen Beschluß des Verwaltungsgerichts, der vielleicht wegen nicht genügender Berücksichtigung des § 9 des Schulunterhaltungsgesetzes schon an und für sich unzulässig sein kann, sogleich mit dem gesetzlichen Rechtsmittel, der Beschwerde, vorgehen zu können. Über die Beschwerde würde in einem derartigen Falle der Bezirksausschuß oder der Provinzialrat, je nachdem sich die Beschwerde gegen den Beschluß des Kreis- oder Bezirksausschusses richtete, zu beschließen haben (§ 121 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883). Weider Entscheidungen sind endgültig.

Die nach den gesetzlich oder durch Beschluß des Kreis- oder Bezirksausschusses festgesetzten Verteilungsregeln aufgestellten Oberverteilungspläne, in denen der Gesamtbedarf an Schulunterhaltungskosten für jedes Schuljahr auf die einzelnen zugehörigen Kommunalverbände verteilt wird, werden durch den Verbandsvorsteher den letzteren zugestellt. Ein Zeitpunkt, bis zu welchem diese Verteilung stattzufinden hat, ist im Gesetz nicht bestimmt. Jedoch wird es sich besonders für diejenigen Gutsbezirke, in denen eine Unterverteilung stattfindet, empfehlen, darauf zu dringen, daß ihnen die Oberverteilungspläne möglichst frühzeitig — also etwa bis 1. Juli jeden Jahres — zugehen. Im Regierungsbezirk Potsdam hat z. B. die Schulaufsichtsbehörde eine generelle Anordnung in diesem Sinne getroffen.

Interessant ist die Frage, wem der Verbandsvorsteher die für einen Gutsbezirk bestimmte Schullastenforderung zuzustellen hat. Maßgebend hierfür ist der § 8 des Schulunterhaltungsgesetzes, der aber bisher wohl häufig mißverstanden worden ist und auf dessen große Bedeutung erst kürzlich das Oberverwaltungsgericht in seinen Entscheidungen vom 8. Dezember 1911 und vom 8. März 1912 hingewiesen hat. Hiernach muß man unterscheiden zwischen Gutsbezirken, in denen der Gutsbesitzer alle Schullasten allein trägt, sei es freiwillig, sei es, daß eine Unterverteilung gesetzlich nicht zulässig ist, und zwischen

Gutsbezirken, in denen eine Unterverteilung stattfindet. Im ersteren Falle hat der Verbandsvorsteher den betreffenden Gutsbezirk zu Händen des Gutsbesizers zu den Schullasten heranzuziehen, und diesem steht dann auch die Erhebung des Einspruchs zu. Ganz anders liegen aber die Verhältnisse in Gutsbezirken, in denen nach § 8 Abs. 2 des Schulunterhaltungsgesetzes eine Unterverteilung der Schullasten stattfindet. In einem solchen Falle — der bei den forstfiskalischen Gutsbezirken wohl die Regel bildet — rückt der Gutsbesitzer, bei forstfiskalischem Besitz also der Staat, in die rechtliche Stellung eines Steuerpflichtigen im Gutsbezirk ein und ist als solcher zu dessen Vertretung nicht mehr berufen. An seine Stelle tritt vielmehr der Gutsvorsteher, dem also die Schullastenforderung zugestellt werden muß und dem auch die Erhebung des Einspruchs und auch der Klage zusteht. Die Mühe und namentlich auch die Verantwortung, die den Gutsvorstehern hierdurch erwächst, ist nicht gering. Zunächst liegt ihnen die Aufgabe ob, die ihnen von den Verbandsvorstehern zugehenden Oberverteilungspläne bezüglich der richtigen Heranziehung des Gutsbezirks zu prüfen und bei Feststellung von Fehlern innerhalb der gesetzlichen vierwöchigen Frist bei dem Verbandsvorsteher Einspruch zu erheben. Letzterer muß gehörig begründet sein und vor allem auch deutlich den Betrag angeben, um den eine Ermäßigung gefordert wird. Über den Einspruch beschließt der Verbandsvorsteher, gegen dessen Beschluß dem Gutsvorsteher binnen zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zusteht. Bemerkt muß noch werden, daß diese beiden Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung haben, daß also die Schullastenforderungen, auch wenn sie falsch sind, ohne Verzug an die betreffenden Schullasten abgeführt werden müssen, allerdings vorbehaltlich einer etwaigen Rückerstattung. Zuständig für die zu erhebende Klage ist in erster Instanz der Kreis, sofern eine Stadt beteiligt ist, der Bezirksausschuß.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Gutsvorsteher in Gutsbezirken, die unter § 8 Abs. 2 des Schulunterhaltungsgesetzes fallen, ist die Unterverteilung der Schullasten auf die Gutsinsassen. Nach dem angeführten Paragraphen ist eine Unterverteilung nur statthaft in Gutsbezirken, die entweder

1. nicht im ausschließlichen Eigentum des Gutsbesizers stehen, oder
2. in denen einer anderen Person als dem Gutsbesitzer ein Erbbaurecht zusteht, oder
3. in denen Steuerpflichtige wohnen, die nicht in einem Lohn- oder Dienstverhältnis zum Gutsbesitzer stehen.

Nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes vom 18. Mai 1909 ist unter einem Lohn-

oder Dienstverhältnis nur ein privatrechtliches Vertragsverhältnis, nicht aber z. B. das öffentlich-rechtliche Staatsdienerverhältnis zu verstehen. Es wäre also hiernach in einem, einem Privatmann gehörigen Forstgutsbezirk, in dem nur von ihm angestellte Forstbeamte wohnen, die Unterverteilung der Schullasten gesetzlich unzulässig, während sie in einem forstfiskalischen Gutsbezirk mit Staatsforstbeamten als einzigen Gutsinsassen zugelassen ist. Ohne weiteres ist aber auch in den oben angeführten drei Fällen eine Unterverteilung nicht möglich, sondern erst, nachdem ein bei dem Kreisausschuß zu beantragendes Statut nach Anhörung der Beteiligten erlassen und vom Bezirksausschuß bestätigt ist. Die Beitragspflicht und das Verfahren der Unterverteilung müssen den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 angepaßt werden. Die näheren Vorschriften werden durch das Statut getroffen, das also auch die Art der Heranziehung, ob nur nach der Einkommensteuer, oder der Grundsteuer oder auch nach allen bei der Kommunalbesteuerung zugelassenen Steuern, bestimmt. Das Statut hat auch besonders den Zeitpunkt des Steuerfolls festzusetzen, der der Unterverteilung zugrunde gelegt werden soll. In der Regel wird hierzu wohl das Steuerfoll zu Beginn des Rechnungsjahres, also am 1. April, bestimmt werden. Der Zeitpunkt der Unterverteilung hängt davon ab, wann die Forderungen der Gesamtschulverbände eingehen, und ob der Gutsbezirk nur einem oder mehreren Schulverbänden angehört. Zweckmäßig wird der Gutsvorsteher — wie schon ausgeführt — auf möglichst frühzeitige Zustellung der Oberverteilungspläne zu dringen haben, und dann sofort, nachdem er sich vergewissert hat, daß weitere Forderungen der Gesamtschulverbände für das laufende Rechnungsjahr nicht mehr zu erwarten sind, die Unterverteilung auf sämtliche nach dem Kommunalabgabengesetz Steuerpflichtigen vornehmen. Die Vorschriften über das weitere Verfahren, Auslegen der Hebelste, Einziehung der Schulbeiträge, und namentlich auch Reklamation seitens der veranlagten Gutsinsassen, sind in den, den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepaßten Statuten durch den Kreisausschuß zu treffen.

Schließlich darf noch eine wichtige neue Bestimmung des Schulunterhaltungsgesetzes nicht unerwähnt bleiben, nämlich der § 10, wonach die Vorschriften des § 53 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 — abgeändert durch Gesetz vom 24. Juli 1906 — zugunsten der Gutsbezirke entsprechende Anwendung finden, insofern Mehr Ausgaben für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens in Betracht kommen.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen des angezogenen Paragraphen — in seiner neuen

Fassung — lauten: „Wenn in einer Gemeinde durch Personen, die in einer anderen Gemeinde im Betriebe von Berg-, Hütten- oder Salzwerken, Steinbrüchen, Ziegeleien, Fabriken oder Eisenbahnen beschäftigt werden und dieser Beschäftigung wegen in der ersteren zugezogen oder verblieben sind, nachweisbar Mehrausgaben für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens oder der öffentlichen Armenpflege oder für polizeiliche Zwecke erwachsen, welche im Verhältnis zu den ohne diese Personen für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindeausgaben einen erheblichen Umfang erreichen und eine unbillige Mehrbelastung der Steuerpflichtigen herbeiführen, so ist eine solche Gemeinde berechtigt, von der Betriebsgemeinde einen angemessenen Zuschuß zu verlangen. Bei Bemessung desselben sind neben der Höhe der Mehrausgaben auch die nachweisbar der Gemeinde erwachsenden Vorteile, soweit sie in der Steuerkraft zum Ausdruck kommen, zu berücksichtigen. Die Zuschüsse der Betriebsgemeinde dürfen in keinem Falle mehr als die Hälfte der gesamten in der Betriebsgemeinde von den betreffenden Betrieben zu erhebenden direkten Gemeindesteuern betragen.“

Liegt der Betrieb in einem **Gutsbezirk**, so richtet sich der Anspruch gegen den Gewerbetreibenden. Die Zuschüsse dürfen alsdann die

Hälfte der der Kreisbesteuerung dieses Betriebes zugrunde liegenden Einkommensteuer und Realsteuern und, wenn der Betrieb nicht gewerbesteuerpflichtig ist, drei Viertel der seiner Kreisbesteuerung zugrunde liegenden Einkommensteuer nicht übersteigen.

Die Bestimmungen des ersten und zweiten Absatzes finden auf den Anspruch eines Gutsbezirks auf Zuschuß gleichmäßige Anwendung usw.“

Beim Zusammentreffen der Ansprüche mehrerer Gemeinden oder Gutsbezirke findet, wenn die Höchstgrenzen überstiegen werden, eine verhältnismäßige Kürzung der einzelnen Ansprüche bis zu der Höchstgrenze statt. Über streitige Ansprüche beschließt der Kreis- bzw. Bezirksausschuß (bei Beteiligung einer Stadtgemeinde), gegen dessen Beschluß innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren stattfindet.

Forstgutsbezirke werden gern wegen der vielen Annehmlichkeiten, die das Wohnen in ihnen bietet, von Arbeitern und Betriebsbeamten benachbarter Fabriken bewohnt. Der obige Paragraph bietet nunmehr dem Gutsbesitzer eine geeignete Handhabe, um sich gegen die unbillige Mehrbelastung durch erhöhte Schulden dadurch zu schützen, daß er von der Gemeinde, in der der betreffende Betrieb liegt, einen angemessenen Zuschuß verlangen kann.

Mitteilungen.

— **Die Gehälter der französischen Forstbeamten.** Um Mitte Mai tagte in Paris eine Versammlung der französischen Staatsforstbeamten, welche sich wesentlich mit den Rang- und Gehaltsverhältnissen dieser Stiefkinder in der französischen Beamtenwelt beschäftigte. Die vorgetragenen Wünsche waren eigentlich recht bescheiden und gingen im wesentlichen nur dahin, Gleichstellung mit den entsprechenden Stufen in der Gendarmarie und der Armee zu verlangen. Bis jetzt stehen nämlich die Gehälter der Forstbeamten noch weit hinter denen der entsprechenden militärischen Grade zurück. So erhalten die gardes forestiers, welche etwa unseren Waldwärtner entsprechen, nur ein Anfangsgehalt von 800 Frs., welches später auf 900 Frs. steigt, von dem aber noch Abzüge für die spätere Pension gemacht werden, so daß der Beamte täglich nur 2,11 bis 2,33 Frs. wirklich bekommt. Das Gehalt der Gendarmen beträgt demgegenüber 1364 bis 1570 Frs., das der Grenzaufseher 1150 bis 1600 Frs., und selbst das der Briefträger 900 bis 1500 Frs. Dabei fallen die Nebeneinkünfte, welche sonst auch den unteren Forstbeamten ihre Existenz erleichtern, hier fast ganz fort. Nur etwa ein Drittel der gardes forestiers hat Dienstwohnung mit einem Stückchen Gartenland. Die nächsthöhere Beamtenklasse, die brigadiers forestiers, etwa unseren Förstern gleichstehend, haben

1000 bis 1300 Frs. jährlich, während die Gendarmenwachmeister 1700 bis 2300 Frs. und die Obergrenzaufseher 1700 bis 1800 Frs. erhalten. Auch das höhere Forstpersonal, welches seine Ausbildung zu Ranch oder Les Barres erhält, wird in ähnlicher Weise gering besoldet und steht hinter dem Militär weit zurück. So erhält ein garde général stagiaire oder sous-lieutenant forestier (Revierförster ohne Revier) 2000 Frs.; ein Gendarmen- oder sonstiger Unterleutnant 2500 bis 2900 Frs. Selbst ein berittener Gendarmenwachmeister steht sich besser. Der wirklich verwaltende Revierförster, garde général oder lieutenant forestier, bezieht 2300 bis 2600 Francs, während der Leutnant in der Armee 3100 bis 3817 Frs. erhält. Ähnlich ist es in den noch höheren Graden. Der forstliche Unterinspektor (inspecteur adjoint) mit dem Rang eines capitaine hat ein Gehalt von 3000 bis 4000 Frs., der Hauptmann in der Armee aber 3817 bis 5612 Frs., je nach Alter und Truppengattung. Der wirkliche Forstinspektor, commandant inspecteur des forêts, steht sich auf 4000 bis 4500 Frs., die entsprechende Rangklasse in der Armee auf 5812 Frs. Man sieht also, daß, selbst wenn die Wünsche der französischen Forstbeamten erfüllt würden, dieselben noch keineswegs sich einer günstigen materiellen Stellung zu erfreuen hätten. Auch wenn man die größere Anspruchslosigkeit und auch stellenweise

größere Wohlfeilheit des Lebens in Frankreich berücksichtigt, bleiben die Gehälter noch immer erheblich hinter denen anderer Länder zurück. Ich habe dabei nicht nur Preußen im Auge, wo die Besoldungen fast das Doppelte betragen. Selbst Spanien und das „arme“ Portugal bezahlen ihre Beamten weit besser. So erhält z. B. der Verwalter des etwa 500 Morgen umfassenden Klosterforstes Bussaco, unweit Coimbra, 6000 Frs. jährlich, obgleich Stellung und Bildung nur der eines deutschen Revierförsters entsprechen dürfte. Der eingangs erwähnte Forstkongreß verlief im übrigen in größter Harmonie zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Den Sitzungen wohnten stets Abgeordnete des Ministers für Landwirtschaft bei, und dieser letztere ließ es sich nicht nehmen, das Schlußbankett mit seiner Gegenwart zu verschönen, wobei viel treffliche und patriotische Worte geredet wurden. Möchten nun den Worten auch bald Taten folgen! Die armen Forstbeamten machen mit Recht darauf aufmerksam, daß ihre Gehälter seit 50 Jahren keine nennenswerte Erhöhung erfahren hätten, daß bei ihrer geringen Zahl ihre Aufbesserung das Staatsbudget nur unmerklich belasten würde und daß trotz der vielen ertragslosen Aufforstungsflächen usw. die französischen Staatsforsten immer noch weit mehr als das Zehnfache der Personalausgaben einbrächten! Sie betonen ferner mit berechtigtem Nachdruck, daß, wie noch neulich einer der „Unsterblichen“ (Mitglieder des Institut de France), M. Babinet, in sehr bereicher Weise ausgesprochen hat, die französische Erde, wenn sie gut bewirtschaftet und bewässert würde, leicht die doppelte Bevölkerung ernähren könnte. Das wichtigste Hilfsmittel hierzu würden planmäßige und verständige Aufforstungen sein. Die französische Republik ist trotz vieler Vorzüge und Fortschritte bis heute weit mehr ein Staat der Kapitalisten aller Grade und Gattungen als aller Volksklassen gewesen und steht in sozialen Leistungen weit hinter anderen Ländern mit monarchischer Regierung zurück. Auch die ganz unverhältnismäßig schlechte und unwürdige Besoldung ihrer Forstbeamten ist hierfür ein nur zu deutlicher Beweis. W. Kessler.

— **Ernteausfällen für Waldsamereten.** Je mehr die natürliche Verjüngung wieder zu Ehren kommt, je mehr sich die Einsicht Bahn bricht, daß es das Beste ist, den für die Wirtschaft nötigen Waldsamen soviel als möglich im eigenen Revier zu sammeln, desto mehr findet das Samenertragnis im Walde Aufmerksamkeit. In diesem Jahr ist aus der hiesigen Gegend, der bayerischen Rhön, nur Erstliches über die Waldsamen-Ernteausfälle zu berichten. Wie überhaupt die ausgiebige Wärme und starke Besonnung des vergangenen Sommers von den Obstbäumen an bis herab zu den Schlehen und Heidelbeeren das Blühen und Fruchten ungemein und in noch kaum geahenem Maße befördert hat, so ist auch die heutige Samenerzeugung fast aller unserer Waldbäume eine sehr ausgedehnte. Es ist dies wieder ein klarer, deutlicher Fingerzeig dafür,

daß wir den Waldbäumen und Beständen vor allem den Genuß des Sonnenlichtes verschaffen müssen; d. h. ihre Kronen kräftig freihauen und die Bestände richtig durchforsten müssen, wenn sie zum Samentragen geeignet werden sollen. Was zunächst die Nadelhölzer anlangt, so hat die Kiefer einen recht reichlichen Blütenansatz, und wird, wenigstens in hiesiger Gegend, aller Voraussicht nach das Jahr 1913 wieder einmal ein Kiefersamenjahr werden. Die in diesem Jahre noch reif werdenden Zapfen finden sich aber nur spärlich an den Bäumen. In den Fichtenbeständen ist ein mittlerer bis geringer Samenertrag zu erwarten, dagegen habe ich noch nie die Lärchen mit so reichem Ansatz von weiblichen Blüten gesehen wie in diesem Frühjahr. Die Traubeneichen, welche schon im vorigen Herbst hier überaus gut trugen, haben auch heuer wieder sehr schön geblüht, und hoffentlich werden unsere Erwartungen auf eine abermalige gute Raft nicht getäuscht. Wenn alles gut geht, wird das Jahr 1912 auch wieder ein Buchennvollmastsjahr. Trotz Frostbeschädigungen der Blätter an den Talhängen und trotz des überaus stark auftretenden Springrücklers hängen hier die Buchen did voll Edern. Die alte Regel, daß einem trocknen Vorsummer ein Buchennmastsjahr folge, wird sich also wieder bestätigen. Zu befürchten ist nur, daß die Edern nicht richtig ausreifen bei dem starken Befall vom Springrückläufer, denn die Ernährungstätigkeit der Blätter ist erheblich gehemmt, und die eben erscheinenden Käfer befrassen auch die Fruchtblätter. Die schlechten Erfahrungen des Jahres 1909 mit dem Anieb über große Flächen zwecks Ausnützung der Raft werden ja diesmal vor diesem Fehler warnen. Waldbaulich wird damit im Sinne der Erziehung von Mischbeständen nicht viel erreicht, und mit der Überschwemmung des Marktes mit Buchenn- und -brennholz schädigt der Einzelne sich selbst wie die Gesamtheit. Über und über mit Samen bedeckt ist auch die Painbuche, ebenso trägt der Bergahorn hier sehr reichlich. Gärtner.

— **Ein Tiere auffangender Pilz.** Über einen Tiere fangenden Pilz hat man in einem Wassertümpel bei Gratwein in Steiermark, sowie in einem Bassin des Botanischen Gartens in Graz interessante Beobachtungen machen können. Der betreffende Pilz gehört zu den Phrycomyceten. Er ist von seinem Entdecker Sommerstorff wegen seiner tierfressenden Eigenschaft Zoophagus insidians genannt. Es heißt das „nachstellender Tierfresser“. Wie Matoušek im „Botanischen Zentralblatt“ berichtet, bleiben an den Kurzfasenzellen des Myzeliums Käbertiere hängen. Sobald dieses eingetreten, schlagen die Tierchen heftig mit dem Schwanz und sind, sofern sie sich durch diese Bewegungen nicht loszulösen vermögen, nach einer halben Stunde bewegungslos. Das Wachstum der Kurzfasenzelle geht sehr rasch vor sich und nimmt diese ihren Weg durch die Mundöffnung der Tiere in das Innere derselben. Hier bildet sich nun ein Saugorgan, welches aus verzweigten Schläuchen besteht und die Aufsaugung des Tieres vollzieht.

Berichte.

— **Über eine Exkursion der Forstakademie Eberswalde durch die Waren Stadtforst** wird uns aus Eberswalde geschrieben: Zum Studium der mit dem Wühlgrubber des Senators Geist begründeten Kiefernulturen befanden sich am 19. und 20. April 19 Angehörige der Forstakademie Eberswalde in Waren, unter ihnen als Leiter der Exkursion der Direktor der Forstakademie, Oberforstmeister Dr. Möller und mehrere Dozenten. Wie wohl bekannt ist, will der von Senator Geist konstruierte, von der Maschinenfabrik Kähler zu Güstrow angefertigte Wühlgrubber „Reiler“ die Nüchternmachung des als Stickstoffquelle unübertrefflichen, aber leicht vergänglichen „Trodenortses“, der unvollkommen zersehten Überreste der vorherigen Baum- und Bodenvegetation, für die junge Kultur der nächsten Kiefern-Generation auf maschinell, billigen Wege ermöglichen. An Vorläufern dieses Instrumentes sind besonders zu nennen das Spigenbergische Wühlrad und der an die „dänische Kollegge“ sich anlehende Weberische Grubber. Diese Geräte verlangen aber in schwererem Beertraut- oder Seidensilz, die unumgängliche Durchmischung des Trodenortses mit dem Mineralboden ist eine nur unvollkommene.

Wenn der Geistliche Grubber seinen Vorläufern bedeutend überlegen ist, so beruht dies vornehmlich auch auf zwei Konstruktionsprinzipien, einmal auf dem sehr viel stärkeren Gewicht (Gewicht des Weberischen Grubbers rund 9 Zentner, des Geistlichen Grubbers rund 36 Zentner), das dem Grubber Stabilität verleiht und intensive Bearbeitung selbst unter schwierigsten Verhältnissen gewährleistet, sodann auf der Einfügung einer Kettenübertragung, die den Lauf der Wühlachse gegen den der Räderachse verlangsamt und so die Grubberzähne durch den Boden hindurchschleifen läßt. Dies Hindurchschleifen ist die wesentliche Ursache der hier so vorzüglichen Durchmischung von Trodenort und Mineralboden.

Aufgabe der Exkursion war die Vorführung des Grubbers und seiner Hilfsgeräte, zumal des den Gang des Grubbers bei versetztem Bodenüberzug erleichternden, übrigens auch das Entfehlen einer verdämmenden Grasvegetation fast verhindernden Reißers (hergestellt in der Maschinenbauanstalt von H. Dähler-Waren), weiter eine Durchwanderung der im letzten Jahrzehnt im

Revier „Große Tannen“ begründeten Wühlgrubber- und Waldpflugkulturen.

Der Eindruck dieser von 7 Uhr morgens bis 2,30 Uhr nachmittags vorgenommenen Wanderung war der, daß, wie so sehr häufig sonst, die Waldpflugkulturen ungleichmäßig und dürrig standen, weil die besten, im Trodenort enthaltenen Nährstoffe seitlich der Kulturstreifen zu auflagernden, den Graswuchs befördernden Dämmen aufgehäuft waren, und daß der Billigkeit der ersten Anlage unendliche Kosten für Bodenbearbeitung und Pflanzung bei Nachbesserungen gegenüberstanden (alles in allem oft zirkulär 200 M. allein für Bodenbearbeitungskosten). Auf den Wühlgrubberflächen dagegen zeigte sich überall, bei Pflanzungen und Saaten, ein fröhliches Gedeihen infolge der gründlichen Durchmischung von Trodenort und Mineralboden, zeigte sich selbst bei Schütte, Käsestraß, Frost und Wiltverbiß ein sonst nicht gekanntes Erholungsvermögen, zeigte sich weiter ein Fehlen der Kulturpflege so hinderlichen, Graswuchs und Verlandung befördernden hohen Balken zwischen den Kulturstreifen und endlich ein Pflanzenabgang von so geringem Umfang, daß Nachbesserungskosten in der Regel nicht oder in nur ganz verschwindendem Umfange nötig wurden. Dies war um so bemerkenswerter nach dem ungewöhnlich bürren Sommer 1911, der sonst in Kiefernulturen einen so ungeheuren Trodnisabgang verursacht hätte. Dabei hatten nach den mitgeteilten Zahlen die Grubberkulturen an Bodenbearbeitungskosten nur etwa 50 bis 72 M. pro Hektar gekostet. Die gezeigten Kulturbilder bedeuteten sonach einen vollen Erfolg für den Wühlgrubber und seinen Erfinder.

Nach allem konnten die Teilnehmer an der Exkursion beim Verlassen von Waren am Abend des 20. April mit Dank auf einen Tag ganz besonderer, hoch befriedigender forstlicher Eindrücke zurückblicken. Eine Motorbootfahrt auf der schönen, weiten Müritz ließ sie auch die landschaftlichen Schönheiten dieser Gegend dankbar empfinden, die liebevolle Sorge für das materielle Wohl sie dazu der Gastfreundschaft der besuchten Stadt mit besonderer Freude gedenken! S.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.

Vom 5. Juli 1912.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden
Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.
verordnen auf Grund des Artikel 4 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 14 Abs. 1, Artikel 17 und Artikel 25 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung (Reichsgesetzblatt 1911 S. 839) im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats, was folgt:

Artikel 1.

Die Vorschriften des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung über die Errichtung, Ausgestaltung, Vereinigung, Ausscheidung, Auflösung und Schließung von Krankenkassen und das Verfahren dabei treten, soweit sie nicht schon in Kraft gesetzt worden sind, mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung, jedoch unter der Maßgabe in Kraft, daß die allgemeinen Ortskrankenkassen und die Landkrankenkassen sowie solche Änderungen in der Organisation bestehender anderer Kassen, welche nicht durch die Vorschriften

des Krankenversicherungsgesetzes bedingt sind, erst mit dem 1. Januar 1914 ins Leben treten.

Artikel 2.

Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Kassenvereinigungen der im § 414 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Art treten mit dem 1. September 1912 in Kraft.

Artikel 3.

Die Vorschriften des Dritten Buches und die zu ihrer Durchführung erforderlichen anderen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung treten mit dem 1. Januar 1913 in Kraft.

Artikel 4.

Alle übrigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung treten, soweit sie nicht bereits vorher in Kraft gesetzt worden sind oder noch werden, mit dem 1. Januar 1914 in Kraft.

Artikel 5.

Alle bestehenden Gemeindekrankenversicherungen sind mit Ablauf des 31. Dezember 1913 zu schließen.

Artikel 6.

Alle bestehenden Ortskrankenklassen für einzelne oder mehrere Gewerkszweige oder Betriebsarten oder allein für Mitglieder eines Geschlechts sowie alle bestehenden Betriebskrankenklassen und Innungskrankenklassen, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zugelassen werden wollen, haben den Antrag auf Zulassung bei ihrem Versicherungsamte spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 1912 zu stellen.

Artikel 7.

Die den eingeschriebenen Hilfsklassen nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ausgestellten Bescheinigungen werden, soweit diesen Hilfsklassen nicht bereits vorher als Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit eine Bescheinigung nach § 514 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung erteilt worden ist, mit dem Ablauf des 30. Juni 1914 ungültig.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigniel.

Gegeben Baltischport, den 5. Juli 1912.

(L. S.)

Wilhelm

Debrüd.

Bekanntmachung,

betreffend Übergangsbestimmungen für die Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung.

Vom 10. Juli 1912.

Auf Grund des Artikel 100 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat für das Gebiet der Unfallversicherung auf die Zeit vom 1. Januar 1913 ab folgendes bestimmt:

1. Bis zum Inkrafttreten der Ortslöhne und der Grundlöhne nach den §§ 149 bis 152, 180, 181 der Reichsversicherungsordnung tritt

an die Stelle des Ortslohns

der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter im Sinne des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes,

an die Stelle des Grundlohns

der Arbeitslohn, welcher der Berechnung des Krankengeldes jeweils zugrunde zu legen ist.

2. Bis zur Errichtung der Krankenkassen nach § 225 der Reichsversicherungsordnung gelten als solche die Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungskrankenkassen sowie die Gemeindekrankenversicherung und landesrechtliche Einrichtungen ähnlicher Art.

An die Stelle der allgemeinen Ortskrankenklasse und der Landkrankenklasse treten

in den §§ 914, 1045 der Reichsversicherungsordnung die Gemeindekrankenversicherung des Geschäftsorts und, wo keine solche, wohl aber eine landesrechtliche Einrichtung ähnlicher Art besteht, die letztere,

im § 1224 a. a. D. die Gemeindekrankenversicherung des Bezirks, in welchem der Betrieb seinen Sitz hat,

in den §§ 944, 949, 1089, 1091, 1111 a. a. D. die Gemeinde des Wohn- oder Aufenthaltsortes.

3. Als Ersatzklassen gelten die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die zum Betriebe der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit befugt sind, und die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfsklassen so lange, bis die ihnen ausgesetzte amtliche Bescheinigung (§ 75a des Krankenversicherungsgesetzes) ungültig geworden ist (Artikel 25 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung).

4. Soweit in den §§ 586, 950, 1096 der Reichsversicherungsordnung auf den § 203 a. a. D. verwiesen wird, gilt folgendes:

Vom Sterbegelde werden zunächst die Kosten des Begräbnisses bestritten und an den gezahlt, der das Begräbniß besorgt hat. Bleibt ein Überschuß, so sind nacheinander der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister bezugsberechtigt, wenn sie mit dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Fehlen solche Berechtigten, so verbleibt der Überschuß der Genossenschaft.

5. Für die Revision nach § 1109 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung und für die Entscheidung ihrer Ansprüche der im § 1551 a. a. D. bezeichneten Art gilt das Verfahren, das im Sechsten Buche der Reichsversicherungsordnung für die Krankenversicherung vorgeschrieben ist.

6. Im übrigen sind bis zum Inkrafttreten der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung an ihrer Stelle die entsprechenden Vorschriften der geltenden Gesetze über die Krankenversicherung anzuwenden.

Berlin, den 10. Juli 1912.

Der Reichstanzler.

Im Auftrage: Caspar.

Forstskasische Freistellen im Zivilwaisenhaus zu Potsdam.

Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Jagen.

J. Nr. III 2666.

Berlin W 9, 28. Juni 1912.

Durch Erlass vom 29. Januar d. Js. — III 1048 — habe ich der königlichen Regierung u. a. mitgeteilt, daß eine Freistelle im Zivilwaisenhaus zu Potsdam zu Ostern d. Js. von mir zu besetzen war. Da bisher keine Anträge eingegangen sind, sehe ich mich genötigt, die königliche Regierung auf-

zufordern, dieser Angelegenheit noch einmal ihr Interesse zuzuwenden, damit die Stelle wenigstens zum Herbst besetzt werden kann. Auch wäre es wünschenswert, wenn einige Anwärter für die voraussichtlich in nächster Zeit bei diesem Waisen- hause zur Erledigung kommenden Freistellen vorgemerkt werden könnten. Die Stellen bieten so viele Annehmlichkeiten, daß bei genügender Bekanntgabe Meldungen mit Sicherheit zu erwarten sind. Die königliche Regierung wolle daher zu ermitteln suchen, ob in ihrem Bezirke geeignete Knaben vorhanden sind und den Angehörigen die Stellung eines Antrages anheimgeben, der durch dortige Vermittelung unter Beifügung einer nach dem Muster des Erlasses vom 23. April 1898 — III 1164 — dort aufzustellenden Vorschlags- nachweisung hierher zu richten ist.

Für diese Freistellen kommen evangelische Söhne verstorbenen Oberforstmeister, Regierungs- und Forsträte, Oberförster oder vollbeschäftigter Forst- fassantenrentanten in Frage. Die Aufnahme der

Knaben erfolgt zwischen dem 8. und 14. Lebens- jahre, doch können jüngere hier vorgemerkt werden. Die weiteren Aufnahmebedingungen wolle die königliche Regierung aus der Anlage des Erlasses vom 14. Mai 1906 — III 3917 — ersehen.

Die Knaben erhalten im Zivilwaisen- hause freie Erziehung und freien Unterhalt. Den An- gehörigen entstehen daher nur Kosten für ein von der Anstalt festgesetztes geringes Taschengeld, für das Ferienreisegeld und für den Schriftwechsel der Knaben. Je nach den Wünschen der Angehörigen erhalten die Jüglinge in einem Gymnasium, einem Realgymnasium oder einer Oberrealschule Potsdams ihre Ausbildung. Sie verbleiben je nach ihrem Fleiße und nach ihren Fähigkeiten in der Regel bis zum Erlangen der Berechtigung zum einjährig- freiwilligen Dienst oder bis zum Abi- turientenexamen in der Anstalt.

J. A.: Wesener.

An sämtliche königlichen Regierungen (mit Ausschluß deren in Münster und Aachen).

Verschiedenes.

— Das Jahrbuch des Vereins für Privat- forstbeamte Deutschlands für 1912 wird in den nächsten Tagen im Verlage von J. Neumann, Neudamm, erscheinen und zum Preise von 1 M. erhältlich sein. Der Inhalt des jedem Mit- gliede genannten Vereins unentbehrlichen Büchleins ist unter dessen Vereinsnachrichten in dieser Nummer auf Seite 622 angegeben. Danach be- ansprucht das Buch die Aufmerksamkeit jedes Privatforstmannes und Waldbesizers. Auch dem, der sich für die Angelegenheiten der Forstbeamten- Vereine sowie für Beamten-Vereine überhaupt und diesbezügliche Organisationsfragen, endlich für forstliches Bildungswesen interessiert, bietet das in seinem redaktionellen Text 152 Seiten starke Buch viel Anregung. Der Geschäftswelt gibt das ausführliche Mitgliederverzeichnis wert- volles Adressenmaterial.



— Was hat der Beamte für den Fall seines Todes vorzubereiten? (Ein kleines, von dem Eisenbahn-Obersekretär Scharr in Altona-Ottensen im Selbstverlage herausgegebenes Buch.*) Das Schriftchen ist allgemein auf die Reichs- und preussischen Staatsbeamten zugeschnitten, die besonderen Verhältnisse der preussischen Staats- forstbeamten werden darin nicht berührt. Bei- spielsweise wird die wirtschaftliche Auseinander- setzung mit dem Nachfolger nicht erwähnt und über die Gnadengebühnen sowie über die Witwen- und Waisengelder werden sich unsere Leser besser im ersten Teile des Försterjahrbuches für 1912 unterrichten. Trotzdem können wir die Anschaffung des billigen Heftchens nur empfehlen. Es enthält doch vieles, das zu wissen einem sorgsamsten Familien- vater von Nutzen ist, und gibt so manchen guten Rat, den Hinterbliebenen die Schritte zu erleichtern,

die sie nach dem Tode des Ernährers machen müssen, aber ohne die von dem Verfasser empfohlene Vorbereitung häufig nur mit nachbarlichem Bei- stand ausführen können. Das Heft gibt eine aus- führliche Anweisung für die Gänge der Hinter- bliebenen, die vor und nach der Beerdigung nötig sind. In ein vorgedrucktes Muster kann der Beamte sämtliche Angaben eintragen, die dem Standesamt zu machen sind. Auch ein Muster zur Eintragung der für die Berechnung der Hinter- bliebenenbezüge maßgeblichen Personalverhältnisse fehlt nicht. An der Hand der Ausführungen auf Seite 40 bis 43 des Försterjahrbuches für 1912 wird jeder preussische Staatsförster dieses Muster leicht ausfüllen können. Das Buch enthält u. a. die Bestimmungen über die Feuerbestattung, über die Leichenbeförderung, über die Aufhebung des Mietvertrages, über die Abfassung des Testaments und über die Erbschaft. Zu der Anzeige über den Wegfall des steuerpflichtigen Einkommens wird ein Muster gebracht. Ferner wird auf einige in C. Vanges Verlag in Leipzig erschienene Heftchen hingewiesen, die nach Berufsarten gesondert den Eltern in klarer, über- sichtlicher Weise alles Wissenswerte vermitteln sollen, was über den von den Kindern zu wählenden Beruf gesagt werden kann. Wir haben uns das Heft „Der Forstbeamte“ kommen lassen. Dieses Heft gibt eine gute Anleitung für die höhere und die mittlere Laufbahn in der preussischen Staats- forstverwaltung. Aus der Gemeinde- und Privat- forstbeamtenlaufbahn bringt es allerdings nichts. Insofern würde der Titel richtiger, „Der preussische Staatsforstbeamte“ lauten. Leider ist das schon in der zweiten Auflage erschienene Heft vor der letzten Gehaltsaufbesserung geschrieben, so daß die seitdem eingetretenen mannigfachen Änderungen noch nicht berücksichtigt sind. Eine neue verbesserte Auflage würde daher zweckmäßig sein. Derartige Unternehmungen sollten nicht immer mit dem Neubruck warten, bis die alte Auflage vergriffen ist.

*) 8½ Bogen Vorbrudformulare und 64 Druck- seiten Text für 50 Pf. + 10 Pf. Porto.

Waldbrände.

Johannisburg, Ostpreußen, 10. Juli. In der königlichen Oberförsterei Kullit, Schutzbezirk Hymna, sind am gestrigen Tage etwa 2,5 ha 50jähriges Kiefernstangenholz durch Feuer vernichtet worden. Der Grund soll durch russische Schmuggler, die dort die Grenze überschritten und brennende Zigarettenreste wegwarfen, verursacht worden sein.

Lippoldhausen, Landkreis Dortmund, 15. Juli. In den Wäldungen des Freiherrn v. Rütelen wütete ein großer Waldbrand, bei dem auch aufgearbeitetes Grubenholz mitverbrannte.

Pirmasens, 15. Juli. Unterhalb des gebrochenen Felsens brach gestern nachmittag in der Nähe eines alten Weges, und zwar gleichzeitig an zwei verschiedenen Stellen, ein Waldbrand aus, dessen Entstehung auf Brandstiftung zurückzuführen sein dürfte. Er verbreitete sich in den 10- bis 15jährigen Buchen-, Kiefern- und Fichtenschonungen unter dem Einflusse eines starken Nordostwindes sehr rasch und vernichtete den Jungwuchs auf einer großen Fläche. Der Schaden wird auf 10 000 M angegeben.

Blankenhain, 16. Juli. Ebenfalls auf das Fortwerfen glimmender Zigarrenstummel ist der Waldbrand im Forstort Rasenbänke zurückzuführen. Glücklicherweise entstand hier das Feuer im Kiefernaltholz, es konnte, nachdem es auf einer Fläche von rund 1 ha die Bodenbedeckung zerstört hatte, gelöscht und weiteres Vordringen verhindert werden.

Baden-Baden, 17. Juli. Die gegenwärtig herrschende Hitze und die hierdurch bedingte große Trockenheit begünstigt die Entstehung der Waldbrände, von denen in nächster Nähe unserer Stadt bereits mehrere zu verzeichnen waren. Der bedeutendste hiervon brach aber gestern mittag in der Abteilung Iferst des hiesigen Stadtwalbes aus. Wegen 50 ha Altholz wurden dadurch, daß das Feuer nur das Unterholz ergreift, glücklicherweise nur beschädigt, trotzdem ist der Brandschaden aber beträchtlich. Heute nachmittag brannte es in der Gegend der Stourbza-Kapelle; der sofort herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, durch Aufwerfen von Gräben den Brand einzudämmen. Als Entstehungsursache ist das Wegwerfen von brennenden Streichhölzern, überhaupt Unvorsichtigkeit beim Rauchen im Walde seitens der Spaziergänger, festgestellt worden.

Heubude, 17. Juli. Im Distrikt 11 der Heubuder Forst richtete ein Waldbrand, der erst nach dreistündiger, energischer Löscharbeit auf seinen Fort beschränkt werden konnte, erheblichen Schaden an.

Karthaus, 17. Juli. Durch eine Dampfwalze, welche bei den Reparaturarbeiten auf der durch die hiesige königliche Forst führenden Chaussee benutzt wird, entstand bereits gestern früh durch herausgeworfene Asche ein kleiner Waldbrand. Der Förster des Reviers verbot es daraufhin dem Führer der Walze, während der Fahrt neue Kohlen aufzuschütten, da durch das Öffnen der Feuerthür Funkenauswurf verursacht wird, welcher bei der jetzt herrschenden Dürre leicht Brand verursacht.

Dieses ist nicht befolgt worden, so daß am Nachmittage wiederum ein Waldbrand entstand, bei dem gegen 12 ha junger Kiefernplantagen und Schonungen vernichtet wurden. Der Schaden beträgt etwa 3000 M und dürfte von dem Unternehmer der Chausseearbeiten zu tragen sein.

Röln, 17. Juli. Auch hier hat die Hitze der letzten Tage mehrere Waldbrände veranlaßt, die bedeutenden Schaden anrichteten. Im HohenWonn, besonders auf belgischer Seite, zwischen Spa und Sart, ist eine ganze Anzahl Wald- und Heidebrände entstanden, die nur mit Ausbietung vieler Löschmannschaften bewältigt werden konnten. Auf belgischem wie preussischem Gebiet sind Feuerthürme errichtet, von denen aus die dort stationierten Brandwachen die Wälder überblicken und jedes Feuer rasch entdecken können. Infolgedessen gelang es den Brandwachen in den meisten Fällen, die entstehenden Brände noch vor größerer Ausdehnung zu löschen. Wo Eisenbahnen durch die Wälder führen, ist außerdem noch ein besonderer Überwachungsdienst eingerichtet.

Plettenberg, 17. Juli. Ein Waldbrand vernichtete einen Teil des dem Grafen Plettenberg gehörenden Waldes, der Schaden soll beträchtlich sein.

Berlin, 18. Juli. Infolge der trockenen Witterung sind die Waldbrände in den Wäldungen um Berlin wieder sehr zahlreich. Am Sonntag, dem 14. Juli, wurden im ganzen acht Waldbrände gemeldet, von denen die in der Fürstlichen Forst und an der Göttinger Bahn angekommenen Feuer eine größere Ausdehnung erlangten. Am Mittwoch, dem 17. Juli, brannte es im Grunewald im Tagen 11 zwischen den Militärschießständen und dem Grunewaldsee. Außerdem brannte es an diesem Tage auch am Bahnhof Oberspree. Hier ist das Feuer durch die Unvorsichtigkeit eines Spaziergängers entstanden, es richtete erheblichen Schaden an und konnte nur mit vieler Mühe, nachdem es gegen 1 ha 20- bis 25jährige Kiefern Schonung vernichtet hatte, gelöscht werden.

Cottbus, 18. Juli. Der zwischen den Dörfern Brodowitz und Casel gelegene Wald des Grafen v. Wigleben-Altdöbern wurde gestern nachmittag durch Feuer auf einer Fläche von 25 ha vernichtet. Nur den zahlreichen Landleuten, welche die Erntearbeit im Stich ließen und zur Hilfe herbeieilten, ist es zu verdanken, daß das Feuer keine größere Ausdehnung erreichte.

Budow, Mark, 19. Juli. Die v. Flemming'schen Forsten haben durch Feuer einen großen Schaden erlitten. Aus unbekannter Ursache, wahrscheinlich durch Spaziergänger, kam dieses zum Ausbruch und vernichtete 4 ha wüchlige Kiefernbestände. Herr v. Flemming beabsichtigt, infolge dieser und ähnlicher Schäden seine Wäldungen, die zu den schönsten der Mark gehören, für den Fremdenverkehr zu sperren.

Greifswald, 19. Juli. Ein großer Waldbrand brach am Dienstagnachmittag in dem zur königlichen Oberförsterei Schenhausen gehörigen Revier Juhlendorf bei Warth aus. Da die herbeigeeilten Löschmannschaften die weitere Ausdehnung des Brandes bei der augenblicklichen, außerordent-

lichen Dürre nicht verhindern konnten, rüdten noch am Abend auf Vermittlung des Regierungspräsidenten 80 Mann des Infanterie-Regiments Nr. 42 zur Hilfeleistung ab. Weitere Nachrichten über den angerichteten Schaden fehlen bis jetzt.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Herr, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Forststelle der Landwirtschaftskammer der Provinz Schlesien, hat die Amtsbezeichnung „Oberförster der Landwirtschaftskammer“ erhalten.

Dr. Laßke, Forstbeirat der Landwirtschaftskammer der Provinz Schlesien und Leiter ihrer Forststelle, hat die Amtsbezeichnung „Forstmeister der Landwirtschaftskammer“ erhalten.

Herr, Forstassessor der Landwirtschaftskammer, ist zum „Oberförster der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen“ ernannt.

Affekt, Förster zu Camengin, Oberförsterei Bornthum, Regbz. Köslin, ist der Titel „Hegemeister“ verliehen.

Bempel, Forstausseher zu Wiegarten, Oberförsterei Rüdtenmühl, ist nach Rothensier, Regbz. Stettin, versetzt.

Schack, Förster zu Wellin, Oberförsterei Stolp, Regbz. Köslin, ist der Titel „Hegemeister“ verliehen.

Zu Anerkennung hervorragender Leistungen bei dem großen schweren Waldbrande am 3. und 4. September v. J. wurden nachstehend aufgeführten Personen die folgend bezeichneten Orden und Ehrenzeichen verliehen:

der Rote Adlerorden 4. Klasse dem Forstmeister **Folgt** zu Schwerin a. W.;

das Verdienstkreuz in Gold dem Hegemeister **Folke** zu Albsteden;

das Verdienstkreuz in Silber den Förstern **Fischer** zu Neukrug und **Wolke** zu Hirschberg;

das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber den Goldhauern **Leo Hauke** und **Josif Prybicki**, beide aus Albsteden;

das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze dem Goldhauern **Hilso Hoffmann** aus Neukrug.

Das Verdienstkreuz in Gold wurde verliehen den Hegemeistern a. D.:

Hank zu Groß-Schirran, bisher zu Naukel, Oberförsterei Heiden, Regbz. Königsberg; **Bertram** zu Rotenburg (Hannover), bisher zu Ruhne, Oberförsterei Rotenburg, Regbz. Stade; **Krakat** zu Ulsballe, bisher zu Rallweilen, Oberförsterei Ulsballe, Regbz. Gumbinnen.

* Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen:

Brellen II, Goldhauernmeister zu Nauort, Oberförsterei Selters, Regbz. Wiesbaden; **Swert**, Hauemeister zu Borkendorf, Oberförsterei Selgenau, Regbz. Bromberg;

Prämmer, Goldhauernmeister zu Wügemich, Kreis Montjoie, Regbz. Aachen; **Roder**, Goldhauernmeister zu Hartlich, Kreis Aachen, Regbz. Aachen; **Sorlet**, Goldhauernmeister zu Wügemich, Kreis Montjoie, Regbz. Aachen; **Seemann**, Goldhauernmeister zu Vödderitz, Oberförsterei Vödderitz, Regbz. Magdeburg; **Winkel**, Oberholzhauer zu Kleinwenden, Oberförsterei Lohra, Regbz. Erfurt.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen:

Ahrns, Waldarbeiter zu Medelsfeld, Kreis Lehe, Regbz. Stade; **Busse I**, Goldhauer zu Vödderitz, Oberförsterei Vödderitz, Regbz. Magdeburg; **Recke I**, Goldhauer zu Neuhagen, Kreis Grafschaft Hohenstein, Regbz. Erfurt;

Pösch, Hauemeister zu Bouquetin, Oberförsterei Grammin, Regbz. Stettin; **Wiesemann I**, Goldhauer zu Friedrichsrode, Oberförsterei Lohra, Regbz. Erfurt.

Zum Forstverwaltungsbezirk Minden ist die Forstasse für die Oberförsterei Oberkirchen in Oberkirchen, Kreis Grafschaft Schaumburg, am 1. Juli d. J. mit der Forstasse für die Oberförsterei Gasse in Groß-Neundorf, Kreis Grafschaft Schaumburg, vereinigt worden. Der Amtsitz der vereinigten Forstassen ist Groß-Neundorf.

Gemeinde- und Privatdienst.

Schneider, Oswald, Rädtischer Oberförster im Stadtforst Schweidnitz (Schlesien), tritt mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand.

Schneider, Georg, Landgräflich Hessischer Wildmeister zu Wilhelmshaus bei Hanau, ist zum Forstverwalter im Stadtforst Schweidnitz (Schlesien) vom 1. Oktober d. J. ab gewählt.

Bei der Reichsgräflich Schaffgotsch'schen Verwaltung Warmbrunn (Rüg.) finden zum Oktober umfangreiche Veränderungen unter dem Forstpersonal statt. Versetzt werden: Revierröhrer **Seibert** von Schreiberhau an das Forstrevier Seidorf (St. Annafelle); Revierröhrer **Reidingsfeld** von Wolfshau an das Forstrevier Baden (Schreiberhau); Revierröhrer **Schwermer** von Rieselwald an das Forstrevier Hinsberg; Revierröhrer **Schmidt** von Hinsberg an das Forstrevier Reisträger (Schreiberhau); Revierröhrer **Haupt** von Hirschdorf gräf. an das Forstrevier Wolfshau-Ort; Revierröhrer **Reinisch** von Wolfshau an das Forstrevier Hirschdorf gräf.; Revierröhrer **Altmann** Schreiberhau unter Ernennung zum Revierröhrer an das Forstrevier Petersdorf mit Wohnung in Rieselwald; Revierröhrer **Fußel** von Saalberg an das Forstrevier Mühlhieschen; Revierröhrer **Hertwig** von Hinsberg an das Forstrevier Saalberg; Revierröhrer **Reyer**, Franz, von Schreiberhau an das Forstrevier Hirschdorf gräf. mit Wohnung in Forsthaus Hauenberg; Revierröhrer **Mittelmann** von Forsthaus Schneegruben an das Forstrevier Reisträger; Revierröhrer **Sommer**, Franz, Forsthaus Baden, an das Forstrevier Schreiberhau (Gehrbau); Revierröhrer **Schmidt**, Georg, von Schreiberhau an das Forstrevier Eiferschan; Revierröhrer **Hirtenburg** von Giehren an das Forstrevier Querbach; Hilfsjäger **Fischke** von Eiferschan an das Forstrevier Petersdorf (Forsthaus Schneegruben); Hilfsjäger **Kampa** von Querbach an das Forstrevier Remmberg; Waldwärter **Baumert** von Illersdorf an das Forstrevier Baden mit Wohnung in der Glärbau. Revierröhrer **Pegner** in Schreiberhau erhält vom 1. Oktober ab Dienstwohnung im Forsthaus am schwarzen Berge in Schreiberhau.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Forst, Assistent zu Birnassens, ist nach Eingenfeld versetzt. **Herrenbrecht**, Assistent zu Münchneinach, ist nach Bettenhausen versetzt.

Kade, Assistent zu Bettenhausen, ist nach Münchneinach versetzt.

Landmann, Förster zu Bangweil, ist pensioniert.

Höfel, Assistent zu Eingenfeld, ist zum Förster in Ruppertsweiler befördert.

Alrich, Aspirant zu Bischofswind b. S., ist zum Assistenten in Pölsried ernannt.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.

Staats-Forstverwaltung.

Axthelm, Oberförster zu Dornbach, ist unter Ernennung zum Regierungs- und Forstrat in das Ministerium zu Weimar vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha.

Böttner, Oberförster zu Georgenthal, ist die Amtsbezeichnung „Forstmeister“ verliehen.

Sundermann, Oberförster zu Tambach, ist die Amtsbezeichnung „Forstmeister“ verliehen.

Sansen, Oberförster zu Sonnenfeld, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.

Sasenhauer, Oberförster zu Weidach, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.

Graf von Keller, Oberförster zu Neustadt, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.

Albrecht, Forstwart zu Hesselbergshaus, ist die Amtsbezeichnung „Forstausseher“ verliehen.

Hartwig, Forstwart zu Schwarzward, ist die Amtsbezeichnung „Forstausseher“ verliehen.

Höfner, Forstwartanwärter zu Hohlborn, ist zum Forstwart ernannt.

Höfner, Forstwartanwärter zu Winterstein, ist zum Forstwart ernannt.

Pfau, Forstwart zu Friedrichsrode, ist die Amtsbezeichnung „Forstausseher“ verliehen.

Schmidt, Förster zu Gräfenfontana, ist die Amtsbezeichnung „Revierröhrer“ verliehen.

Kürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Staats-Forstverwaltung.

Wendorf, Forstmeister zu Gehren, tritt mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand.

Das Forstamt Gehren soll am 1. Oktober d. J. aufgelöst werden.

Inbilden, Gedenktag u. a. m.

(Nach Zeitungsmeldungen.)

Gerles, Gutsförster zu Dossow, Regb. Frankfurt a. O., beging am 14. Juli d. J. sein 50jähriges Dienstjubiläum; ihm wurde das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Gemeindeförsterei in Dieblingen**, Oberförsterei Saargemünd, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Das Bar.einkommen beträgt 1205.70 M.; außerdem eine bare Geldentschädigung von 40 M. an Stelle des freien Brennholzes. Bewerberinnen, welchen der Forstverordnungschein und die seit Erteilung desselben erlangten Dienst- und Führungsaufweise, die den ganzen seitdem verfloffenen Zeitraum belegen müssen, sowie die Erklärung, daß Bewerber durch die Anstellung als Gemeindeförster seine Versorgungsansprüche als erfüllt betrachtet, beizufügen sind, sind binnen 8 Wochen an den Bezirkspräsidenten zu Wies einzureichen.

Die **Gemeindeförsterei des Forstschutzwartendes** liegt ist zum 1. Oktober 1912 neu zu besetzen. Anfangsgehalt 1200 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 201 M. bis 2400 M.; Wohnungsgeld 300 M. und Brennholzentwädigung 100 M. jährlich. Stelleninhaber hat Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenfürsorge. Bei der Pensionierung wird die im Militär-, Reichs-, Staats- und Kommunaldienst zurückgelegte Dienstzeit in Anrechnung gebracht. Bewerber, unter denen Forstverordnungsbesichtigte den Vorzug erhalten, wollen ihre Meldungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Militärpapieren bis zum 1. September d. J. an den Bürgermeister in Treis (Mosel) einreichen. Die sich bewerbenden Forstverordnungsbesichtigten und Bewerberinnen haben die schriftliche Erklärung abzugeben, daß sie durch die endgültige Anstellung ihre Forstverordnungsansprüche als erfüllt betrachten.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Einstellung oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 95. Anfrage: Bekanntlich werden in fast allen Weinbaudistrikten, und zwar von den Aufsichtsbehörden, den königlichen Regierungen, zur Zeit der Lese und je nach der Bitterung die Weinberge geschlossen und die Gemeinde- bzw. die Gutsvorstände mit der Ausführung dieser Anordnung beauftragt. Danach darf der Eigentümer zeitweilig seinen eigenen Weinberg nicht betreten. Warum erfolgt diese Anordnung?

Kammerherr v. S. in D.

Antwort: Die meist parzellierte Lage der Weinberge erfordert zur Zeit der Traubenlese einen wirksamen Schutz gegen Übergriffe der Nachbarn. Daher ist in fast allen Weinbaugesenden das Betreten der Weinberge vom Beginn der Traubenreife bis zur Beendigung der Lese durch Polizeiverordnungen verboten. Nur Weinberge, die nicht mit andern im Zusammenhange liegen, oder größere, mit Mauern, Hecken oder Drahtgesecht umgebene Weinberge sind hiervon aus-

genommen, wenn sie einen Zugang haben, der nicht durch gesperrte Gebiete führt. Irgendwelche anderen Gründe spielen bei der Schließung keine Rolle. Die Polizeiverordnungen sind in den einzelnen Landesteilen verschieden. Meist ist die Sache so geregelt, daß die Zeit der Schließung durch den „Leleauschluß“, der aus dem Gemeindevorsteher und einer Anzahl gewählter und berufener Weinbergbesitzer besteht, festgelegt wird. Während der Schließung ist das Betreten der Weinberge nur mit einem Erlaubnischein, der in dringenden Fällen erteilt werden darf, und das Ausbrechen kleiner Traubenmengen nur im Beisein eines Hüters ausnahmsweise zulässig. Auf Antrag kann eine Vor- oder Auslese gestattet werden. Wer während der Schließung der Weinberge Trauben verkaufen will, muß durch eine Bescheinigung, in der Menge, Art und Farbe der Trauben anzugeben sind, ihren Ursprung und rechtmäßigen Besitz nachweisen. Natürlich können solche Schutzvorschriften auch für andere Erzeugnisse erlassen werden. Die Polizei ist hierzu in Preußen auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850, wonach ihr „der Schutz der Felder, Wiesen, Weiden, Wälder, Baumpflanzungen, Weinberge usw.“ übertragen ist, ermächtigt. So bestehen z. B. in manchen Gegenden Polizeiverordnungen über den Beginn, die Reihenfolge usw. bei der Aberntung von Wiesen.

Nr. 96. Anfrage: Welche Reinigungsmaschinen können für Riefernmaschinen empfohlen werden und wer liefert dieselben? Die Jahresproduktion beträgt hier 2 bis 3 Zentner.

Förster N. in S.

Antwort: Besondere Reinigungsmaschinen besitzen nur die großen Klenganstalten. Bei den meisten Darren erfolgt die Reinigung des Riefernens mit einer Fruchtseggemühle, wie sie in der Landwirtschaft zum Reinigen des Getreides gebraucht wird, natürlich unter Benutzung der geeigneten Siebweiten. Man verfährt hierbei folgendermaßen: Der gefüllte Riefernarm wird zunächst in einen Sad getan und durch Dreschen mit einem Stod oder leichtem, mit Leder umwickeltem Flegel nach Möglichkeit entflügelt. Nachdem dieses geschehen, wird der Samen in ein lockeres Sieb geschüttet, durch welches die Körner leicht durchfallen können, die Zapfenschuppen und sonstigen größeren Fremdkörper aber darin zurückbleiben. Alsdann kommen die Körner in die Reinigungsmaschine, welche die losen Flügel usw. entfernt. Zuletzt kommt der Samen noch in ein feinmaschiges Sandsieb, aus dem die normalen Körner nicht mehr durchfallen können. Hier wird er im Kreise gerührt, wodurch veranlaßt wird, daß sich die tauben Körner auf der Oberfläche sammeln und abgeschöpft werden können.

Für die Redaktion: A. S.: Wodo Grundmann, Neubann.

Dieser Nummer liegt die Juli-Ausgabe der Forstlichen Rundschau bei. Des Försters Feierabende fällt daher diese Woche aus.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Regemeister Bernstorff, Goldbach bei Börke (Hanz).

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Südstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schachmeister an den Vereins-Schachmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Mäunde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg) — zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Weitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorligender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Beizugsstelle:

Nr.

- 1728a. Gähle, Forstausseher, Behlenborn, Wannseebahn, Potsdam.
- 1727a. Thomas, Förster, Holzhausen, Kr. Siegen, Arnberg.
- 1729a. Böhm, Hilsjäger, Altenborn, Arnberg.
- 1730a. Koll, Hilsjäger, Kumbel, Post Oeventrop, Arnberg.
- 1746a. Böring, Forstausseher, Grutzhof, Kreis Schwes, Marienwerder.
- 1747a. Gadammer, Förster, Hammer, Post Wend.-Buchholz, Potsdam.
- 1750a. Körner, Forstausseher, Heringen (Herra), Cassel-Est.
- 1757a. Buchmann, Förster, Damerz, Post Fulda, Cassel-Est.
- 1758a. Hühlschauen, Förster, Hlbergel, Post Fulda, Cassel-Est.
- 1761a. Koch, i. H. Hilsförster, Eichelsagen, Post Adelsberg, Kr. Byritz, Stettin.
- 1765a. Wolter, Hilsjäger, Eppusch, Danzig.
- 1766a. Grimmer, Forstausseher, Hlbergel, Potsdam.
- 1768a. Heinemann, Förster, Gladsburg a. d. Oise, Schleswig.
- 1776a. Wetter, Forstausseher, Metterfen, Post Wehren, Koblenz.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorligender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Verent (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 4. August d. Jz., nachmittags 3 Uhr, Scheibenschießen in Verent. Es wird auf 100 m mit Birchbüchse bzw. Drilling geschossen. Probeschüsse erlaubt. Die geehrten Damen und Angehörigen der Kollegen sind freundlichst eingeladen. Der Vorstand. Stein.

Chronkau-Malapane (Regbz. Oppeln). In der letzten Versammlung wurde beschlossen, am Sonntag, dem 4. August d. Jz., einen Ausflug nach dem schön gelegenen, mit Restauration verbundenen Forstetablisement Steinbruch zu unternehmen. Treffpunkt dortselbst. Die Herren Kollegen werden gebeten, sich möglichst vollständig mit ihren Angehörigen daran zu beteiligen. Soweit eine andere Fahrgelegenheit nicht vorhanden ist, wird gebeten, den Mittagszug, von Kraschew ab 1,10 und Malapane ab 1,16 zu benutzen. Auf Bahnhof Chronkau wird bei Ankunft dieses Zuges ein Leiterwagen zur Weiterfahrt nach Steinbruch bereitgestellt. Der Vorstand.

Frankenberg (Regbz. Cassel). Der gemeinschaftliche Ausflug mit Familie nach Battenberg findet,

wie beschlossen, am Sonntag, dem 4. August cr., statt, jedoch mußte von der geplanten Zusammenkunft in Allendorf Abstand genommen werden. Abfahrt von Frankenberg 2,28 Uhr, Ankunft in Battenberg 3,07 Uhr. Diejenigen Herren Kollegen, welche um 2,37 Uhr von Bromskirchen abfahren, haben in Allendorf direkt Anschluß. Um 4 Uhr gemeinschaftlicher Kaffee im Kurhotel, daran anschließend evtl. Ausflug in die Umgebung. Rückfahrt abends 7,34 Uhr oder später. Die Herren Kollegen der Ortsgruppe Battenberg nebst Damen werden hierdurch ergebenst eingeladen. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Berner.

Freudenfrier (Regbz. Marienwerder). Die Vierteljahrsversammlung fällt aus. Die Kollegen, welche am Scheibenschießen nicht teilgenommen haben, wollen 2 Mk. für Unkosten beifügen. (Beschluß vom 12. Mai 1912).

Der Vorstand.

Gelnhausen (Regbz. Cassel). Die Feier des 10jährigen Stiftungsfestes der Ortsgruppe soll am 11. August d. Jz. in Salmünster begangen werden. Die fälligen Beiträge bitte an den neu gewählten Kassierer, Herrn Kgl. Forstausseher Brigge zu Gelnhausen, umgehend einsenden zu wollen. Der Bericht über die Versammlung am 21. d. Mts. und nähere Angaben über die Feier des Stiftungsfestes erfolgen in der Nr. 31 der „Deutschen Forst-Zeitung“ am 4. August. Der Vorstand. Thomas.

Neuenburg (Regbz. Marienwerder). Den Ortsgruppenmitgliedern zur gefl. Nachricht, daß den Statuten gemäß Förster Karigth den Vorsitz und Förster Süßmild die Geschäfte des Schriftführers übernommen haben.

J. A.: Süßmild, Stellvertr. Schriftführer.

Neuenburg (Regbz. Marienwerder). Am Sonntag, dem 11. August 1912, von 3 Uhr ab, Prämienschießen mit Konzert in Bülowshöhe. Probeschüsse von 2 bis 3 Uhr. Abends Tanz im Saale. Beitrag 3,50 Mk. (3 Mk. für Prämien) bis 3. August an Süßmild-Bülowshöhe einsenden. Herren, welche nicht mitschießen, zahlen 50 Pf. am Pfahl. Einzuladende Gäste sind bis 30. Juli namhaft zu machen. Die Ortsgruppenmitglieder erhalten keine besonderen Einladungen mehr.

Karigth. Süßmild.

Notenburg (Regbz. Cassel). Sonntag, den 4. August 1912, von nachmittags 2½ Uhr ab, Scheibenschießen im Hainbach. Der Vorstand.

Seulingswald-Debra (Regbz. Cassel). Sonntag, den 4. August, Scheibenschießen im Schußbezirk Ronshausen (Am Schnurrbart). Beginn 3 Uhr. Schreoner.

Steinberge (Regbz. Potsdam). Am Dienstag, dem 30. d. Mts., von 3 Uhr ab, Scheibenschießen mit Damen in Steinberge.

Der Vorstand.

Trebnitz-Militzsch (Regbz. Breslau). Scheibenschießen in Waldbretscham, Sonntag, den 28. Juli cr., von nachmittags 3 Uhr ab. Gäste willkommen. Am Abend musikalische Unterhaltung und Tanz, sowie Mitteilungen über die letzte Bezirksgruppenversammlung.

Der Vorstand.

Verichte.

Alle Verichte müssen erst dem Vorsitzenden Hergemeister Bernstorff, Goldbach bei Hörbe, Harg, vorliegen. Was für die nächstfällige Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Verichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Göttingen (Regbz. Hildesheim). Die am 20. Juli stattgehabte Versammlung war von 20 Mitgliedern besucht. Nach besonderer Begrüßung eines nach langer Krankheit zum ersten Male wieder erschienenen Kollegen durch den Vorsitzenden wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. Die fälligen Beiträge wurden eingezogen; 2. die in der Delegiertenversammlung in Berlin gefaßten Beschlüsse wurden besprochen. Insbesondere gab Punkt 4 zu lebhafter Erörterung Veranlassung. 3. Für die Hinterbliebenen des ermordeten Kollegen Romanus wurde eine Unterstützung von 25 M aus der Vereinskasse bewilligt. 4. Über die künftige Zahlung der Beiträge wurde beschlossen, daß am 1. Januar der Beitrag für den Hauptverein (8,50 M), für die Bezirksgruppe (1 M) und für den Forstwärterverein (2 M), und am 1. Oktober der Beitrag für die Ortsgruppe (3 M) und für die Krankenkassen-Beihilfeklasse (6 M) zu zahlen sei. Diejenigen Kollegen, welche in der letzten Versammlung nicht anwesend waren, wollen den jetzt fälligen Betrag von 3,25 M bestellgeldfrei, möglichst gleich an den Kassensührer einenden. 5. Auf Anregung des Vorsitzenden, welcher darauf hinwies, daß für das Jahr 1913 ein Eintrittsgeld zur Krankenkassen-Beihilfeklasse nicht erhoben wird und die Zugehörigkeit zu dieser Kasse für alle Vereinsmitglieder jedenfalls schon in den nächsten Jahren obligatorisch werde, meldeten sich acht Mitglieder der Ortsgruppe zum Beitritt zum 1. Januar 1913. — Denjenigen Kollegen, welche Formulare zu Beitritts-

erklärungen nicht besitzen, werden solche in der Oktober-Versammlung zur Verfügung gestellt werden. Der Vorstand.

Marburg (Regbz. Cassel). Die am 7. Juli abgehaltene Versammlung war von 23 Mitgliedern besucht, außerdem waren drei Kollegen der Umgegend und fünf Herren vom Oberjägerkorps als Gäste anwesend. Es wurde beschlossen, von einem Scheibenschießen in diesem Sommer abzusehen. Der Bericht über die Delegiertenversammlung wurde entgegengenommen, die bestellten Zigarren verteilt. Die Patronenbestellung soll oberförstereireiweise erfolgen. Die Bestellungen des Kalenders „Waldbühl“ wurden notiert, damit die Kalender in der nächsten Versammlung im Oktober verteilt werden können. Für die Hinterbliebenen Romanus wurden je 1 M, zusammen 23 M, gestiftet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch die abwesenden Mitglieder Beiträge leisten werden, weshalb ersucht wird, die zu stiftenden Beträge baldmöglichst an den Herrn Kassierer oder Vorsitzenden gelangen zu lassen, spätestens bis Ende August, da alsdann die Gelder nach Fulda abgeführt werden sollen. Der Vorstand.

Ewinemünde (Regbz. Stettin). Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 21. Juli findet Sonnabend, den 24. August cr., ein Prämienschießen mit Damen in der Oberförsterei Friedrichshof auf dem Wolm statt. Anfang 2½ Uhr. Geschossen wird nur mit Vierschießung. Der Scheibenstand liegt an der Chaussee Ewinemünde-Weedom, 30 Minuten vom Hauptbahnhof Ewinemünde entfernt. Für die Beteiligung am Schießen sind 2 M zwecks Beschaffung der Prämien usw. zu entrichten. Die Gäste werden durch den Vorstand eingeladen und sind dieselben dem Schriftführer bis zum 10. August anzugeben. Eine Einladung von Kollegen, welche im Bezirk der Ortsgruppe wohnen, aber dieser nicht angehören, ist nicht gestattet. Für Unterhaltung und Kurzweil der Damen wird gesorgt. Nach dem Schießen findet Tanz statt. Der Vorstand.

Stralsund. Die am 13. Juli 1912 im „Bismarckhotel“ abgehaltene Versammlung der Bezirksgruppe war von 19 Mitgliedern besucht und wurde um 2 Uhr vom Vorsitzenden in üblicher Weise eröffnet. Danach verlas der Schriftführer den Bericht über die letzte Sitzung vom 19. Mai. Derselbe wurde von der Versammlung gutgeheißen. Hierzu war vom Vorstande ein Merkbuch angelegt. Der Vorsitzende berichtete alsdann eingehend über die Hauptversammlung in Berlin, woran sich eine allgemeine Aussprache anschloß. Ferner wurde die Lehrlingsfrage erörtert, und um 4½ Uhr die Sitzung geschlossen. Danach blieben die Mitglieder noch längere Zeit in einmütiger, anregender Unterhaltung beisammen. Zarnad.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Galensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf., im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 Mk. ab Neudamm) geliefert. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Einladung zur zehnten Mitgliederversammlung zu Eisenach in den Tagen vom 14. bis 17. August 1912.

Wegen Unterkunft in Eisenach werden die Mitglieder, welche über Nacht bleiben wollen, gebeten, sich rechtzeitig an den Hausmeister der Großherzoglichen Forstakademie, Herrn Siebtrau, zu wenden unter genauer Angabe des gewünschten Hotels, wie sie nachstehend aufgeführt sind, des Preises und der Tage, für die ein Zimmer gewünscht wird. Wer Antwort wünscht, muß Porto beifügen. Für später Ankommande liegt im Hotel „Karthäuserhof“ vom 15. August mittags ab eine Liste der betreffenden Hotels aus:

1. „Deutsches Haus“ (2,25—3,50 Mk.).
2. Hotel „Mille“ (2,25—2,50 Mk.).
3. „Schwan“ (2,50 Mk.).
4. „Landgraf“ (2,50 Mk.).
5. „Reichsadler“ (2,50—4,00 Mk.).
6. „Sophienhof“ (2,50—3,50 Mk.).

7. Hotel „Karlshalle“ (2,25 Mk.).
8. „Roland“ (2,25 Mk.).
9. „Stadt London“ (2,25—2,50 Mk.).
10. Hotel „Zimmermann“ (von 3,00 Mk. an).
11. „Karthäuserhof“ (von 3,00 Mk. an).
12. „Reichshof“ (von 2,50 Mk. an).
13. „Thüringerhof“ (von 4,00 Mk. an).

Alle Preise verstehen sich einschließlich Frühstück.

Reflektanten für die Hotels „Mautenfranz“, „Kaiserhof“, und „Großherzog“, wo Zimmer von 4—5 Mk. an zu haben sind, wollen möglichst bald direkt Zimmer bestellen.

Die Ausschüßungen und das Festessen (Gebet 2,50 Mk.) finden im „Karthäuserhof“ statt, die Mitgliederversammlung im Hotel „Zimmermann“.

Mittwoch, den 14. August: Im „Karthäuserhof“,

8 Uhr vormittags: Ausschüß zur Prüfung der Lage der Privatforstverwaltungsbeamten.

9 „ „ Schulbeirat der Forstlehrlingschule Templin.

10 „ „ Ausschüß für Unterrichts- und Prüfungswesen.

3 Uhr nachmittags: Unterausschüß für Dienstverträge.

4 „ „ Ausschüß für Versicherungswesen.

5 „ „ Ausschüß für Kassen-, Rechnungs- und Haushaltswesen.

Donnerstag, den 15. August: Im „Karthäuserhof“,

9 Uhr vormittags: Weiterer Vorstand,
abends: Zusammentritt im „Karthäuserhof“.

Freitag, den 16. August: Im Hotel „Zimmermann“,

9 Uhr vormittags:

Behnfe Mitgliederversammlung

des Vereins im Hotel „Zimmermann“ nach §§ 19 bis 25 der Satzungen.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Stimmenzahl für die Bezirksgruppenvertreter.
2. Berichterstattung über die Tätigkeit und Entwicklung des Vereins seit der letzten Mitgliederversammlung. Berichterstatter: Oberförster Dr. Bertog-Galensee.
3. Die Jahresrechnung des Vereins für 1911 und Genehmigung des Haushaltsplans für 1912. Berichterstatter: Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach-Eberswalde.
4. Die Forstlehrlingschule Templin. Berichterstatter: Oberförster Jacob-Templin.
5. Erwerb und Belastung von Gelände zur Erweiterung der Forstlehrlingschule Templin. Berichterstatter: Oberförster Dr. Bertog-Galensee. Mitberichterstatter: Der Schulpfleger.
6. Die Försterprüfungen 1912. Berichterstatter: Oberförster Mehner-Mabliß.
7. Der große forstliche Lehrgang 1912 in Lauterbach. Berichterstatter: Forsttrat Eufelsb-Lauterbach.
8. Die Fürsorge für die Ausbildung und Fortbildung der Schutzbeamten für den Privatforstdienst. Berichterstatter: Forsttrat Eufelsb-Lauterbach.
9. Die kleinen forstlichen Lehrgänge. Berichterstatter: Oberförster Linde-Haltern.
10. Der Stellennachweis des Vereins. Berichterstatter: Generalsekretär Hermannski-Galensee.
11. Das Versicherungsamt des Vereins. Berichterstatter: Waldmeister Siebig-Sirzhazi.

12. Neuere Erscheinungen und Strömungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft mit besonderer Berücksichtigung des Privatwaldes. Berichterstatter: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach-Eberswalde.
13. Schutz der Titel. Hierzu entsprechende Anträge der Bezirksgruppen III, VII, VIII und XV. Berichterstatter: Oberförster Dr. Bertog-Galensee.
14. Ortsgruppenbildung. Berichterstatter: H. von Eichel-Streiber-Dppershausen.
15. Wahl des Ortes für die Mitgliederversammlung 1913.
16. Anträge (nach § 22 der Satzungen).

Anträge zu den Punkten der Tagesordnung sind dem Vorsitzenden in der Versammlung schriftlich zu übergeben.

Nach der Sitzung: Besichtigung der Großherzoglichen Forstakademie und der Forstgärten, dann gemeinsames Mittagessen im „Karthäuserhof“.

Sonnabend, den 17. August: Forstlicher Ausflug in das Herrn Kammerherrn von Schupbar, Schloß Hohenhaus bei Herleshausen, gehörige, von Herrn Oberförster Dr. Matthes-Eisenach verwaltete Revier Hohenhaus (Zeiteinteilung steht noch nicht fest).

Die Mitglieder, welche sich an dem gemeinsamen Mittagessen am Freitag, dem 16. August, und dem forstlichen Ausfluge beteiligen wollen, werden gebeten, sich baldmöglichst (spätestens bis zum 5. August) bei der Geschäftsstelle des Vereins in Galensee, Karlsruher Straße 13, anzumelden.

Galensee, den 15. Juli 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Antrag des Herrn Forstkamrats Enselbeld-Lauterbach in der Versammlung der Bezirksgruppe XIII zur Mitgliederversammlung 1912.

Der Verein für Privatforstbeamte Deutschlands wolle der von Oberförster Lige-Friedrichsruh angeregten Frage nähertreten und an Stelle der großen forstlichen Lehrgänge Ausbildungs- und Fortbildungskurse für ältere, schon länger im praktischen Dienste stehende Privatforstschubbeamte einrichten. Die Zeit dieser Kurse muß auf $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahre bemessen werden.

Galensee, den 21. Juli 1912.

Der Vorsitzende. Dr. Bertog.

Bezirksgruppe Brandenburg und Ausland (IX).

Einladung

zu der am Sonnabend, dem 3. August 1912, in Neudamm stattfindenden Bezirksgruppenversammlung. Abends $6\frac{1}{2}$ Uhr: Sitzung im Hotel „Prinz von Preußen“ zu Neudamm.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Winterversammlung der Bezirksgruppe in Berlin;
2. Wahl eines Delegierten für die Mitgliederversammlung in Eisenach;
3. Bildung von Ortsgruppen in der Bezirksgruppe Brandenburg;
4. Antrag, betr. Einrichtung einer Zwischenprüfung im Verein;
5. Anträge aus der Versammlung;
6. Besprechung forstlicher Tagesfragen.

Nach der Sitzung: Gemeinschaftliches Abendessen. Gedek 2 A 50 S.

Am Sonntag, den 4. August, vormittags, Besichtigung der Neumannswalder Kiefernplantagen (Düngungsversuche); mittags gegen 1 Uhr einfaches Mittagessen in Neumannswalde; nachmittags Besichtigung der Versuchsanstalt der „Deutschen Jäger-Zeitung“ und der damit verbundenen Schießstände des Schießvereins deutscher Jäger, auf denen auch einige Stunden geschossen werden kann. Unsere Mitglieder werden gebeten, Gewehre und Mägen mitzubringen.

Gäste sind willkommen. Zur Unterkunft in Neudamm seien die Hotels „Prinz von Preußen“ und „Deutsches Haus“, beide am Markt, empfohlen. Teilnehmer werden gebeten, dem Unterzeichneten bestimmt bis spätestens zum Montag, den 20. Juli, vom Erscheinen Mitteilung zu machen, um für Neumannswalde die nötigen Vorbereitungen treffen zu können.

M a d i k, Post Briefen i. d. Mark,
den 22. Juli 1912.

Der Vorsitzende: Meßner, Oberförster.

Bezirksgruppe X (Sannover-Oldenburg).

Einladung

zu der am Freitag, dem 9. August 1912 in Einbeck, im Hotel „Herzog Ulrich“, mittags 1 Uhr, stattfindenden Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden über Vereinsangelegenheiten bzw. forstliche Lehrgänge.
2. Wahl eines Delegierten für Eisenach,
3. Wahl des Versammlungsortes für 1913.
4. Vortrag: Erziehung des Pflanzenmaterials im eigenen Betriebe oder Bezug desselben aus Pflanzenhandlungen.
5. Anträge aus der Versammlung.

Nach der Sitzung: Gemeinschaftliches Essen (Gedek 2 A) und darauf Spaziergang durch die Stadt.

Am Sonnabend, dem 10. August, vormittags, findet bei genügender Beteiligung eine Exkursion durch die sehr schöne und lehrreiche Stadtförst statt. Gäste sind sehr willkommen.

Es wird sehr gebeten, die Teilnahme an der Versammlung dem Unterzeichneten bis spätestens 5. August mitzuteilen.

Eldagsen, den 16. Juli 1912.

C. Reese, Revierförster.

Bezirksgruppe Rheinland-Westfalen (XI).

Einladung

zur Versammlung am Sonnabend, dem 10. August 1912, mittags 12 Uhr, im Westminster-Hotel in Köln.

Tagesordnung:

1. Allgemeine Vereinsangelegenheiten.
 2. Wahl des Vertreters für die allgemeine Mitgliederversammlung in Eisenach, Anträge für diese Versammlung.
 3. Waldbrände und Feuerversicherung. Bericht-erhalter: Oberförster Scheffer-Boichorst in Bielefeld.
 4. Freie Besprechung forstlicher und jagdlicher Tagesfragen und Vorkommnisse.
- Nach der Sitzung gemeinschaftliches Essen im Westmünster-Hotel.
- 4 Uhr Ausflug in den Eölner Stadtwald.
- Gäste sind willkommen.

Der Bezirksgruppenvorsitzende.
Oberförster Jol h.



„Stellenvermittler“ und „forstliche Lehrer“.

Meine kürzlich in der „Deutschen Forst-Zeitung“ veröffentlichte Warnung hat mir viele Zuschriften aus Forstbeamtenkreisen eingebracht. Von ihnen gebe ich zunächst eine mit Erlaubnis des Einsenders im Auszuge wieder:

„Ehr geehrter Herr Oberförster! Soeben habe ich Ihre „Warnung vor unlauteren Stellenvermittlern“ gelesen. Ich muß Ihnen zu meiner Schande gestehen, daß auch ich zu denen gehörte, die nicht alle werden. Auf Inserate in der „Forst-Zeitung“ hin schrieb ich an Koltermann und fragte nach Gebühren usw. Da er mir auch mit einigen brillanten Stellen den Mund recht sehr wässerig machte — er hatte u. a. eine Oberförsterei in Österreich, nahe bei Pilsen, 5000 Kr. Gehalt, große Wohnung mit elektrischem Licht, zwei Pferde und Garten usw., und Holz, Kaution verlangt 6000 Kr., die Stelle sei sehr passend für mich, eine ähnliche in Kurland, einige auch hier an der Hand —, so gab ich ihm am 1. April d. Js. 20 M. Dann habe ich ab und zu angefragt (telefonisch). Da wurde immer erklärt, R. selbst sei nicht anwesend, über diese Stellen unterhandelte er selbst; aber man hätte sich um eine Stelle im Posenischen (Rittmeister von) beworben, die aber jetzt besetzt sei. Heute — vor der Lektüre der „Forst-Zeitung“ — rief ich an und erhielt einen ähnlichen Bescheid über eine Försterei in der Uckermark, bei Herrn Hauptmann von, wenn ich richtig verstand. Ich habe die Korrespondenz vollständig, dto. Quittung. In nächsten Tagen werde ich, sowie ich Zeit habe, hingehen, mir genaue Rechnung legen lassen, die Schreiben und Kopien einsehen, noch retten, was zu retten ist und sofort um Aufnahme in die Stellenvermittlung des Vereins bitten — wenn noch 5 M. zu retten sind. Vielleicht kann ich dann noch einmal irgendwo ein bescheidenes Pöstchen erwischen. — — —

Dieses Schreiben kennzeichnet so recht das Treiben solcher „Stellenvermittler“, ganz besonders aber das Elend im Privatforstverwaltungsdienst. Der Briefsteller ist ein akademisch gebildeter Forstmann, der keine Stelle finden kann und zurzeit in einer großen Berliner Buchhandlung monatlich 57 M. verdient.

Ein zweiter Briefsteller macht mich auf verschiedene chiffrierte Anzeigen in der „Deutschen Jäger-Zeitung“ aufmerksam, die ich ebenfalls wiedergeben will:

- „1. Berh. Revierförster z. 1. 7. f. groß. Mittergut gesucht. Waldbereiches Feldbrevier. Es wollen sich nur gut empfohlene Kräfte melden, die groß. Stellg. innegehabt haben. „Postlgt. 85“ Berlin W 80.
2. Jagdaufsesser, mögl. verh. od. solch., der sich bald verheiraten will, suche zum 1. 7. für mein 7800 Morg. groß. Revier. Gesamteinkommen ca. 2700 M. „Postlgt. 189“ Berlin W 30.
3. Jagdaufsesser zum bald. Antritt suche für mein ca. 5000 Morgen großes Jagdbrevier nach Thüringen. Melbg. unt. Postlgt. 244 Berlin W 81.
4. Zum baldigen Antritt suche led. Jäger, der mit Fasanenaufz. und Kulturen vertraut ist. Zeugnisabschr., Gehaltsansprüche sind anzugeb. Off. unt. „Postlgt. 85“ Berlin W 80.“

Der Briefschreiber ist überzeugt, daß die Inserate von ein und demselben Auftraggeber stammen, der es darauf abgesehen hat, sein Opier zu schröpfen oder sich Zeugnisse zu besorgen. Der Briefschreiber meldete sich auf die „Revierförster-“ und die „Jagdaufsesserstelle“, ohne Zeugnisabschriften beizufügen, hat auch um Angabe der betreffenden Verwaltung gebeten, damit er seine Zeugnisse einreichen könne. Natürlich hat er keine Nachricht erhalten. —

Nicht weniger interessant ist eine Zuschrift, den „Direktor“ D. F. Bruno Schmidt betreffend. Der Einsender absolvierte in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1911 einen Forstkursus bei Schmidt. Gegen Ende November erinnerte er Schmidt an die zugesagte Vermittlung einer Stelle. Daraufhin schrieb Schmidt an die Eltern des Einsenders, es wäre für den Sohn vorteilhafter, wenn er bis zum 1. Januar den Kursus verlängerte, bis zu welchem Zeitpunkt er auch eine Stellung erhielte; Schmidt forderte noch 25 M. Honorar, welche die Eltern bewilligten. Mitte Dezember riet Schmidt den Eltern, ihren Sohn an einem landwirtschaftlichen Kursus teilnehmen zu lassen, den er durch Extrakunden bis zum 1. Januar genügend vorbereiten wollte. Honorar wieder 25 M., welche die Eltern gleichfalls ein sandten. Eine Warnung des Sohnes kam zu spät. Die Korrespondenz mit den Eltern führte Schmidt ohne Wissen des Sohnes. Dieser erhielt Ende Dezember, nachdem er inzwischen heimgefahren war, von Schmidt ein Angebot als erster Gutsverwalter, auf das er verzichtete, da er den Herrn durchschaute. Seit der Zeit hat Schmidt nichts von sich hören lassen.

Diese herausgegriffenen Beispiele bedürfen keiner weiteren Erklärungen. Ich warne nochmals unsere Vereinsmitglieder zur Vorsicht.

Salensee, den 1. Juni 1912.

Dr. Bertog.

Nachschrift. Nach vorstehender Mitteilung des Herrn Vereinsvorsitzenden könnten Leser denken, daß die Angelegenahme für die „Deutsche Jägerzeitung“ und die „Deutsche Forstzeitung“

nicht mit der erforderlichen Sorgfalt gehandhabt würde; das ist nicht der Fall. Die hier in Betracht kommenden Anzeigen sind sogenannte Chiffreannoncen, die auch schon als solche unseren Geschäftstellen seitens der großen gewerblichen Annoncen-Expeditionen zugegangen sind. In allen Fällen, in denen wir uns aus dem Wortlaute der Anzeigen überzeugen können, daß Mißbrauch oder Schädigung des Forstbeamtenstandes vorliegt, wird die Aufnahme von Inseraten abgelehnt. Unsere Leser bitten wir, auch uns von allen Vorkommnissen in der von Herrn Dr. Bertog beregten Richtung Kenntnis zu geben, damit vermeidbare Mißstände so schnell als möglich abgestellt werden können. Die Geschäftsstelle der Deutschen Forstzeitung.

Jahrbuch des Vereins.

Das Jahrbuch für 1912 unseres Vereins wird in den nächsten Tagen erscheinen. Es hat neben der (achten) Mitgliederliste denselben, aber nach Möglichkeit erweiterten und vervollständigten Inhalt wie das vorjährige Jahrbuch, nämlich:

I. Rückblick auf neun Jahre Vereinsleben im Verein für Privatforstbeamte Deutschlands. II. Vorstand und Geschäftsführung des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands: a) Der engere Vorstand. b) Der weitere Vorstand. c) Geschäftsstelle. d) Kassenverwaltung. e) Rechnungsprüfer. f) Ausschuß für Kassen-, Rechnungs- und Haushaltswesen. g) Ausschuß für Unterrichts- und Prüfungsweisen. h) Verwaltung der Forstlehrlingschule zu Templin. i) Ausschuß für Pensions- und Hinterbliebenenversorgung. k) Ausschuß für Versicherungsweisen. l) Ausschuß zur Prüfung der Lage der Privatforstverwaltungsbeamten. m) Vorstände der Bezirksgruppen. n) Vereinsorgan. Adressen für den Schriftwechsel. — III. Termine für 1912. Försterprüfung; forstliche Lehrgänge; sonstige Lehrgänge; Mitgliederversammlung; Bezirksgruppenversammlungen. — IV. Mitgliederliste: Liste der ordentlichen Mitglieder aus dem Stande der Privatforstbeamten. Liste der Waldbesitzer. Liste der außerordentlichen Mitglieder. — V. Satzungen des Vereins. — VI. Prüfungsordnung für Försterprüfungen. — VII. Satzungen für den Ausschuß für Unterrichts- und Prüfungsweisen. — VIII. Satzungen für die Forstlehrlingschulen. — IX. Hausordnung für die Forstlehrlingschulen. — X. Vorschriften für die Abgangsprüfung an den Forstlehrlingschulen.

Der Terminkalender ist nach Möglichkeit weiter ausgebaut. Dank dem Entgegenkommen der Behörden konnten eine große Reihe von allerlei Lehrgängen aufgenommen werden. Das Jahrbuch erscheint im Verlage von J. Neumann zu Neudamm zum Preise von 1 M — die Käufer des Kalenders „Waldheil“ für

1912 und die Besteller dieses forstlichen Kalenders für 1913 erhalten es unentgeltlich geliefert. Den Mitgliedern des weiteren Vorstandes und der Ausschüsse und den Bezirksgruppen-Vorsitzenden geht es von Vereins wegen zu.

Halenec, 23. Juli 1912.

Der Vorsitzende.

J. B.: von Eichel-Streiber.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3865. **Rehage**, Gerhard, Forstausseher, Templin, Um., Forstlehrlingschule. (H.-Gr. IX.)
 3873. **Freiherr von Abschwil**, Rittergutsbesitzer, Klein-Karnten 6. Liebenau 1. Ostpr. (H.-Gr. I.)
 3874. **Graf Bülow von Dennewitz**, Majoratsherr auf Schönhoff 1. Ostpr. (H.-Gr. I.)
 3875. **Gebert**, Richard, Förster, Neuforschaus 5. Wilsch, Bez. Bromberg. (H.-Gr. V.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

- Gind**, Aug., Revierjäger, Roga bei Staben, West.-Sied.
Rehage, Gerhard, Forstausseher, Templin, Um.
Rehthal, W., Förster, Tralau 6. Wob. Ostpre.
Baussen, Hel., Forstbesitzer, Elm, Insel Suhl, Bez. Riel.
Großpfeiff, Günther, Hilfsförster, Böllershausen 6. Westf.
Barulla, Josef, Hilfsjäger, Oberhütte 6. Rathborhammer, O.-S.
Gschment, Fritz, Revierförster, Gara-Darmarost, Sub. Bazar l. Rumänien.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

- Nr. 14 8 M., Nr. 183, 230, 244, 289 je 4 M., Nr. 330 8 M., Nr. 352, 435, 439, 440, 455, 464, 508, 546 je 4 M., Nr. 608 5 M., Nr. 621 4 M., Nr. 633 5 M., Nr. 655 8 M., Nr. 676, 685 je 4 M., Nr. 742 8 M., Nr. 752, 791, 813, 820, 841, 843, 895, 929, 968 je 4 M., Nr. 969 5 M., Nr. 971 8 M., Nr. 1010, 1073, 1088 je 4 M., Nr. 1094 8 M., Nr. 1113, 1124, 1143, 1177, 1226, 1241, 1275, 1284 je 4 M., Nr. 1290 10 M., Nr. 1307 4 M., Nr. 1313 10 M., Nr. 1317 4 M., Nr. 1340, 1344, 1375, 1396, 1400, 1406, 1409, 1420, 1421, 1434, 1439, 1441, 1450, 1458 je 10 M., Nr. 1500, 1511, 1524 je 4 M., Nr. 1533 2 M., Nr. 1544 10 M., Nr. 1549 4 M., Nr. 1643, 1653 je 4 M., Nr. 1654, 1670, 1678, 1687, 1696, 1700, 1710 je 4 M., Nr. 1766 10 M., Nr. 1780, 1803, 1836, 1843, 1863, 1937, 1952 je 4 M., Nr. 1960 8 M., Nr. 1966 4 M., Nr. 1979 8 M., Nr. 2008, 2022 je 4 M., Nr. 2040 8 M., Nr. 2042, 2044, 2046 je 4 M., Nr. 2050 10 M., Nr. 2053, 2058, 2078, 2086 je 4 M., Nr. 2093 10 M., Nr. 2142, 2150, 2152, 2192, 2201 je 4 M., Nr. 2232 10 M., Nr. 2243 4 M., Nr. 2264 5 M., Nr. 2267, 2365, 2375 je 4 M., Nr. 2382 8 M., Nr. 2397 10 M., Nr. 2402 4 M., Nr. 2407 5 M., Nr. 2422, 2444, 2455, 2460, 2461, 2464, 2517, 2518 je 4 M., Nr. 2542 10 M., Nr. 2582, 2595, 2620, 2621, 2629, 2631, je 4 M., Nr. 2641 10 M., Nr. 2653, 2654, 2706 je 4 M., Nr. 2717 10 M., Nr. 2741 8 M., Nr. 2752, 2758, 2763 je 4 M., Nr. 2769 8 M., Nr. 2804, 2806, 2816, 2837, 2864, 2880 je 4 M., Nr. 2897 10 M., Nr. 2922 8 M., Nr. 2965, 2995 je 4 M., Nr. 3012 15, 20 M., Nr. 3047 10 M., Nr. 3052 4 M., Nr. 3054 5 M., Nr. 3123, 3185, 3209 je 4 M., Nr. 3221 10 M., Nr. 3223, 3231, 3240, 3282, 3300, 3318, 3366 je 4 M., Nr. 3387 8 M., Nr. 3402, 3411, 3440, 3442, 3449, 3457, 3490, 3496, 3557, 3569, 3619 je 4 M., Nr. 3651 8 M., Nr. 3678 10 M., Nr. 3678, 3688, 3703, 3722, 3725 je 4 M., Nr. 3742 20 M., Nr. 3811, 3838 je 7 M., Nr. 3858 3 M., Nr. 3863, 3863 je 7 M., Nr. 3866 9, 60 M., Nr. 3869, 3875 je 7 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugelandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halenec-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Deutscher Forstverein.

Tagesordnung der XIII. Hauptversammlung

(40. Versammlung deutscher Forstmänner) in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912.

A. Zeiteinteilung.

I. Montag, den 26. August.

1. Empfang auf dem Bahnhofe und Ausgabe der Wohnungskarten dortselbst von morgens 9 Uhr bis abends 11 Uhr.*
2. Einzeichnung der Teilnehmer, Ausgabe der Druckfachen, Karten usw. von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 9 Uhr nachmittags im Geschäftszimmer: Saalbau des Industrie- und Kulturvereins, Frauentorgraben 49.
3. Von abends 8 Uhr ab gesellige Vereinigung in diesem Saalbau.

II. Dienstag, den 27. August.

1. Eröffnung der Versammlung und Beginn der Verhandlungen pünktlich um 8 Uhr vormittags im großen Saale des „Kulturvereins“. (Das Geschäftszimmer ist dortselbst von morgens 8 bis nachmittags 1 Uhr geöffnet.)
2. Mittags 12 Uhr gemeinsames warmes Frühstück in den Restaurations- und Nebenräumen des „Kulturvereins“. (Preis ohne Getränke 2 M.)
3. Nachmittags: Besuch des der Stadt Nürnberg nächstgelegenen Teiles des „Laurenzer Reichswaldes“.

Fahrt von Nürnberg-Hauptbahnhof nach Station Dudensteich mit fahrplanmäßigem Zug nachmittags 2⁰⁶ Uhr.

2½-tündige Fußwanderung durch Staatswaldungen der Forstämter Nürnberg-Ost und Laufamholz nach dem „Schmaufenbud“. Unterwegs Besichtigung von Weiher- und Wiesenanlagen. Auf dem „Schmaufenbud“ Abendunterhaltung mit Konzert. Verpflegung nach Belieben.

Rückkehr nach Nürnberg von Station Märgeldorf aus mit fahrplanmäßigem Zug 9⁴⁰ Uhr. Fahrpreis für die einfache Fahrt 10 Pf. (Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt in den ausgegebenen Kartenheften.)

III. Mittwoch, den 28. August.

1. Sitzung von 8 Uhr vormittags ab im Saalbau des Kulturvereins.
Kaltes Frühstück dortselbst gegen 11 Uhr während der Pause. (Preis ohne Getränke 1,50 M.)
2. Nachmittags bis 5 Uhr Zeitbenutzung nach eigenem Gutdünken. — Empfohlen wird, die Stunden von 2 bis 4 Uhr zum forstlichen Besuch des „Tiergartens“ im Luitpoldpark zu verwenden.
3. 5 Uhr: Festessen im großen Saale des Kulturvereins. (Preis ohne Getränke 5 M.)
4. Abendunterhaltung nach eigener Wahl.

*) Wohnungskarten können dort auch bereits Sonntag, den 25. August, vormittags 9 bis 12 Uhr, in Empfang genommen werden.

IV. Donnerstag, den 29. August.

Tagesausflug nach Rothenburg o. T.

1. Abfahrt von Nürnberg-Hauptbahnhof mit Sonderzug 6⁴⁵ Uhr über Ansbach—Steinach nach Rothenburg o. T.

Hierzu wird zur gefl. Beachtung bemerkt:

Die Teilnehmer am Waldbegang verlassen den Sonderzug in Station Endsee der Strecke Steinach—Rothenburg (Ankunft 8⁴⁵ Uhr) zu einer zweistündigen Fußwanderung durch den „Nordenberger Forst“. Während derselben kurze, einfache Stärkung mit Imbiß und Trunk (Preis 1,10 M.). Die Schlusstrede des Weges wird mittels Leiterwagenfahrt nach Station Hartershofen zurückgelegt (Preis 50 Pf. für den Teilnehmer). Ankunft dort 12¹⁰ Uhr. Abfahrt des bereistehenden Sonderzuges nach Rothenburg 12²⁰ Uhr. Ankunft dort 12³² Uhr.

Jene Teilnehmer am Ausfluge dagegen, die auf den Waldbegang zugunsten einer lohnenden und eingehenderen Besichtigung von Alt-Rothenburg verzichten, sowie die Damen der Teilnehmer verlassen den Sonderzug in Station Endsee nicht. Sie fahren von dort mit dem Sonderzug direkt nach Rothenburg o. T. Nach Ankunft dortselbst Frühstück nach eigener Wahl in den Gasthäusern und Weinstuben der Stadt. Von 10³⁰ Uhr ab Besichtigung der Sehenswürdigkeiten. Führung in Gruppen durch Rothenburger Herren. Treffpunkt am Rathause.

2. Um 1 Uhr gemeinsames Mittagessen aller Teilnehmer am Ausfluge in verschiedenen Gasthöfen der Stadt. (Preis ohne Getränke 2,50 M.) Wo, ist von dem einzelnen Teilnehmer dem Guttschein im Kartenheft zu entnehmen. Die Zulassung als Tischgast muß von dem Vorweis des auf den Namen des Speisehauses ausgestellten Guttscheines abhängig gemacht werden. Unzutreffende Guttscheine können nicht in Zahlung genommen werden.
3. Nachmittags 3 Uhr: Aufführung des historischen Festspiels „Der Meistertrunk“ im Rathausaale. Preis der Eintrittskarte 2,50 M.

In den Abendstunden: Gesellige Vereinigung in den Anlagen des „Wildbades“.

4. Rückfahrt von Rothenburg nach Nürnberg mit Sonderzug abends 8¹⁴ Uhr. Ankunft in Nürnberg 10⁰⁹ Uhr.

Fahrpreis III. Klasse des Sonderzuges für Hin- und Rückfahrt 3,30 M. (Fahrkarten in den Kartenheften.)

Für Teilnehmer, die von Rothenburg die Heimreise oder Weiterreise anzutreten gedenken, ist insbesondere der fahrplanmäßig um 6³⁵ Uhr dort in der Richtung nach Steinach abgehende Zug zu empfehlen. Teilnehmer, die in Rothenburg zu übernachten beabsichtigen, wollen sich wegen Wohnungsbestellung an den städtischen Forstmeister Herrn Ludwig Mathéus in Rothenburg bis spätestens 25. August wenden.

V. Freitag, den 30. August.

1. Vormittags: Besichtigung von Sehenswürdigkeiten der Stadt Nürnberg, insbesondere des „Germanischen Nationalmuseums“. Treffpunkt morgens 8½ Uhr am neuen Stadttheater.
2. Mittagessen nach Belieben in den Gasthöfen und Restaurants der Stadt.
3. Nachmittags: Nachausflug in die Vorlandchaft der sogenannten „Hersbruder Schweiz“. Fahrt von Nürnberg-Hauptbahnhof mit Sonderzug nachmittags 1³⁰ Uhr; Ankunft in Markt-Schnaittach 2¹⁵ Uhr.
Zweistündige Fußwanderung durch Staatswaldungen des Forstamtes Schnaittach nach der Festungsruine Rothenberg (Ausgangspunkt). Dort kalter Imbiß. (Preis 1 M.)
Rückfahrt mit Sonderzug von Markt-Schnaittach nach Nürnberg abends 7¹⁰ Uhr; Ankunft 7⁴⁵ Uhr. (Fahrpreis 1 M. für Hin- und Rückfahrt; Fahrkarten im Kartenheft.)
4. Abends: Vereinigung im Restaurant „Künstlerheim“, Königsr. 93.

VI. Sonnabend, den 31. August.

Nachausflug in die Staatswaldungen des K. Forstamtes Eichstätt-West (Juragebiet).

Abfahrt von Nürnberg-Hauptbahnhof mit fahrplanmäßigem D-Zug vormittags 8⁰² Uhr über Treuchtlingen (wo 25 Minuten Aufenthalt) nach Station Eichstätt-Bahnhof; Ankunft dort 10¹¹ Uhr. (Fahrpreis III. Kl. 3,40 M.; Fahrkarte im Kartenheft.) 2½ stündige Fußwanderung bis zum sog. „Schweinsparthaus“, dort warmes Essen (zum Preise von 2,80 M. ohne Getränke). Fortsetzung der Wanderung bis zum Bahnhof Eichstätt (1½ Stunde). Von hier Abreise mit fahrplanmäßigen Bügen in der Richtung nach Treuchtlingen—Nürnberg, Treuchtlingen—Augsburg und München, Treuchtlingen—Würzburg. Für eine kleinere Teilnehmerzahl werden Parallelausflüge in die Spessartwaldungen (Richtung Würzburg—Frankfurt a. M.) und in den Hauptmoorwald bei Bamberg (Richtung Nürnberg—Probstzella) veranstaltet. Anmeldung hierzu bei der Hauptversammlung.

Je nach dem Ausfall der Anmeldungen muß sich die Geschäftsleitung Änderungen der Tagesordnung vorbehalten.

B. Verhandlungsgegenstände.

I. Geschäftliche Vorlagen.

1. Bestimmung über Ort, Zeit und Verhandlungsgegenstände der XIV. Hauptversammlung im Jahre 1913. Berichterstatter: Der Vorsitzende.
2. Neuwahl der beiden Beisitzer und ihrer Stellvertreter. Berichterstatter: Der Vorsitzende.

II. Sonstige Vorlagen.

1. Welche Maßnahmen können in einem nahezu reinen Nadelholzgebiet nach ausgedehnten Waldbeschädigungen durch Insektenfraß zur Sicherung des Waldes gegen neuerliche derartige Katastrophen getroffen werden:
erstens bei der Wiederaufforstung der entwaldeten Flächen,
zweitens bei der künftigen Behandlung der neu begründeten Bestände?
Berichterstatter: Regierungs- und Forstrat Rodt (Ansbach).
Mitberichterstatter: Oberförster Vogel v. Falckenstein (Badrojen).
2. Welche Wirkungen hat die staatliche Aufsicht in ihren verschiedenen Formen auf die Organisation des Forstwesens der Gemeinden, auf den Bestand, den Zustand und die Nugbarmachung der Gemeindevaldungen gezeitigt? Ist hiernach eine gesetzliche Regelung der staatlichen Aufsicht wünschenswert?
Berichterstatter: Forstrat Blum (Aichacherburg);
Oberförster Dr. Gerhardt (Coblenz);
Forstmeister und Stadtrat Träger (Görlitz).
3. Mitteilungen über Versuche, Beobachtungen, Erfahrungen und wichtige Vorkommnisse im Bereiche des Forst- und Jagdwesens.
Angemeldet ist ein Vortrag von Forstmeister Freiherr Schenk von Schmitzburg (Kellertbach in Hessen) über die Wirkungen der Hitze des Sommers 1911 und ihre Folgen für Wald und Wirtschaft.
Weitere Vorträge sind beim Vorsitzenden vorher anzumelden.

Es wird ausdrücklich bemerkt, daß auch solche Fachgenossen und Freunde des Waldes, die dem Deutschen Forstverein nicht angehören, als Gäste willkommen sind.

Mündliche Niederschrift der Verhandlungen zum Zwecke der Veröffentlichung ist nicht gestattet. Zu den Kosten wird von den Mitgliedern des Vereins ein Beitrag von 5 M., von den Nichtmitgliedern ein solcher von 8 M. erhoben.

Anmeldungen werden auf dem anliegenden Anmeldebchein bis zum 1. August d. J. erbeten. Um gefällige Beachtung dieser Meldebisist und Einsendung der Scheine nach Ansbach, Bayern, Regierungsförstammer, wird dringend ersucht.

Ansbach, im Juni 1912.

Die Geschäftsführung
für die XIII. Hauptversammlung
des Deutschen Forstvereins.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befragung gelangende Forstbediensteten in Preußen. 605. — Einiges über die Schulverhältnisse in den Forstamtsbezirken Preußens. Von Königl. Forstamtschef von Varendorf. 605. — Die Gehälter der französischen Forstbeamten. 609. — Gutsausichten für Waldhäuser. 610. — Ein Tiere auslaufender Pils. 610. — über eine Exkursion der Forstakademie Oberswalde durch die Warener Stadiforst. 611. — Gelege, Verordnungen, Befanntmachungen und Erkenntnisse. 611. — Das Jahrbuch des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands für 1912. 613. — Was hat der Beamte für den Fall seines Todes vorzubereiten? 613. — Waldbrände. 614. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 615. — Offene Stellen im Gemeinde- und Inhaltsforstbediensteten für Anwärter des Jägerkorps. 616. — Brief- und Fragekasten. 616. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 617. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 619. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 623. — Zusätze.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfälliger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balansen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Smiliches Organ des Grandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldbheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwartensvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärte, des Vereins Waldeck-Thyrmontler Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streichband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 31.

Neudamm, den 4. August 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Gieselwerder in der Oberförsterei Gottsbüren, Regierungsbezirk Cassel, ist vom 1. Oktober 1912 ab anderweit zu besetzen.

Försterstelle Lattenberg in der Oberförsterei Rumbach, Regierungsbezirk Arnswald, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 13. August eingehen.

(Fortsetzung der Dienststellen siehe Seite 643.)

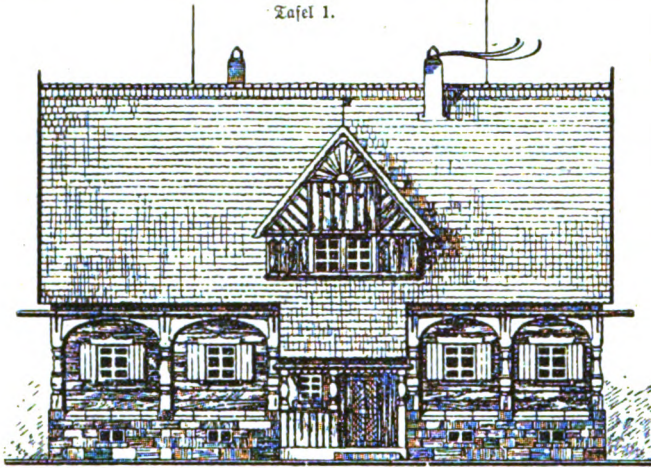
Sächsische Forsthäuser.

Von Königl. Baurat D. Kramer-Dresden.

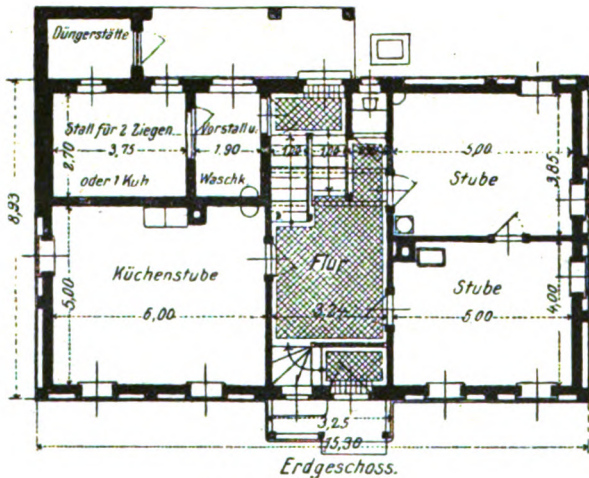
Das lebhafteste Interesse unserer Zeit für die Gestaltung der Wohnungen milder bemittelter Volksschichten lenkt die Aufmerksamkeit zurück auf ein bereits im Jahre 1906 erschienenenes Werk „Forsthäuser und ländliche Kleinwohnungen in Sachsen“, bearbeitet von L. F. R. Schmidt, Oberbaurat im hochbautechnischen Bureau des Königl. Finanzministeriums in Dresden (Verlag von Gerhard Neumann, Dresden). Es ist bemerkenswert, daß die in diesem Werke niedergelegten Anschauungen und vorbildlichen Entwürfe — die zum Teil vom hochbautechnischen Bureau im Königl. Finanzministerium, zum Teil von den verschiedenen Königl. sächsischen Landbauämtern herrühren — auch heute noch zumeist als richtig und vorbildlich gelten können. Die Eigenart des Forstdienstes bringt es mit

sich, daß der Forsthausbau seine eigenen Wege geht und von dem Angebot auf den Wohnungsmarkt so gut wie gar nicht berührt wird, da der idealste Bauplatz für ein Forsthaus in der Regel im Walde, also fernab von menschlichen Siedelungen, zu suchen sein wird. Das schließt die Errichtung von Wohnhäusern für Forstbeamte von privater Seite und auf Vorrat aus und erklärt überdies zum Teil die höheren Herstellungskosten derartiger abgelegenen und für die Arbeitskräfte wie für die Baustoffherbeischaffung gleich schwer erreichbaren Bauten. Diese Ablegenheit ist aber auch auf die Grundrißgestaltung nicht ohne Einfluß. Es ist nicht mehr als billig, den Bewohnern derartiger Häuser für das Fehlen der Annehmlichkeiten unmittelbarer nachbarlicher Beziehungen durch

Tafel 1.



a. Südliche Ansicht.



b. Riß des Erdgeschosses.

Waldwörter-Wohnhaus für das Ottenborfer Revier. Erbaut 1900—1901. Baukosten 18635 Mk. (Wohngebäude 14468 Mk., Nebenanlagen 4167 Mk.); 151,00 qm bebaute Fläche, 769,00 cbm umbauter Raum. Sockelgeschloß zur Unterbringung von Kulturgeräten voll ausgebaut.

Abbildungen aus dem im Verlage von Gerhard Köhntmann in Dresden erschienenen Werke: „Schmidt, Forsthäuser und ländliche Kleinwohnungen in Sachsen, 82 Tafeln nebst Text mit 9 Abbildungen.“

andere Annehmlichkeiten — entweder größere Geräumigkeit der Wohnung oder Angliederung einiger Räume, Wiesen- und Feldflächen zum Betriebe einer kleinen Landwirtschaft — einen entsprechenden Ersatz zu bieten. Die Baukosten derartiger Wohnungen können aber auch dann noch — wie das Schmidtsche Buch überzeugend nachweist — in angemessenen Grenzen verbleiben, wenn die Bauweise dem ländlichen Charakter dieser Bauten Rechnung trägt.

Bis zum Jahre 1900 war die sächsische Hochbauverwaltung, wie die meisten anderen Bauverwaltungen und Architekten, in der Anschauung befangen, daß die städtische Bauweise hinsichtlich der Bauformen und Baustoffe die Grundlage zu bilden habe für alle Bauten, also auch für die ländlichen, und daß das Übereinandersetzen von Geschossen stets eine wirkungsvolle Sparmaßnahme darstelle.

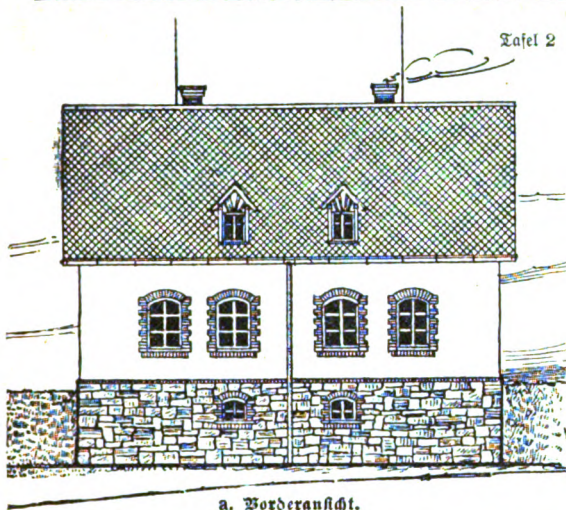
Ein Vergleich der hier abgebildeten Tafeln 2 und 3 des Schmidtschen Werkes, in beiden Fällen ein Doppelwohnhaus für einen Waldarbeiter und einen Waldwärter am gleichen Ort im oberen Erzgebirge (in Tellerhäuser, 645 m über N. N.), mit nahezu gleichem Wohngelätz und umbautem Raum, das eine Mal im Jahre 1900 nach früherer Anschauung erbaut, das andere Mal im Jahre 1904 nach anderer Anschauung, das eine Mal mit rund 13800 Mk., das andere Mal mit nur rund 11000 Mk. Baukosten, läßt erkennen, daß der Wandel dieser Anschauungen von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung war.

Es muß der sächsischen Hochbauverwaltung als besonderes Verdienst angerechnet werden, daß sie ohne Zaudern eine als irrig erkannte Anschauung aufgab und neue Bahnen einschlug. Das Schmidtsche Buch zeigt, welche Mannigfaltigkeit und welcher Reichtum in den alten heimischen Formen verborgen liegen und nur der Erweckung zu neuem Leben bedurften, wie aus den kleineren Fenstern dieser kleinen Waldhäuschen wieder wie früher die Traulichkeit

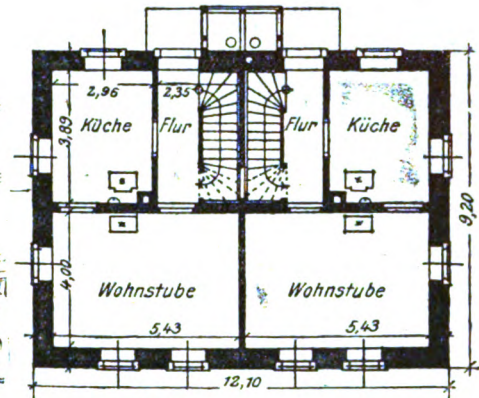
und Ehrlichkeit blinkt, und wie jedes derselben wieder zu einem Heim wurde, das von seinen Bewohnern nicht nur bewohnt, sondern auch geliebt wird. Dieser ethische Gewinn braucht sicher nicht hinter den wirtschaftlichen gestellt zu werden.

Wir geben aus dem Schmidtschen Werke Teile der Tafeln 1, 2, 3 und 18 wieder.

Das Waldwörterwohnhaus für das Ottenborfer Revier (von Tafel 1) ist das erste Forst-



a. Vorderansicht.

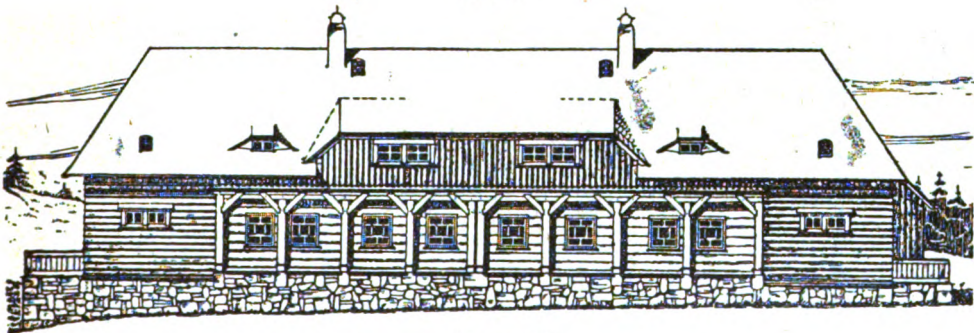


b. Riß des Erdgeschosses.

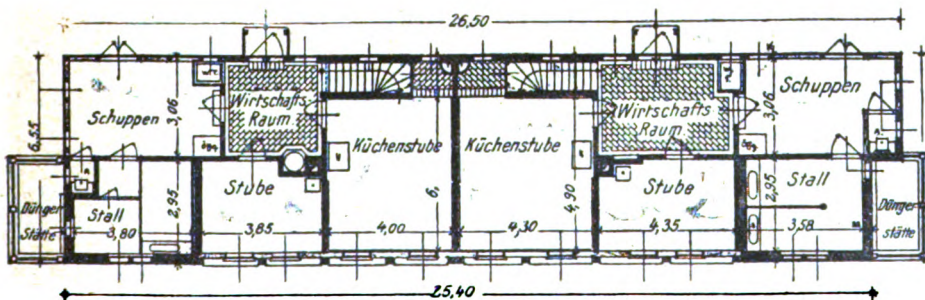
Doppelwohnhaus für 1 Waldwärter und 1 Walbarbeiter zu Tellerhäuser im Erzgebirge. Erbaut 1900—1901; Baukosten 15 890,65 Mk (Wohngebäude 12 343,93 Mk, Nebenanlagen 2106,45 Mk, Schuppen 1438,28 Mk); 114,06 qm bebaute Fläche, 820,48 cbm umbauter Raum.

Abbildungen aus dem im Verlage von Gerhard Rühmann in Dresden erschienenen Werke: „Schmidt, Forsthäuser und ländliche Kleinwohnungen in Sachsen, 82 Tafeln nebst Text mit 9 Abbildungen.“

Tafel 3.



a. Längsansicht.



b. Riß des Erdgeschosses.

Doppelwohnhaus für 1 Waldwärter und 1 Walbarbeiter zu Tellerhäuser im Erzgebirge. Erbaut 1904; Baukosten 11 381,14 Mk (Wohngebäude 10 393,78 Mk, Nebenanlagen 889,41 Mk, Kellergebäude 598,00 Mk); 170,00 qm bebaute Fläche, 840,00 cbm umbauter Raum.

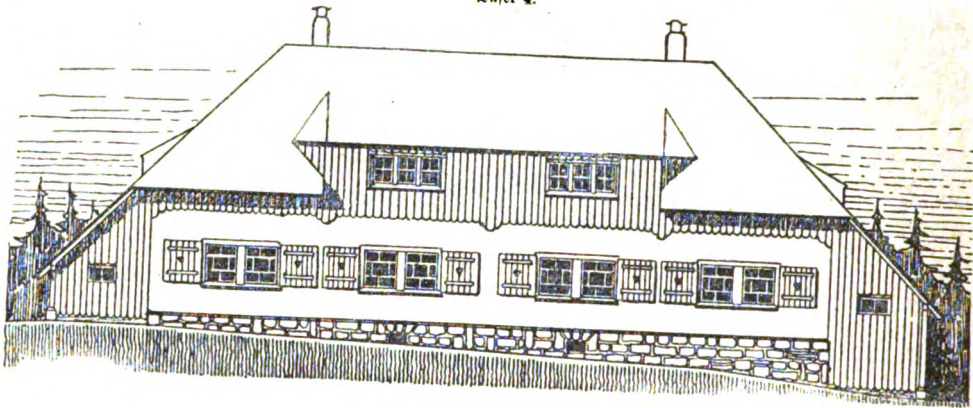
Abbildungen aus dem im Verlage von Gerhard Rühmann in Dresden erschienenen Werke: „Schmidt, Forsthäuser und ländliche Kleinwohnungen in Sachsen, 82 Tafeln nebst Text mit 9 Abbildungen.“

haus, welches (im Jahre 1900—1901) von der sächsischen Hochbauverwaltung nach der oben skizzierten modernen Anschauung in ländlicher Bauweise, und zwar als Blockbau, errichtet wurde. Es zeigt im Grundriß die Raumaufteilung des sächsischen Bauernhauses mit seinem stattlichen Mittelflügel und folgt auch in der Anwendung der Blockhausumfrottung mit

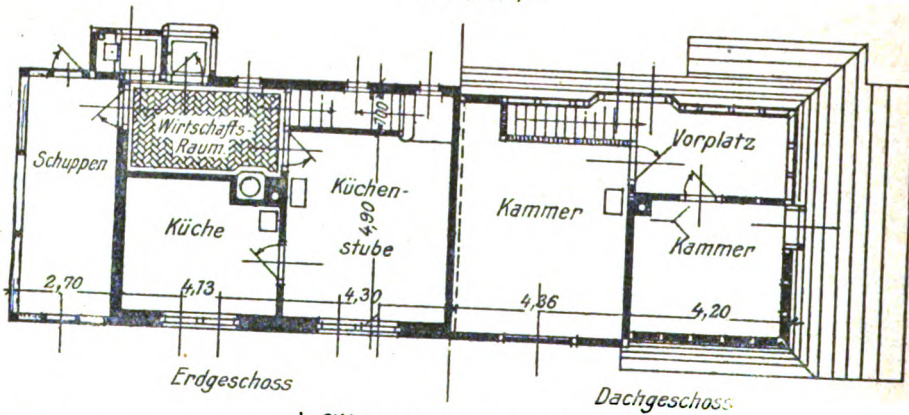
liegt an einem beliebigen Jagdfrühstücksplatz des Königs — begründet.

Die Abbildungen der beiden Forsthäuser in Tellerhäuser (von Tafel 2 und 3) sollen die wirtschaftliche Überlegenheit der alten ländlichen Bauweise gegenüber der städtischen auf dem Lande vor Augen führen und bedürfen im übrigen, ebensowenig wie das — als Beispiel

Tafel 4.



a. Südostansicht.



b. Riß des Erd- und Dachgeschosses.

Waldarbeiter-Doppelwohnhaus bei Gröna im Erzgebirge. Erbaut 1903; Baukosten 9875,00 Mk. (Wohngebäude 8542,18 Mk. Nebenanlagen 1332,82 Mk.); 154,12 qm bebaute Fläche, 786,50 cbm umbauter Raum.
Abbildungen aus dem im Verlage von Gerhard Küttmann in Dresden erschienenen Werte: „Schmidt, Forsthäuser und ländliche Kleinwohnungen in Sachsen, 32 Tafeln nebst Text mit 9 Abbildungen.“

hölzernen Flaschenfüßen und bogenförmig ausgeschnittenen Knaggen, des Fachwerks mit geputzten Gefachen und der Brettverschlagung mit Deckleisten den schönen erhaltenen Beispielen in den benachbarten Dörfern — der sächsischen Schweiz und Nordböhmens. Die verhältnismäßig hohen Kosten dieses Bauwerks sind einmal in seiner Großräumigkeit und der zur Gewinnung von Aufbewahrungsräumen für Kulturgeräte geforderten vollen Unterfellerung und dann in seiner sorgfältigen Durchbildung — das Häuschen

eines Hauses mit massiven Erdgeschoßumfassungen gebracht — Waldarbeiterdoppelwohnhaus zu Gröna im Erzgebirge (von Tafel 18), kaum einer weiteren Erläuterung.

Möchte das Schmidtsche Buch dazu beitragen, der alten bewährten Bauweise in unsern deutschen Landen neue Freunde und gerechte Beurteiler zu gewinnen. Wer im Kleinwohnungsbau Beratung sucht, wird seine 32 Tafeln nicht ohne Interesse betrachten und sicher nicht ohne Gewinn aus der Hand legen.

Gnadenbewilligungen für die Hinterbliebenen der preussischen Forsthilfsaufseher.

Die Gesetzgebung hat in den letzten Jahren manches getan, das Los der Hinterbliebenen der preussischen Beamten angenehmer zu gestalten. Wir erinnern an das Unfallfürsorgegesetz, den Nachtrag zum Hinterbliebenenfürsorgegesetz, das Gesetz wegen des Gnadenvierteljahrs und die Bewilligung erheblicher Mittel zur dauernden Unterstützung von Witwen der Altpensionäre. Viele von diesen segensreichen Einrichtungen sind aber nicht genügend bekannt geworden und werden daher aus Unkenntnis häufig nicht in Anspruch genommen. Zu diesen gehören zweifellos die Bestimmungen über die Gnadenbezüge für die Witwen und Waisen der nicht etatmäßigen Beamten. Hier tut um so mehr Aufklärung not, als diese Witwen und Waisen sich meist in sehr ungünstiger finanzieller Lage befinden.

Für uns kommen in dieser Hinsicht die Gnadenbezüge für Hinterbliebene der Forsthilfsaufseher in Frage. Wie wir glauben annehmen zu können, ist es noch wenig bekannt, daß den Hinterbliebenen derjenigen Forsthilfsaufseher, die im preussischen Staatsforstdienst beschäftigt werden und monatlich voraus zahlbare Beschäftigungsgelder erhalten, also vor mehr als neun Jahren beim Militär eingetreten sind, die Beschäftigungsgelder noch für das auf den Sterbemonat folgende Vierteljahr, sowie nach Ablauf dieses Vierteljahres Witwen- und Waisengelder gezahlt werden können.

Die Gewährung des sogenannten Gnadenvierteljahrs ist nach § 2 des Gesetzes vom 7. März 1908 (G. S. S. 35) zulässig. Danach kann den Hinterbliebenen eines unmittelbaren Staatsbeamten, der keine etatmäßige Stelle bekleidete, aber zur Befriedigung eines dauernden Bedürfnisses nicht nur aushilfsweise beschäftigt war, das Gnadenvierteljahr von dem ihm in festen monatlichen Beträgen zustehenden Dienst-einkunften gewährt werden. Die Beschäftigung eines außeretatmäßigen Beamten, dem das Gnadenvierteljahr gewährt werden darf, muß nach dem Erlasse des Finanzministers vom 11. April 1908 objektiv der Befriedigung eines dauernden Bedürfnisses gedient haben, braucht jedoch subjektiv nur insofern einen dauernden Charakter gehabt zu haben, als der Beamte nicht nur zu vorübergehender Aushilfe mit der betreffenden Tätigkeit betraut gewesen sein darf. Diese Begriffsbestimmung paßt fast immer auf die Beschäftigung der Forstaufseher, die ja, wenn sie überhaupt im preussischen Staatsdienst beschäftigt werden, in der Regel zur dauernden Verwendung einberufen sind. Ist aber

diese Voraussetzung erfüllt, so soll nach dem angeführten Ministerialerlasse die Gewährung des Gnadenvierteljahrs regelmäßig dann stattfinden, wenn dem Beamten auf Grund des § 2 Abs. 2 des Pensionsgesetzes eine Pension würde bewilligt worden sein. Nach dem letzten Paragraphen kann nun den unter dem Vorbehalte des Widerrufs oder der Kündigung angestellten Beamten, wenn sie keine in den Besoldungsetats aufgeführte Stelle bekleiden, eine Pension bewilligt werden. Angestellt heißt in diesem Falle so viel wie dauernd beschäftigt; denn nach den Motiven des Pensionsgesetzes sind diejenigen Beamten, die ihre Bezahlung aus Titeln „zu anderen persönlichen Ausgaben“ erhalten, auf fakultative Bewilligung einer Pension angewiesen. Hierzu gehören zweifellos die gegen festen Monatslohn im Staatsdienst beschäftigten Forsthilfsaufseher. Da die Pensionsbewilligung in diesem Falle von der Würdigkeit und Bedürftigkeit des Beamten abhängig ist, wird auch vor Gewährung des Gnadenvierteljahrs an Hinterbliebene solcher Beamten die Würdigkeit und Bedürftigkeit des Verstorbenen und der Empfänger geprüft.

Für die Bewilligung von Witwen- und Waisengeld kommt Artikel VI des Gesetzes vom 27. Mai 1907 (G. S. S. 99) in Frage. In diesem heißt es: „Der Witwe und den Waisen eines Beamten, welcher unter dem Vorbehalte des Widerrufs oder der Kündigung angestellt gewesen ist, ohne eine in den Besoldungsetats aufgeführte Stelle bekleidet zu haben, kann von dem Departementschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister Witwen- und Waisengeld bis auf die Höhe derjenigen Beträge bewilligt werden, welche ihnen zustehen würden, wenn der Beamte eine in den Besoldungsetats aufgeführte Stelle bekleidet hätte.“ Auch hier machen die Ressortchefs die Bewilligung von der Würdigkeit und Bedürftigkeit des Verstorbenen und der Empfänger abhängig.

Wir empfehlen also jeder Forsthilfsaufseherwitwe, deren Mann im Staatsdienst gegen feste Monatsgelder beschäftigt war, bald nach seinem Tode an die königliche Regierung ein Gesuch wegen Gewährung des Gnadenvierteljahrs und gnadenweise Bewilligung von Hinterbliebenengeldern zu richten, wenn sich die Witwe nicht etwa in guter Vermögenslage befindet.

Die Hinterbliebenen inaktiver Forsthilfsaufseher erhalten das Gnadenvierteljahr nach § 31 des Pensionsgesetzes ohne weiteres, wenn der Mann bis zu seinem Tode eine

Pension bezogen hat. Witwen- und Waisengeld kann ihnen aber nach Artikel VI des Gesetzes vom 27. Mai 1907 (G. S. S. 99) nur dann gewährt werden, wenn die Pension des verstorbenen Mannes lebenslänglich bewilligt und seine Ehe vor der Versetzung in den Ruhestand geschlossen war. Treffen diese Voraussetzungen zu, so empfiehlt sich ebenfalls ein Antrag, und zwar an die Regierung, in deren Bezirk der Wohnort des Verstorbenen liegt. Für Berlin ist in dieser Hinsicht die Königliche Ministerial-, Militär- und Baukommission zuständig.

Im Anschluß hieran seien noch die Vergünstigungen erwähnt, die für verwaiste Kinder von Förstern und Forstaufsehern bestehen und die, wie man aus den in letzter Zeit besonders

häufigen Bekanntmachungen des Ministeriums ersieht, zum Teil ebenfalls wenig bekannt sind. Der verwaiste Knaben und Mädchen unter 16 Jahren nimmt sich auf Antrag die Kronprinz-Friedrich-Wilhelm- und Kronprinzessin-Viktoria-Forstwaisenstiftung, Berlin W9, Leipzigerplatz 7, an, die entweder für Unterbringung in Waisenhäusern sorgt oder Erziehungsbeihilfen zahlt. Für die evangelischen Knaben unter 11 Jahren bestehen Freistellen bei der Waisenversorgungsanstalt zu Klein-Glienide bei Potsdam und beim Evangelischen Johannesstift zu Spandau. Anträge auf Überlassung einer solchen Freistelle sind an die Regierung zu richten. Für die Mädchen sorgt der allen Forstbeamten bekannte Forstwaisenverein.

Mitteilungen.

— **Zum Artikel: Schußgräben mit schräger Seitenwand.** In Nr. 23 Seite 467/70 sind so lehrreiche und interessante Ausführungen zum Teil über bisher nicht bekannte Formen der zum Rüsselkäferfang hergestellten Fanggräben gemacht, daß dem Herrn Verfasser der Dank aller für die Sache interessierter Kollegen sicher ist. Gegen die mitgeteilten Tatsachen lassen sich schlechterdings beweiskräftige Einwendungen nicht erheben, und man kann sie fast Wort für Wort unterschreiben. Wenn ich trotzdem zu dem betreffenden Artikel einige Ausführungen für angebracht erachte, so geschieht es mehr, mit beizutragen zu einem Meinungsaustausch über gesammelte Erfahrungen, da der große braune Rüsselkäfer und der mit ihm auftretende graue Rüsselkäfer als Kulturverderber zu den schädlichsten, oft verheerend auftretenden Forstinsekten gehören. — Das Auslegen der Fangknüppel beispielsweise in die Gräben hat meines Erachtens den Nachteil, daß die mit dem Ablefen der Käfer beschäftigten, oft altersschwachen oder invaliden weiblichen Arbeiter ein erhebliches Arbeitshindernis zu bewältigen haben und eine große Anzahl Fangknüppel mehr als bisher gebraucht werden. Die in meinem Revier im laufenden Jahre hergestellten oder nur geräumten Fanggräben haben eine Länge von 2495 m, und diese sind mit 500 Stüd Fanglöchern versehen. Es müßten also statt der leicht zu räumenden Fanglöcher einige Hundert Fangknüppel täglich in für solche Personen ungünstiger Position abgelesen werden. — Die Fanglöcher, täglich mit einer Blechseibe gereinigt und, wie es Pflicht des Beamten ist, auch zeitweise revidiert, verhindern stets, daß diese zu Mordergruben werden. — Trifft diese Voraussetzung nicht zu, dann allerdings hat der Herr Kollege leider nur zu recht, und es ist dann von Herzen zu bedauern, daß unseren hilfsbereiten Freunden aus der Klasse der Caraboiden, Cicindelen, Aldersflügler, Amphibien u. a. ein solch grausamer Tod (Hungertod) für ihre wertvolle Unternehmung des Forstbeamten — von diesem selbst — bereitet wird. Wir wollen

hoffen, daß eine solche unmenschliche Behandlung zu den großen Seltenheiten gehört.

Nach Schluß der Fangperiode ist das Fängelschlein der Fanglöcher durch eine schräg abfallende Seitenwand zu unterbinden; ebenso sind in größeren Zwischenräumen die Fanggräben — die hier 30 cm tief und nur 18 cm weit mit besonders dazu hergestellten Spaten und Schaufeln gefertigt werden — mit Erde anzufüllen, um den nützlichen Forstinsekten das Entkommen zu erleichtern. Diese Arbeiten sind schnell ausgeführt und können bei Wiederbenutzung der Fanggräben auch bald wieder beseitigt werden, ohne für letztere Arbeit Mehrkosten zu veranlassen, da die Gräben doch geräumt werden müssen. — Zur Verhinderung des zeitigen Austrocknens der Fangknüppel halte ich es für zweckmäßig, die Fangknüppel nur pläteweise einseitig zu entbinden, stärkeres Material, 10 bis 14 cm Jopf, zu verwenden und diese auf gut gereinigte Plätze mit der teilweise entbindeten Seite nach unten gegen den nach Süden gerichteten und angehäuften Abraum zu legen und das wechselseitige, pläteweise Entbinden zu wiederholen.

Die frühzeitige Auslage, bei sonnigen, warmen Tagen schon im März, halte auch ich für sehr angebracht, da dadurch und durch die Fanggräben der überwinterte Käfer beseitigt und verhindert wird, neue Brut abzulegen. — Etwa 20 Fangknüppel pro Hektar auf vor- und diesjährige Kulturen und diesjährige Schlagflächen ausgelegt, dürften zunächst genügen. Auf den Kiefernlahlschlägen findet hier gegen den 25. Mai ein weiteres Nachlegen von Fangknüppeln bis zu 100 Stüd pro Hektar statt; in dieser Zeit läßt das Fangen des Käfers in den Fanggräben gewöhnlich etwas nach. Die außergewöhnlich warme Witterung des Sommers 1911 hat auch zur Vermehrung der Rüsselkäfer (*Curculio pini* und *glauca*) beigetragen. So wurden in diesem Frühjahr bis Ende Juni, in der Hauptsache auf zwei Lahlschlägen, von im ganzen 3,5 ha Größe

50 Liter Küsseltäfer, à Liter 3000 Stüd = 150 000 Küsseltäfer gesammelt und vernichtet; damit ist das dreifache Quantum des Vorjahres bereits überschritten. — Am schädlichsten wird der Käfer der Fichtenpflanze, da die gestressenen, erbsengroßen Löcher den Harzausfluß und damit den Tod der Pflanze veranlassen. Noch heute erinnere ich mich lebhaft aus meiner Lehrzeit eines starken Küsseltäferschadens, der zu Beginn der achtziger Jahre in der Nähe von Petersberg, Oberförsterei Hersfeld-Wippershain, auf einer mit drei- bis vierjährigen verschulten Fichten aufgeforsteten Kahl Schlagfläche wiederholt stattfand und das Gelingen der Aufzucht mehrere Jahre in Frage stellte. — Die damals angewandten Vertilgungsmittel: Auslegen von Fangbündel um Rinde und die Fanglöcher an den Stöcken waren allein nicht geeignet, den Käfer unschädlich zu machen; es fehlten nach meinen mittlerweile gesammelten Erfahrungen gerade die *Fanggräben*, da der Küsseltäfer doch zum größten Teil in diesen gefangen wird, weil er die Fraßstellen, insbesondere Nadelholz-Kahlschläge, mehr laufend als fliegend erreicht. Es scheint, als ob der *intensive* Harzgeruch

eines Kahl Schlages, namentlich wenn die lagernden Langhölzer sämtlich geschält sind, den Küsseltäfer verleitet, sich vor der Fraßstätte niederzulassen. Ein Versuch mit den in Nr. 23 beschriebenen Fanggräben zu machen, bietet jedenfalls für den Beobachter sehr viel des Interessanten und empfiehlt sich von selbst.

Jh. Schwarzburg, im Juli 1912.

Stred.

— **Wie schöpft das Eichhörnchen?** „Wie die Kage!“ hörte ich schon von manchem Weidmann. Indes ganz so ist das doch nicht. Es kommt darauf an, ob das Wasser ruhig fließt oder nicht. So hatte ich vor Jahren Gelegenheit, ein Eichhörnchen an einem Gießbache Wasser aufnehmen zu sehen, es war um die Mittagszeit eines heißen Julitages. Hier trank das Eichhörnchen in Abfällen, wobei es nach jeder Wasseraufnahme den Kopf hoch hielt. Dagegen sah ich im vorigen Sommer in der Nähe einer Quelle an dem ruhig abfließenden Wasser in der Morgenzeit und nachher wiederum am Abend, wie ein Eichhörnchen sich sozusagen richtig vollzog. B.

Berichte.

— **Die Abteilung Forstwirtschaft in der erzgebirgischen Ausstellung in Freiberg.** Die Abteilung „Forstwirtschaft“ der Industrie-Ausstellung in Freiberg erfreut sich eines regen Besuches und bietet namentlich in ihrer Gruppe XII — Forstbenutzung — sehr viel Interessantes. Die Verwertung des Holzes und seine vielseitigste Verwendung wird uns recht anschaulich vorgeführt. So sehen wir z. B. die Umwandlung des Holzes in Zellulose und Papier. Da ist zunächst das von der Rinde befreite Holz in Scheiben geschnitten, dann der ungleichte und gelbeichte Holzschliff, das Holz hochfertig und schließlich die halb- und ganzgebleichte Zellulose in der Masse und in getrockneten Tafeln. An einer anderen Stelle sehen wir aus Holz gewonnene Erzeugnisse — Seidenspänen und ein Holzgewebe, aus dem auch ein ganzer Anzug ausgestellt ist. Ferner sind vorhandenen Holzmenchenhaar, das vom echten nicht zu unterscheiden ist, Holzrohhaare, Holzband, Holzgarn, Holzstirn, Holzstroh, Holzwatte, Holznäheide und sogar Holzposamenten, die den echten Seidenposamenten im Ansehen kaum etwas nachgeben. Alle diese überaus interessanten Produkte der feinen Holzverarbeitung sind von dem Chemischen Institut der Forstakademie Tharandt ausgestellt. Soll das Holz zu besonderen Zwecken verarbeitet

werden, so muß es eine Berebelung erfahren. Diese besteht in der Oberflächenfärbung oder in der inneren Verfärbung des Holzes (Humifizierung). Ein Stüd Kiefernholz wurde mit Kupfersulphat imprägniert, ein anderes erhielt durch Behandlung mit Steintohlenteer eine dunkle Färbung. Das Wasser-, Terpentin-, Wachs- und Spiritusbeizen von Ahorn, Erle, Birnbaum und Eiche wird auf einer Tafel besonders dargestellt. Weiteres Präparate veranschaulichen die Produkte der Holzdestillation, als wie Holzteer und Holzessig. Gegenstände der unmittelbaren Holzindustrie — Holzschuhe, Spielwaren, Sportgeräte, Drechslerwaren, Stellmachereierzeugnisse — sind von Freiburger Firmen sehr reichlich ausgestellt, ebenso ist die Verarbeitung der geschälten und ungeschälten Weiden aus dem vorhandenen Material zu ersehen. Interessant ist auch die mit der Abteilung Forstwirtschaft verbundene Ausstellung der Firma Wilhelm Göhlers Ww., Freiberg. Wir finden hier zunächst die Instrumente für die Forsteinrichtung, Rechengeräte, Erdböhrer, Verschulapparate, Sämaschinen, überhaupt alle Kulturgeräte, Säunungs- und Durchforstungswerkzeuge, Spritzen, Mittel gegen Wildverbiss, sowie die meisten in der Forstwirtschaft erforderlichen Gegenstände.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Wagners Blendersaumschlagverfahren.

Bur Allgemeinen Verfügung Nr. 7/1912 vom 27. März 1912 — III 3245 —

Allgemeine Verfügung Nr. 15 für 1912
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 7093.

Berlin W 9, 9. Juli 1912.

Professor C. Wagner hat in einer neuen Veröffentlichung „Der Blendersaumschlag und

sein System“ (Tübingen, H. Laupp 1912) die in seiner früheren Arbeit „Die Grundlagen der räumlichen Ordnung im Walde“ niedergelegten Untersuchungen in mannigfacher Weise ergänzt. Namentlich der I. Abschnitt des neuen Werkes enthält bemerkenswerte Hinweise, „wie das in den „Grundlagen“ entwickelte Niesführungsprinzip auf die verschiedenen Verhältnisse im Walde an-

zuwenden ist", wie die einzelnen Holz- und Bestandarten unter den verschiedenen Gelände-Verhältnissen zu behandeln, sowie welche Gesichtspunkte bei Einleitung des Blendersaumschlagverfahrens zu beachten sind und wie namentlich bei der ersten Anlage der Saumschläge die natürliche Verjüngung durch die künstliche zu unterstützen und zu ergänzen ist.

Da ich Wert darauf lege, daß die durch meinen Erlass vom 27. März 1912 — III. 3245 — angeordneten Versuche brauchbare Ergebnisse zur Prüfung der Frage liefern, ob und unter welchen Verhältnissen das Blendersaumschlagverfahren in den preussischen Staatsforsten mit Erfolg anwendbar ist, sind die Wagner'schen Richtlinien sorgfältig zu beachten.

Ich empfehle daher, auch das Werk "Der Blendersaumschlag und sein System" für die dortige Bücherei zu beschaffen und es auch den mit der Durchführung der Versuche beauftragten Oberförstern nach Bedarf zur Verfügung zu stellen.

N. A.: W e s e n e r.

An sämtliche königlichen Regierungen, mit Ausnahme von Kurich und Münster.



— **Zeugengebühren eines Forstbeamten.** In der zwischen dem Forstfiskus und einer ostpreussischen Gemeinde schwebenden Streitfrage wegen der Festsetzung der Pachtentschädigung für die dem Forstfiskus zur Anpachtung angebotenen Einschlußflächen war u. a. auch ein Oberförster als Zeuge darüber vernommen worden, wieviel Stück Wild in den letzten Jahren nach seinen Wahrnehmungen auf den betreffenden Einschlußflächen ausgetreten oder gewechselt seien. Als Gebühren setzte das Amtsgericht einen wesentlich geringeren als den beanspruchten Betrag fest, indem es annahm, daß der Zeuge den betreffenden Termin nicht in Ausübung seines Amtes als Oberförster, sondern lediglich als Zeuge wahrgenommen habe, um über Tatsachen vernommen zu werden, die gelegentlich der Ausübung seines Amtes zu seiner Kenntnis gelangt seien. Auf die Beschwerde hierüber hob das Landgericht die Festsetzung des Amtsgerichts auf und erkannte dem Oberförster die höheren Gebühren auf Grund der §§ 15 ff. des Gesetzes vom 26. Juli 1910 unter folgender Begründung zu: Öffentliche Beamte hätten Tagelöhner und Reisekosten nach Maßgabe der für Dienststreifen geltenden Vorschriften zu erhalten, wenn sie als Zeugen über Umstände vernommen würden, von denen sie in Ausübung ihres Amtes Kenntnis erhalten haben (§ 14 Nr. 1 der Gebührenordnung v. 30. 6. 1878). Dies treffe für den betreffenden Oberförster zu. Er habe in seiner Eigenschaft als Oberförster auch

zu Zeiten, zu denen von einer Pachtung der Einschlußflächen noch nicht die Rede war, die amtliche Pflicht gehabt, sich über den Eintritt und Wechsel des Wildes aus der ihm unterstellten Staatsforst in die angrenzenden fremden Jagdgebiete dauernd unterrichtet zu halten, um etwaige Maßnahmen, wie Anpachtung u. dgl., zur Erwägung stellen zu können. Die Kenntnis der von ihm betundenen Tatsachen habe er also in Ausübung seines Amtes als Oberförster erlangt; daß dies gelegentlich anderweitiger Amtsausübung geschehen sein möge, sei unerheblich.



Vorlesungsverzeichnis der Forstakademie zu Hann.-Münden für das Winter-Semester 1912/13.

Oberförstermeister Prof. Fride: Waldbau, allgemeiner Teil (2 St.), Forsteinrichtung (2 St.), Forstwissenschaftliche Übungen (2 St.).
Förstermeister Michaelis: Forstgeschichte (2 St.), Forstverwaltungskunde (1 St.).
Förstermeister Sellheim: Forstbenutzung (4 St.).
Forstassessor Deller: Waldwertrechnung (1 St.), Forstschutz, II. Teil (2 St.), Forstpolitik, I. Teil (2 St.).
Professor Dr. Fald: Forstliche Mythologie (2 St.).
Professor Dr. Büsgen: Allgemeine Botanik (3 St.), Botan. mikroskop. Praktikum (2 St.), Botanisches Praktikum (1 St.), Kolonialbotanik (1 St.).
Professor Dr. Rhumbler: Allgemeine Zoologie (2 St.), Wirbeltiere (1 St.), Wirbellose Tiere ohne Insekten (1 St.), Zoologische Übungen (1 St.).
Professor Dr. Hornberger: Meteorologie (2 St.), Physik (2 St.), Bodenkundliches Praktikum (1 St.).
Professor Dr. Süchting: Anorganische Chemie (3 St.), Mineralogie (1 St.), Chemisches Praktikum (2 St.).
Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Baule: Vermessungsaufgaben (2 St.), Instrumentenkunde (2 St.).
Gerichtsassessor Braun: Strafrecht, II. Teil (2 St.).
Dr. Marcard: Volkswirtschaftslehre (3 St.), Volkswirtschaftliche Übungen (1 St.).
Prof. Dr. von Seelhorst: Landwirtschaftslehre (2 St.).
Sanitätsrat Dr. Kühne: Erste Hilfeleistung in Unglücksfällen (2 St.).
Allwöchentlich Sonnabends forstliche Ausflüge in die Lehrreviere unter Führung der forstlichen Dozenten.
Beginn des Semesters am 15. Oktober, Schluß desselben am 20. März.
Der Direktor der Forstakademie:
Fride.

Verschiedenes.

— **Der Ankauf des Jagdschlösses Platte** abgelehnt. Die Stadt Wiesbaden hat das Angebot der Luxemburgischen Finanzkammer, das dem Luxemburgischen Fürstenhaus gehörige, bei

Wiesbaden gelegene Jagdschloß Platte nebst dem dazugehörigen Wald für 2 Millionen Mark anzukaufen, endgültig abgelehnt. Alle an die kürzliche Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ von diesem

Angebot geknüpften Zeitungsmeldungen über eine Verwendung des Jagdschlosses als neues Kaiser-schloß sind daher unrichtig.

— **Konkursprüfung für die Aspiranten des bayerischen Staatsforstverwaltungsdienstes.** Am Samstag, dem 9. November d. Js., beginnt an der Kgl. Forstlichen Versuchsanstalt in München eine Prüfung für die bayerischen Staatsforstverwaltungsdienst-Aspiranten. Zulassungsgesuche sind spätestens sechs Wochen vor Beginn der Prüfung bei der Regierungsforstammer jenes Regierungsbezirk einzureichen, in welchem der Gesuchsteller sich in Vorbereitungspraxis oder zur vorübergehenden Verwendung befindet.

— **Militärarbeitsstellen bei den Versicherungsämtern.** Nach einem Erlaß des preussischen Finanzministers sind die Regierungspräsidenten zur Entgegennahme von Bewerbungen der Militärarbeitsstellen, die sich etwa dem Versicherungsdienste widmen wollen, berechtigt. Berücksichtigt werden nur Bewerber, die über eine gute Allgemeinbildung und über ausreichende Vorkenntnisse im Versicherungswesen verfügen. Die Deutsche Staatsbürger- und Beamten-schule in Berlin hat auf Grund maßgebender Anregung einen besonderen Kursus zur Ausbildung im Versicherungswesen eingerichtet. Die Versicherungsämter haben am 1. Juli d. Js. zunächst natürlich nur vorbereitungsweise ihre Tätigkeit begonnen und werden nach und nach ihren Beamtenbedarf ergänzen. Die endgültige Festsetzung der Zahl der einzustellenden Versicherungsbeamten erfolgt durch den Etat für 1913. Bei den in der Försterlaufbahn zurzeit bestehenden ungünstigen Anstellungsverhältnissen wäre es nicht ausgeschlossen, daß einige Forstanwärter auch hier ein zutragendes Arbeitsfeld suchen.

— **Reisigpresse.** Mit der von Herrn Förster Udermann erfundenen, in Nr. 21 der „Deutschen Forst-Zeitung“ angezeigten Reisigpresse ist hier am 8. d. Mts. unter seiner Anleitung gearbeitet worden. Diese Vorrichtung ist vorteilhafterweise ziemlich einfach konstruiert, die damit von trockenem Kiefern- und Birkenreisig hergestellten Wellen wurden bequem derart zusammengepreßt und mit Bindebahn an jedem Ende leicht so fest gebunden, wie es mit der Hand auch nicht annähernd möglich ist. Die Presse ist verstellbar, es können 1 bis 1,25 und 0,50 bis 0,60 m lange Wellen hergestellt werden. Ein großer Vorzug des Instruments besteht ferner darin, daß die damit arbeitenden Leute sich nicht so anstrengen, Kleider und Hände zerreißen brauchen als bei dem Binden mit der Hand, daß die Wellen fester werden und bei gleicher Größe wohl um ein Drittel mehr Holz enthalten. Außerdem haben sie den Vorteil gegenüber den mit der Hand gebundenen, daß sie nicht aufgehen und die gleiche Holzmasse weniger Raum beansprucht, wodurch sie für den Transport mit Wagen und Bahn geeigneter sind. Wer also nicht Gelegenheit hat, sein Reisig an Bewohner der nächsten Umgegend vorteilhaft abzusetzen, sondern

um es los zu werden, genötigt ist, es weiter transportieren zu lassen, wird gut tun, sich eine solche Presse anzuschaffen. Sie dürfte sich in kurzer Zeit bezahlt machen. Der Preis von 50 M. erscheint angemessen.

G o l l m i t z (Lausitz), 10. Juli 1912.

E c h w o c h o w.

— **Die Ermittlungen zu den Forstdiebstählen** müssen bereits vor Einleitung des Strafverfahrens sorgfältig ausgeführt werden. Einen Beweis hierfür liefert folgender Vorgang, der kürzlich in der „Deutschen Warte“ mitgeteilt wurde. Am 18. Dezember 1910 war ein Zimmergeselle in Gemeinschaft mit einem andern von einem Waldaufsicht in der Forst seines Dienstherrn mit einer abgehauenen Tanne betroffen. In dem eingeleiteten Strafverfahren erhielt der zweite Täter wegen Forstdiebstahls einen richterlichen Strafbefehl über 10 M. Dieser erhob Einspruch beim Amtsgericht, und sein Freund wurde am 2. Mai 1911 vor dem Amtsgericht als Zeuge vernommen. Er beschwor dabei: beide haben gemeinschaftlich die Tanne aus dem Waldstück seines Onkels geschlagen, um sie als Weihnachtsbaum zu henußen. Der Onkel habe ihnen dies erlaubt. Diese Aussage soll falsch gewesen sein. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft stammt diese Tanne nicht von dem Grundstücke des Onkels. Dieser habe zwar den beiden die Erlaubnis zum Abhauen eines Weihnachtsbaumes gegeben, aber nur einer Kiefer, da auf seinem Heideplan keine Tannen wachsen. Der frühere Zeuge hatte sich infolgedessen wegen Meineids zu verantworten. In der Schwurgerichtsverhandlung beantragte der Staatsanwalt das Schuldig gegen den Angeklagten, wobei er hervorhob, daß die Strafmäßigung des § 157 St. G. B. Platz greife, da er sich bei wahrheitsmäßiger Aussage der Verfolgung wegen Forstdiebstahls ausgeliefert hätte. Der Verteidiger machte dagegen geltend, daß der in Berlin wohnende Angeklagte mit den Besitzverhältnissen des Onkels nicht näher vertraut war und daher auch nicht wußte, welches die Grenzen der Waldparzelle seines Onkels waren. Dieser habe ihnen die Erlaubnis erteilt, sich „einen Weihnachtsbaum“ von seiner Waldparzelle zu holen, und der Angeklagte sei fest davon überzeugt gewesen, daß der Weihnachtsbaum, den beide geholt, auf dem Revier des Onkels gestanden habe. Dem Antrage des Verteidigers gemäß verneinten die Geschworenen die Schuldfrage, worauf die Freisprechung erfolgte. Es war in diesem Falle also vor der Einleitung des Strafverfahrens wegen Forstdiebstahls von dem Waldaufsicht unterlassen worden, gleich unter dem Eindruck der Tat an Ort und Stelle ausreichende Erhebungen anzustellen. Augenblicklich hat er sich damit begnügt, den Forstdiebstahl als gegeben anzunehmen, ohne die Verteidigung der Täter nachzuprüfen — diese vielleicht gar nicht einmal entgegengenommen. Wenn dies erst später geschieht, nachdem die Freier sich auf eine Ausrede „besonnen“, ist es oft schwierig, ja unmöglich, noch brauchbares Material zu beschaffen. E.

— **Beschädigungen von Bäumen durch Entwendung von Zweigen** werden in letzter Zeit, besonders in der Nähe von Städten, vielfach verübt. Bereits in Nr. 22 Seite 460 der „Forst-Zeitung“ wurde über einen solchen Frevel berichtet. Mit einem ähnlichen Fall beschäftigte sich kürzlich ein Berliner Schöffengericht. Es war bekannt geworden, daß in verschiedenen Kranzbindereien, besonders aber in der Markthalle der Lindenstraße, ein ausgedehnter Handel mit gestohlenem Laub von Bäumen und Pflanzsträuchern aus der Umgebung von Berlin getrieben wurde. Hier gelten als besonders lohnende Handelsartikel die Zweigspitzen der Weimouthskiefer, die zu Grabskränzen Verwendung finden. Da ein mit diesen Zweigspitzen gefüllter Sack von den Händlern mit 12 M bezahlt wird, ist es leicht erklärlich, daß die Freveler bei diesem Gewerbe einen leichten und lohnenden Verdienst finden. Schon seit einiger Zeit war die Polizei auf diese gewerbsmäßigen Waldbeschränkungen aufmerksam geworden. In einer Nacht beobachtete ein Beamter zwei ihm als verdächtig bekannte Personen, als diese mit Steigseilen und Säge versehen in die Forst gingen. Da beide plötzlich vom Erdboden verschwanden, nahm der Beamte am nächsten Morgen in der Wohnung des einen dieser Männer eine Hausdurchsuchung vor und fand dort einen Sack mit gestohlenen Weimouthskiefernzweigen, stellte außerdem weiter fest, daß beide zwei Säcke mit gleichen Ästen in der Markthalle der Lindenstraße verkauft hatten. Der Amtsanwalt beantragte in der Hauptverhandlung mit Rücksicht darauf, daß dem Frevel der Angeklagten zwölf seltene Bäume zum Opfer gefallen waren, vier und einen Monat Gefängnis und je 400 M Geldstrafe. Das Urteil lautete gegen einen Angeklagten auf zwei Monate Gefängnis und 400 M Geldstrafe, gegen den zweiten auf 400 M Geldstrafe evtl. für je 5 M einen Tag Gefängnis. Wie auch aus dieser Darstellung hervorgeht, ist es schwierig, diesem Frevel in der gewünschten Weise durch Abfassung der Täter gegenüberzutreten, so daß in den gefährdeten Forsten das Heranziehen größerer Anlagen arg in Frage gestellt wird. Um solchen, das Gemeinwohl bedrohenden Abständen in wirksamer Weise zu steuern, erscheint es daher dringend wünschenswert, daß für die Einführung der fraglichen Forsterzeugnisse Vorschriften erlassen werden, nach denen sich die Verkäufer über den rechtmäßigen Erwerb durch eine Bescheinigung auszuweisen haben. Geschieht dies, so wird es den Frevlern in den meisten Fällen schwer werden, das Gestohlene abzusetzen, denn der Käufer könnte sich unter Umständen eine Bestrafung wegen Begünstigung zuziehen, da er, wenn ihm beim Verkauf ein einwandfreies Ursprungszeugnis nicht vorgelegt werden kann, wissen muß, daß der Erwerb unrechtmäßig erfolgt ist. Er würde also dadurch, wenn er die Erzeugnisse ohne ein solches Ursprungszeugnis kauft, den Frevlern die Vorteile aus dem Diebstahl bewußt sichern. Wichtig wird bei der Strafverfolgung dieser Fälle stets sein, zu ermitteln, ob der Händler die Erzeugnisse unter dem Werte erworben hat. Ist dies geschehen, so kann es möglich sein, gegen diesen wegen Hehlerei

vorzugehen, da er in diesem Falle die Begünstigung seines Vorteils wegen begangen hat. D. W.

Waldbände.

Heidelberg, 19. Juli. Gestern früh 2 Uhr war beim Zollhof ein Waldbrand ausgebrochen, der sich nur auf eine Fläche von einigen hundert Quadratmetern erstreckte und alsbald von der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr gelöscht werden konnte. Der angerichtete Schaden ist gering.

Tag, 20. Juli. Im fürstbischöflichen Kiefernwald bei Steinüberfuhr, Bezirk Eule, entstand durch das Wegwerfen einer brennenden Zigarette ein Waldbrand, der erheblichen Schaden anrichtete. Außerdem brannte es noch im sogenannten Aschwalde, der Firma Geipel u. Sohn, Fleißen, gehörig. Nur dem Umstande, daß zufällig eine größere Anzahl Arbeiter sofort zur Stelle waren und den Brand energisch bekämpfen konnten, ist es zu verdanken, daß der Brand auf seinen Herd beschränkt werden konnte.

Hinsbed, 23. Juli. In der Nähe des Schlosses Fridenbed wurde gestern nachmittag von einem Jagbaufseher in einer Kiefernhecke ein Waldbrand entdeckt. Zufällig befand sich ein Verein aus Kalbenkirchen in der Nähe; diesen holte der Jagbaufseher sofort zur Hilfe, und es gelang den vereinten Bemühungen, das Feuer einzudämmen und zu löschen. Im ganzen sind 1,3 ha Kiefernhecke vernichtet.

Berlin, 27. Juli. Ein Waldbrand, der alsbald größere Dimensionen annahm, entstand gestern in dem zwischen Niederhöhnweide und Adlershof gelegenen Walde. Den herbeigerufenen Feuerwehren gelang es erst nach längerer, anstrengender Arbeit, durch Grabenziehen das Feuer an seinem Fortschreiten zu verhindern, die Löschung des Feuers selbst konnte nur allmählich durchgeführt werden. Der angerichtete Schaden ist erheblich.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 30. Juli 1912. Rehböcke 0,30 bis 0,90, Schwarzwild 0,30 bis 0,50 M das Pfund. Kaninchen 0,20 bis 0,60 M, Stodenten 0,90 bis 1,30 M, Faidenten 0,50 bis 0,70 M das Stüd.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Alsborn, Forstmeister zu Schöndorf, Regbz. Marienwerder, ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Ballauff, Oberförster zu Nienhagen, ist die Oberförsterstelle Diepholz, Regbz. Hannover, vom 1. Oktober d. J. ab übertragen.

Baumgardt, Forstmeister zu Willdenow, Regbz. Frankfurt a. M., ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen. **Pätzke,** Oberförster o. R., in als Oberförster m. R. nach Kemmerod, Regbz. Wiesbaden, versetzt.

Gmüß, Oberförster zu Ruda, Regbz. Marienwerder, ist nach Weinburg, Amtsbezirk Forsthaus Windhof, Regbz. Wiesbaden, verlegt.

Hiesler, Oberförster o. R., ist als Oberförster m. R. nach Ruda, Regbz. Marienwerder, verlegt.

Janach, Forstmeister zu Kurich, Regbz. Kurich, ist in den Ruhestand getreten.

Kischels, Oberförster o. R., ist als Oberförster m. R. nach Hartsigheide, Amtsbezirk Forsthaus Heidchen, Regbz. Posen, verlegt.

Schindler, Oberförster o. R., ist als Oberförster m. R. nach Juntershof, Regbz. Marienwerder, verlegt.

Jungemeister, Regierungs- und Forstrat a. D., Geheimrat, ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Baerkehl, Förster o. R. zu Schwarzfeld, Oberförsterei Kupferhütte, ist nach Andreasberg, Oberförsterei Andreasberg, Regbz. Hildesheim, vom 1. September d. J. ab verlegt. (Die nach Goleplad, Oberförsterei Hardegen, verlegte Verlegung ist zurückgenommen.)

Hoffmann, Forstausseher zu Nienstätten, Oberförsterei Kropwach, Regbz. Wiesbaden, ist vom 1. Oktober d. J. ab in den Staatsdienst einberufen.

Jaerski, Förster o. R. zu Golbig, Oberförsterei Golbig, ist unter Ernennung zum Förster m. R. nach Klobenberg, Oberförsterei Thale, Regbz. Magdeburg, vom 1. Oktober d. J. ab verlegt.

Kasner, Förster zu Nitter, Oberförsterei Kropwach, ist nach Ballersbach, Oberförsterei Herborn, Regbz. Wiesbaden, vom 1. September d. J. ab verlegt.

Leimbach, Gemeindevorsteher zu Gieselwerder, Oberförsterei Gottsbüren, Regbz. Cassel, tritt mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand.

Leubner, Förster zu Kleinau, Oberförsterei Warthwald, ist nach Kulenberg, Oberförsterei Birnbaum, Regbz. Posen, verlegt.

Lindner, Hilfsjäger zu Groß-Kurwin, Oberförsterei Kurwin, in nach der Oberförsterei Heilsvalde, Regbz. Allenstein, verlegt.

Frdr. v. Mathan, Forstassistent zu Zielenz, Regbz. Frankfurt a. O., ist nach Siegen, Regbz. Arnberg, verlegt.

Martin, Forstausseher zu Klein-Gülsing, Oberförsterei Rudolph, ist nach der Oberförsterei Hohenstein, Regbz. Allenstein, verlegt.

Mörs, Forstausseher zu Battersode, Stadtförst Allenborn, ist als Forstausseher nach Golbig, Oberförsterei Golbig, Regbz. Magdeburg, vom 1. Oktober d. J. ab einberufen.

Müller, Förster o. R. zu Damm, Oberförsterei Wallestein, ist nach Benderode, Oberförsterei Wallestein, Regbz. Cassel, vom 1. Oktober d. J. ab verlegt.

Preuß, Förster o. R. zu Dießholzen, Oberförsterei Dießholzen, in nach Nörten, Oberförsterei Bovenben, Regbz. Hildesheim, verlegt.

Stender, Hilfsjäger zu Hardegen, Oberförsterei Hardegen, ist nach Heilenburg, Oberförsterei Schulenberg, Regbz. Hildesheim, verlegt.

Beste, Forstausseher zu Krefse, Oberförsterei Schwerin a. W., ist nach Wanda, Oberförsterei Wanda, Regbz. Posen, verlegt.

Bourenmann, Forstassistent zu Weirath, Regbz. Düsseldorf, ist beim Auscheiden aus dem Dienstverhältnisse das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Weder, Förster zu Ballersbach, Oberförsterei Herborn, ist zum Revierförster ernannt und ihm die neuemündete Revierförsterstelle Nitter, Oberförsterei Kropwach, Regbz. Wiesbaden, vom 1. September d. J. ab übertragen.

Wielmer, Forstausseher zu Kierich, ist in die Oberförsterei Neuweilau, Regbz. Wiesbaden, vom 15. August d. J. ab einberufen.

Wormster, Förster o. R. zu Nörten, Oberförsterei Bovenben, ist nach Dießholzen, Oberförsterei Dießholzen, Regbz. Hildesheim, verlegt.

Der Rote Adlerorden 4. Klasse wurde aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand verliehen den Revierförstern:

Leonhard zu Wollhanen, Oberförsterei Raumburg, Regbz. Cassel; **Möller** zu Veitbol, Oberförsterei Burghausen, Regbz. Cassel; **Wohlfahrt** zu Albrechtshausen, Oberförsterei Tapiau, Regbz. Königsberg.

Das Verdienstkreuz in Gold wurde aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand verliehen:

Beck, Gemeindevorsteher zu Gauen, Oberförsterei Salzmünster, Regbz. Cassel; **Anack**, Gemeindevorsteher zu Kornberg, Oberförsterei Altenburg-Di., Regbz. Cassel; **Ack**, Gemeindevorsteher zu Niederheide, Oberförsterei Nittel, Regbz. Marienwerder; **Konischke**, Gemeindevorsteher zu Moringen,

Oberförsterei Altdorfsburg, Regbz. Königsberg; **Härberg**, Gemeindevorsteher zu Klausheide, Oberförsterei Altdorfsburg, Regbz. Potsdam; **Kode**, Gemeindevorsteher zu Buplien, Oberförsterei Bröckhausen, Regbz. Gumblin; **Wappert**, Revierförster zu Strassburg, Oberförsterei Solan, Regbz. Marienwerder; **Wissner**, Gemeindevorsteher zu Wammen, Oberförsterei Witten, Regbz. Witten.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen:

Wiedmann, Oberholzhauer zu Dünche, Oberförsterei Dannenberg, Regbz. Lüneburg; **Grüne**, Vorarbeiter zu Schleien, Oberförsterei Rothehaus, Regbz. Merseburg; **Sagborn**, Forstschutzhilfe zu Müdingen, Oberförsterei Dannenberg, Regbz. Lüneburg; **Sandke**, Holzhausmeister zu Althöfen, Oberförsterei Schwerin, Regbz. Posen; **Kranz**, Kottenmeister zu Bracht, Oberförsterei Bracht, Regbz. Cassel; **Marekiewicz**, Holzhausmeister zu Wölsau, Oberförsterei Viedersdorf, Regbz. Wersburg; **Mrosinski**, Forstschutzhilfe zu Vollnig, Kreis Schlochau, Regbz. Marienwerder; **Müller**, Holzhausmeister zu Dauschen, Oberförsterei Rosenfeld, Regbz. Wersburg; **Wiedt**, Forstschutzhilfe zu Sammar, Oberförsterei Dannenberg, Regbz. Lüneburg; **Weydtschke**, Holzhausmeister zu Althöfen, Oberförsterei Schwerin a. W., Regbz. Posen; **Wiedert**, Vorarbeiter zu Hilsesewitz, Oberförsterei Rothehaus, Regbz. Wersburg; **Schulze**, Regimentsrat zu Bergholz, Oberförsterei Potsdam, Regbz. Potsdam; **Spangenberg**, Holzhausmeister zu Brenning, Oberförsterei Sterbfries, Regbz. Cassel; **Stricker**, Holzhausmeister zu Battenfeld, Oberförsterei Battenberg, Regbz. Wiesbaden; **Berner**, Holzhausmeister zu Treblich, Oberförsterei Schwerin a. W., Regbz. Posen; **Seitgraf**, Kottenmeister zu Schwarzbach, Oberförsterei Thiergarten, Regbz. Cassel.

Gemeinde- und Privatdienst.

Berfel, Privatförster zu Vossow, Kreis Pehus, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Jäger-Korps.

Berfel, Oberleutnant im Großherzog. Mecklenb. Jäger-Bataillon Nr. 14, ist das Ritterkreuz des Großherzog. Mecklenb. Greifenordens verliehen.

Frdr. v. Altkist, überg. Major beim Stabe des Westfäl. Jäger-Bataillons Nr. 7, ist die Krone zu den Ritter-Insigeln 1. Klasse des Herzogl. Anhaltischen Albrechts des Bären-Ordens verliehen.

Kunemann, überg. Major beim Stabe des Großherzog. Mecklenb. Jäger-Bataillons Nr. 14, ist das Ritterkreuz des Großherzog. Mecklenb. Ordens der Wendischen Krone verliehen.

Stieber, Hauptmann und Kompagniechef im Großherzog. Mecklenb. Jäger-Bataillon Nr. 14, ist das Ritterkreuz mit der Krone des Großherzog. Mecklenb. Greifenordens verliehen.

Dr. Studinski, Stabs- und Bataillonsarzt des Großherzog. Mecklenb. Jäger-Bataillons Nr. 14, ist das Ritterkreuz mit der Krone des Großherzog. Mecklenb. Greifenordens verliehen.

Der Amtsbezirk des Verwalters der Oberförsterei Biederitz, Regbz. Magdeburg, ist nach Biederitz verlegt.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Braker, Assessor zu Krausenbach, ist nach Neubrunn verlegt.

Gammerer, Praktikant zu Nürnberg, ist zum Assessor in Rötting ernannt.

Löhl, Assessor zu Rötting, ist nach Kellheim verlegt.

Moss, Assistent zu Gohmannsdorf, ist nach Weigenbrücken verlegt.

Mückes, Assessor zu Neustadt a. S., ist auf ein weiteres Jahr pensioniert.

Scherl, Assessor zu Neubrunn, ist nach Krausenbach verlegt.

Wahler, Assistent zu Weigenbrücken, ist nach Gohmannsdorf verlegt.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Stelle eines Stadtförsters zu Pramsburg ist zu besetzen. Das Anfangsgehalt beträgt 1400 M., das Höchstgehalt nach 15 Dienstjahren 1900 M. Für die Naturalbezüge des Stadtförsters soll eine Neuregelung eintreten.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Erlaubnis oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 97. Anfrage: Am 17. Februar d. Js. erlitt meine Frau einen Unfall, indem sie beim Brotbaden auf dem Gange nach dem 83 m entfernten Backofen zu Falle kam und den linken Schenkelhalsknochen brach. Die vorschriftsmäßige Unfallanzeige ist rechtzeitig an die vorgelegte Oberförsterei erstattet und von dieser an das Landratsamt weitergegeben, irgendein Bescheid aber bis heute noch nicht ergangen. Beiträge zur land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft habe ich regelmäßig bezahlen müssen. Liegt hier ein Unfall vor, und welche Schritte hätte ich zu unternehmen, um die Sache wieder in Gang zu bringen? B., Kgl. Hegemeister.

Antwort: Es ist zweifelhaft, ob Ihrer Gattin ein Unfallrentenanspruch zusteht. Ihrem landwirtschaftlichen Betriebe ist jedenfalls das Brotbaden nicht zuzurechnen, dieses ist vielmehr eine hauswirtschaftliche Tätigkeit, welche nur dann von der Versicherung mitgriffen wird, wenn die Verletzte hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigt ist und wenn die hauswirtschaftliche Verbindung mit der Landwirtschaft im Zusammenhange steht (§ 2 Satz 2 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft). Die erstere Voraussetzung dürfte nicht vorliegen, denn unsere Försterfrauen sind doch hauptsächlich in der Hauswirtschaft tätig, und auch das Vorliegen der zweiten Voraussetzung unterliegt Zweifeln. Immerhin könnten Sie es mit einer Verusung an das Königl. Oberversicherungsamt versuchen, wenn der Sektionsvorstand der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft die Gewährung einer Entschädigung ablehnt. Er hat Ihrer Gattin zunächst einen förmlichen Bescheid (mit Rechtsmittelbelehrung) zu erteilen. Wird die Erteilung eines solchen Bescheids abgelehnt oder verzögert, so können Sie sich beim Reichsversicherungsamt in Berlin beschweren. Ha.

Nr. 98. Anfrage: Darf die Bahnverwaltung durch ihre Arbeiter Tellereisen auf Wiesel stellen lassen, in welchen sich jagdbare Tiere fangen können? E. A. in B.

Antwort: Die Bahn darf nicht durch Bahnarbeiter Tellereisen auf Wiesel legen lassen, in welchen sich jagdbare Tiere fangen können und tatsächlich auch gefangen haben. Wenn Ihnen das Pachtrecht auf der betr. Parzelle vertragsmäßig zusteht, dann muß Ihnen die Bahnverwaltung für den gefangenen Hasen Schadenerlös leisten. Der Arbeiter, welcher Tellereisen fänglich stellte, und dessen Auftraggeber können wegen Jagdvergehens strafrechtlich belangt werden.

Nr. 99. Anfrage: Ein vom Nachbar auf seinem Jagdbezirke krankgeschossenes Reh verwendete nach einigen Fluchten im Grenzgraben zwischen Staats- und Gemeindevwald. Da der Schütze trotzdem das Reh aufgenommen hat, ist er jetzt des Jagdvergehens angeklagt. Bei den Augen-scheinterminen machte der Rechtsbeistand

des Beschuldigten den Einwand, das Reh stehe dem zu, nach dessen Seite sich der Kopf befand. Ist dies richtig, und wie ist sonst in diesem Falle die Rechtslage? H., Königl. Förster.

Antwort: Ist das Reh verendet auf der Grenze niedergefallen, so gehört es den Jagdberechtigten nach Verhältnis seiner Lage. Soweit das Reh auf fiskalischem Revier lag, gehört es dem Fiskus, der übrige Teil dem angrenzenden Jagdberechtigten. Von einer strafbaren Handlung des Schützen kann man hier nicht sprechen, wohl aber können die zivilrechtlichen Ansprüche in Frage. Ein Rechtsatz, daß das Reh dem zusteht, auf dessen Revier sich der Kopf befindet, existiert nicht.

Nr. 100. Anfrage: Mein Sohn, welcher am 26. September 1910 vom Garde-Jäger-Bataillon entlassen wurde, trat am 1. Oktober 1910 in Fürstliche Dienste als Leibjäger. Er erkrankte Mitte März 1911 an Lungen-Katarrh und wurde infolge seiner Krankheit auf unbestimmte Zeit nach Hause beurlaubt, jedoch bekam er bis 1. November 1911, wo die Kündigung erfolgte, sein volles Gehalt ausgezahlt. Es ist auch für ihn vom 1. Oktober 1910 bis 1. November 1911 geklebt worden. Mein Sohn gehört keiner Krankenkasse an, sondern wurde bis dahin von fürstlichen Ärzten behandelt, also bis zur Kündigung. Als dann stellte ihn die Fürstliche Verwaltung auf Wartegeld bis 1. April 1912. Er ist noch nicht dienstfähig, und von der Verwaltung wird demselben nichts mehr gewährt. Vom 1. Oktober 1910 bis 1. November 1911 hat die Verwaltung für ihn geklebt, vom 1. November 1911 bis Mitte Februar dieses Jahres hat mein Sohn selbst geklebt. Es handelt sich hier um die erste Karte, welche er klebt. Kann er auf diese wenig geklebten Marken Invalidenrente beanspruchen oder, wenn auch nur eine kleine Unterstützung, Beihilfe zur Ausführung einer Heilkur, oder wie habe ich mich hier zu verhalten? Kann ich vielleicht noch Ansprüche bei der Verwaltung geltend machen? Er hatte monatliche Kündigung. B. E.

Antwort: Ihr Sohn hat noch keinen Anspruch auf Invalidenrente, da die Wartezeit von 200 Wochen nicht erfüllt ist. Wir bezweifeln auch, daß die Landesversicherungsanstalt — wozu Sie berechtigt, aber nicht verpflichtet ist — ein Heilverfahren einleiten wird. Immerhin können Sie es mit einem Antrage versuchen; er ist bei dem Versicherungsamt (Landrat) zu stellen. Wegen der Verwaltung haben Sie keine weiteren Ansprüche. Hg.

Nr. 101. Anfrage: Ein von mir gelegtes Fuchseisen wurde in einer Nacht gestohlen und am nächsten Tage mit Hilfe eines zugezogenen Polizeihundes bei einem Fuhrmann gefunden. Der Täter wurde vom Schöffengericht wegen Diebstahls bestraft. Da der Verurteilte sich weigert, die Auslagen für die Zuziehung des Polizeihundes im Betrage von 20 M zu erstatten, frage ich an, ob ich zu deren Forderung berechtigt bin. F., Jagdaufseher.

Antwort: Wir vertreten die Auffassung, daß Ihnen die Kosten für die Zuziehung des Polizeihundes von dem überführten und bestraften Täter

erfüllt werden müssen. Denn ohne die Hilfe dieses Hundes wäre der Täter voraussichtlich nicht ermittelt worden. Weigert sich der Verurteilte, Ihnen die gebachten Auslagen von 20 M. zu ersetzen, so bleibt nichts anderes übrig, als ihn im Wege der Klage dazu anzuhalten. Die Klage können Sie aber erst anstrengen, wenn das Strafurteil rechtskräftig geworden ist.

Nr. 102. **Anfrage:** Bei Antritt meiner Stelle, die seinerzeit am 1. Oktober erfolgte, übernahm ich das Dienstland, dessen Erträge vertragsmäßig zu meinem Einkommen gehören, ohne jede Bestellung; auch waren keinerlei Vorräte an Stroh, Heu, Dung usw. vorhanden. Da ich diese Stelle zum 1. Juli verlasse, frage ich an, ob ich Ertrag für die Bestellung des Dienstlandes und eine Entschädigung für den Ausfall der Ertragnutzung zu beanspruchen habe. Wer hat diese zu leisten, und in welchem Umfang sind diese zu bemessen?

N., Gutsförster.

Antwort: Sie können von Ihrem bisherigen Dienstherren ersetzt verlangen alle Aufwendungen, die mit der Bestellung des Dienst-

landes verbunden waren. Hierher gehören die Kosten für Dünger, Saatgut, aufgewendete Arbeit usw. Da irgendwelche Vorräte an Dünger, Saatgut usw. nicht vorhanden waren, handelt es sich um eine Totalentschädigung. Da ferner die Erträgnisse aus dem Dienstland einen Teil Ihrer Einkommensbezüge darstellen, so muß Ihnen im Falle Ihres Abzugs vor der Ernte eine angemessene Entschädigung gewährt werden.

Nr. 103. **Anfrage:** Ein Weg, der nirgends eingetragen ist, wird von Fremden benutzt. Ich be-
ich dies zu dulden? Sch. in 28.

Antwort: Wenn es sich nicht um einen öffentlichen, zum gemeinen Gebrauch bestimmten Weg handelt, dann brauchen Sie nicht zu dulden, daß andere ihn benutzen. Darauf, daß der Weg „nirgends eingetragen“ ist, kann ein entscheidendes Gewicht nicht gelegt werden. Sie müssen sich über die Eigenschaft des Weges beim Gemeindevorstand, Amtsvorsteher oder Landrat erkundigen und danach Ihre Maßnahmen treffen.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Segemeister Bernstorff, Goldbach bei Hörde (Sarg).

Mitteilungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Bette, Försterei Nämde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.



Vereinsbetrachtungen.

Rück- und Ausblicke.

Die Herren Kollegen werden durch den Verhandlungsbericht der Delegiertenversammlung und vielfach auch durch Mitteilung ihrer Herren Delegierten bereits ein Bild über den jetzigen Stand unserer Vereinsangelegenheiten bekommen haben.

Ich bitte nun aber, den Verhandlungs- und den demnächst erscheinenden stenographischen Bericht nicht nur lesen, sondern auch danach handeln zu wollen, wenn anders die Verhandlungen zum Segen unseres Standes ausschlagen sollen.

So zeigen uns die traurigen Fälle Romanus und Voorms mit größter Deutlichkeit von neuem, daß der unter Punkt 12 des Verhandlungsberichtes gemachte Ratsschlag unter allen Umständen befolgt werden sollte.

Wer Frau und Kinder, aber kein namhaftes Vermögen hat, der hat die moralische Verpflichtung, der bestehenden Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte beizutreten. Ebenso sollte nimmermehr kein Kollege des Vereins veräumen, sich der

Krankenkosten-Beihilfeklasse anzuschließen. Es ist ja erwiesen, daß sie lebensfähig ist und sein muß und viel Segen stiftet. Die meisten Notlagen werden durch Krankheit verursacht. Die Glücklichen aber, die von Krankheit verschont bleiben, sollten schon aus Dankbarkeit dafür, daß sie sich ihrer vollen Gesundheit erfreuen, gern 6 M. zum Wohle ihrer vom Schicksal oft grausam heimgesuchten Kollegen opfern. „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ Würden alle Kollegen ihrer Pflicht, die nun einmal dem Einzelnen einer großen Gemeinschaft auferlegt werden muß, eingedenk sein und der Krankenkosten-Beihilfeklasse beitreten, so könnte dieser bald eine Sterbekasse angegliedert werden, die vielleicht noch mehr Segen stiften würde als die Krankenkosten-Beihilfeklasse selbst.

Auch würden die Mittel vorhanden sein, mit denen der größte Teil der Summe, ja vielleicht die ganze Summe, die die Herren Kollegen für Krankheit verausgaben müssen, gedeckt werden könnte.

In der Besoldungs- und Dienstlandsfrage gibt es noch viel Arbeit und emsiges Streben.

ehe das Ziel erreicht ist. In der diesjährigen Delegiertenversammlung wurde von einer ausführlichen Besprechung der Materie im Hinblick auf die Verhandlungen, welche zwischen der königlichen Staatsregierung und dem Hause der Abgeordneten schweben, abgesehen. Der Wortlaut, welcher diese Tatsache unter Punkt 9 des Verhandlungsberichtes bekannt gibt, ist von einigen Kollegen irrtümlich aufgefaßt worden. Es liegt keineswegs in unserer Absicht, Stellung zu nehmen gegen eine Regelung der Dienstlandsverhältnisse an sich, vielmehr wollen wir nur keinen Zweifel darüber lassen, daß der Försterstand unmöglich einen gerechten Ausgleich darin erblicken kann, wenn — wie die königliche Staatsregierung beabsichtigt — den besseren Stellen so viel Dienstland abgenommen wird und aus dem Erlös hierfür den schlechteren Stellen die geringe Summe von 150 M. „nichtpensionsfähiger“ Stellenzulage zugelegt wird. Die Tatsache, daß unser pensionspflichtiges Einkommen 1909 geschmälert wurde, wäre doch damit nicht aus der Welt geschafft! —

In der Verfügung vom 16. März 1907, III 3550, Teil I u. II, ist bezüglich des Oberförsterdienstlandes ausdrücklich hervorgehoben: „daß das Dienstland lediglich einem notwendigen Bedürfnis dienen soll, aber nicht den Zweck hat, ein Einkommen abzuwerfen oder einen Zuschuß zu den Aufwendungen für den Dienst zu gewähren.“

Demgemäß ist 1909 bei den Herren Revierverwaltern eine Berücksichtigung ihres Ländereiertrages bei der Festsetzung ihres pensionsfähigen Einkommens nicht erfolgt.

Die ganze Unzufriedenheit des Försterstandes beruht darauf, daß im Gegenseite hierzu und auch im Widerspruch zu dem § 30 unserer Instruktion, bei der Festsetzung des pensionsfähigen Förster-einkommens das Gegenteil und somit eine zu geringe Festsetzung unseres pensionsfähigen Einkommens stattgefunden hat, wodurch besonders unsere Pensionäre, Witwen und Waisen schwer geschädigt worden sind. Nur durch Erhöhung des pensionsfähigen Förstereinkommens um die Summe, um die es 1909 gekürzt worden ist, kann die Zufriedenheit herbeigeführt werden. Eine Neuregelung der Försterdienstländereien ist überhaupt nur möglich und erwünscht, wenn diese Härte gleichzeitig beseitigt wird. Es gibt hierzu auch unseres Erachtens für die Forstdienstländereien keinen anderen gerechteren Weg als den, der 1907 in der Verfügung vom 16. März 1907, 3550, für die Oberförsterdienstländereien seitens der Staatsregierung festgelegt worden ist, wenn diese Bestimmungen sinngemäß auch bei uns angewendet werden:

Festsetzung des Umfanges und Gewährung der Dienstländereien nach dem notwendigen Bedürfnis so, daß die Stelle lebensfähig bleibt und

sich ein etwa erforderliches Gespann lohnt. Festsetzung des Nutzungsgeldes nach den Grundbesätzen dieser Verfügung, Zeitpunkt der Regelung, wie dort vorgelesen, in der Hauptsache erst bei einem Stellenwechsel.

Mit dieser Regelung muß ebenso wie dort auch bei uns eine Reflexion der Dienstaufwandsentschädigungen in ausreichendem und erhöhtem Maße Hand in Hand gehen. Denn es ist doch nicht von dem Förster zu verlangen, daß er allein die Kosten der verteuerten Lebenshaltung, Kindererziehung usw. trägt, die ihm durch seinen vom dienstlichen Interesse bedingten exponierten Wirkungskreis mehr erwachsen als allen anderen gleichartigen Beamten. Auch ist es bei den Förstereien ebenso gerechtfertigt, daß, wie bei den Oberförstereien, die landlosen und minderwertigen Stellen durch bare Dienstaufwandsentschädigungen ganz besonders bedacht werden, kurz daß die ganze Regelung der Dienstlandsfrage nach den praktischen unabwiesbaren Erfordernissen einer jeden Stelle und nur von Fall zu Fall geschieht, wie es bei den Oberförsterstellen auch geschehen ist.

Das kann aber nur, wie bereits hervorgehoben, dann in gerechter Weise geschehen, wenn auch für den Försterstand die Verfügung vom 16. März 1907, 3550, sinngemäß Anwendung findet und die Regelung mit der Beseitigung der Besoldungshärte von 1909 Hand in Hand geht.

Offentlich hat der Herr Minister in dieser Sache sein letztes Wort noch nicht gesprochen und prüft die Wünsche der Förster nochmals recht genau! — —

Jeder Bezirksgruppenvorstehende sollte für seinen Bezirk eine Statistik der vorhandenen Försterstellen besitzen, in der jede Stelle mit der ihr beigelegten Stellenzulage, Dienstaufwandsentschädigung und ihrer Dienstlandsverhältnisse verzeichnet ist. Kein Kollege sollte sich weigern, die von ihm geforderten Angaben wahrheitsgetreu mitzuteilen. Die älteren Kollegen können durch etwaige Neuregelungen keinen Schaden erleiden, denn solange sie die Stelle besetzen, tritt keine Änderung ihrer Bezüge ein. Aber es sollte auch Ehrenpflicht jedes einzelnen Kollegen sein, dazu beizutragen, daß nach Möglichkeit eine Gleichheit im Einkommen der Förster herbeigeführt und dadurch viel Unzufriedenheit in unserem Stande beseitigt wird. Der Regierungsbezirk Hannover ist bereits im Besitz eines vorzüglichen Auskunftsbuches über die einzelnen Försterstellen. Es wäre zu wünschen, daß die Bezirksgruppenvorstehenden, wenn sie sich im Besitz solcher Nachweisungen befinden, diese dem engeren Vorstande zur Verfügung stellen, damit dieser einen Einblick gewinnt, ob der Unterschied der Stellen hinsichtlich ihrer Güte zwischen den einzelnen Regierungsbezirken, Provinzen und

schließlich Ost und West wirklich so groß ist, wie immer behauptet wird.

Daß der Wunsch unserer jüngeren Kollegen, den Rang der mittleren Beamten zu erhalten, im Auge behalten werden muß, gilt als selbstverständlich. — — —

In diesem Sommer sind es zehn Jahre her, daß der Verein Königlich preussischer Forstbeamten ins Leben trat. Eine kurze Spanne Zeit! Und doch — wenn man klaren Blickes den Weg zurückschaut —, wieviel ist seit dem Jahre 1902 erreicht worden, dank der Fürsorge der Königlichen Staatsregierung und dank dem eifrigen Müssen des jungen Vereins. Wohl harren noch gewichtige Wünsche, wie oben bereits gezeigt, der Erfüllung! Sie sind in unseren Kreisen meines Erachtens hinlänglich erörtert worden, und hinlänglich sind sie auch unserer obersten Behörde bekannt. Auch ihre Erfüllung wird nur eine Frage der Zeit sein; uns bleibt allerdings einkommen der Wunsch, daß die Stunde, die sie uns bringt, nicht mehr zu ferne sei. Die Männer, die durch das Vertrauen der preussischen Förster an der Spitze des Vereins stehen, werden ihr Möglichstes tun, die Gunst des Augenblicks zu erkennen und zu ergreifen. Sie wären sonst wahrlich schlechte Anwälte ihrer Kollegen!

Der Vorstand sieht seine Aufgabe aber nicht allein darin, die materiellen Interessen der Königlich preussischen Förster zu vertreten, sondern auch die ideellen. Er möchte nicht nur die wirtschaftliche Lage der Kollegen, sondern auch ihr Ansehen nach außen und nach oben fördern. Sie setzen dabei aber voraus, daß jeder Kollege sich als Glied des Ganzen betrachtet und bereit ist, Opfer zu bringen, wenn solche für den ganzen Stand notwendig und förderlich sind.

Er möchte die Kameradschaft pflegen und wahre Geistes- und Herzensbildung! Deshalb müssen wir auch endlich aufhören, in den Versammlungen uns stets mit immer denselben Fragen zu beschäftigen, denn es muß leider ausgesprochen werden, daß mancher Grund — ich will dabei durchaus nicht verkennen, daß er meistens von der allerbesten Absicht befeelt ist — seine Pläne, die in ihm im Laufe der Wochen und Monate auf einsamen Reviergängen gereift sind und die sich meist auf die Erfahrungen stützen, die er auf seiner augenblicklichen Stelle gemacht hat, nun mit einer Dringlichkeit und Energie vertritt, die oft nicht geeignet sind, dem Ganzen zu dienen.

Viele Köpfe — viele Meinungen! Das wird sich niemals ändern lassen.

Meines Erachtens kann aber der Mensch wohl selten so gut ein Zeichen seines Wertes geben, als wenn er in Dingen, die seine eigene Person betreffen, ein objektives Urteil sich bewahrt und das Wohl der Allgemeinheit nicht aus den Augen

verliert. Wenn wir diesen Grundsatz allgemein anerkennen und befolgen, so haben wir schon ein Bedeutendes zur Hebung unserer Versammlungen getan, und das Streben unseres Vereins wird ein großzügiges, vornehmes werden. Wir dürfen nicht das geistige Leben des Vereins lediglich durch materielle Erörterungen verkümmern lassen.

Der Förster ist in den meisten Fällen auf seine Zeitung und Bücherei angewiesen, wenn er geistige Nahrung zu sich nehmen will. Das ist eine Schattenseite der Einsamkeit. Wir sollten daher in den Orts- und Bezirksgruppenversammlungen belehrende Vorträge bieten. Dadurch kommen neue Gesichtspunkte in unsere Kreise. Und wir können unserem Stande nicht besser dienen, als wenn wir unsere Kenntnisse erweitern und dadurch zugleich mit unserer eigenen Bildung das Ansehen und die Stellung der Königlich preussischen Förster heben. Werden doch im allgemeinen die materiellen Erfolge idealen Faktoren entsprechen.

Es wurde bereits angeregt, die Delegiertenversammlungen in die Form von Wanderversammlungen zu kleiden. Ich halte das für einen glücklichen Gedanken, denn der Kostenpunkt ist keineswegs höher; wir lernen auf diese Weise doch ein weiteres großes Stück unseres deutschen Vaterlandes kennen und tragen den Vereinsgedanken erwärmend in weite Kreise unserer Kollegen. Wäre es nicht vorteilhaft, wenn z. B. die Versammlungen auch einmal in Eberswalde oder dem reizend gelegenen Müritzen tagten? Diese Städte bergen als Sitze der Forstakademien eine Fülle des Sehens- und Wissenswerten.

Die leitenden Herren der Akademien werden auf Ansuchen gewiß gern bereit sein, uns die Berücksichtigung der ihnen unterstellten Sammlungen zu gestatten.

Es entspricht nicht nur dem Gefühl eines selbstbewußten, klar und vornehm denkenden Mannes, zu zeigen, daß er außer materiellen Interessen auch noch höhere geistige kennt, sondern es ist in diesem Falle auch für uns nur ein Vorteil, wenn wir mit aller Deutlichkeit zeigen, daß wir zwar gewillt sind, unsere wirtschaftliche Lage im Rahmen unserer Befugnisse mit aller Entschiedenheit auf jenen Stand zu bringen, der unserem *g e r e c h t e n* Empfinden entspricht, daß wir aber andererseits zu jenem sittlichen Ernst und der Reife emporstreben, ohne die eine objektive Würdigung der Sachlage und der entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht möglich ist. Wir wollen auch mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurückweisen, als ob der preussische Försterstand bestrebt sei, sich Rechte unserer Herren Revierverwalter anzueignen. Sollten einzelne Förster wirklich derartige Absichten haben verlauten lassen, so läßt dieses keineswegs einen Rückschluß auf die Gesamtheit zu. Wir sind — abgesehen von jenen Wünschen, die bekannt

sind und deren baldige Erfüllung wir erhoffen — zufrieden mit unserer jetzigen Stellung, und es ist für uns als preussische Beamte Ehrensache, im besten Einvernehmen mit unseren Herren Vorgesetzten zum Wohle des deutschen Waldes und des deutschen Vaterlandes zu arbeiten. Sollten doch alle Beamte, vom höchsten bis zum niedrigsten, von der Erkenntnis durchdrungen sein, daß sie sich gegenseitig als Mitarbeiter und als die Kräfte betrachten müssen, auf deren Schultern das Wohl des Staates in erster Linie ruht!

Bernstorff.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.
Anzeigen für die nächsthülfe Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Minden-Münster. Sonnabend, den 17. August d. Js., vormittags 11 Uhr, Versammlung der Mitglieder in Bielefeld, Hotel „Reichspost“ an der Reichspoststraße. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl für die Bezirksgruppe; 2. Vorstandsbuch für die Ortsgruppe Minden-Schaumburg; 3. Bericht des Delegierten über die Versammlung in Berlin; 4. Beschlussfassung über Erhöhung des Beitrages um 0,50 M. zugunsten der Bezirksgruppenkasse; 5. Verschiedenes. Die Mitglieder können anwesende Kollegen mit ihrer Vertretung beauftragen, die Vertreter müssen bezüglichen schriftlichen Ausweis vorlegen. Wer sich am Mittagessen, à 1,25 M., beteiligen will, muß dies sofort nach der Ankunft dem Wirt mitteilen. Für den Nachmittag ist ein gemeinsamer Ausflug nach der Sparenburg usw. geplant. Sollten sich Damen an der Zusammenkunft beteiligen, dann würde dies freudig begrüßt werden.

Ortsgruppen:

Brieg (Regbz. Breslau). Am 18. August findet der Ausflug nach Karlsruhe statt. Wagen zur gemeinschaftlichen freien Fahrt von Bahnhof Karlsruhe stehen um 7,49 Uhr bereit. Ankunft in Karlsruhe 9,10 Uhr vormittags. Diejenigen Kollegen, welche sich an dem Ausfluge beteiligen wollen, werden gebeten, bis zum 8. August dem Schriftführer anzuzeigen, wieviel Personen einschließlich Gäste an der Wagenfahrt teilnehmen wollen. Nicht angemeldete Personen haben sonst keinen Anspruch auf Wagenplatz. Die Mitglieder mit Damen der Ortsgruppe Kupp werden zu diesem Ausfluge freundlichst eingeladen.

Wenke, Schriftführer.

Deutscheide (Regbz. Danzig). Das nächste Scheibenschießen findet am Sonnabend, dem 10. August cr., auf dem Stande der Forsterei Krampfen statt. Beginn 3 Uhr nachmittags. Von Mitgliedern eingeladenen Gäste sind willkommen. Der Vorsitzende. Neumann.

Gelghunen (Regbz. Allenstein). Sonnabend, den 10. August, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe in Gelghunen ein Scheibenschießen, zu welchem die Mitglieder aus den Nachbarvereinen hiermit eingeladen sind.

Der Vorstand.

Gr.-Linichen-Reuhof (Regbz. Köslin). Am Sonntag, dem 25. August, von 2 Uhr ab, Scheibenschießen auf der Forsterei Jägerhorst. Probeschüsse von 1½ bis 2 Uhr. Die Einladung von Gästen geschieht durch den Vorstand und sind diesbezügliche Wünsche der Mitglieder dem Schriftführer bis zum 15. August mitzuteilen, wobei um die Angabe genauer Adressen gebeten wird. Der Vorstand.

Stangenwalde. 1. Am Sonntag, dem 21. Juli d. Js., fand das zweite diesjährige Scheibenschießen der Ortsgruppe in Stangenwalde statt, welches trotz des guten Wetters nur mäßig besucht war. Ein etwas regeres Interesse seitens einiger Kollegen wäre doch sehr erwünscht. 2. Am Sonntag, dem 11. August d. Js., nachmittags 5 Uhr, findet eine außerordentliche Mitglieder-versammlung im Neubauerschen Lokale zu Kahlbude statt. Tagesordnung: 1. Besprechung über das nächste Prämienschießen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Verschiedenes. Diejenigen Mitglieder, welche zu der Sitzung nicht erscheinen, haben sich dem gefaßten Beschlusse zu unterwerfen.

Der Vorsitzende: gez. Deinlich.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden Hegemeister Bernstorff, Goldbach bei Forstke, Hatz, vorliegen. Was für die nächsthülfe Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufzunehmen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Allenstein. Die zum 30. Juni d. Js. in Allenstein, „Kaisergarten“, ordnungsmäßig einberufene Versammlung wurde um 9 Uhr vormittags mit einem „Horrido“ auf unsern obersten Jagdherrn durch den Vorsitzenden eröffnet. Anwesend waren Delegierte und Mitglieder mit einer Stimmenstärke von 210. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über die Delegiertenversammlung in Berlin. Hierbei wurden die einzelnen Punkte der Tagesordnung (siehe Nr. 26 der „Deutschen Forst-Zeitung“) eingehend erörtert und die Beschlüsse der Delegiertenversammlung im allgemeinen gutgeheißen. Den Mitgliedern wird die Sammlung für die Hinterbliebenen des ermordeten Kollegen Romanus warm ans Herz gelegt. Die Beiträge sollen, gesammelt durch die einzelnen Gruppen, dem städtischen Leih- und Pfandhaus in Guda übermittelt werden und dem Bezirksgruppen-Vorsitzenden kurze Nachricht über die Höhe der abgeführten Beiträge durch die Ortsgruppen zugehen. Ferner wurde mitgeteilt, daß zur Krankenkosten-Beihilfeklasse bis ultimo 1913 kein Eintrittsgeld erhoben werden und daß das bereits gezahlte Eintrittsgeld auf die Beiträge

verrechnet werden soll. Bei dieser Gelegenheit wurde den Mitgliedern der Beitritt zur Krankenkosten-Beihilfeskasse wiederum recht warm empfohlen. 2. Die Kasse wurde von zwei Mitgliedern geprüft und in Ordnung befunden. Die Ausgaben für 1911 betragen 2342,46 M., die Einnahmen 2346,78 M., so daß ein Bestand von 4,30 M. als Einnahme für 1912 vorgetragen werden konnte. Der Vorsitzende sprach dem Schatzmeister den Dank der Bezirksgruppe für seine Mühewaltung aus. 3. Der Antrag Gelguthen: „Es ist darauf hinzuwirken, daß in den Ausschüßrat der Münchener Lebensversicherung sowohl als auch der Perleberger Versicherer ein Forstbeamter gewählt wird, da in beiden Vereinigungen die bei weitem größere Anzahl der Mitglieder aus den unteren und mittleren Forstbeamten besteht“, wurde beigegeben. 4. Die beschlossene Sterbefälle ist am 1. Januar 1912 in Kraft getreten. Die Ortsgruppen haben am 1. Juli die fälligen Beiträge von 2 M. Eintrittsgeld für jedes Mitglied und außerdem 1 M. für einen Todesfall (Kollege Waagner) zu zahlen. 5. Die nächste Bezirksgruppenversammlung findet im Februar 1913 in Johannisburg statt. Nachdem noch der Vorsitzende unter Hinweis auf die in der letzten Zeit mehrfach vorgekommenen Unglücksfälle alle Mitglieder und besonders den jüngeren verheirateten Kollegen dringend geraten hatte, durch Eintritt in eine Lebensversicherung (München) im Falle eines Todes für die Angehörigen zu sorgen, da doch gerade in unserer Berufszeit der Tod so oft plötzlich eintrete, wurde die Versammlung mit dem Wunsche auf ein gesundes Wiedersehen im nächsten Jahre um 3 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Vorstand. B e h n s e l d t, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Gelnhausen (Regbz. Cassel). Die Versammlung am 21. Juli wurde in üblicher Weise durch ein Horrido auf den obersten Jagdherrn eröffnet. Es waren neun Mitglieder erschienen. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt. 1. Zum Kassierer und Schriftführer wurde Herr Kollege Forstkaufseher Brügge zu Gelnhausen, zu dessen Stellvertreter Herr Kollege Förster o. R. Wedler zu Kassel (Postort), Kreis Gelnhausen, gewählt. 2. Es wurde beschlossen, das zehnjährige Stiftungsfest am 11. August d. Js., von nachmittags 2 Uhr ab, im Garten und Saale des Herrn Wolf zu Salmünster zu feiern. Aus der Vereinskasse wurden zur Beschaffung von Musik usw. 20 M. bewilligt. Gemeindefestliches Essen findet nicht statt, jedoch ist der Wirt beauftragt, einige warme Speisen bereitzustellen. Gäste können durch Mitglieder in beliebiger Anzahl eingeführt werden. Erwünscht ist es, daß sich die an dem Feste teilnehmen wollenden Kollegen mit ungefährender Angabe der einzuführenden Gäste bis zum 8. August d. Js. bei Herrn Förster Falk, Salmünster, anmelden. Zu dem Zuge 1 Uhr nachmittags in Salmünster ankommend, wird Herr Kollege Falk auf dem Bahnhofe anwesend sein, um eventuell die Führung durch das Bad

Soden zu übernehmen. 3. die Beiträge wurden entrichtet. 4. Patronenbestellung erfolgte nicht. 5. Es wurden einige Vereinsangelegenheiten besprochen und beschlossen, den Kindern des verstorbenen Kollegen Romanus 40 M. zu überweisen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und zu dem gemüthlichen Teile übergegangen.

Der Vorstand. T h o m a s, Vorsitzender.

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). Am 13. Juli d. Js. hatten sich in Carpin 28 Kollegen mit ihren Familien und Gästen recht zahlreich eingefunden. Es fehlten nur sechs Mitglieder. Herr Forstmeister Duesberg beehrte uns wiederum durch seine Teilnahme an dem Schießen. Herr Oberförster von Ribben übersandte eine wertvolle Ehrenprämie. Beiden Herren Vorgesetzten sei für die Teilnahme und das Geschenk der beste Dank der Ortsgruppe ausgesprochen. Am Schießen beteiligten sich 41 Herren und 40 Damen. Nach der Preisverteilung wurde mit einem Horrido auf unseren obersten Jagdherrn der Tanz eröffnet, der jung und alt in der fröhlichsten Stimmung beisammenhielt. An der Kaffeetafel gedachte Kollege Dinske-Neuhagen in humoristischer Weise der Damen und Kollege Ladewig-Groß-Müßelburg der Gäste. Leider verließen die wenigen Stunden des Zusammenseins zu schnell, aber alle verabschiedeten wir uns, wiederum ein recht vergnügtes Familiensfest in Kollegentreisen verlebt zu haben. Für die Hinterbliebenen des ermordeten Kollegen Romanus und für Doornis werden Sammlungen in der Ortsgruppe stattfinden; um recht reichliche Spenden bittet

Der Vorstand.

Neuhof (Regbz. Cassel). In der am 30. Juni d. Js. stattgefundenen Generalversammlung waren von den 15 Mitgliedern 13 anwesend. Nach Erheben der Beiträge wurde beschlossen, dieselben künftig jährlich, statt halbjährlich zu erheben. Da Hegemeister Fischer, wie allgemein bebauert wird, sein Amt als 1. Vorsitzender niederlegte, wurde der Vorstand vollständig neu gewählt, und zwar: als 1. Vorsitzender Revierförster Strott in Hlieden, als 2. Vorsitzender Hegemeister Fischer-Mittelkubach, als Schriftführer und Kassierer Förster Klippert in Rommerz, als Stellvertreter Forstkaufseher Bauer in Hlieden. Dem bisherigen Vorsitzenden, welcher die Ortsgruppe Neuhof ins Leben gerufen und vorzüglich geleitet hat, wurde aufrichtiger Dank für seine Mühewaltung durch ein kräftiges Horrido dargebracht. — Nach Besprechung der diesjährigen Delegiertenversammlung wurde die Sitzung geschlossen.

Strott.

Tilsit-Heydeburg (Regbz. Gumbinnen). Von den zur Ortsgruppenversammlung zum 7. Juli d. Js. nach Tilsit eingeladenen Kollegen waren neun Mitglieder und fünf Gäste erschienen. Vertreten waren fünf Oberförstereien; Oberförster Jünger war nicht vertreten. — Nach gemeinschaftlichem Mittagessen im Hotel „Deutsches Haus“ eröffnete der Vorsitzende um 2 Uhr die Sitzung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere Landesherren. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder: vakant. 2. Einziehung der

Geldbeträge: geschieht. 3. Bericht über die Bezirksgruppen-sitzung in Insterburg und der Delegiertenversammlung in Berlin: Der Vorsitzende erstattet eingehend Bericht, welcher lebhafteste Debatten veranlaßte und den größten Raum in der Sitzung einnahm. — Die Stimmung in der ganzen Ortsgruppe bezüglich Regulierung des Dienstlandes ist folgende: Beibehaltung des Dienstlandes, keine Verkleinerung der Dienstlandfläche (weil unrentables Wirtschaften), und wenn durchaus erforderlich, eine mäßige Erhöhung der Dienstlandpacht. 4. Bildung eines Ehrenrats: Nach Mehrheitsbeschluß hält man es für richtig, daß ein Ehrenrat als Beratungs- und Warnungsstelle in den Ortsgruppen gebildet wird, nachdem in der nächsten Bezirksgruppensitzung allgemeine Einigkeit in dieser Sache

erzielt worden ist. 5. Obligatorischmachung der Krankenkosten-Beihilfeskasse: Die Mitglieder der Ortsgruppe sind dafür, daß der ganze Försterverein zu dieser Kasse gehört. 6. Verschiedenes: a) Beifällig aufgenommenener kurzer Vortrag des Kollegen Buchholz über Kartoffelstodengewinnung. b) Die nächste Sitzung soll Anfang Januar 1913 in Tilsit abgehalten werden. c) Da der Bezirksgruppenbeitrag vom 1. Januar 1913 an um 50 M erhöht worden ist, so ist auf einstimmigen Beschluß der Ortsgruppenbeitrag um 50 M zu verringern, so daß der Jahresbeitrag wie bisher 10 M beträgt. d) Ein Wintervergnügen soll im nächsten Jahre in Heideburg unter Leitung des Kollegen Buchholz stattfinden. Schluß der Sitzung 6 $\frac{3}{4}$ Uhr nachmittags. Der Vorsitzende. Buchholz, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Jos. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ empfehlen an:

Solve, Wilh., geprüfter Privatförster, Bonn a. Rhein.
Kiebig, Reinhard, Königl. Hüfjäger, a. St. Stadtförster,
Forsthaus Kleine Heide bei Schneidemühl.
Borjolek, Curt, Förster, Lante, Wei. Potsdam.
Westram, Edward, Hüfjäger, Merktinde.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Sitzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat,

daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 M ., für alle übrigen Personen mindestens 5 M ..

Anmeldebekarten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 M . 20 Pf. im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 M . ab Neubamm) geliefert. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Zahlungen

an den Verein, sowohl Mitgliedsbeiträge wie auch Abonnementgebühren für das Vereinsorgan, bitten wir nur an die Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte nach Neubamm, nicht aber an die Geschäftsstelle zu Halensee zu schicken.

Neubamm, im Juni 1912.

Die Kassenstelle.

Fischeret-Kursus.

Unsere Vereinsmitglieder mache ich auf den vom 14. bis 17. August in Eberswalde stattfindenden Fischeret-Lehrkursus über Teichwirtschaft aufmerksam. Die Teilnahme an dem Kursus ist unentgeltlich. Die Teilnehmer wollen sich bis spätestens zum 11. August bei dem Leiter des Kursus, Herrn Prof. Dr. Edstein-Eberswalde, schriftlich anmelden, der auch zu jeder Auskunft bereit ist.

Die am 13. August ankommenden Teilnehmer

treffen sich zu zwanglosem Zusammensein abends im „Pilsener“, Schindlerstraße.

Dppershausen, den 27. Juli 1912.

Der Vorsitzende. J. B.: v. Eichel.

Bericht

über die am 30. Juni cr. auf der Gröddsburg abgehaltene Versammlung der Bezirksgruppe VIII (Regierungsbezirk Siegen).

Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Mehr als 100 Teilnehmer hatten sich um ihren Vorsitzenden geschart. Der Besitzer der herrlichen Gröddsburg, Se. Excellenz Herr Wirtl. Geheimrat von Dietzen, zeichnete die Versammlung durch sein Erscheinen aus.

Zuvörderst nahm man mit hohem Interesse den Vereinsbericht des Vorsitzenden entgegen. Das von ihm entworfene Bild der Vereinstätigkeit zeigte uns rege Arbeit auf allen Gebieten, die zu manchem schönen Erfolg geführt hat.

Lebhaftes Interesse erregte es namentlich, als Oberförster Schwabe von dem ins Auge gefaßten

weiteren Ausbau der Forstschule Templin sprach, als er darauf hinwies, daß man durch feste Anstellung den bewährten Forstschullektor Oberförster Jacob der Schule für immer zu erhalten hoffe. Diese Anstellung fand die ungeteilte Billigung der Versammlung.

Für eine Zerlegung der bestehenden Bezirksamtsgruppen konnte man sich wenig erwärmen, dagegen veranlaßte die Frage des Titelschutzes einen regen Meinungsaustausch und die Stellung eines Antrages für die Mitgliederversammlung.

Gewählt wurden: 1. als Versammlungsort für 1913 Muskau; 2. als Versammlungsort für 1914 Grünberg; 3. als Vertreter der Bezirksgruppe für die Mitgliederversammlung in Eisenach Oberförster Clausnitzer, Rodlau.

Das von reichen Erfahrungen zeugende Referat des Revierförsters Kaczynski-Schönbrunn über Umwandlungen von Niewald in Hochwald bot viel Anregung, löste aber auch scharfen Widerspruch aus. Oberförster Schwabe beleuchtete die finanzwirtschaftlichen Folgen größerer Umwandlungen und warnte vor dem Generalisieren. Die den Referaten folgende Debatte zeigte, daß man der Umwandlungsfrage reges Interesse entgegenbringt. Besonders erwähnt sei noch, daß an den Verhandlungen etwa 20 Damen teilnahmen, die den Ausführungen der Redner mit Spannung folgten. Noch während der Tafel, an der gleichfalls mehr als 100 Personen teilnahmen, wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Der um den Verein und insbesondere um das Versicherungswesen sehr verdiente Waldmeister Fiebig hatte sich auf dringende Bitten bereit erklärt, über die für uns besonders wichtigen Versicherungsgelegenheiten zu sprechen. Fraglos sind seine Ausführungen und Ermahnungen auf fruchtbaren Boden gefallen, namentlich da „unser Fiebig“ in sehr geschickter Weise auf die Damen einzuwirken verstand.

Nach Tisch führten uns die herrschaftlichen Gespanne zum Schloß, wo Se. Excellenz Herr von Dirsken in liebenswürdigster Weise die Führung übernahm.

Einen erhebenden Eindruck ruft der prächtige Park mit seinen Baumriesen hervor. Hochinteressant sind die mit seltener Sorgfalt gepflegten Fasanerien. Weiter führte uns die Exkursion durch

prächtige Niederwaldbpartien in das etwa 4000 Morgen große Hauptrevier, in dem der Revierverwalter, für dessen Führung an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt sei, uns in geschickter Weise an etwa 30 Stück Hochwild (darunter vier kapitale Hirsche) heranbrachte.

Das Revier hat vorzügliche Standortverhältnisse und weist sehr wüchsige Fichten- und Kiefernbestände auf. Die Fichten sind allerdings zum großen Teil geschält.

Der Waldzustand zeigte, daß die Forst in erster Linie mit Rücksicht auf die Jagd bewirtschaftet wird.

Leider mußte der vorgeschrittenen Zeit wegen die Exkursion vorzeitig abgebrochen und die Heimreise angetreten werden.

Aus warmen Herzen erklang der Dank aller Teilnehmer. Clausnitzer.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3876. Hind, Aug., Revierjäger (Fideikommissverwaltung Bassegow) Hoga bei Slaben, Medl. Strel. (B.-Gr. III.)
 3877. Westphal, M., Förster (Major Zenich), Tralau b. Rab Oldesloe i. Holst. (B.-Gr. IV.)
 3878. Paulsen, J., Forstgehilfe, Litz, Insel Sylt, Schlesw.-Holst. (B.-Gr. IV.)
 3879. Großpeter, Günther, Hilfsförster, Röllershausen b. Wansfried, Bez. Cassel. (B.-Gr. XIII.)
 3880. Baralla, Josef, Herzoglich Ratiborscher Hilfsjäger, Oberhütte b. Ratiborhammer, D.-S. (B.-Gr. VI.)
 3881. Stäment, Fritz, Revierförster (Prinzipal Stürbische Forstverwaltung), Gara-Darmanesti, Ind. Bacau i. Rumänien. (B.-Gr. IX.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt: Westphal, Albert, Förster, Großgiewitz (Medl.). Kaczynski, Anton, Forstverwalter, Rabau b. Bembowitz, D.-S.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan lauten ferner ein: Nr. 3 19 M., Nr. 637, 1032, 1537 je 4 M., Nr. 1633, 1683 je 8 M., Nr. 1742, 2082, 2112 je 4 M., Nr. 2143 8 M., Nr. 2666, 2683 je 4 M., Nr. 3461 8 M., Nr. 3463 4 M., Nr. 3865 7 M., Nr. 3873 20 M., Nr. 3876—3880 je 7 M., Nr. 3881 11 M.

Geschäftsstelle
 des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
 zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Nach Schluß der Redaktion eingegangen:

- Oberförsterstelle Grubenhagen** im Regierungsbezirk Hildesheim ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 18. August eingehen.
Oberförsterstelle Pringwald im Regierungsbezirk Allenstein ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. August eingehen.
Försterstelle Wollsdamm in der Oberförsterei Carrenzien, Regierungsbezirk Lüneburg, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen.
Försterstelle Webingen in der Oberförsterei Webingen, Regierungsbezirk Lüneburg, ist zum 1. November 1912 anderweit zu besetzen.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Ihre Befegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 625. — Sächsishe Forsthäuser. Von Königl. Baurat D. Kramer-Dresden. 625. — Unabwendigkeiten für die Hinterbliebenen der preussischen Forstschulaufseher. 629. — Zum Artikel: Schuttraben mit schräger Seitenwand. 630. — Wie schöpft das Eichenbörchen. 631. — Die Abriedlung Forstwirtschaft in der erzgebirgischen Ausstellung in Freiberg. 631. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlaunisse. 631. — Der Anlauf des Jagdschloßes Platte abgelehnt. 632. — Konkreteprüfung für die Aspiranten des bayerischen Staatsforstverwaltungsdienstes. 633. — Militärangewerterstellen bei den Veröcherungsämtern. 633. — Reifigpreffe. 633. — Die Ermittlungen zu den Forstdiebstählen. 633. — Beschädigungen von Bäumen durch Entwurding von Hweigen. 634. — Waldbrände. 634. — Amtlicher Marktbericht. 634. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 634. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps. 635. — Brief- und Fragelasten. 636. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 637. — Nachrichten des „Waldheut“. 642. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 642. — Inserate.

Dieser Nummer liegt bei ein Prospekt der Firma **G. Rüdberg jun.**, Versandhaus für Photographie und Optik, Hannover und Wien, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Zur Schneebalkkollekte für den Jagdausscher Ott und die Witwe Schäfer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß im Jahre 1896 zugunsten des durch einen Wilderer schwer verwundeten Jagdausscher Ott und der Witwe des ermordeten Oberjägers Schäfer von unbekannter Seite eine Schneebalkkollekte veranstaltet wurde, in welcher die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“ als Sammelstelle für die Beiträge genannt ist. Wir erklärten schon damals, daß diese Kollekte ohne unser Wissen und Willen in Umlauf gesetzt sei, machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß derartige Kollekten gefehlich verboten sind, und baten wiederholt dringend, die Schneebalkkollekte für Ott und Schäfer einzustellen. Trotzdem gingen im Laufe der Jahre und gehen auch jetzt immer noch Beiträge für den genannten Zweck, teils mit unliebsamen Bemerkungen, bei unserer Expedition ein. Wir nehmen daher Veranlassung, die Empfänger von Schneebalkbriefen nochmals dringend zu bitten, dem Umlauf der Schneebalkkollekte zu steuern und diese endlich einmal außer Kurs zu setzen. Die jetzt noch bei uns eingehenden Beträge werden dem Verein „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, überwiesen. (597)

Die Expedition (10730) der „Deutschen Jäger-Zeitung“.

Familien-Nachrichten

Eheschließungen:
Königl. Forstsekretär Adolf Müller in Neuhof b. Birsow, Bez. Köslin, mit Frä. Katharina Valentin in Forsthaus Ziebingen, Bez. Frankfurt a. O.

Sterbefälle:
Kollmann, Großherzoglicher Oberforstmeister a. D. in Gültrow.
Ulrich, Königl. Revierförster a. D. in Breslau.
Brendel, Förster a. D. in Girschberg.
Dinter, Förster in Fuchshöfen.

Jagdverpachtungen

Jagdpacht- und Abschlußgesuche, Pensions-Anzeigen

In ländlicher Gegend wird in nur abstinenter, gebildeter Familie

Aufenthalt

mit Nichten und Wirkungskreis für alkoholfreie Dame

gesucht.

Dieselbe hat augenblicklich eine diätische Anstaltsbehandlung hinter sich, ist sehr intelligent und auch in Buchführung erfahren. Welche monatliche Zugabe wird verlangt? Offerten unter K. G. 1751 an Rudolf Mosse, Köln. (929)

Bad Neuenahr.

Moblierte Zimmer mit u. ohne Pension. Forsthaus Waldfrieden, 781) Karlsruher. — Nähe Rurgarten.

Personalia

Für Förster mit Landwirtschaft wird ältere, erfahrene

Stütze

ver 1. Sept. 1912 gesucht. Dienstmädchen vorhanden. Forsthaus Schweinebrunn, Gladow, Am. Kreis Landsberg a. W.

Forstschußstelle

im Stadtwald Schwarzenborn, Kreis Jürgenbain, Bez. Cassel, etwa 820 ha, ist vom 1. 9. 1912 ab neu zu besetzen. Jahresentkommen 700 M., Raubzeugverfügung gestattet. Bewerbungen müssen unter Angabe der bisherigen Beschäftigung und Einübung sämtlicher Dienst- und Führungseigenschaften bis 15. 8. 1912 an das Bürgermeistereiamt erfolgen. Die Besetzung bedarf der Genehmigung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Cassel. (917)

Der Bürgermeister. Liebermann.

Gräfl. Oberförsterei Grünberg bei Oberfisch sucht zum 1. November 1912

tüchtigen Forstsekretär.

Derbholzeinschlag pro Jahr 17 000 fm. 1200 M. Gehalt neben freier Wohnung und Beheizung. Bei guter Führung steigend im Gehalt. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Bild erbittet Endesunterzeichneter. Freilieb mit Aufschluß der Adresse zur Ausübung der Zeugnisabschriften usw. ist beizufügen. Oberförsterei Grünberg bei Oberfisch, Bezirk Posen, 23. Juli 1912. (935) Dröger, Oberförster.

Brauchbares Forst- u. Jagdpersonal,

Verwaltungs-, Betriebs- und Schutzbeamte

empfehlen den Herren Forst- u. Jagdbesitzern „Waldheil“, eingetragener Verein, Neudamm.

Von dem Vereine sind ferner erhältlich umsonst und postfrei: Sagen, sowie Meldebücher zum Eintritt in „Waldheil“. Jeder deutsche Forst- und Jagdschutzbeamte, höhere Forstbeamte, Waldbesitzer, Weidmann und Götter der grünen Erde melde sich als Mitglied. — Mitgliedsbeitrag ca. 3000. — Endlich sind zu beziehen Wohlfahrtskarten zum Preise von 1 M. für den Bogen, à 60 Stück. (12)

Welcher Förster o. R. tauscht (oder Förster mit R.) nach Bez. Stettin. Näb. Ang. über Dienst und gesundheitl. Lage unter Nr. 920 befördert die Exped. der Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm.

Kgl. Forstauß.

Försterverg. best. sucht von sofort od. spät. dauernde Stellung. Gest. Off. u. Nr. 889 bei d. Exp. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm.

Tüchtiger, zuverlässiger, geb. Forstbeamter, 1. Kraft, Mitte Dreißig, sucht zum 1. 10. 1912 oder früher passende, dauernde Stellung als

Revierförster od. Förster,

vor Verheiratung geflattet. Gest. Offerten unter „Waldmannsack“ 923 bef. die Exped. der D. Forst-Ztg., Neudamm.

Für unverb. ledigen Förster, der Forstsekretär war, suche ich anderweit Stellung. Betreffender ist ehlich, tüchtig u. fähig. 28 Jahre alt. (945) Kneer, Oberförster, Eringerfeld.

Gewandter Forst- u. Amtsekretär, 26 J. alt, Einj.-Freiw., ledig, m. best. Zeugn. Praxis i. d. Staats- u. Komm.-Forstverw., in Kassenweil., sowie in Guts- u. Amtsdorfs-Geschäften, guter Schüge, Raubzeugverf. sucht in gr. Forst- bezw. Gutsverw.

Stellung.

Offerten m. Gehaltsangaben unter Nr. 928 bef. die Exp. der D. Forst-Ztg., Neudamm.

Jg. Forstmann sucht v. bald bis Okt. Vertretungs- oder Ausschüßposten, evtl. auch in Sägerwert. Offerten unter Nr. 924 bef. die Exped. der Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm.

Junger Mann, 17 J. alt, evg., kräftig gebaut, sucht per sofort Stellung als Forstschüler. Offerten zu richten an M. Fronsek, Stettin, Thorn II. (921)

Gebildetes Fräulein

sucht zum 1. September passenden Wirkungskreis in fräuleichem Forsthaus oder bei Forstbesitzer. Offerten unter E. 922 befördert die Expedition der Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm

Hundemarkt

Suche guten Führerhund

mit schönem Aussehen, der bombenfest, ohne einzuspringen, vorsteht, guten Apfell hat und tadellos apportiert, mit guter Dressur. Stätige Probe. Offerten mit billiger Preisangabe unter X. P. 985 befördert die Exp. der Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm.

Suche guten, deutschen, kurzhaarigen Hund, intelligent, mit schönem Aussehen, flotte Suche, der bombenfest, ohne einzuspringen, vorsteht, guten Apfell, tadellos apportiert und gute Dressur hat. Billigste Preisangabe. Offert. u. M. G. 924 bef. die Exped. d. Deutschen Forst-Ztg., Neudamm.

Ein pa. Entenbund,

w. u. br. getig., im 3. Felde, Pointer x, ist wegen Pensionierung preiswert zu verkaufen. Probe gef. (910)

Brauer, Revierförster, Forstb. Gärchen bei Niesitz, O.-P.

Abzugeben

2,1 jehn Woch. alt. Welp. (x Deutsch-Kurzha. — Stichel.). Hund à 15 M., Hündin à 10 M. Eltern nachweisb. jagbl. vorzügl. Kusch, Kgl. Förster, Dinnese, Post Länddorf i. Pom.

Abzugeben:

Deutsch-Kurzhaarhündin, im 3. Felde, scharf auf Raubz., weil übrig, nur 150 M.: eine große, lebende Ente, zur Krähenhütte, 60 M. Offert. u. Nr. 927 bef. die Exp. der Deutschen Forst-Ztg., Neudamm.

Junge Dackelhündinnen,

8 Wochen alt, von hervorragenden, eingetragenen Eltern — Farbe schwarz-rot —, werden an Berufsjäger zum Ausnahmepreis von 25 M. abgegeben. (912) Wehler, Kgl. Förster, Altenkirchen, Westerwald.

Samen und Pflanzen

FORSTSAMEN- und PFLANZENHANDLUNG von FRITSCH & BECKER in Gross-Tarabz (Thür. Wald)
Preislisten auf Wunsch gratis & franco

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Günstiges Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltsvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärte, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten u. a. m.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 32.

Neudamm, den 11. August 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erk. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- Oberförsterstelle Grubenhagen** im Regierungsbezirk Hildesheim ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 18. August eingehen.
- Oberförsterstelle Gadersleben** (mit dem Wohnsitz in Ulfshuus bei Gadersleben) im Regierungsbezirk Schleswig ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 17. August eingehen.
- Oberförsterstelle Hartigswalde** im Regierungsbezirk Allenstein ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 14. August eingehen.
- Oberförsterstelle Prinzwald** im Regierungsbezirk Allenstein ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. August eingehen.
- Oberförsterstelle Reinhausen** im Regierungsbezirk Hildesheim ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 18. August eingehen.
- Försterstelle Wohldamm** in der Oberförsterei Carrenzien, Regierungsbezirk Lüneburg, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen.
- Försterstelle Ehlen** in der Oberförsterei Ehlen, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. November 1912 zu besetzen.
- Försterstelle Grabzok-Ost** in der Oberförsterei Murov, Regierungsbezirk Osnabrück, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 24. August eingehen.
- Försterstelle Medingen** in der Oberförsterei Medingen, Regierungsbezirk Lüneburg, ist zum 1. November 1912 anderweit zu besetzen.
- Försterstelle Spirding** in der Oberförsterei Nikolaiten, Regierungsbezirk Allenstein, ist zum 1. November 1912 neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung; b) an Dienstland: 10,207 ha Acker, 4,033 ha Wiesen und Weiden; c) 200 Mk. Stellenzulage; d) 100 Mk. Dienstaufwandsentschädigung; e) 40 Mk. Kahnunterhaltungszulage. Die Schule und nächste Bahnstation ist in Nikolaiten, 4 km entfernt. Bewerbungen müssen bis zum 15. August eingehen.
- Försterstelle Wilhelmshausen** in der Oberförsterei Gahrenberg, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. November 1912 anderweit zu besetzen.

Zu dem Artikel „Sächsishe Forsthäuser“.

Von Königl. Förster **Joos**-Rosenberg.

Die „Post“ brachte vor kurzem folgende Notiz, die die Kunde durch die ganze deutsche Presse machte:

Der Kaiser und die Poesie der Forsthäuser. Wie mitgeteilt wird, hat sich der Kaiser jüngst in bemerkenswerter Weise über die Bauart der deutschen Forsthäuser geäußert. Er wies darauf hin, daß das deutsche Forsthaus, das in der Volksvorstellung und Poesie eine ganz besondere Rolle spielt, noch mehr als das Bauernhaus sich der heimischen Bauweise anpassen und in seinem äußeren Charakter dem deutschen Walde und der deutschen Volksvorstellung angepaßt sein müsse. Besonders seien nüchterne und nichtsagende Bauten, die man hin und wieder antrifft, in den schönen Wäldern zu vermeiden. Es wird im Anschluß daran von Interesse sein, daß die sächsische Regierung bereits vor einiger Zeit Schritte in der gleichen Richtung hin unternommen hat. Um zu vermeiden, daß in dem deutschen Walde Forsthäuser erbaut werden, die weder dem Charakter der Landschaft, noch der Volksvorstellung entsprechen, hat Sachsen von den Landbauämtern künstlerische Baupläne entwerfen lassen, die mustergültige Entwürfe für deutsche Forsthäuser bringen. Es werden Holzarten verwendet, welche die Waldumgebung aufweist, damit das Haus im Einklang mit seiner Umgebung steht. Zum Schmuck der Forsthäuser können blattrreiche Pflanzen und Eisenumrankungen gewählt werden. Es ist zu hoffen, daß diesem Beispiel auch andere Regierungen entsprechen werden.

Der Hinweis unseres Landesherrn auf die Poesie der deutschen Forsthäuser und sein Wunsch, diese mehr als bisher der heimischen Bau-

weise, dem Walde und der deutschen Volksvorstellung anzupassen, dürfte wohl jedem Deutschen so recht aus dem Herzen gesprochen sein.

Die preussischen Försterhäuser der früheren Jahre — darüber ist man wohl in allen Kreisen einig — mit ihrem Zigarrentistenstil und Karbolinumanstrich sind allerdings nur zu sehr geeignet, das künstlerische Empfinden des Volkes zu verletzen. Fortschaffen lassen sie sich nicht, aber sie lassen sich mit geringen Kosten ganz erheblich verbessern: Ein künstlerisch empfundener, schöner Anstrich der sichtbaren Holzteile, Anlage schöner, einfacher Gärten um die Häuser, von Hecken umsäumt, Anbau künstlerisch entworfener Windfänge, diese und die Wände mit Schlingpflanzen bedeckt, dürften auch aus solchen Aschenbrödeln eine Augenweide schaffen können, aber die Kosten für die Anpflanzungen müßte man nicht dem Nutznießer auferlegen, sondern die Verwaltung müßte sie tragen.

Die vorige Nummer der „Deutschen Forst-Zeitung“ hat nun in einem Artikel Entwürfe von sächsischen Wohnhäusern gebracht. Da „Die Post“ diese als künstlerisch und mustergültig bezeichnet, so dürfte es wohl angebracht sein, daß ein preussischer Förster von seinem Standpunkt aus diese einem Vergleich mit den preussischen Försterhäusern unterzieht.

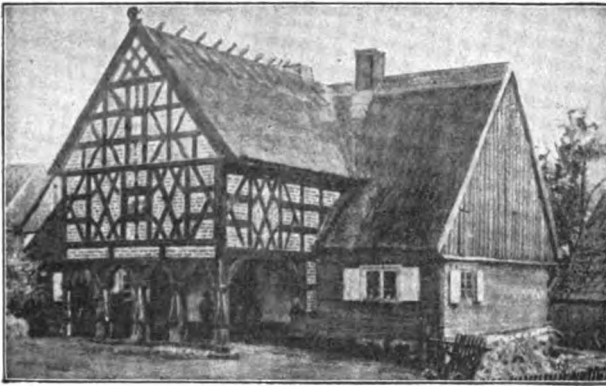
Die Ausführungen des Artikels an und für sich dürften auch in Preußen Beachtung und ungeteilten Beifall finden: „Bei gleichen oder gar noch verringerten Baukosten größere Räume und ein gefälligeres, dem Landschaftsbilde angepaßtes Äußere schaffen“, das ist wohl der Kernpunkt alles dessen, was auch hinsichtlich der preussischen Forstbauten erstrebenswert erscheint.

Daß aber unsere preussische Bauverwaltung schon lange dabei ist, diesem allgemein vorhandenen Streben nach äußerer Schönheit und innerer praktischer Einteilung nachzukommen, zeigt ja die kürzlich erfolgte Herausgabe eines neuen Entwurfes (Siehe „Deutsche Forst-Zeitung“ 1910 Nr. 17) zu einem Försterwohnhaufe, — dem Nachfolger vieler Vorgänger.

Leider hat der neue Entwurf bei gleichen Baukosten keine Vergrößerung der Innenräume, sondern bei denselben Wohnräumen eine recht erhebliche Wertminderung beider Küchen und den Fortfall der oft so sehr nötigen Gesindestube neben der Küche ge-



Abbild. 1. Försterhaus Rosenberg (Bezirk Königsberg). „Försterhaus-Entwurf“, erbaut 1911/12.



Abbild. 2. Oberländisches Bauernhaus in Laßan.
Aus dem Werke „Dachreihen“, Preis 1,50 M. Herausgegeben vom
Verkehrsverein für Dachreihen zu Königsberg i. Pr.

bracht, weshalb das vorliegende Modell wohl überall dem neuesten Entwurfe vorgezogen werden dürfte, wenn der Nutznießer die Wahl hat.

Dieses Zurückdrängen der Nebenräume, die doch auf dem Lande, besonders dort, wo eine Landwirtschaft betrieben wird, eine große Rolle spielen, erscheint recht bedauerlich. Auch der Umstand, daß man aus keiner Stube des neuen Modells auf den Hof sehen kann und der ganze Verkehr und Wassertransport durch die Waschküche und einen etwa 3 m langen und 1,08 m breiten Gang mit eingebauter Treppe nach der Küche gehen muß, dürfte wohl kaum zur Erhöhung der Wohnlichkeit beitragen. Die Verlegung des Einganges zu den Küchen in den Giebel und Einbau eines kleinen Hausflurs dortselbst ist ein dringendes Bedürfnis, da hierdurch auch das Fehlen einer Gefindestube weniger empfindlich wird, weil man dann die Waschküche hierzu benutzen kann.

Aber das sind kleine, durchaus nicht grundsätzliche Mängel, die sich sehr leicht beseitigen lassen und wohl auch bei vielen Ausführungen des neuesten Entwurfes fraglos beseitigt werden dürften. Ich bin überzeugt, daß ein solches preussisches Försterhaus, besonders wenn es noch mit Schlingpflanzen umrankt ist, innerlich wie äußerlich allen berechtigten Anforderungen entspricht.

Daß sich die Entwürfe der sächsischen Forsthäuser in ihrem Äußeren so sehr zu ihrem Vorteil von unserem neuesten Entwurfe unterscheiden, wird wohl niemand be-

haupten können, ja ich glaube, daß auch sogar unser vorletzter Entwurf, von dem ich ein Bild (Abbild. 1) bringe, sich in dieser Beziehung mit den sächsischen Entwürfen durchaus messen kann.

Was aber die sächsischen Forsthäuser innerlich für uns geradezu unannehmbar macht, das ist die Anlage von Ställen im Wohnhause, die Einrichtung des Abortes (ohne Wasserspülung) im Flur und die Anlage der Dunggrube am Wohnhause. Das alles dürfte nur zu sehr geeignet sein, gerade im Wohnhause des Försters die schöne Waldluft nicht aufkommen zu lassen, von der Fliegenplage ganz zu schweigen.

Ob das neueste preussische Försterwohnhaus auch überall in unsere Wälder passen wird, scheint vielen höheren Forstbeamten, mit denen ich darüber gesprochen, zweifelhaft. Immer mehr neigt man zu der Ansicht, daß man mit nur einem Modell unmöglich allen Landesteilen Preußens wird gerecht werden können. Forsthäuser müssen dort, wo eine Landwirtschaft vorhanden, anders gebaut und eingerichtet werden wie Forsthäuser, wo diese fehlt, und was an den Rhein paßt, paßt noch lange nicht für Ostpreußen, und umgekehrt, ja innerhalb der Provinz werden sich schon viele Unterschiede ergeben.



Abbild. 3. Litauisches Bauernhaus in Gifal (Holzham).
Aus dem Werke „Dachreihen“, Preis 1,50 M. Herausgegeben vom
Verkehrsverein für Dachreihen zu Königsberg i. Pr.

Ob es aber möglich sein wird, diese Frage durch äußere und innere Anlehnung an die alten, malerischen und praktischen Bauernhäuser einer jeden Gegend, von denen die Abbildung 2 und 3 P. ob:n für Ostpreußen geben, und durch Bevorzugung der Holzkonstruktion zu lösen, darüber kann ich kein Urteil fällen, weil ich nicht darüber unterrichtet bin, ob die Staatsbauverwaltung Preußens für Holzkonstruktionen zu haben ist. Eins aber ist sicher: daß man durch Ausschaltung des Unternehmertums, durch direkte Vergabung der einzelnen Arbeiten an die betreffenden Handwerker und dienstliche Beaufsichtigung der Bauausführung durch den Förster an jedem Bau erhebliche Summen sparen könnte.

Diese Ersparnisse könnten wohl geeignet sein,

einen noch besseren äußeren und inneren Ausbau der preussischen Forsthäuser zu ermöglichen, auch ohne daß eine Holzkonstruktion Anwendung findet.

Etwas Neues oder gar Besseres haben die neuesten sächsischen Entwürfe im Vergleiche zu den preussischen gerade nicht gebracht, aber, und das scheint mir das Schwermiegendste zu sein, dieser edle Wettstreit der verschiedenen Landesbehörden um den besten und praktischsten Entwurf eines „deutschen Forshauses“ läßt uns hoffen, daß auch die „deutschen Forsthäuser“ in kurzem innerlich wie äußerlich sich nicht nur der Gegend anpassen, sondern für jede Gegend den Bewohnern geradezu vorbildlich sein werden, wobei besonders die von Sr. Majestät unserem Kaiser gegebene Anregung recht befruchtend wirken dürfte.

Schälwunden.

Unter den verschiedenen Walschäden gehört das Schälen des Hochwildes zu den ärgsten; es bedroht Gesundheit und Entwicklung des Baumes, verkürzt sein Leben, nimmt Einfluß auf die ständige Form und Wandlung ganzer Abteilungen und macht dem Forstwirte viel Ärger und Kopfschmerzen.

Die Folgen der Schälwunden sind nach dem Alter des Baumes, nach der Holzart, vor allem aber nach der Ausdehnung und Tiefe der Verwundung verschieden. Der Baum vermag eine Wunde im jugendlichen Alter rascher zu verheilen als im weiter vorgeschrittenen, der junge Baum schützt sich also besser gegen Infektion als der alte. Dagegen wirkt sowohl die Infektion als eine gleich große Wunde bei ersterem viel verderblicher als bei letzterem. Die Nadelhölzer sind im allgemeinen einer Infektion und Austrocknung des Holzkörpers weniger ausgesetzt als die Laubholzarten, weil sie die Wunde sofort nach der Verletzung durch Harzausfluß mehr oder weniger luftdicht abschließen. Schälwunden, welche nur die Rindenschicht treffen, fügen der Fichte gar keinen Schaden zu, bei der Eiche, Buche, Esche und auch bei der Weißtanne springt die Rinde in Längsrissen auf, sobald die Verwundung während der Vegetationsperiode erfolgt und über die Hälfte der Rindendicke eindringt. Diese Risse, welche rasch wieder zuheilen, sind für das Befinden des Baumes so gut wie belanglos. Geht die Schälwunde bis auf den Holzkörper, so ist bei allen Holzarten die Schädigung des Baumes um so größer, auf je größerer Fläche das Kambium vernichtet und der Holzkörper bloßgelegt wurde. Alsdann können sich im Gefolge befinden: Troden- und Hohlstellen im Holzkörper, welche dessen Gefüge lockern, Verunstaltung der Schaftform, Zerstörung des Holzkörpers durch Fäulnis erzeugende Pilze und Insekten, Windbruch, Schneebruch und Zuwachsverlust. In wenigen schweren Fällen vermag der Baum auch die bis auf den Holzkörper gehenden Wunden auszuheilen, ohne einen wesentlichen Schaden zu nehmen.

Die Verheilung der Schälwunden findet bei Verletzungen, welche nur das Rindengewebe treffen, durch Kortzellenbildung, bei Wunden, welche den Holzkörper bloßgelegt haben, durch Überwallung mit Wundkallus von den Wundrändern her statt. Die Kortzellenbildung geht sehr rasch vonstatten und schließt die Wunde schon nach wenigen Wochen wieder luftdicht ab. Die Überwallung durch Kallusbildung ist bei den einzelnen Holzarten sehr verschieden. Eine Versuchssfläche, welche angelegt wurde, um die Überwallungstätigkeit festzustellen, hat folgende Reihenfolge ergeben: Sie war am stärksten bei der Douglasfichte, dann folgte die Weißtanne, welche der Douglas an Verheilungsenergie wenig nachsteht. Diesen Holzarten gegenüber war die Überwallungstätigkeit bei der Fichte, Kiefer und Behmouthiskiefer in den ersten Jahren eine langsame. Unter den Laubhölzern stand die Eiche obenan, welche der Weißtanne nahe kommt, dann folgte die Rotbuche und Esche, mit etwas geringeren Leistungen. Eine bestimmte Zeit, innerhalb deren die Verheilung stattfindet, läßt sich allgemein nicht angeben, da sie nicht bloß nach Holzarten, sondern vor allem nach dem Alter des Baumes, der Größe und Beschaffenheit der Wunde sowie nach dem Standorte verschieden ist. Der Schluß einer schmalen Wunde kann schon nach ein bis zwei Vegetationsperioden erfolgen, der einer breiten Wunde 20 Jahre und mehr in Anspruch nehmen.

Wir wollen uns vornehmlich mit der Winterschälung, veranlaßt durch Hochwild trotz der Winterfütterung, beschäftigen.

Das Rotwild schält meist nur Nadelholzbäume, insbesondere Fichten und Weißtannen, weil ihre Rinde in Brusthöhe lange Zeit glatt bleibt und erst in späteren Jahren rauhe und harte Rorkenbildung zeigt.

Am meisten tritt das Schälen bei zahlreichem Wildstande im Stangenholzalter auf, aber auch ältere, ja haubare Bestände werden bei den Futterstätten selbst nicht verschont. Bevorzugt werden

Waldbkomplexe, in welchen durch eingreifende Durchforstungen und Aufastungen eine ausgiebige Lichtstellung des Bestandes erfolgt, und das Aßung suchende Wild trotz hohen Schnees während der langen Winterzeit die Befastung der Bäume, das daran befindliche Laub, die anhaftenden Flechten und Moose nicht mehr erreichen kann. Auch das Bestreuen des Waldbodens durch Wind und Sturm mit Baumsflechten und Moosen wird durch die hergestellte weite Entfernung der Bäume untereinander kaum mehr möglich.

Forschen wir nach dem eigentlichen Grunde des Schälens, so müssen wir zu dessen näherer Erklärung erst die auf Grund der Lebensgewohnheiten und der Existenzbedingungen des Hochwildes gesammelten Erfahrungen einer näheren Betrachtung unterziehen.

Schält doch das Hochwild auch bei selbst reichlicher Winterfütterung. Nahrungsmangel kann daher nicht die Basis dieser Beobachtungen bilden.

Aus Mangel an genügendem Wohlbefinden benagen ja auch unsere Haustiere die Warren, Stangen, Tröge usw.

Die Hausziege ist ein gefährlicher Forstschädling, ihr ist die Rinde keines Baumes zu spröde und rissig, daß sie dieselbe nicht benagen würde.

Es dürfte die Zuder- und Gerbstoffhaltigkeit der Baumrinde sein, welche auf Nektare und Wild so eine Anziehungskraft ausübt; nicht den Hunger stillt damit das Wild — es will nur sein Wohlbefinden heben, um die ihm zur naturgemäßen Ernährung unentbehrlichen, im Futter fehlenden Proteinstoffe und Mineralstoffe zu ersetzen. In den meisten Futtermitteln ist Stickstoff (Eiweiß und Ammoniak) in genügendem Maße vorhanden — Kohlenhydrate und Mineralstoffe fehlen aber. Gerade die Proteinsubstanzen sind es aber, welche die Grundlage und Hauptbedingung für die Nährwertbeurteilung des Wildfutters bilden.

Das ständige Bedürfnis des Wildes nach Rinde, trotz der reichlichen Winterfütterung, ist somit zunächst auf eine nicht vollwertige Ernährung zurückzuführen, indem nach aller Wahrscheinlichkeit zu reichlich stickstoffhaltige Substanzen und zu wenig mineralstoff-, zuder- und tanninhaltige Futtermittel in den Futtervorlagen gereicht werden.

Der hohe Wert der erforderlichen Mineralstoffe in den Futtermitteln, welche dem Körper Form, Gestalt, Widerstandskraft verleihen, ist bis heute durch die gebotene Winterfütterung kaum ersichtlich geworden, zum mindesten bleibt der Erfolg einer ertzreichen, gesunden Körperentwicklung, verbunden mit einer entsprechenden starken Geweihbildung, im Verhältnisse der Kosten weit gegen die Erwartung zurück.

Wollen wir nun das „Schälen“ vermeiden, so handelt es sich darum, Mittel und Wege zu finden, den Wald zu schützen, ohne dem Wilde seine natürliche Aßung und Bewegungsfreiheit weiterhin zu schmälern. Deshalb dürfen zum Schutze der gefährdeten Bestände Bäume nur in beschränktem Maße herangezogen werden. Unter diesen Umständen stehen beim Beginn der Schäl-

schäden nur die schon anderwärts erprobten Stammschutzmittel des Einbindens mit Reisig oder Reisstangen und des Anstrichs mit einer abschreckenden Flüssigkeit zu Gebote. Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Mittel mehr oder weniger lang einen wirksamen Schutz gewähren, sie hat aber auch gezeigt, daß dieselben entweder schon bei einmaliger Anwendung sehr kostspielig sind, oder durch die Notwendigkeit häufiger Erneuerung unerschwinglich hoch zu stehen kommen. Wegen der fortwährend steigenden Zahl der schutzbedürftigen Bestände ist es daher unmöglich, auf die Dauer hiemit auszukommen, wenn nicht der Jagdbetrieb so enorme Summen verschlingen sollte, daß die Kosten in keinem Verhältnis mehr zu dem erzielten Jagdvergnügen stehen. Neben der Anwendung der Stammschutzmittel ist man bemüht, durch Verringerung des Rotwildstandes, durch Abschluß schälender Stüde, durch forstwirtschaftliche Maßnahmen, durch zweckentsprechende Fütterung, sowie durch Verbesserung der Aßungsverhältnisse des Schälübels Herr zu werden. Es ist nicht zu leugnen, daß auch durch diese Vorkehrungen eine Besserung erzielt wird, leider ist diese aber stets nur vorübergehend und unzureichend.

Aus diesen Gründen ist man vor die Notwendigkeit gestellt, nach solchen Stammschutzmitteln zu suchen, welche einen länger wirksamen Schutz der gefährdeten Stämme gewähren und dabei billiger zu stehen kommen. Es sind deshalb seit mehreren Jahren auch Versuche mit neuen Mitteln und Methoden angestellt worden. Die mit diesen Versuchen bisher erzielten Erfolge berechtigen zu der Hoffnung, daß auf dem eingeschlagenen Wege das erstrebte Ziel, ein billiges, wirksames und dem Baume unschädliches Stammschutzmittel zu bekommen, erreicht wird.

Das Königlich Württembergische Hofjagdbamt hat sich mit langjährigen und eingehenden Versuchen zum Stammschutz gegen die Schälbeschädigung des Rot- und Damwildes beschäftigt (1883 bis 1910) und auf der Internationalen Jagdausstellung in Wien nicht nur die schematische Darstellung dieser Schälchäden praktisch an einem großen Objekte demonstriert, sondern auch in gleicher Weise praktisch an Modellen die einzelnen Abwehrmethoden demonstriert. Unter diesen Stammschutzmitteln seien nur erwähnt: 1. das Einprügeln, 2. der Anstrich, 3. der Grüneinband, 4. Drahtschutzgitter, 5. Punktieren, 6. Stachelverfahren, 7. Schutztrabung, 8. Rindenhol, 9. Rindenstriegele, 10. das Leeren.

Speziell interessant sind die Punkte 7, 8, 9 als ganz neues Verfahren.

Der Schutztrager ist eine Erfindung des Freiherrlich von Bethmannschen Försters E. Flammiger in Königstein i. Taunus. Auf den Königlich Württembergischen Hofjagdbrevieren kam der Schutztrager vom Jahre 1904 ab in Verwendung.

Nach der Gebrauchsanweisung des Erfinders sollen Fichtenstangen und -stämme damit geschützt werden, indem man sie mittels kräftigen, langen Striches von oben nach unten rund herum berartig anträgt, daß in einer Entfernung von

etwa 2 cm bis zu den Harzkanälen gehende Krawunden entstehen. Diese veranlassen einen Harzausfluß, der nach seiner Verhärtung den Schutz bewirkt.

Der Rindenhobel, früher Harzhobel genannt, kam im Jahre 1907 in Gebrauch. Der Name des Instrumentes wurde geändert, da jetzt mit dem Hobeln weniger auf die Erzeugung von Harzausfluß als auf die Schaffung einer Vorkeidicht gesehen wird. Es hat sich nämlich gezeigt, daß hauptsächlich die bald nach dem Hobeln an den Hobelstellen entstehende verfortete Rinde gegen das Schälens schützt, während dem Harzausfluß hierbei nur eine untergeordnete Rolle zukommt. Deshalb wurde auch die seitherige Art des Hobelns geändert. Nach der ersten Gebrauchsanweisung sollten 5 bis 8 cm lange und 2 bis 3 cm breite Rindenstreifen in beliebiger Tiefe herausgehobelt werden, indes jetzt das Hobeleisen auf die zulässig leichteste Stellung eingestellt wird, so daß es nicht mehr als 1 bis 1½ mm tief eingreifen kann. Ferner werden die gehobelten Stellen jetzt nicht mehr größer als ein Einmark- bis höchstens Zweimarkstück gemacht, und ebenso große feindrindige Teile daneben und darunter stehen gelassen. Letztere dürfen womöglich nicht umfangreicher werden, damit das Wild an ihnen keine in Verlesung führende Angriffsfläche zum Schälens erhält.

Der Harzausfluß ist bei dieser neuen Hobelmethode sehr gering, immerhin aber genügend stark, um auch die ungehobelten Stellen teilweise mit Harztropfen zu bedecken, während der Eingriff in die Lebensfunktionen des Baumes hierdurch auf ein möglichst geringes Maß reduziert wird.

Der Rindenstriegel wurde zu gleicher Zeit mit dem Rindenhobel in Anwendung gebracht. Er hat Ähnlichkeit mit dem Flammigerischen Schutzträger, unterscheidet sich aber von ihm dadurch, daß er eine viel feinere Zähnung in gerader Linie nach Art eines Striegels besitzt.

Das Striegeln ist durch ein mit leichtem Druck von oben nach unten vorzunehmendes Überfahren

aller glattrindigen Stellen des Stammes auszuführen. Die Ausführung kann zur Zeit der Vegetationsruhe oder zur Saftzeit erfolgen. Die Krawunden dürfen jedoch letzteren Falles nicht tiefer als bis höchstens ¼ der Rindendicke eindringen. Tieferer Krawunden, zur Saftzeit gebracht, bewirken bei den Laubhölzern ein Abspringen der Rinde vom Holzkörper in der Umgebung der Wunden. Oberflächliche Wunden schaden dagegen auch zur Saftzeit nicht, werfen sich viel stärker auf als zur Zeit der Vegetationsruhe und bewirken dadurch einen intensiveren Schutz.

Die durch das Striegeln entstehende rauhe Stammoberfläche hält das Rotwild sehr wirksam vom Schälens ab. Das Verfahren wird daher voraussichtlich zum Schutz von Weisstanne, Eiche, Buche, Eiche, Ahorn gute Dienste leisten, worüber noch keine genügend langen Erfahrungen vorliegen, um ein endgültiges Urteil abgeben zu können.

Als weiteres Mittel zur Verhinderung der Schälchäden empfiehlt sich eine pflegliche Behandlung der Salzfäden (Zulzen). Die heute schon so billigen und guten Surrogate (Wildledpulver) sind hier am Platze, denn bei den Wildfütterungen werden sich dadurch bedeutende Eriparnisse an Rohfutter erzielen lassen; das unwiderstehliche Rindenbedürfnis wird durch das Weisstutter der Hauptsache nach erlegt und das Schälens wird sowohl bei Altv., insbesondere aber bei Jungwild verschwinden; die gesunde Entwicklung des Wildkörpers verbunden mit einer starken Geweihbildung wird in kürzester Zeit allgemein zu beobachten sein.

Versteht es so der Forstwirt, sich ohne große Kosten die modernen Errungenschaften gegen Schälchäden sowie die gewiß praktisch erprobt und für gut befundenen Wildfüttermittel nutzbar zu machen, so kann auch der Erfolg nicht ausbleiben, sein Argier wird schwinden, Wald und Wild gesund bleiben. Weidmannsheil!

Silvius Weidgerecht.

Mitteilungen.

— **Gehaltsregelung in Sachsen-Coburg-Gotha.** | Coburgischen Domänen-Forstbeamten folgender-
Vom 1. April 1912 ab sind die Besoldungen der-
maßen festgesetzt worden:

Bezeichnung der Beamten	1.—3.	4.—6.	7.—9.	10.—12.	13.—15.	16.—18.	19.—21.	22.—24.	Vom 25. ab
	D i e n s t j a h r								
	.M.	.M.	.M.	.M.	.M.	.M.	.M.	.M.	.M.
1. Forstreferendare	1200	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Forstassessoren	2400	2600	2800	3000	3300	—	—	—	—
3. Revierverwalter	3600	3900	4200	4500	—	—	—	—	—
4. Oberförster	3900	4200	4500	4800	5100	5400	—	—	—
5. Waldwarte	1300	1400	1500	1600	1700	1800	1900	2000	2100

Das Dienstalter wird berechnet vom Beginn der widerruflichen oder unwiderruflichen Anstellung in der betreffenden Stellung. Die Zeit vor zurückgelegtem 25. Lebensjahr wird nicht mitgerechnet. Militärangeworbenen ist ein Drittel der Unteroffiziersdienstzeit anzurechnen. —f.

— **Berichtigung zu dem Artikel „Nochmals Privatschulungen“** in Nr. 22, Bd. 27. Auf ein an Herrn Oberförster Ernst gerichtetes Schreiben erhielt Unterzeichneter folgende Antwort:

Forstschule Münsterzeisel (Rheinland),
4. Juni 1912.

Ich habe Sie natürlich weder „ganz gemeiner Handlungen und direkter Verbrechen bezichtigt“ noch Sie als „geriebenen Hochstapler“ bezeichnet. gez. Ernst.

Die verehrlichen Leser ersehen also aus obiger Antwort des Herrn Oberförsters Ernst, daß mein Name irrtümlich mit denen anderer zusammengefaßt worden ist. Diese Zusammenfassung mag vielleicht daher rühren, daß ich mich im vorigen Jahre einige Tage an dortiger Lehranstalt aufgehalten habe, aber nach Kenntnis der Sachlage wieder fortgegangen bin.

Mutterhausen, Lothringen,
1. August 1912.

L u c a s, Oberförster-Kandidat.

Einfluß fremden Kiefernensens und fremder Kiefernzapfen nach Deutschland.

Kiefernzapfen (100 kg)		Kiefernensens (100 kg)	
Herkunft	Juni 1912 1 Januar bis 31. Juni 1912	Herkunft	Juni 1912 1 Januar bis 31. Juni 1912
Im ganzen . . .	278 11187	Im ganzen . . .	7 430 ¹⁾
Belgien . . .	— 210	Belgien . . .	6 96
Österr.-Ungarn . .	— 58	Frankreich . .	5 25
Rußland . . .	278 10909	Österr.-Ungarn .	1 233 ²⁾
		Rußland . . .	— 11

¹⁾ 1911: 223. ²⁾ 84.

— **Aus Thüringen.** Sicherem Vernehmen nach tritt im Osten Thüringens, in der Gegend von Gera, Greiz und Weida, die Raupe wieder in recht großer Zahl auf. Doch sind sehr viele Raupen von Lärchenlarven beiseite, so daß sie absterben, und hat man rechtzeitig Gegenmaßregeln (Sammeln der Falter u.) ergriffen, so daß man hofft, der drohenden Gefahr Herr zu werden. —f.

— **Von der Fichtenrindenlaus.** Zwar ist das zahlreiche Auftreten der Fichten- oder Tannentrindenlaus (*Chermes abietis* L.) keine außergewöhnliche Erscheinung, besonders in diesem Jahre, doch dürfte eine sich so zahlreich zeigende Gallenbildung, wie ich dieselbe im Juli d. Jz. an einer etwa 1,5 m hohen Fichte in der Nähe des Bahnhofs Paulinella, wo der Weg nach der Klosterneue hinunterführt, doch bemerkenswert sein. Die Anzahl der Gallen betrug etwa 340. Außer einer ca. 10 m von dieser Fichte stehenden Lärche besteht die nächste Umgebung aus Laubholz. (*Chermes abietis* scheint 1912 allgemein ungewöhnlich häufig aufzutreten. Die Schriftleitung.) E. P.

— **Der Buchenspringgräselkäfer.** Kürzlich berichtete Herr Forstrat Eulefeld über die Be-

deutung des Orchestes fagi bezüglich der Buchenmaße. Ein weiterer Schaden, den dieser Käfer verursacht, wird aus der mecklenburgischen Oberförsterei Tobbin gemeldet. Dort tritt der Käfer an Buchen aufschlag runds auf und hat bereits eine größere Schonung von dreißigjährigem Alter vernichtet. — Um eine solche zu schützen, dürfte es sich empfehlen, sie rechtzeitig mit Kupferkalkbrühe, die eine dreifache Gabe von Kupfervitriol erhalten hat, zu besprühen. Edstein.

— **Der Schwefelbals im Walde.** Seit einigen Jahren ist der Schimmelpilz in der königlichen Oberförsterei Saarburg, Regierungsbezirk Trier, unliebsam in die Erscheinung getreten und hat den jüngeren Eichenaufkulturen stellenweise schlimm zugelegt; so hat er namentlich im Jahre 1907 im Schutzbezirk Hellendorf im Verein mit den Frühjahrsfrostten vier- bis fünfjährige Eichenlaaten, die in prachtvollem Buche standen, vollständig zum Absterben gebracht. Dies hat mir im Monat August v. Jz. die Veranlassung gegeben, im Schutzbezirk Neudingen verschiedene aus dem Jahre 1910 stammende Eichenstreifenlaaten, die zwischen gleichaltrigem Buchenaufschlag vorzüglich aufgegangen waren, nun aber durch den starken Schimmelbefall dem sicheren Untergang geweiht zu sehen, durch Bestäuben mit Schwefel zu schützen. Dies gelang in so überraschender Weise, daß die kümmernden Laaten noch im selben Sommer von neuem ein freudiges Aussehen und Gedeihen erlangten. Die jungen Eichen weisen jetzt im zweiten Jahre einen so guten Stand auf, daß es keine Frage ist, daß sie sich auf dem ihnen gut zuzugenden Standort gegen den reichlichen Buchenaufschlag nunmehr voll und ganz behaupten werden. Selbstverständlich ließ ich es nicht dabei bewenden, in diesen etwa 8 ha umfassenden jungen Laaten gegen den Schimmel anzukämpfen, sondern setzte den Schwefelbals auch in etwas älteren Laaten, die Schimmelbefall zeigten, in Tätigkeit, so daß die Maßregel sich im ganzen auf 11 ha ausgedehnt hat. Da der Schimmelpilz sich in den letzten Jahren jedenfalls auch in anderen Revieren des westlichen Deutschlands in gleicher Weise schadenstiftend eingenistet haben wird und jetzt auch der Zeitpunkt eintritt, in welchem die Bekämpfung einzusetzen hat, so interessiert es wohl manchen Revierverwalter, über die Art der Ausführung und die entstandenen Kosten einige Auskunft zu erhalten. Zunächst wurde ein Bestäubungsapparat, vulgo Schwefelbals (System Diedelsfelder-Mebischwefler), wie er hier überall in den Weinbergen Anwendung findet, zum Preise von 25 M. beschafft, damit wurde ein sachkundiger Mann aus dem Weinberg in den Wald zur Unterrichtserteilung abkommandiert. Für diesen Lehrtourus und die ganze Arbeit zusammen entstand eine Lohnausgabe von 20,85 M., dazu für Anschaffung von 50 kg Schwefel 10,50 M., wofür die zusammen 11 ha großen Eichenlaaten zweimal bestäubt worden sind. Da die Schwefelung nicht nur eine heilende, sondern ganz besonders auch eine vorbeugende Wirkung hat, so habe ich in diesem Jahre dieselben und einige weitere Flächen bereits von neuem bestäubt, nachdem sich die Anfänge eines neuen

Befalls zeigten. Es liegt mir durchaus fern, für eine regelmäßige und allgemeine Einführung der Schwefelung im Walde einzutreten, es handelt sich nur darum, zu zeigen, daß es unter Umständen — die hoffentlich stets Ausnahmefälle bleiben — Vorteil bringen kann, wenn man Maßnahmen, die sich in anderen Betrieben eingebürgert und bewährt haben, gelegentlich auch im Walde zur Anwendung bringt. Der Kuriosität halber möchte ich noch hinzufügen, daß ich im Jahre 1910 im Strandja-Gebirge (Türkei) das Auftreten des

Schimmelpilzes in so ausgedehntem Maße beobachtet habe, daß die ein- bis dreijährigen Eichen- und Buchen auf unabsehbare Strecken wie ein weites Schneefeld ausfielen, auf das vom wolkenlosen Himmel die Augustsonne niederbrannte. Maßnahmen dagegen werden dort selbstredend keine getroffen, wie denn die ganze Forstwirtschaft dort auch heute noch lediglich auf eine Ausnutzung der Wälder, und zwar auf eine möglichst unwirtschaftliche, beschränkt ist.

F. G e l b, Rgl. Forstmeister.

Berichte.

53. Versammlung des Badischen Forstvereins
in Schönnau i. W. am 20. bis 22. Mai 1912.

In die „schöne Aue“, am Fuß des Vater Welchen und durchteilt von der geschäftigen Wiese, rief man uns heuer. Das schöne Schwarzwaldstädtchen, wo sich die Lieblichkeit der Täler und der Ernst der schroffen Höhen und Wälder so glücklich vereinen, war es aber nicht allein, was uns in so großer Zahl dem Ruf folgen ließ; es war auch der Ruhm der Waldbau- und Wegbaukunst des schon 26 Jahre hier wirkenden Forstmeisters Dießlin.

Der erste Tag brachte uns vormittags mit großem Kraftwagen mühelos auf die Höhe des Hochgeschleids. Die Waldwege, auf deren sanften Windungen und kunstvoll an die Rasen und in die Mulden des außerordentlich wechselnden Geländes hingezirkelten Rehren wir von 500 zu 1000 m emporführten, sind fast durchweg das Werk Dießlins, des anerkannten badischen Waldwegbau-meisters.

Auf der Höhe wanderten wir zunächst in einen 130- bis 150-jährigen Mißbestand von Buchen mit Fichten und Tannen hinein, der in vorgeschrittener, gruppenweiser Naturverjüngung steht. Hier entwickelte Dießlin kurz seine Grundzüge für die Verjüngung dieser Mißbestände. Er will einen Buchengrundbestand mit reichlich, aber einzeln eingemischten Fichten, in tieferen Lagen auch Tannen erziehen. Die Fichte soll nirgends rein auftreten, auch nicht in Horsten oder Gruppen; überall muß sie von der Buche, der Mutter des Waldes, begleitet sein; nur so bleibt der Boden dauernd in ertragsfreudigem Zustand und es ist die wahre Nachhaltigkeit sichergestellt. Die Verjüngung beginnt mit der Durchlichtung von „Gruppen“, die nach Boden- und Bestandsverfassung und mit Berücksichtigung der Holzbringung ausgewählt und im Bestand angeordnet sind; die zwischenliegenden Waldteile („Niegel“) bleiben vollkommen geschlossen. In den durchlichteten Gruppen soll zunächst die Bodengare eintreten, dann wird die Besamung durch Sprengmasten allmählich erfolgen und sich von den Rändern der Gruppe weiter ausbreiten. Die Bestände, die wir im Laufe des Tages durchwanderten, zeigten tatsächlich fast alle Stadien der in dieser Weise planmäßig durchgeführten Mißverjüngung, und viele Bestandsbilder weckten laute Bewunderung. Neben der Verjüngungsführung macht der nur mäßige Kaltgehalt der im übrigen meist kräftigen und tief-

gründigen Tonschiefer-, Gneis- und Granitböden, sowie die Höhenlage (800 bis 1000 m und mehr) die Fichte durchaus vorwüchsig, und so ist auch eine etwas starke Beimengung der Buche im Jungbestand nicht gefährlich für die späteren Gelberträge. Außerdem weiß ja niemand, ob nicht bis zur Reifezeit der von uns begründeten Bestände das Wertverhältnis zwischen Fichte und Buche sich wieder in umgekehrter Richtung verschiebt, wie es sich im letzten Jahrhundert verschoben hat; standortsgemäße Mischungen dürfen daher keinesfalls deshalb aufgegeben werden, weil wir nach den derzeitigen Verhältnissen vielleicht für reine Fichtenbestände eine höhere Rentabilität berechnen.

Die Waldbilder, die wir in der Folge sahen und denen ein zielbewußter Wirtschaftler in 26 Jahren in erfolgreicher Weise den Stempel seiner Kunst aufgedrückt hat, fanden allgemeine Anerkennung, kaum irgendwelchen Widerspruch; mancher alte oder junge Kollege meinte allerdings so für sich: „Ja, wenn man nur auch so günstige Verhältnisse hätte!“ — Stärkere Meinungsverschiedenheiten gab es nur über den einen, von Dießlin vielleicht etwas zu sehr in den Vordergrund geschobenen Grundsatz der möglichen „Staffelung“ der Bestände. Das Ideal ist ihm der gruppenweise auch auf verhältnismäßig kleiner Fläche alle Altersklassen enthaltende „gestaffelte“ Wald — den Begriff Farnelwald lehnt er ab —, der auf diesen freiliegenden Höhen gegen Sturmgefahr allein ganz gesichert sei und vor allem auch die für den Bodenzustand außerordentlich gefährliche Laubverwehung und Auslagerung hindere. Hier gab es einigen Widerspruch; man hielt die allgemeine Durchführung dieser Bestandsform in absehbarer Zeit für unmöglich und glaubte auf anderem Wege Sturm- und Bodenschutz ebenfalls erreichen zu können.

Der zweite Tag brachte die Verhandlungen. Nach der Besprechung verschiedener Standesangelegenheiten bildete den Höhepunkt ein Vortrag des Forstmeisters Dießlin über die Begründung gemischter Bestände im Schwarzwald; er ist im Berichtshefte des Forstvereins abgedruckt und als Niederdruck der Erfahrungen eines Mannes, dem der Waldbau wahrhaft eine Kunst ist, von hohem Interesse. Der dritte Tag mit dem Ausflug in die Waldungen an der Hohen Moehr verregnete leider etwas; doch soll auch bei dem abgekürzten Gang sehr viel Schönes zu sehen gewesen sein. Die dauerhaftesten Teilnehmer der

Verammlung fuhrten und wanderten endlich am vierten Tage noch zum Vater Belchen hinauf; die von Dießlin gebaute, vielbesprochene Belchenstraße hat ihn leicht erreichbar gemacht. Diese Straße aber werden unsere Enkel noch bewundern, auch wenn kein Mensch mehr daran denkt, wieviel Geld sie gekostet hat und wie lange es gedauert hat, bis alles bezahlt war.

Alles in allem, eine schöne Tagung; reich an lebendigen Eindrücken einer zielbewußten und erfolgreichen Wirtschaft, reich an Aussprache, Anregung und Hebung der Berufsfreude. Auch war's gar gut sein in Schönauf; alles wetteiferte darin, die Gäste gut aufzunehmen, der vorzügliche 1911er tat sein Teil zur Hebung der Stimmung, und nach des Tages Anstrengungen und ernstem Streben feierte man abends vergnügte Feste.

E. R ü ß l e, Forstamtman, Karlsruhe.

— Bericht über die Sitzung des Westpreussischen Forstwirtschaftlichen Vereins. Am 17. Juli hielt der Westpreussische Forstwirtschaftliche Verein zu Dirschau eine Sitzung ab unter Vorsitz des

Grafen von Brünne - Belshwiz. Nach dem Jahresberichte gehören zum Verein 35 Grundbesitzer, 21 Kleingrundbesitzer, 3 Einzelmithglieder, 3 Städte, 2 Kreisaußschüsse und 13 landwirtschaftliche Vereine mit 620 Mitgliedern. Im letzten Vereinsjahr sind 200 Flächen mit einer Gesamtgröße von 196 ha, die sich auf 31 Ortschaften verteilen, mit Hilfe des Vereins aufgefördert worden. Anträge auf Lieferung von 2½ Millionen Pflanzen sind von den Vereinsmitgliedern eingegangen, denen auch entsprochen werden konnte. Soweit die Mittel reichen, gibt der Verein an Kleingrundbesitzer tausend Pflanzen zum Preise von 10 \mathcal{L} ab, andererseits sieht er sich aber auch gezwungen, aus Mangel an Mitteln von dem größeren Grundbesitz die Hälfte der Selbstkosten als Anteil zu verlangen. Um jedoch den an den Verein gestellten Anforderungen auch in Zukunft voll entsprechen und seinem Prinzip, die Forstkulturen, insbesondere aber die Aufzucht der Oblanderien, zu unterstützen, treu bleiben zu können, sieht er sich genötigt, die Mitgliederbeiträge zu erhöhen und außerdem auch auf einen erhöhten Staatszuschuß hinzuwirken.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J.-Nr. I B I d 3781. Nr. f. 3. — J.-Nr. IV a 6236 Nr. b. 3.
Berlin W 9, 24. Juli 1912.

Anliegend übersenden wir beglaubigte Abschrift der Allerhöchsten Order vom 1. Juli 1912, durch die den Gemeindeforstbeamten unter Abänderung der Allerhöchsten Order vom 11. Oktober 1899 (vergl. Verfügung vom 2. November 1899 — I A 3787 Nr. b. 3., I A 5739 Nr. f. 2. —) das Tragen von Uniform-Wappenknöpfen gestattet wird, mit dem Erlauchen um Veröffentlichung in den Regierungsamtsblättern.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

J. A.: Wesener.

Der Minister des Innern.

J. A.: Freund.

An die Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten.

Beglaubigte Abschrift zu I B I d 3781
Nr. f. 2., IV a 6236 Nr. b. 3.

Auf Ihren Bericht vom 18. Juni d. Js. will Ich unter Abänderung Meiner Verfügung vom 11. Oktober 1899 in Gnaden gestatten, daß die Gemeindeforstbeamten einen Wappenabzieher nach dem anbei zurückfolgenden Muster des für ihre Kopfbedeckung vorgeschriebenen Abzeichens in erhabener Prägung auf den Uniformknöpfen tragen.

Neues Palais, den 1. Juli 1912.

gez. Wilhelm R.,

Bugleich für den Minister des Innern.

gez. Frhr. v. Schorlemer.

An die Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Innern.

Forstliche Staatsprüfung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
Journal-Nr. III 7821.

Berlin W. 9, 2. August 1912.

Die Herren Forstreferendare, die in diesem Herbst die forstliche Staatsprüfung abzulegen beabsichtigen, haben die vorschriftsmäßige Meldung spätestens bis zum 15. September d. Js. einzureichen.

J. A.: Schebe.

Forstreferendarprüfung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 7822.

Berlin W. 9, 2. August 1912.

Die Herren Forstreferendaren, die in diesem Herbst die Forstreferendarprüfung abzulegen beabsichtigen, haben die vorschriftsmäßige Meldung spätestens bis zum 5. September d. Js. einzureichen.

J. A.: Schebe.

Erläuterung des Königl. preussischen Staatsministeriums zu § 4 der Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften über die Reisekosten der Staatsbeamten vom 24. September 1910: Die im § 4 der Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften über die Reisekosten der Staatsbeamten vom 24. September 1910 (Gesetzsammlung S. 269) ausgesprochene Anordnung, daß zur Reise, wenn dadurch Mehrkosten vermieden werden können, auch Sonn- und Feiertage dazu zu benutzen sind, begründet keine ausnahmslose Verpflichtung, hat vielmehr nur die Bedeutung einer regelmäßig zu befolgenden Anweisung, bei deren Ausführung insbesondere gebührende Rücksicht darauf zu nehmen ist, daß den Beamten die Möglichkeit der Ausübung der gottesdienstlichen Verrichtungen nicht beschränkt wird.

Berlin, den 20. Mai 1912.

Königliches Staatsministerium.

Verschiedenes.

— **Der Geh. Regierungs- und Forstrat Otto von Bentheim** ist am 1. August zu Cassel gestorben. Geheimrat von Bentheim war durch seine rege literarische und rednerische Tätigkeit in der forstlichen Welt weit bekannt. Auch hat er mehrere bemerkenswerte Bücher über forstliche Organisationsfragen geschrieben.

— **Geheimer Forstrat Dr. Martin Tharandt**, ist zum Rektor der Forstakademie Tharandt für die Zeit vom 1. November 1912 bis 31. Oktober 1913 bestätigt worden.

— **Ein Forstrat für Böhmen.** Bei der in Laus stattgefundenen Jahresversammlung des tschechischen Forstvereins für die Länder der böhmischen Krone wurden auch die Satzungen eines neu zu begründenden Forstrates durchberaten. Diese Körperschaft, welcher sämtliche Forstvereine Böhmens angehören werden, soll sich mit allen das Forstwesen überhaupt betreffenden Angelegenheiten, ohne Rücksicht auf die Nationalität, beschäftigen.

— **Ankauf fiskalischer Waldungen.** Die städtischen Kollegien in Kiel beschließen in geheimer Sitzung den Ankauf der fiskalischen Waldparzelle „Gasseldiebsbamm“ in einer Größe von rund 60 ha für den Preis von 700 000 M. Dieser Waldteil liegt im Westen der Stadt, ist mit wüchsigem Laubholz bestockt und dürfte eine beliebte Erholungsstätte der Kieler Bevölkerung werden.

— **Ankauf von Privatforsten durch den Forstfiskus.** Der Forstfiskus beabsichtigt den Ankauf der zur Herrschaft Ringelsdorf gehörigen Forsten in einer Größe von etwa 1000 ha, die der Oberförsterei Magdeburgerforst zugeteilt werden sollen. Gleichzeitig wird erwogen, nach Abschluß des Kaufes den Sitz der Oberförsterei nach Ringelsdorf zu verlegen.

— **Aus der Landwirtschaftskammer für Schlesien.** In der letzten Sitzung des Landwirtschaftskammer-Ausschusses für Forstwirtschaft wurde u. a. mitgeteilt, daß sich bis jetzt in Schlesien vier Aufzuchtsgenossenschaften, und zwar in Kühnau-Sawade, Halbau, Habelschwerdt und Michelsdorf, gebildet haben. Ferner wurde berichtet, daß die Waldbesitzer seitens der Forstberatungsstelle auf das Sammeln von Zapfen in ihren eigenen Waldungen hingewiesen und gleichzeitig gebeten wurden, dieses ihren Förstern zur Pflicht zu machen. Förstern, die sich um die Samenwerbung bereits verdient gemacht haben, sollen lohnende Anerkennungen oder Ehrenpreise gewährt werden. Die Anregung, ein gemeinsames Preisausschreiben der Landwirtschaftskammern für Errichtung einfacher Waldbambenbarranlagen zu veranlassen, soll im Auge behalten werden. Ein Antrag auf Unterstützung einiger Besitzer aus der Umgegend von Lervin, die im vergangenen Jahre 9,60 ha auf-

geforstet haben, wurde der Berücksichtigung empfohlen. Über den Abschluß eines Vertrages mit der Münchener Glabbacher Waldbrandversicherung wurde beschlossen, nach Einholung der erforderlichen Unterlagen mit der Gesellschaft weiter zu verhandeln.

— **Der Verein der kommunal-Forstbeamten** im Regierungsbezirk Wiesbaden hat in einer hier abgehaltenen Sitzung seines Gesamtvorstandes beschlossen, den Bezirksausschuß zu bitten, auf geeigneten Grundlagen die Beseitigung der jetzigen Gärten, namentlich der ungleichartigen Bezahlung, und die Aufhebung des Verlustes der Befoldungsdienstjahre bei Stellenwechsel möglich zu machen. In zwei weiteren Eingaben wird die Forstverwaltung gebeten, eine zeitgemäße Fachausbildung der Gemeindeförster anzubahnen und bei Stellenbewerbungen schon angestellte Gemeindeforstbeamte gegenüber jüngeren Bewerber mehr zu berücksichtigen.

— **Organisation der türkischen Forstwirtschaft.** Um eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung und Überwachung der bisher sehr vernachlässigten türkischen Forsten zu ermöglichen, ist vom ottomanischen Ministerium für Ackerbau und Forstwesen ein Reglement für den Inspektionsdienst der Forsten ausgearbeitet und diese selbst in sechs Inspektionsbezirke eingeteilt worden. Die Einteilung erfolgte nach der forstlichen Bedeutung der vorhandenen Wilajets und selbständigen Sandschaks; es gehören

- zur 1. Inspektion die Waldungen von Saloniki, Adrianopel, Tschatalda;
- zur 2. Inspektion die Waldungen von Monastir, Kossowo, Janina, Skutari;
- zur 3. Inspektion die Waldungen von Konstantinopel, Semid, Jneboli, Kastamuni;
- zur 4. Inspektion die Waldungen von Brussa, Angora, Karassi, Dardanellen;
- zur 5. Inspektion die Waldungen von Smyrna, Konia, Adana, Beirut, Syrien, Aleppo, Urfa;
- zur 6. Inspektion die Waldungen von Trapezunt, Sivas, Erzerum, Van, Bitlis, Maamuret-ul-Aziz, Diabekir.

Jede dieser Inspektionen wird alljährlich von einem vom Ministerium entsandten Inspektor bereist. Gelegentlich der Vereisung sind von diesem die vorhandenen Wälder zunächst in „Koru“ oder Schutzwaldungen und in „baltalik“, das sind Waldungen, deren Nutzung den angrenzenden Kommunen gestattet ist, einzuteilen. Außerdem hat der Inspektor hauptsächlich dafür Sorge zu tragen, daß die Wälder erhalten bleiben, den Abnutzungssatz festzusetzen, zu prüfen, ob das Forstpersonal seine Aufgabe erfüllt, und, wenn nötig, Bestrafungen oder Belohnungen desselben zu beantragen. An genügend ausgebildetem Forstpersonal mangelt es in der Türkei, es ist daher in Bagdatsch in der Nähe von Konstantinopel eine Forstschule errichtet worden, deren Erfolge noch abzuwarten sind.

Waldbrände.

Thorn, 27. Juli. Nachmittag gegen 2 Uhr wurde die hiesige Feuerwehr zur Löschung eines Großfeuers gerufen. Es brannten in dem am Wege Katharinenflur—Papau gelegenen, dem Otonomierat Wegner—Ditzaszewo gehörigen Hochwalde auf einer Fläche von rund zwei Hektar die Bodendecke und das Unterholz, sowie das dort noch lagernde Brennholz. Die Entstehungsursache ist vermutlich in fahrlässigem Umgehen eines Spaziergängers mit brennender Zigarre zu suchen. Außer der Feuerwehr beteiligte sich noch die Besatzung des Forsts „Port“ und „Büllov“ an den Löscharbeiten.

Keddinghausen, 30. Juli. In der Nähe der Ortschaft Hamm-Voßendorf wütete gestern fast während des ganzen Tages ein Waldbrand in den Beständen des Fabrikbesizers Mittelvießhaus-Keddinghausen und vernichtete etwa 50 ha Weidenanlagen und 25 ha Kulturen.



— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 6. August 1912. Rehböde 0,30 bis 0,45 Kotwi'd 0,20 bis 0,60, Damwild 0,40 bis 0,60, Schwarzwild 0,20 bis 0,45 \mathcal{M} das Pfund. Kaninchen 0,20 bis 0,60 \mathcal{M} , Stodenten 0,40 bis 1,30 \mathcal{M} , Kridenten 0,50 bis 0,60 \mathcal{M} das Stüd.

**Vereins-Nachrichten.****Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.****Bezirksgruppe Dessau-Zerbst-Cöthen.****Vorläufige Bekanntmachung.**

Nächste Versammlung findet statt im Vereinslokal Friederikenbad in Dessau am 14. September, nachmittags 2 Uhr. Resow.

**Personal-Nachrichten****und Verwaltungs-Änderungen.**

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.**Staats-Forstverwaltung.**

Altenburger, Förster zu Stoberau, Oberförsterei Stoberau, ist nach Heimer, Oberförsterei Heimer, Regbz. Breslau, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Bergmann, bisher kommissarischer Gemeindeförster zu Reiberg, Regbz. Coblenz, ist nach Forsthaus Barriere Bienen, Oberförsterei Järentz, Regbz. Magdeburg (Gutsjadsgeheg), verlegt und zum Förster o. R. ernannt.

Dürkop, Förster o. R. zu Gardthoff, Oberförsterei Garstorf, ist nach Jührberg, Oberförsterei Jührberg, Regbz. Lüneburg, vom 1. November d. Js. ab verlegt.

Koschinski, Förster o. R. in der Oberförsterei Gismwald, ist unter Zurücknahme der Verlegung nach der Oberförsterei Wilhelmshagen der Oberförsterei Trappenberg, Regbz. Gumbinnen, zur Beschäftigung überwiesen.

Jonck, Förster zu Wohlthum, Oberförsterei Garrentzen, ist auf die Förstereielle Nachthanen, Oberförsterei Gelle, Regbz. Vauenburg, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Kralitz, Regemeister zu Wundowen, Oberförsterei Kallenborn, Regbz. Mittenstein, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.

Menges, Regemeister zu Medingen, Oberförsterei Medingen, ist auf die Förstereielle Tidenstadt, Oberförsterei Medingen, Regbz. Vauenburg, vom 1. November d. Js. ab verlegt.

Münzer, Hilfsjäger zu Malino, Oberförsterei Grudschüg, ist als Schreibhelfer nach Jellowa, Oberförsterei Jellowa, Regbz. Dypeln, verlegt.

Schretsch, Förster zu Reinerz, Oberförsterei Reinerz, ist nach Wohlthum, Oberförsterei Heisegrund, Regbz. Breslau, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Wille, Förster o. R. zu Eßlimum, Oberförsterei Eßlimum, ist auf die Förstereielle Woselap, Oberförsterei Gardeggen, Regbz. Gildesheim, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Wirschmidt, Hilfsjäger zu Jellowa, Oberförsterei Jellowa, Regbz. Dypeln, ist nach Klasse B übergeführt und aus dem Staatsförstdienst entlassen.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen **Auc,** Walдарbeiter zu Heiershausen, Kreis Göttingen-Land, Regbz. Gildesheim; **England,** Holzhauser zu Schönan, Oberförsterei Dengsberg, Regbz. Cassel.

Gemeinde- und Privatdienst.

Schnecker, Rudolf, bisher Forstassessor, ist zum besoldeten Stadtrat der Stadt Wustlau in Schlesien gewählt und inzwischen auch regierungsseitig befristet worden.

Königreich Sachsen.**Staats-Forstverwaltung.**

Walther, Sekretär beim Finanzministerium, ist zum Forstrentamtmann in Marienberg ernannt.

Böhme, Militärrentwärter, ist als Diener bei der Forstakademie Tharandt angestellt.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.**Staats-Forstverwaltung.**

Fründt, Revierräuser zu Wobzin, ist berufen, zum 1. August d. Js. als Revierräuser für den Eichhöfer Forst, Oberförsterei Todzin, einzutreten.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.**Staats-Forstverwaltung.**

Polat, Forstmeister zu Buchsarth, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.

Elßaß-Lothringen.

Boek, Regemeister, Kaiserl. Förster o. D. zu Hargarten, Kreis Beldchen, ist der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Gaßer, Regemeister, Kaiserl. Förster o. D. zu Saarbrücken, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.



Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Försterstelle in Schweinhäusen,** Stadtförst Dramburg, ist zum 1. Oktober 1912 zu belegen. Das Vargehalt beträgt 1400 \mathcal{M} und steigt in 15 Jahren bis 1900 \mathcal{M} ; außerdem Dienstwohnung, 13 ha Dienstland und 16 rm Holz, ruhgehaltsberechtigter mit 600 \mathcal{M} . Forstverorgungs-berechtigte und Inhaber des beschränkten Forstverorgungs-scheins werden aufgefordert, sich unter Vorlegung dieses Scheins und der seit der Erteilung erlangten Dienst- und Führungszeugnisse baldigst bei dem Magistrat in Dramburg zu melden.

Die **Gemeindeförsterstelle des Forstamtsbezirks Badem** ist baldigst zu belegen. Das Anfangsgehalt beträgt 1200 \mathcal{M} , steigend von drei zu drei Jahren um je 200 \mathcal{M} bis zum Gohndbetrage von jährlich 2400 \mathcal{M} ; außerdem eine Kreisbrennholzmengen von 14 rm Terzholz und 20 rm Reisler im ruhgehaltsberechtigten Werte von 100 \mathcal{M} und eine jährliche Wirtsentwädigung von 500 \mathcal{M} . Bewerbungen um die Stelle sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, des Berechtigungs-scheins und etwaiger sonstiger Dienstführungszeugnisse umgehend dem Bürgermeister in Dubel-dori einzureichen. Die Bewerbungen von Forstverorgungs-berechtigten und Revierräusern der Klasse A können nur berücksichtigt werden, wenn ihnen die Erklärung beiliegt, daß Bewerber gemäß § 32 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 durch die Anstellung auf der Gemeindeförsterstelle ihre Forstverorgungsansprüche als erfüllt betrachten.

Die **Forsthausföhrerstelle in Lauban** ist zum 1. Oktober 1912 zu belegen. Das Vargehalt beträgt neben freier Wohnung, Heizung und Beköstigung anfangs 640 \mathcal{M} , steigend nach fünf Jahren auf 600 \mathcal{M} , und dann nach je drei Jahren um 60 \mathcal{M} bis zum Gohndbetrage von 780 \mathcal{M} . Der Anstellung geht eine Probezeit von drei Monaten voraus. Jäger der Klasse A

wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse nebst kurzer Lebensbeschreibung bei dem Magistrat in Lauban melden.

Die **Försterkette des Schutzbezirks Sprottswalden** ist zum 1. Oktober 1912 zu belegen. Das Anfangsgehalt beträgt 1400 M., steigend von drei zu drei Jahren viermal um je 200 M. und zweimal um je 150 M. bis 2500 M.; außerdem freie Dienstwohnung, 7 1/2 ha Dienstland und Freibrennholz von 48 rm weicher Spaltknüppel und 9 rm Reisföhholz. Bei der Pensionierung wird die Dienstwohnung mit 545 M. und das Freibrennholz mit 150 M. angerechnet. Forstverorgungsberufsberechtigte wollen ihre Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften baldigst dem Magistrat in Sprottau einreichen.

Die **Gemeindeförsterkette Herbolzheim**, Oberförsterei Saarunion, ist zum 1. Oktober 1912 zu belegen. Das Jahresgehalt beträgt 900 M.; außerdem freie Dienstwohnung nebst Dienstant und Deputatsholz im Taxwerte von jährlich etwa 200 M. Die Anstellung erfolgt auf Widerruf. Bewerbungsgesuche sind baldigst dem Bezirkspräsidenten in Straßburg einzureichen. Die forstverorgungsberechtigten Anwärter haben den Forstverorgungsschein, die Reserveläger (Klasse A) den Militärpaß vorzulegen; die übrigen Bewerber müssen die eisaß-lothringische Landesangehörigkeit bezeugen und die Ausweise über ihre Vorbildung für den forstlichen Beruf (abgelegte Prüfung) beibringen; außerdem haben sämtliche Bewerber die Dienst- und Führungszugnisse über ihre bisherige berufsmäßige Beschäftigung vorzulegen.

Die **Gemeindeförsterkette Harbhausen**, Oberförsterei Bischofswerder, ist zum 1. Oktober 1912 zu belegen. Das Anfangsgehalt beträgt 800 M. und steigt alle vier Jahre um 100 M. bis zum Höchstbetrage von 1400 M.; außerdem freie Dienstwohnung nebst Dienstant und Deputatsholz im Taxwerte von jährlich etwa 250 M. Die Anstellung erfolgt auf Widerruf. Bewerbungsgesuche sind baldigst dem Bezirkspräsidenten in Straßburg einzureichen. Die forstverorgungsberechtigten Anwärter haben den Forstverorgungsschein, die Reserveläger (Klasse A) den Militärpaß vorzulegen; beide haben ihren Gehenden die im § 32 der Bestimmungen vom 1. Juni 1906 (1. Oktober 1905) vorgeschriebene Erklärung beizufügen, daß sie durch Übertragung der vorgeschriebenen Stelle ihre Forstverorgungsanprüche als erfüllt anziehen. Die übrigen Bewerber müssen die eisaß-lothringische Landesangehörigkeit bezeugen und die Ausweise über ihre Vorbildung für den forstlichen Beruf (abgelegte Prüfung) beibringen. Außerdem haben sämtliche Bewerber die Dienst- und Führungszugnisse über ihre bisherige berufsmäßige Beschäftigung vorzulegen.

Die **Forsthausbesetzerkette in Treptow a. N.** ist alsbald zu belegen. Das Gehalt beträgt 1000 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 250 M. bis auf 1500 M.; außerdem freie Wohnung und Dienstantendienste sowie 8 rm Kloben- und 8 rm Knüppelholz. Verheiratete Bewerber mit dem Forstverorgungsschein, auch Reserveläger der Klasse A, wollen sich unter Beifügung von Zeugnissen und Lebenslauf umgehend bei dem Magistrat in Treptow o. N. melden.

Die **Gemeindeförsterkette des Forsthausbezirks Rallingen** mit dem Sitz zu Rallingen ist zum 1. Oktober 1912 zu belegen. Das Grundgehalt beträgt 1200 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 200 M. bis zum Höchstbetrage von 2400 M.; außerdem eine Wirtschafsbildung von 300 M. und eine pensionfähige Brennholzentziehung in natura oder bar 100 M. Auf das Besoldungsdienstalter werden die Jahre angerechnet, die der Bewerber in der Eigenschaft eines Gemeindeförsters in einem Kommunalverbande tätig war; war der Bewerber bei seiner ersten Anstellung im Kommunalverbande über 28 Jahre alt und hatte er eine mehr als dreijährige aktive Dienstzeit abgeleistet, so werden von letzterer oder von seiner sonstigen im Forsthausbildungsdienst zugebrachten Zeit sowie Jahre auf das Besoldungsdienstalter angerechnet, als er über 28 Jahre alt war. Bewerbungen um diese Stelle sind unter Vorlegung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs und der Besoldungsausweise baldigst dem Bürgermeister in Welschbühl einzureichen. Bewerbungen von Forstverorgungsberechtigten und Reservelägern der Klasse A können nur berücksichtigt werden, wenn ihnen die Erklärung beisteht, daß Bewerber gemäß § 32 Ziffer 3 der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Kommunalforsthausdienst vom 1. Oktober 1905 durch die freie Anstellung ihre Forstverorgungsanprüche als erfüllt betrachten. Forstverorgungsberechtigte haben ferner der Bewerbung entweder die Uransfertigung des Verorgungsscheins oder einen höchstens 14 Tage alte beglaubigte Abdruck dieses Scheins beizufügen, die die Besoldung enthalten muß, daß die Abdruck eine vollständige in und daß die Uransfertigung ferner die weitere Zusage und Bemerkungen enthält. Bewerbungen, die diesen Bedingungen nicht genügen, bleiben unberücksichtigt.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Ermittlung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 104. **Anfrage:** 1. Ist das Waffengebrauchs-Gesetz der preussischen Forst- und Jagdbeamten vom 31. März 1837 noch gültig? 2. Existieren neuere günstigere Bestimmungen, nach welchen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden kann, wenn die Anrufung bzw. Aufforderung, die Waffen fortzuliegen, oder stehen zu bleiben, nicht befolgt wird, sondern der Frebler die Flucht fortsetzt? Wie lauten evtl. diese Bestimmungen und wo sind dieselben zu erhalten?

D. Fürstl. Förster.

Antwort: Zu 1: Ja. Zu 2: Durch Verfügung des preussischen Ministers des Innern vom 1. September 1897 ist der § 4 der „Instruktion wegen des Waffengebrauchs der Kommunal- und Privat-Forst- und Jagd-Offizianten“ erweitert worden. Der für die Frage in Betracht kommende Teil dieses Paragraphen lautet: „In der Regel sind daher die Waffen nicht gegen fliehende Frebler zu gebrauchen. Legt indeß ein auf der Flucht befindlicher Frebler auf erfolgte Aufforderung die Schußwaffe nicht sofort ab, oder nimmt er dieselbe wieder auf, und ist a u s e r d e m nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles in dem Nichtablegen oder Wiederaufnehmen der Schußwaffe eine gegenwärtige, drohende Gefahr für Leib oder Leben des Forst- oder Jagdbeamten zu erblicken, so ist letzterer auch gegen den Fliehenden zum Gebrauch seiner Waffen berechtigt.“ Näheres hierüber finden Sie in „Radtkes Handbuch für den preussischen Förster“ sowie in dem Buche von Dr. Reichmuth: „Das Recht der Forstbeamten zum Waffengebrauch in Deutschland.“ Beide Bücher sind zum Preise von 10 bzw. 3 M. zu beziehen durch den Verlag von Neumann, Neudamm.

Nr. 105. **Anfrage:** Zum Fuchsjagd legte ich in einem Nadelholzstangenort ein Tellereisen. Ein Spaziergänger, welcher unberechtigt durch den Bestand ging, trat zufällig in das Eisen und forderte nun für sein verletztes Schuhzeug Schadenersatz. Bin ich hierzu verpflichtet? Ist das Betreten des genannten Bestandes außerhalb der Wege durch Unbefugte strafbar? Kann ich den Mann gerichtlich belangen, weil er das Eisen mit nach Hause genommen und mich hierdurch mehrere Tage im Fuchsjagd gestört hat? H. Königl. Förster.

Antwort: Das Legen von Eisen an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten ist nicht nur verboten, sondern auch strafbar. Auch in nächster Nähe von Wegen stelle man keine Eisen fänglich. Die erfolgreiche Bekämpfung des Rechts wegen wegen Herausgabe des Ihnen gehörigen Eisens hängt davon ab, ob Sie durch das Eisenlegen das Gesetz verletzt haben. Ist dies anzunehmen, so raten wir Ihnen, sich mit dem Geschädigten zu vergleichen. Wir glauben nicht, daß sich dieser durch das Betreten des Staatswaldes strafbar gemacht hat.

Nr. 106. **Anfrage:** Die hiesige Försterei liegt in einer Kolonie, in der keine Tauben ge-

halten werden. Der nächste Taubenhalter wohnt etwa $\frac{1}{2}$ Stunde entfernt. Nun lassen sich öfter verwilderte, also doch wohl herrenlose Tauben auf Äckern und Dächern unserer Kolonie nieder. Darf ich diese, da ich als Förster zum Abschluß von Wildtauben berechtigt bin, erlegen?

J., Königl. Hegem.

Antwort: Das Gesetz kennt nur zahme und wilde, aber keine „verwilderten“ Tauben. Zahme Tauben, welche die Gewohnheit haben, zu ihrem Eigentümer zurückzukehren, dürfen Sie auch dann nicht erlegen, wenn sie sich in eine benachbarte Gemeinde versfliegen haben. Würde es sich aber um herrenlose Tauben handeln, welche in niemandes Eigentum stehen, dann halten wir ein Okkupationsrecht Ihrerseits für möglich.

Nr. 107. Anfrage: In einer meiner Kastenfallen für stärkeres Raubzeug fing ich über Nacht ein wildernder Hund. Beim Nachsehen der Falle war ich leider nur mit schwachen Patronen versehen. Ich nahm deshalb den Hund mit nach Hause, um ihn nachträglich zu töten, was auch in 24 Stunden geschah. Der Besitzer des Hundes nahm an, daß ich zu solcher Handlungsweise nicht befugt war, und verklagte mich wegen

Sachbeschädigung. Ist in diesem Falle mein Tun strafbar? Bin ich zum Schadenersatz verpflichtet? R. B. in W.

Antwort: Sie hatten kein Recht, den aus der Falle genommenen Hund 24 Stunden später zu töten. Mit Rücksicht auf Ihre Gutgläubigkeit haben Sie zwar keine Strafe wegen Sachbeschädigung zu erwarten, indes müssen Sie auf Verlangen den Wert des Hundes ersetzen. Betreffs des zu zahlenden Betrages kommt es auf die Eigenschaften des Hundes an. Vielleicht streben Sie eine außergerichtliche Einigung an.

Nr. 108. Anfrage: Wem gehört das von der Bahn überfahrene, auf dem Bahndamm liegende gebliebene Wild? Sch. in R.

Antwort: Das von der Lokomotive überfahrene und auf dem Bahndamm liegende gebliebene Wild ist Eigentum des Jagdpächters desjenigen Revieres, zu welchem die Bahnstrecke in jagdrechtlicher Hinsicht gehört. Derartiges Wild darf vom Jagdpächter ohne weiteres okkupiert werden, eventuell ist solches diesem auszuliefern. Der Bahnfiskus hat auf das überfahrene Wild keinerlei Anspruch.

Für die Redaktion: J. B.: Bobo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Hgl. Hegemeister Bernstorff, Golzbach bei Forchte (Harz).



Mitteilungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorskände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Jockpot (Bezirk Danzig), Südr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittlung der Orts- und Bezirksgruppen-Schafmeister an den Vereins-Schafmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Zur Krankenkostenbeihilfekaße.

Die Mitgliederzahl hat das erste Tausend überschritten! Auch jetzt noch empfiehlt sich der Beitritt für 1912, da dann ein ganzes Vierteljahr mit seinen Krankheiten erfahrungsfähig ist und jeder mit voller Entschädigungsberechtigung in das neue Jahr eintritt. Also beitreten, damit das zweite Tausend bald erreicht ist.

Nienstedt, den 30. Juli 1912.

Bernstorff, Vorsitzender.

Robeland, den 28. Juli 1912.

Sacher, Vorsitzender des Ausschusses IV.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieds-

Nr.

1781a. Menzel, Forstausseher, Schwanauerhütte, Post Pomietzkin, Danzig.

1782a. Schimmer, Förster, Hess. Lichtenau, Cassel-Weß.

1783a. Fischer, Hegemeister, Forstb. Obergube a. b. Rotenburg a. d. Fulda, Cassel-Weß.

1784a. Stangen, Förster, Carlstraße, Ober-Schles., Oppeln.

1786a. Biedermann, Förster, Polnisch-Neudorf, Ober-Schles. Oppeln.

1789a. von Konradowicz, Forstausseher, Luroscheln (Post), Allenstein.

1791a. Weinert, Hegemeister, Henriettenthal bei Hinter-Pogabien, Allenstein.

1799a. Neumann, Hegemeister, Glinken, Post Grünfließ, Allenstein.

1804a. Weber, Förster, Hohenjesar bei Alt-Beschdorf, Kr. Lebus, Frankfurt a. O.

1807a. Duhler, Forstausseher, Steinbach bei Unterneubrunn in Thüringen, Erfurt.

1811a. Ambros, Förster, Neudorf, Post Ebersdorf, Kreis Habelschwerdt, Breslau.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächsteilige Nummer müssen dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Gelnhausen (Regbz. Cassel). Das zehnjährige Stiftungsfest am 11. August d. Js.

zu Salmünster findet auch bei wenig günstiger Witterung statt, da ein geräumiger Saal zur Verfügung steht. Die Kollegen der Nachbargruppen Speßart, Hanau usw. werden hiermit freundlichst dazu eingeladen. Die Kollegen der Ortsgruppe bitte um recht zahlreiche Beteiligung. Alles Nähere in Nr. 31 der „Deutschen Forst-Zeitung“.

Der Vorstand.

Neufirchen, Nr. Ziegenhain (Regbz. Cassel). Sonntag, den 18. August, nachmittags von 2 Uhr ab, Versammlung in Oberaula (Gasthof Klebe). Tagesordnung: 1. Aufnahme von neuen Mitgliedern. 2. Vornahme der durch die Versetzungen notwendig gewordenen Neuwahlen; 3. Abschiedsfeier für den Herrn Kollegen Schmid. Um vollständiges Erscheinen bittet

Der Vorsitzende.

Osnaabrück. Sonnabend, den 24. August, nachmittags 2 Uhr, findet Versammlung der Ortsgruppe in Osnaabrück, Hotel „Germania“, statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten über die Versammlung in Berlin; 2. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Wilhelm.

Paderborn (Regbz. Minden). Sonntag, den 11. August, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im „Gasthof zur Post“ zu Paderborn. Tagesordnung: 1. Entgegennahme von Vorschlägen zu der am 17. August stattfindenden Versammlung der Bezirksgruppe in Viefelsfeld. 2. Einziehung der rückständigen Beiträge; 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Rotenburg-Fulda (Regbz. Cassel). Sonntag, den 25. August, ½3 Uhr, Schießen in der Haienbach.

Der Vorstand.

Rudershausen (Regbz. Allenstein). Am Sonntag, dem 18. August d. Js., nachmittags 4 Uhr, findet in Drygallen im Hotel Moldenhauer eine Vereinsjüngung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Bezirksgruppen-Vorsitzenden, Kollegen Behnfeld, über die Delegiertenversammlung in Berlin. 2. Gründung einer neuen Ortsgruppe Drygallen; 3. Verschiedenes. Wohlfahrtseinrichtungen usw. — Wegen der Wichtigkeit der vorliegenden Tagesordnung werden die Herrn Kollegen gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorsitzende: Schlüter.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Hegemeister Bernstorff, Goldbach bei Forste, vorkommen. Was für die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Eichwege (Regbz. Cassel). An der Waldtour am 16. Juli d. Js. haben sich 16 Kollegen beteiligt. Von Allendorf a. W. ging es über Asbach nach dem Schutzbezirk Altenstein. Am Rande des

Schutzbezirks wurden wir von dem Stelleninhaber, Herrn Hegemeister Fests, empfangen. Dasselbst wurde zunächst das Dienstland besichtigt, dann ein etwa 40 jähriger Kiefernbestand, ursprünglich Eichen, jetzt aber zum größten Teil Kiefern, mit denen die Eichen ausgepflanzt sind. Hier konnte an einzelnen Stellen noch gut nachgewiesen werden, daß die Fehlstellen dadurch entstanden sind, weil Beil und Happe nicht zur rechten Zeit richtig angewendet ist. Von da kamen wir zu den Fischteichen, von denen einige mit Karpfen, andere mit Forellen besetzt waren. Nun ging es zum Forsthaus Altenstein, eine alte Burg. Nachdem wir uns gestärkt und ausgeruht und vor dem Ausbruch eine gute Tasse Kaffee getrunken hatten, ging es zunächst nach dem Bilanzkamp, von da kamen wir in einen Buchenlicht- bzw. Samenschlag, wo wir den Erfolg von der Buchenmast von vor zwei Jahren, welcher zum Teil recht schön war, besichtigen konnten. Auch bot der Bestand sonst manches Sehenswerte. Dann ging es in den 1000 ha großen und mit 200 Stücken Rotwild besetzten Wildpart des Herrn Baron von Knoop. Auf dem Wege dorthin hatten wir recht schöne Ausblicke auf das Eichsfeld. Im Wildpart angekommen, wurden das Gatter und die Doppeltore in Augenschein genommen. Die Tore liegen sich auf ca. 30 m Entfernung gegenüber und sind so konstruiert, daß sich beim Öffnen des einen Tores das andere Tor schließt, und umgekehrt. Im Wildpart sahen wir zunächst Fichtenbestände verschiedenen Alters, welche mit Weißerle unterbaut waren. Die Weißerle soll hier in erster Linie den Boden verbessern. Der Kollege Lindenlaub, der die Kulturen ausgeführt hat, sagt, daß innerhalb zwei Jahren nach dem Einpflanzen der Weißerlen die Fichten auf den heißesten und schlechtesten Sandboden ein dunkleres Grün und ein viel besseres Wachstum zeigen. Dann kamen wir zur Forsterei Coburg, welche in dem Wildpart liegt. Von hier an nahm Herr Kollege Vorkenhagen die Führung und zeigte uns die Wildbäder, welche mit Hafer und Kartoffeln usw. bestellt sind, jetzt eingezäunt und im Herbst geöffnet werden. Von da kamen wir in einen 0,5 ha großen Saatkamp; dann ging es durch Laubholzbestände, welche auf Buche verjüngt werden sollen. Wo keine Buchensamenbäume vorhanden sind, waren Buchenballenpflanzungen ausgeführt worden. Zum Schluß führte uns Herr Kollege Vorkenhagen noch nach einem schönen Aussichtspunkt und dann trennten wir uns von unserem Führer und traten den zum Teil sehr steilen Abstieg nach Allendorf an, wo wir erst spät abends ankamen. Es liegt hier wieder ein Tag hinter uns, der allen Beteiligten viel Sehenswertes und vor allem Lehrreiches geboten hat. Allen Führern, sowie auch der Frau Hegemeister Fests für ihre Bemühungen hiermit herzlichen Dank.

Der Vorstand: Hartmann, Hegemeister.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:
Reuer, Frh., Privatförster, Fuchtel bei Rehta.
Radomski, Eug., Hilfsförster, Merichow, Bez. Dresden.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefarben und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schafmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Ungenannt	31.— M.
Eingelandt von Herrn A. Wiestla in Groß-Gorichütz	10.— „
Betrag von Herren aus Groß- und Kleinbettel für Fehlschüsse beim Scheibenischen am 13. 7. 12 am Bengerberge; eingelandt von Herrn Königl. Revierförster Struder in Bergen	8.— „

Spende von Herrn Polizei-Beamten Ruch in Giebon, End Weit-Wirsa 3.— M.
Verschiedene Zuwendungen von Ungenannt 331.48 „

Ca. 383.48 M.

Den Sebern herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Desauquo, Rothelmshausen, 2 M.; Gelmke, Malsna, 2 M.; Gahn, Müllmichthal, 2 M.; Gink, Hannover, 3 M.; Golbe, Bonn, 2 M.; Jaroschowitz, Westend, 3 M.; Kandsjora, Kramste, 2 M.; Münchenberg, Spittendorf, 2 M.; Nahlung, Neuhardenberg, 3 M.; Neher, Fuchtel, 2 M.; Nidel, Segeles, 3 M.; Noma, Baierhaus, 2 M.; Niebja, Kleine Heide, 2 M.; Tscheta, Frapig, 2 M.; Bierstalla, Conrabau, 2 M.; Rapiot, Kante, 2 M.; Rudloff, Alunah, 2 M.; Radomski, Merichow, 2 M.; Rabitz, Suhl, 6 M.; Simon, Sommerfeld, 2 M.; Schulte, Neuenrade, 2 M.; Wandritsch, Reichslau, 2 M.; Stedmann, Marienwalde, 2 M.; Steinbach, Geitede, 2 M.; Topp, Hirschgrund, 2 M.; Urbanczyk, Ober-Mühlbach, 2 M.; Werner, Erbsode, 6 M.; Wibera, Smolig, 2 M.; Westram, Merklinde, 2 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt Neumann, Schafmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halensee.

Zu „Anlaute Stellenvermittler“.

In Ergänzung meines Artikels „Stellenvermittler und forstliche Lehrer“ warne ich unsere Vereinsmitglieder vor einem gewissen „Franz Gryh“-Berlin, Breslauer Straße 18. Der bekannte „Stellenvermittler“ Koltermann hat sein Geschäft einem gewissen „Kasimir Malsti“, dieser dem p. Gryh übergeben. Auf Zuschriften von Mitgliedern hin ist die hiesige Polizei auf das Treiben des Gryh aufmerksam gemacht worden, gegen den nunmehr eine Anzeige wegen Vergehen gegen das Stellenvermittlergesetz ergangen ist. Das Ergebnis der Verhandlungen werde ich mitteilen.
Halensee, 5. August 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Kleiner forstlicher Lehrgang in Süddeutschland.

Der diesjährige kleine forstliche Lehrgang in Süddeutschland findet in der Zeit vom 23. bis 28. September in Ebern, Unterfranken (Station der Strecke Bamberg—Breitengüßbach—Maroldsweisach) statt.

Anmeldungen sind bis spätestens 1. September an Herrn Tichaut in Burgpreppach (Wirt.) oder Herrn Oberförster Haus zu Rot a. d. Rot (Wirtg.) zu richten.

Der Lehrgang findet nur bei genügender Beteiligung statt.

Das Honorar (für Forstliche Beamte 10 M., für andere Teilnehmer 20 M.) ist vorher an die Kassenstelle des Vereins zu Neubamm, unter Angabe auf dem Postabschnitt, wozu der Betrag bestimmt ist, einzusenden.

Zu dem Lehrgang werden nur Vereinsmitglieder zugelassen.

Halensee, den 24. Juli 1912.

Der Vorsitzende: J. W. von Eichel-Streiber.

Bericht

über die Versammlung der Bezirksgruppe I Ost- und Westpreußen

zu Bräudendorf, Ostpr., am 6. Juli 1912.

Der Vorsitzende, Herr Oberförster Scholz-Ponarien, eröffnete die Versammlung um 10,15 vormittags mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, begrüßte die erschienenen Gäste und Waldbesitzer, sowie Herrn Kgl. Oberförster Niedesfel fhrn. zu Eisenbach, als Vertreter der Landwirtschaftskammer von Ostpreußen, und die Mitglieder. Erschienen waren 32 Herren, darunter 6 Gäste und 3 Waldbesitzer.

Sodann gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Herrn Burggrafen und Grafen zu Dohna-Findenstein, wobei sich die Versammlung von ihren Eiben erhob.

Tagesordnung:

Zu 1. Der Vorsitzende gab einen kurzen Überblick über die Zwecke und Ziele des Vereins und stellte unter Schilderung der bisherigen Verhältnisse die bessere Ausbildung der Privatforstbeamten sowie deren Fortbildung als Hauptziel des Vereins hin.

Zu 2. Als Versammlungsort für 1913 wurde dem Vorsitzenden anheimgegeben, mit einem der Herren Privatwaldbesitzer wegen Überlassung eines Exkursionsreviers in Verbindung zu treten, wonach sich der Versammlungsort richten wird.

Auf Antrag sollen die Versammlungen möglichst einmal in Ost- und Westpreußen abwechselnd abgehalten werden und nicht in die Heuernte fallen.

Zu 3. Zum Delegierten für Eisenach wurde Herr Oberförster Grube-Schönberg gewählt, da der Vorsitzende wegen Urlaub verhindert ist.

Zu 4. Der Antrag Hinterpommern, betreffend Ortsgruppen, wurde abgelehnt. Ein Schreiben des Hauptvereins, betreffend Beitragszahlung, wurde zur Verlesung gebracht. Von der in Dt.-Ehrlau im Vorjahre beantragten Abhaltung eines Vergnügens wurde vorläufig Abstand genommen.

Zu 5. Herr Baron von Kiedesfel sprach sein Bedauern über das Nichtzustandekommen des forstlichen Lehrganges in Dt.-Ehrlau aus, schilderte die Notwendigkeit einer Fortbildung des Forstbeamten und stellte einen forstlichen Lehrgang für 1913 in Ostpreußen in Aussicht. Es wurde hervorgehoben, daß der Besuch der Lehrgänge meistens an der Geldfrage scheitert.

Auf Antrag aus der Versammlung versprach der Vortragende, bei den Waldbesitzern dafür einzutreten, daß die Forstbeamten zum Besuch der Lehrgänge Geldunterstützungen erhalten.

Die eingehenden Ausführungen des Referenten waren sehr interessant und wurden von der Versammlung mit lebhaftem Interesse verfolgt.

Nachdem der Vorsitzende herzlich gedankt, entspann sich eine lebhafteste Diskussion.

Zu 6. Als Vertreter der „Zürich“ wies Herr von Houwald auf die Notwendigkeit einer Haft- und Unfallversicherung hin.

Zu 7. Anträge wurden nicht gestellt.

Um 12 Uhr mittags fand im festlich geschmückten Saale ein gemeinschaftliches Essen statt, wobei Herr Oberförster Scholz in launiger Weise den schönen ostpreussischen Wald feierte.

Pünktlich um 1 Uhr nachmittags wurden die Wagen zur Fahrt in den zur Majorats Herrschaft Ponarien gehörigen Schutzbezirk Seubersdorf bestiegen; den Teilnehmern wurden gedruckte Führer ausgehändigt.

Gezeigt wurden Durchforstungen in 30- bis 45 jährigen Stangenhölzern von Kiefer, Fichte, Lärche, sowie Buchendurchforstungen in älteren Beständen. Über den Grad der Durchforstungen gingen die Meinungen der Teilnehmer vielfach auseinander. Der Revierverwalter, Herr Oberförster Scholz, äußerte selbst, daß er für später eine stärkere Durchforstung in Aussicht genommen habe. Weiter führte der Weg durch einen ca. 80 jährigen, im letzten Winter durchforsteten Mischbestand von Kiefer und Fichte. Dem Beschauer fiel hier der außerordentliche Stammreichtum in regelmäßiger Bestockung auf, ein schöner, vielversprechender Bestand.

Bei den besichtigten Kiefernkulturen fielen die billigen Neukulturkosten auf. (Einjährige Kiefernplantation auf Haidstreifen, Verband 1,3×

0,5 m, je zwei Pflanzen, pro Hektar ca. 60 M.) Trotzdem beabsichtigt der Wirtschaftler zur Aufzucht auf Kiefernplätze überzugehen — wie teilweise gezeigt —, da die Pflanzen bei dem großen Grasaufwuchs usw. viel zu kämpfen haben. Die Freistellung der Pflanzen und die nötigen Nachbesserungen verteuern die Kulturen außerordentlich und erschweren den Erfolg.

Leider war die Zeit zu schnell verfloßen, und Vieles, was vom Exkursionsleiter beabsichtigt war, zu zeigen, mußte unterbleiben, ein Umstand, der bei derartigen Veranstaltungen nur zu oft in Erscheinung tritt.

Herr Graf von der Gröben-Ponarien, welcher an allem äußerst regen Anteil genommen, hatte alle Teilnehmer in die idyllisch und schöne, mitten im Walde gelegene Försterei zu einer Erfrischung geladen. Bei der tropischen Wärme kam diese Einladung ins weidmännisch geschmückte Forsthaus allen Teilnehmern sehr erwünscht.

Im Namen der Versammlung dankte Herr Forstinspektor Kupfer dem Herrn Grafen von der Gröben-Ponarien, sowie dem Herrn Exkursionsleiter und seinen Beamten.

Gegen 5 Uhr nachmittags trafen die Teilnehmer wieder in Brüdendorf ein, so daß die passenden Züge zur Heimfahrt benutzt werden konnten.

N a m e n , im August 1912.

Scholz, Gräf. Oberförster.
Schriftführer.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

- Dringlich-**
3882. **Reichthal, Albert**, Förster (Graf v. Boh.), Großgiewitz, West.-Schw. (B.-Gr. III.).
3883. **Duschny, Anton**, Forstverwalter (Königl. Kammerherr von Schadowitz), Rabau bei Gembowitz, D.-Schl. (B.-Gr. VI.).

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Bedmann, Heinrich, Förster, Erwißen bei Kiehlitz, Kr. Söyter.
Kabrich, Bruno, Forstinspekt. Eisenach.
Erbranger, Hugo, Oberförster, Wolfshagen, Kr. Gardelegen.
Weismüller, Wilh., Gemeinde-Forstverwalter, Neuen.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshofstr. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befregung gelangende Forstbediensteten in Preußen. 645. — Zu dem Artikel „Sächsische Forsthäuser“. Von J. Voigt. 646. — Eichtheden. 648. — Gebaltsregelung in Sachsen-Coburg-Gotha. 650. — Berichtung zu dem Artikel „Wiedermal Privatforstschulen“ in Nr. 22, Bb. 27. 651. — Einfluß fremder Kiefernarten und fremder Kiefernarten nach Deutschland. 651. — Aus Thüringen. 651. — Von der Fichtenrindekrankheit. 651. — Der Buchenfruchtflüßler. 651. — Der Schwefelholz im Walde. 651. — 53. Versammlung des Badischen Forstvereins in Schönau i. W. am 20. bis 22. Mai 1912. 652. — Bericht über die Sitzung des Westpreussischen Forstwirtschaftlichen Vereins. 653. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 653. — Weh. Regierung. und Forstrat Otto von Bentheim f. 654. — Geheimere Forstrat Dr. Martin zum Rektor der Forstakademie Tharandt bestätigt. 654. — Ein Forstrat für Böhmen. 654. — Anlauf fiskalischer Waldungen. 654. — Anlauf von Privatforsten durch den Forstfiskus. 654. — Aus der Landwirtschaftskammer für Schlesien. 654. — Verein der kommunal-Forstbeamten. 654. — Organisation der türkischen Forstwirtschaft. 654. — Waldbrände. 655. — Amt der Marktbericht. 655. — Vereins-Nachrichten. 655. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 655. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstbediensteten für Anwärter des Jägerkorps. 655. — Brief- und Frageliste. 656. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbediensteten. 657. — Nachrichten des „Waldheils“. 659. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 659. — Inserate.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Gmütliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Jnhalls.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 5 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 5 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 33.

Neudamm, den 18. August 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Salzdesfurth in der Oberförsterei Dietzholzen, Regierungsbezirk Gildesheim, ist zum 1. Oktober 1912 anderweitig zu besetzen.

Forstkasernenrentantenstelle für die Oberförstereien Trapoenen, Schmallesingen, Jura und Wischwill mit dem Amtssitz in Wischwill a. d. Memel, Regierungsbezirk Gumbinnen, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 30. August eingehen.

Zur Frage der preussischen Holztagen.

Von Königl. Oberförster Franz, Langenschwalbach.

Die Holzverkäufe und sonstigen Holzabgaben werden in Preußen immer in Beziehung zu einer „Tage“ gebracht. Diese Tagen sind aber nicht, wie man aus dem Worte schließen sollte, das Ergebnis einer jedesmaligen besonderen Abschätzung der zu veräußernden Holzer, sondern es sind feste Zahlen, welche periodisch — in der Regel alle sechs Jahre — im Inhalt an die Preisstatistik der Vergangenheit für die einzelnen Sortierungseinheiten neu ermittelt werden und für die ganze nächste sechsjährige Periode ihre Geltung behalten.

Das Prinzip der Holzfortierung ist bei den Laubholz- und Nadelholzstämmen verschieden.

Erstere werden nach der Mittenstärke, letztere nach dem Festgehalt klassifiziert.

Der Forstverwalter ist bei öffentlichen Verkäufen im Gegensatz zu früher bezüglich des Zuschlags an die Tagen nicht mehr gebunden; die Tagen werden indessen immer noch bei jedem Lose ausgeworfen, und am Schluß der Versteigerungsverhandlung ist ein Vergleich zwischen dem wirklichen Gesamterlös und der Gesamttage zu ziehen.

Bei freihändigen Verkäufen, welche der Forstverwalter nur an den kleinen, geringwertigen Sortimenten tätigen darf, bildet die Tage die unterste Preisgrenze. In der Regel wird der

Verkaufspreis die Tage nicht unwesentlich überschreiten.

Die Hauptbedeutung der Tagen erblickte man ursprünglich darin, dem Forstverwalter einen Zügel anzulegen, um ihn zu verhindern, auch bei öffentlichen Verkäufen das Holz unter dem Wert zu verkaufen. Nach einer früheren Verfügung der Oberrechnungskammer sollte der in der Versteigerungsverhandlung von der Forstverwaltung bei jedem Los berechnete Tagewert von der Kalkulatur sorgfältig geprüft werden. Diese doktrinarischen Anordnungen haben dem Staate viel an Beamtenkraft gekostet, ohne daß sie irgend welchen Wert gehabt hätten. Sie wurden denn auch schließlich gemildert, als man sah, daß ihre weitere Aufrechterhaltung in der ursprünglichen Strenge zwecklos sei und sogar zu Betriebsstörungen führte.

Die große Verschätzung der Tagen als eines Mittels zur preiswürdigen Verwertung des Holzes wäre erklärlich, wenn es sich wirklich um Abschätzungen nach dem Stande der jeweiligen Konjunktur handelte. Wie oben schon ausgeführt, ist dies aber nicht der Fall. Die Abweichungen der wirklich erzielten Erlöse gegen die Tagen sind oft so ungeheuerlich, daß diese nur als ein rechnerischer Ballast erscheinen müssen. Die auf dem Tagemarkt erlassenen Bestimmungen sind vorwiegend zu einer Zeit ergangen, als unsere wirtschaftliche Entwicklung sich noch in ruhigen Bahnen bewegte. Unterdessen ist das Schiff des Staates in das stürmischere Meer der Industrie hineingelaufen, bei dem man nicht von heute auf morgen beurteilen kann, wie die Wogen der Konjunktur sich gestalten werden. Verfasser erinnert sich noch besonders einer Papierholz-Haube während seiner Tätigkeit in Westfalen, bei welcher die wirklich erzielten Preise die Tagen um etwa 100 Prozent überstiegen.

Eine Grundlage für die Bewertung des Holzes und ein Mittel zur Verhinderung der Holzverschleuderung bilden die Tagen also ganz gewiß nicht. Daß es auch ganz ohne Holztagen geht, beweisen die staatlich beförsterten nassauischen Gemeindewaldungen (167 000 ha mit 28 M Reinertrag pro Jahr und ha). Das Holz wird in diesen Waldungen zudem noch in den meisten Fällen durch einfache Dorfbürgermeister, die nicht über Volksschulbildung hinaus gekommen sind, verkauft. Wenn dabei in einzelnen Fällen keine günstigen Ergebnisse erzielt werden, so liegt dies nicht an dem Fehlen der Tagen, sondern an anderen Ursachen, welche hier nicht näher erörtert werden sollen. Man bedenke auch, daß wir im reinen Staatsforstbetrieb in den vielen Fällen, wo das Holz im Vorverkauf nach einem Einheitspreise abgegeben wird, auf das ganze Tagewesen, wie es beim Nachverkauf gehandhabt wird, verzichten müssen.

Einen weiteren zwingenden Beweis für die Einflußlosigkeit der Holztagen auf die Erlöse liefert ferner noch die Tatsache, daß wir früher auch bei den Laubhölzern die Sortierung nach dem Festgehalt vornahmen und auf die so gebildeten Klassen die Tagen bezogen. Verednet man die Tagen ein und desselben Schlages nach dem früheren und dem jetzigen Verfahren, so erhält man ganz verschiedene Werte für ein und dasselbe Holz. Nach dem alten Verfahren haben wir Jahrzehnte lang gearbeitet und wurden damit fertig, ebenso funktioniert das neue zur Zufriedenheit. Wir schließen daraus mit Sicherheit, daß es für öffentliche Verkäufe eigentlich gleichgültig ist, was wir als Tagewert des Holzes annehmen. Den Tagen soll aber damit doch nicht jede Bedeutung abgesprochen werden. Sie bilden einen in die Preisflut eingeschlagenen festen Pegel, an welchem jederzeit die Preisbewegung abgelesen werden kann; es ist indessen von nur untergeordneter Bedeutung, wo der Nullpunkt auf diesem Pegel angebracht wird. Außerdem vereinfachen sie das Rechnungswesen, indem bei Abgaben z. B. für den eigenen Betrieb oder an andere Staatsverwaltungen, die nicht bar zu bezahlen sind, jedoch rechnungsmäßig erfasst werden müssen, nicht jedesmal der Verkaufsdurchschnittspreis zu ermitteln ist.

Unzweifelhaft bedeutet die Tagklassenbildung nach der Mittendstärke, wie sie jetzt beim Laubholz eingeführt ist, einen Fortschritt gegen früher. Der Mittendurchmesser bildet für alle Fälle einen viel besseren Weiser für die Verwendbarkeit eines Stammes, als sein Festgehalt. Im Hinblick darauf wäre es nur zu begrüßen, wenn auch beim Nadelholz dieselbe Tagklassenbildung eingeführt würde wie bei dem Laubholz. Nachteile könnten, wie aus den früheren Ausführungen schon erhellt, aus dieser Maßnahme nicht entstehen, da der Holzhändler nach unseren Tagen gar nichts fragt. Für ihn ist nur seine eigene Abschätzung des Holzes auf Grund des Augenscheins und der herrschenden Marktlage maßgebend. Ein erhebliches Interesse hat er indessen an dem Prinzip der Tagklassenbildung. Er wird dasjenige Prinzip bevorzugen, welches die Hölzer so einteilt, daß ihre Verwendbarkeit schon von vornherein beurteilt werden kann, und es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß ihm hierbei der Mittendurchmesser lieber ist als der Festgehalt.

Die Vereinheitlichung des Tagwesens ist aber nicht nur für den Holzhändler von Bedeutung, sondern es bietet auch dem Forstmann ein Mittel zur wirksamen Vereinfachung und Beschleunigung des Betriebes.

Bekanntlich dürfen bei dem Holzverkauf nur Einheiten ein und derselben Tagklasse zu einem Lose vereinigt werden. Das Versteigerungs-

protokoll muß sich also aus der Tabelle die zu einer Tagklasse gehörigen Hölzer bei der Losbildung zusammensuchen. Will man diese Unbequemlichkeit im Schreibwesen vermeiden, so muß entweder der Förster tagklassenweise numerieren, was sowohl für ihn als auch für den Holzfuhrmann Schwierigkeiten im Gefolge hat, oder das Holz ist bei der Übernahme aus dem Nummerbuch in die Tabelle (mit springender Nummer) tagklassenweise zu ordnen, was auch gerade keine Unnehmlichkeit ist.

Führen wir eine einheitliche Tagklassenbildung bei Laubholz- und Nadelholzstämmen nach der Mittenstärke ein, so lassen sich die obigen Weiterungen vermeiden, indem der Förster aus dem Durchmesser sofort die Klasse zu erkennen und demgemäß die Stämme (obwohl fortlaufend numerierend) gleich in der Klasse nach Tagklassen (mit springender Nummer) ohne Unbequemlichkeiten zu ordnen vermag. Mit der bisher üblichen Försterklasse kann dies natürlich nicht geschehen. Das in der privaten Geschäftswelt schon sehr stark verbreitete, mit Register,

Index und Buchstaben versehene Ringbuch mit austauschbaren Blättern (Taschenformat), welches nach den neuesten Erfindungen auch zum Gebrauch bei Wind und Wetter tauglich gemacht werden kann, ermöglicht indessen das Verfahren ohne Schwierigkeit. Jede Nummer kann in einem solchen Buch sofort an der richtigen Stelle gebucht und später sofort wiedergefunden werden. Nur auf dem Wege der möglichst frühzeitigen tagklassenweisen Ordnung und Vervielfältigung der Schlagergebnisse kann eine durchgreifende Vereinfachung und Beschleunigung des Holzeinnahme- und -Verkaufs wesens erzielt werden. Der Betrieb ist so einzurichten, daß in Perioden der Geschäftszüberschauung oder bei Erkrankungen der Förster nur die Klasse anfertigt, welche dann nötigenfalls an eine private Schreibstube zur Vervielfältigung abzuliefern ist. Das Verfahren wird noch näher beschrieben werden. Einstweilen sei nur der Weg gezeigt, auf dem wir vorgehen müssen, wenn das herrschende Schreibwesen möglichst beseitigt und der Betrieb beschleunigt werden soll.

Eichenkulturen.

Erfahrungen und Vorschläge.

Manche forstliche Maßregeln haben sich derartig eingebürgert, daß sie mit einer gewissen Selbstverständlichkeit angewandt werden, die meisten zum Nutzen, andere zum Schaden des Geldbeutels und zuweilen daneben auch noch des Erfolges. Ist die Entscheidung erst getroffen, welches Ziel in einem bestimmten Falle erreicht werden soll, so braucht man sich meist den Kopf nicht weiter zu zerbrechen — die Ausführung ist lehrbuchmäßig so und so. In den meisten Fällen sind die altbewährten Methoden ja auch tatsächlich am Platze, die teuerste Kultur in der Ausführung ist oft im Erfolg die billigste.

Bei Neukulturen durch Saat ist ja immer das teuerste die Erdbarbeit, und bei ihr wird oft viel Geld unnötig, vieles sogar zum Schaden verwendet. Insbesondere ist auf altem Waldboden bei Neukulturen nach Kahlabtrieb unter manchen Verhältnissen bei Wiederaufforstung durch Saat eine eigentliche Bodenarbeit ganz entbehrlich. Alle kräftigen, frischen bis feuchten Böden, die viele Jahre unter Schatten und Laub gelegen haben, sollte man ängstlich vermeiden anzurühren, d. h. bloßzulegen; doch beeile man sich sehr, sie wieder in Bestand zu bringen. Der gute, lockere, humusreiche Boden ist dadurch, daß man in ihm herumarbeitet, wohl gar noch im nassen Zustande, nur zu verschlechtern. Er wird verdichtet und verschmiert, durch Schlagregen und Sonne verhärtet, und, was das schlimmste ist, dem Unkraut wird das Keimbett bereitet. Hier würde also eine tiefe Bodenarbeit als Vorbereitung für eine Eichenfaat nicht nur eine Verschwendung sein, sondern noch mehr als das, sie würde der Erziehung des kommenden Bestandes sogar zum Schaden gereichen können. Derartige Böden neigen

naturgemäß sehr zum Grasswuchs, aber wenn man sorgfältig vermeidet, die Oberfläche zu verwunden, zumal die tote Laubdecke zu unterbrechen oder zu entfernen, so vermeidet man im ersten Jahre den Gras- und Unkrautwuchs fast ganz, und auch im zweiten wird er noch nicht schlimm. Man kann sich sehr wohl die Erfahrungen bei der natürlichen Verjüngung zunutze machen und die Eichen dadurch unterbringen, daß man mit einer breiten Kartoffelhabe Laub und oberste Humusschicht auf einem 30 cm breiten Streifen auf die Seite zieht, diesen nackten Bodestreifen mit Eichen besät und darauf sorgfältig mit einer Harke das Laub wieder darüberbreitet. Wenn diese Saalmethode schon im Frühjahr nach dem Abtriebe ausgeführt wird, so bekommen die jungen Eichen einen Vorsprung von zwei Jahren vor dem Grasswuchs, und das wird in der Regel genügen, um ein Bedecken derselben entbehrlich zu machen.

Natürlich ist erforderlich, daß das Holz von den lang und schmal anzulegenden Schlagflächen gerückt wird, höchstens könnten einzelne ganz schwere Stämme, die ohne Aufladen nicht fortzubringen sind, liegen bleiben und mit verkürzter Abfuhrfrist verkauft werden. Dieses Rüden gleich nach dem Giebe, möglichst bei hartem Frost oder Schnee, hat noch den weiteren Vorteil, daß die Fuhrleute nicht den ganzen Sommer durch — meistens kommen sie noch beim schlechtesten Wetter — in dem weichen, lockeren Waldboden herumfahnen und durch dessen vielfaches Entblößen von der Laubdecke den Gras- und Krautwuchs zur Entwicklung bringen. Es kann ja zwar nicht geleugnet werden, daß der Gras- und Krautwuchs hervorragenden Anteil an der Zersetzung der toten Bodendecke hat, aber die Nachteile, die er bringt,

sind doch ohne Zweifel sehr viel größer als die Vorteile, und wenn er in jungen Saaten bereits im ersten Jahre auftritt, was nach gründlicher Bodenarbeit nicht zu vermeiden ist, dann kann der Schutz der Sämlinge sehr teuer werden. In solchen Fällen ist es auch gar nicht einmal ein Vorteil, daß die Laubbede schon gleich zerfällt wird, denn es ist bei den meisten frischen Bodenarten auch so noch zu befürchten, daß eine Verwilderung eintritt, bevor die jungen Eichen sich die Herrschaft über die Konkurrenz gesichert haben. Je früher das stickstoffzehrende Gras, insbesondere die gefährliche Segge, zur Entwicklung kommt, um so mehr verarmt der Boden und um so weniger Anteil haben die jungen, ebenfalls stickstoffhungrigen Eichen an der Ausbeute aus der Humuszersetzung.

Die Segge breitet sich ähnlich aus, wie die bekannte Quecke; nämlich einmal durch Anfliegen des Samens und dann durch unterirdisches Fortwachsen der Wurzeln und Triebe. Wenn bei hoher Schneelage der Ostwind scharf dahersiegt, dann sorgt er für Ausbreitung aller leichten Samereien, die mit dem Treibschnee auf der glatten Decke kilometerweit mitgeführt werden können. So sät der Wind Eichen-, Ahorn- und Nadelholzsamen, aber er führt auch die Unkräuter mit sich. Haben diese bösen Gäste hier und da festen Fuß gefaßt, dann breiten sie sich unterirdisch schnell nach allen Seiten aus und reichen sich bald die Hände. Speziell die Segge ist deshalb so gefährlich, weil selbst ein kräftiges Hacken nicht unter die Wurzeln reicht, sondern nur die Triebe über ihnen trifft. Durch das Hacken wird ja augenblicklich den gefährdeten Kulturpflanzen oberirdisch etwas Luft geschafft, aber die Bodenkraft wird nur um so stärker mitgenommen durch immer wiederholtes kräftiges Treiben aus den tiefgehenden Wurzeln der Segge. Diese böse Pflanze im reichen, frischen Kulturboden des Waldes auszurotten, ist so gut wie unmöglich, sie breitet ihn gründlich aus, und nachdem sie den Kulturpflanzen, die keinen genügenden Vorprung vor ihr haben, alle Lebensbedingungen entzogen hat, geht sie schließlich sozusagen an sich selbst zugrunde. Es ist jedenfalls Grund genug vorhanden, sie zu fürchten und Sorge zu tragen, daß sie sich nicht oder wenigstens nicht zu früh ansiedelt. Ich halte es für möglich, dies dort zu vermeiden, wo im geregelten Betriebe die vorerwähnten Vorschläge angewandt werden können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch ein Mittel erwähnen, welches nicht nur im vorerwähnten Sinne günstig wirkt, sondern auch den Verbiß einer Eichenlaar in den ersten Lebensjahren durch Rehwild fast ganz verhindert. Es wird seit längeren Jahren angewandt in der Oberförsterei Neudorfschhausen, mag auch wohl anderswo noch geübt werden. Geschehen wir es nur ehrlich ein, der Verbiß durch Rehwild ist einer der allergrößten Schäden der Eichenlaar, und wir können nur dann dauernd einen guten Rehrand halten, wenn wir imstande sind, unsere Kulturen genügend vor diesem vielgeliebten Wälder zu schützen! — Die Maßregel besteht im Bedecken und Befestigen der Eichenlaar mit Heilig, und zwar recht sperrigem Ast- und Zopfreisig, welches so

hingelegt wird, daß es den Rehen ein möglichst unbequemes Hindernis am Betreten der Kultursfläche ist. Das Heilig hält nicht nur die Rehe von der Kultur ab, sondern verhindert auch das Verwehen des Laubes, beugt damit dem Aushagern des Bodens vor und ist außerdem noch ein Schutz gegen leichte Spätfroste. Das einzige Bedenkliche ist, daß das Heilig in Mäusejahren den schädlichen Nagern auch zugleich ein willkommener Schutz gegen ihre Feinde ist.

Wo ein guter Rehrand ist, sollte man deshalb Eichenlaar lieber eingattern, und dies geschieht am billigsten und schnellsten mit Drahtgitter. Man wende nicht ein, daß die Saaten auch so durchkommen, was ich gar nicht befehlen will, d. h. in den meisten Fällen, es kommt aber auch oft genug vor, daß eine solche Kultur wirklich einen ganz trostlosen Eindruck macht und in zwölf Stunden nur noch gerettet werden kann durch Einstellen.

Ich möchte einmal schildern, wie die Sache zu verlaufen pflegt. Sind nicht verhältnismäßig sehr große Flächen zugleich beamt, dann können die Rehe die Saat leicht unter der Schere halten, sie ziehen auf dem bequemen Streifen entlang und äßen einen der zarten Wipfeltriebe nach dem andern, und so macht die Kultur, die im ersten Jahre hoffnungsvoll aussah, im Alter von sechs bis acht Jahren einen wahrhaft jammervollen Eindruck. Inzwischen ist nämlich der Boden verwildert und durch Graswuchs stark verjüngt, eine gegebene Gelegenheit für die Mäusejagd. Von der bösen Segge wird nun den verkrüppelten Eichen die Nahrung entzogen, unten werden sie von Mäusen benagt und oben von den Rehen verbißen. Wenn inzwischen nicht jährlich für teures Geld die Streifen durch Hacke und Senfe freigemacht wurden, was aber wiederum auch den Rehen das Verbeißen erleichterte, so ist in vielen Fällen das Schicksal der Kultur schon besiegelt, sie wird endlich mit Fichten zugepflanzt.

Wie wird nun der Verlauf voraussichtlich sein, wenn nach vorstehenden Vorschlägen verfahren wird? Ich will einmal annehmen, das Bedecken mit Heilig wäre wegen Materialmangels nicht durchführbar oder wegen Mäusegefahr bedenklich, und die Kultur müßte eingattert werden.

Im ersten Jahre sind alle vier Seiten einzustellen, das ist verhältnismäßig teuer, in den drei folgenden Jahren brauchen aber nur zwei Schmalseiten zugekauft und eine Langseite umgestellt zu werden, und im fünften Jahre ist nur noch ein Umstellen erforderlich.

Zwei Jahre werden die Jungreihen vom Graie nicht beeinträchtigt, im dritten erwachsen sie dem Graie, die Kosten für Hacken und Freischneiden werden gewaltig. Im Frühjahr des fünften Jahres wird die Fläche mit reicher Mung dem Rehwild überantwortet, und gleichzeitig erwachsen deren hier die Wipfel; der Draht wird für die neue Saat verwendet. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die einmalige Einstellung in der beschriebenen Weise viel billiger ist, als eine sechs- bis achtfache Kulturpflege, und den Vorteil sowie die Freude an dem frohen Gedeihen gibt es gratis!

Nun der Vollständigkeit wegen noch ein Wort über die Art und Weise der Einstellung.

Für meinen privaten Gebrauch habe ich Drahtgeflecht zum schnellen Umstellen in der Weise vorgerichtet, daß ich mit Drahttrampen in gleichen Abständen von etwa 2 m je einen Eichen- oder Fichten-Reisernüppel quer über die Bahn an der unteren und oberen Spannlinie befestigte und dadurch das Geflecht in senkrechter Richtung versteifte. Diese Versteifung bleibt ein für allemal sitzen. Zum Aufstellen wird je eine Bahn von 50 laufenden Metern verstreckt und aufgerichtet, sodann werden die beiden Enden an je einem eingeschlagenen festen Pfahl befestigt und darauf immer abwechselnd rechts und links ein Pfahl aus Reisernüppeln, die ihre vier Jahre aushalten, eingeschlagen. Das geht sehr schnell und ist deshalb billig. Um auch noch das mühevolle Strammziehen zu sparen, drängt man jede an beiden Enden befestigte Drahtbahn durch die links und rechts einzuschlagenden Pfähle in eine leichte Zickzacklinie, und wenn man dann den letzten Pfahl fest hat, klingen die Spanndrähte wie eine Fiedelsaite. An Krümmungen macht man auch erst die beiden Enden fest und drückt erst hernach den Bogen oder Winkel hinaus.

Das Abnehmen und Wiederaufrichten solchen

Drahtgeflechtgatters von 1,5 m Höhe kostet einschließlich Hauen und Zurichten der Pfähle etwa 5 S pro laufender Meter. Nimmt man an, daß das Drahtmaterial vier Perioden von vier Jahren aushält, so braucht man auch nur ein Viertel seines Neuwertes für eine Stellung in Anrechnung zu bringen, nämlich 7 bis 8 S pro laufende Meter. Danach stellt sich die Rechnung folgendermaßen: wenn man vier Jahrgänge von je 1 ha mit einer Schlaglänge von 200 m und einer Tiefe von 50 m zugleich in einem Gatter hat = 800 laufende Meter Gatter. Auf 1 ha kommen 200 laufende Meter, welche mit Abnutzung sowie Auf- und Umstellen je 13 S kosten = 26 M . Vielleicht mag es richtig sein, den Maschendraht etwas solider zu wählen und auch noch einen kleinen Aufschlag auf Rechnung ungünstiger Schlagfiguren und sonstiger Schwierigkeiten zu machen und die Kosten pro 1 ha auf 30 M abzurunden. Der vollständige Schutz ist ja auch dann noch billig bezahlbar.

Wer seinen Reichtum lieb hat und seine Kulturen auch, der muß jedes Mittel benutzen, um beide in ein gutes Verhältnis zueinander zu bringen. Hier bietet sich eine Möglichkeit dazu, die hoffentlich gleich im nächsten Wirtschaftsjahre an recht vielen Orten benutzt wird und in allen Stücken zum Segen gereichen möge! Weidmannsheil! Gahn.

Mitteilungen.

— **Einfluß einer Bedeckung auf den Wassergehalt von Kiefernböden.** Unter obigem Titel ist in Nr. 15 Bd. 27 der „Deutschen Forst-Zeitung“ auf den außerordentlich günstigen Einfluß, der durch eine Bedeckung des Bodens mit Kiefernreisig auf den Kulturen hervorgerufen wurde, hingewiesen worden. Die von Herrn Geh. Rat Professor Dr. Schwappach-Eberswalde im Jahre 1908 in Reumannswalde (siehe „Deutsche Forst-Zeitung“ Nr. 53 vom Jahre 1911) und im Jahre 1910 im Stadtwald Eberswalde angelegten Versuche, namentlich jene, bei welchen die Bedeckung mit Reisig ein Jahr vor der Kultur erfolgte, ergaben in bezug auf das Wachstum sehr interessante Ergebnisse. Herr Professor Albert-Eberswalde hat die günstige Wirkung der Bedeckung auf die Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit durch exakte und umfangreiche Versuche festgestellt und hierüber vor dem Sonderauschuß der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft für Forstbündung einen Vortrag gehalten, der auch in Nr. 5 der „Mitteilungen“ dieser Gesellschaft vom Jahre 1912 veröffentlicht worden ist. Im Anschlusse hieran bringt jetzt Nr. 22 der „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ zwei weitere Berichte, welche den vorteilhaften Einfluß einer Bedeckung des Bodens bestätigen. So schreibt Herr Ökonome Rat Hüggelmeyer-Hüggelhof bei Esenabrück u. a.: „Meine Erfahrungen decken sich vollständig mit den gemachten Ausführungen (Nr. 15 Bd. 27 der „Deutschen Forst-Zeitung“). Zur Sache bemerke ich, daß es sich bei mir um einen leichten, kalten Lehmboden in gebirgiger Lage handelt, der mit langer Heide (*Calluna vulgaris*), die bis 2 m hoch wird, überwuchert ist. Diese Überwucherung ist

so stark, daß die Holzpflanzen durch sie erstickt werden, und man verzweifelt, Bestände in ihr hoch zu bringen. In früheren Zeiten, als diese Flächen noch mit Wald bestanden waren, ist hier die Streu- und Pflagenutzung gestattet und stark ausgenutzt worden. Diese Heideflächen waren früher durch Saat mit Kiefern und Fichten kultiviert worden, die aber nicht gelang. Die älteren Kiefern zeigten ein durchweg schlechtes, kümmerliches Aussehen, während die Fichten dort, wo sie sich gehalten haben, ein vorzügliches Aussehen boten. Dadurch wurde mir gleich klar, daß der Boden sich nicht für Kiefer, sondern nur für Fichte eigne, ebenso erkannte ich an dem guten Wuchs einiger gepflanzter Fichten, daß hier nur die Pflanzung am Platze sei. Ich begann nun mit der Aufforstung der Fläche und wählte hierzu zunächst den besten Teil aus. Leider standen meine zuerst so üppigen Pflanzen von Jahr zu Jahr immer schlechter. Die Heide, die um die Pflanzlöcher weggeschaufelt war, wurde immer länger und überwuchs die Pflanzen. Ich versuchte jetzt, die Heide umzuicheln und auf den Rüden zu legen, in der Absicht, dadurch eine Gare des Bodens hervorzurufen. Erfolg nicht bloß gleich Null, nein, die Pflanzen starben in der Mehrzahl noch frühzeitig dabei ab. Auch mit der Anwendung von Kunstdünger versuchte ich es, jedoch ebenfalls ohne sichtbaren Erfolg, so daß auch ich zu der Auffassung neige, daß der Kunstdünger sich für die Forstkulturen nicht eignet. Da jedoch die ganze Gegend an meinen Aufforstungen regen Anteil nahm — wenn auch nicht gerade im wohlwollenden Sinne, denn Schadenfreude ist bekanntlich die reinste Freude —, so kam ich nach langem Über-

legen auf den Einsall, es doch mal mit dem Bedecken des Bodens zu versuchen. In Ermangelung eines anderen Materials nahm ich hierzu das noch vorrätige Kaff (Spreu), und siehe da, schon im nächsten Jahre war die Heide am Verschwinden, im darauf folgenden Jahre machten die bisher kümmerlichen Pflanzen lange, kräftige Triebe, wurden dunkelgrün, und die Wirkung ist eine nachhaltige. Seit der Zeit wandert meine Spreu zum weitaus größten Teile in die Forst, zumal sie sich in die Berge noch am leichtesten hinaufschaffen läßt.

Nach meinem Dafürhalten wird durch das Bedecken des Bodens dieser auf die billigste Weise tätig gemacht, indem dadurch die Feuchtigkeit geschaffen und erhalten wird, die durchaus notwendig ist zur Gärung des Bodens, die wiederum die Bakterientätigkeit bedingt. Wodurch könnte sonst die staunenswerte Wirkung des Wachstums, die durch bloßes Bedecken des Bodens erzielt wird, hervorgerufen werden? Durch Bedecken der Pflanzlöcher, gleich nach dem Pflanzen, sichere ich mir den Erfolg der Pflanzung selbst in den trockensten Jahren; seit ich diesen Grundsatz befolge, habe ich bei der Pflanzung keine nennenswerten Verluste. Etwas Moos, Laub, Humus genügt, fehlt es an Deckmaterial, so lasse ich solches anfahren. Man wende nur das Deckmaterial: selbst wenn die größte Dürre herrscht, befindet sich noch Feuchtigkeit darunter. Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht erbrachte die vorjährige Dürre, denn trotz dieser ist von der Frühjahrspflanzung des Jahres 1911 keine einzige Fichte eingegangen, obwohl die Pflanzen, wenn auch verschult, recht groß, eigentlich schon zu groß zum Auspflanzen waren und dazu noch einen Hang erhielten, der den Sonnenstrahlen unbarmherzig ausgesetzt, daher sehr trocken war. Dagegen verdohten auf der danebenliegenden Fläche eine Menge Fichten, obwohl sie schon drei Jahre gepflanzt und im üppigsten Wachstum standen. Diese waren jedoch nicht mehr bedeckt — beim Pflanzen vor drei Jahren nur über die Pflanzlöcher —, nachher hielt ich das Bedecken nicht mehr für nötig, da der Vorbestand Buchenhochwald gewesen war und die Heide unterdrückt hatte. Und nun gehen hier die Pflanzen, die schon drei Jahre im üppigsten Wachstum stehen, ein, und die — noch dazu schlecht geeigneten, in der Dürre gepflanzten — bleiben sämtlich erhalten! Es ist nur das Bedecken des Bodens, was nach meiner Erfahrung diesen Erfolg gezeitigt. Jetzt sind aber beide Flächen schleunigst mit Kaff und Laub überbedeckt, und ich bin vor weiteren Verlusten gesichert.

Der Gutsbesitzer Daverhut-Waldorf berichtet an der gleichen Stelle über seine Erfahrungen, die er mit der Bedeckung des Bodens in der Landwirtschaft — beim Haseranbau — gemacht hat. Als Deckungsmaterial wurde Quarzsand verwendet. Eine 0,5 ha große Haserfläche auf trockenem Lehmboden wurde durch zweimaliges Überfahren mit der Saatmaschine „Westfalia“, die auf stärkste Ausfaat gestellt war, überlandet. Der Erfolg dieser Maßregel war augenscheinlich, die überlandete Fläche brachte einen nicht unbedeutenden Mehrertrag gegen den benachbarten Haser ohne Deckung. Ähnlich verhält es sich bei der zweiten

Überlandung, die von der Natur ausgeführt wurde. Aus einem Haserschlage wurde ein Stück allzu-leichten Bodens herausgeschnitten, und einige Zeit nach dem Aufgang des Hasers mit Lupinen bestellt. Kurz darauf wurde ein etwa 20 m breiter, an die Lupine angrenzender Haserstreifen durch starken Wind 1 cm hoch überlandet. Die erste Folge dieser Überlandung war, daß die Spitzen des Hasers total gelb wurden, so daß schon an ein Umackern gedacht wurde. Da setzte anfangs Juni die Trockenperiode ein, und während der nicht überlandete Haser nicht aus den Hosen kam, erholt sich der überlandete auffallend schnell und gedieh so üppig, daß er stellenweise zum Lagern kam und einen Mehrertrag von 50 % lieferte. Auch hier ist das gute Gedeihen dieses Hasers der auslagernden Schicht staubfreien Fluglandes gutzuschreiben, wodurch die Kapillarität des Bodens unterbrochen wurde und dem Haser die Bodenfeuchtigkeit erhalten blieb.

— **Ein Fichten-Arwald im Harz.** Urwaldartige Bestände sind in deutschen Wäldern eine Seltenheit. Im Harz hat sich ein solches Waldbild erhalten, welches dank den Maßnahmen der braunschweigischen Forstdirektion weiter erhalten werden wird. Der Bestand wird nicht genutt aus waldbäuerlichen Gründen und zu Versuchszwecken. Es sind die „beide Tannen“ zwischen dem höchsten Harzdorf Hohegeiß und dem Hüttenort Sorge. J. 307 255- bis 275-jährige Fichten auf 4,5 ha Fläche. An der linken Seite des tiefeinschneidenden Wolfsbachtals stehen sie an lehmigem bis steilem Nord-Nordwesthang des Hohegeißberges. Sie wurzeln in frischem, mitteltiefgründigem Diabasboden. Von dem Vollbestande früherer Jahrhunderte sind allerdings bis heute nur etwa 120 Stämme übriggeblieben. Alte, vermoderne Riesentüfen zeugen davon, daß es vor Jahrzehnten noch mehr der Urbäume gab. Am oberen Bestandesrande liegt so ein Nede, der im Jahre 1901 die Beute heftigen Nordoststurmes wurde. Er brach dicht über dem Boden und liegt nun noch mit seinen Aststümpfen wie ein vorweltliches Ungeheuer da am Hange, 41 m lang, 124 cm im Durchmesser. Rißig und grün wird schon das entrindete Holz, die sparrigen Späne der Bruchstelle beginnen sich zu zerlegen. Die Lücken in dem Altbestande sind mit jüngeren Buchen-, Ahorn- und Fichtenstämmen ausgefüllt, von denen jedoch mancher auch bereits 150 Jahre alt ist. Die ganze Fläche ist außerdem mit Laubholz-Unternwuchs und wild durcheinander wachsenden Sträuchern und Kräutern aller Art besetzt. Auf einer eingegatterten Teilfläche standen etwa 30-jährige Thujaen und Lawsonien, die von der forstlichen Versuchsanstalt dort angebaut sind. Alles überragen jene Riesenfichten mit altersgrauer, rauher Rinde und struppigen, zerzausten Kronen. Baumdicke Wurzelanläufe unten, baumdicke Seitenäste oben, an denen lange Rindenflechten haften. Eine seltene Eigentümlichkeit weisen mehrere Stämme auf. Starke, sonst reguläre Äste sind in großem Bogen aufrecht gewachsen und haben wieder eine selbständige Krone gebildet. Nummer 32 (die Stämme sind

mit Nummern von Olfarbe versehen) zeigt sogar solch einen Ast, der sich in zwei regelrechte Stämme mit Krone teilt, trotzdem der Hauptstamm unversehrt ist. Es handelt sich hier keineswegs um Zwielfel- oder Bajonettbildungen. Die seitliche Entfernung der kleinen Aststämme von den Hauptstämmen ist 4 bis 6 m groß, so daß also die kleinen Kronen völlig seitwärts und außerhalb der Hauptkronen sich bildeten. Eine Bestandesaufnahme Ende des verfloßenen Jahrhunderts ergab bei sechs Stämmen 14 m Höhe. Die dicksten Stämme (Nr. 9 und 104) hatten in 1,3 m Höhe 142 cm Durchmesser. Drei Mann reichen nicht aus, um sie zu umspannen. Der Umfang der Wurzelanläufe ist entsprechend 5 bis 7 m. Den größten Inhalt wies Nr. 28 mit 28,5 fm auf, für einen Fichtenstamm etwas Beachtenswertes. Die übrigen Riesen stehen diesen Abmaßen nicht viel nach. Zudem muß man den Zuwachs seit jener Zeit heute noch hinzurechnen; wenn auch die jährlichen Höhenriebe nicht viel über 10 cm betragen, so läßt doch das Dickenwachstum am unteren Stamm nur wenig nach; die geringen Formzahlen lassen darauf schließen (Schaftformzahl 0,39; Baumformzahl 0,43). Daß sich der Bestand aus der Zeit Ende des dreißigjährigen Krieges, wenn auch sehr lüdig und durchbrochen, bis heute erhalten hat, verdankt er gewiß dem kräftigen Boden und der gegen Hauptwindrichtungen geschützten Lage in 400 bis 500 m Höhe. Tausende von Faszeln durchwandern ihn alljährlich und bewundern die Kräftezeugnisse der Natur und freuen sich am Anblick des urwaldartigen Waldes, in dem die Wipfel ihr Jahrhundert altes Lied rauschen. Jeder Waldfreund, der einmal in der Nähe des wilden Wollsbachtals im Südhaz weilt, versäume nicht, ein deutsches Urwaldbild seltener Art in sich aufzunehmen.

§g.

— **Die Wälder des Amurgebietes.** Das Amurgebiet besteht zum größeren Teil aus Niederungsboden, wovon vieles wirklich Sumpf ist. Auch Torfbildung fehlt nicht, obwohl Torfmoore von so großer Ausdehnung wie im nördlichen Europa nicht vorkommen. Die neueren Forscher unterscheiden vier Vegetationszonen: die kontinental-sibirische — die dahurische im äußersten Westen — die mandchurische im Südosten und die choschische. Der verbreitetste Baum ist die dahurische Lärche (*L. Dahurica*), teils rein, teils gemischt mit Weißbirke und anderen Holzarten. Man unterscheidet 14 Bestandstypen. 1. Lichter Lärchenbestand auf Moosbruch (*Lariceta sphagneta*), im ganzen Gebiete vorkommend, mit Ausfluß der Amurniederung zwischen den Nebenflüssen Pireja und Seia. 2. Reiner Lärchenbestand auf höherem, lehmigem Boden. 3. Mianische Fichte, *Pinus ajanensis*, Repräsentant der choschischen Flora, im Westen fehlend, mit (sibirischer) Fichte und Lärche gemischt, im gebirgigen Teile. 4. Mandchurische Zeder (*Pinus koraiensis*) mit Mianischer Fichte und Tanne. 5. Gemischter Fichten- und Tannenwald (*Pinus obovata* und *Abies nephrolepis*), auf Inseln und dem Ufergürtel der Flußtäler. 6. Kiefer auf feinigigen Südhängen und Gipfeln. Die Nord-

hänge sind mit Lärchen bestanden. 7. Lärche mit Birke gemischt, auf den Hängen der Flußtäler, ein sehr gewöhnlicher Typus. Hier lassen sich zwei Untertypen unterscheiden: a) mit Unterwuchs von *Rhododendron* und Masten (auf feinigigen Hängen) und b) mit einer Bodendecke von *Ledum*, var. *dilatatum*, *Vaccinium* usw., auf bleisandigen Kiesenböden. 8. Mischung von Schwarz- und Weißbirken (*Betula Dahurica* und *B. latifolia*) und Linden (*Tilia amurensis*) mit Lärchen auf Erhöhungen der Flußtäler. 9. Gemisch der Birken wie bei 8, mit Lärchen und Kiefern auf sandigen Böden der Flußtäler im mittleren Teile des Gebietes. 10. Birken wie vor mit *Quercus mongolica*, besonders im Süden an Gebirgshängen. Die Typen 8, 9, 10 erscheinen nur im mittleren und südöstlichen Teile. 11. Eichen- und Birkenwald, auf Brandflächen und Südhängen der Gebirgskämme. 12. Uferwälder von Pappel, *Prunus Padus*, *Pyrus baccata*, im ganzen Gebiet, namentlich an den Ufergürteln der breiten Ströme. Im Südosten mischen sich dazu *Prunus Maackii* und der Korkbaum (*Phellodendron amurense*). 13. Pflanzenwuchs der Schutthalben und Felsenhänge, *Phellodendron amurense* im Süden, Lärchen und Birken im Norden. 14. Vegetation der Hochgebirge, an der Gletschergrenze: *Larix pumila*, *Pinus pumila*, *Rhododendron chysantum*. 13 und 14 kann man selbstverständlich nicht mehr als Wald betrachten.

Die Wälder sind noch wenig erforscht, von vielen Gegenden weiß man überhaupt nicht, ob dort Wald vorhanden. Die Notwendigkeit, Versuchssreviere und Stationen einzurichten, muß jedem einleuchten, aber man ist noch weit entfernt davon. Hier findet der russische Forstmann bisher unbekannte Holzarten, von deren Eigenschaften wir nichts wissen, *Larix dahurica*, *Picea ajanensis*, *Pinus koraiensis*, *Abies nephrolepis* usw. Der Staat besitzt 11 792 500 Dessjätinen Wald, die in drei Oberförstereien geteilt sind. Den Kosaken sind überwiesen 1517 741 Dessjätinen; davon 97 593 an einzelne Geföste verteilt, das übrige gemeinsames Eigentum; in den Händen von Ansiedlern verschiedener Kategorien 83 249, doch zu Ansiedlungszwecken bestimmt 698 776; in Summa 14 091 800 Dessjätinen. Die Flächen sind nur annähernd nach Karten in kleinem Maßstabe ermittelt.

Das Holz in den kaiserlichen Forsten wird größtenteils freihändig nach Tagen abgegeben, nach der Masse, ohne Bestimmung des Orts. Bei der ungeheuren Fläche der Reviere und dem geringen Personal sind neuere Wirtschaftsformen unmöglich. Die Dessjätine brachte 1909 einen Bruttoertrag von 0,86 Kopelen. Die ungeteilten Kosakewälder sind in fünf Reviere geteilt und brachten in dem erwähnten Jahre für die Dessjätine brutto etwas über 2 Kopelen. — Im allgemeinen gewähren die Wälder aller Kategorien kein erfreuliches Bild. Man hat den Eindruck eines Chaos und der Wirtschaftlosigkeit. Auf der einen Seite verfaulen sie auf Millionen von Dessjätinen unbenutzt, auf der andern leiden viele Bauern- und Kosakendörfer bereits Holzmangel. Die, welche ihre Wälder noch erhalten haben, verwüsten sie

schonungslos, und werden nach wenigen Jahren entbehren müssen. Holzhandel findet hauptsächlich statt in Blagowieschtschensk und am Seja-Flusse. Der Umsatz in ersterem beträgt jährlich 830 000 Rubel, in letzterem 30 000. — Große Firmen fehlen; es erscheinen kleine Unternehmer, meist Bauern. Von Holzkonsumierenden Unternehmungen

gibt es in Blagowieschtschensk eine Schwefelholzfabrik, vier Schneidemühlen, eine Terpentinfabrik. Die jährliche Erzeugung aller beträgt etwas über 300 000 Rubel. Sie beziehen ihren Bedarf von kleinen Lieferanten, die auf dem Amur und der Seja flößen. In kleinen Werkstätten werden Möbel und Hausgeräte hergestellt. Guse.

Berichte.

Bericht über die Versammlung des Pommer'schen Forstvereins in Greifswald am 17. und 18. Juni 1912.

Die Verhandlungen am 17. Juni 1912 begannen mit geschäftlichen Besprechungen. Als Versammlungsort für 1913 wurde Wisdron gewählt, als Exkursionsrevier die Oberförsterei Wisdron.

Dann kam das ständige Thema zur Besprechung: „Mitteilungen über die Ergebnisse des Wirtschaftsbetriebes, sowie über etwaige die Forstwirtschaft und Jagd berührende Erfindungen, Versuche und darauf bezügliche Erfahrungen.“ Dabei kamen namentlich zur Erwähnung die Schäden, welche die Dürre des vorigen Jahres und die starke und späte Kälte des letzten Winters herbeigeführt haben, ferner kam ein Massenaufstreten der Kiefernblattwespe zur Besprechung.

Hierauf sprach Forstmeister Gensert aus Jägerhof über „Samenmengen bei Nadelholz-Bestandsaaten und über Pflanzverbände. Referent führte aus, daß der allgemeine Zug der Zeit nach geringeren Samenmengen bereits dazu geführt habe, daß man zu geringe Samenmengen empfehle und anwende und dadurch die Zukunft der Bestände in Frage stelle.

Ebenso spricht er auch gegen die übermäßige Erweiterung der Pflanzverbände. Das weitständig heranwachsende Holz stößt die Äste zu spät ab, werde also technisch weniger brauchbar.

In der Besprechung, die sich an den Vortrag angeschlossen, zeigte sich, daß die Versammlung fast einmütig auf dem Standpunkte des Referenten stand und für Kiefernsaaten ein Heruntergehen unter den Satz von 3 bis 4 kg für 1 ha nicht für zweckmäßig hielt. Auch die übermäßig weiten Verbände bei der Bestandspflanzung wurden allgemein als nicht empfehlenswert bezeichnet.

Über das nächste Thema: „Wie sind die zu großen Forsten gehörenden Moore und Niederungsböden landwirtschaftlich nutzbar zu machen?“ sprach sehr ausführlich Forstmeister Duesberg aus Mühlburg. Er lehnte seine Besprechung auf ein bestimmtes Beispiel aus der Oberförsterei Mühlburg. Die Vorschläge waren dieselben, wie bei allen derartigen Anlagen: Niederungsmoor wird Wieze, Hochmoor, soweit möglich, Acker, Höhenboden, der dazwischen liegt, Acker und Standort der Gebäude für Ansiedler. Vorher findet die nötige Wasserabzapfung statt, wie gewöhnlich.

Diese Ausführungen regten zu einer sehr lebhaften Besprechung an, und nicht wenige Stimmen warnten davor, in eine Meliorationsucht zu verfallen, welche die Entwässerung der Brücher und die Umwandlung ihrer Bestockung als Selbstzweck anfähe, ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Rentierung. Wenn man auch nicht auf dem engeren Standpunkt stehen darf: „Wieviel Gutes bringt die Sache dem Fiskus ein?“ so muß man doch stets vor Beginn der Umänderung erst fragen, ob es für die ganze volkswirtschaftliche Entwicklung der Gegend notwendig oder nützlich ist, mit der sogenannten Melioration solcher Flächen vorzugehen. Die Antwort wird nicht immer bejahend lauten. Die schlimmste Seite ausgebreiteter Entwässerungen (denn darauf kommt es im wesentlichen bei sogenannten Meliorationen von Brüchern immer hinaus) ist die unbeabsichtigte Austrocknung von Bodenflächen, welche der Meliorationsfläche benachbart sind. Ein böses Beispiel dieser Art besprach Forstmeister Müller aus Schenkhagen. Dort haben die Entwässerungen der Niederungsböden zur Verringerung der Ertragsfähigkeit des Höhenbodens geführt, und zwar in ausgedehntem Maße.

Der Inhalt der langen Besprechung kann etwa kurz in diese Sätze gefaßt werden: Meliorationen sind nicht immer nützlich. Vor Beginn ist daher zu prüfen, ob sie nicht schädlich wirken, und zwar soll sich diese Prüfung nicht nur auf das Meliorationsgebiet, sondern auch auf die weitere Umgebung erstrecken. Ist die Unschädlichkeit sicher nachgewiesen, so ist noch festzustellen, ob die Melioration sich rentiert, also ob der Ertrag der Fläche durch die Melioration mindestens um die jährlich aufzuwendenden Kosten (Unterhaltungskosten) und um die Zinsen der ersten Anlage steigt. Wenn diese Vorfragen günstig für die Vornahme der Melioration beantwortet und entschieden sind, dann ist noch die letzte Frage zu beantworten: Kann der Ertrag der Meliorationsfläche durch die anstehende Bevölkerung leicht und vorteilhaft genutzt werden, oder müssen neue Ansiedlungen geschaffen werden? Im letzteren Falle kommt noch die schwerste, etwas abseits liegende Frage hinzu: Wird den Ansiedlern auch eine sichere und dauerhafte Existenz geschaffen werden können? Also zu himmelfürmendem Optimismus ist bei solchen Sachen keine Veranlassung, sondern zu einer sehr einnehmenden und sehr kritischen Betrachtung aller Umstände und Nebenumstände, zu einem sehr genauen Wägen vor dem Wägen.

Das nächste, sehr undankbare Thema: „Beobachtungen und Erfahrungen beim

„Lezten Nonnenstraß“ leitete Forstmeister Siewert aus Walster ein. Wer etwa bestimmte Vorschläge zur Bekämpfung des Feindes erwartet hatte, der mußte enttäuscht sein, denn das Mittel gegen die Nonne ist noch nicht gefunden, daran ändern alle Anpreisungen der Verwilderung nichts. Wir können der preussischen Verwaltung nur danken, daß sie sich nicht zu unnützen neuen Versuchen im großen drängen läßt. Sie hat ihre Versuche in den Jahrzehnten von 1850 bis heute angestellt und ihre Erfahrungen gesammelt. Das Ergebnis dieser Erfahrungen und Versuche ist: „Es hilft keins von allen bekannten Mitteln“, und der praktisch allein richtige Schluß, der daraus gezogen werden kann, kann nur heißen: „Also tun wir nichts und sparen uns unnütze Ausgaben.“

Nach bei dem letzten Auftreten der Nonne in Pommern ist hiernach gehandelt worden, und die Nonne ist hier ebenso zurückgegangen und verschwunden wie in Sachsen, wo man geleimt hat. Bis jetzt haben sich alle durch das Weimen angeblich erreichten Erfolge gegen die Nonne bei Nicht befehen als Scheinerfolge herausgestellt. Eine merkwürdige Beobachtung aus der Oberförsterei Walster führte Herr Siewert noch an. Dort waren größere Flächen einige Jahre vor dem Nonnenpannen wegen der Massenvermehrung des Kiefernpanners von der Streu befreit. In den berechneten Beständen war der Fraß der Nonne bedeutend schwächer als in den unberechneten anstößenden Flächen. Die Erklärung für diese Erscheinung muß erst noch gefunden werden.

Noch eins muß aus dem sehr eingehenden und fesselnden Vortrage erwähnt werden: das ist die ungewisselhaft festgestellte Tatsache, daß die Nonne wandert. Ich erwähne dies besonders deswegen, weil unsere Wissenschaftler diese vielfach gemachten Beobachtungen noch immer hartnäckig ableugnen und immer noch auf dem Standpunkte stehen, daß die Nonne sich stets an Ort und Stelle entwickelt und gegenteilige Angaben auf mangelhafter Beobachtung beruhen. Die Praxis hält nach wie vor ein Wandern der Nonne für feststehend, und man kann doch nicht gut annehmen, daß die vielen Hunderte, ja Tausende von Forstleuten, welche den Wald täglich durchwandern und besichtigen, sämtlich mangelhafte Beobachter sind. Ein so auffälliges Insekt, wie die Nonne, wird nicht leicht übersehen. Warum sollte auch gerade die Nonne so schhaft sein, und wie erklärt man ihr massenhaftes Vorkommen mitten in den Großstädten? Sollte sie sich auch dort, wo keinerlei Nahrungspflanzen vorkommen, an Ort und Stelle entwickelt haben?

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: „Welche Umstände haben es bewirkt, daß die Rehe in vielen Gegenden „Feldrehe“ geworden sind, und welche Folgerungen muß der Forstmann aus dieser Tatsache ziehen?“ sprach einleitend Oberförster Klein aus Jäger. Als Gründe führt er an: Verarmung des Waldes an Nahrungspflanzen; zunehmende Unruhe im Walde und endlich Überhege. Aber die Verarmung des Waldes an Nahrungspflanzen wird viel gesprochen und geschrieben. Die moderne Forstwirtschaft

bevorzugt einseitig wenige Holzarten. Die übrigen werden vernachlässigt oder gar ausgerottet. Es ist aber nicht notwendig, über dem Hauptzweck des Wirtschaftswaldes (Erzeugung von möglichst viel wertvollem Holze) alles andere zu vergessen. Die Weichhölzer und die einheimischen Straucharten sind nicht immer störend; man soll sie nicht, soweit es ohne Schaden für den Hauptbestand geschehen kann. Sie geben wertvolle Nahrung für die Rehe, verschönen den Wald und verbessern vielfach die Bodenverhältnisse. Es ist hohe Zeit, daß man endlich mit der veralteten Ansicht bricht, daß alles, was nicht Kiefer, Fichte, Buche, Eiche und Tanne ist, nicht in das moderne Forstrevier gehört. Auch sonst kann durch Verbeßern der Nungsverhältnisse im Walde manches erreicht werden. Verbeßern der Waldweiden, Anlage kleiner Wildäcker z. B. auf verlassenen Kampstellen, Feuerhufstreifen, breiten Gestrühen usw. fesseln die Rehe an den Wald. Schlimmer ist es mit der Ruhe im Walde bestellt. Der Betrieb wird immer intensiver, und die Ruhe leidet darunter. Die Nebennutzungen, Gräser, Beeren, Sammelholz usw., werden in immer ausgedehnterem Maßstabe ausgenutzt, und dabei geht die Stille des Waldes verloren. Dazu kommen Ausflügler, welche an sich schon nicht zur Beruhigung des Waldes beitragen, in manchen, nicht gerade seltenen Exemplaren aber den Wald als „gemeinames (und vogelfreies) Eigentum“ und als die Stätte betrachten, an der sie ihrer gewalttätigen Fröhlichkeit ganz die Zügel schießen und sich in wildesten Weise austoben können. Das Feld ist in der größten Zeit des Jahres bestellt und liegt in völliger Ruhe. Sobald es genügend Bedung bietet, stehen die Rehe schon bei normalen Verhältnissen im Getreide, wo es auch keine so starke Insektenplage gibt, wie im Walde. Nahrung ist im Felde reichlich vorhanden. Der größere Reiser ist auch im großen Ganzen Jagdsfreund und hegt gern das Wild, welches so wenig Schaden im Felde tut, nämlich das Reh, und so ist der Schritt für das Rehwild naheliegend, den Wechsel zwischen Wald und Feld aufzugeben und seinen dauernden Stand auf das Feld zu verlegen.

Etwas anders liegen die Verhältnisse, wenn bäuerlicher Besitz an den Wald stößt. Dort sind die Schläge klein und liegen bunter durcheinander. Die Felder sind durch das Einzelhüten, durch Hunde und Katzen, durch die Feldarbeit selber fast ständig besetzt und beunruhigt. Gegen solche Feldmarken ist der Wald ruhiger. Dazu kommt, daß der Bauer in jedem Walde, auch im Reh, einen wüsten Fresser sieht, der notwendig beseitigt werden muß, auch reizt ihn der scheinbar kosten- und mühevolle Verdienst durch Erlegung, und so haust denn die Schrottrippe erbarmungslos. Wir finden daher Feldrehe nur dort, wo große ruhige Schläge vorhanden sind, also in Gegenden mit ausgedehntem Großgrundbesitz.

Als drittes tritt die Überhege hinzu. Sie ist vielfach schon eine Folge der Gewöhnung des Rehwildes an das Feld und wird oft recht unfreiwillig ausgeübt, weil es gar nicht oder schwer möglich ist, den Feldrehe genügend Abbruch zu tun. Die Feldrehe stehen in Rudeln (von

Sprünge kann man nicht mehr sprechen) von 20, 30, ja bis 70, 80 und mehr Stüden zusammen, oft auf kleinen Köpfen mit weiter Umschau. Sie hier zu beschleichen oder anzufahren, ist oft unmöglich und verbietet sich zeitweise durch die gebotene Schonung der Feldfrüchte. Der Forstmann kann, kurz gesagt, folgende Schlüsse aus dieser Entwicklung der Dinge ziehen: Die natürliche Zusammenlegung des Waldes (Mischwald) soll möglichst erhalten werden. Nebensächlichen Holzarten und einheimischen Sträuchern soll ihr Plätzchen im Walde geöffnet werden. Die Nutzungsverhältnisse im Walde sollen nach Kräften verbessert werden. Die Ruhe im Walde ist möglichst zu erhalten. Dazu gehört, daß der Forstmann alles, was er im Walde zu tun hat, schnell und mit ausreichenden Kräften tut, damit die Störung bald vorübergeht. Endlich soll er in der Hefe des Rehwildes, namentlich der Rehen, ein vernünftiges Maß innehalten. Der Großgrundbesitzer aber, welcher auf seinen Feldern die ersten Anzeichen bemerkt, daß die Rehe zu Feldreihen werden, muß dem Forstmann helfen und durch rechtzeitigen, kräftigen Abschluß dem Übel zu steuern suchen. Nötig ist dazu ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden, nicht gegenseitiger Jagdneid, wie man ihn oft beobachten kann.

Am 18. Juni schloß sich eine Waldfahrt in das Universitätsrevier Greifswald an.

Die Universitätsforst von Greifswald, 3245 ha groß, liegt in mehreren Stüden um die Stadt Greifswald herum. Die Verwaltung ruht in Händen des akademischen Forstmeisters. Die technische Oberleitung führt der königliche Oberforstmeister in Stralsund.

Das Klima ist dem Holzwuchse günstig. Der Boden ist diluvialer Lehm bis Sand mit alluvialen Bildungen (Brücher, Dünen); der humose, fruchtbare Boden herrscht vor.

In dem zuerst durchfahrenen Schutzbezirk Dietrichshagen findet sich meist ein lehmiger Sandboden mit besseren oder auch geringeren Partien. Im Schutzbezirk Eldena ist der Boden ein milder, kräftiger und humoser Lehm.

Im ganzen Reviere findet sich als herrschende Holzart die Kiefer auf 51%, Eiche 30%, Buche 15 %, Erle 4 %, der Reviersfläche. Der Umtrieb ist 120-jährig, bei Eiche 140-jährig, bei Erle und Birke 40-jährig. Der Ertrag in der Hauptnutzung 7000 fm, in der Vornutzung 2419 fm, zusammen 9419 fm. Der Rohertrag an Geld

ca. 50 M pro ha, der Reinertrag an Geld ca. 25 M pro ha. Die Kiefer wird in Kahlschlägen bewirtschaftet. Der Wiederanbau erfolgt durch Pflanzung einjähriger Pflanzen. Die Saat ist wegen der immer stärker werdenden Schüttelegefahr aufgegeben.

Die Eiche wird natürlich verjüngt, wofür die Waldfahrt recht interessante Beispiele bot. Teilweise wird sie auch künstlich nach Kahlschlag angebaut. Die Kahlschlagfläche wird dabei einige Jahre landwirtschaftlich genutzt. Der Vorgang ist folgender: Nach beendeter Holzabfuhr wird die Fläche gerodet und mit Kartoffeln bestellt. Im nächsten Jahre wird die Fläche mit Sommerern bestellt und in Streifen (2 bis 2,5 cm Abstand) mit Eichen besät. Dann werden zwischen den Eichenreihen noch 3 bis 5 Jahre Kartoffeln gebaut und die Eichenstreifen beobachtet. Zuletzt werden zwischen den Saatreihen einjährige Kiefern gepflanzt oder auch Fichten. Zu bebauen ist bei dem Verfahren nur, daß man die Buche ganz ausschaltet. Die Weigabe der Fichte zur Eiche erscheint auch hier, wie überall, bedenklich.

Die Buche verjüngt sich überall gut, soweit sich bei der Waldfahrt übersehen ließ, auch in den Kiefernbeständen von Dietrichshagen sieht sie kräftig und gesund aus. In diesem Schutzbezirk könnte eine etwas reichlichere Beimischung der Buche für Boden und Bestand gut wirken und namentlich auch den Gras- und den Unkrautwuchs zurückhalten helfen.

In Eldena trifft man Bodenverhältnisse an, wie sie in unseren heutigen Wäldern selten sind. Buche, Eiche, Ahorn und Eiche verjüngen sich leicht. Die Begründung der Bestände macht keine Schwierigkeiten. Die Pflege ist hier die Hauptsache und die Hauptforge. Auch die rechtzeitige Freistellung des Jungwuchses ist schwer zu erreichen bei dem außergewöhnlich üppigen Holzwuchse. Die ungünstigen Arbeitsverhältnisse treten erschwerend dazu, so daß es nicht immer gelingen will, dem Boden das abzugewinnen, was er geben kann.

Für viele Teilnehmer der Waldfahrt, welche zu Hause in ihrem Reviere in fester Kampfe mit der Ungunst der Bodenverhältnisse stehen, war es wohl ein eigentümliches Gefühl, hier zu sehen, wie auch die Überfülle der Gaben zur Last werden kann. Bei manchem mag sich ein heimlicher Neid geregt haben, aber alle schieden von dem Reviere mit der Empfindung, etwas besonders Schönes gesehen zu haben. Trauze.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Zahlung besonderer Vergütungen an die Oberförster ohne Revier und Forstassessoren bei Beschäftigung mit Betriebsregelungs-, Waldwertrechnungs- und ähnlichen Arbeiten.

Allgemeine Verfügung Nr. 18 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 7413.

Berlin W 9, 18. Juli 1912.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes, betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten, vom 26. Juli 1910 und der Ausführungsbestimmungen des

Staatsministeriums zu den Vorschriften über die Reisekosten der Staatsbeamten vom 24. September 1910 treten an die Stelle der Allgemeinen Verfügung Nr. 6, 1907 vom 9. Februar 1907 — III 13379 —, die hiernit außer Kraft gesetzt wird, folgende abgeänderten Vorschriften:

1. Bei jeder Erteilung eines Beschäftigungsauftrages seitens der königlichen Regierung hat zugleich mit der Zuweisung des dienstlichen Wohnorts die Bestimmung der regelmäßigen Dienststätte, d. i. des Arbeitsgebietes,

innerhalb dessen für die Arbeitsleistung besondere Vergütungen neben den Beschäftigungsbiäten im allgemeinen nicht gewährt werden, unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß die Arbeit bei allabendlicher Rückkehr zum dienstlichen Wohnort eventuell unter Benutzung vorhandener Beförderungsmittel ohne unwirtschaftlichen Zeitaufwand für Hin- und Rückweg erledigt werden kann. Bei im allgemeinen geschlossenen Revieren oder guten Bahnverbindungen bzw. anderen sich anbietenden regelmäßigen Beförderungsmöglichkeiten wird die regelmäßige Dienststätte meist mit der Gesamtlänge der Oberförsterei zusammenfallen. Bei ungünstigen Verhältnissen wird unter Umständen nur ein Teil der Oberförsterei als die zu dem dienstlichen Wohnorte gehörende regelmäßige Dienststätte anzusehen sein.

Die Entscheidung hierüber bleibt der königlichen Regierung überlassen.

Ordnet sie an, daß der Oberförster bzw. Forstassessor zur Beschleunigung die sich anbietende regelmäßige Beförderungsmöglichkeit benutzt, so sind ihm die wirklich entstandenen Auslagen, deren Belegung nicht erforderlich ist, zu erstatten (§ 16 der Ausführungsbestimmungen des Staatsministeriums zu den Vorschriften über die Reisekosten der Staatsbeamten vom 24. September 1910). Der Vollständigkeit wegen wird gleichzeitig auch noch darauf hingewiesen, daß nach § 7 des Gesetzes, betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten vom 26. Juli 1910, die Auslagen zu erstatten sind, wenn der Beamte durch außergewöhnliche Umstände genötigt war, sich eines Fuhrwerkes zu bedienen oder sonstige notwendige Unkosten, wie Brüden- oder Fährgeelder, aufzuwenden waren.

2. Wird dem Beamten auf seinen Wunsch gestattet, an einem anderen als dem dienstlichen Wohnort zu wohnen, so ist die regelmäßige Dienststätte dennoch vom dienstlichen Wohnort aus zu bestimmen.

3. Zu Beschäftigungen außerhalb der regelmäßigen Dienststätte ist stets die besondere Anordnung der königlichen Regierung erforderlich.

4. Oberförster ohne Revier und gegen feste Monatsvergütung beschäftigte Forstassessoren erhalten bei vorübergehender Beschäftigung außerhalb der regelmäßigen Dienststätte Tagegelber gemäß § 2 des Reisekostengesetzes vom 26. Juli 1910. Die nach § 2 Abs. 2 zu gewährenden ermäßigten Tagegelber sind in der Regel in Höhe der den Forstassessoren nach meiner Allgemeinen Verfügung vom 19. März 1902 — III 2317 — zustehenden Kommissionsbiäten zu bemessen. — Liegen besondere Umstände vor, die eine Erhöhung dieses Satzes angemessen erscheinen lassen, so ist meine Entscheidung einzuholen. Im übrigen wird, so oft eine länger dauernde Beschäftigung außerhalb der regelmäßigen Dienststätte in Frage kommt, zu erwägen sein, ob sich nicht an Stelle der Gewährung einer ermäßigten besonderen Vergütung für die Tage solcher auswärtigen Tätigkeit ein Wechsel des dienstlichen Wohnortes empfiehlt. In solchem Falle stehen den Oberförstern ohne Revier und den gegen feste Monatsvergütung beschäftigten Forstassessoren (A. B.

Nr. 9 für 1909 vom 29. Mai 1909 — III 6611 — Abs. 8) bei Vorhandensein der gesetzlichen und sonstigen allgemeinen Voraussetzungen die gesetzlichen Unzugskosten zu.

5. Gegen Tagegelber beschäftigte Forstassessoren erhalten bei Beschäftigungen außerhalb der regelmäßigen Dienststätte nur für die Reisetage die gesetzlichen Tagegelber und Fahrtkosten an Stelle der Beschäftigungstagegelber, für die übrige Zeit lediglich Beschäftigungstagegelber.

J. A.: Wiesener.

An sämtliche königlichen Regierungen, mit Ausnahme von Münster und Aachen.

Vorlesungen und Übungen an der Universität Tübingen im Wintersemester 1912/13.

Beginn 16. Oktober 1912, Schluß 14. März 1913.

v. Bühler: Einleitung in die Forstwissenschaft mit Übungen. Waldbau I mit Übungen und Exkursionen. Seminaristische Übungen. Exkursionen und Übungen.

Wagner: Waldwertrechnung. Forstschuß. Seminarübungen (Forsteinrichtung). Exkursionen.

Kurz: Württ. Forstgesetzgebung und Verwaltung. Kartierungsweisen mit Übungen.

Wilbrandt: Allgemeine (theoretische) Volkswirtschaftslehre.

Fuchs: Spezielle (praktische) Volkswirtschaftslehre.

Stephinger: Finanzwissenschaft. Theorie der Statistik.

Rasch: Experimentalphysik.

Wislicenus: Organische Chemie.

v. Koken: Mineralogie. Allgemeine Geologie und Erdgeschichte.

Lang: Chemische Mineralogie mit besonderer Berücksichtigung der Verwitterungserscheinungen.

v. Rösching: Allgemeine Botanik und spezielle Morphologie der Kryptogamen. Mikroskopischer Kursus. Leitung selbständiger Untersuchungen.

Lehmann: Archeognathien (Moos, Farne usw.).

Gradmann: Allgemeine Pflanzengeographie.

Blochmann: Allgemeine und spezielle Zoologie.

Martini: Naturgeschichte der Vögel.

Vogel: Bau und Entwicklungs Geschichte der Insekten.

Großherzoglich Sächsische Forstakademie Eisenach. Wintersemester 1912/13.

Oberforsttrat Dr. Matthes: Forstschuß einschließlich Wildbachverbauung, Nationalökonomie, Forstgeschichte.

Oberförster Fischer: Waldwertrechnung und Statist., Waldwegebau mit praktischen Übungen, Staatsforstwissenschaft, Forstverwaltungslehre.

Forstassessor Walther: Forstvermessungslehre, Planzeichnen.

Professor Dr. Migula: Allgemeine Botanik, Jagdkunde.

Professor Dr. Höhn: Stereometrie, analytische Geometrie.

Dr. Heine: Allgemeine Zoologie II. Teil.

Dr. Rüben: Physik, forstliche Zoologie, entomologisches Praktikum, anatomisches Praktikum.

Dr. Marschall: Bodenkunde, anorganische Chemie. publice: Geschichte der Erde und des Lebens auf der Erde.

Landgerichtsrat Linde: Rechtskunde II. Teil, sozialpolitische Gesetzgebung.
Oberamtmann Voigt: Landbau und Tierzucht.
Das Wintersemester beginnt am Montag, dem 21. Oktober 1912. Das Studium aller zum Vortrag kommenden Disziplinen der Forstwissenschaft, sowie deren Grund- und Hilfswissenschaften erfordert

mindestens zwei Jahre und kann mit jedem Semester begonnen werden.

Sämtliche Vorlesungen werden in einem einjährigen Turnus gehalten und sind auf zwei Unterrichtsstunden verteilt.

Anfragen sind an die Direktion der Großherzoglichen Forstakademie zu richten.

Verschiedenes.

— **Aus dem Lebensgange des in Cassel verstorbenen Regierungs- und Forstrats, Geheimen Regierungsrats Karl Louis Ferdinand Otto von Bentheim** möchten wir folgendes nachtragen: Er wurde geboren am 23. August 1853 als Sohn des königlichen Oberförstern von Bentheim zu Obereimer bei Arnberg. Nach Absolvierung des königlichen Gymnasiums in Arnberg genügte er zunächst seiner militärischen Dienstpflicht als Einjährig-Freiwilliger beim Hessischen Jägerbataillon Nr. 11. Sodann trat er in die Forstlehre. Die beiden forstlichen Prüfungen hat er in den Jahren 1875 und 1878 bestanden. Die Zwischenzeit war ausgefüllt mit Betriebsregulierungsarbeiten im Regierungsbezirk Cassel und dem Besuch der Universität Berlin. Nachdem er weiterhin mit Betriebsregulierungsarbeiten auf verschiedenen Oberförstereien beschäftigt worden, war er vom Juli 1882 bis April 1884 forsttechnischer Hilfsarbeiter bei der königlichen Regierung in Cassel. Am 1. Januar 1885 erfolgte seine Anstellung als Oberförster zu Wendhausen in der Provinz Hannover. Am 12. Januar 1892 zum Regierungs- und Forstrat ernannt, wurde ihm vom 1. April desselben Jahres ab die Forstinspektion Trier-Trier übertragen. Am 1. Juli 1902 nach Hannover versetzt, verwaltete er zunächst kommissarisch und vom 1. Oktober 1902 ab endgültig die Forstratsstelle Hannover-Nienburg. Durch allerhöchsten Erlaß vom 24. März 1906 wurde ihm der Charakter als Geheimen Regierungsrat verliehen. Am 1. Juli 1912 wurde er unter Übertragung der Forstinspektion Cassel-Habichtswald an die königliche Regierung in Cassel versetzt. In der Nacht vom 30. zum 31. Juli 1912 ist er gestorben. Der Verstorbene hat den Feldzug gegen Frankreich im Jahre 1870/71 mitgemacht. Im Orden und Ehrenzeichen besaß er: die Kriegsgedenkmünze 1870/71, Landwehrdienstauszeichnung I. Klasse, Kaiser-Wilhelm-Erinnerungsmedaille und den Roten Adlerorden IV. Klasse. Es mag noch erwähnt werden, daß Otto von Bentheim mit Vorschlägen zu Verwaltungsänderungen in Försterversammlungen sowie in der Fachpresse häufig das Wort genommen und auch einige Bücher geschrieben hat. Ihre Titel lauten:

1. Anregungen zur Fortbildung von Forstwirtschaft und Forstwissenschaft im 20. Jahrhundert. Trier 1901.
2. Das Oberförsternsystem in den deutschen Staatsforstverwaltungen. Berlin 1908.

— **Vom Böhmischem Forstverein.** Auf der in Taus abgehaltenen Versammlung des Böhmischem Forstvereins wurde beschlossen, die Errichtung

einer tschechischen forsttechnischen Fakultät in Prag zu betreiben.

— **Verkauf von fiskalischem Forstbesitz in der Nähe von Quedlinburg.** Der preussische Forstfiskus beabsichtigt, seine bei Westerhausen gelegenen Waldbestände und Ländereien in einer Größe von ungefähr 150 ha zu verkaufen. Schon früher war dieshalb mit der Stadt Quedlinburg und der Gemeinde Westerhausen, allerdings ergebnislos, verhandelt worden, so daß die Angelegenheit erledigt schien. Jetzt ist die Sache dadurch in Fluß gekommen, daß ein hiesiger Bürger mit der Regierung wegen Ankauf des Forstes in Unterhandlung getreten ist. Infolgedessen sind auch von der Stadt Quedlinburg die Verhandlungen mit der Regierung wieder aufgenommen und seitens der städtischen Behörden bereits bindende Beschlüsse gefaßt worden. Die Gemeinde Westerhausen hat ebenfalls Schritte getan, um die unmittelbar an ihre Gemarkung angrenzenden Teile erwerben zu können.

— **Aus der Görtzher Stadtförstverwaltung.** Der Görtzher Stadtforst, welcher bisher einen jährlichen Reinertrag von 740 000 M. einbrachte, ist gewissermaßen die Goldgrube dieser Stadt. Infolge der erhöhten Holzpreise wird seitens der städtischen Forstverwaltung der obige Reingewinn jedoch als zu niedrig angesehen und beschlossen, diesen für die nächsten fünf Jahre auf 810 000 M. festzusetzen. Der den Stadtverordneten hierüber vorgelegte Magistratsantrag lautet:

1. Vom 1. April 1913 ab werden bezüglich der Einnahmen aus der städtischen Forstverwaltung fünfjährige Finanzperioden gebildet, während welcher alljährlich gleiche Summen als Reinerträge dieser Verwaltung der Kämmereiverwaltung zugeführt werden;
- II. der Reinertrag für die nächste Finanzperiode vom 1. April 1913 bis 31. März 1918 wird auf 810 000 M. für das Jahr festgesetzt;
- III. der derzeitige Fortausgleichsfonds, welcher nach der durchgeführten Berechnung am 1. April 1913 die Höhe von 4 723 000 M. erreicht haben wird, wird am 1. April 1913 geteilt in
 - a) einen für alle Zeiten bleibenden, zum Vermögen der Stadtförst gehörenden „Waldkapitalfonds“ in der Höhe von 3 500 000 M., dessen 4prozentige Zinsen vom 1. April 1913 ab alljährlich als Einnahme in dem Etat der Forstverwaltung zu erscheinen haben;

- b) einen Aufzehrungsfonds in Höhe von 500 000 \mathcal{M} , welcher den Anfangswert einer zehn Jahre lang am Ende eines jeden Jahres an die Kämmereikasse abzuführenden Rente in Höhe von rund 61 000 \mathcal{M} bildet, die einen Ersatz für die während des nächsten Jahrzehnts von dem zulässigen Abnutzungsfall der drei Oberförstereien der Görlicher Heide einzu sparende Holzmasse von jährlich rund 8000 fm Verbholz zu bieten hat und
- c) einen auch ferner bleibenden wirklichen Forstaussgleichsfonds von rund 723 000 \mathcal{M} , welcher zur Ausgleichung der etwaigen Ertragsdifferenzen der einzelnen Jahre einer Finanzperiode zu dienen hat;

IV. von dem verbleibenden Forstaussgleichsfonds in Höhe von zirka 723 000 \mathcal{M} werden zunächst noch zur Verausgabung im Laufe des nächsten Jahrzehnts genehmigt:

- a) für nicht planmäßige Auf forstungen und Unterbauungen noch vorhandener Konnensträß-, Windwurf- und Dürreblößen nach den anliegenden Anschlägen der drei Oberförstereien bis 297 000 \mathcal{M}
 Hier von bereits verausgabt rund 50 000 \mathcal{M} .
- b) für Beendigung der bei der Aufstellung der neuen Betriebspläne der Oberförstereien Kaucha und Penzig noch erforderlichen Arbeiten bis . . . 15 000 "
- c) für Herstellung von zirka 60 ha neuen Teichflächen in den Revieren Hauptern und Gelbach nach dem anliegenden Anschlag bis 50 000 "

Der Abnutzungsfall für die Görlicher Forsten ist vom 1. April 1913 ab unter Einsparung von 8000 fm gegenüber dem zulässigen Niebsfall auf 77 000 fm Verbholz berechnet. Reduziert man, um die Nachhaltigkeit der Wirtschaft noch weiter zu sichern, diese Masse von 77 000 fm auf 75 000 fm, dann ergibt sich, sofern man den jetzt wirklich erreichten Bruttoertrag pro Festmeter Verbholz mit 13,7 \mathcal{M} unterstellt, aus den Forsten eine Einnahme für Holz von 1 027 500 \mathcal{M}

Die Einnahmen für Nebennutzungen betragen rund 137 000 "
 jene aus Zinsen und Renten des Waldkapitals, des Aufzehrungs- und des Forstaussgleichsfonds . . . 213 000 "

so daß sich die Gesamteinnahme auf 1 377 500 \mathcal{M} beläuft.

Die Gesamtausgaben dürften bei normalen Wirtschaftsverhältnissen rund 565 000 \mathcal{M} betragen, der Reiniüberschuß demnach 812 500 \mathcal{M} oder abgerundet 810 000 \mathcal{M} . — Interessant ist, daß bezüglich der Bewirtschaftung der Görlicher Stadforsten bereits seit dem Jahre 1907 eine fünfjährige Finanzperiode eingeführt ist. Durch die Erfahrungen der letzten sechs Jahre ist der Beweis geliefert, daß unter Zuhilfenahme eines Ausgleichs-

fonds die Ein- und Durchführung von Finanzperioden mit gleichbleibenden Jahresreinerträgen der Forstverwaltung möglich ist, ohne daß die Aufstellung des jährlichen Spezialplans nach irgend einer Richtung hin beeinflusst wird. Bemerkenswert ist auch das Ansteigen der Holzpreise in den Görlicher Forsten. Diese betragen im Jahr

1881/1885 =	8,39 \mathcal{M}
1886/1890 =	9,22 "
1891/1895 =	9,69 "
1896/1900 =	10,70 "
1901/1905 =	11,38 "
1906/1910 =	12,38 " und

im Jahre 1912 = 13,70 "

Günstiglich der Erträge der späteren Zukunft wird darauf hingewiesen, daß die Durchführung einer in weitgehendster Weise geplanten und geregelten Wasserwirtschaft, die planmäßige Unterbauung geeigneter Nadelholzbestände mit bodenbessenden Laubhölzern, die weitere Einschränkung der Streunutzung, namentlich des Blaggenhiebes, die unbedingte Einschränkung des Wildstandes, insbesondere aber die infolge der Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts beendeten Ablösung der Berechtigungen sicher eintretende Verbesserung der Waldstandorte eine nicht unerhebliche Erhöhung der Holzmassenproduktion im Gefolge haben wird. Es steht demnach zu erwarten, daß der Reinertrag aus den Forsten sich ständig erhöhen und während der Finanzperiode 1923/1928 bereits 910 000 \mathcal{M} betragen dürfte. Die Folgen etwaiger während des bezeichneten Zeitraums eintretender elementarer Waldbeschädigungen werden an vorstehender Berechnung deshalb nichts ändern, weil die infolge Eintritts solcher Katastrophen immer sich ergebenden Geldmehrerträge dem Waldkapitalsfonds zuzuführen sind und mit dessen Mehrzinsertrag einen etwaigen Wenigerertrag wegen Sinkens des Abnutzungsfallens mindestens ausgleichen.

— **Sirex gigas bei der Arbeit.** Bei meiner Urlaubsreise hatte ich das Glück, ein Exemplar von *Sirex gigas* bei der Arbeit zu sehen. Es war am 14. Juli d. Js. am Forstorte Notenberg in der Nähe des Dorfes Pöhlde a. S. Neben einer Ruhebänk, die ich nach kurzer Abendwanderung eingenommen hatte, stand unter anderem eine geringe, etwa 10 cm starke, 2 m hohe Fichte, von welcher in geringer Höhe jemand ein 10x5 cm großes rechtwinkliges Rindenstück abgeschält hatte. Die Schälstelle war schon trocken. Auf dieser Stelle bemerkte ich die Holzwespe in voller Bohrtätigkeit begriffen. Es war gegen 8 Uhr abends. Die Wespe hatte, wie ich ermitteln konnte, das neue Bohrloch erst eben angefangen. Ich sah nach der Uhr und beobachtete nun weiter, wie viel Zeit das Insekt wohl auf die Herstellung eines Bohrloches verwenden würde. Das Mittel aus zwei Beobachtungen ergab 7 Minuten*). Nun zählte ich die auf der geschälten Stelle deutlich wahrnehmbaren

*) Interessant waren die Bewegungen des Tieres sowohl beim Anfange eines neuen, wie beim Herausziehen des Stacheln nach der Vollendung eines Bohrloches. Die Krümmung des Rohrs war bei der Tätigkeit nur gering.

Bohrlöcher; es waren 14. Mithin hatte das Insekt dazu 1 Stunde und 38 Minuten gebraucht. Noch war das Tier unermüdet bei der Arbeit, doch war der Sonnenball im Sinken, und die Gesellschaft drängte zum Weitergehen. So gern ich das Insekt noch weiter beobachtet hätte, so mußte ich doch damit abbrechen, jedenfalls aber erlaute, daß sich so unverhofft Gelegenheit zu dieser Beobachtung gefunden hatte. *Prediger.*

Waldbrände.

Wilhelmshaven, 1. August. Die zum Gute Feinnühlen gehörige, in der Nähe von Wüstenwohde gelegene 15jährige Kiefernplantation ist in einer Ausdehnung von 20 ha durch Feuer vernichtet worden. Glücklicherweise konnte das Feuer recht bald energisch bekämpft und ein Übergreifen auf das Großenhainer Holz verhindert werden. Dies ist in erster Linie den Ferientindern aus Bremerhaven (Knaben) zu verdanken, die zurzeit in Wüstenwohde sind und welche an dem Grenzweg zwischen den beiden Holzungen in einer Stärke von 100 Mann mit Schaufeln und Spaten aufgestellt wurden und das Feuer durch Überlanden erstickten. Die Entstehungursache ist auf Brandstiftung zurückzuführen, denn nach Aussage verschiedener Augenzeugen brannte es an mehreren Stellen zugleich.

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 13. August 1912. Rehbock 0,30 bis 0,75, Rotwild 0,30 bis 0,60, Damwild 0,55 bis 0,60, Schwarzwild 0,20 bis 0,55 *M.* das Pfund. Kaninchen 0,30 bis 1,10 *M.*, Stodenten 0,40 bis 1,40 *M.*, Ferkenten 0,50 bis 0,55 *M.* das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Adermann**, Förster zu Waldersee, ist die Försterstelle zu Koblenz, Oberförsterei Kageburg, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab übertragen.
- Besow**, Forsthausfischer zu Groß-Dehmenen, Oberförsterei Neuhwalde, ist nach Waldersee, Oberförsterei Grützin, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Brizius**, Wilhelm, forstverwaltungsrechtlicher Anwärter, ist als Gemeindeförster a. Pr. in Dieblitz, Gemeindeförsterei Coblenz, Regbz. Coblenz, angestellt.
- Dannsch**, Förster m. R. zu Hohelinde, Oberförsterei Ziegelroda, ist nach Annarode II, Oberförsterei Annarode, Regbz. Merseburg, verlegt.
- Jahn**, Förster o. R. zu Annaburg, Oberförsterei Tiergarten, ist als Förster m. R. nach Hohelinde, Oberförsterei Ziegelroda, Regbz. Merseburg, verlegt.
- Reinisch**, Förster zu Bohlendorf, Oberförsterei Nesselgrund, ist nach Grünau, Oberförsterei Westermühl, Regbz. Breslau, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Schäfer**, Förster zu Groß-Kuppen, Oberförsterei Puppen, Regbz. Allenstein, tritt mit dem 1. November d. Js. in den Ruhestand.
- Schäfer**, Silvisäger zu Breitenheide, Oberförsterei Breitenheide, Regbz. Allenstein, ist vom 1. Oktober d. Js. ab auf zwei Jahre aus dem Staatsdienste beurlaubt.
- Schadow**, forstverwaltungsrechtlicher Anwärter zu Fernsdorf, ist nach Müding, Oberförsterei Großsen, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.

- Schulz**, Förster o. R. zu Freyburg a. U., Oberförsterei Freyburg a. U., ist nach Niemegk, Oberförsterei Biederitz, Regbz. Merseburg, verlegt.
- Siegenheuer**, Hegemeister zu Wilhelmshausen, Oberförsterei Wahrenberg, Regbz. Cassel, tritt mit dem 1. November d. Js. in den Ruhestand.
- Schöb**, Förster o. R. zu Cranienbaum, Oberförsterei Rothenhaus, ist als Sekreter nach Annaburg, Oberförsterei Tiergarten, Regbz. Merseburg, verlegt.
- Schulz**, Förster o. R. zu Mohrbrunn, Oberförsterei Lübbese, ist nach Friedrichsdorf, Oberförsterei Driesen, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. September d. Js. ab verlegt.
- Saug**, Förster o. R. zu Birneburg, Oberförsterei Kaisersbach, Regbz. Coblenz, ist zum Förster m. R. auf der neugebauten Försterstelle Birneburg vom 1. Oktober d. Js. ab ernannt.
- Semba**, Forsthausfischer zu Tullsen, Oberförsterei Grondowken, Regbz. Allenstein, ist vom Forsteinrichtungsbureau wieder übernommen.
- Sewiger**, Forsthausfischer zu Regenthin, Oberförsterei Regenthin, ist nach Dammendorf, Oberförsterei Dammendorf, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. September d. Js. ab verlegt.
- Schäfer**, Hegemeister zu Eilen, Oberförsterei Eilen, Regbz. Cassel, tritt mit dem 1. November d. Js. in den Ruhestand.
- Sunge**, Forsthausfischer zu Klein-Hallenwerder, Oberförsterei Vichtenfeld, ist nach Regenthin, Oberförsterei Regenthin, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. September d. Js. ab verlegt.
- Sander**, Förster o. R. zu Friedrichsdorf, Oberförsterei Driesen, ist die 1. Försterstelle Neumühle, Oberförsterei Zielenzig, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. September d. Js. ab übertragen.
- Scharfberg**, Forsthausfischer zu Bremsdorf, Oberförsterei Dammendorf, ist nach Mohrbrunn, Oberförsterei Lübbese, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. September d. Js. ab verlegt.
- Schellat**, Förster zu Koblenz, Oberförsterei Kageburg, Regbz. Allenstein, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.
- Schmalz**, Förster zu Hohenwalde, Oberförsterei Belpin, ist auf die Försterstelle Tandenwasser, Oberförsterei Oliva, Regbz. Danzig, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Spleweck**, Förster zu Friedrichsdorf, Oberförsterei Driesen, ist die Verwaltung der Forstförsterstelle zu Gerode, Oberförsterei Königshausen, Regbz. Erfurt, vom 1. Oktober d. Js. ab übertragen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Eintreue zum Beweise, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizulegen.)

Nr. 109. Anfrage: In einer großen Aufzuchtungsfläche liegen zwei kleine Parzellen, die von den Eigentümern beackert werden und die zu kaufen nur gegen Erlegung des fünffachen Wertes möglich ist. Da ich ringsherum angeforstet habe, so müssen die Besitzer durch die Kulturen fahren, da Wege nicht vorhanden sind. Was soll ich nun tun, um die Besitzer zu einem Verlaufe geizig zu machen, oder welche Rechte besitze ich, die Durchfahrt zu vermeiden? *E. R. in R.*

Antwort: Das Recht auf die Durchfahrt können Sie nicht vereiteln, da die Parzellenbesitzer Anspruch auf einen Notweg haben. Wir raten Ihnen, den Besitzern aus freien Stücken einen geeigneten Zugang einzuräumen und das selbst zu gewähren, wozu Sie im Prozesse gezwungen werden können und was Sie gar nicht zu verhindern vermögen. Die Benutzung des alten bisherigen Interessentenweges steht den Eigentümern frei.

Nr. 110. Anfrage: Im vergangenen Winter hatte ich auf einem zur hiesigen städtischen Jagd gehörenden Felde ein Tellereisen zum Fangen

von Raubzeug gelegt, wozu mir der Pächter der Jagd die Erlaubnis erteilt hatte. Hierbei war ich irrtümlich auf eine andere Parzelle geraten. Der Besitzer dieser hat das Eisen an sich genommen und trotz wiederholter Aufforderung nicht herausgegeben. Er behauptet, beim Aufnehmen mit der Hand in das Eisen geraten zu sein, und will sich deshalb an diesem, das einen Wert von 6 M. hat, schadlos halten. Wie habe ich mich zu verhalten, um in den Besitz meines Eisens zu kommen?

R., Städt. Forstaussseher.

Antwort: Tellerreisen dürfen nur an Orten fängig gestellt werden, welche ganz abseits vom Verkehr liegen und von Menschen nicht betreten zu werden pflegen; sonst könnte auf eine Geldstrafe erkannt werden. Wir raten Ihnen, da die grundlose Zurückhaltung des Eisens ungesetlich ist, auf Herausgabe zu klagen. Den Prozeß gewinnen Sie dann, wenn dem Finder des Eisens durch seine Aufnahme kein Schaden (Verletzung) entstanden ist.

Nr. 111. Anfrage: Ist der zuständige Gendarm verpflichtet, mich auf mein Ersuchen bei der Vornahme von Durchsuchungen zu unterstützen? Darf ich bei Durchsuchungen den mir verweigerten Eingang zu den Gelassen, in denen die zu suchenden Beweismittel vermutet werden, mit Gewalt erzwingen?

H. in N., Rgl. Forstaussseher.

Antwort: Da Sie als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft selbst zur Vornahme von Durchsuchungen befugt sind, so handelt es sich wohl nur um die erbetene Beihilfe des Gendarmen. Wird Ihnen diese ohne Grund verweigert, so brauchen Sie sich bloß bei dem Vorgesetzten des selben zu beschweren. Eine gebotene Hausdurchsuchung dürfen Sie auch gewaltfam erzwingen, und falls man Ihnen hierbei Widerstand leistet, dürfen Sie diesen Widerstand auch brechen. Die Befugnis zum Waffengebrauch auf Grund des Waffengebrauchsgesetzes vom 31. März 37 steht Ihnen jedoch bei Hausdurchsuchungen nicht zu. J. in T.

Nr. 112. Anfrage: Ich will mit einer 75 Jahre alten Frau über die Pachtung von Acker auf zehn Jahre einen Vertrag abschließen. Wird dieser aufgehoben, wenn die Frau innerhalb der Pachtzeit stirbt oder sind deren Erben an den Vertrag bis zu dessen Ablauf gebunden?

A., Königl. Förster.

Antwort: Wenn Sie den auf zehn Jahre berechneten Pachtvertrag in Schriftform eingehen, so gilt er nicht nur für die zurzeit schon hochbetagte Verpächterin, sondern auch für deren Erben. Die Erben sind verpflichtet, den Pachtvertrag ebenso auszuhalten, wie es die Erblasserin bei Lebzeiten tun muß.

Für die Redaktion: J. B.: Bobo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Rgl. Hegemeister Bernstorff, Goldbach bei Börde (Sarg).



Mitteilungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schachmeister an den Vereins-Schachmeister, Königl. Förster Veltje, Försterei Mäunde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Vertrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

- 1847a. Grothe, Revierförster a. D., Alpen, Düsseldorf.
- 1815a. Büttner, Förster, Misdron, Ettlin.
- 1816a. Perbst, Forstaussseher, Battenberg (Hessen-Rassau), Wiesbaden.
- 1819a. Schall, Rechnungsrat, Königsberg i. Pr., Beethovenstr. 36, Königsberg.
- 1820a. Rautheuser, Hilfsjäger, Kesselgrund, Post Altheide, Breslau.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Wirtschaftsverträge.

Öffentliche Quittung über an den Verein gezahlte Umsatzvergütungen.

Außer den in Nr. 17 quittierten Beträgen sind folgende Umsatzvergütungen für 1911 noch eingegangen, worüber hiermit quittiert wird:

- | | |
|--|-----------------|
| 1. Von der Firma Eduard Kettner, Gewerksfabrik zu Köln a. Rhein | 82,88 M. |
| 2. Von der Firma C. Gress & Co., Raubtierfallensabrik zu Jahnau in Schlesien | 72,40 „ |
| 3. Von der Firma F. Grund & Söhne in Glatz | 26,53 „ |
| 4. Von der Firma Dominik Rossen in Cassel | 1,95 „ |
| | <hr/> 183,76 M. |

Die Verträge mit der Firma Emil Altmann, Optische Anstalt zu Dresden und Rathenow, sowie mit der Firma F. Grund & Söhne, Uniformgeschäft in Glatz, bestehen nicht mehr.

Der Schachmeister. Veltje.

Der Vorsitzende des Ausschusses VI.

K a u f m a n n.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.**Anzeigen und Mitteilungen.**

Anzeigen für die nächsttägliche Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Wiesbaden zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Krandsberger Wald (Regbz. Arnberg). Montag, den 2. September, Familienausflug nach Nuttlar. Zusammentreffen 2½ Uhr nachmittags im Gasthof Sauerwald. Um rege Teilnahme mit Frau und Kindern wird gebeten.

Der Vorstand.

Brieg (Regbz. Breslau). Der für den 18. August geplante Ausflug nach Carlsruhe fällt wegen mangelnder Beteiligung aus.

Der Vorstand.

Deutscheide (Regbz. Danzig). Das nächste Schießen findet am Sonntag, dem 25. August d. Js., auf dem Stande der Försterei Krampten statt. Beginn 3 Uhr nachmittags, Gäste sind willkommen. Vorher Besprechung einer dringlichen Vereinsangelegenheit. Hierzu wird möglichst vollständiges Erscheinen erbeten.

Der Vorsitzende: Neumann.

Guttsstadt (Regbz. Königsberg). Das nächste Scheibenschießen findet am Sonntag, dem 25. August, von nachmittags 2 Uhr ab auf dem Stande der Försterei Weiskrenz statt, wozu auch die Mitglieder der Nachbarortsgruppen hiermit freundlichst eingeladen werden. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Der Vorstand.

Magdeburgerforst (Regbz. Magdeburg). Sonnabend, den 24. August, 2 Uhr 30 Minuten nachmittags. Versammlung in Hohenlobbsche. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Nach der Versammlung Schießen — Bitter und Korn — und gemütliches Beisammensein mit den Damen. Musik, wie immer, wird bestellt. Gäste, die selbst einzuladen sind, willkommen. Um zahlreiches Erscheinen, auch der der Ortsgruppe nicht angehörenden Kollegen, wird gebeten.

Der Vorstand.

Nienburg, Weser (Regbz. Hannover). Sonnabend, den 24. August, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung auf dem „Doler-Berg“. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand. J. M.: Wittig.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Bezugs-her Herrn Forstf., Woldbach bei Rothe, darg. vorliegen. Was für die nächsten 2 Nummern bestimmt ist, muss Sonntag früh in der Geschäftsstelle vorliegen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Eimern-Hunsrück (Regbz. Coblenz). Am Sonnabend, den 27. Juli d. Js., fand die am 3. März d. Js. beschlossene Erklärung unter der dankenswerten Führung des Herrn Königl. Oberförsters Schmitz im Schutzbezirk Wüchsdorf der Königl.

Oberförsterei Kirchberg (Hunsrück) statt. An derselben beteiligten sich 20 Kollegen. Vor Beginn der Wanderung hielt Herr Oberförster Schmitz einen sehr eingehenden Vortrag über den „Wagnerischen Blendersaumschlag und sein System“, welche Verjüngungsart jetzt in den Nadelholzbeständen (auch bei Buche) zur Anwendung kommen soll. Sodann ging die Wanderung durch den fast nur aus Nadelholz bestehenden Schutzbezirk, wo uns die bereits ausgezeichneten 30 m breiten, in der Regel von Norden her geführten Saumschläge mit den angrenzenden, ebenso breiten, in Vorbereitung gestellten Streifen in Fichten-, Kiefern- und Lärchennadelholzbeständen gezeigt wurden. In einem Distrikt wird der Blendersaumschlag von drei Stellen, auch vom Nordwestrande her, geführt. Um Nadelholzbestände von Laub- und Nadelholz zu erziehen, sollen in den Schlägen in Anbetracht der diesjährigen Buchenmast Buchen eingestuft werden. Stellenweise ist Kiefern- und Fichtenanflug reichlich vorhanden, besonders auf Windfall, Lössern und an Wegerändern. Als Unterbrechungstreifen in dem Nadelholzrevier wird ein 40 m breiter Lössch mit Buchenstreifenfaat ausgearbeitet werden. Überhaupt ist überall, wo der Boden sich einigermaßen für Buche oder Eiche eignet, an Unterbrechung mit Laubholz gedacht worden. Ein im Jahre 1886 mit Eiche und Buche unterbauter älterer Kiefernbestand wird Laubholzbestand werden und von den Kiefern einzelne schöne Exemplare übergehalten. Im Kamp sind einjährige Keteichen, welche zu Verschönerungszwecken als starke Lössen ausgepflanzt werden sollen, in 50 cm □ vershult. Schwarzkiefer, Fichte und Douglasföhne sind ebenfalls im Kamp. Herr Oberförster Schmitz sprach sich sehr für einen weiten Verschulungsverband aus, z. B. bei Fichte, Tanne und Kiefer 15–20 cm Quadratverband. Um die Mittagszeit lud derselbe die Teilnehmer in liebenswürdigster Weise zum Frühstück und einem Glase Bier ein, welches nach der mehrstündigen Wanderung mit Dank angenommen wurde. Auch an dieser Stelle nochmals Weidmannsdank für die Gastfreundschaft! Nach dem Frühstück wurden noch die übrigen ausgezeichneten Saumschläge besichtigt. Auch sehen wir ca. 20jährige wohlgelungene Fichtenstreifenhaaten, welche unter dem Schirm von Kiefern ausgeführt waren, daher auch sehr viel Kiefernanflug vorhanden ist, so daß sich nach Ausbleib der ippigen Kiefern ein sehr schöner Fichten- und Kiefernhaatsbestand erziehen läßt. Nach beendeter Exkursion dankte unser Herr Vorsitzender namens der Ortsgruppe dem Herrn Oberförster für die geistige und seibliche Stärkung, die er uns zuteil werden ließ und ermahnte, das Gesehene und Gehörte mitbringend für den deutschen Wald in Anwendung zu bringen. Unser aller tiefempfundener Dank wurde mit einem kräftigen „Horrido“ auf Herrn Oberförster Schmitz betätigt. Wegen 7 Uhr abends fand gemeinschaftliches Abendessen im Hotel Mädingen in Kirchberg statt, bei welchem uns Herr Oberförster Schmitz

nebst Frau Gemahlin durch ihre Teilnahme beehrten. Denselben sei für die uns erwiesene Ehre auch an dieser Stelle der sehr ergebenste Dank der anwesend gewesen Ortsgruppenmitglieder ausgesprochen! Die Feste hielt Herr Oberförster Schmitz und sang dieselbe in einem Hoch auf die deutschen Försterfrauen aus. Bei Konzert, Tanz und Gesang verweilten

die Grünen mit einer stattlichen Anzahl ihrer Frauen bzw. Töchter noch einige Stunden recht vergnügt zusammen und verabschiedeten sich in dem Bewußtsein, recht schöne Stunden in Kollegentreifen verlebt zu haben. Auch Küche und Keller des Herrn Rüdinger müssen lobend erwähnt werden.

Der Vorstand. J. A.: Ruß, Schriftführer.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Bauer, Adolf, vereidigter Privatförster, Mithlowshof bei Rathenow.

Pittesbrandt, Wilh., Privatförster, Forsthaus Ebbe bei Altenborn, Weßf.

Rindler, Paul, Herzogl. Hülsjäger, Forstl. Lustgarten bei Renzby, Post Groß-Bargen.

Kollatschny, Albert, Gräfl. Revierförster, Eichberg bei Bunsau.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende

bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzulösen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halsensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird in seinem eigenen Interesse gebeten, dem Verein beizutreten, ebenso auch jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes.

Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren für **ordentliche Mitglieder aus dem Stande der Privatforstbeamten** bei steuerpflichtigem Einkommen bis zu 2000 Mk. mindestens 4 Mk., bei steuerpflichtigem Einkommen über 2000 Mk. mindestens 8 Mk., Aufnahmegebühr in beiden Fällen 3 Mk.; für **ordentliche Mitglieder aus dem Kreise der Waldbesitzer** mindestens 10 Mk., Aufnahmegebühr 10 Mk.; einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 200 Mk.; für die **außerordentlichen Mitglieder** mindestens 8 Mk., Aufnahmegebühr 10 Mk., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 75 Mk. Satzungen des Vereins durch dessen Geschäftsstelle in Neubamm umsonst und portofrei. Das Vereinsorgan, die Deutsche Forst-Zeitung, wird an Vereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf. für ein Jahr geliefert; Bestellungen an die Geschäftsstelle des Blattes.

Bericht über die

XVI. Versammlung der Bezirksgruppe VI, Oppeln,
in Groß-Strehlitz, O.-S., am 14. Juli 1912.

Von schönstem Wetter begünstigt, fanden sich vormittags 9 Uhr in Groß-Strehlitz auf dem Bahnhof eine große Anzahl Mitglieder und Gäste ein, woselbst sie von dem Gräflichen Wildmeister Herrn Sabarth empfangen und begrüßt wurden.

Zunächst wurde eine Wanderung durch den Gräflichen Schloßpark bis an den Fischlurm angetreten. Der wunderbar gehaltene Park mit seinen gut gepflegten Wegen und schattigen Bäumen bietet dem Wanderer auch öfters schöne, freie Ausblicke und erregte allgemeine Bewunderung. Auf dem Jagdterrain außerhalb des Parkes sahen wir zahlreiche, etwa 300 bis 400 m von einander entfernte Feldremisen. Herr Wildmeister Sabarth erläuterte in sehr instruktiver Art die Anordnung und den Verlauf der Triebe bei einer Fasanenjagd.

Sodann wurde die Fasanenaufzucht besichtigt. Hier standen reihenweise zahlreiche Aufzuchtkästen, in welchen je eine Truthenne mit ihren jungen Fasänen Platz gefunden hatten. Auf den bei der Fütterung immer vom Fasänenjäger angewendeten Pijiff kamen aus dem aufstehenden Ge-

menge Hunderte von kleinen Fasänen, welche alsbald geschäftig das hingestreute Futter aufnehmen. Auch über die Art der Fütterung gab Herr Wildmeister Sabarth schätzenswerte Aufklärung. Hierauf vereinigten sich die Teilnehmer zu einem von der Herrschaft dargebotenen, reich ausgestatteten Frühstück am Fischlurm. Herr Wildmeister Sabarth hieß im Namen des Herrn Grafen Brühl-Renard die Versammelten herzlich willkommen. Der Vorsitzende, Herr Oberförster Trost, dankte namens der Bezirksgruppe und regte die Abendung eines Telegramms an den Herrn Besitzer an. Es gelangte sofort zur Abendung. Herrn Wildmeister Sabarth wurde der Dank der Versammlung für sein freundliches Entgegenkommen und sein umsichtiges Wirken, wodurch er zu dem Gelingen der Exkursion beigetragen habe, durch ein Hoch auf ihn und seine Familie abgestattet.

Hierauf wurde der Wagen bestiegen, und in flotter Fahrt wechselten landschaftlich schöne Bilder. Dann wurde Halt gemacht und ein Gedenkstein besichtigt, wo Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. am 2. Dezember 1902 sein 50000. Stück Wild, einen weißen Fasanenhahn, erlegte. Nun ging die Fahrt in eine immer reizvoller sich gestaltende

Gegend, nämlich nach „Scharnosin“, auch „Ober-schleifische Schweiz“ genannt. Letzterer Beinamen ist vollkommen gerechtfertigt.

Auf lehmigem Untergrund stoden herrliche Buchenwaldungen, untermischt mit starken, breitrönigen alten Kiefern von beträchtlicher Höhe, und boten dem entzückten Auge Waldbilder von unvergesslicher Schönheit. Trotz der Schatten spendenden Bäume hatte doch das Bergsteigen, nachdem die Wagen verlassen worden waren, alle ziemlich warm gemacht, und es wurde sehr angenehm empfunden, daß die Forsterei, welche wir nun erreichten, auch als Restaurant unterkunft bot. Hier wurde das Mittagbrot eingenommen, bei welchem der Vorsitzende ein Hoch auf den Herrn Grafen ausbrachte.

Nachdem noch verschiedene Toaste auf den Vorsitzenden, die Damen usw. ausgebracht worden waren und man einige Stunden vergnügt beisammengesessen hatte, wurde im Freien unter schattigen Bäumen die Bezirksgruppenversammlung abgehalten.

Sie wurde eröffnet mit einem kräftigen Horrido auf unsern allergnädigsten und höchsten Jagdherrn, Se. Majestät unseren Kaiser. Es folgte eine Besprechung der eingegangenen Schriftstücke vom Vereinsvorstand.

Zu Ag.-B.-Nr. 573, 12 betreffs der Bildung von Ortsgruppen wird von der Bezirksgruppe VI der Standpunkt vertreten, daß diese nur zersplitternd wirken und ein Bedürfnis für Oberschleisien deshalb nicht vorliegt, weil alljährlich, nach den Gegenden wechselnd, Wanderversammlungen abgehalten werden.

Ag.-B.-Nr. 942, 12, wonach Vereinsmitglieder mit einem Einkommen über 2000 M. 8 M. Jahresbeitrag zu zahlen haben, wurde zur Kenntnis gebracht.

Beßlossen wurde, den schon in Nr. 5 der „Deutschen Forst-Zeitung“ veröffentlichten Antrag der Bezirksgruppe VI:

„Der Vereinsvorstand wird gebeten, dahin zu wirken, daß die Titel der Privatforstbeamten abhängig gemacht werden von dem Nachweis der Befähigung zu der betreffenden Stellung“, anschließend an die Anträge anderer Bezirksgruppen bei der Mitgliederversammlung zu Eisenach zur Geltung zu bringen.

Unter Hinweis darauf, daß jeder sich einen ruhigen Lebensabend sichert durch das Eingehen einer Lebensversicherung bei der „Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte“, empfahl der Vorsitzende deren rege Benutzung.

Nach Erledigung dieser Geschäfte sprach der Bezirksinspektor Herr Müller aus Beuthen, welcher Vertreter der „Fürch“ für allgemeine Unfall- und Haftpflichtversicherung ist, eingehend über die wichtigsten Punkte und bat um rege Beteiligung. (Es wurden daraufhin 12 Versicherungsanträge abgeschlossen.)

Der Vorsitzende dankte dem genannten Herrn für seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag und schloß die Sitzung. Die Anwesenden blieben noch gemütlich bei einem frischen Trunk bis nach 6 Uhr beieinander, worauf dann die etwa 1 1/2 stündige Rückfahrt nach Groß-Strehlitz mit dem Wagen erfolgte. Nach kurzem Beisammensein im Bahnhofrestaurant entführten die Züge die Teilnehmer in verschiedenen Richtungen. Mit dem Wunsche auf ein fröhliches Wiedersehen bei der nächsten Winter-Versammlung in Oppeln trennte man sich in dem Bewußtsein, einen schönen, lehr- und genussreichen Tag verlebt zu haben.

K a l t e d e bei Lamsdorf, den 16. Juli 1912.
S a c h o n, Förster.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3884. Otto Graf von der Schulenburg, freier Standesherr auf Lieberose, Schloß Lieberose. (B.-Gr. IX.)
3885. Rudolph, Fritz, Hilfsförster, Plagwitz bei Rüdow i. Sa. (B.-Gr. XII.)
3886. Beckmann, Heinrich, Förster (Först. v. b. Forst), Erwig bei Rehmen, Kr. Dörpten i. W. (B.-Gr. XI.)
3887. Madbrach, Bruno, Forstlandwirt, Eisenach, Hainweg 13. (B.-Gr. XIII.)
3888. Spranger, Hugo, Oberförster, Hof. Sächs. Forstassessor a. D. (Graf v. d. Schulenburg-Wolfsbu. g), Lützenburg, Kre. Gardelogen. (B.-Gr. XVI.)
3889. Weismüller, Wilh., Gemeinde-Forstverwalter (Gemeinde Meura), Meura (Schwarzb.-Mudolziab). (B.-Gr. XIII.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Wilde, Hermann, Förster, Birkowitz, Galdendorf.
Gennings, Max, Hilfsjäger, Birkow (Udermarf).
Neumann, Fritz, Gärtner und Förster, Berlin, Schweinmünderstr. 82.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan fanden ferner ein:
Nr. 210 8 M., Nr. 550, 2088, 3021 je 4 M., Nr. 3151 5 M., Nr. 31-0, 3462, 3595, 3661 je 4 M., Nr. 3856 7 M., Nr. 3867 11 M., Nr. 3879 1 M., Nr. 3883 11 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befragung gelangende Forstbienststellen in Preußen. 661. — Zur Frage der preussischen Holztarren. Von Franz. 661. — Eichenkulturen. Von Vahn. 663. — Einfluss einer Bedeckung auf den Wasserhaushalt von Kiefernaböden. 665. — Ein Fichten-Wald im Harz. 669. — Die Wälder des Amurgebietes. 667. — Bericht über die Versammlung des Pommerischen Forstvereins in Greifswald am 17. und 18. Juni 1912. 673. — Gelege, Verordnungen, Befassungen des Reichsrates Karl Louis Ferdinand Otto von Beuthen. 672. — Vom böhmischem Forstverein. 672. — Wehmen holländischen Forstbesitz in der Nähe von Luedlburg. 672. — Aus der Gortiger Stadtforstverwaltung. 672. — Verkauf von Kiefernholz. 674. — Brief- und Fragebogen. 674. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 675. — Nachrichten des „Waldheil“. 677. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 677. — Zusätze.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfälliger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balancen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Grandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waltheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Weiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thymerer Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inghals.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf. bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mf. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetz vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 34.

Neudamm, den 25. August 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Taudenberg im Regierungsbezirk Köslin, ist voraussichtlich zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 25. September eingehen.

Försterei Guderleben in der Oberförsterei Königsthal, Regierungsbezirk Erfurt, ist zum 1. Oktober 1912 anderweitig zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. September eingehen.

Försterei Jagdkrug in der Oberförsterei Jaegerhof, Regierungsbezirk Straßburg, ist voraussichtlich zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. September eingehen.

Försterei Neudorf in der Oberförsterei Christianstadt, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Meldungen binnen 8 Tagen.

Die Neuregelung des Försterdienstlandes und der Dienst- aufwandsentschädigungen.

Von Königl. Förster Jock, Rosenberg.

Die geplante Neuregelung unserer Nebeneinnahmen — auf Grund einer unlängst ergangenen, leider bislang amtlich nicht veröffentlichten Regierungsverfügung — hat wider Erwarten im Försterstande vielfach große Erregung hervorgerufen.

Die bekannte Petition an das Abgeordnetenhaus bittet in der Hauptsache im Interesse unserer Pensionäre, Witwen und Waisen um Veseitigung der Besoldungshärte von 1909;

eine Regelung der Nebeneinnahmen ist dort nicht erbeten, aber der Försterstand hatte ja oft genug gewünscht, daß der ungeheure Unterschied der einzelnen Försterstellen durch Dienstaufwandsentschädigungen und Stelzenzulagen beseitigt werden möge.

Da nun eine Erhöhung des pensionsfähigen Einkommens mit dieser Neuordnung nicht in Aussicht gestellt ist, scheint für Uneingeweihte die von der Verwaltung geplante Regelung von

dem Grundsatz auszugehen, daß sie selbst hierbei keine Kosten tragen will, sondern daß diese von den sogenannten guten Försterstellen, also gewissermaßen vom Försterstande selbst getragen werden sollen. Das haben wir nicht erbeten und mußte die Absicht der Regierung daher naturgemäß erneute Beunruhigung hervorrufen, besonders da noch einzelne höhere Lokalbeamte, wohl nur scherzhaft, zu Stelleninhabern mit vielem Dienstlande geäußert haben sollen, daß die Abnahme bzw. Verkürzung des Dienstlandes die gerechte Strafe für die bisherigen dienstbezüglichen Bestrebungen des Försterstandes seien.

Abgesehen davon, daß die Abnahme des Dienstlandes niemals von der Vertretung des Försterstandes erbeten ist, sondern stets das Gegenteil zum Ausdruck gebracht wurde, ist es für den objektiven Beurteiler natürlich ganz ausgeschlossen, an derartige Maßnahmen unter dem geschilderten Gesichtspunkte unserer Verwaltung zu glauben; leider gibt es aber dennoch auch in unseren Kreisen Leute genug, die solchen Bemerkungen Bedeutung beilegen.

Ist nun jetzt überhaupt ein Grund zur Beunruhigung des Försterstandes vorhanden? Meiner Überzeugung nach nicht. — Wenn unsere Verwaltung hinsichtlich der organischen Regelung unserer Nebenbezüge einen anderen Weg geht, als einen, der ursprünglich von uns erwartet wurde, so läßt doch die so überaus wohlwollende und den försterlichen Verhältnissen sehr sorgsam Rechnung tragende neue Verfügung keinen Zweifel darüber, daß die Verwaltung bei uns genau den gleichen Weg verfolgt, den sie bei der Regulierung der Oberförster-Dienstländereien bereits gegangen ist. Mehr können wir unmöglich erwarten.

Die gegenwärtigen Stelleninhaber werden durch die Neuregelung überhaupt nicht berührt und unsere Anwärter haben für die Zukunft erst recht keinen Grund zur Beunruhigung, denn der Gleichstellung im pensionsfähigen Einkommen der Förster mit den Beamten des Innendienstes muß, ebenso wie es bei unseren Niederverwaltern geschehen, eine Regulierung der Nebeneinnahmen notwendigerweise vorangehen.

Unsere Anwärter, und wir mit ihnen, können nach der Regulierung mit Sicherheit erwarten, daß der alte Wunsch des Försterstandes, endlich im pensionsfähigen Einkommen den gleichartigen Beamten des Innendienstes gleichgestellt zu werden, nun voraussichtlich bald in Erfüllung gehen wird.

Unsere Anwärter können ferner annehmen, daß ihnen und ihren Frauen bei kleinerer Landwirtschaft, höherer Dienstaufwandsentschädigung und höherem pensionsfähigen Einkommen in

Zukunft ein leichteres Los zuteil werden wird, als der jetzigen Generation, sowie daß bei ausgeglichenen Stellen sie nicht mehr in die Lage kommen können, als jüngste Förster, neben dem geringen Vorgehalt obenein noch die landwirtschaftlich schlechtesten Stellen bekleiden zu müssen. Auch der Stellenjägerei wird ein Riegel vorgeschoben; der Förster wird bodenständiger werden, was nur ihm und dem Dienste förderlich sein kann.

Wir haben mithin keinen Grund zur Beunruhigung, sondern können unserer Verwaltung nur von Herzen danken, daß der erste Schritt zur Erfüllung unserer Hoffnungen getan ist; wir wollen deshalb vertrauensvoll in die Zukunft sehen und uns durch einzelne Schwarzseher dieses Vertrauen nicht verderben lassen.

Ich möchte aber die Gelegenheit benutzen, einen Vorschlag zu machen, der vielleicht wert ist, auch von unserer Verwaltung in Betracht gezogen zu werden.

Die Erfahrung lehrt, daß Försterstellen mit einer Landwirtschaft geringen Umfanges, aber ausreichenden Bareinnahmen (Wiesenverpachtung usw.) auch dort, wo sonst Stellen mit vielem und gutem Dienstlande vorhanden, die begehrtesten sind, denn dort macht sich der Mangel an Betriebskapital, die Arbeiter- und Gesindenot usw. nicht so drückend fühlbar, wie im größeren Landwirtschaftsbetriebe. — Unsere Frauen sind auch auf solchen Stellen nicht ausschließlich Träger der Arbeitslast und wir selbst können uns mehr unserem Dienste widmen. Eine Regelung der Försterstellen nach derartiger Richtung wäre wohl die wünschenswerteste, läßt sich aber bei nur 600 Mark als höchste Dienstaufwandsentschädigung zumeist nicht durchführen, denn selbst bei solcher Summe ist immer noch die Beibehaltung größerer Dienstländereien erforderlich, um die im dienstlichen Interesse durch isolierte Lage bedingten Mehrkosten, besonders des Lebensunterhaltes und der Kindererziehung, zu decken.

In östlichen Regierungsbezirken ist einwandsfrei festgestellt, daß die im dienstlichen Interesse seitens des Försters aufzubringenden Mehrausgaben, die ihm im Vergleiche zu anderen Beamten erwachsen, 1000 M im Durchschnitt betragen.

Dieser Betrag aber wäre sehr leicht, wenigstens auf Stellen mit besseren Dienstländereien aufzubringen; es erwachsen dem Staate keine Unkosten, wenn im Einverständnis mit dem Stelleninhaber unter in Aussichtstellung einer über 600 M hinausgehenden Dienstaufwandsentschädigung das Dienstland noch mehr beschränkt wird, als wie es die jetzige Regulierungsverfügung herbeiführen will.

Gibt beispielsweise eine Stelle mit 19 ha guten Ackerlandes, die bei niedrigem Dienstaufwand das ganze Land behalten müßte, 13 ha ab und bringen diese dem Staate 1300 Mk. Pacht, so sollte doch dem nichts im Wege stehen, daß der Stelleninhaber 1000 Mk. Dienstaufwandsentschädigung neben dem Rest von 6 ha Dienstland (Wiesen) erhalten könnte; außerdem könnten dann immer noch 300 Mk. zur Regulierung anderer, schlechter Stellen verwendet werden.

Die Bewirtschaftung isolierter Stellen mit größerem Dienstlandareal wird infolge Arbeitermangels immer schwieriger, ja bei vielen derartigen Stellen kann man mit einiger Sicherheit den Zeitpunkt voraussehen, an welchem sie ganz von selbst aufhören muß, denn es werden in solchen Verhältnissen in nicht allzu langer Zeit für kein Geld Arbeiter oder Gesinde auf einsam gelegenen Stellen mehr zu bekommen sein. Sollte in meinem Vorschlage nicht eine Lösung dieser Katastrophe liegen?

Die Spaltlochhandpflanzung der Kiefer.

Die in neuerer Zeit eingeführte Pflanzmethode der Kiefer hat das nicht zu verkennende Bestreben, die alte Pflanzweise, die Klemmpflanzung, zu beseitigen und eine mehr dem natürlichen Wurzelsystem der Kiefer angepasste Pflanzweise zur Einführung zu bringen. Die Versuche mit der Jangenhohrepflanzung sind ihrem Abschlusse nach: einend noch nicht nahe, und die Praxis ist meines Erachtens von ihr nur teilweise befriedigt worden. Nach meinen Erfahrungen kommen nicht zu vermeidende zopfartige Wurzelverfälschungen mehr oder weniger zahlreich vor, die das Wachstum beeinträchtigen und nicht selten den Tod der Pflanze herbeiführen. Mangelnde Schulung der Pflanzenden oder des Aufsichtsbeamten sind nicht die Veranlassung gebende Ursache, sondern die Methode ist es selbst. — Man denke sich das 10-cm-Pflanzloch zu dreiviertel mit Erde gefüllt, in dessen Mitte die zart bewurzelte Pflanze, schon mit den Wurzeln nach unten, eingehüllt ist, plötzlich auf $1\frac{1}{2}$ cm durch den Andrücker verengt — muß da nicht bei dem Niederdrücken des Andrückers notwendigerweise eine rübenartige Wurzellage eine logische Folge sein, die nun durch das etwas freilebende (für die Öffnung des Andrückers notwendig) Andrücken, sehr leicht auch durch Erdverschiebungen, eine Zopfform erlangen kann. Wie schon angedeutet, sind die feinen Fasernwurzeln der einjährigen Kiefern-pflanze, in dem Pflanzhalter hängend, nicht genügend widerstandsfähig, um einem senkrecht von allen Seiten auf sie herniedergehenden, teilweise auch bindenden Erdgemenge zu begegnen, um dadurch ihre von der Natur angewiesene Wurzellage beibehalten zu können. Leider ist das für die sonst bestehende Pflanzmethode ein großer Nachteil. Ich komme damit auf die Spaltlochhandpflanzung zurück; eine wohl alte, aber weniger angewandte Methode, weil sie den Nachteil hat, etwas teurer als die einfache Klemmpflanzung zu sein und auch wohl manchem Grünrod nicht bekannt ist.

Diese alte Pflanzweise ist nach meinen Erfahrungen bei richtiger Ausführung des Pflanzgeschäftes eine Methode, die nicht nur den vollen Erfolg für sich hat, sondern auch gestattet, ohne Mehrkosten

stärkeres Pflanzmaterial, zweijährige unverschulte Kiefern, mit der vollen Sicherheit des An- und Weiterwachsens verwenden zu können.

Durch die fast natürliche Einbettung der Wurzeln ist die größte Sicherheit für das schnelle Anwachsen gegeben, und mit großer Befriedigung sieht in der Folge das Auge des ausführenden Beamten seiner Hände Wert gedeihen. Wenn so das Auge des Beamten im Laufe der Vegetationsperiode seine Freude genießen soll, dann muß es für die richtige Ausführung der Pflanzung auch die größte Anstrengung machen, d. h. es muß bei dem Pflanzgeschäft gewissermaßen allgegenwärtig sein, also auch rückwärts über die Schulter sehen können. — Ist dies der Fall und bildet eine gerechte Strenge die Grundlage für den Beamten — und die Arbeiter bei der Ausführung der Kulturen, dann kann und darf der Erfolg bei einer solchen Pflanzmethode nicht fehlen.

Die Ausführung der Pflanzweise ist folgende: In die zweckmäßig im Herbst hergestellten Rigolpläne wird mit dem Keilspaten, dessen mit Eisenblech beschlagenes, 16 cm breites, 32 cm langes und im oberen Teil 5 cm starkes Blatt besonders geeignet ist, ein Spalt in die Mitte der Pflanzstelle gestoßen, der durch seitliches und hebelartiges Bewegen genügend bis auf 10 cm obere und 25 cm seitliche Weite erweitert wird. Ich bemerke gleich, daß durch die hebelartigen Bewegungen des Keilspatens keineswegs feste Lochwände entstehen, sondern diese sind durch die entstehende Unterminierung in sich locker, fallen leicht ein, und ihre Stellung — anfangs fast senkrecht — ist konisch geworden. Dadurch aber wird ausgeschlossen, daß die Wurzeln fest an die Wände, wie bei der Klemmpflanzung, zu liegen kommen.

Die beiden Pflanzlinge werden nun an die der Pflanzlerin zugekehrten Lochwand, bei gespreizter Hand, mit Daumen und kleinem Finger der linken Hand in dem benadelten Teil festgehalten und gegen die obere Lochwand gedrückt. Die Wurzeln befinden sich jetzt in der Mitte des konisch zugehenden Pflanzloches, und es wird jetzt die Erde so eingefüllt, gekrümelt, daß der unterminierte Teil des Loches geschlossen und die längsten Wurzeln durch etwas Erde gehalten werden. In diesem Augenblick läßt die linke Hand beide

Pflanzen los, da sie nicht mehr in das Loch fallen können, und hält nun zunächst eine Pflanze so, daß ringsum Erde gekrümelt werden kann, bis ein großer Teil der Wurzeln bedeckt ist; ein gleiches wiederholt sich bei der zweiten Pflanze. Den nun stehenden Pflanzen wird mit zwei Händen von allen Seiten Erde gegeben, bis das Pflanzloch gefüllt ist. Um noch etwaige Hohlräume zu schließen, wird jetzt das Pflanzholz genau in der Mitte der beiden Pflanzen, aber mindestens 10 cm seitwärts, eingestoßen und nur einmal nach jeder Seite in Richtung auf die Pflanze bewegt. Ein kreuzweises Andrücken mit den Handballen bei jeder Pflanze und ein nur leichtes Antreten der Pflanzstelle vervollständigt die Manipulation des Pflanzgeschäfts, das, richtig geübt, schnell vonstatten geht.

Die Anschaffungskosten eines Reilspatens betragen etwa 5 M. Zwei flinke Arbeiterinnen stoßen mit zwei Reilspaten unter Zuhilfenahme des Fußes für 10 bis 14 Arbeiterinnen Spaltlöcher.

Es ist möglich, auf vom Bodenüberzug be-

freiten loderen Sandboden ohne weitere Bodenbearbeitung mit Erfolg Spaltlochhandpflanzung herzustellen, doch müssen vor Herstellung des Spaltloches ein mehrmaliges Einstoßen und einige drehende Bewegungen des Reilspatens ausgeführt werden, um die Erde für das Pflanzgeschäft genügend zu lodern.

Auch die anfangs ungünstige diesjährige Frühjahrswitterung — wir hatten hier bei vielfach heißen Tagen und Trockenheit während der Kulturzeit und bis zum 19. Mai fast jede Nacht Frost, wodurch anscheinend eine Begünstigung der Schüttelbildung herbeigeführt wurde — vermochte nicht das Wachstum der durch Spaltlochhandpflanzung gepflanzten Kiefern erheblich zu hindern, da die Terminalknospen bis 10 cm lange Höhentriebe bereits entwickelt hatten. — In der Hoffnung, der Spaltlochhandpflanzung durch diese Reizen ein regeres Interesse gesichert zu haben, schreibe ich mit der kollegialen Bitte, dieser Pflanzmethode, soweit nicht schon geschehen, eine ausgebreitere Anwendung zuteil werden lassen zu wollen.

Jh. Schwarzburg, im Juni 1912.

Stred.

Mitteilungen.

— **Höhere Forstbeamte für die Kolonien.** Wie wir erfahren, sind die Aussichten für höhere Forstbeamte auf Übernahme in den Kolonialdienst zurzeit nicht ungünstig. Bewerber müssen die zweite Staatsprüfung mit gutem Erfolge bestanden und womöglich einige Jahre praktisch im Forsteinrichtungsdienst gearbeitet haben. Kenntnis der englischen Sprache ist erwünscht. Verheiratete Beamte können zurzeit wegen der Wohnungsverhältnisse nicht berücksichtigt werden. Die Remuneration beträgt anfänglich 8300 M. und steigt in 6½ Jahren bis auf 11 900 M. Für Ausrüstung und Ausreise wird ausreichend bemessene Vergütung gewährt. Die Dauer einer Dienstperiode beträgt für Kamerun und Togo 1½ Jahre, für Deutsch-Ostafrika 2, für Deutsch-Südwestafrika und die Südpazifikgebiete 3 Jahre. Nach Ablauf einer Dienstperiode wird ein Urlaub von 4 Monaten (außer der Reise) mit vollen Auslandsbezügen gewährt. Bewerbungen sind unter Beifügung eines Lebenslaufes an das Reichskolonialamt in Berlin W 8, Wilhelmstr. 62, zu richten, das auf Wunsch weitere Auskünfte erteilt.

— **Neue Kolonialdenkmünze.** Der Kaiser hat für Teilnehmer an solchen militärischen Unternehmungen in den Schutzgebieten, für die keine besonderen Denkmünzen ausgegeben sind, eine Kolonialdenkmünze gestiftet, die noch nachträglich gewährt wird. Die Stiftungsurkunde, sowie das Verzeichnis der in Frage kommenden militärischen Unternehmungen bringen wir auf Seite 683. Die nicht mehr in militärischer Kontrolle stehenden Teilnehmer können ihre Ansprüche auf die Kolonialdenkmünze bei dem ihrem jetzigen Wohnort zunächst gelegenen Bezirkskommando oder Wesbeamten unter Vorlage des Militärpasses oder sonstiger Unterlagen sofort schriftlich oder mündlich geltend machen.

— **Etwas von der Weymouthskiefer.** In der oberelsässischen Oberförsterei Münster stadt auf frischem, lehmigem Sande, hervorgegangen aus Granit, und zwar in einer Mulde, ein nahezu reiner 70 jähriger Weymouthskieferbestand. Der Standort kann als II. Bonität für Tanne angesprochen werden. Der Flächeninhalt beträgt 65 a. Der Bestand hatte bis zu seiner im Dezember v. Jz. durch Windfall erfolgten Durchlichtung einen Vollbestand von 0,80, welcher Faktor nunmehr als auf 0,60 gesunken anzusehen ist. Die Derbholzmasse betrug vor dem Windfalle auf das Hektar bezogen genau 400 fm mit Rinde, woraus sich der ziemlich hohe Durchschnittszuwachs von 5,71 fm Derbholz pro Hektar berechnet. Leider aber war die Hälfte der Windfälle auf 1 bis 2 m stockfaul. Bei der Aufarbeitung der Windfälle: 65 Weymouthskiefern nebst 1 Fichte ergaben sich gleichwohl: a) an Nupholz in Stämmen und Abschnitten ohne Rinde gemessen 40,77 fm; b) Schicht-Nupholz in Rollen und Prügeln 18,20 fm; c) Brennholz: 9 rm Anbruchigkeit und 2 rm Prügel 7,70 fm. Nupholzprozent sonach bei Berechnung von 4,08 fm unverwertbarer Rinde nahezu 90 %. Das waldbauliche Verhalten der Weymouthskiefer erinnert hinsichtlich der schon reichlich vorhandenen Vorwuchsgruppen an die Weißtanne. Verwertet wurden die Stämme II. bis VI. Klasse und Abschnitte II. und III. Klasse durchschnittlich zu 15,80 M. pro Festmeter, ohne Rinde gemessen; klassenweise Trennung war bei der Enge des Lagerplatzes leider nicht zu ermöglichen. Preis pro Festmeter Schichtnupholz 9,15 M. Preis pro Festmeter Brennholz nur 4,40 M. Durchschnittspreis pro Festmeter Gesamtholzmasse 12,70 M. Wenn auch diese Holzpreise nicht ungünstig genannt werden können, so gibt doch die bereits mit 70 Jahren eintretende Stockfäule Anlaß zu Bedenken gegen

den Anbau der Weymouthskiefer in großen und in reinen Beständen. Es kommt hinzu, daß im Oberelsaß diese Holzart im Laufe der vorjährigen Dürreperiode neben der Fichte am meisten gelitten und namentlich in der Oberförsterei Pfirt in Aufforstungskulturen geradezu verlagert hat; sie ist von oben her nach unten zu zusehends ver-

dorrt. Der Anbau dieser Holzart, die sich in Deutschland schon viele Freunde erworben hat, wird wohl infolge dieser Erfahrungen eine Einschränkung erleiden müssen, und zwar auf gruppenweisen Anbau in mittelgroßen Lücken auf frischen Böden, da ja die Weymouthskiefer auf besseren Standorten etwas Ober- und Seitenschatten verträgt. R.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Stiftung einer Kolonialdenkmünze.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. haben beschlossen, eine Kolonialdenkmünze für Teilnehmer an militärischen Unternehmungen in den Schutzgebieten zu stiften. Wir behalten uns vor, diese Denkmünze auch für die Teilnahme an militärischen Unternehmungen zu verleihen, welche im Auslande außerhalb der Schutzgebiete zum Schutze deutscher Reichsangehöriger oder deutscher Interessen notwendig werden.

Für welche Unternehmungen zukünftig die Denkmünze verliehen werden soll und welche Spangen dazu getragen werden dürfen, bleibt Unserer jedesmaligen besonderen Entschliebung vorbehalten.

Nachträglich sollen die Denkmünze die deutschen Teilnehmer an den militärischen Unternehmungen erhalten, die seit der im Dezember 1884 in und bei Kamerun durch Meine Kreuzer „Bismarck“ und „Olga“ ausgeführten Aktion, diese einbegriffen, stattgefunden haben, soweit diese Unternehmungen in den Ausführungsbestimmungen aufgeführt sind. Für die Teilnahme an den kriegerischen Ereignissen in Ostasien in den Jahren 1900/01 und für die Teilnahme an der Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika in den Jahren 1904/08, für die Wir bereits besondere Denkmünzen gestiftet haben, wird die Denkmünze nicht verliehen.

Wir bestimmen folgendes:

1. Verleihung der Denkmünze.

a) Die Denkmünze erhalten alle Angehörigen des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine, der Kaiserlichen Schutztruppen sowie der Polizeitruppen in den Schutzgebieten, die an den Unternehmungen teilgenommen haben.

b) Die Denkmünze kann auch anderen Personen verliehen werden, die an den Unternehmungen teilgenommen haben. Die hierbei in Frage kommenden Personen bezeichnet bei Unternehmungen in den Schutzgebieten der oberste Befehlshaber im Einvernehmen mit dem Gouverneur; war der erstere dem letzteren während der Unternehmungen unterstellt, der Gouverneur auf Vorschlag des obersten Befehlshabers, bei Unternehmungen außerhalb der Schutzgebiete der oberste Befehlshaber.

c) Ausgeschlossen von der Verleihung der Denkmünze sind die Personen, welche während der Dauer der Unternehmungen unter der Wirkung von Ehrenstrafen gestanden haben. Ferner sind solche Personen ausgeschlossen, welche nach Abschluß der Unternehmungen unter die Wirkung von Ehrenstrafen getreten sind, ohne daß diese Wirkung zur Zeit des Erlasses der Verleihungsorder fortgefallen ist.

2. Beschreibung der Denkmünze.

Die Denkmünze zeigt, umgeben von einem Kranze, auf der Vorderseite Unser Brustbildnis sowie Unseren Namenszug mit darüber befindlicher Kaiserkrone, auf der Rückseite unter der Kaiserkrone die Inschrift „Den tapferen Streitern für Deutschlands Ehre“, umgeben von einem Lorbeer- und einem Eichenzweig.

Farbige erhalten die Denkmünze in kleinerem Format.

3. Beschreibung des Bandes und Tragweise.

Die Denkmünze wird auf der linken Brust an einem an beiden Rändern mit je einem schwarzen und weißen breiten Längsstreifen und in der Mitte mit vier roten und drei weißen schmalen Längsstreifen versehenen 30 mm breiten Bande getragen und rangiert an der Ordensschnalle unmittelbar vor der Südwestafrika-Denkmünze.

Farbige erhalten das Band in einer Breite von 28 mm.

4. Spangen. Die Inhaber der Denkmünze, welche an den in der Anlage bezeichneten Unternehmungen teilgenommen haben, sind berechtigt, auf dem Bande dieser Denkmünze Spangen mit dem Namen des Schutzgebietes oder der Unternehmung und mit der Jahreszahl zu tragen.

Die Spangen bestehen aus verguldetem Messing, der Rand und die Inschrift sind glatt und poliert, die Buchstaben sind erhaben. Die Inschrift ist in einer Zeile zu fertigen. Die Spangen sind so zu befestigen, daß sie wagerecht liegen.

5. Verlust der Denkmünze. Die für den Verlust von Orden und Ehrenzeichen gegebenen Bestimmungen gelten auch für diese Denkmünze.

6. Besitzezeugnis. Den mit der Denkmünze Verliehenen wird ein Besitzezeugnis nach dem von Uns genehmigten Muster ausgestellt.

7. Namentliche Verzeichnisse. Die Generalordenskommission hat die namentlichen Verzeichnisse der Inhaber der Denkmünze aufzubewahren.

8. Verbleib beim Tode. Nach dem Ableben des Inhabers verbleibt die Denkmünze den Angehörigen.

9. Besondere Ausführungsbestimmungen. Die besonderen Bestimmungen über die Ausführung dieser Urkunde sind angeschlossen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel. Gegeben Neues Palais, den 13. Juni 1912.

(L. S.)

gez. Wilhelm I. R.

ggez. von Bethmann Hollweg.

Verzeichnis der militärischen Unternehmungen im Sinne der Stiftungsurkunde.

Seite Nr.	Anlaß	Dauer	Ergebnis
I. Im Bereich des Reichskolonialamts.			
A. Kaiserliche Schutztruppen. a. Deutsch-Ostafrika.			
1	Militärische Unternehmungen der Truppe des Reichskommissars von Wissmann (A. R. D. 24. 10. 91)	1890, 1890, 1891	Deutsch-Ostafrika 1890/91
2	Expedition gegen die Wahehe (A. R. D. 5. 12. 92)	22. 6. bis 17. 9. 1891	Deutsch-Ostafrika 1892
3	Expedition gegen die Masiti (A. R. D. 5. 12. 92)	18. 8. bis 12. 9. 1891	
4	Gefecht bei Njuli bei Tabora (A. R. D. 17. 4. 93)	1. 4. 1892	Deutsch-Ostafrika 1892
5	Angriff auf Quisura qua Sifi bei Tabora (A. R. D. 17. 4. 93)	6. 6. 1892	
6	Gefecht bei Njishi am Kilimandjaro (A. R. D. 17. 4. 93)	10. 6. 1892	Deutsch-Ostafrika 1892
7	Gefecht bei Njishi gegen die Masiti (A. R. D. 17. 4. 93)	27. 8. 1892	
8	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 17. 4. 93)	6. 10. 1892	Deutsch-Ostafrika 1892
9	Gefecht bei Njishi gegen die Wahehe (A. R. D. 17. 4. 93)	8. 12. 1892	
10	Einnahme des Quisura qua Sifi bei Tabora (A. R. D. 2. 8. 94)	10. 11. 12. 1. 1893	Deutsch-Ostafrika 1893
11	Erfurmung der Haupttembe Masitus bei Unjangwira (A. R. D. 2. 8. 96)	18. 2. 1893	
12	Zusammenstoß mit Bagogos auf der Straße Kilimira Limbe-Unjangwira (A. R. D. 2. 8. 94)	18. 2. 1893	Deutsch-Ostafrika 1893
13	Einnahme des Quisura qua Njishi Matiana bei Njishi in Ugogo (A. R. D. 2. 8. 94)	10. 3. 1893	
14	Gefecht gegen den Hauptling Maruguru bei Maamanda (A. R. D. 2. 8. 94)	13. 3. 1893	Deutsch-Ostafrika 1893
15	Expedition nach Urua (A. R. D. 2. 8. 94)	14. bis 21. 3. 1893	
16	Gefecht bei Kuamba (A. R. D. 2. 8. 94)	3. 5. 1893	Deutsch-Ostafrika 1893
17	Gefecht gegen den Njishi Matiana bei Njishi am Gerengere (A. R. D. 2. 8. 94)	12. 6. 1893	
18	Gefecht bei Njishi gegen den Sultan Njishi (A. R. D. 2. 8. 94)	12. 8. 1893	Deutsch-Ostafrika 1893
19	Erfurmung der Haupttembe des Sultans Singangaro in Njishi (A. R. D. 2. 8. 94)	23. 8. 1893	
20	Gefecht gegen die Masiti am Mterera-See (A. R. D. 2. 8. 94)	3. 12. 1893	Deutsch-Ostafrika 1893
21	Einnahme des Quisura des Sultans Njishi von Njishi (A. R. D. 2. 8. 94)	14. 12. 1893	
22	Gefecht im Mjigajal bei Kwamfura (A. R. D. 5. 9. 95)	25. 2. 1894	Deutsch-Ostafrika 1894
23	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	6. 3. 1894	
24	Einnahme der Njishi des Hauptlings Njishi von Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	1. 4. 1894	Deutsch-Ostafrika 1894
25	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	11. 6. 1894	
26	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	13. 6. 1894	Deutsch-Ostafrika 1894
27	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	2. 8. 1894	
28	Stratexpedition gegen das Sultanat Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	30. 7. bis 6. 8. 1894	Deutsch-Ostafrika 1894
29	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	7. 9. 1894	
30	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	13. 10. 1894	Deutsch-Ostafrika 1894
31	Erfurmung der Festung Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	30. 10. 1894	
32	Überfall durch die Wahehe bei Njishi (A. R. D. 5. 9. 95)	6. 11. 1894	Deutsch-Ostafrika 1894
33	Gefecht mit Sultan Njishi von Njishi (A. R. D. 18. 7. 96)	18. 7. 1896	
34	Gefecht bei Njishi gegen den Sultan Njishi (A. R. D. 18. 7. 96)	10. 8. 1895	Deutsch-Ostafrika 1895
35	Kriegszug gegen die Sultane Njishi und Njishi von Njishi (A. R. D. 18. 7. 96)	Oktober 1895	
36	Krieg gegen Sultan Njishi von Njishi (A. R. D. 18. 7. 96)	November 1895	Deutsch-Ostafrika 1895
37	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 18. 7. 96)	6. 11. 1895	
38	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 18. 7. 96)	13. 11. 1895	Deutsch-Ostafrika 1895
39	Überfall an den Gonga-Bergen in Njishi (A. R. D. 12. 2. 97)	25. 10. 1895	
40	Gefichte mit den Njishi (A. R. D. 30. 9. 97)	2. 3. 4. 6. 1896	Deutsch-Ostafrika 1896
41	Expedition Njishi-Trangi-Njishi-Turu (A. R. D. 30. 9. 97)	Juli bis September 1896	
42	Feldzug gegen die Wahehe (A. R. D. 30. 9. 97)	12. 7. bis 26. 12. 1896	Deutsch-Ostafrika 1896
43	Gefichte in Njishi (A. R. D. 30. 9. 97)	25. bis 27. 9. 1896	
44	Gefecht bei Njishi (A. R. D. 30. 9. 97)	5. 11. 1896	Deutsch-Ostafrika 1896
45	Befragung des Sultans Njishi in Njishi (A. R. D. 30. 9. 97)	15. 16. 11. 1896	
46	Befragung der Njishi an den Karanamen-Njishi Tabora—Tanganyika in Njishi (A. R. D. 30. 9. 97)	18. 19. 11. 1896	Deutsch-Ostafrika 1896
47	Zug gegen den Sultan Njishi und Erfurmung der Tembe desselben (A. R. D. 30. 9. 97)	November und Dezember 1896	
48	Njishi-Expedition (A. R. D. 4. 10. 98)	13. 1. bis 23. 2. 1897	Deutsch-Ostafrika 1897
49	Gefichte bei Njishi (A. R. D. 4. 10. 98)	1. 4. 5. 6. 1897	
50	Feldzug in Njishi (A. R. D. 3. 12. 98)	Februar 1897 bis Juli 1898	Deutsch-Ostafrika 1897/98
51	Gefichte gegen den Sultan Njishi von Njishi (A. R. D. 31. 8. 99)	15. 2. 7. 5. 8. 1899	Deutsch-Ostafrika 1899
52	Erfurmung der Njishi Njishi von Njishi (A. R. D. 31. 8. 99)	20. 7. 1898	
53	Kriegsische Zusammenstoß bei der Njishi-Expedition (A. R. D. 31. 8. 99)	10. bis 29. 9. 1898	Deutsch-Ostafrika 1899
54	Gefichte in Njishi und in Njishi (A. R. D. 31. 8. 99)	5. bis 10. 10. 1898; 30. 10. bis 7. 11. 1898	
55	Zug nach Njishi (A. R. D. 26. 9. 00)	Februar 1899	Deutsch-Ostafrika 1899
56	Geficht mit den Njishi (A. R. D. 26. 9. 00)	13. 14. 4. 1899	
57	Zug nach Njishi (A. R. D. 26. 9. 00)	Juni 1899	Deutsch-Ostafrika 1899
58	Geficht mit den Njishi (A. R. D. 26. 9. 00)	12. 6. 1899	
59	Expedition gegen den Sultan Njishi (A. R. D. 26. 9. 00)	Juni bis Juli 1899	Deutsch-Ostafrika 1899
60	Einnahme des Njishi	9. und 10. 6. 1899	
61	Stratexpedition gegen den Njishi von Njishi (A. R. D. 26. 9. 00)	31. 5. bis 9. 8. 1899	Deutsch-Ostafrika 1900
62	Stratexpedition in Njishi (A. R. D. 29. 8. 01)	4. bis 28. 2. 1900	
63	Überfall durch die Njishi (A. R. D. 29. 8. 01)	17. 2. 1900	Deutsch-Ostafrika 1900
64	Stratexpedition Njishi-Trangi (A. R. D. 29. 8. 01)	12. 4. bis 17. 6. 1900	
65	Stratexpedition gegen die Njishi (A. R. D. 29. 8. 01)	September 1900	Deutsch-Ostafrika 1901
66	Stratexpedition Njishi-Trangi (A. R. D. 29. 8. 01)	April und Mai 1901	
67	Stratexpedition nach Njishi (A. R. D. 2. 9. 02)	20. 6. bis 1. 7. 1901	Deutsch-Ostafrika 1901
68	Überfall durch die Njishi bei Njishi (A. R. D. 2. 9. 02)	12. 9. 1901	
69	Geficht gegen die Njishi in Njishi (A. R. D. 23. 8. 03)	4. 3. 1902	Deutsch-Ostafrika 1902
70	Unterdrückung des Njishi in Njishi, Njishi und Njishi (A. R. D. 23. 8. 03)	Juni und August 1902	
71	Erfurmung der Njishi in Njishi (A. R. D. 23. 8. 03)	16. 8. 1902	Deutsch-Ostafrika 1902

Jahr	Anlaß	Dauer	Spange
72	Gefechte gegen die aufständischen Bassandant (M. R.-D. 27. 8. 04)	19. 4. bis 10. 5. 1903	Deutsch- Ostafrika 1903
73	Unterwerfung des Mwezi Kifoba von Urundi (M. R.-D. 27. 8. 04)	30. 4. bis 15. 7. 1903	
74	Gefechte gegen die aufständischen Bahemba (Bafanaki) (M. R.-D. 27. 8. 04)	20. 21., 22. 9.; 1. 10. 1908	
75	Gefecht gegen Barumbi-Baffige (M. R.-D. 17. 11. 08)	9. 7. 1905	
76	Gefecht auf den Maliaibergen (M. R.-D. 17. 11. 08)	10. 8. 1905	Deutsch- Ostafrika 1905/07
77	Aufstand in Deutsch-Ostafrika (M. R.-D. 30. 1. 07) b. Südwestafrika.	August 1905 bis 18. 2. 1907	
1	Militärische Unternehmungen der Landeshauptmannschaft Südwestafrika in den Jahren 1898, 1894 (M. R.-D. 17. 9. 95)	1898, 1894	Südwest- afrika 1893/95
2	Feldzug gegen die Rhauas-Hottentotten (M. R.-D. 12. 2. 97)	20. 12. 1894 bis 10. 2. 1895	
3	Feldzug gegen die vereinigten Hereros und Rhauas-Hottentotten (M. R.-D. 12. 2. 97)	27. 3. bis 13. 6. 1896	
4	Feldzug gegen die Afrikanerhottentotten (M. R.-D. 4. 10. 98)	5. 7. bis 10. 10. 1897	
5	Feldzug gegen die vereinigten Swartbot-Lopnarhottentotten und Nordwesthereros (M. R.-D. 31. 8. 99)	3. 12. 1897 bis 30. 4. 1898	Südwest- afrika 1897/98
6	Aufstand der Grootfontein Bastards (M. R.-D. 4. 3. 02)	Februar 1901	
7	Aufstand der Dondelzwart-Hottentotten (M. R.-D. 29. 9. 04) c. Kamerun.	25. 10. 1903 bis 27. 1. 1904	Südwest- afrika 1901
1	Gefecht bei Mwang (M. R.-D. 5. 9. 92)	18. 10. 1891	
2	Expedition in das südliche Hinterland von Kamerun, geleitet von Kompagnieführer Ramsay (M. R.-D. 17. 4. 93)	21. 1. bis 5. 7. 1892	Kamerun 1891/94
3	Militärische Unternehmungen des Gouvernements Kamerun in den Jahren 1891—94 (M. R.-D. 17. 9. 95)	1891, 1892, 1893, 1894	
4	Kriegszug gegen die Bakato (M. R.-D. 18. 7. 96)	März und April 1895	Kamerun 1895/98
5	Gefecht gegen die Nwelles und Butes (M. R.-D. 21. 9. 05)	15. 9. 1895	
6	Expedition gegen die Jaundes (M. R.-D. 14. 4. 98)	16. 12. 1895 bis 7. 1. 1896	
7	Expedition gegen die Jaundes (M. R.-D. 14. 4. 98)	7. 2. bis 27. 2. 1896, 7. 3. bis 14. 3. 1896	
8	Gefecht gegen Ngilla (M. R.-D. 4. 10. 98)	25. 1. 1897	Kamerun 1897
9	Expedition gegen Nloy (M. R.-D. 4. 10. 98)	18. 3. bis 12. 4. 1897	
10	Gefechte gegen die Ntoni und gegen Barongo (M. R.-D. 4. 10. 98)	16. 7. 1897, 1. 8. 1897	
11	Expedition gegen die Bane (M. R.-D. 4. 10. 98)	21. 8. bis 6. 12. 1897	
12	Expedition gegen die Bulis (M. R.-D. 27. 2. 00)	14. 1. bis 18. 2. 1898	Kamerun 1898
13	Strafzug gegen die Ntumele (Ntonierstamm) (M. R.-D. 27. 2. 00)	23. bis 26. 4. 1898	
14	Strafzug gegen den Beniatstamm (M. R.-D. 27. 2. 00)	7. bis 12. 5. 1898	
15	Gefechte gegen die Ngolos (M. R.-D. 27. 2. 00)	21. bis 24. 6. 1898	
16	Gefecht gegen die Bahundus (M. R.-D. 27. 2. 00)	1. 7. 1898	Kamerun 1898
17	Strafzug gegen die Butes des Häuptlings Nailla und gegen die Balinga (M. R.-D. 27. 2. 00)	10. 6. bis 8. 7. 1898	
18	Sturm auf Betila und Itofi (M. R.-D. 27. 2. 00)	23. 7. 1898	
19	Strafzug gegen die Abanda-Batschengas (M. R.-D. 27. 2. 00)	21. 8. bis 6. 9. 1898	
20	Gefechte gegen die Nkollis (M. R.-D. 27. 8. 04)	11. bis 13. 11. 1898	Kamerun 1898/99
21	Bute-Abamaua-Expedition (M. R.-D. 26. 9. 00)	18. 12. 1898 bis 10. 11. 1899	
22	Strafexpedition gegen die Bakoe (M. R.-D. 26. 9. 00)	19. 8. bis 10. 11. 1899	
23	Strafzug gegen die Goghe-Gane (M. R.-D. 26. 9. 00)	27. bis 31. 12. 1899	
24	Buli-Expedition (M. R.-D. 26. 9. 01)	22. 10. 1899 bis 17. 3. 1900	Kamerun 1899/1900
25	Strafzug gegen die Mangissa (M. R.-D. 29. 8. 01)	4. 1. bis 2. 2. 1900	
26	Expedition gegen die Bangwas und Keafas (M. R.-D. 29. 8. 01)	25. 2. bis 14. 4. 1900	
27	Gefechte im Zemiffengebiet (M. R.-D. 29. 8. 01)	2. 5. bis 8. 7. 1900	
27a	Unternehmungen gegen die Efois (M. R.-D. 2. 9. 02)	5. 6. bis 23. 7. 1900	Kamerun 1900/01
28	Unternehmungen gegen die Ost-Bulis (M. R.-D. 2. 9. 02)	20. 11. 1900 bis 29. 1. 1901	
29	Expedition gegen die Wejembasse (M. R.-D. 2. 9. 02)	1. bis 20. 12. 1900	
30	Expedition Jaunde Ngutte-Nabassi (M. R.-D. 2. 9. 02)	21. 1. bis 13. 6. 1901	
31	Expedition gegen den Häuptling Wade (M. R.-D. 2. 9. 02)	17. 2. bis 2. 5. 1901	Kamerun 1901
32	Expedition gegen die Ngolos Batangas, Batundus und Balnes (M. R.-D. 2. 9. 02)	12. 2. bis 31. 10. 1901	
33	Expedition gegen Nanga (M. R.-D. 2. 9. 02)	12. 3. bis 1. 5. 1901	
34	Bambuto-Expedition (M. R.-D. 2. 9. 02)	8. 5. bis 31. 7. 1901	
35	Expedition gegen den Häuptling Tschimene (M. R.-D. 2. 9. 02)	15. 6. bis 8. 7. 1901	Kamerun 1901/02
36	Expedition gegen Ngao im Bunde mit Nienjof, Sevwae, Zemiffen (M. R.-D. 2. 9. 02)	11. 6. bis 25. 9. 1901	
37	Expedition gegen Ngauubere (M. R.-D. 2. 9. 02)	20. bis 23. 8. 1901	
38	Feldzug zur Unterwerfung des Häuptlings Semfore von Esum (M. R.-D. 23. 8. 03)	21. 8. 1901 bis 20. 7. 1902	
39	Strafzug gegen die Npfongs und Bulis (M. R.-D. 2. 9. 02)	21. 10. bis 25. 11. 1901	Kamerun 1901
40	Kämpfe gegen den Emir Zuberu von Yola und seine Verbündeten (M. R.-D. 2. 9. 02)	2. 11. bis 7. 12. 1901	
41	Feldzug gegen die Bangwas (M. R.-D. 2. 9. 02)	3. bis 25. 11. 1901	
42	Expedition gegen die Batus und Wandengs (M. R.-D. 2. 9. 02)	1. bis 30. 12. 1901	
43	Strafzug zur Unterwerfung von Babandichidba (M. R.-D. 2. 9. 02)	21. bis 25. 12. 1901	Kamerun 1902
44	Strafzug gegen die aufrührerischen Bogelumbanas und Bogelangenbalas (M. R.-D. 23. 8. 03)	17. 1. bis 10. 3. 1902	
45	Gefecht bei Marua (M. R.-D. 23. 8. 03)	20. 1. 1902	
46	Expedition zur Unterwerfung der Batus (M. R.-D. 23. 8. 03)	24. 1. bis 10. 4. 1902	
47	Gefecht in Bangho anlässlich der Ermordung des Oberleutnants Roste (M. R.-D. 23. 8. 03)	1. 2. 1902	Kamerun 1902
48	Expedition zur Unterwerfung der Tecombas (M. R.-D. 23. 8. 03)	3. 2. bis 8. 5. 1902	
49	Expedition zur Unterwerfung des Häuptlings Ngolim (M. R.-D. 23. 8. 03)	14. bis 23. 3. 1902	
50	Gefechte in Deutsch Bornu (Ngoloberg, Sebeleberg, Verfolgung des Sultans Zuberu) (M. R.-D. 23. 8. 03)	8. 4. bis 29. 5. 1902	

Seite Nr.	Anlaß	Dauer	Spange
51	Überfall durch die Bänjos und ihre Bestrafung (A. R.-D. 23. 8. 03)	3. bis 8. 6. 1902	Ramerun 1902
52	Überfall bei Bamunums und Bestrafung der Bamunums (A. R.-D. 23. 8. 03)	11. bis 29. 6. 1902	
53	Verfolgungsgefecht gegen Emir Huberu von Jola bei Warra und Gaur (A. R.-D. 21. 9. 05)	7., 10. 8. 1902	
54	Gefecht gegen die Bagioni-Araber-Bascha Kuso und Rafili (A. R.-D. 21. 9. 05)	27. 10. 1902 bis 4. 1. 1903	Ramerun 1902/03
55	Bangwa-Expedition (A. R.-D. 27. 8. 04)	14. 11. 1902; 13. 4. 1903	
56	Gefecht bei Duhn (A. R.-D. 27. 8. 04)	1. 9. 1903	
57	Gefecht bei Nijoa (A. R.-D. 27. 8. 04)	5. 9. 1903	Ramerun 1903
58	Gefecht gegen die aufrührerischen Bamana und Basu (A. R.-D. 27. 8. 04)	20. 11. 1903	
59	Gefecht gegen den Häuptling Bibemungo (A. R.-D. 21. 9. 05)	23. bis 29. 11. 1903	
60	Gefecht gegen die Kongoas (A. R.-D. 21. 9. 05)	17. 1. bis 3. 8. 1904	Ramerun 1904
61	Gefecht gegen die Njems (A. R.-D. 21. 9. 05)	18. 1. bis 31. 3. 1904	
62	Angang-Expedition (A. R.-D. 21. 9. 05)	5. 2. bis 22. 8. 1904	
63	Gefechte gegen die Njems (A. R.-D. 21. 9. 05)	30. 8. 1904	Ramerun 1904
64	Gefecht bei Duhn (A. R.-D. 21. 9. 05)	5., 4. 7. 1904	
65	Gefechte gegen die Galims (A. R.-D. 21. 9. 05)	15. 10. bis 15. 11. 1904	
66	Gefechte gegen die Rivogemefanga (A. R.-D. 21. 9. 05)	19. 12. 1904 bis 10. 1. 1905	Ramerun 1904/05
67	Gefechte gegen die Seibenflamme Nord-Bamamas (A. R.-D. 21. 9. 05)	18. 11. 1904 bis 25. 2. 1905	
68	Besom-Expedition (A. R.-D. 21. 9. 05)	29. 11. 1904 bis 11. 1. 1905	
69	Manenguba-Expedition (A. R.-D. 21. 9. 05)	3. 12. 1904 bis 26. 4. 1905	Ramerun 1904
70	Gefecht bei Ngato (A. R.-D. 21. 10. 08)	25. 12. 1904	
71	Gefecht gegen Djauro-Jobbi (A. R.-D. 17. 11. 06)	11. 1. 1905	
72	Erlösung von Bolamohene (A. R.-D. 21. 10. 08)	4. 2. 1905	Ramerun 1905
73	Gefechte gegen die Bayas (A. R.-D. 17. 11. 06)	6. 12. u. 22. 2. 1905	
74	Gefechte gegen die Galims (A. R.-D. 17. 11. 06)	vom 26. bis 28. 4. 1905	
75	Bameta-Expedition (A. R.-D. 17. 11. 06)	vom 16. bis 22. 6. 1905	Ramerun 1905
76	Gefechte gegen die Rango-Heiden (A. R.-D. 17. 11. 06)	19. bis 23. 6. 1905	
77	Gefecht bei Banenom (A. R.-D. 17. 11. 06)	9. bis 11. 7. 1905	
78	Gefecht bei Baham (A. R.-D. 17. 11. 06)	13. 7. 1905	Ramerun 1905
79	Gefechte gegen die aufständischen Jelsang, Jebetoles und Rafas (A. R.-D. 17. 11. 06)	vom 20. 7. bis 5. 10. 1905	
80	Unterwerfung der Dumbos (A. R.-D. 17. 11. 06)	5. bis 8. 9. 1905	
81	Kämpfe in Raubi (Luhum) (A. R.-D. 17. 11. 06)	13. bis 14. 9. 1905	Ramerun 1905
82	Überfall des Sklavenräuberbundes des Sereti Yoruba bei Robja (A. R.-D. 17. 11. 06)	19. 9. 1905	
83	Gefechte gegen die Muturua- und Willim-Heiden (A. R.-D. 17. 11. 06)	10. u. 12. 10. 1905	
84	Bestrafung der Eingeborenen von Wunten (A. R.-D. 17. 11. 06)	18. u. 19. 10. 1905	Ramerun 1905/06
85	Gefechte gegen die Baga, Betengi- und Nguli-Heiden (A. R.-D. 17. 11. 06)	vom 23. 11. bis 4. 12. 1905	
86	Expedition gegen Baissa, Bamungom, Baling, Bangulap (A. R.-D. 17. 11. 06)	5.-16. u. 27.-28. 12. 1905	
87	Gefechte gegen die Wiltu- und Wfutu-Heiden (A. R.-D. 17. 11. 06)	9. u. 14. 12. 1905	Ramerun 1905/06
88	Gefechte gegen die Gaur-Heiden (A. R.-D. 17. 11. 06)	17. 12. 1905	
89	Rbo-Expedition (A. R.-D. 17. 11. 06)	vom 2. 12. 1905 bis 21. 3. 1906	
90	Gefechte gegen die Gaur-Heiden (A. R.-D. 21. 10. 08)	8. u. 9. 1. 1906	Ramerun 1906
91	Ngute-Unternehmung (A. R.-D. 21. 10. 08)	15. 1. bis 5. 3. 1906	
92	Gefechte gegen die Gobarra, Rinjel, Lobe, Rumur, Rafassa und Rongon-Heiden (A. R.-D. 21. 10. 08)	15. u. 16. 3. 1906	
93	Unternehmung gegen die westlichen Basaillenbdrer Balis (A. R.-D. 21. 10. 08)	23. 3. bis 15. 4. 1906	Ramerun 1906
94	Galim-Unternehmung (A. R.-D. 21. 10. 08)	27. 3. bis 30. 6. 1906	
95	Banjo-Unternehmung (A. R.-D. 21. 10. 08)	vom 18. 4. bis 14. 6. 1906	
96	Unternehmung gegen die Jeebeleas (A. R.-D. 21. 10. 08)	23. 4. bis 17. 8. 1906	Ramerun 1906/07
97	Bafut-Unternehmung (A. R.-D. 21. 10. 08)	vom 12. 11. 1906 bis 4. 2. 1907	
98	Unternehmung gegen die Nord-Rafas (A. R.-D. 21. 10. 08)	28. 11. 1906 bis 7. 1. 1907	
99	Alafom-Muntshi-Bascha-Expedition (A. R.-D. 1. 4. 09)	23. 10. 1907 bis 8. 6. 1908	Ramerun 1907/08
100	Sab-Unternehmung (A. R.-D. 1. 11. 10)	25. 5. 1905 bis 4. 8. 1907	Ramerun 1905/07
101	Jola-Großschnellen-Grenzexpedition (A. R.-D. 10. 8. 11)	Septbr. 1908 bis April 1909	Ramerun 1908/09

B. Polizeitruppen. Bleibt vorbehalten.

II. Im Bereich der Kaiserlichen Marine.

1	Militärische Unternehmung in Kamerun im Dezember 1884 (A. R.-D. 4. 6. 85)	Dezember 1884	Ramerun 1884
2	Teilnahme am Gefecht bei Miang am 18. Oktober 1891 (A. R.-D. 5. 9. 92)	18. Oktober 1891	Ramerun 1891
3	Militärische Aktion an der Ostküste Afrikas (A. R.-D. 19. 11. 89)	6. Sept. 1888 bis 10. Juli 1889	Dtsch.-Ostfr. 1888/89
4	Militärische Aktion im Süden des deutschen Gebiets in Ostafrika 1889/90 (A. R.-D. 24. 2. 91)	1889/90	Dtsch.-Ostfr. 1889/90
5	Militärische Aktion gegen Samoa, Beteiligung am Gefecht am 18. Dezember 1888 (A. R.-D. 19. 11. 89)	18. Dezember 1888	Samoa 1888
6	Blodabe von Venezuela (A. R.-D. 2. 1. 04)	20. Dez. 1902 bis 21. Febr. 1903	Venezuela 1902/03
7	Militärische Unternehmung in Deutsch-Ostafrika (A. R.-D. 30. 1. 07)	Anfang August 1905 bis 18. Februar 1907	Dtsch.-Ostfr. 1905/07
8	Militärische Unternehmung vor und auf den Inseln Bonabe und Dschofabdsch (A. R.-D. 26. 9. 11)	19. Dezember 1910 bis 23. Februar 1911	Bonabe 1910/11

Fichtenblüte 1912.Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 7698.

Berlin W 9, 7. August 1912.

Die Anlage erhält die königliche Regierung zur Kenntnis.

Die wie in den Vorjahren so auch für den kommenden Winter im allgemeinen gering veranschlagte Fichtenzapfenernte würde in den Sammelgebieten der Staatsforstverwaltung eine weit bessere Ausnutzung erfahren können, wenn es gelänge, dem zurzeit scheinbar nur in der Oberförsterei Westerhof des Bezirks Hildesheim und in einigen Revieren des Bezirks Allenstein üblichen Pflüden vom stehenden Stamm in größerem Umfange Eingang zu verschaffen.

Zu diesem Zwecke sind im kommenden Winter auch in anderen Revieren der beiden genannten Bezirke und in geeigneten Oberförstereien oder sonstigen Forsten der übrigen Sammelbezirke Versuche mit der Einführung oder Wiederbelebung dieser Ernteweise zu machen. Die erforderlichen Geräte, besonders Steigeisen mit Zubehör, sind auf Staatskosten zu beschaffen. Die Sammellust ist durch Löhne, die der nicht ungefährlichen Kletterarbeit entsprechen, anzuregen. Nötigenfalls wird zu versuchen sein, durch Bekanntmachungen oder in sonst geeigneter Weise auswärtige, im Klettern geübte Personen zur Anlernung einheimischer Pflüder vorübergehend in die Sammelreviere zu ziehen.

Über das Ergebnis der im dortigen Bezirk angestellten Versuche wolle sich die königliche Regierung bei der nächstjährigen Berichterstattung äußern.

J. A.: S c h e d e.

An die königlichen Regierungen in Gumbinnen, Allenstein, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Erfurt, Hannover, Hildesheim, Minden, Cassel, Wiesbaden, Trier, Aachen.

Anlage.

Regierungsbezirk	Fichtenblüte 1912
Gumbinnen.	Blüte meist gar nicht oder nur vereinzelt. Nur in 4 Revieren geringer bis mittelmäßiger, in einem Revier guter Zapfenanhang.
Altenstein .	Blüte fast gar nicht, auf Ernte nicht zu rechnen.
Breslau . .	Blüte im Gebirge unregelmäßig, in der Ebene fast gar nicht. Vielleicht geringe Zapfenernte in Gebirgsrevieren.
Liegnitz . .	Blüte wenig oder gar nicht. Auf nennenswerte Zapfenernte nicht zu rechnen.
Oppeln . .	Blüte vereinzelt, Ernteaussichten gering.
Erfurt . .	Blüte in einem Revier gut, sonst mittelmäßig oder vereinzelt. Mäßige Zapfenernte zu erwarten.
Hannover .	Blüte gar nicht oder sehr spärlich. Zapfen können nicht gesammelt werden.
Hildesheim .	Blüte fast überall spärlich. Zapfenanhang hat vielfach durch Hagel gelitten. Ernteaussichten nicht günstig.

Regierungsbezirk	Fichtenblüte 1912
Minden . .	Blüte teils gar nicht, teils vereinzelt und spärlich. Auf Zapfenernte nicht zu rechnen.
Cassel . . .	Blüte im Anfang gering oder gar nicht. Auf Zapfenernte kaum zu rechnen.
Wiesbaden .	Reichliche Blüte, guter Zapfenanhang und entsprechend günstige Ernteaussichten nur in einem Revier.
Trier . . .	Blüte nur ganz vereinzelt. Zapfensammeln lohnt nicht.
Aachen . .	Wie vor.

Forstungsverzeichnis

der Forstakademie zu Eberswalde für das Wintersemester 1912/13.

Oberforstmeister Prof. Dr. Möller: Waldbau (angewandter Teil). — Über die Bedeutung der Pflze für das Leben des Waldes. — Forstliche Exkursionen.

Forstmeister Dr. Kienitz: Forstschuß. — Landwirtschaft (Wiesenbau und Tierzucht). — Forstliche Exkursionen.

Forstmeister Wiebcke: Forstbenutzung. — Forstliches Praktikum (mit Seminar). — Forstl. Exkursionen.

Professor Schilling: Forsteinrichtung (Theorie und Methoden). — Nationalökonomie I. Teil. Nationalökonomische Übungen. — Forstliche Exkursionen.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schwappach: Holzmesekunde. — Forstverwaltung. — Forstgeschichte. — Forstliche Exkursionen.

Forstmeister Zeising: Forstpolitik (Gesetzgebung und Staatsverwaltung). — Forstliche Exkursionen.

Professor Dr. Schubert: Geodätische Aufgaben. — Physik. — Meteorologie.

Professor Dr. Schwalbe: Mineralogie. — Allgemeine und anorganische Chemie. Chemische Übungen. — Chemisch-technische Exkursionen.

Professor Dr. Krause: Geologie mit Praktikum. — Geognostische Exkursionen.

Privatdozent Dr. Vogel von Falckenstein: Theoretische Einführung in die Chemie. — Exkursionen.

Professor Dr. Albert: Bodenkunde (Technologie) mit Exkursionen.

Professor Dr. Schwarz: Allgemeine Botanik mit Praktikum. — Botanisches Seminar.

Professor Dr. Erdt: Allgemeine Zoologie. — Wirbeltiere. — Wirbellose Tiere (ohne Insekten).

— Zoologische Übungen und Exkursionen.

Professor Dr. Didel: Rechtskunde (Prozeßrecht).

Dr. med. Heidemann: Erste Hilfe bei Unglücksfällen.

Das Wintersemester beginnt am Dienstag, dem 15. Oktober 1912, und endet am Donnerstag, dem 20. März 1913.

Anmeldungen sind möglichst bald unter Beifügung der Zeugnisse über Schulbildung, forstliche Lehrzeit, Führung, über den erforderlichen Mittel zum Unterhalt, sowie unter Angabe des Militärverhältnisses an die Forstakademie Eberswalde zu richten.

Der Direktor der Forstakademie.
Dr. Möller.

Verschiedenes.

— Vom Walдарbeiterstand in Braunschweig.

Außer den Löhnen gewährt die braunschweigische Forstverwaltung ihren Walдарbeitern noch einige beachtenswerte Vergütungen und Vorteile. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen im staatlichen Forstbetriebe sind von der Zahlung des Beitrages für Krankenversicherung befreit. Die Forstklasse zahlt außer dem $\frac{1}{2}$ -Arbeitsnehmeranteil auch für Arbeitsunterbrechungen von ein und zwei Tagen den Vollbeitrag für die Krankenversicherung. Für alte ständige Walдарbeiter, die eine sogenannte Pension beziehen, leistet sie außerdem die volle Zahlung auch betreffs der Invalidenversicherung. Die besagte Pension ist eine ständige Unterstützung bei eintretender Unfähigkeit zu voller Arbeitsleistung, auf deren Bewilligung der Arbeiter jedoch keinen rechtlichen Anspruch hat. Sie wird nach dreijähriger Wartezeit für drei- bis zehnjährige Arbeit im Staatsbetriebe mit 30 \mathcal{M} gezahlt. Für je ein Jahr Mehrarbeitszeit erhöht sie sich um 3 \mathcal{M} und erreicht mit 40 jähriger Arbeitszeit ihren Höchstbetrag von jährlich 120 \mathcal{M} . Außer dieser ständigen Unterstützung kann in Notlagen eines Arbeiters ihm eine außergewöhnliche Hilfe zuteil werden, die den Umständen entsprechend bemessen wird und häufig 30 bis 100 \mathcal{M} , zuweilen mehr beträgt. Die Gesamtausgaben der Forstklasse für gesetzliche Arbeiterversicherung und die bisher genannten sonstigen Leistungen beliefen sich in den letzten Jahren auf etwa 110 000 \mathcal{M} jährlich bei rund 1,5 Millionen Mark Löhnen im Betriebe auf etwa 86 000 ha Forstfläche. An Emolumenten ist dem ständigen Arbeiter (Holzhauer und Wegearbeiter) ein freier Brennholzempfang zugestanden. Dieser umfaßt bei einer Arbeitszeit von mehr als 75 Tagen (im Jahr) 8 rm, bei 51 bis 75 Tagen 6 rm, bei 26 bis 50 Tagen 4 rm Buchen-Reisfnäppel oder annähernden Gleichwert in anderem Holz. Hauslöhne erhalten jedoch nur einen Teilbetrag. Als Holz für Reile wird jährlich $\frac{1}{2}$ rm für den Mann ($\frac{1}{4}$ rm für noch arbeitende Pensionäre) gegen Zurückerstattung eines den Werbungskosten annähernd entsprechenden Betrages abgegeben. Die kleinen Gezähehölzer für Axthelme, Schaufelstiele, Hackelock werden ebenfalls (nach Bedarf) frei verabfolgt. Seit etwa Jahresfrist ist den ständigen Arbeitern außerdem eine geldwerte Entschädigung für Ankauf und Unterhaltung ihrer Werkzeuge zugestanden. Sie berechnet sich nach der Arbeitszeit: bis 20 Tage 50 \mathcal{S} , 21 bis 40 Tage 1,50 \mathcal{M} , 41 bis 60 Tage 2,50 \mathcal{M} usw., so daß sie für volljährige Arbeit etwa 15 \mathcal{M} betragen würde. Eine gleiche Neuerung besteht in der bedingungsweisen Weitergewährung von Lohn bei Arbeitsunterbrechungen. So erhalten Verheiratete oder Ernährer von Angehörigen bei militärischen Übungen bis zu 14 Tagen $\frac{2}{3}$ des entsprechenden Tagelohns. Für Teilnahme an Schöffe, Geschworener, Zeuge, Gemeinderatsmitglied wird die entsprechende Vollentschädigung aus der Forstklasse gezahlt, ebenso wie in Fällen dringender persönlicher Angelegenheiten (Eheschließung, Geburten, Todesfälle, Erkrankung in

der Familie) nach behörblichem Ermessen. Besonderer Vorteile erfreuen sich noch einzelne Arbeiter, die in fiskalischen Gebäuden gegen billig bemessene Miete wohnen, oder denen Forstland zu geringem Pachtprice zur Nutzung überlassen ist. Für Neubau eigener Häuser wird darum Nachsuchenden unter Umständen ein Darlehn aus der Landesbrandkasse zu mäßigem Zinsfuß überlassen. Wie in anderen Betrieben erhalten die Holzhauer bei großer Entfernung der Arbeitsstätten entsprechende Wege- bzw. Übernachtungsentschädigung. Im übrigen werden sie im Hausungsbetrieb ausschließlich in Alford (Verding), im Kultur- und Wegebaubetrieb teils in Alford, teils in Tageslägen entlohnt. Für rüstige, erwachsene Arbeiter schwankt der Durchschnittsverdienst zwischen 3 \mathcal{M} und 3,50 \mathcal{M} . Ungünstige oder günstige Ausnahmen (bis 6 \mathcal{M}) kommen hier und da natürlich vor. S. B.

— Brand der Jägerkaserne in Aufm (Westpreußen). Am 19. August nachts ist nach Zeitungsmeldungen die Kaserne des pommerischen Jägerbataillons Nr. 2 zum großen Teil niedergebrannt. Die kostbare Geweihsammlung, fünfzig Gewehre, viele Montierungsstücke, wurden vernichtet. Die Ursache des Brandes soll ein schadhafter Schornstein oberhalb des Oberjägerkasinos sein. Zwei Kompagnien mußten in Bürgerquartieren untergebracht werden.

— Berichtigung. In Nr. 33 unseres Blattes vom 18. August 1912 hat sich auf Seite 672 ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß in der ersten und zwölften Zeile von unten nicht Förkerversammlungen, sondern Forstversammlungen heißen.

Waldbrände.

Nikolaiten, Ostpreußen, 30. Juli. Zwischen der Försterei Spirding und der Fähre Wiersbamm Sonntag, dem 28. Juli, in einem Kiefernaltbestand ein Waldbrand. Infolge der großen Dürre und des starken Windes verbreitete sich das Feuer sehr rasch und die herbeigeeilten Löschmannschaften, durch Kurgäste aus Kalinowen unterstützt, beschränkten sich darauf, die an das Altholz anstoßende Kiefern Schonung zu retten, was auch durch Aufwerfen von Erde gelang. Das Feuer vernichtete demnach nur den Bodenüberzug und das Unterholz auf einer 9 ha großen Fläche.

— Amtlicher Marktbericht. Berlin, den 20. August 1914. Rebhühner 0,30 bis 0,75, Rotwild 0,20 bis 0,63, Damwild 0,55 bis 0,80, Schwarzwild 0,20 bis 0,55 \mathcal{M} das Pfund. Kaninchen 0,25 bis 1,00 \mathcal{M} , Stodenten 0,40 bis 1,40 \mathcal{M} , Kridenten 0,50 bis 0,55, Rebhühner 0,50 bis 1,70 \mathcal{M} das Stüd.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Aussa,** Forstmeister zu Aurich, ist aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.
- Radke,** Forstassistent zu Wischwill, Regbg. Gumblin, in die Forstassistentenbauratsliste zu Königsberg i. Pr. vom 1. Oktober d. J. ab übertragen.
- Adler,** Förster zu Malisch, Oberförsterei Nimtau, ist nach Kirchgrund, Oberförsterei Donnerudwalde, Regbg. Breslau, vom 1. November d. J. ab verlegt.
- Bartholomäus,** Förster o. R. zu Lauerberg, Oberförsterei Lauerberg, ist nach Schwarzfeld, Oberförsterei Kupferhütte, Regbg. Hildesheim, vom 1. September d. J. ab verlegt.
- Blessin,** Förster o. R. zu Ragdörfer Mühle, Oberförsterei Ghorin, ist zum kommissarischen Verwalter der Forststelle Torgelow, Oberförsterei Freinudwalde, Regbg. Potsdam, vom 1. September d. J. ab ernannt.
- Bosch,** Förster zu Schmagran, Oberförsterei Namslau, ist nach Malisch, Oberförsterei Nimtau, Regbg. Breslau, vom 1. November d. J. ab verlegt.
- Brandenburg,** Segemeister zu Vattenberg, Oberförsterei Rumbach, ist zum Revierförster ernannt und ihm die Revierförsterstelle Vairov, Oberförsterei Windfeld, Regbg. Arnberg, vom 1. Oktober d. J. ab übertragen.
- Den,** Förster o. R. zu Ganig, Oberförsterei Braichen, in die 1. Försterstelle Garton, Oberförsterei Rummig, Regbg. Frankfurt a. O., vom 1. Oktober d. J. ab übertragen.
- Etter,** Förster zu Neuborf, Oberförsterei Christianshuf, ist nach Kunzenhof, Oberförsterei Sorau, Regbg. Frankfurt a. O., vom 1. Oktober d. J. ab verlegt.
- Fengler,** Forstverorgungsberechtigter Anwärter zu Ahlefeld bei Cammerfort (Zhur.), in nach Haduich, Oberförsterei Birkenau, Regbg. Posen, vom 1. Oktober d. J. ab einberufen.
- Garnisch,** Förster zu Senden i. W., ist nach Hufen, Oberförsterei Dalsheim, Regbg. Minden, vom 1. September d. J. ab verlegt.
- Hagemann,** Revierförster zu Gerode, Oberförsterei Königsthal, Regbg. Erfurt, tritt mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand.
- Hofe,** Förster zu Klein-Reußen, ist die Försterstelle zu Wujenfen, Oberförsterei Raltenborn, Regbg. Allenstein, vom 1. Oktober d. J. ab übertragen.
- Langner,** Waldwärter zu Groß-Madabauke, Oberförsterei Rath-Hammer, Regbg. Breslau, ist aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.
- Panzer,** Förster zu Gundersleben, Oberförsterei Königsthal, ist die Försterstelle zu Friedrichshof, Oberförsterei Hohra, Regbg. Erfurt, vom 1. Oktober d. J. ab übertragen.
- Pfeunig,** forstverorgungsberechtigter Anwärter zu Wolschog bei Bleg, in nach Uckau, Oberförsterei Dornitz, Regbg. Posen, vom 1. November d. J. ab einberufen.
- Pfison,** Förster zu Spirding, Oberförsterei Wilschleben, ist nach Gr.-Puppen, Oberförsterei Puppen, Regbg. Allenstein, vom 1. November d. J. ab verlegt.
- Sasse,** Förster o. R. zu Schönhausen, Oberförsterei Nienover, ist in gleicher Eigenschaft nach Hübenthus, Oberförsterei Ellium, Regbg. Hildesheim, vom 1. Oktober d. J. ab verlegt.
- Streu,** forstverorgungsberechtigter Anwärter zu Dorotheend bei Kleinig, ist nach Seehorn, Oberförsterei Warthwald, Regbg. Posen, vom 1. Oktober d. J. ab einberufen.
- Sollmann,** Förster o. R. zu Sargen, Oberförsterei Söllweg, Regbg. Bromberg, scheidet mit dem 1. September d. J. aus dem Staatsforstdienste aus.
- Wasmund,** Forstausseher zu Udeleben, Oberförsterei Ustar, ist als Schreibgehilfe nach Nienover, Oberförsterei Nienover, Regbg. Hildesheim, vom 1. September d. J. ab verlegt.
- Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen:
Fräger, Forsthausmeister zu Rammnitz, Oberförsterei Friedrichsthal, Regbg. Stettin; **Schmidt,** Forsthausmeister zu Kroschwitz, Oberförsterei Friedrichsthal, Regbg. Stettin.
- Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen:
Gesler, Waldarbeiter zu Rosenthal, Oberförsterei Rosenthal, Regbg. Cassel.

Jäger-Korps.

Die Erlaubnis zur Auflegung der ihnen verliehenen nichtpreussischen Orden wurde erteilt:

- von Passel,** Oberleutnant und Kommandeur des Magdeb. Jäger-Bataillons Nr. 4, für das Fürstlich Mecklische Ehrenkreuz 1. Klasse.
- von Ardemann,** Major beim Stabe des Magdeb. Jäger-Bataillons Nr. 4, für das Fürstlich Mecklische Ehrenkreuz 2. Klasse.
- Loesch,** Oberleutnant im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, für das Fürstlich Mecklische Ehrenkreuz 3. Klasse.
- Schreiber,** Leutnant im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, für das Fürstlich Mecklische Ehrenkreuz 3. Klasse.
- Wetz,** Leutnant im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, kommandiert zur Militärtechnischen Akademie, für das Fürstlich Mecklische Ehrenkreuz 3. Klasse.
- Fischer,** Feldwebel im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, für die Fürstl. Mecklische (i. V.) Silberne Verdienstmedaille.
- Richter,** Bizefeldwebel im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, für die Fürstl. Mecklische (i. V.) Silberne Verdienstmedaille.
- Pallisch,** Feldwebel im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, für die Fürstl. Mecklische (i. V.) Silberne Verdienstmedaille.

Jubiläen, Gedenktage u. a. m.

Hansow, Robert, Königl. Segemeister zu Salzdesfurth, Oberförsterei Diebholzen b. Hildesheim (H. Komp. Garde-Jäger-Bataillon, Jahrgang 1862, Feldwebeldienst tuerder Oberjäger im Feldzuge 1870/71), feiert am 30. September d. J. sein 60jähriges Dienstjubiläum.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Gemeindeförsterstelle** Reiningen, Oberförsterei Mülhausen i. Elz., in zum 1. November 1912 zu besetzen. Das jährliche Dienstseinkommen beträgt: Basegehalt 1083,10 M., Dienstentschädigung 200 M., wovon 180 M. pensionsfähig, 20 M. nicht pensionsfähig sind, pensionsfähige Geldentschädigung an Stelle von Deputatslohn im Betrage von 171,07 M. Die Anstellung erfolgt auf Widerruf. Von dem Bewerber wird, falls dies ein Forstverorgungsberechtigter oder ein Reservejäger der Klasse A ist, die schriftliche Erklärung verlangt, daß er durch die Anstellung an genannte Stelle seine Forstverorgungsansprüche für erfüllt betrachtet. Etwaige Bewerber wollen ihre Wünsche, welchen der Forstverorgungsberechtigter oder der Militärpaß und der seit der Entlassung aus dem Militärdienst bis jetzt erlangten Dienst- und Führungszugnisse, sofern Bewerber nicht etwa im diesseitigen Forstlaubdienst beschäftigt ist, beizufügen sind, binnen 8 Wochen posteo bei dem Bezirkspräsidenten in Colmar einreichen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Anstalten keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Anfragen finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Entscheidung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 113. Anfrage: Zt den Teilnehmern an der Ostasiatischen Expedition 1900/01 für jedes dieser beiden Kalenderjahre ein Kriegsjahr anzurechnen, sofern die Teilnahme in jedem Jahre mindestens drei Monate gedauert hat, oder ist für die ganze Expedition nur ein Kriegsjahr anzurechnen? Wo finde ich den Allerhöchsten Erlaß hierüber?

Antwort: Die Angelegenheit ist durch den Allerhöchsten Erlaß vom 8. August 1901 geregelt, der im Armeeverordnungsblatt für 1901 in Nr. 26 auf Seite 328 abgedruckt ist und in dem es wörtlich heißt: „1. Als Teilnehmer an der gegen China gerichteten Expedition gelten diejenigen Angehörigen des Armees-Oberkommandos in Ostasien und des Ostasiatischen Expeditionskorps sowie meiner Marine, a) welche zwecks Verwundung in Ostasien die Grenzen des Deutschen Reiches über-

Schritten oder die heimischen Gewässer verlassen haben, und zwar bis zu dem Zeitpunkt der Rückkehr in die Heimat oder der Entlassung im Ausland; b) welche sich bereits im Auslande befanden und während der Dauer der Expedition im Zusammenhang mit dieser in Ostasien Verwendung gefunden haben. 2. Den Teilnehmern an der Expedition sind bei der Pensionierung zu der wirklichen Dauer der Dienstzeit hinzuzurechnen: a) ein Jahr, wenn sie wenigstens einen Monat Teilnehmer gewesen sind; b) ein zweites Jahr, wenn sie in den Jahren 1900 und 1901 zusammen wenigstens neun Monate als Teilnehmer außerhalb der Reichsgrenze und der heimischen Gewässer zugebracht haben. Waren sie an der Erfüllung dieser Bedingung infolge einer in Ostasien erlittenen Verwundung oder sonstigen Dienstbeschädigung verhindert, so soll auch in diesen Fällen die Hinzurechnung eines zweiten Jahres stattfinden.“

Nr. 114. Anfrage: Dürfen die Oberjäger und gelehrten Jäger bei den Bataillonen, wenn sie auf Urlaub sind, die Walduniform tragen? Gibt es darüber Bestimmungen von der Inspektion der Jäger und Schützen? Nehmen etatsmäßige Feldwebel in diesem Falle eine besondere Stellung ein? Wenn nicht, wie ist es dann zu erklären, daß bei einzelnen Bataillonen (z. B. beim Westfälischen Nr. 7) diese die Erlaubnis haben, bei Beurteilungen Walduniform zu tragen, die

Oberjäger und gelehrten Jäger aber angeblich nicht? R. F. in B.

Antwort: Nach den Allgemeinen Grundzügen für die forstliche Fortbildung der Jäger während des aktiven Militärdienstes — Anlage 2 der „Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im königlichen Forstschußdienst vom 1. Oktober 1905“ — soll den vorchriftsmäßig gelehrten Jägern und Jägern der Klasse A während der aktiven Militärdienstzeit stets Gelegenheit gegeben werden, ihre in der Forst- und Jagdlehre erlangten Kenntnisse zu erhalten bzw. zu ergänzen und zu erweitern. Damit dieses nun in der ausgiebigsten Weise geschehen kann, wird den Oberjägern und Jägern der Klasse A bei Beurteilungen in ein Forstrevier auf ihren Antrag gestattet, die Walduniform bzw. Jagdzivil zu tragen. Hierauf bezügliche Ausnahmegestimmungen hinsichtlich der Feldwebel sind uns nicht bekannt. Ob das Tragen von Zivil (wozu auch die Walduniform in diesem Falle rechnet) zu gestatten sei, unterliegt nach der Allerhöchsten Kabinetts-Order vom 18. März 1827 lediglich der Beurteilung der Kommandeure.

Herrn Königl. Hegem. F. in J. Anonyme Anfragen und solche, denen nicht 20 Pf. Portogebühr beigefügt sind, werden nicht beantwortet.

Für die Redaktion: J. B.: Wodo Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Kgl. Hegemeister Bernstorff, Wolbach bei Börste (Varz.).



Mitteilungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Veltz, Försterei Kämme, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Beitrags-) Jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bestimmt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

1829a. Runke, Forstausseher, Kobelnitz, Post Ober-Stephansdorf, Breslau.

1830a. Deutschel, Hilfsjäger, Jachskowitz, Post Breslau, Oppeln.

1835a. Meißner, Forstausseher, Wamberscheid, Gohlsien.

1838a. Wurdardt, Förster, Jersien bei Gesslich, Oldendorf, Minden-Münster.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen. Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Sarolub (Regbz. Danzig). Sonnabend, den 7. September, 6,30 Uhr nachmittags, Mitglieder-

Versammlung in Lefnau, Gasthaus Wille. Tagesordnung wird vor der Sitzung bekanntgegeben. Der Vorstand.

Preßlau (Regbz. Marienwerder). Versammlung am 1. September, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale. Tagesordnung: 1. Wahl eines neuen Vorstandes; 2. Vortrag des Kollegen Säl über die letzte Bezirksgruppen-Versammlung; 3. Verschiedenes. Nach Schluß der Sitzung gemütliches Beisammensein mit den Damen. Der Vorsitzende.

Hominter Heide (Regbz. Gumbinnen). Am Sonntag, dem 1. September cr., findet das Sedanschießen auf dem Schießstande bei Hominten statt. Beginn: 3½ Uhr. Nach dem Schießen gemütliches Beisammensein im Kaiserhotel. Gäste willkommen.

Der Vergnügungsvorstand.

J. A.: K e n n e w i g, Königl. Förster.

Sterbfrüh (Regbz. Cassel). Sonntag, den 1. September d. Jz., Versammlung in der Gastwirtschaft Schreiber zu Sterbfrüh, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: 1. Beschluß über Gründung einer Sterbefasse; 2. Beschluß über Beitritt zur Krankenkosten-Beihilfefasse; 3. Bestellung auf den Kalender „Waldheil“; 4. evtl. Neuwahl des Schrift- und Kassensführers; 5. evtl. Neuwahl des 1. Vorsitzenden. Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Berichte.

Ortsgruppen:

Stangenwalde (Regbz. Danzig). Am Sonntag, 11. d. Mts., fand eine Mitgliederversammlung in Kahlbude statt, erschienen waren 12 Mit-

glieder. Zu 1 der Tagesordnung wurde beschlossen, daß das Prämienschießen am Sonntag, 25. August cr., an der „Krausen Bucht“ im Schutzbezirke Kehlhof stattfinden soll, Beginn 3 Uhr nachm., 3 Schuß freihändig und 3 Schuß aufgelegt (20 Ringscheibe), Prämienbeitrag 4,05 M., Musikbeitrag pro Person 0,25 M. Jeder hat für sich zu schießen, für Nichterschienene wird nicht geschossen. Zu 2 —. Zu 3. Herr Dr. Gloy zu Kahlbude war so liebenswürdig, einen lehrreichen, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“, namentlich im Fällungsbetriebe und bei den anderen Waldbarbeiten, zu halten. Herrn Dr. Gloy sei an dieser Stelle nochmals der Dank der Ortsgruppe ausgesprochen.

Der Vorsitzende: gez. Heinlich.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Jng. Neumann, Neubamm.

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes
am 7. August 1912.

Die Sitzung fand in Neubamm statt und begann 5 Uhr nachmittags. Anwesend waren die Herren: Bohl, Königl. Forstmeister, Zicher; Brämer, Herrschaftl. Förster, Rehnig; Graf Fjind von Fjindenstein, Rittergutsbesitzer, Troissin; Grimmig, Stadtförster, Forsthaus Woltersdorf bei Soldin; Bodo Grundmann, Neubamm; Jacobi, Königl. Forstmeister, Rassin; Koch, Königl. Hegemeister, Zicher; Köppen, Rittergutsbesitzer, Ringenwalde; Neumann, Königl. Kommerzienrat, Neubamm; Bahl, Königl. Hegemeister, Neubamm; Perside, Stadtförster, Stadttheide Werklinden; Wölke, Herrschaftl. Revierförster, Dölzig; Bierau, Vereinssekretär, Neubamm.

Der Kassenbestand betrug am 1. August 1912 11 701,63 M.; davon entfielen:

- a) auf den Unterstützungsfonds . . 1754,58 M.
- b) auf den Erziehungsfonds . . 391,66 „
- c) auf den Darlehnsfonds . . 4056,98 „
- d) auf den Stipendienfonds 1912 . 1878,96 „
- e) auf den Stipendienfonds 1913 . 610,39 „
- f) auf den Begräbnisfonds 1912 . 1991,72 „
- g) auf den Begräbnisfonds 1913 . 1017,34 „

An neuen Mitgliedern hatten sich seit voriger Sitzung 34 angemeldet, davon wurden 33 in den Verein aufgenommen. Eine Aufnahme wurde vertagt, da sich der Betreffende bezüglich seiner Eigenschaft als Forst- und Jagdbeamter noch besser ausweisen soll.

An Gesuchen um Unterstützung und Darlehen waren 49 eingegangen. Aus dem Unterstützungsfonds wurden bewilligt: Der betagten, in bedrängten Verhältnissen lebenden alleinstehenden Tochter eines verstorbenen Königl. Oberförsters 50 M. Der durch Krankheit in Not geratenen Witwe eines Königl. Hegemeisters 40 M. Der nur auf eine geringe Pension angewiesenen älteren Witwe eines Königl. Waldwärters 30 M. Der kränklichen, gänzlich unbemittelten Witwe eines Privatförsters 40 M. Einem durch schwere

Krankheit seines Sohnes in Bedrängnis geratenen invaliden Privatförster 100 M. Der hilfsbedürftigen Witwe eines herrschaftlichen Revierförsters 20 M. Einem durch größere wirtschaftliche Verluste in Bedrängnis geratenen Privatförster 75 M. Der hilfsbedürftigen, alleinstehenden älteren Tochter eines verstorbenen Privat-Oberförsters 30 M. Der erwerbsunfähigen, unbemittelten ledigen Tochter eines verstorbenen Privatförsters 30 M. Drei zusammen lebenden, meistens kranken, unbemittelten Töchtern eines verstorbenen Königl. Försters 75 M. Der durch Krankheit in Not geratenen Witwe eines Königl. Försters 40 M. Einem durch größere wirtschaftliche Verluste auf seiner ersten Stelle in Not geratenen Königl. Förster 75 M. Zwei zusammen lebenden, in dürftigen Verhältnissen sich befindenden ledigen Töchtern eines verstorbenen Königl. Oberförsters 50 M. Der durch Krankheit in Not geratenen Witwe eines Königl. Försters 25 M. Einem hochbetagten, durch dauernde Krankheit in Bedrängnis geratenen pensionierten Königl. Waldwärter 50 M. Der älteren, nur auf eine kleine Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 40 M. Einem durch Krankheitsfälle und wirtschaftliche Verluste in Bedrängnis geratenen Stadtförster 60 M. Einem durch schwere Krankheit seiner Ehefrau in Not versetzten Gemeinde-Waldwärter 50 M. Der hochbetagten, hilfsbedürftigen Tochter eines verstorbenen Privat-Oberförsters 50 M. Der mittellosten, alleinstehenden Tochter eines verstorbenen Gemeindeförsters als Beihilfe zum Begräbnis ihrer kürzlich verstorbenen Mutter 40 M. Der hochbetagten, auf eine geringe Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 30 M. Einem durch Krankheiten und Todesfall in drückende Not versetzten Privatförster a. D. 100 M. Einem invaliden, auf geringe Bezüge angewiesenen ehemaligen herrschaftlichen Förster 40 M. Der durch Krankheit in Not geratenen Witwe eines Privatförsters 50 M. Der unbemittelten Witwe eines Königl. Forstaufsehers, die noch zwei Kinder für einen Beruf ausbilden lassen muß, 60 M.

Einem durch unverschuldete Stellenlosigkeit in Not geratenen Forst- und Jagdaufseher 30 M.

Aus dem Erziehungsfonds erhielten: Ein durch langjährige Krankheit seiner Ehefrau in Bedrängnis geratener Privatförster zur Erziehung von sieben Kindern 50 M. Ein durch Krankheits- und Todesfall unterstützungsbedürftig gewordener Gemeinde-Waldbwärter zur Erziehung von sieben Kindern 60 M. Die kranke, hilfsbedürftige Witwe eines Königl. Oberförsters als Beihilfe zur Ausbildung von zwei Söhnen 90 M. Ein in dürftigen Verhältnissen lebender Königl. Waldbwärter zur Erziehung von acht Kindern 50 M. Ein durch vorjährige gänzliche Mißernte in schwierige Verhältnisse geratener Königl. Förster o. R. zur Erziehung von sechs Kindern 60 M. Die hilfsbedürftige Witwe eines Fürstl. Försters zur Erziehung von sieben Kindern 50 M. Die in dürftigen Verhältnissen lebende Witwe eines Privatförsters zur Erziehung von zwei Kindern 25 M.

Aus dem Darlehensfonds wurden bewilligt: Einem unbemittelten herrschaftlichen Förster zur Bezahlung von Arzt- und Apotheker-Rechnungen 200 M. Einem durch die vorjährige schlechte Ernte in Miskstand gekommenen Königl. Förster 350 M. Einem durch Todesfall in Bedrängnis geratenen herrschaftlichen Förster 200 M. Einem mittellosen herrschaftlichen Förster zur Anschaffung von Pferd und Wagen gegen gute Bürgschaft 500 M. Einem durch vorjährige Mißernte in Schulden geratenen Königl. Förster 200 M. Einem unbemittelten Privatförster zur Ermöglichung des Eintritts einer neuen Stelle 50 M. Einem durch die Ausbildung seiner Kinder vorübergehend in Bedrängnis geratenen Königl. Förster gegen gute Sicherheit 500 M.

Abgelehnt wurden drei Darlehens- und sechs Unterstützungsbesuche. Bei ersteren fehlten die vorgeschriebenen Unterlagen, während der Grund bei letzteren teils Unzulässigkeit gemäß Satzung, teils mangelnde Bedürftigkeit war.

An Gesuchen um Stipendien zum Besuch forstlicher Lehranstalten waren eingegangen:

1. Von Staatsforstbeamten und deren Hinterbliebenen zehn Gesuche. Hiervon konnten sechs Gesuche durch Bewilligung je eines Stipendiums von 100 M., zahlbar in zwei

Halbjahrsraten von 50 M., berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung der übrigen vier Gesuche war satzungsgemäß nicht zulässig.

2. Von Privatforstbeamten und deren Hinterbliebenen elf Gesuche. Hiervon fanden sieben Gesuche durch Bewilligung je eines Stipendiums von 100 M., zahlbar wie vor, ebenfalls Berücksichtigung, während die übrigen vier Gesuche satzungsgemäß abgelehnt werden mußten.

Es sind also bewilligt: an Söhne von Staatsforstbeamten: sechs Stipendien von zusammen 600 M., an Söhne von Privatforstbeamten: sieben Stipendien von zusammen 700 M.

Von Gemeindeforstbeamten und deren Hinterbliebenen, für welche zwei Stipendien zu vergeben waren, sind Gesuche um Bewilligung von Stipendien nicht eingegangen.

Aus dem Fonds für Begräbnisbeihilfen sind seit voriger Sitzung gezahlt: sechs Beihilfen von je 100 M. und eine Beihilfe von 70 M., zusammen 670 M.

Im ganzen wurden in dieser bzw. seit voriger Sitzung bewilligt: aus dem Unterstützungsfonds: 1280 M., aus dem Erziehungsfonds: 385 M., aus dem Darlehensfonds: 2000 M., aus dem Stipendienfonds: 1300 M. und aus dem Fonds für Begräbnisbeihilfen: 670 M.; zusammen 5635 M.

In der Abteilung für Stellenvermittlung sind seit voriger Sitzung fünf Stellen für Forst- und Jagdbeamte vermittelt. An unerledigten Stellengesuchen liegen zurzeit noch 62 vor. Unter den Stellensuchenden befinden sich akademisch geprüfte Anwärter für Oberförsterstellen, Forstverwalter, Revierförster, Förster, Forstaufseher und Hilfsjäger der Klasse A und B sowie Jagdaufseher.

An Wohlfahrtsmarken sind seit der letzten Sitzung 105 Bogen verkauft.

Schließlich wurden noch zwei dem Verein überwiesene gebrauchte Doppelflinten einem unbemittelten Forstlehrling und einem unbemittelten Hilfsjäger als Geschenk bewilligt.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Der Vorstand
des Vereins „Waldheil“.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Vertog-Halensee.

**Bericht über den Verlauf der diesjährigen
Versammlung der Bezirksgruppe V, Posen,**
am 16. Juni 1912 zu Posen.

Von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksgruppe, Herrn Wilmeister Fiebig, der an Stelle des leider verzogenen Herrn Dr. Lajschke die Einladung hatte ergehen lassen, wurde die Versammlung um 11¼ Uhr eröffnet und die Teilnehmer sowie insbesondere Herr Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach begrüßt.

Daraufhin gab der Vorsitzende der Bezirksgruppe, Herr Forstbeirat der Landwirtschaftskammer Dr. Lajschke, der es ermöglicht hatte,

noch in letzter Stunde nach Posen zu kommen, seinem Bedauern über wenig zahlreiches Erscheinen der Mitglieder Ausdruck und bat in Anbetracht der Ziele des Vereins um eine regere Beteiligung an den Versammlungen. Auf Grund einer zehnjährigen Praxis bei der Landwirtschaftskammer gab dann Herr Dr. Lajschke eine ausführliche Schilderung von Tätigkeit, Zweck und Ziel der Forst-Abteilung der Landwirtschaftskammern für die Provinzen Posen und Schleisien und wies auf die Notwendigkeit und Vorteile des gemeinschaftlichen Arbeitens zwischen Forst-Abteilungen der Landwirtschaftskammern und dem Verein

der Privatforstbeamten Deutschlands hin, z. B. beim Wechsel der Forstbeamten die Stellenvermittlung durch die Landwirtschaftskammer. Als besonderes Moment hob er hervor, daß es durchaus nicht das Bestreben der Landwirtschaftskammer sei, leitende Stellen eingehen zu lassen, wie dies verschiedentlich als Vorwurf erhoben wurde. Es würden gerade durch die Arbeiten der Forstabteilung eine Menge Stellen mehr geschaffen, die früher nicht waren.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Herr Wildmeister Fiebig steht auf dem Standpunkte des Herrn Vorredners und betont nochmals die Vorteile des Zusammenarbeitens der Forstabteilungen der Landwirtschaftskammern und des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands unter besonderer Betonung des gerade von Herrn Dr. Laschke hervorgehobenen Momentes der Stellenvermehrung. Es folgte hierauf ein ausführlicher Bericht über das Versicherungsamt, die Unfall- und Haftpflichtversicherung, Viehver- sicherung und Brandversicherung unter Hinweis auf die Notwendigkeit der vorgenannten Einrichtungen für den deutschen Privatforstbeamten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtete Herr Oberförster Westhus von der Landwirtschaftskammer über die Hauptversammlung 1911 in Posen und über die im Anschluß daran stattgefundene gemeinschaftliche Exkursion in die Rittergutsforsten Gutschno, Storchnest und Ketsche im Kreise Lissa. Referent hat darauf um eine recht zahlreiche Beteiligung an der diesjährigen Hauptversammlung in Eisenach.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Herr Forstlandrat Berger behandelte eingehend die Entstehung und Belämpfung der Waldbrände. Herr Dr. Laschke dankte dem Redner und bat, unter Hinweis auf die Bedeutung der Feuerschneisen und Feuerschutzgräben, solche anzulegen, wo die Eisenbahn nicht schützt, z. B. an Chaussees usw., und empfahl eine Waldbrandversicherung nur für Kulturen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung berichtete Herr Forstassessor Freiherr von Ensberg in ausführlichster Weise über die Schäden durch Insekten und Pilze in den Forstkulturen und deren Verhütung unter besonderer Betonung und mit Beweisen, daß eine Verhütung leichter ist als die Belämpfung der schon vorhandenen Kalamität. Es schloß sich hieran ein lebhafter Meinungsaustausch, wobei Herr Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach in überaus interessanter Weise die Charaktere des *Trametes*-Pilzes und des *Kieneschorfes* sowie deren Belämpfung schilderte.

Herr Wildmeister Fiebig ermahnte zum Schutz der Vögel (namentlich der Mandelkrähe und des Stares), wozu Herr Oberförster Westhus auf die Vorzüge der Schlüterischen Risturnen hinwies.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Da der Vorsitzende der Bezirksgruppe, Herr Forstseiler Dr. Laschke, am 1. Oktober 1911 zur Forststelle der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, in Breslau, übertrat und somit auch aus der Bezirksgruppe V ausschied, war die Neuwahl eines Vorsitzenden erforderlich. Herr Wildmeister Fiebig schlug zum Vorliegenden den jetzigen Leiter

der Forstabteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen, Herrn Oberförster Westhus, vor, mit der Begründung, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit der Landwirtschaftskammer zum Wohle der Bezirksgruppe erforderlich wäre. Es wurde darauf einstimmig Herr Oberförster Westhus gewählt, und nahm derselbe auch die Wahl an. Herr Witlmeister Fiebig dankte dem bisherigen Vorsitzenden für seine treue Mitarbeit, auf welchen sodann die Versammlung ein Horrido ausbrachte.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Mit allgemeiner Genugtuung begrüßte es die Versammlung, daß der weitere Vorstand in seiner letzten Sitzung sich wieder eifrig mit der Titelfrage beschäftigt hat, woran sich eine längere Debatte über diesen Punkt anschloß.

Die Versammlung wurde gegen 1¼ Uhr nachmittags vom Vorsitzenden geschlossen.

Posen, den 7. Juli 1912.

Westhus,

Oberförster der Landwirtschaftskammer.

Bericht

über die Exkursion der Bezirksgruppe Grafschaft Glatz und Umgegend (XV)

in den Habelschwerdter Stadtforst, Revier Wustung, am 21. Juli 1912.

Gemäß dem bei der Frühjahrsversammlung in Glatz gefaßten Beschluß wurde die in Aussicht genommene Exkursion in oben genanntes Revier heute ausgeführt. 36 Mitglieder und Gäste versammelten sich gegen 1 Uhr in der prächtig gelegenen Försterei „Wustung“, woselbst ein gemeinschaftliches Essen stattfand, um sich zu den bevorstehenden Anstrengungen genügend vorzubereiten.

Während der Essens begrüßte der Vorsitzende, Herr Oberförster Hoffmann, Hausdorf, die Erschienenen, namentlich den Verwalter der städtischen Forsten, Herrn Oberförster Kliche-Habelschwerdt, welchen er auch bat, dem Magistrat für die Ermöglichung der heutigen Tour den Dank der Versammlung zu übermitteln.

Herr Oberförster Kliche überbrachte zunächst Grüße des Magistrats der Stadt Habelschwerdt und führte weiter aus, daß es ihm eine Freude sei, heute die Führung zu übernehmen, um so mehr, als es heute das zweite Mal sei, daß die Versammlung am gleichen Orte tage, woraus er den Schluß ziehe, daß es den damaligen Teilnehmern recht gut hier gefallen habe.

Kurz vor Aufbruch gab Herr Oberförster Kliche dann noch einige kurze Daten über die Revierverhältnisse. Danach besteht ein Stadtwald von Habelschwerdt etwa seit dem Jahre 1250; allerdings nicht in der jetzigen Größe, welche durch verschiedene größere oder kleinere Grundstücks-erwerbungen erreicht wurde, da die Stadtwälder früher wie auch jetzt in der Vergrößerung des Waldbesitzes eine recht sichere und, wie wir gleich hören sollten, auch rentable Kapitalsanlage erblickten. Der Stadtforst hat zurzeit eine Größe von 2475 ha und liegt bis über 800 m über Seeshöhe. Interessant ist das Vorhandensein einer etwa 75 ha großen Hochmoorfläche, welche über 700 m hoch liegt. Bis vor etwa 80 Jahren war die vorwiegende

Bewirtschaftungsform der Plenterbetrieb, darauf folgte Kahlschlagwirtschaft mit zum Teil recht umfangreichen Schlägen. In der Person des jetzigen Revierverwalters hat die natürliche Verjüngung einen eifrigen Förderer gefunden, und wird dieselbe, wo irgend angängig, seit mehr als 20 Jahren mit zumeist recht gutem Erfolge durchgeführt.

Die Exkursion berührte zunächst eine in unmittelbarer Nähe des Forsthauses gelegene Abteilung schlagbarer Kiefern, mit Tanne, Fichte und Bärche gemischt. Dieser Teil steht außerhalb des Betriebsplanes und wird, weil mit dem Forsthaus Restauration verbunden ist und von den Stadtbewohnern wie von Fremden viel besucht wird, paritätisch bewirtschaftet, indem Löcher von verschiedener Größe gehauen werden, auf welchen teils durch Anflug, teils durch Einbringung anderer Holzarten abwechselnde Bestandesbilder geschaffen werden. An der Baumschule wurden Säemaschinen und Pflanzenbohrer gezeigt und die Vor- und Nachteile des einen oder anderen Fabrikats besprochen.

Der nun folgende Teil war der Kernpunkt der heutigen Waldbtour, und zwar die natürlichen Verjüngungen. Die Kollegen, welche seinerzeit den Vortrag des Herrn Forstmeister Kieger, Giersdorf, über den Blendersaumschlag von Professor Wagner gehört haben, konnten heute die praktische Ausführung der Wagner'schen Methode kennen lernen, und wenn auch mancher der Kollegen dieselbe mit Mißtrauen betrachtete, so konnte sich doch auch niemand gegen die angeführten Vorteile verschließen. Besonders bemerkenswert war der auf den alten Stöcken genau festzustellende enorme Zuwachs nach dem Vorbereitungs- und Besamungshieb.

Weiter wurden noch verschiedene Bestandesbilder und Begeanlagen gezeigt, und zuletzt die im Tale in der Nähe der Forellenteiche angelegten Laubholzpartien. Die Besichtigung der Forellenteiche bildete den Schluß der Exkursion, welche im Gegensatz zu den früheren weniger anstrengend war. Im Forsthaus wurde nun erst eine Tasse des beliebten braunen Tranks eingenommen und noch einige geschäftliche Sachen erledigt. Der Vorsitzende sprach dem Leiter der Waldbtour für seine Bereitwilligkeit den Dank der Versammlung

aus, welcher seitens derselben in einem dreifachen Hoch ausklang.

Herr Oberförster Rliche sprach nochmals seine Freude über das Erscheinen der Bezirksgruppe Wlax aus und wünschte derjenigen sowie dem ganzen Privatforstbeamtenverein ferneres Gedeihen.

Nachdem zum Delegierten für die Mitgliederversammlung der Herr Vorsitzende gewählt und als nächster Versammlungsort Wartha bestimmt wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Daß die Teilnehmer von der heutigen Veranstaltung vollauf befriedigt waren und man auch bei Kollege Strauch sehr gut aufgehoben war, konnte man daran erkennen, daß die Mehrzahl der Anwesenden bis zur allerhöchsten Zeit in gemüthlicher Unterhaltung beieinander blieb.

Offentlich hat ein jeder eine Nutzenwendung zu Nuß und Frommen des ihm anvertrauten Waldes aus dem heute Geschehen gezogen.

Forstb. Wilsch, im Juli 1912.

A. Weidlich.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3890.

Wilde, Hermann, Förster (Frau von Einern), Birkowitz b. Halbenborn, Kr. Cönneln. (H.-Gr. VI.)

3891. Henning, Max, Revierjäger (Graf v. Arnim-Bischow), Bischow (Märkisch). (H.-Gr. IX.)

3892. Neumann, Fritz, Gärtner und Förster, Berlin N 28, Weinmühlendammstr. 82. (H.-Gr. IX.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt: Wiewolb, Karl, Jäger, 1. Komp. Jäg.-Batt. 11, Großhansdörren b. Kulowen (Eupreußen).

Pograsch, Walter, Reviergehilfe, Kluscha b. Salsche, O.-S. Rixdorf, Karl, Küster, Güstrow.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan lauten ferner ein: Nr. 1187 15 Mk., Nr. 3884—3887, 3892 je 7 Mk.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Aufträge sind zu richten an die

Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshof Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Bezirksgruppe Harzgerode.

Am Mittwoch, dem 28. d. Mts., um 3½ Uhr nachmittags, Versammlung in Alexiabad, Hotel Försterling. Grimm.

Forstverein für Westfalen und Niederrhein, Nordwestdeutscher Forstverein und Verband der Waldbesitzervereine Westfalens und Rheinlands.

Gemeinsame Sommer-Versammlung in Münster i. W. am 8. bis 10. September 1912. Anmeldung bis spätestens 25. August.

Zeiteinteilung:

Sonntag, den 8. September: Empfang der Teilnehmer am Bahnhof Münster; dort Ausgabe der Quartierkarten usw. 8 Uhr abends: Zwangloses Beisammensein im Hotel Kaiserhof.

Montag, den 9. September: Vormittags: Sonderjüngungen der einzelnen Forst- und Waldbesitzervereine. Sonderjüngung des Forstvereins für Westfalen und Niederrhein um 11 Uhr im Sitzungssaale der Landwirtschaftskammer, Schorlemmerstr. 6. Mittags 12 Uhr: Frühstück im Hotel „König von England“. Nachmittags 1 Uhr: Besichtigung

der Sehenswürdigkeiten der Stadt Münster. Nachmittags 3½ Uhr: Gemeinsame Sitzung der drei Vereinigungen im großen Saale des alten Rathhauses unter Vorsitz Seiner Durchlaucht des Prinzen von Ratibor und Corvey, Oberpräsident der Provinz Westfalen. Abends 7½ Uhr: Gemeinschaftliches Essen im Hotel „König von England“.

Dienstag, den 10. September: Vormittags 7,22 Uhr: Abfahrt vom Hauptbahnhof Münster mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Burgsteinfurt (Ankunft 8,12 Uhr). Von dort Wagenfahrt in das fürstliche Aufforstungsgebiet Fuchshagen. Frühstück im Wagn auf Einladung Seiner Durchlaucht des Fürsten zu Bentheim. Darauf Wegang des Fürstlichen Forstreviers Burgsteinfurt. Von 4 Uhr ab Gelegenheit zur Rückfahrt mit allen Zügen.

Tagesordnung des Forstvereins für Westfalen und Niederrhein.

1. Bei der Sonderitzung, vorm. 11 Uhr: Geschäftliche Vereinsangelegenheiten.
2. Bei der gemeinsamen Sitzung, nachm. 3½ Uhr: Beratungsgegenstände:

1. Erhaltung und Erhöhung der Rentabilität der Buchenforsten. Berichterstatter: Stadtoberförster Burdhardt-Hameln, Königl. Forstmeister Erdmann-Neubrückhausen. 2. Odlandsaufforstungen im nördlichen Westfalen. Berichterstatter: Forstbeirat Baumgarten-Münster, Gräfl. Oberförster Scheffer-Boichorst-Belen. 3. Allgemeine Mitteilungen über Beobachtungen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und der Jagd.

Bemerkungen: Der Preis für das gemeinsame Frühstück am 9. September beträgt 2 M., für das Abendessen 4 M. für das trodene Gedeck. Die einfache Bahnfahrt nach Burgsteinfurt kostet 1 M., die Wagenfahrt dorthelbst 1,50 M. Quartierarten werden am 8. von 4 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts, am 9. von 8 bis 12 Uhr vormittags im Wartesaal II. Klasse ausgeben.

Ratseforth, Glindfeld und Darmen, im August 1912.

Der Vorstand des Forstvereins für Westfalen u. Niederrhein.

Folz, Merten, Balz, Gräfl. Oberförster. Rgl. Oberförster. Städt. Forstverwalter.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befehung gelangende Forstbediensteten in Preußen. 679. — Die Neuregelung des Försterdienstes und der Dienstaufwandsabgaben. Von Jock. 679. — Die Spaltloshandhabung der Kiefer. Von Strick. 681. — Höhere Forstbeamte für die Kolonien. 682. — Neue Kolonialabrechnung. 682. — Urtas von der Beymouthschiefer. 682. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse. 683. — Vom Waldbauhand in Braunschweig. 683. — Brand der Jägerkaserne in Rulm (Westpreußen). 683. — Berichtigung. 683. — Waldbrände. 683. — Amtlicher Marktbericht. 683. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen. 683. — Offene Stellen im Gemeinde- und Kustalisforstbedienstete für Bewerber des Jägerkorps. 683. — Brief- und Fragelasten. 683. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 683. — Nachrichten des „Waldheil“. 691. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 692. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 694. — Inserate.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfälliger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balenzen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Dieser Nummer liegt bei eine Separatbeilage der Firma **Ernst Steigleder, Gewehrfabrik, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 64**, betreffend Jagdbekleidung, Jagdgerätschaften und Gewehre, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Zur Schneeballkollekte für den Jagdausscher Ott und die Witwe Schäfer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß im Jahre 1906 zugunsten des durch einen Wilderer schwer verwundeten Jagdausscher Ott und der Witwe des ermordeten Oberjägers Schäfer von unbekannter Seite eine Schneeballkollekte veranstaltet wurde, in welcher die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“ als Sammelstelle für die Beiträge genannt ist. Wir erklärten schon damals, daß diese Kollekte ohne unser Wissen und Willen in Umlauf gesetzt sei, machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß derartige Kollekten gesetzlich verboten sind, und haben wiederholt dringend, die Schneeballkollekte für Ott und Schäfer einzustellen. Trotzdem gingen im Laufe der Jahre und gehen auch jetzt immer noch Beiträge für den genannten Zweck, teils mit unliebsamen Bemerkungen, bei unserer Expedition ein. Wir nehmen daher Veranlassung, die Empfänger von Schneeballbriefen nochmals dringend zu bitten, dem Anlauf der Schneeballkollekte zu steuern und diese endlich einmal außer Kurs zu setzen. Die jetzt noch bei und eingehenden Beiträge werden dem Verein „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, überwiesen. Die Expedition (10730 697) der „Deutschen Jäger-Zeitung“.

Am 18. August d. Js. verschied nach kurzem, schweren Leiden der

Königl. Hegemeister Heinrich Siebert,

Jahrgang 1877, 1. Komp. Jägerbataillon Nr. 11, in Altenbrunslar im 56. Lebensjahre.

In ihm ist ein gewissenhafter, pflichttreuer Beamter, ein verständnisvoller Pfleger des ihm anvertrauten Waldes und Wildes, ein anspruchsloser, guter Mensch und Kollege dahingegangen, dessen frühen Tod wir tief betauern und dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Beamten der Königl. Oberförsterei Felsberg.

1. A.: Hawiltschka, Oberförster.

Familien-Nachrichten

Königl. Forstaufseher
Paul Roloff
Marie Roloff
geb. Sakselinsky
Vermählte.

Kuhlenmorgen, 14. 8. 1912.

Geburten:

Dem Rgl. Förster Richard Mahnkopf in Forsthaus Ronney, Bez. Magdeburg, ein Sohn.

Verlobungen:

Fräul. Margarete v. Petersdorff ausgett in Ralsch, Regbz. Lüneburg, mit dem Leutnant im Garde-Schützen-Batl. Disso v. Petersdorff.

Storbefälle:

Langenfab, Hans, R. Forstmeister in Burglengsfeld i. Oberpfalz.
Dehlstein, Förster in Stintenburg.

Ingdverpachtungen
Ingdpacht- und Aufschlagsgeheude
Penfions-Anzeigen

Bad Neuenahr.

Mobilierte Zimmer mit u. ohne
Penfion. **Forsthaus Walsrieden,**
781) Rarlstraße. — Nähe Kurpark.

Personalien

Bekanntmachung!

Zum 1. Oktober d. J. ist die hiesige
Stabsförsterstelle mit einem in der
Praxis bewährten Anwärter zu besetzen.
Die Einkünfte der Stelle sind wie folgt
festgelegt:

- a) Grundgehalt 1000 Mk.
- b) 5 Dienstalterszulagen von
8 zu 3 Jahren, die erste
à 200 Mk., die übrigen
à 150 Mk. 800 "
- c) freie Dienstwohnung mit
Garten im Werte von 400 "
- d) aus Sandnahrung 200 "
- e) freies Brennmaterial im
Werte von 100 "
- f) Ertrag eines Ausschanks im
Forsthaufe 800 "

Endgehalt 2800 Mk.

Bewerbungsgesuche sind bis zum
27. August d. J. an den Magistrat
zu richten. Ortsbürger hat Realreform-
gymnasium i. E. und höhere Mädchenschule.
Das Forsthaus ist etwa 1 km
von der Stadt entfernt. Auswärtige Dienst-
zeit kann evtl. angerechnet werden.

Ortsbürger, den 15. August 1912.
Der Magistrat. (984)

Die Stelle des
Forstschußbeamten (983)

für unsere in **West-Deutenow** und
Heidebrint (Insel Wollin) belegene,
etwa 141 ha große Forst soll spätestens
zum 1. April 1918 neu besetzt werden.

Die Anstellung erfolgt gemäß § 1 des
Ortsstatuts vom 2. April 1907 im Wege
des Privatdienstvertrages gegen drei-
monatliche Kündigung.

Das Einkommen der Stelle besteht
1. in freier Wohnung im Forsthaufe,
2. in einer barren monatlichen Remuneration
von 62 Mk.,
3. in freiem Brennholz,
4. etwas Kartoffelfeld (Sand).

Die Stelle eignet sich nicht für unver-
heiratete Bewerber und nicht für Bewerber
mit schulpflichtigen Kindern, da die Schule
in West-Deutenow reichlich 2 km entfernt
liegt und besonders im Winter für Kinder
schwer zu erreichen ist.

Gelegene Bewerber, unter denen Forst-
verfugungsberechtigte den Vorrang erhalten,
wollen sich unter Einreichung eines selbst-
geschriebenen Lebenslaufes und begl.
Zeugnisausschnitten baldigst bei uns
melden. Persönliche Vorstellung nur auf
Anforderung.

Gammien i. Pomm., d. 10. Aug. 1912.
Der Magistrat.
Klemt.

Für Pensionsempfänger.

Hausmann. (1005)

Für ein Landhaus mit Garten in
Sachsen (Forst) nahe der bairischen
Grenze) wird ein älteres Ehepaar,
möglichst kinderlos, als Hausmannsleute
günscht. Jährl. 40.— bis 50.— pro
Monat, freie Wohnung und Heizung.
Hinter Pensionäre der Forst- od. Garten-
brande bevorzugt. Offerten mit Angabe
der bisherigen Tätigkeit, Alter etc. unter
"Gartenhausmann" an Haus-
stein & Vogler, A.-G., Witten.

Bei der hiesigen Verwaltung ist die
Stelle eines

Feldschußmannes

zu besetzen. Gehalt 1400 Mk., steigen alle
3 Jahre 7 mal um 100 Mk. bis 2100 Mk.
Wohnungsgeldzuschuß 220 Mk., für Un-
verheiratete 7/8 des letzteren Betrages. Die
Anstellung erfolgt zunächst auf 6 monatliche
Probeweise, später gegen 3 monatliche Kün-
digungsfrist bzw. auf Lebenszeit. Die
Stelle ist pensionsberechtigt.

Forstverfugungsberechtigte Bewerber
— bevorzugt werden solche, die eine Forst-
schule oder Polizeischule besucht haben —
wollen ihre Meldungen mit Lebenslauf und
Zeugnisausschnitten baldigst einreichen.

Wittenberge (Reg. Potsdam),
den 12. August 1912.
Der Magistrat. (980)

Bei dem f. **Forstamte Wörth a. D.**
wird mit dem 1. Oktober 1912 ein

Forstgehilfe

aufgenommen. (1008)
Der Anfangsgehalt beträgt 1410 Mk.
nebst freier Wohnung.

Bewerber müssen lebig, militärfähig,
nicht über 28 Jahre alt sein und haben die
Absolvierung einer bayerischen Waldbau-
schule, die Ablegung der preussischen Jäger-
prüfung oder eine ähnliche Fortbildung
nachzuweisen.

Gesuche sind unter Angabe des Bildungs-
ganges und unter Anschluß der Zeugnisse
nebst Geburtschein bis längstens 10. Sep-
tember lfd. J. bei der unterfertigten Stelle
einzubringen.

**Fürstlich Thurn und Taxis'sche
Domänenkammer.**

Forstverwaltung Oberpfaltens sucht
einen gewissenhaften, mit Buchführung ver-
trauten, in Korrespondenz gewandten,
unverheirateten, nicht zu jungen

Forstsekretär,

gelehrten Forstmann, größere Erfahrung,
Signalhornbläser zu baldigem oder späterem
Diensttritt. Gesuche mit Gehalts-
ansprüchen, Zeugnisausschnitten und selbst-
geschriebenen Lebenslauf unt. F. K. 1003
bei. die Exp. der D. Forst-Ztg., Neubamm.

Suche zum 1. Oktober zuverlässigen

Vorarbeiter

für meinen Forst. Derselbe muß auch in
Karpfen- und künstlicher Forstlenkung er-
fahren sein. Kenntnisse in Viehzucht
erwünscht. Verheiratete gestattet. Geh.
Solbat bevorzugt. (980)

von Bünaa, Leutnant,
Chloß Wilschheim b. Ramen, Reg. Sachf.

Das **Fürstl. Forstamt Darshe**
b. Helmstedt sucht zum 1. 9. od. 1. 10. 12
einen unverh., evgl. (999)

Forstaußseher.

Ausführliche Gesuche mit Zeugnisausschnitten
an **Koschmieder, Revierförster.**

In der **M. von der Leyen'schen Forst-**
verwaltung ist zum 1. Oktbr. 1912 eine
Forstaußseherstelle

zu besetzen. Vergütung 75 Mk. monat-
lich freier, ausmöbl. Wohnung. Brennholz
nach Bedarf. Schußgeld für Raubjagd.
Unverh., durchaus solide Bewerber evgl.
Religion, welche auf das Forstbrevet. Ges.
berechtigt sind, wollen baldigst Gesuche unter
Beifügung selbstgeschriebenen Lebenslaufes u. be-
glaubigter Zeugnisausschn. an den Unter-
zeichneten senden. Jäger der Kl. A oder
Beamte im Besitz des Prüfungszeugnis. des
Bereins für Privatforstl. Deutschl. erhalten
den Vorrang. **Seywald, Forstverwalter,**
Th. Schirm-Mu, Post Königsfeld, Eisf.

Gesucht ein junger, ev., unter-
geheimer. Monatlich 15 Mk.
Forstmann. Anfangsgehalt bei
freier Station u. Wohnung: Schußgeld.
Gesuch mit Lebenslauf und Photographie
zu richten an die (1001)
Freihaus von Nagell'sche Forstverwaltung,
Gartrup bei Wesel a. Rhein.

Zum 1. 10. d. J. wird eine ältere

Wirtschafterin

zur Führung eines frauenlosen Haushaltes
ohne Landwirtschaft für eine Försterei bei
bescheidenen Gehaltsansprüchen gesucht.
Offerten unter **K. L. 994** bef. die
Exp. der Dtsch. Forst-Ztg., Neubamm.

Für unverh., ledigen **Förster,** der Forst-
sekretär war, suche ich anderweit Stellung.
Betreffender ist ehrlich, rüstig u. fähig.
28 Jahre alt. (803)
Kneer, Oberförster, Gringefeld.

Mademisch gebildeter (961)
junger Forstmann,

sucht Verwendung bei den Arbeiten
eines größeren Waldverwaltes.
Tausches oder dergleichen, um auf
dies. Gebiete praktische Erfahrung
zu sammeln. Off. unt. **Nr. 981** bef.
d. Exp. d. Dtsch. Forst-Ztg., Neubamm.

Jäger

der Klasse A, mit guten Zeugnissen, sucht
a. 1. Okt. d. J. Forstl. Beschäftigung.
Geht. Offerten unter **Nr. 981** bef. die
Exp. der Dtsch. Forst-Ztg., Neubamm.

Junger Forstmann,

der seine Lehrzeit am 1. 10. 12 auf einer
Königl. Oberf. beendet, sucht für die
Wintermonate, Okt./März, anderts. Be-
schäftigung im Forst u. Jagdhaus,
wo er sich weiter ausbilden kann. Auf h.
Gehalt wird weniger gesehen, aber gute
Bezahlung. Bevorzugt Wehr-, Offiz.,
Pomm. Offert unt. **Nr. 989** bef. die
Exp. der Dtsch. Forst-Ztg., Neubamm.

Suche f. m. Sohn, 17 J. a., ev., gei.
u. kr., welcher a. 1. 10. eine einj. Lehra-
in Königl. Oberf. beendet, v. da ab

Stellung

als Pfälz. o. Lehrstelle f. 1 J. ohne
Pensionszahlung. Geht. Off. u. **Nr. 992**
bef. die Exp. der D. Forst-Ztg., Neubamm.

Junger Mann, 20 Jahre alt, Land-
wirtsch., wünscht in großer, lehrreicher
Försterei als

Forstlehrling

einzutreten. Offert. unt. **E. A. 993** bef.
die Exp. der Dtsch. Forst-Ztg., Neubamm.

Suche für 17 jähr. jungen Mann
mit besserer Schulbildung, der im
nächsten Jahre zum Königl. Forstdienst
sich meldet, für 1 Jahr

Pension

(m. bescheidenen Ansprüchen) in Försterei
oder Oberförsterei in Ostpr., wo er
eine Forstlehrlings beschäftigt wird.
Off. m. Preisang. bitte umgehend an
Frau E. Froben, Tanzg.-Sangschr.,
Heischortland 6, 1. Tr. (1004)

Berein „Waldheil“, Neubamm,

sucht für eine größere Anzahl gut empfohlener Forst- und Jagdbeamten: akademisch
geprüfte Anwärter für Oberförstereistellen, Forstverwalter, Förster, Waldwärter, Pfälz-
jäger und Jagdanführer für sofort oder später geeignete Stellen. — Von dem Verein
erhältlich Wohlfahtsmarken zum Preis

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmont's Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 3 Mf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belastungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mf. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belastungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 35.

Neudamm, den 1. September 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- Oberförsterei Dobland** im Regierungsbezirk Oppeln ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 25. September eingehen.
- Oberförsterei Schwiedt** im Regierungsbezirk Marienwerder ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 6. September eingehen.
- Försterei Alsenbrunsar** in der Oberförsterei Felsberg, Regierungsbezirk Cassel, ist vom 1. Dezember d. J. ab anderweit zu besetzen.
- Försterei Panamünde** in der Oberförsterei Neuendorf, Regierungsbezirk Potsdam, ist vom 1. Oktober 1912 ab anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis spätestens 7. September eingehen.
- Försterei Rügelssee** in der Oberförsterei Coepenick, Regierungsbezirk Potsdam, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis spätestens 7. September eingehen.
- Försterei Renwedel** in der Oberförsterei Dobland, Regierungsbezirk Oppeln, ist zum 1. Oktober 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 6. September eingehen.
- Försterei Rothwendig** in der Oberförsterei Rothwendig, Regierungsbezirk Bromberg, ist zum 1. Januar 1913 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Oktober eingehen.
- Försterei Warnow** in der Oberförsterei Warnow, Regierungsbezirk Stettin, ist zum 1. November 1912 zu besetzen.

Beschädigung von Kiefernpflanzen durch Abtrennung des Mitteltriebes.

Von P. Berner, Königl. Förster.

In meinem Schutzbezirk (Mythen, Oberförsterei Drygallen, Bezirk Allensstein) macht sich seit Anfang April d. Js. eine Beschädigung der Kiefernkulturen bemerkbar, die ich nachstehend unter Veranschaulichung durch eine Abbildung beschreiben werde. Der vorjährige Trieb war an ein- bis dreijährigen Pflanzen teils am Grunde, teils mehr in der Mitte abgetrennt; die Trennfläche war schräg und zeigte eine schwache Faserung. Das Trennstück lag teils



daneben, teils befand es sich noch lose an seiner alten Stelle und ließ sich abheben. Die Beschädigung fand sowohl bei älteren Kulturen als auch bei einjährigen Pflanzen unmittelbar nach der Pflanzung statt, auf Kiefernboden IV. bis V. Klasse von trockener, loser Beschaffenheit.

Vorweg möchte ich bemerken, daß Verbiß durch Weidevieh, Rehe oder Hasen nicht in Betracht kommt. Weidevieh, das von benachbarten Flächen hätte überlaufen können, wird so zeitig nicht ausgetrieben und hätte auch das getrennte Stück geäßt, daselbe wäre von Reh und Hase gesehen. Außerdem sprach gegen eine solche Annahme der Umstand, daß das durchgagte Trennstück öfter noch lose auf der Mutterpflanze aufsaß. Auch ist ein Stück Wild nicht imstande, die Trennung so dicht am Grunde des Triebes

vorzunehmen, wie dies die Abbildung zeigt. Es konnte also nur noch Insektenfraß in Frage kommen.

Zunächst fiel mein Verdacht auf die Raupe der Kiefernsaateule, *Noctua vestigialis* (*Agrotis vallisgera*). Von dieser ist bekannt, daß sie ihren Fraß an den Nadeln einjähriger Kiefern beginnt und diese zur Hälfte abnaßt, wobei die Schnittfläche eine sich bräunende, feine Faserung zeigt. Dann geht sie zu den frischen Trieben über, welche sie durch einseitiges Benagen schädigt, bald nur flach plägend die Rinde fortnimmt, bald tiefer eingreifend den Trieb durchschneidet, sodaß die Spitze desselben in einer Länge von 1 bis 2 cm zu Boden fällt, auch ist das Abschneiden der ganzen Pflanze dicht über dem Wurzellnoten nicht selten. Hin und wieder findet auch unterirdischer Fraß durch Benagen der Wurzelteile statt. Bei fortschreitendem Wachstum greift sie auch zweijährige Pflanzen an. Diese Art der Beschädigung würde auf meinen Fall zwar passen, doch habe ich das Vorhandensein der Raupe nie durch das charakteristische Abbeißen der Nadeln an Sämlingen — wie dies besonders im Saatlampe stattfindet — beobachten können, auch nie die Raupe selbst gefunden.

Bei dem Nachbessern der trieblosen Kiefernpflanzen fand ich nun in der Bohrerde — wir pflanzen hier mit dem Splittstößerschen Bohrer — häufig Larven des Schnellkäfers, vermutlich des Saatschnellkäfers, *Agriotes lineatus*. Die Larve, auch Drahtwurm genannt, sieht dem bekannten Mehlwurm ähnlich, ist jedoch bedeutend kleiner. Sie hat gelbliche Färbung, ist glatt, walzenförmig mit abgeplatteter Bauchseite; die drei ersten der zwölf hornigen Glieder besitzen je ein Paar kurze Füße, das letzte Glied ist mit einem Nachschieber versehen. Die Schädigung, welche bei der fünf Jahre umfassenden Entwicklungsperiode ebensolange Zeit dauert, verursacht das Insekt hauptsächlich im Larvenzustande und bevorzugt hierbei lodernen, trockenen Boden. Die Larve befrüht hierbei von April ab die fleischigen Teile der Wurzeln junger Kiefern und durchbeißt die Pfahlwurzel. Nach Altum (Forstzoologie) soll auch der Käfer die jungen Triebe der Laubbölzer, vorzüglich der Eichen, benagen und den Saft verzehren. Ein Abbeißen des Triebes ist aber in der Literatur, soweit mir bekannt, nicht erwähnt. Ich glaube indes doch Grund zu haben, bei dem hier festgestellten häufigen Vorkommen der Clateridenlarven an den Wurzeln der ihres Triebes beraubten Kiefernpflanzen diesem Insekt die erwähnte Beschädigung

zuschreiben zu können, trotzdem ich es beim Fraße selbst nicht beobachtet habe. Der verursachte Schaden betrug an manchen Kulturen auf trockenem Sandboden bis 10 %, ist also immerhin beachtenswert.

Es wäre nun recht interessant, durch Mitteilung ähnlicher Beschädigungen an dieser Stelle zu einem abschließenden Ergebnis hinsichtlich der Urhebererschaft der geschilderten Verletzung zu gelangen. Hierbei möchte ich darauf hinweisen, daß noch zu wenig Mitteilungen von derartigen Vorkommnissen in die Öffentlichkeit gelangen.

So manches, was im verschwiegene Walde sich ereignet, würde doch von allgemeinem Interesse sein und durch Mitteilung an geeigneter Stelle — die „Deutsche Forst-Zeitung“ würde derartigen Einsendungen ihre Spalten gewiß nicht verschließen — mit nachfolgender Besprechung unserem deutschen Walde zum Heile gereichen. Willt doch selbst der jüngste Jäger seiner Jagdzeitung mit, wenn er die erste Schnepfe gesehen, den ersten Junghasen gefunden hat, warum also nicht auch forstliche Dinge, die doch bei weitem mehr Bedeutung haben?

Pflichten des Königl. Försters aus der Unfallversicherung.

Von Forstassessor Dr. Basse, Hilfsarbeiter bei der Königl. Regierung, Posen.

Nachdem die Vorschriften des IV. Buches der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 (Zusatz- und Hinterbliebenenversicherung) mit dem 1. Januar 1912 in Kraft getreten sind, steht zu erwarten, daß demnächst*) durch Kaiserliche Verordnung auch die Unfallversicherung eingeführt werden wird. Einschneidende Änderungen wird sie nicht bringen. Dennoch mag der Zeitpunkt günstig sein, die für den königlichen Förster wichtigen Bestimmungen und die sich aus ihnen ergebenden **Pflichten** zu besprechen und an der Hand praktischer Beispiele darzustellen. Der Förster kommt hierbei sowohl als Beamter wie als selbständiger Betriebsunternehmer in Frage. I. Der königliche Förster in seiner Eigenschaft als Beamter.

Wie früher, so werden auch künftig für den Staatsforstbetrieb der Fiskus Versicherungsträger und die königlichen Regierungen Ausführungsbehörden sein. Oberförster und Förster haben die berufliche Pflicht, als Lokalbeamte bei der Durchführung des Unfallversicherungsgesetzes mit tätig zu sein. Neuerdings aber können auch alle Unterebenen ersichtlich ihnen als Betriebsleitern ausdrücklich übertragen werden. Besonders wird hierbei dem Förster als demjenigen Beamten, der dem praktischen Forstbetrieb und den darin beschäftigten Arbeitern am nächsten steht, eine verantwortungsvolle Aufgabe zufallen.

Zunächst kommen die Unfallverhütungsvorschriften in Betracht. Keine Regierung entbehrt dieser. Dem Förster liegt es ob, ständig darüber zu wachen, daß die Unfallverhütungsvorschriften gewissenhaft eingehalten werden. — Die bei weitem meisten Unfälle ereignen sich beim Holzhauereibetriebe. Er wird es als seine Pflicht anzusehen haben, wiederholt während des Wadels seine Holzhauer auf die Vorschriften aufmerksam zu machen und sie zur Vorsicht zu mahnen.**)

Tritt ein Unfall ein, der nicht durch Vorsatz des Verletzten herbeigeführt ist, so muß so schnell als möglich die Heilbehandlung einsetzen. Mancher Förster begnügt sich wohl mit der vorgeschriebenen

Anzeige beim Oberförster, indem er glaubt, daß damit seine sämtlichen Pflichten erfüllt seien. Dem ist nicht so. Auch der Förster hat dafür zu sorgen, daß der Verletzte möglichst bald seine Gesundheit wiedererlange, um seine Arbeit aufnehmen zu können. Noch bevor die mündliche oder schriftliche Anzeige erstattet wird, sind vielleicht wichtigere Schritte zu tun. Der Förster gebe z. B. sein Gespänn heraus, damit der Verletzte unter möglichster Schonung der Kräfte sofort zum Arzt gefahren wird. Es braucht sich hierbei nicht allein um Bein- und Fußverletzungen zu handeln; auch bei Blutergüssen im Auge, bei starken Erschütterungen des ganzen Körpers kann es von größtem Schaden für den Verletzten sein, wenn er noch einen weiten Weg zu Fuß zurücklegt. *)

In anderen Fällen scheinen tatsächlich sehr leichte Verletzungen vorzuliegen. Der Verletzte arbeitet noch weiter und sagt vielleicht sogar dem Förster gar nichts. Am nächsten Tage fehlt er bei der Arbeit. Hier muß der Vorarbeiter, richtig instruiert, den Förster unterstützen; er muß entweder aus eigener Kenntnis oder durch Befragen der Mitarbeiter den Grund des Ausbleibens feststellen, und wenn er von Erkrankung hört, unverzüglich Meldung machen. Der Förster wird dann das Seine tun, sich nach dem Verletzten umsehen und ihn beraten. — Häufig nehmen sich die Arbeiter in Eigenbehandlung oder fragen andere „kluge“ Leute. Das muß auf jeden Fall verhindert werden. Denn gerade durch unachgemäße Behandlung ist schon unendlich viel Unheil gestiftet worden. — Beim Stehendroden spritzten einmal einem Holzhauer, als er eine Wurzel losschlug, einige Sandkörner ins Auge; die Verletzung war unerheblich, und er meldete sie nicht. Trotz eintretender Schmerzen entschloß er sich nicht, den Arzt aufzusuchen, um sich die Körner entfernen zu lassen, sondern kühlte das Auge auf seine Manier; es trat Vereiterung ein, und schließlich verlor er das Augenlicht. Als der Förster nach zehn Tagen von dem Unfall erfuhr, kam jeder Rat und jede Hilfe zu spät. — Für solche Fälle muß der Förster ein besonders

*) Anzwischen ist durch Verordnung vom 5. Juli 1912 dieser Zeitpunkt festgesetzt worden, und zwar auf den 1. Januar 1913.

**) Vergl. hierzu u. a. den Aufsatz in der „Dtsch. Forstztg.“ 1909, S. 554.

*) Der Förster hat das Recht, für seinen Aufwand zu liquidieren.

wachjames Auge haben, soll nicht der Staat mit Dauerrenten belastet werden, deren Vermeidung möglich gewesen wäre.

Erwünscht wäre es auch, wenn es sich jeder Förster zur Gewohnheit machte, etwas Verbandzeug und ein kleines fläschchen Lysol oder sonstiges Desinfektionsmittel stets mit sich zu führen. Gerade die erste sachgemäße Hilfe bei Unglücksfällen ist für die Heilung oft von ausschlaggebender Bedeutung. Wie viele Blutvergiftungen, welche Glieder-Amputationen oder womöglich den Tod zur Folge hatten, sind eingetreten nur dadurch, daß die Wunde verunreinigt wurde. Für sofortige gründliche Reinigung der Wunde und für späteres Reinhaltendeselben haben die Waldarbeiter aber meist recht wenig Verständnis.*)

Der Förster wird es auch als seine Pflicht ansehen, seine Arbeiter — auch schon vor einem Unfall — dahin aufzuklären, daß sie ihrer Ansprüche aus der Versicherung verlustig gehen, wenn ihnen Fahrlässigkeit und pflichtwidriges Verhalten in der Behandlung ihrer Verletzungen nachgewiesen wird. — Eine Frau hatte sich bei der Kulturarbeit die Fußsohle verletzt. Ärztlicherseits war ihr ein Verband gemacht worden, der in zwei Tagen erneuert werden sollte. Als der Arzt fort war, wurde die Frau von Neugier gepackt, wie wohl die Wunde aus sah; sie verspürte auch ein leichtes Jucken. Daraufhin löste sie ihren Verband und betastete längere Zeit die Wunde. Da ihre Finger schmutzig waren, trat alsbald Blutvergiftung ein, und die Frau starb. Sterbegeld und Hinterbliebenenrente konnten nicht bewilligt werden.

In Fällen von Eigenbehandlung vor Zuratziehen des Arztes und Anerkennung des Unfalles hat das Reichsversicherungsamt meist eine äußerst milde Auffassung bekundet. In der Tatsache, daß Verletzte, bevor sie ihren Unfall meldeten, zum Kurpfuscher gegangen waren oder Hausmittel (in einem Falle z. B. Kuhdung) gebraucht hatten, wurde eine Pflichtwidrigkeit nicht erblickt, weil sich bei den Verletzten „guter Glaube“ voraussetzen ließ.

Ist etwa strafgerichtlich festgestellt, daß ein Unfall durch Vorfall oder Fahrlässigkeit des F ö r s t e r s herbeigeführt wurde, so haftet er für alles, was Gemeinden, Krankenkassen usw. infolge des Unfalles nach Gesetz oder Satzung ausgeben müssen. Auch würde wahrscheinlich eine Disziplinaruntersuchung nicht ausbleiben (§ 72² F. D. Z.).

Die neuen Bestimmungen haben übereinstimmend mit den alten die Unfälle, die von kürzerer als dreitägiger Dauer sein werden, von der Anzeige frei gelassen. Da die Verhältnisse aber kaum jemals so klar liegen, daß man mit Sicherheit behaupten kann, der Unfall ist binnen drei Tagen behoben, sei der Förster lieber zu vorsichtig als zu wenig und erstatte regelmäßige An-

zeige, und zwar möglichst sofort, ohne jedoch darüber gegebenenfalls Wichtigeres, wie oben gesagt, zu vergessen. Wird der Unfall nicht oder zu spät (nicht innerhalb drei Tagen) angezeigt, kann gegen den Verpflichteten eine Geldstrafe bis zu 300 M verhängt werden.

Selbstverständlich ist die Unfallanzeige gewissenhaft, möglichst eingehend, das Wesentliche klar darstellend, zu erstatten. Häufig ist der Förster beim Unfall nicht selbst zugegen gewesen. In diesem Falle hat er die Aussagen seiner Gewährsmänner genau zu prüfen und zu würdigen. Je mehr die Arbeiter erfahren, daß der Staat sie schützt und unterstützt, um so mehr werden auch die segensreichen Einrichtungen des größten sozialen Gesetzeswerkes, der Arbeiterversicherung, mißbraucht. — Ein Arbeiter war im Hausch an einem Sonntage gefallen und hatte sich den Fuß verletzt. Nach seiner Angabe dem Förster gegenüber war ihm bei der Montag-Arbeit ein Grubenholzstempel auf den Fuß gefallen. In einem anderen Falle hatte sich ein Holzhauer — angeblich beim Holzfällen — eine Rippe gebrochen. Wie sich nachträglich herausstellte, hatte er jedoch nachlässigerweise einen Einbruchdiebstahl verüben wollen, war ertappt worden und hatte einen derartigen Schlag mit einer schweren, hölzernen Stange bekommen, daß ihm eine Rippe gebrochen war. — Solche Fälle gemahnen den Förster bei seinen Unfall-Ermittelungen äußerst vorsichtig und abwägend zu Werke zu gehen.

Auch über den Fortgang der Heilung muß sich der Förster unterrichten. Solange sich der Verletzte in ärztlicher Behandlung befindet, wird es kaum etwas für ihn zu tun geben; hat aber die Verletzung zur Gewährung einer Unfallrente geführt, so wird der Förster erneut sein Interesse der Sache zuzuwenden haben. Viele Unfallrentenempfänger kommen überhaupt nicht zur Fortarbeit zurück, verrichten vielmehr daheim nur leichte Arbeit und leben im übrigen von ihren Renten. Bei ärztlichen Nachuntersuchungen haben sie regelmäßig noch über starke Schmerzen, verminderte Erwerbsfähigkeit u. a. m. zu klagen. Durch gelegentliche Beobachtung des Verletzten kann der Förster viel erreichen. Wenn er der Ansicht ist, daß jemand infolge seiner Rente arbeitscheu geworden ist, so hat er sofort pflichtgemäß Anzeige zu erstatten.

Aus allem ergibt sich, daß etwaige Versäumnisse des Försters in dieser oder jener Richtung wichtige Güter aufs Spiel setzen. Dem Staate können große Kosten erspart werden oder auch erwachsen, die Gesundheit vieler Menschen kann erhalten oder vernichtet werden. Es bedarf nicht der Zitierung der einzelnen Gesetzesparagrafen, um zu würdigen, daß es Beamtenpflicht ist, diese materiellen und ideellen Güter in jeder Weise zu schützen.

II. Der königliche Förster in seiner Eigenschaft als Unternehmer.

Die meisten Försterstellen sind noch mit mehr oder weniger großem Dienststand ausgestattet, und wiederum in der Mehrzahl der Fälle bewirtschaftet der Förster dieses im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe. Als selbstständiger:

*) Einen wertvollen Vorgang zu diesem Vorschlage bilden die beherzagswerten Ausführungen auf Seite 184 der „Dtsch. Forstztg.“ (1912): „Die ersten Hilfestellungen bei den durch Betriebsunfälle verursachten Verletzungen.“ Sie wurden erst nach dem Niederschreiben dieses Artikels dem Verfasser bekannt.

Unternehmer erwachsen ihm neue Pflichten aus der Unfallversicherung.

Neu eröffnete Betriebe — also z. B. bei Neugründung einer Försterei — meldet die Gemeindebehörde dem Vorstände der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft an, der Unternehmer (Förster) dagegen hat jeden Wechsel der Person, für deren Rechnung der Betrieb geht, binnen der Frist, welche die genossenschaftliche Satzung bestimmt, anzuzeigen. Unterläßt er die rechtzeitige Anzeige, kann er in Geldstrafe genommen werden. Bis zum Ablaufe des Geschäftsjahres, in welchem der Wechsel angezeigt wird, bleibt er noch haftbar, ohne seinen Nachfolger jedoch dadurch von der Haftung zu befreien. Der Förster als Unternehmer hat auch die Meldepflicht bei allen Änderungen seines Betriebes, die für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft wichtig sind — so bei Zu- oder Abgang von Dienstland. Macht jemand hierbei Angaben, deren Unrichtigkeit er kannte oder auch nur den Umständen nach kennen mußte, kann gegen ihn auf Geldstrafe bis zu 500 M. erkannt werden. Zur Verichtigung des Unternehmerverzeichnisses hat der Förster den Organen der Genossenschaft die nötige Auskunft zu erteilen. Gegebenenfalls kann die Gemeindebehörde ihn durch Geldstrafen dazu anhalten. Am Jahreschlusse muß er den auf ihn entfallenden Beitrag auf Grund der genossenschaftlichen Heberolle an die Gemeindebehörde zahlen. *)

Für die Unfallverhütung hat er direkt als Unternehmer, aber sonst unter denselben oben angegebenen Bedingungen zu sorgen.

Unfälle sind unter Einhaltung der im Teil I angegebenen Fristen und sonstigen Vorschriften der Ortspolizeibehörde und seiner landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (Sektionsvorstand) anzuzeigen. Auch hier genügt wieder die mündliche Anzeige, es empfiehlt sich jedoch die schriftliche auf dem durch das Reichversicherungsamt vorgeschriebenen allgemein gültigen Formular, **) dessen richtige Ausfüllung für den Königl. Förster nicht schwierig ist. Die Untersuchung des Unfalls wird von der Ortspolizeibehörde vorgenommen. Der Förster als Unternehmer kann an der Untersuchung teilnehmen und muß rechtzeitig vom Termin benachrichtigt werden.

Häufig gehen die Anzeigen über landwirtschaftliche Betriebsunfälle einen falschen Weg. Weil das Dienstland forstfiskalisches Grund und

Boden ist, wird meist angenommen, daß ein Unfall, der sich bei Bewirtschaftung des Dienstlandes ereignet, darum ein Forstbetriebsunfall sei. Der Förster als Nießbraucher des Dienstlandes steht in dieser Hinsicht allen Pächtern von Staatsland gleich, z. B. den Domänenpächtern. Alle diese aber haben sich selbstverständlich als landwirtschaftliche Unternehmer an die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zu wenden.

Es mag hier hinzugefügt werden, daß auch im Walde bei speziellen forstlichen Betriebsarbeiten sich Unfälle ereignen, die keine vom Forstfiskus zu entschädigenden Betriebsunfälle sind. Wenn z. B. ein Förster einen Fuhrwerksbesitzer zum Holzrücken engagiert und bei der Arbeit dieser oder einer seiner Angestellten einen Unfall erleidet, so hat für die Folgen nicht die Regierung und der Forstfiskus, sondern die Berufsgenossenschaft einzutreten, deren Mitglied der Fuhrwerksbesitzer ist. Häufig sind die Rüder kleine landwirtschaftliche Unternehmer; ihr landwirtschaftlicher Betrieb beschäftigt sie in der Hauptzeit des Jahres. In solchen Fällen ist dann entschädigungs verpflichtet die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft; in anderen Fällen kann auch eine gewerbliche Berufsgenossenschaft in Betracht kommen. Hierbei ist es ganz gleichgültig, ob der betreffende Unternehmer als Genossenschaftsmitglied angemeldet war oder nicht. — Der Förster hat solche Unfälle genau wie die forstfiskalischen Betriebsunfälle auf der Oberförsterei zu melden, jedoch mit dem Bemerken, daß der beauftragte Unternehmer im Hauptberuf z. B. Landwirt sei und demnach ein landwirtschaftlicher Betriebsunfall vorläge. — (Näheres hierüber im Handbuch der Unfallversicherung, II. Band, S. 107—111).

Der kleine Artikel soll vor Augen führen, daß die dem Königl. Förster aus der Unfallversicherung erwachsenden Pflichten — ernst genommen — keine geringen sind. Zur Befolgung eines Teiles der Vorschriften ist er allgemein verpflichtet, etwa vorkommende Veräumnisse sind als Pflichtverletzungen mit Strafe bedroht; die Erfüllung des anderen Teiles der Vorschriften ist seinem subjektiven Pflichtgefühl überlassen. Im allgemeinen wird er wohlberaten sein, wenn er einerseits die jedem Beamten obliegende Pflicht, Schaden und Nachteil vom Staat abzuwenden, und andererseits die stete Fürsorge für seine Arbeiter zur Richtschnur seines Handelns macht. — Je mehr sich die Kenntnis des Gesetzes bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern und allen ihren Angestellten und Beauftragten vertieft, um so deutlicher wird der Segen der deutschen Arbeiterversicherung sich offenbaren. Möge auch der Königl. Förster an seinem Teile dazu beitragen!

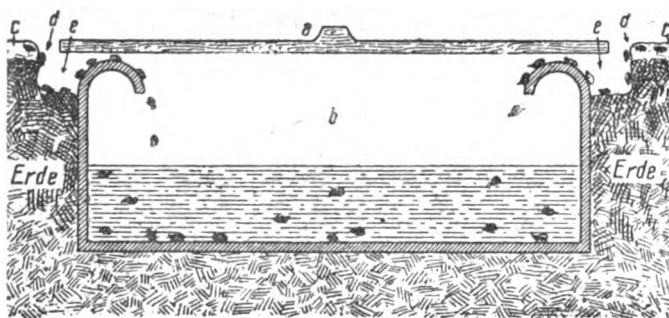
*) Er hat das Beschwerderecht. Hierauf wie auch auf das Selbstversicherungsrecht des Försters und seiner Ehefrau sei hingewiesen. Der Rahmen der Abhandlung „Pflichten usw.“ verbietet darauf einzugehen.

**) Bei der Ortspolizeibehörde und im Buchhandel erhältlich.

Mitteilungen.

— Die Aissessche Müsselkäfersäse. Zur Bekämpfung und Vertilgung des großen, braunen Müsselkäfers, *Hylobius abietis*, stehen dem Forstmann eine Anzahl Mittel zur Verfügung, von

denen Fanggräben, Fangknüppel und Fangrinden am häufigsten zur Anwendung gelangen. Wenn auch mit diesen bewährten Mitteln bei richtiger Anwendung unsere Kadelholzkulturen



Rissel'sche Käsefängerfalle.

wenigstens einigermaßen gegen diesen Kultur- verderber geschützt werden können, so beansprucht doch das Erneuern der Fangmittel und das Sammeln der Käfer oft einen recht erheblichen Geldeaufwand, ohne einen durchschlagenden Erfolg zu gewährleisten. Um nun die Verteilung des Käsefängers zu verbilligen, ist vom Forstwart Friedrich Rissel in Dillingen, Post Friedrichsdorf, Taunus, eine sogenannte Käsefängerfalle konstruiert worden, die dauernd fängisch bleibt und nur selten revidiert werden braucht, da die sich in ihr fangenden Käfer alsbald getötet werden. Die Falle besteht, wie aus der Abbildung zu ersehen ist, aus dem Dedel a und Gefäß b. Der Dedel ist aus Zement, das Gefäß aus Steingut. Letzteres wird so tief in die Erde eingegraben, daß die obere Fläche des Dedels mit der oberen Erdschicht c gleichsteht. Der Dedel hat auf seiner unteren Seite drei Erhebungen, welche sich auf den oberen Rand des Gefäßes auflegen und dem Käfer den Eintritt in das Gefäß gestatten. Das oben etwas erweiterte Erdloch e wird rings um das Gefäß mit Humus oder feiner Erde locker angefüllt, und zwar so hoch, daß der Rand des Gefäßes etwa noch 2 bis 3 cm darüber hinausragt. Der Zwischenraum d zwischen der Bodenbede e und dem Dedelrand soll etwa $\frac{1}{2}$ bis 1 cm betragen und dem Käfer gerade nur Platz zum Einschlüpfen gewähren. — Wird die Falle fängisch gestellt, so wird zunächst der nach innen abgerundete Rand des Gefäßes mit Vaseline bestrichen. Alsdann füllt man einen größeren Krug mit 2 Liter reinem Wasser, schüttet die angegebene, von Rissel erfundene und den Käfer anlockende Flüssigkeit, Hyllobin genannt, in das Wasser, schüttelt dieses nun kräftig um und gießt die Mischung in die Falle. Hierauf wird der Dedel auf die Falle gelegt und der Raum d zwischen Dedel und e mit einem Rasenplaggen, die Erde-seite nach oben, bedeckt. Der Rasenplaggen soll etwa zwei bis drei Hände breit sein und zur Hälfte auf dem Dedel liegen. Die Falle ist nun fertig, und der Fang erfolgt jetzt in folgender Weise: Durch den aus der Falle ausströmenden Geruch des Hyllobin, der in die umliegenden Streu- und Humusschichten eindringt, wird der wandernde Käfer angelockt, kommt an die Falle und auf den mit Vaseline bestrichenen Innenrand, stürzt ins Wasser und ist in kurzer Zeit tot. Nützliche Käfer können sich so gut wie gar nicht fangen, da sie durch die Witterung nicht angelockt werden. Die Ver-

teilung der Fallen erfolgt auf der Kulturläche oder an deren Rändern in angemessenen Abständen. Sie sind von dem Erfinder zu beziehen und kosten: bei Abnahme von weniger als 100 Stüd 1,10 M pro Stüd, von 100 und mehr 1 M pro Stüd, von 500 und mehr 0,90 M pro Stüd, von 1000 und mehr 0,80 M pro Stüd. Als Zubehör wird zu beisegelegten Preisen geliefert: 1. Ein Löffel zum Herausnehmen der Käfer

0,30 M. 2. Die Fangflüssigkeit Hyllobin für eine Falle 0,05 M. 3. Ein Schüttelkrug 0,80 M. 4. Ein Messgläschen 0,05 M. 5. Vaseline (für eine Falle 1,5 g nötig) 1000 g 0,2 M.

Mit der Rissel'schen Käsefängerfalle sind von verschiedenen Forstverwaltungen bereits Versuche angestellt worden, die nach den vorliegenden Mitteilungen teils befriedigt haben, andererseits aber auch als mißlungen bezeichnet sind. Da die Falle während der diesjährigen Käsefängerfangperiode wiederum in der Praxis Verwendung gefunden haben dürfte, so wäre es sehr interessant, wenn über die Ergebnisse in der „Deutschen Forst-Zeitung“ berichtet werden möchte.

— **Sturmschäden in der Berliner Umgebung.** Am 21. August brauste ein orkanartiger Sturm über Groß-Berlin hinweg, der namentlich in den Anlagen und Parks großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Bäume wurden geworfen oder gebrochen, ebenso wurden einige Gebäude beschädigt. Die an der Havel und der Oberspree gelegenen Forsten sollen durch den Orkan ebenfalls stark gelitten haben.

— **Auftreten des Eichenmehltaus in Kurhessen.** Auch in diesem Jahre sind die jungen Eichenverjüngungen, namentlich in den Lohschlägen, sehr stark vom Eichenmehltau befallen. Die Lohwaldbesitzer sehen der Ausbreitung des Pilzes mit großer Sorge entgegen.

Einfluß fremden Kiefernsaemens und fremder Kiefernzapfen nach Deutschland.

Kiefernzapfen (100 kg)			Kiefernsaamen (100 kg)		
Herkunft	Juli 1912	1. Januar bis 31. Juli 1912	Herkunft	Juli 1912	1. Januar bis 31. Juli 1912
Im ganzen	232	11419	Im ganzen	13	443
hierunter aus:			hierunter aus:		
Belgien	—	210	Belgien	1	97
Österr.-Ungarn	—	58	Österr.-Ungarn	—	26
Rußland	219	11128	Rußland	12	245
				1	11

Berichte.

Bericht über die XXXVII. Hauptversammlung des Vereins Mecklenburgischer Forstwirte

am 18. und 19. Juli 1912 in Malchow.

Am Abend des 17. Juli hielten die beiden Vorsitzenden, Herr Forstmeister von Arnswaldt-Schlemmin und Herr Forstmeister Jven-Kogel, einen gut besuchten Lichtbildervortrag über die von Vereinsmitgliedern im Juni unternommene forstliche Studienfahrt nach Schweden.

Beide Herren konnten nicht genug das überaus freundliche Entgegenkommen und die Gastfreundschaft rühmen, die sie überall in Schweden gefunden hatten. Die interessanten Lichtbilder erweckten wohl in jedem Zuhörer den Wunsch, doch auch an solcher Reise teilzunehmen, die eine Fülle forstlich lehrreicher Anregungen geboten hat. Außer den verschiedensten Waldbildern in Süd-, Mittel- und Nordschweden sind viele industrielle Anlagen, die Felder der schwedischen Moorversuchsanstalt, Flößereibetrieb, Sägewerke usw. besichtigt.

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage fand noch eine gesellige Zusammenkunft statt, und am nächsten Morgen wurde die Versammlung um 9 Uhr durch den ersten Vorsitzenden mit einem Horrido auf Se. Königl. Hoheit den Großherzog eröffnet. Herr Bürgermeister Zeld begrüßte die Versammlung im Namen der Stadt Malchow, und dann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Der Schatzmeister, Herr Revierförster Düring-Stolpe, erstattete den Kassenbericht. In der Kasse des Vereins Mecklenburgischer Forstwirte war bei einer Einnahme von 3678,19 M. und einer Ausgabe von 3100,43 M. ein Kassenbestand von 577,76 M. vorhanden. Das Vermögen des Mecklenburgischen Forstwaifenfonds betrug am 1. Juli 1911: 10 219,05 M., am 1. Juli 1912: 10 540,45 M.

Die Zahl der Vereinsmitglieder ist im letzten Jahre von 357 auf 405 gewachsen, eine Zahl, die bisher noch nie erreicht ist.

Den verstorbenen Mitgliedern, namentlich dem langjährigen Ehrenmitgliede, Sr. Durchlaucht dem Prinzen Heinrich XVIII. Ruß f. L., widmete der erste Vorsitzende als Nachruf warme Worte.

Als Ort der nächstjährigen Versammlung wurde Bükow gewählt.

Die bisherigen jährlichen Beiträge von 200 M. zum Mecklenburgischen Forstwaifenfonds und von 60 M. für die Gewerhausstellung 1913 wurden bewilligt.

Dann berichtete der erste Vorsitzende über einige Änderungen in der Organisation der Delegierten-Kommission und über die Errichtung eines Ehrengerichtes für kynologische Angelegenheiten innerhalb des Vereins. Dies Ehrengericht besteht aus dem ersten Vorsitzenden und dem Delegierten bzw. deren Stellvertretern.

Über die Lehrlingsprüfungen für Privatforstlehrlinge berichtete Herr Forstmeister Jven-Kogel. Im letzten Jahre haben sich 2 Lehrlinge der Prüfung A, 13 der Prüfung B unterzogen, von denen einer in Prüfung A, 12 in Prüfung B

bestanden sind. Die Stellenvermittlung könnte von Seiten der Forstbeamten noch mehr in Anspruch genommen werden. Eine Überfüllung des Privatforstdienstes wäre augenblicklich für Mecklenburg noch nicht zu konstatieren.

Dann berichtete Herr Forstmeister Jven-Kogel über das Forsttechnikum Stargard. Die beiden Vorsitzenden haben den Prüfungen beigewohnt und die Überzeugung gewonnen, daß die Anstalt Gutes leiste und der Besuch jüngeren Privatforstbeamten nur empfohlen werden könne. Mit dem Vorstand des Privatforstbeamtenvereins sind Verhandlungen angeknüpft. Es wird angestrebt, daß beide Vereine Vertreter in das Kuratorium der Anstalt entsenden und hierdurch Einfluß auf den Lehrgang gewinnen.

Herr Rittergutsbesitzer Melms-Wöplendorf referierte über den diesjährigen forstlichen Fortbildungskursus in der Nähe von Wittenburg. Diese Kurse erfreuen sich immer größerer Beliebtheit, und es werden künftig wahrscheinlich vom Großherzoglichen Finanzministerium an Großherzogliche Forsthausbeamte Beihilfen gewährt werden, da das Ministerium wünscht, daß die Beamten mehr als bisher an diesen Kursen teilnehmen. Diesmal betrug die Teilnehmerzahl 58, meist Privatforstbesitzer und deren Beamte. Gezeigt sind Durchforstungen, Holzverwertung, Kulturen, Pflanzgartenbetrieb in den Forsten des Herrn Kammerherrn von Bülow-Rodenwalde, im Forste Kogel und im Revier des Herrn Rittergutsbesitzers Jaeger-Lehnen.

In den Landeseisenbahnrat ist trotz des bezüglichen Antrages im Vorjahre noch kein forstliches Mitglied gewählt. Man hofft aber, daß dies bei der nächsten eintretenden Ratanz geschehen wird.

Der beim engeren Ausschuß des Landtages im Vorjahre eingereichte Antrag auf Erhöhung der bisherigen jährlichen Beihilfe von 400 auf jährlich 1000 M. für Durchführung der vielen gemeinnützigen Bestrebungen des Vereins ist im Herbst 1911 zu spät eingegangen und für 1912 zurückgestellt.

Der erste Vorsitzende bittet die Mitglieder, dem Deutschen Forstverein in größerer Zahl beizutreten, damit der Verein einen Vertreter in den Forstwirtschaftsrat entsenden kann.

Auf vielfachen Wunsch wurde der Vorstand gebeten, im Jahre 1913 eine kleinere forstliche Studientournee von kürzerer Zeitdauer vorzubereiten, an der auch minder Vermittelte oder stark beschäftigte Mitglieder teilnehmen könnten. Vorge schlagen wurde der Besuch sächsischer Reviere oder ein Ausflug in den Harz.

Bei Beratung der Tagesfragen berichtete Herr Oberförster Giesch-Toddin in einem längeren Vortrage über „Die Frost- und Dürreschäden des Jahres 1911/12“.

Redner besprach die erheblichen Spätfrostschäden im Mai 1911, durch die fast alle Holzarten stark beschädigt waren. Namentlich hätten jüngere Eichen- und Nichtenkulturen gelitten. In einem Fall sei sogar eine acht- bis zehnjährige, 10 ha große Kiefernkultur durch Frost vernichtet. Im

Sommer sei die abnorme und lang andauernde Dürreperiode gefolgt, durch die neben allen andern Holzarten namentlich die flachwurzelnbe Fichte gelitten hätte. Im Winter 1911/12 habe die große Kälte, bis 26° R., verderblich gewirkt, so daß im Frühling 1912 Nachbesserungen in seltener Ausdehnung nötig gewesen wären. In ihrer Wirkung seien jetzt die Dürre- und Frostschäden schwer auseinanderzuhalten. Der beste Schutz gegen beide sei Begünstigung des Schirmschlages und Erhaltung der geschlossenen Wald- und Bestandesränder, damit Sonne und Wind möglichst wenig in die Bestände eindringen könnten und die natürliche Bodenfrische erhalten bliebe.

Herr Oberforstmeister von Derges-Gelbensande berichtete über die auffällige günstige Wirkung der Foderung der oberen Bodenschicht in bezug auf das Festhalten der Feuchtigkeit, und empfahl deshalb das häufige Hacken in Pflanzgärten. Herr Oberförster Berlin empfahl den Geistlichen Wühlgrubber in Verbindung mit dem Daemlerschen Reißer zur Erziehung guter Kulturen. Beide Instrumente wurden am 19. beim Waldbausflug auf einer Kulturläche vorgeführt, und konnten sich die Teilnehmer dort selbst von der guten Arbeitsleistung der selben überzeugen. Nebenbei war eine im Frühling auf gleiche Art ausgeführte Kiefern- und Buchen- und Eichenkultur, die vorzüglich geraten war. Auf Kiefern- und Buchenboden I. und II. Ertragsklasse will Herr Oberförster Berlin lieber landwirtschaftlichen Aus- und Milbau anwenden. Herr Forstmeister Döhn-Wredenhagen bevorzugte bei größeren Neuaufforstungen die Anwendung der Dampfpflugschleife und berichtete über seine so ausgeführten guten Kulturen.

Nach dem Frühstück sprach Herr Oberförster Nassow-Tarnow über „Schutz und Pflege der Wald- und Bestandesränder“.

Er sagte, daß gerade dieser Frage, obwohl sie von ganz besonderer Wichtigkeit sei, nicht die gebührende Bedeutung zugemessen würde. Er will vor allem schon bei der Bestandesgründung Vorbeuge durch Ansucht sturmfester, tiefbeackter Holzarten mit hohen Umtrieben treffen, jedoch die Fichte als Randbaum erst in letzter Linie berücksichtigen, da ihr zu viele Nachteile anhaften. Ebenso sollen die Ränder bei den Durchforstungen vorsichtig behandelt werden, um Sonne und Wind nicht in den Bestand eindringen zu lassen. Bei notwendigen Verjüngungen und Abtrieben an Waldbrändern sei möglichst eine Vorverjüngung unter Schirmschlag einzuleiten. Die notwendige Freistellung älterer Bestände durch Abtrieb des Vorbestandes sei durch frühzeitig eingelegte Loshiebe abzuschwächen. An Süd- und Westbrändern nehme man möglichst keine Ausäutungen vor. Dann besprach Redner die Rechtsverhältnisse beim Überhängen von Baumzweigen auf Nachbargrundstücke nach der heutigen Gesetzgebung und die Anlage von Schutzstreifen beim notwendigen Durchhieb von Chausseen und Eisenbahnen.

Auch aus Schönheitssründen sei ein tief beackter Bestandesrand zu empfehlen, der dem Auge ein besseres Bild biete als ein Randbestand mit hoch angelegten Kronen, in den Sonne und Wind ungehindert Eingang hätten.

In der Diskussion wollte der erste Vorsitzende

die Weißfichte an Rändern mehr als bisher anbauen, andere Herren die Krummholzfichte. Herr Landrat von Arenstorff-Jahren wollte an den Bestandesrändern Mistkästen für unsere Kleinvogelwelt anbracht wissen. Er selbst hat bei einer Nonnenkalamität sehr günstige Erfahrungen damit gemacht.

Als dritter Redner sprach Herr Oberforstmeister von Bassewitz-Schwerin in einem trotz des trockenen Themas sehr humorvollen guten Vortrage über „Das Rechnen in der Forstwirtschaft“. Er betonte, daß gerade in einem Großbetriebe am genauesten gerechnet werden müsse. Jeder Wirtschaftler habe die Verpflichtung, aus dem ihm anvertrauten Walde die höchstmögliche Rente zu ziehen. Gerade in der Forstwirtschaft sei es schwierig, Fehler in dieser Beziehung zu erkennen, da es sich um so lange Zeiträume handelt. Redner erinnert an verschiedene unnötige Ausgaben, so an das so häufig vorkommende zu nahe Pflanzen kleinen Materials an größere Vorwüchse, die dann stets bald überwachsen werden. Ertragslose Flächen sind möglichst in eine andere Bewirtschaftungsart umzuwandeln, damit dauernd eine Rente aus dem Walde gezogen werden kann, z. B. Überführung schlechter Brüche in Wiesen. Die Waldschönheit müsse vor dem Nützlichkeitsprinzip zurücktreten, wenn auch jeder Forstwirt der ersteren sonst gerne ein Plätzchen einräumen würde.

Er will den reinen Niederwaldbetrieb zur Erziehung von Nadelbrennholz in einen höheren Umtrieb zur Erziehung von Nutholz umwandeln und meint, daß dem höheren Umtrieb vom rechnerischen Standpunkt unbedingt der Vorzug gebühre. Zur besseren Übersicht sei auch für kleine Reviere ein nach Kapiteln getrennter Voranschlag aufzustellen.

Die Naturalabgaben seien daraufhin zu prüfen, ob ihre Ablösung für die Kasse nicht vorteilhafter sei, da namentlich die Abgabe von Aptholz in geringer Menge oft unverhältnismäßig teuer werde. Zur Erhöhung der Rente diene ein guter Durchforstungsbetrieb, da dadurch dem Walde unproduktives Kapital entnommen werde und die Bestände früher zu marktfähiger Ware durch den größeren Stärkenzuwachs heranwachsen könnten.

Auf Boden, der noch guten Ertrag bringt, will Redner Neuaufforstungen wegen des stets damit verbundenen Aufhörens des Zinsgenußes für eine Reihe von Jahren lieber vermeiden, er betont aber, daß in jedem Betriebe durch mancherlei Gründe Abweichungen von dieser Regel vorkommen können.

In der Debatte will der erste Vorsitzende die Waldschönheit mehr vorangestellt wissen, auch wenn eine Rente nicht immer zu erwarten sei.

Gegen 3 Uhr wurde die Versammlung geschlossen und bald nachher eine Dampferfahrt auf dem schön gelegenen Fiesensee unternommen, an die sich ein gemeinschaftliches Essen und gefellige Vereinigung angeschlossen.

Am 19. Juli unternahmen etwa 60 bis 70 Herren eine Waldfahrt in die Waldhoher Stadtförst und den Schutzbezirk Viefdorf der Groß-Oberförsterei Waldhoher.

Zunächst führte die Fahrt in das Buchenrevier der Stadt Waldhoher, wo namentlich die vielen

vorhandenen sehr guten Traubeneichen, zum Teil in guten Stärken, allgemeine Verwunderung erregten. Durch gut gelungene Kulturen und mittel-jährige und ältere Kiefernbestände gelangte man in das Diestorfer Revier. Hier wurde ein guter Buchenunterbau eines Kiefernstangenbestandes be-sichtigt, dann Kulturen und sehr schöne Kiefern-althölzer mit Buchenunterholz auf größerer Fläche. Nun folgten Kulturen und Ausbauflächen. Auf diesem Kiefernboden I. und II. Klasse wird ein Jahr voll mit Kartoffeln ausgebaut, das nächste Jahr Lupinen eingesät, die als Gründüngung benutzt werden, dann wird die Fläche bei gleich-zeitigem Kartoffelmittbau mit Kiefern bepflanzt. Die auf diese Art erzogenen Kulturen zeigen ein sehr gutes Aussehen. Nach dem Frühstüd auf dem am Blauer See schöngelagerten Rurhaus Lenz wurde der südlich des Petersdorfer Sees gelegene Teil des Schupbezirks Diestorf, meist Kiefern III. und IV. Ertragsklasse, durchfahren und hier der Wühlgrubber und Daemlersche Reiser praktisch vorgeführt. Die Waldfahrt war vom schönsten

Wetter begünstigt, und gewiß waren viele Teil-nehmer überrascht, in diesem Kiefernrevier land-schaftlich so herrliche Bilder zu finden, wie sie die Ufer des Petersdorfer und Blauer Sees vielfach boten, so daß die schöne Fahrt gewiß noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Am 20. Juli unternahmen etwa 20 Herren einen Nachausflug in die 1400 ha großen Forsten des Herrn Kammerherrn von Flotow-Rogel und Teile der Malchower Stadtforst. Im Rogelschen Revier konnten namentlich sehr gute glattschäftige, aus Saat hervorgegangene Kiefern gesehen werden, die meistens nach einmaligem Ausbau von Roggen und dann als Mitsaat in die zweite schwache Roggenfaat als Dedfrucht entstanden sind.

Allseitig hochbefriedigt, schieden wir von dem schönen gastlichen Malchow, das uns zu Ehren im vollen Flaggen Schmuck prangte, mit einem Frohen: „Auf Wiedersehen im nächsten Jahre in Büßow!“

Detischow, den 21. Juli 1912.

Beßer.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Nr. III 5014.

Berlin W 9, 29. Juli 1912.

Die Königliche Regierung erhält anliegend eine Zusammenstellung

I. der Ausichten für die Kiefernzapfenernte 1912/13,

II. des Ergebnisses der Kiefernzapfenernte 1911/12.

Die letztere zeigt, daß es im vergangenen Winter möglich gewesen ist, die im Durchschnitt als gering angesprochene Ernte so auszunutzen, daß rund

43 900 hl Zapfen oder etwa 35 000 kg Samen gewonnen und damit mehr als fünf Sechstel des Bedarfs der Staatsforstverwaltung gedeckt werden konnten.

Ich spreche den Beamten, die an der Erreichung dieses verhältnismäßig günstigen Gesamt-ergebnisses besonderen Anteil haben, meine An-erkennung aus und setze in den, dem Vorjahre gegenüber gemachten Fortschritten einen Beweis dafür, daß bei Anspannung aller Kräfte und weiterem Ausbau des Sammelverfahrens eine

I. Ausichten für die Kiefernzapfenernte 1912/13.

Regierungsbezirk	Die Ausichten für die nächste Kiefernzapfenernte sind	Es können voraussichtlich gesammelt werden		Bemerkungen
		in den Staatsforsten hl	in Gemeinde- und Privatforsten hl	
Gumbinnen	meist gering	450		{ Rohhiebe finden mit Rücksicht auf die Monnenfrasshiebe nur in geringem Umfange statt. Die Zapfenstücker waren an das Stücken vom stehenden Stamm bisher nicht zu gewöhnen.
Allenstein	{ in der Hälfte der Reviere gering, in der anderen Hälfte mittel	4500		
Danzig	meist gering, in einigen Re- vieren mittel	nicht angegeben		
Mariewerder	gering bis mittel	4500		{ Sammellohn voraussichtlich mindestens 6 M je hl
Potsdam	{ im allgemeinen gering, in einigen Revieren besser	nicht angegeben		
Frankfurt a. O.	mittel	8000	1500	
Stettin	gering bis mittel	1850		
Köslin	gering	570		
Posen	{ in 12 Revieren gering, sonst mittel bis gut	1180		
Stromberg	im allgemeinen gering	1000	500	
Breslau	gering bis mittel	1450	250	
Oppeln	gering bis gut	nicht angegeben		
Magdeburg	gering	1900		
Merseburg	gering, einige Reviere mittel	1200	800	{ Sammellohn voraussichtlich 5—7 M je hl Preis voraussichtlich 6—7 M je hl Wüste im Mai 1911 durch Frost be- schädigt. Zapfenausbildung durch die Dürre des Jahres 1911 beeinträchtigt
Stenfurt	sehr gering, in einem Revier mittel	600		
Osnabrück	mittel	nicht angegeben		
Cassel	gering bis mittel	2200		Preis voraussichtlich 4—5 M je hl

II. Ergebnis der Kiefernzapfenernte 1911/12.

Regierungsbezirk (Oberförsterei mit der größten Zapfenausbeute)	Jährlicher Kiefern- samenertrag des Bezirkes etwa kg	Der Sammelreviere un- gefährte Kiefern:			Geliefert sind von der Ernte 1911/12 an Staatsbarrnen Kiefernzapfen				Erntergebnis (Sp. 9), bezogen auf 1 ha der Kiefern:			Wie war die Ernte 1911/12 vorher eingeschätzt?
		Holz- boden- fläche ha	Schlag- fläche ha	Kultur- fläche ha	durch die Revier- verwaltungen aus dem Staats- wald hl	aus and. Wal- dungen hl	von anderer Seite auf Anregung des Revier- verwalters hl	Zu- sammen hl	Holz- boden- fläche hl	Schlag- fläche hl	Kultur- fläche hl	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Gumbinnen . . . (Wichthof)	1000	40 600 (4600)	250 (25)	650 (70)	908 (272)	—	92 (27)	1000	0,02 (0,06)	3,6 (9,7)	1,5 (9,1)	f gering/mittel (450 hl)
Allenstein . . . (Gronowen)	6000	175 000 (5760)	1350 (40)	2600 (300)	4440 (907)	441 (300)	4016 (300)	8897 (1208)	0,05 (0,2)	6,6 (30,2)	3,4 (4)	f a gering (2400 hl)
Danzig . . . (Steegen)	3000	100 300 (5910)	950 (13)	1770 (86)	1554 (910)	98 (—)	117 (—)	2069 (910)	0,2 (0,2)	2,2 (70)	1,2 (10,6)	f meist sehr ge- ring (700 hl)
Mariewerder . . . (Kosien)	8000	215 500 (3490)	1550 (34)	3560 (39)	2349 (271)	440 (—)	850 (—)	9639 (271)	0,01 (0,08)	2,3 (8)	0,9 (6,9)	f gering, mittel (2250 hl)
Potsdam . . . (Wolterdorf)	3200	180 200 (4000)	1300 (35)	1180 (23)	899 (47)	261 (—)	618 (429)	1273 (478)	0,007 (0,1)	1 (13,6)	1,1 (20,7)	f sehr gering (nicht angegeben)
Frankfurt a. O. . . (Hegenthin)	4400	180 700 (6100)	690 (33)	1160 (39)	1398 (—)	133 (—)	2277 (1127)	3808 (1127)	0,08 (0,2)	5,5 (34,2)	3,3 (28,9)	f mittel (1500 hl)
Stettin . . . (Friedrichswalde)	1800	85 400 (5840)	620 (81)	860 (61)	1011 (443)	—	117 (32)	1128 (475)	0,01 (0,04)	1,8 (12,2)	1,3 (7,8)	f gering (1500 hl)
Adeln . . . (Jerring)	5000	50 600 (5220)	230 (10)	1750 (45)	131 (10)	369 (215)	129 (37)	628 (262)	0,01 (0,05)	2,7 (26,2)	0,4 (5,8)	f gering (250 hl)
Posen . . . (Girle)	1700	92 900 (6460)	580 (61)	1810 (79)	483 (8)	20 (—)	627 (606)	1140 (614)	0,01 (0,1)	2 (8,9)	0,9 (7,8)	f gering (420 hl)
Bromberg . . . (Schönlank)	2000	116 200 (5340)	1030 (20)	1270 (55)	839 (—)	693 (423)	31 (—)	1563 (423)	0,01 (0,08)	1,4 (21,2)	1,2 (7,7)	f sehr gering (820 hl)
Breslau . . . (Kiefernweg)	600	30 200 (3200)	220 (25)	280 (20)	1179 (808)	349 (—)	106 (—)	1634 (808)	0,05 (0,3)	7,4 (32,3)	5,8 (40,4)	f sehr gering (350 hl)
Dynin . . . (Tombrawa)	800	64 400 (4100)	510 (14)	510 (7)	1611 (835)	59 (—)	1064 (352)	2734 (857)	0,04 (0,2)	5,4 (49,1)	5,4 (95,1)	f gering (nicht angegeben)
Magdeburg . . . (Weglingen)	3200	45 100 (5970)	250 (34)	340 (14)	1279 (220)	—	2133 (861)	3412 (1081)	0,05 (0,2)	13,6 (31,8)	10 (77,2)	f mittel (2000 hl)
Merseburg . . . (Annaburg und Tiergarten)	1000	51 500 (8860)	80 (60)	30 (60)	2312 (1540)	250 (—)	2420 (1763)	4392 (3303)	0,1 (0,4)	15,6 (55,1)	13,1 (55,1)	f gering (520 hl)
Lüneburg . . . (Zuhberg)	450	52 800 (3120)	240 (29)	290 (22)	150 (18)	328 (11)	268 (—)	2557 (1811)	0,05 (0,6)	10,7 (62,4)	8,8 (82,3)	f gering (1200 hl)
Snabrud . . . (Yngen)	200	7 000 (4300)	20 (1)	70 (70)	1 (—)	307 (225)	19 (19)	327 (247)	0,05 (0,06)	16,4 (247)	4,7 (6)	f mittel (nicht angegeben)
Cassel . . . (Wolfgang)	1200	31 200 (1410)	270 (14)	190 (14)	990 (583)	28 (—)	2000 (1225)	3018 (1908)	0,1 (1,3)	11,2 (129,1)	15,9 (129,1)	f gering (870 hl)
	41 650	1 499 600	10 500	18 500	21 844	3775	16 879	43 809	0,03	4,2	2,4	

dauernde vollständige Selbstversorgung der Staatsforstverwaltung mit inländischen Kiefernzapfen sehr wohl erreichbar ist.

Die königliche Regierung wolle dieser wichtigen Angelegenheit weiter ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. Die vorgelegten Nachweisungen lassen, neben hervorragenden Einzelergebnissen, leider erkennen, daß in verschiedenen Bezirken in einer ganzen Reihe von Revieren zweifellos vorhandene Sammelmöglichkeiten noch nicht genügend ausgenutzt werden. Derartigen Unterlassungen ist mit Nachdruck entgegenzutreten.

Von einer Regierung sind die aus Ausland bezogenen Zapfen in die Nachweisung bei den einzelnen Oberförstereien aufgenommen worden. Dies entspricht nicht dem Zwecke der Zusammenstellung. Es ist jedoch erwünscht, daß die Menge der nicht aus dem Inland bezogenen Zapfen am Schlusse der Bezirksnachweisung nachrichtlich in einer Summe angegeben wird.

J. A.: S c h e d e.

An die königlichen Regierungen in Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Mariewerder, Potsdam, Frankfurt a. O., Stettin, Adeln, Posen, Bromberg, Breslau, Dynin, Magdeburg, Merseburg, Lüneburg, Snabrud und Cassel.

— **Schußverletzung eines Waldarbeiters beim Anzeigen während eines Übungsschießens der Forstbeamten als Anfall beim forstwirtschaftlichen Betriebe.** Ein seit Jahren bei einer Herzoglichen Forstverwaltung beschäftigter Forstarbeiter E. wurde an einem Sonntage bei einem Scheibenschießen der Forstbeamten des Reviers, bei dem er als Anzeiger mitwirkte, durch einen Schuß verletzt. Die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft verhielt sich ablehnend, weil es sich um ein sonntägliches Belustigungsschießen gehandelt habe, das mit dem forstwirtschaftlichen Betriebe in keinem Zusammenhange gestanden habe. Dagegen sprachen das Schiedsgericht und das Reichsversehrungsamt dem Verletzten die Unfallrente zu. Letzteres Gericht führte in seiner Entscheidung vom 8. Juli 1903 (Ia 3167/03) aus: Es steht fest, daß bei dem Scheibenschießen ein wesentliches Interesse des Forstbetriebs mit obgewaltet hat. Die Übungsschießen der Forstbeamten sind mit Rücksicht auf deren Eigenschaft als Jagd- und Forstschutzbeamte der Forstverwaltung erwünscht. Nur ist die Einrichtung dem Revierverwalter überlassen, der dabei aber einer gewissen Aufsicht untersteht. Auch das unfallbringende

Abungsschießen hat der Revierverwalter angeordnet, und an demselben haben in erster Linie herzogliche Forstbeamte teilgenommen. Der Revierverwalter hat ferner, wie das gewöhnlich geschah, den Kläger zum Schießen „bestellt“. Für den Kläger war dies offenbar ein dienstlicher Auftrag, dem er sich mit Rücksicht auf seine Stellung nicht wohl entziehen konnte. Der Kläger hat daher den Unfall bei einer forstwirtschaftlichen Betriebstätigkeit (§ 1 Abs. 1 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft) erlitten. Wollte man aber auch der Betriebsgenossenschaft darin folgen, daß es sich bei dem Scheibenschießen um eine private Veranstaltung der Forstbeamten und der übrigen Teilnehmer gehandelt habe, so würde doch der Anspruch des Klägers durch § 2 Satz 1 a. a. O. gestützt werden. Denn dieser Satz bestimmt, daß sich die Versicherung der hauptsächlich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten versicherten Personen auch auf solche nicht unmittelbar mit dem Betriebe zusammenhängende Dienste erstreckt, zu denen sie von dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten herangezogen werden. Diese Voraussetzungen würden auf den Fall des Klägers zutreffen.

Hg.

Der Verkauf von Holz aus dem Stamme.

(Urteil des Reichsgerichts vom 4. Dezember 1911.)

Wenn der Eigentümer einem anderen gestattet, sich Erzeugnisse oder sonstige Bestandteile einer Sache anzueignen, so erwirbt dieser nach § 956 Abs. 1 Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn ihm der Besitz der Sache überlassen ist, das Eigentum mit der Trennung (im vorliegenden Falle mit der Fällung des Holzes), anderenfalls aber erst mit der Besitzergreifung. § 956 Bürgerlichen Gesetzbuchs setzt aber voraus, daß der Verkäufer noch zu dem für den Eigentumserwerb an den Erzeugnissen und sonstigen Bestandteilen maßgebenden Zeitpunkte der Trennung oder Besitzergreifung zum Verkauf berechtigt, im Falle des § 956 Abs. 1 also noch zu dieser Zeit Eigentümer der Sache ist. Es genügt an sich nicht, daß die Verkaufsbefugnis zur Zeit des Verkaufs vorhanden war. Wenn nun in der Zeit zwischen Verkauf und Trennung oder Besitzergreifung die Sache ihren Eigentümer wechselt, wie das häufig beim Abholzungsvertrage geschieht, so bindet die Veräußerung des Holzes an sich den Käufer des Gutes in keiner Weise; nur ausnahmsweise behält sie trotzdem Wirksamkeit, nämlich dann, wenn der Erwerber aus besonderen Gründen den Verkauf des Holzbestandes

gegen sich gelten lassen muß. Solche besondere Gründe hat das Reichsgericht im vorliegenden interessanten Falle für vorliegend erachtet: Am 21. April 1906 schloß die Klägerin G. mit dem Rittergutsbesitzer M. einen Kaufvertrag ab, durch den dieser ihr den gesamten Holzbestand bestimmter Waldbflächen, die zum Rittergute gehörten, zum Abholzen verkaufte. Im Vertrage war bestimmt, daß die Flächen bis zum 1. April 1908 geräumt sein mußten. Durch Vertrag vom 4. Oktober 1907 veräußerte M. sodann sein Rittergut an den Beklagten J. Unter der Behauptung, daß am 1. April 1908 auf den Flächen noch eine größere Menge von ihr gefällten Holzes gelagert habe, sowie daß der Beklagte dieses Holz an sich genommen und den aus dem Verkaufe erzielten Erlös für sich verwendet habe, erhob die Klägerin gegen den Beklagten einen Schadensersatzanspruch. Das Landgericht Altona erklärte den Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt, ebenso das Oberlandesgericht Kiel. Auch das Reichsgericht erklärte, daß hier besondere Gründe vorlägen, aus denen der Beklagte die von seinem Rechtsvorgänger erfolgte Gestattung gegen sich gelten lassen müsse. Im gegebenen Falle ist zu beachten, daß der frühere Grundstückseigentümer M., der der Klägerin die Abholzung der Waldbflächen gestattet hatte, in § 9 des Vertrages vom 4. Oktober 1907 dem Beklagten als Erwerber des Ritterguts ausdrücklich davon Anzeige gemacht hat, daß die Holzbestände jener Flächen zum Abholzen verkauft seien. Diese Anzeige und ihre Aufnahme in den notariellen Vertrag könnten gar keinen anderen Zweck gehabt haben als den, der Klägerin auch über den bevorstehenden Eigentumswechsel hinaus die weitere Abholzung der Flächen zu ermöglichen und den Beklagten zu nötigen, sie trotz des Eigentumsüberganges geschehen zu lassen. Unter diesen Umständen mußten sie als Zustimmung des Beklagten zu dem von M. abgeschlossenen Verkauf und als eine zugunsten der Klägerin erklärte eigene Gestattung des Beklagten erscheinen, so daß also (vgl. §§ 185, 328 BGB.), selbst bei der hier unterstellten Möglichkeit, trotz des Wechsels im Eigentum am Grundstück auch noch zu der Zeit, als die Klägerin Besitz von dem Holze ergriff, alle Voraussetzungen vorgelegen hätten, von denen der Erwerb des Eigentums an dem von ihr gefällten Holze nach § 956 Bürgerlichen Gesetzbuchs für sie abhängig gewesen sei. Die Revision des Beklagten wurde darum zurückgewiesen. (Aktenzeichen: IV. 173/11.) (Vgl. Entsch. des R. G. in Zivilf. Bd. 78, S. 35 ff.)

Verschiedenes.

— **Kaiserliche Kabinettsorder für den Wilseder Naturichthypark.** Einem großen Interesse für den Naturichthypark in der Lüneburger Heide hat der Kaiser durch eine Kabinettsorder vom 5. August 1912 Ausdruck gegeben, in der es heißt: „Auf den Bericht vom 16. Juli d. J. will ich dem Verein „Naturichthypark“, eingetragenem Verein mit dem Sitze in Stuttgart, auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 11. Juni 1874

hiermit auf die Dauer von zehn Jahren das Recht verleihen, zum Zwecke der Durchführung des in der Lüneburger Heide geplanten Naturichthyparkunternehmens das Eigentum an den (näher bezeichneten) Gebietsteilen in Aniehung des Bauens und der Ausübung der Jagd, soweit erforderlich, zu beschränken.“ Die Kabinettsorder ist an den Justizminister, den Minister der öffentlichen Arbeiten, den Minister für Landwirtschaft,

Domänen und Forsten und den Minister des Innern gerichtet.

— **Die Kaiserin auf dem Schlosse Spangenberg.** Der Forstschule Spangenberg wurde am 21. August das seltene Glück zuteil, von Ihrer Majestät der Kaiserin, in deren Begleitung sich Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Viktoria Luise und die Fürstlich Walbedschen Prinzen, Erbprinz Josias und Prinz Max, besucht zu werden. Gegen ½5 Uhr nachmittags trafen die hohen Herrschaften mit ihrem Gefolge, von Wilhelmshöhe kommend, in drei Automobilen auf dem alten Hessenschloß ein. Obwohl niemand auf den Besuch Ihrer Majestät vorbereitet war, so standen doch binnen wenig Minuten sämtliche Forstschüler in Reih und Glied auf dem Schloßhofe und empfingen die hohe Frau mit dem „Fürstengruß“. Hiernach besichtigte Ihre Majestät unter Führung des auf dem Schlosse wohnenden Oberförsters Büß — der Schulleiter, Forstmeister Lind, war leider verreist — die Räume der Forstschule, wobei die hohe Frau das größte Interesse zeigte und wiederholt ihre Anerkennung über die ganze Einrichtung aussprach. Nach der Besichtigung nahmen die hohen Herrschaften mit ihrem Gefolge in der Wohnung des Oberförsters den Tee ein, während die Musikkapelle der Forstschule auf dem Burgwall Jagdlieder und Märsche spielte, worüber Ihre Majestät und Ihre Königliche Hoheit sichlich erfreut waren. Nach einem vom Oberförster Büß ausgebrachten „Horrido“ verließ die Kaiserin mit ihrer Begleitung das Schloß und legte den Weg bis zum Fuße des Schloßberges zu Fuß zurück, stürmisch begrüßt von den Bewohnern der Stadt Spangenberg, die zu Hunderten herbeigeeilt waren, um unsere geliebte Kaiserin zu sehen. Vor ihrer Abfahrt gedachte Ihre Majestät noch in huldvoller Weise der Forstschüler; sie bestimmte, daß diese mit belegten Butterbrot und Bier bewirtet würden. Dem Oberförster Büß verließ die Kaiserin nach ihrer Rückkehr nach Wilhelmshöhe ihr Bild mit eigenhändiger Namensunterschrift und dem Hausvater Volkwein eine goldene Ablersnadel.

— **Ein alter Jäger-Ossifier im preussischen Abgeordnetenhaus.** Bei der Erloßwahl zum Landtage wurde am 24. August d. Js. im Wahlkreis Lübben-Ludau der General z. D. Bod von Büllingen, ehemals Kommandeur des Brandenburgischen Jäger-Bataillons Nr. 3, mit sämtlichen 233 abgegebenen Stimmen einstimmig zum Abgeordneten des genannten Landtags-Wahlkreises gewählt.

— **Gute Waldbeerenernte im Sauerlande.** Nach den vorliegenden Berichten ist die diesjährige Waldbeerenernte im Sauerlande eine recht gute. Himbeeren gibt es jetzt noch in Fülle, die fleißig gesammelt und von den Aufkäufern im Walde mit 18 bis 21 Pfennig für das Pfund bezahlt werden. Mit der Preiselbeerenernte hat man auch begonnen, sie ist ebenfalls gut; das Pfund Beeren wird den Sammlern mit 11 bis 20 Pfennig

bezahlt. Bei diesen hohen Sammelpreisen ist es den beerensuchenden Familien ein Leichtes, Tageseinnahmen von 8 bis 12 \mathcal{M} zu erzielen, was ihnen auch zu gönnen ist. Die Brombeeren beginnen zu reifen, sie tragen sehr reichlich und versprechen gleichfalls eine gute Ernte, die auch bei den Haselnüssen zu erwarten ist.

— **Großer Holzverkauf in den Forsten von Bielomjez.** Die Kaiserlich Russische Apanagenverwaltung veranstaltet am 24. und 25. September d. Js. in den bekannten Forsten von Bielomjez, Gouvernement Grodno, einen Submissionstermin, in welchem etwa 2 Millionen Kubikfuß Nadelhölzer zum Verkauf gelangen. Da die Qualität des ausgetobtenen Holzes eine ganz vorzügliche ist, so dürfte die Beteiligung an dem Termin auch seitens der deutschen Holzinteressenten eine sehr rege werden.

Waldbrände.

Toulon (Frankreich), 21. August. Ein großer Waldbrand, der gestern nachmittag auf der Insel Porquerolles, die gegenüber dem Hafen von Toulon liegt, ausgebrochen ist, hat einen sehr großen Umfang angenommen. Aus Toulon wurden alle verfügbaren Truppen zur Hilfeleistung nach der Brandstätte entsandt, es gelang ihnen auch, die Gefahr von dem stark vom Feuer gefährdeten Schloß San Calador, einer Kapelle und einem großen Hotel abzuwenden und diese zu schützen. Der Waldbrand selbst konnte erst nach Mitternacht lokalisiert und seine Weiterverbreitung verhindert werden, zwei Soldaten erlitten bei den Löscharbeiten schwere Brandwunden.

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 27. August 1912. Rebhühner 0,50 bis 0,90, Rotwild 0,50 bis 0,70, Damwild 0,60 bis 0,65, Schwarzwild 0,50 bis 0,70 \mathcal{M} das Pfund. Kaninchen 0,30 bis 1,20 \mathcal{M} , Stodenten 0,80 bis 1,60 \mathcal{M} , Ferkel 0,50 bis 0,55, Rebhühner 0,50 bis 1,50 \mathcal{M} das Stück.

Vereins-Nachrichten.

Verein Walbed-Pyrmonter Forstbeamten.

Ortsgruppe Krollen.

Sonntag, den 8. September, nachmittags 2 Uhr, Versammlung in der Gastwirtschaft Finke zu Schmillinghausen. Tagesordnung. 1. Einsammeln des Beitrages für Vereins-Zeitung. 2. Bestellung des Kalenders Waldbheil.

Außerdem gebe ich noch bekannt, daß laut Beschluß der vorigen Sitzung das Fernbleiben von den anberaumten Sitzungen bei der Entschuldigung genügend begründet werden muß, andernfalls wird jedes Mitglied mit der festgesetzten Strafe geahndet werden.

Der Vorsitzende.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mittheilungen und Personalamteln ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Barth**, Forstmeister zu Altenplathow, Kreis Jerichow II, ist der Königl. Kronenorden 8. Klasse verliehen.
- Grottsch**, Oberforstmeister zu Merseburg, ist der Königl. Kronenorden 8. Klasse verliehen.
- Gubbe**, Regierungs- und Forsttrat zu Merseburg, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.
- Hartmann**, Regierungs- und Forsttrat zu Erfurt, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.
- Aubert**, Forstmeister zu Döberitz, Kreis Delitzsch, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.
- Kneiss**, Forstmeister zu Zeitz, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.
- Kunzebach**, Oberforstmeister zu Erfurt, ist der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.
- Schilling**, Regierungs- und Forsttrat, Verwalter der Oberförsterei Hinternah, Kreis Schleusingen, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.
- Vertram**, Förster zu Forsthaus Wille, Oberförsterei Hinternah, Regbz. Erfurt, scheidet mit dem 1. Oktober d. Js. aus dem Staatsfordienst aus.
- Weselt**, Forstaußseher zu Wipperviese, Oberförsterei Rehberg, ist nach Neuendorf, Oberförsterei Warnow, Regbz. Stettin, vom 1. September d. Js. ab verlegt.
- Wode**, Forstaußseher zu Abb. Breslau, Oberförsterei Bärensche, ist als Schreibgehilfe nach Malachin, Oberförsterei Gersd., Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Wiel**, Förster o. R. zu Harburg, Oberförsterei Harburg, ist nach Schönwörde, Oberförsterei Ansech, Regbz. Lüneburg, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Erntmer**, forstverorgungsberechtigter Anwärter zu Engelsbergerhof, ist nach Lügen, Oberförsterei Gladow-Dh., Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.
- Pickel**, bisher vorübergehend als Gemeindeförster besäfftigter forstverorgungsberechtigter Anwärter zu Hagen, Kreis Arnberg, ist als Forstaußseher nach Vatrov, Oberförsterei Windfeld, Regbz. Arnberg, vom 1. Oktober d. Js. ab in den Staatsdienst einberufen.
- Grötschläger**, Forstaußseher auf der Kaiserl. Gutsforst Cabinen, ist nach Königsbruch, Oberförsterei Königsbruch, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.
- Gorges**, Förster o. R. zu Fredelsloß, Oberförsterei Grubenhagen, ist nach Wietfeld, Oberförsterei Glend, Regbz. Hildesheim, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Greiff**, Hülfsjäger zu Wolinitz-Gedzin, Oberförsterei Schwiebt, ist nach Uigischow, Oberförsterei Dremsowwald, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Großmann**, Förster zu Dünamünde, Oberförsterei Neuendorf, ist nach Hammelspring, Oberförsterei Behdenid., Regbz. Potsdam, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Naase**, Forstaußseher zu Gultm, Oberförsterei Jammi, ist nach Klein-Gutau, Oberförsterei Gutau, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Naase**, Gefreiter im Garde-Säusen-Bataillon, ist nach Gultm, Oberförsterei Jammi, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.
- Säuer**, Forstaußseher zu Malachin, Oberförsterei Gersd., ist als Schreibgehilfe nach Döberitz, Oberförsterei Döberitz, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Sorn**, Forstaußseher zu Döberitz, Oberförsterei Döberitz, ist nach Lüg, Oberförsterei Lüg, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Sarnick**, Feldwebel zu Naumburg, ist nach Canig, Oberförsterei Brajan, Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.
- v. Korfinski**, Forstaußseher zu Werder, Oberförsterei Rehthof, ist nach Abb. Breslau, Oberförsterei Bärensche, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.
- Lange**, Hegemeister zu Hammelspring, Oberförsterei Behdenid., Regbz. Potsdam, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.
- Linder**, forstverorgungsberechtigter Anwärter zu Klemberg, Kreis Wohlau, ist nach Wietfeld, Oberförsterei Wietfeld, Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.

Preuß, Forstaußseher zu Marienhagen, Oberförsterei Weenzen, ist nach Zwinge, Oberförsterei Herzberg, Regbz. Hildesheim, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Frigge, Forstaußseher zu Vatrov, Oberförsterei Windfeld, ist nach Bredelar, Oberförsterei Bredelar (mit dem Wohnsitz in Vichtenstein), Regbz. Arnberg, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Seale, Förster o. R., ist die Försterstelle zu Forsthaus Wille, Oberförsterei Hinternah, Regbz. Erfurt, vom 1. Oktober d. Js. ab endgültig übertragen.

Schäpe, forstverorgungsberechtigter Anwärter, tritt am 1. Oktober d. Js. aus seiner Stellung als Forstsekretär Sr. Majestät des Königs von Sachsen, am seiner Einberufung in den Staatsfordienst nach der Oberförsterei Stoberau, Regbz. Breslau, Folge zu leisten.

Syck, Förster o. R. zu Vichtenstein, Oberförsterei Bredelar, ist die Försterstelle in Vattenberg, Oberförsterei Numbach, Regbz. Arnberg, vom 1. Oktober d. Js. ab übertragen.

Waller, Förster o. R. zu Schönwörde, Oberförsterei Ansech, ist auf die Försterstelle Bohlmann, Oberförsterei Garrenzien, Regbz. Lüneburg, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Wankbach, forstverorgungsberechtigter Anwärter, bisher im Fordienst des Regbz. Coblenz beschäftigt, ist als Forstaußseher nach Hohenleipisch, Oberförsterei Eisterwerda, Regbz. Merseburg, einberufen.

Wienkowsky, Förster zu Künmühl, Oberförsterei Lüg, ist nach Landeck, Oberförsterei Landeck, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Zischpang, Forstaußseher zu Rabin, Oberförsterei Grossein, ist nach der Oberförsterei Rauschwalde, Regbz. Frankfurt a. D., vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Das Verdienstkreuz in Gold wurde verliehen:

Angern, Revierförster zu Grünberg, Kreis Jerichow I; **Erler**, Revierförster zu Mierleben, Saalkreis; **Feher**, Hegemeister zu Wollersleben, Kreis Grafschaft Hohenstein; **Kammis**, Hegemeister zu Wolinitz; **Kneiss**, Revierförster zu Arnberg, Kreis Arnberg; **Kriemann**, Hegemeister zu Forsthaus Balanerie, Kreis Wertheim; **Pohl**, Revierförster zu Wahlstedt, Kreis Gardelegen; **Springer**, Hegemeister zu Walschwing, Kreis Wittenberg; **Wille**, Hegemeister zu Forsthaus Dambachshaus, Kreis Duedlinburg.

Das Verdienstkreuz in Silber wurde verliehen:

Jaeske, Forstassistentenverwalter zu Diersdorf, Kreis Salzweil; **Klahr**, Förster zu Kobleben, Kreis Querfurt; **Kriemann**, Förster zu Süldau, Kreis Bitterfeld.

Das Allgemeine Ehrenzeichen wurde verliehen:

Bilhardt, Waldwärter zu Oberbösa, Kreis Weissenfee.

Der zum 1. Oktober d. Js. nach Petersburg, Oberförsterei Karmelwitz, einberufene Forstaußseher **Gourad** hat infolge seiner Einstellung in der Verwaltung Sr. Majestät des Königs von Sachsen auf seine Forstverorgungsansprüche verzichtet.

Gemeinde- und Privatdienst.

Gussone, Fürklich Stolbergischer Forstmeister zu Stolberg, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Langer, Oberförster, ist die Verwaltung der von Flemming'schen Forsten in Valentzin b. Gollnow i. Pomm. auf Lebenszeit übertragen.

Bayer, Hegemeister in der Försterei Dobrapomoc, Herrschaft Radenz (Posen), erhielt aus Anlass seines 60-jährigen Dienstjubiläums das Verdienstkreuz in Gold.

Glewer, Jagdhüter zu Gersfeld-Bodum, ist das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

Seimelmann, Privatrevierförster zu Bichtan, Kreis Gardelegen, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Kühnemann, Gutsförster zu Klamm, Kreis Lubitz, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Pigke, Gutsförster zu Behlin, Kreis Lubitz, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Kadomski, Wäfl. Alvensleben'scher Förster zu Rattingen, ist nach Tessenow (Wiedlag) verlegt.

Schwartz, Stadtförster zu Naumburg, ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Kand, Privatförster zu Forsthaus Garde, Kreis Osterburg, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Jäger-Korps.

v. Aref, Leutnant d. Reg. des Garde-Schützen-Bataillons (Reg.), ist der Kronenorden 4. Klasse verliehen.

v. Larisch, Generalleutnant und Inspektor der Jäger und Schützen, ist das Ehrenkreuz 1. Klasse des Schaumburg-Eippischen Hausordens verliehen.

Frhr. Schenk zu Schweinsberg, Hauptmann und Kompagniechef im Kurhess. Jäger-Bataillon Nr. 11, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.
Frhr. v. Berckheim, Hauptmann und Adjutant der Infektion der Jäger und Schützen, ist das Ehrenkreuz 3. Klasse des Schaumburg-Lippischen Hausordens verliehen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Demuth, Förster zu Stempelberg, ist in den dauernden Ruhestand versetzt.
Pietrich, Forstschutzbienstandspassant zu Ransbach, ist zum Forstassistenten in Bobenthal ernannt.
Grumm, Forstassistent beim Forstamt Nuppenröhren, ist auf sein Ansuchen an das Forstamt Geroldsdorfen-Nord versetzt.
Adler, Förster zu Schwifing, ist nach Emsburg versetzt.
Herrmann, Rechnungsführer der Regierungsförstämter von Unterfranken und Oberrhein, ist auf die Dauer eines halben Jahres auf sein Ansuchen hin wegen nachgewiesener Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt.
Kahle, Forstassistent beim Forstamt Allersheim, ist an das Forstamt Dienhausen versetzt.
Kisch, Förster zu Siegelhütten, ist in den dauernden Ruhestand versetzt.
Reichherzer, Förster zu Münden, ist in den dauernden Ruhestand versetzt.
Ruh, Förster zu Emsburg, ist auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt.
Scheidt, Assistent beim Forstamt Dienhausen, ist an das Forstamt Allersheim versetzt.
von Salsbach, Förster zu Hennenbach, ist in den dauernden Ruhestand versetzt.
Sondinger, Forstassistent zu Bobenthal, ist an das Forstamt Wernau versetzt.
Thurn, Forstassistent beim Forstamt Geroldsdorfen-Nord, ist zum Förster in Vangauel befördert.

Königreich Württemberg.

Staats-Forstverwaltung.

Der Titel Förster wurde verliehen den Forstwarten:
Pettling zu Gagelloch, Forstamt Entringen; **Pigel** (beim Forstamt Gomaringen) von Tübingen; **Seiger** zu Hübgen, Forstamt Emsfeld; **Steinbiller** zu Weidenhausen, Forstamt Weidenhausen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.

Staats-Forstverwaltung.

Kallenbach, Forstassessor zu Braunsee, ist nach Weimar versetzt.
Fesserkorn, Forstassessor zu Bacha, ist nach Braunsee versetzt.

Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha.

Staats-Forstverwaltung.

Ackner, Forstassessor zu Kriesbach, wurde der erbetene Urlaub gewährt zwecks Übernahme der Forstl. Solmschen Oberförsterei in Altsdorf (Schleien).

Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Staats-Forstverwaltung.

Herre, Oberförster zu Neustadt (Rennstieg), erhielt das Fürstlich Schwarzburgische Ehrenkreuz 3. Klasse.

Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.

Staats-Forstverwaltung.

von Hoffeder, Oberförster zu Ragwitz, erhielt das Schwarzburgische Ehrenkreuz 3. Klasse.
Rudolph, Oberförster zu Schwarzburg, erhielt das Schwarzburgische Ehrenkreuz 3. Klasse.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Gemeindeförsterei des Forstschutzbundes Niederlehen, Kreis Weimar, umfassen die Gemeinden Niederlehen, Forstholzhausen und Gochelheim mit dem Anwesen in Niederlehen, ist zum 1. November 1912 zu belegen. Das Anfangsgehalt beträgt 1200 M. und steigt bis 2400 M. außerdem freie Dienstwohnung im Werte von 300 M., eine Fremdbelastungsbürgschaft von jährlich 100 M. Geeignete, nicht über 35 Jahre alte Bewerber, die Inhaber eines Forstverordnungsbescheides, Meierwerberjäger oder Jäger der Klasse A sind, wollen ihre Bewerbungen mit sämtlichen Dienst- und

Führungszeugnissen, einem selbstgeschriebenen Lebenslauf, ärztlichem Gesundheitsattest und Militärpaß baldigst an den Bürgermeister in Groß-Niederlehen, Kreis Weimar, einreichen. Die Bewerber haben in ihrer Bewerbung die Geldsumme abzugeben, daß sie durch die endgültige Anstellung ihre Forstverordnungsansprüche als erfüllt betrachten.

Die Stadtförsterei in Gatz a. Oder ist zum 1. Januar 1913 zu belegen. Das Gehalt beträgt 1400 M. und steigt viermal von drei zu drei Jahren um je 150 M. und einmal um 100 M. bis zum Höchstbetrage von 2100 M. außerdem freie Dienstwohnung, frei Brennholz und einige Morgen Dienstland im pensionsfähigen Werte von 600 M.; bei der event. Pensionierung wird die Militärdienstzeit angerechnet. Die Anstellung, welcher eine 6 monatige Probezeit vorausgeht, erfolgt auf Kündigung, mit Pensionsberechtigung. Die Bewerber müssen genaue Kenntnis des gesamten Forstwirtschaftswesens, auch eines schwierigeren, haben.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsfälle übernehmen für Anstaltsleiter Verantwortung. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Einstellung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 115. Anfrage: Ist ein Königl. Forstbeamter verpflichtet, in einer in einem Gemeindebezirk belegenen fiskalischen Dienstwohnung Einquartierung aufzunehmen? Nach den Vorschriften für die Dienstwohnungen der Reichsbeamten vom 15. Februar 1903 fällt nach § 16 die Übernahme der Einquartierungslast der Reichskasse zur Last. Besteht für Preußen eine gleiche Vorschrift und in welcher Weise wird die Einquartierungslast vom Forstfiskus getragen? D., Rgl. Oberförster.

Antwort: Bestimmungen hinsichtlich der Einquartierungslast sind in dem Regulativ über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten vom 26. Juli 1880 (Ausgabe 1910) zu finden. Es heißt daselbst: § 14 k: „Dem Wohnungsinhaber liegt ob die Übernahme solcher Abgaben und Lasten, welche der Mieter gesetzlich oder ortsüblich zu den Kommunalbedürfnissen zu leisten hat, sowie die Übernahme der Einquartierungslast, wenn dieselbe durch die Gemeindebehörden beziehentlich durch Ortsstatut auf die Wohnungsinhaber lediglich nach Maßgabe des entbehrlichen Raumes verteilt ist, mag dieselbe in natura oder in Geld zu leisten sein.“ § 15 h: „Soweit die Kosten der Unterhaltung von Dienstwohnungen nicht dem Inhaber auferlegt sind, fallen dieselben der Staatskasse zur Last, insbesondere trifft die letztere die Übernahme der Einquartierungslast, wenn dieselbe durch die Gemeindebehörden beziehentlich durch Ortsstatut auf die Hauseigentümer verteilt ist.“ In letzterem Falle können also die Dienstwohnungen während der Herbstübungen ohne Zustimmung des Nutznießers mit militärischer Einquartierung nicht belegt werden. Da die Forstverwaltung in ihren Vorschriften für die Benutzung der Dienstgehöfte über die Einquartierungslast keine besondere Bestimmung trifft, dürfte nach den oben abgedruckten Bestimmungen auch in der Forstverwaltung zu verfahren sein.

Nr. 116. Anfrage: Gibt es ein Gesetz oder besteht eine Polizeiverordnung in der Provinz Brandenburg, durch die das Spannen von Stacheldrähten an öffentlichen Wegen verboten wird? Muß der Stacheldraht entfernt werden, obwohl er schon längere Zeit besteht?

Ist der Besitzer für Schadenfälle haftbar? Ist der Antrag auf Entfernung der Drähte beim Amtsvorsteher zu stellen?

Förster Sch. in Forsthaus B.

Antwort: Ein Gesetz, das das Spannen von Stacheldraht auf öffentlichen Wegen verbietet, gibt es nicht. Auch ist uns nicht bekannt, daß hierüber eine Polizeiverordnung bestehen sollte. Die in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkte sind folgende: Der öffentliche Weg ist für den öffentlichen Verkehr da, und die angrenzenden Privatbesitzer dürfen diesen Verkehr nicht stören oder gefährden. Ob durch einen Stacheldraht, der von einem Privatbesitzer längs eines öffentlichen Weges angebracht wird, der öffentliche Verkehr gestört oder gefährdet wird, ist eine Frage des Einzelfalles, die nach den örtlichen Verhältnissen zu entscheiden ist. In der Regel wird die Frage wohl zu bejahen sein. Ist sie zu bejahen, so hat die Wegpolizeibehörde — das ist auf dem Lande der Amtsvorsteher — nach § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts in Verbindung mit dem Polizeiverwaltungsgezet vom 11. März 1850 das Recht und die Pflicht, dem Privatbesitzer die Entfernung des Stacheldrahtes aufzugeben und sie nötigenfalls mit den gesetzlich bestimmten Mitteln (§ 132 des Landesverwaltungsgezetes) zu erzwingen. Es ist dabei unerheblich, ob der Stacheldraht schon längere Zeit vorhanden ist oder nicht. Schreitet der Amtsvorsteher nicht von selbst ein — vielleicht weil ihm das Bestehen des Stacheldrahtes unbekannt ist —, so hat jedermann das Recht, durch eine Anzeige den Amtsvorsteher auf den polizeiwidrigen Zustand aufmerksam zu machen und von ihm das polizeiliche Einschreiten zu erbitten. Der Amtsvorsteher wird dann den Fall untersuchen und je nach der Sachlage einschreiten. Lehnt er ein Vorgehen ab, so kann Beschwerde bei den vorgesetzten Stellen (Landrat, demnächst Regierungspräsident) erhoben werden. — Die Frage des Schadenersatzes regelt sich nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Demnach haftet der Privatbesitzer für Schaden, der durch den Stacheldraht Menschen oder Tieren zugefügt wird, sofern diese Schädigung „fahrlässig“, d. h. unter Verletzung der verkehrserforderlichen Sorgfalt geschieht. Der Anspruch auf Schadenersatz ist bei einem Wertgegenstande bis zu 600 M beim Amtsgericht, bei einem höheren Wertgegenstande bei der Zivilkammer des Landgerichts zu erheben. Das Gericht hat dann nach freiem Ermeßen — ohne Bindung an etwa vorhergegangene polizeiliche Entscheidungen — darüber zu befinden, ob die Anbringung des Stacheldrahtes eine „fahrlässige“ darstellt. Der Ausgang eines solchen Prozesses ist naturgemäß recht zweifelhaft. — Wir verweisen übrigens noch auf die Abhandlung „Sperrung eines Privatweges durch Stacheldraht“ in Bd. 26, Nr. 1 vom 1. Januar 1911, S. 10 und 11 der „Deutschen Forst-Zeitung“.

M. W. Fr.

Nr. 117. Anfrage: Ich bitte um Auskunft, was es für eine Bewandnis mit den neu errichteten staatlichen Versicherungsämtern hat, bzw. welchen Zweck dieselben haben. Welche Funktionen werden die bei den betreffenden Ämtern anzustellenden

Beamten haben? Welche Rangklasse? Welches Gehalt? Werden kgl. Förster eventuell vorzugsweise übernommen? Ist eine Prüfung abzulegen? Oder eine Probefristsetzung, eventuell wie lange, vorgesehen? Ich bitte, mich besonders über den Dienst dieser Beamten informieren zu wollen.

Königl. Förster G. in E.

Antwort: Die Versicherungsämter sind königliche, den Landratsämtern angegliederte Behörden. Sie haben als unterste Instanz die Geschäfte der Arbeiterversicherung (Vorbereitung der Rentenfeststellung, Auskunfterteilung, Entscheidung von Streitigkeiten usw.) zu besorgen. Die Bureaubeamten (Versicherungssekretäre usw.) stehen den übrigen Kreisbureaubeamten (Kreissekretär, Kreisaußschußsekretär, Assistent usw.) im Range und Gehalte gleich, und für ihre Annahme gelten die gleichen Bedingungen wie für diese. Auch Militäranwälte werden angenommen; ob Förster vorzugsweise berücksichtigt werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Bewerbungsgesuche sind an den Landrat zu richten. Auf dem Landratsamte können Sie alles Nähere erfahren.

Hg.

Nr. 118. Anfrage: Mein Vater ist am 31. März gestorben. Auf seiner königl. Försterstelle bezog er 150 M. Dienstaufwandsentschädigung. Muß meiner Mutter für das Gnadenquartal auch die Dienstaufwandsentschädigung gezahlt werden, oder gehört die Dienstaufwandsentschädigung nicht zu den Gnadengebühnen? R. E., Oberjäger.

Antwort: Die Dienstaufwandsentschädigung rechnet nicht zu den Gnadenbezügen. Anspruch hatte also Ihre Frau Mutter nicht darauf. Der Betrag konnte ihr aber während des Gnadenvierteljahres belassen werden, wenn sie bereit war, alle etwa hieraus zu bedenkenden Unkosten des Stellvertreters zu bestreiten. Vielleicht haben im vorliegenden Falle besondere Gründe ein Abweichen von dieser Regel veranlaßt. Jetzt, nach Ablauf des Gnadenvierteljahres, wird kaum etwas zu ändern sein. Immerhin stellen Sie einen Antrag bei der königlichen Regierung, wenn noch kein Bescheid von dieser vorliegen sollte.

Nr. 119. Anfrage: Lassen sich Alleeabäume (Eichen) aufästen, und zwar so, daß sämtliche Äste, wie dies auch bei Weiden geschieht, abgehauen werden könnten? Die Eichen waren schon einmal auf diese Art, vor ungefähr 12 oder 14 Jahren, entästet worden; es bestehen jetzt aber Bedenken, daß sie die zweite Ästung nicht vertragen und eingehen könnten. Welche Zeit wäre für diese Arbeit die passendste? Ich bemerke noch, daß die Gegend sehr holzarm und die Äste als Brennmaterial sehr gesucht sind. Forstverwaltung Gn., R. Gr.

Antwort: Das Aufästen der Eichen zur Gewinnung von Holz ist im allgemeinen selten; häufiger geschieht dieses zur Futterlaubgewinnung und findet dann im Sommer statt. Wenn die Ästung zu ersterem Zweck erfolgen soll, dann ist der Spätwinter die richtige Zeit hierzu. Auf kräftigem Boden ist bei einer in längeren Zwischenräumen vorgenommenen Ästung ein Eingehen der Bäume nicht zu befürchten.

Nr. 120. Anfrage: Im Besitz des Forstversorgungsvereins vom 15. Oktober 1907 war

ich im Regierungsbezirk A. als forstversorgungs-berechtigter Anwärter notiert. Im folgenden Jahre (Juli 1908) wurde ich auf Antrag nach dem Regbz. B. umnotiert. Nach dem Förster-Jahrbuch gehören die vor und hinter mir notierten Anwärter ebenfalls dem Forstversorgungsjahrgang 1907 an, im Forstkalender, Teil II, bin ich jedoch unter dem Jahrgang 1908 aufgeführt, was der im Förster-Jahrbuch 1912 Seite 37 wieder-gegebenen Bestimmung widersprechen dürfte, wo-nach „die Umnotierten zu demjenigen Jahrgang rechnen, hinter welchen sie nach der Umnotierung gekommen sind“. Habe ich nun meine Ernennung

zum Förster o. A. mit dem Forstversorgungs-jahrgang 1907 im November nächsten Jahres oder erst mit dem Jahrgang 1908 im November 1914 zu erwarten? —

A., Rgl. Forstanwärter, z. St. städt. Förster.

A n t w o r t: Ihre Einreichung unter die Forst-versorgungsberechtigten des Bezirks B. im Forst- und Jagdkalender entspricht nicht den Be-stimmungen. Sie gehören zum Jahrgang 1907 und kommen am 1. November 1913 zur Anstellung als Förster o. A.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neubamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Rgl. Hegemeister Bernstorff, Goldbach bei Forste (Harz).



Mitteilungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schachmeister an den Vereins-Schachmeister, Königl. Förster Stelle, Försterei Mäunde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereins-beitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nach-frage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Abreis-sen-änderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Ver-öffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieds-
Nr.

1842a. Fuchner, Hegemeister, Schraden, Post Wessa, Merseburg.

1845a. Geher, Förster, Donndorf, Post Edertsberga, Merseburg.

1848a. Dinger, Hilsjäger, Rieneburg-Weser, Poststr. 26, Hannover.

1850a. Schauer, Forstausseher, Emilienthal, Post Liebmühl, Allenstein.

1853a. Schröder, Forstausseher, Lübbesee, Post Lohzen, Frank-furt a. O.

1857a. Petersen, Hilsjäger, Hoffnung, Post Apenrade, Schleswig.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächsttägige Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Orts-gruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Arnberg. Am 7. September d. Jz. wird der Königl. Förster Sped zu Bredelow noch-mals einen kurzen Vortrag über praktischen Vogelschutz abhalten. Die verehrten Vereins-mitglieder werden freundlichst dazu eingeladen. Sonstige Gäste sind willkommen. Zusammen-kunft 11,45 Uhr vormittags am Bahnhof Bredelar, Schluß gegen 6 Uhr abends. An-meldung erwünscht. Der Vorstand.

Magdeburg. Die Herren Ortsgruppen-Vor-sitzenden werden hierdurch gebeten, mir bis spätestens den 1. Oktob. Jz. die Wünsche für die Tagesordnung der Bezirksgruppen-Versammlung, betreffend Vorschläge für die Vorberatung der Delegierten-Versammlung,

senden zu wollen. Die Bezirksgruppen-Ver-sammlung findet voraussichtlich Ende November resp. Anfang Dezember d. Jz. statt.

Weserlingen, 24. August 1912.

Der Vorsitzende. Otto Schulze.

Ortsgruppen:

Deutscheide (Regbz. Danzig). Das diesjährige Prämienschießen findet am Sonntag, den 15. September d. Jz., auf dem Stande der Försterei Krampfen statt. Beginn 3 Uhr nach-mittags, Probeschüsse von 2½ bis 3 Uhr. Zur Beschaffung der Prämien haben sämtliche Teilnehmer Beiträge zu entrichten, und zwar diejenigen, welche bisher nur an einem Schießen teilgenommen haben, vier Mark, alle übrigen zwei Mark. Die Anmeldung der Teilnehmer unter gleichzeitiger Einfindung der Beiträge wird bis spätestens den 5. September d. Jz. an den Unterzeichneten erbeten. Später ein-gehende Anmeldungen können nicht berück-sichtigt werden.

Der Vorsitzende. Neumann.
Schwinge (Regbz. Cassel). Sonntag, den 8. September d. Jz. von 3 Uhr nachmittags ab, Versammlung in Gooden. Tagesordnung: Sterbefälle, Ver-schiedenes. Hartmann, Hegem.

Nimten-Schöneiche (Regbz. Breslau). Sonntag, den 1. September d. Jz., nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthause zu Schöneiche eine Orts-gruppenfeier mit gleichzeitiger Feier des Sedanfestes statt. Tagesordnung: Bericht des Delegierten über die letzte Bezirksgruppen-festung. Bestellung auf Waldheilkalender. Ver-schiedenes. Bei schönem Wetter darauffolgender gemeinsamer Spaziergang in den Schußbezirk

Schöneiche-Süd. Abends Tanzkränzchen. Die Mitglieder mit Damen werden hierzu freundlichst eingeladen. Für die Kollegen der Oberförsterei Schöneiche ist Urlaub bewilligt. Von Mitgliedern eingeladene Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Oberharz (Regbz. Hildesheim). Für die verunglückten Förster Romanus und Voorm sind 80 Mk. gesammelt. In der Versammlung in Lindthal wurde beschlossen, den Gruppenbeitrag auf 2 Mk. zu erhöhen. Der Krankentasse traten vier Kollegen bei, die letzten vier Kollegen, welche der Kasse noch nicht angehören, werden gebeten, nunmehr auch beizutreten, damit wir geschlossen dieser segensreichen Einrichtung angehören.

J a h n e, Vorsitzender.

Notenburg-Zulda (Regbz. Cassel). Sonntag, den 8. September d. Jz., nachmittags 2½ Uhr, Schießen im Hainbach. Der Vorstand.

Saarbrücken (Regbz. Trier). Am Sonntag, dem 8. September, nachmittags 3 Uhr, findet in Saarbrücken im Alten Münchner Kindl eine Versammlung statt. Tagesordnung: Satzungsänderung. Der Vorstand.

Schorfheide (Regbz. Potsdam). Die für Joachimsthal in Aussicht genommene Versammlung kann erst nach der Kaiserbirsche stattfinden.

Der Vorstand.

Sterbfritz (Regbz. Cassel). Die auf den 1. September in Sterbfritz anberaumte Versammlung wird auf den 15. September d. Jz. verlegt.

Der Vorstand.

Nachrichten des „Waldheil“

eingetragener Verein zu Neubamm.

Beöffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Wohlfahrtsmarken des Vereins „Waldheil“.

An unsere Mitglieder, Gönner und Freunde richten wir die herzlichste Bitte, von dem Ankauf der neuen, nach



trefflichen Originalen bedeutender Jagdmalers hergestellten und recht gut aussehenden Wohlfahrtsmarken den giebigen Gebrauch zu machen, damit

der Zweck, dem „Waldheil“ durch den Vertrieb dieser Marken eine neue Einnahmequelle zum Besten seiner Wohltätigkeitsbestrebungen zu verschaffen, vollauf in Erfüllung geht. Diese Wohlfahrtsmarken eignen sich besonders zum Aufkleben auf Jagdeinladungskarten oder zum Verschließen der Jagdeinladungsbriefe. Sie sind zum Preise von einer Mark für den Bogen, zu je fünfzig Stück — Stück also 2 Pf. —, von der Geschäftsstelle des Vereins „Waldheil“ zu Neubamm erhältlich. Mitglieder, welche sich für den Verkauf unserer Wohlfahrtsmarken interessieren wollen, werden gebeten, mit uns in Briefwechsel zu treten. Solcher Vertrieb dürfte übrigens eine sehr dankenswerte Aufgabe für die Frauen und Töchter vieler unserer Vereinsangehörigen sein.

Der Vorstand des Vereins „Waldheil“.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Dahn, Walter, Hilfsförster, Neu-Murau b. Biebow a. Rügen.
Fren, Friedr., Waldbüter, Ebingen, Württemberg.
Göhn, Paul, Privatförster, Berlin W 50, Regensburger Str. 5 a.
Lewrens, Hermann, Gutsbesitzer, Heinrichsdorf b. Reinfeld.
 Rummelsburg, Pomm.
Richter, Johann, Forstwart, Trunkelsberg b. Memmingen, Bayern.
Täger, Ernst, Königl. Forstassessor, Leisnig, Sachsen.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzulösen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamteten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Eingezogenes Strafgeißel; eingekauft von Herrn v. Flemming in Baagig b. Alt-Teßin	5,— Mk.
Erbende von Herrn Regierungs- und Forstrat G.	8,— „
Erlagsgewinn; eingekauft von Herrn Förster Walter Möller in Krosdorf	2,— „
Eingekauft von Herrn Theodor Kirsch & Söhne, Sägewerke, Gehrten, Thüring.	10,— „
Zwecks Ablösung der Verlobungskarten und Besuche: Roberta Stahmer, Wilhelm Strauß, Verlobte. Hamburg, im August 1912. Eingekauft von Herrn Friedr. J. Stahmer und Frau in Hamburg	25,— „
Verschiedene Zuwendungen von „Ungeannt“	518,12 „

Ges. 568,12 Mk.

Den Gubern herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

* * *

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Bartisch, Hagenwerder, 2 Mk.; **Bolt,** Theresienhof, 2 Mk.; **Bauer,** Widthlowshof, 2 Mk.; **Düsterbrant,** Ebbé, 5 Mk.; **Emmentaler,** Hagenberg, 3 Mk.; **Gella,** Glöckchen, 2 Mk.; **Gallien,** Dahnsdorf, 2 Mk.; **Groger,** Alt-Schmumburg, 2 Mk.; **Gräuert,** Rumsdorf, 2 Mk.; **Häntsch,** Ludau, 2 Mk.; **Hoppe,** Truttmann, 2 Mk.; **Hilgenhoff,** Blantforn, 2 Mk.; **Höhn,** Berlin, 2 Mk.; **Jüttner,** Liegnitz, 2 Mk.; **Koltermann,** Schweinrich, 2 Mk.; **Köppen,** Ringenwalde, 10 Mk.; **Kinzel,** Reubitz, 2 Mk.; **Kollatsch,** Eichberg, 2 Mk.; **Lampert,** Heinrichau, 2 Mk.; **Lewrens,** Heinrichsdorf, 2 Mk.; **Mielke,** Schwarzin, 2 Mk.; **Brückner,** Hoberow, 2 Mk.; **Roßnat,** Trinsdorf, 2 Mk.; **Reinhold,** Rehsieben, 2 Mk.; **Staab,** Giersfeld, 2 Mk.; **Stahl,** Gostyn, 5 Mk.; **Storck,** Gärnter, 2 Mk.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Valensee.

Zahlungen

an den Verein, sowohl Mitgliedsbeiträge wie auch Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan, bitten wir nur an die Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte nach Neubamm, nicht aber an die Geschäftsstelle zu Halensee zu schicken.

Neubamm, im Juni 1912.

Die Kassenstelle.

✱

Bericht über die

Versammlung der Bezirksgruppe Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, Lauenburg (IV).

Am 20. Juli d. Jz. fand die Versammlung der Bezirksgruppe IV in Volksdorf bei Hamburg statt, an welcher 27 Mitglieder und 3 Gäste teilnahmen. Es wurde zunächst unter Führung des Herrn Oberförsters Leopold ein Gang durch einen Teil der Hamburgischen Oberförsterei Volksdorf unternommen, an welchen sich eine längere Wagenfahrt durch das Freiherr von Ohlen-dorf'sche Revier anschloß. Während das Hamburger Revier überwiegend Laubholzbestände aufweist, die mit Rücksicht auf seine Bedeutung als Ausflugsziel des Hamburger Publikums parkartig bewirtschaftet werden, besteht das Freiherr von Ohlen-dorf'sche Revier fast ausschließlich aus Fichtenbeständen im Stangenholzalter, die durch Aufzucht angekaufter Ländereien entstanden sind.

Nachdem um 3 Uhr ein gemeinschaftliches Mittagessen eingenommen war, eröffnete der Vorsitzende die Sitzung und berichtete eingehend über den Stand und die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahre. Insbesondere wurden das Versicherungswesen, die geplante Vergrößerung der Forstschule Tempzin, die Privatforstschulen, der Schutz des Förstertitels, sowie die Bildung von Ortsgruppen besprochen. Bezüglich der letzten Frage sprach sich die Versammlung gegen die Zulassung der Ortsgruppen als Vereinsorgane aus, hielt aber im übrigen ihre Bildung unter Umständen für zweckmäßig.

Zum Vertreter für die Mitgliederversammlung in Eisenach wurde der Vorsitzende gewählt.

Als Versammlungsort für das nächste Jahr wurde Kiel in Aussicht genommen.

Der Vorsitzende der Bezirksgruppe IV:

L i p e, Oberförster.

✱

Bericht über die

Versammlung der Bezirksgruppe II (Pommern)
am 23. Juli 1912 im Hotel zum Deutschen Hause zu Rostin.

Um 2 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Oberförster Schulz, Vogelhang, die Versammlung mit einem Horrido auf Sr. Majestät den Kaiser.

Der Vorsitzende gab sodann einige Auskünfte und Erklärungen über den Austritt usw. eines Mitgliedes und über andere Vereinsangelegenheiten.

Hierauf wurde ein Schreiben des Vereinsvorstandes über Bildung von Ortsgruppen und Anerkennung derselben als Glieder des Vereins verlesen. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Herr Revierförster Ebel legte klar, daß durch die Ortsgruppen erst der ernstere Zusammenschluß der Mitglieder erfolgen könne und dem Verein dadurch immer mehr Mitglieder zugeführt würden. So hätte beispielsweise die Ortsgruppe Hinterpommern dem Verein bereits 17 neue Mitglieder zuführen können. Auch könnten, falls die Ortsgruppen als Glieder anerkannt werden, Wünsche und Ansichten, welche auf Ortsgruppenversammlungen vorgebracht seien, durch einen Delegierten auf den Bezirksgruppenversammlungen vertreten werden. Dieses sei ohne Stimmrecht der Ortsgruppendelegierten nicht möglich, da nicht jedem Mitgliede Geld und Zeit in genügendem Maße zur Verfügung ständen, um an allen Bezirksgruppen- und Mitgliederversammlungen teilnehmen zu können. Die Teilnehmer an diesen Versammlungen seien bisher größtenteils alljährlich dieselben Mitglieder gewesen, und läge es daher auf der Hand, daß die Interessen und Wünsche der großen Masse weniger gut vertreten würden.

Als Delegierter für die Hauptversammlung zu Eisenach wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Herr Oberförster Schulz, Gr.-Freienstein, gewählt, welcher beauftragt wurde, die Wünsche der Bezirksgruppe bezüglich Anerkennung der Ortsgruppen als Glieder dort zur Sprache zu bringen.

Dann wählte man als Ort für die nächste Bezirksgruppenversammlung Stettin.

Hierauf wurden noch einige Worte über die Lehrlingsfrage gewechselt. Der Vorsitzende sprach den Wunsch aus, daß wir doch bald so weit sein möchten, daß von den Lehrlingen vor Eintritt in die Lehre eine Schulprüfung abgelegt werden müsse. Von anderer Seite hielt man diese Möglichkeit aber für ausgeschlossen, trat dagegen für Einführung einer Fortgehilfenprüfung ein, welcher sich die Lehrlinge vor Verlassen der Lehre zu unterziehen hätten. Der Verein müsse sachungsmäßig Mitglieder, welche Lehrlinge ausbilden, verpflichten, diese zur Prüfung zu schicken. Die Prüfungen könnten vielleicht bei den Bezirks- oder Ortsgruppen abgehalten werden.

Es sollte noch ein Vortrag über die Provenienzfrage des Kiefernflamens gehalten werden. Von dem Vortrage wurde, der vorgerückten Zeit wegen und weil man diese Sache für genügend geklärt hielt, Abstand genommen. Man trat sogleich in die freie Diskussion hierüber ein, wobei Herr Oberförster Schulz, Gr.-Freienstein, Herr Revierförster Ebel und Herr Förster Wolgmann wertvolle Fingerzeige gaben.

Dann hielt noch ein Vertreter der Versicherungsgesellschaft Zürich einen Vortrag über das Abkommen seiner Gesellschaft mit unserem Verein und über die Vorteile einer Versicherungsnahme bei seiner Anstalt.

Der zweite Vorsitzende, welcher inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, da Herr Oberförster Schulz, Vogelhang, die Versammlung wegen Zeitmangels verlassen hatte, dankte dem Vortragenden und schloß hierauf um 4½ Uhr die Versammlung. Nach Schluß der Versammlung besichtigte man gemeinsam die Gewerbe-, Industrie- und Landwirtschafts-Ausstellung.

Schwenzin, den 24. Juli 1912.

gez.: Thiede, Förster.

Bericht

über die Versammlung der Bezirksgruppe X (Hannover-Göttingen) am 9. August 1912 im Hotel „Herzog Erich“ in Einbeck.

Um den im Süden der Provinz wohnenden Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die Versammlung auch einmal besuchen zu können, war im Vorjahre Einbeck als Versammlungsort bestimmt.

Leider war die Versammlung sehr schlecht besucht, was wohl seinen Grund hauptsächlich darin gehabt hat, daß viele Kollegen des schönen Entertages wegen nicht hatten abkommen können.

Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und die Anwesenden begrüßt hatte, teilte er mit, daß beabsichtigt gewesen sei, in diesem Sommer in hiesiger Provinz einen kleinen forstlichen Lehrgang abzuhalten, der aber leider nicht zustande gekommen sei; einmal weil die Landwirtschaftskammer es abgelehnt habe, sich zu beteiligen, und zweitens, weil keine geeigneten Lehrer zu finden gewesen seien.

Als Delegierter für die diesjährige Mitglieder-versammlung in Eisenach wurde der Vorsitzende gewählt.

Sodann wurde beschlossen, daß die nächstjährige Gruppenversammlung wieder in Hannover stattfinden soll, und zwar schon Ende Mai, möglichst auf einen Sonnabend.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt der Vorsitzende sodann einen Vortrag

über „Erziehung des Pflanzenmaterials“, nach dessen Schluß noch über verschiedene Kulturmethoden gesprochen wurde.

Nachmittags von 3 bis 6 Uhr machten die Teilnehmer noch eine kleine Exkursion in die nahegelegene, schöne Stadtförst Einbeck.

E. Reese.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3893. Verein der Förster und Försterkandidaten des Königlich Sächsischen Staatsforstdienstes, Oberfrauendorf bei Dippoldiswarde. (S.-Gr. XII.) A. M.*)

3894. von Schenck-Widling, Königl. Kammerherr, Hohenhaus bei Weiskirchen, Reg.-Bez. Kassel. (S.-Gr. XIII.)

3895. Biernold, Karl, Jäger, i. Komp. Rucheff. Jäg.-Batt. 11. i. St. Groh-Aulowöden bei Aulowöden in Döhr. (S.-Gr. I.)

3896. Bogaraba, Walter, Reviergehilfe (Fürst zu Hohenlohe-Dehringen), Ruitshau bei Saleise, O.-S. (S.-Gr. VI.)

3897. Witzdorf, Rad, Ruster, Gustrin-A. (S.-Gr. IX.) A. M.*)

*) A. M. = Außerordentliches Mitglied.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Hellberg, Franz, Förster, Gutesborn.

Kubella, Josef, Förster, Silberg. b. Wend.-Ried, Kr. Stortow.

Lude, Th., Warrer, Niederelungen b. Oberelungen, Reg. Kassel.

Läger, Ernst, Königl. Forstassessor, a. St. Weisk. i. Sa.

Nichter, Johann, Forstwart, Trunkelsberg b. Remmigen (Schwabach).

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnement-Gebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 234 4 M., Nr. 549 8 M., Nr. 694, 1940, 2187, 2485, 2524, 2569, 3868, 3810 je 4 M., Nr. 3803 10 M., Nr. 3868 11 M., Nr. 3869—3891, 3893—3897 je 7 M.

An besonderen Anwendungen gingen ein:

Zur Unterstützung der Privatförster zu verwenden,

eingesandt von Herrn Drigato Müller zu Balmigsthal, 15 M.

Dem Geber herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befragung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 697. — Beschädigung von Kiefernplantagen durch Untertrennung des Mitteltriebes. Von P. Berner. 698. — Pflichten des Königl. Försters aus der Unfallversicherung. Von Dr. Busse. 699. — Die Ruffische Ruffelkäferfalle. 701. — Sturmchäden in der Berliner Umgebung. 702. — Auftreten des Eichenmehltau in Kurhessen. 702. — Einfuhr fremden Kiefernlaues und fremder Kiefernlarven nach Deutschland. 702. — Bericht über die XXXVII. Hauptversammlung des Vereins Mecklenburgischer Forstwirte am 18. und 19. Juli 1912 in Walschow. 703. — Gesele, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 705. — Kaiserliche Rabinettsorder für den Wilseder Naturschutzpark. 707. — Die Kaiserin auf dem Schlosse Spangenberg. 708. — Ein alter Jäger-Offizier im preussischen Abgeordnetenhaus. 708. — Gute Waldbereinernte im Sauerlande. 708. — Großer Holzverkauf in den Forsten von Bielowiej. 708. — Waldbrände. 708. — Amtlicher Marktbericht. 708. — Vereins-Nachrichten. 708. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 709. — Offene Stellen in Gemeinden und Forstdienststellen für Anwärter des Jägerkorps. 710. — Brief- und Fragelasten. 710. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 712. — Nachrichten des „Waldheil“. 713. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 714. — Zusätze.

Zur gef. Beachtung! Alle Beschwerden wegen Unregelmäßigkeit in der Zustellung der „Deutschen Forst-Zeitung“ sind zunächst, und zwar schriftlich, an diejenige Postanstalt zu richten, von welcher die verehrl. Postabonnenten die Zeitung abholen oder durch den Briefträger zugestellt erhalten. Nur wenn die bei der betr. Postanstalt angebrachte schriftliche Beschwerde nutzlos geblieben ist, sollte man sich unter Mitteilung des Datums der Eingabe und der betr. Postanstalt an uns wenden.

Diejenigen Abonnenten, welche die „Deutsche Forst-Zeitung“ direkt unter Streifband beziehen, wollen wegen etwaiger unregelmäßiger Zustellung der Zeitung jedoch direkt an uns schreiben.

Die Expedition.

Wichtige Neuerscheinung!

Ein Handbuch für jeden
Jäger, Landwirt und Forstmann.

Wild Jagd und Bodenkultur

Von Professor Dr. G. Rörig

Geheimer Regierungsrat

Mit 31 Abbildungen nach Originalaufnahmen

Preis fein geheftet 8,50 Mk., hochlegant gebunden 10,— Mk.

Aus dem Vorwort:

Das vorliegende Buch verdankt seine Entstehung dem Wunsche, einen Beitrag zu dem Ausgleiche der widerstreitenden Ansichten zu liefern, die über den Wert guter jagdlicher Verhältnisse herrschen. Denn während die Gegner der Jagd dem Wilde jegliche Existenzberechtigung absprechen möchten, in dem Jäger einen Müßiggänger sehen und die Ausgaben, die für die Pflege des Wildstandes und den Aufwand beim Jagdbetriebe gemacht werden, für Verschwendung erklären, gehen viele andere in der Überschätzung des Weidwerks so weit, daß sie weder auf die berechtigten Wünsche der Land- und Forstwirte nach einem ausreichenden Schutze der Kulturpflanzen, noch auf die Forderung der Kreise eingehen wollen, die an der Mannigfaltigkeit der heimischen Tierwelt ohne Rücksicht auf deren wirtschaftlichen Wert Freude empfinden. Sie wollen nicht anerkennen, daß das Wild kulturfeindlich ist, erklären aber jedem Geschöpfe erbarmungslos den Krieg, das sich einmal an ihren Schützlingen vergreift, und schädigen dadurch das Ansehen des Weidwerks in ebenso hohem Grade wie jene Jagdgegner.

Daher glaube ich, daß eine sachliche Erörterung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Jagd und der wechselseitigen Beziehungen, die zwischen dem Wilde und der Land- und Forstwirtschaft bestehen, sowohl dem Landwirte und Forstmanne als auch dem Jäger willkommen sein wird, da sie uns vielleicht den Weg zeigt, auf dem unserm Vaterlande gesunde jagdliche Zustände erhalten bleiben können, ohne daß dadurch die begründeten Interessen irgend eines Berufes oder Gewerbes geschmälert zu werden brauchen, und ich hoffe, in diesem Buche wenigstens die Grundlagen gegeben zu haben, auf denen sich eine Verständigung erzielen läßt.

Verlag J. Neumann, Neudamm.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Gemeinsames Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mk., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk., 75 Pf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 36.

Neudamm, den 8. September 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Festenburg in der Oberförsterei Bellerfeld, Regierungsbezirk **Silbesheim**, ist zum 1. Oktober 1912 zu besetzen.

Försterstelle Sosenker in der Oberförsterei Göhrbe, Regierungsbezirk **Lüneburg**, ist zum 1. November 1912 anderweitig zu besetzen.

Försterstelle Waldhaus in der Oberförsterei Wichertshof, Regierungsbezirk **Königsberg**, gelangt zum 1. November 1912 zur Neubesetzung. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an nutzbarem Dienstland etwa 17 ha. Die Schule ist in Lienenberg, etwa 5 km ab. Bahnstation: Launau, etwa 4 km ab.

Dauernde Zuwendungen für die preussischen Altpensionäre und ihre Hinterbliebenen.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß die preussische Staatsregierung in diesem Frühjahr vom Abgeordnetenhaus aufgefordert worden ist, für die Bewilligung der Zuschüsse zu den Bezügen der Altpensionäre und ihrer Hinterbliebenen neue Grundsätze aufzustellen, nach denen jede unnötige Belästigung bei der Feststellung der persönlichen Verhältnisse der Antragsteller vermieden wird. Die Staatsregierung hat dem Wunsche des Abgeordnetenhauses entsprochen. Die neuen Grundsätze sind

erschienen und in dieser Nummer auf S. 723 abgedruckt.

Danach rechnen zu den Altpensionären künftig nicht nur die vor dem Inkrafttreten der Pensionsgesetz-Novelle vom 27. Mai 1907 pensionierten Beamten, sondern man ist erfreulicherweise weitergegangen und hat den Begriff auf alle diejenigen Beamten ausgedehnt, die an der letzten Gehaltsaufbesserung nicht mehr teilnehmen konnten. Also alle zum 1. April 1908 oder früher pensionierten Beamten,

sowie ihre Hinterbliebenen (auch wenn der Beamte nach dem 1. April 1908 gestorben ist) und die Hinterbliebenen der vor dem 1. April 1908 im aktiven Dienst verstorbenen Beamten können auf Antrag die Beihilfen erhalten. Diese sollen zum Ausgleich der Härten dienen, die sich aus den jetzigen Teuerungsverhältnissen ergeben. Sie werden jetzt nicht mehr Unterstützungen, sondern Zuwendungen genannt, da die Altpensionäre sich vielfach an der ersten Bezeichnung gestoßen haben. Zu den Anträgen gibt es Vordrucke, die man unentgeltlich auf den mit der Auszahlung von Pensionen und Hinterbliebenengeldern betrauten Kassen erhält, und in die der Antragsteller über seine Vermögensverhältnisse selbst berichtet. Die Eingaben sind an die königliche Regierung zu richten, in deren Bezirk der Pensionär oder der Ehemann der Witwe zuletzt beschäftigt war. Die Regierung soll die Angaben in wohlwollender Weise an der Hand der Akten prüfen. Wünscht sie noch näheren Aufschluß oder hat sie Zweifel, so muß sie zunächst bei dem Antragsteller an-

fragen. Feststellungen durch untergeordnete Polizeiorgane, die früher bisweilen vorgenommen wurden, sind untersagt. Über das Gesuch entscheidet der Ressortminister. Die Zuwendungen werden widerrufen, und zwar bei Waisen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, im übrigen lebenslanglich gewährt und können nach dem Tode eines Pensionärs noch während des Gnadenvierteljahrs gezahlt werden. Für diejenigen Antragsteller, die an den Wohltaten der letzten Pensionärgesetznovelle noch nicht teilgenommen haben, sind Mindestsätze festgelegt. Höchstsätze, über die nicht hinausgegangen werden kann, enthalten die Grundsätze nicht.

Es darf angenommen werden, daß nunmehr auch die Altpensionäre, die bisher eine Beihilfe nicht begehrt haben, weil ihr Schamgefühl durch etwaige polizeiliche Ermittlungen verletzt wäre, nunmehr einen Antrag stellen werden. In der jetzigen Art der Ermittlungen, die lediglich durch Befragen der Antragsteller selbst vorzunehmen sind, soll etwas Kränkendes nicht mehr gefunden werden.

Rauchschaden im Walde.

In den industriereichen Gegenden sowie überall, wo industrielle Werke mit Dampfbetrieb in der Nähe des Waldes sich befinden, wird jedem aufmerksamem Beobachter schon äußerlich der schädigende Einfluß auffallen, den die Rauchgase auf die Vegetation ausüben. Der hierdurch verursachte Schaden ist in vielen Fällen sehr beträchtlich, und es gibt namentlich in Sachsen, Rheinland und Westfalen Industriegegenden, in denen infolge der enormen Menge von Rauchsäuren, welche aus den unzähligen Essen in die Luft entströmen, die weitere Bewirtschaftung der bisherigen Waldflächen als solche geradezu in Frage gestellt wird. Der Zuwachs ist in diesen Revieren nur ein sehr geringer, die Totalitätsanfalle an Trockenis sehr groß und das Einhalten eines nachhaltigen Abnutzungssatzes und vorteilhaften Umtriebes daher unmöglich. Die hierdurch bedingten Verluste an Geldertrag und Bodenkapital geben Veranlassung, entsprechende Maßregeln zur Verhütung von Rauchschäden anzuwenden und diese selbst nach Möglichkeit zu bekämpfen und abzustellen.

Von unseren Waldbäumen leiden die Nadelhölzer weit mehr als die Laubhölzer unter den Folgen der Raucheinwirkungen, da letztere nur den Sommer über belaubt sind und daher naturgemäß viel kürzere Zeit den durch die Rauchsäuren hervorgerufenen Assimilationsstörungen ausgesetzt sind. Unter den Nadelhölzern leidet die Fichte am meisten. Sie wird, da sie sehr kleine und nur geringe Wassermengen führende Zellen besitzt, sehr schnell und am intensivsten von der schwebeligen Säure angegriffen. Nach der Fichte folgen Tanne und Kiefer. Die geringere Empfind-

lichkeit der Kiefer und Tanne gegenüber der Fichte kommt jedenfalls davon, daß die Nadeln dieser beiden Holzarten mit größeren und wasserreicheren Zellen ausgestattet sind als die der Fichte. Am unempfindlichsten gegen Rauchschäden verhält sich die Lärche. Sie ist deshalb so widerstandsfähig, weil sie ihre Nadeln, ebenso wie die Laubhölzer ihre Blätter, alljährlich erneuert.

Auch das Alter der Bäume ist in bezug auf die Rauchschäden von Einfluß. Im allgemeinen kann man sagen, daß bei nicht allzu starker Belästigung durch Rauchsäuren die jüngeren Bestände mehr unter diesen schädigenden Einflüssen leiden als ältere.

Die Beschädigungen unserer forstlichen Vegetation, insbesondere aber der Nadelhölzer, durch Rauchsäuren werden in *akute* und *chronische* eingeteilt. Man kann sie aber auch nach ihrem Auftreten als *Ap-*, *Beiz-* und *Atmungs-*schäden bezeichnen oder in Berücksichtigung ihrer Wirkung von ihnen sagen, sie schaden der Vegetation entweder durch *Ähnung* und *Beizung* oder durch *Störung der Assimilation*. Die akuten oder *Ap-*schäden werden durch Schwefel-, Salz- und Salpetersäure, sowie durch Rauch mit Teernebeln und durch fluorhaltige Gase hervorgerufen. Sie treffen immer nur die jüngsten Triebe der Pflanzen; treten deshalb lediglich in der Zeit auf, in welcher sich diese jüngsten Triebe noch im Stadium der Entwicklung befinden, und machen sich sehr schnell und intensiv bemerkbar. Die *Ap-*schäden kommen in verschiedener Stärke vor und hängen hauptsächlich ab:

1. Von der Entfernung eines Waldes von den Rauchquellen. Je näher der Wald an die Fabrik-

schlote, aus denen die Abgase entweichen, heranspricht, um so zahlreichere und intensivere Beschäden werden sich an den Waldbewäxsen vorfinden.

2. Vom Standorte. Ein Wald im Hochgebirge, in einer Lage von über 1000 m, dürfte wohl nur ganz unerheblich von Beschäden getroffen werden, da die hoch oxydierten Rauchsäuren infolge ihres verhältnismäßig bedeutenden spezifischen Gewichtes nicht so hoch hinauf getragen werden dürften. Dagegen werden aber Waldbestände, welche auf steil ansteigenden Hängen bis zu 800 m Höhe stehen, ebenso auch jene, welche in langen, tief ins Gelände eingeschnittenen Talmulden liegen und jahraus, jahrein von den schädlichen Abgasen bestrichen werden, mehr unter Beschäden leiden, als jene in der Ebene. Klima und Boden üben einen Einfluß auf die Stärke der Rauchschäden nur insofern aus, als im milden Klima und auf frischen, humusreichen Böden die Pflanzen durch das schnelle und kräftige Wachstum widerstandsfähiger hiergegen sind, als dieses unter rauen klimatischen Einflüssen, beim Eintreten häufiger Wachstumsstörungen und auf armen oder trockenen Böden der Fall ist.

3. Die herrschende Windrichtung der Rauchquellen zur Lage des Waldes und die Stärke und Höhe der Luftströmung beeinflussen ebenfalls den Schädigungsgrad.

4. Alle Witterungseinflüsse, welche eine Verzögerung im Entwicklungsgange der jungen Triebe bedingen, müssen erhöhend oder verstärkend auf das Eintreten der Beschäden wirken.

5. Von der Art der Fabrikation und von der Menge und der Höhe der Konzentration, in der sich die genannten Säuren aus der Luft auf die forstliche Vegetation herabsenken. Als besonders schädlich gilt der schwefelsäurehaltige Rauch der Lokomotiven, Lokomobilen und die sehr stark sauren Abgase von Glas- und Superphosphatfabriken, Emaillewerken und Ringziegelöfen.

6. Aber auch verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen können die Rauchschäden begünstigen. So wirkt z. B. jeder Kahlschlag, jeder Auftrieb, die Anlage von Wegen, ja sogar jede Durchforstung schädlich, und zwar insofern, als durch den Stieb den Rauchsäuren der Zutritt zur forstlichen Vegetation erleichtert wird. Ebenso ist die Wahl der Betriebsart von Bedeutung. Der Nieder- und Mittelwald, wie auch der Laubholzhochwald werden von akuten Rauchschäden fast gar nicht, der Nadelholzhochwald dagegen sehr erheblich beschädigt, dies hängt zum Teil auch damit zusammen, daß die Laubhölzer, wie bereits erwähnt, gegen Rauchschäden weniger empfindlich als die Nadelhölzer sind.

Daß die Laubholzblätter gegen Aheinwirkungen weniger empfindlich sind als die Nadelhölzer, mag wohl darauf zurückzuführen sein, daß deren Blätter und Triebe im jugendlichen, unfertigen Zustande den schädigenden Einflüssen der Rauchsäuren viel kürzere Zeit als die Nadelhölzer ausgesetzt sind, denn bekanntlich entwickeln viele Laubhölzer ihre Triebe in wenigen Tagen, während verschiedene Nadelhölzer hierzu oft Wochen und in ungünstigen Lagen sogar Monate brauchen. Die Beschäden

an Laubholzblättern zeigen sich zuerst an den Rändern der Blätter, woselbst sie als gelbliche oder auch braune, gebeizte Streifen den Blatträndern folgend, ganz oder auch nur teilweise um diese herumlaufen, vielfach fallen sich auch die durchgeähten Blätter tütenförmig zusammen.

Von den Nadelhölzern ist wiederum die Fichte den Aheinwirkungen am meisten ausgesetzt, und es kommt vor, daß sie durch diese in kurzer Zeit fast sämtliche Nadeln an ihren jüngsten Trieben verliert. In den meisten Fällen bestehen die Beschäden jedoch in dem streifen- und plätzeweisen Abfallen der Nadeln an den Trieben, wodurch nabellere Stellen entstehen. Sehr oft werden aber auch durch diese Beizungen nur einzelne Nadeln oder Nadelteile zerstört. Treten diese Beschädigungen nur an Nadelteilen auf, so werden in der Hauptsache die Spitzen der Nadeln betroffen. Diese Spitzenschädigung findet sich besonders oft bei den langen Nadeln der Kiefer. Die nur teilweise beschädigten Nadeln bleiben oft noch lange Zeit an den Trieben hängen und beteiligen sich noch, allerdings mit Ausnahme der beschädigten Stellen, an der Assimilation. Der durch solche Beschädigungen verursachte Schaden ist nicht sehr bedeutend, schlimm wird es erst, wenn durch die Abungen ganze Triebe und Triebanlagen vernichtet werden. Diese Zerstörungen treten nur ein, wenn die Triebe in ganz jugendlichem Zustande, kurz nach dem Abfallen der Knospenschuppen oder schon bei deren Öffnen, von abnorm hoch konzentrierten Säuren getroffen werden. Hierdurch müssen natürlich Lücken im Aitbaue der Nadelhölzer entstehen, und man kann die langen, nur schwach beasteten Spöhentriebe, wie man sie bei jüngeren Fichten im Bereich der Rauchquellen häufig antrifft, als ein sicheres Zeichen der intensiven Einwirkung von Rauchsäuren ansprechen.

Die chronischen Beschädigungen treten als Atmungs- und Assimilationsstörungen in die Erscheinung und werden höchstwahrscheinlich ausschließlich von der schwefeligen Säure hervorgerufen. Dort, wo die schweflige Säure der atmosphärischen Luft dauernd in größerer Menge beigemischt ist, wird sich überall chronischer Rauchschaden an den Nadelhölzern feststellen lassen. Die schweflige Säure gelangt beim Gasaustausche der Pflanzen in deren Zellen und wirkt hier hemmend auf die Stärkebildung. Hierdurch wird die Atmung herabgesetzt, die Transpiration geschwächt und die Wasserversorgung behindert. Es stellen sich nun die äußeren Zeichen der chronischen Rauchvergiftung, nämlich die Nadelröte und der vorzeitige Nadelabfall, ein, vielfach ist auch der starke Zuwachsrückgang schon äußerlich wahrnehmbar. Letzterer namentlich ist bedingt durch die Menge der schwefeligen Säure, welche einem Nadelholzwalde zugeführt, und die Dauer, während welcher er der Wirkung jener Säure ausgesetzt ist. Wird ein Nadelholzhochwald fortgesetzt von großen Mengen schwefeliger Säure be- oder durchstrichen, so werden sich die hierdurch an der Vegetation hervorgerufenen Schäden sehr bald bemerkbar und sicher bestimmen lassen.

Viel schwieriger ist die Bestimmung solcher chronischer Schäden aber dort, wo die schweflige

Säure nur ab und zu einmal hingetragen wird. Hier wird sich nur durch die chemische Analyse mit Sicherheit der Nachweis von dem Vorhandensein des Rauchschadens erbringen lassen.

Bei den chronischen Schäden kommt das Klima insofern zur Bedeutung, als im südlicheren oder wärmeren Klima, wobei dem Pflanzenwachstum große Licht- und Wärmemengen zur Verfügung stehen, auch die Vegetationszeit eine längere ist als in Gegenden mit rauherem Klima und kürzerem Sommer. Da nun die chronischen Raucherkrankungen unserer Nadelbäume weiter nichts als Störungen der Assimilation sind, so müssen folgerichtig diese Schäden im wärmeren Klima bei längerer Vegetation mehr zur Geltung kommen als in Gegenden mit einer langen Vegetationsruhe.

Die Laubhölzer kommen auch hier besser weg als die Nadelhölzer, denn chronische Rauchschaäden sind wohl nur in ganz besonders schweren Fällen an ihnen zu konstatieren.

Von größter Wichtigkeit auf das Auftreten der Assimilationsstörungen durch Rauchsäuren ist die Beschaffenheit des Bodens. Gute humose Böden, die reichlich Wasser führen, werden stets gut ernährte Pflanzen tragen, die viel widerstandsfähiger gegen die Angriffe der schwefeligen Säure sind als jene auf geringeren Standorten und sich auch eine gewisse Zeit hiergegen schützen können; bei starker Belästigung werden jedoch aber auch diese Pflanzen der chronischen Raucherkrankung anheimfallen. Auch die Luftfeuchtigkeit beeinflusst die Stärke der chronischen Rauchschaäden. Diese treten bei feuchter oder stark mit Wasserdampf gesättigter Luft weit stärker auf als bei trockenen Luftströmungen. Gelangt die schwefelige Säure bei feuchter, warmer Witterung in die Blattzellen unserer Nadelhölzer, so wird sie stets arge Schädigungen des Pflanzenaufbaues herbeiführen. Ein typisches Bild für rauchranke Bestände ist auch die Erscheinung, daß man oft mitten unter vielen gesunden Bäumen nur einen einzigen kranken Baum antrifft, oder daß neben kranken einige gesunde Bäume stehen. Dieses ist darauf zurückzuführen, daß bei einem fortgesetzten oder auch nur einmaligen, sehr starken Befall durch schwefelige Säure sämtliche Zellen ganzer Zweigpartien hiervon auf einmal betroffen werden, und daß dann diejenigen Bäume, bei denen infolge trockenen Standorts oder durch sonstige Störungen die Wasserzufuhr behindert ist, den Wirkungen der schwefeligen Säure zuerst unterliegen.

Die durch chronische Rauchbeschädigung erzeugten äußeren Merkmale können von einem geübten Auge nicht leicht verwechselt werden. Es werden jedoch von einigen Insekten, die häufig in Rauchgebieten auftreten (s. B. *Grapholitha tedella* und *Nematus abietum*), ähnliche Erscheinungen hervorgerufen, die auf ein gewisses Stadium von Rauchschaäden schließen lassen, bei näherem Hinschauen aber alsbald als tierische Einwirkungen erkannt werden. Deshalb sei hier darauf hingewiesen, daß durch Rauchschaäden zum Absterben gebrachte Nadeln niemals eine äußerlich wahrnehmbare Verletzung aufweisen.

Wo Rauchschaäden vorkommen, sind sie zuerst immer an den jüngsten Trieben zu suchen und zu erkennen. Sie beginnen regelmäßig in den Wipfeln der Bäume und schreiten nach unten fort. Im Anfangsstadium wird man nur einzelne Bäume mit den charakteristischen Krankheitserscheinungen antreffen, auch wird die den Rauchquellen zugewendete Seite der Krone stärker betroffen sein als die entgegengesetzte.

Wo die Rauchschaäden einmal angelegt haben, ba dauern sie, solange die Fabrikanlagen im Betrieb erhalten werden, fort und kommen alljährlich, bald stärker, bald schwächer, wieder zum Vorschein. Vergleicht man den Schaden der akuten Raucherkrankungen mit jenem der chronischen, so wird man finden, daß die Aktschaäden bei weitem nicht so nachteilig auf die forstliche Vegetation einwirken als wie die chronischen Rauchschaäden. Wie schon eingangs gesagt, sind die Verluste, die namentlich die letzteren dem Walde zufügen, recht erheblich. Bei der letzten Versammlung des Sächsischen Forstvereins in Freiberg wurden die Rauchschaäden als die größte Kalamität bezeichnet, von der unsere Nadelholzreviere jemals betroffen werden können. Es ist daher die Pflicht eines jeden Forstmannes, zu deren Abwehr und Verhütung nach Kräften beizutragen, und zwar wird sich hierbei, namentlich in waldbaulicher Hinsicht, so manches erreichen lassen. Wie bereits bemerkt, leiden die Laubhölzer nur unter Ak- und Zeigschaäden, gegen chronische Rauchschaäden sind sie jedoch weit unempfindlicher. Es wird sich daher empfehlen, in Rauchlagen von vornherein nach Möglichkeit nur rauchharte Laubhölzer anzubauen. Sollte die Anlage von reinen Laubholzbeständen nicht möglich sein, so sind Mischbestände, die sich aus verschiedenen Laub- und Nadelhölzern zusammensetzen, zu wählen. Ist der Boden jedoch zu gering und nicht fähig, Laubholz zu tragen, so kann als rauchhartes Nadelholz die Kiefer für den Anbau in Betracht kommen. Es ist aber auch hier zweckmäßig, die Kultur unter dem Schutz eines vorgelagerten Laubholzstreifens (Birke) auszuführen, der das bessere Aufkommen der angebauten Nadelhölzer gewährleistet.

Bei der Bestimmung der in Rauchlagen anzubauenden Holzarten darf uns deshalb nicht bloß eine rechnerische Aufstellung der höchsten Bodenrente leiten, wobei wir uns über die Entwicklung der Bestände sehr stark verrechnen können, sondern wir haben in erster Linie nicht solche Holzarten zu wählen, die infolge der Einwirkung der Rauchsäuren schon im jugendlichen Alter zugrunde gehen, unter deren Anbau die Böden verarmen oder von denen bestimmt zu erwarten steht, daß sie sich nur unvollkommen entwickeln.

Alle Fehler, die in dieser Beziehung begangen werden, bedeuten nicht nur die Hervorrufung finanzieller Verluste an Geldertrag und Bodenkapital, sie erhöhen nicht nur die Insektengefahr, sondern sie begünstigen auch die Ausbreitung der in Rauchgebieten vorhandenen Insektenherde auf die augenblicklich noch gesunden Bestände im hohen Maße.

Durch eine geschickte Anwendung obiger waldbaulichen Maßregeln wird es an vielen Orten

gelingen, die Rauchschäden fast zum Verschwinden zu bringen und die von den Besitzern der Rauchquellen zu fordernden Entschädigungen auf die denkbar kleinsten Geldbeträge, auf die Differenz der Bodenrenten zwischen Nadelholz- und Laubholzwirtschaft, zwischen Fichten- und Kiefern-betrieb, oder einem gemischten Betriebe von Laubholz und Nadelholz herabzubringen.

Die Fiehe sind nur mit größter Vorsicht zu führen, namentlich werden die Läuterungen und Durchforstungen mit äußerster Sorgfalt und nur

so weit als unbedingt nötig anzulegen sein. Jedes Zuviel vergrößert den Rauchschaden.

Ein weiteres Mittel, die schädlichen Folgen der Rauchschäden herabzubringen, besteht in der Erhaltung der Bodenkraft. Insbesondere ist die Bodenfrische, wenn angängig, durch natürliche und künstliche Bewässerungen zu heben und die Niederschlagswässer an Wegen und Gestellen durch einfache Vorrichtungen in die Bestände abzuleiten.

(Nach den Mitteilungen des Sächsischen Forstvereins f. 1911.)

Über den Nutzen der Brüche für den Wald.

Den Nutzen, welche im Walde und seiner Umgebung liegende Brüche haben, führte mir das dürre Jahr 1911 an mehreren Schutzbezirken meines Kiefern-Hochwaldbreviers recht deutlich vor Augen.

Das Dorf S. besaß früher einen mehrere hundert Morgen großen, flachen See und, ebenfalls inmitten seiner Feldmark, mehrere Bruchkomplexe. Soviel mir bekannt, etwa vor einem Menschenalter, wurde der See ganz entwässert, die Brüche trodenggelegt und in Wiese sowie ziemlich fruchtbares Ackerland umgewandelt. Einige mehrere Meter tiefe Kanäle erfüllten ihren Zweck sichtlich recht vortrefflich. Im anstoßenden 624 ha großen, der Grundherrschaft gehörigen gleichnamigen Schutzbezirk konnte man schon der Vorflut wegen nicht zurückbleiben, legte den einzigen kleinen Teich ebenfalls ganz trocken und entwässerte das einzige 5,6 ha große Erlenbruch. Die Wirkung der umfassenden Maßregel auf die nähere und weitere Umgebung blieb nicht aus und tritt von Jahr zu Jahr deutlicher zutage. Die höher gelegenen F. l. b. leiden an Trockenheit und gehen im Ertrage langsam zurück. Die Kiefern-Alt- und Stangen-hölzer haben wenig Zuwachs und geringen Wuchs; frische, frohwüchsige Schonungen werden immer seltener, dagegen das Heidekraut immer höher und üppiger. Sicherlich war es kein Zufall, daß der Schaden, welchen die abnorme Dürre des Jahres 1912 anrichtete, gerade im Schutzbezirk S. am größten war. Alt- und Stangenhölzer haben relativ wenig gelitten, ganz außerordentlich aber fast alle auf Kiefernboden IV. Klasse, Diluvial-sand, stöckenden 3- bis 15jährigen Kulturen und Schonungen. Aus ersteren sind stellenweise bis 50 und 60 % der Pflanzen eingegangen, in letzteren vertrockneten ganze Horste. Das Eingehen dauerte bis ins Frühjahr 1912 hinein. So arg war es nicht einmal in dem anstoßenden 811 ha großen, geschlossenen Kiefernhochwalde des Schutzbezirks C.-g., der weder selbst noch in seiner Umgebung j. m. l. irgendwelchen Teich oder eine Bruchpartie aufzuweisen hat.

Das Gegenstück hierzu bildete der auf der andern Seite anstoßende langgestreckte 762 ha

große Schutzbezirk Bl. Zwischen seinem Kiefern-hochwald, worin an fünfter Bonität kein Mangel herrscht, schieben sich größere und kleinere Erlenbruchschlänke, meist von schmalen Bächen durchflossen, ein, zusammen 63 ha. Außerdem wird der Forst auf zwei Seiten von bruchigen Wiesen und Feldern der gleichnamigen Dorfsfeldmark flankiert. Trotzdem, wie angedeutet, der Boden des Schutzbezirks Bl. durchweg geringer ist als in S., hat die Dürre von 1911 überhaupt keinen Schaden angerichtet. Kulturen, Schonungen, Stangen wie Althölzer haben nicht im mindesten gelitten. Dasselbe gilt von dem sich weiterhin anschließenden Schutzbezirk Sch., wo dieselben Verhältnisse herrschen. Auch an ihm ist die Dürre spurlos vorübergegangen. Das gibt doch wohl zu denken! Wohl läßt der Wuchs der Erlen infolge zu großer Masse hier und da zu wünschen übrig, und mehr als einmal hat mir dieser oder jener pflichteifrige Förster den Wunsch geäußert, mit intensiverer Entwässerung nachzuhelfen. Allein ich habe in den 18 Jahren meiner Bewirtschaftung des Reviers, und nicht zum wenigsten nach dem Dürrejahr 1911, die Überzeugung gewonnen, daß man damit mehr Schaden wie Nutzen stiften würde. Nach wie vor halte ich es für falsch und ein Zeichen großer Kurzsichtigkeit, erhebliche Kosten für die Entwässerung und die Heranzucht einiger hundert Ferkel Erlenstangenholz aufzuwenden; ja ich stoße mich sogar nicht daran, auch einmal einen halben oder ganzen Morgen nahezu ertraglose Bruchschlänke dazwischen liegen zu sehen. Ein Blick auf die Kiefernhochwaldbestände der Umgebung mit ihrem freudigen Wuchs sagt mir, daß diese mir den Verlust reichlich wieder ersetzen. Darum lese ich auch immer mit einem gewissen Unbehagen die Meldung dieses oder jenes Lokalblattes, wonach sich wieder eine Genossenschaft mehr zur gründlichen Entwässerung ihrer Bruchwiesen gebildet hat. Immer drängt sich mir die Befürchtung auf, daß die anstoßenden Kiefernwaldungen in vielen Fällen die Kosten bezahlen werden.

R., Niederschlesien.

B., Oberförster.

Mitteilungen.

— Die Besetzung von Gemeindeforststellen in Preußen. Neuerdings begegnen wir in der Fachpresse wieder Erörterungen darüber, ob das für die sieben östlichen Provinzen Preußens

erlassene Gesetz vom 14. August 1876 dazu führt, den Forstverorgungsberechtigten einen Anspruch auf vorzugsweise Berücksichtigung bei der Besetzung von Gemeindeforststellen einzuräumen.

Obwohl die Ausführungsbestimmungen diese Frage bejahen, wie wir im Jahrgang 1911 in Nr. 23 auf Seite 465 und in Nr. 38 auf Seite 771 ausführlich dargelegt haben, wird dies doch vielfach bestritten. In der Tat sind manche Fälle bekannt geworden, in denen Forstverorgungs-berechtigte zugunsten anderer Bewerber, die nach den Ausführungsbestimmungen nicht als gleichberechtigt anzusehen waren, abgewiesen wurden. Es wird also das Gesetz von der Provinzialinstanz nicht immer in der von der Ministerialinstanz angeordneten Weise gehandhabt. Dadurch ist eine bedauerliche Unsicherheit hervorgerufen. Die übergangenen Forstverorgungsberechtigten fühlen sich angesichts der Vorschriften der Ministerial-Erlasse vom 9. April 1880, 1. Februar 1887 und 22. Januar 1891 sowie des § 32 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 mit Recht geschädigt. Es ist aber zu hoffen, daß bald Klarheit in diese Angelegenheit kommt, da ein Leser dieser Zeitung eine Eingabe an das Ministerium für Landwirt-

schaft gerichtet hat. Sobald ein Bescheid ergangen ist, werden wir darauf zurückkommen.



— **Zur Buchenmast in Niederhessen.** Die Befürchtung, daß durch den Fraß des Buchen-springgrüßelfäfers (*Orchestes fagi*) die Buchenmast vernichtet würde, ist hier glücklicherweise nicht zur Tatsache geworden. Der Käfer hatte zwar die Samentafeln zum Teil stark befallen, doch hat dies anscheinend nichts geschadet. Infolge der außerordentlich günstigen Witterung hat sich die Buchenmast trotz der sehr stark beschädigten Blätter — die Blattfläche war durch Käfer- und Larver-fraß in manchen Distrikten $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ zerstört — bis jetzt sehr gut entwickelt, so daß man mit einer Vollmast rechnen kann. Hoffen wir nun, daß wir einen normalen Winter bekommen, damit uns die Mast nicht wieder wie vor zwei Jahren durch abnorm feuchtwarme Witterung vernichtet wird. Freiherrl. Oberförster Werner, Erxrode.

Berichte.

**Bericht
über die I. Versammlung der „Vereinigung
der Freunde natürlicher Verjüngung“
zu Unterneubrunn (Thür.) am 22., 23. und
24. Juni 1912.**

Im Winter 1911/12 bildeten Thüringer Forst-beamte in Ilmenau die „Vereinigung der Freunde natürlicher Verjüngung“, der bis jetzt etwa 80 Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands beitraten. Die Vereinigung erblickt in der einseitigen Bevorzugung der Kahlschlagwirtschaft, vor allem auf großer Fläche, eine Gefahr für den deutschen Wald, die deutsche Forstwirtschaft und den Vorteil der Waldbesitzer. Sie will der natürlichen Verjüngung unserer Holzarten mehr Platz einräumen, als es zurzeit geschieht, und will zu erreichen suchen, daß die Naturverjüngung da, wo sie möglich ist, auch geboten sein soll.

Diese Vereinigung hat ihre erste öffentliche Versammlung vom 22. bis 24. Juni d. Js. zu Unterneubrunn am Südrand des Thüringerwaldes abgehalten. Am Abend des 22. wurden die Teilnehmer erfreut durch musikalische, gesangliche und schauspielerische Aufführungen einheimischer Kräfte, deren Darbietungen bei weitem die gewohnten Dilettantenleistungen übertrafen und die auch die ausgezeichneten Leistungen des rührigen Vereinsvorsitzenden, des Herrn Oberförsters Menzel, auf diesem Gebiet mit zum Teil eigenen Dichtungen und Kompositionen zeigten. Die Verhandlungen des nächsten Tages beschäftigten sich zunächst mit internen Vereinsangelegenheiten (Beratung der Satungen, Wahl des Vorstandes: 1. Vorsitzender Oberförster Menzel in Unterneubrunn, Schriftführer: Forstassessor Kellner in Arlesberg, Rechnungsführer: Oberförster Großloß in Ilmenau). Sodann sprach der Vorsitzende über die Daseinsberechtigung der Vereinigung und ihr Verhältnis zum „Verein Thüringer Forstwirte“. Es war ihr nämlich der Vorwurf gemacht worden, die Vereinsgründung sei überflüssig, und sie diene nur

zur Zersplitterung des „Vereins Thüringer Forstwirte“. Beide Vorwürfe wurden vom Vereinsvorsitzenden widerlegt; das Gebiet der Forstwissenschaft ist jetzt ein so umfangreiches, daß sich für die verschiedenen Gebiete eine Spezialbearbeitung nötig macht, und diese will die Vereinigung auf dem Gebiet der natürlichen Verjüngung leisten. Hierauf sprach Forstassessor Kellner-Arlesberg über „Natürliche Verjüngung, Beobachtungen und Erfahrungen in Heimat und Fremde“. In anschaulicher Weise schilderte der Redner die Eindrücke, die er auf seiner von der gothaischen Staatsforstverwaltung veranlaßten Reise nach Süddeutschland gewonnen hatte. Er besuchte vor allem die Reviere Gaildorf, Müchmühl und Hiersau und beschäftigte sich mit der Wagnerischen Naturverjüngung sowie den neuen Durchforstungsarten, die er sehr treffend als „Kronendurchforstungen“ bezeichnete. Sie bilden ja mit eine Vorbedingung zur natürlichen Verjüngung durch Erziehung vollbekronter, samen-tragender Stammindividuen. Auch hatte er Gelegenheit, durch Kahlschläge hervorgerufene schlechte Bodenzustände zu studieren (Kiebsand im Schwarzwald). Weiter führte der Redner eine Anzahl schön gelungener natürlicher Verjüngungen von Nadelbäumen in Thüringen an, ein Zeichen, daß sie nicht nur in Süddeutschland, sondern auch bei uns möglich sind. Hierauf sprach Oberförster Menzel-Unterneubrunn über „Naturverjüngung und Schütte der Kiefer“. Er knüpfte an eine Abhandlung von Forstmeister Vogl in Salzburg an, der die Schütte für eine unerfreuliche Folgeerscheinung der Kiefernkahlschlagwirtschaft hält. Bei natürlicher Verjüngung der Kiefer fehlt sie.*) Der Redner schloß sich ganz dieser Meinung an und erwies sehr die natürliche Verjüngung der Kiefer, die meist gar nicht so schwierig und auch auf geringen Sandböden — wie ja

*) Entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen.
D. Schriftl.

oft natürliche Verjüngung auf geringeren Standorten leichter zu erzielen ist als auf den guten — durchzuführen sei. Nach einer kurzen Aussprache über besondere Vorkommnisse (Schäden durch Dürre, Blitzschlag usw.) wurde ein kleiner Gang in das Unterneubrunner Revier angetreten. Besonders interessant war hierbei der Blick auf den „Schnetterberg“, welcher fast wie aus der Vogelperspektive, die natürliche Verjüngung von Fichte in allen Stadien sehen ließ. Sehenswert waren noch die Hochdurchforstungen in Buchenbeständen und Begeanlagen (Gesällwege auf Talschausen). Am Abend vereinte ein Wahl mit anschließender feuchtfrohlicher Sitzung die Versammlungsteilnehmer, zu denen auch noch der Direktor der Eisenacher Forstakademie, Herr Oberforstrat Dr. Matthes, mit 40 Studierenden gekommen war. Am anderen Tage wurde beizeiten zum Waldgang in das Unterneubrunner Revier aufgebrochen. Zuerst wurde der „Schnetterberg“ besichtigt. Er hat eine Meereshöhe von etwa 700 m und besteht aus lambrischen Schiefeln. Bis vor ca. zehn Jahren sind hier große Kahlschläge geführt worden mit nachfolgender Fichtenpflanzung. Seitdem wird nur natürlich verjüngt, und zwar mit bestem Erfolg; sind doch die viel jüngeren Gruppen natürlichen Fichtenanflugs bedeutend höher und zeigen sie ein viel besseres Aussehen als die älteren Pflanzflächen. Die verschiedenen Hiebmaßnahmen waren hier alle zu sehen und wurden von Herrn Oberförster Menzel noch näher erläutert. Eine genaue Schilderung finden die Leser in Nr. 6

der diesjährigen „Forstlichen Rundschau“, auf die hiermit noch besonders hingewiesen sei. Als sehr wichtig bezeichnet der Herr Exkursionsführer noch die Maßregel, ja nicht zu früh den Oberstand zu räumen, jedenfalls nicht eher, als bis die Verjüngung etwa kniehoch ist, andernfalls verschwindet der Fichten-Anflug oft wieder. Weiter wurden noch die Wagnerschen Staffeln- und Buchtenhiebe gezeigt, deren Erfolge in Hinsicht auf die natürliche Fichtenverjüngung auch sehr gut waren. Verschiedene ältere, früher unbeabsichtigt geschaffene Nordanhiebsslinien zeigten die herrlichsten, vollständigen natürlichen Verjüngung von Fichten, die älteren gepflanzten Fichten gegenüber wieder viel besseren Wuchs zeigte. Auch verschiedene neuerdings geschaffene Wagnersche Anhiebe (ca. 10 m breite, von O nach W verlaufende Loshiebe) wurden angesehen. Nach einer Mittagspause im lieblichen Lichtenau wurde am Nachmittag dem Schwarzbacher Revier ein Besuch abgestattet. Dieser stößt auf Buntstein in etwa 400 m Meereshöhe. Hier waren die nachteiligen Folgen der Kahlschläge mit den nachfolgenden in der Reihe kümmernden Kulturen zu sehen, ebenso aber auch die Möglichkeit, durch passende Hiebmaßnahmen natürliche Verjüngung von Kiefern und von Fichten zu erzielen. Am Spätnachmittag trennten sich die Teilnehmer, um ihren Wirkungsstätten wieder zuzustreben, dankbar gedenkend des so überaus liebenswürdigen Versammlungs- und Exkursionsleiters und seines so interessanten Revieres Unterneubrunn, des „thüringischen Gaildorf“.

—r.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Grundsätze des Königlich-Preussischen Staatsministeriums für die Gewährung von Zuwendungen an Altpensionäre und Altpflichtkinder.

Die zu oder vor dem 1. April 1903 in den Ruhestand getretenen Pensionäre sowie die Witwen und Waisen dieser Pensionäre und der vor dem 1. April 1903 verstorbenen aktiven Beamten erhalten zur Milderung der sich für sie aus den eingetretenen Lebensverhältnissen ergebenden Härten aus den dafür bestimmten Fonds-Zuwendungen nach Maßgabe folgender Grundsätze:

1. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist bei der letzten vorgesetzten Dienstbehörde des pensionierten oder verstorbenen Beamten einzureichen. Dabei genügen — gegebenenfalls unter Bezugnahme auf frühere Eingaben oder attestmäßige Feststellungen — folgende Angaben:

a) bei den Pensionären:

1. Vor- und Zuname, letzte amtliche Stellung, gegenwärtiger Beruf und Wohnort des Pensionärs,

2. Mitteilung, ob verheiratet; Zahl der unverfürhten Kinder mit Angabe des Tages der Geburt,

3. Höhe der Pension (ohne Ostmarkenzulage) und der Einkünfte aus sonstigen Einkommensquellen, einschließlich Leistungen des Staates oder Dritter; Einkünfte der Ehefrau und der Kinder, die den Haushalt teilen; Angabe auf welche

dieser Einkünfte voraussichtlich dauernd oder für mehrere Jahre gerechnet werden kann;

b) bei den Witwen und Waisen:

1. Vor- und Zuname, Tag der Geburt, bei Witwen auch Elternname mit Angabe, ob wieder verheiratet, gegenwärtiger Beruf und Wohnort der Personen, für die die Zuwendung beantragt wird,

2. Vor- und Zuname, Tag des Todes, letzte amtliche Stellung, letzter Beruf und letzter Wohnort sowie etwaige unverfürhten Kinder über 18 Jahren des verstorbenen Ehemanns oder Vaters,

3. Betrag des bezogenen Wittwengeldes und des Waisengeldes, je für sich.

4. Höhe der Einkünfte der zu 1 genannten Personen sowie anderer Kinder (Ziffer 2), die den Haushalt teilen, aus sonstigen Einkommensquellen, einschließlich Leistungen des Staates oder Dritter; Angabe, auf welche dieser Einkünfte voraussichtlich dauernd oder für mehrere Jahre gerechnet werden kann.

Dem Antragsteller bleibt es überlassen, diese Angaben durch Hervorhebung von Tatsachen, die eine besondere Berücksichtigung im Einzelfalle oder eine höhere Bemessung der Zuwendung zu rechtfertigen geeignet sind, zu ergänzen.

Im Interesse der Vereinfachung wird den Antragstellern die Ausfüllung eines Formulars

nach anliegendem Muster *) empfohlen, welches bei den Pensionszahlungsstellen unentgeltlich verabfolgt wird. In diesen Formularen brauchen nur die mit *) bezeichneten Angaben vom Antragsteller selbst ausgefüllt zu werden. Die Zahlungsstelle hat auf Wunsch die Weiterbeförderung des Antrages zu übernehmen und, soweit angängig, dem Antragsteller bei der Ausfüllung der Formulare behilflich zu sein.

Liegt bereits ein früherer Antrag auf Unterstützung vor, der bisher nicht oder nicht völlig berücksichtigt werden konnte, so kann von der Stellung eines neuen Antrages abgesehen werden.

II. Die letzte vorgelegte Dienstbehörde hat die in dem Antrage enthaltenen Angaben nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit hin nachzuprüfen und sodann dem zuständigen Minister mit einer gutachtlichen Äußerung über die Höhe der befürworteten Zuwendung zur Entscheidung vorzulegen. Eine Zuwendung kann nicht gewährt werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen bei der Person, für die sie nachgesucht wird, ein Bedürfnis oder die Würdigkeit nicht anerkannt werden kann.

Die Nachprüfung hat in wohlwollender Weise an der Hand der Akten, deren Inhalt zur Ergänzung der Angaben heranzuziehen ist, zu erfolgen. Sind weitere Aufklärungen oder Ergänzungen der Angaben nötig, so ist zunächst der Antragsteller selbst zu hören, wobei jedoch unter Beschränkung auf das zur Beurteilung der Sachlage unbedingt erforderliche jedes peinliche Eindringen in die privaten Verhältnisse des Antragstellers und seiner Angehörigen nach Möglichkeit zu vermeiden ist. Hat die Behörde nach ihrer Kenntnis der Sachlage zu Zweifeln an der Richtigkeit der Angaben Betanlassung, so kann dem Antragsteller aufgegeben werden, die Richtigkeit durch Vorbringung geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Nachen Zweifel an der Würdigkeit der Personen, für die die Zuwendung beantragt wird, oder sonstige Gründe weitere Ermittlungen erforderlich, so sind diese in vertraulicher und schonender Weise vorzunehmen. Feststellungen untergeordneter Polizeiorgane in der Wohnung oder Nachbarschaft des Antragstellers sind unter allen Umständen ausgeschlossen.

III. Bei der Gewährung von Zuwendungen sollen, soweit nicht durch sonstige Einkünfte ein genügender Ausgleich geschaffen ist, besonders berücksichtigt werden:

- a) Pensionäre sowie Witwen und Waisen, die wegen eigener Krankheit, Krankheit in der Familie oder aus sonstigen Gründen besonderer Fürsorge bedürfen,
- b) Pensionäre, die entweder in jüngeren Jahren pensioniert worden sind oder unversorgte Kinder haben,
- c) Witwen und Waisen von Beamten, die vor dem 1. April 1897 oder in jüngeren Jahren pensioniert oder verstorben sind.

*) Nicht mit abgedruckt.

IV. Durch die Zuwendungen soll nach Maßgabe des Bedürfnisses in angemessenen Grenzen ein Ausgleich der sich aus den eingetretenen Leuerungsverhältnissen ergebenden Härten herbeigeführt werden, insoweit nicht die neben der Pension oder den Hinterbliebenenbezügen vorhandenen Einkünfte einen solchen Ausgleich bereits bieten. Bei Berechnung des Gesamteinkommens sind nur solche Nebeneinkünfte zu berücksichtigen, die als voraussichtlich dauernd oder für längere Zeit gesichert erscheinen. Einkünfte von Kindern, die den Haushalt teilen, sind bei Berechnung des Gesamteinkommens eines Pensionärs oder einer Witwe nur so weit zu berücksichtigen, als sie dazu dienen, die Lebenshaltung dieser Person zu erleichtern.

Die Höhe der im Einzelfall zu gewährenden Zuwendungen bemisst sich mindestens:

a) bei den Pensionären, die zu oder vor dem 1. April 1907 in den Ruhestand getreten sind, auf den Unterschied zwischen dem einschließlich der gesetzlichen Pension bezogenen Gesamteinkommen und dem Betrage, der sich bei Anwendung der durch Artikel II (§ 8) der Pensionsgesetznovelle vom 27. Mai 1907 verbesserten Pensionsabstufung auf die der Pensionsfestsetzung zugrunde gelegten Dienstbezüge und Dienstzeiten ergeben würde,

b) bei Witwen und Waisen dieser Pensionäre und der vor dem 1. April 1907 verstorbenen aktiven Beamten auf den Unterschied zwischen dem einschließlich des gesetzlichen Witwen- und Waisengeldes bezogenen Gesamteinkommen und dem Betrage, der sich ergibt, wenn das der Festsetzung der gesetzlichen Bezüge zugrunde gelegte Ruhegehalt in der zu a) gedachten Weise berechnet worden wäre und wenn der Artikel II (§ 8) der Novelle zum Hinterbliebenenfürsorgegesetz vom 27. Mai 1907, insbesondere der erhöhte Mindestbetrag des Witwengeldes von 300 M bereits gegolten hätte.

V. Die Zuwendungen werden regelmäßig fortlaufend unter dem Vorbehalt des Widerrufs, für die Waisen längstens bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, bewilligt und zugleich mit den gesetzlichen Bezügen, also für die Pensionäre vierteljährlich, für die Witwen und Waisen monatlich im voraus gezahlt. Neue Zuwendungen sind in der Regel erst von dem auf die Bewilligungsverfügung folgenden Monat zu zahlen.

Die Empfänger sind verpflichtet, eine wesentliche Besserung ihrer Verhältnisse, namentlich eine Anstellung gegen Gehalt usw., oder eine Beschäftigung gegen Entgelt unverzüglich anzuzeigen.

VI. Stirbt ein Pensionär, der zur Todeszeit eine Zuwendung bezog, so kann von ihr den bedürftigen Hinterbliebenen ein Unabendsvierteljahr insoweit gewährt werden, wie ein solches von der Pension gezahlt wird. Ebenso können den Hinterbliebenen nach Maßgabe der Bedürftigkeit die von dem Verstorbenen etwa nicht abgehobenen, vor seinem Tode fällig gewordenen Zuwendungsbeträge nachgezahlt werden.

Als Hinterbliebene im Sinne dieser Bestimmung gelten nur Witwen und Waisen, nicht aber sonstige Angehörige des Pensionärs.

Verschiedenes.

— **Geschenk der Kaiserin für die Forstschule Spangenberg.** Ihre Majestät die Kaiserin hat im Anschluß an ihren Besuch des Schlosses Spangenberg zwei Bilder in prachtvollen Rahmen, und zwar „Wölfsender“ von Carl Zimmermann und „Eiserne Wehr“ von A. Janl „zur Ausschmückung der Räume der Forstlehrlingschule“ geschenkt. Beide Bilder haben in der Aula ihren Platz erhalten.

— **Bestimmungen über Ordensverleihungen an mittlere Beamte,** welche dem Ministerium des Innern unterstehen. Der Minister des Innern hat in Ausführung des Beschlusses des Staatsministeriums, betreffend die Grundzüge für Vorschläge zur Verleihung des neu gestifteten Königlich Preussischen Verdienstkreuzes unterm 18. März d. Js. folgendes bestimmt: 1. Beamte der Assistentenklasse können, jedoch in der Regel nicht vor Zurücklegung einer 30 jährigen Gesamtdienstzeit, zur Verleihung des Verdienstkreuzes in Gold, als erste Allerhöchste Auszeichnung in Vorschlag gebracht werden. 2. Kanzleibeamte, die bereits den Kanzleisekretärtitel haben, können nach 30 jähriger Gesamtdienstzeit zur Verleihung des Verdienstkreuzes in Silber und bei etwaigem weiteren Anlasse, jedoch nicht vor 40 jähriger Gesamtdienstzeit, zur Verleihung des Verdienstkreuzes in Gold in Vorschlag gebracht werden. Kanzlisten in leitenden Stellen (Kanzlei-Inspektoren) können bereits nach 25 bzw. 35 jähriger Dienstzeit für das Verdienstkreuz in Silber bzw. in Gold zum Vorschlag gebracht werden.

— **Förstertitel für die Königlich Württembergischen Forstwärter.** In den Kreisen der Forstwärter Württembergs hat nach Zeitungsmeldungen die Erfüllung eines längst gehegten Wunsches lebhaft Genugtuung erregt. Den Forstwarten, welche eine 25 jährige einwandfreie Dienstzeit zurückgelegt haben, wird der Titel Förster verliehen; als Abzeichen erhalten die Förster Hirschstangen am Tragen des Waffenrocks.

— **Deutscher Forstverein.** Von der Versammlung des Deutschen Forstvereins, die in den Tagen vom 24. bis 26. August in Nürnberg stattfand, sei kurz folgendes berichtet: Die Versammlung leitete in Abwesenheit des durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden, des Königl. Ministerialdirektors v. Baza-München, Herr Oberforstmeister a. D. Nebel-Filschne. Der Königl. Forstdirektor a. D. Dr. von Fürst-Wschaffenburg, der mit Rücksicht auf Gesundheitsverhältnisse und Alter sein Amt als 1. Beisitzer niederlegte, wurde zum Ehrenmitglied des Deutschen Forstvereins ernannt. Die Wahl von zwei Beisitzern des Vorstandes und zwei Stellvertretern ergab folgendes Resultat: 1. Beisitzer Königl. Oberforstmeister a. D. Nebel-Filschne, Stellvertreter Geh. Regierungsrat Landesforstge rat Duac-Fasle-Mannover, 2. Beisitzer Geh. Oberforsttrat Dr. Neumeister-Dresden,

Stellvertreter Oberforstmeister Nebel-Uffst. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Trier bestimmt. Über die Verhandlungen selbst berichten wir in gewohnter Form baldmöglichst.

— **Aus dem Forstetat der Stadt Lüneburg.** Der Senat hat dem Bürgerausschuß den Vorschlag für das Forstwirtschaftsjahr 1912/13 zugehen lassen. Danach sind die Einnahmen aus den Forsten auf 180 000 M., die Ausgaben auf 107 970 M. veranschlagt, so daß sich ein Reinertrag von 72 030 M. ergeben würde, an dem, nach einem alten Übereinkommen, das St. Johannis-Jungfrauenkloster mit 10,5 % partizipiert. Von dem planmäßigen Abnutzungssatz von 11 503 fm Verbbholz sollen im Jahre 1913 nur 7122 fm zum Einschlag gelangen, der Rest soll eingepart und erst bei einer günstigeren Lage des Holzmarktes genutzt werden. Bei den Kulturen ist u. a. die Aufforstung einer 7,89 ha großen Ackerfläche und der Unterbau eines Kiefernbestandes mit Buchen und anderen schattenertragenden Holzarten vorgesehen. Im übrigen sind die Einnahmen der Lüneburger Staatsforsten gegen das Jahr 1908 um 24 000 M. gestiegen.

— **Gesperrte städtische Wälder.** Die Verwaltung der Berliner Güter hat das Betreten ihrer Forsten in der Umgebung von Bernau verboten. Es sind dieses die Forsten bei Schönwalde, Rüdnitz, Schönnow, Labenburg usw. Zahlreiche Warnungstafeln sind aufgestellt. Jedenfalls dürfte dieses Verbot wohl als eine Folge der vielen Waldbrände, von denen alljährlich die Forsten in der Umgebung von Berlin heimgesucht werden, aufzufassen sein.

— **Zusammenschluß österreichischer Großbanken zwecks Ausbeutung von Wäldungen.** Das Rothschildkonjortium, bestehend aus dem Bankhause Rothschild, der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank und der Österreichischen Kreditanstalt, hat mit dem Grafen Armin Miles ein Abkommen wegen der Verwertung seines sehr umfangreichen Waldbesitzes getroffen.

Waldbrände.

Varsteht, 26. August. In den Lufthorner Tannen, zur Oberförsterei Rangau gehörig, die in der letzten Zeit wiederholt von Waldbränden betroffen worden sind, ist am gestrigen Tage wiederum ein Waldbrand ausgebrochen, der erst gegen Abend gelöscht werden konnte.

Paris, 29. August. Wie aus Bonifacio gemeldet wird, ist auf Korsika, in der berühmten Macchia, jenem aus allerhand Sträuchern und staubenartigen Pflanzen bestehenden Buschland ein großer Brand ausgebrochen, der sich mit ungeheurer Schnelligkeit verbreitet und bereits mehrere hundert Hektar der Macchia, aber auch große Flächen der angrenzenden Wälder und Weinberge vernichtet hat. Die letzten Nachrichten besagen, daß der Brand immer weiter um sich greift

Aichele, Forstirat und Vorstand des Forstamts Starnberg, ist auf sein Ansuchen wegen nachgewiesener Dienstunfähigkeit unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt.

Preißer, Meßtor beim Forstamt Windelheim, ist in gleicher Dienstleistung an das Forstamt Schernfeld versetzt.

Preßel, Meßtor beim Forstamt Schernfeld, ist in gleicher Dienstleistung an das Forstamt Windelheim versetzt.

Wagner, Forstmeister zu Buch a. R., ist auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt.

Reich, Forstmeister zu Gräfenhof, ist auf sein Ansuchen in gleicher Dienstleistung auf das Forstamt Reichenhals-Süd versetzt.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Gunkl, Oberförster, bisher Hilfsbeamter auf Glatzener Revier, ist zum Verwalter des Sachsegrunder Reviers ernannt.

u. n. Guld, Oberförster, ist vom Hinterhermsdorfer auf das Weißiger Revier versetzt.

Erpendorf, Forstmeister und Verwalter des Weißiger Reviers, ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Lübner, Oberförster, ist vom Jöhndorfer auf das Hinterhermsdorfer Revier versetzt.

Fußböck, Oberförster, bisher mit der Verwaltung des Oberhauer Reviers beauftragt, ist zum Verwalter dieses Reviers ernannt.

Reichardt, Oberförster, ist vom Sachsegrunder auf das Kadetener Revier versetzt.

Schäfer, Oberförster, bisher Hilfsbeamter auf Geringwalder Revier, ist zum Verwalter des Jöhndorfer Reviers ernannt.

Herzogtum Anhalt.

Staats-Forstverwaltung.

Bieling, Waldbearbeiter zu Gerrode, ist das Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit verliehen.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Gemeindeförsterstelle** für den **Forstschutzbezirk Aßf.** ist zum 1. Dezember 1912 zu besetzen. Das pensionfähige Anfangsgehalt beträgt 1200 M., steigend alle drei Jahre um 20 M. bis zum Höchstgehalt von 2400 M.; daneben wird eine pensionfähige Altersentschädigung von 300 M. und eine ebensolche Brennholzentschädigung von 100 M. gewährt. Bewerbungen sind innerhalb 8 Wochen dem Bürgermeisteramt in Simmern (Hunsrück) einzureichen. Inhaber des unbedingten Forstverordnungscheins und Meßereijäger der Klasse A haben die schriftliche Erklärung abzugeben, daß sie durch die Anstellung ihre Forstverordnungsansprüche als erfüllt betrachten. Bei der Bewerbung sind der Forstverordnungschein oder der Militärpaß und die seit dessen Erteilung erlangten Dienst- und Führungseignisse, die den ganzen seitdem verfloßenen Zeitraum in ununterbrochener Folge belegen müssen, einzureichen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Liturgie oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 121. **Anfrage:** 1. Habe ich das Recht, auch auf öffentlichen Wegen an gefährlichen Stellen das rauchende Publikum zu verwarnen und eventuell, wenn dieser Aufforderung keine Folge gegeben wird, die Betreffenden zur Anzeige zu bringen? 2. Ist eine brennende Zigarette dem unentzündeten Feuer im Sinne des § 44, 1 des Feld- und Forstpolizeigesetzes gleich zu achten? 3. Kann der § 44, 1 des Feld- und Forstpolizeigesetzes durch eine Regierungspolizeiverordnung aufgehoben und ersetzt werden? S., Förster.

Antwort: Zu 1: Sie sind unseres Erachtens nach bürgerlichem Recht befugt,

auch auf öffentlichen Wegen an besonders gefährlichen Stellen das rauchende Publikum zu verwarnen und eventuell, um die durch sie drohende Gefahr abzuwenden, die brennende Zigarette des Rauchers zu löschen; eine Anzeige halten wir jedoch für zwecklos, da eine strafrechtliche Verfolgung ausgeschlossen erscheint. Zu 2: Eine brennende Zigarette im Munde des Täters genügt nicht zur Strafbarkeit aus § 44, 1 des Forst- und Feldpolizeigesetzes. Zu 3: Nein! Wohl aber sind durch das Feld- und Forstpolizeigesetz alle entgegenstehenden Bestimmungen der Polizeiverordnungen aufgehoben worden. J. in L.

Nr. 122. **Anfrage:** Befindet sich jemand in Jagdausrüstung, wenn er ein Jagdgewehr trägt, aber keine Munition bei sich führt, sich auf Feld- oder Waldwegen bewegt, deren Betreten jedermann erlaubt ist? P. L. in R.

Antwort: Der Begriff der Jagdausrüstung ist nicht gegeben, wenn jemand zwar ein Gewehr, aber keine Munition bei sich führt; denn zur Herstellung der Schußbereitschaft und darauf kommt es an) gehört unbedingt eine Patrone. Auf öffentlichen, der allgemeinen Benutzung freigegebenen Wegen darf sich jedermann auch in Jagdausrüstung bewegen.

Nr. 123. **Anfrage:** Am 11. Oktober 1900 trat ich beim Bataillon ein und würde also in diesem Jahre den Forstverordnungschein erhalten. Seit meiner Beurlaubung zur Reserve, d. i. vom 1. Oktober 1903, war ich ununterbrochen bis 30. September 1911 im königlichen Forsteinrichtungsbureau zu Berlin und vom 1. Oktober 1911 bis zurzeit bin ich in der königlichen Oberförsterei L. beschäftigt. Ich habe nun folgende Anfrage: Gibt es eine Verfügung usw., wonach die Hilfsarbeiter des Forsteinrichtungsbureaus bei Empfang des Forstverordnungscheins in irgend einem Bezirk vorzugsberechtigt sind, gleich den im Bezirk bereits zwei Jahre beschäftigten Anwärtern, oder bin ich verpflichtet, obgleich zwölf (neun) Jahre ununterbrochen im Staatsdienste beschäftigt, in meinem Notierungsgesuch sämtliche Bezirke in der Reihenfolge der Bevorzugung anzugeben? E. W.

Antwort: Bei der Beschäftigung im Forsteinrichtungsbureau gehören Sie, wie vorgekommene Fälle dartun, zu demjenigen Bezirke, für den Sie zuletzt notiert sind. Beträgt die Zeit dieser Beschäftigung allein oder mit derjenigen im praktischen Forstdienste des betreffenden Bezirkes zusammen am 11. Oktober 1912 (Zeitpunkt der Erteilung des Forstverordnungscheins) mindestens zwei ununterbrochene Jahre, dann sind Sie für den Bezirk vorzugsberechtigt und brauchen in dem Notierungsgesuch nur diesen einen Bezirk anzugeben (§ 29 Ziffer 4 der Bestimmung v. 1. 10. 1905). — Haben Sie übrigens einen Ausweis darüber, daß die ganze Zeit der Beschäftigung im Forsteinrichtungsbureau als berufsmäßig anerkannt ist? Nach § 20 Ziffer 6 genannter Bestimmungen gilt diese Beschäftigung nur dann als berufsmäßig, wenn sie nicht länger als fünf Jahre dauert oder aber mit praktischer Beschäftigung im Forstdienste nachweislich verbunden ist. Zu entscheiden hat

über die Anrechnung die Inspektion der Jäger und Schützen.

Nr. 124. Anfrage: Am 15. Oktober 1898 trat ich beim Bataillon ein und erhielt am 15. Oktober 1910 den Forstversorgungschein. Seit dem 1. Oktober 1901 befinde ich mich ununterbrochen im hiesigen Kommunalforstdienst und bin zum 1. Oktober 1912 in den Staatsforstdienst einberufen. Ich bin verheiratet. Welcher Gehaltsatz und welche Umzugsentschädigungs-Ansprüche stehen mir zu?

B., Forstausscher.

Antwort: Sie erhalten im Staatsdienst zunächst 110 M und vom 1. November 1913: 117,50 M monatlich im voraus, außerdem freie Wohnung, wenn auf der Stelle eine Dienstwohnung vorhanden ist, 30 M jährlich Dienstkleidungszuschüsse, freies Brennholz gegen Erstattung der Nebenkosten oder statt der Naturlieferung 80 bis 100 M Jahresvergütung. Wenn Sie als Bureaugehilfe eines Oberförsters verwendet werden, kommen noch 6 M monatlich hinzu. Anspruch auf Umzugskosten haben nur die etatmäßigen Beamten. Sie erhalten lediglich die gesetzlichen Reisefkosten. Vielleicht gewährt Ihnen aber die kgl. Regierung auf einen durch Vermittelung des Oberförsters vorzulegenden Antrag eine Unterstützung.

Nr. 125. Anfrage: Beifolgende Fichtenzweige, aus einer 10- bis 15-jährigen Schonung entnommen, sind mit einer großen Anzahl Kapseln besetzt, die zum Teil eine kleine weiße Made und

Läuse, zum Teil jedoch nur Läuse enthalten. Diese Insekten sind mir unbekannt, und ich bitte um den Namen derselben sowie um Auskunft darüber, wie diese Kapseln entstehen und ob sich das Insekt stark vermehrt und große Verheerungen anrichtet. Ich bemerke noch, daß das Insekt erst in diesem Jahre hier auftritt; die stark befallenen Fichten werden ausgerissen und verbrannt.

R., Forstausscher in M.

Antwort: Die Fichten sind von Schildläusen, Lecanium, befallen. Unter den biden braunen, toten Weibchen sitzen die Jungen, welche bald auswandern und im nächsten Frühjahr stark anschwellen, Eier legen, alsdann sterben und vertrocknen. Von den Eiern und Jungen lebt die weiße Larve eines Nusskellers, Antrabus varius, die unter den braunen Schilden der toten alten Läuse gefunden wurde.

E.

Nr. 126. Anfrage: Wie hoch ist der durchschnittliche Reinertrag der Staatswaldungen pro Hektar in Preußen, Bayern und Sachsen in normalen Jahren, also ungeachtet der großen Konnenfräheinschläge? **H., kgl. Revierförster in M.**

Antwort: Der Reinertrag pro Hektar, ausschließlich der Einnahmen aus Jagd, betrug in den Jahren

	1908	1909	1910
Preußen . .	23,53 M	21,88 M	23,46 M
Bayern . .	26,26 "	32,34 "	38,10 "
Sachsen . .	56,33 "	51,74 "	52,91 "

Für die Redaktion: **J. B.: Bobo Grundmann, Neubamm.**

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernstorff, Rönnebeck, Post Förster (Sarg).

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Eibstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Velle, Försterei Käume, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieder:
Nr. 1856a. **Geiguer,** Förster, Lindenbusch, Post Blondamin, Marienwerder.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh einlangen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten und direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Eberswalde (Regbz. Potsdam). Sonnabend, den 14. September d. J., 8 Uhr abends,

Versammlung im „Kaiserbad“ zu Eberswalde; hierbei Feier zu Ehren des aus dem Dienst scheidenden Kollegen Schulz-Torgelow. Um zahlreiches Erscheinen mit Damen wird gebeten.

Der Vorstand.

Kupp (Regbz. Oppeln). Anlässlich des Scheidens unseres Kollegen, Herrn Hegemeisters Hentschel, findet am 22. September, nachmittags 3½ Uhr, im Vereinslokal eine kurze Versammlung und anschließend ein Abschiedskommers statt. Ich erlaube die Herren Mitglieder, recht zahlreich mit den verehrten Damen zu erscheinen, um unserem lieben Kollegen H. ein letztes Lebewohl sagen zu können.

Hendel.

Magdeburgerforst (Regbz. Magdeburg). Bei der am 24. August abgehaltenen Versammlung in Hohenlobbesse, bei der leider sehr nahe wohnende



Kollegen fehlten, wurden Förster Weber, Schweinitz bei Roskau, zum Vorsitzenden, Förster Schwenecke, Schweinitz bei Roskau, zum Stellvertreter, Forstausseher Schmiebide, Schweinitz bei Roskau (vom 1. Oktober in Reblitz in Anhalt), zum Schatzmeister, als dessen Stellvertreter Förster Pohle in Hohenlobbeke gewählt.

Der Vorstand.

Marburg (Regbz. Cassel). Die nächste Versammlung wird voraussichtlich Mitte Oktober stattfinden. Die zum Sammelbezug aufgegebenen Sachen, wie Kalender Waldheil und Bouillonwürfel Cuboz, sollen so rechtzeitig bestellt werden, daß die Verteilung in der Versammlung geschehen kann. Wer sich an dem Bezuge der genannten Sachen noch zu beteiligen oder andere Gegenstände zu beziehen wünscht, den bitte ich, mir baldgefälligst Nachricht zukommen zu lassen. Auf das Erscheinen sämtlicher Mitglieder in dieser Versammlung wird gerechnet.

Der Vorsitzende.

Neuenburg (Regbz. Marienwerder). Dienstag, den 1. Oktober d. Js., von 11 Uhr vormittags ab, Mitgliederversammlung im Klostergarten zu Neuenburg. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Wahl des Vorsitzenden und des Schrift- und Kassensführers; 3. Verschiedenes (Bestellungen auf den Waldheil-Kalender und das Förster-Jahrbuch für 1913). Die Gehälter bleiben bei rechtzeitiger Nachricht auf der Kasse.

Der Vorstand.

Okerode-Harz (Regbz. Hildesheim). Am Sonnabend, dem 14. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, Ortsgruppenversammlung mit Damen im „Kurhaus Eichenthal“, verbunden mit Scheibenschießen usw. Die Mitglieder der benachbarten Ortsgruppen mit ihren Damen werden hierzu freundlichst eingeladen.

Die p.

Schloppe (Regbz. Marienwerder). Am Sonnabend, dem 14. d. Mts., abends 7 ½ Uhr, Versammlung in Reeses Hotel zu Schloppe. Tagesordnung: Wahl des zweiten Vorsitzenden und des Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung, verschiedene Vesprechnungen und Abschiedsdrunk für den scheidenden Kollegen Wierskowsk. Nichtmitglieder sind hiermit eingeladen.

Der Vorstand.

Colling zu Uslar (Regbz. Hildesheim). Sonntag, den 15. September d. Js., nachmittags 3 ½ Uhr, Versammlung im Vereinslokal zu Uslar. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes; 2. Unterstützung für Hinterbliebene verstorbenen Kollegen; 3. Zum Schluß: Verabschiedung von den am 1. Oktober d. Js. durch Verletzung aus der Gruppe scheidenden Kollegen Würfel, Gorges und Casse. Um rege Beteiligung, besonders auch der Damen, bittet Der Vorstand: B e t h e.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Hegemeister Bernstorff, Mienstedt bei Forst, Harz, vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Von Berichten, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Allenstein. Zu der von der Ortsgruppe Rudzanth auf Anregung der Bezirksgruppe einberufenen

Versammlung in Drygallen waren elf Mitglieder erschienen. Der Unterzeichnete hielt einen Vortrag über die Delegiertenversammlung in Berlin, sowie über verschiedene Vereinsangelegenheiten, woran sich eine allgemeine Aussprache angeschlossen. Abends wurde beschlossen, um den dortigen Kollegen Gelegenheit zu geben, sich bequemer an den Versammlungen beteiligen zu können, eine neue Ortsgruppe mit dem Namen „Ortsgruppe Drygallen“ zu gründen, zu welcher fortan die Kollegen der Oberförstereien Drygallen, Gronbowlon und Syd gehören sollen. In den Vorstand der neuen Ortsgruppe wurden gewählt: zum Vorsitzenden: Kollege Riemannsfeldt in Kempnio bei Klausen, zum Stellvertreter: Kollege Schulz in Uslar, zum Schriftführer und Kassierer: Kollege Schaepe in Gronbowlon und zu Beisitzern: die Kollegen Augath in Drygallen und Lodowandt in Linde. Alle nahmen die Wahl bereitwilligst an.

Be n s f e l d t, Vorsitzender.

Magdeburg. Versammlung am 10. August d. Js. in Magdeburg, „Kaiserhalle“. Der Vorsitzende eröffnete in üblicher Weise um 2 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden 35 Mitglieder. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Der Schatzmeister erteilte den Kassenbericht unter Vorlegung der Kassenbücher, welche letztere durch zwei Mitglieder geprüft und als richtig befunden wurden. 2. Der Delegierte, Förster Schellad-Pagförde, ergriff das Wort und hielt in gewandter und ausführlicher Weise einen längeren Vortrag über die Berliner Versammlung. 3. Bei der bevorstehenden Dienstlandregulierung soll um fernere Beibehaltung der Dienstländerien gebeten und den Förstern zum Ausgleich der Stellenverschiedenheiten so bald als möglich angemessene Stellenzulagen bis zu 650 M. erwirkt werden, sowie deren Höchstbetrag gleichmäßig dem jetzigen pensionsfähigen Förstereinkommen bei der Ruhegehaltsfestsetzung hinzuzurechnen. 4. Wiederholter Antrag: Die Forstausseher in den Rang der „mittleren Beamten“ zu erheben. — Die Krankenkosten-Beihilfeskasse wurde besprochen und möglichst rege Beteiligung empfohlen. Als Delegierter für die Versammlung in Berlin wurde Kollege Pfeiffer gewählt. Seitens der Versammlung wurde der Vorsitzende und zwei gewählte Mitglieder ersucht, dem Herrn Oberforstmeister unsere geäußerten Wünsche zur wohlgenegten Befürwortung und Berücksichtigung vorzutragen. Die Versammlung wurde mit einem begeisterten, dreifachen Horrido auf unseren hochverehrten Chef, Herrn Oberforstmeister von Seydebrand, ausgebracht von dem Vorsitzenden, geschlossen.

Der Vorstand.

O t t o S c h u l z e, Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Stangenwalde (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 25. August d. Js., fand an der „Straußen-Buche“ im Schutzbezirk Rehhof das Prämienschießen der Ortsgruppe Stangenwalde statt. 25 Teilnehmer. Bester Schütze Stiftungsbereiter Förster Schmidt aus Bantau; beim Damenschießen Frau Förster Müller-Rehhof. Die von dem

Herrn Revierverwalter gestiftete Prämie errang der Kollege Forstausseher Witz-Marienlee. Außerdem wurden noch zwei von einem Gönner der grünen Farbe, Herrn Hoffmann-Danzig, gespendete silberne Pöffel ausgeschossen, die die Kollegen Schmidt und Zars gewannen. Bei dem Einmarsch nach Hoppendorf brannte Herr Lehrer Sieg dortselbst ein Feuerwerk ab. —

Hierauf gemüthlicher Teil im Gasthause bis zum frühen Morgen. — Allen werten Gönnern und Stiftern herzlichen Dank der Ortsgruppe. Das diesjährige Abschießen der Gruppe findet am 15. September d. Js. auf dem Grunde in Babenthal statt. Beginn pünktlich 2 Uhr nachmittags. Damen wie immer herzlich willkommen.

Der Vorsitzende: Weinlich.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Annoys, Wilhelm, Forstausseher, Bomsdorf bei Loburg.
Schulz, Wilhelm, Königl. Hilfsjäger, Galsenwalde, Pommern.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Gesammelt gelegentlich der Hühnerjagd in Sawabe; eingeliefert von Herrn Oberförster Studt in Strampe 9.—Mk.
Gesammelt bei einem Übungsschießen, verbunden mit Widwid, der Gruppe Neubamm des Schießvereins deutscher Jäger am 1. September 1912 7,50

Erlös für herrenlose Patronen, gesammelt beim Schießverein deutscher Jäger gelegentlich des großen Preisschießens im Juli 1912 13,50 Mk.
Sa. 20.— Mk.

Den Gebern herzlichen Dank und Weidmannsheil!

* * *

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Birdenstaedt, Buchholz, 2 Mk.; Böhm, Rorberheide, 5 Mk.; Dahm, Neu-Muhiau, 3 Mk.; Frey sen., Ebingen, 2 Mk.; Frey jun., Ebingen, 2 Mk.; Herrmann, Muschitz, 2 Mk.; Hein, Schillersdorf, 2 Mk.; Hermann, Galensee, 10 Mk.; Jagdclub Verburg, 100 Mk.; Judis, Berlin, 2 Mk.; Kanne, Amtth, 5 Mk.; Kubin, Dösch, 2 Mk.; Kummel, Kohnfurt, 2 Mk.; Kropf, Bomsdorf, 2 Mk.; Lab, Feideberg, 2 Mk.; Nisch, Neusich, 2 Mk.; Polewsky, Radach, 2 Mk.; Perside, Carlshof, 4 Mk.; Rademacher, Euse, 2 Mk.; Richter, Trunfelsburg, 2 Mk.; Schulz, Galsenwalde, 2 Mk.; Scholz, Raubschoten, 2 Mk.; Täger, Leisnig, 5 Mk.; Thiem, Möhrenfurth, 2 Mk.; Witte, Schleie, 2 Mk.; Willenberg, Mit-Beckern, 2 Mk.; Walter, Dabdorf, 2 Mk.; Wolff, Bannsee, 2 Mk.; Wagenitz, Vogelersang, 4 Mk.; Zoch, Neuhaus, 5 Mk.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Galensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird in seinem eigenen Interesse gebeten, dem Verein beizutreten, ebenso auch jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes.

Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren für **ordentliche Mitglieder** aus dem Stande der **Privatforstbeamten** bei steuerpflichtigem Einkommen bis zu 2000 Mk. mindestens 4 Mk., bei steuerpflichtigem Einkommen über 2000 Mk. mindestens 8 Mk., Aufnahmegebühr in beiden Fällen 3 Mk.; für **ordentliche Mitglieder** aus dem Kreise der **Waldbesitzer** mindestens 10 Mk., Aufnahmegebühr 10 Mk., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 200 Mk.; für die **außerordentlichen Mitglieder** mindestens 8 Mk., Aufnahmegebühr 10 Mk., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 75 Mk. Satzungen des Vereins durch dessen Geschäftsstelle in Neubamm umsonst und portofrei. Das Vereinsorgan, die Deutsche Forst-Zeitung, wird an Vereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf. für ein Jahr geliefert; Bestellungen an die Geschäftsstelle des Blattes.

Försterprüfungen 1912.

Infolge des großen Andranges wurden in diesem Jahre zwei Prüfungen abgehalten, die erste vom 24. bis 29. Juni in Wartha (Schlesien), die zweite vom 8. bis 13. Juli in Templin (Uckermark). Es unterzogen sich der Prüfung in Wartha 13, in Templin 16 Prüflinge, die alle bestanden haben. Zum ersten Male wurden auch ehemalige Templiner

Forstschüler geprüft, von denen einer die weitaus beste Prüfung ablegte, die bisher gemacht worden ist.
Galensee, den 20. August 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Der große forstliche Lehrgang zu Lauterbach (Hessen).

Der zweite große forstliche Lehrgang, welchen der Verein für Privatforstbeamte Deutschlands in der Zeit vom 3. bis 29. Juni in Lauterbach,

Hessen, anberaumt hatte, war von neun dem Privatforstbeamtenstande angehörigen Mitgliedern des Vereins besucht. Die Teilnehmer entstammten den verschiedensten Teilen Deutschlands, und zwar zwei aus Westfalen, einer aus dem Rheinland, einer aus Hessen, einer aus Thüringen, einer aus Schlesien, einer aus Ostpreußen, einer aus Sachsen und einer aus Bayern. Die geringe Teilnahme läßt sich wohl daraus erklären, daß die Waldbesitzer nicht gern einen vierwöchigen Urlaub geben und der Kursus mit immerhin erheblichen Kosten für die Teilnehmer verbunden ist, wenn auch seitens der Leitung alles getan war, um unnötige Geldausgaben zu vermeiden.

Außer dem Leiter, Herrn Forstrat Gulefeld, Lauterbach, nahmen als Lehrer an dem Lehrgang teil die Herren: Forstmeister Rieger, Forsthaus Vierstdorf, Schlesien, Oberförster Diehl zu Stodhausen bei Lauterbach, Forstamtmann Krug aus Weiskersheim, Württemberg, Kammersekretär Knapp aus Lauterbach, Revierförster Weder aus Maar bei Lauterbach.

Am 3. Juni, einem Montage, eröffnete Herr Forstrat Gulefeld durch eine Ansprache allgemeiner Art den Lehrgang. Da in dieser Ansprache gleichsam ein Bild gegeben ist von allem, was im Lehrgange zum Ausdruck gebracht werden sollte, so will ich das Wichtigste aus dieser Ansprache wörtlich wiedergeben. Sie lautete:

„Meine lieben Verusagenossen!

Zunächst heiße ich Sie hier in Lauterbach herzlich willkommen. Unser Verein, welcher diesen vierwöchentlichen Lehrgang veranstaltet hat, rechnete auf eine regere Beteiligung. Man hatte angenommen, daß mindestens dreißig Privatforstbeamte und vielleicht auch einige Privatwaldbesitzer kommen würden, aber es kamen nur neun. Unserem Verein ist deshalb im Verhältnisse zu den Kosten, die durch die Hinzuziehung von Lehrkräften aus verschiedenen Teilen Deutschlands erwachsen, nur eine geringe Zusage geworden. Unser Verein hat sich aber die Aufgabe gestellt, zum Besten der Allgemeinheit und zum Wohle des Privatwaldes sowie seiner Besitzer und zum Wohle der Privatforstbeamten zu wirken. Und da, wo es gilt, diesem idealen Ziele zuzustreben, darf unser Verein nicht zurückstehen, er darf die Geldausgabe nicht scheuen. In Anerkennung seiner Bestrebungen werden in dankenswerter Weise auch von uns wohlwollenden Herren zum Zwecke der Fortbildung freiwillig Mittel zur Verfügung gestellt. Es ist das hoch anzuerkennen.

Der erste große Lehrgang fand im vergangenen Jahre in Götting statt. Er war gut besucht, es waren 22 Teilnehmer. Das ermutigte, einen zweiten Lehrgang hier in Lauterbach anzubereiten. Warum er weniger Anhang fand, ist vorläufig unklar. Mag dem sein, wie es will. Wir wollen pflichtschuldigst und mit Eifer an unsere Aufgabe herantreten und hoffen, daß wir, die wir als Lehrer berufen sind, den rechten Weg, die Tonart finden, die erforderlich zum rechten Verstehen ist. Wir treten als Praktiker vor Sie, um aus der Praxis für die Praxis

zu sprechen. Praxis und Theorie müssen aber Hand in Hand gehen, um erfolgreiche Tätigkeit zu zeitigen. Nicht mit Unrecht sagt deshalb Geheimrat Professor Dr. Hess: „Die echte Praxis ist die echte Tochter der echten Theorie; drum ist nichts praktischer wie Theorie.“

Ich fasse unseren Lehrauftrag dahin auf, daß wir Ihnen die Errungenschaften der fortschreitenden Zeit auf forstlichem Gebiete im Vortrage erläutern, zum besseren Verständnis auch an Beispielen vorführen sollen. Wenn wir uns fragen, um was es sich da eigentlich in unserem Lehrgange handeln kann, so möchte ich gleichsam als Inhaltsverzeichnis der nachfolgenden Vorträge dieses Bild vor Ihre Augen führen.

„Die Aufgabe des Forstmannes ist es, in nachhaltiger Weise aus dem Walde möglichst viel Geld herauszuwirtschaften.“

In diesem kurzen Satze liegt alles, aber es ist leichter gesagt, als es durchzuführen ist.

Obenan steht der Waldbau, die Gründung und Erziehung der Waldbestände. Und da vor allem ist es die Verjüngung des Waldes durch den natürlichen Abfall des Samens von vorhandenen Mutterbäumen. Dann verbietet unsere Beachtung das Säen und Pflanzen in seinen verschiedenen Formen. Unerlässlich ist eingehendste Kulturpflege, die die Erhaltung des Nadelwaldes im Auge haben muß. Daran schließt sich die Bestandespflege, die die rasche Erstarkung der Hauptbäume herbeiführen soll. Das richtige Durchforsten ist das Mittel, das der Forstmann besitzt, um in möglichst kurzer Zeit möglichst viel und möglichst wertvolles — also starkes — Holz heranzuziehen. Eine Hauptrolle für diese Wachstumsvorgänge spielen Luft, Licht und Feuchtigkeit.

Die atmosphärische Luft muß in den Boden eindringen können; sie führt Sauerstoff mit sich, und der ist nötig, um die Vermehrung der Bodenbakterien zu fördern.

Licht ist Leben. Ohne die hellen Sonnenstrahlen, die uns zugleich Wärme spenden, können weder Menschen noch Tiere noch höher entwickelte Pflanzen leben und gedeihen. Von dem höheren Lichtgenuß ist die Ausbildung der Baumkronen abhängig, und eine gut ausgebildete Baumkrone fördert den Zuwachs.

Feuchtigkeit. Ohne Wasser ist der Tod, wie uns das die Trockenheit des Jahres 1911 ganz besonders zum Schaden des Waldes zeigte. Der Wasserwirtschaft wird viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Statt daß wir durch geeignete Wirtschaftsführung den Wasserablauf im Walde verlangsamen, werden Kahlschläge geführt, die stark vergasen und verunkrauten. Gras und Unkraut fördern aber die Verdunstung, also die Austrocknung des Bodens.

Ganz wesentlich beeinflusst der Wegebau die Einnahmen aus dem Walde. Es muß das Streben des Waldbesizers und des Forstmannes sein, für die Anlegung von Waldwegen in geeigneter Lage zu sorgen. Die Ausgaben sind

hoch, sie verzinien sich aber nicht nur durch erhöhte Holzpreise, sondern es bleibt noch ein Überschuß zum Abtragen der Baukosten.

Bei der Wirtschaftsführung im Walde muß man aber stets auch auf die Waldschönheitspflege bedacht sein. Das Eintönige in einer Gegend mißfällt. Der Waldeschluß muß durch einen Blick ins Freie, in die Ferne unterbrochen sein. Die Bäume sollen nicht alle gleich hoch sein; gemischter Wald erhöht schon durch die wechselnde Farbe die Reize einer Gegend.

Eine gute, einfache, übersichtliche, alles Nötige umfassende Buchführung ist unerlässlich, und es ist Pflicht, daß wir uns alle jene Hilfsmittel zunutze machen, die uns das viele Schreibwerk zu erleichtern vermögen.

Aber nicht trodene Worte allein sollen es sein, die Ihnen hier entgegentönen. Der Anschauungsunterricht vor allem soll dazu beitragen, die Interessen zu wecken und Ihren Gesichtskreis zu erweitern.

Und nun lassen Sie uns rüstig ans Werk gehen. Möge das, was sich Ihnen hier bietet, zu Ihrem Besten und zum Besten des wertvollen Gutes dienen, das Ihnen von Ihren Herren anvertraut wird, zum Besten des deutschen Waldes.

Alles, was in der einleitenden Rede versprochen wurde, wurde im vollsten und reichsten Maße gehalten. Unermüdet haben die oben genannten Herren gearbeitet, um den Lehrgang für jeden der Teilnehmer zu einem wirklichen Fortbildungskursus zu gestalten. Durch geeignete Vorträge, welche sich auf alle Zweige der Forst- und Jagdwissenschaft und die wichtigsten der Rechtswissenschaft erstreckten, wurden die vorhandenen Kenntnisse der Teilnehmer aufgefrischt und Neues hinzugelehrt. Praktische Übungen im Feldmessen, im Wegebau, in der Betriebslehre, im Auszeichnen von Durchforstungen und in der Ausführung von Räumungsarbeiten boten reichliche Abwechslung und gleichzeitig Gelegenheit, das in den Vorträgen Gehörte praktisch anzuwenden.

Besonders interessant waren die Waldbtouren in den Freiherrlich Niedereßelschen Waldungen, welche als wirkliche Lehrreviere betrachtet und als solche empföhlen werden können. Der Besitz umfaßt eine Gesamtfläche von 16 500 ha, wovon ca. 12 600 ha der Waldwirtschaft zugewiesen sind. Die Standortverhältnisse sind mannigfaltiger Natur. Die besten Kalk- bzw. Kalkböden wechseln mit Sandböden von teils vorzüglicher, teils weniger guter Beschaffenheit. Der Erhaltung der von alters her ansehnlichen Rotbuche — die Römer nannten die Gegend Buchonia — sowohl in reinen Beständen als auch in Mischungen mit edlen Laubböden und mit Nadelholz wird besondere Sorgfalt zugewandt. Grundsatz der Wirtschaftsführung ist die Verminderung der Produktionskosten und dadurch Mehrung der Reineinnahmen, welches aber nicht allein durch Selbsterparnis, sondern auch durch Ausbau eines planmäßig angelegten Wegenetzes erreicht wird. Durch die besseren Abfuhrverhältnisse werden die Einnahmen gesteigert, während die Ausgaben

dadurch vermindert werden, daß überall da, wo es möglich ist, die Verjüngung der Bestände auf natürlichem Wege durchgeführt wird. Ist natürliche Verjüngung nicht angängig, so wird auf möglichst billige Weise die Bestandesbegründung durch Saaten und erst im Notfalle durch Pflanzung mit Sämlingen oder auch mit verschultem Material bewirkt. Besonderer Wert wird auf die Kultur und Bestandespflege gelegt, und mit Recht sagte Herr Forstrat Eulefeld immer wieder: „Das beste Kulturgerät ist die Art, sie muß nur richtig angewandt werden.“ Aufgabe der Forstwirtschaft ist es, nicht allein eine möglichst große Masse, sondern auch möglichst starkes, wertvolles Holz in kürzester Zeit zu ziehen. Auch auf die richtige Holzverwertung, auf das Ausschalten von Kupholz und die Verwertung des schlechten Materials wurde immer wieder hingewiesen.

Von den vielen lehrreichen Waldbildern, die uns gezeigt wurden, möchte ich nur folgende hervorheben. Zunächst erwähne ich die vorzüglich gelungenen Verjüngungen durch Blendersaumschläge nach Professor Wagner sowohl von Buchen, Eichen, Ahornen, wie auch von Fichten und Kiefern. Herr Forstrat Eulefeld hatte schon vor Bekanntgabe der Wagnerschen Methode diese unbewußt angewandt, indem er dem sich zeigenden Anfluge oder Aufschlage an den Nord- bzw. Nordwesträndern der Bestände Luft und Licht schaffte, und indem er, in der Absicht, zu sparen, sowie auf billige Weise Mischwald zu erzielen, der Natur nachging. Jetzt wird die Methode systematisch durchgeführt, und es waren damit vorzügliche Resultate erzielt. Ferner sind beachtenswert die Zapfen-, Streifen- und Bollsaaten von Fichten und Kiefern und die Fichtenpflanzungen mit Ballensämlingen. Letztere zeigten besseren Wuchs als die Pflanzungen mit verschultem Material, ganz abgesehen davon, daß die Kulturkosten erheblich geringere waren. Als Kuriosum wurde eine wüchsig Fichtenbeipflanzung unter Weichholzschirm gezeigt, welche 19 M pro Hektar gelöst hat. Auf schlechten Böden wurden die Fichten auf Pflugschalen gepflanzt. Sie zeigen ein freudigeres Wachstum als daneben stehende Lösspflanzungen. Maßgebend hierfür war die notwendige Durchlüftung des Bodens. Der Pflanzenbedarf wird in musterergütig bewirtschafteten Pflanzlämpen und Saatschulen gezogen. Bei allen sind kleine Schutzhäuschen für die Arbeiter und zur Aufbewahrung der Geräte angebracht. Großer Wert wird auf die Erziehung von Windmänneln an den West- und an den Südwesträndern der Bestände gelegt, um eine Auslagerung des Bodens und das Verwehen der Laubdecke zu verhindern. Bei Beständen, die nach Westen und Südwesten freiliegen, war der schädliche Einfluß des Windes deutlich zu sehen. Bei 30 m vom Bestandesrande hatten die Bestände erst normales Wachstum, während nach den Rändern zu Höhe und Stärke der Bäume abnahm. Auch einige Waldwegebauten wurden uns gezeigt und erklärt, durch deren Ausführung in verschiedenen Revieren erst eine rentable Holzverwertung möglich geworden ist. Früher lag der Wegebau in den Freiherrlichen Waldungen sehr im argen. Jetzt ist das anders geworden.

Ein planmäßig angelegtes Wegenetz durchzieht die Reviere, und es wird besonders darauf geachtet, eine Verbindung mit den bestehenden Kreis- und Kommunalstraßen herzustellen. Für die Walbschönheitspflege in der Nähe der Dörfschaften und der Schlösser wird viel getan, und eigentlich kostenlos. Bei richtigem Verständnis läßt sich durch eine Kleinigkeit in dieser Hinsicht schon ein Bild schaffen, woran jeder sich erfreuen kann. Die Erziehung von Walddomen an Orten, wo viele Spaziergänger gehen, wird im Einverständnis mit den Besitzern durchgeführt. Sie und da bleibt auch eine trodene Eiche stehen, um den Höhlenbrütern Nist- und Schlafgelegenheit zu belassen.

In Tätigkeit vorgeführt wurde uns die Büttnerische und die Stenbalsche Hobelmaschine, desgleichen der Zahnleistenwaldbau von Büttner und eine dänische Kollegge. Ferner sahen wir Sprengungen an Steinen, an Kiefern-, Buchen- und Eichenstöcken und Sprengungen in einer Tongrube mit Ammonitachuit. Die Resultate waren recht gut. Es stellten sich die Kosten für Stodsprengungen auf 15 bis 20 Pf., für je 10 cm Durchmesser des Stodes. Ganz vorzüglich wirkt dieser Sprengstoff bei festem Gesteine. Ein besonderer Vorteil des Ammonitachuits ist seine Ungefährlichkeit. Der Sprengstoff kann durch Feuer, Stoß oder Reibung nicht entzündet werden. Man bedarf dazu einer besonderen Sprengkapsel.

Gelegentlich der Ausflüge wurden auch verschiedene industrielle Anlagen besichtigt: ein großes Sägewerk mit Ristenfabrikation, eine Stuhlfabrik mit Holzbiegerei, eine Kieselgrube, eine Ziegelei, Brauerei, Hutfabrik, Weberei und Blechfabrik. Zwar wird nicht in allen diesen Betrieben Holz verarbeitet, aber die Besichtigungen waren doch recht lehrreich und interessant, sie erweitern den Blick.

Ich komme nun zur Besprechung des Freierlichen Forstmuzeums, welches im Jahre 1911 für die landwirtschaftliche Ausstellung in Kassel eingerichtet und zusammengestellt ist. In anschaulicher Weise sind graphische Darstellungen der Größenverhältnisse des Waldbesitzes, der Holzmassenerträge, der Einnahmen sowie der Ausgaben für Kulturen und Begebaute dargestellt. Ferner sind ausgestellt die hauptsächlichsten Gesteinsarten, Bodenprofile von den vorkommenden Bodenarten, sämtliche Holzarten aus den Freierlichen Wäldungen und die Holzarten verglichen nach Bodenklassengüte, nach Zusammenlegung der Bestände, nach Bestandespflege (Lichtungszuwachs) und nach Witterungseinflüssen. Außerdem sind recht interessante Buchsegtreue zu sehen.

Der Waldbau ist durch photographische Darstellungen von Kulturen und Beständen jeden Alters veranschaulicht. Die Forstbenutzung zeigt uns ein ausgearbeitetes Wegebauprojekt, Holzhauergeräte, die verschiedenen Verwendungarten der Rotbuche und anderer Hölzer. Der Forstschutz, die forstliche Nebenbenutzung und die Jagd sind entsprechend berücksichtigt.

Am Freitag, dem 28. Juni, schloß Herr Forstrat Gulefeld mit einer Schlußansprache den Lehrgang. An dieser Stelle spreche ich ihm und den anderen Herren nochmals den Dank der Teilnehmer aus für die viele Arbeit und die Mühe, welche sie während des Lehrganges gehabt haben. Die Liebe zur Erhaltung und zur Pflege des deutschen Waldes ist in uns durch den Lehrgang von neuem geweckt und belebt worden, und wir haben schauen und verstehen gelernt, wo wir früher achlos vorübergegangen sind.

Herten i. W., im Juli 1912.

F. Schaffer.



Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3898. Helberg, Franz, Förster, Gutsborn. Bez. Riegitz (H. Gr. VIII.)

3899. Rudels, Josef, Förster (Hilfmeister v. Wäner), Eilberg b. Wend. Bez. Riegitz (H. Gr. IX.)

3900. Luder, Th., Wärrer, Niederelungen b. Oberelungen, Bez. Kassel. (H. Gr. XIII.) (H. R.)

3901. Läger, Ernst, Königl. Sächsischer Forstassessor, a. St. Leisnig i. Sa. (H. Gr. XII.) (H. R.)

3902. Richter, Johann, Forstwart, Trunkelsberg b. Memmingen i. Bay. (H. Gr. XIV.)

*) H. R. = Außerordentliches Mitglied



Die Aufnahme in den Verein hat beantragt: Ringelbach, Ludwig, Förster, Schlierbach b. Schwäge.



Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 188, 271 je 8 Mk., Nr. 375, 435, 487, 509, 568, 622, 826 je 4 Mk., Nr. 942 8 Mk., Nr. 993 4 Mk., Nr. 1002 8 Mk., Nr. 1017, 1189 je 4 Mk., Nr. 1279 8 Mk., Nr. 1785, 1823 je 4 Mk., Nr. 1902 5 Mk., Nr. 1943, 2081 je 8 Mk., Nr. 2231 20 Mk., Nr. 2281 5 Mk., Nr. 2420, 2446, 2489 je 4 Mk., Nr. 2618 8 Mk., Nr. 2693 12 Mk., Nr. 2695 8 Mk., Nr. 2766 1 Mk., Nr. 2790, 3349 je 4 Mk., Nr. 3353 8 Mk., Nr. 3451, 2526, 3570, 3590, 3653, 3738 je 4 Mk.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstbiensstellen in Preußen. 717. — Dauernde Zumeidungen für die preußischen Wälder. 721. — Die Besetzung von Gemeindeforststellen in Preußen. 721. — Zur Buchenmal in Niederhessen. 722. — Bericht über die I. Verammlung der Freunde natürlicher Verjüngung* zu Unterneubrunn (Thür.) am 22. 23. und 24. Juni 1912. 722. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 723. — Geschenk der Kaiserin für die Forstschule Evangelberg. 725. — Bestimmungen über Orbenverteilungen an mittlere Beamte. 725. — Förstertitel für die Königlich Württembergischen Forstwärter. 726. — Deutscher Forstverein. 725. — Aus dem Forstetat der Stadt Lübeck. 725. — Gewerzte städtische Wälder. 725. — Zusammenschluß österreichischer Großbauern zwecks Ausbeutung von Wäldungen. 725. — Waldbrände. 725. — Amtlicher Marktbericht. 726. — Personal Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 726. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsförstendienst für Anwärter des Jägerkorps. 727. — Brief- und Frageliste. 727. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 728. — Nachrichten des „Waltheil“. 730. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 730. — Zuseerate.

Zur Schneebalkkollekte für den Jagdaufseher Ott und die Witwe Schäfer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß im Jahre 1896 zugunsten des durch einen Wilderer schwer verwundeten Jagdaufsehers Ott und der Witwe des ermordeten Oberjägers Schäfer von unbekannter Seite eine Schneebalkkollekte veranstaltet wurde, in welcher die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“ als Sammelstelle für die Beiträge genannt ist. Wir erklärten schon damals, daß diese Kollekte ohne unser Wissen und Willen in Umlauf geleht sei, machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß derartige Kollekten gesetzlich verboten sind, und haben wiederholt dringend, die Schneebalkkollekte für Ott und Schäfer einzustellen. Trotzdem gingen im Laufe der Jahre und gehen auch jetzt immer noch Beiträge für den genannten Zweck, teils mit unleserbaren Bemerkungen, bei unserer Expedition ein. Wir nehmen daher Veranlassung, die Empfänger von Schneebalkbriefen nochmals dringend zu bitten, dem Umlauf der Schneebalkkollekte zu steuern und diese endlich einmal außer Kurs zu setzen. Die jetzt noch bei uns eingehenden Beträge werden dem Verein „Waldbreit“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, überwiesen. 897) Die Expedition (10730) der „Deutschen Jäger-Zeitung“.

Familien-Nachrichten

Geburten:

Dem Königl. Förster Schmidten in Forsthaus Larnowitz bei Wangschütz, Kreis Briesen, ein Sohn.
Dem Forstassessor Elzasser in Dresden eine Tochter.

Verlobungen:

Fräulein Ruth von Zimmermann mit dem Forstassessor Christian Grafen Schach in Rischwitz bei Wurzen (Agr. Sachsen).

Sterbefälle:

Rosenthal, Johannes, königlicher Forstmeister a. D. in Blankenburg a. S.
Schwarze, Karl, Hegemeister a. D. in Wispenstein.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss entschlief heute Abend 9½ Uhr nach langem, schwerem Leiden unser innigstgeliebter Vater, Grossvater und Urgrossvater, der Königl. Förster a. D.

August Gaffron

im 95. Lebensjahre. (1063)
Konstanz, O.-S. etc.,
den 29. August 1912.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Heute verschied nach Gottes unerforschlichem Ratschluss infolge eines Unglücksfalles mein lieber Mann, unser treuer Vater, der

Königliche Förster Emil Schulze

(I. Komp., 4. Jäg.-Batl.,
Jahrg. 1885).

Um stilles Beileid bitten
Polle a. W., 29. August 1912

Dora Schulze,
Hans Lamprecht,
stud. chem.,

1074) Lenchen Schulze.

Am Sonnabend, dem 24. August, entschlief nach längerem, schwerem Leiden mein

(1058)

Förster Albert Knieschke

im Alter von 73 Jahren 6 Monaten.

Der Entschlafene hat meinen Eltern und mir 50 Jahre treu gedient. Seine Treue, Zuverlässigkeit, Strebsamkeit, Fleiss und Wissen auf Grund klarer Beobachtung, sowie seine Anhänglichkeit an unsere Familie sichern ihm ein treues und dankbares Andenken.

F. v. Lochow-Petkus.

Am 26. August verschied im Alter von 74 Jahren infolge Schlaganfalls

der Königl. Förster a. D.

(1050)

J. Bauer

Forstuntererheber zu Wormditt, Ostpr.

In ihm betrauern wir einen pflichttreuen und gewissenhaften Beamten und einen lieben Kollegen von ehrenhafter Gesinnung, grosser Liebenswürdigkeit und Biederkeit.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Im Namen der Beamten der Königl. Oberförsterei Wormditt, Ostpreussen.
Walter, Oberförster.

Am 29. August d. Js. verschied infolge Unglücksfalles der

Kgl. Förster Emil Schulze

(Jahrgang 1885, 1. Jg. 4)

(1070)

zu Forsthaus Willmeröderberg.
Wir betrauern den frühen Tod des uns lieben Kollegen und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Ortsgruppe Hannover

des Vereins Königl. Preuss. Forstbeamten.
Ernst, Schriftführer.

Jagdverpachtungen

Jagdpacht- und Abschussgesuche
Penfians-Anzeigen

Junge Dame, (1044)

frühere Gutsbesitzerin, sucht gute Pension auf einer Oberförsterei zur Erholung und Erlernung des Haushalts mit Familienanschluss. Disposition bevorzugt. Off. u. E. W. 50 postlagernd Joppot.

Personalien

In der Forstverwaltung des Landes-hospitals Gaina, Kreis Frankenberg, Regierungsbezirk Cassel, sind die Stellen

zweier Forstsekretäre

mit dem Amtssitze in Gaina zum 1. Oktober d. Js. anderweit, und zwar zunächst probeweise, zu belegen.

Das Einkommen jeder Stelle beträgt nach Ableistung dreier Militärlahre

a) im 4., 5. u. 6. Dienstjahre 900 Mk.

Jahresvergütung.

b) im 7., 8. u. 9. Dienstjahre 1080 Mk.

Jahresvergütung.

Außerdem freie Junggefellenswohnung und jährlich 8 rm Brennholz gegen Zahlung des Hauserlöses. Daneben besteht die Möglichkeit baldiger Anstellung im Forstschuttsdienst.

Forstverorgungsberechtigte und Reservejäger der Klasse A, welche sich zu bewerben gewillt sind, müssen durchaus gesund und kräftig sein und ihre Meldungen nebst dem Ausweise über ihre Berechtigung, den Dienst- und Führungszeugnissen, ärztlichem Attest und einen selbstgeschriebenen Lebenslauf baldigst, spätestens aber bis zum 25. d. Mts., hierher einreichen.

Cassel, den 2. September 1912.

Der Landeshauptmann in Hessen.

Freiherr Riessels.

Offene Försterstelle.

In der hiesigen städtischen Oberförsterei ist eine Belaufsförsterstelle zum 1. November 1912 zu besetzen. Das Dienst-einkommen beträgt:

a) Grundgehalt 1400 Mk.

b) Alterszulagen von vier zu vier Dienstjahren nach endgültiger Anstellung sechs-mal je 150 Mk. 900 "

c) Dienstwohnung oder Wohnungszulage 300 "

d) Brennmaterial nach Bedarf bis zur Höhe von 32 rm Kiefern-Knüttel und 32 rm Kiefern-Kleiberholz zum Anrechnungswerte von . . . 75 "

Die Werbungskosten sind zu erstatten.

Summa: 2675 Mk.

Falls dem Förster Dienstländerien gewährt werden, so ist der Grundsteuer-reintrag als Nachtrag zur Stadtkasse zu entrichten.
Die Anstellung erfolgt zunächst auf 3jährige Probezeit, während welcher zu jedem Quartalszeiten sechswochen-tliche Kündigung zulässig ist.
Während der Probezeit wird nur das Grundgehalt und, wenn mit der Stelle eine Dienstwohnung verbunden ist, nur $\frac{1}{10}$ des Grundgehalts gewährt. Mit der Stelle ist Anspruch auf Ruhegehalt sowie Witwen- und Waisenversorgung nach Maß-gabe der für die königlichen Förster geltenden Grundzüge verbunden.
Forstverorgungsberechtigte und nicht unter 28 Jahre alte Reservejäger der Klasse A werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Befügung des Forstverorgungsscheines oder des Militärpasses, sowie sämtlicher ihnen erteilten Dienst-, u. Führungs-zeugnisse und eines Lebenslaufes innerhalb 8 Wochen hierüber einzureichen und eine Erklärung beizufügen, daß sie durch die endgültige Anstellung ihre Forstverorgungsanprüche als erfüllt betrachten würden.
Gollnow, den 31. August 1912.
Der Magistrat.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thürmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten d. h. n. l.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht reaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetz vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 37.

Neudamm, den 15. September 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Komainen in der Oberförsterei Wormbitt, Regierungsbezirk Königsberg, gelangt zum 1. November 1912 zur Neubesetzung. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an ruhbar am Dienstland ca. 9 ha. Die Schule ist in Grosse, 1,5 km ab. Bahnstation Wormbitt, ca. 4 km ab.

Försterstelle Sackpfeise in der Oberförsterei Sackfeld mit dem Wohnsitz in Eisa, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist zum 1. November 1912 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 20. September eingehen.

Ausscherstelle über die rund 1450 Morgen große domänenfiskalische Weide- und Wiesenwirtschaft in Escholt bei Diepholz (Bahnlinie Bremen-Osnabrück), Regierungsbezirk Hannover, ist zum 1. Oktober, spätestens zum 1. November 1912 zu besetzen. Deren Wahrnehmung wird mit Genehmigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten als eine berufsmäßige Beschäftigung im Sinne des § 20 der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Königlichen Forstschutzbienste vom 1. Oktober 1905 angesehen. Verlangt wird wegen der Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter ausreichende Kenntnis der polnischen Sprache und Verständnis für Wiesenkulturarbeiten. Etwaige Bewerbungen königl. Forsthilfsaufseher sind bis zum 20. September an die königliche Regierung, Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten, einzureichen. Unverheiratete Bewerber erhalten mindestens die Beschäftigungsbedien nach dem Dienstalter nebst ausreichender freier Wohngelegenheit, Beheizung und Aufsicht. Spätere Verheiratung auf der Stelle gestattet, auch sind Bewerbungen Verheirateter nicht ausgeschlossen, denen außer größerer freier Wohnung und Feuerung auf Wunsch auch Stallungen, sowie Acker und Wiesen für mäßigen Pachtzins zu eigener Bewirtschaftung überlassen werden können.

Über die Annahmehzahl der Forstlehrlinge Preußens.

Trotzdem seit dem Jahre 1889 die Zahl der anzunehmenden Forstlehrlinge erheblich eingeschränkt ist, wächst die Wartzeit der Forstverorgungsberechtigten bisher ständig. Die im Jahre 1902 als Förster m. R. Angestellten hatten im Bezirk Stettin, der damals der ungünstigste war, neun bis zehn Jahre seit dem Forstverorgungsschein auf ihre Anstellung warten müssen,

während die im Jahre 1912 Anzustellenden in den meisten Bezirken eine Wartezeit von 10 bis 13 Jahren, in dem jetzt ungünstigsten Bezirk Magdeburg sogar eine Wartezeit von 15 Jahren aufzuweisen haben. Die im I. Teil des Preussischen Förster-Jahrbuchs für 1912 veröffentlichten Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, daß im Jahre 1925 die durchschnittliche Wartezeit sogar noch 14 Jahre betragen wird, so daß also im allgemeinen dann erst die im Jahre 1899*) zur Laufbahn zugelassenen Forstlehrlinge eine Stelle mit Revier erhalten. Diese überaus ungünstigen Zahlen verleiten leicht zu der Annahme, daß auch jetzt noch zuviel Lehrlinge eingestellt werden. Wir sind dieser pessimistischen Auffassung erst kürzlich in der Fachpresse begegnet, können sie aber nicht teilen, fürchten vielmehr, daß bei einer weiteren Herabsetzung der Annahmehäufigkeit später der Bedarf nicht mehr gedeckt werden kann. Wenn man diese Frage erörtern will, darf man die Berechnungen nicht mit dem Jahre 1925 abschließen, sondern muß sie etwa auf 20 Jahre bis zum Jahre 1932 ausdehnen; denn die Festlegung der Annahmehäufigkeit hat jetzt nach Verlauf von 13 Jahren auf die Länge der Anwartschaft noch nicht die geringste Wirkung auszuüben vermocht. Wir verhehlen uns nicht das Mißliche eines solchen Unternehmens und wollen daher die Zahlen der Statistik so vorsichtig verwenden, daß wir hoffen dürfen, die Anstellungsverhältnisse werden sich in der Wirklichkeit günstiger gestalten, als das Ergebnis unserer Betrachtungen zeigt.

Wenn wir, wie das im Preussischen Förster-Jahrbuch geschehen ist, das 68. Lebensjahr als Altersgrenze ansehen, können wir alle jetzigen Förster m. und o. R., die im Jahre 1864 oder früher geboren sind, das sind 2769, bis zum Jahre 1932 in Abgang stellen. Es verbleiben dann von den jetzt vorhandenen 8496 Beamten der Försterlaufbahn noch 5727. Von diesen geht natürlich in den nächsten 20 Jahren eine große Zahl durch Tod oder Pensionierung ab. Im

Preussischen Förster-Jahrbuch ist dieser vorzeitige Abgang in den nächsten 14 Jahren auf 1213 berechnet. Die dort angestellten genauen Berechnungen können wir hier nicht auf 20 Jahre ausdehnen. Das würde den in dieser Zeitschrift zur Verfügung stehenden Raum bei weitem überschreiten. Wenn wir hier in Rechnung stellen, daß der vorzeitige Abgang in weiteren 6 Jahren von 1213 auf 1427 wachsen wird, sind wir überzeugt, daß niemand uns den Vorwurf der Übertreibung machen kann. Wir haben diese Zahl vielmehr absichtlich zu niedrig gegriffen. Wer sie trotzdem noch für zu hoch hält, bedenke nur, daß unter den nach dem Altersabgange verbleibenden 5727 Forstbeamten sich 1827 befinden, die im Jahre 1932 das 60. Lebensjahr überschritten haben. Wir behalten nun nach Abzug der vorzeitig abgehenden 1427 noch 4300 Beamte der Försterlaufbahn. Da 4059 etatmäßige Stellen*) vorhanden sind, die sich nach Schaffung der Sekretärstellen, wie sich aus den diesjährigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ergibt, im nächsten Jahre auf etwa 4459 erhöhen werden, sind im Jahre 1932 noch 159 Stellen m. R. mit Personen zu besetzen, die sich zurzeit noch nicht in der Laufbahn befinden. Da jährlich 160 Lehrlinge angenommen werden, kommen in 20 Jahren höchstens 3200 Beamte hinzu, von denen im Sommer 1932 nach Abzug obiger 159 noch 3041 Anwärter sind. Diese setzen sich aus 1131 Forstversorgungsberechtigten, 450 Reservejägern, 660 noch nicht versorgungsberechtigten aktiven Oberjägern, 480 gelehrten Jägern und 320 Lehrlingen zusammen. Das würde ein Sinken der Anwärterzahl gegenüber dem jetzigen Stande von 109 auf 68% der etatmäßigen Stellen bedeuten. Dieses Verhältnis, das sich nach dem vorher Gesagten zweifellos in Wirklichkeit noch erheblich günstiger stellen wird, ist aber bei der durch die militärische Verpflichtung veranlaßten langen Dauer der Anwartschaft durchaus angemessen. Die Zahl der versorgungsberechtigten Anwärter, die jetzt 59% der etatmäßigen Stellen beträgt, wäre alsdann auf 25% heruntergegangen. Wir glauben aus alledem nachgewiesen zu haben, daß eine weitere Herabsetzung der Annahmehäufigkeit nicht angebracht ist.

*) Wir rechnen 12 Jahre vom Eintritt in die Lehre bis zum Forstversorgungschein, und zwar außer 2 Jahren Lehrzeit durchschnittlich noch 10 Jahre, da 69% in der Oberjägerlaufbahn 9 Jahre und die übrigen 31% in der Reservejägerlaufbahn 12 Jahre brauchen.

*) Einschl. der Hofammer- und fiskalischen Stiftsstellen (vergl. S. 47 des Förster-Jahrbuchs für 1912).

Die deutsche Forstwirtschaft in Kiautschou.

Das große chinesische Reich gehört schon seit Jahrtausenden zu den walddürftigen Ländern der Welt. In diesem riesigen, überaus dicht bevölkerten Lande, das hauptsächlich von einem Ackerbau treibenden Volke bewohnt wird, und wo jedes Stückchen Erde zur Ernährung der

Menschen erhalten muß, ist es nur zu natürlich, daß dort der Wald in früheren Zeiten nur als Kulturhindernis angesehen wurde und der Axt zum Opfer fiel. Er wurde rücksichtslos zur Gewinnung von Ackerland ausgerottet. Im Laufe der Jahrtausende hat diese Raubwirtschaft die

schädlichsten Folgen gezeitigt. Die ihres Baumwuchses beraubten Hänge der Gebirge wurden durch Regen und Wind von ihrer Erdschicht entblößt, neuer Baumwuchs konnte nicht mehr entstehen, ja in vielen Fällen versagte sogar der Graswuchs.

Der Baumwuchs beschränkt sich daher in China fast überall nur auf Tempel- und Gräberhaine sowie auf kleine Schonungen in der Nähe der Dörfer, aus denen die Bewohner durch regelmäßiges Abhacken der Äste notdürftig ihren Bedarf an Brennholz gewinnen.

Diese geschilderten Verhältnisse treffen im allgemeinen auch auf unsere Kolonie Kiautschou zu. Zwar sollte man annehmen, daß der Chinese, der ein praktischer Mensch und fleißiger Ackerbauer ist, diesem von seinen Vätern ererbten Mangel durch Anpflanzung von Nutzbäumen abhelfen würde, leider ist dem aber nicht so, denn für Naturschönheiten und Anlage von Wäldern hat der durchaus nüchtern denkende Chinese nichts übrig. Erst mit der Übernahme von Kiautschou in deutsche Verwaltung sollte hier ein Wandel zum Besseren eintreten. Die dorthin entsandten deutschen Forstmänner erkannten sofort den großen Mangel der Kolonie an Holz, aber gleichzeitig auch die Möglichkeit, den hauptsächlich aus Granit bestehenden Gebirgsboden des Landes, der einer sehr starken Verwitterung unterliegt, mit Holz zu bebauen, wenn verhindert wurde, daß das Produkt dieser Verwitterung nicht sofort ins Tal hinuntergeschwemmt werden würde. Die deutsche Verwaltung entschloß sich, die Aufforstung der geeigneten Flächen energisch zu betreiben. In Tsingtau wurde daher zunächst ein Forstamt eingerichtet und mit deutschen Forstbeamten besetzt. Um aber die für die Aufforstungen erforderlichen Pflanzen verfügen zu können, wurde alsbald in der Nähe des Forstamts ein Forstgarten angelegt, in dem alle möglichen Waldbäume, Ziersträucher und Obstbäume zunächst auf ihre Anpassungsfähigkeit an Boden und Klima geprüft wurden. Dies war nötig, denn wie hier gleich bemerkt werden mag bestehen die Haine in China, also der dortige Baumwuchs, vorwiegend aus Lebensbäumen, zwei Eichenarten, dem Tempelbaum (*Sciadopitys verticillata*) und einigen Wacholderarten. Sonst kommen noch in einigen Tälern des Lauschan vereinzelt Linden, Ulmen, Weiden und Ahornarten vor, ab und zu trifft man auch Bambusbüschel an. Der Artenreichtum des Baumwuchses ist demnach sehr gering.

Nachdem durch die Anzucht im Forstgarten brauchbare Pflanzen in hinreichender Menge vorhanden waren, konnte mit den Aufforstungsarbeiten begonnen werden. Die Obstkulturen am Fuße und an den Hängen der Berge, ebenso auch die geeigneten Plätze auf den kahlen Granithügeln wurden bepflanzt, außerdem auch die zahlreichen, durch das von den Bergen abstürzende Wasser gebildeten Runsen, um sie durch die Bepflanzung zu befestigen. Ferner wurde durch die Herstellung von Terrassen und Steinbänken sowie durch Auflegen von horizontalen Rasenstreifen ein weiteres Abschwemmen des Verwitterungsbodens zu verhindern gesucht.

Zur Anpflanzung im größeren Umfange gelangen insbesondere drei Holzarten: die bodenständige Kiefer, die ebenfalls einheimische Schantungeiche und die Akazie. Die Anschaffungen an den Wasserrissen werden durch Anpflanzung von Weiden befestigt. Als besonders erfolgreich hat sich die Aufforstung mit Akazien erwiesen. Sie sind außerordentlich anspruchslos, wachsen sehr schnell, geben gutes Nutzholz und liefern bereits zeitig namhafte Gelbeträge.

Die bis jetzt vom Forstamt vorgenommenen neuen Aufforstungen umfassen eine Fläche von rund 750 ha und erstrecken sich auf die Höhen von Tsingtau und einen großen Teil der Prinz-Heinrich-Berge. Die vorzüglichen Erfolge, welche von der deutschen Forstverwaltung in Kiautschou erzielt worden sind, haben auf die Chinesen einen sichtlichen Eindruck gemacht. Willig unterwerfen sie sich allen Anordnungen der deutschen Forstbeamten, kommen gern sowie in genügender Zahl zur Arbeit und erkennen die Verdienste der Deutschen an. Auch anregend wirkt das Beispiel der deutschen Forstverwaltung. So haben jetzt in Lauschan mehrere Gemeinden ihre Verhältnisse zu bepflanzen begonnen, ja sogar jenseits der deutschen Kolonie sind chinesische Dörfer diesem Beispiel gefolgt. Auch die Schantung-Bahn hat sich veranlaßt gesehen, längs der Geleise einen Schutzstreifen aufzuforsten.

Interessant sind die Berichte über die in der Kulturperiode 1911/12 seitens der deutschen Forstverwaltung ausgeführten Kulturarbeiten. Etwa 12500 kg Eichen sind in den verschiedenen Gemeindebezirken zur Ausaat gelangt. Wie bereits oben gesagt, kommt die einheimische Schantungeiche in Kiautschou gut fort. Ihre Blüten und ihr Laub sind in früherer Zeit zur Eichenspinnerzucht verwendet worden und die Eichenspinnerseide des Lauschan war sehr geschätzt. Von sachverständigen Stellen wird daher angestrebt, möglichst ausgedehnte Flächen gerade mit Eichen zu kultivieren, um die rentable Eichenspinnerzucht, die früher dort stark betrieben wurde, wieder einführen zu können. Ferner gelangten die im Forstgarten gezogenen Akazienpflanzen in den Dörfern, an den Flußbänken und Wegen zur Anpflanzung. Ebenso wurde mit der Aufforstung des Wolangtschi, einem nördlich von Litjun gelegenen kahlen Berge, begonnen, wobei täglich gegen 200 Leute aus den umliegenden Dörfern zur Arbeit erschienen. Wie im vorigen Jahre, so sind auch in diesem Jahre wieder 20 000 Maulbeerbäume an die Dörfer abgegeben worden, wobei nur solche Dörfer in Betracht kamen, deren Lage sich für die Anpflanzung von Maulbeerbäumen als besonders geeignet erwiesen hat. In 17 Dörfern ist die Maulbeerseidenzucht, wenn auch zunächst nur in bescheidenem Maße, aufgenommen worden. Hierbei kann erwähnt werden, daß die Verbreitung der Zucht des Maulbeerspinners sich nicht in der Weise beschleunigen läßt, als jene des Eichenspinners, hierzu bedarf es vielmehr eines jahrelangen systematischen Arbeitens.

Nicht unerwähnt dürfen die Verdienste unserer Forstverwaltung um die Ausbreitung des rationellen Obstbaues bleiben. Durch Belehrungen über die Anlage von Obstgärten, unentgeltliche Abgabe

von Obstbäumen, Veredelung der chinesischen Obstbäume durch deutsche Edelreiser, Behandlung und Export des Obstes sind dem chinesischen Volke große Werte zugeführt worden.

Die erfolgreiche Arbeit der deutschen Forstverwaltung ist demnach in Kiautschou sehr wohl

zu merken, namentlich bildet Tjingtau durch seine aufwachsenden Wälder schon heute eine Sehenswürdigkeit Chinas. Es steht zu erwarten, daß die günstige Entwicklung der dortigen Bestände alsbald Erträge abwerfen und das aufgewendete Kapital reichlich verzinsen wird.

Über Durchforstung von Fichtenbeständen.

Von Königl. Förster Hofmann, Hermsdorf-Städt.

Wenn man sich über Durchforstungen unterhalten will, ist es nötig, mitzuteilen, welche Holzart und welche Lage dabei in Betracht kommen soll; ich spreche hier von Fichten im Gebirge.

Vor Jahren hörte ich die Ansicht, diese dürften in jüngeren Beständen nur vorsichtig, müßten dagegen in älteren eher kräftiger durchforstet werden. Maßgebend für diese Ansicht war wohl die Sorge wegen der Schneebruchgefahr. Später sah ich einen älteren, eigentlich schon fast nicht mehr Stangen-, sondern teilweise Baumholzbestand, der ziemlich kräftig durchforstet war, und hörte dort die Ansicht, das sei auch bedenklich, da in dem Alter der Zuwachs schon nicht mehr so rege sei als in jüngeren Jahren; trotzdem besteht aber doch die Meinung, in jungen Beständen lieber vorsichtig, in älteren eher kräftig zu durchforsten. Was ist nun davon richtig? Ich meine, wenn man auf einem Revier jahrzehntelang jährlich 100 bis 150 Morgen durchforstet und bei einer kritischen Veranlagung ein Interesse für seine Arbeit hat, so kann man über Durchforstungen, wenigstens in örtlicher Begrenzung, wohl ein Urteil haben, und so möchte ich denn hier meine Meinung darüber äußern.

Meines Erachtens kommt für den Stärkegrad einer Durchforstung viel weniger das Alter eines Gebirgsfichtenbestandes in Betracht, als vielmehr die örtlich sehr verschiedene Wuchsfreudigkeit. Ja, ich meine sogar, die Berücksichtigung der Wüchsigkeit eines Bestandes oder Bestandteiles müßte für die Durchforstung fast aller Holzarten und Lagen beinahe ebenso bedeutungsvoll sein.

Die Wuchsfreudigkeit ist nun aber nicht nur abhängig von Holzart, Boden, Lage und Klima, sondern auch von der Begründung und der Ausbildung des Bestandes bis zu der jeweiligen Durchforstung. Es ist ein himmelweiter Unterschied zwischen den Wuchserfolgen eines aus verschulten Einzelpflanzen hervorgegangenen Bestandes und eines aus einer überhäcten Saat ohne Läuterung in ein reichliches Alter hineinge — nicht wachlenen, sondern stehenden Bestandes. Die Lebensenergie wird bei jenem immer größer sein als bei letzterem. Ferner wird daher den Eingriff einer Durchforstung, vorausgesetzt, daß sie nicht zu früh eingelegt wird, was kaum vorkommen dürfte, und daß sie auch nicht zu spät eingelegt wird, daß sich der Bestand in seinem Wilde schon fast dem eines aus einer Saat hervorgegangenen genähert hat, stets durch freudigeren und ausgiebigen Zuwachs quittieren. Ein durch zu engen Stand von Jugend auf im Zuwachs behinderter und schließlich verbutterter Bestand braucht Jahre allmählicher Kronenloderung, um wieder einem normalen Zuwachs

zugeführt zu werden. Ein solcher Bestand, bei dem Stange bei Stange und alle in fast gleicher Länge dicht nebeneinander stehen, zeigt bekanntlich eine zylinderpufferähnliche, walzenförmige Krone mit schwächlicher, bleichjüchtiger Benadelung. Wird das Wurzelsystem der einzelnen Stangen viel anders aussehen? Schwerlich! Solche Stangen gleichen den japanischen Iwergbäumchen, die man, auf schwachwüchziger Unterlage veredelt, als Monstra in möglichst engen Blumentöpfen zieht. So wenig bei diesen ein großes Wachstum sofort einsetzt, sobald man sie in größere Töpfe pflanzt, so wenig wird bei solchen Stangen durch eine Durchforstung und dadurch herbeigeführte raumere Stellung ein plötzliches Wachstum herbeigeführt werden. Greift man solchen Bestand mit einer Durchforstung scharf an — gleichgültig, ob der Bestand ein paar Jahre jünger oder älter ist —, so werden die saftlosen, schwanken Stangen mit ihrem geringen Wurzelvermögen natürlich sehr gefährdet sein. Hier heißt es also nolens volens schwach durchforsten, aber — und damit kommt die Hauptsache des Rezeptes — wenn schon nicht alljährlich, so doch dann mindestens alle zwei Jahre! Ein solcher Bestand ist ein krankes Kind, dem man nicht durch kräftige Operationen, sondern nur durch liebevolle, aufmerksame, langjährige Pflege helfen kann. So „langjährige“ Pflege allermindestens, als man ihn vorher langjährig vernachlässigt hat.

Aber es gibt noch ein anderes Bild aus überhäcten Saaten hervorgegangener Fichtenbestände. Während in den vorgeschilderten Beständen die Stangen alle von fast gleicher Länge sind, hat bei letzteren der Kampf ums Dasein einige die Vorhand gewinnen lassen, und diese bilden nun, ihre Genossen fast um Kronenlänge überragend und oft von mehrfacher Stärke der Zurückgebliebenen, gewissermaßen einen je nach Lage der Verhältnisse mehr oder minder geschlossenen oder lückigen Oberbestand. Ist hier der Schluß leidlich, so wird man mit diesem Bestande allein rechnen können, zumal die Fichte ja nicht auf Kosten des Höhentriebes übermäßig protzig in die Höhe wächst. Hier wird die Durchforstung eine immerhin kräftige Loderung zu dicht stehender Vorste und Gruppen vornehmen können, da die Wüchsigkeit dieses Oberbestandes einen verhältnismäßig schnellen Schluß sichert, zumal wenn gleichzeitig dort, wo der zwar unterdrückte, aber trotzdem noch fortvegetierende Unterbestand überflüssig ist, dieser zur Verminderung der übermäßigen Wurzelkonkurrenz entfernt wird. Ebenso wird man aus Pflanzungen hervorgegangene, wüchtige Fichtenbestände im Gebirge immer verhältnismäßig kräftig durchforsten können, und wird sich dabei bald überzeugen, daß dann

zugleich die weniger erheblichen Schältschäden infolge des gesteigerten Zuwachses erfreulich schnell überwunden und verwachsen. Auch an sich weniger wüchsige Pflanzbestände bekommen durch eine nicht zu geringe Durchforstung fast stets einen wahrnehmbaren Aufstoß zu regerem Leben. Das wird niemand wundernehmen, der die Pflanze nicht als Gegenstand, sondern als lebendes Wesen betrachtet. Mit dem größeren Aktionsradius wächst eben bei allen lebenden Wesen die Lebenslust, freilich auch — die Gefahr!

Wie steht es nun mit den Gefahren, denen die durchforsteten Bestände ausgesetzt sind? In gewissen Lagen ist die Sturmgefahr, in anderen die Schneebruchgefahr die größere. Gibt es gegen beide ein Mittel? Bei der Anlage und Erziehung der Bestände durch entsprechende Maßnahmen wenigstens leidlich wirkende wohl, nicht aber meines Erachtens eine Vorbeuge gegen die Beschädigung eben durchforsteter Bestände.

Ob die Durchforstung stärker oder schwächer geführt wurde, bildet gegenüber den Gefahren des Sturmes und des Schneebruches nur einen sehr geringen Unterschied, ja, es kann vorkommen, daß letzterer gerade einer schwachen Durchforstung über mitpielt als einer kräftigen. Hat man nach einer Durchforstung das Unglück einer derartigen Beschädigung, so gibt's kein anderes Mittel, als die Ohren hängen zu lassen. Aber glücklicherweise fallen Durchforstungen mit Sturm- und Schneebruchschäden ja nur verhältnismäßig selten zusammen. Das ist ein Trost und eine Hoffnung, ohne die man schließlich von jeder Durchforstung in gefährdeten Lagen absehen müßte. Auch ist ein beschädigter Bestand nicht immer gleich völlig vernichtet, oft ist vielmehr nur das beiteilt, was die Jagdhaltigkeit rechtzeitig zu beseitigen verabsäumte. Ja, der Schaden sieht sogar meist schlimmer aus als er in Wirklichkeit ist.

Nun fragt es sich noch, was man unter einer kräftigen und unter einer schwachen Durchforstung überhaupt versteht; stark und schwach sind doch relative Begriffe. Leider neigt man öfters dazu,

diese Begriffe nach der Menge des bei der Durchforstung entnommenen Holzes zu begrenzen. Das scheint mir nicht zutreffend. Jede Durchforstung sollte meines Erachtens dem Bestande so viel Holz entnehmen, als in ihm überflüssig oder schädlich ist. Within hängt die Menge des anfallenden Holzes nicht davon ab, wie stark ich durchforsten will oder soll, sondern wie viel ich dem Bestande entziehen kann. Das aber wird bei mehreren verschiedenen Beständen sehr verschieden und eben wieder sehr von der Wuchsfreudigkeit der Bestände abhängig sein.

Nun hat man verschiedene Durchforstungsgrade festzulegen gesucht, indem man die eventuell zu entfernenden Stämme nach ihrer mehr oder minder mangelhaften Beschaffenheit in bestimmte Klassen verteilte und festsetzte; wenn die und die Klassen bei der Durchforstung herausgehauen werden, entspricht das dem oder jenem Durchforstungsgrad. Man braucht dann eben nur einfach zu bestimmen, es ist der oder der Durchforstungsgrad zu hauen, und man hat die Gewißheit, daß dann alles in Ordnung ist. Das läßt sich aber im Fichtenwalde des Gebirges nicht durchführen, und ich bin mir zweifelhaft, ob es im Kiefern- und Buchenbestände in der Form überall durchführbar sein wird. Im Normalwalde wäre das freilich zu machen, aber in der Wirklichkeit sind die Bestandsbilder ein und desselben Bestandes häufig so wechselnd, die Mängel der Stangen pläzeweis so verschiedenartig, ganz abgesehen von der verschiedenartigen Bodenbeschaffenheit und mancherlei anderem, daß man nach so einheitlichem Rezept nicht viel Gutes stiften würde. Hier muß das Auge, die Überlegung und die örtliche Erfahrung des auszeichnenden Beamten als wichtiges Moment mitsprechen dürfen, und beide sollten gerade hier in ihrer Bedeutung nicht verkannt werden. Hier wird der Wald die *Pandärris* des Försters zeigen müssen, wobei jedoch der Stil des Oberförsters keineswegs verdunkelt zu werden braucht.

Mitteilungen.

— In Sachen des **Hegemeistertitels und einiger Uniformwünsche der Gemeindeförster** hat der Oberpräsident der Rheinprovinz an den Rheinischen Gemeindeförster-Verein folgendes Schreiben gerichtet:

C o b l e n z, den 15. August 1912.

Auf die an den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gerichtete Eingabe vom 23. Februar 1911 wegen Änderung der Uniformabzeichen und Verleihung des Hegemeistertitels teile ich ergebenst mit, daß der Wunsch der Gemeindeförsterbeamten bezüglich des Tragens von Uniform-Wappenknöpfen durch die Allerhöchste Order vom 1. Juli 1912, die inzwischen in den Regierungs-Antsblätter zur Veröffentlichung gelangt sein wird, Berücksichtigung erfahren hat.*) Dagegen hat dem

Wunsche der Gemeindeförster, an Stelle der grauen Achselstücke solche von grüner Farbe zur Walduniform tragen zu dürfen, sowie dem Antrag auf Verleihung des Titels „Hegemeister“ nach den für die Staatsforstverwaltung geltenden Gesichtspunkten aus Erwägungen grundsätzlicher Art nicht Folge gegeben werden können. Dieser Bescheid ergeht namens des Herrn Ministers.

— **Ein kleiner Natursehnpark bei Berlin.** Ganz in der Nähe von Berlin befindet sich ein kleiner Natursehnpark, den ein Tierfreund gegründet hat, um ein Beispiel zu geben, daß es möglich ist, auch in der Nähe einer Großstadt den Tieren einen Aufenthaltsort zu schaffen, der ihren natürlichen Lebensbedingungen entspricht. Schon vor Jahren hat dieser Tierfreund mit Genehmigung des Forstbüros in der Königsheide bei Baum-

*) Siehe Nr. 32 vom 11. August 1912, Seite 653.

schulenweg auf eigene Kosten ein Gelände von fast vier Hektar als Heimstätte für die Tiere eingerichtet. Einen Teil forstete er an, das ganze umgab er mit einem Drahtzaun, der zwei Eingänge hat, welche im Winter offen bleiben. Auf dieser Fläche wurden nun im Winter reichliche Futterplätze eingerichtet, bei denen sich die Tiere in größerer Anzahl einfanden. Außer einem erheblichen Vogelreichtum sind dort zu finden Hasen, Kaninchen, Rebhühner, Haselhühner, Fasanen und auch Rehe. Da sich infolge der Anpflanzungen jetzt auf diesem Gelände dichtes Unterholz vorfindet, so nistet hier im Sommer fast jede Vogelart, und es ist herrlich anzuhören, wenn im Frühling hier die Nachtigall ihr Lied ertönen läßt. Dieses Stüdchen unberührter Natur, auf dem nicht gejagt und gefangen werden darf, könnte mit leichter Mühe und geringen Kosten noch wesentlich verschönert werden, wenn es vergrößert, mit den verschiedensten Holzarten bepflanzt, mit einem kleinen Teich versehen und alsdann vollständig umzäunt würde. Der Forstfiskus ist bereit, gegen eine geringe Pacht dieses Waldgebiet auf viele Jahre zu verpachten. Wenn sich hier Natur- und Tierfreunde fänden, so ließe sich ein Waldbiyll schaffen, das dem Berliner ein unverfälschtes Naturleben zeigen würde, daß er sonst gar nicht zu sehen bekommt. Damit nun dieser Naturpark im kleinen nicht untergeht, sondern erhalten und vergrößert werden kann, wäre es sehr zu begrüßen, wenn Natur- und Tierfreunde zusammenträten und sich an dem Ausbau der Anlage beteiligen würden.

Polizeisekretär Stübner, Baumschulenweg, Kiehlholzstraße 174/175, ist gern bereit, hierüber nähere Auskunft zu erteilen.

— **Vorkommen der Buchenwollaus im Fürstentum Lüneburg.** Auch in diesem Jahre ist die Buchenwollaus in den Buchenbeständen des Reviers Schwartau verhältnismäßig stark aufgetreten und hat erheblichen Schaden angerichtet. Um diesen zu vermindern und das Insekt, dem Kälte und sonstige ungünstige Witterungseinflüsse anscheinend nichts anhaben können, zu vernichten, ist dessen Bekämpfung energisch betrieben worden. Die befallenen Stämme wurden reichlich mit einer Petroleumseifenemulsion bepinselt und die Läuse dadurch getötet.

— **Der Buchenspringrüsselkäfer auf Zwetschen.** Neu dürfte es manchem Fachgenossen sein, daß der Buchenspringrüsselkäfer (*Orchestes fagi*) auch auf Zwetschen frisst. Anfangs Juli, nachdem die Buchenblätter ziemlich hart geworden waren, trat in meinem Obstgarten, welcher von dem nächsten Buchenbestand etwa 1000 m abliegt, *Orchestes fagi* in großen Massen auf. Man fand ihn auf fast allen Sträuchern und Bäumen, er befraß aber nur die sogenannten Taschen (Früchte der Zwetsche, welche von dem Pilz *Exoascus pruni* befallen sind). In einer Tasche fand man oft bis zu zehn Käfer.

Freiherrl. Oberförster Werner, Erxrode.

Verichte.

Bericht über den forstlichen Lehrgang für Waldbesitzer und Forstbeamte in Heiligenstadt.

Vom 26. bis 29. Juni veranstaltete die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen einen forstlichen Lehrtourus für Waldbesitzer und Forstbeamte im Eichsfeld, und zwar in Heiligenstadt. Die Beteiligung von Seiten der Waldbesitzer und Forstbeamten war eine noch bessere wie in den vorhergehenden Jahren, nahmen doch 68 Herren an dem Kursus teil. Es waren nicht nur Privat- und Gemeindeforstbeamte, sondern auch Staatsforstbeamte aus Preußen, Anhalt und Gotha vertreten.

Wie im vorhergehenden Jahre so wurde auch diesmal auf die Praxis, das Sehen und Lernen im Walde, besonderer Wert gelegt, und dazu boten die eigenartigen Verhältnisse von Heiligenstadt und Umgebung mit den zahlreichen Neuaufforstungen und Überführungen von Mittelwald in Hochwald ganz besondere Anregungen.

Im Versammlungsort, dem Eichsfelder Hof zu Heiligenstadt, hatte eine größere Anzahl von Forstgeräten und eine Sammlung fossiler Knochengeweibe nebst graphischen und bildlichen Darstellungen, Karten usw. Ausstellung gefunden.

Der Präsident der Kammer, Herr Graf von der Schulenburg-Wittenburg, der mit dem geschäftsführenden Direktor, Herrn Ökonomen Dr. Nabe, erschienen war, eröffnete am 26. morgens 8 Uhr den Lehrtourus, gab seiner Freude über die zahl-

reiche Beteiligung Ausdruck, hieß die Erschienenen herzlich willkommen und wünschte, daß der Kursus der Forstwirtschaft, insbesondere dem Privatwalde, zum Segen reichen möge.

Nunmehr ergriff der Forstbeirat der Kammer, Herr Oberförster Poppe, das Wort zu seinem einstündigen Vortrag über forstliche Zeit- und Streitfragen, die im Brennpunkte des wissenschaftlichen Interesses stehen, und verbreitete sich insbesondere über die vorjährigen Dürreschäden und Vorbeugungsmaßnahmen gegen ähnliche Katastrophen auf waldbaulichem und wasserwirtschaftlichem Gebiete zur Erhaltung der Frische im Walde. Standortsgemäßer Anbau, Kleinfächenvirtschaft, wagnerischer Saumschlag für natürliche und künstliche Verjüngung, Erziehung gemischter Bestände, Bodenbearbeitung, Bedeckung und Bodenpflege fanden hierbei Berücksichtigung.

Den zweiten Vortrag hielt Herr Dr. Vienaue-Halle a. S. über die geologischen und Bodenverhältnisse der durch die Exkursionen berührten Gebiete. Insbesondere ging er des näheren auf den geologischen Aufbau des Eichsfeldes, die Verwitterung der Gesteine, die Entstehung der Böden und die Wechselbeziehungen zwischen Boden- und Pflanzenwelt ein. Die geologischen Kräfte, die den Boden erzeugt haben, wirken auch in der Gegenwart in ihm weiter und bedingen seine Tragfähigkeit; sie genau kennen zu lernen bei der Wahl standortsgemäßer Pflanzen und bei

der Bodenpflege sich dem Willen der Natur möglichst eng anzupassen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Forstmannes.

Den Schluß des theoretischen Lehrganges bildete ein Vortrag des Großherzoglichen Forstassessors Maul-Halle a. S. über den Mittelwald und seine Überführung in Hochwald unter besonderer Berücksichtigung der Heiligenstädter Verhältnisse. Hierauf referierte Herr Oberförster Pech-Heiligenstadt über die forstlichen Verhältnisse und die seitherige Bewirtschaftung der Heiligenstädter Stadtforst.

Nachmittags 2 Uhr versammelten sich die Teilnehmer zur Exkursion auf den Dün (Heiligenstädter Stadtforst). Zunächst wurden Mergelgruben unter Führung des Herrn Dr. Dienau und ein kleines Dampfsägewerk besichtigt. Sehr viel Interesse erweckte die Papierfabrik der Gebrüder Vovis Söhne, die, neben Pappe, in der Hauptsache Zeitungspapier aus Holzstoff und Zellulose herstellt. Alsdann wurden die Bestände des Dün, einer ehemals kahlen Hutfäche, die nun vollständig mit Nadelholz bepodt ist, besichtigt. Diese sind 25- bis 60-jährig und bestehen aus reinen Fichten, bzw. Kiefern, Schwarzkiefern, sind reihenweise und einzeln gemischt, zum Teil schon rückgängig, abständig und lüdig und geben ein genaues Bild über das Verhalten der einzelnen Holzarten zueinander in den verschiedenen Wachstumsperioden und über den geringen Wert solcher Mischungen bei Neuaufforstungen.

Der zweite Tag führte in das Hauptrevier der Stadtforst und die von Eichel-Streiberischen Aufforstungen bei Bernterode. Zu Wagen ging es das landschaftlich schöne Pferdebachthal hinauf durch wechselnde hochgewachsene Mittelwaldbestände, in denen die verschiedensten Holzarten in allen Altersklassen vertreten waren und die z. T. in der Umwandlung begriffen sind. Im Durchschnitt wohlgeklungene, allerdings infolge zu frühzeitigen Abtriebs hier und da etwas lüdicke Buchenverjüngungen aus Mittelwald mit reichlichen Eichenhosken bildeten das Schlußbild. Schon von fern fiel der mit Fichten bestockte Höhenrücken auf, die von Eichel-Streiberischen Aufforstungen, auf schwerem, flachgründigem, undurchlässigem Tonboden, das Lebenswerk eines erfahrenen, wohlverdienten Forstmannes, des Herrn Forstdirektors Enders, der die Lebenswürdigkeit hatte, uns selbst zu führen und alle näheren Erläuterungen zu geben. Es sind dies wohl mit die ältesten Aufforstungen, die mit Hilfe von Weißerlen erfolgt sind, während man es zuerst noch mit Mischungen von Fichten, Kiefern, Schwarzkiefern und Lärchen versuchte. Sehr auffällig tritt hier die Erscheinung zutage, wie dankbar insbesondere die Fichte in der Jugend für jede auch noch so geringe Sticksaurezufuhr, für etwas Schutz gegen Wind und Sonnenbestrahlung ist. So weit die Erleimurzeln reichen, so weit sind auch die Nadeln fastig grün, die Fichten erholen sich zusehends und zeigen kräftigere Triebe. Trotzdem ein Teil der Weißerlen im Dürrejahr 1911 vertrocknet war, hatten fast alle wieder ausgeschlagen oder doch Wurzelbrut getrieben. Herrn von Eichel-Streiber sei auch an dieser Stelle nochmals für die Erlaubnis zu

der außerordentlich lehrreichen Besichtigung herzlichster Dank ausgesprochen, ebenso dem Herrn Forstdirektor Enders-Eisenach für seine Führung und Erklärung.

Nun führten uns die Wagen auf der Straße mit wunderhübschen Fernblicken nach dem Heiligenstädter Stadtwald zurück durch Buchenverjüngungen aus ehemaligem Mittelwald zu den Versuchen mit Baum- und Stodrobemaschinen und Stodsprengeungen. Der Großherzogliche Forstwart Herr Büttner-Eisa (Hessen) führte uns seinen verbesserten Waldteufel (Preis 90, 120, 150 M) und seine Baumwinde vor. Besonders ersterer arbeitete vorzüglich, die verhältnismäßig billige und einfache Maschine verdient weiteste Verbreitung. Nicht angerodete Eichen, z. T. von erheblicher Stärke, wurden ohne Schwierigkeit umgezogen oder umgedrückt. Herr Bergingenieur Eppinger-Magdeburg hatte die Lebenswürdigkeit, wie im vorigen Jahre, so auch diesmal mit dem bekannten Sprengstoff Casücit wohlgeklungene Stodsprengeungen vorzunehmen.

In der Nähe dieser Vorführungen war in einem 80-jährigen Buchenbaumholz eine Hochdurchforstung ausgezeichnet, die zu lebhafter Aussprache Anlaß gab.

In dem benachbarten Forsthaus hatte die Stadt Heiligenstadt die Teilnehmer zu einem vorzüglichen Frühstück eingeladen, das nach der reichlich ausgebehten Exkursion verbiente Würdigung fand. Der kurze Nachmittag bot die verschiedenartigsten Bilder. Mittelwald wechselte mit Buchenpflanzbeständen und natürlichen Verjüngungen, geschlossene Fichtenaufforstungen mit lüdicen Fichtenstangenholzlern, die teilweise guten Fichtenanflug zeigten. Eine erste Durchforstung im 45-jährigen Buchenstangenholz gab wieder zu lebhaftem Meinungsaustausch Anlaß.

Für den dritten Tag hatten Herr Graf von Winkingerode auf Bodenstein und die Freiherren von Winkingerode auf Abelsborn und Wehnde in lebenswürdiger Weise ihre Reviere zur Verfügung gestellt und selbst die Führung übernommen. Von der Bahnstation Worbis ging es zunächst mit Leiterwagen nach Bälchlebsmühle zur Besichtigung einer vorzüglich geleiteten Forellenbrut- und Zuchtanstalt (Regenbogenforelle), die großes Interesse erweckte, und von hier nach den Exkursionsrevieren, die in Gemengelage liegen. Besondere Anerkennung fanden die Fichtenaufforstungen auf ganz flachgründigem, steinigem Kalkboden in Mischung mit Weißerlen, die im wesentlichen dasselbe Bild, zum Teil noch markanter, boten, wie die von Eichel-Streiberischen Aufforstungen. Vorzüglich gelungene Verjüngungen von Buchen mit reichlichen Eichen- und Eichen- einsprengungen fanden ungeteilten Beifall. Ein hervorragendes Buchenaltholz, über 1. Bonität mit Eichen gemischt im grälischen, und ein 20-jähriges Buchengertenholz im Abelsborner Revier sind noch ganz besonders hervorzuheben. Letzteres war nach bänischer Methode vom Besitzer bereits zweimal mit großer Liebe und Sorgfalt sachgemäß durchforstet und zeigte eine hervorragende Bestandespflege und guten Zuwachs. Herzlichen Weidmannsdank den Besitzern für den äußerst

Zeit ab. Seine Gründung erfolgte im Jahre 1872 ebenfalls in St. Zeit, er feiert also dieses Jahr sein vierzigjähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wird Forstinspektionskommissär Busch am 21. September einen Vortrag „Aus der Geschichte des hiesigen Forstvereins“ und Forstinspektor Storf einen Festvortrag halten.

— **Forstarbeiterversammlung in Jschl.** Am 1. September fand in Jschl eine Versammlung der Forstarbeiter des Salzammergutes statt, an der etwa 800 Personen teilnahmen, darunter der Obmann der christlichen Gewerkschaft der Forstarbeiter und einige Reichsräte sowie Landtagsabgeordnete. Die Veranlassung zu dieser Versammlung bot eine Verfügung der Regierung, mit welcher diese die den Forstarbeitern bisher gewährte Vergünstigung, am Sonntage um 12 Uhr mittags die Arbeit beenden und Montag früh etwas später wieder aufnehmen zu dürfen, aufhob. Eine vor mehreren Monaten seitens der Arbeiter an die Regierung gerichtete Eingabe um Aufhebung dieser Verfügung ist bisher unberücksichtigt geblieben. Die Forstarbeiter sehen sich daher genötigt, an die Vertreter im Reichsräte und im Landtage heranzutreten und diese zu bitten, bei der Regierung um Wiedereinführung der alten Arbeitszeit vorstellig werden zu wollen. Die kleinen Vorteile, die den Forstarbeitern gegenüber den anderen Arbeitern durch die alte Arbeitszeit gewährt wurden, sind durch die ununterbrochene wochenlange Arbeit im Walde, die hiermit verbundenen Entbehrungen und die weiten Wege nach ihren Heimstätten vollaus berechtigt. Abgeordneter v. Pank hob in längerer Rede hervor, daß die in Jschl verbreiteten Gerüchte von einer illegalen Demonstration der Forstarbeiter am Sommerstage des Kaisers, auf keinen Fall den Tatsachen entsprechen. Die Versammlung verfolge einzig und allein den Zweck, über die zur Beseitigung der Härten der Arbeitsordnung nötigen Schritte schließung zu werden.

— **Kommerzienrat Neumann**, dem Verleger der „Deutschen Forst-Zeitung“ in Neubamm, ist der Charakter als Geheimer Kommerzienrat verliehen worden.

— **Verteilung der für die Anlage von Feuerstrecken bewilligten Geldbeträge.** Der Eisenbahnminister hat für das Etatsjahr 1912 aus den im Extraordinarium des Etats für die Vermehrung und Verbesserung der Vorkehrungen zur Verhütung von Waldbränden und Schneeverwehungen vorgesehenen Mitteln 315 000 M für die Anlage und Unterhaltung der Feuerstrecken in den Waldungen zur Verfügung gestellt. Von dieser Summe erhalten die Eisenbahndirektionen: Altona 15 000 M, Breslau 15 000 M, Bromberg 6000 M, Rastell 4000 M, Köln 20 000 M, Danzig 15 000 M, Elberfeld 20 000 M, Erfurt 12 000 M, Essen (Ruhr) 50 000 M, Frankfurt (Main) 8000 M, Halle (Saale) 25 000 M, Hannover 18 000 M, Rastowitz 7000 M, Königsberg (Pr.) 12 000 M, Magdeburg 20 000 M,

Münster (Westf.) 40 000 M, Posen 8000 M, Stettin 20 000 M.

— **Zu einem Ankauf der Stadtforst Schwerin a. Warthe durch den Fiskus** wird uns folgendes mitgeteilt: Verschiedene Zeitungen brachten in letzter Zeit Notizen über einen Verkauf der etwa 8000 Morgen großen Schweriner Stadtforst an den Forstfiskus. In der letzten Sitzung des Schweriner Stadtverordnetenkollegiums ersuchten einige Stadtverordnete den Magistrat um Aufklärung, sowie um Mitteilung, ob eine unangst erfolgte Beschichtigung der Stadtforst durch die Herren Regierungspräsident Krahmer und Forsterrat Kausch zu diesem Zweck stattgefunden hätte. Der Magistratsdirigent erklärte, daß der Verkauf der gesamten Stadtforst nicht beabsichtigt sei, vielmehr solle das Hauptrevier sowie die in der Nähe der Stadt gelegenen Parzellen unter allen Umständen der Stadt erhalten bleiben. Für einen Verkauf käme nur in Frage das an die Königl. Oberförsterei Rosenthal grenzende 1400 Morgen große Revier II, sowie die an die Königl. Oberförsterei Schwerin grenzende etwa 600 Morgen große Waldparzelle Reuterberge. Die ganze Verkaufsangelegenheit befände sich jedoch noch im Vorbereitungsstadium, Sache der Stadtverordneten sei es ja später, einem eventuellen Verkauf zuzustimmen oder den Verkauf abzulehnen.

— **Gesuch um Freigabe der gesperrten Berliner Forsten.** Wie wir in der letzten Nummer der „Deutschen Forst-Zeitung“ berichtet haben, ist seitens des Berliner Magistrats das Betreten der städtischen Waldungen bei Schönwalde, Rüditz, Schönow und Labenburg verboten worden. Daraufhin ist in der Ersten Allgemeinen Märktischen Vertreterkonferenz der Beschluß gefaßt worden, dem neuen Oberbürgermeister von Berlin eine Eingabe zu überreichen, in welcher die Bitte ausgesprochen wird, die Sperrung der obigen Waldteile aufzuheben, da gerade diese Wälder zu den schönsten und gesuchtesten Ausflugsorten der Mark gehören. Die Groß-Berliner Touristen lenken mit Vorliebe ihre Wanderungen dorthin, und es dürfte ausgeschlossen sein, daß diese von dem Gedanken des Wald- und Heimatkultes befeelt naturfreundlichen Wanderer irgendwelchen Schaden anrichten, zumal alle Wanderungen unter der Leitung erprobter Führer stehen. Es ist für die Groß-Berliner Bevölkerung eine schwere Beeinträchtigung, wenn ihr der Übergang aus den Wäldern der Stadt Bernau, die ihre Forsten freigibt, in die Wälder der Stadt Berlin verlagert sein soll. — Wie schon durch politische Zeitungen gemeldet wird, soll die Absicht bestehen, die Sperrung der Waldungen demnächst aufzuheben.

— **Pilzesuchen verboten.** Die Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinische Forstinspektion zu Schellwerder hat in den „Mündlichen Mecklenburgischen Anzeigen“ nachstehendes Verbot erlassen: „Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß das Sammeln der Pilze wegen des hohen Nährwertes derselben als Wildschadung im Buchholzer Forste verboten ist.“

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 10. September 1912. Rehbock 0,60 bis 1,10, Rotwild 0,60 bis 0,72, Damwild 0,65 bis 0,75, Schwarzwild 0,60 bis 0,70 \mathcal{M} das Pfund. Kaninchen 0,50 bis 1,20, Stodenten 0,80 bis 1,60, Kridenten 0,50 bis 0,80, Rebhühner 0,30 bis 1,35 \mathcal{M} das Stück.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

von Treder, Landforstmeister zu Berlin, ist die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verlichenen Komturkreuzes mit dem Stern des Kaiserlich Österreichischen Franz Joseph-Ordens erteilt.

Dr. Schwappach, Geheimer Regierungsrat, Professor an der Forstakademie in Eberswalde, ist die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verlichenen Offizierkreuzes des Königlich Sächsischen Albrecht-Ordens erteilt.

Aschelt, Forstausseher zu Schönthal, Oberförsterei Schönthal, ist nach Weider, Oberförsterei Mehlf., Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Vorbeck, Förster zu Friedrichsrode, Oberförsterei Pohra, ist die Förstereistelle zu Elbingerode, Oberförsterei Bennedenslein, Regbz. Erfurt, vom 1. Oktober d. Js. ab übertragen.

Parkow, Zuffenwieserförster zu Gengenot, Wandreis Güben, Regbz. Frankfurt a. O., ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Pöschel, Forstausseher zu Unter-Waldenburg, Oberförsterei Neumühl, ist nach Hohenwalde, Oberförsterei Pöplin, Regbz. Danzig, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Pörting, Forstausseher zu Dinslaken, Oberförsterei Gutzianka, ist als Schreibgehilfe nach der Oberförsterei Breitenheide, Regbz. Allenstein, vom 15. September d. Js. verlegt.

Domschitz, Hilfsjäger zu Gromitten, Oberförsterei Gommün, ist nach der Oberförsterei Gommün, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Förster, Hilfsjäger zu Landeck, Oberförsterei Landeck, ist nach Schönthal, Oberförsterei Jamm, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Gelsch, Gefreiter im Jäger-Bataillon Nr. 8, ist nach Nonnenkämpfe, Oberförsterei Jamm, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.

Giese, Förster o. R. zu Klein-Neusen, Oberförsterei Brinzwald, ist als Förster m. R. nach Wiewen, Oberförsterei Kaltenborn, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Gragerl, Forstausseher zu Puppen, Oberförsterei Puppen, ist nach der Oberförsterei Brinzwald, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Gronski, Hilfsjäger und Schreibgehilfe zu Grünwalde, Oberförsterei Hagenburg, ist nach der Oberförsterei Gommün, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Jaschke, Förster o. R. zu Mittel-Bogobien, Oberförsterei Wolfsbruch, ist als Schreibgehilfe nach der Oberförsterei Wolfsbruch, Regbz. Allenstein, vom 1. November d. Js. ab verlegt.

Aschelt, Förster zu Grenzhans, Oberförsterei Chorin, ist nach Tannamünde, Oberförsterei Neudorf, Regbz. Potsdam, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Jungnickel, Forstausseher zu Wehlen, Oberförsterei Wolfsbruch, ist nach Mittel-Bogobien, Oberförsterei Wolfsbruch, Regbz. Allenstein, vom 1. November d. Js. ab verlegt.

Jänemann, Förster zu Baerl, Oberförsterei Kanten, in die neuerrichtete Förstereistelle Haderbornwald, Oberförsterei Benrath, Regbz. Düsseldorf, vom 1. Oktober d. Js. ab übertragen.

Köhn, Förster zu Hohenbinde, Oberförsterei Erfter, ist nach Wiggeliser, Oberförsterei Copenau, Regbz. Potsdam, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Krisat, Forstausseher zu Klitten, Oberförsterei Taberbrück, ist nach der Oberförsterei Heilsvalde, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Kuhre, Oberjäger zu Detelsburg, ist als Hilfsjäger für die Oberförsterei Puppen, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.

Labesius, Forstausseher zu Jakobsdorf, Oberförsterei Heilsvalde, ist nach der Oberförsterei Gromdosen, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Lagna, Konrad, forstverorgungsbedürftiger Anwärter, ist als Gemeindeförster a. Pr. in Entsch, Gemeinde-Oberförsterei Büchenbeuren, Regbz. Coblenz, angestellt.

Mer, Förster o. R. zu Winterbach, Oberförsterei Winterbach, ist die Förstereistelle zu Friedrichsrode-DH, Oberförsterei Pohra, Regbz. Erfurt, vom 1. Oktober d. Js. ab übertragen.

Linde, Förster zu Barnitz, Oberförsterei Gramzow, ist nach Neu-Allenstein, Oberförsterei Neu-Allenstein, Regbz. Potsdam, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Lindner, Hilfsjäger zu Lindenort, Oberförsterei Heilsvalde, ist nach der Oberförsterei Sadlowo, Regbz. Allenstein, verlegt.

Mette, Förster zu Gisa, Oberförsterei Haysfeld, ist nach Tannamünde, Oberförsterei Homburg b. d. Höhe, Regbz. Wiesbaden, vom 1. November d. Js. ab verlegt.

Morgenroth, Förster zu Elbingerode, Oberförsterei Bennedenslein, in die Förstereistelle zu Gundersleben, Oberförsterei Königthal, Regbz. Erfurt, vom 1. Oktober d. Js. ab übertragen.

Moske, Förster o. R. zu Friedrichshof, Oberförsterei Friedrichshof, ist als Förster m. R. nach Espirid, Oberförsterei Nilsolaten, Regbz. Allenstein, vom 1. November d. Js. ab verlegt.

Pöhl, Forstausseher zu Dammendorf, Oberförsterei Dammendorf, Regbz. Frankfurt a. O., ist als Forstausseher vom 1. Oktober d. Js. ab neu einberufen.

Riemann, Forstausseher zu Wilschowsburg, Oberförsterei Sadlowo, ist als Schreibgehilfe nach der Oberförsterei Hamid, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Schäffer, Reserve-Überjäger, ist die kommissarische Verwaltung der Gemeindeförstereistelle Ewerich, Oberförsterei Gappel, Regbz. Coblenz, vom 1. November d. Js. ab übertragen.

Schmood, Hilfsjäger zu Rostk, Bibbichow, Regbz. Stettin, ist nach der Oberförsterei Pasla, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab einberufen.

Strege, Forstausseher zu Schönthal, Oberförsterei Jamm, ist nach Neumühl, Oberförsterei Titz, Regbz. Marienwerder, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Sings, Forstausseher und Schreibgehilfe zu Hudezanny, Oberförsterei Gutzianka, ist nach der Oberförsterei Hagenburg, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Tremperau, Hilfsjäger zu Fuchswinkel, Oberförsterei Hudezanny, ist nach der Oberförsterei Gutzianka, Regbz. Allenstein, vom 24. September d. Js. ab verlegt.

Wise, Förster zu Neu-Allenstein, Oberförsterei Neu-Allenstein, ist nach Hohenbinde, Oberförsterei Erfter, Regbz. Potsdam, vom 1. Oktober d. Js. ab verlegt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Kaspar, Revierförster und Verwalter der Rittergutsbesitzer Dr. H. von Harschens Forst-Euthig a. Elbe, Bez. Dresden, ist zum hiesigen Förster in Schwarzenborn, Königl. Oberförsterei Deraula, Regbz. Cassel, gewählt und von der Königl. Regierung zu Cassel beschäftigt worden.

Jäger-Korps.

Graf v. Hochen, Hauptmann und Kompagniechef im Garde-Schützen-Bataillon, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

v. Larisch, Generalleutnant und Inspektor der Jäger und Schützen, ist das Großkreuz des Königlich Sächsischen Albrecht-Ordens verliehen.

v. Hergen, Hauptmann und Führer der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1, ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Saxer, Major und Adjutant der Inspektion der Jäger und Schützen, ist das Ritterkreuz 1. Klasse mit der Krone des Königlich Sächsischen Albrecht-Ordens verliehen.

Apel, Gefreiter im Jäger-Bataillon von Neumann (1. Schl.) Nr. 5, ist das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

Sahn, Gefreiter im Jäger-Bataillon von Neumann (1. Schl.) Nr. 5, ist das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Meiser, Walter, Forstassessor, ist zum Hilfsbeamten auf Wägen Revier ernannt.

Müller, Alf. Joh. Albin, Forstassessor, ist zum Hilfsbeamten auf Rottenheider Revier ernannt.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernstorff, Nienstedt, Post Förste (Harz).



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßtr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schammeister an den Vereins-Schammeister, Königl. Förster Vette, Försterri-Näunde, Post Gräneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 0,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

- Mitglieder:**
 1859a. Müller, Förster, Bempinen, Post Muldszen, Gumbinnen.
 1870a. Hellwig, Förster, Jafunowfen, Post Ruten, Gumbinnen.
 1884a. Winder, Hegemeister, Laugallen, Post Bellingenfen, Gumbinnen.
 1865a. Sieg, Forstlauffeher, Janderbrück, Post Behnershof, Marienwerder.
 1870a. Spading, Forstlauffeher, Demmin, Post Schöna, Marienwerder.
 1886a. Schulz, Forstlauffeher, Lemo, Post Liebenburg a. S., Gildesheim.
 1887a. Rex, Förster, Schwarzenborn, Post Eifenschmitt, Trier.
Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Achtung!

Sendungen an mich werden vielfach unrichtig adressiert. Meine Postadresse lautet: Königl. Hegemeister Bernstorff, Nienstedt, Post Förste (Harz). Die Gruppenvorstände bitte ich, von dieser Adresse genaue Notiz zu nehmen, da sonst Verzögerung in der Zustellung der Briefe eintritt.

Anfang September 1912.

Bernstorff, Vorsitzender.

Stenographischer Bericht der Delegierten-Versammlung am 14. und 15. Juni 1912.

Der stenographische Bericht der letzten Delegiertenversammlung wurde in den Tagen vom 28. August bis 2. September d. Jz. an alle Vereinsmitglieder versandt. Wir bitten die Herren, welche bislang etwa nicht in den Besitz des Berichtes gekommen sind, bei uns zu reklamieren.

Neudamm, den 10. September 1912.

Die Geschäftsstelle
 der „Deutschen Forst-Zeitung“.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen. Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Cassel-West und Ost. Zu der projektierten Sterbekasse wird noch der Vorschlag gemacht, den einmaligen Beitrag zur Errichtung eines Grund-

stocks nach Lebensalter abzustufen und etwa wie folgt festzusetzen: unter 40 Jahren auf 25 J., von 40 bis 50 Jahren auf 50 J., von 50 bis 60 Jahren auf 1 M., über 60 Jahren auf 2 M., oder auch auf das Doppelte dieser Beträge. Die Ortsgruppen ersuche ich ergebenst, auch diesen Vorschlag mitberaten und dazu gefällige Stellung nehmen zu wollen. K a u f m a n n.

Ortsgruppen:

Hannover. Versammlung a. Sonnabend, dem 12. Oktober d. Jz., nachmittags 3 Uhr, im Kasino-Restaurant zu Hannover. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Entgegennahme von Bestellungen auf den Kalender „Waldheil“ durch den Schriftführer, Kollegen Ernst; 3. Vorträge: a) vom Kollegen Schnobbel über die Wollaus, b) vom Unterzeichneten über Bienenzucht, c) vom Kollegen Ernst über Viebesleben niederer Tiere, d) vom Kollegen Bedmann über Forstwirtschaft in Deutsch-Ostafrika; 4. Sammlung für die Hinterbliebenen des ermordeten Kollegen Romanus. Die Kollegen, welche sich an der Versammlung nicht beteiligen können und ihr Erscheinen zur Sammlung beitragen wollen, werden gebeten, die Beträge einzeln oder oberförstereiwiese bis zum 14. Oktober abends an den Schriftführer (Kollegen Ernst) einzusenden; 5. Verschiedenes.

Fechtn er, Vorsitzender.

Kirn a. d. R. (Regbz. Coblenz). Sonntag, den 29. September 1912, nachmittags 1½ Uhr, findet in Becherbach im Gasthause Schlarb eine Sitzung statt. Tagesordnung: 1. Besprechung der Beschlüsse der diesjährigen Delegiertenversammlung an der Hand des stenographischen Sitzungsberichtes; 2. Beratung etwaiger Anträge zur nächstjährigen Bezirksgruppen- und Delegiertenversammlung; diese Anträge erbitte ich eventuell mit kurzer Motivierung bis 25. September; 3. Sammlung Romanus-Loos; 4. Verschiedenes. J a n s e n.

Neustadt (Regbz. Danzig). Sonnabend, den 21. September d. Jz., nachmittags von 2½ Uhr, Mitgliederversammlung im Glaaschenschen Gasthause zu Sagorsh. Tagesordnung: 1. Besichtigung der neuen Faß- und Eisenbahnschwellenfabrik, um die Verarbeitung des Buchenholzes an Ort und Stelle kennen zu lernen und für dessen Anschaffung neue Gesichtspunkte zu gewinnen; 2. Berichterstattung über die letzte

Delegiertenversammlung; 3. Äußerung von Wünschen über die Dienststandsregulierung; 4. Verschiederenes. Nach der Sitzung gemüthliches Beisammensein, wozu die Damen herzlichst eingeladen werden. Der Vorsitzende: **S a s s e**.

Notenburg, Fulda (Regbz. Cassel). Das Preis-schießen findet statt am Sonntag, dem 22. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, in der „Hainbach“. Kaffee wird gekocht. Nächste Versammlung am Montag, dem 30. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Vereins-lokale. Tagesordnung: Sterbefasse, Kaiser-geburtstagsfeier, Verschiederenes. Zahlreiche Theiligung erwünscht. Der Vorsitzende: **B u t t e**.

Schleswig. Sonntag, den 15. September, nachmittags 1 Uhr, Mitgliederversammlung im Theater-Café zu Flensburg. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekanntgegeben (Vortrag über Wildberber ist zugesagt). Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand.

Siegen (Regbz. Arnsherg). Die beschlossene Versammlung findet statt am Samstag, dem 5. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Hotel Gutsteiner zu Siegen. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Spangenberg (Regbz. Cassel). Die nächste Mitgliederversammlung findet am 1. Oktober d. Js., mittags 12 Uhr, im Vereinslokale statt. Tagesordnung: 1. Sterbefasse; 2. Dienstlandsfrage; 3. gemeinsamer Bezug des „Waldheil“-Kalender; 4. Verschiederenes. **L o r e n z**.

Speßart (Regbz. Cassel). Sonntag, den 15. September 1912, nachmittags 3½ Uhr, findet im Vereinslokale Hohmann zu Oberndorf Versammlung der Ortsgruppe mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Einziehen der noch rückständigen Beiträge zur Krankenkassen-Beihilfefasse sowie der Jahrbücher 1912; 3. Entgegennahme von Bestellungen auf Kalender „Waldheil“ 1913; 4. Besprechung eines Rundschreibens des Bezirksvorstandes, betreffend Gründung einer Sterbefasse innerhalb unseres Regierungsbezirks; 5. Unterstützung der Hinterbliebenen des am 17. Juni im Regierungsbezirk Düsseldorf ermordeten Kollegen Doorn; 6. Anträge zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 7. Delegiertenversammlung Versm; 8. Verschiederenes. Die Wichtigkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung lassen ein vollständiges Erscheinen der Mitglieder wünschenswert erscheinen. Sollten jedoch einzelne Herren dringlich verhindert sein, so wollen diese die obigen Beiträge durch einen Kollegen oder direkt an den Kassensführer der Ortsgruppe unter Zurechnung von 5 S Bestellgebühren einfinden. Bei sehr schlechtem Wetter findet die Versammlung den folgenden Sonntag, den 22. September, statt. Der Vorstand. **H a g e l s t e i n**, Vorsitzender.

Trebnitz-Militzsch (Regbz. Breslau). Sonntag, den 22. September, nachmittags von 2 Uhr ab, Schießen auf dem Stande in Wald-Kretscham. Gäste sind willkommen. Abends Musik.

Der Vorstand.

Verichte.

Alle Verichte müssen erst dem Vorsitzenden, Hegemeister Bernstorff, Dienststet bei Forste, Garz, vorliegen. Was für die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Verichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Winden-Münster. Am 17. August d. Js. fand in Bielefeld die diesjährige Bezirksgruppenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl für die Bezirksgruppe; 2. Vorstandswahl für die Ortsgruppe Winden-Schaumburg; 3. Bericht des Delegierten über die Versammlung in Berlin am 14. und 15. Juni 1912; 4. Beschlußfassung über Erhöhung des jährlichen Beitrages um 0,50 M zugunsten der Bezirksgruppenkasse; 5. Verschiederenes. Erschienen waren von 90 Mitgliedern 18, welche 25 Stimmen vertraten. Nach Eröffnung der Sitzung brachte der Vorsitzende das Kaiserhoch aus. Hierauf legte der Vorstand sein Amt nieder, das älteste anwesende Mitglied, Hegemeister a. D. Leventen, übernahm den Vorsitz und berief Kollegen Hilfsjäger Leventen als Schriftführer, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. 1. Der bisherige Vorsitzende Steig bat, von seiner Wiederwahl abzusehen, das Resultat der Wahlleiter verlief resultatlos, weil Kollege Zeller, welcher die meisten Stimmen erhalten hatte, entschieden ablehnte, das Amt des Vorsitzenden zu übernehmen. Beim zweiten Wahlgang ergab sich folgendes Resultat: mit je 24 Stimmen wurden gewählt als: Vorsitzender Hegemeister Steig (135), Forsthaus Todenmann bei Rinteln, Stellvertreter Förster Espert (6244), Neuböddeden bei Haaren i. Westf., Schriftführer Förster Specht (4319), Friedrichsburg bei Fühlen, Regbz. Cassel, Stellvertreter Förster Sitas (6245), Haaren i. Westf., Schachmeister Hegemeister a. D. Bohl (420), Bielefeld, Langenhagen 31. — 2. Für die Ortsgruppe Winden-Schaumburg wurden gewählt: Vorsitzender Hegemeister Steig (135), Forsthaus Todenmann bei Rinteln, Stellvertreter Förster Zeller (3365), Nuhagen bei Sachfenhagen, Schriftführer Förster Gleim (6226), Obernkirchen, Schachmeister Hegemeister a. D. Bohl (420), Bielefeld, Langenhagen 31. — 3. Vom Delegierten, Hegemeister Steig, wurde Bericht über die Delegiertenversammlung erstattet, eine Diskussion über denselben fand nicht statt, jedoch beantwortete der Delegierte einige gestellte Fragen. — 4. Beitrag zugunsten der Bezirksgruppenkasse wurde um 0,50 M pro Jahr erhöht. Auf Antrag des Kollegen Espert wurden dem Vorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter für Reisen, welche derselbe im Vereinsinteresse (Besuch der Ortsgruppen usw.) vornehmen muß, bewilligt: a) Tagelohn 10 M; b) die verauslagten Reisekosten (Bahnfahrt III.). Für Teilnahme an den Versammlungen des weiteren Vorstandes, sowie der Delegiertenversammlung werden Reisekosten und Tagelohn nicht gezahlt, weil diese Kosten von der Kasse des Vereins gedeckt werden. — 5. Anträge, gestellt von der Ortsgruppe Paderborn: a) Bezirksgruppe hat für nächste Delegiertenversammlung nachstehenden Antrag rechtzeitig beim Vorsitzenden des

Bereins einzureichen: Der Bericht der Delegiertenversammlung hat spätestens vier Wochen nach Tagung derselben, und zwar unkorrigiert, im Vereinsblatt zu erscheinen. b) Der „Deutschen Forst-Zeitung“ ist aufzugeben, daß dieselbe Schriftsätze aufzunehmen hat, welche ihr von Vereinsmitgliedern eingekandt werden, ohne daß hierzu die Genehmigung des Vereinsvorsitzenden eingeholt wird. Diese Schriftsätze sind ohne Namensnennung des Einsenders zu veröffentlichen, jedoch trägt Einsender die volle Verantwortung gegenüber der Redaktion. c) Es soll die vorgesezte Behörde gebeten werden, den Förstern dasselbe pensionsfähige Einkommen zu gewähren, wie solches die Beamten der Assistentenklasse beziehen. Das Dienstland nicht mehr als solches, sondern als Pachtland zu behandeln und dasselbe den betreffenden Stelleninhabern gegen Zahlung eines den Verhältnissen entsprechenden Pachtgeldes zu überlassen. Dieser Antrag soll als dringlicher gelegentlich der nächsten Delegiertenversammlung für den Fall gestellt werden, falls die jetzt eingeleitete Regulierung des Dienstlandes den Wünschen der Förster nicht entspricht. d) Die bisher gezahlten Beiträge der Vereinsmitglieder werden zur Gründung einer Sterbe- und Krankenunterstützungskasse verwendet, das Halten des Vereinsblattes wird den Vereinsmitgliedern auf eigene Kosten freigestellt. Sämtliche Anträge der Ortsgruppe Paderborn wurden, wenn auch nicht einstimmig, angenommen. — 6. Der Herr Oberforstmeister des Bezirks soll gebeten werden, Versezungen usw. durch die „Deutsche Forst-Zeitung“ bekanntzugeben. 7. Nächste Bezirksgruppenversammlung findet im November 1913 in Hirteln statt. Steig.

Nachschrift: Der Unterzeichnete möchte keine Ansicht unterdrücken, sondern jedem das Recht freier Meinungsäußerung zugestehen. Im Vereinsinteresse ist aber zu vorstehenden Beschlüssen folgendes zu bemerken: Die zu b) gefassten Beschlüsse verstoßen gegen das geltende Recht sowie gegen die Grundlagen, auf denen unser Verein aufgebaut ist. In allen Zeitungsangelegenheiten müssen zunächst die in Betracht kommenden Geseze beachtet werden; es ist von einer Zeitung rechtlich nicht zu verlangen, daß sie Schriftsätze, deren Inhalt sie sich nicht anschließen kann, ohne Namensnennung des Verfassers und ohne weiteres veröffentlicht. Durch Ministerialreskript vom 25. November 1901

— abgedruckt in Nr. 47 der „Deutschen Forst-Zeitung“ von 1901 — trägt für alle Veröffentlichungen des Vereinsorgans in Försterangelegenheiten der Vorstand des Vereins die Verantwortung. Deshalb ist es ganz untunlich, die Veröffentlichung von Schriftsätzen zu fordern, welche der Vereinsvorsitzende nicht gesehen hat. Die Schriftleitung ist gehalten, alle Artikel, welche Angelegenheiten der königlich Preussischen Förster betreffen, dem Vereinsvorsitzenden, der für den Abdruck die Verantwortung tragen muß, vorzulegen. Der Vorsitzende bzw. der geschäftsführende Vorstand entscheidet dann im Einvernehmen mit der Schriftleitung über die Aufnahme. Ebenso bestimmt der Vorstand, ob etwa ein Artikel ohne Namensnennung des Verfassers veröffentlicht werden darf. Die Schriftleitung selbst wird zu solchen Ausnahmen, rechtlich wie moralisch, nur in der Lage sein, wenn sie bezüglich des Inhaltes dem Leserkreis sowie der Außenwelt gegenüber die volle Verantwortung tragen kann; ein gleiches Recht wird dem Vereinsvorstande zugestanden werden müssen. Es erscheint bedenklich, in den Gruppen Beschlüsse zu fassen, welche sich von dem Boden des geltenden Rechtes und den Grundlagen unseres Vereins entfernen. — Zu den anderen Beschlüssen folgendes: Der Bericht der Delegiertenversammlung wird jeweils so schnell herausgegeben, wie es möglich ist; eine Frist vorzuschreiben ist ausgeschlossen. Daß die Reden unkorrigiert, also von den Rednern undurchgesehen erscheinen, widerspricht jeder parlamentarischen Gepflogenheit. Daß dieser Bericht nicht im Vereinsblatt erscheint, entspricht einem Beschlusse früherer Mitgliederversammlungen; die Forst-Zeitung lesen viele, die an unsern Vereinsversammlungen gar kein Interesse nehmen. Zu d) dem Herrn Bezirksgruppen-Vorsitzenden war ja bekannt, daß nach Beschluß der Delegiertenversammlung der Vertrag zwischen dem Verein und Neudamm erneut worden ist, nach welchem jedem Mitgliede des Vereins die Forst-Zeitung geliefert werden muß. Derartige Beschlüsse sind also zwecklos und liegen nicht im Vereinsinteresse. — Zu Punkt 6 wird bemerkt, daß sämtliche Versezungen usw. nach behördlicher Anordnung in der Forst-Zeitung erscheinen sollen. Findet jemand eine ihn interessierende Personalnotiz nicht veröffentlicht, so empfiehlt sich zur Aufklärung sofortige Rückfrage nach Neudamm. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Bonusch, Wiltz, Waldbüter, Charlottenburg.

Knob, Walter, Privatforster, Wolvendorf bei Klein-Rag.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner

ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamteten mindestens **2 Mark**, für alle übrigen Personen mindestens **5 Mark**.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog • Galensee.

Personalwahlen.

In der Sommertagung zu Eisenach wurden von den zuständigen Stellen gewählt:

I. in den weiteren Vorstand:

- a) als Mitglied: Herr Graf von Brühl-Pforten,
- b) als stellvertretendes Mitglied: Herr Graf von der Schulenburg-Liebersö;.

II. in den Ausschuß für Unterrichts- und Prüfungsweisen:

- 1. Herr Forstrat Gulefeld-Lauterbach (Hessen),
- 2. Herr Forstmeister Kieger-Giersdorf, Kreis Wartha.

Galensee, den 1. September 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Försterprüfung 1913.

Im Jahre 1913 hält der Verein die Försterprüfung voraussichtlich im Westen ab. Das Nähere wird zu Anfang des nächsten Jahres bekanntgegeben.

Galensee, den 1. September 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Änderung der Prüfungsordnung für die Försterprüfungen.

Durch Vorstandsbeschluß vom 15. August d. Jz. zu Eisenach erhielt § 15, Abs. 4 der Prüfungsordnung für die Försterprüfungen folgenden Wortlaut:

„Zur Beantwortung der Frage, ob der Prüfling die Prüfung bestanden hat, sind die Einzelnoten für Waldbau und Forstschuß vierfach, für Forstbenutzung dreifach, für Anfertigung schriftlicher Arbeiten, forstliches Rechnen und Messen, Jagdkunde zweifach, Betriebs- und Verwaltungslehre, Gesetzeskunde, Kartenlesen, Zeichnen einfach zu rechnen. Überschreitet die Summe dieser Zahlen die Zahl 60, so hat der Prüfling die Prüfung nicht bestanden.“

Galensee, den 30. August 1912.

Der Vorsitzende: Dr. Bertog.

Bericht über die Versammlung der Bezirksgruppe „Rheinland und Westfalen“ zu Köln.

Die am 10. August in Köln abgehaltene Versammlung war von 17 Mitgliedern und vier Gästen besucht und wurde durch den Herrn Vorsitzenden in der üblichen Weise um 12 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, „Vereinsangelegenheiten“, wurde über die Teilung Rheinlands und Westfalens in zwei Bezirksgruppen gesprochen. Bei der großen Mitgliederzahl ist eine Trennung wahrscheinlich, doch liegen diesbezügliche Entscheidungen noch in der Ferne. Die Beschlüsse der Vorstandssitzung in Berlin wurden einer Besprechung unterzogen. Bei Kapitel „Privatforstschulen“ erregte die Mitteilung eines Mitgliedes, auch in Singenbriuch bei Nachen

befände sich eine „Forstschule“, berechtigtes Erstaunen. Einmütig ablehnend drückte sich die Versammlung gegen alle vom Verein nicht sanktionierten Privatforstschulen aus. Die Mitteilung von dem beabsichtigten Ausbau der Vereinschule Templin und der 10jährigen Anstellung des Direktors Jacob wurde mit Befriedigung aufgenommen. Die Neubelebung der Ortsgruppe Eifel wurde aus der Versammlung heraus angeregt. Mit den über Bildung von Ortsgruppen im allgemeinen gemachten Vorschlägen war man einverstanden, sprach jedoch den Wunsch aus, in den Ortsgruppen keine Jahresbeiträge zu erheben, sondern nur bei den einzelnen Zusammenkünften die etwaigen Unkosten auf die Teilnehmer umzulegen. Im nächsten Jahre sollen zwei Versammlungen stattfinden, und zwar für die Rheinprovinz in Düren und für Westfalen in Hagen.

Ein Vertreter der Versicherungsgesellschaft Zürich hielt einen sehr interessanten Vortrag über Haftpflicht- und Unfallversicherung, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung. Als Vertreter der Bezirksgruppe für Eisenach wurde Herr Oberförster Joln gewählt. Er wurde gebeten, in Eisenach den Wunsch vieler Kollegen des Westens vorzutragen, man möge ein Jahr vorher bekannt machen, daß bei genügender Beteiligung eine Försterprüfung im Westen stattfinden würde. Vielfach lassen sich Prüflinge durch die weite Reise nach dem Osten abschrecken, sich zur Prüfung überhaupt zu melden. Eine Försterprüfung im Westen dürfte eine große Teilnehmerzahl erfahren.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung bedauerte die Versammlung, daß Herr Oberförster Scheffer-Boichorst-Belen in letzter Stunde dienstlich verhindert wurde, den Vortrag über „Waldbbrände und Feuerversicherung“ selbst zu halten. Der Aufgabe entledigte sich der beauftragte Forstsekretär Herr Schäfer an der Hand von Skizzen und Karten mit vielem Geschick. Von allgemeinem großen Interesse dürften einige Worte über die Feuerwachtürme sein, welche die Gräfllich Landbergische Verwaltung an zwei Stellen ihres großen Waldbesitzes errichtet hat, von wo aus die ganze Umgegend übersehen werden kann. Die Höhe der Türme beträgt 19 und 15 m. Sie sind mit den Forsthäusern und der Oberförsterei durch eigenes Telephon verbunden. Auf jedem Turme befindet sich eine Karte mit einer Kreiseinteilung in 360° und einer Wittereinstellung. Sichtig der Wächter einen Brand, so visiert er den Brandherd an und steilt die Grabe an der Spitze ab. Diese Zahlen meldet er telephonisch den angeschlossenen Forsthäusern, wo auf Grund der Zahlen und gleicher Karten der Brandherd sofort bestimmt werden kann. Die Verwaltung hat eigenes Telephon angelegt und ist so nicht von den Postdienststellen, welche gerade in der feuergefährlichsten Zeit — mittags von 12 bis 3 Uhr — ihre Dienststunden aussetzen, abhängig.

Punkt 4 der Tagesordnung, die Besprechung forstlicher und jagdlicher Vorkommnisse, gestaltete sich zu einer angeregten Unterhaltung.

Der gemeinsame Ausflug in den Stadtwald, so klein er auch war, unter Leitung eines städtischen Beamten, befriedigte alle Teilnehmer vollkommen. In der „Waldfchenke“ versammelte man sich zum Schluß zu einem gemütlichen zwanglosen Beisammensein auf mehrere Stunden. Eine schöne Erinnerung an die Kölner Bezirksversammlung werden alle Mitglieder mit nach Hause genommen haben.

Brunß, Forstlandidat.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

8903. Ringelbach, Ludwig, Förster, Hb.-Schlierbach b. Schwäge. (B.-Gr. XIII)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Milbrecht, August, Waldwärter, Wünschenb. b. Reifland, Ergeb. Gebert, Karl, Waldwärter, Rauenstein b. Bengelfeld, Ergeb. Wegener, Karl, Brennerei-Bevollmächtigter, Bergisdorf b. Egan.

Rehner, Balthar, Brinkl. Forstmeister, Roschentin, R. Subling, Wagner, Wilhelm, Forstmeister, Hof. Heinrichau b. Heinrichau, Bes. Breslau.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 60, 70, 117, 156, 312, 369, 478, 748, 807 je 4 M., Nr. 935 8 M., Nr. 943 4 M., Nr. 954 8 M., Nr. 1022, 1081, 1157, 1164, 1170, 1185, 1516, 1601, 1613, 1676, 1728, 1740 je 4 M., Nr. 1775 1 M., Nr. 1796, 1811, 1821, 1841, 1885, 1862 je 4 M., Nr. 1775 1 M., Nr. 1796, 1811, 1821, 1841, 1885, 1888 je 4 M., Nr. 1914 8 M., Nr. 2109, 2122, 2155, 2515, 2543, 2710, 2724, 2823 je 4 M., Nr. 2778 8 M., Nr. 2834 4 M., Nr. 2888, 2901, 2924, 2925 je 8 M., Nr. 3143, 3195, 3295, 3441, 3503, 3512 je 4 M., Nr. 3626 2 M., Nr. 3901 18 M., Nr. 3902 7 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshauer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwärte.

1. Nach Mitteilung des Herrn Vereinschafmeisters befindet sich ein größerer Teil der verehrten Herren Kollegen mit der Entrichtung der Vereinsbeiträge, Abonnementsgelder für die „Deutsche Forst-Zeitung“ usw. im Rückstande.

Die betreffenden Herren werden hiermit an die Erfüllung ihrer Pflichten erinnert mit dem Bemerkten, daß bis zum 10. Oktober d. Js. nicht eingegangene Beiträge durch Postnachnahme erhoben werden.

2. Die von mir mit einer Beantwortungsfrist bis zum 6. d. Mts. an die Kollegen mit Dienst-

wohnung hinausgegebene Drucksachen-Anfrage ist bis heute noch nicht von allen Kollegen beantwortet worden.

Neun Mitteilungen stehen noch aus.

Im Interesse der Sache erlaube ich ergebenst um gefällige baldige Erledigung.

3. Bei beabsichtigter Anschaffung eines Jagdglasses, eines Fahrrades oder aber eines sonstigen Gegenstandes zur Jagdausrüstung bin ich in der Lage, den verehrten Herren Kollegen die Firma Cromer & Schrad, Straßburg i. Elsaß, angelegentlich empfehlen zu können. Die Firma bietet nennenswerte Vorteile.

Heubach S.-M., 8. September 1912.

Der Vorstand. Reuter, Vorsitzender.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forststellen in Preußen. 735. — über die Annahmehzahl der Forstlehrlinge Preußens. 731. — Die deutsche Forstwirtschaft in Rußland. 736. — über Durchforstung von Nichtenbeständen. Von Roliemann. 738. — In Sachen des Hegemeintertels und einiger Uniformwünsche der Gemeindeförster. 739. — Ein kleiner Namenskatalog bei Berlin. 739. — Vorkommen der Buchenwollaus im Forsttum Lubek. 740. — Der Buchenspringrüsselskäfer auf Bienen. 740. — Bericht über den forstlichen Vebegang für Waldbesitzer und Forstbeamte in Heiligenstadt. 740. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlernnisse. 742. — Prüfungen für Privatforstbeamte. 742. — Verammlung des Röntischen Forstvereins. 742. — Forstbeirterversammlung in Nid. 743. — Sommerlenrat Neumann ist zum Geheimen Kommerzienrat ernannt. 743. — Verteilung der für die Anlage von Feuerstiftungen bewilligten Geldbeträge. 743. — Anlauf der Stadtförst Schwertm. a. Warthe durch den Fürst. 743. — Besuch um Freigabe der geiperten Berliner Forsten. 743. — Pilzsuchen verboten. 743. — Amtlicher Marktbericht. 744. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 744. — Offene Stellen in Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerforst. 745. — Brief- und Fragekasten. 745. — Nachrichten des Vereins Röntisch Preussischer Forstbeamten. 745. — Nachrichten des Waldheils. 748. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 750. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 751. — Inserate.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit Nummer 39 schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die **Deutsche Forst-Zeitung** mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Feierabende** (Seite 101 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis **zwei Mark** pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beilagen: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk in Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Ferkel** (Seite 104 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis **3 Mark 50 Pf.** pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1912, sofort aufzugeben, damit in der regelmäßigen Zufendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einsendung des Betrages für Abonnement und Frantatur.

Neudamm, im September 1912

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Sehr zahlreich sind die Anerkennungen, welche der Firma **Fritz P. Hohmann, Hamburg, Südweimariort**, über die Güte und prompte Lieferung ihrer Weine unaufgefordert zugehen. Die Verkaufsbedingungen, welche die heutige besondere Beilage bekanntgibt, sind die allergünstigsten und schließen für den Besteller jedes Risiko aus. In der Tat sind die Weine dieses Hauses genügend als vorzüglich bekannt, als daß sie besonderer Empfehlung bedürften. Die Sübweine, süße, halbsüße und trockene Qualitäten, gelangen als Lager in Malaga, Oporto und Funchal, die Rioja-Weine, den besten Bordeaux-Wein ausgebaut, kommen als Weingütern in der Rioja zum Verkauf. Der Käufer erhält also die Weine in Originalfassern, genau wie sie am Herkunftsorte gefüllt wurden. Erwähnt sei noch, daß die Firma **Fritz P. Hohmann** durch ihren Sitz in Hamburg den Käufern die größte Sicherheit bietet, wie sie auch im Gegensatz zu ausländischen Häusern in der Lage ist, die Aufträge prompt auszuführen, da sie stets größere Sendungen Originalfassern jeder Größe per Schiff unterwegs hat. Die Weine gelangen also ohne Umschüpfung in die Hände des Käufers. Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß die genannte Firma durch ihren Flaschenvertrieb (auch in Postpaketen) es den Käufern ermöglicht, eine ihrem Geschmacke entsprechende Auswahl zu treffen, sich von der Güte der Weine zu überzeugen, wie auch die Weine zu prüfen und zu vergleichen.

Ein **Weidmannsbuch umsonst** erhält jedermann auf Wunsch von der **Bayner Kaufmannsdruckerei**, **E. Grell & Co., Hoflieferanten, Bayreuth (Sachf.)**. Die auf dem Gebiete des Auszugehanges maßgebende und in ihrer Art der weitest größte Firma hat es mit besonderem Geschick verstanden, ihren für das Jagdjahr 1912/13 neuen neu herausgegebenen illustrierten Hauptkatalog zu einem Gangheftchen ersten Ranges umzugestalten. Ein Auszug hiervon, der in Form einer Preisliste der heutigen Gesamtauflage beiliegt, bietet jedem Interessenten, der zur Hebung der Niederjagd in seinem Revier beitragen will, bereits reichliche Gelegenheit, eine gute Auswahl in Jagdapparaten zu treffen.

Zur Schneeballkollekte für den Jagdaufseher Ott und die Witwe Schäfer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß im Jahre 1906 zugunsten des durch einen wilderischen schwer verwundeten Jagdaufseher Ott und der Witwe des ermordeten Oberjägers Schäfer von unbekannter Seite eine Schneeballkollekte veranstaltet wurde, in welcher die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“ als Sammelstelle für die Beiträge genannt ist. Wir erklärten schon damals, daß diese Kollekte ohne unser Wissen und Willen in Umlauf gesetzt sei, machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß bezügliche Kollekten gesetzlich verboten sind, und bitten wiederholt dringend, die Schneeballkollekte für Ott und Schäfer einzustellen. Trotzdem gingen im Laufe der Jahre und gehen auch jetzt immer noch Beiträge für den genannten Zweck, teils mit unliebsamen Bemerkungen, bei unserer Expedition ein. Wir nehmen daher Veranlassung, die Empfänger von Schneeballbriefen nochmals dringend zu bitten, dem Umlauf der Schneeballkollekte zu steuern und diese endlich einmal außer Kurs zu setzen. Die jetzt noch bei uns eingehenden Beträge werden dem Verein „Waldbild“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, überwiesen. (897)

Die Expedition (10730 der „Deutschen Jäger-Zeitung“).

Familien-Nachrichten

Geburten:

Dem Förster G. S. m. l. in Bülowshöhe, Westpr., ein Sohn.

Sterbefälle:

Herrmann, Josef, Rechnungskommissar in Würzburg.
Fohler, Fritz, Forstl. Förster in Rohlstein.
Kunz, Waldbüter auf Fischbacher Revier.
Körke, Forstlehrling in Lohsted.
Kölsche, Regimentswittve in Vellingen.

Jagdverpachtungen

Jagdpaht- und Abdruckgesuche
Penfians-Anzeigen

Bad Neuenahr.

Moblierte Zimmer mit u. ohne Pension. Forsthaus Waldfrieden, 781) Karlsruferstr. — Nähe Kurgarten.

Personalia

Suche zum 1. 10. für sehr reiches Revier, verbunden mit Pension, einen
Forstlehrling
mit guter Schulbildung. Offert. unter
Nr. 1081 befördert die Expedition der
„Deutschen Forst- und Jagd-Zeitung, Neudamm.“

Offene Försterstelle.

In der hiesigen städtischen Oberförsterei ist eine **Belaufsförsterstelle** zum 1. November 1912 zu besetzen. Das Dienst-einkommen beträgt:

- | | |
|---|----------|
| a) Grundgehalt | 1400 Mk. |
| b) Alterszulagen von vier zu vier Dienstjahren nach endgültiger Anstellung sechs-mal je 150 Mk. | 900 „ |
| c) Dienstwohnung oder Wohnungsgeldzuschuß | 300 „ |
| d) Brennmaterial nach Bedarf bis zur Höhe von 32 rm Kiefern-Knüttel und 32 rm Kiefern-Reißerholz zum Anrechnungswerte von | 75 „ |
- Die Werbungskosten sind zu erstatten.

Summa: 2675 Mk.

Falls dem Förster Dienstländerien gewährt werden, so ist der Grundsteuer-reintrag als Pachtzins zur Stadtasse zu entrichten.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf jährliche Probezeit, während welcher zu jedem Quartalsersten sechs-wöchentliche Kündigung zulässig ist.

Während der Probezeit wird nur das Grundgehalt und, wenn mit der Stelle eine Dienstwohnung verbunden ist, nur $\frac{1}{10}$ des Grundgehalts gewährt. Mit der Stelle ist Anspruch auf Ruhegehalt sowie Witwen- und Waisenversorgung nach Maßgabe der für die königlichen Förster geltenden Grundzüge verbunden.

Forstverorgungsberechtigte und nicht unter 28 Jahre alte Reservejäger der Klasse A werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Beifügung des Forstverorgungsscheines oder des Militärpases, sowie sämtlicher ihnen erteilten Dienst- u. Führungszeugnisse und eines Lebenslaufes innerhalb 8 Wochen hierher einzulegen und eine Erklärung beizufügen, daß sie durch die endgültige Anstellung ihre Forstverorgungsansprüche als erfüllt betrachten würden.

Gollnow, den 31. August 1912.

Der Magistrat.

Forstschützstelle

im Stadtwald Hünfeld, Bez. Cassel, 246 ha, ist vom 1. Oktober 1912 ab zu besetzen. Anfangsgehalt 900 Mk., außerdem 12 rm Buche-Knüttel. Bewerbungen müssen unter Angabe der bisherigen Beschäftigung und Einsegnung sämtlicher Dienst- und Führungszeugnisse bis 28. September 1912 an das Bürgermeisterrat Hünfeld erfolgen. Die Besetzung bedarf der Genehmigung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Cassel. (1116)

Hünfeld, den 9. September 1912.

Der Magistrat.

Bettling.

Förster.

Suche zum 1. 12. 1912 oder 1. 1. 1913 verheirateten Forstbeamten (Alter 28 bis 33) für penfionsberechtigte Stellung. Gehalt 1200 bis 1800 Mk., 45 Mk. Kleidergeld, Dienstwohnung mit Zubehör. Keine Jagdgerechtigkeit. Haupttätigkeit: Aufsicht von Länd, besonderes Verständnis hierfür erwünscht. Off. u. O. M. 1088 bef. d. Exped. d. D. Forst Z., Neudamm.

In der Forstverwaltung des Landes-hofstaates Haina, Kreis Braunberg, Regierungsbezirk Cassel, sind die Stellen

zweiter Forstbetreuer

mit dem Amtssitz in Haina zum 1. Oktober d. Js. anberufen, und zwar zunächst probe-weise, zu besetzen. (1073)

Das Einkommen jeder Stelle beträgt nach Abkündigung dreier Militärjahre
a) im 4., 5. u. 6. Dienstjahre 900 Mk. Jahresvergütung,
b) im 7., 8. u. 9. Dienstjahre 1080 Mk. Jahresvergütung.

Außerdem freie Junggefelltenwohnung und jährlich 8 rm Brennholz gegen Zahlung des Dauerlohnes. Daneben besteht die Möglichkeit baldiger Anstellung im Forstschutzbienst.

Forstverorgungsberechtigte und Reserve-jäger der Klasse A, welche sich zu bewerben gewillt sind, müssen durchaus gesund und kräftig sein und ihre Meldungen nebst dem Ausweise über ihre Berechtigung, den Dienst- und Führungszeugnissen, ärztlichem Attest und einen selbstgeschriebenen Lebenslauf baldigst, spätestens aber bis zum 25. d. Mts., hierher einreichen.

Cassel, den 2. September 1912.

Der Landeshauptmann in Hessen.

Freiherr Riedesel.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines **Forstamts-schreibers** bei der städtischen Oberförsterei in Nienberg, Kr. Böhlan, soll zum 1. Oktober 1912 besetzt werden. Sie gewährt Diäten

— monatlich nachher —
von jährlich 1450 Mk.
Brennholz mit kosten-freiem Einschlage im Werte von 75 „

zusammen 1525 Mk.

Forstverorgungsberechtigte wol-len sich **sofort** unter Einreichung des Forstverorgungsscheines oder des Militärpases und der seither erlangten Dienst- und Führungszeugnisse schriftlich bei uns melden.

Die Anstellung geschieht gegen etimoniale Kündigung, der Rücktritt in den Staatsdienst steht frei.

Der Magistrat.

2 Hilfsjäger und 1 Heibeländer

für eine größere Herrschaft Schleifens gesucht. Bewerber, welche nicht Kandidat auf den Staatsdienst sind, wollen ihre Zeugnisse, Photographie und evtl. Empfehlungen unt. Nr. 1120 an die Expedition der Deutschen Forst- und Jagd-Zeitung, Neudamm, einbringen. Templiner Forstschüler erhalten den Vorzug.

Forstreferendar gesucht

zur freiw. Unterst. (1109) gluzen
Königl. Oberförster Aschoff, Hahn bei Wiesbaden.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streichband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Bezugs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 38.

Mendham, den 22. September 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Eichler in der Oberförsterei Rohrweide, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. Januar 1913 neu zu besetzen. Die Stelle liegt 11 km von der Stadt Schönlank. Evangelische und katholische Kirche und Schule in Eichler, 4 km. Jegiges Dienstland: 15,875 ha Acker, 2,638 ha Wiesen. Nutzungsgeld jährlich 223 M. Dienstaufwandsentschädigung 150 M. jährlich. **Meldesfrist 15. Oktober.**

Försterstelle Grammentin in der Oberförsterei Grammentin, Regierungsbezirk Stettin, ist zum 1. November 1912 zu besetzen.

Försterstelle Marienbrück in der Oberförsterei Lübbesee, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, ist zum 1. April 1913 zu besetzen.

Försterstelle Bietensee in der Oberförsterei Lübbesee, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen.

Neuere Erscheinungen und Strömungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft.

Vortrag, gehalten v. Geh. Reg.-R. Prof. Dr. Schwappach auf der Mitgliederversammlung des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands am 16. August 1912.

Nur zu spät! Alles befindet sich im Flusse! Dieser Satz kann als Lösung für unsere gesamten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse gelten.

Neue Ideen, Vorschläge, Erfindungen und Gebilde tauchen fortwährend, wie auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen

Lebens, so auch im Bereiche der Bodenkultur auf.

Bewegung ist Leben! In diesem Sinne muß der gegenwärtige Zustand trotz mancher unangenehmer Nebenerscheinungen und ungeachtet der unvermeidlichen Irrungen und Rückschläge doch als ein höchst erfreulicher bezeichnet werden.

Forstwissenschaft und Forstwirtschaft nehmen an dieser allgemeinen Bewegung lebhaften Anteil. Die idyllische Ruhe, in der sich der forstliche Betrieb noch bis vor nicht sehr langer Zeit vollzogen hat, ist einem hastenden Treiben nach Verbesserungen und nach Erzielung höherer Erträge gewichen, woran sich nicht nur die Waldbesitzer und Forstbeamten, sondern auch weite Kreise des öffentlichen Lebens nachdrücklich beteiligen. Das eigene wohlverstandene Interesse veranlaßt viele Privatwaldbesitzer, die Fortschritte und Verbesserungen der forstlichen Technik häufig viel rascher und energischer für sich nutzbar zu machen, als die aus verschiedenen Gründen sehr konservativ veranlagte Staatsforstverwaltung.

Wenn ich es unternehme, hier über neue Richtungen und Strömungen auf forstlichem Gebiete zu sprechen, so muß ich im voraus schon darauf hinweisen, daß der volle Beweis für die Wichtigkeit und praktische Durchführbarkeit dieser Ideen der Natur des forstlichen Betriebes gemäß vielfach noch nicht erbracht ist und bei verschiedenen Punkten erst nach langjährigen Beobachtungen und Versuchen geliefert werden kann. Ich bitte daher meine Ausführungen nur mit diesem Vorbehalt entgegenzunehmen und sie bei Übertragung auf die eigene Wirtschaft lediglich als Anregungen und Vorschläge für weitere Versuche, nicht aber als verbindliche Vorschriften und erprobte Rezepte zu betrachten.

Ich beginne mit der Frage der Umtriebszeit.

Es liegt mir ferne, Sie mit den Bestimmungsgründen der Umtriebszeit ermüden zu wollen. Ich beschränke mich vielmehr auf die Feststellung der Tatsache, daß man allgemein, auch in den Staatsforsten, von den übermäßig hohen Umtrieben, die in Wirklichkeit selbst heute noch nicht selten 150 und sogar mehr Jahre betragen, allmählich zu solchen herabgeht, die den Forderungen der Rentabilität und der Bodenreinertragslehre in ihrer gemäßigten, für die Anwendung in der Praxis allein geeigneten Form Rechnung tragen. Ob dieses grundsätzlich, wie in Sachsen, oder stillschweigend, aber tatsächlich, wie in den meisten anderen Staaten geschieht, vermag hieran nichts zu ändern.

Die Veranlassung zu einer Verkürzung der Umtriebszeiten liegt aber ebenso auf ökonomischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete.

Drahtischer können die ökonomischen Erfolge einer angemessenen Herabsetzung der Umtriebszeit nicht nachgewiesen werden, als es durch Forstmeister Voigt in seinem Vortrage über den großen Schweriner Waldbrand, dem 1700 ha Wald zum Opfer gefallen sind, auf der Versammlung des Märkischen Forstvereins im Winter 1912

geschehen ist. Er berechnet nämlich den Gewinn des Fiskus oder die dauernde Steigerung der Rente infolge des Wiedereinschlages für lange Jahre auf rund 60000 M. Wie günstig würde sich das Verhältnis erst stellen, wenn, wie es bei geordneter Abnützung doch geschieht, die Dichtungen und jungen Stangenhölzer nicht zerstört worden wären!

Um die hohen Umtriebe zu rechtfertigen, pflegt auf den Teuerungszuwachs, also auf das Steigen der Preise der gleichen Sortimente im Laufe der Zeit, hingewiesen zu werden.

Neuerdings wird nun mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß neben dem absoluten Teuerungszuwachs, der sich durch eine tatsächliche Steigerung des Holzwertes ergibt, auch der relative Teuerungszuwachs berücksichtigt werden muß, der eine Folge der Schwankungen des Geldwertes ist. Eingehende Untersuchungen, Vergleiche mit anderen Lebensverhältnissen, namentlich mit den Preisen der Lebensmittel zeigen, daß dieser relative Teuerungszuwachs beim Holze den absoluten bei weitem überwiegt, und daß namentlich bei den Starkhölzern von letzterem kaum gesprochen werden kann. So hat z. B. nach den Ermittlungen von Dietrich im Jahre 1888 der Preis der IV. Laugholzklasse bei der Nichte sich zu jenem der I. verhalten wie 1:2, 1904 aber hat sich dieses Verhältnis auf 1:1,3 ermäßigt. Der absolute Teuerungszuwachs, der bei der Umtriebsbestimmung allein berücksichtigt werden kann, trifft daher überwiegend die geringen und mittleren Sortimente und weist gebieterisch auf deren Angucht hin. Nadelholzstämmen von 1–1,5, ausnahmsweise bis 2 fm sind die Weltware, von deren nachhaltiger Erzeugung mit dem geringsten Kostenaufwand, also namentlich innerhalb der verhältnismäßig kürzesten Zeit, die Rentabilität der Forstwirtschaft in erster Linie bedingt wird.

Wenn man von einem höheren zu einem niedrigeren Umtriebe übergeht, so ergeben sich durch die Versilberung eines Teiles des Holzkapitals oft recht erhebliche außerordentliche Einnahmen, die von den Herren Finanzministern, staatlichen wie privaten, sehr gerne gesehen werden. Der vorsichtige Forstwirt fragt aber zunächst, ob es nicht nötig und wünschenswert ist, diese Mehrerträge in irgend einer Form für den forstlichen Betrieb selbst nutzbar zu machen. Hiermit kommen wir zur Frage des Reservefonds.

Ich teile in dieser Beziehung den Standpunkt Schilling's, der einem Reservefonds namentlich für Gemeinden mit großem Waldbesitz Bedeutung beimißt, da hier die Schuldentilgung keine wichtige Rolle spielt, indem für sie schon in anderer Weise Vorsorge getroffen ist, während

die Stetigkeit der Einnahmen sehr geschädigt wird, und Steuerzuschläge für außerordentliche Ausgaben, Verbesserungen usw. möglichst vermieden werden sollen.

In großen Privatwaldungen, namentlich bei Fideikommissen, kann ein solcher Reservefonds ebenfalls sehr wertvoll sein, wenn die Mehreinnahmen nicht zur Deckung hoch verzinslicher Schulden der Besitzer gebraucht werden.

Im Staate besitzt ein Forstreservefonds dagegen nur da Bedeutung, wo der Anteil der Hoheinnahmen aus dem Walde an den Gesamteinnahmen ein verhältnismäßig hoher ist. Dieses Verhältnis liegt z. B. in Württemberg und Weimar vor; dort betragen die Einnahmen aus den Forsten 11%, hier sogar 20% der Gesamteinnahmen. In Preußen werden Schwankungen in den Einnahmen aus den Forsten, die nur 4% der Gesamteinnahmen betragen, für die gesamte Finanzwirtschaft praktisch bedeutungslos. Für die Schaffung von Forstreserven wird hier zudem in anderer Form, hauptsächlich durch die ausgedehnten Edlandsaufkäufe, gesorgt.

Neben dem Gesichtspunkt der Rentabilität werden in neuester Zeit auch schwerwiegende Gründe wirtschaftlicher Natur gegen die zu hohen Umtriebe ins Feld geführt.

In hochaltem Beständen tritt vielfach Bodenverunfruchtung, Bodenverhärtung und Bildung von Trockentorf ein. Hohe Umtriebe sind in wirtschaftlicher Beziehung nichts weniger als konservativ. Sie führen zur Verschlechterung des Bodenzustandes, bedingen einen unverhältnismäßig hohen Prozentsatz an trockenem und faulem Holze und erschweren die Naturverjüngung durch den Rückgang der Samenzeugungsfähigkeit. Beachtenswert erscheint in dieser Richtung namentlich der Umstand, daß über derartige Mißstände gerade in jenen Gebieten schwer geklagt wird, in denen die Bedingungen für Naturverjüngung nach Standort und Zusammenlegung der Bestände am günstigsten liegen, nämlich im Schwarzwald, und zwar sowohl im badischen als auch württembergischen Anteil und im bayerischen Wald.

Wer mit offenen Augen den Wald durchwandert, erkennt ohne weiteres, daß die Naturverjüngung sich am leichtesten in mittelalten Beständen vollzieht, wo der Boden vermöge seiner Krümelstruktur und günstigen Beschaffenheit der Bodendecke am empfänglichsten ist, und der Bestand selbst die größten Mengen feimfähigen Samens erzeugt.

Wenn ich von Naturverjüngung spreche, so drängt sich sofort die Frage nach der besten Methode der Verjüngung und namentlich nach der Bedeutung des Blendersaumschlags in waldbaulicher Hinsicht auf.

Nach meiner Ansicht schickt sich auch hier „eines nicht für alle“. Der Blendersaumschlag steht ja dem schon seit etwa 30 Jahren in Bayern geübten Saumfemelschlage recht nahe, hat aber diesem gegenüber den für viele Holzarten sehr wesentlichen Fortschritt gemacht, die hohe Bedeutung und die Vorzüge der Hiebsrichtung N—S gegenüber der bisher vorherrschenden O—W nachzuweisen.

Für Fichte, Tanne und für Mischbestände dieser Arten unter sich und mit Buche leistet der Blendersaumschlag unter mittleren und günstigen Verhältnissen gewiß Vortreffliches, wovon ich mich in Gaiddorf selbst überzeugt habe. Hieraus folgt aber noch nicht, daß auch alle übrigen Holzarten nach dem gleichen System behandelt werden müssen und können. Buche und Eiche werden schon seit langer Zeit in anderen Formen mit bestem Erfolge verjüngt, die hierbei sich ergebenden Mißerfolge sind auf verschiedene Ursachen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, namentlich auch auf die zu große Ausdehnung der gleichzeitig in Betrieb genommenen Flächen zurückzuführen.

Am fraglichsten erscheint die Durchführbarkeit des Blendersaumschlags in den großen Kieferngebieten Nord- und Nordostdeutschlands. Nach allen bis jetzt vorliegenden Erfahrungen und Beobachtungen, namentlich auch nach den Ergebnissen der von mir seit nahezu 20 Jahren durchgeführten Versuche bezweifle ich die Erfolge des Hiebsfortschrittes von N nach S und die Möglichkeit, schließlich auf große Flächen Naturverjüngungen dieser Holzart zu erzielen. Vielleicht führen die von der preussischen Staatsforstverwaltung angeordneten Versuche zu einem andern Ergebnis. Solange aber dieser Nachweis nicht gelungen ist, muß ich einen ablehnenden Standpunkt hinsichtlich der Anwendbarkeit des Blendersaumschlags für die Kiefer im angegebenen Gebiete einnehmen.

Wagner geht meines Erachtens zu weit, wenn er in seinem neuesten Buche „Der Blendersaumschlag“ gestützt auf Mayer, behauptet, daß fast überall in Deutschland, in großen Zügen wenigstens, gleichartige klimatische und wirtschaftliche Voraussetzungen für den forstlichen Betrieb bestehen.

Auf Grund meiner langjährigen und recht umfangreichen Beobachtungen und Reisen innerhalb und außerhalb Deutschlands, sowie gestützt auf das nimmehr für die Beurteilung der Standortverhältnisse vorliegende Material muß ich nachdrücklich vor einem derartigen Generalisieren warnen. Wer kann z. B. behaupten, daß die Bedingungen des forstlichen Betriebes in den niederschlagsreichen fruchtbaren Moränengebieten Oberschwabens die gleichen sind wie in den regenarmen, zur Flugandbildung neigenden Teilen Westpreußens und Pommern!

Ich bin ein großer Freund der natürlichen Verjüngung, deren hohe wirtschaftliche Bedeutung ich voll und gerne anerkenne, aber der Forstmann darf die Methode der Verjüngung niemals als Sport betrachten, sondern muß die Sicherheit des Erfolges stets als oberstes Ziel im Auge behalten. Aus diesem Grunde wird die künstliche Verjüngung für unsere wichtigsten Holzarten: Kiefer, Fichte, noch lange wenigstens, vorherrschend bleiben.

Als sicherstes Mittel, die Aufgaben des forstlichen Betriebes zu lösen, wird in neuerer Zeit mit immer größerem Nachdruck der Mischwald gefordert.

Beim Vergleich der Leistungen des Mischwaldes mit jenen reiner Bestände ist ebenfalls sowohl die ökonomische als die wirtschaftliche Seite zu berücksichtigen.

In ersterer Hinsicht wird gewöhnlich behauptet, daß Massen- und Werterzeugung, wenigstens bei den am meisten in Betracht kommenden Nadelhölzern, im reinen Bestande größere seien als bei Mischung mit Laubholz.

Beim Vergleich normaler Bestände, namentlich auf Grundlage der Ertragsstufen, erscheint diese Behauptung wohl als begründet. Wenn man aber größere Gebiete, wenigstens solche mittleren und besseren Bodens, die doch vorwiegend für derartige Mischungen geeignet sind, betrachtet, stellt sich das Verhältnis doch tatsächlich vielfach so, daß der Mischbestand in der Gesamtwerterzeugung und häufig auch im Wert des Abtriebsertrages die größere Leistung aufzuweisen hat.

Bei intensiver Bestandespflege wird nämlich bei den Lichtholzarten, Kiefern sowohl als Eiche, in den mittleren Lebensaltern ein Punkt erreicht, von dem man sagen kann, daß die noch vorhandenen Stämme auf besserem Standorte die Produktionskraft des Bodens nicht mehr voll auszunutzen vermögen, sondern daß vielmehr die Wert- und Massenerzeugung durch Beimischung einer schattenertragenden Holzart in Verbindung mit dem Übergange zum Lichtungsbetriebe, also zu Formen des gemischten Waldes, steigen würde, abgesehen von der günstigen Einwirkung auf den Boden.

Aber auch die Fichte zeigt selbst im Gebirge, noch mehr aber im Hügelland und in der Ebene, Erscheinungen, die meist unter dem Namen „Wurzelsäule“ zusammengefaßt zu werden pflegen und in Verbindung mit den Wirkungen von Sturm und Schnee die Bestände durchlöchern und die Wachstumsleistungen erheblich herabdrücken. Auf die Verumpfungsercheinungen, die nicht nur im Norden, sondern auch in Deutschland weiter verbreitet sein dürften, als bisher angenommen wird, will ich nur hindeuten.

In Litauen erscheint es fast als ein glücklicher Zufall, wenn Fichtenbestände über das sechzigste Jahr hinaus geschlossen bleiben.

Während ich z. B. infolge des großen Nonnenstraßes nur eine einzige Versuchssfläche in Ostpreußen verloren habe, mußte ich im vorigen Jahre etwa ein Duzend Fichtenprobestflächen aufgeben, weil sie wegen Wurzelsäule und Windbruches nicht mehr als normal betrachtet werden konnten. Meist hatten sich schon andere Holzarten auf den Lücken von selbst eingefunden; die Natur weist also hier, entgegen unseren Wünschen, auf die Zweckmäßigkeit gemischter Bestände hin.

In wirtschaftlicher Beziehung besitzt der Mischwald den großen Vorzug der günstigen Beeinflussung des Bodenzustandes. Wie Albert neuerdings durch die Methode der biologisch-chemischen Untersuchung nachgewiesen hat, hatte z. B. der Boden eines mit Buchen unterbauten Kiefernbestandes ein Gärungsvermögen für wasserlösliche Kohlehydrate von 132, ein ungefähr gleichalter Kiefernbestand, sogar noch auf etwas besserer Bodenklasse, mit einer geschlossenen Beerkrautdecke dagegen nur ein solches von 46, also nur etwa von 30 %. Übereinstimmend hiermit betrug der Gesamtstickstoffvorrat des Bodens dort 3,7 %, hier dagegen nur 1,5 %.

Ein weiterer Vorzug des Mischwaldes besteht in der ungleichzeitigen Höhenentwicklung der verschiedenen Arten, wodurch namentlich die in der Jugend raschwüchsigen die Möglichkeit zur Ausbildung besserer Formen und eines stärkeren Zuwachses erhalten, als dies bei reinen Beständen der Fall ist, während die langsamwüchsigen zunächst den Boden decken und für Altfreinheit wirken, bis sie späterhin nach Eintritt lichter Stellung der zunächst vorwüchsigen Arten ebenfalls ein energischeres Wachstum entfalten.

Wenn ich mich nun der künstlichen Verjüngung zuwende, so erscheinen mir hier zwei Punkte besonders beachtenswert, nämlich Herkunft des Saatgutes und Pflanzmaterials einerseits und richtige Bemessung der Bestandesdichte andererseits.

Die Provenienzfrage ist während der letzten Jahre so eingehend behandelt worden, daß ich sie sehr kurz erledigen kann. Der Grundsatz, daß die zur Verwendung gelangenden Samereien und Pflanzen von Örtlichkeiten stammen sollen, deren klimatischen Verhältnisse mit jenen der Kulturfläche möglichst übereinstimmen, muß unter allen Umständen zur Durchführung gelangen. Man fehlt hiergegen, namentlich im Privatwald, nach zwei Richtungen. Sowohl aus falscher Sparsamkeit durch Ankauf von Samen aus zu weit entlegenen Gebieten als

auch durch zu ängstliche Auffassung des Begriffes „Wachstumsgebietes“.

Wenn z. B. belgischer Kiefern Samen in Hinterpommern zur Aussaat gelangt, so muß ich dieses Vorgehen, namentlich im Hinblick auf das vollständige Mißlingen der mit süddeutschem Samen in Livland ausgeführten Kulturen, als mindestens sehr bedenklich bezeichnen. Umgekehrt fehlt aber bis jetzt noch jeder einigermaßen zuverlässige Nachweis dafür, daß heßlicher Kiefern Samen für Brandenburg und Sachsen ungeeignet ist.

Für die hohe Bedeutung der Herkunft des Saatgutes bei der Fichte liegen die wertvollen Untersuchungen von Cieslar und Engler vor. In Deutschland wird diesem Punkte vorläufig noch sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl die Standorte, auf denen die Fichte angebaut wird, doch auch bei uns sehr erhebliche Verschiedenheiten aufweisen.

Über die individuelle Auslese, d. h. also über die Bedeutung der Beschaffenheit des Mutterbaumes für das Saatgut hat Federbauer neuerdings Untersuchungen für die Kiefer veröffentlicht.

Hieraus ergibt sich eine nicht unerhebliche Ungleichheit der Nachkommen verschiedener Individuen desselben Bestandes sowohl hinsichtlich der Raschwüchsigkeit als auch der Widerstandsfähigkeit gegen Schütte. So interessant aber diese Versuche sind, so vermögen sie, vorläufig wenigstens, uns im praktischen Betriebe wenig zu fördern, weil wir bei dem bedeutenden Samenbedarf keine Möglichkeit haben, eine Trennung zwischen den Zapfen verschiedener Individuen erfolgreich durchzuführen. Hierzu kommt noch weiter die schwerwiegende Tatsache, daß sich die individuellen Anlagen der Mutterbäume keineswegs auf alle Nachkommen vererben. So haben z. B. Pflanzen aus Samen von schwedischen, aber in Österreich erwachsenen Kiefern, unter Schütte erheblich gelitten.

Ich wende mich nun zu einem Punkte, der viel größere Bedeutung besitzt, als bisher angenommen wird; es ist dieses die Bestandesdichte im jugendlichen Alter.

Seit der Entwicklung des Kulturbetriebes geht das Streben der Forstbeamten dahin, möglichst pflanzenreiche Bestände zu begründen. Waghelnd ist hierfür das Bemühen, neben baldiger Deckung des Bodens trotz aller den Kulturen drohenden Gefahren, doch immerhin noch stamm- und massenreiche Bestände zu erzielen, die astreines und deshalb wertvolles Nutzholz liefern. Man hat es aber unterlassen, zu untersuchen, ob die biologischen und physiologischen Verhältnisse unserer Waldbäume die Erreichung dieses Zieles auf dem betretenen Wege gestatten.

Böhdanck und Schiffer haben zuerst den bisherigen Bann gebrochen und für die Fichte nachgewiesen, daß namentlich auf mittlerem und geringerem Boden Höhenwuchs, Massen- und Werterzeugung durch zu dichten Stand erheblich beeinträchtigt werde.

Die fortgesetzten Beobachtungen zeigen mir aber, daß die gleichen Vorgänge sich auch bei der Kiefer vollziehen.

Wer die Entwicklung der Kulturen und Dichtungen, die aus dichten Saaten und engen Pflanzungen auf armem Boden hervorgegangen sind, genau und vorurteilsfrei verfolgt, findet, daß sie bei guter Ausführung und den gerade auf geringem Boden meist nur schwach auftretenden Schütteschädigungen in den ersten Lebensjahren am besten aussehen, dann mit Eintritt des Schlusses im Wuche nachlassen, oft lange Jahre fast gänzlich stocken, ja sogar häufig abzustorben beginnen, bis es einer Anzahl kräftiger, aber nach ihrer Beschaffenheit meist unseren Wünschen keineswegs entsprechenden Individuen gelingt, die Oberhand zu gewinnen, so daß ein raumes, vorwiegend aus sperrigen Stämmen bestehendes Stangenholz entsteht. In anderen Fällen wächst ein geschlossener Bestand mit jammervoll gebildeten Krönchen gleichmäßig empor, schließt das Höhenwachstum frühzeitig ab und erreicht bei gewaltiger Stammzahl kaum Grubenholzstärke. Das Ergebnis dieses Entwicklungsangeses sind dann, bei der Kiefer ebenso wie bei der Fichte, verkrüppelte, kranke Bestände, die weder finanziell etwas leisten, noch auch die bei ihrer Gründung häufig in erster Linie erstrebte Aufgabe: Besserung des Bodens — zu erfüllen vermögen. Diese Erscheinung gewinnt deshalb besondere Bedeutung, weil sie bei den großen Oblandsaufforstungen des Ostens in geradezu bedrückender Weise hervortritt.

Eingehende vergleichende Untersuchungen und Beobachtungen führen zu dem Ergebnis, daß die Ursache der Wuchsstockungen und Erkrankungen bei der Kiefer ebenso wie bei der Fichte in der Unzulänglichkeit des Nährstoffkapitales, vor allem aber im Mangel an Wasser und Stickstoff zu suchen ist. Trametes radiciperda spielt bei den hier in Betracht kommenden Erscheinungen eine nebenjächliche Rolle, die hierdurch veranlaßten Erkrankungen verlaufen für sich und treten öfters zu den eben geschilderten Erscheinungen noch hinzu. Mit dem Mangel an Wasser und Stickstoff hängen wahrscheinlich auch noch Störungen der Bakterientätigkeit zusammen, die namentlich bei der Aufforstung längere Zeit öde gelegener Flächen in Betracht kommen, ebenso dort, wo seit langer Zeit schonungslose, intensive Streunutzung stattgefunden hat.

Diese Hungererscheinungen haben bei der Kiefer sowohl wie bei der Fichte eine erhebliche Verminderung des Blattvermögens zur Folge, so daß die einzelne Pflanze auch dann, wenn ihr wieder günstigere Wachstumsbedingungen geboten werden, diese nur unvollkommen und langsam auszunutzen vermag.

Abhilfe ist hier nur durch angemessene und rechtzeitige Verkleinerung der Pflanzenzahl möglich.

Bei der Fichte ist man deshalb schon auf weitere Verbände bei der Pflanzung zurückgegangen, auch bei der Kiefer werden neuerdings statt 6 kg Samen nur noch 2—3 kg verwendet, ebenso wird auch bei Odlandsaufforstungen die Pflanzenzahl gegen früher erheblich, etwa auf 10 000 Stüd für das Hektar, beschränkt.

Da namentlich bei der Kiefer wegen der Notwendigkeit eine baldige Deckung des Bodens zu erzielen und mit Rücksicht auf verschiedene den Kiefernkulturen drohenden Gefahren eine zu weit gehende Verminderung der Pflanzenzahl bei der Bestandesbegründung bedenklich erscheint, so muß möglichst frühzeitig, am besten schon, wenn die Kulturen anfangen sich zu schließen, eine künstliche Verminderung der Pflanzenzahl eintreten, falls man solche nicht durch die von mir empfohlene Beimischung von *Pinus rigida*, die von der Kiefer überwachsen und zum Absterben gebracht wird, von selbst erzielt. Weiterhin müssen möglichst frühzeitig beginnende und sehr energisch geführte Durchforstungen dem gleichen Zwecke dienen.

Diese Operationen liefern gleichzeitig ein ganz vortreffliches Mittel, den Wassergehalt des Bodens zu schützen und seinen Stickstoffvorrat zu erhöhen, wenn das geringwertige, hierbei anfallende Reisig, etwa von 5 cm abwärts, dessen Verwertung ohnehin kaum möglich ist, im Bestande liegen bleibt.

Die außerordentlich günstige und düngende Wirkung des Reisigs ist sowohl durch meine vergleichenden Düngungsversuche als auch durch die Wasserbestimmungen des Professors Albert festgestellt.

Die hierdurch entstehenden Kosten werden durch Verbesserung des Zuwachses reichlich aufgewogen und verzinst.

Die Furcht vor Erhöhung der Feuergefährdung ist unbegründet, wenn das Reisig längs der Gasse und öffentlichen Wege auf einem etwa 10 m breiten Streifen beseitigt wird, da es schon nach wenigen Monaten vermodert und dann infolge seines hohen Wassergehaltes eher vorteilhaft als gefährlich wirkt. Mit Rücksicht auf die Feuergefährdung empfiehlt es sich auch, derartige Länterungen bereits im Spätsommer und im Herbst auszuführen.

Der Einwand, daß auf diese Weise ästiges Holz erzogen wird, kann gar nicht in Betracht kommen, da er bei vorsichtiger Durchführung dieses Verfahrens keineswegs zutrifft und weil es sich in den meisten hier zu berücksichtigenden Fällen auch nur darum handelt, überhaupt Holz zu erziehen; als Grubenholz und schwaches Bauholz ist es jedenfalls noch zu verwenden. Außerdem sind Massen- und Werterzeugung selbst bei solchen energischen und frühzeitigen Eingriffen immer noch größer als bei den im Dichtstand erwachsenden Krüppelbeständen.

Diese Betrachtungen führen uns sofort auf das Gebiet der Bestandespflege.

Im Anschluß an die eben gemachten Ausführungen muß ich hervorheben, daß sich die Erkenntnis von der hohen Bedeutung frühzeitiger Bestandespflege für Massen- und Werterzeugung immer mehr Bahn bricht und diese, wenn auch erst in beschränktem Maße, in der Praxis ebenfalls zur Anwendung gelangt.

Neben der Beseitigung schlechtförmiger und kranker Stämme und der Erzielung einer gleichmäßigen Verteilung der gutwüchsigen Stämme durch Gruppenauflösung bildet bei den ersten Durchforstungen die Bewahrung eines angemessenen Blattvermögens die Hauptaufgabe. Die Ausdehnung der lebensfähigen und assimilierenden Krone steht in engster Beziehung zum Zuwachs. Die relative Kronenlänge, d. h. das Verhältnis zwischen Scheitelhöhe und Länge der mit Blättern besetzten Krone, soll nur allmählich sinken und im mittleren Lebensalter je nach Holzart immer noch etwa ein Drittel betragen. Dem Streben nach Astreinheit werden schwere und ungerechtfertigte Opfer gebracht, da uns die Stammanalysen der schönsten und wertvollsten Altholzstämme zeigen, daß sie ihre bedeutenden Abmessungen ebenfalls nur durch lebhafteres Wachstum in der Jugend, also auch infolge eines in dieser Lebensperiode vorhandenen reichlichen Blattvermögens, erreicht haben. Die Astreinheit ist zum größten Teil eine Folge der späterhin über die Aststumpfe abgelagerten Holzschichten.

Als zweiten wichtigen Gesichtspunkt auf dem Gebiete der Bestandespflege muß ich die Förderung des Stärkewachstums vom mittleren Lebensalter ab hervorheben. Zu diesem Zwecke sind die Durchforstungen kräftiger zu führen, als vielfach noch geschieht. Im Baumholzalter soll der herrschende Bestand tunlichst nur aus Stämmen mit guter Schaftform und normalen Kronen bestehen, die allseitig Raum zur freien Entwicklung besitzen.

Dieses Streben kann gelegentlich in reinen Beständen mit den Rücksichten auf Bodenpflege im Widerspruch stehen. Letzterem Ziele ist aber

auf andere Weise, namentlich durch Unterbau und Anzucht von Mischbeständen, Rechnung zu tragen. Der kahle Zwischenraum zwischen dem Boden und dem erst bei 20—25 m beginnenden Kronendache ist weder naturgemäß, noch der Bewahrung von Boden- und Luftfeuchtigkeit günstig. Das Ideal in dieser Beziehung bildet der ungleichaltrige Mischwald!

Der systematisch und richtig geleitete Durchforstungsbetrieb erscheint aber gleichzeitig auch am meisten geeignet, den in neuester Zeit immer mehr hervortretenden Forderungen nach Schönpflege im Walde Rechnung zu tragen.

Der Wald ist nicht ausschließlich eine „Holzfabrik“, sondern wird in fortwährend steigendem Maße auch als eine Stätte körperlicher Erholung, sowie hohen geistigen und ästhetischen Genusses betrachtet.

Die Schönheit der einzelnen Pflanze sowohl als auch der Pflanzengemeinschaften, zu denen der Wald ebenfalls zählt, besteht in der ihrer Natur entsprechenden Vollendung.

Zwischen Schönheit und objektiver Zweckmäßigkeit besteht aber kein Widerspruch, sondern Harmonie. Für den Wald insbesondere gilt das Wort unfreies Altmeisters König: „Ein Wald in seiner höchsten forstlichen Vollkommenheit ist auch in seinem schönsten Zustande.“

Die Tätigkeit des modernen Forstmannes muß vom Beginn der Bestandespflege bis zur durchgeführten Verjüngung darauf gerichtet sein, diesen Zustand herbeizuführen. Eine der wichtigsten Aufgaben besteht hierbei darin, den schönsten Bäumen zu normaler Kronenentwicklung zu verhelfen. Die erste Frage bei der Holzangewandtheit lautet nicht mehr: Wo steht der unterdrückte Stamm, sondern: Wo steht der schönste Stamm? Seine Bedürfnisse für die nächste Zeit entscheiden darüber, was in seiner Nähe der Art versallen muß. Durch die Stärke des Ausstiebs werden Form und Ausmaß von Schaft und Krone wohl geregelt.

Der Schaft wird durch sachgemäße Auflösung der Gruppen zu energischem Wachstum veranlaßt und erregt durch seine Stärke den Eindruck, daß er sicher und mühelos das Laubdach zu tragen vermag. Nur starke Durchforstungen sind imstande, den natürlichen Anforderungen der Schönheit Geltung zu verschaffen.

Der Unterstand wird erhalten oder rechtzeitig begründet; an geeigneten Stellen, an Wegböschungen, auf Geröllpartien usw. findet auch das vielfach so verachtete Strauchwerk eine passende Stelle.

Das Laubdach des zweistöckigen Hochwaldes soll keineswegs so dicht sein, daß kein belebender, wärmender Sonnenstrahl den Boden trifft und stellenweise einen Blumenteppich hervorrast.

Im Gegenteil, das Sonnenlicht macht uns keine Beklemmungen, und in vielen Forstunkräutern begrüßen wir die Zeugen einer vorzüglichen Beschaffenheit des Bodens.

Das Unterholz wirkt zunächst als solches auch dann, wenn es an und für sich von unschöner Form ist, durch seinen Kontrast und läßt so das Oberholz in seiner kraftvollen Schönheit und in seinem Ebenmaß erst recht in Erscheinung treten, sodann aber auch durch seine Farbentöne, namentlich im Frühjahr und Herbst; es bewahrt dem Walde den Charakter des Natürlichen, Unverkünstelten, und bietet schließlich Unterschlupf und Brutstätte für unsere freibütenden Laubsänger.

Während der „schulgerechte Hochwald“ in seinen heute noch vorwiegend vertretenen Formen häufig das ästhetische Gefühl auf Schritt und Tritt verletzt und höchstens den Eindruck „handwerksmäßiger Leistung“ erweckt, werden unter der zielbewußten Leitung des fortgeschrittenen Wirtschafters die in der Natur tätigen, aufbauenden Kräfte in höhere Bahnen gelenkt, so daß das Ergebnis in der Tat zu einer Kunstleistung sich gestaltet!

Der Obstbau am Forsthaufe.

Zu den in Nr. 19 Seite 383 Band 27 der „Deutschen Forst-Zeitung“ von Herrn Revierförster Weher zu diesem Gegenstande veröffentlichten Anregungen liegen folgende Äußerungen vor. (*).

Wohl keinem Zweige der Landwirtschaft wird seitens der Regierung, einzelner Privatpersonen

*) Nachstehender Artikel befand sich bereits seit Februar d. Js. bei der Schriftleitung dieses Blattes; er ist also früher geschrieben, als der Artikel des Herrn Weher. Durch ein Mißgeschick ist er nicht früher veröffentlicht. Da der Artikel des Herrn Weher aber nun unterdessen erschienen ist, nehme ich durch Ergänzung auf diese Arbeit Bezug.

u. a., denen das Wohl der Mit- und Nachwelt am Herzen liegt, so viel Interesse entgegengebracht, als der Obstkultur. Lehrturle, Ermäßigung beim Bezuge von Obstbäumen und Verteilung von Brämien sollen dazu anspornen, Lust und Liebe zu erwecken. Viele Vereine zeugen von dem Bestreben, durch den Obstbau auch dem gering bemittelten Manne, der nur über einen kleinen Grundbesitz verfügt, eine Einnahme zu beschaffen, nützliche Schriften über diesen Gegenstand verschaffen, Aufklärung, und trotzdem findet man, daß, namentlich für die Forstbeamten, in dieser Hinsicht noch nicht genug getan wird. Wenn neuerdings der Bezug aus einzelnen forstlichen Pflanzgärten durch unentgeltliche Abgabe von Obstbäumen

et was mehr ermöglicht wurde, so hat doch der geringste Teil der Beamten hiervon einen Vorteil, da eben der Vorrat den Bedarf lange nicht deckt. Es gibt viele Forsthäuser, in deren Umgebung kaum ein Obstbaum zu erblicken ist, und sind welche vorhanden, so befinden sie sich häufig im Absterben. „In eine Erneuerung bzw. Ergänzung wird selten gedacht, da sich mancher sagt: ich bleibe voraussichtlich nicht lange hier, wozu soll ich mein Geld ausgeben, da ich doch eine Entschädigung kaum dafür erhalte? Welche Bedeutung Obst im Haushalt hat, weiß jeder, am besten die Hausfrau, und deshalb wäre es Pflicht des einzelnen, dem auch nur ein kleines Stückchen Land zur Verfügung steht, etwas durch Anpflanzung zu tun und den Spruch zu beherzigen: „Auf den kleinsten Raum pflanz' einen Baum, und pflege sein, er bringt dir's ein.“ Nun gibt es Menschen, die das, was sie nicht tun mögen oder für das sie kein Interesse haben, mit Entschuldigungen abtun wollen, so sagt z. B. der eine: Das Klima ist hier zu rau und kalt, der andere meint, er habe keine Erfahrungen im Obstbau, der Dritte sagt: Warum soll ich für meinen Nachfolger Geld ausgeben, usw.

Ich möchte behaupten, für jedes noch so rauhe Klima unseres Vaterlandes gibt es geeignete Obstsorten, welche so spät blühen, daß die Spätfrostgefahr vorüber ist; gerade in Höhenlagen ist der Obstterrag meistens sicherer, da die Frostgefahr durch bessere Luftbewegung nicht so bedeutend ist. Wer kein Verständnis für die Sache hat, und wem Erfahrungen mangeln, findet leicht Aufklärung und Belehrung durch ein geeignetes Buch, deren es viele gibt und welche häufig angeboten werden, so daß jeder ohne weitere Anleitung sich zurechtfindet.

Der dritte Entschuldigungsgrund ist, menschlich betrachtet, milder zu beurteilen, da etwas Egoismus jedem anhaftet. Nach den bestehenden Bestimmungen der Vorschriften über die Auseinanderlegung zwischen dem anziehenden und dem abziehenden Forstbeamten vom 11. März 1901 hat der Anziehende dem Abziehenden für gesunde Obstbäume, die innerhalb der letzten fünf Jahre nach wirtschaftlichen Grundsätzen gepflanzt sind, die nachgewiesenen Ankaufs- und Pflanzungskosten zu vergüten.

Diese Kosten betragen nun nach meinen eigenen Erfahrungen, nachdem der Baum gepflanzt ist, 3 M. Der Wertzuwachs beträgt pro Stück und Jahr 1 M., dem stehen aber wieder gegenüber die Kosten für Pflage und Unterhaltung des Baumes. Nach einer Pflanzzeit von zehn Jahren z. B. sind die Anlagekosten noch nicht gedeckt, da ein Hochstamm — Fern- und Wuchsbäume tragen früher — in dieser Zeit noch keinen oder gar nicht in Betracht zu ziehenden Ertrag abgeworfen hat. Da nun der Anziehende nach fünf Jahren zu einer Entschädigung nicht mehr verpflichtet ist — er wird sich zur Baumpflanzung daher wohl in den seltensten Fällen verstehen —, so gehen dem Forstbeamten, der mit Lust und Liebe Bäume am Forsthaus angepflanzt hat, die Anschaffungs-, Pflanzungs- und Unterhaltungskosten verloren. Er aber das Glück hat, auf einer zutragenden Stelle so lange zu sein, bis er in den Genuß

des Ertrages seiner angepflanzten Obstbäume gelangt, erlebt viel Freude und wird eher auf seiner Stelle verbleiben, als ein anderer, dem es nicht schwer fällt, die lahle, öde Umgebung seiner bisherigen Wohnstätte zu verlassen. Freude aber empfindet jeder, wenn er auf einer übernommenen Stelle Obstpflanzungen vorfindet, und wird seinem Vorgänger dankbar sein.

Da die Forstbehörde genehmigt hat, Obstbäume auf forstfiskalische Kosten zur Verschönerung der Umgebung der Forstdienstgehöfte anzupflanzen, wäre es wohl möglich, auch hier weiter fördernd zu wirken. In jeder Oberförsterei findet sich wohl ein Beamter, welcher Interesse am Obstbau hat. Wenn diesem Gelegenheit gegeben würde, kostenlos an einem Obstbaufursus teilzunehmen, damit er im Anschluß daran belehrend auf seine Kollegen durch Rat und Tat einwirken könnte, so würde auch dadurch der Obstbau wesentlich gefördert werden. Wird in dieser Beziehung noch weiter gegangen und für eine oder mehrere Oberförstereien zusammen an geeigneter Stelle eine kleine Baumschule — 1 a Größe genügt — angelegt und nach dem Gutachten der Revierverwalter jeder Stelle kostenlos die zur Bepflanzung der Dienstländereien in der Nähe der Forstgehöfte und der Gärten notwendigen Bäume abgegeben, so würde wohl der Segen, der hierdurch entstände, kein geringer sein. Der betreffende Forstbeamte, der freiwillig die Pflege der kleinen Baumschule übernehme, würde die Arbeiten, als Verebeln und Beschneiden, die ungeübten Arbeitern nicht übertragen werden können, ganz gern ausführen. Der Verwaltung könnten hierdurch nur ganz geringe Kosten erwachsen, unter Umständen eine Einnahme, da die überzähligen Bäume in der Gegend an Privatabnehmer leicht verkäuflich wären.

G o n d r i n g - Büschfeld.

II.

Mit den vom Kollegen Weyer in Nr. 19 Seite 387 der „Deutschen Forst-Zeitung“ erfolgten Anregungen, soweit diese die Förderung der Obstbaumpflanzung auf den Forstdienstgehöften im Auge haben, wird gewiß jeder einverstanden sein. Eine sehr wesentliche Begünstigung würde die Angelegenheit dadurch erfahren, wenn den Forstbeamten die Teilnahme an Obstbaulehrgängen in größerem Umfange erleichtert würde; vielleicht in dem gleichen Maße, wie dies schon längere Zeit bei den Landlehrern geschieht. Die Teilnehmer dieser Lehrgänge müßten dann Gelegenheit nehmen, ihre Erfahrungen durch Vorträge und Vorführungen in den Gruppenversammlungen dem Kollegenkreise zugänglich zu machen. In dieser Weise könnte also auch das Förstervereinsleben auf die Förderung des Obstbaues fruchtbringend wirken.

Mit dem Vorschlage des Kollegen Weyer, von den Kosten für die Begründung und Ergänzung der Anlagen 3½ % dem Nutzungsgelde zuzuschlagen, kann ich mich nicht bestreuen. Ich halte dies für sehr umständlich, weil dabei zu häufig eine Änderung des Nutzungsgeldes erforderlich würde, was eine erhebliche Vermehrung des Schreibwerks beim Etats- und Rechnungswesen zur Folge hätte.

Ich möchte einem Vorschlage das Wort reden, bei dessen Durchführung die Unständlichkeiten in Fortfall kommen. Die Kosten für Obstbaumanlagen, bzw. deren Ergänzungen könnten, wie alle anderen Anpflanzungen, in einem besonderen Kapitel des Kulturplanes veranschlagt und auf die Staatskasse verrechnet werden. Wenn dabei weiter vorgeesehen wird, daß die erforderlichen Stämmchen in einem geeigneten Pflanzgarten der Oberförsterei erzogen werden, so können die Anschaffungs- und Pflanzkosten tatsächlich nicht sehr große sein. Bei diesem Verfahren würden auch die oft recht unliebsamen Weiterungen beim Stellenwechsel zwischen Vorgänger und Nachfolger ebenfalls vermieden und die häufige Änderung des Nutzungsgeldes wäre dabei nicht erforderlich.

Zugegeben muß bei diesem Vorschlage allerdings werden, daß dabei den Vorgesetzten Gelegenheit gegeben würde, sich mit einer rein wirtschaftlichen Angelegenheit des betreffenden Nutznießers zu befassen. Anzunehmen ist aber, daß diese Bedenken von den anderen Vorteilen, die damit verbunden sind, gänzlich überwogen werden.

S i m o n - Zoppot.

III.

Bei Übernahme meiner jetzigen Stelle vor acht Jahren waren an Obstbäumen vorhanden: ein Kirschbaum, der bald umgepfropft wurde, acht Zwetschenbäume und vier Apfelbäume, geringwertige Sorten, die ich bald auch umpfropfte, außerdem zehn Stämme Goldparmänen und zwanzig Stämme Mostobst, hier Biezäpfel genannt, die ein Jahr gepflanzt waren und die ich also meinem Vorgänger bezahlen mußte. Ich pflanzte nun in drei Jahren auf dem Dienstlande: neunzehn Apfel-Hochstämme, Wirtschaftsobst, sechs Apfel- und vier Birnbäume, Mostobst, einen Nußbaum, zwei Quitten, zwei Sauerkirichen, zwölf Zwetschen, sieben Mirabellen und Pflaumen, im ganzen also 53 Bäume, die 159 \mathcal{M} gekostet haben. In einen neu angelegten Garten setzte ich noch zehn Pyramiden-Birnen, vier Apfel- und zwei Birnen-Spalier = 16 Stück mit 64 \mathcal{M} Kosten und sechs Apfel-Kordons mit 12 \mathcal{M} Kosten, zusammen also 75 Stück mit 235 \mathcal{M} Kosten.

Zur Berechnung will ich nur die übernommenen und gepflanzten Hochstämme und Pyramiden in Betracht ziehen. Es sind dies 69 Stück, welche 217 \mathcal{M} gekostet haben. Diese haben voriges Jahr zum Teil zum erstenmal getragen und nach dem Ortspreis für 31 \mathcal{M} Obst gebracht. Dieses Jahr werden sie schätzungsweise für 50 \mathcal{M} liefern. Nehme ich nun an, daß die Bäume alle zwei Jahre von jetzt ab eine Mittelernte bringen, so werden sie unter Berücksichtigung des Zuwachses in vier Jahren die Ausgaben gedeckt haben; dann sind die Bäume zwölf Jahre gepflanzt. Die Kapitalzinsen, Kosten für Weiden, Graben und Düngen sind dabei noch nicht berechnet.

Hieraus geht hervor, daß ein Förster, der nicht bestimmt weiß, daß er auf der Stelle länger wie zwölf Jahre bleibt, keine Bäume pflanzen kann,

wenn er auf eine Rentabilität rechnen will. Der Nachfolger, welcher die Bäume ohne jede Beschädigung übernimmt, tritt in meinem Falle gleich in den Genuß einer Extra-Einnahme von etwa 100 \mathcal{M} , die die Bäume bei der ersten Ernte liefern. Der Wert der Bäume steigert sich durch den Zuwachs alle zwei Jahre um etwa ein Fünftel; die Einnahme beträgt also in den nächsten zehn Jahren 120 — 144 — 173 — 208 — 250 \mathcal{M} usw., bis die Bäume ihre volle Ertragsfähigkeit erreicht haben. Entgegen diesem Gewinn hatte der Vorgänger 217 \mathcal{M} angelegt, sodann zwölf weitere Jahre Arbeitskosten und Arbeit, aber keinerlei Gewinn; bei Belegung vor dem zwölften Jahre hätte er auch noch sein angelegtes Geld verloren. Die Bestimmung, daß nach fünf Jahren der Nachfolger nichts mehr zu bezahlen braucht, ist also wohl unhaltbar, nach zwölf Jahren müßte aber noch der verauslagte volle Betrag vergütet werden. Geht der Förster aber wirklich erst mit zwölf Jahren von der Stelle weg, so hat er das wenig ermutigende Bewußtsein, daß er sich die ganze Zeit für Nichts geplagt hat; hingegen hat er die Dienststelle ganz bedeutend, ja dauernd verbessert und dem Nachfolger höhere Einnahmen geschaffen.

Bei den staatlichen Weinbergsanlagen an der Mosel und Saar werden große Obstanlagen auf Staatskosten auf dem Pachtlande der Weinbergverwaltung ausgeführt, dabei wird der Gärtner und Lieferant verpflichtet, zehn Jahre für das Gedeihen zu garantieren. Das könnte doch bei der Forstverwaltung ebenso geschehen. Die Forstbeamten würden der Regierung gewiß auch dann noch sehr dankbar sein, wenn sie die Anlagelkosten mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinzen müßten. Auf diesem Wege könnten, ohne daß der Staat unverzinstes Geld anlegt, viele Dienststellen dauernd verbessert und würde auch viel Obst mehr erzeugt werden.

In den Provinzial-Obstbauschulen hier werden alljährlich unentgeltlich Obstbaufürse abgehalten, und zwar in der Weise, daß in jeder Jahreszeit an vier-Nachmittagen theoretisch und praktisch das Gelehrte wird, was in diese Zeit fällt: im Herbst das Pflanzen, im Frühjahr das Beschneiden, Veredeln und Umpfropfen, im Sommer der Sommerchnitt, Bekämpfung der Schädlinge, Ernte, Aufbewahrung und Verwertung des Obstes usw. Diese Kurse müßte jeder Förster, auf dessen Dienstland sich eine Obstanlage befindet oder zweckmäßig angelegt werden kann, einmal mitmachen. Selbstverständlich müßten ihm die geringen Kosten an Fahrgeld und Verzehr ersetzt werden.

Der Obstbau liegt in vielen Gegenden unserer Monarchie noch sehr im Argen, namentlich in den Waldgebieten; aber gerade da könnte der Obstbau noch sehr ausgedehnt werden. In solchen Gegenden sind nun die Förster die, welche am meisten zu wirken und dadurch für Staat, Gemeinden und Bevölkerung großen Nutzen zu schaffen. Gut, wenn sie dazu auch instand gesetzt würden. Hees-Ordn.

Mitteilungen.

— **Nonnentod!** Schon im Vorjahre berichtete ich in den Spalten unserer geschätzten „Deutschen Forst-Zeitung“ über einen erheblichen Nonnenstau, u. a. in einer sechs- bis siebenjährigen Kiefernkultur, und dessen Bekämpfung durch Ablesen der Raupen. Letzteres war zwar erfolgreich, aber auch erheblich teuer. — Der der Entwicklung der Insekten überaus günstige trodene Sommer des Vorjahres hat sicher auch noch zur Vermehrung der so schon sehr fruchtbaren Nonne mit beigetragen, so daß dieses Insekt in der Hochauer Gegend und Umgebung zu einer Landplage geworden ist. — Überall, auf stundenweite Entfernungen, hat die Raupe der Nonne in diesem Frühjahr die Kieferbestände gezeichnet, und sind es namentlich Kieferstangenholzer, welche ihre durchfressenen Kronen — ein trauriger Anblick — gen Himmel reden. Zur Zeit des Hauptfluges, etwa 5. Juni bis 10. Juli, verursachte der massenhaft fallende und lagernde Raupenstau einen solchen penetranten Geruch, und die befallenen Bestände waren zuletzt mit einer solchen Menge Gespinnstfäden und schaukelnden Raupen durchzogen, daß es eine Wohltat für den revidierenden Beamten war, wenn er diese traurigen Stätten verlassen konnte. Leider hat die Untersuchung der Raupen ergeben, daß sie gesund sind, und es steht deshalb ein noch stärkerer Fraß für nächstes Jahr in Aussicht. — Die sonst dem Forstbeamten so behilflichen Zehneumoniden sah man fast gar nicht, etwas mehr zeigten sich Grab- und Mordwespen, und nur der Puppenräuber (*Calosoma sycophanta*) und seine Larve machten sich in größerer Menge günstig bemerkbar. Ein Glück für die hiesige Gegend ist es, daß in der Hauptkaste nur Kieferbestände den Boden bestocken, da diese im Vergleich zur Fichte doch bedeutend widerstandsfähiger sind, den Fraß der Nonne leichter überwinden und die befallenen Bestände von der Nonne für das folgende Jahr anscheinend instinktmäßig nicht so stark mit Eiern belegt werden. — Ungleich stärker leiden aber befallene junge Kiefernkulturen, und die Raupe der Nonne ist sehr wohl imstande, diese vollständig zu vernichten. Ein untätiges Zusehen ist deshalb nicht angebracht, und wir haben in der Vorderlaiser Brüche ein Mittel, welches den Titel dieses Berichtes sehr wohl verdient. — Festigen Wunden wohl war es zuzuschreiben, daß eine an stark befallenes bäuerliches Stangenholz angrenzende ein- und dreijährige Kiefernstreifenhecke von den Raupen der Nonne plötzlich so stark beletzt war (Fraßherd), daß die Kulturen zum Teil verloren erwichen. Es wurde deshalb sofort eine 5 % Kupfer- mit 2 % Kalkbrühe gemischt und diese auf die befallenen Kulturen gesprüht. Viele Nonnenraupen fielen alsbald, wohl hauptsächlich durch die mit Lustdruck aufgetragene Brühe, von den Pflanzen ab, suchten das Weiße oder wanderten wieder den Pflanzen

zu. Zuerst ein Hin- und Herkriechen auf den mit der Brühe beschmutzten Pflanzen, ließ diese Bewegung allmählich nach, und die Raupen verharrten in Untätigkeit. — Betrachtete man sie mit der Lupe, so war unschwer festzustellen, daß die stark behaarte Raupe zwar auf jedem Härchen ein Tröpfchen Brühe sitzen hatte, diese aber, selbst wenn man die Raupe mehrmals in die Kupferbrühe untertauchte, den eigentlichen Körper der Raupe nicht berührte und somit einen nachteiligen oder tödlichen Einfluß nicht ausüben konnte. Dagegen hatte die Raupe eine nicht geschützte, stark verwundbare Bauchseite und Mundhöhle. — Diese waren durch das Kriechen auf den Nadeln sehr stark beschmutzt, und ich beobachtete ein mechanisches Bewegen der Fraßwerkzeuge, was einem Eindringen der stark giftigen Brühe nur förderlich sein konnte. — In den folgenden Tagen sah ich einzelne Raupen, wahrscheinlich aus Hunger, die mit Kupferhäutchen versehenen Nadeln befraßen, fand aber auch in kurzer Zeit eine große Anzahl toter Raupen. Den Raupen war durch die Kupferbrühe das Fraßen vollständig verweigert worden, und sie gingen nach und nach alle zugrunde. Die starkprozentige Brühe schadet den Pflanzen nicht, wohl aber ist sie ein absolut sicheres Mittel, befallene junge Kulturen gegen Nonnenschaden zu schützen. 6,413 ha Kiefernkulturen wurden mit 5 % iger Vorderlaiser Brühe unter Verwendung von 95 kg Kupfervitriol und 38 kg Kalk besprüht mit einem Kostenaufwand (erstl. Kupfervitriol und Kalk) von 50 Mk. Vom Nonnenfraß ist auf den besprühten Kulturen kaum noch eine Spur zu finden, und selbst die etwa 0,5 ha große Fraßherdstelle bedeckt sich mit dem frischen Grün der ausgetriebenen jungen Nadeln.

H. Schwarzburg, im Juli 1912.

Stred.

— **Vernichtung der Buchenmast im Harz durch den Buchenspringgrüßelkäfer.** Der Buchenspringgrüßelkäfer (*Orchestes fagi*), der in diesem Jahre auch in den Buchenwäldungen des Harzes in ungeheuren Mengen auftrat, soll nach vorliegenden Berichten die diesjährige Bollmast dadurch vernichtet haben, daß er die Fruchtkapsel anfraß und so beschädigte, daß die darin befindlichen Samen sich nur zu tauben Früchten entwickeln konnten.

— **Sturmschäden.** Die heftigen Stürme der letzten Tage haben in den Forsten recht erheblichen Schaden angerichtet. Namentlich im Sauerlande sind auf vielen Stellen ganze Strecken Waldes vom Winde geworfen oder gebrochen worden und gewähren beim Durchwandern einen trostlosen Anblick.

Berichte.

25. Versammlung des württembergischen Forstvereins

vom 24. bis 26. Juni 1912 in Tübingen.

Die Jubiläumsversammlung in der alten Mäusenstadt hatte eine große Zahl von Grünröden zusammengeführt.

Bei strömendem Regen erläuterte am ersten Nachmittag Professor Dr. von Bühler seine Versuche im neuen Forstgarten der Versuchsanstalt im Staatswald Großholz, Bezirk Gomaringen, u. a.: Samenherkunft, Pflanzzeit, Bewässerung von Laub und Nadeln, Einfluß der Bodenarten und Exposition, verschiedene Korngröße des Saatguts, Siderwasserfarnern, Düngung, Ortsteinbildung, Wachstum ausländischer Holzarten.

Die Tagesexkursion am 25. Juni führte in den Schönbuchbezirk Eutingen. Meereshöhe zwischen 380 und 570 m; fast durchweg Keuperformation und arme Böden; sehr durchschnittenes Gelände mit rasch wechselnder Bodengüte. Die Störung des Altersklassenverhältnisses durch den Schneeeindruck 1886 bedingt langsamere Abnutzung der Altholzbestände. bei 1440 ha ertragsfähiger Staatswaldfläche nur 4400 fm Gesamtnutzung. Angestrebt werden mäßigkeitsreiche Mischholzbestände mit der sich natürlich verjüngenden Buche als Grundbestand. Diesen Zielen nachstrebende Bestandesbilder sahen wir denn auch in reicher Abwechselung, z. B. einen 80jährigen Bestand aus 0,5 Eichen und 0,5 Buchen (natürlich gegründet), Eichenstodsaaten unter Buchenschuttbestand, Eichen- und Buchenstangenhölzer verschiedenen Alters; in Lösserhieben erreichter Eichen- und Buchenjüngwuchs; daneben Fichtenisaaten und -pflanzungen, z. T. auf den alten Schneeeindruckflächen; vielfach im Laubholz Nadelholzbeimischung durch Anflug von den Seiten. Vor der Jagdhütte des Königs wurde ein einfaches Frühstück eingenommen.

Um 4 Uhr Festessen im Museum, abends Familienabend und Tanz mit der Tübinger Gesellschaft.

Der Verhandlungstag am 26. Juni brachte uns drei Vorträge, welche im folgenden kurz skizziert werden sollen. Nach begrüßenden, auf die Geschichte des Vereins zurückblickenden Worten des Vorsitzenden erhielt als erster Redner das Wort Prof. Dr. von Bühler: „Aus der Geschichte Schönbuchs“ erzählte er zunächst von den topographischen Verhältnissen (meist Verwitterungsprodukte des Keupers, nur wenig schwarzer Jura); dann geht er auf den Namen „Schönbuch“ näher ein: 1187 heißt unser Wald „Scainbuch“; 1191/1262 „Schainbuch“; 1304 „Schaienbuch“; 1553 „Schonbuch“; 1614 „Schönbuch“. Also abzuleiten von „Scain“ und „Buch“. Einen Schaidhof und Schaidbach gibt's noch heute: also der Schaidwald, Wald an der Schaid(h). Die Rechts- und Eigentumsverhältnisse am Schönbuch sind aufs engste verknüpft mit der Geschichte der Pfalzgrafen von Tübingen (seit Ende 1100) und des Klosters Bebenhausen (dreizehntes Jahrhundert). 1310 erhält die Reichsstadt Reutlingen ein Beholzungsrecht. Die Tübinger Grafen behalten sich „die Gundelege“ in Bebenhausen und das Gejaide vor.

1817 geht der Wald an den Staat über, der Anteil des Klosters kommt zum allgemeinen Kirchengut. Alle umliegenden Gemeinden hatten Nutzungsrechte (meist gegen Entschädigung in Geld und Naturalien). Im Vertrag mit Reutlingen (1310) werden einzelne Holzarten genannt: „rechter Hau“ — solche, die Stodausschläge treiben. Nadelholz zunächst nirgends erwähnt; Forchtensaaten erst nach dem 30jährigen Krieg. Schutz des Nadelholzes in den „Bannwaldungen“; „Ebelholz“ solle nicht zu Brennholz verbraucht werden. „Forstordnungen“, besondere „Schönbuchordnungen“ ergeben 1553, 1581, 1583, 1590; Wiederansamung verödeter Plätze durch Frombienstee der umliegenden Orte: jeder junge Ehemann solle zwei bis drei Eichen setzen u. ä. Nachhaltigkeit der Nutzung, regelmäßige Nutzung, natürliche und künstliche Verjüngung, Reinigung, Durchforstungen, Pflanzungen werden bestimmt — neben der Weidenutzung und dem großen Wildstand! Zentralbehörde war die „Rentkammer“, Beamte die „Forstmeister“ und „Amtleute“. Einteilung in „Guten“ mit „Forstnechten“. 1806 wird ein Forstamt für den Schönbuch errichtet; 1822 nach Bebenhausen verlegt, 1892 bis 1902 in Tübingen. Nach Mitteilung über Jagd und Wild („Dianensfeste“ mit großem eingestellten Jagen) schließt Redner mit dem Hinweis, daß durch aller Zeiten Wandlungen der Schönbuch der streng geschlossene Forst geblieben sei.

Der zweite Redner, Forstmeister Rüst-Tübingen, behandelte „die Wirtschaft im Schönbuch in den letzten 100 Jahren mit besonderer Berücksichtigung des Forstbezirks Eutingen.“ Er beginnt mit Darlegung der Verhältnisse vor 100 Jahren. Der Schönbuch war reiner Laubwald mit bedeutendem Eichenvorrat. Die Holzvorräte gehen später zurück infolge der vielen Berechtigungen und des großen Wildstandes. (Bauholz-, Brennholz-, Weide- und Streurechte). Die alten Flächenverzeichnisse unterscheiden Viehweiden, Hoch- und Nieder- (Mittelwaldungen) Waldungen mit kurzem Umtrieb von 20 bis 40 Jahren. 1822 werden alle Gerechtigkeiten abgelöst: jetzt Beginn der geregelten Wirtschaft mit Aufzucht der Weideflächen durch Forchen- und Fichtenisaat unter Schuttbestand. 1846 Pflanzung mit Saatschulppflanzen. Die anfänglich stark bevorzugte Fichte wird seit 1850 durch Forchtenisaat mehr verdrängt (Fichte sei als Bauholz zu schlecht!) Kahlschläge in Buchen mit Stodrodung, darauf in Stufen Einsaat von 15 kg Forchen, 4,5 kg Fichten, 1,5 kg Lärchen auf das Hektar. Bessere Böden für Eichen und Buchen vorzubehalten. Von 1860 an keine natürliche Laubholzverjüngung mehr; 1886: 55 % der Fläche Nadelholz. Die Nutzung war gestiegen von 1822 an von 1 fm auf das Jahr und Hektar bis auf 3,1 fm heute. Der bekannte Schneeeindruck vom Dezember 1886 verhalf dem Laubholz wieder zur Geltung, wie niedergedrückt von schwerer Masse lagen die reinen Forchenhölzer zu Boden. Mit Laubholz gemischte und unterstandene Orte hielten sich besser und erholten sich auch meist wieder. In elf Jahren

wurden verpflanzt auf Schneedrucklöchern: 2 400 000 Fichten und 600 000 Föhren, sämtlich im Bezirk selbst gezogen. Jetzt soll der Bezirk wieder mehr dem Laubholz gewidmet sein. Auch für das Wild (Hofjagdgebiet des Königs!) bietet ja Laubholz mehr natürliche Nahrung; besonders aber aus Gründen des Waldbaues werden Eichen bevorzugt: Alteichen mit 4 bis 10 fm noch jetzt auf Mergelböden nicht selten; nur ihre Pfahlwurzeln stoßen diese Böden durch. Der neue Wirtschaftsplan sieht Kleinfächernwirtschaft vor: Eichelsaatenfeld- und natürlichen Buchenausschlag; auch Eichenballenpflanzung; in fünf bis sieben Jahren völlige Abräumung des Altholzes. Föhren werden reichlich beigelegt, meist durch Pflanzung. Eingatterung gegen das Wild, Anstreichen (Kalk, Knollenmergel, Sand als Brei), künstliche Verwundung der Fichten — das austretende Harz hält das Rotwild vom Schalen ab; es darf natürlich nicht zu tief geritzt oder gehobelt werden, so daß ein Ausheilen möglich ist. Mittelalte Eichen werden zum Überhalt ganz allmählich freigestellt. Zum Schluß erklärte Forstmeister Münst ein solch ersprießliches Arbeiten nur für möglich durch tatkräftiges Zusammenwirken von Vorgesetzten und Wirtschaftlern, von Forstbehörde und Hofjagdbamt. —

Nach der Pause spricht Professor Dr. Wagner über die „Weiterentwicklung der Forsteinrichtung“. In den Hauptzügen beschränkt sich Redener auf die Entwicklung in Württemberg. Die Forsteinrichtung des vorigen Jahrhunderts sei ein *mixtum compositum*; sie verbindet rein äußerlich durch das Moment des Ordnungsschaffens die Lehre vom inneren Aufbau, das Betriebssystem und die Waldbenteilung mit der Ertragsregelung, zwei Dinge, die nur durch das praktische Endziel, die Herstellung des Wirtschaftsplans, miteinander zusammengefaßt sind. Die einzelnen Aufgaben sind somit voneinander abhängig geworden, der innere Aufbau eingewängt in die Ertragsregelung. Die Aufgabe von heute ist es, diese Verknüpfung wieder zu lösen, die Wirtschaft vom Zwang auf waldbaulichem und ökonomischen Gebiet wieder zu befreien. Während Pactig und Cotta für das Fachwerk eintreten, ist — zunächst vergebens — Gundeshagen gegen diese Verknüpfung. Er kennt eine Forsteinrichtung im heutigen Sinne noch nicht. — Bekanntlich wirkte Gundeshagen als Lehrer an der Universität Tübingen seit 1818. — 1893 bricht Hugo Speidel in Württemberg die Herrschaft des Fachwerks. Daneben hatte Cottas System in Sachsen seine Weiterentwicklung gefunden durch Preßler und Judeich zur Altersklassenmethode, der „Bestandeswirtschaft“. Als Ziel setzt sich Speidel die Trennung von räumlicher und zeitlicher Ordnung. Diese Ideen zielbewußt auszubauen, ist die Aufgabe: die Methode läßt die Abteilungseinheit fallen, und bestimmt den Ertrag nur für den nächsten Nutzungszeitraum aus der normalen Flächenquote unter Berücksichtigung des wirklichen Altersklassenverhältnisses. Auf räumlichem Gebiet: Sorge für Ordnung im Aufbau der Altersklassen; fachwerksfreier Aufbau des Waldes auf Grundlage der Produktionslehre; Übergang zum kleinen Jahresschlag; der Fiebszug tritt in den Vordergrund als isolierte Wirtschafts-

figur, in der sich der Fieb frei bewegt; nach außen selbständig, für die Wirtschaft ein festes Reg. Für die zeitliche Ordnung ist zu betonen die Klarlegung und Weiterbildung der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Trennung von Kapital und Rente sei möglich, sobald der Begriff der „Nachhaltigkeit“ feststehe. Der Wald sei ein Zibetommis, das Kapital müsse erhalten bleiben, nur seine Früchte, d. h. der laufende Zuwachs, seien zu nutzen; Ersparnisse (Übervorräte) seien auch nicht ohne weiteres abzunutzen; „die Vorfahren wollten durch Ansammlung das Gut ertragreicher machen.“ Einer Entnahme von Vorratsteilen stehe nichts im Wege, sobald die Ertragsfähigkeit im ganzen dadurch gewinnt. Das Altersklassenverhältnis ist heute das Fundament: es ist sorgfältig zu ermitteln; die Altersstufen sollen dem Wirtschaftsraum entsprechen (in der neuen versuchsweise eingeführten Einrichtungs Vorschrift beide = 10 Jahre!) Zuverlässigere Bestandesaltersvermittlung mit Eintrag in besondere Fhrlartenblätter; gleichwertige Ertragsflächen zugrunde zu legen; feste Beibehaltung der Unterabteilungsgrenzen. Unbedingte Unverletzlichkeit von Weg- und Einteilungsweg ist zu verlangen mit Versteinerung im Walde! Redner fordert ferner noch keine zu kleinliche Auszeichnung und dauernde Bezeichnung, z. B. nicht durch Altersklassenbuchstaben; bei der kleineren Fläche der Betriebseinheit sei ein größerer Kartenmaßstab erforderlich. So harzt eine Fülle von Aufgaben unserer Arbeit; sie ist in der Verwaltung nur zu erledigen durch eine wirklich bestausgestattete Einrichtungsanstalt!

Die Besprechung wurde wegen vorgerückter Zeit auf die nächste Versammlung verschoben.

Nach Eröffnung der Sitzung hatte Oberförster Dr. Hähnele in Gundelsheim in Vorschlag gebracht, es solle in Erinnerung an die vor 30 Jahren (Ostern 1881) erfolgte Wiederaufnahme der damals zwei kaiserlichen Lehrstühle in die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen den beiden Lehrern, welche den Kampf zum Abschluß gebracht und unserem Fach das volle Bürgerrecht an der alma mater wieder erworben und gesichert haben, es möge diesen beiden, Rördlinger und Loren, ein einfacher Gedenkstein von Schülern und Freunden im Staatswald Großholz im „alten Versuchsgarten“ errichtet werden. Der Gedanke fand freudigen Anklang.

Eine Anfrage des pfälzischen Forstvereins, betreffend gemeinsame Fortbildungskurse, wird von der gewählten Kommission bejahend beantwortet.

Nachmittags durfte der Verein unserem Landesherren und der Königin in corpore im Jagdschloß Bebenhausen in Schönbuch den Dank aussprechen für die warme Anteilnahme am vaterländischen Wald und seinen Pflegern; in lebenswürdigster Weise unterhielten sich die Majestäten inmitten ihrer Gäste.

Damit hatte die 25. Versammlung ihren Schluß erreicht. Auf Wiedersehen 1913 in Hall und im Wald von Waidorf!

Den Teilnehmern wurde eine Festschrift übergeben: „Gedanken und Erfahrungen aus dem

heimischen Wald". Nach geschichtlicher Einleitung gibt sie Aufschluß über die Tätigkeit im Verein 1. auf den Gebieten der Produktions- und Betriebslehre; 2. speziell Württembergisches über die Wirtschaftsführung in den einzelnen Waldgebieten; im 3. Abschnitt behandelt sie Fragen der Forstpolitik, Geschichte, Gesetzgebung und Verwaltung. Mitarbeiter sind Oberförster Dr. Gähnle, Dr. J. Eberhardt, Dr. König, Dr. Wörnle und Dr. Dieterich.

Die Absicht der Schrift enthält der Schlußsatz der Einleitung: „Möge die alma mater Tübingensis als Zeugin der 25. Versammlung von guter Vorbedeutung für die fernere Entwicklung des Württembergischen Forstvereins als einer wissenschaftlichen Körperschaft sein, möge dem Jubilar zu seiner wissenschaftlichen Betätigung stets die volle akademische Freiheit gewahrt bleiben.“

Liebenzell, August 1912. H. Lorenz.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Bestellung der vollbeschäftigten staatlichen Waldwärtter zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers, des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Ministers des Innern vom 3. September 1912.

S. B. I. 5333, M. f. L. III 8379, M. d. J. II a 1872.

Im Anschluß an die gemeinschaftliche Verfügung vom 23. November 1881 (M.-Bl. d. i. B. S. 35) werden alle vollbeschäftigten staatlichen Waldwärtter, auch wenn sie nicht aus der Klasse der forstverforgungsberechtigten Anwärter hervorgegangen sind, zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Berlin, den 3. September 1912.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.

Der Justizminister. Der Minister des Innern.

(Unterschriften.)

Teilnehmer-Fernsprechan schlüsse in Forstdienstgehöften oder Mietwohnungen von Forstbeamten.

Allgemeine Verfügung Nr. 19/1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

S. Nr. III 7819.

Berlin W 9, 23. August 1912.

In letzter Zeit sind mehrfach Anträge auf Einrichtung von Fernsprechan schlüssen in Forstdienstgehöften oder Mietwohnungen von Forstbeamten unter Übernahme der Gebühren auf die Staatskasse gestellt worden. Derartige Anträge können mit Rücksicht auf die hohen Kosten, die der Staatskasse dauernd aus solchen Fernsprechanlagen erwachsen, auch in Zukunft nur a u s n a h m e w e i s e genehmigt werden, und zwar unter folgenden Voraussetzungen und Bedingungen:

1. In Betracht kommen allein Forstdienstgehöfte oder Forstbeamten-Mietwohnungen, die im dienstlichen Interesse einer Fernsprecheinrichtung bedürfen und eine solche im Hinblick auf die Kosten, die geltenden Vorschriften oder aus sonstigen triftigen Gründen nur in Form eines Fernsprechan schlusses erhalten können. Dabei ist zu prüfen, ob mit Rücksicht auf die Kosten nicht in erster Linie ein Nebenan schluss in Frage kommt.

2. Für Dienstgehöfte oder Mietwohnungen: der Förster, Forstausseher und Waldwärter werden Fernsprechan schlüsse nicht zugelassen.

3. Da die aus dienstlichen Gründen eingerichteten Fernsprechan schlüsse erfahrungsgemäß auch zu Privatgesprächen im Ortsverkehr benutzt werden, so sind die Inhaber der angeschlossenen Dienstgehöfte oder Mietwohnungen (Anschlußinhaber) den nachstehenden Bestimmungen entsprechend zur Bestreitung der Gebühren mit heranzuziehen:

a) Für Hauptan schlüsse gegen Zahlungsgebühr trägt die Staatskasse die Grundgebühr und das Entgelt für die Mindestgesprächszahl. Die Kosten für die über die Mindestgesprächszahl hinausgehenden Gespräche fallen dem Anschlußinhaber zur Last.

b) Für Hauptan schlüsse gegen Pauschgebühr zahlt die Staatskasse die volle Gebühr. Der Inhaber des Anschlusses hat jedoch bei 80 M Pauschgebühr jährlich 15 %, bei höherer Pauschgebühr jährlich 20 % der Pauschgebühr als Entgelt für private Gespräche an die Staatskasse zu entrichten.

c) Für Nebenan schlüsse hat der Anschlußinhaber keine Entschädigung zu zahlen.

4. Die Gebühren für private Gespräche im Fernverkehr sind in allen Fällen stets vom Anschlußinhaber in voller Höhe allein zu tragen. —

Etwasige Anträge auf Einrichtung von Fernsprechan schlüssen sind möglichst zum 1. Mai eines jeden Jahres (vergl. allgemeine Verfügung vom 22. Dezember 1904 — III. 15 731 — zu stellen und eingehend zu begründen. Wenn es sich um einen Hauptan schluss handelt und die Wahl zwischen Zahlungsgebühr und Pauschgebühr offensteht, ist anzugeben, welche Art von Gebühren den Vorzug verdient.

Die Verrechnung der Gebühren für Fernsprechan schlüsse hat unter Kapitel 2 Titel 31 der Ausgabe zu erfolgen.

Die Vorschriften unter 3 und 4 treten vom 1. April 1913 an für alle Fernsprechan schlüsse in Kraft, die seither in Forstdienstgehöften oder Forstbeamten-Mietwohnungen aus dienstlichen Gründen mit meiner Genehmigung eingerichtet worden sind.

J. M.: Weierer.

An die Königlichen Regierungen mit Ausnahme derer in Aachen, Münster und Sigmaringen.

Verschiedenes.

Jubiläumsspende für Tharandt.

Aufruf!

Nur eine kurze Zeitspanne noch und ein Jahrhundert wird seit jenem für die forstliche Wissenschaft so bedeutungsvollen Jahre verfloßen sein, in dem die Forstakademie Tharandt ins Leben gerufen wurde. Durch das Restrikt vom 12. März 1816 wurde die Cotta'sche Privatforstlehranstalt in eine landesherrliche Forstakademie umgewandelt, und am 17. Juni dieses denkwürdigen Jahres fand die feierliche Eröffnung dieser Pflegestätte forstlicher Wissenschaft statt. Klein und bescheiden waren ihre Anfänge, und sie konnten es nicht anders sein in einer Zeit, da Sachsen, erschüttert durch die Napoleonischen Kriegswirren, aus tausend Wunden blutete. Aber groß und lebenskräftig war der Gedanke unseres genialen Altmeisters Cotta, mit der handwerksmäßigen Erlernung des Forstwesens zu brechen und den Grundstein zu legen für eine Ausbildung, die auf wissenschaftlicher Erkenntnis fußte. In langen Jahren zielbewußter hingebungsvoller Arbeit haben Cotta und die an seiner Seite wirkenden Männer, gefördert von einer weisen Staatsregierung, Tharandts wissenschaftlichen Aufbruch gegründet. In der Folgezeit, als die Natur- und die technischen Wissenschaften einen ungeahnten Aufschwung nahmen, drangen auch von Cottas Schöpfung aus grundlegende wissenschaftliche Lehren hinaus in alle deutschen Lande, und die Neuzeit beschränkte ihr eine dem Wesen der Hochschule entsprechende und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung verbürgende Verfassung. Hunderte von Forstmännern und vom Jahre 1830 ab auch vier Jahrzehnte lang zahlreiche Landwirte verdanken der waldbumrauchten alma mater ihre wissenschaftliche Ausbildung und sind aus ihr hinausgezogen in wohl fast alle Kulturländer unseres Erdballes. Sie alle werden, soweit sie noch unter den Lebenden wandeln, es als eine billige Pflicht der Dankbarkeit ansehn, der Jubilarin bei der 100. Wiederkehr ihres Gründungstages zu huldigen. Dies kann nicht schöner und nicht wirksamer geschehen als durch eine Jubiläumsspende. Hiermit soll eine Stiftung zum Wohle der akademischen Jugend geschaffen werden, aus deren Erträgen fließen sollen:

1. Stipendien zur Förderung wissenschaftlicher Vortreibungen von Studierenden und zu forstlichen Studienreisen;
2. Beihilfen zur würdigen Durchführung von allgemeinen akademischen Veranstaltungen.

Die näheren Bestimmungen über die Verwendung zu den genannten Zwecken werden von dem aus Mitgliedern des Lehrkörpers der Forstakademie und Männern der forstlichen Praxis zusammengesetzten Ausschusse, der die Einleitung der Sammlung übernommen hat, unter tüchtigster Berücksichtigung etwaiger Wünsche der Spender getroffen werden. Im Sinne dieser Bestimmungen wird der Lehrkörper der Akademie die Verwaltung der Stiftung führen und über die Verwendung der verfügbaren Mittel, nach Befinden unter Zuziehung von Vertretern der Studentenschaft, be-

schließen. Sollen jene Zwecke erreicht und das geplante Vorhaben der Bedeutung des Gedentages würdig ins Werk gesetzt werden, so läßt sich die Sammlung der erforderlichen Mittel nicht länger hinauschieben. Daher wird an die ehemaligen Studierenden, an die Freunde und Gönner der Forstakademie mit der Bitte herangetreten, entweder einmalig einen angemessenen Beitrag zu gewähren oder ihre Spende in vier Teilbeträgen bis zum Schlusse dieses Jahres und der drei nächstfolgenden Jahre zu entrichten. Zahlstelle ist das Sekretariat der Forstakademie zu Tharandt, zur Kassenführung hat sich Herr Professor Groß dafelbst bereit erklärt. Laut und dringend soll der Aufruf an die Opferwilligkeit erschallen; wir hoffen mit Zuversicht, keine Fehlbite zu tun. Gehört es doch zum deutschen Wesen, dem akademischen Vohen Dankbarkeit und Treue zu bewahren und die Erinnerungen an die Studienjahre als an eine der glücklichsten Altersperioden liebevoll zu pflegen. Wohl ist es bekannt, daß die Strömungen der Zeit an den Mauern der isolierten fachlichen Hochschulen branden. Aber über den vorwärtsdrängenden Anschauungen der Zeit sollte gerechtere Weise nicht vergessen werden, was unsere Hochschule in fast 100 jähriger Dauer für die Förderung der Wissenschaft geleistet hat, welche Fülle des Segens von ihr ausgestrahlt ist auf unseren geliebten Wald und endlich, welchen hohen wissenschaftlichen Zielen sie in der Gegenwart nachtrachtet. Kommilitonen! Möge uns beim Herannahen der Jahrhundertfeier unserer Forstakademie mehr und mehr ein Zug stärkender Einmütigkeit, freudigen und stolzen Zusammenschließens erfassen! Lassen Sie uns den nachrückenden Geschlechtern mit der Tat beweisen, daß unsere Herzen warm für die akademische Jugend schlagen! Lassen Sie uns alles tun, um der ehrwürdigen Jubilarin an ihrem Ehrentage eine würdige Gabe darzureichen, und uns selbst einander freudig zur Gedentfeier in Tharandt am 17. Juni 1916 begegnen!

Tharandt, im Juli 1912.

Der Ausschuss für die Errichtung einer Jubiläumsspende.

J. M. Groß,

Professor an der Königl. Forstakademie Tharandt.



Aus den königlich preussischen Forstlehrerschulen.

Steinbusch. Die Jägerprüfung bestanden in diesem Jahre von 40 Jünglingen 37, und zwar 2 mit „Gut“, 10 mit „Biemlich gut“, 25 mit „Genügend“. 1. vom Verein „Waldbheil“ und Geheimen Kommerzienrat Neumann, Neudamm, gestifteten drei Preise, bestehend aus einem Hirschjäger, einem Adler und dem Lehrbuch für Jäger von L. G. Hartig, erhielten: 1. Kurt Prophet aus Hermannswaldau (Schlesien), 2. Eduard Neumann aus Eichhorst, Kreis Lübben, und 3. Albert Rasim aus Kreuzthal, Kreis Oppeln.

Margoninisdorf. Alle 50 Forstlehrlinge haben die Jägerprüfung bestanden, und zwar 4

mit „gut“, 13 mit „ziemlich gut“, der Rest mit „genügend“. Die vom Verein „Waldheil“ und Geheimrat Neumann gestifteten Preise erhielten die Lehrlinge Lomm, Berch und Wesemann.

Spangenberg. Die 46 Jöglinge, welche im Schuljahre 1911/12 die Forstlehrlingschule Spangenberg besuchten, haben die Jägerprüfung sämtlich bestanden, und zwar 5 mit „gut“, 18 mit „ziemlich gut“, 23 mit „genügend“.

Die 3 am besten bestandenen Schüler sind: Paul Wendenburg, Walter Both, und Hubert Anlauf; sie wurden mit den vom Verein „Waldheil“ und Herrn Geheimrat Neumann wiederum gestifteten Auszeichnungen bedacht. — Der Prüfungsausschuß bestand aus folgenden Herren: Oberforstmeister Roth-Göslin, Regierungs- und Forsttrat Breuer Potsdam, den Forstmeistern Kampmann-Dranienburg, Kottmeier-Cöpenick, Peters-Unterlück und dem Oberförster Ramlah-Altenbesen.

Sachsenburg. Die diesjährige mündliche Prüfung der Forstlehrlinge fand vom 5. bis 10. September unter dem Vorsitz des Herrn Oberforstmeisters Dr. König-Gumbinnen statt. Ferner waren die Herren Oberforstmeister Dandemann und Geh. Regierungs- und Forsttrat Conrad aus Wiesbaden anwesend. Die schriftliche Prüfung war bereits am 5. und 6. August d. Js. abgelegt. Sämtliche 47 Prüflinge haben bestanden, darunter 2 mit Note „sehr gut“, 7 mit „gut“, 11 mit „ziemlich gut“ und 27 mit „genügend“. Die Leistungen waren zum Teil sehr befriedigende. Die drei Prämien des Vereins Waldheil sowie von Geheimrat Neumann erhielten die Forstlehrlinge Luzian Girard aus Schäferplatz (Glab), Carl Fritz aus Königstein (Wiesbaden) und Theodor Förster aus Gr. Reichenau (Liegnitz). Recht lobend hat sich der Herr Prüfungsvorsitzende auch über den Schieß-, Blas- und Turnunterricht ausgesprochen. Ebenso wie an der Forstschule zu Spangenberg, hatte sich in diesem Jahre hier zum erstenmal ein kleines Musikkorps von acht Mann für Blasinstrumente gebildet, deren Leistungen unter Anleitung des Forstsekretärs großen Beifall fand.

— **Forstmeister Junack, Neudorf,** Oberschlesien, übernimmt am 1. Januar 1913 die Verwaltung des Er. Hoheit dem Herzog von Anhalt gehörigen Forstreviers Waldhausen, Kreis Anstettburg. **Oberförster Poppe, Halle a. S.,** Forstbeirat der Landwirtschaftskammern für die Provinz Sachsen und den Regierungsbezirk Cassel, übernimmt am 1. Januar 1913 die Stelle des Fürstlich von Donnersmarckschen Forstmeisters in Neudorf, D.-Schl.

— **Ein alpenwirtschaftlicher Lehrgang für Förster** wurde auch in diesem Jahre vom 28. Juli bis 4. August in Grabeerhof bei Admont in Österreich veranstaltet. Der Unterricht bestand in Vorträgen und praktischen Übungen auf der Grabeeralp. Gezeigt und erklärt wurde: Weidewirtschaft, Alpenräumung, Stallbauten, Zauchanlagen, Bewässerungen und Tränkanlagen; auch die häufigsten Viehkrankheiten, deren Ursachen

und Folgen wurden in Vorträgen behandelt. Der Lehrgang verfolgt den Zweck, die Teilnehmer über die zweckmäßigste Alpenwirtschaft näher zu unterrichten, damit diese die Regierung bei den Bestrebungen, die heimatische Viehzucht zu fördern, erfolgreich unterstützen können.

— **Sperrung der Berliner Wälder.** Auf die von uns gebrachte Notiz, daß die Berliner Forsten in der Nähe von Bernau für das Publikum gesperrt sind, wird jetzt, nachdem der Berliner Oberbürgermeister die verbotenen Forsten besichtigt hat, vom Berliner Magistrat hierüber amlich folgendes mitgeteilt: „Es ist wiederholt der Wunsch geäußert worden, die der Stadt Berlin gehörenden Waldungen bei Bernau der Bevölkerung zur Benutzung freizugeben. Genannt waren besonders die Waldungen bei Schönwalde, Müdnitz, Schönow und Ladeburg. Davon sind die schönen Waldungen am Görinsee bei Schönwalde dem Publikum schon gegenwärtig nicht verschlossen. Sperren bestanden nur in den Gemarkungen Schönow, Müdnitz und Ladeburg. Die Verbots tafeln, die nicht eine völlige Sperre des Waldes beabsichtigten, sondern nur an bestimmten Punkten dem Publikum das Abgehen von den öffentlichen Wegen auf Nebenwege und in die Waldbestände hinein verwehren wollten, waren schon seit längeren Jahren vorhanden. Bei einer jetzt vorgenommenen örtlichen Nachprüfung hat sich ergeben, daß die Aufhebung der Verbote in den meisten Fällen erfolgen kann. Nur Schonungen sollen als solche durch Tafeln besonders kenntlich gemacht werden. Die Verwaltung der städtischen Güter hat das Erforderliche bereits eingeleitet.“

— **Touristentag und Waldschutz.** Auf dem am 7. September in Belgig abgehaltenen Märktischen Touristentage wurde auch die Wald- und Seenschutzfrage eingehend erörtert und folgende Resolution angenommen: „Der siebente Märktische Touristentag sieht eine der dringendsten Aufgaben heimatischer Kulturarbeit in einem wirksamen Wald- und Seenschutz und beauftragt daher die Leitung des Verbandes Märktischer Touristenvereine, mit dem kürzlich in Berlin gegründeten Ausschuß für Verkehrsinteressen in Groß-Berlin und der Mark Brandenburg energische Maßnahmen zu unternehmen, die den ständigen Waldverwüstungen und schweren Schädigungen der märktischen Seen wirkungsvoll Einhalt gebieten. Der Touristentag spricht besonders die Erwartung aus, daß der neue Zusammenschluß aller Verkehrsinteressenten auch dazu dienen möge, den Heimatschutz tatkräftig zu unterstützen.“

— **Verkauf des Baerlerbusches.** Nachdem vor etwa zwei Jahren der Landwirtschaftsminister seine prinzipielle Zustimmung zum Verkauf des königlichen Forstes Baerlerbusch an der linken Rheinseite, im Kreise Mörs, an das Bergwerk Rheinpreußen gegeben hatte, entstanden anfangs noch mancherlei Schwierigkeiten wegen der Übernahme. Am 14. September sind nun die Verkaufsakte getätigt worden. Am 1. Oktober wird die königliche Forsterstelle aufgehoben werden. Von

dem etwa 1500 Morgen großen Baerlerbusche besaß das Bergwerk Rheinpreußen seit etwa fünf Jahren bereits 600 Morgen. Für den Rest sind ohne aufstehendes Holz für den Morgen 1500 \mathcal{M} gezahlt worden. Leider wird die Waldung immer mehr vom Kohlenbergbau bedrängt, so daß ihre Todesstunde bald geschlagen haben wird.

H. Otto.

— **Verhandlungen über den Ankauf eines Haubergs im Siegerland.** Dem Vernehmen nach sind die Haubergsinteressenten der Gemeinde Buchen jetzt bereit, ihre Hauberge an den preußischen Forstfiskus abzutreten. Die Haubergsgenossen hoffen zuversichtlich, daß die mit dem Fiskus seinerzeit gepflogenen Verhandlungen wegen Ankaufs der Hauberge, die sich leider infolge Unstimmigkeiten unter den Interessenten zerfallen haben, durch den Vertreter der königlichen Regierung von neuem wieder aufgenommen werden und daß dieser die Kaufverträge bald abschließen möge. Ist auch der Zeitpunkt des Verkaufs wegen der immer geringer werdenden Rentabilität der Lohschläge infolge Sinkens der Preise für Lohrinde ein ungünstiger, so dürfte in diesem Falle der baldige Verkauf des Haubergs an den Fiskus für die Haubergsgenossen trotzdem als die beste Lösung bei den bestehenden Schwierigkeiten aufzufassen sein.

— **Vermehrung der Mittel für die Aufzucht bäuerlichen Oblandes.** Nach einer durch die politischen Zeitungen gehenden Nachricht sollen die bisher für die Aufzucht des bäuerlichen Oblandes verfügbaren Mittel eine Erhöhung erfahren, da sie für diese wichtige Kulturarbeit nicht mehr ausreichen. Namentlich in den östlichen Provinzen der Monarchie liegen Tausende von Hektaren solchen Oblandes, das sich im bäuerlichen Privatbesitz befindet und dringend der Aufzucht bedarf. Als Vorbild für die Ausführung der Aufzuchtungsarbeiten soll das Vorgehen der Provinz Posen gelten. In dieser Provinz sind Aufzuchtungsvereine gebildet worden, die sich verpflichtet haben, ihre Forsten der Aufsicht der Landwirtschaftskammer zu unterstellen. Als Gegenleistung wurde ihnen von letzterer die unentgeltliche fachmännische Beratung und die Lieferung geeigneten Pflanzenmaterials für die Aufzuchtung zugeeignet. Bisher hat die Aufzuchtung bäuerlichen Oblandes meist darunter gelitten, daß die kleineren Besitzer sich vielfach billiges Pflanzenmaterial und französischen Kiefernjamen beschafften, was dann zum völligen Versagen der Kulturen führte, weil der französische Kiefernjamen und die daraus erzeugten Pflanzen sich für unsere Verhältnisse nicht eignen. Das Vorgehen der Landwirtschaftskammer Posen hat namentlich im Kreise Fülchne sehr gute Früchte getragen, indem hier in den ersten vier Jahren seit Bestehen des Aufzuchtungsvereins bereits über 250 ha bäuerliches Land mit Erfolg aufgeforstet sind. Eine Erhöhung der Staatsmittel für Aufzuchtung des bäuerlichen Oblandes wäre in Anbetracht der vielen hieraus sich ergebenden Vorteile, auch in klimatischer Hinsicht, sehr zu wünschen und mit Freuden zu begrüßen.

Etwas über die Tätigkeit des Westpreussischen Provinzial-Forstwirtschafts-Vereins.

Als am 21. Juni 1910 zu Marienburg der Westpreussische Forstwirtschaftliche Verein unter dem Vorsitz des Herrn Grafen v. Brünned-Bellshöwz gegründet wurde, stellte der Verein sich die Aufgabe, das forstwirtschaftliche Interesse seiner Mitglieder in der Provinz Westpreußen in jeder Hinsicht zu fördern und zu vertreten, sowie auch alle hierzu erforderlichen Einrichtungen zu treffen, insbesondere dem Großgrundbesitz auf Wunsch billig und zweckentsprechend in forstlichen Angelegenheiten zu beraten sowie dem Kleingrundbesitz zum Aufforsten seiner Oblande die hierzu erforderlichen Pflanzen, soweit der hierzu zur Verfügung gestellte Fonds reicht, unentgeltlich zu beschaffen und bei den Anpflanzungen zu unterweisen. Bis jetzt ist es dem Verein gelungen, diese Aufgabe durch die alljährlich vom Ministerium erhaltene Beihilfe von 3000 \mathcal{M} zur Aufforstung der Oblande des Kleingrundbesitzes und durch die Tätigkeit des Forstfachverständigen, Oberförsters Schlicht-Langfuhr, mit den noch immer für dieses umfangreiche Unternehmen sehr geringen Mitteln zu lösen. Es sind im Etatsjahr 1910/11 747 000 Stück einjährige Kiefernpflanzen mit 665 \mathcal{M} 30 Pf. und 1911/12 2 071 000 Stück einjährige Kiefernpflanzen mit 1702 \mathcal{M} 80 Pf., insgesamt also 2 818 000 Stück einjährige Kiefernpflanzen mit 2368 \mathcal{M} 10 Pf., aus der Vereinstasse angekauft und von den betreffenden Kleingrundbesitzern auf zirka 196 ha 50 a in 36 Ortschaften ausgepflanzt worden. Auch ist der Forstfachverständige von verschiedenen Großgrundbesitzern zur Beratung und Anfertigung von Forsteinrichtungen in Anspruch genommen worden.

Für das Frühjahr 1913 sind wieder zirka 2 380 000 Stück einjährige Kiefernpflanzen vom Kleingrundbesitz bestellt, und auf 120 000 und mehr ist wohl noch zu rechnen, also mit rund 2,5 Millionen Pflanzen, die, wenn irgend möglich, auch beschafft werden sollen. Zum Ankauf dieser Pflanzen sind mindestens 2000 \mathcal{M} erforderlich, wozu noch die Verwaltungskosten Reisegebühren usw. mit zirka 2000 \mathcal{M} hinzutreten, so daß für das Frühjahr 1913 rund 4000 \mathcal{M} zur Bestreitung sämtlicher Ausgaben erforderlich werden.

Hieraus ist zu ersehen, daß der erst am Ende des Jahres 1911 so recht ins Leben getretene Verein für die Provinz Westpreußen bereits von großem Nutzen gewesen ist, um so mehr da bei der Westpreussischen Landwirtschaftskammer keine Forstabteilung oder Forstberatungsstelle mehr existiert! — Es ist daher sehr wünschenswert sowie für die Waldbesitzer und alle, die ihre Oblande aufforsten wollen, von großem Nutzen, sich dem Westpreussischen Provinzial-Forstwirtschafts-Verein anzuschließen. Der Jahresbeitrag beträgt für eine einzelne Person nur 3 \mathcal{M} , für die landwirtschaftlichen Vereine und ganze Gemeinden 5 \mathcal{M} , für eine Stadtgemeinde (Magistrat) 10 \mathcal{M} , für einen Kreisabschuß 25 \mathcal{M} . Gegenwärtig besteht der Westpreussische Forstwirtschafts-Verein aus 64 Einzelmitgliedern und 19 Korporationen; vo i

diesen sind drei Städte, zwei Kreisaußschüsse sowie vierzehn landwirtschaftliche Vereine oder Gemeinden. Etwaige Anträge bezüglich des Vereins sind an den Forstfachverständigen, Oberförster Schlicht, Langfuhr, Eichenweg 5, zu richten.
Schlicht.



Aus den Jägerbataillonen.

Kaiserabzeichen 1912. Das Kaiserabzeichen für hervorragende Leistungen im Schießen innerhalb des Jägerkorps ist für das Jahr 1912 der 3. Kompanie des Garde-Jäger-Bataillons in Potsdam (Kompagniechef: Hauptmann Vogel von Galdenstein) verliehen worden.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Hornung, Oberförster zu Schwiedt bei Tüchel, ist auf die Oberförsterstelle Paderleben, Regbz. Schleswig, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Schreiner, Forstmeister zu Wischwill, Regbz. Schleswig, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.

Kenhaus, Forstassessorverwalter zu Bröms, ist die probe- weise Verwaltung der Forstasse zu Wischwill, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Oktober d. Js. ab übertragen.

Knaas, bisher Forstassessor in den Gräfl. v. Bismarckschen Forsten zu Barzin, ist nach Petershagen, Oberförsterei Karmelwig, Regbz. Rastlin, vom 1. Oktober d. Js. ab einkommen.

Korck, Förster a. M. an Friedrichsgräb, Oberförsterei Kraldow, ist als Förster m. M. nach Remwedel, Oberförsterei Bodland, Regbz. Döppeln, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kraus, Forstassessor zu Viebemühl, Oberförsterei Viebemühl, Regbz. Allenstein, ist nach der Oberförsterei Allenstein, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kraus, Forstassessor zu Gerolstein, ist mit der kommissarischen Vererbung der Forstentzelle Schallbach, Gemeinde-Oberförsterei Altheimer, Regbz. Coblenz, beauftragt.

Kabriel, Förster zu Grabholz, Oberförsterei Muro, ist nach Kint, Oberförsterei Poppelan, Regbz. Döppeln, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kell, Forstassessor zu Segeburg, Oberförsterei Zbiglo, ist nach Friedrichsgräb, Oberförsterei Kraldow, Regbz. Döppeln, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kamp, Forstassessor in der Oberförsterei Kypnisch, ist als Schreibgehilfe nach der Oberförsterei Koryn, Regbz. Danzig, versetzt und ihm die Forstassessordienststelle Koryn übertragen.

Köring, Förster zu Remwedel, Oberförsterei Bodland, ist nach Grabholz, Oberförsterei Muro, Regbz. Döppeln, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kellner, Forstassessor zu Wigrinnen, Oberförsterei Niskolaiten, ist als Schreibgehilfe nach der Oberförsterei Kusznika, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kalk, Forstassessor zu Neu-Barzelsdorf, Oberförsterei Kamut, ist nach der Oberförsterei Friedrichsgräb, Regbz. Allenstein, vom 1. November d. Js. ab versetzt.

Kückisch, Forstassessor zu Hohenheim, Oberförsterei Hohenheim, ist als Schreibgehilfe nach der Oberförsterei Viebemühl, Regbz. Allenstein, vom 16. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kitt, Forstassessor zu Busow, Oberförsterei Kreuzburg, ist nach Segeburg, Oberförsterei Zbiglo, Regbz. Döppeln, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kistler, Hilfsjäger zu Venzlin, Oberförsterei Zbiglo, ist nach Schwarzwald, Oberförsterei Schwarzwald, Regbz. Döppeln, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Kla, Förster zu Remterden, Oberförsterei Hambach, Regbz. Nachen, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Schellenberg, Forstassessor zu Hargen, Oberförsterei Hargen, Regbz. Nachen, ist nach Muro, Kreuzburger- hütte, Regbz. Döppeln, versetzt.

Schippan, Forstassessor zu Widminnen, Oberförsterei Lud, ist nach der Oberförsterei Anduppen, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Schür, Forstmeister zu Sandhorst, Oberförsterei Nurech, Regbz. Danzberg, ist aus Anlaß des 40jährigen Dienstjubiläums der Rote Alororden 4. Klasse mit der Zahl „50“ verliehen.

Schulz, Forstmeister zu Torgelow, Oberförsterei Freienwalde, Regbz. Potsdam, ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Schwarzkopf, Förster, ist die Försterstelle Warnow, Oberförsterei Warnow, Regbz. Stettin, vom 1. November d. Js. ab übertragen.

Smigielski, Hilfsjäger zu Gruttimmen, Oberförsterei Gruttimmen, ist nach der Oberförsterei Niskolaiten, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Steig, Hilfsjäger in der Oberförsterei Lübbesee, ist nach der Oberförsterei Ränichwalde, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Toges, Hilfsjäger zu Johannsburg, Oberförsterei Wolfs- bruch, ist nach der Oberförsterei Kurewin, Regbz. Allenstein, vom 1. November d. Js. ab versetzt.

Widenhausen, Förster zu Alt-Vegesbriede, Oberförsterei Viege- briede, ist nach Neuborf, Oberförsterei Christhansstadt, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Oktober d. Js. ab versetzt.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen: **Wälder 1,** Polzhilfsmann zu Niskolaiten, Oberförsterei Niskolaiten, Regbz. Danzig; **Schiffert,** Wald- vorarbeiter zu Wautenberg, Kreis Duerode a. S., Regbz. Hildesheim; **Wenzel,** Oberholzhauer zu Steina, Kreis Duerode a. S., Regbz. Hildesheim.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen: **Eggerl,** Waldbarbeiter zu Groß-Blumenau, Oberförsterei Niskolaiten, Regbz. Königsberg; **Lofke,** Wald- arbeiter zu Bindau, Oberförsterei Niskolaiten, Regbz. Königsberg; **Schwanke,** Waldbarbeiter zu Alt- Reibendorf, Oberförsterei Weil, Regbz. Königsberg; **Stolwerck 1,** Waldbarbeiter zu Argenthal, Kreis Simmerin, Regbz. Coblenz; **Welf,** Waldbarbeiter zu Spardien, Kreis Kreuznach, Regbz. Coblenz; **Wiese,** Waldbarbeiter zu Skoolyn, Kreis Apenrade, Regbz. Schleswig.

Die Verlegung des Försters **Kose** nach Neuborf, Oberförsterei Christhansstadt, Regbz. Frankfurt a. O., ist rüdgängig gemacht worden.

Gemeinde- und Privatdienst.

Yaberg, Förster zu Stempel bei Sondern, ist die Stadt- forsterstelle in Belde, Regbz. Ansbach, vom 1. Ok- tober d. Js. ab übertragen.

Sealmann, Kreisförster zu Greifenberg, Regbz. Stettin, tritt mit dem 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Das Eutpoldkreuz für 40jährige Dienstzeit wurde verliehen: **Kalt,** Forstmeister zu Haidenburg; **Klebe,** Forstassessor zu Ebernberg; **Meiß,** Förster zu Wiappach.

Großherzogtum Hessen.

Staats-Forstverwaltung.

Aufß, Forstmeister zu Groß-Geran, Oberförsterei Trebur, ist in gleicher Dienstverpflichtung in die Oberförsterei Mainz versetzt.

Kenschafer, Forstmeister zu Mainz, Oberförsterei Mainz, ist auf sein Nachsehen und unter Anerkennung seiner lang- jährigen, treu geleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt und ihm aus diesem Anlaß der Titel „Geheimer Forstassessor“ verliehen.

Meißand, Forstmeister zu Gießen, Oberförsterei Wiesfeld, ist auf sein Nachsehen und unter Anerkennung seiner lang- jährigen, treu geleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt und ihm aus diesem Anlaß der Titel „Geheimer Forstassessor“ verliehen.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

v. Hugo, Forstassessor, Tagdünker zu Schwerin, ist be- auftrag, bis auf weiteres im Finanzministerium, Ab- teilung für Domänen und Forsten, tätig zu leisten.

Walden, Forstassessor zu Schwerin, ist bis auf weiteres mit der Verwaltung des Reichshofes, Oberförsterei Kallig, beauftragt.

Sasse, Revierjäger zu Neu-Bachum, ist die von ihm zum 1. Oktober d. Js. erbetene Entlassung aus dem Forstschutzdienst gewährt.

Herzogtum Anhalt.

Herzogliche Hofkammer.

Die Goldene Verdienstmedaille des Hausordens Albrechts des Bären wurde verliehen den Förkern:

Burkhardt zu Dessau; **König** zu Alten; **Miegitz** zu Forsthaus Sverdinge.

Die Silberne Verdienstmedaille des Hausordens Albrechts des Bären wurde verliehen den Förkern:

Bleier zu Sellnig; **Radtke** zu Forsthaus Törten; **Rischer** zu Forsthaus Eiernhaus i. Harz.

Staats-Forstverwaltung.

Miegand, Förster zu Forsthaus Haserfeld i. Harz, ist die Silberne Verdienstmedaille des Hausordens Albrechts des Bären verliehen.

Elbsa-Lothringen.

Aouette, Gemeindeförster zu Dieblingen, Oberförsterei Saargemünd, ist in den Ruhestand versetzt.

Sabach, forstverordnungsberechtigter Anwärter, ist die Verwaltung der Försterstelle Wittendorf, Oberförsterei Wieg, kommissarisch übertragen.

Walter, Vogemeister zu Forsthaus Neunhäuser, Oberförsterei Rombach, ist in den Ruhestand versetzt.

Zu kaiserlichen Förkern wurden ernannt die forstverordnungsberechtigten Anwärter:

Reidrich zu Forsthaus Dorsweiler, Oberförsterei Albesdorf; **Stilo** zu Forsthaus Girschtal, Oberförsterei Walscheid; **Walter** zu Forsthaus Neunhäuser, Oberförsterei Rombach.

Jubiläen, Gedenktage u. a. m.

(Nach Zeitungsmeldungen.)

Kos, Wilhelm, Königk. Vogemeister zu Rimbeck, Oberförsterei Gardehausen, Regbz. Minden (2. Komp. Garde-Jäger-Bataillon, Jahrgang 1862), feiert am 30. September d. Js. sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Litteilung oder ein Ausweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 129. Anfrage: An welchem Tage werde ich eine 35 jährige und an welchem Tage eine 40 jährige pensionsfähige Dienstzeit zurückgelegt haben? — Ich bin am 15. 9. 66 geboren, habe vom 1. 10. 82 bis 30. 9. 84 in der Forstlehre gestanden und bin vom 1. 10. 84 ab bis 26. 10. 85 gegen Entgelt als Forstschutzhilfe im Staatsforstdienst beschäftigt gewesen. Am 27. 10. 85 trat ich zum Militärdienst beim Jägerkorps ein, aus dem ich, mit dem Forstverordnungschein ausgestattet, am 27. 10. 97 ausgeschieden bin. Demnächst stand ich vom 1. 10. 97 bis 31. 3. 98 im Staats-, und ohne beurlaubt zu sein, vom 1. 4. 98 bis 30. 9. 99 in berufsmäßiger Beschäftigung im Privatforstdienst. Seit dem 1. 10. 99 befinde ich mich ununterbrochen im Staatsdienst. H. R.

Antwort: Die Richtigkeit Ihrer Angaben vorausgesetzt, werden Sie am 12. 4. 20, wenn Sie bis dahin im Staatsdienste verbleiben, eine pensionsfähige Dienstzeit von 35 Jahren und nach weiteren 5 Jahren ununterbrochener staatlicher Beschäftigung am 12. 4. 25 eine solche von 40 Jahren zurückgelegt haben. Zur Berechnung gelangt die Forstlehrezeit vom Beginn des 18. Lebensjahres den 15. 9. 83 ab bis 30. 9. 84 mit 1 Jahr 16 Tagen, die Militärdienstzeit, einschließlich Ihrer Zugehörigkeit zur verpflichteten Reserve des Jäger-

korps vom 27. 10. 85 bis 27. 10. 97 mit 12 Jahren und ferner die Staatsdienstzeiten vom 28. 10. 97 bis 31. 3. 98 mit 1 Jahr 155 Tagen und vom 1. 10. 99 bis 12. 4. 20 bzw. 12. 4. 25 mit 20 bzw. 25 Jahren und 194 Tagen. Die Zeit vom 1. 10. 84 bis 26. 10. 85, die Sie nach Ablauf der vorgeschriebenen Mindestlehrezeit von 2 Jahren als Forstschutzhilfe im Staatsdienst zugebracht haben, ist nicht anrechnungsfähig, da Sie, ohne Beamten-eigenschaft zu besitzen, nur vorübergehend beschäftigt gewesen sind und zur Staatsverwaltung lediglich in einem Vertragsverhältnis gestanden haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob Sie ohne oder gegen Entgelt angenommen waren. Auch die nach Erlangung des Forstverordnungscheines und Verabschiedung vom Jägerkorps vom 1. 4. 98 bis 30. 9. 99 im Privatforstdienst verbrachte Zeit kann nicht angerechnet werden. Die Anrechnung könnte erfolgen, wenn Sie zur Übernahme der Beschäftigung im Privatforstdienst aus dem Staatsdienste beurlaubt worden wären, was jedoch nach Ihren Angaben nicht der Fall ist.

Nr. 130. Anfrage: Kann nicht der Fiskus für den Schaden, den das aus dem Staatswald austretende Wild verursacht, haftbar gemacht werden? Das Rotwild ist im Staatswalde Standwild, während es in der hiesigen Jagd als solches nicht vorhanden ist. G., Stadtförster.

Antwort: Nach der preussischen Jagdordnung ist es nicht möglich, den Inhaber desjenigen Revieres, in dem das Rotwild seinen Stand hat, wegen des Wildschadens ersatzpflichtig zu machen, den das austretende Rotwild an den benachbarten, zu einem anderen Revier gehörenden Geländern verursacht hat. Es steht dem vom Wildschaden Betroffenen lediglich die im § 62 der Jagdordnung vorgesehene Schutzvorschrift zur Seite. Die danach bei der Jagdpolizeibehörde zu beantragende Anordnung des Abschusses von Rotwild kommt auch für das benachbarte Jagdrevier in Frage.

Nr. 131. Anfrage: Ein Schornsteinfeger wurde mit einem an das Fahrrad gebundenen Gewehre auf einem nicht öffentlichen Wege getroffen. Bei den Feststellungen gab er an, er führe das Gewehr als Verteidigungswaffe bei sich und zeigte auch einen Waffenschein vor. War er berechtigt, mit dem an das Fahrrad gebundenen Gewehr den nicht öffentlichen Weg zu benutzen? F. in B., Städt. Hilfsförster.

Antwort: Der Besitz eines Waffenscheines ermächtigt den Inhaber noch nicht zum Betreten fremder Jagdreviere in Jagdausrüstung. Wenn der Schornsteinfeger außer dem Gewehr auch noch Patronen mitgeführt hat, als er einen nicht öffentlichen Weg benutzte, dann kann er bestraft werden. Die Strafe tritt auch dann ein, falls der Patronen mitführende Täter auf dem verbotenen Wege mit dem Rade fuhr und seine Flinte an dem Rade angebunden hatte.

Für die Redaktion: A. W. Roda Grundmann, Remdam.

Dieser Nummer liegt die September-Ausgabe der Forstlichen Rundschau bei. Des Försters Feierabende fällt daher diese Woche aus.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Jagemeister Bernstorff, Nienstedt, Post Förster (Hatz).

Steuerfreier Zucker zur Bienenfütterung.

Die Oberzolldirektionen sind durch Erlaß des Herrn Finanzministers vom 15. Juli d. Js. — III 11 067 — ermächtigt worden, zur Fütterung von Bienen im kommenden Winter und Frühjahr versuchsweise für jedes Bienenstandvolk 5 kg Zucker, der zu mahlen und mit fünf Gewichtsteilen feinen Sandes zu vergällen ist, steuerfrei abzulassen. Bienenzucht treibende Herren Kollegen, welche steuerfreien Zucker zu obigem Zwecke zu beziehen wünschen, wollen sich mit einem entsprechenden Antrage an die zuständige Oberzolldirektion wenden. **Bernstorff.**

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

1892a. **Weber**, Förster, Hohenleese, Post Boldsow, Stettin.
1894a. **Titel**, Forstausseher, Köpenbrügge (Post), Hannover.
1900a. **Braunche**, Förster, Wärbach, Post Balduinstein, Wiesbaden.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Lüneburg. Infolge mehrfacher Anfragen sei an dieser Stelle mitgeteilt, daß die diesjährige Hauptversammlung voraussichtlich am Sonntag, dem 6. Oktober, zu Ilzen stattfinden wird. Die Tagesordnung wird noch bekanntgemacht.

Der Vorstand.

Wiesbaden. Samstag, den 19. Oktober, mittags 2 Uhr, Vertreter- und Mitgliederversammlung im Hotel „Zur alten Post“ zu Limburg. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Bericht über die Delegiertenversammlung zu Berlin; 3. Verschiedenes. Vertreter sind mit Ausweis zu versehen. Die Mitglieder des Gesamtvorstandes werden zur Vorberatung morgens um 10 Uhr gebeten. **Der Vorstand.**

Ortsgruppen:

Altentirchen (Regbz. Coblenz). Dienstag, den 1. Oktober d. Js., Ortsgruppenversammlung zu Altentirchen im Bahn-Hotel, nachmittags 2½ Uhr. Tagesordnung: 1. Verlesen des letzten Sitzungsprotokolls; 2. Vorläge zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 3. Bestellung des Notizbuches „Waldheil“; 4. Verschiedenes.

J. A.: Hennig, stellvertr. Vorsitzender.

Brieg (Regbz. Breslau). Den Kollegen zur Nachricht, daß eine Sammlung in der Ortsgruppe für die Hinterbliebenen der Förster Romanus und Voorn nicht stattfindet, sondern aus der Vereinskasse für jeden Fall 30 M gezahlt worden sind. Bereits eingegangene Beträge werden im Januar 1913 auf Vereinsbeiträge in Anrechnung gebracht. Den Mitgliedern der Orts-

gruppe wird empfohlen, den Vereinskaler direkt aus Neudamm zu beziehen, ein Sammelbezug findet nicht statt.

J. A.: Benke, Schriftführer.

Bromberg. Generalversammlung am Dienstag, dem 1. Oktober 1912, vormittags 11 Uhr, Hotel Bengning, Bromberg, Friedrichstr. 56. 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Kassenprüfung und Entlastung des Kassensführers; 3. Neuwahl des Schatzmeisters und Schriftführers und dessen Stellvertreters; 4. Besprechung über Kaisergeburtstagsfeier; 5. Feier der 25 jährigen Dienstzeit des Jahrgangs 87 und der 25 jährigen Försterdienstzeit; 6. Geschäftliches.

Der Vorstand.

Gzerst (Regbz. Marienwerder). Sitzung am Dienstag, dem 1. Oktober 1912, 6 Uhr nachmittags, im Vereinslokal, mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl des 1. Vorsitzenden; 2. Wahl des Schriftführers und Kassierers, eventuell dessen Stellvertreters; 3. Wahl eines Delegierten zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 4. Bericht des Delegierten über die Bezirksgruppenversammlung in Könitz; 5. Verschiedenes: Gemeinschaftliche Bestellung des Kalenders „Waldheil“ und des Förster-Jahrbuchs 1913 usw. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

Beisert, stellvertr. Vorsitzender.

Feldberg (Regbz. Wiesbaden). Samstag, den 12. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Restaurant Bidel zu Dörteisenberg i. L. Um recht zahlreiche Teilnahme mit Damen wird gebeten. Der Vorsitzende: **Zung.**

Frankenberg (Regbz. Cassel). Dienstag, den 1. Oktober d. Js., mittags 12 Uhr, Versammlung im „Deutschen Haus“ in Frankenberg. Tagesordnung: Sterbefälle; Sammlung Romanus-Loorn; Kaisergeburtstagsfeier; Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. **Werner.**

Frankfurt a. O. Donnerstag, den 3. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Hotel „Imperial“, Frankfurt a. O., Bahnhofstraße. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls der letzten Sitzung; 2. Rechnungslegung vom Scheibenschiffen im Juli d. Js.; 3. Besprechung der Beschlüsse diesjähriger Delegiertenversammlung Berlin; 4. Standesfragen; 5. Sammlung Romanus-Loorn; 6. Verschiedenes. Die Firma Michovius, Cottbus, sendet ihren Vertreter zum Mahnehmen. Von 8 Uhr abends an Konzert der Hauskapelle im Sitzungssaal. Die Herren Kollegen werden gebeten, mit ihren Damen möglichst vollzählig zu erscheinen; auch sind die Herren, welche unserer Gruppe noch nicht angehören, ebenfalls gern gesehene Gäste.

Der Vorstand.

Freudenstier (Regbz. Marienwerder). Dienstag, den 1. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung wird bei Beginn der Sitzung bekanntgegeben; u. a. Einziehung aller noch rückständigen Beiträge pro zweites Halbjahr 1912.

Der Vorstand. **Gies**, Vorsitzender.

Göttingen (Regbz. Hildesheim). Vierteljahresversammlung am Sonnabend, dem 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Kaisercafé in Göttingen. Tagesordnung: 1. Einziehung der fälligen Beiträge (Ortsgruppe 3. M., Krankenlosten-Beihilfsklasse 6. M.); 2. Besprechung der Verhandlung der Delegiertenversammlung an der Hand des stenographischen Berichtes; 3. Beschlussfassung über eine eventuell abzuhaltende Kaisergeburtstagsfeier bzw. eines Wintervergnügens; 4. Verschiedenes. Von 5½ Uhr ab gemütliches Zusammensein mit Damen, deren zahlreiches Erscheinen wegen Besprechung des Punktes 3 der Tagesordnung sehr erwünscht ist. Die Herren Kollegen, welche am Esch. inen verhindert sind, wollen nicht veräumen, ihre Beiträge bis zum 5. Oktober an den Kassienführer einzufenden. Zu Beitrittserklärungen zur Krankenlosten-Beihilfsklasse sind die dem stenographischen Bericht beigegebenen Formulare zu verwenden.

Page n d a r m, Vorsitzender.

Hameln (Regbz. Hannover). Sonnabend, 28. September d. Js., 3½ Uhr nachmittags, gesellige Zusammenkunft mit Damen im Restaurant Krondorf in Hameln. Der Vorstand.

Hersfeld (Regbz. Cassel). Die nächste Mitgliederversammlung findet am Montag, dem 30. September d. Js., im Vereinslokal um 12 Uhr statt. Die Forstklasse zahlt von 10 Uhr vormittags die Gehälter aus. H a m m e r.

Hildesheim. Vierteljahres-Versammlung am Sonntag, dem 6. Oktober 1912, nachmittags 4 Uhr, im „Europ. Hof“ in Hildesheim, behufs Neuwahl des Vorstandes der Ortsgruppe. Die Versammlung ist auf obigen Termin gelegt, um den Kollegen gleichzeitig den Besuch der Anfang Oktober stattfindenden Hildesheimer Ausstellung für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau, verbunden mit Jagdausstellung, zu ermöglichen. Eintritt am 6. Oktober: 50 S. Der Vorstand.

Hofgeismar (Regbz. Cassel). Sonntag, den 6. Oktober d. Js., nachmittags 3½ Uhr, Versammlung im Hotel „Eissiger Hof“ zu Hofgeismar. Tagesordnung: 1. Sterbefasse; 2. Romanus und Voorm (siehe Weibblatt zum stenographischen Bericht); 3. Vereinsangelegenheiten; 4. Kasienprüfung; 5. Neuwahl des Vorstandes; 6. Austausch der gemachten Beobachtungen in Forst und Jagd. J d o u g.

Magdeburgerforst (Regbz. Magdeburg). Sonntag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, Versammlung in „Drei Linden“ zu Magdeburgerforst. Tagesordnung: 1. Anträge für die Bezirksgruppe; 2. Sammlung Romanus-Voorm; 3. Erhöhung der Ortsgruppenbeiträge; 4. Verschiedenes. Es wird dringend ersucht, die noch rückständigen Ortsgruppenbeiträge bis spätestens zur Versammlung zu zahlen.

Der Vorstand.

Massin (Regbz. Frankfurt a. O.). Am 3. Oktober d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Noll in Massin. Tagesordnung: Entgegennahme von Bestellungen auf den Kalender „Waldheil“; Sammlung für die Kollegen Romanus und Voorm; Verschiedenes.

Der Vorstand.

Ramslau (Regbz. Breslau). Dienstag, den 1. Oktober, nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Hotel zur Krone in Ramslau. Feststellung des Bedarfs an Waldheil-Kalendern für 1913 zum Sammelbezug. Im Anschluß an die Sitzung Abschiedstrunk für den am 1. November scheidenden Kollegen Vösch, wozu auch die Damen vollständig erscheinen wollen.

Der Vorstand.

Reutichen, Kr. Siegenhain (Regbz. Cassel). Die nächste Versammlung findet am 1. Oktober d. Js., nachmittags 1½ Uhr, im Gasthaus Gombacher in Reutichen statt. Tagesordnung: 1. Besprechung über die in Aussicht genommene Gründung einer Sterbefasse; 2. Dienstfrage; 3. Neuwahl von unserem zukünftigen Vereinslokal; 4. Bestellungen des Waldheil-Kalenders; 5. Verschiedenes. Der Vorstand.

Siege (Regbz. Marienwerder). Sonnabend, den 28. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Dicht. Tagesordnung: 1. Einziehen der noch rückständigen Beiträge; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Bestellung auf Waldheil-Kalender; 4. Beratung etwaiger Anträge zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 5. Sammlung für Romanus-Voorm, bei Verhinderung bitte einen Betrag schriftlich zu zeichnen; 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Thybnitz (Regbz. Orpeln). Dienstag, den 1. Oktober, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Po oda. Tagesordnung: 1. Sammlung für die Hinterbliebenen des ermordeten Kollegen Voorm. 2. Verschiedenes. Der Vorstand. Bräuer.

Trehsa (Regbz. Cassel). Am Sonntag, dem 6. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal (Bettlauser, Trehsa). Tagesordnung: 1. Besprechung des stenographischen Berichtes der Delegiertenversammlung vom 14./15. Juni 1912 in Berlin; 2. Bestellung auf den Kalender „Waldheil“; 3. Besprechung wegen Abhaltung eines Wintervergnügens; 4. Verschiedenes. Um reich: zahlreiches Erscheinen der Herren Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand. J. A.: F e i s t, Schriftführer.

Ullersdorf (Regbz. Liegnitz). Sonnabend, den 28. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, Ortsgruppenversammlung im Gasthause von Wennrich in Ullersdorf. Tagesordnung: 1. Berlesen des Protokolls der letzten Versammlung; 2. Festsetzung, wo nächste Versammlung stattfinden soll; 3. Besprechung über einzelne Punkte der Delegiertenversammlung am 14. und 15. Juni 1912 in Berlin; 4. Verschiedenes. — Am Schluß der Sitzung: Fortschrittlicher Vortrag des Herrn Fortmaier van Woten. Auf Erscheinen sämtlicher Mitglieder in dieser Versammlung wird gerechnet. Der Vorsitzende: Liebig.

Berichte.

Ortsgruppen:

Saarbrücken (Regbz. Trier). Die auf den 8. September 1912 im „Alten Münchener Kindl“ zu Saarbrücken einberufene Versammlung war von

13 Mitgliedern besucht. Die Tagesordnung fand folgende Erledigung: 1. Der Entwurf der Satzungen wurde durchgesprochen und die- bezügliche Änderungsanträge der Bezirksgruppe vorgelegt. 2. wurde beschloffen, bei genügender Beteiligung wie alljährlich mit den Gemeinde- forstbeamten zusammen eine Kaisergeburtstags- feier zu veranstalten. Die voraussichtliche Be-

teiligung an der Feier soll durch die Herren Bei- sizer festgestellt werden; ferner werden die- selben gebeten, innerhalb ihrer Oberförstereien eine Sammlung zugunsten der Hinterbliebenen der ermordeten Kollegen Romanus und Voorn zu veranstalten und diese Beiträge baldigt an den Schatzmeister der Ortsgruppe abzuführen.

Der Vorsitzende: W o l l.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Beröfentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Besondere Zuwendungen.

Erlass aus Jägeranabichtungen; eingesandt von Herrn Generalmajor A. D. Gabriel in Neisse	3,—	„
Spende des Vorstandes-Schreibereis der Untermeier; eingesandt von Herrn Dr. v. d. Gellen in Ueterlande für den Grenzgäbler; eingesandt von Herrn Alfred Felsch in Leipzig	38,21	„
Auf Veranlassung des Herrn Direktor Mäurer in Luppeln auf der Treibjagd des Herrn Direktors Sobiren in Gogolin gesammelt; eingesandt von Herrn Architekt M. Straßburg in Breslau	20,—	„
Gelgentlich der Gebrauchshundstunde des Vereins Westfälischer Jäger, Dortmund, in Forsthaus Deringhausen gesammelt; eingesandt von Herrn Forster Jilling in Forsthaus Deringhausen b. Wiede a. Ruhr	15,—	„
	18,—	„

Summa: 94,21 M.

Den Gubern herzligen Dank und Weidmannsheil!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Anders, Altenhofen, 2 M.; Alder, Denfelbach, 3 M.; Appel, Stantau, 2 M.; Borchart, Berthels, 2 M.; Baum, Stampfmühle, 2 M.; Bode, Wolfenthal, 2 M.; Brur, Hofsdorf, 2 M.; Bued, Berlin, 5 M.; Böhm, Kersendorf, 2 M.; Graf Bernsdorff, Hirschshagen 5 M.; Beder, Studnitz, 2 M.; Behr, Lemig, 2 M.; Brunsel, Oberhausen, 2 M.; Büsch, Hedemünden, 5 M.; Bauer, St. Umanin, 2 M.; Brodhoff, Buda, 5 M.; Bösen, Wadendorf, 2 M.; Balubin, Wöngel, 2 M.; Bour, Carrières, 2 M.; Hubron, Bochow, 2 M.; Bauer, Unterhütte, 2 M.; Graf Wredow, Burg Friedland, 2 M.; Berndt, Narenburg, 2 M.; Bretschneider, Zatterwald, 3 M.; Bär, Sulzmann, 3 M.; Bübler, Steinbach, 2 M.; v. Bruchhausen, Rheinsberg, 5 M.; Bachhaus, Gombresen, 5 M.; Barck, Crana, 2 M.; Buchholz, Bernagorode, 2 M.; Bahlke, Bahlitz, 2 M.; Behrend, Bosenburg, 2 M.; Blum, Braunfels, 2 M.; Boffe, Wolfau, 2 M.; Breudel, Commerichburg, 4 M.; Brockmann, Maked, 2 M.; Braach, Seidow, 2 M.; Claußen, Wiedelberg, 2 M.; Claus, Neufertshof, 2 M.; Gassebaum, Aufwolk, 5 M.; Cypien, Gufsch, 5 M.; Dahms, Wepersdorf, 2 M.; Defeler, Gr.-Hilthen, 3 M.; Doumes, Buchberg, 10 M.; Dammewitz, Mörsborn, 2 M.; Daub, Böhlerheide, 2 M.; Dubel, Raduchow, 2 M.; Duda, Maltzsch, 2 M.; Dr. Trautmann, Gießen, 5 M.; Dabitz, Lönke, 2 M.; Dandelmann, Wiesbaden, 10 M.; Dieckrich, Beringen, 5 M.; van Delden, Gronau, 5 M.; Dubel, Wever, 2 M.; Engelsen, Burgdorferhof, 2 M.; Clesner, Belling, 5 M.; Freiherr v. Ende, Althagen, 5 M.; Erber, Rarost, 2 M.; Gritig, Hahlschloß, 2 M.; Graf Ciesedel, Heidersdorf, 5 M.; Guntig, Werdon, 5 M.; Hogenel, Oberstein, 2,50 M.; Grieb, Kitzusall, 5 M.; Grotzner, Schönhauser Damm, 3 M.; Himmelsvalder, Gante, 3 M.; Franke, Heinsdorf, 3 M.; Freiberg, Giesberg, 2 M.; Fischer, Gr.-Möden, 2 M.; Frey, Gohde, 5 M.; Fühmann, Boppot, 2 M.; von Faldenstein, Rottmann, 5 M.; Gräber, Ruckum, 2 M.; Gierckx, Barow, 2 M.; Gottwald, Hainfeld, 2 M.; Geyper, Kumpersdorf, 5 M.; Grande, Jaglia, 2 M.; Götthmann, Zaura, 2 M.; Graf, Webern, 2 M.; Gomolla, Büdingendorf, 3 M.; Graff, Wingen, 5 M.; Gier, Weidenfeld, 2 M.; Grunmachter, Echow, 2 M.; Gieseler, Cumerdort, 2 M.; Günther, Wehlau, 2 M.; Gellstede, Jagstau, 2 M.; Grotzsch, Giesbach, 5 M.; Gieseler, Gieshammer, 5 M.; v. Gärner, Möchen, 5 M.; Grunhof, Joachimsthal, 2 M.; Gahmel, Prora, 2 M.; Gernel, Grundförsterei, 3 M.; Gensel, Neubalenberg, 2 M.; v. Godel, Gernitz, 10 M.; Hausmann, Jüßen, 2 M.; Gering, Neumühle, 2 M.; Verein „Hirschmann“ 100 M.; Gante, Theresen, 2 M.; Gände, Ellerborn, 2 M.; Gadel, Gellweg, 5 M.; Gieseler, Breitenbach, 2 M.; Gen, Trier, 5 M.; Gellmann, Wensberg, 5 M.; Gasse, Wülfersode, 2 M.; Gooch, Weilmünster, 5 M.; Gachn, Terrel, 5 M.; Hofmann, Wilhelmsthal, 2 M.; Gebler, Bernice,

2 M.; Glawensath, Gräblich, 2 M.; Gense, Aufschütz, 2 M.; Jacol, Moder, 2 M.; Jolz, Schmiegel, 2 M.; Jahn, Heßeln, 2 M.; Juring, Hünningen, 2 M.; Jähr, Gernsdorf, 3 M.; Kirchhof, Giersheim, 2 M.; Kämpfer, Lingerhalm, 2 M.; Kiefert, Wehen, 2 M.; Kauer, Miele, 5 M.; Kammeyer, Ebenau, 2 M.; Klopfer, Rinkenau, 5 M.; Kehler, Kropfstadt, 2 M.; Knefel, Canned, 2 M.; Knad, Ebdien, 2 M.; Karl, Kanna, 2 M.; Kuch, Ribbeck, 3 M.; Kammeyer, Gr.-Kohlenwerder, 2 M.; Kahlke, Gradsten, 2 M.; Kride, Lillowitz, 2 M.; Kunnat, Gufschütz, 2 M.; Krahahn, Ramholz, 2 M.; Koch, Hagen, 3 M.; Kall, Mühlthal, 2 M.; Kühr, Eichenbruch, 2 M.; Klose, Dorfbach, 2 M.; Krämer, Budywald, 2 M.; Kunge, Gohensolms, 2 M.; Kligisch, Tannich, 2 M.; Kijung, Silvana, 2 M.; Kaiser, Vorderheide, 2 M.; Kohn, Altwiedorf, 2 M.; Kiehn, Lutterbergshoh, 2 M.; v. Kaldreuth, Tbergörz, 5 M.; Knaben, Giesenschmitt, 2 M.; Knecht, Ringel, 2 M.; Kähler, Rinnow, 2 M.; Koch, Rheidebrügge, 2 M.; Koch, Kollensberg, 4 M.; Kribitz, Kurth, 2 M.; Klesch, Smata, 2 M.; Kuhn, Crangen, 10 M.; Kugel, Guevelberg, 2,50 M.; Lublauer, Clavenow, 2 M.; Lorenz, Schöneiche, 5 M.; Leuterer, Wiersdorf, 2 M.; Lust, Wiedbrück, 2 M.; Ledow, Nieder-Stradam, 2 M.; Lehmann, Wiedisch-Linda, 5 M.; Löffert, Schlagspüke, 2 M.; Leichsch, Gochumart, 2 M.; Lillge, Seubersdorf, 2 M.; Lachelin, Harnigswalde, 2 M.; Langer, Rybna, 2 M.; Lanauer, Brück, 2 M.; Leg, Kammheide, 2 M.; Langsok, Hofmarische Werke, 3 M.; Lemm, Grachen, 2 M.; Lick, Pöhlendorf, 2 M.; Mariens, Gohensier, 2 M.; Mellmann, Kröchenberg, 2 M.; Moritz, Antonswalde, 2 M.; Metternich, Johannsberg, 2 M.; Materne, Rafobsthal, 2 M.; Müller, Oberhausen, 5,10 M.; Maluschke, Welsch, 2 M.; v. Meisch, Wiesbaden, 5 M.; Mal, Beetz, 2 M.; Manß, Maltensfeld, 2 M.; H. Mohr, Wörzitz, 2 M.; Maske, Reibhof, 5 M.; Moldenhauer, Etodum, 2 M.; Marteyer, Seebaußen, 2 M.; Müller, Maderau, 2 M.; Müller, Mothberg, 2 M.; Müller, Marjan, 2 M.; Mühle, Altenstall, 2 M.; Mätzig, Tübingen, 2 M.; Mroch, Gon, 2 M.; Merten, Giesfeld, 5 M.; Mettenbacher, Jägerhaus, 2 M.; Moller, Lohan, 3 M.; Mehnert, Schmidtheim, 2 M.; Muthville, Eichenau, 5 M.; Mehn, Bonn, 2 M.; Müller, Kaderhäuser, 2 M.; Maleschhof, Untermühle, 2 M.; Molsche, Weichensee, 2 M.; Mote, Marisch, 2 M.; Mote, Bevernau, 2 M.; Merte, Scharnbeck, 2 M.; Meirich, Bierfelder, 2 M.; Tischner, Neurode, 2 M.; Plagens, Rothhausen, 2 M.; Paul, Lahnitz, 2 M.; Pampuch, Reiterhausen, 2 M.; Philipp, Giesfeld, 2 M.; Paulus, Reinsfeld, 5 M.; Pohl, Rolden, 5 M.; Pluhar, Schönthal, 2 M.; Pils, Rorsbach, 2 M.; Pechard, Zhatumner, 2 M.; Paudtast, Heidem, 5 M.; Plaschke, Hosen, 2 M.; Paeow, Rarischof, 2 M.; Perjide, Schönlitz, 5 M.; Bennelamp, Bedum, 2 M.; Preit, Bachem, 5 M.; Polier, Zeitenberg, 5 M.; Quandt, Krosien, 2 M.; Rosenberger, Verum, 5 M.; Köhler, Marienheide, 2 M.; Kriebitz, Kaunth, 5 M.; Köschke, Neu-Glende, 2 M.; Knecht, Wittenhausen, 2 M.; Krigert, Godesberg, 2 M.; Kriens, Kabinich, 2 M.; Kreck, Alstorf-Barthe, 2 M.; Krichus, Rehl, 5 M.; Kreck, Talm, 2 M.; Rothmann, Erner, 2 M.; Kreters, Gerdhausen, 5 M.; Kridter, Rosensthal, 2 M.; Rau, Deutsch-Bartenberg, 3 M.; Krogenbud, Neu-Ruppin, 2 M.; Richter, Klauenau, 2 M.; Reimann, Gieshölz, 2 M.; von Salzen, Al. Mantel, 5 M.; Spading, Diebichs- hagen, 2 M.; Sauer, Werthshofen, 2 M.; Siemsen, Al.-Garric, 2 M.; Sieglar, Waldmann, 2 M.; Schöber, Krenndorf, 2 M.; Suchan, Großschütz, 2 M.; Süßenbach, Detschelsch, 2 M.; Sien, Gr.-Bartel, 2 M.; Seimard, Dombrowitz, 3 M.; Schulz, Friedrichs- huld, 2 M.; Schmidt, Hedsin, 2 M.; Schulke, Gr.-Glende, 2 M.; Schael, Scherbeningen, 2 M.; Schulle, Cederndorf, 5 M.; Schone, Hohlhart, 2 M.; Schalau, Lerpun, 2 M.; Schone- wald, Gladbeck, 2 M.; Schmitt, Brinde, 2,50 M.; Scholz, Wils- schütz, 2 M.; Schulze, Stadenbühl, 2 M.; Graf von Schlabien- dorf, Cerpun, 10 M.; Schmitt, Schloben, 2 M.; Schind, Cüderlyne, 2 M.; Schifferswald, Steifich, 2 M.; Schiller, Raper- moor, 2 M.; Schiunk, Weßfalta, 2 M.; Schult, Al. Rebel, 2 M.; Schladum, Camp, 2 M.; Schmidt, Rudat, 2 M.; Schöpler,

Schaephuysen, 2 M.; Schoelen, Bürger Wendenmarkt, 2 M.; Schmidt H., Tiefensee, 2 M.; Schlaug, Eils, 2 M.; Schulze, Bergedorf, 5 M.; Schulz, Richterfelde, 2 M.; Schroder, Berguid, 2 M.; Schulze, Constantian, 4 M.; Scholz, Rundenhof, 3 M.; Schulz, Gr. Freienstein, 5 M.; Schulz, Stelldie, 2 M.; Schweda, Schmeibinchen, 2 M.; Schrapel, Gaidelhäuser, 2 M.; Steinbrecher, Alteburg, 2 M.; Sied, Sied, 5 M.; Stoh, Wettelrode, 2 M.; Stols, Goslar, 5 M.; Streblau, Kunsendorf, 2 M.; Steffens, Dingelrodt, 2 M.; Strauch, Wokdorf, 2 M.; Tornow, Neigern, 2 M.; Thelen, Lutebach, 2 M.; Tsch, Rottenmoor, 2 M.; Toben, Goltzburg, 2 M.; Thomas, Freiburg, 10 M.; Todt, Conterlat, 2 M.; Ubras, Gröblich, 2 M.; Urban, Marienfeld, 2 M.; Unger, Malfahen, 2 M.; Ulrich, Solwe, 2 M.; Voigt, Lüneburg, 5 M.; Wolgmann, Großmoos, 2 M.; Dr. Voigt, Richterfelde, 5 M.; Vogtman, Gelle, 2 M.; Wirth, Hausbruch, 2 M.; Weber,

Hohenleese, 2 M.; Weber, Chrusch, 5 M.; Wulf, Rühren, 2 M.; Wegel, Grünberg, 2 M.; Waldmann, Harsberg, 2 M.; Wehr, Runden, 2 M.; Wittkop, Hachenhausen, 10 M.; Wessell, Könnersholz, 3 M.; Weithäuser, Feteborn, 2 M.; Werner, Lubichow, 2 M.; Wurwich, Martowitz, 2 M.; Wüster, Hohenrohrsberg, 10 M.; Weinrich, Damschagen, 2 M.; Wenzel, Greiswald, 2 M.; Wachner, Hörtlingen, 2 M.; Wiedt, Hohenrohrs, 2 M.; Wachmann, Gummagrupe, 5 M.; Wiskisch, Mittenhaig, 3 M.; Jörn, Gr. Behm, 5 M.; Zimmer, Jellitz, 2 M.; Zawade, Klackna, 2 M.; Zehnwand, Mittenhaig, 5 M.; Dr. Zeumer, Nicolai, 5 M.; Zude, Witz, 2 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt Neumann, Schafmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Saltensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird in seinem eigenen Interesse gebeten, dem Verein beizutreten, ebenso auch jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes.

Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren für **ordentliche Mitglieder aus dem Stande der Privatforstbeamten** bei steuerpflichtigem Einkommen bis zu 2000 M. mindestens 4 M., bei steuerpflichtigem Einkommen über 2000 M. mindestens 8 M., Aufnahmegebühr in beiden Fällen 3 M.; für **ordentliche Mitglieder aus dem Kreise der Waldbesitzer** mindestens 10 M., Aufnahmegebühr 10 M., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 200 M.; für die **außerordentlichen Mitglieder** mindestens 8 M., Aufnahmegebühr 10 M., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 75 M. Satzungen des Vereins durch dessen Geschäftsstelle in Neubamm umsonst und portofrei. Das Vereinsorgan, die Deutsche Forst-Zeitung, wird an Vereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 5 M. 20 Pf. für ein Jahr geliefert; Bestellungen an die Geschäftsstelle des Blattes.

Bezirksgruppe Sachsen (XII).

Einladung

zu der am Sonntag, dem 22. September 1912, nachmittags 3 Uhr, im „Karola-Hotel“ — am Hauptbahnhof in Chemnitz — stattfindenden Bezirksgruppenversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über die 10. Mitgliederversammlung in Eisenach.
2. Vortrag des Herrn Bürgermeister Dr. Woydt in Schneeberg über den Gemeindepensionsverband.
3. Bericht über die 6-jährigen Försterprüfungen.
4. Anträge aus der Versammlung.
5. Besprechung forst- und jagdlicher Tagesfragen.

Oberförsterei Reschwitz, 11. September 1912.

Dreßler, Oberförster.

Der Waldausflug des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, E. V., nach dem von Schutzbar-Wilchling'schen Forstrevier Hohenhaus.

Am 16. August fand in Eisenach die Mitgliederversammlung des Vereins für Privatforstbeamte statt. Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach ist Mitglied des Vereins und war auch zu dem interessanten, formvollendeten Vortrage unseres verehrten Wönners, des Herrn Geheimrat Professor Dr. Schwappach, in der Versammlung erschienen. In dieser Versammlung wurde unter anderem auch der Fortbildungsfrage das Wort geredet und darauf hingewiesen, daß der Fortmann der Fortbildung in seinem Fache am besten gerecht wird, wenn er andere Waldungen besucht und sich dort unter fachkundiger Führung belehren läßt.

Die Leitung unseres Vereins hat die Wahrheit dieser Worte schon seit mehreren Jahren in die

Tat umgesetzt, und so war auch in diesem Jahre eine Waldbesichtigung geplant worden. Seitens des Herrn von Eichel-Schreiber, der als Waldbesitzer im engeren Vorstande vertritt, war zu dem Ausfluge das Forstrevier des Herrn von Schutzbar-Wilchling zu Hohenhaus im Kreise Schwege, Regierungsbezirk Cassel, gewählt worden. Und alle (5 Waldbesitzer, 66 Forstbeamte, einige außerordentliche Mitglieder und Gäste), die an diesem Waldbesuche teilgenommen haben, gehen mit mir einig, daß es ein in jeder Hinsicht schöner und lehrreicher Tag gewesen ist, den wir dort verbracht haben, der einem jeden unvergänglich sein und bleiben wird.

Es ist eine Freude, darüber zu berichten, und gerne komme ich dem an mich ergangenen Wunsche, das zu tun, nach.

Das rund 700 ha große Revier wird von Herrn Oberforstrat Dr. Matthes, dem Direktor der Großherzoglichen Forstakademie zu Eisenach, seit nunmehr 18 Jahren verwaltet. Überall sind die Erfolge seiner rastlosen Tätigkeit und seiner mannigfachen, auf echte Theorie und echte Praxis gestützten Versuche zu erkennen. Herr von Wilchling erteilt in entgegenkommenster Weise die Erlaubnis zu den sachlichen Vorlesungen.

Der Boden ist teilweise ein Verwitterungsprodukt des Buntfelsen, teilweise stocken die Bestände auf Muschelkalkboden. Der tiefste Punkt des Reviers liegt bei etwa 300 m, der höchste bei 450 m über dem Meere. Auf dem Sandboden herrscht das Nadelholz vor, auf dem Muschelkalk die Buche.

Die Buchenbestände, die fast durchweg ein vorzügliches Wachstum zeigen, sind aus dem Mittelwalde hervorgegangen. Eichen und Ahorne sind einzeln beigemischt, aber immer noch in einem Maße, daß eine genügende Beimischung dieser

Holzarten auf der ganzen Fläche durch natürlichen Samenabfall möglich ist. Als Oberforsttrat Matthes die Wirtschaftsführung in Hohenhaus übernahm, zeigte sich überall Aufschlag. Ein großer Teil der den Altholzbestand bildenden Bäume (hauptsächlich Rotbuche) war damals noch zu schwach, um Nutzholz zu liefern, und die schönen schlanken Stämme zu Brennholz zu zerschneiden, hielt er für unrentabel. Er entnahm den Beständen zunächst alle kranken Bäume und die aufgeasteten, knotigen Stämme; die Äste waren zum Teile in den Stamm hineingefault. Alsdann wurde blindernd weiter gearbeitet. Dabei galt es vor allem, die Gruppen aufzulösen, um $\frac{1}{3}$, besser noch 0,4 lange Kronen zu erziehen. Dann erst wurde reißes Material, d. h. gut verkäufliches Material gehauen. Es entstanden auf diese Weise Anwuchshorste aus natürlicher Ansammlung, aus Buche mit Eichen und Ahornen gemischt. Da die Rotbuche unter den dortigen Verhältnissen diese beiden Holzarten überwächst, wird schon im jugendlichen Alter durch Abgipseln der bedrängenden Rotbuchen nachgeholfen. Im Alter von 20 bis 40 Jahren wird eine schwache Hochdurchforstung eingelegt. Das Ziel für den herrschenden Bestand sollen 2 bis 3 mm breite Jahrringe sein. Jeder Bestand wird alle 10 Jahre einmal durchhauen, und dabei werden pro Hektar 30 bis 35 fm entnommen. Der Holzvorrat könnte statt 3 bis 3,5 die Entnahme von 6 fm pro Jahr und Hektar zulassen. Bei dieser Wirtschaftsführung liegen fortgesetzt 200 bis 250 cbm Oberholz auf dem Hektar. Die Anwuchshorste hatten anfangs einen Durchmesser von 10 m, allmählich ging der Wirtschaftler bis zu einem Durchmesser von mindestens 20 m hinauf. Auf diese Weise entsteht ein zweistufiger, oberholzreicher Hochwaldbetrieb, bei welchem angestrebt wird, den Eichenanwuchshorsten durch Rändeln und Räumen nachzuhelfen.

Ganz besonders interessierten die Teilnehmer aber die Maßregeln, welche Oberforsttrat Dr. Matthes getroffen hat, um kümmernden Fichtenkulturen aufzuhelfen. Zunächst waren es Fichtenkulturen auf Sandboden, die stark durch die Heide litten. Oberforsttrat Matthes hat anfangs Versuche mit Weißerlen und mit künstlichem Dünger gemacht, und zwar jederzeit im Wechsel zwischen Streifen, auf welchen die Hilfsmittel nicht angewandt worden waren, und Streifen, auf welchen in der genannten Weise geholfen wurde. Es ist auffallend, wie die getroffenen Maßregeln das Wachstum fördern. Später aber ging Oberforsttrat Matthes dazu über, in die kümmernden Fichtenkulturen Dauerlupinen zu säen. Anfangs ließ er auf Versuchsfeldchen die Heide abschälen und den Boden leicht bearbeiten. Die Kosten für diese Bearbeitung betrugen pro Hektar 60 M. und ebensoviel kostete das Säen mit Samen von Dauerlupinen. Die Ausgabe von 120 M. erschien ihm zu hoch, und so führten ihn weitere Versuche dazu, ohne jegliche Bodenbearbeitung Lupinenhochoten auszulegen. Im Juli läßt er die Rippen mit den Schoten von den selbstgezogenen Dauerlupinen abschneiden (erst aus den Kulturen) und diese Rippen werden auf der ganzen Fläche etwa in Meter-Entfernung

voneinander zwischen den Fichten ausgelegt, ohne daß die Heide und das Gras zuvor entfernt wird. Die Schoten springen dann auf und streuen die kleinen Samenkörner auf $\frac{1}{2}$ m Entfernung nach allen Seiten hin aus, so daß die ganze Fläche mit Körnern besät ist. Die Kosten dieser Arbeit betragen pro Hektar 20 M. Die Lupinen gehen auf dem Sandboden leicht auf und das Lupinenkraut frisst geradezu die Heide. Durch das neue Leben (wohl Batterienleben) wird der Wuchs der Fichte dann in hervorragender Weise gefördert. Bisher war es noch nirgends geglückt, Lupinen mit Erfolg auf Kuschelfalk zu ziehen. Auch da hat Oberforsttrat Dr. Matthes Versuche gemacht, die jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Zunächst hatte er ebenfalls leichte Bodenbearbeitung vorgenommen und Samenkörner von Dauerlupinen ausgestreut. Das hatte nicht den erwünschten Erfolg, deshalb griff er auch hier im vergangenen Jahre versuchsweise zu den Rippen mit Schoten von Dauerlupinen, die in der gleichen Weise, wie auf dem Sandboden, ohne jegliche Bodenbearbeitung ausgelegt worden sind. Und jetzt schon sieht man über die ganze Fläche verbreitet kleine Lupinenpflänzchen. Es wäre ein ganz bedeutender Fortschritt, wenn es Oberforsttrat Matthes gelingen würde, den Beweis zu liefern, daß auf diese Weise auch solcher Boden zu Kulturboden gemacht werden kann. Oberforsttrat Dr. Matthes glaubt auch, daß durch den Lupinen-Zwischenbau der Kuschelfalk-Pilz ebenso wie der Engerlingspilz von den Kulturen abgehalten wird. Die Engerlinge verletzen durch Wenagen die Wurzeln der Fichten und geben dadurch den Sporen des Kuschelfalk-Pilzes die erwünschten Angriffspunkte, so daß dann die sogenannten Trameteslöcher entstehen.

Oberforsttrat Dr. Matthes pflanzt die Fichten in einmetriger Entfernung und nutzt dann, wenn der Schluß eingetreten ist, die etwas zurückbleibenden Pflanzen als Christbäume. Auf diese Weise sind in den letzten fünf Jahren aus den dortigen Waldungen und in den ausgedehnten Fichtenpflanzungen nahe bei Rotenburg a. Fulda für 25 000 M. Christbäume verkauft worden. Da, wo durch die Christbaumnutzung genügend große Lücken entstanden sind, wurden zur Füllung und zur Förderung der Stickstoffbereicherung des Bodens Weißerlen gepflanzt. Freudig wuchsen dann die Fichten weiter. Daß die Weißerle das Wachstum der Fichten fördert, wurde den Teilnehmern an der Exkursion auch dadurch bewiesen, daß in jenen Streifen, welche auf ausgedehnten Fichtenpflanzkulturen mit Weißerlen ausgepflanzt worden waren, die zwischenständigen Fichten eine dunkelgrüne Farbe und kräftigeres Wachstum zeigten, ebenso wie die Fichten auf den nicht mit Weißerlen behandelten Streifen insoweit sie an den Rändern der Weißerlen-Versuchstreifen stehen.

Es war wirklich ein Genuß für den Forstmann, das zu sehen, was in den v. Mischlinischen Waldungen dank der Theorie und der Praxis von Oberforsttrat Dr. Matthes geleistet worden war, und gewiß werden alle Teilnehmer den Voratz mitgenommen haben, in den Waldungen, die ihrem Schutze anvertraut sind, auf gleiche Weise

nachzuhelfen, wie es in den von Wächlingischen Waldungen klar und deutlich vorgeführt worden ist.

Aber nicht nur das, was bisher geschildert worden ist, machte den Tag angenehm und unvergänglich, sondern auch der liebenswürdige Empfang durch Herrn von Wächling selbst, sowie durch seinen Sohn und seine Tochter und schließlich durch die wohlgeschulten Forstbeamten. Ihnen allen gebührt aufrichtiger Weidmannsbau. Gerne werden wir stets zurückdenken an die Stunden der Bewirtung im herrlichen Schloßpark in Hohenhaus. Herr v. Wächling begrüßte dort mit freundlichen Worten die Gäste und teilte mit, daß die Besitzung vor 60 Jahren aus der Hand der Familie v. Buttlar-Brandenburg in die seines Vaters gekommen ist. Anfangs hätte die Bewirtschaftung in der Hand des berühmten Forstmannes Homburg gelegen, und jetzt sei er so glücklich, den Oberforstrat Dr. Matthes, den Rüstfächer, Trametespilze und Engerlinge mit Erfolg bekämpft, als Wirtschaftler zu besitzen. Der Vorsitzende unseres Vereins, Oberförster Dr. Vertog, dankte für den freundlichen Empfang und insbesondere auch dafür, daß er den Herrn von Wächling als jüngstes Mitglied unseres Vereins vorzustellen die Ehre haben dürfte. Die Verdienste des Herrn Oberforstrats Matthes wurden durch unseren zweiten Vorsitzenden, Herrn von Eichel-Streiber, in das rechte Licht gesetzt.

Am Nachmittage konnte Herr von Wächling leider nicht an unserem Ausfluge teilnehmen. Er mußte auf seine Besichtigungen nach Spanien und Marokko, wo Heuschreckenschwärme die dort ausgeführten Kulturen überfallen und zum größten Teile vernichtet haben. Ihn vertrat bei dem Schlußkaffee in Wemmen, wo sich ein neu-angekauftes Gut des Herrn von Wächling befindet, sein Sohn. Wir alle schieden mit aufrichtigem Danke von den herrlichen Waldungen Thüringens, von diesem wohlgepflegten Privatforstreviere, aber auch mit Dank für die liebenswürdige Aufnahme durch den Besitzer und dessen Familie als auch gegen die Forstbeamten und insbesondere gegen die Tochter des Revierverwalters, welche uns alle so vorzüglich versorgte.

Dieser Exkursionstag war auch tatsächlich ein bestes Mittel, der Fortbildung zu dienen, und wir können zum Schluß nicht umhin, unserer Vereinsleitung und insbesondere dem Herrn v. Eichel-Streiber, welcher alle Veranstaltungen unserer Versammlung vorbereitet hat, aufrichtigen Herzens zu danken dafür, daß den Besuchern der zehnten Hauptversammlung in Eisenach durch diese Exkursion

so viel Nachahmenswertes gezeigt worden ist, daß uns allen die Hand geboten wurde, unser forstliches Wissen zu bereichern. Forstrat Eulensfeld.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3904. Albrecht, August, Waldwärter (Gerberische Forstverwaltung), Wundendorf b. Meißland i. Sachl. (B.-Gr. XII.)
 3905. Geber, Karl, Waldwärter (Gerberische Forstverwaltung), Maunheim b. Vengelsdorf i. Sachl. (B.-Gr. XII.)
 3906. Wegener, Karl, Brennereibevollmächtigter, Bergisdorf bei Zagan i. Schles. (B.-Gr. VII.)
 3907. Rehner, Walter, Forstmeister, Rgl. Sachl. Forstassessor a. D. (Erlang. Goldenlohe-Medallion), Kofschent, Kr. Lublin, C.-S. (B.-Gr. VI.)
 3908. Wagner, Wilhelm, Fasanenmeister, Heintzhan, Bez. Breslau. (B.-Gr. VII.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Mirch, Heinrich, Forstamtsassistent, Wallerstein.
 Jhde, Otto, Revierjäger, Temen, Medl.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan lauten ferner ein:

Nr. 75, 106, 148, 157, 216, 217, 226 je 4 M., Nr. 237 8 M., Nr. 301, 302, 347, 351, 356 je 4 M., Nr. 370, 371 je 8 M., Nr. 388 4 M., Nr. 393 8 M., Nr. 421, 427 je 4 M., Nr. 428, 444 je 8 M., Nr. 479, 494, 507, 548, 567, 691, 729, 749 je 4 M., Nr. 751 8 M., Nr. 754, 791, 831 je 4 M., Nr. 854 1 M., Nr. 861, 915 je 4 M., Nr. 917 8 M., Nr. 936, 942, 959, 983, 992, 994, 1012, 1034 je 4 M., Nr. 1082 8 M., Nr. 1085, 1086, 1089, 1190 je 4 M., Nr. 1246 8 M., Nr. 1220, 1238, 1246 je 4 M., Nr. 1271, 1274, 1278 je 10 M., Nr. 1280 8 M., Nr. 1308, 1316, 1334 je 4 M., Nr. 1339, 1345, 1349, 1351, 1353, 1386 je 10 M., Nr. 1398 20 M., Nr. 1402, 1423, 1433, 1436, 1437, 1442, 1453 je 10 M., Nr. 1462 8 M., Nr. 1491, 1499, 1503, 1586 je 4 M., Nr. 1590 8 M., Nr. 1596, 1686 je 4 M., Nr. 1691 8 M., Nr. 1697, 1720, 1739, 1748 je 4 M., Nr. 1752 8 M., Nr. 1777, 1782, 1790, 1834 je 4 M., Nr. 1854 3 M., Nr. 1867 4 M., Nr. 1891 10 M., Nr. 1926, 1953 je 4 M., Nr. 1954 8 M., Nr. 1972, 1980 je 4 M., Nr. 2013 1 M., Nr. 2064, 2096, 2108 je 4 M., Nr. 2116, 2118 je 8 M., Nr. 2139 4 M., Nr. 2151 8 M., Nr. 2153 4 M., Nr. 2165 8 M., Nr. 2202 4 M., Nr. 2214 8 M., Nr. 2234, 2237, 2241, 2260, 2310, 2315, 2318 je 4 M., Nr. 2356 8 M., Nr. 2405, 2438, 2480 je 4 M., Nr. 2492 10 M., Nr. 2532 8 M., Nr. 2565, 2566, 2580, 2585 je 4 M., Nr. 2596, 2600 je 8 M., Nr. 2639, 2677, 2696, 2712, 2715, 2725, 2726, 2751 je 4 M., Nr. 2772, 2783, 2784, 2786 je 8 M., Nr. 2818, 2826, 2835, 2841, 2843, 2845, 2872 je 4 M., Nr. 2881 10 M., Nr. 2939, 2947, 2968, 2988, 2991, 3011, 3017 je 4 M., Nr. 3016 8 M., Nr. 3111, 3169, 3176, 3202 je 4 M., Nr. 3217 5 M., Nr. 3252, 3270, 3273, 3290, 3293, 3308, 3317 je 4 M., Nr. 3319 5 M., Nr. 3322 4 M., Nr. 3340 10 M., Nr. 3353 1 M., Nr. 3362, 3406 je 4 M., Nr. 3413 10 M., Nr. 3430, 3447, 3454, 3455, 3460 je 4 M., Nr. 3474 10 M., Nr. 3477 4 M., Nr. 3478 10 M., Nr. 3536 8 M., Nr. 3585, 3627, 3655 je 4 M., Nr. 3661 8 M., Nr. 3685 4 M., Nr. 3687 8 M., Nr. 3692, 3695, 3699, 3700, 3709, 3717 je 4 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
 zu Halensee-Berlin, Karlshof Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Bezirksgruppe Harzgerode.

Am Mittwoch, dem 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Kagebsprung, Bahnhofrestaurant. Berichterstattung über die am 18. d. Mts. stattgefundene außerordentliche Delegierten Ver-

sammlung in Dessau. Daran anschließend Abschiedsfeier für den zum 1. Oktober nach Luchswitz verlegten Kollegen Penke.

Bei günstigem Wetter findet eine photographische Aufnahme der Mitglieder der Bezirksgruppe durch Kollegen Grimm statt. Dann wird noch freundlichst an das Mitbringen der noch fehlenden Photographien für das Vereinsalbum

erinnert. Ein vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht. Auch die Damen sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand. G r i m m, Vorsitzender.

Bezirksgruppe Dessau-Zerbst-Cöthen.

Sonnabend, den 5. Oktober d. J., nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Vereinslokale.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe der in der Sitzung des Hauptvorstandes am 18. September gefaßten Beschlüsse.
2. Bericht des Kollegen, Revierförster Schneider, über die diesjährige Forstversammlung in Högter.
3. Besprechung forstlicher und jagdlicher Tagesfragen. Der Vorsitzende: B e r n h a r d.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwärte.

1. Zwecks Aufstellung einer Übersicht usw. ersuche ich die verehrten Herren Kollegen mit eigener Wohnung — nach meinem Dafürhalten handelt es sich um deren 20 bis 33 — sehr ergebenst, mir bis spätestens 1. Oktober cr.

über folgende Fragen Auskunft zukommen lassen zu wollen:

- a) Wie hoch ist der Anrechnungswert Ihrer Wohnung? (Bei neueren Gebäuden erbitte ich die Angabe sämtlicher Bauteile, einschließlich derjenigen für Baugrund; bei älteren Gebäuden genügt die Angabe des ortsüblichen Mietwerts der Wohnung.)
- b) Wieviel Kinder haben Sie und wieviele hiervon sind noch nicht 14 Jahre alt?

Diejenigen Kollegen, die nicht Abonnenten der „Deutschen Forst-Zeitung“ sind, bitte ich von vorstehendem ergebenst in Kenntnis setzen und die erwünschte wichtige Beantwortung veranlassen zu wollen.

2. Es haben — leider auch auf die Aufforderung in der „Deutschen Forst-Zeitung“ hin — 8 Kollegen mit Dienstwohnung die von ihnen erbetenen Angaben bis heute noch nicht gemacht.

Ich bitte diese Herren nun nochmals um sehr gefällige Mitteilung der erwünschten Angaben bis zum 25. d. Mts. Angaben, die bis zum genannten Tage nicht gemacht sind, werden an anderer geeigneter Stelle eingeholt.

S e u b a c h, S.-M., 15. Septbr. 1912.

Der Vorstand. K e u t e r, Vorsitzender.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befehung gelangende Forstbüchereien in Preußen. 763. — Neuere Erscheinungen und Strömungen auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft. 763. — Der Obstbau am Forsthaufe. 769. — Nounenod! Von Sirek. 762. — Vernichtung der Buchenmaut im Harz durch den Buchenspringerfäulekäfer. 762. — Sturm Schäden. 762. — 25. Versammlung des württembergischen Forstvereins vom 24. bis 26. Juni 1912 zu Tübingen. 763. — Wejeje, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 765. — Jubiläumsspende für Tharandt. 768. — Aus den Königlich preussischen Forstlehrerlehrgängen. 766. — Personalveränderung in der Fürstlich von Dannermarkischen Forstverwaltung in Neudorf, Oberschlesien. 767. — Ein alpenwirtschaftlicher Lehrgang für Förster. 767. — Evacuation der Berliner Wälder. 767. — Touristen tag und Waldschutz. 767. — Verkauf des Baerlebühles. 767. — Verhandlungen über den Ankauf eines Haubergs im Siegerland. 768. — Vermehrung der Mittel für die Aufforstung bäuerlichen Elandes. 768. — Erwas über die Tätigkeit des Westpreussischen Provinzial-Forstwirtschafts-Vereins. 768. — Kaiserabzeichen 1912. 769. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 769. — Brief- und Fragelasten. 770. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 771. — Nachrichten des „Waldheil“. 778. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 774. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 778. — Inserate.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit Nummer 39 schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die

Deutsche Forst-Zeitung mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Felerabende** (Seite 101 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beiblättern: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk in Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Ferkel** (Seite 104 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis 3 Mark 50 Pf. pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1912, sofort aufzugeben, damit in der regelmäßigen Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einsendung des Betrages für Abonnement und Frankatur.

Neudamm, im September 1912

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Wer vieles bringt, wird alles etwas bringen, daß kann man auch von der neuen Preisliste der altrenommierten Firma R. Weber, R. R. Hoflieferant, Dahn in Schleien, sagen, welche unserer heutigen Nummer beigelegt ist, und auf welche wir unsere Leser noch ganz besonders aufmerksam machen möchten.

Ferner liegt dieser Nummer bei ein Prospekt der Firma J. Neumann, Neudamm, betreffend Kalender „Waldheit“ etc., worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Zur Schneebalkkollekte für den Jagdausscher Ott und die Witwe Schäfer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß im Jahre 1906 zugunsten des durch einen plötzlichen Tod verstorbenen Jagdausscher Ott und der Witwe des ermordeten Oberjägers Schäfer von unbekannter Seite eine Schneebalkkollekte veranstaltet wurde, in welcher die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“ als Sammelstelle für die Beiträge genannt ist. Wir erklärten schon damals, daß diese Kollekte ohne unser Wissen und Willen in Umlauf gesetzt sei, machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß derartige Kollekte gesetzlich verboten sind, und baten wiederholt dringend, die Schneebalkkollekte für Ott und Schäfer einzustellen. Trotzdem gingen im Laufe der Jahre und gehen auch jetzt immer noch Beiträge für den genannten Zweck, teils mit unflätigen Bemerkungen, bei unserer Expedition ein. Wir nehmen daher Veranlassung, die Empfänger von Schneebalkbriefen nochmals zu bitten, dem Umfang der Schneebalkkollekte zu steuern und diese endlich einmal außer Kurs zu setzen. Die jetzt noch bei uns eingehenden Beiträge werden dem Verein „Waldheit“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, überwiesen.

(697) Die Expedition (10790 der „Deutschen Jäger-Zeitung“.

Am 8. September d. Ja. verstarb infolge einer Operation der Königl. Hegemeister

(1128)

Hugo Haase

zu Forsth. Eichflor im 59. Lebensjahre.

In ihm ist ein tüchtiger Forstmann, der seinen Beruf von ganzem Herzen liebte, dahingegangen. Der Verstorbene, dessen frühen Tod wir tief betrauern, erlente sich allgemeiner Beliebtheit, und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Im Namen der Beamten der Oberförsterei Rohrwiese. Splittatoesser, Königl. Forstmeister.

Nachruf!

Am 8. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, verschied infolge einer schweren Operation im 59. Lebensjahre der Kgl. Hegemeister

Herr Hugo Haase

(1148)

zu Forsthaus Eichflor.

Ein treuer Diener seines Königs, ein Heger seines Waldes und Wildes von echtem Schrot und Korn, ein Muster treuer Pflichterfüllung hat uns verlassen.

Seine ehrenhafte Gesinnung, sein humorvolles und kollegiales Wesen machten ihn zu einem der beliebtesten Mitglieder unseres Vereins und sichern ihm unsere Hochachtung und Liebe über das Grab hinaus.

Einen grünen Bruch auf sein Grab!

Die Ortsgruppe Schneidemühl des Vereins Königl. Preuss. Forstbeamten.

Familien-Nachrichten

Geburten:

Dem Stadtförster Rurnoth in Reichenstein eine Tochter.

Holz und Güter

Kaufe ständig stehendes wie gefälltes und verarbeitetes Kiefern- oder Fichtengrubenholz.

Offerten mit Angabe der Festmeterzahl, Holzstärke und Preis unt. Nr. 1138 bef. die Exp. der Dtsch. Forst-Ztg., Neudamm.

Personalien

Förster.

Suche zum 1. 12. 1912 oder 1. 1. 1913 verheirateten Forstbeamten (Alter 28 bis 33) für pensionsberechtigende Stellung. Gehalt 1200 bis 1800 Mk., 45 Mk. Kleidergeld, Dienstwohnung mit Zubehör. Keine Jagdgerechtigkeit. Haupttätigkeit: Aufzucht von Dohlen, besonderes Verlangen hierfür erwünscht. Off. u. O. M. 1088 bef. d. Exped. d. D. Forst-Z., Neudamm.

Forstreferendar gesucht

zur freiw. Unterst. (1108) Königl. Oberförster Aschoff, Dahn bei Wiesbaden.

Gesucht zum 1. 10. 12 ein

(1140)

Forstlehrling

mit guter Schulbildung. Pensionspreis jährlich 500 Mk.

C. Hahnel, Rürst. Förster, Forsthaus Prora b. Jersow a. Rügen.

Bekanntmachung.

Gemeindeförsterei.

Die Gemeindeförsterei des Forstschuttwaldes Hiltburg (Stadt) und Hiltersdorf ist neu zu besetzen. Das jährliche Einkommen besteht aus:

- a) Grundgehalt 1200 Mk.,
- b) Dienstwohnung;
- c) 6 Alterszulagen von 200 Mk., in Stufen von 3 zu 3 Jahren, und
- d) Brennholz im pensionsfähigen Werte von 100 Mk.

Auf das Besoldungsdiensalter werden die Jahre angerechnet, die der Bewerber in der Eigenschaft eines Gemeindeförsters in einem Kommunalverbande tätig war. War der Bewerber bei seiner ersten Anstellung im Kommunalforstdienste über 28 Jahre alt, so werden, wenn von letzterer oder von seiner sonstigen im Forstausbildungsdienst zugebrachten Zeit so viel Jahre auf das Besoldungsdiensalter angerechnet, als er über 28 Jahre alt war.

Bewerbungen um diese Stelle sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und der Befähigungsausweise binnen 8 Wochen an mich einzureichen.

Bewerbungen von Forstverordnungs-berechtigten und Meßerjägern der Klasse A können nur berücksichtigt werden, wenn die Erklärung beiliegt, daß Bewerber gemäß § 32 Ziffer 3 der Bestimmungen über Vorentlohnungen und Anstellung im Königl. Forstschuttwald vom 1. Oktober 1905 durch die seine Anstellung ihre Forstverordnungsansprüche als erfüllt betrachten. Forstverordnungs-berechtigte haben ferner der Bewerbung entweder die Urausfertigung des Verordnungscheines oder eine höchstens 14 Tage alte beglaubigte Abschrift dieses Scheines beizufügen, welche die Bescheinigung enthalten muß, daß die Abschrift eine vollständige ist, und daß die Urausfertigung keinerlei weitere Zulage und Bemerkungen enthält. Bewerbungen, welche diesen Bedingungen nicht genügen, bleiben unberücksichtigt. (1132)

Hiltburg, den 11. September 1912. Der Bürgermeister. Ness.

Offene Stadtförsterei.

Bei der Rathenower Stadtförsterei ist eine Stadtförsterei sofort zu besetzen. Anfangsgehalt 1500 Mk., steigend durch Alterszulagen von je 200 Mk. von 3 zu 3 Jahren auf 2800 Mk., sowie freie Wohnung und Garten. Daneben wird nicht pensionsfähig Brennmaterial im Werte von 100 Mk. und Fischereierlaubnis im Werte von 50 Mk. gewährt. Inhaber des Forstverordnungscheines, welche das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten und die Försterprüfung für den Königl. preussischen Forstdienst bestanden haben, werden aufgefordert, ihre Bewerbungsgelbst nebst selbstgeschriebenem Lebenslauf und Zeugnisse uns sofort einzureichen. Probezeit ein Jahr, nach dessen Ablauf die Anstellung gemäß § 8 Absatz 2 des Kommunalbeamtengesetzes und des § 3 des dazu erlassenen Ortsstatuts erfolgt. Bewerber muß verheiratet sein. Da mit dem Forsthaus die Führung einer Sommerwirtschaft für Ausflügler verbunden werden soll, ist der Bewerber verpflichtet, diese Wirtschaftsführung zu übernehmen und durch seine Frau führen zu lassen. Rathenow, den 11. September 1912. Der Magistrat. (1138)

2 Hiltjäger und 1 Heidejäger

für eine größere Herrschaft Schleien gesucht. Bewerber, welche nicht Anwärter auf den Staatsdienst sind, wollen ihre Zeugnisse, Photographie und evtl. Empfehlungen unt. Nr. 1120 an die Expedition der Deutschen Forst- und Jagd-Zeitung, Neudamm, einreichen. Templiner Forstschüler erhalten den Vorrang.

Forstlehrling

mit guter Schulbildung wird zum 1. Oktober gesucht. Pensionspreis monatlich 40 Mk. inkl. Bett und Wäsche. (1163) Wilhelm, Gräf. von Flemming (der Förster, Forst b. Baumgarten, Hr. Pommer. Dort kann sich auch ein Volontär melden.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Hundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amliches Organ des Grandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaldsenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetz vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 39.

Neudamm, den 29. September 1912.

27. Band.

Einige Winke zur Beschaffung der Grundlagen für eine Forsteinrichtung.

Von Oberförsterlandibat Krebs, Diez.

Die wichtigste Arbeit bei der Forsteinrichtung ist und bleibt die Feststellung der Fläche. Trotzdem muß man leider allzu häufig die traurige Wahrnehmung machen, daß es gerade mit dieser Grundlage für alle weiteren Taxationsarbeiten sehr schwach bestellt ist. Allzu vertrauensfelig werden die Flächen einfach aus den alten Betriebswerken übernommen unter entsprechender Berichtigung der eingetretenen Veränderungen. Das konnte in manchen Fällen leidlich richtig sein, in den meisten jedoch zu den schlechtesten Resultaten führen. Es gibt in der Hauptsache zwei Möglichkeiten, die die falschen Angaben bedingen. Erstens: Die falsche Ausmessung auf der Karte; zweitens: die Abweichung der Karte von der Wirklichkeit. Beide Fälle sind mir während meiner sechsjährigen Forsteinrichtertätigkeit außerordentlich häufig vorgekommen. Es fanden sich Differenzen bis zu 40 %. Nun sage man mir nicht: „Ja, in unserer Verwaltung ist das unmöglich; wir verfügen über gute Kopien von Katasterkarten.“ Das ist es ja gerade! Das leidige Kataster. Diesem liegen häufig sehr alte und wenig zuverlässige Messungen zugrunde;

vielfach stammen sie aus dem Ende des 18. oder Anfang des 19. Jahrhunderts. Zur Probe nehme man nur einen im Kataster befindlichen alten Weg neu auf, und der Respekt vor dieser Instanz erleidet manche Einbuße. Es sind diese Ungenauigkeiten ja auch nicht weiter verwunderlich, wenn man einen über jähen Felsabsturz laufenden Grenzzug genau nach Entfernungen und Winkeln in das Grenzregister eingetragen sieht. Da lob ich mir doch einen alten Geometer, der bei einer Umfangsmessung den Ausgangspunkt um ein Erleddliches nicht erreichte und in den Zwischenraum hereinschrieb: „Hier befindet sich in Wirklichkeit nichts.“ Das ist wenigstens aufrichtig, und man kann damit mehr anfangen als mit einer durch Schiebung als wohlgeklungen vorgetäuschten Messung, auf die man sich dann leicht verläßt.

Da wir uns in den meisten Fällen mit einer mangelhaften Umfangsmessung werden abfinden müssen, muß wenigstens eine der Wirklichkeit entsprechende Innenmessung verlangt werden. Sie ist natürlich nicht genau in die falsche Karte hineinzubringen und muß zwischen den End-

und sonstigen Anschlußpunkten entsprechend korrigiert werden. Es dürfte sich daher empfehlen, die Originalmessung aufzuheben, um sie bei einer später vielleicht erfolgenden neuen Umfangsmessung eventuell verwenden zu können. Auch ist es zweckmäßig, abgesteckte, noch nicht aufgetragene Wege in die Karte nicht einzuzichnen; in vielen Fällen wird die projektierte Linie nicht eingehalten, die Karte später nicht berichtigt und der Fehler schleppt sich fort.

Neben der Forderung gänzlich neuer Innenmessung muß auch eine neue Flächenausmessung jeder Wirtschaftsfigur verlangt werden. Hierbei möge man nun nicht so peinlich wie bisher vorgehen. Es ist doch im höchsten Grade lächerlich, bei jeder Abteilung mit einzelnen Quadratmetern operieren zu wollen auf Grund einer „Karte vom Jahre 1780“, die zudem noch stark verwittert ist und mit ihren Rissen und Erhöhungen dem physischen Zustand möglichst gerecht zu werden sucht. Da heißt es einfach statt: 1 c = 4,6304 ha Holzboden und 0,3091 ha Wege = 4,9395 ha; 1 qcm = 4,6300 ha Holzboden und 0,3000 ha Wege = 4,9300 ha. Wird eine Übereinstimmung mit dem Kataster gefordert — worüber man mit Rücksicht auf die obigen Ausführungen sehr geteilter Ansicht sein kann, die andererseits jedoch aus vielfachen Gründen zweckmäßig sein dürfte —, so werden die bei jeder Parzelle überschüssigen Quadratmeter irgend einer beliebigen Abteilung angehängt. Auch geht die Planimetrie viel schneller und sicherer vorwärts, wenn man auf die Quadratmeter verzichtet und den Planimeter bei jedem Anfangspunkt auf 0 einstellt.

Nach diesen des beschränkten Raumes wegen sehr kurz gehaltenen Ausführungen komme ich zu meiner eigentlichen Absicht: Der Ehrenrettung des stark in Vergessenheit geratenen Meßtischs. Für jeden einigermaßen fortgeschrittenen Forsteinrichter müßte die Busssole abgetan sein. Gibt es überhaupt etwas Langweiligeres als eine mehrtägige Busssoleaufnahme mit der folgenden Kartierung? Es ist dies wohl der Hauptgrund für den mangelhaften Zustand der Karten. Forstator wie Revierverwalter vermeiden allzu gern größere Neumessungen wegen der Eintönigkeit der Arbeit mit der Busssole. — Wie interessant ist dagegen die Arbeit mit dem Meßtisch, wenn man gleich dem Maler mit dem Pinsel ein Gemälde nach dem anderen unter seinen Händen entstehen sieht. Bei Anfangsmessungen ist mit dem letzten Zirkelschlag auch gleich die Kontrolle da, und bei Aufnahmen von Wegen, Zügen usw. läßt sich eine solche mit Hilfe einer Pause der betreffenden Teile von der Spezialkarte leicht bewerkstelligen. Auch ist die Möglichkeit

fehlerhafter Messung wesentlich geringer als bei der Arbeit mit der Busssole, selbst bei sorgfältigster Anlehnung der Zahlen an eine Handzeichnung. Durch sofortige örtliche Kontrolle ist auch eine Berichtigung leicht durchführbar, während sich bei der Busssole mögliche Fehler erst bei der Kartierung zu Hause finden und ihre Berichtigung wesentlich schwieriger und häufig recht kostspielig ist.

Bezüglich der Schnelligkeit bin ich zu folgendem Ergebnis gekommen: Bei einfachen Verhältnissen arbeitet die Busssole einschließlich der Kartierung schneller, bei komplizierten dagegen der Meßtisch. So habe ich kürzlich — ohne einen Rekord aufstellen zu wollen — in sehr geneigtem, schlecht überichtlichem Gelände ein wüst durcheinanderlaufendes Gewirr von Promenadenwegen aufgenommen, wobei ich haarscharf auf den Ausgangspunkt zurückkam. Die Messung erstreckte sich über 2100 m mit 41 Stationen und dauerte drei Stunden. Dabei verfüge ich über ein nur schwer zu horizontierendes Stativ. Mit der Busssole wäre eine solche Leistung gänzlich ausgeschlossen.

Zur Arbeit braucht man zwei Jungen, mit einem kann man sich nur schwer behelfen. Das wäre ein Nachteil gegenüber der Busssole, die meist nur eine Hilfskraft erfordert. Es sollen allerdings auch Fälle bekannt sein, wo zu einer Busssoleaufnahme ein Stab von drei bis vier Hilfskräften benötigt worden ist.

Die Unbeliebtheit des Meßtischs hatte wohl ihren Hauptgrund in seiner bislang üblichen, geradezu vorurteilstüchtigen Gestaltung, die natürlich wesentlichere Reformen bedarf. So umfaßt die Tischplatte zweckmäßig nicht die Größe eines Familienspeisetisches, sondern es genügen vollkommen 30 : 40 cm. Das Zeichenpapier wird mit Reißzwecken oder Reißern so befestigt, daß sich das Lineal der Kippregel frei bewegen läßt. Dieses ist mit einem Gelenk versehen, um es zur Bergung in sein Etui umklappen zu können, das daher nur 26 cm Höhe und 14 cm Breite aufweist, also sehr handlich ist.*) Zur Aufnahme der Dosenlibelle, Magnetnadel und der übrigen Utensilien dient eine in mehrere Abteilungen zerfallende Tasche, die man sich aus Holz mit Lederdeckel am besten selbst anfertigt.

Bei der Arbeit tritt nun folgende Teilung unter die Kräfte ein: Eine Hilfskraft bedient die Latte zur Entfernungsmessung, die andere trägt das Instrument und das Futteral für die Tischplatte. Diese, auf das Stativ aufgeschraubt, trägt man selbst unter Entledigung aller Ständesherrlichkeit. Die rechte Lende umgürtet man

*) Eine solche Kippregel mit gebrochtem Lineal wird von Reiß-Liebenwerda auf Bestellung geliefert.

mit der Tasche zur Aufnahme der Utensilien. So ausgerüstet, wirkt man im Laufe eines Tages Wunder der Messkunst.

Nun noch einiges über die Wirtschafts- oder Übersichtskarten. Aus ihrem Namen geht schon hervor, daß die Übersichtskarte mehr ein klares Bild in ihrer Gesamtheit bieten soll als deren einzelner Teile. Als oberster Grundsatz für ihre Herstellung muß die denkbar klarste Übersichtlichkeit gelten, die auf den ersten Blick das Wünschenswerte finden läßt. — Was nun aus solch einer Karte zur Darstellung kommen soll, hängt in der Hauptsache von ihrem Maßstabe ab. Auf einem Maßstab von 1:25 000, wie er in Norddeutschland fast allgemein üblich ist, kann natürlich nicht so viel dargestellt werden, als auf dem vornehmlich in Süddeutschland gebräuchlichen Maßstabe 1:10 000 bzw. 1:20 000. Da eine solche Karte über ein größeres Revier einen ihre Handhabung ungemein erschwerenden Umfang annehmen muß, will ich mich hier nur mit Karten im Maßstabe 1:25 000 beschäftigen. Zu ihrer Herstellung benutzt man sehr vorteilhaft die Meßstischblätter der Landesaufnahme. Entweder diese selbst, wo allerdings die Baumfiguren sehr stören, oder Pausen, die auf das gewünschte Papier übertragen werden. — Um die Klarheit nicht zu beeinträchtigen, gehören auf eine solche Karte weiter nichts als:

Genaue Darstellung der wirtschaftlichen Einteilung und der übrigen Wege. Die Einzeichnung der Grenzsteine ist sehr häufig vom Übel. Wenn sie nahe aneinander stehen, drängen sie sich auf der Karte derartig, daß ein durchaus falsches Bild entsteht.

Kolorierung in den Hauptholzarten, zweckmäßig ohne besondere Farbtöne für die ver-

schiedenen Altersklassen. Soll die Übersichtlichkeit nicht sehr leiden, so muß auf alle Fälle die Einzeichnung von Blatt- und Baumfiguren zur Hervorhebung des Mischungsverhältnisses unterbleiben. Hier sind in fast jedem Laubholzbestande mindestens drei, in vielen Fällen sämtliche Hauptholzarten vertreten. Was gäbe das nun für ein buntes Durcheinander, wenn auch nur die reichlicher vertretenen Holzarten dargestellt werden sollten! Ferner muß die Kennzeichnung der Lichtschläge, Stiebsrichtung, Loshiebe und sonstiger Kleinigkeiten unterbleiben. — Nieder-, Plenter- und Mittelwald erhalten ihre üblichen Bezeichnungen. — Die erste Periode wird in irgend einer Farbe — meist grün — umrandert. Warum neben dieser auffallenden Kennzeichnung noch stets eine 1 darin steht, ist mir nie klar geworden. — Aushiebe werden durch (I) bezeichnet. — Auch die Einhakung von Wegen $\frac{1}{2}$ in Distrikten ohne Abtheilung unterbleibt zweckmäßig. Es muß eben alles auch nur einigermaßen Entbehrliche fortgelassen werden. Trotz dieser sehr einfachen Darstellung sieht eine solche Übersichtskarte bei etwas komplizierten Verhältnissen schon reichlich bunt aus.

Damit will ich schließen. Für gewandte Praktiker bieten meine Ausführungen kaum wesentlich Neues. Sie sollen hauptsächlich den Zweck haben, bei Beschaffung der Grundlagen für eine Forsteinrichtung sich aller Engherzigkeit zu entledigen. Da eine solche Mahnung für diesen Teil der Forsteinrichtung mehr Erfolg verspricht, als für die Abstreifung der tief eingewurzelten Bedanterie bei Lösung der forstechnischen Seite einer Einrichtung (z. B. Massenermittlung!) einzutreten, habe ich hiervon absichtlich abgesehen.

Vom Holzmarkt.

Den Stempel der Unsicherheit tragen im allgemeinen die nachfolgenden Holzmarktberichte von Ostpreußen, Brandenburg, Oberschlesien, Sachsen, Thüringen, Harz, Rheinland-Westfalen, Oberhessen, Bayern, Baden, Elsaß-Lothringen. Aufwärtsbewegung der Holzpreise wird nur bei einigen Sortimenten und nicht in allen Gegenden erwartet, überwiegend wird Stillstand prophezeit, hiezuweilen Rückschreiten befürchtet. Günstig wird im ganzen die gute Ernte wirken. Wir lassen für die Einzelheiten die Sonderberichte sprechen:

Aus Ostpreußen. Es ist überaus schwierig, schon jetzt etwas Sicheres über die Ausichten des Holzhandels für die kommende Einschlagszeit zu sagen. In Holzhändlerkreisen heißt es, daß das Geschäft in Rundholz in letzter Zeit sehr ruhig sei, da die Bestellungen vom Baumarkt nur gering wären.

Auf der Weichsel sollen noch 75- bis 80 000 Rundstämme aus Rußland unverkauft liegen, weil

die russischen Exporteure zu hohe Preise forderten. Man nimmt daher an, daß eine bedeutende Preissteigerung nicht zu erwarten sei.

Der erhebliche Einschlag an Grubenholz in den ostpreussischen Fichtenrevieren infolge des Nonnenstreffes hat bewirkt, daß diesem Geschäftszweig von den verschiedensten Seiten Interesse entgegengebracht wird, so daß durch die vermehrte Konkurrenz wohl ein Anziehen der Preise zu erwarten ist.

Die besten Ausichten bietet zurzeit das Papierholz. Ein großer Teil des im vergangenen Winter eingeschlagenen Scheitholzes ist nach Sortierung in die Zellulosefabriken gewandert, ja es sollen auch umfangreiche Posten von Grubenholzern als Papierholz von den Händlern weitergeschoben sein. Die vorjährigen Preise werden daher möglicherweise noch überboten werden.

Über den Laubholzmischholzhandel läßt sich gegenwärtig noch nichts sagen.

Aus Brandenburg. Die Marktlage ist noch nicht geklärt, und es läßt sich mit Sicherheit nicht vorauslagen, wie sich die Holzpreise für den Winter-einschlag 1912/13 gestalten werden. Bisher haben nur wenige Verkäufe stattgefunden, und bei den wenigen handelt es sich meist noch um Trodnis. Aus den Trodnisbieben werden etwas größere Massen anfallen als gemeinhin, teils infolge der Nachwirkung der Dürre des Sommers 1911, teils infolge des diesjährigen Nonnenfraßes. Doch dürfte die im ganzen zum Verkauf gestellte Masse kaum den normalen Massenanstieg wesentlich übersteigen, da, um einen Ausgleich zu erzielen, meist harrstehende Durchforstungen zurückgestellt werden. Jedenfalls ist eine Überschwemmung des Marktes mit Fraßhölzern nicht zu befürchten.

Auf dem Grubenholzmarkte ist gegen das Vorjahr noch keine nennenswerte Preisveränderung zu bemerken.

Im Winter 1911/12 wurde im Durchschnitt der Provinz erzielt:

Kieferngrubenholz.

I. In Stangen mit Rinde:

Wittendurchmesser über 14 cm	bis 14 cm
je 1 fm	9,73 M 8,43 M

II. In Stempeln mit Rinde:

Boßsdurchmesser. über 14 cm	10—14 cm	7—10 cm
je 1 fm 9,61 M	8,56 M	6,96 M

Da die Kohlenzechen stark beschäftigt sind, kann angenommen werden, daß sich die Grubenholzpreise mindestens in etwa gleicher Höhe bewegen werden.

Auf dem Bauholzmarkte liegen die Verhältnisse jedenfalls unklarer als auf dem Grubenholzmarkte. Die störende Bautätigkeit in Berlin mit seinem Riesenbedarf veranlaßt die Rohholzkäufer, soweit sie nicht für den örtlichen Bedarf in der Provinz, sondern für den Handel einkaufen, eine gewisse Zurückhaltung zu üben. Gegenwärtig kann man kaum mit einem Anziehen der Bauholzpreise rechnen und wird im allgemeinen mit den Preisen des Vorjahres zufrieden sein müssen, wenn nicht gar ein Preisrückgang eintreten sollte.

Ähnliches wie für Bauholz gilt auch für die Schneidebölzer, jedoch sind für diese, besonders für die stärkeren Klassen mit besserer Güte, die Ausichten besser und eine kleine Preissteigerung nicht unwahrscheinlich.

Im Durchschnitt der Provinz betragen die Preise des Vorjahres:

für Kiefernbaulolz:

Klasse	I	II	III	IV
	(über 2 fm)	(1—2 fm)	(0,5—1 fm)	(bis 0,5 fm)
je 1 fm	26,67 M	23,39 M	18,06 M	13,34 M

für Kiefern sägblöcke:

Klasse	I	II	III
	(über 2 fm)	(1—2 fm)	(bis 1 fm)
je 1 fm	33,36 M	35,18 M	30,51 M

Bei der Unsicherheit der Lage auf dem Bauholzmarkte ist es jedenfalls erwünscht, wenn nicht zu große Massen auf den Markt geworfen werden.

Aus Oberbayern. Die wenigen Holzverkäufe des Sommers brachten bezüglich der Bauholzpreise ein Zittern der Preise, ohne daß aber eine ausgesprochene Tendenz nach unten oder oben erkennbar war. Zeitweise schien es, als wollten die Preise absinken, dann brachten aber andere Verkäufe wieder

dieselben Preise wie im März. Im günstigsten Falle wird für den Winter 1912/13 ein Anhalten der guten Preise zu prognostizieren sein. Anders beim Grubenholz. Hier scheint der Höchststand mit den Preisen des letzten Winters noch nicht erreicht zu sein. Mit einer weiteren Steigerung von mindestens 1 M pro Festmeter kann ziemlich sicher gerechnet werden. Vorräte sind nirgends in größerem Umfange vorhanden; der Bedarf aber wächst. — Die Kleinnutzholzer profitieren jetzt von der Preissteigerung des Grubenholzes im vorigen Jahr. Mit 50 S pro Raummeter Steigerung kann kalkuliert werden.

Aus Sachsen. Die Kieholzpreise im 2. Vierteljahr 1912 sind im Vergleich mit denen des 2. Vierteljahrs 1911 gestiegen — im Durchschnitt sämtlicher Staatsforstbezirke des Landes —

bei den Stämmen mit einer Mittienstärke von:				
bis 15 cm	16—22 cm	23—29 cm	30—36 cm	
um 1,02 M	1,57 M	2,24 M	3,02 M	

bei den Klopfern:

bis 15 cm	16—22 cm	23—29 cm	30—36 cm
um 1,61 M	2,28 M	2,99 M	2,24 M

Die wesentlich günstigeren Wasserverhältnisse dieses Jahres im Verein mit dem andauernden Aufschwung des gesamten Erwerbslebens, sowie mit der Belebung der Bautätigkeit sind die hauptsächlichsten Ursachen dieser beträchtlichen Preissteigerung des Kieholzes. Bis zur Mittienstärke von 30 cm übertrifft die Preissteigerung des Kieholzes die des Stammholzes. Bei letzterem wirkt die Preisbewegung des außersächsischen Holzmarktes in ihrer größeren Stetigkeit festlegend auf die inländische Preisbildung; demgemäß ist bei wirtschaftlichen Rückschlüssen der Preisdruck auch weniger jäh. Demgegenüber reagieren die Kieholzpreise sehr schnell und stark auf die Veränderung der wirtschaftlichen Konjunktoren. So auch im vorliegenden Fall.

Verglichen mit den Kieholzpreisen des ersten Vierteljahrs 1912, ist fast durchgängig und bei fast allen Sortimenten ein Preisrückgang zu verzeichnen. Dieser Vorgang wiederholt sich alljährlich. Die Nachrichten aus allen Teilen des Landes melden andauernd starke Nachfrage und hohe Erlöse.

Im Durchschnitt aller Forstbezirke des Landes wurden im 2. Quartal 1912 nachstehende Preise erzielt:

	Stammholz	Kieholz
Mittienstärke bis mit 15 cm	18,25 M	15,84 M
16—22 "	20,06 "	22,04 "
23—29 "	27,55 "	26,18 "
30—36 "	28,87 "	24,31 "

Die für die einzelnen Forstbezirke ermittelten Durchschnittspreise schwanken:

beim Stammholz bis mit 15 cm von	11,98 M	bis 18,97 M
16—22 "	18,13 "	22,86 "
23—29 "	23,47 "	27,12 "
30—36 "	27,83 "	31,27 "
beim Kieholz bis mit 15 cm von	12,25 M	bis 17,53 M
16—22 "	18,22 "	24,11 "
23—29 "	23,51 "	27,92 "
30—36 "	28,19 "	30,91 "

Die niedrigsten Holzpreise weist der Forstbezirk Dresden auf, weil meist Kiefer verkauft wird und das auf der Elbe aus Böhmen eingeführte Holz die Preise drückt. Im einzelnen wurden, namentlich im höheren Gebirge, wo die kleineren Schneidemühlen fast ausschließlich auf den lokalen Markt

angewiesen sind, wesentlich höhere Preise bezahlt als die oben verzeichneten. Die Brennholzpreise haben sich, verglichen mit denen im gleichen Zeitraume des Vorjahres, meist gehalten, ja um ein Weniges gebessert. Im Durchschnitt wurden auf dem gesamten Sautsforstgebiet Erlöse für 1 rm:

Brennscheite		Brennknüppel	
gute	überhaupt	gute	überhaupt
7.55 M	8.12 M	6.15 M	6.55 M

Vom Thüringerwald. Im Thüringerwald werden noch verhältnismäßig viele Sommer-schläge, das sind solche Schläge, bei denen die Fichtenzweckholzrindengewinnung geschält werden, geführt. In manchen Gegenden besteht nun das durch nichts begründete Vorurteil gegen das im Saft geschälte Holz, u. d. h. so kommt es, daß solches Holz meist geringer bezahlt wird als im Winter zum Einschlag und Verkauf gelangendes. Bei den diesjährigen Sommerverkäufen war es jedoch nicht der Fall, sondern die Holzpreise hielten sich auf dem Stande des Frühjahrtes und zogen zum Teil noch an. Als Rekordpreise aus einer Auktion kann man anführen:

Für 1 fm starkes Fichten-Randholz 32.00 M (über 25 cm Mitteldstärke)
 „ 1 „ „ „ Fichtenholz 120.00 „ („ 30 „ Kopfdstärke)

Allem Anschein nach ist auch sicher zu erwarten, daß die Holzpreise im nächsten Frühjahr nicht fallen werden.

In letzter Zeit waren auch Vertreter von Grubenholzfirmen aus Westdeutschland verschiedentlich im Thüringerwald, um Umschau nach Fichten-Grubenholz zu halten. Bis jetzt ist solches von hier kaum zum Verkauf gelangt, aber es wäre sehr angebracht, wenn sich die Forstverwaltungen entschließen würden, der Aufarbeitung solchen Holzes ihr Augenmerk zu schenken, vor allem auch zur Entlastung des immer mehr darniederliegenden Feuerholzmarktes. Die Nachfrage nach Papierholz ist auch noch eine ziemlich rege, doch sind hier Vorverkäufe nicht üblich, so daß auch über die Preisbildung keine Angaben erfolgen können; ein Preisrückgang für dieses Sortiment ist aber höchst unwahrscheinlich.

Vom Harz. In Rungen, die einen Vergleich zulassen, sind nur Eichen- und Fichtennußhölzer seit dem letzten Bericht verkauft.

Eiche erzielte Preise für 1 fm:

A	1911	1912	B	1912
I. Klasse	65.00 M	70.00 M	I. Klasse	57.00 M
II. „	53.00 „	58.00 „	II. „	50.00 „
III. „	39.00 „	47.00 „	III. „	34.00 „
IV. „	26.00 „	36.00 „	IV. „	26.00 „
V. „	22.00 „	19.00 „	V. „	19.00 „

Fichten-

Stämme		Stangen	
I. Klasse	28.40 M	I. Klasse	1.10 M
II. „	27.70 „	II. „	0.51 „
III. „	23.00 „	III. „	0.22 „
IV. „	16.80 „		
Schlei Holz-Scheit 8.00 M		für 1 rm	
Knüttel 6.00 „			

Der mäßige Preisfall in Fichten mag von dem Angebote der weniger frischen Ware herühren, die aus dem Einschlage der infolge des dürrten Sommers 1911 erst in diesem Jahre abgestorbenen Fichten aufsteht.

Aus dem laufenden Wirtschaftsjahre kommen nur noch Reste geringeren Holzes zum Verkauf.

Aus Rheinland-Westfalen. Die Hoffnungen, welche auf die geschäftlich: Entwicklung im Frühjahr gesetzt wurden, sind nicht voll in Erfüllung gegangen. Der Aufschwung unserer Eisenindustrie und damit in Verbindung auch eine vermehrte Kohlenförderung und Koksproduktion, welche schon im vorigen Winter begann, bildete den Grund zur Annahme, daß in diesem Jahre wirklich einmal die langersehnte Hochkonjunktur eintreten würde. Der größte Teil unserer Eisenproduktion verblieb aber im J. Lande und wurde sogar meist von den Industriewerken selbst zur Vergrößerung und zu Neubauten verwendet. Nachdem diese im großen und ganzen nunmehr beendet sind, wird auch die Produktion nachlassen müssen, besonders da auch die Preise im Auslande, Belgien und Amerika, zu weichen beginnen. Es scheint also, daß wir für dieses Jahr auf der Höhe der Konjunktur angekommen sind und daß, wenn auch nicht ein Rückschlag, so doch ein Stillstand zu erwarten sein wird. Das Kohlen Syndikat hat bereits für die nächsten Monate eine Produktionseinschränkung für Industrikohlen und Koks in Aussicht gestellt.

Da der Verbrauch des Grubenholzes zu dem Fallen und Steigen der Eisen- und Kohlenindustrie in enger Beziehung steht, ist deshalb an ein Steigen der Grubenholzpreise für die bevorstehende Saison kaum zu denken. Wenn nicht etwa außergewöhnliche Ursachen dazwischen treten, wird man nur die gleichen Preise wie im Vorjahre erwarten dürfen. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß die Preise für Eichen-, Gruben- und Stellmacherholz noch weiter sinken werden. Infolge des jahrelangen Frostes des Eichenwides, des Befalls der hiesigen Eichenbestände durch den Wehltau, wie durch die anhaltende Dürre des vorigen Sommers sind in den Eichenbeständen des ganzen Bezirks derartig große Ausfälle nötig geworden, daß der Markt augenblicklich mit schwächerem Eichenholz überschwemmt ist und im kommenden Winter weiter übersättigt wird.

Da die Absatzmöglichkeit für derartige Hölzer aber an sich schon sehr beschränkt ist, dürften Verfüchtungen genannter Art nicht von der Hand zu weisen sein.

Aus Oberhessen. Allem Anscheine nach wird im kommenden Herbst reges Leben auf dem Holzmarkte eintreten. Jetzt schon finden Verkäufe von Buchenschwellenhölzern statt, und Nachfrage ist von den verschiedensten Seiten vorhanden. Die Preise für zusammengefügtes normales Schwellenholz werden sich im Mittel etwa auf 13 bis 14 M stellen. Bei der Submission in Darmstadt, die am 12. August stattfand, sind in den Revieren Eichen-dorf und Nidda, also nahe bei der Imprägnier-anstalt — die Anfuhr der Schwelle kostet dort nur 20 S — sogar 16 M für Buchenschwellenholz gezahlt worden. Der geringste Preis für Buchenschwellenholz war in Darmstadt 11 M. Die Schwellen zweiter Klasse (2½ m lang und 25 cm Kopf) kosteten je nach der Entfernung von der Bahn 9 bis 10 M. Der Preis richtet sich mit nach der Entfernung von der Imprägnieranstalt.

Die Grubenholzändler werden mindestens an den vorjährigen Preisen festhalten und auch wieder nach schwachen Sortimenten suchen. Augen-

blidlich stehen die Grubenholzhändler noch in Unterhandlung mit den Grubenverwaltungen. Bessere suchen den Preis zu krücken, die Grubenholzhändler jedoch glauben, mehr fordern zu müssen als wie bisher, da sie sonst nichts verdienen können. Rußland kann weder nach den östlichen Grubengebieten, noch nach den westlichen viel Grubenholz liefern, teils fehlt es an Wasser in den flößbaren Flüssen, teils aber auch an zum Abbringen geeignet liegenden Holzschlägen. Auch ist der Schiffstransport teurer geworden. Der Bedarf an Grubenholz wächst aber immer mehr. Die Aufsichtsbehörden fordern eine gute Verbauung der Abbaustrecken, und der Abbau von Steinkohlen sowie von Braunkohlen nimmt einen immer größeren Umfang an. So sind in Lothringen neue Kohlengebiete aufgedeckt und in Angriff genommen worden.

Nach Fichten- und Kiefernbaumholz ist ebenfalls rege Nachfrage, namentlich nach den Stammholzsortimenten III. und IV. Klasse der Elässer Klassifizierung. Auch für diese Sortimente wird der Preis den vorjährigen Preisen nahestehen.

Nach schwachem Buchenholz zur Herstellung von Stäben zum Wiegen wird ebenfalls gefragt, dergleichen nach Brennholzern von Buche und Kiefer, zumeist wohl zum Zwecke des Verkohlens in Weilern und in den Fabriken chemischer Industrien. Dergleichen wird nach schwachen Kiefern- und Fichtenstäben gesucht, teilweise von 2½ cm an, teilweise aber auch von 6 cm an in verschiedenen Längen.

Das Steigen der Holzpreise und die Nachfrage auf dem Holzmarkte stehen im innigsten Zusammenhange mit dem Aufschwünge bei der Industrie.

Die Forderungen des Holzhandels führen immer mehr zu einer sorgfältigsten Holz-Ausfortierung, und immer mehr tritt in der Erscheinung der Wunsch, das Holz frei Station oder frei Waggon der Abgangstation geliefert zu bekommen. Die Forstverwaltungen werden, wenn sie kaufmännisch handeln und mehr verdienen wollen, den Wünschen der Holzhändler allmählich nachkommen müssen.

Aus Bayern. Die Stimmung auf dem bayerischen Rundholzmarkte war seit unserem letzten Berichte der vorgeschrittenen Jahreszeit entsprechend im allgemeinen ruhig; einmal war das Angebot schon nicht mehr belangreich, und dann hielt sich ja auch die Kaufkraft in engen Grenzen. Die Holzpreise haben keine wesentliche Änderung, im großen und ganzen eine kleine Abschwächung erlitten. Nadelrundholz war nach wie vor Gegenstand befriedigender Nachfrage, ohne daß jedoch die forstamtlichen Anschläge hätten erheblich überschritten werden können. Öffentliche Nadelrundholzverkäufe fanden in größerer Zahl im abgelassenen Berichtszeitraum nur in der Rheinpfalz statt, während im rechtsrheinischen Bayern der diesjährige Anfall an Handelsholz bereits im vorigen Spätherbst und Winter dem Vorverkauf unterstellt worden war. Neuerdings ist man auch in der Rheinpfalz, wo bisher mit Rücksicht auf die ortsanfällige Sägeindustrie viel Blochholz ausgehalten wurde, zu der in den sämtlichen süddeutschen Waldungen üblichen Heilbronner Sortierung und der dadurch bedingten erhöhten Langholzaus-

formung übergegangen. Die diesbezüglichen Minimaldimensionen sind:

1. Für Fichten-, Tannen-, Kiefern-, Lärchen-Langhölzer:

Klasse	a) Länge				b) Oberfläche	
	I	II	III	IV	V	VI
a)	18	18	16	14	10	8 m
b)	80	22	17	14	12	7 cm

2. Für Fichten-, Tannen-, Kiefern-, Lärchen-Blochhölzer:

Länge:	3,—	3,50—4,—	4,50 m u. das Vielfache	
Klasse	I	II	III	IV
Durchmesser:	35 und mehr	26 mit 34	20 mit 25	unter 20 cm

Durchmesser: 35 und mehr 26 mit 34 20 mit 25 unter 20 cm

Das Forstamt Hoheneden (Rheinpfalz) erzielte pro Festmeter:

Klasse	I	II	III	IV
St. Lgh.	27,80 M	25,10 M	23,80 M	22,50 M
F o	31,90 "	27,10 "	"	"
St. Blochh. (normal)	25,— "	23,— "	19,— "	"
F o	33,20 "	29,— "	24,20 "	"

Die Anfuhrkosten zur nächsten Bahnstation betragen pro Festmeter 2 bis 4 M.

Im diesem Jahre gelangten aus den haubaren (120-jährigen) Weymouthskieferbeständen des pfälzischen Forstamtes Trippstadt größere Mengen Kuchholz auf den Markt. Die hierfür erzielten Durchschnittserlöse sind durchweg befriedigend:

Weymouthskieferblochholz normal	I. Kl. 45 M	II. Kl. 26 M	III. Kl. 16 M
Weymouthskieferblochholz Auswurf	I. Kl. 38 M	II. Kl. 18 M	III. Kl. 14 M

Speßarteichen waren nach wie vor hoch bewertet; ebenso war nach Eichenholz in jähher Beschaffenheit seitens der Industrie rege Nachfrage; besonders für die besseren Klassen Alteichenholz wurden außergewöhnlich hohe Preise angelegt; so verkaufte z. B. das Forstamt Mohrbrunn (Speßart) eine Eiche, 13,2 m lang, 81 cm Durchmesser, mit 6,80 fm Kubikinhalt, um 3490 M, das ist um 513 M pro Festmeter; das Forstamt Rothenbuch 33 Eichenabschnitte mit 131 fm Fichtalt um 44 282 M, das ist durchschnittlich pro Abschnitt 4 fm und 1370 M Erlös. Nicht minder belebt war auch die Nachfrage nach Buchenstammholz. Die Sägeindustrie, die bei gutem Wasserstande im abgelassenen Berichtsjahre stets mit vollem Betriebe arbeiten konnte, klagt über „sinkenden Geschäftsgewinn bei steigendem Umsatz“. Sollte es sich bestätigen, daß die süddeutschen Sägewerke sich in gleicher Weise wie die nordwestlichen und ostdeutschen Betriebe zu einer Verkaufsgenossenschaft zusammenzuschließen beabsichtigen, um ihre Forderungen für geschnittene Ware besser durchsetzen zu können, so wird dies den Waldbesitzern nur zum Vorteil gereichen.

Die Nachfrage nach Holzstoff wie nach Zelluloseholz seitens der Papierfabriken ist anhaltend groß und dringend. Der durchschnittliche Preis beträgt pro Ster:

Fichten- u. Tannenschleifholz, unentrinDET	I. Kl. 10,50	II. Kl. 9,50
entrinDET	I. Kl. 11,50	II. Kl. 10,50

Die Konjunktur auf dem Grubenholzmarkte ist etwas abgeflacht, doch sprechen alle Anzeichen für einen erneuten Bedarfsaufschwung in der nächsten Verkaufsperiode.

Die Verwertung der geringwertigen Brennholzsortimente stößt auf Schwierigkeiten, so daß große unverkaufte Vorräte auf nächste Wirtschaftsjahr übergehen.

Bezüglich der weiteren Entwicklung des Nutzholzmarktes ist zu hoffen, daß trotz mancher ungünstiger Momente (Lohnerhöhungen, neue Steuer und Sozialversicherungslasten) die derzeitigen hohen Holzpreise sich halten werden, wenn die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung nicht durch unvorhergesehene Ereignisse unterbrochen wird.

Aus Baden. Meine im Maibericht ausgesprochene Befürchtung, daß die Lage des Holzmarktes keinen Aufschwung nehmen werde, hat sich leider bestätigt. Mit Laubnußholz kamen nur noch Nachzügler und die Forstbezirke im höheren Gebirge auf den Markt. Von diesen Hölzern wurde daher nur verhältnismäßig wenig und meist von geringerer Qualität zum Verkauf gebracht als in der Winterperiode. Folgebesseren wurden auch durchweg niedrigere Preise erzielt. Bezeichnend ist aber, daß diese Preise auch unter den vorjährigen gleicher Periode stehen. Den einzigen größeren Verkauf von Eichen hatte die Stadt Freiburg mit Erlösen für Ib 89,7 M, IIa 115 M, IIb 71,8 M, IIIa 76 M, IIIb 48,8 M. Der Durchschnittspreis für Rotbuchen aus sämtlichen Verläufen war für I. Kl. 31 M, II. Kl. 22 M, III. Kl. 21 M, IV. Kl. 17,6 M gegen II. 25 M, III. 21 M, IV. 18 M zur gleichen Zeit im vorigen Jahre und I. 34,7 M, II. 28,4 M, III. 24,3 M, IV. 23,0 M im letzten Winter. Auch der Nadelnußholzmarkt hatte infolge der Unlust im Bauhandwerk und Grundstücksverkehr in den Städten keine große Anregung. Die Anschläge wurden teils nur mit Mühe gehalten, teils mußte das Holz einiges unter dem Anschlag abgegeben werden. In vielen Fällen ging man von der Versteigerung zur Submission und zum freihändigen Verkauf über, und gerade bei derartigen Verläufen wurden bessere Preise erzielt. An Fichten- und Tannen-Stammholz weisen die höchsten Preise auf: I. Kl. Billingen Stadt 26,1 M und Pforzheim 26,4 M, II. Kl. dieselben Forstämter mit 25,3 M, III. Kl. Billingen mit 23,8 M und Mittelberg mit 23,9 M, IV. Kl. Wolsach 22,3 M, Kaltenbronn 22,2 M, V. Kl. Wolsach 19,0 M, Pforzheim 19,1 M, Peterstal 19,5 M, VI. Kl. Wolsach 17,0 M. Die niedrigsten Erlöse hatte (wohl meist Weißtannen) für I. II. und III. Kl. Ettlenheim mit 20,6, 18,8 und 17,9 M, für IV. und V. Kl. Randern mit 14,0 und 10,8 M, für V. Kl. Kaltenbronn mit 12,9 M.

Aus Kiefernstämmen I. und II. Kl. erlösten die höchsten Preise Billingen mit 33,7 M und 29,3 M, Kaltenbronn 30,6 und 29,9 M. Die Durchschnittserlöse aus sämtlichen Domänenwäldungen waren für Stämme I. Kl. 23,3 M, II. Kl. 22,7 M, III. Kl. 21,2 M, IV. Kl. 19,5 M, V. Kl. 17,1 M, VI. Kl. 14,7 M; Abschnitte I. Kl. 22,3 M, II. Kl. 19,9 M, III. Kl. 16,1 M.

Die Preise für Nadelangnußholz sind gegen das vorige Jahr durchweg, und zwar etwa um 50 S, gesunken.

Die Preise für Papierholz, dagegen haben sich gehalten und bewegten sich für das Ster Rollen, entrindet, zwischen 9 M 72 S und 11 M 24 S (Mittelpreis 10 M 74 S), unentrindet zwischen 8 M 85 S und 9 M 31 S (Mittelpreis 9 M 15 S), für das Ster Prügel, entrindet, von 8 M bis 10 M 9 S (mittel 9 M 27 S), unentrindet von

7 M 85 S bis 8 M 32 S (mittel 8 M 19 S). Das sind Erhöhungen gegen voriges Jahr um etwa 50 S pro Ster.

Von einem aussterbenden Waldprodukt, der Eichengerbinde, sei berichtet, daß diese einen Erlös von 3 M 10 S pro Zentner erzielte!

Der Brennholzmarkt zeigte ein weniger erfreuliches Bild. Die Nutzungen in den Domänen- und auch im größten Teil der Gemeinde- und Körperschaftswäldungen wurden in den letzten Jahren ganz erheblich erhöht. Das Mehr an Nutholz kann der Konsum größtenteils ziemlich glatt aufnehmen. Anders verhält es sich mit dem Brennholz. Dessen Bedarf bleibt stehen, ja geht sogar infolge der fortschreitenden Verwendung von Kohle, Gas und Elektrizität für Bad-, Heiz- und Kochzwecke auch auf dem Lande von Jahr zu Jahr zurück. Der plötzliche Mehranfall von Brennholz mußte daher einen Preisrückgang dieses Holzes verursachen, und wir sehen, daß die Entwertung des Brennholzes weitere Fortschritte gemacht hat. Das Holz mußte vielfach, oft recht erheblich, unter dem Anschlag abgegeben werden, und man war teilweise froh, überhaupt Abnehmer zu finden. Die Erlöse bewegten sich für Buchenscheiter I. und II. Kl. zwischen 10 M 76 S (Baden) und 5 M 36 S (Schlußsee), für Nabelscheiter II. Kl. zwischen 7 M 80 S (Forbach) und 5 M 35 S (Lobmoos) pro Ster.

Die Aussichten für den kommenden Winter sind ziemlich zweifelhaft. Die Qualitäts-hölzer des Laubholzes werden ihren Preisstand sicherlich halten, ebenso scheinen starke Nabelhölzer (breite Bretterware) große Nachfrage zu finden. Hossentlich erfolgt eine infolge der guten Ernte und hoher Viehpreise gesteigerte Bautätigkeit auf dem Lande den Stillstand im städtischen Bauhandwerk und hält so die Preise auch für die geringeren Sortimente.

Über die Gestaltung des Grubenholzmarktes ist noch nichts bekannt. Die Preise werden erst im Herbst, namentlich bei den großen heftigen Verläufen, festgestellt. Immerhin liegen schon einige Angebote vor, die darauf schließen lassen, daß ein Sinken der Preise nicht zu erwarten steht. Auch mag sich der Brennholzmarkt infolge der gesteigerten Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung und dadurch, daß der letzte Winter mehr Holz verzehrte als der vorletzte, und die Herbstkühle heuer sehr früh einsetzte, etwas günstiger gestalten.

Aus Elßaß-Lothringen wird für das abgelaufene Halbjahr, also von Ende März ab, berichtet, daß der Nutholzmarkt allerdings Einheitlichkeit in den Preisständen vermissen ließ, daß aber die für Laubholz-Stämme und -Abschnitte erzielten Preise fast durchweg befriedigend waren. So notierten Eichen-Stämme und -Abschnitte: Ia 73 bis 113,5 M, Ib 53 bis 81 M, IIa 58 bis 95 M, IIb 44 bis 74 M, IIIa 48 bis 86 M, IIIb 34 bis 58 M, IVa 30 bis 35 M, IVb 23 bis 33 M, V 13 bis 22 M, VI 8,5 bis 14 M. Die Nachfrage für die beiden schwächsten Klassen war gering. Für Buchenabschnitte gab sich ziemlich reger Bedarf kund: für die stärkere, glatte Ware wurden Preise von 25 bis 31 M angelegt; die schwächste und geringste machte sich bei niedrigen Brennholzpreisen mit 10 bis 15 M noch leidlich

gut bezahlt. Hainbuchenabschnitte gingen in kleineren Posten zu 15,5 bis 27 \mathcal{M} flott ab, Hainbuchenknurren erzielten 10 bis 13,2 \mathcal{M} pro Raummeter. Eichen- und Erlenstämme, ebenso Ahornblöcke waren gesucht. Kiefernknurren erlösten 7,5 \mathcal{M} das Raummeter. Besonders schwandend war der Markt für Nadelholz-Stämme und -Abschnitte. Bei Tanne nebst Fichte konnten die vorjährigen günstigen Preise nur in wenigen Revieren mit mehrseitiger Konkurrenz aufrecht erhalten werden. So wurde in der Oberförsterei St. Quirin die hohe Lage von 28 bis 12 \mathcal{M} für Stämme I. bis VI. Kl. und 25 bis 18 \mathcal{M} für Abschnitte I. bis III. Kl. fast genau erlöst, auch die Oberförstereien Dagsburg, Walscheid, Zabern, Walsheim, Haslach, Lützelhausen, Weiler schnitten im allgemeinen gut ab; Schirmer erzielte einmal nahezu die Lage von 24 bis 12 \mathcal{M} (Stämme) bzw. 22 bis 18 \mathcal{M} (Abschnitte), hatte aber in zwei anderen Terminen wesentliche Untererlöse gegen die Lage. Ebenso schwandend waren die Versteigerungsergebnisse für Tannennußholz im Oberelsaß mit Spannungen zwischen 84 bis 110 % der Lage von 22,5 bis 11 \mathcal{M} (Stämme) und 21 bis 15 \mathcal{M} (Abschnitte). Es kam allerdings gerade im Ober-Elsaß, hier und da auch in den beiden anderen Bezirken, als preisbrückendes Moment in Betracht, daß

massenhaft Tannendürhölzer in sehr zerstreuter Lage aufzuarbeiten gewesen waren. Diese waren von geringerer Qualität und erforderten mehr Fuhrlohn. Auch für Kiefern-Stämme und -Abschnitte war der Markt nicht einheitlich gut. Größere Stammholzlose kamen nicht überall auf die Lagen und gingen selten flott ab, manchmal erst nach wiederholtem Angebote. Mehr begehrte waren glatte Kiefernabschnitte; Preise: I. Kl. 26 bis 36 \mathcal{M} , II. Kl. 18 bis 28 \mathcal{M} , III. Kl. 15 bis 21 \mathcal{M} . Kieferngrubenlangholz von 5 m Mindestlänge und bis 19 cm Mittendurchmesser erzielte 11,2 bis 12,2 \mathcal{M} , in der St. Avolder Kohlenrubengegend selbst bis 14 \mathcal{M} .

Der Brennholzmarkt war auch im abgelassenen Halbjahre gedrückt; in entlegenen Wäldungen mit hohen Fuhrlöhen blieben die Brennholzsortimente oft monatelang unverkäuflich. Es erzielten u. a. Eichenbrennscheite II. Klasse im Dagsburg-Alberstweiler Gebiete nur 2,5 bis 3 \mathcal{M} , sonst in Elsaß-Lothringen je nach Qualität und Absatzlage 4,5 bis 8,5 \mathcal{M} ; Buchenbrennscheite II. Klasse stellten sich in den höheren Wäldern auf 4,7 bis 6 \mathcal{M} , in günstigeren Lagen auf 6 bis 10 \mathcal{M} ; Büttlingen bei Saargemünd notierte sogar 11,8 \mathcal{M} . Für Nadelholzbrennscheite II. Klasse wurden in mittleren und besseren Absatzlagen 4,5 bis 6,5 \mathcal{M} erlöst.

Mitteilungen.

— Steuerfreier Zucker zur Bienensfütterung.

Nachdem Herr Hegemeister Bernstorff-Minstädt in Nummer 38 auf Seite 771 diese für jeden Bienenzüchter wichtige Abgabe steuerfreien Zuckers bekannt gegeben hat, wird es uns heute möglich, die in Betracht kommende Verfügung des Herrn Finanzministers vom 15. Juli 1912 auf Seite 787 abzubilden. Wir bemerken dazu noch besonders, daß es darin leider heißt, die Ablassung von steuerfreiem Zucker darf nur in den Monaten August und September geschehen. Anträge wären also nun unverzüglich zu stellen. Diese Anträge müssen von der Polizei- oder Ortsbehörde hinsichtlich der vorhandenen Zahl der Bienenstöcke visuiert werden und sind dann am zweckmäßigsten sogleich den Zuckerfabriken einzusenden, die vergällten Zucker abgeben. In diesen wieder sind Zollbeamte stationiert, die die Anträge auf steuerfreien vergällten Zucker sofort zur Ausführung bringen. Als liefernde Fabriken sind uns genannt die Zuckerfabrik in Glogau, die Zuckerfabrik in Magdeburg-Pelle, sowie die Firma Gerloff & Co. in Braunschweig.

— Aus Baden und Elsaß-Lothringen. Nach Vorgängen in Österreich hat die Großherzoglich Badische Generaldirektion der Eisenbahnen ihren Beamten, insbesondere den längs der Strecken wohnenden Bahnwärtern, Anregungen zur Bienenzucht gegeben, die auf fruchtbaren Boden gefallen sind; 500 badische Bahnbeamte sind Bienenväter geworden und erfreuen sich nachweislich jährlicher Nebeneinnahmen von 300 bis 400 \mathcal{M} und mehr. In ähnlichem Sinne hat das k. Ministerium von

Elsaß-Lothringen den Forstbeamten die Bienenzucht als fruchtbringenden Nebenbetrieb anempfohlen und zu dessen Förderung den Anbau von Linden-gruppen in der Nähe der Forsthäuser angeordnet.

— Die Karstaufforstung im Triester Gebiet.

Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Karstaufforstungskommission für das Triester Gebiet sind im Jahre 1911 etwa 10,5 ha unwirtliches Karstgelände mit 100 000 Pflanzen neu aufgeforstet und außerdem noch Nachbesserungen der älteren Anpflanzungen unter Verwendung von über 300 000 Pflanzen ausgeführt worden. Leider sind von dem gepflanzten Material etwa drei Viertel eingegangen, so daß wieder sehr ausgedehnte Nachbesserungen erforderlich werden. Die Kosten für die Neuaufforstungen belaufen sich samt den nötigen Nebenarbeiten, wie Einzäunung, Insektenverteilung auf 680 \mathcal{M} für das Gebiet, bei den Nachbesserungen kostet nur das Pflanzen von 1000 Bäumchen 18,70 \mathcal{M} . Die Karstaufforstungskommission, die jetzt auf eine 30jährige Tätigkeit zurückblicken kann, hat in dieser Zeit 924 ha aufgeforstet; diese Fläche umfaßt ein Gebiet, das sich von Santa Croce bis Basovizza erstreckt und nunmehr zum größten Teil mit dichten und schattigen Wäldern bedeckt ist.

— Naturdenkmäler in der Reinerzer Stadtförst. Die beiden stärksten Bäume des Reinerzer Stadtförstes, eine Tanne von 40 m Höhe und 380 cm Umfang, sowie eine Fichte von ebenfalls 40 m Höhe und 310 cm Umfang, sind als Naturdenkmäler bezeichnet worden und sollen dauernd erhalten bleiben.

— **Sturmschäden in Ostpreußen.** Auch aus Ostpreußen werden erhebliche Sturmschäden gemeldet. So sollen in der Oberförsterei Taberbrück

etwa 2000 fm und in den Forsten bei Draglitz mehrere Hundert Festmeter Windbruch angefallen sein.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Steuerfreier Zucker für Bienenwirte.

Berichtigung des Finanzministeriums.

J. Nr. 111. 11067.

Berlin C 2, 15. Juli 1912.

Ein für Zucker zur Bienenfütterung geeignetes Vergällungsmittel, das den Zucker zum menschlichen Genuß unbrauchbar macht, aber den Bienen nicht schadet, hat trotz aller Bemühungen bisher nicht gefunden werden können. Nachdem aber der Wunsch nach Zulassung der Fütterung der Bienen mit unversüßtem Zucker immer allgemeiner geworden und immer lebhafter zutage getreten ist, erscheint es, auch im Hinblick auf die mit der Bienenzucht eng verknüpften Interessen des heimischen Obstbaues, nützlich, diese Art der Verwendung steuerfreien Zuckers zu unterlagen.

Wenn die steuerfrei abzulassenden Zuckermengen so bemessen werden, daß sie in jedem Falle hinter dem Bedarf des Zinters zurückbleiben, so ist nach dem Urteile Sachverständiger nicht zu befürchten, daß der Zucker zum menschlichen Genuß Verwendung finden könnte. Denn bei dem erheblichen Preisunterschiede für Honig und Zucker wird der Zinter es stets vorziehen, den sonst zur Ernährung der Bienen in trachtloser Zeit zurückzubehaltenden Honig durch Zucker zu ersetzen.

Hiernach will ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsangler (Reichsschatzamt) versuchsweise genehmigen, daß zur Fütterung der Bienen im kommenden Winter und Frühjahr für jedes Bienenstandsvolk 5 kg Zucker, der zu mahlen und mit fünf Gewichtsteilen feinen Sandes zu vergällen ist, steuerfrei abgelassen werden.

Die Ablassung darf nur in den Monaten August und September geschehen.

Im Antrage auf steuerfreie Ablassung ist eine Nachweisung beizufügen, aus der Name und Wohnort der Bienenwirte, Zahl ihrer Standvölker, der Standort derselben und die Menge des an den einzelnen Bienenwirt abzulassenden Zuckers zu ergeben sind.

Die Zahl der den einzelnen Bienenwirten gehörigen Standvölker ist durch eine Bescheinigung der Polizei- oder Ortsbehörde nachzuweisen.

Wird der Zucker durch Mittelspersonen (Zuckerfabriken, bienenwirtschaftliche Vereine, Kaufleute usw.) zur Vergällung vorgeführt, so sind der Steuerbehörde außer den Bescheinigungen über die Zahl der Bienenstöcke auch die Bestellschreiben der Bienenwirte vorzulegen.

Die königliche Oberzolldirektion ersuche ich, die hiernach erforderlichen Anordnungen bald zu treffen.

Den bienenwirtschaftlichen Vereinen ist von der Vergünstigung und den aufgestellten Bedingungen sofort Mitteilung zu machen, auch sind die Zeitungen um kostenfreie Aufnahme einer entsprechenden Nachricht zu ersuchen.

Die steueramtliche Überwachung wird sich hauptsächlich auf die gründliche Mischung des

Zuckers mit dem Vergällungsmittel, sowie darauf zu richten haben, daß jeder Bienenwirt nicht mehr als die der Zahl seiner Standvölker entsprechende Zuckermenge erhält.

Es wird sich empfehlen, die in den Nachweisungen enthaltenen Angaben über die Zahl der Standvölker nachträglich durch die Auffichtsbeamten probeweise nachprüfen zu lassen.

Bis zum 15. März 1913 sind die auf Grund der Vergünstigung steuerfrei abgelassenen Zuckermengen mit einer Äußerung über die gemachten Beobachtungen anzuzeigen. In letzterer Hinsicht bemerke ich, daß im allgemeinen der Jahresbedarf eines Standvolkes an Zucker auf 7 bis 8 kg angenommen wird, wobei von dem Grundsatz ausgegangen ist, daß der steuerfreie Zucker lediglich zur Erhaltung der Bienen, nicht aber auch zur Gewinnung von Honig für den menschlichen Genuß zu dienen habe. Es wird also das Augenmerk darauf zu richten sein, ob die Zinter außer den 5 kg steuerfreiem Zucker auch noch versteuerten Zucker verfüttern.

Da die Vergällung mit Sand eine unzulängliche ist, wird es sich, wenn nicht noch ein besseres Vergällungsmittel gefunden wird, vielleicht empfehlen, den Bienenzucker durch einen färbenden Zusatz, z. B. von Kohlenstaub oder Eisenoxyd, zu kennzeichnen.

Die zur Anweisung der Amtsstellen erforderliche Zahl von Abdrucken bleibt anzuzeigen.

Im Auftrage: gez. Wolfr a. m.

An alle Oberzolldirektionen, einschließlich Erfurt.



Lehrkurse für Vogelschutz.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Journal-Nr. 111 S. 82 — I B 1b 474.

Berlin W 9, 10. September 1912.

Herr Freiherr von Berlepsch wird auch im Laufe des Winters 1912/13 auf seiner Besitzung Schloßgut Seebach, Kreis Langensalza, wiederum Kurse von fünftägiger Dauer über praktische Maßnahmen zur Förderung des Vogelschutzes abhalten.

Von diesen Kursen für je 18 Teilnehmer sind zwei ausschließlich für den Besuch königlich preussischer Oberförster und zwei für königliche Forstschutzbeamte bestimmt.

Die königlichen Regierungen in Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Potsdam, Frankfurt a. O., Stettin, Köslin, Stralsund, Posen, Bromberg, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Magdeburg und Merseburg wollen zu dem Kursus vom 22. bis 26. Oktober d. Js. je einen, die königliche Regierung in Marienwerder zwei besonders geeignete Förster o. N. oder Forstschulaufsichter und für den Kursus vom 28. Oktober bis 1. November d. Js. je einen — Marienwerder zwei — Oberförster oder Forstmeister und die königlichen Regierungen in Erfurt, Schleswig, Hannover, Hildesheim, Lüne-

burg, Stade, Osnabrück, Minden, Arnberg, Coblenz, Düsseldorf, Köln, Trier und Aachen zu dem Kursus vom 4. bis 8. November d. Js. je einen, die königlichen Regierungen in Cassel und Wiesbaden je zwei besonders geeignete Förster o. H. oder Forsthilfsaufseher und für den Kursus vom 18. bis 22. November je einen — Cassel und Wiesbaden je zwei — Oberförster oder Forstmeister mit ihrer Einwilligung entsenden.

Da ich wünsche, daß die Revierverwalter die in Seebach vorgetragenen Lehren und die dort vorgeführten Einrichtungen demnächst im dortigen Bezirk durch Lehrturse und Vorträge weiter bekannt machen, so wolle die königliche Regierung dafür sorgen, daß nur solche Oberförster oder Forstmeister entsandt werden, die neben besonderem Interesse für die Förderung des Vogelschusses auch die Möglichkeit haben, die in Seebach gezeigten Maßnahmen in ihren Revieren praktisch auszuführen und die Neigung und Befähigung besitzen, demnächst selbst Lehrturse über Vogelschuss abzuhalten. Den zur Teilnahme bestimmten Revierverwaltern ist hiervon Kenntnis zu geben.

Ich bewillige den Beamten für die Hin- und Rückreise die ihnen gesetzlich zustehenden Reisekosten und für die Dauer des Aufenthalts in See-

bach den Revierverwaltern eine Vergütung von 10 M und den Forstschußbeamten eine solche von 4 M für jeden Tag. Die für jeden Teilnehmer zu zahlende Eintragsgebühr von 3,00 M wird auf die Staatskasse übernommen und nach Beendigung der Kurse in einer Summe durch die Generalstaatskasse gezahlt werden.

Die königliche Regierung wolle die Namen der an den Kursen teilnehmenden Beamten Herrn Freiherrn von Berlepsch baldigst bekanntgeben, der den Teilnehmern alsdann den genauen Zeitpunkt des Beginns der Kurse mitteilen wird.

Ferner sind die Namen bis zum 10. Oktober d. Js. (bestimmt) der Geheimen Forstskulatur meines Ministeriums mitzuteilen, und ebenso ist später anzuzeigen, falls einer der genannten Beamten an dem Kursus nicht teilgenommen hat.

Sollte im dortigen Bezirk ein geeigneter Revierverwalter, der gleichzeitig Neigung hat, demnächst für die Weiterverbreitung der Berlepsch'schen Lehren praktisch tätig zu sein, nicht vorhanden sein, so ist mir bis zum 10. Oktober d. Js. Fehlanzeige zu erstatten.

J. A. Wesener.

An sämtliche königliche Regierungen, mit Ausnahme von Aachen, Münster und Sigmaringen.

Verschiedenes.

— **Verlängerung der Umtriebszeit in den Eichen- und Buchenwäldern.** Nach einem Rundschreiben, das die königliche Regierung zu Koblenz an die Gemeindeforstverwaltungen ihres Bezirks erlassen hat, ist die Lohschälsindustrie im letzten Jahre noch mehr zurückgegangen. In Kreuznach sei bei 25 000 Zentnern angebotener Lohe nur eine Nachfrage auf 17 000 Zentner gewesen. Durch dieses Überangebot ist die Preise für Eichenlohe wiederum um 75 M, in einigen Bezirken sogar um 1 M für den Zentner gefallen. Da aller Aussicht nach eine Hebung der Lohschälsindustrie für die Zukunft nicht mehr zu erwarten ist, so werden die Gemeinden darauf aufmerksam gemacht, eine andere Bewirtschaftung für ihre Eichen-Niederwaldungen einzuführen. Die königliche Regierung empfiehlt daher, die Schälwaldungen in der Hauptsache in Eichenhochwald umzuwandeln und in vereinzelten Fällen vielleicht auch Fichten anzubauen. Ferner wird angeraten, die bisher für die Schälwaldungen gebräuchliche Umtriebszeit von 16 bis 18 Jahren zu verlassen und einen 25- bis 30-jährigen Umtrieb einzuführen. Die Erfahrung bestätige, daß gerade nach dem 18. Jahre die Stangen an Stärke und Länge bedeutend zunehmen, und da Reissig genug vorhanden sei, so solle man auf die Nutzung stärkeren Materials Bedacht nehmen. Die jährlichen Abtriebe seien also zunächst einzuschränken, um später, infolge der allmählichen Emparungen, einen 25- bis 30-jährigen Umtrieb zu ermöglichen. Der Ausfall der ersten Jahre wird alsdann durch die größeren Massen und die wertvolleren Sortimente mehr als hinreichend ausgeglichen, zumal auf geeigneten Standorten bei einem 30-jährigen Umtrieb bereits geringes Nutzholz zu erwarten

ist. Außerdem wird auch noch der Anbau von Rotbuche empfohlen, und zwar soll die Buche nach Möglichkeit zum Unterbau und zur Auspflanzung der lückigen Stellen in den Eichenbeständen verwendet und hierdurch die Erziehung von Mischbeständen angestrebt werden.

— **Verkauf von Staatsforsten in der Nähe Berlins an den Zweckverband.** Bereits seit längerer Zeit schweben zwischen dem Zweckverband Groß-Berlin und dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Verhandlungen über den Ankauf staatlicher Forsten in der Nähe Berlins für den sogenannten „Waldgürtel von Groß-Berlin“. Zu einem Abschluß dürfte es in absehbarer Zeit aber noch nicht kommen. Während das Ministerium an den Verbandsausschuß die Aufforderung richtete, einen Beschluß über den Preis herbeizuführen, der für die angebotenen Forstgebiete dem Fiskus zugestanden werden kann, hat der Zweckverbandsausschuß an den Fiskus das Ersuchen gerichtet, eine Offerte auf Grund der forstlichen Nutzung der fiskalischen Wälder um Berlin abzugeben. Der Fiskus hat es abgelehnt, diese Offerte zu machen. Es soll erst eine Einigung über den Umfang der zu erwerbenden Waldteile herbeigeführt und dann erst soll über die finanzielle Seite der Frage verhandelt werden. — Der Ausschuß des Zweckverbandes hat, wie verlautet, dem Landwirtschaftsministerium eine Zusammenstellung der Waldflächen zugehen lassen, die der Zweckverband zu erwerben wünscht. Die Gesamtfläche des von den Groß-Berliner Gemeinden beanspruchten Dauerwaldes ist danach die gleiche geblieben, wie sie ursprünglich gefordert wurde,

indes haben in der Auswahl der gewünschten Forstflächen mehrfach Verschiebungen stattgefunden. Obwohl nun der Antrag des Verbandsausschusses nicht gleichbedeutend ist mit einem Beschluß der Verbandsversammlung, so ist das Ministerium, um die Angelegenheit nicht zu verzögern, doch auf das Schreiben des Ausschusses eingegangen und läßt, dem Vernehmen nach, danach Pläne anfertigen, um einen Gesamtüberblick über den künftigen städtischen Waldbesitz zu gewinnen. — Im Zusammenhange hiermit interessiert auch die Nachricht, daß zwecks Erschließung des Waldgebietes an der Oberspreewaldenächst ein Ausgleichsvertrag zwischen der Gemeinde Niederschönebeck und dem Forstfiskus abgeschlossen wird, durch den etwa 50 Morgen forstfiskalischen Geländes in den Besitz der Gemeinde übergehen.

— **Verkauf von Privatforsten an den Forstfiskus.** Der preussische Forstfiskus hat nach Zeitungsmeldungen von den v. Dreßler'schen Erben den zu ihrem Gute Schreitlauden gehörigen 1200 ha großen Wald für den Preis von rund 3 500 000 M käuflich erworben.

— **Erweiterung des Jagdinstituts der „Deutschen Jäger-Zeitung“, Neudamm.** Wie bekannt, hat der Verleger der „Deutschen Jäger-Zeitung“, Geheim. Kommerzienrat Neumann, Neudamm, im vorigen Jahre ein wissenschaftlichen Interessen dienendes Institut für Jagdkunde geschaffen, welches nunmehr einen Teil seiner Tätigkeit mit dem Jagdmuseum nach Berlin-Wehlendorf verlegen wird, wo bereits zu diesem Zwecke ein eigenes Grundstück erworben wurde. Das Institut umfaßt folgende Abteilungen: 1. Gesundheitspflege des Wildes, 2. Wildkrankheiten und ihre Bekämpfung, 3. Jagdzooologie, 4. Verbreitung der Wildarten, 5. Volkswirtschaft und Statistik, 6. Wild- und Jagdschutz. Alle Untersuchungen, die eine besondere Arbeitskraft in Anspruch nehmen und nur in einem „Spezialinstitut“ ausführbar sind, werden vom 1. November ab in der neuen Anstalt erfolgen, andere Untersuchungen aber, besonders solche, die nur in praktischen Betrieben vorgenommen werden können, teils in Neudamm, teils an anderen Stellen. Für das Jagdmuseum wurde u. a. bereits eine von einem Verwandten des Altmeisters Diezel mit großer Sachkunde und außerordentlichem Fleiß zusammengestellte Sammlung angelauft, welche die Entwicklung des Rehgehörns, seine verschiedenen Formen, Abnormitäten, kurz alles, was damit zusammenhängt, zur Anschauung bringt. Im bakteriologisch-parasitologischen Laboratorium werden eingegangene Stüde Wild untersucht werden, und den Einsendern wird über die Bekämpfung von Wildkrankheiten in besonderen Fällen ausführlich Rat erteilt werden. In dem Laboratorium soll ein Sachverständiger dauernd arbeiten. Außerdem wird einzelnen Jüngern der Wissenschaft, Forstmännern, Zoologen und Botanikern, ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden.

— **Gründung einer Forstindustrie-Aktiengesellschaft in Bosnien.** Die Firma Gebrüder

Hagenbucher, Eigentümerin einer Dampfsäge- und Holzwarenfabrik in Linz, beabsichtigt gemeinschaftlich mit der Bank für Oberösterreich und Salzburg, sowie einigen anderen Interessenten eine Aktiengesellschaft zu gründen, die den Namen „Ugar-Forstindustrie-Aktiengesellschaft, Gebrüder Hagenbucher“ führt. Zu diesem Zweck hat die Firma mit der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina bereits recht vorteilhafte Verträge abgeschlossen und sich die Holzausbeutung im Forstbezirke Ugar gesichert. Für die Verarbeitung der großen Holzbestände wird in Turbe ein großes Sägewerk erbaut.

— **Reißpresse.** Veranlaßt durch den Artikel in Nr. 21 der „Deutschen Forst-Zeitung“ bat ich den Konstrukteur der fraglichen Presse, diese hier vorzuführen, welchem Wunsche er freundlicherweise gern entsprach. Hier wurden bisher die Faschinen, die zur Fesselheizung in der Brennerei mit Kartoffel-Trockenanlage und Transmission für die Schneidmühle verwendet werden, ebenso wie in vielen anderen Revieren mit der Hand gebunden, wobei die Kosten der Herstellung in gar keinem Verhältnis zu ihrer Verwendbarkeit standen. Die Möglichkeit einer Vereinfachung und Verbilligung der Herstellung der Faschinen und nicht zum mindesten der berechnete höhere Heizwert erschienen mir so verlockend, daß ich den Konstrukteur auf mein Risiko um Vorführung bat. Hatte ich mir nun in der Presse einen komplizierten und unhandlichen schweren Apparat vorgestellt, so war ich überrascht, wie einfach dieser aussah und zu transportieren war. In seiner Konstruktion und auch, wie sich beim Vorführen zeigte, für den praktischen Gebrauch und für den Wald geschaffen. Die Versuche wurden nun mit dünnem Reiß, das sich bekanntlich schwerer als grünes pressen und binden läßt, vorgenommen; die Resultate waren überraschend gut; ein einfaches Einlegen des Reißs, bei einiger Übung ersaft der Arbeiter die nötige Menge mit einem Griff, ein Herunterdrücken und Feststellen der Preßbügel, Ergreifen des bereits vorher geschnittenen und eingehangenen Drahtes und zwei- bis dreimaliges Umdrehen seiner Enden, und die Faschine ist fertig. Wo bleiben da alle die Vorgänge des Handbindens, wie Aufwickeln des Drahtes, Anfertigen einer Schlinge vor dem jedesmaligen Binden und Abkneipen des Drahtes mit der oft verlegten Zange. Die hier mit der Hand gebundenen Faschinen, die viel umfangreicher als die gepressten waren, hatten bedeutend weniger Inhalt, was daraus hervorging, daß zwei von diesen zu einer gepreßt wurden, wobei auch der ganz bedeutend geringere Drahtverbrauch sofort in die Augen fiel. Auch die Versuche mit trockenem, sehr trummem Laubholzreiß, das sich mit der Hand fast nicht binden läßt, ergaben mit der Presse schöne glatte und feste Faschinen. Bezüglich des Drahtes wurde festgestellt, daß beim Binden mit der Presse schwächerer Draht (0,9 bis 1 mm) verwendet werden kann, was eine Ersparnis pro Zentner Drahtverbrauch von 4 M. bedeutet. Beim Versuch, die Faschinen durch Werfen und andere Gewaltanwendungen zum Aufgehen zu bringen, platzte wohl einigemal

der Draht, der einfache Verschluß aber ging nicht auf. Zum Zerschneiden des Drahtes wird eine Schere mitgeliefert, die in der Presse selbst versenkt und so vor Witterungseinflüssen und Diebstahlgewalt geschützt ist. Die Presse kann beliebig von ein oder zwei Personen bedient werden, auch können Frauen oder kräftige Kinder zu der Arbeit verwendet werden. Nach einstündiger Arbeit mit der Presse hatten wir folgende Vorteile gefunden:

1. Infolge größeren Inhalts der Faschinen sind weniger zu binden und entsprechend weniger Stüd zu verlohnen und bedeutend Drahtersparnis.
2. Die Faschinen lassen sich infolge der Festigkeit und des geringeren Umfanges besser transportieren.
3. Durch die Festigkeit bedingte größere Heizkraft.
4. Geringerer Drahtverbrauch billigerer Sorte.
5. Schnellere und dadurch billigere Herstellungsweise.
6. Verwendbarkeit des geringsten Durchforstungsmaterials.

Wir waren somit alle von dem Wert der Presse überzeugt, so daß mein Chef, ein alter praktischer Landwirt, der Neuen gegen mißtrauisch gegenübersteht, sofort einige ankaufte. — Meines Erachtens sollte überall dort, wo andauernd große Mengen von Heißig anfallen, die Presse eingeführt werden; geeignete Absatzgebiete dürften sich im Laufe der Zeit wohl finden, wird es doch in Industriegebieten zur Anheizung der Kessel und bei der Bahnverwaltung zum Anheizen der Lokomotiven schon immer verwendet. Mancher Privatwaldbesitzer aber könnte, wenn er keine Kesselschmelzen für Holzfeuerung einrichten ließe, seine maschinellen Betriebe ohne die teuren und oft weit anzufahrenden Kohlen in Tätigkeit halten; in seinem Revier gäbe es dann keine undurchforsteten Bestände mehr, die sich dann auch besser entwickeln und später eine bedeutend höhere Rente einbringen. Dem Konstrukteur, einem alten im Dienste ergrauten Kollegen, können wir Forstmänner zu seinem Erfolge ein aufrichtiges „Wald- und Weidmannsheil“ zurufen, hat er doch, wie er mir im Vertrauen sagte, in vielen Jahren verschiedene Modelle konstruieren müssen, ehe er das richtige fand. Demnächst wird er auch mit der Konstruktion einer Kiefern-Samendarre für ländliche Kleinbetriebe an die Öffentlichkeit treten, wünschen wir ihm damit denselben guten Erfolg.

Gr. Drewitz, Post Semblen, Kr. Guben,
im August 1912. B. Kollé, Förster.

Waldbrände.

Die in der Umgebung von Wjatka (Rußland) liegenden großen Forsten sind durch Lokomotivfunken in Brand geraten. Das Feuer schreitet immer weiter fort, hat sogar die Schwellen der durch den Wald führenden Bahndämme ergriffen und sich auch auf die benachbarten Moore ausgedehnt. Mehrere Dörfer und Eisenbahngebäude sind durch das Feuer bedroht.

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 24. September 1912. Rehböde 0,60 bis 1,10, Rotwild 0,30 bis 0,75, Damwild 0,45 bis 0,60, Schwarzwild 0,50 bis 0,70 M das Pfund. Kaninchen 0,50 bis 1,20, Stodenten 0,80 bis 2,00, Amdenten 0,70 bis 0,80, Rehbühner 0,50 bis 1,35 M das Stüd.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Bauer, Förster o. R. zu Beller, Oberförsterei Erlau, ist nach Feldmarnen, Oberförsterei Erfurt, Regbz. Erfurt, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

von Berg, Forstausseher zu Roßmühlthal, Oberförsterei Grünau, ist nach Magelin, Oberförsterei Grünau, Regbz. Potsdam, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Blonigen, Förster zu Viel, Oberförsterei Altenlotheim, in die Försterei Altenlotheim, Oberförsterei Jelsberg, Regbz. Cassel, vom 1. Dezember d. J. ab übertragen.

Bornke, forstverwaltungs-beachtlicher Anwärter, bisher im Reservationsdienst beurlaubt, ist zum 1. Oktober d. J. zur Ablegung der Forstprüfung nach der Oberförsterei Ruckow, Regbz. Rostock, einberufen.

Bramann, Beamten in der Oberförsterei Klausthal, Regbz. GutsMuthsheim, ist aus Anlaß seines 50-jährigen Dienstjubiläums am 1. Oktober d. J. das Verdienstkreuz in Gold mit der Zahl „50“ verliehen.

Bräuer, forstverwaltungs-beachtlicher Anwärter zu Schwerde, ist nach Grenzheide, Oberförsterei Grenzheide, Regbz. Posen, vom 1. Oktober d. J. ab einberufen. Die Einberufung nach der Oberförsterei Birnbaum ist zurückgezogen worden.

Bremser, Forstausseher zu Rothenker, ist nach Gabbert, Oberförsterei Wedelsdorf, Regbz. Stettin, vom 22. Oktober d. J. ab versetzt.

Bins, Forstausseher zu Gemeln, Oberförsterei Bramwald, in nach Seelitz, Oberförsterei Seelitz, Regbz. GutsMuthsheim, vom 1. November d. J. ab versetzt.

Bling, Forstjäger zu Kubbien, in als Forstausseher nach der Oberförsterei Tabor, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. J. ab einberufen.

Brück, Förster zu Vansow, Oberförsterei Burghausen, ist die Försterei Wilhelmshausen, Oberförsterei Wahrenberg, Regbz. Cassel, vom 1. November d. J. ab übertragen.

Lehmann, Hilfsjäger zu Rempten, Oberförsterei Gröden, ist nach der Oberförsterei Neuhof, Regbz. Allenstein, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Bau, Forstausseher zu Trebisch, Oberförsterei Schwerin a. W., in nach Radisch, Oberförsterei Birnbaum, Regbz. Posen, vom 16. November d. J. ab versetzt. Die Versetzung nach der Oberförsterei Grenzheide ist zurückgezogen.

Sack, Förster o. R. zu Saugarten, Oberförsterei Gundersdorf, in nach Grenzhaus, Oberförsterei Chorin, Regbz. Potsdam, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

von Schäfer, Bizelektobel im Weisfel, Jäger-Bataillon Nr. 7 in Bückburg, ist als Gemeindeförster auf Probe in Gundersdorf, Gemeindeförsterei Zell, Regbz. Göttingen, anstellt.

Schulz, Förster zu Jügel, Oberförsterei Stangenwalde, ist auf die Försterei Ruckow, Oberförsterei Ruckow, Regbz. Danzig, vom 1. November d. J. ab versetzt.

Serling, Förster o. R. zu Zeina, Oberförsterei Lauterberg, in auf die Försterei in R. Hertenburg, Oberförsterei Gellersfeld, Regbz. GutsMuthsheim, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Sorn, Forstausseher zu Hofeismar, Oberförsterei Hofeismar, ist als Forstausseher und Sekretär nach der Oberförsterei Carlsbach, Regbz. Cassel, vom 1. November d. J. ab versetzt.

Staub, Forstjäger, in nach Ruckow, Oberförsterei Göttingen, Regbz. Göttingen, einberufen.

Teske, Forstausseher, bisher im Regbz. Posen beschäftigt, ist zum 1. Oktober d. J. zur Ablegung der Forstprüfung nach der Oberförsterei Gertrud, Regbz. Rostock, einberufen.

Waffner, Oberjäger, bisher in Petershagen, Oberförsterei Rarufewitz, beabsichtigt, ist zum 1. Oktober d. J. zur Ablegung der Förstereiprüfung nach der Oberförsterei Bornimchen, Regbg. Köslin, einberufen.

Sirkes, Forstkaufmann zu Gorath, in nach Steina, Oberförsterei Pautenberg, Regbg. Gildesheim, vom 1. Oktober d. J. ab einberufen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Korpsier, Gräfl. Rothenburgischer Förster zu Seebach, ist zum Oberförster in Roelmden, Regbg. Viegau, ernannt.

Fauf, Gräfl. Rothenburgischer Oberförster zu Rothenburg (Ober), ist zum Forstinspektor ernannt und ihm unter Beibehaltung der Verwaltung der Oberförsterei Rothenburg die Oberaufsicht über die Oberförsterei Roelmden, Regbg. Viegau, übertragen.

Voll, Gräfl. Rothenburgischer Oberförster zu Roelmden, Regbg. Viegau, tritt mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand.

Wolfs, Gemeindeförster zu Matmedn, Regbg. Aachen, ist der Note Absterben 4. Klasse verliehen.

Rein, Gutsförster zu Bünzelberg, Kreis Gardelegen, Regbg. Magdeburg, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Wale, Gutsförster zu Solche, Kreis Gardelegen, Regbg. Magdeburg, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Jäger-Korps.

Becker, Hauptmann und Kompaniechef im Magdeb. Jäger-Bataillon Nr. 4, ist der Note Absterben 4. Klasse verliehen.

de Jone de St. Ange, Oberstleutnant und Kommandeur des Rheinischen Jäger-Bataillons Nr. 8, ist das Ritterkreuz 1. Klasse mit Ehrenlaub des Großherzogl. Badischen Ordens vom Bähringer Löwen verliehen.

Wesahn, Waffemeister beim Brandenb. Jäger-Bataillon Nr. 8, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Die Note Absterben wurde verliehen:

Maske, Feldwebel im Brandenb. Jäger-Bataillon Nr. 8; **Rein**, Bizefeldwebel in der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; **Stensfeldlager**, Bizefeldwebel in der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; **Regling**, Bizefeldwebel im Brandenb. Jäger-Bataillon Nr. 3; **Reinisch**, Sanitätsbizefeldwebel in der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; **Wohlt**, Bizefeldwebel im Garde-Jäger-Bataillon, kommandiert zur Inspektion der Jäger und Schützen.

Die Kronenorden-Medaille wurde verliehen:

Alde, Sergeant in der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; **Müller**, Sergeant in der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; **Ortel**, Sergeant in der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; **Schulz**, Oberjäger im Garde-Jäger-Bataillon.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Frank, Assistent zu Rothenburg o. T., ist zum Sekretär an der Regierungsförstammer in Ansbach befördert.

Burger, Sekretär an der Regierungsförstammer in Ansbach, ist zum Rechnungsführer an der Regierungsförstammer in Würzburg befördert.

Großherzogtum Hessen.

Staats-Forstverwaltung.

Aus Anlaß der Verlegung in den Ruhestand wurde verliehen:

dem Kommandeur der Forstwartei Wahlen, Förster **Wagner** zu Wahlen, die Krone zum Silbernen Kreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen;

dem Kommandeur der Forstwartei Kilianshöhe, Förster **Wing** zu Forsthaus Kilianshöhe, das Silberne Kreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen;

dem Kommandeur der Forstwartei Frankenstein, Förster **Alpöpper** zu Forsthaus Frankenstein, der Titel „Förster“;

dem Kommandeur der Forstwartei Dornietshausen, Förster **Stappert** zu Dornietshausen, das Silberne Kreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen.

Herzogtum Anhalt.

Herzogliche Hofkammer.

Febr. von Helsen gen. **von Ruckwurm**, Oberforstrat zu Dessau, ist die Krone zu den Komtur-Anwisen 2. Klasse des Herzogl. Hansordens Albrechts der Baren verliehen.

Rein, Königl. Hilfsjäger zu Aufhewig, Kron. Polen, ist als Herzogl. Hilfsjäger in den Vorpostendienst übernommen.

Reis, Wüldmeister zu Dessau, ist die Ritter-Anwisen 2. Klasse des Herzogl. Hansordens Albrechts der Baren verliehen.

Reckhoff, Revierjäger zu Forsthaus Pfeifershöhe in der Herrschaft Northeim (Lapp.), ist zum Förster ernannt.

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Staats-Forstverwaltung.

Klausch, Forstwart zu Thuenen, Oberförsterei Thuenen, ist nach Friedebach, Oberförsterei Weisenburg, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Greiner, Forstwart, bisher beim 6. Bayerischen Infanterie-Regiment Bamberg, ist nach Gammern, Oberförsterei Gammern, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Gundelwein, Forstwart zu Friedebach, Oberförsterei Weisenburg, ist an das Herzogl. Forstbureau Meiningen vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Kant II, Forstwart zu Hopfen, Oberförsterei Vechien, ist nach Selba, Oberförsterei Selba, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Kiesel, Forstwart zu Brennersgrün, Oberförsterei Vechien, ist nach Hopfen, Oberförsterei Vechien, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Kiesel, Forstwart zu Gammern, Oberförsterei Gammern, ist nach Brennersgrün, Oberförsterei Vechien, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Kreier II, Forstwart, bisher beim 6. Bayerischen Infanterie-Regiment Bamberg, ist nach Thuenen, Oberförsterei Thuenen, vom 1. Oktober d. J. ab versetzt.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Försterei in **Solgersmar** ist zum November 1912 zu besetzen. Das Dienstseinkommen beträgt 1000 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 100 M. bis zum Höchstbetrage von 1800 M.; außerdem Wohnungsgeld in Höhe von 300 M. und wenn eine Familie im Sinne des Umzugsförderungsgesetzes vorhanden ist, 16 rm Hartbertholz, wenn keine Familie vorhanden ist, 12 rm, und 10 rm Heißig oder an Stelle der Holzlieferung eine entsprechende Geldentschädigung. Die Anstellung erfolgt auf Widerruf auf 6 monatige Kündigung. Die Stelle ist in erster Linie solchen forstverwaltungsberechtigten Bewerbern vorbehalten, die auf die unteren Stellen des Staatsforstdienstes Anspruch haben, im übrigen erfolgt die Anstellung auf Grund eines Privatdienstvertrages. Bewerbungen sind unter Anschluß eines Lebenslaufes und der Zeugnisabschriften baldigst an den Magistrat in Solgersmar zu richten.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Liturgie oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 132. Anfrage: Mit Bezug auf den Artikel in Nr. 13 der „Forst-Zeitung“ vom 31. März d. J., betreffend „Gemeindesteuervorrecht“, bitte ich ergebenst um gefällige baldige Mitteilung, welche Personen zu Forsturlaubern und welche zu Kommando-Jägern zu zählen sind. S. S. in E.

Antwort: Forsturlauber sind diejenigen Oberjäger der Klasse A, welche den Forstverorgungsanspruch durch Dienst bei der Fahne erwerben und vom achten Dienstjahre ab einmal zur Förderung ihrer forstlichen Ausbildung unter Belassung der Militärgeldabnahme auf sechs Monate behufs Verwendung im Forstdienste beurlaubt werden. (§ 19 der Best. v. 1. 10. 1905.) Kommando-Jäger sind die zu einem Forstsuchskommando gehörigen aktiven Soldaten. Sie gehören also zu rein militärischen Kommandos, die in außerordentlichen Fällen zur Unterstützung im Forst- und Jagdschutz usw. gegeben werden und unter dem Befehle militärischer Vorgesetzter stehen. Sie sind in jeder Hinsicht nur als Soldaten zu behandeln.

Für die Redaktion: J. B. von Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegensmeister Bernstorff, Rönnebeck, Post Börke (Hatz).



Verein Königl. Preuss. Forstbeamten.

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Jappot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

1902a. Stumpf, Forstausseher, Rahmen, Post Naugten, Königsberg.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstjährige Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Lüneburg. Am Sonntag, dem 13. Oktober (nicht, wie früher angekündigt, am 6. Oktober), von nachmittags 2 Uhr an, findet zu Helzen im Hotel „Stadt Hamburg“ die diesjährige Hauptversammlung der Mitglieder der Bezirksgruppe Lüneburg des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Rechnungsablage; 2. Berichtserstattung des Delegierten über die diesjährige Delegiertenversammlung zu Berlin und Besprechung des Ergebnisses dieser Versammlung; 3. Spende Romanus-Loorm; 4. Wahl des Delegierten für die nächstjährige Delegiertenversammlung zu Berlin; 5. Krankenlosten-Beihilfskasse; 6. Verschiedenes. Die Herren Kollegen werden um gütige Teilnahme an der bevorstehenden Versammlung dringend gebeten, namentlich in Rücksicht darauf, daß zu Punkt 6 der vorstehend angeführten Tagesordnung noch verschiedene wichtige Angelegenheiten zu erörtern sein werden. Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Battenberg (Regbz. Wiesbaden). Dienstag, den 1. Oktober d. Js., vormittags 11 Uhr, Versammlung im Hotel Rhode zu Battenberg. Tagesordnung: 1. Kaisergeburtstagsfeier; 2. Verschiedenes. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. Der Vorsitzende.

Driesen (Regbz. Frankfurt a. O.). Am 1. Oktober d. Js., nachmittags 4 Uhr, findet bei Bernito in Driesen Vereinsfeier statt. Tagesordnung: 1. Mitteilung der Kosten des Scheibenschießens; 2. Verschiedenes. Der Vorstand.

Gelnhausen (Regbz. Cassel). Sonntag, den 6. Oktober d. Js., nachmittags von 2 Uhr ab, Versammlung im Hotel „Deutsches Haus“ zu Gelnhausen. Tagesordnung: 1. Stellungnahme

zur Gründung einer Sterbekasse für den Regierungsbezirk Cassel; 2. Dienstlandsfrage; 3. Vereinsangelegenheiten; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Hann.-Münden (Regbz. Hildesheim). Dienstag, den 1. Oktober d. Js., nachmittags 1½ Uhr, Vierteljahrsversammlung im Hotel „Zur Krone“ in Münden. Auf möglichst vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird gerechnet.

Der Vorsitzende.

Kirchen (Regbz. Coblenz). Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 1. Oktober d. Js., vormittags 11 Uhr, im Jägerheim. Tagesordnung: 1. Besprechung des stenographischen Berichts über die Delegiertenversammlung am 14. und 15. Juni 1912; 2. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Köhre (Regbz. Cassel). Sonnabend, den 5. Oktober d. Js., von nachmittags 3 Uhr ab, Versammlung im „König v. Preußen“ zu Hefsa. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Marburg (Regbz. Cassel). Versammlung Sonntag, den 6. Oktober d. Js., nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal zu Eölbe mit folgender Tagesordnung: 1. Dienstlandregulierung; 2. Sterbekasse (Hilfe am Grabe); 3. Kaisergeburtstagsfeier bzw. Wintervergügen 1913; 4. Besprechung des stenographischen Berichts der Delegiertenversammlung; 5. Verschiedenes: Romanus-Loorm, Verteilung der gemeinsam bezogenen Zigaretten, Bouillontürrfel Cubox und Waldheil-Kalender. Vollständiges Erscheinen dringend erforderlich; bei Verhinderung wird gebeten, für Abnahme der bestellten Sachen Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Montabaur (Regbz. Wiesbaden). Sonntag, den 13. Oktober d. Js., mittags 1 Uhr, Mitgliederversammlung im „Raffaer-Hof“ zu Montabaur. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung; 2. Besprechung des Försterstellenbuches; 3. Sammlung für die Hinterbliebenen des ermordeten Kollegen Romanus; 4. Wahl eines Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung; 5. Dienstlandsfrage; 6. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen der Herren Mitglieder wird gebeten. Der Vorsitzende: Tillmann.

Neuhof (Regbz. Cassel). Sonntag, den 6. Oktober d. Js., nachmittags 2½ Uhr, Versammlung bei Klug in Neuhof. Tagesordnung: 1. Be-

Schluß über eine innerhalb des Regierungsbezirks zu bildende Sterbefasse; 2. Besprechung der diesjährigen Delegiertenversammlung; 3. Verteilung der Kalender für 1913; 4. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Der Vorstand.

Neutirchen, Kr. Ziegenhain (Regb. Cassel). Die für den 1. Oktober anberaumte Versammlung findet erst am 2. Oktober zur selben Zeit statt. „Am 1. Oktober findet Treibjagd im Schußbezirk Leichwiesenwald statt.“

Hudersbach (Regb. Allenstein). Sonntag, den 6. Oktober d. Js., nachmittags 5 Uhr, Versammlung in Alt-Usta, Hotel Fischer. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgemacht. Um zahlreiches Erscheinen mit Damen wird ersucht. Der Vorsitzende: Schlüter.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Gemeinder Bernsdorf, Nicstedt bei Forst, Garz, vorliegen. Was für die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in denen Besß gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Lesegruppen:

Schleswig. Am Sonntag, dem 15. September, fand im Theater-Café in Flensburg die statutenmäßige Herbstversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete mittags 1 Uhr mit einem Horrido auf unsern allerhöchsten Jagdherrn die Versammlung. Tagesordnung: 1. Als Mitglied wurde aufgenommen: Hilfsjäger Petersen zu Forsthaus Hoffnung, Post Klippel. 2. Besprechung der Beschlüsse usw. der Delegiertenversammlung in Berlin. 3. Verschiedenes: a) Auf Wunsch der Versammlung wurde fest-

gelegt, die Frühjahrsversammlung etwa Mitte Februar abzuhalten; b) Prospekte zum Kalender „Waldbild“ werden verteilt; c) Mitgliedsbeiträge und Gelder zur Sache Romanus-Boorn werden vom Kassensführer entgegengenommen; d) eine Anregung aus der Versammlung, betr. die zeitraubende Vorbringung der Holzverabsolgerzettel bei Versäumnis der Abgabe durch den Käufer, soll der Bezirksgruppe zur weiteren Veranlassung übergeben werden; e) Anfragen usw., Diskussion über Fragen aus dem Forstschuß. 4. An Stelle des zurücktretenden 1. Vorsitzenden, Försters West in Hammeleff, wird der Förster Schneeberg zu Forsthaus Kiehlstruphof, Post Hoderup, Oberförsterei Flensburg, und für den zurücktretenden Schrift- und Kassensführer Forstaufsicher Hahn der Förster o. H. Münchmeyer zu Pattburg, Post Pattburg, Oberförsterei Flensburg, gewählt. Beide Herren nehmen die Ämter an. Der neue Vorsitzende gedachte hierauf in warmen Worten der Tätigkeit der zurücktretenden Vorstandsmitglieder und ließ den Dank der Ortsgruppe in ein Hoch für dieselben ausklingen. Schluß 4 Uhr. Bei dem nun folgenden familiären Zusammensein berührte es besonders angenehm, den fast 80jährigen Kollegen Förster a. D. Ehlert (wohnhaft in Flensburg) für kurze Zeit in unserer Mitte zu sehen; der alte Herr ist an Körper und Geist noch äußerst rüstig und frisch; er ragte wie eine verwitterte, bemoozte alte Eiche durch die jüngere Generation hindurch. Möge der allgütige Weltkenner diesen alten Überhälter aus einer großen Zeit noch manches Jahr mit der Fällung verschonen. Den erschienenen Damen ganz besonderer Dank. Der Vorstand.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halensee.

Geldsendungen an den Verein.

In den letzten Monaten ist wiederholt gebeten worden, alle an den Verein zu richtenden Zahlungen, mit Ausnahme der Beträge für die Stellenvermittlung und der Schulbeiträge der Waldbesitzer, ausnahmslos an die Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte zu Neudamm, nicht aber an die Geschäftsstelle nach Halensee zu richten. Leider wird diese bringende Bitte von unseren Mitgliedern nicht beachtet; so sind in der Zeit vom 1. Juni bis Mitte September 270 Zahlungen an die Geschäftsstelle in Halensee statt nach Neudamm gelangt. Die Mehrarbeit, die durch die falsche Adressierung der Geldbeträge entsteht, ist sehr bedeutend und wäre auf die Dauer mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht durchzuführen.

Alle Gelder, die nach Halensee gehen, müssen auch bei der Kassenstelle in Neudamm nachgewiesen werden, und dadurch entsteht vielfache und völlig unnötige Umbuchung. Es wird daher

wiederholt und dringend gebeten, an die Geschäftsstelle in Halensee keine Geldsendungen zu richten. Geschieht das doch weiter in diesem Umfange, so werden wir schließlich wieder zu dem sehr unbequemen Mittel schreiten müssen, die fälschlich in Halensee einlaufenden Gelder zurückzuweisen. Halensee, den 22. September 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Aufruf

an alle akademisch gebildeten Privatforstbeamten.

Die Notlage der Privatforstverwaltungsbeamten, die infolge der Überfüllung dieses Berufes von Jahr zu Jahr größer wird, hat den Verein für Privatforstbeamte Deutschlands veranlaßt, einen Ausschuß zur Prüfung der Lage dieser Beamten einzurichten.

Dieser Ausschuß sieht es als seine nächstliegende Aufgabe an, die Zahl der akademisch gebildeten Privatforstbeamten einerseits und die Zahl der vor-

handenen Revierverwalterstellen anderseits festzustellen, kurz, zunächst statistische Erhebungen anzustellen, um dann auf Grund dieser Statistik weitere Schritte zur Abhilfe zu tun. Demgemäß ersuchen wir alle akademisch gebildeten deutschen Privatforstbeamten — mögen sie eine Stelle innehaben, welche es auch sei, oder mögen sie zurzeit stellenlos sein — diese Arbeit im Interesse ihres Berufsstandes dadurch zu unterstützen, daß sie auf einfacher Postkarte oder durch Brief der Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands in Halensee-Berlin, Karlsruher Straße 13, folgende Angaben machen:

Name, Alter, Schulbildung, Ort und Dauer des forstlichen Studiums, abgelegte Prüfungen und jetzige Stellung (Art, Titel, Ort, Dienstherrschafft, Größe des Dienstbezirks, Zahl der Unterbeamten usw.).

Halensee-Berlin, den 22. September 1912.

Dr. Hertog, Vorsitzender.

Forstlehranstalt Stargard in Mecklenburg.

Nachdem der Vorstand unseres Vereins sich nach eingehender Prüfung von der sachgemäßen Einrichtung der städtischen Forstlehranstalt zu Stargard in Mecklenburg überzeugt hat, hat er in der letzten Sommeragung in Eisenach den Beschluß gefaßt, die Bestrebungen der Anstalt zu fördern. Über die Art der Zusammenarbeit schweben die Verhandlungen noch.

Halensee, den 22. September 1912.

Dr. Hertog, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieder.

3909. Ulrich, Heinrich, Forstamtsassistent, Wallerstein i. Schwaben (S.-Gr. XIV.)

3910. Ihde, Otto, Revierjäger, Döhlen i. Meckl. (S.-Gr. III.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Thomas, Karl, Forsttagator, Schönstein b. Bissen (Eieg.)

Ullmann, Paul, Hilfsjäger, Kowoltschen i. Oberschl.

Schmann, Eugen, Forstausseher, Rippelbach b. Gersfeld.

Trak, Franz, Forstlandwirt, Eisenach, Hainweg 13, II.

Weiß, Aug., Forstausseher, z. St. Jäger, 2. Komp. J.-B. 5 und kommandiert in Königsberg i. Pr.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 51 4 M., Nr. 222 8 M., Nr. 287 4 M., Nr. 294 8 M., Nr. 314, 373, 398, 431, 463, 485, 505, 522, 596, 638 je 4 M., Nr. 645 8 M., Nr. 653, 708, 803 je 4 M., Nr. 903 8 M., Nr. 101 4 M., Nr. 938, 1043 je 8 M., Nr. 1128 4 M., Nr. 1364, 1378 je 10 M., Nr. 1456 4 M., Nr. 1503 8 M., Nr. 1534, 1690, 1692, 1719, 1721, 1761, 1795 je 4 M., Nr. 1845 8 M., Nr. 1886 10 M., Nr. 1949, 1988, 2079 je 4 M., Nr. 2036 8 M., Nr. 2019, 2144, 2203 je 4 M., Nr. 2211 10 M., Nr. 2339 4 M., Nr. 2388 8 M., Nr. 2456, 2731 je 4 M., Nr. 2840 10 M., Nr. 2868, 2879 je 4 M., Nr. 285 10 M., Nr. 2902, 2998, 3023, 3032, 3219, 3388, 3617 je 4 M., 3792, 3835 je 7 M., Nr. 3858 4 M., Nr. 3898 7 M., Nr. 3906 18 M., Nr. 3507 13 M., Nr. 3905—3910 je 7 M.

Erfahrungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer: Einige Winke zur Beschaffung der Grundlagen für eine Forsteinrichtung. Von Oberförsterkandidat Kriebitz. 779. — Vom Holzmarkt. 781. — Steuerfreier Buder zur Bieneinfütterung. 786. — Aus Baden und Elsass-Vorbringen. 786. — Die Karstaufforstung im Treiser Gebiet. 789. — Naturdenkmäler in der Rheinberger Stadtförst. 789. — Sturmchäden in Ostpreußen. 787. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 787. — Verlängerung der Umtriebszeit in den Eichenstammwäldungen und Überführung im Hochwald. 788. — Verkauf von Staatsforsten in der Nähe Berlins an den Zweckverband. 788. — Verkauf von Privatforsten an den Forstfiskus. 789. — Erweiterung des Jagdminutums der „Deutschen Jäger-Zeitung“. Neubaum. 791. — Gründung einer Forstindustrie-Atteneiellenschaft in Posen. 789. — Reisigpreise. 789. — Waldbrände. 790. — Antiklerikalismus. 790. — Personal-Nachrichten und Verwaltungsänderungen. 790. — Öffene Stellen in Gemeinde- und Staatsforstämtern für Bewerber des Jägerforsts. 791. — Brief- und Fragekasten. 791. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 792. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 793. — Inserate.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit dieser Nummer schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die **Deutsche Forst-Zeitung** mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Feierabend** (Seite 101 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beiblättern: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk in Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Ferkel** (Seite 104 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1912) — Abonnementspreis 3 Mark 50 Pf. pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1912, sofort anzugeben, damit in der regelmäßigen Zusendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einsendung des Betrages für Abonnement und Frankatur.

Neubau, im September 1912

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amliches Organ des Grandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldhehl“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwartensvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärte, des Vereins Waldeck-Hyrmanters Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 40.

Neudamm, den 6. Oktober 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

•bersörferstelle Eurofcheln im Regierungsbezirk Allenstein, ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Oktober eingehen.

Die Invalidität im Heeresdienste und die Forstversorgungsberechtigung.

Wenn alles gut geht im Heeresdienste, dann kommt die Forstversorgungsberechtigung „mit den Jahren“ von selbst. Tritt aber Invalidität ein, dann ist sie spröder und läßt sich erst nach Erfüllung mancher Bedingungen in den Besitz bringen. Viele Anfragen aus unserer Lesertreife beweisen uns, daß auf dem Gebiete unseres Themas vielfach Unklarheit herrscht. Es soll daher versucht werden, die nicht ganz einfachen Verhältnisse zu klären und dem Verständnis näher zu bringen.

Da infolge der Verbindung mit dem Militärdienste im Jägerkorps $\frac{3}{4}$ der ganzen Anwärter durch aktiven Dienst bei der Truppe die Forstversorgungsberechtigung erlangen wollen, also mindestens 9 Jahre zu dienen gedenken, kommt Invalidität im Heeresdienste naturgemäß gar nicht so selten vor. Man erkennt diese „weißen Raben“, welche das Glück hatten, trotz eingetretener Invalidität die Forstversorgungs-

berechtigung zu erlangen, an den merkwürdigen Daten der Forstversorgungsscheine, die ihnen „außerterminlich“ zuerkannt wurden — wenn sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt hatten. Die normalen Daten fallen immer in den Oktober, den Einstellungsmonat, in dem auch die normale Dienstzeit endigen muß.

Nun ist es vor Eintritt in unsere Betrachtungen nötig, die in den einschlägigen Bestimmungen vorkommenden Fachausdrücke begrifflich festzulegen.

Es kommen in Frage die Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Königl. Forstschutzdienste vom 1. Oktober 1905 und das Gesetz über die Versorgung der Personen der Unterlassen des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen (Mannschaftsversorgungsgesetz) vom 31. Mai 1906 (R. G. Bl. S. 593 ff.).

Da stoßen wir auf die Ausdrücke: felddienstunfähig, garnisondienstunfähig, feld- und garnisondienstunfähig, dauernd felddienstunfähig, Rentenanspruch, Rente.

Felddienstunfähig ist der Soldat, welcher den bedeutenden Anforderungen des Felddienstes an die körperliche Rüstigkeit und Ausdauer, namentlich an die Marschfähigkeit und die Widerstandskraft gegen Witterungseinflüsse, nicht mehr genügen würde, aber noch die Fähigkeit besitzt, den Garnisondienst auszuüben. Dieser setzt noch ein solches Maß körperlicher Rüstigkeit und Leistungsfähigkeit voraus, daß die Betreffenden befähigt sind, den Waffendienst bei den Besatzungstruppen — auch hinsichtlich der Marschfähigkeit — auszuüben.

Garnisondienstunfähig heißt unfähig, die eben genannten Anforderungen für den Garnisondienst zu erfüllen. Dies kann seine Ursache haben in erheblichen chronischen Krankheiten und Gebrechen, die eine freie Bewegung des Körpers — namentlich der Gliedmaßen — wesentlich hindern, wichtige verrichtungen des Körpers stören oder die Geistes- und Körperkräfte unter das für den Dienst im Heere erforderliche Maß herabsetzen.

Feld- und garnisondienstunfähig schließt danach eine Verwendung im Heeresdienste überhaupt aus.

Dauernd felddienstunfähig bedeutet, daß eine Besserung ausgeschlossen und eine weitere Feststellung dieserhalb unnötig ist. Das „dauernd“ kann auch mit den anderen Unfähigkeitsbezeichnungen in Verbindung gebracht werden und hat dann natürlich denselben Sinn. So lange also das „dauernd“ nicht in der Entscheidung über die Dienstunfähigkeit steht, ist von Zeit zu Zeit eine Nachprüfung nötig und eine Besserung — unter Umständen sogar Beseitigung der Dienstunfähigkeit — möglich. Rentenanspruch muß nach dem Gesetze bei der Entlassung aus dem aktiven Dienst zugestanden werden, wenn und solange die Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienstbeschädigung aufgehoben oder um wenigstens 10 % gemindert ist. Kapitulanten mit einer Dienstzeit von mindestens acht Jahren haben bei der Entlassung aus dem aktiven Dienst ohne Nachweis einer Dienstbeschädigung Anspruch auf eine Rente, wenn und solange ihre Erwerbsfähigkeit infolge von Gesundheitsstörungen, die während der Dienstzeit eingetreten sind, aufgehoben oder um wenigstens 10 % gemindert ist.

Als Kapitulanten gelten diejenigen Unteroffiziere und Gemeinen, welche sich über die gesetzliche Dienstzeit hinaus zum aktiven Dienst verpflichtet haben und in dessen Ableistung begriffen sind, also auch die verpflichteten Jäger.

Als Dienstbeschädigungen gelten Gesundheitsstörungen, welche infolge einer Dienstverrichtung oder durch einen Unfall während der Ausübung des Dienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert sind. Eine vorzüglich herbeigeführte Gesundheitsstörung gilt nicht als Dienstbeschädigung.

Die Dienstzeit wird vom Tage des Eintritts in den aktiven Militärdienst bis zum Ablauf des Tages der Entlassung gerechnet. Die Dienstzeit vor dem Beginn des 18. Lebensjahres wird nur im Kriegsfalle gerechnet, sonst nicht.

Wir beschränken uns hier auf die Wiedergabe der gesetzlichen Bestimmungen, welche für normale heimatische Verhältnisse gelten und zum Verständnis der Materie durchaus nötig sind.

Rente oder auch Militärrente ist der neue gesetzliche Ausdruck für die frühere Invalidenpension. —

Nach diesen Darlegungen können wir uns wieder den die Laufbahn der Försteranwärter regelnden und manchmal stark beeinflussenden Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 zuwenden. Hier steht zunächst im § 38: „Die Jäger, die zwar die vorschriftsmäßige Forstlehre erlernt haben, aber zur Klasse A nicht verpflichtet oder daraus entlassen worden sind, bilden, gleich den ausgehobenen Jägern, die nicht in der vorschriftsmäßigen Forstlehre gestanden haben, die Jägerklasse B.“

Das ist eine sehr wichtige und verhängnisvolle Bestimmung. Denn sie schließt in der Regel alle die, welche das Pech haben sollten, als vorschriftsmäßig gelernte Jäger während der aktiven Dienstzeit vor der Verpflichtung zur Klasse A invalide und aus dem aktiven Militärdienste entlassen zu werden, von der weiteren Verfolgung der Laufbahn für den königlichen Forstschutzdienst aus. Das setzt tiefe Trauer bei den Betroffenen und ihren treu sorgenden Angehörigen und ist eine ernste Mahnung an die jungen Soldaten, neben dem löblichen und unerläßlichen Mut auch die Besonnenheit und sachgemäße Lebensweise zur Richtschnur zu nehmen. Es wird meistens sehr schwer halten, eine Fortsetzung der Laufbahn zu ermöglichen, trotzdem bei den maßgebenden Behörden ohne weiteres das weitgehendste Wohlwollen vorausgesetzt werden darf. In Frage kommt die Gestattung des Nachdienstes nach gechehener Wiederherstellung (bei Vorhandensein der Forstdienstfähigkeit) und die dann nachträgliche Verpflichtung zur Klasse A, oder auch Erlassen der restlichen aktiven Dienstzeit mit nachfolgender Verpflichtung. Das hängt aber ganz von der besondern Lage des Einzelalles ab und kann niemals als mit großer Wahrscheinlichkeit erreichbar angesehen

werden, wenn auch hier und da derartige Vergünstigungen vorkommen mögen und als Hoffnungsstern in der dunkeln Zukunft betrachtet werden könnten.

Nach der Entlassung hat sich der Bataillonsarzt über die Forstdienstfähigkeit oder die Aussicht auf deren Wiedererlangung zu äußern. Dann bestimmt die Inspektion der Jäger und Schützen, ob die Streichung oder Belassung in den Listen zu erfolgen hat. Wird die Streichung verfügt, dann ist es mit der Erddienung der Forstverorgungsansprüche vorbei, und der Jäger kommt in die Klasse B. Bleibt er in der Liste der vorschriftsmäßig gelernten Jäger, dann kann seine Wiedereinstellung zum Dienst auf Forstversorgung verfügt werden. Die Entscheidung hat ebenfalls die Inspektion. Der Entlassene bleibt dann während der Zwischenzeit wie jeder andere Reservejäger der Klasse A in der Kontrolle der Jägerkompagnie, hat sich nach Möglichkeit berufsmäßig zu beschäftigen und später bei der Wiedereinstellung für die ganze Zeit Führungs- und Beschäftigungszeugnisse beizubringen. Bei der Entlassung ist der Betreffende entsprechend zu belehren. —

Ein Erlassen der restlichen aktiven Dienstzeit mit nachfolgender Verpflichtung wird wohl nur in ganz seltenen Ausnahmefällen vorkommen können. Immer ist Forstdienstfähigkeit und die bestimmte Aussicht auf Erfüllung der sonstigen Bedingungen für die Erlangung der Forstverorgungsberechtigung Voraussetzung. Die Entscheidung wird beim Kriegsministerium und dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten liegen, bei denen die Inspektion die erforderlichen Anträge stellen mußte. —

Hier muß nun auch noch auf den verhängnisvollen Irrtum hingewiesen werden, dem wir oft begegnet sind und der darin besteht, daß die bei der Jägertruppe eingestellten vorschriftsmäßig gelernten Jäger sich als Jäger der Klasse A betrachten, auch wenn sie noch nicht verpflichtet sind. Das ist arge Selbsttäuschung. Sie sind eben nur „vorschriftsmäßig gelernte Jäger“; sie werden als solche bei der Truppe zwar in einer besonderen Liste geführt, weil sie für die Staatsförsterlaufbahn in Frage kommen, aber zur Klasse A gehören sie erst nach der Verpflichtung. Die Führung der Liste der vorschriftsmäßig gelernten Jäger ist notwendig, um die für die spätere Verpflichtung in Frage kommenden Jäger, welche die Bedingungen für die Vorbereitung auf den königlichen Forstschutzdienst erfüllt haben, unter steter Kontrolle zu haben. Sie können aus dieser Liste ebenfalls gestrichen werden, wenn sie Anlaß zu Maßregelungen geben, und treten damit zur Klasse B über, die für die spätere Staatslaufbahn nicht in Frage

kommt. Denn nach Ziffer 5 des § 17 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 werden nur die Verpflichteten durch Vollziehung der Verhandlung in die Jägerklasse A aufgenommen und erlangen damit die Aussicht, seinerzeit im staatlichen Forstschutzdienste angestellt zu werden.

Nun kann auch selbst in der Klasse A noch des Schicksals Tücke alle Hoffnungen zu Wasser werden lassen; denn im § 24 genannter Bestimmungen heißt es bei Ziffer 6: „Wird ein Jäger der Klasse A dauernd feld- und garnisondienstunfähig oder auch nur dauernd felddienstunfähig, so scheidet er aus dem Militärverhältnisse aus und verliert, vorbehaltlich des etwaigen Anspruchs auf Zivilverforgung, seine Forstverorgungsansprüche, falls ihm diese nicht in den in § 26 angegebenen Fällen belassen werden.“ Da bleibt dann also nur noch die Zivilverforgung, mit der wir uns vielleicht in einem späteren besonderen Artikel befassen werden, oder die Aussicht auf Forstverforgung kann nur in gewissen ausdrücklich festgelegten Fällen belassen werden. Von diesen Fällen des § 26 interessieren uns hier nur die mit dem aktiven Militärdienst direkt zusammenhängenden. Die weiter angeführten erstrecken sich auf Invalidität infolge Ausübung des Forstschutzes oder Jagdpolizeidienstes.

Im § 26 Ziffer 4 (a und b in der unter dem 29. August 1906 abgeänderten Fassung) heißt es: „Scheidet ein Jäger bereits vor Ablauf der zur Erlangung des Forstverorgungsscheines vorgeschriebenen Dienstzeit aus dem Militärdienste aus, so können ihm in folgenden Fällen die Forstverorgungsansprüche belassen werden:

a) Wird er im Militärdienste feld- und garnisondienstunfähig und ist gesetzlich die Erteilung des Zivilverforgungsscheines vorgeschrieben oder wird ihm ein Rentenanspruch zugewilligt, so kann ihm auf seinen Antrag als bald der Forstverorgungsschein gewährt werden, wenn gegen die Verwendbarkeit des Jägers im Staatsforstdienste von keiner Seite Bedenken bestehen. Der Anspruch auf den Zivilverforgungsschein wird dadurch nicht berührt.

b) Wird er im Militärdienst dauernd felddienstunfähig und wird ihm ein Rentenanspruch zugewilligt, so kann ihm mit Genehmigung des Kriegsministers die Aussicht belassen werden, nach Ablauf von zwölf Jahren seit seinem Eintritt in den Militärdienst, falls er alsdann den Bedingungen für die Anerkennung der Forstangestellungsbezeichnung genügt und insbesondere auch die Försterprüfung abgelegt hat, den Forstverorgungsschein zu erhalten.“

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß mit dem „Jäger“, welcher vor der vorgeschriebenen Zeit ausscheidet, ein Jäger der Klasse A gemeint

ist. Das geht aus den vorhergehenden Bestimmungen des § 26 hervor, wo ausdrücklich nur von diesem die Rede ist. Es können also die oben angeführten Vorschriften nicht etwa auf unverspflichtete Jäger angewendet werden.

Zu a. Die Erteilung des Zivilversorgungsscheins ist für den vorliegenden Fall des vorzeitigen Ausscheidens gesetzlich (Mannschaftsversorgungs-gesetz) vorgeschrieben im § 16, welcher lautet: „Kapitulanten mit kürzerer als zwölfjähriger Dienstzeit, die wegen körperlicher Gebrechen im aktiven Dienste nicht mehr verwendet werden können und deshalb von der Militärbehörde entlassen werden, haben Anspruch auf den Zivilversorgungsschein, wenn sie zum Beamten würdig und brauchbar erscheinen.“

Da die auf Forstversorgung aktiv dienenden Jäger zu den Kapitulanten zählen, so wird ihnen bei Entlassung aus dem aktiven Dienste wegen Invalidität in der Regel der gesetzliche Anspruch auf Erteilung des Zivilversorgungsscheins zur Seite stehen, oft auch ein Rentenanspruch, über den wir schon eingangs das Erforderliche gesagt haben. Jedenfalls werden sie, da nur eine oder die andere Bedingung zu erfüllen ist, mit der Aussicht rechnen können, bei vorhandener Forstdienstfähigkeit den Forstversorgungsschein zu erhalten. Dieser kann nur auf Antrag gewährt werden, daher versäume keiner, den Antrag zu stellen, denn ein Forstmann trennt sich nicht so leicht von seinem Walde. Der Forstversorgungsschein kann als bald gewährt werden, d. h. die Erteilung ist an keine Frist gebunden und kann erfolgen, sobald die Vorbedingungen erfüllt sind. Zu diesen gehört allerdings noch die unter Umständen schwerwiegende, daß von keiner Seite Bedenken bestehen. Die zur Erteilung bereite Militärbehörde wird sich also vorher auch noch mit der Staatsforstbehörde (Regierung) in Verbindung zu setzen und deren Einverständnis einzuholen haben. Da diese Behörde oft nicht ohne weiteres ihr Urteil abgeben kann, wird eine probeweise Beschäftigung von angemessener Dauer (eventuell Prüfungsbeschäftigung) in Frage kommen. Erst nach deren Abschluß fällt die endgültige Entscheidung. Wundere man sich also nicht, daß solche Angelegenheit sich manchmal hinzieht. Dies wird nach Gesagtem begreiflich erscheinen. Sonach haben in vorliegendem Falle Arzt, Inspektion und Regierung zusammenzuwirken und Einmütigkeit zu erzielen. Ist diese nicht zu erreichen, dann kann aus der Forstversorgung nichts werden, und es bleibt die Zivilversorgung, evtl. neben der Rente. Der Anspruch auf den Zivilversorgungsschein besteht neben der Möglichkeit der Erlangung des Forstversorgungsscheins, so daß unter Umständen beide erworben werden können.

Zu b. Hier sieht man deutlich die feine Differenzierung der Dienstunfähigkeit, wenn man die Vorbedingungen für die Versorgung bei b und a vergleicht: dauernd selbstdienstunfähig gegen selb- und garnisondienstunfähig usw. Letzteres hat als das schwerer wiegende die größeren und sichereren Berechtigungen als das erstere. Hier (bei b) bleibt nur die Aussicht, nach zwölf Jahren den Forstversorgungsschein zu erhalten, falls dann den Bedingungen für Anerkennung der Forstansstellungs-befähigung genügt wird und auch die Försterprüfung abgelegt ist. Die erforderliche Genehmigung des Kriegsministeriums hat die Inspektion einzuholen.

In der Praxis läuft dieses Verfahren darauf hinaus, daß die Invaliden dieser Art mit den Reservejägern, welche den Forstversorgungsschein auch erst nach zwölf Jahren erhalten, gleichgestellt werden. Sie haben sich also nach der Entlassung aus dem Militärdienst notieren zu lassen, berufsmäßig zu beschäftigen und im Februar des zwölften Dienstjahres bei der Regierung, bei der sie notiert sind, die Erteilung der sogenannten Schlußbescheinigung (Anerkennung der Forstansstellungsbefähigung) nachzusuchen, nachdem sie vorher die Försterprüfung bestanden haben. Auch hier ist natürlich die ärztlich festgestellte Forstdienstfähigkeit Voraussetzung.

Die Erteilung der Forstversorgungsberechtigung infolge Invalidität ist nun selbstverständlich immer erst bei festgestelltter dauernder Invalidität möglich. Ist zeitige Invalidität festgestellt, dann muß erst das endgültige Urteil der Obereratskommission, das bei den Invalidenprüfungs-geschäften gefällt wird, abgewartet werden. Bis dahin kann natürlich in gewissen Fällen auch geraume Zeit vergehen. Hat das Generalkommando die dauernde Invalidität anerkannt, dann gibt die Inspektion dem Verfahren auf Erteilung des Forstversorgungsscheins weiteren Fortgang.

Wir hoffen nun, dargetan zu haben, wie wichtig es ist, sich einen Überblick über die vielseitigen Bestimmungen auf dem in Rede stehenden Gebiete zu verschaffen und möchten es jedem Jäger dringend empfehlen, sich eingehend mit der Materie zu befassen, damit er auch im Falle der Invalidität sicher seine Entschlüsse fassen kann und vor Enttäuschungen bewahrt bleibt, die in Unkenntnis ihren Grund haben.

Bemerkt mag noch werden, daß unsere Ausführungen nicht allein für die Verhältnisse in Preußen, sondern auch für die in den Reichslanden Geltung haben, da die dort bestehenden Bestimmungen vom 1. Juni 1906 in den für vorstehende Darlegungen maßgebenden Punkten mit denen Preußens übereinstimmen.

Vom Holzmarkt.

Im Anschluß an unseren in Nummer 39 veröffentlichten Holzmarktbericht geben wir noch einen Spezialbericht aus Oberklelesien wieder, welcher durch die große zum Verkauf gelangte Holzmenge besonders orientierend wirkt.

Am 16. September hielt der Sch'elische Waldbesitzerverein in Oppeln den ersten Holzverkauf ab, an dem sich folgende Forstverwaltungen beteiligten:

1. das von Ausloßsch: Forstamt Kochanowicz,
2. „ Gräfl. Garnier'sche Forstamt Turawa,
3. „ Guradz'sche Forstamt Dombrowa,
4. „ Königl. Sächs. Forstamt Guttentag,
5. „ Prinzliche Forstamt Kojszentin,
6. die Herzoglich Ratibor'sche Forstverwaltung in Ratibor,
7. das Gräfl. Reichenbach'sche Forstamt in Gotschütz,
8. „ Freiherrlich von Klonow'sche Forstamt Dziergowitz,
9. „ Gräfl. von Strachwiz'sche Forstamt Groß-Stein,
10. die Gräfl. Tiele-Winkler'schen Forstinspektionen Eichhorst und Woschütz,
11. das Bieder'sche Forstamt Simmenau,
12. „ Gräfl. Maltzan'sche Forstamt Milititz.

Ein Teil dieser Forstverwaltungen schloß freihändig ab. Die Resultate wurden deshalb nicht bekannt. Die Hauptmengen von Holz wurden öffentlich von 10 Uhr vormittags bis gegen 3½ Uhr nachmittags ausgetrieben. Es hatten sich etwa 100 Holzhändler eingefunden. Die Auktionen nahmen einen lebhaften Verlauf. Die Verankstung muß als voll gegliedert bezeichnet werden.

Für die Hauptposten wurden folgende Preise angeboten:

1. Bauholz.

Herzog von Ratibor'sche Forstverwaltung. Vermessung mit Rinde. Verkauf loco Walb. Alles Nadelholz zusammengezogen. Getrennt wurde nur das Holz über 1 km Inhalt pro Stamm mit 20 cm Bsp. und das unter 1 km Inhalt pro Stamm mit 16 cm Bsp.

Die Schläge brachten:

über 1 km	unter 1 km	
20,—	16,—	10- bis 18000 km
21,10	15,60	
25,10	18,10	
19,50	17,—	
19,10	18,50	
19,10	16,10	
21,—	17,—	
21,—	18,10	

über 1 km	unter 1 km	
18,—	14,—	10- bis 18000 km
17,—	16,—	
16,50	17,20	
16,60	23,20	
18,—	15,10	
22,—	17,—	
22,60	16,—	
23,10	16,—	
22,60	16,—	
24,10	16,—	

also durchschnittlich das Holz über 1 km ca. 21,70 M

unter 1 „ „ 16,90

Gräfl. Tiele-Winkler'sche Forstverwaltung Eichhorst.
Vermessung ohne Rinde. Verkauf loco Walb.

I. Klasse	über 200 km Inhalt	Riefer	Fichte	Eiche	Nirke
II.	1,00—2,00	20,15	20,15	17,15	18,15
III.	0,50—1,00	22,15	17,15	18,15	14,15
IV.	bis 0,50	18,15	16,15	18,15	12,15
		15,15	14,15	12,15	10,15

ca. 4- bis 5000 km.

Königliches Sächsisches Forstamt Guttentag:

Vermessung mit Rinde. Verkauf loco Walb.

Riefer und Fichte	bis 0,50 km Inhalt	14,50 M	
Riefer	über 0,50	18,20	ca. 6000 km
Fichte	0,50	17,80	

Gräfl. Garnier'sche Forstamt Turawa:

Vermessung mit Rinde.

	Riefer	Fichte	Riefer	Fichte
20—24 cm Mittendurchmesser	14,00	14,80	14,50	14,80
25—29 „	18,80	18,60	19,—	17,—
30—34 „	21,90	18,10	22,70	19,10
35 und mehr „	22,80	20,90	25,—	19,30

etwa 2000 km.

Gräfl. Strachwiz'sche Forstamt Groß-Stein:

bis 0,50 km Inhalt 18,50—14,00 M pro Festmeter

0,51—1,00	16,20—16,80	„	„
1,01—1,50	18,00—19,60	„	„
1,51—2,00	21,60—22,40	„	„
über 2,00	27,00—28,00	„	„

2. Grubenholz.

Gräfl. Tiele-Winkler'sche Verwaltung Eichhorst:

geschält, loco Walb.

Stempel	15,80 M pro Festmeter	ca. 18000 km.
Rappen	12,90 „	

Beder'sches Forstamt Simmenau.

Grubenholz von 10 cm Bspstärke und 5 m Länge aufwärts, geschält, loco Walb = 14,70 M pro Festmeter, ca. 900 km.

Gräfl. Maltzan'sche Forstamt Milititz.

geschält, 3 m lang aufwärts, 9 cm Bsp, loco Bahnhof Milititz = 15,70 M bei 600 km.

Aus diesen Preisen für Grubenholz loco Wald bzw. loco Station läßt sich berechnen, daß dieses Grubenholz loco Grubenstation sich für Stempel auf rund 20,— M

„ Rappen „ „ 17,— „

stellen wird. Hierzu treten noch Zinsen zwischen Einkauf und Absatz mit etwa 5% oder rund 1 M und Händlergewinn.

Mitteilungen.

— Versuche mit Pflanzenschutzmitteln der Chemischen Fabrik Isorsheim, Dr. S. Koerdinger. Seit mehreren Jahren werden hier Versuche mit Pflanzenschutzmitteln gemacht, deren Erfolge auch weitere forstliche Kreise interessieren dürften: Um dem großen braunen Nüsselfäher die Bruststätten zu nehmen, wurden frische Nadelholzstöcke mit Diplin bestrichen. 3½ kg kosten

3,80 M. Gestrichen wurden zwei 10 und 12 m große Flächen, nachdem im Winter die Fichten abgetrieben waren, zwei etwa gleich große Flächen blieben unbestrichen. Die Flächen lagen in einem forstweise mit Fichte gemischten Buchenbestand. Die etwa 50 m von den Probeständen entfernt liegende Kultur leidet stark unter Nüsselfäherfraß! Gestrichen wurde einmal anfangs April, auf einer

Fläche zur Hälfte nochmals Ende Juni. Auf einer Fläche wurde bei der Hälfte der Stöcke nur die Abhiebsfläche gestrichen. Bei der anderen Hälfte wurden die Seitenwurzeln angebohrt, die Bohrer höher durchtränkt und die Abhiebsfläche gestrichen. Auf der anderen Fläche wurde bei der Hälfte der Stöcke die Abhiebsfläche zweimal gestrichen, auf der Restfläche mit einer gewöhnlichen Kartoffelfade von der Rinde der Seitenwurzeln, soweit sie zutage traten, ein Streifen abgelöst und das freigelegte Wurzelholz und die Abhiebsfläche gestrichen. Nach Jahresfrist wurden bei der Untersuchung der Stöcke auf der Fläche, wo nur die Abhiebsfläche gestrichen war, sieben Larven gefunden und auf der Fläche mit angebohrter Wurzel und der zweimal gestrichenen Fläche je eine Larve. Die nicht gestrichenen Stöcke waren stark befallen. Gestrichen wurde mit 10 % Diplinlösung. Das Anbohren und Tränken der Seitenwurzeln ist zu teuer, da die Arbeit sehr zeitraubend. Zu empfehlen ist das zweimalige Bestreichen oder das streifenweise Entrinden der Seitenwurzeln und Streichen des Wurzelholzes und der Abhiebsfläche. Letzteres nimmt zwar zunächst auch viel Zeit in Anspruch, die Arbeiter bzw. Arbeiterinnen erlangen aber bald eine solche Geschicklichkeit, daß die Arbeit schnell fort schreitet. Die Kosten schwanken zwischen 10 und 15 M für 1 ha. Ferner wurde Diplin verwendet, um Wild am Austreten zu verhindern. Man bestreicht die Stämme etwa in 1 m Höhe mit 10 % Lösung. Der Arbeiter geht in der entsprechenden Entfernung, etwa 50 m vom Rand, durch den Bestand und streicht mit einem Pinsel einmal an den Stamm. Zu sehen ist nichts. Das Mittel wirkt etwa sechs Wochen, und muß dann wieder gestrichen werden. Einige Weizen- und Haferäder wurden gegen Wildschaden durch Anbringen von mit Diplin getränkten Lappen geschützt. Die Versuche mit Floria-Schwefelpaste zum Schutz gegen Wildverbiss sind noch nicht abgeschlossen. Dagegen hat sich das zweimalige Begießen von Rosen mit verdünnter Schwefelpaste (auf eine große Gießkanne drei Eßlöffel Paste) zum Schutz gegen Blattläuse sehr gut bewährt. Die Rosen haben in keiner Weise gelitten. Sehr gut war auch der Erfolg mit Floria-Wildschutz gegen Verbiss. Floria-Wildschutz wurde durch Erhitzen dünnflüssig gemacht und dann die Pflanzen bestrichen. Die Probestäcke war teilweise ein alter Wildbader und in ganzen 1 ha groß. Die Hälfte war mit Floria-Wildschutz, die andere Hälfte mit entäuertem Baumteer gestrichen. Auf dem mit Floria-Wildschutz gestrichenen $\frac{1}{2}$ ha waren sieben Pflanzen verbissen, auf der anderen Fläche die dreifache Pflanzenzahl. Gestrichen wurde Ende Oktober. Das Mittel ist sehr sparsam. Verbraucht wird auf $\frac{1}{2}$ ha 1 kg. 100 kg Floria-Wildschutz kosten 20 M. Jegendwelche Beschädigungen an Knospen oder Rinde der bestrichenen Pflanzen konnten nicht festgestellt werden. S., im August 1912. W., Agl. Oberförster.

— Zapfensammeln und Pflanzenanzucht für Privatwaldungen^{*)}. Auch an den Forstmann

^{*)} Wie wir hören, sind bei der brandenburgischen Landwirtschaftskammer entsprechende Maßregeln teils eingeleitet, teils schon durchgeführt. Die Schriftleitung.

tritt die Forderung heran, durch Verminderung der Ausgaben höhere Erträge zu erzielen. — Es erscheint deshalb angebracht auf ein Mittel hinzuweisen, welches geeignet erscheint, die Kulturkosten zu verringern. — Große Werte können noch genutzt werden, wenn es gelingt, die Privatwaldbesitzer zu bewegen, die in ihren Revieren gewachsenen Kiefernzapfen selbst sammeln zu lassen und für sich zu verwerten. Da im Kleinbetriebe wegen Sachkenntnis das Sammeln und Ausflengen vielfach unterbleibt, wäre es doch wohl auf genossenschaftlichem Wege möglich, eine befriedigende Lösung zu erzielen. — Die Forstabteilungen der Landwirtschaftskammern als berufenste Vertreter des Privatwaldbesitzes müßten die Gewinnung der Zapfen sowohl von stehenden Bäumen als auf den Schlägen organisieren. Zweckmäßig wäre wohl folgender Vorschlag: Jede Forstabteilung gründet zu diesem Zwecke eine Genossenschaft von Waldbesitzern — und verpflichtet einen gewissen, eingearbeiteten Zapfensammler. Dieser Mann hätte die geeignet erscheinenden Reviere zu bereisen, sich dort einige Tage aufzuhalten und zum Zapfensammeln geeignete Arbeiter anzulernen. Man wird erstaunt sein, welche Macht das Beispiel ausübt und welche Mengen Zapfen eingeliefert werden. Ist dann erst einmal auf jedem Reviere ein Stamm von Arbeitern für diese Zwecke herangezogen, so hält es nicht mehr schwer, für die folgenden Jahre auch ohne den Lehrmeister auszukommen. Auch werden gegen angemessene Anfordränge die Arbeiter das Sammeln in ihrer freien Zeit ausführen und die Zapfen an die Revierverwaltung abliefern. Auf einem geeigneten Reviere wäre dann unter der Oberleitung der Forstabteilung eine Samenbarre anzulegen, die das Daran der eingelieferten Zapfenmengen zu übernehmen hätte. Der Anteil der Waldbesitzer wäre dann auf etwa zu liefernde Pflanzen anzurechnen oder bar auszahlbar. Jedenfalls wird für die Genossen eine bedeutende Ersparnis eintreten, auch hat man die Garantie, im engen Gebiet unter den herrschenden klimatischen Verhältnissen gewachsene Zapfen verwenden zu können. Im großen durchgeführt, hätte diese Einrichtung auch den Erfolg, ungesunde Preissteigerungen zu unterbinden und den Preis für deutschen Kiefern Samen auf einen erträglichen Stand zurückzuführen. Um den Samenhandlungen keine Konkurrenz zu machen, ist die Abgabe von Samen an nicht der Genossenschaft angeschlossene Waldbesitzer möglichst zu vermeiden oder darf nur zum mittleren Marktpreise geschehen. — Ich komme nun zum zweiten Punkte meiner Ausführungen. Ebenso wie das obige Ziel auf genossenschaftlichem Wege erreicht werden kann, ist es auch möglich, die in einer Provinz für die Privatwaldungen benötigten Pflanzen selbst in eigener Regie der Waldbesitzer zu erzielen. — Der auf der Darre gewonnene Samen wird, soweit er nicht in den Revieren zur Anlage von Kiefernplantagen Verwendung findet, auf einem geeigneten Reviere auszusäen sein. Die Pflanzen sind dann zum Selbstkostenpreise an die Waldbesitzer abzugeben, wodurch eine bedeutende Ersparnis für die Waldbesitzer erzielt würde.

Wenn auch das Ideal eines Forstmannes die Selbstanzucht seiner Forstpflanzen sein muß, so gibt es doch Hunderte von Revieren, auf welchen es leider nicht geschieht. Diesem Zustande muß vorläufig noch Rechnung getragen werden. Durch festen Hinweis auf diese Tatsache wird es wohl mit der Zeit doch dahin kommen, daß diese vornehme Beschäftigung der Pflanzenanzucht nicht mehr so von den Forstleuten vernachlässigt wird. Zum anderen ist auch die unmittelbare Nähe des

Verbrauchsortes von der Pflanzschule aus vielen, jedem Fachmann bekannten Gründen mehr zu empfehlen als 1000 km langer Eisenbahntransport, bei welchem die Fracht in manchen Fällen bis 50 % des Pflanzenpreises ausmacht. Wer schon einmal mit einer Ladung durch die Fracht verteuerten und dann noch dazu verordneten Pflanzen beglückt worden ist, wird mit beipflichten können.

B. Pn.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Betriebsregelungs - Anweisung.

Allgemeine Verfügung Nr. 20/1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

ഭക്ത. ൧൪. III 8944.

Berlin W 9, 9. September 1912.

Der Königlichen Regierung übersende ich Stüd der Anweisung vom 17. März d. Js. „zur Ausführung der Betriebsregelung in den preußischen Staatsforsten“*). Hiervon geht ein Stüd zur dortigen Bücherei. Ferner ist dem Oberforstmeister, jedem Regierungs- und Forsttrat und forsttechnischen Hilfsarbeiter bei der Regierung sowie jedem Revierverwalter ein Stüd zur dienstlichen Verwendung zu überweisen, das in das Verzeichniß der Dienststüde einzutragen ist.

Die neue Betriebsregelungs-Anweisung tritt sofort in Kraft. Bei den im Gange befindlichen Betriebsregelungen sind indessen Abweichungen von der bisher gültigen vorläufigen Anweisung

nur so weit zu berücksichtigen, als keine erheblichen Weiterungen entstehen.

Die für die Betriebsregelungen vorgeschriebenen Bordrude hat die Königliche Regierung aus Ihrem Fonds Kapitel 2 Lit. 31 zu bestreiten. Die Firma Otto Lange zu Berlin S 42, Wasserforstraße 42, hält vorschriftsmäßige Bordrude zum Preise von 37 M für 1000 Bogen vorrätig. Das Forsteinrichtungsbureau liefert die Muster nicht mehr.

Für die in dem nächsten Jahrzehnt auszuführenden Betriebsregelungen und Zwischenprüfungen ist mit Venußung des in drei Exemplaren beigelegten Vorbruchs unter Trennung der Oberförstereien nach Forstinspektionen ein Plan aufzustellen und binnen drei Monaten vorzulegen.

J. A.: Wesener.

An sämtliche Königl. Regierungen mit Ausschluß derer zu Münster, Aurich und Egmaringen.

31 an

zur Ausführung von Betriebsregelungen und Zwischenprüfungen in den preussischen Staatsforsten
für die Wirtschaftsjahre 1. Oktober 1913/14 bis einschließlich 1. Oktober 1922/23.

Königliche Regierung.

Gesch.-Nr.

....., den 1912.

Urschriftlich dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
in Berlin

auf den Erlass vom 9. September 1912 (III 8944) überreicht.

Lfb. Nr.	Oberförsterei	Gesamtfläche ha	Das zurzeit gültige oder in Angriff genommene Betriebs- werk Zwischen- prüfungs- werk	Ein neues Betriebs- werk Die Zwischen- prüfung	Bemerkungen
			ist in Kraft getreten oder wird in Kraft treten am 1. October	ist auszuführen in dem Wirtschaftsjahre	
Forktinſpektion					
				1. 10. 19.. / 1. 10. 19..	

*) Das Werk ist unter dem genauen Titel „Anweisung zur Ausführung der Betriebsregelungen in den Preussischen Staatsforsten vom 17. März 1912“, Betriebsregelungsanweisung B. R. A. zum Preise von 3 M 50 S im Verlage von J. Neumann in Neubamm erschienen.
Die Schriftleitung.

Uniformabzeichen für Forstbeamte.

Es wird darauf hingewiesen, daß es nur den königlichen Forstbeamten und den Forstbeamten der Gemeindeverbände und öffentlichen Anstalten, deren Waltungen unter Staatsaufsicht stehen, nicht aber den Privatforstbeamten- und Bedienten oder den Privatjagdaufsiehern gestattet ist, die durch die Allerhöchsten Kabinettsordres vom 29. Dezember 1868, vom 11. Oktober 1899 und vom 1. Juli 1912 näher bezeichneten Uniformabzeichen zu tragen. Zu diesen Uniformabzeichen oder Amtszeichen sind außer den Abzeichen an der Kopfbedeckung und den Wappenknöpfen besonders auch die Achselabzeichen zu rechnen. Diese letzteren besonders deshalb, weil sie allein die Dienstgrade der Beamten kenntlich machen, und bei der Viterwka, deren Knöpfe nicht sichtbar sind, unter Umständen das einzige Kennzeichen der Eigenschaft des königlichen oder des Gemeinde- usw. Forstbeamten bilden.

Um die Privatforstbeamten- und Bedienten sowie die Privatjagdaufsieher vor den Folgen des unbefugten Tragens von Amtszeichen usw. zu bewahren, wird hierauf unter Bezugnahme auf den § 360^b des Strafgesetzbuches hingewiesen.

Wiesbaden, den 12. September 1912.

Der Regierungspräsident.

J. W. v. G. i. d. i.

Allgemeine Verfügung Nr. 17 für 1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journ.-Nr. III 8069.

Berlin W 9, 17. August 1912.

Beifolgend erhält die königliche Regierung — erhalten Eure Hochwohlgeboren — Abschrift einer Entscheidung des königlichen Oberverwaltungsgerichts hieselbst vom 18. Juni 1912 in der Streitfache des Forstfiskus gegen den Magistrat in Bennedenstein wegen Heranziehung von Forstdienstgehöften zur Gebäudesteuer usw. zur Kenntnis.

R. A.: Wesener.

An sämtliche königlichen Regierungen (ausdrücklich denjenigen in Erfurt, Mürich und Sigmaringen) und an die königlichen Forstakademie-Direktoren zu Überswalde und Hann.-Münden.

Abschrift zu III 8069/12. M. f. A.

In der Verwaltungsstreitsache des königlichen Preussischen Forstfiskus, vertreten durch die königliche Regierung, Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten in Erfurt, Klägers und Revisionsklägers, wider den Magistrat in Bennedenstein, Beklagten und Revisionsbeklagten, hat das königliche Preussische Oberverwaltungsgericht, Richter Senat, in seiner Sitzung vom 18. Juni 1912 für Recht erkannt:

Auf die Revision des Klägers wird die Entscheidung des Bezirksausschusses in Erfurt vom 3. Februar 1912 aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an den genannten Bezirksausschuß zurückverwiesen. Die Bestimmung über die Kosten einschließlich der Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes bleibt der weiteren Entscheidung vorbehalten.

Von Rechts wegen.

Gründe: In der Stadtgemeinde Bennedenstein erfolgt die Besteuerung von Grundbesitz in Form von Zuschlägen zu den staatlich veranlagten Steuern. Demgemäß war der Forstfiskus wegen der in seinem Eigentum stehenden drei Forstgehöfte daselbst, auf welchen sich die Dienstwohnungen des Oberförsters (in der Oberförsterei), eines königlichen Försters (im Forsthaufe Ost) und eines königlichen Forstauffsehers (im Forsthaufe West) befinden, für das Rechnungsjahr 1911 bei einem Zuschlage von 155 % zu 72,54 M. Gebäude- und 50 M. Grundsteuer vom Magistrat in Bennedenstein herangezogen worden. Mit seiner Klage begehrte er Freistellung von der Gemeindegebäudebesteuerung auf Grund des § 24 Abs. 1 Buchst. c des Kommunalabgabengesetzes, weil die Gebäude zum öffentlichen Dienste benutzt würden. Der Bezirksausschuß wies die Klage ab. Gegen diese Entscheidung hat der Kläger das Rechtsmittel der Revision eingelegt, welchem der Erfolg nicht verweigert werden durfte.

Der Vorderrichter geht zutreffend davon aus, daß in der Dienstwohnung eines Beamten sich nicht nur dann ein öffentlicher Dienst vollziehen könne, wenn sie in unmittelbarem räumlichen Zusammenhange mit dem Dienstgebäude stehe, in welchem (oder mit der Dienststelle, an welcher) der Beamte den ihm obliegenden Dienst zu erfüllen hat (vergl. Urteile des Oberverwaltungsgerichts vom 1. Juli 1910, vom 17. März 1911 und vom 1. März 1912 im Preussischen Verwaltungsabteil Jahrgang 32 Seite 104 und Jahrgang 33 Seite 315 und Seite 504), sondern auch dann, wenn der Dienst eines Beamten, wie z. B. die Forstaufsicht, sich unabhängig von bestimmten Diensträumen oder örtlichen Veranstaltungen im Freien innerhalb eines bestimmten Bezirks vollzieht (vergl. Urteil vom 21. Januar 1910, Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 55 Seite 21). In einem solchen Falle, den der Vorderrichter hier für vorliegend erachtet, kommt es zunächst darauf an, von wo aus der Beamte nach der Bestimmung der zuständigen Behörde seinen Aufsichtsdienst zu beginnen und wohin er nach vollbrachtem Dienste zurückzukehren hat, um sich für dessen Wiederholung bereitzuhalten. Ist dieser Mittelpunkt für den Dienstbetrieb bestimmt und dort dem Beamten eine Dienstwohnung überwiesen worden, so hängt die Entscheidung der Frage, ob diese Wohnung zum öffentlichen Dienste bestimmt ist, davon ab, ob der Beamte dort eine andere, seinen Lebens- und Standesverhältnissen angemessene Wohnung sich selbst hätte beschaffen können oder ob er, da diese Möglichkeit nicht vorlag, nur von der ihm überwiesenen Dienstwohnung aus seinen Dienst in der angeordneten Art verrichten konnte. Ist letzteres der Fall, so vollzieht sich in dieser Wohnung ein Teil des öffentlichen Dienstes, welcher dem Beamten obliegt, denn ohne die Innehabung der Wohnung würde dann die ordnungsmäßige Ausübung des Dienstes dem Beamten nicht möglich sein. Dies hat der Vorderrichter erkannt, wenn er das Bestimmte der drei Forstdienstgehöfte für den öffentlichen Dienst aus dem Grunde verneint, „weil die Förstergeshöfte „Ost und West“ inmitten der Stadt Bennedenstein und

das Oberförstereigehöft zwar außerhalb der Stadt, jedoch noch im Stadtbezirke, dicht am Walde, belegen sei, und wenn er den Nachweis vermisse, daß der Oberförster seinen Dienst nicht „ebenso gut verrichten könnte, wenn das Dienstgehöft näher an der Stadt oder in der Stadt selbst läge“. Wegen dieses Rechtsirrtums unterliegt die Vorentscheidung der Aufhebung.

Bei freier Beurteilung erweist sich die Sache nicht als spruchreif. Der Bezirksauschuß, an den die Sache zurückzuverweisen ist, wird festzustellen haben, ob in Bennedenstein zur Zeit der Veranlagungen Wohnungen, die sich ihrer Lage und Beschaffenheit nach für jene Beamten eigneten, in ausreichender Zahl vorhanden waren, so daß die Überweisung von Dienstwohnungen an sie, um ihnen die Erfüllung ihrer Dienstpflichten in der durch die Eigenart des Forstdienstes bedingten Art zu ermöglichen, nicht geboten war. Hierbei wird aber mit der Möglichkeit von Kündigungen und sonstigen unvorhergesehenen Änderungen in den Mietverhältnissen gerechnet, und auch in Betracht gezogen werden müssen, daß die Einrichtung des Dienstes in Förstereien und Ober-

förstereien nicht als eine vorübergehende getroffen werden kann, sondern für längere Zeiträume berechnet sein muß. Sofern der Bezirksauschuß zu einer Verneinung der Steuerfreiheit der Forstgehöfte im ganzen gelangen sollte, bleibt dem Kläger unbenommen, die Steuerfreiheit einzelner Räume in ihnen (z. B. das Geschäftszimmer in der Oberförsterei) darzutun. Falls für diese Gebäudeteile, wie anzunehmen ist, nicht ein besonderer Gebäudesteuerfuß staatlich veranlagt ist, so wird der Kläger gegebenenfalls nachzuweisen haben, welcher Nutzungswert auf die Räumlichkeiten entfällt, für welche er Steuerfreiheit beansprucht. Der auf die freizustellenden Räume entfallende Anteil an dem für das ganze Gebäude staatlich veranlagten Steuerfuß (X) würde sich dann aus folgender Proportion ergeben: Der Gesamtnutzungswert der betreffenden Gebäude verhält sich zu dem Nutzungswert der freizustellenden Räume wie der für das betreffende Gebäude staatlich veranlagte Steuerfuß zu X.

Urkundlich unter dem Siegel des Königl. Oberverwaltungsgerichts und der verordneten Unterschrift: gez.: G e n z m e r.

Verschiedenes.

— **Wieder ein Opfer im Zusammenstoß mit Wildbienen.** Am 15. September hatte der sädtische Förster Merkel zu Lipp Springs, Bezirk Minden, ein Zusammentreffen mit zwei Wildbienen. Er befand sich in Begleitung seines erwachsenen Sohnes. Der junge Merkel wurde bei der Verfolgung der Wildbienen schwer verwundet. Er ist nach mehreren sehr schweren und leider erfolglosen Operationen am 30. September dieser Schußverletzung erlegen. Näheres finden unsere Leser in „Försters Feierabende“, laufende Nummer, Seite 494.

— **Staatlicher Ankauf von Odland in Winterpommern.** Im Zusammenlegungsverfahren von Ballebren-Nolte im Kreise Schwelbin, Regierungsbezirk Cöslin, hat die Staatsforstverwaltung etwa 400 ha Odland zur Aufforstung angekauft. Das erworbene Gebiet ist mit anderen angekauften Flächen der Forstverwaltung zu einem neuen Försterbezirk vereinigt und der Oberförsterei starklewis unterstellt worden.

— **Günstiger Abschluß der erzgebirgischen Ausstellung in Freiberg.** Die am 22. September geschlossene Erzgebirgische Ausstellung für Gewerbe, Industrie, Bergbau, Forst- und Landwirtschaft erfreute sich während ihres Bestehens eines sehr regen Zuspruchs. Infolge ihrer Reichhaltigkeit und der überaus günstigen Anordnung wurde sie namentlich von Schulen und Vereinen aufgesucht; die Gesamtzahl der Besucher wird mit 600 000 angegeben. Diese Zahl beweist, daß die Ausstellung einem Bedürfnis entsprach und ihre Zwecke glänzend erreicht hat.

— **Großer Holzeinschlag auf dem Truppenübungsplatz Bilsch.** Die Verwaltung des Truppen-

übungsplatzes Bilsch beabsichtigt, im kommenden Winter für etwa 250 000 M. Holz einschlagen zu lassen. Hierdurch würde sich dann der Waldbestand auf dem Truppenübungsplatz so vermindern, daß die dortige Försterstelle in absehbarer Zeit als solche überflüssig werden wird. Unter Umständen würde ein Forstaufseher die verminderten Geschäfte erledigen können.

— Die diesjährige Hauptversammlung der **Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte**, e. G. m. b. H., in München, fand am 26. August d. Js. in Nürnberg statt. Auf ihr wurde beschlossen, aus dem Reingewinn des Jahres 1911 von 96 117,67 M. satzungsgemäß 25 % = 24 029,42 M. dem Sicherheitsfonds zuzuführen, etwa 57 725 M. zur Verteilung einer Dividende von 15 % auf die vollen Beiträge aus 1908 zu verwenden, 1000 M. der Dividendenreserve zu überweisen und den Rest mit etwa 5363,25 M. auf Gewinn- und Verlustkonto des Jahres 1912 zu übertragen. Dem geschäftsführenden Vorstande wurde wegen dessen Geschäftsführung und dem Gesamtvorstande wegen dessen Gesamtverwaltung Entlastung erteilt. — Ein Antrag Lottes-Nichlsteig, in Zukunft die Dividende nach Zahlung von fünf vollen Jahresbeiträgen bereits im sechsten Jahre, nicht wie seither erst im siebenten Jahre, zur Auszahlung zu bringen, wurde einstimmig angenommen. Dagegen fand der Antrag, die Höchstversicherungssumme von 12 000 M. auf 20 000 M. zu erhöhen, nicht die Genehmigung der Versammlung. — Die nächste Hauptversammlung soll in Trier stattfinden. B.

Waldbände.

Bar m s t e d t, 26. August. In Nummer 36 auf Seite 725 brachten wir einen Bericht über

ein Waldfeuer in den Luthorner Tannen, zur Oberförsterei Rankau gehörig. Wir stützen uns bei der Berichterstattung auf eine Notiz aus politischen Zeitungen. Wie uns mitgeteilt wird, war die Meldung unzutreffend. Wahrscheinlich ist die Nachricht hervorgerufen dadurch, daß einige Tage vor dem 25. August mit dem Verbrennen wertlosen Abraumes aus 1911 begonnen wurde.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 1. Oktober 1912. Rehböde 0,60 bis 1,05, Rotwild 0,30 bis 0,50, Damwild 0,45 bis 0,70, Schwarzwild 0,50 bis 0,75 M das Pfund. Kaninchen 0,30 bis 1,10, Stodenten 0,80 bis 2,00, Kridenten 0,70 bis 0,80, Rehbühner 0,50 bis 1,45, Hasen 4,50 bis 5,75 M das Stüd.

Vereins-Nachrichten.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

1. Die Hauptversammlung findet voraussichtlich am 19. Oktober d. Js. in Waldeck statt.
2. Der Waldeil-Walender kann bei den Herren Vorsitzenden der Ortsgruppen zu ermäßigten Preisen bestellt und von diesen, durch die Buchhandlung von E. Kramer, Krosen, bezogen werden.
3. Der Forstaufsicher-Anwärter Kimmell zu Schmillinghausen ist als Mitglied aufgenommen.

Corbach, den 22. September 1912.

Debes.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Vorgrewe,** Oberförster, ist die bisher Kommissarisch verwaltete Oberförsterei Kemonien, Regbz. Königsberg, endgültig übertragen.
- Protogino,** Forstmeister zu Grubenhausen, Regbz. Gildesheim, ist nach Bischofswald, Regbz. Magdeburg, versetzt.
- Prömsling,** Oberförster zu Birgitz, ist die Oberförsterei Kosen, Regbz. Marienwerder, übertragen.
- Rey,** Oberförster zu Trier, ist die Oberförsterei Schwiedt, Regbz. Marienwerder, übertragen.
- Riesker,** Forstassessor, ist als Hilfsarbeiter zur Regierung in Cassel einberufen.
- Sagemann,** Oberförster zu Brühl, ist die Oberförsterei Grubenhausen, Regbz. Gildesheim, übertragen.
- Schneer,** Oberförster zu Nordhausen, ist die Oberförsterei St. Goarshausen, Regbz. Wiesbaden, übertragen.
- Scherr,** Oberförster zu Jesberg, ist die Oberförsterei Nistätten, Regbz. Wiesbaden, übertragen.
- Schmidt,** Forstmeister zu Bischofswald, Regbz. Magdeburg, ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.
- Tobias,** Oberförster zu Montioie, Regbz. Aachen, ist der Note Adlerorden 4. Klasse verliehen.
- von Bedelhardt,** Forstmeister zu Diesdorf, Regbz. Magdeburg, ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.
- Wendtslandt,** Forstmeister zu St. Goarshausen, Regbz. Wiesbaden, ist nach Niedersdorf, Regbz. Potsdam, versetzt.
- Wesling,** Oberförster zu Kosen, Regbz. Marienwerder, ist nach Dölan, Regbz. Breslau, versetzt.
- von Gramsch,** Oberleutnant zu Gielzig, Regbz. Frankfurt a. O., ist zum Forstassistenten a. Pr. ernannt.

- Engelbrecht,** Forstassistent a. Pr. zu Dranienburg, Regbz. Potsdam, ist zum Forstassistenten a. Pr. ernannt.
- Lauterbach,** Forstassistent, Rechnungsrat zu Dranienburg, Regbz. Potsdam, ist aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand der Note Adlerorden 4. Klasse verliehen.
- Reinhart,** Forstassistent a. Pr. zu Dölan, Regbz. Gumbinnen, ist zum Forstassistenten a. Pr. ernannt.
- Reinmann,** Reviereförster zu Vatro, Regbz. Arnberg, ist in den Ruhestand getreten; ihm ist der Note Adlerorden 4. Klasse mit der Zahl „60“ verliehen.
- Rehling,** Förster zu Tremmerup, Oberförsterei Glücksburg, ist nach Sören, Oberförsterei Riel, Regbz. Schleswig, versetzt.
- Reichold,** Förster o. R. zu Barlohe, Oberförsterei Barlohe, ist nach Wahlstedt, Oberförsterei Segeberg, Regbz. Schleswig, versetzt.
- Riesmanns,** Forstassistent zu Gschbrück, Oberförsterei Kubiathle, ist nach Garzig, Oberförsterei Garzig, Regbz. Frankfurt a. O., versetzt.
- Sing,** Forstassistent zu Pr.-Dölan, Regbz. Arnberg, ist nach der Oberförsterei Tremmen, Regbz. Potsdam, einberufen.
- Söllger,** Forstassistent zu Groß-Nattisch, Oberförsterei Gartigswalde, ist nach der Oberförsterei Taberbrück, Regbz. Allenstein, versetzt.
- Brandt,** Förster zu Rothelben, Oberförsterei Naumburg, ist die Försterei Ehlen, Oberförsterei Ehlen, Regbz. Cassel, vom 1. November d. Js. ab übertragen.
- Pünnow,** Revieregefreiter der Klasse A, ist nach Ketterath, Gemeinde-Oberförsterei Reiberg, Regbz. Coblenz, einberufen.
- Schierl,** Förster o. R. zu Einnettschau, Oberförsterei Avenrade, ist nach Reibet, Oberförsterei Trittau, Regbz. Schleswig, versetzt.
- Schmer,** Förster zu Reibet, Oberförsterei Trittau, ist nach Stenderup-Weserholz, Oberförsterei Schleswig, Regbz. Schleswig, versetzt.
- Sengler,** forstverwaltungsberechtigter Anwärter, 1. St. in Anlaß d. Erbsitz, ist als Forstassistent nach der Oberförsterei Birnbaum, Regbz. Posen, neu einberufen. Die Einberufung nach Grenzheide, Oberförsterei Grenzheide, ist zurückgezogen.
- Siebs,** Förster zu Watzburg, Oberförsterei Hensburg, ist nach Glaschütte, Oberförsterei Segeberg, Regbz. Schleswig, versetzt.
- Schumann,** Förster o. R. zu Dombrowa, Oberförsterei Dombrowa, ist als Förster m. R. nach Buiow, Oberförsterei Kreuzburg, Regbz. Oppeln, versetzt.
- Sabel,** forstverwaltungsberechtigter Anwärter, bislang im Privatforstdienst, ist in den Staatsforstdienst einberufen und wird als Forstassistent und Sekretär der Oberförsterei Ebnort, Regbz. Pünaburg, beschäftigt.
- Säbke,** Forstassistent zu Zehlendorf, Oberförsterei Grunewald, ist nach Wölsitz, Oberförsterei Oranienburg, Regbz. Potsdam, vom 1. November d. Js. ab versetzt.
- Schumann,** Forstassistent, 1. St. Stadtförster Oberswalde, ist zur Ablegung der Forstprüfung nach der Oberförsterei Chorin, Regbz. Potsdam, einberufen.
- Schulz,** Revieregefreiter von Orlitzburg, ist als Forstassistent in die Oberförsterei von Regbz. Allenstein, einberufen.
- Santen,** Reviereförster zu Sören, Oberförsterei Riel, ist nach Reibet, Oberförsterei Trittau, Regbz. Schleswig, versetzt.
- Schneemann,** Förster zu Stenderup-Weserholz, Oberförsterei Schleswig, ist nach Tremmerup, Oberförsterei Hensburg, Regbz. Schleswig, versetzt.
- Sellmann,** Forstassistent in der Oberförsterei Darß-Zingst, ist nach Ziegelei Babenthal, Oberförsterei Stangenwalde, Regbz. Danzig, vom 15. Oktober d. Js. ab versetzt.
- Silke,** Oberjäger zu Lübben, ist nicht in die Oberförsterei Taberbrück, sondern in die Oberförsterei Gartigswalde, Regbz. Allenstein, einberufen.
- Singer,** Förster zu Glaschütte, Oberförsterei Segeberg, ist nach Wahnlopfel, Oberförsterei Trittau, Regbz. Schleswig, versetzt.
- Schö,** Forstassistent zu Gütterslohe, Oberförsterei Biegebrücke, ist nach Jaenschwalde, Oberförsterei Jaenschwalde, Regbz. Frankfurt a. O., versetzt.
- Straß,** Förster o. R. zu Wendenhausen, Oberförsterei Hallersleben, ist in gleicher Eigenschaft in die Oberförsterei Reibet, Regbz. Pünaburg, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.
- Straß,** Oberjäger zu Orlitzburg, ist als Forstassistent in die Oberförsterei Gutzianka, Regbz. Allenstein, einberufen.
- Saage,** Reviereförster zu Reibet, Oberförsterei Trittau, Regbz. Schleswig, ist pensioniert.
- Siege,** Waldwärter zu Gütterslohe, Oberförsterei Biegebrücke, Regbz. Pünaburg, ist der Titel „Königlicher Förster“ verliehen.

Löffler, Forstaufscher zu Altengrabow, Regbz. Magdeburg, ist als Forstaufscher und Schreibhelfer für die Oberförsterei Hoheneim, Regbz. Altenheim, einberufen.

Lorenzen, Forstaufscher, ist nach der Oberförsterei Drage, Regbz. Schleswig, einberufen.

Melcher, Förster zu Carlsbagen, Oberförsterei Carlsbagen, in die Förstereielle Langenichwarz, Oberförsterei Burgahaus, Regbz. Cassel, vom 1. November d. Js. ab übertragen.

Misarsen, Gemeindeförster zu Altengrabow, ist zum Revierförster für das Klosterforstrevier Niebeck ernannt.

Müller, Eduard, Förster o. R. zu Rod a. d. Weil, ist die Förstereielle Sadpfeiffe, Oberförsterei Hagfeld, mit dem Wohnsig Gisa, Regbz. Wiesbaden, vom 1. November d. Js. ab übertragen.

Müller, Alfred, Jäger im Jäger-Bataillon Nr. 5, ist nach Martino, Oberförsterei Guldiching, Regbz. Oppeln, einberufen.

Münchmeyer, Förster o. R. zu Schleswig, Oberförsterei Schleswig, ist nach Raitzow, Oberförsterei Hleisburg, Regbz. Schleswig, versetzt.

Noller, Forstaufscher, ist nach der Oberförsterei Schleswig, Regbz. Schleswig, einberufen.

Olto, Forstaufscher zu Busow, Oberförsterei Krenzburg, ist als Schreibhelfer nach Dombrowka, Oberförsterei Dombrowka, Regbz. Oppeln, versetzt. Die Verlegung nach Seidwitz, Oberförsterei Bistitz, ist aufgehoben.

Pfennig, Otto, Geheimer zu Spandau-Kuhleben, in als Gemeindeförster auf Probe in Reg. (Gemeinde-Oberförsterei Treis, Regbz. Coblenz), anstellt.

Plasche, Bezirksweibel im Jäger-Bataillon Nr. 4, ist nach Eschert, Oberförsterei Bistitz, Regbz. Oppeln, vom 15. Oktober d. Js. ab einberufen.

Prehn, Forstaufscher zu Wedhorn, Oberförsterei Segeberg, ist nach Lughorn, Oberförsterei Ranzau, Regbz. Schleswig, versetzt.

Rannow, Förster zu Gildon, Oberförsterei Wiltbon, Regbz. Marienwerder, in der Titel „Gemeindeförster“ verliehen.

Rau, Forstaufscher zu Trichsch, Oberförsterei Zämerin a. W., ist nach der Oberförsterei Grenzheide, Regbz. Posen, vom 16. November d. Js. ab versetzt. Die Verlegung nach Radum, Oberförsterei Birnbaum, ist zurückgezogen.

Schäfer, Forstaufscher und Sekretär zu Gbfors, Oberförsterei Gbfors, in in gleicher Eigenschaft nach Harburg, Oberförsterei Harburg, Regbz. Lüneburg, versetzt.

Stehr, bisher Förster o. R. zu Rühbarn, Oberförsterei Rühbarn, ist auf die Förstereielle Hohenhörn, Oberförsterei Hühre, Regbz. Lüneburg, vom 1. November d. Js. ab versetzt.

Wanger, Gemeindeförster zu Hahnenkoppel, Oberförsterei Trittau, Regbz. Schleswig, ist pensioniert.

Weslin, Forstaufscher, bisher in Gemeindeförster zu Wladenburg, ist in die Oberförsterei Wladenburg, Regbz. Wiesbaden, einberufen.

Wogl, Forstaufscher, ist nach Wladenburg, Oberförsterei Wladenburg, Regbz. Oppeln, vom 1. November d. Js. ab einberufen.

Wieshan, Forstaufscher zu Schenefeld, Oberförsterei Drage, ist nach Wunnehan, Oberförsterei Wunnehan, Regbz. Schleswig, versetzt.

Winginger, Waldwärter zu Schnelsen, Oberförsterei Ranzau, Regbz. Schleswig, ist pensioniert.

Das Verdienstkreuz in Gold wurde aus Anlaß des Abtritts in den Ruhestand verliehen:

Angern, Gemeindeförster zu Diesdorf, Oberförsterei Diesdorf, Regbz. Magdeburg; **Frankl**, Revierförster zu Marienpfaß, Oberförsterei Freiwald, Regbz. Potsdam; **Gschmann**, Revierförster zu Gerode, Oberförsterei Königshaus, Regbz. Erfurt; **Hermann**, Gemeindeförster zu Tarnowasser, Oberförsterei Dilsa, Regbz. Danzig; **Klug**, Gemeindeförster zu Glend, Oberförsterei Glend, Regbz. Hildesheim; **Leimbach**, Gemeindeförster zu Wieselwerder, Oberförsterei Gottsbüren, Regbz. Cassel; **Matthes**, Gemeindeförster zu Wunnehan, Oberförsterei Kallendorn, Regbz. Altenheim; **Matthias**, Gemeindeförster zu Vachthausen, Oberförsterei Celle, Regbz. Lüneburg; **Müller**, Gemeindeförster zu Guntinnaborn, Oberförsterei Christenstadt, Regbz. Frankfurt; **Olte**, Gemeindeförster zu Reinhausen, Oberförsterei Reinhausen, Regbz. Hildesheim; **Wendrich**, Gemeindeförster zu Altbrandleben, Oberförsterei Dingelried, Regbz. Magdeburg.

Das Verdienstkreuz in Gold mit der Zahl „50“ wurde verliehen: **Banow**, Gemeindeförster zu Salzdetfurth, Oberförsterei Dilscholz, Regbz. Hildesheim; **Benschel**, Gemeindeförster zu Rint, Oberförsterei Wuppeln, Regbz. Oppeln; **Altmüller**, Gemeindeförster zu Rödlich, Oberförsterei Brenburg, Regbz. Merseburg; **Puchert**, Gemeindeförster zu Ehlen, Oberförsterei Ehlen, Regbz. Cassel.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde aus Anlaß der Verlegung in den Ruhestand verliehen:

Nickel, Waldwärter, Förster zu Finkenham, Oberförsterei Thiergarten, Regbz. Cassel.

Der Wohnsig des Verwalters der Oberförsterei Drage, Regbz. Schleswig, ist nach Jachow verlegt worden.

Die Oberförsterei Diesdorf, Regbz. Magdeburg, ist aufgelöst und mit den Oberförstereien Röße und Lühnow vereinigt worden.

Die Waldwärterstelle Schnelsen, Oberförsterei Ranzau, Regbz. Schleswig, ist aufgelöst.

Gemeinde- und Privatdienst.

Brandenburg, Gräf. von Bismarckscher Förster zu Forstb. Annenhor, ist nach der Försterei Chönitz bei Hammermühle, Kreis Rummelsburg (Pomm.), versetzt.

Jäger-Korps.

Die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtpreussischen Orden wurde erteilt:

von Bloch, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, für das Ritterkreuz des Königlich Bulgarischen Militärverdienstordens.

von P. w. gen. von Krebs, Rentnant im Garde-Jäger-Bataillon, für das Ritterkreuz des Königlich Bulgarischen Militärverdienstordens.

Fogel von Falkenstein, Hauptmann im Garde-Jäger-Bataillon, für das Offizierskreuz des Königlich Bulgarischen Militärverdienstordens.

Graf Fink von Finkenstein, Oberleutnant und Kommandeur im Garde-Jäger-Bataillon, für das Großoffizierskreuz des Königlich Bulgarischen Militärverdienstordens.

Graf Fink von Finkenstein, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, für das Ritterkreuz des Königlich Bulgarischen Militärverdienstordens.

Jehr v. Haseln, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, für das Ritterkreuz des Königlich Bulgarischen St. Alexanderordens.

Jehr von der Forst, Rentnant im Garde-Jäger-Bataillon, für das Ritterkreuz des Königlich Bulgarischen Militärverdienstordens.

Lüttich, Obermusikmeister im Garde-Jäger-Bataillon, für das Ritterkreuz des Königlich Bulgarischen Zivilverdienstordens.

von der Osten, Oberleutnant im Garde-Jäger-Bataillon, für das Ritterkreuz des Königlich Bulgarischen St. Alexanderordens.

Fräbe, Feldweibel im Garde-Jäger-Bataillon, für das Silberne Kreuz mit der Krone des Königlich Bulgarischen Zivilverdienstordens.

den Oberjägern im Garde-Jäger-Bataillon: **Borchardt**, **Bracke**, **Jacob**, **Jannar**, **Wickermann**, **Jander** und **Wenschner** für die Königlich Bulgarische Silberne Verdienstmedaille.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Cramer, Forstmeister zu Schweigen, ist zum Regierungs- und Forsttrat in Speyer beordert.

Ehlinger, Regierungs- und Forsttrat zu Speyer, ist unter Verleihung des Michaelsordens 3. Klasse pensioniert.

Hosenberger, Forstmeister zu Gelsdorf, ist unter Verleihung des Michaelsordens 4. Klasse pensioniert.

Simon, Forstmeister a. D. zu Würzburg, ist auf ein weiteres Jahr pensioniert.

Großherzogtum Hessen.

Staats-Forstverwaltung.

Härter, Carl, Forstaufscher, hat die Forstl. v. Thüngen'sche Forstverwaltung — Eig. Zeitlos in Unterfranken — übernommen. Er führt den Amtsitel Forstl. v. Thüngen'scher Forstmeister.

Herzogtum Anhalt.

Forstverwaltung.

Alteith, Revierförster zu Forstb. Nischen in der Herrschaft Lühnow, ist unter Ernennung zum Förster nach Forstb. Eckerentien im Satz versetzt.

Preuße, Förster zu Forstb. Zwärzentien im Satz, ist nach Forstb. Nischen in der Herrschaft Lühnow versetzt.

Reinhardt, Forstjäger zu Teflan, ist aus dem persönlichen Dienst Sr. Hoheit des Herzogs ausgeschieden und der Postkammer zur forstlichen Beschäftigung überwiesen.

Romanus, Revierjäger zu Nostal, ist zum Förster ernannt.

Elsaß-Lothringen.

Reith, Gemeindeförster, ist die Gemeindeförsterstelle des Schutzbezirks Verbigheim, Oberförsterei Saarunion, übertragen.

Sonette, Gemeindeförster zu Dieblingen, Kreis Forbach, ist aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber verliehen.

Kaupp, Gemeindeförsterhülfsleiter, ist die Gemeindeförsterstelle des Schutzbezirks Willershof, Oberförsterei Oberehnheim, übertragen.

Angel, Gemeindeförster, ist die Gemeindeförsterstelle des Schutzbezirks Grlenbach, Oberförsterei Weiler, übertragen.

Kumler, Kaiserl. Revierförster zu Banzenheim, Kreis Mülhausen, ist aus Anlaß seines 50-jährigen Dienstjubiläums der Rote Adlerorden 4. Klasse mit der Zahl „50“ verliehen.

Schmel, Gemeindeförster zu Dersingen, Kreis Bolchen, ist aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber verliehen.

Scherr, Gemeindeförster, ist die Anstaltsförsterstelle des Schutzbezirks Hardhausen, Oberförsterei Bismweiler, übertragen.

Strassbach, Tit. Gemeindeförster, ist die Gemeindeförsterstelle des Schutzbezirks Pfirsalsand, Oberförsterei Saarunion, übertragen.

Waller, Kaiserl. Hegemeister zu Reunhäuser, Kr. Driedenhofen-West, ist aus Anlaß des Übertritts in den Ruhestand das Königl. Preussische Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Wesel, Gemeindeförster, ist die Gemeindeförsterstelle des Schutzbezirks Gmundspach, Oberförsterei Weizenburg, übertragen.

Das Königl. Preussische Verdienstkreuz in Gold mit der Zahl „50“ wurde aus Anlaß ihres 50-jährigen Dienstjubiläums verliehen den Kaiserl. Hegemeistern:

Freierlach zu Forsthaus Bodenmarf, Gemeinde Heinrichsdorf; **Neufs** zu Eijesdorf, Kreis Saarburg; **Wagner** zu Bilsch, Kreis Saargemünd.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Anstufte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Entfaltung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 133. Anfrage: 1. Liegen Erfahrungen über Beteiligungen von Kaninchen durch die in den Zeitungen angepriesenen Tabletten vor; ist ein größerer Erfolg zu erwarten und von wo bezieht man die Tabletten? 2. Muß man zum Legen der Tabletten auf einer Pachtjagd die polizeiliche Erlaubnis wie beim Legen von Gift haben? 3. Ist ein an die Pachtjagd grenzender Eigenjagdbesitzer, der mit ganz dichtem Maschenbraht abgegattert hat, durch den aber die Kaninchen doch noch zu Hunderten gehen, für den auf der betreffenden Pachtjagd entstehenden Wildschaden durch Kaninchen verantwortlich zu machen, oder kann er polizeilich zum Abschluß der Kaninchen angehalten werden? M. in Et.

Antwort: Kaninchentabletten können von J. Briest, Blankenburg a. S., bezogen werden. Ihr wirksamer Bestandteil ist Schwefelkohlenstoff. Zur Anwendung bedarf es keiner polizeilichen Genehmigung. — Die gebräuchliche Anwendung des Schwefelkohlenstoffverfahrens ist die folgende: Im Winter nach erfolgtem Schneefall werden die von den Kaninchen zu säuberen Revierteile gründlich durchgetrieben, um die draußen sitzenden Kaninchen zu Hause zu jagen. Dann werden alle Röhren mit einer Schaufel Schnee geschlossen; nach zwei Tagen wird wieder getrieben, worauf die nun geöffneten Röhren mit Schwefelkohlenstoff beschildet werden. Zu dem Zwecke hat man eine entsprechend große Zahl von Leinwandlappen (alte Sadleinwand) von etwa 20×20 cm Größe

mit Fäden zu runden Ballen zusammengebunden, die einzeln in die geöffneten Röhren hineingeschoben und dann mittels der Schwefelkohlenstoffkanne (zu beziehen durch P. Altman, Berlin, Luisenstraße) mit Schwefelkohlenstoff getränkt werden, worauf sie, soweit es geht, in die Gänge hinabzustößen sind. Danach wird die Röhre mit einer Schaufel Schnee geschlossen. Nach Verlauf von zwei Tagen erfolgt eine Revision der Baue, wobei die etwa wieder geöffneten von neuem behandelt werden. Da Schwefelkohlenstoff sehr feuergefährlich ist und seine Dämpfe sich leicht entzünden, so sind brennende Zigaretten und Tabakspfeifen unbedingt fernzuhalten. Näheres finden Sie in dem Buche „Wild, Jagd und Bodenkultur“ von G. König, Verlag von J. Neumann in Neudamm. — Wenn der Maschenbraht die Kaninchen nicht von den an das Gehölz angrenzenden Feldern abhält, so kann der Eigentümer des Gehölzes nach § 906 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Abstellung des Mißstandes und auf Schadenersatz belangt werden (Bauer, Jagdordnung vom 15. Juli 1907, S. 281).

Nr. 134. Anfrage: Mein Vater, Privatforstbeamter, ist am 1. Mai 1912 in den Ruhestand getreten und bezieht Altersrente. Zur Altersrente legt die Herrschaft soviel an, daß derselbe an Ruhegehalt und Altersrente zusammen 750 M. jährlich erhält, etwas über zwei Drittel des vollen Gehalts. Muß mein Vater jetzt noch fortleben, und welche Vorzüge könnten durch Fortleben erworben werden? Meines Erachtens kann doch nur eine Witwenrente für die Mutter in Betracht kommen; wie hoch kann dieselbe etwa sein? An Altersrente erhält mein Vater für 1149 in der III. und V. Lohnklasse geklebte Marken 189,60 M. vom 2. Mai 1912 ab. Invalidentente kann doch nicht für später in Frage kommen, da die Pension mehr als ein Drittel des vollen Verdienstes ausmacht.

J., Kgl. Förster in G.

Antwort: Wir empfehlen Weiterversicherung. Die Invalidentente wird bei Ihrem Vater 270 bis 300 M. jährlich betragen, die Witwenrente gegen 80 M. Die Invalidentente wird ohne Rücksicht auf die Pension gewährt, und zwar dann, wenn Ihr Vater nach seinen körperlichen und geistigen Kräften nicht mehr imstande ist, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen seines Standes zu verdienen pflegen. Sollte diese Voraussetzung nicht schon jetzt vorliegen? Wenn allerdings die Pension um den Betrag gekürzt werden würde, um den die Invalidentente die Altersrente übersteigt, so daß Ihr Vater im ganzen nicht mehr als jetzt erhielte, so würde sich die Weiterversicherung nur noch mit Rücksicht auf die Witwenrente lohnen. Es genügt ja, wenn Ihr Vater, um die Anwartschaft auf Invaliden- und Witwenrente ausreicht zu erhalten, jährlich zehn Wochenbeiträge der niedrigsten Lohnklasse (16 S.) zahlt. Hg.

Nr. 135. Anfrage: Ist ein Königl. Förster infolge Mangels an haubaren Hölzern in seinem Schutzbezirk verpflichtet, Abtriebsschläge, die ihm im Nachbarschaftsbezirk übertragen werden, zu führen? Kann derselbe eventuell Kommissionsdiäten hierfür beanspruchen? Die Entfernung

vom Wohnort bis zur Arbeitsstelle beträgt bei schneefreiem Wege eine Stunde.

R., Königl. Förster in R.

Antwort: Darüber, daß Sie im dienstlichen Interesse mit der Führung von Schlägen in einem Nachbarschaftsbezirk beauftragt werden können und diese ausführen müssen, kann wohl kaum ein Zweifel bestehen. Anders liegt die Sache hinsichtlich des Anspruchs auf Reisekosten. Kommissionstagegelder kommen nicht in Frage, da Sie nicht außerhalb Ihres Wohnortes vorübergehend bei einer Behörde beschäftigt werden. (§ 2 des Gesetzes.) — Ob in Ihrem Falle Tagegelder und Fahrkosten zuständig sind, hängt ganz von den örtlichen Verhältnissen und der Auffassung der vorgelegten Behörden ab. Da Sie Dienstaufwandsentschädigung beziehen, die für alle dienstlichen Aufwendungen bestimmt ist, könnte die Sachlage auch so beurteilt werden, daß Sie nur dann Tagegelder und Fahrkosten erhalten, wenn Sie außerhalb Ihres Amtsbezirks Dienstgeschäfte erledigen und die Stelle des Dienstgeschäfts nicht weniger als 2 km von der Grenze des Amtsbezirks entfernt ist. (§ 10 des Gesetzes.) — Am besten wäre es, eine generelle Entscheidung des Ministeriums herbeizuführen, die unseres Wissens für derartige Fälle noch nicht ergangen ist.

Nr. 136. Anfrage: 1. Am 1. September werde ich verlegt. Die Ländereien sind von mir bewirtschaftet worden. Mein Nachfolger hat vom 1. September die Dienstländereien bis auf 1½ Morgen Acker und den Garten verpachtet. Wem gehört nun das diesjährige Stroh, das mein

Nachfolger verkaufen will? Habe ich in diesem Falle Anspruch auf $\frac{2}{12}$? 2. Gehört der Garten zur Übergabe? Die Bestimmungen vom 11. 3. 1901 unter 6a sprechen von Gartenarbeiten, also muß doch der Nachfolger $\frac{10}{12}$ zahlen?

E., Königl. Förster.

Antwort: 1. Das Stroh gehört nach Nr. 6b der Auseinandersetzungsvorschriften zur Stelle und darf nach § 34 der Försterdienstinstruktion mit schriftlicher Genehmigung der Regierung am Schlusse des Wirtschaftsjahres nur verkauft werden, wenn seine Düngkraft dem Boden auf andere Weise wieder zugeführt wird. Ihrem Nachfolger kann der Verkauf des Strohs u. E. nur genehmigt werden, wenn er dem Pflerpächter eine ausreichende Düngungsverpflichtung auferlegt. Das Stroh gehört also zu dem Wirtschaftsjahre, zu dem das 1. Pachtjahr zu rechnen ist, d. i. im vorliegenden Falle das Wirtschaftsjahr 1. Juli 1913/14, an dessen Nutzungen Sie keinen Anteil mehr haben. 2. Da die Auseinandersetzungsvorschriften im allgemeinen keine Bestimmungen über die Verteilung der Nutzungen des Hausgartens enthalten, können mit den in Nr. 6a erwähnten Gartenarbeiten wohl nur solche gemeint sein, deren Nutzen ganz oder zum größten Teil dem Nachfolger zufällt. Abgesehen von diesen und von den in Nr. 9 der Vorschriften vorgesehenen Fällen ist es üblich, daß jeder Stelleninhaber die in seiner Amtszeit reisenden Gartenfrüchte ruht ohne sich über die Kosten und Nutzungen mit dem Nachfolger auseinanderzusetzen.

Für die Redaktion: J. B.: Bobo Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Gemeinlicher Bernstorff, Nienstedt, Post Förster (Satz).

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

1908a. **Muffog**, Gemeinlicher, Döringsbrück, Post Krammen, Potsdam.

1908a. **Förster**, Förster, Siegelrode (Post), Merseburg.

1911a. **Tünemann**, Forstinspektendant, Eichenwerda (Post), Merseburg.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Pünktung müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Lüneburg. Die Herren Kollegen werden nachträglich noch darauf aufmerksam gemacht, daß auf der am 13. Oktober zu Nulzen stattfindenden Versammlung Schrottpatronen bewährter Qualität von der Firma Wolff-Walrode zu mäßigen Preisen zu haben sein werden.

Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Chronstau - Malapane (Regbz. Oppeln). Am Sonntag, dem 13. Oktober d. Js., nachmittags

4 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal in Schobnia. Bestellungen auf den Kalender „Waldheil“ werden entgegengenommen.

Der Vorstand.

Coblenz-Eifel. Sonntag, den 6. Oktober 1912, nachmittags 1½ Uhr, findet in Neuenahr, Hotel „Reichsadler“ am Bahnhof, die diesjährige Herbstversammlung statt. Tagesordnung: 1. Beratung etwaiger Anträge zur nächsten jährigen Bezirksgruppenversammlung; 2. Sammlung Romanus-Loorm; 3. Besprechung über eventuelle Teilung der Ortsgruppe; 4. Vorbesprechung über die im Frühjahr 1913 vorzunehmende Neuwahl des gesamten Vorstandes (da der jetzige Vorsitzende eine Wiederwahl ablehnt, wird um rege Beteiligung gebeten); 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Colbitz - Leßlinger. Heide (Regbz. Magdeburg). Donnerstag, den 10. Oktober 1912, nachmittags 5 Uhr: Versammlung in Salchau bei Henze. Tagesordnung: Vorschläge für die Delegierten-Versammlung; Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Pfeiffer.

Zulda (Regbz. Cassel). Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Brauerei Giesel, Leipziger Straße. Tagesordnung: Besprechung über eine zu gründende

Sterbefasse; Entgegennahme von Witwen- und Waisenpenden; Bestellung von Forstkalendern; Besprechung der diesjährigen Delegiertenversammlung; Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen der Herren Kollegen wird dringend gebeten.

Der Vorstand: Stein, Hegemeister.

Hannau (Regbz. Cassel). Dienstag, den 8. Oktober d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung in der Schaaßschen Gastwirtschaft zu Niederrodenbach. Tagesordnung: 1. Sterbefasse; 2. Dienstlandregulierung; 3. Vorschläge zur nächstjährigen Delegiertenversammlung; 4. Verschiedenes: Spende Voorm, Waldheil-Kalender. Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Insterburg (Regbz. Gumbinnen). Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 12. Oktober d. Js., nachmittags 2 Uhr, Hotel „Deutsches Haus“ zu Insterburg. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Abrechnung über Winter- und Sommervergnügen 1912; 3. Wahl eines neuen Schatzmeisters; 4. Sammlung Romanus-Voorm; 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Schloppe (Regbz. Marienwerder). Diejenigen Mitglieder, welche in der Mitgliederversammlung vom 14. d. Mts. nicht zugegen waren, werden ersucht, ihre Beiträge zur Sammlung Romanus-Voorm umgehend dem Kassierer, Kollegen Biegenhagen in Jagolitz bei Schloppe, einzusenden.

Der Vorstand.

Schneidemühl (Regbz. Bromberg und Marienwerder). Sonntag, den 13. Oktober d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Vereinslokal in Schneidemühl. Tagesordnung: 1. Vorlage des letzten Protokolls; 2. Besprechung der diesjährigen Delegiertenversammlung und evtl. Anträge für die nächstjährige; 3. Kaisergeburtstagsfeier; 4. Vortrag des Herrn Kollegen Kiebow über Obstbaumschnitt; 5. Verschiedenes. NB. Ein Vertreter der Firma Petersdorff-Posen

wird anwesend sein, um evtl. Maß zu nehmen usw. Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorsitzende.

Seulingswald-Debra (Regbz. Cassel). Sonntag, den 13. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Just in Hönnebach. Tagesordnung: 1. Beratung des Vorschlages Kaufmann zur Gründung einer Sterbefasse für den Bezirk Cassel; 2. Verschiedenes. **Schroener Oberhartz** (Regbz. Hildesheim). Am Sonnabend, dem 12. Oktober d. Js., nachmittags 3½ Uhr, Versammlung im „Deutschen Hause“ zu Zellerfeld. Tagesordnung: 1. Ehrung des Kollegen Bramann zum 50 jährigen Dienstjubiläum; 2. Zahlung der Beiträge; 3. Vortrag des Kollegen Schmelypsennig; 4. Beschlußfassung über die Kaisergeburtstagsfeier; 5. Verschiedenes. Die Kollegen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen, wer nicht erscheinen kann, wird gebeten, seinen Beitrag einzusenden. **S a h n d e**, Vorsitzender.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Hegemeister Bernstorff, Dienstbei der Forste, Darg, vorliegen. Was für die nächste Sitzung bestimmt ist, muß Sonntag früh in denen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ertragsgruppen:

Deutschheide (Regbz. Danzig). Unter reger Beteiligung fand am 15. September d. Js. auf dem Scheibenstand Krampfen das diesjährige Prämienschießen der Ortsgruppe Deutschheide statt. Bester Schütze wurde Kollege Schiers. Einen besonders zum Auschuß gelangten Preis errang Kollege Schütt. Mit einem vom Vorsitzenden, Kollegen Neumann, ausgebrachten Hoch auf die drei besten Schützen fand das diesjährige Scheibenschießen seinen Abschluß. — Frau Förster Müller, Krampfen, sei hier für ihre liebenswürdige Bewirtung herzlichster Dank gesagt. **Der stellv. Schriftführer.**

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Oberförster Dr. Bertog-Halensee.

Geldsendungen an den Verein.

In den letzten Monaten ist wiederholt gebeten worden, alle an den Verein zu richtenden Zahlungen, mit Ausnahme der Beträge für die Stellenvermittlung und der Schulbeiträge der Waldbesitzer, ausnahmslos an die Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte zu Neudamm, nicht aber an die Geschäftsstelle nach Halensee zu richten. Leider wird diese dringende Bitte von unseren Mitgliedern nicht beachtet; so sind in der Zeit vom 1. Juni bis Mitte September 270 Zahlungen an die Geschäftsstelle in Halensee statt nach Neudamm gelangt. Die Mehrarbeit, die durch die falsche Adressierung der Geldbeträge entsteht, ist

sehr bedeutend und wäre auf die Dauer mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht durchzuführen.

Alle Gelder, die nach Halensee gehen, müssen auch bei der Kassenstelle in Neudamm nachgewiesen werden, und dadurch entsteht vielfache und völlig unnötige Umbuchung. Es wird daher wiederholt und dringend gebeten, an die Geschäftsstelle in Halensee keine Geldsendungen zu richten. Geschieht das doch weiter in diesem Umfange, so werden wir schließlich wieder zu dem sehr unbequemen Mittel schreiten müssen, die fälschlich in Halensee einlaufenden Gelder zurückzuweisen.

Halensee, den 22. September 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Bericht über die Bezirksgruppenversammlung der Bezirksgruppe XIII (Mitteldeutschland)

am 15. und 16. Juni 1912 in Lauterbach.

Nachdem der Vorsitzende, Oberförster Schreiber, die Teilnehmer (50 Mitglieder und 9 Gäste) begrüßt, der Versammlung für die rege Beteiligung und dem Forstrat Gulefeld für die Aufnahme in Lauterbach seinen Dank ausgesprochen, wurde zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen.

Punkt 1. Vortrag des Forstrats Gulefeld über die Bedeutung der vom Vereine eingeführten großen und kleinen forstlichen Lehrgänge.

Forstrat Gulefeld führt in eingehender Weise aus, daß eine Steigerung der Einnahmen aus dem Walde nur mit Hilfe eines tüchtigen und forstlich ausreichend geschulten Forstbeamtenstandes erreicht werden kann. Die guten Erfolge der vom Vereine gegründeten Forstlehrlingschule in Templin seien zwar als ein großer Fortschritt bezüglich der Ausbildung der Forstschußbeamten zu bezeichnen, doch bedürfe es auch einer Gelegenheit zur Ausbildung für diejenigen Forstbeamten, welche schon längere Zeit in der forstlichen Praxis stehen und sich, wenn auch zum Teile in kleinen forstlichen Betrieben, so doch in mehr oder weniger verantwortlichen Stellungen befinden. Der Staat sorge hinreichend für die Aus- und Fortbildung seiner Forstbeamten, der Privatwaldbesitz sei aber auf Selbsthilfe angewiesen. Deshalb seien vom Vereine für die Fortbildung die großen und kleinen forstlichen Lehrgänge eingerichtet worden. Die kleinen Lehrgänge haben sich bis jetzt bewährt, von den großen könne man dies nicht behaupten. In dem diesjährigen zweiten großen Lehrgang in Lauterbach haben z. B. nur neun Herren teilgenommen. Die geringe Teilnahme liege wohl daran, daß die Herren Waldbesitzer ihre Forstbeamten nicht gern vier Wochen beurlauben und auch die für diesen Zweck erforderlichen Geldmittel nicht bewilligen mögen. Bei den kleinen wie bei den großen forstlichen Lehrgängen hätte sich gezeigt, daß die Vorbildung nicht durchweg genüge, um den Vorträgen bei den Fortbildungskursen zu folgen. Ohne gute Ausbildung sei die Fortbildung nicht möglich. Die Wusterschule Templin könne nicht alle Forstlehrlinge für den Privatforstdienst aufnehmen, deswegen müsse unser Verein helfen. Die großen forstlichen Lehrgänge seien zu lang, um die Fortschritte in unserer Wissenschaft zu lehren, und zu kurz, um den Mangel an der Ausbildung zu erlernen. Deshalb müßten an Stelle der großen forstlichen Lehrgänge sechs- bis neunmonatige Kurse zur Ausbildung errichtet werden, namentlich für solche Söhne unserer Mitglieder, die in Templin wegen Überfüllung oder wegen überschrittener Altersgrenze nicht aufgenommen werden können. Daß ein Bedürfnis vorhanden ist, das beweise der Besuch der Privatforstlehrlingschulen, von denen uns Oberförster Tixe nicht durchweg Gutes habe berichten können. Kleine forstliche Lehrgänge müßten mit möglichst geringen Kosten recht oft und in den verschiedensten Provinzen Deutschlands behufs Fortbildung abgehalten werden.

Der Vorsitzende dankt dem Forstrat Gulefeld

und spricht sich ebenfalls für die kleinen Lehrgänge aus.

Kewierförster Kuras, Böllershausen, äußert sich in demselben Sinne und regt außerdem eine Erweiterung der großen forstlichen Lehrgänge zu den von Forstrat Gulefeld empfohlenen halbjährigen Aus- und Fortbildungskursen an.

In der weiteren Diskussion spricht sich Oberförster Jacob, Templin, gegen die von Gulefeld gewünschten Schulen aus, da nach seiner Ansicht die Templiner Schule genüge. Oberförster Diehl, Stodthausen, ist der Ansicht, daß die Forstlehrlingschule nicht den Zweck haben dürfe, nur Söhne von Mitgliedern, sondern auch andere heranzubilden; er ist für die kleinen Lehrgänge mit mehr praktischer Arbeit im Walde und möglichstster Einschränkung der theoretischen Vorträge.

Förster Oberhettinger (ein Teilnehmer an dem Lauterbacher Lehrgang) hält die Zeit der großen Lehrgänge für den umfangreichen Stoff zu kurz bemessen und spricht sich für längere Fortbildungskurse (Ausbildungskurse) aus, da junge Forstleute ihr Geld hier nutzbringender als in manchen Privatforstlehrlingschulen anlegen könnten.

Oberförster Rohmähler spricht sich ebenfalls für längere Kurse aus.

Forstamtmann Krug möchte mit den längeren Lehrgängen die kurzen nicht vernachlässigt wissen.

Zum Schlusse der Diskussion stellt Forstrat Gulefeld für die diesjährige Mitgliederversammlung in Eisenach folgenden Antrag:

„Der Verein für Privatforstbeamte Deutschlands wolle der von Oberförster Tixe, Friedbrichsruh, angeregten Frage nähere treten und an Stelle der großen forstlichen Lehrgänge Ausbildungs- und Fortbildungskurse für ältere, schon länger im praktischen Dienst stehende Privatforstbeamte einrichten. Die Zeit dieser Ausbildungs- und Fortbildungskurse müsse auf $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahr bemessen werden.“

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung „Erfahrungen über die Schädigung des Waldes durch die Trockenheit des Sommers 1911“ empfiehlt Forstrat Gulefeld die Gründung gemischter Bestände, die Schädigungen seien in reinen Beständen und auf schweren Böden größer gewesen als in gemischten Beständen und auf leichten Böden.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung regt der Vorsitzende zufolge Schreibens des Vereinsvorstandes die Diskussion über die Bildung von Ortsgruppen an. Nach längerer Aussprache der Versammlung für und gegen die Ortsgruppenbildung wird folgender Antrag des Forstrats Gulefeld einstimmig angenommen:

„Die Bezirksgruppe XIII stimmt der Bildung von Ortsgruppen grundsätzlich zu.“

Forstamtmann Krug bemerkt noch, daß er die Ortsgruppenbildung ohne Satzungsänderung nicht für möglich halte.

Punkt 4. Besichtigung der Freiherrlich Niederjessen forstlichen Ausstellung.

Die Ausstellung ist in einem Gebäude des Burghofes in Lauterbach untergebracht und wurde von den Teilnehmern der Versammlung unter Führung des Forstrats Gulefeld besichtigt. Die

Reichhaltigkeit der Ausstellung, sowie auch die mit Sachkenntnis und Geschick gesammelten und hier ausgestellten forstlichen Gegenstände erregten bei allen Anwesenden verdiente Anerkennung. Von besonderem Interesse war u. a. auch die von Forstrat Eulefeld erläuterte graphische Darstellung der Wirtschaftsergebnisse in den Freierldlich Niebelschen Wäldungen von 1577 bis heute. Der allmähliche Übergang von der extensiven zur intensiven Forstwirtschaft und der Fortschritt, den die moderne Forstwirtschaft notwendig mit sich brachte, das stetige Anwachsen der Reineinnahmen bei erhöhter Ausgabe wurde auf den mit Zahlen versehenen graphischen Darstellungen in instruktivster Weise gezeigt. Am Schlusse der Besichtigung dankte der Vorsitzende der Bezirksgruppe im Namen der Anwesenden für das Gebotene.

Am 16. Juni fand dann eine Exkursion in das Freierldlich Niebelsche Revier Sassen statt, an der sich der größte Teil der tags vorher Versammelten beteiligte. Die Führung hatte Forstrat Eulefeld übernommen und dabei auf alle wirtschaftlichen Maßnahmen, wie solche unter den dortigen Standortverhältnissen geboten erscheinen, durch erläuternde Ausführungen aufmerksam gemacht. Von besonderem Interesse waren wohl für alle Teilnehmer der Exkursion die nach Wagnerschem System begonnenen Versuche der Nordrandverjüngung mit Wendenbaum, deren Erfolg jetzt schon unverkennbar ist und ohne Zweifel deshalb große Beachtung verdient, weil es sich hierbei, wie so oft im Haushalte der Natur, auch wieder um eine von der Natur vorgezeichnete Richtschnur handelt. Deren Befolgung und Anwendung an richtiger Stelle wird dem Walde und seinen Hütern reichlicheren Segen bringen als künstliche Verjüngungsmethoden, welche ohne Beachtung der Naturgesetze und Standortverhältnisse leider vielfach zur Regel geworden sind. Im weiteren Verlaufe der Exkursion wurden von einem Vertreter der Nürnberger Cäsucitwerke Sprengversuche an alten Eichenstöcken, sowie an großen Basalt- und Sandsteinblöcken vorgeführt. Bei all diesen Sprengversuchen konnte die vernichtende Wirkung des Cäsucits einerseits, sowie auch die vollkommene Gefahrllosigkeit des Verfahrens für Menschen bei vorsichtiger Handhabung des Cäsucits festgestellt werden.

Am Schlusse der Exkursion wurde den Teilnehmern von den Waldbesitzern ein Imbiß und Erfrischung geboten, bei welcher Gelegenheit der Vorsitzende der Bezirksgruppe Veranlassung nahm, auf die Familie der Freiherren Niebels zu Eisenbach und deren Forstbeamten ein dreifaches „Horrido“ auszubringen und dem Forstrat Eulefeld nochmals

für die freundliche Aufnahme und seine Bemühungen im Namen der Versammlung herzlichsten Dank auszusprechen. Dem schlossen sich alle Teilnehmer aus warmem Herzen an, um dann mit dem Bewußtsein angenehmer Erinnerung an alles Gebotene die Heimreise anzutreten.

Schreiber.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Wahlberechtigte.

3911. **Freiherr von Berlepsch**, Königl. Staatsminister a. D., Czernitz, auf Richtergut Erebach, Kreis Langensalza (H.-Gr. XIII.).
3912. **Thomas**, Karl, Forsttagator, Schönstein bei Biffen, Sieg. (H.-Gr. XI.).
3913. **Ullmann**, Paul, Hilfsjäger (Reichsrafen Sendel v. Donnersmard), Hh. Kollwitz bei Kladlo O.-S. (H.-Gr. VI.).
3914. **Schmann**, Eugen, Forstausseher (v. Waldbausen), Hh. Rippelbach bei Gersfeld, Rhön. (H.-Gr. XIII.).
3915. **Trach**, Franz, Forstlandwirt, Eisenach, Gaimweg 18 II (H.-Gr. XIII.).
3916. **Reiß**, Aug., Forstausseher, Templin u.-M., Forstschützschule. (H.-Gr. IX.).

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Reinert, Jacob, Privatförster, Bassow (Udermark).
Kanger, Oskar, Förster, Hh. Rhöna bei Friedrichshütte (Oberhof).
Kanger, Otto, Förster, Abbau Garwinben bei Schlobitten.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan fanden ferner ein:

Nr. 69, 71, 80 je 4 M., Nr. 84 5 M., Nr. 87, 150, 184, 195, 235 je 4 M., Nr. 248 8 M., Nr. 255 4 M., Nr. 272 8 M., Nr. 273, 306, 333, 359 je 4 M., Nr. 419 8 M., Nr. 433, 434, 443, 460, 466, 506, 519, 528, 547, 576 je 4 M., Nr. 607 8 M., Nr. 615, 635, 713, 722, 805, 859, 860, 872, 882, 884, 946, 997, 1037, 1048, 1049, 1077, 1078, 1116 je 4 M., Nr. 1118 5 M., Nr. 1206 4 M., Nr. 1254, 1255 je 8 M., Nr. 1310, 1327 je 4 M., Nr. 1355, 1399 je 10 M., Nr. 1493, 1512, 1557, 1585, 1684, 1701, 1706 je 4 M., Nr. 1756, 1767 je 8 M., Nr. 1768, 1798, 1804, 1832, 1846 je 4 M., Nr. 1854 1 M., Nr. 1856, 1879, 1927, 1932, 1944, 1966, 1993, 2059 je 4 M., Nr. 2183 10 M., Nr. 2250, 2296 je 4 M., Nr. 2329 8 M., Nr. 2330, 2345, 2350, 2380, 2391, 2418, 2421, 2453 je 4 M., Nr. 2474 8 M., Nr. 2486, 2497 je 4 M., Nr. 2510 8 M., Nr. 2514 4 M., Nr. 2527 8 M., Nr. 2560, 2622, 2624, 2630, 2658, 2699, 2700 je 4 M., Nr. 2705 8 M., Nr. 2709, 2711, 2714, 2754, 2776, 2794, 2796, 2809, 2833, Nr. 2854 je 4 M., Nr. 2870 8 M., Nr. 2875, 2893, 2909 je 4 M., Nr. 2910, 2933 je 8 M., Nr. 2937, 2952, 2962 je 4 M., Nr. 2963 10 M., Nr. 2964 4 M., Nr. 2981 8 M., Nr. 2983, 3038, 3069, 3159, 3186, 3203, 3204 je 4 M., Nr. 3225 8 M., Nr. 3235 10 M., Nr. 3303 8 M., Nr. 3314 10 M., Nr. 3323, 3324, 3329, 3346 je 4 M., Nr. 3356, 10 M., Nr. 3376, 3393 je 8 M., Nr. 3408 10 M., Nr. 3431 8 M., Nr. 3444, 3469 je 4 M., Nr. 3492 10 M., Nr. 3497, 3500, 3524, 3527, 3560, 3622 je 4 M., Nr. 3666 10 M., Nr. 3674 5 M., Nr. 3735 4 M., Nr. 3813 11 M., Nr. 3832 20 M., Nr. 3836, 3882, 3912—3916 je 7 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Aufträge sind zu richten an die

Geschäftsstelle
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Nur Besetzung gelungene Forstbienststellen in Preußen. 795. — Die Unzulässigkeit im Heeresdienste und die Forstbesorgungsberechtigung. 795. — Vom Holzmarkt. 799. — Verträge mit Pflanzungsmitteln der chemischen Fabrik Kroschke, Dr. H. Hoyerling. 799. — Zavenmännern und Pflanzenganzheit für Privatwaldungen. 800. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse. 801. — Wieder ein Cyper im Zusammenstoß mit Wildbienen. 802. — Staatlicher Ankauf von Eichen in Ostpreußen. 803. — Günstiger Abbruch der ergebungsreichen Ausweisung in Preußen. 803. — Großer Holzschlag auf dem Truppenübungsplatz Buns. 803. — Diebstahlige Sammelvermittlung der Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte in Nürnberg. 803. — Waldbrände. 803. — Amtlicher Forstbericht. 804. — Vereins-Nachrichten. 804. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 804. — Brief- und Fragekasten. 806. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 807. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 808. — Inserate.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabend.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Gemeinsames Organ des Grandvereins der Preussischen Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldbund“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstbeamtenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Circulband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingelangten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Druckschreib, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Besizer auch anderen Zeitungen übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 41.

Mendamm, den 13. Oktober 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Doberschütz im Regierungsbezirk Merseburg ist zum 1. November 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Oktober eingehen.

Försterei Malino in der Oberförsterei Grubschütz, Regierungsbezirk Oppeln, ist zum 1. Februar 1913 neu zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. November eingehen.

Ein Vorschlag zu der Frage über Ausbildung und Fortbildung der preussischen Försteranwärter.

Von Königl. Förster Rowoth.

Die immer wiederkehrende Frage, welche Anforderungen an die Vor-, Aus- und Fortbildung der Anwärter des preussischen Staatsförsterstandes zu stellen sind, ist die natürliche Folge der Befürchtung, daß vor allem schon die Bildungsgrundlage der Forstlehrlinge nicht mehr den Anforderungen der Zeit entspricht. Leider haben die deshalb schon häufig geführten Erörterungen und Erörterungen bisher noch zu keinem rechten Resultat geführt, so daß es wohl am Platze ist, diese wichtige Angelegenheit wiederum vor das Forum der Öffentlichkeit zu bringen.

Zunächst ist hinsichtlich der Auswahl der Forstlehrlinge die Bevorzugung der Forstbeamtenjöhne, besonders jener der königlichen Forstbeamten, auch weiter ebenso wünschenswert, wie

sie jetzt dankenswerter Weise in Übung ist; es bleibt unbestritten, daß diese jungen Leute schon vieles vom Beruf, wie man zu sagen pflegt, mit der Muttermilch eingesogen haben, was andere erst mit vieler Mühe erlernen müssen. Tradition in Gesinnung, Genügsamkeit, Anpassungsvermögen an die ländlichen Verhältnisse und Einfachheit sind für die spätere Lebensführung von bedeutendem Werte. Söhne von Angehörigen anderer Berufe, wenn auch von gleicher sozialer Stellung, die wohl oftmals über eine bessere Schulbildung verfügen, wie erst recht solche aus höheren Ständen, die von der Schule wegen mangelnder Begabung oder schlechter Führung entlassen sind, bilden für den späteren Försterstand zumeist kein geeignetes Material. Nur zu oft ist ihre Wahl dieses Berufes

nur aus oberflächlicher Waldschwärmerei entstanden, die später einer bitteren Enttäuschung Platz macht und damit oft ein verfehltes Leben bedeutet.

Was nun die Vorbildung der Forstlehrlinge anbelangt, so ist trotz der in der Gegenwart erheblich intensiven Bewirtschaftung des Waldes eine höhere, vor allem aber einheitlichere Schulbildung leider bisher nicht gefordert worden. Noch immer sind die Aufnahmebedingungen dieselben wie vor 44 Jahren, wenn auch jetzt bei der großen Auswahl, die augenblicklich infolge der geringen Zahl der Anzunehmenden möglich ist, unter sonst gleichen Verhältnissen hin und wieder die bessere Vorbildung ausschlaggebend sein mag. Der Lehrling soll nach den Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 befähigt sein, Gedrucktes und Geschriebenes geläufig richtig zu lesen, seine Gedanken über eine einfache Aufgabe in einem kurzen Aufsatz verständlich und ohne erhebliche Fehler in der Rechtschreibung mit gut leserlicher Handschrift niederzuschreiben und in den vier Spezies, sowie in der Regelbetri mit benannten und unbekannten Zahlen, sowie mit einfachen und Dezimalbrüchen geläufig und richtig zu rechnen. Diese Anforderungen sind meines Erachtens in der heutigen bildungsfreundlichen Zeit und zumal mit Rücksicht auf die immer steigende Tendenz der wirtschaftlichen Werte unseres Waldes nicht mehr hinreichend. Zum selbständigen, sachgemäßen Arbeiten im stillen und große Werte bergenden Walde gehört eine bessere Grundlage, wenn der Staat nicht benachteiligt werden soll. Der Beamte muß eben nicht nur die Befähigung besitzen, den eigenen Gedanken mündlich oder schriftlich Ausdruck zu geben, sondern er muß auch die Fähigkeit haben, nach den gegebenen Umständen selbst handeln und in einer schwierigen Lage voll verantwortlich verfügen zu können. Um dabei stets oder möglichst immer das Rechte zu treffen, muß er auch den für seinen vielseitigen Beruf in Betracht kommenden literarischen Erscheinungen der Gegenwart folgen können. Dazu reicht aber heute die einfache Volksschulbildung nicht mehr hin.

Leider ist es nun eine der hauptsächlichsten Schwierigkeiten unseres Berufes, diese für ihn heute unumgänglich nötige Bildung unseren Kindern angedeihen zu lassen, denn wen nicht die örtliche Lage begünstigt, oder wer nicht über beträchtliche Geldmittel verfügt, kann seine Kinder einer besseren Lehranstalt als der Dorfschule nicht zuführen — und das ist doch immer noch ein großer Teil unserer Kollegen. Wahrscheinlich ist auch das der Grund, weshalb höheren Ortes die seit nun fast einem halben Jahrhundert bestehenden Vorschriften für die

Vorbildung noch nicht geändert sind. Oft allerdings wird so mancher junge Mann seine Fortbildung emsig betreiben, um die großen Lücken seines auf der Dorfschule erworbenen Wissens allmählich auszufüllen; aber so sehr dies Streben auch anzuerkennen ist, ein Glückwort bleibt eine solche Bildung doch stets, etwas Ganzes entsteht nie! Eine zeitgemäße in sich abgerundete Vorbildung ist aber meines Erachtens für die Staatsförsterlaufbahn heutzutage ebenso geboten, wie für andere etwa gleichwertige technische Berufe.

Überall finden wir die Anforderung einer gründlichen und vor allem abgerundeten Schulbildung. Handel, Industrie und Landwirtschaft verlangen für einigermaßen bezahlte Stellen eine tüchtige Realschulbildung, und selbst den jungen Handwerkern wird der Segen vorzüglicher Fortbildungsschulen mehr und mehr zuteil; ganz abgesehen davon, daß auch für den Handwerkerstand vielfach besondere Fachschulen existieren, die von denen, die im Leben wirklich vorwärts kommen wollen, auch besucht werden. Ist es nicht betäubend, wenn demgegenüber manche Forstlehrlinge höchst mangelhafte und vor allem keine auch nur einigermaßen abgerundete Schulbildung besitzen, die Lehrherren vielmehr gezwungen sind, hier noch fördern einzugreifen? Und hat der Lehrherr etwa infolge seiner Überlastung mit äußeren und inneren Dienstgeschäften hierzu keine Zeit oder auch keine Neigung, da er vielleicht mehr Wert auf die praktische Ausbildung des Lehrlings legt, so unterbleibt diese Nachhilfe eben bis zu dem einen Jahre auf der Forstlehrlingschule, wo das ganze Pensum wegen der kurzen Zeit auch nur verhältnismäßig oberflächlich und für ein gründliches Verständnis viel zu schnell durchgenommen werden kann. Am meisten hat dabei unstreitig die eigentliche Fachausbildung zu leiden und damit in einem Wort die ganze Ausbildung!

Soweit meine Kenntnis reicht, sind die Schulkenntnisse der Forstlehrlinge in den letzten Jahren allerdings im Durchschnitt etwas bessere geworden. Die Ursachen dafür sind wohl neben der Tatsache, daß auch der Volksschulunterricht auf dem Lande, wie jede Schulbildung überhaupt, sich in dem letzten Jahrzehnt verbessert hat, die letzten Gehaltserhöhungen des Försterstandes, die manchen Eltern die Möglichkeit gegeben haben, ihren Söhnen eine bessere Schulbildung angedeihen zu lassen, durchdrungen von der Erkenntnis, daß diese Ausbildung auch meist das einzige Kapital darstellt, welches dem Kinde auf den Lebensweg mitgegeben werden kann. Leider treten nun aber die beträchtlichen Verschiedenheiten bezüglich des Bildungsgrades der Lehrlinge

noch mehr hervor. Das Durcheinander ist wohl noch größer geworden als früher, denn fast alle Klassen der höheren Lehranstalten, Gymnasium, die Realschule, die Mittelschule, die bessere Volksschule der Stadt, wie auch die einfachste Dorfschulbildung sind vertreten. Man kann als sicher annehmen, daß dadurch bei dem Unterricht auf der Forstlehrlingschule auch zum Teil erhebliche Schwierigkeiten entstehen, indem die weniger Vorgebildeten schwerer folgen können und dadurch auf den Fortgang des Unterrichts hemmend wirken, während die über den Durchschnitt mit Schulwissen Ausgerüsteten leicht zu Untereffizienz, Überhebung und Unbefriedigtheit neigen werden. Läßt nun zwar an und für sich bessere Bildung eine höhere berufliche Leistungsfähigkeit erwarten, so vermag ich doch nicht daran zu glauben, daß diese jungen Leute sich im Försterberufe, den sie wohl zumeist ohne rechte Überlegung und lediglich aus leichtherziger Begeisterung für Wald und Jagd gewählt haben, später glücklich fühlen und dem Staate große Vorteile bringen werden. Nicht viel anders fährt der Staat auch mit denen, die nur über eine schlechte Volksschulbildung verfügen. Es gilt also, aus diesen beiden Extremen das Mittel zu finden. Ich würde es darin erblicken, daß zur Annahmeverbreitung der Forstlehrlinge eine Vorbildung angestrebt werde, wie sie nach Absolvierung von Realschulen, Mittelschulen, Landwirtschaftsschulen oder gleichwertigen Lehranstalten erworben wird. Durch eine so erlangte möglichst Gleichmäßigkeit in der Vorbildung würde mit Sicherheit eine bedeutend bessere Ausbildung in allen Fächern des Forstwesens gewährleistet. Ich fordere nicht absolut das sogenannte „einfährige Zeugnis“; denn dieses wird nur zu häufig auf einer höheren Lehranstalt ohne Abschluß des ganzen Unterrichtsstoffes erworben und führt dann zu leicht zu einem bedauerlichen Halbwissen. Ist die Berechtigung zum einjährigen Dienste jedoch durch den vollen Besuch einer der oben genannten Lehranstalten oder in Anschluß daran leicht zu erwerben, so halte ich das selbstverständlich für sehr erstrebenswert.

Es ist ja nicht zu verkennen, daß es leider vielen Förstern schwer werden muß, ihren Söhnen eine solche Schulbildung angedeihen zu lassen, aber wir wollen doch hoffen, daß die pekuniäre Lage des Staatsförsterstandes sich den Zeitverhältnissen entsprechend weiterhin bessert, und daß die königlichen Förster dadurch in die Lage kommen, ihren Söhnen den Eintritt in die väterliche Laufbahn mit einer durchschnittlich besseren Vorbildung zu sichern.

Was nun die Lehrzeit betrifft, so wäre sie als Einführung in die Praxis unbedingt beizubehalten, sie sollte aber neben der sachlichen Belehrung auch die persönlichen Umgangs-

formen der jungen Leute berücksichtigen. Die Dauer von einem Jahre dürfte ausreichend erscheinen, jedoch müßte ein halbes Jahr bei einem als Lehrherrn in jeder Beziehung geeigneten Oberförster, ein halbes Jahr bei einem durchaus tüchtigen Förster abzuleisten sein. Zum Erlernen der Waldgeschäfte genügt eben nicht das Zusehen, sondern es ist wirkliche tätige Mitarbeit erforderlich. Darum wäre der halbjährige Aufenthalt bei einem recht praktisch veranlagten Förster besonders geboten. Bei ihm hätte sich die Ausbildung zu erstrecken auf Einführung in den Beruf und die allgemeinen Betriebsgeschäfte, praktischen Verteilen und Anstellen der Arbeiter im Hauerei- und Kulturbetriebe usw., Aufmessen des Holzes, Nummerieren, Aufstellung der Nummerbücher und Lohnzettel, Lohnbücher, Auszeichnung der Schläge und Durchforstungen, Anlage der Saat- und Pflanzlämpe, überhaupt auf alle Arbeiten, die in einem vollbeschäftigten Schutzbezirk vorkommen. Außerdem ist von großer Wichtigkeit die Anleitung für das Verhalten als zukünftiger Beamter zu den Vorgesetzten, Arbeitern; besondere Aufmerksamkeit ist aber daneben auch zu schenken der Charakterbildung, der inneren Fortbildung u. a. m.

Das zweite Jahr wäre auf der Forstlehrlingschule zu verbringen und endete mit der Jägerprüfung, wie es bereits geschieht. Nächst dem folgt der Eintritt in das Jägerkorps. Viel, a. h. neigt ein Teil der Forstbeamten zu denen, die eine enge Verbindung unseres Berufes mit dem Militärdienst nicht für vorteilhaft halten. Ich persönlich halte dagegen die neunjährige Dienstzeit für notwendig, da die längere militärische Schule zur Disziplin, Kameradschaft und zum Korpsgeist erzieht, dadurch also unbedingt ebenfalls für den späteren Beruf vorbereitet. Zu wünschen ist aber, daß die forstliche Fortbildung bei den Bataillonen ausgedehnter als bisher und tunlichst durch ältere Forstverwaltungsbeamte systematisch betrieben wird. Hauptächlich zu begünstigen wären die rein theoretischen Betrachtungen über Wahl der Holzarten, Betriebsarten, Umtriebsarten der gemächten Bestände, natürliche Verjüngung, Geseeskunde usw. Wüßte man daneben auch sein übriges geistiges Wissen für das dann folgende Försterexamen vervollkommen müssen.

Die weitere Ausbildungszeit liegt dann im praktischen Staatsförsterdienste als Forstaufscher. Während dieser Zeit halte ich unbedingt eine nicht zu kurz zu bemessende Beschäftigung der Anwärter im Bureau der Oberförsterei zur Einführung in den Bureaudienst für nötig. Ist dann die Försterrangung abgelegt — sofern das nicht schon während der aktiven Dienstzeit geschehen ist — dann dürften Grundlagen vorhanden sein, die vollste Erfüllung der Dienstpflichten, verständnisvolle Durchführung von

Gesetzen und Verwaltungsmaßnahmen, Fähigkeit für berufliche Fortbildung und soziales Verständnis gewährleisten, also ein Personal liefern,

das alle Ansprüche, die die Forstverwaltung an solches stellen wird, voll und ganz zum Segen des Waldes erfüllt.

Saat und forstliche Zuchtwahl.

Von Freiherrl. Forstmeister **Härtel**, Zeitzlos (Unterfranken).

Durch die schweren Schäden, welche die Verwendung fremdländischen Saatgutes, insbesondere bei der Kiefer, dem deutschen Walde gebracht hat, ist die Frage der forstlichen Zuchtwahl mit einem Schlage aus dem Nebel der grauen Theorie auf das Betätigungsfeld der grünen Praxis verpflanzt worden. Entsprechend dem alten Sprichwort: „Durch Schaden wird man klug“, haben auch wir Forstleute die Bedeutung der Zuchtwahlfragen, der wirtschaftlichen Auslese als etwas tief in die Rentabilität und das Gedeihen des Waldes einschneidendes kennen gelernt. Die anderen Zweige der Bodenproduktion, die Landwirtschaft und Gärtnerei, haben den hervorragenden Einfluß dieser Dinge schon längst erkannt, insbesondere deshalb, weil die Pflanzen, die sie heranziehen, eine weit kürzere Lebensdauer haben als unsere Waldbäume.

Was wir aus den genannten Schäden lernen sollen und müssen, gipfelt in der Forderung, wenn irgend möglich natürlich zu verjüngen; denn dadurch wird am sichersten die Erhaltung der heimischen, im Laufe der Zeit an die Standortverhältnisse angepassten Rasse gewährleistet, und zugleich ist bei richtiger Auswahl der Samenbäume ihre Höherentwicklung gesichert; auch kann man darüber beruhigt sein, daß die im Mutterbestand vorhandenen Anlagen im gesteigerten Maße in dem jungen Bestand zutage treten werden.

Wo man aber nicht natürlich verjüngen kann oder will, sollte man wenigstens säen. Die Hauptvorteile der Saat in wirtschaftlicher Hinsicht sind einmal ihre Billigkeit (Verminderung des Produktionsaufwandes) und andererseits der geringe Bedarf an Arbeitskräften, den ihre Ausführung fordert.

Für wesentlichster Vorzug in waldbaulicher Hinsicht liegt weniger in ihrer Eigenschaft, den Boden rasch zu decken, weniger darin, daß sie vor allem die Heranzucht von Qualitätsware (gleichmäßiger Jahrringbau) verbürgt, als ganz besonders in dem Umstand, daß nächst der natürlichen Verjüngung die Saat allein die wirtschaftliche Auslese im Bestande gewährleistet. Eine Weiterentwicklung der heimischen Rasse kann sie natürlich nur dann bewirken, wenn der verwendete Same aus der Gegend des Auslaatortes stammt. Deshalb ist es von so besonderer Wichtigkeit, wenn irgend möglich im eigenen Revier gesammelten Samen auszuwählen.

Namentlich **Wagner** hat in seinen „Grundlagen der räumlichen Ordnung im Walde“ auf das Naturwidrige der Pflanzung hingewiesen. Namentlich dann, wenn ohne jede Rücksicht auf die Standortverhältnisse sehr weite Verbände angewendet werden, erhält hier jede Pflanze so günstige Lebensbedingungen an Licht und Raum, daß auch die schwach veranlagte, trotz ihrer inneren Untüchtigkeit, mit emporwächst und mit zu den

herrschenden Gliedern des Bestandes wird. Später erliegt sie von außen kommenden Einflüssen leicht, und die Bestandeshöhe ist da. Außerdem ist natürlich auch an eine Weiterentwicklung der Zuwachseleistung und Schaftform weniger zu denken als bei dichtem Stand. Selbst wenn man in einem solchen Pflanzbestand frühe einem Bestandeglied die innere Untüchtigkeit ansehen sollte (schlechte Schaftform, geringer Höhenwuchs), so kann man es in vielen Fällen doch nicht ausmerzen, da der Schluß sonst unterbrochen würde.

Ganz anders bei der Saat; hier beginnt in dem gebrängten Stand in der Jugend sofort ein scharfer Kampf ums Dasein, aus dem nur die Wuchsekräftigsten als Sieger hervorgehen. Es ist richtig, diese wuchsekräftigsten Bestandeshglieder sind bei manchen Holzarten, insbesondere der Kiefer und Buche, nicht immer die, welche unsere Anforderungen hinsichtlich der Schaftform befriedigen, ebenso wie bei einem Wurf junger Hunde uns vielleicht die kräftigsten Welpen wegen der Farbe oder eines sonstigen Fehlers nicht passen und nicht aufgezogen werden. Bei einem Saatbestand aber ist es leicht, diese nicht befriedigenden Bäume auszuhäuen, da neben ihnen eine Menge anderer stehen, und man kann hier also, wenn nötig, künstlich die natürliche Auslese nach bestimmter Richtung beeinflussen.

Man wird nun den Einwand machen, die Veranlagung der einzelnen Bestandeshglieder ist keine so verschiedene; was innere Fähigkeit genannt wird, ist einzig und allein durch äußere Umstände bedingt.

Daß die örtliche Rasse einen hervorragenden Einfluß hat, haben wir bei den Auslaaten mit fremdländischen Samen erkannt, daß die innere Veranlagung des einzelnen Individuums die größte Rolle spielt, zeigen bedeutungsvolle Versuche, die Dr. E. Zedebauer angestellt hat und deren vorläufiges Ergebnis im Maiheft 1912 des „Zentralblattes für das gesamte Forstwesen“ veröffentlicht ist.

Bei diesen Versuchen wurden u. a. Samen verschiedener, sämtlich in Niederösterreich stammender Kiefern unter ganz gleichen Verhältnissen getrennt ausgesät. Dabei zeigte sich die Tatsache, daß die jetzt sechsjährigen Nachkommen, je nachdem sie von dem einen oder anderen Mutterbaum stammen, sowohl hinsichtlich ihrer Zuwachseleistungen wie ihrer Schüttefestigkeit ganz verschieden sind. Die äußersten Grenzen, welche diese verschiedene Veranlagung der Versuchskiefern bedingt, sind folgende: Die sechsjährigen Nachkommen einer im Bestand herrschenden Kiefer hatten eine mittlere Höhe von 109 cm, während die einer anderen nur 61 cm Mittelhöhe aufwiesen. Dabei scheinen mit zunehmendem Alter die Unterschiede in den Zuwachseleistungen der verschiedenen Nachkommenschaften größer zu werden, oder mit anderen Worten, mit

zunehmendem Alter wird der Einfluß der Veranlagung erheblicher. Was das Verhalten gegen äußere Einflüsse, hier die Schütte, anlangt, so wurden z. B. die sämtlichen Nachkommen eines herrschenden Baumes gar nicht von der Schütte befallen, während Kiefern, die aus dem Samen eines andern, aber in demselben Bestand stehenden Baumes stammten, sehr stark schüttelekrank waren.

Es geht also mit Sicherheit aus den Versuchen hervor, daß sich die Nachkommen unserer Waldbäume infolge innerer Veranlagung ganz verschieden verhalten, und man kann weiter aus diesen Versuchen schließen, daß sich diese Anlagen in gewissem Grade vererben. Bei der natürlichen Vermischung können wir durch die Auswahl der Samenbäume schon von vornherein eine gewisse Auslese der Nachkommenschaft vornehmen. In dem Samen, den wir zur künstlichen Aufzucht der Bestände verwenden, finden die verschiedensten

Anlagen, denn er stammt von allen möglichen Mutterbäumen ab. Wir können den einzelnen Samenformern nicht ansehen, welche Entwicklungsmöglichkeiten in ihnen stecken, und wir können sie nicht danach auswählen. Deshalb müssen wir die äußeren Bedingungen der Aufzucht unserer forstlichen Gewächse so wählen, daß nur das Bestveranlagte den späteren herrschenden Bestand bilden kann. Das ist nur möglich, wenn wir säen, und zwar mit genügender Samenmenge. Da nun die Saat auch noch billiger ist als die Pflanzung, und da bei ihrer Anwendung der herrschende Arbeitermangel weniger fühlbar wird, ist es eigentlich ganz unverständlich, warum immer mehr gepflanzt und immer weniger gesät wird. Das kommt aber einfach daher, weil so viele Wirtschaftler den so oft gehörten Satz: „Bei uns geraten Saaten nicht“ als Evangelium hinnehmen, statt einmal selbst das Säen zu versuchen.

Zur Verwertung der Raubzeughälge.

Zu Beginn der Fangzeit des Raubzeuges pflegen sich auch die Beschwerden über unliebbare Erfahrungen, die bei der Verwertung der Hälge gemacht werden, zu mehren. Die meisten laufen darauf hinaus, daß bezüglich deren Güte Meinungsverschiedenheiten oft dann entstehen, wenn die Verkäufer, auf die Inserate der Händler bauend, ihre Ware bereits eingekauft haben. Die Inserate bewegen sich in den verschiedensten Fassungen. In fast allen pflegen jedoch in weniger auffälliger Schrift besondere Bedingungen gestellt zu sein, unter welchen das angekündigte Höchstgebot aufrecht erhalten wird. So inseriert z. B. eine Firma:

Zahle für gutes Winterhaar gegen Nachnahme franco.
Dann folgen Höchstpreise für die verschiedenen Wildarten. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber in dem Inserat, daß fast in allen Fällen bei diesen Angeboten eine einschränkende Bedingung enthalten ist: So unter anderen bei Füchsen langhaarig, bei Baummarder extra dunkel, ungleichfarbig, buntfarbig und heller, extra groß, Halbwuchs usw. Eine andere Firma macht das Preisangebot von der Herkunft aus besonderen Provinzen abhängig. Fast alle setzen für die Bewilligung der Höchstpreise gute bzw. „prima“ Ware voraus. Meist ist dies in den Inseraten weniger auffällig ausgedrückt, als es geheißen sollte, wird aber nachher bei der Geschäftsabwicklung als Hauptsache betrachtet.

Nun ist natürlich der Verkäufer — vielfach auch mit Recht — der Ansicht, daß die zum Verkaufe gestellten Hälge die Eigenschaften besitzen, die zur Anforderung des Höchstpreises berechtigen. Eine ganze Reihe von Beschwerden und Anfragen aus dem Leserkreise der „Deutschen Forst-Zeitung“ lassen aber ersehen, daß sie mit dieser Auffassung bei einem Teil der Händler auf Schwierigkeiten stoßen.

Mit dieser Frage hat sich die „Deutsche Forst-Zeitung“ bereits in Band 26 Nr. 11 Seite 224 beschäftigt. Hier ist eingehender auf diese Sache eingegangen. Besonders ist hervorzuheben, daß die Bemerkungen „gegen volle Nachnahme“, wie einzelne Firmen am Eingange ihrer Inserate

angeben, diese rechtlich in keiner Weise binden auch dann nicht, wenn vorher — wie meist gefordert — eine anmeldebare Postkarte vorausgeschickt wird. Derartige Anzeigen sind lediglich als eine Aufforderung zum Angebot aufzufassen. Tatsächlich haben auch einige Raubzeugfänger — nach vorliegenden Mitteilungen — in dieser Beziehung arge Enttäuschungen erlebt; es sind den Einsendern Porto- und Nachnahmegebühren entstanden, zu deren Rückerstattung die Firmen nicht verpflichtet sind. Nach vorliegenden Beschwerden ist es sogar vorgekommen, daß eine Handlung die infolge eines derartigen Angebots eingekauften Hälge als gar nicht eingegangen betrachtete, auf Anfragen überhaupt nicht antwortete und dann, nachdem von der Post ein Aufzettel nachgeschickt war, dem Einsender einen Preis zuschickte, der kaum 60 % des Angebots erreichte. Auf eingelegte Beschwerde wurde dem Absender mitgeteilt: Die Hälge seien zur Abrechnung eingekauft und die höchstmöglichen Preise dafür berechnet worden. Wenn der Absender nun unter Beweis stellt, daß das Raubzeug sämtlich im Winter gefangen wurde, die Hälge also die in dem Angebote geforderten Eigenschaften hatten, so kann eine solche Handlung den Anspruch auf Zuverlässigkeit nicht erheben.

In einer ferneren Beschwerde klagt der Einsender, daß ihm für einen Marderbalg, den er auf ein Inserat, das einen Höchstbetrag bis 48 M. in Aussicht stellt, nur 33 M. als Angebot erhielt, dies ihm aber nicht ausreichend erschien und er daher unter Beifügung der Postgebühren um Rücksendung des Balges gebeten habe. Als diese nicht erfolgte, sei er auf einen eingeschriebenen Brief, der weitere Vorstellungen enthielt, ohne jede Nachricht geblieben. Auch dies Verfahren kann nicht als so entgegenkommend bezeichnet werden, wie aus den Mitteilungen geschlossen und wie von einer soliden Geschäftsabwicklung im allgemeinen zu erwarten wäre. In solchen Fällen wie dem hier geschilderten bleibt dem Einsender nur übrig, auf die Rückgabe des Balges und im Weigerungsfalle auf Zahlung dessen

wirklichen Wertes zu klagen. Dies verursacht aber Verdruss und Kosten und macht die ohnehin mit vieler Mühe verbundene Fangarbeit zu einem uneinträglichem Unternehmen. Solche Vorkommnisse sind außerdem zu leicht geeignet, in den Kreisen der Raubzeugfänger Mißtrauen gegen den Stand der Raubwarenhändler zu erwecken.

Wie bereits bemerkt, ist in den Inzeraten nicht der Antrag eines Vertragsabschlusses enthalten, wie solcher im § 145 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehen, sondern es handelt sich lediglich um die Aufforderung zu Verkaufsangeboten. Will also der Verkäufer einen Vertragsabschluß herbeiführen, so wird er gut tun, auf diese Aufforderung unter Bezeichnung der angebotenen Waren dem Händler Mitteilung zu machen und dabei eine bestimmte Frist zur Rückäußerung zu stellen. Selbstverständlich muß diese Mitteilung die angebotenen Bälge nach Art, Anzahl und Güte enthalten. Ebenso selbstverständlich ist, daß diese Angaben nicht wider Treu und Glauben verstoßen dürfen; es dürften also keine Zusicherungen gemacht werden, die sich nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten lassen.

Für die Forstbeamten, die sich ja jetzt meist alle einem Berufsverein angeschlossen haben, ließe sich vielleicht zur vorteilhafteren Verwertung ihrer Raubzeugbälge folgendes Verfahren einrichten, wenigstens könnte der Versuch damit gemacht werden: Es wird verabredet, daß zu einer Versammlung gegen Ende des Winters die Mitglieder den Gruppenvorsitzenden mitteilen, wie viel Raubzeugbälge, nach Wildarten getrennt, die Mitglieder der Gruppe zu verkaufen beabsichtigen. Die Gruppenvorsitzenden legen diese Versammlungen an einen Ort, der bequem mit der Bahn

zu erreichen ist, und machen dann bekannt, daß die Mitglieder zu diesen die in der ganzen Gruppe vorhandenen Raubzeugbälge mitbringen. Anzunehmen ist, wenn das Angebot irgend lohnt, daß Firmen Vertreter zu diesen Versammlungen entsenden, die dann an Ort und Stelle mit den Verkäufern verhandeln.

Bei dem ganzen Raubwarenhandel spielt die Gleichheit mehrerer Bälge eine außerordentlich wichtige Rolle. Wenn sich nun bei der größeren Anzahl, die zur Stelle sind, herausstellt, daß so viele in der Farbe übereinstimmen, die sich zur Herstellung einzelner ganzer Gesäße verwerten lassen, so ist der Händler in der Lage, einen weit höheren Preis anzulegen, als wenn er die einzelnen Stücke dazu mühsam zusammensuchen muß.

Wenn auch zu erwarten ist, daß die Händlerkreise schon allein auf die Gruppenbenennungen achten werden, so wäre doch noch anzuraten, mehrere Handlungen auf solche Versammlungen durch besondere Nachricht aufmerksam zu machen.

Bei der Einrichtung eines solchen Verfahrens kämen alle die am Eingange geschilderten Mißlichkeiten gänzlich in Fortfall, und die Gruppenversammlungen würden hierdurch dazu beitragen, daß neben dem ideellen auch ein realer Gewinn erzielt wird. Durch gemeinsame Selbsthilfe ist es immer noch am besten möglich, den Übelständen, die der Einzelne zumeist nur schwer abstellen kann, wirksam zu begegnen. Vielleicht ließe sich auf dem vorgeschlagenen Wege auch in diesem Falle ein bescheidener Vorteil erreichen, besonders dann, wenn das Verfahren im Laufe der Zeit mehr und mehr ausgebaut würde. Vorläufig sollte hier zu diesem nur angeregt werden.

Mitteilungen.

— Anrechnung der außerstaatlichen Dienstzeit der preussischen Forstverorgungsberechtigten als pensionsfähige Zeit. Diejenigen Forstverorgungsberechtigten, deren Ernennung zum Förster o. R. demnächst bevorsteht, werden, soweit sie sich nicht schon im Staatsdienst befinden, in diesem Monat einberufen werden. Von diesen richten zweckmäßig alle, die aus Gemeinde-, Kirchen- oder Schuldiensten, aus ständischen Diensten, aus einer landesherrlichen Haus- oder Hofforstverwaltung oder aus einer außerpreussischen Staatsforstverwaltung kommen, unmittelbar nach dem Eintritt ihrer Försterstelle durch Vermittelung des Revierverwalters ein Gesuch an die Regierung, in dem sie um Anrechnung des vorhergegangenen außerstaatlichen oder fremdstaatlichen Dienstes als pensionsfähige Zeit bitten. Die Anrechnung ist ohne königliche Genehmigung nicht möglich, und diese wird nur auf einen an die Regierung gerichteten Antrag des Beteiligten vom Ministerium nachgesucht. Wer also den Antrag nicht stellt, schädigt sich und seine Familie. Es kommt bei den ehemaligen Reservejägern nur auf die Dienst-

zeit nach Erlangung des Forstverorgungsscheines an, und bei den ehemaligen aktiven Oberjägern nur auf die Zeit nach dem 12. Jahr vom Eintritt in den Militärdienst gerechnet. Die Zeit vorher rechnet, da der Beamte in ihr zur verpflichteten Reserve des Jägerkorps gehört hat, ohne weiteres auch bei einer berufsmäßigen Beschäftigung außerhalb des Staatsdienstes. Ohne weiteres rechnet auch der Gemeinde- oder Anstaltsforstdienst, in den der Forstverorgungsberechtigte aus dem Staatsdienst heraus beurlaubt oder kommandiert worden ist. Da aber der Beamte selbst schwer entscheiden kann, ob eine förmliche Beurlaubung aus dem Staatsdienstverhältnis vorliegt oder nicht, empfehlen wir, auch für vermeintliche Urlaubszeiten einen Antrag zu stellen. Private Dienstzeiten, zu denen die Beschäftigung in prinziplichen Waldungen und in den Forsten des Thronlehns Dels gehört, werden nach dem Ausscheiden aus dem Jägerkorps als pensionsfähige Dienstzeit leider nicht gerechnet.

— Neubau einer Niesernsamendarre in Klauenau. Um den Bedarf von Niesernsamen

möglichst mit einheimischem Saatgut decken und vom Ausland (Rußland) unabhängig zu werden, soll vom Fiskus im Forstbezirk Laufenan (Oberförsterei Konitz) gehörig, eine große Kiefernjambarre gebaut werden.

✱

— **Insektenschäden in der Provinz Brandenburg.** Durch die politische Preße ging unlängst folgende Notiz: „2000 Morgen mährischer Forsten, hauptsächlich Kiefernbestand, sind dem Insektenfraß zum Opfer gefallen. Es handelt sich um die Wäldungen bei Heinersbrück, Jänischwalde und Taubendorf. Außer der Nonne ist namentlich die Kiefernblattwespe in gewaltigen Mengen aufgetreten. Die Schädlinge haben die

prächtigen Kiefern kahl gestreift. Tausende von Festmetern sind dort bereits der Art zum Opfer gefallen. Zu spät hat man einen Versuch mit dem Auftrieb von Schweinen gemacht. Die Schweine wühlten gierig den Waldboden auf und fraßen eine große Menge von Raupen und Puppen auf. Jetzt sollen die Versuche in größerem Maßstabe fortgesetzt werden. Auch in anderen Teilen der Mark, besonders in der Niederlausitz, dann im Kreise Kalau, treten die schädlichen Insekten in großen Mengen auf.“ — **Zusatz der Schriftleitung:** Es handelt sich im vorstehenden um die Gespinnstblattwespe, *Lyda stellata*, die in manchen Beständen der Lausitz auftritt. Die „Versuche, die jetzt wiederholt wiederholt werden sollen“, sind regelmäßig angewandte Bekämpfungsmaßregeln.

Berichte.

Bericht über den schlesischen Forstverein in Beuthen 1912.

Die 70. Generalversammlung des schlesischen Forstvereins wurde vom 4. bis 6. Juli in Beuthen D.-S. abgehalten. Die Vereinsführung am Donnerstag, dem 4. Juli, wurde durch den Vereinspräsidenten, Oberforstmeister Hellwig aus Breslau, mit dem Kaiserhof eröffnet. Der Verein zählt zurzeit 6 Ehren- und 371 wirkliche Mitglieder. Als Versammlungsort für 1913 wurde Reinerz gewählt, für 1914 Lauban in Aussicht genommen.

Den ersten Vortrag hielt der Fürstlich von Donnerstärkische Forstmeister Junack aus Neudorf, D.-S., über „Groß- und Kleinfahlschläge bei Kiefern“. Redner plädierte für Bestandswirtschaft ohne Scheu vor Großfahlschlägen und begründete diese Ansicht damit, daß dadurch der rechtzeitige Abzug des Altholzes ermöglicht werde, die Fiebsführung vereinfacht sei, die Wiederkehr des Schalles an demselben Ort seltener sei, die Küsselkäfergefahr verringert werde, die Verwertung des Holzes auf großen Schlägen eine bessere wegen größerer Konkurrenz der Käufer, die Kulturen leichter und billiger seien, das Wild bessere Deckung finde, das richtige Altersklassenverhältnis leichter herzustellen sei und Schutz und Aufsicht erleichtert werde.

Zu der Diskussion hob Forstmeister Cusig hervor, daß die Kammengefahr auf großen Schlägen größer sei, Rentabilität kleiner Schläge sei eine bessere, da sie sich schneller aufarbeiten und zeitiger zu besseren Preisen absetzen ließen. Herr von Salisch empfahl Großfahlschläge und riet, ca. 20 Jahre vor dem Abtrieb Buchen- und Eichen- einpflanzungen vorzunehmen.

Forstmeister Schödon empfahl natürliche Verjüngung.

Oberbürgermeister Brüning erklärte, daß ein großer Fahlschlag aus ästhetischen Gründen nicht zu empfehlen sei, ein Einwurf, den der Redner im Schlußwort mit der Bemerkung zurückwies, daß viele kleine Blößen im Walde unästhetischer seien als eine große.

Der zweite Redner, Forstmeister Nichtsteig, sprach über neue Grundzüge, Erfindungen, Versuche und Erfahrungen aus dem Bereiche des forstwirtschaftlichen Betriebes und der Jagd.

Er betonte, daß auf ca. 200 000 ha schlesischer Forsten im Vereinsgebiet die natürliche Verjüngung eine immer ausgedehntere Anwendung finde. Der so wichtige Lichtungszuwachs würde immer mehr in planmäßig geführten Durchforstungen ausgenutzt. Er empfahl für Kiefer im allgemeinen eine dreimalige Wiederkehr der Durchforstungen in einem Zeitraum von 20 Jahren, und zwar bei Beständen im Alter von über 50 Jahren.

Er teilt Erfahrungen mit über das Splettköpferische Verfahren, das verschieden beurteilt wird, über Kiefernjamengewinnung, Schutzmittel gegen Wildverbiss, z. B. Schmiermittel, die nicht immer unbedenklich seien, Schutztrager, Salzleisteine usw. Auch Naturschutz, Vogelschutz, Schutz gegen Mäuse, Wind und Ausschlagen des Bodens wurden besprochen. Er empfahl in den Staatsforsten Abschaffung der Abzähltablelle als überflüssiges Schreibwerk. Er trat dem immer mehr platzgreifenden Refordschießen auf Treibjagd und Wirsche scharf entgegen. Zum Schluß wurden noch die Vogelschutzfrage, Anbringung von hölzernen und tönernen Nisthöhlen, Stodholzsperrungen und anderes besprochen.

In der Diskussion erklärte Forstmeister Schödon die Abschaffung der Abzähltablelle für nicht möglich.

Der nächste Redner, Oberbürgermeister Dr. Brüning, hatte sich das Thema „Der Wald in der Dichtung“ zum Vortrage gewählt.

In formvollendeten und von Poesie durchdrungenen Worten führt Redner aus, daß schon von den alten Römern — Oden des Horaz — der Wald in Versen gefeiert wurde, während in neuerer Zeit namentlich Eichendorff und Lenau ihre Liebe zum Wald in Versen bekannt hätten.

Am Nachmittag wurde eine Rundfahrt durch die Stadt und ihre wundervollen Anlagen unternommen, bei der auch eine photographische Aufnahme der Festteilnehmer gemacht wurde. Abends fand ein Gartenfest im Kongerthaus statt, welches die Stadt Beuthen zu Ehren des Vereins gab.

Am 5. Juli nahmen die Sitzungen ihren Fortgang, an denen sich auch der Regierungspräsident v. Schwerin mit dem Erbgrafen Guidotto v. Donnerstärk, Neudorf, beteiligten.

Der erste Redner, Oberförster Rodstroh-Karmine, sprach über das Thema: Wald-

beschädigungen durch Insekten oder andere Tiere, Naturereignisse, Stürze usw.

Er hob hervor, daß erfreulicherweise größere Insekten Schäden im Vereinsgebiet nicht vorgekommen seien. Von der Ronne sei nur in Muskau ein größerer Flug beobachtet worden. Käsefäulefraß habe zugenommen. Bestreichen der Pflanzen mit Protektin nütze nur drei bis vier Wochen. Vorbeifäule würden nicht alle. Schäden durch wilde Kaninchen, Mäuse, Eichhörnchen seien mehrfach beobachtet.

Stürme haben mäßigen Schaden angerichtet, nur ca. 20 000 km. Dagegen habe die Dürre größeren Schaden angerichtet, namentlich in den Kulturen. Von den Holzarten habe die Fichte am meisten gelitten. Im Görlitzer Stadtwalde seien Hunderte von Hektaren vertrocknet. Die Schäden sind durch Spätfrost noch verstärkt worden, während anderseits ein Zurückgehen der Schütte zu beobachten gewesen sei. Infolge der Dürre haben auch die Waldbäume großen Umfang angenommen, in Penzig seien allein 80 ha abgebrannt.

Von den Diskussionsrednern werden als bester Schutz gegen Gefahren „gemischte Bestände“ empfohlen, gegen Schütte Bepflanzungen mit Schwefelsäureföhre.

Der nächste Redner, Bergwerksdirektor Neumann, Hohenlinde, sprach über „Verwendung des Holzes zu Grubenbenutzen“.

Er führte aus, daß im letzten Jahre von den Gruben 15,4 Millionen Mark für Grubenholz ausgegeben worden seien. Er erläuterte das Schema einer Kohlengrube und erklärte, daß infolge der Feuchtigkeit das Holz nur wenige Jahre zu gebrauchen sei, bisweilen nur wenige Monate. Deshalb imprägniere man jetzt das Holz, ein Verfahren, das eine sechs- bis achtfache Dauer des Holzes gewährleiste. Die Kosten der Imprägnierung stellten sich auf 1,51 M pro Festmeter. Kiefer und Fichte seien fast gleichwertig, erstere bliebe länger gesund. Gebraucht würden etwa 200 verschiedene Längen, und zwar im allgemeinen nicht über 9 m. Die Stärke betrüge bis 20 cm. Kiefer, Laubholz hätte nur untergeordnete Bedeutung, Eiche sei zu teuer.

In der Diskussion fragte Forstmeister Eufing an, ob verblautes Holz minderwertig sei, worauf die Antwort erfolgte, ein großer Prozentsatz des Holzes sei blau, doch würde dies nicht als minderwertig betrachtet.

Der nächste Redner, Forstmeister Eder von Brannmühl-Carlshof, D.-S., besprach das besonders für Oberschlesien wichtige Thema „Rauchschäden im Walde“. Er schätzte den Schaden, den die Wälder durch Zuwachsverluste erleiden, auf etwa 3 000 000 M. und betonte, daß es nur die Wäse seien, die den Schaden verursachten. Hierbei kämen in Frage: Schwefelsäure-Anhydrit und schweflige Säure. Die Anreicherung des Bodens an Schwefel habe an sich eine Verringerung der Produktionskraft des Bodens nicht zur Folge. Die Hauptorgane der Schädigung seien die Blattorgane, bei denen eine Störung der Wasserzirkulation stattfindet. Andere erklären die

Schädigung durch eine Vernichtung des Chlorophylls. Die Wirkung ist derartig, daß sich Flecken auf den Blattorganen bilden, die Nadeln werden schmutzig grün, dann gelb, und der Baum stirbt von der Spitze her ab. Laubholz ist weniger empfindlich als Nadelholz, Fichte weniger als Kiefer. Nach den in Oberschlesien gesammelten Erfahrungen. Bekämpfungsmittel sind noch nicht bekannt.

Bei der Diskussion wird auch die Bodenvergiftung hervorgehoben. Es wird empfohlen, comparative Untersuchung des Bodens vor und nach Errichtung der Rauchquelle vorzunehmen, um die Rauch erzeugenden Gewerbe haltbar machen zu können. Andererseits wird empfohlen, dem Anbau von Laubhölzern, Pappel, Eiche, Ahorn erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, was vom Referenten als nicht angängig bezeichnet wird, da Oberschlesien Grubenholz-Produzent sei.

Der letzte Redner, Forstmeister Baumann, Jagdschloß Bobland, referierte über das Thema „Erfüllen der Ursprungscheine und befristeten Bescheinigungen der Jagdordnung ihren Zweck und welche Verbesserungen und Vereinfachungen der Überwachung des Wildhandels sind möglich?“

Redner führte in humoristischer Weise aus, daß die Bescheinigungen ihren Zweck nicht erfüllen und lediglich eine recht überflüssige Erschwerung des Wildhandels bedeuten. Er empfahl, an den Stüden eine Bleiplombe anzubringen mit fortlaufender Nummer.

Bei der Diskussion wurde dieser Vorschlag auch aus Wildhändlerkreisen lebhaft unterstützt und beschlossen, den Vortrag drucken zu lassen und den maßgebenden Stellen zu übersenden.

Damit endigten die Vorträge, und der Nachmittag vereinigte die Teilnehmer bei einem Festmahl im Konzerthaus, bei dem in ernsten und launigen Tischreden die Zeit schnell verging. Um 6 Uhr erfolgte die Abfahrt nach dem Stadtwald Beuthen mit anschließendem Spaziergang und Pflanzung der Vereinszeichen. Ein von der Stadt Beuthen dargebotener Bierabend im Waldschloß hielt die Teilnehmer in frohster Stimmung noch lange zusammen.

Am Sonnabend fand eine Exkursion statt zur Besichtigung des Steinkohlenbergwerks Hohenzollerngrube, wo sich die Teilnehmer von der Verwendung des Holzes im Schacht ein deutliches Bild machen konnten. Eine andere Abteilung besichtigte das Stahlwalzwerk Friedenshütte.

Am Nachmittag führte der Zug den größten Teil der Mitglieder wieder nach den heimatischen Wäldern, hoch befriedigt von dem Gehörten und Gesehenen. Ein kleiner Teil unternahm am Sonntag noch eine Nachexkursion nach dem Fürstlich von Donnermarsdichen Besitz Rentkow in Galizien, wo wohlgelungene Kiefern-Föhren- und Zapfenhaaten auf Großfahlschlägen sowohl durch ihr frisches Aussehen, als auch durch die billigen Kulturkosten das Erstaunen der Teilnehmer hervorriefen. Nach einem auf der malerischen Ruine Lipowice eingenommenen Frühstück wurde die Rückreise angetreten.

§.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Gesetz Nr. III. 8189.

Berlin W 9, 29. August 1912.

Beifolgend erhält die königliche Regierung Abschrift einer Entscheidung des königlichen Obergerverwaltungsgerichts hieselbst vom 20. Juni 1912 in der Streitfache des Forstfiskus gegen den Jagdvorsteher zu Sch. wegen der Höhe einer Jagdpachtentschädigung zur Kenntnis.

R. M.: Wesener.

An sämtliche königlichen Regierungen (ausschließlich derjenigen in Altsachsen, Anrich und Sigmaringen).

Abschrift zu III. 8189.

Im Namen des Königs.

In der Verwaltungstreitfache des königlichen Preussischen Forstfiskus, vertreten durch die königliche Regierung, Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten, zu A., Klägers und Revisionsklägers, wider den Jagdvorsteher zu Sch., Beklagten und Revisionsbeklagten, hat das königliche Preussische Obergerverwaltungsgericht, Dritter Senat, in seiner Sitzung vom 20. Juni 1912, für Recht erkannt:

Das Urteil des Bezirksauschusses zu A. vom 30. Juni 1911 wird aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an den Kreisauschuß zu D. zurückverwiesen. Die Bestimmung wegen der Kosten, einschließlich der Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes, bleibt dem endgültigen Urteil vorbehalten.

Von Rechts wegen.

Gründe: Der Jagdvorsteher von Sch. hat gemäß § 8 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 dem königlichen Preussischen Forstfiskus zwei abge sonderte Grundflächen im Gemeindebezirk Sch. zum Anschluß an den forstfiskalischen Eigenjagdbezirk gegen eine jährliche Pachtentschädigung von 50 M. angeboten. Da eine Einigung über die Höhe des Pachtpreises nicht zustande kam, setzte der Kreisauschuß zu D. durch Beschluß vom 15. April 1909 die jährliche Jagdpachtentschädigung auf 40 M. fest. Der Kläger stellte den Antrag auf mündliche Verhandlung mit der Begründung, daß der festgesetzte Betrag von 40 M. zu hoch und ein Pacht preis von 10 M. angemessen sei. Durch Urteil vom 13. Dezember 1909 entschied der Kreisauschuß zu D. dahin, daß die von der Klägerin zu zahlende Jagdpachtentschädigung für die beiden Waldentlaven der Gemeinde Sch. auf 50 M. jährlich festgesetzt wurde. Die hiergegen von dem Kläger eingelegte Berufung hat der Bezirksauschuß zu A., nachdem er über die Jagdvergleichigkeit der beiden Entlaven und die Pachtpreise benachbarter Jagdbezirke Beweis erhoben hatte, durch Erkenntnis vom 30. Juni 1911 verworfen.

Auf die nunmehr von dem Kläger fristgerecht eingelegte Revision war, wie geheißen, zu erkennen.

Es handelt sich um zwei abge sonderte Entlaven der Feldmark Sch., die unter § 8 Abs. 2 der Jagdordnung von 15. Juli 1907 fallen. Beim Anschluß dieser an einen Eigenjagdbezirk steht den Eigentümern der anzuschließenden Grundflächen das Recht zur Einlegung der im § 26 a. a. D. bezeichneten Rechtsmittel gegen den Beschluß des

Kreisauschusses zu. Hieraus erfolgt, daß ihnen der Beschluß des Kreisauschusses bekanntzugeben ist und daß sie bei einem sich anschließenden Verwaltungstreitverfahren zu beteiligen sind. Im vorliegenden Falle ist den Besitzern der betreffenden Grundstücke weder der Beschluß vom 15. April 1909 bekanntgegeben worden, noch sind sie, nachdem der Kläger von dem Rechtsbehelf gegen diesen Beschluß Gebrauch gemacht hatte, zu dem Verwaltungstreitverfahren zugezogen worden. Darin ist ein wesentlicher Mangel des Verfahrens zu erblicken, der zur Aufhebung der Vorentscheidung zwingt. Ein weiterer prozessualer Mangel liegt darin, daß in dem Urteil des Kreisauschusses vom 13. Dezember 1909, welches der Bezirksauschuß bestätigte, über das hinausgegangen ist, was durch den Beschluß vom 15. April 1909 als Pachtpreis festgesetzt war, obgleich der Beklagte diesen Beschluß nicht angefochten und der Kläger eine Herabsetzung des Pachtpreises auf 10 M. beantragt hatte. Das war unzulässig; denn auch für den statt der Klage vorgeesehenen Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungstreitverfahren kann es nicht für zulässig erachtet werden, daß er der Gegenpartei zugute kommt, wenn sich letztere dem Rechtsmittel nicht angeschlossen hat. Die vom Beklagten nachträglich abgegebene Erklärung, daß er auf den Differenzbetrag von 10 M. verzichte und sich mit 40 M. zufrieden gebe, vermag diesen Mangel nicht zu heilen.

Bei freier Beurteilung ist die Sache nicht spruchreif.

Den beteiligten Grundstücksbesitzern muß der Beschluß des Kreisauschusses vom 15. April 1909 zunächst zugestellt und es muß abgewartet werden, ob sie ihrerseits von ihrem Recht, Antrag auf mündliche Verhandlung zu stellen, Gebrauch machen. Aber auch wenn dies nicht geschieht, sind sie im vorliegenden Verwaltungstreitverfahren als Mitbeklagte zu behandeln, da der Jagdvorsteher und die Besitzer der Grundstücke, deren Anschluß in Frage kommt, in notwendigen Streitgenossenschaft stehen; denn das Rechtsverhältnis bezüglich der Höhe der Pachtentschädigung kann ihnen gegenüber nur einheitlich festgestellt werden. Aus diesem Grunde war die Sache an die erste Instanz zurückzuverweisen. Bei der weiteren Behandlung ist zu beachten, daß der Pachtzins für jede Entlave besonders zu ermitteln und festzusetzen ist. Desgleichen ist zu berücksichtigen, daß bei der Wertermittlung der Wert des mutmaßlich erlegbaren Wildes unter Abzug nur derjenigen jährlichen Unkosten zugrunde gelegt werden muß, welche nach den tatsächlichen örtlichen Verhältnissen zur Ausrüstung und Verwertung des Wildes unbedingt notwendig erscheinen. Aufwendungen persönlicher Natur sind dabei außer Ansatz zu lassen.

Die Bestimmung wegen der Kosten war gemäß Nr. IX des Kostentaris vom 27. Februar 1884 dem Endurteil vorzubehalten.

Urkundlich unter dem Siegel des königlichen Obergerverwaltungsgerichts und der verordneten Unterschrift.

(L. S.)

gez. D a l m e r.

Nachrichtung der behördlichen Meßgeräte.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

J.-Nr. I A Ia 1864, II 3206, III 3617.

Berlin W 9, 15. August 1912.

Gemäß §§ 13 und 18 der preussischen Maß- und Gewichtsordnung vom 16. Mai 1816 in Verbindung mit § 7 des Gesetzes, betreffend die Stempelung und Beaufsichtigung der Wagen im öffentlichen Verkehr, vom 24. Mai 1853, sind alle im Verkehr mit dem Publikum stehenden Behörden verpflichtet, ihre Maße, Gewichte und Wagen regelmäßig durch die Eichungsbehörden auf ihre Richtigkeit prüfen zu lassen. Auf Grund dieser Bestimmungen, die auch unter der Herrschaft der deutschen Maß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 Gültigkeit behalten haben und in den neuverordneten preussischen Landesgesetzen, in denen übrigens ähnliche Gesetze bestehen, durch die Verwaltungsbehörden angewendet werden, sollen die Meßgeräte der in Betracht kommenden Behörden im allgemeinen alle drei Jahre nachgeprüft werden. Nachdem nunmehr nach § 11 der am 1. April 1912 in Kraft getretenen Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 die Nachreichungsfrist für die Meßgeräte, soweit ein Messen und Wägen im Verkehr mit dem Publikum, also ein öffentlicher und nach § 6 a. a. O. eichpflichtiger Verkehr stattfindet, auf zwei Jahre und nur für fest fundamentierte Wagen und Wagen für eine größere zulässige Last von 3000 kg und darüber, sowie für Fässer für Wein und Obstwein auf drei Jahre festgesetzt worden ist, bestimme ich für die in Betracht kommenden Behörden und Beamten meiner Verwaltung, unter Aushebung entgegenstehender Vorschriften und Anordnungen, daß die Nachreichung etwa vorhandener, dem dienstlichen Verkehr dienender

Meßgeräte (Maße, Gewichte, Wagen) gleichfalls in dieser Frist herbeizuführen ist. Eine Nachreichung dieser Meßgeräte ist indes unabhängig von einer Frist sofort zu veranlassen, wenn bei ihrem Gebrauche Abweichungen wahrgenommen werden. Von der Verpflichtung zur Neueichung oder Nachreichung sind nach § 1 der Bekanntmachung des Herrn Stellvertreters des Reichskanzlers vom 18. Dezember 1911 — R.-G.-Bl. für 1911, Nr. 69, Seite 1064 — die dem Gebrauche der Feldmesser und Marktscheider dienenden Maße ausgenommen, soweit über die Festsetzung ihrer Richtigkeit von den Landesbehörden besondere Prüfungsvorschriften erlassen sind.

Die von den Oberförstern und Förstern bei der Erledigung ihrer Dienstgeschäfte benutzten Meßgeräte unterliegen von jetzt ab der Nachreichung. Die den königlichen Regierungen durch den Erlaß vom 20. Februar 1897 — III 1471 II. Ang. — mitgeteilte, hiervon abweichende Entscheidung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 11. Februar 1897 — A. 19 — wird hierdurch überholt.

Das am 1. Januar 1913 beginnende Nachreichungsgeschäft soll, soweit es sich nicht am Eise der Eichungsämter vollzieht, in der Weise stattfinden, daß die Eichmeister nach einem festen Plane herumreisen und die wichtigsten Orte alle zwei Jahre aussuchen, um auf öffentlichen Eichtagen an Ort und Stelle die Nachreichung der Meßgeräte vorzunehmen. Im finanziellen Interesse ist die Nachreichung der Meßgeräte für die in Betracht kommenden Behörden meiner Verwaltung diesen Reiseplänen anzupassen.

J. M.: Schroeter.

An die königlichen Regierungen, die Herren Direktoren der königlichen Forstakademien in Eberswalde und Münden

Verschiedenes.

— **Gründung einer Waldgenossenschaft in Hannover.** Die Besitzer der im Kreise Wihorn und Hienhagen in den letzten Jahren in einer Größe von rund 2500 ha abgebrannten Waldungen haben jetzt, nachdem die Brandflächen geräumt sind, die Bildung einer Genossenschaft beschlossen. Die Vorarbeiten hierzu sind unter dem Vorsitz des königlichen Oberförstlers v. Eichstrath bereits abgeschlossen, die konstituierende Generalversammlung soll demnächst aberaumt werden. In den Tätigkeitsbereich der Genossenschaft ist zunächst die Aufforstung der Brandflächen und einiger ausgebeuteter Moore einbezogen. Die Staatsregierung bringt diesem Plane großes Interesse entgegen, der Landwirtschaftsminister hat für den Bau einer 12 km langen Chaussee zwecks Aufschließung des jetzt brach liegenden Geländes einen Beitrag von 107 000 M., ohne Bedingung der Rückzahlung, zugesagt.

— **Verteilung des Waldbestandes im Großherzogtum Sachsen.** Nach den neuesten Erhebungen beträgt die gesamte Forstfläche des Großherzogtums Sachsen 93 087 ha. Davon sind 50,3 ha Kronforsten, 44 106 ha Staatsforsten,

14 225 ha Gemeinde-, 1571 ha Stiftungs-, 1284 ha Genossenschafts- und 31 717 ha Privatforsten. Während in den meisten anderen Staaten der größte Teil der Forsten sich im Privatbesitz befindet, entfallen im Großherzogtum Sachsen nur 34 % der Gesamtfläche auf die Privatforsten.

— **Verpachtung der hessischen Dominaljagden** (siehe auch Nr. 25, S. 511 dieses Jahrgangs). In Darmstadt wurde am 1. Oktober ein Teil der hessischen Dominaljagden, auf deren Ausübung der Großherzog zugunsten einer Befoldungsaufbesserung seiner Hofbeamten verzichtet hat, meistbietend versteigert. Die Verwaltung der Forstjagden taxierte die Pacht, wie Zeitungen melden, zu dem „enorm hohen Preise“ von insgesamt 25 000 M. Das Höchstgebot betrug 18 500 M. Auf einige Reviere wurde überhaupt kein Gebot abgegeben. Als die besten Gebiete wurde die frühere Dieburger Forstjagd „Forst“ dem Geh. Kommerzienrat Frh. Oppl in Müßelsheim für 5100 M. und die Gemarkung Metldorf dem Geh. Kommerzienrat Dr. Kleper in Frankfurt a. M. für 5020 M. zugeschlagen. — Danach scheint es doch so, als ob die Verpachtung

von Staatsjagden schon beim ersten Versuch nicht den pekuniären Erfolg gebracht hat, den man sich in weiteren Kreisen von solcher Maßregel versprach.

— **Waldverkauf.** Frau Baronin von Hornstein auf Schloß Furth verkaufte einen Teil ihres in den Gemeinden Koppentwail und Pfaffendorf gelegenen Waldes an die Schwellenfirma Gebr. Himmelsbach in Regensburg zum demnächstigen Abtrieb. Der Kaufpreis soll 100 000 M betragen.

— **Die Holzdiebstähle in den Württembergischen Staatswaldungen.** Die Holzdiebstähle in den Württembergischen Staatswaldungen sind in einer beständigen Abnahme begriffen. Während 1908 noch 623 Diebstähle an Holz und 1909 deren noch 563 zur Anzeige in den rund 196 000 ha großen Staatsforsten kamen, waren es im Jahre 1910 nur noch 519 Fälle. Am meisten wird noch im Unterland Holz gestohlen, alsdann auf der Alb, im Schwarzwald und in Oberschwaben. Prozentual ausgerechnet kommen auf 100 ha im Unterland 1,31, im Schwarzwald 1,05, auf der Alb 0,79 und in Oberschwaben 0,45 Verfehlungen gegen das Forst- und Forstpolizeigesetz. Im Jahre 1910 wurde insgesamt auf 14 537 M Geldstrafe und 391 Tage Gefängnis und Haft erkannt. In diesen Zahlen sind jedoch nicht allein die Strafen wegen Holzdiebstahls, sondern auch jene wegen sonstiger Diebstähle im Walde, Forstbeschädigungen, Weideübertretungen und Forstpolizeistrafen enthalten. Auch hier zeigt sich ein merklicher Rückgang der Geldstrafen, indem 1908 noch 18 551 M und 1909 noch 18 510 M Strafgebühren angelegt wurden.

Aus den Jägerbataillonen.

— Am Schluß der diesjährigen Kaisermanöver hat Seine Majestät der Kaiser und König mittelst Allerhöchster Ordre vom 13. September den Kronprinzen Georg von Sachsen, Herzog zu Sachsen, königliche Hoheit, zum Leutnant mit Patent vom 15. Januar 1905 in der Preussischen Armee und zwar à la suite des Garde-Schützen-Bataillons ernannt. Kronprinz Georg, geboren am 15. Januar 1893, ist Leutnant im 1. Königlich Sächsischen (Leib-) Grenadier-Regiment Nr. 100 und steht à la suite des 5. Königlich Sächsischen Infanterie-Regiments „Kronprinz“ Nr. 104, besitzt den Schwarzen Adlerorden, das Großkreuz des Roten Adlerordens, sowie zehn nichtpreussische höchste Orden. Erwähnt sei noch, daß auch Seine Majestät König Friedrich August III. von Sachsen als Kronprinz à la suite des Garde-Schützen-Bataillons gestanden hat.

Waldbrände.

Der in diesem Jahre so oft von Waldbränden heimgesuchte Wald von Fontainebleau (Frankreich) ist am Sonntag, dem 22. September, wiederum durch Feuer stark beschädigt worden. Etwa 15 ha des prächtigen Waldes wurden vernichtet, das Feuer konnte nur nach anstrengender Arbeit durch die aufgebauten Truppen und die angrenzende Bevölkerung bewältigt werden. Die Entstehungsurache ist auf leichtsinnig weggeworfene Streichholzer zurückzuführen.

— **Die Firma Heinrich Ermisch in Burg b. M.** konnte am 1. Oktober auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Das Geschäft wurde im Jahre 1812 von dem Urgroßvater der jetzigen Inhaber, Herrn Heinrich Ermisch, gegründet und ging dann weiter auf Kind und Kindeskind über. Aus bescheidenen Anfängen heraus hat sich die Firma zu einem Weltgeschäft entwickelt, das sich überall ehrenvollen Rufes erfreut.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 8. Oktober 1912. Rebhühner 0,60 bis 1,05, Rotwild 0,30 bis 0,48, Damwild 0,40 bis 0,60, Schwarzwild 0,50 bis 0,70 M das Pfund. Hasen 1,50 bis 4,25, Kaninchen 0,30 bis 1,00, Stockenten 0,50 bis 1,75, Kridenten 0,50 bis 0,60, Rebhühner 0,50 bis 1,30, Fasanenhähne 1,00 bis 2,00, Fasanenhennen 1,00 bis 1,70 M das Stüd.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Resort des Ministeriums des königlichen Hauses.

Hensfeld, Königl. Forstassessor der Oberförsterei Seitenberg W., ist zum Königl. Prinzl. Oberförster der Oberförsterei Seitenberg W., Regbz. Breslau, ernannt.

Baumert, Königl. Prinzl. Förster, ist das Ehrenportepce in Silber verliehen.

Richter, Hilfsförster zu Rosenthal, Oberförsterei Schnallenstein, Regbz. Breslau, ist zum Förster ernannt.

Verwaltungsbezirk der königlichen Hofkammer.

Zu Förstern o. R. wurden ernannt die Forstassessoren:

Barnik zu Schwenow, Oberförsterei Schwenow; **Wettmann** zu Rösenau, Oberförsterei Tüppendorf; **Böge** zu Groß-Bork, Oberförsterei Karmuntau; **Fuchert** zu Vielholz, Oberförsterei Klein-Walderburg.

Staats-Forstverwaltung.

Läpkes, Oberförster zu Turoscheln, Regbz. Allenstein, ist die Oberförstereistelle in Taubenberg, Regbz. Königsberg, vom 1. November d. J. ab übertragen.

Schreiner, Forstmeister zu Althaus, Regbz. Schleswig, ist aus Anlaß seines Abtritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Schäfer, Oberförster zu Taubenberg, Regbz. Königsberg, ist zum Regierungs- und Forstrat in Königsberg ernannt.

von Strauch, Forstmeister zu Neuhäusen, Regbz. Oldenburg, ist aus Anlaß seines Abtritts in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Bergemann, Förster zu Bielefeld, Oberförsterei Bielefeld, Regbz. Frankfurt a. O., tritt mit dem 1. Januar 1913 in den Ruhestand.

Busch, Forstassessor zu Alb. Langendorf, Oberförsterei Lautenburg, ist nach Mordjewski, Oberförsterei Chogemühl, Regbz. Marienwerder, vom 1. November d. J. ab verlegt.

Förster, Hilfsjäger in der Oberförsterei Sammit, ist nach Alb. Langendorf, Oberförsterei Lautenburg, Regbz. Marienwerder, vom 1. November d. J. ab verlegt.

Gelschke, Forstmeister zu Ragdorn, Oberförsterei Jägerhof, Regbz. Frankfurt, ist aus Anlaß seines Abtritts in den Ruhestand das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Groger, Forstassessor zu Vehn, Oberförsterei Vehn, ist nach Zandberg, Oberförsterei Chorn, Regbz. Potsdam, vom 1. November d. J. ab verlegt.

Gaase, Waldemar, Forstassessor zu Gulin, Oberförsterei Sammit, ist nach Zandberg, Oberförsterei Chorn, Regbz. Marienwerder, vom 1. November d. J. ab verlegt.

Richter, Förster zu Marienbrück, Oberförsterei Bielefeld, Regbz. Frankfurt a. O., tritt mit dem 1. April 1913 in den Ruhestand.

Mann, Hilfsjäger zu Gr. Bartelsdorf, Oberförsterei Burden, Regbz. Allenstein, ist aus dem hiesigen Bezirk ausgeschieden.

Janesschik, Hilfsjäger, ist nach Klein-Butan, Oberförsterei Butan, Regbz. Marienwerder, vom 1. November d. Js. ab einberufen.

Hoggenbach, Forstausseher zu Neu-Muppin, Oberförsterei Neu-Muppin, ist nach Vehm, Oberförsterei Vehm, Regbz. Potsdam, vom 1. November d. Js. ab verlegt.

Kose, Förster o. R. zu Steinbusch, Oberförsterei Steinbusch, ist die erste Forststelle in Zietzen, Oberförsterei Zietzen, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Januar 1913 ab übertragen.

Liebenstift, Forstuntererheber zu Wolgast, Regbz. Stralsund, ist bei seinem Ausscheiden das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Steig, Forstverordnungs- und Forstwärter zu Wallenburg, ist nach Krasem, Oberförsterei Grosse, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. April 1913 ab einberufen.

Wendt, Förster o. R. zu Schermwiel, Oberförsterei Pagow, ist nach Steinbusch, Oberförsterei Steinbusch, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Januar 1913 ab verlegt.

Wetterling, Förster o. R. zu Krasem, Oberförsterei Grosse, ist die erste Forststelle in Marienbrunn, Oberförsterei Zietzen, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. April 1913 ab übertragen.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen: **Hofle**, Forstholzhauer zu Rinderode, Oberförsterei Königsthal, Regbz. Erfurt; **Heine**, Forstholzhauer zu Wiedungen, Oberförsterei Königsthal, Regbz. Erfurt; **Reich**, Holzhausermeister zu Wiedungen, Oberförsterei Wiedungen, Regbz. Posen.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen: **Baier**, Waldbarbeiter zu Giesendorf, Oberförsterei Giesendorf, Regbz. Bromberg; **Böhneke**, Waldbarbeiter zu Kellab, Oberförsterei Klein-Hannod, Regbz. Königsberg; **Fortmann**, Waldbarbeiter zu Pörsen, Kreis Bremerode, Regbz. Stade; **Hornigshausen**, Waldbarbeiter zu Rine, Oberförsterei Hildesbach, Regbz. Kreisberg; **Krug**, Oberholzhauer zu Pörsen, Kreis Giesendorf, Regbz. Erfurt; **Mahnke**, Waldbarbeiter zu Rgl. Hildesbach, Oberförsterei Giesendorf, Regbz. Bromberg; **Piech**, Waldbarbeiter zu Giesendorf, Oberförsterei Giesendorf, Regbz. Posen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Hocken, Gemeindeoberförster zu Malmedy, Regbz. Aachen, ist der Note Niederorden 4. Klasse verliehen.

Groß, Gemeindeoberförster zu Kallenberg, Kreis Adenau, Regbz. Coblenz, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Heinen, Gemeindeoberförster zu Gump, Kreis Eifel, Regbz. Aachen, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Lucas, Gemeindeoberförster zu Pörsen, Kreis Giesendorf, Regbz. Coblenz, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Frisker, Forstmeister auf Teilsaer Revier, ist pensioniert.

von Höp, vrad. Forstassessor, ist zum eam. Forstassessor bei der Oberförsterei Grimma ernannt.

Reinisch, Forstreferendar, ist bei der Forstverordnungsanstalt eingetreten.

Dr.-Ing. Hagershoff, außerordentlicher Professor, ist zum ordentlichen Professor an der Forstakademie Tharandt ernannt.

Dr. Lechner, Forstassessor bei der Forstakademie Tharandt, ist auf sein Ansuchen entlassen.

Senf, Bureauassistent, ist zum Sekretär beim Forstrentamt Dresden befördert.

Hörner, Reviergehilfe auf Schweyniger Revier, ist ausgeschieden.

Gleims, in als Reviergehilfe auf Markersbacher Revier eingetreten.

Greif, in als Expedient bei der Forstakademie Tharandt angestellt.

Hartmann, Reviergehilfe, ist vom Reigenhainer auf das Reichenhainer Revier verlegt.

Hennmann, Expedient, ist vom Forstrentamt Dresden zur Forstverordnungsanstalt verlegt.

Höner, Gehilfe auf Steinbacher Revier, ist zum Militär einberufen.

Käser, Reviergehilfe, ist vom Raschauer auf das Reichenhainer Revier verlegt.

Kaufke, Reviergehilfe, ist vom Dresden auf das Reigenhainer Revier verlegt.

Mesler, in als Reviergehilfe auf Brunnöbräcker Revier eingetreten.

Pinker, ist als Expedient beim Forstrentamt Dresden angestellt.

Plant, Reviergehilfe, ist vom Reichenhainer auf das Schweyniger Revier verlegt.

Pultrich, Reviergehilfe, ist vom Dödenborfer auf das Raschauer Revier verlegt.

Reumuth, Gehilfe auf Markersbacher Revier, ist zum Militär einberufen.

Richter, in als Reviergehilfe auf Steinbacher Revier eingetreten.

Rothe, in als Waldwärter auf Dresden Revier angestellt.

Stengel, in als Reviergehilfe auf Dresden Revier eingetreten.

Widmann, Gehilfe auf Brunnöbräcker Revier, ist zum Militär einberufen.

Großherzogtum Hessen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Schneel, Freiherrl. Niedersteiner Forstwart zu Rahmen, Kreis Pantersbach, ist aus Anlaß seines 40-jährigen Dienstjubiläums der Titel „Höner“ verliehen.

Schülle, Georg, zu Polibagen (Niederrhein) Schammberg-Pörsen, ist beim Forstbau der Freiherrl. Niedersteiner Forstammer zu Pantersbach als Forstgehilfe angestellt. Sch. gehört zum ersten Jahrgange der Forstlehrlings-Klasse des Vereins für Forststudien zu Tübingen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.

Staats-Forstverwaltung.

Astheim, Oberförster zu Termach, ist zum Regierungs- und Forstamt in Staatsministerium zu Weimar ernannt.

Sachs, Forstassessor zu Wilhelmshausen, ist zum Oberförster in Völkershausen ernannt.

Enders, Forstassessor zu Weimar, ist zum Oberförster in Termach ernannt.

von Frede, Oberförster zu Völkershausen, ist nach Buchsart verlegt.

Kastbach, Forstassessor zu Kranenice, ist zum Staatsministerium nach Weimar verlegt.

Weserhorn, Forstassessor zu Tach, ist nach Kranenice verlegt.

Wolff, Forstassessor zu Buchsart, ist in den Ruhestand getreten.

Waller, Forstassessor zu Eisenach, ist nach Alstedt verlegt.

Dr. Wernich, Forstassessor zu Alstedt, ist nach Wilhelmshausen verlegt.

Herzogtum Anhalt.

Staats-Forstverwaltung.

Böhne, Revierjäger zu Gohlsdorf, ist zum Förster ernannt.

Kania, Revierjäger zu Gohlsdorf, ist zum Förster ernannt.

Luther, Revierjäger zu Hundelust, ist nach Weinsdorf verlegt.

Merkel, Waldwärter zu Törsen, ist in den dauernden Ruhestand verlegt.

Picker, Hilfsjäger zu Serno, ist nach Hundelust verlegt.

Schröder, Revierjäger zu Weinsdorf, ist nach Serno verlegt.

Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Staats-Forstverwaltung.

Fischer, Forstassessor zu Grehen, ist zum Staatsministerium in Sondershausen verlegt.

Elbisch-Bohringen.

Engel, Gemeindeförstlingsassistent zu Reiningen, ist die Gemeindeförstlingsstelle zu Wilschweiler-Bärenthal, Oberförsterei Thann, auf Probe übertragen.

Reck, Gemeindeförstlingsassistent zu Wilschweiler, ist die Gemeindeförstlingsstelle zu Wilschweiler, Oberförsterei Wilschweiler, übertragen.

Groß, Gemeindeförster zu Reiningen, ist nach Reiningen, Oberförsterei Wilschweiler, verlegt.

Mig, Gemeindeförster, in die Gemeindeförstlingsstelle des Landbezirks Rungenhausen, Oberförsterei Weisenburg, übertragen.

Reumann, Gemeindeförstlingsassistent zu Niederland, ist die Gemeindeförstlingsstelle zu Rungenhausen, Oberförsterei Rungenhausen, auf Probe übertragen.

Ruppel, Gemeindeförster zu Rungenhausen, ist nach Rungenhausen, Oberförsterei Rungenhausen, verlegt.

Risch, Gemeindeförstlingsassistent, ist die Gemeindeförstlingsstelle des Landbezirks Rungenhausen, Oberförsterei Rungenhausen, übertragen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Ermittlung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizulegen.)

Nr. 137. Anfrage. Kann ich es auf irgend eine Art erreichen, daß ich bis zur Einberufung als Förster o. R. oder m. R. beurlaubt würde? Ich bin Jahrgang 98 und habe fünf Jahre aktiv gedient. Nach dieser Zeit habe ich mich wohl stets berufsmäßig beschäftigt, aber niemals im Staatsdienst. — Den Forstversorgungsschein habe ich 1910 erhalten. Die Königl. Regierung will mich nun zum 1. Oktober d. Js. einberufen. Ich verwalte augenblicklich eine gute Privatstelle, möchte hier — wenn ich nicht pensionfähig angestellt werde — bis zur Einberufung als Förster bleiben. Ist dieses irgendwie angängig? Ich habe die Königl. Regierung entsprechend gebeten, bin aber noch ohne Antwort. Ich weiß wohl, daß die Jahre nach Erlangung des Forstversorgungsscheines bei dem Pensionalter nicht mitrechnen. Möchte mir aber nur in dem immerhin unsicheren Privatdienst den Staatsdienst offen halten. Ist es vielleicht durch Umnotierung nach einem anderen Bezirk möglich? Ich bin in R. notiert. Oder könnte ich mit einem

jüngeren Kollegen tauschen? Würde vielleicht meine diesbezüglich: Bitte beim Ministerium Erfolg haben? Wie lange habe ich wohl noch bis zur Anstellung als Förster o. R. und m. R. zu warten?

Antwort: Nachdem die Beurlaubungsbestimmungen in neuester Zeit so erheblich verschärft sind — allerdings im Interesse der Anwärter —, können wir Ihnen keine Hoffnung auf Erfüllung Ihres Wunsches machen. Es gibt auch keinen Ausweg, es sei denn, daß Sie auf die Forstversorgung verzichten. Allenfalls hätten Sie sich in diesem Jahre (im Juli) nach einem Bezirk umnotieren lassen können, der schlechte Einberufungsverhältnisse hat. Dazu ist es jetzt aber zu spät und für alle Fälle sicher ist dieses Verfahren auch nicht, zumal Sie so viel Zeit gewinnen wollen. Ein Tausch hat keine Aussicht auf Genehmigung, da unseres Wissens nur dann auf derartige Gesuche eingegangen wird, wenn beide Tauschlustigen im Staatsdienste beschäftigt sind. Als Förster o. R. würden Sie zum 1. November 1916, als Förster m. R. in Ihrem jetzigen Bezirk etwa in den Jahren 1919/21 angestellt werden können.

Für die Redaktion: J. V. Wodo Grundmann, Mendamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernstorff, Nienstedt, Post Förster (Harz)

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste allgemeine Versammlung müssen Dienstag früh eingeht. Sie möglichst kurz gehaltenen Nachrichten und direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Mendamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Gumbinnen. Mitglieder- und Vertreterversammlung am 3. November 1912, vormittags 11 Uhr, zu Tilfit (Hohe Straße). Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Bericht des Delegierten; 3. Vortrag über „Holzwerbung und Verlohnung“; 4. die Dienstlands- und Dienstaufwandsregelung im Regierungsbezirk Gumbinnen; 5. Vortrag über „unsere Krankenkasse“; 6. Beratung über die Anträge zur Delegiertenversammlung 1913 nebst Wahl des Delegierten und seines Stellvertreters; 7. Verschiedenes.

Der Vorstand: Puppel, Vorsitzender.

Merseburg. Am Sonnabend, dem 26. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, Vertreter- und Mitgliederversammlung im Ratskeller zu Halle a. S. Tagesordnung: 1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes an Stelle des verstorbenen Kollegen Nicolai; 2. Bericht über die Delegiertenversammlung in Berlin; 3. Entgegennahme und Besprechung von Anträgen; 4. Beschluß über Zeit und Ort der nächsten Versammlung; 5. Verschiedenes. Nach Schluß der Verhandlungen, von etwa 6 Uhr ab, gemütliches Beisammensein mit den Angehörigen. Auf ist zur Stelle. Der Vorstand.

Schleswig. Am Sonntag, dem 20. Oktober d. Js., nachmittags 2 Uhr, Herbstversammlung in

Selts Hotel in Neumünster. Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die diesjährige Delegiertenversammlung in Berlin, anschließend Besprechung; 2. Neuwahl eines 1. Vorsitzenden und Schriftführers; 3. Vortrag: „Über Waldbrand“, Hegemeister Kefner-Haale; 4. Verschiedenes. Um zahlreiche Beteiligung mit Damen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Trier. Die Herren Ortsgruppenvorstehenden werden ersucht, etwaige Anträge ihrer Gruppen zur nächstjährigen Delegiertenversammlung bis spätestens 1. November d. Js. an mich gelangen zu lassen, da spätere Anträge bei der Tagung 1913 nicht mehr berücksichtigt werden können. Desgleichen bitte ich um die am 1. Oktober d. Js. fälligen Äußerungen zu den Satzungsänderungen, soweit diese noch nicht eingesandt sind.

Gen u.

Ortsgruppen:

Überswalde (Regb., Potsdam). Sonnabend, den 19. Oktober d. Js., abends 7 Uhr, Versammlung im Vereinslokal „Kaiserbad“ zu Überswalde. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Oder (Regb., Cassel). Sonnabend, den 19. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Rothchild in Bühl. Tagesordnung: 1. Sterbekasse; 2. Dienstlandsregulierung; 3. Vorschläge zur nächstjährigen Delegiertenversammlung; 4. Sammlung Vorum; 5. Verschiedenes; 6. Beförderung der bismarckischen Bienenzuchtbetriebsweise durch Drenth jr. Dreuside.

Glend, Harz. Am Sonntag, dem 27. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Glend.

„Hotel Hubertus“. Tagesordnung: 1. Kalenderverteilung; 2. Sammlung Romanns-Voorn; 3. Besprechung über Kaisergeburtstagsfeier bzw. eines Wintervergnügens; 4. Verschiedenes. Es wird gebeten, möglichst zahlreich mit Damen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Dillenburg (Regbz. Wiesbaden). Sonntag, den 27. Oktober d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung im „Hotel Neuhof“ in Dillenburg. Tagesordnung: 1. Die Delegiertenversammlung in Berlin und die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe in Limburg; 2. Anträge für die Bezirksgruppe; 3. Kaisergeburtstagsfeier; 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen mit den Damen wird gebeten.

Der Vorsitzende.

Gelshausen (Regbz. Allenstein). Sonntag, den 27. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, Vierteljahrsversammlung in Gelshausen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Vorsitzenden über die ihm vom Herrn Oberforstmeister gewährte Unterbrechung zur Dienstleistungsregulierung; 2. Stellung und Entgegennahme von Anträgen für das neue Vereinsjahr; 3. Besprechung über die abzuhaltende Kaisergeburtstagsfeier. Um vollzähliges Erscheinen mit Damen wird gebeten.

Der Vorstand.

Hammerstein, Wstfr. (Regbz. Marienwerder). Am Sonnabend, dem 19. Oktober d. Js., nachmittags 5 Uhr, Zusammenkunft der Ortsgruppe Hammerstein bei Bourdos Nachf. in Hammerstein mit nachfolgender Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Wahl des Vereinslokals; 4. Verschiedenes. Nach Schluß der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Damen.

Der Vorstand.

Hochwald (Regbz. Trier). Sonntag, den 20. Oktober d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung in Deufelbach, Hotel zum Erbeskopf. Wegen Beratung der nächstjährigen Kaisergeburtstagsfeier wird um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Der Vorstand.

Hilstein. Am Sonntag, dem 20. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr (im Anschluß an die Versammlung der Bezirksgruppe Schleswig), Mitgliederversammlung im Seltz Hotel in Neumünster. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden und 1. Beisitzers; 3. Berichterstattung über die diesjährige Delegiertenversammlung in Berlin, anschließend Besprechung; 4. Vortrag: „Maßnahmen zur Förderung des Vogelichthus nach dem von Herrn Reichern von Werlepf abgehaltenen Lehrtunus“, Förster Ehler-Reinbek; 5. Verschiedenes. Um rege Beteiligung mit Damen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Karnetwisch (Regbz. Cöslin). Am Sonnabend, dem 19. Oktober d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Gasthaus zu Karnetwisch. Tagesordnung: Fall Romanns-Voorn; Verschiedenes. Der Vorsitzende: Walther.

Stangenwalde (Reg. Danzig). Sonntag, den 20. Oktober d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung im „Deutschen Hause“ zu Marthaus.

Tagesordnung: 1. Beratung etwaiger Anträge zur nächstjährigen Bezirksgruppenversammlung. 2. Beschlußfassung über die Kaisergeburtstagsfeier. 3. Bestellung von Forstkalendern. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen der Herren Kollegen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Swinemünde (Regbz. Stettin). Hegemeister Scholz hat den Vorsitz niedergelegt und ist aus der Ortsgruppe ausgetreten. Der Grund wird auf der nächsten Versammlung, die voraussichtlich Ende Oktober in Misdroy stattfindet, bekanntgegeben. Anträge für die nächste Tagesordnung werden bis zum 10. d. Mts. an den Unterzeichneten erbeten.

Hindenburg, stellvert. Vorsitzender.

Wiartel (Regbz. Allenstein). Sonntag, den 20. Oktober d. Js., nachmittags 5 Uhr, Versammlung in Wiartel. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekanntgegeben. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, bitte um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein, wozu die Damen herzlichst eingeladen werden.

Der Vorsitzende: Arnswald.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Hegemeister Bernhardt, Hienstedt bei Forke, vortragen. Was für die nächste Sitzung bestimmt ist, muß Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Magdeburgerforst (Regbz. Magdeburg). Die Versammlung am 29. September war von acht Mitgliedern besucht. Nach Stellung von Anträgen für die Bezirksgruppe wurde einstimmig beschlossen, die Ortsgruppenbeiträge von 0,50 M auf 1,50 M zu erhöhen, so daß also an den Schatzmeister vom 1. Januar 1913 ab 9 M abzuführen sind. — Fünf neue Mitglieder konnten der Krankenkosten-Beihilfefasse zugeführt werden. — Für die nächste Versammlung wurde der Januar in Aussicht genommen. — Es wird gebeten, evtl. Fuchsbälge bis dato aufzuheben, da über gemeinschaftlichen Verkauf beraten werden soll. — Zum Schluß bittet der Vorsitzende alle Kollegen, vor allem, die nicht bei der Versammlung zugegen waren, die letzten Worte unseres Hauptvorsitzenden im stenographischen Bericht Seite 46 besonders zu beachten: „Lassen Sie uns stets den grünen Rod als das Sinnbild einer Gemeinschaft von Männern mit gleichen Idealen betrachten, lassen Sie alle Gegensätze fallen, seien Sie offen gegeneinander, dann werden Sie finden, daß die Vorurteile, die Sie vielleicht hier und da gegen diesen oder jenen Kollegen haben, gar nicht berechtigt sind.“ Den anderen Herren aber müßte zugerufen werden: „Weg mit dem Nachmittagschlafchen, die Pferde oder das Rad aus dem Stall!“ Zweimal im Jahre muß jeder einen Nachmittag für den Verein übrig haben, denn derselbe vertritt seine Lebensinteressen! Der Vorstand.

kann es aber sein, wenn in räumlich allzu ausgedehnten Bezirkegruppen örtliche Vereinigungen sich bilden, welche die Beziehungen zwischen den Vereinsmitgliedern pflegen, für den Verein arbeiten und werben und in jeder Weise es sich angelegen sein lassen, die Bestrebungen und Ziele des Vereins zu fördern. Welche Stellung im Verein solchen Ortsgruppen mit der Zeit zuzuweisen sein wird, wenn sie sich in großer Zahl bilden und als lebenskräftig und nützlich erweisen, ist heute noch nicht zu beurteilen und muß späterer Entscheidung vorbehalten bleiben.

Halensee, den 28. September 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Anruf

an alle akademisch gebildeten Privatforstbeamten.

Die Notlage der Privatforstverwaltungsbeamten, die infolge der Überfüllung dieses Berufes von Jahr zu Jahr größer wird, hat den Verein für Privatforstbeamte Deutschlands veranlaßt, einen Ausschuß zur Prüfung der Lage dieser Beamten einzurichten.

Dieser Ausschuß sieht es als seine nächstliegende Aufgabe an, die Zahl der akademisch gebildeten Privatforstbeamten einerseits und die Zahl der vor- und händelnden Reviervorwallerstellen andererseits festzustellen, kurz, zunächst statistische Erhebungen anzustellen, um dann auf Grund dieser Statistik weitere Schritte zur Abhilfe zu tun. Demgemäß eruchen wir alle akademisch gebildeten deutschen Privatforstbeamten — mögen sie eine Stelle innehaben, welche es auch sei, oder mögen sie zurzeit stellenlos sein — diese Arbeit im Interesse ihres Berufsstandes dadurch zu unterstützen, daß sie auf einfacher Postkarte oder durch Brief der Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands in Halensee-Berlin, Karlsruher Straße 13, folgende Angaben machen:

Name, Alter, Schulbildung, Ort und Dauer des forstlichen Studiums, abgelegte Prüfungen und jetzige Stellung (Art, Titel, Ort, Dienstherrschaft, Größe des Dienstbezirks, Zahl der Unterbeamten usw.).

Halensee-Berlin, den 22. September 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Zum Angestelltenversicherungsgesetz.

Am 1. Januar 1913 tritt nun dieses schwer erkämpfte Gesetz in Kraft. Bei der gewaltigen und einschneidenden Wirkung, welche das Gesetz für die Privatbeamten, ganz besonders aber für die Privatforstbeamten hat, hätte man eigentlich meinen müssen, daß ein jeder sich aus allerpersönlichstem Interesse ganz genau mit den Anforderungen, welche es an den Einzelnen stellt,

hätte bekanntmachen sollen. Leider fehlt hier, wie verschiedene Zuschriften zeigen, noch manches, und wir möchten in letzter Stunde unseren Mitgliedern noch einige Fingerzeige auf den Weg geben. Zunächst stehen jetzt die Wahlen der Vertrauensmänner bevor, und wir wollen gleich von vornherein bemerken, daß diese Wahlen gewissermaßen das Fundament bilden, auf dem dann der ganze Verwaltungsapparat aufgebaut wird, denn aus dem Kreise dieser Vertrauensmänner gehen dann die Beisitzer für die Rentenausschüsse, für die Schiedsgerichte, für das Schiedsgericht und für den Verwaltungsrat hervor. Es leuchtet daher wohl ein, daß nur Männer gewählt werden müssen, die instande sind, diese schwierige Arbeit auch im Interesse der Versicherten zu bewältigen. Wir legen daher allen Mitgliedern dringend ans Herz, hier nicht oberflächlich zu verfahren. In Vorschlag für diese Vertrauensmänner bringen wir natürlich in erster Reihe unsere Mitglieder in den einzelnen Wahlkreisen; wo diese nicht ausreichen, und das wird wohl nicht selten vorkommen, empfehlen wir, nur solche Herren in Vorschlag zu bringen, die dem Hauptverband der Güterbeamten-Vereinigungen Deutschlands angehören. Alle anderen können für uns gar nicht in Frage kommen, denn die Privatforstbeamten, welchen bis jetzt noch das Verständnis für die Wichtigkeit eines Zusammenschlusses fehlt, können wir unmöglich für interessiert und befähigt halten, diese noch viel weiter gehenden Interessen wirksam zu vertreten.

Wir lassen nun einen kurzen Auszug aus der Wahlordnung folgen und raten dabei allen den Mitgliedern, welche sich noch näher mit dieser Materie beschäftigen wollen, und das sollen alle sein, sich Heft XIII und XIV der „Sonberbrude der Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung und zum Angestelltenversicherungsgesetz“ zum Preise von 25 bzw. 15 S. von der Geschäftsstelle des Hauptverbandes der Güterbeamten-Vereinigungen Deutschlands in Breslau X, Bismarckstr. 8, schicken zu lassen.

Auszug aus der Wahlordnung:

§ 2. Der Wahlleiter (Landrat, Bezirkshauptmann) bestimmt, an welchem Orte sowie zu welcher Zeit und zu welchen Tagesstunden die Stimmzettel abzugeben sind. Er macht sie unter Mitwirkung eines Auszuges aus den gesetzlichen Vorschriften über Wahlberechtigung und Wählbarkeit mindestens zweimal in dem für die amtlichen Bekanntmachungen der unteren Verwaltungsbehörde bestimmten Blatte (Preisblatt usw.) bekannt.

Zwischen der ersten Bekanntmachung und dem Wahltag, bei mehreren Wahltagen dem ersten, muß eine Frist von mindestens sechs Wochen liegen.

§ 7. In den Bekanntmachungen sind die Wahlberechtigten aufzufordern, für die Wahl Vorschlagslisten bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltag, bei mehreren Wahltagen vor dem ersten Tage, dem Wahlleiter (Landrat, Bezirkshauptmann usw.) einzureichen. Zugleich sind sie darauf hinzuweisen, daß nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden darf.

§ 8. Jede Vorschlagsliste soll mindestens so viel Namen enthalten, als Vertrauensmänner und Ersatzmänner zu wählen sind (in den ländlichen Wahlbezirken meist drei Vertrauens- und sechs Ersatzmänner); sie darf höchstens die doppelte Anzahl solcher Namen aufweisen.

Die Vorgesetzten sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Mangels anderer ausdrücklicher Erklärung wird angenommen, daß die an erster Stelle Aufgeführten als Vertrauensmänner vorgeschlagen werden.

Die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters unterschrieben sein ...

§ 9. Die Vorschlagsliste soll die Wählervereinigung, von der sie ausgeht, nach unterscheidenden Merkmalen kenntlich machen. (Vorschlagsliste des Hauptverbandes der Güterbeamten-Vereinigungen Deutschlands. Diese Kollektiv-Bezeichnung raten wir allen angeschlossenen Vereinigungen an, da dadurch vermieden wird, daß mehrere Vorschlagslisten von Güterbeamten verschiedener Kategorien eingereicht werden. Es fallen in diesen Begriff Landwirtschafts-, Forst-, Brennerei- und Bureaubeamte.)

Ist die Wählervereinigung nicht kenntlich gemacht und kommt der Vertreter der Aufforderung nicht nach, so bezeichnet der Wahlleiter den Vorschlag.

§ 10. Ist eine Person auf mehreren Listen vorgeschlagen, so wird sie vom Wahlleiter aufgefordert, sich binnen einer Frist für eine bestimmte Liste zu entscheiden. Erklärt sie sich nicht innerhalb dieser Frist, so wird ihr Name auf allen Vorschlagslisten gestrichen. Den bevollmächtigten Vertreter ist dies unverzüglich mitzuteilen und anheimzugeben, binnen einer Frist Ersatzvorschläge zu machen.

§ 11. Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so ist seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten zu streichen; dem bevollmächtigten Vertreter ist nötigenfalls die Beschaffung anderer Unterschriften zur Vermeidung der Ungültigkeit der Vorschlagslisten aufzugeben.

§ 13. Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie zu spät eingereicht werden oder wenn sie den Vorschriften des § 8 nicht entsprechen und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Bei unvollständiger Bezeichnung des Vertrauensmannes wird der Name desselben gestrichen. Enthält eine Vorschlagsliste mehr Namen als zulässig ist, so wird das Mehr gestrichen.

§ 14. Zwei oder mehr Vorschlagslisten können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den Vorschlagslisten anderer Wählervereinigungen gegenüber als eine einzige Vorschlagsliste gelten. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der Vorschlagslisten oder die bevollmächtigten Vertreter übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des ersten Tages vor dem Wahltag die Erklärung abgeben, daß die Vorschlagslisten miteinander verbunden sein sollen. Anderenfalls ist die Erklärung über die Verbindung ungültig.

Die gültigen Vorschlagslisten werden spätestens drei Tage vor der Wahl öffentlich bekanntgemacht.

Die angeführten Paragraphen der Wahlordnung beweisen zur Genüge, daß die Regierung mit Organisationen der Angestellten rechnet, sie beweisen daher gleichzeitig, wie berechtigt der Zusammenschluß aller deutschen Güterbeamten war, sie müssen jenen, welche dem Zusammenschluß noch fernstehen, die Notwendigkeit des Beitritts aufs deutlichste beweisen, denn nur durch diesen sind wir fähig, die Interessen unseres Standes energisch und erfolgreich zu vertreten.

Um sich über die Namen der aufzustellenden Kandidaten zu einigen, raten wir, nun für jeden landrätlichen Kreis alle organisierten Güterbeamten zu wählen, zu welchen selbstverständlich die Forstbeamten gehören, zu einer Zusammenkunft einzuladen und die Namen der in Vorschlag zu bringenden Vertrauensmänner aufzustellen. Diese Namen müssen sodann auf einer Liste zusammengestellt und dem Wahlleiter mindestens drei Wochen vor dem Wahltag eingereicht werden. Als Schema für eine solche Liste empfehlen wir folgendes:

Vorschlagsliste
des Hauptverbandes der Güterbeamten-Vereinigungen Deutschlands.
1. N. N., Oberförster in X. (Vor- u. Zuname)
2. N. N., Oberinspektor in X.
3. N. N., Förster in X.

4. N. N.
5. usw.

.....
Zur weiteren Verhandlung wird bevollmächtigt

Herr N. N. in X.

X. X., den .. Oktober 1912.

Unterschrift von fünf wahlberechtigten Privatangestellten.

Die unter Nr. 1 bis 3 aufgeführten Personen sind als Vertrauensmänner anzusehen, die unter Nr. 4 u. f. als Stellvertreter. Diese Personen rangieren nun bei einem etwaigen Ersatz in der Reihenfolge, wie sie aufgestellt sind. Da die Wahlen auf sechs Jahre stattfinden und der Wechsel unter den Güterbeamten bekanntlich ein oft recht reger ist, so kann man wohl annehmen, daß sehr häufig in die Ersatzmänner gegriffen werden wird, und es empfiehlt sich daher, auf die Vorschlagsliste gleich mehr Ersatzmänner zu bringen, als eigentlich nötig sind.

Diese Vorschlagsliste nun wird vom Wahlleiter mit einem Buchstaben bezeichnet, und es ist bei der Wahl selbst nur nötig, einen Wahlzettel abzugeben, auf dem der Buchstabe dieser Liste angegeben ist, also: Vorschlagsliste A.

Die Wahl selbst ist persönlich, und jeder Wähler muß sich durch seine Karte ausweisen können. Vor allen Dingen lege daher jeder darauf Wert, daß ihm unverzüglich von seiner Ortspolizeibehörde eine Versicherungskarte ausgestellt wird. —

Wir fordern nun noch alle Mitglieder auf, ihre Kollegen anzuwachen, bei dieser wichtigen Wahl ja nicht zu fehlen, damit wir wenigstens in den

ländlichen Kreisen nicht durch die kaufmännischen Angehörten überstimmt werden.

Sehr wünschenswert wäre es, wenn sich wenigstens in jedem Kreise ein Mitglied finden würde, welches das Resultat der Wahl dann dem unterzeichneten Amt bekanntgeben würde. —

Wäge bei dieser wichtigen Sache jeder einmal wenigstens die Zusammengehörigkeit fühlen.

Versicherungsausschuss
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
in Schwarzwald-Baden.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

- Mitglieder:**
Nr. 3917. Reimer, Jacob, Privatförster, Balfow, U.-M. (B.-Gr. IX.)
3918. Langer, Oskar, Förster (b. Köhlig-Beck), Th. Rhyna b. Friedrichshütte, O.-S. (B.-Gr. VI.)

3919. Lange, Otto, Förster (Burggraf zu Dohna), Abbau Carwinden b. Schlobitten, Ostpr. (B.-Gr. I.)

Die Ausnahme in den Verein haben beantragt:

Stamm, Heinrich, Waldwärter, Colleda b. Schwalenberg.
Janik, Eduard, Förster, Lüben i. Westpr.
Sternitz, Robert, Lehrer und Chorleiter, Breslau.
Scholz, Heinrich, Förster, Paulshof, Biadt i. Posen.
Barthel, Paul, Hilfsjäger, Wörden b. Königsberg, R.-M.
Trom, Otto, Hilfsjäger, Schubertsee b. Herrnstadt, Kr. Guben.
Hildebrandt, Waldegar, Forstassistent, Risto i. Westgalizien.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshof Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

88. Verzeichnis

der zum Feste der Kronprinz-Friedrich-Wilhelm- und Kronprinzessin-Viktoria-Försterversammlung bei der Zentralsammelfeste (Rechnungsrat Schmidt II zu Berlin W 9, Leipziger Platz 9) in der Zeit von Anfang Januar bis Ende Juli 1912 weiter eingegangenen freiwilligen Beiträge.

- | | | |
|--|---------------|----------|
| 1. W. Ulbrich, Fürstlich Hoheizollernscher Förster in Sudow, Strafgelder in Forstrevolversachen | 9,— | „ |
| 2. Bohl, Forstmeister in Bider Alm, Budeigelder | 15,— | „ |
| 3. Stenisch, Rechtsanwalt in Bongrowitz | 3,— | „ |
| 4. Boigt, Königlich Forstmeister, Jagow, gesammelt von den Beamten und Jagdpächtern der Oberförsterei | 15,80 | „ |
| 5. Bietich, Königlich Oberförster in Grünlich in Ostpreußen, Strafgelder für Fehlschüsse auf Treibjagden in der Oberförsterei | 14,90 | „ |
| 6. Bähler, Königlich Förster, Obernkirchen, gesammelt bei einer Feier der Ortsgruppe Minden-Schaumburg des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten | 12,— | „ |
| 7. Büchler, Königlich Prinzlicher Förster in Rosenthal | 4,— | „ |
| 8. Forstfeste Dranienburg für die Firma: Gewerkschaft J. P. Sauer & Sohn in Suhl i. Thür. | 25,— | „ |
| 9. G. Otte, Königlich Forstassistent in Neubaus a. Elbe, von den Beamten und Jagdpächtern der Oberförsterei Garzenzien aufgebrauchte Spenden und Strafgelder | 20,15 | „ |
| 10. Unbekannt, Entgelt für einige vor mehreren Jahren unbeschadamerweise aus einer Staatsforst entnommene Farnpflanzen und einen Wacholder | 10,— | „ |
| Summe | 128,95 | „ |

Gierzy: Summe bis 87. Verzeichnis 148 479,78 „

Gesamtbetrag 148 607,73 „

Weitere Beiträge sowie Sammlungen von Zigarren-Abschnitten werden stets gerne entgegen genommen.

Verein Walde-Pyrmonter Forstbeamten.

Die diesjährige Hauptversammlung findet am Sonnabend, dem 19. Oktober d. Js., in der Stadt Walde im Gasthaus Jfenberg, um 11 Uhr vormittags statt, wozu unsere Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht, Berlesung des Kassenberichts und des Protokolls der vorjährigen Hauptversammlung.
2. Wahl von zwei Rechnungsprüfern.
3. Besprechung der vorjährigen Anträge.
4. Festsetzung der Vereinsbeiträge für das folgende Jahr.
5. Bestimmung des Orts der nächsten Hauptversammlung.
6. Verschiedenes.

Nach Schluß der Sitzung gemeinschaftliches Essen, sodann Besuch der Ebertalsperre.

Um 10 Uhr vorher dafelbst Gesamtvorstandssitzung.

Corbach, den 7. Oktober 1912.

Der Vereinsvorsitzende: Debes.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forstbediensteten in Preußen. 811. — Ein Vorschlag zu der Frage über Ausbildung und Fortbildung der preussischen Forstbeamten. Von Nowotny. 811. — Saat und forstliche Buchwahl. 814. — Zur Bewertung der Raubjagdbälle. 815. — Anrechnung der außerstaatlichen Dienstzeit der preussischen Forstverwaltungsbediensteten als pensionfähige Zeit. 816. — Neubau einer Kiefernforstbestände in Kantenau. 816. — Insektenkäden in der Provinz Brandenburg. 817. — Bericht über den schlesischen Forstverein in Weiden 1912. 817. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 819. — Gründung einer Waldgenossenschaft in Hannover. 820. — Verteilung des Waldbesitzes im Großherzogtum Sachsen. 820. — Verpachtung der heussischen Dominaljagden. 821. — Waldverkauf. 821. — Die Holzabnahme in den Württembergischen Staatswäldern. 821. — Aus den Jägerbataillonen. 821. — Waldbrände. 821. — Hundertjähriges Bestehen der Firma Heinrich Ermisch in Burg b. M. 821. — Amtlicher Marktbericht. 821. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 821. — Brief- und Fragekasten. 823. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 823. — Nachrichten des „Waldheil“. 825. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 826. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 829. — Inserate.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfälliger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balancen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Dieser Nummer liegen bei zwei Separatbeilagen: 1. von der Firma **Eduard Kettner, Köln a. Rh.**, betreffend **Gewehre und Jagdartikel, Jagdverleumdungsfälle und Hunde-Dressur-Apparate**. 2. von der Firma **J. Neumann, Neudamm**, betreffend **Kalender „Waldheil“** etc., worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Ferner liegt dieser Nummer bei in einem Teile der Auflage ein **Zigaretten-Prospekt** von der in Fürstentum wohlbekannten Firma **Heinr. Grebe, Bremen**, worauf wir hiermit besonders hinweisen.

Deutsche Jäger gedenket bei allen Treibjagden des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen.

Werbet Mitglieber! Gestraft **Fahlschüsse, Verträge gegen die Wildmannsprüche u. a. m.** zugunsten der **Waldheilsche**, sammelt für dieselbe bei allen **Schäffeleien!** (2) Sagen, Jahresberichte, Mitteilungen und Jagdabrechnungen des „Waldheil“ sind umsonst und portofrei erhältlich, ferner sind zu beziehen **Waldheilmarken** zum Preise von einer Mark für den Bogen, à 50 Stück, von der **Geschäftsstelle des „Waldheil“, eingetragener Verein, Neudamm.**

Zur Schneebalkkollekte für den Jagdaufseher Ott und die Witwe Schäfer.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß im Jahre 1898 zugunsten des durch einen wilderischen schmerz verurteilten Jagdaufsehers Ott und der Witwe des ermordeten Oberjägers Schäfer von unbekannter Seite eine **Schneebalkkollekte** veranstaltet wurde, in welcher die Expedition der „Deutschen Jäger-Zeitung“ als Sammelstelle für die Beiträge genannt ist. Wir erklären schon damals, daß diese Kollekte ohne unser Wissen und Willen in Umlauf gesetzt sei, machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß derartige Kollekten gesetzlich verboten sind, und haben wiederholt bringend, die **Schneebalkkollekte** für Ott und Schäfer einzustellen. Trotzdem gingen im Laufe der Jahre und gehen auch jetzt immer noch Beiträge für den genannten Zweck, teils mit unleserlichen Bemerkungen, bei unserer Expedition ein. Wir nehmen daher Veranlassung, die Empfänger von **Schneebalkbriefen** nochmals bringend zu bitten, dem Umfang der **Schneebalkkollekte** zu fernern und diese endlich einmal außer Kurs zu setzen. Die jetzt noch bei uns eingehenden Beiträge werden dem Verein „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, überwiesen. Die Expedition (10730 697) der „Deutschen Jäger-Zeitung“.

Familien Nachrichten

Edith! Die glückliche Geburt eines gesunden **Töchterchens**

zeigen hoch erfreut an
Königl. Forstausseher **Samme**
u. **Frau Elise geb. Geldmacher.**
Lorbach i. H., d. 4. 10. 12.

Geburten:

Dem Königl. Förster **Scharfe** in Hölle (Gannover) ein Sohn.
Dem Großherzogl. Oberförster **Stichling** in Rastat (Wien) eine Tochter.
Dem Forstassessor **Fischer** in Sondershausen eine Tochter.

Verlobungen:

Frl. **Margarete Steinte** in Forsthaus Alshelm bei Stargentin mit dem Kgl. Förster **Willi von Czernawski** in Forsthaus Hilsbach bei Schubin.

Eheschließungen:

Forstassessor **Kummer** in Steinbach-Hallenberg (Thür.) mit Frl. **Willweder** in Friedrichroda.
Forstassessor **Haselhuber** in Stuppach (Geg. Göttingen) mit Frl. **Schneider** in Gräfinghain.
Vollziehungsbeamter **Albert Mahnkopf** in Espandau mit Frl. **Emma Spillhagen** in Bromberg.

Sterbefälle:

Hofmann, Alb., Forstmeister a. D. in Georgenthal (Thür.).
Wid. **Lein**, Oberförster in Laufsha (Thür.).

Am 28. September verschied plötzlich am Herzschlage nach mehrjährigem Leiden unser hochverehrter

Regierungs- und Forstrat

Herr Ernst Hartmann.

Wir betrauern schmerzlichen den Verlust dieses wohlwollenden, gerechten und liebenswürdigen Vorgesetzten, der stets für jeden seiner Untergebenen und deren Familien in Freund und Leid das wärmste Interesse hatte. Ein treues und dankbares Gedenken werden wir ihm auch über den Tod hinaus bewahren.
Die Reviervorwarter u. Forstschutzbeamten der Forstinspektion Bromberg-Schönlanke.

Holz und Güter

Kaufe jeden Posten (1181)
Faulbaumholz — Eprodelholz,
auch **Schichbeerholz**, gemant, b. Selbstverwertung, zahle guten Preis.
Paul Becker,
Stendal-Röge, Lüderiger Str. 30.

Personalien

Bekanntmachung.

In der städtischen Hofpitalforst Birken, Ar. Ebing, ist eine Försterstelle zum 1. November 1912 zu besetzen. (1240) Dienstverpflichtungen 600 Mk. bar, außerdem freie Wohn- und Wirtschaftsgebäude, freies Brennholz bis zu 40 Raummetern weiches Knüppelholz gegen Erstattung der Verbrennungskosten und 4,85 ha Dienstland. Diese Nebenbezüge sind pensionsberechtigt mit 300 Mk. Ferner werden 10 Scheffel Roggen in natura, 100 Mk. Dienstaufwandsentschädigung (nicht pensionsberechtigt) und Schulgeld nach besonderem Tarif gewährt.

Nebenverdienst durch Übernahme eines 119 ha großen staatlichen Schutzbezirktes kann in Aussicht gestellt werden.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf zweijährige Probezeit, während welcher zu jedem Vierteljahrsersten je nach möglicher Kündigung zulässig ist.

Forstverpflichtungsberechtigte Bewerber wollen ihre Meldungen unter Beifügung des Lebenslaufes, des Forstverpflichtungsscheines oder des Militärpassses und der seit Erstellung des Forstverpflichtungsscheines erlangten Dienst- und Führungszeugnisse binnen 14 Tagen an uns einreichen.

Personliche Vorstellung nur auf Anforderung.

Ebing, den 3. Oktober 1912.

Der Magistrat.

2 Forstauffseher-Stellen

sind zum 1. Januar 1913 in der Stadtförst Göttingen zu besetzen. Einkommen zunächst je nach Gehaltsdienstalter 1350 bis 1752 Mk. und Freibrennholz gegen Verbrennungskosten. Nur gut empfohlene, gewandte und tatkräftige Bewerber, die einige Erfahrung in Raubholzwirtschaft haben, wollen sich melden. (1243)

Herberhausen bei Göttingen.

Der Oberförster. Fricke.

Forstsekretär-Stelle.

Die Forstsekretär-Stelle in unfernt 22000 Morgen großen Stadtförst ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen.

Die Jahresvergütung beträgt 1900 Mk. und steigt von 8 zu 8 Jahren um 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2000 Mk. Neben der baren Vergütung wird freie Wohnung und freies Brennmaterial (19 rm weiches Knüppel gegen Erstattung der Verbrennungskosten) gewährt. Mit der Stelle ist auch eine Nebeneinnahme verbunden. Geeignete Bewerber werden ersucht, sich unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes bis zum 1. November a. c. bei uns zu melden.

Guben, den 7. Oktober 1912.

Der Magistrat.

Sachse.

(1276)

Für eine Privatforst in der Provinz Schlesien wird zum baldigen Eintritt ein katholischer, jüngerer

Förster

mit abgelegter Försterprüfung gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter F. 2. 1261 bef. d. Exped. der Deutschen Forst-Zeitung, Neudamm.

Suche zum 1. November oder später für ein jähriges Kind im Forsthaus eine

Erzieherin II. Kl.

gegen freie Station. Off. u. „Forsthaus“ 1247 bef. d. Exp. d. D. F.-Z., Neudamm.

Die Försterstelle in Jühnde ist besetzt.

Caussch!

Forstverpflichtungsberechtigte Kandidaten für den Bezirk Ebing tauscht mit Kollegen aus dem Bezirk Frankfurt, Weiden, Magdeburg oder Weiden. Off. u. Nr. 1271 bef. d. Exped. d. D. Forst-Ztg., Neudamm.

4—500 Mk.

zahlte für Radw. annehm., bef. Reviert. ob. Försterstelle in Erbsolden. Königl. Forstass., Auf. 30, sehr g. Zeugn. u. nach jege. Nicht. hin erfahren. Off. u. Nr. 1178 bef. d. Exped. d. D. F.-Z., Neudamm.

Ende Stelle als Jagdaufseher.

Bis 30 J. alt, fr. Figur, gewandter Schreiv. u. Angellschütze u. tücht. Raubjagdwertiger. Off. u. Nr. 1044 bef. d. Exped. d. D. F.-Z., Neudamm. (1222)

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amtesliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mf., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belegungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mf. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belegungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht reaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 42.

Mendamm, den 20. Oktober 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Auzwien im Regierungsbezirk Allenstein, ist voraussichtlich zum 1. Januar 1913 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. November eingehen.

Försterei Brodden in der Oberförsterei Selgenau, Regierungsbezirk Bromberg, ist zum 1. Januar 1913 anderweit zu besetzen.

Zur Neuregelung der Dienstländereien und der Dienst- aufwandsentschädigungen.

Anlässlich der von der Zentralforstverwaltung beabsichtigten Neuregelung der Dienstländereien und der anderweitigen Festsetzung der Dienst- aufwandsentschädigungen der Revierförster und Förster sind bei uns eine Menge Zuschriften eingegangen — namentlich von solchen Kollegen, denen der Wortlaut der betreffenden Verfügung nicht bekannt geworden ist —, worin wir um nähere Aufklärung über die Absicht und Durchführung der geplanten Regelung angegangen werden. Viele dieser Zuschriften äußern sich sehr pessimistisch; ja man befürchtet sogar, daß dem Försterstande durch die in Aussicht stehenden Maßnahmen ein Schaden erwachsen könnte, der nie mehr gut zu machen sei, und man verlangt von uns, daß wir uns hierzu äußern. Diesem vielfachen

Drängen folgend wollen wir unsern Standpunkt, den wir den Dingen gegenüber einnehmen, allgemein kundgeben, bemerken jedoch, daß erst die Beschlüsse des Gesamtvorstandes und letzten Endes der Delegiertenversammlung allein als der Wille der Gesamtheit des Försterstandes angesehen werden können.

Die geplante Neuregelung bezweckt, wie aus den für sie gegebenen Grundsätzen hervorgeht:

1. die Einziehung und anderweite Nutzbar-
machung derjenigen Dienstländereien, für
deren fernere Belassung ein Bedürfnis nicht
mehr vorliegt,
2. anderweite Festsetzung des Nutzungsgeldes
für das bei den Stellen zu belassende Land
im Anhalt an den gemeinen Nutzungswert

des Landes, aber auch unter Berücksichtigung der besonderen Schwierigkeiten, mit denen der Stelleninhaber als landwirtschaftlicher Laie zu kämpfen hat,

3. Gewährung einer ausreichend hohen Entschädigung für die von den Stelleninhabern im Interesse oder aus Anlaß des Dienstes zu machenden Aufwendungen im Wege des Ausgleiches zwischen den zur Zeit über den Bedarf hinaus mit Dienstland ausgestatteten oder durch andere Umstände besonders begünstigten und den unter der Ungunst der Verhältnisse leidenden mit unzureichender Dienstaufwandsentschädigung ausgestatteten Stellen. Die Entschädigung soll im Durchschnitt etwa 300 M betragen und im Höchstjah 600 M keinesfalls übersteigen,
4. die Neuregelung soll entweder auf Antrag der gegenwärtigen Stelleninhaber oder bei Gelegenheit des Stellenwechsels erfolgen.

Wenn wir nun die Wünsche des Försterstandes zurückverfolgen, so finden wir, daß die Beseitigung der großen Ungleichheiten in den wirtschaftlichen Erträgen der einzelnen Stellen von jeher sein Wunsch gewesen ist. Allerdings sind gerade in den letzten Jahren die diesbezüglichen Wünsche weniger laut hervorgetreten, dank der steten Fürsorge der Herren Regierungsforstbeamten auch die sogenannten schlechteren Stellen durch Vermehrung der Dienstländereien auszubessern und dank auch der Handhabung, wonach bei Bewerbungen um freiverdende Stellen dem Dienstälteren im allgemeinen der Vorzug gegeben wird.

Wenn nun jetzt die Staatsregierung einen Ausgleich schaffen will, so ist diese Absicht mit Dank anzuerkennen, wir knüpfen allerdings daran die Hoffnung, daß uns das Gute möglichst erhalten bleibt und unser Stand die Kosten des Ausgleichs nicht ausschließlich zu tragen hat, und daß ferner eine allgemeine Erhöhung des Borgehalts und damit die des pensionsfähigen Einkommens in weiterer Gefolgschaft steht.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Schaffung eines gerechten Ausgleichs große Schwierigkeiten bietet, weil namentlich die Güte der einzelnen Stellen zu sehr von den persönlichen Eigenschaften des Stelleninhabers und seiner finanziellen Leistungsfähigkeit abhängt.

Große Vorsicht erscheint deshalb am Platze gegenüber der Einziehung des sogenannten überflüssigen Dienstlandes; denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die Bedürfnisfrage bisher eher zu einer Vermehrung als zu einer Verminderung der Dienstländereien führte. Besonders in Fällen, wo der Stelleninhaber aus dienstlichen und wirtschaftlichen Rücksichten zur Pferde-

haltung gezwungen ist, dürfte kaum eine Verminderung der Flächen angängig sein; denn hier sind bei der oft geringen Ertragsfähigkeit des Bodens viele Stellen eher mit zu wenig als zu viel Dienstland ausgestattet. Es wird auch beispielsweise eine entfernt liegende Wiese, die der Stelleninhaber verpachtet, nicht immer als über das Bedürfnis hinausgehend angesehen werden können, weil eben dieser Pachterlös notwendig sein kann, um das Manko, das der Wirtschaftsbetrieb sonst mit sich bringt, zu decken.

Die Försterdienstlandswirtschaft weist so viele Verschiedenheiten auf, wie beim Landwirtschaftsbetrieb überhaupt nur vorkommen können. Sie hat sich fast bei jeder Stelle aus dem Bedürfnis heraus historisch entwickelt, und es wird in den meisten Fällen kaum angängig sein, sie erheblich einzuschränken. Dazu dürfte auch die in Aussicht gestellte durchschnittliche Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung bei weitem nicht ausreichen.

Es wird deshalb auch sehr schwer möglich sein, schematisierend vorzugehen; vielmehr müssen die Verhältnisse von Fall zu Fall eingehend geprüft werden. Hierbei dürfte die Beurteilung von dem Stelleninhaber selbst am zutreffendsten erfolgen können, und der Wunsch, daß dieser über die beabsichtigte Regelung der Stelle gehört werden möge, ist wohl nicht als unbescheiden anzusehen.

Hinsichtlich der Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung können wir den Grundsätzen, die für ihre Festsetzung maßgebend sein sollen, nur zustimmen.

Alles in allem stehen wir der Absicht der Behörde, eine Regulierung der Dienstländereien vorzunehmen, sympathisch gegenüber, weil damit ein Hindernis beseitigt wird, das von jeher einer höheren Ruhegehaltspflichtigen Besoldung unseres Standes im Wege war; sie ist aus diesem Grunde eine direkte Notwendigkeit.

Wie sich die Regulierung in der Durchführung gestalten wird, kann uns erst die Zukunft lehren. Wir haben aber das Vertrauen zu unserer Verwaltung, daß es ihr gelingen wird, die Regelung so zu gestalten, daß dem Försterstand in seiner Gesamtheit ein Nutzen daraus erwächst, der die allgemeine Zufriedenheit fördern hilft.

Der engere Vorstand

des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.
Bernstorff. Velte. Simon. Hennig.
Meister. Rodow. Joost.

Schältschaden und Durchforstung.

Von Königl. Förster Rosemann.

Der Schältschaden, den das Rotwild in unsern Wäldern verursacht, ist meines Erachtens gegenwärtig von der Existenz dieses Wildes unzertrennlich. Ob das Rotwild früher weniger geschält hat? Wer vermöchte das mit Sicherheit festzustellen? Ich meine, den Umstand, daß über den Schältschaden früher weniger gesprochen und geschrieben wurde, hauptsächlich darauf zurückführen zu sollen, daß in manchen Gegenden, die sich heutzutage des Vorzuges, ebenfalls den edlen Hirsch zu beherbergen, erfreuen, an das Aufkommen eines Rotwildbestandes nicht zu denken war. Sei es, daß es dort früher mit Rücksicht auf den allgemeinen Kulturzustand an geeigneter Nahrung fehlte, sei es, daß ein reger Wilddiebstahl, angeregt durch die Armut der damaligen Bevölkerung und ermöglicht durch die geringere polizeiliche Aufsicht auf dem Lande, dieses Wild immer wieder bis zur Vernichtung dezimierte, wo es nicht in einigen besonders begrenzten Jagdbezirken hoher und höchster Herrschaften eine besonders gute Pflege und vor allem strenge und scharfe Aufsicht und Schutz genoß.

Auch wird dazu, daß man von dem Schältschaden damals kein großes Aufhebens machte, der Umstand beigetragen haben, daß man ihn in den vielen, wenig gepflegten und wenig beaufsichtigten Waldungen einfach gar nicht wahrnahm, und wo dies wider Erwarten geschah, ihn entweder nicht beachtete, oder andernfalls sich damit tröstete, daß dieses Übel bis zur Häubarkeit des Bestandes ganz von selbst wieder verschwinden würde. Und in der That, in den aus Saaten hervorgegangenen Beständen fehlte es nicht an Stammexemplaren, die die durch das Schälen anfänglich beschädigten, dann angefaulten und schließlich durch Wind- und Schneebruch beseitigten Exemplare allmählich ersetzten, zumal ein meist langer Umtrieb die dazu erforderliche Zeit ausreichend gewährte. Wer dachte damals an überlegt ausgeführte Durchforstungen? Das trodene und brüchige Holz wurde durch Berechtigte, später gegen käufliche Erlaubnischeine in der Form von sog. Raff- und Leseholz — wobei allerdings noch viel Holz mit der Art und der Säge „gerafft“ und „gelesen“ wurde — so gut es ging, wenigstens in der Nähe der Hauptverkehrswege entfernt, und die Sache war erledigt. Was schließlich als haubarer Bestand übrig blieb, reichte aus, den Bedarf an Langnußholz zu befriedigen, und — Brennholz mußte doch auch sein! Es ist ja noch gar nicht so lange her, daß gerade die Brennholzforge unsere tüchtigsten Forstleute beunruhigte und veranlaßte, die vom Rotwild nicht geschälten langsamwüchsigen Rotbuchenbestände schleunigst in schnellwachsende, aber gefährdete Nadelholzbestände umzuwandeln! —

Diese Umwandlung mag das Schälen immerhin etwas als Schaden gefördert haben. Denn, während sich das Rotwild in Rotbuchenbeständen auf das Schälen von minderwertigen und abkömmlichen Weichhölzern beschränkte, reizt jetzt das Nadelholz durch den ganzen Bestand dazu. — Bergegenwärtigt man sich das alles, so wird

man kaum annehmen können, daß das Wild früher gar nicht schälte, und daher auch nicht hoffen dürfen, durch den Rückblick auf vergangene Zeiten einen besonderen Grund für die Neigung des Wildes zum Schälen und damit ein Mittel zu dessen Bekämpfung ausfindig zu machen.

Vielmehr dürfte nach dem Grundsatze Pfeils „Frage die Bäume, wie sie erzogen sein wollen“, es angezeigt sein, zu fragen, ist es möglich und gegebenenfalls wir, trotz Schältschadens gesunde und nützliche Bestände zu ziehen? —

Wenn wir heute lesen, daß 70- und 80jährige Bestände unter den Folgen des Schältschadens in ihrem Werte sehr beeinträchtigt sind, so ist dieser Mangel meines Erachtens nicht so sehr dem Schältschaden anzurechnen, als dem Umstande, daß wir, während die starke Vermehrung der Nadelholzbestände vor länger als 100 Jahren erfolgt ist, rationell eingreifende Durchforstungen eigentlich erst seit 30 Jahren und — vielleicht auch heute noch nicht einmal überall haben! Dafür kann nun aber nicht etwa immer der Wirtschaftler, sondern das liegt vielmehr zum großen Teil daran, daß sich vorher einfach gar keine oder nur ganz verschwindende Absatzmöglichkeiten für das bei den Durchforstungen anfallende Material boten. Bis vor 30 Jahren konnte das notwendig aus den Durchforstungen zu entfernende Holz überwiegend nur als Brennholz verwertet werden, und in vielen Gegenden war gar nicht daran zu denken, die ganze Menge, die bei gründlichen Durchforstungen hätte anfallen müssen, auch nur zu annähernd annehmbaren Preisen abzusetzen. So blieb denn manche Durchforstung nolens volens unausgeführt, und krankes und faules Material erhielt sich bis in Altersklassen hinein, in denen es längst keine Existenzberechtigung mehr hatte.

Erst mit der zunehmenden vermehrten Absatzmöglichkeit des Holzes als Schleif- und Grubenholz in Verbindung mit den zahlreicheren und besseren Kommunikationsmitteln, Chausseen und Eisenbahnen, traten die Durchforstungen aus der Form theoretischer Erwägungen heraus und wurden praktische Maßregeln von wirklich wirtschaftlicher Bedeutung. Trotzdem scheut sich jedoch auch heute wohl noch mancher Forstmann, in Nadelholz- und besonders Fichtenbeständen verhältnismäßig zeitig und gründlich eingzugreifen, während besonders die Eigenart der Fichte, nicht zu sehr in die Äste zu wachsen und darüber an Höhenwuchs einzubüßen, es doch gerade gestattet, sie von Jugend auf in verhältnismäßig lockerem Verbände zu erziehen.

Gegenüber dem geschälten Stande in den Dickungen ist es dem Rotwild in nicht zu schwach gegriffenen Erstlingsdurchforstungen meist zu leicht und zu zugig, sie stellen sich dort nicht gern ein; was in der Dickung aber vorher geschält wurde, kann bei der ersten Durchforstung meist ohne Schaden für den Bestand noch heraus. Der

Zuwachs in kräftig durchforsteten Beständen pflegt dann ein sehr lebhafter zu werden, und so verheilt auch manch kleiner Schältschaden natürlich schneller und wird dadurch vor Infektion und Einsaulen bewahrt.

Selbstverständlich schält das Rotwild in solchen Beständen allmählich wieder, aber die zweite, die dritte, vierte und eventuell weitere Durchforstung vermögen noch manchen geschälten Stamm zu beseitigen. Man bedenke, wie die Stammzahl vom geringen Stangenholz bis zum Baumholz notwendig sinken muß, um den verbleibenden den genügenden Platz im Kronen- und — was, so wichtig es gerade für die flachwurzelnde Fichte meines Erachtens ist, leider oft genug übersehen wird — auch im Wurzelraum zu bieten! Die zu beseitigenden Exemplare kann man bei fünfjährigem Durchforstungssturnus heutzutage nun im allgemeinen, eben als Schleif- und Grubenholz, so gut wie ganz gesundes Holz verwerten; nur wenig davon wird in den kurzen Jahren der Zwischenzeit bereits so sehr durch Fäulnis gelitten haben, daß es nur noch als Brennholz Verwertung finden kann. Für etwas minderwertigeres Brennholz haben wir auf dem Lande jedoch auch heutzutage noch immer gute Verwendung.

Wenn man dagegen die geschälten Exemplare allerdings erst völlig versaulen läßt, ehe man sie wirbt, dann ist der Schaden natürlich erheblich. Ich halte jedenfalls die Durchforstungen in fünfjährigem Turnus für das wichtigste Mittel gegen den Schältschaden. Mag der Stamm eine noch so schöne Krone haben, ist er einigermaßen stark geschält, so muß er geerntet werden, ehe er verfault; die eingezwängte oder breitgedrückte Krone der Nachbarn wächst sich immer noch aus, ein größerer Schältschaden gefährdet den Stamm aber sicher! —

Man wird daher also nicht nur rechtzeitig und oft genug durchforsten, sondern auch bei der Auszeichnung neben Kronenform und Kronenspannung — unter Umständen vielleicht sogar in erster Linie — besonders den Schältschaden berücksichtigen müssen.

Mit der Zeit wird die Krone in lockeren Beständen dem Geße des Wilbes zu hart, und der Aufenthalt zu wenig geschützt, dann stellen die weiteren Hiebe allmählich die „räumliche Ordnung“ im Walde immer noch her, und es rundet sich auch dann noch manche Krone. Nun mag es allerdings auch vereinzelte Bestände geben, die ausnahmsweise so stark und wiederholt geschält werden, daß, sofern man die säulnisgefährdeten, stark geschälten Stämme bei den Durchforstungen fortgesetzt entfernt, in absehbarer Zeit ein vom Standpunkt rationaler Wirtschaftsführung existenzberechtigter Bestand nicht mehr übrig bleibt. Solche Fälle werden aber doch nur Ausnahmen sein, die, falls man die Bestände vorzeitig ganz abtreibt und neu begründet, die Bewirtschaftung allerdings komplizieren, die Rentabilität des Betriebes aber kaum ungünstig beeinflussen dürften, da auch solche Bestände bis zum vorzeitigen Abtriebe ihren relativ höchsten Zuwachs immerhin wenigstens erreichen werden. Die Möglichkeit des Abzuges so schwacher Hölzer als Grubenholz und Schleifholz schützt uns heutzutage meines Erachtens aber vollkommen vor den Verlusten, die andernfalls vom Schältschaden befürchtet werden könnten. Allerdings soll man das eine tun, ohne notwendig das andere zu unterlassen. Eine, den gegebenen Abstandsverhältnissen entsprechende Beschränkung des Wilbes, eine ausreichende, richtig zusammengestellte, gemischte (!) Fütterung im Winter, Salzleden und dergleichen, werden sicher dazu beitragen, den Schaden zu beschränken. Auch hat es sich hier sehr praktisch erwiesen, in der Nähe der Fütterungen einige abkömmliche Stangen zu fällen und in 1 m Höhe wagerecht auf zwei Klästern zu legen oder an zwei Stämmen in 1 m Höhe anzubinden. Das Wild nimmt solche Stangen sehr gern an und schält sie bis auf den letzten Rest. So lange ihm solche wagerecht hoch liegenden Stangen geboten waren, verschmähte es, die stehenden Stangen zu schälen, eine Erfahrung, die sicher recht beachtenswert ist. —

So dürfte es in der heutigen Zeit wohl immer noch möglich sein, die Erhaltung eines angemessenen Rotwildstandes mit einer rationalen Bewirtschaftung der Forsten zu verbinden. —

Mitteilungen.

— **Platzbezeichnungen und Anisformen der Forstbeamten der Landwirtschaftskammern.** Der König von Preußen hat den Forstbeamten der Landwirtschaftskammern die Walduniform und Litwara der Gemeindeforstbeamten,*) jedoch mit graugrünen Achselstücken, verliehen. Die Walduniform dieser Beamten unterscheidet sich daher von derjenigen der preussischen Staatsforstbeamten nur durch die abweichende Form des Adlers an der Kopfbedeckung und auf den Knöpfen und durch die Farbe der Achselstücke.

*) Verordn. Allerhöchste Order vom 1. Juli 1912, abgedruckt in Nr. 32 S. 653.

Die Rangunterschiede der Kammerforstbeamten sind an der Uniform durch die für die Staatsforstbeamten vorgeschriebenen Unterschiede an den Achselstücken kenntlich zu machen. Für die Uniform der „Forst-Adjunkten“ ist diejenige der königlichen Forstreferendare zum Muster zu nehmen. — Der Titel „Forsttrat der Landwirtschaftskammer“ bleibt zur Allerhöchsten Verleihung im Einzelfalle vorbehalten. Die hauptamtlich tätigen Leiter der Forstberatungsstellen führen, wenn sie nach Ausbildung und Tätigkeit mit staatlichen Oberförstern auf eine Stufe gestellt werden sollen, die Bezeichnung „Oberförster der Landwirtschaftskammer“, die

übrigen akademisch gebildeten Forstbeamten „Forst-Assistenten der Landwirtschaftskammer“ oder, wenn sie die Staatsprüfung (Oberförsterprüfung) in einem deutschen Bundesstaate abgelegt haben, „Forst-Assessoren der Landwirtschaftskammer“.

— **Zur Lage der hessischen Pensionäre.** Einen eigenartigen Weg schlägt, wie die „Monatschrift für deutsche Beamte“ meldet, die hessische Regierung ein, die Lage der pensionierten Beamten und Lehrer den teuren Lebensverhältnissen entsprechend zu verbessern. Mit dem Betrag von 255 000 M., der für die Pensionäre durch den Landtag bereitgestellt wurde, soll den Nachsuchenden nur in Fällen des Bedürfnisses eine Unterstützung zuteil werden. Um nun dieses Bedürfnis festzustellen, ging allen im Ruhestand lebenden Beamten und Lehrern, sowie allen Beamten- und Lehrerswitwen ein Fragebogen zu, der außer den erforderlichen Personalien auch Vermögen und Schulden, Vermögensabtretung an Kinder, anderweites Einkommen an Zinsen usw., etwaigen selbständigen Erwerb der Ehefrau wissen will und sogar nach den Beihilfen an Kinder oder etwaiger Unterstützung durch die Kinder fragt. Damit alle Fragen der Wahrheit gemäß beantwortet werden, droht eine Fußnote mit Erkundigungen bei der Steuerbehörde. — Das preussische Ministerium versährt jedenfalls bei der Zuteilung von Pensionserhöhungen an die Altpensionäre loyal. Nach der Anweisung des Ministers sollen Erkundigungen von der Steuer- oder Polizeibehörde über die Bedürftigkeit des die Erhöhung des Ruhegeldes Nachsuchenden auf keinen Fall angestellt werden.

— **Wirtschaftsziel und Wirtschaftsgrundsätze im badiſchen Forstbetriebe.** Die vor kurzem veröffentlichte Dienstanweisung für Forsteinrichtung in den badiſchen Domänen-, Gemeinde- und Körperschaftswaldungen bringt bezüglich der Bewirtschaftung der Waldungen erprobte Gesichtspunkte, die von allgemeinem Interesse sind. Als Ziel der Wirtschaft wird ein nachhaltig möglichst hoher Waldbreinertrag neben gleichzeitiger angemessener Verzinsung der in der Wirtschaft festgelegten Kapitalien angesehen. Nach diesem Grundsatz ist über Holzart, Betriebsart und Umtriebszeit Entscheidung zu treffen. Innerhalb des hierdurch gegebenen Rahmens sind als Mittel zur Erreichung des Wirtschaftszieles anzuwenden: 1. freie Bestandeswirtschaft, 2. sorgfältigste Bestandesspflege mit dem doppelten Zweck: einmal nupholztüchtige und wertvolle Bestände zu erzielen (Schaft- und Kronenform), zum anderen ein günstiges Verhältnis zwischen Zuwachs und Holzkapital zu erreichen, 3. weitgehende Anwendung der natürlichen Verjüngung und geeignetenorts des Lichtwuchsbetriebes, um in kürzester Zeit die größte Menge der vom Markt begehrten und gutbezahlten Sortimente hervorzubringen, 4. Rücksichtnahme auf Bodenkraft und Bodentätigkeit bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen, 5. tüchtigste Sparsamkeit in den Produktionskosten, 6. Beschleunigung

des Ausbaues des Wegeneetzes, 7. vorteilhafte Ausnutzung der jeweiligen Lage des Holzmarktes. Bei Festsetzung des zweckmäßigsten Anteils der einzelnen Holzarten (Holzartenmischung) dürfen neben Beurteilung des Standortswertes (Boden, Lage, Klima), neben Wuchseigenschaften, Rentabilität, Wirtschaftszwecken, Nutzungsansprüchen des Waldeigentümers die Rücksichten auf die Bodenpflege und die Sicherheit des Betriebes (Insekten-, Windgefahr, Schneebruch) nicht außer acht gelassen werden. Für die Höhe des Umtriebs ist zunächst die Höhe des Waldbreinertrags maßgebend, und zwar in dem Sinne, daß ein Bestand in dem Alter als hiebsreif zu betrachten ist, von dem an die periodische Zunahme des Waldbreinertrages wesentlich nachzulassen beginnt. Erscheint das Verzinsungsprozent, welches bei dieser Umtriebszeit erwartet werden kann, als zu niedrig, so ist zunächst zu prüfen, ob nicht durch eine andere wirtschaftliche Behandlung eine bessere Verzinsung erzielt werden kann (Lichtwuchsbetrieb). Eine annähernd richtige Begutachtung der Umtriebszeit in Hochwaldungen kann durch die Feststellung des Sortimentesverhältnisses älterer haubarer oder angehend harbarer Bestände gewonnen werden. Welcher Zinsfuß als angemessen zu bezeichnen, läßt sich nicht allgemein angeben, da er nicht allein durch wirtschaftliche und finanzielle Gründe bedingt ist, sondern auch von den Anschauungen und Forderungen des Waldbesizers und überdies noch von äußeren, nicht im Ermessen des Letzteren liegenden Ursachen abhängt. So wird beispielsweise der schuldenfreie Waldbesitzer im allgemeinen mehr Wert auf hohe Reinerträge als auf hohe Verzinsung bei niedrigeren Walbeträgen legen, während andererseits der Walbeigentümer, welcher Schuldbinsen zu bezahlen hat, geneigt sein kann, zwecks Schulden tilgung das Vorratkapital zu vermindern und sich mit niedrigeren Reinerträgen zu begnügen. Von äußeren Ursachen, welche die Höhe der Umtriebszeit und damit die Höhe der Verzinsung bestimmen, sind für Staats- und größere Gemeindewaldungen insbesondere die Rücksichten auf die allgemeinen Wohlfahrtswirkungen des Waldes, ortsweise auch die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Holzverbrauchenden Gewerbe von Belang. Im allgemeinen wird darauf hingewiesen, daß die Grundsätze der Waldbreinertragstheorien im strengen Sinne nur in solchen Waldungen in Frage kommen können, die in allen Teilen dem Verkehr erschlossen und in wirtschaftliche Behandlung genommen sind und in denen daher auch eine rationelle Verwertung der Nutzungen möglich ist.

— **Auftreten des Eichenwicklers und der Eichenschildlaus im westfälischen Industriebezirk.** Wie bereits seit mehreren Jahren, so ist auch in diesem Jahre ein starkes Auftreten des Eichenwicklers und der Eichenschildlaus in den westfälischen Eichenwäldern beobachtet worden. Namentlich die in den Industriegebieten liegenden Waldungen haben unter diesen beiden Insekten ganz besonders zu leiden und werden von ihnen, sowie unter Mitwirkung der Rauchgase, vielfach zum Absterben gebracht. Zum mindesten tritt ein

starker Zuwachsverlust ein, die Mast wird vernichtet und da der Fraß sich stets in mehreren aufeinander folgenden Jahren wiederholt, so ist der angerichtete Schaden recht bedeutend. Der Eichenwidler frisst hier in Westfalen bis Ende Juni, und es ist beobachtet worden, daß die Eier nicht nur an den Knospen, sondern auch in den Rindenritzen abgelegt werden. Mit Borliebe befallt er die Stieleiche, die Traubeneiche scheint er nach Möglichkeit zu meiden und nur in Ausnahmefällen anzugreifen. Dieses mag wohl durch das härtere Blatt der Traubeneiche veranlaßt werden. Auch die Koteiche wird vom Eichenwidler fast vollständig verschont. Die Eichen Schildlaus, welche hauptsächlich in den Wäldungen zwischen Ruhr und Lippe vorkommt, ist wohl als ein Begleiter des Rauchschatens zu betrachten. Sie befallt mit Borliebe Eichenbestände, die unter Rauch leiden, und findet hier die günstigsten Lebens- und Vermehrungsbedingungen. Auch dichte, un gepflegte Bestände bevorzugt sie, eine sachgemäße Durchforstung und Bestandesspflege ist in solchen Beständen ein gutes Vorbeugungsmittel gegen die Eichen Schildlaus. Im allgemeinen stehen uns durchgreifende Vertilgungsmittel sowohl gegen den Eichenwidler als auch gegen die Eichen Schildlaus nicht zur Verfügung. Wir sind daher in der Hauptsache auf eine Unterstützung der Vogelwelt und einiger Insekten angewiesen, für deren Vermehrung und Schutz wir sorgen müssen. Von den natürlichen Feinden sind beim Eichenwidler hervorzuheben die Meisen, Stare, Baumläufer, Spechte, Laubfänger, Eichelhäher, auch Fledermäuse; die Hauptfeinde der Eichen Schildlaus sind dagegen die Blau-, Sumpf- und Schwanzmeise, sowie vor allen Dingen der Baumläufer. Die beste Bekämpfung der beiden Eichen schädlinge besteht demnach in einem energischen Schutz der Vogelwelt und in einer Vermehrung seiner Brutgelegenheiten durch Aufhängen von Nistkästen. Die günstige Wirkung dieser Maßnahmen wird nicht ausbleiben!

— **Sprengversuche.** Im Laufe des Sommers wurden in den hiesigen städtischen Wäldungen Sprengversuche bei Stodrobungen mit verschiedenen Sicherheits-Sprengstoffen (Perilit, Ammonachücit und Gesteins-Siegenit I) sowie als Gegenversuch eine Sprengung mit Dynamit vorgenommen. Um das beste und billigste Verfahren herauszufinden, wurden ziemlich gleichmäßig starke Eichen-Haubergsstöcke ausgewählt. Nach den Versuchen konnte festgestellt werden, daß Gesteins-Siegenit I in 66 g schweren 25-mm-Patronen bei weitem das beste und billigste Sprengmaterial ist. (Perilit kostet 180 \mathcal{M} 100 kg in 150-g-Patronen, Ammonachücit = 150 \mathcal{M} in 100-g-Patronen, Gesteins-Siegenit I = 130 \mathcal{M} in ca. 66-g-Patronen.)

Die 66 g schwere Patrone Gesteins-Siegenit I kommt auf 8,5 Pf. zu stehen und hat eine ungleich bessere Wirkung als eine 100 g schwere Patrone Ammonachücit zu 15 Pf. Perilit verteuert die Sprengungen durch zu hohen Preis, desgleichen Dynamit. — Die Kosten für das Herausprägen eines ca. 50 cm starken Eichenstodes betragen bei Verwendung von Gesteins-Siegenit I 3 Pf. für Vorarbeiten, 34 Pf. für vier Patronen = 264 g, 3 Pf. für Zündschnur, 3 Pf. für Sprengkapsel, im ganzen 43 Pf.

Ammonachücit 9 Pf. für Vorarbeiten, 45 Pf. für drei Patronen = 300 g, 3 Pf. für Zündschnur, 8 Pf. für Sprengkapsel, im ganzen 65 Pf.

Perilit 9 Pf. für Vorarbeiten, 54 Pf. für zwei Patronen = 300 g, 3 Pf. für Zündschnur, 8 Pf. für Sprengkapsel, im ganzen 74 Pf.

Eine Verwendung von Gesteins-Siegenit I (Lieferant Rudolf Schramm, Siegen) bei Urbarmachung von Wald- bzw. Haubergsflächen sowie bei Wegebauten erleichtert, beschleunigt und verbilligt die Arbeiten um ein Bedeutendes.

Siegen i. W., im September 1912.
Laubinger, Stadtförster.

Berichte.

Beratung des bayerischen Forstetats.

Im bayerischen Landtage, Kammer der Abgeordneten, ist am 8. bis 10. August der Forstetat beraten worden. Der Referent, Frhr. v. Frandenstein (Z.), erstattete einen längeren Bericht über die Ausschlußberatungen zum Gesamtetat. Demnach weist der bayerische Forstetat heuer ein wesentlich günstigeres Bild auf als in früheren Jahren. Er schließt ab in den Einnahmen mit 60 981 500 \mathcal{M} . und in den Ausgaben mit 29 740 851 \mathcal{M} , so daß sich eine Reineinnahme von 31 231 649 \mathcal{M} ergibt, was eine Mehreinnahme gegen den vorjährigen Etat von rund einer Viertelmillion Mark bedeutet. Im Anschluß daran bemerkte der Berichterstatter, daß sich der Ausschluß darüber einig gewesen sei, die Zuständigkeit der Förster und Forstamtsassistenten dahin zu erweitern, daß der Bevölkerung bei der Befriedigung der kleineren Bedürfnisse weniger Schwierigkeiten erwachsen.

In der nun folgenden allgemeinen Aussprache, die sehr eingehend ist, äußert sich zunächst der Ab-

geordnete Schmid-München (Soz.). Er führt aus, daß im allgemeinen das Ergebnis des Etats 1912/13 ein wesentlich günstigeres als in früheren Jahren ist. Während noch 1890 die Einnahmen 29 Millionen Mark betragen, stiegen sie 1900 auf 38, 1905 auf 40, 1908 auf 43, 1909 auf 56, 1910 auf 58 Millionen Mark und erreichen jetzt die respectable Höhe von über 60 Millionen Mark. Das ist eine recht bedeutende Einnahmesteigerung, die zum guten Teil auf den Antrag des Grafen Törring und selbstverständlich auch auf die von der Forstverwaltung durchgeführten Reformen zurückzuführen ist. Mit den Vorschlägen, welche die eingeleitete Kommission bezüglich des Umfangs der künftigen Holznutzung gemacht hat, kann man sich wohl einverstanden erklären. Sie hat die Nutzungen, die vom Grafen Törring vorgeschlagen wurden, als nicht erreichbar bezeichnet und ist etwas vorsichtiger zu Werte gegangen. Immerhin ist bei ihren Vorschlägen eine Erhöhung der Hauptnutzung um 34 % und eine recht erhebliche Steige-

zung der Vornutzung erreicht worden, die, wie ziffernmäßig belegt wurde, nachhaltig sein soll. Nach dem Vorschlag des Grafen Törring würde zwar in den nächsten 30 Jahren ein erheblich größerer Nutzen zu erwarten sein, nach dieser Zeit würde aber eine viel stärkere Minderung des Anfalles von Nutzholz und daher ein fühlbarer Ausfall in den Einnahmen eintreten, während nach dem Vorschlag der Kommission dieser Rückfall ausgeglichen wird durch vorsichtiges und langsame Zugreifen. Wünschenswert sei, daß auch fernerhin die Spezzarteichen geschont werden. Erfreulich ist, daß das Finanzministerium den Wünschen des Magistrats München bezüglich Schonung des Grünwalder Forstes nachgekommen ist. Der neue Minister solle in gleicher Weise wie sein Vorgänger auf die Erhaltung der Naturschönheiten Bedacht nehmen. Die großen Forsten in der Nähe bedeutender Städte sollten dem Publikum zum Besuch geöffnet werden. Die hohen Holzpreise und die dauernde große Nachfrage nach Holz sollten die Forstverwaltung veranlassen, sparsam und hausälterlich mit den vorhandenen Holzvorräten umzugehen. Bezüglich der Staatsjagden wünscht er eine richtige Austeilung der Jagdbezirke an die Forstbeamten, namentlich auch eine gerechte Beteiligung der mittleren und unteren Beamten an der Jagdausübung — was bisher sehr viel zu wünschen übrig ließ. Die nach Verdrückung dieses Verhältnisses verbleibenden Flächen sollten verpachtet werden. Auch die Regiejagden könnten rentabler gestaltet werden, alle nicht den Forstbeamtenkreisen angehörenden Jäger, die einen Hirsch, Gams oder Auerhahn schießen, müßten 100, 50 oder 30 M. hierfür an die Staatskasse zahlen. Der Bekämpfung der Waldbischlinge in den Privatwaldungen sollte man ein erhöhtes Augenmerk zuwenden. Die Forstbehörde sollte als Forstpolizei in Gemeinde-, Stiftungs- und anderen Waldungen nachsehen, ob den Waldverberbern überall mit den erforderlichen Maßnahmen entgegengetreten werden würde. Weiter verlangt er eine entsprechende Aufbesserung der unteren und mittleren Forstbeamten sowie ein korrektes Benehmen der Oberen ihren Untergebenen gegenüber sowie aller Forstbeamten und Forstbehörden gegen das Publikum. Mag der Forstmann an sich eine etwas derbe Art haben, sich auszudrücken, so muß doch auch diese Konzeption eine Grenze haben. Als Beispiel führt der Redner den Fall eines Forstmeisters an, der den Bürgermeister eines benachbarten Ortes wiederholt mit Erschießen bedroht und sein Personal mit Schimpfworten traktiert hatte. Ferner wünscht er, daß das Qualifikationsrecht der Forstarbeiter von den höheren Beamten respektiert werden möchte. Auffallend ist, daß seitens christlicher Gewerkschaftssekretäre die staatlichen Forstarbeiter zum Streik aufgefordert werden, wenn sich die Forstbehörden fernerhin so unfreundlich den Forstarbeitern gegenüber zeigen. Die Lage der Forstarbeiter ist in vielen Gegenden Bayerns direkt trostlos.

Der Abgeordnete Dr. Sammerschmidt (lib.) gibt, wie auch noch verschiedene andere Abgeordnete, seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß der

Ministerialdirektor v. Braza wegen Krankheit verhindert ist, an den Beratungen teilzunehmen. Des weiteren hebt er hervor, daß der staatliche Waldbesitz von größter Wichtigkeit ist und die staatliche Forstverwaltung daher jede Gelegenheit zur Vermehrung der Waldfläche ergreifen sollte. Er bespricht sodann den Bericht der aus Anlaß des Antrages Törring eingesetzten Kommission, verlangt vermehrte Schaffung von Waldbahnen, sowie die Gründung eines Reservefonds für Forstarbeiterpensionen. Forstliche Waldwege sollten möglichst der Bevölkerung freigegeben werden. Wichtig ist die raschere Kultivierung der Moore. Auch der Pflanzenzucht sollte erhöhtes Augenmerk zugewendet werden; wünschenswert wäre die Einrichtung von Pflanzgärten. Durch das Überhandnehmen der Waldbrände ist schon großer Schaden angerichtet worden; ein großer Teil derselben ist auf Lechjinn und Fahrlässigkeit zurückzuführen. Auffallend ist die große Zahl von Waldbränden in der Pfalz. Es wäre doch angezeigt, durch entsprechende Mittel (Rauchverbote) diesen Bränden zu begegnen. Die Tätigkeit der Forstbeamten ist eine außerordentlich wichtige, sie sollte aber in enger Fühlungnahme mit der Landwirtschaft bleiben. Wohl müssen die Staatswaldungen vor Ausbeutung geschützt werden, trotzdem können aber die Forstbeamten den Wünschen der Landwirtschaft in bezug auf Streuabgabe, Schaffung von Weidegelegenheiten usw. sehr wohl entgegenkommen. Hüten sollten sich die Beamten vor jeder Einseitigkeit. Die Bevölkerung sollte ihnen aber kein Mißtrauen entgegenbringen. Den Finanzminister bittet er, es an der Fürsorge für die Forstbeamten aller Grade nicht fehlen zu lassen und sie gleichzustellen mit den Beamten der übrigen Ressorts, um auf diese Weise die bestehende Verunruhigung und Verstimmung zu heben. Die neue Dienstinstruktion sollte möglichst bald herausgegeben werden. Am Schluß seiner Rede vertritt er noch die Wünsche des mittleren Forstpersonals, wichtigere Försterposten seien in geborene Stellen umzuwandeln, und spricht seine Befriedigung darüber aus, daß eine verhältnismäßig große Summe zur Aufbesserung der Löhne der Forstarbeiter in den Etat eingelegt worden ist. (Bravo!)

Der Abgeordnete Netinger (Z.) ist der Ansicht, daß man von einer allgemeinen Bestimmung auf dem Lande gegen die Forstbeamten nicht sprechen könne. Für die Förster will er erweiterte Kompetenzen in bezug auf den Verkauf von kleinen Partien Streu, Stangen usw. Zu ihnen haben die Bauern das meiste Vertrauen. Je höher der Beamte, desto mehr Scheu hat der Bauer vor ihm — manchmal auch der Abgeordnete. Die Direktiven sollen die Forstmeister, die Ausführung dagegen die Förster haben. Die Pflanzgärten will er einem Ressort unterstellt wissen, vielleicht dem Justizminister, weil ja bei dem Pflanzgarten in Leusen auch die Justizverwaltung die Gefangenen zur Arbeit stelle. Die Ablösung von Forstrechten soll nur geschehen, wo die Verhältnisse sie als wünschenswert erscheinen lassen; bei der Enttragung ins Grundbuch soll kein Recht gekürzt werden. Aufforderungen von Grundstücken, die für die Landwirtschaft nutzbar gemacht

werden können, müssen nach Möglichkeit eingeschränkt werden; für die Jagd aufgeforschte Grundstücke, die einen übermäßigen Wildstand hegen, sollen eingezäunt werden. Den Forstbeamten soll die Möglichkeit der Jagdausübung nicht genommen werden. Die Forstbehörden sollen den Privatinteressenten möglichst entgegenkommen.

Abgeordneter Eisenberger (B. Vbb.) wünscht u. a., daß die Forstverwaltung den Bedürfnissen der Volksbevölkerung bei Dedung ihres Holzbedarfs mehr entgegenkommen und kleinere Lose zum Verkauf stellen möge. Vor allem sollen Verteuerungen veranstaltet werden, bei denen nur der Konsument als Bieter auftreten darf und nicht auch der Händler. Die Forst- und Weiderecht will er ungeschmälert erhalten wissen und wendet sich auch aus diesem Grunde gegen die Ausführungen des Professors Dr. Endres in seinem Buche „Forstpolitik“, in denen die Beiseitigung der Forstrechte als Programmpunkt bezeichnet sei. Professor Endres behaupte, daß das Rindvieh auf den Weidewegen die Wurzeln der Bäume beschädige, weil der Rindviehschlag jetzt schwerer sei — da hat er allerdings recht; was tut denn dann aber das Wild? Von letzterem führt er gar nichts an! Das Wild ist eben das Mutterkind, das Schoßkind der hohen Herren. Er bittet die Regierung nochmals, nicht auf die Lehren des Professors Endres einzugehen. Weiter verlangt er die Schaffung von Weidewäldern. Die Wünsche der Forstassistenten vertritt er ebenfalls und fordert, daß man ihnen wie den Assessoren und niederen Waldwärttern entgegenkommen sollte.

Abgeordneter Bach (Kons.) wünscht Erleichterungen bei der Streuabgabe, ebenso der Abgeordnete Goldner; beide befürworten auch die Wünsche des Forstpersonals.

Abgeordneter Dr. Einhauser (Z.) bemerkt, daß die geplante Einsparung an Stellen nur mit möglicher Schonung bestehender Anwartschaften durchgeführt werde. Für die Forstpraktikanten sollen gleichmäßige Tagelöhner gewährt, die Bezüge der Forstschußdienstaspiranten erhöht werden. Auch die Arbeiterwünsche befürwortet der Redner, nachdem er noch für Auscheidung der Dienstfunktionen bei den höher vorgebildeten Beamten gesprochen hatte. Er regt an, daß die Holzauktionen in der Nähe der Forsten abgehalten und daß zur Aufforstung des Frankenjuras die Pflanzen möglichst billig abgegeben werden möchten.

Einige weitere Abgeordnete vertreten noch die Wünsche der Sägewerksbesitzer und sonstiger Forstberechtigten.

Am dritten und letzten Tage der Beratung ergreift zunächst der Finanzminister v. Breunig das Wort. Er dankt dem Hause für die anerkennenden Worte, die der Forstverwaltung gezollt wurden. Er wird diesen Zweig der ihm unterstellten Verwaltung stets für hochbedeutend und wichtig halten und auch darauf bedacht sein, die Interessen derer wahrzunehmen, die berufen sind, die Verwaltung dieses großen Schatzes zu leiten und den Wald zu pflegen. Die Interessen der Forstwirtschaft mit

denen von Gewerbe und Landwirtschaft werden nach Möglichkeit in Einklang gebracht. Die Mehreinnahmen, die infolge Nutzung der vorhandenen Altholzbestände erfolgen, sind bis auf weiteres auf jährlich 6 Millionen Mark festgesetzt. Eine neue Dienstinstruktion wird baldigst erscheinen; sie bringt eine Erweiterung der Zuständigkeit des mittleren Personals. Der Minister wird bemüht sein, Bureautätismus und Mißschreibung in der Forstverwaltung hintanzuhalten. Das gesamte Forstpersonal wird seiner Pflicht gerecht; daß es einzelne Ausnahmen gibt, ist selbstverständlich. Infolge der Fortführung der Revision der Forstorganisation werden künftig unter rücksichtsvollem Vorgehen eine Anzahl Stellen eingezogen werden. Er äußert sich alsdann über die Verhältnisse des Personals, besonders der Praktikanten und Förster, und erklärt die Lage des mittleren Forstpersonals für keineswegs so schlecht. Ein humanes Vorgehen gegen Untergebene und Publikum macht er allen Beamten zur Pflicht. Parteipolitische Rücksichten dürfen für den Beamten auf keinen Fall eine Rolle spielen. Den Fall des Forstmeisters D. in R. kann er nicht billigen, die Disziplinaruntersuchung ist noch im Gange.

Die Forst- und Landwirtschaft, meint der Minister weiter, sollten friedlich miteinander auskommen, die Klagen der Landwirtschaft gegen die Forstverwaltung gingen manchmal aber zu weit. Anläufe von Almen fänden schon lange nicht mehr statt; da und dort handle es sich nur um Ablösung von Forst- und Weidgerechtigkeiten. Der Pflanzenbedarf könne augenblicklich noch nicht aus den eigenen Anlagen gedeckt werden. Es sei zu begrüßen, wenn bei den Gefangenenanstalten die Pflanzgärten wie bisher fortgeführt werden. Die Forstverwaltung wolle mit dem Justizministerium wegen Verwaltung dieser Anlagen ins Benehmen treten.

Jagd und Wildstand sollen in einem die Landwirtschaft möglichst nicht schädigenden Zustande behandelt werden. Die Erhöhung der Abschußgebühren bei den Regiejagen wird erwogen werden.

Nachdem sich der Minister noch über den Naturschutz, Schonung der Speßarteeichen usw. äußert, berichtet ein Regierungskommissar über den Stand der staatlichen Moore und ihre Kultivierung sowie über den Holzverkauf, Schaffung weiterer Holzabsatzgebiete und besserer Transporteinrichtungen.

Einige Abgeordnete bringen noch verschiedene Wahlkreiswünsche vor, die sich in der Hauptsache auf Ermäßigung der Streupreise und Erhöhung der Bezüge der mittleren und unteren Forstbeamten sowie der Waldbarbeiter erstrecken.

Der Finanzminister ergreift hierauf nochmals das Wort und erklärt, daß er die vorgebrachten Anregungen prüfen und, soweit berechtigt, auch erfüllen werde. Was die Veteranen in der Forstarbeit anbelange, so könne er heute schon mitteilen, daß für diese gelegentlich der Reichsversicherungsordnung eine Versorgungseinrichtung vorgesehen werde.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

— **Anfall eines Forstbeamten auf dem Heimwege von einer Besorgung in der Stadt.** Ein Forstbeamter hatte sich im November vormittags in die Stadt begeben, um Gift für Raubzeug einzukaufen. Nachdem er den Einkauf besorgt hatte, hielt er sich bis abends 11 Uhr bei Bekannten auf und trat dann in nicht ganz nüchternem Zustande den Heimweg an. Am anderen Morgen wurde er erfroren im Straßengraben aufgefunden. Die Unfallentschädigungsansprüche seiner Hinterbliebenen sind von allen Instanzen zurückgewiesen worden, weil durch die erhebliche Verzögerung des Heimweges der Zusammenhang der Giftbesorgung mit dem forstwirtschaftlichen Betriebe gelöst worden ist; der Verstorbene hätte den Rückweg schon gegen 1 Uhr mittags antreten können. — Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 4. Juli 1912.

Feldpolizei.

Die von der Ortspolizeibehörde auf Grund des § 79 Abs. 1 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 getroffene Festsetzung der Kosten für die Einstellung, Wartung und Fütterung der gepfändeten Tiere ist keine polizeiliche Verfügung im Sinne des § 127 des Landesverwaltungsgesetzes; sie fällt vielmehr unter die Vorschriften der §§ 82 und 84 a. a. D., nach denen die auf die Klage ergangene Entscheidung ungültig ist.

II. R. O. vom 21. März 10. III. C. 185/09.
(Abgeb. Entsch. des R. O. L. VII. 407.)

Der Hofbesitzer S. in R. ließ dem Hofbesitzer B. daselbst gehöriges Vieh, das auf eine seiner Wiesen übergetreten war, pfänden. B. zahlte das von S. gemäß § 71 Ziff. 1a des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 geforderte Erlaßgeld und erhielt hierauf die gepfändeten Tiere zurück. Dagegen weigerte er sich, die Kosten für die Einstellung, Wartung und Fütterung des gepfändeten Viehes zu übernehmen. Infolgedessen erließ der Amtsvorsteher auf Grund des § 79 a. a. D. einen Bescheid, in dem er die gedachten Kosten auf 36 M festsetzte und B. aufforderte, diesen Betrag binnen

acht Tagen zwecks Abführung an S. einzuzahlen, widrigenfalls die zwangsweise Einziehung erfolgen werde.

Die von B. auf diesen Bescheid erhobene Klage wies der Kreisaußschuß als unbegründet zurück. Die Berufung des Klägers, in welcher dieser ausführte, daß der angegriffene Bescheid eine polizeiliche Verfügung im Sinne des § 127 ff. des L. B. O. und deshalb mit den gegen polizeiliche Verfügung gegebenen Rechtsmitteln anfechtbar sei, wurde von dem Bezirksaußschuß als rechtlich unzulässig verworfen, weil der § 84 des Feld- und Forstpolizeigesetzes zur Anwendung komme und deshalb die Entscheidung des Kreisaußschusses endgültig sei.

Auch die Revision des Klägers hatte keinen Erfolg.

Gemeinschaftlich verübter Forstdiebstahl.

(Urt. d. Kammer-Ger. v. 14. September 1910. I. S. 697/10.)

Die Revision rügt Gesetzesverletzung, weil in dem angefochtenen Urteil die Einzelaten der drei Angeklagten nicht auseinandergehalten seien, da sich andernfalls herausgestellt hätte, daß jeder der drei Angeklagten für sich einen Holzdiebstahl begangen habe und nur für den Wertesatz eines Teils des entwendeten Holzes habe verantwortlich gemacht werden dürfen, woraus sich eine niedrigere Strafe ergeben haben würde.

Die Rüge ist nicht begründet.

Aus der Bezugnahme auf § 6 Ziff. 1 des Forstdiebstahlgesezes und der Sachdarstellung des angefochtenen Urteils ergibt sich, daß die Angeklagten gemeinschaftlich gehandelt haben, wenn gleich das im Urteil nicht ausdrücklich ausgesprochen ist. Auf Grund der eigenen Angaben der Angeklagten ist als erwiesen angesehen, daß die Angeklagten, von denen W. R. das Gut R. bewirtschaftet, R. R. ihm dabei beihilflich und A. als Knecht bei ihm bedienstet ist, die zehn Stangen abgelaßt, sie auf das zu diesem Zweck mitgebrachte bespannte Fuhrwerk geladen und auf das Gut R. geschafft haben. Ist aber die Tat von den Angeklagten gemeinschaftlich begangen, so hat jeder von ihnen sie in ihrem ganzen Umfang zu vertreten, die Strafe ist daher mit Recht nach dem Gesamtwert des gestohlenen Holzes berechnet worden.

Verschiedenes.

— **Dem Königl. Oberförster Dr. Berlog,** Leiter der forstlichen Abteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und verdienstvollen Vorliegenden des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, ist der Titel Forstrat der Landwirtschaftskammer allerhöchst verliehen worden. (Siehe auch unsere Mitteilung auf Seite 834 über Dienstbezeichnung z. der Forstbeamten der Landwirtschaftskammern).

— **Ein neuer Antrag des Grafen Törring.** Bei Beratung des bayerischen Forstetats im zweiten Ausschuß der Kammer der Reichsräte

wurde über einen neuen Antrag des Grafen Törring-Zettenbach, welcher eine bessere Ausnützung der Altholzbestände in den bayerischen Staatswäldungen anstrebt, verhandelt. Die Begründung der vorgebrachten Vorschläge übernahm Graf Törring. Er verwies auf seinen, aus dem Jahre 1908 stammenden Antrag, dessen Durchführung in den Jahren 1909, 1910 und 1911 eine Steigerung des Forstholzertrages von 4 fm auf 5,55 fm pro Hektar gebracht habe. Es ist demnach ein Mehranfall von über 1 fm für den Hektar erzielt worden, was wiederum nach den Vorschlägen eine Erhöhung der Geldeinnahmen

von 37,7 auf 49 Millionen Mark mit sich brachte, die sich in Wirklichkeit bedeutend höher stellte und im Jahre 1911 14 Millionen Mark betrug. Die seinerzeit gegen den Antrag geäußerten Bedenken seien nicht eingetreten; dieser habe vielmehr dem Staate nur Vorteile gebracht. Da nach den Feststellungen der im Jahre 1908 eingesetzten Kommission in Bayern 64 000 ha Waldb mit einem Durchschnittsalter von 132 Jahren vorhanden sind, so müsse die Frage, wie diese Bestände zu nutzen sind, erörtert werden. Die Staatsregierung stelle sich auf den Standpunkt, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, den Abnutzungssatz so zu berechnen, daß dieser dem normalen Ertrag einer nachhaltigen Wirtschaft entspricht. Graf Törring könne diesen Standpunkt nicht teilen, da die regierungsseitigen Vorschläge die Tatsache, daß Bayern große Flächen rüstfälliger Altholzbefände besitze, nicht berücksichtigen. Ein beschleunigter Abtrieb dieser Altholzbefände im Wege außerordentlicher Fällungen sei daher aus technischen und wirtschaftlichen Gründen dringend geboten. Um eine gleichbleibende Rente aus den Staatswaldungen zu sichern, sind die durch die Mehrfällungen sich ergebenden Überschüsse einem Forstreservefonds zuzuführen. In der nun folgenden Debatte bemerkte Oberregierungsrat Graß, daß Graf Törring die ganze Angelegenheit mehr vom privatwirtschaftlichen Standpunkt, vom Standpunkt des Geldertrages betrachte. Da die Staatsforstverwaltung jedoch noch andere Rücksichten nehmen müsse, so ersucht er, der Forstverwaltung Zeit zu lassen, damit diese auf Grund der durch die neue Forsteinrichtungsanweisung gegebenen Gesichtspunkte allmählich eine bessere Ausnutzung der Staatsforsten vornehmen könne, was jedoch erst in einer Reihe von Jahren möglich sein wird. Hierzu erwidert Graf Törring, daß auch ein Staatsbetrieb nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet werden könne, allerdings sei diese Anschauung in der Staatsforstverwaltung nicht immer die herrschende gewesen. Er bringt daher folgenden Antrag ein, wonach die Regierung zu eruchen ist: „Unlängst bis zur Vorlage des nächsten Budgets in Erwägung ziehen zu wollen, ob nicht mit Rücksicht auf das festgestellte Vorhandensein von größeren Altholzvorräten in den bayerischen Staatswaldungen behufs Vermeidung von unwirtschaftlichen Zuwachses- und Renteverlusten die Abnutzung eines Teiles der in Frage kommenden Bestände durch Vornahme außerordentlicher Fällungen betätigt werden sollte, für diesen Fall aber die Schaffung eines Fonds in Vorschlag zu bringen, dem die Aufgabe zuziele, die nach Einstellung der außerordentlichen Fällungen vorübergehend zu erwartenden Mindereinnahmen in der Forstrente auszugleichen.“ Nachdem noch Graf Crailsheim betonte, daß der Antrag des Grafen Törring im Jahre 1908 eine erneute Prüfung des Abnutzungsplanes in den bayerischen Staatsforsten veranlaßte und der Staatskasse erhebliche Gelderträge einbrachte, wurde über den neuen Antrag abgestimmt und dieser mit allen gegen eine Stimme angenommen.

— Eichenholzversteigerung in Slavonien.

Das Forstamt der Broder Vermögensgemeinde

veranstaltet am 8. Oktober d. Js. in Binkovec einen Eichenholzverkauf, bei dem etwa 50 000 fm des wertvollen slawonischen Eichenholzes zur Versteigerung gelangen. Bei der vorzüglichen Qualität des zu versteigernden Holzes dürfte der Lospreis von 2 337 000 K. erheblich überboten werden, zumal bei dem starken Bedarf an Eichenholz, der kaum durch das Angebot gedeckt werden kann, eine sehr starke Beteiligung des internationalen Holzhandels zu erwarten ist.

— Holzverkauf in den Badischen Gemeindevwaldungen. Mit Rücksicht auf den Einfluß, den die Staatsforstverwaltung auf den technischen Betrieb in den Gemeindevwaldungen auszuüben vermag, gab der Verein der Holzinteressenten Süddeutschlands der Großherzoglich Badischen Forst- und Domänendirektion Anregungen bezüglich der Aufbewahrung aus Gemeindevforsten zum Verkauf gebrachter Kadelanghölzer, die weiteste Beachtung und Nachahmung verdienen. Während in den Staatswaldungen dafür Sorge getragen wird, daß Stammhölzer stets auf geeignete Unterlagen zu liegen kommen, läßt die Art der Aufbewahrung solcher Hölzer in vielen Gemeindevwaldungen die gleiche Fürsorge leider vermissen. Die Folge dieser Unterlassung ist sehr häufig eine Herabsetzung des Gebrauchswertes der in keiner Weise vor den schädlichen Einflüssen der Bodenfeuchtigkeit geschützten Hölzer. Man hat in einzelnen Fällen festgestellt, daß unmittelbar auf dem Boden gelagerte Hölzer schon zur Zeit ihrer Versteigerung sehr bedenkliche Anzeichen der durch die mangelhafte Art der Aufbewahrung herbeigeführten Schadhaftheit aufwiesen. Die Gefahr, daß die ohne Verwendung von Unterlagen aufbewahrten Hölzer eine Einbuße an ihrer vollwertigen Verwendbarkeit erleiden, ist hauptsächlich vorhanden in den höheren Schwarzwaldforsten, wo im Spätherbst gefällte Hölzer in unmittelbarer Berührung mit dem Boden den ungünstigsten Verhältnissen, die feuchte Winterwitterung in den Höhenlagen des Gebirges zu schaffen pflegt, ganz besonders lange ausgesetzt sind. Ferner besteht dort, wo man sich nicht damit begnügt, die Hölzer ohne Unterlagen aufzubewahren, vielfach die Unsitte, daß die Unterlagen aus wertvollen, mit zum Verkauf gebrachten Hölzern hergestellt werden. Die Lagerhölzer gehören entweder — bei Aufbewahrung von Hölzern der IV., V. und VI. Klasse — dem Lose an, dessen übrige Hölzer ihr Lager auf ihnen finden, oder — bei Aufbewahrung von Hölzern I. bis III. Klasse — sie werden sogar anderen Losen entnommen; so kommt es häufig vor, daß die Stämme der die Hölzer der IV., V. und VI. Klasse enthaltenden Lose Hölzern anderer, für die höheren Klassen gebildeter Lose als Unterlagen dienen. Da die Lose beider Klassen in den meisten Fällen von verschiedenen Käufern erworben werden, so ergibt sich für den Käufer der Hölzer der unteren Klassen die Notwendigkeit, entweder mit der Abfuhr zu warten, bis die Stämme der auf seinem Holze lagernden Lose abgefahren sind, oder die ihm nicht gehörenden Hölzer von den als Unterlagen dienenden Stämmen jenes Loses herunterzuleisten zu lassen. In beiden

Fällen erhält der Käufer der zur Bildung der Unterlagen benutzten Stämme in diesen ein in seiner Verwendungsfähigkeit stark beeinträchtigtes Holz. Wenn die Waldbesitzer bestimmte Gründe haben sollten, als Lagerhölzer Stämme der niedrigeren Klassen (IV. bis VI.) zu verwenden, so dürften sie die Übernahme der beschädigten Lagerhölzer auch den Käufern der darauf gelagerten Hölzer der I., II. und III. Klasse eher zumuten als den Erwerbern der aus den anderen Klassen bestehenden Lose. Mit einer Bestimmung, nach der Unterlagshölzer mit den darauf gelagerten Stämmen in einem Lose zu vereinigen sind, würde eine gerechte Forderung des bisher durch das Fehlen einer solchen Anordnung geschädigten Holzkäufers erfüllt werden. Die aus diesen und anderen Beobachtungen sich ergebenden Wünsche der Holzkäufer hinsichtlich der Aufbewahrung von Nadelstammholz lassen sich in folgenden Zeilen zusammenfassen:

1. Es ist erwünscht, daß alles Nadelnutholz dort, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten, zur Erleichterung der Abfuhr und im Interesse des guten Zustandes der Hölzer auf Lager verbracht wird; soweit die Erlichkeit die Anlage von Lagerplätzen nicht zuläßt, wären die Hölzer an Schleif- und Abfuhrwege zu rücken, auf alle Fälle aber aus dem Schlage herauszuschaffen.
2. Zur Lagerung wären möglichst trockene, luftige und freie Stellen auszuwählen.
3. Die Lagerung von Stammhölzern hätte, zur Vermeidung von Nachteilen für ihre spätere Verwendungsfähigkeit, nur unter Benutzung von Unterlagen zu erfolgen, die das Holz vor der Berührung mit dem Erdboden schützen und zu diesem Zwecke zwischen Holz und Erdboden einen Zwischenraum von wenigstens 20 cm herstellen.
4. Die Unterlagshölzer wären in genügender Anzahl zu verwenden, damit sich die darauf gelagerten Stämme nicht nach unten durchliegen und keine Krümmungen erhalten.
5. Als Unterlagshölzer etwa zur Verwendung kommende Aststämme wären, wenn sie mit zum Verkauf gebracht werden sollen, durch Unterlegung von Brennholzscheiten vom Boden zu isolieren.
6. Insofern zur Bildung von Unterlagen bestimmte Stämme mit verkauft werden sollen, dürfen sie nur dem Lose entnommen werden, dessen übrigen Hölzern sie als Unterlagen dienen sollen.



— **Polizeiverordnungen.** Im preussischen Abgeordnetenhaus sind wiederholt Mängel auf dem Gebiete des Polizeiverordnungsrechts hervorgehoben worden. Insbesondere wurde die über große Zahl der Polizeiverordnungen sowie deren häufig veralteter oder nicht ordnungsmäßiger Inhalt bemängelt. Der Minister des Innern hat hieraus Veranlassung genommen, die nachgeordneten Behörden darauf hinzuweisen, daß es das Bestreben sämtlicher zum Erlaß von Polizeiverordnungen befugter Dienststellen sein müsse, die auf dem Wege der Polizeiverordnung zu

regelnden Angelegenheiten auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Ferner sind die Regierungspräsidenten beauftragt, sämtliche in ihrem Bezirk bestehenden Polizeiverordnungen in bezug auf ihre Gesetzmäßigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit nachzuprüfen und die veralteten Verordnungen auf dem im § 145 des Landesverwaltungs-Gesetzes vorgesehenen Wege außer Kraft zu setzen. Um zu verhüten, daß künftighin neuverlassende Polizeiverordnungen als ungültig erklärt werden, sollen sämtliche Entwürfe zu Polizeiverordnungen zunächst der Aufsichtsbehörde zur Vorprüfung eingereicht werden. Bei dieser Prüfung sind auch die in den nicht veröffentlichten Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe enthaltenen Rechtsgrundsätze zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck sollen den Provinzialbehörden die Entscheidungen in erweitertem Umfange als bisher zugänglich gemacht werden. Infolge dieser Anordnungen darf erwartet werden, daß eine größere Rechtssicherheit hinsichtlich des Inhalts der Polizeiverordnungen Platz greifen wird. (Aus „Gesetz und Recht“.)



— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 15. Oktober 1912. Rindvieh 0,60 bis 1,05, Rotwild 0,45 bis 0,68, Damwild 0,50 bis 0,65, Schwarzwild 0,50 bis 0,70 M das Pfund. Hasen 1,50 bis 4,50, Kaninchen 0,30 bis 1,05, Stodenten 0,30 bis 1,75, Kridenten 0,50 bis 0,60, Rebhühner 0,50 bis 1,40, Fasanenhühner 1,00 bis 2,30, Fasanenhennen 1,00 bis 1,80 M das Stüd.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Bewersdorf, Oberjäger, in zur berufsmäßigen Beschäftigung in der Oberförsterei Hatzfeldt, Regbz. Hannover, neu einberufen.

Blankenburg, Forstassessor, bisher in Siegenitz, ist zur Wahrnehmung der Forstassessor- und Schreibgehilfenstelle bei der Kloster-Oberförsterei Soltan, Regbz. Hannover, neu einberufen.

Fuhrmann, Förster, in die Försterstelle Grammentin, Oberförsterei Grammentin, Regbz. Eettin, vom 1. November d. Js. ab übertragen.

Hinze, Förster zu Gesehorf, Oberförsterei Panenan, ist nach Bult, Oberförsterei Neubrandenburg, Regbz. Hannover, versetzt.

Höhne, Förster o. R. zu Holtzeien, Kloster-Oberförsterei Bennigsen, ist nach Witten a. M., Kloster-Oberförsterei Wiele, Regbz. Hannover, versetzt.

Hoffmann, Oberjäger zu Goslar, ist zur Wahrnehmung der Forstassessor- und Schreibgehilfenstelle bei der Oberförsterei Dammne, Regbz. Hannover, neu einberufen.

Junghaus, Forstassessor, bisher in Gr.-Weins, ist zur berufsmäßigen Beschäftigung auf der Forstassessorstelle in Gesehorf, Oberförsterei Panenan, Regbz. Hannover, neu einberufen.

Kalt, Legemüller zu Pauenbrünge, Oberförsterei Balfier, ist nach Demeritz, Oberförsterei Pinnau, Regbz. Köslin, vom 1. November d. Js. ab versetzt.

Koch, Förster zu Hader, Kloster-Revierförsterei Niedeck, ist nach Königsberg, Kloster-Oberförsterei Soltan, Regbz. Hannover, versetzt.

Ludt, Oberjäger zu Goslar, ist zur interimistischen Wahrnehmung der Waldwarterstelle in Niedeck, Regbz. Hannover, neu einberufen.

Marcks, Förster o. R. zu Charlottenhof, Oberförsterei Stolp, ist nach Karlsruh, Oberförsterei Pinichen, Regbz. Köslin, vom 15. November d. J. ab verlegt.

Müller, Förster zu Karlsruh, Oberförsterei Pinichen, ist nach Bienenbrünge, Oberförsterei Baiter, Regbz. Köslin, vom 15. November d. J. ab verlegt.

Rose, Hilfsjäger und Schreibgehilfe zu Denzberg, Oberförsterei Denzberg, ist nach der Oberförsterei Baldau, Regbz. Cassel, vom 1. November d. J. ab verlegt.

Reumann, Forstausseher zu Neustettin, Oberförsterei Neustettin, ist nach Groß-Born, Oberförsterei Groß-Born, Regbz. Köslin, vom 20. Oktober d. J. ab verlegt.

Scherer, Förster zu Biplin, Oberförsterei Niehlausen, ist auf die Försterstelle zu Waldhaus, Oberförsterei Wicherthshof, Regbz. Königsberg, vom 1. November d. J. ab verlegt.

Schöber, Förster zu Temmewig, Oberförsterei Pinichen, ist nach Wierthof, Oberförsterei Groß-Born, Regbz. Köslin, vom 15. November d. J. ab verlegt.

Schwarz, Forstausseher zu Köslin, Stadtforst Köslin, ist nach Charlottenhof, Oberförsterei Stolp, Regbz. Köslin, vom 11. November d. J. ab einberufen.

Seegers, Forstausseher zu Niebeck, ist nach Naber, Kloster-Neuerförsterei Niebeck, Regbz. Hannover, verlegt.

Steinbrück, Förster o. R. zu Wirschen a. A., Kloster-Oberförsterei Wirschen, ist nach Wolsen, Kloster-Oberförsterei Wernigsen, Regbz. Hannover, verlegt.

Wallermann, Förster zu Guntzbad, Oberförsterei Wicherthshof, ist auf die Försterstelle zu Romainen, Oberförsterei Wornsditt, Regbz. Königsberg, vom 1. November d. J. ab verlegt.

Winkelmann, Förster zu Königsberg, Kloster-Oberförsterei Zoltan, ist nach Altenhagen, Oberförsterei Springe, Regbz. Hannover, verlegt.

Woske, Förster zu Brodden, Oberförsterei Selgenau, ist nach Wothwendig, Oberförsterei Wothwendig, Regbz. Bromberg, vom 1. Januar 1913 ab verlegt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Stephans, Gemeindeförster zu Ratingen, Gemeinde-Oberförsterei Frier-Weil, Regbz. Frier, ist in den Ruhestand getreten; ihm wurde das Königlich preussische Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Großherzogtum Baden.

Staats-Forstverwaltung.

Hilff, Forstamtmann zu Forstheim, ist zum Oberförster in Borberg ernannt.

Krieger, Oberförster zu Borberg, ist das Forstamt Neuchen übertragen.

Senes, Oberförster zu Philippsburg, ist das Forstamt Dittenhöfen übertragen.

Stoff, Forstassessor zu Karlsruhe, ist unter Ernennung zum Forstamtmann der Forst- und Domänenrevision zur Verwendung bei der Forsteinrichtung zugeteilt.

Wolf, Oberförster zu Nechen, ist das Forstamt Philippsburg übertragen.

Elßaß-Lothringen.

Samann, Gemeindeforstanwärter zu Dieblingen, Oberförsterei Saargemünd, ist zum Gemeindeförster ernannt.

Schmel sen., Gemeindeförster zu Dertingen, Oberförsterei Balleuberg, ist in den Ruhestand verlegt.

Schmel jun., Gemeindeforstanwärter zu Dertingen, Oberförsterei Balleuberg, ist zum Gemeindeförster ernannt.

Jubiläen, Gedenktage u. a. m.

(Nach Zeitungsmeldungen.)

Burckhardt, Oberförster zu Sameln, Regbz. Hannover, beging sein 25jähriges Jubiläum als ständiger Oberförster.

Bräuer, Gräflich von Hohenbergischer Förster zu Forsthaus Biala, Regbz. Posen, beging sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Müller, nächstgelegener Förster zu Poppenbrünge, beging sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Nabermann, Förster in Diensten des Freiherrn v. la Valette in Haus Muel b. Walscheid, feierte das Fest der goldenen Hochzeit und gleichzeitig sein 40jähriges Forstjubiläum.

Schulz, Oberjäger zu Wosborn, beging sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Wipf, Forstausseher zu Großebertsdorf, beging sein 40jähriges Dienstjubiläum.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder einzelnen Anfrage ist die Abonnements-Litteilung oder ein Hinweis, daß der Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen.)

Nr. 138. Anfrage: Durch den gräflichen Forst führt ein „Verrechtlungsweg“, der früher von zwei zusammen bewirtschafteten gräflichen Gütern befahren werden durfte. Nach wirtschaftlicher Trennung der beiden Güter — das eine ist verpachtet, das andere wird „administriert“ — ist der innerhalb des einen Gutsfeldes liegende Weg etwa um 1870 herum überadert worden, der innerhalb des Waldes liegende Wegeteil wird als Holzabfuhrweg benutzt. Fuhrleute, die den jetzt fahrbaren Teil des Weges befahren haben, wurden durch den Amtsvorsteher mit Strafe belegt. Das Schöffengericht sprach sie aber frei, weil der als Sachverständiger zugezogene Landmesser auslagte, daß der Weg in der Katasterkarte als öffentlicher aufgeführt sei. Ist durch die Überadertung des Weges (um 1870) nicht schon „Verjährung“ eingetreten? Mindestens der überaderte Wegeteil, der 40 Jahre ohne Einwand landwirtschaftlich benutzt worden ist, kann doch nicht mehr zum öffentlichen Wege erklärt werden? Förster K.

Antwort: Der Sachverhalt ist in der Anfrage nicht ganz erschöpfend dargestellt. Der fahrbare Wegeteil, so darf wohl angenommen werden, wird von der gräflichen Verwaltung als Privatweg angesehen und ist mit einem Warnungszeichen (Fasel oder bergl.) geschlossen. Der Strafbefehl des Amtsvorstehers nahm wohl an, daß die Fuhrleute durch „Befahren eines durch Warnungszeichen geschlossenen Privatweges“ gegen § 368 Ziffer 9 des Strafgesetzbuchs verstoßen haben. Dies ist vollkommen zutreffend, wenn der Weg wirklich ein Privatweg ist. Ist dagegen der Weg ein öffentlicher, so kann er durch ein Warnungszeichen wirksam nicht gesperrt werden, und jedermann darf ihn befahren. Das Schöffengericht hat nun angenommen, der Weg sei ein öffentlicher. Wenn diese Annahme des Schöffengerichts wirklich nur darauf beruht, daß der Weg in der Katasterkarte als öffentlicher verzeichnet ist, so ist dies allerdings bedenklich. Die Katasterkarte ist nichts als ein Beweismittel, und erfahrungsgemäß sind die Angaben der Katasterkarten häufig falsch. Namentlich ist folgendes zu beachten: Die vor langen Jahren angelegten Katasterkarten haben oft auch solche Wege als „öffentliche“ verzeichnet, die im Rechtssinne nicht „öffentliche“, sondern nur sogenannte „tatsächlich-öffentliche“ Wege sind. Diese sind im Rechtssinne „Privatwege“, und der Eigentümer kann sie jederzeit sperren, einpflügen u. dergl. Daß der hier fragliche Weg nur ein „tatsächlich-öffentlicher“ Weg gewesen ist, dafür spricht der Umstand, daß der Berechtigte (die Gutsverwaltung) ihn (teilweise) vor Jahrzehnten eingezogen hat, ohne daß jemand, namentlich auch die Wegepolizeibehörde, dagegen Einspruch eingelegt hat. Ob dies auch auf den nichteingepflügten Teil des Weges zutrifft, bedarf jedenfalls näherer Prüfung, die Bezeichnung des Weges als „öffentlicher“ in der alten Katasterkarte genügt nicht. Andererseits kann man von einer „Verjährung“

des Weges nicht sprechen. Wir verweisen auf die teilweise hier einschlagenden Darlegungen in der Broschüre „Das Betreten des Waldes“ von Oberlandesgerichtsrat A. Frehmuth (1912, Verlag J. Neumann in Neudamm, Preis 30 \mathcal{A}), namentlich Seite 32 ff., und empfehlen: die Staatsanwaltschaft zu veranlassen, mehrfach Fälle des Befahrens des Weges zur gerichtlichen Entscheidung auch der höheren Instanzen zu bringen. Mitteilungs etwa ergangener Urteile (in wörtlicher Abschrift) erwünscht. A. W. Fr.

Nr. 139. **Anfrage:** Wie hoch ist der Reinertrag pro Hektar und Jahr in den letzten drei Jahren in den preussischen und braunschweigischen Staatsforsten gewesen? v. R. in S.

Antwort: Der Reinertrag stellte sich pro Jahr und Hektar Gesamtwaldbfläche

	in den Jahren 1908	1909	1910
in Preußen auf	23,53 \mathcal{M}	21,88 \mathcal{M}	23,46 \mathcal{M}
in Braunschweig auf	36,45 \mathcal{M}	34,82 \mathcal{M}	30,81 \mathcal{M}

Hierzu wird bemerkt, daß die Angaben für Preußen im Jahre 1910 ausschließlich der Regierungs-

bezirke Königsberg und Gumbinnen berechnet sind, weil in diesen Bezirken im Jahre 1910 der gewaltige Konnenholzeinschlag zur Verbuchung gelangte.

Nr. 140. **Anfrage:** Mit zwei benachbarten Familien zusammen habe ich eine Lehrerin angenommen, welche seine Wohnung und Kost auf der Försterei hat, also eine sogenannte Familienschule gebildet. Steht nun eine solche Familienschule unter Aufsicht des Ortschulinspektors, hier des zuständigen Pastoren? Kann der Ortschulinspektor für Revision einer solchen Familienschule besonders liquidieren? Wie oft kann er die Revision im Jahre vornehmen? St., Rgl. Förster.

Antwort: Diese Familienschule steht unter Aufsicht des Ortschulinspektors, der für seine Mühewaltung eine amtliche Entschädigung erhält. Die Förster haben also durch die Revision, deren beliebig häufige Wiederholung von dem Ermessen des Ortschulinspektors abhängt, keine Unkosten.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Gemeindeforstbeamter, Kienle, Post Förster (Gatz).

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Südstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Bette, Försterei Nümme, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 \mathcal{M} ., der Halbjahresbeitrag 3,25 \mathcal{M} .. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand, Bernstorff, Vorsitzender.



Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

1918 a. Müller, Forstausseher, Krausnick (Post), Potsdam.
1921 a. Böllrich, Forstausseher, Labbed, Post Xanten, Düsseldorf.
1923 a. Blankertz, Hilfsjäger, Labbed, Post Xanten, Düsseldorf.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Breslau. Anträge zur nächstjährigen Delegiertenversammlung ersuche ich durch die Herren Ortsgruppenvorstehenden bis spätestens 1. November d. Jz. an mich gelangen zu lassen.

J. A.: Gies, Stellv. Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Bassum (Regbz. Hannover). Sonnabend, den 26. Oktober d. Jz., nachmittags 5 Uhr, gefellige Zusammenkunft der grünen Farbe mit ihren

Familien, Freunden usw. im Hotel Buschmann, Bassum. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Der Vorstand.

Birnbaum-Zirte (Regbz. Posen). Am Sonnabend, den 26. Oktober 1912, nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Müllers Hotel in Birnbaum. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung pro 1911 durch den bei der letzten Versammlung am 24. August 1912 nicht erschienenen, behindert gewesenen Herrn Kassierer; 2. Rechnungsprüfung durch eine zu wählende Kommission; 3. Entlastung des Rechnungslegers; 4. Einziehung der Beiträge; 5. Aufnahme neuer Mitglieder; 6. Besprechung über die eventuell abzuhaltende Kaisergeburtstagsfeier; 7. Verschiedenes. Nach Schluß der Versammlung gemütliches Beisammensein, wozu auch die Damen freundlichst eingeladen werden.

Der Vorsitzende: Teusler.

Greuzburgerhütte (Regbz. Oppeln). Sonntag, den 3. November d. Jz., nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Festsetzung der Feier des Geburtstages Seiner Majestät; 2. Verschiedenes. Der Herr Bezirksgruppenvorsteher hat seine Teilnahme an der Sitzung in Aussicht gestellt. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein,

und werden die verehrten Damen höflichst gebeten, dieses durch ihre Anwesenheit zu verschönen. **Agel**, Vorsitzender.

Grenzheide-Wanda (Regbz. Kösen). Sonnabend, den 26. Oktober d. Js., abends 7 Uhr, Versammlung im Vereinslokal Rosenberger-Schloßberg. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Kaisergeburtstagsfeier; 4. Trennung der Oberförsterei Grenzheide von der gemeinsamen Ortsgruppe; 5. Fragen aus der Mitte. Nach der Sitzung Damenabend. **Der Vorstand.**

Landäberger Heide (Regbz. Frankfurt a. O.). Sonnabend, den 26. Oktober d. Js., Tanzfränzchen bei Bußler in Breitebruch. Mitglieder, welche Gäste einzuladen wünschen, bitte die Adressen den betreffenden Herren Vertrauensmännern rechtzeitig anzugeben, da durch diese die Einladungen ergehen werden. Um recht zahlreiche Beteiligung wird dringend gebeten. **Der Vorstand.**

Sontorf (Regbz. Marienwerder). Sonnabend, den 26. Oktober d. Js., abends 6 Uhr, findet eine Sitzung der Ortsgruppe im früheren Kleist'schen Gasthause in Forsthausen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stellung und Entgegennahme von Anträgen zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 2. Wahl eines Delegierten zu dieser Versammlung; 3. Festsetzung des Tages betreffend Wintervergnügen und Kaisergeburtstagsfeier; 4. Verschiedenes; 5. Einziehung der Beiträge. Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.

Der Vorsitzende: Hörig.

Ortelsburg (Regbz. Allenstein). Sonnabend, den 26. Oktober d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Bantopf in Ortelsburg. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über Vereinsangelegenheiten aus dem vergangenen Vierteljahre (Dienstländereregulierung usw.); 2. Beschlußfassung über Trennung unserer Ortsgruppe; 3. Vortrag des Kollegen Spiegel über Obstgartenanlage, Behandlung und Pflege der Obstbäume, sowie Beseitigen derselben; 4. Besprechung über Abhaltung eines Wintervergnügens; 5. Verschiedenes: Einziehen der Beiträge zur Begräbniskasse, Unterstützung für Romanus und Loorn. Die Damen der Mitglieder sind freundlichst mitgeladen.

Der Vorstand.

Brechlau, Westpr. (Regbz. Marienwerder). Sonntag, den 27. Oktober d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Vereinslokal Hotel W. Hillmeister in Brechlau. Tagesordnung: 1. Kaisergeburtstagsfeier; 2. Wahl eines Vertreters für die Bezirksgruppenversammlung; 3. Vortrag des Kollegen von Carnowski über die Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte; 4. Verschiedenes. Um recht rege Beteiligung mit Damen wird dringend gebeten.

Der Vorsitzende: Saelel.

Mhrinsberg, Mark (Regbz. Potsdam). Sonntag, den 27. Oktober d. Js., nachmittags 4½ Uhr, Versammlung im Ratskeller. Tagesordnung: 1. Aufnahme von Mitgliedern; 2. Besprechung des stenographischen Berichts über die Tele-

giertenversammlung in Berlin; 3. Krankentassen-Beihilfskasse; 4. Dienstländerverein und Einzählung derselben; 5. Vortrag des Herrn Kollegen Wagner über Obstbaumzucht; 6. Wahl eines andern Vorsitzenden und Schriftführers; 7. Verschiedenes: Einziehung der von der Vereinskasse verauslagten Sammelbeträge für die Hinterbliebenen der Kollegen Romanus-Loorn. — Die Herren Kollegen werden höflichst ersucht, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, da zu Punkt 7 recht wichtige Angelegenheiten zur Besprechung gelangen. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein ebendasselbst, wozu auch die verehrten Damen freundlichst eingeladen werden.

Der Vorsitzende: Masurath.

Schorfheide (Regbz. Potsdam). Am Sonnabend, dem 26. d. Mts., Versammlung in Joachimsthal bei Herrn Joost. Anfang 6 Uhr. Tagesordnung wird vor dem Beginn der Versammlung bekannt gegeben; vorweg sei bemerkt, daß Vorstandswahl stattfinden muß, der Kollege Sieber einen Vortrag über Vogelschutz zu halten gedenkt und ein vom Hauptvorstand empfohlenes Thema zur Besprechung gelangt. Nach Schluß der Sitzung Zusammensein in üblicher Weise. Besonders rege Beteiligung der Mitglieder mit Damen dringend erbeten.

Der Vorsitzende: Purb.

Untertannus (Regbz. Wiesbaden). Versammlung am Sonntag, dem 3. November d. Js., nachmittags 2½ Uhr, im Hotelrestaurant „Tannenburg“ in Hahn i. Taunus. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Bezirksgruppen- bzw. Delegiertenversammlung; 2. Kaisergeburtstagsfeier 1913; 3. Verschiedenes. Anschließend Hubertusfeier, zu welcher auch die geehrten Damen höflichst eingeladen sind.

Der Vorsitzende.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, begemeinert Bernstorff, Allenst. bei Först. Gatz, vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Erftner (Regbz. Potsdam). Zu der Versammlung am 29. September waren 18 Mitglieder erschienen, und wurde dieselbe um 6 Uhr durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Kollegen Ludwig, wie üblich eröffnet. Zu 1 der Tagesordnung wurde an Stelle des bisherigen, infolge seiner Ernennung zum Revierförster verstorbenen Vorsitzenden, Kollegen Randt, der Förster Regling, Fahlenberg, einstimmig gewählt. Zu 2 wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest am Sonnabend, dem 9. November, und zwar wieder, wie im Vorjahre, im alten Schützenhause (Gastwirt Domnit) durch ein gemeinschaftliches Essen mit darauf folgendem Tanzvergnügen zu feiern. Als Festauschuß wurden gewählt die Herren Regling, Ludwig, Lehmann und Pietsch. Ferner wurde beschlossen, daß besondere Einladungen nur an die Gruppenmitglieder ergehen, dieselben aber berechtigt sind, Verwandte und der

grünen Farbe Nahestehende einzuladen. Um durch Überraschungen und sonst geeignete Unterhaltungen das Fest recht genussreich zu gestalten und um den Gästen etwas zu bieten, wurde durch Beschluß dem Vergnügungsausschuß bewilligt, außer für Musik hierzu einen Betrag bis zu 50 M. zu verausgaben, welcher dann durch Umlage gedeckt werden soll. Zu 3 „Verschiebenes“ wurde nach Ausführung des Schafmeisters und darauf folgender kurzer Besprechung beschlossen, den Ortsgruppenbeitrag von 1 M. auf 2 M. zu erhöhen. Nunmehr wurde zu 4 der Tagesordnung: „Abschiedsfeier des scheidenden Kollegen Randt“ übergegangen. Nach kurzer Ansprache des scheidenden Vorsitzenden Randt mit einem Hoch auf die Ortsgruppe und des antretenden Vorsitzenden Regling mit einem Hoch auf den Kollegen Randt wurde der offizielle Teil der Sitzung geschlossen. Die Mitglieder mit ihren inzwischen zahlreich erschienenen Damen blieben jedoch noch lange in echt kollegialer Gemütlichkeit beisammen. — Die nächste Versammlung soll am 4. Januar 1913 stattfinden, und wird die Tagesordnung durch den Vorstand bekannt gemacht. Der Vorstand.

Breslau (Regbz. Marienwerder). Zu der Versammlung am 1. September 1912 waren 14 Mitglieder erschienen. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: Wahl des gesamten Vorstandes. Es wurden gewählt und nahmen die Wahl an Förster Sackel-Gishammer b. Breslau zum Vorsitzenden, Hegemeister Thurnau-Votbrück zum stellvertr. Vorsitzenden, Förster Schulz-Eisenbrück zum Schrift- und Kassensführer, Förster Brunzel-Oberhofen zum stellvertr. Schrift- und Kassensführer. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, den Bezirksgruppenvorsitzenden zu veranlassen, höheren Orts die Bitte vorzutragen, daß in Zukunft vermieden werden möchte, die Wohnungen von nicht etatsmäßigen Beamten und Waldarbeitern unter einem Dache zu vereinigen. Zur nächsten Sitzung übernimmt Kollege von Sarnowski einen Vortrag über die Sterbefälle für das deutsche Forstpersonal. Zum Schluß sprach der Vorsitzende im Namen der Ortsgruppe dem Kollegen Wahr herzlichsten Dank für seine dreijährige treue Leitung des Vereins aus. In das auf genannten Kollegen angesprochene Horrido wurde kräftig eingestimmt. Der Vorsitzende: Sackel.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Giebiß, Gustav, A., staatlich dipl. Forstingenieur, Gräfenberg, Österreich-Schlesien.

Jonda, Ludwig, Revierförster, Belz, Kr. Anbnik, O.-Schlesien.

Rocyp, Ernst, Privatforster, Brecken b. Tarmen.

Schmidt, Fr., Forstverwaltungsbevollmächtigter Anwärter, Bize-Feldweibel Komm. Jäger-Batt. Nr. 2, Culm.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzubringen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldebareiten und Satungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schafmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Erfolg, eingelangt von Herrn Gehr. Knod jun. in Hirschberg, Saale 2,00 Mk.
Vom Statist. eingelangt von „L. Leiferlich“ 1,14 „
Vom Stammtisch „Rundelsort“ in Bremen 33,33 „
Gesammelte Jagdtrophäen, eingelangt von Herrn Förster Wagens in Vogelslang 9,00 „
Gelegentlich einer Jagd in dem von Herrn Hugo Hoffmann in Lütke angedachten Revier Dörrghausen gesammelt; eingelangt von Herrn Förster H. Jilling in Forsthaus Dörrghausen 8,00 „
Ca. 53,47 Mk.

Den Geborn herzlichsten Dank und Weidmannsheit!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Mohr, Halle, 2 Mk.; Albers, Salzweide, 2 Mk.; Arnswald, Jachowen, 2 Mk.; Arnold, Eberswalde, 2 Mk.; Adam, Kelsa, 2 Mk.; Kuvole, Winterreit, 2 Mk.; Arndt, Fichtenwal, 2 Mk.; Rauch, Heizenberg, 2 Mk.; Bartels, Lann, 2 Mk.; Bergemann, Balligow, 2 Mk.; Bewersdorf, Mondsorf, 2 Mk.; Brand, Günsfeld,

2 Mk.; Buchwald, Seckheim, 2 Mk.; Beder, Borstel, 2 Mk.; Böhm, Sauberg, 2 Mk.; Bargas, Gersleben, 2 Mk.; Berg, Rauenburg, 2 Mk.; Binder, Salun, 2 Mk.; Brauer, Gahn, 2 Mk.; Bunde, Wladoda, 2 Mk.; Blauenburg, Mettisch, 2 Mk.; Böttcher, Penntin, 2 Mk.; Brandt, Wulsen, 2 Mk.; Clauiter, Glienbruch, 2 Mk.; Cuhla, Grudisch, 5 Mk.; Tiller, Tannwald, 2 Mk.; Dänisch, Jagen, 3 Mk.; Dommel, Kollurt, 2 Mk.; Dechburg, Horwede, 2 Mk.; v. Gierst, Tenenbors, 5 Mk.; Giermann, Tonal, 2 Mk.; Gier, Schwedhausen, 2 Mk.; Frise, Leptigen, 2 Mk.; v. Flemming, Raabha, 5 Mk.; Alsd, Schneidemühl, 5 Mk.; Frischer, Neuenheide, 2 Mk.; Keller, Wiesbaden, 2 Mk.; Fritzeisen, Meißelhausen, 5 Mk.; Keller, Bertelsdorf, 2 Mk.; Genisch, Gallenberg, 2 Mk.; Gieschlecht, Costau, 2 Mk.; Giese, Gublan, 2 Mk.; Gröger, Reineberg, 2 Mk.; Grothe, End, 2 Mk.; Gromoll, Graman, 2 Mk.; Gummel, Brictau, 2 Mk.; Guder, Etzky, 5 Mk.; Gelsheimer, Drentau, 2 Mk.; Gasse, Rudomoor, 2 Mk.; Gansch, Schmidtken, 2 Mk.; Herrmann, Langfuhr, 5 Mk.; Gölter, Essenberg, 4 Mk.; Goh, Wieranderhof, 2 Mk.; Herrmann, Albergroun, 2 Mk.; Gehrlich, Golsin, 2 Mk.; Israel, Mooswisch, 2 Mk.; Kruse, Fichtelheim, 2 Mk.; Kohl, Günsrüd, 2 Mk.; Kausch, Posen, 5 Mk.; Kummer, Klein-Rabitz, 2 Mk.; Kagerer, Forstmühl, 3 Mk.; Kaufmann, Weidenbruch, 2 Mk.; Kollerermann, Enle, 2 Mk.; Kilmblad, Tiembach, 2 Mk.; Kniage, Freienwalde, 2 Mk.; Kordewitz, Seckshuben, 2 Mk.; Kugler, Böhrenitz, 3 Mk.; Kauer, Jacobsthal, 2 Mk.; Kempe, Euhl, 2 Mk.; Kiechhöfel, Behrte, 2 Mk.; Knoblich, Nieder-Strufe, 2 Mk.; Koch, Schwenthschen, 2 Mk.; Kruener, Steinshof, 2 Mk.; Krüttner, Oberleschen, 5 Mk.; Krüner, Kaffow, 2 Mk.; Koch, Adnigsdank, 2 Mk.; Klonicki, Weiden, 2 Mk.; Kroll, Roman, 2 Mk.; Krons, Gimsdorf, 2 Mk.; Krons, Lohberg, 5 Mk.; Lohr, Neu-Buch, 2 Mk.; Langer, Gleiwin, 4 Mk.; Lange, Carpinen, 2 Mk.; Liebertuth, Dolau, 2 Mk.; Lind, Bauhaus, 5 Mk.; Lampion, Marienwalde, 10 Mk.; Langer, Rann, 2 Mk.; Dr. Lohpries, Wiesbaden, 5 Mk.; Lohrer, Salothelm, 3 Mk.; Lutter, Abgabe, 2 Mk.; Lutz, Lütchan, 3 Mk.; Lutz, Salander, 2 Mk.; Lohr, Sann, 2 Mk.; Lange, Kuff, 2 Mk.; Martius, W. Isast, 2 Mk.; Mittau, Wilschburg, 2 Mk.; Möllmann, Wermuthen, 5 Mk.; Müsch, Widen, 2 Mk.; Nagertuth, Tenndorf, 2 Mk.; Nauer, D. Martin, 2 Mk.; Nauer, Gittingen, 2 Mk.; Mathieu, Wiltlich, 2 Mk.; Mühlendörfer, Jagdschlag, 2 Mk.; Müsch, Lichtenthal, 2 Mk.; Müsch, Kustries, 2 Mk.; Nebel, Nefar, 2 Mk.; Nordheim, Etzelsfeld, 5 Mk.; Naack, Werdermühle, 2 Mk.; Otto, Lutterbach, 2 Mk.; v. d. Efen, Wilschburg, 5 Mk.; Trechowski, Mollau, 2 Mk.; Ott, Alm, 2 Mk.; Pentelitz, Aperi, 2 Mk.; Pöppe, Goll, 5 Mk.; Pöppel, Landsberg, 5 Mk.; v. Pannwitz, Georgenberg, 2 Mk.; Pannitz, Trübsen, 5 Mk.; Pöschke, Gieschbruch, 2 Mk.; Quandt, Raderhorst, 2 Mk.; Rees, Schöndorf, 2 Mk.; Reichen, Mogetlondern, 2 Mk.; Reuter, Marienwerder, 5 Mk.; Richter, Lipine, 5 Mk.; Ruff, Gutsstadt, 2 Mk.; Reichenthal,

Blankenburg, 5 Mf.; Rotermann, Rastorf, 5 Mf.; v. Reichenau, Danzig, 5 Mf.; Sengler, Lichtenberg, 2 Mf.; Sager, Wolfersdorf, 10 Mf.; Sattler, Erdmannsdorf, 3 Mf.; Suhr, Laufenbacherhof, 2 Mf.; Caffie, Konradshof, 5 Mf.; Sauer, Schleifenberg, 2 Mf.; Smiegelstädt, Gruttinnen, 2 Mf.; Schulz, Jedwabno, 2 Mf.; Schröder, Klein-Zellin, 2 Mf.; Schmoll, Strausberg, 3 Mf.; Schmidt, Caffig, 2 Mf.; Schneider, Winterstein, 5 Mf.; Schneider, Güttengrund, 2 Mf.; Schulz, Hasfeld, 5 Mf.; Schmitz, Nieder-eimer, 2 Mf.; Schemmlo, Korytko, 5 Mf.; Schepper, Trepenburg, 2 Mf.; Schönhoff, Bergfried, 2 Mf.; Schröder, Reuthen, 2 Mf.; Stadthausen, Herdringen, 2 Mf.; Stidhote, Schleswig, 2 Mf.; Stephan, Köllin, 5 Mf.; Stadtmüller, Et. Piet, 2 Mf.; Steinfrüger, Richrath, 2 Mf.; Etredor, Beerenbusch, 2 Mf.; Trommler, Seuphig, 4 Mf.; Tiede, Klein-Gorpe, 2 Mf.; Twardawa, Eichberg, 2 Mf.; Traubert, Ehringhausen, 2 Mf.; Trautwein, Hörsenwerda, 2 Mf.; Wörlich, Charlottenhof, 3 Mf.; Urfer, Altpfirt, 2 Mf.;

Vollhebt, Quittainen, 5 Mf.; Wierbert, Zeitschenhof, 2 Mf.; Weber, Sommerau, 2 Mf.; Warzecha, Rohrbach, 2 Mf.; Welmer, Nibelbach, 2 Mf.; Willach, Heddingen, 5 Mf.; Wibelitz, Witik, 5 Mf.; Wehner, Freienwalde, 2 Mf.; Wannat, Brodau, 2,50 Mf.; Wagner, Gredeburg, 2 Mf.; Westraw, Weisbrück, 4 Mf.; Wroblid, Neuborf, 2 Mf.; Wagensink, Gollschwitz, 2 Mf.; Wermelskirch, Fürstenwalde, 2 Mf.; Wächsmuth, Reuthadt, 2 Mf.; Wente, Sukopine, 2 Mf.; Worp, Rastien, 2 Mf.; Wobell, Weiskessel, 3 Mf.; Wilsch, Reegerhütten, 2 Mf.; Weising, Eberswalde, 5 Mf.; Zimmermann, Waldeuten, 2 Mf.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten
Beiträge bescheinigt Neumann,
Schlagmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Bertog - Halensee.

Geldsendungen an den Verein.

In den letzten Monaten ist wiederholt gebeten worden, alle an den Verein zu richtenden Zahlungen, mit Ausnahme der Beträge für die Stellenvermittlung und der Schulbeiträge der Waldbesitzer, ausnahmslos an die Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte zu Neudamm, nicht aber an die Geschäftsstelle nach Halensee zu richten. Leider wird diese dringende Bitte von unseren Mitgliedern nicht beachtet; so sind in der Zeit vom 1. Juni bis Mitte September 270 Zahlungen an die Geschäftsstelle in Halensee statt nach Neudamm gelangt. Die Mehrarbeit, die durch die falsche Adressierung der Geldbeträge entsteht, ist sehr bedeutend und wäre auf die Dauer mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht durchzuführen.

Alle Gelder, die nach Halensee gehen, müssen auch bei der Kassenstelle in Neudamm nachgewiesen werden, und dadurch entsteht vielfache und völlig unnötige Umbuchung. Es wird daher wiederholt und dringend gebeten, an die Geschäftsstelle in Halensee keine Geldsendungen zu richten. Geschlecht das doch weiter in diesem Umfange, so werden wir schließlich wieder zu dem sehr unbequemen Mittel schreiten müssen, die fälschlich in Halensee einlaufenden Gelder zurückzuweisen.

Halensee, den 22. September 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

- Mitglieder:
Nr.
- 3920. Stamm, Heinrich, Waldwärter (Freiherr von Deynhausen), Colterbeck b. Schwabenberg i. Lippe. (H.-Gr. XI.)
 - 3921. Janik, Eduard, Förster (v. Alpling), Lüben i. Westpr. (H.-Gr. I.)
 - 3922. Stanitzke, Robert, Lehrer und Chor dirigent, Breslau, Lohsestr. 65. (H.-Gr. VII. *) u. M.
 - 3923. Scholz, Heinrich, Förster (Fürstl. Thurn u. Taxis'sche Verwaltung), Jh. Paulshof b. Biadl i. Posen. (H.-Gr. V.)
 - 3924. Barfknecht, Paul, Hilfsjäger, Ködchen b. Königsberg Rm. (H.-Gr. IX.)
 - 3925. Tront, Otto, Hilfsjäger (Fürstl. von Habsburg'sche Verwaltung), Schubertsee b. Herrnstadt, St. Gubrau. (H.-Gr. VII.)
 - 3926. Hildebrandt, Waldeimar, Forstassistent, Niemo in Westgalisien. (H.-Gr. IX.)

*) H. M. = außerordentliches Mitglied.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Zünemann, Erich, Hilfsjäger, Jh. Summln b. Biffel, St. Rhönsht.
Kerfurt, Carl, Förster, Fürstenaue, Kreis Arnswalde.
Schatten, Johann, Revierförster, Kleinkauer b. Jätichau.
Wirt, Hugo, Wildmeister, Primsenan.
Lamve, August, Kgl. Gegenmeister, Warburg, Bez. Cassel.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwärte.

Bekanntmachung.

Den Herren Vereinsmitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß die Ausgabe der Bücher unserer Bibliothek beginnt.

Das Ausleihgeschäft ist dem Herrn Kollegen Geier in Hohenstein, Post Haselbach, S.-M., übertragen worden, und wollen sich die berechtigten Herren Kollegen im gegebenen Fall dorthin wenden.

Wegen der zurzeit noch geringen Stückzahl erfolgt die Ausleihung oberförstereinein. Vorhanden sind folgende Bände:

- Nr. 1. Die Welt der Pflanze.
 „ 2. Durch norwegische Jagdgründe.
 „ 3. Tierleben des Waldes.
 „ 4. Der deutsche Walb.
 „ 5. Silber aus dem Leben des Waldes.
 „ 6. Vorkarbeiten zum Wegbau.
 „ 7. Welche Anforderungen sind an die Ausbildung der Privatförster zu stellen?
 „ 8. Die wichtigsten Forstinsekten.
 „ 9. Die deutsche Weimannssprache.
 „ 10. Lustige Jagd.
 „ 11. O diese Dadel.
 „ 12. Für's Forsthaus (ein Ratgeber für die Frau des Forstmannes).
 „ 13. Die Gamsbirch und anderes. (Widmung des Fürstl. von Leiningenschen Forstsekretärs A. Barth, Amorbach i. Unterfr.)
- Die Werke Nr. 6 und 7 werden zusammen aus-
 geliehen.

Mit Waldheil!

Heubach, G.-M., 14. Oktober 1912.

Der Vorstand: Reuter, Vorsitzender.

Verein alter Garde-Jäger zu Berlin.



1. Im Anschluß an die Sitzung am 5. November d. J. soll wie in früheren Jahren ein gemütliches Subertus-Eisbeineffen im Saale unseres Vereinslokals „Zum Astanier“, Anhaltstraße 11, stattfinden. Der Preis des Eisbeins mit Sauerkraut und Erbsenpüree wird bei vorheriger Anmeldung auf 1,35 M festgesetzt. Um zu vermeiden,

daß die Küche nicht mit genügend Eisbeinen versorgt ist, wird dringend gebeten, dem Schatzmeister bis zum 1. November mitzuteilen, wer von den Kameraden sich am Eisbeineffen beteiligen wird. Gäste sind natürlich angenehm und müssen ebenfalls bis zum genannten Tage angemeldet werden. Der Vergnügungsausschuß wird nach Möglichkeit für Unterhaltung sorgen, außerdem wird erwartet, daß jeder Teilnehmer zum Gelingen des Ganzen durch humoristische oder ernste Vorträge und Lieder beizutragen versucht.

2. Der Vorstand hatte die Freude, zum 60jährigen Jubiläum dem Kameraden Grebe in Eggersdorf bei Straußberg und zum 50jährigen Jubiläum den Kameraden Gansow in Salzdetfurth, Grandle in Bismberg bei Casetow, Raderich zu

Schwintendorf (Medlbg.-Schwerin), Rehdorff zu Potsdam, Paul Schulz zu Oliva, Siemers zu Gugelwitz bei Mühltäblich, Telle zu Potsdam und Leo Thiele zu Heidenau bei Rabenidel die Glückwünsche des Vereins auszusprechen. Mögen uns diese alten, treuen Kameraden noch lange Jahre erhalten bleiben.

3. Unzählbar schwere Verluste hat der Verein seit Übersendung des Jahresberichts für 1911/12 durch das Hinscheiden so vieler treuer Kameraden gehabt. — Es verstarben die Kameraden: Lewin (1853, II), Neumann (1874, III), Suesser (1861, II), Wilhelm Ruethnid (1861, II), Zuth (1897, IV), Dehn (1891, II), Klinker (1871, II), Salidi (1868, IV), Born (1860, III), Langer (1849, I) und Weber (1847, II). — Der Verein wird denselben stets ein liebevolles Gedenken bewahren.

4. Zu unserer großen Freude können wir konstatieren, daß die von uns an eine größere Anzahl alter Bataillonskameraden erlassenen Verbeschreiben nicht ohne Erfolg geblieben sind, da seit der letzten Generalversammlung 47 neue Mitglieder aufgenommen werden konnten. Die Mitgliederzahl 500 wird daher demnächst überschritten werden. — Wir bitten unsere lieben Kameraden nochmals recht dringend, überall, wo sich hierzu Gelegenheit bietet, für den Verein neue Mitglieder zu werben. Den jüngeren Kameraden dürfte dies bei den Kontrollversammlungen nicht allzuschwer werden.

Berlin, im Oktober 1912.

Der Vorstand
 des Vereins alter Garde-Jäger.
 H. Herrmann, Agl. Rechnungsrat, A. Meyer, Kaufmann,
 1. Vorsitzender, 1. Schriftführer,
 W 30, Kyffhäuserstr. 24. NO 18, Aniproduktstr. 114.
 M. Böhm, Erped. Sekretär,
 Schatzmeister,
 Neutönn, Berliner Straße 8.

Burdhardt-Jubiläums-Stiftung.

An Spenden sind noch eingegangen:

Straßgelber für Reichshäufe auf Treibjagden der Oberförsterei Dedensen 17,0 M.

Bergmeister Densow-Horn bei Schulenburg 5 M.

Durch Förster Fadel-Glaustal 38,50 M (Bezirksgruppe Silberheim 30 M und Ortsgruppe Herzberg 8,50 M, abg. 20 Pf. Porto).

S. H.-Hannover 10 M.

Oberforstmeister Burdhardt: von den Forstverwaltungsbeamten des Regierungsbezirks Schleswig 70 M.

Forstamt Hohe Geis-Braunschw. Sammlung bei einem Schülertreiben, durch Förster Großgebauer 30 M.

Heil den gütigen Spendern!

Hannover, Jägerstraße 12, den 12. Oktober 1912.

Gleinig.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befekung gelangende Forstbüchertitel in Preußen. 831. — Zur Neuordnung der Dienstländerreihen und der Dienstaufwandsabteilungen. 831. — Schädlingsarten und Forstforschung. Von Rosemann. 833. — Dienstbezeichnungen und Uniformen der Forstbeamten der Landwirtschaftskammern. 834. — Zur Lage der besitzenden Pensionäre. 835. — Wirtschaftsziele und Wirtschaftsgrundzüge im badischen Forstvertriebe. 835. — Austritt des Gedenkwälders und der Gedenkschutts im westfälischen Industriebezirk. 835. — Sprengverluste. 836. — Beratung des bayerischen Forstvertriebs. 836. — Wege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 839. — Dem königlichen Oberförster Dr. Bortog in der Titel Forstrat der Landwirtschaftskammer verliehen. 839. — Ein neuer Antrag des Grafen Töring. 839. — Gedenkwälderversicherung in Slavonien. 840. — Holzverkauf in den badischen Gemeindeverwaltungen. 840. — Polizeiverordnungen. 841. — Amtlicher Wackbericht. 841. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 841. — Brief- und Fragekasten. 842. — Nachrichten des Vereins königlich Preussischer Forstbeamten. 843. — Nachrichten des „Waldzeitl“. 845. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 846. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperchaften. 846. — Anfertige.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfälliger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balangen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Verlag von J. Neumann in Neudamm.

In den ersten Tagen des Oktober ist erschienen und wurde versandt der fünfundzwanzigste Jahrgang des

„Waldheil“, Kalender für deutsche Forstmänner und Jäger auf das Jahr 1913,

fest und dauerhaft in grüne Segelleinwand gebunden. Mit Bleistift und einem Nummerbuche zur Ausnahme von Hutholz oder Brennholz, für tausend Nummern ausreichend, als Anlage. **Einfache Ausgabe A:** Preis 1 Mk. 50 Pf. (5 Exemplare und mehr 1 Mk. 20 Pf. — Ausgabe für Elsaß-Lothringen 1 Mk. 30 Pf. — pro Stück).

Stärkere Ausgabe B: Mit durchschossenem Notizkalender und 150 Seiten Millimeterpapier und Abreißzetteln im Anhang. Preis 1 Mk. 80 Pf. (5 Exemplare und mehr 1 Mk. 50 Pf. — Ausgabe für Elsaß-Lothringen 1 Mk. 60 Pf. — pro Stück).

Für das Großherzogtum Baden und die Reichsländer Elsaß-Lothringen sind eigene Ausgaben herausgegeben, die zu den oben genannten Preisen zu beziehen sind. Die Ausgabe für Baden hat ein eigenes Nummerbuch; für die Ausgabe für Elsaß-Lothringen erscheint Ende Oktober als kostenlose Anlage eine Liste der Elsaß-Lothringischen Staats- und Gemeindeforstbeamten nebst Verzeichnis der wichtigsten Privatwaldungen und deren Verwalter nach dem Stande vom 1. Oktober 1912.

Weitere Nummerbücher zu 1000 Nummern können zum Preise von je 10 Pf. pro Stück in jeder Anzahl einzeln nachbezogen werden. Stärkere Nummerbücher werden geliefert: Preis für 2000 Nummern 20 Pf., für 3000 Nummern 30 Pf., für 4000 Nummern 40 Pf., für 5000 Nummern 50 Pf. und für 6000 Nummern 60 Pf. pro Stück.

Auf vielfachen Wunsch wird als festerer Verschluss des Kalenders ein Verschlussband aus hartem Gummi zum Preise von 15 Pf. das Stück geliefert.

Die verehrlichen Mitglieder des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten und des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands erhalten auch einzelne Exemplare des Kalenders zu den vorher genannten Partiepreisen.

Das Kalendarium des „Waldheil“ für 1913 ist so eingerichtet, daß es vom 1. Oktober 1912 an in Gebrauch genommen werden kann. Aufträge auf den Kalender werden daher am besten sofort erteilt. Alle bereits auf den Kalender „Waldheil“ eingegangenen Bestellungen sind inzwischen versandt. Sollte jemand nicht in den Besitz seines Auftrags gekommen sein, wird um sofortige Reklamation gebeten.

Gleichzeitig können bezogen werden die soeben erschienenen bekannten Abreißkalender:

Forst- und Jagd-Abreißkalender für das Jahr 1913 mit forstlichen und jagdlichen Unterweisungen, Ratsschlägen, Sprüchen, Liedern u. a. m. Preis 50 Pf.

Abreißkalender für Landwirte und Gärtner für das Jahr 1913 mit täglichen Ratsschlägen für Gemüse, Obst, Blumenzucht und Landwirtschaft. Preis 50 Pf.

Büchen-Abreißkalender für das Jahr 1913. Enthält für jeden Tag einen Küchenzettel, Kochrezepte, Unterweisungen für die Hauswirtschaft, ausgewählte Sinnsprüche u. a. m. Preis 50 Pf.

Wochen-Notiz-Abreißkalender für das Jahr 1913 in Groß-Quartformat. Auf jedem Blatte das Kalendarium einer Woche mit reichlichem Raume für Notizen. Preis 1 Mk.

Zur Anschaffung für Königlich Preussische Forstbeamte, besonders auch für die Schreibenden der Königl. Oberförstereien, sei sodann empfohlen:

Preussisches Förster-Jahrbuch für 1912. Ein Ratgeber und Adreßbuch für die preussischen Kron- und Staatsforstbeamten. Herausgegeben zum Teil nach amtlichen Quellen von der Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“. Preis fest geheftet 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der „Deutschen Forst-Zeitung“ 2 Mk. 80 Pf.; in Partien: 5 Stück und mehr 2 Mk. 10 Pf., 10 Stück und mehr 2 Mk. Erscheint in jedem Jahre neu. — Die Jahrgänge 1910 und 1911 werden zu ermäßigtem Preise von je 2 Mk. abgegeben.

Wer den neuesten Band des Preussischen Förster-Jahrbuches noch nicht besitzt, wird gebeten, ihn nun doch umgehend zu bestellen. Aufschicksendungen sind in diesem Jahre nicht beabsichtigt. Doch kann auf besonderen Wunsch an jede Oberförsterei oder an jede Gruppe des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten sofort ein Exemplar zur Einsicht und Vorlage geliefert werden.

Werden mit den Abreißkalendern gleichzeitig für drei Mk. Kalender „Waldheil“, „Förster-Jahrbücher“ oder sonstige Bücher bestellt, so werden außer etwaigen Nachnahmepfeisen keine besonderen Portokosten erhoben; mit ein oder zwei Kalendern „Waldheil“ gemeinsam bezogen, wird für Zusendung jedes Abreißkalenders eine Portogebühr von 10 Pf. berechnet, während jeder Tagesabreißkalender im Einzelverhand gegen Einsendung des Betrages von 70 Pf. und unter Nachnahme 90 Pf. kostet. Im übrigen erfolgt Lieferung gegen Einsendung des Betrages franko, unter Nachnahme mit Portozuschlag.

Für Bestellungen ist zweckmäßig die in Nr. 41 unseres Blattes beigefügte Bestellkarte zu benutzen.

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

J. Neumann, Neudamm.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstweisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thürmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 M., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Circulband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 5 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 8 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals anbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 43.

Neudamm, den 27. Oktober 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterei Breitenfelde im Regierungsbezirk Allenstein ist zum 1. Dezember 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. November eingehen.

Oberförsterei Sagenort im Regierungsbezirk Danzig ist zum 1. Februar 1913 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Dezember eingehen.

Försterei Pänke in der Oberförsterei Lüchow, Regierungsbezirk Lüneburg, ist zum 1. Januar 1913 anderweit zu besetzen.

Försterei Grünau in der Oberförsterei Schütterwalbe, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. Januar 1913 neu zu besetzen. Die Stelle liegt 12 km von der Stadt Tuchel. Katholische Schule in Bialle, 3,7 km, evangelische Kirche in Tuchel, 12 km, katholische Kirche in Gr.-Schliewitz, 17 km. Dienstlohn 7.804 ha Acker, 3.249 ha Wiese und 1.610 ha Weide. Nutzungsgeld 33 M. Dienstaufwand 200 M., Stellenzulage 150 M. Meldefrist bis 10. November.

Försterei Rehesdorf in der Oberförsterei Grünhaus, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, ist zum 1. Dezember 1912 zu besetzen. Meldungen bis zum 2. November.

Försterei Pöhlse in der Oberförsterei Herzberg am Harz, Regierungsbezirk Silberstein, ist zum 1. Februar 1913 zu besetzen.

Versicherung der Forstbeamten gegen Unfallschäden.

Der Försterberuf gehört zu denjenigen Berufen, die verhältnismäßig viele Gefahren mit sich bringen. Denn dieser Beruf birgt nicht nur Gefahren und Schädlichkeiten, die auch dem ihm verwandten Berufe des Landwirts eigen sind (Verletzungen durch Tiere, leblose Sachen, Unwetter usw.), sondern hat auch Gefahren im Gefolge, die von heimtückischen, verbrecherischen

Händen ausgehen. Es liegt deshalb auch den Angehörigen dieses Berufs — im eigenen Interesse und in dem ihrer Familien — im besonderen Maße die Pflicht ob, sich klar zu machen, auf welchen Schadenersatz sie im Falle einer plötzlichen Schädigung ihrer körperlichen oder geistigen Gesundheit oder eines gewaltsamen Todes Anspruch haben, oder auf welche Ver-

sie sich und ihre Familie selbst noch gegen die aus Unfällen erwachsenden Schäden sichern, d. h. versichern können.

Zwei Formen der Unfallversicherung kommen in Betracht: die eine ist die öffentlich-rechtliche Versicherung, der jeder in ihren Kreis Fallende kraft Gesetzes angehört, ganz gleich, ob er will oder nicht; die andere Form ist die Privatversicherung, die jeder nach Belieben wählen kann. Im Anschlusse hieran soll noch die Haftpflichtversicherung der Forstbeamten erörtert werden.

A. Die öffentlich-rechtliche Versicherung.

I. Hier kommen in erster Linie das Reichsgesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen, vom 18. Juni 1901 (R. G. Bl. S. 211) und das preussische Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen, vom 2. Juni 1902 (G. S. 153) in Betracht*). (Vgl. Radtke, Handbuch für den Preussischen Förster, 4. Aufl., S. 335 ff.) Nach diesen Gesetzen erhalten Beamte und Militärpersonen, welche in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Reichs- und Staatsbetrieben, also auch in der fiskalischen Forstwirtschaft, beschäftigt sind, wenn sie infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalles dauernd dienstunfähig werden und nicht infolge anderer gesetzlicher Bestimmungen noch höhere Beträge zu beanspruchen haben: als Pension $66\frac{2}{3}$ v. H. ihres Diensteinkommens. Sind sie nicht dauernd dienstunfähig, aber in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt worden, so erhalten sie bei ihrer Entlassung aus dem Dienste als Pension: 1. im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben $66\frac{2}{3}$ v. H. des Dienst-einkommens, 2. im Falle teilweiser Erwerbsunfähigkeit den dieser entsprechenden Teil jener Pension. Bei Hilflosigkeit des Verletzten ist die Pension bis zum vollen Betrage des früheren Dienst-einkommens zu erhöhen. Nach dem Weggange des Dienst-einkommens sind dem Verletzten außerdem die noch erwachsenden Kosten des Heilverfahrens zu ersetzen.

Für die Hinterbliebenen eines infolge eines Berufsunfalles verstorbenen Beamten sind folgende Bezüge festgesetzt:

1. als Sterbegeld, sofern ihnen nicht nach anderweiter Bestimmung Anspruch auf

*) Die Unfallfürsorge für Beamte ist zwar keine „Versicherungseinrichtung“. Da sie aber ebenfalls öffentlich-rechtlichen Charakter hat und bezweckt, Unfallschäden zu ersetzen, so hat der Verfasser geglaubt, sie hier in den Begriff „öffentlich-rechtliche Versicherung“ mit einbeziehen zu können.

- Gnadenquartal oder Gnadenmonat zusteht, der Betrag des einmonatigen Dienst-einkommens oder der einmonatigen Pension des Verstorbenen, jedoch mindestens 50 M.;
2. für die Witwe, ebenso für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, eine Rente von je 20 v. H. des Dienst-einkommens des Verstorbenen, im ganzen jedoch nicht mehr als 60 v. H. des Dienst-einkommens.

Auch Eltern usw., sowie elternlose Enkel, die der Verstorbene unterstützt hat, sind unter gewissen Voraussetzungen rentenberechtigt.

Die Fürsorge erstreckt sich auf die Folgen von Unfällen bei häuslichen und anderen Diensten, zu denen die Beamten von ihren Vorgesetzten herangezogen werden.

Jeder Unfall ist unverzüglich der vorgesetzten Dienstbehörde zu melden, die ihn sofort zu untersuchen hat.

Die Feststellung der Ansprüche der Verletzten hat von Amts wegen zu erfolgen. Ist dies nicht geschehen, so sind die Ansprüche bei Vermeidung des Ausschlusses vor Ablauf von drei Jahren nach dem Eintritte des Unfalles anzumelden.

Schadenersatzansprüche, welche den Verletzten nach zivilrechtlichen Grundsätzen gegenüber Dritten (Schadensstiftern) zustehen, bleiben erhalten, doch gehen diese Ansprüche auf die Betriebsverwaltung insoweit über, als sie zu Zahlungen auf Grund der Beamtenunfall-fürsorgegesetze verpflichtet ist.

Vorstehende Darlegungen gelten auch für diejenigen Kommunalforstbeamten, für welche durch statutarische Festsetzung der Gemeinde usw. eine gleiche Fürsorge eingeführt ist.

II. Für Unfälle von Forstbeamten, welche nicht zu den unter I aufgeführten Gruppen gehören, also hauptsächlich Beamte in Privatforstbetrieben, sowie für Unfälle, welche Forstbeamte außerhalb ihres Berufs in der staatlichen Unfallversicherung unterliegenden Betrieben erleiden (z. B. im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe oder in einem fremden Betriebe, in den sie vorübergehend eingetreten sind (vgl. Radtke a. a. O. S. 337), kommen die Berufsgenossenschaften gemäß den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung (§§ 161, 915 ff.) und der von ihnen getroffenen statutarischen Vorschriften auf (vgl. Preussisches Förster-Jahrbuch 1912, S. 124 ff.).

Hiernach sind bei Verletzungen vom Beginne der 14. Woche nach dem Unfall zu gewähren: 1. Krankenbehandlung, 2. bei völliger Erwerbsunfähigkeit eine Rente von $\frac{2}{3}$ des Jahresarbeitsverdienstes, bei teilweiser Er-

werbsunfähigkeit eine entsprechende Teilrente, bei Hilflosigkeit eine Rente bis zur vollen Höhe des Jahresarbeitsverdienstes. Bis zum Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall hat die Diensthererschaft oder die Krankenkasse, sonst der Verletzte selbst, die Kosten des Heilverfahrens zu tragen. Bei Tötung eines Verletzten erhalten die Hinterbliebenen: 1. als Sterbegeld den 15. Teil des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 50 M.; 2. Renten (Witve und jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre je $\frac{1}{2}$ des Jahresarbeitsverdienstes, eventuell auch Eltern usw. sowie Enkel, zusammen nicht mehr als $\frac{3}{5}$ des Jahresarbeitsverdienstes).

Als Jahresarbeitsverdienst gilt bei Forstbeamten ihr Dienst Einkommen, bei Arbeitern ein behördlich festgesetzter Durchschnittssatz, der in der Regel hinter dem tatsächlich erzielten Arbeitsverdienste zurückbleibt. Die Rente von Forstbeamten, welche im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb oder in fremden Betrieben verunglückt, wird meistens nach den für Arbeiter festgesetzten Durchschnittsverdiensten berechnet.

Unfälle sind binnen drei Tagen bei der Ortspolizeibehörde und Berufsgenossenschaft anzuzeigen. Erfolgt die Rentenfeststellung nicht von Amts wegen, so müssen die Ansprüche bei Vermeidung des Ausschlusses vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalls bei der Berufsgenossenschaft angemeldet werden. Vgl. Förster-Jahrbuch 1912 S. 130 Nr. 78 und 79.

Haftpflichtansprüche gegen Schadenstifter bleiben bestehen, gehen aber auf die Berufsgenossenschaft in Höhe ihrer Aufwendungen über.

Invalidenrente, Altersrente, Ruhegelder aus der Angestelltenversicherung, Hinterbliebenenbezüge aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung werden bis zu einem gewissen Betrage neben Unfallpensionen und -Renten gezahlt. Vgl. Preussisches Förster-Jahrbuch 1912, S. 133, 138, 142 und §§ 73, 74 des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

B. Die private Versicherung.

Wer kommt nun für Unfälle auf, die ein Forstbeamter außerhalb seines Berufes oder Betriebes erleidet, z. B. für Unfälle des alltäglichen Lebens, für Sportunfälle, für Unglücksfälle auf Privatjagden usw.? Der Verletzte muß den Schaden selbst tragen, sofern nicht ein zahlungsfähiger Schadenstifter zur Entschädigungsleistung herangezogen werden kann (§§ 823 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches), oder sofern nicht der Geschädigte bei einer privaten Versiche-

rungsgesellschaft versichert war. Eine solche private Versicherung ist sehr zu empfehlen, da ein Schadenstifter nicht immer vorhanden oder zu fassen ist, und weil auch die Pensionen oder Renten (s. unter A) nur $\frac{2}{3}$ des jeweiligen Schadens decken und die Verletzten die Heilungskosten bis zu ihrer Pensionierung oder bis zum Beginne der 14. Woche nach dem Unfall meistens aus eigener Tasche bezahlen müssen. Das, was ein Verletzter aus einer privaten Versicherung erhält, wird auf die Pension oder Rente nicht angerechnet; die Versicherungssummen bilden also einen Zuschuß zu den öffentlich-rechtlichen Pensionen und Renten.

Zu einer solchen privaten Versicherung bietet der „Brandversicherungsverein Preussischer Forstbeamter“, Berlin W, Leipziger Platz 7, seinen Mitgliedern (den preussischen Staatsforstbeamten sowie den Privat- und Gemeindeforstbeamten zu Preußen) die Hand.*) Dieser Verein hat bekanntlich mit der „Mannheimer Versicherungsgesellschaft“ einen Vertrag dahin abgeschlossen, daß der Verein — an Stelle einer Dividendengewährung — aus seinen Überschüssen die Unfallversicherungsprämien zahlt und die einzelnen Mitglieder des Vereins mit $\frac{1}{3}$ ihrer Brandversicherungssumme (bis zu einer Höchstsumme von 8000 M.) gegen Unfälle in und außer Dienst für den Todesfall und für den Fall der ganz oder teilweise bleibenden Invalidity versichert sind. Die Unfallversicherungssumme wird für jedes Vereinsmitglied in der Weise auf volle Hunderte von Mark abgerundet, daß Teilbeträge bis zu 50 M. außer Anlaß bleiben, über 50 bis 99 M. aber für volle 100 M. gerechnet werden. Hiernach beträgt die Unfallversicherungssumme z. B. bei einer Brandversicherung von

4650 M. $\frac{1}{3}$ = 1550,00 M., abgerundet 1500 M. und
4700 M. $\frac{1}{3}$ = 1566,67 „ „ 1600 „.

Die sich nach dieser Abrundung ergebende Unfallversicherungssumme wird im Falle des durch Unfall eingetretenen Todes des Versicherten an seine Hinterbliebenen oder Rechtsnachfolger bar ausgezahlt, im Falle des Eintritts der bleibenden Invalidity infolge eines Unfalles aber der Berechnung einer auf Lebenszeit zu gewährenden jährlichen Rente zugrunde gelegt. Eine solche, je nach dem Grade der Invalidity zu bemessende Jahresrente ist, wie schon erwähnt, sowohl neben einer staatlichen oder anderen Pension, als auch bei nur teilweiser Erwerbsunfähigkeit an solche Beamten zu zahlen, die nach dem erlittenen Unfälle noch weiter im Dienste bleiben.

*) Hinsichtlich der Mitglieder des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands wird auf Abschnitt D verwiesen.

Außerdem können die Mitglieder zu dieser Versicherung eine **Zusatzversicherung** nehmen, deren Prämie sie selbst zahlen.

Die von dem Verein abgeschlossene Versicherung gewährt indes den Mitgliedern nicht schon vom Tage des Unfalls ab eine Rente, sie bietet auch keinen Ersatz der durch das Heilverfahren entstehenden Arzt- und Apotheker-Kosten, sondern die aus dieser Versicherung von der Mannheimer Gesellschaft zu gewährende Rente beginnt nach der Neufassung der Versicherungsbedingungen vom April 1910 in der Regel erst nach einer Karenzzeit von einem Jahre vom Unfalltage an gerechnet*). Steht aber schon vor Ablauf der Karenzzeit unzweifelhaft fest, daß die Invalidität eine dauernde ist, so z. B. bei Gliederverlusten, so tritt die Rente bereits mit Abschluß des Heilverfahrens in Kraft.

Bei vorübergehender Invalidität infolge Unfalls kann nur auf Grund einer besonderen, von den Vereinsmitgliedern aus eigenen Mitteln abzuschließenden Kurkostenversicherung ein Ersatz für Erwerbsverlust und Kurkosten bis zur Höhe der versicherten täglichen Entschädigung (Kurquote) für die Dauer der ärztlichen Behandlung, längstens jedoch bis zum Schluß des auf den Unfall folgenden Jahres beansprucht werden. Es empfiehlt sich daher der Abschluß einer Kurkostenversicherung, um sich auch gegen Nachteile bei vorübergehender Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit infolge Unfalls zu schützen. Die Mannheimer Versicherungsgesellschaft nimmt derartige Versicherungen von Mitgliedern des Brandversicherungsvereins bis zu 3 M. täglicher Kurkostenentschädigung gegen eine Jahresprämie von 1,25 M. für je 1 M. dieser Kurkostenentschädigung an.

Wie hat sich nun ein Verletzter zu verhalten, um sich vor Nachteilen zu schützen, die nach den Versicherungsbedingungen bei Unterlassungen und Versäumnissen drohen?

1. Ärztliche Behandlung. Hat der Versicherte einen Unfall erlitten, der eine Einschränkung seiner Arbeitsfähigkeit zur Folge hat oder zur Folge haben kann, so ist es seine erste Pflicht, sich so schnell als möglich in die Behandlung eines approbierten Arztes zu begeben. Dies ist schon deshalb notwendig, damit durch rechtzeitige ärztliche Behandlung einer Verschlimmerung der Unfallfolgen vorgebeugt wird oder doch

die letzteren wesentlich gemildert werden; sodann muß auch die Gesellschaft sich von Anfang an über den Verlauf der Unfallfolgen durch Einholen von Attesten informieren können.

Bis zu seiner völligen Wiederherstellung oder, soweit solche nicht mehr möglich ist, bis zum Abschluß des Heilverfahrens hat der Verletzte in der Behandlung des Arztes zu bleiben und alle seine Anordnungen auf das gewissenhafteste zu befolgen.

2. Anmeldung des Unfalles. Außerdem ist der Unfall der Gesellschaft, und zwar der Direktion in Mannheim, anzumelden. Diese Anmeldung hat unverzüglich, d. i. ohne schuldhaftes Zögern, spätestens aber innerhalb zehn Tagen nach dem Unfälle, und am besten durch eingeschriebenen Brief und mittels des von der Gesellschaft gelieferten Formulars, zu erfolgen, wenn die Ansprüche aus der Versicherung gewahrt werden sollen. Deshalb ist es immer von Vorteil, wenn auch die Umgebung des Versicherten von dem Bestehen der Versicherung unterrichtet ist, da dann eine verspätete Anmeldung leichter vermieden wird. Eine fahrlässig versäumte Anzeige kann von den unangenehmsten Folgen sein, da der Gesellschaft bedingungsgemäß das Recht zusteht, die Entschädigungsansprüche wegen Überschreitung der Meldefristen abzulehnen.*). Je schneller die Gesellschaft benachrichtigt ist, desto wirksamer können auch die Unfallfolgen durch geeignete Maßnahmen, z. B. Krankenhaus-, Sanatoriums-Behandlung usw., bekämpft werden. Sobald derartige außerordentliche Behandlungsmethoden von der Gesellschaft angeordnet werden, trägt sie auch die Kosten dafür.

Schon in dem Anmeldebescheinigen soll möglichst Name und Adresse des behandelnden Arztes angegeben werden; dagegen ist die Einreichung eines Attestes nicht erforderlich, da dasselbe in der Regel von der Gesellschaft selbst eingezogen wird. Sollte es aber vorkommen, daß die Gesellschaft aus irgendwelchen Gründen den Versicherten mit der Beschaffung von Attesten beauftragt, so hat er dafür zu sorgen, daß diese umgehend der Gesellschaft überhandt werden. Andernfalls hat der Versicherte zu gewärtigen, daß seine Entschädigungsansprüche abgelehnt werden (§ 4 Nr. 4 der allgemeinen Versicherungsbedingungen).

Hat der Unfall den Tod zur Folge gehabt, so ist regelmäßig, also auch dann, wenn das Unfallereignis bereits vorher durch eingeschriebenen Brief oder sonstwie gemeldet ist, binnen

*) Die Verlängerung der früheren Karenzzeit von 200 Tagen auf ein Jahr ist hauptsächlich deswegen geschehen, weil in sehr vielen Fällen nach 200 Tagen noch nicht entschieden werden kann, ob überhaupt eine dauernde Invalidität — denn nur diese ist durch die vom Verein abgeschlossene Versicherung gedeckt — vorliegt.

*) Welche Folgen die Versäumung einer Anmeldefrist haben kann, ergibt sich aus den in Nr. 38 S. 776 der Deutschen Forst-Zeitung Bd. 26 und auf Seite 865 dieser Nummer mitgeteilten Fällen

96 Stunden telegraphisch Anzeige zu erstatten. Ferner sind diejenigen, welche aus der Versicherung Ansprüche erheben, bei Verlust dieser Ansprüche verpflichtet, auf Verlangen der Gesellschaft die Öffnung der Leiche zu gestatten. Zwar werden die Angehörigen meist nur sehr ungern in die Vornahme der Leichenöffnung einwilligen, die Gesellschaft muß sich aber dieses Recht wahren, da in vielen Fällen nur die Leichenöffnung Aufschluß über die Entstehung oder den Hergang des Unfalles geben kann. Daß die Gesellschaft aber bei Unfällen, welche sofort oder später den Tod zur Folge haben, Klarheit über den Unfall zu gewinnen wünscht, kann ihr sicherlich schon deshalb nicht verdacht werden, weil es sich im Todesfalle doch um eine höhere Entschädigungszahlung als sonst handelt.

3. Für die Anmeldefristen und Verhaltungsmaßregeln bei der Kurkostenversicherung gelten vertragsgemäß die allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft für Einzel-Unfall-Versicherung, welche im großen ganzen mit den der Todes- und Invaliditätsversicherung des Vereins zugrunde liegenden Bedingungen übereinstimmen. Nur muß hier die Gesellschaft noch strenger darauf sehen, daß der Verletzte sich sofort in ärztliche Behandlung begibt, und es ist deswegen in § 7 a vorgeschrieben, daß die Arztannahme spätestens am zweiten Tage nach dem Unfall zu erfolgen hat. Bezüglich der ärztlichen Atteste gilt das unter Ziffer 2 Gesagte.

4. Entschädigungspflichtige Unfälle. Als entschädigungspflichtige Unfälle kommen für Forstbeamte nicht nur Berufs-unfälle in Frage, sondern auch

- a) alle Unfälle des täglichen Lebens,
- b) alle Unfälle in einem etwaigen Nebenberufe,
- c) alle Sportunfälle, soweit sie durch besonderen Antrag in die Versicherung eingeschlossen sind. Dabei ist aber zu bemerken, daß Radfahren sowohl in wie außer Dienst auch ohne besonderen Antrag in die Versicherung eingeschlossen ist.

Ausgeschlossen sind, wie bei jeder anderen Unfallversicherung, nur die in § 2 Nr. 3 der Bedingungen aufgeführten Erkrankungen, krankhafte Zustände und einzelne Gruppen von Unfällen, z. B. Unfälle in offener Trunkenheit, bei Ausführung eines Verbrechens oder Vergehens und einige andere.

C. Haftpflichtversicherung.

Ein Forstbeamter kann aber nicht nur von Unfällen betroffen werden, er kann auch selbst der fahrlässige Urheber von solchen werden und muß dann den von ihm verschuldeten Schaden nach Maßgabe der Vorschriften des

Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 823 ff.) ersetzen, was ihn und seine Familie für immer ruinieren kann. Er muß sich also als sorgfältiger Haushalter auch gegen solche Schäden versichern, und zwar bei einer Gesellschaft für Haftpflichtversicherung. Als solche empfiehlt der Brandversicherungsverein ebenfalls die Mannheimer Versicherungsgesellschaft.

Diese Gesellschaft hat den Vereinsmitgliedern trotz andauernden größeren oder geringeren Verlustes bei der mit dem Verein abgeschlossenen Unfallversicherung Entgegenkommen gezeigt, so daß es unbillig sein würde, ihr die Haftpflichtversicherung der Vereinsmitglieder vorzuenthalten. Die Mitglieder, welche gesonnen sind, eine solche Versicherung einzugehen, wollen daher das entsprechende Antragsformular, welches sich bei der ihnen unter dem 7. Juni 1912 überfandten Broschüre befindet, ausfüllen und unter Überendung an die Direktion der Gesellschaft in Mannheim Versicherungsantrag stellen. Sollte die Broschüre verloren oder nicht in die Hände eines Mitgliedes gelangt sein, so wird sie auf Wunsch sofort nachgeliefert. Denjenigen Mitgliedern, welche noch bei einer anderen Versicherungsgesellschaft auf kürzere oder längere Zeit gegen Haftpflicht versichert sind, wird im Vereinsinteresse empfohlen, diese Versicherung zum nächsten Termine zu kündigen und sie alsdann durch entsprechende Antragstellung der „Mannheimer Versicherungsgesellschaft in Mannheim“ zu überweisen.

Die Haftpflichtversicherung deckt die Schadenersatzansprüche, welche dritte Personen gegen den Versicherungsnehmer wegen eines erlittenen Unfalles oder wegen Beschädigung, Verlustes oder Vernichtung von Sachen erheben und für die nicht ein anderer Verpflichteter (z. B. eine Gemeinde, Krankenkasse, Berufs-genossenschaft, der Fiskus usw.) aufzukommen hat. Werden solche Ansprüche erhoben, so hat der Versicherte binnen einer Woche der Direktion der Gesellschaft in Mannheim schriftlich Anzeige zu erstatten und tunlichst alle sich auf den Schadenfall beziehenden Schriftstücke einzufenden. Die Direktion läßt ihm dann weitere Verhaltensmaßregeln zugehen, insbesondere kann sie eine nähere Aufklärung über den Hergang des Unfalles verlangen. Der Versicherungsnehmer ist auf solches Verlangen verpflichtet, jede zur Feststellung des Schadenalles oder des Umfangs der zu leistenden Entschädigung erforderliche Auskunft zu geben.

Die Haftpflichtversicherung bezweckt außerdem, den Versicherten gegen unbegründete Ansprüche zu schützen; die Gesellschaft kann, wenn sie die Ansprüche Geschädigter für unbegründet hält, den Versicherten an-

weisen, die an ihn gestellten Ansprüche abzulehnen. Das kann auch dann geschehen, wenn der Anspruch des Geschädigten zwar an sich begründet, die Höhe seiner Forderung dagegen übertrieben und ungerechtfertigt ist. Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, die Gesellschaft bei der Abwehr der von ihr für unbegründet oder zu weitgehend erachteten Ansprüche bestens zu unterstützen.

Wird der Versicherte zu einer gerichtlichen Verhandlung über den Anspruch geladen, oder wird gegen ihn wegen des Schadenersatzes ein polizeiliches oder strafgerichtliches Verfahren eingeleitet, so ist, auch wenn eine Anzeige vom Schadensfalle bereits erstattet ist und auch wenn die Frist zur Anzeige desselben noch läuft, die Anzeige unverzüglich nach Empfang der Ladung zu machen.

Die Gesellschaft erstattet nicht nur die Kosten, welche durch die Abwehr eines unbegründeten Anspruches entstehen; sie übernimmt auch den Ersatz der im Strafverfahren als Schadenersatz auferlegten Buße und zahlt die nach der Gebührenordnung berechneten, evtl. die mit der Gesellschaft besonders vereinbarten höheren Kosten eines Verteidigers, wenn gegen den Versicherungsnehmer wegen des Schadenersatzes ein Strafverfahren eingeleitet wird.

Ein aus dem Schadensfalle gegen einen Versicherten entstehender Entschädigungsprozeß wird auf Kosten der Gesellschaft von dieser im Namen des Versicherten geführt, ohne daß die Kosten auf die zu leistende Entschädigung in Anrechnung gebracht werden. Der Versicherte hat dem ihm von der Gesellschaft bezeichneten Rechtsanwalt Prozeßvollmacht zu erteilen und die Führung des Rechtsstreites der Gesellschaft zu überlassen, bleibt aber zu jeder Auskunftserteilung und Beschaffung aller Nachweise, die er liefern kann, verpflichtet.

Erfüllt der Versicherungsnehmer die ihm nach einem Schadensfalle obliegenden Verpflichtungen aus Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit nicht, so kann die Gesellschaft ein Eintreten für den Versicherungsnehmer ablehnen. Die Gesellschaft ist auch dann befreit, wenn der Versicherte ohne ihre Einwilligung den Dritten befriedigt oder dessen Anspruch ganz oder teilweise anerkennt, wenn nicht nach den Umständen die Befriedigung oder Anerkennung nicht ohne offensbare Unbilligkeit verweigert werden konnte.

Die Gründe, auf die sich die Haftpflichtansprüche stützen können, sind sehr mannigfaltiger Natur. Gegen einen Forstbeamten können Ansprüche erhoben werden, die aus seiner Tätigkeit als Jäger und Schütze oder aus seiner Eigenschaft als Hundebesitzer entspringen. Aber auch als Privatmann, Familienvorstand und

Gesindeherr, als Hausbesitzer und Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebes, als Privatfuhrwerksbesitzer und als Radfahrer ist der Forstbeamte zahlreichen Haftpflichtgefahren ausgesetzt. Gegen diese schützt er sich am besten, wenn er bei der Gesellschaft eine möglichst umfassende Haftpflichtversicherung abschließt, deren einzelne Risiken in dem Versicherungsantrage aufgeführt sind. Es seien folgende besonders häufig vorkommende Haftpflichtfälle angeführt:

1. Durch unvorsichtiges Abgeben eines Schusses bei Ausübung der Jagd wird ein anderer Schütze, ein Treiber oder eine in der Nähe befindliche andere Person getroffen. In solchen Fällen besteht fast stets eine Haftung des Schützen, wenn nicht ganz besondere Umstände dafür sprechen, daß er die Folgen des Schusses nicht vorhersehen konnte. Eine Haftbarkeit des Schützen wird meistens von den Gerichten auch dann angenommen, wenn die verletzte Person sich nicht in der Schußrichtung befand, sondern durch ein sogenanntes Prellhorn getroffen wurde (§§ 823, 830, 840 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

2. Durch das unverwahrte Liegenlassen eines geladenen, wenn auch gesicherten Gewehres, insbesondere aber eines geladenen ungesicherten, kann eine Person, die das Gewehr an sich nimmt, verletzt werden (§ 823 a. a. D.).

3. Ein Kind des Forstbeamten verletzt durch einen Steinwurf eine andere Person; der Vater hat den Schaden zu ersetzen, wenn das Kind mangelhaft beaufsichtigt war (§ 832 a. a. D.).

4. Durch einen Hund des Forstbeamten wird ein Briefträger in das Bein gebissen. Der Beamte ist als Hundebesitzer für den Schaden verantwortlich, wenn durch den Hund ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt wird (§ 833 a. a. D.). Vgl. auch den auf S. 868 Antrage 141 mitgeteilten Fall.

5. Das Fuhrwerk des Forstbeamten überfährt infolge Scheuens der Pferde ein Kind; der Beamte ist als Besitzer des Fuhrwerks für den Schaden haftbar, wenn festgestellt wird, daß er einen unzuverlässigen Knecht mit der Leitung des Gespannes beauftragt hatte (§ 831 a. a. D.).

6. Vor dem Hause des Forstbeamten kommt eine vorübergehende Person infolge von Glätte zu Falle und bricht ein Bein; der Beamte hat als Hausbesitzer für den Schaden aufzukommen, wenn er vor dem Hause nicht gestreut hatte (§ 823 a. a. D.).

D. Verein für Privatforstbeamte Deutschlands.

Den Mitgliedern des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands (Versicherungsamt in Schwarzwald-Posen) bietet die Allgemeine Unfall- und Haftpflichtversicherungs-A.-G. Zürich vorteilhafte

Bedingungen für den Abschluß von Unfall- und Haftpflichtversicherungen; diese Gesellschaft wird deshalb den Mitgliedern von dem Versicherungsamt bestens empfohlen. Das Versicherungsamt hebt als besonders vorteilhaft hervor, daß alle Streitfälle mit der Züricher Gesellschaft in erster Linie durch das Versicherungsamt und dann durch den Ausschuß für Versicherungswesen geschlichtet werden, so daß es wohl kaum je nötig sein wird, die Gerichte in Anspruch zu nehmen. Dieses Schiedsverfahren wird dadurch noch erleichtert, daß in Zweifelsfällen die Züricher Gesellschaft die vollständigen Akten dem Versicherungsamt zur Einsicht überläßt, was die andere Gesellschaft abgelehnt hat.

Der Verein für Privatforstbeamte hat zwar noch keine Versicherungseinrichtung treffen können, wie sie der Brandversicherungsverein mit der Mannheimer Gesellschaft vereinbart hat, er strebt aber diesem Ziele zu und hat zu dem Zwecke aus seinen Überschüssen einen

besonderen Fonds gebildet, so daß zu hoffen ist, daß er in absehbarer Zeit seinen Mitgliedern mindestens die gleichen Vorteile, wie sie der Brandversicherungsverein seinen Mitgliedern bietet, wird verschaffen können. Sache der Mitglieder des Vereins für Privatforstbeamte ist es deshalb, dessen Versicherungsamt in Anspruch zu nehmen, damit jener Fonds recht ansehnlich wird. Der Fonds ist selbstverständlich nicht für alle Vereinsmitglieder, sondern nur für diejenigen bestimmt, die sich durch das Versicherungsamt versichern.

Das, was oben unter B und C in Ansehung der Mitglieder des Brandversicherungsvereins bezüglich der Erfüllung der Versicherungsformalien (Anmeldungen usw.) ausgeführt ist, gilt im allgemeinen auch für die bei der Züricher Gesellschaft genommenen Versicherungen. Das Nähere ist den von dieser Gesellschaft ausgestellten Policen zu entnehmen. Hg.

Mitteilungen.

— **Ein wandernder Wald.** In Wales (England) vollzieht sich gegenwärtig das eigenartige Schauspiel, daß ein ganzer Wald seinen alten Standort verläßt und weiterwandert. Ein etwa 400 m breiter, auf einem steilen Abhang stehender Kiefernbestand ist ins Rutschen gekommen und bewegt sich abwärts nach der Landstraße zu. An der oberen Trennungsstelle hat sich ein Graben gebildet, der voll Wasser ist und die Bewegung fördert. Die Bäume auf der wandernden Fläche verlieren allmählich ihre aufrechte Stellung, sie schieben sich durcheinander und sind zum Teil schon umgefallen.

— **Maßregeln gegen die Entwaldung Frankreichs.** Frankreich besitzt sehr ausgedehnte Gebiete, die früher mit Holz bestanden waren, durch planlose Nutzung oder übertriebene Weide aber entwaldet sind und jetzt als Odland daliegen. Die Schäden dieser rücksichtslosen Entwaldung machen sich schon seit längerer Zeit durch zahlreiche Abschwemmungen sowie Erdbeben in den Gebirgen bemerkbar. In neuester Zeit hat sich die französische Regierung zu energischen Maßregeln gegen diese Mißstände aufgerafft und eine Anzahl Mittel zur Abstellung dieser Schäden, unabhängig von den großen Arbeiten für die Verbaumung der Wildbäche, in Aussicht genommen. Zunächst sollen Waldbesitzer aus Vertretern der Forstverwaltungen, aus Grundeigentümern und sonstigen Interessenten gebildet, die durch in den Provinzen zu schaffende Unterkomitees unterstützt werden, welche gemeinsam über geeignete Maßregeln zum Schutze der Wälder beraten. Auf Grund dieser Beratungen soll die Anordnung der anzuwendenden Maßnahmen beschlossen werden. Außerdem soll die Kommission ihr Gutachten über eine Gesetzesvorlage abgeben, welche die Besteuerung der Wälder in entgegenkommender Weise

regelt und die Versuchung zur Abholzung damit vermindert. Von den Wäldern, auf welche Schutzmaßregeln anzuwenden sein werden, gehören etwa 12 % dem Staate, 20 % den Gemeinden, und 68 % sind im Privatbesitz.

— **Waldsamen-Erntebericht** der Firma Heinrich Keller Sohn, Darmstadt, vom 10. Oktober 1912. Die Waldsamenernte 1912/13 wird für die wichtigsten Sorten ungenügende Erträge bringen. Die Kiefer trägt spärlich Zapfen, kaum mehr als voriges Jahr, wo bekanntlich auch nur sehr wenig eingeerntet werden konnte. Wenn die Kiefern nicht in viel stärkerem Maße von den Forstbehörden in ihren Bestrebungen, die Zapfen einern zu lassen, um den Samen der deutschen Forstwirtschaft zugute kommen zu lassen, unterstützt werden, dann wird die diesjährige Produktion namentlich auch im Hinblick auf den Umstand, daß Vorräte aus dem Vorjahre so gut wie nicht existieren, für die Versorgung der deutschen Forstwirtschaft mit deutschem Saatgut nicht ausreichen. Wenn man sieht, wie bei jeder Forstversammlung das Thema „deutsches Saatgut“ erörtert wird, so begreift man nicht, daß es den Kiefern so schwer gemacht wird, sich das nötige Zapfenmaterial in Deutschland zu besorgen. — Die Fichte bringt in einzelnen engbegrenzten Bezirken Deutschlands reichlich Zapfen. Von meiner Firma wurde an sämtliche in Betracht kommende Forstämter, Bürgermeisterien usw. die Bitte gerichtet, das Einern dieser wertvollen Kiefern zu fördern; ich erhielt einige sehr liebenswürdige, zum größten Teil aber mehr oder weniger nicht-lassende Antworten: Die Sache sei recht umständlich, und es würde sich wohl niemand finden, der etwas darin zu tun bereit

wäre! — Auch die Lärchensamen ernte scheint außerordentlich knapp zu werden, ebenso die Ernte der österreichischen Schwarzkiefer. Von Wehmuthskiefernsamen wurde gleichfalls nur sehr wenig geerntet, besser fruktifizierte die Weißtanne, deren Samen in guter Qualität und in genügenden Mengen gewachsen ist. — Von den Laubhölzern liefert die Eiche mancherorts gar keine, in anderen Gegenden Sprengmast. Auch in Österreich-Ungarn scheinen die Eichen mürb zu sein, so daß die Gefahr, daß diejenigen, die gern billig kaufen, mit Zerreicheln vermischte Eichellieferungen erhalten, diesmal viel weniger groß ist, als in anderen Jahren. Gute Eichen werden nicht billig werden. Die Koteiche liefert dagegen eine reiche Mast. — Ausgezeichnet geraten, und zwar anscheinend in der ganzen Welt, sind auch Bucheln. Es empfiehlt sich, die diesjährige enorme Buchelmast durch sehr starke Aussaaten auszunützen. — Sehr reichlich Saaten lieferten ferner: Hainbuchen, die Ahorn- und Lindenarten, ebenso die Birke. — Der Ertrag der Erlenarten befriedigt, während von Alazien und von Eschen wenig gewachsen ist. — Was Eichen betrifft, so läßt sich heute im allgemeinen nur sagen: daß die wichtigeren Sorten ziemlich befriedigend geraten sind.

Zusatz. Aus Veranlassung des im allgemeinen wenig günstigen Ausfalles der Fichtenzapfenernte sowohl 1911 als 1912 ist an mich die Anfrage gerichtet worden, ob und unter welchen Voraussetzungen außerdeutscher Fichten Samen Verwendung finden dürfe. Hierauf muß ich folgendes erwidern: Wenn auch gegen die Verwendung von Fichten Samen zwar außerdeutscher, aber mitteleuropäischer (nicht nordischer!) Herkunft in Deutschland vorläufig keine Bedenken bestehen, so muß erhebliches Gewicht auf die Abstammung aus angemessener Höhenlage gelegt werden. Samen aus dem Hochgebirge eignet sich nicht für das Tiefland und umgekehrt. Für Norddeutschland ist aus diesem Grunde von der Verwendung Tiroler Saatgutes und ebenso auch von solchem aus den Alpen Süddeutschlands und Österreichs abzusehen. Dr. Sch w a p p a c h.

— Das Auftreten des Kiefernspanners macht sich in diesem Jahre in den Kiefernwaldungen Bayerns besonders stark bemerkbar, so daß begründete Sorge besteht, der Fraß könne sich im

nächsten Jahre erheblich ausdehnen. Aus Regensburg wird am 2. Oktober berichtet: „Bereits vor 18 Jahren wurden durch massenhaftes Auftreten dieses Schädlings in den verschiedensten Gegenden der Oberpfalz große Waldbestände vernichtet. Nicht nur für jeden Waldbesitzer ist es von Wichtigkeit, sondern es dürfte auch für die Allgemeinheit von Interesse sein, einiges über das Insekt, welches unsere Wälder auf neue bedroht, zu erfahren. Das Männchen des mittelgroßen Schmetterlings unterscheidet sich vom Weibchen dadurch, daß es statt der rotbraunen Färbung eine tiefschwarze mit weißgelben Flecken zeigt. Die Schwärmezeit ist im Mai und Juni. Aus den hellgrünen Eiern, welche an die Nadeln der Kiefer gelegt werden, schlüpfen anfangs Juli die Raupe aus. Die Raupen sind gelblichgrün, mit weißen Längsstreifen. Sie verpuppen sich im Oktober unter dem Moos oder flach in der Erde. Vorzugsweise sind es die Stangenhölzer, welche von dem Kiefernspinner befallen werden. Zur Abwendung einer drohenden Katastrophe vermag der Mensch nicht viel zu tun. Nicht selten erscheinen bei massenhaftem Auftreten unter den Raupen selbst Krankheiten, die sie dann unglaublich rasch dezimieren. Außerdem vernichten Vögel, Käfer, Raubfliegen, Schnecken usw. eine Unmenge der Schädlinge. Als einziges Mittel kann das Zusammenreihen der Streu auf Häufen in den befallenen Beständen bezeichnet werden. Dadurch gehen die bloßgelegten Raupen und Puppen zugrunde und können von ihren Feinden leichter gefunden werden.“

Zusatz der Schriftleitung: Wir bringen diese Zeitungsnotiz zur Kenntnis unseres Leserkreises und fügen hinzu, daß außer Raubfliegen (Asilus) besonders auch Raupenfliegen (Tachinon) als Feinde des Spanners auftreten. Neben Streuhaken ist der Eintrieb von Schweinen sowie von Hühnern sehr zu empfehlen.

— **Verpäteter Nonnenfalter.** Heute, am 16. Oktober 1912, habe ich in einem 70jährigen Fichtenort der Oberförsterei Lauban beifolgenden weiblichen Nonnenfalter beobachtet, wie er damit beschäftigt war, Eier unter die Rindenschuppen abzulegen. Oberförster Ulrich, Lauban.

Nachschrift: Das mir übersandte lebende Weibchen trug noch 126 Eier bei sich.

Eberswalde, den 19. Oktober 1912.

Edstein.

Berichte.

Bericht über die XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins

(40. Versammlung Deutscher Forstmänner) in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912. Berichterstatter: Oberförster Poppe, Forstbeirat der Landwirtschaftskammer Halle a. S.

Eine ausnahmsweise stark besuchte Begrüßungsfeier im großen Saale des Kulturvereins vereinte

am 26. August abends die aus allen Gauen des Deutschen Reiches eingetroffenen Männer der grünen Gilde. Der Raum war mit großem Geschick mit frischem Grün geschmückt, und frisch und heiter war bald die Stimmung. Die Teilnehmerliste weist 617 Anmeldungen nach. Die Anzahl der Besucher mit den Gästen, vor allem aber mit den ausnahmsweise zahlreich erschienenen Frauen und

Löchtern, war sicher wesentlich höher. Die anheimelnden Straßen und Gäßchen Alt-Nürnberg's mit den hohen Giebelhäusern, zahlreichen Erkerchen, die Burg mit ihren altertümlichen Bastionen, die selten schön erhaltenen Befestigungen der Stadt, kurz der ganze Reiz der mittelalterlichen und doch wieder modern schönen Stadt hatte besonders stark seine Anziehungskraft auf die Hüter des deutschen Waldes ausgeübt. Kein Wunder, daß nach einigen vortrefflichen Vorträgen des philharmonischen Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Elger als allgemeiner Chorgesang das vom Königlich bayerischen Forstdirektor Freiherrn Krefz von Kressenstein-Ansbach verfaßte Festlied den Saal durchdrang:

Was zieht nach Nürnberg's Toren
Doch heut' für eine Schar?
Von Fichten und von Föhren
Die Rede geht — fürwahr —,
Von Buchen und von Eichen,
Vom Wild und vom Gejaid,
In allen Jägerbräuten
Wohl wissen sie Bescheid.

Gebräunt von Wind und Sonne
Und kraftvoll von Gestalt,
Der noch in Jugendwonne,
Der andre grau und alt;
Doch alle frisch und bieder,
Von gutem Korn und Schrot:
Das sind des Forstes Güter,
Ihm treu bis in den Tod.

Das ist die grüne Gilde
Aus Deutschlands Waldbrevier,
Sie deckt mit blankem Schilde
Ihm seine schönste Zier
Und hält im Süd und Norden
Den Forst in sich'rer Hut,
Bewahrt an allen Orten
Der Heimat bestes Gut.

Willkommen denn, ihr Aeden,
In Nürnberg's Mauerkranz!
Ihr kommt zu ernsten Iweden,
Kommt nicht zu Scherz und Tanz.
Sankt Sebald will Euch grüßen,
Sankt Lorenz winkt Euch zu,
So weilt zu ihren Füßen
Und haltet Rast und Ruh.

Es einet uns dasselbe
Im weiten deutschen Land,
Vom Schwarzwald bis zur Elbe
Und bis zum Ostseestrand,
Vom Rhein bis an den Regen,
Vom Harz bis in die Mark:
Den deutschen Forst zu hegen
Als Brunnquell frisch und stark!

So singt die frohe Weize:
„Für Kaiser und für's Reich“
Dem Vaterland zum Preise —
Kein anderes ist ihm gleich.
Singt sie dem grünen Walde,
Singt sie dem Liebchen fein,
Daß nimmermehr veralte
Der Deutsche Forstverein!

Der Herr Forstdirektor ergriff sodann selbst das Wort zu einer Begrüßung und entbot dann namens der Geschäftsführung den Forstmännern ein herz-

liches Willkommen, schließend mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Forstverein. Forstmeister Bosinger aus Neutlinga trug ein selbstverfaßtes Festgedicht vor, welches bereits in Nr. 28 von „Forsters Feiertage“ erschien. Dem Abend, der einen anregenden und stimmungsvollen Verlauf nahm, wohnte u. a. auch der Bürgermeister von Nürnberg, Herr Bräutigam, bei.

Am 27. wurde die Tagung eröffnet und geleitet vom Oberforstmeister Riebel-Flehn, da sowohl der Vorsitzende des Vereins, Herr Ministerialdirektor von Baza-München, als auch der zweite Vorsitzende, Herr Forstdirektor Dr. von Fürst-Alschaffenburg, erkrankt waren. Letzterer legte schriftlich sein Amt nieder und wurde unter freudigster Zustimmung der Versammlung zum Ehrenmitglied ernannt. Dr. von Fürst, welcher dem Verein seit seiner Gründung angehört, hat sich besonders große Verdienste um denselben erworben. Dreimal war er Präsident und hat sich in hohem Maße die Liebe und Verehrung aller derer errungen, die ihn kennen lernen durften. Wird er doch in dem Forstlatein von Kahl sehr richtig mit: „tu mihi præter omnes carus“ bezeichnet. Auch an dieser Stelle sei ihm Beidmanns dank für seine treue Arbeit im Verein dargebracht!

Die Ermächtigung zur Absendung von Jubiläumstelegrammen an den Prinzregenten und den Kaiser wurde unter lebhafter Zustimmung erteilt. Nach Wahl der Protokollführer dankt der Vorsitzende den Vertretern der Bayerischen Staatsforstverwaltung und der Stadt Nürnberg für ihr Erscheinen.

Freiherr Krefz von Kressenstein überbrachte an Stelle des dienstlich nicht abkömmlichen Herrn Staatsministers die Grüße der Staats- und Kreisregierung mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen mögen.

Rechtsrat Dr. Weiß entbietet den Gruß der Stadt Nürnberg im Auftrage des Herrn Oberbürgermeisters. Nürnberg selbst bringt den Verhandlungsgegenständen reges Interesse entgegen, da die umgebenden Wälder viel durch Insekten schaden gelitten haben. Er wünscht guten Erfolg von den Sitzungen zum Segen der Allgemeinheit, dann aber auch, daß sich die Besucher in den Mauern der Stadt recht wohl fühlen mögen und recht vergnügte Stunden verbringen.

Der Vorsitzende dankt für die freundlichen Begrüßungsworte und bittet, den von den Vorrednern vertretenen Behörden und Verwaltungen den Ausdruck des Dankes zu übermitteln. Nach der Besprechung im Forstwirtschaftsrat wird für 1913 Trier als Versammlungsort vorgeschlagen, für 1914 Dresden. Als Verhandlungsgegenstand für Trier wird vorgesehn: „Die Bildung von Forstreferatsverbänden“; das waldbauliche Thema bleibt der Lokalverwaltung überlassen. Da noch Zeit für weiteren Stoff übrig sein wird, soll noch verhandelt werden über: „Welche Wirkungen haben die Zolltarife zeitig und welche Änderungen sind bei der Neuabfassung nötig?“

Geh. Oberforstrat Dr. Neumeister-Dresden dankt dafür, daß die Wahl für 1914 auf Dresden gefallen ist und schildert die Vorzüge einer Versammlung in der zentral gelegenen Stadt.

Der zweite Teil der geschäftlichen Vorlagen sieht die Neuwahl der beiden Beisitzer und ihrer Stellvertreter vor. Auf Vorschlag des Hofkammerpräsidenten von Stünzner wird Herr Oberforstmeister Kiebel zum 1. Beisitzer, als sein Stellvertreter Landesforsttrat Quact-Faslem, als 2. Beisitzer Geh. Oberforsttrat Dr. Neumeister und als sein Stellvertreter Oberforstmeister Kiebel gewählt. Die betreffenden Herren nehmen die Wahlen dankend an.

Hierauf erhält Regierungs- und Forsttrat Robert Ausbach das Wort zu dem Waldbauthema:

„Welche Maßnahmen können in einem nahezu reinen Nadelholzgebiet nach ausgedehnten Waldbeschädigungen durch Insektenfraß zur Sicherung des Waldes gegen neuerliche derartige Katastrophen getroffen werden, erstens bei der Wiederaufforstung der entwaldeten Flächen, zweitens bei der künftigen Behandlung der neu begründeten Bestände?“

Kedner legte seinen Ausführungen die Erfahrungen aus dem Nürnberger Reichswald zugrunde. Die Verluste durch Insektenkalamitäten sind große gewesen. Ein großer Staat mit gutem Forst kann wohl einen schwachen Aderlaß an seinem Holzvorratskapital ertragen, für einen kleinen Privatwaldbesitzer sind derartige Kalamitäten ein großes wirtschaftliches Unglück.

Die im Thema gestellte Frage ist überhaupt allgemein nicht zu beantworten, da die Verhältnisse zu verschieden sind und an jeder Stelle die Maßnahmen andere sein können. Er will die Licht- und Schattenseiten des Nürnberger Reichswaldes schildern und hieraus seine Schlussfolgerungen ableiten. Kedner bleibt also auf dem Sandboden der Kiefernheide und kann sich auf andere Bodenverhältnisse nicht einlassen.

Aus dem Geschichtswerke eines Magisters ist zu entnehmen, daß bereits 1449 im Sebalbuswald, dem einen Teile des Reichswaldes, durch Raupenfraß ein großer Schaden angerichtet wurde. 1502 und 1553, ebenso im 17. Jahrhundert gingen viele Bäume durch Raupenfraß ein. 1725 und 1726 sind 1600 Morgen durch Kahlfraß abgetötet worden. Ferner 1783, 1792 bis 1797 waren große Holzverwüstungen. Nonne, Spinner, Spanner und Eule schädigten den Forst. 1837 bis 1839 war durch Nonne auf etwa 4000 ha Lichtfraß. Ein Massenanstieg des Spinners 1887/88 konnte nur durch großzügige Vorbeugungs- und Vertilgungsmaßnahmen erstickt werden. 1893/94 war großer Spannerfraß. 50 % des Einschlages bestand aus jungem, noch nicht hiebsreifem Holze und erstreckte sich im Laurenzer Reichswald auf $\frac{1}{3}$ der ganzen Waldbodensfläche. 9000 ha wurden abgetrieben und Tausende von Stämmen waren stark gelichtet. Der finanzielle Verlust der Staatskasse wird auf etwa 6 Millionen veranschlagt. Man sieht hier die Wahrheit des Wortes: „Forstwald — Sorgenwald“. In immer kürzer werdenden Zwischenräumen traten Kalamitäten auf.

Es entsteht die Frage, warum nun gerade dieses Waldgebiet so viel zu leiden hatte, während andere Forsten in der Nähe weniger beschädigt wurden. Die Insektenvermehrung geht sehr schnell vor sich, ein Nonnenweibchen kann in drei Jahren 397 000

Nachkommen haben. Der Mensch kann bei Massenflügen wenig oder nichts ausrichten und muß warten, bis die Natur sich selbst hilft. Die klimatischen und Bodenverhältnisse spielen bei der Vermehrung der Insekten eine wesentliche Rolle. Gebiete mit nur 400 bis 600 mm Niederschlag sind stark gefährdet. Die Juni-Mootherme von 16° bildet die nördliche Grenze für Massenvermehrung. Es bestehen also innige Beziehungen zwischen Klima und der Entwicklung der Insekten. Krankheiten pflegen ihren Weg immer erst in die Hütten der Armen zu richten. Es ist daher erklärlich, daß auf dem mageren, trockenen Sandboden des Reichswaldes die Gefahr eine große war und daß Fraßherde hier sich leicht bilden konnten. Die Forsten auf kräftigen, besseren Böden sind weniger gefährdet, sicher aber widerstandsfähiger.

Die Hauptursache der fast regelmäßigen Wiederkehr von großen Insekten Schäden muß in der Behandlung und Zusammensetzung der Bestände zu suchen sein. Der Nürnberger Reichswald ist wohl einer der ältesten Wirtschaftsförsten in Deutschland, von Menschenhand nach Kechenexemplen begründet. Im Kuchtwald mit seinen zusammenhängenden, dicht geschlossenen, mit einer einzigen Holzart bestandenen ausgedehnten Flächen werden erst die Bedingungen für eine Massenvermehrung von Forstschädlingen geschaffen.

An den Hängen stockte früher im Reichswald Eiche und Buche, in den Niederungen Fichte, und auf dem ebenen trockenen Teile war Heide und Obland. Die Sandböden haben dort nie eine natürliche Bestockung getragen. Später ging man daran, die kahlen Flächen zu kultivieren. Es wird berichtet, daß 1368 die erste Nadelholzfreisaat in Deutschland gemacht wurde. 60 Jahre später war auch der erste Raupenfraß.

Es fehlte nicht an ersten Bestrebungen, den Waldzustand zu bessern und ihn einer besseren, geregelten Bewirtschaftung zuzuführen. In frisch geräumten Schlägen wird fleißig gesät und gepflanzt. Waldberechtigungen drückten teilweise den Wald so stark, daß 40-jähriges Holz geschlagen werden mußte, um den Anforderungen gerecht zu werden. 1806 kam der Reichswald an den Bayerischen Staat. Der fünfte Teil war damals unbestockt und der Rest fast nur auf die Nachzucht der Kiefer gerichtet. Es wurden nun wieder Kiefern aufgefördert und so die Vorbedingungen für die späteren Schäden geschaffen. (Zwei große kolorierte Karten waren im Saale aufgehängt und illustrierten den Fraß 1893/94.) — Die früheren Erfahrungen haben eigentlich den Weg gezeigt, diese Schäden zu vermeiden, wenn man andere Holzarten angebaut hätte. Aber wie weit ist das möglich? 8400 ha mußten wieder angeforstet werden, was ungefähr der normalen Siebelsfläche vom ganzen Königreich Bayern entspricht. Es war das eine sehr schwere Kultur Ausgabe. Hauptsache war leider, recht schnell und recht billig zu kultivieren, da der Boden rasch wieder gedeckt sein mußte. Wo nicht gleich volle Reinkultur geschaffen werden konnte, wurde ein sogenannter Vorwald von raschwüchsigen Holzarten, Birke und Lärche, begründet. Der Erfolg war wegen der Frostlagen kein guter. Auf guten Böden entstand allein ein

Birkenbestand aus Anflug. Trotz des häufigen Mißlingens ist aber der Gedanke, einen Vorwald zu schaffen, als richtig zu bezeichnen. Die Beimischung von Weißtanne und Buche ist auf großen freien Flächen kaum oder nie möglich. Für diese Holzarten muß man eben einen schützenden Vorwald haben, besonders da sie widerstandsfähig gegen Schatten sind. Die eigentlichen Kahlfraßgebiete müssen Mißwald tragen. Leider wurde den Böden aber wieder vielfach die reine Kiefer aufgezungen, die sie schon viele Generationen getragen hatten. Für die Sanddünen wurde Bankstiefer gewählt, die den Vorzug hat, daß sie nicht unter der Schütte leidet und sonst anspruchsloser ist. Auf den besseren Böden war man bemüht, in forstweiser Mischung einzelne andere Holzarten einzubringen. Auf anmoorigen Böden werden reine Fichten angebaut, auf schwach lehmigen Böden Kiefer und Fichte gemischt. Letztere ging aber meist in den Unterstand zurück. Von 150 kg Lärchensamen sind nur noch wenige Pflanzen vorhanden. Auch mit der Weymouthskiefer wurden Versuche gemacht, der Boden sagte ihr aber nicht zu, und die gemeine Kiefer wuchs über sie hinweg, außerdem litt sie viel unter Frost und Wildverbiss.

Auch die Hoffnung, die Birke in größerer Menge beizumischen, hat sich nicht erfüllt. Die Pflanzungen mißlingen, nur der natürliche Anflug hielt sich auf humolem Boden. Es kam aber durch die Birke etwas Abwechselung in das eiförmige Bestandesbild. Leider war es auch nicht möglich, die Kiefer in größerer Menge zu kultivieren, da es an frostfreien, geschützten Lagen fehlte. Die wenigen Recke wurden von Hasen und Rehen stark verbissen. Nur einzelne Forste sind dagegen geschützt worden und übrig geblieben. Traubeneiche erscheint damals ausichtslos. Koteiche dagegen scheint sich wohl zu fühlen und sieht bisher gut aus. Die Koteiche wurde an Wasserläufe mit Erfolg gebracht und wird auch heute noch in größerem Maßstabe angebaut. Die Douglasie steht gut auf frischen Sandböden. *Pinus rigida* ist fast ganz verschwunden. 4300 ha wurden mit Kiefer, 3760 ha mit Kiefer und Fichte und nur 100 ha mit Laubholz aufgeforstet. Alle besseren Böden, auf denen von der Saat noch Erfolg zu erwarten war, wurden besät, der Rest bepflanzt. 236 ha wurden mit Saat und 6600 mit Pflanzung in Kultur gebracht. Die meisten Saaten litten jedoch unter Heide, Schütte und Frost, etwa 50 % mußten neu ausgeführt werden. Auf ungünstigen Böden und zur Nachbesserung wurde mit Kiefernballen gearbeitet, und zwar mit gutem Erfolge. Bis zu 10 m breite Feuergestelle wurden mit Laubholz eingesaßt. Hierdurch sowie durch die Weiden und Weiden wurde die Pflanze in ihrer Ausbreitung etwas gehindert.

Das Ergebnis ist: Wo auf Boden und Kultur schützende Weichhölzer nicht gerechnet werden kann, muß schnell aufgeforstet werden, nicht nur wegen der Verrastung der Böden, sondern auch weil sonst die aufgeweichten Nährstoffe wieder verzehrt werden. Zu irgend welchen Anbauversuchen ist keine Zeit. Es muß nach altbewährten Mustern gleich mit der Arbeit angefangen werden.

Weitgehende Bodenlockerung wirkt nachteilig, wenn der untere Boden nach oben gebracht wird. Bei vorgeschrittener Vergrasung ist ausschließlich die Pflanzung anzuwenden und zwar in engem Verbände auf Heide, auf allen besseren Böden möglichst weit, soweit es die betreffende Holzart zuläßt. Die Auswahl der Holzarten ist meist nicht groß. Kiefer, Linde und Weymouthskiefer müssen gegen Verbiß durch Einzäunung geschützt werden. Zur Erziehung von Mißwald sind billig zu beschaffende, raschwüchsige Holzarten nötig, das sind in hohem Maße die Kiefer und dann die Lärche, diese wächst aber nicht auf allen Böden. Die Birke ist schwer zu kultivieren.

Weite Flächen sind in Bestodung gebracht, aber ein schier endloses Kiefernmeer, nahezu gleich alt und dicht geschlossen, ist entstanden. Man darf sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Wald so nicht weiter wachsen darf, sonst wird die nächste Kalamität noch größer. Die wichtigere und schwerere Aufgabe steht noch zu erfüllen und muß in den nächsten Jahrzehnten erledigt werden. Die Fehler der Kultur können durch eine zielbewusste Arbeit ausgeglichen werden. Es muß eine Mischung in den Beständen geschaffen werden. Die jungen Kiefern müssen den Schirm bilden. Die Laubhölzer können wohl kaum bestandesbildend auftreten auf großer Fläche, weil ihnen der Boden nicht überall zuläßt. Es sind ja jetzt schon vielfach Mißbestände vorhanden, diese müssen aber sorgsam gehegt und gepflegt werden. Vor allem müssen die anmoorigen Böden, die eine Fläche von etwa 100 ha einnehmen, von Insekten weniger gefährdete Holzarten tragen, als es jetzt die darauf stöckende Fichte ist. Diese will Bedner aber nicht ganz verwerfen, sie soll erst zu wertvollen Beständen heranwachsen. Die Auswahl der Standorte für die Mißbestände darf nicht nur nach äußeren Merkmalen erfolgen, diese würden vielfach trügen. Auf jeden Fall führt die Bonitierung nach dem aufstehenden Holze oft zu falschen Ergebnissen. Es sind vielmehr genaue Bodenuntersuchungen nötig. Alle brauchbaren Laubhölzer, die oben schon erwähnt wurden, sollen angebaut werden. Die Buche vermißt den Kalk und scheidet leider aus. Der Eiche muß mehr Fläche eingeräumt werden, sie wächst leicht an und kommt schließlich in größere Tiefen mit Grundfeuchtigkeit. Die Schaffung der Laubholzforste ist so gedacht, daß die Waldteile, welche unterbaut werden sollen, allmählich in die nötige Schutzstellung aufgelöst werden.

Die Schaffung vieler Antriebe und kleiner Schläge, überhaupt plenterwaldartige Bewirtschaftung, wird ein Mittel sein gegen Massenvermehrung schädlicher Insekten. Die Nachkommen sollen nicht wieder große zusammenhängende gleich alte Bestände vorfinden. Es wird sich empfehlen, mit der Art in die Teile zu gehen, welche die Verbreitungsherde in sich bergen. Dicht geschlossene Flächen sind gefährlich. Sobald der Schluß erreicht ist, müssen Luft, Licht und Sonne in die aufwachsenden Bestände. Diese Arbeiten der Bestandespflege sind an sich einfach, aber beschwerlich durch die Ausdehnung des Arbeitsgebietes, daher sehr kostspielig. Die Durchforschungen müssen sich unmittelbar den Läuterungsarbeiten

anschließen, sobald der Massenzuwachs möglichst gefördert wird. Es ist also intensive Bestandespflege und intensiver Durchforstungsbetrieb überall erforderlich und von größter Bedeutung.

Dabei darf eine ständige und sorgfältige Pflege des Bodens nicht außer acht gelassen werden. Hierzu ist eine vernünftige Wasserwirtschaft nötig und anzustreben. Wo sonst der Boden arm an mineralischen Nährstoffen ist, da ist der Grad der Frische von ausschlaggebender Bedeutung, besonders aber bei der Kiefer. Es besteht daher die Absicht, im Reichswalde wieder Bewässerungseinrichtungen zu schaffen. Nach den Angaben von Ney soll kein Wasser ungenutzt aus dem Walde herausgelassen werden. Dann entsteht frisches Leben im Forst. Ney soll nach den Angaben des Redners seine Wasserwirtschaft im Walde so nicht betätigt haben, daß er dort nie Wasser getrunken hat. — Auf die Bewertung der Streu übergehend, vertritt Redner die Ansicht, daß das Streurechen dem Wald weit schädlicher gewesen ist als alles andere. Eine Belassung der Bodenbede ist aus waldbaulichen Gründen nötig. 20 % der dem Boden entnommenen Nährstoffe werden vom Baume in den Nadeln und Blättern festgelegt und kommen mit diesen wieder auf die Erde. Die Streu verhilft eine Massenvermehrung der Insekten. Die Pilze und die nützlichen Insekten brauchen die Streu und Bodenbede, da erstere sich am besten in feuchtem Moose entwickeln. Die Raupinsekten halten sich dort auf. Die Vegetationsbede ist nur schädlich, wenn sie im Übermaße vorhanden ist. Der Wald war mit Streurechten zu stark belastet und ist noch nicht gesund, eine Besserung tritt erst allmählich ein. — Zur Erziehung von Mißbeständen wird Linde empfohlen, oft geheißt sogar Eiche als Unterholz unter Kiefer, und zwar besser als die Buche, die nur langsam wächst und nur wenig Stodauschläge hat. Gut eignet sich auch *prunus serotina*, welche sich leicht verzweigt und schön blüht, zudem wächst sie sicher an. Auch die Straucharten dürfen nicht vergessen werden, sie bedecken und bessern den Boden.

Die Insekten bilden eine Macht, gegen die nicht viel auszurichten ist. Bei günstigen klimatischen Verhältnissen kommt eine Massenvermehrung zustande. Das wird auch in Zukunft so sein; aber stilles Zusehen und alles über sich ergehen lassen ist falsch und paßt nicht mehr in unsere jetzige Zeit. Mehrere Generationen müssen eintreten und zielbewußt weiter arbeiten, wenn etwas erreicht werden soll. Es geht jetzt ein anderer Geist durch unsere Wälder. Wir müssen und können die reichen praktischen Erfahrungen, die bereits gemacht worden sind, benutzen, um die richtigen Wege zu finden. Wo es angeht, müssen gesunde, widerstandsfähige und schöne Wälder erzogen werden, und wir müssen sie bewahren vor harten Schicksalsschlägen. Der Satz: „Die Natur zerstört die Natur“ soll im Walde nicht recht behalten. Wenn auch auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, des Wissens und Könnens die Lösung laute: „Vorwärts!“, so müsse sie doch im deutschen Walde wieder heißen: „Zurück zur Natur!“

Starker, lebhafter Beifall der aufmerksamen Zuhörer ließ den Redner den Dank für seine gut

vorgetragenen, sehr interessanten Ausführungen erkennen.

Der zweite Berichterstatler, Königlich preussischer Oberförster Vogel von Falkenstein-Padrojen, führt etwa folgendes aus:

Er stützt seine Beobachtungen auf die Massenvermehrung von Spanner und Nonne in der Leßlinger Heide und in Ostpreußen. Ersterer fielen 1 1/4 Million Festmeter auf etwa 9000 ha, letzterer 5 Millionen auf 35 000 ha zum Opfer. In der Leßlinger Heide handelte es sich bei der Wiederaufforstung um Kiefernböden III. bis IV. Bonität mit wenigen besseren Stellen; es kam daher nur die Kiefer in Betracht.

Es war nötig, die Neukulturen gegen den Rüsselkäfer und den Engerling zu schützen. Das bisherige Verfahren, im Flugjahre und im Jahre vor diesem keine Bodenbearbeitung vorzunehmen, versagte bei der Bekämpfung des Maikäfers. Man nahm an, daß der Käfer die vom Bodenüberzug geräumten, frisch bearbeiteten Stellen zur Eiablage vorziehen würde. In der Leßlinger Heide wurde dagegen beobachtet, daß er leicht begrünte Stellen wählte, um den Larven zur Nahrung zu verhelfen. Man überließ daher dem Käfer größere licht begrünte Flächen zur Eiablage, entfernte anderswo gründlich die Bodenbede und führte hier im Vorflug- und Flugjahre Saaten aus, die gut gediehen. Man ist mit dem Erfolg dieser Kulturmaßregel bisher sehr zufrieden, wenn auch das Dürrejahr 1911 und die Kürze der Beobachtungszeit ein abschließendes Urteil noch nicht gestatten.

Im späteren Alter drohen Gefahren durch Waldgärtner, Spinner, Spanner und Nonne. Gegen den ersteren genügen die allgemein üblichen Mittel. Der Spinner wird mit Leimringen mit gutem Erfolg bekämpft. Der Spanner gilt als wenig gefährlich, weil er meist nur Stangenhölzer durchlichtete. Durch den ausgedehnten Fraß in der Leßlinger Heide kam man zum Verzicht verschiedener Mittel. Leimen blieb ohne durchgreifenden Erfolg; da nur ein geringer Teil der Raupen den Fraßbaum verläßt. Auch der Schweine-eintrieb konnte nicht viel wirken, da unsere neuen Schweinerassen wenig brechen. Dann konnten auch große Herden in kurzer Zeit nicht ausgetrieben werden. Weiter kam hinzu, daß Erfolg nur in den Monaten November und Dezember zu erwarten war, in einer Zeit, in welcher der Boden meist gefroren ist. Auch der vielfach gerühmte Hühner-eintrieb konnte keine wesentliche Reduktion der Schädlinge herbeiführen, ist auch zu abhängig von der Witterung. Dagegen war die Entfernung der Streubede von gutem Erfolge. Es zeigte sich, daß die oben in der Humusbede überwinterten Puppen bei der Freilegung des Bodens ebenso abstarben wie in den aufgehäuften Streumengen. Im ersten Falle erfriert die Puppe, im zweiten kann der auskriechende Falter nicht durch die dicht gelagerte Streu hindurchkommen. Auch wurde festgestellt, daß selbst der Falter von der Streu entblößte Revierteile meidet. — Nach diesen Beobachtungen sind die Bekämpfungsmittel einzurichten. Zunächst sind bei steter Beobachtung des Reviers die Verbreitungsherde festzustellen

und Probestammungen vorzunehmen. Zeigt sich ein bedrohlicher Befall, dann muß, soweit es da, möglich ist und Käufer da sind, die Streu abgegeben werden. Sonst wird diese in langen Streifen und Bänken in den betreffenden Forstorten aufgeschafft.

Von größerer wirtschaftlicher Bedeutung als die Bekämpfungsmittel sind die Vorbeugungsmittel durch geeignete waldbauliche Maßnahmen. Vor allem ist es nötig, da, wo die Bodengüte es einigermaßen erlaubt, Mischbestände zu erziehen. Die wichtigste Mischholzart für die Kiefer ist die Buche. Sie muß in die Stangenhölzer eingebracht werden, ehe diese anfangen zu verwildern. Durch die großen Kahlschläge sind die Mischbestände verschwunden und durch den Anbau ein und derselben Holzart der Boden derart zurückgegangen, daß er häufig nur noch die anspruchslose Kiefer tragen kann. Aber auch heute noch werden durch Unverständnis gemischte Bestände abgetrieben und reine dafür angebaut. Man soll also Mischungen erhalten und schaffen. Gute Humusbeden sagen dem Spinner und Spanner nicht zu. Bestände mit solchen leiden nicht so unter Verödung. Wird wirklich in einem Mischbestande die Kiefer durch Insekten vernichtet, so kann sich das beigegebene Laubholz aus Samen oder Ausschlag so verzüngen, daß wieder ein Mischbestand entsteht.

Gegen den schlimmsten Waldverwüster, die Kanne, ist bisher noch kein durchgreifendes Mittel gefunden, welches einen Kahlschlag verhindern könnte. Das richtigste wäre, in gefährdeten Gebieten die Fichte nicht anzubauen und ihren Platz durch sichere Laubhölzer zu ersetzen. Dagegen spricht aber, daß leider auf vielen Bodenarten eben nur die Fichte mit Vorteil angebaut werden kann. Weist kann der verwilderte Boden nach Fichtenabtrieben auf Kahlschlagflächen durch die billige Laubholzaast nicht in Kultur gebracht werden, und die Pflanzung von Laubholz ist auf den großen Flächen wegen der hohen Gelbhausbaben und der Schwierigkeit der Pflanzenbeschaffung nicht anwendbar. Es wäre auch unrentabel, z. B. schlechte Eichen da zu erziehen, wo gute Fichten wachsen können. Die Kulturfürsorge ist in ausgedehnten Laubholzaufforstungen wegen Mangel an Arbeitskräften nicht durchführbar. Mangelnde Fürsorge stellt aber das Gelingen der Kulturen in Frage. Nur durch Fichte kann der verwildernde Boden schnell gedeckt werden. Waldarme Gebiete könnten auch die nuzholztaugliche Fichte zugunsten edler Laubhölzer aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht entbehren. Der Ein- und Anbau von Laubholz kann überhaupt nur allmählich in ruhigen Zeiten erfolgen. Man kommt also auf dieselben Ziele hinaus, die auch den Wirtschaftern in den fünfziger Jahren nach dem Kannefraße vorzuehoben. Die in jener Zeit gegebenen Anweisungen betonten zwar ausdrücklich die Wichtigkeit des Anbaues hochwertiger gesicherter Laubhölzer, verlangten aber zur baldigen Deckung der verwilderten Böden beschleunigten Anbau mit Fichte. Diese sollte aber nur vorübergehend als Zwischennutzung dienen. Etwa vorhandene Laubholzkreste werden natürlich künftighin gesichert und sollen mit den neu aufgeförsteten Fichten zu neuen Nuzholzbeständen zusammenwachsen. Eiche und Fichte

haben sich im Ofen gut miteinander vertragen. An sich bietet aber ein Fichtenmischbestand kein sicheres Schutzmittel gegen die Kannegefahr, im Gegenteil, Mischungen haben vielfach eine Begünstigung gezeigt. Die Kanne hat sich in den Mischbeständen in Litauen stets heimisch geföhlt und sie den reinen Fichtenbeständen vorgezogen. Eine Mischung ist aber schon aus dem Grunde nötig, weil das Laubholz nach Abtötung der Fichte entweder zusammenwächst oder doch mindestens für den neuen Anbau einen wirksamen Schirm bildet, um eine zu arge Bodenverwilderung zu verhüten und den Anbau in einem angemessenen, ruhigen Tempo vor sich gehen zu lassen. Eine geringe Beimischung von Laubholz erfüllt jedoch diesen Zweck nicht; sie muß so stark sein, daß sie sich schließen kann oder doch mindestens einen brauchbaren Schirm bildet. Eiche und Hainbuche eignen sich als Mischhölzer, weniger Aspe und Birke wegen ihrer geringen Sturmfestigkeit. Die Durchforstungen müssen daher nicht bloß darauf hinarbeiten, einen nuzholztauglichen Abtriebsbestand zu erzeugen, sondern haben die wichtige Aufgabe, auf Erhaltung und Erstarkung derjenigen Laubhölzer hinzuwirken, die bei etwaigen Fraßbeschädigungen des Nadelholzes als Schirm übrig bleiben sollen. Die im Ofen aufgeförsteten Fraßflächen sind entweder absolute Fichtenböden oder Laubholzböden, welche aber wegen zu starker Bodenverwilderung mit Fichte aufgeförstet werden mußten. Es wachsen also wiederum auf den großen Kahlschlächen wie in den fünfziger Jahren große, reine, zusammenhängende Fichtenbestände heran, die ebenso gefährdet sind wie die in den letzten Jahren durch Kannefraß zerstörten Flächen.

Je nach dem Alter ist die Gefährdung der Bestände eine verschiedene. In Ostpreußen war der Flächenanteil von Kahlschlag in den einzelnen Altersklassen etwa folgender: 33 % über 80jährig, 27 % 60- bis 80jährig, 23 % 40- bis 60jährig, 14 % 20- bis 40jährig, 3 % unter 20jährig. Die Kanne schädigte also die älteren Bestände am meisten. Es besteht daher nach Ansicht des Redners, die aus guten Gründen nicht unvidersprochen blieb, die Möglichkeit, durch Herabsetzung der Umtriebszeit den relativen Anteil der durch Kannefraß gefährdeten Flächen zu verkleinern. Eine besondere Angst vor dem Kannefraß ist selbst in den gefährdeten Gebieten nicht am Platze bei den heutigen Verkehrrsverhältnissen.

Die Art der Durchforstung hat auf die Entwicklung des Fraßes keinen Einfluß gezeigt. In gut und schlecht durchforsteten Beständen war der Fraß der gleiche. Frühe und starke Durchforstungen sind aber schon aus dem Grunde nötig, weil sie die Erziehung stärkeren und marktföhigen Holzes in kürzerer Zeit ermöglichen. Der Einbau der Laubhölzer bietet an sich keine großen Schwierigkeiten, da die Fichte gegen Unterbau sehr duldiam ist. Es muß vom Stangenholzzalter an mit der Umwandlung der Bestände begonnen werden, die nach einem etwaigen Fraß auf Laubholzböden stehen sollen. Es besteht so die Möglichkeit, die Fichte dort allmählich zu beseitigen, wohin sie nicht gehört, wodurch die gefährdeten Flächen nach und nach vermindert werden.

Aus den Ausführungen ergibt sich also auch hier, daß nach großen Insektenverheerungen nur in den seltensten Fällen große Kahlflächen mit wenig gefährdeten Laubhölzern angebaut werden können. Meist muß dem vernichteten ein reiner Nadelholzbestand wieder folgen. Der Schwerpunkt aller Maßnahmen, welche auf größere Sicherung gegen diese Plagen abzielen, liegt im späteren Alter der Bestände. Dann muß Forstschutz, Betriebsregulierung und Waldbau Hand in Hand gehen, um die betreffenden Bestände vor neuen Waldbeschädigungen zu bewahren.

Auch diesem Redner wurde lebhafter Beifall gespendet.

Der Vorsitzende spricht für die vorzüglichen Ausführungen der beiden Herren Referenten den Dank der Versammlung aus.

In der Diskussion erhält zunächst Forstrat Dolles-Jochheim das Wort. Er bespricht die Tätigkeit der nützlichen Forstinsekten und der Vögel bei der Vertilgung der Waldvererber. Durch Beobachtung der Baumkronen und des Rotes auf dem Boden läßt sich ein etwaiger Fraß feststellen. Begünstigung der nützlichen Insekten ist notwendig und ebenso möglich wie die Züchtung derselben. Hierzu ist eine gute Streudecke notwendig. Eine besondere Beachtung verdient die Ameise, die in der Nähe ihrer Haufen keine schädlichen Insekten auskommen läßt. Ihre Existenz ist aber auch an das Vorhandensein einer guten Streudecke gebunden. Die Bodenpflege wird noch zu wenig beachtet und verdient gesteigerte Beachtung. Die meisten Schädlinge werden erst bemerkt, wenn sie bereits im Übermaß vorhanden sind, d. h. wenn viele Bekämpfungsmittel nicht mehr anwendbar sind. Darum ist ständige Aufmerksamkeit geboten und Beobachtung der Insekten bei normalem Auftreten.

Man muß stets bemüht bleiben, ein Maximum von nützlichen Vögeln im Forste anzusiedeln, die

dann instande sind, das Auftreten von Forstschädlingen im Keime zu ersticken. Eine Beseitigung eines Massenanschlages ist durch die Vögel nicht möglich und kann nicht verlangt werden. Da aber, wo ein guter Bestand von nützlichen Vögeln vorhanden ist, werden sie eine beginnende Vermehrung von Forstschädlingen auf der Suche nach Nahrung bemerken und sich die günstige Ernährung zu nütze machen. Waldgebiete mit normalem Vogelbestande beweisen diese Tatsache und sind verschont von großen Beschädigungen.

Forstmeister Cusig-Stubisch empfiehlt die Anwendung von Zapfenlaaten, wenn es sich darum handelt, Abtriebsflächen recht schnell wieder in Kultur zu bringen. Er erwähnt die von Forstmeister Zinnad in dem galizischen Revier Lipowiec ausgeführten Zapfenlaaten, welche sehr gute Kulturen geliefert haben. Der Boden ist dort mäßig frisch, aber frei von Unkraut, und vollständig von allen Stöcken und Wurzeln geläubert. 3 bis 4 Ztr. Zapfen wurden pro Hektar gesät und dann übergeeggt. Die Kulturkosten waren sehr geringe.

Graf von der Schulenburg-Lieberose erwähnt die guten Erfolge, die er erzielt hat bei Bekämpfung der Nonne in Nadelholzkulturen mit der Verwendung von Vordelaiser Brüche. Auch hat er mit dem Pfluge Willen gezogen, in diese mit dem Splittköpferischen Hohlbohrer Löcher gebohrt und darin viele Nonnenraupen gefangen und vernichtet.

Oberförster Dr. Milani-Elville widerspricht entschieden der von Oberförster Bogel von Faldenstein empfohlenen Herabsetzung der Umtriebszeit als Mittel gegen die Nonne. Das Insekt ist ohne allen Zweifel so anpassungsfähig, daß es im Ermangelung von alten Beständen sein Vernichtungswerk in Stangenholzern und Dickichten vornehmen würde.

(Fortsetzung folgt.)

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Post-Überweisungs- und Scheckverkehr.

Allgemeine Verfügung Nr. 59/1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journ.-Nr. 1 B 1b 4314 — 1 A 1a 3004 — 1 A IV 912 —
11 7148 — III 7508.

Berlin W 9, 10. September 1912.

Im Anschluß an den Erlass des Herrn Finanzministers vom 15. Juli 1912 — I. 9679, II. 8311 — bestimme ich, daß auch die in den anliegenden beiden Verzeichnissen aufgeführten Klassen der Domänen- und Forstverwaltung dem Post-Überweisungs- und Scheckverkehr anzuschließen sind.

Das hierzu Erforderliche ist unverzüglich zu veranlassen. Sollte für eine Unterherbehaltsstelle der Forstverwaltung ein Bedürfnis zum Anschluß bestehen, so erwarte ich sofortige Anzeige, damit dem Herrn Finanzminister Nachricht gegeben werden kann.

Die nach Nr. 16 des oben erwähnten Erlasses zu vereinnahmenden und zu verausgabenden Gebühren sind von den Klassen der Domänenverwaltung

bei Kap. 1 Titel 9 und	
1 " 24,	
von den Klassen der Forstverwaltung	
bei Kap. 2 Titel 7 und	
" 2 " 31	

zu verrechnen.

Die zur Mitteilung an die Spezialklassen erforderlichen Abdrücke des Erlasses vom 15. Juli 1912 liegen bei.

J. B.: Küster.

An die königlichen Regierungen (auswärtig der in Pommern, Schleswig, Lüneburg, Stade, Lüneburg, Münster, Coblenz, Tübingen, Köln, Trier, Aachen, Sigmaringen).

1. Domänenverwaltung.

Regierungsbezirk Frankfurt (Oder): Domänenrentamt in Sonnenburg; Regierungsbezirk Magdeburg: Domänenrentämter in Magdeburg und Luedlburg; Regierungsbezirk Aachen: Scheckkassen in Völkern; Regierungsbezirk Cassel: Brunnenkasse in Mendorf; Regierungsbezirk Wiesbaden: Brunnenkasse in Ems, Domänenrentämter in Langenschwalbach, Höchst, Weilburg, Wiesbaden, Tellenburg, Gadamar, Montabaur, Diez.

2. Forstverwaltung.

Nr.	Regierungsbezirk	Vollamtliche Forstämter	Nebenamtliche Forstämter	Nr.	Regierungsbezirk	Vollamtliche Forstämter	Nebenamtliche Forstämter
1	Königsberg	Königsberg		83	Stettin	Adermünde	
2	"	Lapiau		84	"		Fiddichow
3	"	Nehlaufen		85	"		Erptow a. d. R.
4	"	Labiau		86	Rastlin	Mügenwalbe	
5	"	Laufen		87	"	Falkenburg	
6	"	Guttstadt		88	Stralsund	Grimmen	
7	"		Gerswalde	89	"	Horn	
8	"		Rositten	90	Posen	Murawana-Poslin	
9	"		Prötuls	91	"	Jurke	
10	Gumbinnen	Bentheim		92	"		Moschin
11	"	Jahrburg		93	Bromberg	Bromberg	
12	"	Lasdehnen		94	"	Argenau	
13	"	Wischmühl		95	"	Erntewiesen	
14	"	Heinrichswalde		96	"	Schneidemühl	
15	"	Heidefrug		97	"		Margonin
16	"	Kaulehnen		98	"		Krone a. Br.
17	"		Kominten	99	"		Kafel
18	"		Gumbinnen	100	"		Schulitz
19	Altenstein	Löd		101	Breslau	Reinert	
20	"	Johannisburg		102	"	Rechnitz	
21	"	Luroscheln		103	"	Ragelwitz	
22	"	Grünwalde		104	"	Ohlau	
23	"	Alt-Altia		105	"		Jobten
24	"	Nitolaiken		106	Oppeln	Mybnitz	
25	"	Cretschburg		107	"	Oppeln	
26	"	Reidenburg		108	"	Proskau	
27	"	Altenstein		109	"	Muraw	
28	"	Cherode		110	"	Rupp	
29	"	Wischowsburg		111	"		Malapane
30	Tanzig	Etzig		112	Magdeburg	Loburg	
31	"	Hochstädt		113	"	Genthin	
32	"		Stegen	114	"	Bäthen	
33	"		Stangenwalde	115	"	Lehlingen	
34	"		Schönfeld	116	"		Abberitz
35	"		Oliva	117	"		Kölbe
36	Marienwerder	Lautenburg		118	Merseburg	Erfsterwerda	
37	"	Gollup		119	"	Annaburg	
38	"	Donkorf		120	"	Torgau	
39	"	Marienwerder		121	"	Tüben	
40	"	Kreuzburg		122	"	Halle a. S.	
41	"	Osthe		123	"		Hohenbudo
42	"	Publiewo		124	"		Ischadaw
43	"	Gzerak		125	"		Geyda
44	"	Freudenstier		126	"		Gräfenhainichen
45	"	Schloppe		127	Erfurt	Suhl	
46	"	Könitz		128	Hannover	Springe	
47	"	Reichau		129	Hildesheim	Lauterberg	
48	"	Hammerstein		130	"	Herzberg a. S.	
49	"		Zempelsburg	131	"	Cherode a. S.	
50	Potsdam	Potsdam		132	"	Klausthal	
51	"	Erftner		133	"	Hann.-Münden	
52	"	Eberswalde		134	"		Königsdorf
53	"	Spandau		135	Minben	Lichtenau	
54	"	Oranienburg		136	"		Neundorf
55	"	Rehdenick		137	Kranksberg	Siegen	
56	"	Joachimsthal		138	"		Neubach
57	"	Rehlin		139	"		Reheim
58	"	Lythen		140	Cassel	Fulda	
59	"		Grünau	141	"	Gieselwerder	
60	"		Storkow	142	"	Cassel	
61	"		Strasgow	143	"		Orb
62	"		Alt-Ruppin	144	"		Salzmünster
63	Frankfurt a. O.	Grossen		145	"		Steinau
64	"	Zielentzig		146	"		Neuhof
65	"	Dobrilugk		147	"		Friedenwalb
66	"	Reiz		148	"		Reuter-hausen
67	"	Müllrose		149	"		Neufkirchen
68	"	Triesen		150	"		Reckberg
69	"	Regenthin		151	"		Wetter
70	"	Berlinchen		152	"		Frankenau
71	"	Hohenwalde		153	"		Spangenberg
72	"	Witz		154	"		Neß-Lichtenau
73	"	Fürstenseide		155	"		Grabenstein
74	"		Radom	156	Wiesbaden	Königsstein	
75	"		Hangelberg	157	"	Müngen	
76	Stettin	Jaschshagen		158	"	Wiesbaden	
77	"	Altstamm		159	"	Battenberg	
78	"	Stegenitz		160	"		Gaub
79	"	Wiesbrun		161	"		Reiz
80	"	Wittenmünde		162	"		Dachenburg
81	"	Groß-Biegenort		163	"		Gerborn
82	"	Torgelow		164	"		Kobheim

Der die Jagd Ausübende ist nicht berechtigt, bei einer Treibjagd die Vorzeigung des Jagdscheins bis nach der Beendigung eines Treibens hinauszuverschieben.

II. KammerGer. vom 27. Juli 11. 1 S. 610/11.

Nach den Feststellungen des Berufsgerichts hat am 19. Dezember 1910 eine Treibjagd stattgefunden, an welcher der Angeklagte als Jäger teilnahm. Während eines Feldtreibens wurde er von dem Gendarmerie-Wachtmeister S. aufgefordert, seinen Jagdschein vorzuzeigen. Er tat dies nicht, sondern antwortete dem Wachtmeister: Letzterer solle nach dem Treiben wiederkommen. Auch der nochmaligen Aufforderung des Wachtmeisters leistete er keine Folge. Der Wachtmeister stellte den Namen des Angeklagten fest und ließ sich von einem anderen Jäger dessen Jagdschein zeigen. Nachdem das Treiben inzwischen sein Ende erreicht hatte, trat der Angeklagte an den Wachtmeister heran und zeigte ihm seinen Jagdschein.

Das Berufsgericht hat darin, daß der Angeklagte der wiederholten Aufforderung des Wachtmeisters zur Vorzeigung des Jagdscheins während des Treibens nicht nachgekommen ist, eine Übertretung des § 72 Ziff. 1 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 erblickt. Die Auffassung des Berufsgerichts, daß die in § 29 Abs. 1 Satz 1 und § 72 Ziff. 1 der Jagdordnung dem Jäger auferlegte Verpflichtung, den Jagdschein bei Ausübung der Jagd bei sich zu führen, auch die Pflicht in sich schließt, den Schein dem zuständigen Beamten auf Verlangen vorzuzeigen, steht mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Kammergerichts im Einklang (vgl. die Zusammenstellung der Rechtsprechung bei Dalde-Delius, Preuß. Jagdrecht 5. Aufl. S. 251). Insofern wird auch von der Revision kein Angriff erhoben. Die Revision macht geltend: Der Wachtmeister habe nicht während des Treibens die Vorzeigung des Jagdscheins fordern dürfen, sondern hätte dies bis zur Beendigung des Treibens hinauschieben müssen, da er durch sein Erscheinen das Wild verschreckte, also den Erfolg des Treibens beeinträchtigte. Die Revision erblickt in dem vom

Wachtmeister während des Treibens gestellten Verlangen eine schikanöse und deshalb unrechtmäßige Amtsausübung. Indessen ist schon im Urteil des Kammergerichts vom 7. Juli 1904 (Schulk, Jahrb. für Entsch. I. 83) in bezug auf die mit den Bestimmungen der Jagdordnung übereinstimmende Vorschrift des § 11 des Jagdscheingesetzes vom 31. Juli 1895 ausgeführt, daß derjenige, der die Jagd ausübt, nicht berechtigt ist, das Vorzeigen des Jagdscheins bis nach der Beendigung des Treibens hinauszuverschieben. Gerade während der Jagdausübung hat der Jäger den Jagdschein nach dem Geheiß bei sich zu führen und mithin auch während der Jagdausübung dem zuständigen Beamten auf Verlangen vorzuzeigen. Für den Fall, daß mit der Beendigung des Treibens die Jagdausübung seitens des Angeklagten ihr Ende erreicht hätte, würde der Beamte überhaupt nicht mehr berechtigt gewesen sein, von dem Angeklagten die Vorzeigung des Jagdscheins zu fordern. Denn nur während der Jagdausübung hat der Jäger nach dem Geheiß die Verpflichtung, den Jagdschein bei sich zu führen und vorzuzeigen. Hiernach kann nicht davon die Rede sein, daß der Beamte schikanös handelte, als er dem Geheiß entsprechend während des Treibens die Vorzeigung des Jagdscheins forderte. Auch in den Kommentaren von Dalde-Delius (5. Aufl. S. 251), Ebner (1908 S. 319), Bauer (3. Aufl. S. 314) wird demgemäß ausgeführt, daß der Beamte jederzeit während der Jagdausübung, also auch von dem auf dem Anstand sitzenden Jäger, die Vorzeigung des Jagdscheins zu fordern habe und nicht zu warten habe, bis die Jagd zu Ende sei, auch nicht darauf Rücksicht zu nehmen habe, ob der Jäger durch das Verlangen des Beamten bei der Ausübung der Jagd gestört werde. Der Jäger muß sich jederzeit während der Ausübung der Jagd auf Verlangen des zuständigen Beamten durch Vorzeigen des Jagdscheins über seine Berechtigung zur Jagdausübung ausweisen. Der Angeklagte hat dies trotz des wiederholten Verlangens des Beamten während des Treibens nicht getan. Seine Beurteilung auf Grund des § 72 Ziff. 1 der Jagdordnung ist daher mit Recht erfolgt.

Verschiedenes.

— **Dr. Karl Laschke** zu Breslau, Leiter der forstlichen Abteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, ist der Titel Forstrat der Landwirtschaftskammer allerhöchst verliehen worden.

— **Oberforstrat Eslinger** in Speyer, ein in weiten Kreisen hochgeschätzter und beliebter Beamter, ist am 1. Oktober d. Js. in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Eslinger war Mitglied des deutschen Forstwirtschaftsrats seit dessen Begründung, zwar 29 Jahre lang Vorstand des Pfälzischen Forstvereins und auch in vielen anderen Vereinen tätig. Eslinger gehört auch zu den geschäftigen Mitarbeitern unseres Blattes.

— **Fischerei-Kursus im Regierungsbezirk Wiesbaden.** Vom 12. bis 16. November d. Js. findet in der königlichen Fischzuchtanstalt in Königstein im Taunus ein Fischereilehrgang mit besonderer Berücksichtigung der künstlichen Forellenzucht unter der Leitung des königlichen Försters Heun in Königstein statt. Anmeldungen sind an diesen zu richten, der auch auf Wunsch jede Auskunft erteilen und für gute und billige Unterkunft sorgen wird. Die von den Teilnehmern zu zahlende Vergütung beträgt 15 M.

— **Prüfungsergebnis.** Bei der an der Forstschule in Sonneberg S.-M. am 3., 4. und 5. Okt.

tober d. Js. stattgefundenen Abgangsprüfung haben sämtliche drei Schüler bestanden, und zwar: Köhler mit 1—2, Sauer mit 2, Hanst mit 3.

— **Holzbedarfs des Reichspostamts.** Am 11. November d. Js. veranstaltet nach Zeitungs-meldungen das Reichspostamt in Berlin einen umfangreichen Holzsubmissionstermin. Es handelt sich um die Vergebung der Lieferung von etwa 280 000 Stück fertig zugerichteten und rohen kiefern Telegraphenstangen, die im Jahre 1913 zur Ablieferung gelangen, an die Billigstfordernden. Vornehmlich kommen die Tränkungsanstalten: Krüstin, Gotha, Stendal und Bronke in Frage. Die Teilnahme an dem Termin dürfte stark sein. Man nimmt an, daß die Preise gegenüber 1911 steigen werden, da das Angebot, besonders aus Galizien und Rußland, in schwachen Hölzern in letzter Zeit sehr gering geworden ist.

— **Wie einem Landwirt großer Schaden entstand, als er die Versicherungsbestimmungen gegen Unfall nicht genau befolgte.** Einem Landwirt gingen die Pferde durch, und beim Sturze vom Wagen zog er sich einen schweren Armbruch zu. Er war bei der „Rhenania“ in Köln seit 1905 gegen Unfall versichert. Diese hat die übliche Bedingung, daß die Prämie mit Beginn des Versicherungsjahres zu entrichten sei. Unterbliebe die Zahlung, so ruhe nach erfolgter fruchtloser Aufforderung die Entschädigungsverpflichtung und trete erst für später eintretende Schäden wieder in Kraft, wenn die Prämie nebst Kosten bezahlt sei. Der Versicherte war nun mit der Zahlung der Prämie, die am 1. Juni erfolgen mußte, im Rückstande geblieben. Am 17. September klagte die Gesellschaft die Prämie ein und erhielt den Betrag am 6. Oktober. Der Unfall fand am 10. September statt. Der Landwirt erhob Entschädigungsansprüche, hatte den Unfall aber erst spät angemeldet, desgleichen war das Attest des Arztes zu spät eingegangen. Die Gesellschaft lehnte ihre Entschädigungspflicht ab. Vor Gericht bestritt der Landwirt ein Ruhen der Versicherung, weil er nicht nach § 3 des Versicherungsvertrages unter Hinweis auf die vertragsmäßigen Folgen fortwährenden Verzuges und unter Angabe der zuständigen Zahlungsstelle aufgefordert worden sei. Er sei nur mittels eingeschriebenen Briefes zur Zahlung aufgefordert, aber ohne diesen besonderen Hinweis. Das Landgericht gab ihm recht, wenn er den Eid darauf leiste, daß er einen Brief mit dem angegebenen Hinweis von dem inzwischen verstorbenen Generalagenten der „Rhenania“ nicht erhalten habe. Das Oberlandesgericht in C. stellte sich aber auf einen andern Standpunkt. Es behandelte in seinen Entscheidungsgründen die Frage der zu späten Anmeldung des Unfalles, die nach dem Vertrage innerhalb dreier Tage zu geschehen hatte, durch den Verletzten selbst oder durch seine Angehörigen (§ 5 Ziffer 1 und 2 der Versicherungsbedingungen). Den Landwirt treffe ein Verschulden an dem Unterlassen der erforderlichen formularmäßigen Schadenmeldung binnen einer

Woche, oder, wenn er es nicht selbst besorgen konnte, diese Anmeldung nicht durch seine Mutter, die bei ihm wohnte, bewerkstelligen ließ. Auch der Arzt habe ihn daran erinnert, daß eine Anzeige erstattet werden müsse. Er habe, nach dem er sich versichert hatte, auch die Versicherungsbedingungen durchlesen müssen. Er könne sich nicht darauf berufen, daß er sie nicht gekannt habe. Auch das Formular für das Attest des Arztes hatte er zu beschaffen oder diesen zu bitten, sich ein solches zu beschaffen, oder diesen zu veranlassen, den Krankheitsbericht ohne Formular zu geben. Schon aus diesen Gründen könne er für den vorliegenden Unfall eine Entschädigung nicht verlangen. So bedürfte es einer Prüfung der Frage nicht mehr, ob die Weigerung der Beklagten zur Zahlung einer Entschädigung auch um deswillen begründet sein würde, weil ihre Entschädigungsverpflichtung angeblich geruht hat, da der Versicherte mit der Prämie im Rückstande war. — Auf dem Lande und in der Stadt herrscht eine ungeheuerliche Gleichgültigkeit gegenüber den Bestimmungen auf den Polizen usw. der Versicherungsgesellschaften. Diese Entscheidung kann darum für alle Leser von großem Wert sein. Dehning.

— **Ablösung von Holzrechten in Hessen.** Der hessischen Zweiten Kammer ist im Auftrage des Großherzogs ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung des kurhessischen Gesetzes vom 28. Juni 1865, über die Verwertung der Forstnutzungen aus den Staatswaldungen, nebst Begründung zur verfassungsmäßigen Beratung und Beschlußfassung, zugegangen. Im Artikel 2 des vorgelegten Entwurfs heißt es, daß das Ministerium der Finanzen ermächtigt sein solle, Gemeindeangehörigen, die seither auf Grund des vorstehend genannten Gesetzes Holz aus dem Staatswald bezogen haben, bei Ablösungen dieses Rechtes aus Billigkeitsgründen eine Geldentschädigung aus der Staatskasse zu gewähren. Die Begründung hierzu lautet: In den Gebietsteilen, die im Jahre 1866 aus früher kurfürstlich-hessischem Besitz an das Großherzogtum Hessen gelangten, gilt das kurhessische Gesetz vom 28. Juni 1865, die Verwertung der Forstnutzungen aus den Staatswaldungen betreffend, noch jetzt. Infolgedessen werden in Kreis a. d. La., wo der hessische Staat einen 102 ha großen Wald besitzt, alljährlich an einen jeden einen eigenen Haushalt führenden Gemeindeangehörigen zwei Klassen Holz gegen eine hinter dem jetzigen Wert erheblich zurückbleibende Tare abgegeben. Hierdurch erwächst der Staatskasse ein erheblicher Ausfall. Die Gemeinde Kreis hat sich unter Mitwirkung des Kreisamts Gießen mit dem Forstfiskus dahin verständigt, daß es das beste ist, das Gesetz vom 28. Juni 1865 im Wege der Gesetzgebung aufzuheben und diejenigen Personen, deren Interessen hierdurch augenblicklich geschädigt werden, schadlos zu halten. Einen Ersatz für dieses aus Billigkeitsgründen zu gewährende Geldkapital hätte der Staat demnächst darin zu finden, daß ihm nicht nur freie Hand für die bestmögliche Verwertung des zurzeit aufstehenden Holzes gelassen wird, sondern auch — und darin liegt der Hauptvorteil —

daß er frei wirtschaften, mithin zur reinen Nutzholzsucht übergehen kann.

— **Das Abkochen im Walde oder in dessen Nähe bei Jugendwanderungen.** Bekanntlich ist das Feueranmachen im Walde oder in gefährlicher Nähe desselben durch mehrfache Gesetzesbestimmungen verboten. In letzter Zeit ist es nun sehr häufig vorgekommen, daß namentlich bei Jugendwanderungen Feuer zum Abkochen im Walde angemacht wurde. Dieses geschah vielfach ohne Erlaubnis und Wissen der Forstbehörden, und es blieb dem einschreitenden Beamten nichts weiter übrig, als pflichtgemäß die Jugendwanderer zur Anzeige zu bringen. Eine Verstrafung mußte nun erfolgen, was wiederum Argernisse und eine Verstimmung gegen die Forstbeamten mit sich brachte. Um diesen Uebelständen vorzubeugen und der Jugend die besondere Freude des Abkochens zu erhalten, wandte sich vor kurzer Zeit das Pfadfinderkorps in Darmstadt an die Hessische Forstbehörde und bat um die Erlaubnis, Feuer im Walde oder in dessen Nähe anzumachen zu dürfen. Diesem Gesuch ist dahin entsprochen worden, daß die staatlichen Oberförstereien angewiesen wurden, dem Antrage des Pfadfinderkorps oder anderer zuverlässiger Personen um Erlaubnis zum Abkochen in Waldungen, unter folgenden Bedingungen zu entsprechen:

1. Die Erlaubnis bleibt auf die Laubholzwaldungen beschränkt.
2. In Kulturen und jungen Beständen darf kein Feuer angezündet werden.
3. In älteren Beständen muß das Laub oder alte Gras 1,5 m längs der Kochgräben entfernt werden.
4. Solange das Feuer brennt, muß Wache dabei stehen.
5. Papier darf nicht lose in das Feuer geworfen werden, so daß es vom Winde im Brand fortgeweht werden kann.
6. Nach dem Abkochen ist das Feuer vollständig auszulöschen und der Graben mit dem Aushub wieder zuzuverwerfen.
7. Der Führer, z. B. des Pfadfinderkorps, bleibt der Forstbehörde gegenüber für jeden Schaden im Walde, der durch das Abkochen entsteht, haftbar.
8. Wegen des Sammelns von liegendem dürrer Feuerholz zum Abkochen ist nichts einzuwenden.

Die hessische Staatsforstverwaltung ist demnach bemüht, den Wandervereinen nach Möglichkeit entgegenzukommen, soweit dieses ohne Schädigung der Waldungen geschehen kann. Wäre es nicht erwünscht, wenn seitens der sonstigen deutschen Wandervereine an die zuständigen Forstbehörden ebenfalls ähnliche Gesuche gestellt würden? Eine wohlwollende Entscheidung dürfte fast immer getroffen und hierdurch einer unangenehmen Verstrafung wegen unbefugten Feueranzündens vorgebeugt werden.

— **Massive oderournierte Eichenmöbel?** Diese Frage kann nicht nur bei Anschaffungen für den eigenen Haushalt an den Forstbeamten heran-

treten, sondern unter Umständen auch sonst an ihn gerichtet werden. Deren kurze Erörterung findet daher vielleicht auch in der „Forst-Zeitung“ einmal Raum. Ganz massive Eichenmöbel sind im allgemeinen schwer zu handhaben und stellen sich gegenüber den „ournierten“ um mindestens 30 % teurer, weil nur ausgesuchtes Holz verwendet werden kann und zur Herstellung der passenden Maserungen ein größerer Verchnitt erforderlich ist. Außerdem neigen massive Eichenmöbel leicht dazu, zu quellen und sich zu werfen, weil Eichenholz nie so ausgetrocknet verarbeitet werden kann, daß sich dies vermeiden ließe. Die größeren glatten Flächen an den Möbeln sind daher meist „abgesperrt“, d. h. eine Unterlage von leichtem Holze ist mit 1 bis 3 mm starken Blättern von Eichenholz überleimt. Flächen mit Kehlungen und Schnitzereien können nur massiv hergestellt werden, da diese sich an Holzblättern nicht anbringen lassen. Ebenso sind Flächen, die oft der Feuchtigkeit ausgesetzt sind, wie z. B. die Blatten von Anrichten und Restaurationstischen, massiv zu fertigen, weil hier auf die Dauer die Leimung unter der Feuchtigkeit nachläßt. Die Herstellung der zur Absperrung benutzten Holzblätter geschieht an einem großen wagerecht stehenden Schälmeißel. Vor diesem wird durch die Maschine die Holzrolle gedreht und selbsttätig so vorgeschoben, daß sich die Blätter — je nach der Einstellung — in der Stärke von 1 bis 3 mm abschälen. Das Ausfeilen erfolgt in der Faserichtung der Unterlagen, meist auf beiden Seiten, so daß die Fläche äußerlich massiv erscheint, die Kanten und Ecken werden mit massiven Eichenleisten beleimt. Sind die Unterlagen und Holzblätter gut trocken, wird nur guter Leim verwendet und erfolgt die Verleimung selber unter einem angemessenen Pressedruck, so ist die Haltbarkeit der unter Anwendung der „Absperrung“ gefertigten Möbel vollständig gesichert. Nach Ansicht der Fachkreise ist diesen sogar der Vorzug vor den massiven Möbeln zu geben, denn sie stellen sich nicht nur billiger, sondern sie unterliegen besonders bei Anwendung der Dampfheizung auch nicht so leicht dem Verwerfen und Verquellen. Selbst Außenteile der besseren Wagen lassen sich unter Anwendung der „Absperrung“ herstellen und setzen den Witterungseinflüssen ausreichenden Widerstand entgegen, wenn sie mit Öl getränkt sind. R. B.

— **Eintritt von Zweijährig-Freiwilligen beim Garde-Jäger-Bataillon in Potsdam.** Diejenigen jungen Leute, welche beabsichtigen, im Oktober 1913 als zweijährig Freiwillige bei dem Garde-Jäger-Bataillon oder der Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1 einzutreten, werden ersucht, sich möglichst am 6., 13. oder 20. Januar 1913, 10 Uhr vormittags, zum Zwecke der militärärztlichen Untersuchung unter Vorlegung eines Meldecheins zum freiwilligen Eintritt auf dem Geschäftszimmer des Bataillons zu melden. Eine Berücksichtigung späterer Meldungen kann bei dem großen Andrang von Freiwilligen nicht sichergestellt werden. Das Mindestmaß beträgt 1,70 m. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur besonders kräftige und vollkommen gutgebauete junge Leute mit vollern

Sehvermögen Aussicht auf Einstellung haben. Meldungen von Forstlehrlingen, Köchen, Handwerkern (Schneider, Schuhmacher) sind besonders erwünscht.

gez.: Graf Find von Findenstein,
Oberstleutnant u. Kommandeur d. Garde-Jäger-Bataillons.

Vereins-Nachrichten.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Bezirksgruppe Harzgerode.

Am Sonnabend, dem 2. November d. Js., um 3 Uhr, Zusammenkunft im Hotel Stubenberg zu Gerode.

Wegen der Beschaffung von Browningpistolen zu Behördenpreisen werden die Kollegen höflichst gebeten, sich tunlichst bald direkt an den Unterzeichneten zu wenden. Für unsere Zwecke dürfte sich die Anschaffung des Modells 6,35 mm und nicht, wie anfänglich geplant, Modell 7,65 mm am besten empfehlen. Die Preise betragen 25 bzw. 27 M. als Vergütungspreis. 100 Patronen 3,80 bis 4,00 M.

Auch die Kollegen der Bezirksgruppe Dessau werden gebeten, ihre Bestellungen direkt an den Unterzeichneten zu machen. Endgültiger Termin bis zum 15. November d. Js.

Der Vorstand. Grimm.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Fenner, Forstmeister zu Wolfgang, Regbg. Cassel, ist der Note Alderorden 3. Klasse mit der Schleife und der Zahl „50“ verliehen.

Nachburger, Forstmeister zu Oberkaufungen, Regbg. Cassel, ist der Königl. Kronenorden 3. Klasse mit der Zahl „50“ verliehen.

Färner, Oberförster zu Warnen, Regbg. Gumbinnen, ist der Note Alderorden 4. Klasse verliehen.

Schleibsch, Forstassessor a. D., ist als Gemeindeoberförster in Wernau, Regbg. Coblenz, auf Lebenszeit beständig.

Speck von Sternberg, Oberförster zu Zuntzheimen, Regbg. Gumbinnen, ist der Note Alderorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Wakmann, Oberförster zu Nassau, Regbg. Gumbinnen, ist der Note Alderorden 4. Klasse verliehen.

Wittke, Oberförster zu Nominen, Regbg. Gumbinnen, ist der Note Alderorden 4. Klasse verliehen.

Wittig, Forstmeister zu Altschirnburg, Regbg. Königsberg, ist anlässlich der Verlegung in den Ruhestand der Königl. Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Der Titel als Forstmeister mit dem Range der Räte 4. Klasse wurde verliehen den Oberförstern:

Niedrich zu Döringen, Regbg. Cassel; **Disschneider** zu Br.-Gutau, Regbg. Königsberg; **Franz** zu Langenschaalbach, Regbg. Wiesbaden; **Hildebrandt** zu Lantau, Regbg. Königsberg; **Israel** zu Bismarckshausen, Regbg. Marienwerder; **Krüger** zu Putt, Regbg. Stettin; **Moogers** zu Diehlshagen, Regbg. Hildesheim; **Pöhl** zu Schwalgenorden, Regbg. Königsberg; **Reichfeld** zu Müttrah, Regbg. Köslin; **Säger** zu Hofgeismar, Regbg. Cassel; **Steubing** zu Allendorf, Regbg. Cassel; **Altrich** zu Ruhmit, Regbg. Osnabrück; **Wisch** zu Rathhammer, Regbg. Breslau; **Zeppendorf** zu Altschirnburg, Regbg. Coblenz.

Bähr, Begemeister zu Waldhaus, Oberförsterei Wicherthshof, Regbg. Königsberg, ist das Verdienstkreuz in Gold mit der Zahl „50“ verliehen.

Bismarck, Forstassessor zu Grobka, Oberförsterei Hartigswalde, Regbg. Allenstein, scheidet am 1. November d. Js. aus dem hiesigen Bezirk aus, um die Forstaufsichtstelle auf dem Truppenübungsplatz in Allengrabow zu übernehmen.

Vorhardt, Jägersänger zu Brückenkamp, Oberförsterei Rappelsberg, ist nach Neuenhain, Oberförsterei Neuenhain, Regbg. Köslin, versetzt.

Fischert, forstverorgungsberechtigter Jäger, ist zum Förster o. R. in der Oberförsterei Jura, Regbg. Gumbinnen, ernannt.

Grasse, Forstassessor zu Bülkingen, ist als Gemeindeförster auf Probe nach Niederleken, Oberförsterei Krosdorf, Regbg. Coblenz, angestellt.

Gronski, Forstassessor in der Oberförsterei Königsweide, ist als Schreibgehilfe nach Wirth, Regbg. Danzig, versetzt.

Hahn, Forstassessor zu Bödnig, Oberförsterei Gramzow, ist nach Groß-Dölln, Oberförsterei Heiersdorf, Regbg. Potsdam, vom 1. November d. Js. ab versetzt.

Halsbitter, Begemeister zu Gotsches Haus, Oberförsterei Gomburg, Regbg. Wiesbaden, tritt am 1. November d. Js. in den Ruhestand.

Heyer, Förster zu Dünke, Oberförsterei Büchow, ist zum Revierförster ernannt und auf die Revierförsterstelle Wahrenhof, Oberförsterei Knecht, Regbg. Vauenburg, vom 1. Januar 1918 ab versetzt.

Hüttke, Geheimer in der Jäger-Bataillon Nr. 2 zu Kulm, ist als Jägersänger für die Oberförsterei Panskerofen, Regbg. Allenstein, angenommen.

Koch, Begemeister zu Rimbed, Oberförsterei Hardehausen, Regbg. Minden, ist das Verdienstkreuz in Gold mit der Zahl „60“ verliehen.

Koschalski, Forstassessor zu Warnen, Oberförsterei Warnen, Regbg. Gumbinnen, ist die Kronenorden-Medaille verliehen.

Lange, Begemeister zu Hammelspring, Oberförsterei Behndorf, Regbg. Potsdam, ist anlässlich der Verlegung in den Ruhestand das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Matthies, Forstassessor und Sekretär zu Wittich, ist in gleicher Eigenschaft nach Osburg, Oberförsterei Osburg, Regbg. Trier, versetzt.

Paternum, Förster zu Guttstadt, Oberförsterei Wicherthshof, ist auf die Försterstelle zu Nominen, Oberförsterei Wormbitt, Regbg. Königsberg, vom 1. November d. Js. ab versetzt.

Wagner, Forstassessor, seither an der Forstlehrlingschule in Spangenberg, ist nach der Oberförsterei Rod a. d. Weil, Regbg. Wiesbaden, vom 1. November d. Js. ab einberufen.

Wernke, Förster zu Blindischken, Oberförsterei Goldau, Regbg. Gumbinnen, ist die Note Aldermedaille verliehen.

Westphal, Förster zu Bismarckshausen, Oberförsterei Goldau, Regbg. Gumbinnen, ist die Note Aldermedaille verliehen.

Westphal, Forstassessor zu Warnen, Oberförsterei Warnen, Regbg. Gumbinnen, ist die Kronenorden-Medaille verliehen.

Wicht, Forstassessor in der Oberförsterei Wirth, ist als Schreibgehilfe nach Kielan, Regbg. Danzig, versetzt.

Das Verdienstkreuz in Silber wurde verliehen:

Simonski, Begemeister zu Ragbude, Oberförsterei Warnen, Regbg. Gumbinnen; **Seidler**, Jagdhauaufseher und Förster zu Nominen, Regbg. Gumbinnen.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen den Holzhausermeistern in Regierungsbezirk Königsberg:

Tomat zu Szargallen, Oberförsterei Neuenberg; **Wassowski** zu Szargallen, Oberförsterei Neuenberg.

Das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze wurde verliehen:

Biesche, Holzhausermeister zu Lunow, Oberförsterei Freudenwalde, Regbg. Potsdam; **Esfer**, Waldarbeiter zu Knapf, Oberförsterei Velle, Regbg. Götting; **Gust**, Waldarbeiter zu Rodin, Oberförsterei Rodin, Regbg. Potsdam; **Kakmann**, Waldarbeiter zu Panenah, Kreis Stade, Regbg. Stade; **Kuske**, Wiesenwärter zu Adolfsdorf, Kreis Himmelsburg, Regbg. Köslin; **Sänger**, Waldarbeiter zu Niebentz, Kreis Witow, Regbg. Köslin; **Schmalz**, Waldarbeiter zu Mangwitz, Kreis Witow, Regbg. Köslin; **Winkowski**, Holzhausermeister zu Zablowitz, Kreis Witow, Regbg. Köslin.

Gemeinde- und Privatdienst.

Schneider, nächstlicher Oberförster in Gohrsdorf im Pand-freie Schweidnitz, ist der Note Alderorden 4. Klasse verliehen.

Kruppa, Herzoglich Ratiborscher Revierförster zu Rorshaus Kneja, Kreis Neuenberg (Dresd.), ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Josef, Rädtscher Revierförster a. D. zu Olag, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.
Vinschovius, Privatförster zu Jhlow, Kreis Oberbarnim, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

von Schö, Hofrath, ist aus dem Fürstl. zu Solmschen Forstbienst als Verwalter der Oberförsterei Baruth (Märk.), Königreich Preußen (Privatbienst), ausgeschieden und wieder in den sächsischen Staatsforstbienst als etatmäßiger Forstfasser und technischer Hilfsarbeiter bei der Oberforstmeisterei Grimma zu Wernsdorf zurückgetreten.

Herzogtum Braunschweig.

Staats-Forstverwaltung.

Rebber, Forstmeister und Forstamtsvorstand zu Seesen, ist auf das Forstamt Holzminden I verlegt.
Pörr, Tit.-Oberförster bei der Herzoglichen forstlichen Versuchsanstalt in Braunschweig, ist zum etatmäßigen Oberförster ernannt.
Reck, Tit.-Forstfasser, ist vom Forstamt Holzminden II auf das Forstamt Wolfenbüttel verlegt.
Knapp, Forstmeister und Forstamtsvorstand zu Wenzgen, ist seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand verlegt.
Lehmann, Tit.-Forstfasser, ist unter Ernennung zum etatmäßigen Forstfasser vom Forstamt Holzminden I auf das Forstamt Seesen I verlegt.
Leusmann, Tit.-Oberförster bei der Herzoglichen Forsteinrichtungsanstalt in Braunschweig, ist zum etatmäßigen Oberförster und Vorstände des Forstamtes Wenzgen ernannt.
Kengel, Oberförster bei der Herzoglichen Kammer, Direction der Forsten in Braunschweig, ist zum Vorstände des Forstamtes Calvörde ernannt.
Kettemeyer II, Tit.-Forstfasser, ist dem Herzoglichen Forstamt Helmstedt als Hilfsarbeiter überwiesen.
von Seesen, Forstmeister und Forstamtsvorstand zu Calvörde, ist auf das Forstamt Seesen I verlegt.
Hilfsmann, Tit.-Forstfasser bei der Herzoglichen Forsteinrichtungsanstalt in Braunschweig, ist zum etatmäßigen Forstfasser ernannt.
Bräune II, Förster zu Gimen, H.-A.-B. Borwohle, ist nach Seesen, H.-A.-B. Seesen I, verlegt.
Bues, Reviergehilfe, ist nach Ableistung der Militärdienstpflicht zur Herzoglichen Forsteinrichtungsanstalt in Braunschweig einberufen.
Gorenz, Förster zu Borge, H.-A.-B. Sohegeß, ist nach Querum, H.-A.-B. Braunschweig, verlegt.
Dencke I, Förster zu Grünplan, H.-A.-B. Grünplan, ist nach Borge, H.-A.-B. Sohegeß, verlegt.
Eggeling, Forstschelling, ist dem Forstamt Scharfoldsdorf zur ausschließlichen Beschäftigung überwiesen.
Jakke, Reviergehilfe zu Bruchfeld, H.-A.-B. Borzen, ist zur Ableistung der Militärdienstpflicht beurlaubt.
Jörßlerling, Reviergehilfe zu Tanne, H.-A.-B. Tanne, ist nach Seesen, H.-A.-B. Seesen II, verlegt.
Junk, Reviergehilfe bei der Herzoglichen Forsteinrichtungsanstalt in Braunschweig, ist nach Seesen, H.-A.-B. Wolfenbüttel, verlegt.
Gliesberg, Reviergehilfe zu Bad Harzburg, H.-A.-B. Harzburg II, ist zur Ableistung der Militärdienstpflicht beurlaubt.
Großgebauer, Tit.-Förster zu Sohegeß, H.-A.-B. Sohegeß, ist zum etatmäßigen Förster ernannt.
Gründer, Tit.-Förster zu Altanthersheim, H.-A.-B. Wandersheim, ist zum etatmäßigen Förster ernannt.
Günter, Forstschilling zu Ottenheim, H.-A.-B. Ottenheim, ist nach Borwohle, H.-A.-B. Borwohle, verlegt.
Harbke, Tit.-Förster zu Borwohle, H.-A.-B. Borwohle, ist nach Gimen, H.-A.-B. Borwohle, verlegt.
Sinke, Forstschilling zu Seesen, H.-A.-B. Seesen II, ist nach Grünplan, H.-A.-B. Grünplan, verlegt.
Lambricht, Reviergehilfe zu Groß-Rode, H.-A.-B. Groß-Rode, ist nach Ottenheim, H.-A.-B. Ottenheim, verlegt.
Sinde, Reviergehilfe zu Königslutter, H.-A.-B. Königslutter, ist zur Ableistung der Militärdienstpflicht beurlaubt.
Müller, Reviergehilfe, ist nach Ableistung der Militärdienstpflicht nach Königslutter, H.-A.-B. Königslutter, einberufen.
Münder, Reviergehilfe zu Ziechhaus, H.-A.-B. Ziechhaus, ist nach Groß-Rode, H.-A.-B. Groß-Rode, verlegt.
Riemann, Förster zu Querum, H.-A.-B. Braunschweig, ist seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand verlegt.
Früger, Forstschelling, ist dem Forstamt Ziechhaus zur ausschließlichen Beschäftigung überwiesen.

Schäfermann, Reviergehilfe, ist nach Ableistung der Militärdienstpflicht nach Wienrode, H.-A.-B. Wienrode, einberufen.
Siedert, Reviergehilfe zu Wienrode, H.-A.-B. Wienrode, ist nach Borge, H.-A.-B. Borge, verlegt.
Stegen, Reviergehilfe zu Hasselselde, H.-A.-B. Hasselselde II, ist zum Forstschilling ernannt.
Winkel, Reviergehilfe zu Borge, H.-A.-B. Borge, ist zum Forstschilling ernannt.

Jubiläen, Gedentage u. a. m.

(Nach Zeitungsmeldungen.)

Samm, Forstmeister zu Karlsruhe (Baden), feierte seinen 70. Geburtstag.
Reiche, Oberförster der Gräfl. Fendel von Donnersmarcken Verwaltung zu Balenke, feierte am 21. Oktober d. J. sein 40jähriges Dienstjubiläum.
Täger, Rädtscher Forstmeister zu Odrig, feierte am 21. Oktober d. J. sein 25jähriges Amtsjubiläum.

Brief- und Fragetafeln.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements-Drittung oder ein Kuibweil, daß Fragesteller Abonnent ist, und 20 Wenigste Porto beizufügen. Gemeinhin werden Fragen ohne weitere Kosten beantwortet, sind jedoch durch Sachverständige schwierige Rechtsfragen zu ordern, Gutachten, Berechnungen usw. aufzustellen, für deren Erlangung der Schriftleitung Sonderhonorare erwachsen, so wird Vergütung der Selbstkosten beansprucht.)

Nr. 141. A n f r a g e: Eine Arbeiterin, die am 4. Juli 1912 wie auch sonst manchmal wochenlang bei mir als Arbeiterin beschäftigt war, wurde von mir beauftragt, meinen Hund mit Junta-Seife wegen Ungeziefers und einer Hautflechte zu waschen. Nachmittags wollte sie, da ich nicht zu Hause war, noch einmal bei dem Hunde, der an der Kette stand, nachsehen, ob sich das Ungeziefer verloren hätte, was sie zu nun berechtigt war, da ich sie schon immer zu dergleichen Arbeiten bei demselben Hunde zugezogen habe, um so mehr, als sie von dem Hunde gut gelannt ist. Möchte nun der Hund glauben, die Arbeiterin wolle ihn wieder waschen, oder möchte er sie im Augenblick für eine fremde Person halten, kurz er biß sie in den Oberarm. Hierdurch sind mir 71 M. Kosten entstanden, die ich von der Mannheimer Versicherungs-gesellschaft auf Grund der mit ihr abgeschlossenen Haftpflichtversicherung ersetzt verlangte. Daraufhin ging mir von dieser Gesellschaft folgendes Schreiben zu: „Es handelt sich um einen Betriebsunfall, für welchen Sie nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht aufzukommen haben. Gemäß § 146 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes können Sie für einen solchen seitens der Verletzten nur dann in Anspruch genommen werden, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist, daß Sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben. Für die erste Zeit hat die Gemeinde des Beschäftigungsortes, für eventuelle spätere Folgen die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft aufzukommen, welcher Sie den Unfall noch zur Anmeldung bringen wollen.“ Ich bitte um Auskunft, wie sich die Sache verhält.

D. S., Rgl. Revierförster in H.

A n t w o r t: Die Mannheimer Versicherungs-gesellschaft hat Ihnen in der Tat nur dann und insoweit Schadenersatz zu leisten, als nicht ein anderer Ersatzpflichtiger (Gemeinde, landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft oder Forstfiskus) in Frage kommt. Die Gemeinde hat in den ersten 13 Wochen für die Heilungskosten aufzukommen,

wenn der Unfall der G. sich als ein land- oder forstwirtschaftlicher darstellt (§§ 27, 28, 29 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes). Vom Ablaufe der 13. Woche an hat die Berufsgenossenschaft oder der Fiskus einzutreten, je nachdem der Unfall Ihrem eigenen landwirtschaftlichen Betriebe oder dem fiskalischen Forstbetriebe zuzurechnen ist. Bei Entscheidung dieser Frage kommt es darauf an, in welchem dieser beiden Betriebe die G. hauptsächlich beschäftigt worden ist, und zu welchen Zwecken der Hund gehalten worden ist, ob zu landwirtschaftlichen (Bewachung des Gehöfts) oder zu dienstlichen. In Betracht kommen § 1 Abs. 1 und § 2 des erwähnten Gesetzes. Zu vergleichen auch Preussisches Förster-Jahrbuch 1912 Seite 124 und 125. Wir raten Ihnen, den Unfall sofort (bei der Sektion L der Berufsgenossenschaft oder bei dem Oberförster) anzuzeigen. Wird der Anspruch der G. abgelehnt, so kann sie bei dem Königl. Oberversicherungsamte Berufung und später — aber nur, wenn dann noch bei der Verletzten Erwerbsunfähigkeit besteht! — bei dem Reichsversicherungsamt Rekurs einlegen. In dem Streitverfahren wird dann der zunächst nicht in Anspruch genommene Versicherungsträger (Berufsgenossenschaft oder Fiskus) von Amts wegen beigeladen werden. Wird die G. von allen Instanzen abgewiesen, dann hat die Mannheimer Gesellschaft für den Schaden aufzukommen.

Nr. 142. Anfrage: In der hiesigen Verwaltung ist ein Forstlehrling auf der Entenjagungsverunglückt und an den Folgen kurz danach gestorben. Der Unglücksfall ist gerichtlich untersucht, wie Vorschrist, und bestätigt worden. Kann der Vater, welcher herrschaftlicher Gärtner, 51 Jahre alt und nervenleidend ist, eine Rente sowie ein Sterbegeld beanspruchen? Meines Erachtens nach dürfte dies der Fall sein, wenn der Vater eine Bedürftigkeit nachweist.

W., Forsthaus L. bei N.

Antwort: Der Vater hat nur Anspruch auf Sterbegeld, nicht auch auf Rente. Diese könnte er nur dann beanspruchen, wenn sein Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden wäre, was hier nicht zutrifft (§ 19 d. Landw. Unfallverf.-Ges.). Der Anspruch auf Sterbegeld ist bei dem Sektionsvorstande der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (Kreisaußschuß) geltend zu machen. Hg.

Nr. 143. Anfrage: Ich beziehe 2350 M. Gehalt, 100 M. Stellenzulage, 300 M. Zinsen, dazu Dienstwohnung und Brennholz. Hiervon kommt eine Lebensversicherungsprämie von 130 M. in Abzug. Danach bin ich in der Stufe von 2700 bis 3000 M. zu dem Satze von 52 M. zur Einkommensteuer veranlagt. Meines Dafürhaltens müßte ich zur Gemeindesteuer, die in meiner Wohnortsgemeinde 250 % beträgt, mit der Hälfte 1350 bis 1500 M., also zu $16 \times 250 \% = 40$ M. veranlagt werden und nicht wie gesehen zu 52,50 M.

R. in N., Königl. Förster.

Antwort: Sie sind auf Grund Ihrer Angaben nach folgenden Merkmalen zur Staatseinkommensteuer veranlagt: Dienstbezüge: Gehalt 2350 M., Stellenzulage 100 M., für Brennholz 100 M., für Dienstwohnung 200 M. = 2750 M., hierzu Zinsen aus Kapitalvermögen 300 M. = 3050 M.; ab Lebensversicherungsprämie 130 M., bleiben 2920 M. Steuersatz 52 M. Für die Heranziehung zur Gemeindesteuer ergibt sich folgende Berechnung: Die Hälfte der Dienstbezüge von 2750 M. = 1375 M.; hierzu die Zinsen mit 300 M. = 1675 M., ab Lebensversicherungsprämie 130 M., bleiben 1545 M. Steuersatz 21 M. Hiervon 250 % = 52,50 M. Die Veranlagung zur Gemeindesteuer besteht somit zu Recht.

Für die Redaktion: A. W. Bodo Grundmann, Neubamm.

Dieser Nummer liegt die Oktober-Ausgabe der Forstlichen Rundschau bei. Des Försters Feierabende fällt daher diese Woche aus.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernstorff, Nieandt, Post Förste (Hatz).



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Zoppot (Bezirk Danzig), Südr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schachmeister an den Vereins-Schachmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Räume, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand, Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Bezirksgruppen:

Gumbinnen. Die Bezirksgruppenversammlung am 3. November findet im Sängersaal der

„Bürgerhalle“, das Mittagbrot im Familienzimmer statt. P u p p e l.

Oppeln. Den Herren Ortsgruppenvorstehern zur Nachricht, daß die nächste Bezirksgruppenversammlung etwa Mitte Dezember stattfindet. Ich ersuche daher die Herren Kollegen, mir bis

spätestens den 1. Dezember d. Js. etwa zu stellende Anträge an den Hauptvorstand, welche ausführlich begründet sein müssen, gütigst einzusenden. Die Tagesordnung wird noch näher bekanntgegeben. Der Vorsitzende: **Hendel**.

Ortsgruppen:

Bruck (Regbz. Marienwerder). Am Freitag, dem 1. November d. Js., nachmittags 5 Uhr, findet im Vereinslokal von Przewostki in Bruck eine Versammlung der hiesigen Ortsgruppe statt, wozu die Mitglieder hierdurch ergebenst eingeladen werden. — Tagesordnung: 1. Besprechung wegen der Kaisergeburtstagsfeier; 2. Revision der Rechnung pro 1911; 3. Verschiedenes, wie Dienstlandregulierung usw. Nach der Sitzung gemütliches Zusammensein mit Damen. Der Vorstand.

Bütow (Regbz. Cöslin). Versammlung am Sonnabend, dem 2. November d. Js., nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Besprechung einer vom Hauptvorstande gestellten Frage; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Kaisergeburtstagsfeier; 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorsitzende.

Darßlub (Regbz. Danzig). Sonnabend, den 16. November d. Js., nachmittags 5½ Uhr, Mitgliederversammlung in Werblin, Gasthaus Schuster, mit folgender Tagesordnung: 1. Vorlesung des Sitzungsprotokolls vom 7. September; 2. Ersatzwahl für den verstorbenen Schrift- und Kassensführer; 3. Prüfung der Jahresrechnung und Übergabe der Kasse und Akten an den gewählten Schriftführer; 4. Besprechung des vom geschäftsführenden Vorstande des Hauptvereins empfohlenen Themas, welches wörtlich lautet: Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben? 5. Vortrag des Vorsitzenden über die vom „Westpreussischen Verein zur Prüfung und Züchtung von Gebrauchshunden zur Jagd“ am 12. Oktober abgehaltene Verbandsjugendsuche in Warlomin; 6. Aufstellung des Jahresberichts; 7. Festsetzung der nächsten Sitzung; 8. Verschiedenes. Der Vorsitzende: **Hoffmann**.

Deutschheide (Regbz. Danzig). Am Sonnabend, dem 9. November d. Js., nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Vereinslokal, Gasthaus Rosenkranz, Occippel. Tagesordnung: 1. Thema zur Besprechung darüber, wie die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also der Allgemeinheit, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben können; 2. Wahl eines Vertreters zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 3. Stellung und Beratung etwaiger Anträge zu derselben; 4. Beschlusssatzung über die Kaisergeburtstagsfeier; 5. Vortrag des Kollegen Willuweit über Vogelschutz; 6. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen der Herren Kollegen wird gebeten. Der Vorsitzende: **Neumann**.

Herzberg a. H. (Regbz. Hildesheim). Sonntag, den 3. November d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Vereinslokal zu Herzberg a. H. Tagesordnung: 1. Neuwahl des 1. Vorsitzenden, sowie des Kassen- und Schriftführers; 2. Sammlung von Beiträgen für die Ortsgruppe und für Hinterbliebene verstorbener Kollegen; 3. Prüfung der Rechnung von 1911; 4. Nachsjährige Kaisergeburtstagsfeier; 5. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen wird sehr gebeten. Mitglieder, welche wirklich behindert sein sollten, zu kommen, werden gebeten, einen Kollegen mit Zahlung der in der Sitzung festzusetzenden Beiträge zu beauftragen.

Der Vorstand.

Hoyerswerda (Regbz. Liegnitz). Sonnabend, den 2. November 1912, nachmittags 3 Uhr, Versammlung der Mitglieder im Vereinslokal „Goldener Stern“ zu Hoyerswerda. Tagesordnung: Rechnungslegung; Aufnahme neuer Mitglieder; Besprechung über abzuhaltende Kaisergeburtstagsfeier; Anträge; Bericht über Bezirksgruppenversammlung. Sammlung für die Witwe des erschossenen Kollegen Komet. Arnold, Vorsitzender.

Lautenburg (Regbz. Marienwerder). Am Freitag, dem 1. November d. Js., nachmittags 4½ Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Besprechung über eine eventuell abzuhaltende Kaisergeburtstagsfeier (Wintervergnügen); 2. Einziehung einer Spende für Romanus-Voorn; 3. Verschiedenes. — Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein mit den Familien; hierzu sei besonders die jüngere Damenwelt freundlichst eingeladen.

Der Vorstand. J. A. Gärtner, Schriftführer.

Nienburg a. Weser (Regbz. Hannover). Am Sonntag, dem 10. November d. Js., Versammlung in Hoya, Hotel Gnämin. Abfahrt von Nienburg 2,42 Uhr nachmittags. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes; 2. Beitragszahlung für 1913. (Wer nicht erscheint, wird gebeten, den Betrag von 9 M. an den Kassierer, Herrn Fortsaesser Ulrich-Wölpe, bis zum 1. Dezember einzusenden); 3. Besprechung der Anregung des engeren Vorstandes über Betätigung des Försterstandes auf volkswirtschaftlichem Gebiete; 4. Verschiedenes (Verteilung der Waldheil-Kalender usw.). Es ist Pflicht jedes Einzelnen, bei den Versammlungen zu erscheinen, soweit dienstliche Behinderungen nicht vorliegen.

Der Vorstand. J. A. Wittig.

Onzin (Regbz. Danzig). Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Vereinslokal in Dreidorf mit Damen. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekanntgegeben werden. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorsitzende: **Priem**.

Simmern-Hunsrück (Regbz. Coblenz). Sonntag, den 10. November d. Js., nachmittags um 1 Uhr, findet in Simmern bei Volrath die Herbstversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht mit Anknüpfung an das zehnjährige Bestehen der Ortsgruppe durch den

Vorsitzenden; 2. Besprechung einer von dem Hauptverein angeregten Arbeit der Ortsgruppen (Berichterstatter der 2. Vorsitzende); 3. Anmeldung von Anträgen zur nächsten Delegiertenversammlung; 4. Unterstützung für Romanus und Doorm; 5. Bestellung des Kalenders „Waldheil“ usw.; 6. Verschiedenes. Zu pünktlichem und recht vollzähligem Erscheinen laßt ein

Der Vorsitzende: Meißner.
Zwienmünde (Regbz. Stettin). Sonntag, den 3. November 1912, nachmittags 2½ Uhr, Mitgliederversammlung in Mißbroh im Restaurant Schmid (früher Bester). Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden; 2. Aushändigung von Mitgliedsarten an neu aufgenommene Mitglieder; 3. Rechnungslegung über das Prämienschießen; 4. Besprechung der Beschlüsse der Delegiertenversammlung; 5. Beratung über Abhaltung eines Wintervergnügens; 6. Festsetzung eines Vortragsthemas für die nächste Versammlung; 7. Verschiedenes. Um möglichst rege Beteiligung wird gebeten.

Hindenburg, stellv. Vorsitzender.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Gemeinseiner Bernstorff, Mienstedt bei Forste, Garz, vorliegen. Was zur die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in seinen Besitz gelangen. **Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen.** Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Lüneburg. Bericht über die diesjährige Hauptversammlung zu Uelzen am 13. Oktober d. Js. Die Versammlung ist von 38 Mitgliedern besucht, somit beschlußfähig. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Horrido auf Seine Majestät den Kaiser. Zu Ehren eines im letzten Jahre verstorbenen Kollegen erhebt sich die Versammlung von den Sigen. Es findet sodann die Erledigung der vorliegenden Tagesordnung statt. Zu Punkt 1 legt der Schatzmeister die Rechnung und den Geschäftsbericht für das Jahr 1912 vor. Danach hatte die Bezirksgruppe am Schlusse des Jahres 1911 123 Mitglieder. Ausgeschlossen sind 3, neu eingetreten 7 Mitglieder, so daß gegenwärtig 127 Mitglieder im Bestande sind. Ein von der Bezirksgruppe im vorigen Jahre gefaßter Beschluß, betreffend Einbringung eines Antrages auf Erstattung von Unkosten für Wahrnehmung von Terminen außerhalb des Wohnortes seitens der Oberförsterei-Sekretäre, ist dem damaligen Vorsitzenden des Vereins rechtzeitig eingereicht. Die Rechnung für das Jahr 1912 schließt mit einer Einnahme von 205 Mk 1 Pf und einer Ausgabe von 195 Mk 55 Pf ab, so daß einbarer Kasseeinstand von 9 Mk 46 Pf vorhanden ist. Das Vermögen der Gruppe besteht zurzeit in einem Betrage von 332 Mk 54 Pf, davon sind zinslich bei der Kreis-Sparkasse zu Revenusen belegt 323 Mk 08 Pf, und an barem Bestande sind vorhanden 9 Mk 46 Pf. Die Rechnung nebst Belegen wird zwei Kollegen zur Prüfung übergeben, sie wird für richtig befunden, dem Schatzmeister wird die erbetene Entlastung erteilt. Zu Punkt 2. Der diesjährige Delegierte,

Kollege Kommerz-Ebberhoff, erstattet eingehend Bericht über die Delegiertenversammlung zu Berlin. Das Ergebnis der Verhandlungen wird einer längeren Besprechung unterzogen. Zu Punkt 3. Der Schatzmeister macht auf Grund der vorliegenden Liste bekannt, daß infolge des ergangenen Aufrufs von 15 Kollegen zusammen 38 Mk zur Spende Romanus-Doorm eingegangen sind. Auf der Versammlung zeichnen weitere 35 Kollegen zusammen 83 Mk, so daß sich im ganzen 50 Kollegen mit zusammen 121 Mk an der Spende beteiligt haben. Es sind gegeben worden: 3mal je 5, 2mal je 4, 9mal je 3, 35mal je 2 und einmal 1 Mk. Außerdem bewilligt die Versammlung aus der Kasse der Bezirksgruppe den Betrag von 150 Mk, so daß von seiten der Bezirksgruppe im ganzen der Betrag von 271 Mk zu der gedachten Spende geleistet wird. Zu Punkt 4. Als Delegierter für die nächstjährige Delegiertenversammlung zu Berlin wird der Vorsitzende, Kollege Tatter-Walstrobe, gewählt, welcher die Wahl dankend annimmt. Zu Punkt 5. Die Krankenkosten-Beihilfeskasse wird nochmals dringend zur Benutzung empfohlen. Zu Punkt 6. Die Dienstfragensache wird kurz besprochen. Sodann wird beschlossen, den Beitrag für die Bezirksgruppe auf jährlich 1 Mk 50 Pf festzusetzen. Zur Erweiterung des Vorstandes der Bezirksgruppe werden die Kollegen Wiesen-Uelzen, Menges-Oldenstadt, Schmidt-Bierdorf, Heine-Kadbruch, Herzfeld-Juhrberg als Beisitzer gewählt. Hiermit wurde die Versammlung geschlossen.

Ortsgruppen:

Altentirchen (Regbz. Coblenz). Protokoll der Versammlung am 1. Oktober 1912, 2,30 Uhr, in Altentirchen (Bahnhof). Tagesordnung: 1. Verlesen des letzten Sitzungsberichts; 2. Vorschläge zur nächsten Bezirksgruppenversammlung; 3. Bestellung des Notizbuches „Waldheil“; 4. Verschiedenes. Zu 1. Der Sitzungsbericht wurde verlesen. Zu 2. Zunächst wurde der stenographische Bericht von der Hauptversammlung in Berlin besprochen. Die Ortsgruppe sprach sich einstimmig für Abhaltung von Wanderversammlungen aus. Zur Sache Romanus-Doorm wurden 34 Mk gesammelt. Die Ortsgruppe beschließt folgendes: a) Neue Anträge werden nicht gestellt. b) Die Fassung der später einzureichenden Anträge zur Bezirksgruppenversammlung bleibt vorläufig dem Vorstande überlassen. Zu 3. Das Notizbuch „Waldheil“ wurde bestellt. Zu 4. Verschiedene Eingänge wurden verlesen. An die Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte wurde erinnert. Über die Abhaltung eines Wintervergnügens wird am 1. Januar 1913 Beschluß gefaßt. Anwesend waren 13 Mitglieder. Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Thiesson, Schriftführer.

Feldberg (Regbz. Wiesbaden). Am 12. Oktober fand im Hotel Vidal zu Oberreifenberg i. T. die Herbstversammlung statt, welche sich einer guten Beteiligung erfreute. Der Vorsitzende eröffnete nachmittags 3 Uhr mit einem fröhlichen „Horrido“ auf unsern allerhöchsten Jagdherrn die Versammlung. Die Tagesordnung wurde

wie folgt erledigt: 1. Verlesung des Protokolls der Frühjahrssammlung. 2. Die von dem Vorsitzenden bei den Mitgliedern der Ortsgruppe in Umlauf gesetzte Sammelliste zur Romanus-Doorm-Spende wurde vorgelegt und das erfreuliche Resultat der Sammlung mit 71 M. bekanntgegeben. Der Vorsitzende sprach den gütigen Gebern herzlichen Dank sowie den Wunsch aus, daß diese Spende ihren Zweck erfüllen und die Not der Hinterbliebenen lindern möge. 3. Als Ort der zu Anfang Juni nächsten Jahres stattfindenden Halbjahrsversammlung wurde Ufingen gewählt. Nähere Bekanntgabe erfolgt später. 4. Kollege Wies wurde als Delegierter zur Bezirksgruppenversammlung in Limburg a. d. R. gewählt. 5. Zum Eintritt in die Ortsgruppe vom 1. Januar nächsten Jahres ab erklärten sich die anwesenden Kollegen Könen-Homburg v. d. H. und Weimer-Neuweilnau bereit. — Mit kräftigem „Horrido“ auf unsern Herrn Oberförstermeister Dandermann schloß der Vorsitzende den offiziellen Teil der Versammlung in der Hoffnung auf ein gesundes Wiedersehen in Ufingen. Kollege Kowald-Oberreifenberg hatte in dankenswerter Weise für eine sehr schöne Ausschmückung des Saales mit Tannengrün gesorgt. Der sich anschließende „gemütliche Teil“ begann mit einem Kaffee-Tränzchen und endigte in schöner, harmonischer Weise mit einem Tänzen frühmorgens, als die Hähne bereits zu krähen begonnen hatten. Der Vorstand. J. A.: Jung, Vorsitzender.

Siegen (Regbz. Arnshberg). In der Versammlung am 5. Oktober in Siegen wurde vom Förster Laubinger = Siegen über Sprengversuche an Stöcken Bericht erstattet. Nachdem schon im Juli den Mitgliedern Stöcksprengungen mit Ammonfahügit vorgeführt waren, über welche seinerzeit in der „Deutschen Forstzeitung“ berichtet ist, handelte es sich bei den jetzt zur Besprechung stehenden Versuchen um Perilit und Gesteins = Siegenit. Alle Sprengungen wurden des Vergleichs wegen an Stöcken gleicher Stärke und Beschaffenheit ausgeführt, und zwar an alten, vermoderten Schälwaldstöcken. Der Kostenaufwand hat nun je Stod betragen bei:

	Gesteins-Siegenit	Ammonfahügit	Perilit
	Pf.	Pf.	Pf.
für Vorarbeiten.			
„ Sprengstoff.	264 g	800 g	300 g
„ Zündsicher.	08	08	08
„ Sprengkapsel.	08	08	04
im ganzen:	43	65	74

Aus vorstehender Aufstellung ist ersichtlich, daß Sprengungen mit Gesteins = Siegenit sich erheblich billiger stellen als mit den anderen benutzten Sprengmitteln. Es wurde beschlossen, im Vereinsgebiet bei passender Gelegenheit in der Praxis weitere Versuche anzustellen, über welche dann an dieser Stelle berichtet werden soll.

Der Vorstand

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Anhalt, Neu-Buffingen, 2 M.; Anlauf, Rogasen, 2 M.; Aselmann, Wendelstein, 2 M.; Bahr, Dreife, 2 M.; Baute, Hütten, 2 M.; Baumann, Berlin, 5 M.; Baumert, Schlegel, 2 M.; Bechtold, Godesheim, 2 M.; Beckmann, Jervelin, 2 M.; Bender, Biejenthal, 5 M.; Binger, Nieren, 2 M.; Boeder, Alt Kirch, 2 M.; Böhmede, Stellig, 5 M.; Borudi, Grobelsa, 2 M.; Brede, Dahl, 4 M.; Bräde, Barmen, 2 M.; Bunker, Jechlin, 2 M.; Burs, Wenen, 2 M.; Burthard, Salzmünster, 2 M.; Centner, Weilsen, 2 M.; Chualet, Schöffisch, 2 M.; Deiters, Nordheim, 3 M.; Dennenstein, Neumünster, 2 M.; Dieball, Malens, 2 M.; Dieblich, Hörter, 2 M.; Donor, Salzgungen, 5 M.; Dreidert, Jangzen, 2 M.; Dreier, Radchen, 2 M.; Duban, Liche, 10 M.; Eberhardt, Kaiserberg, 2 M.; Egger, Gudow, 2 M.; Engel, Wehmerhof, 2 M.; En, Trebnitz, 2 M.; Fahl, Gummshagen, 2 M.; Frener, Lauterbach, 2 M.; Fuchs, Gammshagen, 2 M.; Gerlach, Dienhausen, 5 M.; Glud, Liebenwerder, 5 M.; Gnecht, Wiesau, 2 M.; Goliash, Kaduzin, 2 M.; Graffenreuth, Alstedt, 2 M.; v. Griesheim, Falkenburg, 5 M.; Groblich, Gadow, 2 M.; Grundow, Gierath, 2 M.; Gaafe, Hartstedt, 5 M.; Gahn, Großenfelder, 2 M.; Gattmann, Bromberg, 5 M.; Gattmann, Gortig, 2 M.; Geigig, Eacrau, 2 M.; Hermersdorfer, 1, Rehbera, 2 M.; Hermersdorfer II, Rehberg, 2 M.; Hermersdorfer, Teimold, 2 M.; Herpel, Hollermühle, 2 M.; Hoffmann Scholz, Gr. Schwen, 5 M.; Hoffmann, Jagersleben, 2 M.; Hoffmann, Mittsche, 2 M.; Hoffmann, Schönlisch, 2 M.; Höltsche, Hüttena, 2 M.; Horber, Raar, 2 M.; Hornig, Hornleirich, 2 M.; Jahn, Wilgarden, 2 M.; Japp, Hörter, 2 M.; Jochmann, Hermersdorf, 2 M.; Jund, Neudorf, 5 M.; Kaletta, Schöffel, 2 M.; Kaspereit, Klein-Burbin, 6 M.; Keil, Bunkow, 2 M.; Krichbaum, Gladenbach, 5 M.; Klumner, Radewald, 2 M.; Klein, Dorrebach, 2 M.; Knuth, Schraubed, 2 M.; Koch, Teufelsberg, 2 M.; Köhler, Heide, 2 M.; Kofelt, Elagoth, 2 M.; Koll, Rothorn, 2 M.; Kunt, Kaiserhof, 3 M.; Krause, Gr. Madonow, 3 M.; Krumm, Dohütte, 2 M.; Kriede, Hermelich, 3 M.; Krüger, Fortia-Weilsa, 2 M.; Krüger, Wilmersdorf, 10 M.; Kuhn, Burgschütz, 2 M.; Meil, Tenn, 2 M.; Kasse, Schönlisch, 2 M.; K. am, Krichbaum, 2 M.; Leveke, Brandenburg, 5 M.; Lohrengel, Röhle, 2 M.; Ludwig, Gummels-

hain, 2 M.; Lunow, Berlinchen, 2 M.; Raabs, Eilomnubel, 2 M.; Merowald, Gollitz, 2 M.; Meisner, Giesend, 2 M.; Meißner, Gernmannstode, 3 M.; Mende, Kienzin, 2 M.; Michel, Altengronau, 2 M.; Mittenborn, Girschberg, 2 M.; Mierdo, Bronowice, 2 M.; Müller, Eberhausen, 5 M.; Müller, Roth, 3 M.; Müde, Erster, 2 M.; Melzer, Lisch, 5 M.; Neubert, Weidenwerder, 2 M.; Nowrat, Barsberge, 2 M.; Radmann, Walle, 2 M.; v. Rader, Vinsburg, 5 M.; Reineckamp, Willebadessen, 2 M.; River, Karlsdorf, 2 M.; Rischke, Barlewo, 2 M.; Frengel, Kallitten, 2 M.; Breuking, Raumburg, 5 M.; v. i. ur, Seeburg, 2 M.; Brient, Etoberau, 2 M.; Brillow, Croberg, 3 M.; v. Rittow, Finkenwalde, 5 M.; Rigitilla, Alt-Boppeln, 2 M.; Rint, Planet, 2 M.; Riebl, Kienbrunne, 2 M.; Radbruch, Lubed, 2 M.; Rindhahn, Weilersborn, 2 M.; Riechfeld, Riel, 5 M.; Reinhardt, Ballenkirchen, 2 M.; Rinne, Schönbogen, 2 M.; Simon, Juppot, 3 M.; Saemann, Guttstadt, 2 M.; Sauerblich, Jagerhof, 2 M.; Schulz, Langlingen, 2 M.; Schaper, Holshausen, 2 M.; Schenckmann, Radens, 2 M.; Schmitz, Kohnwald, 2 M.; Schmidt, Schlagbühne, 2 M.; Schmitzmann, Mische, 2 M.; Schon, Steinig, 2 M.; Schönbeger, Berrigshausen, 2 M.; Scholz, Altdorf, 2 M.; Scholz, Laumme, 2 M.; Schoder, Schermeisel, 2 M.; Schürda, Bobrowitz, 2 M.; Schwarz, Rottfelle, 2 M.; Seifert, Lippert-Gorge, 2 M.; Seile, Thero, 3 M.; Seidel, Trebsch, 2 M.; Seeling, Rüdelsdorf, 2 M.; Steppuhn, Zellertfeld, 10 M.; Stillmann, Boh. Ludow, 3 M.; Streubel, Hammer, 2 M.; Teger, Salchau, 2 M.; Tette, Schwenker, 5 M.; Thill, Gelnern, 2 M.; Thiercke, Seideberg, 5 M.; Urie, Ledenthal, 4 M.; Urban, Sechorn, 2 M.; Richter, Däsel, 2 M.; Reilmann, Kautschin, 4 M.; Walter, Lomelchau, 2 M.; Weber, Mittel, 2 M.; Weig, Giffhorn, 2 M.; Weibel, Arnshberg, 2 M.; Weide, Forter, 2 M.; Wille, Grieben, 2 M.; Willmann, Lambach, 5 M.; Wolf, Girschberg, 2,50 M.; Wierff, Harsfeld, 5 M.; Wollant, Treckdorf, 2 M.; Wollig, Jelle, 2 M.; Wörsch, Hagenfeld, 2 M.; Wülfing, Trattschine, 3 M.; Dr. Weide, Bremen, 5 M.; Zuder, Budow, 2 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt
Neumann,
Schäpmeier und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Hertog-Galensee.

Aufruf

an alle akademisch gebildeten Privatforstbeamten.

Die Notlage der Privatforstverwaltungsbeamten, die infolge der Überfüllung dieses Berufes von Jahr zu Jahr größer wird, hat den Verein für Privatforstbeamte Deutschlands veranlaßt, einen Ausschuß zur Prüfung der Lage dieser Beamten einzurichten.

Dieser Ausschuß sieht es als seine nächstliegende Aufgabe an, die Zahl der akademisch gebildeten Privatforstbeamten einerseits und die Zahl der vorhandenen Revierverwalterstellen andererseits festzustellen, kurz, zunächst statistische Erhebungen anzustellen, um dann auf Grund dieser Statistik weitere Schritte zur Abhilfe zu tun. Demgemäß ersuchen wir alle akademisch gebildeten deutschen Privatforstbeamten — mögen sie eine Stelle innehaben, welche es auch sei, oder mögen sie zurzeit stellenlos sein — diese Arbeit im Interesse ihres Berufsstandes dadurch zu unterstützen, daß sie auf einfacher Postkarte oder durch Brief der Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands in Galensee-Berlin, Karlsruher Straße 13, folgende Angaben machen:

Name, Alter, Schulbildung, Ort und Dauer des forstlichen Studiums, abgelegte Prüfungen und jetzige Stellung (Art, Titel, Ort, Dienstherrschaft, Größe des Dienstbezirks, Zahl der Unterbeamten usw.).

Galensee-Berlin, den 22. September 1912.

Dr. Hertog, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieds-Nr.

3927. **Krenbt**, Königlich Oberförster a. D., stellvertretender Forstbetrat an der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, Berlin NW 40, Kronprinzenufer 5/6. (B.-Gr. IX.) A. M.*)

3928. **Jänemann**, Erich, Hilfsjäger (Baron v. Giedt), Rh. Sümme b. Nijel, Kr. Rübuit, O.-S. (B.-Gr. VI.)
3929. **Herfurt**, Karl, Forster (Friedrichsheimhof v. Waldow), Fürstenua, Kr. Arnswalde. (B.-Gr. IX.)
3930. **Schatten**, Johann, Revierförster (Graf v. Sphos), Klein-lauer b. Järichen i. Schles. (B.-Gr. VIII.)
3931. **Girnt**, Hugo, Bildmeister, Brimlenau i. Schl. (B.-Gr. VIII.)
3932. **Lampe**, August, Königl. Hegemeister, Narburg-Nord, Bez. Cassel. (B.-Gr. mIII.) A. M.*)

*) A. M. = außerordentliches Mitglied.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 10 8 M., Nr. 34 5 M., Nr. 46 8 M., Nr. 49 4 M., Nr. 53 8 M., Nr. 64, 65, 73, 123, 127 je 4 M., Nr. 132 1 M., Nr. 137 8 M., Nr. 172 4 M., Nr. 189 8 M., Nr. 192, 200, 242 je 4 M., Nr. 265 8 M., Nr. 279, 296, 298 je 4 M., Nr. 305 12 M., Nr. 307, 311, 329, 337, 350, 389, 394, 399 je 4 M., Nr. 418 8 M., Nr. 430, 458, 472, 483 je 4 M., Nr. 491 1 M., Nr. 511 4 M., Nr. 513, 560 je 8 M., Nr. 581, 590, 610, 613, 616—618, 630, 640, 642, 659, 672, 673, 675, 728, 764, 810, 932, 944, 972, 978, 1001, 1025 je 4 M., Nr. 1038 8 M., Nr. 1089, 1108, 1120, 1121, 1133 je 4 M., Nr. 1167 8 M., Nr. 1183 9,20 M., Nr. 1203, 1219, 1227, 1253, 1264, 1265, 1268, 1294 je 4 M., Nr. 1319 8 M., Nr. 1328 4 M., Nr. 1351, 1414, 1424, 1452 je 10 M., Nr. 1455, 1490, 1498, 1536, 1546, 1548, 1550, 1561, 1594, 1598, 1604, 1614, 1621, 1623, 1707 je 4 M., Nr. 1727 8 M., Nr. 1731, 1745, 1759, 1779, 1784 je 4 M., Nr. 1787 10 M., Nr. 1799, 1801, 1808 je 4 M., Nr. 1813 8 M., Nr. 1814 4 M., Nr. 1869 1 M., Nr. 1931, 1981, 1998, 2010, 2030, 2074, 2077, 2079, 2080, 2083, 2084 je 4 M., Nr. 2100 10 M., Nr. 2123, 2158, 2168, 2169 je 4 M., Nr. 2175 8 M., Nr. 2196, 2199, 2207, 2224, 2233, 2269, 2272 je 4 M., Nr. 2274 8 M., Nr. 2297, 2311, 2312, 2337, 2352, 2366, 2381, 2385, 2400, 2404, 2413, 2424, 2441, 2476, 2479 je 4 M., Nr. 2483 8 M., Nr. 2545, 2593, 2599, 2605, 2608 je 4 M., Nr. 2609 5 M., Nr. 2633, 2637, 2640, 2647 je 4 M., Nr. 2659 8 M., Nr. 2660, 2668, 2670, 2676, 2678, 2694, 2734, 2774, 2777 je 4 M., Nr. 2778 2 M., Nr. 2785, 2791, 2793 je 4 M., Nr. 2805 8 M., Nr. 2817, 2844, 2852, 2858, 2876 je 4 M., Nr. 2894 8 M., Nr. 2904 4 M., Nr. 2918, 2931 je 8 M., Nr. 2943 10 M., Nr. 2949 4 M., Nr. 2961, 2973 je 8 M., Nr. 2989 10 M., Nr. 2992 1 M., Nr. 3010 4 M., Nr. 3040 8 M., Nr. 3074 4 M., Nr. 3089 8 M., Nr. 3092, 3099, 3100, 3105 je 4 M., Nr. 3115 10 M., Nr. 3125, 3196, 3207, 3234, 3245, 3253, 3305, 3311, 3313, 3345, 3358, 3363, 3378, 3414 je 4 M., Nr. 3420 1 M., Nr. 3433, 3443, 3483, 3485, 3489, 3499, 3507, 3517, 3591, 3592 je 4 M., Nr. 3608 10 M., Nr. 3635, 3656 je 4 M., Nr. 3679 8 M., Nr. 3713 4 M., Nr. 3736 8 M., Nr. 3819 7 M., Nr. 3893 18 M., Nr. 3917, 3921 je 7 M., Nr. 3922 18 M., Nr. 3925, 3926, 3929, 3931 je 7 M., Nr. 3931 11 M., Nr. 3932 18 M.

Sahungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugeandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Galensee-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 849. — Verhinderung der Forstbeamten gegen Unfall-schäden. 849. — Ein wandernder Wald. 856. — Maßregeln gegen die Entwaldung Frankreichs. 855. — Waldkamen-Grabericht der Firma Heinrich Keller Sohn, Darmstadt, vom 10. Oktober 1912. 855. — Das Auftreten des Riecherspanners. 856. — Verpächter Nonnenfalter. 856. — Bericht über die XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912. 856. — Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 862. — Dr. Karl Völsche zu Breslau in der Titel Forstrat der Landwirtschaftskammer verliehen. 864. — Oberforstint-Entlinger in Speyer in den Ruhestand getreten. 864. — Föderer-Aufsus im Regierungsbezirk Wiesbaden. 864. — Prüfungsausschuss. 864. — Holzbedarf des Reichspostamts. 865. — Wie einem Landwirt großer Schaden entstand, als er die Verhinderungsbefestimmungen gegen Unfall nicht genau befolgte. 865. — Abtönung von Holzgerichten in Hessen. 865. — Das Abblenden im Walde oder in dessen Nähe bei Jugendwanderungen. 868. — Majjue oder fornierte Giechmübel? 866. — Eintritt von Zweijährig-Freiwilligen beim Garde-Jäger-Bataillon in Potsdam. 866. — Vereins-Nachrichten. 867. — Personal-Nachrichten und Personalveränderungen. 867. — Brief- und Fragekasten. 868. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 869. — Nachrichten des „Waldbau“. 872. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 873. — Zusätze.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfälliger Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balangen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Verlag von J. Neumann in Neudamm.

In den ersten Tagen des Oktober ist erschienen und wurde versandt der fünfundzwanzigste Jahrgang des

„Waldheil“, Kalender für deutsche Forstmänner und Jäger auf das Jahr 1913,

fest und dauerhaft in grüne Segelleinwand gebunden. Mit Bleistift und einem Nummerbuche zur Ausnahme von Rauhholz oder Brennholz, für tausend Nummern ausreichend, als Anlage. **Einfache Ausgabe A:** Preis 1 Mk. 50 Pf. (5 Exemplare und mehr 1 Mk. 20 Pf. — Ausgabe für Elsaß-Lothringen 1 Mk. 30 Pf. — pro Stück).

Stärkere Ausgabe B: Mit durchschossenem Notizkalender und 150 Seiten Millimeterpapier und Abreißzetteln im Anhang. Preis 1 Mk. 80 Pf. (5 Exemplare und mehr 1 Mk. 50 Pf. — Ausgabe für Elsaß-Lothringen 1 Mk. 60 Pf. — pro Stück).

Für das Großherzogtum Baden und die Reichslande Elsaß-Lothringen sind eigene Ausgaben herausgegeben, die zu den oben genannten Preisen zu beziehen sind. Die Ausgabe für Baden hat ein eigenes Nummerbuch; für die Ausgabe für Elsaß-Lothringen erscheint Ende Oktober als kostenloser Anlage eine Liste der Elsaß-Lothringischen Staats- und Gemeindeforstbeamten nebst Verzeichnis der wichtigsten Privatwaldungen und deren Verwalter nach dem Stande vom 1. Oktober 1912.

Weitere Nummerbücher zu 1000 Nummern können zum Preise von je 10 Pf. pro Stück in jeder Anzahl einzeln nachbezogen werden. Stärkere Nummerbücher werden geliefert: Preis für 2000 Nummern 20 Pf., für 3000 Nummern 30 Pf., für 4000 Nummern 40 Pf., für 5000 Nummern 50 Pf. und für 6000 Nummern 60 Pf. pro Stück.

Auf vielfachen Wunsch wird als festerer Verschluß des Kalenders ein Verschlußband aus starkem Gummi zum Preise von 15 Pf. das Stück geliefert.

Die verehrlichen Mitglieder des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten und des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands erhalten auch einzelne Exemplare des Kalenders zu den vorher genannten Partiepreisen.

Das Kalendarium des „Waldheil“ für 1913 ist so eingerichtet, daß es vom 1. Oktober 1912 an in Gebrauch genommen werden kann. Aufträge auf den Kalender werden daher am besten sofort erteilt. Alle bereits auf den Kalender „Waldheil“ eingegangenen Bestellungen sind inzwischen versandt. Sollte jemand nicht in den Besitz seines Auftrags gekommen sein, wird um sofortige Reklamation gebeten.

Gleichzeitig können bezogen werden die soeben erschienenen bekannten Abreißkalender:

Forst- und Jagd-Abreißkalender für das Jahr 1913 mit forstlichen und jagdlichen Unterweisungen, Ratschlägen, Sprüchen, Liedern u. a. m. Preis 50 Pf.

Abreißkalender für Landwirte und Gärtner für das Jahr 1913 mit täglichen Ratschlägen für Gemüse, Obst, Blumenzucht und Landwirtschaft. Preis 50 Pf.

Küchen-Abreißkalender für das Jahr 1913. Enthält für jeden Tag einen Küchenzettel, Kochrezepte, Unterweisungen für die Hauswirtschaft, ausgewählte Sinnprüche u. a. m. Preis 50 Pf.

Wochen-Notiz-Abreißkalender für das Jahr 1913 in Groß-Quartformat. Auf jedem Blatte das Kalendarium einer Woche mit reichlichem Raume für Notizen. Preis 1 Mk.

Zur Anschaffung für Königlich Preussische Forstbeamte, besonders auch für die Schreibstuben der Königl. Oberförstereien, sei sodann empfohlen:

Preussisches Förster-Jahrbuch für 1912. Ein Ratgeber und Adreßbuch für die preussischen Kron- und Staatsforstbeamten. Herausgegeben zum Teil nach amtlichen Quellen von der Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“. Preis fest geheftet 3 Mk. Vorzugspreis für Leser der „Deutschen Forst-Zeitung“ 2 Mk. 30 Pf.; in Partien: 5 Stück und mehr 2 Mk. 10 Pf., 10 Stück und mehr 2 Mk. Erscheint in jedem Jahre neu. — Die Jahrgänge 1910 und 1911 werden zu ermäßigtem Preise von je 2 Mk. abgegeben.

Wer den neuesten Band des Preussischen Förster-Jahrbuches noch nicht besitzt, wird gebeten, ihn nun doch umgehend zu bestellen. Ansichtssendungen sind in diesem Jahre nicht beabsichtigt. Doch kann auf besonderen Wunsch an jede Oberförsterei oder an jede Gruppe des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten sofort ein Exemplar zur Einsicht und Vorlage geliefert werden.

Wurden mit den Abreißkalendern gleichzeitig für drei Mk. Kalender „Waldheil“, „Förster-Jahrbücher“ oder sonstige Bücher bestellt, so werden außer etwaigen Nachnahmepfeisen keine besonderen Portokosten erhoben; mit ein oder zwei Kalendern „Waldheil“ gemeinsam bezogen, wird für Zusendung jedes Abreißkalenders eine Portogebühr von 10 Pf. berechnet, während jeder Tagesabreißkalender im Einzelverkauf gegen Einsendung des Betrages von 70 Pf. und unter Nachnahme 90 Pf. kostet. Im übrigen erfolgt Lieferung gegen Einsendung des Betrages franko, unter Nachnahme mit Portozuschlag.

Für Bestellungen ist zweckmäßig die in Nr. 41 unseres Blattes beigelegte Bestellkarte zu benutzen.

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.
J. Neumann, Neudamm.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Öffentliches Organ des Grandverordnungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaldförderungsvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitchriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 44.

Neudamm, den 3. November 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Pörschagen in der Oberförsterei Walbau, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen.

Försterstelle Fasanerie in der Oberförsterei Schleubitz, Regierungsbezirk Merseburg, ist zum 1. Januar 1913 anderweitig zu besetzen. Bewerbungen müssen **bis zum 14. November** eingehen.

Försterstelle Neureichenau in der Oberförsterei Reichenau, Regierungsbezirk Liegnitz, ist neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören: 0,630 ha Acker, 0,239 ha Wiesen und 0,030 ha Weiden. Bewerbungen müssen spätestens **bis zum 15. November** eingehen.

Die Neuregelung der Dienstländereien und der Dienstaufwandsentschädigungen der Förster in den Preussischen Staatsforsten.

Über die geplante Neuregelung der Dienstländereien sowie der Dienstaufwandsentschädigungen der preussischen Staatsförster sind uns aus wohlunterrichtetem Leserkreise Mitteilungen geworden, welche uns endlich instand setzen, einiges über den mutmaßlichen Verlauf der Angelegenheit zu äußern.

Wie bereits in Nummer 42, Seite 831 und 832 ausgeführt wurde, beabsichtigt das Preussische Landwirtschaftsministerium eine Neuregelung der Dienstländereien der Förster in Verbindung mit einer Neufestsetzung der Dienstaufwands-

entschädigung. Es sollen danach jene Dienstländereien eingezogen und anderweitig nutzbar gemacht werden, für deren Belassung ein Bedürfnis nicht mehr vorliegt, deren Bewirtschaftung den Förster und seine Familie über Gebühr in Anspruch nimmt, sowie ihn unter Umständen sogar mit finanziellen Opfern belastet, ohne dabei nennenswerte Erträge zu liefern. Daß solche Verhältnisse in der Tat

mehrfach bestehen, ist ja in Kundgebungen aus Förstertreisen wiederholt zum Ausdruck gebracht worden.

Dagegen soll für die von den Förstern im Interesse oder aus Anlaß des Dienstes zu machenden Aufwendungen eine ausreichende bare Entschädigung gewährt werden. Der Grundgedanke dieser Regelung soll mithin der gleiche sein, wie er im Jahre 1907 bei der Neuregelung der Dienstländereien der Oberförster und der Neufestsetzung ihrer Dienstaufwandsentschädigung maßgebend gewesen ist.

Nach vielen uns zugegangenen Anfragen herrscht, entstanden namentlich dadurch, daß die in Betracht kommende, von der Behörde leider nicht veröffentlichte Verfügung zumeist unbekannt ist, über die Absichten der Regierung sehr viel Unklarheit, und unverkennbar hat sich durch diese Zweifel eine wohl begreifliche Erregung der Förstertreise bemächtigt. Wiederholt ist uns gegenüber die Befürchtung ausgesprochen, daß möglicherweise den Förstern Stellen mit reichlicher Dienstlandsausstattung der größere Teil der Dienstländereien ohne nennenswerte Entschädigung entzogen werden solle. Wir haben es deshalb für unsere Pflicht gehalten, uns, so weit es überhaupt möglich war, über die bestehenden Absichten zu informieren; wir bemerken vorweg, daß nach unserer Auffassung zu irgendwelcher Beunruhigung zunächst keine Veranlassung vorliegt; besonders können wir als vielleicht wichtigstes Moment für die jetzige Generation vorausschicken, daß die Neuregelung der Stellen nur auf Antrag der gegenwärtigen Stelleninhaber stattfinden, sonst aber immer erst bei Gelegenheit des nächsten Stellenwechsels erfolgen soll. Also auch hier der gleiche Grundsatz wie bei den Oberförstern.

Was die geplante Neuregelung in erster Linie bezwecken soll, ist die Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen den, sei es durch reichliches, gutes, über den Bedarf hinausgehendes Dienstland oder andere besondere Vorteile ausgezeichneten Stellen auf der einen — und den unter der Ungunst der Verhältnisse leidenden Stellen auf der anderen Seite. Nur aus diesem Gesichtswinkel kann die ganze in Aussicht genommene Dienstlandsregulierung betrachtet werden. Sie will also, soweit es menschliche Kräfte überhaupt vermögen, die großen Verschiedenheiten unter den einzelnen Stellen, die unabweislich vielfach Leid, Mißgunst und Unzufriedenheit hervorgerufen haben, aufheben und verfolgt damit fraglos ein Ziel, dessen Erreichung die Förster selbst seit Jahren als wünschenswert bezeichnen haben.

Die Verwaltung ist sich nun jedenfalls sehr wohl bewußt, daß es ein Ding der Un-

möglichkeit ist, die rund 4000 Förstereien der Monarchie auch nur annähernd in ihrer Dienstlandsausstattung gleichzustellen, weil überall allein die Bedürfnisfrage entscheiden muß. Es ist daher den Bezirksregierungen, die notwendigerweise die örtlichen Verhältnisse am besten kennen müssen, für die Abgabe ihrer Vorschläge ein sehr weiter Spielraum gelassen, und jede Befürchtung, daß schematisierend vorgegangen werden kann, ist sicher grundlos, wenn natürlich auch innerhalb der Regierungsbezirke, vielleicht auch innerhalb der Provinzen und einzelner Landesteile, eine annähernde Gleichmäßigkeit angestrebt werden dürfte. Ein jeder weiß, daß die Verhältnisse im Westen ganz anders liegen wie im Osten, und ebenso viele Verschiedenheiten zu diesen beiden Extremen auch bereits in den Mittelprovinzen wie im Süden und Norden obwalten. Deshalb möchten wir auch besonders hervorheben, daß, wie man uns mitteilt, niemand befürchten braucht, es werde hinsichtlich der Notwendigkeit einer etwaigen Dienstlandsnutzung durchweg nach einem Schema entschieden.

Überall da, wo die Entfernungen und die einsame Lage der Förstergehöfte, auch nach Ansicht des Stelleninhabers, eine Fuhrverhaltung nötig machen, diese aber ohne Dienstlandsnutzung unmöglich ist, dürfte also wohl das Dienstland, soweit es von den Stelleninhabern selbst bewirtschaftet wird, im großen und ganzen in dem alten Umfange erhalten bleiben. Wenn also bestimmt worden ist, daß die Dienstländereien, für deren Belassung ein Bedürfnis nicht mehr vorliegt, eingezogen werden sollen, so wird für solche extern gelegeneren Stellen jedenfalls die fernere Belassung der Ländereien als im Interesse des Dienstes liegend und für Haushalt und Familie notwendig erachtet werden. Wörtlich ist nach den uns gewordenen Nachrichten gesagt: „Als für den Haushalt und die Familie des Stelleninhabers unentbehrlich ist das Land zu betrachten, dessen Bewirtschaftung es dem Stelleninhaber überhaupt erst ermöglicht, ohne erhebliche Schwierigkeiten und übermäßige Kosten die erforderlichen Lebensmittel zu beschaffen und mit der durch die Landwirtschaft bedingten Spannung der notwendigen Verkehr mit Oberförsterei, Dorf, Stadt, Kirche, Schule, Arzt usw. aufrecht zu erhalten.“ Betont soll in der Verfügung ferner sein, daß der Förster bei Einziehung des Dienstlandes nicht in eine dem Interesse des Dienstes zuwiderlaufende Ab-

hängigkeit von der Bevölkerung geraten darf und daß Selbstbewirtschaftung Voraussetzung ist.

Andererseits aber soll jenes Dienstland, das von der Dienststelle aus nur mit Unbequemlichkeit bewirtschaftet werden kann, in jedem Falle einzogen werden. Dagegen wird, wenn es tatsächlich mehr Unbequemlichkeit verursacht als es Nutzen schafft, ein stichhaltiger Grund auch kaum vorgebracht werden können; denn derartig beschaffenes Dienstland muß notwendigerweise als entbehrlich angesehen werden.

Ebenso ist anzunehmen, daß auch bei den in der Nähe der Städte gelegenen Stellen, wo die Deutebeschaffung heute fast zur Unmöglichkeit geworden ist, die Abnahme der selbst zu bewirtschaftenden Ländereien und die Gewährung einer erhöhten baren Dienstaufwandsentschädigung mit Freuden begrüßt werden dürfte.

Wo eine Dienstlandsregulierung und damit verbunden eine Neu festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung stattfindet, soll auch das Nutzungsgeld für das bei den Stellen zu belassende Land neu festgesetzt werden, und zwar im Anhalt an den gemeinen Nutzungswert; jedoch soll hierbei berücksichtigt werden, daß mannigfache und besondere Schwierigkeiten bei der Förster-Landwirtschaft obwalten, „da sie von vielbeschäftigten Beamten, die landwirtschaftliche Laien sind, betrieben wird.“

Im allgemeinen soll sich das Nutzungsgeld dem Pachtzins nähern, der für gleichartige Ländereien der Gegend aufkommt. Hierzu wird aber sogleich weiter einschränkend bestimmt, daß die Eigenart der försterlichen Landwirtschaft für die Abmessung der Höhe des Nutzungsgeldes mancherlei Berücksichtigung rechtfertigt, und es werden dann eine ganze Zahl solcher Punkte genannt, die Berücksichtigung verdienen. Es soll u. a. mündlich heißen: „Bei Abgabe der Vorschläge für das Nutzungsgeld ist zu berücksichtigen, daß die Stelleninhaber wegen ihrer zumeist nicht ausreichenden landwirtschaftlichen Vorbildung und Erfahrung, wegen mangelnder Geldmittel, wegen der Ungewißheit ihres Verbleibs auf der Stelle und des Verbleibs des Landes bei der Stelle und wegen des Vorranges der Interessen des Dienstbezirkes vor denen des landwirtschaftlichen Betriebes diesem sich in der Regel nicht mit gleichem Nutzen widmen können wie der Berufslandwirt.“

Als Regel soll jedoch gelten müssen, daß von den regulierten Dienstländereien — abgesehen von besonders zu begründenden Ausnahmefällen — in Zukunft das Nutzungsgeld nicht weniger als 150 % des Grundsteuerreinertrages ausmacht, ohne die von dem Stelleninhaber etwa noch zu entrichtenden Meliorationszinsen. Heute kommt bekanntlich das Nutzungsgeld fast durchweg dem Grundsteuerreinertrage gleich.

Aus diesen Bestimmungen erhellt, daß die

Verwaltung die Neu festsetzung des Nutzungsgeldes in wohlwollendster Weise vorzunehmen gewillt ist, und wenn auch gesagt wurde, daß das Pachtaufkommen dem gleichartiger benachbarter Ländereien annähernd gleichen soll, so ist wohl dennoch keineswegs zu befürchten, daß zukünftig die Pachtätze in Höhe „des gemeinen Nutzungswertes“ festgesetzt werden. Alles das, was eine geringere Festsetzung rechtfertigt, ist in den Bestimmungen genannt, und mehr oder weniger treffen die einzelnen Punkte für jede Försterstelle zu. — Eine Erhöhung des Nutzungsgeldes müßte aber, wie uns gesagt wird, nach Ansicht der Behörde bei jeder Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung Voraussetzung sein.

Wie sehr die Behörde bestrebt ist, die eigentümlichen und zumeist anderen Beamtenklassen gegenüber ungünstigen Verhältnisse des Försterstandes bei dieser einschneidenden Neuordnung zu berücksichtigen, zeigt ferner die Bestimmung, daß die durch die besondere Ungunst der Verhältnisse veranlaßten außergewöhnlichen Aufwendungen bei Bemessung der Höhe der Dienstaufwandsentschädigung in Rechnung gestellt werden sollen. Namentlich ist hier wohl an die Schwierigkeit der Kindererziehung gedacht, die auf den waldeinsam gelegenen Förstergehöften dem Familienhaupt immer große Sorge machen muß. Und zwar soll als Grundlage der Anrechnung angenommen worden sein, daß die normale Familie aus Vater, Mutter und vier Kindern besteht und daß die Gesundheitsverhältnisse keine außergewöhnlich schlechten sind.

Die neu festzusetzende Dienstaufwandsentschädigung dürfte sich, wie auch jetzt, in Abstufungen von je 50 M. bewegen, und es soll beabsichtigt sein, sie in ihrem höchsten Betrage die Summe von 600 M. — statt jetzt 300 M. — erreichen zu lassen.

Das wären die uns mitgeteilten vorläufigen Grundzüge der geplanten Neuordnung, die zunächst ein Bild dessen schaffen sollen, was überhaupt in Absicht steht. Hiernach werden weiter die notwendigen Berechnungen über Geldaufkommen und Bedarf aufzustellen sein; daran haben sich die Verhandlungen und Beratungen über die Ausführung zu schließen, und erst dann wird an eine endgültige Fassung der Vorschriften und deren Umsetzung in die Praxis gegangen werden können. Ob schließlich das heute gezeichnete Bild dann noch das annähernd gleiche geblieben ist, läßt sich gar nicht voraussagen, und aus diesen Erwägungen soll man, wie wir vernahmen, auch Bedenken getragen haben, schon jetzt die vorläufigen Grundzüge dieser Neuordnung zur offiziellen Veröffentlichung zuzulassen.

So weit der Plan der Dienstlandsneuordnung nach den Mitteilungen unserer Gewährs-

männer. — Hierzu drängen sich uns nun folgende Erwägungen auf:

Es ist bekannt, daß wir dem Försterdienstland von jeher einen besonders hohen Wert beigemessen haben, ja es vielfach noch höher einschätzten, als es landläufig im Försterstande selbst geschah. Auch in behördlichen Kreisen teilt man wohl diese Auffassung; denn wir erinnern daran, daß durch die Erhebungen, die auf Grund der Verfügung vom August 1905 über die Dienstlandseinkommen der Förster stattfanden, festgestellt sein soll, daß der Durchschnitt der Dienstlandseinkünfte für die etwa 4000 Försterstellen pro Stelle 550 Mark betragen habe. Diese Wertbemessung dürfte jetzt eine gute Grundlage für manche weitere Berechnung abgeben können.

Aus den vorstehenden Erörterungen geht nun hervor, daß mit der Neuregelung der Dienstländereien dem gesamten Försterstand nicht ein Pfennig genommen werden soll. Das, was auf der einen Seite etwa wirklich schwindet, ist beabsichtigt, an anderer, weniger günstig situiert Stelle zuzulegen. Es kann daher nach dem Plan der Behörde dem gesamten Försterstand nichts genommen werden. Der Umstand ist ganz besonders zu beachten.

Zuerst werden sich fraglos für eine Regulierung die Stelleninhaber melden, die entweder kein Dienstland innehaben oder tatsächlich aus der Dienstlandswirtschaft einen Nutzen nicht erzielen. Die Behörde wird dadurch, daß die Regelung der schlechtesten Stellen zuerst vorgenommen werden muß, jedenfalls in die Lage kommen, augenblicklich größere Mittel aufzuwenden, die erst im Laufe langer Jahre wieder durch Regulierung besserer und besser Stellen einkommen können.

Durch die Äußerungen des konservativen Abgeordneten Duehl vom 28. Januar 1909 gelegentlich der Debatten über die letzte Besoldungsregelung ist festgestellt, daß nach Erklärung der Staatsregierung eine Erhöhung der Förstergehälter ohne eine organische Änderung der Nebenzüge nicht eintreten konnte; auch nach den Verhandlungen über die bekannte Förster-Petition am 8. Juni 1912 dürfte es unmöglich sein, die Förster in ihrem ganzen pensionsfähigen Einkommen höher zu bringen, bevor nicht eine Neuregelung der Dienstlandsverhältnisse erfolgt ist. Endlich erscheint vom historischen Gesichtspunkt aus eine solche Regelung jedenfalls unvermeidbar. Die Naturalbesoldung früherer Jahrhunderte ist in allen Beamtenklassen längst überwunden. Die Landlehrer, die Geistlichen und die Oberförster sind die letzten gewesen, bei denen sie abgeschafft wurde, und bei diesen

Beamtenklassen hat sich im Anschluß daran bald eine sehr namhafte Erhöhung des pensionsfähigen baren Einkommens ergeben.

Wenn nun weiter in Betracht gezogen wird, daß der Förster bei der heutigen intensiven Waldpflege immer weniger Zeit findet, sich der Landwirtschaft zu widmen, um unter den immer schwieriger werdenden Wirtschaftsverhältnissen heutigen Tages namhafte Nebenzüge herauszuwirtschaften, so wird auch der wärmste Freund der Försterlandwirtschaft zu der Überzeugung kommen, daß eine zeitgemäße Neuregelung der Dienstlandsverhältnisse nicht zu umgehen sein wird. Ein bestimmtes Minimum an Dienstland sollte aber möglichst jeder Försterstelle immer verbleiben müssen; wenigstens so viel, daß die Produktion von Milch, Butter, Eiern und Gemüse möglich bleibt, die, wie man uns mitteilt, namentlich in den stark bevölkerten Industriebezirken käuflich kaum zu haben sind.

Uns drängt sich nun weiter die Überzeugung auf, daß der Zeitpunkt, zu welchem mit dieser Änderung begonnen wird, wahrscheinlich ein durchaus geeigneter ist. Die leitenden Persönlichkeiten in der Zentralbehörde sind bekanntermaßen von dem wärmsten Wohlwollen für den Försterstand erfüllt, und die Form, in welcher die Neuregelung eingeleitet wird, erscheint für diesen günstig, so daß man wohl annehmen darf, der ganze Wechsel der Verhältnisse werde mit einem Vorteil für den preussischen Försterstand endigen. Der aus Försterkreisen vielfach geäußerte Wunsch, bei den ersten Erhebungen, welche die Grundlage für alle späteren Festsetzungen bilden sollten, selbst gehört zu werden, ist rein menschlich und daher durchaus verständlich. Denn selbst der wohlwollendste und bestunterrichtete Vorgesetzte kann nicht wissen, wo jeden Stelleninhaber überall der Schuh drückt. Zweifellos würde auch, wenn man die Förster selbst herangezogen hätte, das Hauptmoment der Beunruhigung verschwunden gewesen sein.

Aus den Mitteilungen des Eingangs geht nun hervor, daß Grundbedingung für die Belassung des Dienstlandes Selbstbewirtschaftung ist; Dabei wäre nicht immer richtig, die augenblicklichen Verhältnisse als Norm anzunehmen. Uns sind Fälle mitgeteilt worden, in denen der betreffende Stelleninhaber zu vorübergehender Verpachtung gezwungen wurde; sei es infolge ungünstiger Vermögensverhältnisse, die ihm die nötige Anschaffung des lebenden und toten Wirtschaftsinventars noch nicht ermöglichten, sei es, weil stete Krankheit der Frau oder Ehelosigkeit ihn zur Verpachtung zwangen; oder aber, weil besonders günstige Vermögensverhältnisse dem derzeitigen Stellen-

inhaber die Vorteile des unbequemen landwirtschaftlichen Betriebes verschmerzen ließen. Der Wunsch, daß derartige Verhältnisse bei der Neuordnung beachtet und berücksichtigt werden möchten, und daß einer solchen guten Stelle der unter normalen Verhältnissen sehr wertvolle Dienstadler für den eigenen Bedarf verbleiben müßte, erscheint nur billig.

Eine weitere Quelle der Befürchtungen ist die, daß Förster von einträglichen Stellen mit unbefristetem oder wenig gemindertem Dienstland im Interesse des Dienstes auf regulierte Stellen versetzt werden können, deren Einkommen ein viel geringeres geworden ist. Diese Befürchtungen können wir nicht teilen, meinen vielmehr, daß die Wünsche, auf der alten Stelle zu bleiben, im weitgehendsten Maße Berücksichtigung finden werden.

Schließlich aber und hauptsächlich betrachten wir diese ganze Neuordnung der försterlichen Verhältnisse, ebenso wie es bei den Landschullehrern, den Geistlichen und Oberförstern der Fall gewesen ist, für den Vorläufer einer höheren Ver-

besoldung, die dann endlich den preussischen Försterstand besonders, namentlich auch in Hinsicht auf dessen Witwen und Waisen, in seinem pensionsfähigen Dienst Einkommen auf die Stufe der ihm gleichwertigen Beamten rückt. Die Verhandlungen gelegentlich der großen Besoldungsreform von 1909 lassen diese Ansicht ja auch als durchaus berechtigt erscheinen.

Da in maßgebenden Kreisen leider überall verlautet, daß eine derartige Aufbesserung schon in nächster Zeit mit Rücksicht auf die anderen Beamtenklassen nicht möglich sein soll, so sprechen wir die Hoffnung aus, daß mit dem ersten Durchbruch der Besoldungsordnung überhaupt auch der preussische Försterstand beobachtet wird und daß bis zu diesem Durchbruch in Kürze wohlwollende Schritte möglich werden, welche wenigstens die Pensionsbezüge sowie die Witwen- und Waisengelder der Förster auf die Höhe der ihnen gleichwertigen Beamtenklassen bringen.

Die Schriftleitung.

Mitteilungen.

— **Aber das Gesetz betreffend die Pensionsversicherung der Privatangestellten** veröffentlichten wir in den nächsten Nummern längere Auseinandersetzungen, in denen alle in Betracht kommenden Bestimmungen dieses Gesetzes unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse des Forstbeamtenstandes Berücksichtigung finden. Auch die Frage, inwieweit die aus dem Staatsforstdienst in den Gemeinde- und Privatdienst beurlaubten königlichen Anwärter in Preußen sich dieser Versicherung zu unterwerfen haben, ist erörtert. Die Herren unseres Leserkreises, welche bereits Anfragen auf diesem Gebiet an uns richteten, erhalten durch den Artikel Auskunft. Wir müssen sie daher bitten, sich bis zu dessen Erscheinen zu gedulden.

— **Zur Großherzoglich Hessischen Besoldungsreform.** Der Verband der Vereine akademisch gebildeter Beamten in Hessen hielt am 13. d. Mts. in Frankfurt a. M. eine zahlreiche besuchte Versammlung ab, in der nach eingehender Beratung der Beschluß gefaßt wurde, der Großherzoglichen Regierung eine Entschließung zu der bevorstehenden endgültigen Besoldungsregelung zu übermitteln. Darin weisen sie darauf hin, daß die akademischen Vollaßbeamten in der Regierungsvorlage sehr beträchtlich hinter den Sätzen anderer Staaten zurückgeblieben sind. Man habe ihnen gegenüber den richtigen Maßstab bisher nicht angewendet. Die Ausmerzung dieser Ungerechtigkeiten bei der bevorstehenden organischen Gehaltsregelung sei eine Lebensfrage für die akademisch gebildeten Vollaßbeamten und für den Staat. In einer besonderen Zusammenstellung werden die Minderbezüge der hessischen gegenüber den Beamten

anderer Staaten zahlenmäßig aufgeführt, und es wird die Forderung mit einem Hinweis auf die in den letzten Jahren eingetretene Verschärfung der Steuerung begründet. — Ein weiterer Protest richtet sich gegen die jetzige Bemessung der Besoldungsvordienstzeit nach dem Lebensalter und ersucht in dieser Hinsicht, die einschlägigen Bestimmungen des Reichsbesoldungsgesetzes in das neue Besoldungsgezet zu übernehmen. Unterzeichnet ist die Eingabe von den Vorständen des Verbandes Großherzoglicher Oberförster, des Vereins akademischer Finanzbeamten bei den Großherzoglichen Finanzämtern, des hessischen Oberlehrervereins, des Verbandes Großherzoglicher Staatsbaubeamten und des Vereins hessischer Medizinalbeamten.

— **Wildtaxe und Schießgeld in Braunschweig.** Die von den Revierverwaltern an die Forstkasse zu zahlenden Kaufgelder für Wild sind unlängst von neuem festgesetzt wie folgt: 1 kg Rotwild 0,90 M., jedoch Brunnthirsche (25. 9. bis 31. 10.) 0,70 M., 1 kg Schwarzwild 0,80 M., 1 kg Damwild 0,70 M., 1 kg Rehwild bis 31. 10. 1,10 M., 1 kg Rehwild vom 1. 11. an 0,90 M. (Damwild kommt nur vereinzelt vor, auch ist in einigen Revieren mit ganz mäßigem Rotwildbestande die Taxe um 10 Pfennig niedriger). Hasen 2,50 M., Kaninchen (von der Treibjagd) 0,40 M., Auerwild 4,00 M., Birkwild 2,00 M., Haselwild 1,00 M., Fasanenhähne 2,00 M., Fasanenhennen 1,20 M., Rebhühner 0,75 M. Gewöhnliches Schießgeld erhalten Beamte und Bedienstete des Forstschutzdienstes (für das von Jagdgästen oder auf Treibjagden geschossene Wild die Begangsbeamten des Bezirks zu gleichen Teilen) und zwar: für 1 kg

Rot-, Schwarz-, Dam- und Rehwild 10 Pf., für 1 Fasan 20 Pf., für 1 Kaninchen (nicht auf Treibjagd) 20 Pf., für 1 Stück Quermild 50 Pf., für 1 Stück Birkwild 30 Pf., für 1 Stück Haselmild 25 Pf., für 1 Fasan 30 Pf., für ein Rebhuhn 10 Pf. Außergewöhnliches Schießgeld erhalten Beamte oder Bedienstete des Forstschutz- und Verwaltungsdienstes für die von Jagdgästen (wozu auch Mitglieder der Forstdirektion rechnen) erlegten Stücke die Begangsbeamten des Reviers zu gleichen Teilen: für 1 Frischling oder Überläufer 11,00 M., für 1 Keiler oder nicht tragende Bache 15,00 M., für 1 tragende Bache 22,50 M. Für Hirschjagdreviere gelten besondere Bestimmungen.

Einfuhr fremden Kiefernnsamens und fremder Kiefernnsapfen nach Deutschland.

Kiefernnsapfen (100 kg)			Kiefernnsamen (100 kg)		
Herkunft	September 1912	1. Januar bis 30. September 1912	Herkunft	September 1912	1. Januar bis 30. September 1912
Im ganzen hierunter aus:	50	11496	Im ganzen hierunter aus:	1	451
Rußland . . .	28	11188	Belgien . . .	—	97
			Frankreich . . .	—	25
			Österr.-Ungarn . . .	1	249

Berichte.

Bericht über die XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins

(40. Versammlung Deutscher Forstmänner)
in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912.
Berichterstatter: Oberförster Poppe, Forstbeirat der Landwirtschaftskammer Halle a. S.

(Fortsetzung.)

Forstmeister Dr. Storp-Lautental will mehr Vogelschutz getrieben haben und verspricht sich viel Hilfe vom Staat. In der Nähe von Lissit zeigten sich 1904 die ersten Nonnen, die rasch zunahmen, so daß 3 bis 4 Millionen zerquetscht werden konnten. 1908 kamen in der Zeit der Berruppung große Flüge von Staren und räumten in wenigen Tagen alle Nonnen weg. Er folgert daraus, daß beim Vorhandensein der nötigen Stare Hilfe möglich ist. Man muß daher dafür sorgen, daß diese sich einbürgern. Nach dem Anbringen vieler Nisthöhlen hat er beobachtet, daß die Nonnenraupen, wenn sie knapp 1 cm groß waren, verzehrt wurden. Vor 50 Jahren gab es dort keine Stare, weil fast nur Strohächer vorhanden waren. Durch die jetzt fast ausschließlich benutzte Ziegeldachung fanden die Stare Nistgelegenheit und vermehrten sich stark. Die Nisthöhlen müssen erst am Rande des Waldes aufgehängt werden; erst nach und nach hängt man solche auch im Inneren der Bestände auf und zieht so die Vögel hinein. Er hat festgestellt, daß etwa 50 % der Eierhäufchen der Nonne von den Meisen gefunden und verzehrt wurden.

Oberforstmeister Dr. Neumeister-Dresden bestreitet einige Behauptungen des Korreferenten. Die Vorbelaier Brüche hat in Sachsen in Kulturen auch sehr gut geholfen. Aber den Vorteil des Reimens sind die Ansichten immer noch geteilt, sicher aber bildet es ein gutes Vorbeugungsmittel. Die Massenvermehrung kann dadurch so lange verzögert werden, bis die natürlichen Feinde der Nonne sich stark vermehrt haben. Der Behauptung, daß die Durchforstungen ohne Einfluß auf den Nonnenfraß seien, tritt er entgegen. Die Erfolge in Sachsen sprechen dafür, daß es möglich ist, in gut durchforsteten Beständen durch alle zu Gebote stehenden Bekämpfungsmittel eine Massenvermehrung der Nonne zu hemmen und zu verlangsamen. Überhaupt zeigten sich die zeitig und gut durch-

forsteten Bestände widerstandsfähiger als die nicht oder schlecht durchforsteten. Außerdem ist eine gute Durchforstung dann im Vorteil, wenn die Bestände geleimt werden sollen.

Forstmeister Söhler-Bieberach wünscht eine aufmerksame Beobachtung der Schädlinge und empfiehlt dazu Probeleistungen in verdächtigen Beständen. Man sieht dann, in welcher Menge ein Schädling vorhanden ist und kann sich mit seinen Maßnahmen danach richten. Auch die Beachtung des Kotes führt zu Aufschlüssen über die Art des Verberbers. Erst durch die reinen Kustwälder ist die Möglichkeit zu einer Massenvermehrung geschaffen worden. Nach seiner Ansicht wird die Fichtenblattwespe zu wenig beachtet und bekämpft. Man muß den kleinen Feind mit kleinen Mitteln bekämpfen, dann braucht man die großen nicht.

Oberforstmeister Friede-Münden stellt als Vertreter der Forstwissenschaft fest, daß diese mit der Praxis vollkommen darin übereinstimmt, daß gute Bodenpflege und Nischwald die wirksamsten Vorbeugungsmaßnahmen gegen große Insektenbeschädigungen bilden. Zum Unterbau zieht er die Buche der Eiche vor, weil letztere eine Lichtholzart ist und den Boden nicht so schützt und verbessert wie erstere. Die Herabsetzung der Untriebszeit hält er für ein falsches Mittel, das hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben.

Oberforstmeister Kiebel-Gilehne: Im Osten wird weniger und schwächer durchforstet als in Sachsen, daher treten dort mehr Nonnen auf. Die Bestände müssen gut gepflegt und jeder Stamm widerstandsfähig erzogen werden. In unburchforsteten Beständen hat er Kahlfratz festgestellt, während gut durchforstete Bestände wenig litten. Er stimmt der Ansicht zu, daß Mischungen widerstandsfähiger sind als reine Bestände. Auf geringen Kiefernbonitäten sind diese aber schwer zu schaffen. Er empfiehlt dort, wo Birke und Prunus serotina versagen, Bank-, Schwarz-, Pech- und Krummholzkiefer.

Da die beiden Referenten auf ein Schlusswort verzichteten, wird die Diskussion über Thema I beendet und es erhält Oberförster Schenk von Schmittenburg das Wort zu einem Vortrage über die Dürre von 1911 in seinem in der Rhein-Main-

ebene gelegenen Revier Kelfterbach. Der Boden ist dürrer Diluvialsand. Die Stadt Frankfurt entzieht zu einer Wasserleitung viel Wasser. Die Kiefer hat sich am besten gehalten, da sie tief in den Boden geht und viel Hitze vertragen kann. Die jüngsten Kulturen sind allerdings vertrocknet, vom vierten Jahre ab hielten sie sich. Schütte und Engerling schaden allerdings viel. Die Vergrasung, die den Pflanzen Schutz gewähren sollte, hat sich als sehr nachteilig erwiesen durch die erhöhte Verbrennung. Ob Saat oder Pflanzung widerstandsfähiger war, ist dort schwer zu ermitteln, da beides abstarb.

Die Fichte hat besonders stark gelitten, was bei dem großen Bedürfnis an Feuchtigkeit nicht wunder nimmt. Weite Flächen sind öde und kahl geworden. Der Unterstand hat viel Eingang gehabt, da durch die Wurzeln des Oberstandes die Bodenfeuchtigkeit aufgebraucht wurde aus größeren Tiefen und von oben durch Niederschläge kein Ersatz kam. Schmale Kahlschläge, die mit Fichte bebaut wurden, zeigten weniger Verluste als große, breite Kahlschläge. Das Absterben bei der Fichte, die bis 15-jährig vollständig einging, erfolgte bis in ein höheres Alter als bei der Kiefer. Ältere Bestände haben sich leidlich gehalten.

Kedner war trotz wiederholter Pausen und Ermahnungen zur Ruhe nicht imstande, die Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln, und mußte seinen Vortrag abbrechen.

Am Nachmittag wurde eine Exkursion in den Laurenzer Reichswald unternommen, die mit den anderen Ausflügen beschrieben werden wird.

Am 27. eröffnet Oberforstmeister Riebel die Tagung und erteilt Herrn Freiherrn Kress von Kressenstein das Wort zu einigen geschäftlichen Mitteilungen.

Oberforsttrat Dr. Reumeister fordert auf, für den Verein zu werben.

Alsdann hält Oberförster Schenk von Schmittenburg seinen am Tage vorher unterbrochenen Vortrag zu Ende.

Die Weymouthskiefer hat sehr stark gelitten. Pungens, Douglas und Sitka hat sich gut gehalten. Die Eiche hat im Jugendstadium ebenfalls gelitten. Auch Akazie und Pappel haben die Dürre gut überstanden. Die Schäden lassen sich erst in vielen Jahren ausgleichen. Wegen der Gefahr des pissodes notatus mußten die dünnen Kiefern entfernt werden, da sich dieser Käfer schon viel zeigte. Die vertrockneten Fichten wurden zunächst belassen, weil sich kein Insekt in ihnen aufhalten kann. Zur Auspflanzung wurden die alten Balken auseinandergepflegt und hierauf kultiviert. Ältere Kiefernkulturen wurden ausgebessert durch Verteilung der Pflanzen auf der Fläche. Die Pflanzverbände wurden, um schnell voran zu kommen, bis zu 2 m erweitert. Die eingegangenen Fichtenflächen sollen durch Kiefern in Kultur gebracht werden. Die vielen Nachbesserungen zwingen dazu, Abtriebe möglichst zu vermeiden und mit der natürlichen Verjüngung Versuche zu machen. Die Büden in älteren Kiefernkulturen sollen mit Pungens, Douglas, Sitka, Weißerle und Akazie ausgepflanzt werden. Kümmerndes oder teilweise abgestorbenes Laub-

holz wurde auf den Stock gesetzt. Die Schäden waren sehr groß und es ist zu wünschen, daß der Wald vor der Wiedertehr eines derartigen Dürrejahres in Gnaden bewahrt wird, denn selbst der allerbeste 1911er Wein wird uns darüber nicht hinweghelfen.

Es erfolgt nun die Besprechung des Themas II:

„Welche Wirkungen hat die staatliche Aufsicht in ihren verschiedenen Formen auf die Organisation des Forstwesens der Gemeinden, auf den Bestand, den Zustand und die Nutzbarmachung der Gemeinbewaldungen gezeitigt? Ist hiernach eine gesetzliche Regelung der staatlichen Aufsicht wünschenswert?“

Berichterstatter: Forsttrat Lum-Mschaffenburg.

Daselbe Thema stand bereits bei der Versammlung in Freiburg auf der Tagesordnung und wurde wiederholt in den Lokalförstvereinen im Süden und Westen behandelt. Die Fachpresse hat auch darüber häufig geschrieben. Die Frage ist trotzdem noch nicht geklärt und wert, jetzt wieder behandelt zu werden. Das Referat erstreckt sich auf das sübliche Deutschland mit einer Gemeinbewaldfläche von rund 1 000 000 ha.

Die Entwicklungsgeschichte des deutschen Waldes bis zum Anfange des 19. Jahrhunderts lehrt:

- a) der deutsche Wald ist mit dem deutschen Volks- und Wirtschaftsleben innig verwachsen, seine Bewirtschaftung muß sich diesem anschließen;
- b) der Gemeinbewaldbesitz ist in der Regel gegen äußere und innere Gefahren weniger widerstandsfähig als jede andere Waldbesitzform;
- c) nur in den Staatsgebieten, wo die Landesherren oder Regierungen durch rechtzeitige und zweckmäßige Einwirkung auf Schutz und Bewirtschaftung der Gemeinbewaldungen für deren Erhaltung Sorge getragen haben, ist der Reiz größerer Gemeinbewaldbesitz überliefert worden.

Das ist der Fall in Südwest- und Westdeutschland, wo die Marktwaldungen allmählich in die Gemeinbewaldungen übergingen. Man hat die dort übernommene Beförderung in ein festes abgegrenztes System gebracht. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts war der Zustand der Gemeinbewaldungen fast überall ein trauriger. Aus diesem Grunde und bei der Verwirrung auf dem Gebiete der Forstpolizei stellte sich allmählich die Notwendigkeit heraus, anstelle der Forstordnungen Forstgesetze zu schaffen. Diese letzteren hatten im Vergleich mit dem Zeitpunkt ihres Erlasses im ganzen eine gute Wirkung, so daß sich in den Gemeinbewaldungen der Flächenbestand trotz der mehrfach gesteigerten Ansprüche an den Wald selbst nicht nur überall erhalten hat, sondern daß vielmehr der Zustand derselben sich verbesserte und die Erträge fortgesetzt eine Steigerung erfuhren. Die heutige Stellung der Gemeinbewaldwirtschaft in der Volkswirtschaft verlangt einen absoluten Erfolg aller gesetzlichen Bestimmungen. Unbeschadet der Nachhaltigkeit muß der Wald imstande sein, eine möglichst hohe Rente für die Gemeinde abzuwerfen, sei es in der Form des höchsten Reinertrages, sei es durch die Schätzung des idealen Genusses oder des mittelbaren Nutzens dieser Forsten. Die heutige Form der Staatsaufsicht

kann das aber nicht leisten, da sie den heutigen Verhältnissen in Handel, Verkehr den Waldbwertbedürfnissen der Gemeinden nicht angepaßt ist, sondern mehr eine polizeiliche als eine administrative Verwaltungstätigkeit darstellt.

Was die Form der Aufsichtssysteme (Vorförderung oder technische Betriebsaufsicht) anlangt, so sind dieselben in der Wirkung fast gleich. Es kommt bei beiden darauf an, ob sie der verwaltenden Tätigkeit der Staatsaufsicht den nötigen Platz einräumen. Die Gemeinden sind im allgemeinen mit der zurzeit bestehenden Staatsaufsicht zufrieden, und zwar besonders da, wo die strengere Form der Aufsicht besteht. Nach der Statistik vom Jahre 1900 beträgt im Deutschen Reich die Fläche der Gemeindeforstungen 2 250 000 ha, d. h. über 4 % der ganzen Landesfläche. Es klingt daher fast unglaublich, daß man noch nicht weiß, ob diese in dem Waldbesitz festgelegten Milliardenwerte gut oder schlecht rentieren. Das allein dürfte schon Grund genug dafür bieten, die Frage der staatlichen Beaufsichtigung grundsätzlich zu erörtern, und zwar festzustellen, ob eine verbesserte Forstgesetzgebung in Deutschland wünschenswert wäre.

Die Gemeindeforstwirtschaft wird leider von dem Nutzungsrecht der Gemeinden und ihrer Bürger, dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde und von der Oberaufsicht des Staates gemeinsam beeinflusst. Die Gemeinde als Subjekt des Gemeindeforstvermögens und die Gemeinde als Subjekt der Finanzgewalt können bezüglich der Ausnutzung des Gemeindeforstvermögens in eine gewisse gegensätzliche Stellung zu einander kommen, unter sich sowohl, wie gegen die am Ertrag des Waldes mittelbar oder unmittelbar beteiligten Bürger.

Die Gemeinde kann ihr Selbstverwaltungsrecht bezüglich des Gemeindeforstvermögens unter Umständen gar nicht ausüben:

- a) wenn Konflikte entstehen, in deren Folge die Vertreter der Gemeinde als persönlich beteiligt und befangen angesehen werden müssen;
- b) wenn die Gemeindeverwaltung nicht das nachgewiesene Sachverständnis hat, die Beziehungen zwischen Kapital und Rente bei der Waldwirtschaft zu erfassen;
- c) insofern sie mangels technischer und kaufmännischer Kenntnisse die Berührungspunkte der Gemeindeforstwirtschaft mit den Rücksichten auf die Allgemeinheit und mit den Wirkungen auf ihren Haushalt oder die Interessen ihrer Bürger nicht erkennen und beurteilen kann.

Die Gemeindebevollmächtigten können daher unter Umständen nicht instande sein, Beschlüsse über das Gemeindeforstvermögen unparteiisch und unbefangen zu fassen. Sofern ihr Sachverständige nicht angehören, ist aber auch die Gemeindebehörde aus technischen Gründen nicht in der Lage, das Selbstverwaltungsrecht auszuüben, weil sie weder die schwierige Beziehung zwischen Kapital und Rente beim Walde, noch die Berührungspunkte der Gemeindeforstwirtschaft mit den Interessen der Allgemeinheit erkennen und in ihrer Wirkung auf den eigenen Haushalt und auf die Privatwirtschaft ihrer Bürger beurteilen und

fördern kann. Wenn aber die Gemeinde ein ihr gesetzlich zustehendes Recht nicht auszuüben vermag, und wenn sie nicht instande ist, den aus diesem Rechte entstehenden Pflichten nachzukommen, dann muß die Aufsicht des Staates eintreten. Diese hat zwei Aufgaben zu erfüllen: Einmal eine Anordnen, die darauf gerichtet ist, Gebote und Verbote zu erlassen, welche einmal die Erhaltung der Waldfläche direkt betreffen, die Nachhaltigkeit der Leistungsfähigkeit des Bodens und die Nachhaltigkeit des Holzkapitals sichern, und zweitens eine solche Aufgabe, die Einrichtungen trifft zur ökonomischen Ausnutzung des Waldvermögens und zur Förderung der Nutzungsgewinne der Gemeinden.

Die technische Betriebsaufsicht mit Anlehnung an die Vorförderung — insofern diese gesetzlich eintritt, wenn die Gemeinde eigene Sachverständige für die Betriebsleitung nicht aufstellen will oder kann — entspricht den Rechten der Staatsaufsicht und der Gemeinden gleichmäßig.

Die gesetzliche Aufstellung von Normen über Anstellung und Dienstrecht der Betriebsleiter und der Forstschutzbeamten ist notwendig.

Der Wirtschaftsführer muß durch Ausdehnung seiner forsttechnischen Tätigkeit auf das ökonomische Gebiet zum Betriebsleiter werden.

Er muß die Amtspflicht haben, die Gemeinde bei Ausübung ihrer Rechte und Pflichten als Waldbesitzer und Betriebsunternehmer durch Rat zu unterstützen.

Durch die Staatsaufsicht über die Finanzverwaltung der Gemeinden muß ausgiebige Sorge getragen werden, daß der Rat des Sachverständigen entsprechend beachtet wird.

Die Oberaufsicht über die Gemeindeforstungen muß der Staatsstelle zustehen, der auch die Oberaufsicht über das übrige Gemeindeforstvermögen unterstellt ist.

Die Oberaufsicht muß, wenn der Oberaufsichtsstelle Forstverwaltungsbeamte nicht eingegliedert sind, durch die Forstverwaltung des Staates mit selbstständiger Anordnungsgewalt ausgeübt werden.

Die zweite Aufgabe der Oberaufsicht kann nur durch Zueinandergreifen von Gemeinde, Betriebsleiter und Aufsichtsbehörde bei genauer Auscheidung der Befugnisse der drei Behörden zweckmäßig gelöst werden. Prinzipiell sind die Kosten der Staatsaufsicht vom Staate, die Kosten, welche auf Förderung und Erhebung des Ertrages erwachsen sind, von den Nutznießern zu tragen.

Wo erstere auf das zweite Gebiet übergreifen, haben die Gemeinden Beiträge zu leisten.

Die Kosten für Forstschutz belasten nach allgemeinem rechtlichen Bestimmungen die Gemeinden; zur Verringerung der Schutzkosten wird Zusammenlegung der Bezirke empfohlen.

Die Gemeindeforstverwaltungsbezirke können die Größe der Staatsforstbezirke um mehr als 25 % an Wirtschaftsfäche nur übersteigen, wenn für gutes Betriebspersonal gesorgt ist.

Die Gemeindeforstfrage kann nicht durch Schlagwörter, wie Selbstverwaltungsrecht, Freiheit usw. gelöst werden. Es ist vielmehr unbedingt Aufgabe des Staates und der Gesetzgebung, Vor-

urteilen entgegenzutreten und Aufklärung in jeder Hinsicht zu schaffen. Der deutsche Waldbesitz ist zu wertvoll, um aus ihm für die Eignung einzelner oder für Wahl- und politische Zwecke Riemen zu schneiden. Wer in der Jetztzeit nicht wirtschaftlich rechnen kann, muß untergehen, und nicht bloß Gemeinden, sondern auch große, ehemals blühende und reiche Staaten sind untergegangen, weil sie nicht verstanden haben, wirtschaftlich zu rechnen.

Mit dieser Mahnung empfiehlt dann der Referent die Annahme der vom Forstwirtschaftsrat gebilligten Resolution. Dem Vortrag lagen gedruckte Leitsätze und tabellarische Aufstellungen zu Grunde, in denen der Kern des Stoffes angegeben war.

Das im hohen Grade interessante Thema hatte die Zuhörer voll gefesselt und spendeten sie lebhaften Beifall.

(Fortsetzung folgt.)

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Allgemeine Verfügung Nr. 21/1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 9145.

Berlin W 9, 14. Oktober 1912.

Abdruck.

Gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers, des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Ministers des Innern vom 8. September 1912, betreffend die Bestellung der vollbeschäftigten staatlichen Waldbewerter zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Im Anschluß an die gemeinschaftliche Verfügung vom 23. November 1881 (Minist.-Bl. d. i. Verw. S. 35) werden alle vollbeschäftigten staatlichen Waldbewerter, auch wenn sie nicht aus der Klasse der forstversorgungsberechtigten Bewerber hervorgegangen sind, zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Berlin, den 3. September 1912.

Der Justizminister.

In Vertretung: gez. K ü n g e l.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.

Im Auftrage: gez. W e s e n e r.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: gez. v o n R i p p i n g.

Just.-Min. I 5263, Min. f. Bw. u. III 8879, Min. d. Inn.
IIa 1872.

*

Abdruck überfende ich zur Kenntnisnahme.

J. A.: W e s e n e r.

An sämtliche Königlichen Regierungen (ausgenommen Münster, Aurich und Sigmaringen).

Anstellung von Förkern o. R.

Allgemeine Verfügung Nr. 25 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 10422.

Berlin W 9, 16. Oktober 1912.

Ich ermächtige die Königliche Regierung, die in der dortigen Liste der Forstversorgungsberechtigten aufgeführten Bewerber

(folgen die Namen)

zum 1. November 1912 zu Förkern o. R. zu ernennen, soweit sie die für die feste Anstellung vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt haben und soweit dort keine Bedenken bestehen.

Zur Vermeidung von Rückfragen wird bemerkt, daß es wegen Mangels an freien Stellen nicht möglich war, sämtliche für die Ernennung zum 1. November d. J. in Frage kommenden Bewerber zu berücksichtigen. Die einstweilen zurückgestellten Bewerber können erst angestellt werden, sobald die nötige Zahl von Förkerstellen o. R. frei geworden sein wird. Entsprechende Verfügung darüber wird rechtzeitig ergehen.

Es ist dort nachzuprüfen, ob über sämtliche seit dem 1. April 1912 freigewordenen Förkerstellen o. R. die erforderlichen Anzeigen erstattet sind. Unterlassene Anzeigen sind sofort nachträglich zu erstatten.

Im übrigen wird wegen der zu beachtenden Bestimmungen auf die allgemeine Verfügung Nr. 26 für 1911 vom 20. Oktober 1911 — III. 10979 — verwiesen.

Die Nachweisung über die auf Grund dieses Erlasses ernannten und der von der Ernennung ausgeschlossenen Bewerber erwerbe ich bis zum 15. Dezember d. J.

J. A.: W e s e n e r.

An die Königlichen Regierungen mit Ausnahme derer in Aurich, Münster und Sigmaringen.

Verschiedenes.

— Prüfung des Forstwirtschaftsrates für den Revierverwaltungsdiens der Privaten, Gemeinden, Stiftungen u. s. w. Nach Beschluß des Forstwirtschaftsrates findet Anfang September 1913 in Eisenach eine Prüfung für die Bewerber des Revierverwaltungsdiens der Privaten, Gemeinden u. s. w. statt. Zu dieser Prüfung können solche Bewerber zugelassen werden, die den Befähigungsnachweis zum Einjährig-Freitwilligenbesitz besitzen, vier Semester mit entsprechendem Erfolge an einer deutschen forstlichen Hochschule

studiert haben und eine mindestens zweijährige praktische Verwendung nachweisen. Die näheren Bestimmungen über die Prüfung sind der „Prüfungsordnung für den Revierverwaltungsdiens der Privaten u. s. w.“ zu entnehmen, welche vom Generalsekretär des Deutschen Forstvereins, Herrn Ral. Forstamtsassessor S p e n g l e r in München (Finanzministerium, Galeriestr. 1), unentgeltlich bezogen werden kann. Anmeldungen zur Prüfung sind unter Befügung der in § 4 der Prüfungsordnung bezeichneten Schriftstücke bis 30. Juni

1913 an den Obmann des Prüfungsausschusses, Herrn Fürstl. Oberforsttrat Eigner in Regensburg, zu richten.

✱

— **Fleischzählung.** Nach einem Bundesratsbeschlusse findet am 2. Dezember d. Js. im ganzen Deutschen Reiche eine Viehzählung statt. Zugleich ist zu ermitteln, wie viele von der amtlichen Fleischschau befreite und in der Zeit vom 1. Dezember 1911 bis 30. November 1912 vorgenommene Schlachtungen erfolgt sind. Die Zählung hat sich zu erstrecken auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Schafe aller Art und Rindvieh, Schweine, Ziegen und Federvieh. Eine möglichst rege Beteiligung der Beamten als freiwillige Zähler ist erwünscht. Die Verwaltungen werden den zur Übernahme eines Zähleramtes geeigneten und bereiten Persönlichkeiten, soweit es mit den Dienstgeschäften vereinbar ist, die nötigen Dienstleistungen gewähren.

✱

— **Zur Erhaltung der Grunewaldseen bei Berlin.** In der am 24. Oktober d. Js. veranstalteten Generalversammlung der Charlottenburger Wasserwerke, denen man bekanntlich die Schuld am Sinken des Wasserpiegels der Grunewaldseen beimißt, ist die die Bevölkerung von Groß-Berlin mit Recht so sehr erregende Frage der Erhaltung dieser Seen eingehend erörtert worden. Aus dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Die Anzahl der mit Wasser zu versorgenden Ortsgemeinden stieg von 29 auf 37. Die Königl. Regierung zu Potsdam verpflichtete die Gesellschaft, die jetzigen Verträge bei Ablauf bis zum Jahre 2000 zu verlängern und außerdem ein weiteres großes Landgebiet unter bestimmten Bedingungen mit Wasser zu versorgen. Schon das jetzige Versorgungsgebiet der Gesellschaft umfaßt 32 000 ha, also das Fünffache des Berliner Stadtgebietes. In Ansehung der außerordentlichen Verantwortung für Erfüllung der langjährigen Verträge — steigt doch der Wasserverbrauch nicht nur mit der Zunahme der Bevölkerung, sondern auch durch den gegen früher höheren Wasserverbrauch des einzelnen — mußte die Verwaltung die wichtigste Fürsorge dem Besitz an wasserführenden Terrains und den Gerechtsamen zur Wassererschließung widmen. Sie erwarb umfangreiche Grundstücke in dem Königl. Forst Grunewald, sowie die Gerechtsame der Wassererschließung am Havelufer, vom Wannsee bis zum Stößensee in einer Längenausdehnung von 12 km. Um schädliche Einflüsse den zu errichtenden Brunnengalerien fernzuhalten, wurde das ganze Gebiet des Grunewalds als Schutzzone festgelegt. Die Erwerbungen waren mit diesen Käufen und Vertragsabschlüssen jedoch nicht beendet. Längs des Forstbezirks Grunewald befand sich im Privatbesitz eine Seenkette von etwa 6 km Längenausdehnung. Jederzeit konnte hier durch Dritte ein Eingriff in den Grundwasserstrom erfolgen. Diese Seenkette konnte Zwecken dienstbar gemacht werden, deren Einwirkung auf die Reinheit des Grundwassers sich der Kontrolle der Gesellschaft entzogen hätte. Die Verwaltung hat aber stets den größten Wert auf die völlige Einwands-

freiheit der Brunnengewässer der Werke gelegt. Sie mußte daher, um eine sichere Grundlage zu haben, dieses ausgedehnte Land- und Wassergebiet in ihren Besitz überführen und die geforderten hohen Kosten bewilligen. Die jetzt gebrachten und noch zu bringenden Opfer sind der Zukunft wegen durchaus erforderlich.

Direktor Wellmann führte aus: Der Wasserstand ist, wie in ganz Norddeutschland, so auch in den Grunewaldseen im Rückgang. Dieser Umstand veranlaßte die früheren Besitzer der Seen zu deren Verkauf. Sie waren sich bewußt, daß dieser Besitz nur in der Hand einer kapitalkräftigen, mit den nötigen technischen Hilfsmitteln versehenen Gesellschaft in seinem früheren Charakter erhalten werden konnte. Die Verwaltung hat sofort nach dem Erwerb, im April d. Js., die erforderlichen Vorarbeiten in die Hand genommen. Sie hat sich bereit erklärt, Wasser aus dem Wannsee in den Schlachtensee hinüberzuführen. Wird der Wasserstand dieses größten Grunewaldsees entsprechend erhöht, so ist auch ein höherer Wasserpiegel in den benachbarten Seen mit Sicherheit zu erwarten. Mit dieser Ausführung wird nach Ansicht der Verwaltung und maßgebender Fachleute wieder das Ideal des früheren Zustandes erreicht. Die Gesellschaft trägt freiwillig die entstehenden Kosten. Sie steht seit Monaten mit der Königl. Regierung in Unterhandlung, da diese für die Hergabe des Wannseewassers ausschlaggebend ist. Die Antwort der Regierung steht noch aus.

In Beantwortung einer Anfrage wurde von einem Ausschatsratsmitgliede noch besonders darauf hingewiesen, daß der Gesellschaft nicht die geringste Schuld für die Senkung des Wasserpiegels bei den Grunewaldseen beizumessen sei; denn es sei, wie schon vom Vorstande erklärt, in ganz Norddeutschland eine Senkung des Wasserpiegels beobachtet worden, und erst jetzt werde durch die Presse bekannt, daß auch der Spiegel des Weikensees sich gesenkt habe, wofür der Gesellschaft doch sicherlich keine Schuld zugeschoben werden könne. Obwohl die Gesellschaft also vollständig unschuldig an dieser Kalamität sei, habe sie doch freiwillig die Kosten übernommen, die zur Wiederherstellung der früheren Zustandes erforderlich werden, weil die Verwaltung dem Gemeinwesen dienen und der Schädigung des Landschaftsbildes Einhalt tun wolle. Wenn, wie die Verwaltung überzeugt sei, die Regierung ihre Zustimmung zu den unterbreiteten Vorschlägen gebe, werde am 1. Juli t. Js. wieder der frühere Idealzustand erreicht sein.

Soweit die Meinung der Gesellschaft „Charlottenburger Wasserwerke“. Es wird wenige Leute in Groß-Berlin geben, die so fest von der Unschuld der Wasserwerke überzeugt sind wie ihr Direktor und Aufsichtsrat; ist doch wiederholt glaubhaft nachgewiesen worden, daß gerade die Entnahme des Grundwassers aus dem Seengebiet das Versiegen der Seen verschuldet. — Ob die Auspumpung der Seen „von unten her“ wirklich das richtige Heilmittel ist, ist wiederholt stark und mit guten Gründen angezweifelt worden. — Und die Erhaltung des Landschaftsbildes? — Sollten dazu

etwa die Vorkehrungen mit Drahtzäunen und anderen Abwehrmitteln dienen?

Im Anschluß hieran können wir noch berichten, daß zur Erhaltung der Grunewaldseen Eingaben der Bewohner von Alt-Zehlendorf, Nikolassee und Kolonie Grunewald an den Minister für Landwirtschaft, an den Zweckverband und an den Oberbürgermeister von Berlin geschickt worden sind. Sie tragen über 30 000 Unterschriften. In der Eingabe an den Landwirtschaftsminister heißt es:

„Es ist Ew. Excellenz bekannt, daß speziell der Spiegel des Schlachtensees durch die neuen Brunnengalerien, die die Charlottenburger Wasserwerke in der Nähe der Havel angelegt haben, um rund 1½ m gesunken ist. Die früher so lieblichen Ufer bieten ein Bild trostloser Verwüstung. Zu Hunderten sterben die Bäume, die die Ufer des Sees umgeben, und vor allem die Vorken, ab. Da, wo man sonst durch das klare Wasser des Sees bis auf den Grund sehen konnte, wälzen sich heute trübe Schlammassen. Um das Maß voll zu machen, werden aber, wie wir hörten, die Charlottenburger Wasserwerke zwischen Schlachtensee und Krumme Lanke weitere Brunnengalerien anlegen. Wir können es nicht glauben, daß die Regierung dies zugeben wird, denn es würde binnen weniger Monate den Schlachtensee ebenso trocken legen, wie seinerzeit den Nikolassee. Wir möchten also Ew. Excellenz bitten, schnell und energisch hier einzugreifen und dafür Sorge zu tragen, daß nicht allein die Grunewaldseen erhalten bleiben, sondern auch vor allen Dingen der Wasserstand, wie er im Jahre 1908 war, wieder hergestellt wird. Es ist eine große Erbitterung in ganz Berlin, nicht allein in den unmittelbar betroffenen Vororten, wegen des rücksichtslosen Vorgehens der Wasserwerke. . . . Wenn man es so weiter treibt, zwingt man die Vororte, sich selbst Wasserwerke anzulegen. Wir möchten also Ew. Excellenz dringend bitten, der Frage der Erhaltung der Grunewaldseen Ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken.“

Die Eingabe an Excellenz Vermuth bejaugt u. a.: „Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß Euer Excellenz sowohl als Oberbürgermeister von Berlin, wie als Vorsitzender des Zweckverbandes, Mittel und Wege finden werden, um die Seen nicht nur zu erhalten, sondern auch das alte Niveau des Wasserspiegels wieder herzustellen. Die Erregung in der Bürgerschaft über das rücksichtslose Vorgehen der Wasserwerke ist groß, und man rechnet bestimmt darauf, daß Euer Excellenz mit der gewohnten Energie dieser wichtigen Sache Ihr ganzes Interesse zuwenden werden.“

In der an Verbandsdirektor Steiniger gerichteten Eingabe heißt es: „Wir erkennen gern die bisherigen Bemühungen des Zweckverbandes in dieser wichtigen Sache an, erwarten aber, daß er noch weitere, energische Maßnahmen finden wird, um schnell und gründlich Abhilfe zu schaffen.“

— **Amstlicher Marktbericht. Berlin, den 29. Oktober 1912.** Rehbüde 0,60 bis 1,05, Rotwild 0,50 bis 0,65, Damwild 0,50 bis 0,65, Schwarzwild 0,50 bis 0,70 M das Pfund. Hasen 1,50 bis 4,75, Kaninchen 0,30 bis 1,20, Stodenten 1,50

bis 1,75, Kridenten 0,50 bis 0,70, Rehbühner 0,90 bis 1,60, Fasanenähne 1,00 bis 2,60, Fasanenhennen 1,00 bis 1,80 M das Stüd.

Vereins-Nachrichten.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

Ortsgruppe Wildungen.

Sonntag, den 10. November d. Js., mittags 12 Uhr, Versammlung bei Gastwirt Mellwig, Obershausen. Tagesordnung: Erhebung von Beiträgen, Verteilung der Waldheil-Kalender und Festlegung der Fürstengeburtsstagsfeier. Diejenigen Herren Kollegen, welche an der Versammlung nicht teilnehmen, wollen ihre Beiträge (3,00 M) bis zum 1. Dezember an den Ortsgruppenkassierer einsenden.

Der Vorsitzende: **W i e d e c.**

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Baumann, Forstmeister zu Bogdan, Regbz. Doppelrn, ist nach Brünzwalb, Regbz. Allenstein, versetzt.
Beil, Oberförster zu Marienwerder, ist die Oberförsterstelle Hartigswalde, Regbz. Allenstein, übertragen.
Dr. Dengler, Oberförster zu Oberwalde, ist die Oberförsterstelle Reichenhausen, Regbz. Göttingen, übertragen.
Eppes, Oberförster zu Hannover, ist die Oberförsterstelle Turoscheln, Regbz. Allenstein, übertragen.
Aubert, Forstmeister zu Döberitz, Regbz. Merseburg, ist nach Bogdan, Regbz. Doppelrn, versetzt.
Rehmus, Regierungs- und Forstrat zu Kottbus, ist nach Cassel (Forstinspektion Cassel-Habichtswald) versetzt.
Schleiss, Oberförster zu Hartigswalde, Regbz. Allenstein, ist nach Altarmburg, Regbz. Königsberg, versetzt.
Sieckmann, Forstmeister zu Biebrühl, Oberförsterei Brünzwalb, Regbz. Allenstein, ist nach Niedingen, Regbz. Lüneburg, versetzt.
Bretling, Forsthaufseher zu Diesdorf, Kreis Salzwedel, Oberförsterei Klöbe, Regbz. Magdeburg, ist zum Förster o. R. ernannt.
Aufbrücker, Regemeister zu Gothischhaus, Oberförsterei Hornburg, Regbz. Wiesbaden, ist aus Anlaß der Verlegung in den Ruhestand das Verdienstkreuz in Gold verliehen.
Saßmann, Forsthaufseher zu Krufterhammer, Oberförsterei Sieblichum, ist nach Jaenschwalde, Oberförsterei Jaenschwalde, Regbz. Frankfurt a. D., versetzt.
Soffmann, Forsthaufseher zu Ohlau, ist als Forsthaufseher für die Oberförsterei Turoscheln, Regbz. Allenstein, angenommen.
Alexander, Regemeister zu Willhelmshausen, Oberförsterei Wahrenberg, Regbz. Cassel, ist das Verdienstkreuz in Gold mit der Zahl „50“ verliehen.
Mahnkopf, Paul, Forsthaufseher zu Treseburg (Gatz), Oberförsterei Thale, Regbz. Magdeburg, ist zum Förster o. R. ernannt.
Müller, Gustav, Forsthaufseher zu Rosthaus Luthane, Oberförsterei Jachym, Regbz. Magdeburg, ist zum Förster o. R. ernannt.
Scharfberg, Forsthaufseher zu Rohrbruch, Oberförsterei Lübbecke, Regbz. Frankfurt a. D., ist zum Förster o. R. ernannt.
Schubert, Küßlinger zu Bischoffen, Oberförsterei Nageburg, ist nach der Oberförsterei Hartigswalde, Regbz. Allenstein, versetzt.
Schuchardt, Regemeister zu Dörnhausen, Oberförsterei Waldan, ist zum Oberförster ernannt und ihm die Oberförsterstelle Hundelshausen, Oberförsterei Allenstein, Regbz. Cassel, vom 1. Januar 1913 ab übertragen.
Seifert, Forsthaufseher zu Breitenbruch, Oberförsterei Gatzg, Regbz. Frankfurt a. D., ist zum Förster o. R. ernannt.

Brude, z. St. Komm. Gemeindeförster zu Gevenich, ist als Forstausseher und Schreibhilfe nach Eiterhagen, Oberförsterei Eiterhagen, Regbz. Cassel, einberufen.
Weiser, Referatsjäger der Klasse A zu Schleithadt, ist als Hilfsjäger für die Oberförsterei Hageburg, Regbz. Allenstein, angenommen.

Die Versetzung des Försters **Müller** von Karlsruhe, Oberförsterei Vindeln, nach Vauzenbrunne, Oberförsterei Balker, Regbz. Köslin, ist rückgängig gemacht worden; daher wird der Förster **Marcks** in Charlottenhof, Oberförsterei Stolp, statt nach Karlsruhe nach Vauzenbrunne versetzt.

Die Försterstelle Vindengrund, Oberförsterei Ragom, Regbz. Frankfurt a. O., ist künftig Grunow (N.-M.) zu benennen.

Dem bisherigen Schutzbezirk Schweinrich, Oberförsterei Beshlin, Regbz. Potsdam, und dem zugehörigen Försterdiensthöfchen ist der Name „Neuland“ und dem Forstassessorshöfchen bei Beshlin der Name „Vindenhäus“ gegeben worden.

Gemeinde- und Privatdienst.

Reyer, Oberförster und Rentelverwalter zu Calcum, ist auf die fürstliche Oberförsterei Crottorf, Regbz. Coblenz, versetzt.

Aras, Großherzoglich Hessischer Forstassessor, Oberförster zu Crottorf, ist die fürstliche Oberförsterei Calcum, Regbz. Coblenz, übertragen.

Jäkel, Rentmeister zu Crottorf, hat die Rentelverwaltung Calcum, Regbz. Coblenz, übernommen. Die Oberförsterei wird in das sogenannte Park-Haus versetzt.

Greiner, städtischer Revierförster a. D. zu Rathenow, Regbz. Potsdam, ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Schulz, gräflicher Förster zu Forsthaus Reichenwalde, Kreis Weisenberg, ist anlässlich seiner 50jährigen Dienstzeit das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Pich, Forstmeister zu Ralsheim, ist auf 1 Jahr pensioniert.
Fuchs, Forstmeister zu Kura, ist auf ein weiteres Jahr pensioniert.

Versetzt wurden die Forstmeister:

Geis von Unterhauhen nach Starnberg; **Dr. Hüger** von Winterweiden nach Hirschenbrunn; **Seißler** von Kuppertschütten nach Gräfenberg; **Wans** von Lännesberg nach Berghelm.

Unter Ernennung zu Forstmeistern wurden versetzt die Altfessoren:

v. Braun von Gellharting nach Unterhauhen; **Bräcke** von Raltenbach nach Winterweiden-West; **Felscher** von Kranzberg nach Eichelsdorf; **Sakmann** von Thierstein nach Buch a. H.; **Maisel** von Zell nach Lännesberg; **Mayer** von Mura nach Schweigen; **Slenger** von Wadenheim nach Kuppertschütten; **Strobel** von Böschingen nach Burglengenfeld; **Wid** von Vindenhart nach Ralsheim.

Versetzt wurden die Altfessoren:

Felsmetz von München nach Gellharting; **Gänßler** von München nach Hofolding; **Gruber** von Eichelsdorf nach München-Nord; **Harlmann** von Partenstein nach Forstheim; **Hertel** von Forstheim nach Thierstein; **Höfel** von Wainlandheim nach Vauzenbrunne (Regierungsforstammer); **Hornung** von Regensburg nach Mura; **Jäger** von Eperer nach Raltenbach; **Arch** von Wachsenburg nach Wachsenheim; **Fraser** von Vauzenbrunne nach Eperer; **Scherer** von Regensburg nach München (Ministerialforstabteilung); **Schmitt** von Reutern nach Vindenhart; **Schmitt** von Stammham nach Diefen; **Sper** von Hofolding nach Sauerlach; **Wermesdörfer** von Diefen nach Böschingen.

Unter Ernennung zu Altfessoren wurden versetzt die die geprüften Praktikanten:

Besold von Oberwarpenstein nach Regensburg (Regierungsforstammer); **v. Miera** von Schweinfurt nach Eperer (Regierungsforstammer); **Burkart** von Gaildorf nach Regensburg; **Sundt** von Eichenburg nach Partenstein; **Langmann** von Nürnberg nach Stammham; **Scholt** von Stötting nach Wainlandheim; **Fogel** von Arnbrunn nach Eichelsdorf.

Pittner, Regierungssekretär zu München, ist zum Sekretär im Finanzministerium — Forstabteilung — dazulast ernannt.

Abel, Förster zu Hagenbach, ist auf ein weiteres Jahr pensioniert.

Denhard, Förster zu Rottau, ist nach Berg a. L. versetzt.

Hörmner, Förster zu Bayreuth, ist auf ein weiteres Jahr pensioniert.

Kettenring, Assistent zu Zinsbach, ist zum Förster in Stempelberg ernannt.

Panzer, Förster zu Vindelnbrunnhof, ist nach Hienach versetzt.

Schauer, Förster zu Weismain, ist dauernd pensioniert.

Schwartz, Förster zu Schachtenbach, ist nach Biegelhütten versetzt.

Großherzogtum Baden.

Staats-Forstverwaltung.

Wassermann, Forstassessor zu Schwezingen, ist nach Wernsbach (Kaltenbrunn) versetzt.

Lang, Oberförster zu Wernsbach, ist nach Schwezingen versetzt.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

v. Scheffendorf, Forstreferendar zu Ludwigslust, ist bis auf weiteres der Groß Oberförsterei zu Güstrow zur praktischen Beschäftigung überwiesen.

Elbisch-Lothringen.

Dreybach, Gemeindeförster, ist unter Ernennung zum Gemeindegemeindeförster der Gemeindegemeindeförsterstelle Moosch-Hagelmatt, Oberförsterei Thann, übertragen.

Strardin, Gemeindeförster, ist die kommissarische Verwaltung der Gemeindeförsterstelle des Schutzbezirks Erlbach, Oberförsterei Weiler, übertragen.

Jubiläen, Gedenktage u. a. m.

(Nach Zeitungsmeldungen.)

Das 25jährige Dienstjubiläum feierten die Königl. Förster:

Bork zu Eschenbrunn, Oberförsterei Thorn, Regbz. Posen; **Wartenwerder**; **Buchholz** zu Heide, Oberförsterei Schirmitz, Regbz. Bromberg; **Jäffersheim** zu Wobbel, Oberförsterei Wobbel, Regbz. Bromberg.

Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die Försterstelle des Forstschutzbezirks **Mannsbach**, Kreis Aken, ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen. Das Grundgehalt beträgt 1200 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 200 M. bis zum Höchstbetrage von 2400 M.; außerdem wird eine pensionsfähige Altersentschädigung von 300 M. und eine Brennholzentschädigung von 100 M. gewährt. Forstverorgungs-berechtigte Bewerber oder Referatsjäger werden erucht, ihre Meldungen unter Beifügung des Forstverorgungs-scheins oder des Militärpasses sowie der seit dessen Erteilung erlangten Dienst- und Führungszeugnisse, die den ganzen, seitdem verfloßenen Zeitraum in ununterbrochener Folge belegen müssen, binnen 8 Wochen an den Bürgermeister in Birnberg bei Wapen, Regbz. Coblenz, vorzulegen, sowie eine Erklärung beizufügen, daß sie durch die Anstellung ihre Forstverorgungsansprüche als erfüllt betrachten.

Die Försterstelle IV in der Oberförsterei **Wartstein**, Regbz. Arnberg, ist zum 1. April 1913 zu besetzen. Das Gehalt beträgt 1500 M., steigend alle drei Jahre fünfmal um je 120 M. und viermal um je 100 M. bis zum Höchstbetrage von 2500 M.; außerdem eine Altersentschädigung von 300 M. Meldungen von Forstverorgungs-berechtigten und Referatsjägern der Klasse A sind binnen 8 Wochen an den Stadtvorsteher in Wartstein zu richten. Der Bewerbung ist die Erklärung beizufügen, daß durch die etwaige feste Anstellung die Forstverorgungsansprüche des Bewerbers als erfüllt betrachtet werden.

Die Försterstelle in **Besede**, Regbz. Arnberg, ist zum 1. April 1913 zu besetzen. Das Gehalt beträgt 1200 M., steigend alle drei Jahre um je 100 M. bis zum Höchstbetrage von 2100 M.; außerdem freie Dienstwohnung im pensionsfähigen Werte von 300 M. Meldungen von Forstverorgungs-berechtigten und Referatsjägern der Klasse A sind binnen 8 Wochen an den Stadtvorsteher in Besede zu richten. Der Bewerbung ist die Erklärung beizufügen, daß durch die etwaige Anstellung die Forstverorgungsansprüche des Bewerbers als erfüllt betrachtet werden.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften bleiben niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements-Liitung oder ein Ausweis, daß Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen. Gemeinhin werden Fragen ohne weitere Kosten beantwortet; sind jedoch durch Sachverständige schwierige Rechtsfragen zu erörtern, Gutachten, Verrechnungen usw. anzustellen, für deren Erlangung der Schriftleitung Sonderhonorare erwachsen, so wird Vergütung der Selbstkosten beansprucht.)

Nr. 144. **Anfrage:** Ist es rechtmäßig zulässig, in einen Jagdpachtvertrag die Bedingung aufzunehmen, daß der Jagdpächter auch den nachgewiesenen Schaden zu ersetzen hat, der durch Hasen und wilde Kaninchen verursacht worden ist?

Magistrat in D.

Antwort: Es ist durchaus statthaft und kommt sogar häufig vor, daß im Jagdpachtvertrag der Ersatz des durch Hasen und wilde Kaninchen angerichteten Schadens ausbedungen wird. Hier handelt es sich dann um Rechte dritter Personen. Die Wildschadenvergütung kann solchenfalls nicht im gewöhnlichen Wildschadenverfahren geltend gemacht werden, sondern nur im besonderen Prozesse vor dem Amtsgericht.

Nr. 145. **Anfrage:** Liegt eine Reichsgerichtsentscheidung vor, daß gefangene, freitrierte Kaninchen beschlagnahmt werden können? Hat

der Jagdanpächter oder Grundbesitzer ein Anrecht darauf?

W. J. in H.

Antwort: Es gibt keine Reichsgerichtsentscheidung, daß rechtswidrig gefangene Kaninchen beschlagnahmt und eingezogen werden können oder müssen; denn es handelt sich bei der ungesetzlichen Okkupation dieses dem freien Tierfang unterliegenden Wildes um eine bloße Übertretung. Hierbei ist die Einziehung ausgeschlossen, wenn sie wie hier nicht ausdrücklich vom Gesetz vorgesehen ist. Weder der Jagdanpächter noch der Grundeigentümer hat ein Recht auf die freitrierten wilden Kaninchen.

Nr. 146. **Anfrage:** Ist bei der Einkommensteuerveranlagung eines Königl. Försters der Minderertrag aus dessen Dienstlandsnutzung von dem Gesamteinkommen (Gehalt usw.) abziehbar?

Sch. in M., Königl. Förster.

Antwort: Stellt sich bei einem königlichen Forstbeamten infolge Bewirtschaftung der Dienstländereien ein Fehlbetrag heraus, so ist dieser von dem sonstigen Gesamteinkommen bei der Veranlagung zur Einkommensteuer abzurechnen. Selbstverständlich muß der Fehlbetrag durch ordnungsmäßige Buchführung glaubhaft nachgewiesen werden.

Für die Redaktion: J. B.: Bobo Grundmann, Neudamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernshoff, Nienriedt, Post Förste (Gartz). **Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.**

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eintreffen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Posen. Freitag, den 8. November d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung im Hotel Friedrichshof in Posen, Marktstraße Nr. 8a. Tagesordnung: 1. Bericht über die Delegiertenversammlung; 2. Dienstlandregelung; 3. Errichtung einer Pension für Försterkinder in Posen; 4. Kaisergeburtstagsfeier; 5. Verschiedenes. Nach Schluß geselliges Beisammensein. Esche nachstehende Bekanntgabe für die Ortsgruppe Posen.

Der Vorsitzende: Janetzky.

Ortsgruppen:

Berent (Regbz. Danzig). Sonntag, den 10. November d. Js., nachmittags 6 Uhr, Versammlung im Vereinslokal in Berent. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Schrift- und Kassensführers; 2. Besprechung über das vom Hauptverein gegebene Thema: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben?“ 3. Besprechung über Kaisers Geburtstag; 4. Verschiedenes. Ich bitte dringend um rege Beteiligung. Der Vorsitzende: Stein.

Colbitz-Reglinger Heide (Regbz. Magdeburg). Am Donnerstag, dem 7. November 1912, abends 7 Uhr, gemütliches Beisammensein mit den zur Fossjagd befohlenen Oberjägern vom Garde-Jäger-Bataillon, verbunden mit Tanzkränzchen. Rege Beteiligung erbeten.

Der Vorsitzende: Pfeiffer.

Leinesfelde-Worbis (Regbz. Erfurt). Die Herbstversammlung findet am Sonntag, dem 3. November d. Js., nachmittags 2 Uhr, im Hotel Fuhrrott zu Leinesfelde mit Damen statt. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekanntgegeben. Es wird um zahlreiche Beteiligung, auch der Nichtmitglieder, gebeten, da auch über die Kaisergeburtstagsfeier verhandelt werden muß.

Der Vorstand.

Neustadt (Regbz. Danzig). Sonntag, den 17. November d. Js., nachmittags 2½ Uhr, Mitgliederversammlung im Hotel Lindehof zu Kielau mit folgender Tagesordnung: 1. Prüfung der Jahresrechnung und Entlastung des Kassensführers; 2. Besprechung des vom geschäftsführenden Vorstande des Hauptvereins empfohlenen Themas, welches wörtlich lautet: Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben? 3. Aussprache über Einrichtung einer gemeinsamen Unterkunft für Försterschulkinder; 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden erucht, die für den Forstjägerverein gesammelten Zigarren-

ipiken mitzubringen. Nach der Sitzung gemüthliches Beisammensein, wozu die Damen herzlichst eingeladen werden.

Der Vorsitzende: **H a s s e**.

Neustettin (Regbz. Köslin). Sonntag, den 10. November d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung der Mitglieder in Neuns Hotel zu Neustettin zur Besprechung wichtiger Vereins- und Standesangelegenheiten. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Roßwändig-Drasig (Regbz. Bromberg). Sitzung am Sonnabend, dem 9. November 1912, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal zu Miala. Tagesordnung: 1. Anträge für die Bezirksgruppe; 2. Zusammenschluß der Mitglieder zwecks Erreichung von Vorteilen beim Einkauf von Wirtschaftsgegenständen usw.; 3. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand. **J. A. : K e i ß**, Schriftführer.

Osterohe, Ostpr. (Regbz. Allenstein). Sonntag, den 10. November 1912, nachmittags 3½ Uhr, Sitzung im „Eisenhof“ zu Osterohe. Tagesordnung: 1. Besprechung der Beschlüsse der diesjährigen Delegiertenversammlung an der Hand des stenographischen Sitzungsberichtes; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Wahl eines Kassierers und Schriftführers an Stelle der verstorbenen Kollegen Kriut und Ernst; 4. Einziehen der noch rückständigen Beiträge zur Krankenkassen-Beihilfefasse; 5. Sammlung für die Hinterbliebenen des am 17. Juni im Regierungsbezirk Düsseldorf ermordeten Kollegen Romanus Voorn; diejenigen Kollegen, die verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, werden gebeten, ihre Spende an den Kollegen Förster Woll in Schneiderswalbe bei Rosenthal, Bez. Danzig, bis zum 1. Dezember 1912 per Post nebst 5 \mathcal{M} Bestellgeld einzuschicken; 6. Aufnahme von Beitrittserklärungen zu der in der hiesigen Bezirksgruppe gegründeten Sterbefasse, erster Beitrag 2 \mathcal{M} ; weitere Beiträge, für jeden Todesfall innerhalb der Bezirksgruppe 1 \mathcal{M} ; 7. Anträge und Mitteilungen. Die Vielseitigkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung lassen ein vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wünschenswert erscheinen.
W o l l.

Posen. Freitag, den 8. November d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Hotel Friedrichshof in Posen, Marktstraße Nr. 8a. Tagesordnung: 1. Wanderversammlungen; 2. Kaisergeburtstagsfeier; 3. Verschiedenes. Von 4 Uhr ab Vertreter- und Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe. Siehe vorstehende Bekanntgabe. Nach der Sitzung geselliges Beisammensein und Tanz, wozu die Angehörigen der Herren Mitglieder hiermit freundlichst eingeladen werden. Gäste, nach der Sitzung von Mitgliedern eingeführt, sind willkommen.

Der Vorsitzende: **J a n e k t h**.

Torgelow (Regbz. Stettin). Am Donnerstag, dem 14. November d. Js., von nachmittags 4 Uhr ab, Versammlung im Vereinslokal zu Torgelow. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung über das ablaufende Geschäftsjahr. Die Herren Kassensreviseurs Ringhandt und Kauf wollen sich mit dem Schatzmeister in Verbindung setzen, damit

die Rechnungen bereits bei Beginn der Sitzung geprüft sind; 2. Besprechung und Beschlussfassung der an die Bezirksgruppe und an den Hauptverein zu stellenden Anträge zur nächsten Delegiertenversammlung. Die Mitglieder wollen daher ihre etwa zu stellenden Anträge bereits bis zum 12. November dem Vorsitzenden, Kollegen Schmid, schriftlich bekannt geben; 3. Beschlussfassung über Kaisergeburtstagsfeier; 4. Beratung über das vom Hauptverein gestellte Thema: Wie können Angehörige des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Gemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben? 5. Vortrag des Herrn Kollegen Colell über ein von ihm selber zu wählendes Thema; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zugeler Heide (Regbz. Marienwerder). Sonntag, den 17. November d. Js., von 2½ Uhr nachmittags ab, Sitzung im Vereinslokal mit folgender Tagesordnung: 1. Besprechung des stenographischen Berichtes; 2. Wahl des Schrift- und Kassensführers; 3. Beschlussfassung wegen der Kaisergeburtstagsfeier; 4. Verschiedenes. Nach der Sitzung Abschiedsschoppen für den scheidenden Kassensführer. Um recht zahlreiche Beteiligung, auch der Damen, wird dringend gebeten. Voraussichtlich findet am Abend ein Konzert statt.
Der Vorsitzende.

Wiartel (Regbz. Allenstein). Die zum 20. Oktober 1912 anberaumte Mitgliederversammlung in Wiartel, welche wegen Ablebens des Gasthausbesizers ausfallen mußte, findet am 10. November 1912, wie in Nr. 41 bekanntgegeben, statt.
Der Vorsitzende.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Hegemeister Bernkorff, Allensteib bei Forste, Darz, vorliegen. Das für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Schleswig. Die Herbstversammlung am 20. Oktober war von 16 Mitgliedern besucht, die in Treue und Ergebenheit Sr. Majestät unseres Kaisers vor Eröffnung der Versammlung gedachten. Förster Bull-Heidmühlen erstattete den Bericht über die Delegiertenversammlung in Berlin unter speziellem Hinweis auf den stenographischen Bericht. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder: 1. Vorsitzender Revierförster Hausen-Reinbed und 1. Schriftführer Förster Gols-Brack, wurden wiedergewählt. Sodann hielt Hegemeister Kefner-Haale einen Vortrag: „Über Waldbrand“. Das wichtige und für jeden Forstmann interessante Thema wurde erschöpfend behandelt und der Referent, dem langjährige Erfahrungen aus Nadelholzrevieren zur Seite stehen, erntete für seine Ausführungen gespannte Aufmerksamkeit und regen Beifall. Unter anderem hält Referent auf Grund seiner Erfahrungen einen Sicherheitsstreifen von 100 m Breite für unbedingt nötig.

Bei Anlage von Gegenfeuer ist zu beachten, daß dieses wegen Gefahr des Flugfeuers in entsprechender Entfernung angelegt wird. In feuergefährlichen Revieren wird die Anlage und Instandhaltung von Radfahrerwegen, sowie Gewährung einer jährlichen Radfahrzulage von großer Wichtigkeit sein. Ständiges Bekanntmachen mit den Verhütungsmaßregeln, um bei plötzlich eintretender Gefahr sogleich mit der nötigen Umsicht eintreten zu können, sowie auch die Waldarbeiter und die Bevölkerung zu instruieren, bei eintretender Gefahr schnell und richtig zu handeln, legte Referent den anwesenden Kollegen ans Herz. Zu Punkt 4. Der Vorsitzende legte in längeren Ausführungen den Entschluß dar, der in der Delegiertenversammlung erwähnten Pension von Försterlöhnen in der Stadt behufs gemeinsamen Schulbesuchs näher zu treten. Allseitig fand dieser Entschluß lebhaften Beifall und soll mit den Vorarbeiten zur Verwirklichung dieses Projekts sofort begonnen werden. Der betreffende Ausschuß hierzu wurde gewählt. Den miterschiedenen Damen herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Hansen.

Ortsgruppen:

Holstein. In der Versammlung am 20. Oktober waren 17 Mitglieder anwesend. Die Versammlung fand im Anschluß an die Bezirksgruppenversammlung statt. Der ausscheidende 2. Vorsitzende, Hegemeister Refner-Haale, wurde einstimmig wiedergewählt. Förster Ehler-Reinbel hielt einen interessanten Vortrag: „Über Vogelschuß“. Auf Grund seiner Teilnahme an dem Lehrkursus führte er an der Hand von Beispielen die Wichtigkeit des Vogelschutzes vor Augen. Insekten-Kalamität kann durch Vogelschuß verhindert werden. Bestrebungen zur Förderung des Schutzes sind in jeder Weise zu unterstützen. Namentlich für den Forstmann ist die Förderung des Vogelschutzes ein dankbares Feld der Betätigung, das zeigten die Ausführungen des Referenten, dem Gelegenheit gegeben war, seine in Seebach gesammelten Kenntnisse dem weiteren Kollegentreise zugänglich zu machen, in

anschaulicher Weise. Sonst siehe Versammlungsbericht der Bezirksgruppe Schleswig.

Der Vorsitzende: Hansen.

Marburg (Regbz. Cassel). In der Versammlung am 6. Oktober waren 34 Mitglieder und einige Herren vom Oberjägerlopp anwesend. Neu aufgenommen wurde ein Mitglied. Die Dienstlandregulierung und der stenographische Bericht wurden besprochen. Die bestellten Kalender „Waldheil“, die Zigarren und Bouillonwürfel wurden verteilt. Der Errichtung einer Sterbekasse (Hilfe am Grabe) wurde zugestimmt. Bezüglich der Kaisergeburtstagsfeier wurde beschlossen, dieselbe möglichst am dem Abend der Bezirksgruppenversammlung in Marburg in den Städtischen im Februar abzuhalten. Zu den Kosten tragen sämtliche Mitglieder, ausgenommen die, die dringende Abhaltungsgründe haben, 3 M., die sonstigen Kollegen 1 M. bei, den Rest trägt die Gruppenkasse. Nächste Versammlung im Januar in Kirchhain.

Der Vorstand.

Stangenwalde (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 20. Oktober d. Js., fand eine Mitglieder-versammlung in Karthaus statt; erschienen waren 13 Mitglieder, darunter der Bezirksgruppenvorsitzende Herr Hegemeister Tenze-Philippi. Zunächst wurde nach Verlesung eines Schreibens des Hauptvorstandes, betreffend die Frage: „Wie können die Angehörigen des Försterstandes auf die umliegende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohles, wirken und gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben?“, über diesen Punkt in die Diskussion getreten und seitens verschiedener Kollegen ihre Erfahrungen und Ansichten auf diesem Gebiete kundgegeben. Der Ortsgruppe traten als neue Mitglieder zu die Kollegen: Forstauffseher Baumann-Indenhof und Hilfsjäger Bigalle-Borowo. Der Vorsitzende gedachte der scheidenden Kollegen Schulz-Ziegelei Babenthal und Hoffmann-Marschen. Zum Schluß erwähnte der Gruppenleiter, wie schon so oft vorher, an den Beitritt zu der Krankenkassen-Beihilfeskasse.

Der Vorsitzende: Weinlich.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes
am 21. Oktober 1912.

Die Sitzung fand in Neubamm statt und begann 3½ Uhr nachmittags. Anwesend waren die Herren: Bohl, Königl. Forstmeister, Zicher, Krämer, Herrschastl. Förster, Rehnig; Müller, Herrschastl. Förster, Forsthaus Gläudau bei Blumberg; Bobo Grundmann, Neubamm; Jacobi, Königl. Forstmeister, Massin; Kastner, Herrschastl. Förster, Derbow; Neumann, Geheimrer Kommerzienrat, Neubamm; Hans Neumann, Verlagsbuchhändler, Neubamm; Pahl, Königl. Hegemeister, Neubamm; Perside, Stadtförster, Stadtheide Berlinchen;

Ulrich, Königl. Hegemeister, Forsthaus Spiegel bei Döllenszaburg; Zietau, Vereinssekretär, Neubamm.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Herr Geheimrat Neumann, der wegen Behinderung der beiden Herren Vorsitzenden die Sitzung leitete, die betäubende Mitteilung von dem Ableben des Vorstandesmitgliedes Gräflichen Revierförsters Herrn Wölke in Dölzig. Der Verstorbene, welcher 3½ Jahre dem Vorstande angehörte, hat sich durch regelmäßigen Besuch der Vorstandssitzungen und großes Interesse für die Bestrebungen des „Waldheil“ besonders ausgezeichnet, so daß sein frühzeitiger Tod allerseits

schmerzlich beklagt wird. Zur Ehrung des Verstorbenen hatten sich die Erschienenen von den Sigen erhoben. Die Nachricht von dem Ableben ist an den „Waldheil“ erst lobend und sogar auf Umwegen gelangt.

Der Kassenbestand betrug am 1. Oktober 1912 12 297,37 M.; davon entfielen:

- a) auf den Unterstützungsfonds . . . 2584,13 M.
- b) auf den Erziehungsfonds . . . 693,18 „
- c) auf den Darlehensfonds . . . 2637,09 „
- d) auf den Stipendienfonds 1912 . 1628,96 „
- e) auf den Stipendienfonds 1913 . 1159,60 „
- f) auf den Begräbnisfonds 1912 . 1661,72 „
- g) auf den Begräbnisfonds 1913 . 1932,69 „

An neuen Mitgliedern hatten sich seit voriger Sitzung 25 angemeldet. Hiervon wurden 23 aufgenommen, während eine Anmeldung abgelehnt und eine vertagt wurde. Die Mitgliederzahl beträgt nunmehr 3690.

An Gesuchen um Unterstützung und Darlehen waren 33 eingegangen. Aus dem Unterstützungsfonds wurden bewilligt: Einem in dürftigen Verhältnissen lebenden Gemeindeförster als Beihilfe zu einer Babelfur zwecks Wiederherstellung seiner Gesundheit 80 M. Einem durch schwere Krankheit seiner Ehefrau in bedrängten geratenen kinderreichen Königl. Hegemeister 40 M. Der hochbetagten hilfsbedürftigen Witwe eines Gutsjagers 30 M. Der alleinstehenden, in ärmlichen Verhältnissen lebenden Tochter eines verstorbenen Privatforstsekretärs 25 M. Der kranken, nur auf eine geringe Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 50 M. Der hilfsbedürftigen Witwe eines Privatförsters 20 M. Einem durch längere Krankheit in große Not geratenen Privatförster als Beihilfe zur Unterbringung in einer Heilanstalt 120 M. Der in sehr dürftigen Verhältnissen lebenden alleinstehenden Tochter eines verstorbenen Königl. Försters, die sich nichts mehr erwerben kann, 50 M. Der hilfsbedürftigen Witwe eines Königl. Försters als Beihilfe zu den Kosten der Operation einer Tochter 40 M. Der unbemittelten Witwe eines Königl. Försters als Beihilfe zu den Begräbniskosten ihres verstorbenen Sohnes 50 M. Der kränklichen, auf eine geringe Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 30 M.

Aus dem Erziehungsfonds wurden bewilligt: Der durch Krankheit in Not geratenen Witwe eines Privatförsters zur Erziehung eines Sohnes 40 M. Der hilfsbedürftigen Witwe eines Gemeindeforstassessors zur Erziehung von zwei Kindern 35 M. Der kränklichen, hilfsbedürftigen

Witwe eines Königl. Försters zur Ausbildung von drei unterfertigten Söhnen 50 M. Der in dürftigen Verhältnissen lebenden Witwe eines Privatförsters als Beihilfe zum Unterhalt von drei noch schulpflichtigen Kindern 50 M. Der dauernd kranken Witwe eines Stadtförsters, die wegen Witwenpension noch Waisengeld für ihre zwei unerzogenen Kinder erhält, 50 M. Der hilfsbedürftigen Witwe eines Gemeindeförsters zur Erziehung von zwei unterfertigten Kindern 30 M. Der hochbetagten, nur auf eine kleine Gnadenrente angewiesenen Witwe eines Privatförsters als Beihilfe zur Erziehung eines verwaisten, gänzlich unbemittelten Enkelsohnes 75 M.

Aus dem Darlehensfonds wurden bewilligt: Einem Herrschaftl. Jagdverwalter zur Tilgung von Ansprüchen aus einem Stellenschiffel 300 M. Einem durch die Ausbildung seiner Kinder in Schulen geratenen pensionierten Gemeindeförster 100 M.

Abgelehnt wurden fünf Gesuche um Darlehen; davon zwei Gesuche wegen mangelnder Mitgliedschaft und drei Gesuche wegen Nichtbeibringung der vorgeschriebenen Unterlagen. Ferner wurden sieben Unterstützungsgesuche abgelehnt, und zwar: fünf Gesuche wegen fehlenden Nachweises einer Notlage und zwei Gesuche, weil die nach dem 1. Februar 1899 verstorbenen Ehemänner der betreffenden beiden Wittstellerinnen nicht Mitglieder des „Waldheil“ gewesen sind und deshalb die Gesuche satzungsgemäß nicht berücksichtigt werden konnten. Ein Wittsteller hat sein Gesuch um Bewilligung eines Darlehens nachträglich zurückgezogen.

Aus dem Fonds für Begräbnisbeihilfen sind seit voriger Sitzung vier Beihilfen von je 100 M. und eine von 30 M. gezahlt.

Im ganzen wurden in dieser bzw. seit voriger Sitzung bewilligt: aus dem Unterstützungsfonds: 535 M., aus dem Erziehungsfonds: 330 M., aus dem Darlehensfonds: 400 M., aus dem Fonds für Begräbnisbeihilfen: 430 M.; zusammen: 1695 M.

In der Abteilung für Stellenvermittelung sind seit voriger Sitzung drei Stellen für Forst- und Jagdbeamte vermittelt. Die Zahl der notierten Bewerber beträgt 65.

Zum Schluß wurden über drei rückständige Darlehenssachen Beschlüsse gefaßt.

Ende der Sitzung 5½ Uhr.

Der Vorstand
des Vereins „Waldheil“.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Besetzung gelangende Forststellen in Preußen. 875. — Die Neuordnung der Diensthändereien und der Dienstauswand-einstellungen der Förster in den Preussischen Staatsforsten. 875. — über das Gesetz betreffend die Pensionsveränderung der Privatforststellen. 879. — Zur Großherzoglich heinrichischen Besoldungsreform. 879. — Widtrag und Schiedsgericht in Braunschweig. 879. — Einfuhr fremden Kiefernholzes und fremder Kiefernzapfen nach Deutschland. 880. — Bericht über die XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912 (Fortsetzung). 880. — Gesetz, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse. 883. — Prüfung des Forstwirtschafts-rates für den Revierverwalterdienst der Privaten, Gemeinden, Stiftungen usw. 883. — Viehzählung. 884. — Zur Erhaltung der Grunewaldheide bei Berlin. 884. — Amtlicher Marktbericht. 885. — Vereins-Nachrichten. 885. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 885. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsförstereidienst für Anwärter des Jägerkorps. 886. — Brief- und Frageliste. 887. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 887. — Nachrichten des „Waldheil“. 888. — Anzeiger.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfolgender Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Vorfälle, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldbreit“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaiservereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Weiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belegungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Belegungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 45.

Mendham, den 10. November 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Karlsbrunn im Regierungsbezirk Tier ist zum 1. Dezember 1912 zu besetzen.

Bewerbungen müssen bis zum 15. November eingehen.

Försterstelle Gobbels in der Stiftsobersförsterei Neuzelle, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, ist zum 1. Dezember 1912 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 12. November eingehen.

Die Erfolglosigkeit des Leimens gegen die Nonne.

In der Oberförsterei Bledede, Regierungsbezirk Lüneburg, ist während der Jahre 1911 und 1912 ein ausgedehnter und sehr interessanter Versuch über die Möglichkeit, die Verbreitung der Nonne durch Leimung zu verhindern, angestellt worden.

Über die Ergebnisse dieses Versuches hat die Königliche Regierung zu Lüneburg unterm 9. September laufenden Jahres einen ausführlichen Bericht*) erstattet, der im Wortlaut folgt.

Bevor wir über den Verlauf des diesjährigen Nonnenfraßes eine genaue Schilderung geben, berichten wir zunächst über das Ergebnis der in der Oberförsterei Bledede ausgeführten

Leimung eines großen Komplexes reiner Fichten bestände und bemerken dazu gleich vorweg, daß u. E. und auch nach Ansicht des Dr. Wolff-Bromberg, der die geleimten Orte alsbald nach Herstellung der Leimringe und dann nach Beendigung des diesjährigen Fraßes in Gemeinschaft mit dem Referenten besucht hat, durch den Versuch ganz einwandfrei nachgewiesen ist, daß ein Leimen von Beständen gegen Nonne vollständig nutzlos und erfolglos ist.

Die nachstehende Beschreibung des Versuches und seines Erfolges dürfte diese Behauptung rechtfertigen. Das Versuchssubjekt in den Jagden 21—23 und 26—28 in der Oberförsterei Bledede erschien denkbar günstig. Es besteht aus nahezu ganz reinen, sehr gutwüchsigen, auf dem größten Teile der Fläche 52—62 jährigen Fichten, die zum Teil im Jahre 1910, zum

*) Siehe Ministerialverfügung vom 14. Oktober 1912 (Ges.-Nr. III 9223), betr. Bekämpfung der Nonne durch Leimringe auf Seite 906 dieser Nummer.

Teil im Winter 1911 und auf dem Reste der Fläche kurz vor der Leimung im Frühjahr 1912 kräftig durchforstet waren. Abgesehen von einem ganz kleinen Herde in Abteilung 27a am Gestell 27/28, wo die Nonne bereits im Sommer 1911 gefressen hatte, war der Komplex im Sommer 1911 erstmalig von der Nonne besogen, und endlich war festgestellt, daß im Sommer 1911 in dem Versuchsfelde und auch in allen anderen von der Nonne besogenen Beständen unseres Bezirks die Eierablage der Nonne vorzugsweise an den untersten Stamnteilen erfolgt war, so daß ein Tiefleimen schon aus diesem Grunde einen leidlichen Erfolg versprach.

Die Leimung der Bestände ist dann in der Art erfolgt, daß im allgemeinen die Leimringe von Fingerdicke und Fingerbreite in Kopfhöhe der Arbeiter angebracht wurden. Auf einer kleinen Fläche wurden diese Leimringe in 5 m Höhe angebracht. In allen geleimten Orten wurde eine Anzahl von Stämmen, darunter auch überall hochgeleimte, als sogenannte Kontrollstämme bezeichnet, an denen nach genauer Anweisung des Dr. Wolff täglich die unterhalb und unmittelbar oberhalb des Leimringes befindlichen Raupen abgesucht und gezählt wurden. Das Ergebnis dieser Zählungen wurde in einer von Dr. Wolff vorgeschriebenen Nachweisung täglich gebucht. Diese Nachweisung ist dem Dr. Wolff behufs Benützung bei einer von ihm beabsichtigten genauen wissenschaftlichen Bearbeitung unseres Versuches übergeben.

In allen geleimten Beständen blieben ferner einige — ebenfalls gezeichnete — Stämme ungeleimt. Auch blieb zur Vergleichung die ganze Abteilung 21c und ein schmaler an 23d grenzender Streifen 60jähriger Fichten im Jagd 24 ungeleimt. In Abteilung 21c wurden auf einer Kante nur einige ganz freistehende Fichten geleimt.

Zu ganzen sind 46,7 ha geleimt.

Verbraucht sind dazu 73 Zentner Ermisch-Raupenleim, also rund 50%, mehr, als wir in unserem Berichte nach Maßgabe der Braunschweigischen Erfahrungssätze angenommen hatten. Den Mehrverbrauch erklärt der Revierverswalter durch die Ungeübtheit der Arbeiter, die besonders im Anfange den Leim zu dick auftrugen, und durch die sehr warme Witterung an einigen Tagen, bei welcher der Leim sehr dünnflüssig wurde. Diese 73 Zentner Leim kosteten inkl. Fracht 617 Mk.

An Tagelohn wurden gezahlt 507 Mk., also etwa, wie wir veranschlagt hatten, 10 Mk. je 1 ha, und für Beschaffung kleiner Drahtbürsten, mit denen die Leimstellen glattgeputzt wurden, noch 8 Mk., so daß die gesamte Auf-

wendung für 46,7 ha 1132 Mk. oder je 1 ha 24,2 Mk. betragen hat, während wir je 1 ha 19 Mk. veranschlagt hatten.

Die Leimungen waren in allen Beständen am 27. April d. Js. vollendet.

Am selben Tage wurden die ersten Spiegel beobachtet, und bald fanden sich an fast allen geleimten Stämmen unterhalb des Leimringes so starke Gespinste, daß in den stärker besagten Orten die Stämme unterhalb des Leimringes von einem wallenden weißen Schleier eingehüllt erschienen.

In jedem Schleier hingen große Mengen kleiner Raupen, deren Zahl an den Kontrollstämmen genau ermittelt wurde.

Diese Raupen sind, da sie nicht über den Leimring gelangen konnten und am Boden der nur mit Nadelstreu bedeckten Bestände keinerlei Nahrung finden konnten, wohl ausnahmslos eingegangen.

In den ersten Wochen nach dem Ausschlüpfen aus den Eiern wurden dann nur sehr wenig Raupen sowohl unterhalb als oberhalb der Leimringe beobachtet.

Erst am 21. Juni begann ein stärkeres Herabwandern der Raupen, deren Fraß in den stärker besagten Bestandteilen schon deutlich sichtbar war, und erreichte seinen Höhepunkt am 25. Juni. In den Tagen vom 26. bis 29. Juni wurden an den meisten geleimten Stämmen große Mengen annähernd ausgewachsener Raupen beobachtet, die regungslos in Klumpen zusammengeballt oberhalb der Leimringe saßen.

Da zu dieser Zeit der Fraß in den Kronen der Bäume noch keineswegs tödlich ausfiel, also die Hoffnung bestand, die Bestände zu retten, wenn kein weiterer Fraß stattfand, so wurde die Anweisung erteilt, die oberhalb der Leimringe sitzenden Raupenmassen mit Besen abzufegen und dadurch unschädlich zu machen.

Bevor dieser Anordnung entsprochen werden konnte, änderte sich das Bild plötzlich gänzlich.

Nach einem am 29. Juni stattgehabten heftigen Gewitter mit starkem, bis zum 30. Juni nachmittags anhaltendem Regen waren nämlich am 1. Juli sämtliche, oberhalb der Leimringe vorher befindlich gewesenen Raupen dort verschwunden und saßen nunmehr unterhalb der Leimringe, und zwar in lebhafter Bewegung, anscheinend bemüht, wieder in die oberen Baumteile zu gelangen. Es wird angenommen, daß die jetzt unterhalb der Leimringe befindlichen Raupen dieselben waren, die vorher in Klumpen oberhalb der Ringe saßen, weil tatsächlich am 1. Juli kaum eine Raupe am Stamme oberhalb der Ringe zu bemerken war. Auch war in der Zwischenzeit

von den täglich die Stämme mehrmals kontrollierenden Beamten eine Aufwärtsbewegung der Raupen in keinem Falle beobachtet. Die Zahl der nunmehr unterhalb der Ringe befindlichen Raupen vermehrte sich in den nächsten Tagen noch erheblich, und es fanden sich dann auch wieder ziemlich viele Raupen dicht oberhalb der Ringe ein, die dort unbeweglich sitzen blieben.

In einzelnen Stämmen wurden in dieser Zeit bis zu 3000 Raupen unterhalb der Ringe gezählt. Die meisten dieser Raupen starben nach kurzer Zeit, fielen zur Erde und bildeten dort einen schwarzen Kranz um die einzelnen Stämme. Ein allerdings kleiner Teil der Raupen verpuppte sich aber auch. Da in den kritischen Tagen vom 21. Juni bis 1. Juli das bis dahin stetig vernehmbare Rieseln des Raupenlotes fast aufgehört hatte, bestand immer noch die Hoffnung, daß der diesjährige Fraß nunmehr beendet und der Hauptteil — auch der am stärksten befallenen Bestände, in denen bisher nur wenige Stämme ganz kahl gefressen waren — für diesmal gerettet sei. Leider war diese Hoffnung trügerisch.

Vom 2. Juli ab nahm der Fraß wieder stark zu, und nach seiner Beendigung — etwa am 20. Juli — waren etwa 6 ha der Abteilungen 27 a, 26 b, 28 a und 21 c bis auf ganz vereinzelte, fast gänzlich vom Fraße verschonte Stämme, total totgefressen.

Die ersten Puppen wurden am 6. Juli, die ersten Falter am 15. Juni beobachtet. Starker, längere Zeit ziemlich gleich bleibender Falterflug fand vom 23. Juli bis etwa 2. August statt. Dann nahm der Flug, der aber bis Mitte August andauerte, allmählich ab.

Sämtliche Zagen des Fichtenkomplexes wurden stark befallen, am stärksten die kahlgefressenen Teile. überall — besonders auch wieder in den kahlgefressenen Teilen — fanden sich schon Anfang August viele Eierablagen.

Außerhalb der kahlgefressenen Teile war der Fraß im ganzen Komplex ziemlich gleichmäßig. In allen Abteilungen sind einzelne Stämme, darunter auch einige der hochgeleimten, kahlgefressen, im übrigen aber würden die Bestände, wenn kein neuer Fraß stattfände, die diesjährige Beschädigung ohne wesentlichen Nachteil überwinden. Besonders bemerkenswert ist, daß die ganz ungeleimten Teile des Komplexes — abgesehen von einem kleinen Abschnitt in der nordwestlichen Ecke von 21 c — nicht mehr gelitten haben als die geleimten Teile und ferner, daß einer der isoliert stehenden geleimten Stämme in 21 c weitaus stärker befallen ist als die in seiner Nähe befindlichen ungeleimten Stämme.

Erwähnenswert ist noch, daß einige, auf Windwurfstümpfen aus dem Jahre 1894 angebaute, sehr frohwüchsige Weißtannenhorsie nur an den Rändern, soweit der Fraß der Fichtenbestände reichte, befallen, im übrigen aber nahezu gänzlich vom Fraß verschont sind.

Ein Wipfeld der Raupen wurde nur an wenigen — im ganzen etwa fünf Stellen — beobachtet.

Tachinen, wenn auch nicht annähernd in der Menge wie im Vorjahre in Kneisbeck und Fallersleben, waren vorhanden, ohne merklichen Nutzen zu bringen, und auch Colosoma Sycophanta, der sonst hier sehr selten ist, fand sich als Käfer und Larve in größerer Zahl.

Ein Wandern der Raupen, auf dessen Beobachtung die Beamten ganz besonders aufmerksam gemacht waren, wurde nirgends bemerkt.

Der vorstehend in seiner Ausführung und seinem Verlaufe mit allen Nebenumständen geschilderte Versuch, bei dem auch den von Professor Escherich in Tharandt in dessen Abhandlung „Nonnenprobleme“ im Februarhefte von 1912 der Inbeuschjen naturwissenschaftlichen Zeitschrift für Forst- und Landwirtschaft gegebenen Anregungen in den meisten Punkten entsprochen war, hat u. E. bewiesen, daß das Schicksal eines von der Nonne befallenen Fichtenbestandes lediglich abhängig ist von der Zahl der in ihm abgelegten gesunden Nonneneier, und daß Maßregeln — wie das Leimen —, die auf eine Verminderung der Zahl der fressenden Raupen oder ein Abfangen der Raupen hinzielen, überall dort erfolglos bleiben, wo die Zahl der oberhalb der Leimringe zur Entwicklung gelangenden Raupen groß genug ist, um durch ihren Fraß eine vollständige Entnadelung der Stämme herbeizuführen. Ein regelmässiges, etwa mit den Häutungen der Raupen zusammenhängendes Abwandern der Raupen aus den Kronen der Bäume, zu dessen Beobachtung in dem Versuchsobjekte noch besondere Vorkehrungen auf Anordnung des Dr. Wolff getroffen waren, hat nicht festgestellt werden können, und auch die offenbar durch Witterungseinflüsse veranlaßte Massenabwanderung in unserem Falle hat das Verderben größerer Bestandesteile, in denen offenbar immer nur ein Teil der Raupen abwanderte, ein zum Totfraß aber genügender Teil oben blieb, nicht verhindert.

Die Erfolge, die mit der Leimung der Bestände an anderen Orten erzielt sein sollen, dürften nach den bei unserem Versuche gemachten Erfahrungen nicht der Leimung, sondern anderen zufälligen Umständen zu verdanken sein.

Wäsen z. B. in unserem Falle alle geleimten Zagen in diesem Jahre nur schwach befallen, dagegen aber größere Teile der ungeleimten Abteilung 21 c kahlgefressen, so würde man den

Erfolg der Leimung zugeschrieben und vermutlich, um die Bestände sicher zu retten, eine abermalige Leimung im nächsten Jahre in Aussicht genommen haben. Da es immerhin trotz des diesjährigen starken Falterfluges möglich ist, daß im nächsten Jahre gar kein Fraß stattfindet, so würde der Erfolg dann vollständig sein und zweifellos dem Leimen zugeschrieben werden, obwohl er, wie unser Fall beweist, anderen Ursachen zu verdanken sein würde.

Wie verschiedenartig und oft ganz rätselhaft das Verhalten der Nonne ist, zeigen die diesjährigen Beobachtungen im hiesigen Bezirke in ganz besonderem Maße. Sie haben in uns aufs neue die Überzeugung gefestigt, daß gegen die Nonne nach dem jetzigen Stande der Wissenschaft und Praxis keine Maßregel hilft und alle zu ihrer Bekämpfung aufgewendeten Geldmittel weggeworfen sind.

Heinrichs.

v. Blum.

Die Versicherung der Privatangestellten.

Von **Walter Hering**, Kaiserlichem Rechnungsrat im Reichsversicherungsamt.

Am 1. Januar 1913 tritt das Versicherungsgezet für Angestellte vom 20. Dezember 1911 in vollem Umfang in Kraft. Die Vorbereitungen für seine Einführung sind indes schon seit längerer Zeit im Gange, so z. B. die Wahl der Vertrauensmänner der Angestellten und ihrer Prinzipale, welche zur Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes berufen sind (vgl. Deutsche Forst-Zeitung Bd. 27 Nr. 41 Seite 827).

Das neue Gesetz ist wirtschaftlich und sozialpolitisch von größter Bedeutung und wird Segnungen weit über die von ihm erfaßten Kreise (gegen 2 Millionen Personen) hinaus. Den Privatangestellten bringt es eine bisher nicht gekannte Sicherheit, indem es ihre Existenz auf eine neue, feste Grundlage stellt. Es dehnt die soziale Versicherung auf Gruppen der werktätigen Bevölkerung aus, die sich im Vergleich zu den Arbeitern, auf die in erster Linie die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung zugeschnitten ist, in einer gehobenen Stellung befinden. Die Angestelltenversicherung ist kein Wert für heute und morgen, und es liegt in der Natur der Dinge, daß ihre Segnungen für den älteren Teil der gegenwärtigen Generation nur unvollkommen und nur für den jüngeren Teil und die kommenden Geschlechter zu ihrer vollen Wirkung gelangen werden. Aber das Standesbewußtsein, die Solidarität der Berufsgenossen, die Pflicht eines jeden Menschen, das andern Last tragen zu helfen und nicht nur auf seinen eigenen Vorteil zu sehen, werden auch diejenigen versöhnen, welche nicht der vollen Vorteile der Versicherung teilhaftig werden können.

Seine volle Wirkung wird das Gesetz erst nach zehn Jahren entfalten, denn für die Hauptleistungen (Ruhegeld und Hinterbliebenrenten) sind Wartezeiten von zehn oder fünf Jahren vorgesehen, welche allerdings in den ersten drei Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes unter gewissen Bedingungen abgekürzt werden können (vergl. Nr. V, 1). Das Gesetz tritt indes bezüglich des Heilverfahrens (Nr. V Ziffer 3) sofort in Geltung, und dieser Teil der Versicherungsleistungen wird berufen sein, in der Privatbeamtenversicherung eine noch größere Rolle zu spielen, als es in der Arbeiterversicherung bereits der Fall ist. Nach den Vorschriften über die finanzielle Grundlage der Versicherung sind 5 v. H. der jährlichen Einnahmen aus Beiträgen für das Heilverfahren bestimmt. Das bedeutet im ersten

Jahre bereits einen Betrag von etwa 8 Millionen Mark, der hierfür ausschließlich zur Verfügung steht. Die durch das Gesetz notwendigerweise vorgesehene Wartezeit bis zum Eintritt der Leistungen findet durch die Einrichtung des Heilverfahrens, das berufen ist, die infolge einer Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit abzuwenden oder die Berufsfähigkeit wieder herzustellen, einen gewissen Ausgleich; denn unzweifelhaft wird das Heilverfahren dazu beitragen, einer ganzen Reihe von Versicherten die Überwindung der Wartezeit zu ermöglichen. Für diejenigen Versicherten jedoch, die innerhalb der Wartezeit sterben, sieht das Gesetz eine Rückzahlung der geleisteten Beiträge an die Hinterbliebenen vor (vgl. Nr. VI Ziff. 2 Abs. 3).

Bei der großen Bedeutung, die die Angestelltenversicherung auch für die Forstbeamten, insbesondere für die im Privatdienst beschäftigten, hat, soll das neue Gesetz, das 399 Paragraphen umfaßt, auch vom Standpunkte dieser Beamten aus erörtert werden.*)

I. Versicherungspflicht (§§ 1 bis 6).

Versicherungspflichtig sind vom vollendeten 16. Lebensjahre an:

1. Angestellte in leitender Stellung, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet;
2. Betriebsbeamte (Gutsverwalter, Gutsinspektoren, technisch gebildete Betriebsbeamte in Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft usw.), Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung. Bureauangestellte, soweit sie nicht mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden (es sind z. B. versichert: Sekretäre, Registratoren, Kassenbeamte, Rechnungsführer auf Gütern), sämt-

*) Denjenigen, welche sich über die Materie eingehender unterrichten wollen, empfehlen wir die im Verlage von Franz Vahlen in Berlin erschienene Textausgabe des Gesetzes mit Einleitung und Sachregister (nebb. 1,20 Mk.), sowie die von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte herausgegebene Anleitung, betreffend den Kreis der nach dem Gesetze versicherten Personen, vom 20. Juni 1912 (Berlin-Lichterfelde, Verlag der „Arbeiterversorgung“, 30 Pf.).

lich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet;

3. Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken;
4. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen;
5. Lehrer und Erzieher;
6. bestimmte Angestellte der Schifffahrt.

Voraussetzung der Versicherung ist für alle diese Personen, daß sie nicht berufsunfähig (vgl. Nr. V Biff. 1) sind, daß ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 M nicht übersteigt und daß sie beim Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung (dieser Zeitpunkt ist für die jetzige Generation der 1. Januar 1913) das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben. Die Versicherung kann frühestens mit dem 1. Januar 1913 begonnen werden.

Diejenigen Angestellten, welche bereits nach der Reichsversicherungsordnung (§§ 1226 ff.) versicherungspflichtig sind, das sind alle Angestellten mit einem Gehalt bis zu 2000 M (etwa 75 v. H. aller Angestellten), werden nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz, also **doppelt**, versichert. Sie erhalten die Leistungen beider Versicherungszweige bis zu einem gewissen Betrage (vgl. Nr. XI Biffer 3).

Das Gesetz nimmt davon Abstand, den Begriff des „Angestellten“ zu bestimmen. Es grenzt den Kreis der Versicherungspflichtigen dadurch ab, daß nach unten hin alle der handarbeitenden Bevölkerungsklasse angehörenden Personen (Arbeiter, Gesellen, Dienstboten usw.), nach oben hin die Selbständigen von der Versicherung ausgeschlossen werden. In der Abgrenzung der innerhalb dieses allgemeinen Rahmens in Betracht kommenden Personengruppen schließt sich das Gesetz in der Hauptsache an die Reichsversicherungsordnung an.

Die Versicherungspflicht ist auf Personen beschränkt, die gegen Entgelt tätig sind (Lehrlinge sind also nicht versichert). Zum Entgelt gehören neben Arbeitsverdienst, Gehalt, Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt baren Geldes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält (Provisionen, Gratifikationen, freie Wohnung und Feuerung, Dienstland usw.). Der Wert der Sachbezüge wird nach Ortspreisen berechnet, welche die untere Verwaltungsbehörde festsetzt.

Die Tätigkeit, welche eine verheiratete Person (Mann oder Frau) in dem Betriebe ihres Ehegatten ausübt, macht diese Person nicht versicherungspflichtig, auch dann nicht, wenn durch diese Tätigkeit eine versicherungspflichtige Arbeitskraft erspart wird.

II. Versicherungsfreiheit.

Die §§ 7 bis 14 regeln eine Reihe von Ausnahmen von der Versicherungspflicht. Sie gehen davon aus, daß die Versicherung entbehrlich ist für Personen, die bereits auf anderem Wege eine ausreichende Fürsorge erhalten oder die wegen des Zweckes oder der Art ihrer Beschäftigung oder wegen ihres vorgeschrittenen Lebensalters vor-

ausichtlich nicht zu einer anspruchsfähigen Anwartschaft gelangen werden. In diesen Fällen tritt die Ausnahme von der Versicherungspflicht teils unmittelbar kraft Gesetzes ein beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, teils wird sie auf Antrag des Arbeitgebers durch den Bundesrat oder auf Antrag des Versicherten durch den Rentenausschuß (vgl. Nr. XIII Biff. 3) ausgesprochen. Der Kreis der von der Versicherungspflicht Befreiten ist im wesentlichen derselbe wie der bei der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung (§§ 1232 ff. der Reichsversicherungsordnung).

1. Versicherungsfrei ist eine Beschäftigung, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird.

2. Der Bundesrat bestimmt, wie weit vorübergehende Dienstleistungen versicherungsfrei bleiben (eine solche Bestimmung ist noch nicht ergangen).

3. Versicherungsfrei sind ferner die in Betrieben oder im Dienste des Reichs, eines Bundesstaats, eines Gemeindeverbandes oder einer Gemeinde Beschäftigten, wenn ihnen Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten im Mindestbetrage nach derjenigen Gehaltsklasse gewährleistet ist, welche ihrem tatsächlichen Stelleneinkommen entspricht. Ob eine Anwartschaft als gewährleistet anzusehen ist, entscheidet für die Beschäftigten in Betrieben oder im Dienste des Reichs der Reichszentraler (Reichsamt des Innern); im übrigen entscheidet die oberste Verwaltungsbehörde desjenigen Bundesstaats, in dessen Betrieben oder Dienst die Beschäftigung stattfindet oder in dessen Gebiet der Gemeindeverband oder die Gemeinde liegt. Die vertragmäßige Gewährleistung einer Pension durch eine Privatperson befreit nicht von der Versicherung (vgl. jedoch unten Biff. 6).

4. Versicherungsfrei sind ferner:

- a) Beamte des Reichs, der Bundesstaaten, der Gemeindeverbände und der Gemeinden, solange sie lediglich für ihren Beruf ausgebildet werden, sowie die im Reichs- oder Staatsdienst (nicht Gemeindebedienst!) vorläufig beschäftigten Beamten;
- b) Angestellte in Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieben des Reichs und der Bundesstaaten, die Aussicht auf Übernahme in das Beamtenverhältnis und Anwartschaft auf ausreichende Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge haben;
- c) Personen des Soldatenstandes, die eine der versicherten Tätigkeiten im Dienste oder während der Vorbereitung zu einer bürgerlichen Beschäftigung im Reichs-, Staats- oder Gemeindebedienste ausüben (Militärangewandter);
- d) Personen, die während der wissenschaftlichen Ausbildung für ihren zukünftigen Beruf gegen Entgelt unterrichten.

Ob die Voraussetzungen unter a und b vorliegen, entscheiden die nach Biffer 3 zuständigen

Stellen. Im übrigen wird Streit über die Versicherungspflichtigkeit oder -freiheit einer Person nach Nr. XIV Ziffer 5 entschieden.

Da, wie schon hervorgehoben, bei der Angestelltenversicherung der Kreis der Versicherungspflichtigen und der von der Versicherung Befreiten im wesentlichen der gleiche ist wie bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, so wollen wir die im Preussischen Förster-Jahrbuch 1912 auf S. 132 mitgeteilten Grundsätze über die Versicherungspflicht derjenigen preussischen Forstbeamten, die noch dem Jägerkorps angehören, hier wiedergeben:

„Unter die Bestimmung zu 2*) fallen nicht solche Militäranwärter, die dem Soldatenstande nicht mehr angehören oder die eine Tätigkeit ausüben, die nicht den Übergang zu einer Beamtenstellung im Reichs-, Staats- oder Gemeindedienste bildet. Wohl aber sind die aktiven Oberjäger der Klasse A, die sogenannten Forsturlauber, während ihrer sechsmonatigen Beschäftigung im Forstdienste lediglich zu ihrer Ausbildung beschäftigt und deshalb versicherungsfrei.

Keine Personen des Soldatenstandes sind auch künftig die zur Reserve beurlaubten Jäger der Klasse A. Diese fallen vielmehr bei Beschäftigung im Reichs- oder Staatsdienste entweder unter die lediglich für ihren Beruf auszubildenden Beamten oder unter die im Reichs- oder Staatsdienst mit Anwartschaft auf Ruhegeld usw. Beschäftigten und sind danach versicherungsfrei. Stehen sie aber im Dienste einer Gemeinde oder einer Privatperson, und liegen die sonstigen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht vor, dann müssen sie versichert werden; denn eine Ausbildung für ihren Beruf würde nur dann vorliegen, wenn diese Beschäftigung zur Erlangung einer mit Anwartschaft auf Ruhegeld usw. verbundenen Stellung in dem genannten Dienstverhältnisse erforderlich ist. Daß die Reservejäger bei Beschäftigung im Staatsdienste nicht versicherungspflichtig sind, geht aus den seinerzeit erlassenen ministeriellen Bestimmungen und aus der bisher geübten Praxis hervor. Es sind bisher keine Fälle bekannt geworden, in denen Reservejäger im Staatsdienste zur Invalidenversicherung herangezogen worden sind.

Zur Unterstützung der vorstehend entwickelten Auffassungen möge noch die Bestimmung unter Nr. 9 lit. a Absatz 4 der Anweisung vom 6. Dezember 1905, betr. den Kreis der nach dem Invalidenversicherungsgesetze versicherten Personen, herangezogen werden. Hier heißt es u. a.: „Befreit ist nicht nur ein Beamter, der im Falle seiner Dienstuntauglichkeit sofort ein Ruhegehalt zu fordern haben würde, der also allen sonstigen Anso dermaßen, insbesondere hinsichtlich der vorgeschriebenen Dienstzeit, bereits genügt hat, sondern auch ein Beamter, der in eine an sich mit Ruhegehaltsberechtigung ausgestattete Stelle eingerückt ist, wenngleich er den gesicherten Anspruch auf

Ruhegehalt erst durch Zurücklegung einer längeren Dienstzeit erwerben muß. Aber auch vor Erlangung einer mit Ruhegehaltsberechtigung ausgestatteten Stelle wird ein Beamter eine Anwartschaft im Sinne des Gesetzes regelmäßig bereits dann besitzen, wenn ihm nach Abschluß seiner Ausbildung eine Stellung übertragen wird, die nach den bestehenden Verwaltungsgrundsätzen den allgemein üblichen Übergang zu einer Anstellung mit späterer Ruhegehaltsberechtigung bildet. Die Stellung eines im Staatsforstdienste beschäftigten Reservejägers oder Forstversorgungsberechtigten ist als eine derartige Übergangsstellung aufzufassen. Beschäftigung im Privatdienste ist auf alle Fälle versicherungspflichtig.“

Wir befürchten, daß man diese für die Invalidenversicherung aufgestellten Grundsätze auch auf die Angestelltenversicherung anwenden wird, obgleich die Privatstellungen der Reservejäger nur Übergangsstellungen sind und eine Notwendigkeit, diesen Beamten neben der späteren Staatspension noch weitere Bezüge im Zwangswege zu sichern, nicht vorliegt. Nun werden zwar die Invalidenrente und das Ruhegeld der Angestelltenversicherung, ebenso die Hinterbliebenenrenten, neben der Staatspension gezahlt (XI, 3), so daß die gezahlten Versicherungsbeiträge nicht vergeblich aufgewendet sein würden, zumal sie auch die wertvolle Anwartschaft auf ein meistens sehr kostspieliges Heilverfahren gewährleisten — immerhin aber sind die Beiträge zur Angestelltenversicherung so hoch, daß sie den Forstbeamten, die häufig noch andere Versicherungen (Lebens-, Unfall-, Haftpflichtversicherung) eingehen, eine drückende Last sein werden. Andererseits muß aber auch berücksichtigt werden, daß durch die Befreiung von der Versicherung auch der Beitragsanteil des Dienstherrn wegfällt, so daß der Befreiungsantrag eines Angestellten zugleich einen Verzicht auf die dem Beitragsanteile des Dienstherrn entsprechende Hälfte der Versicherungsleistungen in sich birgt. Dennoch empfehlen wir den Reservejägern, wenigstens den Versuch zu machen, von der Angestelltenversicherung freizukommen, und sich hierbei darauf zu berufen, daß die gegen Entgelt zugebrachte außerstaatliche Dienstzeit auf die pensionsfähige Staatsdienstzeit angerechnet wird (Förster-Jahrbuch 1912 S. 35, 41 und Deutsche Forst-Zeitung Bd. 27 Nr. 41 Seite 816), und daß die Regierung bei der Beratung der Angestelltenversicherung wiederholt erklärt hat, daß Personen, welche nur für kurze Zeit eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausüben und dann in eine mit Pensionsberechtigung ausgestattete Staats- u. dergl. Stellung treten, von der Versicherung frei bleiben sollen, wie dies auch vom Gesetz (i. O. Ziffer 4 lit. b) bezüglich der Angestellten in Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieben, die Aussicht auf Übernahme in das Beamtenverhältnis haben, ausdrücklich ausgesprochen worden ist. Den Weg, auf dem die Befreiung von der Versicherungspflicht zu erzielen ist, haben wir unter Nr. XIV Ziffer 5 angegeben. Da über die Versicherungspflicht oder -freiheit einer Person bei der Angestelltenversicherung

*) In vorliegendem Aufsatze Nr. II Ziffer 4 lit. c.

andere Instanzen als die bei der Invalidenversicherung zu entscheiden haben, so ist es nicht ausgeschlossen, daß jene Instanzen in der hier besprochenen Frage eine andere Stellung einnehmen als die Behörden der Invalidenversicherung. Wir bitten, uns den Ausgang solcher Streitfälle mitzuteilen. Das Einfachste wäre allerdings, wenn die Dienstherren sich verpflichteten, die Versicherungsbeiträge ganz zu tragen. Vgl. auch unten Ziffer 6.

Denjenigen Reservejägern, welche vor dem 5. Dezember 1911 eine Lebensversicherung abgeschlossen haben, empfehlen wir auf alle Fälle, sie schleunigst (noch vor dem 1. Januar 1913) durch Nachversicherung auf eine solche Höhe zu bringen, daß die Prämien ihre Beitragsanteile zur Angestelltenversicherung erreichen, und daraufhin die Befreiung von dieser Versicherung zu beantragen (vgl. XVI). Den anderen Reservejägern aber raten wir, beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung die Versicherung freiwillig fortzusetzen. Sie können hierzu die niedrigste Gehaltsklasse wählen und, wenn sie die Wartezeit von 120 bzw. 150 Beitragsmonaten (einschließlich der Pflichtmonate) erfüllt haben — Nr. VI Ziffer 1 —, durch Zahlung der Anerkennungsgeldgebühr von 3 M. jährlich die Anwartschaft aufrechterhalten (vgl. Nr. VII Abs. 1). Daneben würden sie, wie wir wiederholt empfohlen haben, die Invalidenversicherung fortzusetzen haben, wozu sie im Notfalle die niedrigste Lohnklasse benutzen und sich auf die Mindestzahl von 20

Wochenbeiträgen in zwei Jahren — von dem auf der Quittungsform verzeichneten Ausstellungstage ab gerechnet — beschränken könnten.

Ein Beispiel soll vor Augen führen, was ein im Gemeinde- oder Privatdienst tätig gewesener Forstbeamter bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung an Beiträgen zu leisten hatte und was er hierfür empfängt:

Ein ehemaliger Reservejäger, der am 1. Januar 1913 im Alter von 22 Jahren in Privat- oder Gemeinbedienst getreten war und in diesem zehn Jahre zugebracht hatte, wird mit 60 Jahren bei einem pensionsfähigen Gesamteinkommen von 3196 M. als Förster dienstunfähig, oder er stirbt in diesem Alter und hinterläßt Frau und ein Kind unter 15 Jahren. Er hat beim Eintritt in den Staatsdienst die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung fortgesetzt, und zwar die erstere dadurch, daß er in der bisherigen Weise (wöchentlich eine Marke der Lohnklasse V, 48 S.) regelmäßig weitergeleitet hat, die Angestelltenversicherung dagegen durch Entrichten der Anerkennungsgeldgebühr von 3 M. jährlich. Er war im Alter von 50 Jahren mehrere Monate krank, und die Invaliden-Versicherungsanstalt oder die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hatte ihm durch Unterbringung in einem Sanatorium auf ihre Kosten ein erfolgreiches Heilversuchen angedeihen lassen. Was hat er nun zu den Versicherungen beigefeuert, und was erhalten er und seine Hinterbliebenen dafür von den Versicherungsanstalten und vom Staate bei seiner Pensionierung oder bei seinem Tode?

	Gesamtbeiträge		Jährliche Bezüge					
			des Mannes		der Witwe		des Kindes	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Invalidenversicherung (vgl. Förster-Jahrbuch 1912 S. 136, 137, 138)	a) In den ersten 10 Jahren (Versicherungspflicht) die Hälfte v. 48.52.10 =	124 80	—	—	—	—	—	—
	b) 28 Jahre freiwillige Weiterversicherung (48.52.28) =	698 88	—	—	—	—	—	—
	Zusammen	823 68	887	12	151	14 ¹⁾	75	57 ²⁾
Angestelltenversicherung (Klasse D)	a) In den ersten 10 Jahren (Pflichtversicherung) die Hälfte v. 6.60.12.10 =	408 —	—	—	—	—	—	—
	b) Anerkennungsgeldgebühr (8.28) =	84 —	—	—	—	—	—	—
	Zusammen	492 —	204	—	81	60	16	32 ³⁾
Staatspension	—	—	2397	—	958	80	191	76 ³⁾
Zusammen jährlich			2388	12	1191	54	283	65

5. Auf seinen Antrag wird von der Versicherungspflicht befreit, wenn von dem Reiche, einem Bundesstaat, einem Gemeindeverband oder einer Gemeinde Ruhegeld, Wartegeld oder ähnliche Bezüge im Mindestbetrage nach den Sätzen der Gehaltsklasse A bewilligt sind und daneben Anwartschaft auf Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet ist. Über den Antrag entscheidet der für den Wohnsitz des Antragstellers zuständige Rentenausschuß (vgl. Nr. XIII Ziff. 3). Der Rentenausschuß widerruft die Befreiung, sobald ihre Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Auf Beschwerden entscheidet das Schiedsgericht (vgl. Nr. XIII Ziff. 4) endgültig.

6. Der Bundesrat kann auf Antrag des Arbeitgebers bestimmen, wie weit die vorstehend unter Ziffer 3 und 4 lit. a. und b. sowie Ziffer 5 mitgeteilten Bestimmungen gelten für a) die in Betrieben oder im Dienste anderer öffentlicher Verbände oder von Körperschaften Beschäftigten, wenn ihnen mindestens die in Ziffer 3 bezeichneten Anwartschaften gewährleistet sind oder sie lediglich für ihren Beruf ausgebildet werden; b) Personen, denen auf Grund früherer Beschäftigung bei solchen Verbänden oder Körperschaften Ruhegeld, Wartegeld oder ähnliche Bezüge in dem in Ziffer 3 bezeichneten Mindestbetrage bewilligt sind und daneben

eine Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung gewährleistet ist;

- c) Beamte und Bedienstete der landesherrlichen Forst-, Domänen-, Kameral-, Forst- und ähnlichen Verwaltungen und der landesherrlichen Verwaltungen sowie Angestellte in Betrieben, für die eine besondere Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung bereits durch reichs- oder landesrechtliche Vorschriften geregelt ist.

7. Angestellte, die am 1. Januar 1913 das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit, wenn ihnen die Abkürzung der Wartezeit nicht gestattet wird (vgl. Nr. VI Ziff. 2 Abs. 1) oder aus einem anderen Grunde unmöglich ist (§ 397).

Vergleiche hierzu auch Nr. XVI (Befreiung der Angestellten von der Beitragsleistung bei Lebensversicherung).

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen.

— Ist eine baldige Revision der preussischen Besoldungsordnung zu erwarten? In dem preussischen Abgeordnetenhaus wurde neulich über eine Petition der Justizsekretäre verhandelt, die eine Herabsetzung der Aufrückungsfrist von 24 auf 21 Jahre unter Fortfall der ersten Besoldungsstufe anstreben. Bei den Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die jetzt bestehende Verschiedenheit mit den anderen Sekretären auf eine irreführende Statistik zurückzuführen ist, die das durchschnittliche Lebensalter der Justizsekretäre auf 5 bis 12 Jahre zu früh angegeben hat. Verschiedene Abgeordnete betonten daher, daß bei der unabweislichen, demnächstigen Änderung der Besoldungsordnung der Fehler beseitigt werden müßte. Der Abgeordnete Bartsch führte aus, daß bisher sowohl die Staatsregierung wie die Mehrheit des Hauses auf dem Standpunkt standen, an der Besoldungsordnung dürfe zurzeit nicht gerüttelt werden. Neuerdings scheine aber bei großen Parteien des Hauses in dieser Beziehung ein Umschwung eingetreten zu sein, wie insbesondere die Verhandlungen über die Petition der Förster am Schluß des vorigen Tagungsabschnittes dargetan haben.

— Die Beratung der Besoldungsvorlage für die sächsisch-lothringischen Landesbeamten wurde am letzten Dienstag von der Kommission wieder aufgenommen. Vollzählig waren die Abgeordneten erschienen. Auch die Regierung hatte sich in starker Zahl eingefunden. Mit den Gehältern der Unterbeamten ging man an, und man gewann den Eindruck, daß die Parteien sich während der Ferien völlig geeinigt hatten. Günstig war die Stimmung für die unteren Beamten. Sie sollen noch 200 bis 300 M. mehr bekommen, als die Regierung vorschlug. Auch bei den mittleren Beamten blieb man bisher bei keiner Kategorie unter dem Regierungsentwurf zurück. Einige Kategorien erhöhte man selbst, so z. B. die Reallehrer, Handelslehrer, Zollsekretäre, Regierungsekretäre der Zolldirektion und der Direktion der Verkehrssteuern. Über die Stellungnahme der Kommission zu den Gehältern der Kaiserl. Förster sind verschiedene Nachrichten verbreitet worden; nach der einen habe eine Verminderung der Höhe der Gehaltsätze stattgefunden, nach einer anderen dagegen eine Verminderung der Gehaltsstufen. Die Kom-

mission hat inzwischen bekannt gemacht, daß die über ihre Vorbeschlüsse veröffentlichten Zeitungsnachrichten teilweise unrichtig seien, sie hat zudem beschlossen, Stillschweigen zu bewahren. Wir werden, sobald authentische Angaben feststehen werden, erneut berichten.

— Beamtenkammern. Das Verlangen nach einer von der Beamtenschaft selbst gewählten Vertretung innerhalb der Verwaltungen ist sowohl aus der Mitte der öffentlichen Beamtenschaft wie auch von den Mitgliedern verschiedener Parteirichtungen im Reichstage und in den Landtagen schon seit Jahren mehrfach vorgebracht worden, ohne daß diese für die Beamtenschaft äußerst wichtige Angelegenheit bis jetzt eine nennenswerte Förderung erfahren hätte. Außer einer verhältnismäßig kleinen Anzahl größerer Kommunalverwaltungen, die teils aus Wohlwollen für ihre Beamten, teils in richtiger Erkenntnis der vielen Vorteile einer solchen zeitgemäßen Einrichtung Beamtenausschüsse eingerichtet haben, haben sich die Reichs- und Staatsbehörden sowie die Mehrzahl der Stadtverwaltungen zu einer solchen Einrichtung noch nicht verstehen können, weil sie dadurch (merkwürdigerweise) eine Forderung der Disziplin befürchten. Neuerdings scheint sich aber auch bei den größeren Stadtverwaltungen allmählich die Ansicht durchzusetzen, daß die Schaffung einer Vertretung für den umfangreichen Beamtenapparat nicht nur nicht schädigend wirken würde, sondern als eine unbedingt notwendige Institution anzusehen ist. So ist man in der hamburgischen Bürgerschaft anscheinend zu der Überzeugung gelangt, daß es den entscheidenden Körperschaften wohl immer recht schwer fallen dürfte, in Beamtenfragen befriedigende Entscheidungen zu treffen, wenn nicht die Beamten als die allein Sachverständigen zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Fraktion der Rechten in der Hamburger Bürgerschaft hat nämlich den folgenden Antrag eingebracht: Die Bürgerschaft ersucht den Senat um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, betreffend Einrichtung eines durch freie Wahl zusammengesetzter Beamtengruppen zu bildenden Ausschusses aller festangestellten Beamten, der die Aufgabe haben soll:

1. den Verwaltungsbehörden über dienstliche Einrichtungen, insbesondere Besoldungsverhältnisse und Fragen der Verwaltungskreform, Gutachten zu erstatten,

2. berufliche Angelegenheiten zu beraten und bezüglich Anregungen den zuständigen Behörden zu unterbreiten,

3. auf gezieltes Zusammenwirken und opferfreudige Berufsarbeit der Beamten hinzuwirken.

Die „Hamburgische Beamtenzeitung“ schreibt hierzu: Mit Genugtuung ist es zu begrüßen, daß endlich, endlich der Antrag auf Schaffung einer solchen das Licht der Bürgerschaft erblickt hat und damit der Erfüllung einer alten Forderung der Beamtenchaft der Weg geebnet worden ist. Wie segensreich eine Beamtenkammer wirken wird, ist leicht an den gesetzmäßigen Vertretungen anderer Berufsstände zu ersehen. Wer würde nicht, welchen Wert die Anregungen und Gutachten der Handelskammer, der Gewerbekammer und der Detaillistenkammer als Unterlagen zu den Beschlüssen der Verwaltungsbehörden und des Senats haben? Man kann sich die Hamburgische Verwaltung ohne diese Korporationen überhaupt nicht mehr denken, so unentbehrlich haben sie sich erwiesen. Genau so wird sich die Beamtenkammer später als unentbehrlich herausstellen, und man wird mit Verwundern auf die Zeit zurückblicken, wo man glaubte, ohne Beamtenkammer auskommen zu können. (Zeitschrift für Polizei- und Verwaltungsbeamte).

— Die Anwärter für den Privatforstdienst.

In einer größeren Zahl Tageszeitungen und in forstlichen Blättern wird der Erlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, durch den den königlichen Oberförstern unterlagt wird, ständig Lehrlinge für die Privatförsterlaufbahn auszubilden, sowie junge Leute, die zum Privatförsterberuf Neigung haben, durch Annoncen in forstlichen und jagdlichen Zeitungen zu suchen, nicht mit Unrecht als eine Warnung vor dem Eintritt in diese Laufbahn hingestellt. Es ist tatsächlich eine so große Anzahl von Anwärtern für Försterstellen im Privatdienst vorhanden, daß es ganz ausgeschlossen erscheint, daß alle in absehbarer Zeit eine berufsmäßige Beschäftigung finden können. Viele von ihnen, die diese Laufbahn in ihrer Jugend mit Freude zum Walde und zur Jagd begonnen haben, sehen sich genötigt, schließlich eine Stellung anzunehmen, die mit der eigentlichen Försterbeschäftigung kaum etwas zu tun hat. Nach Äußerungen aus dem Verein der Privatförsterbeamten Deutschlands sind auch die Besoldungsverhältnisse keineswegs glänzend, da bei dem starken Angebot vielfach mangelhaft ausgebildete Bewerber durch geringe Forderungen die tüchtigeren Elemente unterbieten. Zu der Überfüllung des Privatförsterstandes dürften aber diejenigen, die ihre Laufbahn mit der Lehre auf einer königlichen Oberförsterei begonnen haben, nur zu einem sehr geringen Bruchteil beigetragen haben. Ihre Anzahl ist zu klein im Vergleich zu der großen Menge derer, die ihre Lehrzeit in Privatrevieren durchgemacht und namentlich derjenigen, die ihre Ausbildung fast ausschließlich auf den privaten „Forstschulen“ oder „forstlichen Vorbereitungsschulen“ genossen haben. Gerade diesen Schulen, die neuerdings in einer den Bedarf weit überschreitenden Zahl entstanden sind, ist eine große Schuld an der besagten Überfüllung

zuzuschreiben. Soll daher der Erlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Anfang einer Besserung in der Privatförsterlaufbahn einleiten, so kann er eine bemerkenswerte Wirkung nur haben, wenn er nachdrücklich durch die Privatförsterbesitzer selbst unterstützt wird. Auch dort müßte vor allen Dingen eine erhebliche Beschränkung in der Annahme von Lehrlingen eintreten, und die Bedingungen für deren Annahme müßten denen der deutschen Staatsförsterverwaltungen ähnlich sein. Auch eine sorgfältige Auswahl bei der Försteranstellung und eine gründliche Prüfung der von den Bewerbern vorgelegten Zeugnisse würde in gleichem Sinne wirken. Dem Verein der Privatförsterbeamten Deutschlands gehören neben den Forstbeamten auch eine sehr große Zahl der Privatförsterbesitzer Deutschlands als Mitglieder an. Es wäre also gerade dieser Verein eine geeignete Vertretung, den Erlaß des Ministers für den Kreis seiner Mitglieder als beachtenswerte Richtlinie hinzustellen und nachdrücklich dahin zu wirken, daß die Annahme von Lehrlingen nach Möglichkeit beschränkt wird, sowie daß Grundsätze darüber aufgestellt und allseitig anerkannt werden, welche Anforderungen an Schulkenntnisse, Ausbildung und Körperbeschaffenheit der anzunehmenden jungen Leute zu stellen sind, und daß bei der Aufstellung der vorgelegten Zeugnisse und die Befähigung der Bewerber sorgfältig geprüft werden. Nur wenn die Privatförsterbesitzer selbst sich in dieser Richtung betätigen, kann dem weiteren Zufließen neuer Anwärter Halt geboten werden und damit eine Gesundung in der heute zum Schaden sowohl der Anwärter als auch der Waldbesitzer überfüllten Privatförsterlaufbahn herbeigeführt werden.

— **Fürsorge für Waldbarbeiter.** Die von der Stadt Glogau im Umlegungsverfahren erworbenen Flächen von Klein- und Groß-Forstern sollen im nächsten Frühjahr aufgeforstet werden. Zur Ausführung dieser Arbeiten werden 50 Waldbarbeiterinnen benötigt. Um diesen die weiten Wege nach der Arbeitsstelle zu ersparen, hat der Magistrat die Aufstellung einer Wellblechbarade auf der Kulturläche zum Preise von 5000 M. beschlossen, in welcher die 50 Kulturarbeiterinnen untergebracht und verpflegt werden sollen.

— **Naturdenkmäler des Solling.** Die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ teilen Verschiedenes über Naturdenkmäler im Solling mit und erwähnen, daß zu den größten und schönsten unter ihnen die alten Eichen gehören, die im Solling gefunden werden, so namentlich die in den zwischen dem Tale der Aule und der Weser gelegenen Waldungen, in einem großen Rechteck zwischen den Ortschaften Bodensfelde, Karlsbagen, Neuhaus und Fürstenberg. Hier ist noch die alte Poststraße erhalten, die in gerader Richtung durch Täler und über die Kuppen der Berge von Vortheim und Lauenförde führte, und die zu beiden Seiten von herrlichen alten Eichen beschattet wird. Der größte und umfangreichste dieser Zeugen grauer Vergangenheit ist danach die sogenannte „Tide Eiche“, die angeblich annähernd tausend Jahre alt sein soll. In geringer Höhe über der Erde hat der Stamm einen Umfang

von 12 m. In seinem durch das Alter ausgehöhlten Innern soll dieser Baum 25 Personen Platz zum Unterschlupf gegen Unwetter bieten. Erwähnt wird weiter die im Forstamtsbezirke Holzminnen II befindliche „Dide Eiche“, deren Stamm erst acht Personen zu umspannen vermögen. Selbst die untersten Äste sollen noch starken Eichen gleichen. Gerühmt werden weiter die „Donnerreiche“ und die „Missionseiche“ bei Karlsbasen. Erwähnt wird weiter die im Forstamte vor dem Winkel stehende Frühstüchsbuche. Diese Buche soll sich in etwa

2,5 m Höhe in vier ziemlich starke Äste teilen, die einen Umfang von etwa 10 m einnehmen. In den 25 m hohen Teilstämmen sind vom Holzmanntelsverein Tische und Bänke, die man mittels einer Leiter erreicht, angebracht. Will jemand einmal schöne Rotbuchen sehen, so wird in dieser Beziehung die Gegend von Weinbrenn erwähnt. Einige Beachtung verdienen auch die wenigen Eichen am sogenannten Breitenstein, einer steil nach der Weser zu abfallenden Felspartie.

Berichte.

Bericht über die XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins

(40. Versammlung Deutscher Forstmänner)

in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912.
Berichterstatler: Oberförster Poppe, Forstbeizt der Landwirtschaftskammer Halle a. S.
(Fortsetzung.)

Als zweiter Berichterstatter für Westdeutschland sprach Oberförster Dr. Gerhardt aus Coblenz über das gleiche Thema. Er ist selbst Gemeindeoberförster und hat dadurch Gelegenheit gehabt, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen. Er hat zwar keinen Grund, mit seiner Stellung unzufrieden zu sein, hält es aber doch für nötig, die von ihm bemerkten Mängel hier im Interesse der Förderung der ganzen Gemeindewaldwirtschaft zum Vortrag zu bringen. Es liegen seinen Ausführungen außer den ebenfalls gedruckt vorliegenden Leitsätzen und tabellarischen Zusammenstellungen Auskünfte zugrunde, die ihm von den betreffenden Regierungen zur Verfügung gestellt worden waren. Er will zunächst die verschiedenen Systeme schildern und dann daran die Frage knüpfen, was und wie geändert und abgeholfen werden muß.

Die in den Provinzen Hannover, Hessen-Nassau, Rheinland und Westfalen vertretenen Formen der staatlichen Oberaufsicht über die Gemeindeväldungen werden nach folgenden Systemen unterschieden:

1. Bei der staatlichen Beförderung auf etwa 290 000 ha liegt die Bildung der Verwaltungsbezirke und die Führung der Wirtschaft gesetzlich in der Hand des Staates.
2. Die technische Betriebsaufsicht ist auf ungefähr 380 000 ha in der Rheinprovinz und in Westfalen vertreten. Die Gemeinden wirken hier bei der Abgrenzung der Verwaltungs- und Schutzbezirke, sowie bei der Festlegung der Besoldung mit, wählen die Beamten und stellen diese nach einer erforderlichen Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde an.
3. Die allgemeine Vermögensaufsicht, bei welcher die staatliche Fürsorge sich nur auf die Erhaltung des Waldvermögens durch Entscheidung über Veräußerung und Rodung von Gemeindeväldungen beschränkt, ist in einem Teile der Provinz Hannover auf ungefähr 40 000 ha in Kraft.

Die Eigenart der Forstwirtschaft bedingt in der Gemeindeväldverwaltung einen ständigen

Kampf der verschiedensten Interessen. Man begreift bei der Bewirtschaftung der Gemeindeväldungen vielfach geringem Verständnis seitens der Waldbesitzer und Sonderinteressen und Eigennutz der Bürger selbst, welche eine große Rolle spielen und für die Verwalter der betreffenden Reviere wenig angenehm sind. Für höhere Ziele des Betriebes sind die Gemeinden selten zu haben. Die besseren Elemente werden in der Gemeindevertretung meist überstimmt. Dazu kommt, daß durch die unnötig starke Streuentnahme vielfach eine Verschlechterung des Waldbestandes eingetreten ist. Die gegenwärtige Generation stellt häufig in bezug auf Holz- und Streunutzung Ansprüche an den Gemeindeväld, die dessen Leistungsfähigkeit übersteigen und bei ihrer Erfüllung nicht nur zu unwirtschaftlicher Verwaltung, sondern mitunter auch zur Zerstörung und Verschleuderung des Waldvermögens führen. Es wird dabei zu wenig Rücksicht auf die späteren Geschlechter genommen. Entsteht in einer Gemeinde eine größere Gelddausgabe, z. B. für einen Stier, eine Wasserleitung, eine Kirche oder dergl., so muß zunächst der Wald herhalten. Dabei soll aber nach Möglichkeit der Gehalt der Beamten gedrückt werden.

Die Gemeindeväldbeamten werden vielfach als Widerfacher betrachtet, so daß häufig der Gemeindeväldbürgermeister gegen den Oberförster steht. Dieser muß sich damit trösten: „Biel Feind, viel Ehr!“ Je mehr politische Behörden bei der Bewirtschaftung der Forsten hineinzureden haben, desto unangenehmer ist es für die Beamten selbst. Der Landrat, der Kreisaußschuß, der Bürgermeister, der Gemeindeväldvorsteher, alle haben spezielle Wünsche, denen der Forstverwaltungsbeamte Rechnung tragen soll. Die Staatsregierung soll auf der einen Seite, soweit strengere Aufsicht besteht, durch ihre Gesetze Raubwirtschaft verhindern, auf der andern Seite muß ihr aber auch daran gelegen sein, das Recht der Gemeinde zu wahren und die Nutzung aus dem Forste zur finanziellen Kräftigung der Gemeinde verwenden zu lassen. Mitunter kommt hierzu noch, daß auch die allgemeine Verwaltung mit ihren politischen Gründen berücksichtigt werden muß. Dieser Widerfacher der verschiedensten Interessen zeitig zuweilen kompromisse, die nicht zum Vorteil des Waldes sein können. Die Rücksichtnahme auf die Wünsche und Interessen sowohl der Gemeinde, als auch der politischen Verwaltung führt auf jeden Fall zu

einer Schädigung der Erträge, die künftigen Geschlechtern zugute kommen sollen.

In den meisten Fällen müssen die Forstbeamten, um ihr forstliches Gewissen reinhalten zu können, den Absichten der Gemeindevertreter direkt entgegenwirken und werden insolgeßsen von diesen nicht gern gesehen. Genießen sie als Staatsbeamte den Schutz und die Autorität des Staates, so können sie sich leicht behaupten. Sind sie dagegen lediglich Gemeindebeamte, so haben sie einen besonders schwierigen Stand.

Bei den Wirkungen der Staatsaufsichtssysteme in den westlichen Provinzen Preußens wird dann zunächst die Größe der Reviere besprochen, die ja mit der Verteilung der einzelnen Waldparzellen selbst bei der Bewirtschaftung eine große Rolle spielt. Auf jeden Fall sind die Gemeindeoberförstereien zu groß, so daß es nicht möglich ist, intensiv in ihnen arbeiten zu können. Beispielsweise beträgt die Durchschnittsgröße der Gemeindeoberförstereien in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 7000 ha, und sind sie mithin ungefähr doppelt so groß, wie die königlichen. Bedenkt man die bessere Organisation und die in den meisten Fällen besser vorgebildeten Forstschußbeamten, so leuchtet ein, daß, ganz abgesehen von den vielen Schwierigkeiten, die dem Gemeindeoberförster sonst noch erwachsen, die Arbeit auf diesen großen Flächen nicht intensiv ausgeführt werden kann. Die größte Oberförsterei in der Rheinprovinz hat eine Fläche von 11700 ha. Nun besteht jeder Gemeinewald noch aus mehreren Parzellen, und eine Gemeindeoberförsterei umfaßt ungefähr 30 verschiedene Gemeinden. Die Oberförsterei Baumholder z. B. verwaltet 80 Gemeinden mit 680 verschiedenen Waldparzellen, die sich auf eine Längenausdehnung von 65 km erstrecken. Jedes Jahr muß für jede Gemeinde ein Bauungs- und Kulturplan aufgestellt werden. Ferner sollen alle Arbeiten örtlich nach ihrer Ausföhrung geprüft werden. Es ist ohne weiteres klar, daß ein Oberförster selbst bei angestrengtester Berufstätigkeit nicht imstande ist, eine derartige Aufgabe zu erfüllen.

Die Gemeindeoberförster sollen die Qualifikation der Königl. preußischen Oberförster haben. Zeitgemäße Ausbildungsvorchriften gibt es aber erst in allerneuester Zeit. Früher waren häufig die Gemeindeoberförster von sehr verschiedenem Ausbildungsgrade, was dem ganzen Stande nicht zum Nutzen gewesen ist. Es war ein großer Krebschaden, der erst in den letzten Jahren dadurch beseitigt wurde, daß Anwärter für die Kommunal-Oberförsterstellen das preußische Staatsexamen machen können.

Die Förster sind meist ausgebildet wie für den Staatsdienst, erhalten jedoch vielfach sehr schlechte Bezahlung, so daß sich königliche Anwärter selten melden. In Hannover, Westfalen und Kassel sind häufig noch Forstschußbeamte angestellt, die nicht voll ausgebildet sind. In manchen Fällen ist der Oberförster gewissermaßen der Untergebene des Landrates, der keinen Sachverständigen zur Seite hat. Hierdurch wird der Dienstbetrieb erschwert und wenig dankbar für den Beamten. Der Schußbeamte hat den Gemeindebürgermeister und den

Gemeindevorsteher als Vorgesetzte außer dem Vertreter der Regierung anzuerkennen. Eine Versetzungs- und Vertretungsmöglichkeit gibt es leider in der Gemeindeforstverwaltung noch nicht. Die Arbeitsteilung und die Dienstbefugnisse sind entschieden verbesserungsbedürftig, und vor allem muß die Abhängigkeit von den Gemeinden bei und vor der Anstellung ausgeschaltet werden.

Der Zustand der Gemeindeforsten ist im allgemeinen da am besten, wo das strengste Aufsichtssystem besteht. In den westlichen Bezirken mit technischer Betriebsaufsicht ist durch die staatliche Oberaufsicht zwar viel gebessert worden, in vielen Gegenden steht aber die Waldwirtschaft infolge früherer Sünden noch lange nicht auf der Höhe der Zeit.

Von großem Einflusse ist dabei die mangelnde Organisation der Forstbetriebs Einrichtungen. Dringend wünschenswert ist der möglichst einheitliche Vollzug der Forsteinrichtungen durch eine technische Zentralbehörde, die in der Hand des Staates oder der Provinz liegen muß. Desgleichen empfiehlt sich die Einführung von allgemeinen Wirtschaftsregeln und von Wirtschaftsräten, wie solche beispielsweise in Hessen bestehen.

Die Verwertung des Holzes ist überall im Westen Sache der Gemeinden. Obwohl der Verkauf des Nutzholzes, der ohne weitgehende technische Kenntnis nicht gut möglich ist, weit besser in der Hand des Oberförsters als in der des Bürgermeisters oder Vorstehers liegen würde, kann zunächst an der bestehenden Einrichtung nichts geändert werden, da man das Selbstverwaltungsgrecht der Gemeinde erhalten muß.

Die staatliche Beförderung in Westdeutschland gibt zur geßlichen Änderung keinen Grund. Die allgemeine Vermögensaufsicht über Gemeindevaltungen von weniger als ungefähr 20 ha Größe und für Forsten großer Städte, die einen qualifizierten Forstbeamten anstellen können, kann ebenfalls unverändert bestehen bleiben. Dagegen ist es wünschenswert, daß die technische Betriebsaufsicht in eine bessere Form der Aufsicht geändert wird.

Über die Notwendigkeit der Neuordnung speziell der rheinischen und westfälischen Gemeindeforstorganisation herrscht kein Zweifel. Es steht fest, daß ohne gesetzliche Regelung eine gründliche Verbesserung des jetzigen Systems nicht erreicht werden kann. Für das Zustandekommen der Reorganisation, die auf der Grundlage des Gesetzes von 1816 erfolgt ist, ist Grundbedingung, daß die Träger der Staatsaufsicht und die Gemeinden selbst Opfer bringen. Erstere müssen zu den Kosten eine Beisteuer, letztere müssen Verzicht leisten auf unnozierliche Selbstverwaltungsrechte, die z. B. in der Wahl, Anstellung und Besoldung der Beamten bestehen, eventuell auch verzichten auf die Mitwirkung bei der Abgrenzung der Dienstbezirke. Man möge endlich ohne Engherzigkeit ans Werk gehen. Bei dem großen Werte, der in den Gemeindeforsten festgelegt ist, und bei den großen Werten, die aus ihnen durch verbesserte Bewirtschaftung zu schaffen möglich sind, ist eine gründliche Änderung sehr erstrebenswert. Zu den zu der Neuordnung der bestehenden Verhält-

nisse erforderlichen Mitteln müßte sowohl der Staat, als auch die Provinz besteuern.

Auch diesem Redner wurde der lebhafteste Beifall der Teilnehmer gesendet.

Der dritte Referent über dieses Thema, Stadtrat, Forstmeister Läger in Görlitz, führte ungefähr folgendes aus: Er ist beauftragt, über Nord- und Nordwestdeutschland Bericht zu erstatten. Das Königreich Sachsen und mehrere thüringische Staaten haben im Jahre 1831 eine ganz allgemeine Aufsicht über die Verwaltung des Waldbvermögens der Gemeinden eingeführt. Er bezieht sich daher nur auf den Geltungsbereich des sogenannten preussischen Gemeindevaldgesetzes vom 14. August 1876, mithin auf die sieben alten östlichen Provinzen Preußens, Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Posen, Sachsen und Schlesien. Die Schaffung des Gesetzes von 1876 war erforderlich, weil mit den Mitteln der bis dahin bestehenden Gesetzgebung es nicht möglich war, die vorhandenen recht ungünstigen Walbzustände zu bessern. Die Wertlosigkeit des Gesetzes in bezug auf die Devastation der Gemeindeforsten konnte mit der Stellung und den Pflichten des Staates gegenüber den seiner Autorität unterstellten Korporationen als unverträglich bezeichnet werden. Eine Kontrolle des Staates war im Interesse der waldbesitzenden Korporationen notwendig, und durch eine gesicherte wirtschaftliche Behandlung des Waldes mußte insofern dem allgemeinen Wohl ein Dienst geleistet werden, als es notwendig erschien, weiteren Entwaldungen und den damit für die Landeskultur zusammenhängenden Nachteilen entgegenzuarbeiten.

Der Redner verbreitete sich über den Inhalt des bezeichneten Gemeindevaldgesetzes und über die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen vom 21. Juni 1877. Er besprach die Wirkungen, welche die einzelnen Paragraphen des Gesetzes während seines nunmehr 36jährigen Bestehens gehabt haben. Besonders hervorgehoben wurde der günstige Einfluß der Bestimmungen der §§ 2 (Forderung der Nachhaltigkeit der Nutzung), 3 (Forderung von Wirtschaftsplänen), 6 (Recht der Aufsichtsbehörde, den Waldzustand jederzeit örtlich nachzuprüfen), 7 (Verpflichtung der Waldeigentümer, für Schutz und Bewirtschaftung durch genügend befähigte Personen zu sorgen), 8 (Aufsichtszwang obliegender Flächen unter bestimmten Voraussetzungen) und 9 (Staatszuschüsse bei Aufforstungen). Redner ist davon überzeugt, daß das besprochene Gemeindevaldgesetz nach jeder Richtung hin ausgezeichnet gewirkt hat. Es hat geordnete Zustände in mancher Gemeindevaldung geschaffen und viele halböffentliche Waldungen sind durch dasselbe entstanden. Die Bestandsverhältnisse haben sich gegen früher gebessert. Viele Gemeinden haben jetzt höhere und dauernde Geldeinnahmen aus ihren Waldungen. Mancher Kommunalforstbeamte, der früher zeitweise gegen den forstlichen Unverstand der Gemeindevertretung zu kämpfen hatte, steht jetzt gefestigt da, weil den tüchtigen Beamten die Staatsaufsicht schützt.

Es besteht daher nach seiner Ansicht für die sieben östlichen Provinzen Preußens keine Not-

wendigkeit, eine anderweitige Regelung der Staatsaufsicht herbeizuführen oder zu beantragen, weil die Wirkung des Gemeindevaldgesetzes vollkommen genügend ist. Es schützt den Zustand des Waldes nach jeder Richtung hin und sorgt für dauernde Besserung. Der Referent schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß das vortreffliche preussische Gemeindevaldgesetz unsern zum Teil recht wertvollen Wald im Osten und Nordosten Deutschlands auch weiterhin schützen und zu weiterer Blüte bringen möge.

Nach einer Frühstückspause wird die Diskussion über dieses Thema eröffnet, und erhält zuerst Oberforstrat G r e t s c h - Karlsruhe das Wort. Bezugnehmend auf die badischen Verhältnisse, führt er ungefähr folgendes aus: Von den 1 000 000 ha Gemeindevaldungen in Süddeutschland entfallen 380 000 ha auf Baden. Drei Viertel der badischen Wälder gehören den Gemeinden und nur ein Viertel dem Staat. Der Gemeindevald spielt mithin in Baden eine große Rolle und prägt der ganzen Wirtschaft den Stempel auf. Das badische Gemeindevaldgesetz kann im nächsten Jahre auf eine 80jährige Wirksamkeit zurückblicken. Es ist in der ganzen Zeit nichts an ihm geändert worden, und die Forstbeamten leben in gutem Einvernehmen mit den Gemeinden, weil diese Vertrauen zu ihrer Tätigkeit haben. Die Bedürfnisse bei den Gemeindevaldungen spielen eine größere Rolle wie früher, wesentlich anders wie z. B. beim Staatsforste.

Das starre System des Fachwerkes bei den Einrichtungen wurde verlassen, weil es den Bedürfnissen der Gemeinden nicht entspricht und nicht genügend Beweglichkeit besitzt. Es besteht kein Zweifel, daß nach der vor etwa 50 Jahren eingetretenen Veseitigung des Fachwerkes eine freiere Bestandswirtschaft entstanden ist, und sehr viele der forstlichen Erfolge sind auf diesen Umstand zurückzuführen. Die Beamten haben sich aber selbst auch in der Zeit wesentlich geändert und haben mit der Macht der wirtschaftlichen Überzeugung mehr erreicht, als mit dem Buchstaben des Gesetzes. Erst dann, wenn die Belehrung nicht mehr ausreicht, kommt das Gesetz zur Anwendung.

Redner weist an einigen Zahlen hierauf nach, welchen Aufschwung die Gemeindevaldungen in Baden genommen haben. In den letzten 40 Jahren sind über 5000 km Waldwege neu gebaut worden. Es entfallen mithin auf eine Fläche von 100 ha 1,5 km neue Wegebauten. Es handelt sich dabei um 17 000 einzelne Anlagen, die zur Ausführung gelangt sind mit einem Kostenaufwand von 20 000 000 M. In 17 000 Fällen bedurfte es der Verhandlung mit den Waldbesitzern, aber ohne jeden Zwang und ohne Anwendung irgendwelcher gesetzlicher Mittel. Die Kosten für diese Ausgaben konnten allerdings fast ausschließlich aus dem Wald gedeckt werden. Die laufenden Einnahmen wurden durch diese Ausgaben nie gekürzt. Ein zweites Beispiel zeigt, daß forsttechnisch bei der Betriebsregelung Verbesserungen eingetreten sind. In den letzten sieben Jahren sind die Nutzungen um 20 % erhöht worden, um den Ansprüchen der Waldbesitzer zu genügen, bei voller Wahrung der

Nachhaltigkeit. Auf jeden Fall ist die Beförderung in Baden populär geworden und hat sich als sehr gut und zweckmäßig herausgestellt, so daß nicht das geringste Bedürfnis vorhanden ist, irgendwelche Veränderung eintreten zu lassen.

Königl. bayerischer Forstmeister Heiß in Unterhausen zeigt an Beispielen, daß die Bestimmungen über die Bewirtschaftung der Gemeindeforsten in Bayern vollständig ungenügend sind. Er empfiehlt aber trotzdem eine Änderung nur dann, wenn es möglich ist, auch eine ganz gründliche Abhilfe zu schaffen.

Oberförster Dr. Hertog von Berlin widerspricht einem Teile der Ausführungen von Dr. Gerhardt, die den Eindruck erwecken könnten, als wenn die Gemeinden nicht die Hilfe einer ständigen Forsteinrichtungsanstalt in Anspruch nehmen könnten. Die Landwirtschaftskammern haben die Aufgabe, die Interessen des ganzen Forstbesizes in der betreffenden Provinz zu vertreten, mithin auch die der Gemeindeforsten. Zu diesem Zwecke sind Forstabteilungen gegründet worden, welche Einrichtungsarbeiten ausführen. In der Provinz Brandenburg z. B. liegen die Verhältnisse so, daß ein besonderes Sachreferat für die Einrichtung von Gemeindeforsten besteht. Die Regierungspräsidenten haben die Städte angewiesen, die Einrichtungen der Landwirtschaftskammer zu benutzen, und sind gegenwärtig 6000 ha Gemeindeforst mit neuen Betriebsplänen zu versehen. Die Annahmen der Einrichtungsarbeiten erfolgen durch einen Vertreter der Regierung im Beisein des Forstbeirates und vollziehen sich in den allermeisten Fällen glatt. Es ist daher in Provinzen, in denen Forstberatungsstellen existieren, kaum eine Notwendigkeit anzuerkennen für staatliche oder provinzielle Einrichtungsbehörden.

Die Wirkung des Gesetzes für die östlichen Provinzen ist eine gute gewesen, aber nichts Menschliches ist vollkommen. Es ist daher Zeit, einiges daran zu ändern, eine Denkschrift darüber ist bereits ausgearbeitet worden. Die Änderungen beziehen sich auf Einrichtungen, Staatsaufsicht und Verwaltung. Alle zehn Jahre soll ein Betriebsplan aufgestellt werden. Es dauert aber meist zwanzig und häufig noch mehr Jahre, bis eine Revision stattfindet. Die Folge davon ist, daß heftigst notwendige Bestände zurückgeschoben werden.

(Schluß folgt.)

Wayerischer Försterverein.

Der 20. Generalversammlung des Bayerischen Förstervereins, die am 8. September in München stattfand, ging eine Vorstandssitzung am 7. September voraus. Den Erschienenen bereitete die Ortsgruppe München am Abend des 7. September einen herzlichen Empfang. Den Glanzpunkt der Darbietungen bildete der vom Vorsitzenden des Bayerischen Jagdschützvereins, Rechtsanwalt Dr. Schäfer, verfaßte Einakter „Der Knödelbogen“. In der Generalversammlung gab der 1. Vorstand des Bayerischen Förstervereins, Königl. Förster Haas-Reunhof, seiner Freude darüber Ausdruck, daß Ministerialdirektor von Bazza in gefestigter Gesundheit wieder nach München zurückgekehrt sei; er sprach die Hoffnung aus, daß Herr von

Bazza seiner Genesung sich dauernd erfreuen und noch recht viele Jahre zum Nutzen der bayerischen Forstverwaltung und zur Freude der bayerischen Förster, die ihm volles Vertrauen entgegenbringen und seine Abwesenheit vom Amte kühlten, wirken möge. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht zählte der Verein im abgelaufenen Jahre 40 Ortsgruppen. Die Mitgliederzahl ging infolge Ablebens von 20 Mitgliedern und Ausscheidens einer Anzahl außerordentlicher Mitglieder von 1895 auf 1550 ordentliche und 323 außerordentliche Mitglieder zurück. Aus dem Witwen- und Waisenfonds wurden in 47 Fällen Unterstützungen im Betrage von 20 bis 60 M. gewährt. Die bestehenden Wirtschaftsverträge sollen aufrecht erhalten bleiben, neue aber nicht mehr abgeschlossen werden. Auf die Forderung des Vereins, zur Besserung der Beförderungsverhältnisse Antisekretärstellen für den Rechnungsdienst zu schaffen, wurde dem Verein von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß hierzu zunächst noch kein Bedürfnis vorhanden sei, da größere Ämter einen Assessor zugeteilt hätten. Der Schaffung gehobener Assistentenstellen werde näher getreten werden, wenn sich ein Bedürfnis hierfür herausstellt. Die Regierung denke nicht daran, die Förster durch Waldwärter zu ersetzen. Die auf die Hebung der Vorbildung für den Stand gerichteten Bestrebungen waren vollständig ergebnislos. Finanzminister von Breunig nahm die von einer Abordnung des Vereins übermittelten Wünsche der Forstbeamten in freundlicher Weise entgegen, konnte aber mit Rücksicht auf die mißliche Finanzlage ihre Erfüllung nicht zusagen. Die Vereinsleitung wird es auch künftig als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, eine Besserstellung der Forstassistenten, die verhältnismäßig am schlechtesten gestellt sind, zu erreichen und der Frage der Schaffung von gehobenen Försterstellen und der Hebung der Vorbildung durch Zulassung von Einjährigberechtigten zu den Waldbauschulen volle Aufmerksamkeit zuwenden. Am Schlusse seiner Berichterstattung hält der Vorsitzende es als erwünscht, daß die Vorstände der deutschen Förstervereine unter Wahrung ihrer Selbständigkeit in allen wichtigen Fragen Fühlung gewinnen. Es wurde hierauf folgende Resolution beschlossen:

„Die heutige Generalversammlung des Bayerischen Förstervereins erkennt die Maßnahmen der Königl. Staatsregierung, welche die Lage der Forstassistenten etwas verbessert, sowie die Versicherung des kaiserlichen Wohlwollens dankbar an. Sie ist jedoch der Ansicht, daß das gemachte Zugeständnis nicht genüge. Nur die Überführung der Assistenten in Gehaltsklasse 23 und die Schaffung weiterer Vorrückungsstellen sind imstande, die bestehenden Härten zu beseitigen.“

Ein Antrag, welcher die Errichtung einer vom Verein zu gründenden Krankenkasse verfocht, wurde zurückgezogen, bis sichere Unterlagen über die Zahl der Krankheits- und Unglücksfälle der Förster, der Assistenten und der Angehörigen dieser beiden Kategorien vorliegen. Der Vertrag mit der Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft wurde unter Gewährung von Vergünstigungen für Mitglieder beim Abschluß von Haft- und Unfall-

versicherung erneuert. Schließlich hielt Förster Egenberger-Mitterfels einen Vortrag über Obstbau und Bienenzucht beim Forsthaue; seine Ausführungen, die sich auf langjährige, erfolgreiche Praxis stützten, wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Am Nachmittage des Verhandlungstages lief auf das von den Teilnehmern an den Regenten gerichtete Guldigungstelegramm folgende Antwort ein:

„Hohen Schwangau, den 8. September 1912. Herrn F. Förster Haas, Vorstand des Bayerischen Förstervereins, München. Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent waren über die Guldigung der in München tagenden 20. Generalversammlung des Bayerischen Förstervereins aufrichtig erfreut und entbieten allen Teilnehmern aufrichtigen Dank und Weidmannsgruß. Im Allerhöchsten Auftrag: Frhr. v. Wiebenmann, Generaladjutant.“

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Gesch.-Nr. III. 983.

Berlin W 9, 11. Oktober 1912.

Die Königliche Regierung erhält anliegend Abschrift einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in einer Streitfache wegen Heranziehung von Forstgrundbesitz zur Gemeindegrundsteuer nach dem gemeinen Werte.

J. A. Wesener.

An die sämtlichen Königlichen Regierungen mit Ausschluß von Trier, Aachen und Münster.

Im Namen des Königs.

In der Verwaltungstreitfache des Königlich Preussischen Forstfiskus, vertreten durch die Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten, in Trier, Klägers, wider den Bürgermeister in B. als Gemeindevorstand von S., Beklagten, beide zugleich Revisionskläger und Revisionsbeklagte, hat das Königlich Preussische Oberverwaltungsgericht, Achter Senat, in seiner Sitzung vom 5. Juli 1912 für Recht erkannt:

Auf die Revision beider Parteien wird die Entscheidung des Bezirksausschusses in Trier vom 22. Februar dahin bestätigt, daß der gemeine Wert der im Gemeindebezirke S. belegenen forstfiskalischen Grundstücke für die Steuerjahre 1908, 1909 und 1910 750 000 M. und die von diesen Grundstücken für das Steuerjahr 1908 zu zahlende Gemeindegrundsteuer 510 M. beträgt.

Die Kosten der Revisionsinstanz werden zu ein Drittel dem Kläger, zu zwei Drittel dem Beklagten auferlegt. Der Wert des Streitgegenstandes wird für alle Instanzen auf 4106,52 M. festgesetzt. Der auf den Kläger entfallende Teil des Pauschquantums bleibt für alle Instanzen außer Ansatz.

Von Rechts wegen.

Gründe: In der Landgemeinde S. wird auf Grund der Steuerordnung vom 13. Dezember 1907 eine Gemeindegrundsteuer nach dem gemeinen Wert der im Gemeindebezirke belegenen bebauten und unbebauten Grundstücke erhoben. Die Feststellung des gemeinen Werts erfolgt nach § 3 der Steuerordnung auf drei Jahre. Demgemäß wurde der Forstfiskus wegen des im Gemeindebezirke belegenen Teils der Oberförsterei Saarburg von dem Bürgermeister zu B. als Gemeindevorstand von S. unter Feststellung des gemeinen Werts dieser Liegenschaften für die

Steuerjahre 1908, 1909 und 1910 auf 2 153 000 M. zur Gemeindegrundsteuer für das Steuerjahr 1908 in Höhe von 1464,04 M. herangezogen.

Nach erfolglosem Einspruche begehrte er im Wege der Klage Herabsetzung des gemeinen Werts auf 140 266 M. und dementsprechende Ermäßigung der Steuer.

Der Kreisausschuß setzte die Steuer — unter Feststellung des gemeinen Werts auf 642 675 M. — auf 437,02 M. herab. Auf die Berufung beider Parteien erkannte der Bezirksausschuß dahin:

Unter Abänderung des Bescheides des Kreisausschusses zu Saarburg vom 27. Juni 1909 wird die Grundsteuer, welche der Kläger an die Gemeinde S. für das Jahr 1908 zu zahlen hat, auf 510 M. festgesetzt.

Gegen diese Entscheidung haben beide Parteien Revision eingelegt. Keines der Rechtsmittel ist aber begründet.

Der beklagte Gemeindevorstand rügt, daß der auf Ermäßigung gerichtete Einspruch des Klägers nicht erkennen lasse, in welcher Höhe eine Herabsetzung des gemeinen Werts und der von diesem zu berechnenden Steuer begehrt werde. Der Einspruch sei deshalb unwirksam. Infolgedessen habe die Klage als unzulässig zurückgewiesen werden müssen.

Dieser Angriff geht jedoch fehl. Zur Begründung des Einspruchs vom 27. August 1908 hatte die den Forstfiskus vertretene Königliche Regierung zu Trier auf ihr Schreiben vom 5. August 1908 (III F 4373) Bezug genommen, „womit sie dem Einspruche des Forstmeisters Gely vom 31. Juli 1908 betreffs der gleichen Veranlagung des im Gemeindebezirk B. belegenen Staatswaldbesitzes beigetreten sei und ihre Auffassung über die Gewinnung einer geeigneten Grundlage für die richtige Bewertung des Staatswaldes mitgeteilt habe“. In diesem in Bezug genommenen Einspruche vom 5. August 1908 gegen die Veranlagung des Staatswaldbesitzes im Gemeindebezirk B. hatte die Regierung ausgeführt, daß bei der Veranlagung derjenige Wert zugrunde zu legen sei, welcher sich aus einer Kapitalisierung des jährlich 29,12 M. für das Feltar betragenden Reinertrages nach einem Zinsfuße von drei Prozent ergebe. Der Bürgermeister zu B. ist zugleich Gemeindevorstand von S. Die Einsichtnahme in das angezogene Schreiben vom 5. August 1908 war ihm also jederzeit ohne weiteres möglich. Auf Grund der Angaben in diesem Schreiben konnte er, da ihm die unstreitig 135,3 ha betragende Flächengröße des im Gemeindebezirk S.

belegenen forstfiskalischen Besitzes bekannt war, genau den Betrag der begehrten Ermäßigung berechnen. Der Einspruch genügt also den gesetzlichen Erfordernissen. Wenn dann der Kläger in der Klage den der Wertermittlung zugrunde zu legenden Reinertrag für das Heftar auf 31,10 *M* erhöhte, so liegt darin eine Einschränkung des Einspruchsbegehrens, die ihm jederzeit freistand. Gegen die Zulässigkeit der Klage bestehen sonach keine Bedenken.

Der Kläger hat geltend gemacht, daß als gemeiner Wert seiner Forstländereien nicht, wie leitens des Bezirksausschusses geschehen, deren Verkaufswert, sondern vielmehr gemäß Art. II des Gesetzes betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungsteuergesetzes vom 26. Mai 1909 (Gesetzsamml. S. 349) der Ertragswert zugrunde zu legen sei. Diese Ansicht hat jedoch der Vorderrichter mit Recht als unzutreffend erachtet. Durch die Bestimmungen jenes Gesetzes wird weder für den § 25 des Kommunalabgabengesetzes noch für die auf ihm beruhenden örtlichen Steuerordnungen hinsichtlich der dauernd zu land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken bestimmten Grundstücke eine Änderung des Begriffs des gemeinen Werts als des Verkaufswerts herbeigeführt. Es genügt, auf die ausführlichen Darlegungen hierüber in den Urteilen des Gerichtshofes vom 24. November 1911 (Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 60 Seite 160) und vom 8. Dezember 1911 (Preußisches Verwaltungsblatt Jahrgang 33 S. 663) zu verweisen.

Aber auch abgesehen von den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Mai 1909 muß nach der Meinung des Klägers, wenn, wie hier, Vergleichsverläufe nicht vorhanden sind, zur Berechnung des steuerpflichtigen Wertes auf den Ertragswert zurückgegriffen werden. Dies sei derjenige Ertragswert, den die Forst als *G a n z e s*, d. h. die ganze Oberförsterei Saarburg, bei Einhaltung ihres Wirtschaftsplanes habe.

Allein auch diese Ausführungen gehen fehl. Nach § 24 des Kommunalabgabengesetzes sind der Gemeindegemeinschaft nur die in der *G e m e i n d e* belegenen Grundstücke unterworfen. Grundstücke, welche sich über den Umfang des Gemeindebezirks hinaus erstrecken, kommen hiernach als Steuerobjekt nur in Betracht, soweit sie im Gemeindebezirk liegen. Für die Bestimmung ihres gemeinen Werts sind sie insoweit als selbständiges Steuerobjekt zu behandeln. Es kann also nur in Frage kommen, welchen Verkaufswert sie, als Einheit gedacht, besitzen, nicht aber, welcher Verkaufswert ihnen im Zusammenhang mit andern außerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundstücken beizumessen ist. Selbst wenn also im vorliegenden Falle der nach der örtlichen Steuerordnung zugrunde zu legende gemeine, d. h. Verkaufswert, nach dem Ertragswerte bestimmt werden müßte, könnte nicht der Ertragswert der *G a n z e n* Oberförsterei, sondern nur derjenige der im Gemeindebezirk *S.* belegenen Parzellen hierfür maßgebend sein. Es trifft aber überhaupt nicht zu, daß, wenn Verkäufe, die sich zum Vergleiche eignen, nicht stattgefunden haben, der Ertragswert

zugrunde gelegt werden müsse und eine Schätzung ausgeschlossen sei. Der kapitalisierte Ertragswert kann unter Umständen den Verkaufswert darstellen, deckt sich aber nicht notwendig mit ihm. Dies richtet sich danach, wie der im Einzelfalle für Grundstücke der betreffenden Art in Betracht zu ziehende Kreis von Kaufbeizwebern den Kaufpreis zu berechnen pflegt. Der Vorderrichter hat nun, ohne daß ihm hierbei ein Rechtsirrtum oder ein Verstoß gegen die Vorschriften über das Verfahren zur Last fällt, tatsächlich festgestellt, daß als Käufer im vorliegenden Falle nicht Personen, welche aus der Bewirtschafung der Ländereien im Wege der Holzzaucht Ertrag ziehen wollen, sondern vielmehr solche Interessenten in Betracht kommen, welche den Holzbestand abtreiben und den Grundbesitz parzellieren würden. Unter diesen Umständen konnte er zu einem Verkaufswert gelangen, der sich aus den für einen Einzelverkauf des Grund und Bodens in Parzellen sowie des Holzbestandes zu erzielenden Preisen unter Berücksichtigung der für Risiko, Unternehmergewinn und die Kosten der Kapitalbeschaffung zu machenden Abzüge zusammenlegt.

Auch bei selbständiger Prüfung ergeben sich keine Revisionsgründe. Die Vorentscheidung war mithin zu bestätigen. Hierbei war in der Urteilsformel erläuternd darzustellen, daß der gemeine Wert der forstfiskalischen Grundstücke für den Veranlagungszeitraum der Steuerjahre 1908, 1909 und 1910 auf 750 000 *M* festgestellt wird. Der Vorderrichter hatte sich darauf beschränkt, im Tenor seiner Entscheidung nur den Betrag der für das Steuerjahr 1908 zu zahlenden Grundsteuer zu bestimmen. Die Veranlagung des gemeinen Werts war im vorliegenden Falle auf Grund der örtlichen Steuerordnung für mehrere aufeinander folgende Rechnungsjahre erfolgt, was nach § 64 des Kommunalabgabengesetzes zulässig war. In diesem Falle unterliegt die Festsetzung des gemeinen Werts, unabhängig von der Steuer, der selbständigen Anfechtung im Wege des Einspruchs und der Klage (vgl. Urteil vom 23. Dezember 1902, Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band 43 Seite 56). Es ist daher über diese Veranlagung in der Urteilsformel Entscheidung zu treffen.

Den Streitwert hat der Vorderrichter unrichtig auf 1380 *M* festgestellt. Es handelt sich hier um einen dreijährigen Veranlagungszeitraum. Den Wert des Streitgegenstandes bildet sonach das dreifache des streitigen einjährigen Steuerbetrages. Die Steuerforderung des Beklagten beträgt 1464,04 *M*, während der Kläger nur 95,20 *M* zugestehen will. Der Unterschied beläuft sich mithin für ein Jahr auf 1368,84 *M*, also beträgt der Streitwert, für den dreijährigen Zeitraum berechnet, $3 \times 1368,84 \text{ M} = 4106,52 \text{ M}$.

Außerdem hatte der Vorderrichter zu Unrecht den auf den klagenden Forstfiskus entfallenden Teil des Rauchquantums nicht außer Ansatz gelassen, was nach § 107 Ziffer 5 des Landesverwaltungsgesetzes geschehen mußte. Auch dies war in der Urteilsformel richtigzustellen.

Zu übrigen beruht die Entscheidung über die Kostenlast auf § 103 des Landesverwaltungsgesetzes.

Urkundlich unter dem Siegel des Königlichen Oberverwaltungsgerichts und der verordneten Unterschrift.
(Siegel.)

Berner.

Besondere Aufwendungen bei Versezungen.

Allgemeine Verfügung Nr. 64/1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Gesch.-Nr. 1B Ia 5181/II - 9441 III - 10218/IA IV 1880.
Berlin W 9, 16. Oktober 1912.

In Ergänzung meines Erlasses vom 15. November 1911, Allgemeine Verfügung Nr. 77 1911, betreffend besondere Aufwendungen bei Versezungen, genehmige ich, daß auch die Kosten über das ortsübliche Maß hinausgehender Aufwendungen zur Weitervermietung der Wohnung, insbesondere Instandsetzungskosten, Mietnachlaß an den folgenden Mieter, sowie eine an den Vermieter gezahlte Abstandssumme und die Kosten einer mehr als zweimaligen Bekanntmachung in der Zeitung vom 1. April d. Js. ab dem verletzten Beamten dann erstattet werden, wenn dadurch nachweislich eine Ersparnis an dem gemäß § 4 Abs. 2 des Umzugskostengesetzes vom 24. Februar 1877 zu vergütenden Mietzinse erzielt worden ist. Gleichzeitig erteile ich die Ermächtigung, bei Erstattung des Mietzinses an verletzte Beamte die in dem Mietzins etwa mitenthaltene Entschädigung für die Bereitstellung einer Zentralheizung mit Wirkung vom 1. April d. Js. ab nicht mehr abzusetzen, sondern mitzubergüten.

R. B.: Küster.

An die Königlichen Regierungen und die Herren Direktoren der Königlichen Forstakademien in Eberswalde und Münden.

Bekämpfung der Nonne durch Leimringe.*)

Allgemeine Verfügung Nr. 22 für 1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Gesch.-Nr. III 9223.

Berlin W 9, 14. Oktober 1912.

Anliegend übersende ich Abschrift eines Berichts der Königlichen Regierung zu Lüneburg über das Ergebnis eines größeren Versuches zur Nonnenbekämpfung mittels Leimringe.

*) Siehe Leitartikel heutiger Nummer.

Ich bemerke dazu, daß die ca. 47 ha große Versuchsfäche der Oberförsterei Bledede zuerst im Sommer 1911 von der Nonne besogen war. Nach beendetem Flug wurde eine starke Eierablage auf der ganzen Fläche festgestellt. Genauere Untersuchungen ergaben, daß die Eier in der überwiegenden Mehrzahl an den unteren Stammteilen abgelegt waren. Es lagen somit hier die Verhältnisse besonders günstig, um eine weitere Verbreitung des Insekts durch Leimung zu verhindern.

J. A.: Wesener.

An sämtliche Königlichen Regierungen mit Ausnahme von Aurich und Münden, sowie an die Herren Forstakademie-direktoren zu Eberswalde und Mann-Winden und die Leiter der Forstlehrlingschulen zu Margoninshof, Steinbusch, Spangenberg und Hagenburg.

— **Gemeindesteuervorrecht der preussischen Beamten.*)** (Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 10. Oktober 1911.) Um im Sinne des Gesetzes vom 16. Juni 1909 als ein vor dem 1. April 1909 angestellter Beamter angesehen zu werden, ist nicht erforderlich, daß der Kläger vor diesem Zeitpunkte ein Beamter in dem begrenzten Sinne des § 2 der Verordnung vom 23. September 1867 war und sich im Genusse einer Besoldung und des Steuervorrechts dieser Verordnung befand. Das Gesetz vom 16. Juni 1909 verlangt nur, daß die Beamten, auf die auch nach dem 1. April 1909 noch die Verordnung von 1867 Anwendung finden soll, schon vor dem 1. April 1909 angestellt waren (ein öffentliches Amt bekleidet — überhaupt ein Amt innegehabt — haben), also nur Beamteneigenschaft schlechthin. Von dem Beamtenbegriff in diesem allgemeinen Sinne, an dem das Gesetz nicht hat ändern wollen und auch nicht geändert hat, ist daher auszugehen, wenn es sich darum handelt, ob jemand zu der älteren oder zu der jüngeren Klasse der Beamten des § 2 des Gesetzes gehört. Auf die älteren Beamten findet die Verordnung von 1867 und auf die jüngeren das Gesetz von 1909 Anwendung.

*) Vergl. den Leitartikel in Nr. 13 auf Seite 261.

Verschiedenes.

— **Dr. Karl Köhler**, ehemaliger Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamts und Wirklicher Geheimer Rat, ist am 28. Oktober zu Göttingen, wohin er sich im Jahre 1905 nach seinem Rücktritt in den Ruhestand zurückgezogen hatte, im 66. Lebensjahre verstorben. Der „Staatsanzeiger“ schreibt über den Verstorbenen: „An der Vorbereitung und dem Zustandekommen der Nahrungsmittelgesetze in den 80er und 90er Jahren, an der Seuchengesetzgebung des Reichs nach dem Auftreten der Cholera im Jahre 1892, an der Entsendung der vom Reich ausgegangenen wissenschaftlichen Expeditionen zur Erforschung der Pest und der Schlafkrankheit, an der Aufnahme und Durchführung des Kampfes gegen die Tuberkulose, ebenso wie an allen Gesetzen und Verwaltungs-

maßnahmen des Reichs auf veterinärem Gebiete, hat Köhler hervorragenden Anteil genommen. Unter seiner Leitung begannen und entfalteten sich auch im Gesundheitsamte die Arbeiten zur Bekämpfung der Schädlinge in Land- und Forstwirtschaft, die später der nunmehr selbständigen Kaiserlichen Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft überwiesen worden sind.“

— Waldreservate in Deutsch-Ostafrika.

Durch Bekanntmachung vom 20. September 1912 sind in Deutsch-Ostafrika wiederum größere Flächen Waldes zu Reservaten erklärt worden. Es sind im Bezirk Dar-es-Salaam 184 ha, Iringa 75 000 ha, Mombasa 10 000 ha, Mororo 3000 ha, Mwanja 2300 ha, Ruanda 3000 ha, Tabora

17 000 ha, Langa 700 ha, Ubbjst 6000 ha, Urundi 2000 ha, Wilhelmstal 1400 ha. In diesen Reservaten ist die Gewinnung von Walberzeugnissen jeglicher Art dem Landesfiskus vorbehalten. Die Befriedelung oder Bebauung des Bodens, wie auch der Weiddegang von Vieh jeglicher Art ist nur durch Erlaubnis der Behörden zulässig.

— **Übungen von Wilddiebspatrouillen auf den Forstlehrschülern** wären sehr wohl geeignet, die Zöglinge auf die Gefahren ihres späteren Berufsweiges vorzubereiten und ihre Geistesgegenwart für künftige Fälle zu stärken. Schilderungen über Zusammenstöße von Forstbeamten mit Wilderern lassen sich selten vollständig objektiv geben. Meist ist nur ein Beamter allein beteiligt, und es ist ganz natürlich, daß diesem in der Erregung, in einem Moment, in dem häufig sein Leben auf dem Spiel steht, mancher Umstand entgeht. In den Fällen, in denen der Beamte auf dem Kampfplatze getötet wurde, läßt sich der Vorgang ohnehin nur auf Grund von Vermutungen feststellen. Die meisten Darstellungen solcher Zusammenstöße lassen erkennen, daß Wilderer nur dann schießen, wenn sie glauben, sich in Deckung zu befinden, sei es bei der Begegnung mit dem Beamten selbst oder während der Verfolgung. In allen Fällen ist damit zu rechnen, daß Personen, die dem Wilderergewerbe nachgehen, jeden Augenblick darauf gefaßt sind, von Beamten überrascht zu werden, und besonders dann überaus vorsichtig handeln werden, wenn sie auf Wild geschossen haben, also wissen, daß die Aufmerksamkeit auf sie gelenkt ist. Der Frevler ist daher dem Beamten gegenüber zumeist im Vorteil. Eine systematische Übung von Wilddiebspatrouillen ist also Bedürfnis und kann den angehenden Forstbeamten für später sehr wertvolle Fingerzeige geben. Die Zusammenstöße müßten völlig den Ernstfällen entsprechend zur Darstellung kommen und selbst durch blinde Schüsse markiert werden. An jede derartige Übung hätte sich am Orte selber eine eingehende Belehrung zu schließen, bei welcher auch die Schüler über die Gründe ihres Verhaltens Auskunft geben sollten. Schließlich wäre den Schülern aufzugeben, einen ausführlichen Bericht über das ganze Ereignis niederzuschreiben. Diese Anregung wird sich nicht mit dem Einwande abtun lassen: „Der Patrouillendienst wird später während der Militärdienstzeit hinreichend geübt!“ Beide Arten von Dienst verfolgen vollkommen verschiedene Zwecke. Bei den Militärpatrouillen handelt es sich darum, zuverlässige Auskünfte über Stellung und Stärke des „Feindes“ zu erhalten. Bei den Wilddiebspatrouillen hat der Beamte die Aufgabe, die Person, meist eines Frevlers, festzustellen und die Tatsache so zu ermitteln, daß eine Bestrafung festgestellt wird. Dies erfordert ganz besondere Gewandtheit und Geistesgegenwart. In einem Falle wird der einzelne Soldat, um eine wichtige Erkundung zu machen, häufig zum Nutzen vieler, sein Leben in die Schanze zu schlagen haben; im anderen soll der vorsichtige und verantwortungsvolle Beamte sich nirgends mutwillig einer Lebensgefahr aussetzen und dennoch anvertrautes Gut

mit Energie und Erfolg zu schützen wissen. Diese Fähigkeiten werden bei dem Forstbeamten später in um so größerem Umfange vorhanden sein, je früher er sich solche durch Übungen aneignet.

L u b a n, Königl. Förster.

— **Die deutsche Forstwirtschaft in Kiantschou als Vorbild für die Chinesen.** Der chinesische Ackerbauminister plant die Entsendung einer besonderen Kommission nach Tsingtau, um dortselbst die deutsche Forstwirtschaft zu studieren. Die Veranlassung hierzu geben die vorzüglichen Erfolge unserer Forstverwaltung in Kiantschou, welche den Chinesen den Beweis lieferten, daß durch eine sachgemäße Aufforstung des verödeten Landes sich große Vorteile erreichen lassen. Nach Rückkehr der Kommission sollen zunächst Forstbauschulen auf einem Teile des Geländes des Himmeltempels angelegt und nach Anzucht von Pflanzen mit Aufforstungsarbeiten begonnen werden.

— **Staat und Holzgewerbe.** Auf einer Versammlung des Vereins sübwestdeutscher Holzinteressenten wies Herr Herzer-Freiburg in seinem Vortrage „Staat und Holzgewerbe“ auf Grund der Berufs- und Güterverkehrsstatistik des deutschen Reiches auf die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Holzgewerbes hin, für dessen Prosperität der Staat großes Interesse haben müsse. Die Äußerung dieses Interesses empfinde das Holzgewerbe in den Maßnahmen des Staates da, wo er ihm einmal als Träger der Staatsgewalt, dann als Verbraucher von Holz und Holzzeugnissen und schließlich als Holzproduzent entgegentrete. Als Träger der Staatsgewalt berühre der Staat das Holzgewerbe in den Fragen auf den Gebieten der Gewerbe, Handels-, Verkehrs- und Sozialpolitik. Bei Lösung all dieser Fragen müsse das Holzgewerbe auch eine billige Rücksichtnahme auf seine wirtschaftlichen Interessen erwarten. Als Abnehmer von Holz sei der Staat Kunde des Holzgewerbes. Die Lieferungsbedingungen seien aber vielfach derart, daß deren Erfüllung von vornherein ausgeschlossen ist. Es wäre wünschenswert und anzustreben, daß der Staat Rücksicht darauf nehme, daß das ihm gelieferte Holz nichts anderes sei als das Produkt seiner eigenen Forstwirtschaft mit seinen Fehlern und Mängeln, die auch durch die industrielle Verarbeitung nicht immer gehoben werden könnten. Was das Holzgewerbe am Staate als Waldbesitzer am meisten interessiere, liege auf dem Gebiete der Holzverwertung, auf dem der Staat Verkäufer, der Holzgewerbetreibende Käufer sei. Auf diesem Gebiete sei der staatlichen Forstverwaltung neben der staatswirtschaftlichen auch eine privatwirtschaftliche Aufgabe vorgezeichnet. Das Holzgewerbe dürfte deshalb erwarten, daß der Staat bei Verfolgung seiner privatwirtschaftlichen, d. h. seiner finanziellen Interessen nicht vergesse, daß das Holzgewerbe zu jenen Faktoren gehört, die die Volkswirtschaft des Landes ausmachen, deren Entwicklung für den Kulturzustand, die Wohlfahrt und den Reichtum des Landes von hervorragendem Interesse ist. Er weist sodann ziffernmäßig auf das stetige Steigen der Aufholz-

ausbeute und der Reinerträge der Staatsforsten in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hin und auf die hierbei vermittelnde Tätigkeit des Holzgewerbes durch den Absatz der Walberzeugnisse in neue Bedarfsgebiete. Der Waldbesitzer müsse deshalb das lebhafteste Interesse an dem Wohlergehen dieses Gewerbes haben. Die im deutschen Forstwirtschaftsrat in Heidelberg ausgesprochenen herben Worte über die Holzkäuferschaft hätten deshalb einen tiefgehenden Unwille in den Kreisen der deutschen Holzkäufer erregt. In dem Bemühen der Holzkäufer, ihr Gewerbe zu einem gesunden Gliede der Volkswirtschaft durch eine seiner wirtschaftlichen Lage angepasste Regelung der Einkaufsverhältnisse zu machen, sehe man nach jenen Auslassungen nichts anderes als das unmoralische Bestreben der Holzkäufer, dem Waldbesitzer seine Rente zu schmälern. Die Kartellbestrebungen hätten lediglich den Zweck der Abwehr der für das Wirtschaftsleben des Holzgewerbes schon bedenklichen Gefahren untaufmännischer Preisüberhebungen. Nach der Preispolitik, die heute der Staat als Waldbesitzer treibe, scheine das privatwirtschaftliche Prinzip zu überwiegen und nötige die Käuferschaft, Preise zu bezahlen, die mit der Konjunktur in Widerspruch ständen. Es sei dankbar anzuerkennen, daß die Forstverwaltungen verschiedenen Wünschen der Holzkäuferschaft hinsichtlich der Zurichtung, der Sortimentierung und Ausformung der Hölzer, der Losbildung, Lagerung, Vermessung, Überweisung, der besseren Gestaltung der Transportverhältnisse usw. im Laufe der Zeit nachgekommen sei. Was speziell die Holzverkaufsbedingungen anlange, so seien dieselben mehr den Anschauungen des kaufmännischen Lebens und Verkehrs anzupassen. Referent erwähnte hier im besonderen die Klausel, wonach für Menge und Güte des Holzes keine Garantie geleistet wird; die zu beobachtende Abneigung für Maßdifferenzen, die Käufer oft in größerem Umfange nachzuweisen vermögen, einen Ausgleich zu schaffen; die Bedingung, daß die Entscheidung in Streitfällen der Staatsforstverwaltung zustehe, eine Bedingung, die im Widerspruch mit den allgemein gültigen Rechtsanschauungen stehe, denn niemand könne in eigener Sache Richter sein. Nachdem Herzer noch über die Schädigung des Holzgewerbes durch eine eventuelle Ausschaltung des Grubenholzhandels gesprochen hatte, hob er nochmals hervor, daß die große wirtschaftliche Bedeutung des Holzgewerbes demselben das Recht gebe, durch Eingriffnahme auf die Gesetzgebung, auf die Handels- und Verkehrspolitik sowie die Maßnahmen der Verwaltungen das zur Geltung zu bringen, was das Holzgewerbe erreichen muß, um seine Aufgabe zum Wohle seiner Angehörigen und der deutschen Volkswirtschaft zu erfüllen.

Holzmarkt.

Holzverkäufe in Niederbayern. Mit großer Spannung erwartete man in den Kreisen der Holzindustrie und des Holzhandels den Verlauf einiger größeren Holzverkäufe in Niederbayern. Bieten doch diese Verkäufe infolge der

hierbei zum Verkauf gelangenden Holz mengen einen gewissen Gradmesser über die Stimmung, wie sie zurzeit auf dem Holzmarkt herrscht, und wirken bestimmend auf weitere Holzverkäufe. Wie die bis Ende Oktober abgehaltenen Holzverkäufe ergeben haben, zeigte sich durchweg eine gute Unternehmungslust; die Lagen, welche ohnehin schon hoch angelegt waren, wurden allgemein überschritten, und die erzielten Ergebnisse waren daher für die Forstverwaltung recht befriedigend. Das Forstamt Zwiesel bot 10 000 fm Tannen- und Fichtenschnittholz aus und erreichte bei Lagen von 14 bis 20 M pro Festmeter 15 bis 21,50 M oder durchschnittlich $7\frac{1}{2}\%$ über die Lagen. Bei einem zweiten Verkauf desselben Forstamts von etwa 3800 fm Tannen- und Fichtenlangholz wurden die Lagen um rund $5\frac{1}{2}\%$ überboten. Neben Lang- und Schnittholz trat auch reges Interesse für Blodholz zutage. Hier von brachte das Forstamt St. Oswald 4000 fm und erzielte $11\frac{1}{2}$ bis 20 % über die Lagen; desgleichen erreichte das Forstamt Zwiesel-Ost bei einem Angebot von 4000 fm $7\frac{1}{4}\%$, ferner das Forstamt Klingenbrunn bei 7700 fm 14 bis 15 % und das Forstamt Wolfstein bei 1500 fm $7\frac{1}{2}\%$ über die Lagen. Eine starke Nachfrage besteht zurzeit nach Papierholz; dieses ist sehr gesucht und brachte bedeutende Übererlöse, die bis zu 20 % und noch höher hinaufgingen. Auch die Lage des Brettermarktes ist befriedigend; große Bestände enthalten die Lagerplätze nicht, die Preise sind daher fest.

— **Amstlicher Marktbericht.** Berlin, den 4. November 1912. Rehbock 0,50 bis 0,80, Rotwild 0,40 bis 0,60, Damwild 0,50 bis 0,60, Schwarzwild 0,30 bis 0,65 M das Pfund. Hasen 1,50 bis 4,50, Kaninchen 0,30 bis 1,00, Stodenten 0,80 bis 1,75, Ferkenten 0,50 bis 0,75, Rebhühner 0,80 bis 1,40, Fasanenhühner 1,00 bis 2,50, Fasanenhennen 1,00 bis 1,60 M das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Per Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Alexander, Forstausseher zu Rogelwitz, ist als Förster a. R. in der Oberförsterei Rogelwitz, Regbz. Breslau, angestellt.
Becker, Forstausseher zu Petrovka, ist als Förster a. R. in der Oberförsterei Namslau, Regbz. Breslau, angestellt.
Probst, Forstausseher zu Carlsberg, ist als Förster a. R. in der Oberförsterei Carlsberg, Regbz. Breslau, angestellt.
Jäger, Forstausseher zu Carlsberg, ist als Förster a. R. in der Oberförsterei Carlsberg, Regbz. Breslau, angestellt.
Junk, Hilfsjäger zu Dierguntenschmühle, Oberförsterei Namslau, Regbz. Allenstein, ist zum Forstausseher ernannt.
Genschow, Forstausseher zu Gr. Biegenort, Oberförsterei Biegenort, Regbz. Stettin, ist zum Förster ernannt.
Sollenberg, Forstausseher zu Bengeberg, Oberförsterei Königsforst, Regbz. Götlin, ist unter Befassung seiner bisherigen Beschäftigung zum Förster ernannt.
Jäger, Forstausseher zu Alenau, Regbz. Coblenz, ist als Schreibgehilfe nach Altmorchen, Oberförsterei Morchen, Regbz. Cassel, einderufen.
Jedike, Forstausseher zu Eggesin, Oberförsterei Eggesin, Regbz. Stettin, ist zum Förster ernannt.
Alfow, Förster zu Neßholz, Oberförsterei Benrath, ist in die Oberförsterei der Rheinwarden, Regbz. Düsseldorf, versetzt.

Ansops, Forstkauffeher zu Sau, Oberförsterei der Rheinwälden, ist in die Oberförsterei Benrath, Regbz. Düsseldorf, versetzt.

von Amaratowicz, Hülfsjäger zu Gelsenkirchen, Oberförsterei Hamm, Regbz. Allenstein, ist zum Forstkauffeher ernannt.

Leitzschwager, Förster o. R. zu Gr. Zacharin, Oberförsterei Linichen, Regbz. Köslin, ist die neu eingerichtete Försterei Gr. Zacharin vom 15. November d. J. ab übertragen.

Kruger, Otto, Forstkauffeher zu Zimmerbude, Oberförsterei Kobbelbude, Regbz. Königsberg, ist nach Böhlde, Oberförsterei Verberg, Regbz. Hildesheim, vom 16. November d. J. ab einberufen.

Kühner, Forstkauffeher zu Althammer, ist als Förster o. R. in der Oberförsterei Stoberau, Regbz. Breslau, angestellt.

Kauscher, Forstkauffeher zu Heiberg, Oberförsterei Siebenbürg, Regbz. Köln, ist unter Beibehaltung seiner bisherigen Beschäftigung zum Förster ernannt.

Pohl, Forstkauffeher zu Frauenwaldau, ist als Förster o. R. in der Oberförsterei Rühnd, Regbz. Breslau, angestellt.

Rund, Hülfsjäger, bisher bei der Landwirthschaftsammer in Bonn, ist die kommissarische Verwaltung der Gemeindeförsterei Gersheim, Oberförsterei Gadem, Regbz. Coblenz, übertragen.

Schäfer, Förster zu Deunewitz, Oberförsterei Linichen, ist auf die neu eingerichtete Försterei Birkhof, Oberförsterei Gr. Born, Regbz. Köslin, vom 15. November d. J. ab versetzt.

Schäpe, Forstkauffeher zu Stoberau, ist als Förster o. R. in der Oberförsterei Stoberau, Regbz. Breslau, angestellt.

Reich, Forstkauffeher zu Neumundsdorf, ist als Förster o. R. in der Oberförsterei Kesselgrund, Regbz. Breslau, angestellt.

Reitganz, Förster zu Radevormwald, ist nach Ravenhorst, Oberförsterei Giesfeld, Regbz. Düsseldorf, versetzt.

Reich, Forstkauffeher zu Peisterwitz, ist als Förster o. R. in der Oberförsterei Peisterwitz, Regbz. Breslau, angestellt.

Zu Förstern o. R. wurden ernannt die Forstkauffeher:

im Regierungsbezirk Allenstein:

Anders zu Buppen, Oberförsterei Buppen; **Barthel** zu Diebemühl, Oberförsterei Brinwald; **Reysen** zu Waldersee, Oberförsterei Guntinnen; **Boigs** zu Kallit, Oberförsterei Kallit; **Ergeret** zu Al. Neußen, Oberförsterei Brinwald; **Schäus** zu Menhoff, Oberförsterei Grendowlen; **Lange** zu Gorpellen, Oberförsterei Gorpellen; **Reckner** zu Rumburg, Oberförsterei Grimbberge; **Schirack** zu Enoplen, Oberförsterei Johannsburg; **Schoepe** zu Grendowlen, Oberförsterei Grendowlen.

im Regierungsbezirk Coblenz:

Hölzer zu Dützel, Oberförsterei Allenkirchen; **Müller**, August, zu Kirchen, Oberförsterei Kirchen; **Rehner** zu Kirch, Oberförsterei Allenkirchen.

im Regierungsbezirk Erfurt:

Walke zu Bennedenslein, Oberförsterei Bennedenslein; **Schroder** zu Dieghausen, Oberförsterei Dieghausen; **Schwehlem** zu Dieghausen, Oberförsterei Dieghausen.

im Regierungsbezirk Köslin:

André zu Gventin, Oberförsterei Karnsewitz; **Paas** zu Petersfelde, Oberförsterei Karnsewitz; **Borach** zu Alttralow, Oberförsterei Alttralow; **Schulze** zu Abbau Garenbamerow, Oberförsterei Gernin.

im Regierungsbezirk Venedig:

Schader zu Stire, Oberförsterei Garrenzien; **Schädel** zu Garburg, Oberförsterei Garburg.

im Regierungsbezirk Marienwerder:

Klausen in der Oberförsterei Lautenau; **Geldschläger** in der Oberförsterei Königsbrunn; **Arbalt** in der Oberförsterei Ramm; **Aschke** in der Oberförsterei Konforitz; **Krause** in der Oberförsterei Dagen; **Müller** in der Oberförsterei Wilhelmberg; **Radisch** in der Oberförsterei Büloweide; **Schilling** in der Oberförsterei Lüg; **Schämer** in der Oberförsterei Jagerthal; **Schulz** in der Oberförsterei Warubien; **Weiland** in der Oberförsterei Wänermühl; **Wiske** in der Oberförsterei Schwiedt; **Hemann** in der Oberförsterei Schönhof.

im Regierungsbezirk Oppeln:

Prusa zu Johnhof, Oberförsterei Schwarzwald.

im Regierungsbezirk Posen:

Reuttsch zu R. Budow, Oberförsterei Grenzheide; **Alerkorn** zu Johanneshof, Oberförsterei Woienshal; **Heder** zu Samolitz, Oberförsterei Wronke; **Stoßen** zu Wielomies.

Oberförsterei Grenzheide; **Jelesinski** zu Trommelort Oberförsterei Dobornik.

im Regierungsbezirk Potsdam:

Adler zu Gummersdorf, Oberförsterei Gummersdorf; **Böttcher** zu Alt-Bladt, Oberförsterei Alt-Bladt; **Bosdorf** zu Bogelsang, Oberförsterei Gebdenitz; **Finke** zu Krennen, Oberförsterei Krennen; **Hoffmann** zu Neu-Gliende, Oberförsterei Neu-Gliende; **Kühl** zu Hüttenau, Oberförsterei Hüttenau; **Pietzsch** zu Wenzlow, Oberförsterei Friedersdorf; **Reit** zu Grafenbrunn, Oberförsterei Bienenthal; **Reite** zu Menhaus, Oberförsterei Rehnin.

Winkowski, Holzhauermeister zu Rablonsch, Kreis Bütow, ist das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

Gemeinde- und Privatdienst.

Hölzer, Gemeindeförster zu Bövelhof, Kreis Paderborn, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Spaniel, Privatförster zu Wogditten, Kreis Heiligenbeil, ist die Rettungseinschiffe am Bande verliehen.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Freund, Forstkauffeher, ist zum Hülfsbeamten auf Tharandter Revier ernannt.

Fritzsche, Forstkauffeher, ist von der Oberforstmeisterlei Eibenrod zur forstl. Versuchsanstalt Tharandt versetzt.

Hausse, Oberförster, ist von der Forsteinrichtungsanstalt auf das Sandau Revier versetzt.

Herrmann, Oberförster, ist von der Forsteinrichtungsanstalt auf das Erbader Revier versetzt.

Israel, Forstreferendar, ist als Gehilfe auf Tharandter Revier in den Vorbereitungsdienst eingetreten.

Kirchner, Forstkauffeher, ist zum Antonsthaler Revier zur Forsteinrichtungsanstalt versetzt.

Allen, Oberförster, ist zum Verwalter des Deutschinsiedler Reviers ernannt.

Leutbold, Forstmeister, ist vom Raundorfer auf das Moritzburger Revier versetzt.

Dr. Mannel, in Bartenberg stehender Oberförster, ist in den Ruhestand versetzt.

Rehner, präd. Forstkauffeher, ist zum eiam. Forstkauffeher bei der Forsteinrichtungsanstalt ernannt.

Platzmann, Oberförster auf Sandau Revier, ist in den Ruhestand versetzt.

Rink, Forstmeister, ist vom Deutschinsiedler auf das Rosenthaler Revier versetzt.

Schneider, Forstmeister, ist vom Moritzburger auf das Drücker Revier versetzt.

v. Schönborg, Oberförster, ist zum Verwalter des Raundorfer Reviers ernannt.

Schramm, Forstmeister auf Rosenthaler Revier, ist in den Ruhestand versetzt.

Dr. Schröder, Forstkauffeher, ist von der forstl. Versuchsanstalt Tharandt zur Oberforstmeisterlei Eibenrod versetzt.

Arnold, Waldarbeiter, ist als Waldwächter auf Altenberger Revier angestellt.

Bach, Reviergehilfe, ist vom Kautenfranger auf das Moritzburger Revier versetzt.

Reger, Försterkandidat, ist vom Widenhaler auf das Lohndorfer Revier versetzt.

Höfelfeld, Förner auf Hüttenborfer Revier, ist in den Ruhestand versetzt.

Kreischmar, Försterkandidat, ist zum Förster auf Markersbader Revier befördert.

Bichter, Förster, ist vom Lohndorfer auf das Hüttenborfer Revier versetzt.

Schäfer, Försterkandidat, ist vom Kottenheider auf das Langgauer Revier versetzt.

Wellner, Förster, ist vom Moritzburger auf das Subertusburger Revier versetzt.

Rech, Förster, ist vom Subertusburger auf das Neuborfer Revier versetzt.

Als Reviergehilfen wurden angenommen:

Dinter auf Antonsthaler Revier; **Reck** auf Kautenfranger Revier; **Basel** auf Widenhaler Revier; **Reich** auf Kottenheider Revier.

Herzogtum Anhalt.

Forstverwaltung.

Hülfsfeld, Förster A. D. zu Dessau, ist wieder in den Dienst eingestellt und nach Forstl. Schwarzer Stamm b. Dessau versetzt.

Kuge, Hülfsjäger zu Gr. Kühnau, ist zum Revierjäger ernannt.

Reinhardt, Hülfsjäger zu Dessau, ist nach Wörlitz versetzt.

Schildehauer, Hülfsjäger zu Eulshaus, ist zum Revierjäger ernannt.

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Staats-Forstverwaltung.

Forst. Oberförster zu Sonneberg. Ist die Verwaltung der Oberförsterei Pauscha vom 16. November d. J. ab übertragen.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Försterstelle in Trittelheim-Heidenburg, Regb.** Trter, ist alsbald zu besetzen. Das Grundgehalt beträgt 1200 M., steigend in sechs Altersstufen von 200 M. in Stufen von drei zu drei Jahren; außerdem eine Dienstschädigung von 800 M. und eine Brennholzentschädigung von 100 M. Auf das Befoldungsdienstatler werden die Jahre anzurechnen, die der Bewerber in der Eigenschaft eines Gemeindeförsters in dem Kommunalverbande tätig war; war der Bewerber bei seiner ersten Anstellung im Kommunalforstdienste über 28 Jahre alt, so werden, wenn er eine mehr als dreijährige aktive Dienstzeit abgelaufen hat, von letzterer oder von seiner sonstigen im Forstausbildungsdienst zugebrachten Zeit so viel Jahre auf das Befoldungsdienstatler angerechnet, als er über 28 Jahre alt war. Bewerbungen sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes binnen 8 Wochen an das Bürgermeisterrat in Trittelheim einzureichen. Bewerbungen von Forstverorgungsberechtigten und Reservejägern der Klasse A können nur berücksichtigt werden, wenn die Erklärung beilegt, daß Bewerber gemäß § 32 Ziffer 8 der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Königl. Forstdienst vom 1. Oktober 1906 durch die feine Anstellung ihre Forstverorgungsansprüche als erfüllt betrachten. Forstverorgungsbedürftige haben ferner der Bewerbung entweder die Herausfertigung des Verordnungszeichens oder eine höchstens 14 Tage alte beglaubigte Abschrift des Scheines beizufügen, die die Befähigung enthielte, daß die Abschrift eine vollständige ist und daß die Herausfertigung keinerlei weitere Falsche und Vermerke enthält. Bewerbungen, die diesen Bedingungen nicht genügen, bleiben unberücksichtigt.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements, Mitteilung oder ein Hinweis, daß Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizulegen. Gemeinhin werden Fragen ohne weitere Kosten beantwortet; sind jedoch durch Sachverständige schwierige Rechtsfragen zu erörtern, Gutachten, Berechnungen usw. anzufertigen, für deren Erstattung die Schriftleitung Sonderhonorare erwachsen, so wird Vergütung der Selbstkosten beansprucht.)

Nr. 147. Anfrage: Ist Aussicht vorhanden, daß ein forstverorgungsberechtigter Anwärter, welcher über eine gute Allgemeinbildung verfügt, nach Absolvierung der deutschen Beamtenschule, resp. des dort für Versicherungswesen eingerichteten Kursus, von dem Versicherungswesen übernommen wird? Welche Gehaltsätze würden für diesen Anwärter dort in Frage kommen? Bei wem müßte die Bewerbung um Anstellung im Versicherungswesen in erster Linie anhängig gemacht werden? Wo befindet sich die deutsche Staatsbürger- und Beamtenschule in Berlin? L. B. in J.

Antwort: Als Versicherungsbehörden kommen für Militäranwärter in Betracht: a) die Landesversicherungsanstalten, welche in Preußen zur Provinzial-Selbstverwaltung gehören, b) die königlichen Versicherungsämter, welche den Landratsämtern angegliedert sind (vgl. Anfrage Nr. 117 auf S. 711 der Nr. 35 der „Forst-Zeitung“ 1912), c) die königl. Oberversicherungsämter (frühere Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung) am Sitz der königlichen Regierungen. Bei allen

diesen Behörden erfolgt die Annahme von Zivil- und Militäranwärtern nach den für diese sonst allgemein geltenden Grundsätzen, wie auch die Gehälter der Versicherungsbeamten denen der übrigen Kreis- und Regierungsbeamten (Assistenten, Sekretäre usw.) gleich sind. Bewerbungsgesuche sind bei a an den Vorstand der betreffenden Versicherungsanstalt, bei b und c an die königlichen Regierungspräsidenten (vgl. Nr. 31 S. 633 der „Forst-Zeitung“ 1912) zu richten. Wie die Ansichten für Militäranwärter im allgemeinen und forstverorgungsbedürftige Anwärter im besonderen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Absolvierung eines Kursus für Versicherungswesen würde natürlich eine Bewerbung unterstützen. Die Deutsche Staatsbürger- und Beamtenschule befindet sich in Berlin W 35, Flottwellstraße 3. S. J.

Nr. 148. Anfrage: Darf ein Forstgehilfe, dem eine Gemeindeförsterstelle zur Betretung oder auf Probe übertragen worden ist, in seinem Dienstbezirk das Gewehr tragen, oder bedarf es hierzu der Einwilligung des betreffenden Jagdpächters? R. in D.

Antwort: Der in Frage stehende Forstgehilfe darf unseres Erachtens ohne Einwilligung des Jagdpächters in seinem Dienstbezirk das Gewehr nur dann tragen, wenn die Befugnis dazu im Pachtvertrage ausbedungen oder das Recht auf Abschluß des Raubzeuges vorbehalten worden ist. So ist z. B. im § 10 der allgemeinen Bedingungen für die Verpachtung forstfiskalischer Jagden ein Vorbehalt dahingehend gemacht, daß „Pächter die königlichen Forstbeamten nicht hindern kann, das ihm verpachtete Jagdgebiet in Jagdausrüstung zu betreten“. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß 1. nach einem uns nicht näher bekannten Urteil des Oberlandesgerichts zu Rostock vom 17. Februar 1906 der Grundeigentümer befugt sein soll, das zur Ausübung der Jagd verpachtete Revier, zum Zwecke der Ausübung des Forstschutzes, in Jagdausrüstung zu betreten; 2. diese Befugnis des Grundeigentümers auf dessen Angestellten übertragbar erscheint. J. in L.

Nr. 149. Anfrage: In den Allerhöchsten Bestimmungen für frühere Militärs heißt es: Zum Tragen des silbernen (Offizier-) Portepées sind nur diejenigen Beamten berechtigt, welche entweder Landwehroffiziere sind oder denen bei Verabschiedung als Offizier die Erlaubnis zum Tragen der Regiments- oder Armeeuniform erteilt worden ist. Feldwebel, Wachmeister, Oberfeuerwerker usw., welche als solche in der Landwehr dienen oder denen das Forttragen der Uniform ihres Grades gestattet ist, haben daher zur Ziviluniform, sofern zu derselben ein Seitengewehr gehört, nicht das silberne, sondern das Zivilportepée anzulegen (s. Anm. I zum Abschnitt „Walduniform“ auf S. 248 in Ratzkes Handbuch). Darf ich nun als Forstbeamter, wenn ich die Charge eines Feldwebels bzw. Wäzfeldwebels bekleidet habe, bis zur Anstellung als Förster nicht das Zivilportepée tragen? Nach meiner Ansicht müßte dies gestattet sein.

G., Königl. Forstausseher.

Antwort: Gewiß könnten Sie bis zur Anstellung als Förster ein Zivilportepée tragen, wenn ein solches für Sie als Beamter vorgeschrieben wäre. Für Forstausseher und Hilfsjäger ist ein solches aber nicht vorgeschrieben oder zugelassen. Daher besteht für Sie einstweilen keine Möglichkeit, ein Portepée zu tragen.

Nr. 150. Anfrage: Ich bin als Privatförster mit einem Gesamteinkommen von 3000 M. auf Lebenszeit angestellt und seit 20 Jahren bei meiner jetzigen Herrschaft im Dienst. Ist mein Dienstherr verpflichtet, bei Erkrankung, die infolge meines anstrengenden Dienstes entstanden, die Kurkosten zu tragen? R. in C. bei G., Förster.

Antwort: Ihr Dienstherr hat nur dann für Kurkosten aufzukommen, wenn dies im Dienstvertrag ausgemacht ist oder wenn der Fall des

§ 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorliegt. Dieser lautet in Absatz 1 und 3: „Der Dienstberechtigte hat Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen, die unter seiner Anordnung oder seiner Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Erfüllt der Dienstberechtigte die ihm in Ansehung des Lebens und der Gesundheit des Verpflichteten obliegenden Verpflichtungen nicht, so finden auf seine Verpflichtung zum Schadenersatz die für unerlaubte Handlungen geltenden Vorschriften der §§ 842 bis 846 entsprechende Anwendung.“

Für die Redaktion: J. W. von Grundmann, Neudamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Gemeinseher Bernstorff, Vizepräsident, Post Förster (Hatz).

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Südstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Bette, Försterei Rümme, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs- (Beitrags-) Jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neudamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand, Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

Mitglieder:

- 1924a. Stodtisch, Forstausseher, Bertels, Post Ribben, Königsberg.
1924a. Lubig, Förster, Rostau, Post Rarthaus, Danzig.
1924a. Lange, Hilfsjäger, Janginer-Leerofen, Post Radow Nm., Frankfurt a. O.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neudamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Altdamm (Regbz. Stettin). Am Sonnabend, dem 16. November d. Js., nachmittags 4 Uhr, findet im Vereinslokal (Burovis Hotel) zu Altdamm Versammlung der Ortsgruppe statt, wozu um recht zahlreiche Erscheinen der Herren Mitglieder gebeten wird. Tagesordnung: 1. Prüfung der Rechnung; 2. Wahl der Vorstandsmitglieder und des Schriftführers; 3. Besprechung des vom Hauptverein empfohlenen Themas: Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen und Wohle des Staates wirken? 4. Besprechung der Kaisergeburtstagsfeier; 5. Stellung von Anträgen zur nächsten Bezirksgruppen-

versammlung (eventuell können diese auch vorher schriftlich zu Händen des Vorsitzenden gegeben werden); 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Birnbaum-Zirke (Regbz. Posen). Am Sonnabend, dem 16. November 1912, unternimmt die Ortsgruppe die geplante Exkursion in das Schweriner Waldbrandgebiet. Versammlungspunkt: Försterei Fuchsberg bzw. Bahnstation Krehse, vormittags 10,45 Uhr (Strecke Birnbaum—Schwerin—Landsberg). Hierzu Abfahrt per Bahn von Zirke 8,25 Uhr vormittags, von Birnbaum 9,17 Uhr vormittags, Ankunft in Krehse (bzw. Fuchsberg) 10,45 Uhr vormittags. Führung, sowie Vortrag über den Waldbrand und die dabei gemachten Erfahrungen, die Aufzuchtmethoden usw. hat Herr Kollege Förster Rothe-Fuchsberg übernommen. Rückfahrt per Wagen nach Schwerin a. W. Von dort Abfahrt per Bahn 8,17 Uhr abends, Ankunft in Birnbaum 9,31 Uhr abends, Ankunft in Zirke 10,25 Uhr abends. Frühstück ist mitzubringen; jedoch ist auch einfaches Essen (Würstchen usw.) und Getränke in einer Kantine während der Mittagspause zu haben. Um recht zahlreiche Beteiligung bitte!

Der Vorsitzende: Teusler.

Driesen (Regbz. Frankfurt a. O.). Am Sonnabend, dem 16. November d. Js., nachmittags 4 Uhr, findet im Gesellschaftshaus in Driesen Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Ent-



gegennahme und Besprechung von Anträgen für die Bezirksgruppenversammlung; 2. Wahl eines Delegierten; 3. Besprechung über das vom Hauptverein gestellte Thema: Wie können die Angehörigen des Försterstandes usw.; 4. Verschiedenes. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Der Vorstand.

Etzig (Regbz. Arnberg). Dienstag, den 12. November d. Js., nachmittags von 2 Uhr ab, Versammlung mit Damen in Altdorn, Gasthof Rauch. Tagesordnung: 1. Einzahlung von Beiträgen und Verteilung des Waldheilkalenders; 2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gelgubnen (Regbz. Allenstein). Am Sonntag, dem 17. November, nachmittags 4 Uhr, findet in Gelgubnen nähere Besprechung über die abzuhaltende Kaisergeburtstagsfeier statt. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, hierzu mit ihren Damen zu erscheinen. Beschlossen ist bereits, daß die Feier am Sonnabend, dem 25. Januar, stattfinden soll. — Am 31. Dezember findet in Gelgubnen eine Silvesterfeier statt. — Zur Sammlung Romanus-Loorm ist von der Mehrzahl der Mitglieder bereits ein Beitrag von 2 M. gezahlt. Die noch fehlenden Herren werden gebeten, diesen Betrag recht bald an den Schatzmeister, Kollegen Laszkowski in Lanskerofen bei Buttrien, der ihn vorauslag, hat, einzusenden.

Der Vorstand.

Gerolstein (Regbz. Trier). Diejenigen Herren Kollegen, welche zur Wohlfahrts-Spende Romanus-Loorm einen Beitrag zu leisten beabsichtigen, werden höflichst gebeten, diesen baldmöglichst an den Unterzeichneten einzusenden.

Westram.

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). Am Sonnabend, dem 16. November 1912, nachmittags 5 Uhr, Ortsgruppenversammlung im Vereinslokal in Hintersee bei Gastwirt Glientemann. Tagesordnung: 1. Besprechung einer von dem Hauptverein angeregten Arbeit der Ortsgruppen; 2. Stellung und Entgegennahme von Anträgen zur nächsten Delegiertenversammlung in Stettin; 3. Wahl eines Delegierten zu dieser Versammlung; 4. Besprechung und Festsetzung des diesjährigen Wintervergnügens; 5. Besprechung der Spende Romanus-Loorm; 6. Vortrag über Obstbauzucht, gehalten vom Obergärtner Herrn Köhn; 7. Verschiedenes. Nach Schluß der Versammlung gemütliches Beisammensein, wozu

auch die Damen freundlichst eingeladen werden. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Rheinsberg, Mart (Regbz. Potsdam). Diejenigen Herren Kollegen, die an der Versammlung vom 27. d. Mts. nicht teilgenommen haben, werden höflichst gebeten, die rückständigen Beträge von je 2 M. für die Hinterbliebenen der Kollegen Romanus und Voorm postwendend an den Schatzmeister einzulösen. Der gesamte Vorstand ist einstimmig wiedergewählt bis auf den Schriftführer, Herrn Kollegen Wegener, an dessen Stelle Herr Kollege Peters, Koopen, tritt.

Der Vorstand.

Rudzanny (Regbz. Allenstein). Da die am 6. Oktober angelegte Sitzung sehr wenig besucht war, findet am Sonntag, dem 17. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Hotel Fischer, Alt-Uta, eine Versammlung statt, zu welcher, da sehr wichtige Sachen vorliegen, alle Mitglieder gebeten werden zu erscheinen.

Der Vorsitzende: Schlüter.

Trebnitz-Militzsch (Regbz. Breslau). Sonnabend, den 16. d. Mts., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in Deutsch-Hammer bei Friedrich. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung; 2. Kaisergeburtstagsfeier; 3. Vortrag des Herrn Kollegen Bedekind über ein vom Hauptverein gestelltes Thema; 4. Vorstandswahl; 5. Verschiedenes. Um recht zahlreiche Beteiligung, auch der verehrten Damen, wird ersucht.

Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Begemeinder Bernstorff, Mienstedt bei Forst, vortragen. Was für die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Bruck (Regbz. Marienwerder). Bei der am 1. November stattgefundenen Sitzung wurde einstimmig beschlossen, den Geburtstag Sr. Majestät wie in früheren Jahren durch ein Festessen mit darauffolgendem Tanztränzchen usw. zu feiern. Hierzu soll Militärmusik engagiert werden. Alles andere wird später bekannt gemacht werden. Alsdann fand Kassenrevision und Besprechung der vom Vorstande des Hauptvereins gestellten Fragen statt.

Der Vorstand.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Podolski, Ernst, Revierförster, Kleinwitz, D.-Sch.
Strenge, Königl. Forstaufsicht, Forsthaus Neunmühl b. Tsch., Weistr.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamteten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldeformen und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.
Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Eingekammelt nach der Jagd am 19. 10. 12 durch Herrn G. Drewniger-Meufelwitz. Jagdberr: M. Stodigt-Trochhausen 2,45 M.; desgleichen nach der Jagd am 24. 10. 12 durch Herrn G. Verlenberger-Schlöben. Jagdberr: Friedrich Curt von Hardenberg-Schlöben 2,15 M.; eingekammelt von Herrn Forster Schmitt in Schlöben 2. M. 4,60 M.

Erlös aus der amerikanischen Verteigerung eines jungen Karstichers und einer Mehde bei der am 16. 10. 12 stattgefundenen Jagd; eingelandt von Herrn Herzog, Förster W. Büchel in Großbodeda bei Roda E. A.	5,30 M.
Eingelandt von Frau Oberforstmeister v. Blum in Lunenburg	2,05 "
Nach der Treibjagd in Leaden bei Geseßel gefammelt; eingelandt von Herrn Franz Baan in Mülheim a. Rh.	6,30 "
Erlöse von Herrn Forstmeister von Hövel in Grimnitz	3,60 "
Gefammelt nach einer von den Herren Hauptmann Rutter-Hoberau und Forstmeister Rutter-Oberleschen auf der Gemeindejagd Oberleschen veranstalteten Kaninchenjagd; eingelandt von Herrn Stadtförster Kuhner in Hoberau	12,— "
Treibjagd-Strafgelde; eingelandt von Herrn Heinrich Knoch jr. in Hirschberg a. Saale	10,35 "
Eingelandt von Herrn Chr. v. d. Lippe, von einer Reinen Stöckeljagd	4,35 "
Strafgelde beim Übungsschießen in Neumannswalde am 15. 10. 12	6,55 "

Gefammelt nach einer Treibjagd des Niemer Jagdvereins zu Haltern; eingelandt von Herrn Oberförster Linde in Haltern	13,50 M.
Erlös einer Statpartie zu Gunsten des Vereins „Waldbheil“; eingelandt von Herrn Förster Walter Möller in Krosdorf	2,15 "
Von Herrn Hauptmann Tarlow in Zehrendorf bei Wunsdorf eingekogenes und dem Verein „Waldbheil“ überwiesenes Sühnegeld	100,— "
Eingelandt von Herrn Königl. Revierförster Urban in Eechorst bei Weichenburg als Erlöse von vier Herren, welche bei einem Ausfluge in die Königl. Forst von ihm mit Kaffee bewirtet wurden . . .	3,— "
Erlös für einen von Herrn G. Hohmann-Erfurt gestifteten Haken bei Gelegenheit der Treibjagd in Kuhnhausen; eingelandt von Herrn Weiskmantel in Erfurt	5,50 "
Verschiedene Zuwendungen von „Ungeannt“ . . .	878,93 "
Ga. 1068,18 M.	

Den Geborn herzlichsten Dank und Weidmannsheit!

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Bertog, Halensee.

Aufruf

an alle akademisch gebildeten Privatforstbeamten.

Die Notlage der Privatforstverwaltungsbeamten, die infolge der Übersättigung dieses Berufes von Jahr zu Jahr größer wird, hat den Verein für Privatforstbeamte Deutschlands veranlaßt, einen Ausschuß zur Prüfung der Lage dieser Beamten einzurichten.

Dieser Ausschuß sieht es als seine nächstliegende Aufgabe an, die Zahl der akademisch gebildeten Privatforstbeamten einerseits und die Zahl der vorhandenen Revierverwalterstellen andererseits festzustellen, kurz, zunächst statistische Erhebungen anzustellen, um dann auf Grund dieser Statistik weitere Schritte zur Abhilfe zu tun. Demgemäß ersuchen wir alle akademisch gebildeten deutschen Privatforstbeamten — mögen sie eine Stelle innehaben, welche es auch sei, oder mögen sie zurzeit stellenlos sein —, diese Arbeit im Interesse ihres Berufsstandes dadurch zu unterstützen, daß sie auf einfacher Postkarte oder durch Brief der Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands in Halensee-Berlin, Karlruher Straße 13, folgende Angaben machen:

Name, Alter, Schulbildung, Ort und Dauer des forstlichen Studiums, abgelegte Prüfungen und jetzige Stellung (Art, Titel, Ort, Dienst, herrschaft, Größe des Dienstbezirks, Zahl der Unterbeamten usw.).

Halensee-Berlin, im November 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Geldsendungen an den Verein.

In den letzten Monaten ist wiederholt gebeten worden, alle an den Verein zu richtenden Zahlungen, mit Ausnahme

der Beträge für die Stellenvermittlung und der Schulbeiträge der Waldbesitzer, ausnahmslos an die Kassenkelle des Vereins für Privatforstbeamte zu Neubamm, nicht aber an die Geschäftsstelle nach Halensee zu richten. Leider wird diese dringende Bitte von unseren Mitgliedern nicht beachtet; so sind in der Zeit vom 1. Juni bis Mitte September 270 Zahlungen an die Geschäftsstelle in Halensee statt nach Neubamm gelangt. Die Mehrarbeit, die durch die falsche Adressierung der Geldbeträge entsteht, ist sehr bedeutend und wäre auf die Dauer mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht durchzuführen.

Alle Gelder, die nach Halensee gehen, müssen auch bei der Kassenstelle in Neubamm nachgewiesen werden, und dadurch entsteht vielfache und völlig unnötige Umbuchung. Es wird daher wiederholt und dringend gebeten, an die Geschäftsstelle in Halensee keine Geldsendungen zu richten. Geschieht das doch weiter in diesem Umfang, so werden wir schließlich wieder zu dem sehr unbequemen Mittel schreiten müssen, die fälschlich in Halensee einlaufenden Gelder zurückzuweisen.

Halensee, den 22. September 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Die Annahme in den Verein haben beantragt:

Arause, Josef, Revierförster, H. Gruntdorf b. Contadun, Kr. Groß-Wartenberg.

Möller, Otto, Förster, Tischler b. Herrnsdorf, Schles.

Tegge, Christoph, Schlosskellner, Kaiser, Kr. Bism.

Wichmann, Otto, Hilfsjäger, Friedrichsruhe b. Greiffenberg Hm.

Reiß, Fritz, Forstleube, Weiskhausen.

Gehmann, Karl, Matschewierförster, Schneberg b. Schneberg-Neustadt i. Sa.

Büchel, Gustav, Forstleube, Weiskhausen.

Dwornik, Franz, Förster, Kaulowitz, D. S.

Hein, Gustav, Gärtner und Jäger, Kamzow, Kr. Saarg.

Kuhn, Clemens, Forstschütze, Secklin i. Friguth.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnements-gebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 34 5 M., Nr. 1849, 2015, 2119 je 4 M., Nr. 2586 5 M., Nr. 3412 4 M., Nr. 3903, 3905 je 7 M., Nr. 3918 4 M., Nr. 3920 7 M.

Sagungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden

jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Märkischer Forstverein.

Die verehrten Mitglieder, welche ihren Beitrag für 1912 noch nicht gezahlt haben, werden ersucht, denselben mit 6,05 M. baldigst auf mein Postkonto Nr. 13 449 bei dem Postfachamt Berlin beim nächstgelegenen Postamt einzuzahlen und hierzu die Zahlsarte zu benutzen, welche dem Bericht über die diesjährige Hauptversammlung beigelegt gewesen ist.

Im Dezember d. Js. werden die noch fehlenden Beiträge sagungsgemäß durch Nachhinein erhoben werden.

Der Schatzmeister.

Gustav Herrmann, Rechnungsrat,
Berlin W 30, Kyffhäuserstr. 24.

Verein Walbed-Pyrmonter Forstbeamten.

Zu der Hauptversammlung am 19. Oktober d. Js. in der Stadt Walbed waren 33 Mitglieder erschienen. Die Beteiligung war eine mangelhafte, was zum größten Teil auf die schlechte Witterung zurückzuführen gewesen ist.

Nachdem der Vorsitzende die erschienenen Mitglieder begrüßt hatte, wurde die Versammlung eröffnet und zunächst ein dreimaliges „Horrido“ auf Seine Durchlaucht unsern Fürsten und allernächstigsten Landesherren ausgedrückt.

Nach Verlesung des Jahresberichts, Kaszenberichts und des Protokolls der vorjährigen Hauptversammlung wurden zwecks Prüfung des Kaszenberichts zwei Revisoren gewählt. Die Rechnung wurde von letzteren für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt.

Nach Mitteilung des Vorsitzenden über das Ergebnis der vorjährig gestellten Anträge wurden von der Versammlung für dieses Jahr die nachstehenden Anträge gestellt und einstimmig angenommen, und zwar:

1. eine anderweitige Gehaltsregelung der Forstaufseher und
2. Einführung der Bestimmung, daß fortan

sämtliche Lehrlinge mindestens ein Jahr eine Forstschule besuchen müssen.

Es wurde nunmehr noch der Antrag gestellt, das Sterbegeld für ein Mitglied auf 50 M. zu erhöhen, welches auch von der Versammlung mit großer Majorität beschlossen wurde.

Der Jahresbeitrag wurde für 1913 auf 3 M. festgesetzt und bewilligt. Außerdem sind Zeitungsgebühren im Betrage von jährlich 6 M. zu zahlen. Sämtliche Beiträge sind vierteljährlich durch die Herren Ortsgruppenfasser, und zwar am 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember, an den Herrn Hauptfasser portofrei und bestellgeldfrei einzuliefern.

Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde wiederum Walbed vorgeschlagen und angenommen.

Der geschäftliche Teil war hiermit beendet, der Vorsitzende erklärte die Sitzung für geschlossen, und nach einem gemeinschaftlichen Mittagmahle wurde ein Ausflug nach der im Bau begriffenen großen Erdtalsperre angetreten. Als Führer wurde uns seitens der Königl. Bauverwaltung ein Techniker zur Verfügung gestellt, welcher seiner Aufgabe vollständig gerecht wurde und der Versammlung eingehende Erläuterungen über das großartige Kulturwerk gab.

Nach einigen Stunden kameradschaftlichen Beisammenseins auf der nächsten Bahnstation kam die Zeit der Trennung, und die letzten Züge brachten die Teilnehmer wieder in ihre Heimat zurück.

Der Vorsitzende: Debes.

Kollegiale Vereinigung der Forstbeamten von Königsberg Nm. und Umgegend.

Am Dienstag, dem 19. November 1912, findet im Vereinslokal „Hotel Viktoria“ in Königsberg Versammlung statt, wozu die Kollegen hiermit eingeladen werden. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Jahresbericht und Rechnungslegung; 3. Verlesen des Protokolls der vorigen Sitzung; 4. Neuwahlen; 5. Festlegung der Kaisergeburtstagsfeier; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befriedigung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 891. — Die Erfolglosigkeit des Weimens gegen die Ranne. 891. — Die Veränderung der Privatangehörigen. Von Walter Petrus. 894. — Zu eine baldige Revision der preussischen Besoldungsordnung zu erwarten? 895. — Die Veranlassung der Besoldungsvorlage für die klassenbringenden Landesbeamten ist wieder aufgenommen. 899. — Beamtenkammern. 899. — Fürjorge für Waldarbeiter. 899. — Die Anwärter für den Privatforstdienst. 899. — Naturdenkmäler des Solling. 899. — Bericht über die XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912. (Fortsetzung.) 900. — Bayerischer Forstverein. 903. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 904. — Dr. Karl Köhler f. 905. — Walddreierpatente in Deutsch-Ostafrika. 906. — Abnagen von Wildbichpatronen auf den Forstlehrlingskassen. 907. — Die deutsche Forstwirtschaft in Siam als Vorbild für die Chinesen. 907. — Staat und Holzgewerbe. 907. — Holzverkäufe in Niederbayeren. 908. — Amst der Marktbericht. 908. — Personal-Nachrichten und Personalveränderungen. 908. — Neue Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienst für Anwärter des Jägerforsts. 910. — Brief- und Fragelasten. 910. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 911. — Nachrichten des „Waldbells“. 912. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 913. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 914.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Äußerliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaiservereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Inhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Erreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 Mk., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk., 75 Pf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „wegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 46.

Mendauum, den 17. November 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- Försterstelle Brühlsdorf** in der Oberförsterei Kirchgrund, Regierungsbezirk Bromberg, ist zum 1. Januar 1913 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Dezember eingehen.
- Försterstelle Kleinföder** in der Oberförsterei Großenföder, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Januar 1913 anderweit zu besetzen.
- Försterstelle Marienwalde** in der Oberförsterei Marienwalde, Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder, ist voraussichtlich zum 1. Januar 1913 zu besetzen.
- Försterstelle Morzinek** in der Oberförsterei Zellowe, Regierungsbezirk Opperln, ist zum 1. Februar 1913 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 25. November eingehen.
- Försterstelle Neukupp** in der Oberförsterei Kupp, Regierungsbezirk Opperln, ist voraussichtlich zum 1. Januar 1913 anderweit zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 25. November eingehen.

Fortbildung und Försterprüfung der Forstversorgungs-berechtigten in Preußen.

Von Königl. Forstaufscher Raethner.

Von den alljährlich bei den Jäger-Bataillonen eingestellten etwa 170 gelernten Jägern bleiben zurzeit durchschnittlich ungefähr 105 als Oberjäger im aktiven Dienst. Diese Zahl wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren noch etwas erhöhen.

Durch die Einberufung der Forstversorgungs-berechtigten in den Staatsdienst schon nach neun Jahren dürfte in absehbarer Zeit eine Verminderung der über neun Jahre dienenden Oberjäger eintreten, während bei den Jäger-

Bataillonen Nr. 1, 2 und 6, die vom 1. Oktober 1912 ab vom niederen auf den hohen Etat gebracht wurden, etwa je sechs bis acht gelernte Jäger mehr wie bisher als Oberjäger zurückbehalten werden müssen. Man hat demnach pro Jahrgang und Bataillon mit neun bis elf Oberjägern zu rechnen, was bei den dreizehn preussischen Jäger-Bataillonen rund 130 Oberjäger jährlich ausmacht.

Wie bekannt, wird jeder Oberjäger vom achten Dienstjahre ab auf sechs Monate zu

seiner weiteren forstlichen Ausbildung beurlaubt, und er wünscht diesen Zeitpunkt zumeist sehnlichst herbei. Die forstliche Tätigkeit während dieser Zeit ist aber gering, und seine Beschäftigung besteht oft nur in der Ausübung von Forst- und Jagdschutz, wenn er nicht zufällig die Försterprüfung ablegt.

Wird nun der Forstversorgungsbererechtigte nach erfüllter Militärpflicht von seiner Regierung einberufen, so geschieht dies in den meisten Fällen leider zur sofortigen Ablegung der Försterprüfung, oder er kommt als Schreibegehilfe in eine Oberförsterei, bleibt also auch hier dem praktischen Forstdienste noch fern.

Es ist nur zu erklärlich, daß der junge Beamte, der nach neun- oder mehrjähriger aktiver Dienstzeit sogleich zur Ablegung der Prüfung einberufen wird, häufig von einem bedrückenden Gefühl beherrscht wird, und zwar deshalb, weil er ohne genügende praktische Vorbereitung sofort in die Prüfungsbeschäftigung eintreten muß. Früher zwei Lehrjahre, neuerdings ein Jahr Lehrzeit und ein allerdings zumeist segensreiches Jahr Forstlehrlingschule vor neun oder mehr Jahren und sechs Monate Forsturlaub bilden die ganze bisherige praktische und theoretische Fachausbildung eines Mannes von 27 bis 32 Jahren und sollen die Grundlage zu dem wichtigsten Examen für seinen Beruf abgeben.

Besonders wird die Unsicherheit in der praktischen Ausführung der Betriebsarbeiten, die bei der Prüfungsbeschäftigung verlangt werden müssen, bedrückend wirken und sie wird nur zu leicht beschämend, wenn etwa intelligente Waldarbeiter die Unfähigkeit ihres jungen Vorgesetzten erkennen. Liegt das Prüfungsrevier im Schutzbezirk eines älteren, kenntnisreichen Kollegen, der neben pädagogischem Talent Interesse für den Prüfling hat und ihm gern mit Rat und Tat zur Seite steht, dann wohl ihm! Leider ist das aber oft genug nicht der Fall, namentlich nicht in Revieren, die sehr viel Arbeit erfordern, oder auch dort, wo der Förster aus anderen Gründen sich dem jungen Kollegen nicht so widmen kann, wie er wohl gerne möchte. Der Anfänger ist dann in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen und wird häufig im Zweifel sein, ob das, was er ausführt, auch das richtige oder zweckmäßig ist.

Um hier bessere Verhältnisse zu schaffen, möchte sich vielleicht folgender Vorschlag empfehlen: Jeden nach aktiver Dienstzeit einberufenen Forstversorgungsberechtigten gebe man einem anerkannt tüchtigen und erfahrenen, älteren Förster mindestens ein Jahr lang zur Unterstützung. Hier hat der junge Beamte unter der Leitung und Verantwortung des Försters — nie eines Revierförsters — nach An-

ordnung des Revierverwalters einen Teil der Betriebsarbeiten auszuführen, um erst einmal den gesamten Wirtschaftsbetrieb und die von ihm zu leistende Tätigkeit kennen zu lernen. Über alle ihm übertragenen Arbeiten hat er in einem Tagebuch, dem Beschäftigungsnachweis, täglich Eintragungen zu machen. Außerdem wären Ausarbeitungen über Themata aus der Praxis, welche von dem Revierverwalter gegeben werden müßten, niederzuschreiben; diese Arbeiten wären vom Revierverwalter durchzusehen und müßten gelegentlich besprochen werden. Nach Ablauf dieses Jahres könnte dann die Försterprüfung in derselben oder in irgendeiner anderen Oberförsterei abgelegt werden. Dann kommt der Prüfling doch ganz gut vorbereitet in dies Examen.

Das Vorbereitungsjahr müßte zweckmäßig in solchen Oberförstereien abzuleisten sein, in denen möglichst viele Holzarten vorkommen und die auch sonst als die lehrreichsten und schwierigsten gelten: Hier wiederum wird man die besten Böden, daher zumeist die gesuchtesten Försterstellen und somit auch in der Regel die bewährtesten und erfahrensten Förster finden. Die von älteren Kollegen vielleicht gescheute Unbequemlichkeit, alle paar Jahre einen jüngeren in die Geheimnisse und Fertigkeiten der Waldwirtschaft einweihen zu müssen, dürfte völlig aufgewogen werden dadurch, daß dem jüngeren Kollegen die Führung der Arbeitermerkbücher, die Aufstellung der Nummerbücher, der Lohnzettel, in einer Hilfe beim Auszeichnen, der Beaufsichtigung bei den Schlägen, bei Kulturen, Wegebauten usw. zum großen Teile zufallen müßte. Es wäre so zweien geholfen, und auch jedem Revierverwalter wird es nur recht sein können, mit durchaus gut vorgebildeten Förstern das Nischenvermögen zu bewirtschaften, das in unseren Staatsforsten steckt. Bei der umfangreichen Beschäftigung heutigen Tages kann kein Revierverwalter mehr, zumal in den größeren Oberförstereien, an Ort und Stelle alles anordnen, er ist also auf die Hilfe der Förster überall angewiesen, und jedermann weiß, daß durch falsche Maßregeln im Walde ungeheurer Schaden angerichtet werden kann, der jedoch zumeist erst nach Jahrzehnten in Erscheinung tritt. Belehrende Exkursionen durch verschiedene Reviere, wie sie bereits in einigen Ortsgruppen des Vereins königlich preussischer Forstbeamten und z. B. schon dauernd im Verein für Privatforstbeamte Deutschlands eingeführt sind, würden gerade für die jüngeren Kollegen von Vorteil sein und sind deshalb dringend zu wünschen.

Nach kenne aktiv gediente Kollegen, die mir ehrlich erklärten, sie seien, bis sie auf ihre jetzige vielseitigere Stellung kamen, nur in reinen Nischenrevieren der Mark tätig gewesen, hätten bis dahin nur Hahlschlag, Durchforstung, Saat- und Pflanz-

kämpfe, Saat oder einjährige Kiefernplantation gekannt. Keine Ahnung hätten sie bislang von Buchenverjüngung, Läuterung und der Durchforstung von Buche und Eiche, von dem Anbau der Fichte und Lärche gehabt, die auf den Fehlstellen in den Buchenverjüngungen ausgeübt werden muß, wo der Standort dies erfordert. Erst im Alter zwischen 45 und 50 Jahren kamen sie in Reviere der Mark, wo außer Weißtanne so ziemlich jede Holzart angebaut wird. Sie hatten nun große Mühe, bis sie sich in den völlig unbekannten Verhältnissen zurechtfinden.

Sich selbst habe das Glück gehabt, nach 1½-jähriger Beschäftigung bei den Betriebsregelungsarbeiten in einer der vielseitigsten Oberförstereien der

Mark die Försterprüfung abzulegen. Meine Bekanntschaft mit den Verhältnissen in dieser Oberförsterei, die mit großem Wohlwollen vielfach erteilten Belehrungen und Unterweisungen des Herrn Revierverwalters und das stets hilfsreiche und freundschaftlichste Entgegenkommen des Kollegen, in dessen Schutzbereich sich mein Prüfungsrevier befand, ermöglichten es, daß ich die Prüfung mit sehr günstigem Resultate bestand.

Ich wünsche allen jüngeren Kollegen gleich gute Verhältnisse und wäre erfreut, wenn meine Anregung für eine vielseitigere Ausbildung an maßgebender Stelle in Erwägung gezogen werden könnte.

Die Versicherung der Privatangestellten.

Von Walter Dering, Kaiserlichem Rechnungsrat im Reichsversicherungsamt.

(Fortsetzung.)

III. Freiwillige Versicherung.

1. Wer aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet und mindestens 6 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt hat, kann die Versicherung freiwillig fortsetzen. Hat er 120 Beitragsmonate zurückgelegt, so kann er sich die bis dahin erworbene Anwartschaft durch Zahlung einer Anerkennungsgebühr von jährlich 3 M erhalten.* Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Versicherung auch während des Aufenthalts des Versicherten im Ausland freiwillig fortgesetzt oder aufrecht erhalten werden (§ 15).

Eine freiwillige Versicherung ist höchstens in derjenigen Gehaltsklasse zulässig, die dem Durchschnitt der letzten 6 Pflichtbeiträge entspricht oder am nächsten kommt (§ 18). Nach unten ist also keine Grenze gezogen.

Wegen der freiwilligen Söherversicherung vgl. Nr. IV Ziffer 3.

2. Im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes (also bis zum 31. Dezember 1913) hat die Reichsversicherungsanstalt (vgl. Nr. XIII) auf Antrag Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienste von 5000 bis unter 10 000 M zu gestatten, sich freiwillig selbst zu versichern, wenn sie (durch behördliche Bescheinigungen usw.) den Nachweis führen, daß ihr Einkommen 10 000 M nicht erreicht und daß sie in den vier Kalenderjahren 1909 bis 1912 eine nach dem Angestelltenversicherungsgezet ohne Rücksicht auf das Jahreseinkommen versicherungspflichtige Beschäftigung in mindestens 30 Kalendermonaten ausgeübt haben. Dasselbe Recht steht solchen Arbeitgebern für ihre Person zu, die höchstens drei versicherungspflichtige Personen beschäftigen. Krankheits-, Militärdienst- usw.

*) Sind weniger als 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, so ist es ratsam, die Aufrechterhaltung der Anwartschaft durch Entrichtung der Anerkennungsgebühr erst nach Ablauf von 150 Beitragsmonaten zu wählen (vgl. Nr. VI Ziffer 1 Abs. 2).

Zeiten (vgl. Nr. VII Abs. 3) werden vorgeleglicher Beschäftigung gleichgeachtet. (§ 394.) Eine Verpflichtung für den Arbeitgeber, für solche freiwillig in die Versicherung eintretende Angestellte Beiträge zu entrichten, besteht nicht. Die Versicherung selbst darf die höchste Klasse — Gehaltsstufe 5000 M — nicht überschreiten. Die freiwillige Versicherung hat nur Zweck für solche Personen, die bis zu ihrem 65. Jahre die Mindestwartezeit für freiwillig Versicherte (150 Beitragsmonate, vgl. Nr. VI Ziff. 1 Abs. 2) noch erfüllen oder eine Abkürzung dieser Wartezeit (a. a. O. Ziffer 2 Abs. 1) erzielen können.

IV. Gehaltsklassen (§§ 16 bis 19).

1. Nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes werden für die versicherten Angestellten folgende Gehaltsklassen gebildet:

Klasse A:	bis zu	550 M
" B:	von mehr als 550 bis	850 M
" C:	" " "	850 " 1150 "
" D:	" " "	1150 " 1500 "
" E:	" " "	1500 " 2000 "
" F:	" " "	2000 " 2500 "
" G:	" " "	2500 " 3000 "
" H:	" " "	3000 " 4000 "
" I:	" " "	4000 " 5000 "

2. Soweit das Gehalt in bar, aber nicht jährlich gezahlt wird, gilt als Jahresarbeitsverdienst für die Zugehörigkeit zu den Gehaltsklassen

bei wöchentlicher Zahlung das 52 fache,
" monatlicher " " 12 "
" vierteljährlicher " " 4 "

des gezahlten Betrags. Bei Berechnung von Gewinnanteilen und ähnlichen Bezügen, die ihrem Betrage nach nicht feststehen (vgl. Nr. I vorletzter Absatz), wird der Betrag des letzten Jahres zugrunde gelegt, für das dem Versicherten die Bezüge zugeflossen sind. Sind ihm bei Fälligkeit des Monatsbeitrags aus der gegenwärtigen versicherungspflichtigen Beschäftigung Bezüge dieser Art noch nicht gezahlt, so gilt für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes das in bar gewährte Gehalt.

3. Der Versicherte kann bis zum vollendeten 25. Lebensjahr in eine höhere Gehaltsklasse, als der Höhe seines Jahresarbeitsverdienstes entspricht, übertreten. Ein Versicherter, der in eine versicherungspflichtige Beschäftigung mit geringerem Entgelt, als seiner bisherigen Gehaltsklasse entspricht, eintritt, kann in seiner bisherigen Gehaltsklasse bleiben, falls er mindestens 6 Beitragsmonate in der höheren Gehaltsklasse auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt hat. Der Arbeitgeber ist aber in beiden Fällen nur dann zum höheren Beitrag verpflichtet, wenn dies vereinbart worden ist.

V. Gegenstand der Versicherung (§§ 20 bis 47).

Gegenstand der Versicherung sind Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten. Und zwar erhält:

1. Ruhegeld, wer das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder berufsunfähig ist, sowie die Wartezeit (Nr. VI) erfüllt und die Anwartschaft (Nr. VII) aufrechterhalten hat. Berufsunfähigkeit, d. h. die dauernde Unfähigkeit eines Versicherten zur Ausübung seines Berufs wegen körperlicher Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen und geistigen Kräfte, liegt dann vor, wenn seine Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist.

Aber auch wer nicht dauernd berufsunfähig ist, wohl aber während 26 Wochen ununterbrochen berufsunfähig war, erhält für die weitere Dauer der Berufsunfähigkeit Ruhegeld, das sogenannte Krankenruhegeld.

2. Hinterbliebenenrenten werden gewährt, wenn der Verstorbene zur Zeit seines Todes die Wartezeit für das Ruhegeld erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat. Die Hinterbliebenenrenten zerfallen in Witwen-, Witwer- und Waisenrenten. Die Witwenrente erhält die Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes, und zwar auch dann, wenn sie erwerbsfähig ist.

Waisenrente erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters seine ehelichen Kinder unter 18 Jahren und nach dem Tode einer Versicherten ihre vaterlosen Kinder unter 18 Jahren. Als vaterlos gelten auch uneheliche Kinder.

Nach dem Tode der versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemannes, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten hat, steht den ehelichen Kindern unter 18 Jahren Waisenrente zu, ebenso dem Manne Witwenrente, solange er bedürftig ist. Für die Waisenrente gilt dies auch, wenn zur Zeit des Todes der Versicherten die Ehe nicht mehr bestand. Nach dem Tode einer versicherten Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und seiner väterlichen Unterhaltungspflicht entzogen hat, steht den ehelichen Kindern unter 18 Jahren Waisenrente zu. Dies gilt auch, wenn zur Zeit

des Todes der Versicherten die Ehe nicht mehr bestand und der Ehemann sich seiner väterlichen Unterhaltungspflicht entzogen hat.

3. Heilverfahren. Um die infolge einer Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzuwenden, kann die Reichsversicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten. Dasselbe gilt, wenn zu erwarten ist, daß ein Heilverfahren den Empfänger eines Ruhegeldes wieder berufsfähig macht. Die Versicherungsanstalt kann insbesondere den Erkrankten in einem Krankenhaus oder in einer Anstalt für Genußende unterbringen.

Angehörige des Erkrankten, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, erhalten während einer Anstaltsbehandlung ein Hausgeld. Es beträgt täglich $\frac{3}{20}$ des zuletzt gezahlten Monatsbeitrags. Das Hausgeld fällt weg, solange und soweit Lohn oder Gehalt auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs gezahlt wird. Die Zahlung des Ruhegeldes kann für die Dauer des Heilverfahrens ganz oder teilweise eingestellt werden.

VI. Wartezeit.

1. Die Wartezeit dauert:

- a) beim Ruhegeld für männliche Versicherte 120 Beitragsmonate, für weibliche Versicherte 60 Beitragsmonate;
- b) bei den Hinterbliebenenrenten 120 Beitragsmonate.

Sind weniger als 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, so beträgt die Wartezeit beim Ruhegeld für weibliche Versicherte 90 Beitragsmonate, im übrigen 150 Beitragsmonate (§ 48). Diese Vorschrift ist von Bedeutung für die freiwillige Versicherung (vgl. Nr. III).

2. Abkürzung der Wartezeit (§§ 395 bis 398). In den ersten 3 Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes kann die Reichsversicherungsanstalt auch einzelnen Angestellten — versicherungspflichtigen und versicherungsberechtigten — nach vorhergehender ärztlicher Untersuchung gestatten, die Wartezeit durch Einzahlung der entsprechenden Prämienreserve abzukürzen. Die Versicherungsanstalt wird indes solchen Anträgen nur dann entsprechen, wenn ärztlicherseits festgestellt ist, daß der Gesundheitszustand des Antragstellers den baldigen Eintritt der Berufsunfähigkeit oder des Todes nicht befürchten läßt. Die Prämienreserve wird den individuellen Verhältnissen des Antragstellers entsprechend bemessen werden.

In den ersten 10 Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes genügt zur Erfüllung der Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten das Zurücklegen von 60 Beitragsmonaten auf Grund der Versicherungspflicht. Die Witwen- oder Witwerrente wird in diesen Fällen nach einem Ruhegelde berechnet, das $\frac{1}{4}$ des Wertes der in den ersten 60 Beitragsmonaten entrichteten Beiträge beträgt.

Tritt der Versicherungsfall (d. i. Berufsunfähigkeit oder Tod eines Versicherten) innerhalb der ersten 15 Jahre nach dem Inkraft-

treten des Gesetzes ein, ohne daß ein Anspruch auf Leistungen geltend gemacht werden kann, so steht beim Tode des Versicherten der hinterlassenen Witwe oder dem Witwer oder, falls solche nicht vorhanden sind, den hinterlassenen Kindern unter 18 Jahren ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für den Verstorbenen eingezahlten Beiträge zu. Bei der freiwilligen Versicherung werden $\frac{3}{4}$ der von dem freiwillig Versicherten eingezahlten Beträge zurückerstattet. Der Anspruch auf Beitragserstattung verfällt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Versicherten geltend gemacht wird.

VII. Erlöschen der Anwartschaft (§§ 49 bis 54).

Die Anwartschaft erlischt, wenn nach dem Kalenderjahr, in welchem der erste Beitragsmonat zurückgelegt worden ist, innerhalb der zunächst folgenden 10 Kalenderjahre weniger als 8 und nach dieser Zeit weniger als 4 Beitragsmonate während eines Kalenderjahres zurückgelegt worden sind. Nach Ablauf der ersten 10 Jahre kann bei freiwilliger Weiterversicherung (vgl. Nr. III Ziff. 1) die Anwartschaft auch — statt durch Beitragsleistung — durch Entrichten einer Anerkennungsgeldgebühr von 3 M. jährlich aufrecht erhalten werden, das ist mit anderen Worten die Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung. Die Anerkennungsgeldgebühr stellt indes keine „Beitragsleistung“ dar, so daß durch ihre Entrichtung eine Erhöhung des Ruhegeldes u. v. nicht bewirkt wird.

Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte innerhalb des dem Kalenderjahr der Fälligkeit der Beiträge oder der Anerkennungsgeldgebühr folgenden Kalenderjahrs die rückständigen Beträge nachzahlt. Ist eine Anwartschaft während der Wartezeit erloschen, so kann die Reichsversicherungsanstalt auf Antrag die rückständigen Beiträge stunden.

Als Beitragsmonate zur Aufrecht-

erhaltung der Anwartschaft werden die Kalendermonate angerechnet, in denen der Versicherte 1. zur Erfüllung der Wehrpflicht eingezogen gewesen ist, 2. in Mobilmachungs- oder Kriegzeiten freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet hat, 3. wegen einer Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen, 4. zur beruflichen Fortbildung eine staatlich anerkannte Lehranstalt besucht hat.

VIII. Berechnung der Versicherungsleistungen (§§ 55 bis 59).

1. Das Ruhegeld der Angestellten beträgt nach Ablauf von 120 Beitragsmonaten ein Viertel der in dieser Zeit entrichteten Beiträge und ein Achtel der übrigen Beiträge. Tritt bei weiblichen Versicherten der Versicherungsfall nach Ablauf von 60 Beitragsmonaten und vor Vollendung von 120 Beitragsmonaten ein, so beträgt das Ruhegeld ein Viertel der in den ersten 60 Beitragsmonaten entrichteten Beiträge.

2. Die Witwen- und Witwerrente beträgt zwei Fünftel des Ruhegeldes, das der Mann zur Zeit seines Todes bezog oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte. Waisen erhalten je ein Fünftel, Doppelwaisen je ein Drittel des Betrages der Witwenrente, jedoch dürfen die Hinterbliebenenrenten zusammen den Betrag des Ruhegeldes nicht übersteigen. In den ersten 10 Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wird die Witwen- oder Witwerrente nach einem Ruhegelde berechnet, das $\frac{1}{4}$ des Wertes der in den ersten 60 Beitragsmonaten entrichteten Beiträge beträgt (§ 396).

Die nachstehende Tabelle läßt erkennen, auf wie hoch sich nach 10 Jahren in den einzelnen Gehaltsklassen die Beiträge, das Ruhegeld und die Hinterbliebenenrenten belaufen:

Gehaltsklasse	Monatliche Beiträge	Jahresbetrag in Mark								
		des Ruhegeldes			der Witwenrente			jeder Waisenrente		
		nach Ablauf einer Versicherungsdauer von Jahren								
		10	25	50	10	25	50	10	25	50
A bis zu 550 M.	1,60 M.	48	84,—	144	19,20	33,60	57,60	3,84	6,72	11,52
B von mehr als 550—850 „	3,20	96	168,—	288	38,40	67,20	115,20	7,68	13,44	23,04
C „ „ 850—1150 „	4,80	144	252,—	432	57,60	100,80	172,80	11,52	20,16	34,56
D „ „ 1150—1500 „	6,40	204	357,—	612	81,60	142,80	244,80	16,32	28,56	48,96
E „ „ 1500—2000 „	9,60	288	504,—	864	115,20	201,60	345,60	23,04	40,32	69,12
F „ „ 2000—2500 „	13,20	386	672,—	1188	158,40	277,20	475,20	31,68	55,44	96,04
G „ „ 2500—3000 „	16,60	498	871,50	1494	199,20	348,60	597,60	39,84	69,72	119,52
H „ „ 3000—4000 „	20,—	600	1070,—	1800	240,—	420,—	720,—	48,—	84,—	144,—
I „ „ 4000—5000 „	26,60	718	1286,50	2234	319,20	558,60	957,60	63,84	111,72	191,52

(Fortsetzung folgt.)

Der Zweckverband Groß-Berlin und die Waldfrage.

Am 14. Oktober hatte sich das Großberliner Parlament mit der Frage der Walderhaltung zu beschäftigen. Oberbürgermeister Wermuth leitete die Verhandlungen. Am Tische des Verbandsausschusses saßen als Vertreter der Staatsregierung

Oberpräsident v. Conrad und Oberpräsidialrat Graf von Kiedern.

Verbandsdirektor Dr. Steiniger empfiehlt den Antrag des Verbandsausschusses, sich mit dem Umfange der dauernd zu erhaltenden Waldflächen

einverstanden zu erklären und auf dieser Grundlage mit dem Fiskus weiter zu verhandeln. Es handle sich um keine Bindung der Versammlung, sondern darum, daß dem Verbandsausschuß der Rücken gestärkt werde.

Zwei Anträge gingen ein; der zweite, der angenommen wurde, war von Oberbürgermeister Schuftehus (Charlottenburg) und Genossen, und besagt:

„Die Versbandsversammlung ist in Übereinstimmung mit dem Verbandsausschuß der Überzeugung, daß mindestens die in der Vorlage vom 5. Oktober in der Waldkarte näher bezeichneten forstfiskalischen Flächen gemäß § 1 Abs. 3 und § 9 des Verbandsgesetzes als Freiflächen erhalten werden müssen, und erklärt sich damit einverstanden, daß auf der Grundlage dieses Anspruchs weiter verhandelt wird.“

Als erster Redner aus der Versammlung spricht Stadtverordneter Heimann (Berlin, Soz.). Er erklärt sich im wesentlichen mit der vom Verbandsausschuß getroffenen Wahl der Waldflächen einverstanden; es beständen aber noch eine Reihe von Unklarheiten. Auch der Fiskus müsse sich seiner großen Verantwortung in dieser Frage bewußt sein; davon sei aber bisher nichts zu spüren gewesen. Die Gemeinden Großberlins denken nicht daran, den vom Fiskus verlangten Preis zu zahlen. Der Redner kritisiert dann besonders die vom Fiskus den Charlottenburger Wasserwerken überlassene Grundwasser-gerechtigkeit im Grunewald, plädiert entschieden für die Erhaltung der Grunewaldseen und kommt zu dem Schluß, daß die vereinigten Gemeinden Großberlins eine Macht darstellen, ohne die auch der Fiskus nicht auskommen könne. (Beifall.)

Immer mehr ging dann die Debatte auf den Preis für die Wälder ein, obgleich er nicht auf der Tagesordnung stand; immerhin gewann die Verhandlung dadurch an Interesse. Das gilt besonders von der genauen Rechnung, die Kommerzienrat Haberlanb als Redner des Preises Teltow über den Wert des Grunewaldes aufmachte: Der Fiskus hat uns Preise gemacht, als ob die Kiefernwälder Zedernwälder seien. Der Grunewald ist heute auch als Bauland nicht mehr wert denn als Forstland, und wir wollen die Waldungen nur mit den Preisen bezahlen, die sie tatsächlich wert sind. Redner spricht sich eventuell für eine Pachtung aus. — Geh. Raurat Kullmann erklärte sich besonders vom Standpunkte des Architekten für die Erhaltung der Wälder und begründete des Näheren seinen Antrag, der bezweckt, daß dem Verbands Großberlin die Möglichkeit bleibt, die Wälder auch auszugestalten. — Stadtsyndikus Dr. Maier begründet den Antrag Schuftehus und Genossen, der die vom Verbandsausschuß in der Waldkarte festgesetzten Flächen nur als Mindestforderungen betrachtet sehen will. Stadtv. Dr. Leibig (Wilmerdorf) erklärt sich mit den Ausführungen Heimanns solidarisch. — Mit besonderer Entschiedenheit und stellenweise großer Schärfe wandte sich Gemeinrat Cassel gegen die Waldpolitik des Fiskus. Die Städte sind bereit, Opfer zu bringen, wir wollen aber durch An-

nahme des Antrags Schuftehus der Staatsregierung gegenüber zum Ausdruck bringen, daß unter den Vertretern Großberlins ohne Unterschied der Partei der feste Wille vorhanden ist, etwas zu leisten, aber nicht der Ausbeutung des Fiskus unterliegen zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch mehrere Redner für und gegen den Charlottenburger Antrag gesprochen und Bürgermeister Ruhr (Pantow) für die Erhaltung der Schönholzer Heide plädiert hatte, ergriß Oberpräsident von Conrad das Wort: „Die Debatte hat einen Verlauf genommen, der mir Veranlassung gibt, hier das Wort zu ergreifen. Ich habe als Oberpräsident der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin das lebhafteste Interesse daran, daß die Angelegenheit, die heute hier zur Verhandlung steht, für Großberlin zu einem befriedigenden Ergebnis geführt wird, und die heutige Debatte scheint dafür die Hoffnung zu geben. Die heute gestellten Anträge sind ja untereinander verschieden, aber in ihrer Endtendenz sehr ähnlich, weil sie alle bezwecken, die Vorlage des Verbandsausschusses als gegebene Basis für weitere Verhandlungen zu benutzen. Ich bin der Meinung, daß die Annahme dieser Anträge ein möglichst schnelles Verhandeln mit der Staatsregierung herbeiführen wird. Dagegen sind mir im Laufe der Verhandlungen gewisse Anschauungen begegnet, von denen ich Sie bitten möchte, nicht anzunehmen, daß sie auf Seiten der Staatsregierung existieren. Namentlich der Wunsch des Abgeordneten Dr. Leibig, daß das ganze Waldgebiet dem Zweckverbande umsonst übergeben werden möge, wird, so fürchte ich, nicht in Erfüllung gehen. Mein lebhaftes Bedauern muß ich darüber aussprechen, daß der Abg. Cassel sich in seiner lebhaften Art zu dem Ausdruck hat hinreißen lassen, daß der Staat Berlin ausbeuten wolle. Das liegt dem Staate vollkommen fern. Ich glaube auch nicht, daß der Herr Oberbürgermeister und der Verbandsdirektor, als sie vom Herrn Reichsfinanzminister in dieser Angelegenheit empfangen wurden, diesen Eindruck aus der Konferenz mitgenommen haben. Dagegen möchte ich also Verwahrung einlegen.“

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Schuftehus und Genossen mit überwiegender Mehrheit angenommen. —

Am 12. Oktober hatte nun eine Konferenz im Landwirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Küster stattgefunden, an der außer dem Oberlandforstmeister Eggelsen Wesener und den forsttechnischen Deskretenten des Landwirtschaftsministeriums mehrere Vertreter des Ministeriums des Innern, unter ihnen Ministerialdirektor Dr. Freund, sowie Vertreter des Finanzministeriums, des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des Staatsministeriums teilnahmen. Die Verhandlungen kamen noch zu keinem Abschluß. Sie wurden vertagt und sollen fortgesetzt werden, wenn die Verbandsversammlung Großberlin sich über den Umfang der dauernd zu erhaltenden Waldflächen schlüssig gemacht hat. Das ist, wie eingangs berichtet, geschehen.

Im Anschluß hieran erschien eine anscheinend offiziöse Auslassung in der Presse, welche besagt:

Der Zweckverband hat sich nunmehr über den Umfang der als Dauerwald zu beanspruchenden forstfiskalischen Flächen geäußert, so daß die mit den zuständigen Ministerien angebahnten Verhandlungen weitergeführt werden können. Da der Forstfiskus gegen den Umfang der gewünschten Flächen Einwendungen nicht erhoben hat, wird es sich bei diesen Verhandlungen in der Hauptsache um den Kaufpreis handeln. In dieser Frage gehen nun aber die Ansichten weit auseinander. Der Fiskus will 8827 ha, deren Erhaltung als Dauerwald er als für die Bevölkerung Großberlins notwendig anerkennt, zu Preisen von 50 \mathcal{L} bis 2 \mathcal{M} für das Quadratmeter hergeben, während er die restlichen 2373 ha — ohne Schädigung der Interessen der Gesamtheit der Steuerzahler — nur zum Bauwert, d. h. für 60 \mathcal{L} bis 18 \mathcal{M} pro Quadratmeter veräußern will. Danach würde sich ein Gesamtpreis von 113,61, im letzteren Falle von 178,632 Millionen Mark ergeben. Der Zweckverband will lediglich den forstwirtschaftlichen Wert vergüten, d. h. etwa 25 bis 30 \mathcal{L} für das Quadratmeter bezahlen, das wären im ersteren Falle 27,5, im letzteren 33 Millionen Mark. Zwischen Forderung und Angebot besteht also eine gewaltige Kluft, die zu überbrücken nicht leicht sein wird. Wie wir schon früher hervorgehoben haben, ist gar nicht daran zu denken, daß die Waldflächen um Großberlin zu einem so niedrigen Preise veräußert werden, und es ist ja auch schon in der Versammlung des Zweckverbandes zum Ausdruck gekommen, daß auch auf dieser Seite die Geneigtheit besteht, Opfer zu bringen. Inwieweit die Regierung den Städten noch weiter entgegenzukommen imstande sein wird, läßt sich ungefähr nach den bisherigen Geschäftsergebnissen der forstfiskalischen Staatsverwaltung beurteilen. Nimmt man den letzten Forstetat zur Hand, so ergibt sich daraus, daß die Einnahmen aus dem rund drei Millionen Hektar umfassenden Staatsbesitz (wovon 2,7 Millionen Hektar Waldung) sich auf 145 Millionen Mark beziffern, während die Ausgaben 73 Millionen Mark erfordern, so daß sich ein Überschuß von etwa 72 Millionen Mark ergibt. In den Einnahmen sind natürlich die Summen einbegriffen, welche der Fiskus bei Waldverkäufen zu Bauungszwecken erzielt hat; im letzten Jahrzehnt sind allein in der Umgebung Berlins für 76 Millionen Mark Waldparzellen verkauft worden — ein Ergebnis, das im Interesse aller Steuerzahler gewiß Anerkennung verdient. Und in dieser gewissenhaften Verwertung des Staatsvermögens kann noch viele Jahre fortgefahren werden, ohne daß die vom Zweckverbande beanspruchten Waldflächen angegriffen zu werden bräuchten. Nach dem Allgemeinen Landrecht und den später erlassenen Hausgesetzen dürfen bekanntlich Staatsdomänen „nur gegen Schadloshaltung des Staates“ veräußert werden. Ein hoher Kosten — etwa 120 Millionen Mark — wird für den Holzverkauf vereinbart, er müßte weit höher sein, denn wir brauchen viel mehr Holz, als wir erzeugen: über

300 Millionen Mark für Holz gehen ins Ausland. Daraus ergibt sich die Pflicht der Forstverwaltung, für unsere Waldungen zu sorgen, sie aufzuforsten, Ländereien, die zur landwirtschaftlichen Nutzung ungeeignet sind, in Wälder umzuwandeln u. dgl. Der Landerwerb, der zu diesem Zwecke im Osten der Monarchie erfolgen mußte, hat schon viele Millionen erfordert. Wo blieben da die Überschüsse, wenn die Einnahmen durch Schleuderverkäufe geschmälert werden würden? Aus diesen allgemeinen Gesichtspunkten heraus wird man die Frage beurteilen müssen, inwieweit der Forstfiskus zugunsten einer Gemeinde seine Preisforderung herabzusetzen in der Lage sein wird. Die zuständigen Ministerien werden sich demnächst über den Antrag des Zweckverbandes, sowie über den Kaufpreis schlüssig machen. Danach würde der Zweckverband wieder das Wort haben. —

Eine zweite Regierungskonferenz über die Waldfrage fand am 29. Oktober im Landwirtschaftsministerium statt. Vertreten waren außer diesem das Finanz- und Kultusministerium, die Ministerien des Innern und der öffentlichen Arbeiten. An der Hand der von der Forstverwaltung und dem Zweckverbande angefertigten Pläne wurde über die angebotenen und geforderten Waldflächen sowohl ihrem Umfange wie ihrem Werte nach eingehend verhandelt und dabei natürlich auch die Frage gestreift, inwieweit die Regierung dem Zweckverbande in der Preisberechnung entgegenzukommen in der Lage ist. Die Verhandlungen dienten lediglich informatischen Zwecken, da sich mit dieser wichtigen Angelegenheit noch das Staatsministerium beschäftigen wird. —

Bei dieser Gelegenheit interessieren vielleicht die beiden folgenden Notizen: Im Grunewald wird ein neues Projekt verwirklicht. Unmittelbar am Königsweg, mitten im Grunewald, gegenüber dem Bahnhofe, erstet ein vornehmer Lutterfall, der größte Berlins. Im Januar 1913 soll bereits die Einweihung und Eröffnung stattfinden. Wenn man den Bahnhof verläßt und den Weg nach Schildhorn einschlagen will, so sieht man rechts in der Richtung des Forsthauses Eichkamp diese Anlage. — Die fiskalischen Kieslager beim Werlsee sollen ausgebeutet werden; dadurch wird das Lößnüttal in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Märkischen Sandwerke, denen die Ausbeutung für eine jährliche Pacht von 30 000 \mathcal{M} übertragen worden ist, haben, der „Voss.“ zufolge, die bezüglichen Verträge mit dem Landwirtschaftsministerium bereits abgeschlossen. Augenblicklich scheint man noch Erwägungen über die billigste Art der Schiffbarmachung der Lößnüttal anzustellen. Wie dem genannten Blatte weiter bestätigt wird, soll das Wasser des Wupatsees zur Verbreiterung der unteren Lößnüttal nutzbar gemacht werden. Der Berliner Waldschußverein hat sich der Sache angenommen und will gegen die Verunstaltung des Lößnüttals kämpfen. Es hat schon eine Besichtigung an Ort und Stelle stattgefunden. Nun wird Material gesammelt.

Mitteilungen.

— **Für Militärärzter** ist eine neue Anstellungsmöglichkeit geschaffen worden. Die Justizverwaltung hat die Schaffung einer besonderen Beamtenklasse im mittleren Dienst in Aussicht genommen; sie beabsichtigt, bei den einzelnen Gerichten besondere Stellen für Protokollführer einzurichten. Gedacht sind diese als Aufsteigstellen für jüngere Kanzleibeamte, die eine entsprechende Ausbildung genossen und eine besondere Prüfung bestanden haben. Das Gehalt der Protokollführer soll höher sein als das der Kanzlisten. Gleichzeitig wird eine Vermehrung der Kanzlistenstellen beabsichtigt. Diese sind sämtlich den Militärärzten vorbehalten. Die Anstellungsgesuche sind an den Oberlandesgerichtspräsidenten zu richten, in dessen Bezirk die Anstellung erwünscht ist. Vorteilhaft soll es sein, sich für mehrere Oberlandesgerichtsbezirke vormerken zu lassen.

— **Die preussischen Steuernovellen.** Über die endgültige Gestaltung der Steuergesetze fanden dem Vernehmen nach in der letzten Zeit Besprechungen zwischen Vertretern des Finanzministeriums und der Fraktionen des Abgeordnetenhauses statt. Die bisher erhobenen Zuschläge sollen vorläufig provisorisch beibehalten werden, ferner einige wichtigere Punkte aus den neuen Steuergesetzentwürfen zur Verabschiedung gelangen, so die weitere Ausgestaltung des Kinderprivilegs und die neuen Bestimmungen über die Veranlagung der Einkommen- und Ertragssteuer. Wenn irgend möglich, soll diese Verabschiedung noch vor Weihnachten im Abgeordnetenhaus erfolgen.

— **Zur Pensionsversicherung der Privatangehörigen.** Unserer Zusage gemäß haben wir inzwischen in Nr. 45 mit einem ausführlichen Artikel über das neue, am 1. Januar 1913 in Kraft tretende Versicherungsgesetz begonnen. Fortsetzung findet sich in der vorliegenden Nummer. Die ausführlichen Auseinandersetzungen des Herrn Hering werden auch weiter noch durch zwei Nummern laufen. Die zahlreichen Fragesteller, welche über das neue Gesetz bzw. über einzelne Bestimmungen Auskunft haben wollten, müssen wir bitten, den Artikel zu lesen, der unserer Aufassung nach, auf die sämtlichen Fragen Antwort gibt. Besteht dennoch in einzelnen Punkten Unklarheit, so bitten wir um erneute Fragestellung, und zwar an der Hand des Hering'schen Artikels.

— **Forstbeamtenstellen in Rußland.** Ein deutscher Forstmann schreibt uns aus Rußland: „Durch die Fachpresse werden in neuerer Zeit häufig deutsche Forstbeamte nach Rußland gesucht. Es empfiehlt sich aber, sehr vorsichtig bei Annahme solcher Stellen zu sein, namentlich wenn an Gehalt nicht wenigstens ebensoviel Rubel gezahlt werden, wie in Deutschland Mark. Man rechne nicht den Rubel zu 2,16 M.; hier ist, außer Nah-

rungsmitteln, alles viel teurer wie in Deutschland. Nachstehend einige Beispiele. Ein Pfund Pulver 1,20 Rbl. = 2,60 M., Patronenhülsen, allerbilligste Sorte, 2 Rbl. = 4,32 M. Gewehre kosten in Rußland ebensoviel Rubel, wie in Deutschland Mark, ebenso ist es mit Kleidern. Schulunterricht ist sehr teuer und sehr umständlich, da die besseren Schulen sich alle nur in den wenigen größeren Städten befinden. Der Pensionspreis für ein Kind ist nicht unter 180 Rubel zu haben. Schulgeld kostet je nach Alter des Kindes bis 100 Rubel pro Jahr. Es empfiehlt sich also, nur wirklich angemessen besoldete Stellen anzunehmen.“

— **Die Buchenwollaus.** Die Buchenwollaus gehört zu der großen Familie der Blattläuse. Alle Blattläuse sind auf bestimmte Pflanzen, auf Teile von solchen angewiesen, so auch die Buchenwollaus auf die Rinde der Rotbuche. Sie überwintert als Insekt und legt im zeitigen Frühjahr die Eier, mit Wolle bedeckt, haufenweise ab, die bald entstehenden Larven beginnen gemeinsam ihre Saugarbeit. Die Eier liegen unter der Wolle so dicht, als sei die ganze Fläche mit grobem Sande beworfen. Die Vermehrung ist eine ungewöhnlich große, da aus den Eiern geschlechtlose Individuen entstehen, welche wieder ähnliche Wesen gebären, und so fort, bis bei der achten oder neunten Generation diese geschlechtlose Fortpflanzung aufhört. Das Insekt ist mit einer außerordentlich langen Stachborste versehen, mit dieser bringt es bis zum Baßkörper. Der Stich bewirkt eine kleine pustelförmige Aufreibung der Rinde, jedoch arbeitet eine ganze Familie unter dem Schutze einer kleinen Wollpartie zusammen, so daß die Verwundung nicht unerheblich ist. Der Baß bräunt sich bis zum Splint, und die Rinde reißt der Länge nach auf, der Stamm fängt an zu fränken und geht oft ein. Der Schaden ist ein um so größerer, da fast immer die besten Stämme befallen werden. Die Gefahr erkennt man an den über den ganzen Stamm verteilten Wollflocken, die noch oft nach Jahren an demselben haften. Als Vertilgungsmittel kann nur eine flüßigste in Betrach kommen, welche Wachs auflöst (Alkohol), denn das Flockensekret ist Wachstoff, und Eier und Insekt sind darunter gut verborgen. Ein gut bewährtes Mittel ist folgendes: 50 Teile grüne Seife, 100 Teile Fuzelöl, 250 Teile Weingeist, 600 Teile Wasser werden gemischt und die Stämme mit einem Maurerpinsel bestrichen, bis die Flocken verschwunden sind. Königl. Förster Schnobbel.

— **Aber Schweine-Eintrieb als Mittel gegen den Raupenfraß** wird berichtet: Die Königl. Forst Jänischwalde hat in den letzten Jahren sehr unter dem Raupenfraß gelitten; ganze noch sehr junge Niefornbestände sind diesem zum Opfer gefallen. Es handelt sich hierbei um viele Hunderte von Morgen. Im vorigen Jahre hat nun auf Veranlassung des Forstfiskus ein Kaufmann aus Jänischwalde sich einen Transport ostpreussischer

Schweine kommen lassen, die eßtäglich in den Wald hinaustreiben ließ. Unter Aufsicht eines Hirten blieben sie vom Morgen bis Abend im Walde und wühlten den ganzen Waldboden um und vertilgten die Raupen. Da die Haltung der Schweine eintäglich war, beschloß der Kaufmann, in diesem Jahre wieder 50 Stück zu kaufen; doch gingen ihm diese infolge von Schweinepest bald zugrunde. Da

die Ortschaft nun für Schweine gesperrt ist, hat sich ein Auswärtiger 50 ostpreussische Schweine kommen lassen und für diese im Walde einen Stall nebst Tränke und Brunnen gebaut. Die Tiere sind während der frostfreien Zeit Tag und Nacht im Walde. Die Erfolge sind so gut, daß im nächsten Jahre noch mehrere Trupps Schweine von je 50 Stück eingetrieben werden sollen.

Berichte.

Bericht über die XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins

(40. Versammlung Deutscher Forstmänner)
in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912.
Berichterstatter: Oberförster Poppe, Forstbeirat
der Landwirtschaftskammer Halle a. S.

(Schluß.)

Oberförster Ludwig Bonn widerspricht ebenfalls einigen Ausführungen des Herrn Dr. Gerhardt, die sich auf die Stellung des Gemeindeoberförsters zum Landrat beziehen. Ein Einfluß der Landräte auf die Bewirtschaftung der Gemeindeförsten entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage. Die Forstaufsicht hat lediglich die künftige Regierung. In diesem Zustande ist wenigstens in den Regierungsbezirken Trier und Koblenz nichts geändert worden.

Was die Forderung einer zentralen Forsteinrichtungsanstalt betrifft, so weist er darauf hin, daß die Rheinprovinz seit kurzem eine Forstberatungsstelle in Bonn geschaffen hat, welche grundsätzlich alle Gemeindeforsteinrichtungen übernimmt. Es sind bereits in diesem Jahre 140 Gemeinden mit 25 000 ha der Forstberatungsstelle übertragen worden, und arbeiten zurzeit acht Assessoren und vier Privatforstlandbibanten daran. Die Landwirtschaftskammer hat weder Mühe noch Kosten gescheut, um diese Hilfe zu gewähren. Er kann deshalb die Forderung des Herrn Dr. Gerhardt nicht als berechtigt anerkennen.

Forstmeister Dr. Weber in Konradsdorf geht zunächst auf einige persönliche Bemerkungen des Referenten Forstrat Blum ein. Wenn wir das Herz des deutschen Volkes verwunden wollen, muß man den Wald angreifen. Man soll mehr Politik treiben.

Die heftigste Einrichtung bezüglich der Gemeindeforsten hält er für mustergültig. Sie besteht bereits seit 1811 und ist so vorzüglich, daß man bei der Durchschreitung der Forsten einen Unterschied zwischen Staats- und Gemeindeforsten überhaupt nicht machen kann. Die Aufsicht über das Gemeindeforstvermögen herrscht überall in Deutschland. Die starke Hand des Staates schützt es. Irigendwelche gesetzliche Bestimmungen darüber müssen populär gegeben werden. Eine große Aufgabe haben dabei die Forstverwaltungsbeamten selbst zu erfüllen, indem sie das Volk erziehen müssen. Es ist zwar eine stark persönliche Arbeit von Mensch zu Mensch, aber sehr wirkungsvoll und erfolgreich. Je persönlicher man arbeitet, desto größer wird der Erfolg sein.

Forstassessor Kiebesel Freiherr zu Eisenbach-Königsberg hält den Ausführungen von Forstrat Täger und Oberförster Bertog entgegen, daß der Einfluß des Gemeindeforstbesitzes in Ostpreußen kein gleich günstiger ist. Die Erträge stehen dort noch nicht auf der Höhe der Zeit, und das ist die beste Unterlage für eine Kritik, wie dort die Wirtschaft geführt wird. Es herrscht bei der Bewirtschaftung der ostpreussischen Gemeindeforsten noch ein sehr großer Unterschied. Er glaubt daher nicht, daß das Gemeindeforstgesetz ganz die Anerkennung verdient, die es heute gefunden hat, und daß es noch mancher Änderung und Verbesserung bedarf.

Landforstmeister a. D. Wächter-Berlin ist der Ansicht, daß Dr. Gerhardt einzelne Fälle aus den Gemeindeforsten der Rheinprovinz sehr drastisch geschildert hat und daß es tatsächlich so schlimm dort nicht ist. Er unterschreibt aber voll und ganz das, was Dr. Gerhardt für viele Fälle dargestellt hat.

Forstrat Blum-Mschaffenburg erhält das Schlusswort. Da die Debatte nichts für Süddeutschland gebracht hat, was ihn zu Erwiderungen veranlassen könnte, sind seine Ausführungen nur kurz.

Dr. Gerhardt-Koblenz ist der Ansicht, daß keine wesentlichen Widersprüche aufzuklären sind. Er möchte nur gegen einige wenige Sachen Stellung nehmen. Die Vertreter einiger Landwirtschaftskammern haben ihre Abteilungen zu Einrichtungsarbeiten empfohlen. Er selbst kann aber dadurch keine Besserung und Hilfe erwarten, besonders nicht für die Rheinprovinz. Hier ist die Fläche so groß, daß eine eigene selbständige Forsteinrichtungsbehörde nach seiner Ansicht am Platze ist.

Oberforstmeister Kiebel verliest hierauf die Resolution zu Thema 2, die fast einstimmig angenommen wird:

„Der Deutsche Forstverein hält die Erfolge der staatlichen Aufsicht über die Bewirtschaftung der Gemeindeforsten mit Rücksicht auf die Bedeutung der Gemeindeforstwirtschaft für die deutsche Volkswirtschaft nicht überall für genügend; er hält eine gesetzliche Regelung der Staatsaufsicht über die Gemeindeforsten nach der Richtung hin für wünschenswert, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden als Eigentümer, Nutznießer und Unternehmer nur insoweit sich betätigt, als die Gemeinden nach ihrer Organisation und Verfassung ohne Schädigung der Allgemeinheit diese auszuüben auch in der Lage sind.“

Forstmeister Dr. Kienig-Chorin erhält hierauf das Wort zu einem Vortrag: „Unter welchen Umständen und bis zu welcher Entfernung vermögen Lokomotivauswürfe in der Nähe der Eisenbahnlinien zu zünden?“ Im Jahre 1911 sind viele Waldbrände entstanden und gaben Veranlassung, sich besonders mit dieser Frage zu beschäftigen. Im allgemeinen ist man geneigt, in der Nähe der Bahnen entstandene Brände ohne großes Besinnen der Eisenbahn zuzuschreiben, die ja auch oft sehr entgegenkommend derartige Schäden bezahlt. Mitunter aber sträubt sich die Eisenbahnverwaltung dagegen. Es liegen auch vielfach keine gültigen Beweise dafür vor, daß die Bahn tatsächlich das Feuer veranlaßt hat. Zeugen sind selten vorhanden und die ersten Leute, die zu einem Waldbrande an der Bahn kommen, können keine positiven Aussagen über die Entstehung machen. Vor Gericht sind die Entscheidungen auch vielfach schwierig, da weder Richter noch Rechtsanwälte je einen Waldbrand gesehen haben. Die zugezogenen Forstfachverständigen haben in den meisten Fällen ebenfalls noch keinen Waldbrand mit erlebt und können dadurch in schwer zu beantwortende Fragen verwickelt werden. Es wird viel zu wenig berücksichtigt, daß auch andere Entstehungsurachen vorhanden sein können. Es ist daher notwendig, daß wir uns die Bedingungen klar machen, unter welchen Auswürfe aus den Lokomotiven überhaupt zünden können.

Es können hierbei nur die großen Stücke in Frage kommen. Die kleinen Funken fliegen nicht weit und verlieren ihre Zündungsfähigkeit sehr schnell. Auch die großen Stücke können nur dann Ursache zu einem Waldbrand geben, wenn sie auf besonders leicht zündbares Material fallen. Um die Entfernung zu ermitteln, bis zu welcher Kohlenstücke zünden können, ist Redner von folgenden Voraussetzungen ausgegangen. Zunächst ist maßgebend der Zustand der Auswürfe, die ein spezifisches Gewicht von 0,5 haben. Wenn die Luft nur wenig bewegt ist, müssen sie dicht neben den Schienen niederfallen, ungefähr bis zu einer Entfernung von 6 m vom Damme. Die Höhe eines Lokomotivschlotes beträgt 4,28 m, und über diesen fliegen sie ungefähr 1 m hoch. Kleine Stücke werden dann bei einem Winde von 6 m Geschwindigkeit ungefähr 9 m weit weggetragen, sofern kein Hindernis besteht.

Es ist eingewendet worden, daß die Auswürfe innen mit Gas gefüllt sind und daß sie infolgedessen ähnlich fliegen würden wie ein Luftballon. Es ist das aber nicht möglich, weil das leichteste Gas nicht instande ist, einen Körper mit derart hohem spezifischen Gewicht so weit zu tragen. Weiterhin wird eingewendet, die Kohlenstückchen brennen mit Flamme, erhalten also durch diesen einen Auftrieb. Redner hat nun Versuche gemacht, Kohlenstückchen erhitze und brennend fallen zu lassen. Der Unterschied betrug bei gleicher Fallhöhe zwischen brennenden und kalten Stücken nur $\frac{1}{3}$ Sekunde Verzögerung durch die Flamme.

Über die Zündungsfähigkeit führt er folgendes aus: Die Kohlenstückchen wurden mit der Lötlampe glühend gemacht. Es gelang aber dann

nicht, mit diesen draußen etwas zur Entzündung zu bringen. Sie zünden vielmehr nur dann, wenn sie mit einer Flamme brennen, selbst bei Blühhöhe tun sie es nicht. Es ist also als sicher anzunehmen, daß in den meisten Fällen eine brennende Flamme nötig ist, um zu zünden. Die Stückchen brennen aber tatsächlich nur kurze Zeit, die Flamme erlischt in 2 bis $2\frac{1}{4}$ Sekunden.

Einzelne Kohlenstückchen können bei starkem Winde an besonders günstigen Orten 35 bis 40 m weit fliegen. Eine Flamme an denselben ist aber dann ausgeschossen. Sie können höchstens noch schwach glühen.

Besonders gefährdet sind Stellen, bei denen der Zug in einer Kurve durch einen Einschnitt oder auf hohen Dämmen fährt. Geht der Wind parallel mit der Bahn, so kann eine Zündung überhaupt nicht eintreten. Es läßt sich mitunter nach der Entstehung von Waldbränden die Windgeschwindigkeit zu einer bestimmten Zeit noch ermitteln, was für die Schadenersatzfrage natürlich von Bedeutung ist, weil bei heftigem Wind eine weitere Entzündung denkbar ist.

Die weiteste Entfernung, die bis jetzt festgestellt wurde, betrug 73,6 m von der Bahn. Es müssen aber hierbei ganz besonders günstige Umstände tätig gewesen sein. Bei anormal starkem Winde muß der Boden sehr trocken bleiben und die Lokomotive muß in schlechtem Zustande sich befinden. Normalerweise soll sich in einem Schlot ein Reg befinden, welches verhindert, daß große Stücke hindurchfliegen, und die Rauchkammer muß in einem guten Zustande sein. Bei Schadenersatzansprüchen ist es schwer, bloß nach Zeugenangaben zu entscheiden. Es ist unbedingt eine örtliche Besichtigung erforderlich und es ist nötig, einwandfreie Erkundigungen einzuziehen über die Windstärke und Windrichtung. Die Forstverwaltungen haben von der Bahn viele Vorteile, und es ist deshalb notwendig, daß auch von ihrer Seite keine ungebührlichen Anforderungen an sie gestellt werden.

Herr Geh. Regierungsrat Du a e t - Faslem widerspricht einigen Ausführungen des Herrn Dr. Kienig. Nach seinen Erfahrungen seien Zündungen auf größere Entfernungen als 70 bis 80 m häufiger, als dieser annehme. Die Folgerungen des Herrn Dr. Kienig stützen sich auf theoretische Versuche und könnten deshalb nicht ohne weiteres auf die Wirklichkeit übertragen werden. Herr Dr. Kienig gilt als Autorität in dieser Angelegenheit und ist bereits wiederholt als Sachverständiger darüber vernommen worden. Die theoretischen Untersuchungen enthalten einen großen Teil Wissens- und Beherzigungswertes. Es können aber in der Praxis Momente noch in Frage kommen, auf die vielleicht hier keine Rücksicht genommen ist. Beim Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Verhältnisse können theoretische Beobachtungen nicht viel helfen. Er muß dringend davor warnen, daß die Ausführungen des Herrn Dr. Kienig etwa als absolut richtig und maßgebend in der Öffentlichkeit verbreitet werden, wodurch die Gefahr besteht, daß sie bei der Entscheidung von schwebenden Zivilprozessen benutzt werden. Der Deutsche Forstverein kann in dieser Hinsicht kein Wort

abgeben, da ein solches in konkreten Fällen bei gerichtlicher Entscheidung nachteilig sein dürfte.

Oberförster Freiherr von der Goltz-Dieuze macht noch umfassende Mitteilungen über die Schäden des Dürrejahres 1911 in dem von ihm verwalteten Revier. Da diese im wesentlichen nichts anderes boten, als wie bereits in der Literatur hinreichend besprochen und dadurch bekannt geworden ist, sei hier nur kurz erwähnt, daß auch dort am meisten die Fichten bis ungefähr zum 20. Jahre gelitten haben. Die Pflanzungen vom Jahre 1911 wurden am stärksten in Mitleidenschaft gezogen, und zwar auch hier Kiefer, Lärche, Eiche, Buche. Alte Laubholzkulturen zeigten wenig Eingang. Künstliche und natürliche Eichenverjüngungen zeigten wenig Verluste, da die Eiche mit ihrer tiefgehenden Pfahlwurzel genügend Feuchtigkeits aus dem Untergrund aufnehmen konnte. Die Weimouthskiefer war auch hier besonders empfindlich und litt in gleichem Maße wie die Fichte. Die Grasnarbe wirkte in diesem Revier ebenfalls unheilvoll wegen der erhöhten Verdunstung. Das Absterben der Pflanzen setzte sich bis in den Sommer dieses Jahres hinein fort, und läßt sich auch dort erst in neuester Zeit von Beendigung der Einwirkungen der Dürre sprechen.

Rittergutsbesitzer v. v. d. e. l. s. c. h. w. i. n. g. h. Schwarzenghel berichtet über das erhebliche Absterben von Eichen in Westfalen. Seit einigen Jahren hat sich ein beträchtliches Eingehen der Eichen, teils einzeln, teils flächenweise herausgestellt. Es ist dies einmal zurückzuführen auf den langjährigen

Widlerfraß. Es kam aber dann noch dazu die Schädigung durch den Meltau und durch die Eichenstilkblaus. Letztere ist nach seiner Ansicht primär und nicht sekundär. Die vorjährige Dürre und die mit Schwefelsäure gesättigte Kohlenluft Westfalens wird natürlich hierbei auch nicht ohne Einfluß gewesen sein. Wenn ein Wald dauernd mit einer Kohlenkruste überzogen ist, so muß seine Widerstandsfähigkeit darunter leiden. Der Schaden ist für die Großgrundbesitzer recht erheblich, weil zurzeit Eichen eingeschlagen werden müssen, die noch nicht hiebzeifig sind und dadurch nur geringe Preise erzielen bei verminderter Absatzfähigkeit. Er bittet um Mitteilung, ob in anderen Gegenden der Meltau, der Widlerfraß und die Eichenstilkblaus ebenfalls tödlich in den Eichenbeständen gewirkt haben, um daraus ermessen zu können, ob eine derart vernichtende Wirkung nicht zum großen Teil mit auf die schwefelige Säure der Kohlenluft zurückzuführen ist.

Oberförstermeister Kiebel kommt zum Schluß, drückt seine Freude über die hohe Teilnehmerzahl aus und hofft, daß sie sowohl durch die vielseitigen und interessanten Referate, als auch durch die gastliche Aufnahme in der schönen Stadt Nürnberg für ihr Kommen reich belohnt und entschädigt wurde.

Herr Landforstmeister Wächter spricht dem Vorsitzenden den Dank der Versammlung für seine umsichtige Mühewaltung aus, und dieser wieder dankt der Geschäftsleitung für ihre angestrenzte und erfolgreiche Tätigkeit.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Forstreferendarprüfung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 110221

Berlin W 9, 6. November 1912.

Der in diesem Herbst abgehaltenen Forstreferendarprüfung haben sich 20 Forstbesessene unterzogen, die sämtlich Anwärter des Preussischen Staatsdienstes sind. Alle haben die Prüfung bestanden, und zwar fünf, Erhard Hausendorf, Fritz Wilhelm Raub, Hugo Rasmus, Fritz Scharffetter, Harry Zühlke, mit dem Gesamterfolg ziemlich gut; die übrigen fünfzehn, Werner Demuth, Ferdinand Jensen, Hubert Kinner, Friedrich Langreuter, Hans Lemmel, Ernst von Loesch, Wilhelm Martinus, Wilhelm Mohrert, Julius Moos, Friedrich Schade, Heinrich von Scheller, Albrecht Graf von der Schulenburg, Georg Zellheim, Hans Wedding und Otto Wurzer, mit genügend.

J. M.: S c h e d e.

Haupt- und Nebenbeschäftigung des pensionierten preussischen Beamten. Aufständbarkeit der ihm aus einer Tätigkeit zuffießenden Einnahmen.

Rechtsprechung des O. Ver. Kiel vom 23. 11. 1911
(Nachspr. d. O. Ver. Bd. 25 S. 220).

Ein pensionierter Beamter arbeitete für einen Verlag; die ihm aus dieser Tätigkeit zuffießenden Einnahmen wurden gepfändet. Das Landgericht und auch das Oberlandesgericht hoben auf Be-

schwerde diese Pfändung wieder auf. Der Begründung entnehmen wir folgendes:

Eine Zusammenrechnung zweier Forderungen, von denen die eine unter § 850 Zivilprozeßordnung, die andere unter das Lohnbeschlagnahmegefeß fällt, ist unzulässig; die Pfändbarkeit ist vielmehr für jede von ihnen getrennt zu prüfen. Die hier streitige Forderung stellt sich als eine Vergütung für Dienste dar, die auf Grund eines Dienstverhältnisses geleistet werden. Sie ist unpfändbar, sofern diese die Erwerbstätigkeit des Schuldners hauptsächlich beansprucht. Haupttätigkeit ist diejenige Tätigkeit, der der Dienstverpflichtete die meiste der der Arbeit überhaupt zugewendeten Zeit widmet. Bei einem Staatsbeamten ist allerdings sein Beruf Haupt- und alles andere Nebenbeschäftigung; die Tatsache aber, daß bei dem pensionierten Beamten die Pension an die Stelle des Gehaltes tritt, und die früher auf diesem beruhende wirtschaftliche Existenz sich regelmäßig auf der Pension aufbaut, rechtfertigt nicht die Folgerung, daß der Pensionär überhaupt keine Hauptbeschäftigung mehr hat, so daß jede Tätigkeit Nebentätigkeit ist. — Einnahmen, die aus irgend einer anderen Quelle als aus Arbeiten (Diensten) fließen, kommen aber für § 1 des Lohnbeschlagnahmegefeßes nicht in Betracht. Das Gefek unterscheidet nicht Haupt- und Nebeneinnahmen, sondern Haupt- und Nebenbeschäftigung. Deshalb muß für die Entscheidung, ob Haupt-

oder Nebenbeschäftigung, der Bezug der Pension ganz ausschneiden. Das ehemalige Verantwörtungsverhältnis, auf Grund dessen der Schuldner sie bezieht, nimmt seine Erwerbstätigkeit überhaupt nicht in Anspruch; die Pension bekommt er, ohne etwas zu tun; er bezieht sie nicht für Arbeiten (Dienste), die er leistet, sondern für solche, die er geleistet hat. Das Gesetz spricht aber nur von Diensten, die . . . geleistet werden,

und kann somit nur ein zur Zeit der Pfändung noch bestehendes Dienstverhältnis meinen. Deshalb ist auch der Hinweis darauf, daß in gewisser Beziehung der pensionierte Beamte besser gestellt ist als der aktive, dessen Erwerb aus einer neben dem Beruf ausgeübten Tätigkeit als Nebenbeschäftigung pfändbar ist, von keiner entscheidenden Bedeutung; ob der Schuldner früher Beamter war, ist für diese Frage unerheblich.

Verschiedenes.

— Vereinfachung des Verkehrs mit den Behörden erstrebt nach einer Mitteilung aus „Gesetz und Recht“ eine sehr beachtenswerte Bekanntmachung des Landrats in Zeitz, dessen zeitgemäßes Vorgehen allseitige Anerkennung finden sollte. Die Veröffentlichung lautet:

In neuerer Zeit häufen sich wieder die Fälle, daß mir amtliche Schriftstücke teils unter meiner persönlichen Adresse, teils in meine Privatwohnung zugesandt werden, wodurch ihre Erledigung bisweilen erheblich verzögert wird. Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachungen vom 20. Juni 1891 und 9. April 1906 erlaube ich deshalb wiederholt, alle an mich in amtlichen Angelegenheiten gerichteten Schriftstücke auf dem Umschlage mit der Aufschrift „an das königliche Landratsamt in Zeitz“ oder, wenn es sich um Kreisaußschüssen handelt, mit der Aufschrift „an den Kreisaußschuß in Zeitz“ zu versehen.

Gleichzeitig empfehle ich allen Personen, die mit mir dienstgeschäftlich in Verbindung treten, die Fortlassung aller unnötigen Höflichkeit. Es ist durchaus nicht notwendig, mich mit Euer Hochwohlgeboren oder mit Hochverehrter Herr Landrat anzureden und alle Ersuchen als ergebenste und untertänigste Bitten zu bezeichnen. Vielmehr kann ich nur bitten, mich überhaupt nicht als Einzelperson anzureden, sondern ebenso wie auf dem Briefumschlage auch in dem Anschreiben sich an das Landratsamt zu wenden und dabei alle Höflichkeitsfloskeln fortzulassen.

Schließlich bemerke ich noch, daß, wie ich schon oft genug bekannt gegeben habe, die leider noch immer eingehenden namenlosen Anzeigen als unwürdige Machwerke unbeachtet bleiben.

Zeitz, den 10. September 1912.

Der königliche Landrat.

Windler.

— Waldkauf in Holstein. Der Großgrundbesitzer Thörl aus Trenzthorst bei Reinfeld in Holstein kaufte vom königlichen Forstmeister die isoliert gelegenen Waldparzellen Ruhlappell, etwa 65,5 ha harter Buchenbestand, Heitmoor, circa 10 ha jüngerer Fichten- und Kieferbestand, sowie das Waldwärtergehöft Klein-Weisenberg mit etwa 8,5 ha Dienstland für den Preis von 490 000 M.

— Wie vor sechzig Jahren honoriert wurde. Der verstorbene Professor P., seinerzeit Dozent an der königlichen Bergakademie zu Clausthal, schreibt darüber im Jahre 1888 an einen seiner Verwandten, daß er in den Jahren

1850 bis 1855 als Geometer der Harzer Forstverwaltung Dienste leistete: „ . . . und habe ich in dieser Zeit von meinem kleinen Vermögen trotz aller Sparsamkeit etwa 200 Thlr. zusehen müssen, um nur existieren zu können. Als Forstgeometer waren absolut zwei getrennte Wohnungen erforderlich, die eine in Clausthal oder Zellerfeld für die Winterarbeiten (Kartierungen), die andere für den Sommer an denjenigen Orten, wo die Messungen stattzufinden hatten. Die erste Wohnung konnte aber nur in höchst seltenen Fällen für den Sommer gekündigt werden, fast immer war sie beizubehalten, so daß für das Sommerhalbjahr zwei Wohnungen, die zweite mit Kost, zu bestreiten waren, was zu damaliger Zeit einer Ausgabe von 75 bis 80 Thlr. gleichkam. Fast die gleiche Summe war für das Winterhalbjahr notwendig; zu diesen absolut unentbehrlichen Ausgaben gesellten sich noch die Forderungen für Kleidung, Wäsche und wissenschaftliche Bedürfnisse, da ich (als Kartischerdelevé) noch ein zweites Examen abzulegen hatte, — und diesen sämtlichen Ansprüchen, welche befriedigt werden mußten, stand nur eine Einnahme von etwa 240 Thlr. gegenüber. Wenn man erwägt, daß für die Arbeiten, welche ich in den letzten beiden Jahren zu leisten hatte (die Triangulation der Forstinspektion Lautenberg), zu damaliger Zeit an festangestellte Geometer pro Jahr mindestens 700 Thlr. gezahlt werden mußten, und daß die übrigen Herren, wie z. B. Vo., K., Br., G.*) usw. in ganz gleicher Weise behandelt wurden wie meine Wenigkeit, so darf man wohl sagen, daß die Forstbehörde bei dieser Vermessung ein brillantes Geschäft gemacht hat.“ P.

— Eine dauerhafte blickige Farbe zum Nummerieren des Holzes in den Schlägen erhält man durch eine Mischung von gleichen Teilen Brennspiritus und Magermilch und den erforderlichen Zusatz von Kienruß, Frankfurter Schwarz oder einem anderen Farbstoffe. D.

— Amtlicher Marktbericht. Berlin, den 11. November 1912. Rebhühner 0,40 bis 0,75, Rotwild 0,40 bis 0,57, Damwild 0,40 bis 0,65, Schwarzwild 0,30 bis 0,70 M das Pfund. Hasen 1,50 bis 4,75, Kaninchen 0,30 bis 1,00, Stodenten 0,80 bis 1,75, Amdenten 0,50 bis 0,75, Rebhühner 0,80 bis 1,20, Fasanenhühner 1,00 bis 2,50, Fasanenhennen 1,00 bis 1,60 M das Stück.

*) Diese Herren waren sogenannte Solontärfeldjäger und als solche zur Forstvermessung abkommandiert.

Breckung zu Friedrichswalde, Oberförsterei Friedrichswalde, Regbz. Stettin; Buch zu Gashedt, Oberförsterei Rangan, Regbz. Schleswig; Eder zu Schönhorst, Oberförsterei Kiel, Regbz. Schleswig; Kaddag zu Hünxendorf, Oberförsterei Friedrichswalde, Regbz. Stettin; Klor zu Meinfeld, Oberförsterei Meinfeld, Regbz. Schleswig; Kramer zu Dingelsfeld, Oberförsterei Dingelsfeld, Regbz. Magdeburg; Kühr zu Gr. Wittenberg, Oberförsterei Neuburg, Regbz. Schleswig; Kries zu Nukhorn, Oberförsterei Rangan, Regbz. Schleswig; Kull zu Kugunwalde, Oberförsterei Friedrichswalde, Regbz. Stettin; Witt zu Gendingen, Oberförsterei Rangan, Regbz. Schleswig.

Die Einberufung des Reservejägers **Weller** zu Schlett-Nacht in die Oberförsterei Riegeburg, Regbz. Allenstein, ist rückgängig gemacht worden.

Der bisherige Schußbezirk **Bennedenslein-Dn, Regbz. Erfurt**, führt künftig die Bezeichnung „Schußbezirk Bennedenslein“.

Dem bisherigen Schußbezirk **Schweinitz, Oberförsterei Becklin, Regbz. Potsdam**, und dem zugehörigen Forstbezirkgehört in der Name „Neuland“, dem Forstbezirkgehört bei **Becken Becklin der Name „Lindenhaus“** beigelegt worden.

Gemeinde- und Privatdienst.

Barnowik, Gräfl. Hederscher Begemeister zu Göltsdorf, Kreis Angermünde, ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Müller, Gemeindevorsteher a. D. zu Viehrich a. Rh., ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Scholl, Gemeindevorsteher zu Gutz, Kreis Simmern, ist das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Wisker, Rittlich Stolberg-Kloßlacher Revierförster zu Hermannsdorf, Kreis Sangerhausen, ist das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Großherzogtum Hessen.

Staats-Forstverwaltung.

Loßak zu Alsfeld, Forstwart der Forstwart Alsfeld, ist in gleicher Dienstverhältnisse in die Forstwart Einjebel, Oberförsterei Darmstadt, versetzt.

Simon, Förster zu Ehringshausen, Forstwart der Forstwart Oberndorf, ist in die Forstwart Ober-Dilmer Forsthaus versetzt.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Unwärter des Jägerkorps.

Die **Forstförsterei Hamborf, Regbz. Trier**, ist alsbald zu besetzen. Das Anfangsgehalt für die drei ersten Jahre nach der Anstellung einschließlich der Probezeit beträgt 2400 M., steigend von drei zu drei Jahren um 200 M. bis zum Höchstgehalt von 2400 M., das nach 18-jähriger Dienstzeit erreicht wird; außerdem eine Altersentschädigung von 300 M. und eine Brennholzentchädigung von 100 M. Auf das Besoldungsbedienstalter sind diejenigen Jahre anzurechnen, die der Bewerber in der Eigenschaft eines Gemeindevorstehers in einem Kommunalverbande tätig war; ist ein Gemeindevorsteher bei seiner ersten Anstellung im Kommunalforstdienst über 28 Jahre alt, so werden ihm, wenn er mehr als drei Jahre aktiv gedient hat, von letzterer oder von seiner sonstigen im Fortausbildungsdienste zugebrachten Zeit so viel Jahre auf sein Besoldungsbedienstalter angerechnet, als er über 28 Jahre alt ist. Der Anstellung geht eine einjährige Probezeit voraus. Bewerbungen sind bis zum 1. Januar 1913 an das Bürgermeisterei in Hilbringen (Saar) einzureichen. Der Bewerbung sind der Forstverordnungsheft oder der Militärpaß und die seit dessen Erstellung erlangten Dienst- und Führungszeugnisse, die den ganzen seitdem verfloßenen Zeitraum in ununterbrochener Folge belegen müssen, beizufügen. Die Bewerberinnen von Forstverordnungs-berechtigten und Reservejägers der Klasse A haben nur inwieweit Berücksichtigung, als ihnen die schriftliche Erklärung beisteht, daß Bewerber gemäß § 32 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 durch die Anstellung auf der Gemeindevorsteherstelle ihre Forstverordnungsansprüche als erfüllt betrachten; ferner ist die Urassfertigung des Forstverordnungshefts beizufügen oder eine höchstens 14 Tage alte beständige Abschrift, die die Widmung enthält, daß die Abschrift eine vollständige ist und die Urassfertigung keinerlei weitere Zugabe oder Vermenge enthält. Bewerbungen, die diesen Bedingungen nicht genügen, bleiben unberücksichtigt.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements-Litungen oder ein Ausweis, daß Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen. Gemeinlich werden Fragen ohne weitere Kosten beantwortet; sind jedoch durch Sachverständige schwierige Nachfragen zu erörtern, Gutachten, Vermutungen usw. aufzustellen, für deren Erlangung der Schriftleitung Sonderhonorare erwachsen, so wird Vergütung der Selbstkosten beantragt.)

Nr. 151. Anfrage: Einen Mann, der sich im fiskalischen Walde unbefugt außerhalb der öffentlichen Wege aufhielt, habe ich unlängst aus dem Bestande auf dem nächsten Weg verwiesen, weil er mich durch Redensarten verhöhnte und verspottete. Als er meiner Aufforderung nicht Folge leistete und mich gröblich beleidigte, habe ich ihn mit Gewalt entfernt und Strafanzeige wegen Beleidigung und Widerstand gestellt. Bei einer gerichtlichen Vernehmung meinte der Amtsrichter, ich hätte nicht das Recht, jemanden aus dem Bestande zu weisen, weil er mich verhöhne und verspottete — wenigstens das natürlich von dem Manne nicht schön sei. Ich erwiderte dem Amtsrichter, daß ich auf Grund des § 9 des Feld- und Forstpolizeigesetzes dazu berechtigt war und daß meine vorgesetzte Behörde auf demselben Standpunkt stehe. Ist nicht ein gerichtliches Erkenntnis in dem Sinne ergangen, daß jemand, der auf fremdem Grund und Boden sich unbefugt aufhält, weggewiesen werden kann, ohne daß ihm ein besonderer Grund dafür angegeben wird?

W., Königl. Förster.

Antwort: Ein gerichtliches Erkenntnis, das sich gerade mit der von Ihnen angeschnittenen Frage befaßt, ist uns nicht bekannt. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß Sie und Ihre vorgesetzte Behörde in dem vorliegenden Falle durchaus die richtige Auffassung vertreten. Wir verweisen auf die Broschüre von Oberlandesgerichtsrat Freymuth „Das Betreten des Waldes“ (1912, Verlag J. Neumann in Neudamm, Preis 30 S.). Dort heißt es auf Seite 45/46: „Das bloße Gehen im Walde außerhalb der Wege ist nicht strafbar. Doch braucht der Waldeigentümer es sich deshalb nicht gefallen zu lassen. Trifft er jemanden außerhalb der Wege an, so kann er ihn auffordern, sich zu entfernen. Tut der Betreffende es nicht, so macht er sich der Übertretung des § 9 des Feld- und Forstpolizeigesetzes schuldig. . . . Wenn der Weggewiesene nicht fortgeht, so wird man nach dem Grundsatz der Selbsthilfe (B. G. B. § 229) annehmen müssen, daß der Waldeigentümer berechtigt ist, den Weggewiesenen gewaltsam fortzubringen. Wehrt sich der Weggewiesene dabei, so macht er sich des Vergehens gegen § 117 des Strafgesetzbuchs schuldig. . . . In fiskalischen Wäldern ist der zur Wegweisung Berechtigte der Revierverwalter (Oberförster), aber unbedenklich wohl auch jeder örtlich zuständige Förster und Forstausseher“. In Ihrem Falle kommt noch hinzu, daß Sie beleidigt worden sind. Auch gegen wörtliche Beleidigung gilt nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts das in § 53 des Strafgesetzbuchs festgesetzte Recht der Notwehr. Wenn der Mann also fortgesetzt schimpfte und nach Lage der Sache das einzige Mittel dagegen war, gegen ihn ge-

waltsam zu werden und ihn so durch Einschüchterung zum Schweigen zu bringen, so waren Sie schon allein aus diesem Grunde zur Anwendung von Gewalt befugt. Es ist sehr wünschenswert, daß Fälle wie der Ihrige vor den Gerichten durchgeföhrt und bis zur letzten Instanz verfolgt werden. Wenn es in Ihrem Falle zur gerichtlichen Verhandlung kommt, so ist die Mitteilung der ergehenden Gerichtsurteile sehr erwünscht.

A. W. Fr.

Nr. 152. Anfrage: Bei der Einkommensteuerveranlagung ist meine Dienstwohnung mit 330 M. angerechnet worden. Ich halte diesen Satz für viel zu hoch bemessen, und bitte um Auskunft, nach welchen Grundsätzen der Wert der Dienstwohnung zu bemessen ist.

Sch. in D., Königl. Förster.

Antwort: Der Wert der freien Dienstwohnung eines königlichen Forstbeamten ist bei der Veranlagung zur Einkommensteuer mit dem ortsüblichen Mietwerte in Ansatz zu bringen. Läßt sich dieser Mietwert durch Vergleichung

mit anderen Wohnhäusern bei der Lage des Forsthauses nicht bestimmen, so bietet der Gebäudesteuernutzungswert einen Anhalt für die Schätzung. Ist nach diesen Grundsätzen bei der Veranlagung nicht verfahren oder erscheint Ihnen die Bewertung der Wohnung zu hoch, so steht es Ihnen frei, gegen Ihre Veranlagung zur Einkommensteuer rechtzeitig Einspruch bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzulegen.

Anfrage an den Leserkreis.

Bei uns ist verschiedentlich nach einer Bezugsquelle für **künstliche Jagenstein**e gefragt worden. Wir können keine ermitteln und meinen doch gehört zu haben, daß diese Steine im Handel erhältlich seien. Wer kann Auskunft geben? Die in Frage kommende Industrie regen wir, wenn solche Kunststeine noch nicht gefertigt werden sollten, zu deren Anfertigung an.

Die Schriftleitung.

Für die Redaktion: J. W. Wodo Grundmann, Neubamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernstorff, Rieneck, Post Förste (Sarg).



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schachmeister an den Vereins-Schachmeister, Königl. Förster Veltz, Försterei Nämme, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei keiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Wohlfahrtsspende Romanus-Loorm.

Da noch immer kleinere Beiträge eingehen, so sehen wir uns veranlaßt, den Termin für den Schluß der Sammlung bis zum 1. Dezember d. Js. hinauszuschieben. Später eingehende Spenden werden nicht mehr angenommen. Die verehrlichen Gruppenvorstände bitten wir jedoch, öffentliche Mahnungen im Vereinsorgan in dieser Angelegenheit nicht mehr ergehen zu lassen.

Der geschäftsführende Vorstand.

Bernstorff. Veltz.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Oppeln. Am Sonntag, dem 15. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet eine Delegiertenversammlung und der Mitglieder im Zentralthotel in

Oppeln statt. Tagesordnung: Rechnungslegung, Berichterstattung, Anträge usw. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorsitzende: Henkel.

Ortsgruppen:

Supp (Regbz. Oppeln). Am 24. November d. Js., nachmittags 3 Uhr, findet eine Versammlung im Vereinslokale statt. Nach Erledigung der Tagesordnung: Rechnungslegung, Besprechung über Kaisergeburtstagsfeier, Anträge usw., Abschiedskommers anlässlich des Scheidens des Kollegen Wolff. Um vollzähliges Erscheinen ersucht Henkel.

Labiau (Regbz. Königsberg). Am Sonnabend, dem 23. November, nachmittags 4 Uhr, findet im Vereinslokale zu Lautschken die Herbstversammlung der Ortsgruppe statt. Tagesordnung: 1. Wahl von zwei Beisitzern zum Ortsgruppenvorstande; 2. Neuwahl des Bezirksgruppenvorstandes; 3. Wahl eines Delegierten bzw. Stellvertreters zu der in Königsberg stattfindenden Bezirksgruppenversammlung; 4. Vortrag über Anlage von Dauerweiden und Wiesen auf den Försterdienstländereien; 5. Besprechung der von der Zentralförsterverwaltung beabsichtigten Neuregelung der Försterdienst-

ländereien; 6. Vortrag über das vom engeren Vorstande gegebene Thema: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben?“ 7. Mitteilungen über die Herbststube des Ostvereins für Prüfung von Gebrauchshunden zur Jagd; 8. Beschlussfassung über die Veranstaltung einer Kaisergeburtstagsfeier; 9. Verschiedenes.

Herrmann, Vorsitzender.

Reutkirchen, Kr. Siegenhain (Regbz. Cassel). Sonntag, den 24. November d. Js., nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Gastwirt Euler in Weissenborn. Abschiedsfeier für den Herrn Kollegen Niebel. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Die Herren Kollegen der Umgegend, welche der Ortsgruppe nicht angehören, sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Saarbrücken (Regbz. Trier). Am Mittwoch, dem 20. November d. Js. (Pustaa), nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Alten Münchner Kindl zu Saarbrücken. Tagesordnung: 1. Besprechung des vom Hauptverein gestellten Themas: Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates wirken? 2. Besprechung der Kaisergeburtstagsfeier; 3. Verschiedenes. Wegen Besprechung noch besonders wichtiger Punkte wird um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder gebeten. W o l l.

Waldenberg (Regbz. Frankfurt a. O.). Am Sonnabend, dem 23. d. Mts., abends von 6 Uhr ab, findet eine Versammlung im Vereinslokale in Regenthin statt. Tagesordnung: 1. Besprechung der geplanten Dienstländerauflösung; 2. Besprechung eines Rundschreibens des Hauptvorstandes; 3. Beschlussfassung über ein abzuhaltendes Wintervergnügen; 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Begehrmeister Bernkorf, vorgelegt bei Forste, Hatz, vorkommen. Was für die nächste Sitzung bestimmt ist, muss Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Santenburg (Regbz. Marienwerder). An der am 1. d. Mts. einberufenen Ortsgruppen-Sitzung nahmen von 27 nur 10 Mitglieder teil. Mit einer kurzen Ansprache begrüßte der Vorsitzende die Anwesenden und sprach sein Verlangen darüber aus, daß fast zwei Drittel der Mitglieder der Sitzung ferngeblieben sind.

Besonders möchten die Kollegen der Oberförsterei Ruda das Vereinsinteresse nach wie vor wahren. Eine Jagd am Tage nach der Sitzung kann nicht als Entschuldigungsgrund gelten. Hierauf wurde die Sitzung eröffnet und zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Zu Punkt 1 wurde beschlossen, ein Wintervergnügen, zehnjähriges Stiftungsfest der Ortsgruppe, am Sonnabend, dem 28. Dezember d. Js., im Vereinslokale, Beginn ½7 Uhr, abzuhalten. Als Festordner wurden die Kollegen Blümner, Talasta und Clausius gewählt, und nahmen diese die Wahl an. Die entsprechenden Unkosten werden von der Ortsgruppenkasse beglichen. Gäste sind von den Mitgliedern bis zum 10. Dezember unter Angabe der Adresse dem Vorsitzenden vorzuschlagen und werden von letzterem eingeladen. Die Mitglieder werden gebeten, mit ihren Familienangehörigen vollzählig zu erscheinen. In Aussicht genommene Theateraufführungen, Vorträge usw. sind behufs Ausstellung eines Programms ebenfalls bis 10. Dezember dem Vorsitzenden mitzuteilen. Punkt 2. Eine Spende für Romanus-Loorm soll in den drei Oberförstereien gelegentlich an den Jagden gesammelt und die Beträge dem Schatzmeister der Ortsgruppe eingesandt werden. Nachdem der Vorsitzende ein dreifaches Horrido auf Se. Majestät den Kaiser, in welches die Versammelten begeistert einstimmten, ausgebracht hatte, wurde die Sitzung geschlossen, und vereinigten sich die Mitglieder mit ihren Damen zu einem gemächlichen Plauderstündchen.

Der Vorstand. J. A. Gärtner, Schriftf.

Olona (Regbz. Danzig). Zu der am 27. Oktober anberaumten Versammlung waren elf Mitglieder erschienen. Die Kaisergeburtstagsfeier findet am 18. Januar in der bisherigen Weise durch Konzert, Theater und Tanz im Vereinslokale in Dreidorf statt. Die Einladungen erfolgen durch den Vorsitzenden. Die Namen der einzuladenden Gäste sind dem Vorsitzenden bis spätestens 1. Januar bekanntzugeben. Einstimmung wurde beschlossen, die Sitzungen in Weithal nicht mehr abzuhalten, sondern dafür Bahnhof Königsweide zu wählen, da dieser Ort für die meisten Kollegen besser gelegen ist. Zum Schluß der Sitzung wurde noch bekanntgegeben, daß in der nächsten Versammlung die Neuwahl des Vorsitzenden stattfindet. Nach der Sitzung blieben die Teilnehmer noch einige Stunden mit ihren Damen in angeregter Unterhaltung beisammen, zumal es galt, das 25 jährige Dienstjubiläum der Herren Kollegen Lubig, Schütt und Kossek festlich zu begehen.

gez. Priem, Vorsitzender.

Nachrichten des „Waldheil“.

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ meldeten an:

Rubau, Kr. Förster, Groß Mautschel bei Gutzkow.
Grieh, Erich, No. 141, Hülfsjäger, Remmelskamp bei Muhl a. W.
Wogwitz, Friedrich, Gutsforster, Forsthaus Leontinehof bei Liebenau, Kr. Tschel.

Siebenlist, Fritz, Hülfsjäger, Weiserhof bei Wächtersbach.
Zost, Peter, Förster und Rentmeister, Burg Röttgen bei Oerzen.
Schlie, Hans, Forstschreiner, Forsthaus Casseburg bei Casseburg i. Pomern.
Bewer, Leo, Forstsekretär, Saatzburg, Reg. Trier.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamte mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldebekanten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Reumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Gesammelt auf einer Treibjagd; eingesandt von Herrn Justizrat Jungelobst in Dorfen	5,60 Mk.
Treibjagd-Strafgeßel; eingesandt von Herrn Heinr. Knoch jr. in Hirschberg (Saale)	8,35 "
Gelegentlich einer Jagd am 23. 10. 12 in Weibesleben, Kr. Altdersleben gesammelt; eingesandt von Herrn Revierförster Matthes in Klein-Verbst	4,80 "
Gelegentlich einer Treibjagd gesammelt; eingesandt von Herrn Oberförster Schuber in GutsMuth	9,90 "
Gesammelt bei einer Treibjagd am 29. 10. 12; eingesandt von Herrn Forstwart v. d. Wette in Altmeyer bei Schallau	1,75 "
Eingegangene Strafgeßel bei der Subertusjagd am 30. 10. 12; eingesandt vom Jagdverein Konstanz	25,00 "
Gesamt von Herrn Oberstadtsassistent Albert Ameln in Grefeld	2,00 "
Erlös aus Wohlthätigkeitsmarten und gesammelte Strafgeßel für Fischschüsse auf Treibjagden; eingesandt von Herrn Stadtdirektor Kurt Döring in Bielefeld	13,20 "
Von vier eifrigen Karnidjägern; eingesandt von Herrn von Reumann in Hausberg	4,50 "
Gesammelt auf einer Jagd in Mecklenburg; eingesandt von Herrn Königl. Oberförster von Papen in Lüneburg	40,00 "
Für Strafgeßel von Fischschüssen bei der Subertusjagd der Bauern der Holz-Jagdgesellschaft Cassel; eingesandt von Herrn H. Krol in Cassel	38,80 "
Von der Fischbrunst an der Hof-Königsburg; eingesandt von Herrn Hauptmann Lude in Schleifhaff	300,00 "
Wurde, gezahlt von einem Kaufmann, weil er die Jagdgrenze in Jagdausrüstung überschritten hat; ein-	

gesandt von Herrn Hilfsjäger Paul Rutas in Lütelsburg	20,00 "
Strafgeßel, gesammelt bei einer Treibjagd bei Herrn Lehngutsbesitzer Schäd in Wiesdorf durch Herrn Revierförster Mithschke in Forstb. Rummersdorf bei Bernshof, Sachsen	22,50 "
Beim Schülsektreiben bei dem Herrn Erbschützbesitzer Bieting in Langenreichenbach gesammelt; eingesandt von Herrn Oberjäger d. R. Caspar in Bedwitz	10,05 "

Gesamt 506,45 Mk.

Den Gebern herzlichen Dank und Weidmannsheil!

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Arndt, Mithelbe, 3 Mk.; Arndt, Wolf, 3 Mk.; Brauner I. Barlomin, 2 Mk.; Brauner II., Barlomin, 2 Mk.; Beeden, Borgeheide, 2 Mk.; Baderhauer, Tegel, 5 Mk.; Beder, Dantenhal, 2 Mk.; Clemens, Zimmigath, 3 Mk.; Cronmeyer, Neb. lg, 5 Mk.; Dämmerich, Martneutrichen, 2 Mk.; Dröge, Weisdorf, 3 Mk.; Dortmund, Dobrichau, 2,50 Mk.; Deiering, Eichhof, 2 Mk.; Dühr, Capellen, 2 Mk.; Engel, Borgeßel, 2 Mk.; Ertelt, Friedrichslud, 2 Mk.; Ehrlert, Traglich, 2 Mk.; Ehternacht, Krosdorf, 2 Mk.; Fromm, Nachtigall, 2 Mk.; Franz, Geln-Indenthal, 2 Mk.; Franz, Essendorf, 2 Mk.; Forster, Ludwigsdorf, 2 Mk.; Gleich, Schwentzig, 2 Mk.; Grube, Schönbach, 3 Mk.; Grimm, Göttingen, 2 Mk.; Glas, Bosen, 2 Mk.; Hoff, Rojante, 2 Mk.; Haupt, Unterminzing, 3 Mk.; Hed, Weiberdamm, 2 Mk.; Hahn, Clausenthal, 2 Mk.; Harbt, Strachburg, 5 Mk.; Joch, Großdorn, 2 Mk.; Kötter, Murov, 2 Mk.; Koth, Rissabel, 2 Mk.; Kiemann, Ruhland, 2 Mk.; Liebich, Wolfbruch, 2 Mk.; Linke, Zedlig, 3 Mk.; Liebich, Erlenhain, 2 Mk.; Lehmann, Ober-Lindenfeld, 2 Mk.; Mard, Beine, 5 Mk.; Nag, Kargin, 2 Mk.; Müller, Molandach, 3 Mk.; Mauer, Ribbach, 2 Mk.; Michel, Fels, 2 Mk.; Meisner, Kuls, 2 Mk.; Nitzold, Antonshöhe, 2 Mk.; Niesch, Wissenborn, 5 Mk.; Ramlos, Bralin, 2 Mk.; Rothstein, Hammer, 2 Mk.; Rostow, Charlottenburg, 10 Mk.; Saunentfel, Schönfeld, 2 Mk.; Rau, Theresia, 2 Mk.; Rüder, Tornow, 2 Mk.; Reichert, Hüblicherbrud, 2 Mk.; Reichling, Brasel, 2 Mk.; Reinhardt, Tegel, 2 Mk.; Schenrod, Diste, 2 Mk.; Schulz, Wolfshut, 2 Mk.; Stoebe, Montjole, 2 Mk.; Stremmel, Sonnenburg, 2 Mk.; Strider, Maimalbau, 3 Mk.; Steller, Mabilg, 2 Mk.; Stedel, Reesen, 2 Mk.; Törke, Rostow, 2 Mk.; Was, Alt-Jablonsen, 2 Mk.; Wannon, Rehsdorf, 2 Mk.; Wicht, Joppot, 2 Mk.; Werner, Liepgarten, 2 Mk.; Ziegler, Wittenwald, 2 Mk.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt
Reumann,
Schatzmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Bertog-Salensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird in seinem eigenen Interesse gebeten, dem Verein beizutreten, ebenso auch jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes.

Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren für ordentliche Mitglieder aus dem Stande der Privatforstbeamten bei steuerpflichtigem Einkommen bis zu 2000 Mk. mindestens 4 Mk., bei steuerpflichtigem Einkommen über 2000 Mk. mindestens 8 Mk., Aufnahmegebühr in beiden Fällen 3 Mk.; für ordentliche Mitglieder aus dem Kreise der Waldbesitzer mindestens 10 Mk., Aufnahmegebühr 10 Mk., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 200 Mk.; für die außerordentlichen Mitglieder mindestens 8 Mk., Aufnahmegebühr 10 Mk., einmaliger Beitrag auf Lebenszeit mindestens 75 Mk. Satzungen des Vereins durch dessen Geschäftsstelle in Neudamm unisonit und portofrei. Das Vereinsorgan, die Deutsche Forst-Zeitung, wird an Vereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf. für ein Jahr geliefert; Bestellungen an die Geschäftsstelle des Vorstandes.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3933. Krause, Josef, Revierförster, Hh. Ernstsdorf b. Conrabau, Kr. Großvartenberg. (S.-Gr. VII.)
3934. Köster, Otto, Forster (Oral v. Hindenstein), Fischley bei Herrnstadt, Kr. Gubrau. (S.-Gr. VII.)
3935. Tenge, Christoph, Schlosskellner, Panter i. Bosen. (S.-Gr. V.). (N. M.)*

*) N. M. = außerordentliches Mitglied.

3936. Wichmann, Otto, Hilfsjäger, Friedrichsfelde b. Greiffenberg, H.-M. (S.-Gr. XI.)
3937. Reih, Fritz, Forstleve, Weisshausen i. Baden. (S.-Gr. XIV.)
3938. Fätsch, Gustav, Forstleve, Weisshausen i. Baden. (S.-Gr. XIV.)
3939. Dwonzet, Franz, Förster, Pawlowitz, Oberichl. (S.-Gr. VI.)
3940. Hein, Gustav, Gärtner und Jäger, Samgou, Kr. Saanig i. Pomm. (S.-Gr. II.)
3941. Auker, Clemens, Forstgehilfe, Zechlin (Forstasse). (S.-Gr. IX.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Seder, Ernst Emil, Hilsforth, Buchau.

Waden, Claus, Hilsinger, Bismarck.

Jander, Rudolf, Kaufmann und Stadtverordneter, Wolmar i. Pol.
Tollmann, Gustav, Forstleber, Schloss Gutshoff bei Mores, Nr.
Münster i. Westf.

Musil, Jacob, Jagartenhandlung, Furstenwalde (Spree).

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnements-
gebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 692, 736 je 4 M., Nr. 1640 50 M., Nr. 3215, 3697
je 1 M., Nr. 3874, 3911 je 20 M., Nr. 3918 3 M., Nr. 3934 7 M.,
Nr. 3935 18 M., Nr. 3936—3911 je 7 M.

Eapungen sowie sonstige Mitteilungen über
Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden
jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt.
Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Hansen-Berlin, Karlshof Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Verein Herzogl. Sachsen-Meiningischer Forstwärte.

Gruppe Sonneberg.

Gruppenversammlung hat am 3. November
d. J. in Steinach, S.-M., stattgefunden. Wohl
angekündigt der schlechten Witterung war dieselbe
nur schwach besucht. Erschienen waren zehn Kollegen
aus den Oberförstereien Steinach, Sonneberg,
Judenbach und Steinheid. Die Oberförstereien
Hämmern und Pauscha — letztere wie immer —
waren nicht vertreten. — Die Versammlung wurde
3 Uhr nachmittags mit dem ersten Punkt der
Tagesordnung: „Wahl eines Gruppenvorstandes“
eröffnet. Da Kollege Schleier eine Wiederwahl
ablehnte, wurde Kollege Paschold-Steinheid zum
Gruppenführer einstimmig gewählt. Dieser nahm
die Wahl dankend an. Unter Punkt 2 der Tages-
ordnung wurden — soweit anwesende Kollegen in
Frage kamen — rückständige Beiträge eingezogen.
Punkt 3 der Tagesordnung umfaßte „Ver-
chiedenes“. Verhandelt wurde aber nur über
eine Angelegenheit, und zwar über die „Raubzeug-
und Schutzgeldfrage“. Es entspann sich eine
recht lebhafteste Debatte, doch wurde, mit Rücksicht
darauf, daß vor der nächstjährigen Hauptversam-
mlung noch eine Gruppenversammlung stattfindet,
ein diesbezüglicher Antrag heute noch nicht gestellt.

Um 6,15 Uhr wurde die Versammlung geschlossen
und zum gemüthlichen Teil übergegangen.

Steinheid, E.-M., 6. November 1912.

gez. Paschold, Gruppenführer.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Bezirksgruppe Harzgerode.

Die Firma Eduard Kettner in Köln a. Rh.
hat sich bereit erklärt, den Mitgliedern unserer
Vereinigung einen Vorzugsrabatt unter denselben
Bedingungen zu gewähren wie den Mitgliedern
des Vereins der preussischen Forstbeamten.

Die Firma ist ferner in der Lage, unseren
Mitgliedern Browning- und Mauserpistolen zu
Behördenpreisen zu liefern. Reflektanten
können ihre Bestellungen direkt bei obiger Firma
machen und die Preisverzeichnisse und Vertrags-
bedingungen anfordern.

Der Bezug von Pistolen zu dienstlichen Zwecken
hat sich demnach für uns in einer sehr angenehmen
und bequemen Weise erledigt.

Es werden demnachst noch andere Vertrags-
firmen vom Hauptvorstande an dieser Stelle
veröffentlicht werden, was den Kollegen zum
bevorstehenden Weihnachtsfeste gewiß sehr an-
genehm sein dürfte.

Gr i m m.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befregung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 915. — Fortbildung und Forstprüfung der Forst-
versorgungsberechtigten in Preußen. Von Raethner. 916. — Die Versicherung der Privatangehörigen. Von Walter
Vering. (Fortsetzung). 917. — Der Zweckverband Groß-Berlin und die Waldfrage. 918. — Für Militäranwärter. 922.
— Die preussischen Steuernovellen. 922. — Zur Pensionsversicherung der Privatangehörigen. 922. — Forstbeamtenstellen
in Russland. 922. — Die Bundeswahlen. 922. — Über Sawens-Guttrieb als Mittel gegen den Raupenfraß. 922. —
Bericht über die XIII. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912.
(Zusatz). 923. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 925. — Vereinfachung des Verkehrs mit
den Behörden. 926. — Waldlauf in Holstein. 926. — Wie vor sechzig Jahren honoriert wurde. 926. — Eine dauerhafte
billige Farbe zum Nummerieren des Holzes. 926. — Amtlicher Marktbericht. 926. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-
änderungen. 927. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerforsts. 928. — Pri-
vat- und Jagdstellen. 928. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 929. — Nachrichten des „Wald-
heut“. 930. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 931. — Nachrichten aus verschiedenen
Vereinen und Körperschaften. 932. — Inserate.

Des Bußtages wegen bitten wir, alle für Nummer 47 der
Deutschen Forst-Zeitung bestimmten Bekanntmachungen, Mitteilungen,
Inserate usw. spätestens bis zum Montag, dem 18. November,
früh an uns gelangen zu lassen.

Neudamm, 13. November 1912.

Die Geschäftsstelle.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Gehalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streichband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 Mf., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mf. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mf., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mf., für das übrige Ausland 6 Mf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 47.

Neudamm, den 24. November 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Die neugegründete **Försterstelle Klausenau** in der Oberförsterei Konitz, Regierungsbezirk Marienwerder, ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen. Die Stelle liegt etwa 1 km von der Station Pövalken, 8 km von der Stadt Konitz, 4 km von der paritätischen Schule in Gr. Kladow. Evangelische Kirche in Krojanten, katholische Kirche in Konitz. Stellenzulage 100 M. Dienstaufwand 150 M. Dienstland 14,3 ha Acker, 4,1 ha Wiesen. Nutzungsgeld noch nicht feststehend. Meldefrist 1. Dezember.

Die Forstwirtschaft des Harzes.

Von Oberforstmeister Dr. Grundner, Braunschweig.*)

Die Mitglieder der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die im nächsten Monat an der Versammlung in Bad Harzburg, dem mit landschaftlichen Reizen vielleicht am schönsten ausgestatteten Harzorte, teilnehmen, werden schon auf der Hinreise, mögen sie nun mit der Eisenbahn von Osn., Norden oder Westen kommen, den Eindruck gewinnen, daß der Harz, wie kaum ein zweites Gebirge in Norddeutsch-

land, durch steiles Aufsteigen sich scharf von dem vorgelagerten welligen Gelände abhebt, daß er ein Massengebirge im eigentlichen Sinne des Wortes ist und daß die Landwirtschaft, die rings um den Harz und namentlich auch auf dessen Nordseite in vollster Blüte steht, im Gebirge selbst hinter ihrer Schwester, der Forstwirtschaft, weit in den Hintergrund tritt.

Das Massiv des Gebirges gleicht im ganzen einer durch eine Menge enger Täler in sich zergliederten Hochebene, die, mit Steilhängen nach Norden, Westen und Süden, in ihrer Längserstreckung von NW nach SO von 600 m (Klausentaler Hochebene) bis zu etwa 400 m (Hochebene bei Harzgerode) abfällt. Nur wenige Höhen ragen über das Niveau

*) Der nachfolgende, den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft 1912, Stück 21 und 22 entnommene Aufsatz ist für den Ausflug der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Juni 1912 geschrieben worden und gelangt wegen seines forstlichen Interesses mit Genehmigung des Herrn Verfassers hier zum Abdruck.

dieser Hochebene wesentlich empor; in dieser Beziehung sind namentlich der Brocken (1142 m) und die weithin davon das Gebirge senkrecht zur Längsrichtung durchziehende Bergkette des Bruchberges (925 m) und des Aders zu nennen.

Daß ein Gebirge, das eine Höhenzone von 900 m (240 bis 1140 m) umfaßt, hinsichtlich seiner die Forstwirtschaft besonders beeinflussenden klimatischen Faktoren — der Luftwärme, der Niederschläge, des Feuchtigkeitsgehaltes der Luft und der Winde — die größten Verschiedenheiten aufweist, liegt auf der Hand.

Zunächst mögen hier die Januar- und Juli- sowie die mittleren Jahrestemperaturen einiger Gebirgs- und Höhenstationen in Celsius-Graden aufgeführt werden, die uns ein ungefähres Bild von den Luftwärme-Verhältnissen des Harzes geben.

	Höhe m	Januar	Juli	Jahr	
Nordrand	Seesen . . .	205	—0,8	17,1	8,2
	Harzburg . .	244	—0,7	17,2	8,1
	Blankenburg .	228	—0,7	17,3	7,8
Südrand	Wallenried .	271	—2,8	16,3	6,6
	Nordhausen .	213	0,5	17,1	8,2
	Klaustal . .	587	—0,8	14,1	5,7
Westharz	Braunlage . .	565	—3,1	14,5	5,5
	Scharfenstein .	613	—0,5	13,5	5,5
	Hohgeiß . .	625	—3,1	14,7	5,7
	Brocken . . .	1142	—3,2	10,1	2,4
Ostharz	Totenrode . .	425	—2,5	15,9	6,7
	Stiege	495	—3,7	14,8	5,7

Im allgemeinen wird man die Abnahme der Temperatur auf je 100 m Erhebung im Jahresmittel zu 0,61° C annehmen können. Bei 1000 m Höhe kommt nach Schubert die Harztemperatur im Jahresmittel der Luftwärme im Meerespiegel von Island gleich.

Hinsichtlich der Niederschlagsmenge ist aus den hierunter mitgeteilten Jahressummen einer Reihe von Stationen deutlich das Gesetz der starken Zunahme der Regenmenge mit der Höhe und deren Abnahme nach Osten, dem Regenschatten des Gebirges, zu erkennen. Der Westharz ist danach sehr niederschlagsreich, der Ostharz dagegen, namentlich in seinen unteren Lagen, ziemlich arm an Niederschlägen. Im letzten Sommer ist dieser Umstand auf den flachgründigen Böden vor allem der Südhänge für die Kulturen und Bestände der flachwurzelnenden Fichte vielfach verhängnisvoll geworden.

		Seehöhe m	Niederschlag cm 1881—1902
Nordrand (Stationen von W nach O geordnet)	Seesen	205	82
	Woslar	260	86
	Harzburg	244	89
	Blankenburg . . .	275	85
	Wernigerode . . .	232	67
	Blankenburg . . .	228	64
	Wernrode	225	62

	Seehöhe m	Niederschlag am 1881—1902
Westharz	Wildemann . .	350 120
	Silberhütte . .	460 123
	Bellerfeld	560 130
	Klaustal	587 133
	Sonnenberg . .	776 118
	Andreasberg . .	609 125
	Scharfenstein . .	613 120
	Braunlage . . .	565 124
	Brocken	1142 170
Ostharz	Schierke	620 118
	Tanne	460 105
	Hübeland	420 78
	Stiege	495 75
	Totenrode . . .	425 70
	Altrode	460 68

Über die Luftfeuchtigkeit liegen genauere Beobachtungen nur von der am Westharze in 776 m Seehöhe belegenen Station Sonnenberg vor. Die relative Feuchtigkeit erreicht hier im Jahresmittel den hohen Wert von 83 %, die Monatsmittel schwanken zwischen 72 % (Mai) und 89,90 % (Oktober bis Dezember).

Von den Winden herrschen die aus SW, W und NW vor, und aus diesen Richtungen kommen auch die — der flachwurzelnenden Fichte häufig verderblich werdenden — Stürme; aus diesen Richtungen werden uns ferner die Niederschläge zugeführt, von denen der Schnee in den Beständen nicht selten großen Schaden anrichtet. Die in dieser Beziehung am meisten gefährdeten Höhenlagen sind die zwischen 450 und 650 m; die östlichen, nordöstlichen und südöstlichen Hänge leiden am stärksten und die Schäden werden hier häufig durch den meist von Osten her vorbringenden Luftanhang noch vermehrt. Im Durchschnitt rechnet man am Harze alle vier bis fünf Jahre auf größere Schnee- und Luftbruch-Schäden.

Die Gebirgsarten, aus denen sich der Harz zusammensetzt, sind von einer Vielseitigkeit, wie sie kaum in einem anderen deutschen Gebirge wiederkehrt. Sie interessieren hier um deswillen, weil sie als Bodenbildner überall da, wo die Grundgesteine nicht mit Hochmooren bedeckt sind, für die Forstwirtschaft von größter Bedeutung sind.

Am ausgedehntesten ist das Vorkommen der silurischen und der devonischen Formation, sowie des Guld der Steinkohlenformation mit den verschiedenen Grauwacken, Tonchiefern, Stiefschiefern, Quarzitgesteinen, Sand- und Kalksteinen. Als Granit ist das Brockengebirge zusammengesetzt, dem sich im Westen, zu beiden Seiten des Radantales bei Harzburg, der kalte Gabbro anschließt. Kleinere Vorkommen des Granits sind das zu beiden Seiten des Oertales und das an der Visktorshöhe im Ostharze. Die Porphyre sind auf den südlichen Teil des Gebirges beschränkt; aus ihnen ist

die dem Südostharze angelegte Josephshöhe und der südliche Gebirgsrand bei Ilfeld gebildet. Diabase durchsetzen die älteren geschichteten Gesteine bedeu- und stockartig am Westharze wie am Ostharze. Auch die auf der Grenze zwischen den geschichteten und den Eruptivgesteinen gebildeten Kontaktgesteine, namentlich die unter der Gesamtbezeichnung „Hornfels“ zusammengefaßten Gesteine, sind hier zu erwähnen.

Daß die Bodenkrume angesichts dieser Verschiedenheiten der Grundgesteine gleichfalls eine sehr wechselnde sein muß, ist erklärlich. Im allgemeinen ist der Verwitterungsboden für die Holzzucht durchaus günstig, namentlich kann dies von den Tonchiefern und Grauwacken, noch mehr aber von dem Gabbro, dem Diabas und den Kalken gesagt werden. Alle diese Gesteine ergeben vorwiegend einen milden Lehmboden von wechselnder Frische, Gründigkeit und Steinbeimengung. Weniger günstige Böden bieten im allgemeinen die Kieselchiefer, Hornfelse und Granite und noch geringeren der Quarzit dar; den beiden letzteren Gesteinsarten sind zudem in den regen- und dunstreichen höheren Lagen auf den weniger geneigten Flächen häufig Hochmoore aufgelagert.

Neben dem Boden ist die Hanglage für die Forstwirtschaft von besonderer Bedeutung. Wenig günstig sind für sie die sonnenbeschienenen Südhänge und die den Windwirkungen mit ihren ungünstigen Folgeerscheinungen (Austrocknung, Sonnenbrand, Laubverwehung, Windwurf) ausgesetzten Westhänge, günstig dagegen die Nord- und Ostlagen, wemgleich sie, wie schon erwähnt, nicht selten besonders stark unter Schneebruch zu leiden haben.

Den Umfang der Harzforsten gibt Raub zu rund 169000 ha = 70% der Gesamtläche an. Hiervon sind preussische Staatsforsten etwa 64000 ha, braunschweigische 42000 ha, anhaltische 10000 ha. Von den drei Linien des fürstlichen Hauses Stolberg hat Wernigerode 20000 ha, Stolberg 7000 ha und Rosla nahezu 6000 ha im Besitz. Im übrigen sind namentlich noch die Mausfelder Gewerkschaft, der Graf v. d. Assenburg, die Hannoversche Klosterkammer und verschiedene Gemeinden an dem Harzer Waldbesitz beteiligt. Der Großwaldbesitz überwiegt hiernach, was der ganzen Harzer Forstwirtschaft einen konservativen Charakter verliehen hat.

Die Waldvegetation des Harzes ist, was die bestandbildenden Holzarten anlangt, eine verhältnismäßig einförmige. Von unseren deutschen Hauptholzarten fehlt die Weisstanne, die hier wohl nie heimisch war, gänzlich, die Kiefer, von der sich nur kümmerliche Reste eines ursprünglichen Vorkommens erhalten

haben, nahezu vollständig, obgleich sie sich in den Lagen unterhalb der eigentlichen Schnebruchregion sehr wohl würde halten können.

Die beiden einzigen Holzarten, die auf umfangreicheren Flächen rein oder auch untereinander gemischt vorkommen, sind die Buche und die Fichte. Die Buche geht in natürlichem Vorkommen bis über 700 m aufwärts; früher in den mittleren Lagen weiter verbreitet, hat sie größere Flächen an die ihr namentlich hier im Wachstum wesentlich überlegene Fichte abtreten müssen. Im allgemeinen wird man ihr eine wirtschaftliche Bedeutung in reinen Beständen kaum über 600 m Höhe hinaus zugestehen können, sie aber als Mischholz der Fichte auch noch in höheren Lagen nach Tüchtigkeit begünstigen.

Die Buche wurde im 18. Jahrhundert auf weiten Flächen im sogenannten Stangenholzbetriebe bewirtschaftet, einer dem heutigen Mittelwalde nicht unähnlichen Betriebsform, deren letzte Reste in einigen Revieren noch vor kaum 20 Jahren zu sehen waren. Vom letzten Viertel des 18. Jahrhunderts an ging man jedoch am Harze wie in den übrigen Teilen Niedersachsens zu der natürlichen Verjüngung in Besamungsschlägen über, der noch heute für die Buche üblichen Betriebsart. Die Verjüngung stößt angesichts der seltenen Samenjahre und mancherlei anderer widriger Umstände vielfach auf Schwierigkeiten; so wurden beispielsweise die aus der Vollmast von 1909 stammenden Keimlinge, denen man mit so großen Hoffnungen entgegengesehen hatte, auf größeren Flächen durch Spätfröste vernichtet. Nicht selten verlieren unter solchen Verhältnissen die Verjüngungsbestände mehr und mehr ihre Verjüngungsfähigkeit, was dann meist den Anbau der Fichte zur Folge hat. Im übrigen pflegt die Fichte in den höheren Lagen regelmäßig als Mischholz in die Buchenschläge eingebracht zu werden, während man zu diesem Zwecke in den unteren Lagen und auf besseren Böden die edlen Laubhölzer bevorzugt.

Bei der Erziehung der Buchenbestände hat mit dem fortschreitenden Ausbau des Wegeneßes ein regelmäßiger Durchforstungsbetrieb auf immer größeren Flächen Platz gegriffen. Die Durchforstungen werden auf geringeren Böden und in exponierten Lagen im ganzen mäßig, in geschützten O-, SO- und NO-Lagen namentlich in der zweiten Hälfte des Umtriebsalters kräftiger ausgeführt. Auf den Auschrieb dominierender Stämme mit schlechter Stammform wird bei gleichzeitiger Schonung benachbarter beherrschter oder unterdrückter Stämme ein besonderes Gewicht gelegt.

Mit der Umtriebszeit geht man neuerdings über die für die Buche früher fast allgemein

übliche Grenze von 120 Jahren namentlich auf den besseren Standorten mit einem Teile der Betriebsfläche hinaus bis zu 160, ja selbst bis zu 180 Jahren. Mit Hilfe verstärkter Durchforstungseingriffe, für die die Buche durch vermehrten Zuwachs an den Einzelstämmen sich dankbar erweist, hofft man auf diesem Wege reichlichere und wertvollere Nuzholz mengen als bei niedrigen Umtrieben zu erzielen und damit die Buchenwirtschaft rentabler zu gestalten.

Die Fichte hat schon früh im Mittelalter, vermutlich begünstigt durch den Berg- und Hüttenbetrieb, auch in den unteren Lagen des Harzes viel Terrain gewonnen und ist in den höheren Lagen namentlich des westlichen Harzes Alleinherrscherin. Sie steigt am Brocken in immer krüppelhafter werdenden Beständen bis über 1000 m hinauf, während die Brockenkuppe (1142 m) waldblos ist und wohl von jeher gewesen ist.

Die Fichte, der in diese höheren Lagen keine andere Holzart zu folgen vermag, wird, wo sie rein vorkommt, im Kahlschlagbetriebe bewirtschaftet. In früheren Jahrhunderten entnahm man das Holz regellos ohne Rücksicht auf die Fiebsfolge da, wo man es für den Bedarf am bequemsten vorfand. Durch die Stürme vom 8. und 9. November 1800 wurden dann — begünstigt durch eine derartige planlose Wirtschaft — fast alle älteren Fichtenbestände des Harzes zu Boden geworfen. Die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts folgende Wiederaufforstung brachte uns gleichalterige Bestände auf großen zusammenhängenden Flächen. Wenn demgegenüber in der neuesten Zeit als Wirtschaftsprinzip die Anordnung kleiner Fiebszüge von 60 bis 100 ha Größe aufgestellt wird, so kann diese Maßregel ohne erhebliche finanzielle Einbußen begreiflicherweise nur sehr langsam durchgeführt werden. Wir sind deshalb am Harze von einer Kleinschlagwirtschaft noch ziemlich weit entfernt. Die neueren Forsteinrichtungen haben aber wohl überall auf eine zweckmäßige Forsteinteilung, auf Anordnung kleinerer Fiebszüge und Abteilungen (Distrikte) Bedacht genommen, und Hand in Hand hiermit hat man überall ein zweckentsprechendes Wegenetz vorgesehen, auch ist das Zusammenfallen der Wege und der Abteilungslinien nach Möglichkeit angestrebt. Die Wege- und Einteilungslinien werden sich aber im allgemeinen um so weniger vereinigen lassen, je steiler das Gelände ist.

In den höheren Lagen der Fichtenregion hat man in neuester Zeit bei der preußischen, braunschweigischen und wernigerodischen Verwaltung einen planterartigen Betrieb eingeführt. Ob die günstigen Erfolge, die man von dieser Betriebsform erhofft, sich verwirklichen werden,

darüber fehlt es gegenwärtig noch an den nötigen Erfahrungen.

Der Schwerpunkt der Fichtenwirtschaft liegt in der Art der Begründung und der Erziehung der Bestände. Namentlich die Begründung ist im Laufe des 19. Jahrhunderts mannigfachen Wandlungen unterworfen gewesen und auch jetzt sind die Ansichten über diesen Punkt noch geteilt. Anfangs wurden die Fichtenbestände auf künstlichem Wege wohl überall mittels Saat, und zwar mit sehr reichlichen Saaten, begründet, was eine sehr langsame Entwicklung der Bestände zur Folge hatte. Die jungen Stämmchen entzogen sich gegenseitig die Nahrung, wuchsen langsam in die Höhe und entwickelten sich zu Stämmen mit ungleichmäßig ausgebildeten schwachen Kronen, die dem Sturm- und Schneebruch nur geringen Widerstand zu leisten vermochten, dies um so mehr, als derzeit bei dem Mangel guter Wege noch nicht überall für rechtzeitige Durchforstungen Sorge getragen werden konnte. Vom zweiten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts an ging man zur Pflanzung über, aber zu einer Pflanzmethode, der sogenannten Büschelpflanzung, die zwar gegenüber der Saat eine Verbesserung bedeutete, gleichwohl aber den Anforderungen, die Klima und Wirtschaft stellten, noch nicht in vollem Maße Rechnung trug. Die Büschelpflanzung, von der man auch besondere Vorteile hinsichtlich der Beschädigungen durch Weidewieh bei der damals noch allgemein ausgeübten Rindweideweid erhoffte, ist für den Harz mehrere Jahrzehnte hindurch die vorherrschende Bestandsbegründungsart gewesen, bis man nach dem Heranwachsen der auf diesem Wege begründeten Kulturen in das Dünungs- und Stangenholzalter erkennen lernte, daß auch diese Kulturmethode gegenüber der Schneebruchgefahr, der, wie wir gesehen haben, die mittleren Höhenlagen des Harzes in hervorragendem Maße ausgesetzt sind, nicht den nötigen Widerstand zu leisten vermag. Erst nach Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte sich unter den Harzer Forstwirten eine Bewegung geltend, die angesichts der schlechten Erfahrungen, die man mit der Büschelpflanzung gemacht hatte, auf die Begründung der Bestände durch Pflanzung von Einzelfichten gerichtet war. Aber erst während der letzten Jahrzehnte fand diese Kulturart allgemeineren Eingang. Man scheute sich anfangs vor der allgemeinen Verwendung verschulter kräftiger Einzelfichten, deren Erziehung nicht unwesentlich teurer zu stehen kommt als die der Büschelfichten, und verwandte deshalb zunächst vielfach unverschulte Einzelfichten, die aber mit ihrer geringen Bewurzelung und schwachen oberirdischen Ausbildung nicht immer den erhofften Er-

wartungen entsprachen. Erst als man sich zu allgemeinerer Verwendung verschulter 4- und 5-jähriger Einzelsichten entschloß, was vielfach erst dann geschah, als die neueren Verschulungsapparate von Hader, Schuhmacher u. a. eine Verschulung in kleineren Entfernungen (7,5 oder 10 zu 18 cm) ermöglichten und das Verschulungsgeschäft gegenüber der früheren Handverschulung überdies wesentlich verbilligten, lenkte man hinsichtlich der Einzelpflanzung in die richtigen Bahnen ein. Inzwischen hatte die Erfahrung ferner gelehrt, daß einerseits die in geringeren Pflanzentfernungen begründeten Bestände gegen Schneebruch nicht genügenden Widerstand leisteten, und daß andererseits bei der Ab gelegenheit der meisten Harzreviere vom Markte auf einen vorteilhaften Absatz schwächerer Fichten-Brennhölzer und -Stangen nicht wohl zu rechnen sei und daß deshalb ein stärkeres Angebot dieser Hölzer nach Möglichkeit vermieden werden müsse. Da sich überdies durch die Untersuchungen mehrerer forstlicher Versuchsanstalten, insbesondere der von Sachsen, Baden und Braunschweig, und durch die Erfahrungen einzelner praktischer Forstwirte zweifellos ergeben hatte, daß eine größere Pflanzweite für die rasche und vorteilhafte Entwicklung nicht nur der Einzelsämme, sondern auch des Gesamtbestandes besonders förderlich sei, so ist man in neuester Zeit auf immer größeren Flächen zu weiteren Pflanzentfernungen übergegangen. So sollen beispielsweise nach den für die braunschweigischen Staatsforsten erlassenen Wirtschaftsvorschriften die Kulturen auf I. und I./II. Standortsklasse in 1,70 bis 1,80 m □, auf Standorten II. und III. Klasse in 1,50 bis 1,70 m □ ausgeführt werden. Auf Böden geringerer Güte kann zwar, wo eine Auslagerung des Bodens aus längerem Freiliegen nach der Bepflanzung zu befürchten ist, auf eine Pflanzweite bis zu 1,25 m zurückgegangen werden, doch soll in Schneebuchlagen keine Pflanzweite von weniger als 1,50 m angewandt werden. Wo für die Anzucht von Weihnachts- und Schmuckbäumchen ein Bedürfnis vorliegt, kann dem dadurch Rechnung getragen werden, daß auf entsprechend umfangreichen Kulturfächen die Pflanzweite in den Reihen auf 1 bis 0,90 m in Absicht auf demnächstige Nutzung der Hälfte der Stämme zu Weihnachtsbäumen usw. ermäßigt wird. Auch soll die Verwendung verschulter Pflänzlinge die Regel bilden, neben denen nur da, wo sie sich bewährt haben, unverschulte, aber im Saatbeete stark verdünnte Pflanzen im bisherigen Umfange zuzulassen sind. Die Auspflanzung im Saatbeete nicht vereinzelter, unverschulter Pflanzen ist völlig unterlagt.

Geringeren Wandlungen als die Kulturmethode ist die spätere Behandlung der Fichten-

bestände unterworfen gewesen. Es entsprach der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, daß eine regelmäßige Durchforstung in nicht zu großen Zwischenräumen erst allmählich Platz griff. Die klimatischen Verhältnisse des Harzes aber, insbesondere die Rücksicht auf die Sturm- und Schneebruchgefahr, lassen bei einer so gefährdeten Holzart wie der Fichte eine vorsichtige Durchforstung stets geboten erscheinen. Dagegen haben sich energische Eingriffe in die heranwachsenden Kulturen, soweit sie nach den heute maßgebenden Grundsätzen als zu engständig begründet angesehen werden müssen, noch vor Eintritt des Bestandschlusses (bei etwa 4 m mittlerer Höhe Erweiterung der Pflanzungen von 1/1,5 auf 2/1,5 m und Vereinzeln der Büschel) nach den von der Braunschweigischen forstlichen Versuchsanstalt seit sieben Jahren durchgeführten vergleichenden Untersuchungen als wachstumsfördernd und bei günstigem Abfalle für die ausgehauenen Stämmchen als Weihnachtsbäumchen oder Schmuckreisig auf kleineren Flächen auch als finanziell vorteilhaft erwiesen.

Neben den Durchforstungserträgen erfolgt in Fichtenbeständen stets auch ein sehr starker unfreiwilliger Abgang von Stämmen, hervorgerufen durch Schnee- und Dufbruch, Windwurf, Insekten-, Pilzschäden usw., und zwar in dem Maße, daß ältere Bestände von normalem Schlusse in größerer Ausdehnung fast nirgends vorkommen. In den Harzburger Bezirken haben 100- bis 120-jährige Bestände selten über 0,6 der Masse des Vollbestandes, am anhaltischen Harze rechnet man mit einem durchschnittlichen Vollbestandsgrade von 0,7. Die Massen haubarer Bestände gehen daher auf größeren Flächen, wie sie für eine ganze Periode anfallen, am Harze selten über 500 bis 550 fm Derbholzmasse hinaus. Angesichts dieser Verhältnisse begnügt man sich in den meisten Wirtschaften mit einer durchschnittlichen Umtriebszeit von 100 Jahren, in der zudem die durch den Holzhandel bevorzugten Stammstärken vorzugsweise erzeugt werden.

Von den die Bestandbildenden Holzarten als Mischhölzer und Einsprenglinge begleitenden Waldbäumen sind namentlich zu nennen: in erster Linie die Eiche, welche die Buche bis zu einer Höhenlage von nahezu 500 m fast überall, besonders auf den Südhängen, begleitet, seltener dagegen und dann meist nur auf weniger umfangreichen Flächen in reinen Beständen auftritt.

Ein fast regelmäßiger Einsprengling in den Buchenbeständen bis zu etwa 600 m Höhe ist der Bergahorn, der kräftige, wenn auch steinige Böden liebt, dem es aber nicht leicht wird, sich im geschlossenen Hochwalde zu erhalten.

Die Esche hat sich namentlich in der unmittelbaren Umgebung der alten Harzburgen vielfach erhalten. Künstlich baut man sie in der Nähe fließender Wasserläufe gern an, doch leidet sie häufig durch Spätfrost.

Als Mischholz ist schließlich noch die Lärche zu erwähnen, die — um 1750 aus Tirol eingeführt — sich in der Gesellschaft der Fichte meist nicht wohl fühlt, sich dagegen in Mischung mit der Buche in nicht zu lustfeuchten Lagen auf besseren Böden gut entwickelt.

Seit 1875 wurden am braunschweigischen Harze (Harzburg II, Seesen I) die ersten Anbauversuche mit der nordwestamerikanischen Douglasie gemacht. Eines ausgedehnteren versuchsweisen Anbaues wurde dann diese Holzart in den preussischen und braunschweigischen Harzforsten seit 1880 auf Veranlassung des Vereins Deutscher forstlicher Versuchsanstalten gewürdigt. Heute scheint für diese Holzart so viel festzustehen, daß sie am Harze bis zu etwa 600 m Höhe als bestandbildende Holzart nicht nur ihrer großen Massenerzeugung, sondern auch ihres wertvollen Holzes wegen unsere volle Aufmerksamkeit verdient. Sie gedeiht jedoch nur auf nicht zur Vernässung neigenden milderer lehmigen und sandig-lehmigen Böden. Bei den Versuchskulturen hat man leider früher zu wenig Rücksicht auf ihre Raschwüchsigkeit genommen und sie in zu geringen Pflanzweiten angebaut. Die schlanken Stämmchen unterlagen dann leicht dem Schneebruch; andererseits liegen Erfahrungen vor, daß man dieser Gefahr durch eine größere Pflanzweite (von etwa 2 bis 2,5 m □) wirksam vorbeugen kann. Man durchsetzt diese weiteren Pflanzungen gern mit Fichten, um sie demnächst als Christbäumchen auszuhauen. Sehr bemerkenswert ist, daß sich die Douglasie auf flachgründigen Böden widerstandsfähiger gegen die Trockenheit des Jahres 1911 gezeigt hat als die Fichte.

Von sonstigen ausländischen Holzarten ist bis jetzt wenig zu sagen, wenn man nicht etwa noch der amerikanischen Koteiche gedenken will, die sich mit ihrer jugendlichen Raschwüchsigkeit als ein beachtenswertes Mischholz auch auf Böden erwiesen hat, auf denen die deutschen Eichen sich kaum noch gedeihlich entwickeln würden. Ist das Holz der Koteiche auch nicht zu Faßdauben geeignet, so wird es doch schon im jüngeren Alter zu Stielen von Schaufeln usw. gern verwandt, und daß es im etwa 120-jährigen Alter sich zu feineren Möbeln trefflich verarbeiten läßt, haben die im Auftrage der Herzoglich braunschweigischen Versuchsanstalt von einer größeren Möbelfabrik aus einem im Forstamtsbezirke Wolfenbüttel angefallenen Stamm hergestellten Möbel, die auf der landwirtschaftlichen Ausstellung im Jahre

1909 in Braunschweig vorgeführt wurden, zur Genüge gezeigt.

Die finanziellen Ergebnisse der Harzer Forstwirtschaft werden, abgesehen von den mannigfachen übrigen Faktoren, die auf den Waldbreinertrag einwirken, wohl am wesentlichsten durch die bestandbildenden beiden Holzarten Buche und Fichte beeinflusst. Obwohl sich nun in neuester Zeit der Absatz an Buchen-Nußholz nicht unerheblich gehoben hat, fallen gleichwohl beispielsweise in den braunschweigischen Harzforsten von 100 fm Verbbholz im Durchschnitt des gesamten Einschlages nur 21 fm in das Nußholz. Der Schwerpunkt des Einschlages liegt somit bei der Buche auch jetzt noch im Brennholze. Dessen Abgabe aber sind, da sein Transport auf weitere Strecken nicht möglich ist, es auch von Jahr zu Jahr mehr unter dem Wettbewerb der mineralischen Kohlen zu leiden hat, sehr enge Grenzen gezogen. Die Brennholzpreise sind niedrig, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß sie sich heben. Gutes Buchen-Nußholz hat sich dagegen in den letzten Jahrzehnten einen immer weiteren Markt erobert; am Harzrande selbst sind industrielle Werke entstanden, die es zu Füßern, Schuhleisten, Stellmacher-Werkholz und zu anderen Zwecken verarbeiten, und außerdem wird es als Rohmaterial weithin — auch nach den laubholzarmen östlichen Provinzen — verfrachtet. Das ästige Holz von mindestens 26 cm Hopsstärke wird wohl zu Eisenbahnschwellen verarbeitet, doch ist diese Verwendung infolge der überaus scharfen Bedingungen, die hinsichtlich des sogenannten roten Kernes bei der preussischen Staatseisenbahnverwaltung — im Gegensatz zu den Staatseisenbahnverwaltungen Hollands, Österreichs und Ungarns — gestellt werden, leider noch sehr beschränkt.

Wenn aber der Buchen-Hochwald eine höhere Rente abwerfen soll, so müssen die Anforderungen an die Stärke und Beschaffenheit des Buchen-Nußholzes noch wesentlich herabgemindert werden, oder die chemische Industrie muß Verfahren erfinden, die einen vorteilhaften Absatz des Buchenholzes im großen ermöglichen.

Wesentlich günstiger liegen die Verhältnisse für den Absatz des Fichten-Nußholzes. Mit Ausnahme des stark anbrüchigen Holzes läßt sich der gesamte Fichten-Verbbholz-Einschlag als Nußholz vorteilhaft verwerten. Von 100 fm Verbbholz fallen im Durchschnitt nahezu 80 fm, in einigen Revieren sogar bis zu 90 fm in das Nußholz, das nicht nur als Bau- und Werkholz, zur Kistenfabrikation, zu Zwecken der Holzschleiferei usw. günstigen Absatz findet. Die im Harze und um dessen Fuß herum — begünstigt durch die Wasserkräfte — einheimische Holzindustrie nimmt die gesamten Holz mengen

willig auf, um sie, meistens zu Halbfabrikaten verarbeitet, dem Markte zuzuführen. Die Bau- und Sägehölzer gehen meist nach Westfalen und im Norden des Harzes bis zur Nordseeküste, im Osten findet dagegen der Absatz bereits diesseits der Elbe seine Grenze, da weiterhin nach Osten die Fichten- und Kiefernholzlandschaften und der östlichen preussischen Provinzen infolge der niedrigen Eisenbahn-Staffeltarife und der wohlfeilen Wasserfrachten den Markt beherrschen. Die Waldpreise für Fichten-Stammhölzer waren in letzter Zeit im Mittel etwa folgende:

1. Klasse . . .	26,70 Mk.	für das fm
2. " . . .	25,10 " " " "	"
3. " . . .	21,20 " " " "	"
4. " . . .	17,30 " " " "	"
5. " . . .	14,30 " " " "	"

Weniger günstig liegen dagegen die Marktverhältnisse, wie vorhin schon angedeutet wurde, für die schwächeren Klassen der Fichtenstangen, insbesondere soweit sie nicht mehr als Lattenhölzer oder zur Holzschleiferei Verwendung finden können.

Das finanzielle Ergebnis forstlicher Betriebe spricht sich in dem Rohertrage, den Betriebs- und Verwaltungsausgaben und der Reineinnahme, bezogen auf das Jahr und Hektar, aus.

Überblicken wir zunächst den Rohertrag, so finden wir, daß er in der braunschweigischen Staatsforstverwaltung, deren Ergebnisse mir vorliegen, bei den hauptsächlich mit Buchen bestockten Revieren bis zu etwa 80 Mk., bei den reinen Fichten-Bezirken dagegen bis zu 108 Mk. ansteigt. Die Betriebs- und Verwaltungsausgaben belaufen sich im Mittel auf 28 Mk., mit Schwankungen zwischen 23 und 34 Mk.

Die Reineinnahme beträgt im Durchschnitt sämtlicher Reviere 36 Mk. Doch steigen Fichten-Reviere bis zu 78 Mk. an, dagegen Reviere mit überwiegend Buchenholz-Einschlag nicht über 52 Mk.

In den preussischen Staatsforsten beläuft sich der Höchstbetrag der Reineinnahme für die Oberförsterei Kupperhütte sogar auf 87 Mk., sinkt aber in dem Buchen-Reviere Lauterberg auf 9—10 Mk. und in dem am Brockenfelde in einer mittleren Höhe von 800 m belegenen Fichten-Reviere Torfhaus auf 0,66 Mk. herab.

In den anhaltischen Staatsforsten des Unterharzes, die vorwiegend mit Buchen bestockt sind, beträgt die Reineinnahme etwa 25 Mk.

Von allgemeinerem Interesse ist noch die Höhe einiger Betriebsausgaben, insbesondere der Kultur- und Wegebauposten, die ich ebenfalls der braunschweigischen Statistik entnehme.

An Kulturkosten werden für das Hektar der gesamten Waldfläche aufgewandt:

a) für Erziehung von Pflänzlingen . .	0,61 Mk.
b) " erstmalige Kulturen . . .	1,20 "
c) " Nachbesserungen usw. . .	0,42 "
d) für sonstige Kulturzwecke . . .	0,65 "

im ganzen 2,88 Mk.

Der Aufwand für Forstwegebauten hat im letzten Jahrzehnt für das Hektar der Waldfläche 3,13 Mk. betragen.

An Forstarbeitern ist im allgemeinen kein Mangel, soweit die winterlichen Fällungsarbeiten in Frage kommen. Dagegen sind zu den Frühjahrskulturen, vor allem aber zu den im Sommer auszuführenden Kamparbeiten, infolge des von Jahr zu Jahr reger werdenden Fremdenverkehrs, nicht überall mehr die nötigen weiblichen Arbeitskräfte zu erlangen. Auch zu den Stockholzdungen, die im Sommer beschafft werden müssen, fehlt es in einigen Revieren bereits an den erforderlichen Arbeitern.

Der Tagesverdienst beträgt bei den Hauen während des Winters 3 bis 4 Mk. und mehr, an Tagelöhnen werden männlichen Arbeitern im Durchschnitt 3,00 bis 3,20 Mk. gezahlt.

Die Kosten für Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung berechnen sich mit Einschluß der von der Verwaltung gewährten sehr namhaften außergesetzlichen Walдарbeiter-Unterstützungen gegenwärtig bei der braunschweigischen Forstverwaltung für den Arbeitstag im Durchschnitt auf 0,25 Mk.

Zum Schluß mögen auch der Jagd — die in den Staatsforsten von den Oberförstern verwaltet wird — einige Worte gewidmet sein. Die mannigfachen Schäden, die den Waldbeständen durch einen übermäßigen Rotwildbestand zugefügt werden, haben in neuester Zeit in den Staatsforsten zu einer planmäßigen Verminderung dieses Bestandes geführt. In den preussischen und braunschweigischen Forsten soll der Rotwildbestand zwei Stück auf 100 Hektar nicht überschreiten. Im Blankenburger Hirschjagdhege, das dem Landesherrn zur Nutzung überwiesen ist, wird jedoch ein größerer Wildbestand gehalten, auch wird hier neben dem Rotwild in einigen Revieren Schwarzwild gehegt, das im übrigen in den preussischen sowohl wie in den braunschweigischen Staatsforsten der Ausrottung unterliegt.

In den anhaltischen Harzforsten wird, soweit die angrenzenden Felder durch Wildgatter geschützt sind, Rotwild bis zu sechs Stück auf 100 Hektar zugelassen, auch wird das Schwarzwild zwar nicht gehegt, aber doch nach weidmännischen Grundsätzen abgeschossen. Das dort vor einigen Jahren eingeführte, aus Sardinien und Korsika stammende Mufflonschaf (*Ovis*

musimon) hat sich gut akklimatisiert, ohne vorläufig dem Walde erheblich zu schaden.

In den Forsten der drei Linien des Hauses Stolberg wird den Neigungen der fürstlichen Herren entsprechend teilweise ein größerer Rotwildbestand, teilweise auch ein Schwarzwildbestand gehalten.

Rehwild leidet in den höheren Lagen stark unter den Witterungseinflüssen strengerer Winter und kommt daher nur in den mittleren und

unteren Lagen einigermaßen häufig vor. Die Hasenjagd ist nur in den unteren Lagen von einiger Bedeutung.

Auergeflügel, das die höheren Lagen bevorzugt, unterliegt bei seiner Seltenheit keinem starken Abschusse. Birkwild endlich, das früher dem Harze fremd war, ist seit etwa 15 Jahren in den oberen Revierteilen des preussischen Harzes angesiedelt, hat sich indessen nur schwach vermehrt.

Die Versicherung der Privatangestellten.

Von **Walter Fering**, Kaiserlichem Rechnungsrat im Reichsversicherungsamt.

(Fortsetzung.)

IX. Erstattung von Beiträgen (§§ 60, 61, 62).

Stirbt eine weibliche Versicherte nach Ablauf der Wartezeit von 60 Beitragsmonaten vor Eintritt in den Genuß eines Ruhegeldes oder einer Leibrente (Nr. X), und besteht kein Anspruch auf Hinterbliebenenrenten, so ist auf Verlangen der Angehörigen (Frist ein Jahr) die Hälfte der für die Versicherte bis zu ihrem Tode eingezahlten Beiträge als Abfindung zurückzugewähren. Die Reichsversicherungsanstalt kann dem Berechtigten (Mann, Kind, Vater usw.) statt der Abfindung eine lebenslängliche Rente gewähren.

Ebenso steht einer weiblichen Versicherten ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge zu, wenn sie sich nach Ablauf der Wartezeit für das Ruhegeld verheiratet und infolgedessen aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet.

In den ersten 15 Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes steht den Angehörigen eines jeden verstorbenen Versicherten ein Anspruch auf Erstattung von $\frac{1}{2}$ bzw. $\frac{3}{4}$ der Beiträge zu (vgl. Nr. VI Ziff. 2 Abs. 3).

X. Leibrenten.

Weiblichen Versicherten, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, wird auf Antrag an Stelle der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung oder der Aufrechterhaltung der erworbenen Anwartschaft (vgl. Nr. III Ziff. 1) oder der Erstattung von Beiträgen (vgl. Nr. IX Abs. 2) eine Leibrente gewährt, deren Höhe sich nach dem Werte der erworbenen Anwartschaft auf Ruhegeld und nach dem Alter der Antragstellerin richtet und vom Rentenausschuß festgesetzt wird. Auf Antrag der Berechtigten kann die Festsetzung des Beginns und der Höhe der Leibrente für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten werden (§ 63).

XI. Wegfall, Entziehung und Ruhen der Leistungen (§§ 64 bis 78).

1. Die Witwenrenten fallen bei der Wiederverheiratung weg. Als Abfindung wird der Witwe das Dreifache ihrer Jahresrente gewährt. Die Witwenrente fällt weg, wenn der Witwer sich wieder verheiratet oder nicht mehr bedürftig ist.

Die Waisenrenten fallen weg, sobald die Waise das 18. Lebensjahr vollendet oder sich verheiratet.

2. Ist der Empfänger eines Ruhegeldes nicht mehr berufsunfähig, so wird ihm das Ruhegeld entzogen.

3. Ruhen der Renten. Die Auszahlung des Ruhegeldes unterliegt Beschränkungen, wenn der Empfänger Unfall-, Invaliden- oder Altersrente bezieht, oder wenn er noch etwas verdienen kann. Denn ein Versicherter, der mehrfach versichert oder noch teilweise erwerbsfähig ist, soll mit der Versicherung kein Geschäft machen, er soll vielmehr aus der Angestelltenversicherung nur soviel erhalten, daß sein früheres Einkommen nicht überschritten wird. Das Gesetz schreibt deshalb vor: Das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung ruht a) neben Renten der reichsgesellschaftlichen Arbeiterversicherung, b) neben Gehalt, Lohn oder sonstigem Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung, soweit sämtliche Bezüge oder Ruhegeld und einer der Bezüge zu a oder b zusammen den Jahresarbeitsverdienst übersteigen, der dem Durchschnitt der 60 höchsten monatlichen Beiträge entspricht. Bei der Berechnung dieses Durchschnitts ist für jeden Beitrag das Mittel aus dem höchsten und niedrigsten Jahresarbeitsverdienst der Gehaltsklasse in Anrechnung zu bringen, für welche der Beitrag entrichtet ist. Für die Gehaltsklasse A gilt als Mittel der Betrag von 450 M.

Eine Pension oder der Zinsabwurf eines Kapitals gehören nicht zu dem Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung. Hiernach kann sich ein Forstbeamter durch seine Zugehörigkeit zur Invaliden- und Angestelltenversicherung für den Fall seiner Pensionierung ein Einkommen sichern, daß den von ihm zuletzt bezogenen Gehalte nahe- oder gleichkommt (vergl. das Beispiel zu Nr. II Ziffer 4 am Ende).

Die Hinterbliebenenrenten ruhen neben Renten der reichsgesellschaftlichen Arbeiterversicherung, soweit beide zusammen $\frac{9}{10}$ des Betrages nach Absatz 1 übersteigen.

Weiter ruhen Ruhezeld und Renten, solange der Berechtigte eine Freiheitsstrafe verbüßt. Ruhezeld und Renten ruhen auch, solange sich der Berechtigte ohne Zustimmung des Rentenausschusses im Ausland aufhält.

XII. Verhältnis der Angestelltenversicherung zu anderen Ansprüchen (§§ 81 bis 91).

Die gesetzlichen Pflichten der Gemeinde- und Armenverbände zur Unterstützung Hilfsbedürftiger und andere auf Gesetz, Satzung, Vertrag oder freiwilliger Verjüngung beruhende Pflichten zur Fürsorge für die nach diesem Gesetze Versicherten und ihre Hinterbliebenen werden von dem Gesetz nicht berührt. Für ihre Unterstützungen können die Gemeinden usw. Ersatz aus dem Ruhezeld u. v. beanspruchen.

Soweit die Versicherten oder ihre Hinterbliebenen gesetzlich von Dritten Ersatz eines Schadens beanspruchen können, der ihnen durch Berufsunfähigkeit oder durch den Tod des Ernährers erwachsen ist, geht der Anspruch auf die Reichsversicherungsanstalt bis zum Betrage derjenigen Leistungen über, welche sie infolge des Schadens zu tragen hat.

Wegen des Verhältnisses zur Arbeiterversicherung vgl. Nr. XI Ziff. 3.

XIII. Organisation (§§ 96 bis 169).

Für die Durchführung der Angestelltenversicherung ist eine die sämtlichen Versicherten umfassende öffentliche Behörde, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, errichtet. Sie hat ihren Sitz in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm Nr. 193. Für die Organisation dieser Anstalt war das Bestreben maßgebend, die freie Selbstverwaltung mit der sachlich unentbehrlichen behördlichen Einwirkung organisch zu verbinden. Organe der Anstalt sind: das Direktorium, der Verwaltungsrat, die Rentenausschüsse und die Vertrauensmänner.

1. Das Direktorium, der gesetzliche Vertreter der Reichsversicherungsanstalt, besteht aus einem Präsidenten, einer Anzahl beamteteter Mitglieder und aus je zwei Vertretern der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber.

2. Die beteiligten Arbeitgeber und ihre versicherten Angestellten wirken ferner durch einen von ihren Vertrauensmännern gewählten Verwaltungsrat, der aus dem Präsidenten des Direktoriums als Vorsitzendem und mindestens je 12 Vertretern der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber besteht, bei der laufenden Verwaltung fortwährend mit und haben durch dieses Organ das Direktorium bei der Vorbereitung wichtiger Beschlüsse gutachtlich zu beraten.

3. Die Feststellung, Anweisung, Entziehung und Einstellung der Versicherungsleistungen ist

besonderen Rentenausschüssen mit dem Charakter von öffentlichen Behörden übertragen. Diese Ausschüsse werden nach Bedarf von der Reichsversicherungsanstalt errichtet.*) Sie bestehen aus einem vom Reichskanzler ernannten Vorsitzenden und mindestens 20 je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten und ihren Arbeitgebern entnommenen Beisitzern. Die Rentenausschüsse entscheiden die ihnen überwiesenen Angelegenheiten als unabhängige Feststellungsbehörden, welche bei ihrer Beschlussfassung über die Versicherungsleistungen an Weisungen der Reichsversicherungsanstalt nicht gebunden sind. In bestimmten Fällen entscheidet der Vorsitzende allein ohne mündliche Verhandlung, im übrigen ergeht die Entscheidung nach mündlicher Verhandlung, zu welcher je ein Versicherungsvertreter der Arbeitgeber und der Angestellten als Beisitzer zuzuziehen sind. Die Rentenausschüsse haben auch in Angelegenheiten der Angestelltenversicherung Auskunft zu erteilen. Bezüglich des Verfahrens ist die Zuständigkeit des Rentenausschusses darauf beschränkt, Anträge auf Einleitung des Heilverfahrens entgegenzunehmen oder ein solches selbst anzuregen; die Entscheidung hierüber steht allein der Versicherungsanstalt zu.

4. Für den weiteren Rechtsweg sind in ähnlicher Weise wie bei der Arbeiterversicherung zwei Instanzen, die Schiedsgerichte und das O berschiedsgericht, dieses mit dem Sitz in Berlin, vorgesehen, welche mit einem von dem Reichskanzler zu ernennenden Vorsitzenden und mindestens 12 gewählten Beisitzern je zur Hälfte aus den Angestellten und ihren Arbeitgebern besetzt werden. Beide Gerichte entscheiden auf Grund mündlicher Verhandlung, die Schiedsgerichte über Berufungen gegen die Bescheide der Rentenausschüsse in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Versicherungsvertretern der Arbeitgeber und der Angestellten, das O berschiedsgericht über Revisionen gegen die Urteile der Schiedsgerichte in derselben Besetzung, jedoch verstärkt durch zwei von dem Reichskanzler bestellte richterliche Beamte.

5. Endlich sieht das Gesetz Vertrauensmänner vor, welche die Beisitzer für die Rentenausschüsse, die Schiedsgerichte, das O berschiedsgericht und den Verwaltungsrat zu wählen haben. Diese Vertrauensmänner werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten und aus ihren Arbeitgebern gewählt (vgl. Forst-Zeitung Nr. 41 Seite 827); ihre Zahl beträgt für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde (Landratsamt u.) mindestens sechs.

(Schluß folgt.)

*) Zunächst wird nur ein Rentenausschuß für das ganze Reichsgebiet errichtet. Er hat seinen Sitz in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193.

Mitteilungen.

— **Aus Elßaß-Lothringen.** Aus dem Bericht der Beamten-Versoldungskommission geht erfreulicherweise hervor, daß die Gehaltsätze der kaiserlichen Förster auf 1500 bis 2400 M

normiert worden sind, jedoch mit der schon angedeuteten Verbesserung, daß das Maximum bereits in 18 Jahren anstatt in 21 erreicht werden soll. Die Nebenbezüge sollen mit

500 M pensionsfähig sein, so daß also das Maximum des pensionsfähigen Einkommens 2900 M betragen soll. Die Revierförster erhalten durchweg je 400 M mehr. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Kommissionsbeschlüsse vom Landtage angenommen werden.

— **Fortschritte in der Ausbildung bayerischer Forstreferendare.** Am 23. Oktober 1912 hat der Regierungs- und Forstrat Wolz mit den Referendaren der Regierungsforstkammer Würzburg eine Exkursion in das Forstamt Hain im Spessart durchgeführt. Unter Führung des dortigen Revierverwalters, Kgl. Forstmeisters Brand, wurden zunächst die vom Kiefernspanner befallenen Bestände des Försterbezirks Kreuzgrund besichtigt. Hier fiel der schlechte Grundheitszustand der Raupen auf, die fast durchweg von Bakterien und Parasiten infiziert sind, was wohl eine Folge der nasskalten Witterung des letzten Sommers sein dürfte. Im nächsten Jahre ist aller Wahrscheinlich-

keit nach ein Ende der Plamität zu erwarten. Alsdann wurden die vom Kreuzgrund nach den Siebenwegen sich hinziehenden Forstorte in Augenschein genommen. Der Revierverwalter erläuterte hier die in Betracht kommenden Wirtschaftsmethoden und erklärte alles forstlich Wichtige in äußerst lehrreicher Weise, so daß der Leiter der Exkursion seinen Dank an den Führer abstattete und für das kommende Frühjahr eine nochmalige Exkursion in das Forstamt Hain in Aussicht stellte.

— **Zur Erhaltung der Grunewaldseen bei Berlin.** Auf eine Eingabe um Förderung der Pläne zur Erhaltung der Grunewaldseen hat der Minister für Landwirtschaft erwidert, daß er der Frage großes Interesse entgegenbringe und jedes Projekt zu fördern suchen werde, von dem er eine zweckmäßige Beseitigung der jetzigen Uebelstände erwarten könne. Weitere Konzessionen sollen den Charlottenburger Wasserwerken nicht früher erteilt werden, solange nicht jene Wasserfrage geregelt sei.

Berichte.

Die Versicherung der Privatangestellten.

Eine Interpellation über diese Angelegenheit hat am 6. November das preussische Haus der Abgeordneten verhandelt. Wir heben aus dieser Verhandlung hervor:

Der Interpellant Abg. Dr. Beumer (nat.-lib.) besprach eine Reihe von Unklarheiten des Gesetzes und bemängelte es, daß die im Gesetz vorgeschriebenen Ausführungsbestimmungen noch nicht in vollem Umfange erlassen seien. Er erachtet die Auffassung der Reichsversicherungsanstalt, daß Sterbegeldversicherungen nicht zu den Lebensversicherungen im Sinne des § 390 des Gesetzes zu rechnen seien, nicht für richtig. Abg. Beumer ist weiter der Auffassung, daß, wenn ein Angestellter auf Grund des § 390 sich von der Beitragszahlung befreien läßt, später aber darauf verzichtet, die zwischen- durch für ihn geleisteten Arbeitgeberbeiträge als Monatsbeiträge für die Zurücklegung der Wartezeit in Anrechnung gebracht werden. Wenn also ein Angestellter nach zehn Jahren auf die Befreiung verzichte, so hätte er die Wartezeit zurückgelegt. (Handelsminister Dr. Sydow bestätigte die Auffassung des Interpellanten.)

Dr. Beumer fragt ferner: „Kann ein Angestellter, der nach § 390 befreit ist, mit einer Versicherungsgesellschaft nach Inkrafttreten des Gesetzes die Vereinbarung treffen, daß die Fälligkeit der Versicherung auf das 65. Lebensjahr hinausgeschoben wird? Er hat ein Interesse daran, weil, wenn die Lebensversicherung vorher abläuft, er wieder unter die Versicherung fällt und Beiträge zahlen muß. Die Reichsversicherungsanstalt stellt sich auf den entgegengesetzten Standpunkt, indem sie hier den Abschluß eines neuen Vertrages annimmt. Ich halte diese Auffassung der

Reichsversicherungsanstalt für falsch, da sie von rein formalistischen Gesichtspunkten ausgeht, ohne den Zweck des § 390 zu berücksichtigen.“

Zum Kürzungsrecht des § 392 fragt Dr. Beumer sodann: Kann der Arbeitgeber seinen Zuschuß zur Lebensversicherung auch dann um seinen reichsgesetzlichen Beitrag kürzen, wenn der Angestellte von dem Befreiungsrecht des § 390 keinen Gebrauch macht? Diese Ansicht vertritt ich, weil sonst der Angestellte es in der Hand hat, den Arbeitgeber zu schikanieren.“ (Handelsminister Dr. Sydow erklärt die Auffassung des Interpellanten für unzutreffend.)

Handelsminister Dr. Sydow: „Die schwierige Regelung des Verhältnisses zwischen den Lebensversicherungsgesellschaften, bei denen der Arbeitgeber, der Zuschüsse geleistet hat, seine Prämie kürzt, und der Reichsversicherungsanstalt sind nach dem Gesetze zunächst durch Bundesratsverordnung zu ordnen; diese wird vorbereitet. Daß Zweifel bestehen können über die Frage, wie weit Begräbnisversicherungen als Lebensversicherungen im Sinne des § 390 anzusehen sind, wie die Wartezeit für den Angestellten zu berechnen ist, wenn er zunächst auf Grund einer Lebensversicherung um Befreiung nachgesucht hat, nachher aber auf diese Befreiung verzichtet, gebe ich vollkommen zu. Wie im Falle der Hinausschiebung der Lebensversicherung auf einen späteren Fälligkeitstermin zu verfahren ist, darüber muß ich mich ebenfalls einer Äußerung enthalten; das wird gegebenenfalls vom Rentenausschuß, vom Schiedsgericht und Oberschiedsgericht zu entscheiden sein, wenn die Reichsversicherungsanstalt und der Versicherte nicht einig sind. Ebenso wird auch der Rentenausschuß die Zweifel über den Kreis der versicherten Personen zu entscheiden haben. Es hätte keinen Zweck, wenn ich hier auf die einzelnen

Fragen eingehen wollte. Die Kartenausgabe stellen, die, das glaube ich gern, den Kreis der versicherten Personen zunächst verschiedenartig beurteilt haben mögen, sind ja nicht die entscheidenden Stellen. Ihre Auffassung hat eine gewisse Bedeutung für die Wahl, obwohl auch da gegen die Entscheidung der unteren Verwaltungsbehörden noch die Anrufung der höheren Verwaltungsbehörde zulässig ist. Aber für die Rechte aus dem Versicherungsvertrag ist ihre Stellungnahme nicht präjudizierbar. Ob jemand zu versichern ist oder ob ihm Ansprüche auf Grund der Versicherung zustehen, wird eben vom Rentenausschuß, Schiedsgericht und Oberschiedsgericht entschieden.

Daß eine so schwierige Materie, auch wenn sie mit noch so viel Sorgfalt vorbereitet wird, immer Zweifel offen läßt, ist nicht zu vermeiden. Das liegt nicht bloß in der Mannigfaltigkeit der Lebensverhältnisse, in die dieses Gesetz eingreift, es liegt auch in der ganzen Gesetzgebungstechnik, in dieser abstrakten Gesetzgebungssprache, die wir in den letzten 40 Jahren uns angewöhnt haben, die zwar dem Juristen nachher die Anwendung des Gesetzes erleichtert, die aber dem Laien, der durch das Gesetz betroffen ist, zweifellos das Verständnis des Gesetzes erschwert.

Auf alle Fälle, das Gesetz ist verabschiedet, es tritt am 1. Januar in Kraft. Es hilft jetzt nichts, zu klagen, es kommt darauf an, daß alle Beteiligten — und das gute Vertrauen habe ich sowohl zu den Angestellten, wie zu den Arbeitgebern — loyal an der Durchführung dieses Gesetzes mitarbeiten. So viel Schwierigkeiten noch entstehen mögen, sie werden in einigen Jahren überwunden sein. Auch das Invalidenversicherungsgesetz hat einige Jahre gebraucht, bis es sich wirklich in allen Kreisen, für die es bestimmt war, durchgesetzt hat. Sind aber die Schwierigkeiten überwunden, dann ist doch ein großer Schritt vorwärts getan dadurch, daß mehr als einer Million Angestellten eine gewisse Sicherung auf gesetzlichem Wege für den Fall der Berufsunfähigkeit und den Hinterbliebenen für den Fall des Todes des Ernährers gewährt worden ist."

Abg. Giesbertz (Zentr.): "Es ist zweifellos, daß ein Gesetz, welches eine so schwierige Materie erstmalig regelt, wie das Angestelltengesetz, bei seiner Durchführung auf Schwierigkeiten stößt, daß Unstimmigkeiten entstehen auf der einen oder anderen Seite. Ich meine aber, diese Eigentümlichkeit hat nicht bloß das Angestelltengesetz, sondern alle sozialpolitischen und sonstigen Gesetze bis zu einem gewissen Grade an sich. Man soll deshalb keine abfällige Kritik an dem Gesetz selbst üben. Der Interpellant hätte auch sehr gut dem Angestelltengesetz in seiner Bedeutung für unsere Volkswirtschaft und unsere Privatbeamtenschaft eine gute Note geben können, und ich fühle mich

gedrungen, auszusprechen, daß das Angestelltengesetz eine große sozialpolitische Tat des Deutschen Reichstages gewesen ist. Wenn zwei Millionen Privatangestellte unter dieses Gesetz fallen, die künftig durchweg für ihre Hinterbliebenen jährlich Bezüge bis zu 205 Millionen erhalten, glaube ich, daß wir diese Tatsache doch als einen großen Erfolg der sozialen Gesetzgebung anerkennen müssen. Wir wollen uns deshalb über die Bedeutung und Wichtigkeit des Gesetzes nicht irre machen lassen durch Unstimmigkeiten, die jetzt bei der Durchführung bestehen."

Abg. Dr. Mugdan (Fortschr. V.-P.) meint, daß das Recht zur Befreiung von der Versicherung (in jeder Hinsicht, und zwar sowohl in der Reichsversicherungsordnung als auch in dem Versicherungsgesetz für Angestellte) durchaus ein Danaergeßent für die davon Betroffenen (vorläufig beschäftigte Beamte u. dgl.) sei, denn sie gäben durch den Befreiungsantrag zugunsten des Arbeitgebers Rechte auf. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten:

"Ich bin ein großer Freund des Gesetzes, trotz der Fehler, die ich anerkenne; wenn man aber von den dem Gesetze feindlichen Angestellten und Arbeitgebern darüber sprechen hört, welche ungeheure Belastung die Arbeitgeber und Angestellten durch dieses Gesetz haben, so läßt mich dies kalt. Fast täglich passiert es mir in diesen Tagen, daß vor mir jemand die bittersten Klagen erhebt, weil die unglückliche Maschinenschreiberin nicht versichert ist, und daß ein anderer kommt, der jammert, welche ungeheuren Ausgaben den Handlungsangestellten diese Einbeziehung unter das Angestelltenversicherungsgesetz mache. Das ist bei allen Versicherungsgesetzen so gewesen; wir haben so oft gehört, daß die Industrie dabei zugrunde geht, daß die Angestellten das nicht ertragen können. Und schließlich, obwohl wir diese Gesetze seit mehr als 30 Jahren haben, ist das Deutsche Reich nicht untergegangen, auch die Industrie ist nicht untergegangen, auch die Handelsangestellten sind nicht dadurch verelendet, und unser deutsches Vaterland hat davon nicht Nachteile, sondern große Vorteile gehabt. Und wenn man nun darüber klagt, daß das Gesetz Fehler habe, so vergißt man, daß es in der Wirklichkeit nicht so ist, wie in der Mythe, wo Pallas Athene vollständig gewappnet und gepornt aus dem Kopfe ihres Vaters hervorgegangen ist. In der Welt hat jeder Mensch und jedes Menschenwert Kinderkrankheiten. Diese Kinderkrankheiten müssen überwunden werden, und wenn die Kinderkrankheiten dieses Gesetzes überwunden sein werden, wird auch dies hohe Haus mit dem gesamten deutschen Vaterland sich über das Gesetz freuen, das zweifellos eine außerordentliche Verbesserung und Erweiterung unsrer sozialpolitischen Fürsorge bedeutet, und gerade für einen Stand unsrer Bevölkerung, der diese Fürsorge in allerhöchstem Maße verdient und braucht." Hg.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Ergänzung der allgemeinen Holzverkaufsbedingungen.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 10708.

Berlin W 9, 7. November 1912.

Nach Nummer 13 der durch die allgemeine Verfügung Nr. 21 vom 12. Juni 1899 — III. 7457 — vorgeschriebenen allgemeinen Bedingungen für die Versteigerung eingeschlagenen Holzes haftet ein Käufer, der das von ihm gekaufte Holz an andere abtritt, dem Fiskus gegenüber für alle von ihm übernommenen Verbindlichkeiten, also auch für die fristgemäße Hinterlegung der erforderlichen Sicherheiten. Um jeden Zweifel hierüber zu beseitigen, ist die Nummer 13 der allgemeinen Holzverkaufsbedingungen durch folgenden Zusatz zu erweitern:

„Auch hat, falls zinslose Stundung des Kaufgeldes beantragt wird, der ursprüngliche Käufer die erforderliche Sicherheit — vergliche Nr. ... der besonderen Bedingungen — zu leisten.“

In die Bedingungen für den Verkauf von Holz vor dem Einschlage sowie bei Holzverkäufen auf sonstige Gebote ist der gleiche Zusatz aufzunehmen.

K. M.: Br ü m m e r.

An sämtliche künftigen Regierungen außer Kurich und Signaturungen.

Verordnung, die Führung der Titel „Förster“ und „Revierförster“ im Privatforstdienste betr.
vom 30. Oktober 1912.

Den im Privatforstdienste beschäftigten Beamten darf von ihrer Dienstherrschaft der Titel

„Förster“ nur unter der Voraussetzung verliehen werden, daß sie

1. eine dreijährige praktische Lehrzeit oder eine zweijährige Lehrzeit und einen einjährigen erfolgreichen Besuch einer Forstlehrlingschule nachweisen,
2. nach weiterer fünfjähriger forstlicher Praxis vor der Kommission des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands die Försterprüfung bestanden haben,
3. das vierundzwanzigste Lebensjahr erfüllt haben und
4. bereits den Dienst eines Försters versehen.

Die Lehrzeit hat mindestens bei einem nach diesen Anforderungen vorgebildeten Beamten, der zur Führung des Titels „Revierförster“ berechtigt ist, zu erfolgen.

Der Försterprüfung hat, soweit es sich um im sächsischen Privatforstdienste stehende Prüflinge handelt, ein vom Ministerium des Innern zu stellender Kommissar beizuwohnen.

Der Titel „Revierförster“ ist nur einem Beamten mit der Vorbildung wie unter Absatz 1 zu verleihen, sobald er ein eingerichtetes Revier nicht unter 300 ha Größe selbständig verwaltet und ihm wenigstens ein Beamter unterstellt ist.

Personen ohne forstliche Vorbildung sind auch bei etwaiger selbständiger Forsttätigkeit nur als „Waldwärter“ zu bezeichnen.

Dresden, am 30. Oktober 1912.

Ministerium des Innern.

Verschiedenes.

— **Schutz des Titels „Förster“ und „Revierförster“ im Privatforstdienst im Königreich Sachsen.** Durch eine Verfügung des königl. Sächsischen Ministeriums des Innern vom 30. Oktober 1912 (siehe oben) sind von jetzt an sowohl der Titel „Förster“ wie auch „Revierförster“ für das Königreich Sachsen an ganz bestimmte Vorbildungsbedingungen geknüpft. Die Forstbeamten, welche sich über eine derartige Vorbildung nicht ausweisen können, sind im Königreich Sachsen nur berechtigt, auch bei etwaiger selbständiger Forsttätigkeit, sich als „Waldwärter“ zu bezeichnen. — So ist denn das Königreich Sachsen also der erste deutsche Bundesstaat, in dem der Förstertitel wirklich geschützt ist. Offenlich folgen bald andere Regierungen dem Beispiel Sachsens und wird vor allen Dingen auch in Preußen die Durchführung einer solchen Maßregel nicht mehr als undurchführbar angesehen. Der Titel „Oberförster“ war in Sachsen längst geschützt.

— **Bereinsachung der Forstverwaltung in Schwarzburg-Sondershausen.** Der Schwarzburg-Sondershäuser Landtag hat bei Beratung des Gesekentwurfes über die Abänderung der Organisation der Forstbehörden beschlossen, die bisherigen beiden Forstämter in Sondershausen

und Gehren zu vereinigen und bestimmte als Sitz des demnächstigen Oberforstamts Sondershausen. Er bezeichnete dieses Vorgehen als einen weiteren Schritt auf dem Boden der Verwaltungsvereinfachung. Staatsrat v. Nasse gab eine nähere Begründung des Gesekentwurfes, worin er hervorhob, daß der Grund für die Neuordnung des Forstwesens nicht etwa in Nachteilen liege, die sich bei dem bisherigen System ergeben hätten, daß vielmehr die heutige Forstverwaltung sich stets bewährt und die besten Ergebnisse geliefert habe. Wenn sich die Regierung trotzdem für die Einführung einer Änderung entschieden habe, so liege der Grund in der Gleichmäßigkeit der Reorganisation, die durchgeführt werden solle. In der Denkschrift heißt es: Die aufgeworfene Frage drängte schneller zur Entscheidung, da die Pensionierung des obersten Forstbeamten bevorstehe. Nicht unerwähnt sollte dabei bleiben, wie dankbar Landtag und Regierung dem obersten Forstbeamten für seine vieljährige so erfolgreiche Leitung des Forstwesens ist und wie sehr beide bedauern, künftig seinen bewährten Rat entbehren zu müssen.

— **Schlußnachrichten.** An der Forstakademie zu Tharandt fand am 1. November der Rektoratswechsel statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der scheidende Rektor, Professor Dr. Wed, einen

ausführlichen, die Zeit vom 1. November 1911 bis 31. Oktober 1912 umfassenden Bericht über die Entwicklung und die wissenschaftliche Tätigkeit der Forstakademie und übergab hierauf das Rektorat an Professor Dr. Martin. Nach diesem Bericht war die Forstakademie zu Tharandt während des Wintersemesters 1911/12 gut besucht; es waren in dieser Zeit 61 Studierende vorhanden, unter denen sich 17 Anwärter für den sächsischen Staatsdienst befanden, ferner 40 Hörer und 7 Hospitanten. Von diesen 108 Besuchern waren 29 Sachsen, 32 andere Reichsdeutsche und 45 Ausländer. Die Diplomprüfung legten am Ende des Wintersemesters 21 und am Ende des Sommersemesters 20 Studierende mit Erfolg ab. Eine wichtige Änderung ist durch Einführung von Prüfungsgebühren mit Genehmigung des Finanzministeriums geschaffen worden. Dem Professorenkollegium an der Forstakademie wird dadurch Gelegenheit zur Schaffung eines für Ehrengaben und für allgemeine Zwecke der Forstakademie und ihrer Angehörigen verfügbaren Barbestandes geboten. Unter den etatmäßigen Professoren sind Veränderungen im Berichtsjahre nicht vorgekommen; wohl aber feierte Professor Vater am 1. Oktober den Tag seiner 25jährigen Lehrtätigkeit in Tharandt, bei welcher Gelegenheit ihm zahlreiche Ehren erwiesen wurden. Der bisherige außerordentliche Professor Dr. Gugerzhoff wurde zum ordentlichen Professor ernannt und der durch seine Humifizierungsarbeiten bekannte Dr. Kleinlud als Privatdozent für Chemie einberufen. Über die Lehrtätigkeit sagt der Bericht, daß der Lehrplan in der bisherigen Weise durchgeführt, forstliche, naturwissenschaftliche und technische Lehrausflüge vielfach unternommen worden sind. Bei Tharandt hielt Prof. Dr. Gugerzhoff eine zehntägige Vermessungsübung ab. Die Professoren Dr. Zentisch und Dr. Reger boten als Mitglieder des Vereins für vollständige Hochschulkurse an vier Abenden in der Aula der Forstakademie öffentliche Vorlesungen über die Bedeutung der deutschen Kolonien für den Holzbezug und über die Kulturpflanzen der deutschen Schutzgebiete. Die akademischen Institute und deren Sammlungen erfuhr nach Maßgabe der vorhandenen Mittel Erweiterungen. Außerdem machte Forstmeister Fritzsche in Odrilla der Akademie eine wertvolle Tierammlung zum Geschenk. Erwähnenswert ist ferner die Errichtung eines neuen Vegetationshauses nach Angabe des Professors Dr. Wislicenus, das seine Entstehung den Versuchen zur Bekämpfung der Raupschäden verdankt und dessen Kosten auch aus dem entsprechenden Fonds bestritten worden sind. In der Zeit vom Ende August bis Oktober war Professor Dr. Wislicenus in Nordamerika zum Studium forstchemischer Fragen und zum Internationalen Kongreß für angewandte Chemie. Einen erneuten Beweis für den Ruf der Forstakademie Tharandt lieferte u. a. deren Besuch durch zahlreiche auswärtige Gelehrte, Forstleute und sonstige Interessenten, unter denen sich auch 37 Schüler der nordamerikanischen Baltimore Forst-School des Oberförsters Dr. Schent befanden.

— **Aus Thüringen.** Die frühere Großherzoglich S. Oberförsterei zu Ruhla, in welcher sich in den Jahren 1813 bis 1830 die Forstlehranstalt unter König befand, ging zum Preise von 20 000 M. in den Besitz des dortigen Realgymnasiums über.

Holzmarkt.

Am 8. November fand in Neustrelitz eine große Holzversteigerung des Holzes aus den großherzoglichen Forsten statt, die sich einer sehr starken Beteiligung seitens der Holzkäufer erfreute und bei der rund 30 625 fm zum Angebot gelangten. Die Tage hierfür betrug 702 828 M., der erzielte Erlös jedoch 748 245 M., so daß durchschnittlich für den Festmeter 24,43 M. bezahlt wurden, gegen 24,12 M. im Vorjahre und 23 M. im Jahre 1910.

Ferner kommen am 1. Dezember d. Js. in Olmütz aus den in Böhmen, Mähren, Niederösterreich und Schlesien gelegenen Fürstlich Lichtensteinschen Forsten 300 000 fm Rundhölzer zum Verkauf.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 18. November 1912. Rebhölde 0,50 bis 0,75, Rotwild 0,40 bis 0,60, Damwild 0,45 bis 0,80, Schwarzwild 0,30 bis 0,70 M. das Pfund. Hasen 1,50 bis 4,60, Kaninchen 0,30 bis 1,10, Stodenten 0,80 bis 1,75, Kridenten 0,50 bis 0,75, Rebhühner 0,80 bis 1,20, Fasanenhähne 1,00 bis 2,50, Fasanenhennen 1,00 bis 1,60, Wildschneepfen 1,25 bis 3,00 M. das Stüd.

Vereins-Nachrichten.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Unhalts.

Die diesjährige ordentliche Abgeordneten- sowie Hauptversammlung findet Sonntag, den 15. Dezember d. Js., von mittags 12½ Uhr an, im Restaurant „Union“ in Bernburg statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht usw.
2. Bericht der Rechnungsprüfer.
3. Entlastung des Vorstandes für das abgelaufene Geschäftsjahr.
4. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Rosendorf, den 10. November 1912.

Mit Weidmannsheil!

M. Schneider, I. Vorsitzender.

Bezirksgruppe Dessau-Cöthen-Zerbst.

Sonntag, den 7. Dezember d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Vereinslokal.

Tagesordnung: Vortrag über Landgarten- und obstwirtschaftliche Fragen. Verschiedenes. Diejenigen Kollegen, welche eine Browningspistole zu dem der Vereinigung eingeräumten Vorzugspreise zu erwerben wünschen, werden gebeten, dies direkt dem Herrn Kollegen Grimm in Bernburg mitzuteilen.

Schierau, 15. November 1912.

Bernhardt.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Wahn, Oberförster o. R. zu Sittichheim, ist die Verwaltung des Forstreviers Breitenheide, Regbz. Gumbinnen, vom 1. Dezember d. J. ab übertragen.

Armer, Förster o. R. zu Illersdorf, Stifts-Oberförsterei Neuenfelde, ist nach Hantenfranz, Stifts-Oberförsterei Hebbichum, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Dezember d. J. ab verlegt.

Heuserl, Forsthaufener, ist einberufen und der Oberförsterei Neuenting, Regbz. Stettin, überwiesen.

von Pagenstiel, Förster o. R. zu Müllershof, Oberförsterei Bromberg, ist als Förster m. R. nach Brodden, Oberförsterei Selgenau, Regbz. Bromberg, vom 1. Januar 1913 ab verlegt.

Wäster, Förster zu Schiedlo, Oberförsterei Grotzen a. O., ist nach Gobbeln, Stifts-Oberförsterei Neuenfelde, Regbz. Frankfurt a. O., vom 1. Dezember d. J. ab verlegt.

Wesche, Förster o. R. zu Törthaus, Oberförsterei Törthaus, in nach Giershausen, Oberförsterei Knobben, Regbz. Hildesheim, verlegt.

Fogt, Königl. Förster o. R., ist als Gemeindeförster a. Pr. in Waldeck, Gemeindeförsterei Goblitz, Regbz. Goblitz, angestellt.

In Förmern o. R. wurden ernannt die Forsthaufener:
im Regierungsbezirk Arnberg:

Dickel zu Breitenbruch, Oberförsterei Obererimer; **Prigge** zu Wideneichen, Oberförsterei Predelitz.

im Regierungsbezirk Hildesheim:

Flebbe zu Vöbenden, Oberförsterei Vöbenden; **Hohmann** zu Vauenberg, Oberförsterei Seelgerburm; **Lauß** zu Badenhausen, Oberförsterei Grund.

im Regierungsbezirk Minden:

Dunkelberg zu Tonnenheide, Oberförsterei Minden; **Meier zur Capellen** zu Steinbergen, Oberförsterei Eibendorf; **Peters** zu Lohdorf, Oberförsterei Numbach bei Auhlen; **Reich** zu Scherfede, Oberförsterei Gardehausen; **Schmidt** zu Sachbühagen, Oberförsterei Vante; **Fürke** zu Vante, Oberförsterei Vante; **Wogedes** zu Neuenheerle, Oberförsterei Neuenheerle.

Gemeinde- und Privatdienst.

Stadner, Jäger der Klasse A, 3. Rt. von Köllerscher Förster zu Meisow, ist als städtischer Förster in der städtischen Oberförsterei Wollnow vom 1. Januar 1913 auf Probe gewählt.

Frank, städtischer Förster zu Forthaus Trappenort bei Wollnow, ist in den Ruhestand getreten.

Saro, städtischer Revierförster zu Gostlar, ist in den Ruhestand getreten.

Königreich Württemberg.

Staats-Forstverwaltung.

Hofmann, Forstmeister zu Leonberg, ist die Stelle eines Forstrats bei der Forstdirection übertragen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.

Staats-Forstverwaltung.

Schmann, Forstreferendar zu Ilmenau, ist zum Forstassessor in Walungen ernannt.

Schulz, Forstassessor der Revisionations-Kommission zu Eisenach, ist zum Oberförster ernannt.

Der Titel „Forstmeister“ wurde verliehen den Oberförstern:
Brehme zu Eisenach; **Großkopf** zu Ilmenau; **Archau** zu Bucha.

Herzogtum Anhalt.

Staats-Forstverwaltung.

Luthe, Revierräger zu Sundelst, ist nach Weinsdorf versetzt.
Mittelstraß, Revierräger zu Teisau, in der Königl. Kronen-orden 4. Klasse verliehen.

Pöcher, Revierräger zu Sernau, ist nach Sundelst versetzt.
Schroder, Revierräger zu Weinsdorf, ist nach Sernau versetzt.

Zu Revierrägern wurden ernannt die Hilfsräger:

Lönig zu Gobbelsdorf; **Mohs** zu Meudorf; **Schnelle** zu Teisau.

Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Staats-Forstverwaltung.

Dr. von Eschke, Königl. preuß. Oberförster zu Kieselbach, Regbz. Vünenburg, tritt mit dem 1. Januar 1913 an die Spitze des Schwarzburg-Sondershäuser Forstwesens. **Sähne**, Oberförster im Staatsministerium zu Sondershausen, erhielt die Verwaltung des Obergreiner Forstreviers mit dem Wohnsitz in Amt Gehren.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Forstkaufherstelle in Kößlin**, Regbz. Kößlin, ist zum 1. Januar 1913 zu belegen. Das Anfangsgehalt beträgt 400 M. und steigt wie bei den Königl. Hilfsjägern und Forstangehörigen, außerdem 24 M. gelohnliche Kiefernknüppel gegen Erhaltung der Weiden, 30 M. Kleibergebl. Der Anstellung geht eine einjährige Probezeit voraus. Forstverordnungs-berechtigte und andere Bewerber werden aufgefordert, ihre Meldung unter Beifügung sämtlicher Zeugnisse über ihre bisherige Tätigkeit sowie eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs und eines amtärztlichen Zeugnisses über ihre körperliche Tauglichkeit baldigst bei dem Magistrat Kößlin einzureichen. Bewerber, die zur Wahrnehmung der Forstsekretärschäfte geeignet sind, erhalten den Vorzug.

Brief- und Fragelasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements-Ermittlung oder ein Hinweis, daß Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen. Gemeinhin werden Fragen ohne weitere Kosten beantwortet; sind jedoch durch Sachverständige schwierige Rechtsfragen zu erörtern, Gutachten, Berechnungen usw. aufzustellen, für deren Erlangung der Schriftleitung Sonderhonorare erwachsen, so wird Vergütung der Selbstkosten beansprucht.)

Nr. 153. Anfrage: Drei Knaben von 9, 10, 13 Jahren zünden auf grasigem Waldboden ein Feuer an, verlieren die Nacht über das Feuer und laufen weg. Das Feuer ergreift eine Kiefernhecke und brennt sie nieder. Schaden 400 M. Die Staatsanwaltschaft erhebt nicht Anklage, weil die Knaben angeblich die Erkenntnis der Strafbarkeit nicht besaßen haben. Es bliebe der Zivilprozeß gegen die leistungsfähigen Väter. Aber auch hier verläßt das Gesetz. Für Kinder ist nach verschiedenen Reichsgerichtsentscheidungen der Vater nur verantwortlich, wenn er seiner Aufsichtspflicht nicht nachkommt. Diese Verjüngnis kann nicht nachgewiesen werden. Die Täter bleiben also straffrei, und der Waldbesitzer hat den Schaden. In welcher Weise wäre es möglich, für den verursachten Schaden Ersatz zu erlangen?

Oberförster D. in H.

Antwort: 1. Nach § 55 des Strafgesetzbuchs können Kinder unter 12 Jahren strafrechtlich überhaupt nicht verfolgt werden. Personen über 12, aber unter 18 Jahren können nach § 56 des Strafgesetzbuchs nur dann bestraft werden, wenn sie bei Vergehung der Tat die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht hatten. Bei den jüngeren Knaben war also der Staatsanwalt überhaupt zur Anklage nicht in der Lage. Bei dem dreizehnjährigen Knaben hat er, offenbar nach pflichtmäßigem Ermessen und Anstellung von Ermittlungen, die Erkenntnis der Strafbarkeit verneinen müssen. Man kann ihm daraus keinen Vorwurf machen. Namentlich dürfte die Unterlassung der Anklage zweckmäßiger sein, als wenn der Staatsanwalt Anklage erhebt und dann

das Gericht nach § 56 des Strafgesetzbuchs freispricht. 2. **Zivilrechtlich:** Die zivilrechtliche Haftung der Kinder selbst, die Sie nicht berühren und die wohl auch kaum zum Ziele führen dürfte, soll nicht besprochen werden. Für die zivilrechtliche Haftung der Väter gilt § 832 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Nach Satz 1 des § 832 haftet grundsätzlich der Vater für den Schaden, den das Kind verursacht hat. Dann folgt Satz 2: „Die Erlasspflicht tritt nicht ein, wenn er seiner Aufsichtspflicht genügt oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde.“ Hierzu ist hervorzuheben, daß die Beweislast für das Genügen der Aufsichtspflicht nicht der Geschädigte, sondern der Vater hat. Ein Prozeß gegen die Väter der Kinder ist daher nicht ohne weiteres als aussichtslos zu betrachten, wenn gleich natürlich niemand für den Erfolg eintreten kann. Vielleicht führen auch gütliche Unterhandlungen wenigstens zum Teilerlass durch die Väter. Besonders betont soll noch werden, daß nach § 840 des Bürgerlichen Gesetzbuchs jeder der verurteilten Väter, falls er überhaupt haftet, dem Geschädigten für den ganzen Schaden haftet; er kann sich dann seinerseits Teilerlass von den andern Vätern holen. 3. Angenommen, der Waldbesitzer bekommt endgültig keinen Erlass, so ist das zwar sehr bedauerlich, aber doch wohl erklärlich; abgesehen von Ausnahmefällen, erkennt das geltende Recht eine Schadenhaftung nur für verschuldeten Schaden an. Sind Kinder noch so unvernünftig, daß man von „Verschulden“ nicht sprechen kann, so tritt folgerweise im allgemeinen die Haftung eben nicht ein. Sehr beachtenswert ist folgendes: § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der ursprünglichen Fassung setzte eine Haftung für Schädigung durch Tiere auch ohne Verschulden des Tierhalters fest. Dagegen richteten sich bald die lebhaftesten Klagen der Landwirte. Auf diese Klagen hin ist durch das Gesetz vom 30. Mai 1908 der § 833 dahin abgeändert worden, daß jetzt der Landwirt für den durch seine Tiere verursachten Schaden im wesentlichen nur haftet, wenn ihn ein Verschulden trifft. Gält man diesen Grundsatz für gerecht und billig — und es wird wohl keinen Landwirt geben, der mit dieser Abänderung des § 833 nicht einverstanden wäre —, so muß man den Grundsatz, daß Haftung für Schäden, die unvernünftige Kinder anrichten, nur bei Verschulden eintritt, auch in diesem Falle anerkennen. A. W. Fr.

Nr. 154. **Anfrage:** Hat ein Kommunaloberförster, welcher Reserveoffizier ist, die Berechtigung, das Offiziersportepce zu tragen, und darf er nach seinem Ausscheiden aus dem Gemeinbedienst im Privatdienst das goldene Portepce weiter tragen? Steht die Berechtigung, das goldene Portepce weiter zu tragen, einem königl. Förster o. R. zu, wenn er als Stadtförster angestellt worden ist? B. in S.

Antwort: Beamte, welche der Reserve oder der Landwehr als Offizier angehören oder bei ihrem Ausscheiden aus dem Heere die Genehmigung zum Tragen der Militäruniform erhalten haben, sind berechtigt, das zu der letzteren gehörige Portepce auch zu der Ziviluniform zu

tragen. Es ist danach selbstverständlich, daß der Kommunaloberförster in seiner Eigenschaft als Reserveoffizier die Befugnis hat, das Offiziersportepce zur Ziviluniform zu tragen. In diesem Verhältnis ändert sich nicht das geringste, wenn er in den Privatdienst übertritt. Hinsichtlich des goldenen Portepces verhält es sich jedoch anders, wenn ihm im Kommunaldienst die Befugnis zugestanden hat, dieses Amtszichen zu tragen, denn das Recht auf Amtsabzeichen und auf Amtsflebung ist nur mit dem Amte selbst verbunden oder es ist ein persönliches Recht des Amtsinhabers, das ihm besonders verliehen werden muß. Mit dem Ausscheiden aus dem Gemeinbedienst fällt in angegebener Richtung jedwedes Recht, welches mit dem früheren Amte verbunden war, wenn nicht eine besondere Allerhöchste Genehmigung ein anderes bedingt. — Was für den Oberförster gilt, gilt selbstverständlich auch für den Förster, welcher aus dem Staatsdienst ausgetreten und im Gemeinbedienst angestellt worden ist. Seine frühere Befugnis, das goldene Portepce zu tragen, ist hinfällig geworden, und sie lebt erst dann wieder auf, wenn ihm im Wege der Auszeichnung das goldene Portepce verliehen wird. Wenn auch die Gemeinbedienstbeamten eine Uniform nach dem Muster der Staatsforstbeamten zu tragen befugt sind, so behält es nach der gemeinsamen Verfügung der Herren Minister für Landwirtschaft und des Innern vom 29. Juni 1907 bei den Sondervorschriften des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juli 1902 hinsichtlich des Tragens des goldenen Portepces sein Verbot. Danach ist die Vorbedingung für die Verleihung im allgemeinen eine 15jährige Dienstzeit in der Försterstellung, wenn nicht besondere Leistungen einen früher zu stellenden Antrag rechtfertigen. Stadtoberförster, Revierförster und Kommunalforstlandbibuten haben ebenfalls kein Recht, ohne weiteres das goldene Portepce anzulegen.

Nr. 155. **Anfrage:** Als Forstausseher und Schreibgehilfe der Oberförsterei G. bin ich mit dem vollen Einkommensteuersatz von 16 M zur Kreissteuer, welche im hiesigen Gutsbezirk 35 % beträgt, vom Kreisaußschuß herangezogen. Nach Beendigung meiner Lehrzeit trat ich Oktober 1899 beim Militär ein und wurde vom Oktober 1902 bis 15. Oktober 1908 berufsmäßig im Großherzogt. Mecklenburgischen Staatsdienst beschäftigt. Am 15. Oktober 1908 erfolgte meine Einberufung zur Försterprüfung in hiesiger preussischer Oberförsterei, nach deren Bestehen ich seit Oktober 1909 als Forstausseher und Schreibgehilfe beschäftigt bin. Den Fortversorgungsschein erhielt ich im Jahre 1911 und wurde in demselben Jahre auch vereidigt. Habe ich nun mit meiner Einberufung zur Ablegung der Försterprüfung das Beamtenverhältnis im Sinne des § 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1909, also das Steuervorrecht der vor dem 1. April 1909 angestellten Beamten erlangt?

Antwort: Durch Ihre in die Zeit bis Oktober 1908 fallende berufsmäßige Beschäftigung im Großherzoglich Mecklenburgischen Staatsdienste ist allerdings ein für Preußen in steuerrechtlicher Beziehung geltendes Beamtenverhältnis

nicht begründet worden. Auch kann es zweifelhaft sein, ob dieser Fall mit der im Oktober 1908 erfolgten Einberufung zur Försterprüfung in Preußen eintrifft, da Ihnen damit ein bestimmtes Amt nicht übertragen wurde, Ihre Vereidigung und die Zuerteilung des Forstversorgungsscheins vielmehr erst nach dem 1. April 1909 stattgefunden hat. Immerhin ist es prinzipiell wichtig, über diese Frage eine Entscheidung des obersten Steuergerichtshofes herbeizuführen und daher von den entsprechenden Rechtsmitteln (Einspruch, Klage, Revision) Gebrauch zu machen. Durch Urteil vom

18. April 1912 hat z. B. das Oberverwaltungsgericht ausgesprochen, daß die im Vorbereitungsdienste stehenden Referendare, Regierungssupernumerare, Justizanwärter zweifellos Staatsbeamte sind und daß den Justizanwärtern die zum Vorbereitungsdienste für die Gerichtsschreibergehilfenprüfung zugelassenen Militäranwärter gleichstehen. Dasselbe kann wohl auch für die zur Försterprüfung einberufenen Anwärter gelten, die schon beamtliche Funktionen ausgeübt haben.

Für die Redaktion: J. B. Sode Grundmann, Neubamm

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernstorff, Nienstedt, Post Hörke (Vors.).



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßtr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schameister an den Vereins-Schameister, Königl. Förster Vette, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei keiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

1906a. Brahe, Forstaufseher, Applinken, Post Münsterwalde, Marienwerder.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Cassel-West. Gemäß den Beschlüssen des weiteren Vorstandes findet die Bezirksgruppenversammlung 1913 voraussichtlich am Sonntag, dem 2. Februar, in Marburg statt. Das Nähere wird feinerzeit bekannt gegeben werden. Herr Dr. j. u. ph. Brecht, Professor der Rechte der Universität Marburg, hat sich bereit erklärt, in der Versammlung einen Vortrag zu halten über ein Thema aus dem Gebiete des Rechtes oder über seine Reiseerfahrungen im Ausland. Abends wird die Ortsgruppe Marburg unter Mitwirkung des Oberjägerkorps eine Feier veranstalten und die Herren Delegierten dazu einladen. Anträge zu dieser Versammlung, sowie solche, die an den Hauptverein weitergehen, bitte ich mir bis aller spätestens den 25. Dezember d. Js. zuzustellen. Kaufmann.

Königsberg. Am Sonnabend, dem 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet eine Vertreter- und Mitgliederversammlung in Königsberg statt. Von 1 Uhr ab Sitzung des weiteren Vorstandes. Das Lokal wird in der nächsten Nummer der

„Forst-Zeitung“ bekanntgegeben werden. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Neuwahl des Vorstandes der Bezirksgruppe; 3. Besprechung der von der Zentralforstverwaltung beabsichtigten Neuordnung der Försterdienstländerien; 4. Besprechung etwaiger Anträge; 5. Beschlußfassung über den Ort der nächsten Bezirksgruppenversammlung; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand: Herrmann, Vorsitz.

Ortsgruppen:

Guttstadt (Regbz. Königsberg). Am Sonntag, dem 1. Dezember d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung bei Schulz in Guttstadt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Neuwahl des Schrift- und Kassensführers und eines Beisitzers; 3. Bericht des Vorsitzenden über Vereinsangelegenheiten seit der letzten Versammlung; 4. Besprechung der Bezirksgruppen-Tagesordnung und Wahl eines Delegierten; 5. Besprechung des vom Hauptvorstand empfohlenen Themas: Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben; 6. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein vollständiges Erscheinen der Mitglieder wünschenswert. Nach Schluß der Versammlung gemüßliches Beisammensein, wozu auch die Damen freundschaftlich eingeladen werden. Gäste willkommen.

Der Vorstand. Schulz, Vorsitzender.

Supp (Regbz. Oepeln). Die für den 24. d. Mts. angekündigte Versammlung wird auf Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, verschoben. Tagesordnung bleibt dieselbe. Sengel.

Borsdorf (Regbz. Marienwerder). Am 30. November d. Js., abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal mit folgender Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes; 2. Kassenprüfung; 3. von 7 Uhr ab gemütliches Beisammensein mit den Familienangehörigen und daran anschließendem Tanzvergnügen. Einzuladende Gäste sind dem Vorsitzenden umgehend namhaft zu machen.

Der Vorstand.

Rominter Heide (Regbz. Gumbinnen). Am Sonntag, dem 24. November d. Js., findet von 5 Uhr nachmittags ab eine Vereinsführung im „Kaiserhotel“ zu Rominten statt. Die Tagesordnung wird vor der Sitzung bekannt gemacht. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Böttcher, Vorsitzender.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Gemeinseiler Bernsdorf, Hienstedt bei Förster, Darz, vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in deinen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Prechlau (Regbz. Marienwerder). Zur Versammlung am 27. Oktober d. Js. waren leider nur elf Mitglieder erschienen. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: Die Feier des Kaisergeburtstages soll in der bisherigen Weise am 25. Januar 1913 stattfinden. Festausschuß: Förster v. Petersdorf in Neubraa, Forstaussseher Schultschin und v. Kolzinski. Wünsche über einzuladende Gäste sind bis zum 1. Januar 1913 an den Kollegen v. Petersdorf einzureichen. Zum Vertreter für die Bezirksgruppenversammlung wurde der Vorsitzende gewählt. Für die Januarführung übernimmt Gemeinseiler Schyia einen Vortrag über das vom Hauptverein zur Besprechung bestimmte Thema. Für einen Tag im Februar 1913 wird der gemeinsame Verlauf von Raubzeugbälgen in die Wege geleitet werden (siehe „Deutsche Forst-Zeitung“ Nr. 41 für 1912). Die Kollegen werden im eigenen Interesse gebeten, vorher nicht zu verlaufen. Näheres darüber in der nächsten Sitzung. Als Mitglieder treten der Gruppe vom 1. Januar 1913 ab bei: Förster Schauer-Helsenbrück, Förster Moldenhauer-Fuchsbruch und Forstaussseher von Kolzinski-Prechlau. Der Vortrag muß e ausfallen, weil Gemeinseiler v. Sarnowski verhindert war. Der Vorsitzende: Saeckel.

Swinemünde (Regbz. Stettin). An der Versammlung am 3. November in Misdroy nahmen 24 Mitglieder teil. Die Kollegen der Oberförsterei Budagla waren trotz weiter Entfernung und sehr ungünstiger Zugverbindung vollständig erschienen. Diese rege Teilnahme ist der Ausdruck lebhafter Vereinsfreudigkeit und wahren kollegialischen Empfindens. Es scheint neues Leben, verbunden mit angemessener Wärme, in die Versammlung zu kommen. Denn die Mitglieder zeigten ein bisher nicht dagewesenes lebendiges Interesse an den Beratungen. Diese erfreuliche Mitarbeit ist zur gedeihlichen Ent-

widelung unseres Vereinslebens und zur Förderung unserer Bestrebungen auch sehr zu wünschen. Ein froher, schaffenslustiger Geist soll in unseren Reihen walten; der alte Frohsinn muß wieder unter uns Platz greifen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit muß uns immer mehr umfassen und enger miteinander verbinden. Wir müssen uns als eine Familie betrachten, die in Freud und Leid fest zusammenhält. Die Tagesordnung wurde programmäßig erledigt. Bei der Erstkavahl für den ausgeschiedenen Vorsitzenden wurde der Unterzeichnete einstimmig gewählt, und aus der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden ging Kollege Wiedemeier hervor. Von den Beschlüssen der Delegiertenversammlung wurde besonders die Dienstfandfrage einer Erörterung unterzogen. Hierbei fand die Mitteilung, daß ein höheres pensionsfähiges Einkommen infolge der Dienstfandregelung in Aussicht stehe, einen freudigen Widerhall, der einen langgehegten Wunsch der Erfüllung näher gerückt sah. Hierbei wurde dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß an zuständiger Stelle unsern Wünschen im Rahmen der Möglichkeit Rechnung getragen wird. Über die Begriffe Stellenzulage und Dienstaufwand setzte eine lebhafteste Debatte ein. Es wurden Wünsche dahingehend laut, mit der Stellenzulage, um einen möglichst vollständigen Ausgleich zu schaffen, alles dasjenige, was durch die Verschleichenheit der Verhältnisse und die Eigenartigkeit der Stelle bedingt wird, zu beseitigen; dagegen den Dienstaufwand im Sinne des Wortes, also für nur im Interesse des Dienstes zu machenden Aufwand, für jeden Beamten gleich zu bemessen. Zur Begründung dieses Standpunktes wurde angeführt, daß durch die Herbeiführung dieses Modus eine heute zu beobachtende und nicht zu verstehende unterschiedliche Dotierung zweier unter gleichen wirtschaftlichen und dienstlichen Verhältnissen an demselben Orte liegende Stellen beseitigt würde. Für diesen Fall wurde der Anregung volle Berechtigung zuerkannt. Bei der Beratung über Abhaltung eines Wintervergnügens wurde beschlossen, den Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers festlich zu begehen. Die Feier soll Mitte Januar in Swinemünde im Vereinslokal stattfinden. Näheres darüber wird noch bekannt gemacht. Auf der für Ende Februar in Aussicht genommenen Versammlung wird Kollege Fömming über ein sich selber zu wählendes Thema Vortrag halten. Außerdem wird das für uns immer bedeutungsvollere werdende Thema zur Besprechung gelangen: Welche Erfahrungen liegen vor, zur Erzielung von erstklassigem Kiefern Samen mehr Zapfen aus nur guten Altholzbeständen zu gewinnen. Mit Prüfung der Rechnung über das Prämien-schießen, sowie Erörterung einiger anderer Angelegenheiten war die Tagesordnung erschöpft. Demnächst setzte der gemütliche Teil ein, bei dem sich alle Parteien einig sind. Viele Kollegen hatten ihre Damen mitgebracht, wodurch die ohnehin schon gehobene Stimmung, welche bis zum Ausbruch anhielt, noch gehobener wurde.

Der Vorsitzende: Hindenburg.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorstehenden Forstrat Dr. Bertog-Halensee.

Schutz der Titel „Forster“ und „Revierforster“.

In dieser wichtigen Frage, die unseren Vereinsmitgliedern so sehr am Herzen liegt, sind wir nun einen wichtigen Schritt weitergekommen durch eine Verordnung des kgl. Sächsischen Ministeriums des Innern, mit folgendem Wortlaut:

Verordnung, die Führung der Titel „Forster“ und „Revierforster“ im Privatforstdienste betreffend, vom 30. Oktober 1912.

Den im Privatforstdienste beschäftigten Beamten darf von ihrer Dienstherrschaft der Titel „Forster“ nur unter der Voraussetzung verliehen werden, daß sie

1. eine dreijährige praktische Lehrzeit oder eine zweijährige Lehrzeit und einen einjährigen erfolgreichen Besuch einer Forstlehrlingschule nachweisen,
 2. nach weiterer fünfjähriger forstlicher Praxis vor der Kommission des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands die Forsterprüfung bestanden haben,
 3. das vierundzwanzigste Lebensjahr erfüllt haben, und
 4. bereits den Dienst eines Försters versehen.
- Die Lehrzeit hat mindestens bei einem nach diesen Anforderungen vorgebildeten Beamten, der zur Führung des Titels „Revierforster“ berechtigt ist, zu erfolgen.

Der Forsterprüfung hat, soweit es sich um im sächsischen Privatforstdienste stehende Prüfungen handelt, ein vom Ministerium des Innern zu bestellender Kommissar beizuwohnen.

Der Titel „Revierforster“ ist nur einem Beamten mit der Vorbildung wie unter Absatz 1 zu verleihen, sobald er ein eingerichtetes Revier nicht unter 300 ha Größe selbständig verwaltet und ihm wenigstens ein Beamter unterstellt ist.

Personen ohne forstliche Vorbildung sind auch bei etwaiger selbständiger Forstätigkeit nur als „Waldwarte“ zu bezeichnen.

Dresden, am 30. Oktober 1912.

Ministerium des Innern.

Ganz besonders erfreulich ist es, daß diese Verordnung auf Anregung unseres Vereins, besonders durch die Bemühungen des Bezirksgruppenvorsitzenden, Herrn Oberförster Dreßler-Reichow, erfolgt ist, und daß unsere Forsterprüfungen diese Anerkennung finden. Unser Verein und der ganze Stand der Privatforstbeamten ist

dem königlich sächsischen Ministerium des Innern für diese wohlwollende Regelung zu größtem Danke verpflichtet. Möge nun auch der Erfolg in den anderen Bundesstaaten nicht mehr allzulange auf sich warten lassen.

Halensee, den 16. November 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Angestelltenversicherung.

Bei den Vertrauensmännerwahlen für die Privatangestelltenversicherung kamen wegen der Neuheit der Sache sowohl bei den Wählern als auch bei den Behörden Fehler vor, die Wahlproteste verursachen. Die Vereinsmitglieder werden daran erinnert, daß etwaige Beschwerden bei der Reichsversicherungsanstalt in Berlin-Wilmersdorf innerhalb vier Wochen nach der Wahl einzulegen sind.

Halensee, den 16. November 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3912. **Heder**, Ernst Emil, Hülfsjäger, Büchau Bez. Lemzig. (H.-Gr. XII.)
3943. **Gaden**, Claus, Hülfsjäger, Bunzlau i. Schl. (H.-Gr. VIII.)
3944. **Jander**, Rudolf, Kaufmann, Stadtverordneter, Kolmar i. Bsf. (H.-Gr. V.) A. M.*)
3945. **Tellmann**, Gustav, Forstleber, (Fehr. Droste-Hülshof) Schloß Hülshof bei Kogel, Kr. Münster i. Westf. (H.-Gr. XI.)
3946. **Rubik**, Jacob, Zigarrenhandlung, Fürstenwalde (Spreew.). (H.-Gr. IX.) A. M.*)

*) A. M. = außerordentliches Mitglied.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt: **Gravenhain**, Karl, Privatoberförster a. D., Sternberg Sz. Frankfurt a. O.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein: Nr. 3942 7 M., Nr. 3946 18 M.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshof Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Belegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 933. — Die Forstwirtschaft des Harzes. Von Dr. Brandner. 933. — Die Veränderung der Privatangestellten. Von Walter Bering. (Fortsetzung.) 940. — Ausflugs-Vorbringen. 941. — Novitäten in der Ausbildung bayerischer Forstreferendare. 942. — Zur Erhaltung der Grenzwaldgrenze bei Berlin. 942. — Die Veränderung der Privatangestellten. 942. — Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse. 944. — Schutz des Titels „Forster“ und „Revierforster“ im Privatforstdienst im Königreich Sachsen. 944. — Vereinfachung der Forstverwaltung in Schwarzburg-Zondershausen. 944. — Forstschulnachrichten. 944. — Aus Thüringen. 945. — Holzmärkte. 945. — Amtlicher Marktbericht. 945. — Vereins-Nachrichten. 945. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 946. — Offene Stellen im Gemeindef- und Anstaltsforstdienste für Bewerber des Jägerkorps. 946. — Brief- und Fragekasten. 946. — Nachrichten des Vereins königlich preussischer Forstbeamten. 948. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 950. — Inserate.

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfolgender Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Balancen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabend.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Grandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstmaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningerischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thürmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mk. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk., für das übrige Ausland 6 Mk. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetz vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 48.

Mendamm, den 1. Dezember 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Verdientlicht gemäß Min.-Erk. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Oberförsterstelle Anesebeck im Regierungsbezirk Lüneburg ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 8. Dezember eingehen.

Försterstelle Arneburg in der Oberförsterei Biegenort, Regierungsbezirk Stettin, ist zum 1. März 1913 zu besetzen.

Försterstelle Jeddicken in der Oberförsterei Dingken, Regierungsbezirk Gumbinnen, ist zum 1. April 1913 neu zu besetzen. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung, b) an Dienstland 7,02 ha Acker, 7,9 ha Wiesen, 3,4 ha Weide oder sonst nutzbar. Die Schule ist in Annuszen, Kirchspiels Ruden, Bahnstation Jeddicken der Eisenbahn Insterburg-Remel. Bewerbungen müssen bis zum 2. Januar 1913 eingehen.

Försterstelle Kleinalmerode in der Oberförsterei Wigenhausen, Regierungsbezirk Cassel, ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen.

Försterstelle Konnenholz in der Oberförsterei Escherode, Regierungsbezirk Hildesheim, ist zum 1. Februar 1913 neu zu besetzen.

Försterstelle Wöllnau in der Oberförsterei Doberich, Regierungsbezirk Merseburg, ist zum 1. Januar 1913 anderweitig zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 10. Dezember eingehen.

Die Besetzung von Gemeinde- und Anstaltsforstbeamtenstellen in Preußen.

Unsere Leser werden sich noch erinnern, daß vor etwa 2 Jahren die Oberförsterstelle der Stadt Hainau einem nicht vorzugsberechtigten Bewerber verliehen wurde, obwohl die Stelle für Forstverjorgungsberechtigte ausgeschrieben war und zahlreiche Bewerbungen solcher vorlagen. Der Fall erregte damals großes Aufsehen. Wir erhielten viele Zuschriften, die lebhaft gegen das Vorgehen der Aufsichtsbehörde protestierten. Von diesen veröffentlichten wir eine in Nr. 23

des Jahrgangs 1911 und gaben im Anschluß daran die Vorschriften wieder, die für die Bevorzugung der Forstversorgungsberechtigten maßgebend sind, nämlich die Erlasse vom 9. April 1880, 1. Februar 1887 und 22. Januar 1891, sowie den § 32 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905. Aus weiteren Zuschriften, die uns daraufhin zugehen, erfahren wir, daß nicht nur im Falle Haynau, sondern auch in anderen Fällen Forstversorgungsrechtigte vor anderen nach den ministeriellen Vorschriften nicht als vorzugsberechtigten anzusehenden Bewerbern haben zurücktreten müssen. Die Aufsichtsbehörden hielten sich anscheinend vielfach nicht für berechtigt, den Anstellungswünschen der Gemeindebehörden entgegenzutreten. Sie wurden in dieser Ansicht von einem Zeitungsartikel unterstützt, der in den sieben östlichen Provinzen der Aufsichtsbehörde ein Einspruchsrecht auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1876 absprechen zu müssen glaubte und vorschlug, die Angelegenheit zugunsten der Forstversorgungsberechtigten gesetzlich zu regeln. Wir betonten daraufhin in Nr. 38 des Jahrgangs 1911, daß nach dieser Auffassung die angezogenen ministeriellen Verfügungen ja schon zur Zeit ihrer Abfassung den Gesetzen widersprochen hätten, daß wir diese Ansicht aus verschiedenen Gründen nicht teilen könnten, daß jedenfalls für die Aufsichtsbehörden die ministeriellen Bestimmungen maßgebend seien, so lange sie nicht aufgehoben wären. Da nun aber die bekannt gewordenen Fälle zu der Ansicht berechtigten, daß die Ausführungsbestimmungen von der Provinzialinstanz vielfach nicht mehr als zu Recht bestehend angesehen würden, bestimmten wir, um eine Klärung herbeizuführen, einem der in Haynau Abgewiesenen, sich bei dem Herrn Minister für Landwirtschaft zu beschweren.

Wir sind nun heute in der Lage, auf S. 962 einen gemeinsamen Erlaß des Kriegsministers, des Ministers für Landwirtschaft und des Ministers des Innern zu veröffentlichen, der unserer Auffassung recht gibt und mit dankenswerter Klarheit feststellt, daß die in dem Erlasse vom 9. April 1880 und in den Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im Königl. Forstschußdienst vom 1. Oktober 1905 gegebenen Vorschriften in der ganzen Monarchie zu Recht bestehen. Die Regierungspräsidenten werden in diesem Erlasse ersucht, die Beachtung der Vorschriften zu überwachen.

Wir lassen nunmehr die wesentlichen Vorschriften hier folgen:

I. Besetzung der Gemeinde- und Anstalts-Forstbeamtenstellen, die ein Jahreseinkommen von mindestens 750 M einschließlich des Wertes sämtlicher Nebeneinnahmen gewähren, aber keine höhere Befähigung als die eines Königl. Försters verlangen.

Der anstellenden Behörde steht unbeschadet des Erfordernisses der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde die freie Wahl zu unter den Kgl. Revierförstern, den Kgl. Förstern, den Forstversorgungsberechtigten und den fest angestellten Inhabern einer mit mindestens 750 M ausgestatteten Forstbeamtenstelle im Gemeinde- oder Anstaltsdienste. — Die Summe von 750 M ist nun unter den heutigen Verhältnissen als untere Einkommensgrenze zweifellos zu niedrig gewählt. Auf eine so gering ausgestattete Stelle melde sich weder ein Forstversorgungsberechtigter, noch ein anderer gut vorgebildeter Forstbeamter. Erhält aber ein weniger gut Vorgebildeter eine solche Stelle, so ist er bei späteren Bewerbungen um bessere Stellen mit dem Forstversorgungsberechtigten gleichberechtigt. Auf diese Weise wird es also auch dem mindergebildeten Beamten möglich, in gute Stellen einzurücken, wenn nicht etwa die Aufsichtsbehörde eingreift, wozu sie den Gemeinden gegenüber meist keine große Neigung verspüren wird. Sollte es da nicht angebracht sein, den Betrag von 750 M zu erhöhen? Es könnte vielleicht der doppelte Satz gewählt werden. Kann die Stelle nicht einem solchen vorzugsberechtigten Bewerber ohne Ausschreibung übertragen werden, so muß sie im Amtsblatte oder den im Bezirke am meisten gelesenen Blättern mit Angabe des Dienst Einkommens und der Anforderung zur Bewerbung binnen achtwöchiger Frist bekannt gemacht werden. Von den Bewerbern kommen wieder zunächst die vorzugsberechtigten und beim Fehlen solcher die Reservejäger der Klasse A in Frage. Fehlen auch diese unter den Bewerbern, so kann auch auf andere Personen zurückgegriffen werden.

II. Besetzung der Gemeinde- und Anstaltsforstbeamtenstellen, für deren Inhaber nach Ansicht des Regierungspräsidenten eine höhere Befähigung, als die eines Königl. Försters erforderlich ist.

Bei Besetzung dieser Stellen müssen die Forstversorgungsberechtigten, welche die für die Stelle geforderte Befähigung sich erworben haben, vorzugsweise berücksichtigt werden.

Eichung der Kluppen und Längenmaße.

Durch das Reichsgesetz betr. Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908¹⁾, welches am 1. April 1912 in Kraft getreten ist, werden alle zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr dienenden Maße und Gewichte dem Eichungszwange (der Neueichung und der Nach-eichung) unterworfen. Da sich das Gesetz auf alle Meßgeräte, also auch auf die im Forstbetriebe benutzten Kluppen und Längenmaße — sobald sie dem öffentlichen Verkehr oder zur Bestimmung von Arbeitsleistungen dienen — erstreckt, so sollen im nachstehenden die wichtigsten und für die Forstwirtschaft hauptsächlich in Betracht kommenden Paragraphen der Maß- und Gewichtsordnung mitgeteilt werden. Diese lauten folgendermaßen:

§ 6. Zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr, sofern dadurch der Umfang von Leistungen bestimmt werden soll, dürfen nur geeichte Maße, Gewichte und Wagen angewendet und bereitgehalten werden. Zum öffentlichen Verkehr gehört der Handelsverkehr auch dann, wenn er nicht in offenen Verkaufsstellen stattfindet.

Auch zur Ermittlung des Arbeitslohns in fabrikmäßigen Betrieben dürfen nur geeichte Maße, Gewichte, Wagen angewendet und bereitgehalten werden.

Den Maßen stehen im Sinne dieses Gesetzes gleich die zur Raummessung bestimmten Meßwerkzeuge für Flüssigkeiten und für trockene Gegenstände.

Unberührt bleiben die Vorschriften über die Eichung der zu steueramtlichen Zwecken bestimmten Geräte. Durch Beschluß des Bundesrates kann für bestimmte Arten von Betrieben sowie für den Verkehr bestimmter Arten von Waren, insbesondere für den Verkehr nach und von dem Auslande, die Anwendung und Bereitstellung solcher nicht nach den inländischen Vorschriften geeichter Meßgeräte zugelassen werden, welche auf einem anderen als dem metrischen System beruhen.

§ 11. Die dem eichspflichtigen Verkehr dienenden Meßgeräte sind innerhalb bestimmter Fristen zur Neueichung zu bringen. Die Fristen, innerhalb deren die Neueichung vorzunehmen und zu wiederholen ist, betragen bei

- a) den Längenmaßen, den Flüssigkeitsmaßen, den Meßwerkzeugen für Flüssigkeiten, den Hohlmaßen und Meßwerkzeugen für trockene Gegenstände, den Gewichten, den Wagen für eine größte zulässige Last bis ausschließlich 3000 kg sowie den Fässern für Bier **zwei Jahre**,
- b) den Wagen für eine größte zulässige Last von 3000 kg und darüber, den festfundamentierten Wagen und den Fässern für Wein und Obstwein **drei Jahre**.

Die Frist beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Kalenderjahres, in welchem die letzte Eichung vorgenommen worden ist. Bei Fässern, in denen Wein gelagert ist, endet die Neueichungsfrist nicht, bevor das Faß entleert worden ist.

Gasmesser sind von der Neueichung ausgeschlossen.

§ 24. Für diejenigen Meßgeräte, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits mit einem die Zeit ihrer Eichung oder letzten Neueichung bezeichnenden Jahreszeichen versehen sind, beginnen die im § 11 festgesetzten Fristen für die Neueichung oder deren Wiederholung mit dem Ablaufe des so bezeichneten Kalenderjahres, für diejenigen Meßgeräte, die noch kein Jahreszeichen tragen, mit dem Ablaufe des Jahres, in welchem dieses Gesetz in Kraft tritt.

Angeführt mag noch werden, daß zur Eichung von Längenmaßen nur solche zuzulassen sind, welche dem Meter oder seinen ganzen Vielfachen, oder seiner Hälfte, seinem fünften oder seinem zehnten Teile entsprechen.

Das Neueichungsgeschäft beginnt am 1. Januar 1913 und soll, soweit es sich nicht am Sitze der Eichungsämter vollzieht, in der Weise stattfinden, daß die Eichmeister nach einem festen Plane herumreisen und die wichtigsten Orte alle zwei Jahre aufsuchen, um auf öffentlichen Eichtagen an Ort und Stelle die Neueichung der Meßgeräte vorzunehmen.

Für die Eichung werden besondere Gebühren erhoben, die Eichgebührenordnung vom 18. Dezember 1911 enthält hierüber folgende allgemeine Bestimmungen:

1. Die in dem zweiten Abschnitt festgesetzten Eichgebühren werden für die Neueichung (Prüfung und Stempelung) in voller Höhe, für die Prüfung ohne Stempelung zur Hälfte erhoben.

2. Erweist sich ein Meßgerät schon bei der äußerlichen Besichtigung als unzulässig, so werden bei der Vorlegung an der Amtsstelle Gebühren nicht erhoben, auch wenn ein vorhandener Stempel zu entwerfen ist.

3. Für Berichtigungsarbeiten, deren Ausführung von der Normal-Eichungskommission vorgeschrieben ist, werden Gebühren nicht berechnet. Für weitere Berichtigungsarbeiten, die von der Normal-Eichungskommission gestattet sind, sowie für Berichtigungsarbeiten bei der Neueichung darf eine Vergütung nach näherer Bestimmung der Landesregierungen erhoben werden.

4. Für das Ausbringen einer vorgeschriebenen Bezeichnung wird eine Gebühr von 10 S. erhoben. Werden auf ein Meßgerät mehrere Bezeichnungen aufgebracht, so sind für jede einzelne Bezeichnung 10 S. zu berechnen. Die Aufbringung der Inhalts- oder Gewichtsangabe auf Fässern erfolgt gebührenfrei.

5. Werden Neueichungen oder Prüfungen ohne Stempelung außerhalb der Amtsstelle vorgenommen, so sind Zuschläge zu den Gebühren zu entrichten, und zwar bei Gasmessern in Höhe von 5 Prozent der für Neueichung näher Gasmesser festgesetzten Gebühren, bei anderen Meßgeräten in Höhe von 20 Prozent der für ihre Neueichung geltenden Gebühren. Als Zuschlag ist mindestens der Betrag von 5 M. für jeden bear-

spruchten Beamten, für jeden angefangenen Tag und, wenn ein Beamter von mehreren Antragstellern beansprucht wird, auch von jedem einzelnen Antragsteller zu entrichten.

6. Kann außerhalb der Amtsstelle eine Neueichung oder Prüfung ohne Stempelung von den in Anspruch genommenen Eichbeamten nicht ausgeführt werden, weil der vorgelegte Gegenstand sich schon bei der äußerlichen Besichtigung als unzulässig erweist oder die in der Eichordnung vorgeschriebenen Vorbereitungen (Herrichtung und Reinigung des Meßgeräts, Bereitstellung von Eichmitteln und Arbeitshilfe) verabsäumt sind, oder den Beteiligten sonst ein Verschulden zur Last fällt, so sind die Gebühren für Prüfung ohne Stempelung sowie Zuschläge nach Maßgabe der Nr. 5 in Anlaß zu bringen. Handelt es sich um mehrere Gegenstände, so sind Gebühren und Zuschläge nur für denjenigen Gegenstand zu berechnen, für welchen die höchsten Gebühren festgesetzt sind. Mindestens sind 5 M. zu berechnen.

7. Bei allen außerhalb der Amtsstelle stattfindenden Eichungen oder Prüfungen ohne Stempelung sowie in den Fällen der Nr. 6 tragen die Gebührenpflichtigen die aus der Hin- und Rückbeförderung der Normale und Prüfungsmittel entstehenden Kosten. Auch tragen sie die Fuhrkosten für die Hin- und Rückreise der Eichbeamten auf dem Land- oder Wasserwege, wenn der Prüfungsort von der Amtsstelle oder von der für die Reise in Betracht kommenden nächsten Eisenbahnhalte- oder Schiffsanlegestelle mindestens 2 km entfernt ist.

8. Die Summe der berechneten Gebühren und Zuschläge ist nach oben auf volle 5 M. abzurunden.

9. Bei der den Landesregierungen zustehenden Festsetzung der Neueichungsgebühren dürfen die vorstehend bestimmten Sätze nicht überschritten werden.

10. Werden neue Meßgeräte, auf welche die Bestimmungen des zweiten Abschnitts nicht anwendbar sind, von der Normal-Eichungskommission probeweise zur Eichung zugelassen, so ist diese Behörde ermächtigt, einstweilen die zu erhebenden Gebühren festzusetzen. Dabei sollen tunlichst die für ähnliche Meßgeräte geltenden Bestimmungen berücksichtigt werden.

Aus dem zweiten Abschnitt interessieren den Forstwirt hauptsächlich nur die Gebühren, die für die Eichung der Längenmaße, Dickenmaße und Flächenmaße erhoben werden. Diese betragen für:

A. Maßstäbe und Bandmaße.

1. Maßstäbe aus Metall, Buchsbaumholz, Eisenbein, Knochen usw. von 1 m und weniger . . . 0,50 M.
längere . . . 0,70 "
2. Maßstäbe aus Holz, außer Buchsbaumholz, von 1 m und weniger von 2 m . . . 0,20 M.
längere . . . 0,30 "
längere . . . 0,60 "
3. Bandmaße von 10 m und weniger . . . 0,40 M.
längere . . . 0,70 "
4. Präzisionsmaßstäbe . . . 1,00 M.

B. Dickenmaße (Kluppmäße).

1. Kluppmäße aus Metall, Buchsbaumholz, Eisenbein, Knochen usw. von 1 m und weniger . . . 0,60 M.
längere . . . 0,80 "
2. Kluppmäße aus Holz, außer Buchsbaumholz, von 1 m und weniger . . . 0,30 M.
längere . . . 0,40 "

Die obigen Gebühren gelten für Maßstäbe, Bandmaße und Kluppmäße mit nur einer Gesamtlänge und Einteilung. Bei mehreren Gesamtlängen und Einteilungen, auch wenn sie sich auf verschiedenen Seiten der Maße befinden, sind die anderthalbfachen Gebühren zu erheben.

C. Flächenmaße (Planimeter).

Für jedes Flächenmaß . . . 10,00 M.
Hierzu bemerkt die Anordnung betreffend die Berechnung der Neueichungs- und Berichtigungsgebühren vom 13. März 1912 im Artikel I, daß, wenn die Prüfung der vorgenannten Meßgeräte zum Zwecke der Neueichung an einer ständigen oder unständigen Amtsstelle erfolgt, die Prüfungsgebühren nur die Hälfte der im Abschnitt 2 genannten Sätze betragen, und im Artikel II, daß, wenn die Prüfung außerhalb einer Amtsstelle und

1. am Orte eines Eichamts oder einer Eichnabenstelle bei einem hierfür festgesetzten Rundgang oder
2. bei einer allgemeinen planmäßigen Rundreise innerhalb des der Neueichungsstelle zugewiesenen Bezirkes und der für diese bestimmten Reisezeit erfolgt, so werden die in Artikel I festgesetzten Gebühren erhoben und außerdem ein Zuschlag von 1 M., der für jeden beanspruchten Beamten, für jeden angefangenen Tag und von jedem Antragsteller zu entrichten ist. Der Zuschlag ist auch zu entrichten, wenn die unter 6 in den allgemeinen Bestimmungen aufgeführten Voraussetzungen vorliegen. In allen anderen Fällen werden die vollen Gebühren erhoben, es kommen dann auch die unter 5 und 6 in den allgemeinen Bestimmungen genannten Vorschriften zur Anwendung.

Die Neueichung aller im öffentlichen Verkehr sich befindlichen Meßgeräte muß unbedingt vom 1. Januar 1913 ab erfolgen.

Die Gemeinde- und Privatforstverwaltungen werden in ihrem eigenen Interesse auf diese meist noch kaum bekannten gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam gemacht.

Verstöße gegen die Maß- und Gewichtsordnung sind mit Strafen bedroht. Hierüber bestimmt § 22, daß, wer in Ausübung eines Gewerbes den Vorschriften des Gesetzes oder den sonstigen Vorschriften der Maß- und Gewichtspolizei zuwiderhandelt, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit entsprechender Haft bestraft wird. Neben der Strafe ist auf eine Unbrauchbarmachung oder die Einziehung der vorschriftswidrigen Meßgeräte zu erkennen, auch kann deren Vernichtung ausgesprochen werden.

Es macht keinen Unterschied, ob die Geräte dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten

Person nicht ausführbar, so kann auf die Unbrauchbarmachung oder die Einziehung und auf die Vernichtung selbständig erkannt werden.

Die Versicherung der Privatangestellten.

Von **Walter Oering**, kaiserlichem Rechnungsrat im Reichsversicherungsamt.

(Schluß.)

XIV. Anbringung der Mittel (Beitragsleistung) (§§ 170 bis 218).

1. Entrichtung der Beiträge im Falle der Versicherungspflicht.

Die Kosten der Angestelltenversicherung werden (ohne Zuschüsse des Reichs) durch Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten aufgebracht, welche für jeden Kalendermonat, in dem eine versicherungspflichtige Beschäftigung stattgefunden hat (Beitragsmonat), zu gleichen Teilen entrichtet werden. Der versicherungspflichtigen Beschäftigung stehen Krankheitszeiten gleich, in denen die Versicherten das Gehalt fortbezogen haben. Beitragsfrei ist, wer Ruhegeld bezieht.

Der Monatsbeitrag ist für alle Versicherten derselben Gehaltsklasse gleich hoch bemessen und entspricht einem Durchschnittsbeitrag von 7 bis 8 % des Gehalts. Die Beiträge bewegen sich, wie aus der Tabelle auf Seite 919 zu ersehen ist, zwischen 1,60 M in der Gehaltsklasse A und 26,60 M in der Gehaltsklasse J.

Der Beitrag ist von dem Arbeitgeber, der den Versicherten den Beitragsmonat hindurch beschäftigt, zu entrichten. Bei der Gehaltszahlung kann die von dem Angestellten zu tragende Hälfte abgezogen werden.

Die am Schlusse eines jeden Monats fälligen Beiträge sind spätestens bis zum 15. des nächsten Monats der Versicherungsanstalt postfrei einzulösen. Bei der ersten Beitragsleistung haben die Arbeitgeber über die fälligen Beiträge nach vorgegeschriebenem Muster der Versicherungsanstalt überzichten einzureichen. Sofern eine Änderung eintritt, haben die Arbeitgeber diese spätestens mit der nächsten Beitragsleistung der Versicherungsanstalt anzuzeigen. Auf Grund der Nachweise stellt die Anstalt Versicherungskonten für die Berechnung der Ansprüche der Angestellten und ihrer Angehörigen auf.

Beschäftigten mehrere Arbeitgeber den Versicherten während des Monats oder findet die Beschäftigung nicht den Beitragsmonat hindurch statt, so hat jeder Arbeitgeber $\frac{1}{100}$ des für die Beschäftigung gezahlten Entgelts als Beitrag zu zahlen. Der hiernach für den Monat sich ergebende Beitrag ist auf 10 S aufzurunden. Übersteigen die hiernach für einen Monat eingezahlten Beiträge den Beitrag der höchsten Gehaltsklasse, so wird der überschüssende Betrag dem Versicherten für spätere Beitragsmonate gutgeschrieben oder auf Antrag zurückgezahlt. Die Einzahlung des Beitrags an die Versicherungsanstalt hat in diesen Fällen bei der Zahlung des Entgelts, spätestens am Schlusse des Beitragsmonats, zu erfolgen.

Die Beiträge sind auf das bei dem Postschekamt in Berlin geführte Konto der Reichsversicherungsanstalt einzuzahlen. Die Einzahlung kann bei jeder Postanstalt erfolgen. Für die Einzahlung haben sich die Arbeitgeber der für den Verkehr mit der Reichsversicherungsanstalt bestimmten Vorbrude zu bedienen, die bei jedem Postamte erhältlich sind. Als Quittung über eingezahlte Beiträge dient dem Arbeitgeber (an Stelle von Marken) der ihm verbleibende Abschnitt der Zahlkarte oder die ihm erteilte Nachricht über die Belastung seines Kontos. Dem Angestellten dient als Quittung über die Zahlung seines Beitragsanteils an den Arbeitgeber an Stelle von Marken eine in die Versicherungskarte einzutragende Bescheinigung des Arbeitgebers. Diese hat handschriftlich oder durch Stempel den jeweiligen Beitragsmonat, den fälligen Beitrag und bei jedem Beitrag den Namen des Arbeitgebers zu enthalten; sie ist vom Arbeitgeber sofort nach der Einzahlung des Beitrags auszustellen. Soweit Arbeitgeber zur Quittungsleistung Marken verwenden wollen, werden sie ihnen auf Verlangen nach Eingang der Beiträge von der Versicherungsanstalt übersandt. Diese Marken haben die Arbeitgeber sofort in die Versicherungskarte einzulösen und zu entwerten. Vgl. die Bekanntmachung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt vom 24. Mai 1912.

Der Versicherte hat sich die Versicherungskarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung ist vom Versicherten mittels einer von ihm selbst auszufüllenden Aufnahmekarte bei der Ausgabestelle (Ortspolizeibehörde) zu beantragen. Er kann hierzu durch Geldstrafen angehalten werden. Formulare zu Aufnahmekarten sind bei den Ortspolizeibehörden unentgeltlich zu haben. Hat ein Angestellter keine Versicherungskarte, oder weigert er sich, sie vorzulegen, so kann sie der Arbeitgeber beschaffen. Die Versicherungskarte soll binnen fünf Jahren nach dem Tage der Ausstellung durch eine neue ersetzt werden, doch kann der Versicherte auch schon vorher jederzeit unter Vorlegung einer neuen Aufnahmekarte eine neue Versicherungskarte verlangen.

2. Entrichtung der Beiträge bei freiwilliger Versicherung.

Im Falle der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung oder der Aufrechterhaltung der erworbenen Anwartschaft (vgl. Nr. III Ziff. 1) sind die Beiträge oder die Anerkennungsgeld der Reichsversicherungsanstalt spätestens vor Ablauf des Kalenderjahrs, für das sie gelten sollen, durch die Post portofrei einzulösen. Bis zum Eingang der Empfangsbestätigung der Versicherungsanstalt dient der Postschein

als Quittung. In besonderen Fällen kann die Reichsversicherungsanstalt auch anderen Versicherten die Zahlung von Beiträgen durch die Post gestatten. Nach Eintritt der Berufsunfähigkeit dürfen freiwillige Beiträge nicht mehr entrichtet werden. Der Versicherte ist verpflichtet, der Versicherungsanstalt auf Verlangen stets Auskunft über seinen Familienstand und das Alter seiner Familienangehörigen zu geben. Die Ortspolizeibehörde kann ihn dazu durch Geldstrafen anhalten.

Wer sich während einer entgeltlichen, aber nicht bar bezahlten oder nur vorübergehenden Beschäftigung freiwillig versichert, hat Anspruch auf den Beitragsanteil des Arbeitgebers.

3. Unwirksame Beiträge.

Pflichtbeiträge sind zurückzuweisen, wenn sie nach Ablauf von zwei Jahren, falls aber die Beitragsleistung ohne Verschulden der Beteiligten unterblieben ist, nach Ablauf von vier Jahren seit der Fälligkeit entrichtet werden. Freiwillige Beiträge dürfen nach Eintritt der Berufsunfähigkeit nicht entrichtet werden.

Hat die Reichsversicherungsanstalt nicht innerhalb eines Jahres nach der Einzahlung der Beiträge die Versicherungspflicht oder das Recht zu freiwilliger Versicherung beantragt, so kann der Rentenanspruch nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß die Beiträge zu Unrecht entrichtet sind.

4. Irrtümlich geleistete Beiträge.

Beiträge, die in der irrtümlichen Annahme der Versicherungspflicht entrichtet worden sind und nicht zurückgefordert werden, gelten als für die freiwillige Weiterversicherung entrichtet, wenn das Recht dazu in der Zeit der Entrichtung bestanden hat. Der Versicherte kann irrtümlich geleistete Beiträge binnen zehn Jahren nach der Entrichtung zurückfordern, wenn ihm nicht schon Ruhegeld oder Rente rechtskräftig bewilligt worden ist und nicht die Beitragsentrichtung in betrügerischer Absicht geschehen ist. Der Arbeitgeber kann die Beiträge nicht mehr zurückfordern, wenn ihm vom Versicherten der Wert seines Anteils ersetzt ist oder seit der Entrichtung zwei Jahre verfloßen sind.

5. Beitragsstreitigkeiten.

Bei Streit über die Beitragsleistung, insbesondere bei Streit, ob eine Person überhaupt der Versicherung unterliegt, entscheidet der für den Beschäftigungsort zuständige Rentenausschuß und auf Beschwerde endgültig das Schiedsgericht. Handelt es sich um eine noch nicht feststehende Auslegung gesetzlicher Vorschriften von grundsätzlicher Bedeutung, so gibt das Schiedsgericht die Sache unter Begründung seiner eigenen Ansicht an das Oberschiedsgericht ab, wenn es der Beschwerdeführer innerhalb der Beschwerdefrist beantragt hat. Auch andere Beteiligte können diesen Antrag binnen einer Woche stellen, nachdem sie die Gelegenheit, sich zu äußern, erhalten haben. Das Oberschiedsgericht entscheidet in diesen Fällen statt des Schiedsgerichts.

Allen anderen Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Berechnung und An-

rechnung, Erstattung und Ertrag der Beiträge entscheidet der für den Beschäftigungsort zuständige Rentenausschuß endgültig.

Ist die Pflicht oder das Recht zur Versicherung endgültig verneint, so erhalten die Beteiligten die noch nicht verfallenen Beiträge auf Antrag zurück.

XV. Private Pensionsanstaltungen.

Eine der schwierigsten und am meisten umstrittenen Fragen bei der gesetzlichen Regelung der Angestelltenversicherung war die Zulassung sogenannter Ersatzinstitute zur Durchführung dieser Versicherung. Viele Arbeitgeber haben für ihre Angestellten besondere Pensions- und Unterstützungskassen eingerichtet, die zum Teil einen Rechtsanspruch auf die durch Gesetz geregelten Bezüge gewähren, zum Teil weitgehende Unterstützungen ohne Rechtsanspruch in Aussicht stellen. Die Leistungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu diesen Kassen sind vielfach erheblich höher als die Leistungen bei der Angestelltenversicherung. Um die sich aus diesen Verhältnissen für beide Teile ergebenden Schwierigkeiten zu mildern, hat das Gesetz besondere Bestimmungen für Zuschuß- und Ertragskassen getroffen (§§ 365 bis 389).

Die Vorschriften für die

Zuschußklassen.

welche auch in Zukunft neu gegründet werden können, bezwecken eine Art Rückversicherung in Höhe der reichsgesetzlichen Leistungen bei der Reichsversicherungsanstalt. Die zu dieser Kategorie gehörenden Kassen (Fabrik-, Betriebs-, Haus- und ähnliche Kassen) entrichten für ihre Mitglieder die reichsgesetzlichen Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt, während diese die reichsgesetzlichen Leistungen an die Kassenmitglieder übernimmt unter der Voraussetzung, daß die Beiträge aus den Mitteln der Kasse gezahlt werden und die Arbeitgeber Zuschüsse zu der Kasse zahlen, die mindestens der Hälfte der nach dem Gesetz zu entrichtenden Beiträge gleichkommen, damit die Kassenmitglieder nicht schlechter gestellt werden als die übrigen Pflichtversicherten. Unter diesen Voraussetzungen können die Kassen auf die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenunterstützungen, welche sie ihren nach dem Gesetz pflichtversicherten Mitgliedern gewähren, die gesetzlichen Ruhegeld- und Hinterbliebenenbezüge anrechnen. Diese letzteren Bezüge setzt die Reichsversicherungsanstalt fest und überweist sie fortlaufend der beteiligten Kasse, doch erfolgt auf Antrag die Zahlung auch unmittelbar an die Berechtigten durch die Post. Diese Regelung hat vor allem die Folge, daß sie die Leistungsfähigkeit auch der kleinsten Kassen in Höhe der reichsgesetzlichen Leistungen sichert und zugleich alle Schwierigkeiten beseitigt, die sich aus der Freizügigkeit der Angestellten ergeben, da auch bei eintretendem Wechsel der Stellung des Angestellten die während der Mitgliedschaft bei der Kasse unter der Herrschaft des Gesetzes erworbene Anwartschaft in Höhe der reichsgesetzlichen Leistungen bei der Reichsversicherungsanstalt gesichert ist.

Zuschußklassen können ferner auf Antrag vom Bundesrat als

Erszlassen

mit der Wirkung zugelassen werden, daß die Beteiligung bei ihnen der Versicherung bei der Reichsversicherungsanstalt gleich gilt. Die Bestimmung ist indes auf Versicherungseinrichtungen beschränkt, welche vor dem 5. Dezember 1911 bestanden und den Zulassungsantrag vor dem 1. Januar 1913 gestellt haben. Außerdem werden sie nur unter folgenden Bedingungen zugelassen:

1. Die Kassenleistungen müssen den reichsgesetzlichen Leistungen mindestens gleichwertig und in dieser Höhe gewährleistet sein.
2. Die Beiträge der Arbeitgeber müssen den reichsgesetzlichen Beiträgen mindestens gleichkommen.
3. Den Versicherten muß bei der Verwaltung der Kasse und bei der Entscheidung über die Gewährung von Kassenleistungen eine den Vorschriften des Reichsgesetzes entsprechende Mitwirkung eingeräumt sein.
4. Die volle Freizügigkeit muß dadurch gewährt werden, daß die bei diesen Erszlassen zurückgelegte Beitragszeit mindestens die gleichen Ansprüche begründet, als wenn die Beitragszeit bei der Reichsversicherungsanstalt zurückgelegt wäre.

XVI. Versicherungsverträge mit Lebensversicherungsunternehmungen.

Der Mangel einer reichsgesetzlichen Fürsorge hat eine große Anzahl von Angestellten veranlaßt, Lebensversicherungsverträge mit Versicherungsunternehmungen, vielfach unter Leistung erheblicher Zuschüsse der Arbeitgeber, abzuschließen. Diese Personen sind im allgemeinen nicht in der Lage, neben den Prämien an ihre Versicherungsgeellschaften auch noch die Beiträge der neuen Pflichtversicherung zu bezahlen, und ebensowenig kann von ihnen verlangt werden, die aus ihren Privatversicherungen erworbenen Rechte aufzugeben, was regelmäßig nur unter erheblichen Vermögensverlusten möglich sein würde. Das Gesetz bestimmt deshalb (§§ 390 bis 393):

Angestellte, für die vor dem 5. Dezember 1911 bei öffentlichen oder privaten Lebensversicherungsunternehmungen ein Versicherungsvertrag geschlossen ist, können auf ihren Antrag von der Beitragsleistung befreit werden, wenn der Jahresbetrag der Beiträge für diese Versicherungen am 1. Januar 1913 mindestens den ihren Gehaltsverhältnissen zur Zeit des Antrags entsprechenden Beiträgen gleichkommt, die sie nach dem Gesetze zu tragen hätten. Das Gleiche gilt für Angestellte, die beim Eintreten in die versicherungspflichtige Beschäftigung (d. h. am 1. Januar 1913 oder später) das 30. Lebensjahr überschritten haben und seit mindestens 3 Jahren bei einer Lebensversicherungsgeellschaft versichert sind. Bei Prüfung der Beitragspflichtigkeit eines Angestellten muß stets die Tarifprämie, nicht etwa die ihm die Dividende gekürzte Prämie in Betracht gezogen werden.

Der Antrag auf Befreiung von der Beitragsleistung ist in der ersten Aufnahmeliste (Nr. XIV

Ziffer 1 letzter Absatz) zu stellen. Mit dem Antrag ist der Versicherungsschein (Police) vorzulegen. Die Befreiung ist in der Aufnahme- und Versicherungsliste zu bescheinigen. Streit über die Befreiung wird nach Nr. XIV Ziffer 5 Absatz 1 entschieden.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den auf ihn entfallenden gesetzlichen Beitragsanteil an die Reichsversicherungsanstalt abzuführen; dem Versicherten werden dafür die halben Leistungen dieses Gesetzes gewährt. Hat der Arbeitgeber zu den Beiträgen für Versicherungen seiner Angestellten Zuschüsse gezahlt, so kann er diese Zuschüsse um die an die Reichsversicherungsanstalt zu entrichtenden Beiträge kürzen. Auf Antrag des Versicherten zahlt die Reichsversicherungsanstalt die an dem Zuschuß gekürzten Beträge an die Lebensversicherungsunternehmungen aus den Arbeitgeberbeiträgen weiter, wenn 1. die Versicherung noch in einer dem Absatz 2 entsprechenden Höhe besteht, 2. der Versicherungsschein hinterlegt wird, 3. zur Sicherung einer Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung die Forderung aus der Privatversicherung zu demjenigen Teile, welcher dem gekürzten Betrage der reichsgesetzlichen Arbeitgeberzuschüsse entspricht, an die Reichsversicherungsanstalt rechtsverbindlich abgetreten wird.

Wird eine Lebensversicherung vor Eintritt des Todes des Angestellten durch Ablauf, Verfall oder aus anderen Gründen aufgehoben, so fällt die Befreiung von der Beitragsleistung weg.

Wie gestalten sich nun die Verhältnisse für einen Angestellten, der privatim auf den Todesfall (ohne Einfluß der Invalidität) versichert ist, wenn er mit dem 55. Lebensjahre invalide wird und nicht mehr imstande ist, die Versicherungsprämien für die Lebensversicherung aufzubringen? Da er berufsunfähig geworden ist, also der Pflichtversicherung nicht mehr unterliegt, so braucht der Arbeitgeber für ihn nicht weiter zu zahlen, und der Angestellte selbst kann und darf nicht weiter zahlen. Was nun? Der Angestellte muß sich dann mit dem Rückkaufswerte der Lebensversicherung oder mit einer entsprechend ermäßigten prämienfreien Police begnügen, die wohl von den meisten Gesellschaften gewährt wird. Er kann für den Rückkaufswert auch eine Rentenversicherung eingehen. Für die Zuschüsse des Arbeitgebers, welche an die Reichsversicherungsanstalt in Höhe des reichsgesetzlichen Arbeitgeberbeitrags abgeführt und, wie dargelegt, von dieser der Lebensversicherungsgeellschaft auf Antrag überwiesen worden sind, würde der Reichsversicherungsanstalt der den überwiesenen Beiträgen entsprechende Anteil an der Versicherungsleistung der Versicherungsgeellschaft zufallen, und dieser Anteil würde zur Gewährung der halben Leistungen der Angestelltenversicherung an den Angestellten verwendet werden.

Es steht jedem Angestellten, für den vor dem 5. Dezember 1911 ein Versicherungsvertrag abgeschlossen worden ist, frei, durch Nachversicherung bis zum 1. Januar 1913

seine Versicherung auf den vom Gesetz für seine Befreiung von der Beitragspflicht geforderten eigenen Beitrag zu erhöhen. Der

Angestellte ist hierbei nicht an die Versicherungsunternehmung gebunden, bei der er die Grundversicherung abgeschlossen hat.

Mitteilungen.

— **Anwartschaft für den Kolonialdienst.** Das Reichskolonialamt hat verfügt, daß die für den Kolonialdienst des Reiches vorgemerkten Anwärter alljährlich zum 1. Dezember, zum ersten Male am 1. Dezember 1912, ihre Weiterführung in den Anwärterlisten zu beantragen haben. Geschieht dies nicht, so wird künftig angenommen, daß die Anwärter auf die Verwendung im Kolonialdienst nicht mehr rechnen.

— **Zur Beforderungsaufbesserung in Elsaß-Lothringen.** Am 21. d. Mts. hat der Staatssekretär im Namen der Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie die wohlwollende Absicht, die die Gehaltsregelungskommission bei der Erhöhung der Gehälter eines Teiles der unteren und mittleren Beamten sowie der Lehrer geleitet hat, anerkennt und teilt. Sie ist daher auch mit den betreffenden Erhöhungen, welche für die Förster und Revierförster durch eine Abkürzung der Wartefrist für Erreichung des Höchstgehaltes um je drei Jahre erreicht werden, einverstanden. Die Regierung will auch der von der Kommission angeregten Erhöhung des Gehalts der Geistlichen Folge geben; sie besteht anderseits darauf, daß auch eine angemessene Erhöhung in den Gehältern der höheren Beamten eintritt, die von den Teuerungsverhältnissen nicht weniger betroffen werden wie die übrigen Beamtenklassen. Sie hat der Kommission die äußerste Grenze derjenigen Gehaltsätze für die höheren Beamten bezeichnet, unter die die Regierung nicht herabgehen könne, ohne die Erhaltung eines tüchtigen Beamtenstandes in Frage zu stellen. Eine Minderung von Gehältern der höheren und höchsten Landesbeamten gegenüber ihren heutigen Bezügen, wie dies die Kommission teilweise versucht hatte, lehnt die Regierung ab. Diese hält ihre Vorschläge, was ja auch schon früher betont worden ist, als ein zusammenhängendes Ganze, an dessen Einzelsätzen nicht beliebig gerüttelt werden darf.

— **Beforderungsaufbesserung in Oldenburg.** Die Regierung in Oldenburg hat dem Landtage einen Beforderungsentwurf vorgelegt, nach dem die Gehälter der Beamten des Großherzogtums zum 1. Januar 1913 erhöht werden sollen. Es sind feste Zuschläge in Aussicht genommen, deren Höhe in den zu diesem Zweck gebildeten vier Stufen verschieden bemessen ist. Die Zugehörigkeit zu den Stufen richtet sich nach der dem einzelnen Beamten möglichen Höchstbeforderung. Die erste Stufe, die bis zu einer Höchstbeforderung von 2000 M. geht und danach die Mehrzahl der unteren Beamten umfaßt, erhält 120 M. Die zweite mit einer Höchstbeforderung von mehr als 2000 bis 2700 M., zu der die gehobenen Stellen des unteren Dienstes gehören, erhält 150 M. Die dritte mit einem Höchstgehalt von mehr als 2700 bis 3500 M., die also

den Hauptteil der mittleren Beamten zusammenfaßt, erhält 250 M. Die vierte Stufe mit einem Höchstgehalt von mehr als 3500 M. wird von den übrigen mittleren und den oberen Beamten gebildet; sie soll einen Zuschlag von 350 M. bekommen, der sich unter Umständen auf 250 M. ermäßigt. Diese Aufbesserung sollen aber nur die nicht ledigen Beamten erhalten, zu denen auch die Witwen gehören. Für die ledigen ist nämlich ein Gehaltsabzug in Höhe des gesetzlich festgelegten Zulagebetrages beabsichtigt. Sie bleiben indessen von diesem Abzug befreit, wenn sie im eigenen Hausstande mit einem Verwandten der aufsteigenden Linie zusammenwohnen, dessen Lebensunterhalt ganz oder überwiegend von ihnen bestritten wird. Das Staatsministerium kann in solchen Fällen die Befreiung auch eintreten lassen, wenn kein Zusammenwohnen im eigenen Haushalt stattfindet, da der Wohnort des Beamten sich in der Regel nach seinem Amtssitz richtet und hierdurch unter Umständen das Zusammenwohnen unmöglich gemacht oder doch sehr erschwert werden kann. Die am 1. Januar 1913 aktiven Beamten der ersten Stufe erhalten außerdem für denjenigen Teil des Jahres 1912, in dem sie aktiv waren, eine einmalige **T e u e r u n g s z u l a g e** im Jahresbetrage von 120 M., die aber nur denen gezahlt wird, denen kein Ledigenabzug zu machen ist. Es ist anzunehmen, daß das Ledigenabzugsverfahren zu interessanten Verhandlungen im Landtage führen wird. Sollte dies der Fall sein, so werden wir auf die Angelegenheit noch einmal zurückkommen.

— **Zur Angestelltenversicherung.** Im Anschluß an den in dieser Nummer abgeschlossenen Aufsatz des Herrn Rechnungsrats Hering über die Versicherung der Privatangestellten möchten wir uns noch über einige Fälle verbreiten, die unseres Erachtens verdienen, besprochen zu werden. Es handelt sich hierbei lediglich um die Versicherungspflicht derjenigen preussischen Forstamwärter, die als Forstversorgungsbeamte in außerstaatlichen Diensten sind.

Bekanntlich scheidet der Ministerial-Erlaß vom 4. März 1911, der die Pensionsfähigkeit des forstlichen Gemeinde-, Kirchen-, Schul- und ständischen Dienstes regelt, die Forstbeamten in solche, die vor dem Erlasse, und solche, die später in derartige Dienste getreten sind. Den letzteren ist die Zeit, die sie für solche Dienste beurlaubt werden, bei der Pensionierung ganz zu rechnen. Die Beurlaubung soll im allgemeinen auf keinen längeren Zeitraum als zwei Jahre ausgedehnt werden. Dem anrechnungsfähigen Urlaub muß aber eine mindestens einjährige Beschäftigung im Staatsdienst nach Er-

langung des Forstversorgungsscheins vorhergehen. Wenn also ein Reservejäger, der erst nach dem 4. März 1911 in Gemeinde- usw. Dienste getreten ist, den Forstversorgungsschein erhält, ohne in den Staatsdienst zurückzutreten, so rechnet die Gemeinde- usw. Dienstzeit vom Tage des Forstversorgungsscheins ab nicht mehr zur pensionsfähigen Dienstzeit, selbst wenn der Beamte von der Regierung beurlaubt sein sollte; denn dieser Urlaubszeit fehlt die vom Minister für die Anrechnungsfähigkeit geforderte Voraussetzung, nämlich: einjährige Beschäftigung als Forstversorgungsberechtigter im Staatsdienst. Ein solcher Forstversorgungsberechtigter kann sich, da er während des Gemeinde- usw. Dienstes kein Staatsbeamter ist, sich auch nicht mehr in der Ausbildung für seinen Beruf befindet, vermutlich der Angestelltenversicherung nicht entziehen, deren Anwartschaft er sich nach dem Eintritt in den Staatsdienst oder nach der pensionsberechtigenden Anstellung im Gemeinde- usw. Dienst durch Zahlung der Anerkennungsgeldgebühr zweckmäßig weiter erhält.

Für die vor dem 4. März 1911 in Gemeinde- usw. Dienste getretenen Anwärter bestimmt der erwähnte Erlaß, daß ihnen diese Dienstzeiten bei der Pensionierung ohne weiteres angerechnet werden, wenn sie bereits als Forstversorgungsberechtigte im Staatsdienst gewesen sind. Sie sind also auch während des Gemeinde- usw. Dienstes beurlaubte Staatsbeamte, und es ist anzunehmen, daß sie beim Versuch, von der Angestelltenversicherung frei zu kommen, Erfolg haben werden. Anders verhält es sich aber mit denen, die sich schon seit ihrer Reservejägerzeit im Gemeinde- usw. Dienst befinden. Diesen kann auf ihren Antrag der nach Erlangung der Forstversorgungsberechtigung zurückgelegte Gemeinde- usw. Dienst bei der Pensionierung angerechnet werden. Den Beamten ist aber für die Anrechnung keine Sicherheit gegeben. Der erwähnte Ministerial-Erlaß sagt vielmehr ausdrücklich von ihnen, daß der Umfang ihrer anzurechnenden Tätigkeit der Prüfung des einzelnen Falles überlassen bleiben muß. Danach werden vielleicht diese Forstversorgungsberechtigten von der Angestelltenversicherung nicht frei kommen.

Wir können hier nur unsere Meinung über diese Fragen festlegen. Die Entscheidung hierüber ist auf dem auf Seite 956 unter 5. näher beschriebenen Wege zu erzielen, zu welchem Zwecke sich der Beauftragte zunächst an den Rentenausschuß in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollern-damm 193, zu wenden hat. Forstversorgungsberechtigte, die sich im Privatdienst befinden, sind unter allen Umständen versicherungspflichtig. Nur die in den l a n d e s h e r r l i c h e n

und l a n d e s h e r r l i c h e n Forstverwaltungen Beschäftigten kann der Bundesrat von der Versicherungspflicht befreien.

— **Kapitulanten-Gebühren** der vorschrittmäßig gelernten Jäger. Über die Gewährung der Kapitulantenlöhnung und des Kapitulations-Handgeldes an die in die Jäger-Bataillone und in das Gardebataillon-Bataillon eingestellten Forstlehrlinge — gelernten Jäger — sind in der Friedensbefehlsvorschrift für das preussische Heer besondere Bestimmungen enthalten. Da diese für einen großen Teil der Leser der „Deutschen Forst-Zeitung“ von Interesse sein dürften, lassen wir sie nachstehend folgen:

1. Gelernte Jäger, die erst nach der Verpflichtung zur Klasse A (vgl. § 17,4 der Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im königlichen Forstschubdienst vom 1. Oktober 1906) zur Beförderung zu Oberjägern in Aussicht genommen werden, erfüllen die Bedingungen für den Anspruch auf Kapitulantenlöhnung und Kapitulations-Handgeld durch das Eingehen dieser Verpflichtung. Der Beginn des Anspruchs fällt auf den Tag der Verpflichtungsverhandlung. (Die Verpflichtung findet, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, Ende August des dritten — bei Einjährig-Freiwilligen des ersten — Dienstjahres statt. Die Schriftstg.) Wird von der Beförderung zum Oberjäger später abgesehen, so müssen die Betreffenden, sofern das Kapitulations-Handgeld gezahlt ist, gleichwohl insgesamt vier Jahre aktiv dienen.

2. Gelernte Jäger, die bereits vor dem Abschluß der vorbezeichneten Verpflichtungsverhandlung zur Beförderung zu Oberjägern in Aussicht genommen werden, erlangen den Anspruch auf die Kapitulanten-Gebühren dadurch, daß sie sich durch eine Kapitulationsverhandlung in der für andere Mannschaften vorgeschriebenen Form zu vierjähriger Gesamtdienstzeit verpflichten, und zwar vom Tage der Bestätigung dieser Verhandlung ab, jedoch frühestens mit Beginn des dritten Dienstjahres.

3. Verbleiben gelernte Jäger, ohne Oberjäger zu sein oder zu diesem Dienstgrad in Aussicht genommen zu sein, über das dritte Dienstjahr hinaus — aus Mangel an berufsmäßiger Beschäftigung oder aus anderen Ursachen — im aktiven Dienste, so werden Kapitulanten-Gebühren nicht gewährt. Nur wenn dem Betreffenden kein Verschulden zur Last fällt, kann der Anspruch auf diese Gebühren mit Beginn des vierten Dienstjahres durch den Abschluß einer Kapitulantenverhandlung ab, erworben werden. Bei strafweiser Zurückhaltung sind die Kapitulanten-Gebühren nicht zuständig.

4. Jäger der Klasse A, die aus der Reserve eingezogen werden, empfangen keine Kapitulanten-Gebühren.

5. Wer nach vorstehendem eine besondere Kapitulantenverhandlung eingegangen ist, um in den Genuß der Kapitulanten-Gebühren zu treten, muß, sofern das Kapitulations-Handgeld gezahlt ist, die übernommene Dienstverpflichtung erfüllen, und zwar in dem Falle zu 2 selbst dann, wenn von der

Beförderung zum Oberjäger später abgesehen worden ist.

6. Vorstehende Festsetzungen gelten auch sinngemäß für solche Jäger der Klasse A, die als Einjährig-Z freiwillige eingetreten sind, mit der Maßgabe, daß sie in allen Fällen erst mit dem Beginne des zweiten Dienstjahres in den Genuß der Kapitulanten-Gebühnisse treten. Diese Gebühnisse dürfen sie aber, sofern die Fälle zu 3 zutreffen, erst empfangen, wenn sie sich zu einer dreijährigen Gesamtdienstzeit bei der Fahne durch Kapitulation verpflichtet haben.

7. Forstbesessene, die die Befähigung zur Anstellung als Forstverwaltungsbeamte erstreben (Fußjäger, über deren Laufbahn wir im vorigen Jahre ausführlich berichtet haben. Die Schriftltg.), haben auf Kapitulations-*S* *a* *n* *d* *e* *l* *d* keinen Anspruch.

— **Zur Erhaltung der Grunewaldseen bei Berlin** hat sich ein Schutzverband gebildet, dem bereits zahlreiche Gesellschaften und Vereine Großberlins angehören. Der Verband, zu dessen Beirath Geh. Regierungsrat Dr. Kerp in Schlachtensee, Heimstättenstr. 10, Anmeldungen entgegennimmt, hat in diesen Tagen eine Zuschrift veröffentlicht, in der er zu der Absicht der Charlottenburger Wasserwerke, den Nikolas- und Schlachtensee wieder aufzupumpen, in folgender Weise Stellung nimmt: „Demgegenüber muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Charlottenburger Wasserwerke die Wiederherstellung dieser Seen schon seit Jahr und Tag versprochen haben, ohne ihr Versprechen bisher durch die Tat einzulösen. Denn ihre Versuche zur Auffüllung des Nikolassees sind als völlig unzulänglich und verunglückt zu bezeichnen; auch die beabsichtigte Auffüllung des Schlachtensees bis auf 31 m würde nicht genügen. Ferner sind nicht nur der Nikolassee und Schlachtensee vom Untergange bedroht, sondern auch die Krumme Lanke, der Niemeistersee, der Grunewald-, Hundeshagen- und Halensee. Soll für diese Seen nichts geschehen, obwohl an der Krummen Lanke sowohl wie am Niemeistersee neuerdings von den Charlottenburger Wasserwerken Brunnen niedergebracht worden sind und es eines besonderen Ortsstatuts der Ge-

meinde Zehlendorf bedurfte, um der Anlage einer Pumpstation an diesen Seen vorzubeugen? Sollen die Einzäunungen des Nikolassees, des Niemeistersees bestehen bleiben und die begonnene Einzäunung der Krummen Lanke ungehindert fortgesetzt werden? Soll gewartet werden, bis von diesem Schicksal auch der Schlachtensee bedroht ist?“

Um die Grunewaldseen vor dem Untergange zu retten, schlägt Geheimer Bergrat *K e i l h a d* vor, die Seen mit dem Teltowkanal oberhalb der Machnower Schleuse in Verbindung zu setzen, um ihnen Wasser aus der Oberspree zuzuführen. Es würde dazu eine Röhrenleitung von genügendem Durchmesser und 6 bis 7 km Länge nötig sein, die bei möglichst geringem Gefälle an der Machnower Schleuse beginnt und an der Krummen Lanke endigt. Geheimerat *W a h n s c h a f f e* hält es für geboten, von den Charlottenburger Wasserwerken Veelickhof zu verlangen, daß sie den Betrieb der neuen Tiefbrunnenanlage *N i k o l a s s e e* allmählich so weit einschränken, daß ein dauerndes Sinken des Schlachtenseespiegels unter 31,50 m nicht mehr zu befürchten ist. Da die Charlottenburger Wasserwerke im Begriff sind, in Tiefwerder beim Stöchesee, wo sie ein 20 ha umfassendes Forstgrundstück gekauft haben, ein neues Wasserwerk an der Havel anzulegen, kann eine Entlastung des Wasserwerkes Veelickhof sehr gut ins Werk gesetzt werden, ohne die Wasserversorgung der westlichen Vororte zu beeinträchtigen.

Wie eine Tageszeitung meldet, hat der Landwirtschaftsminister dem Abg. Hammer privatim erklärt, er halte es für ziemlich sicher, daß die Charlottenburger Wasserwerke sich dazu verstehen würden, eine rechtlich bindende Erklärung abzugeben, worin sie sich verpflichten, den Wasserspiegel des Nikolassees und des Schlachtensees auf eine noch zu vereinbarende normale Höhe wieder zu bringen und dauernd zu erhalten. Gleichzeitig hat der Minister sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß man dem Landwirtschaftsministerium fortgesetzt den Verkauf des Schlachtensees, der Krummen Lanke und des Niemeistersees zum Vorwurf mache, während diese Seen niemals fiskalischer Besitz gewesen seien, sondern aus Privatbesitz in die Hände der Wasserwerke gelangten!

Berichte.

Bericht über die XIII. Hauptversammlung des deutschen Forstvereins.

(40. Versammlung deutscher Forstmänner)
in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912.
Erstleistungen.

Berichterstatler: Oberförster Poppe, Forstbeirat der Landwirtschaftskammer Halle a. S.

Am Dienstag, dem 27. August, nachmittags, wurde ein Ausflug in den Laurenzer Reichswald in nächster Nähe von Nürnberg, unternommen, welcher etwa 17 000 ha groß ist. Der Forst liegt in einer Höhe von 309 bis 391 m über NN, der Boden besteht aus Diluvium und Keuper, welcher das feste Grundgebirge bildet und an einigen Erhebungen zutage tritt. 70 % der Waldbläche

ist diluvial-Sandboden mit geringer Nährkraft und je nach der Grünbarkeit und Feuchtigkeit wechselnder Fruchtbarkeit. Bei loderer Bestockung tragen die trockenen Böden eine Decke von Heide und Hungermoos und sind befallen mit kurzschäftigen, kümmernden und häufig verküppelten Kiefern. Auf den frischen Teilen liefert diese Holzart astreine, gerade und massenreiche Bestände. Die Niederlagsmenge betrug in den Jahren 1906/10 629 und 1901/10 nur 565 mm. Spät- und Barfröste richten in den Niederungen auf den moorigen Böden viel Schaden an. In den Jahren 1903/04 gingen 500 ha, 1911 etwa 1000 ha gut angewachsene Saat- und Pflanzkulturen ein.

Schädliche Forstinsekten gibt es in großer Anzahl. Der schlimmste Feind dort für die Kulturen auf den ärmeren Böden ist die Schütte, die dort bis zum sechsten Jahre Kiefern abtötet. Der Holz- und Streufrevell ging zurück, aber durch die Zerstörungswut vieler Besucher wird dem Walde mancher Schaden zugefügt, besonders in der Nähe stark begangener Promenadenwege. Waldbrände kommen häufig vor und im letzten Jahre wurden allein 300 ha zerstört.

Beträchtlich sind noch die auf dem Forste ruhenden Lasten in Höhe von 19 000 rm Scheiten und Prügeln, 7300 rm Stodholz und 22 000 rm Streu. Auch die Waldweide wird noch ausgeübt. Für diese Berechtigungen werden aber 3000 Tage Spann- und 6000 Tage Handdienste von den Berechtigten geleistet. Die Jagd ist erklärlicherweise in der Nähe der Großstadt bei regem Verkehr nur mäßig. Das Altersklassenverhältnis ist infolge der wiederholten Kalamitäten ein recht ungünstiges. Die erste Altersklasse nimmt 47 % der Fläche ein, die zweite, dritte und vierte stehen mit 30 % unter dem Soll, während die älteste, die die Umtriebszeit überschreitet, um 23 % überwiegt und wenigstens etwas Ausgleich schafft. Die Abnutzung ist demgemäß eine niedrige und beträgt nur 2 fm pro Hektar, im ganzen 230 fm Hau-barkeitsnutzung pro Jahr bei einem durch die Berechtigungen reduzierten Nutholzansatz für die Hauptnutzung von nur 63 %. Die Durchforstungserträge sind durch das Fehlen der mittleren Altersklassen sehr niedrig und der Reinertrag für den Laurenzer und Sebalder Wald beträgt trotz der guten Abplage nur 18,5 M pro Hektar.

Die Kiefer bedeckt 85 % der Fläche. Auf den trockneren Vierteln liefert sie mit 80 bis 100 Jahren Abtriebsmassen von nur 100 bis 200 fm, was etwa der fünften Ertragsklasse entspricht. Die Fichte ist rein und mit Kiefer gemischt bestandesbildend auf etwa 13 % der Fläche in den frischen und anmoorigen Lagen und zeigt hier gutes Gedeihen. Die Weisstanne hat leider an Fläche gegen früher sehr viel verloren und findet sich nur an wenigen Stellen einzeln und in Vorstößen. Die Laubhölzer sind mit nur 2 % der Fläche fast bedeutungslos.

Zur Wiederverjüngung wird nur der Kahlschlagbetrieb meist in schmalen von Norden nach Süden fortschreitenden Samenschlägen mit drei- bis fünfjährigem Hiebwechsel benutzt, wozu in geeigneten Abständen Durchhiebe eingelegt werden, um größere Flächen schneller abnutzen zu können. Bis 18 Stück gut betronte Kiefern werden als Überhalt belassen. Der Anbau erfolgt durch Saat, meist aber durch Klemmpflanzung.

Vorwiegend wird mit der Hade auf 30 bis 40 m Breite eine streifenweise betartige Bodenbearbeitung vorgenommen, bei einem Reihenabstand von 70 bis 100 cm. Die Pflanzung mit einjährigen Kiefern erfolgt in 0,5, mit zweijährigen Kiefern in 1,0 m Abständen, auf frischeren Böden unter Weispflanzung von Fichte in 3 : 1 m. Die Kosten betragen etwa 150 bis 160 M pro Hektar. Die Lochpflanzung wird bei reinen Fichtenkulturen angewendet. Gut hat sich die Pflagenhügelpflanzung bewährt, deren Weien

darin besteht, daß im Herbst die Pflagen in 1,2 m Verband umgeköpft werden. Mit dem Bohrer werden die Pflanzlöcher hineingestochen und diese mit guter Erde oder Sand angefüllt. Die Pflanzung selbst erfolgt im Frühjahr mit zweijährigen Kiefern oder vierjährigen Fichten. Die Ballenpflanzung wurde auf ungünstigen Böden und bei Nachbesserungen mit Vorliebe und gutem Erfolge angewendet.

Neben der Erhöhung des landwirtschaftlichen Reizes verspricht man sich bei mäßiger Verjüngung der Boden- und Anlagkapitalien durch die Anlage von Fischweihern und Wiesen mit Recht eine Hilfe gegen große Insektenverheerungen, da sich bisher überall gezeigt hat, daß die Waldbränder durch erhöhte Zufuhr von Luft, Sonne und Licht vom Raupenfraß verschont blieben.

Den Waldbegang im einzelnen zu beschreiben, dürfte zu weit führen. Es war reichlich Gelegenheit geboten, die mehr oder weniger erfolgreichen Bemühungen zu betrachten, die nötig waren, um die ungeheuer großen Kahlschlagflächen wieder anzuschonen auf den verschiedenen Bodenarten mit den oben geschilderten Kulturmethoden. Diese Exkursion bot im wesentlichen eine örtliche Vorführung des Berichtes von Forstrat Rodt zu Thema I.

Auf dem Exkursionswege führte der Forstwart Büttner aus Eisa bei Milsch seine allbekannte Baumwinde als Druckmaschine und mit einem langen Drahtseil als Zugvorrichtung sowie den von ihm wesentlich verbesserten Waldbausel vor. Erstaunlich war trotz der ungeschulten Arbeiter die gewaltige Kraftentfaltung der verhältnismäßig leicht transportablen und preiswerten Baumrodemaschinen. Der verbesserte Waldbausel hat entschieden alle Aussicht, sich in allen größeren Holzhauerbetrieben einzubürgern. Neben der bekannten Büttnerschen Doppelbürste, dem Bandmaß mit Ableseung der halben Länge bzw. der Stelle, an welcher der Mittendurchmesser gekloppt werden muß und des Stabmaßes zum Ablängen, hatte Büttner die Kosten und Mühe nicht gescheut, seine fahrbaren Kochherde, die sowohl in der Landwirtschaft als in der Forstwirtschaft lebhaften Anklang gefunden haben, hierher zu schaffen und in ihrer Benutzung vorzuführen.

Auf dem Schmausenbud, einem Vergnügungsplatz am Ende des Exkursionsweges, war für das leibliche Wohl der Forstleute gesorgt, ehe die kurze Rückfahrt nach Nürnberg angetreten wurde.

Am 29. August fand der ganztägige Hauptausflug in das Forstamt Rothenburg a. T. statt, der uns in den Mischelkast und Keuper der fränkischen Hochebene (etwa 480 m über NN.) brachte. Hier herrschte die Fichte mit 65 % vor, die Buche nimmt 20 %, die Eiche 10 % und die anderen Holzarten etwa 5 % ein. Die meisten Bestände waren durch die Umwandlung rückgängiger Mittelwaldungen entstanden. Ziel der Wirtschaft ist, Wüchbestände zu erziehen von Fichte und Kiefer unter Beigabe von Buche bis 0,10 der Fläche. Es wird hierzu der Femelschlag und Samenschlag angewendet. Letztere rücken in der Breite der durchschnittlichen Bestandeshöhe von N nach S, NNO nach SSW oder NO nach SW vor. Die Aufforstung

geschieht durch Saat und Pflanzung. Erst wenn die Kultur als völlig gesichert gelten kann, darf ein weiterer Saumschlag, verbunden mit Stodrohung, erfolgen. Der Anbau erfolgt möglichst sofort nach dem Hiebe. Die natürliche Verjüngung der Fichte im Blenbergsaumschlag scheitert zunächst an dem hohen Alter der Abtriebsbestände. Die Schlagpflege war eine sehr gute, die Durchforstung anfänglich mit Rücksicht auf die Schaftreinheit und Vollholzigkeit eine nur mäßige, später stärkere.

Bei 100 jährigem Umtriebe beträgt die Gesamtnutzung 6,64 fm, hiervon 5,52 fm Abtriebserträge. Auffallend ist der geringe Anteil für die Zwischennutzungen, der allerdings nicht binden sein soll. Maßgebend für die Durchforstungen ist die Fläche. Der durchschnittliche Abtriebsertrag pro Hektar stellt sich bei den Hochwaldungen auf 601 fm und bei den Überführungsbeständen auf 253 fm. Die Holzpreise sind sehr günstige bei einem verhältnismäßig niedrigen Lagedlohn von 2,50 M pro Mann und 1,70 M pro Frau.

Bei einem Durchschnittspreis pro Festmeter Drehholz von 17,8 M stellt sich der Reinertrag auf 76,1 M pro Jahr und Hektar.

Nach dem Waldbegang führte uns ein Sonderzug in wenigen Minuten nach Rothenburg, dessen eigenartigen Reiz zu schildern unmöglich ist. Eine

Besichtigung der Stadt lohnt eine weite Reise, bei der die Zeit nicht zu knapp bemessen sein darf, um alle Schönheiten zu betrachten und in sich aufnehmen zu können.

Am Nachmittage wurde das berühmte Festspiel „Der Meißertrunk“ im Rathaus in mustergültiger Weise aufgeführt, dem die geschichtliche Tatsache zugrunde liegt, daß die Stadt nach Eroberung durch Tilly durch das Leeren eines riesigen Kaiserhumpens auf einen Zug von dem Bürgermeister Ruch vor der Plünderung und Zerstörung bewahrt wurde. Bei herrlichem Wetter bot gerade diese Exkursion, ganz abgesehen von den forstlichen Genüssen, durch den Besuch der Stadt Rothenburg sehr viel.

Am 30. August fand noch ein schwächer besuchter Nachmittagsausflug in die Staatswaldungen des Forstamtes Schnaittach statt, mit welchem ein Besuch der Festungsruine auf dem Rothenberge verbunden war. Auch diese Exkursion befriedigte die Teilnehmer sowohl wegen der mannigfaltigen und interessanten forstlichen Bestandsbilder, als auch wegen der landschaftlichen Schönheit dieses südlichen Ausläufers des Fränkischen Jura mit seinen herrlichen Ausblicken in die sogenannte Hersbruder Schweiz auf mehr als 80 Ortschaften und Einzelhöfe der Nürnberger und Erlanger Gegend.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Ansprüche der Anwärter der staatlichen Forstlaufbahn auf die Gemeinde- und Anstaltsforstbeamtenstellen.

Gesetz. Nr. I B, I d 3678^{II} M. f. Z.
1620/10. 12. C. 2. R. M., I Va 6726 M. d. J.

Berlin W 9, 8. November 1912.

In der forstlichen Presse ist in letzter Zeit wiederholt die Auffassung vertreten worden, daß die in unserer Verfügung vom 9. April 1880 — Nr. M. 1267/7, R. M. /3. 591/7, A 1 3, M. d. J. I B 10 002 I. Ang., M. f. Z. II 8044/I 5189 — und in den „Bestimmungen über Vorbereitung und Anstellung im königlichen Forstschutzbienste“ vom 1. Oktober 1905 gegebenen Vorschriften über die Ansprüche der Anwärter des staatlichen Forstschutzbienstes auf vorzugsweise Berücksichtigung bei der Besetzung von Gemeinde- und Anstaltsforstbeamtenstellen in einzelnen Landesteilen der gesetzlichen Grundlage entbehren. Wir nehmen Veranlassung, festzustellen, daß die genannten Vorschriften nach wie vor im Bereich der ganzen Monarchie zu Recht bestehen. In der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen finden sie eine Grundlage in der königlichen Verordnung vom 24. Dezember 1816 (Gesetzamml. von 1817, S. 57), in den übrigen alten Landesteilen stützen sie sich auf den Allerhöchst genehmigten Staatsministerialbeschuß vom 12. Oktober 1837. Auf die 1866 erworbenen Landesteile ist die auf Grund des Staatsministerialbeschlusses vom 12. Oktober 1837 in den alten Provinzen bestehende Rechtslage durch die Verordnung vom 4. Juli 1867, § 2 Abs. 2 (Gesetzamml. S. 1129) ausgedehnt worden.

Die Gesetze vom 14. August 1876 betreffend Verwaltung der Gemeinde- usw. Forsten in den sieben östlichen Provinzen (Gesetzamml. S. 373) und vom 12. Oktober 1897 betreffend die Forstschutzbeamten der Gemeinden usw. im Regierungsbezirk Wiesbaden (Gesetzamml. S. 411), mit denen nach Auslassungen in der Presse die Vorschriften der Verfügung vom 9. April 1880 und der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 nicht in Einklang stehen sollen, verfolgen in erster Linie landeskulturelle Zwecke, streifen die Personalfrage insofern nur von diesem Gesichtspunkt aus und hatten daher keine Veranlassung, sich mit den Rechten der Forstversorgungsberechtigten zu befassen. Die Entstehungsgeschichte und der Zweck dieser Gesetze lassen keinen Zweifel darüber, daß es die Absicht der Gesetzgeber war, die seit Jahrzehnten bestehenden Vorschriften betreffend die vorzugsweise Berücksichtigung der Anwärter des Staatsforstschutzbienstes bei der Besetzung von Gemeinde- und Anstaltsforstbeamtenstellen unangetastet zu lassen.

Eure Hochgeborenen/Hochwohlgeborenen werden ersucht, für Veröfentlichung dieser Verfügung Sorge zu tragen und die Beachtung der Vorschriften der Verfügung vom 9. April 1880 und der Bestimmungen usw. vom 1. Oktober 1905 zu überwachen.

Der Kriegsminister.

J. A. B a c m e i s t e r.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.

J. A. W e s e n e r.

Der Minister des Innern.

J. A. F r e u n d.

An sämtliche Regierungspräsidenten.

Holzverkaufs-Bekanntmachungen.

Allgemeine Verfügung Nr. 25/1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J.-Nr. III 11132, II. Ang.

Berlin W 9, 11. November 1912.

Es ist aufgefallen, daß trotz wiederholter Hinweisweise die Holzverkaufs-Bekanntmachungen einzelner Oberförstereien immer noch nicht in der wünschenswerten Kürze und Übersichtlichkeit abgefaßt sind.

Die Bekanntmachungen in den Lokalblättern haben vielfach eine überflüssig weitläufige Form und enthalten häufig entbehrliche Zusätze (Tag der Bekanntgabe, Name des Oberförstereis u. a.). In den Anzeigen im „Holzmarkt“ wird die Klarheit und Übersichtlichkeit über die zum Verkauf gestellten Holz-mengen und Sortimenten nicht selten unnötig erschwert durch ungewandmäßige Anordnung oder durch Aufführung der einzelnen Holznummern, die für den Holzhandel ohne Kenntnis des Inhalts und der Aufmaßzahlen der Stücke wertlos sind.

Da die Bekanntmachungen im „Holzmarkt“ gerade diejenigen sind, die für den größeren Holzhandel von Wichtigkeit sind (Erlaß vom 12. März 1906 — III. 2977), so ist bei ihrer Abfassung Wert darauf zu legen, daß das zum Verkauf gestellte Holz nach Holzarten und Sortimenten ohne Angabe der Holznummern in übersichtlicher, kurz gefaßter Form ersichtlich ist.

Die königliche Regierung wolle die Revierverwalter erneut auf die Befolgung dieser Vorschriften und die Beachtung des § 33 Absatz 2 der Geschäfts-Anweisung hinweisen.

J. A.: Besener.

An sämtliche königlichen Regierungen mit Ausnahme von Aachen, Münster und Sigmaringen.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Gesch.-Nr. III. 11072.

Berlin W 9, 7. November 1912.

Nachstehende Abschrift zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

J. A.: Besener.

An die königlichen Regierungen mit Ausnahme derer in Aachen, Münster und Sigmaringen.

Abschrift.
Kuratorium der Vogelwarte Rossitten. Berlin, 31. Oktober 1912.

Dem königlichen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gestattet sich das

Kuratorium der Vogelwarte Rossitten ehrerbietigst die Bitte zu unterbreiten, folgende Mitteilung den königlichen Oberförstereien geneigtest zu übermitteln:

Das Kuratorium der Vogelwarte Rossitten sagt den königlichen Oberförstereien für die gütigst zugesagte Teilnahme an den Beringungsversuchen den ergebensten Dank.

Die Übersendung der Ringe konnte jedoch erst zum Teil erfolgen, da eine sehr hohe Anzahl von Ringen angefordert ist und deren Herstellung längere Zeit beansprucht. Die noch ausstehenden Ringe werden bis zum Ablauf des Jahres übersandt werden, und bittet das Kuratorium die königlichen Oberförstereien, die Beringung im kommenden Frühjahr an Kestvögeln möglichst umfangreich ausführen zu wollen.

Das Kuratorium der Vogelwarte Rossitten.

In Vertretung: gez. von Lucanus,
Rittmeister im 2. Garde-Mann-Regiment.

An das königliche Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

— **Heranziehung der Försterdienstwohnung zu den Kreissteuern.** Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 21. Januar 1910 sind die Dienstwohnungen der staatlichen Beamten von der Grundsteuer befreit, wenn die Dienstwohnung unmittelbar der Ausübung des öffentlichen Dienstes dient. (Dies ist nach der im Jahrgang 1910 auf Seite 510 ausgesprochenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts beispielsweise der Fall, wenn in verhältnismäßig geringer Entfernung keine Ortschaften vorhanden sind, in denen eine mietsweise Unterbringung der Beamten und aus denen ihre Versorgung mit Lebensmitteln durchführbar wäre. Die Schriftleitung.) Die Forstverwaltung beantragte daher Steuerfreiheit für die Dienstwohnung des königlichen Försters in Forsthaus Werrig bei Warth (Kr. Mörz). Der Kreisaußschuß Mörz wies den Forstfiskus mit seinem Antrage auf Freilassung von der Grundsteuer ab. Der Bezirksaußschuß gab jedoch nach einer Ortsbesichtigung dem Antrage statt; die Frage, ob die Wohnung als im dienstlichen Interesse notwendig zu bezeichnen sei, müsse bejaht werden.

Verschiedenes.

— **Personalen der elsass-lothringischen Forstverwaltungsbeamten.** Zum ersten Male sind dem Waldheil-Kalender, Ausgabe für Elsaß-Lothringen, Dienstalterslisten der reichsländischen Forstbeamten beigegeben.*) Aus der für

*) Liste der Elsaß-Lothringischen Staats- und Gemeinde-Forstbeamten nebst Verzeichnis der wichtigsten Privatwaldungen und deren Verwalter. Nach dem Stande vom 1. Oktober 1912. Nach amtlichen Quellen herausgegeben von der Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung. Dritter Jahrgang. Neubamm 1912. Verlag von J. Neumann. Kostenlose Beilage zum Kalender „Waldheil“ 1913. Einzelpreis gebest 1 M 20 S.

die Forstverwaltungsbeamten geht hervor, daß 1 Landforstmeister, 3 Oberforstmeister, 8 Regierungs- und Forsträte und 65 Oberförster für die besetzten Waldungen Elsaß-Lothringens (rund 357 000 ha) tätig sind. Von diesen 76 höheren Beamten sind nur noch 8 solche im Dienst, die anfangs der 70er Jahre aus anderen deutschen Bundesstaaten in den reichsländischen Forstdienst berufen werden mußten. Von den ehemaligen französischen Forstbeamten waren nur zwei in die neue elsass-lothringische Forstverwaltung übergetreten. Von den genannten 76 Forstbeamten sind 15 Söhne einheimischer Familien

und 24 Söhne altdeutscher, im Reichslande angestellter Beamten. Die Zahl der ersteren, worunter bereits 2 Oberförstermeister, würde noch größer sein, wenn nicht bis anfangs der 80er Jahre bei der einheimischen Bevölkerung eine deutlich erkennbare Abneigung vorhanden gewesen wäre, in den elsäß-lothringischen Verwaltungsdienst einzutreten. Das Altersklassenverhältnis der Forstverwaltungsbeamten stellt sich zurzeit wie folgt:

	Höhere Beamte	Oberförster
über 60-jährig sind	2	6
51—60 " "	6	6
41—50 " "	4	35
35—40 " "	—	18
Durchschnittsalter	54	46

Die Wartezeit von der Staatsprüfung bis zur Anstellung als Oberförster und das Lebensalter, in dem diese erfolgt ist, haben seit 1871 große Schwankungen erlitten. Einzelne Forstassessoren sind in dem ersten Jahre nach der Staatsprüfung als Revierverwalter bestellt worden, andere haben neun bis zehn Jahre warten müssen. Es berechnen sich folgende Durchschnittszahlen:

	Wartezeit	Lebensjahre bei der Anstellung
ein Fünftel der Oberförster	4,7 Jahre	31,5 Jahre
zwei " " "	3,7 " "	31,7 " "
drei " " "	6 " "	33,1 " "
vier " " "	7,2 " "	34,7 " "
fünf " " "	8,5 " "	36 " "

In den nächsten Jahren werden die Wartejahre voraussichtlich abnehmen. Erwünscht wäre eine derartige Regelung des Zugesanges an Anwärtern, daß die Anstellung als Oberförster spätestens sechs Jahre nach der Staatsprüfung, also im Alter von nicht über 33 Jahren, erfolgen würde.

✕

— **Geschenke Privater an Beamte.** Die preussischen Staatsbeamten dürfen bekanntlich für dienstliche Leistungen Geschenke von Privatpersonen nur annehmen, wenn die vorgesetzte Dienstbehörde ihre Genehmigung hierzu erteilt. Bei diesen Genehmigungen wird, wie ein Erlaß des preussischen Ministers des Innern feststellt, nicht immer mit der durch die Natur der Sache gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung verfahren. Einerseits sollen die Behörden alles vermeiden, was das Empfinden der Beamten für die bestehende Rechtslage abzustumpfen geeignet sein könnte, andererseits aber auch dafür sorgen, daß die Integrität und das Ansehen der Beamtenkraft durch die Handhabung des Genehmigungsrechtes nicht beeinträchtigt werde. In einem früheren Erlaße seien bereits die Wege gegeben, die gewählt werden können, um derartige Geschenke für die Beamtschaft nutzbar zu machen; insbesondere dürfte sich dabei vielfach Gelegenheit bieten, die Grundung und Unterhaltung von Wohlfahrts-

einrichtungen, die für die Gesamtheit der Beamtschaft bestimmt sind, durch Überweisung der Geschenke zu fördern. Nach diesen Gesichtspunkten soll in Zukunft im Ressort des Ministeriums des Innern verfahren werden.

✕

— **Der Sächsische Forstverein** hält seine diesjährige Winterversammlung am Freitag, dem 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in Dresden bei Kneißt, Große Brüdergasse, ab. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Festlegung der Beratungsgegenstände für die im Juni n. Js. in Meissen stattfindende Hauptversammlung des Forstvereins. In Verbindung mit der Winterversammlung hält auch die Vereinigung für forstwirtschaftliche Tagesfragen eine Sitzung in Dresden ab.

✕

— **Neue Berufsgenossenschaften.** Durch die Reichsversicherungsordnung sind eine Reihe von Gewerbszweigen und Tätigkeiten der Unfallversicherung neu unterstellt worden, welche bisher nicht versichert waren. Sie sind entweder bestehenden Berufsgenossenschaften zugeteilt worden oder werden bei neu errichteten Genossenschaften versichert. Für die Detailhandelsunternehmen ist eine „Detailhandels-Berufsgenossenschaft“ (Sitz Berlin) errichtet worden. — Die Betriebe der Binnenfischerei, der Fischzucht, der Leichwirtschaft und der Eisgewinnung hat man den Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaften, die gewerbsmäßigen Fahr-, Reittier- und Stallhaltungsbetriebe der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, die Holzfallungsbetriebe, welche mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, den Holz-Berufsgenossenschaften zugewiesen. — Für die Betriebe der Gärtnerei, der Park- und Gartenpflege sowie Friedhofsbetriebe ist eine das Reichsgebiet (außer Bayern, Königreich Sachsen, Hessen, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Bremen, Hamburg und Elsaß-Lothringen) umfassende (landwirtschaftliche) Gärtnerei-Berufsgenossenschaft (Sitz wahrscheinlich Berlin) errichtet worden. In den genannten Bundesstaaten verbleibt die Gärtnerei usw. bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Kleine Haus- und Ziergärten, die nicht regelmäßig und in erheblichem Umfange mit besonderen Arbeitskräften bewirtschaftet werden und deren Erzeugnisse hauptsächlich dem eigenen Haushalt dienen, gelten nicht als landwirtschaftlicher Betrieb, sind also nicht versichert (§ 917 der R. V. O.).

Die neue Versicherung des nicht gewerbsmäßigen Haltens von Fahrzeugen auf Binnengewässern, von anderen Fahrzeugen, soweit diese durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, und von domestizierten erfolgt durch eine „Versicherungsgenossenschaft für das Halten von Reittieren und Fahrzeugen“, welche in Berlin ihren Sitz hat. Hierher sind zu rechnen: Luxusfahrwerke (Automobile, Kutschfahrwerke), Motor- und Segelboote, Lustschiffahrt, Luxusreittiere. Das Halten von solchen Beförderungsmitteln ist aber nur versicherungs-

pflichtig, soweit dabei Arbeiter oder sonst versicherte Personen beschäftigt werden und wenn das Halten die Dauer von sechs Tagen übersteigt. Fuhrwerk usw., das für einen bereits anderweit versicherten Betrieb gehalten wird, ist mit diesem bei der für ihn zuständigen Berufsgenossenschaft versichert. Als Halter eines Fahrzeuges oder Reittieres gilt die Person, die im eigenen Interesse die Sorge für das Fahrzeug oder Reittier übernommen hat, und zwar nicht bloß zu einem vorübergehenden Zwecke, sondern für einen Zeitraum von einer gewissen Dauer. Die Folge der Versicherung ist, daß die zivilrechtliche Haftung eines Tierhalters aus § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Fahr- und Stallpersonal gegenüber beseitigt wird.

— Eine schwere Fahrlässigkeit führte kürzlich einen Privatförster vor die vierte Strafkammer des Landgerichts II zu Berlin. Der Angeklagte erfuhr am 12. Juli d. Js., daß in seinem Revier Wilderer beobachtet worden seien. Er machte sich auf den Weg und lud vorsichtshalber seinen Drilling mit zwei Schrotpatronen. Auf dem Wege wollte er bei einem Schmiedemeister noch eine Fahrrad-reparatur zahlen. Während des Gesprächs nahm er das Gewehr vom Rücken und hantierte, die Mündung auf eine einige Schritte von ihm entfernt stehende Frau gerichtet, daran herum. Als er versuchte, das Gewehr, das sich etwas schwer aufklappen ließ, mit aller Kraft aufzureißen, trachte plötzlich ein Schuß. Die Frau sank zur Erde und war sofort tot. Die Fahrlässigkeit des Angeklagten wird von der Anklage darin erblickt, daß er jene Manipulation ginstatt mit abgewendetem Gewehr, mit der Mündung auf in der Nähe stehende Personen gerichtet, vorgenommen habe. Der Staatsanwalt hielt eine grobe Fahrlässigkeit für nachgewiesen und beantragte vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis.

— Ankauf von Abbaugrundstücken. Der Forstfiskus hat im vorigen Jahre die größte Anzahl der Abbaugrundstücke in Hammerstein, Westpreußen, auf den Hufen und in Zertentaten, dessen Besitzer infolge der Dürftigkeit der sandigen Ländereien sich darauf kaum ernähren konnten, aufgekauft und die Baulichkeiten auf Abbruch veräußert. Die Ländereien werden nunmehr angeschont und zur Forst Hammerstein geschlagen.

— Vereiteter Verkauf des Stadtwaldes Warburg. Die Stadt Warburg in Westfalen hat beabsichtigt, ihren Waldbesitz an den Freiherrn v. Schell zu Schellenberg zu verkaufen und um Genehmigung dieses Verkaufs bei den zuständigen Behörden nachgesucht. Diese ist nun von dem Regierungspräsidenten mit der Begründung versagt worden, daß bei einer tatsächlichen Wertsteigerung des Warburger Waldes in den letzten zehn Jahren um 1 Million Mark, die Stadt mit dem Waldverkauf nochmals zehn Jahre warten solle, da in dieser Zeit voraussichtlich eine ähnliche

Wertsteigerung erfolgen wird. Auch die Schuldenlast der Stadt Warburg sei nicht so groß, daß dadurch der Verkauf des Waldes gerechtfertigt erscheine. Auf die beim Minister hiergegen erhobene Beschwerde ist ebenfalls ein ablehnender Bescheid ergangen.

— Waldkäufe in Sibirien. Vor kurzer Zeit berichtete „Stockholms Dagblad“ über die Pläne einer englischen Gesellschaft, in Sibirien die Genehmigung zur Anlage und zum Betrieb von Holzschleifereien zu erwerben, und nach deren Bewilligung die erforderlichen Eisenbahnen zu bauen. Neuerdings meldet diese Zeitung wieder, daß sich in Christiania eine norwegisch-englische Gesellschaft gebildet hat, die den Zweck verfolgt, eine regelmäßige Handelsverbindung zwischen England und Sibirien zu schaffen, und zwar soll die neue Route über das Eismeer nach den Mündungen der großen sibirischen Flüsse gehen. Es dürfte sich hierbei hauptsächlich darum handeln, die großen sibirischen Nadelwälder der Nutzbar-machung zu erschließen und deren Holz nach England zu verfrachten. Man hofft, daß durch die geplante Dampferlinie, die möglichst regelmäßig laufen soll, die Transportkosten von und nach den bedeutenderen sibirischen Handelshäfen sich verringern werden. Von norwegischen Forstleuten werden bereits die Möglichkeiten eines sibirischen Holzexports über das Karische Meer eingehend untersucht, und es ist bereits eine Probefsendung sibirischen Kiefernholzes nach London abgegangen. Auf Nowaja-Semlja soll sich die Gesellschaft bereits Lagerplätze gesichert haben. Die russische Regierung bringt diesen Unternehmungen reges Interesse entgegen, sie hat, um der Gesellschaft eine Verständigung mit Sibirien zu ermöglichen, am Karischen Meer und an den Mündungen der sibirischen Flüsse Telefunkenstationen errichten lassen.

Aus den Jägerbataillonen.

Die Hundertjahrfeier des kurfürstlichen Jäger-Bataillons Nr. 11 zu Warburg soll am 9., 10. und 11. August 1913 begangen werden. Dem seit dem 27. September 1866 als preussischer Truppenteil bestehenden Bataillon, dessen Stam-truppen das vormalige kurfürstlich Hessische Jäger-Bataillon, das vormalige kurfürstlich Hessische Schützen-Bataillon und das vormalige Herzoglich Nassauische Jäger-Bataillon sind, ist durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 24. Januar 1899 als Stiftungstag der 5. Dezember 1813 verliehen worden. Das Bataillon bittet die ehemaligen Angehörigen des Bataillons und seiner Stam-truppen um möglichst zahlreiche Beteiligung an der Feier seines Ehrentages. Anmeldungen dazu, unter Angabe der Dienstjahre, sind dem Bataillon möglichst bis zum 1. März 1913 erwünscht.

— Amtlicher Marktbericht. Berlin, den 26. November 1912. Rehbock 0,50 bis 0,75, Rotwild 0,25 bis 0,60, Farnwild 0,45 bis 0,75, Schwarzwild 0,30 bis 0,60 M das Fünd. Hain 1,50 bis 4,00, Manndchen 0,30 bis 1,20, Stodenten 0,80

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Befördert wurden:

Zu 4., gepr. Präfikant, von Stadeln beim Forstorte
Stammhain; **Der mann**, gepr. Präfikant, von Poßten-
berg hiebei beim Forstorte Waldmündchen; **Wandenberg**,
Hofessor zu Langenbach, zum Forstweimer in Gossleben;
Reise, gepr. Präfikant, von Frethalden beim Forstorte
Beragabern; **Siebenstift**, gepr. Präfikant, von Bieglanger
beim Forstorte Wittenau.

Berechnet wurden die Affektoren:

Miste von Mittenau nach Vangenbach (Bad Steben); **Schäffer** von Dahn nach Sverger (Regierungsortlammer); **Lingmann** von Stammham nach Augsburg (Regierungsortlammer); **Müller** von Waldbühnen nach Münden (Regierungsortlammer); **Schleifer** von Münden nach Auerbach (Neuhaus a. B.).

Benfontiert wurden:

Präsident, Kassenfor zu Bergzabern, auf sechs Monate; Verles, Forstmeister zu Oßersdorf, für immer; Pöhlmann, Forstmeister zu Hofstetten, auf ein Jahr.

Sasfmann, Assistent am Landeshut, ist zum Sekretär in
Wünsch u. beordert.

Daselwender, Assistent an HINTERWEIDENTHAL, ist zum Förster in RUPPERTSWEILER befördert.

Verz. Adjunkt zu Treuschlingen, ist zum Förster in Schwabenberg befördert.

Schnecker, Aspirant zu Ebnath, ist zum Assistenten in Vollenfeld ernannt.

Lehrer, Aspirant zu Fischbach, ist zum Affilianten in Klein-
rinderfeld ernannt.

Mein. Aspirant zu Waldberg, ist zum Assistenten in Fabrik-
schleisach ernannt.

Leiss, Aspirant zu Effelter, ist zum Assistenten in Beibrunn ernannt.

Hensert, Aspirant zu Dittlosbroda, ist zum Assistenten in Fischeladori ernannt.

Wettlinger, Assistent an Reichenhall, ist zum Förster in
Wauschlag befördert.

Höf. Höfster zu Kuppertsweiler, ist nach Bindelbrunn versetzt.
Siebr. Siebrer, Hilfspost zu Neustadt a. H., ist zum Sekretär in

Sollacher, Förner an Wogelleg. ist nach Seehaus versch.

Doff, Assistent zu Ulzberg, in zum Sekretär in Würzburg befördert.

Verstelt wurden die Affiliaten:
 Meyer von Schomnidkreuz nach Amstutz; Meyer von

Heimer von Johannissteden; nach Jülich; Bauer von
Trippstadt nach Ebernburg; Bauer von Ebernburg nach
Heimen; Brischel von Fleischnburg nach Johannissteden;

Reichen: ~~Wittgen~~ von Großenbottig nach Johannsdorf eing.
 Berthlein von Vellenfeld nach Treuschlingen; ~~Silberner~~
 von Woldbrauck nach Hohenbürg: Lang von Hainels.

dorf nach Wilschaffenburg; **Oberfeld** von Kaiserstauern nach Unterweidenthal; **Reichenhof** von Winnweiler nach Truppbach; **Schmitt** von Steinmetzbühl nach Wabbenmünzen; **Strass** von Weisbach nach Weidenbach; **Strauß** von Weiskrumm nach Wörsburg; **Vogel** von Rabitzschleich nach Wothsburg o. T.; **Winkhaus** von Waldbleichen nach Neunhof a. O.

Das Gutsoldkreuz für 40jährige Dienstzeit wurde verliehen:
Hr. Graf v. Gressenstein, Direktor der Hagelversicherung

Präsident: Herr Dr. Hoffmann. Ich bin der Regierungsvorstand zu Ansbach; Schab, Hofstrat zu Herrnhüte; Greger, Höpner zu Regensburg; Schmidt, Höpner zu Hohenbach.

Glaß-Lothringen.

Platz, Heinrich, Gemeindeförster, in die Gemeindeförsterstelle des Schutzbezirks Saarbach, Oberförsterei Schleisstadt, vom 1. December d. Jg. ab provisorisch übertragen.

Kiesel, Gemeindeforster zu Norfthaus Saarbach, Kre 6 Schleib.
Rohr, in aus Anlaß seiner über. rufe in den Hub. Stand
das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Virson, Gemeindefürster zu Rheinau, in d. e. Gemeindefürster-
stelle des Schußbezirks Magel, Oberförsterei Oberehnheim,
vom 1. Dezember d. J. ab übertragen.

Brief- und Fragelasten.

Nr. 156. Anfrage: 1. Mit welchem Zeitpunkte steht die Schaffung etatmäßiger Sekretärstellen in Aussicht, die nach den diesjährigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zu erwarten sind? 2. Ist mit der Verleihung des Kalkulator-

attestes an die Beamten — auch Forstaufseher, Hilfsjäger — eine Verbesserung des Gehaltes verbunden?
C., Kgl. Förster.

A n t w o r t: Die Besetzung der neuen Stellen kann frühestens zum 1. April 1913 in Frage kommen, da sie erst durch den Staatshaushaltsetat für 1913 genehmigt werden müssen. Dieser pflegt erst Anfang Januar dem Landtage vorgelegt zu werden. Erst dann, wenn nicht der Finanzminister, wie im vorigen Jahre, einen kurzen Überblick schon zu Weihnachten veröffentlicht, wird man übersehen können, ob und inwieweit auch die Bezüge der nicht etatmäßigen Fortskretäre zum 1. April 1913 aufgebessert werden sollen. Im Oktober und November ist man in den beteiligten Ressorts erst mit den meist langwierigen Vorverhandlungen zur Feststellung des nächsten Etats beschäftigt.

Nr. 157. **Anfrage:** Ich habe in meinem landwirtschaftlichen Betriebe einen Unfall erlitten, für welchen mir die Berufsgenossenschaft eine Rente festgesetzt hat. In dem Vorbescheid wurden mir 60 % zuerkannt auf Grund des Gutachtens des Kreisarztes. Darauf ordnete die Berufsgenossenschaft eine erneute ärztliche Untersuchung durch einen anderen Arzt an. Auf Grund dieses Gutachtens wurde mir der Bescheid zugestellt, daß die Rente auf 33⅓ % festgesetzt sei. Aus dem ärztlichen Gutachten wurde mir nur ein Auszug mitgeteilt, der nur Angaben über meine gesunden Körperteile enthielt, nicht aber den Befund über meine wirklichen Fehler, auf Grund deren mir die Rente zuerkannt wurde. Ein Gesuch an den Sektionsvorstand um Übersendung einer Abschrift des ganzen Gutachtens wurde abschlägig beschieden mit dem Bemerken, daß es mir ja freistehe, gegen die Festsetzung der Rente Berufung einzulegen. Ich frage nun an: 1. Mußte mir der Sektionsvorstand nicht einen neuen Vorbescheid erteilen, als er beabsichtigte, die Rente niedriger zu bemessen, als in dem Vorbescheid angegeben war? 2. Muß mir der Sektionsvorstand eine Abschrift des ganzen Gutachtens ausstellen? 3. Kann mir unter diesen Umständen die Frist zur Einlegung der Berufung nicht verlängert werden? 4. An wen habe ich meine Beschwerden gegen das Verhalten des Sektionsvorstandes zu richten?

H. Förster in R.

die Berufsgenossen

A n t w o r t: Zu 1: Ja, die Berufsgenossenschaft mußte Ihnen einen neuen Vorbescheid erteilen. Zu 2: Nein. Es braucht der Inhalt eines ärztlichen Gutachtens nur insoweit zur Kenntniß des Verletzten gebracht zu werden, als er für die Bemessung der Entschädigung maßgebend ist. Wir empfehlen aber, das Oberver sicherungsamt bei Einlegung der Berufung zu bitten, Ihnen eine Abschrift des ganzen Gutachtens zu erteilen, und sich zugleich bereit zu erklären, die Schreibgebühren zu erstatten. Zu 3: Nein. Zu 4: Das Reichsversicherungsamt ist die Beschwerdeinstanz. Ha.

Au der Redaktion: A. R.: Hans Grundmann Wendheim.

Diefer Nummer liegt die November-Ausgabe der Forftlichen Rundfchau bei. Des Förfters Feiertag fällt daher diefe Woche aus.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Gemeinfter Berufsforst, Rientz, Post Hütte (Gatz).

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Einzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen **Dienstag** früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind **direkt** an die Geschäftsstelle der Deutschen Forstzeitung in Neudamm zu senden. **Aufnahme** aller Angelegenheiten der **Bezirks- und Ortsgruppen** erfolgt nur **eimal**.

Bezirksgruppen:

Danzig. Es dürfte in einem Regierungs-Bezirk von der Größe des unsrigen mit 147 Förstern stellen wohl selten vorkommen, daß es hiebzehn Kollegen ein und desselben Jahrganges — nämlich 1887 — vergönnt ist, in körperlicher Frische und Gesundheit ihr 25. Jahr Dienstjubiläum zu begehen. Es sind dies die Kollegen: Robert Müller, H. Pojewski, Luthardt, Grabs, Winkelmann, Schütt, Maas, Pfeiffer, Rosed, Jagusch, Frdr. Schulz, Klinge, Reupoldt, Max Müller, Lubig, Krohn und Karbe. Ihnen allen seien an dieser Stelle, wenn auch etwas verspätet, die herzlichsten Glückwünsche der Bezirksgruppe ausgesprochen! Mit besonderem Forst- und Weidmannsheil!

Für den Vorstand: Tenzler.

Hildesheim. Am 7. Dezember d. Js., mittags 12 Uhr, Bezirksgruppenversammlung im Hotel „Eng. Hof“ zu Northeim. Tagesordnung: 1. Stellung von Anträgen zur nächsten Delegiertenversammlung in Berlin; 2. Wahl des Bezirksgruppenvorsitzenden; 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Königsberg. Die Versammlung am 7. Dezember in Königsberg findet im „Britisch Hotel“, Bergplatz 4, statt.

Der Vorstand: Herrmenau, Beisitzer.

Magdeburg. Am Sonnabend, dem 7. Dezember, von nachmittags 2 Uhr ab, findet in Magdeburg, „Raiserhalle“, eine Mitgliederversammlung mit nachstehender Tagesordnung statt: 1. Vorschläge für die Delegierten-Versammlung in Berlin; 2. Bekanntgabe über den momentanen Stand zur Abnahme der Dienstländereien; 3. Besprechung über das bekannte Thema; 4. Vortrag über das Thema: „Eine Forderung in der Lehliger Heide“; 5. Verschiedenes. Wie wichtig die Tagesordnung ist, bleibt jedem Mitglieder zur Beurteilung selbst überlassen. Es wird pünktlich begonnen und um zahlreiches Erscheinen gebeten, auch derjenigen Mitglieder, die beharrlich seit Gründung der Bezirksgruppe durch Abwesenheit glänzten!

Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Allenstein. Sonnabend, den 7. Dezember d. Js., abends 6½ Uhr, Versammlung in Allenstein, Hotel Kronprinz. Tagesordnung: 1. Wahl des Gesamtvorstandes; 2. Besprechung über die abzuhaltende Kaisergeburtstagsfeier; 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Brieg (Regbz. Breslau). Sonntag, den 8. Dezember d. Js., nachmittags 3 Uhr, findet im Vereinslokal (Naumann) eine Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vorträge und darauf Be-

sprechung zum Thema des Hauptvereins; 2. Rechnungslegung und -prüfung; 3. Aufnahme neuer Mitglieder; 4. Einziehung von Vereinsbeiträgen; 5. Verschiedenes. Regte Beteiligung sehr erwünscht. Nach Schluß der Sitzung gemüthliches Zusammensein, wozu auch die Damen freundlichst eingeladen werden.

J. A. Bente, Schriftführer.

Erbshausen (Regbz. Erfurt). Sonnabend, den 7. Dezember cr., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Hotel Möller. Tagesordnung u. St., zur Rechnungslegung, Vorstandswahl usw. Nach Schluß gemeinsames Beisammensein mit Damen.

M. L. v. E. b. t.

Frankenberg (Regbz. Cassel). Das Oberjägerkorps in Marburg ladet die Mitglieder der Ortsgruppe mit Familie zu dem am 7. Dezember d. Js., abends 8 Uhr, in den Stadtsälen zu Marburg stattfindenden Tanzkränzchen ein. W. e. n. e. r.

Hermesfeld (Regbz. Trier). Am Sonntag, dem 8. Dezember d. Js., nachmittags von ½ 4 Uhr ab, Versammlung zu Wabern im „Dachstuhlhof“ am Bahnhof. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Lesen der Jahresrechnung; 3. Neuwahl des Vorstandes; 4. Besprechung des vom Hauptvorstande angeregten Themas: Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Gemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben?; 5. Verschiedenes. An der Versammlung wird voraussichtlich der Bezirksgruppenvorsitzende, Herr Gemeinfter Henn, teilnehmen. Um recht vollzählige Beteiligung wird gebeten.

Der Vorsitzende: H. u. h.

Marburg (Regbz. Cassel). Das Oberjägerkorps des kurhessischen Jäger-Bataillons ladet die Gruppe zu einem Tanzkränzchen auf Sonnabend, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, in die Stadtsäle nach Marburg ein, mit Nachfeier am 8. Dezember Hausenhaus rechts.

Der Vorstand.

Neutkirchen, Kreis Biegenhain (Regbz. Cassel). Das Oberjägerkorps des kurhessischen Jäger-Bataillons Nr. 11 ladet die Ortsgruppe zum 7. Dezember 1912 zu einem in den Stadtsälen in Marburg stattfindenden Tanzkränzchen ergebenst ein. Beginn 8 Uhr abends.

Der Vorstand: Klingelshöfer.

Nische (Regbz. Marienwerder). Sonntag, den 7. Dezember, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung in Nische. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Besprechung über ein vom Hauptverein gestelltes Thema. Nach Schluß der Versammlung Familienkränzchen, wozu die angemeldeten, am 1. Januar eintretenden Mitglieder freundlichst mit eingeladen sind.

Der Vorstand.

Paderborn (Regbz. Minden). Sonntag, den 8. Dezember d. Js., nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Gasthof „Zur Post“ zu Paderborn. Tagesordnung: 1. Prüfung der Jahresrechnung;

2. Dienstlandsregulierung; 3. Förster-Ausbildungsfrage; 4. Unterstützung zweier erkrankter hilfsbedürftiger Kollegen; 5. Kaisergeburtstagsfeier. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Gerichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Hegenmeister Bernstorff, vorkommen bei Förster, Pary, vorliegen. Was für die nächstälteste Kammer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Gumbinnen. Die Mitglieder- und Vertreterversammlung am Hubertustage in Tilsit erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Es waren sämtliche Mitglieder vertreten. Die Tagesordnung wurde lückenlos mit Aufmerksamkeit und gutem Verständnis ausgeführt. Näheres erfahren die Herren Kollegen in ihren Ortsgruppenversammlungen. Die Verhandlungen teilten sich in zwei Richtungen. Die sachliche Weiterbildung der Mitglieder und Wahrnehmung der Standesinteressen. Mit großem Fleiße hatte Herr Kollege Förster Siegfried Pfeil Formulare und Erläuterungen für seinen Vortrag „Holzwerbung und -verlohnung“ durch Umdruck vorbereitet, und konnte jeder Teilnehmer an der Hand dieser Unterlagen dem Vortragenden gut folgen. Der Vortrag sollte die Kollegen dazu anregen, eine genaue Buchführung einzurichten, nach welcher jederzeit zu ersehen ist, wieviel Holz eingeschlagen und welche Zahlungen hierauf gemacht sind. Die nachfolgende, rege Aussprache zeitigte den Beschluß, über das Formular zur Eintragung der Werbungskosten, verteilt auf die einzelnen Rotten, besonders der Sammelhiebe, nochmals eingehendere Rücksprache in den Ortsgruppen zu pflegen. Danach erst soll die Bezirksgruppe sich schlüssig machen, ob die Forstverwaltung um Herstellung dieser Formulare an Stelle der fehlenden Formulare für das nicht immer notwendige, aber in der Hauordnung geforderte Lohnbuch gebeten werden soll. Trotz aller Anerkennung der Siegfrieds Buchführung wurde auch die Befürchtung ausgesprochen, daß die jetzige Überfülle von Schreibarbeit für den Förster durch Führung der angeregten Listen vermehrt werden würde. Die bisherigen Einschränkungen der Schreiberei seitens der Verwaltung haben dem Förster eine Verminderung seines Dienstes in der Schreibstube noch nicht gebracht. Der zweite Vortrag, „unser Krankenkasse“, gehalten von Herrn Kollegen Förster o. R. Kutschelis-Bischwill, sollte den Teilnehmern vor Augen und zu Herzen führen, wie der Verein nach langer Arbeit und Überwindung von Schwierigkeiten und Mißtrauen durch unseren zähen und fleißigen Leiter, Herrn Kollegen Förster Sacher-Breslau, endlich dahin gelangt ist, allen Kollegen in Krankheitsfällen von Bedeutung die gebrachten Geldopfer zum großen Teil zurückzahlen zu können. Der Vortragende hatte so viel Material zusammengestellt und brachte dieses in so geschickter Weise zu Gehör,

daß eine Anzahl anwesender Kollegen der Krankenkasse sofort beitraten, obwohl in unserm Bezirk eine größere Menge der älteren Kollegen der Krankenkasse des alten Förstervereins die Treue bewahrt hat. Die Regelung der Dienstaufwandsentschädigung hat überall dort neue Hoffnungen erweckt, wo man mit den seit Jahren in Aussicht stehenden Tatsachen rechnen mußte. Nur die Art und Weise der Ermittlung des etwa überschüssigen Dienstlandes von der Mehrzahl der unteren Verwaltungsglieder hatte einige Beunruhigung hervorgerufen. Diese aber wurde durch die Erläuterungen des Herrn Oberforstmeisters einer Försterabordnung gegenüber wieder behoben. Die klimatischen und kulturellen Verhältnisse unseres lieben, aber rauhen Ostens, der an die Kasse der Förster hinsichtlich der Aufwendungen im Interesse des Dienstes, der Kindererziehung, der Beschaffung der Lebensbedürfnisse, der Gesinde- und Gepannghaltung außergewöhnliche Anforderungen stellt, lassen immer wieder Zweifler aus unseren Reihen auftreten, die nicht mit Unrecht behaupten, daß der in Aussicht genommene Höchstbetrag der Dienstaufwandsentschädigung auch bei Beibehaltung der jetzigen försterlichen Landwirtschaf für die mittleren und schlechten Stellen nicht ausreichend hoch bemessen wäre. Dieselben Zweifler wollen uns beweisen, daß der jetzt ausgeworfene Betrag für die Dienststelle im Durchschnitt allein durch Einziehung der Waldweide aufgewogen werden würde. Sollten nun bei einigen Förkereien noch Wiesen oder Ländereien als über das Bedürfnis hinausgehend angesehen werden, dann wäre das Geschäft der Finanzverwaltung ein außerordentlich vorteilhaftes. Dieser Vorteil der Staatskasse würde, vom Standpunkt des Försters aus gesehen, aber dahin beurteilt werden müssen, daß die Kosten der vorzunehmenden Dienstaufwandsregelung nicht der Brotherr, sondern der Försterstand zu tragen hätte. Die Versammlung stimmte geschlossen dem Vorschlage des Vorsitzenden zu, jetzt einen neuen Abschnitt zu beginnen und, bis zur Erbringung des Gegenbeweises, der königlichen Staatsforstverwaltung volles Vertrauen entgegenzubringen, in der Hoffnung auf eine dem Dienstinteresse entsprechende Regelung des Dienstaufwandes mit nachfolgender Beseitigung der bestehenden Bezahlungshärte.

Der Vorstand. J. M.: P u p p e l, Vorsitzender.

Wiesbaden. Die am 19. Oktober in der „Alten Post“ zu Limburg a. d. L. nach vorausgegangener Vorstandssitzung stattgefundene Herbstversammlung war erfreulicherweise gut besucht. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe um 2½ Uhr nachmittags mit einem begeistert aufgenommenen Horrido auf Seine Majestät unseren Kaiser und König und einer Begrüßung der erschienenen Kollegen. Alsdann folgte der geschäftliche Teil. 1. Der Schriftführer verlas das Protokoll der Frühjahrssammlung, welches ohne Einwendungen genehmigt wurde. 2. Der Delegierte für Berlin erstattete ausführlichen Bericht über die Delegiertenversammlung in Berlin, wofür

ihm der Vorsitzende im Namen der Versammlung dankte. 3. Kollege Müller-Frohnhausen referierte über seinen von allen Ortsgruppen begutachteten Entwurf zum Försterstellenverzeichnis und erntete für seine große Mühewaltung den Dank der Bezirksgruppe. 4. Die Bezirksgruppe befürwortete für den Hauptverein Wanderversammlungen. 5. Die Bezirksgruppe beschloß, dem Deutschen Forstverein als korporatives Mitglied beizutreten. 6. Den Einzelmitgliedern der Bezirksgruppe wurde empfohlen, sich einer Ortsgruppe anzuschließen. 7. Die Sammlung für die Romanus-Loorm-Spende wurde fortgesetzt. Um 5½ Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Horrido auf den Herrn Oberforstmeister Dandelmann.

Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Deutscheheide (Regbz. Danzig). Zur Ortsgruppenversammlung am 9. d. Mts. waren leider nur sieben Mitglieder erschienen, und zwar, wie immer, vollständig die Kollegen der Oberförsterei Deutscheheide. Die Tagesordnung erledigte sich wie folgt: Zu Punkt 1 wird ein Sonderbericht dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe eingereicht werden. Punkt 2. Als Vertreter zur nächsten Bezirksgruppenversammlung wurde der Vorsitzende, als dessen Stellvertreter Kollege Winkelmann gewählt. Punkt 3. Ein Antrag zur Zahlung der Diäten an die Hilfsjäger während der ganzen Dauer ihrer militärischen Übung wurde einstimmig angenommen. Punkt 4. Die Geburtstagsfeier Sr. Majestät findet im Anschluß an die nächste Sitzung in Kasparus durch einen Familienabend statt. Der Tag hierfür wird noch bekanntgegeben werden. Von den Mitgliedern eingeladenen Gäste sind willkommen. Punkt 5. Wegen Behinderung des Kollegen Willoweit konnte der angesagte Vortrag nicht gehalten werden. Punkt 6. Die Sammlung für die Hinterbliebenen der Kollegen Romanus und Loorm ergab 27 M. Nach Schluß der Sitzung fand die 25jährige Dienstfeier der Kollegen Winkelmann und Müller statt, welche die Teilnehmer mit ihren Damen noch einige Stunden in angeregter Stimmung beisammen hielt. Den Damen sei hier noch für ihr vollständiges Erscheinen herzlichst gedankt.

Der Vorsitzende: Reumann.

Nienburg a. Weser (Regbz. Hannover). Die Herbstversammlung der Ortsgruppe fand am 10. November im Hotel Gerin zu Hoya statt. Dieselbe wurde nachmittags 4 Uhr vom Vorsitzenden mit einem auf unseren obersten Jagdherrn ausgebrachten Weidmannsruf eröffnet. Die seinerzeit bekanntgegebene Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: Punkt 1: Es waren 15 Mitglieder anwesend. Punkt 2: Das Protokoll der letzten Versammlung wurde vom Schriftführer verlesen und in der vorgetragenen Form genehmigt. Punkt 3: Es erfolgte die Wahl des bisherigen Vorstandes. Punkt 4: Die Beiträge für das Vereinsjahr 1913 wurden erhoben, gleichzeitig verteilte der Schriftführer die bestellten Waldheil-Kalender. Punkt 5: Besprechung des vom Hauptverein gestellten

Themas: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterkandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen und Wohle des Staates wirken?“ Der Vorsitzende gab hierzu die von der Bezirksgruppe vorgeschlagenen Anregungen bekannt. Insbesondere muß der Förster auf seine Umgebung vorbildlich wirken, er hat sich den ländlichen Vereinen anzuschließen und diese durch beherrschende Vorträge zu fördern. Gemeinnützige Bestrebungen sind nach Kräften zu unterstützen usw. Der Vorsitzende stellte der Versammlung anheim, sich möglichst in diese Gebiete hineinzuarbeiten und in den nächsten Versammlungen über die Erfolge zu berichten. Punkt 6: Unter „Verschiedenes“ unterzog der Vorsitzende die Krankenkosten-Beihilfeklasse nochmals einer eingehenden Betrachtung; er hob hervor, daß die Ortsgruppe gegen die Gründung der Krankenkosten-Beihilfeklasse die größten Bedenken hegte. Bei dem geringen Beitrage könnten sich die Leistungen derselben nur in engen Grenzen bewegen, und zu einer durchgreifenden Kostlinderung würden die verfügbaren Mittel nicht genügen, eine Beitrags-erhöhung die Mitglieder aber zu schwer belasten. Diese Bedenken seien auch trotz der letztjährigen Wirksamkeit der Kasse nicht ganz geschwunden, jedoch könne man sich der Ansicht nicht verschließen, daß sich bei wachsender Mitgliederzahl die Leistungsfähigkeit der Kasse heben würde; aber auch nur dadurch erschiene es möglich, die Kasse leistungsfähiger zu gestalten. Des guten Zweckes halber sei es wünschenswert, den bisherigen ablehnenden Standpunkt aufzugeben und möglichst vollständig beizutreten. Zwar erhoben sich noch immer einzelne Bedenken gegen diese Einrichtung, schließlich war die Versammlung jedoch nicht abgeneigt, sich der Kasse anzuschließen.

Der Vorstand. J. A.: Wittig, Schriftführer.

Simmern-Hunsrück (Regbz. Coblenz). Die Herbstversammlung fand am 10. November d. Js. in Simmern statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des zehnjährigen Bestehens der Gruppe. 1. Der Vorsitzende erstattete ausführlichen Geschäftsbericht. 2. Über die vom Hauptverein gestellte Aufgabe über Jugendpflege usw. hielt der 2. Vorsitzende einen sehr sachgemäßen Vortrag. 3. Die der Delegiertenversammlung vorzubringenden Anträge wurden festgestellt. 4. Soweit dies noch nicht geschehen, werden die Vertrauensmänner gebeten, die Sammlung für Romanus und Loorm vorzunehmen und die eingehenden Beträge baldigst an den Schatzmeister abzuführen. Um ähnlichen Sammlungen vorzubeugen, wurde mit Recht an den Beitritt zur Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte und in die Unfallversicherung erinnert. 5. Bestimmungen auf den Waldheil-Kalender wurden entgegengenommen.

Der Vorstand. J. B.: Meißner.

Torgelow (Regbz. Stettin). Die Versammlung am 14. November war von 21 Mitgliedern besucht. Als Delegierter zur nächsten Bezirksgruppenversammlung wurde Kollege Mallewig

gewählt. — Die Kaisergeburtstagsfeier findet am 6. Februar 1913 im Vereinslokal zu Torgelow statt. Kürassier-Konzert, Ball. — Als Vereinsbeitrag werden pro Mitglied erhoben: am

1. Januar 6 M., am 1. Juli 5 M. — In die Ortsgruppe wurden aufgenommen die Kollegen Rohloff, Wöckner, Neufert.

Der Vorstand.

Nachrichten des „Waldheil“, eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Hittmann, Ernst, Gutsförster, Weitenhof bei Krißlow, Westph.
Jedisch, Georg, Hülfshüter, Eschlohe, Ungarn.
Müller, Otto, F. Flehding, Diersdorf bei Falkenburg, Pomm.
Orwald, Aug., F. Flehding, Mühlberg, Westf.
Rier, Aug., Hülfsläger, Augustenhof bei Bergen auf Rügen.
Verfide, Otto, Königl. Jagemeister, Neubamm bei Kuppen.
Verfide, Erich, Forstleutnant, Neubamm bei Kuppen.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schakmeister und Schriftführer.

* * *

Besondere Zuwendungen.

Sammlung für Festschüsse (à 10 Pf.), eingeleistet von Herrn Dr. Graber in Turg.	11,90 Mf.
Eingeleistet vom „Haberstuf Eisenhof“ in Düsseldorf	15,50 "
Gestiftet von Herrn Direktor Rehder; eingeleistet von Herrn C. Haffelbring in Lübeck	5,00 "
Estragelder, gesammelt von der Jagdgesellschaft Düsseldorf; eingeleistet von Herrn Königl. Förster Aug. Kuf in Weidard	7,00 "
Trakt jagd-Estragelder; eingeleistet von Herrn Heinrich Knochi u. in Hirschberg, Saale	11,00 "
Eingeleistet von der Oberjägererei Wolchen, Lothr.	1,50 "
Estragelder, eingeleistet von Herrn Forsthausleiter Wogel in Forsthaus Friedrichshain bei Neudörfchen	39,75 "
Für Verleiche: eines Herrn Sch.; eingeleistet von Herrn Förster Siecher im Hofstammgut Weidenburg	15,00 "

Nach einer erfolgreichen und sehr fröhlichen Jagd in Hohenport a. d. Mosel gesammelt; eingeleistet von Herrn Königl. Forsthausleiter Werner in Alfen . . 11,00 Mf.
Eingeleistete Estragelder auf der Jagd des Herrn Hofmann in Bistfeld am 16. 11. 12; eingeleistet von Herrn Bach in Sorquitten . . 12,00 "
Estragelder, eingeleistet von Herrn Rittergutsbesitzer E. Tullner in Bremenham . . 3,00 "

Ges. 133,25 Mf.

Den Gebern herzlichsten Dank und Weidmannsheil!

* * *

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Bundschuh, Schlichtern, 2,50 Mf.; Weich, Nonnenkämpfe, 2 Mf.; Hennede, Hinkelhausen, 2 Mf.; Jodisch, Ranspust, 2 Mf.; Klose, R. Dölln, 2 Mf.; Bangisch, Oberhausen, 2 Mf.; Krogwitz, Leunmühlhof, 2 Mf.; Müller, Diersdorf, 2,50 Mf.; Dinnwald, Mühlberg, 2 Mf.; Verfide I, Neubamm, 2 Mf.; Verfide II, Neubamm, 2 Mf.; Furt, Dr. Vodel, 3 Mf.; Pirnschka, Altrosenberg, 2 Mf.; Köhler, Fuhrberg, 2 Mf.; Reumann, Gnewitz, 3 Mf.; Medlich, Heidekrum, 5 Mf.; Ritz, Hegenwald, 2 Mf.; Rier, Augustenhof, 2 Mf.; Sandhövel, Gummersbach, 3 Mf.; Graf Schwerin, Tamsel, 5 Mf.; Schilling, Hau, 2 Mf.; Schnell, Werle, 2 Mf.; Schliep, Giesburg, 2 Mf.; Trendelkamp, Schöppingen, 3 Mf.; Tietgen, Nachtigall, 2 Mf.; Weste, Gostlar, 2 Mf.; Werner, Saarburg, 2 Mf.; Heidler, Alt-Dortheimhof, 2 Mf.; Bach, Sorquitten, 2 Mf.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt
Neumann,
Schakmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Berzog-Halensee.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Bewick, Thadäus, Revierförster, Demerthin.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 268, 2493 je 4 Mf., Nr. 2767, 2840 je 9,20 Mf.,
Nr. 2944 18 Mf., Nr. 3320, 3464, 3491 je 4 Mf., Nr. 3900
18 Mf., Nr. 3943 7 Mf.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die
Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlshof Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Forstverein für Westfalen und Niederrhein.

Die Winterversammlung findet am Donnerstag, dem 5. Dezember 1912, vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Hotel „Lindenhof“ in Dortmund statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftliche Vereinsangelegenheiten. (Rechnungslage, Ermäßigung des Jahresbeitrages, Programm für die Sommerversammlung.)
2. Besprechung des Standes des Holzhandels und der Holzpreise.
3. Verbesserung des Eichengrubenholz-Absatzes. Berichterstatter: Königl. Forstmeister Gorbelt-Obermeier.

4. Wertbestimmung der Jagdnutzung auf Enklaven. Berichterstatter: Städt. Forstverwalter Balf-Barmen.

5. Besprechung forstlicher und jagdlicher Tagesfragen.

2 $\frac{1}{2}$ Uhr: Gemeinschaftliches Essen im Lindenhof. Nachher Besichtigung industrieller Werke. Dem Verein noch nicht angehörige Forstgenossen, sowie Freunde von Wald und Weidwerk sind willkommen.

Mattelforth, Glindfeld und Barmen,
den 15. November 1912.

Der Vorstand:

Joh. Werten. Balf.

Verein alter Garde-Jäger zu Berlin.



In der Novemberfeierung wurde dem langjährigen Vereinsvorsitzenden, Rechnungsrat Herrmann, durch die Kameraden Hegemeister a. D. Rehdorff und Telle aus Potsdam mit Worten der Anerkennung für seine dem Verein geleisteten treuen Dienste ein prächtiges Bierglas überreicht, auf dessen silbernem Deckel sich ein Garde-Jäger-Emblem, umgeben von einem goldenen Lorbeerkranz, und das Vereinsabzeichen befindet und folgende Widmung eingraviert ist:

„Ihrem bewährten Vorsitzenden, Herrn Rechnungsrat G. Herrmann, die Mitglieder des Vereins alter Garde-Jäger vom Jahrgang 1862: R. Gansow, H. Grandt, W. Kaderich, W. Rehdorff, B. Schult, W. Siewers, H. Telle, E. Thiele. 5. 11. 1912.“

Seinem herzlichsten Dank für das prächtige Geschenk gab der Vorsitzende durch ein auf die Stifter und Jubilare ausgebrachtes „Horrido!“ Ausdruck, in welches die anwesenden 80 Kameraden begeistert einstimmten.

An die Sitzung schloß sich das „Hubertus-Eisbeineffen“, welches in höchst gemütlicher Weise verlief.

Der Verein zählt jetzt über 500 Mitglieder. Anmeldungen, welche Vor- und Zunamen, Geburtstag, Eintrittsjahr und genaue Adresse enthalten müssen, nimmt der unterzeichnete Schatzmeister gern entgegen.

Der Vorstand.

J. A.: M. Böhm e., expeditierender Sekretär, Schatzmeister, Neukölln, Berliner Str. 7.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Am 15. Dezember d. Js., vormittags 10½ Uhr, findet in der „Union“ zu Bernburg Hauptvorstandssitzung statt, wozu ich hierdurch zu vollzähliger Teilnahme bitte. Bei der am gleichen Tage anberaumten Hauptversammlung kommen folgende Anträge zur Besprechung: 1. Versicherung gegen Personen- und Sachschaden; 2. Verbesserung der materiellen Lage; 3. Kleiderkasse; 4. Uniformierung der vereidigten

Holzhauer; 5. abzuschließende Lieferungsverträge bzw. Einräumung von Vorzugspreisen.

Mit Weidmannsheil!

H o f d o r f, den 24. November 1912.

M. S c h n e i d e r, Vorsitzender.

Bezirksgruppe Harzgerode.

Am Mittwoch, dem 4. Dezember d. Js., um 3½ Uhr nachmittags, Versammlung im Vereinslokal zu Harzgerode. Tagesordnung: 1. Vorbesprechung zu der voraussichtlich im Dezember in Bernburg stattfindenden Hauptversammlung; 2. Vortrag des Revierjägers Flügel zu Siptensfelde über Führung und Arbeit des Schweißhundes; 3. Verschiedenes.

Wegen Anschaffung von Browning- und Mauserpistolen wird auf die Bekanntmachung in Nr. 46 unserer Zeitschrift nochmals aufmerksam gemacht. In Zweifelsfällen werden diesbezügliche Anfragen beim Unterzeichneten gerne beantwortet. G r i m m.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten.

Ortsgruppe Wildungen.

Zu der am 10. d. Mts. einberufenen Versammlung waren nur 13 Mitglieder erschienen; am meisten fiel auf, daß gerade die nächstwohnenden Mitglieder durch ihr Fernbleiben glänzten, dagegen hatten einige Kollegen einen drei Stunden langen Weg zu Fuß bei dem schlechten Wetter nicht gescheut.

Nachdem die Versammlung mit einem Horrido auf Sr. Durchlaucht eröffnet war, wurden die Beiträge vom Kassierer eingesammelt. Der fällige Beitrag beträgt 3,25 M. und nicht 3,00 M., wie in Nr. 44 des Vereinsorgans irrtümlich angegeben. Verteilung der Waldheil-Kalender konnte nicht stattfinden, da dieselben noch nicht eingegangen waren.

Die Feier des Geburtstages Sr. Durchlaucht soll am 19. Januar n. Js. in Bernheim stattfinden. Eine diesbezügliche Einladung wird seinerzeit noch erfolgen.

Der weiten Wege, die einzelne Kollegen zurücklegen hatten, und des schlechten Wetters wegen, trennten sich die verschiedenen Kollegen nach Schluß der Versammlung sehr bald mit „Weidmannsheil!“ und „Tschöes Wiedersehen!“

Der Vorstand.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Beflegung gelangende Forstbienststellen in Preußen. 951. — Die Beflegung von Gemeinde- und Anstaltsforstbienststellen in Preußen. 951. — Egidung der Klappen und Rängenmaße. 953. — Die Versicherung der Privatforststellen. Von Walter Hering. (Schluß) 955. — Anwartschaft für den Kolonialdienst. 958. — Zur Befriedigungsausschreibung in Elsaß-Lothringen. 958. — Befriedigungsausschreibung in Eidenburg. 958. — Zur Angehörigenversicherung. 958. — Kapitulanten-Geldbeträge der vorkursmäßig gelehrten Jäger. 959. — Zur Erhaltung der Grunewalden bei Berlin. 960. — Bericht über die XIII. Hauptversammlung des deutschen Forstvereins in Rumburg vom 26. bis 31. August 1912. 960. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 962. — Personalien der elsass-lothringischen Forstverwaltungsbeamten. 963. — Geschenke Privater an Beamte. 964. — Winterversammlung des saarländischen Forstvereins. 964. — Neue Berufsgenossenschaften. 964. — Eine schwere Haftstrafe eines Privatförsters. 965. — Ankauf von Abbauungsmaschinen. 965. — Vereinfachter Verkauf des Stadtwaldes Warburg. 965. — Waldkäufe in Schwaben. 965. — Die Hundertjahrfeier des Archibiden Jäger-Bataillon Nr. 11 zu Warburg. 965. — Amtlicher Quartierbericht. 965. — Personalnachrichten und Verwaltungsänderungen. 966. — Brief- und Fragekasten. 967. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 968. — Nachrichten des „Waldheil“. 971. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbesitzer Deutschlands. 971. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 971. —

Dringliche Mitteilungen, welche in nächstfolgender Nummer zur Veröffentlichung gelangen sollen, wie Personalnotizen, Patenzen, Vereinsnachrichten usw., müssen jeweils bis Dienstag früh eingelaufen sein.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

amtliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Sachsens.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mfr. bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Einreisband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 4 Mfr. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mfr. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 Mfr. 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mfr., für das übrige Ausland 6 Mfr. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Donator gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfassers auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 49.

Mendenau, den 8. Dezember 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

- Oberförsterstelle Linthen** im Regierungsbezirk Köslin ist zum 1. März 1913 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 28. Dezember eingehen.
- Oberförsterstelle Schönlanke-Nord** im Regierungsbezirk Bromberg (aus Teilen der jetzigen Oberförsterei Schönlanke und der angelaufenen Herrschaft Behle neu zu bilden), mit gutem Dienstgehöft in Schönlanke a. d. Ostbahn, ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Dezember eingehen.
- Försterstelle Bruchweiler** in der Oberförsterei Kempfeld, Regierungsbezirk Trier, ist zum 1. März 1913 anderweit zu besetzen. Zur Stelle gehören als Dienstland: 1,577 ha Acker, 1,547 ha Wiese. Meldefrist bis 1. Januar 1913.
- Försterstelle Kleinhan** in der Oberförsterei Hürtgen, Regierungsbezirk Aachen, ist zum 1. April 1913 neu zu besetzen. Gesuche um Versetzung auf diese Stelle sind bis zum 15. Januar 1913 einzureichen.
- Försterstelle Rahmhütte** in der Oberförsterei Carzig, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zum 1. Januar 1913 zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 14. Dezember eingehen.
- Försterstelle Szargitten** in der Oberförsterei Neu-Sternberg, Regierungsbezirk Königsberg gelangt zum 1. März 1913 zur Neubesetzung. Zu der Stelle gehören: a) Dienstwohnung b) an mißbarem Dienstland etwa 19 ha. Die Schule ist im Orte. Bahnstation am Orte

Die Verhältnisse der Angehörigen des preussischen Försterstandes.

Von Königl. Hegemeister a. D. Simon.

Die ganzen wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse des preussischen Försterstandes haben neuerdings wieder von verschiedenen Seiten eine eingehende Besprechung erfahren. Unter anderem wurde auch bei den diesjährigen Verhandlungen zum Forstetat darauf hingewiesen, daß die Anwärter erst in einem verhältnismäßig sehr hohen Lebensalter ihr

Ziel — eine Försterstelle — erreichen. Mit den gleichen Fragen beschäftigt sich auch der Herr Regierungs- und Forstrat a. D. Kaiser in den Festen vom August 1911 und Februar 1912 der „Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung“. Alle diese Erörterungen und die damit verbundenen Anregungen geben mir Veranlassung, mich wieder einmal in der „Deutschen Forstzeitung“ mit diesem Gegenstande unter Benutzung der neuesten Antwärtlisten eingehender zu beschäftigen.

Zunächst verdienen die von Herrn Forstrat Kaiser gemachten Ausführungen von dem preußischen Försterstande mit Freuden begrüßt zu werden, weil sie mit warmer Anteilnahme für diesen geschrieben worden sind, obgleich sie auf manchen Stellen für den gesamten preußischen Forstbeamtenstand ernste Wahrheiten enthalten.

Am Eingange des Artikels vom August 1911 ist von Herrn Forstrat Kaiser ausgeführt, daß jedem Süddeutschen, der die preussischen Verhältnisse nur einigermaßen kenne, ein gewisses „Etwas“ zwischen den Grünröden auffalle. Dies „Etwas“ bestehe in dem Mangel einer wohlthuenden Harmonie, während in den Kleinstaaten sich ein anheimelnder Verkehr zwischen Hoch und niedrig unschwer erkennen lasse. Die Gründe, die der Herr Verfasser als Ursache für den Mangel an Harmonie in den Kreisen des akademisch gebildeten preussischen Forstbeamtenstandes ansieht, sollen hier nicht berührt werden, da es sich nur um eine Besprechung der Verhältnisse des preussischen Försterstandes allein handelt. Forstrat Kaiser führt das Vorhandensein dieser Erscheinung in Försterkreisen auf die Verbindung der Laufbahn mit dem Militärdienste, besonders aber auf die Bevorzugung der aktiven Oberjäger gegenüber den zur Reserve entlassenen Jägern zurück, und das Ergebnis dieser Begründungen wird in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

„Diese Ergebnisse haben zur Folge, daß zwei Leute, die mit 20 Jahren bei einem Bataillon eintreten, der eine, der 23 Jahre alt zur Reserve entlassen und dann als Hilfsjäger im Forstdienste beschäftigt wird, mindestens drei, gewöhnlich aber zwölf und mehr Jahre später eine Försterstelle erhält, als der mit ihm eingetretene, zum Oberjäger beförderte Altersgenosse. Gegenwärtig wird der zuerst Vorgeführte, meistens 46 Jahre alt, Förster, während der zweite Oberjäger schon vor zwölf Jahren seine erste, jetzt vielleicht schon zweite oder dritte, also bessere Stelle erhalten hat. Es kommt vor, daß der letztere schon Revierförster ist, wenn der erstere glücklich zum Förster gelangt.“

Wo soll bei solch eigentümlichen Verhältnissen ein kollegiales Verhältnis herkommen? Wo soll die Liebe zum Dienst Wurzeln fassen? Und was schädigen solche Verhältnisse den wirt-

schaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritt im Forstfach!

Gegen den früher nicht überwachten Zubrang der Forstanwärter ist zwar in neuerer Zeit Einhalt geboten worden, aber gegen den jährlichen Bedarf zum Ersatz der abgehenden Förster ist die Annahme neuer Anwärter immer noch zu groß. Es brauchten Jahre lang keine angenommen werden, aber immerhin dürfte die anzunehmende Zahl verringert werden.

Solange die Verbindung der preussischen Förster mit dem Militär nicht geändert wird, kommt es nicht zu wirtschaftlich richtigen Verhältnissen, es ist daher die wichtigste Aufgabe der Forstverwaltung, diese herbeizuführen.

Ohne Zweifel dürfte in dem auffallend geringen Zusammenhalt der preussischen Forstbeamten, sowohl bei dem oberen als auch bei dem niederen Personal, und ganz besonders in dem unnatürlichen Zusammenhang mit dem Militärwesen in beiden Lagern die Ursache der heutigen eigentümlichen Verhältnisse zu suchen sein.“

Es ist ohne Einschränkung zuzugeben, daß die hier berührte Frage in gewissem Sinne auf die Harmonie unter den Angehörigen des Försterstandes störend einwirken muß. Übersehen soll indessen nicht werden, daß die Forstverwaltung diesen Übelstand sicher erkannt hat und durch die gegenwärtig beobachtete Notierungsart bestrebt ist, die bestehenden Verschiedenheiten auszugleichen, indem die Anwärter in der Zentralstelle so verteilt werden, daß Unterschiede, wie sie hier geschildert worden sind, für die Folge vermieden werden. Sie sind aber bei dem früher beobachteten Verfahren vorgekommen und lasten so lange auf dem Stande, als sich die Beamten, die davon betroffen wurden, im Dienste befinden.

Die alleinige Ursache der störenden Einflüsse ist sie aber nicht. Der Hauptpunkt ist wohl die Ungleichheit in der Güte der Stellen, die auch jeder, der hierüber näher unterrichtet ist und vorurteilsfrei denkt, zugeben muß, dabei aber auch weiß, daß es schwer, ja wahrscheinlich ganz unmöglich ist, hier eine ebensolche Gleichmäßigkeit herbeizuführen wie in anderen Verwaltungen.

Die beiden geschilderten Ungleichheiten tragen schon jede für sich allein dazu bei, daß dem Beobachter die von Forstrat Kaiser erwähnten unerfreulichen Verhältnisse auffallen. Treten sie nun noch in Verbindung miteinander in Erscheinung, daß z. B. ein jüngerer aktiver Kollege eine wirtschaftlich bessere Stelle als erste erhält, die ein älterer Reservejäger als zweite und letzte für begehrenswert ansehen würde, so liegt es auf der Hand, daß dadurch ein Nährboden entstehen muß, auf dem „Harmonie“ sehr schwer gedeihen kann. Daher lassen auch manche Bestrebungen des Förster-

standes die so dringend nötige Einigkeit vermissen. Diese und ein echt kollegiales Verhältnis wird auch dann erst vorherrschen, wenn einmal die Angehörigen des Försterstandes einer dem andern Zugeständnisse machen und so einen Boden schaffen, auf dem weiter von einer unparteiischen Stelle das Für und Wider der geäußerten Meinungen sorgfältig abgewogen und dann an die Abstellung der Ungleichheiten, soweit wie dies möglich ist, herangegangen werden kann.

Nach der nun in neuerer Zeit bekannt gewordenen Verfügung der preussischen Zentralforstbehörde beabsichtigt diese in den Einkünften der einzelnen Försterstellen nach Möglichkeit einen Ausgleich herbeizuführen. Sollen doch danach alle durch die Lage der einzelnen Stellen notwendigen dienstlichen und wirtschaftlichen Aufwendungen, soweit diese aus den Erträgen der bei der Stelle befindlichen Dienstlandsnutzung Deckung nicht finden, durch Gewährung einer baren Entschädigung ausgeglichen werden. Dies kann aber nur dann in vollem Umfange geschehen, wenn gerade die unteren Behörden der Forstverwaltung bei ihren Vorschlägen den bei jeder einzelnen Försterstelle vorliegenden besonderen Verhältnissen in vollem Umfange Rechnung tragen. Geschieht das, so ist allerdings zu hoffen, daß auch hierdurch eine größere Harmonie in die Kreise des Försterstandes getragen wird.

In seinem Artikel vom Februar 1912, beschäftigt sich Forstrat Kaiser ausschließlich mit den Försterverhältnissen in Preußen, stellt an dessen Eingang der Zahl der vorhandenen Försterstellen die Anzahl der Anwärter für diese gegenüber und kommt hierbei zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Anwärter um 1380 zu hoch ist, daher von Forstrat Kaiser in Vorschlag gebracht wird, vorläufig nur hundert Forstlehrlinge anzunehmen. Weiter wird angeregt, eine Anzahl von Forsthilfsaufsehern durch Aufheben der Revierförsterstellen entbehrlich zu machen, und im übrigen für eine Hebung der Verantwortlichkeit des Försters mit warmen Worten eingetreten. Besonders kommt das Bestreben, die bestehenden unnatürlichen Anstellungsverhältnisse in richtige Bahnen zu lenken, in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„Am besten wäre es, wenn die Forstverwaltung dahin wirken wollte, daß das besondere Verhältnis mit dem Militärwesen aufgegeben wurde, es ist für den Forsthaushalt ein unheilvolles. Die Militärverwaltung hätte auch alle Ursache, für die Förster endlich einmal natürliche Anstellungsverhältnisse zu schaffen. Die Förster sind wie alle höheren Forstbeamten Glieder des Heeres und namentlich die Förster können, solange sie dazu verpflichtet sind, bei

einer Mobilmachung sofort als Oberjäger eintreten.

Für den Forsthaushalt ist es eine seiner wichtigsten Aufgaben, endlich einmal tabellose Anstellungsverhältnisse für die Förster herbeizuführen. Es handelt sich um 3960 Personen (im Verhältnis zu 904 der höheren Laufbahn), welchen ein menschenwürdiges Dasein fehlt und die eine Vorbereitungszeit durchmachen müssen, welche alle guten Anlagen erstickend nützt.“

Wenn der Försteranwärter nach der Volksschule die dort erhaltenen Kenntnisse im 15. und 16. Jahre auf irgend eine Weise befestigt, am besten etwa ein Jahr bei einem Feldmesser arbeitet, dann die Forstlehrlingschule besucht und hierauf bei einem Förster unter Aufsicht des Oberförsters arbeitet und dann zwei oder drei Jahre bei der Waffe dient, hierauf als Hilfs- und Forstausscher Dienste tut, kann er, wie der Oberförster, künftig mit 30 bis 32 Jahren Förster sein. Die heutige Besoldung wäre dann bei weitem mehr wert, als wenn sie erst im 46. Jahre kommt.

Aus dem Vorerwähnten geht die sehr dankenswerte Absicht hervor, dem Försterstande zu nützen, und darauf allein darf nach meiner Auffassung auch nur die zum Ausdruck gebrachte Forderung, die Revierförsterstellen eingehen zu lassen, zurückgeführt werden.

Zu einem persönlichen Angriff auf den Verfasser, wie solcher in Nr. 14, Seite 7 der „Bayerischen Forst- und Jagdzeitung“ enthalten war, lag somit nicht der geringste Anlaß vor. Es ist stets bedenklich, einen Abschnitt aus dem Zusammenhange eines Artikels herauszureißen und an diesen eine abfällige Kritik zu knüpfen, wie es auch da geschehen ist. Dadurch erhält jeder, dem die ganzen Ausführungen unbekannt sind, ein falsches Bild und gewinnt den Eindruck, das Bestreben des Verfassers gehe dahin, den preussischen Försterstand zu unterdrücken, während in Wirklichkeit einer Hebung der Verantwortlichkeit das Wort geredet ist.

Zweifellos kann dem Eingehen der Revierförsterstellen im Interesse des preussischen Försterstandes von diesem selber keinesfalls das Wort geredet werden, denn diese Stellen sind für den Försterstand die einzige bestehende Gelegenheit, um in eine gehobene Stellung zu gelangen, wie sie in anderen Verwaltungen in bedeutend größerem Maße vorhanden ist. Daß bei näherer Beurteilung dieser Einrichtung sich auch diese unter den bestehenden Verhältnissen als eine Quelle herausstellt, die zur Trübung der Harmonie unter den Angehörigen des Försterstandes beiträgt, darf nicht überraschen. Bei der verhältnismäßig geringen Zahl der Revierförsterstellen ist es selbstverständlich, daß unter der Zahl der „Verursachen“ nur wenig „Ausgewählte“ in diese gelangen

können, und so entsteht denn häufig genug Mißstimmung, wenn von verschiedenen „Ausgewählten“ allgemein bekannt ist, daß sie in ihren Prüfungen nicht den Nachweis erbracht haben, daß sie über ihren Standesgenossen stehen. Um hier die „Triebungsquelle“ zu verstopfen, ist in Försterkreisen mehrfach der Wunsch nach einer besonderen Prüfung laut geworden, ähnlich, wie solche für gehobene Stellen bei anderen Verwaltungen eingeführt ist. Da dieser Wunsch, namentlich mit Rücksicht auf die geringe Anzahl der Revierförsterstellen, sich nun schwer in die Praxis übertragen lassen wird, so dürfte doch die Mißstimmung mehr schwinden, wenn bekannt würde, daß die bereits bestandenen Prüfungen bei der Auswahl eine größere Berücksichtigung finden, als dies bisher vielfach geschehen ist.

Die Verbindung der Laufbahn mit dem Militärdienste in dem Umfange, wie diese für die preussischen Förster besteht, hat, ganz abgesehen von den dadurch herbeigeführten Ungleichheiten in der Anstellung, doch wohl sehr viel dazu beigetragen, daß der ganze Stand bei dem allgemeinen Fortschritt, anderen Beamtengruppen — besonders den Landlehrern — gegenüber ins Hintertreffen gekommen ist. Der Försterstand wurde im allgemeinen stets den Militär-Anwärtern gleich erachtet, die sich nach Beendigung des zwölften Dienstjahres in kurzer Zeit durch Erlernung der mechanischen Einrichtungen für irgend einen Beruf einarbeiteten. Dies trifft aber für den Försterstand nicht zu, denn die Försteranwärter bereiten sich bereits vom 16. Lebensjahre fortgesetzt auf ihren späteren Beruf vor. Die nun oft mit einer fürsorglichen Mutter verglichene „Inspektion“ hat für das Ansehen und das spätere Fortkommen der Anwärter nicht in allen Fällen das getan, was alles hätte geschehen können. Der Vergleich mit der Mutter wird ganz gerne anerkannt. Diese denkt stets an das Nächstliegende. Sie ist auch leichter geneigt, Verfehlungen ihrer Kinder entschuldigend zu beurteilen. So ist es denn auch wohl oft genug vorgekommen, daß im Laufe der Jahre mancher Förster dieser „Mutterliebe“ sein Verbleiben in der Laufbahn zu verdanken hat. Es wäre aber um die Anstellungs- und alle anderen Försterverhältnisse besser bestellt, wenn dieser oft gerühmten „Bemutterung“ sich auch die weitersehende „Vater Sorge“ zugesellt hätte. Als vor Jahren, wohl mit auf Veranlassung der Inspektion, ein größerer Ersatz an Forst-Anwärtern eingestellt wurde, da hätte auch sofort etwas geschehen müssen zur Unterbringung und für das spätere Fortkommen der Anwärter. Ferner wäre z. B. schon lange möglich gewesen,

alle, mit drei Dienstjahren von der Fahne scheidenden Forstanwärter zu Reserveoberjägern zu befördern. Konnten sie nicht bei den Jägerbataillonen Verwendung finden, so tat es der Pflicht gegen das Vaterland keinen Abbruch, wenn die späteren Übungen bei einem Infanterie-Regiment abgeleistet wurden. Nicht der Hock macht den Mann, sondern der Träger! Die Infanterie hätte dann bei dem früheren hohen Ersatz der Jägerbataillone an Forst-Anwärtern nicht nötig gehabt, Arbeiter, die der deutschen Sprache nur notdürftig mächtig waren, zu Reserve-Untersoffizieren zu befördern. Welchen Eindruck muß es auf den Kontrollversammlungen machen, wenn z. B. ein Arbeiter, der nur zwei Jahre gedient hat, als Reserveunteroffizier vor der Front steht, der Forstausscher, der mindestens drei Jahre diente in Uniform, ins Glied eingereiht ist? Dies muß notwendigerweise das Ansehen der Forstanwärter in den Augen aller derer schädigen, die mit den ganzen Verhältnissen nicht vertraut sind.

Schließlich mögen noch einige Worte über die Anforderungen an die Vorbildung der Anwärter des Försterstandes hier ihren Platz finden. Es ist doch nun einmal so, daß in Preußen der Mann sein ganzes Leben hindurch meist danach eingeschaft wird, was ihm beim Abgange von der Schule an Kenntnissen bescheinigt worden ist. Daher ist es verständlich, daß nicht nur der preussische Försterstand, sondern auch verschiedene andere Beamtengruppen danach streben, daß für den Eintritt in die Laufbahn höhere Anforderungen an die Vorbildung gestellt werden. Soweit der Försterstand hierbei in Betracht kommt, verdient betont zu werden, daß eine Vorbildung, wie sie heute auf den ländlichen Volksschulen erreicht wird, für die späteren dienstlichen Anforderungen nicht genügt. Es muß damit gerechnet werden, daß gegenwärtig in den meisten Städten der Fortbildungszwang besteht. Bei dem Eintritt in die Laufbahn muß daher bezüglich der allgemeinen Vorbildung der Anwärter unter allen Umständen darauf Rücksicht genommen werden, daß diese später während ihrer ganzen Beamtenzeit sich in jeder Beziehung über den allgemeinen Bildungsstand der Bevölkerung erheben, wobei ferner zu beachten bleibt, daß die allgemeine Bildung fortgesetzt steigt. Mit befriedigenden Leistungen im Lesen, Schreiben und Rechnen, was früher vielleicht ausreichend war, kommt also auch der Förster im Laufe der Zeit nicht mehr aus, wenn das Ansehen des Staates, dem er dient, nicht leiden soll. Daß in dieser Beziehung aber die Forderung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst im gegenwärtigen Zeitpunkt schon das Richtige trifft, ist zu bezweifeln. Diese

Forderung würde sehr vielen Förstersöhnen, die unbedingt die zu bevorzugenden Anwärter sind, den Eintritt in die Laufbahn verschließen. Mehr aber noch kann es berechtigten Zweifeln begegnen, ob das sogenannte „Tertianerzeugnis“ eine zweckmäßige Vorbildung nach allen Richtungen gewährleistet. Von diesem sagte schon in der Versammlung deutscher Forstmänner in Bamberg im Jahre 1877 der verewigte Oberforstmeister Bernhardt, der gewiß für den Försterstand stets ein warmes Herz hatte: „Niemand ist unglücklicher als derjenige, der nur die Reife für die Tertia erlangt hat.“

Über diesen Punkt hat sich nun die letzte Delegierten-Versammlung des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten dahin ausgesprochen, daß eine Vorbildung anzustreben sei, wie sie nach Absolvierung von Mittelschulen, Realschulen, Landwirtschaftsschulen oder gleichwertigen Lehranstalten erworben wird. Es wird zugegeben werden können, daß dieser Beschluß für den Försterstand das Richtige trifft. Seine Berufsgeschäfte bewegen sich vorwiegend in ausübender Tätigkeit und es ist bisher allgemein anerkannt, daß die Vorkenntnisse hierzu gerade von den genannten Lehranstalten am besten vermittelt werden. Um jedoch jedem Mißverständnis vorzubeugen, wird hier hinzugefügt, daß jede auf anderen Anstalten erworbene Vorbildung gleich wertvoll ist, sofern sie eben den vorher ausgesprochenen Forderungen genügt. Es ist daher auch mit Freude zu begrüßen, daß sich im preussischen Försterstand fortgesetzt die Zahl der Anwärter vermehrt, die im Besitze des „Berechtigungsscheines“ sind.

Über diesen Punkt kann man sich dem anschließen, was Julius Sturm sagt:

„Das Wissen ist für jedermann,
Ganz recht, doch laßt euch sagen.
Die Ruß, die man nicht knaden kann,
Liegt unbedaut im Wagen.
Lernt wenig, aber lernt es recht,
So könnt ihr vieles wissen;
Es ständ' auf Erden wen'ger schlecht,
Gäb's wen'ger halbes Wissen.“

Den Schluß sollen einige Bemerkungen über die zurzeit bestehenden Anstellungsverhältnisse bilden. Nach der Aufstellung auf Seite 38/39 des Preussischen Försterjahrbuches für 1912 kommt der jüngste der gegenwärtigen Empfänger des Forstversorgungsscheines im Durchschnitt nach 14 Jahren zur Anstellung als Förster mit Revier. Also bei der Annahme, daß der Forstversorgungsschein durchschnittlich im 30. Lebensjahre erreicht wird, im Alter von 44 Jahren. Ein Zustand, der nach wie vor nicht befriedigt. Ganz allmählich soll es

nun ja besser werden. Jedenfalls konnten zum 1. Oktober 1912 leider nicht alle Anwärter, welche den Forstversorgungsschein bereits seit sechs Jahren besitzen, zu Förstern o. R. befördert werden.

Ganz erfreuliche Aussichten eröffnen sich für den Försterstand in bezug auf die Anstellung durch eine kürzlich bekannt gewordene Verfügung, nach der die Absicht besteht, vom nächsten Etatsjahre ab 350 neue etatsmäßige Försterstellen m. R. als Oberförsterei-Sekretäre zu schaffen, um welche allerdings die Zahl der Försterstellen o. R. gleichzeitig gekürzt werden soll. Der Försterstand hat Ursache, für diese Neueinrichtung besonders dankbar zu sein, denn hierdurch wird die Anwärterzahl mit einem Schlage um mehr als das Doppelte des jährlichen „Zuwachses“ vermindert. Die Einrichtung ist auch insofern mit Freuden zu begrüßen, als damit weiter für den Försterstand eine Berufsstellung geschaffen wird, in die mancher einrücken kann, der sich aus gesundheitlichen Rücksichten den Anstrengungen des Außendienstes bei Wind und Wetter nicht mehr in vollem Umfange aussetzen darf und somit in einem frühzeitigen Lebensalter zum Uebertritt in den Ruhestand gezwungen ist. Für solche wird nunmehr ein Tätigkeitsfeld geschaffen, auf dem sie ihre Kräfte weiter zum Wohle des Staates, und vor allem des lieben Waldes, verwerten können.

Wenn Herr Forstrat Kaiser in den Ausführungen seines Artikels vom Februar d. Jz. die Forderung stellt, die Zahl der anzunehmenden Forstlehrlinge einzuschränken, so ist nach den Berechnungen, die in der „Forstzeitung“ auf Seite 735 des laufenden Jahrganges aufgestellt sind, diesem Vorschlage nicht zu folgen. Dort ist der Nachweis geführt, daß die Zahl von 160 jährlich anzunehmenden Lehrlingen notwendig ist, um später den erforderlichen Anstellungsbedarf zu decken.

Am Schlusse dieser Ausführungen besteht bei mir das Gefühl, daß einzelne Mängel und Ungleichheiten mit besonderer Deutlichkeit in den Vordergrund gerückt worden sind. Dies ist nicht geschehen, um nach der einen oder anderen Richtung hin die Gegensätze zu verschärfen, sondern um durch näheres Eingehen auf die bestehenden Verhältnisse die Ursachen hervorzuheben, welche eine rechte „Harmonie“ unter den Angehörigen des preussischen Försterstandes nicht auskommen lassen wollen. Ausdrücklich soll hier dankend betont werden, daß die verschiedensten Verordnungen der Forstverwaltung in den letzten Jahren darauf hinarbeiten, bessernd zu wirken, und auch im Stande selber sich Stimmen mehrten, die immer wieder zu gegenseitigen Zugeständnissen mahnen. Und so ist denn zu

hoffen, daß auch die Ungleichheiten, die bisher noch bestehen, im Laufe der Zeit in den Grenzen der Möglichkeit abgestellt

werden. Die Dankbarkeit aller Angehörigen des preussischen Försterstandes wird sicher nicht ausbleiben.

Mitteilungen.

— **Achtung — Invalidenversicherung!** Wir haben wiederholt (vergleiche „Deutsche Forst-Zeitung“ Bd. 26 Nr. 48 und Preussisches Förster-Jahrbuch 1912 S. 133) empfohlen, daß diejenigen Forstbeamten, welche jemals bei der Invalidenversicherung versicherungspflichtig waren und mindestens 100 Beitragswochen aus der Versicherungspflicht aufzuweisen haben, nach Eintritt in den Staatsdienst die Versicherung freiwillig fortsetzen oder, wenn sie längere Zeit nicht geklebt hatten, sie wieder aufnehmen. Denn die Bezüge aus der Invalidenversicherung (Invalidenrente, Altersrente, Heilverfahren, Hinterbliebenenrenten usw.) werden neben Pensionen gewährt, stellen also gewissermaßen Pensionszuschüsse dar und sind deshalb eine gute Sparanlage. Anwartschaft auf die Versicherungsleistungen haben aber nur diejenigen Versicherten, welche pünktlich geklebt haben. Die Anwartschaft erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstage weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Durch das Erlöschen der Anwartschaft gehen sämtliche Rechte, welche auf Grund der früheren Beitragsentrichtung bereits erworben worden sind, verloren. Nun sieht das Gesetz allerdings ein Wiederaufleben der Anwartschaft mit der Wirkung vor, daß die vor dem Erlöschen der Anwartschaft bereits geleisteten Wochenbeiträge bei Berechnung der Wartezeit und der Rente angerechnet werden; es knüpft aber das Wiederaufleben an strenge Bedingungen. Die Anwartschaft lebt nämlich erst wieder auf, nachdem 200 neue Beitragswochen zurüdgelegt sind. Hat aber der Versicherte bereits das 60. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur auf, wenn er vor ihrem Erlöschen mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet hatte. Hat der Versicherte das 40. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur auf, wenn er vor dem Erlöschen mindestens 500 Beitragsmarken verwendet hatte und danach eine Wartezeit von 500 Beitragsmarken zurüdgelegt.

Für die Übergangszeit aus dem alten Invalidenversicherungsgezet (milderes Recht) in die Reichsversicherungsordnung (strengeres Recht) ist aber eine Milderung vorgesehen. Wer

eine erloschene Anwartschaft wieder zum Aufleben bringen will, kann dies — ohne Rücksicht auf das Lebensalter! — in der Übergangszeit noch dadurch tun, daß er sich eine neue Quittungskarte ausstellen läßt und in diese noch vor dem 1. Januar 1913 wenigstens eine Marke einklebt. Wird dies versäumt, so sind für die meisten Versicherungsberechtigten alle Rechte, die sie früher durch Beitragsentrichtung erworben haben, unwiederbringlich verloren, und sie hätten sich hierdurch ein ansehnliches Vermögensobjekt aus den Händen gehen lassen. Also: sofort die alten Quittungskarten nachsehen und, sofern seit der Ausstellung der letzten noch nicht zwei Jahre verflossen sind, sofort wieder kleben. Sind diese zwei Jahre aber schon abgelaufen, dann sofort sich von der Ortsbehörde eine neue Karte (für Weiterversicherung) ausstellen lassen. Marken müssen entwertet werden. Wieder regelmäßig kleben. Rentenhöhe richtet sich nach der Zahl und dem Werte der Beiträge! Hg.

— **Neue Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.** Der bei der zuständigen Reichsbehörde schon vor einiger Zeit ausgearbeitete Entwurf einer Abänderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige konnte dem Parlament bisher mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage einzelner Bundesstaaten nicht zugehen, was auch in der Erklärung des Staatssekretärs des Reichsjustizamts bei den letzten Verhandlungen des Reichstags betont wurde. Die Bedenken gegen den Entwurf wurden besonders in Preußen geltend gemacht, wo der Finanzminister sich aus finanziellen Gründen gegen eine derartige Vorlage aussprach. Wie wir hören, ist das zuständige Reichsressort vor einiger Zeit mit den Bundesstaaten erneut in Verbindung getreten, um die Angelegenheit wieder in Fluß zu bringen. Auf Grund der neuen Anregung haben die preussischen Ressorts sich nochmals mit der Angelegenheit der Gebührenreduzierung befaßt und sind unter sich bereits zu einer Einigung gelangt. Nunmehr beginnen eingehende kommissarische Beratungen mit dem Reichsjustizamt, die auf der Grundlage des bereits ausgearbeiteten Entwurfs gepflogen werden. Von deren Ausgang wird es abhängen, ob ein Entwurf, der den neuzeitlichen Anforderungen entspricht, dem Bundesrat und nach dessen Entscheidung dem Reichstage zugehen wird. Es hat sich immer geltend gemacht, daß die erfahrensten Sachverständigen sich von ihrer gutachtlichen

Tätigkeit bei den Gerichten zurückziehen, weil die jetzige Gebührenordnung die Gebührensätze zu niedrig angelegt hat. In dem ausgearbeiteten Entwurf wird den Forderungen der Sachverständigen nach Möglichkeit entgegengekommen, und vor allem sind die bestehenden Ungleichheiten beseitigt worden. U. a. ist auch eine Steigerung der Sätze für Kosten und Verpflegung des Nachtaufenthaltes vorgesehen. Bei der Neuordnung der Zeugengebühren sollen vor allem die Mindestsätze erhöht werden. In dem Entwurf sind Sätze in einem Rahmen vorgesehen, innerhalb dessen die einzelstaatlichen Regierungen die Gebühren nach ihrem Ermessen festsetzen können. In welcher Höhe in bestimmten Fällen eine Steigerung eintritt oder nicht, dürfte dann wesentlich von der praktischen Handhabung der Tariffsätze durch die Bundesstaaten abhängen.

— **Eine vereinfachte Hügelpflanzung.** An Hügelpflanzungen wagt man sich wegen der hohen Kosten leider nicht in dem Maße heran, wie man innerlich gern möchte, denn sie besitzt große Vorzüge, wenn sie überhaupt anzuwenden ist. Je größer der Pflänzling und seine Wurzeln, desto kostspieliger seine Pflanzung in Hügel. Im Herbst 1909 hatte ich sogar eine Hügelpflanzung mit Erlenloben auszuführen. In feuchten Talsohlen war's. Die Erde mußte in Eimern und Rollen herangezogen werden. Nun werden die Pflanzen gewöhnlich in die aufgeschütteten Haufen gesetzt. Dabei werden die Hügel auseinandergezerrt, die Wurzeln dann hineingebettet, nun die Erde wieder mühsam daraufgestreut, der Rest herangescharrt und schließlich noch Rasenplaggen darübergelegt. Eine Menge Erde wird auf solche Weise unnütz vergeudet. Auf dem Untergrund, den man möglichst unberührt läßt (solange nicht zu starker Bodenüberzug da ist), ist ein Teil seitlich verstreut. Da die aufgeschütteten Hügel annähernd gleich groß sind und für die größten Pflänzlinge und deren Wurzeln ausreichen, hat man für kleinere Pflanzen Erde verschwendet. Aber diese hinzugelegene oder auf andere Weise beschaffte Erde ist so wertvoll, so teuer, daß man niemals mit ihr aus dem Vollen wirtschaften sollte. Ich habe bei jener Erlenpflanzung auf folgende Weise an Erde gespart; nicht nur daran, auch an Arbeitskraft und Zeit. Zwar habe ich nicht Vergleiche durch Berechnungen gemacht. Das Verfahren zeigt vielmehr offensichtlich, daß es den Vorzug verdient. Eine Pflanzerin hielt die gut 1 m lange Erle auf den Boden. War gerade an der Stelle, wohin sie nach Richtschnur und Winkelmaß eigentlich gehörte, starkes Gras- oder Mistpollster, so ging man eben bis $\frac{1}{2}$ m nach irgend einer Seite „aus derkehr“. Das tat dem 2-m-Verbande keine Unehre. Die Wurzeln schwebten dicht über dem Boden. Nun war der Mann oder Bursche mit dem Eimer voll Erde da. Er schüttete diesen über die Wurzeln aus, die Pflanzerin rüttelte dabei das Stämmchen ein wenig auf und ab. Zuletzt drückte sie den schönen Erdkegel sanft fest und begab sich dann an die nächste Pflanzstelle. Die Arbeit des Plaggenlegens besorgte ein Mann mit der Hacke. Das eigentliche Pflanz-

geschäft war auf solche Weise fast ganz fortgefallen, und die Arbeit im ganzen ging merklich rascher von statten. An Erde wurde unmittelbar über all dort gespart, wo der ganze Eimer nicht nötig war. Und noch ein großer Vorteil ergab sich für die gute Einbettung der Wurzeln. Wieviel besser behalten diese ihre natürliche Lage, wenn die ganze Erde langsam darüber geschüttet wird und durchkrümelt, als wenn sie in den Hügel hineingebrängt und heingequetscht werden! Daß das beschriebene Verfahren auch für kleine Pflanzen, z. B. drei- bis fünfjährige Fichten, Vorzüge verdient, kann ich nach meinen Versuchen nicht behaupten, es sei denn, daß das Wurzelwerk sehr umfangreich ist. Bei großen Pflanzen ist es aber sehr angebracht. Das vorzügliche Gedeihen der Erlen macht mir jedesmal Freude, wenn ich in jene Täler komme. S. B.

— **Großberliner Waldfragen.** Im Verwaltungsausschuß des Zweckverbandes sollte am 18. November dem Spandauer Waldverkauf unter der bisher von Spandau bewilligten Bedingung zugestimmt werden, daß der übrig bleibende Teil des Spandauer Stadtwaldes in Größe von 3000 Morgen auf 50 Jahre unveräußert bleiben solle. Dann will Spandau wieder unbefristet über seinen Wald verfügen. Es wurde jedoch vom Spandauer Oberbürgermeister die neue Forderung vertreten, daß sich der Verband des Rechtes der Einflußnahme auf künftige für die Umgebung aufgestellte Bebauungspläne begeben solle. Der Verband kann sich aber gar nicht den ihm durch das Verbandsgesetz auferlegten öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen entziehen. So mußte der Gegenstand unerledigt und weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Es wird erwartet, daß Spandau die Bedingung fallen läßt. — Gegen die geplante Automobilstraße durch den Grunewald wurde in derselben Sitzung nur die Einwenbung erhoben, daß man von dem Bau des großen Restaurants im Grunewald absehen möge. — Über den Stand der Verhandlungen wegen der Eingemeindung eines Teils der Jungfernheide ist zu berichten, daß die Verhandlungen zwischen der Stadt Berlin und dem Forstkreis über das Abkommen, das die Umgemeindung der Fläche der Jungfernheide, die Berlin zufallen soll, regelt, bis zum formellen Abschluß gediehen sind. Über die Umgemeindung dieser Flächen, die durch Gemeinbebeschluß festgelegt sind, besteht auch zwischen allen Beteiligten: der Regierung, dem Kreise und den Städten Berlin und Charlottenburg, volles Einvernehmen. Es darf erwartet werden, daß die Umgemeindung in wenigen Monaten auch formell vollzogen wird.

— **Die Wälder Mittelschinas und deren Ausnutzung.** China, das bekanntlich zu den waldärmsten Ländern der Erde gehört, besitzt dennoch in einigen Provinzen Mittelschinas große Waldbestände, die aber in den letzten Jahren durch einen ziellosen Raubbau, dem kein Forstgesetz Einhalt bietet, stark gelichtet worden sind. An eine Wiederaufforstung der abgetriebenen Flächen denkt kein Mensch, und die nachteiligen Folgen

zeigen sich schon heute in den Überschwemmungen, die in jenen, durch die Raubwirtschaft ihrer Wälder beraubten Landesteilen verheerend auftreten. Wird dieser planlose, nur auf reichen Gelberlös hinzielenden Wirtschaft nicht baldigst durch zweckmäßige gesetzliche Maßnahmen ein Ende bereitet, so wird Mittelchina in absehbarer Zeit ebenso holzarm werden wie Nordchina. Augenblicklich sind Kiangsi und Hunan die waldbereichsten Provinzen Mittelchinas. Auch Szechuan hat große Bestände an Holz, das aber ungenutzt liegen bleiben muß, weil es an günstigen Transportverhältnissen fehlt. In Kiangsi und Hunan, wo ein weitverzweigtes Fluß- und Kanalsystem vorhanden ist, begünstigt dagegen die Natur die Ausnutzung der Wälder. Die Provinz Hunan führt Fichten, Harthölzer, Eichen, Kampferholz, Rotholz und Zypressen aus, die in guten Zeiten jährlich einen Wert von 12 Millionen Tael darstellen; neunzig vom Hundert aller ausgeführten Hölzer entfallen jedoch auf Fichtenstämme, die zu Flößen gebunden, dem Yangtse zugeführt werden. Auch Bambusholz wird in großen Mengen, jährlich im Werte von etwa einer Million Tael, von Hunan ausgeführt. Ebenso bedeutend ist die Holzausfuhr der Provinz Kiangsi, wo der Kan und seine Nebenflüsse, die ihrerseits von zahlreichen Gebirgsbächen gespeist werden, die geschlagenen Hölzer nach Kiuksiang bringen. Dieser Yangtsehafen ist ein bedeutender Sammelplatz für Holz. Die Holzhändler in Kiangsi liefern die Stämme nach Kan-chou-fu, wo die Hölzer durch die Hände anderer Händler nach Wu-cheng am Südende des Pohangsees und von dort nach dem Yangtse gehen. Das Holz aus Hunan und Kiangsi findet seinen endgültigen Markt in Wuhu, Nanjing, Su-chou und Shanghai.

— Segensreiche Folgen des Vogelschutzes.

In der 2000 ha großen Oberförsterei Darmstadt ist der Vogelschutz nach dem Berlepsch'schen System

bereits seit längerer Zeit eingeführt. Etwa 6000 Berlepsch'sche Nisthöhlen für Stare und Meisen sind angebracht, viele Brutgehölze für Freibrüter, Futterhäuschen, Futtergloden und eine Anzahl von Vogeltränken eingerichtet worden. Dies hat zur Folge gehabt, daß die Nisthöhlen fast sämtlich bewohnt sind; die Vermehrung der Menge und der Arten von Vögeln ist so groß, daß sie selbst von jedem Nistfachkennner beim Durchwandern des Waldes sofort wahrgenommen wird. Die Kosten, die diese Einrichtung bis jetzt verursacht hat, betragen rund 7000 M., und da außer der Fütterung im Winter, die von den Vögeln sehr gern genommen wird und 120 M. kostet, keine weiteren Ausgaben mehr entstehen, so ist die jährliche Ausgabe für Vogelschutz mit Verzinsung und Amortisation des Kapitals mit 570 M. zu veranschlagen. Gewiß eine geringe Summe, wenn man den durch die Vögel geschaffenen Nutzen in Vergleich zieht, die sich als fleißige Insektenvertilger bald bezahlt machen.

— **Schneeschaden.** Der in der zweiten Novemberhälfte in großen Massen in Unterfranken gefallene nasse Schnee hat in den dortigen Wäldern großen Schaden angerichtet. Dem Bernehmen nach sind allein im Forstamt Heigenbrücken etwa 5000 fm Schnebruch angefallen.

Einfluß fremden Kiefernsaemens und fremder Kiefernzapfen nach Deutschland.

Kiefernzapfen (100 kg)			Kiefernsaamen (100 kg)		
Herkunft	Oktober 1912	1. Januar bis 31. Oktober 1912	Herkunft	Oktober 1912	1. Januar bis 31. Oktober 1912
Im ganzen	105	11603	Im ganzen	2	453
hierunter aus:					
Rußland	100				

Verichte.

Bericht über die XIII. Hauptversammlung des deutschen Forstvereins.

(40. Versammlung deutscher Forstmänner)

in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912.

Exkursion nach dem Speßart

Berichtersteller: Herzogl. Oberförster Annede, Haideburg.

Etwa 30 Teilnehmer der Nürnberger Tagung des Deutschen Forstvereins hatten sich am Tage nach dem unvergesslichen Rothenburg o. T. in Lohr am 31. August 1912 zusammengefunden und wurden nach einstündiger Fahrt am Eingang des Kgl. Bayerischen Forstamts Lohr-West durch den Regierungs- und Forstrat Elsner willkommen geheißen.

Hatte der Rothenburger Tag zurückversetzt in die Kämpfe und Wirren des 30-jährigen Krieges und uns ein Städtebild aus jenen Tagen vor Augen gezaubert, so galt der zweitägige Speßartausflug den forstlichen Denkmälern aus jener schicksalsschweren Zeit, den 250- bis 400-jährigen

Traubeneichen, von deren hoher Bewertung wohl jeder Forstmann gehört, und deren Befestigung das Ziel der Sehnsucht so manches Grünrods bildet.

Ein gut Stück Forstgeschichte durften wir in den zwei Tagen sehen und dank der unermüdblichen, lebenswürdigen Auskunftserteilung durch die Lokalbeamten auch verstehen lernen.

Mit der Forstgeschichte des Speßart ist eng und unlöslich die Jagd verbunden, und 400 Jahre Jagd- und Forstgeschichte ziehen vor unseren Augen vorüber.

Wir sehen in Gedanken die altherwürdigen Kurfürsten von Mai 13 im Speßart unter den alten, masttragenden, weitausgedehnten Eichenbeständen des Südspeßart zur Jagd ziehen, lernen verstehen, wie die Rücksicht auf Jagd und Wild dem Glashüttenbetrieb in seiner Ausdehnung Halt gebietet und danken den weidwerkliebenden Jägern, die die Überlieferung der alten Eichen auf unsere Zeit ermöglichten.

Wir sehen nach langem Herrschen des regellosen Plenterens, wie in dem Jäger der Forstmann anfängt sich zu regen, der übergeht zum mehr schlagweisen Plenterbetrieb und schließlich zur Partig-Cottaschen Dunkelischlagwirtschaft, und wir bebauern als Folgeerscheinung die reinen Buchenbestände und das Fehlen der Eiche im heutigen Alter von 120 bis 250 Jahren.

Wenn wir weiter die Eichenjungorte bis zum Alter von 100 Jahren betrachten, denken wir zurück an den Pariser Frieden von 1814, der den Südpessart an Bayern brachte und damit nach über 100jährigem Schlummer die zielbewußte Eichennachzucht wieder erweckte.

Die wechselnde forstliche Anschauung über deren zweckmäßigste Art zeigten uns die Eichenhänge in ihrer verschiedenen Laubtönung: einzel-, gruppen-, horstweise Beimischung zur Buche, Eichenhorste in schmalen, später breiteren Bändern (Lohr-West), schachbrettartig angeordnete, bald größere, bald kleinere Eichenfelder in Quadratform (Rothenbuch) und endlich heute die bestandsweise Begründung der Eiche und ihr Überhalt in wirtschaftlich selbständiger Fläche und damit Rückkehr zu den weitausgedehnten reinen Eichenorten, wie sie uns aus der Zeit des westfälischen Friedens in den zusammenhängenden 500 ha Eichenheisterbeständen des Forstamts Rohrbrunn überliefert sind. Hierbei zeigt sich uns der Unterschied zwischen einst und jetzt jedoch darin, daß damals die Jagd (Eichelaß) die Veranlassung war zur Erziehung reiner Eichenbestände, während heute die Hochwertigkeit und der gute Ruf der Speßarteichen dazu zwingt, die Eiche als hauptbestandsbildende Holzart anzubauen, daß damals die Bestände tatsächlich „reine“ Eichenbestände waren (heute sieht man sie allerdings unterbaut), während heute die Buche frühzeitig beigemischt, dies Mischungsverhältnis aber stets zugunsten der Eiche geregelt wird.

Neben diesen geschichtlichen Bildern, die den Rahmen für die Exkursionserklärungen gaben, wurde an den zwei Tagen in ausführlicher Weise der heutige Betrieb gezeigt und besprochen, wozu die berührten Bestände der Forstämter Lohr-West, Rothenbuch und Rohrbrunn reichlich Gelegenheit gaben.

Der Hauungs- und Verjüngungsbetrieb wurde hauptsächlich zur Anschauung gebracht im Forstamt Rothenbuch.

Ersterer, der eigentliche Hauungsbetrieb, konnte bei dem Werte der Eichen naturgemäß nicht gezeigt werden. Wir mußten uns begnügen mit der Besichtigung der Aushaltung einiger Totalitätseichen in Rohrbrunn und mit der theoretischen Vorführung an stehenden Alleen in dem hierfür typischen Forstamt Rothenbuch. Wie gewissenhaft dieser Dienstzweig zur Ausführung kommt und kommen muß, zeigen die Preise. In Rothenbuch z. B. betrug der Durchschnittserlös für I. Klasse Eichen 1858: 43 M, 1872: 50 M, 1887: 76 M, 1898: 96 M, 1905: 156 M, 1912: 250 M; die Höchsterlöse stiegen von etwa 100 M (1895) auf 314 M (1907), bis zum Rekordpreis von 539 M (1911). Die I. Klasse betrug 1909 etwa 5 % vom Verboholzanfall, 1912 20 %. Hierbei stieg das

Nußholzprozent aber nur von 57 auf 64 %, zeigt also nur ein geringes Steigen und beweist, daß die Qualität der eingeschlagenen Stämme ziemlich gleich geblieben ist. Für Eichenstammholz VIII beträgt der Durchschnittspreis etwa 20 M.

Letzterer als natürliche Verjüngung der Traubeneiche nur auf unzweifelhaft geeignetem Standort und nur in einem Speßartinaßjahr (unter Beihilfe der Saat aus der Hand) mit Lichtem, nach etwa sechs Jahren abgeräumtem Schirmbestand wurde durch die vielen durchwanderten Schonungen belegt. Die Buche, das „Südpessartunkraut“, ist als frühzeitige Beimischung hierbei erwünscht, ihr Übermaß wird aber energisch bekämpft, so daß vorher vorhandene Buchenverjüngungen sogar „ausgestockt“ werden. Die nachhilfsweise angewendete Eichenstreifenfaat gibt eine gute Handhabe, die zwischen den Reihen befindlichen Buchen im wahren Sinne des Wortes „unter der Schere“ zu halten. Mit Nadelholz werden die Eichenverjüngungen nicht „verschandelt“.

Auch die weitere Erziehung der Eichenbestände wurde vorgeführt.

Hierbei macht sich der große und schwer abzuschätzende Nachteil für die Borerträge und namentlich für die Qualitätsausformung geltend, daß zugunsten der Leesholzberechtigten reine Laubholzbestände vor dem 60. Jahr nicht durchforstet werden dürfen. In praxi muß auf die Borerträge tatsächlich voll verzichtet werden, aber auf die Ausformung verzichtet der Forstmann nicht: er durchforstet eben nicht, sondern übt Bestandspflege aus, wofür ihm nicht die weitere Bestimmung zu Hilfe kommt, daß für gemischte Bestände das Durchforstungsverbot sich nur auf 30 Jahre erstreckt. Ein weiterer Vorteil des Mischwalbes!

Das Hauptbestreben bei den Bestandserziehungsmaßregeln ist, die Krone dieser bis zu 42 m Höhe erreichenden Eichenbestände aufreim möglichst hoch hinaufzuschieben, aber nicht nur aufreim im gewöhnlichen Sinne, sondern nach Speßartanschauungen, d. h. rein von jedem Klebeästchen, das die spätere Verwendung zu dem so teuer bezahlten Messerfurnierholz unmöglich machen würde.

Der Glanzpunkt der Exkursion war für jeden der etwa 100 ha große Urwald Rehgertsgraben mit seinen 400 jährigen Eichen, gemischt mit 200 jährigen Buchen. Wohl vielen unter uns erging es beim Eintritt in diese Bestände wie dem Berliner Maler, der gekommen war, die berühmten Speßarteichen zu malen und beim Anblick der 42 m hohen und daher durch die Stärke nicht so wichtig wirkenden Eichen enttäuscht ausrief: „Das sind ja keine Eichen, das sind ja Spargel.“

In diesem Urwald fehlte auch uns zunächst beim Eintritt der Maßstab, aber keiner von uns schied aus den Beständen, ohne überwältigt zu sein von der Mischung des Alturvollstigen mit dem forstlich Wertvollen.

Wie wir beim Eintritt in den Speßart hingewiesen waren auf die Bedeutung des Wildes und der Jagd für die Holzbestände, so waren auch die letzten Bilder mehr jagdlich gestimmt. Und doch: welcher Unterschied zwischen dem Einst und

dem Jetzt! In den Heisterbeständen — 260-jähriges Eichenbaumholz mit 40-jährigem Buchenunterbau, die ihren Namen nicht etwa deswegen haben, weil sie als Heisterpflanzung begründet sind, sondern infolge einer lokalen Stärkebezeichnung für schwächeres Baumholz —, verschwanden die Blüten der Erturionspipe bergauf ein Rothfuch von acht Enden, einer der wenigen, und beim Austritt aus den Heisterbeständen, die wir leider allzu rasch durchheilen mußten, gab es an einer Saufütterung für viele von uns einen Vergleich mit Zuhause, und ein Studium im Ansprechen von Keilern und Wachen, für alle Teilnehmer aber ein dankbares, ehrfurchtsvolles Gedenken an den greisen, hohen Weidmann, der alljährlich hier vom nahen Jagdschloß des Luitpolds Höhe aus in seltener Rüstigkeit die Jagd auf das ritterliche Schwarzwild ausübt.

Bevor uns der moderne Autopostwagen entführte aus den Beständen des Mittelalters, vereinigte ein Abschiedessen in dem durch Hauff bekannten Wirtshaus im Speßart noch einmal alle Teilnehmer. Hier wurde mit Recht dankbar der bayerischen Forstleute gedacht, die während der ganzen Nürnberger Tagung es verstanden hatten, durch ihre zuvorkommende Liebenswürdigkeit uns Nichtbayern näherzutreten und durch ihre forstlich gefunden, praktischen Maßnahmen unsere Achtung zu gewinnen.

Wohl manche von uns werden Zeit gebraucht haben, das heimatlische Revier wieder lieb zu gewinnen nach all den schönen Eindrücken, alle aber werden dankbaren Herzens an die schönen Tage zurückdenken.

Heute, wo auch der Forstmann schon ergriffen ist von der Nervosität der eiligen Zeit, wo er liebäugelt mit den kurzen, gelbbirgenden Umtrieben, wo die Bestände in den Kinderstufen schon hineingezwängt werden sollen in die schnellfördernden, massenschaffenden Erziehungsmaßregeln, wirkt die bayerische Speßartwirtschaft besonders wohlthuend und beruhigend mit ihrem offiziellen 300-jährigen Umtrieb, mit ihren schlanken, dicht und dabei doch stufig stehenden bis 60-jährigen undurchforsteten Jungorten und mit ihrem Durchforstungsbetrieb: „schwach und oft“.

Nöge allezeit für die bayerischen Forstwirte der Spruch auf dem Grabe eines der Ihren Geltung behalten:

Immer mag von Erz und Stein
Stolzer Helben Denkmal sein,
Die die Welt bezwangen.
Unsrer Asche, längst verweht,
Mag ein Wald, den wir gesät,
Stets zum Ruhme prangen.

Berichtigung.

In dem Berichte der Erturion des Deutsche Forstvereins nach dem Laurenzer Reichswald in Nummer 48 sind leider folgende Druckfehler enthalten: es muß heißen auf Seite 961 erste Spalte 18. Zeile von unten, statt Samen schläge Saum schläge; auf Seite 961 erste Spalte 10. Zeile von unten, statt 40 m Breite 40 cm; auf Seite 961 zweite Spalte 10. Zeile von oben, statt landwirtschaftlichen Reizes, landwirtschaftlichen Reizes.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Bestimmungen über Vorbereitung usw. für den königlichen Forstschutzdienst vom 1. Oktober 1905.

Allgemeine Verfügung Nr. 26/1912.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J. Nr. III, 10361.

Berlin W 9, 14. November 1912.

Im Anschluß an den Erlaß vom 22. August 1912 — III, 7593 — übersende ich ein weiteres Verzeichnis der Knabenmittelschulen, die als vollausgestaltete im Sinne der Bestimmungen vom 3. Februar 1910 anerkannt sind.

Für Bekanntgabe ist Sorge zu tragen.

J. A.: Wesener.

An sämtliche königlichen Regierungen.

Verzeichnis

der Knabenmittelschulen, die als vollausgestaltete im Sinne der Bestimmungen vom 3. Februar 1910 anerkannt sind.

Nr.	Regierungsbezirk	Schulort	Genaue Bezeichnung der Mittelschule	Bemerkungen
1.	2.	3.	4.	5.
Z u s a m m e n f a s s u n g.				
1	Danzig	Danzig	St. Katharinen-Mittelschule	
2	Schleswig	Altona	Knaben-Mittelschule II	
3	Wiesbaden	Frankfurt a. M.	Wesend-Mittelschule	
4	Wiesbaden	Frankfurt a. M.	Bornheimer Mittelschule	
5	Wiesbaden	Frankfurt a. M.	Eisen-Mittelschule	
6	Coln	Coln	Mittlere Knaben-Mittelschule II	

Allgemeine Verfügung Nr. 27/1912.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III, 11641.

Berlin W 9, 16. November 1912.

Die allgemeine Verfügung vom 2. November 1911 — III, 10386 —, betreffend die Berechnung von Verzugszinsen, wird dem Erlaß des Herrn Finanzministers vom 29. Februar 1912 — I. 16847/11 II. Ang. — entsprechend dahin ergänzt, daß auch bei der Forstverwaltung die Zinsen für einzelne Tage zu je $\frac{1}{30}$ des Monatsbetrages zu berechnen sind.

J. A.: Wesener.

An sämtliche königlichen Regierungen.

Zur Nachprüfung der Verfügungen über Entziehung oder Verlegung eines Jagdscheines durch die Verwaltungsgerichte nach der gegenwärtigen Rechtslage.

(Urt. d. O.-B.-G. v. 17. November 1910. III B. 68/10.)

Der Landrat hat den Klägern den Jagdschein entzogen. Maßgebend war hierfür, daß Albert G., weil er einen Hirsch in der Schonzeit erlegt hat, und Heinrich G., weil er während der Schonzeit und nach dem 15. Tage seit ihrem Beginn zum menschlichen Genuß nicht fertig zubereitete Teile dieses Hirsches zum Verkauf herumgetragen, feilgeboten und verkauft hat, durch

Urteil der Strafkammer des Landgerichts St. bestraft worden ist.

Mit ihrer Klage von dem Vorderrichter abgewiesen, haben sie noch die Berufung eingelegt, die jedoch nicht begründet ist.

Die Kläger haben nunmehr zugegeben, daß die tatsächlichen Voraussetzungen für ihre gerichtliche Bestrafung gegeben waren. Sie sind aber unter Berufung auf Ausführungen in den Kommentaren zur Jagdordnung von Dalde und von Bauer der Ansicht, daß die Verwaltungsgerichte hier zu prüfen haben, ob sich die Entziehung oder Verfassung des Jagdscheins aus Rücksicht auf die öffentliche Ordnung rechtfertigt und ob sie nicht auf eine den Umständen nach ungerechtfertigte Härte hinausgehe. Hierin kann ihnen jedoch nicht beigetreten werden.

Das in den Entscheidungen des Obergerwaltungsgerichts III. 165 veröffentlichte Urteil, auf das bei Delius 5. Auflage S. 207 zu § 35 verwiesen wird, hat allerdings für den Verwaltungsrichter die Prüfung dahin in Anspruch genommen, ob sich die Entziehung und Verfassung des Jagdscheins aus Rücksicht auf die öffentliche Ordnung rechtfertigt. Dieses Urteil ist aber auf Grund des § 93 des Kompetenzgesetzes vom 26. Juli 1876 ergangen, der die Klage bei den Verwaltungsgerichten gegen Verfügungen, durch welche der Jagdschein entzogen oder versagt war, unbeschränkt eröffnete. Dies hat sich auf Grund des Gesetzes vom 31. Juli 1895 geändert, indem hier in § 9 diejenigen Rechtsmittel eröffnet worden sind, welche in den §§ 127 bis 129 des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 gegen polizeiliche Verfügungen gegeben sind. Nach §§ 127, 128 kann

aber die Klage im Verwaltungsstreitverfahren nur darauf gestützt werden, daß die polizeiliche Verfügung auf der unrichtigen Anwendung oder auf der Nichtanwendung des bestehenden Rechts beruhe, oder daß die tatsächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden seien, welche die Polizeibehörde zum Erlasse der Verfügung berechtigt haben würden. Damit ist die Nachprüfung, wie in ständiger Rechtsprechung des Obergerwaltungsgerichts angenommen worden ist, darauf beschränkt, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für den Erlass der polizeilichen Verfügungen gegeben sind, und nicht darauf erstreckt, ob die Polizeibehörde von ihrer in den Gesetzen begründeten Verfügungsgewalt Gebrauch zu machen ausreichenden Anlaß hatte. Demgemäß ist nach dem Inkrafttreten des Jagdscheingesetzes daran festgehalten, daß die Nachprüfung der Verwaltungsgerichte, wenn der Jagdschein wegen einer in den § 6 und 7 erwähnten, von den Strafgerichten festgestellten Straftat entzogen oder versagt wird, sich darauf zu beschränken hat, ob derjenige, dem der Jagdschein entzogen oder versagt ist, wegen einer solchen Straftat gerichtlich bestraft worden und ob die in § 7 vorgesehene Frist noch nicht abgelaufen ist. Diese Rechtslage ist in § 37 der Jagdordnung aufrecht erhalten.

Die Entscheidungen der Bezirksausschüsse sind indes nicht, wie bei Bauer S. 375 und bei Ebner S. 230 vertreten ist, eudgültig; sie unterliegen der Anfechtung mit der Berufung, und das Obergerwaltungsgericht hat deshalb frei zu prüfen, ob die gesetzliche Voraussetzung für die Entziehung oder Verfassung des Jagdscheins gegeben war.

Die Vorentscheidung war deshalb zu bestätigen

Verschiedenes.

— Zur Frage der Verwaltungsreform nimmt Oberbürgermeister Dr. Wilms (Köln) im „Tag“ das Wort. Die durch Allerhöchste Ober vom 7. Juni 1909 mit der Einreichung von Reformvorschlägen betraute Immediat-Kommission soll in der Richtung des vom Kronrat in seinen Grundzügen gebildeten Reformplanes prüfen, welcher Änderungen der gesetzlichen Verwaltungsvorschriften im Sinne der Vereinfachung und der Dezentralisation es bedürfen wird, um die Geschäftsformen, den Behördenaufbau, die Verteilung der Verwaltungsgeschäfte auf die Behörden und die Ordnung des Rechtsmittelweges und des Instanzenzuges in der gesamten inneren Verwaltung den Anforderungen der heutigen Entwicklung des öffentlichen Lebens anzupassen. Auf Grund von Vorschlägen der Kommission sind Grundzüge für eine vereinfachte Geschäftsführung der Regierung ausgearbeitet und seit etwa zwei Jahren in Anwendung gebracht worden. Auch eine Gesetzesvorlage betreffend Vereinfachung der Rechnungsrevisionen und der Geschäftstätigkeit der Oberrechnungskammer verdankt der Arbeit der Kommission ihren Ursprung. Während aber, wie die beiden vorerwähnten Entschlüsse zeigen, die rein technische Seite der Verwaltung für eine Reform keine großen Schwierigkeiten

macht, liegt eine Reform der Behördenorganisation und des Instanzenzuges nicht so einfach. Hier taucht zunächst sofort die Frage auf, ob man nicht unter Anknüpfung an die Steinischen Ideen mehr als bisher selbständige Staatsbürger an der Leitung ihrer Geschäfte mit beteiligen will oder, den Schwerpunkt der inneren Verwaltung in den Händen rein staatlicher Beamten belassend, nur eine Vereinfachung des Beamtenaufbaues erstreben soll.

In Frage käme die Anpassung der Staatsinstanzen an die Provinzialinstanzen und dabei unter anderem die Aufhebung der Bezirksregierungen, wie sie schon bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus über die Provinzialordnung 1873/4 und 1874/5 — allerdings vergebens — gefordert wurde. Treffend charakterisierte die Absichten des Hauses Miquel in der Generaldiskussion zur Provinzialordnung, indem er hervorhob, daß der Regierungspräsident keine kommunalen Kreise hinter sich habe und nur sich selbst verrete. Man habe hier ein System, welches gar nicht in den ganzen Plan passe; man habe Gemeinden und Kreise mit staatlichen und kommunalen Aufgaben, Provinzen mit staatlichen und kommunalen Aufgaben, und dazwischen setze der Regierungspräsident, dem man gewissermaßen als Ornament drei Bezirks-Ausschüßmitglieder an die Seite

gestellt habe. Miquel und seine Freunde sahen wohl ein, daß gerade hier der Wendepunkt für eine Umgestaltung der Staatsverwaltung lag, wenn man neben besoldeten Staatsbeamten auch die Staatsbürger selbst an der Leitung ihrer Geschäfte beteiligen wollte. Die Zmmehdigungskommission müßte, wenn sie eine grundlegende Umgestaltung der Verwaltung durchführen will, auf diese Zeit zurückgehen und an sie anknüpfen. Die Forderung der Aufhebung der Regierungsinstanz wird auch heute wieder von Männern erhoben, deren Namen in Verwaltungsfragen einen guten Klang haben. Je größere Gebiete der Verwaltung man politisch neutralisieren und dem Streit der Parteien entziehen kann, um so günstiger und sachgemäßer wird die Staats- und Kommunalverwaltung arbeiten. Sieht man sich die Verwaltungsreform in der Kreisinstanz aus dem Gesichtspunkte einer Stärkung der Stellung des Landrats an, so wird, je nach der politischen Richtung, der eine Teil des Abgeordnetenhauses der Stärkung zustimmen, der andere ebenso entschieden dagegen sein. Die Stellung des Abgeordnetenhauses in den letzten Jahren den Städten gegenüber reizt nicht, Reformen für die Städte — auch besonders für die mittleren und kleineren — zu erbitten. Nun hört man, daß die Landratsinstanz durch die Verwaltungsreform noch gestärkt werden solle; man spricht von einer Dezentralisation und führt die Dezentralisation nicht durch bis zur untersten Instanz.

Aber auch Zentralisation kann berechtigt und unberechtigt sein. Wie in jedem großen Betrieb und in jeder größeren Verwaltung nach einem einheitlichen System und einem einheitlichen Gedanken gearbeitet werden muß, so kann auch bei der Staatsmaschine nicht das eine Rad anders laufen als das andere, ohne das Gesamtwerk zu stören. Es kann daher der Staatsverwaltung das Recht nicht bestritten oder verkleinert werden, auch in den großen Fragen der Staatspolitik und Staatsverwaltung die Zentralisation der Idee und Leitung gewahrt bleibt. Wenn aber die Zentralstellen oder die oberen Instanzen glauben, auch Fragen von untergeordneter oder weniger großer Bedeutung ihrer Entscheidung und Entscheidung unterziehen zu müssen, dann kann von einer gewissen Hypertrophie gesprochen werden. Aus ihr ergibt sich ein großer Teil der Langsamkeit und Umständlichkeit unserer Verwaltung, ohne daß man damit irgendwie unserem Beamtenstande einen Mangel an Eifer oder Pflichttreue zum Vorwurf machen könnte. Im Gegenteil, es muß gern und freudig anerkannt werden, wieviel Arbeit und Hingebung in unserem staatlichen Beamtenkörper vorhanden ist; es muß aber auch hervorgehoben werden, wieviel mehr noch bei einer anderen Organisation von diesen Männern geleistet werden könnte, wenn ihnen damit auch eine größere Arbeitsfreudigkeit gewährleistet würde.

Wenn man in der Erledigung der Verwaltungsfrage eine Dezentralisation durchführen will, so sollte sie nicht bei den Landräten Halt machen, sondern auf den Gedanken zurückgehen, der schon vor 100 Jahren aufgetaucht und auch später öfters

erwogen worden ist: der Schaffung leistungsfähiger Gemeinden auf dem Lande. Daß die Ausführung besonders im Osten Schwierigkeiten macht, kann nicht bestritten werden. Aber eine Zusammenfassung mehrerer Gemeinden und Gutsbezirke zu leistungsfähigen Gesamtgemeinden wird auch im Osten, je länger desto mehr, sich ermöglichen lassen, wie solches im Westen längst durchgeführt werden konnte. Auf dem Gebiete des Schulwesens, der Armen-, der allgemeinen Wohlfahrtspflege usw. würde damit viel gewonnen. Eine Beschränkung der kleineren und mittleren städtischen Gemeinwesen in ihren jetzigen Kompetenzen sollte sich die Verwaltungsreform nicht zur Aufgabe stellen.

✱

— Zu dem Gesetze zum Schutze des landschaftlichen Bildes nimmt Feid. Avenarius in dem ersten Novemberheft 1912 des „Kunstwartes“ das Wort. Er schreibt unter dem Titel: „Weg mit dem „landschaftlich hervorragenden!“ Als das Gesetz zum Schutze des landschaftlichen Bildes gegen Kellamen usw. zur Beratung stand, habe ich dringend davor gewarnt, den Begriff „landschaftlich hervorragend“ hier einzusetzen. Erstens, weil wir heutzutage die Landschaften überhaupt nicht mehr nach erst- und zweitklassig unterscheiden, sondern uns bemühen, die besondere Schönheit jeder einzelnen zu genießen, zweitens, weil man jede Heimatpflege dadurch auf den Kopf stellt, daß man sagt: ihr habt an Schönheit sowieso wenig, da braucht euch das hübsche nicht erst geschützt zu werden. Meine Warnung half nichts, die Bestimmung kam ins Gesetz. Aber die Regierungspräsidenten waren gottlob weitherzig, sie erklärten „ihre“ Gegenden für landschaftlich hervorragend schön, also schutzfähig, und die Gerichte lehnten es bisher ab, nachzuprüfen, ob die Gegend denn wirklich hervorragend schön sei, genug, wenn der Beweis vorlag, die Kellame verunziere sie. „Die Rechtsprechung“, schreibt das „Berliner Tageblatt“, „war im Begriff, in der Praxis zu einer Erdrösselung aller Außenkellame zu führen.“ Entsetzlich, die erdrösselte Außenkellame! Leider, meinen wir, kommt es dazu wohl nicht, denn das preussische Kammergericht hat jetzt anerkannt: daß die Frage, ob die Gegend eine landschaftlich hervorragende sei, entgegen der bisherigen Übung der Prüfung der Richter unterliegen müsse. Daß sich das juristisch ansprechen ließe, glaube ich nicht, denn es ist logisch, und der Fehler liegt im Gesetz. Eben deshalb muß er aus dem Gesetz heraus. Wenn wir unsere lieben Tiefebene und überhaupt alle Heimatgaue, die nicht als „hervorragend“ zu bezeichnen sind, vor den Widerlichkeiten der Außenkellame schützen wollen, so ist unbedingt nötig, daß Regierung und Parlament so schnell wie nur möglich die Erweiterung des bestehenden Schutzes auf alle Gaue durchsetzen. — Dem geschätzten Herrn Verfasser ist freudig beizupflichten; wir haben nur die Befürchtung, daß die erwünschte Gesetzesänderung nicht so schnell kommen wird — und daß das „Berliner Tageblatt“ noch lange mit

seiner es kennzeichnenden Abwehr gegen die Erdrosselung der Außenrellame recht behält.

— **Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Geheimrat Prof. Dr. Carl Gayer.** Fünf Jahre sind verstrichen, seitdem Gayer nach einem langen, gesegneten Leben für immer von uns gegangen ist. Seine Arbeit, dem Walde geweiht, hat reiche Früchte getragen. In der forstlichen Welt ist Gayers Name ein wohlvertrauter. Dankbar wird seiner Verdienste um die Forstwissenschaft und Forstwirtschaft gedacht. Mit einer glänzenden Gabe für Naturbeobachtung ausgestattet, förderte er die Kenntnis der naturgesetzmäßigen Grundlagen des Waldbaues und gab so der Forstwirtschaft neue Richtlinien, die zum Segen unserer Wälder immer allgemeiner zur Anwendung gelangen. Naturgerechte Verjüngung des Waldes, naturgerechte Erziehung der Bestände, unentwegte Pflege der Bodenkraft, dieses wertvollen Gutes auch späterer Geschlechter, lautete das Bekenntnis Gayers, das er in umfassender Arbeit zu einem sicher begründeten Lehrgebäude ausgestaltete. Nicht geringer sind die Verdienste Gayers als akademischer Lehrer. Nahezu 40 Jahre hindurch war es ihm vergönnt, die Lehrtätigkeit auszuüben. Nach vielen Hunderten zählen die Schüler, die nicht nur aus fast allen Staaten Europas, sondern auch aus anderen Erdteilen sich einfanden, den Worten des Meisters zu lauschen. Am 15. Oktober jährte sich der Tag zum neunzigsten Male, an dem Gayer geboren ward. Möge dieser Tag uns alle, die wir der grünen Gilde angehören, an die Dankspflicht erinnern, die wir unserem Gayer schulden, und die wir am besten betätigen, wenn wir ihm auf seinem Grabe oder an einem anderen geeigneten Orte im Gebiete seiner Tätigkeit ein einfaches, aber würdiges Denkmal errichten. Dieser Gedanke hat überall in Fachkreisen warmen Anklang gefunden, in fast allen Kulturstaaen sind hervorragende Fachgenossen dafür eingetreten oder haben Denkmalkomitees gebildet. Es ergeht daher an die Schüler und Freunde Gayers die Bitte, Beiträge zu einem Gayer-Denkmal zu spenden. Zur Empfangnahme von Beiträgen — Einzelbeträge wie Sammelergebnisse — ist bereit Ministerialrat Dr. Kast, München (Postfachkonto Nr. 4141).

Namens

der R. Gayer. Staatsforst-Verwaltungsbeamten: von Braza.

Fabricius, Pauls, Ramann, Schupfer, von Tabeuf, München. Dr. Walther, Darmstadt. Reuß, Dessau. Dr. Neumeier, Dresden. Dr. A. Müller, Dr. Kienig, Dr. Schwanbach, Eberswalde. Kridde, Zellheim. Hann, München. Dr. Siebert, Karlsruhe. Mey, Dr. Kahl-Mey, Reg. Vorkmann, Eiderich. Groß, Zeitzsch. Martin, Rüter, Westheim, Tharandt. C. Wagner, von Wühler, Tübingen. — Belgien: De Man, Antwerpen. Dänemark: P. C. Müller, Kopenhagen. England: Sir William Schlich, Caccia, Oxford. Canada: A. E. Fernow, Toronto. Frankreich: E. Henry, M. Henry, Guinier-Maneu. Demorlaine-Boris. Niederlande: Tulein, Rothenthus, Apeldoorn, von Echembeck. Bogenstein. Norwegen: Rohrwold, As. S. Christiana. Österreich: Dr. Gieseler, Wien. Dr. Hubella, Mariabrunn. Ungarn: Alex. von Horvath, Karl Téglás, Karl Bund-Budapest. Ludwig Jekete, Eugen Dobos, Zelmeháza. Russland: A. Kern, Chef d. Forstverwaltung, St. Petersburg. Finnland: B. A. Hanninen, Dr. Cajander, Helsingfors. F. R. Lagerblad, Helsinki. Schweden: Karl Fredenbergh, E. Wahlgren, Gunnar Schotte, Stockholm. Uno Wallmo-Lebro, Schwed. Dr. Franzhäuser, Bern. A. Engler, Zürich. Ver. Staaten v. N. A.: Duggh, P. Wader, Syracuse. N. Y. H. J. Fischer, Harvard-Untiv. Walter Mulford, Ithaca, N. Y.

— **Ausfuhr nordmandschurischen Holzes nach Westeuropa.** Die großen, in der nördlichen Mandchurei gelegenen Wälder sollen demnächst der rationellen Holzverwertung erschlossen und das vorzügliche Holz nach dem Ausland abgesetzt werden. Bisher war dies dadurch erschwert, daß den russischen Holzindustriellen, denen Holz ausbeutungsrechte zustehen, bare Geldmittel in ungenügender Menge zur Verfügung standen. Das Holzgeschäft erfordert dort ein großes Betriebskapital, die russischen Großbanken knüpfen aber mit den russischen Holzhändlern in der Mandchurei keine Verbindungen an, da deren Kapital im Auslande festgelegt ist und wenig Sicherheit bietet. Die örtlichen Banken geben Kredit nur auf Wechsel mit zwei Unterschriften, von denen die zweite nur sehr schwer zu beschaffen ist. Der Warenkredit fehlt ganz. Da jedoch die Wälder in der nördlichen Mandchurei zum größten Teile in Gegenden liegen, die von der Chinesischen Bahn durchschnitten werden, weitere ausgedehnte Waldflächen aber von schiffbaren oder flößbaren Flüssen durchschnitten werden, auf denen das Holz leicht an die Eisenbahn gebracht werden kann, so ist die Möglichkeit gegeben, das Holz nicht nur im fernen Osten, sondern auch in den Ländern jenseits des Ozeans, bis nach Westeuropa hin, lohnend abzusetzen. Diese vorgenannten Umstände, die billigen chinesischen Arbeiterverhältnisse und die Erhöhung der Holzpreise haben die eingewiesenen russischen Holzhändler veranlaßt, nunmehr eine intensive Ausfuhr des nordmandschurischen Holzes zu betreiben und sich namentlich in England große Absatzgebiete zu sichern. Der jetzt sicher zu erwartende Gewinn hat auch zur leichteren Geldbeschaffung geführt, was dem russischen Holzgeschäft hauptsächlich in Westeuropa einen bedeutenden Aufschwung geben kann. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Amurgebiet, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Frachtungskosten bedeutend teurer, der Kredit aber schon von jeher etwas leichter ist. Diese Sachlage im fernen Osten, besonders in der nördlichen Mandchurei, verdient die volle Aufmerksamkeit des deutschen Holzhandels, denn es ist anzunehmen, daß, wenn die russischen Holzindustriellen trotzdem nicht in der Lage sein sollten, den ungeheuren Holzreichtum des Landes voll auszunutzen, sich sehr bald ausländische Großkapitalisten finden werden, die neben den russischen Unternehmern Holz ausbeutungsrechte erwerben — woran sie rechtlich nicht gehindert werden können — und das nordmandschurische Holz ebenfalls auf den Markt bringen werden.

— **Hinke bei der Ordnung einer forstlichen Käfersammlung.** Beim Einordnen der Käfer in die Sammlung wird man, wenn sich letztere nicht auf das Notwendigste beschränkt, wie etwa für die Zwecke bei den Jägerprüfungen, wohl daran tun, die ähnlichen Arten stets zusammenzubringen, denn nur auf diese Weise ist es möglich, daß der Lernende die Unterschiede gründlich auf leichtere und anschaulichere Weise kennen lerne. Eine solche Anordnung ist in dem Lehrbuche „Die Waldverderber und ihre Feinde“ von Judeich-Nische getroffen worden. Beispielsweise finden

wir dort (8. Auflage, Seite 452) unter „Wurzelbewohnende Rindenbrüter“, welche als Käfer die Rinde junger Nadelholzpfflanzen am Wurzelknoten plätschen benagen“ die Arten: *Hylesinus ater* Payk., *H. cunicularius* Er. und *ligniperda* Fabr., drei kleinere, *H. attenuatus* Er., *H. angustatus* Hbst., und *opacas* Er., sowie mehr ausnahmsweise *Tomiscus autographus* Ratz. Letzterer, *T. autographus*, würde nun zwar in der Sammlung unter den eigentlichen Borkenkäfern (*Bostrychus*, *Tomiscus*) einzuordnen sein. Bei der Einordnung nach den in Judeich-Mitsche aufgeführten Gruppen gewinnt der Lernende ein ausgezeichnetes Material für den Anschauungsunterricht, und aus diesem Grunde wäre es einesfalls wünschenswert, sofern ein Leitfaden in der Reihenfolge des oben zitierten Buches nicht bereits vorhanden sein sollte, wenn die Verlagshandlung der Herausgabe eines solchen einmal nähertreten würde, andererseits auch Sammlungen für weitergehende Lehrzwecke nach obiger Ordnung aufgestellt würden.

—r.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 3. Dezember 1912. Rehbock 0,45 bis 0,75, Rotwild 0,40 bis 0,58, Damwild 0,40 bis 0,75, Schwarzwild 0,25 bis 0,75 \mathcal{M} das Pfund. Hasen 1,50 bis 4,60, Kaninchen 0,30 bis 1,20, Stodenten 1,00 bis 2,00, Kridenten 0,50 bis 0,75, Rebhühner 0,75 bis 1,10, Fasanenhähne 1,00 bis 3,00, Fasanenhennen 1,50 bis 2,00, Waldschnepfen 3,00 bis 3,50 \mathcal{M} das Stüd.

Vereins-Nachrichten.

Verein Waldeck-Pyrmont Forstbeamten. Ortsgruppe Krosen.

Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 2 Uhr, Versammlung in der Gastwirtschaft Intorn zu Helsen.

Tagesordnung: 1. Einsammeln des Beitrages für das Vereinsblatt. 2. Begleichung der Ausgaben des Vorsitzenden.

Dieserigen Kollegen, welche zu kommen verhindert sind, werden gebeten, den Beitrag bis spätestens zum 15. Dezember einsenden zu wollen.

Der Vorstand.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Verwaltungsbezirk der Königlichen Postkammer.

Der Titel Hegemeister wurde verliehen den Förstern:

Bahr zu Neuenmühle, Oberförsterei Schwennow; **Böller** zu Wömlitz, Oberförsterei Niegripp; **Böser** zu Bergfreier, Oberförsterei Schmiedebach; **Knöfel** zu Warze, Oberförsterei Schwedt; **Lier** zu Wend. Buchholz, Oberförsterei Hammer; **Neumann** zu Bisdorf, Oberförsterei Karminlau; **Nicke** zu Petershagen, Oberförsterei Niegripp; **Prähling** zu Soborow, Oberförsterei Rheinsberg; **Reger** zu Sireganz, Oberförsterei Rheinsberg; **Schmel** zu Wildbalm, Oberförsterei Schwedt; **Sobias** zu Angau, Oberförsterei Niegripp; **Urban** zu Treppmühl, Oberförsterei Peegig.

Staats-Forstverwaltung.

Bender, Forstassessor, ist der Regierung Trier als Hilfsarbeiter überwiesen.

Heim, Oberförsterei o. R. zu Hohenstein, Oberförsterei Hohenstein, Regb. Allenstein, ist als Oberförsterei o. R. nach Karlsruhe, Regb. Trier, versetzt.

Rehwig, Forstassessor, a. St. in der Oberförsterei Bolle, Regb. Hannover, beschäftigt, in der Königl. Regierung in Minden zur weiteren dienstlichen Verwendung in der Oberförsterei Hardehausen überwiesen.

Rehr. Götman von der Lege, Oberförsterei zu Carlsbrunn, Regb. Trier, ist in den Ruhestand getreten.

Rahn, Oberförsterei zu Güttschmen, ist die Oberförsterei Breitenheide, Regb. Allenstein, übertragen.

Reiner, Forstassessor zu Vindendorf, Oberförsterei Pfeilsvalde, Regb. Allenstein, ist nach der Oberförsterei Constorf, Regb. Marienwerder, versetzt.

Räcker, Kirchenrat, Geheimer bautechnischer Revisor im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Rechnungsrat zu Berlin-Friedenau, ist der Königl. Kronsnorden 8. Klasse verliehen.

Der Titel Rechnungsrat wurde verliehen den Forstassistenten:

Sauerke zu Marienwerder; **Senscher** zu Spanbau, Regb. Potsdam; **Jammert** zu Cleve, Regb. Düsseldorf.

Arndt, Förster o. R. zu Wathlingen, Oberförsterei Gelle, ist als Förster o. R. auf die Försterei Dünke, Oberförsterei Ruhow, Regb. Pommern, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.

Geene, Förster o. R. zu Sophienthal, Oberförsterei Rothen, ist als Förster o. R. nach Brunnplag, Oberförsterei Vindendorf, Regb. Marienwerder, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.

Gleisner, Förster zu Brunnplag, Oberförsterei Vindendorf, ist nach Grünau, Oberförsterei Schützenwalde, Regb. Marienwerder, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.

Kempel, Forstassistent in der Oberförsterei Wedelsdorf, ist der Oberförsterei Biegenort, Regb. Stettin, überwiesen. Die Versetzung nach der Oberförsterei Zädelmühl ist zurückgezogen.

Schuppert, Förster zu Gröfßelbach, Oberförsterei Burgbaum, ist die Forsterei Kleinmerode, Oberförsterei Wittenhagen, Regb. Cassel, vom 1. Januar 1913 ab übertragen.

Wormster, Förster zu Rahmhütte, Oberförsterei Garzig, ist nach Marienwalde, Oberförsterei Marienwalde, Regb. Frankfurt a. O., vom 1. Januar 1913 ab versetzt.

Werner, Hilfsjäger zu Pfeilsvalde, Oberförsterei Pfeilsvalde, ist der Oberförsterei Guttinnen, Regb. Allenstein, versetzt.

Der Titel Hegemeister wurde verliehen den Förstern:

im Regierungsbezirk Breslau:
Aubert zu Nipporn, Oberförsterei Nilmann; **Fausz** zu Polzschmühle, Oberförsterei Ruhbrunn.

im Regierungsbezirk Gumbinnen:
Birnbeck zu Marienbruch, Oberförsterei Zavelnningen; **Forstmann** zu Grünhof, Oberförsterei Bröcklaufen; **Freitag** zu Vadenheim, Oberförsterei Ussballen; **Wiedrich** zu Kaufschitten, Oberförsterei Schorlen; **Wermann** zu Schwen, Oberförsterei Goldap; **Worstell** zu Vabbeln, Oberförsterei Bröcklaufen; **Werner** zu Wersmünken, Oberförsterei Ussballen; **Wiedrich** zu Schwen, Oberförsterei Jura.

im Regierungsbezirk Hannover:
Festner zu Wüßburg, Oberförsterei Hannover; **Haase** zu Wüßburg, Oberförsterei Hannover; **Köck** zu Nienberg, Oberförsterei Goslar; **Klein** zu Rothenkamp, Oberförsterei Bienen; **Sitte** zu Grünhagen, Oberförsterei Rimbarg; **Wittig** zu Nienburg, Oberförsterei Nienburg.

im Regierungsbezirk Köln:
Wes zu Budow, Oberförsterei Neufalkow.

im Regierungsbezirk Pommern:
Ahler zu Rothbuchhorn, Oberförsterei Tschier; **Bader** zu Breznitz, Oberförsterei Tschier; **Blankenburg** zu Giesfeld, Oberförsterei Reidenau; **Jungnickel** zu Dittersbach, Oberförsterei Mersdorf; **Kreßmer** zu Vreden, Oberförsterei Mersdorf; **Reck** zu Habichtsborg, Oberförsterei Mersdorf; **Schumann** zu Wittgen, Oberförsterei Reidenau; **Wend** zu Reichau, Oberförsterei Reidenau.

im Regierungsbezirk Pommern:
Börk zu Zienitz, Oberförsterei Gährde; **Schrig** zu Habichtsborg, Oberförsterei Witten a. Ruh; **Sagen** zu

Beltsade, Oberförsterei Dannenberg; Krüger zu Siel-
felde, Oberförsterei Hallerleben; Orke zu Scharnebeck,
Oberförsterei Scharnebeck.

im Regierungsbezirk Marienwerder:

Pander zu Wartenberg, Oberförsterei Krausenhof;
Pietke zu Charlottenthal, Oberförsterei Jägerthal.

im Regierungsbezirk Minden:

Pennert zu Ottenen, Oberförsterei Balle; Esvert zu
Neubüddelen, Oberförsterei Büddelen; Schöner zu Vede-
dorf, Oberförsterei Obernkirchen; Soos zu Willems-
Oberförsterei Kumbel; Freyer zu Bauen, Oberförsterei
Dalheim; Schmarz zu Ravensberg, Oberförsterei Minden.

im Forstverwaltungsbezirk Osnabrück:

Schörsig zu Egels, Oberförsterei Anrich.

im Regierungsbezirk Potsdam:

Wassig zu Bogelhaus, Oberförsterei Rehden; Dörz zu
Thrensdorf, Oberförsterei Potsdam; Fölger zu Behlen-
bruch, Oberförsterei Grumfin; Hink zu Schaeferberg,
Oberförsterei Dabelberg; Hreiner zu Summit, Ober-
försterei Dranienburg; Jansing zu Jansiglewie, Ober-
försterei Rudersdorf; Klose zu Havensbrück, Oberförsterei
Neu-Thymen; Kroschel zu Vindhorst, Oberförsterei
Grimmig; Köhn zu Klügelfee, Oberförsterei Gopemid;
Liske zu Büttgen-Dreß, Oberförsterei Dabelberg; Liske
zu Gellig, Oberförsterei Potsdam; Meißner zu Adlers-
horn, Oberförsterei Gummersdorf; Postle zu Woblia,
Oberförsterei Himmelstorf; Sautz zu Briele, Ober-
försterei Draukenburg; Schumann zu Sternsdauje, Ober-
försterei Potsdam; Seigt zu Krummendamm, Ober-
försterei Gopemid; Schwertig zu Klosterheide, Ober-
försterei Binnau.

im Regierungsbezirk Stade:

Schöser zu Rhe, Oberförsterei Rotenburg.

Die Försterstelle Treischfeld, Oberförsterei Burgau.
Regd. Cassel, wird vom 1. Januar 1913 ab eingesetzt.

Gemeinde- und Privatdienst.

Friebe, Privatrevierförster zu Seiborf, St. Annapelle, ist
das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Frühau, groß. Förster zu Grenz bei Dyhernfurth a. D., ist
zum Hegemeister ernannt.

Jeske, groß. Förster zu Waldvorwerk Vaskowitz, Bezirk
Breslau, ist zum Hegemeister ernannt.

Königreich Sachsen.

Staats-Forstverwaltung.

Schneider, Waldbarbeiter, ist als Waldwärter auf Renthäbter
Revier angestellt.

Schneider, Waldwärter, ist vom Reustädter auf das Fisch-
bacher Revier versetzt.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Staats-Forstverwaltung.

Satt, Unterförster zu Warnkenhagen, Forstinspektion
Dobersan, tritt mit dem 1. April 1913 in den Ruhestand.

Herzogtum Anhalt.

Forstforstverwaltung.

Jann, Förstl. Rendant zu Mendel, ist zum Herzogl.
Oberförster ernannt und mit der Verwaltung des Forst-
reviers Norfiken in Dürrenberg beauftragt.

Kantner, Hilfsjäger zu Sandberg, ist nach Hakenstein versetzt.
Kris, Hilfsjäger zu Hakenstein, ist nach Hakenstein versetzt.

Kris, Hilfsjäger zu Hakenstein, ist nach Sandberg versetzt.

Elbs-Lothringen.

Kassig, Gemeindeforstschaffmeister, ist für die Zeit vom
1. Dezember 1912 bis zum 1. April 1913 die vertrittungs-
weise Wahrnehmung der Gemeindeförsterstelle des Schu-
bezirks Rheinau-Nord, Oberförsterei Gröben, übertragen.

Jubiläen, Gedenktag u. a. m.

(Nach Zeitungsmitteilungen.)

Der Königl. Förster a. D. Falck zu Meheim feierte
mit seiner Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit.

Der Forstausseher Weiskopf zu Waldeck feierte mit
seiner Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit.

Constige Auszeichnungen.

Jant, Förster und Königl. Anwärter zu Neu-Vorwerk, Post
Trag, ist vom Allgem. Jagdschützenverein das Ehren Diplom
sonie ein guter Krimstörer als Anerkennung seiner
Verdienste im Jagdsport verliehen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte
 keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Aufschriften finden
 niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements-
 Zeitung oder ein Hinweis, daß Fragesteller Abonnent ist,
 und 20 Pfennige Vorlo beizufügen. Gemeinhin werden
 Fragen ohne weitere Kosten beantwortet; sind jedoch
 durch Sachverständige schwierige Rechtsfragen zu erörtern,
 Gutachten, Berechnungen usw. aufzustellen, für deren Er-
 langung der Schriftleitung Sonderhonoreare erwachsen, so
 wird Vergütung der Selbstkosten beansprucht.)

Nr. 158. Anfrage: Bin ich nach dem Ver-
 sicherungs-gesetz für Angestellte vom 20. Dezember
 1911 versicherungspflichtig? Ich bin bei der hiesigen
 Familienfideikommiss-herrschaft als Forstsekretär mit
 vierwöchentlicher Kündigung angestellt. Im Forst-
 bureau sind außer meinem Chef noch zwei Lehr-
 linge beschäftigt. Meine Arbeiten bestehen in
 Revidieren der Nummerbücher, Holzverabsolge-
 zettel, Versteigerungsprotokolle usw., Anfertigung
 von statistischen Berechnungen, Holzmassenberech-
 nungen nach Kreisflächen, Aufstellung der Holz-
 tagen, Anfertigung von Kartenpausen und Karten-
 kopien und zum kleinen Teil auch Altenabschriften.
 Für die niederen Arbeiten (im Sinne des Gesetzes),
 Feueranmachen, Lampenreinigen usw., komme ich
 nicht in Betracht. Die Verwaltung ist der Ansicht,
 ich sei nicht versicherungspflichtig; ist das richtig?
 Hat der Verein für Privatforstbeamte Deutschlands
 vielleicht eine Pensionsversicherung? Nach der
 staatlichen Versicherung würde ich nach 40jähriger
 Dienstzeit 636 M. Rente bekommen, davon kann
 man doch nicht leben. Das neue Gesetz scheint für
 die Privatforstleute überhaupt nicht günstig zu
 sein. Viele Verwaltungen ziehen ihre privaten
 Pensions-einrichtungen ein und überweisen ihre
 Beamten der staatlichen Versicherung.

Forstsekretär K. in B.

Antwort: Sie sind zweifellos versicherungs-
 pflichtig (vgl. den Aufsatz „Die Versicherung der
 Privatangestellten“ in Nr. 45 bis 48 der Forst-
 Zeitung). Die Dienstherrschaften sind nicht berechtigt,
 ihren Beamten eine vertragsmäßige zugesicherte
 Pension mit Rücksicht auf die Angestelltenversicherung
 vorzuenthalten oder zu kürzen. Natürlich können
 sie ein bestehendes Vertragsverhältnis kündigen (nach
 Aufgabe des bestehenden Vertrages) und durch
 einen neuen Vertrag die Pensionsverhältnisse
 anderweitig regeln. Es würde unseres Erachtens
 keine Unbilligkeit sein, wenn eine Dienstherrschaft
 sich vertraglich das Recht vorbehielte, die von ihr
 zugesicherte Pension um den Betrag des Ruhe-
 geldes aus der Angestelltenversicherung oder
 eines Teiles desselben (etwa die Hälfte) zu kürzen,
 da sie ja zu dieser Versicherung Beiträge zu leisten
 hat. Der Verein für Privatforstbeamte hat keine
 Pensionsversicherung. Es dürfte sich aber für
 Sie empfehlen, eine Lebensversicherung mit ab-
 gekürzter Dauer abzuschließen. Wenden Sie
 sich an das Versicherungsamt des Vereins für
 Privatforstbeamte zu Schwarzwald (Pösen). Der
 Beitritt zu einer solchen Versicherung würde aber
 auch von der Zugehörigkeit zur Angestellten-
 versicherung nicht befreien.

Hg.

Nr. 159. Anfrage: Ich bin als Jäger der
 Klasse A in einem größeren Privatforst beschäftigt.
 Zum 1. November d. J. werde ich voraussichtlich
 zur Ablegung der Försterprüfung einberufen.

Bin ich verpflichtet, wenn ich nach Ablegung der Prüfung nicht sogleich im Staatsforstdienst weiter beschäftigt werde, an der in Kürze in Kraft tretenden Privatbeamtenversicherung teilzunehmen?

E. K. in B.

Antwort: Wenn Sie am 1. Januar 1913 — am Tage des Inkrafttretens der Angestelltenversicherung — noch im Privatdienst stehen, sind Sie auch versicherungspflichtig, denn nur in Staats- u. dergl. Betrieben Beschäftigte sind versicherungsfrei. Sie können, wenn Sie mindestens sechs Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt haben, die Versicherung freiwillig fortsetzen. Das Mitglied aus der Angestelltenversicherung wird neben der Invaliden- oder Unfallrente, sowie neben Gehalt, Lohn oder sonstigem Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung gezahlt, aber nur insoweit, daß alle Bezüge zusammen das frühere Einkommen nicht übersteigen. Wir werden demnächst die Angestelltenversicherung ausführlich erörtern und bitten, bis dahin mit Anfragen zurückzuhalten.

Hg.

Nr. 160. Anfrage: In einer kleinen Schulgemeinde ist ein Lehrer angestellt, der kürzlich sein Jahr gebient hat und nun häufig zu militärischen Übungen eingezogen wird. Wer trägt die Vertretungskosten (der Lehrer, die Schulgemeinde oder die Regierung) 1. während des aktiven Militärsjahres, 2. während der zum Teil freiwilligen militärischen Übungen?

Sch., Königl. Förster.

Antwort: 1. Während des Militärsjahres muß der Lehrer, der übrigens vor Ableistung der Militärpflicht nicht angestellt, sondern nur auftragsweise beschäftigt wird, sein Dienst Einkommen zurücklassen, aus dem dann der Vertreter bezahlt wird. 2. Während der Übungen muß für die Vertretung die Schulgemeinde aufkommen; doch kann diese, wenn sie leistungsunfähig ist, aus Kreis- oder Regierungsfonds unterstützt werden.

Nr. 161. Anfrage: Ich bin Reservejäger der Klasse A. Meine aktive Dienstzeit leistete ich vom 1. Oktober 1908 bis zum 18. September 1911 ab. Im August 1911 wurde ich zur Klasse A verpflichtet. Im Juli 1911 erkrankte ich (nicht infolge einer Dienstbeschädigung) an rechtsseitigem Leistenbruch und wurde noch in demselben Monat operiert und als geheilt aus dem Militär Lazarett entlassen. Am 18. September 1911 erfolgte meine Beurlaubung zur Reserve, da ich nicht kapituliert hatte. In diesem Jahre wurde ich durch das Oberer Jagdschäft wegen rechtsseitigen Leistenbruchs für dauernd selbst dienstunfähig erklärt. Der mich untersuchende Oberstabsarzt bemerkte, daß die im Juli 1911 an meinem Leistenbruch vorgenommene Operation erfolglos gewesen sei. Nach § 24, 6 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 müßte ich infolge meiner dauernden Felddienstunfähigkeit nun doch aus dem Militärdienste ausscheiden und vorbehaltlich des etwaigen Anspruchs

auf den Zivilversorgungsschein die Forstversorgungsansprüche verlieren, wenn nicht das Zutreffen des § 26 derselben Bestimmung Hilfe bringen kann. Die im § 26 unter a, o und d aufgeführten Fälle treffen auf mich nicht zu. Wie ist es aber mit dem unter b aufgeführten: „Wird er im Militärdienst dauernd selbst dienstunfähig, und wird ihm ein Rentenanspruch zugewilligt, so kann“ usw.? Ein Rentenanspruch kann und konnte mir doch auch nicht zugewilligt werden, weil keine Dienstbeschädigung vorlag. Ob mein „Dauernd selbst dienstunfähig werden“ im „Militärdienst“ erfolgte, weiß ich nicht. Ist hier der aktive Dienst gemeint? Ich nehme an, daß der ganze § 26 b überhaupt auf mich auch nicht anwendbar ist. Ist meine Annahme richtig? (Bemerken möchte ich noch, daß ich forstdienstfähig bin; ich werde bei Betriebsregelungsarbeiten im Staatsdienste beschäftigt.) Habe ich eventuell auf die Erteilung des Zivilversorgungsscheins Anspruch? Ich kenne das Gesetz vom 31. Mai 1906 nicht.

W. C., Kgl. Hilfsjäger.

Antwort: Sie haben keine Dienstbeschädigung erlitten und daher nach dem Knappschaftsversorgungsgesetz (§ 1) keinen Anspruch auf Rente. Da Sie auch nicht Kapitulant waren, können Sie den Zivilversorgungsschein ebenfalls nicht erhalten (§ 16). Wenn Ihnen trotzdem die Aussicht belassen ist, den Forstversorgungsschein zu erhalten (§ 26, 4b der Best. v. 1. 10. 05), dann sind Sie von der Militärbehörde äußerst wohlwollend behandelt worden und können sehr zufrieden sein. Gemeint ist in den Bestimmungen natürlich stets der aktive Militärdienst.

Nr. 162. Anfrage: Frage ergebenst an, ob eine Frau, welche jetzt 55 Jahre alt ist und bislang, ihren Verhältnissen entsprechend, nicht gearbeitet hat, jetzt aber gezwungen ist, zu arbeiten, noch Alters- oder Invaliden-Rente beziehen kann und wieviel Versicherungskarten resp. -Wochen dieselbe Neben muß, bevor sie bei vorzeitiger Invalidität Versicherungsansprüche stellen kann? Auch bitte um Angabe der Höhe der Rente bei Ableben von 16- und 24-J-Marken. Richtet sich die Rentenhöhe nach der Anzahl und dem Wert der gelebten Marken?

W., Kgl. Förster in G.

Antwort: Die Frau unterliegt der Versicherungspflicht. Anwartschaft auf Invalidenrente hat sie, wenn sie mindestens 200 Wochenmarken gelebt hat, also frühestens in vier Jahren. Altersrente wird sie wohl nie erhalten, da die Anwartschaft für diese 1200 Wochen beträgt. Die Invalidenrente beläuft sich, wenn die Frau nach zehn Jahren invalide wird und bis dahin regelmäßig gelebt hat: in Lohnklasse I (16 J.) auf 125,60 M., in Lohnklasse II (24 J.) auf 151,20 M. jährlich. Die Höhe der Rente richtet sich lediglich nach der Zahl und dem Betrage der gelebten Marken. Das Nähere können Sie im Preussischen Förster-Jahrbuch von 1912 S. 131 ff. nachlesen. Hg.

Für die Redaktion: F. W. Bodo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Regemeister Bernstorff, Rienriedt, Post Förster (Gatz).

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Zoppot (Bezirk Danzig), Südstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Veltz, Försterei Nämnde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben halte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.



Zur Krankenkostenbeihilfeskasse.

Nachstehend veröffentliche ich die Namen der im Jahre 1912 beigetretenen Mitglieder. Wo Vorname oder Mitgliedsnummer fehlen, bitte ich die Herren Schriftführer um Mitteilung. Gleichzeitig ist der Bestand aus 1911 und 1910 angegeben. Die Herren Bezirksgruppen-Vorsitzenden und Schriftführer bitte ich um Vergleich mit ihren Listen und evtl. baldige Aufklärung der Differenzen. Ich bemerke, daß die K. V. K.-Mitglieder analog den Bestimmungen über die Mitgliedschaft der Bezirksgruppen, stets für das ganze Jahr der Bezirksgruppe angehören, wo sie am 1. Januar zu führen sind. Die am 1. Januar evtl. eintretenden Veränderungen bitte ich auch mit rechtzeitig zur Verichtigung der Listen mitzuteilen.

Im Jahre 1912 traten der K. V. K. bei aus den Bezirken:

Aachen: — Bestand de 1911 — de 1910 = 1, zusammen: 1.
Allenstein: 4176 F. Fein, 8498 E. Kühner, 698 M. Schulz, 3966 B. Biemer, 5504 L. Doering = 5, Bestand de 1911 = 3, de 1910 = 34, zusammen 42.
Arnberg: 3153 E. Schwabe, 977 F. Brandenburg = 2, Bestand de 1911 = 3, de 1910 = 18, zusammen 23.
Breslau: 574 R. Altenburger, 3365 R. Pollat, R. Hubrich, A. Ambros, 6364 R. Meyer, 1261 R. Hammer, 1415 O. Brödicke, 5870 J. Hensel, 4614 M. Roppich, 6869 F. Roerster, 6471 B. Macglovat, 3462 F. Wittenacht, 3313 E. Müller, 6671 R. Neumann, 3400 G. Schran, 6149 R. Wolf, 331 R. Menzel, 5873 K. Brandenburg = 18, Bestand de 1911 = 12, de 1910 = 59, zusammen 80.
Bromberg: 2943 M. Schmidt, — P. Koch = 2, Bestand de 1911 = 3, de 1910 = 24, zusammen 29.
Cassel-D.: 3522 R. Schroener, 5369 A. Goldmann, 5795 F. Schember, 4716 H. Stein, — A. Viel, 3401 F. Wagener, 796 E. Feß = 7, Bestand de 1911 = 21, de 1910 = 27, zusammen 55.
Cassel-W.: 5241 K. Klingelshöfer, 5956 B. Burich, 1809 J. Höfner, 364 B. Schulz, 847 A. G. Tauber, 2539 G. Brosius, 2797 M. Jehnigen = 7, Bestand de 1911 = 9, de 1910 = 28, zusammen 44.
Coblenz: 635 F. Rambeck, 834 B. Gehardt, 6380 Ph. Schwabe, 1213 J. Henning = 4, Bestand de 1911 = 1, de 1910 = 11, zusammen 15.
Cöln: — Bestand de 1911 = 3, de 1910 = 32, zusammen 35.
Danzig: 5384 F. Weiner = 1, Bestand de 1911 = 17, de 1910 = 47, zusammen 65.
Düsseldorf: — O. Schoenevald = 1, Bestand de 1911 = 8, de 1910 = 48, zusammen 52.
Erfurt: 706 O. Auster, 2779 H. Bollrath, 1529 E. Bauer, 5148 B. Hoffe = 4, de 1911 = 1, de 1910 = 17, zusammen 21.
Frankfurt a. O.: 6309 F. Seibt, 948 A. B. Weisheit, 817 A. E. Reichardt, 3194 — Schumann, 4669 Willnow, 6246 —, Schwarz = 6, Bestand de 1911 = 12, de 1910 = 47, zusammen 65.
Gumbinnen: 1472 B. Rehnisch, — R. Senf, 3265 M. Schulze, 2820 R. Leuchte, 4039 A. Rosgalwies = 5, Bestand 1911 = 1, de 1910 = 10, zusammen 16.
Hannover: 2355 E. Bartels = 1, Bestand de 1911 —, de 1910 = 2, zusammen 3.

Hildesheim: 2691 F. Boerth, 4091 G. Fischer, 4779 M. Kruse, 3662 O. Meernald, 2801 K. Rademacher, 3414 M. Schmelpfennig, 3338 B. Stadthelm, 1244 H. Vahr, 568 F. Wattenberg, 161 B. Grotschel, 3475 H. Herzberg, 5535 H. Hoffmann, 2504 F. Umbetzel, 2489 F. Lütke, 239 O. Wändtner, 1159 F. Strebel, 469 A. Vierling, 6090 G. Wesse, 265 E. Brümmer, 2203 G. Friedrich, — G. Endewig, 493 B. Walchmann, 1307 E. Wedemeyer, 125 H. Wiele, — E. Scholz, 5003 H. Witte, 5980 M. Odler, — F. Zürges, 1378 M. Eggeling, 3418 O. Preuß, 2510 J. Rojahn, 984 J. Schulz, 2178 H. Albrecht, 2103 E. Bramann, 2091 J. Paul, 1412 B. Kleimide, 2502 R. Zimmermann, 2884 H. Bolenz, 819 R. Rohre, 1252 B. Gahn, 4731 Rath, 3616 B. Otte, 4575 H. Brauns, 784 M. Rohrschneider, 391 F. Böller = 41, Bestand de 1911 = 3, de 1910 = 48, zusammen 96.

Königsberg: 6179 G. Wende, 4675 E. Endrowski, 5648 G. Kühn, 4345 K. Weigel, 6156 K. Wittig, 1389 F. Busse, 584 O. Schleierfeld = 7, Bestand de 1911 = 6, de 1910 = 58, zusammen 69.

Köslin: 1249 O. Toboll = 1, Bestand de 1911 = 1, de 1910 = 18, zusammen 20.

Leipzig: 5852 J. Duschow, 5644 F. Rummel, 5199 Höfer, 3137 Kaltenbach = 4, Bestand de 1911 —, de 1910 = 10, zusammen 14.

Magdeburg: 2419 F. Zatter, 4174 F. Hillebrecht, 1042 M. Hagelberg = 3, Bestand de 1911 = 1, de 1910 = 6, zusammen 10.
Magdeburg: —, Bestand de 1911 = 2, de 1910 = 7, zusammen 9.

Marientwerder: 5945 R. Petri, 3292 R. Eberlein, 2078 M. Schmidt, 1941 R. Graßhoff, 3006 M. Herzberg, 6128 J. Knaud, 184 M. Scholz = 7, Bestand de 1911 = 3, de 1910 = 65, zusammen 76.

Merseburg: 1269 R. Damm, 2603 E. Münster = 2, Bestand de 1911 —, de 1910 = 27, zusammen 29.

Minden: 6256 L. Drolshagen, 6254 L. Fiege, 5370 R. Seering, 135 R. Steig, 4321 F. v. Triller, 6291 R. Wiemann, 3378 M. Schwarz = 7, Bestand de 1911 —, de 1910 = 8, zusammen 10.

Osnabrück: —, Bestand de 1911 = 5, de 1910 = 26, zusammen 31.
Osnabrück: 1621 A. K. Röhre = 1, Bestand de 1911 —, de 1910 = 5, zusammen 6.

Posen: — M. Szubczynski, — M. Meyer, — F. Rüdiger = 3, Bestand de 1911 = 3, de 1910 = 18, zusammen 24.

Potsdam: 4116 K. Schulze, 6110 R. Clausius, 2098 F. Schmäder, 725 O. Schulz, 7 G. Straßburg, 1863 M. Wagner, 10 F. Müller, — J. Gadamer = 8, Bestand de 1911 = 6, de 1910 = 10, zusammen 24.

Schleswig: 263 L. Thomsen = 1, de 1911 = 2, de 1910 = 4, zusammen 7.

Stade: 2468 E. Boll, 2396 R. Köhler, 693 A. H. Meyer, 2289 B. Wegewitz = 4, Bestand de 1911 = 5, de 1910 = 11, zusammen 20.

Stettin: 5607 M. Hünke, 2559 M. Böppel, 5568 M. Schwarz II, 2161 E. Brunt, 4692 F. Gloede, 733 F. Gade, 2130 H. Ruch, 684 K. Schulz = 8, Bestand de 1911 = 8, de 1910 = 22, zusammen 34.

Stralsund: 1407 R. Wagner, — G. Kräft = 2, Bestand de 1911 = 1, de 1910 = 3, zusammen 8.

Trier: 970 J. Frieß = 1, Bestand de 1911 —, de 1910 = 2, zusammen 3.

Wiesbaden: —.

Rugang für 1912 zusammen	168
Bestand 1911	138
„ 1910	734
Zusammen 1. 10. 1912, Mitglieder	1040

Nach Mitteilung des Herrn Vereinschammeisters sind an Eintrittsgeld für 1912 gezahlt und können auf die Beiträge angerechnet werden von:

Altenstein 6 M., Arnberg 9 M., Breslau 38 M., Bromberg 9 M., Cassel. O. 66 M., Cassel. W. 21 M., Cöln 9 M., Danzig 45 M., Düsseldorf 24 M., Frankfurt a. O. 36 M., Gumbinnen 3 M., Hildesheim 6 M., Königsberg 18 M., Lüneburg 6 M., Magdeburg 6 M., Marienwerder 9 M., Oppeln 15 M., Posen 18 M., Rostock 9 M., Schleswig 6 M., Stade 12 M., Stettin 18 M., Stralsund 8 M.

Es liegt bereits eine größere Anzahl Meldungen für 1913 vor. Hier möchte ich nochmalige Prüfung des Beitrittsdatums empfehlen. Spart man auch durch den Beitritt am 1. Januar 1913 einen Jahresbeitrag, so verliert man andererseits das ganze 1. Vierteljahr als Karenzzeit. Opfert man das gen. schon jetzt für 1912 noch 6 M. Beitrag, so hat man Anspruch auf Entschädigung fast vom ersten Tage des Jahres, je nach Eingang der Meldung beim Bezirksgruppen-Vorsitzenden.

Die Herren Bezirksgruppen-Vorsitzenden bitte ich, den einlaufenden Beitrittserklärungen sofort die Bestätigung der Aufnahme durch Übersendung der nach Bordruck unterschriebenen Satzung folgen zu lassen.

Die Herren Ortsgruppen-Vorsitzenden bzw. Vertrauensmänner bitte ich, bis 15. Januar l. J. den Bezirksgruppen-Vorsitzenden mitzuteilen:

1. wieviel Kollegen der R. V. R. sind 1912 verstorben;
2. wieviel Kollegen, die zwar dem Verein, aber nicht der R. V. R. angehören, sind 1912 verstorben;
3. wieviel Frauen und wieviel Kinder der Kollegen zu 1 sind 1912 verstorben;
4. wieviel Frauen und wieviel Kinder der Kollegen zu 2 sind 1912 verstorben.

Die Herren Bezirksgruppen-Vorsitzenden bitte ich die bez. Zusammenstellung mir bis 1. Februar 1913 zugehen zu lassen.

Die Jahresrechnungen für 1912 sind genau nach den Bestimmungen der Satzungen aufzustellen und spätestens am 1. Februar den Bezirksgruppen-Vorsitzenden zuzufinden, welche sie sofort an mich weitergeben. Mit Rücksicht auf die gesamte Kollegenschaft können verspätet eingehende Forderungsnachweise nicht berücksichtigt werden. Auch bei den nach dem 3. M.-Satz aufgestellten Jahresrechnungen sind sämtliche Beläge beizufügen. Aus den ärztlichen Rechnungen und im Kopf der Jahresrechnung muß die Krankheit ersichtlich sein.

Genaue Beachtung der Satzung und Pünktlichkeit erleichtert allen Organen des Vereins ihr schweres Amt.

Die Werbetätigkeit in den einzelnen Bezirken ist recht verschieden. Ich bitte in jedes eigenem Interesse der guten Sache mit vollem Vertrauen entgegenzutreten und jeden Kollegen, recht rege für die R. V. R. zu werben. In den ersten beiden Geschäftsjahren sind bereits fast 8400 M. an Kranke als Beihilfen ausgezahlt! Soll die Kasse aber volle Wirksamkeit entfalten, dann muß jeder an dem Wachstum der Mitgliederzahl mitarbeiten.

R o d e l a n d, im November 1912.

S a c h e r, B. d. M. IV.

Für den Vorstand:

P e r n s t o r f f, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Weidmann zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Herwerda-Liebenwerda (Regbz. Merseburg).

Am Mittwoch, dem 11. Dezember d. J., nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Hamannschen Gasthofs zu Kreupa. Tagesordnung: 1. Festsetzung des Ortsgruppenbeitrages; 2. Wahl des Vereinslokales; 3. Bericht des Vorsitzenden über Vereinsangelegenheiten; 4. Besprechung des vom Hauptvorstande empfohlenen Themas: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohls, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben; 5. Verschiedenes. Der Vorsitzende.

Gr.-Lützen-Rauhof (Regbz. Cöslin). Sonnabend,

den 14. Dezember d. J., abends 6 Uhr, Zusammenkunft im Vereinslokale. Tagesordnung: 1. Besprechung über die Kaisergeburtstagsfeier; 2. Aussprache über das vom engeren Vorstande gegebene Thema: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohls, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben?“; 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Lautenburg (Regbz. Marienwerder). Hiermit

wird in Erinnerung gebracht, daß das Wintervergnügen am Sonnabend, dem 28. Dezember, abends 7½ Uhr, im Vereinslokale in Lautenburg stattfindet. Da die Ortsgruppe gleichzeitig das zehnjährige Stiftungsfest feiert, werden die Mitglieder gebeten, recht zahlreich zu erscheinen und zur Verschönerung des Festes durch Theateraufführungen und Vorträge usw. beizutragen. Der Vorstand. J. A.: Gärtner, Schriftführer.

Osche (Regbz. Marienwerder). Die in der vorigen Nummer angekündigte Sitzung findet Sonntag, den 8. Dezember, abends 6 Uhr, statt. Eingeführte Gäste herzlich willkommen.

Schloppe (Regbz. Marienwerder). Am Sonnabend, dem 14. Dezember d. J., nachmittags 6 Uhr, Versammlung in Reeses Hotel in Schloppe. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung; 2. Auswahl des Vorstandes; 3. Besprechung eines vom Hauptvorstande angeregten Themas; 4. Beschlußfassung über ein Wintervergnügen. Nach der Sitzung Abschiedsfeier für den Kollegen Ziegenhagen durch gemütliches Zusammensein mit den Damen. Der Vorstand.

Storbfriß (Regbz. Cassel). Versammlung am 15. Dezember 1912, nachmittags 1½ Uhr in Mottgers, Wirtschaft Günther. Tagesordnung: 1. Wahl des 2. Vorsitzers; 2. Wahl des Vertreters des Schrift- und Kassensührers; 3. Besprechung einer Anregung des Hauptvereins; 4. Festsetzung der Kaisergeburtstagsfeier; 5. Einziehung der Beiträge für den Verein und die

Krankenkassenbeihilfeskasse; 6. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder dringend gebeten, sämtlich erscheinen zu wollen.

Der Vorstand.

Trehsa (Regbz. Cassel). Das Oberjägerkorps in Marburg ladet die Mitglieder der Ortsgruppe mit Familie zu dem am 7. Dezember d. Js., abends 8 Uhr, in den Stadtsälen zu Marburg stattfindenden Tanzkränzchen ein.

M ü n s c h e r.

Zielenzig (Regbz. Frankfurt a. O.). Freitag, den 13. Dezember d. Js., nachmittags 3 Uhr, findet eine Versammlung im Vereinslokale in Zielenzig mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Kaisergeburtstagsfeier; 3. Besprechung des vom Hauptvorstande angeregten Themas: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Gemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben?“; 4. Verschiedenes. Nach der Sitzung gemütliches Beisammensein mit Damen. Um recht rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Begemeister Bernstorff, vorkommen bei Förster, Datz, vorliegen. Was für die nächste Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in deren Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Bezirksgruppen:

Merseburg. Die für den 26. Oktober d. Js. nach Halle einberufene Versammlung wurde um 3½ Uhr nachmittags vom Vorsitzenden in herkömmlicher Weise eröffnet und die Anwesenheit von 32 Mitgliedern mit 71 Stimmen festgestellt. In Erledigung der Tagesordnung wurde an Stelle des verstorbenen Kollegen Nicolai als Beisitzer Revierförster Schulze, Bornstedt, gewählt und ausführlicher Bericht über die Delegiertenversammlung in Berlin erstattet. Über Zeit und Ort der nächsten Versammlung fand eine längere Aussprache statt, und wurde dann beschlossen: „In Zukunft jährlich zwei Versammlungen abzuhalten, die eine im Frühjahr Sonntags, die andere im Herbst Sonnabends, letztere mit anschließendem geselligem Beisammensein der Angehörigen. Die Versammlungen sollen abwechselnd in Halle und Torgau stattfinden, 1913 jedoch beide in Torgau.“ Die Sammlung für Romanus-Loorm (eine Oberförsterei fehlte noch) ergab bis jetzt 248,65 M. Der nächsten Versammlung soll vorgeschlagen werden, den Bezirksgruppenbeitrag auf 1,50 M. zu erhöhen. Schluß der Versammlung 6 Uhr.

Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Alt Hamm (Regbz. Stettin). Die am 16. November d. Js. im Hotel Burrow-Alt Hamm abgehaltene Herbstversammlung war von elf Mitgliedern besucht und wurde um 4 Uhr vom

Vorsitzenden mit einem Horrido auf den höchsten Jagdherrn eröffnet. Darauf wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: Zu 1 wurde der Kassenbestand nach der Rechnung und den Belegen geprüft und für richtig befunden, dem Kassenführer wurde Entlastung erteilt. Zu 2 blieb es, bei den vorgenommenen Wahlen, bei dem Bestehenden, nur wurde für den Kassenführer Förster Lange der Kollege Forstaufsicher Schwager zu Mühlenbed gewählt. 3. Die vom Hauptverein gestellte Frage: „Wie können die Preuß. Förster usw.“, wurde einer ausgedehnten Besprechung unterzogen. Zu 4 wurde beschlossen, von einer Kaisergeburtstagsfeier in der Ortsgruppe für dieses Jahr Abstand zu nehmen, um, der vielseitigen Anregung gemäß, diese Feier in der Bezirksgruppe zu begehen, und zwar ohne gemeinsame Tafel. Näheres hierüber, auch über Lokal, Zeit usw., wird später bekanntgegeben. Zu 5. Anträge zur Bezirksgruppenversammlung wurden nicht gestellt. Zu 6. wurden nur auf die Sitzung bezügliche Fragen besprochen. Anträge wurden nicht gestellt.

Der Vorstand: Wel s.

Hintersee-Carpin (Regbz. Stettin). An der Versammlung am 16. November in Hintersee im Vereinslokale beteiligten sich 13 Mitglieder mit ihren Damen. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einem dreifachen „Horrido“ auf unseren Allerhöchsten Jagdherrn und gedachte ferner des plötzlich dahingeshiedenen Kollegen Brillwitz in Forsthaus Arneburg. Die Versammlung ehrte dessen Andenken durch Erheben. Zu 1. Das vom Hauptvorstande in einem Schreiben angeregte Thema: „Wie können die Angehörigen des Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen und Wohle des Staates wirken, um dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung zu heben?“ Auf diesem Gebiete wurden in der Diskussion von seiten einiger Kollegen ihre Erfahrungen sowie Ansichten kundgegeben. Es erklärten sich auch einige Kollegen bereit, Arbeiten über Obstbaumzucht, Vogelchutz und Bienenpflege in genanntem Sinne auszuarbeiten und der Sammelstelle einzureichen. Zu 2 und 3. Ein Antrag wurde zur Delegiertenversammlung in Stettin gestellt und besprochen. Falls die Versammlung 1913 stattfinden sollte, ist der Vorsitzende als Delegierter gewählt worden. Zu 4. Es findet eine Silvesterfeier in Carpin statt. Einladungen sind dem Vorsitzenden bis spätestens 16. Dezember einzureichen. Es wird noch ganz besonders gebeten, zu dieser Feier recht originelle Liebesgaben (Anstößiges ausgeschlossen) mitzubringen. Näheres wird noch bekanntgegeben. Zu 5. Die Spende Romanus-Loorm hat den Betrag von 60 M. erreicht, wir sagen allen freundlichen Weibern herzlichsten Dank. Zu 6. Der Vortrag über Obstbaumzucht brachte einige Belehrungen, so z. B. das Studieren und Pfropfen der Obstbäume in den verschiedenen Stadien, an praktischen Beispielen vorgeführt. Nach der Sitzung blieben die Teilnehmer noch einige Stunden mit ihren Damen in bester Unterhaltung beisammen; hierzu bot das Militär-

konzert noch ganz besonderen Anlaß. Den verehrten Damen an dieser Stelle für ihr zahlreiches Erscheinen den verbindlichsten Dank.

Der Vorstand.

Waldenberg (Regbz. Frankfurt a. O.). Am 23. November d. Js. fand in Regenthin die gut besuchte Herbstversammlung statt; es waren 20 Mitglieder erschienen. Die Tagesordnung erledigte sich wie folgt: 1. Es wurde die geplante Neuregelung der Dienstländerereien besprochen und nähere Aufklärungen in dieser Sache vermittelt. Die Versammlung war sich darüber einig, daß die Regelung namentlich insofern ein Fortschritt für uns bedeute, als damit das Hindernis beseitigt wird, das von jeher einer höheren Vartbesoldung unseres Standes im

Wege gewesen ist. 2. Zu der vom Hauptvorstande gestellten Umfrage: „Wie können sich die Angehörigen des Forsterstandes in volkswirtschaftlicher Hinsicht zum Nutzen des Staates betätigen?“ wird Kollege Nowotny in der nächsten Versammlung Bericht erstatten. 3. Es wurde beschlossen, am Mittwoch, dem 12. Februar l. Js., abends von 7 Uhr ab, ein Wintervergnügen mit Konzert und Tanz im Vereinslokale in Regenthin abzuhalten. Gäste werden nur durch den Vorstand eingeladen, die Namen sind dem unterzeichneten Vorsitzenden bis spätestens 5. Februar mitzuteilen. Der Schluß vereinigte die Teilnehmer zu einer gemüthlichen Abschiedsfeier für den scheidenden Kollegen Rose.

Der Vorstand. Bette, Vorsitzender.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neubamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Bertog-Halensee.

Jeder deutsche Privatforstbeamte wird im eigenen Interesse freundlichst ersucht, ebenso jeder Waldbesitzer und Freund des deutschen Waldes gebeten, dem Vereine beizutreten.

Die Deutsche Forst-Zeitung wird allen Vereinsmitgliedern zum Vorzugspreise von 5 Mk. 20 Pf., im Jahresabonnement (sonstiger Bezugspreis 8 Mk. ab Neubamm) geliefert. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Aufruf

an alle akademisch gebildeten Privatforstbeamten.

Die Notlage der Privatforstverwaltungsbeamten, die infolge der Überfüllung dieses Berufes von Jahr zu Jahr größer wird, hat den Verein für Privatforstbeamte Deutschlands veranlaßt, einen Ausschuß zur Prüfung der Lage dieser Beamten einzurichten.

Dieser Ausschuß sieht es als seine nächstliegende Aufgabe an, die Zahl der akademisch gebildeten Privatforstbeamten einerseits und die Zahl der vorhandenen Revierverwalterstellen andererseits festzustellen, kurz, zunächst statistische Erhebungen anzustellen, um dann auf Grund dieser Statistik weitere Schritte zur Abhilfe zu tun. Demgemäß ersuchen wir alle akademisch gebildeten deutschen Privatforstbeamten — mögen sie eine Stelle innehaben, welche es auch sei, oder mögen sie zurzeit stellenlos sein —, diese Arbeit im Interesse ihres Berufsstandes dadurch zu unterstützen, daß sie auf einfacher Postkarte oder durch Brief der Geschäftsstelle des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands

in Halensee-Berlin, Karlsruher Straße 13, folgende Angaben machen:

Name, Alter, Schulbildung, Ort und Dauer des forstlichen Studiums, abgelegte Prüfungen und jetzige Stellung (Art, Titel, Ort, Dienstherrschaft, Größe des Dienstbezirks, Zahl der Unterbeamten usw.).

Halensee-Berlin, im November 1912.

Dr. Bertog, Vorsitzender.

✱

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Köring, Wilhelm, Förster, Sahlleben bei Glatz.

Müller, Martin, Hilfsjäger, Gardelegen.

Müller, Walter, Forstausseher, Gobrechtsholze bei Birk.

Rei, Potsdam.

Rnaud, Franz, Forstausseher, Bruchhausen bei Güten in Westf.

Sakungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Halensee-Berlin, Karlsruher Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befekung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 973. — Die Verhältnisse der Angehörigen des preussischen Försterstandes. Von Simon. 973. — Notung — Invalidenversicherung! 973. — Neue Gebührenordnung für Jagen und Sachverständige. 974. — Eine vereinigte Kugelpflanzung. 979. — Großberliner Waldfragen. 979. — Die Wälder Mitteldeutschlands und deren Ausnagung. 979. — Gegenseitige Folgen des Kesselschusses. 980. — Schneeschaden. 980. — Einfuhr fremder Kiefernarten und fremder Kiefernzapfen nach Deutschland. 980. — Bericht über die XIII. Hauptversammlung des deutschen Forstvereins in Nürnberg vom 26. bis 31. August 1912. 980. — Berichtung. 982. — Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erstemnisse. 982. — Zur Frage der Verwaltungsreform. 983. — Zu dem Gesetze zum Schutze des landschaftlichen Bldes. 981. — Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Geheimrat Prof. Dr. Carl Mayer. 985. — Auszug nordnordnordöstlichen Holzes nach Weiteuropa. 985. — Wüste bei der Ordnung einer forstlichen Kesselsammlung. 985. — Amtlicher Wälderbericht. 988. — Verein Walder-Promontor Forstbeamten. 996. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-änderungen. 986. — Brief- und Fragelasten. 987. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 981. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 992. — Inserate.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Wöchentliches Organ des Brandversicherung-Vereins fürstlicher Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaisenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Weiningscher Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmonter Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis: Vierteljährlich 2 M., bei allen Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beilagen-Preisliste für 1912 Seite 101); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 3 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den Kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Beilagen-Preisliste für 1912 Seite 104 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 3 M., 50 Pf., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., für das übrige Ausland 6 M. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schluß des Quartals abgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 50.

Neudamm, den 15. Dezember 1912.

27. Band.

Künstliche Bodenbearbeitung bei natürlicher Verjüngung in Eichen- und Buchen-Altbeständen.

Von Königl. Forstassessor Conrad.

Entgegen der früher von Buchenwirtschaftern vertretenen Ansicht, die zur Erzielung natürlicher Verjüngung erforderliche Bodengare allmählich in das Verjüngungsstadium geratender Altbestände lediglich durch die Führung des Hiebes im Altholz zu erzielen, die Zersetzung der Abfallstoffe, des Humus, eine lichte, gesunde Bodenbegrünung, das richtige Maß von Feuchtigkeit usw. nur durch vermehrten Einlaß von Licht, Luft und Wasser zu erreichen und nur im Notfall unmittelbar vor oder während der Befamung einmal durch künstliche Bodenbearbeitung nachzuhelpfen, hat sich seit einer Reihe von Jahren — durch den Hinweis jüngerer hervorragender Forstleute wie Gayer, Wagner, Meißner u. a. neben dem Bodenkundler Ramann — mehr und mehr die Erkenntnis von dem großen Werte künstlicher Bodenbearbeitung vor jeder natürlicher Verjüngung, wenn möglich bereits längere Zeit vor deren Einsetzen, noch im Bestandsleben des Mutterholzes Bahn gebrochen. —

Der Zweck solcher künstlicher Eingriffe in den Boden ist ein mehrfacher: Die durch Einwirkung

natürlicher Kräfte (Licht, Luft, Wasser, Wind, Temperaturschwankungen, Bakterien, Pflanzenwurzeln, Tiere usw.) erfolgende Umsezung der oberen Bodenschichten und der Bodendecke soll erhöht und beschleunigt, dem zu erwartenden Samen eine möglichst vorzügliches Keimbett geboten und damit eine recht vollständige, Nachbesserungen ersparende Verjüngung erzielt werden, der schnelle Wuchs und Schluß der Jungbestände soll gesteigert und auch der Zuwachs am Altholz soll gehoben werden.

Alle Eingriffe in den Boden veranlassen zunächst starke Veränderungen seiner physikalischen Eigenschaften, die jedoch sekundär wiederum von bedeutendem Einfluß auf die chemische Umsezung, Festhaltung und Auswaschung der Nährstoffe, Wassergehalt, Durchlüftung, Steigerung der Krümmelstruktur und damit verbundenen Erhöhung des Porenvolumens sind. —

Schon eine nur oberflächliche Bodenbearbeitung zerstört den festen Zusammenhang der Humusschichten, führt zu einer besseren Durchlüftung und günstigeren Gestaltung der Feuchtigkeit.

lebensverhältnisse des Bodens und eröffnet den Wurzeln der Keimpflanzen den Zugang zum Mineralboden. Eine tiefergehende Kultur des Bodens bewirkt eine vorteilhafte Mischung der Bodenschichten, fördert in hohem Maße die Krümelstruktur und erhöht damit wesentlich das für die kräftige Entwicklung der Pflanzenwurzel und somit das Gedeihen der ganzen Pflanze wichtige Porenvolumen. Durch die Mischung der aufgelagerten Pflanzenreste mit den tieferen Bodenschichten werden erstere schneller nutzbar gemacht und erzielen durch allmähliche Zersetzung eine Anreicherung des Bodens an humosen Stoffen. Am vorteilhaftesten ist es dabei, die Bodenbede in zerkleinertem Zustande mit dem Mineralboden zu mischen. Andererseits wird durch eine tiefer greifende Bearbeitung die an Mineralstoffen meist arme obere Bodenschicht mit den mineralisch reicheren, tieferen Bodenlagen gemischt und so auch die Ernährung der Baumpflanzen unmittelbar gebessert, sowie der Auswaschung der löslichen Bestandteile entgegen gewirkt.

Der Wassergehalt gelockerter Böden ist ein anderer als der in dichter Lagerung befindlicher. Die Wasserkapazität und die kapillare Leitung wird durch Krümelung und Lockerung erheblich herabgesetzt; in der feuchten Jahreszeit enthalten daher bearbeitete Böden in der Regel weniger Wasser als unbearbeitete. Andererseits ist die Verdunstung aus gelockerten Böden eine wesentlich geringere, und das Eindringen von Niederschlägen (Regen, Tau, Nebel) ist sehr erleichtert; beide Faktoren bewirken in Zeiten anhaltender Trockenheit mit geringen Niederschlägen einen höheren Wassergehalt in bearbeiteten als in unbearbeiteten Böden.

Die Zersetzung der Humusstoffe ist zum Teil auf bakteriologische Vorgänge zurückzuführen, die Verwesung ein Oxydationsprozeß — also an reichlichen Luftzutritt gebunden. Fäulnisercheinungen zeigen sich bei ungenügender Durchlüftung, Übermaß von Feuchtigkeit usw., Rohhumusbildungen werden bei Bodenabschluß durch Wuchern von Fadenpilzen gefördert. Durch Bodenlockerung und Bearbeitung werden nun im allgemeinen Verwesung hervorrufende und beschleunigende Spaltpilze und Bakterien vermehrt und angeregt, Verwitterungsvorgänge befördert, dagegen werden Fäulnisbildungen verhindert, und das Gedeihen der Fadenpilze wird beschränkt.

Es ist klar, daß ein Boden, der infolge künstlicher Bearbeitung alle oder die meisten der eben angeführten günstigen Veränderungen aufweist, der natürlichen Verjüngung von Buche und Eiche vorzügliche Dienste leisten wird.

Von vornherein besteht allerdings ein großer Unterschied zwischen der Buche und der hier

hauptsächlich in Betracht kommenden Traubeneiche bezüglich der Bodenempfindlichkeit bei ihrer natürlichen Verjüngung. Bucheder und Eichelkeime n zwar beide auch in noch mangelhaft vorbereiteten, noch nicht garem Boden, z. B. in Rohhumus- oder Laubschichten; während aber der Buche n aufschlag hier bald wieder „vergeht“, wenn die Wurzel nicht Mineralboden gefaßt hat, „bleibt“ die junge Eiche, die durch ihre Schwere schon ohnehin tiefer zu liegen kommt, auch in Rohhumus oder Beertraut, falls letztere nicht zu stark entwickelt sind. Es ist daher unmöglich, ein Buchenaltholz auf unzerseßten und unbearbeiteten Böden zu verjüngen; bei der Eiche ist dieses unter nicht allzu ungünstigen Bedingungen immerhin möglich. Doch machen auch bei ihr große Zuwachsverluste, kümmerlicher Jugendwuchs und eine zu befürchtende weitere Bodenverschlechterung vorausgehende Bodenbearbeitungen zum mindesten wünschenswert.

Es wird nun aber ein Boden, der in einem plötzlich eintretenden Samenjahr noch nicht die nötige Gare zeigt, nicht etwa durch eine schleunige, der Besamung kurz vorausgehende Bearbeitung für eine glückliche Verjüngung gleich gewonnen werden können.

Die künstliche Bodenbearbeitung muß darauf hinauskommen: „bereits während einer Reihe von Jahren vor Einleitung der beabsichtigten Verjüngung vorgenommen die Empfänglichkeit und Gare des Bodens in allmählich beschleunigender Weise herbeizuführen und ein möglichst vorzügliches Keimbett herzustellen und zu erhalten!“

Damit wird natürlich die Vorbereitung des Bestandes selber von allmählich stärkerem Durchbrechen des Kronenschlusses beginnend bis zum vollen Freihib der Hauptstammabäume fortgesetzt stetig Hand in Hand gehen müssen. In älteren, zur natürlichen Verjüngung heranstehenden Buchen- und Eichenbeständen dürfte sich also nur eine mehrmalige (zwei- bis viermalige) Bearbeitung, etwa zehn Jahre vor dem zu bemessenden Massjahr beginnend, empfehlen. Die Bearbeitung sollte dabei immer möglichst über den ganzen Bestand hin ausgebreitet werden, um einen gleichmäßigen, Festsstellen ausschließenden Aufschlag erhalten zu können. Die in gut vorbereitetem und empfänglichem Boden dann kostenlos erfolgende Verjüngung würde allein schon einen Teil der für die vorhergegangenen Bearbeitungen erforderlichen Kosten aufwiegen. Ferner würde man eine ganz erhebliche Ersparnis an Nachbesserungen in Rechnung zu stellen haben. — Die genügenden Lüden zum Einsprengen werterhöhender Mischbölzer — Eiche, Eiche, Ulme, Ahorn, Lärche, Weymouthskiefer, Fichte —

sind auch in den besten Verjüngungen zu schaffen, wenn nicht vorhanden. — Sodann dürfte der schnell eintretende Schluß und rasches Wachstum der auf sorgfältig vorbereitetem Boden empor-schießenden Verjüngung gerne in Kauf genommen werden. Schließlich ist zu erwähnen, daß eine mehrmalige Bodenbearbeitung nicht ohne Einfluß auf den Zuwachs des Altholzes und Überhaltes ist. Nach in der königlichen Oberförsterei Gahrenberg seinerzeit angestellten Untersuchungen betrug der „Massenzuwachs am Altholz“ in Buchenverjüngungen „auf vorher bearbeitetem“ Boden nicht weniger als „ $\frac{1}{2}$ % mehr“ als in solchen auf unbearbeitetem Boden unter sonst gleichen Verhältnissen. Das macht in Buchenbeständen II. bis III. Güteklasse bei einer durchschnittlichen Oberholzmasse von 300 km je Hektar und einer Verjüngungsbauer von zwölf Jahren 18 km; rechnet man den Festmeter zu 10 M., so ergibt sich ein Plus von 180 M. je Hektar. Nimmt man im allgemeinen die Steigerung des Massenzuwachses als Folge mehrmaliger Bodenbearbeitung durchschnittlich auch nur auf 0,3 % an, so genügt das vollauf, die Kosten für vorhergegangene Bodenbearbeitungen allein schon zu decken. — Leider werden sich ohne genaue, vergleichende Untersuchungen für den einzelnen Bestand derartige Mehrerträge immer schwer feststellen und noch weniger in den laufenden forstlichen Rechnungen und Wirtschaftsbüchern nachweisen lassen, so daß in diesen die Kosten für Bodenbearbeitung immer als Mehrausgabe erscheinen werden; das dürfte aber an der Tatsache, daß hiermit verbundene oder doch sich zum wenigsten wieder einbringende Ausgaben zu buchen sind, nichts ändern.

Auch die Eiche, die ja auf die Behandlung des Bodens unter ihr oft recht lebhaft reagiert — man denke an die verschiedenen Arten des Unterbaus resp. dessen Unterlassung, Behaden usw. — dürfte sich für die Bodenbearbeitung durch erhöhten Zuwachs selbst im Verjüngungsalter noch dankbar erweisen.

Für die Bodenbearbeitung in Altholzbeständen kommen, mit Ausnahme des großscholligen Umhaders bei Eichelmoß und des leider immer seltener werdenden Schweineeintriebs, nur durch Pferdekraft getriebene Maschinen in Betracht, da sich die menschliche Handarbeit bei einer Bearbeitung der vollen Fläche viel zu teuer stellen würde.

Die gewöhnliche Egge dürfte im allgemeinen zu Bodenbearbeitungszwecken im Walde kaum mit größerem Vorteil zur Anwendung kommen, da sie nur ganz oberflächliche Verwundungen hervorrufen kann und auf dem unebenen, ungleichmäßigen Waldboden schlecht arbeitet. Bessere Dienste leistet bereits die mit nachgiebigen,

federnden Grabfüßen und -Zinken versehenen „Jägermannsche Egge“, die jedoch ebenfalls nicht tief genug eindringt, die Pferdekraft sehr erheblich in Anspruch nimmt und häufige sowie hohe Reparaturkosten erfordert. Der Furchen ziehende „Balthasarische Grubber“ hat, wie auch „Genés Doppelpflug“, den Nachteil, nur reihen- und streifenweise den Boden zu durchbrechen; auch sind diese nicht ganz leicht zu handhabenden, zum Teil veralteten Pfluginstrumente nur in ebenem Gelände und auf leichteren Böden anwendbar.

Ein für unsere Zwecke ganz vorzügliches Werkzeug besitzen wir aber in der „dänischen Rollegge“. Sie ist im Laufe der letzten zehn Jahre immerhin so bekannt geworden, daß eine eingehende Beschreibung hier übergangen werden kann; jedenfalls verdient sie und ihre Anwendung weitgehendste Beachtung und Verbreitung. Ihre die Oberfläche durchwühlenden und gleichzeitig tief in den Boden eindringenden Grabfüße bringen eine ganz ausgezeichnete Durcharbeitung und Durchmischung des Bodens zustande. Von besonders intensiver Wirkung ist eine kreuzweise Bearbeitung der Fläche. Sämtliche oben besprochenen, vorteilhaften Einwirkungen auf Boden und Bestand können bei richtiger und ausgiebiger Verwendung der Rollegge auf die Bodenbearbeitung mit ihr bezogen werden. Der Preis der Rollegge beträgt ca. 320 M., mit Wagen, den man aber gut entbehren kann, 400 M.; doch sind die von dem nächsten Dorfschmied auszuführenden Reparaturkosten, wenn sie viel gebraucht wird, nicht unerheblich. Zu erwähnen ist, daß die Rollegge nur nach rückwärts gezogen den Boden erheblich umarbeitet, da dann die nach hinten gebogenen Stachsaufeln spatenähnlich in den Boden eindringen und ihn umbrechen, während sie in umgekehrter Stellung, nach vorne gerichtet, keine tiefen Eingriffe hinterlassen und einen einfachen Weitertransport auf den Wegen ohne besonderen Schaden möglich machen. Die dänische Rollegge dürfte bisher in bezug auf Leistungsfähigkeit, Wirkung und Billigkeit unübertroffen sein.

Die gründliche, kreuzweise Bearbeitung mit der Rollegge kostet je Hektar durchschnittlich 12 bis 15 M.; ein dreimaliges Durchgehen der Verjüngungsflächen im Laufe von zehn Jahren, vor dem Samenabfall, wird in den meisten Fällen genügen.

Sehr empfehlenswert ist es, nach dem Samenabfall im November die Rollegge noch einmal über die Fläche gehen zu lassen; eine Beschädigung von Früchten, selbst von Eichel, ist dabei nicht zu befürchten; dagegen hat das baldige Unterdieckbringen und Bedecken der Mast einen üppigen, vollen Aufschlag zur Folge. Dieses Eineggen der Mast kostet je Hektar etwa 6 M. Die „Bear-

beitungskosten je Hektar" berechnen sich also auf:

1. Erste Bearbeitung ca. 10 Jahre vor Stellung des Samenschlages . . . 15 M
2. Zweite Bearbeitung ca. 4—6 Jahre vor Stellung des Samenschlages . . . 12 "
3. Dritte Bearbeitung ca. 1—2 Jahre vor Stellung des Samenschlages . . . 12 "
4. Überlegen nach dem Samenabfall . . . 6 "
5. Zinsen, Amortisation der Anschaffung, Reparatur- und Unterhaltungskosten . . . 5 "

im ganzen 50 M

Diese Kulturkosten von 50 M je Hektar dürften durch die erheblichen Vorteile für Jung- und Altbestand mehr als gedeckt sein.

Ein für den gleichen Zweck konstruiertes Instrument ist die „Bührringische Waldrundtrommel“. Sie besteht aus einem etwa 1 m langen eisernen Hohlzylinder, der mit in Längsreihen stehenden, auswechselbaren, kräftigen Zinken aus Schmiedeeisen versehen ist. Der Zylinder dreht sich innerhalb eines Rahmens auf einer drehbaren Achse nach Art einer Walze. Die Zinken der Waldrundtrommel dringen zwar tief in den Boden ein, verursachen aber vielfach nur Löcher mit festen Wänden, ohne — wie die Kollegge — die ganze Bodenoberfläche umzubringen und mit tieferen Minerschichten durcheinanderzumischen; dabei arbeitet die 12 Zentner schwere, von zwei Pferden gezogene Kollegge anscheinend bedeutend leichter als die 16 bis 18 Zentner wiegende Waldrundtrommel. Ihr Preis beträgt — soweit mir bekannt — etwa 600 M.

Wie in allen waldbaulichen Fragen, so darf man jedoch auch hier nicht verallgemeinern und behaupten, daß die künstliche Bodenbearbeitung bei natürlicher Verjüngung in Eichen- und Buchenaltbeständen unter allen Umständen angebracht sei. Abgesehen davon, daß in reinen, oft unterbauten oder stark mit Unterholz bestockten Eichenbeständen und bei

gewissen Betriebsarten die künstliche Bodenbearbeitung in Altholzbeständen an und für sich ausgeschlossen ist, gibt es Bedingungen, welche die Wirkung einer Bodenbearbeitung ungünstig gestalten können. Ist der Boden z. B. sehr feinhaltig, was eine Bearbeitung oft ohnehin ausschließen dürfte, so kann die Feinerde nach Lockerung in die tieferen Schichten gespielt werden; die groben Gemengteile aber würden sich auf der Oberfläche anhäufen. Auf stark kalkhaltigen Böden haben künstliche Eingriffe meist ungünstige und direkt schädliche Folgen; auf schweren Ton- und Mergelböden kann durch eine tiefgreifende Bearbeitung die Krümelung fast völlig zerstört werden, ähnlich wie bei einer Verschlämmung durch starke Regengüsse. Auf guten Kalk- und Basaltböden I. und II. Güteklasse für Buche wird vielfach jede Bodenbearbeitung entbehrlich sein, da hier die Verjüngungen sich oft ohne weiteres Zutun des Wirtschafters in vorzüglicher Dichtigkeit einzustellen pflegen (z. B. im Speßart, Westerwald, Eichsfeld, Rügen u. a.).

Die obigen Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf aus Buntsandstein, Grauwacke, Quarzit, Röt, Granit, Tonstiefer, Diluvium entstandene und ihnen ähnliche Böden. Hier dürften unsere Eichen- und Buchenbestände II. und III. Güte, besonders auch Mischbestände von Eiche und Buche, für die künstliche Bodenbearbeitung im Verjüngungsalter sich ausnahmslos außerordentlich dankbar erweisen; und mögen in vielen Fällen auch ohne ausgiebige Bearbeitung des Bodens mit der Zeit gute natürliche Verjüngungen zustande kommen. Boden, Jung- und auch Altbestand werden fast immer die für die gründliche Bearbeitung und sorgfältige Vorbereitung des ersteren aufgewandten Bemühungen und Kosten reichlich belohnen und einbringen.

Mitteilungen.

— Zur Fortbildung der Forstverorgungs-berechtigten in Preußen. Die Fortbildung hat jetzt bei den sich an allen Orten steigenden Anforderungen, für jeden Beamtenstand gegen früher einen weit höheren Wert erhalten; wer hier zurückbleibt, geht dem Ende seiner Bedeutung entgegen. Überall, wo es irgend möglich ist, auch auf dem Lande, werden Fortbildungs- und Fachschulen gegründet. Leider wurde von uns bisher diesem Umstande nicht die genügende Beachtung geschenkt; jeder rechtsdenkende Mensch wird es auch dem Forststande nicht verargen, wenn er sich nun auch mehr darum bemüht.

Sehr freute ich mich, als ich die Nr. 46 der „Deutschen Forst-Zeitung“ aufschlug und die Überschrift „Fortbildung“ las. Von Wert ist es schon, die Sache zu berühren. Leider hat Kollegge

Kaethner es neben wertvollen Hinweisen unterlassen, bei dieser Gelegenheit auf einen Punkt hinzuweisen, der nicht unberücksichtigt bleiben kann. Wie in dem Artikel angegeben, sind jetzt mehr als drei Viertel unserer Anwärter, 130 von 170, genötigt, neun und mehr Jahre bei den Bataillonen zu bleiben. Zu bedauern ist es, daß dies nicht bei allen möglich ist; da wäre endlich diese Ungleichheit beseitigt. Das lange Dienen halte ich jetzt für unseren Beruf für vorteilhaft; der Zeitpunkt für eine Änderung erscheint gegenwärtig nicht günstig. Ich möchte daran erinnern, daß vor gar nicht langer Zeit eine große Zahl von Stimmen laut wurden, die die Verbindung mit dem Jägerkorps, sicher zu unserem Nachteil, zu lösen bemüht waren.

Es erscheint mir auch der Punkt der Beachtung wert: die Jägerbataillone hören auf, wirklich

solche zu sein, sobald die Oberjäger nicht mehr gelernte Jäger sind. Die Versorgung der Unteroffiziere macht den Verwaltungen jetzt schon Schwierigkeiten, Oberjäger der Klasse B würden diese Kalamität dann nur noch vermehren.

Bei den gegebenen Verhältnissen muß also der Hebel der Fortbildung schon bei den Bataillonen einsetzen. Daher habe ich es mit Bedauern empfunden, daß in dem genannten Artikel die für unseren Stand bestehenden erfreulichen Bestimmungen über die forstliche Fortbildung beim Bataillon nicht berührt worden sind; diese wollen wir auf keinen Fall missen, sondern sehen sie gerne zeitgemäß ausgebaut.

Es ist mit Rücksicht auf den vorhandenen Unterricht also nicht zutreffend, daß unsere ganze Fachausbildung nur in je einem Jahr Lehrzeit und Forstschule besteht, sondern diese ist erst mit Ablegen der Försterprüfung, im 9. bis 11. Dienstjahre, beendet; bis dahin ist ein jeder verpflichtet, sich in dieser zu vervollkommen. — Durch eine solche unvollständige Darstellung des Ausbildungsganges der Forstanwärter erhalten Fernstehende ein falsches Bild, wie seinerzeit die Meininger Kollegen.

Die Vorschriften in § 16 des Regulativs vom 1. Oktober 1905 und die hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen sind ausgezeichnet, sie bedürfen nur einer strikten Durchführung; leider ist gerade diese bei den Bataillonen eine sehr verschiedenartige.

Der gute Erfolg jeder Fortbildung wird vor allem durch eigenen festen Willen gefördert; leider ist dieser nicht bei jedem Menschen vorhanden. Vorteilhafter wäre es daher, wenn die an den Forstunterricht bei den Bataillonen anschließenden Prüfungen eingehender und wichtiger gestaltet würden, so daß Säumnigen Nachteile entständen. Die Möglichkeit der Fortbildung ist jedem Oberjäger beim Bataillon gegeben. Er trägt also auch die Schuld allein, wenn seine theoretische Fachausbildung nicht als Grundlage für das Examen ausreicht. Er hat dann eben nicht den ausgiebigen Gebrauch von der Fortbildungsmöglichkeit gemacht. Zu wünschen ist allerdings, daß jeder Anwärter vor dem Examen unter Leitung eines Försters eine möglichst selbstständige Tätigkeit im Beruf praktisch ausübt und die Vorgesetzten diese möglichst lehrreich gestalten. Den nach dieser Richtung hin ausgesprochenen Anregungen des Herrn Verfassers ist vollständig beizutreten.

Einen Einwand, bei den Bataillonen sei nicht genügend Zeit zu gründlichem forstlichen Unterricht und Exkursionen, könnte ich nicht anerkennen. Verufen will ich mich dabei auf die Unteroffiziere der anderen Truppenteile. Wie segensreich wirkt dort der Bataillons- und Fortbildungsunterricht, trotz des Militärdienstes! Viele treten dort sogar mit sehr schwacher Schulbildung zum Truppenteil ein, und wie vervollkommen sich die Strebsamen! Zeit ist auch bei den Jäger-Bataillonen, oder sie kann geschaffen werden, es bedarf nur des guten Willens; unsere Anwärter selbst, die Oberjäger, und namentlich die Feldwebel können viel dazu beitragen.

Ganz besonders erfreulich in dem Artikel des Kollegen Kaethner ist der Hinweis, daß jüngere Kollegen in der Praxis von älteren lernen können.

Jede engere Fühlungnahme mit älteren, erfahrenen Förstern wird den Anwärter stets informieren, auf dem Laufenden erhalten und seine Kenntnisse vermehren. Leider wird oft die Beobachtung gemacht, daß manche Anwärter diesen Standpunkt nicht einnehmen und dadurch selbst wertvolle Gelegenheiten zu ihrer Fortbildung verflüchten.

Schließlich möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß auch ein stetiges und gründliches Lesen unserer „Forstlichen Rundschau“ und der „Deutschen Forst-Zeitung“ selbst mit nachfolgendem Meinungsaustausch sehr von Vorteil ist.

Möglichkeiten zur Fortbildung sind uns also gegeben; nehmen wir sie recht in Anspruch, erstreben wir dessen Ausbau und vergessen wir dabei aber vor allem auch die Selbsthilfe nicht.

Hoeser, Königl. Hegemeister.

Nachschrift der Schriftleitung. Wichtig ist, daß in Nr. 46 durch Herrn Kaethner der Forstunterricht bei den Bataillonen nicht besonders erwähnt worden ist. Da sich sein Artikel aber in der Hauptsache mit Anregungen beschäftigte, die eine Fortbildung nach der praktischen Seite hin im Auge hatten, so haben wir den vorstehenden Ausführungen um so lieber Raum gewährt, weil auch wir der Ansicht sind, daß der Unterricht bei den Bataillonen ein sehr wichtiges Mittel ist, die theoretischen Kenntnisse zu befestigen. Wir wünschen selbstverständlich, daß sowohl für die Theorie als auch die Praxis die bestehenden Fortbildungsgelegenheiten auf eine solche Höhe gebracht und auf dieser erhalten werden, daß sie nach allen Richtungen hin eine Vertiefung der während der Lehrzeit erworbenen forstlichen Kenntnisse gewährleisten; und dazu ließe sich gerade durch den forstlichen Unterricht bei den Bataillonen sehr viel tun, jedenfalls noch mehr, als zurzeit im Durchschnitt geleistet wird.

Erklärung.

Von unserm Herrn Vorlesenden erhalte ich soeben die Mitteilung, daß von seiten einiger Herren Revierförster Beschwerden darüber eingelaufen seien, daß ich in meinem Artikel, Nr. 46 der Forstzeitung, die Redewendung pp. — nie eines Revierförsters — pp., gebraucht habe, wodurch sich die Herren beleidigt fühlten! „Dies lag mir natürlich völlig fern, und tut es mir leid, daß eine derartige Auffassung hat Platz greifen können.“

Bei eingehender Durchsicht der betreffenden Stelle geht doch unabweisend hervor, daß der junge Beamte unter der Leitung und Verantwortung des Försters einen Teil der Betriebsarbeiten ausführen möge, um erst einmal den gesamten Wirtschaftsbetrieb usw. kennen zu lernen. Der Revierförster, dem zwei bis drei Schutzbezirke unterstehen, kann doch unmöglich die Verantwortung für die ersten forstlichen Arbeiten eines in der Praxis zunächst noch unvollkommenen Untergebenen tragen. Vielsach haben die Revierförster auch selbst überhaupt gar keinen eigenen Bezirk. Andernfalls aber verrichtet ein Förster o. R. oder älterer Forstaufseher, der die Prüfung bereits abgelegt hat, unter eigener Verantwortung dort die Be-

triebsarbeiten. So, und nicht anders bitte ich die genannte Stelle verstehen zu wollen.

Kaethner, Agl. Forstauffseher.

— **Zur Durchführung der Angestelltenversicherung.** Durch Beschluß vom 29. Juni 1912 hat der Bundesrat gemäß § 9 Abs. 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 bestimmt, welche Gehaltsklasse der Verrechnung des Mindestbetrages im Sinne dieser Vorschrift zugrunde zu legen ist.*) Auf Grund des § 320 des angezogenen Gesetzes werden vom Minister des Innern die nunmehr gemäß § 9 Abs. 3 zu treffenden Entscheidungen für die in Betrieben oder im Dienst eines Gemeindeverbandes oder einer Gemeinde beschäftigten Beamten oder sonstigen Angestellten auf die Kommunalauufsichtsbehörden übertragen. Die Entscheidung ist nach folgenden Gesichtspunkten zu treffen:

1. Bei den auf Lebenszeit Angestellten gilt die Anwartschaft als gewährleistet, wenn ihnen kraft Gesetzes oder auf Grund eines Ortsstatuts oder eines Beschlusses des zuständigen kommunalen Organs oder nach dem Inhalt ihrer Anstellungsurkunde oder ihres schriftlichen Dienstvertrags die im erwähnten Bundesratsbeschlusse festgesetzten Mindestbeträge an Ruhegehalt und Hinterbliebenenrente zustehen.

2. Bei den auf Kündigung Angestellten gilt die Anwartschaft gewährleistet, wenn außer den unter 1 benannten Voraussetzungen noch folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Kündigung muß vom Vorhandensein eines wichtigen Grundes (vgl. § 626 B. G. B.) abhängig gemacht sein.

b) Falls für die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund vorliegt, der Rechtsweg ausgeschlossen ist, muß in anderer Weise dafür gesorgt sein, daß diese Entscheidung nicht lediglich dem Ermessen des zur Kündigung berufenen kommunalen Organs endgültig überlassen bleibt. Es muß vielmehr dem Betroffenen die Möglichkeit offen stehen, durch Anrufung einer außerhalb der Kommune stehenden Instanz eine Nachprüfung zu erreichen.

3. Bei den auf Probe Angestellten gilt die Anwartschaft als gewährleistet, wenn die Anstellung auf Grund oder nach den Grundsätzen des § 10 des Kommunalbeamtengesetzes und für eine bestimmte, die Voraussetzungen der Versicherungsfreiheit erfüllende Stelle (vgl. zu 1 und 2) erfolgt ist.

Auf Lehrpersonen an kommunalen Unterrichtsanstalten erstreckt sich diese Verfügung nicht.

Hg.

— **Bezüge der Altpensionäre und Althinterbliebenen.** Die Vereinigung pensionierter

*) Das ist diejenige Gehaltsklasse, welche dem tatsächlichen Stelleneinkommen eines Angestellten zu der Zeit entspricht, zu der die Entscheidung nach § 9 Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte wirksam wird. Vgl. auch Forst-Zeitung Bd. 27 Nr. 45 S. 895 Abschnitt II Ziff. 3.

Staats- usw. Beamten zu Görlitz hat am 18. November d. Js. folgende Rundgebung beschlossen. „Das preussische Abgeordnetenhaus hat im Frühjahr 1912 die Regierung ersucht, die Bezüge der Altpensionäre und Althinterbliebenen ohne Antrag derselben zu erhöhen und hat die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Die preussische Regierung hat diesen Beschluß der Volksvertreter nicht beachtet, sie hat vielmehr die alten Staatsdiener bzw. die Hinterbliebenen von solchen auch weiter auf den Gnadenweg, den Weg der Almosen, verwiesen. Es ist ein Fragebogen, der dem so berühmten Fragebogen der Eisenbahnverwaltung ziemlich ähnlich sieht, ausgearbeitet, der von den Pensionären usw. ausgefüllt den Regierungsstellen einzureichen ist, von denen aus der Beamte in den Ruhestand versetzt ist. In den meisten Fällen ergeht dann die Antwort: „Dem Gesuch um Gewährung einer laufenden Unterstützung (in neuester Zeit Zuwendung) kann nicht entsprochen werden, da die bestimmungsmäßigen Voraussetzungen fehlen.“ Die ministerielle Anordnung, daß die Wittgesuche in wohlwollendster Weise an der Hand der Akten geprüft werden und die Wirksamkeit der Polizei hierbei ausgeschaltet sein solle, wird von den nachgeordneten Regierungs- und Verwaltungsstellen vielfach nicht beachtet; nach wie vor kommen untergeordnete Polizeibeamte in die Wohnungen der Wittsteller, um in die geheimsten Familienverhältnisse Einblick zu gewinnen. Auch soll bei Beurteilung der Wittgesuche nicht die Not, die Bedürftigkeit ausschlaggebend sein, sondern die Bedürftigkeit in Verbindung mit Würdigkeit muß vorhanden sein! Die heute im Saale des „Englischen Gartens“ in Görlitz versammelten Altpensionäre und Althinterbliebenen legen dagegen Verwahrung ein, daß sie, entgegengekehrt dem Willen der Volksvertreter, auch weiter von der Gnade der einzelnen Regierungs- und Verwaltungsstellen abhängig sein sollen; sie verlangen gesetzliche Regelung ihrer Bezüge nach Maßgabe der vom Deutschen Reichstage einstimmig angenommenen Resolution: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstanzler um Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, wonach das Ruhegehalt der sogenannten Altpensionäre entsprechend den veränderten Lebensverhältnissen angemessen erhöht wird!“ Die neuen Grundsätze für die Gewährung von Zuwendungen an die Altpensionäre und Althinterbliebenen, wie sie vom preussischen Staatsministerium jüngst beschlossen worden sind und dem Abgeordnetenhaus vorgelegt sein sollen, fordern den Widerspruch dieser alten Staatsdiener heraus, und sie sprechen offen und ehrlich ihre Mißbilligung und Mißstimmung gegen diese aus. Sie fordern auch für sich: „Jedem das Seine“, wie es Recht und Gerechtigkeit fordert. Wir halten es für eine sittliche, für eine Ehrenpflicht des Staates, für seine alten Staatsdiener usw. insoweit zu sorgen, daß sie in etwas standesgemäß versorgt und nicht, wie es jetzt geschieht, der Not und Entbehrung überlassen werden. Erneut wenden sich die Altpensionäre und Althinterbliebenen mit volstem Vertrauen an die Herren

Abgeordneten im Deutschen Reichstage und im Preussischen Abgeordnetenhaus mit der dringenden Bitte, dieser sittlichen, dieser Ehrenpflicht des Staates Geltung zu verschaffen und damit die Rechte der alten Staatsdiener usw. zu schützen und zu wahren. Die Regierungen müssen diese Beschlüsse der Volksvertreter achten und ausführen. Nicht Gnade, sondern Gerechtigkeit ist erforderlich."

— **Teuere Forstpflanzen im Frühjahr 1913.** Die großen Schäden, welche durch die Dürre des Jahres 1911 in unseren Kulturen entstanden sind, haben im Jahre 1912 sehr ausgedehnte Nachbesserungen erfordert, so daß zur Auspflanzung der Fehlschlägen fast sämtliche Pflanzenvorräte aufgebraucht sind. Hinzu kommt noch, daß die Fichtenzapfenernte bereits mehrere Jahre sehr gering war, und daß die Pflanzenbestände der Kastenbeter Baumschulen durch die starke Kälte des Winters 1912/13 erheblich beschädigt worden sind. Für das Jahr 1913 sind demnach nur geringe Mengen Pflanzen von größtenteils nur mittlerer Güte vorhanden. Für die gangbarsten Forstpflanzen werden daher Preise verlangt, die zum Teil doppelt, ja dreimal so hoch sind als in den früheren Jahren. Unter diesen Umständen erscheint es daher angebracht, darauf aufmerksam zu machen, daß im nächsten Frühjahr von Pflanzungen, die nicht unbedingt nötig sind, zweckmäßig Abstand genommen wird. Einzelne große Forstverwaltungen wollen aus diesem Grunde im

Frühjahr 1913 fast gar keine Fichtenpflanzungen ausführen lassen.

— **Naturschutzgebiet im Schwarzwald.** Im württembergischen Schwarzwald ist auf Veranlassung der dortigen Forstverwaltung ein Naturschutzgebiet ausgeschieden worden. Dieses umfaßt den düsteren Wildsee mit den ihn umgebenden Berghängen, sowie demumpfigen Moorgrund, ist 73 Hektar groß und liegt an der württembergisch-badischen Grenze in der Gemarkung Baiersbrunn. Das Gelände bietet mit dem herumliegenden Moränenschutt ein Bild unberührter Natur, und wenn auch bisher die Art des Holzhauers nur selten die hier herrschende Ruhe störte und das Herausführen der Stämme aus der moorigen Kesseltiefe die Arbeit kaum lohnte, so wird künftig weder Holzhauer noch Jäger dieses Gebiet mehr betreten, da fortan jeder menschliche Eingriff unterbleibt.

— **Rüsselskäsersfalle.** Zu unserer Mitteilung in Nr. 35 der „Deutschen Forst-Zeitung“ betr. die Rüssel'sche Rüsselskäfersfalle erfahren wir aus der Königl. Oberförsterei Orb (Bez. Cassel), daß sich dort diese Falle nicht bewährt hat. Es finden sich in den vorchristlich gestellten Töpfen verschiedene Arten Laufkäfer, zahlreiche Schnecken und andere nützliche Käfer, aber nur vereinzelt Rüsselskäfer, so daß man dort nach mehrjährigen Versuchen wieder zur Auslegung von Fangkloben übergegangen ist.

Berichte.

— **Widerstand gegen die Aufforstung von landwirtschaftlichen Grundstücken in Bayern.** Die bayerische Abgeordnetenkammer hat sich am 14. Oktober wiederum mit den zu erlassenden Bestimmungen für die Aufforstung landwirtschaftlicher Grundstücke beschäftigt. Der mit den Vorarbeiten hierzu beauftragte Ausschuss unterbreitete folgenden Beschluß: „Die Regierung sei zu ersuchen, dem gegenwärtig versammelten Landtag den Entwurf einer gesetzlichen Bestimmung vorzulegen, nach welcher Neuaufforstungen der behördlichen Genehmigung unterstehen und geschädigten Angrenzern ein Einspruchsrecht zukommt. Die Genehmigung ist insbesondere dann zu versagen, wenn durch die Aufforstung landwirtschaftliche Nachbargrundstücke erheblich im Werte gemindert werden.“ Außerdem lag noch ein Antrag des Freiherrn von Freyberg (Ztr.) u. Gen. vor, welcher die Regierung ersucht, bei der Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Neuaufforstungen eine Reihe bestimmter Richtlinien einzuhalten. Danach soll für die beabsichtigte Neuaufforstung von landwirtschaftlichen Grundstücken eine Anzeigepflicht an die Gemeindebehörde eingeführt werden. Umfangreichere Neuaufforstungen sollen der Genehmigungspflicht durch die Distriktspolizeibehörde unterworfen werden. Bei Parzellen-Aufforstung sollen die Besitzer landwirtschaftlicher Grundstücke ein

Inspruchsrecht gegen die Neuaufforstung erhalten, wenn durch dieselbe eine Beeinträchtigung der Ertragsfähigkeit ihrer Grundstücke zu befürchten ist. Wenn ein Einspruch erhoben wird, so wird auch eine solche Parzellen-Neuaufforstung genehmigungspflichtig. Über diese Anträge entwickelte sich eine lebhafteste Aussprache. Zunächst verweist der Abgeordnete Hr. v. Freyberg auf die statistischen Angaben über den Rückgang kleinerer und mittlerer bäuerlicher Betriebe und bezweifelt, ob diese Zahlen das eingetretene Ubel in seinem ganzen Umfange erkennen lassen. Das Verschwinden kleiner bäuerlicher Betriebe ist höchst bedenklich, weil darunter die Viehhaltung leidet. Obgleich es nicht möglich ist, ganz allgemein die Ausdehnung des Großbesitzes zu verhindern, so ist es trotzdem notwendig, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es genügt, wenn Neuaufforstungen ersichert werden, wozu sein Antrag einen gangbaren Weg zeigt. Die Einführung einer generellen Anzeigepflicht ist nötig, wenn das Verfahren einen Erfolg haben soll. Die Anzeigepflicht an die Gemeinde wird in den meisten Fällen ihren Zweck erreichen. Hinsichtlich der Genehmigungspflicht dürfen wir zu den Distriktspolizeibehörden das Vertrauen haben, daß sie das Richtige treffen werden, wie es ja auch schon beim Güterzertrümmerungsgesetz geschehen ist. Wenn die Genehmigung einer Neuaufforstung an Bedingungen geknüpft wird, dann wird die

Bewilligung einer Geldentschädigung nur ganz ausnahmsweise in Betracht kommen dürfen. Zum Schluß betont Redner, daß wohl die verlangten Maßnahmen mit manchen Opfern und Belästigungen für die Beteiligten verknüpft sein werden, was nicht zu vermeiden ist, wenn ein durchschlagender Erfolg erzielt werden und auf längere Zeit hinaus der landwirtschaftlich nutzbare Boden tatsächlich der landwirtschaftlichen Kultur und der Erzeugung von Vieh erhalten werden soll. (Beifall rechts.) — Der Abgeordnete Gentner (Soz.) bezeichnet als Hauptursache des Bauernlegens und der Vermehrung des Großgrundbesizes die Fideikommissbildung, Abgeordneter Dr. Wohlmutz (Ztr.) schildert den Umfang des Bauernlegens in einer Gemeinde seines Wahlkreises und der Abgeordnete Soldner (Fr. Bgg.) beklagt ebenfalls die Schädigung der Landwirte durch umfangreiche Aufforstungen. — Der Minister des Innern, Frhr. v. Soden, bedauert gleichfalls, wenn zum landwirtschaftlichen Betrieb geeignete Grundstücke aufgeforstet werden. Den Umständen, wie sie sich vereinzelt in Bayern durch Aufforstungen ergeben haben, im Wege der Gesetzgebung entgegenzutreten, hält er für durchaus wünschenswert, und er betrachtet es als eine Aufgabe der Regierung, bis zur nächsten Session einen Weg zu suchen, und er hoffe auch, daß er gefunden wird, um diesen Umständen entgegenarbeiten zu können. — Es sprechen nun noch mehrere Abgeordnete und erklären sich für den Antrag des Freiherrn v. Freyberg. Der Ab-

geordnete Steininger (Ztr.) bemerkt noch, daß die schlimmen Wirkungen der Aufforstungen sich von Jahr zu Jahr mehrten und die dadurch hervorgerufenen Nachteile immer augenscheinlicher werden. Die Genehmigung zur Aufforstung ist unter allen Umständen zu verlagern, wenn es sich um Flächen handelt, die von landwirtschaftlichen Grundstücken umgeben sind, oder wenn größere landwirtschaftliche Flächen aufgeforstet werden sollen. Auch die Aufforstungen des Münchener Magistrats in seinem Quellengebiet betrachtet er als zu weitgehend. Hierauf erwidert der Abgeordnete Schmid (Soz.), daß die Anwesen im Quellengebiet der Stadtgemeinde München von letzterer nur erworben sind, um die Wasserversorgung Münchens in richtiger und hygienischer Weise vollziehen zu können. Den Bauern seien sehr anständige Preise bezahlt worden, die vorgetragenen Behauptungen seien stark übertrieben. — Nach weiteren Auseinandersetzungen der Abgeordneten Schmid und Steininger, sowie nach kurzen Ausführungen des Ministerialrats v. Braun und des Antragstellers Frhn. v. Freyberg erhält der Referent des mit den Vorarbeiten betrauten Ausschusses, der Abgeordnete Bauer (Ztr.), das Schlußwort. Er führte aus, da sein früherer Antrag gegen das Bauernlegen keine Aussicht auf Annahme habe, er sich veranlaßt fühle, diesen nicht mehr einzubringen. Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Freiherrn v. Freyberg einstimmig angenommen, womit der Ausschußantrag abgelehnt ist.

Verschiedenes.

— **Erzellenz Donner†.** Der ehemalige königlich Preussische Oberlandforstmeister ist am 7. Dezember plötzlich gestorben. Der „Reichsanzeiger“ widmet Erzellenz Donner in seiner Nummer vom Montag, dem 9. Dezember, einen warmen Nachruf folgenden Wortlautes: „Am 7. d. Mts. verstarb hier der frühere Direktor der Forstabteilung im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Oberlandforstmeister, Mitglied des Staatsrats, Wirkliche Geheime Rat Karl Donner. Am 8. August 1832 zu Gräb im Regierungsbezirk Posen geboren, bestand Donner nach beendeten Studien die Prüfungen mit Auszeichnung. Er wurde von Anfang 1862 an als Hilfsarbeiter bei der Zentralforstverwaltung im Finanzministerium beschäftigt und verwaltete, nachdem er im Jahre 1864 zum Oberförster ernannt worden war, bis zum Jahre 1867 die Oberförsterei Schleusinger-Reudorf im Regierungsbezirk Erfurt. Im Jahre 1867 wurde er zum Forstinspektor und Mitglied der Regierung in Cassel, im Jahre 1869 zum Forstmeister ernannt und im Jahre 1874 unter Beförderung zum Oberforstmeister und Mitbeteiligten der Forstabteilung der Finanzdirektion nach Hannover versetzt. Im Mai 1879 trat Donner als Hilfsarbeiter in das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ein, wo er am 13. Juli 1879 zum vortragenden Rat und am 11. April 1883 zum Landforstmeister mit dem Range der Räte zweiter

Klasse befördert wurde. Im Oktober 1884 erfolgte seine Ernennung zum Mitglied des Staatsrats und am 12. Januar 1885 wurde er als Oberlandforstmeister an die Spitze der Forstabteilung des landwirtschaftlichen Ministeriums gestellt. Am 12. Januar 1895 erfolgte Donners Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Präbital Erzellenz. Am 29. Dezember 1901 erhielt er den erbetenen Abschied aus dem Staatsdienst unter gleichzeitiger Verleihung der Brillanten zum Kronenorden erster Klasse. Donner hat in allen seinen amtlichen Stellungen, insbesondere in der als Chef der preussischen Staatsforstverwaltung, Vorzügliches geleistet. Er war ein Mann von ausgezeichnete Begabung, gediegenen Kenntnissen und unermüdlichem Fleiß, das Muster eines altpreussischen Beamten, der für sich nichts, von sich alles verlangte und immer bereit war, sich selbstlos einzusetzen für das ihm anvertraute Amt. Sein Andenken wird in der preussischen Forstverwaltung alle Zeit in hohen Ehren stehen.“

— **Das preussische Forstverwaltungs-gesetz** wird dem Landtage gleichzeitig mit dem Etat am 10. Januar zugehen. Das neue Gesetz soll ausschließlich auf die Ostmärken Anwendung finden. Der ursprünglich ins Auge gefaßte Gedanke, es für die ganze Monarchie vorzuschlagen, ist endgültig aufgegeben, da er sich als undurchführbar herausgestellt hat. Die wichtigste Be-

stimmung des Gesetzes ist, daß die Parzellierung an die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde gebunden sein soll und zu versagen ist, wenn die Interessen der Allgemeinheit das Verbot erheischen.

— **Gemeinsames Vorgehen der preussischen und braunschweigischen Behörden gegen die Wildddieberei im Harz.** An die herzoglich braunschweigische Kammer, Direktion der Forsten, ist nach einer Mitteilung der „Braunschweigischen Landeszeitung“ von einer beteiligten Königlich Preussischen Regierung die Anfrage gerichtet worden, ob in den herzoglichen Forsten des Harzes eine Zunahme der Wildddieberei beobachtet worden sei und ob die herzogliche Forstverwaltung dem Wilddiebsunwesen gemeinsam mit ihr zu steuern bereit sei. Die Anfrage bezweckt einen Meinungsaustausch darüber, welche Erfahrungen auf dem Gebiete der Wildddieberei gesammelt sind, um ein gleichmäßiges, gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Bei der zerrissenen Lage des braunschweigischen Landes inmitten preussischer Gebiete teile ist ein Handinhandgehen zur Bekämpfung der Wildddieberei geboten. Es findet deshalb von jeher in dieser Frage von Zeit zu Zeit ein Meinungsaustausch zwischen den braunschweigischen und den preussischen Forstbehörden statt. Daß im Harz, vornehmlich an den Grenzgebieten, mehr als anderswo gewildert wird, liegt auf der Hand. Beide Staaten sind auf Grund gemeinsamer Verständigung bemüht, der Wildddieberei zu steuern.

— **Eine Verordnung zum Schutze der Stechpalme** (*Ilex aquifolium*). Das Ministerium von Elsaß-Lothringen hat sich bereits vor zwei Jahren genötigt gesehen, anzuordnen, daß die Stechpalme in den der Forstordnung unterstellten Waldungen unter einen gewissen Schutz gestellt wird, und daß der Entnahme größerer Mengen zu Handelszwecken entgegenzutreten ist. Die damals getroffenen Anordnungen haben aber keinen genügenden Erfolg gehabt. Seit einigen Monaten werden beispielsweise in Straßburg täglich Stechpalmenzweige auf der Straße in großer Menge feilgeboten, was auf eine starke Entnahme in den Waldungen schließen läßt. Tatsächlich zeigen sich auch in verschiedenen Orten die Folgen dieser Masseneuthnahme durch schädliche Verkrümmelung der in diesem Jahre wegen ihres großen Fruchtansatzes besonders geschädigten Pflanze. Zum besseren Schutze soll nunmehr die Entnahme der Stechpalme und ihrer Zweige unter die Forstnebennutzungen gezählt werden, weshalb folgendes angeordnet ist: 1. Die Stechpalme wird in den der Forstordnung unterstehenden Waldungen unter den Schutz des Forststrafgesetzes gestellt. 2. Vom 15. Dezember d. Js. ab ist die Entnahme von Stechpalmenpflanzen und -zweigen in diesen Waldungen an die Lösung eines Nebennutzungsverabfolgezettels gebunden, der Ort, Menge und Taxe zu enthalten hat. Die Taxe für eine Traglast Zweige beträgt 50 S., diejenige für eine Wildlingspflanze 30 S. 3. Das Bilden von Stechpalmensträuchern, die in der Hand getragen werden, ist, soweit sie nicht zu Handelszwecken Verwendung finden, nicht an die

Lösung eines Verabfolgezettels gebunden, sondern tagfrei.

— **Staatliche Beihilfe.** Dem Vereine medlenburgischer Forstwirte ist in Anerkennung seiner Verdienste, die er sich durch die Veranstaltung von forstlichen Fortbildungskursen und Abhaltung von Försterprüfungen um die Forstwirtschaft erworben hat, vom medlenburgischen Landtag die bisher jährlich gezahlte Beihilfe von 400 M auf 1000 M erhöht worden.

— **Für Sammlung für ein Gayerdenkmal** veröffentlichten wir in Nummer 49 auf Seite 985 einen Aufruf, der von einer großen Anzahl von Freunden und Schülern des Geheimrats Professor Dr. Carl Gayer unterzeichnet war. Diesem Aufruf haben sich noch angeschlossen die Herren: Professor Dr. Wimmenauer und Dr. Weber-Gießen, Henry S. Graves-Washington D.C., G. Morosoff-St. Petersburg, Dr. Sommerville-Oxford, Borthwick-Edinburgh, Blachad-Dahra.

Satzungen des Forstwirtschaftsrates für die Kontrollvereinigung der Besitzer von Samenklanganstalten und Forstbaumschulen.

(Nach der am 25. August 1912 beschlossenen Fassung.)

§ 1. Zweck der Vereinigung ist die Sicherung der Lieferung von Kiefern Samen und Kiefern pflanzen nur deutscher Herkunft nach den Vorschriften des deutschen Forstwirtschaftsrates. Es bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten, ob ähnliche Bestimmungen auch für Samen und Pflanzen anderer Holzarten getroffen werden sollen. Die Mitglieder der Kontrollvereinigung sind verpflichtet, in ihren Klanganstalten nur Kiefernzapfen zu verarbeiten, welche nachweislich aus deutschen Waldungen stammen, im Samenhandel nur Kiefern Samen deutscher Herkunft zu führen, in ihren Baumschulen lediglich Kiefern pflanzen aus solchem Samen zu ziehen und nur Kiefern pflanzen aus Samen deutscher Herkunft zu handeln sowie ihren vollen Bedarf an Kiefern Samen ausschließlich von solchen Klanganstalten zu beziehen, welche der Kontrollvereinigung angeschlossen sind.

§ 2. Der Vereinigung können als Mitglieder beitreten: Besitzer von in Deutschland gelegenen Klanganstalten und Forstbaumschulen, sowie Verbände solcher Anlagen. Voraussetzung für die Zulassung ist, daß 1. diese Anlagen mindestens fünf Jahre im Betrieb gewesen sind, 2. die Erzeugung bei normaler Japanernte durchschnittlich jährlich mindestens betragen hat: a) bei K l a n g a n s t a l t e n: in einzelnen Betrieben 3000 kg Kiefern Samen, in Verbänden 5000 kg Kiefern Samen; b) bei F o r s t b a u m s c h u l e n: in einzelnen Betrieben 20 Millionen Kiefern pflanzen, in Verbänden 100 Millionen Kiefern pflanzen; 3. außerdem haben die Antragsteller einen auf sich gezogenen nach Sicht an die Ordre des Deutschen Forstvereins zahlbaren Solawechsel (Sicherungswechsel) bei einer von dem deutschen Forstwirtschaftsrate zu bezeichnenden Bank zu hinterlegen, dessen Höhe wie folgt bemessen wird: bei K l e n g

anstellen für einzelne Betriebe 10 000 M., bei Verbänden für jedes Mitglied 3000 M.; bei Forstbaumschulen: für einzelne Betriebe 5000 M., bei Verbänden für jedes Mitglied 5000 M. Dieser Wechsel dient als Sicherheit für die etwaigen Vertragsstrafen (§ 8) und die Kosten schiedsrichterlicher Verfahren (§ 11). Über die Zulassung zu der Vereinigung entscheidet der deutsche Forstwirtschaftsrat ohne Angabe der Gründe.

§ 3. Die Anmeldung für den Eintritt muß spätestens bis zum 1. Juni bei dem Vorsitzenden der Kommission des Forstwirtschaftsrates (§ 6) erfolgen; bei der Anmeldung ist der Nachweis über die Erfüllung der Bedingungen des § 2 Ziffer 1 und 2 zu erbringen, ebenso haben die Bewerber dem Vorsitzenden erschöpfende Auskunft über Anfragen, die zur Entscheidung des Gesuches erforderlich sind, zu erteilen. Hat der Forstwirtschaftsrat der Aufnahme zugestimmt, so wird der Bewerber aufgefordert, bis zum 1. Oktober den Solawechsel nach § 2 Ziffer 3 zu hinterlegen. Erst nach Erfüllung dieser Bedingung gilt der Eintritt als erfolgt. Der Austritt aus der Vereinigung kann jeweils nur zum 1. Juli nach vorheriger mindestens einvierteljähriger Kündigung, die ebenfalls beim Vorsitzenden der Kommission anzuzeigen ist, erfolgen; das ausscheidende Mitglied bleibt aber noch fünf Jahre vom Tage des Austritts an gerechnet für sakungswidrige Handlungen während der Mitgliedschaft haftbar. Der Solawechsel wird erst nach Ablauf dieser Frist zurückgegeben.

§ 4. Die der Vereinigung angehörenden Besitzer von Klenganstalten und Forstbaumschulen unterwerfen sich den in den folgenden Paragraphen angegebenen Bedingungen des Forstwirtschaftsrates für den vollen Umfang ihrer Geschäfte, mögen diese einen oder mehrere Betriebe (verschiedene selbständige Firmen, Filialen oder Klengen und Forstbaumschulen nebeneinander) umfassen; die Besitzer müssen beim Eintritt hierüber erschöpfende Auskunft erteilen und alle eintretenden Änderungen dem Vorsitzenden der Kommission sofort mitteilen.

§ 5. Die Mitglieder der Vereinigung gestatten die Überwachung ihrer Betriebe durch den Forstwirtschaftsrat auf Grund der von diesem erlassenen Bestimmungen über die Herkunft des Samens und der Pflanzens. Sie haben zu diesem Zweck eine übersichtliche Buchführung mit Bilanz über den An- und Verkauf von Kiefern-Zapfen, Samen und Pflanzens einzurichten. Außerdem haben sie sich jederzeit durch Frachtbriefe und andere Belege dem Forstwirtschaftsrat oder dessen beauftragten Kontrollbeamten gegenüber über die Herkunft ihres Zapfens, Samen- und Pflanzensmaterials auszuweisen. Sie gestatten dem betreffenden Kontrollbeamten jederzeit die Besichtigung der ganzen Anlagen des Betriebes nebst den dazu gehörenden Filialen, auch gewähren sie Einsicht in die obengenannten Geschäftsbücher. Für die Erfüllung der richtigen Lieferung im Sinne vorstehender Verpflichtungen bleiben die Mitglieder bei Samereien fünf Jahre und bei Pflanzens vier Jahre haftbar.

§ 6. Als ständiges Organ des Forstwirtschaftsrates dient für die Bearbeitung der Aufgaben dieser Vereinigung eine Kommission, der fünf Vertreter des Forstwirtschaftsrates, zwei Vertreter der Klenganstalten und zwei Vertreter der Forstbaumschulen angehören, die nebst neun Stellvertretern vom Forstwirtschaftsrat berufen werden. Sechs Mitglieder dieser Kommission sind notwendig, um einen bindenden Beschluß zu fassen.

§ 7. Diese Kommission erläßt die nötigen Bestimmungen hinsichtlich der Art und Weise der Durchführung dieser Überwachung, sowohl im allgemeinen als nach den Bedürfnissen einzelner Fälle.

§ 8. Verletzt ein Mitglied wissentlich oder grobfahrlässig die übernommenen Verpflichtungen, so verfällt es in eine sofort fällige Vertragsstrafe bis zur Höhe von 5000 M.; außerdem kann auf zeitweisen oder dauernden Ausschluß aus der Vereinigung erkannt werden. Die Entscheidung hierüber erfolgt durch die Kommission. Zur Verurteilung bedarf es einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Stimmen. Das betreffende Mitglied muß schriftlich und auf sein Verlangen auch mündlich über die vorliegenden Anschuldigungen gehört werden. Der Forstwirtschaftsrat ist befugt, die auf Ausschließung lautenden Entscheidungen zu veröffentlichen und über die Verurteilung der Vertragsstrafen zu verfügen.

§ 9. Die Kosten der Überwachung werden zwischen dem Forstwirtschaftsrat und den Mitgliedern in der Weise geteilt, daß der Forstwirtschaftsrat die bei der Überwachung entstehenden allgemeinen Kosten trägt (Kommissionsitzungen, Auslagen für schriftliche Arbeiten, Vergütung für Verbeizung der Kontrollbeamten zu den Kommissionsitzungen usw.). Von den Kosten der regelmäßigen Überwachung übernimmt der Forstwirtschaftsrat ein Drittel, die Mitglieder der Kontrollvereinigung zwei Drittel. Die letzteren tragen ferner auch die auf sie entfallenden Kosten des Wechselstempels, einschließlich dessen periodischer Erneuerung. Die Kontrollbeamten erhalten für ihre Bemühungen Tagegelber und Reisekosten nach den vom Forstwirtschaftsrat für seine Mitglieder aufgestellten Bestimmungen. Es bleibt jedoch der Kommission vorbehalten, im Bedarfsfalle auch darüber hinausgehende Entschädigungen zu gewähren oder Pauschalbeträge zu vereinbaren.

§ 10. Die Mitglieder der Vereinigung sind berechtigt, die Tatsache der Kontrolle durch den Forstwirtschaftsrat in ihren Preislisten und sonstigen Geschäftspapieren zum Ausdruck zu bringen.

§ 11. Der Forstwirtschaftsrat wird nach Kräften dafür eintreten, daß die Bezüge von Kiefern-Samen und -Pflanzens seitens der Waldbesitzer ausschließlich von Mitgliedern der Vereinigung erfolgen, vor dem Bezuge ausländischen Samens und fremder Pflanzens warnen, sowie vorkommenden Mißständen im Zapfen-, Samen- und Pflanzenshandel tunlichst entgegenzutreten. Der Forstwirtschaftsrat wird sich ferner bemühen, daß zum Zweck der Ausnutzung der Zapfenernten geeignete Verhältnisse in möglichst großer Ausdehnung für die Gewinnung von Zapfen geöffnet werden. Auch soll erstrebt werden, daß die Waldbesitzer das

Pfläden der Gapsen erst nach dem Eintritt völliger Reife (keinesfalls vor dem 15. November) gestatten, und daß die Innehaltung dieses Zeitpunktes soweit möglich durch Polizeiverordnung gesichert wird. Zur Entscheidung von Streitfällen über die Herkunft von Kiefernpflanzen, die zwischen den Waldbesitzern und den Mitgliedern der Vereinigung entstehen, wird der Forstwirtschaftsrat auf Antrag Schiedsrichter entsenden, die Kosten des Verfahrens hat die unterliegende Partei zu tragen; hierfür kann gegebenen Falles die in Form von Solawechseln hinterlegte Summe ebenfalls herangezogen werden.

München, 1. November 1912.

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat.

Dieser Vereinigung haben sich bis jetzt folgende Firmen angeschlossen:

a) die Klengeanstalten von: 1. C. Appels-Darmstadt, 2. P. Schott-Kittelsheim, 3. H. Keller Sohn-Darmstadt, 4. W. J. Steingaeßler-Kittelsheim, 5. E. Trumpff-Blankenburg, 6. J. M. Lint Sohn-Mübau i. Baden, 7. Chr. Weigle-Magold in Württemberg, 8. J. M. Helms Söhne-Großabarg, 9. Georg Hamburger-Stodheim i. Odentwalb, 10. Vereinigte Klengeanstalten der Altmark umfassend die Klenge von F. Bismark-Klöge, H. Schulz-Immetlatz, H. Brune-Reglingen, W. Pasche-Colbitz, F. Schöndede-Wittingen, E. Siemer-Wittingen, H. Franke-Madenbed und die der Stadt Neuhaldensleben;

b) die Forstbaumschulen von: 1. P. Schott-Kittelsheim, 2. Chr. Weigle-Magold, 3. W. Emmerich-Celle, 4. Vereinigung der Kontrollbaumschulen zu Halstenbek bestehend aus den Firmen: H. H. Fein, J. Feins Söhne, E. F. Fein, Sievers u. Heubel, Gustav Lüdemann, M. Ostermann, Th. Maltich, M. Griem — sämtlich in Halstenbek, Rudolf Schrader-Mellingen, A. H. Fein sowie Buch und Hermannsen in Krupunder bei Halstenbek.

— **Waldankauf.** Der Landtag des Herzogtums Sachsen-Meiningen stimmte einer Regierungsvorlage wegen Ankauf des sogenannten Grundhofes beim Solbad Salzungen zu. Verkäufer ist die Holzhandlung Schnepfer & Jesphording in Hamm (Westfalen), und der Kaufpreis beträgt 310 000 M. Verkauft wurden auch die umfangreichen Gebäulichkeiten. Es wurde gezahlt für den Hektar Wald 1070 M. und für den Hektar Ackerland 650 M. Der Wald wird auf drei Seiten vom Domänenfiskus begrenzt, und bildet diese Erwerbung eine wertvolle Arrondierung des Domänenbesitzes. —f.

— **Amtlicher Marktbericht.** Berlin, den 10. Dezember 1912. Rehbock 0,50 bis 0,80, Rotwild 0,30 bis 0,60, Damwild 0,45 bis 0,80, Schwarzwild 0,25 bis 0,80 M. das Pfund. Hasen 1,50 bis 4,75, Kaninchen 0,30 bis 1,20, Stockenten 1,00 bis 2,00, Amdenten 0,50 bis 0,75, Rebhühner 0,75 bis 1,00, Fasanenhähne 1,40 bis 3,00, Fasanenhenken 1,50 bis 2,00, Waldbindchneppen 2,75 bis 3,50 M. das Stüd.

Vereins-Nachrichten.

Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Bezirksgruppe Harzgerode.

Die am 4. d. Mts. abgehaltene Versammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Dauerlicherweise war vom Revier Wallenstedt niemand vertreten. Der vom Revierjäger Flügel zu Siptenfelde in interessanter und sehr lehrreicher Weise gehaltene Vortrag über Führung und Arbeit des Schweißhundes wurde allseitig mit großem Beifall aufgenommen. Aus der Mitte der Versammlung wurde hierauf die Anregung gegeben, durch Vermittlung des Hauptvorstandes bei dem obersten Chef der Jagdverwaltung dahin vorstellig zu werden, daß auf den Hochwildrevieren tunlichst ein im Außendienst beschäftigter Hilfs- oder Revierjäger im Interesse einer weidgerechten Jagdausübung mit der Führung eines Schweißhundes beauftragt werden möchte.

Zu der am 15. d. Mts. in Bernburg stattfindenden Hauptversammlung werden die Mitglieder der Bezirksgruppe aufgefordert, vollständig zu erscheinen. Grim m.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

Härre, Hilfsjäger, a. St. im Privatdienst, ist nach Preussch. Oberförsterei Prossau, Regbz. Oppeln, einberufen.
Exner, Förster o. St. zu Alt-Göln, Oberförsterei Poppelau, ist als Förster m. R. nach Ragerhaus I, Oberförsterei Schells, Regbz. Oppeln, vom 1. Februar 1913 ab versetzt.
Abramann, Förster zu Weidenstadt, Oberförsterei Gaussee, ist nach Wiesbaden, Oberförsterei Wiesbaden, Regbz. Wiesbaden, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.
Aufhäuser, Förster zu Wainzof, Oberförsterei Zellowa, ist nach Rupp, Oberförsterei Rupp, Regbz. Oppeln, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.
Arasjyrski, Förster zu Ragerhaus I, Oberförsterei Schells, ist nach Wainzof, Oberförsterei Grundschütz, Regbz. Oppeln, vom 1. Februar 1913 ab versetzt.
Ausigki, Förster o. St. zu Schwodnia, Oberförsterei Tembia, ist nach Kowitz, Oberförsterei Dombrowka, Regbz. Oppeln, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.
Recht, Förster zu Wiesbaden, Oberförsterei Wiesbaden, ist nach Weidenstadt, Oberförsterei Gaussee, Regbz. Wiesbaden, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.
Fuss, Förster o. St. zu Alt-Göln, Oberförsterei Poppelau, Regbz. Oppeln, vom 1. Februar 1913 ab versetzt.
Hautke, Förster o. St. zu Wainzof, Oberförsterei Zellowschütz, ist die Försterei zu Weidenstadt, Oberförsterei Grundschütz, Regbz. Bromberg, vom 1. Januar 1913 ab übertragen.
Ausigki, Förster m. R. zu Kowitz, Oberförsterei Dombrowka, ist als Förster m. R. nach Wainzof, Oberförsterei Zellowa, Regbz. Oppeln, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.
Saubert, Forsthausbesitzer zu Weidenstadt, Oberförsterei Prossau, Regbz. Oppeln, ist auf seinen Antrag in den kommunal-dienst im Regbz. Cassel übergetreten. Schw. war als Forst-anwärter im Regbz. Cassel notiert und hier nur beschäftigt.
Schulz, Forsthausbesitzer zu Weidenstadt, Oberförsterei Weidenburg, Regbz. Weidenburg, ist zum Förster o. St. ernannt.
Wobisch, Forsthausbesitzer, a. St. im Privatdienst, ist nach Schwodnia, Oberförsterei Tembia, Regbz. Oppeln, vom 1. Januar 1913 ab einberufen.
Wesker, Förster zu Wainzof, Oberförsterei Zellowa, ist nach Wainzof, Oberförsterei Zellowa, Regbz. Oppeln, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.
Wolff, Förster zu Rupp, Oberförsterei Rupp, Regbz. Oppeln, tritt mit dem 1. Januar 1913 in den Ruhestand.

Der Titel Hegemeister wurde verliehen den Förstern:
im Regierungsbezirk Bromberg:

v. Chranowski zu Neubrück, Oberförsterei Strelitz;
Vorn zu Schrip, Oberförsterei Saarpitz; **Härkenau** zu
Schönfeld, Oberförsterei Selgenau; **Giffert** zu Schmilau,
Oberförsterei Wabau; **Jaschke** zu Hohbruch, Ober-
försterei Bromberg; **Janitz** zu Sandau, Oberförsterei
Stronnau; **Martin** zu Jesuitensee, Oberförsterei Brom-
berg; **Marckburg** zu Pommerdorf, Oberförsterei Mirau;
Mense zu Tridahn, Oberförsterei Jagdlinz; **Plesinski**
zu Dombeln, Oberförsterei Argenu; **Roske** zu Selgenau,
Oberförsterei Selgenau; **Priedt** zu Nordbrück, Oberförsterei
Mirau; **Rehorke** zu Ruhwalde, Oberförsterei Stefans-
walde; **Reichow** zu Bortendorf, Oberförsterei Selgenau;
Wolff zu Wöngrowitz, Oberförsterei Durowo.

im Regierungsbezirk Erfurt:

Kaufe zu Königsthal, Oberförsterei Königsthal; **Eisen-
träger** zu Wübbendorf, Oberförsterei Dieghausen; **Haupt-
keiss** zu Wehenborn, Oberförsterei Königsthal; **Anspoke**
zu Rothhaus Willrode, Oberförsterei Erfurt; **Angulus** zu
Hilshab, Oberförsterei Schleusingen; **Malmer** zu Weisen-
stein, Oberförsterei Veinefelde; **Panger** zu Friedrichslohra,
Oberförsterei Vohra; **Seydewitz** zu Hohlhaus Giech-
berg, Oberförsterei Erfurt; **Thiel** zu Hohl-Weindorf,
Oberförsterei Gohl; **Wisker** zu Bernterode, Ober-
försterei Worbis; **Wollig** zu Allendambach, Oberförsterei
Schleusingen.

im Regierungsbezirk Merseburg:

Arnold zu Großherthausen, Oberförsterei Annarode;
Edermann zu Reuseneia, Oberförsterei Thiergarten;
Gruhdorf zu Euba, Oberförsterei Gladburg; **Kantke**
zu Spitze, Oberförsterei Söllikan; **Kälschbach** zu
Vatterode, Oberförsterei Annarode; **Kieser** zu Döllingen,
Oberförsterei Glinnewerda; **Klaß** zu Rößleben, Ober-
försterei Ziegelroda; **Kramlich** zu Hulsdorfer Pechhütte
(Kreuz), Oberförsterei Annarode; **Küßel** zu Sandersdorf,
Oberförsterei Zöderitz; **Müller** zu Dornbuschhaus, Ober-
försterei Glinnewerda; **Niemann** zu Söllikan, Ober-
försterei Söllikan; **Pultendorfer** zu Giechfelde, Ober-
försterei Annarode; **Schulze** zu Warttha, Oberförsterei
Dobersdorf; **Werner** zu Ködersleben, Oberförsterei Biege-
roda; **Wiedemann** zu Zichernid, Oberförsterei Thiergarten.

im Regierungsbezirk Posen:

Machalski zu Jagolitz, Oberförsterei Gumbeshausen.

im Regierungsbezirk Schleswig:

Baals zu Jürgensgaard, Oberförsterei Apenrade;
Böbling zu Sören, Oberförsterei Kiel; **Gerdtis** zu
Nordesholm, Oberförsterei Kiel; **Koch** zu Rummelsfeld,
Oberförsterei Rantan; **Lüpke** zu Gohensfelde, Ober-
försterei Trittau; **Schneeberg** zu Riechtruphof, Ober-
försterei Hensburg.

im Regierungsbezirk Stettin:

Arndt zu Heinrichsdorf, Oberförsterei Torgelow; **Vorn**
zu Rehrberg, Oberförsterei Rehrberg; **Baase** zu Glas-
hütte, Oberförsterei Mägdenburg; **Arnitz** zu Seidhof,
Oberförsterei Grünhaus; **Lange** zu Bahrenbruch, Ober-
försterei Friedrichswalde; **Müller** zu Pittsburg, Ober-
försterei Witt; **Schley** zu Gaienburg, Oberförsterei
Friedrichsthal; **Schwarzkopf** zu Warnow, Oberförsterei
Warnow; **Wiske** zu Königsteden, Oberförsterei Gohens-
brund; **Wichow** zu Ziedenbollentin, Oberförsterei Wolken.

Dem bisherigen Ortsbezirk „Glabbed-Nord“ in der
Oberförsterei Grünhain, Regab. Potsdam, ist der Name
„Grünhain-Nord“ beigelegt worden.

Gemeinde- und Privatdienst.

Großer, preussischer Staatsangehöriger, Zittorförstmeister zu
Noachstein, Amtsbaupharmachait Zittau, ist die Er-
laubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes
2. Klasse des Königlich Sächsischen Albrechtsordens erteilt.
Seiden, Untersförster zu Sellin, Kreis Rummelsburg, ist das
Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Königreich Bayern.

Staats-Forstverwaltung.

Jahn, Rizefeldweibel im 7. Infanterie-Regiment, in — vorerit
auf die Dauer eines Jahres zur Probe — zum Wald-
warter in Brandan, Forstamt München-Nord, ernannt.

Großherzogtum Hessen.

Staats-Forstverwaltung.

Maul, Forstinspektor, 3. St. an der Forstabteilung der Land-
wirtsch.-Kammer Kalle, ist mit dem 1. April 1913 die
Verwaltung der Graß, Ziele-Windsteden Oberförsterei
Wierchleim, Regbg. Dypeln, übertragen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.

Staats-Forstverwaltung.

Almann, Oberförster zu Eittersburg, erhielt den Königl.
Kronenorden 4. Klasse.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Ankünfte
seinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden
niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements-
Luitung oder ein Ausweis, daß Fragesteller Abonnent ist,
und 20 Pfennige Porto beizufügen. Gemeinhin werden
Fragen ohne weitere Kosten beantwortet; sind jedoch
durch Sachverständige schwierige Rechtsfragen zu erörtern,
Gutachten, Berechnungen usw. aufzustellen, für deren Er-
langung der Schriftleitung Sonderhonoreare erwachsen, so
wird Vergütung der Selbstkosten beansprucht.)

Nr. 163. Anfrage: Ich bin seit etwa
15 Jahren pensionsberechtigt angestellt
und würde jetzt ungefähr 1200 M. Pension erhalten.
1. Kann ich nun nach dem neuen Gesetz bei einer
späteren Pensionierung neben der bis-
herigen Pension eine solche aus der neuen
Versicherung beanspruchen? 2. Ist es zulässig,
daß mein Chef bei meiner Pensionierung die
meinerseits gezahlten Beiträge mir unverzinst
zurückzahlt, dafür aber die volle Pensions-
summe aus der Reichsversicherung für sich behält
und mir den Betrag an Pension nach den vor-
Zahlen getroffenen Vereinbarungen auszahlt?
Ich bin der Ansicht, daß, wenn ich meine Beiträge
entrichte, auch Anspruch neben der anderen
Pension auf die jeweilige volle Versicherungs-
summe aus der Reichsversicherung habe. 3. Wird
der volle Versicherungsbeitrag gezahlt, wenn ich
mich jetzt durch das Bestehen einer langjährigen
Lebensversicherung von der Beitragszahlung be-
freie? Kann ich mich nachträglich auch noch
von der Beitragszahlung durch die seit Jahren
bestehende Lebensversicherung befreien? Kann
ich später noch den Beitrag entrichten, wenn ich
mich jetzt von der Beitragszahlung befreien ließe?

G., Forstfietretär.

Antwort: Zu Ziffer 1: Ja (vgl. An-
frage Nr. 158 in Nr. 49 der Deutschen Forst-
Zeitung). — Zu Ziffer 2: Ist zweifelhaft,
denn § 345 des Gesetzes unterlag den Arbei-
gebern und ihren Angestellten, durch Über-
einkunft oder Arbeitsordnung zum Nachteil der
Versicherten die Anwendung des Gesetzes ganz
oder teilweise auszuschließen, und erklärt Ver-
tragsbestimmungen, die dem zuwiderlaufen, für
nichtig. Auch die freiwillige Übertragung eines
Ruhegeldanspruchs auf den Arbeitgeber ist nur
ausnahmsweise und nur mit Genehmigung des
Rentenausschusses zulässig (§ 93). Ob diese Ge-
nehmigung in Ihrem Falle erteilt werden würde,
können wir natürlich nicht wissen. — Zu Ziffer 3:
Wegen der Befreiung von der Beitragsleistung
im Hinblick auf Ihre Lebensversicherung ver-
weisen wir auf den Aufsatz in Nr. 45 und 46 der
„Deutschen Forst-Zeitung“, fügen aber hinzu,
daß Sie den Befreiungsantrag auch noch nach
dem 1. Januar 1913 stellen und daß Sie jederzeit
wieder auf die Befreiung verzichten können.
Die Zeit der Befreiung wird in die Wartezeit usw.
eingerechnet.

Hg.

Für die Redaktion: A. B. Voss Grundmann, Weidmann.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Geheimrath Bernstorff, Rientiedt, Post Hörde (Watz).



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Vette, Försterei Nümbe, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 0,50 M., der Halbjahresbeitrag 3,25 M. Rechnungs-(Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Abreisänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Des Weihnachts- und Neujahresfestes wegen bitten wir heute schon, alle für Nummer 52 bestimmten Bekanntmachungen spätestens bis zum Montag, dem 23. Dezember, früh, sowie die für Nummer 1 von 1913 bestimmten Einsendungen spätestens bis zum Montag, dem 30. Dezember, früh an uns gelangen zu lassen. Alle später einlaufenden Sendungen werden für die nächste Nummer zurückgestellt.

Neubamm, 10. Dezember 1912.

Die Geschäftsstelle
der Deutschen Forstzeitung.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Bütow (Regbz. Cöslin). Sonnabend, den 4. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Vereinslokale. Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge; 2. Rechnungsprüfung; 3. Besprechung der Kaisergeburtstagsfeier; 4. Verschiedenes.

Der Vorstand. J. A. Schulze.

Fulda (Regbz. Cassel). Sonntag, den 22. Dezember d. Js., nachmittags 2½ Uhr, Mitglieder-versammlung in Giesels Brauerei zu Fulda. Tagesordnung: 1. Besprechung einer vom Hauptvorstande angeregten Vereinsfrage von allgemeinem Interesse; 2. Beratung über künftige Abhaltung von Wanderversammlungen innerhalb der Ortsgruppe; 3. Verschiedenes. In Erwartung eines guten Besuchs der Versammlung.

Der Vorstand.

Landshberger Heide (Regbz. Frankfurt a. D.). Mittwoch, den 18. Dezember d. Js., abends 6 Uhr, Versammlung bei Fußler in Breitenbruch. Tagesordnung: 1. Besprechung über die Kaisergeburtstagsfeier; 2. Wahl eines Kassensführers; 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Siegen (Regbz. Arnberg). Am 31. Dezember d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Hotel Hufsteiner zu Siegen. Tagesordnung: 1. Rechnungslage von 1912; 2. Einziehung der Beiträge pro 1. Halbjahr 1913; 3. Verteilung der bezogenen Sachen, von den Firmen, mit

denen Wirtschaftsverträge abgeschlossen sind, Zigarren usw.; 4. Besprechung und Vortrag über das Thema: Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staatswohles, also des allgemeinen Wohles, wirken, um dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung zu heben; 5. Vorschläge zu einem Vortrage für die nächste Versammlung; 6. Vorschläge zur Wahl eines Delegierten für die Versammlung pro 1913 nach Berlin; 7. Verschiedenes. Die Ansichten über Punkt 4 bitte bei der Versammlung schriftlich abzugeben. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten, um die Tagesordnung zu erledigen.

Der Vorstand.

Staugenwalde (Regbz. Danzig). Am Sonntag, dem 22. Dezember d. Js., findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung im „Deutschen Hause“ in Karthaus statt. Beginn 4 Uhr nachmittags. Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Rodmalige Besprechung der Kaisergeburtstagsfeier; 3. Wahl eines Delegierten zur Bezirksgruppen-sitzung; 4. Aufnahme neuer Mitglieder zur Krankenkassen-Beihilfeskasse; 5. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten. Damen sind, wie immer, willkommen.

gez.: Weinlich, Vorsitzender.

Ewinemünde (Regbz. Stettin). Die Kaisergeburtstagsfeier, verbunden mit Konzert, Theater und Ball, findet Sonnabend, den 11. Januar 1913, in Ewinemünde im Hotel „Drei Kronen“ statt. Anfang 8 Uhr. Zur Deduktion der Unkosten sind von jedem Mitgliede 3 M. zu entrichten. Die einzuladenden Gäste sind dem Schriftführer, Kollegen Hante, bis zum 20. Dezember anzugeben. Kollegen, die Mitglied der Ortsgruppe sein könnten, sind von der Einladung ausgeschlossen. Der Vorsitzende.

Treysa (Regbz. Cassel). Sonntag, den 5. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr, Versammlung der Mitglieder im Vereinslokale zu Treysa. Tagesordnung: 1. Besprechung der gestellten Anträge zur Delegiertenversammlung; 2. Wahl eines Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung; 3. Rechnungslegung; 4. Aufnahme von Mitgliedern; 5. Besprechung wegen Abhaltung eines Wintervergnügens; 6. Einziehung der Beiträge für das 1. Halbjahr 1913; 7. Verschiedenes. Um recht rege Beteiligung bittet Der Vorstand.

Trier (Regbz. Trier). Sonntag, den 15. Dezember 1912, nachmittags 3 Uhr, Versammlung in der Gastwirtschaft Rosenkranz, Trier, Deutschstr. 32. Tagesordnung: 1. Rechnungsabluß pro 1912; 2. Besprechung über Kaisergeburtstagsfeier; 3. Verschiedenes. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung, besonders zu Punkt 3, wird um rege Teilnahme gebeten. Der Vorstand.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Gemeindeforstkorff, Mienstedt bei Forst, Hatz, vorliegen. Was für die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in denen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Saarbrücken (Regbz. Trier). Versammlungsbericht vom 20. November 1912. Die Versammlung war von 15 Mitgliedern besucht, und fand die Tagesordnung folgende Erledigung: 1. Über das vom Hauptvorstande gestellte Thema: „Wie können die Angehörigen des Försterstandes usw.“, wird der Vorsitzende Bericht

erstatten. 2. Am 19. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr, findet im „Alten Münchner Rindl“ im Anschluß an die Versammlung „Kaisergeburtstagsfeier“ statt, wozu die Familienangehörigen der Kollegen und Freunde der grünen Farbe ergebenst eingeladen werden. 3. Vom 1. Januar 1913 ab sind die Ortsgruppenbeiträge um 50 % pro Jahr erhöht worden. Es hat demnach vom 1. Januar ab jedes Mitglied pro Halbjahr 4,50 M Vereinsbeitrag zu zahlen. 4. Behufs einer besseren Verwertung der Raubzeugbälge wurde beschlossen, daß ein gemeinschaftlicher Verkauf (Ausstellung) in Saarbrücken anberaumt werden soll. Zu diesem Zwecke wollen die Kollegen der Ortsgruppe dem Vorsitzenden bis zum 1. Januar l. Js. Mitteilung zugehen lassen, wieviel Stück und welche Art von Bälgen sie eventl. zum Verlaufe bringen würden. Hoffentlich werden die Herren Kollegen, die im Besitze von Raubzeugbälgen sind, sich rege an diesem Verkaufsmodus beteiligen, damit der Vorsitzende die in Betracht kommenden Rauchwarenhändler zeitig zu einem noch näher zu bestimmenden Termine einladen kann.

So II.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neudamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neudamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Hermann, Albert, Forstassessor, Dr. phil., Bingen, Hohenzollern.
Heinrich, Adolf, Forstaufsicher, Röhren b. Mölln-Lauenburg.
Korn, Ernst, Forstaufsicher, Röhren b. Mölln-Lauenburg.
Kiebitz, Fritz, Stadt. Forstaufsicher, Herberhausen b. Göttingen.
Siegels, O., Oberleutnant der Art., Schloss Freyburg a. d. Unstrut.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzusenden. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

* * *

Besondere Zuwendungen.

Nach einer Treibjagd in der Feldmark Reesthal-Wiedlingen beim Schießtreiben gesammelt; eingeleitet von Herrn Georg Wehrens in Dahlemburg. 3,05 M.
Erlös für einen gelegentlich der nachbarlichen Treibjagd vom Revier des Einsenders gehalten, jedoch zurückgeforderten Gulden; eingeleitet von Herrn Sekretär Graut in Leobsdorf. 3,80
Gesammelt gelegentlich eines Inbetrugs-Erfolgs zu Sommerholz; eingeleitet von Herrn Förster Alfred Gernersdorfer in Wormholz bei Herbede. 7,20

Gesammelt auf zwei Treibjagden, und zwar: am 26. November in Witten - 4,70 M., am 30. November auf Wesselnfel „Luhne-Platz“ - 34 M.; eingeleitet von Herrn v. d. Hellen in Uteerlande. 38,70 M.

Erlös für das Schießtreiben in den Kessel nach dem Signal „Treiber rein“ bei der Treibjagd des Herrn Eichmann in Büllichau; eingeleitet von Herrn Förster W. Rurth in Büllichau. 3,00

Gesammelt bei der Treibjagd am 23. November; eingeleitet von Herrn Gustav Kreuder jr. in Sangerhausen. 14,00

Erlös für die Treibjagd bei den Treibjagden in Gaeven und Rautappel; eingeleitet von Herrn Carl May in Hamburg. 25,00

Von einer Treibjagd im Revier Arzbach bei Bad Ems; eingeleitet von Herrn Dr. Meuser in Bad Ems. 10,00

Erlös für die Treibjagd des Herrn Rajod in Schönlitz; eingeleitet von Herrn W. Rajod in Frankfurt a. d. Oder. 6,00

Von der Treibjagd in Röllshausen für Pfeilschiffe am 5. und 6. November; eingeleitet von Herrn G. Sandermann in Vangerberg, Rhld. 9,50

Gelegentlich einer Jagd am 9. Dezember gesammelte Erlös für die Treibjagd; eingeleitet von Herrn Rittergutbesitzer O. Schulze in Dom. Romm, Regbz. Bielefeld. 10,00

Erlös für zwei verlorene Hasen auf der Treibjagd am 30. November; eingeleitet von Herrn Stadtförster Scheffels in Falkenburg, Pomm. 11,00

Gesammelt nach der Treibjagd in Markt-Griedland; eingeleitet von Herrn Oberförster Schulz in Markt-Griedland. 7,40

Erlös von „Ungeannt“ 10,00

Gesamt: 150,25 M.

Den Sebern herzlichsten Dank und Waldheil!

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Vertog-Halensee.

Geldsendungen an den Verein.

In den letzten Monaten ist wiederholt gebeten worden, alle an den Verein zu richtenden Zahlungen, mit Ausnahme der Beträge für die Stellenvermittlung und der Schulbeiträge der Waldbesitzer, ausnahmslos an die **Kassenstelle des Vereins für Privatforstbeamte zu Neudamm**, nicht aber an die Geschäftsstelle nach Halensee zu richten. Leider wird diese dringende Bitte von unseren Mitgliedern nicht beachtet; so sind in der Zeit vom 1. Juni bis Mitte September 270 Zahlungen an die Geschäftsstelle in Halensee statt nach Neudamm gelangt. Die Mehrarbeit, die durch die falsche Adressierung der Geldbeträge entsteht, ist sehr bedeutend und wäre auf die Dauer mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht durchzuführen.

Alle Gelder, die nach Halensee gehen, müssen auch bei der Kassenstelle in Neudamm nachgewiesen werden, und dadurch entsteht vielfache und völlig unnötige Umbuchung. Es wird daher wiederholt und dringend gebeten, an die **Geschäftsstelle in Halensee keine Geldsendungen** zu richten. Geschieht das doch weiter in diesem Umfange, so werden wir schließlich wieder zu dem sehr unbequemen Mittel schreiten müssen, die fälschlich in Halensee einlaufenden Gelder zurückzuweisen.

Halensee, den 22. September 1912.

Dr. Vertog, Vorsitzender.

Bezirksgruppe V (Posen).

Am Mittwoch, dem 18. Dezember 1912, findet im Saale des Kaiser-Friedrich-Museums zu Posen von 3 bis 4 Uhr nachmittags ein Vortrag (mit Lichtbildern) über „**Vogelschutz und Landwirtschaft**“ statt. Referent: Herr Schwaabe, Leiter der Seebacher Musterstation für Vogelschutz.

Der Vortrag verspricht hochinteressant zu werden, und können wir den verehrten Bezirksgruppenmitgliedern den Besuch desselben sehr empfehlen.

Der Vorstand der Bezirksgruppe V.

W e s t h u s.

Protokoll über die Versammlung der Bezirksgruppe „Sachsen“ XII des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands

am 22. September 1912 zu Chemnitz.

Der Vorsitzende der Bezirksgruppe, Oberförster Dreßler, Reichswitz, eröffnet um 3,40 Uhr die Sitzung und gibt nebst dem Danke an die Erschienenen einen kurzen Rückblick über Gründung und Wirken des Vereins, besonders über die Bemühungen der Bezirksgruppe Sachsen, den Schutz des Forsttitels und eine einheitliche Uniformierung durchzuführen und schließt mit einem Horrido auf Seine Majestät den König.

Anwesend waren 26 Personen, darunter neun Gäste.

Der Vorsitzende gibt hierauf noch bekannt, daß der Vortrag des Herrn Bürgermeisters Dr. von Woydt-Schneeberg infolge Verhinderung desselben ausfallen muß, daß aber dafür Herr Bürgermeister Schröter-Troshburg an dieser Stelle einiges aus dem Landespensionsverbände sächsischer Gemeinden mitteilen werde.

In längerer Rede führt er die Gründe, die zur Errichtung einer Pensionskasse führten, an; als besonders bemerkenswert teilt er ferner mit, daß der Verband von 170 Gemeinden im Anfange auf 285 Gemeinden mit 1070 Beamten bis heute gestiegen sei und daß sich der Verband nicht nur aus Stadt- und Landgemeinden, sondern auch aus Gemeindeverbänden und, was für Forstbeamte besonders bemerkenswert sei, auch aus Gutsbezirken zusammensetze, und daß auch der Staat dem Unternehmen sympathisch gegenüberstehe. Die Versicherungsbeiträge beziffern sich auf 2,50 M für 100 M Einkommen jährlich, außerdem muß noch für jedes zurdienende Dienstjahr ein Beitrag von 3,70 M zum Fond beim Eintritt entrichtet werden. Da diese Beitragsleistungen nicht genügen, steht eine Erhöhung derselben bevor. Interessenten wird empfohlen, die Verbandsleistungen vom Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Golbammer-Geringwalde, zu beziehen.

Hieran schließt sich eine kurze Debatte, die sich auf die Reichsversicherung für Angestellte ausdehnt.

Sodann erstattete der Vorsitzende Bericht über die Verhandlungen auf der 10. Mitgliederversammlung des Vereins in Eisenach im August 1912. Für die Forstschule Templin soll nach erfolgter Abstimmung die Verhandlung bezüglich weiterer Geländeerwerbung fortgesetzt werden. Ferner gibt er bekannt, daß sich das Technikum Stargardt i. M. zurzeit in geordneten Verhältnissen befindet und geht schließlich auf waldbirt- und wissenschaftliche Fragen über, die in Eisenach sowie auf der Exkursion zur Verhandlung gekommen sind; die nächstjährige Mitgliederversammlung soll in Hamburg stattfinden; der Ausflug ist in den Sachsenwald geplant.

Hierauf wurden die vom Vereine ausgearbeiteten Dienstvertrags- und Prüfungszeugnisformulare in Umlauf gesetzt.

Bei der Bezirksgruppe sind eingegangen:

1. Ein Prospekt des Forsttechnikums Stargardt.
2. Eine Beschwerde über die briefliche forstliche Ausbildung eines Bruno Schmidt in Chemnitz.
3. Eine Beschwerde über eine Verordnung der Amtshauptmannschaft Grimma, in der Förster und Forstgehilfen in einer Reihe mit Kubwärtern, Schafmeistern usw. genannt werden.
4. Draß, die gesetzlichen Grundlagen für die rechtliche Stellung der Bögel im Königreiche Sachsen.
5. Blätter vom Dürerbunde, den Vogelschutz betreffend.
6. Eine Offerte des sächsischen Holzmarttes, auf dessen Benutzung hingewiesen wird.

7. Die Schrotbestimmer von Herrn Oberförster Trost, Dambrau D.-S.

Zu Punkt 2 und 3 wird der Vorsitzende ermächtigt, die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Sodann wird zur Besprechung forst- und jagdlicher Tagesfragen geschritten. Besonders erwähnt möge sein, daß auf Antrag des Vorsitzenden die Bezirksgruppe entschlossen ist, Reviergehilfenprüfungen abzuhalten, um jedem Lehrlinge, der zurzeit die Forstschule Templin nicht besuchen kann, die Möglichkeit zu geben, mit einem Abschlußzeugnis aus der Lehre zu treten. Der Vorsitzende wird ermächtigt, die nötigen Schritte in dieser Hinsicht einzuleiten. Dann wird auf wiederholten Wunsch beschlossen, innerhalb der fünf sächsischen Kreishauptmannschaften gesellschaftliche Vereinigungen zu bilden, um forst- und jagdliche Tagesfragen beraten und für den Verein werben zu können. Eine solche Vereinigung besteht schon in der Kreishauptmannschaft Leipzig mit Herrn Revierförster Scherel-Froburg an der Spitze. Für die übrigen Kreishauptmannschaften werden vorgeschlagen: Dresden: Herr Revierförster Höhne-Cotta bei Pirna; Chemnitz: Herr Kreisrevierförster Behreuther-Chemnitz-Beisigwald. Zwickau: Herr Kreisrevierförster Heßmann-Schneeberg. Bautzen: Herr Kreisrevierförster Naumann-Göbblau bei Elstra.

Sämtliche Herren, außer Herrn Kreisrevierförster Naumann, der nicht zugegen ist, erklären sich mit der Wahl einverstanden.

Hierauf entwirft der Vertreter des Viehverversicherungsvereines der Forstbeamten zu Perleberg, Herr Dose, ein Bild über die Tätigkeit des letzteren und empfiehlt den Beamten unter günstigen Bedingungen den Beitritt. In gleicher Weise vertritt Herr Louis Erdmann, Chemnitz, die allgemeine Unfall- und Haftpflichtversicherungs-Aktiengesellschaft „Zürich“ und macht besonders die Beamten, die Haustiere halten, auf den Wert der Versicherung aufmerksam.

Beide Gesellschaften stehen mit dem Versicherungsamte des Vereins in Vertrag. Der Vorsitzende weist ebenfalls auf die Bedeutung

vorerwähnter Versicherungen hin und bittet die Anwesenden, bei Bedarf nach Möglichkeit von denselben Gebrauch zu machen. Zum Vereine haben sich angemeldet: 1. Herr Kreisrevierförster Heßmann-Schneeberg i. S.; 2. Herr Kreisrevierförster Behreuther-Chemnitz i. S.; 3. Herr Kreisrevierverwalter Prüger-Königsfeld; 4. Herr Kreisrevierförster Pöhlisch-Deutschneudorf. Um 7 Uhr wird die Versammlung geschlossen.

Oberförsterei Neischwitz i. S.,

den 27. November 1912.

R. Dreßler, Oberförster.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3947. Heßmann, Karl, Kreisrevierförster, Schneeberg, Post

Schneeberg-Neußdorf i. S. (B.-Gr. XII.) *) A. Nr.

3948. Lewisch, Theodor, Kreisrevierförster, Demerthin, Ostpreußen.

(B.-Gr. IX.)

3949. Köring, Wilhelm, Förster (Frau v. Köping), Zschleichen

bei Calau. (B.-Gr. IX.)

3950. Mueller, Martin, Hilfsjäger, Gardelegen, Salzweheler

Straße 430. (B.-Gr. XVI.)

3951. Müller, Walter, Forstausseher, Hohensteine bei Buch.

Bei Potsdam. (B.-Gr. IX.)

3952. Rausch, Franz, Forstausseher, Bruchhausen, Kr. Arnberg.

(B.-Gr. XI.)

*) A. Nr. = außerordentliches Mitglied.

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt: Lufas, Ernst, Förster, Mochow bei Gogay.

Eintrittsgeld, Mitgliedsbeitrag und Abonnementsgebühren für das Vereinsorgan sandten ferner ein:

Nr. 1452 10 M., Nr. 2414 9,20 M., Nr. 3863 4 M.,

Nr. 3924 7 M., Nr. 3927 75 M., Nr. 3928 7 M., Nr. 3903

11 M., Nr. 3948, 3949, 3951, 3952 je 7 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten Beiträge bescheinigt Neumann,

Schakmeister und Schriftführer.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt. Alle Briefe und Aufträge sind zu richten an die

Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands zu Halensee-Berlin, Karlshofer Str. 13.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Künstliche Bodenbearbeitung bei natürlicher Verjüngung in Eichen- und Buchen-Altschänden. Von Conrad. 988. — Zur Fortbildung der Forstverorgungs-Berechtigten in Preußen. 996. — Erklärung. 997. — Zur Durchführung der Anwesenheitsversicherung. 998. — Fessung der Altpensionäre und Althinterbliebenen. 998. — Teuere Forstskanzen im Frühjahr 1913. 999. — Naturschutzgebiet im Schwarzwald. 999. — Künsteleierfalle. 999. — Widerstand gegen die Anforderung von landwirtschaftlichen Grundstücken in Bayern. 999. — Erzelenz Donner 1. 1000. — Das preussische Parzellierungs-gesetz. 1000. — Gemeinsames Vorgehen der preussischen und bairisch-sächsischen Behörden gegen die Wildscherei im Park. 1001. — Ein Verordnung zum Schutze der Stechpalme (Ilex aquifolium). 1001. — Staatliche Beihilfe. 1001. — Zur Sammlung für ein Gedenkmal. 1001. — Satzungen des Forstwirtschaftsrates für die Kontrollvereinigung der Forster von Zementkiesanstalten und Forstbaumschulen. 1001. — Waldankauf. 1008. — Amtlicher Marktbericht. 1008. — Vereins-Nachrichten. 1003. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen. 1003. — Brief- und Frageladen. 1004. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 1005. — Nachrichten des „Waldbreit“. 1008. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 1007. — Inserate.

Des Weihnachts- und Neujahrsfestes wegen bitten wir heute schon, alle für Nummer 52 bestimmten Bekanntmachungen, Mitteilungen, Inserate usw. spätestens bis zum Montag, dem 23. Dezember, früh, sowie die für Nummer 1 von 1913 bestimmten Einsendungen spätestens bis zum Montag, dem 30. Dezember, früh an uns gelangen zu lassen. Alle später einlaufenden Sendungen werden für die nächsten Nummern zurückgestellt.

Neudamm, 10. Dezember 1912.

Die Geschäftsstelle.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Fachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Ämtliches Organ des Brandversicherung-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meininger Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thyrmontener Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1913 Seite 91); direkt unter Streifenband durch die Expedition: für Deutschland und Österreich 2 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 3 Mk. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1913 Seite 93 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 4 Mk., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 Mk. 50 Pf., für das übrige Ausland 6 Mk. 50 Pf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Bei ohne Vorbehalt eingesandten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verleger auch anderen Zeitchriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausgezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 51.

Neudamm, den 22. Dezember 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle Rothekreuz in der Oberförsterei Höfen, Regierungsbezirk Aachen, ist zum 1. April 1913 neu zu besetzen. Bewerbungen müssen bis zum 15. Januar 1913 eingehen.

Zur Vorbildung der preussischen Forstlehrlinge.

Von Lind, Königl. Förster.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß alle Abhandlungen über obigen Gegenstand zunächst nur den Wert akademischer Erörterungen besitzen. Der Förster ist und vermag bei Festlegung der an die Lehrlinge zu stellenden Anforderungen hinsichtlich ihrer Schulbildung nicht einzugreifen, er kann nur Wünsche äußern. Aber doch scheint eine offene und vielseitige Aussprache über diesen Gegenstand notwendig, damit die jetzt bestehenden, vielfach voneinander abweichenden Ansichten geklärt werden und möglichst eine Übereinstimmung wenigstens in den Förstertreibern zustande kommt. Eine solche besteht allerdings schon insofern, als man sich darin einig ist, daß die heutige Vorbildung der Forstlehrlinge für ihren Beruf nicht mehr ausreicht. Welche Vorbildung aber soll an ihre Stelle treten?

Fast will es scheinen, daß man sich in Förstertreibern bereits für das viel benutzte und

viel besprochene „Einjährigenzeugnis“ entschieden hat. Wenigstens könnten die Verhandlungen der letzten Berliner Delegierten-Versammlung einen solchen Anschein erwecken. Fragt man aber im Lande herum, so erhält man doch nur wenig zustimmende Antworten. Wie sollte es denn auch der Förster anstellen, sei es bei vier Kindern nur, einer Zahl, die jetzt auch regierungsseitig in den Försterfamilien als normaler Durchschnitt angesehen wird, diesen eine Schulbildung angedeihen zu lassen, die zum Berechtigungschein für den Einjährigendienst führt? Jeder Kenner der Verhältnisse wird zugeben müssen, daß dies bei fehlendem Privatvermögen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Und hat man bei vielen Entbehrungen dies vielleicht dennoch bei einigen Kindern durchgesetzt, wie will man auch nur zwei Söhne bald hintereinander einjährig dienen lassen? Hier aber nach staatlicher Hilfe

zu rufen, wäre verkehrt. Der Staat kann für seine Beamten erst sorgen, wenn er sie in Lohn und Brot nimmt.

Der vielfach angestellte Vergleich mit den Lehrern hinkt bedenklich. Ihr Abgangszeugnis vom Seminar gibt ihnen allerdings die wissenschaftliche Befähigung für den Einjährigendienst. Wie wenige aber können hiervon der fehlenden Geldmittel wegen Gebrauch machen! Die große Mehrzahl dient als gewöhnlicher Soldat, allerdings nur ein Jahr. Eine solche Dienstzeit wäre für uns aber vollkommen wertlos, da wir uns unsere Anstellungsansprüche durch mehrjährigen aktiven Militärdienst verdienen müssen. Muß man hier nun wieder, daß Militärdienst und Forstdienst voneinander zu trennen sind, so ist dem zu entgegen, daß hieran in dem Militärstaat Preußens wohl niemals gedacht werden wird, vielleicht auch wegen der dann fehlenden wertvollen Unteroffizierserfänge für die Jägerbataillone niemals gedacht werden kann. Den Vergleich mit den Lehrern sollte man daher ganz aus dem Spiele lassen; auch sind diese mittelbare Staatsbeamte, wir aber unmittelbare, was einen nicht unwesentlichen Unterschied ausmacht.

Viel eher und wohl allein gerechtfertigt ist ein Vergleich mit der Assistentenklasse der anderen Verwaltungen, weil wir Förster uns zu den Assistenten rechnen. Da aber wird nirgend das Einjährigenzeugnis gefordert, auch nicht bei der Post. Hier genügt bereits das Sekundanerzeugnis bzw. das Zeugnis für die Prima einer sechsstufigen höheren Schule (Realschule), nicht nur um Assistent, sondern auch um Sekretär, Obersekretär, Postmeister, Oberpostkassenbuchhalter und Rechnungsrat zu werden. Wie sollen denn die Förster dazu kommen, daß für ihre Laufbahn das Einjährigenzeugnis vorgeschrieben wird? Die Forderung dürfte doch entschieden zu weitgehend sein.

Für alle andern Assistentenlaufbahnen, die allerdings in der Hauptsache den Militärämtern vorbehalten sind, genügt Volksschulbildung, wenn diese auch durch die Regimentschulen mannigfache Erweiterung erfahren haben wird. Überhaupt darf man von der Volksschulbildung nicht zu gering denken; viele Militär-anwärter erreichen allein bei solcher Grundlage angesehenen Stellen im mittleren Beamten-dienst. Sie werden sich dabei ihre weitere Fortbildung sehr haben angelegen sein lassen, wird man annehmen können. Das muß aber das Prinzip jedes denkenden Menschen sein. Niemals darf vergessen werden, daß alles Schulwissen nur erster Stoff ist, und daß erst das Leben den Mann bildet. Was der einzelne im späteren Leben aus sich macht, ist seine Sache.

Etwas anderes ist es nun aber, ob unsere Dorfschulen, auf die wir Förster doch im großen und ganzen angewiesen sind, eine gute, abgeschlossene Volksschulbildung zu vermitteln vermögen, auch etwas anderes, ob die im Regulativ nun schon seit bald fünfzig Jahren sich immer gleich bleibenden Anforderungen an die Schulkenntnisse der Lehrlinge heute noch ausreichen. Im ersteren Falle wird viel von der Lehrkraft abhängen; aber man wird annehmen können, daß, zumal wenn ein guter Privatunterricht nebenher zu gehen vermag, das Ziel einer abgeschlossenen Elementarbildung sich oft erreichen läßt. Im anderen Falle wird man aber doch der Ansicht zuneigen müssen, daß die im Regulativ gestellten Anforderungen nicht mehr in die heutigen Zeitleufe hineinpassen. Es ist ein wirklich gar zu billiges Verlangen, daß der zukünftige Förster lediglich „Gedrucktes und Geschriebenes geläufig richtig lesen“ zu können braucht, daß es genügt, wenn er seine Gedanken in einem kurzen Aufsatz „ohne erhebliche Fehler in der Rechtschreibung“ niederzuschreiben vermag usw. Jeder, der dies liest oder hört, muß unwillkürlich zu ganz eigenartigen Anschauungen von der dienstlichen Tätigkeit des Försters kommen, die sich in keiner Weise mit der Wirklichkeit decken. Hier um Änderung zu bitten, wäre daher sehr an der Zeit.

Eine richtige und wirkliche Anschauung von den Schulkenntnissen eines Schülers vermag nur ein Schulzeugnis zu geben. Wenn daher im Regulativ das Tertianerzeugnis bzw. der erfolgreiche Besuch der dritten Klasse einer neunstufigen Mittelschule als ausreichend für den Eintritt in die Forstlehre erachtet wird, so weiß ein jeder, welche Schulweisheit ein solcher Junge für den Beruf mitbringt. Hieran, d. h. an der Beibringung eines Schulzeugnisses für die Försterlaufbahn, müssen wir festhalten. Die Postverwaltung hat die besonderen Prüfungen für die anzunehmenden Postgehilfen abgeschafft und stellt nur noch solche Aspiranten ein, die das vorgeschriebene Schulzeugnis aufzuweisen vermögen.

Eine solche Bestimmung, in dieser festen Form wenigstens, könnte nun aber doch für uns Förster unter Umständen eine Härte bedeuten. Hier wäre vielleicht die Ausnahme zuzulassen bzw. beizubehalten, daß da, wo das vorgeschriebene Schulzeugnis nicht vorgelegt werden kann, es der Behörde freisteht, die Ablegung einer besonderen Annahmeprüfung zu gestatten, in welcher das Schulwissen des sonst vorgeschriebenen Schulzeugnisses nachgewiesen werden muß. Um den eigenartigen Schulverhältnissen, unter welchen die Förster zu leiden haben, dann noch weiter Rechnung zu tragen, ließe sich wohl auch die fernere Be-

stimmung treffen, daß von jeder Fremdsprache bei dieser Prüfung abgesehen werden kann. Abzulegen wäre sie vor einer Schulprüfungskommission (Rektor und Lehrern einer Mittelschule), die sich leicht an dem Sitz jeder Regierung ernennen und zusammensetzen ließe. —

Wenn wir nur um höhere Anforderungen für unsere Lehrlinge bitten, so fragt es sich, wie weit wir darin gehen wollen. Daß das Einjährigengzeugnis ganz außer acht zu bleiben hat, ist oben wohl genügend dargetan worden. Es bliebe nun die Schulbildung, wie sie von den Postassistenten verlangt wird, also: das Zeugnis der Reife für Sekunda eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Oberrealschule bzw. das Zeugnis für Prima einer sechsstufigen höheren Schule (Realschule) oder (für unsere besonderen Zwecke) der erfolgreiche einjährige Besuch der ersten Klasse einer neunstufigen Mittelschule. Damit wäre unendlich viel gewonnen, vor allem auch der weitere Schulbesuch vom 14. bis zum 16. Lebensjahre gesichert, weil das Schulziel um zwei Jahre weiter gesteckt ist. Diese Lücke in unserer Vorbildung auszufüllen, darauf muß es uns in erster Linie ankommen und muß unser ganzes Streben gerichtet sein.

Man könnte vielleicht einer solchen Anforderung entgegenhalten, daß sie bei der Postverwaltung auch für die mittleren Beamtenstellen 1. Klasse genügt, während die Försterlaufbahn nur solche 2. Klasse vorsieht. Hier aber kommt in Betracht, daß die weiteren Prüfungen bei der Post (zur Sekretärlaufbahn) fast ausnahmslos nur von Advokaten abgelegt werden, die im Besitze des Einjährigengzeugnisses sind. Deshalb wird man einer solchen Bitte unsererseits kaum den Vorwurf machen können, daß sie über unsere Verhältnisse hinausgeht.

Es sei hierbei nur an die vielfache Tätigkeit im Bureaudienst, die jetzt noch erweitert werden soll, erinnert, wo eine bessere Schulbildung nicht unterschätzt werden wird; es sei erinnert an das neuerdings auch im Försterdienst sich immer mehr häufende Schreibwerk, dessen Verarbeitung durch den Förster bei guter Schulbildung auch mannigfache Erleichterung auf dem Oberförsterei-Bureau schafft; es sei erinnert an die verschiedenen Nebenämter, die namentlich im Osten der Förster oft bekleidet: Schulvorstandsmitglied, Mitglied des Gemeinderates, Ortsvorsteher, Amtsvorsteher u. a. m.; hier wird eine bessere Schulbildung den Förster sowohl die staatlichen Interessen besser vertreten lassen, als ihm auch der Landbevölkerung gegenüber leichter das nötige Ansehen geben,

dessen er zur Ausübung dieser Nebenämter bedarf. Daß ein besseres Schulwissen in erster Linie auch ein besseres und tieferes Erfassen der mannigfachen Aufgaben des Försterdienstes gewährleistet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Nun ist gesagt worden, daß die beste Schule für den zukünftigen Förster die neunstufige Mittelschule ist bzw. die Realschule oder auch eine Landwirtschaftsschule, daß aber das Gymnasium von vornherein auszuschließen hat. Das ist nur teilweise richtig und kann in dieser Allgemeinheit nicht ausgesprochen werden. In den seltensten Fällen ist der Förster in der Lage, sich die Schule, d. h. die Stadt, wohin er seine Kinder zur Schule schicken will, auszusuchen; da sprechen so sehr viele Nebenumstände mit: ob Verwandte am Orte sind, denen man die Kinder der Billigkeit wegen in Pension geben möchte, die Möglichkeit der Beschaffung einer nicht zu teuren Pension überhaupt, die mehr oder minder schwierige Erreichbarkeit der Stadt und vieles andere mehr. Oft kommt es vor, daß die nächste Stadt, auf welche der Förster in allen seinen Einkäufen und seinem Verkehr angewiesen ist, ein humanistisches Gymnasium aufzuweisen hat und dann nur noch eine gute Volksschule, ein sehr häufiger Schultyp der kleinen Landstädte. Soll er den Jungen dann auf die Volksschule geben, wenn ihm diese Stadt für den Schulbesuch am geeignetsten, weil für ihn am billigsten, scheint? Das wäre doch verkehrt.

Fast hat es den Anschein, als ob die Gymnasialbildung bis Sekunda durchaus als minderwertig gegenüber der entsprechenden Klasse der Real- oder Mittelschule angesehen wird. Darin geht man wohl zu weit. Das Gymnasium vermittelt in seinem Pensum bis Sekunda einen durchaus gediegenen und zur Not auch in sich abgeschlossenen Lehrstoff. Wäre das nicht der Fall, so würde die Postverwaltung nicht das Sekundanerzeugnis vom Gymnasium für ihre mittlere Beamtenlaufbahn zulassen.

Weil diese gewisse Abgeschlossenheit des Lehrstoffes der Gymnasien in ihrem Pensum bis Sekunda oft bestritten wird, sei es gestattet, hier das Obertertiarerpensum einmal niederzuschreiben: In Deutsch sind durch die wertvollsten Auszüge alle unsere Geistesheroen den Schülern nahe gebracht, und der deutsche Aufsatz ist (durch das Arbeiten nach einer Disposition) bis zu einer gewissen Formvollendung gediehen. Geschichte (wenn auch diese nur in Umrissen) und Geographie sind abgeschlossen, desgleichen Naturkunde (Botanik, Zoologie und Mineralogie). Auf Untersekunda fängt man in Geschichte mit der griechischen wieder von vorn an, Geographie gibt es nur noch in Wiederholungsapenpen und an Stelle der Naturkunde tritt Physik. Mathe-

matik ist bis zum Pythagoras und Kreis, in der Kinetik immer bis zu den Gleichungen zweiten Grades gebracht. Selbst Latein hat auf der Obertertia bereits die Abrundung erfahren, die zum Verständnis einer fremden Sprache nötig ist. Günstiger noch liegen die Verhältnisse auf dem Realgymnasium. — Damit läßt sich doch immerhin schon etwas anfangen.

Minderwertig ist allerdings das Wissen eines Gymnasialtertiäners, der die Schule mit ungenügendem Zeugnis verläßt; solche Aspiranten werden heute vielleicht öfters noch für die Forstlehre angenommen, weil die gegenwärtigen Bestimmungen dies gestatten. Wenn man an dem Können solcher Jünglinge nicht viel Freude erlebt, so ist das kein Wunder; einer solchen Gymnasialbildung ist jedenfalls jede abgeschlossene Elementarbildung vorzuziehen. Wer aber mit gutem Zeugnis nach Sekunda versetzt ist, der kann sich ruhig neben dem Real- und Mittelschüler der gleichen Klassenstufe sehen lassen. So einseitig und unfertig ist die Gymnasialbildung denn doch nicht, daß sie ohne Abiturium unbrauchbar ist und für alle „nicht studierten“ Berufe unbrauchbar macht.

Wenn es auch vorgekommen sein mag, daß ein junger Mann, der mit dem Obersekundanerzeugnis zur Försterlaufbahn kam, sich in diesem Besitz sehr erhaben dünkte und aus diesem Gefühl heraus eine unbedachte Äußerung tat, so darf einen das noch nicht bestimmen, hieraus eine Unbrauchbarkeit des Obersekundaners für den Försterberuf herzuleiten. Das schleift sich alles im Leben ab, und der erfahrene Mann weiß, daß die Jugend zum Uberschwange und zur Einbildung neigt.

Jedenfalls sollte man sich nicht auf eine bestimmte Schule bzw. das Zeugnis bestimmter Schulen festlegen, d. h. das Gymnasium für den Försterberuf nicht als durchaus ungeeignet ansehen. Es führen viele Wege nach Rom; jede höhere Schule ist ebenso gut wie die Realschule oder neunstufige Mittelschule, wenn diese beiden auch zur Vorbildung für den Försterberuf die geeignetsten sein mögen; jeder Förster muß aber unbedingt sein Kind da in Pension geben können, wo ihm seine Erziehung am leichtesten ist.

Absehen sollte man ferner von jedem Versuch, um staatliche Lehrlingsvorschulen zu bitten oder solche Vorschulen auf privatem Wege zu schaffen. Der Staat kann unmöglich für den Schulbesuch seiner künftigen Beamten durch Einrichtung besonderer, auf diesen einen Zweck zugeschnittener Schulen sorgen. Wohin sollte das wohl führen! Und der Besuch privater Schulen wiederum kann immer nur ein freiwilliger sein. Damit kommen wir aber nicht zu der einheitlichen

Vorbildung, die wir anstreben. Auch handelt es sich bei der Stellung größerer Ansprüche an die anzunehmenden Lehrlinge zunächst nur um bessere Schulkenntnisse; die tun not. Jede Sachausbildung, die doch solche Vorschulen (wie z. B. auch die von Witte in Hannover) gleichfalls vermitteln, scheidet voreerst aus und muß allein der späteren beruflichen Ausbildung vorbehalten bleiben. Wo die bessere Schulbildung der Söhne den Eltern zu große Schwierigkeiten macht, greift heute bereits bis zu einem gewissen Grade die Erziehungsanstalt in Annaburg helfend ein, und sie wird es auch ferner tun.

In Berlin ist im Anschluß an die Verhandlungen über die Vorbildung der Lehrlinge die Befürchtung ausgesprochen worden, daß wir mit unseren bezüglichen Wünschen vielleicht an den maßgebenden Stellen auf Widerspruch stoßen werden. Das müssen wir jedenfalls erst abwarten. Jedes Streben nach besserem Wissen wird im allgemeinen doch, wenn es nicht übertrieben ist, anerkannt; und so dürfen wir vielleicht sogar mit unseren Wünschen denen der Verwaltung begegnen, wenn wir in bestimmten Grenzen eine bessere Vorbildung auch für unsern Stand anstreben. Für seine Kinder hat dies jeder Förster schon jetzt in der Hand. Auch wenn keine Bestimmungen in dieser Richtung bestehen, so braucht nur ein jeder von uns seine Söhne so zu erziehen, als wenn sie beständen. Denn in den meisten Fällen werden die Söhne doch wieder das, was der Vater ist; und das ist auch gut so. Handeln wir dementsprechend, so kommen wir ganz von selbst zu dem Ziel, zu dem wir streben: mit dem besseren Wissen zu einer angeseheneren Stellung. Etwas Besseres kann kein Vater seinen Kindern auf den Lebensweg mitgeben, als eine gute Schulbildung. Das sind unvergängliche Schätze, die nicht die Motten und der Rost fressen und die tausendfache Zinsen bringen. Opfer müssen allerdings gebracht werden.

Schließlich auch, wenn wirklich ein Stillstand in der Frage unserer Vorbildung eingetreten sein sollte, so wird man doch annehmen müssen, daß er lange nicht anhalten kann. Denn da der Fortbildungsschulunterricht, dessen Aufgabe es ist, „den Unterricht der Volksschule ergänzend fortzusetzen und die allgemeine Ausbildung an die berufliche anzuknüpfen“, zwan- gsw eise auf immer weitere Kreise ausgebehnt wird („seitdem das steigende Interesse am öffentlichen Leben höhere Bildung erfordert, als die Volksschule vermittelt“), so werden auch die Forstlehrlinge, die zukünftigen Mitbewirtschaftler und -verwalter eines unserer größten Nationalvermögen, in ihren eindrucksfähigsten Jahren nicht ohne jeden Unterricht bleiben dürfen.

Waldweide gegen Fleischnot.

Von Forstmeister a. D. Seider.

Unter dem Titel „Zur Waldweidenutzung“ lenkte Nr. 15 dieser Zeitung vom Jahre 1907 die Leser auf eine Äußerung des damaligen preussischen Ministers für Landwirtschaft im Landesökonomie-Kollegium, in welcher er erklärt hatte, daß zur Beseitigung der Fleischnot die Aufzucht von Jungvieh vermehrt werden müsse, und daß dies Ziel am zweckmäßigsten durch Schaffung von Weidegenossenschaften erreicht werden könne.

In der Zwischenzeit ist uns von der Förderung dieser Angelegenheit nicht viel bekannt geworden, doch hat sich der am 11. und 12. Juli d. Js. zu Dresden abgehaltene 28. Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag wieder mit dieser Frage beschäftigt und die vom Berichterstatter Professor Dr. Falke-Leipzig vorgeschlagenen Leitsätze einstimmig angenommen. Dieselben lauten: „Die bisherigen Erfahrungen mit genossenschaftlichen Viehweiden lassen erkennen, daß in Gegenden mit landwirtschaftlichem Kleinbesitz durch Errichtung von Weidegenossenschaften eine Förderung der Rinderzucht erreicht wird. Es fällt dabei jedoch den Genossenschaften hauptsächlich eine belehrende Aufgabe zu. Eine wirksame Ausdehnung der Viehzucht tritt in diesen Gegenden erst ein, wenn jeder einzelne Züchter über eine kleinere oder größere Weidefläche verfügt. Der wirtschaftliche Erfolg der Genossenschaftsweiden ist vor allem von der Persönlichkeit des Vorsitzenden abhängig.“ — Darin ist nun freilich von der Waldweide keine Rede, aber wohl könnte eine bedeutende Förderung der Weidegenossenschaften eintreten, wenn einige der Leitsätze in Beziehung zur Waldweide gebracht würden. Durch diese kann leicht an vielen Orten in den Staatsrevieren jedem einzelnen Züchter eine Weidefläche zur Verfügung gestellt werden. Wichtig für die Beschaffung von Waldweiden — und zwar haben wir (wie schon in den Ausführungen von 1907) besonders dauernde, eingerichtete Weiden auf bestandesfreiem Gelände im Walde im Auge — ist auch der letzte der Leitsätze.

Für unsere Frage handelt es sich dabei nicht allein um die betreffenden Vorsitzenden, sondern um die Männer, welche die Herstellung von obigen eingerichteten Weiden im Walde fördern wollen. Das wäre z. B. sehr leicht möglich in sämtlichen litauischen Revieren Ostpreußens, die uns am bekanntesten sind, wenn der Herr Minister die Einrichtung von ständigen Weiden in den Oberförstereien für die benachbarten Ortschaften zulassen wollte. In den letzteren würden sich dann wohl auch geeignete Männer finden, um die Weidegenossen zusammenzubringen. Weiter würden diese Männer sich um die Auswahl der Flächen für die Weideanlagen bemühen, sofern sie hierbei die Unterstützung der Forstbeamten fänden. Diese sind unter Umständen dabei persönlich interessiert, soweit die Lage der Dienstgehöfte und sonstige Verhältnisse ihre Teilnahme an der Weidegenossenschaft wünschenswert er-

scheinen lassen. Die folgenden Zahlen lassen die Angelegenheit in einem deutlicheren und günstigen Licht erscheinen: Ostpreußen besitzt in seinen Staatswäldungen von rund 500 000 ha Größe mehr als 50 000 ha sogenannten nugharen Nicht-holzboden. Von letzterem wird nur der kleinere Teil zu Acker, einschließlich der Dienstländereien, genutzt, der hauptsächlichste Teil bietet Grasnutzung für die anwohnende Bevölkerung. Man kann mit Recht behaupten, daß ohne diese große, dem Staat sehr einträgliche Nutzung die Viehzucht, Ackerwirtschaft und der Wohlstand sehr vieler Gemeinden nicht den jetzigen Stand erreicht hätte, und man wird auch nicht mit Unrecht behaupten, daß der Vorteil der Gemeinden ein noch größerer wäre, wenn auf die Pflege dieser 50 000 ha noch mehr Gewicht als gegenwärtig gelegt wäre.

Nach meinen rund fünfzigjährigen Erfahrungen (die ich meist in Ostpreußen gesammelt habe) ist mir noch kein Taxator begegnet, der zugunsten des Nichtholzbodens etwa eine bessere Begrenzung oder Vermehrung vorgeschlagen hätte, — die Melioration der Moortwiesen hätte ohne ihre hohen Erträge wohl kaum die jetzige Ausdehnung gefunden — es galt vielmehr meist der allgemeine Grundsatz, den Nichtholzboden zugunsten der Aufforstung zu beschränken.

Natürlich läßt sich das ja sehr wohl hören und oft mit Berechtigung sagen, heute scheint mir nun aber die Gelegenheit zu kommen, für die Pflege in Erhaltung und Verbesserung der obigen 50 000 ha einzutreten. Das kann man mit den Schlagworten der inneren Kolonisation und der dauernden Fleischteuerung begründen, aber bessere Begründung geben dem mit den Verhältnissen Vertrauten die große Zahl an Personen und Viehbestand, die mit den genannten 50 000 ha in Verbindung stehen und die von den Oberförstereien leicht in einigen Zahlenreihen festgestellt werden könnten. Auch ist hier eine Weideeinrichtung ohne weiteres zu schaffen, während derartiges auf etwa aufzuteilenden Domänen noch unberechenbare Jahre in Anspruch nehmen würde.

Über die Einrichtung der betreffenden Flächen braucht kaum etwas erwähnt zu werden. Im landwirtschaftlichen Betriebe bestehen Dauerweiden ja überall in großem Umfange, und die örtlichen Lagen im Walde ergaben die jedermalige Behandlung. Einzelne Dyer müßte der Holzboden hauptsächlich der Abnutzung wegen bringen, doch würde sich das gegenwärtig bei den Nonnenstraßblößen ohne Schwierigkeit tun lassen, und außerdem könnten vielfach dafür Pflanzungen von einzelnen Eichen angebracht werden, die einst mit ihren viel begehrten Saateicheln angenehm an die große Weidegründung erinnern würden.

Den Herren, die mir kopfschüttelnd antworten: Der Forstbeamte ist doch nicht zur Vermehrung der Viehbestände da — wie ich Ähnliches erlebt habe, rufe ich die alten, jetzt immer mehr verbreiteten Verse zu:

„All' unser Schaffen und Tun, die Enkel werden es richten;
Sorgen mit Fleiß wir zur Zeit, daß sie uns ruhen berechnen!“

Mitteilungen.

— **Zur Besoldungsreform in Elsaß-Lothringen.** Die Besoldungskommission hat den Entwurf für die Gehaltsregelung der elsäß-lothringischen Landesbeamten wiederholt durchberaten. Hierbei ist an der günstigen Lage für die Kaiserlichen Förster und Revierförster — Erreichung des höchsten Förstergehalts von 2400 *M* in 18 Jahren; Revierförster 400 *M* Zulage zum Förstergehalt — nichts geändert worden. Am Höchstgehalt der Oberförster, bei denen freie Wohnung und Holz wegfallen, ist eine Herabsetzung von 7400 *M* auf 7200 *M* eingetreten. Von den Regierungs- und Forststräßen sollen, worüber große Unzufriedenheit herrscht, nur die vier älteren Aufbesserung erhalten. An den Gehältern der höheren und höchsten Beamten wurden überhaupt starke Streichungen vorgenommen, mit denen die Regierung sich nicht hat einverstanden erklären können. Dieserhalb und wegen großer Meinungsverschiedenheiten über die Ausbringung des erforderlichen Mehrbedarfs ist das Schicksal der gesamten Besoldungsvorlage noch unsicher. Die Entscheidung wird erst im Februar 1913 fallen.

— **In der Großberliner Waldfrage** ist zu berichten, daß sich das Staatsministerium bereits mit der Frage des Verkaufs fiskalischer Forstflächen in der Umgebung Berlins beschäftigt hat. Bisher befand sich die Angelegenheit lediglich in der Behandlung des Ressortministeriums. Wenn die für Groß-Berlin so bedeutungsvolle Waldfrage dem gesamten Staatsministerium unterbreitet worden ist, so darf man schon hiervon und besonders von dem Interesse des Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg für die weitere Entwicklung der Sache Gutes erhoffen. Einem Berichterstatter gegenüber hat sich der Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer auch in dem Sinne ausgesprochen, daß er mit Bestimmtheit hoffe, es werde sich ein Ausgleich herbeiführen lassen. Der Minister soll hinzugefügt haben, man könne vom Forstfiskus nicht verlangen, daß er seinen Wald an die Stadt Berlin fortchenke. Es gebe eine Grenze, die von der Staatsregierung nicht überschritten werden dürfe. Woher sollten denn die Mittel zur Erfüllung dringender Aufgaben kommen, die im Interesse der großen Allgemeinheit erforderlich werden, wenn die Bevölkerung nicht mit neuen Steuern belastet werden solle? Andererseits sei ja nicht zu leugnen, daß Berlin sich in einer unbehaglichen Lage befinde; allein diese habe ihr doch nicht die Staatsregierung geschaffen. Wenn man sich gegenwärtig halte, um wieviel besser Berlin gegenüber anderen Großstädten im Lande gestellt sei, dann gewinne man ein anderes Bild. Es sei von den Flächen im Innern der Wälder als den minderwertigen gesprochen worden. Das treffe nicht zu. Für die Gesundheit der Bevölkerung seien diese inneren Flächen gerade die wertvolleren, und sie ständen dem Publikum zum Verkehr frei. Wollte die Stadt die ihr wertvoller scheinenden Randflächen auch haben, so müsse sie dafür mehr zahlen. Denn die Staatsregierung brauche bei-

spielsweise auch für die wissenschaftlichen Institute, die mehr und mehr nach der Peripherie von Groß-Berlin verlegt werden müßten, Bauland, und sie dürfe die Randflächen der Wälder doch nicht halb verschenten, um sie unter Umständen teurer von der Stadt Berlin wieder zurücklaufen zu müssen. — Die Spandauer Waldfrage ist nun erledigt. Am 5. Dezember stimmte die Spandauer Stadtverordnetenversammlung den zwischen dem Oberbürgermeister und dem Direktor des Zwerchverbandes Groß-Berlin getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich der städtischen Waldungen zu. Nach dem Vertrag wird der Fortbestand des städtischen Waldbesitzes — abgesehen von den für den Preis von 9½ Millionen zum Verkauf gestellten 217 ha — auf 50 Jahre gesichert. Es darf nichts davon verkauft oder bebaut werden, sondern das Terrain muß in seinem ganzen Umfange dem Publikum als Erholungsstätte geöffnet bleiben. Trotz der teilweise recht scharfen Ausführungen einzelner Redner, die sich namentlich gegen den Zwerchverband richteten, wurde der Vertrag schließlich nahezu einstimmig angenommen.

— **Reisigpresse und Sonnen-Samendarre.** Für den 4. Oktober d. Js. waren die Mitglieder des Niederlausitzer Forstvereins vom Vorstand zu einer außerordentlichen Versammlung nach Brehm (Station der Berlin-Dresdener Bahn) eingeladen, wo von Herrn Förster Uedermann die von ihm erfundene Reisigpresse in Tätigkeit gezeigt und auch das Modell einer von ihm konstruierten Sonnen-Samendarre vorgezeigt und erklärt werden sollte. Die Beteiligung war leider keine sehr große — es hatten sich nur etwa zehn Mitglieder und einige Gäste eingefunden —, woran wohl weniger das geringe Interesse an der Sache als andere Umstände: Jagden, Kartoffelernte usw., die Schuld trugen. Nach erfolgter Begrüßung wurde von Herrn Uedermann zunächst das Modell seiner Samendarre vorgezeigt und erläutert. Dieses ist im Prinzip den alten, früheren Sonnenanlagen nachgebildet, aber vielfach verbessert. So darin ein wesentlicher Vorteil besteht, daß das Dach nicht mehr wie früher aus Brettern hergestellt wird, sondern aus Glas, so daß es beim Darren nicht erst hochgezogen und des Abends, sowie bei beginnendem oder drohendem Regen heruntergelassen werden braucht. Die Sonne wirkt durch das Glas intensiver, und das Aufspringen der Zapfen erfolgt eben so gut, ja schneller als bei direkter Wirkung der Sonne. Es soll, wie Herr Uedermann sagte, sogar vorkommen, daß an sehr warmen Tagen sich im Kasten bei den Zapfen eine zu große Hitze entwickelt, aber durch ein wenig Lüften des Deckels sofort abgeholfen werden kann. Früher konnte es vorkommen, daß bei beginnendem Regen das Dach herunterzulassen vergessen wurde, und wenn dann Zapfen und Samen naß wurden, war dies eine recht unangenehme Sache, die jetzt, beim Glasdach, nicht mehr vorkommen kann. Das Modell fand allgemeine Anerkennung, ein Kollege

bestellte sogar eine solche Darre. Allgemein wurde die Ansicht ausgesprochen, daß besonders die Privatforstbesitzer sich mit einer solchen Darre ihren Bedarf an Niefersamen recht gut selbst ausklengen können. Nur muß das Zapfensammeln, was jetzt, bei Bezug des fertigen Samens von Handlungen, fast überall eingeschlagen ist, wieder mehr in Aufnahme kommen. Dazu wird es nötig sein, besonders im Anfang, entsprechend hohe Löhne zu zahlen. Die Kosten für den selbstgeklengten Samen werden trotzdem wohl auch keine höheren sein als für gekauften einheimischen. Und dann hat man die Garantie, wirklich einheimischen Samen und dazu hochkeimfähigen zu haben. In der Regel beträgt die Keimfähigkeit des Samens von Sonnenbarrern 90% und darüber, weil nicht, wie bei den modernen Klenganstalten, jedes geringe, dürrtuge Körchen herausgezogen wird. Da wir häufig schon im März und April schöne, warme Tage haben, kann auch mit der Sonnenbarre mit Glasdach das Klengen der im Winter angekauften Zapfen dann schon beginnen und unter Umständen schon ein großer Teil des im Frühjahr erforderlichen Samens bis dahin ausgelengt sein. Der später gewonnene Rest wird für das nächste Jahr aufgehoben; er bleibt dann, auch sogar zwei Jahre lang noch hoch keimfähig. Der von Handlungen usw. bezogene Samen dürfte ja auch nicht ausschließlich solcher der letzten Ernte sein! Größere Waldbesitzer können recht gut allein eine und von kleineren Besitzern etwa zwei bis drei zusammen eine solche Darre anschaffen und aufstellen.

Der Preis einer solchen Sonnenbarre ist natürlich nach der Größe verschieden, für diese wurden, wenn ich mich recht erinnere, 200 M. verlangt. Etwaige Anfragen beliebe man an Herrn Förster Uedermann in Lützen, Provinz Sachsen, zu richten.

Nachdem dies Thema genügend besprochen und erledigt war, wurde die Reispresse in Tätigkeit vorgezeigt. Kollege Oberförster Rau-Sonnenwalde hatte ein Quantum sowohl grünen wie trocknen Niefersamens aus Schlägen, meist stärkere, knorrige, straffe Äste, dazu anfahren lassen. Dieselben wurden auf etwa 1 bis 1,25 m Länge zerhauen, kürzere Teile und Stüde mehr in die Mitte der herzukellenden Welle getan und diese dann zweimal mit schwachem, geglähtem Draht gebunden. Dem Unkundigen geht diese Arbeit natürlich nicht so glatt von der Hand als geübten Arbeitern, welche erst einen großen Stoß Reispig zurecht hauen und von diesem dann beim Binden mit einem Griff so viel Reispig nehmen, wie zu einem Bund nötig ist. Förster Uedermann hat pro Schock Wellen, 1,25 m lang, 0,30 bis 0,33 m stark, 1,30 M. bezahlt, wobei die Arbeiter auf einen Tagesverdienst von 3 bis 4 M. kamen. Die bei der Probe angefertigten Wellen waren trotz un-

bequemen Materials gut zusammengepreßt und fest gebunden. Sie wurden versuchsweise tüchtig umhergeworfen, um ihre Haltbarkeit zu erproben, gingen aber nicht auf. Von einigen Mitgliedern wurde bemängelt, daß die Herstellung der Bunde doch etwas kompliziert sei und etwas lange dauere. Unter andern könne die Arbeit des Einfedens von zwei sogenannten Vorstedern zum Festhalten der niedergedrückten Hebel, welche das Reispig zusammenpressen, weggelassen und etwa durch ein automatisches Einschnappen der Hebel an einer bestimmten Stelle ersetzt werden. Förster Uedermann gab dies zu, meinte aber, man dürfe diese Pressmaschine, welche ohne Schutz in Wind und Wetter draußen stehen bleibt, nicht zu kompliziert gestalten, da sie, oftmals verquollen, die Eisenteile auch wohl verrosten, dann manchmal nicht funktionieren möchte. Im allgemeinen wurde aber die Reispigpresse als durchaus zweckentsprechend und einem lange gefühlten Bedürfnis abhelfend, anerkannt. Die bei der Vorführung benutzte wurde alsbald von einem Kollegen angekauft.

Dem Herrn Kollegen Uedermann wurde hierauf allseitiger Dank für seine Vorführungen und interessanten Erklärungen ausgesprochen und darauf die Zeit bis zur Abfahrt der zur Rücktour zu benutzenden Züge mit zwangloser Unterhaltung ausgefüllt, wonach die Teilnehmer, von dem Gesehenen und Gehörten in hohem Maße befriedigt, die Rückreise antraten. Sch w o c h o w.

— **Zunahme der Schwarzspechte im Laubholzbestande.** Die Ausnahme des Schwarzspechtes unter die hierorts zu schützenden „Naturdenkmale“ scheint gute Früchte zu tragen und seine Ausbreitung rasch zu fördern. In dem hiesigen reinen Eichenreviere war diese Spechtart bisher völlig unbekannt; seit kurzem ist der Schwarzspecht aber hier zweimal beobachtet worden. Zum erstenmal am 15. d. Mts. in einem abgelegenen Forstorte, wo ich einem Forstlehrling trodene Eichen auszeichnete. Beim ersten Tone des Spechtes rief der Lehrling — mein Sohn — sofort „ein Schwarzspecht!“ Nach einer Weile bekamen wir auch das melodische „t ü ü — ö ö h“ zu hören und den Specht auch von weitem un- deutlich zu sehen. Am 28. wurde der interessante Vogel von mir im Forstorte Pferdelamp ganz in der Nähe des Dorfes gesehen und beim Abjucken der alten, 250jährigen Eichen ganz aus der Nähe beobachtet. Da seit zwei Jahren die Trodnis unter den westfälischen Eichen infolge von Widlerfraß, Meltau und Dürre sehr zugenommen hat, so finden die Spechte an den der Trodnis folgenden Käferlarven reichliche Nahrung. Diese günstigen Lebensbedingungen mögen wohl den Schwarzspecht zur Einwanderung veranlaßt haben.

W e l v e r (Weßf.), 30. Oktober 1912.

C h r. S c h n e t t l e r, Kgl. Hegemeister.

Berichte.

Jahresversammlung des Schweizerischen Forstvereins.

Vom 4. bis 7. August tagte der Schweizerische Forstverein in dem am Fuße reichbevaldeter

Zurhänge idyllisch gelegenen Städtchen Solothurn. Etwa 120 Teilnehmer, darunter Gäste aus Deutschland, Frankreich und England, waren zu dieser 56. Jahresversammlung erschienen,

aus deren Verhandlungen folgendes hervorzuhelen ist: Die Denkschrift „Die forstlichen Verhältnisse der Schweiz“ wird ungefähr 15 Bogen umfassen und mit verschiedenen Karten über die politische und geographische Gestaltung des Landes und seine verschiedenartige Bewaldung ausgestattet sein. Ihr Erscheinen soll mit der Schweizerischen Landesausstellung in Bern zusammenfallen. Für die Förderung des Antrags Engler, dahingehend, „alle Bevölkerungsklassen, besonders aber die Behörden des Waldbesitzes, über die große volkswirtschaftliche Bedeutung einer intensiven Bewirtschaftung der Wäldungen aufzuklären und energisch Propaganda für eine zeitgemäße finanzielle Besserstellung des schweizerischen Forstpersonals zu machen“, hatte das verstärkte ständige Komitee ein Arbeitsprogramm aufgestellt und dieses, nach vorheriger Besprechung mit dem eidgenössischen Oberforstinspektor, dem Bundesrat zugestellt. Hand in Hand mit der Tätigkeit bei den Behörden soll das Schweizervolk über die Arbeit der Forstbeamten, die Wichtigkeit ihrer Arbeiten und über den Einfluß einer intensiven Forstwirtschaft besser aufgeklärt werden.

Als Preisaufgabe für das Jahr 1914 ist folgendes Thema bestimmt: „Die Bedingungen und die Organisation des Holzhandels nach Produktions- und Handelsgebieten“, entgegen dem Antrage des Dr. Frankhauser, der im Interesse der von den Mitgliedern unzulänglich bedienten forstlichen Zeitschriften Jahr für Jahr eine Preisaufgabe wünschte. Sodann begründet Forstmeister Rüedi seinen Antrag auf Auslegung des Artikels 26 des eidgenössischen Forstgesetzes, diesen so umzuformen, daß bei Privatwaldzusammenlegungen der Bund, außer wie bisher, nur die Kosten für Vermartung und Vermessung, auch jene der forsttechnischen Abschätzung einschließlich der Gehilfen übernimmt. Dieser Antrag wird jedoch von der Versammlung abgelehnt.

Für das Hauptreferat: „Tagesfragen zur Etatsermittlung und Wirtschaftskontrolle“ waren von den Referenten Flury und v. Grtzerz eine Reihe Leitsätze aufgestellt worden. Diese enthielten infolge der Verschiedenheit der schweizerischen Verhältnisse eine größere Anzahl von Aufgaben und Gesichtspunkten über Massen- und Zuwachsermittlung, welche die Schwierigkeit einer einheitlichen Regelung ergaben. Angesichts dieser Tatsache und der Kürze der Zeit beschränkte sich die Diskussion auf wenige Bemerkungen, ohne mit einem greifbaren Resultat abzuschließen.

Bei der am Nachmittag des ersten Tages in den Stadtwald von Solothurn unternommenen Exkursion wurde die Verjüngung des Waldes auf natürlichem Wege durch Lichtverjüngung mit Abäumungen und künstlicher Nachbesserung, aufmerksame Bestandesspflege in allen Altersklassen und Ausbau des Waldwegesetzes durch Anlage von Fahr- und Schlittwegen in Augenchein genommen. Spezielles Interesse bei dieser Waldbegehung fanden die Resultate der Aufzuchtungen durch die Eidgenössische Versuchsanstalt mit Fichten verschiedener Samenprovenienz: von Winterthur (500 m über Meer), Adlisberg (700 m), Pilatus (1000 m), Lenzerheide (1500 m) und

Bevers-St. Moritz (1800 m). Die Verschiedenheit im Wuchs der jetzt vierzehnjährigen Kultur ist auffallend; weitaus am kräftigsten sind die Fichten der Winterthurer Provenienz. An den Waldausflug schloß sich die Besichtigung der Zelluloseholzfabrik Altisholz. Diese, aus kleinsten Anfängen entstandene Fabrik verarbeitet jetzt jährlich 147 000 Festmeter Holz, wovon etwa rund 70 000 Festmeter aus der Schweiz geliefert werden können.

Am zweiten Tage fand die Hauptexkursion statt, die zunächst in den Stadtwald und dann in den Gemeindewald von Bettlach und Grenchen führte. Sie bot recht interessante Waldbilder, über die ein gebrodter Führer die wünschenswerte Auskunft gab. Das besondere Wohlgefallen der Teilnehmer erregten die durch Abtrieb des Altbestandes geförderten und geschnittenen reichlichen Verjüngungen der Weißtanne, die Anlage von Straßen und Schlittwegen, die Kiefernwaldrechter, der Übergang von den fast reinen, ertragreichen Nadelholzwaldungen zum eigentlichen Bergwald, sowie die Besichtigung der Tunnelbauten, und gaben Veranlassung zu reger Aussprache.

Leider wurde die für den dritten Tag vorgesehene Besichtigung der Wäldungen von Weissenstein und Lebern durch das sehr schlechte Wetter stark beeinträchtigt. Sie beschränkte sich nur auf eine Wanderung über die Seimberge und wurde dann aufgegeben. Die Teilnehmer vereinigten sich jedoch noch in Bältschal zu einer gemütlichen Sitzung, bei welcher das viele Gebotene mit Dank anerkannt wurde.

Für 1913 wurde Glarus als Versammlungsort bestimmt.

— **Tagung des Zentralverbandes deutscher Holzinteressenten.** Am 14. September tagte in Freiburg i. Br. unter zahlreicher Beteiligung der Zentralverband von Vereinen deutscher Holzinteressenten. Bei Eröffnung des Jahresberichts erörterte Dr. Bäumler die gestiegene Holzeinfuhr und die Bedeutung des deutschen Holzgewerbes. Demnach steht das Holzgewerbe Deutschlands in bezug auf die Zahl der Betriebe an dritter, im Eisenbahnverkehr an fünfter und bezüglich der in ihm beschäftigten Personen an achter Stelle. Die Holzbestände der ganzen Erde werden auf rund 1520 Millionen Hektar geschätzt, was fast dem vierten Teile der Erdoberfläche gleichkommt. Deutschland kann als eines der waldbreichsten Kulturländer bezeichnet werden, weist es doch fast 140 000 qkm oder rund 25 % seiner Gesamtfläche an Wald auf. Obgleich die mit Wald bestandene Fläche in Deutschland sich von Jahr zu Jahr vergrößert, so nimmt die Bevölkerung jedoch so schnell zu, daß das Tempo der Holzherzeugung ihm nicht zu folgen vermag. Infolgedessen ist also Deutschland trotz der günstigen forstwirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, in stetig steigendem Maße Holz einzuführen. Die Einfuhr hat nun gegenüber den Vorjahren stark zugenommen. So wurden im Jahre 1911 für 125 Millionen Mark Bau- und Kuchhölzer im rohen Zustande und für 403 804 000 M. bearbeitetes Holz und Holzwaren bei uns eingeführt. Aber auch die Ausfuhr ist gegen

die Vorjahre erheblich gestiegen; der Wert des ausgeführten Holzes und der Holzwaren betrug im Jahre 1911 93 412 000 M. Trotzdem die Verwendung von Eisen und Zement sowie von anderen Ersatzstoffen im Bauwesen ganz erheblich zugenommen hat, ist der Holzverbrauch der Welt bedeutend gestiegen. Es muß daher sehr bedauert werden, daß diese Tatsache in einzelnen Ländern nicht berücksichtigt wird. Die Wiederaufforstung wird dort vielfach vernachlässigt, überhaupt trotz dem warnenden Beispiel in den Mittelmeerländern nach wie vor Raubbau betrieben. Im weiteren

Verlauf der Verhandlung sprachen noch mehrere Redner über Verfrachtung des Holzes auf dem Seewege, Mißstände bei der Holzexportation, über Lieferungsbedingungen der Behörden und über Ansprüche des Holzgewerbes an die Forstwirtschaft. Ferner hielt noch Herr Oberforstmeister Friede-Münden einen Vortrag über die Frage: „Was kann die Forstwirtschaft tun, um den Anforderungen der Holzindustrie und den an sie von den öffentlichen Behörden gestellten Ansprüchen gerecht zu werden?“, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Die Aneignung einer abgeworfenen Geweißstange in einem eingegatterten und daher als Tiergarten im Sinne des BGG. § 960 Abs. 1 Satz 2 anzusehenden Jagdrevier stellt sich beim Vorhandensein der sonstigen Voraussetzungen als ein nach StGB. § 242 strafbarer Diebstahl dar.

II. Kammer. 1. Dezember 1910.

Wilde Tiere sind nach § 960 des Bürgerlichen Gesetzbuchs herrenlos, solange sie sich in der Freiheit befinden. Wilde Tiere in Tiergärten sind dagegen nicht herrenlos. Ihre Aneignung kann daher ein nach § 242 des Strafgesetzbuchs strafbarer Diebstahl sein.

Wann der Begriff „Tiergarten“ im Sinne der genannten Vorschrift erfüllt wird, ist im wesentlichen eine nach den Umständen des Falles zu beurteilende Tatsache. Der hierfür maßgebende Gesichtspunkt ist mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch, 8. Auflage, S. 929 Anm. D. a. aus Satz 1 des § 960 a. a. D. zu entnehmen, indem durch den Aufenthalt der wilden Tiere in dem Gehege deren „Freiheit“ als aufgehoben erscheinen muß. Die Einfriedigung des Grundstückes begründet den Zustand der Gefangenschaft, welche die Herrenlosigkeit wilder Tiere aufhebt (vgl. Motive zum Entw. des BGG. 3 S. 371). Da nun die Strafkammer festgestellt hat, daß das dem Fiskus gehörige Jagdrevier rings durch Gatter und Falltüren derart umschlossen ist, daß ein Entweichen des Wildes daraus außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt, ist ihre Annahme, daß es sich als ein Tiergarten im Sinne der genannten Vorschrift darstelle und das darin befindliche Wild im Eigentum des Fiskus stehe, frei von rechtlichen Bedenken.

Dieses Eigentumsrecht erstreckt sich nicht bloß auf das Wild selbst, sondern auch auf die von ihm in dem Tiergarten abgeworfenen Stangen, da gemäß § 953 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Erzeugnisse und sonstige Bestandteile einer Sache auch nach der Trennung dem Eigentümer der Sache gehören. Die Annahme der Strafkammer, daß die Geweißstangen nicht ohne besonderen Aneignungsakt in das Eigentum des Jagdeigentümers übergehen, entbehrt der Begründung und ist rechtsirrtümlich. Vielmehr stellt sich auch die Aneignung der in einem Tiergarten abgeworfenen Geweiß-

stangen beim Vorhandensein der sonstigen Voraussetzungen als ein nach § 242 des Strafgesetzbuchs strafbarer Diebstahl dar. (Vgl. Dalde, Jagdrecht, 5. Aufl. S. 68; Ebner, Jagdrecht, S. 529; Würde, Jagdordnung, S. 191).

Der Angeklagte hat sich hiernach gemäß § 242 des Strafgesetzbuchs strafbar gemacht, wenn er die Hirschstange mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seines Tuns sich zueignet hat. Eine Zuwiderhandlung gegen § 1 Tit. 35 der Holz-, Mast- und Jagdordnung vom 20. Mai 1720, deren Fortbauernbe die Gültigkeit das Kammergericht in dem Urteil vom 23. Dezember 1897 anerkannt hat, würde erst in Frage kommen, wenn der Tatbestand des § 242 des Strafgesetzbuchs, insbesondere der dolus, der auch durch Unkenntnis oder Irrtum über zivilrechtliche Grundsätze ausgeschlossen sein kann, nicht in vollem Umfange vorliegen sollte.

— **Selbstmord Unfallsfolge** (Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 19. März 1912 — Ia 1460/10). Der Walbarbeiter D. wurde am 20. Dezember 1905 durch einen herabfallenden Buchenstamm am Kopfe schwer verletzt. Er klagte über Schmerzen im Genick und im Kopfe, auch konnte er schwere Arbeit nicht mehr verrichten, weil er dabei Kopfschmerzen und Schwindelanfälle bekam. Im Jahre 1906 traten bei ihm Gedächtnisschwäche und Verwirrtheit ein, er saß oft schweigend und den Blick nach oben gerichtet da, ohne von seiner Umgebung Notiz zu nehmen. Am 5. September 1908 ließ er sich durch einen Eisenbahnzug überfahren, nachdem er vorher schon mehrere Selbstmordversuche unternommen hatte. Der Fiskus als das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wiesen die Hinterbliebenen D.'s mit ihren Unfallansprüchen ab, weil der Selbstmord nicht eine Folge des Unfalles sei. Dagegen hat das Reichsversicherungsamt den Hinterbliebenen die Unfallentschädigung zugesprochen. Die seelische Depression steht, wie Professor Dr. K. erklärt hat, mit der durch den Unfall verursachten Kopfverletzung in ursächlichem Zusammenhang, und es hat diese Geisteskrankheit den Entschluß des D., sich in selbstmörderischer Absicht vor den Eisenbahnzug zu werfen, aller Wahrscheinlichkeit nach wesentlich beeinflusst. Hg.

Verschiedenes.

— **Aussonderung überflüssiger Gesetze und Polizeiverordnungen.** Die Abgeordneten Schiffer und Genossen haben dem preussischen Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Rechtswirksamkeit jeder Polizeiverordnung nach Ablauf von 25 Jahren erlöschen soll und in der Zwischenzeit durch Klage beim Oberverwaltungsgericht angefochten werden kann, während jetzt ein auf Grund veralteter Polizeiverordnungen bestraffter Bürger den Rechtsweg beschreiten muß und die damit verbundenen Mühen und Kosten nicht scheuen darf, wenn er die Polizeiverordnung anfechten will. Das Gleiche gilt von allen Ortsstatuten, insbesondere Steuer- und Gebührenordnungen, Reglements usw. Goethe hat einmal geäußert, daß jemand, der alle Polizeiverordnungen kennen lernen wollte, keine Zeit zu Übertretungen hätte. In zwei Jahren hat das Kammergericht 60 Polizeiverordnungen für rechtsunwirksam erklärt. Die Verordnungen stammen zum Teil noch aus alter Zeit. Die Gerichte berufen sich mitunter auf solche, die bis in das 16. Jahrhundert zurückgehen. Vor einiger Zeit ist ein Arbeiter auf Grund einer Kirchenordnung aus dem Jahre 1575 verurteilt worden. — Nach einem zweiten Gesetzentwurf sollen alle von Behörden oder Beamten ausgehenden Verfügungen, deren Ansehung an die Innehaltung einer bestimmten Frist gebunden ist, den Nachweis enthalten, innerhalb welcher Frist und an welcher Stelle die Ansehung möglich ist; denn die Zuständigkeitsfrage ist sehr verworren und selbst von einem Sachverständigen nicht leicht zu beantworten. Ferner soll die Regierung zu einer Sammlung und Sichtung des vorhandenen Rechtsstoffes ersucht werden, um durch Ausschreibung veralteter, durch Klarstellung zweifelhafter, durch Zusammenfassung verstreuter und Vereinheitlichung gleichartiger Vorschriften einen möglichst zeitgemäßen, sicheren, übersichtlichen und einfachen Rechtszustand herbeizuführen. In Preußen sind nach den Ausführungen des Abgeordneten Schiffer noch 6 Gesetze aus dem 16., 11 Gesetze aus dem 17. und 121 Gesetze aus dem 18. Jahrhundert in Anwendung. Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Ein großer Teil unserer Gesetze schließt mit dem Satze, daß alle entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben sind. Aber gerade darüber, was als entgegenstehend anzusehen ist, herrschen Zweifel. Hier wird die überaus schwierige und umfangreiche, aber auch sehr segensreiche Arbeit einsehen müssen. — Die Anträge sind zur näheren Beratung an eine Kommission verwiesen worden.

— **Erweiterung der Befugnisse der Badischen Landwirtschaftskammer.** Durch das kürzlich vom Badischen Landtag angenommene Gesetz zur Veränderung des Gesetzentwurfs vom 28. September 1906, betreffend die Badische Landwirtschaftskammer, ist die Tätigkeit dieser Körperschaft bedeutend erweitert worden. Nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes hat die Landwirtschaftskammer die Aufgabe, die

Land- und Forstwirtschaft zu fördern und ihre Interessen wahrzunehmen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist die Landwirtschaftskammer berechtigt:

1. Veranstaltungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft zu unterstützen, selbst einzurichten und zu betreiben. Soweit dies auf Gebieten geschehen soll, für welche der Staat die Fürsorge selbst ausübt, bedarf die Landwirtschaftskammer der Zustimmung des Ministeriums des Innern;
2. die Zentralbehörden, Kreis- und Gemeindeorgane sowie die landwirtschaftlichen Vereinigungen und Verbände durch tatsächliche Mitteilungen, Anregungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen und von Zeit zu Zeit Berichte über die Lage der Land- und Forstwirtschaft zu veröffentlichen;
3. bei der Verwaltung bestimmter, mit den Interessen der Landwirtschaft im Zusammenhang stehender Einrichtungen, wie Produktenbörsen, Märkte, Ausstellungen, nach Maßgabe der darüber bestehenden Bestimmungen mitzuwirken;
4. die Personen zu bezeichnen, welche zur Wahrung von Interessen der Landwirtschaft und ihrer einzelnen Zweige zu den Beratungen wirtschaftlicher Organe, wie des Eisenbahnrats, des deutschen Landwirtschaftsrats, abzuordnen sind;
5. jederzeit selbständig Anträge bei der Regierung zu stellen, sowie sich mit allen öffentlichen Behörden unmittelbar ins Benehmen zu setzen.

Vor gesetzlicher oder behördlicher Regelung von wichtigeren, die Interessen der Land- und Forstwirtschaft unmittelbar betreffenden Angelegenheiten soll die Kammer, soweit tunlich, mit ihrer tatsächlichen Äußerung gehört werden. Mit Zustimmung von landwirtschaftlichen Vereinigungen kann die Landwirtschaftskammer nach näherer Bestimmung der Satzungen ganz oder teilweise in die Rechte und Pflichten solcher Vereinigungen eintreten und insbesondere mit den örtlichen Organen derselben eine dauernde Verbindung herstellen. In diesem Falle können die Satzungen die Vertretung dieser Vereinigungen in der Landwirtschaftskammer und ihren Organen regeln. Zur Bestreitung der allgemeinen Verwaltungskosten erhält die Landwirtschaftskammer aus der Staatskasse einen jährlichen Zuschuß nach Maßgabe der im Staatsvoranschlag vorgesehenen Bewilligung. Im übrigen werden die der Landwirtschaftskammer durch ihre Tätigkeit erwachsenden Kosten, soweit sie nicht durch sonstige Einnahmen oder weitere Staatszuschüsse gedeckt werden, durch Erhebung von Beiträgen bestritten. Das staatliche Aufsichtrecht über die Landwirtschaftskammer wird durch das Ministerium des Innern ausgeübt. Die Regierung ist befugt, die Landwirtschaftskammer aufzulösen. Sie ordnet in diesem Falle sofort die Neuwahlen an und beruft die Landwirtschaftskammer binnen längstens sechs Monaten vom Tage der Auflösungsentscheidung an. Die neu gewählte Landwirtschaftskammer ist

durch das Ministerium des Innern zu berufen, unter dessen Leitung die Wahl des Vorsitzenden stattfindet. In der Zwischenzeit trifft das Ministerium des Innern die nötigen Anordnungen über die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung.

— **Der Essak-Lothringische Gemeindeförster-Verband** hielt am 14. Dezember d. Js. in Metz seine sechste Generalversammlung ab, die trotz der erگزtrischen Lage der lothringischen Hauptstadt gut besucht war. Der Verband zählt 310 Mitglieder; er hat leider 1912 vier Mitglieder durch den Tod verloren. Den Hinterbliebenen zählt der Verband 50 M. Sterbegeld. Der Vorstand hat die Bestrebungen zur Besserung der präkären Lage der Gemeindeförster durch Vorstelligwerden bei der Regierung und bei den Mitgliedern des Landtages weiter zu fördern gesucht und hofft auf baldige Ausarbeitung einer günstigen Gesetzesvorlage. Der Vorsitzende dankte den Herren Oberforstmeister Dr. Kahl und Regierungs- und Forsttrat Bohnmann für ihr Erscheinen; letzterer empfahl die Benutzung der Lebensversicherung für deutsche Forstbeamte, ersterer den Beitritt zum Verein „Waldheil“.

— **Eine Ehrenrettung Meister Reinekes.** Die herzoglich braunschweigische Kammer, Direktion der Forsten, hat mit Rücksicht auf den großen Nutzen, den Fische für die Land- und Forstwirtschaft durch Vertilgen der Feld- und Waldmäuse schaffen, das Fangen von Fischen in den Jagdbezirken des Kammer- und Klostergrundes, soweit sie nicht verpachtet sind, bis auf weiteres unterlagt. Der Abschluß auf Wirsche und Treibjagd bleibt dagegen nach wie vor erlaubt.

— **Ankauf des 72,35 ha großen Buchberges vom katholischen Kloster in Lauban durch die Stadt Lauban.** Im Jahre 1908 bis 1910 wurden in der städtischen Oberförsterei Lauban, Regierungsbezirk Liegnitz, rund 220 ha 40- bis 120jährige Fichten, Weißtannen, Kiefern, Lärchen, Rotbuchen-Mischbestände, zum Teil reine Fichten, von der Komme kahlgelesen und hauptsächlich 1909 und 1910 eingeschlagen, wobei im Jahre 1909 180 Arbeiter, aus allen Herren Ländern, beschäftigt wurden. Die Einnahmen betrugen für 68 432 km rund 1 Million Mark. Um nun einen Teil dieser besonderen Geldeinnahme gut und sicher anzulegen, bemühte sich der Erste Bürgermeister Lausche, eine 72,35 ha große Enklave, den sogenannten Buchberg, welcher von allen Seiten durch die städtischen Reviere Hohwald, Holzstich, Md.-Dortmannsdorf eingeschlossen ist, dem katholischen Kloster abzukaufen, oder als Anzahlung eine abseits gelegene städtische Waldparzelle, das Revier Pennersdorf, mit 37 ha anzubieten, um dem Kloster Gelegenheit zu geben, den klösterlichen Waldbesitz, an den das Revier Pennersdorf grenzt, zu vergrößern. Der Buchberg, ein Basaltfegel, erhebt sich bis 380 m über dem Meere, ist voll bestanden, an den Abhängen tiefgründiger Basalt-Verwitterungsboden (Lehm), Fichtenboden II. Klasse, nur auf der

Höhe steinig und flachgründig, der Buche sehr zugunb. Es sind augenblich vorhanden:

8 ha	5-20jährige Fichtenschonung, äppig wachsend,
14 "	21-40 "
23 "	60-80 " Fichten, Tannen, Kiefern, Buchen,
27 "	81-110 " Buchen, Fichten, Tannen bis 90 m hoch.

Der von einem völlig Unparteiischen, Forstmeister Grosser in Joachimstein (O.-L.), ermittelte Wert für den Buchberg betrug 251 326 M. Der Wert des voll bestanden Reviers Pennersdorf 97 633 M. Das Kloster entschied sich für den Eintausch des Reviers Pennersdorf, und somit kaufte die Stadt den Buchberg für 150 000 M. Durch den Ankauf sind mancherlei Unannehmlichkeiten, die solche Enklave mit sich bringt, aus dem Wege geräumt, und besonders dadurch, daß neue Flächen und Holzmassen hinzukommen, können bei einem 80jährigen Umtriebe, der sich bei den vorzüglichen Bodenverhältnissen rechtfertigt, die Oberförsterei stadt auf 0,8 der Gesamtfläche auf II. Bodenklasse für Fichte, immerhin noch bedeutende Holzmassen, die sich auf rund 4300 km Derbholz berechnen, für die Zukunft jährlich geschlagen werden. Die Aufforstung mit vier- und fünfjährigen Fichten auf den 220 ha Nonnen-Schlagflächen wird voraussichtlich 1913 beendet sein.

— **Versteigerung von Eichenlohrinde.** Bei der diesjährigen Versteigerung der Eichenlohrinde kamen aus den Gemeindevaltungen des Kreises Kreuznach und den Großherzoglich Hessischen Oberförstereien Bingen und Alzey etwa 16 120 Zentner Rinde zum Verkauf. Die erzielten Preise betrugen pro Zentner in den Forsten der Gemeinde Waldbalgeheim 3,00 bis 3,30 M., Hudesheim bei Kreuznach 2,90 bis 3,10 M., Wallhausen 3,00 bis 3,15 M., Stromberg 3,00 M., Waldbödelheim 3,00 bis 3,20 M., Windesheim 3,00 M., Rinn 3,20 M., in der Oberförsterei Bingen 3,05 bis 3,20 M. und in der Oberförsterei Alzey 3,00 bis 3,25 M.

— **Forstverkauf in Ungarn.** Die Firmen Gebrüder Freunblich in München und Alabar Laendler in Pest haben die zu den Gütern Lentva und Kemti des Fürsten Esterhazy gehörigen Forsten für den Preis von rund 2 550 000 M. käuflich erworben. Auf das Ausgebot dieser Forsten, die zum großen Teil mit vorzüglichen Eichen bestockt sind, waren im ganzen drei Angebote eingelaufen; die oben genannten Firmen hatten das Höchstegebot.

— **Christbaumhandel und Christbaumschnitt.** Aus untern deutschen Wäldern sind bereits große Ladungen von Christbäumen nach den Großstädten abgegangen, während in allen übrigen Orten gewöhnlich erst gegen Mitte Dezember mit Deckung des Bäumchenbedarfs begonnen wird. An den großen Wohn- und Handelsplätzen werden schon zu Ausgang November sehr beträchtliche Mengen Fichten- und Tannenbäumchen zur Dekoration der Schaufenster, zur Aufstellung in den Kirchen, sowie für die verschiedenen Weihnachtsfestlichkeiten gebraucht. Der Christbaumhandel verleiht der Großstadt und seit Jahren auch den kleineren Städten erst das richtige Ge-

präge der Weihnachtszeit, indem auf Straßen und Plätzen Nadelbäumchen von der Größe des Salonbäumchens bis herab zu der Größe eines niedlichen Topfbäumchens feilgeboten werden. Die Versorgung Deutschlands mit Christbäumchen hat eine gewaltige Bedeutung für die rationelle Forstwirtschaft des Groß- und Kleinwaldbesitzes erlangt, und in gewissen Waldgebieten gilt der Christbaumverkauf als wichtige Einnahmequelle der Waldbesitzer. Bei dem von Jahr zu Jahr sich steigenden Bedarf an Christbäumen hat sich aber auch in manchen Gegenden die diesfällige Leistungsfähigkeit der Wälder sehr verringert, wenn nicht so erschöpft, daß selbst der örtliche Verbrauch an Christ- und Ausschmückungsbäumchen nur äußerst schwierig, wenn überhaupt nicht mehr gedeckt werden kann, so daß der benötigte Christbaumfrevel trotz des fast überall bestehenden reellen Christbaumhandels in einzelnen Ortlichkeiten eine ganz bedenkliche Ausdehnung angenommen hat. Der Christbaum ist ein regelrechtes Spekulationsobjekt geworden, und in großen Mengen wird er in den beiden letzten Monaten des Jahres auch aus Ausland und den österreichischen Ländern eingeführt, indem der Großhandel durch geschickte Regelung der Zufuhren eine möglichst bedeutende Preishöhe bei den Bäumchen erzielt. Erfahrungsmäßig tritt aber in der Regel unmittelbar vor Weihnachten ein beträchtlicher Preisturz ein, da dann der Zufuhr der bereits gehauenen Bäumchen nicht mehr gesteuert werden kann. Zu den beiden eng verwachsenen Begriffen „Weihnachten“ und „Christbaum“ kommt noch der Begriff „Christbaumsmud“ hinzu. Während der Christbaum erst im vorletzten Jahrhundert eingeführt und mit Lichtern erst im vorigen Jahrhundert ausgestattet wurde, knüpft sich gegenwärtig an die Ausschmückung der Christbäume eine ganze Industrie. Auf dem Thüringertal, und ganz hervorragend in dessen meiningischem Anteil, sowie in Sachsen und Schlesien werden durch die Leistungen der Hausindustrie ganz enorme Mengen von Christbaumsmud der mannigfaltigsten Art erzeugt. Die ausgedehnte Verbreitung des Christbaumes im Auslande hat die Folgeerscheinung einer sehr gesteigerten Zufuhr von Weihnachtsartikeln gereizigt, die im Jahre 1911 insgesamt = 501 619 dz im Werte von 90,11 Millionen Mark betrug, wovon zu rechnen sind auf die Vereinigten Staaten = 181 777 dz, England = 121 564 dz, Frankreich = 22 249 dz, Österreich-Ungarn = 17 010 dz, und auf Belgien, Holland, die Schweiz, Südamerika, Australien und Asien = 161 019 dz.

Forstmeister Schr.

— **Amtlicher Marktbericht. Berlin, den 17. Dezember 1912.** Rehböck 0,50 bis 0,85, Rotwild 0,30 bis 0,60, Damwild 0,40 bis 0,75, Schwarzwild 0,20 bis 0,75 \mathcal{M} das Pfund. Hasen 2,00 bis 5,00, Kaninchen 0,35 bis 1,10, Stodenten 1,50 bis 2,00, Aridenten 0,50 bis 0,75, Rebhühner 0,90 bis 1,25, Fasanenhühner 1,40 bis 3,25, Fasanenhennen 1,50 bis 2,10, Waldbindern 2,75 bis 3,50 \mathcal{M} das Stück.

Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Verwaltungsbezirk der Königl. Hofkammer.

Seliger, Förster zu Schützendorf, Oberförsteri Königs-Wäldchen. Ist gelegentlich der Umweihung der umgebauten Kirche in Schützendorf das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

Staats-Forstverwaltung.

Eurtz, Förster o. R. zu Cassel-Wilhelmshöhe, ist nach Genehmigung der Wiederanstellung im Staatsforstbienst die hiesige Stelle als Försteri Königs-Wäldchen, Regbg. Cassel, vom 1. Februar 1913 probeweise übertragen.

Sasse, Hilfsjäger zu Gießen, Oberförsteri Rohrwiese, ist nach Königsbruch, Oberförsteri Königsbruch, Regbg. Marienwerder, vom 1. Januar 1913 ab verlegt.

Söfst, Feldwebel im Garde-Jäger-Bataillon, ist als Försteri auf Ablegung der Forsterprüfung nach Badstedt, Oberförsteri Kanten, Regbg. Düsseldorf, einberufen.

Seeger, Förster zu Koblenz, Oberförsteri Eisenbrück, ist auf die neugegründete hiesige Stelle Clausenau, Oberförsteri Königs, Regbg. Marienwerder, vom 1. Januar 1913 ab verlegt.

Auhner, Hilfsjäger zu Naumburg, Stadtförsteri Köllig, ist nach Krausenhof, Oberförsteri Krausenhof, Regbg. Marienwerder, vom 1. Januar 1913 ab einberufen.

Mund, Förster o. R. zu Marienspring, Oberförsteri Gladow-West, ist auf die erste hiesige Stelle Garzig, Regbg. Frankfurt a. O., vom 1. Januar 1913 ab verlegt.

Strache, Förster o. R. zu Markaspiessle, Oberförsteri Colpin, ist nach Alt-Buchhof, Oberförsteri Hühersdorf, Regbg. Potsdam, vom 1. April 1913 ab verlegt.

Volz, Forsthausier zu Merga-Süd, ist zu der vorübergehenden Wahrnehmung der Gemeindehilfsförsteri Bremm, Gemeinde-Oberförsteri Lugerat, Regbg. Coblenz, einberufen.

Bagner, Forsthausier zu Bremm, Regbg. Coblenz, ist nach der Oberförsteri Merenberg, Regbg. Wiesbaden, vom 1. Januar 1913 ab einberufen.

Liegenbagen, Förster o. R. zu Ragolig, Oberförsteri Rohrwiese, ist als Förster o. R. nach Koblenz, Oberförsteri Eisenbrück, Regbg. Marienwerder, vom 1. Januar 1913 ab verlegt.

Der Titel Hegemeister wurde verliehen den Förstern:

im Regierungsbezirk Cassel:

Pröser zu Wellerohe, Oberförsteri Waldbau; **Petter** zu Diarienthagen, Oberförsteri Böhle.

im Regierungsbezirk Coblenz:

Ramsch zu Gebhardshain, Oberförsteri Rirchen; **Aron** zu Neupfalz, Oberförsteri Neupfalz; **Rienhard** zu Gallschick, Oberförsteri Rirchen; **Wilmann,** Hugo, zu Forsthaus Brandswald, Oberförsteri Gallschick; **Zimmer** zu Brandswald, Oberförsteri Rirchen.

im Regierungsbezirk Danzig:

Brandt zu Ruchwald, Oberförsteri Rielau; **Lippman** zu Seereien, Oberförsteri Rartbau; **Scher** zu Preußisch, Oberförsteri Gierwan; **Reiner** zu Dechenswalde, Oberförsteri Gierwan.

im Regierungsbezirk Frankfurt a. O.:

Gottschalk zu Neuhaus, Oberförsteri Wüllrofe; **Seeger** zu Neupener Teerofen, Oberförsteri Neupener; **Peter** zu Rannowühle, Oberförsteri Rübben.

im Regierungsbezirk Hildesheim:

Böttcher zu Gattenburg, Oberförsteri Gattenburg; **Glauser** zu Nieselberg, Oberförsteri Vautenthal; **Peters** zu Or-Vengben, Oberförsteri Gheraden; **Pick** zu Freiheit, Oberförsteri Dierode; **Eggeling** zu Nieselburg, Oberförsteri Nieselburg; **Pey** zu Volpriehausen, Oberförsteri Nlar; **Fisch** zu Gulum, Oberförsteri Gattenburg; **Serling** zu Vautenberg, Oberförsteri Vautenberg; **Sädel** zu Glandsal, Oberförsteri Glandsal; **Kurjus** zu Holzrode, Oberförsteri Gattenburg; **Müller-Grashoff** zu Haus Gsderde, Oberförsteri Tiefholz; **Stender** zu Garte, Oberförsteri Rovenben; **Zimmermann** zu Vautenthal, Oberförsteri Vautenthal.

im Regierungsbezirk Magdeburg:

Buchmann zu Eldenau, Oberförsterei Grünemalbe; **Busse** zu Magdeburgerforst, Oberförsterei Magdeburgerforst; **Außsicht** zu Thale, Oberförsterei Thale; **Michaelis** zu Rüden, Oberförsterei Vödderitz; **Müller** zu Beren, Oberförsterei Dingelstedt; **Früh** zu Bähnen, Oberförsterei Burgstall; **Wesing** zu Steinberge, Oberförsterei Goltzig.

im Regierungsbezirk Osnabrück:

Arndt zu Pöschel, Oberförsterei Schellig; **Bauke** zu Jedlig, Oberförsterei Kreuzburgerhütte; **Baumann** zu Kreuzburgerhütte, Oberförsterei Kreuzburgerhütte; **Graf** zu Schodnia, Oberförsterei Lembo; **Lader** zu Ritterswalde, Oberförsterei Neisse; **Patke** zu Katel, Oberförsterei Grubshagen.

im Regierungsbezirk Straßburg:

Abrens zu Pösch, Oberförsterei Schenkenhagen; **Quvier** zu Wogall, Oberförsterei Schenkenhagen; **Kadant** zu Gannitz, Oberförsterei Schenkenhagen; **Schulz** zu Kronhorst, Oberförsterei Abtsbagen; **Senke** zu Saal, Oberförsterei Schenkenhagen; **Weißborn** zu Caschow, Oberförsterei Woggenbofs.

im Regierungsbezirk Wiesbaden:

Holtmann zu Dornholzhäusen, Oberförsterei Homburg; **Bredeweg** zu Zimmern, Oberförsterei Neuhäusel; **Gaspary** zu Gypnen, Oberförsterei Dohheim; **Frank** zu Dillenburg, Oberförsterei Dillenburg; **Schoof** zu Weidenhausen, Oberförsterei Gadenbach.

Gemeinde- und Privatdienst.

Ausfunkt, Königlich sächsischer Oberförster zu Guttentag, Kreis Ludwigs, in der Note Oberförster 4. Klasse verliehen. **Moebes**, forstlicher wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Preußen, ist auf Grund des Ministerialerlasses vom 23. September 1912 zum Forstassessor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Preußen ernannt.

Wolke, forstlicher wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Preußen, ist auf Grund des Ministerialerlasses vom 23. September 1912 zum Forstassessor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Preußen ernannt.

Gieseler, forstlicher wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Preußen, ist auf Grund des Ministerialerlasses vom 23. September 1912 zum Forstassessor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Preußen ernannt.

Seile, städt. Forstassessor zu Marlissa, Kreis Lauban, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Seile, Privatforstförster zu Böfendorf, Kreis Götter, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen.

Madermacher, Privatförster zu Haus Auel im Sieglekreise, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Jäger-Korps.

Graf Fink v. Finkenstein, Oberleutnant und Kommandeur des Garde-Schützen-Bataillons, ist die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Offizierskreuzes des Königlich Sächsischen Albrechtsordens erteilt.

Großherzogtum Hessen.

Staats-Forstverwaltung.

Zu Forstassessoren wurden ernannt die Forstreferendare: **Glafer**, Rud., zu Nordheim; **Rebel**, Wlth., zu Raubach; **Bausch**, Hans, zu Gießen.

Offene Stellen

im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Gemeindeförsterei Dachsenhausen**, Oberförsterei Vahnen, Regb. Wiesbaden, mit dem Wohnsitz in Dachsenhausen, Kreis St. Goarshausen, gelangt mit dem 1. April 1913 zur Neubewertung. Mit der Stelle, welche Teile der Waldungen der Gemeinden Dachsenhausen, Unterwald, Erbachheim, Winterwerb und Brandach mit einer Größe von zusammen 579 ha umfasst, ist ein Jahresverdienst von 1000 M., steigend um der endgültigen Anstellung ab von drei zu drei Jahren um je 100 M. bis zum Höchstbetrage von 1600 M. verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist. Außer dem baren Gehalte wird freie Dienstwohnung und Freibrennholz bis zu jährlich 18 rrm Derbholz und 100 Wellen bzw. Weidenanpflanzungen hierfür von jährlich 300 M. bzw. 100 M. be-

willigt. Die freie Dienstwohnung und das Freibrennholz bzw. die Geldentschädigungen hierfür sind mit 300 M. bzw. 100 M. beim Ruhegehalt anzurechnen. Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probefristzeit. Bewerbungen sind bis zum 15. Februar 1913 an den Königl. Forstmeister Herrn Romie in Wiesbaden zu richten. Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit forstlicher Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements-Litungen oder ein Ausweis, daß Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen. Gemeinhin werden Fragen ohne weitere Kosten beantwortet; sind jedoch durch Sachverständige schwierige Rechtsfragen zu erörtern, Gutachten, Berechnungen usw. anzustellen, für deren Erlangung der Schriftleitung Sonderhonorare erwachsen, so wird Vergütung der Selbstkosten beantragt.)

Nr. 164. **Anfrage:** Die Ausführungen in Nr. 129 des Brief- und Fragekastens Seite 770 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 22. 9. 12 (Nr. 38) und im Schlusssatz der Mitteilungen Seite 816 der „Deutschen Forst-Zeitung“ vom 13. 10. 12 (Nr. 41) haben in interessierten Kreisen zu Zweifeln darüber Anlaß gegeben, in welchen Fällen es zulässig ist, die nach Erlangung des Forstversorgungsscheines und Verabschiedung vom Jägerkorps im Privatforstdienst zugebrachte Zeit beruflicher Beschäftigung auf das pensionsfähige Dienstalter in Anrechnung zu bringen. In der Beantwortung der Anfrage 129 heißt es im Schlusssatz: „Die Anrechnung könnte erfolgen, wenn Sie zur Übernahme der Beschäftigung im Privatforstdienste aus dem Staatsdienste beurlaubt worden wären usw.“, im Schlusssatz der oben genannten Mitteilungen heißt es dagegen: „Private Dienstzeiten, zu denen die Beschäftigung in prinzipiellen Waldungen und in den Forsten des Thronlehns Deis gehört, werden nach dem Ausscheiden aus dem Jägerkorps als pensionsfähige Dienstzeit leider nicht gerechnet.“ Ich bitte um Aufklärung und um Beantwortung der Frage: Welche von nachstehenden Dienstzeiten würden auf mein pensionsfähiges Dienstalter in Anrechnung zu bringen sein, und wie viel Jahre pensionsfähiger Dienstzeit würde ich danach am 1. 1. 13 zurückgelegt haben? — Ich bin am 24. 7. 72 geboren, habe vom 1. 10. 88 bis 30. 9. 90 in der vorgeschriebenen Forstlehre gestanden, diente vom 3. 11. 90 bis 19. 9. 93 aktiv im Garde-Jägerbataillon, stand vom 20. 9. 93 bis 30. 9. 99 im Privatforstdienst, vom 1. 10. 99 bis 30. 6. 00 im Staatsforstdienst, vom 1. 7. 00 bis 30. 9. 00 im Privatforstdienst und vom 1. 10. 00 bis 30. 9. 02 im Staatsforstdienst. Aus diesem heraus bin ich von der zuständigen Königl. Regierung vom 1. 10. 02 bis 31. 3. 10 zur Übernahme einer berufsmäßigen Beschäftigung (Revierverwalterstelle) im Privatforstdienst beurlaubt gewesen. Am 1. 4. 10 trat ich in den Staatsdienst zurück. Den Forstversorgungsschein erhielt ich am 3. 11. 02, die Anstellung als Förster v. R. am 1. 4. 10.

Antwort: Wenn im Staatsdienst stehende Beamte aus diesem — ganz gleich auf wie lange und zu welchem Zwecke — beurlaubt werden, so verbleibt ihnen der rechtliche Anspruch auf Anrechnung der Urlaubszeit auf das pensionsfähige

Dienstalter, vorausgesetzt, daß sie in den Staatsdienst zurückkehren. Das durch Annahme für den Staatsdienst einmal zugelassene Dienstverhältnis, auch wenn die Beerdigung als Staatsdiener nicht stattgefunden hat, kann nur durch förmliche Entlassung, Tod oder Verletzung in den Ruhestand aufgelöst, nicht aber durch Beurlaubungen, vorübergehende Erkrankungen, Amtsuspension, Freiheitsentziehung oder strafbare Versäumnis der Dienstpflichten unterbrochen werden. Urlaub kann von der zuständigen Behörde nur den im aktiven Staatsdienste befindlichen Beamten und Anwärtern usw. bewilligt werden. Wünschen in außerstaatlichen Diensten befindliche Anwärter bis auf weiteres in ihrem Dienstverhältnis belassen, also noch nicht in den Staatsdienst einberufen zu werden, so stellt die desfalls erteilte Genehmigung nicht eine Beurlaubung, sondern lediglich eine Ausstandsbevilligung dar; solche Ausstandsbevilligungen kommen für das pensionsfähige Dienstalter nicht in Betracht, wohl aber die Verlängerung eines erteilten Urlaubs. Sie können also den rechtlichen Anspruch erheben, daß Ihnen die Zeit Ihrer Beurlaubung aus dem Staatsdienste nach Erlangung des Forstversorgungsscheins und dem Ausscheiden aus dem Jägerkorps bis zum Rücktritt in den Staatsdienst am 1. 4. 10 bei der einfügigen Pensionierung als pensionsfähig in Anrechnung gebracht werde. Unter Zugrundelegung der obigen Angaben über Ihre Dienstzeit und unter Berücksichtigung der vorbemerkten Urlaubszeit vom 1. 10. 02 bis 31. 3. 10 werden Sie am 1. 1. 13 eine pensionsfähige Dienstzeit von 23 Jahren 128 Tagen zurückgelegt haben, und zwar die Forstlehrezeit vom Beginn des 18. Lebensjahres den 24. 7. 89 an bis 30. 9. 90 mit 1 Jahr 60 Tagen, die Militärdienstzeit einschließlich Ihrer Zugehörigkeit zur verpflichteten Reserve des Jägerkorps vom 3. 11. 90 bis 2. 11. 02 mit 12 Jahren und die anschließende Zivildienstzeit ununterbrochen vom 3. 11. 02 bis 31. 12. 12 mit 10 Jahren 59 Tagen, zusammen wie oben 23 Jahre und 128 Tage.

Nr. 165. Anfrage: Zur Innehaltung des Grenztrains ist doch jeder Nachbar verpflichtet, von der eigentlichen Grenzlinie einen Fuß, das wären 0,31 m, von seinem Ader liegen zu lassen, innerhalb einer Gemeinde? Wie steht es nun mit fiskalischen Waldgrenzen? Darf der Nachbar bis an die eigentliche Grenzlinie, welche vom Mittelpunkt eines Grenzsteines zum anderen führt, sein Land bestellen oder muß er auch 31 cm unbestelltes Land liegen lassen? Ich bitte die Bestimmungen für die Provinz Posen zu berücksichtigen.

K., Kgl. Forstaufsicher in K.

Antwort: Für die Provinz Posen bestehen, soweit uns bekannt, in der hier fraglichen Beziehung Sondervorschriften nicht. Vielmehr gilt für Posen daselbe, was auch sonst gilt. Nun besteht eine Bestimmung, daß man seinen Ader einen Fuß von der eigentlichen Grenzlinie ab unbestellt liegen lassen müsse, nicht. Grundsätzlich ist vielmehr jeder Eigentümer berechtigt, sein Land bis hart an die Grenze zu benutzen. Nur zwei Ausnahmen sind vorhanden: 1. Wer eine neue, lebendige Hecke anlegen will — nicht auch wer einzelne Bäume oder einzelne Sträucher pflanzt —

muß von des Nachbarn Grenze $1\frac{1}{2}$ Fuß, also rund 50 cm, zurückbleiben. 2. Werden die aneinanderstoßenden Grundstücke durch einen Grenzrain oder einen Grenzgraben getrennt, der nicht einem der Nachbarn allein gehört, sondern beiden gemeinschaftlich zusteht, so darf keiner der Nachbarn, solange einer von ihnen ein Interesse an dem Fortbestande hat, ohne die Zustimmung des andern etwas an dem Rain oder Graben ändern. Dadurch kann sich im Einzelfalle ergeben, daß man bei der Bearbeitung des Aders nicht nur 31 cm, sondern noch weiter von der Grenzlinie abbleiben muß. Nehmen wir z. B. den Fall, daß die Grenze — die stets eine mathematische Linie ist, also keine Breitenausdehnung hat — mitten durch einen Grenzrain geht, der eine Breite von 150 cm hat. Dann muß dieser Grenzrain, falls nicht beide Nachbarn über seine Beseitigung sich einigen, unverändert liegen bleiben und darf nicht zerstört werden. Jeder Nachbar muß dann also, wenn er seinen Ader bestellt, nicht nur 31, sondern sogar 75 cm seines Landes unbestellt lassen. Besteht aber eine solche gemeinschaftliche Grenzeinrichtung nicht, so ist jeder der Nachbarn berechtigt, bis hart an die Grenze sein Land zu bestellen. Für fiskalische Waldgrenzen bestehen irgendwelche hiervon abweichende Bestimmungen nicht. Es gilt also auch für sie daselbe, was oben angegeben ist.

A. B. Fr.

Nr. 166. Anfrage: Die Kaiserliche Telegraphen-Direktion will auf Antrag des Besitzers eines im Walde allein gelegenen Hauses eine Telegraphenleitung legen und muß dazu streckenweise einen, mein Revier begrenzenden öffentlichen Weg benutzen. Muß der Besitzer des Waldes es nun dulden, daß die Masten hart an oder in die Grenze seines Besitzes gesetzt werden? Wenn ja, muß er auch für den Schaden aufkommen, der unter Umständen an der Leitung durch Windbrüche oder beim Fällungsbetriebe entstehen kann? Können die Masten auf die andere, der Grenze gegenüberliegende Seite dieses öffentlichen Weges (Feldseite) zu stehen, so würde die Abfuhr langen Bauholzes infolge der geringen Breite dieses einspurigen Weges und mehrfacher kleiner Kurven erschwert werden. Kann ich nun gegen die Anlage überhaupt Einspruch erheben, und auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen?

Str., Forstverwalter in S.

Antwort: Für die Errichtung einer neuen Telegraphenleitung kommen die Bestimmungen des Telegraphen-Wegesetzes in Betracht (v. 18. 12. 99, Reichsgesetzblatt S. 705), nebst den vom Reichsanzler dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 26. Januar 1900 (Reichsgesetzblatt S. 7).

§ 1. Die Telegraphenverwaltung ist befugt, die Verkehrswege für ihre zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenlinien zu benutzen, soweit nicht dadurch der Gemeingebrauch der Verkehrswege dauernd beschränkt wird. Als Verkehrswege gelten die öffentlichen Wege, Plätze, Brücken und die öffentlichen Gewässer nebst deren dem öffentlichen Gebrauche dienenden Ufer. Es gehören unter den Begriff „zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenlinien“ alle Linien, welche

zum allgemeinen Gebrauche vorhanden sind oder welche zum unmittelbaren Nutzen des Publikums dienen. Hierzu sind auch die Haupt- und Nebenanakliffe an die Fernsprechnetze zu rechnen. (Urteil des Reichsgerichts v. 10. 12. 96.) „Gemeingebrauch“ ist der jedermann ohne besondere Genehmigung zustehende Gebrauch des Weges, ins-

besondere also die Benutzung zum Gehen, Reiten, Fahren. Auch Fußgängerwege, die nur einem beschränkten Straßenverkehr dienen, fallen unter das Gesetz. Unter Telegraphenlinien sind die Fernsprechnetze mitbegriffen.

Für die Redaktion: J. B.: Bodo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernstorff, Nienstedt, Post Förster (Hatz).

Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Lüthstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatzmeister an den Vereins-Schatzmeister, Königl. Förster Bette, Forsterei Räumde, Post Gröneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Abreiseänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand, Bernstorff, Vorsitzender.



Des Weihnachtsfestes wegen

bitten wir, alle für Nummer 52 der Deutschen Forst-Zeitung bestimmten Bekanntmachungen, Mitteilungen, Inserate usw. spätestens bis zum Montag, dem 23. Dezember, früh an uns gelangen zu lassen.

Neubamm, 18. Dezember 1912.

Die Geschäftsstelle
der Deutschen Forstzeitung.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen mit der Wirkung vom 1. Januar 1913 ab:

Mitglieder:

- 1943a. Bohl, Förster, Masfuchen, Post Gr.-Burden, Allenstein.
- 1944a. Trufky, Forstassessor, Schenfeldsdorf, Post Bassenheim, Allenstein.
- 1956a. Schmitt, Forstassessor, Birkenwalde, Post Eyd., Allenstein.
- 1960a. Gronski, Hilfsjäger, Cruttinnen (Post), Allenstein.
- 1961a. Krenz, Hilfsjäger, Gut Warnold, Post Gr.-Weißhagen, Allenstein.
- 1962a. Renfert, Forstassessor, Torgelow (Post), Stettin.
- 1976a. Wiesemann, Forstassessor, Tobberpaul, Post Neumarkt, Stettin.
- 1978a. Engel, Forstassessor, Warzin i. Pom., (Post), Köslin.
- 1978a. Teske, Forstassessor, Berrin, Post Medow, Kr. Bülow, Köslin.
- 1981a. Trautwein, Förster, Hohenwerda (Post), Riegau.
- 1982a. Gerke, Hilfsjäger, Planen, Post Neuhabensleben, Magdeburg.
- 1991a. Peters, Förster, Volken, Post Rinteln, Minden.
- 1994a. Hammerling, Forstassessor, Halle (Post), Minden.
- 2006a. Bucher, Forstassessor, Ringelstein, Post Büren, Minden.
- 2008a. Krämer, i. Jt. Stadtschreiber, Rudolfschau, Post Burgbaum, Cassel-Ost.
- 2015a. Franz, Forstassessor, Walbau (Post), Cassel-West.
- 2016a. Bögel, Hilfsjäger, Mahlfatten (Post), Wiesbaden.
- 2024a. Geel, Forstassessor, Oberfischbach, Post Ragenelbogen, Wiesbaden.
- 2025a. Eton, Forstassessor, Bremberg, Post Rördorf, Wiesbaden.
- 202a. Stein, Förster, Ragenelbogen (Post), Wiesbaden.
- 2035a. Tettich, Forstassessor, Dalsden (Post), Kr. Brüm, Trier.
- 2037a. Stephan, Forstassessor, Weisburg, Post Salm, Trier.
- 2044a. Meyer, Wilhelm, Förster, Holzheim, Post Wandersfeld, Wachen.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen Dienstag früh eingehen. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Neubamm zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Bezirksgruppen:

Cassel-Ost. Mittwoch, den 1. Januar 1913, nachmittags 2½ Uhr, Sitzung des engeren Vorstandes bei Klug in Neuhof. Festsetzen der Tagesordnung für die voraussichtlich am 9. Februar 1913 stattfindende Delegiertenversammlung. Etwaige Anträge der Ortsgruppen müssen vor dem 1. Januar 1913 bei der Bezirksgruppe eingehen. Die Herren Ortsgruppen-Schatzmeister werden gebeten, eine vollständige Mitgliederliste mit genügend Raum zum Eintragen neu eintretender Mitglieder und je einer Rubrik für Zu- und Abgänge, bis zum 1. Januar 1913 an den Vorsitzenden der Bezirksgruppe einzureichen. Der Vorstand.

Ortsgruppen:

Altentkirchen (Regbz. Coblenz). Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, Mitgliederversammlung zu Altentkirchen im „Bahnhof“. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über das abgelaufene Vereinsjahr; 2. Revision, Entlastung des Schatzmeisters; 3. Entgegennahme von Meldungen zur Krankenkosten-Beihilfefasse; 4. Zahlung der Beiträge, auch derjenigen zur Krankenkosten-Beihilfefasse; 5. Verlesen verschiedener Ein- und Abgänge; 6. Wahl eines Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung; 7. Mitteilungen aus dem Walde; hierzu Vortrag des Kollegen Wötcher über Beschaffung von Nistgelegenheiten und Winterfütterung der Vögel; 8. Verschickenes, u. a. Lebensversicherung, Haftpflichtversicherung, Bestellungen bei Vertragsfirmen. Um recht pünktliches und vollzähliges Erscheinen bittet Der Vorsitzende.

Chronstau-Malapane (Regbz. Oppeln). Freitag, den 27. Dezember d. Js., nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal in Schobornia. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung; 2. Bericht über die letzte Bezirksgruppenversammlung; 3. Besprechung über eine abzuhaltende Kaisergeburtstagsfeier; 4. Einziehung von Beiträgen; 5. Verschiedenes. Nach der Sitzung Abschiedsfeier für den scheidenden Kollegen Herrn Kubistky.

Der Vorstand.

Bromberg. Sitzung am Dienstag, dem 31. Dezember 1912, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal (Hotel Lengning). Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Empfangnahme der Einladungen zur Kaisergeburtstagsfeier; 3. Einziehung der Beiträge; 4. Geschäftliches.

Der Vorstand.

Clebe (Regbz. Düsseldorf). Dienstag, den 31. Dezember d. Js., vormittags 10 Uhr, Versammlung im Vereinslokal „Hotel Victoria“-Clebe. Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge; 2. Rechnungsprüfung; 3. Besprechung der Kaisergeburtstagsfeier; 4. Besprechung einer vom Hauptvorstande angeregten Vereinsfrage; 5. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Kreuzburgerhütte (Regbz. Oppeln). Die Feier des Geburtstages Seiner Majestät ist auf Sonnabend, den 18. Januar, abends um 7 Uhr beginnend, festgesetzt und bestimmt, daß Gäste durch den Vorstand eingeladen werden. Die Herren Mitglieder werden gebeten, diesbezügliche Wünsche bis Ende d. Mts. dem Herrn Schriftführer, Forstaufscher Gastauer in Kreuzburgerhütte, zu übermitteln. Die Ortsgruppe Kupp ist hiermit freundlichst eingeladen. **K a g e l.**

Czerst (Regbz. Danzig). Dienstag, den 31. Dezember d. Js., abends 6 Uhr, Versammlung im Restaurant Engelsbrecht in Czerst, Bahnhofstraße. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Sitzung bekanntgegeben werden.

Der Vorsitzende: **K a i s e r.**

Frankenber (Regbz. Cassel). Dienstag, den 31. Dezember cr., vormittags 11 Uhr, Versammlung im „Deutschen Haus“ in Frankenber. Tagesordnung: 1. Prüfung der Jahresrechnung pro 1912; 2. Einziehung der Mitgliederbeiträge pro 1. Halbjahr 1913; 3. Definitive Erklärung zur geplanten Sterbefasse; 4. Verschiedenes. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten.

B e r n e r.

Freudenfier (Regbz. Marienwerder). Dienstag, 31. Dezember, abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung zu Beginn der Sitzung. Vollständiges Erscheinen sehr erwünscht. Im Anschluß Silvesterfeier mit Familie.

Der Vorstand. **G i l s,** Vorsitzender.

Gelgubnen (Regbz. Allenstein). Die Ortsgruppe veranstaltet in Gelgubnen am 31. Dezember, nachmittags 5 Uhr, eine Silvesterfeier. Mitglieder aus den Nachbargruppen mit ihren Familien sind als Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Hann.-Münden (Regbz. Hildesheim). Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags 1 Uhr, findet im Hotel „Zur Krone“ die Vierteljahrsver-

sammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 2. Besprechung des Themas: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Allgemeinwohles, wirken?“; 3. Rechnungslegung und -prüfung; 4. Einziehung der Vereinsbeiträge; 5. Verschiedenes; 6. Neuwahl des Vorstandes. Um rege Beteiligung wird gebeten.

S c h n e i d e r.

Hersfeld (Regbz. Cassel). Die nächste Versammlung findet am 31. Dezember im Vereinslokal statt, und zwar um 1 Uhr. Da über das Wintervergnügen beschlossen werden soll, werden die Kollegen um recht zahlreiches Erscheinen gebeten. Von 10 Uhr ab Gehaltsauszahlung.

H a m m e r.

Herzberg, Harz (Regbz. Hildesheim). Am 5. Jan. 1913, nachmittags 3 Uhr, Versammlung in Herzberg. Tagesordnung: 1. Entrichten der Beiträge für das Jahr 1913; 2. Bericht des Kollegen Schulz über den Verlauf der Bezirksgruppenversammlung in Northeim. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird gebeten, vollständig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Hildesheim. Vierteljahrs-Versammlung am Donnerstag, dem 2. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr, im „Europ. Hof“ in Hildesheim. Hebung des Vereinsbeitrages für 1913 mit 6,50 + 2 + 0,50, zusammen 9 M., und der Beiträge zum Forstwärterverein. Anmeldungen zur Krankenkassen-Beihilfefasse; die Beiträge zu dieser sind am 1. April 1913 zu zahlen. Darauf Bericht über die Bezirksgruppenversammlung vom 7. Dezember in Northeim und Vortrag. Ergänzungswahl des Vorstandes. Wer nicht erscheinen kann, wolle für rechtzeitige Abführung seiner Beiträge an die bisherige Adresse Sorge tragen.

Hoherwerda (Regbz. Liegnitz). Am 31. Dezember d. Js., nachmittags 2½ Uhr, Versammlung der Mitglieder im Vereinslokal. Tagesordnung: Einziehung der Beiträge; Besprechung über ein abzuhaltendes Wintervergnügen; Anträge; Verschiedenes.

A r n o l d, Vorsitzender.

Kirchen, Sieg (Regbz. Coblenz). In Verbindung mit dem Schießklub Waldheil Dienstag, den 31. Dezember d. Js., vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung im „Jägerheim“. Tagesordnung: 1. Rechnungslage von 1912; 2. Neuwahl und Erweiterung des Vorstandes; 3. Einziehung der Beiträge; 4. Besprechung der Kaisergeburtstagsfeier; 5. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Neuhof (Regbz. Cassel). Mittwoch, den 1. Januar 1913, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung bei Klug in Neuhof. Tagesordnung: 1. Vorlage der Rechnung pro 1912; 2. Sehen der Beiträge pro 1913; 3. Besprechung über eine Anregung des Hauptvereins; 4. Besprechung über etwaige Anträge zur Delegiertenversammlung der Bezirksgruppe; 5. Verschiedenes. Vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Neukirchen (Regbz. Cassel). Am 31. Dezember, nachmittags 1 Uhr, Versammlung im Hotel

Winter zu Neutkirchen. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Einziehung der Beiträge pro 1913; 3. Wahl eines Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung; 4. Kranken-Lostenbeihilfeskasse; 5. Besprechung wegen Abhaltung eines Wintervergnügens; 6. Rechnungslegung pro 1912; 7. Verschiedenes. Damit die Herren Kollegen den Zug 3.30 Uhr benutzen können, wird um pünktliches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Oberhartz (Regbz. Hildesheim). Die Kaisergeburtstagsfeier findet am Sonnabend, dem 11. Januar 1913, abends 7½ Uhr, im „Deutschen Haus“ zu Zellerfeld in gewohnter Weise statt. Einladungen (durch den Vorstand) bitte sofort einzureichen. Der Vorsitzende: Jahnke.

Okerode, Hartz (Regbz. Hildesheim). Sonntag, den 5. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Beitragszahlung; 2. Vorträge (Gröschel, Polatz); 3. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. Die Vorsitzende.

Rominten (Regbz. Gumbinnen). Am Sonnabend, dem 31. Dezember d. Js., nachmittags 5 Uhr, Versammlung im „Kaiserhotel“ zu Rominten. Tagesordnung: 1. Besprechung über die Kaisergeburtstagsfeier; 2. Verschiedenes. Um recht rege Beteiligung bittet Der Vorsitzende.

Rotenburg (Fulda) (Regbz. Cassel). Dienstag, den 31. Dezember d. Js., nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Besprechung eines vom Hauptverein angeregten Themas; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Prüfung der Rechnung; 4. Entscheidung der Beiträge; 5. Gemeinsamer Verlauf der Raubzeugbälge; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Rhyndt (Regbz. Oppeln). Dienstag, den 31. Dezember, vormittags 11, Versammlung bei Pogoda. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung für 1912 und Beitragszahlung. 2. Bericht über die Bezirksgruppen-Versammlung am 15. Dezember. 3. Besprechung der letzten Ortsgruppenversammlung. 4. Kaisergeburtstagsfeier 1913. 5. Verschiedenes. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erbittet der

Vorsitzende Bräuer.

Schelis-Postlau (Regbz. Oppeln). Das Wintervergnügen der Ortsgruppe findet in bisheriger Weise im Jägerhof in Elgut am Sonnabend, dem 18. Januar 1913, statt. Einzuladende Gäste sind dem Vorsitzenden bis 26. Dezember cr. namhaft zu machen. Der Vorstand.

Solling zu Uslar (Regbz. Hildesheim). Am Sonntag, dem 5. Januar 1913, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung im Vereinslokal zu Uslar. Tagesordnung: 1. Fehung der Beiträge für 1913; 2. Rechnungslegung von 1912; 3. Besprechung einer vom Hauptvorstande gestellten Vereinsfrage; 4. Kaisergeburtstagsfeier; 5. Verschiedenes. Der Vorstand.

Speßart (Regbz. Cassel). Sonntag, den 5. Januar 1913, nachmittags 3½ Uhr, findet in der Hofmannschen Wirtschaft zu Oberndorf die diesjährige Jahresversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht und Kassen-

abnahme; 2. Erheben der Mitgliederbeiträge von 7,50 M.; 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 4. Wahl eines Delegierten zur Bezirksgruppen-Versammlung; 5. Bestellung der Jahrbücher; 6. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung läßt eine rege Beteiligung sehr erwünscht erscheinen. Auch diejenigen Herren Kollegen, welche bisher noch keiner Ortsgruppe angehören, sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Der Vorstand. Hagelstein, Vorsitzender.

Sterbfriß (Regbz. Cassel). Wegen schlechter Witterung war die Versammlung am 15. d. Mts. derart schwach besucht, daß die Tagesordnung nicht erledigt werden konnte. Nächste Versammlung, zu welcher dringend eingeladen wird, am Sonntag, dem 29. Dezember d. Js., nachmittags 1½ Uhr in Mottgers, Wirtschaft Günther.

Der Vorstand.

Tilsit-Heydekrug (Regbz. Gumbinnen). Einladung zur Ortsgruppenversammlung am Sonntag, dem 5. Januar 1913 in Tilsit, Hotel „Deutsches Haus“. Anfang: 1½ Uhr nachmittags, nach vorherigem gemeinschaftlichen Essen von 12½ bis 1½ Uhr. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und gleichzeitige Einziehung der Jahresbeiträge, 10 M.; 2. Geschäftsbericht und Kassenrevision; 3. Neuwahl des Vorstandes; 4. Besprechung des vom Hauptvorstande angeregten Themas: „Wie können die Angehörigen des preußischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates, also des Gemeinwohles, wirken und dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung heben?“; 5. Mitteilung der Erfahrungen über die Brauchbarkeit des Splittstößerschen Pflanzbohrers; 6. Bericht über die am 3. November 1912 abgehaltene Bezirksgruppenversammlung; 7. Verschiedenes.

Der Vorstand. Buchholz, Vorsitzender.

Zuchler-Heide (Regbz. Marienwerder). Das Wintervergnügen findet am Sonnabend, dem 18. Januar 1913, von 8 Uhr abends ab im Vereinslokal in der bisherigen Weise statt. Vorschläge zu den Einladungen sind bis zum 5. Januar an den Vorsitzenden zu richten. Es wird von jedem Mitgliede 1 M. Festbeitrag erhoben. Alle Zahlungen haben bis auf weiteres an den stellvertretenden Kassenführer, Förster Wepner in Taubensieß bei Poln.-Gelsin, zu erfolgen.

Der Vorstand.

Weilburg (Regbz. Wiesbaden). Donnerstag, den 2. Januar 1913, nachmittags 2 Uhr, Versammlung bei Fahn in Weilburg. Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge; 2. Rechnungsprüfung; 3. Besprechung der Kaisergeburtstagsfeier; 4. Verschiedenes. Schmitt.

Berichte.

Bezirksgruppen:

Hildesheim. Die Versammlung wurde um 1 Uhr von dem Vorsitzenden eröffnet. Vertreten waren 9 Ortsgruppen und 7 Einzelmitglieder mit zusammen 237 Stimmen. Die Rechnung von 1911 wurde vorgelegt. Dieselbe ist von den

Rechnungsrevisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt. Von dem Vorsitzenden, Hegemeister Bernstorff, wurde die Dienstlandsfrage erörtert und über die Ausbildung der Forstlehrlinge ein Vortrag gehalten. Infolge Übernahme des Vorsitzes des Hauptvereins durch den bisherigen Bez.-Gr.-Vorsitzenden, Hegemeister Bernstorff, wurde zum Bez.-Gr.-Vorsitzenden der Förster Diez zu Osterode, zu dessen Stellvertreter der Förster Jahnke zu Clausthal einstimmig gewählt. Dem Antrage der Ortsgruppe Uslar, die Versammlungen am Sonntage abzuhalten, wurde stattgegeben. Der Antrag derselben Ortsgruppe, den Förstern o. R. Dienstaufwands-Entschädigung zu gewähren, wurde, als zurzeit ungeeignet, zurückgestellt. Zum Delegierten für die nächste jährige Hauptvereinsversammlung wurde der Vorsitzende gewählt. Der Schatzmeister bringt Verchwerbe über unpünktliche Ablieferung der Beiträge usw. vor und macht Vorschläge zur Einführung eines geordneten einheitlichen Verfahrens. Derselbe wird beauftragt, bei den Ortsgruppen-Schatzmeistern den Entwurf in Umlauf zu setzen. Die Ortsgruppen-Schatzmeister sollen auch möglichst die Beträge für den Forstwaisenverein von Nichtmitgliedern unseres Vereins entgegennehmen. Nachdem der Vorsitzende dem bisherigen Vorsitzenden, Hegemeister Bernstorff, Dank für seine unermüdete Tätigkeit ausgesprochen, wird um 4 1/2 Uhr die Sitzung geschlossen. Die 3. Vorsitzender.

Ortsgruppen:

Neustadt, Weßpr. (Regbz. Danzig). In der am 17. November d. J. in Rietau abgehaltenen von 24 Mitgliedern besuchten Versammlung wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. Nach Prüfung der Jahresrechnung wurde dem Vorstände Entlastung erteilt. Der Schatzmeister, Förster Warz, legte darauf das Amt als Schatzmeister nieder, an seine Stelle tritt Förster Toepper-Neustadt. 2. Der Vorsitzende, Förster Hesse-Sagorisch, hielt einen Vortrag über die Beobachtungen, welche die Mitglieder bei dem Besuch der Eisenbahnschwellen- und Faßdaubenfabrik gelegentlich der letzten Versammlung in Sagorisch gemacht hatten. Er

hob hierbei am Eingange hervor, wie gerade durch die Einrichtung von mehreren Fabriken, die sich mit der Verarbeitung von Rotbuchenholz beschäftigen, der Abfaß dieser Holzart gefördert worden ist. Dadurch erfreut sich die Rotbuche einerseits einer größeren Wertschätzung als bisher, auch sei es weiter möglich, die Durchforstungen älterer Buchenbestände so wirksam zu betreiben, daß hiermit auf eine bessere Kronenbildung und Zuwachs hingewirkt werden könne. Daran schlossen sich Anregungen, wie es auf Grund der Beobachtungen möglich sei, den Fabrikanten bei der Auswahl unter Berücksichtigung von Längen, Stärken und Fehlern entgegenzukommen. 3. Als Grundlage zur Besprechung der von dem Hauptvorstande gestellten Frage legte der Vorsitzende begründete Zeitfäße vor. Diefen wurde nach erschöpfender Aussprache zugestimmt. Im wesentlichen wurde anerkannt, daß es den Angehörigen des Försterstandes möglich sei, auf den Gebieten des rationalen Betriebes der Landwirtschaft, Förderung der Oblandsaufforstung, pfleglicher Behandlung von angrenzenden kleinen Privatforsten, der Bienenpflege und Obstbaumzucht auf die benachbarte Bevölkerung belehrend einzutwirken. Um dies auf den beiden letzten Gebieten nutzbringender durchzusetzen, sei es erwünscht, daß auch den Forstbeamten, wie z. B. den Landlehrern, vermehrt Gelegenheit gegeben werde, ihre Kenntnisse durch Teilnahme an mit Staatsmitteln unterstützten Lehrgängen zu erweitern. Auch die rege Beteiligung an dem auf die Pflege der vaterländischen Gefinnung gerichteten Vereinsleben gebe gerade in der Ostmark den Forstbeamten reichliche Gelegenheit, förderlich zu wirken. 4. Die Besprechung über Einrichtung einer gemeinsamen Unterkunft von Försterschulkindern führte zur Annahme einer Entschließung, in welcher die in Aussicht genommenen Pläne näher aufgeführt sind. Diese soll dem Vorstände der Bezirksgruppe mit dem Ersuchen vorgelegt werden, die weitere Verfolgung dieser Anregungen durch Besprechung in den anderen Ortsgruppen fördern zu lassen.

Der Vorstand. J. A. Toepper, Schriftf.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Ihren Beitritt zum „Waldheil“ melden an:

Arndt, Alexander, Zivl.-Forstingenieur, Rauscha, O.-L.
Schulte, Georg, Forstgehilfe, Lauterbach, Heßen.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Satzung jeder die Aufnahme Nachsuchende bei der Anmeldung die Erklärung abzugeben hat, daß er die Satzung des Vereins anerkennt. Ferner ist gleichzeitig der erste Jahresbeitrag einzuweisen. Derselbe beträgt für unsere Forst- und Jagdbeamten mindestens 2 Mark, für alle übrigen Personen mindestens 5 Mark.

Anmeldefakten und Satzungen können unentgeltlich und portofrei bezogen werden.

Neumann, Schatzmeister und Schriftführer.

Besondere Zuwendungen.

Gesammelt am 7. Dezember 1912 bei einer Treibjagd der Landesherzoglichkeit Groß-Wartenberg; eingesandt von Herrn Forstmeister Viehain in Groß-Wartenberg	70,00 Mk.
Gesammelt auf einer Treibjagd in Dahlenburg beim Schußfietreiben in Conrad's Hotel; eingesandt von Herrn G. Weich in Dahlenburg	1,50 „
Büße aus einer Privatsackjagd; eingesandt von Herrn Dr. Hoffmann, Rechtsanwalt in Dortmund	25,00 „
Gesammelt von den Teilnehmern an der Waldheil-Treibjagd am 10. Dezember 1912 in Garg a. d. Oder (Schren) gelegentlich einer Wette und der urfidele Stimmung nach dem Schußfietreiben; eingesandt von Herrn Forstlektor R. Krämer in Steutlin	25,00 „
Gesammelte Strafgelder auf der Jagd Bries-Sadow; eingesandt von Herrn Hans Kruse in Friedebau	27,00 „

Estrageld; eingelandt von Herrn Bülh. Sinder in Laffort für die Jagdgelochst Steinhelm	10,15 Ml.
Sühnegeld von einer Treibjagd in der Oberförsterei Bieg; eingelandt von Herrn Königl. Hegemeister Ulrich in Spiegel	6,00 "
Strafe für Fehlschüsse; eingelandt von Herrn Ritter- gutsbesitzer C. Weiße in Stuttgart	5,00 "
Estrageld von einer Treibjagd; eingelandt von der Domäne Janschwitz, Kr. Breslau	5,00 "
Sammlung aus Anlaß einer Treibjagd; eingelandt von Herrn G. Wibelig in Brix	51,00 "
Gesamtheit auf einer Treibjagd des Herrn Bergwerks- direktors Hillert in Luderberg; eingelandt von Herrn Gustav Kreuder jr. in Langenrode	10,50 "
Spende von Herrn Fabrik- und Gutsbesitzer Georg Wrobes in Friedrichshütte bei Soltau	3,10 "
Desgleichen von Herrn Heumie in Jerslow	3,00 "
Desgleichen von Herrn Schlobach u. Co. in Neu- hammer	1,00 "

Ca. 243,25 Ml.

Den Gubern herzlischen Dank und Weidmanns- heiß!

* * *

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Mar, Gotthardt, 2 Ml.; Graf v. d. Affenburg, Meisdorf, 5 Ml.; Anlauf, Melchenschlag, 2 Ml.; Albrecht, Melchhausen, 2 Ml.; Arndt, Lubie, 2 Ml.; Abesser, Gr. Fahlenwerder, 10 Ml.; Barnewitz, Gortsdorf, 3 Ml.; Buhje, Waldomstent, 2 Ml.; Börd, Völle, 2 Ml.; Bartels, Schmüdow, 2 Ml.; Boer, Stolpmünde, 2 Ml.; Büsch, Schmögrau, 2 Ml.; Boels, Kr. Rappenhagen, 2 Ml.; Baadig, Jürgensgaard, 2 Ml.; v. Brauchitsch, Scharteuse, 5 Ml.; Weders, Cudoba, 2 Ml.; Binger, Cüstrin, 2 Ml.; Frhr. v. Bühr, Thale, 5 Ml.; Bergknecht, Buchwalde, 2 Ml.; Börd, Ottolischin, 2 Ml.; Begasse, Leipe, 2 Ml.; Bedmann, Tide Bude, 2 Ml.; Brandt, Buchwald, 2 Ml.; Böhner, Jorsendorf, 5 Ml.; Bittner, Kusbaba, 2 Ml.; Böhning, Kistherfelde, 2 Ml.; Bittau, Starzard, 2 Ml.; v. d. Busche, Borsdorf, 2 Ml.; Bant, Gr. Lindenberg, 3 Ml.; Balle, Mittel, 2 Ml.; Basse, Burg, 2 Ml.; Buthardt, Allstegoride, 2 Ml.; Borsak, Landek, 3 Ml.; Conje, Wiesenau, 5 Ml.; Clemens, Gohra, 2 Ml.; Donau, Kanda, 2 Ml.; Dümke, Starzeddel, 2 Ml.; Dirbach, Yellowo, 2 Ml.; Dettler, Fr. Starzard, 2 Ml.; Dammann, Stadenfen, 2 Ml.; Deichmann, Neu-Lubowen, 2 Ml.; Dahm, Silligsdorf, 3 Ml.; Dittmar, Gochzeit, 5 Ml.; Dabbe, Dreppenswald, 2 Ml.; Dellmann, Miltate, 2 Ml.; D. Dominikus, Remigold, 5 Ml.; Eilers, Forsthaus, 2 Ml.; v. Chart, Raumburg, 5 Ml.; Emer, Hauden, 2 Ml.; Giffmann, Freienhe, 2 Ml.; Gundersien, Rangien, 2 Ml.; Gießler, Gröbthberg, 2 Ml.; Grütsche, Berlin, 20 Ml.; v. Freier, Berlin, 5 Ml.; Frühl, Elawen-
h, 2 Ml.; Gärtenau, Wilmersdorf, 2 Ml.; Graf Hind von
Hindenstein, Eledow, 5 Ml.; Fernau, Edbau, 2 Ml.; Fischer, Gwisdon, 2 Ml.; Fild, Rangig, 5 Ml.; Freimuth, Neuenhagen, 2 Ml.; Fries, Tantom, 6 Ml.; Faldenberg, Wohlen, 2 Ml.; Fiedler, Breichine, 2 Ml.; Gäßler, Gr. Gohlau, 2 Ml.; Gieseke, Rodte, 2 Ml.; Gole, Gr. Dobbert, 2 Ml.; Dr. Glaser, Rattowig, 5 Ml.; Goretka, Friedrichshütte, 2 Ml.; Grohmann, Nicolsdorf, 5 Ml.; Gabriel, Lufnahmen, 2 Ml.; Graef, Altenforge, 2 Ml.; Gauh, Schlobelien, 5 Ml.; Goergen, Esien, 2 Ml.; Grassie, Schönwerder, 2 Ml.; Grandsitz, Gr. Steinberg, 2 Ml.; Dr. Gerlach, Alfeld, 5 Ml.; Grandsitz, Tschernow, 2 Ml.; Grassienreut, Ruhlthal, 2 Ml.; Günther, Wilsburg, 2 Ml.; Herrmann, Krattischagen, 2 Ml.; Feder, Peters-
thal, 2 Ml.; Hausknecht, Güntersdorf, 2 Ml.; Dantle, Fuchshof, 2 Ml.; Herrmann, Cassel, 5 Ml.; Feistfogel, Alagrotbau, 2 Ml.; Herzog, Hennig, 2 Ml.; Guttanus, Wildpart, 2 Ml.; Herms, Kargow, 2 Ml.; Hinte, Neubarrach, 2 Ml.; Herwin, Königsfeld, 2 Ml.; Heil, Wallenden, 2 Ml.; Harnel, Rothensiedau, 2 Ml.; Hein, Mehle, 2 Ml.; Hufendebert, Heddingen, 5 Ml.; Hildebrandt, Rempow, 5 Ml.; Hoffmann, Roderbed, 2 Ml.; Feun, Guichenbad, 2 Ml.; Herget, Grafenbort, 2 Ml.; Hauswald, Brühlthal, 2 Ml.; Hirt, Wehingen, 2 Ml.; Hermerdsbörfer, Neue Walfmühle, 2 Ml.; Höper, Wiegelsen, 2 Ml.; v. Hendebrak, Neubudow, 5 Ml.; Helm, Hinaurode, 2 Ml.; Hörnle, Mingeles, 2 Ml.; Haas, Münster, 2 Ml.; Hausbatter, Niedersepte, 2 Ml.; Horter, Hüpern, 2 Ml.; Hüger, Dahnau, 2 Ml.; Hoepe, Berlin-Schöneberg, 2 Ml.; Jurausch, Bawelwitz, 2 Ml.; Jurt, Braunau, 2 Ml.; Janien, Schlessow, 2 Ml.; Jellen, Mischline, 2 Ml.; Dr. Jheib, Magdeburg, 5 Ml.; Jaelsche, Religode, 2 Ml.; Janison, Grone a. Wrahe, 5 Ml.; Joanne, Garlschagen, 2 Ml.; Kohn, Gorno, 2 Ml.; Karpe, Lontors, 3 Ml.; Krüschendorf, Nordheim, 5 Ml.; Koch, Gr. Münche, 2 Ml.; v. Krollat, Wilmersdorf, 5 Ml.; Kocula, Kiergrund, 2 Ml.; Kahlke, Wenden, 2 Ml.; Kamlach, Altenbesen, 5 Ml.; Kieberg, Gransig, 2 Ml.; König, Spittelndorf, 2 Ml.; Krause, Emstbort,

2 Ml.; Krastl, Buraun, 5 Ml.; Klingelstein, Gr. Maib, 2 Ml.; v. Köppen, Pübbingen, 5 Ml.; Kroll, Brighwall, 2 Ml.; Kölling, Gaa, 2 Ml.; Kamm, Riterhof, 2 Ml.; Kühnel, Fuchsborg, 2 Ml.; Knoll, Egersleben, 2 Ml.; Keud, Nieheim, 2 Ml.; Klemke, Jacobs-
dorf, 2 Ml.; Krüger, Wiblingen, 2 Ml.; Knapera, Weimätsche, 2 Ml.; Kirschner, Grünheide, 5 Ml.; Küster, Niederlinsweiler, 2 Ml.; König, Burghaun, 5 Ml.; Klose, Mischelsdorf, 2 Ml.; Köhlmann, Dieban, 3 Ml.; König, Jindensien, 2 Ml.; Krell, Steinbed, 2 Ml.; Kreuger, Rechruch, 2 Ml.; Kaffig, Dunselstorf, 2 Ml.; Rinden-
berg, Gr. Budide, 2 Ml.; Rindner, Goffar, 2 Ml.; Lorenz, Fuchsw, 2 Ml.; Lehmann, Hohenboda, 5 Ml.; Lufatis, Crielburg, 2 Ml.; Rippelt, Brecherode, 2 Ml.; Ronger, Gr. Christinenberg, 2 Ml.; Rinz, Bodgort, 2 Ml.; Reist, Theerteute, 2 Ml.; Reitom, Sognis, 2 Ml.; Rohje, Wewer, 2 Ml.; Rehm, Kuchelna, 2 Ml.; Röhde, Gr. Horn, 5 Ml.; Rang, Schönthal, 2 Ml.; Reutner, Ebersberg, 2 Ml.; Rau, Regisheim, 2 Ml.; Rastl, Eperenberg, 2 Ml.; Rind-
edert, Stapelstweiler, 2 Ml.; Rahlke, Heinersdorf, 2 Ml.; Wartens, Werber, 2 Ml.; Ralig, Brande, 2 Ml.; Riedow, Schwerin, 2 Ml.; Rahruth, Neu-Globow, 2 Ml.; Raerter, Rabertan, 2 Ml.; v. Reherind, Münden, 3 Ml.; Rios-Besterfeld, 2 Ml.; Rallid, Moriburg, 5 Ml.; Riesehe, Haus Langen, 2 Ml.; Rands, Gramzow, 5 Ml.; Ralisch, Heinersdorf, 2 Ml.; Rieghner, Al-
Radlig, 5 Ml.; Ranten, Riefen, 2 Ml.; Rarschold, Badermühle, 2 Ml.; Rähler, Junkerfeld, 2 Ml.; Dr. Roewes, Gallenau, 6 Ml.; Müller, Jisenburg, 2 Ml.; Rarose, Reinfeld, 2 Ml.; Rylus, Altenburg, 5 Ml.; Rangel, Halberstadt, 2 Ml.; Rigel, Halber, 3 Ml.; Reumann, Neufajerei, 2 Ml.; Rissen, Brandel, 2 Ml.; Rood, Eberspachsdorf, 5 Ml.; Rehme, Vichtenwalde, 2 Ml.; Raul, Cbrath, 2 Ml.; Rorgerba, Geyfen, 2 Ml.; Roesler, Mochwitz, 2 Ml.; Rorrmann, Ehangenfen, 2 Ml.; Rudert, Beilin, 5 Ml.; Rulch, Stangenfeld, 2 Ml.; Peters, Burg, 2 Ml.; Riber, Bren-
hausen, 2 Ml.; Rohl, Merzdorf, 2 Ml.; Peters, Lüh, 5 Ml.; Peter-
sohn, Grünhaus, 5 Ml.; Bedmann, Janderbrück, 5 Ml.; Ragne, Strahburg, 5 Ml.; Peters, Relsow, 2 Ml.; Reitrich, Sablatz, 2 Ml.; Rrim, Mischhausen, 2 Ml.; Quandt, Quandenheide, 2 Ml.; Richter, Wendichine, 2 Ml.; Rader, Garmebold, 2 Ml.; Rade, Großharthau, 2 Ml.; Rofhe, Rahnen, 2 Ml.; Rofhe, Schütten-
walde, 5 Ml.; Redlin, Schillersdorfer Theerofen, 3 Ml.; Rübiger, And-abte, 2 Ml.; Ruchel, Reigabode, 5 Ml.; Ramm, Rahlhorst, 2 Ml.; Rodlich, Jägerhof, 2 Ml.; Ruff, Dofle, 2 Ml.; Reus, Crie, 2 Ml.; Rofch, Walbad, 2 Ml.; Rother, Relsen, 2 Ml.; Riebow, Schönwante, 2 Ml.; v. d. Rede, Riemershof, 5 Ml.; v. Rechenberg, Weikewarthe, 2 Ml.; Richter, Riedmorschkeller, 2 Ml.; Ribbad, Borak, 2 Ml.; Radomski, Rahnichen, 2 Ml.; Roedenbeck, Al-
sternide, 5 Ml.; Rühl, Mischhof, 2 Ml.; Rüdiger, Kemmig, 2 Ml.; Ruch, Dineburg, 2 Ml.; Reger, Albedern, 2 Ml.; Riegenberg, Raderid, 2 Ml.; Rabbid, Tragarth, 2 Ml.; Rfcoronsst, Alexander-
hof, 2 Ml.; Relf, Giffelle, 5 Ml.; Reidel, Altenbach, 2 Ml.; Rella, Carlsthal, 2 Ml.; Rindler, Carlsthal, 5 Ml.; Reigler, Gr. Riebenau, 2 Ml.; Rindow, Haag, 2 Ml.; Sonnenburg, Rosto, 2 Ml.; Remp-
Eberan al e, 5 Ml.; Sawall, Chnigen, 2 Ml.; Schmidt, Grafen-
tonna, 2 Ml.; Schurth, Alfeld, 2 Ml.; Scheuch, Rembowig, 5 Ml.; Schilling, Eberswalde, 5 Ml.; Schaul, Schwentog, 2 Ml.; Schulze, Rorhagen, 2 Ml.; Graf v. Schlupenbach, Schenermarf, 10 Ml.; Graf Schwenin, Hausdorf, 10 Ml.; Schwarze, Rautentanz, 2 Ml.; v. Schupp, Neu-Ramud, 5 Ml.; Schulte, Rannenberg, 2 Ml.; von Schend, Riechtingen, 5 Ml.; Schwarzer, Domboda, 2 Ml.; Schmidt, Hannover, 2 Ml.; Schalla, Ruhlischhof, 2 Ml.; Schroder, Stettin, 5 Ml.; Schütte, Mansbach, 2 Ml.; Scharenberg, Reugwalde, 5 Ml.; Schubert, Wilmeshwalde, 5 Ml.; Schaller, Gr. Wartenberg, 5 Ml.; Schaul, Reindorf, 2 Ml.; Schulz, Lannoch, 2 Ml.; Schulz, Rinnow, 2 Ml.; Schulte, Schiltschwalde, 2 Ml.; Schaller, Urbis, 2 Ml.; Schroeber, Vaang, 5 Ml.; Steuer, Ringen-
walde, 3 Ml.; Stecher, Raate, 2 Ml.; Strade, Relen, 2 Ml.; Standise, Gortsdorf, 2 Ml.; Stephalmsch, Jägerhaus, 2 Ml.; Steinhagen, Tefstorf, 2 Ml.; Stephan, Alfeld, 2 Ml.; Strauch, Rolsdam, 5 Ml.; Tsdowe, Ribiella, 5 Ml.; Timm, Röllensdorf, 2 Ml.; Thamm, Rogenstark, 2 Ml.; Thomas, Riehai, 2 Ml.; Thomastu, Stalblohn, 2 Ml.; Uedermann, Raskia, 2 Ml.; Hoffmer, Ruchow, 2 Ml.; Barneude, Roppot, 5 Ml.; Regerer, Schlagenthin, 2 Ml.; Wrede, Riefflarund, 5 Ml.; Wolff, Rupp, 2 Ml.; Wolff, Rensburg, 2 Ml.; Ranning, Rudeweiler, 2 Ml.; Weikhamel, Oberweilrich, 2 Ml.; Wewer, Riegow, 2 Ml.; Wallarün, Gohra, 2 Ml.; v. Waldow, Hohenbrück, 5 Ml.; Wulff, Renschow, 3 Ml.; Wrede, Rrumbek, 2 Ml.; Wochel, Weikowice, 2 Ml.; Weber, Lauste, 2 Ml.; v. Wuthenau, Rolsdo, 5 Ml.; Wirtig, Rieburger-
brück, 2 Ml.; Wendrich, Al-Brandeleben, 3 Ml.; Walthvener, Niederlanchen, 2 Ml.; Wilshe, Rohlrich, 2 Ml.; Welsch, Wartha, 2 Ml.; Winkler, Chursdorf, 2 Ml.; Weis, Chuega, 2 Ml.; Wiclmst, Darfow, 2 Ml.; Wicthe, Stettin, 5 Ml.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten
Beiträge bescheinigt Neumann,
Schafmeister und Schriftführer.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Hertog-Galensee.

Stellenvermittler.

Aus den Mitgliederkreisen sind im Laufe der letzten Monate an die Geschäftsstelle unseres Vereins eine Reihe von Beschwerden über die „Stellenvermittler“: Eduard Koltermann und Franz Grhy, Berlin O 17, Berliner Straße 18, eingegangen.

Auf unsere Veranlassung hin (vergl. die Notiz in Nr. 32 der „Deutschen Forst-Zeitung“) wurde gegen Grhy Anzeige wegen Verstoßes gegen das Stellenvermittlergesetz gemacht.

Nach einem Schreiben des Ersten Staatsanwalts beim Königl. Amtsgericht Berlin-Mitte vom 9. d. M.s. ist das Ergebnis des Verfahrens folgendes:

„Das Ermittlungsverfahren gegen den Stellenvermittler Franz Grhy wegen Verstoßes gegen das Stellenvermittlergesetz habe ich eingestellt.“

Der Beschuldigte behauptet, er habe das Stellenvermittlergewerbe nicht selbständig betrieben, sei vielmehr nur Angestellter des Stellenvermittlers Koltermann gewesen. Die Anzeigen und Drucksachen seien zwar unter seinem Namen veröffentlicht und verandt worden, rührten aber tatsächlich nicht von ihm, sondern von Koltermann her, der sie habe drucken, versenden und in den Zeitungen veröffentlichen lassen und sie bei der Verbindung mit seinem, des Grhy, Namen unterschrieben habe. Diese Angaben haben sich nicht widerlegen lassen.

Koltermann bestreitet sie zwar, seine Angaben sind aber wenig glaubhaft, weil er anderweitig ähnlich verfahren ist. Deshalb läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, daß Grhy für die unter seinem Namen begangenen Verfehlungen verantwortlich wäre.

Gegen Koltermann ist die Strafverfolgung verjährt.“

Galensee, den 13. Dezember 1912.

Dr. Hertog, Vorsitzender.

Aufnahme in die Forstlehrlingsschule des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands.

Am 1. Juli 1913 beginnt für die Forstlehrlingsschule zu Templin ein neues Sch.-Jahr. Anmeldungen zur Aufnahme sind bis spätestens 1. März 1913 dem Unterzeichneten einzureichen, welcher über die Kosten des Sch.-Besuches und die Aufnahmebedingungen sowie auch über den Entwicklungsgang des Privatförsters auf Anfrage nähere Auskunft erteilt.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein „Waldheil“ an Privatforstbeamte, welche Mitglied des Vereins „Waldheil“ sind, zur Ausbildung ihrer Söhne eine Anzahl Stipendien zu je 100 M. zu vergeben hat. Etwaige Gesuche um solche sind an den Verein „Waldheil“ zu Neudamm zu richten.

Forstlehrlingsschule Templin (Udermart),
Dezember 1912. Jacob, Direktor.

Bezirksgruppe Schlesien A (Regbz. Oppeln VI).

Sonntag, den 5. Januar 1913, von nachmittags 3 Uhr ab, findet in Oppeln im Centralhotel, gegenüber dem Hauptbahnhof, eine Bezirksgruppenversammlung statt, zu welcher der Unterzeichnete ergebenst einladet.

Tagesordnung:

1. Oberförster Trost-Dambrau: Geschäftliches aus der Gruppe. Bericht über die Mitgliederversammlung zu Eisenach vom 14.—17. August 1912.
2. Oberförster Greschit-Groß-Stein, D.-S.: Vortrag: „Über Schädigung des Waldes durch Rüsselkäfer und deren Bekämpfung.“
3. Wildmeister Fiebig-Krähzafi: Vortrag: „Über das Versicherungsverfahren des Vereins.“

Etwa von 6½ Uhr ab gemütliches Beisammensein mit den Damen der Mitglieder, welche höflichst eingeladen werden. Klavierpiel und Geigenbegleitung.

Durch Mitglieder beim Unterzeichnen an gemeldete Gäste sind willkommen.

Mit Weidmannsheil!

Dambrau D.-S., den 8. Dezember 1912.
Der Vorsitzende der Bezirksgruppe VI
Trost, Oberförster.

Bezirksgruppe XVI (Provinz Sachsen, Braunschweig und Anhalt).

Sonabend, den 21. Dezember, 1 Uhr nachmittags, soll im Hotel „Continental“ in Magdeburg eine Bezirksgruppen-Versammlung abgehalten werden.

Tagesordnung.

1. Bericht über die diesjährige Hauptversammlung in Eisenach.
2. Wahl des neuen Bezirksgruppenvorsitzers.
3. Privatbeamtenversicherung.
4. Forstliche und jagdliche Tagesfragen.
5. Wünsche und Anträge aus der Versammlung.

Gäste sind herzlich willkommen. Es wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Halle a. S., 11. Dezember 1912.

Der Bezirksgruppenvorsitzer.

H. Poppe.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen:

3953. Gravenstein, Carl, Privatoberförster a. D., Siernberg, Bez. Frankfurt a. O. (H.-Gr. IX.)
3954. Lufas, Ernst, Förster, Nechow b. Gopatz H.-Gr. (H.-Gr. IX.)

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:
Bohle, Vincent, Forstausseher, Stargard i. Meckl.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugehant. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle

des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Galensee-Berlin, Karlshauer Str. 13.

Verzeichnis

über die in der Zeit vom November 1911 bis dahin 1912 der Forstlehrlingschule Templin überwiesenen Schenkungen:

Nr.	Name des Gebers	Mitgl.-Nr.	Gegenstand des Geschenkes
1	Geh. Rat Professor Dr. Schwappach, Eberkwalde	17	1. Forstliche Bodenkunde und Standortislehre von Prof. Dr. Ramann 2. Wörterbuch des Deutschen Verwaltungsrechts, Bd. II, 2-3 3. Leitfaden für den Waldbau von Oberforstmeister Weise 4. Forstl. Centralblatt, Jahrg. 1906; Centralblatt f. d. gesamte Forstwesen, Jahrg. 1907; Österreich. Vierteljahresschrift f. Forstwesen, Jahrg. 1909; Allg. Forst- und Jagdztg., Jahrg. 1909 5. Mehrere Hefte von: Schweiz. Zeitschrift für Forstwesen; der prakt. Forstwirtschaft; die Forstschweizer; Tharandter forstl. Jahrb. 6. Bodenkunde von Prof. Dr. Ramann 7. Foren's Handbuch der Forstwissenschaft, 4 Bände mit Organisationsabb.: Grundriß d. Zoologie 8. Wagners räumliche Ordnung im Walde (Prüfungsschönpreis pro Schuljahr 1911/12)
2	Verein Waldheil, Neubamm		1. Virschlänger und 1 Jagdmesser (Ehrenpreise f. die 2 besten Prüflinge pro 1911/12)
3	Geh. Kommerzienrat Neumann, Neubamm	20	Forstl. Lehrbuch für Jäger (Prüfungsschönpreis pro Schuljahr 1911/12)
4	Ungeannt		Altm., Der Vogel und sein Leben
5	Hilfsjäger Benz, Lamed	316	1 halbesender Nistbahn
6	Jirma Göhlers Ww., Freiberg		1 Generischer Hohlbohrer und 40 Kataloge f. Verteilung an die Schüler
7	Oberförster Schulze, Gr. Kreitenstein	1752	13, 10 M für Lehrzwecke
8	Fabrikbesitzer H. Wehel, Uckerleben	3771	20, 00 M für Schulzwecke
9	Förster Horwe, Manhagenerfelde		1 Tamschaufelergeweiß, 1 Tamschaufelrabinormität, 2 Monowidspießgeweiße, 1 Rehgehörn
10	Landwirtschaftskammer f. die Prov. Brandenburg, Berlin		1 Holzjammung
11	Forstrat Gulefeld, Lauterbach	2	1 Tonne Bier, 1 Postpaket Bucheln

Nr.	Name des Gebers	Mitgl.-Nr.	Gegenstand des Geschenkes
12	Oberförster Schwabe, Jagdschloß b. Reichswasser	647	1 Faustmanns Spiegelhappometer
13	Oberförster Berner, Erbrode	210	1 Holzgarten Sammlung
14	Hilfsjäger Ehrlich, Pr. Friedland		1 Rehgehörn
15	Geh. Kommerzienrat Neumann, Neubamm	20	Je 1 Buch zur Bibliothek: Heinrich Wilhelm Döbels Jäger-Practica C. E. Diezels Erfahrungen aus dem Gebiete der Niederjagd, 6. Auflage Körig, Wild, Jagd und Bodenkultur Wendland, Der leichte Boden Walter, Die Bewirtschaftung des Forstlandes Oberländer, Der Leibelgene, 2. Auflage Schwepfer, Die rationelle Wildfütterung Kichling, Heliantisch Simon, Der Wildschaden Bauer, Das in Deutschland geltende Recht, revivierende Hunde und Ragen zu töten 4. Auflage Tengler, Die Horizontalverbreitung der Fichte und der Kieferanne Schwappach, Ertragsstufen der wichtigsten Holzarten Edheim, Der Kiefernjuener Edheim, Die Kalkfäher Anweisung zur Ausführung der Betriebsregelungen in den Preussischen Staatsforsten vom 17. März 1912 Jenmuth, Das Betreten des Waldes Preussisches Forstjahresbuch für 1912 Boigt, Der große Waldbrand zu Schwerin Linte, Anleitung zum Bau und zur Bewirtschaftung von Teichanlagen Friederichs, Der Fischereipachtvertrag

Allen freundlichen Spendern wird hiermit herzlichster Weidmannsdank gesagt.

Templin, 13. Dezember 1912.

Jacob, Direktor.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Brandversicherungsverein Preussischer Forstbeamten.

Bekanntmachung.

Die dreißigste ordentliche Mitglieder-versammlung des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten findet am **Donnerstag, dem 3. Mai 1913, vormittags 11 Uhr**, im Dienstgebäude des landwirtschaftlichen Ministeriums hier selbst, Leipziger Platz 9, statt.

Die nach § 13 der Vereinsstatuten zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung Berechtigten

werden hierzu eingeladen. Die Teilnehmer haben nach § 16 der Vereinsstatuten ihre Mitgliedschaft bei dem Hauptvorstande nachzuweisen.

Die zur Vorlage gelangenden Schriftstücke, als Rechnung, Bilanz und Jahresbericht für 1912, sowie der Etat für 1913, können im landwirtschaftlichen Ministerium, Leipziger Platz 7, vom 30. April 1913 ab in den Stunden von 11 bis 2 Uhr mittags eingesehen werden.

Berlin, den 2. Dezember 1912.

Der Hauptvorstand.

Wesener.

Berlin.

Sehberth'sche August- und München-Stiftung.

Bekanntmachung.

Die **Sehberth'sche August- und München-Stiftung** zur Ausbildung von Kindern von Forstschutzbeamten im Regierungsbezirk Wiesbaden wird demnächst über die im Jahre 1913 an die Waisen und Kinder von Forstschutzbeamten zu bewilligenden Unterstützungen Beschluß fassen.

Diejenigen Vormünder, Forstschutzbeamten oder Witwen von Forstschutzbeamten, welche für ihre Mündel oder Kinder eine Unterstützung zu erhalten wünschen, werden daher aufgefordert, ihre Gesuche bis spätestens 25. Januar 1913 an den zunächst wohnenden Herrn Forstmeister oder Oberförster zur weiteren Veranlassung abzugeben.

Die zu den Gesuchen vorgeschriebenen Formulare können auf jeder Oberförsterei in Empfang genommen werden.

Wiesbaden, den 7. Dezember 1912.

Der Vorstand
der Sehberth'schen August- und München-Stiftung.
Dandermann.

Bekanntmachung.

Die Hauptversammlung der **Sehberth'schen August- und München-Stiftung** findet Sonnabend, den 8. Februar 1913, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Warburg“ in Wiesbaden, Schwalbacher Straße 51, statt.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Rechenschaftsberichtes über die Wirksamkeit der Stiftung und des Vorstandes im abgelaufenen Jahre;
2. Vorlage der abgeschlossenen Rechnung für das Kalenderjahr 1912 und des Berichtes des Rechnungs-Prüfungsausschusses darüber;
3. Genehmigung der Unterstützungen, welche von dem Vorlande vorgeschlagen werden;
4. Wahl des Rechnungs-Prüfungsausschusses für das Jahr 1913;
5. Etwaige Mitteilungen, Anträge und Wünsche des Vorstandes, der Vertrauensmänner und der Mitglieder.

Wiesbaden, den 7. Dezember 1912.

Der Vorstand
der Sehberth'schen August- und München-Stiftung
Dandermann.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Befegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 1008. — Zur Vorbildung der preussischen Forstlehrlinge. Von Emd. 1001. — Waldweide gegen Fleischnot. Von Brdr. 1018. — Zur Beseitigung der Reform in Elßaß-Lothringen. 1014. — Verlauf fiskalischer Forstflächen in der Großherzoglichen Waldfolge. 1014. — Reispresse und Sonnen-Zamendarre. 1014. — Zunahme der Schwarzschweine im Raubhölzgebirge. 1015. — Jahresversammlung des Schweizerischen Forstvereins. 1015. — Tagung des Zentralverbandes deutscher Holzinteressenten. 1014. — Gelege, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse. 1017. — Aussonderung überflüssiger Gesele und Polizeiverordnungen. 1018. — Erweiterung der Befugnisse der waldischen Landwirtschaftskammer. 1018. — Sechste Generalversammlung des Elßaß-Lothringischen Gemeindeforstvereins. 1019. — Eine Ehrenrettung Wiener Feines. 1019. — Anlauf des 72.35 ha großen Buchberges vom katholischen Kloster in Vauhan durch die Stadt Vauhan. 1019. — Versteigerung von Eichenohrdrö. 1019. — Forstverkauf in Ungarn. 1019. — Christbaumhandel und Christbaumgeschäft. 1019. — Amtlicher Warbericht. 1020. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen. 1020. — Offene Stellen im Gemeinde- und Auktionsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps. 1021. — Brief- und Fragelosen. 1021. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 1021. — Nachrichten des „Waldbau“. 1021. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 1022. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 1029. — Inserate.

Des Weihnachtsfestes wegen bitten wir, alle für Nummer 52 der Deutschen Forst-Zeitung bestimmten Bekanntmachungen, Mitteilungen, Inserate usw. spätestens bis zum Montag, dem 23. Dezember, früh an uns gelangen zu lassen.

Neudamm, 18. Dezember 1912.

Die Geschäftsstelle.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit Nr. 52 schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die

Deutsche Forst-Zeitung mit den Gratisbeilagen **Forstliche Rundschau** und **Des Försters Feierabend** (Seite 91 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1913) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beilagen: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk in Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Ferkel** (Seite 93 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1913) — Abonnementspreis vier Mark pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. Januar bis 31. März 1913, sofort anzugeben, damit in der regelmäßigen Zusendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Für verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einsendung des Betrages für Abonnement und Frankatur.

Neudamm, im Dezember 1912.

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

Deutsche Forst-Zeitung.

Mit den Beilagen: Forstliche Rundschau und Des Försters Feierabende.
Nachblatt für Forstbeamte und Waldbesitzer.

Amthliches Organ des Brandversicherungs-Vereins Preussischer Forstbeamten, des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten, des „Waldheil“, Verein zur Förderung der Interessen deutscher Forst- und Jagdbeamten und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen, des Vereins für Privatsforstbeamte Deutschlands, des Forstwaltenvereins, des Vereins Herzoglich Sachsen-Meiningischer Forstwärter, des Vereins Waldeck-Thymer Forstbeamten, der Vereinigung mittlerer Forstbeamten Anhalts.

Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Forstmänner.

Die Deutsche Forst-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., bei allen kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1913 Seite 91); direkt unter Streichband durch die Expedition für Deutschland und Österreich 2 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 3 M. Die Deutsche Forst-Zeitung kann auch mit der Deutschen Jäger-Zeitung und deren Beilagen zusammen bezogen werden. Der Preis beträgt: a) bei den kaiserlichen Postanstalten (eingetragen in die deutsche Post-Zeitungs-Preisliste für 1913 Seite 98 unter der Bezeichnung: Deutsche Jäger-Zeitung mit der Beilage Deutsche Forst-Zeitung) 4 M., b) direkt durch die Expedition für Deutschland und Österreich 5 M., 50 Pf., für das übrige Ausland 6 M., 50 Pf. Einzelne Nummern werden für 25 Pf. abgegeben.

Für ohne Vorbehalt eingelangten Beiträgen nimmt die Redaktion das Recht redaktioneller Änderungen in Anspruch. Manuskripte, für welche Honorar gefordert wird, wolle man mit dem Vermerk „gegen Honorar“ versehen. Beiträge, welche die Verfasser auch anderen Zeitschriften übergeben, werden nicht honoriert. Die Honorare werden am Schlusse des Quartals ausbezahlt.

Jeder Nachdruck aus dem Inhalte dieses Blattes wird nach dem Gesetze vom 19. Juni 1901 verfolgt.

Nr. 52.

Neudamm, den 29. Dezember 1912.

27. Band.

Zur Besetzung gelangende Forstdienststellen in Preußen.

(Veröffentlicht gemäß Min.-Erl. vom 17. November 1901. Nachdruck verboten.)

Försterstelle **Gröbbernow** in der Oberförsterei Hohenbrück, Regierungsbezirk Stettin, ist zum 1. März 1913 zu besetzen.

Einen herzlichen Weihnachts- und Neujahrsgruß

gestatten wir uns allen zuzurufen, die mit der „Deutschen Forst-Zeitung“, sei es als Abonnenten, als Leser oder Mitarbeiter, in Verbindung stehen. Daran schließen wir gleichzeitig die besten Wünsche für das kommende Jahr!

Wohl sehen wir gegenwärtig alle mit mehr oder weniger banger Sorge in die Zukunft. Am politischen Himmel ballen sich finstere Wetterwolken zusammen und drohen, sich jeden Augenblick über die Völker Europas zu entladen. Möge es gelingen, diese Gefahren von unserm Vaterlande fernzuhalten, so daß jeder Bürger auch im neuen Jahre in Ruhe und Frieden seinem Tagewerke nachgehen kann.

Die besten Wünsche hegen wir für das fernere Gedeihen des deutschen Waldes wie für das Wohlergehen seiner Pfleger und Heger. Mögen dem deutschen Walde schwere Schädigungen, die in den letzten Jahren seine Entwicklung störten, erspart bleiben, und möge es seinen Hütern gelingen, die nachteiligen Einflüsse dieser Heimtuckungen zu beseitigen oder doch zu mildern. Dem deutschen Forstbeamtenstande in all seinen verschiedenen Berufsstellungen wünschen wir, daß ihm in seinen auf die Förderung der deutschen Forstwirtschaft und Forstwissenschaft gerichteten Bestrebungen nicht nur reicher Erfolg, sondern auch volle Anerkennung beschieden sei. — Wohl ist das Bewußtsein, nach bestem Wissen und Können an der Lebensaufgabe treu zu arbeiten, ein schöner, idealer Lohn für alle Mühe und Arbeit; bei dem steten Vorwärtstreben auf

allen Gebieten des Erwerbslebens ist es aber ganz natürlich, daß auch die fern vom Weltgetriebe wohnenden Pfleger des deutschen Waldes ihren Blick materiellen Interessen zuwenden. Möchten auch auf diesem Gebiete dem Stande der deutschen Forstbeamten die gleichen Erfolge beschieden sein wie allen anderen Berufsständen.

Bei dem Rückblick auf Gewesenes und der Ausschau auf Kommendes empfangen wir den Eindruck, daß dem deutschen Forstbeamten im nächsten Jahre nach verschiedensten Richtungen Erfreuliches beschieden werden sollte und einige, längere Zeit in ihren Kreisen gehegte Wünsche der Verwirklichung näherkommen. — Für die Königlich Preussischen Förster wird wohl endlich durch die geplante Regelung der Dienstländereien ein Hindernis beseitigt, das der Zubilligung eines angemessenen Ruhegehaltspflichtigen Einkommens immer im Wege stand, nämlich die Verquickung von Bargehalt mit den Nebenbezügen. — Die Anwärter dieses Standes dürfen hoffen, durch die Schaffung von zahlreichen neuen Försterstellen mit Revier als Sekretäre ihr Lebensziel, die endgültige Anstellung, früher zu erreichen. — In den Kreisen der Gemeinde- und Anstaltsforstbeamten rückt der engere Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Verbands näher. Mit Recht wird erwartet, daß die Lebenslage dieser Beamten hierdurch sowohl in ideeller wie auch materieller Beziehung günstig beeinflusst wird. — Durch Inkrafttreten des Angestelltenversicherungsgesetzes wird es endlich den Privatforstbeamten möglich, mit größerer Beruhigung dem Lebensabend entgegenzusehen. Weiter läßt sich für diesen Stand — wie für die zünftige grüne Farbe überhaupt — hoffen, daß sich dem Vorgehen des Königreichs Sachsen, die Führung des Oberförster- und Förstertitels von einem Befähigungsnachweise abhängig zu machen, auch die anderen Bundesstaaten, namentlich Preußen als größter, anschließen, so daß die vielen ungeeigneten Elemente im grünen Kleide wenigstens nicht mehr als Oberförster und Förster in Betracht kommen.

Wenn wir danach auch für die mit uns eng verbundene grüne Gilde im neuen Jahre manches Gute erwarten dürfen, so wird dennoch für die „Deutsche Forst-Zeitung“ außer der Behandlung von rein forstwirtschaftlichen und forstwissenschaftlichen Fragen reichlich Gelegenheit bleiben, nach wie vor daran mitzuwirken, daß dem Stande der deutschen Forstbeamten die Stellung und das Einkommen geschaffen und erhalten wird, auf die er als Mehrer und Hüter eines solchen Staatschatzes, wie wir ihn in den deutschen Wäldern besitzen, berechtigten Anspruch erheben darf. Unserer Gepflogenheit getreu, wird unser Wirken auch ferner in rein sachlicher Form, unter sorgfältigster Abwägung aller Verhältnisse und mit möglichster Schonung jeder abweichenden Auffassung, erfolgen. Daß die „Deutsche Forst-Zeitung“ bisher den richtigen Weg wählte, glauben wir daraus entnehmen zu sollen, daß ihr Leserkreis sich fortgesetzt bis auf den gegenwärtigen Stand von 12 500 vergrößert hat.

Unsere Freunde und Gönner bitten wir, uns auch in dem neuen Jahre gütigst zu unterstützen, und zwar die geschätzten Leser durch eine wohlwollend sachliche Beurteilung des Inhaltes, und der große Kreis unserer hochverehrten und bewährten Mitarbeiter durch weitere treue Hilfe in der Verfolgung unserer Ziele.

Mit Wald- und Weidmannsheil

Schriftleitung und Geschäftsstelle der „Deutschen Forst-Zeitung“.

Die Anstellungsverhältnisse der preussischen Forstassessoren.

(Vgl. Jahrgang 1912 der „Deutschen Forst-Zeitung“ Nr. 2, S. 27/28.)

Das verflossene Jahr ist für die Herbeiführung gesunder Verhältnisse in der Anstellung unserer Forstassessoren überaus günstig gewesen. Es fanden, abgesehen von verschiedenen anderen Abgängen, 35 Anstellungen als Oberförster statt. Während im Jahre 1911 zwar eine kleine Abnahme in der Gesamtzahl der Anwärter (von 449 auf 437 = 12) nachgewiesen werden konnte, hatte sich doch die Zahl der Assessoren infolge der großen Annahme Befähigter in älterer Zeit von 205 auf 219 = 14 vermehrt. Gegenwärtig ist jedoch (im Jahre 1912) eine Verminderung von 219 auf 212 = 7 eingetreten.

Dies günstige Verhältnis dürfte wohl auch die Zentralbehörde veranlassen, die Zahl der neu

anzunehmenden etwas zu vergrößern, um späterem Mangel an Affessoren rechtzeitig vorzubeugen*). Es waren vorhanden:

	Affessoren und Ober- förster o. R.	Referen- dare	Be- stimmte	Zu- sammen
Am Ende des Jahres 1911	219	108	115	437
Am Schlusse des Jahres 1912	212	96	125	433
Witbin Ende 1912 } mehr } weniger	7	7	10	4

Es wurde Ende 1911 ein Herabgehen der

Wartezeit auf 10 Jahre festgestellt und ein Gleichbleiben dieser Zeit für die nächsten Jahre als wahrscheinlich angenommen. Nun aber stellen sich die Verhältnisse wesentlich günstiger: Die Wartezeit sank schon 1912 auf 9 und dürfte 1913 noch mehr sinken. Allerdings kann die große Anzahl der 1911 geprüften einen kleinen Stillstand herbeiführen, aber die Schwächen der nun zunächst zur Anstellung gelangenden Jahrgänge werden immerhin ein wesentliches Sinken zur Folge haben.

Potsdam, Dezember 1912.

Guse.

Die Bekämpfung des Wildschadens im Walde.

Von Freih. Forstmeister Härtel, Zeitzlos, Unterfranken.

Der Schaden, welchen unsere schlimmsten Kulturverderber aus der Insektenwelt und dem Pflanzenreich (Pilze) den forstlichen Jungwüchsen antun, reicht nicht an die Größe der Beschädigungen heran, welche das Rot- und Rehwild jährlich jahraus allein durch Verbeißen dem deutschen Walde zufügt. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte ist dieser Schaden erheblich größer geworden, denn im allgemeinen hat sich der Wildstand in dieser Zeit beträchtlich gehoben. Das lehrt nicht nur wohl jedem Jäger die persönliche Erfahrung, sondern es geht auch aus den interessantesten Untersuchungen von König hervor, die dieser in seinem lehrreichen Buche „Wild, Jagd und Bobenkultur“***) macht. Vom Standpunkt des Jägers, dem sich neuerdings auch der Mann des Naturschutzes mit im Erfolg auf das gleiche hinauskommenenden Forderungen an die Seite gestellt hat, ist diese Meinung recht erfreulich; vom volkswirtschaftlichen Standpunkt freilich hat sie im Hinblick auf die Verbiß-, Feg- und Schälschäden ihre großen Bedenken. Namentlich die außerordentlich starke Vermehrung des Rehwildes ist für die Waldbwirtschaft nicht gleichgültig, denn das Reh ist dem Walde viel gefährlicher, als es von manchen Seiten hingestellt wird.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Waldes ist eine viel größere wie die der Jagd, und deshalb ist es für das Gedeihen des Jagdbetriebes und die Erhaltung unserer Jagdtiere von der größten Wichtigkeit, daß Wald und Wild in Einklang gebracht werden, daß beide, ohne sich gegenseitig zu bekämpfen, nebeneinander bestehen können.

Auf dem Weltmarkte bewegt sich die Preislinie für das Holz in einer schnell ansteigenden Kurve; wir müssen heute in Deutschland schon im Jahre über 14 Millionen Festmeter Holz einführen; viele Millionen von Mark fließen dafür ins Ausland. Überall steigen die Renten aus dem Walde in erfreulicher Weise; war früher der Waldbesitz ein angenehmes, aber keine besonders hohen Werte hervorbringendes Gut, so ist er heute zu einer Haupteinkunftsquelle geworden, die Millionen von Menschen Arbeit und Brot gibt. Der Waldbesitzer verlangt heute von dem in seinem Forst stehenden

Vermögen eine angemessene Verzinsung; alle wirtschaftlichen Kräfte werden angespannt, um den höchsten Unternehmergewinn herauszuwirtschaften. Der Staat und die Gemeinden sind im Interesse der Allgemeinheit hierzu gezwungen; aber auch der Privatwaldbesitzer wird in der Regel nicht auf die höchstmögliche Waldrente verzichten wollen; er hat auch schon mit Rücksicht auf die in unserem Vaterlande herrschende Holzknappheit die moralische Verpflichtung, die Holzherzeugung in seinem Walde so hoch, als es der Boden nachhaltig zuläßt, zu gestalten. Auch der Wildstand muß sich dieser Forderung des höchsten Reinertrages unterordnen, denn er ist auf die Höhe des Zuwachses im Walde von beträchtlichem Einfluß. Die Forstverwaltungen sind die berufenen und verantwortlichen Organe, die hier abwägend und regelnd eingreifen müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die aus Rücksichten auf die baren Einnahmen geforderte Verpachtung der Staats- und Gemeindejagden als ein großer, schwer verständlicher Fehler. Man sieht nur die hohen Pächterlöse und denkt nicht an die durch die hohen Wildstände verursachten Zuwachsverluste, die sich kaum in Geld ausdrücken und berechnen lassen. Denn natürlich will ein Pächter, der eine hohe Summe für seine Jagd ausgibt, auch möglichst viel Wild schießen. Der Holzertag ist die Hauptsache, alles andere muß sich ihm unterordnen; nur die Forstverwaltung, die sich allerdings ihrer Verantwortung voll bewußt sein muß, hat die nötige Sachkenntnis und den nötigen Überblick, um hier die wirtschaftlich vorteilhafteste Regelung treffen zu können.

Um Wild und Wald in Einklang zu bringen, ist die Forstwirtschaft zwei Wege gegangen. Entweder hat sie ihre Erzeugnisse durch Abwehrmaßnahmen der verschiedensten Art (Bäume, Verwitterungen, Schutzanlagen um die einzelne Pflanze) vor den Beschädigungen des Wildes geschützt oder sie hat den Wildstand so vermindert, daß die durch ihn hervorgerufenen Beschädigungen auf ein unmerkliches Maß herabsinken.

Vom Standpunkt des rechnenden Wirtschafters ist eine strenge und allgemeine Durchführung der zuerst genannten Maßnahmen nicht angängig, denn sie ist nur mit Hingabe großer wirtschaftlicher Opfer

*) E. a. unsere Mitteilung Seite 1036. D. Schr.

**) Verlag von J. Neumann in Neudamm, 1912.

möglich, ganz abgesehen davon, daß sie auch für den Wildstand durch Schmälerung der Nahrung und Bewegungsfreiheit unzuträglich wirkt. Man bedenke nur, daß die Ausgaben für Wildschuß fast sämtlich im jüngsten Bestandesalter aufgebracht werden müssen und daher, bis zum Abtriebsalter prolongiert, mit sehr erheblicher Summe den Endertrag belasten.

Soll der zweite Weg aber zum Ziele führen, dann muß ein so erheblicher Abschluß eintreten, ja das Rotwild wird unter Umständen ganz aus dem Walde verschwinden müssen, daß ihn wieder der Jäger und der Naturfreund, dem die Erhaltung unserer Tierwelt am Herzen liegt, mit Recht für unbedingt nicht gangbar erklären werden. Auch vom ganz materiellen Standpunkt der Fleischversorgung unserer Städte aus dürfte sich eine erhebliche Verminderung des Wildes nicht empfehlen. Ich verweise hier wieder auf das Königlich Preussische Buch mit seinen interessanten Statistiken in dieser Richtung.

Wir sehen also, wir gelangen hier zu recht faulen Kompromissen und geraten zu unlöslichen Widersprüchen. Es gibt aber doch einen Ausweg, der die beiden entgegenlaufenden Interessen glücklich vereint.

Wild und Wald vertragen sich deshalb heute in der Regel nicht, weil die Wirtschaft beim Aufbau des modernen Waldes gegen Naturgesetze verstoßen oder sie doch gröblich mißachtet hat. Ohne in das vielgestaltige Wesen des Waldes einzudringen, ohne richtiges Verständnis der naturgesetzlichen Grundlagen, auf denen er beruht, glaubte man, ihn mit einer Formel meistern zu können, wollte man ihn für immer in eine papierne Schablone (die Periodentabelle des Flächeninhalts) einzwängen. Wegen der möglichst guten Übersicht draußen bei den Arbeiten im Walde und drinnen in der Schreibstube bei der Ertragsbestimmung, Buchung und Berechnung wurde der Wald auf großer Fläche abgetrieben und verjüngt, damit gleichmäßige Bestände entstanden. Ganz von selbst kam man dabei für die Nadelhölzer zur Kahlholzwirtschaft, zur künstlichen Verjüngung und zur Anzucht reiner Bestände beim Laub- und Nadelwald. Gewiß ist Ordnung nötig, und jeder Großbetrieb gebraucht ein hohes Maß davon, zumal wenn er, wie die Forstwirtschaft, mit sehr langem Produktionszeitraum rechnen muß. Ebenso wie z. B. die Buchführung muß sie sich aber stets den Anforderungen des Betriebes unterordnen, und nicht umgekehrt darf es sein.

Noch ehe ein Zutritt unter Führung der Großschlagswirtschaft, wie man die oben kurz skizzierte Wirtschaftsweise bezeichnet, vergangen war, zeigten sich schon ihre Schäden. Sie sind entstanden vor allem durch Nichtberücksichtigung der Bodenkraft und der Momente, die dem Gedeihen des Waldes feindlich gegenüberstehen. Es sei nur an die Bodenverschlechterungen im Nordwestdeutschland (Moßhumus), an die schweren Insektenschäden der letzten Jahre im Osten unseres Vaterlandes erinnert; aber wohl in jedem Walde mit gleichförmigen, gleichalten Beständen auf größeren Flächen sind die Warnungszeichen einer nicht richtig behandelten Natur bemerkbar. Hierher

gehören auch die Wildschäden. Ihr heutiges Überhandnehmen läßt sich nicht ohne weiteres mit der Zunahme des Wildes erklären. Zu der Zeit, als unsere jetzigen Althölzer Jungwüchse waren, also vor etwa 100 bis 120 Jahren, gab es im deutschen Walde wohl ebenso viel Wild, wenn nicht mehr, wie heute. Erst mit dem Jahre 1848 wird eine beträchtliche Verminderung eingeleitet haben, der seit einigen Jahrzehnten wieder ein erhebliches Ansteigen gefolgt ist. Die Baumhölzer aber haben, wenigstens soweit sie noch aus blendenwaldähnlichen Beständen hervorgegangen sind, nicht unter den Wildschäden gelitten, die heute die Entwicklung unserer Jungwüchse so sehr erschweren. Sonst könnten sie nicht so vollbestockt sein, sonst müßten sie viel weniger edle Hölzer enthalten. Ganz sicher sind sie nicht geschält worden. Warum? Weil der Aufbau des Waldes ein anderer war als heute. In einem Walde drängen sich unter der heutigen Wirtschaft die Jungwüchse und Kulturen auf wenige große Flächen zusammen, an die sich fast immer Dörungen (meist an der Ostseite) anschließen. Auf den Schlägen findet das Wild Nahrung, im Winter werden sie wegen ihrer sonnigen Lage bevorzugt, und die unmittelbar daran stoßenden Dörungen bieten ihm Ruhe und Schutz. Da den reinen Hochwaldbeständen, wie sie früher als Ideal der Wirtschaft galten, meist der Unterstand fehlt, ist in den meisten Stangen- und Baumhölzern keine Deckung für das Wild vorhanden; es ist also auf die Dörungen in der unmittelbaren Nähe der Schläge angewiesen. Kein Wunder, daß es sich nach den zwar ausgedehnten, aber nur in geringer Anzahl vorhandenen Nahrungspätzen zusammen-drängt und hier vielen Schaden anrichtet. Besonders stark gesteigert wird er nun noch dadurch, daß heute zum weitaus größten Teil die Kulturen auf den Schlägen aus Pflanzungen bestehen, d. h. sehr pflanzenarm sind. Wie das der Großschlag mit sich bringt, werden seine Jungwüchse, auch die natürlich entstandenen, meist nur aus einer Holzart zusammengesetzt. Die Einbringung von Mischhölzern ist bei ihm fast stets nur in auffälliger Weise (auf Lücken oder als Großpflanzungen) möglich. Deshalb fischt sie das Wild wie die Griefen aus der Suppe aus dem gleichmäßigen Grundbestande heraus, zumal sie auch oft wohlriechender sind als dieser oder sich zum Fegen usw. besser eignen.

Man sängt heute tatkräftig an, diese Wirtschaft zu verlassen; damit öffnet sich aber auch der Weg, auf dem sich die Forderungen des Forstwirtes und des Jägers vereinigen lassen. Werden die Schläge über die ganze Waldfläche verteilt, dann verteilt sich auch der Wildstand und damit der jetzt auf wenige Stellen des Waldes zusammengebrängte Wildschaden. Sofern die Zahl des Wildes dann eine angemessene ist (so weit muß natürlich auch der Jäger entgegenkommen), wird er ohne Belang für die Wirtschaft werden, wenn auch noch die nachfolgenden Forderungen Beachtung finden. Die kleinen Verjüngungsflächen müssen so angelegt werden, daß sie sich, wenn möglich, natürlich besamen. Zum mindesten sollte die Saat als Begründungsverfahren die Regel bilden. Natürliche Verjüngung wie Saat geben aber eine

so große Pflanzenzahl im Jungwuchs, daß ein angemessener Wildstand bei dem besten Willen nicht damit fertig werden kann. Immer werden hier bei der gebotenen Fülle einige Pflanzen mit dem Verbiß verschont, die dann plötzlich mit einem kräftigen Höhentrieb dem Geiße des Wildes entwachsen sind. Allein schon aus einer Betrachtung der Tätigkeit der Natur ergibt sich, daß eine Bestandesbegründung mit nur geringer Pflanzenzahl nicht das Richtige sein kann. Die Natur hält die Gefahren, die dem Samen und dem Jungwuchs drohen, für so groß, daß sie eine ungeheuer große Anzahl von Keimen erzeugt. Wenn wir nun auch den Samen bzw. die jungen Pflanzen in günstigere Keimungs- und Wuchsbedingungen bringen können als es die Natur tut, so können wir doch nicht alle ungünstigen Momente aus der Welt schaffen, so daß sich die geringe Pflanzenzahl der Pflanzkulturen rechtfertigen ließe. Wir wollen hier ganz absehen von der wirtschaftlichen Auslese, die durch eine dichte Bestandesbegründung bewirkt wird und die nur die kräftigsten Pflanzen überhaupt so weit kommen läßt, daß sie verbißen werden können. Früher wurde der Walb nur natürlich verjüngt oder höchstens wurden Saaten ausgeführt, dagegen kamen Pflanzungen in großem Maßstabe nicht vor. Auch daher mag es kommen, daß die alten Forstleute Wildschäden in dem jetzigen Umfange nicht kannten.

Mit der Pflanzung ist immer ein mehr oder weniger großes Kränkeln und Zurückbleiben verbunden, das durch Wildbeschädigungen natürlich noch erheblich gesteigert wird. Bei angeflorenen oder gesäten Pflanzen fällt es weg, daher diese Wildschäden auch schneller auszuheilen vermögen. Auch die Erholungsfähigkeit zweijähriger, mit dem Beil eingestufte Frischensamlinge vom Wildverbiß ist gegenüber verschulten Pflanzen ganz auffällig.

Bei der Verjüngung auf kleiner Fläche werden ganz von selbst wieder die Holzarten in den Walb hineinkommen, aus die der Wildfeger mit Recht so viel Wert legt (Aspen, Salweiden, Ebereschen, Birken, Wildobst usw.). Auch sie werden das Wild vom Beschädigen der forstlichen Kulturpflanzen abhalten. Manche dieser Hölzer, z. B. Aspen, Birken, in manchen Gegenden auch die Salweiden (Nessenzinken), werden, da von der Industrie entsprechend ihrem Seltenerwerden und der zunehmenden Verteuerung mehr und mehr gesucht, immer teurer. Ihre Erhaltung in kleinerem Maßstabe bedeutet also kein wirtschaftliches Opfer mehr, und das schablonenhafte Wüten gegen diese „verdämmenden Weichhölzer und Schlagunkräuter“ empfindet sich nicht.

In einem Walde, der Jungwuchs, Stangenholz und Baumholz in raschem Wechsel enthält, in dem natürlich verjüngt wird, werden also einmal die Wildschäden weniger fühlbar werden; das Wild

selbst wird sich aber andererseits auch hier viel wohler fühlen, sei es nun, daß ihm die leicht zu erreichenden Dichtungen ein Gefühl der Sicherheit und Ruhe geben, sei es, daß die über das ganze Revier verteilte Nahrung ihm den Aufenthalt angenehm macht. Auch der warme Sonnenschein, nicht gemischt mit scharfer Zugluft, ist in solchen Wäldern viel mehr zu Hause als auf den ausgedehnten Schlägen der Großschlagwirtschaft. Alle unjüngere Waldbewohner, besonders auch die Vögel, legen auf Wärme den größten Wert und lassen stärkere Luftbewegung. Tatsache ist jedenfalls, daß wenigstens das Revier in solchen Forsten mit raschem Wechsel der Altersklassen viel lieber steht als da, wo gleichförmige Bestockung auf großer Fläche herrscht; warum sonst zieht das Wild in Nord- wie Süddeutschland die Bauernwälder, welche derartig ungleichmäßige Verhältnisse aufweisen und in welchen es ewig gejagt wird, die auch immer voller Unruhe sind, den sicheren, ausgedehnten Dichtungen und Stangenhölzern großer Forsten vor? Daß auch die Jagdausübung durch den geschilberten Waldaufbau sehr erheblich erleichtert wird, sei nur nebenbei erwähnt.

Im Interesse des Wildes und zwecks Verhütung der Wildschäden müssen wir also eine möglichst Zerreißung der Altersklassen, zweitens möglichst dichte, pflanzenreiche Jungwüchse und endlich gemischte Bestände mit Unterstand fordern. Ganz genau dieselben Wirtschaftsziele sucht aber auch die moderne Forstwirtschaft zu erreichen. Mit denselben Mitteln sucht sie die Naturkräfte der Holzzerzeugung am stärksten dienstbar zu machen und den höchsten Reinertrag nachhaltig zu gewinnen, ohne den Walb seinen Feinden auszuliefern und vor allem ohne die Bodenkraft zu schmälern. Wildhege in vernünftigen Grenzen erscheint also sehr wohl mit einer Forstwirtschaft, die den höchsten Zielen nachstrebt, vereinbar.

Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß ich hier keine graue Theorie vorgetragen habe, sondern auf dem Boden der Wirklichkeit stehe. Ich kenne eine große Forstverwaltung in Mitteldeutschland, die nach den vorgetragenen Grundsätzen arbeitet. Trotz eines sehr hohen Rehwildstandes, trotzdem Rotwild Standwid ist, trotzdem auf die Anzucht sehr dem Verbiß ausgesetzter Holzarten (Eiche, Alhorn, Fichte, Eiche) ein Hauptgewicht gelegt wird, gibt es dort keine Einzäunungen, und auch der Teertopf ist verpönt. Dabei stehen die Verjüngungen entschieden besser, kommen auch merkwürdigerweise schneller in die Höhe als die größeren und kleineren Kahl- und Schirmschläge der Nachbarbesitzer, die eingezäunt sind oder in denen mit allen möglichen anderen Wildabwehrmitteln gearbeitet wird.

Ungeheueren-Versicherung.

(Vertratt der Reichsversicherungskasse für die Einrichtung der Beiträge zur Ungeheueren-Versicherung.)

1. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Beiträge für sich und seine Ungeheueren an die Reichsversicherungskasse zu zahlen (§§ 176, 177 des Gesetzes). Zuwiderhandlungen sind mit Strafe bedroht (§ 340 a. a. D.).

2. Der Arbeitgeber hat bei der ersten

Beitragszahlung — erstmalig alsbald nach Ablauf des Monats Januar 1913 — eine Nachweisung (§ 181 a. a. O.) über seine versicherungspflichtigen Angestellten und die fälligen Beiträge aufzustellen und vorher oder bei der Einzahlung der Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm, einzufenden. Hierzu sind die Vordrucke bei der Ausgabe stelle für die Angestelltenversicherung seines Sitzes zu entnehmen. Bis zu 20 Angestellten dient der einseitige Vordruck. Bei mehr als 20 Angestellten kommen mehrere einseitige Vordrucke oder Einlagevordrucke, die gleichfalls von der Ausgabe stelle abgegeben werden, zur Verwendung. In der Nachweisung sind die Angestellten in der Reihenfolge der Gehaltsklassen, mit der Klasse A beginnend, einzutragen.

3. Beschäftigten mehrere Arbeitgeber den Versicherten während des Monats (§ 177 a. a. O.), so können an Stelle der Nachweise (Nr. 2) Postkartenvordrucke benutzt werden, die gleichfalls von der Ausgabe stelle ausgehändigt werden.

4. Statt der Verwendung von Marken hat die Reichsversicherungsanstalt mit Zustimmung des Reichsfanzlers den Postcheckverehr für die Beitragszahlung für den Fall des § 176 zugelassen, für den Fall des § 177 vorgeschrieben (siehe auch weiter unten Nr. 8). Hiernach sind die aus den Nachweisungen zu 2 und 3 sich ergebenden Beitragssummen bis zum 15. des auf den Monat, für den die Beiträge zu zahlen sind, folgenden Monats dem Konto der Reichsversicherungsanstalt bei dem Postcheckamt in Berlin zu überweisen. Hierfür sind besondere Zahlkarten und Überweisungsformulare eingeführt, die der Arbeitgeber bei seiner Postanstalt erhält und zweckmäßig frühzeitig abhebt. Die Erläuterungen zur Ausfüllung und Benutzung sind auf der Rückseite der Formulare angegeben. Auf der Rückseite der Abschnitte findet man eine Kontrollübersicht, die zur Nachprüfung der Beitragssumme dient und auszufüllen ist.

5. Für Lehrer und Erzieher aller Art, die bei mehreren Familien während eines Monats tätig sind, können die fälligen Beiträge nach vorheriger Anzeige an die Reichsversicherungsanstalt vierteljährlich eingezahlt werden. In diesem Falle müssen die Postkartenvordrucke (Nr. 3) benutzt werden.

6. Bei der zweiten und den folgenden Beitragszahlungen müssen die Veränderungen angegeben werden, welche die Abweichung gegen die vorherige Beitragssumme darstellen. Veränderungen sind dann gegeben, wenn Angestellte

- a) aus dem Dienst ausscheiden (Abgang);
- b) in den Dienst neu eingestellt werden (Zugang);
- c) Gehaltsänderungen erfahren, die den Angestellten in eine andere Gehaltsklasse bringen.

In den Fällen der Nr. 3 sind Veränderungsanzeigen einzufenden:

- a) bei monatlicher Beitragszahlung, wenn es sich um den Wechsel in der Person des Angestellten handelt;
- b) bei vierteljährlichen Beitragszahlungen (für Lehrer und Erzieher) nach Ablauf des Kalendervierteljahrs vor oder bei Einzahlung der Beiträge, wenn in einem Kalendermonat des Vierteljahrs ein Wechsel in der Person des Angestellten oder eine Änderung in dem gezahlten Entgelt eintritt.

7. Zu den Veränderungsanzeigen sind dieselben Vordrucke wie für die ersten Meldungen zu verwenden. Die Veränderungen sind nach der Einteilung zu Nr. 6 unter a (Abgang), b (Zugang) und c (Gehaltsänderung) gefordert auszuführen. Sind keine Veränderungen eingetreten, so ist dieses durch Berichtigung des auf den Postcheckformularen unter der Kontrollübersicht (Nr. 4) vorgesehenen Textes zu vermerken. Die Veränderungsanzeigen sind vor der nächsten Beitragszahlung, spätestens gleichzeitig mit ihr, an die Reichsversicherungsanstalt abzugeben.

8. Die Einzahlung der Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt hat der Arbeitgeber in der Versicherungskarte durch Eintragung des Beitrags und Beischrift seines Namens oder seiner Firma handschriftlich oder durch Stempel zu vermerken. Arbeitgeber, die bei ständig beschäftigten Angestellten (§ 176) Marken benutzen wollen, können diese nach vorheriger Einzahlung der fälligen Beiträge, tunlichst auf das Postcheckkonto (Nr. 4), von der Reichsversicherungsanstalt beziehen.

9. Arbeitgeber, die Angestellte in mehreren Betrieben (Filialen) an demselben oder verschiedenen Orten beschäftigen, können die Beiträge von dem Hauptbetrieb aus zahlen; sie müssen alsdann für jeden Betrieb eine besondere Nachweisung (§ 181 a. a. O., f. Nr. 2) an die Reichsversicherungsanstalt einreichen.

Mitteilungen.

— **Annahme von Forstbesessenen in Preußen.** Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß im kommenden Jahre 40 Anwärter für die Oberförsterlaufbahn im Staatsdienst zugelassen werden, und daß die wegen Überfüllung des Berufes vorgenommene Einschränkung in der Annahme aufgehoben werden soll. Diese Nachricht dürfte nicht richtig sein. Die Annahmeziffer wird je nach dem Bedarf in jedem Januar neu festgesetzt und steht unseres Wissens für 1913 noch nicht fest. An der Beschränkung der Annahme wird aber

auch schon aus dem Grunde festgehalten, weil sonst die Laufbahn sofort wieder überslutet werden würde und sich in einigen Jahren die jetzt mit Erfolg bekämpften ungünstigen Anstellungsverhältnisse wieder einstellen würden.

— **Die (russischen) Wälder am Japanischen Meere.** (Nach amtlichem Bericht, „Lesnoj journal“ 1912, Heft 4 und 5.) Die vorbezeichneten Wälder liegen im Küstengebiet zwischen Wladiwostok und Nikolajewsk, in drei zur Oberförsterei Oginjal

gehörigen Komplexen, und zwar: I. Imperatorskien 66 297 ha, II. Buchta Wanina 74 564 ha, III. Buchta Ternei 68 037 ha, zusammen 208 898 ha. Die ersten beiden nehmen eine Hochebene ein, die vom Meere her allmählich ansteigt und von der sich einzelne Gipfel bis über 500 m erheben. Der Boden ist lehmig, frisch, stellenweise lumpig. Das Revier III ist gebirgig; einige Berge erreichen die Höhe von 3000 m und darüber. Die Flachgründigkeit und der ewige Frost im Boden üben einen ungünstigen Einfluß auf den Holzwuchs, namentlich in den niederen Lagen, wo große Fehlerhaftigkeit herrscht. Dem Standorte nach kann man alle Bestände in zwei große Gruppen teilen: eine kleinere, in welcher es keine abfahrbaren Hölzer gibt, und eine größere, in welcher solche in größerer oder geringerer Menge vorhanden sind. Zur zweiten gehören folgende Typen:

1. Fichten auf Hängen mit frischem, lehmigem Boden, mit 100- bis 300 jährigen Tannen (Pichta), einzelnen Lärchen und Arven von 250 bis 300 Jahren. Die Bestände enthalten durchschnittlich 228 bis 285 fm auf den Hektar.
2. Lärchen mit Fichten, 100- bis 120 jährig, zuweilen mit Beimischung von Birken, auf hohem, leicht wellenförmigem Gelände mit frischem, lehmigem Boden. Mittlerer Massenvorrat pro Hektar 228 bis 285 fm; Fehlerhaftigkeit wegen des geringeren Alters nicht so groß wie bei 1. — Diese beiden Typen sind charakteristisch für die Komplexe I und II.

Für III dagegen sind es folgende:

1. Zirbelkiefer oder Arvenwald auf frischem Lehm von mittlerer Tiefgründigkeit mit Fichte, Lärche, vereinzelt Birken, Eichen, Spitzahornen, Eiben u. a. — Massenvorrat auf den Hektar 285 bis 342 fm, mitunter bis 436. Starke Schneideholz von guter Beschaffenheit.
2. Arvenwald (Zirbelkiefer) an Hängen wie bei 2, auf feinem, trockenem Lehm, Wuchs und Vorrat geringer, Schneideholz schwächer, aber gut.
3. Lärche auf den Höhen, mit Arve (Zirbelkiefer, von den Russen auch Sibirische Cedar genannt), Fichte, manchmal auch Eiche und Birke. Hier findet sich wohl noch etwas Schneideholz, aber der Unzugänglichkeit wegen hat es keine Bedeutung.
4. Lärchenbestand in Niederungen mit Arve und Birke auf frischem Sande von mittlerer Fruchtbarkeit, Schneideholz von guter Beschaffenheit und mittlerer Stärke.

Die Bruchbestände erzeugen kein Schneideholz und sind daher ohne Bedeutung.

Im dem mit I bezeichneten Revier ist der Wuchs langsam; bei Typus 1 wird die Fichte mit 100 bis 120 Jahren kaum 13 bis 17 cm stark, 12 bis 16 m hoch; mit 180 bis 200 Jahren 49 cm stark, 25 bis 26 m hoch. Mit 200 Jahren sind 30 bis 70 % fehlerhaft. Bei Typus 2 ist der Wuchs schneller, die Fehlerhaftigkeit geringer (13 bis 20 %), aber dafür die Beschaffenheit des Holzes (Festigkeit und Dauerhaftigkeit) weniger gut. Auf dem Hektar findet man 40 bis 47 absehbare Stämme. Diese müssen bei 7 m Länge 22 bis 36 cm Kopf

haben. Man hat den Umtrieb auf 60 Jahre und den Abstoß auf 36 430 Stämme festgesetzt, die gehauen werden sollen, wo der Weg zu einem Flusse möglichst leicht.

Im II. Revier (Buchta Wanina) herrschen zwar dieselben Typen, aber etwas andere Wuchsverhältnisse. Auch hier ist der Wuchs in Typus 1 langsamer als in Typus 2. Aber in 1 sind die Bestände überhaubar, weshalb der Lagator andere Abtriebsalter zugrunde gelegt hat. Man findet in 1 auf dem Hektar kaum 14, in 2 dagegen 36 absehbare Stämme. Mit Rücksicht auf das abständige Holz ist die Zahl der jährlich abzuhauenden Stämme auf 25 705 festgesetzt.

Im III. Revier sind die Verhältnisse sehr mannigfaltig. Bei der Arve schwankt im Alter von 100 bis 110 Jahren der Durchmesser zwischen 22 und 30 cm, die Höhe zwischen 17 und 18 m; im Alter von 200 Jahren beträgt ersterer 40 cm, letzterer 26 m.

Die Fichte ist mit 100 Jahren 13–31 cm stark, 11–21 cm hoch,

Die Fichte ist	200	40	24
Die Lärche ist	100	22	21
	200	44	29

Die Tanne ist im allgemeinen unterständig und sehr fehlerhaft, der Umtrieb für Arve und Lärche auf 80, für Fichte auf 60 Jahre angenommen, der Normalabstoß auf jährlich 9721 Stück Arven, 1275 Lärchen, 3876 Fichten. — Die Tanne soll mit 18 cm Stärke als Grubenholz herausgehauen werden.

Ich habe die vorstehende Mitteilung ziemlich ausführlich wiedergegeben und kann dem „Lesnoj Journal“ nur bestimmen, wenn es sie etwas dürftig findet. Es bemerkt, daß das vorhandene Material zur Beschreibung der dortigen Wälder umfangreicher hätte benutzt werden können, um so mehr, als die Nachrichten nicht nur über die abgelegenen, sondern auch über die zugänglicheren äußerst mangelhaft und häufig von der Wirklichkeit abweichend seien, so daß auch Skizzen, wie die vorstehende, die einiges Licht verbreiten, immerhin in hohem Grade die Aufmerksamkeit auf sich zögen.
G u j e.

— **Vertilgung wilder Kaninchen durch Impfung mit Bazillen.** Über ein neues Verfahren zur Bekämpfung der Kaninchenplage erhalten wir nachstehende interessante Zeitschrift:

„Auf meiner hiesigen Pachtung wurden die Erträge des Feldes durch Überhandnehmen wilder Kaninchen, welche sich in dem zu der Herrschaft gehörigen Walde in ungeheurer Anzahl befanden, nicht unwesentlich geschmälert. Aber auch die Forstverwaltung selbst klagte über den großen Schaden, den die wilden Kaninchen in den Waldungen anrichteten. Nicht allein daß das Erdreich unter den Bäumen unterwühlt, die Bäume gelodert und die Wurzeln beschädigt wurden, sondern auch die jungen Kiefernschönungen wurden von den Kaninchen so verbißen, daß die jungen Bäumchen verkrüppelten und ganze Schönungen neu angelegt werden mußten. Durch Abschießen und Frettieren waren die Kaninchen nicht zu vertilgen. — Ich dachte nun an die Vertilgung der Kaninchen durch Erzeugung einer Seuche, ähnlich wie dies mit den Mäusen und Ratten geschieht, und wandte

nich dieserhalb an ein bekanntes Universitäts-Laboratorium, welches mich an den Bakteriologen Dr. Kirstein in Berlin verwies. Dieser Herr war einige Zeit nach meiner Aufforderung in der Lage, mir Bazillenkulturen zur Verfügung zu stellen, welche unter den Kaninchen eine Seuche hervorrufen sollten. — Zu diesem Zweck wurden zunächst wilde Kaninchen eingefangen und etwa vierzehn Tage in der Gefangenschaft gehalten, so daß man sicher war, daß sie nicht infolge Gefangenschaft eingingen. Dann wurden ihnen Brotsäckchen mit den Bazillenkulturen getränkt vorgelegt. Die Kaninchen waren bereits am nächsten Tage krank und gingen, wie erwartet, am dritten bis vierten Tage ein. Nun wurden weitere Kaninchen eingefangen, von denen die Hälfte wiederum mit getränkten Brotsäckchen gefüttert wurde, während die andere Hälfte Kulturen unter die Haut gespritzt bekam. Die Kaninchen wurden dann in dem Walde und an der Stelle, an der sie eingefangen waren, in Freiheit gesetzt, um die künstlich erzeugte Seuche, welche Dr. Kirstein mit „Kaninchentypus“ bezeichnet, zu verbreiten. Dies ist auch geschehen, denn es wurden späterhin kranke Kaninchen gesehen, und in den Wäldern wurden ganze Heister verendeter Kaninchen gefunden. Später wurden noch einmal mit Kaninchentypus-Bazillen getränkte Brotsäckchen in die

Kaninchenbaue hineingeschoben. — Die Kaninchen sind nunmehr auf einer großen Fläche in Wald und Feld vernichtet, ja vollständig ausgestorben. Wünschenswert wäre es nun aber, daß auch die Nachbarn gezwungen würden, die Kaninchen auf gleiche Weise zu vertilgen, damit diese Schädlinge nicht von neuem einwandern und der Schaden wieder beginnt. — Es wäre möglich, daß man mit dem Einschieben infizierter Brotsäckchen in die Baue allein auskommt, um den Kaninchentypus zu erzeugen, also ohne Tiere fangen zu brauchen. Vielleicht werden aber die Kaninchen, solange sie viel Nahrung auf den Feldern finden, die Aufnahme dieser Brotsäckchen verweigern. Es ist ja aber auch nicht schwierig, Kaninchen einzufangen, zu impfen und wieder in Freiheit zu setzen. Das Vertilgungsverfahren ist außerdem mit geringen Kosten verbunden. Eine Übertragung der Seuche auf Hasen hat nicht stattgefunden. Wünschenswert wäre es, noch weitere Versuche zu machen. Wer dazu etwa Neigung besitzen sollte, wende sich an das Bakteriologische Institut von Dr. Kirstein in Berlin SW 48, Wilhelmstr. 128. Hoffentlich bewährt sich das Mittel auch an anderer Stelle ebenso wie auf der hiesigen Feldmark.

Nittergut Burg-Friesad, im November 1912.

gez.: Solinski, Rittergutspächter.

Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse.

Verfügungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Königlichen Regierungen.

Zu dem auf die Verfügung vom 6. November 1908 — III. 13 999 — über Kulturversuche mit Rohhumusdüngung erstatteten Berichten.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J.-Nr. 111, 3338.

Berlin W 9, 30. November 1912.

1.

Die weitere Beobachtung oder Anlage von Kulturversuchen mit Rohhumusdüngung ist im dortigen Bezirk nicht erforderlich.

Da bereits hinlänglich festgestellt ist, daß die Rohhumusauflagerung der Sandböden, falls sie in geeigneter Weise benutzt wird, ein wertvolles Düngemittel für Kiefernulturen darstellt, wolle die königliche Regierung darauf hinwirken, daß tunlichst auch im dortigen Bezirk an dazu geeigneten Orten der Rohhumus für die Kieferndüngung im großen Betriebe nutzbar gemacht wird.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der nach Angaben des Senators Geist in Waren i. M. von der Firma Heinrich Kähler in Güstrow i. M. in einer schweren und in einer leichteren Form hergestellte „Geistliche Wühlgrubber“ sich als Werkzeug zur Mähung des Rohhumus mit dem Mineralboden bei der Vorbereitung von Kiefernkulturflächen vielfach bewährt hat. Die Beschaffung dieses Gerätes, falls es im dortigen Bezirk nicht schon im Gebrauch sein sollte, wird der königlichen Regierung zur Erwägung anheimgestellt. Vor Kauf des teuren Werkzeuges wolle die könig-

liche Regierung sich jedoch durch Nachfrage bei geeigneten Stellen, z. B. dem Erfinder, Senator Geist, oder den königlichen Regierungen in Danzig (Oberförsterei Groß-Wartel), Posen (Oberförsterei Schwerin a. W.) und Magdeburg (Lezlinger Heide) Gewißheit darüber verschaffen, ob der Apparat sich unter den Verhältnissen des dortigen Bezirks mit Vorteil verwenden lassen wird.

J. M. Wesener.

An die königlichen Regierungen in Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Königsberg, Posen, Danzig, Erfurt, Hannover, Minden, Cassel, Köln, Trier,achen.

2.

Die königliche Regierung wolle die im dortigen Bezirk bisher angelegten Kulturversuche mit Rohhumusdüngung weiter beobachten lassen und zum 1. November 1915 über die dabei gewonnenen Ergebnisse erneut berichten. Die Anlage neuer Versuchsfelder ist nicht erforderlich.

Da bereits hinlänglich festgestellt ist, daß die Rohhumusauflagerung der Sandböden, falls sie in geeigneter Weise benutzt wird, ein wertvolles Düngemittel für Kiefernulturen darstellt, wolle die königliche Regierung darauf hinwirken, daß tunlichst auch im dortigen Bezirk an dazu geeigneten Orten der Rohhumus für die Kieferndüngung im großen Betriebe nutzbar gemacht wird.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der nach Angaben des Senators Geist in Waren i. M. von der Firma Heinrich Kähler in Güstrow i. M. in einer schweren und in einer leichteren Form hergestellte „Geistliche Wühlgrubber“ sich als Werkzeug zur Mähung des Rohhumus mit dem Mineralboden bei der Vorbereitung von Kiefernkultur-

flächen vielfach bewährt hat. Die Beschaffung dieses Gerätes, falls es im dortigen Bezirk nicht schon in Gebrauch sein sollte, wird der königlichen Regierung zur Erwägung anheimgestellt. Vor Ankauf des teuren Werkzeuges wolle die königliche Regierung sich jedoch durch Nachfrage bei geeigneten Stellen, z. B. dem Erfinder, Senator Geist, oder den königlichen Regierungen in Danzig (Oberförsterei Groß-Bartel), Posen (Oberförsterei Schwerin a. W.) und Magdeburg (Lehlinger Heide) Gewißheit darüber verschaffen, ob der Apparat sich unter den Verhältnissen des dortigen Bezirks mit Vorteil verwenden lassen wird.

J. M.: Wesener.

An die königlichen Regierungen in Frankfurt a. Ober., Straßburg, Breslau, Elbe, Düsseldorf.

3.

Die Kulturversuche mit Rohhumusdüngung sind fortzusetzen. Über die Beobachtungen sowohl an den jetzt bereits bestehenden wie an den in den kommenden Jahren anzulegenden Versuchsfeldern ist zum 1. November 1915 ausführlich zu berichten.

Da bereits hinlänglich festgestellt ist, daß die Rohhumusauflagerung der Sandböden, falls sie in geeigneter Weise benutzt wird, ein wertvolles Düngemittel für Kiefernulturen darstellt, wolle die königliche Regierung darauf hinwirken, daß tunlichst auch im dortigen Bezirk an dazu geeigneten Orten der Rohhumus für die Kieferndüngung im großen Betriebe nutzbar gemacht wird.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der nach Angaben des Senators Geist in Waren i. M. von der Firma Heinrich Kähler in Güstrow i. M. in einer schweren und in einer leichteren Form hergestellte „Geistliche Wühlgrubber“ sich als Werkzeug zur Mischung des Rohhumus mit dem Mineralboden bei der Vorbereitung von Kiefernkulturflächen vielfach bewährt hat. Die Beschaffung dieses Gerätes, falls es im dortigen Bezirk nicht schon in Gebrauch sein sollte, wird der königlichen Regierung zur Erwägung anheimgestellt.

Bei der oben angeordneten Berichterstattung ist besonders auch eingehend über die etwa unter Anwendung des Geistlichen Wühlgrubbers ausgeführten Versuche zu berichten. Gleichzeitig ist anzugeben, in welchem Umfange und mit welchem Erfolge dieses Gerät im dortigen Bezirk, abgesehen von Versuchen, Verwendung gefunden hat.

J. M.: Wesener.

An die königlichen Regierungen in Danzig, Marienwerder, Potsdam, Eettin, Posen, Bromberg, Magdeburg, Gildesheim, Lüneburg, Osnabrück.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III, 12403.

Berlin W 9, 7. Dezember 1912.

Mit Bezug auf § 4 Ziffer 1 der Bestimmungen über die Vorbereitung für den königlichen Forstverwaltungsdiens vom 19. Februar 1908 erlaube ich Eure Hochwohlgeboren, künftig von solchen Bewerbern, welche die Reifeprüfung noch nicht abgelegt haben, die letzten beiden Schulzeugnisse oder deren beglaubigte Abschriften einzufordern und mit den übrigen vorgeschriebenen Schriftstücken mit vorzulegen.

J. M.: Schöde.

An die sämtlichen Herren Oberförster.

Forstliche Staatsprüfung.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Journal-Nr. III 12761.

Berlin W 9, den 18. Dezember 1912.

Der in diesem Herbst abgehaltenen forstlichen Staatsprüfung haben sich 17 Forstreferendare für die Staatslaufbahn, 2 Forstreferendare für die Privat- und Gemeindefauna und 1 Medlenburg-Strelitzscher Forstreferendar unterzogen.

Es haben bestanden 2 Referendare für den Staatsforstdienst mit gut, 2 Referendare für den Staatsforstdienst und der Medlenburg-Strelitzsche Forstreferendar mit ziemlich gut, die übrigen mit genügen. Es sind dies die bisherigen Forstreferendare, jetzigen Forstassessoren Barth, Borchert, Graf v. Finkenstein, Friedner, Flügge, Friele, Freiherr v. Gehr von Schweppen- burg, Jentich, Karst, Koenemann, Maedler, Otto, Pefke, von Rappard, Schwarz, Steinhoff, Timmermann sowie die jetzigen Forstassessoren a. D. Mlers, Schaefers und der bisherige Medlenburg-Strelitzsche Forstreferendar von Bülow.

J. M.: Wesener.

Verurteilung eines Försters wegen schuldhafter Erlegung eines Rehkalbs während der gesetzlichen Schonzeit.

II. Kammer, vom 21. Aug. 1911.

Der Angeklagte (ein Privatförster) ist wegen Übertretung des § 76 Nr. 5 der Jagdordnung zu einer Geldstrafe von 5 M. u. v. verurteilt worden, weil festgestellt wurde, daß er am 2. November 1910 in W. während der gesetzlichen Schonzeit ein Rehkalb erlegt hat. Die objektive Richtigkeit dieser Tatsache wird von der Revision nicht in Zweifel gezogen. Das angefochtene Urteil läßt aber auch keinen Rechtsirrtum erkennen in der Feststellung, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat schuldhaft gehandelt hat. Das Verbrechen wird zutreffend darin gefunden, daß der Angeklagte, obwohl er zur Hege des Wildstandes verpflichtet war und obwohl im November das einzeln stehende Stück Rehwild besonders schwer auf sein Alter anzusprechen ist, auf das flüchtig ankommende Stück schoß. Mit Unrecht vermißt die Revision die weitere Feststellung, daß der Angeklagte nach den Umständen, die sich aus normaler Schußentfernung überhaupt erkennen lassen, bei normaler Aufmerksamkeit das Stück als ein Rehkalb hätte erkennen müssen. Das Verschulden des Angeklagten liegt nach den zutreffenden Ausführungen des Vorrichters nicht in der mangelnden Beobachtung bei Abgabe des Schusses, sondern darin, daß der Angeklagte, obwohl ihm die Schwierigkeit der Unterscheidung von Hinde und Hitz bewußt sein mußte und gerade für ihn die Möglichkeit einer genaueren Beobachtung des Wildbestandes gegeben war, den Schuß abgab, ohne die gebotenen Zweifel durch längere Beobachtung zu beseitigen: es war — so führt die Strafkammer aus — seine Pflicht, eher auf einen Schuß zu verzichten, als sich der naheliegenden Möglichkeit einer Jagd-übertretung auszulassen. Daß der Angeklagte, wenn er die hiernach erforderliche Sorgfalt angewendet hätte, das Stück als ein Rehkalb hätte

feststellen können und festgestellt hätte, ist in dem angefochtenen Urteil bedenkenfrei angenommen. Die Behauptung der Revision, daß das Reh nur nach dem Tode durch Untersuchung der Zähne als Rehstalb hätte festgestellt werden können, liegt auf tatsächlichem Gebiete und ist schon deshalb in der Revisionsinstanz nicht beachtet.

✕

Befugnis der Polizei, gegen den Eigentümer eines Bienenstandes dann einzuschreiten, wenn durch das Halten der Bienen für das Publikum oder auch nur für einzelne Personen eine Gefahr für Leben und Gesundheit herbeigeführt wird.

U. OVG. vom 21. Oktober 1910.

Die Bestimmungen der §§ 903, 907, 1004 und 228 des Bürgerlichen Gesetzbuchs enthalten ebensowenig, wie der durch das Bürgerliche Gesetzbuch nicht aufgehobene § 118 des Allg. Landrechts I 9, demzufolge einem jeden erlaubt ist, auf seinem Eigentum Bienen zu halten, eine die öffentlich-rechtlichen Befugnisse der Polizei einschränkende oder gar ausschließende Bestimmung; sie regeln vielmehr lediglich die privaten Rechtsverhältnisse des Grundeigentümers. Die Polizei ist insolge-

dessen, wie von dem Oberverwaltungsgericht in wiederholten Entscheidungen ausgesprochen worden ist, nicht behindert, auf Grund der allgemeinen Ermächtigung des Allg. Landrechts II 17 § 10 gegen den Eigentümer eines Bienenstandes dann einzuschreiten, wenn durch das Halten der Bienen für das Publikum oder auch nur für einzelne Personen eine Gefahr für Leben und Gesundheit herbeigeführt wird.

Nach dem Ergebnis der vom Vorderrichter veranlaßten umfangreichen Betweisaufnahme war im vorliegenden Falle die Grundlage zu einem derartigen Einschreiten in vollem Maße gegeben. In den Jahren 1907 und 1908 sind zahlreiche Personen wiederholt von Bienen gestochen worden. Die Verletzungen sind teilweise so schwerer Art gewesen, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Daß ein derartiges massenhaftes Auftreten von Bienen nicht nur eine Belästigung, sondern eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit der in dieser Gegend wohnhaften und verkehrenden Personen mit sich bringt, bedarf keiner näheren Ausführung. Es war daher die Pflicht der Polizeiverwaltung, zum Schutze gegen diese Gefahr die erforderlichen Maßregeln zu treffen.

Verschiedenes.

— **Eine Vorberatung des Sächsischen Forstvereins** fand in Dresden am 13. Dezember statt. Als Zeitpunkt für die Versammlung des Vereins im Jahre 1913 in Meissen wurden der 22. bis inkl. 25. Juni bestimmt. Der erste Tag ist, wie üblich, geselligem Beisammensein gewidmet. Die Verhandlungen sollen am 23. und 24. Juni, vormittags, stattfinden, während am Nachmittag des 23. Juni eine Exkursion auf das Staatsforstrevier Dresden und am Nachmittag des 24. eine Besichtigung der an weltberühmten Sehenswürdigkeiten reichen Stadt Meissen geplant ist. Am letzten Tage soll eine Exkursion auf die Staatsforstreviere Moritzburg und Krehern stattfinden. Als Verhandlungsgegenstände sind in Aussicht genommen worden:

1. Die Generation des großen braunen Nusskiefers und seine Bekämpfung (mitgeteilt von Forstmeister Grohmann auf Grund eigener Untersuchungen, die zu einem völlig neuen Ergebnis geführt haben);
2. welche Grenzen sind der Wasserentziehung im Walde zu setzen?
3. Mitteilungen aus dem bodenkundlichen Institut der Forstakademie Tharandt (Professor Dr. Vater);
4. Organisation und Ziele des Vogelschutzes (Referent der im Dienste der sächsischen Vogelschutzkommission stehende Oberförster Wolf);
5. Mitteilungen über die Verwendung von Sprengstoffen in der Forstwirtschaft und das Rauchversuchshaus an der Forstakademie Tharandt (Professor Dr. Wislicenus).

Gelgentlich der Exkursion am 25. Juni soll die Anwendung von Sprengstoffen praktisch durchgeführt werden. Im Jahre 1914 wird die Versammlung des Sächsischen Forstvereins ausfallen,

da in diesem Jahre der Deutsche Forstverein in Dresden tagt.

✕

— **Ein neuerfreies Städtchen.** Das Städtchen Ebern in Bayern (Bezirk Unterfranken) besitzt einen so großen Gemeindevald, der es ermöglicht, daß die Gemeinde alle ihre kommunalen Lasten aus dem Reinertrage des Waldes deckt, und daß jeder Bürger noch einen Gelbbetrag aus dem Überschuß ausgezahlt erhält. Im Jahre 1911 bekam jeder der 280 Bürger 50 M., und in diesem Jahre sind 30 M. zur Verteilung festgesetzt worden.

✕

— **Aus Meiningen.** Der Landtag beschloß den Ankauf des „Grundhofs“ bei Salzungen, der außer ansehnlichen Gebäuden etwa 200 Hektar Wald, Feld und Wiesen umfaßt, dabei 140 Hektar Wald. Der Ankauf geschieht für den Domänenfiskus zum Preise von etwa 300 000 M. Man beabsichtigt, das Gelände aufzuforsten und die Gutsgebäude sowie einiges Land und Wiesen an die Salzunger Saline zu verkaufen.

✕

— **Schweizerische Forststatistik.** Die im Jahre 1907 als Abteilung der Eidgenössischen Inspektion für Forstwesen ins Leben gerufene „Schweizerische Forststatistik“ hat sich als eines ihrer Hauptziele die Schaffung einer Produktionsstatistik der schweizerischen Wäldungen gesetzt und trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits bedeutende Arbeiten geliefert. Bis jetzt sind von dieser Behörde drei Bände herausgegeben worden, von denen der letzte kürzlich im Verlage von Orell Füßli in Zürich erschienene, die Produktion

und den Verbrauch von Nutzholz in der Schweiz behandelt.

Mit diesen Veröffentlichungen ist einem großen Bedürfnis abgeholfen worden, denn bis jetzt fehlte jede sichere Angabe über die forstlichen Verhältnisse der Schweiz. Wer sich über die Erträge der schweizerischen Wäldungen unterrichten wollte, war genötigt, das unvollständige, gar nicht oder doch nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten verarbeitete Jahresberichtsmaterial der kantonalen Forstämter und aus den Erhebungen des schweizerischen Bauernsekretariats, zusammenzutragen. Diesem Mangel ist nun durch die Schaffung der Forststatistik abgeholfen worden, deren Veröffentlichungen in zwingender Folge erscheinen. Im Vorwort des dritten Bandes, der allgemeineres Interesse besitzt, werden die forstpolitischen Verhältnisse der Schweiz behandelt. Die Schweiz ist trotz ihres verhältnismäßigen Waldbereichums infolge der fortschreitenden Industrie in immer höherem Grade ein Holzimportland geworden. Während noch vor drei Jahrzehnten die Schweiz Holz ausführen konnte, ist sie heute gezwungen, einen wesentlichen Teil ihres Holzes vom Auslande zu beziehen. Gegenüber dem Jahre 1885 hat sich die Einfuhr von Nutzholz aus dem Auslande vervielfacht, diejenige von Brennholz fast verdoppelt. Obwohl mit Genugtuung konstatiert werden kann, daß infolge der eidgenössischen Forstgesetzgebung, dank der tatkräftigen Unterstützung des Bundes, das Forstwesen in den Kantonen innerhalb der letzten drei Jahrzehnten ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat, so können wegen der Kleinheit der schweizerischen Walbfläche im Verhältnis zu dem sich stets steigenden Holzbedarf der weitverzweigten hochentwickelten Industrie Produktion und Konsum sich nicht decken. Es liegt in der Aufgabe der schweizerischen Forstwirtschaft, sich in der Produktion der verschiedenen Holzsortimente dem Konsum anzupassen, und es sollte ihr bei allseitig gutem Willen möglich werden, wenigstens einen Teil desjenigen Nutzholzes im Lande zu produzieren, das jetzt in großen Mengen vom Auslande eingeführt wird. Daß die Forstwirtschaft Direktiven erhält, in welchen Richtungen sie sich anzustrengen hat, um dem Inlandsbedarf zu genügen, ist den Bemühungen der schweizerischen Forststatistik zu verdanken; an den ausübenden Forstbeamten wird es liegen, in der Wirtschaftsführung sich den durch die Statistik bekannt gewordenen Verhältnissen anzupassen.

Im übrigen behandelt das Buch in seinen drei Kapiteln 1. die Ausbeutung und Verteilung des Waldes, 2. die Verteilung der Wäldungen auf ihren Nutzholzertrag sowie den Nutzholzverbrauch der Schweiz, und 3. die Holz- und Betriebsarten der Wälder.

Aus dem ersten Kapitel ist zu entnehmen, daß die Gesamtwalbfläche der Schweiz 939 223 ha umfaßt und 22,7 % der Totalfläche des Landes oder 30,4 % des produktiven Bodens beträgt. Auf hundert Einwohner kommen 25,1 ha Walb. Der Kanton Schaffhausen ist am besten, Genéve am wenigsten bewaldet. Nach dem Besitzstand verteilt sich der schweizerische Walb folgendermaßen:

Staatswalb	4,5 %
Gemeinde- und Korporationswalb	68,0 %
Privatwalb	27,5 %

Glücklicherweise sind demnach Dreiviertel des Waldes im öffentlichen Besitz geblieben, und zwar gehört hiervon der Hauptanteil den Gemeinden und Korporationen. Ein weiterer Vorteil für das Land besteht darin, daß sich in den Gebirgskantonen in der Hauptsache der Walb im öffentlichen Besitz erhalten hat, nur im Hügelland sind an vielen Orten zu Anfang des letzten Jahrhunderts die Gemeindewäldungen aufgeteilt und vielfach in Landwirtschaft übergeführt worden. Letzteres ist allerdings in Zukunft nicht mehr möglich, denn die Gesetzgebung bestimmt, daß das Walbareaal der Schweiz nicht vermindert werden darf!

Die Erkenntnis der großen Bedeutung des Waldes für die Verhütung von Bodenabschwemmungen usw. führte zur Begründung von Schutzwäldungen. Heute sind insgesamt 75,2 % der Walbfläche als Schutzwalb erklärt, in welchem in der Regel keine Kahlschläge angelegt werden dürfen.

Im Kapitel 2 ist die Holzproduktion und der Holzverbrauch des Landes angegeben. Die erstere beträgt zurzeit 2 300 000 fm, der Holzverbrauch dagegen 3 000 000 fm, so daß 700 000 fm oder ein Viertel des Holzverbrauches aus dem Auslande, insbesondere aus Österreich und Deutschland, bezogen werden müssen. Um den Bedarf an Holz im eigenen Lande zu decken, werden zwei Wege vorgeschlagen, und zwar: 1. Vermehrung der Walbfläche durch Neuaufforstungen und 2. durch intensivere Kultur- und Nutzungsmethoden. Das erstere Mittel läßt sich nur noch in sehr beschränktem Maße anwenden, da es an Flächen, die sich zur Aufforstung eignen, fehlt. Trotzdem sind seit Bestehen der eidgenössischen Forstgesetzgebung in den Jahren 1872 bis 1911 für 8 Millionen Mark 10 100 ha ertraglose Flächen in Walb umgewandelt worden. Das zweite Mittel, die Vermehrung des Walbvertrages durch Verbesserung der Wirtschaft, dürfte jedoch erfolgreicher wirken.

Die moderne Zeit hat erhöhte Anforderungen an die mit der Wirtschaft betrauten Beamten gestellt, der Beruf des Forstmannes muß auf wissenschaftlicher Basis beruhen, die Vermehrung des technisch gebildeten Forstpersonals ist daher die dringlichste Fürsorge für den Walb in allen Teilen des Landes. Auf Grund der Statistik wird der Nachweis geführt, daß der durch wissenschaftlich gebildete Forstbeamte bewirtschaftete Walb weit höhere Erträge abwirft als die übrigen Wäldungen.

Das dritte Kapitel behandelt: 1. Die bestandbildenden Holzarten, ihre Wahl, die Anpassung der Holzarten an die Bedürfnisse des Verbrauches, das Übergewicht der Nadelhölzer, die Rolle der Laubhölzer sowie die Verbreitung der einheimischen Holzarten, und 2. Die Betriebsarten des Waldes.

Die Nutzholzproduktion soll den Hauptzweck der Forstwirtschaft bilden. Dieser Grundsatz erklärt auch die Überführung der Laubholzbestände in Nadelholzbestände, weil letztere gegenüber den Laubhölzern einen sehr hohen Prozentsatz Nutzholz

geben. Trotzdem darf die Forstwirtschaft sich nicht ausschließlich auf die Erziehung von Nadelholz-waldungen verlegen; dagegen sprechen waldbau-liche, d. h. Gründe der Bodenkrafterhaltung und auch Rücksichten ästhetischer und volkshygienischer Natur. Die Mißbestände von Nadel- und Laub-hölzern erfüllen alle Bedingungen der Holz-produktion am besten. Die Bedeutung der natü-rliehen Verjüngung wird anerkannt, vor deren aus-schließlicher Anwendung aber gewarnt.

Der jährliche Nadelholzverbrauch der Schweiz ist heute folgender: Nadelholz 1 598 000 fm, hiervon Einfuhr aus dem Ausland 423 000 fm, Laubholz 187 000 fm, von dem 67 000 fm ebenfalls aus dem Ausland eingeführt werden müssen. Das ein-geführte Laubholznadelholz besteht aus 30 000 fm Eiche, 21 000 fm Buche und 16 000 fm anderem Laubholz. Demnach sind 90 % des verbrauchten Nadelholzes Nadelholz und nur 10 % Laubholz.

Von den öffentlichen Wäldern der Schweiz, die, wie bereits erwähnt, fast drei Viertel der Wald-fläche ausmachen, werden 91,4 % im Hochwald-betriebe und 8,6 % als Mittel- oder Niederwald bewirtschaftet.

Die dem Buche beigelegten sechs Karten er-leichtern das Verständnis und ermöglichen eine Vertiefung in die betreffenden Abhandlungen. Außerdem enthält das Buch noch eine Anzahl Winke und Anregungen, die, in die Praxis um-gesetzt, der schweizerischen Forstwirtschaft nur Nutzen bringen können.



Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen.

(Der Nachdruck der in dieser Rubrik zum Abdruck gelangenden Mitteilungen und Personalnotizen ist verboten.)

Königreich Preußen.

Staats-Forstverwaltung.

- Meier**, Förster zu Künigsdorf, Oberförsterei Allersdorf, ist nach Neureidenau, Oberförsterei Neidenau, Regbz. Siegen, vom 1. Februar 1913 ab versetzt.
Scherlein, Förster zu Schwarzfolln, Oberförsterei Foherswerda, in nach Künigsdorf, Oberförsterei Allersdorf, Regbz. Siegen, vom 1. Februar 1913 ab versetzt.
Gruner, Förster v. R. zu Annowo, Oberförsterei Zietelau-walde, ist nach Müllershof, Oberförsterei Bromberg, Regbz. Bromberg, vom 1. Januar 1913 ab versetzt.

Herzogtum Braunschweig.

Staats-Forstverwaltung.

- Bode**, Forstmeister und Forstamtsvorstand zu Wallenried, ist das Ritterkreuz 1. Klasse des Herzoglich Braunschweig-Ordens Heinrichs des Löwen verliehen.
Groschupf, Oberforstmeister zu Braunschweig, ist das Effizienz-kreuz des Herzoglich Braunschweig-Ordens Heinrichs des Löwen verliehen.
Hassbrauk, Oberförster und Forstamtsvorstand zu Braun-schweig, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.
Langersfeld, eintägiger Forstassessor und Hilfsarbeiter bei der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, zu Braunschweig, ist zum Oberförster ernannt.
Metemeyer, Forstmeister und Forstamtsvorstand zu Bad Burgaria, ist das Ritterkreuz 1. Klasse des Herzoglich Braunschweig-Ordens Heinrichs des Löwen verliehen.
Schreiber, Forstmeister und Forstamtsvorstand zu Planten-burg, ist das Ritterkreuz 1. Klasse des Herzoglich Braunschweig-Ordens Heinrichs des Löwen verliehen.
Schreiber, Forstreferendar zu Seelen, K.-M.-B. Seelen II, ist zur weiteren Beschäftigung im Vorbereitungsdienste nach Weinburg, K.-M.-B. Weinburg, versetzt.
Sprengmann, Oberförster und Forstamtsvorstand zu Schief-haus, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.

Wellschlag, Forstmeister und Forstamtsvorstand zu Bangeis-heim, ist das Ritterkreuz 2. Klasse des Herzoglich Braunschweig-Ordens Heinrichs des Löwen verliehen.
Winnen, Oberförster und Forstamtsvorstand zu Hobegetz, ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.

Wiesert, Oberförster und Forstamtsvorstand zu Fürsten-berg a. d. W., ist der Titel „Forstmeister“ verliehen.
Wiegemeier, Forstmeister und Forstamtsvorstand zu Otten-sheim, ist das Ritterkreuz 2. Klasse des Herzoglich Braunschweig-Ordens Heinrichs des Löwen verliehen.

Glaßer, Forstgehilfe zu Gaudersheim, K.-M.-B. Gaudersheim, ist zum Förster ernannt.

Arölke, Forstgehilfe zu Wallenried, K.-M.-B. Wallenried, ist zum Förster ernannt.

Höbbling, Förster zu Borge, K.-M.-B. Borge, ist das Herzoglich Braunschweig-Verdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Wisker, Forstgehilfe zu Verwohle, K.-M.-B. Verwohle, ist zum Förster ernannt.

Elßaß-Lothringen.

Wilkhardt, Kaiserl. Oberförster zu Diedenhofen, ist der Titel Forstmeister mit dem Range der Räte 4. Klasse verliehen.
Diebold, Regierungs- und Forstrat zu Wies, ist der Charakter als Kaiserl. Geheimen Regierungsrat verliehen.

Berf, Regierungs- und Forstrat zu Straßburg, ist der Charakter als Kaiserl. Geheimen Regierungsrat verliehen.

Dr. Liefel, Kaiserl. Oberförster zu Remilly l. Rothr., ist der Titel Forstmeister mit dem Range der Räte 4. Klasse verliehen.

Weldard, Kaiserl. Oberförster zu St. Amand, ist der Titel Forstmeister mit dem Range der Räte 4. Klasse verliehen.

Wohmann, Regierungs- und Forstrat zu Wies, ist der Charakter als Kaiserl. Geheimen Regierungsrat verliehen.

Der Titel Kaiserl. Regemeister wurde verliehen den Kaiserl. Förstern:

Wielz zu Forsthaus Angweiler, Oberförsterei Hünningen;
Selmskeller zu Forsthaus Kuldelsheim, Oberförsterei Colmar-St.; **Knoch** zu Kugelheim, Oberförsterei Kugel-heim-Stad.; **von Laßau** zu St. Vador, Oberförsterei Döbernhelm; **Leischer** zu Bir, Oberförsterei Châleau-Éclair; **Linsenhild** zu Forsthaus Döbernhelm, Ober-försterei Wittl-Kord; **Maunbach** zu Forsthaus Taumen, Oberförsterei Niederbrunn; **Schilling** zu Forsthaus Zittel, Oberförsterei St. Aold.

Das goldene Portepée der Kaiserl. Förster als Ehren-portepée wurde verliehen:

Bach, Gemeindegemeister zu Forsthaus Rühlager, Oberförsterei Rappoltsweiler; **Wäcker**, Gemeindegemeister zu Albersweiler, Oberförsterei Albersweiler; **Grisel**, Gemeindegemeister zu Lüttingen, Oberförsterei Eiers; **Ghret**, Gemeindegemeister zu Morsweiler, Oberförsterei Wäsmünster; **Knaab**, Gemeindegemeister zu Schwald, Oberförsterei Barr; **Koch**, Gemeindegemeister zu Ober-berndorf, Oberförsterei Selz; **Karlsruhe**, Gemein-degemeister zu Durlinsdorf, Oberförsterei Hilt; **Richard**, Gemeindegemeister zu Forsthaus Schwald, Oberförsterei Döbernhelm; **Schöffmann**, Gemeindegemeister zu Witter-burg, Oberförsterei Albersdorf; **Strofer**, Gemein-degemeister zu Diedolshausen, Oberförsterei Warkim; **Stiff**, Gemeindegemeister zu Bäch, Oberförsterei Mey.



Offene Stellen im Gemeinde- und Anstaltsforstdienste für Anwärter des Jägerkorps.

Die **Gemeindeförsterei im Forstbezirk Ansburg-Malberg**, Regbz. Eriker, ist zum 1. März 1913 zu besetzen. Das ruhengehaltsberechtigzte Dienstkommen setzt sich wie folgt zusammen: Anfangsgehalt 1200 M., steigend von drei zu drei Jahren um 200 M. bis zum Höchstbetrage von 2400 M.; Wohnungsgeldzuschuß 300 M., Kreisrentenholz (15 rm Derbholz und 20 rm Meißer im pensionsfähigen Werte von 100 M.); außerdem wird eine Eisenbahnfahrkarte für die Strecke St. Thomas-Erdborf gestellt. Die auf früheren Försterstellen zugebrachte Dienstzeit wird angerechnet. Bewerbungen von Forstverorgungsberechtigten und Referendarjungen der Klasse A können nur insofern berücksichtigt werden, als ihnen die schriftliche Erklärung beisteht, das Bewerber gemäß § 32 der Bestimmungen vom 1. Oktober 1905 durch die Anstellung auf der Gemeindeförsterei ihre Forstverorgungsansprüche als erfüllt betrachten. Meldungen unter Beifügung aller be-zuglichen Schriftstücke sind innerhalb 8 Wochen an das Bürgermeisterrat Ansburg einzureichen.

Die Stelle eines Feldschuymannes in Wittenberge (Prignitz) ist baldigst zu besetzen. Das Gehalt beträgt 1400 M., steigend von drei zu drei Jahren siebenmal um 100 M. bis zum Höchstbetrage von 2100 M., daneben 300 M. Wohnungsgeldzuschuß und 120 M. Reisengeldzuschuß; letzterer nicht penfionsberechtigt. Bewerber müssen entweder forstverwaltungsrechtliche Personen des Jägerkorps oder solche zivilverwaltungsrechtlichen Personen sein, die über entsprechende Kenntnisse und praktische Tätigkeit in Forst- und Gartenwirtschaft sich ausweisen können. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen, aus denen Art und Umfang der Beschäftigung im Forstdienst oder in Forst- und Gartenwirtschaft genau ersichtlich sind, sind binnen 8 Wochen beim Magistrat Wittenberge (Prignitz) einzureichen.

Brief- und Fragekasten.

(Schriftleitung und Geschäftsstelle übernehmen für Auskünfte keinerlei Verantwortlichkeit. Anonyme Zuschriften finden niemals Berücksichtigung. Jeder Anfrage sind Abonnements-Zustellung oder ein Ausweis, daß Fragesteller Abonnent ist, und 20 Pfennige Porto beizufügen. Gemeinhin werden Fragen ohne weitere Kosten beantwortet; sind jedoch durch Sachverständige schwierige Rechtsfragen zu erörtern, Gutachten, Berechnungen usw. aufzustellen, für deren Erlangung der Schriftleitung Sonderhonorare erwachsen, so wird Vergütung der Selbstkosten beansprucht.)

Nr. 167. **Anfrage:** Unterzeichneter bittet um umgehende Zusendung von drei Formularen zur Antragstellung einer Försterrwive zwecks Gewährung einer Ausgleichszuwendung aus den dazu von der Staatsregierung bestimmten Fonds. Formulare sind bei hiesigen Forstkassen nicht zu haben und ein Muster ist in Nr. 36 der „Deutschen Forst-Zeitung“ leider nicht mit abgedruckt worden.

R., Königl. Förster.

Antwort: Wir sind nicht im Besitze der gewünschten Vordrucke. Da die Klassen, welche Pensionen und Witwengelder zahlen, mit der unentgeltlichen Ausgabe der Vordrucke betraut sind, kann es sich wohl nur um ein Mißverständnis handeln. Vielleicht wenden Sie sich an die Regierungshauptkasse, die sicher Vordrucke hat. Jedenfalls empfehlen wir Ihnen, die Eingabe bald zu machen, da erfahrungsgemäß gegen Ende des Etatsjahres die Unterstützungsfonds versiegen und andernfalls zu befürchten ist, daß die Zuwendung erst zum 1. April f. Js. bewilligt werden kann.

Nr. 168. **Anfrage:** 1. Ist ein Hilfsjäger, welcher mittels schriftlichen Dienstvertrages angestellt ist, vierteljährliche Kündigung, monatliche Gehaltsauszahlung, vierteljährliche Schußgeldauszahlung, Jahreseinkommen etwa 1500 M. hat, versicherungspflichtig? Muß er, da er zum 1. Januar 1913 gekündigt und bis jetzt noch keine andere Stellung hat, sich auch eventuell jetzt schon zur Angestelltenversicherung anmelden? Bemerte noch, daß der Hilfsjäger in einer Königl. Oberförsterei gelernt hat und zehn Jahre ununterbrochen beim Forstfach ist. 2. Ist ein Fasanenjäger, welcher genau so wie Nr. 1 eingestellt ist, versicherungspflichtig? Derselbe leitet die Fasanen- und auch hier selbständig und ist 20 Jahre ununterbrochen im Forst- und Fasanenfache tätig. 3. Ist ein Reservejäger Klasse A, welcher augenblicklich hier als Hilfsjäger (Privat) genau so wie Nr. 1 angestellt ist, versicherungspflichtig? Er hat die Königl. Försterprüfung noch nicht abgelegt. Nr. 2 und 3 bleiben auch nach dem 1. Januar 1913 hier weiter in Stellung. Alle drei Beamte sind auf den Jagd-, Forst- und Feldschuß — Medlen-

burg. Verordnung vom 6. Juli 1880 und 2. September 1879 — vereidigt. Dem hiesigen Rentmeister wurde auf eine Anfrage beim Versicherungsamt zu Schwerin die Antwort, daß alle drei Beamte nicht unter die Privatangestellten-Versicherung fallen und nicht versicherungspflichtig wären. Fr. N. in Bl., Hilfsjäger.

Antwort: Alle drei Beamten unterliegen der Angestelltenversicherung. Der unter 1 Genannte muß sich jetzt schon anmelden, Beiträge sind aber erst von dem Tage an zu entrichten, wo er wieder in ein Beschäftigungsverhältnis tritt. Das Versicherungsamt nimmt wahrcheinlich an, daß diese Angestellten zum „Gesinde“ gehören und deshalb zu den „Arbeitern“ zu rechnen seien. Diese Auffassung ist unzutreffend. Denn selbst wenn ein Jäger landesrechtlich zum „Gesinde“ gerechnet wird, ist dieser Umstand für die Zugehörigkeit zur Angestelltenversicherung ohne Bedeutung. Hier entscheiden lediglich die tatsächlichen Verhältnisse. Die in Rede stehenden Beamten sind versicherungsrechtlich als „Betriebsbeamte“ oder „andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen Stellung“ anzusehen. Nach der vom Direktorium der Reichsversicherungsanstalt herausgegebenen Anleitung, betreffend den Kreis der nach dem Gesetz vom 20. Dezember 1911 versicherten Personen, ist „ein Betriebsbeamter eine in einem Betriebe mit einer über die Tätigkeit des Arbeiters oder Gehilfen hinausgehenden, leitenden oder beaufsichtigenden Stellung betraute Person“. Als „andere Angestellte“ bezeichnet jene Anleitung „Personen, die zwar eine von der Betriebsleitung abhängige Stellung einnehmen, gleichwohl aber nach der Art ihrer Tätigkeit nicht mehr zur Klasse der niederen, lediglich ausführenden Arbeiter gezählt werden können“. Auch auf dem Gebiete der Unfall- und Invalidenversicherung werden die in Rede stehenden Beamten als „Betriebsbeamte“ angesehen. — Weigert sich Ihre Dienstherrschaft, Beiträge zur Angestelltenversicherung zu entrichten, so können Sie die Entscheidung des Rentenausschusses für Angestelltenversicherung in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193, anrufen. Vgl. auch den Aufsatz: „Die Versicherung der Privatangestellten“ in Nr. 45 bis 48 der „Forst-Zeitung“.

Nr. 169. **Anfrage:** Beim Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes für Angestellte am 1. Januar 1913 befinde ich mich im 57. Lebensjahre; die Versicherungskarte — (§ 188 d. V. G.) habe ich mir ausstellen lassen. — Was kann ich tun, um nach dem 65. Lebensjahre in den Genuß der gesetzlichen Rente für Angestellte zu gelangen? — Kann ich versuchen, gemäß § 395 des Versicherungsgesetzes die Wartezeit abzukürzen? — Was soll die ärztliche Untersuchung dabei feststellen? — Wie hoch sind die entsprechenden Prämien-Reserven bei einem Einkommen von 1500 bis 2000 M.? — Kann ich nicht in den Renten-Genuß gelangen, wenn für mich vom 1. Januar 1913 ab 120 Monate — 10 Jahre — lang Beiträge gezahlt sind?

R., Forstverwalter in W.

Antwort: Sie unterliegen der Versicherungspflicht, und wir empfehlen, von dem:

Ihnen bei Ihrem Alter zustehenden Rechte, Befreiung von der Versicherung zu beantragen (§ 397 des Gesetzes), keinen Gebrauch zu machen. Allerdings würden Sie Ruhegeld erst vom 67. Lebensjahre ab erhalten, da früher die Wartezeit nicht erfüllt werden kann; die Hinterbliebenenbezüge würden aber schon nach fünfjähriger Wartezeit gewährt werden (§ 398). Kommt es nicht zur Gewährung des Ruhegeldes usw., so wird Ihren Hinterbliebenen auf Antrag die Hälfte der Beiträge zurückerstattet (§ 398). Wegen der Abkürzung der Wartezeit wollen Sie sich an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernbaum 193) wenden; diese wird Ihnen dann mitteilen, auf wie hoch sich die Prämienreserve beläuft. Uns fehlen zu deren Berechnung die versicherungsmathematischen usw. Grundlagen. Durch die ärztliche Untersuchung soll festgestellt werden, welche mutmaßliche Lebensdauer Ihnen noch zugestanden werden kann. Hg.

Nr. 170. **Anfrage:** Am 1. Juli d. Js. habe ich die hiesige Försterstelle mit Ernte übernommen. Das Getreide auf dem Felde war gegen Hagel versichert. Diese Versicherung habe ich nicht übernommen, habe es auch meinem Vorgänger gesagt, der einen Kontrakt bis 1916 unterschrieben hatte. Mein Vorgänger ist pensioniert und von der Versicherung des Kontraktes entbunden. Die Hagelversicherung hat einige Male an mich geschrieben und um den Beitrag gebeten. Ich habe nicht geantwortet. Heute erhalte ich von einem Rechtsanwalt die Nachricht, daß, wenn ich nicht innerhalb dreier Tage zahle, Klageantrag erfolgt. Kann ich gerichtlich gezwungen werden, die Hagelversicherungsbeiträge zu bezahlen?

N. in N.-Th., Königl. Förster.

Antwort: Sie haben recht; Sie haben mit der Versicherungsgesellschaft gar nichts zu tun. Aus der Übernahme von Dienstländereien folgt nicht ohne weiteres der Übergang der Rechte und Pflichten des Abziehenden aus einem Versicherungsvertrage auf den Anziehenden; hierzu bedarf es vielmehr eines besonderen Abkommens zwischen den beiden Förstern und eines neuen Vertrages zwischen dem Anziehenden und der Versicherungsgesellschaft. Die Behandlung laufender Versicherungen — wie überhaupt die Auseinandersetzung bezüglich der Dienstländereien (Nr. 4 Abs. 2 der Vorschriften vom 11. 3. 1901, Rdtf., Handb., 4. Aufl. S. 124) — ist in erster Linie den beiden Förstern überlassen; nur wenn diese die Auseinandersetzung durch den Leiter der Übergabe verlangen, ist über die Versicherung gegen Hagel- und Feuer Schaden besonders zu befinden (Nr. 7 a. a. O.). Da Sie sich mit Ihrem Vorgänger dahin geeinigt haben, daß Sie die Hagelversicherung nicht übernehmen, und da die Versicherungsgesellschaft Ihren Vorgänger vom Vertrag entbunden hat, so fehlt für die Gesellschaft jeder Rechtsgrund, Ihnen Beiträge abzufordern. — Immerhin raten wir, sich 1913 und später gegen Hagelschaden zu versichern. Im Laufe der Jahre macht sich das immer bezahlt. Hg.

Nr. 171. **Anfrage:** Am 1. November 1911 stellte ich einen Regierungs-Zivilantwärtler als

Kassengehilfen ein und zahlte demselben — ohne Wohnung und Verpflegung zu gewähren — monatlich 60 M. Vergütung. Dieser Gehilfe stellte sich aber schon am 15. Oktober ein, um sich vorher noch etwas einzuarbeiten. Am 8. November erkrankte derselbe am Typhus und suchte ein Krankenhaus in Stettin auf. Zu mir und auch dem Arzte gegenüber hat der Gehilfe sich geäußert, daß er sich schon bei seinem Antritt hier krank gefühlt hat. Der Arzt glaubt auch bestimmt, daß der Gehilfe den Krankheitskeim schon auf der Reise hierher, welche auf einem Schiffe erfolgte, aufgenommen hat, da sich hier kein weiterer Typhusfall im Orte und in der Umgegend gezeigt hat. Gegen Ende Dezember wurde der Gehilfe aus dem Krankenhaus entlassen und hat sich dann bis 13. Januar, wo er hier wieder eintrat, bei seinen Eltern aufgehalten. Ende Juni d. Js. gab er dann die Stellung hier ganz auf, weil er gesundheitlich nicht auf der Höhe war und auch nichts leisten konnte. Er hat von seiner Militärdienstzeit her ein Herzleiden und erhält Militär-Invalidenrente. Jetzt, nach so langer Zeit, forbert er von mir nun die Erstattung der Krankenhauskosten im Betrage von 125 M. Bin ich zur Zahlung dieser Kosten verpflichtet?

D., Forstklassenrentant.

Antwort: Sie sind zu keinerlei Zahlungen verpflichtet. Es fehlt hierzu an jedem gesetzlichen Grunde. Hg.

Nr. 172. **Anfrage:** Der ständige Waldarbeiter J. (ohne vertragliche Verpflichtung) erlitt im Frühjahr 1911 außerhalb des forstlichen Betriebes einen Unfall in folgender Weise: Derselbe ließ von einem Grundbesitzer seines Wohnortes seine verlaufenen Schweine zur Stadt fahren. In der Stadt half J. dem Besizer auf der Schneidemühle Bretter auf dessen Wagen laden, welche letzterer zu seinem Bau auf der Rückfahrt mitnehmen wollte. Während des Ausladens kam der Bretterstapel ins Rutschen, und die Bretter befelen dem J. die Weine, wodurch er einen Beinbruch erlitt. Eine gegenseitige Vergütung für diese Leistungen waren nicht vereinbart und hat nicht stattgefunden. Die Heilung des J. fand während der Karenzzeit im Kreiskrankenhause statt. Die Krankenhauskosten während der 13 wöchigen Karenzzeit hat die Wohnsitzgemeinde des J. vorläufigweise gezahlt. Nach Ablauf beinahe eines Jahres wurde dem J. seitens der Nordöstlichen Baugewerks-Verusgenossenschaft die Unfallrente bewilligt und für die Zeit von Ablauf der Karenzzeit nachgezahlt. Nachdem der Gemeindevorsteher des Wohnsitzes von der Nachzahlung Kenntnis hatte, forderte er unter Androhung der Zwangseinzahlung von J. die Erstattung der verauslagten Krankenhauskosten im Betrage von 130 M., welchen Betrag J. aus Furcht vor Zwangsmitteln an den Gemeindevorsteher gezahlt hat. Einer Krankenkasse gehörte J. nicht an. Ich frage an: Wer hat die Krankenhauskosten während der Karenzzeit zu tragen, war der Gemeindevorsteher berechtigt, von J. die Kosten einzuziehen? Nach dem Unfallversicherungs-gesetz für Land- und Forstwirtschaft werden den Arbeitern die Kosten des Heilverfahrens ohne Rücksicht auf ihre Vermögenslage gewährt, diese Kosten sind nicht

armenrechtlicher Natur. (Siehe Radtke, S. 913.) Wie spricht sich das Bauunfallversicherungsgesetz darüber aus, welches mir unbekannt ist?

W., Königl. Revierförster.

Antwort: Es ist bei einer sogenannten Regiebauarbeit des Grundbesitzers verunglückt. Nach § 10 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes, welcher dem § 27 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft entspricht, hat deshalb die Gemeinde für die Kurkosten in den ersten 13 Wochen aufzukommen, und sie durfte diese von dem Verletzten nicht zurückerfordern. Es soll sich gemäß § 11 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes (§ 29 d. Landw. U.-S.-G.) an den Landrat wenden.

Nr. 173. Anfrage: Bin Jäger der Klasse A und als Kommando- bzw. Reservejäger vom 1. 10. 1890 bis 30. 9. 1897 im Privatforstdienst auf verschiedenen Stellen beschäftigt gewesen. Während dieser Zeit habe ich gelebt, die letzte Quittungskarte, Nr. 6, ist voll, aber nicht aufgerechnet, sie befindet sich noch in meinen Händen. Leider sind mir nun die beim Umtausch ausgefertigten Aufrechnungsbesccheinigungen über die ersten fünf Karten verloren gegangen, und ich habe als Beweis meiner früheren Versicherung nur die erwähnte Quittungskarte Nr. 6. Gelebt sind für mich rund 300 Markten. Am 1. 10. 1897 bin ich in den Staats- und am 1. 10. 1903 in den Kommunaldienst getreten, in dem letzteren bin ich noch jetzt mit Pensionsberechtigung, bin also nicht versicherungspflichtig. Ich bitte um gefällige Auskunft in nachstehenden Fragen: 1. Scheitert das Aufleben meiner erloschenen Anwartschaft allein schon deswegen, weil ich die Aufrechnungsbesccheinigungen über die ersten fünf Karten nicht mehr aufzuweisen vermag? 2. Muß ich mich unbedingt wieder in den Besitz dieser Besccheinigungen setzen und auf welchem Wege?

3. Wenn ich jetzt meine Karte Nr. 6 zur Aufrechnung abgebe und mir eine solche zur Weiterversicherung ausstellen lasse und wöchentlich eine Marke klebe, lebt dann meine Anwartschaft nach weiteren 200 neu geklebten Wochenbeiträgen ohne weiteres wieder auf, oder habe ich hieneben noch andere Schritte und welche zu tun? 4. Ist es zulässig, wenn ich bei einer Weiterversicherung die erste Karte gleich mit mehreren Wochenbeiträgen für eine rüdliegende Zeit beklebe?

G. M., Stadtförster.

Antwort: Der Verlust der Aufrechnungsbesccheinigungen hat nicht viel auf sich, da die Quittungskarten bei der Versicherungsanstalt aufbewahrt oder in Konten übertragen werden, und zwar bei derjenigen Versicherungsanstalt, in deren Bezirk die Quittungskarte Nr. 1 ausgestellt worden ist. Trotzdem empfehlen wir, sich bei dieser Anstalt über den Stand Ihrer Versicherung zu erkundigen. Jedenfalls scheitert das Wiederaufleben der Anwartschaft — das ohne weiteres nach dem Kleben der 200. Marke eintritt — nicht an dem Verlust der Aufrechnungsbesccheinigungen. Sie können in der neuen Karte für ein Jahr nachkleben, diese Zeit wird aber in die 200 Wochen nicht eingerechnet, kommt Ihnen vielmehr erst später bei der Rentenberechnung zugute. Beachten Sie die Notiz in Nr. 49 S. 978 der diesjährigen „Forst-Zeitung“.

Nr. 174. Anfrage: Darf ein Invalide, welcher von der Krankenkasse nicht angenommen wird, auf länger als eine Woche zur Arbeit angenommen werden?

Hegemeister A.

Antwort: Uns ist keine Bestimmung bekannt, die diese Beschäftigung verbietet. Es wäre auch hart, gerade einem Invaliden die Erwerbsmöglichkeit zu beschneiden.

Hg.

Für die Redaktion: J. B.: Bobo Grundmann, Neubamm.

Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten.

Unter der Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Königl. Hegemeister Bernstorff, Nienstedt, Post Förster (Garg).



Meldungen zur Mitgliedschaft durch die Gruppenvorstände an die Geschäftsstelle des Vereins Königl. Preussischer Forstbeamten, Joppot (Bezirk Danzig), Süßstr. 88.

Beiträge sind stets durch Vermittelung der Orts- und Bezirksgruppen-Schatmeister an den Vereins-Schatmeister, Königl. Förster Belle, Försterei Räumde, Post Grüneberg (Bezirk Bromberg), zu zahlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 6,50 Mk., der Halbjahresbeitrag 3,25 Mk. Rechnungs- (Beitrags-)jahr bzw. Halbjahr ist das Kalenderjahr. Für den Vereinsbeitrag bekommt jedes Mitglied die Deutsche Forst-Zeitung frei ins Haus; bei Ausbleiben hatte man zunächst bei seiner Postanstalt schriftlich Nachfrage, danach erst bei der Geschäftsstelle in Neubamm, der auch jede Adressänderung rechtzeitig mitzuteilen ist. Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Des Neujahrskalles wegen

bitten wir, alle für Nr. 1 pro 1913 der Deutschen Forst-Zeitung bestimmten Bekanntmachungen, Mitteilungen, Inserate usw. spätestens bis zum Montag, dem 30. Dezember, früh an uns gelangen zu lassen.

Neubamm, 23. Dezember 1912.

Die Geschäftsstelle
der Deutschen Forstzeitung.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Veröffentlichung in den Verein aufgenommen mit der Wirkung vom 1. Januar 1913 ab:

- 2046a. Warschmidt, Forstausseher, Edwentshal, Rehlauten, Königsberg.
2046b. Gerhardt, Forstausseher, Gr. Lenkeningen, Trappoden, Gumbinnen.
2060a. Weiskopf, Forstausseher, Tammowischken, Neustobingen, Gumbinnen.

- 2057a. **Bünger**, Hilsidäger, Basdorf, Jechlin, Markt, Potsdam.
 2059a. **Grusdort**, Hilsidäger, Joachimsthal Nm. (Potsd.), Potsdam.
 2061a. **Kindt**, Forstausseher, Joachimsthal Nm. (Potsd.), Potsdam.
 2063a. **Nurhard**, Forstausseher, Werbenlinien, Joachimsthal Nm. Potsdam.
 2064a. **Friedrich**, Förster, Hammer, Eschbruch, Frankfurt.
 2065a. **Hengler**, Forstausseher, Radusch-Sandbrugg, Neuzattum, Posen.

Der Vorstand. Bernstorff, Vorsitzender.

Nachrichten aus den Bezirks- und Ortsgruppen.

Anzeigen und Mitteilungen.

Anzeigen für die nächstfolgende Nummer müssen Dienstag früh eingegeben. Die möglichst kurz gehaltenen Nachrichten sind direkt an die Geschäftsstelle der Deutschen Forst-Zeitung in Wiesbaden zu senden. Aufnahme aller Angelegenheiten der Bezirks- und Ortsgruppen erfolgt nur einmal.

Ortsgruppen:

Battenberg (Regbz. Wiesbaden). Dienstag, den 31. Dezember 1912, vormittags 11 Uhr, Versammlung im Battenberger Hof zu Battenberg. Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge; 2. Rechnungslegung; 3. Bericht über die Bezirksgruppenversammlung; 4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Bruch (Regbz. Marienwerder). Die hiesige Ortsgruppe feiert den Geburtstag Sr. Majestät am Sonnabend, dem 18. Januar 1913, von 7 Uhr abends ab im Vereinslokal von Przewoski in der Bruch durch ein Festessen, Tafelmusik von der Kapelle des Culmer Infanterie-Regiments Nr. 141, Vorträge, Tanzkränzchen und Verlosung, wozu die Herren Mitglieder nebst Familien hierzu ganz ergebenst eingeladen werden. Ebenso die Mitglieder nebst Familien der Nachbargruppen und Kollegen, welche dem Verein beitreten wollen. Die Anzahl der Gebete, à 2,50 M., bitte ich mir bis zum 8. Januar n. J. mitzuteilen. Ebenso bitte ich die Damen bis dahin um Angabe der Stückzahl der zur Verlosung zu stiftenden Gegenstände.

J. H. Kanno, Vorsitzender.

Erkner (Regbz. Potsdam). Die nächste Vierteljahrsversammlung findet am Sonnabend, dem 11. Januar 1913, nachmittags pünktlich 5 Uhr, im Gasthaus „Zur Traube“, Erkner, statt. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung über die Kosten des Winterbergnugens. 2. Vesprennung des von der Bezirksgruppe gestellten Themas. 3. Einziehung der Mitgliederbeiträge. 4. Vesprennung über die Kaisergeburtstagsfeier. 5. Vortrag eines Kollegen über die Erlebnisse eines Tages aus dem Feldzuge 1870/71. 6. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **Der Vorstand.**

Frankfurt a. O. Donnerstag, den 9. Januar 1913, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung im Hotel Imperial, Bahnhofstraße, Frankfurt a. O. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Bericht und Rechnungslegung über das abgelaufene Vereinsjahr, Entlastung des Schatzmeisters; 3. Vesprennung einer vom Hauptvorstande angeregten Vereinsfrage; 4. Meinungsaustausch zu der beabsichtigten Dienstlandsregulierung; 5. Vortrag des Herrn Kollegen Schramm über die Fortschritte in der Obstbaumzucht usw.; 6. Verschiedenes. Die Firma

Michovius, Cottbus, sendet ihren Vertreter zum Mahnehmen. Nach Schluß der Sitzung, etwa 6 Uhr, Konzert der Gaststapelle mit nachfolgendem zwanglosen Tanzchen. Die Herren Kollegen werden gebeten, mit ihren Damen recht zahlreich zu erscheinen; auch sind alle Herren, welche unserer Gruppe noch nicht angehören, gern gesehene Gäste. **Der Vorstand.**

Grafenschaft Glatz (Regbz. Breslau). Sonnabend, den 11. Januar 1913, nachmittags 3½ Uhr, Generalversammlung im Hotel „Germania“ am Bahnhof Rüders. Tagesordnung: 1. Berlesen des letzten Sitzungsberichts; 2. Rechnungslegung und Jahresbericht für 1912; 3. Aufnahme neuer Mitglieder; 4. Vorstandswahl; 5. Einziehung der Beiträge; 6. Vesprennung über ein vom Hauptvorstand gestelltes Thema; 7. Statist zur Krankenkosten-Beihilfetafel; 8. Verschiedenes. In Erwartung einer recht zahlreichen Beteiligung sind auch selbstverständlich die geehrten Damen sehr willkommen. **Der Vorstand.**

Kolmar (Regbz. Posen). Sonntag, den 12. Januar 1913, Vereinsversammlung in Kolmar im Vereinslokal von nachmittags 3 Uhr an. Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge für das erste Halbjahr 1913; 2. Vorschläge zur Wahl eines Delegierten zur Bezirksgruppenversammlung; 3. Vesprennung über das Thema: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staatswohles wirken, um dadurch gleichzeitig ihr Ansehen in der Bevölkerung zu heben?“; 4. Vesprennung der Kaisergeburtstagsfeier; 5. Aufnahme neuer Mitglieder; 6. Rechnungslegung; 7. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Kanterberg, Harz (Regbz. Hildesheim). Am Sonntag, dem 12. Januar 1913, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung der Mitglieder im Waldhause bei St. Andreasberg. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, Rechnungslegung, Beitragszahlung, Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder mit ihren Damen dringend erwünscht. **Der Vorstand.**

Karburg (Regbz. Cassel). Versammlung Sonntag, den 5. Januar 1913, nachmittags 2 Uhr, im Bahnhofshotel zu Kirchhain mit folgender Tagesordnung: 1. Prüfung der Jahresrechnung, Jahresbericht; 2. Anträge zur Bezirksgruppenversammlung und Wahl eines Delegierten zu derselben; 3. Vesprennung einiger Anregungen des Hauptvereins; 4. Verschiedenes (Einziehung der Jahresbeiträge usw.). **Der Vorstand.**

Osche (Regbz. Marienwerder). Mitgliederversammlung am 31. Dezember, abends 6 Uhr, in Klingier. Nach der Sitzung Silvesterfeier mit unseren Damen. Eingeführte Gäste herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Torshaus (Regbz. Merseburg). Am Sonntag, dem 12. Januar 1913, nachmittags 4 Uhr, Versammlung in Torshaus. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Rechnungslegung; 2. Einziehung der Beiträge für 1913; 3. Erziehung für den verstorbenen Kollegen Krüger; 4. Be-

sprechung des bekannten Themas vom Hauptverein; 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Trebnitz-Militzsch (Regbz. Breslau). Die Feier des Geburtstages Sr. Majestät findet Sonnabend, den 18. Januar, von abends 7 Uhr ab, im Willertischen Gasthause in Rath. Hammer statt. Gäste werden durch den Vorstand eingeladen; die geehrten Mitglieder wollen diesbezügliche Wünsche umgehend dem Schriftführer, Herrn Carmotzt, mitteilen.

Der Vorstand.

Ullersdorf (Regbz. Liegnitz). Sonnabend, den 4. Januar 1913, nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Gastwirt Wennrich in Ullersdorf. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung; 2. Einziehung der Vereinsbeiträge für das nächste Halbjahr 1913; 3. Rechnungslegung pro 1912; 4. Beschlussfassung über die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers; 5. Besprechung des vom Hauptverein gestellten Themas: „Wie können die Angehörigen des preussischen Försterstandes auf die sie umgebende Bevölkerung zum Nutzen des Staates wirken?“; 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Liebig.

Berichte.

Alle Berichte müssen erst dem Vorsitzenden, Hegemeister Bernstorff, Altenstedt bei Forste, Garz, vorliegen. Was für die nächstfolgende Nummer bestimmt ist, muß Sonntag früh in dessen Besitz gelangen. Nur Berichte, welche für weitere Kreise der Mitglieder von Interesse oder für das gesamte Vereinsleben von Bedeutung sind, werden aufgenommen. Abdruck erfolgt einmal.

Ortsgruppen:

Brieg (Regbz. Breslau). Versammlung am 8. Dezember 1912. Der Vorsitzende eröffnete um 3 1/2 Uhr die Sitzung in herkömmlicher Weise, 14 Mitglieder waren anwesend. Tagesordnung: 1. Die Jahresrechnung wurde durch zwei Mitglieder geprüft, für richtig befunden und dem Rechnungsführer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende sprach hierauf dem Rechnungsführer und dem Schriftführer den Dank für die Mühewaltung im Namen der Versammlung aus. 2. Zu dem vom Hauptverein gestellten Thema erhielt zunächst Kollege Sachse das Wort, welcher einen Vortrag zu Punkt „Landwirtschaft“ für landwirtschafts- und nicht landwirtschaftstreibende Kollegen in interessanter Weise ausgearbeitet hatte. Hierauf besprach Kollege Schmidten den Punkt „Obstbaumzucht“. Zunächst entwickelte der Redner einen historischen Überblick über Obstbau, um dann an der Hand eines Leitfadens (Schleisches Normal-Obstfortiment) auch seine eigenen gesammelten Erfahrungen beim Pomologischen Institut zu Prostau in leicht verständlicher Weise vorzutragen. Als dritter Redner sprach Kollege Fischler zu Punkt „Heimatspflege“. Wir haben da einen Vortrag gehört, welcher mit viel Fleiß und Liebe ausgearbeitet war; dem Vortragenden wurde am Schluß lautes Bravo von allen Seiten zugerufen. Die Themen waren so sorgfältig ausgearbeitet, daß nur kurze Besprechungen erfolgten. Ausgestellte Leitfä-

der werden der Bezirksgruppe eingereicht. Im Namen der Versammlung dankte der Vorsitzende in warmen Worten den Rednern. Hierbei möchte ich erwähnen, daß der Versammlung Hegemeister a. D. Vorth, der Mitbegründer der Ortsgruppe, bewohnte. Kollege Vorth sprach seine lebhaften Freude über den Geist und die Tätigkeit des Vereins aus, und daß er nicht stillstehe, sondern fortschreite, das beweisen die heutigen Vorträge, die eine Fülle des Wissens und der Erfahrungen boten. 3. Als Mitglied aufgenommen Kollege Hentschel. 4. Vereinsbeiträge sind bis zum 10. Januar 1913 einzusenden. 5. Verschiedenes: a) Der Vorsitzende machte bekannt, daß für die Witve Vorns 30 M aus der Kasse als Beihilfe gezahlt wurden, und bat um nachträgliche Genehmigung. b) Es wurde ein Vorschlag Pehlemann, betreffend Revision des Uniformreglements, eingebracht und nach lebhafter Debatte zum Antrag erhoben. c) Beim Punkt „Obstbaumzucht“ ist ein Antrag formuliert worden, welcher die Anschaffung von Obstbäumen durch zu gewährende Mittel erleichtern soll. d) Vorschläge wurden, Raubzeugbälge oberförstereiiweise gemeinschaftlich zu verkaufen; Mitteilungen darüber sind an den Vorsitzenden zu richten. Vor einer früheren Ortsburger Firma wurde geuarnt. e) Beschlossen wurde, 20 Stück Bücher „Schleisches Normal-Obstfortiment“ auf Vereinskosten anzuschaffen und zu verteilen. Schluß 7 1/2 Uhr. Hierauf gemütliches Beisammensein mit unseren lieben Damen, welche den Sitzungsschluß nicht mehr erwarten konnten.

J. A. Wente, Schriftführer.

Hermeskeil (Regbz. Trier). Die am Sonntag, dem 8. Dezember, im Dachstuhlhof zu Wabern anberaumte Versammlung der Ortsgruppe Hermeskeil des Vereins Königl. preuß. Forstbeamten war von acht Kollegen besucht. Nach § 7 der Geschäftsanweisung für die Bezirksgruppen war der Bezirksgruppenvorsitzende, Kollege Henn, in der Versammlung erschienen. Die Tagesordnung wurde der Reihe nach erledigt. Herr Förster Steinborn, Geweiler, und Herr Förster o. R. Holland, Steinberg, wurden in die Ortsgruppe Hermeskeil aufgenommen. Nach erfolgter Prüfung der Rechnung pro 1912 wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und der Vorstand — wie bisher — wiedergewählt. Anschließend an Punkt 5 der Tagesordnung hielt der Bezirksvorsitzende, Herr Hegemeister Henn, eine Ansprache, in der er zunächst den schwachen Besuch der Vereinsversammlungen seitens der Kollegen bedauerte, ermahnte ferner die Anwesenden bezüglich der Gehaltsfrage zur Ruhe und Mäßigung und gab den wohlgemeinten Rat, nicht zu versuchen, durch Opposition irgend einen Druck auf die hohe Königl. Regierung und die Herren Abgeordneten auszuüben, denn dieser könnte dem Försterstande nur nachteilig sein und seine Bestrebungen schädigen. Nach kurzer Unterhaltung verabschiedete man sich, da die 6,39 und 6,44 abends abgehenden Züge zum Ausbruch mahnten.

Der Vorstand: GUTH

Inkerberg (Regbz. Gumbinnen). In der Mitgliederversammlung am 12. Oktober wurde zum Schatzmeister der Ortsgruppe Forstausseher Ewert zu Bröblaufen, Post Carlswalde, gewählt. Alle Zahlungen sind fortan an diesen zu leisten. Die Tagesordnung der Mitgliederversammlung am 1. Dezember wurde wie folgt erledigt: 1. Ein Mitglied und ein außerordentliches Mitglied wurden neu aufgenommen. 2. Den Bericht über die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe in Tilsit erstattete der Vorsitzende. 3. Ergänzungswahl eines Beisitzers wird vertagt. 4. Der Ortsgruppenbeitrag wird auf jährlich 3 *M* erhöht. (Der Jahresbeitrag beträgt mithin

vom 1. Januar 1913 ab: Hauptverein: 6,50 *M*, Bezirksgruppe 1,50 *M*, Ortsgruppe: 3 *M*, im ganzen 11 *M*, was ich bei der demnächstigen Einsendung der Beiträge an den Schatzmeister zu beachten bitte). 5. Wintervergütungen soll ausfallen. Dagegen soll gelegentlich der nächsten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe ein Familienabend stattfinden. 6. Unter Verschiedenes wird ein Antrag eingebracht und angenommen, der zum Ziel hat, daß die Förster o. *N.*, Forstausseher und Hilfsjäger für das von ihnen selbst erlegte Wild auch das volle Schußgeld erhalten. Der Vorstand. J. A.: A b a m s t i, Schriftführer.

Nachrichten des „Waldheil“,

eingetragener Verein zu Neubamm.

Veröffentlicht unter Verantwortung des Vorstandes, vertreten durch Joh. Neumann, Neubamm.

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 16. Dezember 1912.

Die Sitzung fand in Neubamm statt und begann 3 1/2 Uhr nachmittags. Anwesend waren die Herren: Dohl, Königl. Forstmeister, Zicher; Buller, Herrschafft. Förster, Forsthaus Glüdauf; Graf Find von Findenstein, Rittergutsbesitzer, Trossin; Bodo Grundmann, Neubamm; Grimmig, Stadtförster, Forsthaus Woltersdorf; Jacobi, Königl. Forstmeister, Rassin; Koch, Königl. Hegemeister, Zicher; Neumann, Geheimer Kommerzienrat, Neubamm; Bahl, Königl. Hegemeister, Neubamm; Biera, Vereinssekretär, Neubamm.

Der Kassenbestand betrug am 30. November 1912 15 364,09 *M*, davon entfielen:

- a) auf den Unterstützungsfonds . . . 3605,99 *M*
- b) auf den Erziehungsfonds . . . 842,13 "
- c) auf den Darlehnsfonds . . . 4281,23 "
- d) auf den Stipendienfonds . . . 2771,72 "
- e) auf den Begräbnisbeihilfenfonds 3863,02 "

Seit der vorigen Sitzung hatten sich 22 neue Mitglieder angemeldet, die sämtlich aufgenommen wurden.

An Gesuchen um Unterstützung und Darlehen waren 57 eingegangen.

Aus dem U n t e r s t ü t z u n g s f o n d s wurden bewilligt: Der auf geringe Pension angewiesenen Witwe eines Kaiserl. Försters 25 *M*. Der hilfsbedürftigen, älteren Witwe eines Königl. Forstpolizei-Sergeanten 50 *M*. Einem durch längere Krankheit in Bedrängnis geratenen Gemeindeförsterausseher 50 *M*. Der alleinstehenden, in dürftigen Verhältnissen lebenden Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 30 *M*. Der älteren, auf eine kleine Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 30 *M*. Einem durch längere schwere Krankheit in Bedrängnis geratenen Herrschafft. Förster 60 *M*. Der betagten, in ärmlichen Verhältnissen lebenden ledigen Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 40 *M*. Der hochbetagten, nur auf eine kleine Gnadenpension angewiesenen Witwe eines Herrschafft. Forstaussehers 40 *M*. Der gänzlich unbemittelten, nur auf ihren geringen Erwerb angewiesenen ledigen, älteren

Tochter eines verstorbenen Privat-Oberförsters 40 *M*. Der hilfsbedürftigen älteren Witwe eines Jagdaussehers 40 *M*. Der hochbetagten, gänzlich unbemittelten Witwe eines Privatförsters 50 *M*. Der älteren, nur auf eine geringe Pension angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 30 *M*. Der hochbetagten, in dürftigen Verhältnissen lebenden Witwe eines städtischen Hilfsförsters 40 *M*. Der hilfsbedürftigen Witwe eines Privatforstsekretärs 25 *M*. Zwei zusammenlebenden ledigen Töchtern eines verstorbenen Hesseischen Oberförsters, die sich durch ihren geringen Erwerb nur kümmerlich ernähren können, 50 *M*. Der hilfsbedürftigen Witwe eines Herrschafft. Försters 20 *M*. Der ledigen, älteren und sich kümmerlich durchschlagenden Tochter eines verstorbenen Privatförsters 20 *M*. Der kranken, hilfsbedürftigen Witwe eines Privatförsters 40 *M*. Einer auf Pension keinen Anspruch habenden, in dürftigen Verhältnissen lebenden Witwe eines Stadtförsters 30 *M*. Der älteren hilfsbedürftigen Witwe eines Gemeindeförsters 40 *M*. Der sich kümmerlich durchschlagenden Witwe eines Königl. Forstaussehers 50 *M*. Der kranken, unbemittelten ledigen Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 30 *M*. Der nur auf eine geringe Invalidenrente angewiesenen älteren Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 40 *M*. Der älteren, auf eine kleine Pension und ihren geringen Verdienst durch Nähen angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 25 *M*. Der älteren, infolge schwächlichen Körpers nur wenig erwerbsfähigen ledigen Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 35 *M*. Zwei hochbetagten Geschwistern, Töchtern eines verstorbenen Königl. Försters, die gänzlich mittellos und nur auf Unterstützungen angewiesen sind, 70 *M*. Der unbemittelten und gänzlich erwerbsunfähigen ledigen Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 40 *M*. Der hochbetagten, nur auf eine kleine laufende Unterstützung angewiesenen Witwe eines Königl. Försters 30 *M*. Der hochbetagten, in ärmlichen Verhältnissen lebenden alleinstehenden Tochter eines verstorbenen Königl. Försters 40 *M*. Einem unbemittelten Königl. Förster als Beihilfe zu einer Wadelux, die er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit machen müssen, 40 *M*. Einem hilfsbedürftigen.

infolge dauernden Siechtums vorzeitig pensionierten Königl. Förster 50 M. Der kranken, hilfsbedürftigen Witwe eines Herrschaftl. Försters 40 M. Einem durch größere wirtschaftliche Verluste in Not geratenen Herrschaftl. Förster 40 M. Einem unbemittelten Königl. Forstaufsesser als Beihilfe zu den Kosten der Operation seiner Ehefrau 50 M.

Aus dem Erziehungsfonds wurden bewilligt: Der unbemittelten Witwe eines Königl. Forstaufsessers als Beihilfe zur Erziehung von zwei Kindern 60 M. Der hilfsbedürftigen Witwe eines Privatförsters als Beihilfe zur Erziehung eines Sohnes 40 M. Der kranken Witwe eines Gemeindeförsters für die Erziehung von drei Kindern 40 M. Der hilfsbedürftigen Witwe eines Königl. Hilfsförsters als Beihilfe zur Erziehung eines Sohnes 25 M. Der unbemittelten Witwe eines Privatförsters als Zuschuß zu den Kosten der Ausbildung eines Sohnes für seinen zukünftigen Beruf 40 M. Der auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Witwe eines Privatförsters ebenfalls zur beruflichen Ausbildung eines Sohnes 40 M.

Aus dem Darlehensfonds erhielt ein durch den Schulbesuch von vier Söhnen vorübergehend in Bedrängnis geratener Königl. Förster ein Darlehen von 500 M.

Abgelehnt wurden elf Unterstützungs-gesuche, deren Berücksichtigung teils wegen sachungs-gemäßer Unzulässigkeit, teils wegen nicht nach-gewiesener Bedürftigkeit und Würdigkeit nicht er-folgen konnte. Ferner wurde ein Darlehensgesuch wegen mangelnder Sicherheit abgelehnt. Endlich konnten drei Gesuche um Bewilligung von Beihilfen für den Besuch von Forstlehrlingschulen sachungs-gemäß leider ebenfalls nicht berücksichtigt werden, da es die betreffenden Bittsteller versäumt haben, die Gesuche rechtzeitig einzureichen. Nach § 4, Absatz Stipendienfonds, ist vorgeschrieben, daß über die

auss dem Stipendienfonds zur Verteilung ge-langenden Gelder alljährlich nur einmal beschlossen wird, und zwar in einer Vorstandssitzung, welche in den Monaten Juli oder August stattfindet. Die Gesuche müssen Anfang Juli jeden Jahres ein-gereicht sein. Außer dieser Satzungs-Vorschrift ist alljährlich noch durch eine entsprechende Be-kanntmachung unter den Vereinsnachrichtigen in der „Deutschen Forst-Zeitung“ sowie im redak-tionellen Teile der „Deutschen Jäger-Zeitung“ zur Einreichung der Gesuche um Bewilligung von Stipendien rechtzeitig aufgefordert worden. Aus-drücklich sei noch darauf hingewiesen, daß Stipendien nur für diejenigen Forstlehrlinge be-willigt werden können, die in dem betreffenden Jahre, in dem die Gesuche eingereicht werden, den Forstschulbesuch beginnen.

Aus dem Fonds für Begräbnis-beihilfen sind seit voriger Sitzung gezahlt: zwei Beihilfen von 100 M. und eine von 70 M., zusammen 270 M.

Im ganzen wurden in dieser bzw. seit voriger Sitzung bewilligt 2345 M.; davon aus dem Unterstützungsfonds 1330 M., aus dem Erziehungsfonds 245 M., aus dem Darlehensfonds 500 M. und aus dem Fonds für Begräbnisbeihilfen 270 M.

In der Abteilung für Stellenver-mittelung sind seit voriger Sitzung fünf Stellen für Forst- und Jagdbeamte vermittelt.

Der Termin für die nächste Vorstandssitzung wurde auf den 20. Januar und der für die Mit-glieder-Versammlung auf den 24. Februar 1913 festgesetzt. Schluß gegen 6 Uhr.

Der Vorstand
des Vereins „Waldheil“.

Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands, eingetragener Verein zu Neudamm.

Unter Verantwortung des Vorsitzenden Forstrat Dr. Berthg. Hansen.

Als Mitglieder wurden seit der letzten Ver-öffentlichung in den Verein aufgenommen:

356. Bocke, Vincent, Forstaufsesser, Stargard i. Meckl. (S.-Gr. III.).

Die Aufnahme in den Verein haben beantragt:

Below, Paul, Revierförster, Pß. Seide b. Weiswasser D.-R.
Metel, Ernst, Hilfsjäger, Pß. Seide b. Weiswasser D.-R.
Schöne, Hermann Mag., Pß. Weiser-Pirsch b. Jöhstadt (Erzgebirge).
Fellberg, Walter, Revierjäger, Bichel b. Warz, Kr. Ruppun.
Dennig, Otto, Forstgehilfe, Sebron-Dammg, Kr. Stolp.

Mitgliedsbeiträge sandten ein die Herren:

Nr. 48, 52, 83, 292 je 9,20 M.; Nr. 323, 338 je 4 M.;
Nr. 346, 349, 353 je 9,20 M.; Nr. 653 13,20 M.; Nr. 763,
769, 809, 837 je 9,20 M.; Nr. 875 8 M.; Nr. 939 13,20 M.;
Nr. 953 9,20 M.; Nr. 1099 8 M.; Nr. 1040 8,20 M.;
Nr. 1279 8,50 M.; Nr. 1282 4 M.; Nr. 1345 13,20 M.;
Nr. 1348 10 M.; Nr. 1515, 1785, 1842, 1850 je 9,20 M.;
Nr. 2015 10 M.; 2043 13,20 M.; Nr. 2061, 2149, 2238, 2282
je 9,20 M.; Nr. 2313 4 M.; Nr. 2351, 2387 je 9,20 M.;

Nr. 2397 10 M.; Nr. 2559, 2585 je 9,20 M.; Nr. 2699
8,20 M.; Nr. 2739, 2849 je 4 M.; Nr. 2915, 2990 je 9,20 M.;
Nr. 3042 15,20 M.; 3069 4 M.; Nr. 3090, 3104, 3118 je
9,20 M.; Nr. 3173 4 M.; Nr. 3222 13,20 M.; Nr. 3263,
3304, 3310, 3422, 3450, 3581 je 9,20 M.; Nr. 3650, 3680 je
4 M.; Nr. 3718 7,20 M.; Nr. 3768 9,20 M.; Nr. 3794
8 M.; Nr. 3809 8,70 M.; Nr. 3923 11 M.; Nr. 3963,
3955 je 7 M.

Den Empfang der vorstehend aufgeführten
Beiträge bescheinigt Neumann,

Schatzmeister und Schriftführer.

Satzungen sowie sonstige Mitteilungen über
Gründung, Zweck und Ziele des Vereins werden
jedem Interessenten kostenfrei auf Wunsch zugesandt.
Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an die

Geschäftsstelle
des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands
zu Hansen-Verlin, Rarlshauer Str. 13.

Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften.

Die Veröffentlichung geschieht unter Verantwortung der betreffenden Vorstände.

Viehversicherungs-Verein der Forstbeamten

auf Gegenseitigkeit zu Perleberg.
Bekanntmachung.

Am Montag, dem 13. Januar 1913, mittags 1 Uhr, findet im Sitzungssaale des Landwirtschaftlichen Ministeriums zu Berlin, Leipzigerstraße Nr. 7, die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Geschäftslage des Vereins.
2. Genehmigung des Rechnungsabchlusses und der Bilanz für das Jahr 1912. Entlastung des Vorstandes.
3. Änderung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen.
4. Verschiedenes.

Perleberg, den 28. Dezember 1912.

Der Vorstand.

Krause.

Kollegiale Vereinigung der Forstbeamten von Königsberg Nm. und Umgegend.

Die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers findet am Sonnabend, dem 18. Januar 1913, im Vereinslokal „Victoria-Hotel“ in Königsberg statt. Essen präzis 7 Uhr, Rubert 2,50 M. Anmeldungen sind pünktlich bis zum 10. Januar an die Geschäftsleitung des „Victoria-Hotels“ zu richten. Es ist sehr erwünscht, daß Gäste eingeladen werden.

Der Vorstand.

Verein Waldeck-Pyrmonter Forstbeamten. Ortsgruppe Wildungen.

Montag, den 30. Dezember d. Js., mittags 12½ Uhr, Versammlung im Gasthaus zum Rosenschloßchen zu Bad Wildungen. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes; 2. Rechnungslegung; 3. Beschlussfassung über Verwendung des Überschusses.

Der Vorstand. Wie wede.

Inhalts-Verzeichnis dieser Nummer:

Zur Belegung gelangende Forstdienststellen in Preußen. 1081. — Weihnachts- und Neujahrsgruß. 1081. — Die Anstellungsverhältnisse der preussischen Forstassessoren. Von Guse. 1032. — Die Bekämpfung des Wildschadens im Walde. Von Härtel. 1083. — Angestellten-Versicherung. 1035. — Annahme von Forstbesitzern in Preußen. 1065. — Die russischen Wälder am Japanischen Meere. 1036. — Vertilgung wilder Kaninchen durch Impfung mit Bazillen. 1087. — Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erkenntnisse. 1088. — Eine Vorbereitung des Schächler-Vereins in Dresden am 18. Dezember. 1040. — Ein feuerfreies Städtchen. 1040. — Aus Meinungen. 1040. — Schweizerische Forstwirtschaft. 1040. — Personal-Nachrichten und Verwaltungs-Änderungen. 1042. — Offene Stellen im Gemeinde- und Anstalts-Forstdienste für Anwärter des Jägerkorps. 1042. — Brief- und Fragelisten. 1043. — Nachrichten des Vereins Königlich Preussischer Forstbeamten. 1045. — Nachrichten des „Waldbau“. 1045. — Nachrichten des Vereins für Privatforstbeamte Deutschlands. 1048. — Nachrichten aus verschiedenen Vereinen und Körperschaften. 1050. — Inserate.

Des Neujahrsfestes wegen bitten wir, alle für Nr. 1 pro 1913 der Deutschen Forst-Zeitung bestimmten Bekanntmachungen, Mitteilungen, Inserate usw. spätestens bis zum Montag, dem 30. Dezember, früh an uns gelangen zu lassen.

Neudamm, 23. Dezember 1912.

Die Geschäftsstelle.

An unsere sehr verehrten Leser!

Mit Nr. 52 schließt das laufende Quartals-Abonnement auf die **Deutsche Forst-Zeitung** mit den Gratisbeilagen **Forstliche Hundschau** und **Des Försters Feierabende** (Seite 91 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1913) — Abonnementspreis zwei Mark pro Quartal, beziehungsweise das laufende Quartalsabonnement auf die

Deutsche Jäger-Zeitung mit den Beiblättern: **Deutsche Forst-Zeitung**, **Das Weidwerk in Wort und Bild**, **Das Schießwesen**, **Unser Jagdhund**, **Vereins-Zeitung** und **Das Ferkel** (Seite 93 der Post-Zeitungs-Preisliste pro 1913) — Abonnementspreis vier Mark pro Quartal.

Es empfiehlt sich, die Bestellung für das kommende Quartal, vom 1. Januar bis 31. März 1913, sofort aufzugeben, damit in der regelmäßigen Zusendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

Den verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitungen von uns direkt unter Streifband oder durch Postüberweisung beziehen, werden wir diese, wenn eine Abbestellung nicht erfolgt, weiter senden; wir ersuchen diese Leser um Einreichung des Betrages für Abonnement und Frankatur.

Neudamm, im Dezember 1912.

Der Verlag der Deutschen Forst-Zeitung.

UNIVERSITY OF MICHIGAN



3 9015 06835 8160

